RADA PAŃSTWA

1876

Tom XXVII 3.

1. Wiadomość statystyczna
2. Obrancie posiedzeń – Czas.
3. Czas 8/11.
4. Deutsche Zeitung 9/11 Presse 10/11, Kronika 11/11, Czas 12/11 Narodowa 12/11 14/11 Kronika 14/11, Czas 14/11 Dziennik Polski 14/11 Politische Correspondenz 17/11 Morgenpost 18/11 Deutsche Zeitung. Presse, Neue freie Presse Fremdenblatt 18/11 Czas 19/11 bis – Bohemia 19/11 bis, Czas 21/11 Dziennik polski Gaz. Narodowa Kronika Cod. 21/11. Dyskusya nad wnioskiem Gollericha o Reformie Administ. politycznej
5. Wydział wybrany do oceny o [illegible] hr. Dürheim
6. Presse, Deutsche Zeitung. Fremdenblatt 22/11 Czas 25/11 Presse 24/11 Neue freie Presse, Deutsche Zeitung 24/11. Czas 28/11. Dyskusya nad wnioskiem Gollericha o Reform. Administ. polit.
7. Dziennik poznański 1/12 podpisu Mieroszewskiego
8. Rozprawy nad Budżetem Deutsche Zeitung 3/12. Regulacya [illegible] 11/12 Presse, Fremdenblatt Neue freie Presse, Tagespresse, Deutsche Zeitung. Oznajmienie[illegible] we Lwowie 13/12 Deutsche Zeitung Presse, Fremdenblatt, Neue freie, Bohemia, Czas, 14/12 Presse, Morgenpost

Statistisches

aus dem

österreichischen Abgeordnetenhause.

Zusammengestellt

von

Moritz Oppenheim,
Parlaments-Berichterstatter.

Wien, 1876.
Im Verlage des Verfassers.
Druck von Plaut u. Co., I., Schottenring 14.

Der Mangel einer auf statistischen Zahlen geordneten Zusammenstellung der bisherigen Thätigkeit des Reichsrathes wird dem vorliegenden Schriftchen den Eingang sichern, auch in jene Kreise, die sich für die Verhandlungen der von ihnen gewählten Vertreter interessiren.

Das Materiale ist kurz und fasslich zusammengestellt, und selbst diejenigen Herren Parlamentariker, die ihre Thätigkeit nicht selbst controliren, werden in dieser statistischen Zusammenstellung finden, wie oft oder wie wenig oft sie gesprochen.

Der Verfasser.

Die VIII. Session wurde am 4. November 1873 mit einer Thronrede des Kaisers eröffnet. — Das Haus hielt im Ganzen ausser einer Eröffnungssitzung 225 Sitzungen, darunter 18 Abend- und 3 vertrauliche Sitzungen (in welch letzteren über die Auslieferung der Abgeordneten Dr. Schrank, Schöffel, Schönerer und Brandstetter an die Gerichte beschlossen wurde). Diese zusammen beanspruchten einen Zeitraum von 737 Stunden und 4 Minuten. — Die kürzeste Sitzung währte 1 Stunde 5 Minuten und die längste dauerte 7 Stunden 40 Minuten.

Die Regierung brachte 199 Vorlagen ein, davon wurden 165 erledigt, abgelehnt wurden bei der zweiten Lesung die Gesetze betreffend die Betheiligung der Staatsverwaltung an der Unternehmung der Dux-Bodenbacher Eisenbahn, und betreffend die Vereinigung der mährischen Grenzbahn mit mährisch-schlesischen Nordbahn. — Unerledigt geblieben sind die Gesetze, betreffend die Erwerb-, Personal- und Einkommensteuer; der Entwurf des Strafgesetzes; betreffend die Bemessung der Einkommensteuer von Actien-Gesellschaften; betreffend die Vereinbarung zwischen Oesterreich-Ungarn und Spanien in Bezug auf die Verschiebung der Reduction gewisser Positionen des spanischen Einfuhr-Zolltarifes; betreffend den Entwurf einer neuen Civilprozessordnung; über die Stempel- und Gebührenbefreiung der Verhandlungen wegen Aufhebung des Propinationsrechtes in der Bukowina; betreffend das Ausmass der Grundsteuer; betreffend einige Aenderungen der Gebäude- und Erwerbssteuergesetze; betreffend die Einhebung einer Rentensteuer von Obligationen und Actien; betreffend die Hintanhaltung der Trunkenheit in Galizien; betreffend die Abänderung der Einrichtung der Statthalterei in Prag; betreffend die Dotation der Seelsorge-Geistlichkeit aus dem Religionsfond; betreffend die Abhilfe wieder unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften in Galizien; betreffend die Bestrafung

der Nichtbefolgung eines Einberufungsbefehles; betreffend den Kostenvoranschlag für die Narenta-Regulirung; betreffend das Gräflich Thürheim'sche Real-Fideicomiss; betreffend eine Nachtrags-Forderung von 700.000 fl. für die Pariser Weltausstellung; betreffend die Eröffnung von Spezialcrediten pro 1877 zu Zwecken des Eisenbahnbaues; betreffend die Gebahrungs-Nachweisungen über die Staatsbahnlinie Rakonitz—Protovin, Tarnow—Seluchow, Divazza—Pola und Sivrich—Spalato; betreffend die Regelung des Verhältnisses der garantirten Eisenbahnen, eventuell deren Erwerbung durch den Staat; betreffend die theilweise Aenderung der mit der Südbahn geschlossenen Vorträge; betreffend die Erwerbung der Braunau—Strasswalchner Bahn durch den Staat; betreffend die Gewährung eines Staatsvorschusses an die Prag—Duxer Bahn; betreffend die Aufhebung des Zollausschusses von Brody; betreffend den Central-Rechnungsabschluss für das Jahr 1875 und die Bilanz des Nothstandsanlehens; betreffend die Vereinigung der Brünn—Rossitzer Bahn mit der österreichischen Staatsbahn; betreffend die Vereinigung der Dux—Bodenbacher Bahn mit der Aussig—Teplitzer Bahn. —

An Initiativ-Anträge wurden 73 Anträge eingebracht, davon wurden erledigt 59, unerledigt blieben folgende Anträge: Abg. Prato betreffend die Creirung eines selbständigen Landtages für Südtirol; Dr. Edelbacher betreffend eine Eisenbahn von Micheldorf nach Wels; Abg. Umlauft wegen Aufhebung der Cautionspflicht für Zeitungen und Bewilligung der Colportage; Dr. Czaykowski betreffend die Erbauung von secundären breitspurigen Eisenbahnen in Galizien; Menger betreffend das Incompatibilitätsgesetz; Teuschl betreffend die Einbringung einer Gesetzesvorlage für die Bestellung von Sensalen; Schönerer betreffend die Aufhebung der Fischereirechte; Abg. Roser betreffend die Vorlage eines Eisenbahnpolizeigesetzes; Dr. Sturm betreffend die Herstellung einer Eisenbahnlinie von der ungarischen an die baierische Grenze durch Mähren und Böhmen; Dr. Meznik betreffend die Besteuerung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften; Dr. Klaic betreffend die Steuer-

und Gebührenbefreiung für neue Handelsschiffe; Dr. Heilsberg die Abrüstungsfrage betreffend; Göllerich in Betreff Regulirung des Hausirhandels; Bareuther die gesetzliche Normirung des Concurrenzwesens hinsichtlich aller aus Staatsmitteln herzustellenden Werke der bildenden Künste. —

Interpellationen wurden 145 eingebracht, davon wurden 93 beantwortet. Bei Stellung der Interpellation des Abg. Weiss v. Starkenfels in Betreff der Entziehung der Realdotation des Bischofs von Linz auf den Gütern Garsten und Gleuk, lehnte der Cultusminister jede Antwort ab. — Unbeantwortet bisher blieben folgende Interpellationen: Dr. Roser wegen Rechnungslegung über den Stadterweiterungsfond; Stendel betreffend die Untersuchung des Zustandes sämmtlicher auf dem öffentlichen Credit basirten Instituten; Freiherr v. Baum betreffend die Abstehung von Rückansprüchen, für an Gemeinden gewährten Vorschüssen; Kochanowski wegen Vorlage einer Eisenbahnlinie von Czernowitz bis Nowosielica; Abg. Pflügel über die Verhältnisse der Rudolfbahn; Abg. Neuwirth wegen Erhebungen der Hindernisse, welche in Russland der Einfuhr österr. Erzeugnisse entgegengesetzt werden; Roser wegen Reform der k. k. Pfandleihanstalten; Monti wegen Einführung der croatisch-serbischen Sprache in den Schulen Dalmatiens; v. Zschok betreffend den Stand der Eisenbahnen in der europäischen Türkei; Sturm über eine Tranversallinie von der ungarischen Grenze über Hradisch—Brünn—Iglau nach Böhmen; Abg. Syz betreffend der Wien-Novi Eisenbahn; Hoffer betreffend die Entlassung eines Lehrers in Galizien; Razlag über die Reclamationen von Militärpflichtigen; Vidulich wegen Einbringung eines Gesetzes zur Regelung des Seewesens; Monti über Unordnung in der Catastralevidenzhaltung in Dalmatien; Schönerer betreffend die Generalinspection der Eisenbahnen; Promber betreffend die Einhebung der Militär-Invalidenversorgung; Keller wegen gewaltsamen Expropriationen in Ragusa; Groholski betreffend die Ausführung der Bahnlinie von Lemberg bis zur Landgrenze bei Natreba; Seidl betreffend die Wahrung der

Concurrenzfähigkeit der österr. Glasindustrie im Orient; Coronini betreffend die Durchführung der Bestimmung des Handels- und Schifffahrtsvertrages mit Italien; Zschok bezüglich einer dem Lande Steiermark zu gewährenden Verkehrs; Begna-Posondaria betreffend die Verbindung der dalmatinischen Eisenbahnen mit dem ungarischen Eisenbahnnetze; Forreger betreffend die Nichtgenehmigung der Statuten der Freimaurerlage; Nabergoy betreffend die Ausschliessung der Landgemeinden von Triest von den zollamtlichen Begünstigungen des Triester Hafens; Razlag betreffend den Einberufungstermin zu den Waffenübungen jener Reservisten die an der Universität studiren; Gierowski betreffend die Einwanderung von grichisch-unirter Geistlicher aus Russisch-Polen nach Galizien; Vidulich betreffend den Schutz der österr. Küstenbewohuer; Fuchs betreffend die Ausscheidung des österr. Theiles Schlesiens aus der Bresslauer Diöcese; Dr. Graf betreffend den langsamen Verkesr auf der Giselabahn; Schönerer betreffend die Herabminderung der Beiträge für die gemeinsamen Angelegenheiten; Heinz betreffend den Bau der Eisenbahn von Troppau zum Vlarapasse; Pawlinowic betreffend das Vorgehen gegen die in Oesterreich befindlichen Flüchtlinge aus Bosnien und der Herzegowina; Neuwirth in Betreff der Handelspolitischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ausland; Zaklinski wegen Errichtung eines grichisch-katholischen Bisthums in Stanislau. Delegationswahlen wurden dreimahl vorgenommen.

Während dieser Sessionsdauer sind gestorben: v. Weichs, Kirchmayer, Mayerhofer, Agopsowicz, Rosenau, v. Grebner, v. Wezyk, Graf Spiegel, Rainer.

Das Mandat niedergelegt haben: Helfersdorfer, Bendella, Apfaltern, Bochenski, Diettrich, v. Geusau, Peter Gross, Löffler, Polanowski, Prato, Zyblikiewicz, Dipauli, Petrino, Giovanelli, Dr. Graf, Rapp, Knobloch, Keller, Lapenna, Kardasch, Gögl, Brandstetter, Torosiewic, Grübler, Bazant, Suida, Porenta, Teuschl, Breuer, Gniewosz, Syz, Haussmann, Chartoryski.

Neugewählt wurden: Klinkosch, Pirquet, Mayer, Alesani, Kusy, Langer, Mendini, Miroszewski, Rydzowski,

Wereszynski, Seutter, Hecke, Spiegel, Menger, Chaykowski, Golejewski, Skrzynski, Horst, Köppl, Plank, Handl, Blaas, Zallinger, Seiffertitz, Graf, Wörz, Skene, Götz, Fluk, Antoinetti, Kardasch, Duchatsch, Moritsch, Panowsky, Budig, Peez, Wittmann, Bodynski, Magg, Mansfeld, Haller, Peter Gross, Styrzza, Konopka

Ausserdem wurden die 33 chechischen Abgeordneten dreimahl gewählt und wegen ihres Nichterscheinens ihres Mandates verlustig erklärt, dasselbe Schicksal erfuhren auch die Abg. Graf Egbert Belcredi und Freiherr von Dipauli. —

272 Abgeordnete hielten zuzammen 3930 Reden und vertheilen sich folgendermassen:

Kronawetter 159, Herbst 104, Wolfrum 87, Lienbacher 84, Fux 92, Russ 74, Steudel 71, Brestl 68, Suess Eduard 66, Heilsberg 63, Sturm 62, Neuwirth 58, Weeber, Tomaszuk, Kreczunowitz 56, Plener 53, Beer 52, Perger 48, Scharschmid, Schönerer je 46, Kopp, Hoffer je 40, Razlag, Teuschl je 39, Kowalski, Ryger, Pflügel je 37, Giskra, Prazak je 36, Menger 35, Vitezich 34, Auspitz 33, Gomperz 32, Promber, Roser, Dumba je 31, Grocholski, Tinti je 30, Hanisch, Steffens je 29, Hönigsmann, Schaffer je 28, Kaiser 27, Walterskirchen 25, Skene, Zschok, Banhans, Demel je 24, Dinstl 23, Kübek Max, Hammer-Purgstall, Dunajewski, Coronini, Wegscheider, Schaup, Ofner, Fuchs je 22, Rodler, Weigl, Vosnjak, Wedl je 21, Göllerich 20, Klier, Held, Dürnberger, Zaillner, Meznik je 19, Bazant, Seidl je 18, Hakelberg, Forregger, Fanderlik, Brandstetter, Wildauer je 17, Gross Franz, Suess Fr., Mieroszewski, Keil je 16, Klaic, Kellersperg, Haase, Granitsch, Weber je 15, Heinrich, Harrant, Deschmann, Czerkawski Euseb., Pfeifer je 14, Syz, Schrems, Schöffel, Dworski, Bareuther, Bärnfeind, Ganahl, Fürth, Kardasch je 13, Doblhoff, Dittes, Hermann, Graf, Fischer, Kabat, Hohenwarth je 12, Guiewosz, Grebner, Woynarowicz, Umlauft, Proskowetz je 11, Kübek Guido, Heinz, Wurm, Stokert, Isbary, Smolka, Wikhof je 10, Pawlikow, Petrino, Seutter, Schwab, Weiss v. Starkenfels, Furtmüller je 9, Mayerhofer, Mises, Neumayer, Dordi, Oelz, Oppenheimer, Bonda, Edelbacher, Kochanowski je 8,

Kuranda, Klinkosch, Hallwich, Dietrich, Attems, Zeilberger, Szwedzicki, Theumer, Skrzynski, Monti je 7, Korb-Weidenheim jun., Handel, Elvert, Eichhof, Czerkawski Jul., Chartoryski, Cienciala, Chelmetzki, Canaval, Weinrich, Tacco, Streeruwitz, Portugal, Nabergoy, Mendelsburg, Keller, Lapenna je 6, Ozarkiewicz, Schrank, Wanka, Wezyk, Apfaltern, Blaas, Gierowski, Hopfen, Hormuzaki, Kallir, Karlon, Kusy je 5, Giovanelli, Cresseri, Winkler, Naumowitz, Oberleuthner, Pauer, Pawlinowic, Pino, Renney, Ruszka, Rydzowski, Stöhr, Zaklinski, Zallinger, Dzwonkowski, Fürst, Klepsch, Kozlowski, Ladenburg je 4, Lyubissa, Jaworski, Hoszard, Gudenus, Egger, Carneri, Bees, Waldert je 4, Spiegel, Schrom, Sandner, Posselt, Pirquet, Neumann, Mildschuh je 3, Meissler, Lumbe, Krasicki, Kevenhüller, Kaminski, Helferstorfer, Grübler, Fluk, Duchatsch, Baum, Wittmann, Weiss Adolf, Thomas, Suppan, Van der Strass, Seidemann, Rise-Stallburg, Rainer, Porenta je 2, und die Abgeordneten Mayer, Marichetti, Laudon, Langer, Korb-Weidenheim sen., Kinsky, Kazala, Janowski, Holzer, Hecke, Haschek, Gross Peter, Ganzwohl, Forster, Daubek, Ciani, Bodynski, Brandis, Begna-Possedaria, Bajamonti, Zyblikiewitz, Weinhandl, Wächter, Venturi, Vidulich, Thurn, Suttner, Spens, Schnürer, Ritter, Rapp, Prato, Pillersdorf, Peez, Moritsch, Magg je 1.

Die Minister: Glasser 57, Pretis, Strehmayer je 52, Lasser 38, Chlumetzky 28, Horst 27, Auersperg 10, Unger und Mansfeld je 5 und Ziemialkowski 1.

Gar nicht gesprochen haben: Alesani, Antonietti, Aresin, Bartoschewski, Bertolini, Blumencron, Brader, Breuer, Chrzanowski, Dormitzer, Dubsky, Dipauli, Francheschi, Friedrich, Götz, Golab, Goldegg, Goljewski, Haydmacha, Halka, Horodyski, Hotschevar, Jasinski, Jessernig, Kalnoky, Kielmansegg, Kotz, Krasicki, Kriynicki, Krzyzanowsky, Latzel, Leinner, Lepkowski, Liebig, Melchiori, Mendini, Nischelwitzer, Petritsch, Petrowich, Petruszewich, Plank, Polesini, Richter, Rubinstein, Salm, Sandeinelli, Sanguszka, Saxinger, Schier, Seyffertitz, Skrebensky, Sternbach, Suida, Tarnowski, Thurnherr, Trossiewiz, Valussi, Wallis, Wereszynski, Wodzicki, Wörz, Zedtwitz.

Nr 241. Kraków, 21 Października — Sobota Rok 1876.

CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 2 miesiące	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ 24	„ 6	„ 5	„ 2·50
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 6	„ 3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy z pieniędzmi i** *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują:

W Krakowie: Administracya „CZASU,“ księgarnia p. S. A. Krzyżanowskiego, handel Dworskiego, tudzież wszystkie urzędy pocztowe. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym) za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: **we Lwowie** W. Piatkowski ul. Hetmańska 10; **w Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); **w Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

Kraków 20 października.

Ruch wyborczy w kraju naszym wstępuje już w ostatni okres. Komitet centralny na zachodnią część Galicyi, porozumiawszy się z komitetami okręgowemi, ogłasza imiona kandydatów, których zaleca w wyborach włościańskich. Lista ta nie jest tylko doradczą, ale powinna być obowiązującą dla tych, którzy w imieniu interesu narodowego pośrednio lub bezpośrednio na wybory włościańskie wpływ wywierać mogą.

Po raz pierwszy użyliśmy tych wyrazów, które ciągle powtarzają i nadużywają na zgromadzeniach przedwyborczych: w imieniu interesu narodowego. Zdaniem naszem bowiem obowiązki i zadania wobec całego narodu nie tyle tkwią w programie politycznym, który musi być prowincyonalnym, lubo winien być polskim i dozwala ścierania się stronnictw i zasad choćby najprzeciwniejszych. Nie mamy kryterium do oznaczenia, jaki kierunek polityczny jest bardziej lub mniej narodowy, a każde stronnictwo, które sobie przyznaje wyłączność pod tym względem popełnia samozwaństwo. Jedynie wobec wyborów włościańskich mamy tę pewność absolutną, że każdy mandat wyrwany ciemnocie, uprzedzeniom lub złowrogim wpływom, jest zdobyczą narodową. Tutaj też jedynie bezwarunkowa jedność i solidarność stanowi obowiązek patryotyczny, a znów warunkiem tej jedności jest karność wobec komitetów.

Może się zdarzyć, że w jakim okręgu włościańskim odpowiedniejsza znajdzie się kandydatura, mająca więcej widoków. Skoro jednak zapadnie zgoda między komitetem okręgowym a centralnym, zwolennicy odrębnej kandydatury winni usunąć się, jeśli nie chcą być policzeni do zastępu nieprzyjaźnych żywiołowi narodowemu agitatorów. Wszelkie pokątne zabiegi i werbunek głosów na własną rękę przeciw kandydatowi przez komitet wskazanemu, nie powiemy, że byłyby odstępstwem i zdradą, ale byłyby objawem warcholstwa, wznowieniem powiatowych konfederacyj i zaściankowego *liberum veto*.

Świetny pod względem karności narodowej dają nam przykład Wielkopolanie, którzy niemal równocześnie z Galicyą powołani są do walki wyborczej o wiele trudniejszej i bardziej niebezpiecznej ze względu na ich stosunki. Duch stronnictw więcej tam niż u nas rozwinięty, bo o wyższe sprawy i zasady przychodzi tam walczyć w parlamencie i w społeczności. Ten duch stronnictw, ta sprzeczność zasad objawiała się zrazu na pierwszych zgromadzeniach przedwyborczych i ludowych wiecach, a mimo gwałtowności wybuchu swego nieprzyniosła uszczerbku solidarności narodowej. Stronnictwo ultramontańskiem zwane, dla tego, że jednoczy sprawę narodową ze sprawą kościoła, odniosło w tych sporach stanowcze zwycięztwo tak w wiejskich okręgach, jak na zebraniach w Poznaniu, nad stronnictwem szukającem waśni w imię wrzekomego liberalizmu. Mimo tego zwycięztwa, dowodzącego przewagi żywiołu katolickiego w społeczności, stronnictwo to najpierw przyjęło i poparło kandydatów przeciwnego obozu. Nie było to brakiem konsekwencyi, ale właśnie stwierdzeniem wierności zasad i karności wobec sprawy narodowej.

Za tym przykładem i nam iść należy, zatwierdzać zasady, ale zachować karność tam, gdzie o sprawę wspólną chodzi.

Nie wystarcza wszelako ten negatywny patryotyzm, aby się nie wyłamywać z pod uchwał zapadłych w komitetach, aby zachować jedność narodową. Potrzeba nadto dodatniego działania, rozwinięcia wszelkich środków i całej energii, aby zapewnić zwycięztwo w okręgach włościańskich kandydatom wskazanym przez komitet. Nie unosząc się optymizmem co do stosunków włościańskich w zachodniej części Galicyi, twierdzić można, że każda przegrana, jakąbyśmy mogli tutaj ponieść, zaciąży winą na wyższych, oświeceńszych warstwach. Nie ma bowiem okręgu, w którymby się nie dało przeprowadzić kandydata komitetowego, gdyby wszystkie żywioły wykształceńsze trzymały się wspólnie i działały zgodnie. Chłop tam tylko da się sprowadzić na błędne drogi, gdzie inteligencya przedstawia widok rozdwojenia, gdzie krzyżują się wpływy, agitacya prowadzona jakby dla oka, gdzie przykład z góry demoralizujący. Dla tego właśnie wybory włościańskie stanowią próbierz stanu społecznego. Ich rezultat okaże, czy od ostatnich wyborów uczyniliśmy postępy, albo czy upadamy, a to nie tylko w kwestyi wyborczej, ale w ogóle pod względem społecznym.

Kilka dni już tylko oddziela nas od wyborów włościańskich, lecz ostatnia właśnie chwila bywa zawsze w walkach wyborczych stanowczą. Czas więc jeszcze działać i czas poświęcić osobiste ambicye lub koteryjne waśnie dla sprawy, powtarzamy, narodowej.

KORESPONDENCYA „CZASU“.

Lwów 19 października.

Polemika dziennikarzy niezbyt zabawną bywa w szpaltach dzienników, polemika zaś taka z mownicy jest nietylko nadzwyczaj nudną — zwłaszcza, gdy mowcom zbywa na talencie krasomówczym, ale mowy muszą przybierać cechę swarów i dysputy kawiarnianej, jeśli nie kłótni. Tylko gawiedź może w niej znajdować zabawkę, ale odstraszyć ona musi ludzi poważnych i budzić niesmak. Onegdaj p. Dobrzański mówił dwie godziny, po nim p. Rewakowicz przeszło półtrzeciej, a wczoraj p. Dobrzański odpowiadał mu od 6ej do wpół do dziesiątej — półczwartej godziny! Gdyby tak dalej szło, cóżby się stało z wyborcami? Dziwić się tylko wypada, że obaj mowcy mając do rozporządzenia dzienniki własne, nie użyli ich do swej polemiki, lecz wystawiali publiczność na próbę cierpliwości.

P. Dobrzański szczegółowo wczoraj komentował przemówienie p. Rewakowicza. Odczytał telegram *N. fr. Presse* o tej mowie i dodał, że dziennik ten centralistyczny pojmuje mowę tę tak, jak była pomyślaną. Przystępuje następnie do charakterystyki stronnictwa t. zw. mameluckiego. Teraz nie mamy stronnictw liberalnych (p. Jolles oho!) Nie ma, nie ma! i w Wiedniu nie ma. To wszystko tylko stronnictwa centralistyczne, a takiem jest stronnictwo *Dziennika Polskiego*, czyli mameluckie. Dopomina się p. Rewakowicz, abyśmy popierali ministra Ziemiałkowskiego. Ta, co będziemy popierać go, jeśli on z centralistami trzyma! P. Ziemiałkowski powinien sobie życzyć, abyśmy go nie popierali i w opozycyi byli przeciw niemu, bo wtedy mógłby swoim kolegom powiedzieć: oto patrzcie, kraj domaga się tego lub owego. Jeśli zaś tylko jego popieramy, to nie ma się na nikogo powołać, bo wtedy oczywiście całe ministerstwo popieramy. Tendencyą *Dziennika Polskiego* jest uczynić wszelką opozycyę przeciw rządowi niemożliwą. Dla tego p. Rewakowicz potępił wszystko co nasze; wszystko pochwalił, co czyni rząd; my tylko powinniśmy głowami kiwać! Na zarzut, dla czego nie mamy dobrych posłów, mowca wykazuje, że nie było u nas szkoły parlamentarnej przez tyle lat, nie było sposobności wykształcenia sobie posłów. Zwraca się następnie do ordynacyi wyborczej: przypisuje rządowi, że jest wadliwą. Nie sejm, lecz system centralistyczny winien, że wnioski niezałatwione spadają z porządku dziennego; broni p. Krzeczunowicza od zarzutu, jakoby był przyczyną zwlekania prac sejmowych, on, który nie je, nie śpi, a tylko marzy o ustawach i kodyfikacyach! *Dziennik Polski* chce wmówić w nas, żeśmy sami winni sobie naszej nędzy w kraju. Lecz to nieprawda, bo w innych krajach także panuje pijaństwo, także lichwa. Mowca czyta artykuł z *Gwiazdki Cieszyńskiej*, który skarży się na lichwę na Morawie i Szlązku; temu winni ci, co lichwę biorą, i ci, co ją sankcyonują. Mowca twierdzi, że nie występuje przeciw żydom ani z powodu wyznania, ani przeciw nim jako obywatelom, tylko podnosi fakt, że gdzie więcej żydów, tam więcej lichwy. Przeciw temu trzeba walczyć. (Tu przerwał mowcy p. Śliwiński redaktor *Głosu wolnego*: Czy wspominał p. Rewakowicz o banku rustykalnym? gwar i śmiech — wołania: nie ma głosu!) P. Rewakowicz narzeka, że posłowie nie znoszą się z wyborcami. A dla czegoż p. Ziemiałkowski nie przyjechał na wezwanie wyborców? Organiczna praca w rozumieniu *Dziennika Polskiego* znaczy: nie rób opozycyi rządowi....

Tak prawił mowca, a wyznaję, że nie jestem w stanie oddać przemówienia tego, pełnego skoków i wykrzykników, w którem najdziwniejsze zdania z trafnemi niekiedy uwagami łączyły się w chaotyczną bez systemu całość a raczej długość, tak iż nawet tak cierpliwy przewodniczący, jak p. Bałutowski raz przerwał prośbą, aby mówca trochę skrócił mowę, na co tenże szorstko powołał się na wolność głosu.

Gdy wreszcie o późnej już porze p. Dobrzański skończył, ulegając zapewne fizycznemu zmęczeniu, zabrał głos ks. Stojałowski i zadawał sobie pracę zbijania argumentów p. Rewakowicza o ultramontanach. Wyłożył swe zapatrywania na sprawę programów, które dzielił na program narodowy i prowincyonalny. Narodowym programem jest odrodzenie ojczyzny, Polska przed rokiem 1772; program prowincyonalny powinien zawierać określenie stosunku do Austryi, sprawy administracyjne i sprawy domowe. Do tych ostatnich zalicza kwestyę ruską.

W końcu po zrzeczeniu się głosu przez p. Romanowicza zabrał znowu głos p. Rewakowicz, i sypnął znowu kilkadziesiąt frazesów o ultramontanach, Jezuitach itp. Zwracając się do ks. Stojałowskiego: Co ten człowiek w kapocie tu chce! On jest księdzem, niech pilnuje swego, niech „gda“ w klasztorze— dalej w tym tonie. P. Julianowi Czerkawskiemu zaś odpowiedział, że chcąc dowiedzieć się prawdy, czy rzeczywiście p. Ziemiałkowski wpływał, aby sprawy gimnazyum czwartego nie dotykano w Radzie państwa, telegrafował do niego, i otrzymał odpowiedź, którą odczytał, a w której minister twierdzi, iż w tej sprawie z delegacyą żadną nie miał styczności.

O późnej godzinie rozeszli się wyborcy zebrani, a dawno już zgromadzenia wyborcze nie pozostawiły takiego niesmaku, jak w tym roku, którego przyczyną są, nasi dziennikarze.

Lwów [illegible] października.

○ Wczoraj wreszcie dobiegliśmy końca ze zgromadzeniami, po których nie pozostał żadnego rezultatu. P. Dobrzański w trzygodzinnej mowie odpowiadał p. Rewakowiczowi. Miał on łatwe zadanie prostowania fałszów i napaści przez poprzedniego mówcę rzuconych. Mówił wprawdzie nudnie, ale ponieważ zna i pamięta przebieg wypadków ostatnich lat 30, przeto nie było mu trudno wyświecić niedorzeczności w mowie p. Rewakowicza podniesione. Ile razy jednak mówił o p. Ziemiałkowskim, tyle razy należało zawsze pamiętać, że przesłi i przyjmować bardzo ostrożnie jego wywody, często naciągane.

Po nim wystąpił X. Stojałowski w obronie ultramontanów, a przyjęcie, jakiego doznał, świadczyło, że mówił dobrze. Istotnie przemawiał on z głębokiego przekonania i z widoczną dobrą wiarą; niepotrzebnie tylko mówił w imieniu stronnictwa, gdyż wiele z jego wniosków nie może liczyć na ogólne poparcie i z pewnością są przekonaniem osobistem mówcy, a nie wyrazem opinii całego stronnictwa.

Krótka odpowiedź Rewakowicza zakończyła wreszcie tę długą, bezpłodną i bezowocną walkę. Głęboko zapewne szanując wolność słowa żądby był p. Rewakowicz nie dopuścić do głosu księdza, bo wołał: nie tu twoje miejsce, tu nie powinieneś mieć głosu! Widać było, że uznanie dla X. Stojałowskiego nie dawało mu spokoju; co do mnie, wyniosłem z tych zgromadzeń przekonanie, żebyśmy byli dużo zyskali stosując taką abstencyę do dziennikarzy i na drugi raz sądzę, że zapaść powinna uchwała, aby dziennikarzom zabronić mówić publicznie.

Żart na stronę, ale jaka korzyść z tej całej dyskusyi? Może zadowolniła ona próżność osobistą dwóch mówców, wątpię, aby im jako dziennikarzom przysporzyła prenumeratorów; ale sprawie publicznej jeśli nie zaszkodziła, to z pewnością niedopomogła. Rzecz chodziła o wybory krajowe; tymczasem spierano się o przeszłość, o to kto winien, że Galicya nic nie uzyskała. P. Dobrzański winił p. Ziemiałkowskiego, p. Rewakowicz dowodził przeciwnie, a zwalał całą winę na wszystkich innych, głównie zaś na Jezuitów, których wyszukał wszędzie, nawet w obozie Skrzyneckiego pod Warszawą. Zdaniem p. Rewakowicza, my sami winniśmy, winno nasze niedołęstwo, winien p. X., p. Y. i t. d., winien sejm cały, winna szlachta, tylko nie winien p. Ziemiałkowski. Słowem, dyskusyi tej zadaniem było podkopać wszelkie powagi i zachwiać wiarę we wszystko. Jużci nie wzmocniła ona stanowiska p. Ziemiałkowskiego, ale zarazem osłabiła powagę sejmu; a natomiast nie postawiła nic dodatniego. Jeden zawołał: nie trzeba programu, dość być narodowcem; drugi odparł; trzeba programu, a naszym programem praca. Bardzo to ładnie, ale jeżeli można być wrogiem kraju, to jeszcze da się obmyśleć program narodowy, gdy jednak programu nie można oprzeć na próżniactwie, nie oprze go nikt także na pracy. Oba hasła nic nie mówią, bo są tak rozciągłe, że włoczyć w nie można, co tylko kto zechce.

Wszystkie te mowy, bez względu na ich wartość, nie stały w żadnym stosunku do kwestyi wyborczej, bo żaden z działających nie był kandydatem, a stanęli na przeszkodzie porozumieniu się wyborców. Przyczynił się do tego niemało sposób prowadzenia akcyi wyborczej.

Komitet wezwał 17-tu kandydatów, z których coś 12-tu stawało przed wyborcami. Liczba wezwanych była zbyt wielka, zwłaszcza, że dopuszczano takich, którzy nie mogli mieć żadnej nadziei zostania wybranymi, i którymby przez myśl nie przeszło ubiegać się o mandat z miasta Lwowa, a nawet o mandat poselski w ogóle. Trudno zaś żądać od człowieka wezwanego do stawienia swej kandydatury, aby się nie łudził prawdopodobieństwem pozyskania zaufania współobywateli.

Następnie komitet dopuścił dyskusyę zupełnie odchodzącą od przedmiotu, a nie starał się dowiedzieć, czy wyborcy nie chcą pewnych wyjaśnień ze strony kandydatów, czy nie myślą o innych kandydatach, niż ci, których im stawiają. Są to kwestye, któreby mogły dać wyborcom punkt wyjścia do porozumienia się ze sobą. Teraz więc wszystko pozostawione nie dyskusyi otwartej, ale pokątnym agitacyom.

Wybór kandydatów przez komitet zawezwanych przesądził o samych wyborach: teraz jesteśmy po części w przymusowem położeniu wybierania z pomiędzy tych, którzy przyszli na myśl komitetowi. Ostatecznych czterech kandydatów znów komitet wybierze i za niemi rozpocznie agitować po przedmieściach; tak, iż w komitecie przeważna spoczywa rękojmia akcyi wyborczej. Jak wiadomo, ściślejszy komitet 30-tu stawia większością głosów na kandydatów: pp. Małeckiego, Smolkę, Blumenfelda i Jasińskiego. Utrzymują, że w komplecie wyjdzie Euzebiusz Czerkawski. Agitacya zawsze będzie i przeciw komitetowi, ale prawdopodobnie z urny wyjśćby powinni: Małecki, Smolka, Czerkawski i zapewne Jasiński burmistrz miasta, bo te nazwiska dziś najczęściej dają się słyszeć.

Wiedeń 19 października.

(*169te posiedzenie Izby deputowanych*).

Prezes Rechbauer zagaja posiedzenie o godzinie 11¼. Ławy poselskie świecą gęsto pustkami; z deputowanych Polaków są obecni: X. Chełmecki, Chrzanowski, Cieńciała, Czajkowski, Czerkawski Euzebiusz, Czerkawski Julian, Dunajewski, Dzwonkowski, Grocholski, Hoszard, Jasiński Kabat, Krasicki, Łepkowski, Rydzowski, Smarzewski, Smolka, Weigel, Wereszczyński, Wodzicki i nie należący do koła polskiego Mieroszowski; być może, iż dwu jeszcze lub trzech przepomniałem tutaj. Ławy ministeryalne raz próżne niemal, to znów wszystkie zajęte; minister Ziemiałkowski sam jeden obecny od początku aż do końca. Publiczności niezbyt wiele.

Prezes poświęca wspomnienie pośmiertne poecie Anastazemu Grünowi (ks. Ant. Auerspergowi), wysławiając z namaszczeniem pamięć jego, jako szermierza wolności (centralistowskiej), postępu (pseudoliberalnego), oświaty (tchnącej mocno tendencyą antikościelną) i jako człowieka serca najszlachetniejszego. (*Brawo! z lewicy*). Poczem odczytuje spis dawnych deputowanych, którzy poskładali mandaty, tudzież spis nowo wybranych. Zmiany w gronie deputowanych Polaków są następujące: w miejsce p. Breuera (z lwowskiej Izby handlowo-przemysłowej) wstąpił p. Bodyński, w miejsce pp. Torosiewicza i Wężyka (z większej posiadłości ziemskiej) wstąpili pp. Gross i Haller. w miejsce p. Gniewosza (z gmin wiejskich w Sanockiem) nowy wybór jeszcze nie dokonany.

Po złożeniu przyrzeczenia poselskiego przez czterech nowych deputowanych, Izba udziela urlopów kilku deputowanym.

Jeden z wiedeńskich sądów okręgowych prosi o pozwolenie na wytoczenie śledztwa deputowanemu Dr Schrankowi za wykroczenie przeciw ustawie z okoliczności zwołania zebrania demokratycznego. Wniosek ten przekazano komisyi zajmującej się sprawami dotyczącemi nietykalności deputowanych.

Po odczytaniu przez prezesa spisu ustaw przyjętych przez Izbę wyższą i sankcyonowanych przez Monarchę, tudzież po odczytaniu kilku petycyj, przystąpiono do porządku dziennego.

Nasamprzód idzie sprawozdanie komisyi budżetowej o rządowym projekcie ustawy mającej zmienić niektóre przepisy ustawy z dnia 30 kwietnia r. 1870 o organizacyi publicznej służby sanitarnej. W imieniu komisyi p. Giskra zaleca przyjęcie projektu ustawy wypracowanego przez komisyę, przeciw któremu to projektowi żarliwie przemawia Dr Roser, lekarz. Mówca nie *pro domo sua*, lecz w interesie publicznym sprzeciwia się zaliczeniu lekarzy okręgowych I klasy do 9ej rangi urzędników, lekarzy okręgowych II klasy do rangi 10ej, a weterynarzy okręgowych do rangi 11ej, jak chce projekt komisyi budżetowej. O weterynarzach mówca nic nie wspomina, ale co do lekarzy, podnosi krzywdę, jaką im projekt chce wyrządzić za ich poświęcenie z narażeniem życia, za ich trudy i długie i kosztowne studya. Skutek takiej ustawy byłby zrażający młodych lekarzy od poświęcania się służbie publicznej, a młodzież od poświęcenia się studyom lekarskim. Mówca każe pamiętać, że obecnie właśnie zdaje się zbliżać chwila, w której lekarze w służbie publicznej będą bardzo pożądani. Gdyby projekt został uchwalony, żaden lekarz, stojący na wyżynach nauki, nie będzie się ubiegał o służbę publiczną, aby nie zrównać się z feldweblem lub podoficerem. Mówca stawia wniosek o przejście do porządku dziennego.

W bardzo rozwlekłej dyskusyi, która ztąd się wywiązała, a w której głównie z prowincyi lekarze brali udział, uderzało to, że lekarze zgodnie przeciw projektowi przemawiali, prawnicy zaś za projektem. W jego obronie też minister Lasser skruszył kopię. Dr Fuchs, lekarz z Szlązka słusznie zauważył, iż gdy ktoś oponentom zarzucił, że i prawnicy zaczynają karyerę od 10ej rangi urzędniczej, zarzut byłby niesłuszny, bo prawnik ma przed sobą awans daleki, podczas gdy lekarz zostawszy lekarzem okręgowym może sobie powiedzieć, że skończyła się już jego karyera.

Za wnioskiem Rosera o przejście do porządku dziennego podnosi się kilkunastu tylko posłów z skrajnej lewicy i kilku z skrajnej prawicy.

W dyskusyi szczegółowej przyjęto ustawę wedle projektu komisyi budżetowej bez rozpraw.

Deputowani Polacy głosowali za ustawą z tego względu, że podczas gdy obecnie jeden jest lekarz okręgowy na dwa powiaty, wedle nowej ustawy każdy powiat będzie miał swojego lekarza, tak że Galicya będzie ich miała 74.

Poczem wśród głębokiej ciszy minister skarbu de Pretis, składając na stole Izby projekt budżetu na rok 1877, zabiera głos do bardzo obszernej mowy objaśniającej. Wydatki są preliminowane w wysokości 404.563,000 złr. mniej więcej o 4 miliony wyżej ponad wydatki r. 1876, czego, jak mówi minister, mimo najszczerszej chęci rządu uniknąć nie było można. Minister zapowiada sześć nowych projektów podatkowych, zmieniających nieco dotychczasowe normy niektórych poborów i tłómaczy je jako przynoszące ulgę pewnym kategoryom opodatkowanych. Mimo takiego tłómaczenia, gdy minister, wyliczając projekta, użył przy ostatniem wyrażeniu: *der Schlusstein*, ktoś z loży odezwał się: *der Grabstein*.

Odczytano nakoniec interpelacyę w sprawie wschodniej, podaną przez deputowanego Fanderlika i

---

Część literacko-artystyczna.

Z KRAKOWA.

Dostojnego gościa miała Galicya i Kraków, którego bytność godzi się zapisać, bo pełnych sympatyi doznawał wrażeń i życzliwe może nawet zbyt pochlebne uniósł z sobą o naszym kraju wspomnienia. Ten kraj, który turyście wiedeńskiemu, feiletoniście żydowskich dzienników wydał się być na wpółazyatyckim, nieprzedstawia się tak dziko w oczach księcia królewskiego domu przybywającego z najwykwintniejszej stolicy świata. Nieczuł on się tu w Azyi, jak p. Emil Francos nazywający Galicyę „Halb-Asien,“ bo patrzał z wyżyny, na jaką wznieść się niemcże semicki estetyk, dla którego tam się Azya zaczyna, gdzie nie ma kawiarni na kształt wiedeńskich, gdzie nie ma giełdy i gdzie pomników sztuki trzeba gdzieś szukać po starych kościołach. Bądź co bądź zaszczytniejszem dla naszego kraju świadectwem spostrzeżenia i wrażenia reprezentanta Francyi z krwi królewskiej, niżli obelgi wiedeńskiego dziennikarza.

Ludwik Karol Filip Orleański książę Nemours drugi syn króla Ludwika Filipa wraz z córką księżniczką Bianką przepędził kilka tygodni u zięcia swego księcia Władysława i starszej swej córki księżny Małgorzaty Czartoryskich w Sieniawie. Sieniawa nienależy do okazałych rezydencyj pańskich w naszym kraju. Jest to raczej dworzec szlachecki, w którym nagromadzono resztki cennych zbiorów, ksiąg i pamiątek uratowanych z Puław przed ich rabunkiem. Biblioteka też zapełniła tam pałac, a właścicielom zostały tylko przyboczne oficyny, jakby na znak, że pojmują oni swoje stanowisko jako strażników pamiątek i zbiorów narodowych. Stare tylko drzewa odwiecznego parku majestatycznie witały dostojnego gościa, który zespoliwszy się rodzinnemi związkami z rodem polskim, przybywał poznać dwór i wieś polską w jej właściwym a odrębnym charakterze. Życie wiejskie w Polsce ma swoje wyłączne powaby. Bądź co bądź nie ma tu tego przedziału między dworem a osadą włościan, jak tam, gdzie tylko zamek i park pozostał w rękach panów, a gospodarstwo w rękach fermierów. Tam między arystokracyą a ludem niedochował się nawet ten stosunek wspólnej pracy na roli, który mimo tylu wpływów podniecających antagonizm, niedopuszcza u nas jeszcze zatarcia się reszty dawnego patriarchalizmu i niedozwala, aby te uprzedzenia ludu przerodziły się w walkę socyalistyczną, bo szlachcic nie jest tylko konsumentem jak na zachodzie, ale wspólnie z chłopem producentem, nie jest tylko właścicielem ciągnącym dochody, ale naczelnikiem tej fabryki, której warsztatem ziemia i przyroda.

Lubo nieznający naszego języka za pośrednictwem swych córek, co już w Sieniawie w czasie pobytu kilkumiesięcznego umiały się zbliżyć do włościan, ks. Nemours pilnie obserwował chłopa ruskiego, porównywał go następnie z ludem w okolicach Krakowa. Zajmowała go malowniczość postawy i stroju, ale bardziej jeszcze ta śmiałość i niezależność połączona z uszanowaniem, jaką dostrzegał w obejściu się włościan, w ukłonie chłopa polskiego. Mówił on, że w tym ukłonie kornym jest jeszcze cecha patryarchalnego stosunku bez żadnego śladu serwilizmu.

Ze wsi polskiej, która się przedstawiała w ponętnych barwach wyjątkowo pięknej jesieni, jakby się stroiła na przyjęcie tych gości w różnowzory koloryt żółkniejących drzew i gajów — przybył ks. Nemours do tej okazałej willi na Woli Justowskiej, co się stała ogniskiem życia artystycznego. Rodzina książąt orleańskich odznacza się znawstwem i zamiłowaniem sztuki, a nawet właściwe jej są zdolności artystyczne w różnych kierunkach. Kompetentnym przeto sądem mógł ks. Nemours oceniać pamiątki i zabytki sztuki w kościołach krakowskich, które zwiedzał skrzętnie. Żaden rzec można szczegół nie uszedł jego uwagi. Od kościoła Panny Maryi aż do kościołów Bożego Ciała i św. Katarzyny na Kazimierzu zwiedził wszystko i odkrywał piękności nie tylko wzrokiem artystycznym, ale głębszem uczuciem religijnem. Jeszcze ś. p. hr. Montalembert w czasie swego pobytu w Krakowie zauważył, że aby ocenić odrębny charakter świątyń krakowskich trzeba na nie patrzyć ze stanowiska wiary. Pomięszanie stylów, nie jeden barbaryzm nierazi tutaj, bo jak mówił, są to ślady, które po sobie zostawiały wszystkie pokolenia, każde coś od siebie dodając na znak, że gorliwość religijna nie doznawała przerwy. Gorliwość ta wprawdzie poprawiając i dodając coś ustawicznie w naszych kościołach, nie jedno popsuła — to się nie da zaprzeczyć. Lecz za to restauracye podjęte w ostatnich czasach wypadły o wiele szczęśliwiej. To też ks. Nemours zauważył, że jedynem zadaniem restauracyi jest to, aby nic nie zepsuła... Być może ktoś wtrącił, że w architekturze to wystarcza, ale w polityce restauracya żeby się powiodła potrzeba, aby nie jedno poprawiła i upiękniła, co się zeszpeciło i zniszczało w czasie przewrotów.

Wśród tej peregrynacyi z Biblioteki Jagiellońskiej do Akademii, z pracowni pana Matejki na wystawę sztuk pięknych, z kościoła do kościoła — Wawel główne zajmował miejsce. Obok ponęt artystycznych i uczuć religijnych wrażenia historyczne i monarchiczne odgrywać tu musiały ważną rolę. Potomek królów francuskich, dziwnie z postawy i oblicza przypominający portrety Henryka IV, składał tu hołd przy grobach Królów polskich. Jest pewna analogja między losem zdetronizowanego domu królewskiego, a położeniem narodu pozbawionego swych władców. Tu i tam w grobach tylko monarchiczny majestat — a dwa narody będące jakby w długiem bezkrólewiu, zrozumieć się dziś lepiej mogą, kiedy już nie zachodzi między niemi tylko stosunek sympatyi i protekcyi, ale pokrewieństwo niedoli, klęsk i zawodów. Francya w jednej swej części doznała tej amputacyi ciała narodowego, to też łatwiej pojąć może męczarnie rozćwiertowanej ojczyzny. Do dawnych przeto związków między Francyą a Polską, niekiedy zwodniczych w polityce, lecz szczerych w uczuciu przybył nowy związek dwóch wielkich przegranych, który nie podnieca do nadziei, ale do wzajemnego współczucia i lepszego zrozumienia się. Wszystko to przesunąć się musiało przez serce przepełnione patriotyzmem, czcią historycznych tradycyj i boleścią ciężkich prób obecnych, kiedy ten pierwszy pono od czasów Walezjusza potomek domu Burbonów stanął w świątyni przechowującej trumny Jagiellonów i ich następców.

Któż lepiej nad tego członka zdetronizowanego dynastyi wobec upadku własnej ojczyzny odczuć i zrozumiećby potrafił tę zwrotkę krakowskiego pieśniarza z Wawelu:

> Tutaj śpią Króle — mocarze —
> Poigrał czas z ich potęgą
> W proch chrobre rozsypał twarze,
> I pleśni opasał wstęgą,
> A w ich zbutwiałej prawicy
> Rdzewieje klinga szablicy...

Lecz z Wawelu ten sam poeta wskazuje „Kościuszki grobowiec“ — i śpiewa dalej.

towarzyszy, tj. deputowanych Morawian. Interpelanci mniemają, że dotychczasowe zachowanie się rządu względem sprawy wschodniej nie odpowiadało posłannictwu Austryi na Wschodzie; a ze względu na to, że *status quo* utrzymać się tam nie da, zapytują: jakie będzie dalsze zachowanie się rządu.

Koniec posiedzenia o godz. 2¾.

Następne posiedzenie w sobotę.

Znany wniosek Haasego był umieszczony na dzisiejszym porządku dziennym jako punkt 4ty, ale w ogóle jeden tylko punkt dzisiejszego porządku dziennego załatwiono.

(48me posiedzenie Izby wyższej).

Prezes książę Carlos Auersperg zagaja posiedzenie o godz. 11¾. — Udział członków znaczny. Na ławie ministeryalnej Auersperg, Unger i Stremayr (który później przybyli do Izby deputowanych).

Prezes poświęca wspomnienie zmarłym w czasie wakacyj parlamentarnych członkom Izby: arcybiskupowi Tarnoczemu, księciu Windischgrätzowi, hr. Consolatemu, jenerałowi Johnowi, Palackiemu, hr. Coroniniemu, ministrowi Holzgethanowi, jenerałowi Rammingowi, bar. Apfaltrernowi i hr. Ant. Auerspergowi, któremu jednemu tylko mowa obszerniejszą poświęca wzmiankę. — Izba przez powstanie uczciła pamięć zmarłych.

Nowi parowie: arcybiskup Kutschker, opat Carl, bar. Apfaltrern, bar. Hofmann (minister), jenerał Koller, bar. Mamula, bar. Moser, p. Napadiewicz, p. Stählin, hr. Eman. Thun, p. Vesque Püttlingen i bar. Wehli składają przyrzeczenie.

Pp. Napadiewicz i Apfaltrern wskutek zamianowania ich parami ustępują z posad swych przy Trybunale państwa.

Projekt ustawy dotyczący fideikomisu Dürkheimów przekazano istniejącej już komisyi fideikomissowej. — Poczem nastąpiły wybory uzupełniające do kilku komisyj.

Wiedeń 19 października.

△ Obie Izby Rady państwa rozpoczęły w dniu dzisiejszym posiedzenie odroczone w d. 4 marca r. b. Ale tak deputowanych jak i członków Izby panów daleko silniej, nawet podczas posiedzenia, zajmowała rozmowa o naprężonych w Europie stosunkach z powodu położenia sprawy wschodniej grożącej wielką wojną, o obawach, aby Austrya nie była wciągniętą do wspólnej interwencyi, aniżeli przedmioty będące na porządku dziennym posiedzenia. Dopiero na toczące się w Izbie sprawy zwróciła się uwaga deputowanych, gdy minister skarbu złożył na stół Izby rządowy projekt budżetu dochodów i wydatków na r. 1877, a w mowie swojej streszczając ten projekt i motywując główne jego pozycye, starał się przedstawić finansowe położenie austryackiej połowy państwa.

Nie będę tu opowiadał toku rozpraw nad pierwszym przedmiotem będącym na porządku dzisiejszego posiedzenia, t. j. nad projektem ustawy organizującej służbę zdrowia w Austryi, gdyż zapewne skreśli je inny sprawozdawca. Powiem tylko, że deputowani polscy głosowali za tym projektem, gdyż widzieli w nim polepszenie teraźniejszego stanu służby zdrowia w Galicyi, a nawet polepszenie dotychczasowej ustawy, niezaprowadzonej jeszcze w Galicyi; gdyż projekt ustanawia w każdym powiecie jednego lekarza rządowego, gdy dotychczasowa ustawa naznaczała jednego lekarza rządowego na dwa powiaty, co uznano niedostatecznem.

Dalszy przedmiot na porządku dzisiejszego posiedzenia zamieszczony, to jest wniosek wydziału budżetowego, polecający ministerstwu oświecenia przejrzenie książek przeznaczonych dla szkół we wszystkich prowincyach austryackich, nie przyszedł dzisiaj pod obrady. Nie przyjdzie on całkiem teraz pod obrady, albowiem wydział uchwalił upoważnić swego sprawozdawcę, aby w jego imieniu wniósł odroczenie tego przedmiotu. Jakkolwiek bowiem wydział w swym wniosku znacznie zmienił wniosek pierwotny p. Haasego, gdyż polecał ministerstwu oświecenia przejrzenie książek szkolnych nie w samej tylko Galicyi, ale we wszystkich prowincyach, jednak czuli dobrze deputowani niemieccy, że we wniosku tym, choć zmodyfikowanym, wyrażona jest pośrednio nieufność do rady szkolnej galicyjskiej. Otóż ujrzeli, że nie jest teraz na czasie wywoływać spory z deputowanymi polskimi wobec groźnego położenia sprawy wschodniej i wobec niedalekich rozpraw w Izbie nad projektem ugody z Węgrami w sprawie bankowej, celnej i finansowej.

Lewica niemiecka zamierzyła wnieść interpelacyę do całego ministeryum żądając wyjaśnień i oświadczeń co do teraźniejszego i przyszłego postępowania rządu austryacko-węgierskiej monarchii w sprawie wschodniej. Lecz zanim klub lewicy interpelacyę tę ułożył, interpelowali dzisiaj deputowani morawscy, część kraińskich i dwóch z Dalmacyi, prezesa ministrów austryackich w tej sprawie. Treść tej interpelacyi jest mniej więcej następująca: Od roku przeszło toczy się walka w sąsiedniem państwie wywołana uciskiem tureckim. Walka ta zaniepokoiła całą monarchię a szczególniej słowiańskie w niej ludy. Dotychczasowe usiłowania mocarstw a w szczególności rządu austryackiej monarchii, aby spokój na półwyspie trackim przywrócić i powody niepokojów usunąć, — nie przyniosły pożądanego skutku. Przeciwnie wiadomości o gwałtach i barbarzyństwach popełnianych przez Turków w Bułgaryi, wywołały oburzenie powszechne a szczególniej przykro dotknęły ludy słowiańskie w Austryi. O postępowaniu rządu austryackiego w całej tej sprawie nic nie wiadomo urzędowo. Otóż podpisani żądają, aby prezes ministrów zechciał porozumieć się z ministeryum wspólnem i odpowiedział na zapytanie: jakie środki przedsięwziął, aby na półwyspie bałkańskim zaprowadzić stan odpowiedni interesom Austryi, życzeniom ludności jej słowiańskiej i potrzebom chrześciańskiej ludności miejscowej.

Zapewne na posiedzeniu w sobotę 21 t. m. wniesie lewica niemiecka swoją interpelacyę w tej samej sprawie ale w innym kierunku idącą. Interpelanci mniemają, że interpelacyami temi a następnie rozprawami nad odpowiedzią ministerstwa wywrą wpływ na rząd wspólny co do obrania kierunku dalszego postępowania. Deputowani niemieccy są zupełnie przeciwni zbrojnej interwencyi austryackiej do Turcyi, ale wielu z nich marzy jeszcze o utrzymaniu *status quo* w Turcyi.

Wiedeń 19 października.

Mam dzisiaj wiadomość, która w nagości swej daleko jest wymowniejszą i jaśniejszą, niż wszystkie zapewnienia poszczególnych gabinetów. Jenerał Ignatiew przybywa jutro do Konstantynopola. Czy przywozi z sobą formalne *ultimatum*, albo może wypowiedzenie wojny, tego niewiem. Zresztą jest to okoliczność tylko zewnętrzna, podrzędnego znaczenia. Pojawienie jej się w tej chwili mówi wszystko, jest ono nie dającą się zapoznawać oznaką położenia. Mąż ten stanu wyraził się przecież, iż uważa za zadanie swego życia pomścić cesarza Mikołaja. Zdaje się, że jadąc do Konstantynopola jest na drodze do osiągnięcia tego celu. A Anglia? A Austro-Węgry? W kołach dyplomatycznych żywią przekonanie, że wielkie państwo wyspiarskie na północnym zachodzie Europy nie wda się z początku czynnie w akcyę; zadowoli się tem, iż potężnym swym głosem zasłoni Konstantynopol i inne punkta pobrzeżne, że wogóle pociągnie granicę, której nie wolno przekroczyć. Oto myśl słowa „strefa neutralności", które obecnie przebiega dzienniki. Co się tyczy naszej monarchii mniemają, że naśladować będzie przykład Anglii. Austrya naprzód pozostanie biernym widzem tego, co się dziać będzie i tylko w sposób niedwuznaczny oznaczy linie, w obrębie których znajdują się interesa, które pod żadnym warunkiem poświęcone być nie mogą. Rosya prawdopodobnie strzedz się będzie naruszyć tej granicy, owszem twierdzą nawet, że je już zna i zobowiązała się je szanować. Jeśli to co piszę jest prawdą, natenczas Porta zupełnie sama prowadzić będzie z początku wojnę z Rosyą i z swymi zbuntowanymi Wasalami i poddanymi.

Pogłoski o dymisyi hr. Andrassego są nieprawdziwe. Dziś odjeżdża bar. Hofmann do Pesztu. Urzędownie objaśniają jego podróż tem, że w charakterze swym jako wspólny minister skarbu nie wszedł jeszcze w stosunek urzędowy z rządem węgierskim i że to się właśnie ma teraz stać. Naturalną jest także rzeczą, iż w chwili tak decydującej chcą usłyszeć zdanie męża doświadczonego. Co do rosyjskiego jenerała Daszkowa zapewniają, że podczas całego swego tu pobytu nie miał posłuchania u N. Pana i o żadne nie prosił.

Rzym 13 października.

(*P.*) Król rozwiązał Izbę niższą i naznaczył nowe wybory na 5go listopada. Obie połowy parlamentu zbiorą się 20go tegoż miesiąca na nową sesyę ustawodawczą. Ministeryum spodziewa się znacznéj większości w nowym parlamencie, już nie sztucznie zlepionéj, jak ta, która wywróciła Minghettego, lecz naturalnéj, opartéj na wspólności interesów. Dawna koalicya z lewicy z Toskańczykami i odłamem prawicy, okazała się niepodobną, dla zbyt wielkiéj różnicy celów. Pierwsza pragnie rzeczypospolitéj, drudzy chcieliby zatrzymać się przy rodzaju angielskiego konstytucyonalizmu, używając rewolucyi jedynie za narzędzie przeciw Kościołowi. Dopóki prawica miała rząd kraju, stronnictwa jéj przeciwne odkładały na czas dogodniejszy osobiste swoje zamiary, a walczyły razem w udanéj zgodzie przeciw wspólnemu nieprzyjacielowi. Po zwycięstwie, nie czując już potrzeby tajenia się ani z myślami, ani niechęciami swemi, każda z czterech frakcyj skonfederowanych pragnęła ministerstwu narzucić swoje widoki, najbardziéj zaś w tem mniemaniu, że zwycięstwo wyłącznie jéj jest zasługą. Tymczasem w ministrach dziwna zaszła zmiana: zaledwo dorwali się władzy, znacznie ochłonęli z republikanizmu a przedzierzgnęli się w monarchistów. Ztąd wielkie zgorszenie w dawnych stronnikach, potem rozdwojenie. Słabi na duchu pozostali wiernymi Nicoterze, spodziewając się karyery światowéj, burzliwsi z p. Crispi na czele utworzyli nową lewicę, gotową do boju nawet z ministrami. W takim stanie rzeczy chętnie ministeryum utworzy sobie partyę nową, która zajmie stanowisko pośrednie między zapaloną frakcyą Crispiego a nienawistną Nicoterze partyą Selli. Wkrótce przekonamy się, czy usiłowania ministerstwa powiodły się, a są nadzwyczajne. Zanardelli objechawszy Sycylię, gdzie wszędzie doznał świetnego przyjęcia, przeniósł się do Kalabryi, aby tam ściągnąć daléj pochody tryumfalne. Depretis był w Stradelli i powiedział nareszcie długo oczekiwaną mowę: jest blada i nudna, jak wszystko, co wychodzi z ust szanownych prezesa ministrów a to jedno chyba na uwagę zasługuje, że polityka kościelna prawie żadnego w niéj miejsca nie zajmuje. Sella pojutrze będzie w Cossoto i zbije podobno jeden po drugim, wszystkie zarzuty Depretisa uczynione lewicy. Wszyscy byli deputowani w ruchu nadzwyczajnym i poruszają niebo i ziemię, aby odzyskać swoje krzesła w parlamencie. Znamy wśród nich niejednego, który nawet proboszczowi nadskakuje swemu, aby sobie nadać jakieś konserwatywne pozory. Jest to prawdziwa walka *pro aris et focis*, prowadzona z zapałem, godnym lepszéj sprawy.

Ministeryum, chcąc zapewne pokazać, że nie boi się katolików i że bezkarnie dokuczać im może, rozwiązało trzeci kongres katolicki, który 9go b. m. rozpoczął się w kościele św. Trójcy w Bononii uroczystem nabożeństwem. Uliczna demonstracya, wymierzona przeciw zebraniu, posłużyła za pretekst policyi do samowolnego czynu. Liberalni tylko dla siebie chcą wolności, ale przeciwnikom swoim jéj nie dają.

Trudniejsza sprawa z Hiszpanami. Chciał rząd tutejszy przeszkodzić ich pielgrzymce, ale mimo zakazu obniżenia dla nich ceny przewozu na kolejach, Rzym zalany jest Hidalgami i duchownymi o kapeluszach podobnych do łódek wywróconych. Przybywa ich po kilkuset naraz, zawsze z biskupem na czele, jedni przez Francyę, drudzy morzem przez Neapol. Rząd udaje, że boi się tych cudzoziemców, dumnych a ponurych i wzmocnił załogę w zamku św. Anioła. Co dzień kilka kompanij gotowych jest do wystąpienia zbrojnego.

Wspaniałe było przyjęcie arcybiskupa Grenady. Przybył 10go b. m. rano osobnym pociągiem, wiozącym 300 pielgrzymów. Na stacyi czekała deputacya młodzieży katolickiéj, która razem z prałatem, ledwo wysiadł z wagonu, odśpiewła *Te Deum.* Przygotowany powóz zawiózł go potem do św. Piotra, za nim podążyli inni pielgrzymi.

Najutrz wylądowało ich 800 w Neapolu, tegoż dnia z północy przybyły do Rzymu dwa pociągi, każdy z kilkuset pielgrzymami. Będzie to audyencya, jakiéj dotąd nie było.

Nakoniec wiadomość dla naszych astronomów. Słynny dyrektor rzymskiego obserwatoryum, O. Secchi wzywa kolegów swoich we Włoszech, aby w bieżącym miesiącu pilnie przeglądali tarczę słoneczną. Przesunie się bowiem po niéj nowy planeta, krążący powyż Merkura na około światła dziennego. Astronomowie naszego stulecia główne wawrzyny swoje zbierają w odkrywaniu nowych planet: między Marsem a Jowiszem zapisali ich sto kilkadziesiąt a po za Uranusem rozszerzyli granice państwa słonecznego do niezmiernie odległego Neptuna. Największe jednak trudności stawiać będzie Wulkan, jeśli w ogóle istnieje, gdyż spełniając obrót swój roczny w ciągu 33 dni, prawie zawsze ginie w promieniach czy wschodzącego czy zachodzącego słońca. Ztąd tylko na tarczy słonecznéj widzianym być może, gdy niby plamka czarna, ze średnicą 6—7 sekund, w ciągu czterech godzin po niéj się przesuwa. Leverrier jest przekonany, że to nastąpi w tym miesiącu, a Secchi gorąco pragnie, aby sława sprawdzenia nowego członka słonecznego systemu dostała się któremu z włoskich astronomów. Ja przeciwnie życzę jéj z całego serca krajowym astronomom.

Kraków 20 października. Centralny komitet wyborczy dla zachodniéj części Galicyi na podstawie relacyj komitetów okręgowych stawia dla wyborów posłów z mniejszych posiadłości kandydatów:

Dla okręgu wyborczego Brzeskiego księdza kanonika Jana Kitrysa ze Szczurowy.

Dla okręgu wyborczego Nowo-Sądeckiego p. Adolfa Dobrzańskiego z Rożnowa.

W imieniu Komitetu centralnego Przewodniczący
Dr *Zyblikiewicz.*

Wczoraj odbyło się u wiceprezesa Izby handlowo przemysłowej p. J. A. Johna zgromadzenie przedwyborcze członków Izby handlowej krakowskiej, na które również członkowie zamiejscowi byli zaproszeni. Na zgromadzeniu tem zapadła naprzód uchwała, że Izba tylko z pomiędzy swoich członków wybierać może i chce posła na sejm krajowy, gdyż członkowie Izby, wyszli również z wyborów świata handlowo-przemysłowego, zatem byłoby to chyba świadectwem ubóstwa dla składu jej, gdyby poseł z po za niej był wybrany. Posiada też Izba wielu członków mających odpowiednie zdolności i znajomość rzeczy potrzebną dla reprezentowania interesów Izby i kraju w sejmie. Następnie zrzekł się kandydatury członek Izby p. A. Mendelsburg, poczem zgromadzenie powzięło jednomyślną uchwałę, żeby głosy swoje oddać solidarnie na członka Izby p. Ludwika Zieleniewskiego.

Rada szkolna krajowa mianowała nauczyciela Jana Sławińskiego w Porąbce powiatu Bialskiego, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej tamże, nauczyciela Antoniego Ryczkiewicza, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Kamesznicy, a Władysława Kluczyńskiego nauczycielem szkoły etatowej w Binarowej.

Wiedeń 19 października. Rada państwa rozpoczyna dziś czwartą sesyę bieżącej kadencyi; jest to dalszy ciąg pierwszej sesyi Izby deputowanych wyszłej z bezpośrednich wyborów. Sesya ta rozpoczęła się 5 listopada 1873 r. i trwała ze zwykłemi przerwami podczas świąt wielkanocnych i zielonych aż do 8 maja 1874. Po pięciomiesięcznem odroczeniu Rada państwa zwołaną znów została 20go października 1874, a sesya trwała do 20 marca 1875 r. W tym dniu rozpoczął się trzeci okres sesyi, która z krótkiemi przerwami podczas świąt trwała do 1go marca 1876. Dziś 19 października 1876 r. zbiera się znów Rada państwa i przy tej sposobności nie zawadzi przypomnieć, że jest to jeszcze sesya otwarta w r. 1873, która podjętą na tem zostanie, na czem przerwaną została 1 marca r. b. Sesya ta skończy więc niezadługo trzeci rok, a w ciągu tego czasu, jak to podnosi *N. fr. Presse*, nie było ani jednej mowy tronowej, a jestto w państwie konstytucyjnem jedyny zwyczajem uświęcony sposób udzielenia ze strony rządu wiadomości o celach polityki i o programie pracy ustawodawczej parlamentu. Dziennik wspomniany uderza wskutek tego na rząd; zapomina jednak, że ustawy zasadnicze wyraźnie powiadają, że Cesarz corocznie zwołuje Radę państwa, wcale jednak niemówią, iż ją osobiście otwiera lub zagaja.

— Klub postępowy odbył wczoraj wieczór pierwsze posiedzenie. Na posiedzeniu tem przyjęto na członków dep. Magga i Panowskiego; Dr Menger zgłasza interpelacyę co do opodatkowania stowarzyszeń zarobkowych i gospodarczych; uchwalono następnie odrzucić projekt ustawy o służbie sanitarnej a wniosek dep. Hassego o rewizyi książek dla szkół ludowych usunąć z porządku dziennego, gdyż na pierwszem posiedzeniu Izby deputowanych, księgarze austryaccy mają wnieść w tej sprawie petycyę. Wniosek ten postawiony przez dep. Heinricha popartym został przez dep. Hoffera i Koppa. Klub postępowy przyjął go prawie jednogłośnie.

— *Politische Correspondenz* otrzymała z Budapesztu następującą korespondencyę: Mimo ponownych feryj parlamentarnych, bawi znaczna część deputowanych w stolicy, a to głównie w tym celu, aby brać udział w pracach stałych komisyj sejmowych. Jednakże znaczna część deputowanych nie wyjechała z stolicy dla tego, że obecną sytuacyę uważa za bardzo groźną i jest przekonaną, iż sejm węgierski będzie musiał zebrać się przed upływem feryj. Ci posłowie omawiają prawie codziennie ważniejsze wypadki dnia i to najczęściej w obecności a nawet pod przewodnictwem członków gabinetu. Główną uwagę skierowali ci posłowie na sprawę wschodnią i nie można utrzymywać, ażeby ta sprawa obudzała w nich osobliwszą obawę. Na podstawie zapewnień osób kompetentnych mieli ci posłowie nabrać przekonania, że pokój co do Austryi jest zapewniony. Opozycya lewicy nie chce podzielać tego zapatrywania, a Daniel Iranyi zamierza natychmiast po zebraniu się sejmu wystosować nową interpelacyę w sprawie wschodniej.

Teatr wojny.

Na serbskiem i na czarnogórskiem polu walki zaszły w ostatnich dniach utarczki, o których pierwsze dopiero nadchodzą wiadomości, czekać więc jeszcze wypada, chcąc się przekonać o ile są one prawdziwemi.

I tak, na serbskiem polu walki miał oddział armii nadmorawskiej pod dowództwem podpułkownika Andrejewa napaść na lewym brzegu Morawy na wojska tureckie pod Tricladenca, zmusił je do ucieczki, zabrał 127 jeńców i obsadził wsie Koplenica i Nikołowaz. Dnia 10 b. m. zajęły oddziały Hausemana i Pawłowicza po sześciogodzinnej walce wzgórza pod Sabaczem, rozpędzili 600 Arnautów i zajęli te korzystne stanowiska. Turcy ponieść mieli ogromne straty. Wreszcie 17 b. m. oddział jeden pod dowództwem pułkownika Nedwedowskiego, który zajął był pozycye pod Planinicą, Metownicą, Baczewizatem, napadnięty został przez Turków, których jednak odparł po czterogodzinnej walce. Serbami dowodził hr. Keller. *Tagblatt* ma jeszcze wiadomość ze źródła urzędowego, że 12 bm. wyruszyły trzy bataliony tureckie na Rawnogora i Smiljewacz. Wsie te zostały spalone. Jenerał Nowosiełow dowodząc jedną częścią korpusu nadibarskiego, pobił Turków po zaciętej, od 7 godziny rano do 2½ po południu trwającej walce i zadał im znaczne straty. Szczególniej odznaczyła się artylerya.

Tyle tylko jest dotychczas wiadomości z serbskiego pola walki, szczegółów bliższych jeszcze niema. Na czarnogórskiem polu walki przyszło także do starcia, albo Czarnogórcy uderzyli kilkakrotnie na rozmaitych punktach na wojsko tureckie. Derwisz pasza posłał w skutek tego 14 bm. do Noweseło 3½ batalionów piechoty regularnej, 500 zeybegów i pół baterji artyleryi; po blizko pięciogodzinnej walce zajęli Turcy tę miejscowość i otaczające ją warownie. Ponieważ domy pokryte są słomą, przeto około 200 domów w Nowosełо i we wsi Sukol (?) stało się pastwą płomieni. Czarnogórcy uciekli, zostawiwszy 400 zabitych i drugie tyle rannych. Straty Turków są stosunkowo nieznaczne.

Więcej niema dziś wiadomości o spotkaniu się wojsk nieprzyjacielskich, a i te co są, potrzebują potwierdzenia, szczególniej z czarnogórskiego pola walki. Zresztą słychać tylko ciągle o posiłkach rosyjskich, które już teraz nie idą na Belgrad, ale wprost do Deligradu na Hladowo. Jazda rosyjska przybywa już teraz w pełnym uniformie i uzbrojona, w skutek czego armia Czernajewa bardzo wzmocnioną została.

Gazeta Kolońska podaje przegląd obecnego stanu sił rosyjskich, które nie od rzeczy będzie poznać ze względu na teraźniejsze stosunki.

Według najnowszej organizacyi rosyjska siła zbrojna rozpada się na trzy armie: europejską, kaukazką i azyatycką.

Armia europejska obejmuje: 3 dywizye gwardyi pieszej, 3 dywizye grenadierów i 34 dywizye piechoty liniowej, z których cztery pułki piechoty liczą 3, a dywizye gwardyi prawdopodobnie już teraz 4 bataliony, 1 brygadę gwardyi i 5 brygad strzelców po 4 bataliony. Konnica liczy 2, a na stopie wojennej 3 dywizye gwardyi i 14 dywizyj kawaleryi po 4 pułki kawaleryi, każdy z 4 szwadronów polowych (przytem 1 pułk kozaków dońskich, liczący 6 sotni) i dywizyę kozaków dońskich, także o 4 pułkach. Artylerya składa się z 246 bateryj pieszych i 34 konnych, z których pierwsze mają po 8, drugie po 6 dział. Prócz tego należy do tej armii 60 kompanij pionierów. Armia europejska liczy więc w ogóle 480 batalionów piechoty, 290 szwadronów, 2182 dział i 60 kompanij pionierów.

Armia kaukaska składa się co do wojska regularnego: z 1 dywizyi grenadierów, 7 dywizyj piechoty, każda złożona z 4 pułków po 4 bataliony, z 1 brygady strzelców o 4 batalionach, z 1 dywizyi kawaleryi o 4 pułkach dragonów, z 48 bateryj pieszych, każda po 8 dział i z 12 kompanij pionierów. Do niéj także należy wojsko kozackie z Kabanu i Torek, liczące 15 pułków kozaków, każdy pułk po 6 sotni 7 bateryj kozackich, każda baterya o 8 działach, i 2 bataliony wolnych strzelców, każdy batalion po 5, sotni. Armia kaukaska liczy więc w ogóle: 134 batalionów, 106 szwadronów, 392 dział i 12 kompanij pionierów. Zamierzają także utworzyć czwarty batalion z pułków grenadierów i piechoty, należących do armii europejskiej, a nawet organizują już kadry.

Na wypadek wojny przybywa jeszcze rezerwa pułku gwardyi przybocznej pieszej, złożona z 3 batalionów, oraz 164 batalionów rezerwy piechoty (z tych 136 dla armii europejskiej, 28 dla kaukaskiej). Z przydzielonego dla armii europejskiej wojska kozaków dońskich, Rosya może wystawić na wypadek wojny 40 pułków kozaków po 6 sotni i 14 bateryj rezerwy po 6 dział.

Europejska więc i kaukaska armia rosyjska liczą razem 778 batalionów wojska pieszego, 72 kompanij pionierów, 636 szwadronów, czyli licząc na głowy 870,000 ludzi i 2658 dział.

Wojsko miejscowe (załogi i wojsko liniowe) składa się obecnie z 24 batalionów piechoty załogowej, która na wypadek wojny może być pomnożoną do 95 batalionów, z których 4 należy teraz do armii kaukaskiej i 34 batalionów liniowych, z których należą 2 do armii europejskiej, 7 do kaukaskiej, reszta 25 batalionów liniowych, wraz z 4 batalionami turkiestańskiej brygady strzelców i 11 bateryj pieszych do wojska regularnego rosyjskiej armii azyatyckiej. Nie uwzględnia się zaś w razie wojny, (czyli pozostaje w kraju) 199 batalionów uzupełniających, z tych 192 batalionów gwardyi, grenadierów i piechoty, 7 batalionów strzelców. Z obrony krajowej rozpoczęto dopiero teraz organizować kadry.

Co do rosyjskich sieci kolejowych, okazuje się z urzędowych tabeli centralnego bióra kolejowego z miesiąca lipca r. b., że wszystkie, znajdujące się w Rosyi linie kolei żelaznych wynosiły dnia 1 lipca b. r. 17,658 werst (t. j. 2523 mil austryackich), czyli o 98 mil więcej, niż w roku zeszłym.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 20 pazdziernika. Nie możemy przemilczeć o dokuczliwem zimnie jakie od trzech dni panuje, a coraz zdaje się wzmagać, tak iż lada chwila możemy wyglądać śniegu. Dokuczliwa ta pora tem więcej daje się uczuwać, że się nagle oziębiło po pięknej i ciepłej porze jesiennej. Szczególniej też wiatr daje się we znaki.

— Towarzystwo lekarskie krakowskie odbyło we środę posiedzenie pierwsze po feryach letnich, na którem Dr. Oettinger zdał sprawę z obrad wiecu lekarzy w Wiedniu odbytego w lipcu, na którym reprezentował Towarzystwo lekarskie krakowskie. Dr. Obaliński przedstawił, chorego, na którym wykonał operacyę w szpitalu Św. Łazarza, oraz mówił o używanych obecnie poprawnych sposobach opatrywania ran, zwłaszcza podług zaleceń Listra i Tierscha. Dr. Domański okazał i objaśnił nowy praktyczny przyrząd do elektryzowania chorych, pomysłu Spamera. Magister weterynaryi Pacuła odczytał rzecz o wściekliznie u psów.

W końcu posiedzenia przyjęto do grona Towarzystwa: na członków czynnych Drów Dalkiewicza, Majewskiego, Mikuckiego, Plucińskiego i Zengtellera; na członkow korespondentów Drów Cięglewicza w Jaśle, Ganczarskiego w Zakopanem, Gawełkiewicza w Starym Sączu, Górskiego w Jarosławiu, Grünhauta w Lisku, Józefczyka w Frysztaku, Kalisza w Tuchowie,

---

o! jeszcze nie koniec,
Jeszcze wrą piersi zapałem,
Jeszcze myśl jak burzy goniec
Przeleci po świecie całym!...
Pożogi, zniszczenia, mordy,
Zleją się w jedne akordy!...

I te dalsze koleje i te smutne nieszczęść i klęsk narodowych pomniki nie zostały pominięte. Wycieczka na mogiłę Kościuszki potrącić musiała o te struny pełne krwi i łez, zwłaszcza że w najbliższem swem otoczeniu ks. Nemours mógł zaczerpnąć szczegółów rodzinnych o ciągłych ofiarach, prześladowaniach, podejmowanych pracach i nowych ruinach.

Ileż to razy rządy wrogie w Polsce wyprzedziły zniszczenia paryskiej komuny, coś o tem powiedziećby mogły Puławy, pałac Andrzeja Zamoyskiego w Warszawie i każdy prawie zakątek kraju, każda z możniejszych rodzin.

Lecz od tych bolesnych wspomnień i smutnych dziejów odpocząć można zstępując z powierzchni naszej ziemi do wspaniałego podziemia, kiedy zwiedziwszy grobowce i mogiły, puszcza się turysta do kopalń wielickich.

W dziwnem przeciwieństwie do ubóstwa kraju i licznych ruin na powierzchni, stoją te skarby podziemne, które wziął naród z wiana Św. Kingi, według znanej legendy o odkryciu pierwszych żup polskich. Legenda ta bardzo zajęła dostojnych turystów, którzy podziwiali wspaniałość olbrzymich sklepień wykutych w skałach słonych, piękną architekturę kaplicy z kryształów i cały ten świat podziemny, który mógłby był służyć za wzór Doremu do illustracyi piekła dantejskiego, choć nad wejściem nie błyszczy napis miasta wiecznego cierpienia. Przeciwnie, zwiedziwszy pomniki dziejowe i znaki współczesnej niedoli na powierzchni, czyta się ten rozpaczny napis co kroku, bo potępieńcze męki dziś na ziemi, a nie pod ziemią, gdzie właśnie wśród tych przestworów skarbiec bogactwa spoczywa.

Michelet w jednym z swych traktatów przyrodniczo-poetyczno-filozoficzno-fantastycznych rozwodzi się nad właściwościami soli, którą słusznie brano za symbol dowcipu, bo ona dodaje smaku i okrasy potrawom, krzepi siły i utrzymuje zdrowie. Porównywa on te właściwości soli z przymiotami sztucznej słodyczy i fabrykowanej przyprawy, jaką stanowi cukier. Z porównania tego wyprowadza on całą antropologiczno-historyczną teoryę, o zdrowszym wpływie przyrodzonych darów nad fabrykowane łakocie, bez których miliony ludzi obchodziły się i obchodzą do dziś dnia. Sól i cukier to według Micheleta dwa pierwiastki cywilizacyjne działające wręcz odwrotnie na ustrój, zdolności, zdrowie, bodaj czy nawet nie na moralność człowieka. Gotów on podzielić historyę i rozwój społeczny według okresów słonych i słodkich: tam, gdzie sól przeważa, tam według tej teoryi siła, zdrowie; gdzie się zaczyna cukier, tam początek zniewieściałości, upadku, zepsucia.

Filozofii tej słonej niemożna brać na seryo i jest ona może prostym humbugiem naukowym, w jakie rzeczony autor lubił się bawić, strojąc najdziwniejsze paradoxa w fantazyą pełną soli atyckiej. To jednak pewna, że ziemia o łanach złocących się zbożem, która posiada podwalinę nie ze złota, nie z rud żelaza lub innych kruszców, ale właśnie z tego skarbu, który wszystkim porówno jest potrzebny, nie była przeznaczoną do walki o złoto, lub podbojów żelazem, mniej ma warunków do fabrycznego przemysłu, jak kraje stojące na węglach, ale za to powinna być zabezpieczoną od niedostatku i głodu. Sól pod ziemią uzupełnia niejako rolniczy charakter narodu, którego zadaniem dostarczanie chleba swoim i obcym, tem lepiej, gdy chleb ten z solą podawać może. Stąd też może wziął początek staropolski obyczaj witania chlebem i solą. Coś jednak popsuć się musiało w ekonomicznym rozwoju tego kraju, skoro już często i chleba braknie, a nikt jak ongi nie bogaci się z soli. Słowa hetmana stały się niejako przepowiednią, bo kto dziś w Polsce nie urośnie z tego co go boli, to mu trudno wyróść z roli lub soli....

Lecz obiegliśmy naszego gościa, który wszędzie obserwował, słuchał opowiadań i objaśnień, wypytywał o tradycye i stosunki. Szereg wycieczek w okolice Krakowa zakończyły odwiedziny w zamku Krzeszowickim. Tutaj już znana gościnność trzyma miejsce pośrednie między dworem polskiego pana, a rezydencyą zagraniczną. Kiedy w koło ślady tylko zamożności i rozwoju z dawnych, lepszych czasów obok oznak upadku obecnego, w tem ognisku tradycya idzie zgodnie z postępem we wszystkich kierunkach. Bywają siedziby możnych panów mające jedną stronę świetnie rozwiniętą: tam będzie nieco dzieł sztuki, które zbierał zamiłowany kolekcyonista i mecenas, gdzieindziej ogród wzorowo utrzymany, lub znów strona estetyczna zaniedbana na korzyść tej lub innej gałęzi gospodarstwa, przemysłu, sportu. W Krzeszowicach przeciwnie taka pełnia i całość, bo znać wszechstronną myśl i wolę męża, co nawet w prywatnych stosunkach sprawę krajową miał na oku i umiał u siebie i w koło siebie podnieść to wszystko, czego pragnął dla całego kraju.

Więc zabytki przeszłości i dzieła sztuki, ogród i stajnia, lasy zamienione w zwierzyniec i pola do najwyższego stopnia kultury doprowadzone — wszystko tu jakby na wzór, nic nie zaniedbane, jedno drugiemu nie zostało poświęcone, nic nie opuszczone, w czemby tylko można było dać całej okolicy i krajowi popęd i przykład. Co ważniejsza i w naszej społeczności rzadsze nie były to próby, ale wszystkie te kierunki utrzymują się i rozwijają dalej, bo ta wszechstronna myśl została tu tradycyą, wszystko ożywiającą.

Nie dziw, że w takiem ognisku dzień jeden niemógł wystarczyć na oglądnienie szczegółów, że co chwila nowe wyrażał gość zadziwienie, iż w kraju naszym wszystko stoi na równi europejskiego rozwoju, wbrew p. Francos. Dobrze, że ostatnie wrażenia o naszym kraju uniósł ks. Nemours z Krzeszowic, jak byłoby nieraz pożądanem, aby turyści obcy w badaniu stanu kultury i stosunków ekonomicznych niezaglądali głębiej po za stacyę Krzeszowicką.

Uroczą musiała być wycieczka do zwalisk zamku tenczyńskiego i śniadanie wśród ruin. Nawet pogoda jesienna zadała kłam ś. p. biskupowi warmińskiemu, bo do ostatniego dnia pobytu tych gości odznaczała się stałością. Ostatni uśmiech lata zgasł, jakby na pożegnanie odjeżdżających.

Bóg widzi, że mało naród nasz ma przyjació w świecie, coraz ich mniej tak u góry, jak na dole tak w wyższych sferach europejskich, jak wśród ludów Nie może być przeto obojętnym ten węzeł, któ połączył jedną z przewodniczących rodzin polski z domem królewskim we Francyi. Zatrzymaliśmy przeto nad tą podróżą, nie dla tego, abyśmy do ni jakieś polityczne przywięzywali znaczenie, lecz miała sympatyczną cechę, że nam może zjednać ż cliwe świadectwo.

Nr 255 Kraków, 8 Listopada — Środa Rok 1876.

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 2 miesiące	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ 24	„ 6	„ 5	„ 2 50
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 6	„ 3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

CZAS

Prenumeratę przyjmują:

W Krakowie: Administracya „CZASU,“ księgarnia p. S. A. Krzyżanowskiego, handel Dworskiego tudzież wszystkie urzędy pocztowe. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym) za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: we **Lwowie** W. Piatkowski ul. Hetmańska 10; w **Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

Kraków 7 listopada.

Telegram przyniósł wczoraj wiadomość o zgonie kardynała Antonellego. Jest to właściwością ludzi zwierzchniczego stanowiska i historycznego znaczenia, iż lubo stoją na takiej widowni, że wszystkich oczy ku nim zwrócone, sądy o nich bywają najsprzeczniejsze i nacechowane uprzedzeniem albo zupełną nieznajomością. Nic też dziwnego, że wierny doradca Piusa IX, który kierował polityką świecką Stolicy Apostolskiej przeszło przez ćwierć wieku, jest dotąd postacią niezrozumianą, niemal zagadkową, przeciw której miotano równie krzywdzące, a często wręcz przeciwne zarzuty, jak zarazem oddawano jej pochwały niekiedy niewłaściwe. Postać to nie odłączna od postaci Piusa IX. Zacząwszy od wygnania do Gaety aż do zamknięcia w Watykanie, towarzyszył on mu nieprzerwanie we wszystkich kolejach jego pontyfikatu, a sterując rządem świeckim i sprawami dyplomatycznemi, tem mniej mógł być zrozumiany, że mało kto umié dziś rozróżnić dwie odrębne sfery polityki świeckiej i dyplomacyi rzymskiej od sfery czysto duchowej zarządu kościołem powszechnym.

Przeto nie według tej miary, jaką przedstawia stosunek szefa gabinetu do świeckiego monarchy, kanclerza do cesarza, należy oceniać związek tych dwóch postaci, wielkiego Papieża z słynnym dyplomatą, Namiestnika Chrystusowego z kardynałem sekretarzem stanu. Stosunek ten był bardziej obopólnie niezawisły. Zaufanie Papieża nie przechodziło nigdy w uległość, a wierność kardynała miała pewien zakres samodzielności w właściwej sferze.

Dyplomacya rzymska ma swoje odwieczne tradycye, a co większa, ma podstawę niewzruszoną chrześciańską. W szeregu wielkich mężów stanu i dyplomatów Stolicy Apostolskiej, którzy rozstrzygali swym wpływem najtrudniejsze spory mocarzów świata, którzy sterując państwem kościelnem, kierowali polityką narodową Włoch, osłaniając je od obcej przewagi, kardynał Antonelli zajmie w historyi miejsce jednego z najjenialniejszych, lubo najnieszczęśliwszych. Nie opiekuńcze bowiem i rozjemcze, jak jego poprzednikom, ale obronne tylko przypadło mu zadanie wobec dążeń tajemnych i planów oddawna knowanych na obalenie tego drobnego państwa, które miało kierownicze stanowisko, bo nie według rozległości granic i potęgi armii, ale według powagi moralnej mierzył się w dawnych wiekach wpływ międzynarodowy, utrzymujący równowagę między panami chrześciańskimi.

Zmieniły się stosunki. Już od r. 1833 najpierw Anglia poruszyła kwestyę zbiorowej interwencyi w sprawy zarządu państwa kościelnego, aby zniszczyć reformy kardynała Consalvi i przygotować grunt dla wzbierającej *rewolucyi włoskiej*.

Komuż nie znane pierwsze chwile pontyfikatu Piusa IX, który podjął dzieło reformy, a nadto ujął w dłoń dawny sztandar papiezki niepodległości Włoch w federacyjnym związku. Rewolucya sztandar ten zbryzgała krwią Rossego, ale kardynał Antonelli już podówczas w r. 1847 wystąpił jako prezes Consulty, mającej przeprowadzać reformy. Wraz z Piusem IX schroniwszy się do Gaety, przyjął na wygnaniu urząd sekretarza stanu z zadaniem odzyskania niezależności państwa kościelnego. Z jakiemiż to trudnościami wewnątrz i zewnątrz łamać się przychodziło po powrocie Papieża do Rzymu w tem zadaniu unormowania stosunków władzy doczesnej! O podjęciu reform według idei Consalviego niepodobna było myśleć wobec zawistnych wpływów obcych mocarstw, tem mniej o przeprowadzeniu planów Rossego wobec rewolucyi, skoro tylko żelazna reakcya w całej Europie zdołała uśmierzyć wybuch krateru z r. 1848 Kardynał Antonelli mniej przeto jako administrator, bardziej jako dyplomata szukał podstaw dla zabezpieczenia niepodległości państwa kościelnego.

Nie będziemy przechodzili tych pamiętnych dziejów, zwłaszcza od poruszenia na nowo kwestyi władzy doczesnej w 1859 r. Jeśli hr. Cavour w zamiarach polityki anneksyjnej nie gardził żadnym związkiem i korzystał z pomocy pośredniej lub bezpośredniej, zkądkolwiek ona przychodziła, kardynał Antonelli w zadaniu obronnem nie mógł szukać sprzymierzeńców, ani przyjmować rękojmi, które byłyby niezgodne z powszechnem dobrem Kościoła, z niewzruszonemi zasadami, jakiemi zawsze kierowała się, nawet w świeckiej polityce, Stolica Apostolska.

Niezaprzeczenie kardynał Antonelli jako dyplomata był skłonnym do tranzakcyi, wszelako ta tranzakcya dyplomatyczna nigdy nie stanęła w sprzeczności z tem, w czem żadnego ustępstwa Pius IX niedopuszczał, z wyższemi sprawami wiary.

Mierzył on się po kolei z tak potężnymi ludźmi jak Palmerston, Napoleon III, Mazzini i Cavour, a wreszcie ks. Bismark; a w tych zapasach dyplomatycznych lubo czekały go przegrane, nieustępował w obronie prawa, w imię którego przemawiał.

Pierwszy okres europejskiego *Kulturkampfu*, że użyjemy wynalezionego później wyrażenia, zakończył się 20 września 1870. kiedy Włosi wdarli się do bram Rzymu. Odtąd materyalna podstawa dla wielkiego dyplomaty usunęła się, i jak sam się wyraził, jedynym drogoskazem pozostały mu tylko natchnienia Piusa IX.

Walka z papiestwem nieustała, ale przybrała szersze rozmiary, objęła cały Kościół, wszystkie narody katolickie. Dyplomatyczne działanie kardynała sekretarza stanu musiało się tem więcej zespolić z wielką akcyą duchową, jaką Pius IX rozwinął w zakresie dogmatycznym i zasad wiary, zacząwszy od Syllabusa, Soboru Watykańskiego, aż do wszystkich aktów przeciw prześladowaniom chrześciaństwa w różnych państwach.

To pewna, że wpływ kardynała Antonellego na te akta czysto duchowego znaczenia był ograniczony, bo nieleżało to w zakresie jego zadań. Antonelli przed kilkunastu laty przyjąwszy dopiero ostatnie święcenia kapłańskie, reprezentował zawsze tradycyę świeckiej polityki rzymskiej. Mimo tego stał on w tem działaniu na gruncie dogmatycznym: Nieopuścił też Watykanu, odkąd wieczne miasto, Stolica następców Piotrowych, stała się łupem najezdców.

Pius IX traci wiernego doradcę, którego charakter i kierunek uzupełniał wszechstronną działalność niestrudzonego w walce, pracy i cierpieniach Namiestnika Chrystusowego. Opróżnione mieszkanie kardynała sekretarza stanu nad komnatami papieskiemi mieści tradycye tej wielkiej rzymskiej dyplomacyi, która jak niegdyś przewodniczyła światu, tak dziś walczyć musi z koalicyą wrogów. Lecz tradycye takie nieulegają przerwie i śmierć tego męża stanu niewpłynie na zmianę stanowiska w tej walce obronnej.

KORESPONDENCYA „CZASU“

Lwów 5 listopada.

O. Nie pisałem do was po ukończonych wyborach, gdyż rezultat ich sam przez się był widoczny. Teraz też chcę wrócić tylko do jednej sprawy, owego ogłoszenia przez Komitet centralny dla Galicyi wschodniej dziesięciu nazwisk osób, które komitet uznaje za potrzebne w sejmie. Wszyscy mniemali, że skoro Komitet uważa tych protegowanych swoich za potrzebnych, niewątpliwie postarał się zapewnić im wybór. Jakież było jednak zdziwienie powszechne, gdy z tej liczby tylko pp. Małecki i Skałkowski przeszli w Samborskiem i to jednym głosem. Pochodziło to zaś stąd, że Komitet centralny wbrew powszechnemu oczekiwaniu o żadnym z tych 10 kandydatów nie myślał i jak się ktoś dowcipnie wyraził: dał im patent na posłów, *Titel ohne Charakter*. Czy Komitet zechce naprawić swój błąd przy wyborach uzupełniających? Spodziewaćby się należało, bo to wygląda na potwierdzenie teoryi p. Rewakowicza: tak robić, aby się nic nie zrobiło.

Wszystkich tu uderzało nieprzyjęcie mandatu przez hr. Włodzimierza Dzieduszyckiego. Jedni wierzą, że interesa prywatne skłaniają tego męża do usunięcia się od życia publicznego, inni chcą widzieć w tem chęć wycofania się od propozycyi marszałkowania sejmowi. Ostatnia wiadomość wątpliwa, gdyż prawdopodobnie marszałkiem zostanie hr. Ludwik Wodzicki, któremu tę godność ofiarowano już przed dwoma laty, i który jej tylko ze względów osobistych, a przemijających nie przyjął. Zarazem powtarza się tu pogłoska, że minister Ziemiałkowski nie porzucił projektu rozłączenia marszałkowania w Izbie z przewodniczeniem w Wydziale krajowym; że odpowiedni wniosek rządowy o zmianę etatu krajowego będzie wniesiony na następnej sesyi.

Sprawy ankietowe w Wydziale krajowym postąpiły o tyle, że w sprawie zubożenia kraju ułożone zostały pytania. Kwestyonaryusz ten zanim będzie rozesłany po kraju, oddany został kilku osobom do poczynienia nad nim uwag w tym kierunku, czy jest on dość wszechstronny lub też wymagać może uzupełnień. Po otrzymaniu odpowiedzi od osób, którym kwestyonarz został udzielony, a w ich liczbie jest poseł Zyblikiewicz, Wydział przystąpi do ostatecznego sformułowania pytań i do rozesłania ich po kraju.

Ankieta kredytowa nie odbyła jeszcze nowego posiedzenia, ale po przyjęciu przez nią wniosku o napisanie memoryału w sprawie zmiany opodatkowania Kas zaliczkowych i oszczędności, rząd wniósł nowy projekt opodatkowania do Izby. Ponieważ projekt ten nieco ciemno stylizowany wymaga poprawek, w tym więc duchu Związek stowarzyszeń układa petycyę do Rady państwa, którą zapewne potem poprze Wydział krajowy, otrzymawszy od ankiety kredytowej właściwe wskazówki.

Szkoła garncarstwa w Kołomyi przychodzi do skutku, rząd mianował już do niej nauczyciela w osobie p. Bächera, przyznając mu pensyi 800 złr. P. Bächer zjeżdża do Galicyi dla urządzenia pieców odpowiednich i całej szkoły, za pieniądze przez sejm preliminowane; a staraniem jego ma być rozwinięcie tej szkoły w ten sposób, aby można z nią połączyć szkołę rysunków i modelowania.

Wiedeń 6 listopada.

(202 posiedzenie Izby deputowanych).

Prezes Rechbauer zagaja posiedzenie o godz. 11 min. 20. Ławy poselskie i ministeryalne świecą dość gęsto pustkami, później dopiero zapełniają się, ale na przemian raz lewica raz prawica wyludnia się stósownie do tego, czy przemawia kto z prawicy czy z lewicy; w ciągu jednak posiedzenia ta niemal demonstracyjna nieobecność ustaje, tak że w końcu Izba pełna. Publiczność znów tłumnie się zebrała W loży dyplomatycznej mniej reprezentantów niż przedwczoraj; p. Tatiszczew jednak obecny niemal od początku aż do końca.

Między petycyami jest prośba gminy Bohorodczan o pozwolenie nadal także brania bezpłatnie solanki i petycya gminy Złoczowa o wyniesienie tamtejszego gimnazyum niższego do rzędu gimnazyów zupełnych.

Minister handlu wnosi kosztorys regulacyi Narenty, który przekazano komisyi budżetowej.

Z porządku dziennego idzie pierwsze czytanie rządowego projektu ustawy karnej przeciw niestosującym się do rozkazu powołującego pod chorągwie. Projekt ten wniesiony dnia 30 z. m. a rozdany w druku d. 4 b. m. Na wniosek dep. Schanpa przekazano go komisyi rozpatrującej ustawę karną.

Z kolei następuje wybór uzupełniający jednego członka do komisyi budżetowej, po którego dokonaniu dalszy ciąg rozpraw nad odpowiedzią rządu na dwie interpelacye w sprawie wschodniej.

Pierwszy zabiera głos dep. Dr Wośniak: Polityka naszego ministerstwa spraw zagranicznych nie zgadza się z zapatrywaniami prawdziwej większości Austryi, ztąd i my wyrażamy jej nasze niezaufanie. Jest to polityka sprzeczna z tradycyami Austryi, z interesami całej monarchii i interesami dwu trzecich ludności austryackiej. Z początku stanowisko rządu względem powstańców było dość sympatyczne, i powstańcy też sympatyzowali z Austryą; gdyby Austrya energicznie była poparła ich żądania, gdyby nawet zbrojnie była wkroczyła, Europa także byłaby z sympatyą to oceniła. Ale początkowa neutralność życzliwa zmieniła się w otwartą nieprzyjaźń, i podczas gdy Turcy mordowali poddanych austryackich na austryackiem terytoryum, Austrya internowała powstańców; Serbię i Czarnogórę zaś powstrzymywano od niesienia pomocy dopóty, dopóki Turcya nie ściągnęła posiłków z Azyi. Ale Turcy wyjdą z Europy, państwo ich runie wbrew woli hr. Andrassego; nie pomoże im nawet zielona chorągiew rozwinięta przez *kulturträgera* Dra Kurandę, ani pielgrzymka Madiarów do grobu Gül Baby. Reformy Turcyi nie uratują. Po cóż tam szkoły, kiedy koran wystarcza? Po cóż drogi i komunikacye, kiedy psy chrześciańskie same mogą ciągnąć wózki? *Kulturträger* Kuranda wywodził konieczność zachowania Turcyi z powodu jej żywotności. Jest to żywotność tygrysa wściekłego i rozjuszonego. Czyż i taką bestyę zachować przy życiu dlatego, że objawia żywotność? Rząd mówi, że celem polityki austryackiej jest zachowanie pokoju, a obok tego polepszenie doli chrześcian w Turcyi. Takie zarazem jest zadanie sojuszu trójcesarskiego. Dlaczegóż tedy Austrya, zamiast dochować wiary sojusznikom swoim, naprzód mąciła wodę między Niemcami a Rosyą, a nakoniec intrygowała w Stambule przeciw Rosyi, zachęcając Turcyę do oporu? Nie była to polityka austryacka! Świat cały przekonany, że już koniec panowania tureckiego, a tu hr. Andrassy koniecznie chce je utrzymać. Na nic się nie przyda ta fuszerka dyplomatyczna. Turcya runie a Austryi nie powinno być obojętnem, czy mieć będzie przyjaznych czy nieprzyjaznych sąsiadów w 10 milionach Słowian. Sympatye słowiańskie, oto właściwa dla Austryi polityka. Twierdzi wprawdzie rząd, że nie polityka w interesie poszczególnych plemion wchodzących w skład ludności, a jednak my Słowianie wydani na pastwę stronnictwa wiernokonstytucyjnego i hegemonii madiarskiej, krzywdzeni na prawach, tylko ciężary ponosimy jedne. Stronnictwo to, rząd i prasa haniebna szczwają psy na Słowian, owa prasa mianowicie, którą nieboszczyk Wuttke, Niemiec, tak trafnie scharakteryzował. Wobec tego szczwania ja mam tylko głos napomnienia, aby nie wywoływano wojny z Rosyą, chcąc ocalić Turcyę. Byłaby to hańba dla całej chrześciańskiej ludności Austryi, policzek w twarz 16 milionom ludności słowiańskiej, która nie żąda niczego jak sprawiedliwości i równości. Austrya znajduje się na rozstajnych drogach, niechże nie wydarzy się jej nieszczęście jakie. (*Mowę tę często przerywano oznakami zadowolenia z prawicy*).

Dep. Dr. Fanderlik: Z tamtej strony Izby (*z lewicy*) powiedziano, że sprawa wschodnia jest sprawą austryacką; zgadzam się na to, dodając, że to zarazem sprawa słowiańska. Losy Austryi powiązane ściśle z losami Słowiańszczyzny, ztąd nasze sympatye dla Słowian tureckich i dla bohaterskiej armii serbskiej. (*Śmiechy po lewicy*). Tak jest: bohaterskiej, bo z energią niesłychaną stawa do nierównej walki. (*Brawo! z prawicy*). Ale pragniemy także, aby Austrya jako państwo wzięła z tego stanowiska sympatycznego udział w rozwiązaniu kwestyi, które że będzie pomyślne, mamy pewną rękojmię w bohaterskiej wytrwałości Serbii w tej walce. (*Śmiechy z lewicy*). Widzicie panowie, że wręcz sprzeczne z waszemi są moje zapatrywania, mianowicie pod względem upiększania mordów bułgarskich, czego przedwczoraj dopuścił się jeden z mówców, a co rumieniec wywołać powinno na obliczu każdego patryoty. (*Brawa z prawicy*). Ten sam mówca kruszył kopię za całość Turcyi, ale czasy nowożytne szybko ułatwiają się z wypadkami, i nie wierzę, iżby Turcya mogła istnieć jeszcze lat pietnaście. Turcya skazana oddawna na rozkład. Rozpadła się już po części w państwa lennicze, nawet prowincye mahometańskie stały się państwami lenniczemi. Nie zbawią jej żadne reformy, jak tego dowodzi historya. Silono się na porównanie Turcyi z Polską. Ależ tu nie ma najmniejszego podobieństwa. Polska była narodem z cywilizacyą zachodnią, była przedmurzem chrześciaństwa, czego Wiedeń właśnie ma najlepszy dowód w odsieczy dokonanej przez Jana Sobieskiego. Podział Polski był (*z naciskiem*) zbrodnią! — podział Turcyi jest koniecznością. (*Brawo! z prawicy*). A zresztą jakiemże prawem wy tam panowie (po lewicy) przemawiacie za całością Turcyi, wy, którzyście przyklaskiwali aneksyom pruskim, wygnaniu króla hanowerskiego, księcia heskiego i arcyksiążąt austryackich we Włoszech? (*Brawo! brawo! z prawicy; niepokój i hałas po lewicy*). A nadto wyście nie wynieśli się ponad poręczone prawa królestw i krajów, wy, którzy bronicie praw Turcyi? czyście nie złamali konstytucyi? (*Brawo! brawo! z prawicy; wielki niepokój po lewicy*). Zresztą, jeśli wy aneksye pochwalacie tylko wtedy, gdy to są aneksye pruskie, ja odpowiadam na to, że Bośnia od czasu pokoju Karłowickiego jest nasza. Myśmy także Węgry wydarli z rąk Osmanów, i nigdy już półksiężyc nie zabłyśnie w Budzie. Posłannictwo nasze na Wschodzie jest cywilizacyjne. Jakże je spełnialiście? Gwałtami i germanizacyą! Nazywacie się *Kultuträgerami*, a doszliście do tego, że *kulturträger* jest dziś przezwiskiem szyderczem. Jeden z mowców wspomniał o kongresie wskazującym na północ. Ten kompas wskazywać może równie na Berlin jak na Petersburg. Nawiasowo zapytam tu pana prezesa ministrów, zkądże się wziął u niego niezwykły zapał, gdy usłyszał o tym kompasie? (*Śmiechy na ławie ministeryalnej*). Rządowi szukającemu w tej chwili sprzymierzeńców wcale nie do twarzy z tym zapałem na wzmiankę o kompasie wojennym wskazującym na Petersburg. Cała polityka jego wogóle jest polityką słabości i dwulicowości. Dobrze zrobił p. Kuranda, że ją tak scharakteryzował. Ale mimo to podtrzymujecie tę politykę słabości, by pozostać przy panowaniu i uczynić z nas Słowian, Helotów politycznych, dla tego też pozwalacie rządowi być wiarołomnym; boć musiałby ustąpić, gdyby chciał dotrzymać słowa danego pod koniec sesyi ostatniej, słowa, że jeżeli go spotka nagana z lewicy, a pochwała z prawicy, ustąpi natychmiast. Była już i nagana i pochwała, a rząd nie ustępuje. (*Brawo! z prawicy.*) Kończę panowie, wypowiadając przekonanie, że upadek Dżunisu nie rozwiązuje kwestyi wschodniej. Nie wiemy jeszcze, co nas czeka, ale jeżeli z nami tak się obchodzicie, trudno będzie w razie wojny o wojowników z zapałem. (*Głosy z lewicy: a! to bardzo ciekawe!*) Dla tego nie do was wprawdzie, ale do rządu odzywam się: *Caveant consules, ne quid detrimenti respublica capiat! (Brawo! z prawicy.)*

Dla spóźnionej pory przemówienia następne więcéj streszczać mi wypada.

Dep. Dr Menger występuje przeciw Fanderlikowi co do twierdzenia, jakoby lewica przyklaskiwała była aneksyom pruskim i włoskim. Co do arcyksiążąt austryackich we Włoszech, wszakże wojska austryackie walczyły przeciw aneksyonistom, niemniéj w r. 1866 walczyła Austrya przeciw Prusom, a nie walczyła bez wiedzy i woli stronnictw lewicy. Co do dzisiejszéj polityki austryackiéj na zewnątrz, mówca pośredniéj trzyma się drogi, nie broniąc ani Turcyi, ani też nie radząc sprzymierzać się z Rosyą.

Wniosek Steffensa o zamknięcie dyskusyi odrzucono.

Dep. Oppenheimer mówi niezbyt długo wśród wielkiego w Izbie niepokoju, tak że nikt go nie słucha i dosłyszeć też trudno. Mówca rozwodzi się o przymierzach, których Austryi szukać należy; nie z Rosyą się łączyć, lecz z Niemcami; bo jakkolwiek Austrya postradała swe stanowisko w Niemczech i przestała tam być punktem grawitacyjnym, co do przymierzy jednak Niemcy i tylko Niemcy stanowią dla Austryi punkt grawitacyjny.

Dep. Fux (z Morawy) zaznacza, że zapatrywania jego różne są od zapatrywań wszystkich niemal mowców; ale jeśli hr. Hohenwart podejrzywa lewicę, że pragnie pokoju bezwarunkowego, nawet za cenę honoru Austryi, mówca sądzi, że całą Izbę ma za sobą, twierdząc, iż na tem stanowisku nikt się nie znajduje. Niech hr. Hohenwart będzie spokojny co do poczucia lewicy, gdy chodzi o posłannictwo Austryi i gdy chodzić będzie o jego spełnienie. Hr. Hohenwart, który tak bystre ma oko na słabości stronnictw lewicy, niech pamięta, że i po tamtéj drugiéj stronie Izby są słabostki, kto wie czy nie grzeszniejsze. Że potrzeba nam pokoju, którego panowie z prawicy nie chcą, dowodzić tego nie potrzeba, bo położenie nasze finansowe samo dość głośno za nim przemawia. Trzeba nam tylko przestrzegać całości Austryi takiéj, jaka jest, nie dążąc do nowych nabytków. Niebezpieczna to rzecz igrać z ogniem; my najmniej do tego mamy powodu! Mimo to nie ganię w odpowiedzi rządowej, że nie chce pokoju bezwarunkowego; nie podoba mi się tylko polityka jego, taka n. p., że pozwala namiestnikowi Dalmacyi, członkowi *Omladiny*, politykować na własną rękę; dalej, że kokietuje z Rosyą, a przez to wszystko staje się rząd współwinowajcą zawikłań na Wschodzie i grożących z tąd niebezpieczeństw. Jednę zaletę ma odpowiedź rządu t. j., że jest otwarta, prostoduszna aż do ambarasu, aż do nieporozumień! Nie podoba mi się w niej to, że hr. Hohenwart mógł za nią tak bez ogródki pochwalać rząd, tudzież, że rząd odmawia sobie prawa wpływania na politykę zagraniczną, podczas gdy to jest prawo pisane. Chrześcianom w Turcyi przyznaje mówca prawo otrząśnienia jarzma, ale Austrya nie powinna w tem pomagać Rosyi, która swoim panslawizmem zagraża cywilizacyi całej i szczegółowo Austryi. Austrya nie ma też interesów nad dolnym Dunajem. którychby jej bronić wypadało; dowodem tego osadzenie Hohenzollerna na tronie rumuńskim. Mówca raz jeszcze przestrzega przed Rosyą, wskazując na Polskę, która dla tego, że jest przejęta cywilizacyą zachodnią, jest przedmiotem pastwienia się moskiewskich cywilizatorów. Wy tam panowie po prawicy, najmniej powinnibyście z waszego stanowiska współplemienności i stanowiska religijnego zapalać się dla Rosyi, wiedząc, jak najszlachetniejsi współplemieńcy wasi, Polacy, ten naród najzacniejszy wśród Słowian, jest prześladowany i gnębiony pod względem narodowym i religijnym przez Rosyę. Sam papież wolałby widzieć i nadal półksiężyc na meczecie św. Zofii niż krzyż grecki.

Wniosek Schürera o zamknięcie dyskusyi przyjęty głosami lewicy i środka przeciw głosowi prawicy, wyjąwszy hr. Mieroszowskiego.

Prezes wzywa, aby przystąpić do wyboru jednego mówcy jeneralnego, czemu sprzeciwia się Lienbacher; nie powinien przemawiać żaden mówca jeneralny, gdyż nie jest to dyskusya żadna; a jeżeli już ma być wybrany mówca jeneralny, powinno ich być dwu.

Prezes utrzymuje, że jeden i tak też większość uchwala; rząd nie głosował za tem.

Dep. Grocholski powstaje przeciw pogwałceniu regulaminu.

Prezes stara się dowieść, że prawidłowo postępuje. — Deputowani Polacy chcą wychodzić z sali, za nimi cała niemal prawica. Wstrzymuje ich prezes łagodzącemi słowy, odwołując się do Izby.

Dep. Herbst broni wprawdzie uchwały, ale wywodzi, że może być i dwu mówców jeneralnych. Tak też Izba uchwala. Polacy i prawica pozostają.

Wybrano mówcami jener. Herbsta i Greutera.

Koniec posiedzenia o god. 3ej. Następne jutro.

Wiedeń 6 listopada.

(*R.*) Pragniemy w interesie Austryi, aby pewne sfery nie doznały rozczarowania co do dwóch illuzyj, jakie niestety zakradać się zaczynają. Jedną jest wiara w utrzymanie pokoju, drugą jest wiara w izolowanie Rosyi. Uzbrojenia Rosyi nie są oznaką pokojową, a Rosya cofnąć się nie może, choćby miała ponieść klęskę wojenną. Jest to aktem wiary politycznej, iż Rosya może liczyć na Niemcy i Włochy. Nawrócenie do tej wiary w drodze faktów lub experymentów, może być dziełem nader niebezpiecznem dla państwa. Od dwóch dni spotkać się można z hasłem, że Rosya poniosła porażkę, że jest izolowaną, że zerwała związek trójcesarski, że Austrya odzyskała swobodę działania. Pisma, jak *Fremdenblatt* a nawet wiernie pokojowa i swobodna *Montagsrevue* izolowanie Rosyi uważają za możebne, a związek trójcesarski zaledwie istnieje jeszcze w jakimś kąciku w *Abendpost*. Zanim jeszcze nadeszła depesza z Paryża o tem, że Anglia znowu staje na czele akcyi wschodniej, już ogłosił jeden z tutejszych dzienników światu tę nowinę. Zowią to *Schadenfreude*, która nie zwykła jednać przyjaciół. A zatem komenda dyplomatyczna, którą już dzierżyli kolejno hr. Andrassy i ks. Gorczakow, przeszła w ręce gabinetu Disraelego. Zobaczymy jak długo pozostanie w tych rękach. Przy wytknięciu linii demarkacyjnej zamierzają ustanowić „strefę neutralną,“ aby zapobiedz żądaniu Rosyi względem linii Alexinacz-Deligrad-Dżunis. Armia turecka opuści te miejsca, ale armia serbska ich nie zajmie. Pozostaną to punkta neutralne. Anglia wypracuje program obrad dla konferencyi pokojowej, w której reprezentant Turcyi będzie brał udział. Obrady konferencyi toczyć się mają na podstawie memoryału berlińskiego. Kwestya rękojmi ma być oddzieloną od kwestyi zawarcia pokoju. Tak określają sytuacyę chwilową ci, co ją znać powinni. Cała ta robota dyplomatyczna znowu zapełni pewien czas, aż Rosya uzna chwilę za stosowną do innej roboty.

Berlin 2 listopada.

W mowie tronowéj bardzo był komentowany ustęp odnoszący się do spraw zagranicznych, to jest do kryzys wschodniéj, gdyż po raz pierwszy polityka trzech mocarstw nieznalazła w nim zwykłego miejsca. Co do formy pozytywnéj oświadczeń zawartych w téj mowie, zwrócił uwagę uroczysty charakter obietnicy rządu, że nie przeleje ani kropli krwi za sprawę, którąby nie miała na celu interesów niemieckich. Jest to jakby negacyą przyjęcia czynnego udziału w kryzys obecnéj; Niemcy ofiarują tylko przymierze bierne swemu dawnemu sprzymierzeńcowi z r. 1866 i 1870.

Koła dyplomatyczne mają dziś świadomość co do natury instrukcyj jenerała Ignatiewa. Pojechał on do Konstantynopola w widocznéj misyi „prowadzenia rokowań“ i przeciągania ich, póki przygotowania wojenne nie będą ukończone.

Zręczność ambasadora rosyjskiego na długo wystawioną została na próbę, w wyższych bowiem sferach politycznych nie wierzono w kampanię zimową, gdy świeże zwycięstwa Turków wszystkich poruszyły. Gdyby te zwycięstwa powtarzały się, gdyby, jak mówią, Abdul Kerim pasza wziął Aleksinacz i Deligrad i maszerował do Belgradu, niespodziewane te wypadki, sprowadziłyby cały przewrot w rachubach dyplomatycznych; trzebaby w razie takim zmienić wszelkie pozycye. Niepowodzenie Serbów utrudniło nagle sytuacyę.

Dowiaduję się z dobrego źródła, że gabinet londyński postanowił żądać od Rosyi wyjaśnień przyjacielskich lecz wyraźnych i jasnych co do jéj zamiarów względem Turcyi. Zdaje się, że hr. Szuwałow nie jest tem zadowolony.

W Londynie mniemają, że zbliża się chwila, w której Rosya zadziwi świat ogłoszeniem noty, podobnéj do owéj noty z 31go października 1870 r. Wtedy Anglia będzie musiała wziąć postanowienie, które rozstrzygnie o charakterze kryzys wschodniéj. W przewidzeniu tego wypadku lord Derby polecił lordowi Loftus zbadać księcia Gorczakowa a nawet jeżeli można otrzymać oświadczenie od Cara. Zdaje się w Londynie panować nadzieja, że car Aleksander będzie otwartszym i bardziéj zrozumiałym niż nim był car Mikołaj dla sir Hamiltona Seymour.

Rząd rosyjski kazał opłaty celne uiszczać złotem. Jest to 25-procentowe zwiększenie tych opłat, prze-

ciw czemu, w braku traktatu, handel obcy nie może zaprotestować. Cła i podatki zależą w Rosyi od dobréj woli władzy absolutnéj. Zakazy i surowości celne spowodowały w Niemczech od pół wieku więcéj rozgoryczeń i niesnasków i głębszy sprowadziły rozdział między obu krajami niż wszelkie niezgody polityczne.

Ustalenie za pomocą traktatu systemu korzystnego lub przynajmniéj znośnego dla handlu niemieckiego, przyczyniłoby się wiele do wzmocnienia przymierza między obu państwami. Opinia żywo tu nalega na rząd, aby skorzystał z chwili obecnéj, w któréj Rosya nie może nic odmówić Niemcom i traktat od niéj wymógł. Będzie to prawdopodobnie pierwszą nagrodą, jakiéj gabinet berliński zażąda od Rosyi w odwet za swą życzliwą neutralność.

Petersburg 31 października.

Kozacy uralscy oparli się zastosowanin u siebie nowej ustawyj wojskowej, gdy im ogłoszoną została. W skutek ukazu carskiego, 1585 kozaków, którzy byli menerami tego oporu, przed rokiem wysłano do Kazalińska z przeznaczeniem do robót jako prości żołnierze. Lecz i tam okazywali się nieposłusznymi, tak, że musiano uciec się do przymusu siłą. Kozak używał zawsze pewnych swobód, jakich niema żołnierz regularny; oświadczyli przeto w Kazalińsku, że niechaj z nimi robią co chcą, niech nawet zabiją, lecz nie poddadzą się dowództwu oficerów armii regularnej, są oni bowiem kozakami i nikt niema prawa robić z nich żołnierzy. Niemniej jednak dowódzca wojskowy w Kazalińsku jenerał Szemerzyn nie dał się powstrzymać trudnościom i dzięki bagnetom i knutom przywrócił porządek. Wielu jest rannych a dziesięciu tylko zabitych, chociaż w tej chwili zapewne niejeden już umarł z ran.

Marszałek dowodzący armią W. Książe Mikołaj Mikołajewicz, wyjechał dziś do Liwadyi, mówią, że sztab główny mu towarzyszy. Jenerał Borys Melikow opuścił Liwadyę i udał się wprost na granicę Azyi mniejszej.

Proces Strousberga nie bardzo zajmuje umysły, gdyż cała uwaga zwraca się ku Dunajowi; dotąd jednak każe wszystko przypuszczać, że słynny „Król kolei żelaznych“ zakończy dni swoje w Syberyi za oszustwo i uorganizowaną kradzież. Dyrektorowie banku moskiewskiego towarzyszyć będą swemu królowi w podróży na Wschód.

Journal d'Odessa przynosi w każdym numerze swoim nowe obawy co do muzułmanów krymskich. Wczoraj doniósł telegram z Simferopolu, że Tatarzy wykupili w magazynach wszystkie strzelby i rewolwery.

Przedwczoraj aresztowano 30 softów pod Karabular w Aluczą z mnóstwem proklamacyj i numerów *Bassireta*. Zostali oni odprowadzeni na pokład okrętu „Włodzimierz“ i odesłani do Konstantynopola.

Zamordowanie konsula tureckiego w Tiflisie nie ma w sobie nic politycznego. Jest to morderstwo dla pieniędzy; zbrodniarz został aresztowany i będzie sądzony przez trybunał wojskowy, gdyż trybunał cywilny nie ma prawa wydawać wyroku śmierci, a chciano pokazać Porcie, że nie mają żadnego wspólnictwa z tym nędznikiem, który może sobie wyobrażał, że odda usługę ojczyznie.

Londyn 2 listopada.

Wiedziano tu już w zeszły wtorek, że Turcya ma zamiar przyjąć 6 tygodniowy rozejm i że co do przedłużenia go nie będzie z jej strony żadnej trudności. Wobec tych usposobień Turcyi lord Derby rozpoczął w sobotę rokowania z Berlinem w przedmiocie konferencyi; usiłuje on pokonać skrupuły ks. Bismarka w tej mierze i kładzie zarazem nacisk na potrzebę konieczną, aby Turcya uczęstniczyła w konferencyi.

Widząc więc, co się robi, rząd angielski uważa ostatnie kroki jenerała Ignatiewa jako usiłowanie „wyłamania drzwi już otwartych.“ Ciężkie porażki Serbów zmusiły Rosyę starać się o naprawienie powodzeniem dyplomatycznem tego, co przez klęski wojskowe utraciła z swego uroku.

Ignatiew okazał tani upor, czego pożądanym rezultatem będzie uspokojenie ruchu panującego w Rosyi i zadośćuczynienie próżności Rosyi. Będzie on mógł powiedzieć, gdy rozejm zostanie podpisany — co zapewne nastąpi — że stanowczość Rosyi przywiodła Turcyę do upamiętania. Pomimo tego panowała tu taka pewność przyjęcia rozejmu przez Turcyę (co już postanowione przed tygodniem), że *ultimatum* Ignatiewa wywołało tylko śmiech.

Obok tych usposobień umysłów będących za pokojem, powtarzam, że rząd angielski jest zupełnie zdecydowany stanowczo działać na wschodzie w razie, gdyby rozejm nie doszedł, lub gdyby Rosya chciała zabrać Konstantynopol.

P. Gladstone upada nagle w opinii publicznej. Świeży więc artykuł w *Contemporary Reviev* bardziej zaszkodził mu niż broszura o okrucieństwach w Bułgaryi. Wyznanie jego sympatyi dla Rosyi przypada w chwili, w której Anglicy więcej są niż kiedykolwiek anti-rosyjscy. Usprawiedliwia on anneksye Rosyi w Azyi środkowej przedstawiając je jako nieuchronną konieczność. Objawia również wielką sympatyę dla Czernajewa. Lecz głównym celem jego artykułu jest sponiewieranie *Pall Mall Gazette* i czyni to jak kobieta w złości.

Kardynał Manning będzie stale nadal mieszkał w Rzymie, zabawi on w Londynie tylko kilka tygodni.

Konstantynopol 31 października.

Mówią tu ciągle o wielkim spisku, a aresztowania trwają może jeszcze w tej chwili. Przyaresztowano mnóstwo profesorów (*hodias*) i studentów teologii, których nazwa *softas* znaczy dosłownie „pożerani miłością nauki,“ a jednak widziałem z nich niejednego, którego pożerała tylko nędza, brud i owady.

Vakit (*Czas*) dziennik turecki poświęcony Midatowi paszy, odznaczał się surowością przeciw spiskowcom, których skazuje na klątwę narodu. Mówiąc o profesorach wyż wspomnionych, dodaje, że uwiedzeni byli przez „wiarołomne kobiety,“ które ich wciągnęły w szeregi spiskowców. Inni, powiada, uwiedzeni zostali złotem i znaleziono przy nich dużo imperyałów i nowych całkiem rubli.

Ciekawe to odkrycia, jeżeli są autentyczne, i dowodzą w każdym razie, że *Vakit* zna dobrze oba magnesy, które przyciągają wszystkich Turków niewyjmując *hodias*; dwie rzeczy, które ich cnotę narażają na próbę i prowadzą na drogę zbrodni i zdrady: uśmiech hurysek i blask złota. *Hodias* i *softy* odprowadzeni zostali każdy przez dwóch *zaptis* na miejsce urodzenia. Niemówię aby jedwabny stryczek odgrywał tu rolę, lecz *chi lo sa*, jak mówi Włoch lub dyplomata, chcący sobie nadać tajemniczą minę.

Dwaj *caskazker*, czyli wielcy sędziowie skompromitowani są w tym spisku, który miał na celu zamordowanie w. wezyra i Midata paszy, a może ogłoszenie syna Abdul Azisa sułtanem, niezdolnego, ograniczonego i fanatycznego Izzedina — byli oni obecni jako ulemy na posiedzeniach wielkiej rady, gdzie dyskutowano reformy, jakiemi ministeryum chce uposażyć Turcyę. Jeden z nich Mained-deri-Effendi zachował roztropne milczenie, drugi Szerif-Effendi oświadczył, iż nieznajduje w projektach Midata nic przeciwnego zakonom proroka. Zdaje się, że później zmienił zdanie, gdyż chciał ni mniej ni więcej, jak zatopić zabójcze żelazo w piersi reformatora. Został on internowanym na wyspie Cos a jego współwinny na wyspie Rodos.

Niektóre aresztowania poczynione w domu ex-sułtana Murada wielkie wywarły wrażenie na publiczności muzułmańskiej w Stambule. Między obwinionymi w liczbie dziesięciu znajduje się Topal Suleiman-Effendi dawny szef haremu i dwóch szambelanów. Zbrodnią ich jest, że należeli także do spisku i roznosili po całem mieście wieść, że ex-sułtan widocznie wraca do zdrowia, co bardzo było niepokojącem dla piastującego władzę obecnie. Było zresztą wielu takich co twierdzili, że złożenie z tronu Murada nie jest legalnem, że było obowiązkiem ministrów ustanowić radę regencyjną i czekać na wyzdrowienie chorego.

Aby na to ostatnie twierdzenie odpowiedzieć, rząd kazał ponownie ogłosić we wszystkich dziennikach orzeczenie Szeik-ul Islama, już w pierwszych dniach września ogłoszone. Dokument ten bardzo krótki brzmi tak: „Jeżeli rządca wiernych dotknięty jest pomieszaniem zmysłów, jeżeli cel, jaki zakreślony jest wykonywaniu jego władzy, nie może być tym sposobem osiągnięty, czy może być złożonym z tronu? Odpowiedź: Z mocy wszechwiedzy Boskiej: Tak jest. Pisał pokorny Hassan Hairullat, któremu niech Bóg będzie miłosiernym“. Pewien Turek formalista i subtelny analityk uczynił mi uwagę, że Hairullah, twórca sułtanów — dwóch on ich już złożył z tronu — nie zdawał się być w ostatnim wypadku zbyt pewnym siebie. Zamiast napisać po prostu: *tak*, uciekł on się do formuły: *Allah alem olur* (z mocy wszechwiedzy boskiej); wybieg roztropny lecz nie dość nacechowany czcią, zrzuca bowiem na Allaha odpowiedzialność za własną decyzyę.

A więc cóż jest prawdą co do stanu zdrowia Murada? Trudno to wiedzieć. Około 27 września, siedmiu czy ośmiu lekarzy stwierdziło w raporcie urzędowym, że się pogorsza stan chorego, że jego władze umysłowe niepowrotnie zostały zwichnięte i wykazali nawet u niego: stopniowy upadek poczucia wstydliwości.

Mimo wszystkiego lud nie przestawał wierzyć, że Murad ma się lepiej, że wyzdrowiał, że tylko zbrodnicze intrygi sprzeciwiają się, aby wrócił na tron. Ani Abd-ul-Hamid ani jego doradcy nie mogli smakować w tych pogłoskach i dziś im zapobieżono ogłaszając drugi bulletyn lekarski podpisany przez sześciu medyków, między którymi jest jeden Francuz, dwaj Włosi, jeden Anglik, jeden Niemiec i jeden Turek. „Wrazie nawet gdyby ex-sułtan odzyskał zdrowie, co nie jest prawdopodobnym, nigdy nie wróci do władz umysłowych“.

Nie prawda, że to jasno. Dla większej pewności oddalono od osoby Murada lekarza Włocha Dr Capoleone, który pobiera 1500 fr. emerytury miesięcznej. Zapewniają, że Murad chciałby jechać do Paryża, lecz...

Jenerał dywizyi Mahmud pasza, żyd polski z urodzenia, nazwiskiem Freund skazany został na zdegradowanie za to, że się dał pobić Czarnogórcom równie jak Derwisz pasza i inni, którzy nie przestają cieszyć się zaufaniem Serdar Ekrema i Seraskiera. Prawda że są Muzułmanami z urodzenia, a Mahmud jest giaurem, którego pozbywają się z zadowoleniem.

Podajemy dziś dalsze wyjątki z awansu listopadowego w armii austryackiej:

Kapitanami I. klasy mianowani: w sztabie generalnym, kapitanowie II klasy: Jan Mörk Mörkenstein, nadliczbowy w pułku piechoty nr. 45 i Ignacy Merta nadliczbowy w pułku p. nr. 80, oraz porucznik Teodor Polivka-Treuensee, nadliczbowy w pułku piech. nr. 13, wszyscy przydzieleni do sztabu głównego w nowych stopniach; dalej w piechocie kapitanowie II klasy: Wojciech Ebert w pułku piechoty nr. 58, Franciszek Bina w pułku piech. nr 80; Józef Metzger w pułku piech. nr. 55; Hugo Husa w pułku piech. nr. 10; Ottokar Rothe w pułku piech. nr. 57; Józef Markowski w pułku piech. nr. 10; Emil Stroche w pułku piech. nr. 10; Franciszek Grimm w pułku piech. nr. 9; Alojzy Sobótka w pułku piech. nr. 37; Kasper Klemens z pułku piec. nr. 41 w pułku piech. nr. 78; Ferdynand Giupanni w pułku piech. nr. 45; Wilhelm Piers w pułku piech. nr. 15, na etacie wojskowej szkoły realnej w Güns z pozostawieniem na dotychczasowej posadzie; Karol Pekarek w pułku piech. nr. 10; Antoni Reiss w pułku piech. nr. 30; Franciszek Troharsch w pułku piechoty nr. 80; Franciszek Sperk w pułku piech. nr. 58; Ferdynand br. Mosch z pułku piech. nr. 24, przydzielony do sztabu generalnego, tymczasowo pozostawiony w służbie w pułku; Marceli Lenartowicz w pułku piechoty nr. 40; Ludwik Wiener w pułku piech. nr. 57; Jan Bielek w pułku piechoty nr. 13; Jan Gątkiewicz w pułku piechoty nr. 55; Szczepan Pekets w pułku piechoty nr. 13; Ferdynand Glasser w pułku piech. nr. 45; Antoni Rubringer w pułku piech. nr. 15; Antoni Wartha w pułku piechoty nr. 30; Ignacy Schindler w pułku piechoty nr 77; Stanisław Oczetkiewicz w pułku piech. nr. 57; Stanisław Zwarzyło Wiszniewski w pułku piechoty nr. 40; Edward Niederreiter w pułku piechoty nr. 55; Juliusz Lipawski w pułku piechoty nr. 26. Edward Jakhell z pułku piech. nr. 15. przydzielony do wojsk instytutu geograficznego z pozostawieniem na dotychczasowem stanowisku; Jan Schmidt w pułku piechoty nr. 77, Rudolf Laykauf w pułku piechoty nr. 45; Dominik Longhi w pułku piechoty nr. 10; Jan Glass w pułku piechoty nr. 41.

W piechocie mianowani dalej: kapitanami II klasy porucznicy: Karol Pietroszyński w pułku piechoty nr. 58; Teodor Mikowetz w pułku piechoty nr. 57; Jan Różyc Królikiewicz w pułku piechoty nr. 13; Wilhelm Tepser w pułku piechoty nr. 56; Hugo Ritter w pułku piechoty nr. 80; Jan Vukowacz w pułku piechoty nr. 24; Leopold Kohn w pułku piechoty nr. 40; Piotr Lubieniecki w pułku piechoty nr. 20; Henryk Czerwenka w pułku piechoty nr. 41; Antoni Güttler w pułku piechoty nr. 41; Karol Gmeiner w pułku piechoty nr. 20; Piotr Sobołtyński w pułku piechoty nr. 5; Wacław Janeczek z pułku piechoty nr. 63, w pułku piechoty nr. 57; Franciszek Leth Lethenau z pułku piechoty nr. 57, przydzielony do wojskowego instytutu geograficznego, z pozostawieniem na dotychczasowej posadzie; Karol Zukanowicz w pułku piechoty nr. 80; Jan Sawczyński w pułku piechoty nr. 57; Juliusz Hild z pułku piechoty nr. 77, w pułku piechoty nr. 40; Juliusz Stawarski w pułku piechoty nr. 5: Edward Wachtel w pułku piechoty nr. 24; Jan Nowak z pułku piechoty nr. 36, w pułku piechoty nr. 55; Ignacy Breuer z pułku piechoty nr. 75, w pułku piechoty nr. 57; Juliusz Winkler w pułku piechoty nr. 40 i Wiktor br. Handel Mazzetti w pułku piechoty nr. 13.

Porucznikami mianowani podporucznicy: Leon Suchowski w pułku piechoty nr. 57; Paweł Haselmaier Fernstein w pułku piechoty nr. 15; Adam Dębicki z pułku piechoty nr. 45, przydzielony do sztabu generalnego, z pozostawieniem na dotychczasowem stanowisku; Anastazy Jan Manowarda w pułku piechoty nr. 30; Leon Gregorowicz w pułku piechoty nr. 80; Franciszek Görtz w p. p. nr. 57; Kato Savj z pułku piechoty nr. 37 w pułku piechoty nr. 58; Szczepan Golik w pułku piechoty nr. 15; Ferdynand Kauba w pułku piechoty nr. 20; Aleksander Hladik w pułku piechoty nr. 9; Franciszek Fabrik w pułku piechoty nr. 40; Edward Rzemieniowski w pułku piechoty nr. 3; Karol König w pułku piechoty nr. 9 i Jan Rössler w tym samym pułku.

Podporucznikami mianowani kadeci: Aleksander Bednarowski w pułku piechoty nr. 41; Jan Sobota w pułku piechoty nr. 9; Leopold Elger w pułku piechoty nr. 24; Józef Witoszyński w pułku piechoty nr. 30; Stanisław Nieczuja Snieszek w pułku piechoty nr. 23; Izydor Blumenthal w pułku piechoty nr. 77; Władysław Suberle w p. piechoty nr. 57; Jan Franzl w pułku piechoty nr. 45; Michał Höllerer w pułku piechoty nr. 57; Antoni Krawczyk w pułku piechoty nr. 20; Włodzimierz Mogiła Stankiewicz w p. piechoty nr. 30; Józef Walla w pułku piechoty nr. 45; Izrael Schrenzel w p. piechoty nr. 57; Bazyli Wojtko w p. p. nr 41; Szczepan Janczyk w pułku piechoty nr. 40; Wilhelm br. Gottesheim w pułku piechoty nr. 13; Teodor Kuzyk w pułku p. nr. 10; Karol Dürigl w p. p. 58; Wiktor Daszkiewicz i Józef Nowicki w p. p. nr. 27; Karol Walter i Antoni Kotzourek w pułku p. nr. 57; Piotr Dindorf w pułku p. nr. 13; Mikołaj Benic w pułku p. nr. 45; Wilhelm Spitzberg w pułku p. nr. 40; Fryderyk Dirmhirn w pułku p. nr. 13; August Mederer Wuthwehr z pułku p. nr. 30 w pułku p. nr. 57; Arnold Werner w p. p. nr. 55; Alfred Konrady w p. p. nr. 13; Jan Maliborski w p. p. nr. 40; Józef Haibl w p p. nr. 15; Andrzej hr. Dzieduszycki w p. p. nr. 80; Karol Bonifacio w p. p. nr. 41; Jakób Krejczi w p. p. nr. 9; Jerzy Damjanowicz w p. nr. 41; Kornel Twardowski w p. p. nr. 20; Gedeon Konczar w pułku p. nr. 55; Antoni Serwacki w pułku p. nr. 9; Teodor Radelmacher w p. p. nr. 45; Michał Nazar w pułku p. nr. 9; Ferdynand Bubl w pułku p. nr. 55; Józef Przikryl w pułku p. nr. 9; Franciszek Aleksandrowicz w p. p. nr. 24; Władysław Tichy w pułku p. nr. 15; Mieczysław Filipowski w pułku p. nr. 30; Alojzy Kittel w p. p. nr. 57; Stanisław Turek w p. p. nr. 20; i Aleksander Szczurowski w p. p. nr. 10.

Naczelny dyrektor poczt nadał posadę ekspedyenta pocztowego w Chołojowie wdowie po dotychczasowym ekspedyencie tamże Elżbiecie Hawel, tudzież przeniósł ekspedyentów Jana Hallę z Bolesławia do Słotwiny a Jana Kudasa z Lacluchowa do Borek wielkich.

Wiedeń 6 listopada. W sobotę odbyło się posiedzenie wydziału budżetowego, na które zaproszono także ministra handlu Chlumeckiego, w celu wysłuchania wyjaśnień co do żądań dodatkowych ministerstwa handlu na budowę kolei i inne wydatki. Minister oświadczył, że na rok 1877 zażąda 10 milionów złr. kredytu dodatkowego; z tych 6 milionów złr. na budowę kolei żelaznych, 875,000 złr. na zakupno linii Braunau-Strasswalchen, milion złr. na zapomogę rządową dla kolei Praga-Dux i na przedłużenie jéj do Saksonii; niedobór z ruchu kolei państwowych 500,000 złr.; niedobór kolei subwencyonowanych, razem 9,875,000 złr.

Następnie minister handlu zapowiedział, że na wystawę paryską domagać się będzie jeszcze kredytu dodatkowego 700,000 złr., które pokryć mają żądania także innych ministrów. Z téj sumy ma być już na r. 1877 wstawione 200.000 złr.

— Według *Nemzeti Hirlap* zajęci są delegaci obu rządów monarchii sprawą ułożenia instrukcyi, jaką zamierzają dać reprezentantom rządu wspólnego co do traktatu handlowego z Niemcami. Instrukcye mogą być ułożone w krótkim czasie, gdyż obce rządy zgodziły się już ze sobą co do najważniejszych pozycyj nowéj taryfy a exponowane organa mają tylko zastosować szczegóły do téj taryfy. W celu przyspieszenia téj pracy wysłał w tych dniach węgierski minister skarbu dyrektora urzędu celnego w Budapeszcie, Köglera, do Wiednia, ażeby wziął udział w rozprawach będących tam w toku.

Rosya.

Niewiedząc jeszcze o rozejmie i zostając pod wpływem rozdrażnienia przeciw dziennikarstwu w Austryi, Anglii, i Francyi, nieprzychylnemu dążnościom zaborczym polityki rosyjskiej, *St. Pietersburskijá Wiedomosti* przypuszczają ewentualność odosobnienia Rosyi w razie zbrojnego wystąpienia na Wschodzie i starają się następnie zbadać dziejowe i polityczne powody, dla których mocarstwa europejskie nie tylko niemiały nigdy chęci dopomagania Rosyi w walce jej wiekowej z barbarzyństwem muzułmańskiem celem oswobodzenia z ciężkiego jarzma ludów chrześciańskich, lecz owszem — stawały zawsze w obronie Muzułmanów i starały się paraliżować wszelkie działania Rosyi w tym kierunku, tamując jej drogę na wschód, jeśli nie ręką zbrojną, to dyplomatycznemi intrygami“. Mniema tedy dziennik petersburski, że przyczyną główną nieprzychylności mocarstw dla rosyjskiej polityki wschodniej były zawsze zawiść i obawa potęgi rosyjskiej, która wzrastać musi i wzrasta faktycznie, w miarę upadku potęgi Osmanów na Wschodzie, tudzież jakiś wstręt niewytłumaczony zachodniej Europy do wyznania wschodniego, które jest religią państwa jedynie w Rosyi. To są przyczyny nieprzychylności dla Rosyi i jej polityki, wspólne wszystkim państwom europejskim. Lecz istnieją jeszcze inne powody, a jak się ten dziennik wyraża — „powody specyalne“, skutkiem których każde z mocarstw europejskich w szczególności zawistnem pogląda okiem na możność wzrostu potęgi rosyjskiej kosztem Turcyi, i dla tego usiłuje upadkowi temu zapobiedz. Przechodząc następnie do wyjaśnienia tych „powodów specyalnych“, dziennik petersburski mówi naprzód o Austryi, że ona sama jedna ma zupełnie uzasadnione przyczyny obawiania się upadku Turcyi i wzrostu sił żywiołu słowiańskiego na Wschodzie pod wpływem Rosyi. „Reprezentując bowiem sama całość polityczną równie anormalną jak Turcya, a może nawet pod pewnemi względami jeszcze bardziej sztuczną, i posiadając w swych granicach ogrom ludności słowiańskiej, przenoszący liczebnie Niemców i Madjarów, Austrya nieumiała nigdy zrozumieć i zużytkować godziwie sił niezmiernych słowiańskich, ani też wesprzeć na nich polityki swojej“. Siły więc te ciążą dziś wszystkie (?) ku Rosyi, jako naturalnej przodowniczce (?) i obronicielce Słowian, grożąc zupełnem oderwaniem się od Austryi, skoro Rosya wystąpi jawnie i zbrojnie z swojem posłannictwem dziejowem, a podobna ewentualność równa się zupełnemu upadkowi cesarstwa Habsburgów. Słusznie więc — zdaniem *St. Piet. Wied.* — Austrya niesprzyja ruchowi Słowian południowych i drży na myśl rozbioru Turcyi, który podniesie potęgę Rosyi, słusznie usiłuje odroczyć ostateczną katastrofę na Wschodzie, ponieważ prosty instynkt zachowawczy dyktować jej musi takie uczucia i taki sposób postępowania.

Z daleko większem oburzeniem traktuje dziennik petersburski politykę Anglii, której wstręt i nienawiść dla sprawy Słowian południowych i dla dążeń rosyjskich na Wschodzie — zdaniem tego dziennika — nieda się niczem usprawiedliwić, chyba zazdrością poziomą i obawą, że Rosya może jej kiedyś wydrzeć berło Merkurego. „Bo nietylko wyzwolenie Słowian z jarzma tureckiego, lecz nawet usunięcie zupełne z mapy europejskiej tej plamy, która się zowie Wysoką Portą, nawet posiadanie przez Rosyę brzegów Bosforu wraz ze Stambułem, nieprzedstawia dla Anglii żadnych (?) zgoła niebezpieczeństw. Dziwić się więc trzeba zaślepieniu Anglii, z którem ona usiłuje przywołać do życia konającą Turcyę, pomimo świadomości zupełnej, że czyni źle, że polityka jej jest zbrodnią, bo codziennie skazuje na śmierć i na męki tysiące niewinnych, jedynie dla widoków handlarskich i dla handlarskiej zawiści ku Rosyi“.

Lecz najciekawszem jest rozumowanie dziennika petersburskiego, dla czego Francya była zawsze i jest dziś nieprzychylną polityce rosyjskiej na Wschodzie. Ustęp ten podajemy w całości, jako prawdziwe *curiosum*, wymierzony bowiem przeciw Francyi, nie potępia jej, owszem schlebia i niemal ją ubóstwia, cały ciężar swych zarzutów i obwinień zwalając na Polaków, których obrzuca przy tej sposobności (*à propos des bottes*) żółcią i błotem w takiej obfitości, na jaką zdobyć się może jedynie złość i kłamliwość moskiewska.

„Naród szlachetny i wspaniałomyślny — mówi o Francyi dziennik petersburski — naród rozumny i pełen wzniosłych instynktów, który stał zawsze na czele postępu, broniąc praw ludzkości i gorąco a bezinteresownie obstając za narodami pognębionemi, naród taki staje dziś jako sprzymierzeniec i wspólnik handlarskiej Anglii w haniebnej sprawie obrony barbarzyństwa tureckiego i gnębienia Słowian, nie mając nawet tych poziomych motywów, jakiemi powoduje się stary faryzeusz Albion... i uporczywie sprzeciwia się polityce rosyjskiej na przekor wrodzonemu charakterowi swemu, na przekor nawet własnym swym interesom. Fenomen ten jest tem dziwniejszy i smutniejszy, że taka fałszywa polityka Francyi utrzymuje się w ciągu całego stulecia, zarówno przez rząd republikański jak monarchiczny, zarówno przez Bonapartów jak Burbonów, i że nieprzychylność i nieufność ku Rosyi objawia się stale nie tylko w rządach, lecz i w całym narodzie. Cóż więc powodem tego zjawiska?“ Jest on dwojaki zdaniem dziennika petersburskiego: „Najprzód, partya ultamontańska, bardzo potężna we Francyi, nienawidzi prawosławia, więc agituje przeciw nam wytrwale, jawnemi i podziemnemi sposoby. A powtóre, śmiertelnymi nieprzyjaciołmi naszymi we Francyi są Polacy, a raczej szlachta polska, której potwarcza propaganda przeciw polityce rosyjskiej i przeciw narodowi naszemu, robi nam nieeprzyjaciół z Francuzów, a może śmiało zarzucać nam zbrodnie wszelkie, bo we Francyi nie znają, niestety, historyi naszej, którą też polscy pseudo-publicyści i pseudo-historycy wykładają Francuzom w postaci najpotworniej skażonej i naciąganej umyślnie do obmyślanych z góry planów. Korzystając z ignoracyi i łatwowierności Francuzów, szlachta polska w ciągu całego stulecia z wytrwałością niezmordowaną zwodzi ich i oszukuje, trąbi im w uszy swoje skargi na prześladowania religijne i polityczne, jakoby(!) doznawane od Rosyi a pozuje przed nimi na męczenników i obrońców wolności!.. Niecofając się przed żadnem fałszowaniem faktów historycznych i etnograficznych, pochlebiając narodowej próżności francuskiej, szlachta ta z zadziwiającą zręcznością wyzyskuje wrodzoną Francuzom litość dla narodów cierpiących i prześladowanych. Francya niepodejrzywa nawet, że owi jęczący i prześladowani nie są bynajmniej narodem polskim, lecz tylko kastą, posiadającą niegdyś przywileje gnębienia prawdziwego narodu, kastą przeciwników zawziętych wszelkiej swobodzie społecznej i religijnej... że są to ludzie, którzy sprzedawali swoją ojczyznę każdemu, kto tylko chciał płacić, którzy zgubili ją przez demoralizacyę, bezrząd i niedołęstwo, i którzy nareszcie chcą dziś bronić nie swobód narodu swego, bo ten szczęśliwszym jest teraz niżli był kiedykolwiek (!!) lecz tylko własnych przywilejów kastowych, t. j. samowoli nieograniczonej i niczem nieokiełznanego prawa gnębienia i wyzyskiwania ludu. Niewiedząc nic o tem wszystkiem, Francya wierzy potwarzom, bierze do serca skargi i jęki szlachty polskiej i zapisuje na kartach swych dziejów fenomen trudny do uwierzenia a jednak prawdziwy, komiczny a jednak smutny, że naród, który był zawsze obrońcą praw ludzkości, wolności sumienia, wolności i równości cywilnej, stał się opiekunem najzawziętszych rzeczników przywilejów kastowych przeciwników równości i zwolenników nietolerancyi religijnej!... Tak więc polsko-szlacheckie oszukaństwo przeprowadzone systematycznie i wytrwale w nauce, w literaturze i w dziennikarstwie, u stóp tronu i na ulicy, w kościele i szkole, osiągnęło cel i przyniosło owoce pożądane, bo skrzywiło pojęcia Francuzów o rządzie narodzie rosyjskim, zaszczepiając w nich nieufność i nieprzyjaźń ku nam“.

Oto zdaniem publicysty rosyjskiego powody jedyne nieprzychylności Francyi dla Rosyi i dla polityki na Wschodzie. Ze wstrętem bolesnym zdobyliśmy się na przytoczenie ustępu powyższego w całej jego potwarczej osnowie. Lecz to zdawało się nam potrzebnem dla tem jaśniejszego uwydatnienia tendencyi rządu moskiewskiego, bo dzienniki półurzędowe są niewątpliwie ich tłumaczami. Z jednej strony rosyjski rząd przez swe organa przymila się do Polaków, starając się ich pozyskać dla swej polityki panslawistycznej i wmawiając, „że jedynie od przyszłości wszechsłowiańskiej dalsza pomyślność Polski zawisła“ (patrz *Czas* w Nr. 232), z drugiej zaś ściska jeszcze bardziej więzy krepujące Polaków i podburza przeciw nim na wszelki wypadek — „opinię publiczną“ kraju, którego instynkta barbarzyńskie okazały się już raz, w r. 1863, czynnikiem wielce skutecznym w sprawie gnębienia Polaków, a który dziś, sfanatyzowany duchem grabieży, gotów rzucić się jak szakal na każdego, kogo mu wskażą jako przeszkodę w urzeczywistnieniu „wielkiego posłannictwa na Wschodzie“. W tym też a nie innym celu w powyższym artykule *St. Pet. Wied.* wydobyto na jaw cały arsenał starych potwarzy i fałszów, któremi tak łatwo obrzucać skrępowany i pozbawiony głosu naród i wynaleziono nadto nową winę Polaków: „buntowanie Francuza przeciw białemu Carowi i matuszce Rasyi“.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 7 listopada. Donosząc przed kilkoma dniami o pierwszem nabożeństwie w grobach królewskich w kościele katedralnym na Wawelu, winniśmy dodać, że znakomity budowniczy Violet le Duc, któremu Francya zawdzięcza najpiękniejsze nowoczesne budowle swoje, zaproszony przez ks. Władysława Czartoryskiego na życzenie konserwatora p. Łepkowskiego, podjął się wygotować bezpłatnie projekt ołtarza w krypcie grobowej. Hr. Arturowa i Adamowa Potockie poniosły koszta restauracyi tej krypty i budowy ołtarza; lichtarze i pacyfikał wykonane artystycznie w stylu romańskim, są darem hr. Izy Działyńskiej, takież ampułki i dzwonek sprawiła hr. Ksawerowa Pusłowska, a obraz N. P. Maryi Częstochowskiej, złocony na miedzianej blasze i umieszczony w grobie Jana Kazimierza, sprawiony został za pieniądze pozostawione po śp. Fr. Kołosowskim, sekretarzu Tow. Sztuk pięknych. Sarkofag księcia Józefa Poniatowskiego z powodu połączenia przechodem w skale wykutym, krypty z przybranym grobem, musiał być przeniesiony w miejsce, gdzie teraz stoi obok sarkofagu Kościuszki. Koszt tych robót poniosła ks. Władysławowa z Nemours Czartoryska. O szczegóły te wywiedzieliśmy się z pewnego źródła. Dawcy, których tu wymieniliśmy, nie szukają z tego chluby, bo imiona ich wypadłoby zawsze wymienić, ilekroć idzie o chwałę Bożą i o pamiątki ojczyste; ale że przy zwiedzaniu grobów na Wawelu nieraz wymieniano dawców nie dość dokładnie, przeto wypadało podać o nich prawdziwą wiadomość.

— Towarzystwo lekarskie krakowskie odbyło d. 3 listopada posiedzenie zwyczajne, na którem po załatwieniu czynności biórowych, Dr Radek przedstawił chorą operowaną w szpitalu św. Łazarza; Dr Bylicki odczytał rozprawkę o operacyi odbytej w krakowskiej klinice położniczej zostającej pod kierunkiem prof. Madurowicza i okazał różne narzędzia operacyjne; Dr Męciński również okazał jedno z nowszych narzędzi; Dr Wilkosz opowiedział sposób operowania używany przez Emmeta; Dr Domański przedłożył wnioski dotyczące *Przeglądu Lekarskiego*; wreszcie przyjęto do grona Towarzystwa na członka korespondenta Dr Konstantego Męcińskiego z Przemyśla.

— *Przegląd Lekarski* donosi: Przewodniczącym w dyrekcyi klinik na rok szkolny 1876/7 wybrany został prof. Dr Madurowicz, po zrzeczeniu się ponownego wyboru przez profesora Dra Korczyńskiego.

Wydział lekarski Uniwersytetu Jagiellońskiego mianował p. Stanisława Poniklę, asystentem przy katedrze anatomii patologicznej.

Egzamina kandydatów do posad urzędowych w służbie zdrowia, odbędą się w Krakowie d. 20go listopada i dni następnych.

— Ferdynand Kuczela z Sądeckiego, 16-letni uczeń szkoły kadetów w Łobzowie, odebrał sobie życie dnia 3 b. m. z niewiadomej przyczyny, powiesiwszy się w krzakach na Podgórzu w pobliżu mostu kolejowego.

— Dziś w nocy umarł w skutku czadu węglanego stróż w domu pod l. 39 w Rynku głównym, Józef Bratek z Królowki w powiecie Bocheńskim. Rozżarzył on węgle kamienne w naczyniu blaszanem w swojej pod schodami izdebce dla ogrzania się i zamknął drzwi. Dr Paleczny, lekarz policyjny, nie zdołał przywrócić go do życia.

— Rektor XX. Pijarów X. Słotwiński pisze nam z powodu doniesienia naszego o wypadku zaszłym w tamecznym kościele w niedzielę, że po odnowieniu wielkiego ołtarza i prezbiteryum, odnowił ambonę, a odjęte od niej posążki czterech Ewangielistów przeznaczone do odnowienia, zostały tymczasowo umieszczone na konfesyonale. Podczas mszy św. dla uczniów szkoły realnej, jeden z nich siadł w konfesyonale, a wstając poruszył nim, przez co figurka jedna spadła i ugodziła w głowę ucznia obok stojącego. Dr Rybczyński każe się spodziewać, że uczeń ugodzony, który zresztą nie leży, za trzy dni będzie w szkole.

— Sprawdzono, że Jan Polak ceglarz, który dnia 29 października przejechany został za Podgórzem przez pociąg kolei, rozmyślnie rzucił się pod pociąg nadchodzący.

— W policyi złożono dwa worki i pas rzemienny z uprzęży, znalezione wczoraj wieczór na Kazimierzu.

— Straż policyjna przytrzymała: Wojciecha Tureckiego, wyrobnika, za kradzież przed paroma tygodniami surduta z wózka w pobliżu dworca kolei żelaznej; Maryę Kremblowną służącą, za kradzież odzieży; Franciszkę Bednarską, za kradzież koca.

— Stróż w dworcu kolei, Truskawiecki, przytrzymał Jana Drwala, Józefa Czerneckiego i Kazimierzą Grabowskiego na kradzieży rzepaku.

— W Garlicy murowanej skradziono d. 15 z. m. krowę ze stajni Ziębiny a w Bibicach gospodarzowi Kalicie z zamkniętej izby rzeczy wartości 250 złr. Sprawców i uczestników pierwszej kradzieży wyśledził starszy posterunku żandarmeryi tutejszej Liszka z żandarmem Świdrem. Byli nimi Jan Janusz, Józef Biernat i Fr. Grela z Dąbia oraz Fr. Bochenek, kowal z Czyżyn; sprawcę zaś drugiej kradzieży Michała Dragona z pod Miechowa ujęto tamże; służył on dawniej w Bibicach i siedział tu już za kradzież.

— Nakładem Henryka Trenklera wyszedł w Warszawie „Polonez elegijny, cieniom Aleksandra hr. Fredry poświęcony i ułożony na fortepian“ przez Adama Münchheimera.

— Prezesem Rady powiatowej Tłumackiej wybrany został jej wiceprezes X. Abdjasz Szeparowicz, pleban gr. kat.

— Lwowska *Kronika Codzienna* z dnia wczorajszego została skonfiskowaną za ogłoszenie dodatku do drugiego wydania niemieckiego dzieła p. Franciszka Smolki: „Listy polityczne o Rosyi i Polsce, czyli kwestya wschodnia.“

— Urzędnik ruchu kolei Albrechta, Kazimierz Holzer, zastrzelił się d. 3 b. m. w Stanisławowie.

— Stowarzyszenie rękodzielników polskich w Wiedniu „Siła,“ przeniosło się teraz do hotelu Zillingera na Wiedeniu, Hauptstrasse.

— W sobotę o zmierzchu zdarzyło się w Wiedniu, że osoby przechodzące niektóremi ulicami śródmieścia, począwszy od Rothgasse i Lichtensteg aż do Bauernmarkt i Rothenthurmstrasse, przewracały się zaplątane w sieć sznurów czarnych, rozciągniętych w poprzek ulic, przy czem kilka osób skaleczyło się. Policya nietylko nie dostrzegła zastawiania takiej sieci, ale nadto stała się sama ofiarą tych sideł. Chcąc się

Redaction & Administration:
I., Renngasse 5.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.
Manuscripte werden nicht zurückgegeben.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen sind portofrei.

Ankündigungs-Bureau und Haupt-Expedition:
I., Wollzeile 22.
Insertionspreis nach aufliegendem Tarif.
Annoncen aus Frankreich, Belgien, Holland und England übernehmen ausschließlich die Herren G. L. Daube & Co. in Paris, Frankfurt a. M., Berlin &c.

Einzelverkauf:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.,
Montag-Morgen-Ausgabe 3 kr.

(Morgen-Ausgabe.)

Deutsche Zeitung.

Herausgeber: Heinrich Reschauer.

Abonnement für Wien:
In unserer Haupt-Expedition: [illegible]
Mit Zustellung in's Haus: [illegible]
Abonnement für das Inland: [illegible]

Abonnement für das Ausland: Vierteljährig: Für Budapest und Umgebung bei Herrn A. Lappert jun. in Budapest, Waitzen-Boulevard im Handelsakademie-Gebäude, fl. 6.— ö. W. [illegible], fl. 7.— ö. W. [illegible]; für Deutschland bei [illegible] Postamte 10 Mark 30 Pfennige, bei uns mit directer Kreuzbandversendung fl. 9.— ö. W.; für die Schweiz 18 Francs 30 Cent., bei uns fl. 9.90 ö. W.; [illegible] Francs, [illegible]; für England bei dem Postamte in Köln 16 Mark 50 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Spanien und Portugal bei dem Postamte in Köln 18 Mark [illegible] Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; [illegible] Rumänien [illegible] bei uns fl. 9.— ö. W.; für Griechenland bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Nordamerika bei dem Postamte in Köln 18 Mark 20 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Brasilien und Mexiko bei dem Postamte in Köln [illegible] Mark 90 Pfennige [illegible].

Nr. 1745. Wien, Donnerstag 9. November. **1876.**

Präsident Tilden.

Wien, 8. November.

Nicht mit jener Spannung wie im Jahre 1860, als Abraham Lincoln dem Candidaten der Sklavenhalter gegenüberstand, oder wie im Jahre 1864, als es galt, die Wiederwahl Lincoln's gegen Mac Clellan durchzusetzen, sah man diesmal dem Ausgang der Wahlschlacht in Amerika entgegen. Keine politisch und social tief einschneidenden Programme knüpften sich jetzt an die Fahne der Candidaten; es galt nicht, Millionen von Sklaven die Freiheit zu bringen; die Einheit der Republik stand nicht auf dem Spiele. Die großen Fragen, um die damals gestritten wurde, haben ihre Lösung gefunden, aber noch zittert in den Gemüthern der Nachhall jener Kämpfe, welche unter so furchtbaren Opfern die Wiedergeburt der Republik herbeigeführt haben. Die Parteibezeichnung „republikanisch" und „demokratisch" hat den Bürgerkrieg überlebt, wenn auch aus dem Glaubensbekenntnisse der Demokraten die Forderung nach Erhaltung der „eigenthümlichen Institution", wie die Neger-Barone euphemistisch die Sklaverei nannten, gestrichen wurde und der Ruf nach Loslösung von der Union verstummt ist. Republikaner und Demokraten maßen sich abermals, und diesmal gelang den Letztern der große Wurf. Ihr Candidat Samuel J. Tilden, bisher Gouverneur von New-York, erhielt die meisten Stimmen. In den Händen dieses Mannes wird das Ruder des großen amerikanischen Staatswesens vom 4. März 1877 bis zum 4. März 1881 ruhen.

Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist damit an einem neuen Wendepunkte angelangt. Seit dem 4. März 1861, seitdem Buchanan aus dem Weißen Hause zog, hat die republikanische Partei dem Lande die Präsidenten gegeben. Wohl hat Andrew Johnson die Principien der Demokraten verfochten, aber er wurde unter republikanischem Zeichen gewählt. Ulysses S. Grant wurde beidemale mit immenser Majorität zum Präsidenten ernannt. Sein Gegen-Candidat bei den letzten Wahlen, Horace Greeley, erhielt nur eine winzige Minorität der Stimmen. Vier Jahre haben hingereicht, um diese Minorität zur Majorität zu machen. Versuchen wir, uns die Momente zu vergegenwärtigen, welche diesen Umschwung herbeiführten. Was bedeutet zunächst der Sieg Tilden's? Der Einzug eines demokratischen Präsidenten ins Weiße Haus hat seine große Tragweite in politischer wie wirthschaftlicher Beziehung. Die Demokraten sind die Verfechter des Princips der Staaten-Souveränetät. Sie sind, wenn dieser Vergleich erlaubt ist, die Föderalisten der Neuen Welt, während die Republikaner einer starken Centralgewalt das Wort reden. Die Vereinigten Staaten waren bis zum Ausbruche des Bürgerkrieges ein Bundesstaat, dessen einzelne Glieder ein solches Ausmaß von Selbstständigkeit besaßen, daß ihnen gegenüber Präsident und Congreß in den vitalsten Fragen oft machtlos waren. Unter dem Donner der Kanonen vollzog sich der Ausbau der Verfassung in dem Sinne einer Stärkung der Centralgewalt. Nach Niederwerfung der Rebellion des Südens trat dieser Zug in der Gesetzgebung der Union deutlich zu Tage. Die Demokraten wurden nicht müde, dagegen zu opponiren. „Diese Politik," erklärte ihr Wortführer, „ist das Grab der Freiheit. General Grant wird der erste Kaiser der Vereinigten Staaten sein." Bekanntlich ging die düstere Prophezeiung nicht in Erfüllung. Der Gegensatz zwischen Republikanern und Demokraten tritt weiter in der Frage der Reconstruction des Südens hervor. Die Neger-Sklaverei wollen zwar die Demokraten nicht wieder einführen. Die Unmöglichkeit davon sieht selbst der verbissenste Plantagen-Besitzer ein. Aber was er will, ist, daß sein ehemaliger Sklave ihm politisch nicht gleichgestellt werde. Die Stimme des schwarzen Mannes soll nicht an der Wahlurne ebensoviel wiegen wie die seinige. Das Bundesgesetz, welches die vollständige politische und bürgerliche Gleichberechtigung der schwarzen Race ausspricht, ist den Demokraten ein Gräuel. Der Neger muß erst zur Freiheit, zum Gebrauche der politischen Rechte herangezogen werden, erklären sie, und leider kann man ihnen nicht ganz Unrecht geben, wenn man auf die schauderhafte Wirthschaft sieht, welche in Süd-Carolina unter dem Neger-Regime platzgegriffen hat.

Der Gegensatz zwischen Republikanern und Demokraten pflanzt sich auf wirthschaftliches Gebiet fort. Die Republikaner sind Schutzzöllner, die Demokraten Freihändler. Der Congreß hat ein Gesetz angenommen, [illegible] die Aufhebung des Zwangscurses [illegible]. [illegible] 1879 soll das [illegible] unbedeckte Papiergeld im Betrage von 400 Millionen eingezogen und die Baarzahlungen aufgenommen werden. Die demokratische Partei geht von andern ökonomischen Principien aus. Sie erblickt das wirthschaftliche Heil in einer Vermehrung des Papiergeldes. Sie strebt die Aufhebung des Gesetzes an, welches der Zettelwirthschaft ein Ende machen will.

Diese politischen und ökonomischen Grundsätze standen sich gestern gegenüber und der Sieg fiel der Partei zu, welche bisher in der Opposition war. Man bekäme aber ein schlechtes Bild der amerikanischen Verhältnisse, wenn man sie blos vom politischen und wirthschaftlichen Gesichtspunkte aus beurtheilen wollte. Bei den gestrigen Wahlen fiel noch ein anderer Umstand entscheidend ins Gewicht. Die Corruption hat in Amerika einen Grad erreicht, welcher die Grundlagen der Gesellschaft zu erschüttern droht. Grant, ein persönlich ehrenhafter aber beschränkter Mann, hat es nicht verstanden, dem Uebel Einhalt zu thun. Das haben die Gegner der republikanischen Partei vortrefflich zu ihren Zwecken ausgenützt. Der Wahlkampf wurde von ihnen unter dem Rufe: „Fort mit der Corruption!" aufgenommen und Viele, welche mit dem politischen Programme der Demokraten nicht einverstanden sind, haben [illegible] Präsidentschafts-Candidaten die Stimme gegeben, weil sie von ihm eine Heilung des Corruptionsübels erwarten. Diesem Umstande verdankt Tilden [illegible] seine Erwählung. Die republikanische Partei räumt das Weiße Haus, nachdem sie durch sechzehn Jahre die Macht in Händen gehabt. Sie kann mit [illegible] auf die gethane Arbeit zurückblicken. Sie [illegible] der Republik unter der schrecklichsten [illegible] die Rebellion des Südens zu Boden [illegible], die Sklaverei aufgehoben und der politischen [illegible] auch in der Alten Welt Achtung versch[illegible].

An den Budget-Ausschuß.

Von einem Reichsra[illegible]

[illegible]

Zum vierten Male [illegible] Abgeordnetenhaus das Staats[illegible] derselben [illegible] Session votiren, [illegible] mit wenigen Ausnahmen auch wieder [illegible] über die Voranschläge der einzelnen [illegible] ihre Berichte erstatten. Wenn hiezu noch die [illegible] die Bewilligung des letzten [illegible] zu betrachten, so kann das Interesse nicht [illegible], welches Theilnehmer und Betheiligte [illegible] des Budget-Ausschusses entgegenb[illegible]. [illegible] die Feststellung des Jahres-Budgets die wichtigste, oft [illegible] die einzige wichtige Aufgabe der Parlamente, und [illegible] knüpfen sich an diese Aufgabe häufig die größten [illegible] politischen Debatten.

Erstrecken sich dagegen die Ziele unseres Budget-Ausschusses in der Regel nur auf unbedeutende Veränderungen einzelner Details des Regierungsanschlages, wird in unsern Budget-Debatten sehr viel vom Sparen gesprochen, aber sehr wenig gespart, so weist man zum traurigen Troste auf unsere dualistische Verfassung hin, welche das Kriegs-Budget der Entscheidung des Reichsrathes entzog. Wenn wir aber sehen, wie unsere österreichischen Minister zur Zeit der Delegationsverhandlungen Alles aufbieten, damit das geforderte Kriegs-Budget unverkürzt bewilligt werde, wenn wir sehen, wie auch die Majorität der [illegible]

Feuilleton.

Räubergeschichten.

(Kleine Curiosa. — Schiller's „Räuber" in Stambul, von Murad Efendi. — Jenenser Räuber in Weimar. — [illegible] Strakosch und seine 200 Räuber, von H. H., Selbst-Räuber.)

Nenne mir, Muse, den [illegible] den vielgewandten. . . . Schon [illegible] begann damit, das „Revolutionsstück" aus der Atmosphäre der Sturm- und Drangzeit in den historischen Nebel zu entrücken. Er machte aus dem Zeitgemälde der Gegenwart, nämlich der Gegenwart des siebenjährigen Krieges, ein historisches Gemälde von der Zeit des dreißigjährigen Krieges und steckte die Herren Räuber in mittelalterliche Uniformen, wodurch sie der hohen und allerhöchsten Censur weniger lebensgefährlich, weil weniger nahe auf den Leib gerückt erschienen. Kleider machen Leute! Und so sind denn die Räuber ein Jahrhundert lang im mittelalterlichen Costüme einherstolzirt, bis die „Gegenwart" des [illegible] für uns so weit Vergangenheit geworden ist, daß die „Räuber" auch in Rococotracht nicht mehr zu beißen scheinen. Da hat denn jetzt der Freiherr von Dingelstedt die große That vollbracht und den Räubern ihre eigene Tracht, die Tracht ihrer Zeit wieder zurückgegeben. Dieses revolutionär-reactionäre Meisterstück der dramatischen Schneiderkunst, welches wir morgen im Burgtheater zu bewundern Gelegenheit haben werden, erscheint aber wirklich als eine symbolische That, wenn man bedenkt, daß erst Laube die „Räuber" überhaupt im Burgtheater hatte einschmuggeln können, „zum Besten des Invalidenfonds", und daß noch lange nach 1850 das Stück nur selten und niemals an Sonntagen aufgeführt werden durfte. Bis zu Laube waren die „Räuber" nur an Vorstadt-Theatern gegeben worden, wo namentlich Wilhelm Kunst einen brillanten Karl Moor abgab und einen brillanten Franz gleichzeitig, denn er spielte horribile dictu mitunter beide Rollen zugleich an Einem Abend. Ja, in mancherlei Art sind schon die „Räuber" aufgeführt worden und eine der spassigsten ist wohl die türkische Aufführung von Schiller's „Räubern" in Stambul, von welcher uns der liebenswürdige deutsche Dichter und türkische Consul Murad Efendi in seinen eben erschienenen interessanten „Türkischen Skizzen" (zwei Bändchen, Leipzig, 1877 Verlag der Dürr'schen Buchhandlung) Bericht erstattet. „Eines Tages," so erzählte er, „buchstabirte ich zu meinem nicht geringen Erstaunen aus den arabischen Schnörkelbuchstaben auf den rothen Riesen-Anschlagzetteln an Straßenecken und Moscheen mit der Ueberschrift: „Ottomanisches Theater" die Worte „Räuber" und „Schiller" heraus. Ich traute meinen Augen nicht, und doch, es war keine Täuschung! Schiller am Goldenen Horn! Sein von Sturm und Drang erfülltes [illegible] Drama ins Türkische übertragen und im Personenverzeichniß:

[illegible] . . . . [illegible] Efendi
[illegible] . . . . Achmet Efendi —"

. . . Dem Censor Efendi wurde Murad Efendi die officielle [illegible] zur Verfügung gestellt. Director des aus einem [illegible] geschiedenen National-Musentempels in Gedik Pascha, im Herzen Stambuls, war Herr Güllül, ein brauner, lebhafter Armenier. Das Parterre glich einem Beet von Mohnblumen, [illegible]. Nur hin und wieder der weiße Turban eines Ulemas oder der grüne Kopfbund eines Emirs darunter. Im Parterre wird Kaffee servirt. Ein gellender Pfiff und der Vorhang rollt auf. Amalia, eine mehr in die Breite als in die Höhe gewachsene Armenierin, stolpert auf die Bühne. Sie wird begleitet von Moriz Moor. Moriz klang dem Ohr des Uebersetzers offenbar besser als Franz, denn wir haben „Franz, die Canaille" vor uns. Als correcter Theaterbösewicht ist er völlig in Scharlach gekleidet, und auch sein Kopf spielt in's Scharlachfarbene hinüber. Er behandelt die türkische Sprache griechisch, Amalia armenisch. Sie kanzelt den hochrothen Schlingel zur vollen Befriedigung des Publicums auf's beste ab und stürzt fort, gefolgt von einer fürchterlichen Sammtschleppe. Moriz monologisirt krampfhaft, Hermann tritt auf und damit schließt der erste Act. Im zweiten Act finden wir Karl bereits in den böhmischen Wäldern. Director Güllül, der den Karl spielt, ist bis an die Zähne bewaffnet und läßt das breiteste Pathos auf Stelzen über die Bühne wandern. Die Costumes sind im Allgemeinen anständig. Man merkt ihnen die Hand eines fränkischen Garderobeschneiders an.. Unter den Räubern stechen jedoch zwei im Turban hervor — Turbane in den böhmischen Wäldern? Richtig! Der Zettel bezeichnet die beiden Mimen als Muselmanen. Deren Kopfbedeckung muß immer national sein und ihre Vollbärte dürfen nie rasirt werden. Die Scene mit dem Pater regt das Publicum an, die Flintenschüsse zum Schlusse finden lauten Beifall. Sie werden länger [illegible] Einige „bismillah" der Bewunderung lassen sich im Parterre hören. Der dicke Censor Efendi aber [illegible] bedenklich das Haupt.

Ein censorisches Ungewitter schien sich über Schiller, den „Räubern" und Güllül zusammenzuballen. „Dergleichen Stücke sollte man nicht gestatten," seufzte er endlich. — „[illegible] Der Monologe Karl's wegen?" — „Nicht doch!" — „[illegible] Paters wegen?" — „Nicht das. [illegible]" — „Wegen der Feuersgefahr?" — „N[illegible] Publicum [illegible]." Und er zog die Stirne [illegible].

Der dritte Act beginnt. Hermann [illegible] Karl's Schwert, Moriz Moor nimmt seine Werbungen bei Amalia wieder auf — wir wissen, mit welchem Erfolg. Als Amalia den rothen Bösewicht mit der Degenspitze von der Scene fortkitzelt, findet die allgemeine Zufriedenheit lauten Ausdruck . . . . Und so fort . . . . Im fünften Act aber finden wir eine eingreifende Hauptverbesserung Schiller's: die einzige Rettung für die Räuber auf der Bühne zu Gedik Pascha. Karl Moor zückt den mörderischen Stahl auf Amaliens durch [illegible] hülle beschirmten Busen. Ein Murmeln des [illegible] durch das Haus. Er zückt aber [illegible] den Dolch zum [illegible], zum zweiten und zum dritten Male, und — die [illegible] ihm in den Arm. [illegible] entspinnt sich eine Balgerei. Vergeblich, er ist gefangen. [illegible] bange. Voreiliges Zagen! Schon [illegible] Kotaneli mit dem General-Pardon des Kaisers. [illegible] Moor [illegible] ein glückliches Paar. — Ein dramatischer [illegible] ist doch Vielem ausgesetzt!

Eine andere seltsame „Räuber"-Aufführung findet man noch heutigentags in Weimar. Da erging und ergeht allemal, wenn „Die Räuber" aufgeführt werden sollen, vom großherzoglichen Hoftheater eine Anzeige an die Jenenser Studentenschaft, für welche der vordere Theil des Parquets reservirt bleibt. In hellen Haufen und in voller Wichs kommen die Jenenser Musensöhne denn auch nach Weimar herüber, um ihr altes Recht, bei den „Räubern" vom Zuschauerraum aus mitzuspielen, feierlichst auszuüben. Man kann sich denken, daß es recht lebhaft dabei hergeht. Und wenn das große Räuberlied kommt, so erheben sich Alle auf ein schallendes [illegible] mit dem Schläger von den Plätzen und stimmen in gewaltigem Chor an: „Ein freies Leben führen wir", worauf sie schl[illegible]

[illegible] [illegible] [illegible] Anforderungen bereitwilligst [illegible] [illegible] uns ein leichter Zweifel an der Aufrichtigkeit der jetzt oft gehörten Versicherung, daß man [illegible] sparen würde, wenn nur einmal das [illegible] Budget an die Reihe käme.

[illegible] aber wirklich an den Voranschlägen der österreichischen Minister so gar nichts Nennenswerthes [illegible] schon das Gekreische der officiösen [illegible] hinter uns her, welche der Opposition [illegible] vorwirft, sie wolle den Staat durch Sparen „von Knöpfen und Stahlfedern" retten [illegible] nur sachte, ihr Herren! Bei einem effectiven [illegible] vierzig Millionen Gulden und [illegible] Niedergange ohne Grenzen [illegible] mehr durch Verhöhnung und Verdächtigung [illegible] Finanzminister durch Ausschöpfung der allerletzten denkbaren Steuerquellen kaum den dritten Theil des Abganges zu bedecken hofft, wenn selbst neue Staats-Anlehen zu annehmbaren Bedingungen nicht mehr zu begeben sind, dann müssen eben Mittel gesucht und gefunden werden, die Ausgaben des Staates mit dessen erreichbaren Einnahmen wenigstens [illegible] in das Gleichgewicht zu setzen. Oder [illegible] das „Arbeiten und Sparen" nur für die Staatsbürger, nicht aber auch für die Staatsverwaltung gelten? Soll diese immer noch dieselben luxuriösen Ansprüche festhalten wie damals, wo sie für ihre „Concessionen", an Actien- und an Uebertragungs-Gebühren jährlich Millionen als Gründergewinn von sanguinischen Actionären einheimste?

Ein Rückblick auf die Staatsvoranschläge im Beginne der verschiedenen Perioden unserer parlamentarischen Entwicklung zeigt uns ein erschreckendes Bild der stetigen und [illegible] Steigerung unseres Aufwandes. Im Jahre 1863 betrugen die Ausgaben für das Gesammtreich mit Einschluß von Ungarn und Venetien 367 Millionen, und [illegible] noch im Jahre 1867 für die österreichischen und ungarischen Länder mit Einrechnung der Schuldentilgung 4?3 Millionen. Für das Jahr 1873 erreichte dagegen das österreichische Budget allein die Summe von [illegible] Millionen, das ungarische eine Summe von 27[illegible] Millionen, zusammen 673 Millionen, somit reichlich um 50 Percent mehr als im Jahre 1867.

Während aber Ungarn trotz seiner wenig nachahmenswerthen Staatswirthschaft seit der Krisis des Jahres 1873 bemüht war, die Ansprüche der Staatsverwaltung alljährlich herabzumindern, sehen wir in Oesterreich die Steigerung ganz gemächlich fortschreiten, als ob die verschiedenen geflügelten Worte unseres Schatzkanzlers: „Es werde bald besser werden" — „Der Staatscredit [illegible]" — „Er wolle sich nicht auf den Weg des Schuldenmachens begeben" — „Er werde nicht zugeben, daß Staatsgelder zur Deckung der Verluste Einzelner verwendet werden" u. s. w. u. s. w. — durch nachgefolgte Thaten und Ereignisse ihre glänzendste Bestätigung gefunden hätten. Und doch weiß jeder Besitzende in Oesterreich, welcher nicht etwa das seltene, aber ausgiebige Glück einer Betheilung aus der Central-Vorschußkasse genoß, mit schmerzlicher Genauigkeit zu berechnen, um wie viel sein Real- oder Mobiliarvermögen seit 1873 alljährlich im Werthe und Erträgnisse gesunken ist und noch fortwährend sinkt.

Vergleicht man nun die Gestaltung des ungarischen Budgets mit jener des österreichischen seit 187[illegible], so finden wir, daß in [illegible] Oesterreich 3[illegible] Millionen,

	„	Ungarn	2[illegible] „
im Jahre 1875	„	Oesterreich	381 „
	„	Ungarn	2[illegible] „
„ „ 187[illegible]	„	Oesterreich	4[illegible] „
	„	Ungarn	234 „
„ „ 1877	„	Oesterreich	404 „
	„	Ungarn	2[illegible] „

[illegible] gesprochen werden.

Während also der ungarische Ausgaben-Etat seit 1873 um mehr als 40 Millionen Gulden gesunken ist, wuchs das Erforderniß des österreichischen [illegible] anschlages seitdem um mindestens sechs (seit 1[illegible] 21) Millionen Gulden, wobei das jetzt nur durch [illegible] neuer Obligationen bedeckte Erforderniß für [illegible] tilgung das effective Deficit von 26 Millionen noch um 1[illegible] Millionen vergrößert und wobei mit Verlaub der [illegible] wahrheitsliebenden „Montags-Revue" die angeblich das Deficit verschuldenden **Eisenbahnbauten noch gar nicht gerechnet sind.**

Wenn wir aber nach den Kategorien der Ausgaben fragen, welche im ungarischen Voranschlage so wesentlich beschränkt wurden, so finden wir, daß die Herabsetzung der Central-Auslagen der Staatsverwaltung an diesen Ersparungen den Löwenantheil hat. Diese Central-Auslagen sind es jedoch eben, welche im österreichischen Budget ein Noli me tangere bilden, behütet und beschützt von dem großen Rache-Chor, der auf Kosten der Steuerträger bereit steht, den Abgeordneten als Feind und Verräther zu brandmarken, mit allen möglichen und unmöglichen Verdächtigungen heimzusuchen, wenn das freie Wort es wagt, an den Privilegien und Heiligthümern der Bureaukratie zu rütteln. Was mußte der Berichterstatter hören, der in der letzten Budget-Berathung die den Betrag von einer halben Million Gulden bereits überschreitenden splendiden Subventionen des Ackerbauministeriums auf ein erträgliches Maß herabsetzen und den zunächst betheiligten landwirthschaftlichen Kreisen die Aufbringung ihrer Luxusprämien überlassen wollte! Als ob es sich um den Ruin der österreichischen Landwirthschaft handeln würde, rief damals die lustige auswärtige Section des Ackerbauministeriums, genannt „Club der Landwirthe", alle Vereine des Landes zur Hilfe auf, weil den hochgebornen und hochgestellten Führern zugemuthet wurde, etwa den Wanderlehrer ihres Bezirkes selbst zu besolden. In gleicher Weise wurde das Attentat auf einige Amtsdiener des Handelsministeriums mit dem siegreichen Hinweis auf die „160 Localitäten" dieser Centralstelle glücklich abgeschlagen. Wer aber solche und ähnliche 160 Localitäten jemals außer den Mittagsstunden aufzusuchen unternahm, der wurde wohl zu der irrigen Meinung verleitet, daß die Bewachung so vieler leerer Räume wesentlich vereinfacht werden könnte, ja daß vielleicht die bessere Ausfüllung einiger und die gänzliche Absperrung anderer Räume nicht ausschließlich im ökonomischen Interesse dringend anzurathen sein möchte.

Und so mögen denn die Herren Minister in ihren Centralstellen mit dem „Arbeiten und Sparen" gefälligst den Anfang machen. Möge aber auch der Budgetausschuß seine Aufgabe diesmal strenger und eingehender auffassen, nicht mehr die Bewilligung des letzten Jahres als unantastbar betrachten, sondern angesichts des unbedeckten und durch zweifelhafte Wechselgeschäfte oder durch einfache Heranziehung der Noten-Reserve der Nationalbank auch nicht mehr bedeckbaren Jahres-Deficits jedem Luxus im Staatsvoranschlage mannhaft und entschieden entgegentreten.

Inland.

Wien, 8. November.

Vom Tage.

Wie wir erfahren, existirt seit einigen Wochen ein Ministerial-Erlaß, der sich mit der Behandlung der öffentlichen Verhältnisse seitens der österreichischen Presse befaßt. Dieser Ministerial-Erlaß ist an die Länder-Chefs gerichtet und trägt die Unterschrift des Herrn Minister-Präsidenten Fürsten Auersperg. [illegible] wird, wie uns unser Gewährsmann [illegible] berichtet, [illegible] bemerkt, daß [illegible] [illegible] [illegible] an den Südgrenzen der Monarchie, [illegible] [illegible] Behandlung eine solche [illegible] erfahren, daß die durch eben diese Angelegenheiten ohnehin erregte Stimmung der Bevölkerung in noch größere Aufregung künstlich versetzt werde. Da die Reichsgesetze „leider" den politischen Behörden wenig Handhaben bieten, um die Haltung der Journale wirksam zu beeinflussen, und da weiter die Staatsanwaltschaften als justizielle Organe die Ennunciationen der öffentlichen Presse von einem andern Standpunkte aus beurtheilen als die Verwaltungsbehörden, so sei es desto nothwendiger, daß die letztern das Möglichste in dieser Hinsicht thun. Da man die Autorität der Regierung und das Vertrauen der Bevölkerung in die Intentionen derselben zu erschüttern suche, so müsse gegen die Presse etwas energischer vorgegangen werden. Es mögen daher die Länder-Chefs mit den ihnen unterstehenden Polizei-Directionen Besprechungen über diesen Gegenstand pflegen und dieselben veranlassen, über die Amtshandlungen der Staatsanwaltschaften hinaus die Preßpolizei zu handhaben.

Der **Steuer-Reform-Ausschuß** hat heute einen wichtigen Beschluß gefaßt. Trotz der Opposition, auf welche anfänglich das **Princip der Progression** gestoßen war, ist dasselbe heute mit zwanzig gegen drei (galizische) Stimmen angenommen worden. Die Bedeutung dieses Beschlusses wird dadurch erhöht, daß sich derselbe als die Folge des Eindruckes ergibt, welchen die im weiter unten veröffentlichten Sitzungsberichte mitgetheilten Aufklärungen des Regierungs-Commissärs **Chertek** hervorgerufen haben.

Der Finanz-Ausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses hat schonungslos die Schminke weggewischt, mit welcher die Szell'sche Schönfärbekunst die **finanziellen Schäden Ungarns** übertüncht hat, und nun auf einmal ist Herrn v. Szell der Knopf aufgegangen. Ungarisch-officiös wird verlautbart, daß die im Laufe der Verhandlungen des Finanz-Ausschusses über den Eingang der Steuern zum Vorschein gekommenen — eine wahrhaft köstliche officiöse Ausdrucksweise — Daten die Regierung und die hervorragendern Abgeordneten in der Ueberzeugung bestärkt (sic) haben, es müsse je eher desto besser etwas gethan werden für die **Erhöhung der Steuerfähigkeit des kleinen Mannes.** Und zu welchem Entschlusse sind Regierung und hervorragendere Abgeordnete in Folge der bestärkten Ueberzeugung gekommen? . . . Sie werden während der Pausen [illegible] [illegible] spuriger Debatten über das Budget, den Ausgleich, den Criminal-Codex, das sogenannte Wuchergesetz und den Gesetzentwurf über das Bodencredit-Institut erledigen. Risum teneatis.

Eine officiöse Pester Correspondenz kündigt eine binnen Kurzem zusammentretende **Conferenz des ungarischen Episkopates** an. In derselben soll der einzige „Stein des Anstoßes" beseitigt werden, welcher zwischen dem katholischen Clerus und dem Fusions-Ministerium besteht — es sind dies Differenzen in Betreff der Volksschulen. Man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß der nachgebende Theil das Ministerium sein wird.

Parlamentarisches.

Der Ausschußbericht über den Antrag des Abg. **Götlerich**, betreffend die **Reform der politischen Verwaltung**, welcher in der nächsten, am Samstag stattfindenden Plenarsitzung endlich zur Verhandlung gelangt, schließt mit folgendem Antrage:

„In Erwägung, daß in Folge der vielfach vermehrten Agenden der k. k. Bezirkshauptmannschaften deren Personalstand zur Bewältigung der ihnen jetzt schon nach der bestehenden Gesetzgebung obliegenden Geschäfte kaum mehr ausreicht; in Erwägung ferner, daß über die ungenügende Sorge für die Sicherheit der Person und des Eigenthumes und über die mangelhafte Handhabung der bestehenden Gesetze vielfach und mit Grund geklagt wird, daß aber die wünschenswerthe Ingerenz der politischen Verwaltungsbehörden auf dieses Gebiet, namentlich bei größern, mehrere [illegible] umfassenden Bezirken, nur durch eine entsprechende Vertheilung der politischen Verwaltungsorgane in den Bezirken ohne Vermehrung derselben am Sitze der Bezirkshauptmannschaften erreichbar erscheint; in Erwägung, daß durch eine solche Einrichtung zugleich die Landesvertretungen in die Lage versetzt würden, jene in ihrer gesetzlichen Competenz gelegenen Aenderungen der Gemeinde-Ordnungen zu beantragen, welche, unbeschadet der Gemeinde-Autonomie, den Bedürfnissen der einzelnen Länder in der Richtung entsprechen, daß die den Gemeinden nähergerückten staatlichen Organe künftig für die Sicherheit der Person und des Eigenthums sorgen und in wirksamer Weise auf die Handhabung der bestehenden Gesetze durch die Gemeinden einwirken können und eine Aenderung der Competenz bei gewissen ortspolizeilichen Agenden, sowie des Instanzenzuges bei diesen Angelegenheiten ermöglicht würde: wird die Regierung aufgefordert, entsprechende Vorlagen [illegible]

---

höchst befriedigt und ohne weitere Gewaltthaten nach Hause zurückkehren.

Wer denkt hiebei nicht an die bevorstehende „Räuber"-Aufführung an unserm Stadttheater? Und weil uns gerade ein sehr launiger Bericht über eine der Proben zugeht, und zwar von einem Mitbetheiligten, so mag damit unsere Sammlung [illegible] „Räuber"-Aufführungen [illegible] vervollständigt werden. [illegible] Gewährsmann ist freilich ein [illegible], aber da [illegible] [illegible] ebenfalls zu den Räubern gehört, so werden's ihm seine und unsere guten Freunde, die Studenten, wohl nicht besonders übel nehmen.

Also: „**Meister Strakosch und seine 200 Räuber (bei der Probe im Stadttheater), von H. H., Selbst Räuber.**"

Es ist etwas Eigenes um unsere Hinneigung zum Theaterspielen! Einen Jüngling besonders, der das tyrannisirende Gymnasium noch nicht weit hinter sich hat, zieht's dazu mit [illegible] zu den [illegible]. [illegible] ist es ihm zum erstenmale gegönnt, vor der Oeffentlichkeit sprechen und agiren [illegible] verwegen den Hut aufstülpen, Degen schwingen, [illegible] Cerevis und im günstigsten Falle allenfalls auch rothe Hosen anlegen zu können — also mehr als irgend eine Burschenschaft, die ihm ja für gewöhnlich nur die Zierde einer mehr oder minder bunten Kopfbedeckung bietet, zur Schau zu tragen. Und welche Wonne, erst Karl Moor zu sein, wo Einem eine Amalia zur Verfügung gestellt wird!

Doch davon später!

Ein [illegible] [illegible] gnerischer Tag ist es, noch zeitlich früh — [illegible] — und die ganzen Umstände laden so recht dazu ein, [illegible] [illegible] mit einem süßen Traum von künftiger Ministerschaft hinwegzugelangen. Und doch! — was poltert heute der eifrige Studiosus vom vierten Stock [illegible] herunter [illegible] die Treppen? Noch nie dagewesen! [illegible] zu schöne Wirklichkeit steht ihm bevor, als daß er sie nicht einem kühnen Traum vorziehen würde! — Heute geht's nach der Ordre des Professors **Strakosch** auf die Bühne des Stadttheaters, und da zu fehlen, wäre gewiß [illegible] eigenen dramatischen Talente! Bald steht er [illegible] [illegible] der Commilitonen [illegible] „Freiheit", [illegible] [illegible] und Hofräthe zittern müssen [illegible] [illegible] jetzt „[illegible]!" [illegible], wenn nicht am [illegible] [illegible]! Aber dem Meister Strakosch war das noch viel zu [illegible]; „Da ist kein Feuer — keine Begeisterung!" [illegible] er [illegible] erneutem Eifer geht's [illegible] wie [illegible] dazumal bei Stürmung der [illegible] — an die [illegible] der [illegible] „Räuber" Aufgabe — [illegible] Strakosch! [illegible] ist [illegible] Begabung des kleinen großen Mannes, der [illegible] eben dem Karl Moor eine [illegible] Rede vorgesprochen und mit innigstem Gefühle am Halse der Amalia [illegible] hat, um gleich darauf einzuknicken und dem alten [illegible] die richtigen Hungertöne vorzuheulen, bald wieder mit [illegible] Augen und satanischem Lächeln als die „Canaille" [illegible] herumzuschleichen. Dabei gibt er wohl Acht, daß er den auf seine Anregung eben „Rache" schnaubenden Räubern nicht unter die Füße kommt, und wirft sein Gesicht in die Höhe, damit Karl Moor darauf die befohlene Mimik wie von einer auf einem Feldstuhle aufgeschlagenen Landkarte ablesen könne. **Ein** Strakosch spielt das Ganze, nur in verschiedenen Gestalten. Er hat sich hier eine hübsche Figur entlehnt, um den **Räuber**hauptmann, dort eine Löwenstimme, um den **Schweizer** darzustellen, und ebenso die nothwendigen Aeußerlichkeiten der übrigen Rollen, sowie das Geschrei von 200 „Begeisterten" sich ausgeborgt, um so **allein** Schiller's „Räuber" in noch nie dagewesener Vollständigkeit*) vorführen zu können. Fast hätten wir vergessen: Holte er sich nicht die Amalia aus den [illegible] Wäldern und pfropfte den deutschen Vortrag auf ihre Prachtgestalt, **seinen** deutschen Vortrag? — Im Commandiren und Dressiren befleißigt er sich übrigens echt Laube'scher Derbheit.

Kosinsky: . . . . ich begehrte mir immer zu sehen den Sieger von Korinth, wie er saß auf den Trümmern — jetzt verlange ich es nicht mehr . .

Strakosch (einfallend): „Ja, ja, sehen Sie ihn nur an, meine Herren Räuber, wie er sitzt! Sitzt man so auf den Trümmern von Karthago? Nein, wie auf . . . ., wie Zeus in der Aeneide von Blumauer sitzt er." Das letztere Gleichniß mit dem Kroniden gebrauchte er übrigens nicht, sondern er ging gerader zu Werke — längs der punktirten Linie weiter.

In dieser Stellung könnte er freilich den Räubern keinen großen Respect einflößen, vielleicht noch weniger denn als „Gouvernante" oder dergleichen, mit welchen Attributen er auch des Oeftern regalirt wird.

Doch Karl hat auch seine lichten Scenen, und wenn Strakosch ruft: „[illegible] Ihren Kopf tief in Ihren Busen" — da [illegible] jeder der Jünglinge in sich ein dramatisches Talent [illegible], das zu gleichem theatralischem Effect befähigt.

Man sieht, daß, während im Publicum Taschentücher winken, sich im [illegible] des Schauspielers indessen eine ganz satanische Freude [illegible] kann. Ueberhaupt möchte ich sagen: Das Fräulein Wewerka — die Darstellerin der Amalia — ist für die Ruhe der zweihundert mitwirkenden Studenten viel zu — plastisch. Mit ihr kommt [illegible] eine gewisse panslavistische [illegible] unter die germanischen Helden-Jünglinge! Sie kann wohl eine Freude dran haben, so bedingungslos eine Schaar unserer künftigen Vertreter der Intelligenz vor sich in Furcht und Freude vergehen zu sehen, aber es muß ihr doch bange werden, [illegible], wo sie hinblickt, jählings aus glimmenden [illegible] [illegible] Dutzend bereit gehaltene Brandraketen aufblitzen zu sehen; sie wäre denn schon ganz feuersicher, was nicht der Fall zu sein scheint, weil sie fortwährend den Blick in die vorgehaltene Rolle senkt; die kühnen Blicke sind ihr wohl gar zu — bescheiden.

Die Probe ist zu Ende; Professor Strakosch bittet um Entschuldigung, wenn er während der Probe etwas zu derb gewesen; donnernde Hochs für ihn und Fräulein Wewerka erfüllen die Luft. Unmuthig wird der „alte Gottfried" mit den bunten Tüchern verwechselt. Bruder Studio zieht stolz die Ringstraße dahin, aber so in Civil vermag er leider bei den passirenden Schönen nicht die besondere Aufmerksamkeit hervorzurufen, auf die er als Räuber seinem innersten Gefühle nach Anspruch hat. Und wie er sieht, daß die Holden mehr nach dem Bunten und besonders nach den in Blau und Roth weithin glänzenden Hußaren schauen, da vermißt er bitter seine blanke Büchse und seinen großen Hut, seine rothen Hosen [illegible]. Ein schwerer Seufzer, der mit „Wewerka" (zu deutsch: [illegible]kätzchen) endigt, entringt sich seiner hungrigen Seele, und dann verschwindet er in der tröstenden Speise-Anstalt, dieweil es Mittag wurde.

* * *

*) Strakosch hat „Die Räuber" nach der ältesten [illegible] Ausgabe in Scene gesetzt, nach welcher [illegible] in den Thurm geworfen wird.

Ergänzung des Gesetzes vom 19. Mai 1868 im Sinne der vorstehenden Erwägungen zur verfassungsmäßigen Behandlung zu bringen."

Die Debatte verspricht eine lebhafte zu werden. Es sind bereits vierzehn Redner vorgemerkt, und zwar für den Ausschußantrag die Abgeordneten Dr. v. Plener, Dr. Giskra, Freiherr v. Scharschmid und Dr. Dinstl; gegen denselben die Abgeordneten Baron Zschock, Herman, Graf Thurn, Dr. Kronawetter, Graf Hohenwart, Dr. Wedl, Ritter v. Grocholski, Graf Mieroszewski, Dr. Walbert und Zaklinski.

Aus dem Budget-Ausschusse.

In der heutigen Sitzung des Budget-Ausschusses kam der Etat des Handelsministeriums in Verhandlung. Bei dem Titel „Central-Leitung" wurden nach dem Antrage des Abg. Skene aus dem Ordinarium 40.000 fl. ausgeschieden und in das Extra-Ordinarium eingestellt. Eine lebhafte Debatte entspann sich bei dem Titel „General-Inspection der Eisenbahnen". Der Referent Abg. Gomperz beantragte die Einstellung des von der Regierung beanspruchten Gehaltes von 25.000 fl. für den General-Director Ritter v. Nördling.

Abg. Dr. Giskra ist der Ansicht, die Regierung habe das Recht, sich ihre Beamten zu wählen; das gehe das Haus nichts an, aber um den finanziellen Gesichtspunkt müsse das Parlament sich kümmern. Es sei eine außerordentliche Erscheinung, daß der Minister ein geringeres Gehalt beziehe, als der Sections-Chef. Bestehe ein Vertrag mit dem General-Director, dann müsse er auch eingehalten werden; wenn aber kein Vertrag vorhanden ist, so möge dies der Minister mittheilen. Redner beantragt, für den General-Director an Stelle des angesprochenen Gehaltes nur 7000 fl. und 3000 fl. Functionszulage, also das normale Gehalt eines Sections-Chefs einzustellen. Entsprächen etwa die bisherigen Leistungen des General-Directors der außerordentlichen Dotation? Er hege keine Animosität gegen die Person des Herrn v. Nördling, aber er müsse sagen, daß dieser eine Dissonanz in das gute Einvernehmen zwischen Regierung und Haus gebracht habe. Wenn kein Vertrag geschlossen ist, so möchte ich einen solchen Beamten keinen Augenblick weiter dulden.

Handelsminister Ritter v. Chlumecky erklärt, es bestehe in der That ein Vertragsverhältniß; er (der Minister) sei für Alles verantwortlich; Alles, was der General-Director gethan habe, sei im Einverständnisse mit dem Minister geschehen. Er müsse bedauern, daß ein ihm unterstellter Functionär über seinen (des Ministers) Kopf hinweg angegriffen werde.

Abg. Dr. Schaup: Wir hören fortwährend, daß legislatorische Arbeiten seitens des Herrn v. Nördling im Zuge sind, aber wir sehen noch immer nichts davon. Er habe viel versprochen; er sei für die schmalspurigen Bahnen eingetreten und habe damit Fiasco gemacht; auch mit seiner diplomatischen Geschicklichkeit sei es nicht weit her. So habe er z. B. die Differenzen anläßlich der Collaudirung der Gisela-Bahn noch vermehrt. Redner ist für den Antrag des Abg. Giskra.

Abg. Ed. Sueß betont die Verantwortlichkeit des Ministers. Hier handelt es sich nicht um einen Sections-Chef, sondern um einen Mann, der viel höher gestellt ist. Die Aufgabe des Herrn v. Nördling war, das französische System der Eisenbahn-Fusionen bei uns einzuführen. Diese Idee ist aber gescheitert an dem Widerstande des Abgeordnetenhauses, die Rolle des General-Directors ist daher zu Ende. Der Minister müsse die Verantwortlichkeit auf sich nehmen und das Haus müsse consequent bleiben, indem es die Streichung der außerordentlichen Bezüge dieses Functionärs beschließt. Redner beantragt, die Post gänzlich zu streichen.

Abg. Skene ist befriedigt darüber, daß der Minister die volle Verantwortlichkeit übernommen hat. Halten wir uns, sagt Redner, an die Sache und nicht an die Person. Ist der General-Director ein redlicher Mann, so können wir ihm ruhig 25.000 fl. zahlen, so aber sei unser Eisenbahnwesen ruinirt. Ihn gehe die Person nichts an, sondern nur die Sache, und deßhalb sei er für die Streichung der Post. Er kenne die Thätigkeit des General-Directors nicht, für ihn sei nur der verantwortliche Minister maßgebend.

Abg. Dr. Kaiser ist für den Antrag Giskra's. Abg. Dr. Brestel spricht aus finanziellen Rücksichten gegen die Regierungsforderung.

Abg. Wolfrum meint, daß der Pensions-Etat im Falle der Ernennung des R. v. Nördling noch wesentlich mehr belastet würde, als er es ohnehin schon ist. Uebrigens seien solche Gehalte im Handelsministerium nichts Neues; er erinnert an die zwei Beiräthe, welche zusammen ein Gehalt von 32.000 fl. bezogen. Die Summe sei nicht zu hoch, wenn nur etwas Tüchtiges dafür geleistet wird. Das Eisenbahnwesen könne in einem so großen Staate nicht in kurzer Zeit geordnet werden, das erfordere mehrere Jahre. Er getraue sich nicht, über diesen Mann abzusprechen.

Abg. Dr. Schaup glaubt, daß man denn doch in 1½ Jahre einen Fortschritt im Eisenbahnwesen hätte wahrnehmen können.

Handelsminister R. v. Chlumecky verspricht, binnen kürzester Zeit im Hause Bahnvorlagen zu machen.

Berichterstatter Abg. Gomperz erklärt, es sei allerdings im Eisenbahnwesen ein Mißerfolg zu verzeichnen, allein auch das Abgeordnetenhaus habe Mißerfolge auf seinem Gewissen. Ist denn früher etwas Besseres geschehen? Man bereitet dem Minister Unannehmlichkeiten, welcher dem General-Director sehr nahe steht, den der Minister mit seinem Schilde deckt.

Handelsminister Ritter v. Chlumecky gibt die Versicherung, daß Herr v. Nördling Vieles geleistet habe; wolle man ihn deßhalb verurtheilen, weil er das Interesse des Staatsschatzes gewahrt habe? Man könne ihn (den Minister) nicht zwingen, den Mann zu entlassen; das administrative Gebiet könne von dem Hause nicht beurtheilt werden. Herr v. Nördling habe sehr Ersprießliches geleistet, insbesondere anläßlich der Differenzen bei der Gisela-Bahn; seine diesfälligen Leistungen seien von der Presse entstellt worden; er habe diese Differenzen geschlichtet, aber die Anfeindungen der Presse lähmen die Thätigkeit dieses Mannes. Der Minister brauche eine kräftige und starke Hand gegenüber den Ausschreitungen der Eisenbahnen.

[illegible] wird der Antrag des Referenten mit [illegible] angenommen und das Gehalt des Herrn v. Nördling mit 25.000 fl. eingestellt.

Die Sitzung schloß in erregter Stimmung um halb 10 Uhr Abends.

Aus dem Steuer-Reform-Ausschuß.

Der Steuer-Reform-Ausschuß hat sich heute nach längerer Debatte für das Princip der Progression bei der Bemessung der Personal-Einkommensteuer mit 20 gegen 3 Stimmen ausgesprochen. Die drei dissentirenden Stimmen sind die der drei Abgeordneten aus Galizien, welche dem Ausschuß angehören.

Aus der Debatte theilen wir in theilweiser Ergänzung unseres im heutigen Abendblatte veröffentlichten Berichtes nachstehend folgende wichtigern Momente mit:

Nachdem Dr. Klier nochmals seinen Antrag vertheidigt und Abg. Fux die von Dr. Menger angewendete Berechnungs-Methode als unzutreffend zu erweisen versucht hatte, ergriff Dr. Brestel das Wort. Die Frage, um die es sich eigentlich handelt, ist, wie er sagt, die: In welcher Weise ist die Steuersumme zu vertheilen? Man discutirt über die Ziffern, bevor die Frage der Progression entschieden ist. Das müsse zuerst geschehen, dann werde man darüber entscheiden können, ob die Bemittelten ins Unbegrenzte zu besteuern seien oder ob man über eine gewisse Grenze hinaus nicht gehen solle; ferner in welchem Verhältnisse die Steigerung zu geschehen habe, ob endlich die Steuer nach je 100 fl. zu bemessen oder ob Classen festzusetzen seien.

Abg. Graf Coronini ist principiell für die Progression; aber die Berechnungen des Dr. Menger haben ihn nachdenklich gemacht. Hauptsache ist die festzusetzende Progressionsgrenze. Innerhalb dieser Grenze sollte die Progression eine gleichmäßige sein. In dem Antrage des Abg. Klier, sowie in jenem auf Einführung einer Classensteuer erblickt der Redner eine Mehrbelastung der Minderbemittelten zu Gunsten der Bemittelten.

Hierauf nimmt der Finanzminister das Wort. Er wendet sich zunächst gegen den Abg. Krzeczunowicz. In der Einrichtung, daß in einer Societät Jeder nach seinen Kräften zur Deckung der Staatsbedürfnisse beitrage, liege allerdings ein socialer Gedanke; eine socialistische Tendenz habe aber der Regierungs-Antrag nicht. Die neue Steuer sei nothwendig, weil sich jetzt Viele der Steuerpflicht entziehen, und in Folge unserer Finanzlage. Eine ausgleichende Personal-Einkommensteuer ist ohne Progression ganz undenkbar. Man kann allenfalls über den Modus der Progression oder darüber discutiren, ob bei der Steueranlage nach Classen vorzugehen sei. Auf die Lösung der zur Entscheidung vorliegenden Frage würden auch die verlangten Ausweise keinen Einfluß haben, welchen doch nur beiläufige, also ungenaue Schätzungen zu Grunde liegen. Die Berechnungen des Dr. Menger bezeichnet der Redner als unzutreffend und die daraus abgeleiteten Folgerungen als unrichtig. Er glaubt, daß man mit einer geringern Bestimmung der Steuer-Einheit auskommen werde. Der Reichsrath habe übrigens die Festsetzung des Steuer-Contingentes in der Hand, aber eine richtige Festsetzung der Steuersumme sei erst möglich, wenn die Einschätzungs-Resultate vorliegen werden. Die von Dr. Menger gehegte Befürchtung, daß die neue Steuer das Kapital vertreiben würde, kommt dem Minister unbegreiflich vor. Das zu beschließende Gesetz strebe viel mehr eine freiere Bewegung des Kapitals als eine Belästigung desselben an. Die Steuer-Reform-Vorlagen müssen so rasch als möglich erledigt werden; zwischen diesen und dem österreichisch-ungarischen Ausgleich bestehen keinerlei Beziehungen.

Ministerialrath Chertek: Das Princip der Progressions-Steuer ist nicht neu, die Durchführung aber schwierig. Der Grundsatz, den man hiebei im Auge behalten müsse, ist folgender: Den Minderbemittelten ist eine Erleichterung zu gewähren, es darf jedoch nicht eine übermäßige Belastung der höhern Classen platzgreifen. In einer bestimmten Höhe muß die Progression aufhören. Die im Regierungs-Entwurfe aufgestellte Scala beruhe auf folgenden Annahmen: Das durch die neue Steuer zu treffende Einkommen beträgt 800 Millionen und vertheilt sich auf 663.000 Personen mit 14,468.536 Steuer-Einheiten. Eine Steuerveranschlagung von 15 Millionen Gulden vorausgesetzt, ergibt sich per Steuereinheit 1 fl. 3 kr. Auf die einzelnen Einkommen-Kategorien vertheilen sich die 800 Millionen wie folgt: 403½ Millionen auf die Einkommen von 400 bis 1500 fl. 154 Millionen auf die Einkommen von 1501 bis 3000 fl., 137¼ Millionen auf die Einkommen von 3000 bis 10.000 fl. und 105 Millionen auf die höchste Kategorie. Nach der Regierungsvorlage würde an der Einkommensteuer von 15 Millionen die erste Kategorie mit 29·25 Percent, also, obwohl sie die Hälfte des Gesammt-Einkommens umfaßt, mit nicht ganz einem Drittel, die zweite Kategorie mit 16·37 Percent, die dritte mit 23·47 Percent und die letzte mit 30·91 Percent participiren. Man darf nicht glauben, daß mit der Herabschwächung der Steigerung in den obern Tarifposten (zum Beispiel statt 0·2 nur 0·1) eine geringere Belastung der kleinern Steuerträger erzielbar sei, denn es kommt auf die Gesammtzahl der Steuer-Einheiten an und auf deren Vertheilung auf die einzelnen Stufen des Tarifes. So zum Beispiel resultirt bei der der Regierungsvorlage zu Grunde liegenden Berechnung eine Steuer von nur 1 fl. 3 kr. Steuer-Einheit; bei jenen Modificationen mit ein Zehntel Steigerung bis 4 resultiren statt 14·4 Millionen nur 12,835.000 Steuer-Einheiten, also 1 fl. 16·8 kr. per Steuer-Einheit. Dabei würde die erste Kategorie statt 29·25 volle 33 Percent übernehmen müssen. Bei der Classensteuer ergeben sich nach dem Antrage des Referenten gar nur 11,669.000 Einheiten und die Steuer-Einheit mit 1 fl. 24·5 kr. Hiebei zahlt allerdings die erste Stufe nur 28·76 Percent, aber die Steuer überwälzt sich mit Vehemenz auf die nächst höhere Stufe. Bevor man sich für die Progression entschließt, muß man genaue Berechnungen anstellen. Relativ erscheint von allen bisherigen Vorschlägen der Regierungs-Antrag noch immer als das Richtigste.

Es sprechen noch mehrere Abgeordnete. Bei der Abstimmung ergab sich jedoch das eingangs erwähnte Resultat.

Vom Verwaltungs-Gerichtshofe.

Oeffentliche Verhandlungen beim k. k. Verwaltungs-Gerichtshofe werden stattfinden: Am 16. November, um 10 Uhr Vormittags: Beschwerde des Josef Ditie gegen das k. k. Justizministerium wegen zu geringer Pensionsbemessung; um 11 Uhr Vormittags: Beschwerde des Leopold Kolban gegen das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht wegen Pfarr-Präsentation. Am 23. November, um 10 Uhr Vormittags: Beschwerde der Stadt Freudenthal gegen das k. k. Ministerium des Innern wegen einer Straßen-Erbreiterung; um 11 Uhr Vormittags: Beschwerde der Stadtgemeinde Wlaschim in Böhmen gegen das k. k. Ministerium des Innern und die Commune der Reichs-Haupt- und Residenzstadt Wien wegen eines auferlegten Verpflegskosten-Ersatzes an die Gemeinde Wien. Am 29. November, um 10 Uhr Vormittags: Beschwerde des Georg Günther gegen das k. k. Ackerbauministerium wegen verweigerter commissioneller Erhebung der Triftschäden bei der Holztrift des baierischen Forst-Aerars auf dem Schoberweißenbache. Am 30. November, um 10 Uhr Vormittags: Beschwerde des Israel Reik gegen das k. k. Finanzministerium wegen einer Gebührenvorschreibung von fl. 431.25.

Pest, 7. November. [Orig.-Corr.] (Die Orient-Debatte im Reichsrathe.) Sie können kaum die Spannung ermessen, mit welcher man hier dem Beginne der Orient-Debatte im österreichischen Abgeordnetenhause entgegensah. Die diversen officiösen Manöver, mit welchen man hier wie in Wien die Wirkung der Debatte im vorhinein abzuschwächen versuchte, haben weder diese erwartungsvolle Spannung abgeschwächt, noch die Wirkung der im Abgeordnetenhause von verfassungstreuer Seite gehaltenen Reden irgendwie beeinträchtigt, und es ist wohl schon lange her, daß eine Reichsraths-Debatte in der ungarischen Hauptstadt eine so zündende Wirkung hervorrief wie namentlich die Reden des ersten Verhandlungstages. Was die Abgeordneten [illegible] Kuranda und Fux über das Verhältniß zu [illegible], [illegible] schädlichen Folgen einer Occupations- und Annexions-[illegible] gesprochen haben, das hat hier den lebhaftesten Widerhall gefunden. Diese Abgeordneten haben nicht nur dasjenige zum Ausdrucke gebracht, was die Herzen der Deutsch-Oesterreicher bewegt, sie haben auch dem Worte geliehen, was in Ungarn alle Gemüther bewegt und was hier nur deßhalb unausgesprochen blieb, weil Tisza mit eiserner Hand jede spontane politische Regung der liberalen Partei niederhält, und weil man hier aus nationalen Rücksichten Anstand nimmt, einen ungarischen Staatsmann so derb zu fassen, wie dies im Reichsrathe dem Grafen Andrassy passirt ist. Tiefen Eindruck aber hat hier die Rede Demel's gemacht, ja in politischen Kreisen wird dieselbe als die staatsmännischeste Enunciation in der ganzen Debatte bezeichnet. Den Grund werden Sie leicht errathen; war ja Demel der einzige unter den verfassungstreuen Rednern, welcher die Eventualität eines Krieges Oesterreich-Ungarns gegen Rußland im Auge behielt — eine Eventualität, die man hier gleichfalls in jenem Moment als eingetreten betrachten möchte, in welchem Rußland auf dem Balkan festen Fuß faßt. Unangenehme Sensation hat die Bereitwilligkeit gemacht, mit welcher Graf Hohenwart sich als unbedingten Anhänger der Andrassy'schen Orient-Politik bekannte — derselbe Graf Hohenwart, der dem gegenwärtigen Minister des Aeußern in erster Linie seinen Sturz zu danken hat. Man sah in dem Auftreten Hohenwart's eine förmliche Offerte gegen oben, dahingehend, daß Graf Hohenwart und seine Partei nöthigenfalls bereit sind, auf den Wink der Krone das fortzusetzen, was Graf Andrassy begonnen, falls dieser aus seinem Werke die äußersten Consequenzen zu ziehen sich scheut. Als eine drastische Illustration zu den Loyalitäts-Betheuerungen Hohenwart's betrachtet man hier, wo man die verschiedenen Schattirungen der Rechtspartei nicht so genau kennt, die Aeußerung Fanderlik's, daß die slavischen Soldaten nicht opferfreudig ihre Pflicht in einem Kriege gegen Rußland thun werden. Man verurtheilt hier diese Aeußerung um so schärfer, als man von Seiten Polit's ja ähnliche Aeußerungen im ungarischen Reichstage befürchten muß, die bei der herrschenden Aufregung in den serbischen Gegenden einen sehr aufreizenden Charakter tragen müßten.

Ausland.

Wien, 8. November.

Vom Tage.

Die Meldung unseres heutigen Abendblattes von der Annahme der englischen Conferenz-Vorschläge seitens Rußlands erhält in einem officiellen Telegramme aus Brüssel seine volle Bestätigung. Damit ist freilich noch lange nicht der Friede gesichert, da es gleichzeitig im Telegramme heißt, daß Rußland auf der entschiedenen Durchführung der administrativen Reformen besteht. Daß das russische Cabinet an alles Andere mehr denn an den Frieden denkt, geht auch aus einer Petersburger Correspondenz der „Wiener Abendpost" hervor, in der es in Bestätigung unserer vor mehreren Tagen gebrachten Nachrichten unter Anderm heißt:

„Die militärischen Vorbereitungen werden fortgesetzt. Vorläufig werden namentlich die Ufer des Schwarzen Meeres in Vertheidigungszustand gesetzt, um sie gegen Angriffe der türkischen Flotte zu schützen. Die russische Schwarze-Meer-Flotte besteht bekanntlich nur aus einigen hölzernen Schiffen, einer gepanzerten schwimmenden Batterie und einem runden Panzerschiffe (einer nach ihrem Erfinder und Erbauer so genannten Popowka); sie ist der starken türkischen Flotte keineswegs gewachsen. Der Eingang des Azow'schen Meeres wird durch die uneinnehmbaren Befestigungen von Kertsch und dem gegenüber gelegenen Jenikale vertheidigt. An den Befestigungen von Sebastopol und Odessa wird Tag und Nacht gearbeitet. Die große Batterie von Otschakoff ist vollendet; sie schützt die breite Mündung des Bug, welche ausgebaggert wird, um der gesammten russischen [illegible] des Schwarzen Meeres als Zuflucht zu dienen. Selbst von hier gehen täglich Züge von Kriegsbedarf und Truppen auf den Eisenbahnen nach dem Süden ab. Maßregeln sind getroffen, um hier über die Stärke der Garnison 40.000 Mann und 6000 Pferde aufzunehmen. Namentlich werden zu diesem Zwecke die großen Reitbahnen des Hofes hergerichtet. Auch sind Private aufgefordert worden, leere Räume dem Staate zur Verfügung zu stellen.

Für den Sanitätsdienst werden Civil-Aerzte und Apotheker herangezogen. [illegible] und ein Gehalt von 1800 Rubeln jährlich versprochen. Das Militär-Telegraphenwesen wird neu organisirt. Zu den sechs bestehenden Feldparks kommen drei neue und wird von nun an jeder Park mit einem Telegraphen-Material für 100 Werst versehen sein. Die Feldtelegraphen werden dem Genie-Corps zugezählt und erhalten als Commandeur einen Oberstlieutenant vom Genie, welcher einen Hauptmann, zwei Stabshauptleute, zwei Oberlieutenants und zwei Unterlieutenants unter sich hat. Alle Reserven haben sich in Winterkleidern zu stellen; die Krone vergütet für einen guten Halbpelz 3—3¼ Rubel."

In derselben Correspondenz finden sich noch folgende Mittheilungen, die doppelt interessant durch das Organ werden, in dem sie publicirt sind. Es heißt da:

„Officiere, welche aus Serbien zurückgekehrt sind, sprechen sich mit keinem großen Enthusiasmus über die Serben aus. Dieselben — so sagen sie — seien ungeübte und unbrauchbare Soldaten und ohne die zahlreichen Freiwilligen wäre der serbische Krieg schon längst zum Schaden der Serben beendigt gewesen. Durch die Feigheit der Serben sei die feste Stellung bei Djunis verloren gegangen. Die Russen und andere Freiwillige, welche sie mit seltener Tapferkeit vertheidigten, wurden von den Serben verlassen und mußten nach mannhafter Gegenwehr und [illegible] der großen Uebermacht der Türken weichen. General Tschernajeff — so erzählen die [illegible] weiter — soll mit den serbischen Ministern große Unannehmlichkeiten gehabt haben. [illegible] auf ihn neidisch und will ihm die Schuld der Niederlagen zuschreiben, während er mit einer ungeschulten, keineswegs tapfern Armee doch nicht im Stande sein konnte, die weit zahlreichern, tapfern und [illegible] geschulten Türken zurückzutreiben.

Der Waffenstillstand war gerade zur rechten [illegible], um Serbien noch zu retten. Das [illegible] namentlich durch die Nothlage Serbiens hervorgerufen. — Hier ist die Spannung nicht mehr zu ertragen, [illegible] lähmt Handel und Wandel. An Geld würde es unserer Regierung kaum fehlen, wenn sie Krieg führen wollte. Auf das bloße Gerücht einer neuen Anleihe in Rußland, die hundert Millionen Rubel betragen solle, haben die Altgläubigen von Groß-Rußland sich erboten, sogleich vierzig Millionen [illegible] zu decken. Diese Altgläubigen, meist sehr reiche [illegible] und Bauern, haben eine große Verehrung für den [illegible], welcher ihnen völlige Religionsfreiheit [illegible] hat."

In einem Artikel, [illegible] der Autonomie-Frage gewidmet ist, polemisirt der „Pester Lloyd" auf's [illegible]

gegen das Bestreben Rußlands, die Auflösung der Türkei auf dem Wege der Autonomisirung ihrer Nordprovinzen herbeizuführen. In dem Artikel heißt es zum Schlusse:

„Ist es den Mächten Ernst um die Integrität des Ottomanischen Reiches, um die Pacification der Bevölkerung und die Zurückdämmung gefährlicher Aspirationen, dann werden sie sich von dem Experimente der Autonomisirung fernhalten. Die Grundlagen zur Herstellung vernünftiger Zustände in den christlichen Provinzen sind in der bekannten December-Note des Grafen Andrassy klar bezeichnet, und sie haben nicht nur den Vortheil der Durchführbarkeit, sie haben auch bereits die Zustimmung der Pforte und der europäischen Mächte, ja theilweise auch die Zustimmung der Insurgenten erhalten. Auf diese einfachen Grundlagen zurückgeführt, ist eine friedliche Schlichtung der Wirren noch immer möglich — jeder Schritt über diese Basis hinaus führt zu Verwicklungen von unabsehbarem Umfange."

Ganz richtig. Nur möchten wir fragen, wozu dann Graf Andrassy seinen Namen unter das Berliner Memorandum gesetzt hat, wenn schon seine December-Note für alle Bedürfnisse ausreicht. Und just ist es das Berliner Memorandum, welches die Autonomiefrage gebar, und gerade war es der „Pester Lloyd", welcher seinerzeit den Erfolg der Berliner Conferenz so sehr pries.

Die „Pol. Corr." erhält einen merkwürdigen Brief aus Berlin. In den bisherigen politischen Conjecturen über den Orient, heißt es daselbst, ist ein Factor übersehen worden, der schwer ins Gewicht fallen könnte, und dieser Factor heißt — Polen. Dem Abgeordneten Windthorst, der von den Interessen sprach, welche Deutschland an der untern Donau zu schützen hätte, wird zu Gemüthe geführt, daß „die Weichsel uns unendlich näher als die Donau ist und daß Deutschland nicht an der Donau diejenigen Kräfte unterstützen kann, welche an der Weichsel gegen seine eigene Integrität, Ruhe und Sicherheit operiren. Denn daß eine polnische Erhebung in den russischen Provinzen, bewirkt unter dem Schutze orientalischer Wirren, Deutschland und Oesterreich in Mitleidenschaft ziehen müßte, darüber darf man sich nirgends einen Zweifel gestatten. Dieser Punkt ist sehr ernst ins Auge zu fassen". Weiter wird versichert, daß Deutschland die Ruhe an seiner Grenze mit aller Energie aufrechterhalten wird. Sollte vielleicht herin ein Avis an die revolutionäre polnische Partei liegen?

Das russische Ultimatum.

Von guter Seite wird der „Pol. Corr." ein ausführlicher, dem Wortlaute des authentischen Textes „sehr nahe kommender Auszug" aus dem von General Ignatieff an den türkischen Minister des Aeußern, Savfet Pascha, gerichteten Ultimatum zur Verfügung gestellt. Derselbe lautet:

„Die Ereignisse, welche seit einem Jahre in einigen Provinzen des Ottomanischen Reiches sich zutragen und welche zum Kriege zwischen der Türkei und den Fürstenthümern Serbien und Montenegro geführt haben, konnten, nachdem dieselben bei der durch vielfache Bande und hundertjährige Traditionen mit der christlichen Bevölkerung der Balkan-Halbinsel verbundenen russischen Nation ein [illegible] haben, das kaiserliche Cabinet nicht gleichgiltig [illegible] der Kaiser hat die Sympathien seines Volkes [illegible] sich in Uebereinstimmung mit den andern großen Cabineten für die Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens verwendet. Da die Garantiemächte übereingekommen sind, als Grundlage der Pacification die Aufrechthaltung des Status quo ante in den Fürstenthümern Serbien und Montenegro aufzustellen, so begründen die von den türkischen Truppen gegenwärtig dort verfolgten militärischen Operationen ein unnützes Blutvergießen

Nachdem das Gemetzel in den letzten Tagen Verhältnisse angenommen, welche, ohne zu irgendwelchem Resultate führen zu können, das Humanitätsgefühl verletzen, so kann der Kaiser, mein erlauchter Gebieter, angesichts der Verzögerung, welche die Verhandlungen über einen beschränkten Waffenstillstand (armistice restreint) erfahren, dasselbe nicht länger dulden.

Der Unterzeichnete ist demnach beauftragt, im Namen Sr. Majestät zu erklären, daß, wenn in zweimal vierundzwanzig Stunden nach Ueberreichung des gegenwärtigen Schreibens ein effectiver und unbedingter Waffenstillstand von sechs Wochen bis zu zwei Monaten, welcher alle Kämpfenden umfaßt, nicht abgeschlossen ist und den Commandanten der türkischen Truppen nicht peremptorische Weisungen zur unverweilten Einstellung aller militärischen Operationen ertheilt sind, er Constantinopel mit dem ganzen Personale der kaiserlichen Botschaft werde verlassen müssen."

Berlin, 7. November. [Orig.-Corr.] (Die Hechte im Karpfenteich. — Oesterreichs Freunde im deutschen Parlamente. — Englische Bemühungen. — Reichstagsarbeit.) Die Ultramontanen sind und bleiben die Hechte im Karpfenteiche; ohne sie würde die Reichstagsarbeit ganz nüchtern und geschäftsmäßig verlaufen. Sanct Jörg, der berühmte baierische schwarze Führer der sogenannten Münchener „Patriotenpartei", benützte die gestrige Debatte über den Etat des auswärtigen Ministeriums zu einem abermaligen Excurs auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Das Auswärtige Amt war nur durch den Geheimen Legationsrath v. Bülow II. vertreten, der Staatssecretär v. Bülow, Bismarck's officieller Vertreter, war in demselben Augenblicke beim Kaiser, um Edhem Pascha, den Botschafter der Pforte, einzuführen, der seit seiner diplomatischen Mission an den Berliner Hof zum drittenmale ein Beglaubigungsschreiben zu überreichen hatte. Der Telegraph hat Ihnen übermittelt, was sich im Reichstage bei der neuen politischen Debatte zugetragen. Der erwähnte Geheime Legationsrath v. Bülow schickte einen Boten um den andern nach seinem Chef und schrieb indessen tapfer den Sermon des bajuvarischen Staatsmannes nach. Jörg tummelte sich in dem Geleise, welches Windthorst neulich gelegt hatte, hetzte Alles aneinander und stellte auch, hypothetisch freilich, die Perspective hin, Deutschland möchte einmal die deutsch-österreichischen Provinzen an sich reißen, Deutschland sei der Schleppträger Rußlands u. dgl. m. Staatssecretär v. Bülow erschien ungefähr vor dem letzten Drittel der Jörg'schen Lucubration und antwortete, wie er antworten mußte: daß man jetzt vor einer Situation stehe, welche den Frieden erhoffen lasse, und sich daher nicht pessimistischen, kriegerischen Speculationen hingeben dürfe, daß Deutschland vermittelt habe und eine Politik der Vermittlung mit Erfolg fortzusetzen gedenke. Das war mindestens schon deutlicher, als es die Thronrede aussprach, und machte einen sehr günstigen Eindruck. Zwei National-Liberale, Lasker und Braun, ließen es sich angelegen sein, die ultramontane politische Heuchelei auf ihre eigentliche Bedeutung zurückzuführen und zu betonen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland ein Bündniß mit Oesterreich zehnmal einem solchen mit Rußland vorziehe, daß niemals Jemand, weder hypothetisch noch sonstwie, an eine Annexion irgendwelcher österreichischer Gebietstheile an Deutschland gedacht habe, noch denken werde, und daß man Grund habe, mit der Orient-Politik der Regierung zufrieden zu sein; sei man dies nicht, so möge man ein offenes Mißtrauens-Votum beantragen und — den Erfolg abwarten. Windthorst sah ein, daß Jörg arg in die Klemme gerathen, und wollte ihn — herausreden, allein es gelang ihm nicht und die Regierung ging abermals siegreich hervor. — Zur Situation ist inzwischen zu melden, daß England die lebhaftesten Anstrengungen macht, um eine Conferenz zu Stande zu bringen, und deßhalb hier eifrig unterhandelt. Man ist seitens der Reichsregierung nicht abgeneigt, darauf einzugehen, stellt jedoch ein festes Programm, von welchem nicht abgewichen werden dürfe und welches zuvor festgestellt sein müßte, als unerläßliche Vorbedingung. Diese Unterhandlungen bilden den augenblicklichen Angelpunkt der Situation. — Der Reichstag wird sich, nachdem er kaum begonnen, wahrscheinlich auf eine Woche vertagen, um der Justiz-Commission Gelegenheit zu geben, sich mit dem Bundesrathe über die Differenzpunkte hinsichtlich der Justizgesetze zu verständigen. Man hofft dadurch die Arbeit wesentlich abzukürzen und bis zum 15. December um so leichter die Session schließen zu können. Beginnt dann die Arbeit am 14. oder 15. d. M. wieder, so hofft man, daß sie unter Theilnahme Bismarck's werde fortzusetzen sein, der zu Ende dieser oder zu Anfang der nächsten Woche hier eintreffen soll.

Stimmen aus dem Publicum.

Am Tage der Schiller-Feier,

den 10. November, wird in den Räumlichkeiten des glasgedeckten Hofes im neu erbauten **„Kärntner-Hof", Kärntnerstraße 36,** an Stelle des ehemaligen Bürgerspitales, welche an kolossalen Dimensionen wie an prachtvoller Ausstattung ihresgleichen noch niemals hatten, bei freiem Eintritte des Publicums eine **Weihnachts-Ausstellung** eröffnet, welche am 31. December d. J. geschlossen wird. In der Zwischenzeit findet täglich auch der Verkauf statt, der durch 36 junge Damen besorgt wird

Zu den galizischen Landtags-Wahlen.

Herr Redacteur!

Sie werden wohl die Güte haben, nachstehende Berichtigung bezüglich des in Ihrem werthen Blatte vom 1. l. M. unter der Aufschrift: „Landtags-Wahlumtriebe in Galizien" enthaltenen Artikels aufzunehmen:

Von dem Wahlcomité für den Wahlbezirk Rzeszow-Glogow war allerdings nicht Herr Eduard v. Jendrzejowicz, sondern Herr Zdrislav Graf Tyszkiewicz als Candidat aufgestellt, da der Letztere aber zugleich im Wahlbezirke Ropczycz-Kolbuszow als Candidat aufgestellt war, wo er auch mit 102 Stimmen gegen 31 Stimmen gewählt wurde, so gewann die Candidatur des Herrn Eduard v. Jendrzejowicz im Wahlbezirke Rzeszow-Glogow Boden und drang durch. Ich kann Ihnen aber versichern, daß sowohl der Eine wie der Andere von polnischer Seite aufgestellt war, und da es keinen andern und insbesondere keinen von nicht polnischer Seite aufgestellten Candidaten gab, so hätte die von Ihrem werthen Blatte vertretene Richtung in keinem Falle einen Repräsentanten im galizischen Landtage gewonnen.

Es hat auch der allfällige Protest des Herrn Arthur Grafen Rey keine politische Bedeutung, weil beide gewählte Candidaten dieselbe Richtung verfolgen und dem Lande in ganz gleicher Weise genehm sind

Rzeszow, 6. November 1876.

Hochachtungsvoll
Dr. Alois Rybicki,
gewesener Obmann des Wahlcomités für den Wahlbezirk Rzeszow-Glogow

Wozu der Lärm?

Hochgeehrte Redaction!

Es ist gestern in Ihrem hochgeschätzten Blatte mitgetheilt worden, daß ich in der Singer'schen Wohlthätigkeits-Vorstellung die Rolle der schönen Helena übernommen habe. Gestatten Sie mir freundlichst, hieran einige Bemerkungen zu knüpfen. Ich hatte in den letzten Tagen das Unglück, Gegenstand von Verdächtigungen zu sein, zu welchen ich nicht den geringsten Anlaß geboten. Die authentischen Darlegungen des Herrn Singer werden wohl hingereicht haben, um dem verehrten Publicum wie der hochgeschätzten Publicistik unserer Stadt die volle Wahrheit zur Kenntniß zu bringen. Ich habe bei meinem Engagement am Theater an der Wien so wenig daran gedacht, die schöne Helena zu spielen, daß ich in meinem Uebereinkommen mit Herrn Director Steiner diese Rolle ausdrücklich ablehnte, weil ich es als ein unberechtigtes Wagniß betrachtete, den Vergleich mit Fräulein Geistinger, jener an Kunst und Anmuth gleich reichen Meisterin, zu provociren, welche diese Rolle in Wien geschaffen. Wenn ich mich nun dennoch im Vertrauen auf die gütige Nachsicht des Publicums entschlossen, an dieses Wagniß heranzutreten, so geschah dies aus zwei Gründen. Die Angelegenheit war durch den Entschluß des Herrn Directors Steiner, das hervorragende Repertoirestück seiner Bühne nur durch Mitglieder derselben aufführen zu lassen, eine Sache von Theater gegen Theater geworden, und ich hielt es für meine Pflicht, treu zu meiner Bühne zu stehen. Zweitens glaubte ich es dem wohlthätigen Zwecke und meiner Hochachtung für das Publicum, das meinen bescheidenen Leistungen so hohe Gunst erweist, schuldig zu sein, daß ich der Einladung des Herrn Singer folge und das Zustandekommen der bereits angekündigten Wohlthätigkeits-Vorstellung ermögliche

Von der Gerechtigkeit des geehrten Publicums darf ich wohl mit froher Zuversicht hoffen, daß es meinen Entschluß nicht Motiven zuschreibt, deren Haltlosigkeit in unzweifelhafter Weise dargethan worden ist. Ich werde es beklagen, wenn mein Opfer dem verehrten Publicum unwillkommen sein sollte. Aber daß ich der guten Sache, meiner Achtung vor dem Publicum und der Ehre meiner Bühne ein Opfer bringe, welches meine ganze Hingebung erheischt, das bitte ich, mir gütigst glauben zu wollen.

Empfangen Sie, hochgeehrte Redaction, den Ausdruck meiner besondern Verehrung

Wien, den 8. November 1876.

Hermine Meyerhoff

Correspondenz der Redaction.

Ludwig S., Reichenberg: Solche Klagen kommen fast täglich aus allen Provinzstädten; es ist jedoch ganz unmöglich, uns in eine Kritik der Kritik einzulassen.

Langjähriger Freund: Ein besonderer Grund für den Rückgang der von Ihnen bezeichneten Pfandbriefe waltet nicht ob; der Kurs ist im Hinblick auf die Notirungen anderer Anlagewerthe ein recht anständiger.

Tagesneuigkeiten.

Wien, 8. November.

[Personal-Nachrichten.] Der türkische Botschafter am russischen Hofe, Cabouly Pascha, ist gestern Abends hier angekommen und im „Grand Hotel" abgestiegen. Wie wir bereits vor einiger Zeit gemeldet, ist die Consultation hiesiger Aerzte die Ursache dieser Reise. — Ministerialrath Ritter v. Erb ist seit einigen Tagen durch ein stärkeres Unwohlsein genöthigt, das Zimmer zu hüten. — Am nächsten Dienstag, um 12 Uhr Mittags, wird sich Fräulein Fanny Wilt mit dem Gutsbesitzer Herrn Alois Plankensteiner jun. aus Graz in der Pfarrkirche zu St. Othmar unter den Weißgärbern vermälen. — Das Leichenbegängniß des Canonicus Dr. Veith hat heute unter zahlreicher Betheiligung weltlicher und kirchlicher Würdenträger stattgefunden. Die Stefanskirche war überfüllt. Die Einsegnung nahm Weihbischof Angerer vor. — Caroline Jurié, Gattin des Primar-Arztes Dr. Th. Jurié, ist, 61 Jahre alt gestorben.

[Schiller-Denkmal.] Der Gemeinderath der Stadt Wien hat beschlossen, den Schillerplatz in würdiger und angemessener Weise herzustellen, und Dr. Siebeck hat bereits den Plan entworfen, nach welchem dies ausgeführt werden soll. Natürlich können diese Arbeiten erst mit nächstem Frühjahr in Angriff genommen werden, da jetzt die jungen Anpflanzungen in Gefahr wären, bei der Enthüllungsfeier zertreten zu werden Hoffentlich werden gleichzeitig mit diesen Gartenanlagen auch die vom Schiller-Comité projectirten zwei Springbrunnen zu beiden Seiten des Monumentes zur Herstellung gelangen, wodurch das Denkmal, welches jetzt auf dem sehr großen Platze etwas vereinsamt erscheinen dürfte, erst in seiner vollen Wirkung hervortreten wird. — Das Freie deutsche Hochstift in Goethe's Vaterhaus in Frankfurt hat einen prachtvollen Lorbeerkranz mit einer Schleife in den Farben des Hochstiftes eingesandt. Die Schleife trägt die goldene Inschrift: „Das Freie deutsche Hochstift zu Frankfurt, in Goethe's Vaterhaus, als Huldigung dem Einiger aller deutschen Herzen, Friedrich Schiller; der deutschen Stadt Wien, den Völkern Oesterreichs Heil und Gruß!" — Das Schiller-Denkmal-Comité hat es für seine Pflicht erachtet, die Stadtvertretung der ungarischen Hauptstadt Budapest, welche seinerzeit für das Schiller-Denkmal einen großmüthigen Beitrag gespendet hat, zur Enthüllungsfeierlichkeit einzuladen, und die Erwiderung erhalten, daß der Stadtrath in seiner Plenarsitzung vom 3. d. einstimmig beschlossen hat, den Oberbürgermeister Herrn Karl Rath und den Vice-Bürgermeister Herrn Karl Gerlóczy als Deputirte der Hauptstadt zur Feier zu entsenden. — Die „Concordia" in Prag delegirt die Herren Ritter v. Maux und Alfred Klar zur Feier.

[Schwunghafter Export.] Die allgemeine Klage, daß unter dem serbisch-türkischen Kriege unser Export nach Serbien außerordentlich leide, kann sich auf Einen Artikel nicht erstrecken, nach dem die Nachfrage mit jedem Tage wächst. Dieses gesuchte Object ist der Takowo-Orden, von dem ein hiesiger Kammer-Juwelier auf dringliche Bestellung heute dreihundert Stück nach Belgrad senden mußte. Für Diejenigen, welche es interessirt, wollen wir hier diese einzige Errungenschaft, welche Fürst Milan dem gegenwärtigen Kriege verdankt, näher beschreiben. Der Takowo-Orden, dessen Name bekanntlich dem Orte Takowo entnommen ist, in dessen Kirche der ehemalige Hirt Milos im Jahre 1815 den Türken den Krieg erklärte, besteht aus einem vergoldeten Silberkreuze, durch welches zwei Schwerter gezogen sind und auf dem ein kurzes Andreas-Kreuz ruht. In der Mitte der Vorderseite ist die Chiffre des Fürsten Milan: M. O. IV., und auf der Rückseite in serbischer Sprache die Aufschrift: „Für den Glauben, den Fürsten und das Vaterland."

[Orientalische Akademie.] Wie man sich noch erinnern wird, weilte eine zeitlang der gewesene Bürgermeister von Jerusalem, Emir Jussuf Zia El-Khalidi, als Lehrer der morgenländischen Sprachen an der Orientalischen Akademie in Wien. Ende Juli vorigen Jahres war er wieder in seine Heimat zurückgekehrt. Vor einigen Wochen hat sich nun der Director der Orientalischen Akademie, Hofrath v. Barb, an diesen Gelehrten brieflich gewendet und ihn eingeladen, seine ehemalige Professur hier wieder zu übernehmen. In seiner Antwort auf diese freundliche Aufforderung erklärte sich der Emir bereit, dem ehrenvollen Rufe Folge zu leisten, und zeigte zugleich an, daß er Anfangs Januar 1877 hier einzutreffen gedenke.

[Moltke als Abgeordneter.] Das „Berl. Tagbl." schreibt: „Unser Reichstag hat an der Schwelle seiner diesmaligen Session ein Ereigniß zu verzeichnen, das in seiner Geschichte bisher noch nicht dagewesen ist und dem gerade in jetziger Zeit eine unermeßliche Tragweite untergelegt werden könnte. Der Chef unseres Generalstabes, Feldmarschall Graf Moltke, hat auf einige Tage Urlaub erbeten, und zwar wegen dringender Geschäfte! Man bedenke: „wegen dringender Geschäfte" — was kann ein feiner politischer Kopf hieraus nicht Alles folgern, zumal wenn man bedenkt, daß Graf Moltke zum parlamentarischen Appell mit der Pünktlichkeit eines Soldaten zu erscheinen pflegt. Auf dem Schlachtfelde ist der geniale Stratege nicht prompter erschienen als zu den Sitzungen des Reichstages, und, was noch mehr ist, er hat die Schallweite des

Fortsetzung in der Beilage.

Redaction und Administration:
[illegible], Gärtnergasse Nr. [illegible]
Unversiegelte [illegible] werden porto-[illegible]
Manuscripte werden [illegible] zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe [illegible] nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich 1maliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl., monatlich 2 fl.
Mit täglich 2maliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl., monatlich 2 fl. [illegible] kr.

Einzeln:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Motto: Gleiches Recht für Alle.

Ankündigungs-Bureau:
Stadt, Wollzeile 16.
Inserate und Briefe an den Redacteur werden tarifmäßig berechnet.

Abonnement für Wien:
Ganzjährig 18 fl., halbjähr. 9 fl., vierteljähr. 4 fl. 50 kr., monatlich 1 fl. 50 kr.;
mit Zustellung ins Haus ganzjährig 21 fl. 60 kr., halbjährig 10 fl. 80 kr., vierteljährig 5 fl. 40 kr., monatlich 1 fl. 80 kr.
Abonnements werden angenommen in der Haupt-Expedition der „Presse", Wollzeile 16, und bei allen Zeitungsverschleißern.

Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

№ 311. Wien, Freitag den 10. November 1876. 29. Jahrgang.

Wien, 9. November.

Bald drei Jahre sind verstrichen, seit die „Presse" die Frage der Verwaltungsreform aufgeworfen hat. Am 14. Jänner 1874 veröffentlichten wir einen Artikel über den „Dualismus in der Verwaltung" und diesem folgte eine Reihe erklärender und ergänzender Aufsätze, welche mit rückhaltlosem Freimuth die Gebrechen darlegten, an denen unsere Administration in Folge der unvermittelten Mischung von Selfgovernment und staatlicher Leitung und Beeinflussung krankt. Es gehörte damals einiger Muth dazu, diesen Gegenstand unverhohlen und offen zu besprechen. Unter vier Augen gestanden wol alle sachkundigen Politiker und Fachmänner der autonomen Verwaltungskörper ein, daß sich Manches als ungesund erweise in der bestehenden Organisation, und daß baldige Abhilfe ins Auge gefaßt werden müsse, wenn nicht eine ganze Reihe wichtiger und werthvoller Neuschöpfungen in unserem Staatsleben dem Siechthume unrettbar verfallen solle. Oeffentlich war man aber sehr vorsichtig mit solchen Bekenntnissen. Die Scheu, man könnte dadurch in den Mißruf reactionärer Gesinnung verfallen und sich dem bösen Leumunde bureaukratischer Gelüste aussetzen, band die Zunge. Auch unsere Darlegungen, obwol in der Form äußerst maßvoll, entgingen solchen Angriffen nicht. Diese Verdächtigungen, an die sich ein Blatt von besonnener Richtung eben gewöhnen muß, bestärkten uns nur, die publicistische Agitation nachdrücklich fortzusetzen und nach einigen Monaten konnten wir bereits mit Befriedigung constatiren, daß draußen in den Kronländern unser Wort gezündet und auf fruchtbaren Boden gefallen. Die politischen Vereine und Wanderversammlungen bemächtigten sich des Themas, das wir aufgeworfen, und dasselbe wurde auf das Programm der Parteitage gestellt. Es ließen sich in Folge dessen auch in der Provinzpresse zahlreiche und meist durchaus sachgemäße Stimmen zu Gunsten einer gründlichen Verwaltungsreform vernehmen. Einzelne Partien dieser Reform wurden auf den Landtagen zur Sprache und Verhandlung gebracht und als der Reichsrath wieder zusammengetreten, war die von uns angeregte Frage bereits so weit gereift, daß sie durch einen Initiativ-Antrag des Abgeordnetenhauses auf die Tagesordnung derselben gesetzt wurde. Nach einer eingehenden Discussion, in welcher die von der „Presse" dargelegten Uebelstände ausführlich erörtert und Gesichtspunkte gegeben wurden, von denen man bei Beseitigung dieser Mißstände ausgehen solle, wurde ein Ausschuß zur Berathung und Berichterstattung über diese Frage gewählt. Dieser Ausschuß erstattete durch den Referenten Göllerich unterm 26. Februar des verflossenen Jahres einen wohlmotivirten Bericht, der in dem Antrage gipfelte: „Die Regierung möge aufgefordert werden, entsprechende Vorlagen zur Ergänzung des Gesetzes vom 29. Mai 1868 zur verfassungsmäßigen Verhandlung zu bringen." Die Debatte über diesen Bericht verzögerte sich aber theils wegen anderer dringender Geschäfte, theils auch wegen der großen Schwierigkeiten, welche eine so tief einschneidende Reform bietet, bis zum gegenwärtigen Sessionsabschnitte. Erst übermorgen wird über den Berichtantrag Göllerich's die Debatte im Plenum des Hauses eröffnet werden.

Das publicistische Material über die Verwaltungsreform hat sich seit anderthalb Jahren bedeutend vermehrt. Seit die ängstliche Besorgniß geschwunden, man nehme das Odium retrograder Bestrebungen auf sich, wenn man unsere autonomen Institutionen nicht durchwegs tadellos finde und der Wirksamkeit der Staatsbehörden wieder einen ausgedehnteren Einfluß auf manche Zweige der Verwaltung eingeräumt sehen möchte, wurde in Zeitungen und Flugschriften die Verwaltungsreform besprochen. Erfahrene Administratoren aus dem Beamtenkreise, wie Graf Myrbach, der gewesene Landespräsident, und parlamentarische Administratoren, wie der Landeshauptmann der Steiermark, Herr v. Kaiserfeld, namhafte Juristen wie Dr. Kißling veröffentlichten Broschüren über diese wichtige Reformfrage. Im Verkehre zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern wurde dieselbe vielfach verhandelt; hervorragende Municipalkörper gaben ihr Votum ab. Auf diesem Wege haben sich die Ansichten allmälig geklärt, übertriebene Erwartungen gemäßigt, berechtigte Forderungen gefestigt, so daß man jetzt wol eine fruchtbringende Discussion erwarten darf. Zu einem positiven Resultate, welches sofort die Frage zum Abschluß bringen könnte, kann auch die in Aussicht stehende Debatte nicht führen, da sie zunächst nur in einem Resolutions-Antrage gipfeln wird, welcher die Aufforderung an die Regierung erneuert, sie möge ihrerseits eine Gesetzvorlage über die Verwaltungsreform unterbreiten. So weit wird aber die Debatte, zu welcher sich bereits eine große Zahl von Rednern vorgemerkt hat, die Frage fördern, daß aus den Reden der Deputirten die Anschauungen und Wünsche der verschiedenen Kronländer und der Parteien im Lande bezüglich einer Reform der Verwaltung bekannt werden. Für eine Regierung, welche, der Aufforderung des Hauses entsprechend, sich zu dieser tiefeinschneidenden Reform entschließen und eine hierauf bezügliche Gesetzesvorlage ausarbeiten will, sind diese Kundgebungen mehr als blos werthvolles Material, welches bei dem auszuarbeitenden Entwurfe berücksichtigt werden kann; sie bieten ihr die Gewähr, daß eine dem Wunsche der Bevölkerung entsprechende Abänderung der Verwaltungs-Organisation, weil auf einen Initiativ-Antrag der Volksvertretung zurückzuführen, nicht jenem Mißtrauen begegnen würde, mit dem man sonst „bureaukratischen Neuerungen" so gerne entgegentritt.

Die Bewegung zu Gunsten der Verwaltungsreform hat sich im Verlaufe der drei Jahre, seit in der „Presse" der erste Anstoß zu derselben gegeben worden, so verallgemeinert und vertieft, daß man heute behaupten darf, der Werth einer fachmännisch geschulten und berufsmäßigen Administration werde wieder allgemein anerkannt. Die Vorurtheile, welchen eine solche Administration in Folge des früheren Uebermaßes bureaukratischer Bevormundung allgemein begegnete, sind verschwunden und der Zeitpunkt ist nahegerückt, in welchem eine zweckmäßigere Verbindung und ein gesunder organischer Zusammenhang zwischen den autonomen und den Staatsbehörden in der Verwaltung angebahnt werden kann. Darauf aber, auf die Beseitigung des Dualismus in der Verwaltung, läuft in der Hauptsache der Nothschrei nach Verwaltungsreform, so weit derselbe aus den Reihen der Verfassungspartei laut wird, hinaus. In diesem Sinne ist der Motivenbericht des Abgeordneten Göllerich abgefaßt und auch der „Gegenantrag", welchen Freiherr v. Zschock vorbereitet, und für den sich mehrere Redner aus der Verfassungspartei zum Worte gemeldet haben, entspricht dem Sinne und der Tendenz nach dem Antrage des Referenten. Wenn, wie wir hören, von föderalistischer Seite die Errichtung von Landesministerien befürwortet werden soll, so liegt in diesem Scherz eine dringende Mahnung an die Verfassungspartei, die Controverse über die Fassung des Resolutions-Antrages nicht zu einem tiefer eingreifenden Dissense zuzuspitzen.

Die Progression in der Personal-Einkommensteuer.

Der Steuerreform-Ausschuß des Abgeordnetenhauses ist in seinen Berathungen gegenwärtig bei einem der wichtigsten und schwierigsten Punkte der neuen Steuervorlagen angekommen; als solchen kann man wol die Progressions-Scala bezeichnen, welche der Bemessung der Personal-Einkommensteuer als Grundlage dienen soll. Die Frage der progressiven Besteuerung gehört zu den am lebhaftesten discutirten volkswirthschaftlichen Problemen der Neuzeit. Wir finden hier einen eclatanten Beleg für unsere stets verfochtene Anschauung, daß die wirthschaftliche Entwicklung nur zu oft der Wissenschaft voraneilt, und daß die letztere, will sie ihrem Berufe gerecht werden, vor den Thatsachen nicht die Augen verschließen, sich nicht scheuen darf, Ueberlieferungen resolut einer auf dem Wege der Praxis erzielten richtigeren Erkenntniß zu opfern. Von Gründen der einfachen Billigkeit ausgehend, hat die überwiegende Mehrzahl der europäischen Gesetzgebungen das System der Progression in der Einkommenbesteuerung acceptirt und, man kann wol sagen, die Wissenschaft hat diesen Vorgang vollgiltig ratificirt. Die wirthschaftliche Kraft der einzelnen Steuerpflichtigen soll durch die Steuer in möglichst gleichem Maße angespannt werden — dieser unanfechtbare Grundsatz alles Steuerwesens führt naturgemäß von der sogenannten „proportionalen" Besteuerung, nach welcher jeder Steuerträger den gleichen Percentsatz seines Einkommens an den Staat entrichtet, zur progressiven Besteuerung, nach welcher der an den Staat zu entrichtende Percentsatz des Einkommens mit der Höhe des letzteren in gewissem Grade und bis zu einer gewissen Grenze steigt. Ein einfaches Beispiel mag das Gesagte illustriren. Bei einer nicht progressiven zweipercentigen

---

Feuilleton.

Zur Enthüllung des Schiller-Denkmals in Wien.

Wenn diese Zeilen durch die Hände des Lesers gehen, ist die Hülle wol schon weggeräumt, welche noch jetzt das Denkmal Friedrich Schiller's den neugierigen Blicken birgt.

Wir begrüßen es als ein bedeutsames Ereigniß, daß durch das eifrigste Zusammenwirken einheimischer Kräfte, durch die aus allen Kreisen zusammenfließenden Spenden endlich dieses stattliche Monument sich in dem neuen, verjüngten Wien erhebt. Inmitten der Denkmale, die der dynastischen Erinnerung oder dem militärischen Ruhme gehören, steht endlich einmal auch das eines Souveräns im Reiche der Literatur und der Dichtung; eines Siegers im Geist und im Wort, wie es keinen andern gegeben! Bezüglich dieser Denkmalsschuld, die jetzt so feierlich entrichtet ist, konnte für Wien dasselbe Wort gelten, das die französische Akademie reuig unter die Büste Molière's setzte, den sie unter ihre Mitglieder aufzunehmen verabsäumt hatte: „Nichts fehlte seinem Ruhme, er fehlte unserem." So war Schiller's Nachruhm nicht dadurch geschmälert, daß ihm bis jetzt in Wien ein Standbild abging — aber dieses fehlte dem hauptstädtischen Ruhm und der Ehre Wiens. Nun ist denn diese Ehrenpflicht glänzend eingelöst. Seit wir politisch nicht mehr zu Deutschland gehören, ist das Bewußtsein der geistigen Zusammengehörigkeit mit der großen deutschen Culturwelt in uns doppelt gesteigert und auch von drüben kommen uns wärmere Stimmen des Antheils und nationalen Brudersinns entgegen. Und wie dort am Rhein, zu Worms, vor einer Reihe von Jahren das Luther-Denkmal sich erhob, so schimmert jetzt auch bedeutungsvoll das Schiller-Denkmal von unserer Donaustadt herüber und wirft seinen Glanz weithin zurück in die deutschen Bruderlande. Drüben steht Luther als monumentale Grenzwacht da und hüben Schiller; Beide fest auf ihre Postamente gestellt und zwischen ihnen die ganze herrliche, wohlbestellte Länderbreite der deutschen Culturwelt. So ist das Reich des germanischen Geistes wohl eingehegt und beschützt, und die leitenden Heroen desselben aus seinen zwei größten Jahrhunderten wachen an seinen Grenzen gegen West und Ost.

Wien feiert jetzt seinen bedeutsamsten Schillertag nach dem großen allgemein-deutschen hundertjährigen Fest von 1859. Auf die jährlich wiederkehrende Gewohnheitsfeier Schiller's kommt nun ein Fest, das Wien insbesondere angehört. Der monumentale Schiller bekommt das Ehrenbürgerrecht Wiens; wie wir immer zu ihm gehört, unter seinem ideal-erweckenden Einfluß gestanden, so gehört er jetzt auch sichtbar, im plastischen Stoffe verkörpert zu uns. Wir können zu ihm physisch aufblicken, sowie wir es geistig seit jeher thaten.

Schiller — der deutscheste Dichter! Das Wort hört man oft, es klingt auch recht voll und wird von Festrednern mit tönendem Organ, die vor einer bekränzten Schiller-Büste stehen, immer mit Vortheil gebraucht. Es ist damit auch etwas Wahres gesagt, aber nur in einem bestimmten, scharf zu begrenzenden Sinn; das der Allgemeinheit preisgegebene, in seiner ganz vagen Bedeutung ausgesprochene Wort ist eben die Phrase, im Rederausch gesprochen und als bloßer Schall an die Flachköpfe hinklatschend. Der deutscheste der Dichter wäre nun Schiller nicht, wenn man damit direct einen vaterländischen Zug in seinem Dichten und Schaffen bezeichnen wollte. Da wären ja Theodor Körner, der das „Schwert zu seiner Linken" kampfmuthig anspricht, Max v. Schenkendorf, der seine Lieder nach den drei Tonarten seines Gesanges: Leben und Liebe, Vaterland, Glaube sondert — ja weiter vom Befreiungskrieg zum siebenjährigen zurück auch jener „preußische Grenadier", der in seinem literarischen Schilderhäuschen zu Halberstadt, ohne sich da ablösen zu lassen, die Ehrenwacht für seinen Helden, Friedrich den Großen, hielt, deutscher und vaterländischer als Schiller. Ueber den Patriotismus waren seltsame politische und nationale Ketzereien unter den großen Genien der deutschen Dichtung in Umlauf; es hat sehr den Anschein, als ob sie diese Regung und ihren literarischen Ausdruck nur den „kleineren Leuten" im Fach der Poesie hätten überlassen wollen. Lessing äußert sich einmal ganz offen, daß er die „heroische Schwachheit der Vaterlandsliebe nicht recht verstehe, ja sie sogar ganz gern entbehre"; und in Weimar und Jena dachte man später nicht viel anders. Als der junge Goethe noch daheim, im Sturm- und Drangstyl der Werther-Periode, seine Recensionen in die „Frankfurter gelehrten Anzeigen" schrieb, fiel ihm auch eine kleine Schrift von J. v. Sonnenfels: „Ueber die Liebe des Vaterlandes", zur Hand. Er machte sich darüber lustig, wie man über diesen Gegenstand in Form eines Tractats, eines Schulprogramms zum deutschen Publicum sprechen könne; und „wozu," fragt er weiter — „das vergebene Aufstreben zu einer Empfindung, die wir weder haben können noch mögen, die bei gewissen Völkern nur zu gewissen Zeitpunkten das Resultat vieler glücklich zusammentreffender Umstände war und ist?" Dies schreibt Goethe, der doch eben erst seinen kerndeutschen „Götz von Berlichingen" gedichtet. Und über die Schulter von Sonnenfels lächelt er herüber, wenn dieser sein Pensum methodisch erledigend, im Einzelnen untersucht, was Jagd, Viehzucht, Feldbau, ebenes oder gebirgiges Land u. s. w. zur Vaterlandsliebe beitrage? „Hier müssen wir bemerken", schließt der scharfe, junge Recensent, „daß Herr Sonnenfels, durch das Wort Vaterland verführt, durchaus zu sehr als glebae adscriptus discurirt. Nicht der Boden, sondern die Verhältnisse eines Volkes bestimmen den Begriff Nation. So haben die Juden Nation und Patriotismus, mehr als hundert leibeigene Geschlechter." Wie mag dies damals in Wien widerhallt haben! Da machte der ganze schreibende Wehr- und Lehrstand ein sehr vernehmliches vaterländisches Federgeräusch; die Honoratioren der Wiener Literatur vom Feldmarschall-Lieutenant v. Ayrenhoff, dem Barden Denis und dem „österreichischen" Grenadier Mastalier aus der Gesellschaft Jesu bis weiter auf den Hoffecretär Heinrich Collin waren durchwegs hoch-

Einkommensteuer zahlt der Eine mit einem — gewiß spärlichen — Jahreseinkommen von 500 Gulden zehn Gulden Steuer, der Andere mit einem Jahreseinkommen von 10.000 Gulden zweihundert Gulden. Niemand wird behaupten wollen, daß auf diesem Wege die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit der beiden Betroffenen gleichmäßig angespannt wird, daß ein solcher Vorgang mit den Anforderungen der Gerechtigkeit irgendwie verträglich ist; man wird vielmehr zugeben müssen, daß der Mann mit dem Einkommen von 500 fl. weit härter betroffen wird. Mit socialistischen Tendenzen, die man den Verfechtern der Steuerprogression gerne insinuirt, hat dieses einfache Rechenexempel nichts gemein. Uebereinstimmend haben denn auch sowol der Verein für Social-Politik als der Congreß deutscher Volkswirthe sich für eine, selbstverständlich mäßige, Progression in der Einkommenbesteuerung ausgesprochen, obwol diese beiden Körperschaften gegen die socialistische Annahme, als könne das Steuergesetz berufen sein, die Vermögens-Unterschiede ausgleichen zu helfen, entschieden protestirt haben, obwol von maßgebenden Persönlichkeiten des Vereins für Social-Politik nicht nur die Abschaffung der indirecten Steuern perhorrescirt, sondern geradezu die Klage über die Bedrückung der ärmeren Bevölkerungsclassen durch die indirecten Steuern als „in der Hauptsache grundlos“ bezeichnet wurde. Noch mag erwähnt sein, daß das Princip der Progression in der österreichischen Gesetzgebung nicht neu ist, und daß insbesondere auch das bestehende Einkommensteuergesetz (in seiner zweiten Classe) eine Progressions-Scala enthält; allerdings unterscheidet sich die letztere von der Progressions-Scala der Regierungsvorlage über die Personal-Einkommensteuer dadurch, daß die Scala der Vorlage sich in weit mäßigerer und weit mehr gleichförmiger Steigerung bewegt, als die Scala des bestehenden Gesetzes. Nach dem früher Gesagten ist wol ein Zweifel darüber unmöglich, daß die Progression in der Einkommenbesteuerung als Gebot einer rationellen, gerechten Steuerpolitik zu betrachten ist, und wir constatiren deßhalb mit Genugthuung, daß der Ausschuß des Abgeordnetenhauses das Princip der Progression für die Personal-Einkommensteuer mit großer Majorität acceptirt hat.

Ueber das zu normirende Maß der Progression haben sich im Ausschusse sehr divergirende Anschauungen geltend gemacht; ein Beschluß ist diesbezüglich noch nicht gefaßt worden. Es ist selbstverständlich, daß die Progression bei einer gewissen Höhe des Einkommens ein Ende haben muß, sonst könnte dieselbe schließlich sogar zu der Absurdität führen, daß die Steuer das ganze Einkommen eines Steuerpflichtigen absorbirt; die Progression muß auch innerhalb der bezeichneten Grenze maßvoll gehalten sein, damit sie, ein Werkzeug der Billigkeit, nicht selbst zur Unbilligkeit führe, und nicht die Capitalsbildung vernichte oder doch erschwere. Nach der Regierungsvorlage wird bekanntlich das Einkommen in Steuereinheiten ausgedrückt, auf welche die vom Parlamente zu votirende Gesammt-Steuersumme (das Contingent) repartirt wird. Angenommen, es würden sich bei der Einschätzung des gesammten Reineinkommens der österreichischen Bevölkerung 15 Millionen Steuereinheiten ergeben und der Reichsrath votirte ein Steuercontingent von 15 Millionen Gulden, so würde für jede Steuereinheit 1 fl. zu bezahlen sein. Die Progression macht sich nun darin geltend, daß bei Einkommen unter 1000 fl. je 100 fl. als Eine Steuereinheit gerechnet werden, während je 100 fl. bei Einkommen von 1000 bis 1500 fl. als $1._2$ Steuereinheit zählen und sofort je 100 fl.

bei Einkommen

von	1.500— 2.000	fl.	als	1·4	Steuereinheiten
„	2.000— 2.500	„	„	1·6	„
„	2.500— 3.000	„	„	1·8	„
„	3.000— 3.500	„	„	2·0	„
„	3.500— 4.000	„	„	2·2	„
„	4.000— 4.500	„	„	2·4	„
„	4.500— 5.000	„	„	2·6	„
„	5.000— 6.000	„	„	2·8	„
„	6.000— 7.000	„	„	3·0	„
„	7.000— 8.000	„	„	3·2	„
„	8.000—10.000	„	„	3·4	„
„	10.000—15.000	„	„	3·6	„
„	15.000—20.000	„	„	3·8	„
„	20.000—30.000	„	„	4·0	„
„	30.000—40.000	„	„	4·2	„
„	40.000—50.000	„	„	4·4	„
„	50.000—60.000	„	„	4·6	„
„	60.000—70.000	„	„	4·8	„
von	70.000 fl. und darüber		als	5·0	Steuereinheiten

zu rechnen sind. Bei den Einkommen über 70.000 fl. hört die Steigerung auf. Während also ein Steuerträger mit einem Einkommen von 900 fl. $9 \times 1 = 9$ Steuereinheiten zu versteuern hat und in dem früher angenommenen Beispiele — 15 Millionen Steuereinheiten, Contingent 15 Millionen Gulden — neun Gulden Personal-Einkommensteuer zahlen müßte, hat ein Steuerträger mit einem Einkommen von 9000 fl. nicht etwa zehnmal so viel, nicht $90 \times 1 = 90$ Steuereinheiten, sondern $90 \times 3._4 = 306$ Steuereinheiten zu versteuern und müßte daher in dem oben angenommenen Falle 306 fl. zahlen, ein Steuerträger mit einem Einkommen von 20.000 fl. hat $200 \times 4 = 800$ Steuereinheiten zu versteuern und müßte in dem angenommenen Falle 800 fl. zahlen u. s. w.

Im Ausschusse wurden mehrfach Bedenken laut, daß diese Steigerung der Scala in der Regierungsvorlage zu stark genommen und daß auch die Grenze der Progression mit 70.000 fl. zu weit gezogen sei. Wir können zumal das erstere Bedenken, wenn wir die Verhältnisse anderer Staaten in Vergleich ziehen, nicht als unbegründet ansehen. Es ist indeß nicht leicht, einen zweckmäßigeren Vorschlag an die Stelle jenes der Regierungsvorlage zu setzen. Wir glauben nach reiflicher Erwägung in der weiter unten folgenden Scala, welche nach den unseres Erachtens entscheidenden wirthschaftlichen Gesichtspunkten angelegt und mäßiger gehalten ist, den zur Vereinigung der widersprechenden Standpunkte geeignetsten Vermittlungsmodus gefunden zu haben. Zunächst endet nach dieser Scala die Progression statt bei 70.000 fl. schon bei 50.000 fl. Weiter hat die Regierungsvorlage, wie man leicht ausrechnen kann, als Basis ihrer Scala das Verhältniß 100 fl. = 3 Steuereinheiten genommen. Dieses Normalverhältniß ist nach der Scala der Vorlage nur bei Einkommen von 6000 bis 7000 fl. wirklich erhalten, bei den kleineren Einkommen wird das Verhältniß regressiv, bei den größeren progressiv; was bei der Berechnung der Einkommen unter 6000 fl. in Steuereinheiten von jenem Verhältnisse von 100 fl. = 3 Steuereinheiten nachgelassen wird, muß bei der Berechnung der Einkommen über 7000 fl. in Steuereinheiten hereingebracht werden. So endet die oben dargestellte Scala der Regierungsvorlage auf der einen Seite bei Einkommen unter 1000 fl. mit dem Verhältnisse von 100 fl. = 1 Steuereinheit, auf der anderen Seite bei Einkommen von 70.000 fl. und darüber mit dem Verhältnisse von 100 fl. = 5 Steuereinheiten. Die von uns proponirte Scala nimmt als Normalverhältniß 100 fl. = zwei Steuereinheiten, als unüberschreitbares Maximal-Verhältniß 100 fl. = drei Steuereinheiten an, wodurch die Progression natürlich sehr abgeschwächt wird. Die Steigerung beträgt denn auch von Stufe zu Stufe statt zwei nur Ein Zehntel. Endlich aber glaubten wir unsere Scala am besten auf der Eintheilung in sieben große Classen zu basiren, welche den von hervorragenden National-Oekonomen auf Grund der Einkommens-Statistik von Preußen, England, der Schweiz u. s. w. angenommenen Einkommensstufen entsprechen. Wir erwähnen, daß in dem Berichte der Wiener Handelskammer über die Steuervorlagen vom Jahre 1874 der Gedanke, die Progressions-Scala nach den sieben Einkommensstufen einzutheilen, gleichfalls angeregt, indeß durch den gleichzeitig proponirten, völlig verkehrten Durchführungsmodus von Vornherein unmöglich gemacht wurde.

Jene Einkommenstufen sind, abgesehen von der Stufe der Armuth und Dürftigkeit, welche unbesteuert bleibt (nach den bisherigen Beschlüssen des Steuerausschusses würden hieher die Einkommen unter 400 fl. zählen), die folgenden: 1. Die Stufe des knappen Auskommens und des Schwankens zwischen Dürftigkeit und mäßigem Auskommen (400 bis 1000 fl.); 2. Mäßiges Auskommen, welches lediglich durch die Arbeit gesichert ist (1000 bis 2500 fl.). 3. Gutes Auskommen, wobei bereits die Anfänge einer festeren Capitalsbildung auftreten (2500 bis 5000 fl.). 4. Erste Stufe des Wohlstandes, wo schon eine intensivere Capitalsbildung beginnt (5000 bis 10.000 fl.). 5. Zweite Stufe des Wohlstandes, wo die Mitwirkung der Capitals-Rente bei der Einkomensbildung in ergiebiger Weise hervortritt (10.000 bis 20.000 fl.); 6. die Stufe des Reichthums, bei welcher das Einkommen aus Renten überwiegend wird (20.000 bis 50.000 fl.); endlich 7. die Stufe des Ueberflusses (50.000 fl. und darüber). Unter jede dieser umfassenden Einkommenstufen sind mehrere Progressionsstufen subsumirt, die an Zahl jenen in der Regierungsvorlage gleich sind. Die Scala stellt sich danach in folgender Weise dar:

	Einkommensstufen	Per cent re. Steuer-Einheiten
I.	Von 400 bis exclusive 1.000 fl.	1
II.	„ 1.000 „ „ 2.500 „	1·1, 1·2, 1·3
III.	„ 2.500 „ „ 5.000 „	1·4, 1·5, 1·6, 1·7, 1·8
IV.	„ 5.000 „ „ 10.000 „	1·9, 2, 2·1, 2·2
V.	„ 10.000 „ „ 20.000 „	2·3, 2·4
VI.	„ 20.000 „ „ 50.000 „	2·5, 2·6, 2·7
VII.	„ 50.000 und darüber	2·8, 2·9, 3

Wir müssen es einem zweiten Artikel vorbehalten, die practische Gestaltung der vorstehenden Steuerscala an der Hand der jüngst im Ausschusse von dem Regierungs-Vertreter vorgebrachten Daten darzustellen.

Das Olmützer Domcapitel.

(Orig.-Corr. d. „Presse“)

Olmütz, im November.

Man scheint Bedenken zu tragen, gegen das bislang exclusiv adelige Domcapitel von Olmütz mit aller Energie und Strenge

patriotisch, und das poetische Opfer auf dem Altar des Vaterlandes gewährte erst die Concession und den Rechtstitel zu der literarischen Beschäftigung. Doch lassen wir diese österreichische Auslegung der vaterländischen Gesinnung ganz beiseite. Es zeigt sich außerdem, daß selbst das Nationalgefühl an sich, von aller loyalen und politischen Rücksicht befreit, diese starke und reine Empfindung der Eingenossenschaft mit dem Volke, zu dem man gehört, nicht eben auf dem Weimarer Literatur-Programm stand. Das Volk, die Nation war demselben für die höchste Steigerung und Reinheit der ästhetischen Wirkung ein zu eingeschränkter und bedingter Begriff: bedingt schon wegen der bestimmten Richtung der nationalen Empfindung und Anschauungsweise, die nie ganz ohne Bodensatz in den idealen Proceß aufzugehen vermag. Der kosmopolitische Zug, der durch das ganze Jahrhundert ging, erhält in unserer classischen Dichtung seine vollendete künstlerische Form. Sie wendet sich überall und direct an das kernhaft Menschliche, von dem bei der poetischen Berührung alle äußeren Schalen abspringen müssen. Nie ist das Wort „Mensch“ so weihevoll und hochfeierlich ausgesprochen worden als in Schiller's und Goethe's Dichtungen, und wo es uns hier entgegentritt, da leuchtet gleichsam eine Glorie um dasselbe auf. Erst von der romantischen Schule ab, von der sich ohnedies später die wissenschaftliche Sprachbegeisterung der Germanisten abzweigt, wendet sich wieder die Literatur ausdrücklich an das „deutsche Volk“, obgleich der lebhaften, ja dringenden Ansprache jetzt nur selten das „geneigte Gehör“ entgegenkommt. Schon Heinrich v. Kleist, bei dem sich die Dichtung vom classischen Humanismus hinweg auf dem geraden Weg der nationalen Umkehr befindet, hatte dies vollauf und schmerzlich erfahren; als er mit dem Cheruskerschwert Hermann's an den Bühnen anklopfte und man ihm nirgends öffnete, brach er in den Klagelaut aus: „Wehe, mein Vaterland! Die Leier zum Ruhm dir zu schlagen, ist, getreu dir im Schoß, mir deinem Dichter verwehrt!“

Schiller adressirte seine Dichtungen nie ausdrücklich an das deutsche Volk, aber sie kamen doch immer unfehlbar an diese Adresse. Er sprach nur zum Menschen als solchen und traf doch stets das deutsche Gemüth in seinen innersten Regungen, weckte da mächtig der dunklen Gefühle Gewalt, die dort wunderbar schliefen. Der dröhnende Glockenton seiner pathetisch gehobenen Sprache schütterte durch die Luft aller deutschen Lande hin, ihr Wohllaut ruht uns unvergessen im Ohr und kann aus der bloßen Erinnerung hervorgerufen werden, wann wir nur wollen. Alle Lebensalter nähern sich geistig und erheben sich an ihm. Der Schulknabe wagt mit dem frommen Knecht Fridolin den declamatorischen Gang zum Eisenhammer; den Jüngling, den Studenten zumeist reißt es mit Karl Moor nach den böhmischen Wäldern fort und er tritt feurigen Blickes dem Malthefer Posa zur Seite — zu dem Manne spricht der große, gereifte Dramatiker von der Wallenstein-Periode an, dann Schiller als Lehrdichter und Philosoph mit seiner großartig gefaßten künstlerischen Ethik, wie mit den Seherworten der gedankentiefen Dichtungen seiner letzten Zeit. Zu eigentlich vaterländischen Gaben zeigte sich nur der jugendliche Dichter bereit; ehe er durch seine Flucht aus Stuttgart in die weite Welt auf gut Glück steuerte, legte er auf die Heimatsscholle das Lied von Grafen Eberhard dem Greiner, auch später dem schwäbischen Haupthelden der Uhland'schen Balladen, und pries mit dieser Liedergabe sein gutes Schwabenland. Damit aber kaufte er sich poetisch ein- für allemal vom Localpatriotismus und ebenso von jenem im weiteren deutschen Sinne los. Seine Ansprache, wenn er allgemein zu reden und sich zu erklären das Bedürfniß fühlt, richtet er nicht an die „Nation“, sondern nur an das „Publicum“, diese unbestimmte Summirung der geistig Genußfähigen und Mitgenießenden; so in der Ankündigung zur „Rheinischen Thalia“, wo die berühmte Stelle zu lesen ist: „Das Publicum ist mir jetzt Alles, mein Studium, mein Souverän, mein Vertrauter. Ihm allein gehöre ich jetzt an. Vor diesem und keinem anderen Tribunal werde ich mich stellen. Etwas Großes wandelt mich an, bei der Vorstellung keine andere Fessel zu tragen, als den Ausspruch der Welt, an keinen anderen Thron zu appelliren, als an die menschliche Seele.“ Wie mit Absicht weicht er dem nationalen Thema in der Poesie aus, um nicht das engere stoffliche Interesse an der Stelle der reinen, künstlerisch menschlichen Verklärung des Gegenstandes wirken zu lassen; nach dem deutschen Trauerspiel „Kabale und Liebe“ verläßt er den nächsten heimatlichen Boden und schickt seine dramatische Phantasie auf die große europäische Reise von Spanien nach Böhmen, dann nach England und Frankreich, der Schweiz und sogar dem fernen Rußland — den idealen Theaterboden von Sicilien in der „Braut von Messina“ nicht ganz zu vergessen. Nationalität und Sitte, der ganze historische Zustand wird wol mit größter Sorgfalt beachtet, in „Wallenstein“ sogar mit voller, satter Lebensfarbe colorirt — aber immer bleibt dies Alles nur das Kleid der Menschlichkeit; das Volksthümliche selbst gehört bei Schiller blos zum Costume. Auch die historische Gestalt wägt er nur nach ihrem rein menschlichen Gehalt und stellt sie, aus welchem Volk und Zeitalter er sie auch citiren mag, unter dieselbe ideale Gerichtsbarkeit, die in seiner ganzen Dramatik waltet. Die höchste Vorstellung von dem priesterlich-pädagogischen Beruf, der leitenden und reinigenden Mission des Dichters, wie sie Schiller in den Briefen „über die ästhetische Erziehung des Menschen“ so herrlich, mit schwungvollster Weihe ausspricht, klingt überall durch. Wir sehen die hohe Gestalt dieses geistigen Führers allenthalben hindurchschreiten, der mit seiner Dichtungskraft die Strahlen der Wahrheit auffängt und die Gipfel der Menschheit erglänzen läßt, während noch feuchte Nacht auf ihren Thälern liegt.

Auch das wissenschaftliche Programm Schiller's war kein anderes. Er hatte seine historischen Vorträge als Professor in Jena begonnen und schrieb anläßlich der Herausgabe seiner Antrittsvorlesungen und der leitenden Gedanken, die die Haltung seiner Lehrthätigkeit bestimmten, an seinen Freund Körner Folgendes: „Wi

des Gesetzes vorzugehen. Indessen steht in Kremsier die Propsteipfarre seit dem Jahre 1868 ledig, und die mährische Landesbehörde, ohne deren Zustimmung eine solche Abnormität nicht fortdauern dürfte, schweigt schön fein dazu, ja sie läßt sich nicht einmal dadurch zu einem energischen Einschreiten bewegen, daß, wie die Blätter berichten, neuestens der Graf Karl Seilern sammt Familie in dem Propsteigebäude seinen Wohnsitz aufschlug, was doch darauf hinzudeuten scheint, daß man an eine Wiederbesetzung des erwähnten Kirchenamtes noch lange nicht denke. Die gedachte Propsteipfarre ist nämlich dem Olmützer Capitel incorporirt, und wurde deßhalb ehedem stets an einen adeligen Anwärter auf ein Olmützer Canonicat vergeben. Gegenwärtig sind diese Anwärter oder Domicellar-Domherren ausgegangen, die Wahl von neuen läßt die Regierung nicht zu; hingegen wurde in Rom mittels des Breve vom 3. Juli 1874 nicht nur das Adelserforderniß, sondern auch das Institut der Domicellar-Domherren neuerdings bestätigt. Bis zur Austragung der Olmützer Capitel-Angelegenheit soll also die Kremsierer Propsteipfarre nicht nur, sondern auch vier ebenfalls seit einer Reihe von Jahren erledigte Olmützer Residenzial-Domherrenstellen vacant bleiben.

Wann aber die leidige Olmützer Capitelfrage ihre endliche Lösung finden wird, ist noch immer nicht abzusehen. Bekanntlich strebt die Regierung die Abänderung des oberwähnten Breve an. Die Entscheidung scheint so leicht zu sein. Zufolge §. 1 des angezogenen confessionellen Gesetzes dürfe das Capitel die Adelseigenschaft nur dann als Aufnahmsbedingung geltend machen, wenn dieselbe schon in der Stiftungs-Urkunde des Capitels enthalten wäre. Aber auch Rom, welches bei der Entscheidung der Adelsfrage vom Artikel 22 des Concordats ausgeht, soll laut des klaren Wortlautes des Breve vom 3. Juli 1874 das Adelserforderniß nur dann anzuerkennen gewillt sein, wenn vollständig bewiesen wird, daß schon dem ursprünglichen Stiftungsacte des Capitels (actui fundationis) die Bedingung beigesetzt worden sei, daß es nur aus Adeligen bestehen solle. Das Capitel hat, um dieses zu erweisen, ehedem vorgeschützt, es habe im Jahre 1619 eine Feuersbrunst das ganze Capitelarchiv verzehrt, und bei diesem Brandunglücke sei auch die Stiftungsurkunde desselben zugrunde gegangen. Demgemäß ließ es sich eine Stiftungs-Recognitions-Urkunde ausstellen, in welcher aus der langen Gepflogenheit und dem Lehensrechte das Adelserforderniß gefolgert wurde. In Rom glaubte man den Olmützer Cavalieren und entschied, das Capitel habe indirect (aequipollenter) bewiesen, daß es kraft der Stiftung exclusiv adelig sein müsse. Nun wurde aber gegentheilig nachgewiesen, daß nicht nur die Stiftungsurkunde des Capitels, als Ganzes, sondern auch jene Urkunden, mittels welchen später einzelne Canonicate zugestiftet wurden, bis zur Stunde im Original im Capitel-Archiv erliegen, und nicht mit einer Sylbe des Adelserfordernisses Erwähnung thun, vielmehr documentarisch bewiesen werden könne, daß bis in das 17. Jahrhundert hinein nicht nur Adelige, sondern auch, und zwar der Mehrzahl nach, Nichtadelige im Olmützer Domcapitel saßen, ja daß sogar ein eigenes Capitelstatut aus dem Jahre 1501 bis zur Stunde im Capitel-Archive erliege, welches vom König und Papst bestätigt ist, und festsetzt, es sollen künftighin nur solche Cleriker zu Olmützer Domherren befördert werden, welche einen höheren Bildungsgrad nachgewiesen haben, von welchem Nachweise kein Bewerber losgezählt werden solle, mag derselbe adelig oder unadelig sein.

Alles dieses vermag das Capitel nicht zu leugnen, hat es vielmehr in seiner jetzt in Rom eingereichten gedruckten Ausführung eingestehen müssen. Dennoch aber versucht dasselbe durch Anwendung einer neuen Taktik das Breve aufrecht zu erhalten. Wie oben erwähnt, hatte es zu diesem Behufe den vollständigen Beweis zu erbringen, daß schon dem ursprünglichen Stiftungsacte des Capitels (actui fundationis) die Bedingung beigesetzt worden sei, daß nur Adelige in dasselbe aufgenommen werden dürfen. Es macht nun in seiner heurigen Eingabe die vom Kaiser Ferdinand II. demselben gemachte Schenkung des confiscirten Lehensgutes Haniowitz zu einem Stiftungsacte und das Diplom jenes Herrschers vom 28. August 1623, mittels welchem er Solches gethan, zur neuen, eigentlichen Stiftungsurkunde dieses Capitels. Nachstehend wird [illegible] darin auf Seite 23—28 deducirt: Gleich beim Beginne des dreißigjährigen Krieges, nämlich in den Jahren 1618 bis 1623, seien sämmtliche ältere Dotationen des Olmützer Domcapitels, zumal jene, welche die mensa communis desselben ausmachten, verschwunden und für immer in andere Hände übergegangen, so daß dieses Capitel damals eine geistliche Corporation ohne [illegible] Patrimonium, sohin materiell erloschen gewesen sei. Da habe Kaiser Ferdinand II. mittels Diplom vom 28. August demselben das confiscirte Gut Haniowitz geschenkt, welches ein Afterlehen der Krone Böhmens gewesen sei. Dieses Lehensgut sei die einzige, die neue Nahrungsquelle (alimento) des Capitels gewesen, und habe dasselbe wieder zum Leben gebracht (diede vita al Capitolo materialmento estinto). Dies sei demnach die neue wirkliche Dotation des Capitels, und da im canonischen Rechte Dotiren und Stiften eins und dasselbe sei, so sei die Schenkung des Kaisers Ferdinand II. der eigentliche Stiftungsact, und dessen Diplom die wahre Stiftungsurkunde des Olmützer Domcapitels. — Allerdings sei auch diesem Stiftungsacte nicht ausdrücklich die Bedingung beigesetzt, daß fortan nur Adelige Olmützer Domherren sein dürfen; indessen sei dies stillschweigend geschehen, weil nach den damaligen Lehensgesetzen nur Adelige Lehengüter besitzen durften, so zwar, daß wenn eine Corporation sich im Besitze von Lehensgütern befand, alle einzelnen Mitglieder derselben adelig sein mußten. — Also — so wird aus diesen Prämissen gefolgert — schon dem Stiftungsacte des Olmützer Domcapitels ist die Bedingung beigesetzt, daß nur Adelige Zutritt in dasselbe haben sollen!!

Nun wurde aber seither schon wieder schlagend nachgewiesen, daß sowol der Ober- als auch der Untersatz dieses Syllogismus vollkommen unwahr sei. Eine materielle Wiederbelebung des Capitels im Jahre 1623 war nicht nothwendig, da ja das Capitel schon damals, mit Ausnahme von Haniowitz, Großpeterswald und Dolloplaß seinen gesammten gegenwärtigen Besitz hatte, namentlich die zur mensa communis desselben gehörigen, sehr ausgedehnten Herrschaften Großwisternitz und Trschitz, jene seit dem Jahre 1589, diese seit 1568, welche als ein Aequivalent von anderem capitularischem Dotationsgute anzusehen sind, gegen welches sie erworben wurden. Kaiser Ferdinand II. wußte dies genau; denn gleich im Eingange seines Diploms bestätigt er dem Capitel ausdrücklich alle seine bisherigen „Unterthanen, Besitzungen und Güter"; und daß er durchaus nicht die Absicht hatte, durch die unbedingte Schenkung des Gutes Haniowitz das Olmützer Domcapitel zu dotiren und fundiren, zeigt schon der klare Wortlaut des Diploms, wonach jene Schenkung nur eine kleine Zugabe zu einem schon vorhandenen großen Stamme sein sollte. Diesem nach ist die Schenkung Kaiser Ferdinand's II. auf keinen Fall der Stiftungsact, und dessen Diplom vom 28. August 1623 durchaus nicht die Stiftungsurkunde des Olmützer Domcapitels.

Anlangend den Untersatz sei hier nur kurz Folgendes bemerkt:

Die Abänderung oder Beschränkung der Lehensgesetze sowie die Verleihung des Adels liegt in der Machtvollkommenheit des jeweiligen Landesherrn. Demnach hing es selbst bei der nicht gegründeten Voraussetzung, daß nach den Lehensgesetzen des 17. Jahrhunderts alle Glieder einer mit einem Lehensgute beschenkten geistlichen Corporation adelig sein sollten, gleichwol von dem Belieben des Kaisers Ferdinand II. ab, in Betreff des Olmützer Domcapitels eine Ausnahme von dem allgemeinen Gesetze zuzugestehen, wenn er es nicht vorziehen wollte, den bestehenden und zu bestellenden nichtadeligen Domherren die Adelseigenschaft zu verleihen.

Nun ertheilt dieser Herrscher in seinem Diplome wirklich dem Olmützer Domcapitel und auch seinen einzelnen Gliedern das Recht, allerhand Güter (also auch Lehensgüter) zu erwerben und die erworbenen in die Landtafel des Markgrafenthums Mähren eintragen zu lassen, ungeachtet aller wie immer entgegenstehenden Gesetze (also auch der Lehensgesetze), welche er kraft seiner königlichen Autorität in Betreff des Olmützer Domcapitels außer Kraft setzt. Er nennt darin die damaligen Olmützer Domherren, von denen die Mehrzahl unadelig war (wir nennen hier nur den Andreas Kindler, einen gebürtigen Olmützer, und den Laurenz Zwettler, gebürtig von Zwittau), und erwähnt mit keiner Sylbe, daß auch diese fortan adelig sein müßten. Vielmehr läßt sich documentarisch nachweisen, daß auch noch nach der Zeit Kaiser Ferdinand's II. († 1637) es in Olmütz noch unadelige Domherren gab, so z. B. den im Jahre 1644 in Wien verstorbenen Berthold Kropf, den kurz vor dem Jahre 1650 verstorbenen Domherrn und Weihbischof Caspar Karas und den erst im Jahre 1669 verstorbenen Domherrn und zugleich Weihbischof Andreas Dirre, einen gebornen Olmützer. Hat ja doch das Domcapitel selbst in einem Berichte vom 1. December 1857 ausdrücklich gesagt, es vermöge blos zu beweisen, daß seit dem Jahre 1662 keine Unadeligen mehr in dasselbe aufgenommen wurden; wie durfte es also in seiner heurigen gedruckten römischen Eingabe (S. 24 u. 49) ganz apodiktisch behaupten, daß seit dem Jahre 1623 kein Nichtadeliger mehr in demselben geduldet wurde?

Daß übrigens die ganze Deduction aus dem Lehensrechte nicht stichhaltig sei, kann auch schon aus der folgenden Thatsache ersehen werden: Im Jahre 1777 wurde das Olmützer Bisthum zum Erzbisthum erhoben und zu Brünn ein neues Bisthum errichtet. Zur Dotation dieses neuen Bisthums wurde mit Zustimmung des Olmützer Capitels das Afterlehen der Krone Böhmens, Chirlitz, welches bis dahin eine Mensalherrschaft des Olmützer Bisthums gewesen war, bestimmt, und doch waren nicht alle Brünner Bischöfe Adelige, wiewol die Dotation des Bisthums in einem Afterlehen bestand. Aber selbst zugegeben, daß die Adels-Eigenschaft der Olmützer Domherren jemals zu dem Besitze der dem Capitel gehörigen Afterlehen erforderlich gewesen sei, so lag es doch ohne Zweifel in der Machtvollkommenheit des Kaisers von Oesterreich, zu erklären, daß sie fortan zu diesem Behufe nicht mehr in Anspruch genommen werde. Daß dies der entschiedene Wille Sr. apostolischen Majestät Kaiser Franz Josef's I. sei, liegt sogar in den Concordats-Verhandlungen und insbesondere im Artikel 22 des Concordats ausgesprochen, zufolge dessen die Nothwendigkeit adeliger Geburt oder adeliger Titel aufgehoben ist, wenn nicht erwiesen wird, daß sie in der Stiftung als Bedingung beigesetzt wurde. Und nachdem überdies durch das Gesetz vom 12. Mai 1869 das ganze mittelalterliche Lehenswesen für Oesterreich abgeschafft worden ist, erscheint es wirklich lächerlich, sich noch im Jahre 1876 in Rom auf österreichische Lehensgesetze zu berufen. Wäre, wie behauptet wird, das Adels-Erforderniß eine Folge der Lehensgesetze gewesen, so hätte es mit dem gänzlichen Fortfall dieser sicher auch entfallen müssen.

So also steht die diesjährige Beweisführung des Olmützer Domcapitels aus. Am 15. September d. J. haben Königsbrunn und Lichnowsky dieselbe in Rom überreicht. Es hieß damals, noch im September oder spätestens in der ersten Hälfte des October würde die Entscheidung gefällt werden. Jetzt spricht man wieder schon vom November. Ueberdies verlautet, der noch immer in Rom weilende Graf Lichnowsky warne die Curie vor Uebereilung; leicht könne in Wien ein Ministerwechsel eintreten, und habe schon im Jahre 1866 der damalige Staatsminister Graf [illegible] erklärt, er würde eine römische Entscheidung zu Gunsten des Adels-Privilegiums anerkennen; so sei es immerhin möglich, daß ein feudaler Cultusminister der Zukunft das Breve vom 3. Juli 1874 agnosciren werde. Ob nur nicht zuvor Se. Excellenz Minister Dr. v. Stremayr mit einem energischen „Quousque tandem" dareinfährt?

Vom Kriegsschauplatz.

Fürst Nikola, der sich immer durch politische Klugheit vor seinem Alliirten Fürsten Milan ausgezeichnet hat, legt den Waffenstillstands-Verhandlungen keine Hindernisse in den Weg und es ist sehr wahrscheinlich, daß schon in den nächsten Tagen die Feststellung der Demarcationslinie beendigt sein werde. Nach dem folgenden Berichte aus Belgrad scheint man dort allerdings eine Demarcationslinie zu wünschen, welche den thatsächlichen militärischen Verhältnissen nicht entspricht; doch zweifeln wir nicht, daß es den Commissären in den nächsten Wochen gelingen werde, die Ansprüche Serbiens auf das richtige Maß zurückzuführen. Jedenfalls wurde der Waffenstillstand von den Mächten nicht aus dem Grunde beschlossen, um schon bei der Bestimmung der Demarcationslinie und neutralen Zone an unberechtigten Forderungen Serbiens in die Brüche zu gehen.

* * *

Belgrad, 6. November. (Serbien nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes.) Nach dem Abschluß des Waffenstillstandes scheint die Regierung der Fortsetzung der Rüstungen in erhöhtem Maße ihr Augenmerk zuwenden zu wollen. Vor Allem ist zu verzeichnen, daß der Kriegsminister alle ausgedienten Soldaten zu den Fahnen einberufen hat. Da die allgemeine Wehrpflicht seit vielen Jahren besteht, so kann diese Kategorie Wehrpflichtiger ein Contingent von 10- bis 15.000 Mann ergeben. Diese Elemente sollen zur Formirung von Cadres für eine neue Armee von 30- bis 40.000 Mann verwendet werden. Weiter aber ist die Aushebung aller waffenfähigen Serben im Inlande, sowie die Einberufung aller serbischen Unterthanen im Auslande angeordnet. Bis zum 15. d. M. muß bereits ihre Vorstellung im Kriegsministerium erfolgen. Auch wurden 50.000 Gewehre über Rumänien gebracht und sind

---

Neueren haben ein Interesse in unserer Gewalt, das kein Grieche und kein Römer gehabt hat, und dem das vaterländische Interesse beiweitem nicht beikommt. Das letzte ist überhaupt nur für unreife Nationen wichtig, für die Jugend der Welt. Ein ganz anderes Interesse ist es, jede merkwürdige Begebenheit, die mit Menschen vorging, dem Menschen wichtig darzustellen. Es ist ein armseliges, kleines Ideal, für eine Nation zu schreiben; einem philosophischen Geist ist diese Grenze durchaus unerträglich. Dieser kann bei einer so wandelbaren, zufälligen und willkürlichen Form der Menschheit, bei einem Fragmente — und was ist die wichtigste Nation anders? — nicht stillestehen."

So ging Schiller überall und geradenwegs ins Menschliche [illegible] und die Deutschen gingen Schritt für Schritt mit ihm, obgleich er sie nicht als Nation, sondern nur als Publicum aufrief. Gerade dieser hochgestimmte, jede Grenze abwerfende Enthusiasmus entspricht den [illegible] Regungen des deutschen National-Charakters, [illegible] ist Schiller doch wieder, obgleich er das Princip der Nationalität nicht anerkennt, der deutscheste der Dichter. Das Gemüth des Germanen strebt nach umfassender Weite der Anschauung, nach Fülle des Ausdrucks und Gedankens; es widerstrebt ihm, sich immer auf die heimische Gefühlsenge zurückwerfen zu lassen, damit es sich darin zusammenkaure und einspinne. Die gelehrte Dichtung späterer Tage hat sich ein eigenes Ideal volksthümlicher Poesie construirt, das, so gefaßt, den wirklichen literarischen Bedürfnissen der Nation ganz ferne liegt. Eben darum, weil das deutsche Volksthum nach Stämmen und allerlei Besonderheiten eingeengt und getheilt ist, strebt es in der geistigen Welt umsomehr ins Weite und der Deutsche will in der Poesie sich nicht als Schwaben, Pfälzer, Franken u. s. f. wiederfinden, sondern als ganzen, vollen Menschen. Schiller brachte ihm eine Dichtung nach dem tiefsten Bedürfniß seines Gemüths entgegen: zwar nichts weniger als ein Stück nationaler Poesie, aber eine solche, wie sie die Nation erwartete, ahnte, zu ihrer Erhebung brauchte.

Und wenn in dem idealen Princip der deutschen classischen Dichtung wirklich eine gewisse, erhabene Einseitigkeit liegt — so sei dafür dem gütigen Geschicke vielmehr gedankt. Ihre Nachwirkung bewahrt uns wenigstens zum Theil vor der Gefahr, der entgegengesetzten Einseitigkeit unserer Zeit ohne Rückhalt nachzugehen, und so corrigirt eine Epoche die andere. Wir leben jetzt in der Zeit des zugeschärften nationalen Bewußtseins; seine Forderungen treten mit concreter Macht in die Wirklichkeit, sie formen die Staatsgebilde um und vereinen sie nach großen Massen, sie reguliren die Gesinnungen nach einfachen, starkgezogenen Richtungslinien, welche die Thätigkeit und Verpflichtung der Einzelnen auf gleichartige Weise bestimmen. Es ist wol wahr — gar schön und herrlich steht „der Mensch mit seinem Palmenzweige" auf dem Höhepunkt seiner humanen Cultur am Wendepunkt des Jahrhunderts: aber diese Herrlichkeit war nur ein Gedankensieg, jener Palmenzweig war im Treibhaus der Dichtung und der Philosophie gezogen. Der Triumph des idealen Menschenthums stand isolirt da inmitten einer politisch verzweifelnden und zerfallenen Welt, die auf den Schlachtfeldern immer wieder aus anderen Stücken blutig zusammengeleimt wurde. Aber jene hohe Menschheitsbegeisterung war doch ein Trost ohnegleichen für die schwere Prüfung der Zeit, sie gab den edelsten Geistern die Energie, die „Angst des Irdischen" von sich abzuwerfen. Jacob Burckhardt gebraucht unter den geistreichen Schlagwörtern zur Charakteristik der Renaissance auch dieses, sie sei eine Zeit „der Entdeckung der Welt und des Menschen" gewesen. Das 18. Jahrhundert, das Zeitalter der Aufklärung, wie man es zu nennen pflegt, entdeckte den Menschen im geistigern Sinne aufs neue; doch das nüchterne, kalte Geschöpf, wie es der Rationalismus aufstellte, schloß erst die deutsche Dichtung der classischen Epoche in ihre belebende Arme — da öffnete sich seelenvoll dessen Auge, apollinisch wölbte sich die edle Stirne, und sonniger Glanz umwallte das Haupt der neuen Göttergestalt. Und auch für uns ist der Rückblick nach dieser hehren Erscheinung eine fortwährende geistige Stärkung, eine kräftige Aufrichtung des innern Menschen in dem geschäftigen Wirbel der Zeit. Wollen wir uns literarisch confirmiren lassen oder zu dem idealen Liebesmal der Menschheit gehen, so suchen wir immer den Weg zu dieser unsichtbaren Kirche und finden ihn auch gewiß. Der letzte Glaube, der die höher gestimmten Naturen in der That lebendig beseelte, ist die Religion des „Humanus", jenes Heiligen und Weisen, den uns Goethe in seinem Fragment, „die Geheimnisse", selbst ziemlich mysteriös vorführt, für den der Marquis Posa schon früher als Märtyrer dieses Glaubens starb, dem Herder in seinen „Briefen zur Beförderung der Humanität" im ruhigeren Seelsorgeramt diente. Es wäre schimpflich, uns diesen großen Gewinn höchster humaner Cultur und Menschheitsbegeisterung je entgehen zu lassen. Gleiten wir unsicheren Schrittes aus dieser hohen Bahn des menschlich edlen Idealismus aus, den uns die deutsche classische Literatur vorgezeichnet, dann stürzen wir entweder nach links oder rechts in den Abgrund eines stumpfen Materialismus oder einer noch stumpferen Bigotterie — und ich glaube fast, daß es eine unterirdische Communication, einen geheimen Verbindungsgang zwischen diesen beiden Gegensätzen gibt.

Dies ist so eine Meditation, eine literarische Andachtsübung, mit der ich mich am Vorabend des 10. November zum festlichen Moment der Enthüllung des Schiller-Denkmals in Wien vorbereitete — ganz für mich zuerst im Stillen, dann auch im Kreise der Studenten mich laut darüber aussprechend. Vielleicht theilt der Leser diese „Stunde der Andacht." Dann aber begrüßen wir alle gemeinsam den hohen, monumentalen Gast auf dem Schiller-Platz und nenne ihn freudig auch den unseren — für alle Zeiten!

Jos. Bayer.

40.000 Wintermäntel heute aus Paris eingetroffen. In den letzten Tagen sind aus Rußland 35 Officiere eingetroffen und sind weitere 76 angesagt. Tschernajeff wird zu wichtigen Berathungen hier erwartet. Es ist wahrscheinlich, daß Tschernajeff zum General en chef aller Truppen ernannt werden wird.

Die Regierung hat dem General Ignatieff telegraphisch angezeigt, daß sie als Demarcationslinie an der Drina und am Ibar die Landesgrenze betrachte, und im Moravathale nur das Gebiet jenseits von Deligrad als vorläufig in den Bereich der türkischen Waffen gehörig ansehe. Auf diese Art würden Deligrad und die Djunisch-Linie diesseits der Demarcationslinie fallen. Ob die Pforte darauf eingehen werde, ist wol eine andere Frage. Der Fürst hat den Obersten Jovanovics zum Commissär bei der internationalen Demarcations-Commission ernannt. Jovanovics reist in Begleitung mehrerer Officiere heute nach Deligrad ab. Während des Waffenstillstandes sollen Kragujevatz, Losniza und Schabatz stark befestigt werden. Nach Kladowa werden zwei Brigaden erster Classe zur Besetzung dieses Punktes geschickt, welcher für die Verbindung mit Rumänien von großer Wichtigkeit ist. Aus demselben Grunde werden auch Raduјevatz und Negotin mit Schanzen und starken Redouten versehen.

Inland.

Wien, 9. November. (Parlamentarisches. Reichsrathscandidatur.) In der heute stattgefundenen Sitzung des Ausschusses zur Berathung der neuen Civilproceß-Ordnung bemerkte Justizminister Dr. Glaser unter Anderm, daß der diesmalige Sessionsabschnitt des Reichsraths ein sehr langer werden dürfte, und daß demgemäß die Reichsraths-Verhandlungen bis in den Sommer, vielleicht bis zum Monate Juni sich erstrecken könnten.

Für die Debatte über den Antrag des Abg. Göllerich betreffend die Reform der politischen Verwaltung, haben sich bisher vierzehn Redner zum Worte vorgemerkt, und zwar für den Ausschußantrag die Abgeordneten Dr. v. Plener, Dr. Giskra, Freiherr v. Scharschmid und Dr. Dinstl; gegen denselben die Abgeordneten Baron Zschock, Herman, Graf Thurn, Dr. Kronawetter, Graf Hohenwart, Dr. Werl, Ritter v Grocholski, Graf Mieroszewski, Dr. Walbert und Zaklinski. Abg. Baron Zschock wird im Laufe der Debatte folgenden Antrag einbringen: „Die Regierung wird aufgefordert, im verfassungsmäßigen Wege Gesetzesvorlagen einzubringen, welche dazu bestimmt und geeignet sind, eine Reform der gesammten politischen Verwaltung in der Richtung einzuleiten, daß der Dualismus von Staatsverwaltung und Selbstverwaltung, sowie die Zersplitterung im Organismus der politischen Verwaltung beseitigt und unter Aufrechthaltung des Grundsatzes der Selbstverwaltung eine Vereinfachung im Mechanismus der Verwaltung erzielt, die Kräftigung der Executivgewalt herbeigeführt und die strenge Durchführung der Gesetze gesichert wird." Aus der Mitte der Rechtspartei wird, wie verlautet, der Antrag auf Bildung von Provinzial-Ministerien gestellt werden!!

Wie man uns aus Bruck an der Mur schreibt wird vom verfassungstreuen Wahlcomité an Stelle des verstorbenen Abg P. Rainer der Ober-Ingenieur und Obmann-Stellvertreter des Bezirkes Bruck an der Mur, Herr Karl Watzka, als Reichsraths-Abgeordneter für die Landgemeinden der Bezirke Bruck, Leoben und Frohnleiten in Vorschlag gebracht, dessen Candidatur sich des allgemeinen Beifalls erfreut.

Wien, 9. November. (Budgetausschuß.) Der Budgetausschuß hat in seiner heutigen Sitzung die Berathung des Budgets des Handelsministeriums, zunächst Post 47 „Gewerbliche Fachschulen und Hilfsmittel der gewerblichen Fachbildung", in Berathung gezogen. Referent Gomperz beantragt einen Abstrich von 10.000 fl., während von anderer Seite viel weitergehende Abstriche theils beantragt, theils bloß in Anregung gebracht werden. Es entspinnt sich eine längere Debatte, sowol über die Bedeutung und den Werth der Fachschulen überhaupt, als auch über die dermalige Organisation und deren hie und da zutage tretende Mängel. Für die Fachschulen sprechen sich zunächst die Abgeordneten Dr. Klier, Wolfrum und Dr. Weigel aus, indem sie durch Beispiele nachzuweisen versuchen, wie nutzbringend und geradezu wohlthätig dieselben sowol für die Erwerbsthätigkeit der Bevölkerung als auch für die Steuerfähigkeit einer sonst gänzlich verarmten Bevölkerung gewirkt haben.

Abg. Ed. Sueß anerkennt die Nützlichkeit dieser Schulen in vielen Beziehungen, findet jedoch das Vorgehen im Ganzen nicht als das richtige, da eine eigentliche Organisation und ein bestimmtes System bei der Errichtung mangeln, daher auch mancherlei üble Erfahrungen gemacht wurden. Auch Abg. Skene spricht sich gegen die ohne bestimmtes System bisher geübte Errichtung von Fachschulen und diesfälligen Subventionirungen aus, obwol auch er das Nützliche von einzelnen der errichteten Schulen anerkennt.

Abg. Heilsberg ersucht den Minister, doch auch bezüglich der Möglichkeit und Nützlichkeit der Errichtung solcher Fachschulen die Verhältnisse Steiermarks, besonders des gebirgigen Theiles, erheben zu lassen, welcher gewiß die gleichen Bedingungen für die Errichtung und das Gedeihen solcher Schulen bietet, wie manches andere, bisher reichlich bedachte Land.

Bei der Abstimmung werden alle im Abstrich weitergehenden Anträge abgelehnt und der Antrag des Referenten angenommen. Bei der nächsten Post 48: „Tracirung von Eisenbahnen, Ueberprüfung von Projecten und sonstige Ausgaben in Eisenbahn-Angelegenheiten" wird die Nothwendigkeit einer Einstellung mit 70.000 fl. von mehreren Rednern bestritten. Es wird besonders auch betont, daß diese Post eigentlich nicht hier zu erscheinen habe, sondern mit der richtigeren Bezeichnung bei der Rubrik „General-Inspection" aufzuführen sei. Zu Gunsten der Einstellung eines höheren Betrages überhaupt wurde angeführt, daß noch ungefähr [illegible] Personen mit provisorischer Anstellung dem Ressort des Handelsministeriums angehören, welche trotz der nachhaltigsten Entlassungen bis heute noch beibehalten werden müssen, um nicht die Geschäfte überhaupt ins Stocken zu bringen. Von mehreren bezüglich der Ziffer gestellten Anträgen wurde schließlich ein Antrag des Abg. Wolfrum, den Betrag von 40.000 fl. zu bewilligen, angenommen und zugleich beschlossen, diese Post mit der Bezeichnung „für Hilfsämter und sonstige Ausgaben in Eisenbahn-Angelegenheiten" bei der Rubrik für „General-Inspection" einzustellen.

Bei der nächsten Post, „Subvention für das Orientalische Museum", präliminirt mit 10.000 fl., wurde mit Rücksicht auf die gebotene Vorsicht in der Verausgabung und mit Hinweis, daß dieses Institut ebenso wie andere gleich würdige sich aus eigenen Kräften als lebensfähig erweisen solle, die Post von 4000 fl. einzustellen beantragt, und dieser Antrag angenommen.

Als nächstes Capitel kommen nun die Erfordernisse für den „Aichdienst" und es wurde vom Referenten Gomperz im ordentlichen Erforderniß ein Abstrich von 37.000 fl. beantragt, und nach einer längeren Debatte, in welcher auch dafür gesprochen wurde, den ganzen von der Regierung eingeforderten Betrag einzustellen, um die schleunigste Einführung sämmtlicher Aichämter zu ermöglichen, dennoch der Antrag des Referenten auf Herabminderung zum Beschlusse erhoben, mit dem bestimmten Nachweise, daß hiedurch keinerlei Verzögerung in der Errichtung von Aichämtern veranlaßt werde.

Bei Post 18, „Adaptirungs- und Einrichtungskosten für neu zu errichtende Aichämter", wurden statt der präliminirten 30.000 fl. blos 25.000 fl. angenommen. Bei Post 19, „Ausrüstungskosten für Normale und Normal-Apparate", wurde statt der projectirten 55.000 fl. der Betrag von 50.000 fl. beantragt und angenommen. Ferner beantragt der Referent eine Resolution, dahin gehend: „Die Regierung wird aufgefordert, mit größerer Umsicht und Beschleunigung bei Errichtung der Aichämter und Durchführung dieses bezüglichen Gesetzes vorzugehen."

Wien, 9. November. (Civilproceß-Ordnungs-Ausschuß.) In der heute Vormittags unter dem Vorsitze des Abg. Dr. Weeber und in Gegenwart des Justizministers stattgefundenen Sitzung des Civilproceß-Ausschusses wurde zuerst die Frage erörtert, wie sich der Ausschuß gegenüber dem Berichte des Justizausschusses über die Executions-Ordnung zu benehmen habe, da dem Vernehmen nach letzterer Gegenstand in der nächsten Woche zur Berathung im Hause kommen solle.

Justizminister Dr. Glaser erklärt, daß allerdings gegenwärtig kein besonders günstiger Moment sei, die Executions-Ordnung zu berathen. So locker auch der Zusammenhang mit dem Civilproceß sein mag, ein gewisser Connex bestehe doch, wie z. B. in der Frage der Vollzugsorgane. Es sei nicht opportun, die Executions-Ordnung beiseite zu schieben. Allein man sollte die Berathung über dieselbe vorläufig von der Tagesordnung absetzen, und erst dann, wenn der Ausschuß über die Principien des Civilproceß-Gesetzes sich eine Meinung werde bilden können, wäre es angezeigt, entweder in die Berathung der Executions-Ordnung einzugehen oder überhaupt davon dann abzusehen.

Abg. Dr. Kabat will die Executions-Ordnung schon jetzt in Berathung gezogen wissen. Werde die Execution angenommen, so würde sich in der Praxis eine reiche Erfahrung herausstellen, ob dieselbe zu ergänzen oder abzuändern sei, was für die Civilproceß-Ordnung von Vortheil sei. Redner glaubt, daß mit der Civilproceß-Ordnung allein es nicht abgethan ist. Wir brauchen eine neue Gerichts-Instruction, Gerichts-Organisation u. s. w., wozu mehrere Jahre nöthig sein werden. Es sei also nothwendig, daß zum Mindesten schon jetzt die Executions-Ordnung berathen werde.

Abg. Dr. Sturm bespricht den vom Abgeordnetenhause zum Beschluß erhobenen Antrag des Abg. Dr. Edlbacher, womit der Justizausschuß beauftragt wurde, eine Novelle zum gegenwärtig bestehenden Executions-Verfahren zu berathen und vorzulegen. Der Justizausschuß befand sich diesem ihm gewordenen Auftrage gegenüber in einer gewissen Zwangslage, und konnte sich zur Verfassung einer solchen Novelle nicht entschließen. Er beschränkte sich darauf, den ursprünglichen Entwurf der Executions-Ordnung einer Revision im Sinne der Anträge des Dr. Edlbacher zu unterwerfen. Mittlerweile sei nun aber der Civilproceß vorgelegt und ein besonderer Ausschuß hiefür gewählt worden. Es sei begreiflich, daß der Civilproceß-Ausschuß wünschen muß, auch die Executions-Ordnung in den Kreis seiner Berathungen gewiesen zu sehen. Es sei wünschenswerth, das Ganze aus Einem Gusse zu behandeln. Es wäre daher das Geeignetste, wenn der Justizausschuß selbst beantragen würde, die Executions-Ordnung vorläufig im Hause nicht zum Vortrage zu bringen, sondern dem Civilproceß-Ausschusse zuzuweisen.

Abg. Dr. Tomaszczuk hält es auch für mißlich, schon jetzt in die Berathung der Executions-Ordnung einzutreten abgesondert vom Civilproceß. Erst dann, wenn im Civilproceß-Ausschusse die principielle Frage discutirt sein wird, kann die Frage erörtert werden, ob die Executions-Ordnung als eine separate Frage oder untheilbar mit dem Civilproceß behandelt werden solle.

Abg. Dr. Edlbacher: Der Civilproceß-Ausschuß konn nicht hindern, wenn der Präsident des Hauses, zumal da gegenwärtig wenig Material vorhanden ist, die Executions-Ordnung zur Verhandlung im Hause bringen will. Er war immer der Ansicht, daß die Executions-Ordnung nur mit dem großen Civilprocesse vereint zu berathen und vor das Haus zu bringen sei.

Abg. Kowalski ist auch nicht dafür, daß man jetzt in die abgeänderte Verhandlung der Executions-Ordnung eintrete.

Abg. Dr. Promber: Wenn er den Antrag des Dr. Edlbacher seinerzeit unterstützte, so verkannte auch er nicht, daß das Executions-Verfahren einer Reform bedürfe, allein er anerkennt in der Executions-Ordnung einen integrirenden Bestandtheil des Civilprocesses, welche beide miteinander behandelt werden müssen. Gegen die Executions-Ordnung, wie sie von der Regierung eingebracht worden war, wurden aber Gründe geltend gemacht, welche immerhin Beachtung beanspruchen. Es schien gefährlich, in einer Zeit der wirthschaftlichen Krise, wo besonders auch der Realcredit sehr im Sinken begriffen war, ganz neue Principien einzuführen, welche eine zu forcirte Real-Execution und somit eine Verschleuderung der Immobilien befürchten lassen könnten. Uebrigens liegt der Hauptübelstand nicht im Gesetze selbst, sondern in der Mangelhaftigkeit der Manipulation und in der Unzulänglichkeit der richterlichen Hilfsämter. Er stehe daher noch immer auf dem Standpunkte, die Executions-Gesetze novellistisch zu reformiren, wie dies auf anderen Gebiete, z. B. durch das Fristengesetz, mit Erfolg geschehen sei.

Abg. Dr. Magg: Heute lasse sich nicht darüber absprechen, ob die Executions-Ordnung, wie sie vom Justizausschusse berathen worden ist, für einen integrirenden Bestandtheil der Civilproceß-Ordnung erklärt werden könne. Es müsse daher die Berathung der Executions-Ordnung sistirt werden. Der vorgelegte Civilproceß gebe der Auffassung Raum, daß die innere Einrichtung der Gerichte so bleibe, wie sie gegenwärtig bestehe. Eine umfassende Darlegung der Regierung, wie sie sich die Einrichtung der Gerichte nach Einführung des neuen Civilprocesses gedacht habe, wäre sehr wünschenswerth. Er erbitte sich vom Minister die hierauf bezüglichen Erklärungen.

Justizminister Dr. Glaser gibt zu, daß die innere Organisation der Gerichte immerhin eine Aenderung werde erfahren müssen, denn es werde dann nicht angehen, daß bei Gerichtshöfen, wie dies jetzt der Fall ist, die verschiedensten Kategorien gleichberechtigt erscheinen. Er beschäftige sich übrigens schon jetzt mit den hierauf bezüglichen Aenderungen. Was aber unbedingt nothwendig sein wird, seien neue Manipulations-Vorschriften, welche die Vielschreiberei einengen. Auch er ist der Ansicht, daß mit dem Civilproceß allein die Reform nicht abgeschlossen ist. Man wird auch weitere Neuerungen einführen müssen, wie z. B. einen Advocaten-Tarif. Zeit werde also immerhin nothwendig sein, bis zur Einführung des neuen Processes, und es könne dieser Zeitraum wol auf fünf Jahre in Aussicht genommen werden, wenn das Parlament zur Berathung in beiden Häusern nur drei Jahre braucht, und dann ein zweijähriger Zeitraum in Aussicht genommen wird, bis das Gesetz ins Leben tritt. Was die Behandlung der Executions-Ordnung anbetrifft, sollte man mit derselben in diesem Augenblicke nicht vorgehen, sondern abwarten, bis man sich im Civilproceß-Ausschusse klar geworden ist über den Standpunkt, welchen man der künftigen Executions-Ordnung gegenüber einnehmen will.

Abg. Dr. Kabat weist noch einmal auf die Nothwendigkeit der sofortigen Aenderung des Executions-Verfahrens und sohin auf das Wünschenswerthe der sofortigen Behandlung des diesbezüglichen Ausschußberichtes hin, indem er Fälle, die in Galizien vorgekommen sind, anführt, welche das gegenwärtige Executions-Verfahren als ein endloses illustriren.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Dr. Kabat, in die sofortige Berathung der Executions-Ordnung im Hause einzugehen, abgelehnt; deßgleichen der Antrag, daß schon jetzt auszusprechen sei, die von der Regierung vorgelegte Executions-Ordnung bilde einen integrirenden Bestandtheil des Civilprocesses und sei erst mit diesem vor das Haus zu bringen; letzterer Antrag mit [illegible] Stimmen. Es wird beschlossen, dahin zu wirken, daß der Justizausschuß im Hause beantrage, die Executions-Ordnung dem Civilproceß-Ausschusse zu überweisen, eventuell, daß im Hause ein Antrag gestellt werde auf Vertagung der Behandlung der Executions-Ordnung.

Hierauf wurde zur Besprechung des modus procedendi geschritten.

Abg. Dr. Promber beantragt die Wahl eines Berichterstatters, welcher dem Ausschusse die diesbezüglichen Vorschläge zu erstatten und in der über die Grundprincipien einzuleitenden General-Debatte als Referent zu fungiren hätte.

Abg. Dr. Kabat will mehrere Berichterstatter eingesetzt haben und fixirt die Zahl derselben nach der Zahl der einzelnen Materien auf vier. Auch sollen diejenigen Ausschußmitglieder, welche über einzelne Principienfragen Bedenken haben, dieselben sofort bekanntgeben.

Bei der nach längerer Debatte vorgenommenen Abstimmung wurden die Anträge des Abg. Dr. Kabat abgelehnt und der Antrag des Abg. Dr. Promber auf die Wahl eines Berichterstatters, welcher die Principien in der General-Debatte zu vertreten habe, mit großer Majorität angenommen.

Abg. Dr. Sturm machte aufmerksam auf die Frage der Permanenz-Erklärung der Arbeiten des Ausschusses. Auch hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte und machte sich die Ansicht geltend, daß, wenn die Arbeit des Ausschusses eine zum Ziele führende sein solle, die Fortsetzung der Ausschußsitzungen über den formellen Sessionsschluß hinaus erwünscht sein müsse.

Bei der Abstimmung wurde der combinirte Antrag des Abg. Dr. Promber und Abg. Dr. Sturm angenommen, im Hause den Antrag zu stellen, daß das Permanenzgesetz für den Civilproceß-Ausschuß anzuwenden sei.

Zum Berichterstatter wurde Abg. Dr. Sturm nahezu einstimmig gewählt.

Triest, 8. November. [Orig.-Corr.] (Baron Rodich.) Man erzählt hier, daß in officiellen Kreisen von Zara anläßlich der in der Orient-Debatte im Abgeordnetenhause gefallenen Bemerkungen über den Statthalter Baron Rodich große Aufregung herrsche. Der Statthalter selbst soll wegen der Aeußerungen des Abgeordneten Zschock sich telegraphisch nach Wien gewendet, seiner Entrüstung über die Verdächtigung, als wäre er Omladinist, lebhaftesten Ausdruck gegeben und das Ersuchen gestellt haben, durch officielle Darlegungen den verfassungstreuen Abgeordneten die ihm gewordene schwierige Aufgabe auseinanderzusetzen.

Pest, 9. November. (Gegen den Strike der Abgeordneten.) Der Gesetzentwurf, durch welchen jenen Demonstranten, die sich in den Reichstag wählen lassen, um dann diesen durch absolutes Ignoriren verhöhnen zu können, ein Strich durch die Rechnung gemacht werden soll, ist nun definitiv festgestellt. Die ursprünglich geplanten drakonischen Androhungen von hohen Geld- und selbst Freiheitsstrafen sind ausgefallen, und so lautet der Entwurf in seiner nunmehrigen humaneren Fassung:

„§. 1. Jeder Reichstags-Abgeordnete ist verpflichtet, sein Mandat binnen fünfzehn Tagen dem Präsidenten (Alterspräsidenten) zu überreichen. Diese Frist beginnt, wenn die Wahl vor der Eröffnung des Reichstages geschah, mit der Eröffnung, anderenfalls mit dem auf den Wahltag folgenden Tage. Die Ueberreichung hat persönlich oder durch einen zu diesem Zwecke schriftlich Bevollmächtigten [illegible] eines an den Präsidenten [illegible] zu geschehen. §. 2. Der Minister des Innern verständigt den Präsidenten (Alterspräsidenten) des Abgeordnetenhauses [illegible] von jeder Wahl. §. 3. Die Verzichtleistung eines Abgeordneten auf sein Mandat kann erst nach geschehener Unterbreitung des Mandates in einer an das Haus zu richtenden Erklärung geschehen. §. 4. Denjenigen Abgeordneten, welcher seine im §. 1 erwähnte Pflicht binnen der festgesetzten Frist nicht erfüllte, fordert der Präsident von amtswegen schriftlich auf, sein Mandat binnen [illegible] Tagen einzureichen. Der Termin beginnt mit dem auf den Empfang, beziehungsweise auf die Empfangsverweigerung des Schreibens folgenden Tage. Der Präsident zeigt dem Hause die an den Abgeordneten gerichtete Aufforderung an. §. 5. Wenn der Abgeordnete binnen der im §. 4 festgestellten Frist sein Mandatsprotocoll nicht einreicht oder das Unterbleiben der Einreichung nicht gehörig rechtfertigt, so erlischt sein Mandat und er kann während der drei auf den im §. 7 erwähnten Beschluß des Ausschusses folgenden Jahre nicht Reichstags-Abgeordneter sein. §. 6. Sobald die im §. 4 berührte Frist erfolglos verlaufen ist, erstattet der Präsident dem Hause Bericht, dieses weist die Angelegenheit behufs Prüfung und Beschlußfassung an den Ausschuß. Die Zusammensetzung und das Vorgehen des Ausschusses bestimmt das Haus mittels Statuts. Bis zur Zeit, daß das Haus diesbezüglich verfügt, steht dieser Wirkungskreis dem Incompatibilitäts-Ausschusse zu. §. 7. Der Wirkungskreis des Ausschusses erstreckt sich nur auf die Entscheidung dessen: ob die Bedingungen, an welche dieses Gesetz die im §. 4 festgestellten Folgen knüpft, vorhanden seien? Die Entscheidung des Ausschusses ist endgiltig und dem Hause zu unterbreiten. §. 8. Wer im Sinne des §. 5 dieses Gesetzes nicht wählbar ist, der darf auch nicht candidirt werden. Die auf ein solches Individuum abgegebenen Voten sind ungiltig. (§§. 78 und 82 des G. A XXXIII: 1874.) §. 9. Dieses Gesetz erstreckt sich auf jene Abgeordneten, die vor Inslebentreten desselben gewählt wurden, jedoch ihr Wahlprotocoll nicht eingereicht haben. An diese Abgeordneten ist die im §. 4 erwähnte Präsidial-Aufforderung sofort nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu richten. §. 10. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird der Minister des Innern betraut."

Ausland.

Wien, 9. November. (Zur Orientfrage.) In den Verhandlungen über die Conferenzfrage tritt eine kleine Pause ein, bis die Antwort Rußlands auf die englischen Vorschläge notificirt sein wird. Dem „Hamb. Corresp." wird aus Konstantinopel gemeldet, Fürst Gortschakoff werde selbst bei der Conferenz Rußland repräsentiren. Es ist nicht erst nöthig, dieser Nachricht einen Vorbehalt beizufügen.

Während der Friedensverhandlungen dauern übrigens die russischen Kriegsvorbereitungen fort. Die allgemeine Mobilisirung war nach der russischen „Petersburger Zeitung" schon angeordnet, als das Telegramm Ignatieff's von der Annahme des Waffenstillstandes durch die Pforte eintraf, und es waren nicht weniger als achtzig Eisenbahnstationen für die Bewegungen der Armee instruirt worden. Einem heutigen Telegramm zufolge berichtet der „Golos", Großfürst Nikolaus werde am 19. d. nach Kischeneff abreisen, um das Obercommando der Südarmee zu übernehmen. Zum Generalstabschef der Südarmee wurde General-Adjutant Nepokoitschitzki und zu dessen Gehilfen Generalmajor Levitzky ernannt. Man wird nicht fehlgehen, wenn man hinter diesen auffälligen kriegerischen Demonstrationen eine Pression auf die Conferenz sucht.

Serbien will bekanntlich an der Conferenz durch einen „consultativen" Vertreter theilnehmen. Fürst Nikolaus von Montenegro thut es mit einem Memoire ab, das er der hohen Versammlung überreichen lassen will. Senator Radonitz, angeblich der beste montenegrinische Diplomat, ist mit der Ausarbeitung des betreffenden Schriftstückes betraut worden. In letzterem soll die souveräne Stellung des Fürstenthums historisch und juridisch nachgewiesen und, darauf gestützt, die officielle Anerkennung derselben von Europa angesprochen werden.

Die „Novoje Wremja" will von einer Unterredung Bismarck's mit einer ihm nahestehenden Person er-

Nr. 111. Lwów, 11. Listopada 1876 — Sobota. Rok I.

Wychodzi codziennie
z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych o godzinie 7 rano.
Redakcja
przy ulicy Sobieskiego, l. 4., gdzie sklep J. S. Jürgensa.
Administracja
pod l. 2, ulica Sobieskiego.
INSERATY
obliczają się po 6 ct. od miejsca jednego wiersza (petit.)
Listów niefrankowanych nie przyjmuje się.
Manuskryptów nie zwraca się.

KRONIKA CODZIENNA

[illegible] miejscowa [illegible]osi:
[illegible] . 1 złr. 10 ct
[illegible]cznie . 3 „ 30 „
[illegible]je . 6 „ 60 „
rocznie . . 13 „ — „
Prenumerata z przesyłką pocztową wynosi:
rocznie . . . 16 złr. — ct
półrocznie . . 8 „ — „
ćwierćrocznie . 4 „ — „
miesięcznie . . 1 „ 35 „
Numer pojedyńczy 6 centów.

Zaproszenie do prenumeraty.

Pocztą: za Listopad . . 1 złr. 35 ct.
W miejscu: za Listopad . 1 „ 10 „
od 1. Listopada do końca roku:
z przesyłką pocztową . . 2 złr. 70 ct.
w miejscu . . . . . . 2 „ 20 „

Pan Kazimierz Grocholski

Rozpamiętując dzieje czynności delegacji polskiej w Radzie państwa we Wiedniu, słuchając opowiadań deputowanych o przebiegu rozpraw w kole, trudno oprzeć się smutnemu wrażeniu.

Położenie reprezentantów naszego kraju w wiedeńskim parlamencie od czasu wejścia w życie ustawy o bezpośrednich wyborach, już samo przez się jest nader trudnem wobec nieprzyjaznej większości, niemal dziesięćkroć przeważającej ją siłą liczebną. Trudno głową mur przebić — trudno w korporacji, której materjalna większość głosów o wszystkiem rozstrzyga, czterdziestu kilku głosami przeciw kilkuset przebić się ze swojem zdaniem.

Nikt przeto, kto o sprawach publicznych sądzi z dobrą wiarą, żaden człowiek ze zdrowym rozsądkiem, nie może z tego robić delegacji zarzutu, gdy w walkach parlamentarnych z niemiecko - centralistyczną większością w Radzie państwa bywa raz po raz zwyciężaną. Na to nie ma rady.

Lecz z czego robi delegacji opinja publiczna kraju zarzut ze wszech miar uzasadniony, to z tego, że nie umie ona zachować tej postawy, jaka przystoi przedstawicielce idei narodowej, wyższej bez porównania od przemijających austrjackich eksperymentów konstytucyjnych. Zaprawdę, co inne gojest zwyciężonym być fizyczną przewagą, a co innego znów dać się moralnie przygnębić. To musi każdego uderzyć, że najenergiczniejsze umysły, ludzie rwący się do czynu, gdy wejdą w duszną atmosferę delegacji rajchsratowej, tracą moc ducha, więdną jak roślina, przeniesiona do piwnicy. Szamoczą się z początku z ołowianym ciężarem solidarności w nicnierobieniu i milczeniu, na którą każdy delegat ślubować jest zmuszony — po pierwszej sesji powracają do domu znużeni i zniechęceni, z czasem zaś powoli przyzwyczajają się do tego kamedulstwa, i wmawiają już potem i w siebie i w drugich, że inaczej być nie może. Nie wymaga to tak dalece ani odwagi cywilnej ani pracy; wszystko co się zaniedba, można zwalić na Niemców albo na prezydjum delegacji — więc na co się szarpać, na co płynąć przeciw wodzie?..,

Opinja kraju instynktowo czuje na kim cięży wina tego kamedulstwa niedołężnego, tego namyślania się bez końca dokąd nie przeminie stosowna pora do odezwania się w obronie praw kraju, poniewieranych przez centralistów, tego lękliwego, małodusznego oglądania się na przeróżne uboczne wpływy, jakie stały się u delegacji naszej chorobą chroniczną

O t o g ł o ś n o i o g ó l n i e p r z y p i s u j e o p i n j a p u b l i c z n a w i n ę t e g o w s z y s t k i e g o p r e z e s o w i k o ł a p o l s k i e g o w e W i e d n i u , p a n u K a z i m i e r z o w i G r o c h o l s k i e m u.

Daj nam Boże jaknajwięcej takich reprezentantów, którzy służyliby krajowi z taką niezachwianą siłą przekonań, nieskazitelną uczciwością i bezinteresownością, którzyby tak zupełnie i całkowicie oddali się pracy pro publico bono, jak pan Grocholski. Niekłamana cześć i uznanie należy się jego patrjotyzmowi, jego szczerej chęci służenia dobru powszechnemu wszystkiemi siłami, całą duszą i sercem całem.

Nie mniej przeto powtórzyć musimy, co już tylekrotnie i ze szpalt rozmaitych dzienników i z trybuny wypowiedzianem zostało panu Grocholskiemu, że jego służba jest nieszczęściem dla kraju, że pan Grocholski postąpiłby najpatrjotyczniej, gdyby złożył prezesostwo koła polskiego.

Wszakże to człowiek złamany nieszczęściami rodzinnemi, chorobą i wiekiem, znużony, przygnębiony zawodami w politycznem życiu — które to zawody jego, jako przywódcę o wiele więcej boleć musiały niż kogokolwiek bądź innego z szeregu polityków naszych. — Jego zwątpienie i rezygnacja smutna udziela się całemu kołu posłów polskich i odbiera mu tę rzeźwość świeżą, tę elastyczność, upartą bitność jaka jest nieodzownie potrzebną każdej mniejszości parlamentarnej, która niechce kapitulować dobrowolnie z zajmowanego przez siebie stanowiska zasadniczego.

Nasza delegacja nie zrzeka się polityki narodowej, stoi i stać chce na stanowisku, ale pogasiła lonty i ze smutną rezygnacją patrzy na spustoszenia zrządzane przez nacierającego coraz natarczywiej nieprzyjaciela.

To jest zbrodnią wobec kraju, zbrodnią wobec narodu poddawać sie takiemu dobrowolnemu omdleniu. Postępowanie takie ubliża godności naszej narodowej, szkodzi najżywotniejszym naszym interesom.

Kiedy pan Grocholski bywał prezesem krajowego komitetu przedwyborczego, wypadały wybory tak, jak mu teraz idzie z polityką w rajchsracie, t. j. fatalnie. Tak samo tu jak i w Wiedniu dumał on i namyślał się bez końca, oglądał się na wszystkie strony, radził się ponimie Bóg wie kogo, sondował wszystkie opinje, a tymczasem przeciwnicy narodowej polityki robili co chcieli. Teraz zaś, gdy pan Grocholski usunął się od przewodnictwa, zupełnie inaczej poszły wybory.

Otóż tak samo zmieniłoby się bardzo wiele w polityce delegacji naszej w Wiedniu, gdyby pan Grocholski złożył przewodnictwo koła polskiego w radzie państwa. Słusznie czy niesłusznie kraj jego czyni odpowiedzialnym za niezdarność i ociężałość polityki delegacyjnej, więc niechaj usunie się — chociażby tylko na próbę. Przecież zaszczytniej będzie dla niego, jeżeliby później wypadło mu powrócić z tryumfem na przodownicze stanowisko, niż upierać się teraz przy prezesostwie, gdy opinja kraju uznaje jego działalność za wręcz szkodliwą dla godności i interesu narodowego.

Korespondent „Czasu“ z Wiednia pisze: Główny powód, na którym opierali swoje zdanie delegaci, był następujący: obecnej chwili nie uważają za stosowną, aby wobec sprawy wschodniej wypowiedzieć to, co posłowie polscy jako reprezentanci części narodu polskiego, będącej w Austrji, wypowiedzieć powinni, przeto milczeć należy.

Przytaczali także przemawiający za milczeniem, że trudno wskazywać kierunek, w którym Austrja w obecnej chwili iść powinna w sprawie wschodniej, gdyż nie znane jest delegacji ani położenie ani stosunek mocarstw względem siebie. (Wskazywanie takiego kierunku, byłoby rzucaniem grochu ścianę; Polacy nie mają zresztą potrzeby troszczyć się tym kierunkiem, gdyż w interesie Polski austrjacka dyplomacja ani myśli pracować. (Przyp. Red. „Kron. Codz.“ — Pisze dalej korespondent, że delegacje wspólne są podług zdania delegatów właściwszem forum dla Polaków.

O przebiegu narad podaje korespondent następujące szczegóły:

Narady w kole posłów polskich nad tą sprawą toczyły się 2. i 3. t. m. Dwa od początku objawiły się zdania. Posłowie Skrzyński Ludwik, Baum, Smolka, Krzeczunowicz itd. twierdzili, że należy milczeć, bo nie jest położenie i chwila stósowna, ażeby wypowiedzieć to, co posłowie polscy wypowiedzieć powinni, jeśli głos zabiorą. Drudzy, jak Czerkawski Euzebjusz, Chrzanowski, Grocholski, Dunajewski, Wodzicki Ludwik przemawiali za zabraniem przez Polaków głosu w rozprawach w duchu i myśli, które przedstawiali i poddawali pod uchwałę koła, lub za złożeniem przynajmniej takiego oświadczenia, któreby koło w dosłownem brzmieniu uchwaliło. Pierwsi czterej Czerkawski, Chrzanowski, Dunajewski, Grocholski przedstawiali kołu projekt krótkiej deklaracji. Także poseł Krzeczunowicz przedłożył projekt deklaracji, ale tylko w razie, gdyby nie utrzymał się wniosek zupełnego milczenia, za którym przemawiał. Większością 19 przeciw 15 głosom uchwalono, aby posłowie polscy głosu zupełnie nie zabierali w dyskusji i nie składali żadnego oświadczenia.

Reforma podatków w Austrji.

IV.

Rozbiór nasz projektów podatkowych rozpoczęliśmy umyślnie od projektu o osobistym podatku dochodowym, chociaż projekt ten w przedłożeniu rządowem ostatnie miejsce zajmuje, a to dlatego, ponieważ poprzednie p i ę ć p r o j e k t ó w, do których obecnie przejdziemy, są pod pewnym względem skutkiem i wynikiem projektu o osobistym podatku dochodowym, zawierając zmiany w dotychczasowym systemie podatkowym, do których główną pobudką i powodem był ten projekt ostatni. Chcieliśmy dać wprzódy poznać krajowi nowy ciężar podatkowy, jaki nań spadnie, a potem dopiero zmiany i „ulgi“, jakie go nadal w dotychczasowych stosunkach podatkowych czekają. Chodziło nam zwłaszcza o dokładną ilustrację i wykazanie praktycznego znaczenia dla nas owych „ulg podatkowych, tak poważnie uśmiechających się z ramek finansowego e x p o s é p. Depretisa i ze szpalt organów oficjalnych.

P i e r w s z y p r o j e k t ustanawia przyszły wymiar podatku gruntowego, jaki nastąpić ma od r. 1878.

W krajach, w których podatek gruntowy nakładany bywa na podstawie katastru stałego i w których wynosił dotąd około $26\frac{2}{3}\%$ czystego dochodu katastralnego, podatek ten będzie nadal pobierany w wysokości 24% czystego dochodu kastralnego (§ 1, a). W krajach tych zatem uzyskany zostanie istotnie o p u s t w podatku gruntowym w wysokości około 10%.

Natomiast w Galicji i Lodomerji, gdzie (jak wiadomo) podatek gruntowy pobierany bywa dotąd na podstawie katastru prowizorycznego, podatek ten wynosić ma nadal:

od roli ornej po . . 15 złr. 26 ct.
od ogrodów i łąk po 24 „ 94 „
od pastwisk, zarośli i
lasów po . . . 30 „ 52 „

waluty austrjackiej od każdej s e t k i złotych austrjackiej monety konwencyjnej ryczałtowego (b r u t t o) dochodu gruntowego (§ 1, b).

Pobierany zaś obecnie w Galicji i Lodomerji podatek gruntowy wraz z $\frac{1}{3}$ dodatkiem wynosi:

od roli ornej po . . 13 złr. $56\frac{1}{8}$ ct.
od ogrodów i łąk po 22 „ $16\frac{1}{2}$ „
od pastwisk i lasów po 27 „ $12\frac{1}{2}$ ctów

waluty austrjackiej od s t u złr. austr. monety konwencyjnej ryczałtowego dochodu gruntowego.

Porównawszy te ostatnie cyfry z poprzedniemi, przychodzimy do najsmutniejszego rozczarowania; z porównania tego bowiem nietylko nie wynika opust w przyszłym podatku gruntowym, lecz przeciwnie znaczna p o d w y ż k a!

Niniejszy projekt zatem tylko innym krajom austrjackim obiecuje korzyść, nam zaś oczywistą stratę!... Jesteśmy pewni, że p. Krzeczunowicz dokładniej jeszcze zbada tę kwestję i upomni się o naszą krzywdę.

Przystępujemy do d r u g i e g o p r o j e k t u o podatku domowym.

Dotychczas istniały, jak wiadomo, dwa rodzaje podatku domowo-czynszowego, mianowicie: t. zw. p i e r w o t n y p o d a t e k d o m o w o - c z y n s z o w y zaprowadzony patentem z r. 1820 i r o z s z e r z o n y p o d a t e k d o m o w o - c z y n s z o w y na podstawie patentu z r. 1849. Pierwotny podatek domowo-czynszowy opłacają w Galicji tylko miasta Lwów, Kraków i Brody, a to wraz z $\frac{1}{3}$ dodatkiem w wysokości $21\frac{1}{3}\%$ od czystego dochodu czynszowego (t. j. po potrąceniu 15% na koszta reparacji). Rozszerzony zaś podatek domowo-czynszowy płacą te miejscowości, w których wszystkie zabudowania lub przynajmniej połowa bywa wynajmywaną, mianowicie w Galicji większe miasta powiatowe, jak Tarnopol, Stanisławów, Przemyśl, Tarnów i t. d. Ten ostatni podatek opłacany bywał dotąd (wliczając $\frac{1}{3}$ dodatek) w wysokości 16% od czystego dochodu czynszowego (t. j. po potrąceniu 30% na koszta reparacji).

Otóż projekt niniejszy znosi zupełnie dotychczasowy rozszerzony podatek domowo-czynszowy (§ 2), a na podlegające mu zabudowania rozciąga pierwotny podatek domowo-czynszowy, czyli na wszystkie zabudowania podlegające podatkowi domowo-czynszowemu nakłada j e d e n r o d z a j p o d a t k u (§ 1), a to w wysokości 24% od c z y s t e g o dochodu czynszowego (§ 7), t. j. po potrąceniu 30% z czynszu b r u t t o na koszta utrzymania i amortyzację (§ 4).

Porównawszy więc stopę procentową (24%) projektowanego podatku domowoczynszowego ze stopami procentowemi ($21\frac{1}{3}\%$ i 16%) opłacanych dotąd podatków i wziąwszy w rachubę owe 30% strącane na koszta utrzymania i amortyzację, okazuje się:

że różnica między opłacanym dotychczas p i e r w o t n y m podatkiem domowoczynszowym a projektowanym podatkiem jest istotnie bardzo małą,

że natomiast ci, którzy opłacali r o z s z e r z o n y podatek domowo-czynszowy, według niniejszego projektu będą opłacali o 8% w i ę c e j n i ż d o t y c h c z a s.

Oto jest „ulga“, jaką zyskamy przez zaprowadzenie nowego podatku domowoczynszowego.

Ów obiecywany więc przez p. Depretisa 10% opust istnieć będzie tylko dla Wiednia i tych miast, które opłacają podatek domowo-czynszowy w wysokości $26\frac{2}{3}\%$, dla nas zaś wyniknie tylko p o d w y ż s z e n i e p o d a t k u.

Ponieważ podatek czynszowy od budynków podlegających już podatkowi domowo-klasowemu i gruntowemu (od obszaru budowlowego wymierzany bywa obecnie tylko z w y ż k ą po nad te ostatnie, postanowienie przeto zawarte w § 3 projektu, że od takich budynków oba te ostatnie podatki nie będą więcej pobierane i że budynki te należy wypuścić z odnośnych katastrów, może chyba tylko manipulacji podatkowej przynieść jakąś korzyść, na wysokość podatku nie wpłynie ono bynajmniej....

P o d a t e k d o m o w o - k l a s o w y ma być według niniejszego projektu (§ 8) wymierzany podług następującej taryfy:

z domu o 35 do 30 cząstkach mieszkalnych bez piętra (klasa II) 120 złr., z piętrem (klasa I) 150 złr.,

z domu o 29 lub 28 cz. m. bez p. (kl. III) 100 złr., z p. (kl. II) 120 złr.,

z domu o 27 do 25 cz. m. b. p. (kl. IV) 80 złr., z p. (kl. III) 100 złr.,

z domu o 24 do 22 cz. m. bez p. (kl. V) 60 złr., z p. (kl. IV) 80 złr.,

z domu o 21 do 19 cz. m. bez p. (kl. VI) 40 złr., z p. (kl. V) 60 złr.,

z domu o 18 do 15 cz. m. bez p. (kl. VII) 30 złr., z p. (kl. VI) 40 złr.,

z domu o 14 do 10 cz. m. bez p. (kl. VIII) 20 złr., z p. (kl. VII) 30 złr.,

z domu o 9 lub 8 cz. m. bez p. (kl. IX) 15 złr., z p. (kl. VIII) 20 złr.,

z domu o 7 lub 6 cz. m. bez p. (kl. X) 10 złr., z p. (kl. IX) 15 złr.,

z domu o 5 lub 4 cz. m. (kl. XI) 5 złr.,

z domu o 3 lub 2 lub 1 cz. m. (kl. XII) 1 złr. 60 centów, a jeźli dom o jednej cząstce mieszkalnej jest tylko chatą z trzciny, lub jamą w ziemi bez murowania, lub chatą z wici albo z patyków wbitych w ziemię, natenczas opłacać będzie tylko 80 centów podatku.

Co się tyczy domów składających się z więcej niż 35 cząstek mieszkalnych, liczyć się będzie od każdych 5 cząstek mieszkalnych, przechodzących tę liczbę, po 5 złr. po nad normę ustanowioną dla najwyższej klasy.

Podatek zaś domowo-klasowy na podstawie patentu z r. 1820 wymierzany bywa (wraz z $\frac{1}{3}$ dodatkiem) wedle następującej taryfy:

z domu o 35 do 30 częściach mieszkalnych bez piętra (kl. II) 70 złr., z piętrem (kl. I) 84 złr.,

z domu o 29 lub 28 cz. m. bez p. (kl. III) 56 złr., z p. (kl. II) 70 złr.,

z domu o 27 do 25 cz. m. bez p. (kl. IV) 44 złr. 80 ct., z p. (kl. III) 56 złr.,

z domu o 24 do 22 cz. m. bez p. kl. V) 33 złr. 60 ctów, z p. (kl. IV) 44 złr. 80 ctów,

z domu o 21 do 19 cz. m. b. p. (kl. VI) 22 złr. 40 ctów, z p. (kl. V) 33 złr. 60 ctów,

z domu o 18 do 15 cz. m. bez p. (kl. VII) 16 złr. 80 ctów, z p. (kl. VI) 22 złr. 40 ctów,

z domu o 14 do 10 cz. m. bez p. (kl. VIII) 11 złr. 20 ctów, z p. (kl. VII) 16 złr. 80 ctów,

z domu o 9 lub 8 cz. m. bez p. (kl. IX) 8 złr. 40 ctów, z p. (kl. VIII) 11 złr. 20 ctów,

z domu o 7 do 6 cz. m. bez p. (kl. X) 5 złr. 60 ctów, z p. (kl. IX) 8 złr. 40 ctów.

z domu o 5 do 4 cz. m. (kl. XI) 2 złr. 80 ctów,

z domu o 3 do 1 cz. m. (kl. XII) 93 ctów w. a.

Domy odrębne we wsi, w polu lub lasach zbudowane o 1 części mieszkalnej ulegają połowie podatku w XII kl., więc 47 ctów w. a. — Przy domach składających się z wyżej niż 35 części mieszkalnych liczy się od każdych 5 części mieszkalnych przechodzących tę liczbę, bez piętra po 2 złr. 80 ctów, z piętrem po 5 złr. 60 ctów więcej niż w kl. I.

Porównawszy tę ostatnią taryfę z poprzednią, na podstawie której nowy podatek ma być wymierzany, przekonujemy się z przerażeniem, że cyfry nowej taryfy d w u k r o t n i e p r a w i e p r z e w y ż s z a j ą taryfę dotychczasową, że zatem nowy podatek domowo-klasowy d w u k r o t n i e p r a w i e p r z e w y ż s z a ć b ę d z i e dotychczasowy podatek!...

I to są owe „ulżenia“ tak poważnie przedstawiane przez pana Depretisa, tak gorąco sławione przez organa oficjalne, w które na razie uwierzyli wszyscy, w które chwilowo i myśmy uwierzyli, zanim nie przekonały nas c y f r y, że owe „ulżenia“ są to tylko „łudzenia“...

Rada państwa.

Wiedeń, 8. listopada.

Na przyszłem posiedzeniu, zapowiedzianem na sobotę 11 b. m. zostanie odczytany wniosek dep. G o e l l e r i c h a i towarzyszy, tyczący się reformy administracji politycznej. Wniosek ten był jeszcze w styczniu b. r. zamieszczony na porządku dziennym i został usunięty tylko dla choroby ministra spraw wewnętrznych.

Dla zbadania wniosku została wysadzona osobna komisja, która też wypracowała sprawozdanie. Kończy się ono następującemi wnioskami:

„Zważywszy, że w skutek pomnożenia się czynności starostw powiatowych, liczba ich urzedników już teraz nie wystarcza do załatwienia spraw na mocy obowiązujących ustaw do nich należących;

zważywszy, że z wielu stron i słusznie żalą się na niedostateczną opiekę co do bezpieczeństwa osoby i mienia, oraz na wadliwe wykonywanie ustaw obowiązujących, że zaś pożądaną ingerencję politycznych władz administracyjnych na tem polu, mianowicie w powiatach administracyjnych większych, obejmujących kilka powiatów sądowych, można osiągnąć tylko przez właściwy rozdział politycznych organów administracyjnych niepomnażając ich liczby w siedzibie starostw powiatowych;

zważywszy, że przez takie urządzenie umożebni się zarazem reprezentacjom krajowym wniesienie zmian w ustawach gminnych, które należą do ich prawem określonej kompetencji, a które nienaruszając autonomji gminnej czyniłyby zadość potrzebie poszczególnych krajów w tym kierunku, że organa rządowe zbliżo-

ne do gmin będą mogły na przyszłość starać się o bezpieczeństwo osoby i mienia i skutecznie wpływać na wykonanie ustaw obowiązujących przez gminy, równocześnie zaś możebną będzie zmiana kompetencji co do pewnych agend policji miejscowej, oraz toku instancji w tych sprawach;

wzywa się rząd, aby wniósł do konstytucyjnego traktowania odpowiednie przedłożenia celem uzupełnienia ustawy z 19go maja 1868 r. w duchu powyższych uwag."

Dyskusja będzie zapewne ożywioną, dotychczas bowiem zapisało się 14 mowców, mianowicie za wnioskiem komisji dep. Plener, Giskra, Scharschmid i Dinstl przeciw zaś dep. Zschock, Herman, Thurn, Kronawetter, Hohenwart, Wedl, Grocholski, Mieroszewski i Zakliński.

W komisji obradującej w sprawach budżetu, tej piety achillesowej parlamentu, nastąpiła dziś mała burza, której bohaterem był Giskra. Minister handlu zażądał dla jeneralnego inspektora kolei żelaznych Noerdlinga 25,000 złr. pensji. Osławiony tryngieldowicz obruszył się strasznie przy tej pozycji, i proponuje 10.000 albo nawet oddalenie inspektora, ponieważ wyniki jego działalności są bardzo problematyczne. Wtórują mu w tem oszacowaniu p. Noerdlinga, Schaup, Suess i Wolfrum, a stary Brestel przytacza nieśmiertelny swój argument, że nie ma pieniędzy. Wreszcie powstaje w obronie pozycji miljoner Skene i małą większością przyjęto wniosek p. Chlumeckiego.

W komisji wyznaniowej oddano przedwczoraj przedłożenie rządowe o uposażeniu katolickich księży z funduszu religijnego dep. Russowi do sprawozdania. Minister Stremayr wyraził życzenie aby narada nad tym wnioskiem rychło nastąpiła i umożliwiła rozstrzygnięcie jeszcze przed rozpoczęciem obrad budżetowych. Zapytany przez jednego z członków wydziału, oświadczył zarazem, że cesarz nie udzielił wprawdzie sankcji ustawie klasztornej, jednakże polecił rządowi przedłożenie innego projektu tej samej ustawy w Radzie państwa.

Przegląd polityczny.

Lwów 10. listopada.

Angielski projekt konferencji zawierać ma następujące klauzule: Konferencje mają się odbywać w Konstantynopolu pomiędzy wszystkiemi mocarstwami, nie wyłączając Turcji. Każde państwo reprezentowane będzie przez dwóch pełnomocników. Podstawy konferencji są następujące: 1) niezawisłość i nietykalność Turcji; 2) oświadczenie wszystkich mocarstw, iż nie dążą do rozszerzenia swych granic, ani też do wyjednania sobie wpływu lub ustępstw w sprawach handlowych ze strony Turcji; 3) pod względem pacyfikacji wzięte będą za podstawę propozycje przez Elliota przedstawione. Porta zamierza odpowiedzieć na te propozycje dopiero po powzięciu wiadomości o odpowiedziach państw pierwszorzędnych. Utrzymują znowu, że Francja i Włochy mają się trzymać wyczekująco, dopóki nie będą w zupełności znane zamiary Rosji, na co trzeba będzie jeszcze zaczekać czas pewien, ponieważ obecnie car jest w podróży.

Ale zamiary te już dziś mniej więcej mogą być znane. Rosji chodzi widocznie o udaremnienie prac konferencyj. Nadmienialiśmy już o tem kilkakrotnie w poprzedzających artykułach, a dzień każdy nowe nam tego przynosi dowody. Dwulicowość rosyjskiej polityki wszędzie się ujawnia. Tak np. „Nord", po tartufowsku zaprzeczając pogłoskom o zachwianiu się projektu konferencyj, dodaje że właśnie jenerał Ignatiew opracowuje projekt udzielenia Bośnji, Hercegowinie i Bułgarji daleko sięgającej autonomji. Ponieważ zaś o podobnej autonomji w projekcie angielskim niemasz ani wzmianki, więc łatwo pojąć ku czemu projekt rosyjski zmierza. Z jednej strony podaje się ręka do pokoju, z drugiej stawią się warunki niepodobne do przyjęcia. Gdyby nawet, co jest nieprawdopodobnem, Anglja przystała na tak radykalne zmodyfikowanie swego projektu, to Turcja nigdy nie zgodzi się na podobne warunki. Zawsze więc w perspektywie jest wojna Rosji z Turcją; w dalszym zaś planie coraz bardziej najaw wychodzi różnica między Anglją a Rosją w zapatrywaniach się na sposób załatwienia kwestji wschodniej.

Nie od rzeczy będzie przytoczyć na rozmowę, jaką niedawno, według „Weekly Dispatch", miał hr. Szuwałow z lordem Derby z powodu oświadczenia pierwszego że Rosja sześciomiesięcznego zawieszenia broni, proponowanego przez Turcję, przyjąć nie może. Angielski minister spraw zagranicznych dał bardzo jasno do zrozumienia posłowi rosyjskiemu, iż w razie gdyby stolica Turcji zagrożoną była przez rosyjską inwazję, to Anglja zajmie Konstantynopol. Dodają, że to oświadczenie wywarło tak wielkie wrażenie na hr. Szuwałowa, iż ten o treści jego nie doniósł, jak to zwykle się dzieje, do swego ministerstwa spraw zagranicznych, ale prosto do cara zatelegrafował.

W wiedeńskich zaś sferach dyplomatycznych zapewniają iż rząd angielski zdecydowany jest do materjalnego popierania Porty, w razie gdyby Rosja odrzuciła angielskie podstawy konferencji. Gabinet Disraeli nie zgodzi się na takie przekształcenie Bałkańskiego półwyspu do jakiego Rosja zmierza. W tym duchu miał lord Loftus złożyć oświadczenie kanclerzowi rosyjskiemu w Liwadji.

Według wiadomości z Cetynji, prowadzą się układy z Portą w celu rychłego zawarcia pokoju, nie czekając na ukończenie zawieszenia broni. Ks. Mikołaj ma nadzieję, że zaokrągli nieco swe posiadłości temi mianowicie miejscowościami które obecnie przez wojsko jego są zajęte.

W Belgradzie mało pokładają wiary w zawarcie stanowczego pokoju, to też uzbrojenia nie ustają. Z oficerów rosyjskich, przybyłych z Belgradu, część powraca do swego kraju, część zaś pozostaje i będzie użytą przy organizowaniu rezerw. Tymczasem biednym Serbom dziennikarstwo rosyjskie coraz silniejsze robi zarzuty. „Gołos" wyrzuca im bez ceremonji, że rozpoczęli wojnę; „Ruskij Mir" zaś mówi że zadaniem wojska serbskiego było trzymać się aż dopóki potężna opiekunka Słowian, Rosja, nie wypowie swego energicznego słowa. Czerniajew zaś miał się wyrazić, że na razie wojnę europejską poczytywać można za odroczoną. Naprzód sami Zabałkańscy Słowianie powinni zmierzyć się z Turcją; a dopiero, gdyby Turcy zwyciężyli, Rosja wmiesza się w tę sprawę.

Oprócz monsigniora de Meglia wymieniają jeszcze kardynałów de Lucca, Oreglia i Panebianco jako następców Antonellego, z których pierwszy miałby być najumiarkowańszym, ostatni zaś najradykalniejszym i najnieprzejednańszym przeciwnikiem Włoch.

Ważniejszą jest wiadomość o mającem nastąpić przesiedleniu się kardynała Manninga, arcybiskupa westminsterskiego do Rzymu, w którym prasa angielska domyśla się prawdopodobnego następcę Piusa IX. Od czasów Adrjana VI. który był rodem z Utrechtu, zasiadali na tronie papieskim wyłącznie Włosi, wybór Manninga stanowił by więc epokę w dziejach papiestwa, a kto wie może i w dziejach kościoła w Anglji. Papieże od dawna starali się zawsze o nawrócenie tego kraju, być więc bardzo może, że Ojciec święty i jego doradcy, uważając, że upadek władzy świeckiej umożliwia obecnie osadzenie na tronie papieskim cudzoziemca, uważa nominację kardynała Manninga za środek ku temu celowi stosowny, — zdaje się jednak, że niektóre z wielkich mocarstw, a mianowicie Niemcy opierać się będą temu zamiarowi.

Z Berlina otrzymuje „Polit. Corr" następujące uwagi: „Niezaprzeczonym jest fakt żywej agitacji w pewnych polskich kołach i zależnej od nich prasie; Odnośne rządy powinny liczyć się z tym faktem. Ruchliwość polskiego agitacyjnego komitetu nie ogranicza się jedynie na wystawieniu polskiego pułku dla Turcji na wypadek wojny z Rosją, lecz ma także na celu Rosji zaangażowanej na Czarnem morzu, w Azji małej i środkowej robić jednocześnie trudności nad Wisłą. Tym sposobem Polacy ośmielają się wystawiać na próbę w pierwszej linji związek trójcesarski, osobiście przez tych monarchów zawarty. — Niech Polacy i przyjaciele ich nie łudzą się... Wisła jest dla nas nierównie bliższą aniżeli Dunaj; Niemcy nie mogą na Dunaju popierać tych sił, które nad Wisłą operują przeciw ich nietykalności, spokojowi i bezpieczeństwu. Punkt ten należy rozważyć z całem zastanowieniem. Niemcy na Wschodzie nie mają żadnych bezpośrednich interesów i od wystąpienia tam stanowczo się powstrzymają. Ale bardzo ważne interesa nakazują im by na ich granicy panowała spokojność i porządek, i w danym razie zadanie to spełnią z energją znaną przeciwnikom ich pokoju.

(Głosy dziennikarstwa węgierskiego z powodu debaty w Radzie państwa nad kwestją wschodnią.) „Pesti Naplo" pisze: Co do istoty rzeczy musimy zauważyć, że stanowisko wiernokonstytucyjnego stronnictwa co do polityki zagranicznej zupełnie nas zadowala i zgadzamy się w całości z kierunkiem przemówień członków lewicy. Na podstawie rozwiniętych przez tych mowców zasad, zbliża się konstytucyjne stronnictwo w Węgrzech nie tylko do deakistów, swych dawnych sprzymierzeńców, lecz może także liczyć na aljans wszystkich Węgrów bez różnicy. W dalszej treści podnosi artykuł ten z radością zgodność sympatji dla Turcji, wzywa do porzucenia wszelkich zamysłów anneksyjnych i odpiera podniesione przeciw hr. Andrassemu zarzuty. W końcu zamieszczona jest do wiernokonstytucyjnego stronnictwa następująca prośba: „Unikajmy w chwili niebezpieczeństwa wszystkiego, coby mogło doprowadzić do staré między nami a rządem. Gromadźmy się z zgodzie i ufności około korony i utrzymajmy wolność ludów. Nie obawiamy się ataku Rosji, jeźli postanowimy odeprzeć go wspólnie. Nie zapominajmy, że Rosja tylko wtedy mogła zdeptać Węgrów, gdy Niemcy byli ich wrogami."

„Kelet Nepe" wyraża się pogardliwie o dowcipkowaniu półurzędowej prasy z powodu debaty w kwestji wschodniej i utrzymuje, że taka „kocia muzyka" nie ujmuje tej debacie znaczenia i nie zatrze przekonania, iż w przemówieniach deputowanych znalazły uczucia niemiecko-austrjackiego ludu swój wyraz. „Dla nas jest to zupełną satysfakcją, że świat dowie się teraz, iż to co dotąd nazywano „madjarskim szowinizmem" równa się przekonaniu austrjackich deputowanych. Jeżeli nie chcemy wyznawać doktryny, że tylko Rodicz jest dobrym patrjotą, i że tylko w Omladinie zdołają zrozumieć rzeczywiste interesa Austrji, wtedy, każdy musi przyznać, że to, czego żąda powszechny głos Węgier stanowi żywotny interes całej monarchji.

„Neues Pester Journal" twierdzi, że mimo różnic w szczegółach przebija się w przemówieniach deputowanych myśl wspólna, którą rząd za wyraz legalnej opinji publicznej uważać i uwzględnić powinien.

„Nemzeti Hirlap" rozbiera szczegóły tej dyskusji i mówi. Prawie wszyscy mowcy wyrazili gorące poczucie dla powagi i interesów monarchji. Prawie wszyscy wystąpili energicznie przeciw rosyjskim aspiracjom i poważne głosy podniosły twierdzenie, że monarchja nie za każdą cenę winna zachować neutralność. Tem powiedziano, że jeśli powaga i interes państwa zniewolą do stanowczych kroków, rada państwa nie ulęknie się wymaganych ofiar. Tem skonstatowano solidarność obu połów państwa i uroczyście podniesiono, że tak jak dotąd solidarność ta objawiała się w zachowaniu pokoju, taką też pozostanie w chwili najgroźniejszej katastrofy, jeśliby wspólnym interesom monarchji zagrażało niebezpieczeństwo. Patrjotyczny głos z tamtej strony Litawy obudził w nas zaspokojenie, że w chwili niebezpieczeństwu obie połowy państwa z równem poświęceniem podadzą sobie dłonie ku ochronie wspólnych interesów."

W sprawie demarkacji.

Delegaci mocarstw zagranicznych którzy w towarzystwie czterech sztabowców tureckich udali się na teatr wojenny, przybędą do Aleksinaczu dopiero z końcem bieżącego tygodnia, — roboty komisji demarkacyjnej nie rozpoczną się więc prędzej jak około połowy bieżącego miesiąca, i nie pójdą tak szybko, gdyż komisje będą musiały demarkować stanowiska stron wojujących aż na czterech punktach w Serbji, t. j. nad Morawą, Driną, Jaworem i Timokiem, a na dwóch punktach czarnogórskiego wojennego teatru, mianowicie na północnej i południowej granicy Czarnogóry.

Podstawą prac komisji będzie zasada uti possidetis. Na to zgodzili się wszyscy członkowie komisji, aliści jak słychać, ma się Rosja stanowczo domagać, aby za zasadę przyjęto posiadanie na dniu 27. zm. W ten sposób musiałyby wojska sułtańskie opuścić nie tylko Aleksinacz, ale ciężkiemi ofiarami okupione Trubarewo, zkąd zachodnie pozycje Deligradu mogą być skutecznie ostrzeliwane. Żądanie to może się łatwo stać kością niezgody, Turcja bowiem już ze względu na armję swą nie może się doń przychylić. Zresztą jak się zdaje nie ma armja turecka wcale chęci opuścić Aleksinacz, gdzie się Turcy urządzają w sposób taki, jak gdyby nie myśleli wcale opuścić tej pozycji przed zawarciem pokoju.

Co do Deligradu, zanotować nam tutaj wypada, że twierdza ta na d. 31. z. m. rzeczywiście chwilowo przez pułk tureckiej konnicy była zajętą, i że oddział ten dopiero nazajutrz t. j. d. 1. z powodu prowiantowych trudności opuścił te pozycje. Rząd serbski zaprzecza wprawdzie temu faktowi, który mimo to stwierdzają wszyscy korespondenci. Zresztą fakt ten jest podrzędnej wagi, Turcy bowiem nie będą się upierać przy posiadaniu Deligradu skoro im komisja przyzna posiadanie Trubarewa.

Wiadomości miejscowe i zamiejscowe.

Wybór uzupełniający dwóch członków Rady powiatowej w Krakowie z grupy gmin wiejskich rozpisany został na dzień 4go grudnia bieżącego roku. Wybór ten odbędzie się w mieście powiatowem o godzinie i w lokalnościach wskazanyah w kartach legitymacyjnych, które doręczy wyborcom Starostwo.

Mianowania. Cesarz nadał emerytowanemu woźnemu przy krakowskiej dyrekcji policji, Janowi Zabudzińskiemu, srebrny krzyż zasługi.

Prezydjum lwowskiego wyższego sądu krajowego zamianowało kancelistę sądu obwodowego w Samborze Ferdynanda Dallmayera i kancelistę sądu krajowego we Lwowie Ferdynanda Dobrowolskiego oficjałami wyższego sądu krajowego we Lwowie.

Z podróży koleją. Korespondent nasz z Nowego-Sącza donosi nam o następującym wypadku kolejowym: Wczorajszym pociągiem jechała żona konduktora z czteroletnim dziecięciem. Między stacjami Gromnik i Ciężkowice usnęła matka znużona podróżą, a dziecię przyczołgało się ku drzwiczkom wagonu, które przypadkowo się otworzyły i wypadło. Okrzykiem trwogi obecnych obudzona, nieszczęśliwa matka chciała wyskoczyć za dziecięciem i z trudnością tylko zdołano ją powstrzymać. Przy najbliższej budce wysiadła z wagonu i zamierzała udać się w towarzystwie konduktora w celu odszukania dziecięcia, atoli z najbliższej stacji telegrafowano, że znaleziono je zupełnie nieuszkodzone. Można sobie wyobrazić radość rozpaczającej matki.

Zapiski dyecezjalne. Nowowyświęcony kapłan ks. Józef Zemanek, objął obowiązki wikarego przy łac. kościele parafialnym w Rychwaldzie. — Ks. Kazimierz Ogarzałek, dotychczasowy łac. wikary w Lanckoronie, został przeniesionym do Borowy. — Nowowyświęcony kapłan ks. Wojciech Maciejowski, przeznaczony został na wikarego do łac. kościoła parafialnego w Zassowie. — Ks. Franciszek Mroziński, dotychczasowy łac. kooperator w Husiatynie, przeniósł się jako taki do Janowa a na jego miejsce do Husiatyna przybył nowowyświęcony kapłan, ks. Ferdynand Bassarabowicz. — Łac. kooperator w Płażowie, ks. Tomasz Juszczakiewicz przeznaczony został do Tok, a miejsce jego objął ks. Antoni Niziołko, dotychczasowy łac. wikary w Lipsku. — Ks. Edward Chmielowski, nowowyświęcony kapłan, otrzymał posadę wikarego przy łac. probostwie w Jedliczu. — Ksiądz Jan Jayko, dotychczasowy łac. wikary w Niewodnej, przeniesiony został do Sokołowa, w miejsce ks. Władysława Amelikowskiego, przeniesionego równocześnie ze Sokołowa do Niewodnej. Dotychczasowy kooperator przy kościele parafialnym obr. łac. w Horodence, ks. Maurycy Kolankiewicz przeniesiony został w tej własności do Brodów, w miejsce Ks. Karola Przyborowskiego, przeniesionego do Złoczowa. — Ks. Konstantego Domagalskiego, dotychczasowego kooperatora łac. w Horodence, przeniesiono na ekspozyta do Ponikwy, opróżnioną zaś po nim posadę otrzymał ks. Józef Wojnarowicz, dotychczasowy kooperator w Kotzmaniu na Bukowinie.

Liwadja. Najwspanialsza z pysznych wil na półwyspie krymskim, Liwadja, posiadłość carowej Marji Aleksandrówny, a do niedawna rezydencja cara moskiewskiego położona jest na drodze z Jalty do Alupki. Wśród winnic i ogromnego parku, rozciągających się na trzywierstwowej przestrzeni, w najbujniejszej roślinności niejako zanurzony, panuje nad okolicą zamek następcy tronu, zbudowany w stylu wschodnim, z głębokiemi balkonami w kształcie kiosków, wysokiemi kominami w kształcie wieżyczek i minaretów, oraz w pstrem ubarwieniu ścian, przedziwnie odbijającemu od okolicznej zieleni. Wewnętrzne urządzenie zamku zupełnie odpowiada stylowi jego zewnętrznemu. Różnowzore sofy, kobierce, komnaty małe a wygodne, dziwną tchną błogością przy wspaniałej prostocie. Ozdobne a lekkiej konstrukcji schody prowadzą na dach zamkowy, gdzie założony jest obszerny taras, misternem osztacheceniem zamknięty i ogromnym baldachinem zasłoniony od skwarnych promieni krymskiego słońca. Prześliczny z tarasu tego roztacza się widok na morze! Z jednej strony ożywiona okolica Jałty, Massandry i Nikity, z drugiej fantastyczne skały Oriandy, i ciche a malownicze zatoki Alupki składają się na ten widok, bezbrzeżnemi obszarami morza w całość ujęty. Powyżej zamku następcy tronu wznosi się zamek cara, który także zupełnie odpowiada swemu celowi jako miejsce wytchnienia w uroczej samotności, zdala od zgiełkliwego bruku stołecznego, i dlatego nie imponuje wcale rozmiarami, ani przepychem wewnętrznego urządzenia. Zamek ten wzniesiony został przez dawniejszego swego właściciela, hr. Potockiego, a później dodano doń tylko przestronną galerję, służącą za jadalnię. Wśród tej galerji wytryska fontanna i wznosi się posąg Penelopy z białego marmuru, dar kupców odeskich. Katolicka kaplica hr. Potockiego zamienioną została w bogatą cerkiew prawosławną. Główną fasadą zwrócony jest zamek ku Jałcie. Na jego tarasie pozakładane są ogródki dziwnej piękności, a w pewnem oddaleniu ciągnie się długi chodnik kryty winogradem i różokrzewem, podpierany żelaznemi kolumnami. Z róż Liwadji najwięcej nęcą wonią blado-żółte i białe róże, w gatunku nader rzadkim. I z tarasów carskiego zamku wspaniały roztacza się widok na Jałtę i okoliczne góry. Na pierwszym planie widoku tego znajduje się obszerny park zamkowy i winnice, wśród których tulą się do rozkosznej zieleni ozdobne domki dozorców, ramę zaś stanowi balustrada wielkiej platformy zamkowej. Z innej strony wzrok pada na morze i sięga aż do przylądka Ai-Todor, który odskoczywszy znacznie od łagodnego wybrzeża, prawie pionowo wstępuje w morze, oraz całe wybrzeże owo, zasiane zameczkami i willami, całą Oriandę z jej gigantycznemi wiszarami zapatrzonemi w nurty morskie, a wreszcie dalej nieco Gasprę, Korris, Miszoe i Alupkę. Na jednej z pobliskich skał, wśród ciemnozielonych górnych szpilkowców, błyszczy się biała latarnia. Przy blasku księżyca, gdy powierzchnia morza zdaje się drżeć pod wpływem łagodnych promieni księżycowych, widok z zamków Liwadji ma być nad wszelki wyraz czarującym. Potężne światło latarni morskiej rzuca daleko na morze snopy białych promieni. Zapachy pomarańcz i róż, szum fal morskich i ciemno-błękitny strop niebieski, uzupełniają obraz Liwadji, przypominający obrazy wybrzeży sycylijskich.

Studencka polityka. Akademicy peszteńscy wystosowali odezwę do młodzieży węgierskiej celem zbierania datków na tureckich rannych, z której wyjmujemy następujący ustęp: „Bracia! Szare skały Bałkanu zabarwiły się krwią bohaterów. Dwa narody walczą tam o śmierć i życie; jeden z nich, któremu daliśmy przytułek, gdy był prześladowany, odpłacił nam mordem za podanie przyjaźnej dłoni; drugi, z którym wskutek nieporozumień przez całe wieki walczyliśmy, uznał w nas bratnią narodowość i przyjmował u siebie naszych bohaterów jak przyjaciół w czasie, gdy byli opuszczeni, i gdy każdy się Madjara wypierał... Znękani klęską wojny nie są Turcy w stanie pielęgnować swych chorych. W oświeconej Europie nie masz ani jednego narodu, któryby gotów był ukoić bole cierpiących. Czyż możemy być niewdzięcznymi? Czyż możemy zapomnieć o tych, którzy tułających się braci naszych do serca tulili? Nie — młodzież węgierska nie była nigdy tak nikczemną, i nigdy taką nie będzie! Ona nie dozwoli, aby potomność wzgardziła rycerskim Węgrów narodem. Będziemy składać nasze feniki tak długo, pokąd nie będzie z nich tysięcy i wyszlemy je tam, gdzie cierpiący wołają o pomoc. Sztandar, który podnosi młodzież węgierska, nie może upaść, i dowiedziemy naszym braciom tureckim, że Węgier nawet w tych kramarskich czasach pospieszy z ofiarą, jeśli chodzi o wzniosłą ideę. I węgierska młodzież nie może dopuścić, aby ją kto uprzedził. Bracia! Organizujcie się! Twórzcie komitety i zbierajcie składki dla tureckich rannych; przejdźcie chaty ubogich i pałace możnych; nie pomijajcie ani wioski, ani domu, ani puszty; urządzajcie bale, koncerta, loterje, wedle okoliczności. Aby zaś suma była imponującą, przyszlijcie pieniądze do nas, a my je za publicznem pokwitowaniem wyszlemy na miejsce przeznaczenia. Bracia! Nie dodajemy wam więcej zachęty i zapału, bo czystość celu dostatecznie umysł zagrzewa. Czyńcie wszystko, co można i nie zapominajcie ani na chwilę, żeście węgierskimi młodzieńcami!"

Ostatni z 800 grenadjerów którzy towarzyszyli Napoleonowi I na wyspę Elbę, Louis Burtin, zmarł w tych dniach w Paryżu. Liczył lat 90.

W pewnem piśmie warszawskiem czytamy następujący lament:

— Wiesz co, Onuferku, chciałbym się koniecznie ożenić.

— A la bonheure, to się żeń.

— Kiedy jestem biedny jak Hiob, i niemiałbym dać żonie co jeść.

— I to racja, więc się nie żeń.

— Ale gdybym znalazł żonę z kapitałem?

— No to się żeń.

— Cóż, kiedy żadna kapitalistka mnie nie zechce...

— To się nie żeń.

— Nie żartuj, zdaje mi się, że wynalazłem pewien juste-milieu.

— Słucham.

— Poszukam sobie żony z brodą i ożenię się choćby była uboższą dziesięć razy odemnie. Będę sobie wędrował z najdroższą połowicą po całej Europie, małżonka będzie pokazywała brodę, a ja będę sprzedawał bilety, to tylko nieszczęście, że w Warszawie trudno o taką pannę; szczęśliwi Niemcy... u nich to wszystkiego dostanie i panny z brodą i żony, mającej dziesięć pudów i cudowne dzieci, co mając trzy lata pokazują sztuki łamane i psów uczonych i pcheł tresowanych i wszystkiego, o czem dusza zamarzyć może. Szczęśliwy kraj! Gdybym się urodził nad brzegami Renu, przyszedłbym do Warszawy w drewnianych pantofiach, a wyjechał ztąd ekstracugiem.

Kronika policyjna. Dnia 17. maja b. r. przytrzymano w Monasterzyskach u cygana od dłuższego czasu tamże przebywającego: 1. konia siwego, 8 lat mającego, bez znaków, 12 miary; 2, konia ciemno-szpakowatego, 6 do 7 lat mającego, bez znakow, 12 miary; 3. konia ciemno gniadego, 5 do 6 lat mającego bez znaków, 1[illegible] miary; wszystkie konie rasy gospodarskiej — wózek kuty zwany węgierski. Ponieważ podejrzenia zachodzi, że powyższe przedmioty około 15. maja b. r. skradzione zostały, sąd krajowy lwowski wzywa wię każdego, komuby w owym czasie wspomniane konie i wózek skradzione zostały, ażeby się do sądu krajowego w sprawach karnych we Lwowie zgłosił.

Z Rady miejskiej.

Prezydent p. Jasiński otwiera o godz 7 min. 15 posiedzenie.

Radny ks. Formaniosz interpeluje prezydjum, ażali ministerstwo udzieliło miastu absolutorjum z powodu oddania gmachu gimnazjum Franciszka Józefa, powtóre, czy rząd przyjął wymówienie ubikacyj szkolnych w zabudowaniu OO. Bernardynów i po trzecie, jak stoi sprawą założenia czwartego gimnazjum we Lwowie z polskim językiem wykładowym.

Prezydent odpowiada na pierwszy ustęp interpelacji, że dotąd nie otrzymał od ministerstwa odpowiedzi, co do drugiego, to zagroził namiestnictwu sądową awizacją, co do trzeciego zaś pytania, to wiadomo każdemu,

Nr 259 Kraków, 12 Listopada — Niedziela Rok 1876.

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Poczta w państwie Austryackiem			
do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	24	6	2 50
	32	8	3

Prenumeratę przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. Listy z pieniędzmi i przekazy pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) opłacone nadsyłać franco do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — Listy reklamacyjne niezapieczętowane nie opłaca się. — Listów niefrankowanych nie przyjmuje się. — Rękopisma nadsyłane do Redakcyi nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

CZAS

Prenumeratę przyjmują:
W Krakowie: Administracya „CZASU,“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę [illegible] Ogłoszenia (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym) za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. Nadesłane (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. Dołączenia do „Czasu“ (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się naprzód nadesłać przekazem pocztowym. Ogłoszenia i prenumeratę przyjmują: we Lwowie W. Piątkowski ul. Hetmańska 10; w Paryżu wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); w Wiedniu pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

Kraków 11 listopada.

Wniosek dep. Göllericha, którego drugie czytanie, czyli właściwe obrady nad sprawozdaniem komisyi stoją na porządku dziennym dzisiejszego posiedzenia Izby niższej Rady państwa, ma już rzecby można, swoją historyę. Wniesiony do Izby przed rokiem w chwili najwyższego zwycięstwa systemu wiernokonstytucyjnego, równocześnie z wnioskiem p. Wildauera, podobnie jak tamten w sprawach szkolnych, tak ten w sprawach administracyi pod formą dość zagadkową ukrywał dążność przywrócenia tej centralizacyi w organizacyi władz, którą zwykliśmy zwać systemem biurokratycznym. Wprawdzie niewypowiadał tej dążności jasno, ograniczył się tylko do wezwania rządu, aby przedłożył projekt rewizyi organizacyi politycznej z r. 1868 [illegible] nadto w motywach kładł wniosek nacisk na [illegible]żenie urzędów administracyjnych i rozgraniczenie organów autonomicznych od władz administracyjnych, czyli politycznych. Wystarczało to jednak, aby wniosek ten zaniepokoił autonomistów. Od roku spoczywał on w komisyi i niewiadomo, co jeszcze z tej poczwarki wykłuć się może, czy jasny motyl pojednania dwóch czynników władzy tego co w samorządzie wyrasta z dołu i tego co z góry w organizacyi urzędowej się rozciąga, czy też wyłoni się ćma reakcyi biurokratycznej, która w kierunku administracyjnym pochłonęłaby w sobie rozwój autonomiczny.

Namby się zdawało, że chwila dla podobnej reakcyi nie jest sprzyjającą, i że nawet sam centralistyczny liberalizm ostrożnie w tym kierunku postępuje, skoro nawet komisya, której sprawozdawcą jest wnioskodawca, do pozytywnych nie dochodzi konkluzyj, tylko od rządu wymaga projektu reformy.

Dla Galicyi wniosek p. Göllericha ma tem ważniejsze znaczenie, że spotyka się z projektem reformy gminnej i administracyjnej, poruszonym w wniosku p. Dunajewskiego i będącym podstawą akcyi wyborczej w całym kraju. Nieulega wątpliwości, że reforma, do której się Galicya przygotowuje i tak gorąco się za nią oświadcza, nie da się całkowicie rozstrzygnąć w Sejmie. Kwestya kompetencyi ustawodawczej staje tu w drodze, a, powiedzieć można, że na pół drogi spotyka się wniosek p. Dunajewskiego z wnioskiem p. Göllericha, który w odwrotnym kierunku sięga aż do granic kompetencyi sejmowej.

Wiadomo, na ile trudności regulaminowych natrafiało wprowadzenie do Rady państwa rezolucyi Sejmu galicyjskiego z r. 1868. Kto wie, czyby tych trudności nie dało się uniknąć i czyby nie można przygotować gruntu dla zmian w ustawodawstwie państwa, jakich wymagać będzie reforma zapowiedziana w Sejmie galicyjskim, gdyby w duchu tej reformy delegacya polska zajęła odpowiednie stanowisko w rozprawach nad wnioskiem p. Göllericha. Rzecz dziwna, ale skutkiem przeciwieństwa niektóre motywa wniosku p. Göllericha spotykają się z niektóremi punktami projektu reformy galicyjskiej. Nam chodzi także o zgodne dostrojenie dwóch organizacyj: rządowej i autonomicznej, o rozgraniczenie władz, a zarazem o nadanie mocy wykonawczej organom samorządu. Wiadomo, że projekt reformy za tę korzyść egzekutywy zgadza się na pewne ustępstwa dla organów władzy, które pragnie wcielić w organizacyę autonomiczną i znieść dualizm władz państwowych i samorządu. Tranzakcya przeto między dwoma projektami nie byłaby niepodobną, gdyby delegacya polska w Radzie państwa z tego stanowiska reformy, za którą cały kraj tak głośno obstaje, wniosła pewne zastrzeżenia.

Gdyby to była tylko gra ze stronnictwem większości centralistycznej, nasuwałoby się niebezpieczeństwo, że żądania nasze nie będą uwzględnione, a cała sprawa reformy obróci się na korzyść systemu biurokratycznego. Lecz sprawozdanie komisyi oddaje całą sprawę w ręce rządu, od niego domagając się projektu. Równocześnie deklaracya lub wniosek posłów polskich w duchu reformy mógłby żądać wydzielenia organizacyi władz w Galicyi z pod ogólnej miary, do wszystkich krajów zastosowanej, i odroczenia projektu dotyczącego Galicyi aż do zebrania Sejmu.

Rząd wnosząc nowellę przeciw lichwie i projekt ustawy przeciw pijaństwu, okazał pewną względność dla odrębnych potrzeb Galicyi. Tem więcej domagać się należy wydzielenia Galicyi z pod ogólnej reformy i uwzględnienia żądań tego kraju i Sejmu w sprawie organizacyi autonomicznej administracyjnej.

Delegacya polska rozminęłaby się z poczuciem i życzeniem przeważającem w kraju, a zamanifestowanem ogólnie w ostatnich wyborach, gdyby w Radzie państwa wobec wniosku Göllericha nie stanęła na gruncie reformy w duchu wniosku p. Dunajewskiego. Nie dość tu stawać obronnie i polemicznie przeciw dążnościom centralistycznym; potrzeba dodatnio wskazać, do czego zmierza kraj nasz i jakiej żąda zmiany w organizacyi stosunków autonomicznych. Zadanie zaś to jest tem łatwiejsze, że Sejm orzeka o ustawodawstwie gminnem, a posłowie polscy w Radzie państwa, tylko wnieść mogą zastrzeżenia, któreby mogły stać wrotami dla postulatów, jakich reforma sejmowa wymagać będzie w zakresie kompetencyi Rady państwa.

KORESPONDENCYA „CZASU“.

Wiedeń 10 listopada.

(*R.*) To pewna, że przez zimę nudzić się nie będziemy. Dyplomacya postara się o to, aby zima była zajmującą. Przygotowania zawsze większą wzbudzają uwagę, więcej umysł zaprzątają, aniżeli fakt sam, dla którego poczyniono kroki. Aby wiedzieć, czego spodziewać się można po konferencyi, trzeba tylko uwzględnić, jak leniwo sprawa ta wlecze się, wiele już czasu upłynęło od chwili zawarcia broni! Nic więc dziwnego, że politycy— zostawiając konferencyę na uboczu — więcej przypatrują się przygotowaniom wojennym. Kroki dyplomatyczne podobne są do lekarstw, zadawanych choremu, którego czeka śmierć niechybna. Aby atoli żadnej nie było wątpliwości, donoszą z Belgradu o gorączkowych uzbrojeniach w Serbii, o ciągłem przybywaniu ochotników rosyjskich, a nadto dzisiejsze depesze z Petersburga i z Londynu bynajmniej nie mają cechy pokojowej. Prędzej mowa lorda Beaconsfielda mogłaby uchodzić za prostą pogróżkę, aniżeli wiadomość z Petersburga, iż W. Ks. Mikołaj udać się ma do Kiszeniewa, celem objęcia komendy nad armią południową. Nie telegrafuje się całemu światu nazwisk głównego dowódzcy, szefa i podszefa sztabu, nie mówi się „o armii południowej,“ gdy nie ma zamiarów wojennych.

Doniesienie *Gołosu* o jakichś spiskach w Warszawie, zostaje w pewnem powinowactwie z onegdajszym listem berlińskim w *Polit. Corresp.*, który straszył Polakami i ich zachciankami rewolucyjnemi. Powszechnie mniemają, że są to manewry, które uderzając na Polaków, radeby dotknąć kogo innego. Ani Rosya, ani Niemcy nie boją się Polaków, ani też nie myślą nimi straszyć, bo wiedzą zbyt dobrze, że zbyt potężne są, aby bać się mizy garstki Polaków. Wybornie powiedział pewien mąż stanu: „W Berlinie i Petersburgu nie chcą dokuczać podobnemi manifestacyami ani Polakom w Warszawie, ani Polakom w Krakowie lub Lwowie, lub w Poznaniu, lecz tylko — tym „Polakom“ co siedzą w Peszcie!“

Wiedeń 10 listopada.

Matka hr. Andrassego umarła wczoraj w Szölöske po dłuższej chorobie, licząc lat 78. Hr. Andrassy, który dopiero onegdaj pożegnał się z nią, wyjeżdża znów jutro na pogrzeb zmarłej. Wywołuje to chwilową ciszę w rozwoju sytuacyi politycznej, lecz tylko [illegible] konferencyi i tak dopiero więcej [illegible] gdy znanem będzie postanowienie Porty. W Konstantynopolu bowiem podniesiono nagle wątpliwość przeciw dotychczasowej formie projektu konferencyi i usiłują przeprowadzić, aby konferencya gdzieindziej się odbyła, a nie w stolicy tureckiej. Obawiają się prawdopodobnie, i urok Turcyi zbyt wieleby na tem ucierpiał, a drażliwość muzułmanów zbyt byłaby obrażoną, gdyby o losie potęgi Islamu decydowano w jego metropolii. Zdaje się jednak, że mocarstwa nie okażą się szczególnie uprzejmemi wobec tego żądania.

Gabinet wiedeński powinszował księciu Rumuńskiemu jego ostatniej mowy tronowej.

Zarządzenie Porty co do ruchu nocnych statków pocztowych w Dardanelach sprawiło wrażenie. Dopatrują się w niem symptomu posuniętego do najwyższego stopnia braku zaufania w sferach rządowych tureckich. Dotkniętemi tem zarządzeniem zostały flagi Włoch, Francyi i Austro-Węgier.

Poznań 8 listopada.

Sumienny historyk dziejów obecnych z zdumieniem opisywać będzie fałsz i cynizm, będące charakterystyczną cechą spraw politycznych bieżących. Rosya przedewszystkiem ujmie się za Słowianami pod rządem tureckim, a energia jej znajduje poparcie u Niemiec, i to ta sama Rosya, która prześladuje unitów za wierność swemu wyznaniu, a wszelki odcień nie już swobody, ale warunków życia w Polsce przytłumia. Niemcy popierają i wspomagają Rosyę, a co u siebie robią, dość spojrzeć na Wielkopolskę, gdzie pod względem religijnym pozbawiono nas władzy duchownej, a uwięzienie i wygnanie mnóstwa księży codziennie się powtarza, gdzie zamknięto seminarya, rozpędzono domy zakonne i sierot ubogich, w miłosiernych domach chowanych, usunięto wszelką naukę religii z niższych i wyższych zakładów naukowych. Pod względem narodowym zmieniono nazwiska tysiąca miejsc na niemieckie, tak, że mieszkańcy we własnym kraju rozpoznać się nie mogą; wygnano język polski ze szkoły tak elementarnej, jak w wyższych zakładach edukacyjnych; wygnano język polski z sądów i administracyi, przez co cała ludność wystawioną jest na szkodę materyalną i na krzywdę w sprawach swych, a zamęt interesów. Jest to rodzaj ciuciubabki oficyalnej, bo czy w wyborach, czy na sejmikach powiatowych, pełno ludzi głosuje i o najważniejszych sprawach decyduje, nie rozumiejąc, o co chodzi; w urzędach stanu cywilnego, przy zapisach urodzin, przy małżeństwach, z wyższego polecenia tłumaczą imiona i nazwiska na niemieckie w aktach urzędowych tak, iż się żaden Wojtek ani Bartek nie ostoi, tylko same Adalberty, Bartelomeusy — a że między sobą zwią się po imieniu chrzestnem i kościelnem, więc stąd powstają zamięszania w interesach i procesy.

Młodzież gimnazyalną uwolniono od uczęszczania do kościoła, bo tego wymaga liberalna zasada bezwyznaniowości, ale w kościele nakazują śpiewać pieśni niemieckie nabożne, by u młodzieży budzić wstręt nawet do modłów, a nienawiść do władzy w nich wszczepiać od lat dziecinnych. Tych kilka rysów z naszego życia codziennego wystarczy, aby dowieść, o ile Niemcy mają prawo w Stambule przeciw uciskowi poddanych tureckich występować. Żołnierzom polskiego pochodzenia, i to nawet po za służbą, w koszarach, zakazano surowo używać języka polskiego, a więc skazują ich na milczenie lub pokątne szepty. Dyrektor gimnazyum poznańskiego w oficyalnej mowie, jako jedyny ratunek polecił używanie języka niemieckiego w rodzinach polskich. Czyż to nie cynizm, na któryby się nie zdobył żaden baszybozuk turecki? a że myśl ta pokutuje w sferach niemieckich, nie dziwilibyśmy się wcale, gdyby sejmy niemieckie ukazy językowe Murawiewa na Litwie w r. 1863 ujęły w formę prawnych przepisów.

Kraków 11 listopada. Deputowany z gmin wiejskich okręgu wyborczego Sanok-Brzozów-Lisko do Rady państwa p. Edward Gniewosz, zostawszy radcą ministeryalnym złożył był mandat, a w rozpisanym nowym wyborze d. 9 bm. wybrany został ponownie 289 głosami, przeciwnik jego p. Włodzimierz Buczacki otrzymał głosów 131.

Prezydyum sądu wyższego lwowskiego, mianowało kancelistę sądu obwodowego w Samborze Ferdynanda Dallmayera i kancelistę sądu krajowego we Lwowie Ferdynanda Dobrowolskiego oficyałami sądu wyższego we Lwowie.

Wiedeń 10 listopada. Na wczorajszem posiedzeniu wydziału obradującego nad projektem nowej procedury cywilnej oświadczył minister sprawiedliwości Dr Glaser, że bieżąca sesya Rady państwa będzie bardzo długą, że przeto posiedzenia przeciągną się aż do lata, może nawet do miesiąca czerwca.

Do rozpraw nad wnioskiem dep. Göllericha o reformę administracyi politycznej zapisało się dotychczas 14 mówców, mianowicie za wnioskiem dep. Plener, Giskra, Scharschmid i Dinstl; przeciw wnioskowi: Zschock, Hermann, Thurn, Kronawetter, Hohenwart, Wedl, Grocholski, Mieroszowski, Waldert i Zakliński. Bar. Zschok ma uczynić w toku dyskusyi następujący wniosek: „Wzywa się rząd, aby wniósł na drodze konstytucyjnej projekt do ustaw, któreby miały na celu i stosownie do tego ułożone były, iżby wprowadzały reformę całej administracyi politycznej w tym kierunku, aby usunięty został dualizm administracyi rządowej i autonomicznej, oraz rozdział w organizmie administracyi politycznej — i aby przy zachowaniu zasady samorządu osiągnięto uproszczenie mechanizmu administracyi, wzmocnienie władzy wykonawczej i zapewniono ścisłe przeprowadzenie ustaw“. *Presse* twierdzi nadto, że stronnictwo prawa ma zamiar uczynić wniosek zaprowadzenia ministerstw prowincyonalnych.

— *Pol. Corr.* otrzymała z Buda-pesztu następującą korespondencyę: Podczas feryj parlamentarnych zaszła niespostrzeżenie zasadnicza zmiana w ustroju tutejszych stronnictw politycznych, która niezawodnie pociągnie za sobą ważne skutki co do wzajemnego stanowiska tych stronnictw tudzież stanowiska wobec rządu. Przedewszystkiem należy stwierdzić, że opozycya prawicy nie istnieje już więcej. Większość tego stronnictwa przeszła do przekonania, że Tisza posunął oszczędność w wydatkach do ostatnich możliwych granic, i że jego reforma administracyi jest jedyną możliwą tranzakcyą między autonomią a centralnym zarządem. To też nie wahał się p. Józef Uermenyi, jeden z najstarszych konserwatystów i ojciec drugiego przewódcy stronnictwa, deput. Maks. Uermenyi'ego, przyjąć urząd starszego żupana komitatowego. W kwestyi ugody z Austryą nie myślą byli konserwatyści o opozycyi. Drugie stronnictwo opozycyjne, t. z. niezawisłe stronnictwo liberalne, ogranicza całą swą opozycyę na sprawę ugody z Austryą, ale i w tej mierze ostygło ono od pewnego czasu w zapale opozycyjnym. W komisyi skarbowej należał reprezentant niezawisłego stronnictwa liberalnego do najgorliwszych obrońców rządu i minister skarbu, miał daleko większe trudności z prezydentem Zsedenyi'm i Maurycym Wahrmannem, niż z panem Lukaczem. *Nemzeti Hirlap*, z początku najgorliwszy obrońca niezawisłego stronnictwa liberalnego, stał się najwymowniejszym rzecznikiem polityki finansowej p. Szella. Ale i opozycya lewicy przybrała zupełnie inny ton podczas feryj parlamentarnych. Helfy i Simonyi chwalili rząd już kilkakrotnie podczas obrad w komisyi skarbowej, a nie jest również tajemnicą, że nawet między członkami najskrajniejszej lewicy jest już tylko bardzo mała liczba zwolenników teoryi „konfederacyi Dunajskiej.“ Skrajna lewica składa się dzisiaj z małemi wyjątkami z monarchistów, domagających się państwa potężnego i zdolnego do obrony.

— Projekt ustawy przeciw zaniedbującym obowiązków poselskich, ułożony, jak w swoim czasie donosiliśmy, przez jednego z członków komisyi sejmu węgierskiego *ad hoc* wydelegowanej, jest już teraz ostatecznie zredagowany. Pierwotnie proponowane wysokie grzywny, a nawet kary więzienia odpadły, i projekt ten według wniosku samejże komisyi brzmi:

§ 1. Każdy poseł sejmowy jest obowiązany wręczyć swój mandat w przeciągu piętnastu dni prezesowi Izby. Termin ten poczyna biedz od otwarcia sejmu, jeżeli wybór nastąpił przed otwarciem, w innym razie od pierwszego dnia po dniu wyborczym. Wręczenie nastąpić winno osobiście, lub przez pełnomocnika do tego na piśmie upoważnionego, lub wreszcie w liście wystosowanym do prezesa. § 2. Minister spraw wewnętrznych zawiadamia prezesa Izby bezzwłocznie o każdym wyborze. § 3. Zrzec się mandatu można dopiero po jego wręczeniu, a to oświadczeniem wystosowanem do Izby. § 4. Posłów niespełniających obowiązku w § 1-szym w przepisanym terminie, wzywa prezes z urzędu pisemnie, aby [illegible] Termin poczyna biedz od dnia następującego po dniu doręczenia, a względnie po dniu odmówienia przyjęcia pisma prezesa. Prezes zawiadomi Izbę o wezwaniu posłów. § 5. Jeżeli poseł w terminie, w § 4-tym oznaczonym, nie wręczy swego mandatu, albo też zaniecha wręczenia, należycie nie usprawiedliwi, natenczas gaśnie jego mandat i nie może być posłem przez trzy lata następujące po uchwale wydziału w § 7ym wspomnionej. § 6. Skoro termin naznaczony w § 4 upłynie bezskutecznie, zda prezes Izbie sprawę, a ta przydzieli ten przedmiot wydziałowi celem zbadania i powzięcia uchwały. Skład i postępowanie wydziału określi Izba osobnym statutem. Dopóki Izba nie poweźmie decyzyi w tej mierze, czynność ta należy do wydziału zajmującego się ustawą o niemożności łączenia mandatu poselskiego z pewnemi urzędami. § 7. Zakres czynności wydziału rozciąga się tylko do decyzyi: czy istnieją warunki, do których ustawa ta przywiązuje określone w § 4 skutki? Orzeczenie wydziału jest ostateczne i ma być przedłożone Izbie. § 8. Kto w myśl § 5 niniejszej ustawy jest niewybieralny, ten nie może także stawać jako kandydat. Oddane na niego głosy są nie ważne. § 9. Ustawa ta odnosi się także do tych posłów, którzy przed wejściem jej w życie wybrani zostali, lecz mandatu swego nie wręczyli. Posłowie ci mają być przez prezydyum wezwani w sposób § 4ym określony, natychmiast po wejściu w życie niniejszej ustawy. § 10. Wykonanie niniejszej ustawy poleca się ministrowi spraw wewnętrznych.

Ziemie Polskie.

List pasterski Kardynała Arcybiskupa Gnieźnieńskiego i Poznańskiego z d. 2 września, teraz dopiero rozesłany do duchowieństwa, brzmi, jak następuje:

Najmilsi w Chrystusie Panu Bracia Kapłani obu moich Archidyecezyj!

Przed niedawnym czasem odezwałem się do Was, aby Was zawiadomić, że po wypuszczeniu mojem z więzienia objąłem ponownie, choć zdaleka, rządy obu archidyecezyj, które Pan Bóg w niedościgłych zamiarach swoich pieczy mojéj powierzył.

Teraz postanowiłem znowu do Was przemówić, aby utrzymać między mną a Wami, Bracia Wielebni, ten ścisły stosunek, jaki istniał ku wielkiéj mojéj pociesze dawniéj i jaki przetrwać winien i przetrwa przy pomocy łaski Bożéj wszystkie próby dotkliwe i ciężkie utrapienia, jakiemi podobało się Panu Bogu doświadczać wierności naszéj.

Czwarty rok twardego prześladowania zbliża się ku końcowi, a Wy stoicie niewzruszeni na stanowisku, na jakie Was Wola Boża powołała. I zaledwie drobna liczba odstępców znalazła się w szeregach Waszych tak, że powiedzieć można, iż Pan Bóg dopuścił na nas téj boleści w tym celu, aby się uwydatniła cnota i dzielność kapłańska ogromnéj większości pomiędzy Wami.

Przedstawiacie tedy widok miły Panu Bogu, Aniołom Jego, Najwyższéj Głowie Kościoła św. i całemu Kościołowi.

Wielka to dla serca mego, gorąco Was miłującego, pociecha, żeście sobie zasłużyli na to, iż Was po kilka razy, a mianowicie przed nie wielu tygo-

---

Część literacko-artystyczna.

LISTY Z PERUWII.

II.

(Dokończenie).

Cóż ci mam więcej pisać o dalszym ciągu mej podróży po tych olbrzymich, granitowych dziewiczych górach Kordylierów. Niwelacya rozpoczęta u brzegu „Jeziora Białego,“ tak nazwanego od białego pokładu saletry, pokrywającej jego suche a płaskie dno, wykazała możebność skręcenia rzeki *Putani* na równinę *Tacora* za pomocą kanału 24 kilometry długiego. Zostawała jeszcze do zbadania rzeka *Cosapilla* położona dalej na wschód jak *Putani*, a biorąca swój początek niedaleko sławnego wulkanu *Sahama* (drugiego pod względem wysokości w Ameryce, 6,800 metrów), a tuż u podnóża dymiącego jeszcze wulkanu *Parinacota* wznoszącego się majestatycznie, jak olbrzymia mogiła śnieżna na 6,700 metrów po nad poziom morza. Dla przyśpieszenia pomiarów zagrożonych zbliżającą się zimą, rozdzieliłem naszą karawanę na dwie części, poleciwszy jednemu z mych pomocników studyum rzeki *Cosapilla*; sam zaś z drugą połową powróciłem na nowo do *Laguna Blanca* tym razem w celu szukania przejścia w Kordylierach dla odprowadzenia na wybrzeże wód w tymże jeziorze zgromadzić się mogących. Rozumiesz już z mego opisu, że całe nasze studya dążyły do sprowadzenia wszystkich wód okolicznych do wspólnego zbiornika, mogącego pomieścić w sobie wodę z różnych rzek a głównie z rzeki *Maure* pochodzącą i to tak w czasie posuchy jak i w porze roku deszczowej, a to mianowicie w celu przechowania zbytecznej wody, spływającej w czasie ulew aż do chwili posuchy i wypuszczania jej potem przez śluzy zawsze w jednakowej ilości, co naturalnie jest koniecznie potrzebnem w takim kraju jak Peru, gdzie ziemia rodzi cały rok bez różnicy. Na moje szczęście znalazło się pod ręką „Jezioro Białe,“ doskonały zbiornik naturalny, zamknięty górami i o dnie nieprzemakalnem, choć z drugiej strony wystawiony na znaczne wyparowanie w skutek rzadkości powietrza (4,180 metrów po nad poziom morza) i niezmiernych wiatrów tworzących tam ruchome trąby piasku o kilkusetmetrowej wysokości, udało się przeprowadzić linie kanałów sztucznych wynoszących razem 160 kilometrów długości bez potrzeby zakładania akweduktów, mostów i syfonów; pokazało się także z licznych doświadczeń robionych na gruncie, że kanały te mogą sprowadzić w przecięciu do *Laguna Blanca* 10 metrów sześciennych wody na sekundę: słowem pierwsza część mej misyi została uwieńczona doskonałym skutkiem. Zostawało jednak do rozwiązania najtrudniejsze zadanie: otworzenia komunikacyi wodnej między „Jeziorem Białem“ i miastem *Tacny*, dwóch miejsc oddzielonych od siebie owym długim łańcuchem utworzonym z gór: *Tacora*, *Huailillas de Potosi*, *Huailillas de la Paz*, a zniżającym się nieznacznie w miarę posuwania się ku południowi. Najniższy punkt grzbietu tego pasma, *Huailillas de Potosi*, znajduje się prawie na linii prostej łączącej „Jezioro Białe“ z doliną *Tacny*; było więc rzeczą naturalną skierować się najprzód na Zachód aż do spotkania się z Kordylierą i zmierzyć długość tunelu w tem miejscu; później zaś wyszedłszy z *Laguna Blanca*, spuszczać się ciągle ku południowi u stóp zachodniego stoku, aż póki się nie znajdzie naturalnego przejścia; porównanie zaś obydwóch linij miało zawyrokować o ich względnej wartości. Ważną też było rzeczą oznaczyć ogólną pochyłość projektowanej linii, gdyż z jednej strony wiele na tem zależało, aby stracić jak najmniej na wysokości w przebiegu kilkunastu mil, które nas dzieliły od *Cordillera de la Costa*, a z drugiej znowu strony przyjęcie słabych spadków przepisanych przez najpoważniejszych hydraulików europejskich było niepodobnem, zważywszy na tutejszy grunt i na parowanie w rozrzedzonem powietrzu, głównie zaś na nieustanne zamarzanie wody małą prędkością obdarzonej. Pomimo tego wszystkiego wypadki okazały się zadawalniające. Przeszedłszy w poprzek rzekę *Azufre*, tak nazwaną z powodu niezmiernej ilości siarki, jaką posiada, linia nasza oparła się po trzydziestu kilometrach drogi o zachodni stok góry *Huailillas de Potosi*, którą za pomocą tunelu 1,400 metrów długiego przebić można; po drugiej zaś stronie pasma nie potrzeba już robić sztucznego kanału, bo głębokie a ciasne wąwozy prowadzą ztamtąd do doliny *Tacny* odległej jeszcze o kilkadziesiąt mil. Właśnie gdyśmy roboty te kończyli, złączył się z nami ów oddział, którym był wysłał dla zbadania rzeki *Cosapilla*, więc też po raz drugi od czasu wyjazdu w góry zostawiłem jeden dzień wolny od roboty, aby wypocząć cokolwiek i dać ludziom czas do wyprania sobie bielizny. Był to dzień bardzo przyjemny, gdyż widząc zbliżającą się chwilę zakończenia tej czteromiesięcznej wędrówki, każdy znosił śnieg i zimno z doskonałym humorem podsyconym jeszcze u czeladzi nadmiarem wódki i wina, które w dzień tak świąteczny hojnie rozdać kazałem.

Później już zacząłem żałować tej szczodrobliwości, gdyż arrierowie i służba hurmem namiot mój otoczywszy, poczęli prosić o broń i o konie wcelu urządzenia obławy na stado dzikich byków pasących się w okolicy; wiedziałem, że to niebezpieczne, ale dałem czego żądali, nie mogac oprzeć się ich naleganiom. Zaczęło się więc polowanie od odłączenia od stada jednego z byków, który z razu przestraszony strzałami, odzyskał wkrótce całą swą odwagę i rzucił się dzielnie na naszą kawaleryę. Naturalnie każdy uciekał zawczasu bo z bykiem nie ma żartów, ale stawał zaraz i dawał ognia, gdy tylko czuł się na bezpiecznem miejscu. Mocno ranione, przeszyte na wylot brzucha grubą kulą karabinową, z pyskiem pieniącem i rozdartem nozdrzem silne to zwierzę broniło się jeszcze z pół godziny, to padając na ziemię z osłabienia, to wstając znowu po otrzymaniu nowej kuli i rzucając się z wściekłością na swych nieprzyjaciół. Już na włosku było życie mego majordoma, który dla brawury podsunął się w galopie pod samego byka i palnął mu w łeb z rewolweru; kula strzaskała szczękę, ale rozjuszony zwierz jednem machnięciem rogów roztworzył brzuch koniowi, i byłoby się może gorzej skończyło, gdyby nowa kula nie była zwaliła na ziemię niebezpiecznego przeciwnika.

Byliśmy już naówczas w drugiej połowie grudnia, a więc w pełni tej tak zwanej zimy Kordylierskiej, różniącej się od lata burzami, śniegami i podniesieniem temperatury. Ustał już ów wiatr zachodni wiejący za czasu naszego przyjazdu do gór, więc też ołowiane, ciężkie chmury nadciągały swobodnie w kierunku od jeziora *Titicaca* i zalegały cały horyzont aż do pasma gór, które nas dzieliły od wybrzeża. Znajdowaliśmy się właśnie na granicy dwóch zupełnie innych klimatów: tu pioruny, grad, śnieg i zimno, z drugiej strony gór, w pół dnia jazdy: lazurowe niebo podzwrotnikowe, upał, słowem *costa* wybrzeże. Na tę myśl każdy budził w sobie nową energię i robił wszystkie wysiłki, aby dostać się jak najprędzej do tego kraju obiecanego, gdzie go czekał spoczynek i wygoda; ale trudno było oznaczyć

dniami, Najukochańszy nasz Ojciec Święty Pius IX za stateczną służbę Kościoła w osobnem, do mnie danem piśmie pochwalił.

Ale pamiętajcie zawsze na zalecenie Pawła św.: *Aemulamini charismata meliora.*

Życie kapłańskie powinno ciągle i ciągle oczyszczać się i podnosić, bo jeżeli Zbawiciel nasz chce od wszystkich ludzi, aby byli doskonałymi tak, jak Ojciec w Niebiesiech, toć od nas, którzyśmy się na wyłączną służbę Bożą oddali, ściśléj jeszcze tego wymaga.

Służyliście dotąd, Bracia Wielebni, wiernie i chwalebnie, starajcież się w przyszłości coraz doskonaléj służyć.

Wielki gospodarz niebieski wziął teraz wszystkie ziarna na przetak i osiewa zboże, aby oddzielić plewy od pszenicy. Niechże Jego miłosierdzie sprawi, by między nami plew już więcéj nie było i by trwające prześladowanie, strach przed niepewną przyszłością, złudne obietnice i fałszywe zarzęczenia możnych tego świata, w końcu niestałość przyrodzona ludziom, nikogo już więcéj nie obłąkały, nie pociągnęły nikogo.

Uchronicie się od groźnych niebezpieczeństw, od pokus i złych wpływów, jeżeli przedewszystkiem chętnie obcując z Panem Bogiem przy Mszy świętéj, przy brewiarzu i w gorących modlitwach wzmocnienia szukać będziecie. Sami z siebie nic nie możemy, dopiero łaska Boża czyni z nas mężów silnych, odważnych, pokornych i przezornych.

Obok modlitwy niech was zdobi w oczach ludzkich wszelkiego rodzaju skromność i wstrzemięźliwość.

Zawstydziliście przeciwników tem, żeście pogardzili pokusami materyalizmu; pokażcie im jeszcze, że kapłan katolicki, zwłaszcza w tych czasach smutku i żałoby Kościoła u nas i na całym świecie, umie sobie wiele odmawiać, usuwa się od rozrywek, a zawsze znajdzie sposób podzielenia się z biedniejszymi.

Niechaj między wami nie przychodzi nigdy do [illegible] w sprawach, które się dawniéj załatwiały po ojcowsku przez władzę duchowną; a dziś dla rozlicznych trudności, albo nie bywają przed nią wytaczane, lub bywają wytaczane zapóźno. W podobnych razach niech każdy ogląda się raczéj na dobro Kościoła i na wymagalności chwili obecnéj, niż na interes własny; i niech na drodze miłości, a nie na drodze sporu gorszącego, zawsze trudności, jakie powstać mogą, z wszelką wyrozumiałością załatwia. Kiedy zajdzie taki przypadek, niech obie strony co rychléj szukają rady i pośrednictwa u księży dziekanów, a jeśli to do skutku nie doprowadzi, niech się rychło zgłoszą i całkiem zdadzą na sąd wyższéj władzy duchownéj.

W ogóle niech nikt nigdy nie korzysta z zawikłań chwili dzisiejszéj i niech licząc na bezkarność nie postępuje tak, jakby był nie śmiał postępować w czasach spokojnych.

Wszystkie przepisy prawa kanonicznego zachowały moc swoją; w całéj także sile istnieją przepisy i rozporządzenia, jakieśmy na kongregacyach dziekańskich lub w dzienniku urzędowym kościelnym obwieścili.

Jeśliby zaś smutne okoliczności czasu niniejszego, zdawały się wymagać jakich zmian lub wyjątków, to wiedzcie, że nikt nie ma prawa zmian tych lub wyjątków na własną zaprowadzać rękę, lecz winien [illegible].

Niemożność tylko rzeczywista, od zachowania przepisów kościelnych zwolnić Was jest zdolna; tak naprzykład wydarza się już u nas niepodobieństwo odnowienia na czas Olejów śś., zachowania wszędzie czterorazowéj spowiedzi św. przed przypuszczeniem dziatek do św. komunii i tym podobne wypadki; w nich przecież niech każdy z Was, Wielebni Bracia, do przełożonych zawsze się udaje po wskazówkę i radę, aby nie pobłądził.

Łamać chleb żywota z łaknącym, to ścisły obowiązek pasterzy dusz; bodajby nikt u nas nie był upoważniony podnosić skargi, że nie ma, ktoby téj powinności dopełnił. Zaczem, kochani współpracownicy moi w winnicy pańskiéj, pilnie przyspasabiajcie dziatki do sakramentów świętych i nie odkładając, ani oglądając się na praktykę czasów łagodniejszych, wcześnie zabierajcie się do dzieła, abyście dziatkom pozbawionym teraz dostatecznéj sposobności zapoznania się z prawdami wiary świętéj, mogli cały katechizm dokładnie wyłożyć.

Ktoby się zaniedbywał z téj strony, ciężkąby przed Panem Bogiem ściągnął na siebie odpowiedzialność.

Sami też, Mili Bracia, pracujcie umysłowo, wzbogacajcie rozum nowemi nabytkami; przypominajcie też sobie to, czegoście się dawniéj, zwłaszcza w dziedzinie prawa kanonicznego i teologii moralnéj nauczyli.

Są ludzie, co w nieszczęściu opuszczają ręce i sądzą się usprawiedliwionymi, gdy się od zajęć wyższego rzędu, pod naciskiem okoliczności powstrzymują. Wy, Bracia Wielebni, pokażcie i więcéj hartu i lepsze zrozumienie wymagań kapłańskiego dostojeństwa.

Wierność wszystkim obowiązkom stanu i ład a ścisły porządek w zajęciach, wśród smutku i wobec rozstroju przychodzącego z zewnątrz, zawsze najlepiéj o pobożności i zacności charakteru świadczą.

Nie dość na tem, są one dla każdego wzmocnieniem i obroną przeciw pokusom.

Zdawało się Wam, Wielebni Bracia, że obecne u nas położenie wymagało, iżbyście wstąpili w obręb czynnego działania na polu politycznem. Wiem, że nie szukacie tam niczego innego, krom obrony świętych interesów wiary i kościoła; tudzież wypełnienia rzetelnych powinności obywatelskich, że Wami powoduje głównie troskliwość o czystość przekonań u zacnego ludu naszego, trwającego tak sumiennie przy kościele i obstającego tak odważnie za wiarą ojców; żałuję jednak, że się nie dało pozostać przy dawniéj wstrzemięźliwości, co tyle dobrych wydało owoców. Wszelako radbym i tak, aby duchowieństwo unikało drażliwych sporów i zgiełkliwych okoliczności, aby nigdy powaga charakteru kapłańskiego narażoną nie była.

Ze względu na tę powagę, radbym także, Bracia Wielebni, byście się ściśle trzymali wszystkiego, co Wam i przez moich poprzedników co do tonsury, ubioru i wszystkich rzeczy zewnętrznéj postawy dotyczących, przepisane zostało.

Wszelka zmiana w téj mierze gorszy lud i do niekorzystnych uwag ze strony świeckich, powód daje.

Starszych z pomiędzy Was, proszę usilnie o przychylność dla młodszych, dla najmłodszych zwłaszcza. Niech im będą rodziną, niech im radą, a w razie potrzeby, i pomocy nie skąpią. A im u nich większy duch poświęcenia znajdą, niech się radują, że nam Pan Bóg godnych następców przysposabia.

Mam w Bogu nadzieję, że te wyrazy, z ojcowskiego i gorąco miłującego Was płynące serca, pod sumienną weźmiecie rozwagę.

Są to, Bracia drodzy, słowa zachęty, a nie nagany; bo owszem, dzięki Bogu, wyście koroną moją i dumny jestem z tego, iż mi Pan Bóg dał przewodniczyć tak wypróbowanemu i tak dzielnemu zastępowi duchownych.

Cóżkolwiekbądź ludźmi jesteśmy i gdybyśmy nie czuwali, rozwolniłyby się węzły karności i dobrych podań, wspólność łącząca nas z Kościołem powszechnym i z Namiestnikiem Chrystusowym, powoliby osłabła.

Troskliwość to, abyśmy nie spadli z wysokości, na jaką nam Pan Bóg dał się podnieść, znagla mnie do odezwania się do Was.

Znacie głos mój, który Was tyle razy zachęcał do wiernéj służby Kościołowi. Pan Bóg, który Was dawniéj czynił powolnymi dla mnie, da, że i teraz zrozumiecie dobrze moje pobudki.

Zanoszę ciągle do Pana Boga i za Was, kochani współpracownicy moi, i za ten lud katolicki, którego uczucia gorące i spokojne chrześciańskie postępowanie, są mi zbudowaniem i pociechą, u Grobu śś. Apostołów, w innych miejscach świętych i we Mszy codziennéj serdeczne modły, aby Was wszystkich łaska Boża oświecała, krzepiła i utrzymywała, a to sprawia, że jestem ciągle myślą i sercem z Wami.

Niech Wam błogosławi ciągle a obficie Pan Bóg Wszechmogący i niech zadatkiem tego błogosławieństwa będzie błogosławieństwo Arcypasterskie, które Wam z głębi serca udzielam.

Rzym 2 września 1876 r.

† *Mieczysław*
Kardynał, Arcybiskup Gnieźnieński i Poznański.

Dzienniki warszawskie podają do wiadomości publicznej rozporządzenie względem dostawy koni na miejsce zbiorowe na potrzebę wojska w razie uruchomienia armii. Konie mają być ostro kute, opatrzone uzdami i kantarami. W razie niedostawienia koni spisanych naznaczoną jest kara 300 rubli za każdego konia, a gdyby konie w ogóle z całego „ucząstku“ nie były dostawione na czas oznaczony, natedy zabrane będą drogą egzekucyjną a nadto za każdego niedostawionego konia ściągniętą będzie kara 300 rubli. *Gazeta Kielecka* zaś donosi, że dla pośpiechu w zaopatrzeniu armii, każdy obowiązany stawić się pod broń, jeśli sam zaopatrzy się w obuwie mocne, otrzyma za każdą parę zapłatę od 3 do 3¼ rubli. Rozporządzenia te świadczą o śpiesznem przygotowywaniu się wojennem Rosyi.

— Czytamy w ostatnim numerze czasopisma *Biesiada Literacka*: W jakie kleszcze zostali wzięci właściciele majątków w gubernii Wołyńskiej przéz izraelski żywioł, objaśnia wyrażenie dzienników „że nareszcie spółka trzech chrześcian odważyła się zadzierżawić jeden z majątków, a tem samem wystąpić do konkurencyi z dzierżawcami żydami“. Więc do tego już przyszło, że konkurencya taka nazywa się odwagą? więc to już zwycięztwo, że trzech wystąpiło przeciwko całej masie? Odwaga ta na drodze konkurencyi nie powinna ustawać, lecz nie powinna także zaprowadzać aż do naśladownictwa izraelskich dzierżawców. — Wiemy, że dzierżawca żyd robi tam majątek, gdzie chrześciański rolnik bankrutował. Sprzeczność tę niektórzy wyjaśniają jednem słowem: żyd oszczędza, chrześcianin marnotrawi; — dużo jest prawdy w tem określeniu, ale do czynników dorobku majątkowego u dzierżawców żydów wchodzi wyraz, zniszczenie. Majątki wołyńskie, dzierżawione przez żydów, po kilku latach stają się pustką zniszczoną zupełnie; jeden grosz nie poszedł na melioracyę, wszystko uległo eksploatacyi. Jest to prawda stwierdzona licznemi przykładami: idea obywatelska u tamtejszych żydów nie gra żadnej roli, to są arendarze, którym tylko o dorobek idzie. Nic dziwnego, bo w tamtejszych masach żydowskich, najzamożniejszych nawet, panuje bezgraniczna ciemnota i nienawiść do wszystkiego, co nie jest z ich rodu; chciwość trzyma tam górę nad postępem.

— Czytamy w *Kijewlaninie*: Wśród katolików prowincyi Południowo Zachodniej przeważają Polacy, lecz przewaga ta w rozmaitych powiatach jest bardzo różną. Uważając za Polaków osoby używające języka polskiego, wśród dziesięciotysięcznej katolickiej ludności Kijowa, znajdziemy Polaków 80 prct., a z pozostałych katolików mówi po rusku 10 proc., po niemiecku 4 proc. i 6 proc. po francusku, czesku i innemi językami. Małżeństw wśród katolików Kijowa podług narodowości, w roku 1874 było: polaków z polkami 46, polaków z niemkami 2, polek z niemcami 7, francuzów z francuzkami 3, francuzów z polkami 2. Oprócz tego było sześć małżeństw włochów, czechów i litwinów z polakami i między sobą. Z 240 [illegible] dzieci narodowości polskiej było 164, niemieckiej 22, francuzkiej 6, litewskiej 4, czeskiej 3. Z 298 umarłych: 267 było narodowości polskiej, 19 niemieckiej, 6 francuzkiej i po trzech czeskiej i litewskiej. Małżeństw polaków i polek z prawosławnymi bywa 5—6, a z niemcami luteranami 2—3 rocznie. Podług powiatów, największy procent ludności stanowią polacy w powiatach nowogrodzko-wołyńskim (12,1 proc.), żytomirskim (9,4 pr.), winnickim, berdyczowskim i proskurowskim (po 8 pr.) najmniejszy w winogrodzkim, taraszczańskim, humańskim (po 1 proc.), w czerkawskim zaś i czehryńskim mniej niż po 1 proc. Podług Ritticha 21-letnich podległych popisowi Polaków najwięcej jest w powiatach: żytomirskim 205, nowogrodzko-wołyńskim 191, kamienieckim 177, berdyczowskim 143. Najmniej zaś jest w powiatach: czerkaskim 21, zwinogrodzkim 19, kaniewskim 14, czehryńskim 5. W ogóle właściwych Polaków dwudziesto-jednoletnich: w gubernii kijowskiej jest 521, w podolskiej 1008, w wołyńskiej 1048, we wszystkich zaś trzech guberniach 2578. [illegible] najwięcej podlega popisowi katolików Niemców. Podług danych, jakie przytacza Rittich, Niemców 21-letnich w jednej tylko gubernii wołyńskiej znajduje się 235, tj. nie wiele mniej od czwartej części Polaków. W niektórych powiatach, jak w rowieńskim i łuckim, liczba Niemców prawie wyrównywa liczbie Polaków; za to w innych, szczególnie w gubernii kijowskiej, Niemców zupełnie nie ma. W ogóle w gubernii podolskiej i kijowskiej podlega popisowi zaledwie 10—11 Niemców. Ilu zaś z nich katolików a ilu luteranów, z pewnością niewiadomo. Dosyć wydatną cyfrę w niektórych powiatach przedstawia już ludność czeska. Podług Rittichа podlegałoby popisowi w 1875 r. Czechów w gubernii wołyńskiej 61, a w podolskiej 7.

Turcya.

St. Piet. Wied. mniemają, że konferencya w sprawie wschodniej zapewne będzie prologiem kongresu. Przedmiotem rokowań ma być uchwalenie środków, mogących uśmierzyć powstanie w Bośni, Hercegowinie i Bułgaryi, przez zadośćuczynienie słusznym żądaniom Słowian. Ponieważ zaś rząd turecki zgadza się na pozostawienie Serbii *status quo ante bellum*, kwestya więc zawarcia pokoju między Turcyą a Serbią nie wejdzie w program obrad, a konferencya zajmie się jedynie ułożeniem protokółu opiewającego, że Serbia zachowuje te same prawa i obowiązki, jakie jej przyznał kongres paryski r. 1856. Co się zaś tyczy reform dla Bułgaryi, Bośni i Hercegowiny, Rosya wyrzekła się już swych planów pierwotnych względem nadania tym prowincyom niezależnego samorządu politycznego, a obstawać tylko zamierza przy konieczności nadania im autonomii administracyjnej, chociażby w obrębach zakreślonych przez gabinet angielski i aprobowanych przez inne mocarstwa. W kwestyi rękojmi gabinet petersburski okazuje również chęć do ustępstw, utrzymują bowiem, że na wstawienie się Prus ma pozostawić (kto? przecież nie sama Rosya decyduje!) Porcie pewien określony termin dla wprowadzenia w życie reform uchwalonych; jeśliby zaś te reformy w ciągu naznaczonego czasu nie były wykonane, natenczas albo związek trójcesarski, albo jeden z jego członków ma prawo (?) okupacyi zbrojnej trzech owych prowincyj i zaprowadzenia reform przyrzeczonych. „Oto zadanie przyszłej konferencyi posłów w Konstantynopolu — kończy dziennik petersburski. Nie przesądzamy wcale, czy wykaże się możność wykonania powyższego programu w jego ścisłym zakresie, lecz faktem jest niewątpliwym, że Rosya daje niezbite dowody umiarkowania i miłości pokoju. Zgadzając się na pozostawienie Turcyi czasu dla urzeczywistnienia reform, dowodzi, jak jest daleką od ambitnych i zaborczych zamiarów (kwaśne winogrona!), przypisywanych jej przez nieprzyjaciół, a ma na celu jedynie polepszenie losu Słowian i zapewnienie im prawa bytu mniej więcej znośnego. Z tem wszystkiem atoli jesteśmy przekonani, że Porta nie będzie w stanie skorzystać należycie z pozostawionego jej terminu dla przeprowadzenia reform, nie dla tego, aby termin był za krótki, ale że w ogóle wszelkie reformy w Turcyi są niewykonalne. Prawdopodobnie więc zawieszony na czas jakiś projekt okupacyi Turcyi wystąpi znowu na scenę, lecz w warunkach zupełnie innych, ponieważ okupacya będzie wykonaną za zgodą całej Europy i będzie się równała dekretowi śmierci dla rządów tureckich w Europie.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 11 listopada. Na posiedzeniu Komisyi historyi sztuki w Akademii Umiejętności d. 9go b. m. pod przewodnictwem p. Lucyana Siemieńskiego, przedstawiono prace senatora Stronczyńskiego z Warszawy „Legenda o św. Jadwidze“. Wydział filologiczny przyłączył ją Komisyi z powodu miniatur kodeksu, które autor objaśnia, wyprowadzając wnioski o stanie kultury w Polsce w XIII i XIV wieku. Ocenienia pracy tej podjął się p. Maryan Sokołowski. Następnie czł. Akad. prof. Wład. Łuszczkiewicz odczytał rzecz „O budowlach Sulejowskiego opactwa, zabytkach XIII wieku“, i studyum to objaśnił znaczną liczbą rysunków pomiarowych, na miejscu zdjętych. Czytanie pracy tegoż członka: „Kościoły Kazimierza W. nad Nidą i stosunek tychże budowli do krzyżackich XIV wieku“, odłożono do następnego posiedzenia, poprzestając na obejrzeniu przygotowanych do tej rozprawy planów i przekroi. Obie powyższe prace są owocem wycieczek, jakie tego lata prof. Łuszczkiewicz w imieniu Akademii Umiejętności przedsiębrał, a przeznaczone są do publikacyi historyi sztuki. W końcu p. Stanisław Tomkowicz zwrócił uwagę na ważność ruin zamku Wołek w Wadowickiem i zaprosił do udziału w badaniach Komisyę.

— Dwa dni już sypie śnieg prawie bez przerwy i dziś już mamy doskonałą sannę. Natomiast poczty zaczynają zalegać z powodu niedojścia pociągów na czas.

— Pociąg wiedeński przybył dziś w porę, lwowskie zaś pociągi spóźniły się dziś rano z powodu śniegów o 3 godziny.

— Dziś przed południem odbył się w kościele Ś. Mikołaja ślub Dr. Tadeusza Wojciechowskiego skryptora Biblioteki uniwersyteckiej we Lwowie, z panną Maryą Librowską, córką śp. Antoniego Librowskiego, pisarza niegdyś trybunału krakowskiego i Heleny z Wysiekierskich. Ślub odbył się przy ołtarzu, pod którym spoczywają zwłoki prapradziada panny młodej, Piotra Librowskiego.

— Muzeum techniczno-przemysłowe otrzymało następujące dary: od p. M. z Bilińskich Potockiej zbiór haftów włościańskich z Turbijówki, Sawarzec i innych miejsc powiatu Skwirskiego, ubiór wiejski z Antonowa, sukno z wełny kóz angorskich miejscowego chowu, pisanki i inne okazy z Turbijówki, Sawarzec i Antonowa; od p. M. Łapy dwie fotografie z starych portretów Dymitra Samozwańca i Maryny Mniszkownej; od hr. Golejewskiej wyrób z mozaiki karlsbadzkiej i kilkanaście dzieł do biblioteki dla kobiet; p. Antoniego Bąkowskiego model kompasu okrętowego w ⅙ części naturalnej wielkości, własny wyrób mosiężny ofiarodawcy; p. E. Sadowskiej medal księcia Józefa Poniatowskiego; p. J. Podegimskiego zielnik roślin Orenburskich; p. J. Andrzejewskiego dwie gliniane butelki i inne wyroby z Glińska i 60 szt. opłotków glinianych do ogródka muzealnego; Dra J. Kopernickiego dwie broszury; od Dra S. Abramowicza rycinę i fotografie etnograficzne sybirskie; p. S. Narolskiej pulpit z drzewa oliwkowego z mozajką nicejską; prof. W. Łuszczkiewicza okaz obicia z 17go wieku i broszurę; p. A. Kossowskiej dwa motki surowego jedwabiu produkowanego w Humaniu około 1850 roku w miejscowym zakładzie jedwabniczym, okaz mozaiki rzymskiej, kubek srebrny z 18go wieku z medalionami.

— W depozycie Magistratu znajduje się znaleziona sakiewka irchowa i w niej 1 złr. tudzież kilka kwitów.

— Jan Czyż z Branic, dopiero przed kilkoma dniami wyszedł z więzienia za kradzież, a już onegdaj postarał się o powrót tamże, bo zabrawszy wóz z końmi chłopu wracającemu z targu, uprowadził je w doły na Prawdzie za Raciborowicami, gdzie główna jest stacya przemytników i złodziei na samej granicy Królestwa Polskiego i tam je też znaleziono.

— Policya aresztowała Antoniego Wesołowskiego stolarza za przeniewierzenie drzewa danego mu do obrobienia.

— Wieś Zagórze Wielkie w powiecie Miechowskim, zgorzała d. 26go z. m. Największe straty poniósł właściciel, bo wartości 15,850 rubli. Ogień był podłożony.

— Donoszą z Aussee, że ks. Hohenlohe, syn posła niemieckiego w Paryżu, złamał tam d. 7 b. m. nogę na ślizgawce.

— W zeszłą niedzielę w pobliżu Lille cała jedna rodzina złożona z ośmiu osób zginęła, przejechana przez pociąg kolei żelaznej, mijając niezamkniętą zaporę. Strażnik kolejowy poszedł na wesele i zostawił przejazd bez dozoru.

— Wczoraj 10go listopada nastąpiło zamknięcie wystawy powszechnej w Filadelfii.

TEATR. W sobotę dnia 11go listopada: Po raz pierwszy: Dramat w 7 obrazach z francuskiego pp. A. Rolland i J. Du Boys, przełożył A. Kleczewski: *Janek Rudy* (Cadet Roussel). — Początek o godz. 7ej.

W niedzielę dnia 12go listopada: Po raz drugi: *Janek Rudy*. — Początek o godz. 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dni powszednie 30 centów.

— Dnia 10go listopada pochmurno, całe po południe i noc obfity śnieg; termometr od — 6·6 doszedł do 2·1 C. Barometr wraca w górę; o 6ej rano dnia 11go listopada stan jego był 741.7 mill., termometru — 5·4 C. — Wiatr zachodni.

— W niedzielę dnia 12go listopada: Św. Marcina. W poniedziałek dnia 13go listopada: Św. Homobona wyznawcy.

Wiadomości bibliograficzne.

W drukarni *Czasu* w Krakowie wyszły dwie następujące broszury: Henryka Lisickiego „Chów koni w Austryi“ (odbitka z *Przeglądu Polskiego*) i Fr. Kl. „Jubileusz zórawińskiej wyprawy r. 1776“ (odbitka z fejletonu *Czasu*).

— Nakładem księgarni Wład. Bełzy we Lwowie wyszła książka p. t. *Święci poeci. Pieśni mistycznej miłości*, zebrał i wytłumaczył Lucyan Siemieński; m. 8ka str. 111.

— Hr. Ludwik Dębicki: *Widmo zdrady.* — Lwów. W drukarni ludowej 1876 r. str. 28 w 8ce.

Wykaz zmarłych w Krakowie

od dnia 4 do dnia 10 listopada i na cmentarzach w Krakowie pochowanych.

Emilia Serafińska, sierota, 10 lat, do szpitala konająca oddana; Franciszek Ziemba, wyrobnik, lat 40, na chorobę Brighta, Katarzyna Siedlecka, wdowa na opiece Tow. Dobr., lat 73, na raka żołądka; Felicya Bayerowa, obywatelka, lat 58, na krwotok płuc; Wiktor Owczarkiewicz, cukiernik, lat 58, na wadę serca; Marya Rychlikowa, włościanka, lat 41, na [illegible] brzuszny; Józef Wesołowski, stolarz, lat 53 [illegible] konający przywieziony; Franciszek Czekajski, wyrobnik, lat 60, na suchoty; Jakób Dzikowski, czeladnik tapicerski, lat 54, na rozedmę płuc; Jan Tokarczyk, wyrobnik, lat 58, do szpitala konający przywieziony; Józefa Mazurkiewiczowna, na opiece gminy, lat 31, na raka; Jan Feik, kupiec, lat 48, na suchoty; Teresa Kuliszowa, żona wyrobnika, lat 43, na rozedmą płuc; Marya Kozikowa, lat 39, na zapalenie śródsierdzia; Joanna Kozielska, wdowa przy rodzinie, lat 80, do szpitala konająca oddana; Teofil Domagalski, lat 48, na suchoty; Walenty Jankowski, wyrobnik, lat 48, na suchoty; Katarzyna Wojciechowska, służąca, lat 31, na zapalenie nerek; Marya Kamińska, lat 13, na suchoty; Józef Bratek, służący, lat 27, przez zagorzenie; Hersz Wetzstein, przy rodzinie, lat 88, na zapalenie płuc; Rozalia Rosenfeld, przy rodzinie, lat 63, na udar mózgowy; Juda Kaufmann, wyrobnik, lat 70, na gruźlicę płuc; Etla Bajla Danglowicz, córka faktora, lat 10, na suchoty.

Oprócz tych, dzieci do lat 5 zmarło 7, mianowicie:

Nieżywo urodzone 1, na zapalenie jelit 2, na ospę 1, na biegunkę 2, na zapalenie oskrzeli 1.

Sprawy sądowe.

Kraków 8 listopada.

Gwałt publiczny.

Przewodniczący radca sądu krajowego p. Sapor sędziowie głosujący radcy sądu krajowego pp.: Skrzyszowski, Korczyński, Balzar; ze strony prokuratoryi: Dr Morelowski, protokolant auskultant sądowy p. Radomyski.

Na ławie oskarżonych: Jakób Leśniak właściciel dóbr ze Sidziny. Obrońca: Dr Antoni Retinger.

W sprawie kradzieży rogu wielickiego otrzymał sąd krajowy krakowski z policyi wiedeńskiej wskazówkę, że sprawcą takowej ma być niejaki Jan Dłużewski mający pochodzić z Sidziny. Śledztwo w sprawie tej prowadził p. Ohmann, który natychmiast po otrzymaniu owej wskazówki i rysopisu zbrodniarza, udał się do Sidziny w dniu 11 czerwca b. r. celem wyśledzenia i ujęcia sprawcy. Tutaj spotkało go tak grzeczne przyjęcie, iż z powodu tego przyszło do dzisiejszej rozprawy. Wezwany na świadka p. Karol Ohmann, obecnie adjunkt sądu kasacyjnego w Wiedniu, zeznaje jak następuje:

Byłem wysłany ze sądu celem śledzenia za sprawcą kradzieży rogu wielickiego, a ponieważ miałem dyrektywę z policyi wiedeńskiej, że dwóch młodych ludzi sprzedało ów róg w Wiedniu, i że jeden z nich zostawił kartę „Jan Dłużewski auf Gut Sidzina“ przeto udałem się do starosty w Wieliczce, który mi powiedział, że Sidzina składa się z dwóch części, że jednej właścicielem jest p. Leśniak, a drugą dzierżawi p. Łodziński, i że on żadnego Dłużewskiego w Sidzinie nie zna, ale mi jednak żandarmerya może dać bliższe wyjaśnienia. Gdy widziałem, że żandarm nie

---

z góry czas potrzebny do ukończenia robót, bośmy szli na spotkanie nieznanego nam wąwozu *Camunnani*, który zdaniem trzech Indyan wysłanych przed miesiącem dla zwiedzenia wszystkich możebnych przejść przez Kordyliery, miał się znajdować dosyć daleko w stronie południowej. Wieleż tam mieliśmy trudności przy przejściu tych przepaści o ścianach pionowych, zamieszkałych przez tysiące *biscachas* (rodzaj zająca), tych olbrzymich ruin skalistych świadczących o potędze piorunów i trzęsień ziemi. W miarę jak posuwamy się na południe brak wody, strumieni i źródeł coraz więcej czuć się daje; ztąd też obozowiska nasze wypadają daleko od linii i wystawiają na stratę czasu. Ale dnia 24 grudnia w samą wilię Bożego Narodzenia ujrzeliśmy tak długo oczekiwaną *Abra de Camunnani*, to jest początek wąwozu tegoż nazwiska, tworzącego w tem miejscu siodło tak głębokie, że linia nasza pomimo znacznego obniżenia się popod poziom „Jeziora Białego“ przechodzi tamtędy na drugą stronę Kordyliery pod gołem niebem.

Tego dnia pamiętnego, kiedy właśnie po raz ostatni wracaliśmy z roboty do obozu, bo już nazajutrz mieliśmy zabierać manatki i zjeżdżać z gór przez *Camunnani* zdarzył się nam znowu przypadek zabłądzenia w tym labiryncie skał, ale tym razem z mej własnej winy, bo zamiast jechać za robotnikami, którzy po większej części Indyanie mieli wiele zmysłu do poznawania miejscowości, zapuściliśmy się we czterech w koryto strumienia płynącego, jak się nam zdawało wprost od naszego obozowiska. Słońce miało się właśnie ku zachodowi i rzucało swe żółtawe światło na fioletowe, różowe i białe konary gór pełzających się jak węże po dzikiej skalistej równinie, którą nazajutrz przejechać mieliśmy; śpiewając, dowcipkując nasycaliśmy się po raz ostatni swobodą życia górskiego, przeczuwając, że wkrótce to romantyczne, awanturnicze życie stanie się wspomnieniem i przeszłością; nikt nie zwracał uwagi ani na wznoszące się coraz to wyżej ściany skał otaczających, ani na tamujące drogę naszą zapory, bagna i kamienie; aż dopiero gdy noc zapadła, gdy konie ślizgając się po gładkiem dnie strumieni padają, straszą się i posłuszeństwa odmawiają, zaczynamy dopiero zastanawiać się nad grożącem nam niebezpieczeństwem. W istocie położenie nasze było dosyć krytyczne: jesteśmy w wodzie, w głębi wązkiej przepaści zamkniętej po obu stronach niedostępnemi skałami o ścianach prawie pionowych, wznoszących się jak mury olbrzymiej fortecy na wysokość kilkunastu piąter; ciemność zupełna, nad głową chmury, w jamach rozpadlin może dzikie zwierzęta, w błocie może jaszczurki lub węże. Podjeżdżamy dalej znęceni szumem wody spadającej i stajemy na suchym kawałku ziemi pokrytym trawą kordylierską rosnącą tam tak bujnie, zapewne wskutek dostatecznej wilgoci, że zakrywa jeźdźca z koniem. Naturalnie bez chwili namysłu podpalamy ją w nadziei, że blask światła zwróci uwagę w obozie, który już blisko znajdować się musi; bucha wspaniały biały ogień słomy żywicznej, przy jego blasku szczerby skał granitowych rysują się na ciemnem tle cieniów nocnych w tysiącu fantastycznych kształtów, jakby rzeźby czarodziejskiego zamku, przed nami pieniący się wodospad drogę naprzód tamuje, my sami jakby zbójcy w kolorowych opończach, z pistoletami w olstrach a z strzelbą na ramieniu.

W milczeniu podziwiamy ten prawdziwie piękny widok, ale światło gaśnie niebawem, zalewa nas ciemność jeszcze straszniejsza, a cisza przerwana tylko rżeniem koni i szumem strumienia przekonywa nas o zupełnem zabłądzeniu. Ale cóż robić; wracać niepodobna, boby to było narażać się na skręcenie karku przy zjeżdżaniu z tych ślizgich głazów, po których jak po wschodach wznosimy się już od dwóch godzin; trzeba więc jechać naprzód, a przedewszystkiem wspinać się na zaporę tamującą nam drogę. Niebardzo mi się to szczęśliwie udało, gdyż przy tem ćwiczeniu gimnastycznem koń uderzył mną o skałę i nogę mi skaleczył, ale koniec końców w godzinę później wygramoliliśmy się z tej dziury na powierzchnię gruntu i po godzinnem błąkaniu się jeszcze po górach usłyszeliśmy nareszcie sygnał z obozu.

Nazajutrz zrana wyjazd ku *Tacna*. Przez skalistą płaszczyznę, którą mamy pod nogami, prowadziła widocznie za dawnych czasów droga ku wybrzeżu, bo w nagiej, równej jak stół skale widziałem bardzo widoczny ślad szerokiej ścieżki, a nawet w jednem miejscu wyryta strzałę i wizerunek człowieka. Teraz tędy nikt zgoła nie jeździ, trudno więc przypuścić, by te ślady ludzkiego pobytu miały być nowoczesnego pochodzenia; zresztą drożyna ta ginie zupełnie w wąwozie *Camunnani*, którym spuszczamy się zwolna i ostrożnie, rozładowywując czasem muły w miejscach ciasnych, przez które ledwie luzem idący koń przesunąć się może. Wody tam brak zupełny; to też rozbiwszy wieczorem namioty, kopiemy studnię, ale wody zaledwie wystarcza do kuchni; biedne konie i muły zmęczone całodzienną drogą muszą jeszcze wytrzymać 24 godzin bez wody, bo, jak mi mówią przewodnicy, dopiero jutro pod wieczór znajdziemy źródło w pierwszem przez ludzi zamieszkałem miejscu, zwanem *Vinna* od winnic, które tam uprawiają. Jakoż dostawszy się nazajutrz do strefy kaktusów kwitnących na rozpalonym gruncie doliny, ujrzeliśmy przejeżdżając przez kabłąk góry zielony punkcik na żółtawem tle gór roztaczających się pod nogami. Dalej, głęboko w dole rozciąga się płaskie wybrzeże Peruwii, z którego widzę wyrastające korzenie tego olbrzymiego pnia Kordylierów, jeszcze dalej w głębi Ocean Spokojny ginący w niebieskiem sklepieniu nieba. Nie myślałem nigdy, żeby było można bez pomocy balonu osiągnąć jednym rzutem oka tak olbrzymią przestrzeń morza, puszczy, i łańcuchów gór rozpostartych u stóp widza, jak sztuczna panorama. Pod wieczór wjeżdżamy do *Vinna*. — *Vinna* to mały folwark położony w dolince nad brzegiem strumienia, któremu zawdzięcza swe winnice. Nie umiem Ci opisać miłego wrażenia, jakie zrobił na mnie i na nas wszystkich widok tego ubogiego domku ukrytego w cieniu zielonych drzew owocowych; dosyć powiedzieć, że rozkoszując się łagodnem powietrzem nocy, zrzuciwszy z siebie ciężkie ubranie zimowe, spędziliśmy noc całą na pogadance przerywanej ciągłem unoszeniem się nad przyjemnością życia w klimacie tak lubym jak *Vinna*, który jednak mówiąc nawiasem nie różni się niczem od klimatu *Tacna* i innych miejsc wybrzeża peruwiańskiego. Ale wszystko jest względne; więc też i nam przemarzłym, zdziczałym *Cerranos* wydało się to miejsce rajem, ósmym cudem świata.

Spędziliśmy tam dzień cały na rozpatrywaniu doliny i jej kierunku, co mię też utwierdziło w tem mniemaniu, że droga przez *Camunnani* jest pod każdym względem nieodpowiednia celowi, i że przewiercenie tunelu przez górę *Huaitillas de Potosi* ma być warunkiem *sine qua non* projektowanego kanału. Nie wachając się też dłużej, przekroczyliśmy grzbiet gór dzielący nas od doliny *Molles* i dnia 2 stycznia w południe kłusowaliśmy już po piaszczystych błoniach wybrzeża, zalanych fantastycznemi jeziorami wód zwodniczych, zawsze uciekających, a nigdy niedostępnych. Wspaniałe to *fata morgana*. Tegoż dnia po czterech miesiącach życia na szczycie Andów, ujrzałem znowu miasto *Tacnę*, ludzi i cywilizacyę.

Władysław Klugier

bardzo sprytnie się bierze do wyśledzenia sprawcy, wróciłem do Krakowa, skąd nazajutrz z przybraniem dwóch wachmanów do Wieliczki się udałem. Wachmani złożyli mi raport, że Dłużewski w Wieliczce jest znanym, i że rysopis jego zgadza się z nad słanym rysopisem, i że zwykle jeździ z przyjacielem, który ma skazę na oku. Poleciłem zatem żandarmowi i jednemu wachmanowi, aby śledzili za owym przyjacielem, sam zaś z drugim wachmanem i auskultantem Hartmanem udałem się do Sidziny. Przyjechawszy tam z powodu burzy, która nas w drodze spotkała, dopiero o godz. 9 wieczór kazałem wachmanowi zapytać się w domu p. Leśniaka, czy nie ma tam Dłużewskiego. Po chwili wrócił wachman i oznajmił, że zastał jakiegoś pana w szlafroku, który mu odpowiedział opryskliwie, że Dłużewski znajduje się w drugim dworze. Pojechaliśmy tam. Kazałem powiedzieć p. Łodzińskiemu, że jestem sędzią śledczym, i że go przepraszam, ale muszę z nim mówić w ważnej sprawie. Wyszedł p. Łodziński i nadzwyczaj uprzejmie mię przyjął; oświadczył, że tu krótki czas dopiero mieszka, że Dłużewskiego nie zna, ale że będzie o tem wiedział p. Leśniak, który za pierwszym razem zapewnie nie zrozumiał. Ruszyliśmy tedy ku dworowi p. Leśniaka. Przybywszy tam zapukałem do drzwi, po chwili usłyszałem kroki i głos: kto tam? Kazałem powiedzieć wachmanowi Warczowskiemu, że to sędzia z Krakowa, który żąda wyjaśnienia bardzo krótkiego. Na to odezwał się ten głos: „Ja tu w nocy żadnych wyjaśnień nie daję, tu nie karczma. ale dwór.“ przyczem miotał rozmaite obelgi i oddalił się. Zapukał Warczowski po raz drugi, i wtedy dopiero zaczęło się wygadywanie na dobre: „włóczęgi, złodzieje, rozbójniki.“ Na to zawołałem: Przepraszam, jestem sędzia Ohmann z Krakowa, jestem w służbie i mogę się wylegitymować, w imieniu prawa żądam wyjaśnienia.“ Na co odrzekł Leśniak: „Czy to sędzia, czy nie sędzia niech mię ......“ Gdy zwracałem uwagę jego, że może jest rozespany, niech się umityguje, bo będzie za to odpowiadał, usłyszałem łoskot, drzwi się raptownie otwarły i w tej chwili osoba w bieli rąb[illegible] pałaszem w kierunku głowy. Warczowski [illegible] ruchem szybko cięcia uniknął. Wtedy wybiegł Leśniak na ganek i wywijał pałaszem krzycząc: „Rozbójniki, ja żadnych sądów nie uznaję, znam tylko swego starostę, więcej nikogo. W tej chwili kazałem przynieść akta, aby się mu wylegitymować, ale Leśniak krzyczał: „żadnego Dłużewskiego nie znam, jak nie ustąpicie rozbójniki, to was każę porąbać i parobkami powiązać.“ Widząc, że nie żarty, musieliśmy co prędzej wracać do wsi, gdzie nam chłopi z głębokiego snu zbudzeni bardzo chętnie wyjaśnień udzielili.

Przewodniczący: Czy tam był wówczas Dłużewski?

Świadek: Właściwy sprawca kradzieży rogu przyznał się później, że użył biletu zmarłego aktora Dłużewskiego, poszukiwany zatem Dłużewski wcale nie istniał.

W dalszym ciągu swego zeznania opowiada p. Ohmann, że Leśniak nie był pijany i odpiera tegóż zarzut, iż komisya nie była trzeźwą. Tak bowiem sam świadek jak auskultant p. Hartmann byli nawet bez obiadu dla braku czasu. P. Łodziński zeznał również, iż wcale nie spostrzegł, aby którykolwiek z członków komisyi był pijany. Zresztą inne szczegóły zeznań p. Ohmanna potwierdzili świadkowie pp. Hartmann i Warczowski.

Oskarżony Jakób Leśniak przyznaje, że miotał obelgi na urzędników i rąbał pałaszem, twierdzi jednak, iż nie wiedział, że to jest komisya sądowa, ale że to są zbóje.

Przewodniczący: Przecież p. Ohmann powiedział panu, że jest sędzią.

Oskarżony: Ja nie wierzyłem, gdyby był przyszedł z niemi jaki chłop znajomy, albo wójt, to rzeczywiście byłbym winien, ale tak, to nie.

Przewodniczący: Gdy sędzia oświadczył, że to komisya, toś pan obelgi miotał?

Oskarżony: To nie prawda, bo ja sąd szanuję, ale myślałem, że to rozbójnicy.

Przewodniczący: I powiedziałeś im pan, że nie znasz Dłużewskiego?

Oskarżony: Powiedziałem.

Przewodniczący: Dlaczegóż pan tłumaczyłeś się rozbójnikom?

Oskarżny nie umie odpowiedzieć.

Radca Skrzyszowski: Czemu pan nie żądałeś legitymacyi, skoro sędzia oświadczył chęć do tego.

Oskarżony: Przecież są wypadki, że się legitymują, a i tak są złodzieje, nawet akta przerabiają, ażeby złapać.

Przewodniczący: Czy pan byłeś pijany?

Oskarżony: Ja przyznaję, że nie byłem pijany, ale mój świadek p. Łodziński mówi, że byłem pijany.

Przewodniczący: Czy pan za pierwszym razem, wachmana też uważał za rozbójnika?

Oskarżony: Nie.

Przewodniczący: Dla czego pan za pierwszym razem nie uważał ich za rozbójników?

Oskarżony: Bo nie powiedzieli, że są urzędnicy.

Po przesłuchaniu świadków, oraz po wywodzie z. prokuratora i obronie, sąd wydał wyrok uwalniający oskarżonego od zarzutu zbrodni gwałtu publicznego, uznając go jednak winnym przekroczenia z § 312 k. k. (uraza wyrządzona urzędnikom publicznym) i skazał go za to na karę pieniężną w kwocie sto zł. w. a., a w razie niemożności ściągnięcia na czternaście dni aresztu i na koszta postępowania.

Kraków 11 listopada.

W przyszłym tygodniu odbędą się przed tutejszym sądem karnym następujące rozprawy ostateczne:

W poniedziałek d. 13go b. m.: Samuela Priwera i Racheli Priwer o skrytobójstwo (przed sądem przysięgłych); Józefa Ulmana o kradzież; Antoniego Sklarza i Józefa Podmokrego o kradzież; Józefa Laski o kradzież; Ignacego Kubny o kradzież; Aleksandra Zaręby o kradzież; Juliana Kasztana o krydę. Oprócz tego 3 sprawy apelacyjne. *We wtorek* d. 14go b. m.: Jana Gałuszki o gwałt publiczny; Jana Piotrowskiego o gwałt publiczny; Józefa Kwaturaka o kradzież. Oprócz tego 11 rozpraw apelacyjnych. *We środę* d. 15go b. m.: Franciszka Prochownika o podpalenie (przed sądem przysięgłych); Benedykta Gomółki o oszustwo; Jana i Józefa Bąków o ciężkie uszkodzenie ciała; Antoniego Grabowskiego o kradzież; Kazimierza Wierteka o ciężkie uszkodzenie ciała. *We czwartek* d. 16go b. m.: Michała Jędryka o oszustwo (przed sądem przysięgłych); Antoniego Surzyny o gwałt publiczny; Karola Biołońskiego i Antoniego Gwiazdonika o kradzież; Antoniego Chudzika o kradzież; Łukasza Jakubowskiego o kradzież. Oprócz tego 11 rozpraw apelacyjnych. *W piątek* dnia 17go b. m.: Józefa Millera, Franciszka Białożyły i Jana Gnenia o rozbój (przed sądem przysięgłych); Macieja Banorta o oszustwo; Wojciecha Steca o ciężkie uszkodzenie ciała; Gabryela Weirzbicy o ciężkie uszkodzenie ciała; Rozalii Lisownej o wykrocz. przeciw bezpiecz. życia; Jędrzeja i Jakóba Siwków, Wawrzyńca Kojniaka i Kazimierza Domezyka o kradzież; Józefa Gruszki o kradzież; Jana Przybyłowicza o gwałt publiczny; Karola Stefańskiego o kradzież. *W sobotę* dnia 18go b. m.: Izydora Konia o gwałt publiczny; Jędrzeja Nowaka o kradzież; Jędrzeja Czaderny o kradzież; Jana Gąski o kradzież.

D. 18go b. m. odbędzie się także rozprawa prasowa wskutek konfiskaty *Poradnika przemysłowo-rolniczego*.

Rolnictwo, przemysł i handel

Kasy oszczędności.

Numer dziesiąty wychodzącej w Wiedniu *Statistische Monatschrift* wodaje statystykę kas oszczędności w Austryi z ostatnich lat dziesięciu, z której wynika, że najwięcej zakładów tego rodzaju znajduje się w dolnej i górnej Austryi i w Styryi, gdy tymczasem Galicya najmniej ze wszystkich krajów koronnych obfituje w kasy oszczędności. Kiedy bowiem w dolnej Austryi każdy 5ty człowiek posiada książeczkę kasy oszczędności, a w Styryi książeczka na każdą 7mą osobę przypada, posiada ją w Czechach każda 16ta, a w Galicyi dopiero każda 116ta osoba.

Ruch wpłaty i odbioru wkładek w ostatnich latach dziesięciu doznawał aż do r. 1873 nadzwyczajnego wzrostu, od tego czasu zwalniał nieco. Był on następującym:

Rok	Wpłaty	Zwroty	Skapitalizowane procenta
1866	47,807,883	36,232,944	5,350,500
1867	75,305 466	47 983,439	6,888,612
1868	78,791,388	50,600,633	8,464,114
1869	104 254.147	69,571,511	10,091,400
1870	114 892,354	86,963,448	12 068,872
1871	138,427,440	97,095,525	14,135,045
1872	166 308,940	121,453,551	17,007,771
1873	225,896,052	166 530,851	20 370,195
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Suma:	1,387,769,781	1,056,539,807	144,884,809

Z zestawienia tego zyskujemy bardzo ciekawe wyniki. Pokazuje się bowiem, że aż do r. 1873 z każdym rokiem wzrastała suma wkładek, dopiero od pomienionego roku zmienia się stosunek tak, że wkładki w stosunku do poprzedzającego roku maleją, a zwroty stają się stosunkowo silniejsze. W ostatnich dziesięciu latach przewyżka wkładek nad zwroty wynosiła 331,230,270 złr., a że w tym samym czasie skapitalizowano procentów w kasach oszczędności 144,884,809, suma więc ogólna kapitałów stale w kasach oszczędności pozostających wynosi 476,115,076 złr.

Jest to suma, która w Austryi, tak mało kapitałów do wspierania pracy produkcyjnej mającej, jest zbyt wielką, ażeby zatrzymywanie jej w kasach oszczędności uważać można za racyonalne; z ruchu wkładek i zwrotu od r. 1873 wynika jednak, że suma ta wzrastać już nie będzie, tylko raczej umniejszać się. Byłby to wynik zupełnie pocieszający, gdyby przypuścić można, że ta część kapitałów, która się od r. 1873 z kas oszczędności wycofała, zużytą została w celach pracy produkcyjnej służących. Tak jednak nie jest. Ruch w handlu i przemyśle zmniejszył się od tego czasu, pieniądze wycofane z kasy oszczędności zużytemi być musiały skutkiem nastąpionego zubożenia na zwyczajne potrzeby życia, a kapitały, które je w kasach oszczędności od r. 1875 zastąpiły, znamionują w przeważnej części schronienie się kapitałów wylęknienych tak, że odtąd kasy oszczędności zmieniły swój właściwy charakter, zamieniając się poniekąd na banki depozytowe.

Lokowanie sum wpływujących do kas oszczędności przedstawiają następujące liczby stosunkowe: pożyczki na hipoteki wynoszą $61._{84}$ %, weksle $8._{17}$ %. inne rodzaje krótkoterminowych lokacyj $7._{14}$ %, zaliczki $3._{78}$ %, stan kasy $5._{28}$ %, realności $2._{96}$ %, rozmaite aktywa $1._{89}$ %. Tak się przedstawiają sumy przeciętne, chociaż w niektórych okolicach unieruchomienie kapitałów jest jeszcze znaczniejszem, jak n. p. w Szląsku Austryackim, gdzie pożyczki hipoteczne wynoszą $87._{94}$ % ogólnej sumy aktywów miejscowych kas oszczędności.

Procenta płacone od wkładek wynosiły u 48 kas oszczędności 6 %, u 35 — 5½ %, u 188 — 5 %, a tylko u 18 niżej 5 %. Z tąd też wynika podrożenie pieniędzy dla pożyczających. W ogólności pobierały kasy oszczędności od hipotek 6 %, u 37 kas pobierało 7 %, a zdarzają się też lokowania hipoteczne po 8 %. Od weksli wynosi najniższe oprocentowanie 6 od sta, 37 kas oszczędności bierze po 7 %, 58 kas po 8 %, a w Galicyi dochodziła już stopa procentowa kas oszczędności 12 %. Z tych danych wynika, że kasy oszczędności i na podrożenie pieniędzy wpływają.

Przyjechali do Krakowa od 10go do 11go listop.

HOTEL KRAKOWSKI: Leopold Mars z familią ze Lwowa, Tadeusz Ajdukiewicz z Bochni, Piotr Heisyk z Peterskirchen, hr. Michał Załuski z Wilna; Joanna Netirbritt z Krynicy, Antoni Bogaczewski z Zamościa, Aleksandra Tarnowska z Warszawy, Leonard von Mansfeld z Poznania.

HOTEL SASKI: Stefan Oczesalski z Rusiatycz, X. Kornel Radomski z Luboszy. X. Walenty Pelc z Zagorzan, Marya Prowans z Ukrainy, Franciszek Melan z Gaston, Piotr Hubal Dobrzański ze Lwowa, Antoni Günther z Faćmiecha, Emil Wieselthier z Wiednia, Malwina Oświecimska z Wołynia, Katarzyna Ordalecka z Wołynia, Henryk Malinowski z Jarocina, Hipolit Gaszyński z Galicyi.

HOTEL POLLERA: Julian Erfurt z Częstochowy, Ferdynand Hot inger z Wiednia, Henryk Bruk z Lubczycy, Henryk Granichstädten z Wiednia, Wilhelm Propst z Wiednia, Ludwik Stern z Krakowa, Maks Fehewary z Wiednia, X. Andrzej Maliszewski z Galicyi, Jakób Storz z Wiednia, August Siebeck z Wiednia, Gustaw Handschuh z Berna, Julian Siegler z Galicyi, Ignacy Sikesch z Wiednia, Emil Thiel z Anglii, Józef Felgenhaner z Wiednia, Gustaw Dąmbski z Kossowej, Moritz Fuchs z Wiednia, Maks Gessler z Freudenthal, Emil Ritter von Brudschulz z Reichenberga, Hermann Wüster z Kronenberga, Konrad Niesiołowski z Kongresówki, M. Schmelz z Czajek, Aleksander Taniewski z Nowego Sącza, Leo Jost z Tarnowic.

PRZEGLĄD POLITY[CZ]NY.

Depesze telegraficzne.

Petersburg 9 listopada. *Gołos* [illegible]donosi, że W. książę Mikołaj odjeżdża do Kiszeni[illegible]owa d. 7 (20) listopada dla objęcia naczelnego dow[illegible]ództwa nad armią południową. Szefem sztabu tej [illegible] armii mianowany jest jenerał-adjutant Niepok[illegible]ojczycki, a jego pomocnikiem jenerał-major Le[illegible]wicki. D. 2 (15) listopada Cesarz odbędzie przeglą[d] wojsk.

Wersal 9 listopada. Senat uch[illegible]walił w pierwszem czytaniu ustawę o administra[illegible]cyi armii. W Izbie deputowanych uchwalono budż[illegible]et marynarki. Komisya senacka, która ma zbadać u[illegible]stawę uchwaloną w Izbie deputowanych o zaniecha[illegible]niu dochodzeń sądowych, odrzuciła projekt ustawy więk[illegible]szością głosów.

Londyn 9 listopada. Depesza ok[illegible]ólna angielska w kwestyi konferencyi opiewa: „Angli[illegible] wnosi zebranie się konferencyi w Konstantynopolu, [illegible] złożonej z reprezentantów po dwóch z każdego mo[illegible]carstwa gwarantującego. Podstawy narad mają być [illegible]te: 1) Niepodległość i całość państwa Tureckieg[o]; 2) oświadczenie, że żadne mocarstwo nie pragni[illegible]e rozszerzenia swoich posiadłości, ani wywierania wy[illegible]łącznego wpływu i osiągnięcia żadnych szczególnych [illegible] korzyści handlowych, jak to oznaczonem zostało w [illegible] protokółach z d. 17 paźdz. i 3 sierp. 1860 r.; 3) [illegible] projektowane niedawno przez rząd angielski warunki [illegible] pokoju“.

Madryt 9 listopada. Poseł hiszp[illegible]ański w Wiedniu ks. Tetuan (O'Donnel) wyjecha[ł] tam dzisiaj.

Bukareszt 10 listopada. W sen[illegible]acie żądał Deszlio przedłużenia korespondencyi dy[illegible]plomatycznej; minister przyrzekł uczynić temu za k[illegible]lka dni zadosyć.

Konstantynopol 9 listopada. [illegible] Porta zawiadomiła dotyczących posłów o postanow[illegible]ieniu, iż zakaz wpływania w Dardanele i do Bosforu [illegible] nocą, rozciągnięty zostaje tymczasowo także do st[illegible]atków pocztowych.— Konstytucya ułożona z 120 art[illegible]ykułów, niebawem ogłoszoną będzie. Idea konferency[illegible]i zyskuje coraz więcej pola, wszelako może ta ni[illegible] odbędzie się w Konstantynopolu. Porta w kwestyi [illegible]konferencyjnej jeszcze nie wyraziła się. Porta postan[illegible]owiła urządzić bióro statystyczne i wezwała byłego gł[illegible]ównego sekretarza kongresu statystycznego w Pete[illegible]rsburgu Pusłowskiego do objęcia organizacyi i [illegible] zarządu tego bióra.

Nowy Jork 9 listopada godz. 6 wieczór. Rezultat wyborów zawsze jeszcze wątpliwy, gdyż obie strony przypisują sobie zwycięstwo [illegible]we Florydzie i Karolinie południowej. Wotum jednego z tych krajów rozstrzygnęłoby zwycięstwo na rzecz Ti[illegible]ldena, a Hayes potrzebowałby wotum ich obu, aby zost[illegible]ać wybranym.

Na czele dzienników wiedeńskich zapisana dziś uroczystość odsłonięcia pomnika Schillera w Wiedniu, której był obecnym NPan. *N. fr. Presse* chciałaby temu aktowi czysto literackiego znaczenia, nadać doniosłość polityczną na rzecz pierwszorzędnego stanowiska żywiołu niemieckiego w Austryi. Dziwić się należy, że kiedy w całych Niemczech nie ma miasteczka, gdzieby nie było pomnika Schillera i Goethego, teraz dopiero Niemcy wiedeńscy zdobyli się na uczczenie pamięci poety. Pomnik Schillera w Wiedniu może przypominać sławę literacką Niemiec, ale nie ma znaczenia politycznego, bo w pismach i życiu wielkiego poety nie ma jeszcze śladu dzisiejszego unitaryzmu pangermańskiego.

Jeszcze sprawa milczenia Polaków w rozprawach o kwestyi wschodniej zajmuje dzienniki krajowe i zagraniczne. Utrzymują, że w loży dyplomatycznej p. Nowikow miał powiedzieć, widząc, że Polacy nie zabierają głosu: „raz przecież Polacy są zręczni“. Nie dziwi nas, że to milczenie przypadało do smaku ambasadorowi rosyjskiemu. W rekryminacyach dzienników lwowskich spotykamy zarzuty przeciw niektórym członkom delegacyi, że przeważyli szalę w kole za milczeniem. Według naszych informacyj nieprawdą jest, aby p. Dunajewski należał do komisyi układającej deklaracyę, równie nieprawdą jest, jakoby wnosił milczenie. Przeciwnie, stanowczo się oświadczył za przemówieniem, o czem donosili nasi korespondenci.

W wydziale wyznaniowym Rady państwa pocieszają się liberalni członkowie po odmowie sankcyi ustawy o klasztorach, że nowy projekt ustawy z pewnemi modyfikacyami przygotowuje p. Stremayr. Należy się spodziewać, że modyfikacye te zmienią ducha ustawy i zabezpieczą swobodę zgromadzeń zakonnych.

Ktoby się spodziewał, że tureccy patryoci będą dziś przesyłać adresa do Akademii umiejętności w Peszcie. Jest to odpowiedź na demonstracye węgierskie na cześć Turków, pełna zapewnień o sympatyach i historycznych związkach dwóch narodów. Jest to *curiosum* polityczne i historyczne zara[illegible] [illegible] Węgrzeżeli pod niewolą turecką, dziś się bratali z dawnymi swymi zdobywcami.

Baśń *Gołosu*, jakoby w Warszawie na dworcu kolei miano odkryć składy broni, jest po prostu wymysłem policyjnym, w celu wysadzenia z posad przy kolei żelaznej inżynierów Polaków. Bajka była jednak zbyt niezręczna, aby się mogła utrzymać, i autorowie jej musieli ją odwołać.

Najważniejszym wypadkiem dziennym polityki europejskiej jest mowa Disraelego na uczcie u burmistrza londyńskiego, podana wczoraj przez nas w telegramie. Jeszcze nigdy gabinet angielski tak stanowczo nie postawił swojej woli Rzucił on rękawicę Rosyi i zastrzegł, że w razie, gdyby które państwo targnęło się na całość Turcyi, znajdzie Anglię gotową do obrony Turcyi. Mowa ta jest jakby programem stanowiska Anglii na konferencyi. Reformy, autonomia — te przyjmuje Anglia, ale nie dopuści okupacyi czy to rosyjskiej, czy austryackiej. Wprawdzie *Times* przyznaje, że Anglia musi zawołać: *va banque!* bo nietyle idzie jej o to, kto będzie panem Stambułu, byle nie stała się panem Rosya, któraby mogłaby Anglii zagrozić w Indyach. Kwestya panowania Anglii w Azyi, jest kwestyą żywotną i dla niej Angia nie może szczędzić żadnych ofiar.

„Największą trudność położenia — mówi *Nordd. Allg. Ztg*— ma według naszych informacyj stanowić obecnie kwestya co do przyszłości Bułgaryi, gdyż polityka rosyjska właśnie pod względem tej części territorium tureckiego żywi życzenia, na które Turcya w żadnym razie zezwolenia swego nie dałaby. A mianowicie punktem niezgody jest znów głównie ta okoliczność, że Rosya żąda dla Bułgaryi pojęcia jeograficznego, nie uznanego w ogóle przez Turcyę, podczas gdy Porta skłonną się okazuje jedynie do ulg udzielić się mających mieszkańcom chrześciańskim, przebywającym w wilajecie Tuna (Dunaj)“. Dalej dodaje organ rządowy pruski, że nie może sądzić, jak dalece w związku z tem zostaje, że właśnie teraz rosyjskie dzienniki z upodobaniem mówią o Bułgaryi, a nawet jak *Nowoje Wremia*, łączą tę sprawę z planami ks. Bismarka o Finlandyi.

Dziś mamy 11go, a więc już czwarty dzień upływa od wyboru prezydenta Stanów Zjednoczonych Ameryki, a jeszcze nie znamy rezultatu wyboru, bo obliczenie głosów w różnych krajach Unii nie dokonane. A jednak od głosu jednego kraju zawisło, nie tylko, który kandydat obrany będzie, ale które stronnictwo będzie miało przewagę w wewnętrznych sprawach Unii, t. j. który system przeważy u góry, czy konfederacyjny czy unitarny. A tak ważna sprawa zawisła od jednego głosu, sprawa mogąca rozstrzygać o przyszłości tego olbrzymiego państwa, sięgającego od bieguna do równika.

Ostatnie depesze telegraficzne „Czasu“.

Wiedeń 11 listop. (*pryw.*). Przeciw wnioskowi Goellericha zapisanych jest 11 mówców w Izbie deputowanych, a między nimi Grocholski, również Mieroszowski; czterech zapisało się za wnioskiem. Przeciw wnioskowi zabierali dotychczas głos: Zschock, Hermann, Thurn, a za wnioskiem: Giskra, Scharschmidt, Diastl. Następujące posiedzenie we wtorek.

Wiedeń 11 listopada (prywatna). W klubie postępowym zapowiedział Roser interpelacyę o okólnik prezesa ministrów do naczelników z wezwaniem ich do ścisłego wykonywania policyi nad prasą. W klubie lewicy zapowiedział Neuwirth podobną interpelacyę. Magg w klubie postępowym zamierza interpelować o ugodę z Węgrami, mianowicie względem przymierza cłowego i handlowego.

Buda-Peszt 11 listop. W Izbie deputowanych Simonyi domaga się obszernego systematycznego przedłożenia rządowego w kwestyi wschodniej i interpeluje całe ministeryum, ażali ono skłonnem jest wnieść tego rodzaju przedłożenie przed przystąpieniem do obrad nad budżetem, iżby parlament mógł zdanie swoje wypowiedzieć.

Augsburg 11 listopada. *Allgem. Zeitung* (augsburska) upoważnioną jest przez hr. Braya (niegdyś ministra bawarskiego) do zaprzeczenia, jakoby przytoczone w parlamencie niemieckim przez Dra Jörga słowa ks. Bismarka, iż najbliższa wojna Niemiec wydaną będzie Rosyi, powiedziane były do hr. Braya.

Londyn 11 listopada. We czwartek nadeszło do ministerium spraw zagranicznych uwiadomienie o przyjęciu przez Rosyę angielskich propozycyj względem konferencyj. Margr. Salisbury jedzie prawdopodobnie przez Wiedeń na konferencyę. *London-Gazette* ogłasza depeszę lorda Derby do Loftusa z d. 30 października, w której stwierdzonem jest, iż propozycya tycząca się okupacyi prowincyj tureckich i demonstracyi flot zagranicznych wyszła od Rosyi, i równocześnie udzieloną została w Wiedniu i Londynie.

Londyn 11 listopada. Depesza lorda Derby do lorda Loftus z d. 30 października mieści w sobie streszczenie usiłowań rządu angielskiego. Dnia 5 paźd. Derby polecił Elliotowi w Konstantynopolu opuścić tę stolicę, jeśliby Porta odrzuciła zawieszenie broni. [illegible] cierpliwość [illegible] dem przyjęcia przez rząd rosyjski wniosku tureckiego o sześcio-miesięczne zawieszenie broni, lord Derby zwrócił uwagę jego na zwrot opinii publicznej, jakiby mógł nastąpić, gdyby naród angielski uwierzył, iż Konstantynopol jest zagrożony. Po odrzuceniu tej propozycyi tureckiej przez Rosyę szukał Derby interwencyi Niemiec, a ks. Bismark odpowiedział: Rząd niemiecki stara się wprawdzie, aby zawieszenie broni mogło być przyjętem, ale nie czuje się być uprawnionym do wywierania nacisku na postanowienia innych państw.

Bruksella 11 listopada. *Nord* nazywa mowę lorda Beaconsfielda (mianą na uczcie u lorda majora) nieokreśloną, zawierającą w sobie sprzeczności, i mówi, że Rosya trwa w postanowieniu zgodzenia się na program angielski, a nieprawdą jest, aby Rosya sposobiła się do wyruszenia w pole przeciw Turcyi; Rosya zarządza tylko pewne środki ostrożności, aby nie została zaskoczoną nieprzewidzianie.

Rzym 10 listopada. Ze względu na spór między Watykanem a Bawaryą z powodu wzbraniania się Ojca św. w potwierdzeniu dwóch biskupów wybranych przez rząd bawarski, zapewniają, że Watykan w skutku obustronnych wyjaśnień przesłał nuncyuszowi w Monachium pojednawcze instrukcye; postawiony jest tylko warunek, aby rząd bawarski nie oddalał się od konkordatu. — Kardynał Bilio prawdopodobnie mianowany będzie sekretarzem stanu; wszelako nic jeszcze dotąd nie zapadło stanowczego.

Bukarest 11 listopada. Izba deputowanych uchwaliła żądanie ministra wojny, aby zatrzymać dłużej pod bronią rezerwy, aniżeli pozwala ustawa tycząca się ćwiczeń wojska.

Kair 10 listopada. Minister skarbu został z urzędu oddalony, aresztowany i oddany pod sąd. Książę Hussein, syn wicekróla, mianowany ministrem skarbu. (Sprawa ta zostaje w związku z usunięciem się Scialoi, b. ministra włoskiego jako prezesa komisyi finansowej egipskiej i z uchyleniem funduszów dla tej komisyi przeznaczonych. *Red.*)

Kurse. Wiedeń 11 listopada, godz. 2 m. 20 po poł. Renta papierowa 62 65 — Renta srebrna 67 20 — Losy z r. 1860 110 75 — Akcye Banku narod. 834 — Akcye kredytowe 146 80 — Londyn 123 55 — Srebro 107 15 — Napoleony 9 87—. — Lombardy 79·75 Losy z r. 1864 130·50. — Akcye kolei Karola Ludwika 209·25. Akcye kolei Lwowsko-Czerniowieckiej 116 50. — Akcye kolei węg. północ wschod 94·50 — Akcye kolei węg.-wschod. 27 25 Anglo Bank 76 60 — Obligacye indemn. galicyjskie 85 50 — Losy premiowe węgierskie 71·25. — Akcye kolei Koszycko-Bogum. 87·—.— Akcye kolei półn. zach. austr. 123·—.— Listy zastaw. hipoteczne 87·75 — Obligi pierwszeństwa kolei państw. —·— Marki 60·75. Ruble 157·75.

Usposobienie giełdy: mdłe.

REDAKTOR ODPOWIEDZIALNY I WYDAWCA
Antoni Kłobukowski.

Kurs pieniędzy i papierów publ.

Kongregacyi kupieckiej.

Kraków, 11go Listopada.

	płacą	żądają
Rubel papier. rosyjski . . . (za 1 sztukę)	1 56¾	1 58¾
Rubel srebrny obrączkowy „ 1 „	1 58	1 66
Mark niemiecki „ 1 „	0 59¾	0 61¼
Dukat holenderski ważny „ 1 „	5 82	5 96
Dukat austryacki „ 1 „	5 82	5 96
Napoleondor „ 1 „	9 75	9 95
Półimperyał „ 1 „	—	—
20-markówka niem. ważna „ 1 „	0 —	0 —
Srebro austryackie (za 1 złr.)	106 —	108 —
Kupony austr. srebr. płatne (za 100 zł.)	105 —	106 50
Listy zastawne i obligi: (we Lwowie (za 100 zł. w. a.); Oprócz bież. kuponu, obliczającego się każdods. w miarę terminu płatn.)		
5% Pożyczka krajowa galicyjska	89 50	— —
Obligacye indemnizacyjne galic.	85 —	87 —
4% listy zast. Tow. kredyt. ziem.	76 50	78 50
5% listy zast. Tow. kredyt. ziem.	83 75	85 75
6% listy hipoteczne banku hipot.	86 75	88 50
6% listy dłużne galic. zakł. włoś.	91 50	94 50
5½ listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, srebrem za 100 zł. w. a.	92	— —
5% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	88 50	
6% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwr. za 18 lat banknotami za 100 zł. w. a.	89 —	92 50
7% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwr. za 20 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	97 —	100 —
Priorytety banku gal. d. h. i p. w Krak. (za 100%)	80 —	90 —
4% listy zastawne król. Pol. ser. I (za 100 r.) (rub. i kop.)	95 —	97 25
4% listy zastawne król. Pol. ser. II (za 100 r.)	—	— —
5% listy zastawne król. Polskiego (za 100 r.)	89 —	91 —
4% listy likwidac. król. Polskiego (za 100 r.)	79 75	81 75
Akcye kolejowe i bankowe:		
Akcye kolei Karola Ludwika po złr. 200	207 —	211 —
„ Lwowsko-Czerniow. „ „ 200	115 —	119 —
„ hipot. we Lwowie wpł. 200 zł. „ „ 200	— —	— —
Akcye banku gal. dla h. i przem. w Krak. 200 złr.	—	— —

Losy krajowe.	płacą	żądają
Losy miasta Krakowa	14 25	15 50
Losy m. Stanisławowa	18 —	20 —

Wiedeń 10go Listop.

	płacą	żądają
5% zjedn. dług państ. bank.	62 50	62 70
5 „ „ „ „ srebr.	67 20	67 40
„ Oblig. ind. niż. Austr.	101 25	101 75
„ „ „ czeskie	100 —	— —
„ „ „ węgierskie	75 50	76 [illegible]
„ „ „ galicyjskie	85 —	86 [illegible]
„ „ „ bukowińsk.	83 —	84 [illegible]
„ „ „ siedmiogr.	75 25	75 75
5% węgierska pożyczka kol. (po 300 frank.) 120 złr	98 50	99 —
Listy zastawne.		
5% Banku narod. listy	97 —	97 15
4 „ galicyjskie	— —	— —
5 „ „	85 —	85 50
6 „ galic. zakł. kred. włośc.	93 25	93 60
6 „ Zakł. kr. z. w Krak. w l. 18	90 —	92 —
7 „ „ „ „ „ „ 20	98 —	98 50
6 „ „ „ „ „ „ 36	89 50	—
5½ sr. „ „ „ „ 36	93 —	— —
5% węgierskie listy	— —	—
5 „ zakł. kredyt. austr.	106 —	10[illegible] 50
5 „ zakładu kr. ziem. aust. spłacal. w 33 latach	89 50	8[illegible] 75
5 „ Domen. państ. 120 złr.	140 50	14[illegible] —
6 „ Banku gal. hipot.	87 50	8[illegible] —
Pożyczki loteryjne.		
Losy pożycz. z roku 1839	255 —	25[illegible]
„ „ „ 1854	105 —	10[illegible] 50
„ „ „ 1860	111 —	11[illegible] 50
⅕ losów pożyczki austr. państw. z r. 1860	116 50	11[illegible] —
Losy pożyczki z r. 1864	131 50	13[illegible] —
„ prem. pożyczki węg.	71 50	7[illegible] —

	płacą	żądają
Losy Comorente	22 50	23 —
„ kredytowe	159 75	160 25
„ żeglugi parowej na Dunaju	93 50	93 50
„ księcia Salm	39 75	40 25
„ „ Palffy	28 50	29 —
„ „ Klary	29 25	29 75
„ hr. St. Genois	33 50	— —
„ miasta Budy	29 —	29 50
„ Windischgraetz	27 —	27 25
„ hr. Waldstein	22 75	23 25
„ hr. Keglevich	14 —	14 50
„ Rudolfa	13 50	14 —
„ tureckie 400-frank.	13 50	14 —
Akcye bankowe i przem.		
Banku narod. austryac.	831 —	833 —
Zakładu kredytowego	146 40	146 60
Żeglugi parow. na Dunaju	350 —	352 —
Kolei północ. Ferdynanda	1750	1755
„ rządowej fr. a.	258 —	258 50
„ zachod. c. Elżbiety	142 —	143 —
„ Południowej	79 50	79 75
„ Galicyjskiej	208 50	209 —
„ Czerniowieckiej	116 75	117 25
„ Albrechta	— —	— —
„ węg. północ.-wschod.	94 25	94 75
„ ks. Rudolfa 200 zł. sr.	104 75	105 25
„ Alföldsko-Fiumańsk.	98 50	99 50
„ Koszycko-Bogumił.	86 —	87 —
„ Siedmiogrodzkiej	— —	— —
„ Cisańskiej	177 —	— —
„ wschodnio-węgierskiej	27 50	28 —
„ austryack. półn.-zach.	123 —	124 —
„ Franciszka Józefa	125 —	126 —
Banku anglo-austryackiego	76 25	76 50
Zakładu kredytowego węg.	111 75	112 —
Banku franko-austryackiego	10 —	10 25
„ franko-węgierskiego	— —	— —

	płacą	żądają
Banku galicyj. dla handlu i przem. w Krakowie	— —	— —
„ krajowego galicyjsk. we Lwowie	— —	— —
„ wiedeńskiego dla obrotu płodów	— —	— —
„ galic. hipotecznego	— —	— —
„ dla obrotu ogólnego	81 —	82 —
Obligi pierwszeństwa.		
Kolei Dniestrzańskiej	— —	— —
„ Koszycko-Boguminśk.	67 —	67 50
„ państwowej 500 fr.	154 —	155 —
Emisya z r. 1867	146 —	147 —
„ południowej 500 fr.	115 30	115 70
Bony 1875-1876 6%	— —	— —
„ pół. c. Ferd. 100 złr. m. k.	98 50	99 —
„ „ „ 100 złr. w. a.	95 —	— —
„ „ „ w srebr. 5%	104 50	105 —
„ południ. półn. niem. 5% za 100 złr. w. a.	86 —	87 —
5% w srebrze	88 —	— —
„ gal. Kar. Lud. 300 z. w. a. w srebr. 5% za 100 złr.	97 25	97 75
Emisya II.	95 —	95 50
„ Lwowsko-Czerniow. po 300 złr. (w sr. 5% za 100)	77 —	77 50
Emissya z r. 1867	77 25	77 75
„ Siedmiogr. 200 złr. w. a.	59 —	60 —
„ ks. Rudolfa 300 złr. w. a. w srebr. 5% za 100 złr.	76 75	77 25
Austr. Lloyd 100 złr. m. k.	— —	— —
Towarz. pragskie przem. zel. po 300 złr.	— —	— —
Waluty.		
Cesarskie korony	5 90	5 91
„ dukat na wagę	5 92	5 93

	płacą	żądają
Napoleondory	9 86	9 87
Suweryny angielskie	12 27	12 33
Imperyały rosyjskie	— —	— —
Srebro	107 10	107 25
Srebro, kupony	— —	— —
Bank. pań. Niemiec. na 100 m.	60 65	60 75
Rubel pap.	1 57⅜ —	1 58⅜

Lwów 10 listop.

	płacą	żądają
Dukat holenderski	5 75	5 84
„ cesarski	5 88	5 90
Półimperyał rosyjski	9 90	10 10
Rubel srebrny rosyjski	1 61	1 67
„ papierowy	1 57	1 59
Marki 100	60 25	61 —
Listy zast. Tow. kr. gal. 5%	84 15	84 90
„ „ „ „ „ 4 „	77 40	78 25
„ „ Banku hipotecz.	87 50	88 30
Obligi indemn. bez kupon.	85 20	86 —
Akcye kolei galic. K. L. b. k.	208 —	210 —
„ „ Lwow.-Czern.	115 —	117 —
„ banku hipot. gal.	215 —	217 50

Warszawa 9 list.

	płacą rub. kop.	żądają rub. kop.
Listy zastawne 1ej seryi	97 —	97 30
„ „ 2ej seryi	97 —	97 30
kupon	152 2/9	— —
„ „ nowe	90 10	90 40
kupon	190 7/18	— —
„ likwidacyjne	81 05	81 35
kupon	175 5/9	— —
Kolej warszawsko-wiedeń.	— —	— —
„ „ bydgoska	— —	— —
Rosyj. pożyczka prem. 1864 r.	192 —	— —
„ „ „ 1866 „	190 —	— —

Za duszę ś. p.

Księcia Pawła Lubartowicz Sanguszki

hrabiego na Tarnowie, kawalera honorowego Maltańskiego,
odbędzie się 23 listopada 1876 r. o godz. $8\frac{1}{2}$ i 10 zrana

Nabożeństwo żałobne w katedrze Tarnowskiéj,

na które pozostała rodzina zaprasza Krewnych, Przyjaciół i pobożną Publiczność. (2800-1-3)

(2841)

Za duszę ś. p.

Ludwika Szterszteyn Helcla

odbędzie się
jako w rocznicę śmierci

Nabożeństwo żałobne

W KOŚCIELE OO. KAPUCYNÓW
w Poniedziałek d. 13 listopada b. r.
o godz. 10 zrana,
na które pozostała żona, Krewnych i Znajomych zaprasza.

Księgarnia i Skład nut
S. A. Krzyżanowskiego
w Krakowie, Rynek l. 36
otrzymała

Drugi zbiór piosnek

z towarzyszeniem fortepianu, muzyka i słowa
Artura Barthelsa. Złr. 5.

Zawiera: 1) Uczynność. 2) Szczęście małżeńskie. 3) Kłótnia Mościumdzieja z Mocadziką. 4) Zdrowe rady. 5) Obrona walca. 6) Czy żonaty, czy ma dzieci. 7) Każdy wiek ma piękność swoją. 8) Cień matki. 9) Mydło. 10) Dwie ciotunie. 11) Pyk, pyk, pyk. 12) Małpy i ludzie. 13) Czy to tak dawniéj bawili się.

Zamówienia na prowincye uskutecznia się odwrotną pocztą. (2742-1-3)

Konkurs

na posadę ochmistrzyni **przy wyższéj szkole żeńskiéj** w Wadowicach. Z posadą tą połączona jest płaca 300 złr. rocznie. Termin do wniesienia podań na ręce Dyrekcyi tegoż zakładu, oznacza się do 1go grudnia b. r.
(2844)

Majątek ziemski Jurków-Tworkowa

z folwarkiem Zacniową,
600 morgów areale, wraz z łąkami, jest od 1go kwietnia 1877 r. w 20toletnią dzierżawę **do wypuszczenia.**
Zasiewy i inwentarze
za kaucyą.

Bliższéj wiadomości można zasięgnąć u właściciela w Marcinkowicach p. Nowy Sącz. (2741-1-7)

Magazyn strojów modnych

wraz z urządzeniem jest **natychmiast do sprzedania.**

Wiadomość u p. Zuckermanna w biurze komisowem przy ulicy Floryańskiéj pod Nr. 367. (2842-1-3)

Istniejący od wielu lat amerykańsko-rosyjski

skład futer
J. M. Fischer
w Wiedniu, Obere Donaustrasse 29 obok Schöllerhof,

poleca swój bogato zaopatrzony skład konfekcyi damskiéj w towarach futrzanych, tudzież wszelkie gatunki futer męskich do miasta i na podróż trwale zrobionych, w bardzo gustownym kroju i wogóle

towary futrzane gotowe i nieobrobione.

Także częściowo po najtańszych cenach hurtownych.

Zamówienia z prowincyi będą jaknajlepiéj uskutecznione. (2596-3-)

Neu verbesserte
Bruchbänder.

Dieselben sind durch ihre unübertreffliche Construction selbst zur Heilung der Brüche geeignet. Preis 4, 6 u. 8 fl., doppelseitige 7, 9 u. 15 fl., je nach Eleganz. Gewöhnliche Federbruchbänder von 3, 4, 5 fl., doppelseitige 5, 7, 9 fl., unbemerkbare Bruchbänder für kleine Brüche, engl. Federn, 5 fl., doppelseitige 9 fl., Kinderbruchbänder von 80 kr. bis 3 fl., doppelte von 1 fl. 30 kr. bis 5 fl., Suspensorium von 80 kr. bis 1 fl. 50 kr., mit Seidensack 2 fl., grosse elast. Nabelbruchbandagen von 6 fl bis 10 fl. Alle Gattungen Bandagen und Maschinen für Verkrümmungen des Körpers, sowie künstliche Hände und Füsse neuester Systeme. Bei briefl. Bestellung von Bruchbändern muss das Hüftenumfangsmass, und ob der Bruch links oder rechts, gross oder klein sei, angegeben sein. Der Betrag wird mit Postnachnahme behoben. (2823-1-12)

Louis Heuberger,
Bandagist (30-jährig Praxis) in **Wien,** Wieden, Favoritenstrasse Nr. 12. Eingang Floragasse Nr. 2, 1 Stock.

„KURYER KRAKOWSKI“

pismo codzienne wychodzące od 15 paździer. 1876 r.

Od wydawnictwa.

Z dniem 2 Listopada redakcya *Kuryera Krakowskiego* wzmocnioną została przybytkiem nowych sił współpracowniczych, z których pomocą, wierni dotychczasowemu założeniu i programowi, zaprowadzimy wszelkie możliwe ulepszenia, ażeby pismo nasze odpowiedziało swemu zadaniu: pożyteczności ogólnéj.

Od czytającéj publiczności oczekujemy i spodziewamy się poparcia, na które zasłużyć będzie głównem naszem zadaniem.

Cena przedpłaty i warunki wydawnictwa pozostają bez zmiany. *Kuryer* wychodzić będzie punktualnie rano o godzinie 10éj, tak, aby tegoż dnia jeszcze mógł być rozesłanym poranną pocztą.

Przedpłata za listopad i grudzień wynosi w Krakowie **2 złr.**, z przesyłką pocztową w Austryi **2 złr. 50 c.,** w Niemczech **3 złr.** Miesięcznie w Krakowie **1 złr.**, z przesyłką w Austryi **1 złr. 25 c.,** w Niemczech **1 złr. 50 c.**

Listy i pieniądze w przekazach pocztowych nadsyłać należy *franco* do Administracyi *Kuryera Krakowskiego*, ulica Różanna Nr. 413 w Krakowie. (2678-3-)

HANDEL

dawniéj Wgo M. Dworskiego,

Rynek główny Nr. 14 — wyprzedaje wszystkie towary galanteryjne **niżéj cen fabrycznych,** zaś artykuły piśmienne po zniżonych cenach.

Wszelkiego rodzaju monogramy i pieczątki odbija jaknajtaniéj. (2733-2-6)

Również załatwia spiesznie wszelkie interesa komisowe.

Zdolny zecer, który umie także czytać korektę, znajdzie miejsce w drukarni **Teodora Zalewskiego w Gliwicach** w Górnym Szląsku. (2791-2-2)

W ogrodzie Gumniskim

dostać można

Różów czerwonych, krzaki wielkie, 100 szt. 12 złr.
Akacyj drzew, 100 sztuk 25 złr.
Robinia Caraguna wielkie 100 sztuk 12 złr.
Krzewów ozdobn. wielkich 100 szt. 10 złr., 1000 złr. 85
Jabłek dziczków 2-letnich 100 szt. 2 złr., 3-let. 3 złr.
Gruszek „ 2-letnich 100 sztuk 3 złr.
Róż dziczków do szczepienia 2-let. 100 szt. 2 złr.
Malin zawsze rodzących 100 sztuk 3 złr.
Vaigelij nowych 12 sztuk 5 złr.
Truskawek nowych gatun. 100 c. 85, 1000 złr. 6.
Goździków pełnych 12 szt. złr. 1·50. (2662-2-2)
Gumniska p. Tarnów.
Stanisław Korsynek.

Biuro ajencyjne i komisowe
E. Lipiner w Krakowie
przy ul. Floryańskiéj pod l. 343

zajmuje się szczególniéj i załatwia ku zupełnemu życzeniu i zadowoleniu żądającego

a) stręczeniem i pośredniczeniem w kupnie, sprzedaży, wydzierżawieniu dóbr ziemskich, folwarków, dworków, kamienic itp.;
b) s ręczeniem oficyalistów prywatnych t. j. rządców, ekonomów, leśniczych, guwernerów, guwernantek itp.;
c) przyjmuje w komis za kaucyą produkta ziemne do sprzedania tj. zboża wszelkiego rodzaju, wełnę, okowitę, chmiel itp.;
d) przyjmuje także i spiesznie załatwia interesa pieniężne na hipotekach pewnych i na wekslu; (2843-1-3)
e) wysyła ludzi do żniwa i do różnych robót.

Poszukuje się piwnicy

z lodownią (lub stosownéj na lodownią) na skład piwa. Ktoby takową miał, raczy się zgłosić i podać bliższe szczegóły i warunki do Biura komisowego *Wł. Jaworskiego*, ulica Floryańska Nr. 325 I. piętro. (2730-2-3)

Bez bólu

i bez wstrzykiwania,
bez lekarstw przeszkadzających trawieniu, tudzież bez chorób następnych i przerwania zatrudnienia wyleczą według zupełnie nowéj metody, doświadczonéj w niezliczonych wypadkach

upławy rury moczowéj,

tak świeżo powstałe jakoteż bardzo zastarzałe, naturalnie, gruntownie i szybko

Dr. Hartmann,
członek lekarskiego wydziału,
w Wiedniu, Stadt, Seilergasse 11.

Wylecza także wyrzuty skórne, zwężenia, upławy u kobiet, bladaczkę, niepłodność, upławy, **osłabienie męzkie,** bez wyrzynania i bez wypalania **kiłę i wrzody wszelkiego rodzaju.** Listownie takież same ordynowanie. Najściślejszą dyskrecyę zapewnia, a lekarstwa na żądanie natychmiast przesyła. (2563-100-100)

CHOROBY GARDŁA, GŁOSU I GĘBY

CUKIERKI Dethana zalecane w słabościach **gardła, chrypce, zapaleniu gardła, zwrzodowaceniu w ustach,** [illegible] **oddechowi, irrytacyi w gardle i gębie przez palenie tytoniu; zapobiegają działaniu** [illegible]. Lekarze zalecają je szczególniéj **kaznodziejom, mówcom, profesorom i śpiewakom,** albowiem utrzymują się organu głosu i zapobiegają skrzeniu gardła. — W Paryżu w aptece p. **Dethan,** Faubourg St. Denis, 90. — i u wszystkich znaczniejszych aptekarzy, którzy utrzymują środki lekarskie zagraniczne. 2312-2-

---

Śmietany i mleka

dostać można w **Ludwinowie** z odniesieniem do Krakowa, poczta Podgórze. (2778-2-3)

W Krasiczynie

rozpoczyna się z dniem 12 listopada sprzedaż jałówek i buchajków pełnéj krwi Ayrshire.
(2789-3-3)

Prawdziwe tureckie sorbety różnego smaku 1 funt 90 ct., jakoteż **chleb sułtański** (Rohatlicum) 1 funt 1 złr.
poleca Handel (2794-1-3)
L. PACZENSKIEGO w CZERNIOWCACH.

Boże Narodzenie zbliża się!

Kto chce swoim dzieciom sprawić wielką radość, niechaj kupuje szybko, o ile zapas starczy, nasz najnowszy

!! Bazar gwiazdkowy !!

za bajecznie tanią cenę tylko **złr. 5.15 c.** zaco dostaje się **53 sztuk** najnowszych

zabawek dla chłopców i dziewcząt różnego wieku,

mianowicie:

12 sztuk wspaniałych upiększeń do drzewka.
25 szt. różnokol. świeczek do oświetlenia drzewek.
1 kompletny serwis porcelanowy [illegible]
1 wspaniałą klatkę z naturalnie [illegible] cym i latającym ptakiem kolibri.
1 [illegible] mego motyla latającego na welocypedzie.
1 zgrabny polityrowany młynek do kawy.
1 cały idący pociąg kolei żelaznéj.
1 pięknie ubranego pajaca sztukmistrza.
1 pięknie ubraną lalkę jako damę.
1 pistolet rewolwerowy.
1 [illegible]
1 pułk tureckich żołnierzy na stopie wojennéj.
1 instrument muzyczny z niebiańskiemi tonami.
1 pudełko z miastem Wiedniem.
1 wielka gra w domino.
1 nowo wynaleziony przyrząd do śmiechu pobudzający.
1 wspaniałe panorama świata.
1 pudełko z całym zwierzyńcem. (2320-1-6)

Wszystkie te zabawki 53 sztuk kosztują razem tylko złr. 5.15 c. Adres:

Wiener Weinachts-Bazar, Wien. I. Burgring Nr. 3.

Zamówienia z prowincyi punktualnie za zaliczką.

Szybką i pewną pomoc znajdą

cierpiący na płuca!

tudzież wszyscy cierpiący na osłabiające choroby tworzące tak często zwiastuny gruźlicy, jakoto: **zołzy, niedokrewność, bladaczkę, brak apetytu** w połączeniu z ogólnem **osłabieniem ciała** i t. d., również na **chroniczne choroby płuc,** zapomocą wyrabianego przez aptekarza **J. Herbabnego w Wiedniu,** a ze strony lekarzy z bardzo zadziwiającemi rezultatami zbadanego

syropu wapienno-żelazistego

z podfosforanu wapna,

dotychczas **najwięcej uznanym i najracyonalniejszym środkiem leczniczym przeciw chorobom piersiowym** i t. d.

ŚWIADECTWO.

[illegible] zapaleniu płuc cierpiałem na kaszel dręczący mnie w dzień i w nocy w połączeniu [illegible] flegmą, przyczem z dnia na dzień tak chudłem, że tylko skóra i kości na mnie były [illegible] życia przed oczami miałem. Ponieważ wszelkie przeciw temu używane środki nic nie skutkowały, przeto zapisał mi mój lekarz **syrup wapienno-żelazisty z podfosforanu wapna J. Herbabnego** i Bogu dzięki przez to **znów zupełnie przyszedłem do zdrowia.** [illegible] po użyciu 5 flaszek prawie zupełnie nie kaszlałem, siły wróciły napowrót, ciało moje stało się znowu muskularne, tak, że wszystkie moje roboty mogę wykonać. Nie mam **dość wyrazów wdzięczności** dla mego lekarza, który mi ten syrup zapisał; również wyrażam **najczulsze podziękowanie** szczęśliwemu wynalazcy **aptekarzowi panu J. Herbabnemu w Wiedniu** i proszę go, **aby to pismo dla dobra tylu cierpiących na płuca ogłosił,** gdyż syrup ten jest niezawodnie jedynym **rzeczywistym środkiem leczniczym** przeciw tym cierpieniom, a bez tego syropu byłbym niechybnie śmierci padł ofiarą.

Ober-Hanau, 29 czerwca 1876 r.

Jan Dirjak,
właściciel realności i restaurator.

(2202-1-4)

Cena oryginalnéj flaszki **J. Herbabnego syropu wapienno-żelazistego** złr. **1·25,** pocztą **20** cnt. więcéj za opakowanie. Do każdéj flaszki dołączona jest broszura Dra Schweizera z dokładnem objaśnieniem.

Upraszamy zażądać wyraźnie syropu wapienno-żelazistego Juliusza Herbabnego.

Centr. rozsyłkowy skład dla prowincyj w **Wiedniu apteka „zur Barmherzigkeit“** **J. Herbabny,** *Neubau, Kaiserstrasse 90, Ecke der Neustiftgasse.*

Główny skład **dla Galicyi: we Lwowie**
Zygmunt Rucker apteka pod srebr. orłem.

TYSIĄCOM LUDZI

dostarczamy niezawodnie upragnionéj sposobności zakupić

losy wszelkiego rodzaju

wedle **metody** przez nas **pierwszy raz zastosowanéj** na spłaty częściowe

pewnie, tanio i wygodnie.

Pewnie, gdyż każdy zamówiony los *natychmiast w uprz. austr. Banku Narodowym, w pierwszéj austr. kasie oszczędności*, lub w innym dowolnie wybranym zakładzie *składamy*, a na dowód tego kupującemu *numer kwitu depozytu* wydajemy.

Tanio, gdyż nadpłata powyżéj kursu dziennego tylko kilka złr. wynosi, co stosuje się wedle ilości spłat miesięcznych, tudzież wedle gatunku losu.

Wygodnie, gdyż potrzeba nam zapłacić tylko około $\frac{1}{3}$ *ceny losu* w 4 do 5 ratach miesięcznych, podczas gdy resztujące $\frac{2}{3}$ wedle *dogodności* w obranych przestankach czasu i kwotach wypłacone lub też przedłużone być mogą.

Już przy zapłacie **zadatku 5 złr.** wydajemy zamawiającym dokument, który oprócz **seryi i numeru** deponowanego losu także numer **zakładu depozytowego** zawiera. Po zapłaceniu **nam** kilku rat miesięcznych, wydamy stronie **oryginalny kwit depozytowy** uprz. austr. Banku Narodowego, Kasy oszczędności itd., którytoby kwit depozytowy wszędzie **kupią** i nań **pożyczek udzielą.** (2810-6-6)

Ciągnienie węgierskich losów premiowych 15 listopada.
Główna wygrana 150,000 złr.

Bliższe szczegóły w naszych **prospektach z cennikami.**

Jos. Kohn & Co., Bankgeschäft
WIEN, KÄRNTHNERSTRASSE Nr. 45,
Ecke der Krugerstrasse.

Doniesienie dla mieszkańców prowincyi.

Dobry ciepły **surdut zimowy** lub **suknia do podróży** jest na zimę koniecznie potrzebna. Najlepiéj i najtaniéj kupować można teraz w **Wiedniu** w składzie sukien męzkich **„zum römischen Kaiser“** Wieden, Hauptstrasse Nr. 11 (dawniéj Keller i Alt), gdzie się dostaje dobrze watowany i ostębnowany **paltot zimowy** za 18 złr., siedmiogrodzkie **futro do podróży** za 36 złr. **burkę podróżną** ze styryjskiéj baji za 12 złr. a **kurtkę myśliwską** za 8 złr. Wzory przesyłam na żądanie darmo. Nieodpowiednie rzeczy chętnie wymieniam. (2473-6-12)

Adolf Wellsch

teraz w **Wiedniu, Wieden Hauptstr. 11 „zum römischen Kaiser“.**

Osoba posiadająca język francuski, polski i niemiecki, oraz muzykę, życzy sobie przyjąć obowiązki nauczycielki w domu obywatelskim. — Wiadomość pod lit. **F. W.** Drukarnia „Czasu“ (2726-3-3)

Z serowni **Cichawskiéj** otrzymał świeży **ser Limburski** w cegiełkach i **Szwajcarski** w kręgach

Dom Zleceń i Skład Nasion
J. Jerzmanowskiego
w Krakowie, ulica Sławkowska Nr. 263.
(2672-3-3)

W pierwszych dniach listopada, rozpoczynam **lekcye tańców**. Osoby interesowane zechcą się zgłosić pod L. 103 przy ul. Grodzkiej Isze piętro. (2725-3-3)

Marya Parvi, nauczycielka tańców.

WYŁĄCZNY SWÓJ SKŁAD
Wischina
Pasty kauczukowo-woskowéj
do zapuszczania posadzek
poleca Handel pod firmą
[illegible]
Rynek Nr. [illegible] w Krakowie
[illegible]

Jest do sprzedania
Dom nowo zbudowany

na porządnéj ulicy w Krakowie za cenę kilkanaście tysięcy złr. — oraz **potrzebna jest pożyczka 3 do 4 tysięcy na 9%** na pierwszy numer hipoteki po pożyczce z Kasy Oszczędności — bez pośrednictwa. — Wiadomość u Michała portyera w Hotelu Drezdeńskim.
(2783-2-6)

Darmo

rozsyłam na żądanie cenniki i próby mojego obfitego składu wszelkich gatunków **materyj wełnianych, flaneli, materyj na suknie damskie, aksamitów, materyj jedwab., czarnych kaszmirów, terno, moirées** i wiele innych towarów po zadziwiająco tanich cenach.

Ludwik Zwieback,
w Wiedniu, Mariahilferstrasse 110

Zamówienia uskuteczniam punktualnie za zaliczką. (2808-2-5)

Wykładowi Buchhalteryi

pojedynczéj i podwójnéj, kupieckiéj arytmetyki, korespondencyi handlowéj, oraz nauki o wekslach, poświęcam dwie godziny codziennie.

Ćwiczenia w utrzymywaniu ksiąg handlowych i korespondencyi, odbywać się będą co niedziela. (2382-3-10)

Zgłoszenia przyjmuję od g. 8 do 10 rano.

J. Welszlitz,
ulica Floryańska Nr. 355 II. piętro.

Chińskie srebro

(alfenit) najlepszy wiedeński wyrób, odznaczający się pięknością i wielką trwałością, tak, że od **prawdziwego srebra** nie da się odróżnić; 6 pięknych łyżek stołowych **tylko 3 złr.,** 6 noży lub widelców stołowych **złr. 2·80,** 6 łyżeczek do kawy lub herbaty **złr. 1·50,** chochelka **80 c.,** chochla **złr. 2·50.** Szczególnie uwagi godne: 1 gustownie urządzone puzderko z 6 nożami, 6 widelcami, 6 łyżkami i 6 łyżeczkami, wszystko razem tylko **złr. 10.** 1 sztuka mydła do czyszczenia srebra **25 c.** Jedynie i wyłącznie do nabycia za zaliczką lub poprzedniem nadesłaniem pieniędzy do Exporthaus **E. Schwenk, Weihburggasse Nr. 14 w Wiedniu.** — Obszerne cenniki darmo. [illegible]

[illegible]

!Ważne dla wszystkich chorych!

Tysiące i więcej niż tysiące ludzi nadwerężyło **swe zdrowie** przez **rozpustę.** Dążą oni nietylko do moralnego ale i do fizycznego **upadku,** co się bardzo wyraźnie okazuje **w utracie pamięci, w bólach krzyżów, w drżeniu członków.** Do wspomnionych cierpień policzyć także należy **osłabienie organów płciowych, zaćmienie oczów, wielką drażliwość nerwów,** jako pewne oznaki i skutki wspomnionej przyczyny. Bardzo jasno i **dla każdego** zrozumiale traktuje te przypadłości wyborne dzieło: (H. 34698)

Dr. Retau's „Selbstbewahrung“

Rady na wszystkie osłabienia.

Cena 2 złr. w. a., które wskazuje zarazem **drogę i środki do uniknięcia tych cierpień.**

To rzeczywiście doskonałe dzieło zalecone jest tak przez rządy jak inne o pomyślność i zdrowie ludzkie troskliwe instytucye.

Do nabycia w Krakowie we wszystkich księgarniach, tudzież w Lipsku w księgarni G. Poenicke (2357-5-8)

LOTERYA DOBROCZYNNA
miasta Stanisławowa

która dnia **15go listopada 1876 roku** odbyć się miała, **odroczoną** została przez c. k. ministerstwo skarbu reskryptem z dnia **29go** października do L. **27239, na rok 1877,** przez wzgląd na to, że nie tyle losów dotąd rozsprzedano, iżby osiągnąć się dał cel dobroczynny tą loteryą zamierzony, to jest zebranie funduszu dla domu kalek w Stanisławowie. — **Nieodwołalny dzień ciągnienia w r. 1877,** podany będzie później do wiadomości publicznéj.

Losy już zakupione samo przez się mają ważność i na dal.

[illegible] listopada 1876 r.

Dr. Kamiński,
Burmistrz.

(2715-3-3)

Zupełna wyprzedaż
SKŁADU
bielizny gotowéj białéj
KAROLINY SOBLIK
przy ulicy Sławkowskiéj Nr. 260 naprzeciw Hotelu Saskiego,

jakoto: koszul damskich i męskich, spodnie, kaftaników, peignoirów, szlafroków damskich, negliżyków, czepców, bielizny i sukienek dla dzieci, kołnierzyków i mankietów damskich i męskich.

Tamże nabyć można **maszyn do szycia** w dobrym stanie, używanych.
(2680-3-10)

W HOTELU KRAKOWSKIM
w Krakowie

wynajmuje się na zimę—na wzór pensyonatów zagranicznych, — **pomieszkania** z całkowitem utrzymaniem po cenach umiarkowanych. (2684-7-9)

Poszukuje się **jednéj większéj** lub **dwóch mniejszych**

piwnic

na lodownię, przy Rynku głównym lub w tegoż bliskości położonych. Bliższéj wiadomości zasięgnąć można w Kantorze komisowym Wgo Martinkowicza, ulica Gołębia, dom Wgo fizyka Mohra. (2731-2-3)

A. Biasion
optyk w Krakowie
poleca PP. Lekarzom

termometry lekarskie

$\frac{1}{10}^{0}$ Celsiusza po złr. 2·50,

oraz **najnowsze** termometry **maksymalne,**

WIELKI WYBÓR
termometrów **kąpielowych, pokojowych i gorzelnianych.**

Dokładność każdego termometru poręczona. (2663-3-4)

Ceny umiarkowane.

Towary gumowe
wszelkiego rodzaju
rozsyła za zaliczką (2564-119)
J. N. Reithoffer, fabryka gumy w **Wiedniu**
Neubau, Stiftgasse Nr. 19.

LUDWIK WEBER
w Krakowie przy głównym rynku naprzeciw WP. Leona Feintucha,

poleca Szan. Publiczności swój nowo założony Magazyn i fabrykę pościeli wszelkiego rodzaju, mianowicie kołder pikowanych i flanelowych, materaców i poduszek z rosharu, trawy morskiéj i pierza, sprężynowe wkłady do łóżek, sienniki itp. oraz żelazne łóżka, łóżeczka, kołyski, umywalnie z pierwszorzędnéj fabryki wiedeńskiéj po cenach fabrycznych, przyjmując obstalunki na wszelkie meble żelazne, które trwałością i praktycznością przewyższają drewniane. — Wszelkie zamówienia, przerobienia uskuteczniam w najkrótszym czasie. Pracując dłuższe lata w pierwszych wiedeńskich zakładach tego rodzaju, jestem wstanie wszelkim wymaganiom Sz. Publiczności zadość uczynić — prosząc o łaskawe względy. — Ceny umiarkowane stałe. (2789-3-3)

Czcionkami Drukarni „CZASU“.

Odpowiedzialny rządca drukarni Józef Łakociński.

4

Nr 259. We Lwowie, Niedziela dnia 12. Listopada 1876. Rok XV.

Wychodzi codziennie o godzinie 7. rano, z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych.

Przedpłata wynosi:
MIEJSCOWA kwartalnie . . . 5 złr. 75 cent.
„ miesięcznie . . . 1 „ 80 „
Za miejscowa . . . „ . . . 1 „ 70 „

Z przesyłką pocztową:
Kwartalnie w państwie austrjackiem . 5 złr. ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej .
„ Francji . . . . .
„ Belgii i Szwajcarji . . . . po 7 złr. 50 cent.
„ Włoch, Turcji i księt. Naddu.
„ Serbii . . . .

Numer pojedynczy kosztuje 8 centów.

GAZETA NARODOWA

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują: We LWOWIE biuro administracji „Gaz. Nar.“ przy ul. Sobieskiego l. 12. (dawniej nowa ul. l. 201) i ajencja dzien. W. Piątkowskiego, ul. Hetmańska nr. 10 (i handel papieru A. Dulskiej). W KRAKOWIE: księgarnia Adolfa Dygasińskiego. Ogłoszenia w PARYŻU przyjmuje wyłącznie dla „Gazety Nar.“ ajencja p. Adama, Correfour de la Croix, Rouge 2. prenumeratę zaś p. pułkownik Raczkowski, Faubourg, Poissonière 33. W WIEDNIU pp. Haasenstein et Vogler, nr. 10 Wallfischgasse, A. Oppelik Stadt, Stubenbastei 2. Rotter et Cm. I. Riemergasse 13 i G. L. Daube et Cm. I. Maximilianstrasse 8. W FRANKFURCIE: nad Menem w Hamburgu pp. Haasenstein et Vogler.
OGŁOSZENIA przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem. Listy reklamacyjne nieopieczętnowane nie ulegają frankowaniu. Manuskrypta drobne nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

Lwów d. 12. listopada.

(*Pester Lloyd* przeciw Polakom. — Pogląd jego na rozprawę interpelacyjną. — Tolerancja moskiewska dla ludności muzułmańskiej. — Zaniepokojenie w niej umysłów.)

Nie raz i nie sto razy już mieliśmy sposobność podnosić rozmyślne kłamstwa, jakiemi żydki tutejsi obsługują dzienniki centralistyczne w swoich telegramach i korespondencjach. Zdaje się, że taki żydek przypytał się i do *Pester Lloyda*, i n. p. teraz zatelegrafował, że kilka dzienników polskich skonfiskowano za wycieczki przeciw delegacji naszej. Wiedeńskie dzienniki centralistyczne wymagają od swoich faktorów tutejszych takiego rozmyślnego kłamania, byle na wzór moskalofilów dokuczyć Polakom, zohydzać ich narodowość i postępowanie — o *Pester Lloydzie* jeszcze nie przypuszczamy, aby korespondentowi kazał kłamać rozmyślnie, jakkolwiek redakcja, będąc w ręku żydów, nie pomija sposobności zelżenia Polaków, j.n. p. umieszczając powiastki osławionego Sacher Masocha, do jakich i przed kilku dniami umieszczona powiastka tegoż indywiduum p. n. „Król polski“ należy; tem haniebniejsza, że najżywszemi kłamstwami stara się zohydzić patrjotyzm polski. Bawiący w Peszcie Polacy powinniby zwrócić na to szkaradzieństwo uwagę węgierskich mężów stanu, aby przywiedli do opamiętania p. Falka, redaktora *Pester Lloyda*. Dość nam szkody i krzywdy wyrządzają Madiary, pomagając centralizmowi wiedeńskiemu w prześladowaniu Polaków — i może się w tem wytłumaczyć zechcą kraju swego interesem. Wszelako nie mniemamy, aby plugawienie naszego honoru narodowego, aby lżenie uczucia tak wyniosłego jak patrjotyzm narodowy, należało do interesów polityki madiarskiej. Kto w r. 1849 stanął po stronie Madiarów, kto za Schmerlinga bronił wobec świata w Radzie państwa nieprzedawnionych praw węgierskich, kto w delegacji przedlitawskiej bronił spraw, przez Madiarów za potrzebne uznanych? Kto w Austro-Węgrzech jest jeszcze na tyle szlachetnym, aby niepomny krzywd doznanych, podał w razie potrzeby Madiarom rękę pomocną?...

Pester Lloyd podaje szeroki pogląd na rozprawę interpelacyjną przedlitawskiej Izby posłów, godny uwagi dlatego, że niezawodnie wyłuszcza politykę hr. Andrassego. Czytamy tam:

„Wielka rozprawa wschodnia przebrzmiała. Nie powzięto rezolucji, nie ustawiono formuły ujętnej, którąby zdanie Izby wyrażała; rząd nie złożył oświadczenia, któreby myśl odpowiedzi interpelacyjnej rozszerzyło albo rozmaite ataki odparło. Od początku do końca była to więc rozprawa czysto akademiczna. Już to w niej jest anomalią, że minister spraw zagranicznych, o którego politykę chodziło, głosu tam zabrać nie może. Bezwstydnie napadli Zschock i Granitsch na hr. Andrassego, który mógł sobie pomyśleć: „Niechaj mnie biją, kiedy mnie tam niema,“ ale zawsze to boli być napadniętym w miejscu, w którem bronić się nie można. Trudno wszelako usunąć tę anomalię, która zresztą nie przeszkadza tak tej Radzie państwa jak sejmowi węgierskiemu, rozbierać politykę zagraniczną.

„Ale jakiż był cel rozprawy takiej, i to w austrjackiej Izbie posłów? Jeżeli w czasach krytycznych, choćby tylko po akademicznemu, parlament głos zabiera, to albo zamierza poprzeć politykę ministerstwa i dodać jej moralnej i materjalnej wagi w akcji zagranicznej, albo też politykę na inne zwrócić tory, wytyczyć jej miarę i kierunek. Otóż stanowczo odpowiadamy, że ani jednego ani drugiego nie dopięła rozprawa, mimo wszelkich zapewniań dzienników, z poświęceniem zasłaniających nagość swoich mężów stanu. Co do pierwszego zamiaru, zamiast coby minister spraw zagranicznych mógł stale oprzeć się na całej sile wszystkich czynników monarchii i zaimponować zagranicy — stało się wręcz przeciwnie. Cóż powie świat, jeżeli zamiast jednostki politycznej, wyszczerza się mu z parlamentu austrjackiego tylko wielogłowy duch narodowościowy i frakcyjny, duch rozbicia i negacji, duch walki wszystkich przeciw wszystkim? Mogąż takie manifestacje umocnić akcję ministra spraw zagranicznych, jakakolwiek by ona była? Zaprawdę, gdyby rozprawę austrjackiej Izby posłów poza jej murami tak na serjo brano, jakby to właściwie z natury rzeczy wypadało, to szkoda, jakąby sprawić musiała, byłaby nie do naprawienia.

„Zamiaru pierwszego więc nie osiągnięto, a podobno i osiągnąć nie chciano, bo owszem chodziło o to, aby politykę ministra spraw zagr. zwalczać. Dobrze! — ale jakież cele mu wytknięto, które by dotąd był zaniedbał, a do którychby na przyszłość zdążać powinien? Pomijamy, że ani dwóch mowców jedną nie kierowało się myślą; pomijamy tych mowców, którzy gadali aby gadać; i trzymamy się poglądu tych mowców centralistycznych, których powaga i rozum polityczny na uwagę zasługują przedewszystkiem Kurandy i Herbsta. Otóż i ci dwaj się rozchodzą w zdaniach swoich: dla Kurandy byt Turcji jest dogmatem, podczas gdy Herbst przynajmniej możliwość przeobrażenia dopuszcza. Ale obaj zgadzają się w potrzebie pokoju dla monarchii i w nieufności i wstręcie do przymierza trzech cesarzy.

„Czyż nie zapyta tu każdy bezstronny, ażali utrzymanie pokoju, choćby tylko do tej chwili, możliwem było, gdyby to przymierze nie istniało? Cóż znaczyło przystąpienie Austrji do tego przymierza, właśnie przez polityków austrjackich zrazu z takim zapałem powitanego, a dzisiaj nienawidzonego? Znaczy to, że Austrja porzuciła swoje stanowisko odosobnione śród mocarstw, aby się najpierw przyłączyć do tego mocarstwa, z którem mimo wypadków przeszłości wspólne ma interesa, i które rej wodziło w koncercie europejskim, to jest do Niemiec; a w drugim rzędzie do tego mocarstwa, z którem miano dopiero dojść do harmonii interesu w pewnych sprawach na podstawie kompromisu. Wątpimy, aby kto mógł *a priori* zaprzeczyć właściwości tego sojuszu. Po upadku Francji a wobec abdykacji Anglii miała Austrja do wyboru tylko między odosobnieniem a przyłączeniem się do Niemiec; za przymierzem z Niemcami jednak musiało było z łatwych do odgadnienia powodów pójść połączenie z Moskwą, chociażby nawet monarchia nasza nie czuła potrzeby ryzykować, i przynajmniej spróbować dojścia z niem do porozumienia względem bieżącej sprawy wschodniej.

„Zarzucają nam jednak, że Austrja powinna była natychmiast odwrócić się od tego przymierza, gdy trudności sprawy wschodniej stały się piekącemi, i tendencje Moskwy jasno na jaw wyszły. Ale pominąwszy, że wystąpienie w owej chwili z tego przymierza nie byłoby niczem innem, jak tylko zarzuceniem próby, dla której w ogóle do przymierza dążono, tj. próby pokojowego porozumienia się z Moskwą, — musiano się przecie zastanowić nad pytaniem, czy krokiem takim przysłużonoby się utrzymaniu pokoju. Czy Moskwa byłaby swoich planów i akcyj zaniechała dlatego, że Austrja jej przyjaźń swoją wypowiedziała? Czyż Austrja, dobrowolnie zwalniając Niemcy od wszelkiego wobec naszej monarchii zobowiązania, byłaby tem spowodowała je do bardziej stanowczego wystąpienia przeciw zapędom Moskwy? I owszem czyż jawne zerwanie z przymierzem trójcesarskiem nie byłoby nieuchronnie sprowadziło jawnego starcia z Moskwą?

„Co do nas, my nie możemy podnoszonej w Radzie państwa formułki utrzymania pokoju, branej w znaczeniu absolutnej bierności, nietroszczącej się o stosunki i ukształtowanie Wschodu a obszar, w którym się setki ekonomicznych i politycznych interesów monarchii zbiegają, wydającej na łaskę i niełaskę mocarstwa obcego, które nadto wręcz przeciw naszym interesom pracuje. Mąż stanu tego znaczenia co dr. Herbst, zna z pewnością dokładnie kresy, u których się co do naszej monarchii kończy moralna możliwość zachowania pokoju, a gdzie się odpór poczyna. Czy może naprawdę kto sądzi, że Moskwa byłaby pokoju dochowała tylko dla naszego wycofania się na stanowisko bierne: albo że bierność nasza byłaby wystarczyła do odparcia akcji Moskwy? W miarę pogorszania się sytuacji na Wschodzie, uproszczało się stanowisko naszej monarchii, — szło już tylko o prosty wybór: z Moskwą albo przeciw Moskwie. „Przeciw Moskwie“ - to wojna, — owe zaś „z Moskwą“ nie zakłóciło nam dotąd pokoju, żadnemu nie przesądziło rozwiązaniu sprawy, jakiego nasz interes wymaga, i jeszcześmy niczego nie zaprzepaścili, czegobyśmy bezwarunkowo bronić powinni.

„Mogą się wprawdzie kiedyś nawet zewnętrzne przymierza trójcesarskiego formy rozsypać — tylko niechaj nikt w siebie nie wmawia, że chwila ta będzie pokojowem załatwieniem; wystawi ona na próbę wszystkie siły nasze i zdolności. A jeżeli ta chwila ciężka nadejdzie, to mimo niektórych błędników rozprawy w austrjackiej Radzie państwa, mamy otuchę, że monarchia na ofiarność i stałość wszystkich swoich czynników liczyć będzie mogła. Rozprawa ta pod żadnym względem nie dopisała: pojęć nie rozjaśniła i kierownictwu spraw zagranicznych za wytyczną służyć nie może. Jedną wszelako uwydatniła tendencję decydujących żywiołów stronnictw, a to stanowczy wstręt do przymierza w celach destrukcyjnych. W tym punkcie zgadzają się zupełnie umysły przed i za Litawą, i jak jesteśmy przekonani, zgadza się także kierownictwo spraw zagranicznych z opinią ludności Austrji i Węgier. Nie wypadnie nam zwracać się przeciw przymierzu naszej polityki zagranicznej, któreby przeciw Austro-Węgrom było wymierzone, bo przymierza takiego niema i nie będzie. Mogłaby jednak zajść potrzeba użyczenia poparcia naszej polityce zagranicznej w jej akcji na korzyść Austro-Węgier, a wtedy zapewne, mimo rzeczonej rozprawy będzie mógł hr. Andrassy spokojnie i śmiało a nie napróżno zapukać do politycznego rozumu i do patrjotyzmu austrjackiego stronnictwa konstytucyjnego.“

Jestto zakończenie niby głaskające, ale w istocie piekąco szydercze — wprost oświadczające, że centraliści choć nie zechcą, będą zawsze musieli to robić, co „z góry“ będzie nakazane. I należy tu przytoczyć ustęp ostatniej wiedeńskiej korespondencji *Pester Lloyda*. Korespondent wyszydziwszy centralistów i mowców słowiańskich tak kończy: „Rozprawa niczego nie wyjaśniła, tylko wszystko jeszcze bardziej zagmatwała; nikogo nie przejednała i nie nawróciła, tylko wszystkich jeszcze bardziej rozsierdziła i zatwardziła; nigdzie nie zaimponowała, tylko osad rozpaczliwego rozgardjaszu i słabości pozostawiła. Czyż może być surowszy wyrok, jak ów pewnego bardzo kompetentnego widza z loży dyplomatów: „Odważyłbym się sterować polityką wbrew tej Izbie, ale nigdy wraz z tą Izbą.“

Do głosu za Göllericha wnioskiem w sprawie reformy administracyjnej byli zapisani pp. Plener, Giskra, Scharschmid i Dinstl; przeciw zaś pp. Zschock, Herman, Thurn, Kronawetter, Hohenwart, Wedl, Grocholski, Mieroszowski, Waldert i ks. Zakliński.

Oboje cesarstwo mieli na dzisiaj udać się do Czech na polowanie w razie sprzyjania pogody.

Ministerstwo oświaty w Petersburgu wydało rozporządzenie, na mocy którego panny wyznania mahometańskego, po ukończeniu kursu nauk w gimnazjum żeńskiem, otrzymują prawo nauczania tylko w domach swych wyznawców, nie mogą jednak korzystać ze wszystkich praw, które uczennicom chrześciankom zostają udzielane. Rozporządzenie to wydaje rząd moskiewski w tym samym czasie, kiedy dopomina się równouprawnienia chrześciańskich poddanych z muzułmańskimi pod panowaniem tureckiem.

W muzułmańskiej też ludności carstwa moskiewskiego pojawia się zaniepokojenie umysłów. Moskiewskie gazety nieustannie donoszą o pojawianiu się ajentów tureckich w Krymie, na Kaukazie i we wschodniej Moskwie, o nagromadzaniu broni, o przejawach fanatyzmu muzułmańskiego. Kijowski korespondent *Russkiego Mira* pisze, że 29. października w Kijowie na dworcu kolei żelaznej aresztowano ajenta tureckiego. Podobno, już to drugi ajent, którego aresztowano w Kijowie. Do *Niedzieli* donoszą z Symferopola, że w Krymie panuje paniczny przestrach, że z Eupatorji uciekają wszyscy, wyprzedają całe swe mienie. Powodem tego ma być wzburzenie muzułmanów pomiędzy Tatarami. Powiadają, że w Jałcie aresztowano broń, przywiezioną przez Turków. *Kaukaz* pisze także, że w ostatnich czasach w Tyflisie pojawiło się wiele osób, przybyłych ze Stambułu, i widać w mieście jakieś niezwykłe ożywienie.

Położenie przedkonferencyjne.

Uzbrojenia moskiewskie nie ustają. Przed postawieniem ultimatum wstrzymane były wysełki ochotników moskiewskich do Serbii, teraz po zawieszeniu broni znów większemi tłumami przejeżdżają przez Rumunię. Przedtem w. ks. Mikołaj mianowany był dowódzcą naczelnym wojsk koncentrujących się w Kijowie i koło Kijowa, teraz, nim jeszcze zajął mieszkanie, w Kijowie dla niego urządzone, mianowano go naczelnym wodzem armii południowej, koncentrującej się w Besarabii z główną kwaterą w Kiszenewie, zkąd kolej prowadzi do Jass.

Były minister handlu dr. Banhans dopomógł do oderwania od kolei Lwowsko-Czerniowieckiej, kolei Jasskiej i jej odnóg, biorąc linję galicyjską w sekwestr. Dziś karze się ten błąd fatalnie. Gdyby linia jasska była dotąd częścią integralną galicyjskiej, mogłaby Austrja uniemożliwić Moskwie przejazd koleją przez Rumunię, ściągnąwszy wszystkie środki przewozowe do Galicji. Dziś ta linia ma osobny zarząd rumuński, więc jest w ręku rządu rumuńskiego, który na podobny krok by się nie zdobył. W chwili przyjęcia zawieszenia broni rumuńska mowa tronowa odwołała się do traktatu paryskiego, oddając swą neutralność w razie zawikłań wojennych pod opiekę mocarstw gwarancyjnych. Ale już teraz wycofuje się rząd rumuński z tego oświadczenia, widząc iż te mocarstwa gwarancyjne wcale nie myślą bronić neutralności rumuńskiej, więc zdaje się na łaskę i niełaskę Moskwy. Anglia swą gotowość wojenną głosi na wypadek naruszenia całości Turcji, ale nie na wypadek przekroczenia granicy rumuńskiej przez wojska moskiewskie. Przystęp więc do Dunaju ma Moskwa otwarty; i pomimo zawieszenia broni i projektów konferencyjnych *czyni wszelkie przygotowania do przeprawienia się przez Dunaj.*

Po ostatniej mowie, którą miał Disraeli na inauguracyjnym obiedzie u lordmajora Londynu, stwierdza się coraz więcej, że od przeszłego roku głównie między Anglią a Moskwą toczył się pojedynek dyplomatyczny, i że zanosi się na prawdę na pojedynek wojenny. Ale aby w ten pojedynek wojenny Anglia wdać się mogła, muszą rzeczy w pojedynku dyplomatycznym do tego stopnia dójść, ażeby kwestja sporna dotknęła wyraźnie interesów angielskich, a nie interesów tureckich.

Dlatego to gabinet angielski w program konferencji wziął teraz i administracyjną autonomię Bułgarji, dlatego pełnomocnikom swym wojskowym polecił, aby z linii demarkacyjnej unikali tworzenia kwestji sporu, aby więc ustępowali ile możności moskiewskim żądaniom, dlatego doradzał Porcie, ażeby dobrowolnie opuściła Deligrad i Kruszewacz. Z całego przebiegu ostatnich rokowań wynika, iż Anglia usiłuje już w przedkonferencyjnych znoszeniach się gabinetów zdemaskować istotne zamiary Moskwy; ta ostatnia zaś zasłania się dotąd ogólnikami, jak gwarancje i t. p. Lecz jeśli przyjdzie do konferencji, co jednak jest bardzo wątpliwem, to będzie musiała określić jasno żądania i zamiary swe, i wyjść z ogólników dotychczasowych.

Jak nie dowierzają w Stambule zawieszeniu broni i przyjściu do skutku konferencji, dowodem jest zakaz, wydany przez

---

SKARB MOJEJ CIOCI.

Powieść

przez

Arję.

(Ciąg dalszy.*)

Siedząc jednego wieczora na kolanach cioci, w jej pokoju i pieszcząc się z nią, zebrałam całą moją odwagę i zapytałam nagle:

— Czy to pieniądze masz w tej szkatułce ciociu?

— Jakto? — odrzekła zdziwiona — jeszcze nie zapomniałaś o tem? Coś droższego jak pieniądze — dodała głaszcząc mnie po włosach.

— To może złoto?

— Jeszcze droższe jak złoto — odparła.

— Ciotuniu jeśli odgadnę co tam jest, to mi pokażesz, dobrze? — zapytałam przekonana, że teraz już dopnę celu i zadziwię ciocię moją przenikliwością.

— Dobrze jeśli tylko odgadniesz.

— To pewnie są brylanty — wyrzekłam ze zwycięzką miną, spoglądając ciekawie jakie wrażenie słowa te wywrą na cioci. — A co, czy odgadłam?

— Nie moje dziecko. To jest droższe nawet jak brylanty — odpowiedziała z zaledwie dostrzeżonym uśmiechem.

— Droższe jak brylanty cioci — zawołałam z najwyższem zadziwieniem. — To nie może być, dziś jeszcze przy lekcji mówiła mi panna Laura, że najdroższym przedmiotem są brylanty.

— Widzisz ja jednak posiadam rzecz droższą od brylantów. Ale nie troszcz się tem moja dziecinko, jak przyjdzie czas to ci sama pokażę, a teraz nie susz sobie próżno główki.

Między mną a ciocią Mizią nie było już więcej mowy o tym przedmiocie. Ona zdaje się zupełnie zapomniała o tem. Ja zaś zawsze z pewną ciekawością patrzałam na tajemniczą szkatułeczkę i dorosłszy nawet nie zapomniałam o tej zagadce, żywo mnie zajmującej przez całe dzieciństwo. Traciłam jednak powoli nadzieję, żeby ciocia rozwiązała ją kiedyś podług obietnicy.

Mówiąc o cioci Mizi i o urządzeniu jej domu, zapomniałam wspomnieć o jednym z najważniejszych domowników. Był nim pies Terre-neuve ogromnych rozmiarów. Czarny, długi, połyskujący włos okrywał go całego, a w dużych ładnych oczach odbijał się cały bystry rozum tego pięknego stworzenia. Nie był to rozpieszczony, do niczego nie zdatny pies starej panny, jak raz sama ciocia o nim mówiła. Przeciwnie, trzymany w niezwykłej karności, tak jak całe otoczenie ulegał on żelaznej woli swojej pani. Jedno jej surowe spojrzenie zatrzymywało go w najgwałtowniejszych zachciankach, a jeden wyraz wymówiony gniewnie przejmował dreszczem i trwogą. Względem innych jednak olbrzymie to stworzenie, nie okazywało się wcale tak lękliwem. Wezwanie lub rozkaz wydany mu przez kogokolwiek, pomijał zawsze pogardliwem milczeniem choć inteligentniejszego zwierzęcia trudno było znaleźć na świecie, gdyż nawet z oczów swojej pani umiał wyczytać czego sobie życzy. W częstych wieczornych, dalekich wycieczkach, ciotka lepszego stróża i opiekuna nie mogła sobie dobrać. Przy nim czuła się ona bezpieczniejszą, niż pod eskortą kilku ludzi; dla obrony swojej pani, nie byłby się on zawahał sam jeden uderzyć na największą siłę i jak lew walczyć do upadłego. Raz nawet dał jawny dowód swojej waleczności.

Ciotka moja powracała jednego wieczoru późno bardzo od chorego ze wsi. Zbliżył się do niej włóczęga jakiś i natarczywie zaczął się domagać wsparcia. Ciocia widząc człowieka na wpół pijanego, lecz zdrowego i silnego, nie wielką miała chęć mu pomódz. Chcąc jednak pozbyć się go jak najspieszniej, wyjęła z kieszeni pularesik i dała mu jakąś nieznaczną jałmużnę, mówiąc, że taki młody i silny człowiek powinien by się wziąść do pracy, a nie żebrać i ludzi napastywać po drodze.

— Cóż mi to pani daje — zapytał — zaledwie bym bułkę kupił, ale za to pewnie ani jednego kieliszka wódki nie dostanę.

— Nie mam nic więcej.

— No zobaczymy — wyrzekł zuchwale — zbliżając się coraz bardziej.

Ciocia znudzona, nie mogąc się pozbyć natręta, wezwała do pomocy wiernego swego stróża.

— Milord, nie daj ruszyć pani — rzekła półgłosem.

Pies usiadł na ziemi przed swoją panią w obronnej pozycji. Włóczęga nie zważając na to, zbliżył się o krok. Pies warknął naturalnie, żebrak nie zważając na to, przysunął się jeszcze i wyciągnął rękę, na to już Milord nie mógł przystać, podniósł się i bardzo spokojnie odtrącił napastnika. Zuchwalec rozgniewany tą niespodziewaną przeszkodą, rzucił się na psa z kijem w ręku i uderzył go kilka razy. Wtedy rozpoczęła się straszna walka, która bez wątpienia byłaby się skończyła zwycięztwem Milorda, gdyby nie ciocia. Głosem surowym i stanowczym zawołała ona Milorda i posłuszne zwierzę, jakkolwiek z wielką niechęcią, puściło swoją ofiarę już trochę pokaleczoną i przyszło skomląc położyć się u nóg swojej pani.

Od tej pory sława Milorda została na wieki utrwaloną i rozeszła się daleko po szerokim świecie. Opowiadano sobie waleczne jego czyny, z coraz liczniejszemi dodatkami, tak że na koniec wyszedł on na legendowego potwora, coś w rodzaju Cerbera, strzegącego wprawdzie nie bram piekła, lecz mienia i życia mojej cioci. Zapewnił on sobie przytem tak tanim kosztem między wieśniakami w całej okolicy niezaprzeczony szacunek, a pani swojej większą jeszcze swobodę ruchów i bezpieczeństwo. Trzeba jednak przyznać, że w tych wszystkich przesadnych opowiadaniach było zawsze trochę prawdy.

Trudno by było znaleźć stworzenie przemyślniejsze i rozumniejsze jak Milord. Sypiał on zwykle przede drzwiami sypialnego pokoju cioci. Rano, dopóki ciocia się nie podniosła, pies nikogo, ale to bezwarunkowo nikogo nie wpuszczał do jej pokoju. Ktokolwiek się tam zbliżył, pies pokazywał zęby, nie warcząc jednak, gdyż wiedział, że wtedy cel byłby zupełnie chybiony i pani jego by się obudziła. Dla mnie był on z większem trochę uszanowaniem, lecz ile razy tylko chciałam wejść rano do strzeżonego przez niego pokoju, to zawsze bardzo łagodnie uchwycił mnie za suknię i odprowadził o kilka kroków i bez zniecierpliwienia powtarzał toż samo, gdym chciała do drzwi powrócić.

Nie jednego dziwiło, że taki piękny i rozumny pies, nosi pospolite Milorda nazwisko, kiedy powinienby przy licznych swoich zaletach, imieniem także przypominać którego ze starożytnych lub mitologicznych bohaterów. I tak było rzeczywiście. Milord w pierwszych tygodniach swego pobytu u cioci otrzymał imię walecznego Hektora, lecz w krótkim czasie utracił je za karę.

Dzieckiem byłam zaledwie jedynastoletniem, a jednak pamiętam to wydarzenie, które mnie w swoim czasie ubawiło serdecznie. Po powrocie ze szkółki wiejskiej, ciocia stała jednego dnia w południe oparta o poręcz werandy, rozciągającej się po lewej stronie domu i ocienionej pięknie winną latoroślą. Na wpół zamyślona przypatrywała się ona, jak Hektor, paromiesięczne szczenię, igrał wesoło z pięknym czystej krwi legawcem leśniczego, który w tej chwili przybył do dworu. Czas jakiś zabawa ta trwała nieprzerwanie, gdy nagle z za zabudowań gospodarskich wybiegł piesek owczarski i w wesołych podskokach wpadł pomiędzy bawiące się psy na podwórzu. W jednej chwili nastąpiła zmiana do niepoznania w Hektorze; przerwał zabawę i odwróciwszy się pogardliwie, wolnym krokiem wszedł na werandę i usiadł przy nogach cioci.

— No i cóż to z tego będzie? zapytała jego pani, patrząc z zadziwieniem na to niespodziewane zakończenie — czegoż tu siedzisz? idź się bawić.

Piesek zaczął ogonem machać, nie okazując najmniejszej chęci wypełnienia rozkazu.

— Czy może jesteś zanadto wielkim panem i towarzystwo Burka nie jest dla ciebie dosyć arystokratycznem. Wstydź się, myślałam że jesteś mądrzejszy. Hektor czując, iż w czemsi zawinił i jest łajanym, zaczął się łasić i tak zabawnie czołgać po ziemi, że pani jego nie mogła powstrzymać uśmiechu.

— Cociu — zawołałam, przerywając sobie czytanie jakiejś bardzo zajmującej powiastki angielskiej — Hektor zupełnie tak samo robi, jak ten śmieszny i niedorzeczny lord Rossborough, o którym teraz czytam.

— Masz słuszność — powiedziała ciocia — jaśnie pan powinien się Milordem nazywać. A zatem degraduję cię mój drogi i z Hektora robię pospolitym Milordem. Odtąd za karę nazwisko to będziesz nosił na pamiątkę swojej głupoty. Ale jeśli się z niej nie poprawisz, to wstyd i zakałę robić tylko będziesz swoim angielskim imiennikom, którzy w ogólności więcej pod tym względem rozumu od ciebie pokazują. Zresztą to nic nie szkodzi — dodała ciocia — mówiąc ciągle z wielką powagą do psa, okazującego najzabawniejszemi ruchami wielkie zawstydzenie i niepokój — w takim razie zostaniesz polskim Milordem.

Być może, iż oburzenie cioci na swego ulubieńca niezupełnie było uzasadnione. Kto wie, czy pobudki jego postępowania były tak naganne jak go posądzano, może usuwał się on tylko od niestosownego towarzystwa, czując się o wiele wyższym. Na nieszczęście jednak dla niego nie umiał mówić i nierozważny jego postępek pozostał nieusprawiedliwiony. Ponieważ zaś pani jego na wszelkie arystokratyczne zachcianki z wielką pogardą i niechęcią patrzała, więc pomimo całej przyjaźni, jak się to często wydarza na świecie, w tej jednej rzeczy nie mogli się nigdy zgodzić. Pies nie chciał odstąpić od swego przekonania, a ciocia przez szpary patrzała na to jawne nieposłuszeństwo, niechcąc prowadzić ciągłej walki. Taki stosunek pozostał przez całe życie.

Jednego dnia w czerwcu udałam się popołudniu do pokoju cioci, dla pomówienia z nią o ważnej bardzo dla mnie rzeczy. Gorąco była nieznośne. Wszedłszy do biblioteki, zatrzymałam się nie wiedząc sama, czy mam iść dalej, czy wrócić się napowrót. Ta oddawna upragniona rozmowa z ciocią z bliska wydawała mi się teraz jakoś straszniejszą, niż z początku przypuszczałam.

Drzwi od sypialnego pokoju były trochę uchylone, zbliżywszy się więc mogłam łatwo widzieć ciocię, nie będąc sama od niej widzianą. Siedziała na wygodnym foteliku, na ziemi przed nią leżał Milord, a na olbrzymiej jego głowie ciocia trzymała swoją dziecinnie małą nóżkę. Z główką opartą o drobną rączkę, lecz zarazem i w tył trochę pochyłona, zajęta była bardzo pilnie przeglądaniem papierów, porozrzucanych przy niej na stoliku, na krzesełku i na jej własnych kolanach. Co parę chwil podkreślała tam i dopisywała coś ołówkiem, trzymanym w drugiej ręce. Ale najbardziej uderzył mnie wyraz jej twarzy: tak był spokojny, pogodny, powiedziałabym nawet rozpromieniony, choć żadnego nie widać było uśmiechu, że łatwo było odgadnąć, iż jest odbiciem czystego sumienia, spokojnej duszy i umysłu natchnionego szlachetną myślą. Takiego wyrazu, u zwykłych pospolitych, sobą tylko zajętych ludzi nikt nie spostrzeże, nawet w chwilach największego szczęścia.

Ona była szczęśliwa, widziałam to dobrze, lecz jakiemś innem, nieznanem, przez siebie samą stworzonem szczęściem, pochodzącem zdaje się więcej z wewnętrznego poczucia dobrze i uczciwie spełnionego zadania na ziemi, i z czystego sumienia, niż z wewnętrznych, niezależnych od nas przyczyn.

Ucieszyłam się bardzo widząc ciocię w tak widocznie dobrem usposobieniu, i z większą odwagą otworzywszy drzwi weszłam do pokoju.

— A to ty moja Zoniu — wyrzekła ciocia podnosząc oczy, lecz nie ruszając się zupełnie z miejsca; dobrze, że przychodzisz moje dziecko, miałam właśnie z tobą do pomówienia.

— I ja także chciałam ci coś powiedzieć cioteczko — odezwałam się drżącym trochę głosem.

Ciocia spojrzała się na mnie badawczo i trochę niespokojnie, nie mogłam wytrzymać tego przenikliwego wzroku i zarumieniwszy się spuściłam oczy.

— Być może, że obiedwie chciałyśmy mówić o tym samym przedmiocie — powiedziała — To bardzo dobrze, wolę dziś niż kiedykolwiek, gdyż od samego rana wszystko, czego się tylko dotknę, wiedzie mi się niezwykle dobrze. Takie chwile rzadko się w życiu zdarzają, trzeba więc z nich korzystać. Wyobraź sobie — mówiła dalej ciocia lekko się uśmiechając, że pogodziłam starą Marcinowę z jej zięciem.

— To nie może być — zawołałam patrząc z największem podziwieniem na ciotkę. Chyba musiałaś zrobić prawdziwy cud cioteczko, bo przedwczoraj jeszcze stara ta poczwara, na środku drogi chciała zięciowi oczy wydrapać.

(C. d. n.)

*) Zobacz nr. 257 i 258.

Portę wpuszczania na wody Bosforu nawet statków pakietowych. Turcja obawia się widocznie podstępnego ze strony Moskwy napadu na Konstantynopol. Moskwa rekwiruje obecnie wszystkie statki handlowe moskiewskie do pomocniczej służby wojennej, więc podejrzywają w Konstantynopolu, ażeby na te statki nie wpakowano wojsk, i pod banderą handlową nie przekontrabowano je przez cieśninę. Nastąpią zapewne reklamacje ze strony Moskwy i nowe ztąd trudności.

W ogóle powiedzieć można, że sytuacja porozejmowa jest nierównie groźniejszą, niż była przed rozejmem, a nawet w chwili postawienia ultimatum. Tak otwarcie wojną jeszcze nie groził dotąd, podczas całego zawikłania gabinet angielski. A w skutek chwiejnego dotąd występywania Anglii, chwiejnie lub zupełnię neutralnie zachowywały się i inne mocarstwa, nawet przeciwne Moskwie, nie widząc za sobą żadnego oparcia. Teraz dopiero nadszedł czas zawierania przymierzy, a w chwili ostatecznej decyzji Anglii, będą i te przymierza gotowe.

„Pester Lloyd", który w formie rozmaitych korespondencji, a mianowicie z Berlina, bywa przez wiedeńskie ministerstwo spraw zagranicznych dosyć dobrze informowany, sygnalizuje ponowne usiłowania Moskwy i Niemiec do ustalenia trójcesarskiego przymierza, zerwanego już przedtem prawie zupełnie przez ultimatum moskiewskie. Moskwa chciałaby, jeśli konferencja przyjdzie do skutku, wystąpić tam jako przedstawicielka trójcesarskiego przymierza. Powodzenie jej usiłowań zależy od Austrji. I dlatego to gabinet wiedeński jest obecnie we dwa ognie brany. Anglia usiłuje go przyciągnąć do siebie, a Moskwa popierana przez Niemcy pragnie go zatrzymać w trójcesarskiem przymierzu. „Pester Lloyd" pisze, że jeżeli rozbije się to trójcesarskie przymierze, to nastąpi dwucesarskie przymierze, ale nie między Berlinem a Wiedniem, lecz między Moskwą a Niemcami.

Aby jednak do tego przyszło, to jest, aby Austrja mogła się usunąć od trójcesarskiego przymierza, potrzeba pierwej zformowania kontrprzymierza zachodnich mocarstw. Z samą Anglią, Austrja nie pójdzie!

Korespondencje „Gaz. Nar."

Bukareszt d. 8. listopada.

... Z powodów niezawisłych odemnie nastąpiła przerwa w sprawozdaniach moich z Rumunii, a że w tym czasie nie wydarzyło się tu nic takiego, coby na bieg wypadków stanowczy wpływ wywarło, z łatwością więc mogę nawiązać przerwaną nitkę w toku owych sprawozdań. W ostatnich moich listach przygotowałem was na pewne wiadomości, które też w kilkanaście dni później rzeczywiście się sprawdziły, jako to: doniesienie o zamierzonej mobilizacji i skoncentrowaniu armii rumuńskiej, o zwołaniu Izb na nadzwyczajną sesję, i o gromadzeniu wojsk moskiewskich na granicy besarabskiej.

W dziennikach wiedeńskich, a za niemi w niektórych krajowych, napotykam obszerne konjunktury polityczne, stawiane jakoby na podstawie bliższego porozumienia Bratiana z Gorczakowem, podczas widzenia się ich w Liwadji. Że ministrom rumuńskim nie zbywało na najlepszych chęciach po temu, o tem ani na chwilę nie wątpię; wszakże dla dopięcia tego celu postanowili jeszcze przed wyjazdem swoim mobilizację armii, aby szczerość zamiarów i gotowość do pójścia ręka w rękę z polityką moskiewską na Wschodzie, poprzeć powagą cyfer, tj. faktem, że stotysięczna armia rumuńska czeka tylko rozkazów, aby wspólnie z zastępami opiekunki Słowian uderzyć na hordy padyszacha, i wprowadzić ład i porządek nad Dunajem, a to wszystko w zamian za drobne ustępstwa na rzecz projektowanej przyszłej wielkości Rumunii, chcącej się wsławić pod berłem ks. Karola i rządami Bratianów, rewindykacją ziem Banatu, Siędmiogrodu i Bukowiny, zamieszkałych przez pobratymców.

Otóż mogę was zapewnić z najwiarogodniejszego źródła, że z deputacją rumuńską doradzcy carscy w Liwadji ani słowa o tej wysokiej polityce mówić nie chcieli; a że takiego samego zawodu doznano także i w Hermanstadzie, podczas pobytu cesarza austrjackiego i ministrów w temże mieście; to też rząd nie wie w tej chwili, w jakim właściwie celu zmobilizował armię, i pociesza się chyba tem, że w danej chwili zechce przecież któraś strona wejść w targi z Rumunią o cenę pomocy z jej strony.

Na tej to podstawie rozpisują się dzienniki czerwone o polityce „wolnej ręki", i bronią rząd tak przeciw zarzutom przypisywanego mu zamiaru wejścia w bliższe porozumienie z Austro-Węgrami, jako też przeciw bardziej prawdopodobnym podejrzeniom poddania się pod rozkazy Petersburga. Faktem jest, że z wytężeniem wszystkich sił i środków zmobilizowano armię, z którą pomimo sławnej *ordre de bataille* nie wiedzą co zrobić. Stolica utyskuje pod ciężarem kwaterunku 10.000 żołnierza, a żołnierz pędzony z miejsca na miejsce, upada pod znojem, z którego sobie sprawy zdać nie umie. Mimo to Izby przedłużyły termin mobilizacji na dalsze 2 miesiące; przyznały na to całych 400.000 franków, i zawotują zapewne żądany od nich kredyt 10 milionów na potrzeby wojenne. Inne pytanie, zkąd dostać owych dziesięć milionów, kiedy niedobór tegoroczny wynosi 60 milionów, a rząd znajduje się mniej więcej w stanie niewypłacalności wobec wierzycieli, przedsiębiorstw i bieżących wydatków.

Pogłoska o projekcie obwołania ks. Karola królem Rumunów, jest humbugiem, wymyślonym przez jakiegoś dowcipnisia. Dziś nie zanosi się jeszcze na podobną krotochwilę, chociaż nie ma nic nieprawdopodobnego, by jej nie miano wyprawić przy pierwszej lepszej sposobności.

Pomimo upadku Aleksinaczu i Deligradu, i pomimo dwumiesięcznego zawieszenia broni, przeciąg Moskali przez Rumunię do Serbii nie ustaje wcale. Tak n. p. odeszło przedwczoraj ku granicy 320 ludzi i 75 koni. Powszechnie utrzymuje się tu zdanie, że zawieszenie zostanie zerwane pod lada pretekstem, a kroki nieprzyjacielskie rozpoczną się na nowo z równoczesnem wypowiedzeniem wojny przez Moskwę.

Przegląd polityczny.

W Hiszpanji rozpoczyna się wkrótce nowa sesja kortezów. Z powodu tego minister-prezydent Canovas del Castillo zawezwał, jak donosi Ajencja *Havasa*, wszystkich ministerjalnych posłów na naradę. Zgromadzenie było nader liczne, przybyło przeszło 250 posłów. Minister-prezydent w mowie swej mianej do zgromadzonych przedstawił sytuację polityczną Hiszpanii i zakomunikował, jakie projekta do ustaw rząd Izbom przedłoży. „Prawo o zniesieniu baskijskich *fueros*, — powiedział między innemi, jest już całkiem opracowane; nie rozstrzygnięta jest tylko kwestja ekonomiczna, dotycząca uregulowania opłaty procentów od długu państwowego. Rząd żywi jednak nadzieję, że na początku zbliżającej się sesji zdoła przy pomocy patrjotów rozwikłać tę sprawę, zwłaszcza, że ona nie jest sprawą polityczną i przeto rozbudzać nie może stronniczych namiętności, a będąc sprawą czysto finansowej natury, ułatwi rządowi wprowadzenie ładu i porządku w gospodarce państwowej, a tem samem przyczyni się do sprawiedliwego rozkładu podatków." Następnie zaczął minister-prezydent mówić o Kubie w te słowa: „Hiszpanja nigdy jeszcze tak wielkiej armii nie wysłała do wysp Antylskich jak obecnie. Rząd postanowił Kubę utrzymać za jakąbądź cenę, gdyż utrata tej kolonii oddziałałaby jak można najszkodliwiej zarówno na przyszłość naszego narodu jak i na nasze społeczne życie." Zwracając się wreszcie do spraw wewnętrznych kraju, dotknął minister-prezydent świeżo wykrytego spisku. „Rząd — powiedział — wykrył niedawno szeroko rozgałęziony spisek, i uczestników jego oddał w ręce sprawiedliwości; sądy osądzą winnych pomimo starań i zabiegów nieprzyjaciół publicznego porządku. Rząd zamierza konstytucję uzupełnić przedstawieniem kilku wniosków do praw organicznych, mianowicie do prawa o wyborze posłów i senatorów, jakoteż do prawa o zarządzie powiatów i gmin.

„Jednakże nie sądźcie z tego panowie, żebym był wielbicielem powszechnego głosowania; t e n k t o n i c n i e m a, n i e m a p r a w a d o g ł o s u, — to przecież prosty wniosek. Co się zaś tyczy zasuspendowania tak zwanych konstytucyjnych gwarancyj, to jest prawa o zgromadzaniu się i o stowarzyszeniach, to przyjmujemy za nie (za to zasuspendowanie) całą na siebie odpowiedzialność, gdyż mocno jesteśmy przekonani, że postępując w ten sposób, nie działaliśmy dyktatorsko, jak to utrzymują nasi przeciwnicy, ale trzymaliśmy się ściśle w granicach władzy, przepisanych nam konstytucją. Zresztą sprawę tę wniesiemy na stół Izby i kortezy o niej sąd swój wydadzą. Rząd nosi się także z myślą przedłożenia projektu prasowego; wreszcie z przyjemnością rząd będzie przypatrywał się tworzeniu się stronnictw, jeżeli one będą stały na gruncie konstytucyjnym, natomiast z całą energią prześladować będzie nieprzyjaciół istniejącej formy rządu i teraźniejszych instytucyj państwowych." Zgromadzenie podobno z uznaniem przyjęło mowę ministra-prezydenta, kilka razy przerywając mu hucznemi oklaskami. — W tenże sam dzień Sagasta, przywódzca opozycji, zgromadził u siebie wszystkich opozycjonistów i oświadczył im, że nie odstępując bynajmniej od zasad swojego stronnictwa, uważa jednak za właściwe doradzać mu, aby w obecnej chwili stanęło na gruncie konstytucji 1876 roku i tem samem w zasadzie podało rękę rządowi. — Okazuje się więc z tego, że ministerstwo p. Canovas stoi obecnie silniej, aniżeli stało kiedykolwiek od początku swych rządów. Wątpić jednak można, aby w Hiszpanii stan taki zdołał się długo utrzymać. W każdym razie obecnie jest on bardzo pocieszający i znosi poniekąd obawy, jakie świeżo wykryte sprzysiężenie wzniecać mogło.

Sprawa wschodnia.

Polit. Corr. podaje — jak sama zeznaje — bardzo zbliżony (!) do autentycznego tekstu wyciąg z ultimatum, przedłożonego przez Ignatiewa tureckiemu ministrowi spraw zagranicznych, Savfetowi-baszy. Brzmi on tak:

„Wypadki, które się od roku odbywają w niektórych prowincjach państwa ottomańskiego, a które sprowadziły wojnę między Turcją a księstwami Serbskiem i Czarnogórskiem, obudziwszy żywe współczucie wśród narodu moskiewskiego, skojarzonego licznemi związkami i stuletnią tradycją z ludnością półwyspu Bałkańskiego — nie mogły być obojętnemi dla gabinetu cesarskiego. Jego ces. Mość, podzielając sympatje swego ludu, postanowił w porozumieniu z innemi wielkiemi gabinetami zająć się przywróceniem porządku i pokoju. Ponieważ mocarstwa gwarancyjne zgodziły się wziąć za podstawę pacyfikacji utrzymanie *status quo ante* w księstwach Serbskiem i Czarnogórskiem, przeto dokonywane tam obecnie przez tureckie wojska operacje wojenne, sprowadzają bezpożyteczny przelew krwi.

„Ze względu na to, że boje wyrodziły w ostatnich dniach stosunki, które niepodobna aby kiedykolwiekbądź doprowadziły do stanowczych rezultatów, a tymczasem obrażają uczucie ludzkości, — car, mój dostojny pan i władzca, wobec zwłoki spowodowanej rokowaniami o warunkowe zawieszenie broni (*armistice restreint*) — nie może dłużej tego ścierpieć. Podpisany przeto otrzymał zlecenie oświadczyć w imieniu Jego car. Mości, że jeśli w ciągu dwóch dób po wręczeniu obecnego pisma nie zostanie zawarte rzeczywiste i bezwarunkowe zawieszenie broni na sześć do ośmiu tygodni, które by objęło wszystkich walczących, i jeśli komendantom wojsk tureckich nie zostanie udzielone natychmiastowe zlecenie bezzwłocznego wstrzymania wszelkich operacyj wojennych, — to będzie on zniewolony opuścić Konstantynopol z całym personalem poselstwa carskiego."

Do dziejów tego ultimatum podają *Fremdenblattowi* z Konstantynopola następujące szczegóły:

„Sytuacja, która przed 31. października zdawała się bardziej pokojowo rozwijać, wieczorem dnia tegoż niespodzianie przybrała wcale inny widok. Ultimatum moskiewskie podziałało jak piorun. Tylko co dokonane ze strony Porty przyjęcie propozycji jenerała Ignatjewa, musiało zrodzić mniemanie, że wszystko załatwione zostało. Wiedziano, że w. wezyr Mehemet Ruždi basza przyrzekł jenerałowi Ignatjewowi orędować w radzie ministerjalnej za natychmiastowem wstrzymaniem kroków nieprzyjacielskich i za zawarciem sześciotygodniowego, ewentualnie mogącego się odnowić zawieszenia broni. Moskwa natomiast zobowiązała się przeprowadzić rozbrojenie i wycofanie z armii serbskiej ochotników moskiewskich. Te nie bardzo zresztą sprzyjające dla Turcji warunki zostały przez jej rząd przyjęte na zalecenie mocarstw zaprzyjaźnionych. Przedłożony projekt konwencji został przez jenerała Ignatjewa pochwalony. Zdawało się więc wszystko być w należytym porządku, gdy wieczorem powyżwzmiankowanego dnia nadeszła wiadomość, że wojska ottomańskie po pięciodniowych walkach zawładnęły Aleksinaczem. W godzinę potem Ignatjew, bez poprzedniego zawiadomienia, notyfikował ministrowi spraw zagranicznych Savfetowi baszy znane ultimatum. Ten nadzwyczajny krok może być tylko wytłumaczony surowym rozkazem z Liwadji. Już po upływie kilku godzin musiał Ignatjew wyprzeć się złożonego oświadczenia i odrzucić propozycje przyjęte na jego własne żądanie. Widocznie wzięcie Aleksinaczu spowodowało Moskwę do takiego postępowania. Zdekoncertowany tem rząd ottomański, byłby prawdopodobnie odpowiedział przecząco, gdyby nie powodował się względem, że zwycięstwo jego armii zapewni znane pozycje w Serbii i że teraz bez żadnego niebezpieczeństwa będzie mógł przyjąć krótkie zawieszenie broni. Inne mocarstwa podczas całego tego przesilenia zachowały się bardzo oględnie i wyczekująco. Turcja okazała wielki takt polityczny, unikając starcia z Moskwą przez proste przyjęcie ultimatum. Porta nie podniosła żadnych zarzutów, żadnych uwag; powtórzyła tylko w nocie wyrażenia ultimatum bez najmniejszej zmiany." Oczywiście, że za prawdziwość i dokładność powyżej skreślonego ultimatum nikt nie zaręczy, bo i sama *Polit. Corr.* wyznaje, że jest to tylko wyciąg z b l i ż o n y do tekstu oryginalnego.

Projekt zaś moskiewski zawieszenia broni, który przed wręczeniem ultimatum był ułożony, tak brzmi:

„Ponieważ długa niepewność szkodliwą jest dla handlowych, przemysłowych i finansowych interesów całej Europy i przeszkadza pożądanemu przez wszystkie mocarstwa utrwaleniu pokoju, przeto zawiera się zawieszenie broni od .... na całym teatrze wojny (zamiast tureckiego projektu: na teatrze wojny serbskim i czarnogórskim) i to zawieszenie trwać będzie do .... grudnia. W skutek tego postanowienia delegowani mocarstw pośredniczących będą wyznaczeni i wysłani na odnośne miejsca dla wytyczenia linij demarkacyjnych. Gdyby wbrew wszelkiemu oczekiwaniu pokój nie został zawarty przed upływem tego czasu, to zawieszenie broni przy odnośnem rokowaniu i za porozumieniem Porty z mocarstwami gwarancyjnemi będzie mogło być przedłożone (zamiast tureckiego: „to zawieszenie broni zostanie przedłużone jeszcze na sześć tygodni, a żadna z obu stron nie będzie miała prawa samowolnie rozpocząć kroki nieprzyjacielskie. Po upływie tego drugiego terminu zawieszenie broni przedłuży się na dwa miesiące, chyba że mocarstwa pośredniczące uchwalą konieczność podjęcia kroków nieprzyjacielskich.") Odpowiedź dosłowną Savfeta baszy podaliśmy w przedwczorajszym numerze.

Do *Pester Lloyda* telegrafują z Konstantynopola: Jako przedwstępne warunki rokowań między mocarstwami uważać należy zapewnienie przyjęcia Stambułu jako miejsca konferencji, proponowaną przez Anglię podstawę rokowań — terytorjalną całość Turcji — uważać należy za przyjętą. Natomiast zastrzeżenie moskiewskie co do kwestji rękojmi, tudzież zarzuty Porty przeciw propozycji angielskiej w przedmiocie samorządu Bułgarji i odrębności Bośnii i Hercegowiny, nie są jeszcze załatwione. Porta w tym względzie trzyma się mocno na dotychczasowem swojem stanowisku, i odrzuca wszelką myśl przywilejów dla oddzielnych części monarchii, przeciwnie Moskwa upiera się przy odnośnych propozycjach angielskich. Porta ma w tym razie sprzymierzeńca w Grecji. Żywioł grecki obawia się być pochłoniętym przez Bułgarję słowiańską, i stanowczo występuje przeciw wszelkiemu uprzywilejowaniu oddzielnych słowiańsko-tureckich prowincyj.

Jakie znaczenie ma opieranie się Moskwy przy propozycjach angielskich — mówiliśmy wczoraj. Sprawa rękojmi, podnoszona przez nią, wskazuje na istotne zamiary gabinetu petersburskiego. Trzymająca się na baczności Anglia, jak widać z tego telegramu — niemogąc zaprzeć się swoich propozycyj — jako przeciwdźwignię bierze w ochronę żywioł grecki.

Z Izby sądowej.

Lwów d. 8. listopada.

(*Proces o oszustwo.*)

We wtorek i środę toczyła się w tutejszym sądzie karnym przed przysięgłymi ostateczna rozprawa przeciw małżonkom Jerzemu i Amalii Porth o zbrodnię oszustwa.

Skład trybunału: Przewodniczący pan radca Budzynowski, pp. radcy Buschak i Drdacki. Prokuratorję zastępował p. Hołyński, obwinionych bronił Siterski.

Jerzy Porth właściciel realności we Lwowie, pożyczał nieraz za pośrednictwem faktora Berischa Bartla rozmaite kwoty pieniężne, i wystawiał na nie, bądź kwitki, bądź weksle, które reprezentowały w ogóle kwotę 1000 zł. — Na dniu 21. lutego 1870 r. miał on również pożyczyć za pośrednictwem Berischa Bartla u Izraela Kohn Rappaporta kwotę 600 zł. i zaakceptować wraz z małżonką swoją na tę kwotę weksel, który Berisch Bartel, jako wystawiciel podpisał i na J. Kohn-Rappaporta żyrował. Nadto miał wystawić deklarację, w której uznaje ten weksel za prawdziwy. Jerzy Porth nie zapłacił tego wekslu na terminie, w skutek czego żyratarjusz Rappaport uzyskał nakaz płatniczy. Przeciw temu wnieśli małżonkowie Porth zarzuty, w których utrzymywali, że wekslu tego na 600 zł. nie podpisywali, jakoteż niedawali nikomu zlecenia, aby ich podpisał. W skutek tych zarzutów zapadł w c. k. sądzie krajowym wyrok, że nakaz zapłaty tylko wtenczas ma być prawomocny, jeżeli małżonkowie Porthowie zaprzysięgną, że wekslu na 600 zł. niepodpisywali.

Na dniu więc 12. marca 1877 r. złożyli Porthowie tę przysięgę, w skutek czego nakaz zapłaty został cofnięty.

Wierzyciel J. Rappaport nie przedsięwziął na razie przeciwko temu żadnych kroków, i dopiero d. 5. czerwca b. r., wniósł doniesienie do tutejszej prokuratorji państwa przeciwko małżonkom Porth o fałszywą przysięgę.

Obwinieni Jerzy i Amalia Porth tłumaczą się jednozgodnie jak następuje: W r. 1869 gdy pretensje Bartla Berischa wynosiły już około 1000 zł., wystawili mu na tę sumę jeden weksel, zniszczywszy poprzednio wszystkie drobne kwitki i kartki, które im Berisch Bartel pozwracał. Między temi kwitkami znajdował się i weksel na sumę około 600 zł. Łatwo mogło się stać, że Berisch Bartel, zamiast tego wekslu, dał mi inny papier do zniszczenia. Nie mogą bowiem w żaden sposób pojąć, zkąd się ten weksel na 600 zł. wziął. Nie podpisywali oni żadnego wekslu, ani też żadnej deklaracji. Nie wiedzieli także o tem, że J. Kohn-Rappaport uzyskał prawo zaintabulowania tej swojej pretensji na ich realności. Rezolucję tę znaleziono wprawdzie w ich mieszkaniu, i podpis Portha znalazł się na filurze, lecz on o tem wszystkiem nic nie wiedział.

Obwiniony Porth przytacza jeszcze, że później, gdy sprawa o weksel na 600 zł. wytoczoną została przed sądem, ofiarowali mu jacyś nieznajomi mu żydzi 200 zł., aby nie przysięgał, że tego wekslu niepodpisywał.

Poszkodowany niby Rappaport zeznaje, iż dał faktorowi Bartlowi 480 zł., na które przyniósł mu tenże weksel od p. Portha na 600 zł. wraz z deklaracją, w której małżonkowie Porthowie zrzekają się prawa zarzutu przeciwko temu wekslowi. Zeznaje on dalej, że zaraz następnego dnia wniósł do sądu o zaintabulowanie tej pretensji na realności Porthów, i że uzyskał to prawo. Następnie podaje, iż wiedział o zaprzeczeniu Portha, że weksel na 600 zł. jest nieprawdziwy, i o jego przysiędze, lecz nie wnosił zarzutu fałszywej przysięgi, ponieważ miał pretensję swoją zaintabulowaną, i dopiero gdy J. Porth przyszedł do niego i domagał się wyekstabulowania tej pretensji, zaskarżył go o fałszywą przysięgę.

Świadkowie Berisch i Izaak Bartel zeznają, iż byli przy wystawieniu wekslu na 600 zł. i deklaracji, różnią się jednak w zeznaniach swoich co do szczegółów podpisania tych dokumentów. Jeden twierdzi bowiem, iż najprzód podpisał Jerzy Porth a potem jego żona, drugi zaś utrzymuje przeciwnie. Nadto obaj nie mogą powiedzieć, czy Amalia Porth wiedziała co podpisuje czy nie.

Trzeci świadek, pisarz pokątny Rubin Stand, który pisał deklarację, i który twierdził w śledztwie, że nie widział, czy Porth podpisywał weksel, zeznaje teraz przy rozprawie, że Porth musiał weksel własnoręcznie podpisać. Córka jego była przy tem obecną, a ponieważ ona później przypomniała ojcu, że Porth podpisał weksel, więc musiał podpisać.

Świadek ten zeznaje dalej, że podpisu Amalii Porth ani na deklaracji, ani na wekslu nie widział. Ponieważ zakwestjonowano prawdziwość podpisów na wekslu i deklaracji, niby przez małżonków Porth położonych, zawezwano rzeczoznawców tak w śledztwie jak i do rozprawy głównej.

W śledztwie rzeczoznawcy pp. Wojewódka i ś. p. Majcher orzekli, iż są to własnoręczne podpisy Porthów. Przy rozprawie głównej oświadczył rzeczoznawca p. Jachimowski stanowczo, że podpisy są zfałszowane. Trybunał zawezwał jeszcze trzeciego rzeczoznawcę p. prof. Rosenbuscha, który orzekł, że podpis na wekslu jest nadzwyczaj podobny, a uwzględniając rozmaite okoliczności, jako to: inny papier, inne pióro, inne położenie ręki etc., możnaby twierdzić, że jest autentycznym, wszelako może być także i podrobienie nadzwyczaj doskonałe. Jeszcze mniejsze jest prawdopodobieństwo autentyczności podpisu na deklaracji.

Obrońca dr. Siterski wyzyskał znakomicie w swojej obronie sprzeczności w zeznaniach świadków, i orzeczenia rzeczoznawców, i wykazał, że rzecz obecna jest jednym z wielu sposobów lichwiarskich, w celu wywłaszczenia przedsiębranych.

Przysięgli na postawione im pytanie, czy małżonkowie Porth fałszywe okoliczności zaprzysięgli działając w zamiarze wyrządzenia Izraelowi Kohn-Rappaport szkody wyżej 300 zł. i przez to dopuścili się zbrodni oszustwa, jednogłośnie odpowiedzieli „n i e".

Kronika miejscowa i zamiejscowa.

— Święty Marcin przyjechał wczoraj na zupełnie białym koniu do Galicji. Śnieg spadł jak w grudniu i z tego powodu spóźnił się nawet wczorajszy osobowy pociąg pospieszny z Krakowa, jak donosi o tem poniżej zamieszczone pismo z dyrekcji kolei Karola Ludwika.

— (*cz*) Pan R a v e r t a, nowy tenor opery lwowskiej, ma już parę tryumfów do zapisania we Lwowie; mianowicie występ swój w „Hugenotach", i w „Rigolecie". Piszący te słowa nie był na pierwszej operze, a może zanotować tylko powszechny sąd publiczności; o Rigolecie jednak sam powiedzieć może, że p. Raverta grał i śpiewał tak, jak może jeszcze partji tenorowej w tej operze Lwów odśpiewanej nie słyszał. Arja w ostatnim akcie „donna e mobile" była tak znakomicie oddaną, że musiał ją p. R. powtarzać. Werwa, prawda życiowa, śpiew pełen wyrazu i szkoły, złożyły się na sukces dla śpiewaka, jakich rzadko. Oklaskom końca nie było, do czego i my przyłączamy się jak najszczerzej.

— Od dyrekcji kolei Karola Ludwika otrzymujemy następujące doniesienie: Dziś rano 11. listopada pociąg pospieszny osobowy jadący z Krakowa spóźnił się z powodu zamieci śniegowych blizko o dwie godziny. Przy wjeździe do stacji w Sądowej Wiszni wykoleiła się maszyna i wozy, nieuszkodziwszy jednakowoż ani osób ani parku. Skutkiem tego wydarzenia było tylko dalsze opóźnienie pociągu, który zamiast o 5. godzinie 30 minut, dopiero o 9. godzinie 50 minut rano do Lwowa nadszedł.

— Na miejsce skryptora, czyli sekretara literackiego Zakładu Ossolińskich opróżnione w skutek śmierci Aug. Bielowskiego i zmian, jakie z tego powodu w administracj Zakładu nastąpiły, mianowany został p. Klemens Kantecki.

— Na pismo zbiorowe *Rapperswyl* pod redakcją J. I. Kraszewskiego, złożyli w administracji *Gazety Narodowej* pp. Hipolit Olszewski 3 złr. 50 ct. i p. Bolesław Darowski ze Lwowa 3 złr. 50 ct. W poprzedniem ogłoszeniu zaszła pomyłka, którą prostujemy pisząc, iż w Samborze złożył prenumeratę za pośrednictwem p. G. Kohna p. Stanisław Kruszeliński, c. k. adjunkt sądowy, a nie kancelista.

— Dla chorego młodzieńca w szpitalu złożono (E. G.) w administracji *Gazety Narodowej* 2 złr.

— W imieniu p. Jana Pietruskiego nadesłano administracji *Gazety* naszej na pogorzelców miasta Bursztyna i Belechowa po 10 złr., które na miejsce przeznaczenia wyekspedjowano.

— S u b s k r y p c j a d l a k s i ę ż y p o l s k i c h w y g n a ń c ó w. Otrzymujemy następne zdanie sprawy od zarządu Muzeum narodowego: Dowiedziawszy się w przeszłym roku o okropnem prześladowaniu i nędzy kapłanów polskich wygnanych na Sybir i w głąb Moskwy, i czyniąc zadość życzeniom oświadczonym, zarząd Muzeum narodowego w Rapperswyl otworzył w różnych krajach subskrypcję, która poparta gorliwością niektórych dzienników, stała się już wielce korzystną dla nieszczęśliwych wygnańców. Uorganizowane zostało przesyłanie pomocy po otrzymaniu dokładnej wiadomości o położeniu księży wygnańców, rozsypanych na tak ogromnej przestrzeni. Na raz 500 złr. są zwykle przesyłane, i wymagane o ile możności rewersa. Każda przesyłka się robi po otrzymaniu wiadomości, że ostatnia otrzymaną została. Ks. Aleksandrowi Kierońskiemu w Nowosiółkach w Galicji, dawnemu wygnańcowi w Tunce na Sybirze, powierzony został głównie wybór osób, które są wspierane i jego gorliwość bardzo się przyczyniła do usunięcia trudności w rozdawaniu umiętnem pomocy. Niektóre korespondencje otrzymane od księży wygnańców ogłoszone zostały i uwiadomiły o okropnym ich losie i szlachetnej rezygnacji, silnej wierze w miłosierdzie Boskie, z jaką oni tak wielką niedolę znoszą.

Sumy z subskrypcji zbierane przez pośredników poborców w różnych krajach po za granicami Polski, są perjodycznie ogłaszane w obcyc[h] dziennikach. Dotąd w kraju bardzo drobna pomo[c] się okazała, kiedy przeciwnie w obczyznie do 1[0] października wynosiła 24.065 fr. 85 ct.

Od 10. października znacznie się jeszcze t[a] suma powiększyła zebranemi funduszami przez re[dakcje] dzienników we Francji i Niemczech; ta[k] dalece że obecnie wzrosła już do 32.926 franków 85 c. W miarę jak większe sumy są nadsyłane, u[mieszczane] mieszczane są w banku. Z tych otrzymał ks. Kie[roński] 12 059 fr. 35 ct. do rychłego udzieleni[a] dalszej pomocy. Prócz tego, 4000 fr. wprost m[...] przesłanych, zostało w październiku przez jednego z kolektorów, za wiedzą dyrekcji, które w jedny[m] z banków Lwowa złożone zostały. Tym sposobem będziemy w możności nie tylko dalej wspierać sta[r]ców, niedołężnych, bez możności zarobienia na życie, ale nowych licznych kapłanów znajdujących się w wielkim niedostatku. Liczba tych nieszczęśliwych wzrasta z powodu unitów podlaskich, setkami wygnanych w głąb Moskwy, i w okropnej nędz[y] zostających, pozbawionych zarobku pomimo co[-]dziennej pracy, co jest wyrafinowanem okrucieństwem. Moskwa ma czoło wszystkiemu zaprzecza[ć] i twierdzić, że nie tylko nie prześladuje, ale prote[]guje księży wygnańców. Dotąd sto kilkadziesią[t] kapłanów otrzymało pomoc. Ze wszystkich krajów Francja najwięcej złożyła funduszów; Szwajcarja pierwsza dała dowód sympatji w tym względzie; ofiary pochodzą wszędzie od katolików.

Zarząd Muzeum narodowego cieszy się z otrzymanego rezultatu, który świadczy o wielkiem współczuciu dla Polski, żyjącej na dnie serca ludów.

Zamek w Rapperswyl dnia 7. listopada 1876.

Władysław Plater.

— **Mianowania.** Prezydjum lwowskiego wyższego sądu krajowego zamianowało kancelistę sądu obwodowego w Samborze Ferdynanda Dallmayer i kancelistę sądu krajowego we Lwowie Ferdynanda Dobrowolskiego oficjałami wyższego sądu krajowego we Lwowie.

— **Mianowania w armii.** Mianowani dale[j] kapitanowie I klasy landwery czynnej kapitanami II klasy: Eugeniusz Bischan Ebenburg przy tarnopolskim batalionie landwery nr. 71; Józef Frank przy żółkiewskim batalionie landwery nr. 64 i Karol Gotsch przy sanockim batalionie landw. numer 57; kapitanem II klasy porucznik Wilhelm Zathey przy złoczowskim batalionie landwery nr. 67; podporucznikami, kadeci zastępcy oficerscy: Dymitr Konaniec przy żółkiewskim batalionie landwery nr. 64; Wilhelm Wesely przy buczackim batalionie landwery nr. 70; Hilary Spilka przy stanisławowskim batalion. landwery nr. 62; Jan Kyncil przy radowieckim batalionie landw. nr. 75, i Jaromir Kircheisel przy lwowskim batalion. landw. nr. 63.

Kapitan II klasy, oraz oficer ewidencji i zawiadowstwa sanockiego batalionu landwery nr. 57; Alfred hr. Poniński mianowany kapitanem I klasy z pozostawieniem na dotychczasowej posadzie, zaś porucznik i oficer zawiadowstwa suczawskiego batalionu landwery nr, 78; Ferdynand Watzke kapitanem II klasy przy tym samym batalionie.

W końcu mianowani w oddziałach landwery nie zostającej w stanie czynnym: Porucznik Wacław Chołoniewski przy kołomyjskim batalion. landwery nr. 66, kapitanem II klasy; porucznikami podporucznicy: Stanisław Terlecki przy samborskim batalionie landw. nr. 61; Józef Kisielowski przy dolno austrackim batalionie strzelców nr. 4; Eugeniusz Statkiewicz przy radowieckim batalion land. nr. 75; Ludwik Uliczka przy samborskim batalion. landw. nr. 61 i Karol Badałowski przy opawskim batal. landw. nr. 9. Podporucznikiem mianowany kadet Gustaw Bergou przy złoczowskim batalion. landw. nr. 67.

W jezdnych oddziałach obrony krajowej mianowani: rotmistrz II klasy Karol Kirste rotmistrzem I klasy przy bukowińskim szwadronie ułanów landw. nr. 13; porucznikami podporucznicy: Franciszek Weigel przy galicyjskim szwadronie ułanów landw. nr. 11 i Mieczysław Mniszek przy gal. szwadronie ułan. landw. nr. 6.

Lekarzami batalionowymi landwery w randze lekarzy pułkowych I klasy mianowani tacy lekarze II klasy: dr. Leon Bromberg przy tarnowskim batalionie landwery nr. 53 i Maksymilian Wurcel przy suczawskim batal. landw. nr. 78.

Pułkownik i naczelnik krajowej komendy żandarmskiej nr. 3, Fryderyk Semetkowski na własną prośbę przeniesiony w stan spoczynku, otrzymał przy tej sposobności w uznaniu nieposlednich zasług w czasie wojny, zarówno jak pokoju, charakter jenerał-majora *ad honores* z uwolnieniem od taksy; podpułkownik Antoni Sabrański, naczelnik krajowej komendy żandarmskiej nr. 1, mianowany pułkownikiem; rotmistrze II klasy: Rudolf Schönborn i Franciszek Rauch przy krajowej komendzie żandarmskiej nr. 5, rotmistrzami I klasy, a wreszcie podporucznik przy tej samej komendzie Jan Syroid, porucznikiem.

— **Dekoracja.** Cesarz nadał emerytowanemu woźnemu przy krakowskiej dyrekcji policji, Janowi Zabudzińskiemu, w uznaniu wieloletniej chwalebnej służby srebrny krzyż zasługi.

— **Egzamina klauzurowe** kandydatów na nauczycieli w szkołach realnych rozpoczną się dnia 15 grudnia r. b., o godzinie 9. przed południem w gmachu c. k. Akademi technicznej we Lwowie.

— **Wybór uzupełniający** dwóch członków Rady powiatowej w Krakowie z grupy gmin wiejskich rozpisany został na dzień 4. grudnia bieżącego roku.

— **Tarnów** d. 28. października. (Spóźnione). Gmach przeznaczony na gimnazjum klasyczne, pod którego mury, dnia 1. maja b. r. uroczyście zakładało miasto kamień węgielny, stanął już w całym zewnętrznym kształcie przed oczyma widzów. Jestto gmach bez wszelkich ozdób architektonicznych, chyba, że za ozdobę będziemy uważali mur szczytowy nad bramą, ale ogromny rozmiarem i odpowiadający celowi swemu zupełnie. Gmachu tego, dwupiątrowego, w kształcie podkowy budowanego, zapełniającego narożnik między gmachem seminarjum a gmachem szkoły wydziałowej, jedyną wadą jest nieproporcjonalnie mała brama i zbyt prozaiczna powierzchowność, stylem koszarowym trącąca, ale wielką jego zaletą jest trwała i sumienna budowa. Kosztowała ona przeszło jeden kroć pieniędzy i życie kilku ludzi, ale patrząc na jej wzrost i trwałość, nie można nie uznać i nie podziwiać energii, sprężystości i sumienności inżyniera p. Wszeteczki kierującego tą budową. Od maja do października, niedługa to przestrzeń czasu, a jednak w tej przestrzeni czasu stanął gmach, na który czekały pokolenia, który będzie świątynią nauki dla pokoleń. Przez zimę będą się odbywały roboty wewnętrzne, tak że z początkiem przyszłego roku szkolnego oddanym będzie na cele szkoły. Powie ktoś, że pan Wszeteczka, c. k. inżynier spełnił tylko swój obowiązek, dopilnowawszy sumiennej i trwałej budowy. Tak, ale dziś spełnienie obowiązków pociągające za sobą walkę z ludźmi i wymagające zawsze poświęcenia osobistych korzyści, należy do cnót i wyjątków, o czem niech przekona sąsiedni gmach szkoły wydziałowej budowany brzydko, źle i niesumiennie, skoro już w drugim roku sypią się mu-

5—

Nr 260. We Lwowie. Wtorek dnia 14. Listopada 1876. Rok XV.

chodzi codziennie o godzinie 7. rano, wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych.

Przedpłata wynosi:

JSCOWA kwartalnie . . . 3 złr. 75 cent
miesięcznie . . . 1 „ 30 „
ziejscowa: . . . 1 „ 70 „

Z przesyłką pocztową:

w państwie austrjackiem . . 5 złr. ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej .
„ Francji . . . . . .
„ Belgii i Szwajcarji . . . .
„ Włoch, Turcji i księt. Naddn.
„ Serbii . . . .
po 7 złr. 50 cnt.

Numer pojedynczy kosztuje 8 centów.

GAZETA NARODOWA

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują: We LWOWIE biuro administracji „Gaz. Nar." przy ul. Sobieskiego l. 12. (dawniej nowa ul. l. 201) i ajencja dzien. W. Piątkowskiego, ul. Hetmańska nr. 10 (i handel papieru A. Dulskiej). W KRAKOWIE: księgarnia Adolfa Dygasińskiego. Ogłoszenia w PARYŻU przyjmuje wyłącznie dla „Gazety Nar." ajencja p. Adama, Correfour de la Croix, Rouge 2. prenumeratę zaś p. pułkownik Raczkowski, Faubourg, Poissonniere 33. W WIEDNIU pp. Haasenstein et Vogler, nr. 10 Wallfischgasse, A. Oppelik Stadt, Stubenbastei 2. Rotter et Cm. I. Riemergasse 13 i G. L. Daube et Cm. 1. Maximilianstrasse 3. W FRANKFURCIE: nad Menem w Hamburgu pp. Haasenstein et Vogler.
OGŁOSZENIA przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem. Listy reklamacyjne nieopieczętnowane nie ulegają frankowaniu. Manuskrypta drobne nie zwracają się, lecz bywają [illegible].

Lwów d. 14. listopada.

(Wniosek Göllericha a głosy posłów i dzien-ów centralistycznych. — Okólnik ks. Auersperga namiestników w sprawach prasowych. — Interpelacja Simoniego w węg. Izbie posłów. — Mowa serfelda za ugodą wewnątrz i za ugodą z Węgrami.)

Na porządku dziennym sobotniego posiedze-Izby posłów stał, jak wiemy, przerobiony ez komisję wniosek, a właściwie rezolucja Göllericha względem reformy administra politycznej. Od trzech lat błąka się ta spra-w Izbie posłów, a sądząc z pierwotnych, i wet niedawnych głosów, jakie się w tej spra-e w dziennikach centralistycznych odzywały, siały powstać obawy, że centralizacja, na nic się oglądając, dobije resztę autonomii, jaka się w osunkach gminnych utrzymała. Dzisiaj obawy okazują się w przeważnej części płonnemi. wyjątkiem doktrynerów poznali centraliści na-et najzagorzalsi, że autonomia gmin jest tak amo im potrzebną jak autonomistom, że spad-bierczynią pogrzebanej autonomii byłaby — biu-kracja, która w ręku rządu centralistycznego, zy znanej naturze biurokratyzmu, mogłaby, a ręku rządu anticentralistycznego musiałaby się rzeciw dążnościom stronnictwa centralistyczne-o obrócić. Przyznać jednak winniśmy, że nie-lko ten względ partykularny, ale i istotny zgląd na dobro ludności powodował mowców entralistycznych do oświadczenia się przeciw o-rawywaniu autonomii gminnej, mimo że niedo-atki jej uznawano.

Podaliśmy spis posłów, do głosu to za, to rzeciw wnioskowi wspomnianemu zapisanych. W sobotę przemawiali p. Göllerich jako sprawo-ławca, tudzież pp. br. Zschock, dr. Giskra, Herman (ze stronnictwa prawa), br. Scharschmid, r. Thurn i dr. Dinstl — i okazało się, że szyscy są przeciw wnioskowi w znanej formie; tych jednak br. Zschock jeszcze dalej się po-uwał, i wszystko prawie wydawał na pastwę iurokracji, inni zaś przeciwnie, otwarcie prze-iw rozszerzeniu władzy rządowej przemawiali, r. Giskra przestrzegał przed pomijaniem sej-ów w tej sprawie, a br. Scharschmid postawił niosek, całą sprawę od sejmów zawisłą robią-y. Treść tych mów podamy jutro.

Godnem uwagi jest, że wszystkie główne iedeńskie organa centralistyczne wystąpiły rzeciw ograniczeniu autonomii gminnej; a *Nowa Presse* już przed posiedzeniem sobotniem. Powiada ona:

„Nieustanne zmiany organizacji politycznej ą chyba dowodem, że albo każda organizacja st do niczego, albo ludność jest tak niezdarną, e do żadnej organizacji włożyć się nie jest dolną. Do największych zalet w ustroju pań-twowym należy stałość administracji politycznej, k jest w Prusiech i we Francji, albowiem lu-ność bardzo powoli się oswaja z organizacją olityczną. W Austrji zaś zaledwo przez ośm lat miała ludność czas do oswojenia się, a już sta-wiają jej przed oczy coś nieznanego. Rzecz istnie-jąca staje się zakwestjonowaną i przez to w czynności swojej sparaliżowaną, a rzecz przyszła aledwo w ciemnych wyłania się zarysach. Ko-misja bowiem nie stawia projektów, tylko z o-lędnemi ogólnikami występuje. I to naturalnie, o w chwili, kiedy chciała z czemś danem wy-ąpić, stanęłaby przed zagadką niemożliwą do rozwiązania, bo żaden wniosek nie otrzymałby większości, skoro każdy co innego proponuje.

„Gminy posiadają wiele praw i obowiązków, których im nadać nie należało, z których niejedno uważają one za ciężar, właściwie państwu do ponoszenia przypadający. Ale co innego jest nadać szczuplejszy zakres autonomii, a co innego, dany już i od lat tylu wżyłe odbierać. Ograniczenie napotkałoby opór gmin wielu i dotknęłoby organizmy bardzo zdrowe. Zresztą któż nam powie, jak daleko raz wyzwolona, sięgnęłaby reakcja. Jest ona dziś tak gwałtowną, jak przed 10 laty zapęd autonomiczny i tak samo może sięgnąć po za kresy właściwe.

„Zapęd autonomiczny nie był niebezpieczny, bo z prawdziwego, zdrowego ducha wolności wypływał i losy obywateli we własne ich ręce składał. Reakcja dzisiejsza zaś jest niebezpieczną, bo prawo obywateli stanowienia o sobie ogranicza i wielką władzę w ręce organów biurokratycznych złożyć zamierza. Drobną jest okolicznośc łagodząca, że władze polityczne podlegają dziś ministerstwu konstytucyjnemu. Bo dajmy jakie chcemy regulaminy potędze biurokracji, zawsze ona dążyć będzie do rozmożenia się, i pod panowaniem konstytucji może ona samoistną czynność i prawa obywateli stłumić jak pod panowaniem absolutyzmu.

„I czyż dzisiejsze stosunki tak bardzo są liche a stosunki pod rządami biurokratycznemi tak bardzo świetne, żebyśmy do tej reformy reakcyjnej tak kwapić się mieli? Nie wymagajmy od gmin ideałów, jakich żadna administracja nie ziści. A pamiętamy jeszcze przecie gospodarkę rządową; i któż zechce twierdzić, że za rządów Bacha ustawy w ogóle i policję bezpieczeństwa należyciej sprawowano, jak obecnie za czasów autonomicznych? Dzisiaj widzimy ujemne strony administracji autonomicznej, ale wtedy poznalibyśmy je także u administracji biurokratycznej. I czyżbyśmy zyskali? Zważmy nakoniec, że rozszerzenie władzy rządowej byłoby łatwiejszem, gdyby Austrja państwem jednolitem była. Ale kwestja narodowościowa nigdzie tak głęboko nie sięga jak na polu administracji politycznej. Autonomia łagodzi tu starcia, a pomnożyłoby je rozszerzenie prerogatyw rządowych."

Nowa Presse oświadcza się tylko za polepszeniem autonomii w obecnym obrębie przez użycie organów, do urzędowania uzdolnionych. A podnosi projekt byłego szefa Bukowiny, p. Myrbacha, aby pisarze gminni posiadali kwalifikację, przez starostwo egzaminowaną.

Tagblatt powiada: „Administracja Bachowska daleko gorszą była jak obecna, tylko że wiele już z pamięci wyszło. Dzisiaj nie są przynajmniej gminy stworzeniami bez władzy i żandarm nie trzęsą nią jak upior. Tyran wiejski jest zawsze jeszcze bardziej ludzkim i może być usunię-tym, podczas gdy ówczesny starosta był abstrakcją nieprzystępną, nieubłaganą i wszechmocną. Rząd mając w ręku siłę skoncentrowaną, więcej i szybcej mógł zdziałać; policja jego była dzielna, była postrachem zbrodniarzy, ale i obywateli. Jeżeli autonomia łatwiej przepuszcza łotrów, to przynajmniej ludziom uczciwym spokój daje."

Starej Pressie nie podoba się obecnych gmin autonomia, mimo to jednak pisze: „Karłowata gmina, pod względem administracji politycznej na dyetę głodową skazana, byłaby igraszką każdej wyższej powagi. Bezsilna wobec bezprawnych zamachów biurokracji, bezowocna wobec członków gminy, bez powagi w obrębie osady, bez powagi na zewnątrz i u góry, wiecznie skazana na szamotanie się między obowiązkiem a niemożnością spełnienia go, byłaby chyba tylko konstytucyjnie umocowanym organem do niespełniania istniejących ustaw i przepisów; zamiast podstawy państwa wolnego byłaby dla reakcji dźwignią do obalenia naszych urządzeń liberalnych."

Pomijamy resztę dzienników, które innemi słowy tosamo wyrażają. Trudno o dosadniejszą krytykę sławnego wniosku p. Dunajewskiego, zwłaszcza gdy proponowana przez niego odpowiedzialność krajowej politycznej władzy rządowej wobec sejmu, jak panu D. wiadomo, należy dziś do marzeń, a wtedy, gdyby się ziścić mogła, to o lepszej organizacji autonomicznej myśleć byśmy mogli.

Dalszy ciąg rozprawy nad wnioskiem Göllericha nastąpi dzisiaj. Ciekawe było zakończenie sobotniego posiedzenia Izby posłów. W adomo nam, że *Pester Lloyd* doniósł o ciekawym okólniku ks. Auersperga, podczas słabości ministra spraw wewnętrznych do namiestników wydanym, aby prokuratorów nakłaniali do ściślejszego czuwania nad dziennikami. *Tagblatt* podał wnet dokładniejszą treść tego okólnika. Przed posiedzeniem, kluby lewicy i postępowy uchwaliły zainterpelować ministra-prezydenta tak dla bronienia wolności druku jak i dlatego, że fakt ten jaskrawo wyświeca postępowanie rządu, który wyszedłszy z łona stronnictwa, coraz dalej od niego się odsuwa. Interpelację tę wniósł p. Neuwirth w Izbie. Ks. Auersperg powstał i najpierw zaprzeczył, jakoby okólnik ten tak opiewał, jak go dzienniki podały, poczem odczytał go w całej osnowie. Niestety, *Tagblatt* zestawił swoje doniesienie z oryginałem, z czego się okazuje, że oryginał jeszcze daleko dalej idzie. *Nowa Presse* z wielkiem oburzeniem pisze o tym okólniku; wykazuje, że tylko za czasów Windischgraetza, Kempena i Bacha, rząd tak się wyrażał o dziennikarstwie jak ks. Auersperg; tudzież podobnie jak my pyta, zkąd namiestnicy mają prawo dawać instrukcje prokuratorom, którzy tylko od ministra sprawiedliwości zależą.

Okólnik ten może będzie powodem do zniesienia takzwanego postępowania przedmiotowego i w ogóle do odjęcia policji prawa cenzury, któ ra jej obecnie w pierwszym rzędzie przysługa. Powiadamy: może, — bo pamiętamy przecie, że dotycząca nowella prasowa jest dziełem p. Herbsta, i że dla wygody rządu p. Herbst nie zniósł jej, gdy był ministrem sprawiedliwości, mimo, że za rządów Belcredego przeciw niej występywał, i nie organa centralistyczne na cenzurę uskarżać się mogą.

W węgierskiej Izbie posłów p. Simonyi (ze skrajnej lewicy) wniósł zaraz na pierwszem posiedzeniu po odroczeniu d. 11. bm. interpelację w sprawie wschodniej: „1. Czy zechce rząd dla zorjentowania się ciała prawodawczego i narodu wyłuszczyć ustnie lub pisemnie, jakie jest od wybuchu zamieszek wschodnich postępowanie ministerstwa spraw zagranicznych [illegible] wszelkie onego kroki w każdym kierunku, tak w porozumieniu z obcemi mocarstwami jako też odmiennie od nich przedsięwzięte? Wyłuszczenie to ma objąć tak kroki, które za minione uważać należy, jak i całe postępowanie aż do punktu, od którego ze względu na toczące się jeszcze rokowania, wyjaśnień dawać nie wolno. 2. Czy zechce rząd nastręczyć Izbie posłów sposobność do rozbierania sprawy wschodniej i postępowania rządu przed obradami budżetowemi i do za manifestowania swoich zdań i poglądów w tej mierze?" Zdaje się, że i stronnictwo rządowe wniesie interpelację w tej sprawie.

Ciekawą jest manifestacja p. Kaiserfelda, marszałka styryjskiego, w sprawie wschodniej, w mowie którą miał przy otwarciu szpitala krajowego w Knittelfeld. Oświadczył on, że aby módz samoistną i niezależna prowadzić politykę zagraniczną i odważną mieć dyplomację, należy przedewszystkiem zagodzić rozterkę wewnętrzną; i wezwał Austrję, aby była przygotowaną „zapobiedz otworzeniu bram Zachodu, despotyczno-prawosławnemu Wschodowi." Toast swój — bo było to na uczcie publicznej — zakończył p. Kaiserfeld okrzykiem: „Niech żyje Austrja! Oby się powiodło zagodzić waśń bratnią i oby nie potrzebowała drzeć o wolność swoją!" Zarazem zażądał, aby ugodę z Węgrami odnowiono na podstawach istotliwie dawnych, aby żadna strona nie stawiała uporczywie warunków, któreby pod względem politycznym lub ekonomicznym szkodzić mogły. P. Kaiserfeld należał niegdyś z Rechbauerem do autonomistów w obozie centralistycznym, i jakkolwiek się usunął od wybitnego udziału w czynnościach centralistów, zawsze jednak — może właściwie dlatego — wielką jeszcze u nich posiada powagę. Czy pójdą oni za tym głosem — to inne pytanie; fakt ten jednak należało nam zapisać i podnieść.

Korespondencje „Gaz. Nar."

Wiedeń dnia 11. listopada.

(Y.) Zaledwo przebrzmiał hałas „debaty orjentalnej" a już znowu nowy zamach centralistycznej kohorty przeciwko autonomii krajów i kompetencji sejmów. Mamy na myśli tak zwany wniosek p. Göllericha żądający reformy w administracji politycznej, który na dzisiejszem posiedzeniu Izby poselskiej stał na porządku dziennym. Koło polskie postanowiło sprzeciwić się energicznie temu wnioskowi, który rozmyślnie wkracza w kompetencję sejmową i jest jednym ze środeczków systematycznie przez stronnictwo wiernokonstytucyjne używanych, ca odjęcia z czasem wszystkich główniejszych agend prawodawczych reprezentacjom krajowym. Siedmnastu mowców zapisanych jest do głosu. Za wnioskiem Plener, Giskra, Scharschmidt i Dinstl; przeciw br. Zschock, Herman, hr. Thurn, dr. Kronawettr, hr. Hohenwart, Grocholski, Wedl, Meroszewski, Waldert, Seidl, Schürrer, dr. Jopp i — Zakliński. Z listy mowców widzimy, że liberalniejsi posłowie stronnictwa wiernokonstytucyjnego również są przeciwni temu nowemu zamachowi przeciwko autonomii, głównie dlatego, że „cośpodobnego nie jest teraz na czasie." Widocznie nie chcą rozumniejsi centraliści drażnić drobnostkami jakicj narodowych, ba przeciwnie bardzo zaczynają im się przymilać, chcąc się niemi posłkować w sprawach mających za zadanie wywrzeć wpływ na politykę zagraniczą. Milczenie delegacji polskiej podczas rozprawy orjentalnej było bardzo przykrem dla nich zdarzeniem, a p. Suess pounął się tak daleko, że ad captandam benevoletiam posłów polskich, obiecał w sprawie wniosku Haaego o zmianie czytanek szkolnych działać w myśl według życzenia delegacji polskiej, jeśli ta zdecydje się poprzeć centralistów w debaci orjentalnej.

Dowiadujemy się, że w kole polskiem dwa wnioski były postawione, które miały na celu czynne wystąpienie polskich posłów podczas debaty. Pierwszy wniosek żądał wytczenia wielkiej sprawy i zamanifestowania w wielkim stylu stanowiska Polaków w Galicji, wobec wypadków na półwyspie bałkańskim. Za tym wnioskiem oświadczyło się tylko trzech delegatów wszyscy inni byli przeciwni. Drugi wniosek żądał złożenia krótkiej deklaracji. I ten wniosek nie zyskał więcej nad 12 głosów. Za przemówieniem byli posłowie: dr. Euzebiusz Czerkawski, dr. Hozard, Grocholski, hr. Wodzicki, dr Dunajewski, Czrzanowski i mamelucy, — większość, a na czele dr. Smolka oświadczyła się dla względów polityczej natury, przeciwko przemówieniu. (Trzebaby wiedzieć, którzy trzej delegaci byli za wnioskiem pierwszym i jakie oświadczenie uformowali dr. Czerkawski *et consortes*, ażeby ocenić, dla czego dr. Smolka *et consortes* oświadczyli się za milczeniem; p. r.)

Dowiadujemy się od osoby dobrze poinformowanej, że dziś tak w klubie postępowym, jako też i w klubie lewicy, poruszoną została sprawa interpelacji ministerstwa o ugodę z Węgrami. W klubie postępowym poruszył tę sprawę dr. Magg, posłowie Fux i Kopp poparli go energicznie, a ostatecznie poruczono p. Maggowi wypracowanie projektu interpelacyjnego, który na następnem posiedzeniu ma być przedstawiony. Stronnictwo to objawia również życzenie, ażeby rząd zamknął z końcem grudnia bieżącą sesję, a po świętach otworzył nową.

Cyrkularz księcia Adolfa Auersperga dotyczący „policyjnego nadzorowania prasy", ogromnie oburza tutejsze sfery dziennikarskie i poselskie. I w tej sprawie ma być wniesiona interpelacja.

Ostatnie posiedzenia świadczą, że tak gabinet, jak i większość centralistyczna traci z dnia na dzień na siłach i widocznie chyli się do upadku.

Paryż d. 7. listopada.

Szczególna rzecz, jak Moskwa umie każdą okoliczność wyzyskiwać, dlatego, że Turcja parta przez całą Europę zgodziła się na rozejm zaraz najemni służalcy w dziennikach francuzkich wychwalając ją, nie mają dość słów na uwidbienie bezinteresowności caratu moskiewskiego.

W tych dniach czytałem w *Przeglądzie naukowym i literackim* rozprawę: „O sile zbrojnej [illegible] spostrzeżenia, między innemi też godny uwagi ustęp: „Po rozpatrzeniu tego, co Moskwa zrobiła na drodze organizacji wojskowej, wnosimy: że obecnie nie jest w możności rozpocząć wojnę z państwem jakiemkolwiek posiadającem poważną organizację wojskową. Pozostawiamy na stronie Niemcy, ale weźmy Austrję i sądząc bezstronnie wzajemne przygotowania i nie wprowadzając w rachunek nieprzewidzianych wypadków bitew i obrotu dyplomacji, można przypuścić, że szala nie przeważa na korzyść Moskwy, bo rozwinięcie sił wojennych jest daleko wyżej posunięte w Austrji. Prawda, że Turcja nie jest Austrją, bo posiada i mniej liczną armię i te same wady w organizacji, mimo to Turcja dowiodła czynami, że posiada broń ręczną i armaty udoskonalone i w danym razie jest zdolną silnie i nie bez powodzenia bronić linii Dunaju. Zacząwszy od wpadnięcia wołoskiej rzeki Aluta, Dunaj ma szerokości 4000 metrów, a głębokości od 6 do 20 metrów.

„Rozumie się, że niema mostów; jeden jest pod Petrowaradynem. W wielu miejscach bagna czynią przystęp do brzegów niepodobnym. Brzegów tureckich bronią fortece: Silistrja, Ruszczuk, Widin, więc przejście Dunaju połączone jest z wielu trudnościami. Bywa niekiedy, że Dunaj zamarza w połowie grudnia do połowy lutego, w tym wypadku wojsko może go przebyć bez trudności, a nawet godzi się wnosić, że sztab moskiewski wprowadza w rachunek strategiczny tego rodzaju przypuszczenie. Morze Czarne przedstawia inną drogę, którą szli Moskale 1828 i 29 roku; napróżno się w owym czasie wałęsali po Rumunii i Besarabii, ich powodzenie wtedy było stanowcze, gdy pomijając Dunaj wylądowali w Warnie, zkąd weszli do Tracji, dotarli do Adrjanopolu i przecięli komunikację między Bułgarją i Konstantynopolem.

„Aby wylądować przez morze Czarne, potrzeba na to licznej floty. Otóż widzimy, że Moskwa posiada na morzu Czarnem 5 okrętów wojennych, 9 przewozowych, 1 pancerny, 14 kanonierek, wszystko razem uzbrojone jest w 87 armat. Turcy ze swej strony posiadają w Konstantynopolu u wejścia do morza Czarnego 24 okrętów pancernych, uzbrojonych w 103 armat, i 60 innych okrętów wojennych posiadających 600 armat, i przewozowych 99. Tego rodzaju siła morska jest w stanie powstrzymać zapędy moskiewskie. Że Moskale nie bez obawy poglądają na siły morskie Turcji, dowodem jest, iż zbroją pospiesznie porty, jak: Odessę, Chersoń, Sewastopol i inne. Ujście Bohu przygotowują, aby służyło za schronienie okrętom handlowym.

Mimo wielkich trudności można przypuścić, że Moskwa sama jedna jest w stanie pokonać Turcję, ale potrzeba, aby żadne inne państwo nie przyjmowało udziału w tej walce, i jeszcze należy przewidywać wojnę długotrwałą, połączoną ze strasznym przelewem krwi. Aby zapobiedz ogólnej rzezi chrześcian, wypadałoby uderzyć ogromnemi siłami, aby odrazu zadać cios stanowczy, bo nie można spuszczać z uwagi charakteru politycznego, połączonego z uczuciami ludzkości w tej sprawie, dlatego można łatwo pojąć opór cara Aleksandra przeciw zabiegom panslawistów, znamionujący wyższe zapatrywanie się na rzeczywiste położenie i prawdziwy zamiar Moskwy."

Pan Ludwik Jezierski, syn emigranta, autor tego poglądu na stan siły zbrojnej w Moskwie, który już dawniej dał się poznać jako biegły sprawozdawca w czasie wojny francusko-niemieckiej, nie zna dobrze Moskwy, i dlatego zapatruje się na nią jako na państwo jednolite, niemające żadnej słabej strony, zapomina zaś, że każde mocarstwo, wojujące z Moskwą, będzie miało koniecznie po swej stronie wszystkich Polaków, którzy chociaż rozbrojeni, tworząc nawet małe oddziały, mogą ubezwładnić znaczną część armii, i utrudniać szybkie obroty wielkiej armii. Pomija Kaukaz, pomija sekciarzy różnych nienawidzących caratu, pomija nihilistów, socjalistów, gotowych zawsze korzystać z wydarzonej sposobności. Po rozbiciu małej floty moskiewskiej na morzu Czarnem, po skoncentrowaniu wojsk w oznaczonych miejscach strategicznych, ogromne obszary caratu pozostawiają wolne pole tym ludom, które niechętnie dźwigają jego ciężkie i ohydne jarzmo. Nie wprowadza także w rachunek p. L. Jezierski kradzieży i oszustw urzędów moskiewskich, że owe niby dobrze zaopatrzone magazyny mogą spłonąć w razie potrzeby, aby się nie wykryły nadużycia, jak to było podczas wojny krymskiej. Widocznie p. J. uważa Moskwę jako państwo, posiadające wszystkie warunki cywilizacyjne, nie może dostrzedz tego, że pod rządem despotycznym statystyka nie ma żadnej powagi. Niedawno czytałem, że między moskiewskimi rekrutami znajduje się 129 na tysiąc umiejących czytać, a w Turcji 60, oba więc te państwa pod względem oświaty nie wiele się różnią. Pod względem ładu urzędowego i finansowego rozwoju wiadomo powszechnie, że Moskwa nie wiele wyżej stoi od Turcji.

Z zawieszenia broni nie obiecują sobie tutaj pomyślnych skutków, i powszechnie utrzymują, że Moskwa chce zyskać na czasie, aby się jako tako przygotować, i wyrobić sobie w Berlinie neutralność, bo na tym złotym horyzoncie przyjaźni Moskali z Niemcami zawsze jakaś czarna plama wichrzy tę jasno promieniejącą przyjaźń. Mówią, że cesarz Wilhelm dowiedziawszy się o przesłanem ultimatum, coś poprawił w mowie tronowej, a wielkie pochwały, oddawane polityce francuskiej przez dzienniki moskiewskie, także się w Niemczech nie podobają.

Gołos usiłuje dowieść, że tylko z pomocą Moskwy Francja może myśleć o skutecznym odwecie na Niemcach, że przyjdzie czas, iż Moskwa wywzajemni się za oddane usługi. Dziennik *La France*, zostający pod kierunkiem Emila de Girardin, przytacza często tego rodzaju wyjątki z moskiewskich dzienników. *Univers* napisał obszerną rozprawę, wykazując groźne niebezpieczeństwo ze strony Moskwy dla katolicyzmu i przytacza, że chociaż zasadą Turków jest Ałłah i Mahomet jego prorok, jednak szerzeniu się nauki katolickiej, zakładaniu seminarjów i różnych instytucyj Turcy się nie sprzeciwiają.

Ze spraw wewnętrznych należy zapisać przeprowadzenie bardzo drażliwej sprawy o zaniechaniu sądowego ścigania tych, którzy przyjmowali udział w komunie, wyłączeni są od tego ci tylko, którzy się dopuścili morderstw, podpalania i rabunku. Propozycja tego rodzaju, wniesiona przez p. Gatineau'a, a poprawiona przez p. Nuyvert, przeszła w sobotę w Izbie, a wczoraj za pośrednictwem jej prezesa oddana została do rozpatrzenia w senacie. Nie wiadomo, jaki będzie skutek rozpraw, ale życzyćby należało, aby ta drażliwa sprawa, która o mało nie spowodowała upadku ministerjum, ostatecznie załatwioną została. Następnie przyjdą bardzo ciekawe rozprawy nad budżetem kościelnym, a najtrudniejsze będzie położenie prezesa ministrów p. Dufaura, który przyobiecał dać objaśnienia, szczególniej co do wychowania młodzieży duchownej w kierunku ultramontańskim, przeciwnym treści konkordatu i obowiązującym prawom krajowym.

Arcybiskup paryski napisał trzeci list do p. Dufaura w sprawie kapelanów wojskowych. List ten jest pełen umiarkowania i godności pasterskiej. Być może, że ultramontanie francuscy wejdą na drogę miłości i cnoty chrześciańskiej, oczem przez chęć panowania nad wszystkiem zapominali.

Dwie groźby.

D. 8. listopada rozesłano telegramy z Petersburga, że wielki książę Michał mianowany naczelnym wodzem moskiewskiej armii z główną kwaterą w Kiszeniewie, również że jenerał Niepokojczycki mianowany szefem sztabu tej armii, a jenerał Lewicki jego zastępcą. Do dnia 8. listopada, oprócz znajdujących się w Besarabii moskiewskich wojsk, przewieziono tam kolejami z Kijowa i z Wołynia już dwa korpusy nowe, a dalsze transporta trwają dalej. Gdy poruszono kwestję, dlaczego podczas rozejmu Moskwa gromadzi armię nad Prutem, odpowiedziano w Petersburgu, że rozejm zawarty między Turcją a Serbią, ale nie między Turcją a Moskwą.

Wobec tej pewności, że pomimo zbierającej się w Konstantynopolu konferencji, Moskwa stanowczo zdecydowaną jest do wojny, miał d. 9. listopada wieczór lord Beaconsfield ową mowę wojowniczą na bankiecie, którą podaliśmy w sobotnim numerze, a równocześnie kazał ogłosić w dziennikach swą depeszę do lorda Loftusa, w której opowiedziany jest cały przebieg usiłowań angielskich o pokojowe załatwienie sprawy wschodniej, i jak te usiłowania zawsze przez Moskwę były paraliżowane. Projekt okupacji Bułgarji przez wojska moskiewskie, a Bośnii i Hercegowiny przez wojska austrjackie, również jak projekt demonstracyi flot połączonych pod Stambułem, wyszedł, jak depesza owa konstatuje, od Moskwy, która dalej w tym kierunku zdąża do rozbicia Turcji. Anglia grożąc wyjazdem swego posła, zmusiła Turcję do zaofiarowania sześciomiesięcznego rozejmu, a gdy Moskwa opierała się przyjęciu tego rozejmu, zwrócił lord Derby uwagę ambasadora moskiewskiego, hr. Szuwałowa, że taki opór Moskwy zmieni usposobienie opinii angielskiej, zajątrzonej z powodu wypadków bułgarskich, i zwróci ją przeciwko Moskwie, zagrażającej Konstantynopolowi. Gdy ultimatum moskiewskie postawiono, widocznie Anglia zniewoliła Turcję do jego przyjęcia, ułożywszy wprzód plan konferencji, z którym natychmiast po przyjęciu rozejmu wystąpiła. A gdy śród przed konferencyjnych rokowań Moskwa przystąpiła do ostatecznego zorganizowania armii, z którą napaść ma na Turcję, pomimo iż niby przyjęła projekt konferencji, to lord Beaconsfield uznał za potrzebne głośno i wyraźnie przed całym światłem wypowiedzieć: „Jeżeliby wybuchnęła wojna, to Anglia, posiadająca wielkie zasoby, jest do niej lepiej przygotowana niż inne państwa. Anglia toczyć będzie wojnę tylko w obronie dobrej sprawy, więc jeśli raz walka się rozpocznie, to Anglia nie złoży oręża, dopokąd sprawiedliwości nie stanie się zadość."

Te słowa wypowiedziane były d. 9. listopada wieczór. A już nazajutrz d. 10. około południa car dał na nie odpowiedź równie stanowczą, ale jeszcze groźniejszą, niż oświadczenie angielskie. Lord Beaconsfield podniósł konieczność utrzymania traktatu paryskiego, który zagradza Moskwie drogę do Dunaju i do Konstantynopola. W odpowiedzi swej car pomija tę najważniejszą okoliczność milczeniem. W niedzielnem porannem wydaniu „Gazety Narodowej" podaliśmy mowę cara w streszczeniu. Teraz umieszczamy dosłowne jej brzmienie podług „Prawitielstwiennego Wiestnika". Car rzekł:

Dziękuję wam, moi panowie, za uczucia, jakie chcieliście mi wyrazić, z powodu obecnych stosunków politycznych, które teraz już więcej są wyjaśnione. Jestem gotów z całem zadowoleniem przyjąć wasz adres.

Wiadomo już panom, że Turcja ustąpiła wobec moich żądań zawarcia natychmiastowego zawieszena broni, aby zakończyć bezpożyteczną rzeź w Serbii i Czarnogórze. Czarnogórcy okazali się w tej nierównej walce zawsze prawdziwymi bohaterami. O Serbach niestety tego powiedzieć nie można, pominąwszy naszych ochotników w szeregach serbskich, z których wielu przelało krew za sprawę słowiańską.

Wiem o tem, że wraz zemną cała Moskwa współczuje żywo bole naszych braci po wierze i plemieniu. Dla mnie jednak właściwe interesa Moskwy są najdroższe. Chciałbym aż do ostatka oszczędzać krwi moskiewskiej. Oto powód, dla którego starałem się i starać będę w pokojowy sposób osiągnąć polepszenie losu chrześcian na Wschodzie. Niedługo rozpoczną się w Stambule rokowania przedstawicieli sześciu mocarstw nad określeniem warunków pokojowych.

Mojem najgorętszem życzeniem jest, aby porozumiano się i zgodzono. Jeżeliby jednak do tego nie przyszło i jeżelibym zobaczył, że nie otrzymamy takich gwarancji, któreby były dopełnieniem tego, czego słusznie od Porty żądać możemy, mam stałe przedsięwzięcie działać samoistnie i jestem przekonany, że w takim razie cała Moskwa pójdzie za swoim głosem, jeżeli to uznam za konieczne i jeżeli honor Moskwy tego zażąda. Mam nawet to przekonanie, że miasto Moskwa jak zawsze przewodniczyć będzie przykładem. Niechaj Bóg nam dopomoże w dokonaniu świętego naszego powołania."

„Jeślibym zobaczył, że nie otrzymamy takich gwarancji, ktoreby były dopełnieniem tego, czego słusznie od Porty żądać możemy, mam stałe przedsięwzięcie działać samoistnie" i t. d.

W tych słowach jest rzucona rękawica już nietylko Turcji, i nietylko Anglii, ale całej konferencji, która zebrać się ma w Stambule. Car wypowiedział, że jeżeli ta konferencja nie przyjmie żądań moskiewskich co do gwarancji, to rozpocznie wojnę, i to już nie dla osiągnięcia tych gwarancji, ale dla dokonania świętego posłannictwa Moskwy. A co według opinii powszechnej moskiewskiej jest tem świętem posłannictwem Moskwy, to powszechnie wiadomo. Oto wyswobodzenie wszystkich Słowian, zjednoczenie ich, utworzenie wielkiego wszechsłowiańskiego państwa, dziedzictwo cesarzów greckich z stolicą w Konstantynopolu!

Więc na cóż konferencja się przydała?

Poco mają się zbierać delegaci mocarstw w Konstantynopolu? Czy na to, aby wysłuchać ultimatum moskiewskie i pokornie je przyjąć? a zarazem uznać tem samem i dyktaturę Moskwy w Europie?

Trudno nawet uwierzyć, ażeby po tej mowie zebrała się konferencja, która teraz już nic innego nie miałaby do czynienia, jak skonstatować, kto jest po stronie Moskwy, a kto po stronie Anglii? a kto z obawy przed kataklizmem zasłaniać się chce neutralnością, chociażby tylko do czasu? Ależ to wszystko i bez konferencji osiągnąć można, i kto wie, czy już nie jest osiągnięte, skoro wojna z obu stron jest tak jak zdecydowana.

Że wojna ta w pierwszej swej fazie będzie prowadzoną tylko między Turcją a Anglią z jednej strony, a Moskwą z drugiej, to nie ulega prawie żadnej wątpliwości. Ale także nie ulega wątpliwości, że rozwinąć się musi w ogólną europejską, w której wszystkie mocarstwa wezmą zapewne udział, a już co do Austrji, ta jej w żaden sposób uniknąć nie zdoła. Jeden z poważnych mężów stanów austrjackich, dr. Kaiserfeld, wypowiedział to w mowie, którą na innem miejscu podnosimy, tylko że centralista niemiecki łudzi się nadzieją, że i Niemcy będą przeciw Moskwie, więc że i Austrja przeciw Moskwie wystąpi.

Przegląd polityczny.

We Francji nie kryzys, ale co się zowie konflikt parlamentarny, i to konflikt między Izbą z jednej strony, a senatem i rządem z drugiej. Powodem tego była głośna swojego czasu sprawa pensji dla kapelanów wojskowych Izba deputowanych jak wiadomo, wykreśliła na ostatniej swej sesji pozycję tę z budżetu, jakkolwiek rząd gorąco za nią obstawał. Owóż rząd chcąc postawić na swojem, uciekł się do wybiegu i przedstawił w senacie całą listę tych pozycji budżetu, które były wykreślone przez Izbę deputowanych, a które rząd chciałby mieć w budżecie wstawione. Do listy tej minister finansów, Leon Say, dołączył memorjał zaadresowany do prezesa finansowej komisji senatu, w którym uzasadnia swoje postępowanie i usiłuje dyalektyką wykazać, że nie schodzi bynajmniej z konstytucyjnej drogi. A jednak artykuł VIII prawa o senacie wyraźnie powiada, że budżet powinien być wpierw przez Izbę deputowanych uchwalony, zanim senat może nad nim obradować. Z czego wypływa, że senat może tylko obradować nad temi pozycjami budżetu, które zostały przyjęte przez Izbę deputowanych; pozycje zaś wykreślone przez tę ostatnią nie mogą być przedmiotem dyskusji w senacie. Kiedy rozeszła się wiadomość o tym memorjale ministra finansów, Izba a zwłaszcza jej lewica podniosła wrzask niesłychany.

Rząd przeląkł się swojego kroku, bo widział wyraźnie, że w chwili gdyby senat stanął po jego stronie, nastąpiłaby między senatem a Izbą scysja, której fatalne skutki odczułby kraj cały. Uczynił tedy jeden krok do odwrotu. *Journal des Debats*, organ Leona Saya, przytoczywszy wyjątki z owego memorjału, dołączył następujący komentarz ze swej strony: „Okazuje się tedy z tego memorjału, że rząd jest mniemania, iż ma prawo przed obiema Izbami bronić swych budżetowych projektów. Jeżeli więc zdarzy się, iż Izba deputowanych odrzuci którąś pozycję budżetu, to rząd może ją przedłożyć w senacie, a jeżeli ją senat przyjmie, musi ją ponownie wnieść do konstytucyjnego traktowania w Izbie deputowanych. Bo zdaniem rządu budżet wtedy tylko ma moc prawną, kiedy jest uchwalony przez obie Izby. Rząd przedkładając w senacie pozycje wykreślone w Izbie, niema zamiaru oprzeć się tylko na decyzji senatu w razie, gdyby ona była dodatnią, ale właśnie myśli, że dodatnia decyzja senatu wywrze pewną presję na Izbę deputowanych i skłoni ją do ustępstwa w tej sprawie.“ Ale przypuśćmy, że Izba nie da się skłonić, — cóż wtedy nastąpi? Albo rząd będzie musiał ustąpić, albo będzie zniewolony rozwiązać Izbę. Donoszą, że w sferach rządowych noszą się właśnie z tą ostatnią myślą. Czy ona jest patrjotyczną, czy godziwem jest narażać kraj na agitacje wyborcze w chwili, kiedy nad całą Europą zawisły tak czarne chmury? Na to pytanie zbytecznem byłoby odpowiadać. Zaznaczamy więc tylko, że organa bonapartystów i rozmaitych stronnictw monarchicznych na wiadomość o ewentualnem rozwiązaniu Izby niedwuznacznie zdradzają swoją radość, a natomiast prezydenci trzech grup republikańskich Izby deputowanych zebrali się na naradę, żeby obmyśleć środki nad usunięciem rzeczonej ewentualności.

Konflikt między Izbą a senatem zaostrza także znany wniosek Gatineau dotyczący zawieszenia procesów w sprawie komuny. Izba przyjęła całe prawo w imiennem głosowaniu 311 głosami przeciw 175. Tymczasem w komisji senatu prawo to większością głosów odrzuconem zostało.

Defense sociale dowiaduje się, że marszałek-prezydent opracowuje misywę, którą ma zaadresować do Dufaura ministra sprawiedliwości, a w której swoje zdanie ma wypowiedzieć z powodu właśnie owego wniosku Gatineau. List ten ma być ogłoszony w chwili kiedy wniosek rzeczony wejdzie na stół senatu Ponieważ jednak organ biskupa Dupanloup, *Defense sociale*, lubi dość często puszczać sensacyjne bąki, przeto wiadomość powyższą podajemy z zastrzeżeniem.

We Włoszech zwycięstwo w wyborach rządu i partji postępowej wywołuje treny Jeremiaszowe w dziennikach konserwatywnych. *Opinione* pisze: „Jesteśmy dalecy od zaprzeczenia, że nasi przeciwnicy odnieśli świetne zwycięstwo, tem bardziej, że sami im to przepowiadaliśmy. Ministerjum na razie może być spokojne o swój byt. Ale pytanie czy to zwycięstwo długo potrwa. Za przyszłość nikt ręczyć nie może. Jednakże zwracając się do teraźniejszości, nie możemy przemilczeć naszego żalu, że przeciwnicy nasi w zaślepieniu swem stronniczem utrudnili wejście do Izby ludziom takim, których talent, wiedza i zasługi dawały im do tego niezaprzeczone prawo.“ A do słów tych dodaje *Gazetta di Venezia*, także opozycyjny i konserwatywny dziennik — swoje oburzenie, że taki Visconti-Venosta w swej rodzinnej mieścinie Tirano „ustąpić musiał pierwszeństwa przed jakimś obskurnym deputowanym z lewicy“; że tacy jak Lanza, niegdyś prezydent ministrów, albo Bonghi, były minister oświaty, poddać się musieli balotowaniu albo też zupełnie nie zostali wybrani. Co się tyczy wyboru Garibaldego, o którym pisaliśmy, że musi także podlegać balotowaniu, i zaznaczaliśmy ten fakt jako nader charakterystyczny, to okazuje się teraz, że z faktu tego o usposobieniu ludności rzymskiej wnosić niepodobna, jakoby była niechętną bohaterowi z Kaprery. Garibaldi w pierwszej dzielnicy Rzymu otrzymał 455 głosów, a jego przeciwnik Ratti tylko 5 głosów. Przyjdzie jednak do ściślejszego głosowania z tego tylko powodu, że większość wyborców tej dzielnicy nie zgłosiła się wcale do urny, a powstrzymała się od głosowania.

Na środowem swem posiedzeniu parlament niemiecki zajmował się sprawami budżetowemi i administracyjnemi. Podczas obrad nad etatem poczt i telegrafów uchwalono po długich rozprawach powrót do obliczania taksy telegraficznej według odległości, dzieląc państwo na strefy i obliczając taksę za każde słowo w pierwszej strefie po 3 feniki. Kiedy zaś w dalszym ciągu dyskusji nadeszła sprawa pensji jeneralnego dyrektora poczt i telegrafów, zabrał głos deputowany katolicki v. Schorlemer Alst i odezwał się w te słowa:

„Zanim mówić będę o wypadku, który ogólne wywołał wrażenie, muszę wystosować do jeneralnego pocztmistrza celem skonstatowania faktu zapytanie: Czy prawdą jest, że wyższe dyrekcje poczt w Bydgoszczy i Poznaniu wygotowały facsimile kardynała-arcybiskupa hr. Ledóchowskiego i rozesłały je do podległych sobie urzędów pocztowych z poleceniem, aby listy adresowane podobnem pismem wydawały prokuratorji?“

Kiedy na to pytanie jeneralny pocztmistrz Stephan odpowiedział przecząco, Schorlemer mówił tak dalej:

„Odpowiedź ta może być o tyle prawdziwą, że wygotowanie facsimile nie wyszło od dyrekcji poczt; sądzę jednak, że tak ogólnie postawiłem pytanie, iż wystarczająca odpowiedź mogła była nastąpić, dla tego zapytuję się: czy odnośne dyrekcje poczt rozporządziły, aby facsimilia kardynała Ledóchowskiego celem chwytania listów były wygotowane i urzędom pocztowym rozesłane.“

Gdy i na to p. Stephan zaprzeczył, wtedy Schorlemer odczytał rozporządzenie dyrekcji poczt w Bydgoszczy i Poznaniu z 16. września br., w którem polecono urzędom pocztowym listy adresowane ręką ks. kardynała odsyłać do prokuratorji i zawiadamiać o tem dyrekcję poczt. Po odczytaniu tego rozporządzenia Stephan już dłużej zaprzeczeniami walczyć nie mógł. Jest prawdą, powiedział, że dyrekcje poczt wydały odczytane rozporządzenie (aha! w centrum), jako też na rekwizycję prokuratorji rozesłały facsimilia. Do tego były zobowiązane i uprawnione podług art. 33. konstytucji i §. 5. ustawy pocztowej państwa niemieckiego.

Po przyznaniu się jeneralnego dyrektora poczt zabrał głos ponownie dep. Schorlemer. „Byłyby bardzo pożądanem, rzekł, gdyby jeneralny pocztmistrz zechciał nam także ogłosić brzmienie rekwizycji prokuratorji. Przytoczonemi przez jeneralnego pocztmistrza paragrafami konstytucji i ustawy pocztowej zastrzeżoną jest tajemnica listów, a tylko dodatkowem jest orzeczenie, pod jakiemi warunkami wolno w pewnym oznaczonym przypadku listy konfiskować. Obecna rekwizycja nie odnosi się do oznaczonego na pewne przypadku i pewnego listu, lecz jest ogólną, a zaprowadzona metoda facsimiliów naraża w ogóle nadzwyczaj tajemnicę listów na pogwałcenie. Jeśli ktoś przypadkiem pisze podobnie, jak ks. kardynał Ledóchowski, naraża się na niebezpieczeństwo, że korespondencja jego wydaną będzie przez zbyt gorliwych urzędników pocztowych prokuratorji. W takich okolicznościach mamy prawo pytać się, czy tajemnica listów jest jeszcze zapewnioną i czy słowo jeneralnego pocztmistrza, że tajemnica listów jest tak pewną w rękach urzędników pocztowych, jak hostja na ołtarzu, nie jest czczym frazesem? Dobrze się stało, że sprawa dostała się do publicznej wiadomości, gdyż przy razziach za listami, urządzanych za pomocą facsimiliów, będzie można zachować przynajmniej pewną ostrożność.

„Obok tego widocznego pogwałcenia tajemnicy listów mogę tylko — aby mówić parlamentarnie — podziwiać przebiegłość władz, jakoby wobec tych rekwizycji nie było można się uciec do prostego środka i kazać sobie listy komu innemu adresować. Rozporządzenie zatem jest bezpożyteczne, a naraża na szwak tajemnicę listów, dla tego spodziewam się, że ta swawola wnet ukróconą będzie.“

Odpowiedź Stephana brzmiała tak: „Ani jeneralny pocztmistrz, ani też jeneralny urząd pocztowy nie zajmował się tą sprawą bezpośrednio; dowiedzieliśmy się o niej z pism, należących do stronnictwa centrum, które o tym wypadku szeroko się rozpisały. Odnośni wyżsi dyrektorowie poczt wydali rozporządzenie, o którem tu mowa, na mocy swej władzy urzędowej i samodzielnie, porozumiawszy się ze swymi justycyarjuszami. Prawdą jest, że cytowane powyżej przezemnie miejsce gwarantuje tajemnicę listów, atoli dodatek opiewa: „wyjątki oznacza prawo“ — a takich praw nam w Prusiech nie brak (wesołość), np. ordynacja kryminalna itd. Mimo to nie cofam z tego, co powiedziałem o tajemnicy listów i urzędnikach pocztowych — ani joty.“

Poczem zabrał jeszcze głos Windthorst, żeby wykazać, że odpowiedź Stephana wcale nie obala zarzutu i nie uniewinnia dyrekcji poczt. Następnie, po przemówieniu jeszcze kilku mowców, debaty zamknięto, nie osiągnąwszy naturalnie żadnego rezultatu.

Dnia 6. bm. otworzono kortezy. Na pierwszem posiedzeniu kiedy konstytucjonaliści napadli na rząd gwałtownie, obwiniając Canovasa del Castillo o dążenie do dyktatury i tyranii, i podejrzywając prawdziwość wykrytego przez rząd sprzysiężenia, na te zarzuty Canovas odpowiedział sześciogodzinną mową. Treści jej dotąd jeszcze nie znamy. Okazuje się jednak, że depesza ajencji *Havasa*, donosząca o postanowieniu Sagasty popierania rządu, była najzupełniej mylna. Jak się okazuje teraz, to właśnie Sagasta, Ulloa, Alonzo Martinez, myślą energicznie na rząd nacierać z powodu ścieśnienia wolności religijnej i swobody prasy.

Z teatru wojny.

Przez tydzień przeszło nie pisaliśmy sprawozdań z teatru wojny i była chwila, kiedyśmy już żywili nadzieję, że już ich więcej pisywać nie będziemy. Zawiesiliśmy je w przewidywaniu, wyznajemy nieco optymistycznem — że zachodnie mocarstwa znużone tak długotrwałym zastojem we wszystkich sprawach ekonomicznych i przemysłowych; że Moskwa doznawszy najzupełniejszego *fiasco* w sprawie pożyczki zagranicznej; że Turcja odniosłszy ostatnie zwycięstwa; a Serbja tak stanowcze klęski; że zatem wszystkie te mocarstwa zmuszone będą do przytłumienia swych wojowniczych zapędów i chętnie nawzajem ustępować będą. Tymczasem logika faktów inaczej pokierowała sprawą, a debaty w rozmaitych parlamentach nad sprawą wschodnią, mowy lorda Beaconsfielda i cara moskiewskiego, jakoteż uzbrojenia tak energicznie podjęte przez Turcję z jednej strony, a przez Moskwę Rumunję i Grecję z drugiej, każą nam dzisiaj przypuszczać, że wojna jest bliższa, niż spodziewają się pospolicie. Żeby więc wypadki nie zaskoczyły nas niespodzianie, uważamy za właściwe już dzisiaj zacząć oznajamiać czytelników naszych z sytuacją na teatrze wojny i z psychicznem usposobieniem ludów, mających w niej bezpośredni wziąć udział.

Przedewszystkiem więc zaznaczyć musimy, że między Serbami a Moskalami otwarta panuje nienawiść. Wiemy już że arogancją swoją, tatarską butą i zwierzęcemi namiętnościami swemi odrazu Moskale oblali zimną wodą entuzjazm, jaki do nich zrazu żywili Serbowie. A wkrótce potem, gdy okazali swoją nieudolność militarną, nic dziwnego, że stal się przedmiotem pogardy. Serb jest na wskroś republikaninem, nie zna on i nie rozumie tego, co znaczy państwowa zasada moskewska „czyn czyna paczytajet;“ tymczasem Moskale tak są przejęci tą zasadą, że przybywszy do Serbji nie mogli nawet inaczej, jak tylko zaraz starać się zastosować ją w praktyce. Do tej przyczyny niesnasków między Serbami a Moskalami dołączyło się jeszcze zepsucie moralne, jakie Moskale ze sobą przynieśli. Żeby nas nie posądzano o stronniczość lub przesadę w tej mierze, dajemy głos p. Karazynowi korespondentowi dziennika moskiewskiego *Nowoje Wremia*. P. Karazyn, którego chyba tylko o patryotyzm moskiewski posądzić można, pisze w te słowa:

„Od chwili gdy rola jen. Czerniajewa w Serbii wybitnie wystąpiła i jenerał ten stał się punktem przyciągającym dla wszystkich Moskali, zaczęły się organizować całe oddziały ochotników, którzy ze wszystkich krańców Moskwy ciągnęli na teatr wojny. Białogród stał się centralnym punktem zboru. Wiadomo, że między tymi ochotnikami znajdowali się bardzo zasłużeni oficerowie młodzież z najlepszych rodzin, ale większość stanowili nieokrzesani półżołnierze i ludzie przeszłości więcej niż podejrzanej, którzy okrom życia nie mieli nic do stracenia. W kilka dni po przebyciu tych ludzi zmienił się zupełnie charakter stolicy serbskiej. Życie ochotników moskiewskich było życiem karczemnem i ulicznem; całe gromady biwakowały na placach miasta. Oficjalnie panowało w Białogrodzie prawo wojenne. Po 9. godzinie wieczór musiały być pozamykane wszystkie lokale publiczne i domy prywatne, patrole przeciągały ulicami itp. Ochotnicy moskiewscy dalecy byli od poddania się tym przepisom, a władze miejskie i policja z powodów łatwych do zrozumienia, patrzały przez palce na te nocne huanki. Patrole miały instrukcję nieprzeszkadzania im i wymijały ich ile możności. Cóż za sceny działy się na ulicach nietylko w nocy, ale w jasny dzień! Moskale mieli np. szczególniejsze wyobrażenia o wolności i o stosunkach patrjarchalnych serbskich kobiet i prześladowali je z natarczywością brutalną. Ojcowie miasta nic przeciw temu zaradzić nie mogli, i prosili jeno grzecznie damy, aby zechciały nie wydalać się z domu.

Miasto przedstawiało widok rozpasanego, wszelkiej karności pozbawionego obozu, tak, że zdawało ci się być przeniesionym w czasy trzydziestoletniej wojny, w jeden z obozów Wallensteina. Dniem i nocą rozlegały się po ulicach nieprzystojne pieśni, krzyki, kłótnie i owe niepodobne do powtórzenia przekleństwa moskiewskie; wódka i wino płynęły strumieniami. Cały ten obraz dzikich orgii jak czarna chmura unosił się nad miastem. Nic naturalniejszego jak to, że te wybuchy pijaństwa rozpasanych band wyzyskiwane były przez wrogów Moskwy i przypisywane całemu narodowi, jako cechy charakterystyczne. Serbowie zachowywali się wobec tych wybryków biernie i pobłażliwie. Mawiali oni: „Wojna wydaje bohaterów, ale wyrzuca także na powierzchnię takie żywioły, które w czasach pokoju leżą na dnie.“ Władza wojskowa położyła wreszcie koniec tym wybrykom ochotników moskiewskich.“

Sprawa wschodnia.

Już przed paru dniami sygnalizowano do Pesztu, że jeśli nawet zebranie się członków konferencji przyjdzie do skutku, to sama konferencja nie może liczyć na powodzenie. Teraz wiadomo, że Moskwa przystąpiła do projektów konferencyjnych gabinetu angielskiego, a więc główna przeszkoda w zebraniu się konferencji została usuniętą. Angielskie propozycje są tylko powtórzeniem propozycji z d. 21. września b. r. i streszczają się w trzech punktach:

1) Statusqo dla Serbii i Czarnogóry.

2) Spisanie protokołu, w którymby się Porta zobowiązała względem mocarstw do wprowadzenia systemu lokalnej autonomii dla Bośnii i Hercegowiny, a na to być system takich lokalnych instytucyj, któreby umożliwiły ludności wykonanie kontroli nad jej własnymi urzędnikami miejscowymi i użycie rękojmi przeciw samowoli tychże. Przy czem wszakże nie może być mowy o sformowaniu nowych państw lennych.

3) Takież same rękojmie przeciw nadużyciom administracji będą dane dla Bułgarji.

O formalnych więc przeszkodach zdaje się że już mowy być nie może. Porta, która dotychczas uważała zebranie się konferencji za ubliżenie sobie, pono już się pozbyła skrupułu, a nawet Savfet basza pod naciskiem Anglii zrzekł się przewodnictwa w konferencji, bo jak donoszą ze Stambułu — prezydować będzie lord Elliot. W ślad za oświadczeniem się Moskwy i Niemcy już zapewne zgłosiły się z postanowieniem wzięcia udziału w konferencji, bo już wymieniają nazwisko delegata bismarkowskiego. Ale to są wszystko podrzędne czynności, do których nadziei załatwienia sprawy przywiązywać nie można. Jeśli Moskwa przystąpiła, to tylko w zasadzie, a wiadomo co takie przystąpienie zasadnicze znaczy w polityce. Kwestja bułgarska pozostanie tym szkopułem, o który się rozbijać będą wszelkie źle ukrywane zamiary pokojowe. Porta postanowiła jasno i czysto (clairement et nettement) określić swe stanowisko w tej sprawie. Odpowiednio do tego, rząd ottomański nie zgodzi się na żadną autonomię w Bułgarji, w jakiejbykolwiekbądź ona formie była. Powołuje się on na zupełnie normalne stosunki, w jakich się znajdują prowincje objęte nazwą Bułgarji. Savfet basza mniema, że z takiem samem prawem można byłoby żądać autonomii dla ajdyńskiego lub erzerumskiego wilajetu, bo prowincji bułgarskiej nie ma. Moskwa zaś wcale nie uznaje różnicy między administracyjnem a etnograficznem pojęciem Bułgarji. W kołach więc dyplomatycznych nie wierzą, aby możliwość usunięcia tak sprzecznych zapatrywań Porty i Moskwy została uprzątniętą.

Zresztą jeśli kto to Turcja najmniej wierzy w szczerość polityki moskiewskiej. Dosadnym wyrazem tych przekonań stał się organ seraskieratu *Verité*, który w jednym z ostatnich numerów tak pisze:

„Nie ulega wątpliwości, że Moskwa od dawna jest na to zdecydowaną, wszystkim niepewnościom i zawikłaniom kwestji wschodniej jednym gwałtownym zamachem kres położyć. Atoli zamiast odważnie zabrać się do dzieła, marnowała czas na matactwa i intrygi. Moskwa w obliczu Europy chce odgrywać rolę obrońcy chrześcian na Wschodzie. Już od wielu miesięcy usiłuje uwikłać Turcję w sieci swej polityki. Turcja spostrzegła jednakże niebezpieczeństwo i chroni się go wszelkiemi siłami. Moskwa wszelkiemi sposobami stara się oprowadzić Turcję do tego, aby ta odrzuciła żądania mocarstw zmierzające do polepszenia losu chrześcjan bałkańskich. Moskwa chce nakłonić Portę do popełnienia błędu, aby potem mocarstwom europejskim powiedzieć mogła: „Ujmuję interesa chrześcian wschodnich w swe dłonie, z Turcją nie można traktować, pozwólcie mi wreszcie w imię ludzkości nauczyć rozumu ten naród barbaryński, który zbrodniami swemi plami nasz kontynent.“ Moskwa mniema, że w takim razie żadne europejskie mocarstwo nie ujęłoby się za Turcją i że jej nieprzyjaciel, w tak zręczny sposób izolowany, byłby zupełnie w jej mocy. Dla tego też gabinet moskiewski porusza od miesiąca cały mechanizm swej dyplomacji. Pierwszą próbą było *memorandum* berlińskie, dalej zaprzestanie kroków nieprzyjacielskich pod Aleksinaczem, a gdy Serbowie zerwali zawieszenie broni, myśl kongresu, następnie przed kilku dniami żądanie nowego zawieszenia broni a w końcu, gdy Turcja się na nie zgodziła, odrzucenie tego zawieszenia. Jakiej nowej machinacji użyje Moskwa, aby schwytać Turcję wobec Europy na błędzie? Nie wiemy tego, jesteśmy jednak przekonani, że ta komedja jeszcze się nie skończyła. Europa mogła się dotąd przekonać, że Turcja uczyniła wszystko, aby wobec nieprzyjaźnych zamiarów Moskwy nie dać najmniejszego powodu do zaczepki.

W. Porta uczyniła z nadzwyczajnem umiarkowaniem wszystko, czego od niej zażądano, a nie upadła na duchu, jakkolwiek złe zamiary przeciwników aż zanadto były widocznemi; zawsze i wszędzie chwytała się Porta wybiegów, aby tylko Europę uchronić od nieszczęść wojny. Turcja dobrze o tem wie, że Moskwa jest zdecydowana wypowiedzieć jej wojnę; olbrzymie zbrojenia się nad Morzem Czarnem nie są W. Porcie tajnemi, zna ona dobrze liczbę korpusów, które są już gotowe do pochodu ku granicom tureckim. Ale Moskwa pozornie nie chce dać powodu, spokojnem wyczekiwaniem chce dowieść swego zamiłowania pokoju, dopókiby nieprzyjaciel nie stracił cierpliwości i brutalnie nie rzucił jej rękawicy. Zdaje nam się bardzo prawdopodobnem, że Moskwa nie zdoła aż do końca grać roli bezinteresownego obrońcy chrześcian i że w końcu z całą od lat 20 zbierającą się zaciętością rzuci się na Turcję. Może być, że godzina tego napadu jeszcze nie wybiła; że dyplomacja jeszcze przez czas niejaki będzie snuła intrygi i płatała figle, aby dogodną wypatrzeć chwilę. Godzina ta jednakże nadejdzie. Moskwa jest zanadto zaangażowaną, za wiele ma żołnierzy, oficerów i materjału wojennego w Serbii, aby miała to poświęcić.

„Moskwa tak zrobi, jak namiętni gracze, gdy coraz więcej przegrywają: pogoni za swemi pieniądzmi. Wtenczas to wreszcie Europa się dowie, po czyjej stronie słuszność i który z obydwóch narodów szczerze pragnął pokoju. Zdaje się, że nadeszła nieszczęsna chwila wielkich europejskich zawikłań. Europa straciwszy od roku 1866 równowagę, podtrzymywaną tylko słabym węzłem trójcesarskiego przymierza dopóty będzie się chwiała, dopóki znów nie odnajdzie swego punktu ciężkości. Za jaką cenę znajdzie ten spokój, trudno teraz przewidzieć. Czy Moskwa rozprzestrzeni się aż do Bosforu i dunajskiej granicy Austrji i czy uzyska tym sposobem przewęgę, która się obecnie znajduje w rękach Niemiec? Czy Turcy wyparci zostaną do Azji i założą swą stolicę w Smyrnie, Diarbekirze lub Bagdadzie? O tem nas może tylko przyszłość pouczyć albo chyba pan Bismark, który się dotąd jeszcze nie odezwał.“

Z Berlina donoszą, że na wypadek, gdy na porządek dzienny konferencji wejdzie sprawa bułgarska, baron Werther otrzyma specjalne instrukcje celem ofiarowania obu stronom *bons offices* rządu niemieckiego w znaczeniu pośredniczącem.

Do kroniki uzbrojeń moskiewskich przybywa okólnik ministra wojny do naczelników dywizji, zawiadamiający tych ostatnich, iż w najkrótszym czasie ma nastąpić mobilizacja całej armii. Wszelkie więc przygotowania mają być w ten sposób prowadzone, aby we trzy tygodnie po wydanym rozkazie mobilizacja w całem państwie była dokonaną. Kozacy uralscy mają wystawić kontyngens 42 pułków. Kubańskim zaś kozakom dano rozkaz trzymania się w pogotowiu wymarszu ze stanic.

P. Leon Pusłowski, Polak został mianowany przez rząd turecki naczelnikiem państwowego biura statystycznego w Stambule. Ziomek nasz znany jest w świecie naukowym jako autor rozprawy o znaczeniu statystyki wobec organizacji wojskowej.

Kronika miejscowa i zamiejscowa.

† **Maurycy Mann**, członek akademii umiejętności, umarł jak donosi telegram, wczoraj w Krakowie o godz. 7. rano.

— Ostatni numer *Tygodnika niedzielnego*, wychodzącego przy *Gazecie Narodowej*, skonfiskowała c. k. prokuratorja za pierwszy ustęp artykułu o „metropolicie Hołowińskim i carze Mikołaju.“

— (cz.) Dziś znów przedstawioną zostanie „Aida“. Niedzielne przedstawienie „Indigo“ Straussa, jak na czas, w którym jakgdyby wydzierżawiła w całości naszą publiczność teatralną opera ta Verdiego, ściągnęła bardzo licznych słuchaczów. Nie pisalibyśmy o tem przedstawieniu, gdyby nie okoliczność, że winni jesteśmy wzmiankę o występach pani Tańskiej, którą w niedzielę słyszeliśmy po raz trzeci. Po raz pierwszy przed parą miesiącami wystąpiła pani T. także w roli Fantaski w Indigo, po raz drugi w roli Eurydyki w Nowym Orfeuszu. Sądzić kogoś, który pierwsze kroki w zawodzie scenicznym stawia w tak trudnych rolach, nie łatwa rzecz. O sądzie więc stanowczym nie może być tu ani mowy, a zanotujemy tylko, że pani T. ma głos bardzo dźwięczny, a nawet możnaby powiedzieć, umie śpiewać, i to może lepiej, aniżeli wiele z naszych bardziej rutynowanych od niej śpiewaczek, nie dopisuje zaś jej tylko siła głosu, chociaż jeszcze także twierdzić nie można, że pani T. już więcej siły w głosie rozwinąć nie będzie mogła. Publiczność bardzo sympatycznie przyjmuje debiutantkę od jej pierwszego występu, i nawet zdaje się, że ta jej życzliwość dla początkującej artystki wzrasta z każdym jej występem. Wyborne przedstawienie z zwykłą zresztą obsadą pełnej humoru opery Straussa, nie obeszło się tym razem bez smutnego wypadku. *Prima ballerina* nasza, panna Maywood, której niedawno zmarła matka, tańcząc w pierwszym akcie zemdlała i padła na scenę, skąd ją wynieść musiano. O ile wiemy, wypadek ten nie pociągnął za sobą żadnych dalszych następstw dla panny Maywood, oprócz że nie mogła już zebrać oklasków, jakie byłyby jej z pewnością dane za jeden z najpiękniejszych jej walców, który właśnie tańczyła.

— Pisaliśmy niedawno o zamiarze otworzenia Zakładu wychowawczego według metody Froebla przy ulicy Halickiej pod l. 52 naprzeciw polskiego gimnazjum. Obecnie donosimy, iż Zakład ten już otworzonym został pod kierownictwem p. Józefy Jaroszyńskiej i p. Marji Bartus. Oglądaliśmy jego wewnętrzne urządzenie. Jest ono wzorowe. Wyższe zaś wykształcenie kierowniczek tego Zakładu, umiejętna troskliwość, z jaką zajmują się powierzoną sobie dziatwą, daje wszelką pewność, iż Zakład ten odpowie wymaganiom dobrego wychowania, i rozwinie się pomyślnie.

— Z dobrego źródła dowiaduje się *Wiek*, że słynne „Żywe pochodnie Nerona“ Siemiradzkiego, będą wystawione w Warszawie. Stanie się to jednak dla tego tylko, że obraz rzeczony nie został jeszcze sprzedany. Wiadomość o sprzedaży nie była jednak bezzasadną, sprzedaż była bowiem z obu stron zamierzoną, ale fakt sam nie został spełniony. Obraz Siemiradzkiego ma tam przybyć wprost z Wiednia, gdzie obecnie wystawiony jest od 1. listopada w Künstlerhauzie. Spodziewać się należy, że nasze Towarzystwo sztuk pięknych postara się, aby także Lwów mógł zobaczyć to najnowsze arcydzieło rodaka.

— Na przyszłą IV kadencję roków przysięgłych, wylosowani przysięgli główni: Stachurski Józef dzierżawca, Zabłocki Jan dzierżawca, Kunicki Antoni wł. domu, Nikorowicz Edward właściciel dóbr Ulwówek, Laskowski Walerjan właściciel domu, Lilien Ignacy bankier, Barbaro August emeryt. major, wł. realności, Grott Alojzy kupiec z Sokala, Micewski Edward wł. domu, Kinzler Antoni rzeźnik i wł. domu, Wójcicki Piotr piekarz i właśc. domu, Jankowski Józef wł. domu, Gross Ferdynand cukiernik, dr. Dornbach Julian wł. dóbr Żukowa, Lang Bronisław wł. dóbr Wieczorki, Nazalewicz Jan wł. domu, Poremba Michał wł. drukarni, Rucker Zygmunt aptekarz i wł. domu, Dębkowski Leon wł. domu, Roth Wicenty wł. domu, Mokrzycki Karol wł. domu, Jekeles Izak wł. domu, Baurowicz Walenty wł. domu, Gerosicz Lejba wł. dóbr Rusina, Kinzi Jan, wł. folwarku w Kurnicy, Marschall Franciszek wł. domu, Bender Karol wł. domu, Lubaczewski Jan rolnik z Sokala, Günsberg Hersch wł. domu, Mans Karol gospodarz z Dornfeld, Langner Rudolf rękawicznik, Ławski Jan, wł. domu, Sekler Berl kupiec, Gall Maurycy wł. domu, Halberstam kupiec, Galambosch Ignacy wł. domu.

Zastępcy:

Niemczynowski Stanisław krawiec, dr. Rieger Zygmunt lekarz, Mozer Franciszek krawiec, Gużewski Jan rzeźnik i wł. real., Gall Jakób spedytor, Jaśkiewicz Kajetan introligator, Sołtykiewicz Ludwik wł. domu, Łazowski Leon aptekarz, Krater Karol wł. cegielni.

— Dnia 10. grudnia b. r. odbędzie się publiczne losowanie dzieł sztuki zakupionych przez lwowskie Towarzystwo przyjaciół sztuk pięknych. Ci ajenci i pojedynczy członkowie Towarz., którzy zalegają jeszcze z należytością za akcje, raczą takowe spiesznie nadesłać, ażeby akcje ich w losowaniu udział mieć mogły. Wykluczenie niezapłaconych akcyj z losowania nie uwalnia według §. 7 stat. Tow. od zapłacenia za nie. Bliższe szczegóły losowania oznaczą plakaty.

— Na pismo zbiorowe *Rapperswyl* pod redakcją J. I. Kraszewskiego, złożyli w administracji *Gazety Narodowej* pani Marja Morawiecka we Lwowie 3 złr. 50 ct.; p. Tarciszek Fiszer, 3 złr. 50 ct. Aż do ukończenia druku prenumeratę przyjmujemy.

— U hr. Neipperga, głównie komenderującego w Galicji, odbył się d. 10. t. m. obiad na cześć dr. Schenka, prezydenta wyższego sądu krajowego, jako jubilata czterdziestoletniej służby państwowej.

— **Ze Stryja.** Zarząd oddziału stryjskiego Towarzystwa pedagogicznego urządza publiczne wykłady z historji literatury polskiej, które miewać będzie p. Czesław Pieniążek, profesor tutejszej wyższej szkoły realnej. Wykłady odbywać się będą w sali radnej, z dniem 14. listopada począwszy, każdego wtorku i niedzieli od godziny 6—7 po południu aż do 17. grudnia włącznie.

— **Ślub.** Dnia 11. t. m. odbył się w Krakowie ślub dr. Tadeusza Wojciechowskiego, autora „Chorwacji“ i skryptora Biblioteki uniwersyteckiej we Lwowie, z panną Marją Librowską.

Jaworów, 12. listopada. W sobotę, 11. t. m. urządziło kasyno Jaworowskie wieczorek pożegnalny dla c. k. starosty, pana Albina Zajączkowskiego, który zamianowany radcą namiestnictwa opuszcza Jaworów, gdzie zaledwie półtora roku urzędował, a mimo tak krótkiego czasu umiał swem postępowaniem pełnem taktu, i jemu tylko właściwem uprzejmem postępowaniem, pozyskać szacunek i poważanie wszystkich warstw. Bezstronny i przystępny dla każdego, umiał pogodzić obowiązki urzędnika z obowiązkami, jakie nań wkłada cześć i miłość dla ziemi ojczystej. O ile skuteczną była działalność pana starosty Zajączkowskiego w kierunku zbliżenia do siebie dwóch wrogo przeciw sobie stojących narodowości (polskiej i ruskiej), udowodniły dostatecznie tegoroczne wybory posła do sejmu, które tu nigdy tak cicho i z małemi wyjątkami, tak zgodnie nie zostały przeprowadzone. Nielicznie w naszym powiecie reprezentowane obywatelstwo, wzięło udział w wczorajszym wieczorku i tym sposobem uczciło starania pana starosty około dobra i rozwoju powierzonego mu powiata.

Żegnamy Cię czcigodny i zacny mężu staropolskiem: „Szczęść Boże!

— † **Warszawa** 9. listopada. Sztuka nasza poniosła bolesną stratę, z powodu naglej śmierci Bolesława Pawła Podczaszyńskiego, jednego ze znakomitszych architektów naszych i znanego zaszczytnie na polu badań archeologicznych.

Śp. Bolesław ujrzał światło dzienne w Wilnie 1824 r., kształcił się początkowo w akademii medycznej i duchownej w Wilnie, a studja architektoniczne odbywał pod kierownictwem ojca, znanego profesora architektury. Doskonalił się potem w naukach górniczo-hutniczych i w budownictwie w uniwersytecie berlińskim i szkołach paryzkich; zaniechawszy następnie górnictwa, oddał się wyłącznie architekturze.

Polem jego działalności było następnie nasze miasto. W 1846 r. mianowany profesorem budownictwa w szkole sztuk pięknych, po zwinięciu zaś takowej w r. 1865, zarządzał klasą rysunkową, a od r. 1867 mianowany został budowniczym okręgu naukowego warszawskiego.

Zmarły ze szczególnem zamiłowaniem oddawał się studjum archeologicznym. Zbiory też jego, pomiędzy któremi znajduje się cenny komplet pieczęci i doborowa biblioteka zabytków bibliograficznych, skrzętną dłonią gromadzone, zyskały sobie rozgłos w świecie uczonym i niejednokrotnie zwiedzane były przez bawiących w naszym kraju zagranicznych badaczy, a część ich nawet odznaczyła się na ostatniej wystawie archeologicznej w Peszcie.

Nr. 113. Lwów, 14. Listopaa 1876 — Wtorek. Rok I.

Wychodzi codziennie z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych o godzinie 7 rano.

Redakcja przy ulicy Sobieskiego, l. 4, gdzie sklep J. S. Jürgensa.

Administracja *pod l. 2, ulica Sobieskiego.*

INSERATY obliczają się po 6 ct. od miejsca jednego wiersza (petit.)

Listów niefrankowanych nie przyjmuje się. Manuskryptów nie zwraca się.

KRONIKA CODZIENNA

Prenumerata miejscowa wynosi:

miesięcznie	1 złr.	10 ct
ćwierćrocznie	3 „	30 „
półrocznie	6 „	60 „
rocznie	13 „	— „

Prenumerata z przesyłką pocztową wynosi:

rocznie	16 złr.	— ct
półrocznie	8 „	— „
ćwierćrocznie	4 „	— „
miesięcznie	1 „	35 „

Numer pojedyńczy 6 centów.

Zaproszenie do prenumeraty.

Pocztą: za Listopad . . 1 złr. 35 ct.
W miejscu: za Listopad . 1 „ 10 „
od 1. Listopada do końca roku:
z przesyłką pocztową . . 2 złr. 70 ct.
w miejscu . . . . . . 2 „ 20 „

Obrońcy sprawiedliwości europejskiej.

Dnia 10. listopada nacechował lord Beaconsfield bardzo wyraźnie stanowisko Anglji w groźnym konflikcie wschodnim. Tegoż samego dnia objawił na drugim krańcu Europy zamiary swe dumny władca Rosji. Między przemówieniem premjera angielskiego a przemówieniem syna Mikołaja, które na innem miejscu streszczamy, zachodzi ścisła analogja — w gabinecie St. James i w Carskiem Siele posługują się jedną i tą samą argumentacją. „Celem Anglji jest utrzymanie pokoju“ powiada najnowszy lord Albjonu; „chciałbym przedewszystkiem zażegnać burzę“ zapewnia pogromca Kokańców. W zbawiennym tym jednak zamiarze czują się obaj bohaterowie obecnej chwili zagrożonymi każdy w swój sposób. Zimny John-Bull wspomina z czułością o paryzkim traktacie, litera traktatu jest jego dyrektywą, i mimo czczego zapału mityngowców on będzie stać na straży całości Turcji. Równie sentymentalnie tłumaczy się i cesarz rosyjski; przyszłą jego akcję powoduje jedynie chęć uszczęśliwienia chrześcjan wschodu.

W obu jednak przemówieniach kończy się tyrada pokojowa epilogiem bardzo pozytywnej treści wojowniczej. Już ta okoliczność, że lord Beaconsfield przemawiał do kupców, zgromadzonych na bankiecie u lorda-majora, a mowa cara wygłoszoną została także wobec kupców i szlachty w Moskwie, tej siedzibie szowinizmu rosyjskiego, rzuca bardzo wyraźne światło na zamiary obu mocarstw. „Gdyby wojna wybuchła“ powiada Disraeli „to Anglja z powodu wielkich swych zasobów lepiej jest do niej przygotowaną, niżeli inne kraje. Anglja toczyć będzie wojnę tylko o s p r a w i e d l i w e cele, — jeźli jednak raz walka się rozpocznie, Anglja nie złoży oręża, dopóki s p r a w i e d l i w o ś c i nie stanie się zadość.“ „Jeżeli nie stanie się zadość s p r a w i e d l i w o ś c i“ deklamuje Aleksander II, ten „przyjaciel pokoju europejskiego“, „natenczas mam niezachwiany zamiar wystąpić samoistnie i działać w myśl honoru Rosji!“

Azatem lew brytański i orzeł rosyjski gotują się do walki, azatem tylko dla tego ma być wkrótce rozłożonym ogólny obóz europejski, aby król bawełny i apostoł prawosławia mieli przestronne pole dla dokończenia swej rywalizacji dziejowej! I grubo myli się Europa, jeżeli sądzi, że dzieje się to w obronie osobistych ich interesów. Przeciwnie. Tyran Irlandji i tyran Polski występują w groźnej zbroi przed Europą jedynie w imię sprawiedliwości — na targu dyplomacji europejskiej podnoszą dawno upadły kurs uczuć humanitarnych kupiec z nad Tamizy i kacap z nad Wołgi!

Mowa Disraelego i mowa cara są najdobitniejszym wyrazem obecnej sytuacji. Rosja żąda a Anglja nie chce. Czy zresztą konflikt, w jakim znajdują się obaj „obrońcy sprawiedliwości europejskiej“, zostanie już teraz rozwiązany ogniem i żelazem, czy też krwawy ten duet zostanie odroczony z powodu niedyspozycji koncertantów, mających mu wtórować, okoliczność ta nie zmienia wcale politycznej konfiguracji Europy.

Nie możemy przy tej sposobności pominąć pewnego ustępu, zawartego w przemówieniu cara. Samodzierżca Rosji podnosi bohaterstwo tyraljerów czarnogórskich, a o armji serbskiej wyraża się wcale niepochlebnie. Dziwi go, że została pokonaną, mimo że tam kilku Moskali drogą dla niego krew swoją przelało. Zapomniał jednak zbawca Słowiańszczyzny, że właśnie Moskale byli w szeregach serbskich żywiołem demoralizacyjnym, że właśnie ci brawurzyści z nad Newy, którzy na ziemię serbską wstąpili z krzyżem czerwonym na piersi i z szampanem w ręku, pędzili serbskich bojowników rozpacy w sposób lekkomyślny, szalony, zbrodniczy od błędu do błędu, od kęski do klęski! Zapomniał, że właśnie tej hołocie zawdzięcza naród serbski, iż teraz na szerokiem pogorzelsku obozuje nędza, której w marmurowych swych pałacach nie widzi rozczulony „protektor chrześcjan wschodnich!“

Zdanie które wypowiedział ojciec chrzestny syna Milanowego o armji serbskiej, odbije się bez wątpienia bolesnem echem nad brzegami Driny i Morawy. Dziś nazwano potomków Duszana tchórzami, jutro może każą rozbitym rajasom serbskim zwrócić grosz judaszowy, który moskiewskie siostry miłosierdzia wiozły dla nich z taką paradą!

Korespondencje „Kron. Codz.“

Wiedeń 10 listopada.

(δ) Walka donkiszotów z młynami wietrznemi wreszcie się skończyła. Donkiszoci języka zrobili swoje, teraz przyszła kolej na donkiszotów pióra. Dziennikarze wiedeńscy zadziwieni w pierwszej chwili toku debat nad kwestją wschodnią nędzotą formy i treści w głosach swych bohaterów parlamentarnych, dopiero nazajutrz po zamknięciu dyskusji przypomnieli sobie obowiązki swego rzemiosła. Wyćwiczeni niezrównanie w taktyce bezczelnego kłamstwa, przekręcania słów i myśli im niedogodnych, lunęli istnym wodospadem pochlebstw i trywjalnych frazesów na płytką sofisterję dra Herbsta, udają litośną obojętność na emanacje swych przeciwników i konstatują wreszcie że dyskusjaześrodkowała się w wspaniałej manifestacji obu części monarchji, która nigdy większej jedności i zgody nie objawiła, jak właśnie w tym wypadku.— Nie wiem, co więcej podziwiać, czy śmiałość wykłamywania sobie wniosków wręcz faktom przeciwnych, czy cynizm, z jakim przemysłowcy dziennikarscy spekulują na ustaloną głupotę swych wiernych czytelników, z których dziewięć dziesiątych części jest zanadto leniwą na umyśle, aby sprawdzić to, co na pierwszej stronie dziennika przeczyta, tem, co na drugiej napisano.

Europejskie dziennikarstwo inaczej ocenia tę farsę, którą panom interpelantom koniecznie odegrać się chciało i słusznie szydzi z niefortunnych popisów drążkowych polityków, którzy nic więcej nie wskórali, jak okazanie światu obrazu niemocy i rozprzężenia wewnętrznego w jaskrawem oświetleniu obawy i zwątpienia.

Zupełnie bierne zachowanie się naszej delegacji wobec takiego stanu rzeczy nie było wynikiem braku zgody w tem co powiedzieć, ale uchwałą p o z y t y w n ą, której roztropność i konieczność obszerniej wykazać potrzeba, niż to w pobieżnej korespondencji uczynić mogę, za czem jednakowoż już ten fakt świadczy, że dziennikarstwo centralistyczne wraz z całą kliką niemiecką i żydowską nie [illegible] się z gniewu i zdziwienia, że to się tak stało, że Polacy, mając daną sposobność wyzionienia wiekowych żalów, wypowiedzenia piorunujących mów naprzeciw swym odwiecznym wrogom, milczeli jak zaklęci. „Neue freie Presse“ denuncjuje delegację komitetom (?) emigracyjnym w Paryżu i w Londynie i — któżby się nie śmiał, — woła zdrada! Sam fakt, że ta klika równie nam wroga i nienawistna jak najnienawistniejsi Moskale, gotowa każdej chwili, przed tem i po tem, kiedybyśmy im przysługę jaką wyrządzić mogli, zdradzić i przygnębić w wielkich i małych sprawach, tak gorąco dziś pragnie manifestacji jakiejś z naszej strony, powinien każdego myślącego naprowadzić do zastanowienia, czy godzi się usłucha głosu tej syreny. „Gazeta narodowa“ ząc bez względu na czas i stosunki utartym gościńcem z a p a ł u w o j o w a n i a n a s ł o w a, cytuje ze zgrozą korespondencję wiedeńską „Kroniki“, która nazwała największym „nonsensem“ manifestację parlamentarną, gdyby z naszej strony do tego było przyszło. Nie ja byłem korespondentem, od którego ustęp przytoczony przez „Gazetę“ pochodził, ale niemniej orzeto podobne zdanie w innej korespondencji, a to nim uchwała w delegacji stanęła, wypowiedziałem tylko w motywach różnią się od cytatu „Gazety“. Nie formalne względy braku jakiejś kompetencji przemawiania imieniem polskiego narodu lub jakaś niewczesna i zyteczna troskliwość a drogocenną przyszłość Cislitawji, mogły spowodować delegatów naszych do uchylenia się od tej jałwej i bezowocnej dyskusji, ale oczywista chwiejność tych, którzy decydujący wpływ na bieg spraw mają, równie ja przekonanie, że kraj skutkiem od nas zupełnie niezależnych wypadków, lada chwila na straconą wetę wystawionym być może, a to przez tych właśnie, którzy tak skwapliwie wtórowania naszego w swych deklamacjach się domagali, oto są przyczyny, które nakazują największą oględność, a [illegible] każdego kroku bez oczywistej konieczności. M i l c z e n i e n a s z e j d e l e g a c j i w t y m w y p a d k u b y ł o a k t e m i s t o t n i e p o l i t y c z n y m, b o r e z e r w u j e j e j g ł o s n a t e n c z a s i n a t e n w y p a d e k, g d z i e b ę d z i e m ó g ł n a s z a l i d e c y z j i z a w a ż y ć.

Następne posiedzenie rady państwa odbędzie się w sobotę. Cesarz cofnął dyspozycje dane gwoli wyjazdu do Gödöllo i zamierza udać się do Pardubic na polowanie i wyścigi, skoro tylko pogoda na to pozwoli. Na jutrzejszą uroczystość odsłonięcia pomnika Szyllerowskiego zapowiedziano udział cesarza, dla którego osobny namiot przygotowano. Pomnik stoi przed frontem nowo wystawionej Akademji sztuk pięknych, na wolnym, ładnym placu (Schillerplatz), mającym jeden bok wolny z widokiem na Ringstrasse, a z dwóch boków pierzeje nowych pałacowych budynków. Pomnik jest dziełem konkursowym prof. Schillinga z Drezna, i przedstawia piękną, szlachetnie pojętą postać poety w rozmiarach cokolwiek nad wielkość naturalną. Piedestał z granitu otoczony u stóp czterema figurami spiżowemi z dzieł poety.

Rada państwa.

(204 posiedzenie Izby deputowanych).

Wiedeń 11 listopada.

Prezydent dr. R e c h b a u e r otwiera o godz. $11\frac{1}{2}$ posiedzenie. Na ławie ministrów komplet.

Po załatwieniu kilku drobniejszych spraw przystąpiono z porządku dziennego do drugiego czytania wniosku G o e l l e r i c h a w przedmiocie z m i a n y u s t r o j u p o l i t y c z n e g o. Sprawozdawcą komisji jest sam wnioskodawca, a wniosek komisji podaliśmy już w dosłownem brzmieniu. Za wnioskiem zapisani do głosu dr. Plener, dr. Giskra, br. Scharschmid i dr. Dinstl; przeciw wnioskowi br. Zschock, Herman, hr. Thurn, dr. Kronawetter, hr. Hohenwart dr. Wede, Grocholski, hr. Mieroszewski, ks. Zakliński, Seidl, Schürer i dr. Kopp.

Dep. dr. Z s c h o c k radby, aby ważna ta sprawa w stosowniejszą porę wziętą była pod obrady. Mowca twierdzi, że nieudolność naczelników gminnych nie jest przyczyną złego w administracji lecz skutkiem. W roku 1862 mniemano, że nowa ustawa gminna usunie biurokrację, tymczasem doświadczenie nauczyło, że gminna biurokracja jest o wiele gorszą. Gminom przydzielono sprawy, których one nigdy dobrze załatwić nie mogą, podczas gdy starostwa przypominają mimo woli przysłowie: próżniactwo początkiem wszystkiego złego“. U nas przyjęła się zasada, że prawo załatwienia ważnych spraw administracji państwowej wykonują gminy zupełnie według ich widzenia rzeczy, podczas gdy w innych krajach, mających bardzo liberalne usta-

---

6)

Ondyna.

Przez *Andrzeja Theuriet.*

(Ciąg dalszy).

Wzruszenie i przestrach młodej dziewczyny były tak silne, że przez kilka minut pozostawała nieruchoma w objęciach nadleśniczego. Przez fałdy burnusu Jakób odczuwał wrażliwe i kształtne formy tego omdlałego ciała, a podczas gdy główka Antoniny spoczywała na jego ramieniu, podziwiać mógł bezkarnie te oczy przysłonięte długiemi czarnemi rzęsami, te ciemne włosy, spadające w miłym nieładzie, to mikroskopijne uszko, prawdziwe arcydzieło natury... Tego wszystkiego było już za wiele dla Jakóba Duhoux; napróżno bronił się pokusie, jakiś niewytłumaczony prąd magnetyczny przyciągał usta jego do rumianych usteczek dziewczęcia... gdy nagle, Antonina wstrząsła się całem ciałem, otworzyła oczy, wyrwała się z objęć młodzieńca i... gwałtownym wybuchła śmiechem.

Nadleśniczy, który tymczasem odzyskał władzę nad sobą, uczuł się żywo dotkniętym tym głośnym, niczem nieusprawiedliwionym śmiechem.

— Przygoda ta nie jest znowu tak bardzo zabawną, przemówił z pewnym odcieniem urazy; w stawie pełno mułu i sitowia, i moglibyśmy byli zostać w nim na zawsze, bo pływać niepodobna.

— I cóż wielkiego! — odparła z lekceważeniem Antonina siadając na pniu ściętego drzewa i otrząsając wodę z burnusu — wciągnęłabym pana w bezdenną przepaść mojego podwodnego królestwa, gdzie siostry moje, ondyny, złotemi grzebieniami, czeszą zielone swe włosy...! Wszakżeż w ten sposób kończą się wszystkie legendy?

— Zamoczyłaś pani nogi, — rzekł niecierpliwie Jakób, i lepiej będzie gdy pójdziemy dalej.

Wstała zadąsana i powrócili na ścieżkę. Uszedłszy ze sto kroków, spostrzegli idącą naprzeciw niską, otyłą kobietę.

— Jeśli mnie oczy nie mylą, to Celina! — zawołała Antonina.

— Jesteś nareszcie, moje złoto! przemówiła zafrasowana służąca; byłam bardzo niespokojna o ciebie. Niepojmuję, doprawdy, jak ojciec mógł cię zostawić samą jedną w takim rozgardiuszu!

I okrywając ukochaną panienkę grubym szalem, z serdecznością dziękowała Jakóbowi za jego uprzejmość.

Przy wejściu do miasteczka, nadleśniczy pożegnał pannę de Lisle.

— Do widzenia! — rzekła wesoło — i podając mu kwiaty zerwane w wodzie, dodała czulszym głosem:

— Zabierz pan moje lilje — słusznie się one panu należą.

A gdy oddaliła się i Jakób sam jeden został na drodze, przycisnął wilgotne jeszcze kwiaty do piersi i pomyślał w duchu:

— W samą porę nadeszła ta służąca... byłbym jeszcze jakie szaleństwo popełnił!

IV.

Wiosna w całej swej okazałości przybrała różnobarwną swą szatę, mijały już ostatnie dni czerwca i rozpoczynało się sianożęcie. Na łąkach pana de Lisle wznosiły się wonne stogi świeżo skoszonego siana; on sam, w wielkim słomkowym kapeluszu doglądał kosiarzy nakładających pierwszą furę, a długi cień, padający od strony sąsiednich wzgórzy, zarosłych drzewami, wskazywał, że słońce miało się już ku zachodowi. Nieco opodal, leniwy Emil, rozłożywszy się wygodnie na sianie, przyglądał się rybkom igrającym swobodnie w strumyku, a dalej jeszcze, za jednym ze stogów, tuż obok źródła wypływającego z lasu, Antonina, w wianku na głowie, świeżo uwitym z polnych kwiatów, gwarzyła swobodnie z Jakóbem Duhoux, poważny zaś jak zwykle nadleśniczy, wcale nie zdawał się nudzić w jej towarzystwie.

Pomimo bardzo pięknych postanowień, Jakób nie mógł uniknąć pociągających wpływów Ondyny. Lilje zerwane nad wodą zawierały w sobie czar jakiś nieznany, działający powoli, ale skutecznie. Wszystko zresztą sprzysięgło się przeciwko niemu: w oberży spotkał się parę razy z panem de Lisle i bliżej się z nim poznajomił, pewnego znów wieczoru Emil namówił go do złożenia wizyty w Corderies, życie zresztą w Rochetaillée było tak jednostajne, oberża tak hałaśliwą, że dom pana de Lisle, z zakopconą kuchnią, z pustym salonem i maleńkim ogródkiem, wydawał się prawdziwym rajem gościnności. Niepodobna przecież pracować bez przerwy; po odbyciu obowiązkowych kursów i zajęć w lesie, konieczną była jedna i druga godzina wytchnienia w wesołej, poufałej gawędce, a z całej mieściny w jednym tylko domu na przedmieściu Corderies można było prowadzić odpowiednią inteligentną rozmowę. W taki mniej więcej sposób usprawiedliwiał Jakób przed samym sobą dość częste wizyty, pan de Lisle zaś przyjmował go zawsze z wielką serdecznością.

— Podobał mi się ten chłopiec — mawiał pan de Lisle do córki, skromny jest bardzo, chociaż pełen nauki. Z prawdziwą przyjemnością można z nim rozmawiać i dysputować. Powiadam ci, że ten chłopiec daleko zajdzie.

W oczekiwaniu spełnienia się przepowiedni pana de Lisle, chłopiec ten zachodził tymczasem do Corderies. Chodził tam może nawet częściej niż wypadało, tak przynajmniej twierdziły przezacne obywatelki z Rochetaillée, które każdemu chcącemu je słuchać, wykazywały jasno jak na dłoni, że ojciec jest nieostrożny, a córka trzpiotka nierozważna. Jakób, niemający powodów do czynienia podobnych spostrzeżeń, zostawał niekiedy na obiedzie, niekiedy znów towarzyszył panu de Lisle w wyciezkach jego do lasu. W tym dniu wybrało się całe towarzystwo od samego rana, zjedli śniadanie na trawie, i do domu wrócić mieli dopiero o zachodzie słońca, razem z kosiarzami.

Antonina była dziś w doskonałem usposobieniu; co chwila perlisty śmiech jej rozbrzmiewał się pod drzewami, naraz zerwała się i zaczęła piąć się w górę po stromej ścieżce aż do miejsca, gdzie źródło wydobywało się tajemniczo wśród bujnej zieleni i licznych kępek niezapominajek. Jakób nie odstępował jej w tej fantastycznej wycieczce, a gdy zatrzymali się na niewielkiej platformie ocienionej staremi bukami, pod któremi widoczne jeszcze były ślady pieców węglarskich, Antonina rzuciła się zmęczona pod jednym z opuszczonych szałasów, oparła główkę o wątłą ścianę z chrustu i spoglądając w niebo na wpół przymkniętemi oczyma, szepnęła:

— Ah! jak tu miło i przyjemnie!... zawsze marzyłam o takiej chatce w lesie!

— Chatka w lesie i serce kochające! powtórzył śmiejąc się Jakób. Czy tak?

Poważne zwykle rysy Jakóba, zmieniały się do niepoznania, gdy uśmiech zawitał na jego twarzy: oczy nabierały łagodnego blasku, znikało ostre ust zacięcie i z całego oblicza tchnął wyraz prawdziwej, serdecznej dobrotliwości. Antonina ciekawie śledziła objawy tej nagłej przemiany, a gdy Jakób wpatrywał się w nią oczekując odpowiedzi, odrzekła w zamyśleniu:

— Na chatkę, zgoda; ale co do serca, nie wiem jeszcze... pod tym względem byłabym bardzo wymagającą.

— Chciałbym też wiedzieć, jakie to będą te wymagania pani?

Położyła palec na ustach i odpowiedziała z namysłem i powoli:

— Przedewszystkiem o n, powinien być kochającym i pełnym poświęcenia.

— To się rozumie. A potem?

— Dumny, wyniosły... mnie jednej tylko uległy.

— Jesteś pani egoistką.

— Pod tym względem więcej nawet niż egoistką! Ale mam prawo żądać tego, bo i ja, z mej strony gotowa jestem do największego poświęcenia. Innej miłości nie pojmuję, i ten któregobym ja pokochała, musi być gotów do wielkich dla mnie ofiar, do spełnienia szaleństw nawet.

Jakób spoważniał znowu.

— Wszystkiego, byle nie szaleństw! odparł. Nie przypuszczam, aby osobę którą się kocha, można było zniewalać do popełniania czynów, jakie świat przez zbytnią względność szaleństwami nazywa. Daleko wyżej cenić powinniśmy honor i godność ukochanej osoby, gdyż podstawą prawdziwej miłości jest szacunek wzajemny.

— Podstawą miłości jest namiętność jedynie! — zawołała unosząc się Antonina.

— W tej kwestji nie myślę sprzeczać się z panią, gdyż zwykłem mówić tylko o znanych mi rzeczach — odpowiedział Jakób z lekką ironją — co do mnie jednak, mogę tyle powiedzieć, że moim ideałem . . .

(Dalszy ciąg nastąpi).

wo'awstwo, rozumieją pod autonomją tylko współudział gmin w publicznej administracji. Tak w Belgji, Genewie, Badenie, tak wreszcie w Anglji. Tam nie słychać o naruszeniu jakiejś ustawy, podczas gdy o naszej administracji powiedział zdaniem mowcy słusznie jeden z jego stronników, że to jest „anarchja złagodzona dobrodusznością". Mowca żąda złączenia administracji rządowej z autonomiczną (vide wniosek Dunajewskiego l p. r.), przedstawia pokrótce własnego pomysłu projekt zreformowanej organizacji, przyznaje w tej mierze kompetencję Radzie państwa i wnosi następującą rezolucję: „Wzywa się Rząd, aby w drodze konstytucyjnej przedłożył projekta do ustaw zmieniających całą polityczną administrację w tym kierunku, aby uchylić istniejący w niej dualizm i rozdrobienie i utrzymując zasadę autonomji wprowadzić uproszczenia w mechanizmie zarządu, wzmocnić władzę egzekutywną i zapewnić ścisłe wykonanie ustaw".

Dep. dr. Giskra przytacza, że wszystkie reprezentacje krajowe siliły się dotąd nadaremnie na usunięcie wad politycznej organizacji. W niektórych sejmach jest przedmiot ten ustawicznie na porządku dziennym. Wszyscy zgadzają się na to, że niezbędną jest potrzeba reformy w politycznej administracji. Zdaniem mowcy atoli kwestja ustawy gminnej nie da się odłączyć od politycznej organizacji. Jeśli się zaś tę kwestję poruszy, musimy wziąć pod rozwagę system, liczbę, rozdział urzędników, zakres działania i inne kwestje szczegółowe. — W tem tylko różniły się zdania, w jaki sposób wdrożyć pożądane reformy; jedni mniemali, że należy tę pracę rozłożyć między sejmy, drudzy, że poruczyć Radzie państwa; jedni nie byli za ograniczeniem autonomji, lecz za ściślejszą kontrolą nad podwładnemi organami, drudzy za wzmocnieniem starostw i to w rozmaity sposób. Atoli bądź co bądź musi tu być zdaniem mowcy zachowana pewna jednolitość, chyba że ktoś marzy o kanclerzach dla poszczególnych krajów koronnych. W niektórych krajach mniemano, że za punkt wyjścia pożądanych reform należy wziąć rady i wydziały powiatowe. Tu wspomina mowca o projekcie p. Dunajewskiego w sejmie galicyjskim i o zapatrywaniach sejmów morawskiego, tyrolskiego, bukowińskiego i szląskiego na instytucje autonomicznych władz powiatowych. Kwestję kompetencji uważa mowca w tej chwili za akademiczną. Chodzi tu o to, czy rada państwa ma prawo pod tytułem organizacji ustalić także zwierzchniczy zakres działania władz politycznych. Kwestja ta jest sporną, lecz czyż potrzebujemy dziś, gdy wskutek bezpośrednich wyborów spór między radą państwa a sejmami na innem polu został uchylony, wznawiać konflikta kompetencyjne? — Mowca popiera wniosek komisji, wnioskowi zaś dr. Zschocka zarzuca niejasność i dążenie do pomnożenia instytucyj politycznych.— Wzmocnienie zaś egzekutywy za pomocą politycznego urzędnika, który miałby uzyskać stanowisko niezawisłego sędziego i być odpowiedzialnym za ministra, byłoby udaremnionem i sprowadziłoby raczej rozbicie siły egzekutywnej.

Dep. Herman: Ja zastępuję i reklamuję nie pomoc państwową, jak obaj poprzedni mowcy, lecz samoistność krajów i dlatego do innych przychodzę wyników. Jeżeli wniosek komisji zdąża wyłącznie prawie do pomnożenia urzędników, to tłumaczy się to tem, że wyrósł on na gruncie systemu. Mowca jest za autonomją, ale w tem znaczeniu, aby chłop był urzędnikiem, lecz aby kraje same sobą rządziły. Sprawy politycznej administracji i organizacji władz nie mogą być przedmiotem dyskusji w tej Izbie, lecz w sejmach, dla tego mowca nie może się wdawać w krytykę jakichkolwiek projektów. Przy tej sposobności jednak musi podnieść prawnopaństwową kwestję kompetencji i wziąć pod rozwagę system administracyjny. Nie ingerencja państwowa jest potrzebną, lecz poprawa systemu państwowego, a krajom należy pozostawić swobodę w wewnętrznych ich stosunkach. Mowca przypisuje państwu wszystkie wadliwości administracyjne, które wszystko dzierży w swem ręku, chociaż prawnie nie istnieje. Władcze prawa dynastji opierają się na dwustronnym traktacie zwanym „pragmatyczną sankcję". Stosunki w Austrji są tego rodzaju, że jeśli dynastja nie dotrzymuje tego traktatu, traci prawnie władczy swój tytuł. Wiedeń tymczasem uważa się za państwo, a wszystkie kraje, tworzące właściwe państwo, za przedmiot rządzenia i wyzyskiwania. (Prezydent przerywa mowcy, wzywając go do szanowania rządu i państwa). Mowca przystępuje do ocenienia centralistycznego systemu rządowego, który uważa za zbiór złupionych praw poszczególnych narodów. (Poruszenie w lewicy). Czyż Chabrus nie był oszustwem, a czy Rada państwa nie spoczywa na Chabrusie? Mowca wspomina o prześladowaniu języków krajowych ze strony p. ministra oświaty, o prześladowaniu kościoła i w surowych wyrazach zarzuca rządowi brak moralności. „Państwu władzę, krajom autonomję zostawić należy — zcentralizowan nu zaś wiedeńskiemu państwu nic, ponieważ jest prawną i moralną nicością. (Brawo z prawicy).

Dr. Plener zrzeka się głosu. Dalsze przemówienia podamy jutro.

*

Podwyższenie kongruy katol. duchowieństwa w Galicji.

Spawa podwyższenia kongruy duchowieństwu parafjalnemu ma dla Galicji poniekąd nawet polityczne znaczenie, mianowicie ze względu na duchowieństwo ruskie, które z pewnością mniej oglądałoby się na pomoc od „cudzych bogów" gdyby przy tej swobodzie obywatelskiej i osobistej niezależności jaka duchowieństwu przysłuża pod ochroną praw austrjackich, w porównaniu z upokarzającem stanowiskiem duchowieństwa w Rosji, miało ono także zapewnioną odpowiednią egzystencję materjalną.

Z tego głównie względu delegacja polska w radzie państwa gorliwie popierała przy każdej sposobności sprawę podwyższenia kongruy duchowieństwa katolickiemu. Rozmaite losy przechodziła ta sprawa, aż nareszcie tej jesieni wniósł obecny minister wyznań, dr Stremayr projekt do ustawy o uregulowaniu dochodów katolickiego duchowieństwa parafjalnego w Austrji.

Treść tej krótkiej i nader ogólnikowej ustawy jest dostatecznie znaną publiczności gdyż prawie wszyskie dzienniki przytoczyły jej osnowę dosłownie. Z tego jednak nie można bynajmniej ocenić należycie doniosłości jak niemniej i tendencji zamierzonych reform. Aby dokładnie zapoznać się z myślą przewodnią ministerjalnego przedłożena potrzeba przestudjować dołączony do projektu obszerny memorjał, w którym są wyłuszczone motywa poszczególnych postanowień ustawy, jak niemniej projekt ministerjalnego rozporządzenia zawierające go przepisy wykonawcze.

Gdy się przeczyta motywa i projekt rozporządzenia wykonawczego przyść potrzeba do przeświadczenia, że duchowieństwo galicyjskie tylko bardzo skromne może przywiązywać nadzieje do zapowiadanej w rajchsracie już od kilku lat wielkim szumem i hałasem reformy.

Suche przytoczenie kilku cyfr ogólnych wystarczy, aby dać wybrażenie, jakie mają być właściwe rozmiary zamierzonej reformy:

Oto gdy w r. 1870 ministestwo zawezwało namiestnictwa wszystich krajów koronnych ażeby przedłożły plany podwyższenia kongruy duchowieńtwu katolickiemu, namiestnictwo galicyjskie zaproponowało następujący wymiar dotacji: dla proboszczów 600 złr. dla kapelanów 500 złr. dla zawiadowców filii 400 złr. dla wikarych i kooperatorów 40 lub 300 złr. w. a. Ustanowienie wymiar kongruy w takiej wysokości dla duchwieństwa galicyjskiego pociągnęłoby dla skarbu państwowego roczny wydatek w kwocie 1,014.730 złr. Takiej sumy przestraszyło się ministerstwo. W skutek tego postanowiono „ze względu na wielką mnogość duchowieństwa parafialnego w Galicji, są słowa memorjału ministerjalnego jak niemniej także ze względu na mały dochód jaki płynie z nałożonego w r. 1874 na wyższe duchowieństwo podatku w wymiarze kongruy zastosować do Galicji wyjątkowe zasady kierownicze, zupełnie odmienne, jak dla innych krajów koronnych."

Wynikł ztąd taki rezulta, iż zamiast 1,014.730 złr. będzie kosztowało skarb państwa zamierzone podwyższenie kongruy duchowieństwa katolickego ogółem złr. 238.000, a po potrąceniu dochodu z podatku opłaconego od r. 1874 przez biskupów i bogatsze klasztory w kwocie około 50.000 złr., który w pierwszej linnji ma iść na podwyższenie płacy niższego duchowieństwa, wyniesie zwyżka którą skarb państwa miałby dołożyć zaledwie tylko 188.000 złr. na 3.431 księży, mających prawo do podwyższenia kongruy!

Projekt ministerjalny szczególny nacisk kładzie na to, że podwyższenie kongruy ma być w ścisłym związku z dążnościami ustaw kościelnych z maja 1874 r., które zmierzają do tego celu, ażby uczynić duchowieństwo parafjalne jak najbardziej zawisłem od państwowych urzędów politycznych. Wszelka interwencja ordynarjatów biskupich będzie przeto przy wymiarze kongruy zupełnie wykluczoną księża będą się znosili bezpośrednio tylko ze starostwami powiatowemi, a starostwa w ich imieniu z wyższemi władzami politycznemi. O dokonanem podwyższeniu władze polityczne zawiadomią tylko odnośne ordynarjaty.

Zmiana wymiaru kongruy ma pociągnąć dla Galicji specjalnie i tę jeszcze reformę, iż liczba urzędów duszpasterskich (probostw i kapelanij) mianowicie ruskich będzie znacznie zmniejszona. Krajowe władze polityczne mają w tym względzie przeprowadzić rokowania z konsystorzami, lecz niezależnie od opinji konsystorzy na zasadzie ustawy kościelnej z 7. maja 1874 z. u. p. nr. 50 ministerstwo będzie orzekało ostatecznie czy które probostwo ma być nadal utrzymanem, czy też zostanie skasowanem. Księża, pełniący urząd duszpasterski w przeznaczonej do skaswania parafji nie otrzymają podwyższenia kongruy. Ztąd można wnosić, że istnienie tych parafij będzie utrzymanem tak długo, dokąd pozostaną w nich urzędujcy obecnie duszpasterze, skoro jednak który z nich przeniesie się gdzie indziej lub umrze, to beneficjum nie będzie już obsadzane, tylko przyłączone zostanie do innej parafji. Zamierzone obecnie podwyższenie kongruy ma mieć przeto charakter tymczasowości na tak długo, dokąd nie zostanie przeprowadzoną regulacja parafi.

Plan podwyższenia kongruy duchowieństwu katolikiemu w Galicji przedstawia następujcy wymiar płac:

I. Proboszcze we Lwowie i w Krakowie mają pobierać po 1000 złr. wikarjusze po 400 złr. rocznie.

II. W byłych miastach obwodowych w miastach liczących po nad 10 000 ludności jakoteż w Podgórzu pod Krakowem, Trzcianie, Bolechowie i Białej: proboszczowie po 700 złr. wikarjusze po 350 złr.

III. W innych miejscowościach z wyjątkiem a) kapelanij nie należących do kategoryj I. lub II. b) parafij przeznaczonych do skasowania, c) parafij które poszczególnie mają być wykluczone od podwyższenia kongruy z powodu nadzwyczajnie niskich kosztów utrzymania proboszczowie po 400 złr., wikarjusze po 250 złr. w. a.

Kongrua w tej wysokości wymierzoną będzie w ten sposób, iż najprzód ma być zrobiony nowy kataster dochodów duszpasterskich, na podstawie fasyj, sporządzanych pod kontrolą urzędów politycznych co lat 10. Dopiero po strąceniu oznaczonych w fasji własnych dochodów parafji kongrua uzupełnioną będzie do oznaczonej powyższej wysokości z sum powstałych z następujących trzech wpływów: 1. z dochodu funduszu religijnego; 2. z dochodu podatku nałożonego na wyższe duchowieństwo; 3. z dotacji ze skarbu publicznego.

Fasje przychodów i rozchodów parafjalnych mają obejmować następujące pozycje:

Jako dochód: Czysty dochód z gruntów, budynków, kapitałów, rent i służebnictw, wynagrodzeń za usługi duchowne (jura stolae) płac (np. za katechetury) fundacyj, przemysłowych przedsiębiorstw należących do majątku parafialnego, jakoteż dochód pobierany przez którego z duszpasterzy kościelnych dotacyj i funduszów zapomogi.

Prawa użytkowania z pomieszkania fasjonować nie potrzeba; niemniej też nie potrzeba fasjonować dochodu ze mszy wynajmowanych pojedynczo (nie na mocy fundacji).

Dochody zmienne mają być fasjonowane podług przecięcia z ostatnich sześciu lat.

Dochód z gruntów ma być fasjonowany w wysokości 5% wartości. Dochód z budynków ma być fasjonowany także w wysokości 5% wartości, albo też w takim razie, jeźli podlegają podatkowi domowo-klasowemu, podług istniejących dla tej kategorji podatków przepisów.

Jako wydatki wolno potrącać w fasjach: 1. Podatki wszelkie; 2. dziekanom wolno potrącać 100 złr. tytułem kosztów spowodowanych sprawowaniem urzędu dekanalnego; 3. koszta utrzymania kooperatorów.

Sarta tecta i koszta prowadzenia gospodarstwa i utrzymania domu nie mogą być potrącane. Przy fasjonowaniu dochodów w naturze wolno potrącać 10% na rachunek kosztów ich ściągania.

Przegląd polityczny.

Lwów 13. listopada.

Mowa lorda Beaconsfield na uczcie u londyńskiego lorda-majora i przemówienie cara do szlachty moskiewskiej w Kremlinie — oto najwybitniejsze fakta dni ostatnich. Dwa te ze wszech miar poważne głosy rzuciły niemało światła na obecne stanowisko kwestji wschodniej i uprościły ją. Zadanie konferencji, mających się odbywać w Konstantynopolu, stało się wskutek tego znacznie ułatwionem. Dwaj najpotężniejsi zapaśnicy wypowiedzieli swe zapatrywania i reprezentantom mocarstw pozostaje tylko załatwić sprawę tak, ażeby obu stało się zadość; czyli, innemi słowami, konferencja będzie pisać, układać, obradować, aż dopóki się nie przekona, że nie dorosła do wysokości zadania i nic nie jest w stanie zrobić.

Tymczasem sprawę konferencji wzięła w ręce Anglja, co znaczy, że sprawa ta przeprowadzona będzie konsekwentnie, na podstawie prawa międzynarodowego i z uwzględnieniem wszystkich obowiązujących dotąd traktatów; z tej drogi gabinet londyński niezawodnie nie zboczy, wszelkie donkiszockie wystąpienia Rosji pozostawiając.

Sprawa konferencji stoi obecnie następnie: Projekt konferencji przedstawiony został w nocie cyrkularnej przez lorda Derby wszystkim gabinetom, niewyłączając Porty. Obejmuje on trzy punkta. Naprzód nietykalność Turcji postawiona jest po za obrębem dyskusji; powtóre, mocarstwa, zgodnie z protokołami z r. 1840 i 1860, zobowiązują się nie wyjednywać dla siebie żadnych takich korzyści pod względem terytorjalnym, politycznym i handlowym, któreby nie stały się udziałem wszystkich; nakoniec za podstawę dyskusji służyć będzie propozycja mocarstw uczyniona Porcie 21 września, mianowicie: 1) niezmienny status quo w Serbji i Czarnogórze; 2) spisanie protokołu, którym Porta zobowiąże się wobec mocarstw utworzyć dla Bośnji i Hercegowiny system lokalnej autonomji w ten sposób, ażeby ludność mogła utrzymywać kontrolę nad własnymi miejscowymi urzędnikami i ażeby dane były rękojmie przeciw urzędniczej dowolności, przy czem jednak nie może być mowy o utworzeniu nowych państw lenniczych; 3) takież same rękojmie przeciw samowoli zarządu żądane są dla Bułgarji. Angielska nota wyjaśnia dalej, że na konferencje mają być wydelegowani posłowie rezydujący w Konstantynopolu i każdemu z nich dodany będzie jeszcze specjalny pełnomocnik i kończy tem, iż jeżeli wszystkie mocarstwa przystaną na to, w takim razie Anglja wyszle lorda Salisbury.

Na odpowiedź na cyrkularz angielski zapewne kilka dni zaczekać wypadnie; każdy bowiem gabinet, jak się zdaje, ogląda się na oświadczenie się drugiego. Austrja mianowicie na Rosję. Według ostatnich wiadomości, Rosja przyjęła już projekt gabinetu St. James, tym sposobem sprawa konferencji postąpiła o jeden krok naprzód. Włochy przysłały również na projekt w zasadzie.

Co do Niemiec, to jak donoszą z Berlina, rząd cesarski weźmie udział w konferencjach wtedy dopiero, gdy wszystkie państwa uznają postanowienia ich za obowiązujące. Wszakże baron Werther gdyby konferencje przyszły do skutku, otrzyma odpowiednie instrukcje, by w razie potrzeby mógł ofiarować niemieckie bons offices w duchu pośredniczącym.

Depesza lorda Derby do lorda Loftus z d. 30 października mieści w sobie streszczenie usiłowań rządu angielskiego w celu przeprowadzenia zawieszenia broni. Dnia 5 października Derby polecił Elliotowi w Konstantynopolu opuścić tę stolicę, jeźliby Porta odrzuciła zawieszenie broni. Kiedy hr. Szuwałow wyraził wątpliwość względem przyjęcia przez rząd rosyjski wniosku tureckiego o sześcio-miesięczne zawieszenie broni, lord Derby zwrócił uwagę jego na zwrot opinji publicznej, jakiby mógł nastąpić, gdyby naród angielski uwierzył, iż Konstantynopol jest zagrożony. Po odrzuceniu tej propozycji tureckiej przez Rosję, szukał Derby interwencji Niemiec, a książę Bismark odpowiedział: Rząd niemiecki stara się wprawdzie, aby zawieszenie broni mogło być przyjętem, ale nie czuje się być uprawnionym do wywierania nacisku na postanowienia innych państw.— W tejże samej depeszy Derby nadmienia, że propozycje zajęcia Bośnji i Hercegowiny przez Austrję, a Bułgarji przez Rosję, jakoteż propozycje zrobienia demonstracji flot przed Konstantynopolem wyszły od gabinetu petersburskiego i jednocześnie były komunikowane w Londynie i Wiedniu.

Sprawa wykreślenia z budżetu pensyj kapelanów wojskowych we Francji dotąd jeszcze nie jest załatwioną. Senat bowiem nie przystał na to wykreślenie przez izbę deputowanych przyjęte. Teraz minister finansów mniema że prawo kredytu dotyczące, przez izbę odrzucone, a przez senat przyjęte powinno znowu powrócić do izby i że w każdym razie potrzebną jest zgoda obu ciał prawodawczych. Wyjaśnienie takie nie podoba się stronnictwu republikańskiemu, które obstaje przy tem, że wszystkie sprawy kredytów dotyczące należeć powinny jedynie do izby deputowanych.

Nie lepiej dzieje się z prawem o amnestji. Minister oświaty Waddington oświadczył że rząd nie może przynajmniej na teraz przystać na to by sądy wojenne zastąpione zostały przez sądy przysięgłych.

W łonie samego francuskiego ministerstwa nie masz obecnie zgody. Minister spraw wewnętrznych zakwestjonował ministra sprawiedliwości, dlaczego władze sądowe prześladują organa prasy republikańskiej, a nie występują przeciw organom klerykałów, rojalistów, bonapartystów, orleanistów, choćby te najgwałtowniej na konstytucję napadały. Skończyło się na tem, że Dufaure przyrzekł zbadać tę rzecz; zresztą według krążących pogłosek, Dufaure ma się usunąć z ministerstwa zaraz po zawotowaniu budżetu.

*

Wiadomości miejscowe i zamiejscowe.

Pan burmistrz miasta Krakowa. Dwa tygodnie prawie minęło już od owego dnia, w którym mieszczanin krakowski został z rozkazu burmistrza przez policję zaprowadzony do aresztu, za uczczenie pan poległych w r. 1863, a dotąd nic nie chać o jakimś rodzaju satysfakcji, któ p. Zyblikiewicz chciał dać tak osobiście z ważonemu mieszczaninowi, jak też i obr nej opinji publicznej. Dowiadujemy się, lwowskie stowarzyszenia młodzieży zamie ją wysłać adres kondolencyjny p. Markie czowi, a w adresie tym ma być postępek Zyblikiewicza namarkowany jako czyn godny.

Trudno pojąć, jaka mogła być przyc na tego wybryku p. Z.; czyżby w chęci pr podobania się pewnym sferom krakowsk aż tak daleko miał się zapędzać tak zres sprytny człowiek? Mniejsza zresztą o pr czynę. Najciekawszem w tej sprawie je tłumaczenie się p. Z. Otóż powiedział radzie miejskiej, że dlatego kazał areszt wać p. Markiewicza, ponieważ stawiał tran parent na gruncie miejskim. Pytanie ter zachodzi, kto tu jest naiwniejszym, c burmistrz, który takie rzeczy prawi, czy ra da miejska, która przyjmuje takie tłuma czenia. Snać silnym się musi czuć p. Z. kiedy po znieważenia mieszczanina, po sponiewieraniu uczucia polskiego, nie waha się jeszcze kpić z tak poważnego grona, jakiem jest rada miejska. Zaprawdę, niewiadzieć, co w tej sprawie bardziej podziwiać należy, czy butę burmistrza, czy barankowatość rady miejskiej. Dowiadujemy się, że przy rozpoczęciu sejmu, grono posłów zamyśla żądać wyjaśnienia od p. Z. Radzimy mu przeto lepiej obronę swoją obmyśleć.

Ślub. Wczoraj w kaplicy arcybiskupiej odbyły się zaślubiny Kazimierza Wierzchlejskiego, bratanka ks. arcybiskupa, z panną M. Lederer. Ślub dawał ks. arcybiskup.

Wincenty Vivien de Chateaubrun, były żołnierz wojsk polskich, zmarł dnia 11. listopada w 83 roku życia we Lwowie.

W teatrze dają dziś „Aidę" — jutro poraz pierwszy dramat W. Sardou „Nienawiść" — w czwartek „Aida".

Na niedzielnem przedstawieniu operetki „Indigo", pna Maywood, która niedawno utraciła matkę, wykonując wirowe ewolucje baletnicze, zemdlała wśród tańca, i padła bez przytomności przed budkę suflera. Wyniesiono ją natychmiast, lecz epizod ten sprawił bardzo przykre na publiczności wrażenie.

Publiczne wykłady w Stryju. Staraniem oddziału stryjskiego Towarzystwa pedagogicznego odbywać się będą tamże publiczne wykłady z historji literatury polskiej. (Prelegent p. Czesław Pieniążek). Wykłady te rozpoczną się z dniem 14. bm. począwszy, każdego wtorku i niedzieli od godziny 6 do 7 popołudniu aż do 17. grudnia włącznie.

Defraudacja w lwowskim magazynie wojskowym. Do jednego z wiedeńskich dzienników donoszą: Przed sądem brygady we Lwowie ukończyło się właśnie wojenno-sądowe śledztwo, które tu żywe budzi zajęcie. Przydzielony do tutejszego magazynu monturowego nadporucznik Adolf G. nadużył w czasie swego zawiadowstwa do r. 1874 pokładane w nim zaufanie, i sprzeniewierzywszy liczne przedmioty, wyrządził rządowi szkodę w kwocie przeszło 80.000 zł. Pomocni mu w tem byli żydowscy handlarze z Tarnopola, Kołomyi i ze Lwowa, u których wiele z tych przedmiotów znaleziono. Przesyłki pieniężne za te przedmioty wysyłane były pod adresem jego siostry, Amalji, i sierżanta sztabowego Jana K., w ostatnim zaś czasie pod jego własnym adresem „poste restante". Nadporucznik G., który siedział przeszło 16 miesięcy w śledczem więzieniu, będzie wkrótce przed sąd wojenny stawionym. Dzielny ten syn Marsa miał nawet szable i karabiny w sposób dotąd niewiadomy defraudować. Brat jego, pisarz gminny, Ludwik G., jest podejrzanym o współwinę.

Najnowsze tańce karnawałowe utworu Alojzego Lipińskiego pojawiły się w handlu księgarskim pod następującemi tytułami: Polonez „Z tysięcy wrażeń jedno", mazurka „Filutka", polka francuska „Pokusa", mazury „Dźwięki ojczyste", polka szybka „Niepowstrzymana", kadryle „Rendezvous" — i mazury „Wyjątki z pamiętnika narodowego".

„Szczutka" numer ostatni zawiera: „Wiersz wstępny pod napisem: Mane-Thekel-Phares" (Mowa niewypowiedziana), rozumowania „lwowskiego polityka", wiersz „Listopad", „Tajemnica tajemniczej tajemniczości, czyli tajemniczość tajemniczych tajemnic, urywek z tajemniczego dramatu delegacyjnego, przez tajemniczego autora", wiersz „Nad Dunajem", rozumowania „Imci pana Onufrego", „Pyśmo x. Mekety Łyzunowycza, posła rady państwa, do djaka parafji", „Podsłuchane", „Gogo" (wiersz) — i końcową rycinę: „Ilustrowana interpelacja „Szczutka" do tych dzienikarzy, którzy żądali od delegacji wystąpienia w Wiedniu ze skargami".

Miss Blackford, znana z skandalicznych swych awantur z W. księciem Aleksym, wróciła po długiem błąkaniu się po Włoszech, Anglji i Ameryce do Paryża, otrzymawszy od rządu pozwolenie zamieszkania w Francji.

Góra „Punsch". W najnowszym numerze humorystycznego angielskiego czasopisma „Punsch" znajdujemy adres oficerów i załogi okrętów „Alert" i „Discoviry", w którym redaktor został zawiadymionym, iż jednej z gór na północ od Mount Hall położonych, w uznaniu sławnych na świat cały zasług, które rzeczone czasopismo około

Nr 260 | Kraków, 14 Listopada — Wtorek | Rok 1876.

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	za 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ 24	„ 6	„ 2
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 8

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z zleceniami i przesyłki pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać franco do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — Listy reklamacyjne nieopieczętowane nie podlegają opłacie pocztowej. — Listów nieframkowanych nie przyjmuje się. — Rękopisma nadsyłane Redakcyi nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

CZAS

Prenumeratę przyjmują:
W Krakowie: Administracya „Czasu“ i wszelkie urzędy pocztowe. Miejscową pren. w księg. A. Krzyżanowskiego, naszej dawniej drukarni. Ogłoszenia (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym) za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. Nadesłane (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. Dołączenia do „Czasu“ (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmuje się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się naprzód nadesłać przekazem pocztowym. Ogłoszenia i prenumeratę przyjmują: we Lwowie W. Piątkowski ul. Hetmańska 10; w Paryżu wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); w Wiedniu pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

Kraków 13 listopada.

W dniu dzisiejszym ponieśliśmy bolesną stratę. Po kilkudniowej chorobie umarł dziś rano nasz przyjaciel i najgorliwszy a niemal najdawniejszy pracownik naszego dziennika, Maurycy Mann, członek Akademii Umiejętności, komandor orderu św. Grzegorza, członek Dyrekcyi Towarzystwa Sztuk Pięknych.

Wieloletnia praca jego w zawodzie publicystycznym, zimny, wytrawny a bystry sąd, głęboka nauka, liczne podróże, a nadto rozległe stosunki osobiste z wielką liczbą znakomitych osób tak w kraju jak za granicą, były mu w jego zawodzie dziennikarskim dzielną pomocą. Lubo od kilku lat często zapadał na zdrowiu i musiał szukać pomocy czy to w kąpielach, czy czasowo w cieplejszym klimacie, nigdy jednak nie przestawał wpływać na ducha i kierunek dziennika a jasność poglądów jego udzielała się tak łatwo, że kolegom jego wystarczyło nieraz jedno słowo za argument. Długa zresztą zażyłość z nim i serdeczność związków przyjacielskich ułatwiała porozumiewanie się w najtrudniejszych położeniach tak kraju, jak i naszego dziennika.

Lubo urodzony w Krakowie, wszelako poddany innego państwa, nie mógł ś. p. Maurycy Mann brać bezpośredniego udziału osobistego w życiu publicznem, wszelako wpływał na nie wybitnie nietylko przez dziennik, ale oraz powoływany i zapraszany do narad nad najważniejszemi sprawami kraju, osobliwie od r. 1860, który stanowić może epokę w rozwijaniu się życia publicznego w Polsce. Towarzysze też i wspólnicy prac jego poza dziennikiem przyznawali mu również zawsze znaczny wpływ, tak umiał wszędzie znaleść właściwą miarę i stosowne wskazywać drogi. Dziwne też było zaiste to niemal bezimienne uczestnictwo Manna w najważniejszych sprawach kraju, jego ukryte ale nie skryte działanie, którego zakres był tak rozległy, jak daleko sięgały interesa ojczyzny. Szereg jedynie artykułów kilkoletnich jego w miesięcznym „Dodatku do Czasu“ nosił jego podpis i świadczył o czynnym udziale w sprawach publicznych.

Jako gorliwy katolik i wierny sługa Kościoła, szermierzył ś. p. Maurycy Mann dzielnie piórem w obronie praw Kościoła i Stolicy Apostolskiej tak w *Czasie*, jak w „Dodatku miesięcznym“ i oddzielnych broszurach, a jedyna nagroda życia jego publicystycznego spotkała go na tem właśnie polu z rąk Ojca św., który go obdarzył komandoryą orderu, na parę zaś dni przed zgonem udzielił mu błogosławieństwo apostolskie.

O pracach literackich zmarłego kolegi naszego nie tu miejsce pisać, a były to owoce młodszych lat, jak powieści, dramata, wreszcie dzieło wysokiej wartości, już z zawodem publicystycznym w bliższem zostające stosunku: „Podróż na Wschód“, w trzech grubych tomach, dziś już wyszłe z obiegu księgarskiego.

Mówiąc o zasługach publicznych zmarłego kolegi naszego, musimy niemal pominąć jego cnoty i przymioty jako człowieka, jako przyjaciela, jako towarzysza, a jednak nie do najpośledniejszych zaliczylibyśmy je, bo po trzydziestu blisko latach wspólnego, niemal nieprzerwanego pożycia nie znajdujemy w pamięci ani jednej chmurki, którąby ten stosunek zasępiła, mnóstwo zaś wspomnień zostało po nim, które każą nam głęboko uczuwać stratę jego. Podzielą ją niewątpliwie liczni przyjaciele nieboszczyka.

Dwa oświadczenia, jakby manifesta dwóch państw stoją naprzeciw siebie: pierwsze lorda Beaconsfielda czyli Disraelego na uczcie u lorda-majora d. 9 b. m.; drugie cara Aleksandra wyrzeczone nazajutrz w Moskwie do deputacyi. Oba stawiają kwestyę wschodnią na ostrzu miecza, i to w chwili, gdy rozesłane zostały zaproszenia na konferencyę. Czy obaj mówcy trzymali się zasady: *si vis pacem, para bellum* i liczą jeszcze na możność utrzymania pokoju, grożąc wojną; czy też są przekonani, że tylko oręż, jako *ultima ratio rerum* rozstrzygnąć może w tem przeciwieństwie, jakie między nimi zachodzi. Bo też między Anglią a Rosyą ta istnieje sprzeczność w planach załatwienia kwestyi wschodniej, że Anglia stawia zasadę niepodległości i nietykalności państwa Ottomańskiego i chce uzyskać dla chrześcian w Turcyi równość tylko praw z muzułmanami i autonomię administracyjną w gminie i prowincyi; gdy Rosya żąda nadania prowincyom tureckim przez chrześcian zamieszkałym autonomii politycznej, jak ku temu zmierzał memoryał berliński ks. Gorczakowa. Sprzeczność między Rosyą i Anglią zachodzi także pod względem rękojmi wykonania postanowień mających być powziętemi ze względu na Turcyę: bo rząd rosyjski widzi rękojmie te jedynie w okupacyi owych prowincyj tureckich, których instytucye autonomiczne chce widzieć zaprowadzone, i już postawił warunek, aby Austrya zajęła Bośnię i Hercegowinę, Rosya zaś Bułgaryę; gdy natomiast rząd angielski nie dotyka jeszcze kwestyi rękojmi, stawiając natomiast w zaproszeniu na konferencyę warunek, aby wszyscy uczestnicy tej konferencyi oświadczyli z góry, iż nie mają zamiaru powiększenia posiadłości swoich, ani nawet uzyskania od Turcyi jakichkolwiek korzyści cłowych i handlowych.

Dotychczas nie ma nawet pewności, czy konferencye zbiorą się w ogóle, bo lubo Disraeli w mowie wspomnianej rzekł, iż wszystkie państwa podpisane na traktacie r. 1856 przyrzekły przystąpić do konferencyi, wszelako gabinet londyński nie otrzymał dotąd jeszcze od wszystkich państw odpowiedzi przychylnej, lecz po części tylko notyfikacyę o odebraniu zaproszenia. Teoretyczne zgodzenie się na konferencyę nie daje zresztą jeszcze dla niej podstawy, bo trzeba się wprzódy zgodzić i na miejsce obrad i na program, któryby oznaczył granice żądań i wniosków, a właśnie pod tym względem zachodzi zupełne przeciwność między Rosyą i Anglią. Zaproszenie ze strony rządu angielskiego wyszłe, stawiało za program propozycye angielskie i notę hr. Andrassego, a odrzucało memoryał berliński; odpowiedzi więc innych mocarstw musiałyby oświadczyć się za takim programem, albo przynajmniej naznaczyć go jako *minimum*, po za które wyjśćby zamierzyły.

Kongres złożony z monarchów i ministrów kierujących, albo tylko z tych ostatnich, może bez określenia z góry warunków przystąpić do obrad i szukać na drodze ustępstw i kompromisów [illegible] się: na konferencyi zaś [illegible] legatów każdy delegat opatrzony jest w instrukcye, których się trzymać musi, a zatem państwa przystępujące do konferencyi powinny się zawczasu zgodzić na zasady i określić warunki, pod jakiemi układy protokularnie spisanemi być mają. Inaczej, albo konferencya nie może się zebrać, albo co gorsza, zebrawszy się, rozeszłaby się, nie znalazłszy dla siebie pola oznaczonego granicami możebności. Takie rozbicie się konferencyi musiałoby rozwiązać ręce stronom spornym i ujrzanoby wtedy Rosyę i Anglię, każdą działającą w interesie swoim specyalnym; gdy zaś obustronne ich interesa musiałyby się znaleść w kolizyi, przeto wojna byłaby jej następstwem. Zebranie się konferencyi nie jest wcale zadatkiem pokoju, a tem groźniejszem wydaje się być położenie, iż w chwili, gdy idzie o ułożenie programu konferencyi, lord Beaconsfield oświadcza, iż Anglia przygotowaną jest do wojny, gdyby warunki jej nie zostały przyjęte, i podobnież car Aleksander, że gdyby żądania Rosyi nie zostały na konferencyi przyjęte, Rosya będzie zmuszoną działać na własną rękę.

Pod wpływem tych oświadczeń daleko trudniejszem staje się szukanie pośredniej drogi między dwoma przeciwnemi kierunkami. Jedne tylko Niemcy mogłyby tu stanąć jako pośrednik, a nawet jako arbiter; ale jak już nota lorda Derby z d. 30 października wskazuje, ks. Bismark odmówił wdania się swego, aby na żądanie Anglii uzyskać od Rosyi przyjęcie półrocznego rozejmu przez Portę proponowanego, lubo uznał, że przyjąć go można.

Cóżby jednak znaczyła wojna na Wschodzie, jeśliby Europa pozostała neutralną? Rosya i Austrya zajęłyby Bośnię, Hercegowinę i Bułgaryę; Anglia Konstantynopol. Byłoby to zaiste osobliwe rozwiązanie kwestyi wschodniej.

KORESPONDENCYA „CZASU“

Wiedeń 11 listopada.

△ W liście moim d. z 8go t. m. zamieszczonym w *Czasie* z d. 10go t. m. przez pomyłkę druku opuszczono całe dwa wiersze. Mianowicie pisałem: „Pierwsi czterej: Czerkawski, Chrzanowski, Dunajewski, Grocholski oświadczali się za zabraniem głosu w mowie, której projekt każdy z nich na posiedzeniu Koła wypowiadał, zaś hr. Wodzicki przedstawił Kołu projekt krótkiej deklaracyi“.

Przez pomyłkę opuszczono w druku dwa wiersze podkreślone i wydrukowano: „Pierwsi czterej: Czerkawski, Chrzanowski, Dunajewski, Grocholski przedstawiali Kołu projekt krótkiej deklaracyi“.

Przesyłam ten list jako sprostowanie pomyłki druku, z powodu której fakt został mylnie przedstawiony.

Wiedeń 11 listopada.

(24 posiedzenie Izby deputowanych.)

Prezes Rechbauer zagaja posiedzenie o godz. 11 min. 20. Udział deputowanych z początku tak mały, że prezes musi liczyć obecnych, aby stwierdzić, że Izba jest w komplecie dostatecznym do uchwał. Z członków rządu z początku także nie ma nikogo, później dopiero przybywa ośmiu ministrów naraz. Publiczności bardzo mało.

Po udzieleniu urlopów kilku posłom, odczytano spis petycyj, między którémi z Galicyi: petycya gminy Dobry o pozwolenie na dalsze bezpłatne pobieranie solanki; petycya Kasy zaliczkowej o trzech punktach: 1) o wsunięcie nowego paragrafu do projektu ustawy o podatku zarobkowym; 2) o poprawki do §§ 2go i 23 projektu ustawy o opodatkowaniu towarzystw akcyjnych i spółek zarobkowych; 3) o uchwalenie rezolucyi w sprawie odpisania towarzystwom zaległości podatkowych.

Po dokonanym wyborze trzech kandydatów na wakującą posadę przy trybunale państwa, następuje z kolei porządku dziennego drugie czytanie wniosku Göllericha o reformie administracyi politycznej.

Dep. Göllerich, wnioskodawca i zarazem sprawozdawca odnośnej komisyi, zagaja obrady nad wnioskiem komisyi (zob. Nr. 257 *Czasu*) kilku uwagami o zajęciu się prasy i Izby tym przedmiotem, zastrzegając sobie zbić wywody przeciwne przy końcu obrad.

Prezes wymienia mowców zapisanych do głosu przeciw wnioskowi: bar. Zschocka, Hermana, hr. Thurna, Kronawettera, hr. Hohenwarta, Wendla, Grocholskiego, hr. Mieroszowskiego, Walderta, Zaklińskiego, Steudla, Schücera i Koppa; tudzież za wnioskiem: Giskrę, Plenera, bar. Scharschmida i Dinstla.

Dep. bar. Zschock podpisał był wniosek Göllericha, nie jakoby zgadzał się nań, lecz jedynie w tej myśli, że w sprawie tej coś stać się powinno. Od dawna zajmując się przedmiotem, przekonał się, że wniosek komisyi uszczupla autonomię gmin, choć sprawozdawca komisyi utrzymuje, że przeniesienie niektórych czynności administracyjnych z gmin na władze państwowe, stać się może bez ujmy dla autonomii gminnej. Nie na reformie organizacyi władz polega wartość reformy administracyjnej, lecz na reformie podstaw organizacyi. Trudno nie przyznać słuszności skargom, o których wspomina sprawozdanie komisyi, skargom na niedostatki administracyi gminnej, na policyę gminną, na podatki gminne; ale wszystko to nie jest przyczyną złego, lecz skutkiem niewłaściwych podstaw organizacyi. Do organizacyi tej wcisnęło się zbyt wiele źle pojętego liberalizmu; zasady demokratyczne przeważyły nad względem na dobroć administracyi. Był to błąd, którego jednak nie trzeba brać bardzo za złe twórcom dzisiejszej administracyi, który oceniać trzeba ze stanowiska czasów i okoliczności, wśród których przystąpiono do jej zorganizowania. Ustawa gminna z r. 1862 jest pierwszym początkiem wszystkich tych niedostatków, owa ustawa nadająca gminom obszerne prawa podatkowe i tworząca zamęt w instancyach administracyjnych. Wobec tej ustawy organizacya administracyi z r. 1868, jakkolwiek nie usunęła jej niedostatków, ma przynajmniej tę zasługę, że rozdzieliła władze polityczno-administracyjne od władz sądowych. Mówca utrzymuje, że samo pojęcie autonomii w Austryi jest skrzywione, polegając na pewnym antagonizmie między rządem a gminami, podczas, gdy w państwach wybitnie autonomicznych, jak Anglia i Belgia, gminy owszem starają się złożyć administracyę na barki rządu, a sobie zastrzegają tylko współdziałalność. Z tego to stanowiska poleca mówca swój rozdany w druku przed posiedzeniem wniosek, który brzmi jak następuje:

„Wysoka Izba zechce uchwalić: Wzywa się rząd, aby w drodze konstytucyjnej wniósł projekty ustaw przeznaczone i zdolne rozpocząć reformę całej administracyi politycznej w tym duchu, aby usunięty został dualizm administracyi państwowej z samorządu, tudzież rozstrzelenie w organizmie administracyi politycznej i aby, zachowując zasadę samorządu, osiągnięto uproszczenie mechanizmu administracyjnego, ukrzepiając zarazem władzę wykonawczą i zabezpieczając ściśle wykonywanie ustaw“.

Mówca objaśnia swój wniosek i spodziewa się, gdyby go wprowadzono w życie, wielkich korzyści z podobnej reformy. Między zarzutami, któreby podnieść można, nie najmniejszej wagi byłby zarzut przeciw kompetencyi Rady państwa. Mówca osobiście jest o tej kompetencyi najzupełniej przeświadczony, ale odpowiadać szczegółowo na taką objekcyę byłby czas dopiero po wniesieniu przed rząd odnośnych projektów. Wyrażając nadzieję, że rząd dzisiejszy nie sprzeciwi się jego programowi reformacyjnemu, wzywa mówca wszystkich przyjaciół reformy, aby bez względu na stronnictwa, do których należą, łączyli się zgodnie w jeden zastęp ku dobru państwa i ludności.

Wniosek bar. Zschocka zyskuje w Izbie deputowanych poparcie.

Dep. Giskra (przewodniczący w komisyi) w bardzo obszernem przemówieniu wylicza aż do najdrobniejszych szczegółów skargi podnoszone przeciw dzisiejszej administracyi; dalej wspomina o reformach miejscowych, za pomocą których usiłowano zapobiedz najjaskrawszym niedostatkom, tudzież o pracach sejmów krajowych wszystkich niemal krajów, zdążających już do reform na większą skalę, niż owe reformy miejscowe, a które niejedną zawierają cenną wskazówkę dla reformy ogólnej. Wyliczając prace i dążności sejmów krajowych, wspomina mówca bardzo krótko o Sejmie galicyjskim także, który chciał połączenia administracyi państwowej z autonomiczną, w ten sposób jednak, aby władze były odpowiedzialne nietylko rządowi, lecz i sejmowi krajowemu. Mówca nie dodał ani słowa krytyki do tej wzmianki o dążności sejmu galicyjskiego. W dalszym wywodzie sięga mówca początku złego, dopatrując się go w ustawach z r. 1849 i 1862, a głównie w tem, że nie nadano innej ordynacyi gminnej miastom a innej wsiom; ponieważ zaś złożono na barki gmin wielki ciężar czynności administracyjnych, przeto tylko miasta i gminy zasobne w pieniądze sprostać mogły zadaniu. Przechodząc do reformy z r. 1868, p. Giskra, jako członek rządu ówczesnego, mówi naturalnie *pro domo*, zwalając niedostatki tej reformy na karb tego, że rząd musiał trzymać się podstaw stworzonych w r. 1862; usiłuje też dowieść, że gdyby gminy podołać były mogły ciężarowi zadania swego, organizacya polityczna byłaby dostateczna i nie słyszanoby tylu skarg. Poczem idzie w przemówieniu p. Giskry pogląd na obrady komisyi rozpatrującej wniosek Göllericha, pogląd aż do znużenia drobnostkowy, z którego na wzmiankę zasługuje ten tylko szczegół, iż pewna część członków komisyi pragnęła oddać dzieło reformy w ręce Sejmów krajowych. Ponad wszystkiemi mniemaniami objawionemi w komisyi przeważyło zapatrywanie, że trzeba się wziąść do

---

Część literacko-artystyczna

TEATR.

Nigdy namiętności ludzkie nie występują w jaskrawszem świetle i bardziej bez wszelkiej maski jak w czasach wstrząśnień społecznych. Z chwilą kiedy ustaje panowanie prawa, zaczyna się panowanie instynktu. Zły to przewodnik jeżeli nim nie kieruje serce, a busolą jego są zbrodnicze cele, do których popychają wiry żądz poziomych. Główną wtedy rolę odgrywa niepohamowana chciwość, która wobec usuniętych doraźnie szranków karnego kodeksu, łatwe i żyzne znajduje pole do samowolnych zdobyczy; ale smutniejszem jeszcze jest w takich razach objawem, że nieraz niewdzięczność, ta cecha dusz podłych, posuwa się aż do zemsty, aby przygłuszyć w sobie głos obowiązku serca. Niejedenby na to dowód przytoczyć można z strasznego dramatu rzezi Humańskiej i późniejszych krwawych w kraju naszym wypadków; ale odsuńmy zdala od siebie te smutne obrazy, które nam mimowolnie przypominał epizod z wielkiej rewolucyi francuskiej, na którego tle osnuty został dramat w siedmiu obrazach p. p. A. Rolland i J. Du Boys p. t. *Rudy Janek* (*Cadet Roussel*) przedstawiony po raz pierwszy na scenie naszej w sobotę w tłomaczeniu p. A. Kleczewskiego.

Dramat rozpoczyna się w epoce teroryzmu, gdzie każdy, winny czy niewinny, byle posiadał majątek lub imie, do którego można było przyczepić nazwę arystokraty, stawał się ofiarą drakońskich praw, a raczej bezprawia, gdyż dość było być oskarżonym, aby zostać potępionym. W owym to czasie nastąpił napad na zamek margrabiego de Thill; jednym z przywódzców był młody wieśniak Piotr Simon, który przyznawał, że margrabina była bóstwem opiekuńczem okolicy i sam może od niej doświadczał dobrodziejstw — a jednak gotów ją był wraz z całą jej rodziną oddać... pod gilotynę. Szczęściem jednak nieznaleziono nikogo z właścicielów w zamku, gdyż młodszy brat Piotra Simona, ów właśnie rudy Janek, który jest bohaterem dramatu, ostrzegł o bliskim napadzie mieszkańców zamku i uprowadził margrabiego wraz z małą córeczką do granicy, a margrabinie wraz z konającym jej ojcem dał u siebie przytułek.

Od początku dwaj bracia stoją z sobą w antipodycznym kontraście. Piotr jest chciwy i mściwy dla samej słodyczy zemsty. Podejrzywa on kobietę, którą brat jego Janek przyjął w wgościnę, a która właśnie pochowała ojca, że jest margrabiną de Thill i zamierza ją zdradzić. Rudy Janek, który ostrzegł margrabiego i towarzyszył mu do granicy bawiąc po drodze widzów dla odwrócenia uwagi teatrem marionetek, jest uosobieniem szlachetności, poświęcenia dla bliźnich i kraju i tej gotowości do ofiar i zapomnienia o sobie, jakie tylko wybranych dusz może być udziałem. Kochając pierwszą miłością Magdalenę, która pokochała urodziwszego jego brata Piotra, zrzeka się jej i aby im szczęście zapewnić, oddaje bratu zagrodę, którą dlań margrabina nabyła, by mu poświęcenie zawdzięczyć, a sam zaciąga się do wojska. I tam chociaż nie stworzony na żołnierza jest on opatrznością dla swych kolegów i bierną swą odwagą ocala oddział wojska w którym służył.

Zbyt długo byłoby wyliczać wszystkie zalety serca rudego Janka, które jak złota nić ciągną się przez całą kanwę wzruszającego tego dramatu; dość powiedzieć, że wszystko co się dobrego stało, stało się przezeń, a przeciwnie wszystko złe jak z puszki Pandory wychodziło od brata jego Piotra Simona. Rozwiązanie dramatu zadawalnia widzów, bo kara za zbrodnie ma wszelkie pozory słuszności i budzi raczej zaspokojenie niż litość, a ofiarom niedoli do których mimowolnie lgnie uczucie i cieszy się zmianą ich losu, zabłyska pogodniejsza przyszłość.

Akcya obejmuje kilkunastoletni okres czasu. Jest to trochę za długo aby złudzenie mogło być zupełne. Prawda, że dzieci wyrastając mogą się w młodzieńczym wieku zmienić; rysy jednak pozostają te same tylko w zwiększonych rozmiarach, a skądże takie podobieństwo wynaleść, któreby mogło tę samą przedstawić czteroletnią i ośmnastoletnią Blankę? Ten okres czasu ryje również piętno zmiany na twarzach osób, które niemogą tak dziś wyglądać jak przed kilkunastą laty, a przecież trudno za każdą odsłoną inaczej się charakteryzować. Są to więc niekorzyści zaniechania przestrzeganej w klasycyzmie jedności czasu, lecz uważamy je poniekąd za rzecz mniejszej wagi wobec przebiegu dramatu, który, tak jak jest, silne wywiera wrażenie i niezwykłe budzi zajęcie. Samo tło jego wystarcza aby przykuć do siebie uwagę. Kogóż bowiem nie wzruszy do głębi ten obraz nieszczęść rodziny — a takich było tysiące — którą rozgoniła wielka rewolucya, aby zerwać albo na zawsze najbliższe węzły krwi, albo ją po długim dopiero lat upływie, po przelaniu strumieni [illegible] niespodziewanym zbiegiem okoliczności z tym [illegible] owym z zaginionych swych członków połączyć [illegible] wreszcie [illegible] temu nigdy niebladnącemu [illegible] pierwszego cesarstwa; owej epoki sławy [illegible] armii gdzie każdy prosty żołnierz, jak mówił Napoleon, nosił w tornistrze marszałkowską buławę; owych bohaterów, co zwycięstwami zapisywali imie swe w księdze nieśmiertelności, a wobec których dzisiejsi, bądź co bądź, mniej posągowo wyglądają? Cokolwiek świat obecny sądzi o Napoleonie I, jedno jest niezaprzeczonem, że z nim zaginął typ wielkiego wojownika, typ niedorównanego jeniusza; a sama pośmiertna jego popularność, ten czar przywiązany do wszystkiego co go przypomina, świadczy, że teraźniejszość za takiego go uznaje. Dramat *Rudy Janek* opierając się na tej podstawie mógł być pewnym, że nie przejdzie niepostrzeżony, jakkolwiek [illegible] wartości ściśle artystycznej. Sama epicznośc jego i rozstrzelenie na siedm aktów dowodzi, że autorom nie chodziło tyle o dzieło sztuki, jak o efekta, a celu tego w zupełności dopięli. Trudno bowiem wprowadzić w dramat więcej ruchu, wrzawy i nawet strzałów i bardziej wzruszające sytuacye; a obok tego uderzają tu i owdzie nader prawdziwe spostrzeżenia dowodzące dokładnej znajomości serca. Między innemi bardzo jest trafny w akcie 4ym, w scenie w której się Blanka po dłuższem niewidzeniu spotyka z Gilbertem, obraz rodzącej się miłości między dawno znajomymi. Blanka i Gilbert wychowywali się razem, łączyło ich przywiązanie dziecinne, Gilbert czuwał nad nią, lecz prawdziwa miłość w ich sercach zażegła się dopiero wtedy, gdy Gilbert służąc już w szeregach, spotyka ją w domu jenerała w całym rozkwicie wdzięków. Blanka wyznając mu swoje uczucia pięknie je wypowiada.

Dramat *Rudy Janek* doznał bardzo dobrego przyjęcia, co mu zapewnia trwałe obywatelstwo na scenie tutejszej, mianowicie jako sztuka ludowa; wszystko bowiem w nim się gromadzi począwszy od dekoracyj, marszu wojska przy odgłosie marseliezy, aż do wozu zaprzężonego końmi wjeżdżającego na scenę, co może zabawić oko, a obok tego silnemi wrażeniami działać na uczucie widza.

Przedstawienie było staranne. Wśród wielu wchodzących na scenę osób, których część przeznaczoną była do ewolucyj wojskowych, główna akcya koncentruje się tylko w kilku rolach. Jedną z najgłówniejszych, bo rolę tytułową odegrał p. Podwyszyński sympatycznie, sama bowiem rola jest sympatyczną. Doskonale odcieniował artysta ów przymus, jaki zadaje sobie rudy Janek z natury poważny i uczuciowy, udając wesołość podczas przedstawienia teatru maryonetek. W chwili kiedy Janek, który silniejsze niż przybranego ojca zaczyna uczuwać przywiązanie do Blanki, świadkiem jest niespostrzeżonym wynurzenia jej uczuć dla Gilberta, oddaną została przez artystę z całą plastyką gry fizyonomii, zdradzającej boleść, którą chce taić przed okiem obecnych. P. Podwyszyński, który ściśle biorąc inny ma zakres ról, i z tej nadpodziw wywiązał się zwycięzko.

W roli Blanki wystąpiła panna Marczello, którą publiczność wielokrotnemi obdzielała oklaskami jakby chcąc dać jej tem zachętę do kształcenia tego cennego materyału, jakim ją obdarzyła natura. Posiadając obok jasnego organu, będącego jednym z głównych warunków dramatycznej przyszłości, pewną wrażliwość rysów twarzy, zdolnych do oddania nagłej zmiany uczuć, może znaleść w tem zczasem ważną dla siebie dźwignię rozwoju i powodzenia. Blankę jako sierotę, choć może z cokolwiek zbytnim realizmem, przedstawiła panna Marcello w ogóle bardzo efektownie, Blankę ogładzoną już pewnym polorem światowym z niezaprzeczonym w kilku scenach talentem, jak np. w scenie z Gilbertem w akcie 4tym i w scenie z Maurycym w akcie 6tym, gdzie wezbrane uczucie oburzenia nieci w niej zapał, którym pokonywa napastnika.

P. Galasiewicz grał rolę Piotra Simona, należącą do najwięcej z przebiegiem dramatu związanych epizodów, i grał ją z należytym efektem. Czarny ten charakter, jedyny prawie w sztuce, gdyż Fruchon (p. Glikson) zbyt mały miał udział w akcyi, malował się wybitnie w jego wzroku i fizyonomii.

Z ról kobiecych oddała p. Wolska rolę Heleny, margrabiny de Thill, panna Wojnowska szlachetnej Katarzyny wiwandierki a później jenerałowej, p. Csaki Magdaleny żony Simona i p. Kwiecińska Gertrudy. Role te nie wielkich rozmiarów odegrane były w ogóle dobrze, a p. Wolska w scenie z Gilbertem i Blanką wywarła wrażenie.

Prócz ról rudego Janka, Blanki i Piotra mających piętno bardziej dramatyczne, rola Maurycego, którą dobrze odegrał p. Jankowski, dała mu pole do efektowniejszej gry mianowicie w scenie z Blanką, równie jak rola Gilberta, którą odegrał p. Roman; inne role jak Andrzeja (p. Morozowicz), Bernarda (p. Feliksiewicz) i Pitois (p. Jejde) były to role nieprzechodzące po za zakres ról konwersacyjnych i jako takie odegrane zostały bardzo właściwie.

radykalnej zmiany zakresu działalności władz państwowych a autonomicznych, do czego zdąża właśnie wniosek komisyi. Mówca w dalszym ciągu nie zataja, że wytwarza się przekonanie o niepodobieństwie przeprowadzenia reformy we wszystkich krajach wedle jednolitych zasad; ale że pewna jednolitość w organizacyi politycznej musi zachodzić, dowodzi tego mówca argumentem, iż niełatwo pewnie znalazłby się, ktoby pragnął osobnego kanclerza dla każdego królestwa i kraju. Co do kompetencyi Rady państwa, przyznaje p. Giskra, że kwestya to sporna; ale ubiwszy ją za pomocą wyborów bezpośrednich na innem polu, nie należy wywoływać jej znów teraz. Mówca zwraca się nakoniec przeciw wnioskowi Zschocka, zarzucając mu nietylko niejasność, lecz i sprzeczność w dążności do zachowania zasad autonomicznych i państwowo-administracyjnych; jedne bowiem wykluczają drugie, a jeśli wniosek mówi o zachowaniu atonomii w zasadzie tylko, wiemy już, co to znaczy zachować coś w zasadzie. Polecam przeto wniosek komisyi ku przyjęciu bez zmiany.

Dep. Herman z największym spokojem, ale wśród licznych objawów niezadowolenia z lewicy i środka, których członkowie zresztą w małej tylko liczbie pozostali w sali, przemawia w sposób mniej więcej następujący: Pojęcie moje o autonomii nie jest tak ciasne, aby zadowalać się tem, że chłop może urząd sprawować; przez autonomię rozumiem to, żeby kraje same sobą rządziły. Państwu należy się panowanie, krajom samorząd; tak prawo wymaga. Nie państwa, lecz krajów jest rzeczą administracya polityczna i organizacya władz. Niniejszy zaś projekt reformy tyle tylko ma dla mnie wartości, że daje mi sposobność do pomówienia o prawnopolitycznym stósunku krajów do państwa, do Rzeszy (*Reich*). Państwo nie może przeprowadzać reformy bez aktów gwałtu, bo reforma taka wymagałaby zmiany ustaw wydanych przez sejmy w duchu większej centralizacyi. Państwo niech się weźmie do naprawy własnego systemu, a krajom niech pozostawi urządzać się wedle własnych potrzeb i stósunków. Państwo z niemałym kosztem a bez kompetencyi prowadziło dotychczas administracyę [illegible] administracyjny. Państwu zawdzięczamy skołatane po krajach stosunki gminne, państwu brak bezpieczeństwa publicznego, państwu kosztowny zamęt w sprawach szkolnych, państwu upadek moralności, zburzenie pokoju między wyznaniami i narodami; słowem, cały upadek organiczny i moralny zawdzięczamy państwu, wiedeńskiemu sposobowi rządzenia; wszystko złe z Wiednia! (*Śmiechy po lewicy*). A państwo to, które wszystko zepsuje, czego tylko się tknie, prawnie wcale nie istnieje. (*Śmiechy po lewicy*). Czyż to nieznany patent tworzący z obszaru krajów habsburskich Rzeszę (*Reich*) a nazywający kraje państwami (*Staaten*)? Na czemże zasadzają się prawa panowania dynastyi, jeśli nie na owej umowie zobopólnej, która sankcyą pragmatyczną się zowie? Takie to w Austryi stosunki, że dynastya, nie dochowując umowy, pozbawia się prawa panowania. (*Niepokój po lewicy*). Wytworzyło się w Wiedniu coś co przeciwstawia się królestwom i krajom i nadaje sobie pozory państwa. Jest to biurokracya wiedeńska. Zważywszy atoli, jakiemi żywiołami rozmaite *bürgerministerstwa* zapełniły kancelarye, jakich mieliśmy samych ministrów co do ich przeszłości i dążności, nietrudno będzie pojąć wstręt krajów i ludów ku administracyi tej sekty. (*Głosy z lewicy: to rzeczy niesłychane!*) Duch, w jakim sprawowane są rządy i administracya, budzi tem większe pragnienie samorządu. Dobrze będzie zaświecić w oczy temu duchowi państwa wiedeńskiego. (*Wielki niepokój po lewicy. Prezes wzywa mówcę, aby z większem poszanowaniem mówił o państwie. Mówca z największym spokojem tak ciągnie rzecz swoją dalej:*) Powiedziałem, że trzeba zaświecić w oczy temu duchowi administracyjnemu, temu duchowi wrogiemu, którego spłodził centralizm. Centralizm jest niemoralny. Czyż wiedzą o tem w Wiedniu, że i w administracyi są pewne prawidła przyzwoitości i moralności, których przestrzegać należy, jeśli się nie chce, żeby wszystko się rozpadło? Z praktyki wiedeńskiej wolno wnosić, że w niej polityka z moralnością nic nie ma wspólnego. Inaczej bowiem jakżeby państwo mogło występować jako stronnictwo, przed którem — bo ma chwilowo siłę po temu — nie ostoi się żadne prawo, żadna swoboda, żaden tytuł własności? Pomijam niesprawiedliwe ordynacye wyborcze i sztuczne rezultaty wyborów; ale sama konstytucya centralistyczna czyż nie składa się z zrabowanych praw ludów? (*Śmiechy i niepokój po lewicy.*) Czyż *chabrus* nie był publicznem oszukaństwem i czyż większość Rady państwa nie opiera się na *chabrusie?* (*Szmery po lewicy.*) Pozbawiać ludy słowiańskie języka, czyż to moralnie? Pan minister sprawiedliwości mógłby nam niejedno powiedzieć o polityce wedle plemion. A dalej jakże rząd postępuje z Kościołem katolickim! Czyż jest coś zuchwalszego nad to i mniej roztropnego nawet z stanowiska mężów stanu? Władza świecka i kościelna powinny szanować się nawzajem i wspierać, by osiągnąć wspólny swój cel. Czyż nie było to policzkiem w twarz ludom, że ministerstwo poprzednie, które chciało miru między ludami, musiało ustąpić w chwili, gdy miało za sobą większość dwu trzecich? Owo państwo, nie spoglądaż ono za granicę, nie szukaż przymierzy wątpliwej wartości, zamiast w własnych ludach szukać sprzymierzeńców? System centralistyczny niezdolny jest wznieść się do moralności. Na wewnątrz znienawidzony, na zewnątrz wstręt budzi. Wielkie państwo — tak mówi pewien patryota i polityk austryacki — które nie umie pozyskać miłości swych ludów, ani zaufania przyjaciół, ani też trwogą napełnić nieprzyjaciół, niech spisuje testament, bo ma się mu ku końcowi. Ludy austryackie trwożliwie spoglądają w przyszłość z jej katastrofą nieuniknioną. Jakkolwiekbądź, państwo z obowiązane jest wrócić krajom odjęte prawo samorządu. Kraje potrzebują też centralnego rządu samodzielnego, jednolitego, trwałego i sprawiedliwego, aby ukrzepić się po nędzy, w którą wtrąciły je stronnicze rządy wiedeńskie. Powtarzam: państwu należy się panowanie, krajom samorząd; ale centralistycznemu państwu wiedeńskiemu nie należy się nic, bo prawnie i moralnie jest niczem. (*Brawo! z prawicy*).

Ponieważ dep. Plener polecił wykreślić się z spisu mówców zapisanych do głosu, przeto prezes udziela głosu dep. bar. Scharschmidowi.

Dep. bar. Scharschmid nie myśli zwracać się przeciw mówcy poprzedniemu, bo nie chce być humorystycznym. Do rzeczy samej wspomina mówca o rozmaitości zapatrywań, które wyliczył już dep. Giskra, i podnosi właśnie to, czegoby p. Giskra chciał uniknąć, t. j. współdziałalność sejmów krajowych. Zaznaczywszy, że państwo w dwu poprzednich fazach administracyjnych popadało w ostateczności, raz wszystko do siebie zagarniając, drugi raz wszystkiego się pozbywając, aby stanąć wobec samorządu krajowego na uboczu, jako organizm zupełnie obcy,— stwierdza mówca swą zgodność z wnioskiem komisyi, z tem zastrzeżeniem, żeby, jak mówca formalnie wnosi w miejsce trzeciej „uwagi“ komisyjnej położyć co następuje:

„Zważywszy, żedo przeprowadzenia takiego urządzenia potrzebne są zmiany w ordynacyach gminnych, które nie naruszając autonomii gminnej“ i t. d. (jak w wniosku komisyi);

tudzież, aby w miejsce ostatniego zdania, t. j. właściwego *petitum*, położyć słowa następujące:

„Wzywa się rząd, aby wniósł do konstytucyjnego traktowania projekty celem uzupełnienia ustawy z d. 19 maja r. 1868, które umożebnią zmianę organizmu administracyjnego w duchu uwag powyższych na wypadek, że i w drodze ustawodastw krajowych zapewniony będzie w poszczególnych krajach organom państwowym odpowiedni zakres działalności.“

Podkreślone tu wyrazy są te, które albo różnią się od wniosku komisyi, albo go uzupełniają.

Wniosek bar. Scharschmida dostatecznie poparty.

Dep. hr. Thurn chętnie zgodziłby się na projektowaną reformę, gdyby mógł przekonać się, że nie jest wadliwą; tego przekonania jednak mówca w sobie nie znajduje. Błędem głównym administracyi dotychczasowej jest, że traktuje wszystkie gminy na równi w sposób całkiem szablonowy, nie uwzględniając, czy siły gminy podołają ciężarowi na nią zwalonemu. Do ciężarów przechodzących częstokroć siły gminy należy przedewszystkiem policya. Prawda, że policya przedewszystkiem też należy do zakresu autonomii gminnej; ale mówca, mimo że jest wielkim zwolennikiem samorządu, nie posuwa się w swym zapale autonomicznym tak daleko, by nie uwzględniać moralnych i materyalnych sił gminy. Dla tego pragnąłby ścieśnienia zakresu autonomicznego nietylko pod względem tego, co gminom nadano, lecz i pod względem tego, co do nich właściwie należy. Owego względu na równowagę między siłą a ciężarem nigdy z oka spuszczać nie należy, a ani wniosek komisyi, ani wniosek p. Zschocka nie liczy się tem należycie. Dla tego mówca głosować będzie [illegible] wrócono komisaryaty okręgowe, jakie istniały przed rokiem 1850.

Dep. Dr Dinstl jest przeciwnym ograniczaniu teraz już autonomii gminnej, bo znaczyłoby to burzyć, co zaledwie rozwijać się poczyna; a bądź co bądź, wolna gmina jest podstawą wolnego państwa. Zresztą skargi na brak bezpieczeństwa publicznego wskutek złej administracyi autonomicznej wydają się mówcy przesadnemi; możnaby im jednak zapobiedz przez ustanowienienie w miejscowościach, gdzie są sądy okręgowe, ekspozytur bezpieczeństwa publicznego. Mówca nie bardzo zapala się wnioskiem komisyi, który z pewnością nic wielkiego nie tworzy, ale są to przynajmniej propozycye praktyczne, i dla tego za niemi głosować będzie.

Prezes dla spóźnionej pory odracza ciąg dalszy obrad do posiedzenia następnego.

Złożono na stole prezydalnym i zaraz odczytano interpelacyę dep. Neuwirtha i 54 towarzyszy, spowodowaną doniesieniem pisma *Neues Wiener Abendblatt* z dnia poprzedniego. Interpelacya brzmi:

„Pisma publiczne podają w streszczeniu okólnik, jakoby wysłany przez prezesa ministrów do naczelników krajowych w sprawie ściślejszego wykonywania policyi drukowej. Ze względu na szczególniejszą treść i uderzający charakter tego okólnika, podpisani zapytują wysoki rząd:

1) czy rzeczywiście pan prezes ministrów wydał taki lub podobny okólnik do naczelników krajowych?

2) jeśli tak, czy wysoki rząd gotów złożyć na stole wysokiej Izby brzmienie wydanego okólnika“?

Prezes Izby: Interpelacyę tę doręczam prezesowi ministrów.

Prezes ministrów ks. Auersperg: Na interpelacyę tę pozwolę sobie odpowiedzieć natychmiast. Co do pierwszego zapytania, rozumie się, że okólnika takiego, o jakim pisma donoszą, niema. Na drugie pytanie odpowiadam, że okólnik istnieje, i pozwolę sobie nie złożyć brzmienia jego na stole Izby, lecz odczytać je dosłownie:

„Nie uszło zapewne uwagi W. Ekscelencyi że wypadki na części pogranicznej monarchii austro-węgierskiej, pogłoski wiążące się z niemi co do stanowiska cesarstwa względem tychże wypadków, i po części także rokowania w sprawie odnowienia ugody austro-węgierskiej zdolne wywołać pewne wzburzenie umysłów w niejednej klasie ludności. Rozumie się samo przez się, że podobne okoliczności wkładają na wszystkie organa rządowe obowiązek, aby we wszystkich gałęziach administracyi tem większą rozwinięto czynność i czujność nad jaknajściślejszym zastósowaniem się do ustaw w wszelakim kierunku. Pod tym względem czuję się zniewolonym zwrócić Waszej Ekscelencyi uwagę przedewszystkiem na prasę peryodyczną i jej wpływ, wśród takich okoliczności może tem skuteczniejszy. Trudno zapoznać, że właśnie w chwili obecnej występowania pewnej części prasy peryodycznej nie można nazwać zbawiennem, że rzucane są w świat pogłoski niepokojące, opartę często na prostym wymyśle, że przypisuje się rządowi zamysły i plany i zwalcza się je w tym tylko celu, aby przez to wywołać oburzenie lub nieprzychylność przeciw rządowi lub niektórym jego czynnikom. Ustawa, o której wykonanie tu chodzić może, nadaje co prawda władzom politycznym niewielki wpływ wobec wykroczeń prasy peryodycznej. Tem większa atoli dla władz politycznych konieczność zastósowywania w pełnej mierze tych sposobów, które im nastręcza istniejące ustawodawstwo prasowe. Najwydatniejszym pod tym względem sposobem jest współdziałalność, której wedle istniejących urządzeń władze polityczne (policyjne) są powołane użyczać prokuratoryom przy przeglądaniu nadchodzących egzemplarzy obowiązkowych, jak niemniej przez połączoną z tem pobudkę do obłożenia aresztem odnośnego pisma. Winienem nazwać ważnym obowiązkiem organów politycznych (policyjnych), którym ta czynność poruczona, aby ją spełniały z największą uwagą i z odpowiednią surowością, i aby nie ustawały w obowiązkowej gorliwości bynajmniej, jeśli może w tym lub owym wypadku c. k. prokuratorye nie uczują się skłonnemi do wkroczenia. Mam zaszczyt upraszać W. Ekscelencyę, abyś zaopatrzył naczelnictwa władz politycznych (policyjnych), w których zakresie pisma peryodyczne wychodzą, w odpowiednie powyższym wskazówkom instrukcye, a to w sposób poufny, ile możności ustnie; a gdybyś Pan uznał za stósowne, mógłbyś prokuratorom także ustnie udzielić poufnej wiadomości o tych instrukcyach. Jednocześnie mam zaszczyt położyć nacisk na konieczność zwracania podwojonej uwagi na dzienniki zagraniczne przybywające do Austryi, aby mianowicie względem tych, których dla systematycznego nurtowania pod monarchią austro-węgierską, dla ustawicznego wygłaszania tendencyj mających na celu oderwanie ziem niektórych, tolerować nie można, wcześnie mógł być uczyniony do pana ministra spraw wewnętrznych wniosek o odjęcie debitu pocztowego. Nie zapoznaję trudności, z któremi połączone jest czuwanie nad zagraniczną prasą peryodyczną o tyle, że żadna władza polityczna nie dostaje się w posiadanie dziennika zagranicznego, chyba w drodze prenumeraty. Ale starosta lub urzędnik policyjny, znający się na powołaniu swem będzie i być powinien powiadomiony, które pisma zagraniczne szczególniej są czytywane w jego okręgu, mianowicie po lokalach publicznych, i będzie umiał, bez wielkich trudności zapoznać się z godną uwagi treścią tych pism, na podstawie której można rozpocząć dalsze kroki. Mam zaszczyt upraszać W. Ekscelencyę abyś i co do tego punktu udzielił podwładnym władzom politycznym (policyjnym) poufnych instrukcyj.

Wiedeń, dnia 29 lipca 1876.“

Koniec posiedzenia o godzinie 2 min. 45. — Następne posiedzenie we wtorek.

Poczdam 9go listopada.

Jest mniemanie powszechne, że ks. Bismark nie chce zerwać przymierza z Rosyą, chociaż nie myśli pozostawić jej całkiem wolnego pola. Dla bacznego dostrzegacza jasnem jest, że Niemcy zakrywają tyły Rosyi, inaczej nie byłaby ostatnia śmiała przemawiać językiem, który staje w opozycyi z Austryą i Angiią. Rosya zdaniem mojem może liczyć na poparcie Niemiec jak długo trwać będą rokowania nad uregulowaniem Turcyi, nie należy przeto zbyt ufać w utrzymanie pokoju na przyszłość: nawet gdyby zadowoleni zostali Serbowie, Bośniacy i Bułgarzy pozostanie pomimo wszystkiego Rosyi mnóstwo pozorów, z których każdy może dostarczyć sposobności chwycenia za broń. Rumunia domaga się całkowitej niezawisłości, Grecya zwiększenia terytoryum, a Grecy na wyspach tureckich i w Turcyi tych samych praw i swobód, jakie nadane będą Słowianom. Ruch grecki ciekawe w tej chwili przedstawia objawy. Rząd ateński zakupuje w znacznej ilości broń, którą płaci bardzo [illegible] doszły do [illegible] zostali szybko i rzetelnie zaspokojeni, [illegible] grecki porozumiewa się pod względem zakupna [illegible] dział w Anglii. Powszechnie tu w to wierzą, że rząd rosyjski przyrzekł Grecyi zasiłki. Z drugiej strony podatki zostaną w królestwie zwiększone prawie w dwójnasób i subskrypcye patryotyczne organizują się wszędzie za granicą pomiędzy bogatemi [illegible] greckiemi. Jasnem jest, że Grecya gotuje się do wypadków, które mogą zajść niebawem, jak również odwlec się do lat kilku.

Chociaż słabość cesarza Wilhelma nie przedstawia żadnego niebezpieczeństwa (jest to proste przeziębienie), widać jednak pewną obawę w kołach politycznych, gdzie zastanawiają się już nadtem coby wynikło gdyby następca powołany był do zajęcia tronu. W dwóch punktach wszyscy się zgadzają: naprzód że książę pod wpływem swej małżonki nie pójdzie w ślad polityki [illegible]; powtóre, że wszelka zmiana systemu obecnego rządu bardzo utrudni położenie ks. Bismarka. Co do mnie idę dalej: z tego co słyszeć można w otoczeniu księcia i jego małżonki, przychodzi się do przeświadczenia że [illegible] ks. Bismarka zakończy się z chwilą gdy cesarz Wilhelm zamknie oczy. Opinia publiczna idzie jednak w całkiem odwrotnym kierunku; przywyknięto w to wierzyć, że mimo trudności, jakie kanclerzowi stworzy zmiana monarchy, będzie on równie [illegible] jak dotąd dla cesarstwa niemieckiego. Wiadomo mi atoli, że ks. Bismark mało ma przyjaciół [illegible] go stanowczo poprzeć i w chwili gdy już nie będzie potrzebnym i pewny jestem, że nawet sami liberały, którzy się na nim opierają a jednak nie kochają go, opuszczą go skoro ujrzą że go nie popiera monarcha. Uwagi te są w tej chwili w pewnych kołach tematem rozmów i dyskusyj.

Rzym 7 listopada.

Zwycięstwo ministerstwa zupełniejszem jest, niż sądzono. Wybrani kandydaci z pomiędzy progresistów reprezentować będą $^4/_5$ Izby; co się tyczy prawicy, liczyć ona będzie zaledwo 100 głosów. Wypadek ten ważnym jest dla przyszłości Włoch, a szczególnie z tego względu, iż najbystrzejsze nawet umysły nie mogą przewidzieć, dokąd doprowadzi ta rewolucya parlamentarna zbyt dziś uwydatniająca się. Jedni wołają: to początek końca, nigdy kraj nie był narażony na tak wielkie niebezpieczeństwo; inni uważają za stosowne czekać na najbliższe zebranie Izb, aby się oświadczyć z większą znajomością rzeczy o ludziach przeznaczonych na przyszłość prowadzić ster rządu, z których większa część jest nie znaną. Nie trzeba sobie jednak taić, że Włochy zachodzą w nową niebezpieczną fazę. Mówiłem wam już dawniej, że starzy spiskowcy, którzy utworzyli jedność i piastowali władzę przez lat 15, wkrótce zastąpieni będą przez nowych spiskowców *minorum gentium*, którzy chcą z kolei korzystać z względów losu i zabierać posady. Chwila ta nadeszła. Wyznaję, że nie spodziewałem się, aby tak rychło spełniły się moje przewidzenia, lecz grożące niebezpieczeństwo jeszcze się nie ukazało, ukaże się ono wtedy, gdy spiskowcy, którzy dziś tryumfują, zostaną z kolei obaleni przez trzecią warstwę najbardziej radykalną, więcej występną, a mniej jeszcze skrupulatną. Wtedy *Italia fara da se.* W[illegible]kie stronnictwo *consorteryi* niewiele się różni w [illegible] od ludzi, którzy chcą wtargnąć w tej chwili do Izby; umiarkowani mają nad gawiedzią i demokratami włoskimi tylko przewagę inteligencyi, wykształcenia i talentu, lecz namiętności, żądze, brak wszelkiej moralności w zasadzie są u nich te same. Dla tego to jedność włoska nie ma podstawy silnej i trwałej. Lecz zarzuci kto może, przecież jest senat, armia, jest król, co powstrzymają w danym razie porywy Izby i ukrócą ludzi będących na posadach. O senacie nie ma co mówić; wiadomo bowiem do czego zdolne są wszystkie senaty świata; senaty nigdy na nic się nie przydały, a szanowni członkowie sali [illegible] podobni są do swoich kolegów w innych państwach. Król tylko i armia mogą w danym razie być zbawieniem dla kraju, lecz wtedy należałoby uciec do *coup d'etat*, co zawsze jest niebezpiecznem.

Lecz nie chcę dalej rozciągać się nad sferą przewidywań, [illegible] moim było jedynie stwierdzić ważność okoliczności i ogromny krok, jaki uczyniła wewnętrzna polityka Włoch. Rząd wywarł znaczny wpływ na wybory, a sprawdzenie mandatu da zapewne powód do protestacyj.

Sytuacya [illegible] się. Ciekawa sprawa p. Sapri skończy się [illegible] wielkim procesem, jaki minister spraw wewnętrznych wytoczył *Gazecie d'Italia*. Chodzi o to, [illegible] oskarżają p. Nicoterę, że zdradził swoich wspólników w nadziei ocalenia swego życia. Nie wiem, jak się minister z tego wywinie; dokumenta umieszczone w *Gazecie d'Italia* są urzędowe a dziennik [illegible], jeżeli zostanie skarany, to tylko za noty i kom[illegible] jakie dodał do swego ogłoszenia.

Wszyscy przewidują, że pozycya p. Nicotery będzie nadal niemożebną, i że będzie zmuszony usunąć się. W wilię wyborów i przybycia króla przesłał on dymisyę swoją panu Depretis. Dymisya nie została przyjętą z powodu ważności towarzyszących okoliczności. Wypadek ten rozjątrzył jeszcze bardziej nienawiści i jeszcze głębiej odznaczył linię demarkacyjną między północą i południem.

Pan Nicotera został jednomyślnie wybrany w Palermo.

Wszystko to stanowi szczególny stan rzeczy, który nie ma całkiem nic wspólnego z tem, co dotąd zaszło od r. 1860. Niechaj się was nie lękają współdziałania Włoch w wypadkach europejskich, mają one wiele do czynienia u siebie, aby się stać niebezpiecznemi na Wschodzie. Niechaj Włochy piorą swą brudną bieliznę, a jest jej dosyć.

Wczoraj zakończył życie kardynał Antonelli prawie nagle na podagrę.

X. Stefana Kaczała pleban gr. kat. poseł sejmowy z gmin wiejskich okręgu wyborczego Medyni i Zbaraskiego, a deputowany do Rady państwa z miast Tarnowa i Bochni, wydał następującą odezwę:

Do moich wyborców Tarnowa i Bochni.

Szanowni Panowie Wyborcy!

Zaszczycony Waszem zaufaniem, zastanawiałem się, czy wypadało przyjąć mandat do Rady państwa podany mi przez Polaków?

Czy, jako Rusin, będę mógł pogodzić, w dzisiejszym składzie rzeczy, życzenia Polaków, ze słusznemi wymogami narodowości ruskiej, bez sprzeniewierzenia się zasadom przezemnie wyznawanym?

Partya Rusinów, do której należę, jest częścią owego stronnictwa w Austryi, które w federacyjnym ustroju państwa, dobro tak państwa, jak krajów koronnych upatruje.

Zasady tego stronnictwa są:

Dobro państwa i krajów koronnych jest zawisłem od harmonii interesów państwa z interesami krajów ko[illegible]

Oddać państwu co takiemu do całości i potęgi niezbędnie potrzebne; resztę zaś wszystko zostawić krajom koronnym, bez czego pomyślny ich rozwój jest niemożliwy.

Prawdziwą wolność i samorząd tylko federacya dać może, przy pełnem równouprawnieniu narodowości.

Dla tego konieczną jest ugoda w wielkiem i małem, tak między państwem i krajami z jednéj, jak między narodowościami w krajach z drugiej strony.

Bez ugody państwo do siły a kraje do pomyślności dążyć będą nadaremnie, inaczéj siły marnują się w bezustannych starciach, zamiast pracować dla ogółu.

Ugoda między państwem i krajami winna znaleźć swe załatwienie między ostatniemi i koroną, a odnośnie w Radzie państwa. Ugoda zaś między narodowościami jest rzeczą domową, a zatem winna być rozwiązaną w Sejmie.

Partya rządząca dziś w Austryi, pojęła rzecz inaczéj, postanowiła ona wszystko oprzeć na centralizacyi, sprawy krajowe zagarnąć do Rady państwa, a przez zaprowodzenie bezpośrednich wyborów, emancypując takową od sejmów krajowych, zredukować ostatnie do znaczenia Rad powiatowych, i przez użycie jednych narodowości przeciw drugim wpływ swój i panowanie zabezpieczyć.

Niestety przyznać trzeba, że wielu znachodzi się i w kraju naszym, którzy ten porządek rzeczy podtrzymują

Doświadczenie jednak uczy, że można na jakiś czas dopiąć swego celu, hegemonię swą utwierdzić; można przez sztuczne ordynacye wyborcze, jak przez silną agitacyę, doprowadzić opozycyę do nieznacznéj mniejszości, lub głos jéj stłumić zupełnie, tak w sejmach, jak w Radzie państwa; lecz przezto opozycyi się nieuzyska, ani się jéj niezniszczy; państwo się niewzmocni ani pomyślność krajów niezabezpieczy: niezadowolnienie tylko wzrasta na szkodę tak państwa, jak krajów.

Z tych powodów, gdzie tylko sposobność nadarzała się, przemawiałem za łączeniem się z opozycyą przeciw dzisiejszemu porządkowi rzeczy w państwie; a w domu za szczerem pogodzeniem się między Polakami i Rusinami, gdyż tę drogę jedynie uważam za zbawienną — inaczéj, gdzie dwóch się kłóci, tam tylko trzeci korzyść odnosi. Lecz ugoda, aby była skuteczną, na sprawiedliwości oparta być musi.

Niestety znowu w kraju naszym znachodzą się ludzie, którzy przeciwnego są zdania.

Jakież ztąd skutki? Oto niezałatwione spory domowe robią, że cała delegacya z Galicyi prowadzi politykę utylitarną.

Rusini ścielą się u nóg centralistów, co znów Posków trzyma na wodzy.

W takim składzie rzeczy zaszczycony Waszym wyborem Panowie, uważałem fakt ten za podanie mi ręki na drodze, którą postępuję, a takiéj ręki nieprzyjąć niemogłem.

Niepodejrzywając nikogo, aby mię posądzono o przeniewierzenie się mojéj narodowości, przyjąłem mandat, wstąpiłem do Rady państwa.

Przyznaję, że gdybym był wybrany na Rusi, przystąpiłbym był do klubu, tak zwanéj partyi prawa, która mimo odcieni stoi przy zasadach ugody i autonomii krajów koronnych; lecz wybrany przez Polaków poczytałem za mój obowiązek wstąpić do Koła delegacyi krajowéj, któréj zadaniem uważałem obronę interesów krajowych.

Jakie stanowisko zająłem w kwestyach konfesyjnych, wiadomo. Że więcéj niewystępowałem publicznie, nie moja wina. Wedle regulaminu mowców wyznacza Koło. Lecz we wszystkich sprawach krajowych, np. o podatku domowym, w sprawach kolejowych, o opłacie od mięsa itd. itd., szedłem zgodnie i idę z delegacyą polską: z wyjątkiem, że gdy uchwała Koła lub komisyi parlamentarnéj, co do głosowania w jakiéj sprawie memu przekonaniu nieodpowiada, wolno mi usunąć się od głosowania, co regulamin Koła każdemu pozwala, i z czego wszyscy delegaci korzystają.

Znam obowiązki połączone z przyjęciem mandatu, i te wedle sił moich, o ile to odemnie zależało, sumiennie pełniłem. Zdziwiło mię dla tego niemało, gdy się dowiedziałem, że między moimi wyborcami rozpuszczono wieści, jakobym wystąpił z Koła polskiego, przeciw niemu głosował, wstąpił do klubu ruskiego, nietroszczył się o swych wyborców itp.

Niezapomniano nawet o Sejmie, gdzie miałem głosować niezgodnie z interesami moich Panów wyborców do Rady państwa.

Przeciw tym i podobnym wieściom słowami walczyć trudno, tu tylko wiarygodne świadectwa przeciwstawić można; którego, komu na tem zależy, i szanowne prezydyum Koła, spodziewam się, nieodmówi.

Prawda, że wstąpiwszy do Koła, żądałem uwolnienia od solidarności w głosowaniu nietylko w kwestyach konfesyjnych, które dla wszystkich jest przyznane, ale i w kwestyach narodowych, co dla mn[illegible] równie jest ważnem.

Jestem przeciwnikiem, aby spory domowe przed Radę państwa wywlekano, lecz gdyby pojawiły się z przyczyny niezałatwienia ich w sejmie, żądałem, aby m[illegible] wolno było głosować tak, żebym jako Rusin z moj[illegible] narodowością nie stanął w sprzeczności, co stałoby s[illegible] także w usuwaniu się od głosowania.

Żądaniu memu wprawdzie wprost nieodmówion[illegible] lecz orzeczono, abym od wypadku do wypadku żąda[illegible] takiego uwolnienia, z czego nie byłem zadowolniony i to mogło dać powód do powyższych wieści.

Niezgadzam się wprawdzie z utylitarną, a zate[illegible] często wahającą się polityką Koła, lecz oświadcza[illegible] że z niego nie wystąpiłem; że gdyby to nastąpić mi[illegible] ło, złożyłbym mandat, lub wstąpiłbym, za porozu[illegible] mieniem się z Panami wyborcami do klubu party[illegible] prawa, z którym w ostatniéj kadencyi Koło polsk[illegible] co raz więcéj stykać się poczęło, i mam nadziej[illegible] że i nadal punkta zetknięcia mnożyć się nieprzest[illegible] ną. Nigdy zaś już z zasady niemógłbym wstępywa[illegible] do klubu żadnego, którego kierunkiem jest popiera[illegible] nie centralizacyi na szkodę państwa i krajów k[illegible] ronnych.

Hasłem moim jest dobro kraju, a kto dobro kr[illegible] ju ma na celu, niewiem, czy można o nim powi[illegible] dzieć, że nietroszczy się o swoich wyborców.

Co zaś do sejmu prosiłbym wziąść na uwagę, ż[illegible] sam miałem wyborców z małych posiadłości do za[illegible] stąpienia, których interesa nie zawsze z interesam[illegible] miast harmonizują.

Żałuję, że z przyczyn odemnie niezawisłych, mi[illegible] mo szczerych chęci moich, nie mogłem osobiści[illegible] zdać sprawozdania z mych czynności, i namarkowa[illegible] mój program. Czynię to w krótkości niniejszem p[illegible] smem wraz z oświadczeniem, że na raz obranéj dr[illegible] dze, dopóki sił stanie w duchu powyższych zasa[illegible] w duchu ugody, na sprawiedliwości opartéj, dla d[illegible] bra kraju pracować nieprzestanę: a to tym więc[illegible] że przez jednomyślny mój ponowny wybór przez P[illegible] laków i Rusinów do sejmu, do dalszego postępow[illegible] nia na téj drodze zostałem zachęcony.

Wiedeń dnia 1 listopada 1876.

St. Kaczała.

Wiedeń 12 listopada. Na onegdajszem posiedzeniu wydziału budżetowego Izby deputowanych nalegał dep. Perger na ministra handlu, aby jak najrychlej obniżył opłaty od depesz telegraficznych. Minister odpowiedział, iż dotychczas natrafiała sprawa ta na trudności z powodu stosunku z Węgrami; mimo to jednak zajmuje się nią w tym kierunku, czyby nie dało się znaleść sposobu, iżby na zasadzie pewnej progresyi osiągnąć obniżenie taryfy w ruchu wewnętrznym.

Dep. Gompesz zdawał sprawę o rachunkach rządu z wystawy wiedeńskiej w r. 1873. Referent wniósł: 1) aby wykaz dochodu 4,256,349 zł. i rozchodu 19,123,270 zł. przyjąć do wiadomości; 2) wezwać rząd, iżby cały rezultat podał w rocznych rachunkach szczegółowo i przedłożył go do konstytucyjnego zatwierdzenia. Do pierwszego wniosku wniósł dep. Giskra dodatek: ... „i wyrazić ubolewanie, że tak nadzwyczajnie przekroczono sumę przez Radę państwa uchwaloną, jakkolwiek w części można było tego uniknąć.“ Po przemówieniu dep. Lienbachera i Schaupa w poparciu tego wniosku, przyjęto wnioski referenta wraz z poprawką Giskry.

— Porządek dzienny zapowiedzianego na wtorek posiedzenia (205) Izby deputowanych Rady państwa jest następujący: Pierwszy odczyt uchwalonej już w Izbie wyższej ustawy o fideikomisie hr. Thürheim; dalszy ciąg rozpraw nad wnioskiem dep. Göllöricha.

— Wiedeński sąd przysięgłych skazał redaktora odpowiedzialnego *Politik* Antoniego Šrba na cztery miesiące więzienia i stratę 100 złr. z kaucyi. Powodem procesu była korespondencya z Zagrzebia umieszczona w *Politik*, w której autor mówiąc o sprawie marszałka dalmackiego Ljubiszy oskarżał jednego z radzców sekcyjnych o łapówkę przy nadaniu koncesyi na kolej dalmacką.

— W Izbie deputowanych Sejmu węgierskiego Simonyi postawił następujące interpelacye: Z uwagi, że tocząca się na południu wojna dotyka w pierwszym rzędzie i najbardziej interesów państwowych Węgier; z uwagi, że odnowienie wojny lub rozszerzenie jej przez wmięszanie się zewnętrznej może mieć groźniejsze dla Węgier następstwa; z uwagi, że naród węgierski ma nietylko prawo, ale i obowiązek zaznajomić się z stanem sprawy wschodniej i stanowiskiem rządu względem niej; z uwagi, że artykuł 10 z r. 1867 przyznaje ministerstwu węgierskiemu wpływ na kierownictwo spraw zagranicznych i czyni je za nie odpowiedzialnem, zapytuję:

1. Czy rząd jest skłonnym przedłożyć ciałom ustawodawczym i narodowi ustne lub pisemne wyjaśnienia, któreby postępowanie ministerstwa spraw zagranicznych od wybuchu zaburzeń wschodnich obejmowały i systematycznie wykładały wszystkie w tym kierunku uczynione kroki przez ministerstwo spraw zewnętrznych do innych mocarstw, i odpowiedzi tychże. Przedłożenia te powinny rozciągać się do wszystkich kroków dotychczasowych i obejmować wszystkie wypadki aż do tego punktu, gdzie nieukończone jeszcze rokowania nie dozwalają udzielić szczegółowego wyjaśnienia.

2. Czy rząd jest skłonnym dać Izbie deputowanych sposobność jeszcze przed uchwaleniem budżetu wyrazić swoje zapatrywania na sprawę wschodnią i wziąść pod rozprawę postępowanie rządu w tej sprawie.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 13 listopada. Na czele dziennika zapisujemy zgon, który jest najboleśniejszym ciosem dla naszego pisma, a oraz stratą publiczną. Pod wpływem osobistej boleści, tem bardziej przerażającej, że nagłej, główne tylko daty z życia ś. p. Maurycego Manna dziś podać jesteśmy w stanie. Urodzony 2 października 1814 r. w Krakowie, syn urzędnika Rzeczypospolitej krakowskiej w oddziale rachunkowości i Ernestyny z Hauscygerów, wcześnie stracił ojca, a matka, niewiasta wyższego wykształcenia i wielkich cnót, zajmowała się z całem poświęceniem i wielką starannością wykształceniem i pokierowaniem jedynaka. Pod pieczą matki ś. p. Maurycy uczęszczał do gimnazyum w Krakowie, a następnie w młodym bardzo wieku odbył studya uniwersyteckie na wydziale prawnym. Niezmierne zdolności i ustalony już charakter młodzieńca skłoniły matkę, aby go wysłać na uzupełnienie nauk za granicę. W r. 1832 pojechał na uniwersytet do Genewy, gdzie w gronie kilku rówienników z kraju uczęszczał na wykłady słynnych profesorów jak Rossi i inni, i gdzie już zawiązał pierwsze stosunki ze znakomitościami polskiemi i europejskiemi. W r. 1835 z Genewy przeniósł się do Paryża, i powrócił do kraju w 1837 r., nieutraciwszy gorącej wiary i miłości ojczyzny, a zdobył szeroką wiedzę

<u>Dziennik Polski</u> z d. 14 Listopada 1876

donosi że poseł hr. Stan. M. będzie o wszystkiem

[illegible] przemianowanie. –

Die Politische Correspondenz erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Herausgeber u. verantwortlicher Redacteur: Georg Bösel.

Redaction: Wien, I. Bezirk, Börseplatz Nr. 1.

Politische Correspondenz.

Als Manuskript gedruckt.

Für alle mit O. M. (Original-Meldung) bezeichneten Mittheilungen ist die Redaction allein und ausschliesslich verantwortlich.

Verwahrung gegen die telegraphische Benützung der Correspondenz.

Abonnement bei täglicher portofreier Zusendung monatlich:
nach Deutschland, Dänemark und Schweden . . . 24 Mark,
nach Russland . . . . 12 Rubel,
nach Frankreich, Italien, Belgien und Holland . . 30 Francs.
nach England . . . . . 1 Pf. St. 5 sh.

Administration und Expedition: Wien. I. Bezirk, Börseplatz Nr. 1.

Nr. 391. Wien, am 17. November 1876. II. Jahrg.

O. M. Aus Versailles, 15. November, wird uns gemeldet:

Nach zuverlässigsten Quellen verlautet, dass der deutsche Botschafter Fürst Hohenlohe nicht in der Lage ist, eine Betheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung von 1878 in Aussicht zu stellen.

O. M. Man schreibt uns aus St. Petersburg, 15 November:

Heute um 11 Uhr Vormittags trafen der Kaiser, die Kaiserin, das Grossfürsten-Thronfolgerpaar und dessen Kinder, die Grossfürsten Sergius und Paul Alexandrowitsch, sowie die ganze Suite in Zarskoje-Selo ein. Der kaiserlichen Familie fuhren die hier anwesenden Grossfürsten entgegen und an dem festlich geschmückten Bahnhofe hatte sich ein zahlreiches, dem Kaiser lebhaft zujauchzendes Publikum eingefunden, das nur mit Mühe daran abgehalten werden konnte, die Pferde des kaiserlichen Schlittens auszuspannen und den Monarchen selbst in's kaiserliche Schloss zu bringen.

Der gleichzeitig angelangte Kriegsminister Miljutin hat sofort seinen Dienst in St. Petersburg angetreten und fand bereits heute Nachmittags im Gebäude des Kriegsministeriums eine Berathung aller Truppencommandirenden über die ferneren zur Erleichterung der Armeemobilisirung erforderlichen Massnahmen statt.

Heute Abends wurde eine ausserordentliche Sitzung der Duma von Petersburg abgehalten, in der unter allgemeiner Begeisterung beschlossen wurde, eine Adresse an den Kaiser zu richten, worin im Anschlusse an die erhabenen zu Moskau gesprochenen Worte des mächtigen Herrschers, die dankbarste Hingebung an den Kaiser, sowie die vollste Opferbereitschaft der Stadt und des Landes für eine active Verfechtung der Interessen der bluts- und glaubensverwandten Christen der Türkei ausgesprochen wird.

Rasch hatte sich die Nachricht von diesem Dumabeschlusse in der Stadt verbreitet und eine unzählige Volksmenge belagerte das Dumagebäude, um in enthusiastischer Weise ihre Uebereinstimmung mit diesem Beschlusse kundzugeben.

Die hiesige Bezirkslandschaft beabsichtigt bei der Gouvernementslandschaft zu petitioniren, dass für den Fall, als die Ehre Russlands und die Politik der russischen Regierung es erheischen würden, in thatkräftiger Weise einzutreten, eine Steuer von 1 Percent des Grund- und Stadtbesitzes zu Gunsten des Staatsschatzes eingehoben werden solle. Aehnliche Petitionen werden auch von den Gouvernements des Südens vorbereitet und steht zu erwarten, dass alle Gouvernements Russlands dieselbe Bereitwilligkeit kundgeben werden.

Das hier und im Auslande verbreitete Gerücht, dass alle polnischen und österreichischen Eisenbahnbeamten entlassen werden sollen, entbehrt jeder Begründung; eine solche Massregel würde mehr als 6000 neue Beamte erforderlich machen, und welcher Mangel an gut geschulten Eisenbahnbediensteten hier noch immer herrscht, beweist die Thatsache, dass die Anordnung getroffen wurde, für den Mobilisirungsfall die zeitweilig beurlaubten und verabschiedeten Unterofficiere, die bisher im Eisenbahndienste verwendet wurden, auch weiter in ihrer Stellung zu belassen

O. M. **(Türkische Kriegspläne.)** Man schreibt uns aus Rustschuk, 12. November:

Seit dem 1. d. M. sind in das Donau-Vilajet 60 Bataillone Nizams, 24 Bataillone Redifs und 18 Ordus Baschi-Bozuks eingerückt. Die Truppenzuzüge nehmen aber erst jetzt noch grössere Dimensionen an. Besonders zahlreich ist die Feldartillerie, welche hier concentrirt wird. Bis jetzt stehen der Operations-Armee 240 Bronce- und Gussstahl-Geschütze zur Verfügung. Auch auf die Ansammlung von grösseren Cavallerie-Massen ist man bedacht. Im Lager von Schumla soll ein Cavallerie-Corps von 22.000 Mann concentrirt werden. Man glaubt, dass innerhalb vierzehn Tagen die türkische Donau-Armee über 150.000 Mann stark sein werde, was um so wahrscheinlicher ist, als die gegen Serbien und Montenegro operirenden Truppen sehr stark reducirt werden. Die Truppenbewegung nach der Donau wird mit grosser Eile betrieben, was hier als ein Symptom gilt, dass die Pforte auf etwas mehr als eine blosse Defensive bedacht ist. Es wird viel davon gesprochen, dass die Pforte, wenn sie einmal die Ueberzeugung von der Unausweichlichkeit des Krieges mit Russland erlangt hat, daran denkt, der russischen Invasion zuvorzukommen. Es soll der Plan bestehen, die türkische Armee in der Gegend von Kalafat die Donau überschreiten zu lassen und den Krieg auf rumänisches Gebiet hinüberzuspielen. Man scheint diesen Plan aus mehrfachen Gründen für gerathen zu halten. Einmal scheint man sich dadurch vor einer neuen Erhebung im Tuna-Vilajet, beziehungsweise ganz Bulgarien, schützen zu können, und weiters glaubt man dadurch den Consequenzen eines rumänisch-russischen Allianzvertrages, wenn ein solcher wirklich besteht, zu begegnen, im gegentheiligen Falle aber, wenn schon auf eine Cooperation der rumänischen Armee mit der türkischen nicht zu rechnen ist, Rumänien dem russischen Zwange zu entziehen. Man will türkischerseits demgemäss auch rasch handeln und spricht die Herbeischaffung zahlreicher Pontons und Brückenequipagen mehr als Alles dafür, dass die Pforte für den Kriegsfall ernstliche Offensivanstalten treffe. Zur Kennzeichnung der hochgradigen Erregtheit, welche in Folge der sich so düster gestaltenden Verhältnisse der mohamedanischen Kreise bemächtigt hat, möge das daselbst circulirende, und steif und fest geglaubte Gerücht dienen, dass demnächst hier ein englisches Hilfs-Corps von 50.000 Mann eintreffen werde. Vielleicht trägt zur Accreditirung dieses selbst in officiellen türkischen Kreisen hier geglaubten Gerüchtes die Thatsache bei, dass wirklich viele englische Generalstabs Officiere sich hier aufhalten und das Vilajet bereisen.

Die Formation von polnischen Kosaken-Regimentern ist im vollen Gange. Es heisst, dass der bekannte Langievits das Obercommando derselben übernehmen werde. Aus dem Westen, namentlich aus der Schweiz, sind mehrere hundert Polen hier angekommen, die sämmtlich auf Officiersstellen aspiriren.

O. M. **(Fortgesetzte Rüstungen Montenegros. — Ein Schreiben des Fürsten Nikolaus an den Czar. — Unterhandlungen mit den Miriditen.)** Man schreibt uns aus Cetinje, 9. November:

In den letzten Tagen sind Massregeln angeordnet worden, welche auf die Absicht schliessen lassen, den Krieg nach dem Waffenstillstande fortzusetzen. Die meisten Bataillone haben den Befehl erhalten, sich nirgends von ihren Nahijen zu entfernen. Die Artillerie wird completirt und im hiesigen Arsenal wird sehr eifrig Kriegsmaterial angefertigt. Zur Bestreitung der Auslagen für diese Vorbereitungen, wie auch zum Ankauf von Getreide machte Montenegro eine kleine Anleihe im Betrage von 300.000 Rubel in Russland. Davon sind 100.000 Rubel bereits eingelangt. Es versteht sich von selbst, dass man das Wort „Anleihe“ nicht allzustreng nehmen darf. Man gab der Sache diesen besser klingenden Namen. Für den Fürsten ist es selbstverständlich gleichgiltig, unter welcher Form er Geld bekommt, die Hauptsache ist, dass er es überhaupt bekomme.

Der russische Geheimrath Stefan Feodorovits Panjutin ist bekanntlich nach Russland zurückgekehrt. Der alte Herr hat ein Schreiben des Fürsten Nikolaus an den Kaiser Alexander mitgenommen, worin der Fürst in seinem und in seines Volkes Namen dem Czaren und Russland für alle thatsächlichen Beweise der Sympathie, die die grosse russische Nation und ihr Herrscherhaus stets für das kleine Montenegro bekundeten, dankt. Sodann geht der Fürst auf die Frage über, welche Resultate der jetzige „für Montenegro so siegreiche Krieg“ haben werde? Fürst Nikolaus legt dar, dass die jetzigen Grenzen des Landes den Ackerbau unmöglich machen, einen Handel nicht aufkommen lassen, die intellectuelle Entwicklung der Montenegriner hemmen und selbst jene Zunahme der Bevölkerung vereiteln, welche die klimatischen und biologischen Verhältnisse gestatten. Montenegro muss Werth darauf legen, ein Stück fruchtbaren Landes zu erwerben. Der Czar wird inständigst gebeten, diese gerechte Sache Montenegro's auf der eventuellen Conferenz nicht unberücksichtigt zu lassen.

Mit den Miriditen wird hier sehr eifrig unterhandelt. Zwei hervorragende Kuccianer machen die Vermittler. Man ist hier geneigt, ganz Ober-Albanien bis Podgorizza, (Podgorizza selbst wie alles Land zwischen dieser Festung und den Kucci's nehmen die Montenegriner für sich in Anspruch) der Herrschaft der Miriditen zu überlassen, falls sie helfen sollten, die Türken aus dieser Provinz zu vertreiben. Die Verminderung der türkischen Streitkräfte in Albanien stellt der Verwirklichung dieses Planes keine besonderen Schwierigkeiten entgegen. Indessen zweifelt man, ob die Unterhandlungen mit den Miriditen zu einem Resultate führen werden. Der Miriditen-Häuptling Prinz Prenk ist ein unentschlossener schwankender Character, und in seiner Umgebung herrscht keine Uebereinstimmung in dieser Angelegenheit.

O. M. **(Zu den russischen Kriegsvorbereitungen.)** Man schreibt uns aus Odessa, 14. November:

Die ersten Zeichen der ernsten Zeit machen sich bereits bemerkbar. Einige reichere Familien übersiedeln von hier theils nach dem Chersoner, theils nach dem Pultaver Gouvernement. Die Aemter dürften nach dem Kiewer Gouvernement transferirt werden. Die Archive des Gouvernements der „Duma“, der Handels-, Kreis- und Stadtgerichte werden zur Verpackung hergerichtet. Odessa beginnt die Allen noch von 1854 und 1855 erinnerliche Physiognomie anzunehmen.

Heute begann eine Division aus Wilna hier einzurücken, und Civil- wie Militärbehörden sind mit der Einquartirung der Mannschaften vollauf beschäftigt. Diese schwierige Aufgabe wird nur dadurch erleichtert, dass viele der wohlhabenderen Familien 10 bis 15 Soldaten in's Quartier nehmen.

Die Reservisten und Urlauber rücken en masse und mit grosser Pünktlichkeit ein. Dieselben werden hier ausgemustert und gleich nach Bessarabien befördert. Vorläufig gehen 16 Militärzüge täglich dahin ab.

Mit der Ablieferung der conscribirten Pferde ist heute begonnen worden. Die Städte längs des Dniepers werden stark befestigt. Cherson, Borislaw, Krementschug und Nikopol werden von der Wasserseite mit grossen Batterien und von der Landseite mit Erdwerken versehen.

General Totleben, der zum Chef der Vertheidigung des gesammten Littorale des schwarzen und azow'schen Meeres ernannt wurde, hat eine Reise auf der Linie Odessa-Otschakoff-Sebastopol-Kertsch angetreten, um die geeigneten Punkte für Errichtung von Batterien zu ermitteln. Namentlich stark befestigt sollen Eupatoria und Inkermann werden. Das dem General Totleben zu unterstellende Corps soll 50.000 Mann betragen.

Wie man hier annimmt, dürfte die Südarmee bis zum 1. December so ziemlich ihre Aufstellung am Pruth vollzogen haben.

Im kaukasischen Militärbezirk wird gleichfalls mobilisirt. Alle Irregulären (Kosaken des Transkaukasus) haben Befehl bekommen, sich marschbereit zu halten. Nur wird in Officierskreisen behauptet, die 2 vom Kaukasus gestellten Armee-Corps werden zu rein defensiven Zwecken verwendet werden, da eine Action auf türkisch-asiatischem Gebiete nicht beabsichtigt wird.

O. M. **(Von der russisch-chivesischen Grenze.)** Man theilt uns aus St. Petersburg den folgenden interessanten Bericht mit. Kun-Urgentsch, Mitte October.

Mit der Wahl eines 20 Werst von Kun-Urgentsch entfernten und an der Strasse nach Krasnowodsk am grossen Kanale (Jaryk) des Amu-Dari gelegenen Platzes zur Anlage eines befestigten Lagers und einer Handelsfaktorei hat General Lomakin seine erste Aufgabe zur vollen Zufriedenheit gelöst. Die unter dem Commando des Obersten Petruschewitsch stehende Nivellirungs-Expedition hat ihre Arbeiten entlang dem alten Strombette des Amu-Dari (Usboj) unter Bedeckung einer Rotte Infanterie und 20 Kosaken in Angriff genommen. Das restirende Corps (mit Ausnahme der die Bohrarbeiten bei Usun-Kuj bedeckenden Rotten) lagert bei Kun-Urgentsch, wohin der Chan von Chiva das erforderliche Proviantmaterial liefert.

Am 17. September langte in Mangyschlak der Commandant des Amu-Dari-Corps, General-Major Iwanow, in Begleitung von 4 Officieren, 33 Orenburger Kosaken und einem Raketen-Commando, zusammen etwa 100 Mann, an, um sich am 21. September zur Begrüssung des dem General Lomakin entgegengereisten Chans von Chiva nach Kun-Urgentsch zu begeben. Zwei Werst vor dieser Stadt begrüsste der von seinen ersten Würdenträgern und 200 Mann Cavallerie begleitete Chan die beiden Generale und deren Suite. Der Chan lud seine kaukasischen und Turkestaner Gäste — der General Lomakin ist ihm noch von der Einnahme Chivas her bekannt — in sein neues hinter der Stadt gelegenes Palais, das von weiten Gärten umgeben, knapp an die Stadtmauer anstosst; hier fanden die Gäste die für sie bereits vorbereiteten Kibitken (Zelte). Die beiden Generale statteten dem Chan sofort einen Besuch im Palais ab, wo sie eine sehr zuvorkommende Aufnahme fanden; nachdem sie ihre Officiere vorgestellt hatten, wurden sie auf der Terasse mit Früchten, Confekt und Thee bewirthet. Die Aussicht von der Terasse auf die symmetrisch gezogenen Alleen, die blumenreichen Gärten und die zahlreichen Wasserleitungen, war eine reizende. Nach einstündiger Audienz, während welcher der Chan mit allen russischen Officieren leutselig verkehrte, kehrten die Gäste in ihre Kibitken zurück. Am folgenden Tage besuchte der Chan zuerst den im Range älteren General Lomakin und dann den General Iwanow, wobei die amtlichen Angelegenheiten erledigt wurden. Der Chan befürchtete, dass, wenn die Uferdämme des Amu-Dari niedergerissen werden und ein Theil der Gewässer desselben in das alte Strombett nach Usboj geleitet wird, ein Theil seiner Länder ohne Wasser bleiben würde. Nach eingehenden Erklärungen des Generals Lomakin beruhigte sich der Chan in dieser Hinsicht und versprach nicht nur den Ingenieuren seinen Schutz, sondern auch die Förderung der Arbeiten selbst. In Folge dieser Erklärung kehrte die Krasnowodsker Abtheilung am 22. September in ihr Lager bei Uschach-Benda zurück.

Gegenüber dem General Iwanow äusserte sich der Chan über die ihm nicht verborgen gebliebene Gährung seiner Unterthanen, namentlich der Nomadenstämme. General Iwanow wies darauf hin, dass dies die Folge der ungleichmässig vertheilten Steuern und der geradezu systematisch betriebenen Bestechungssucht der chivesischen Beamten sei; er (Iwanow) habe wiederholt Briefe aus dem chivesischen Chanat erhalten, worin der Wunsch ausgedruckt werde, dass Chiva unter russische Administration käme. Der Chan erklärte, dass er in diesem Falle nichts gegen den Willen seines Volkes einzuwenden hätte; die russische Regierung möge die Verwaltung des Chanats in ihre Hände nehmen und ihn selbst durch eine Rente sicherstellen.

Der blühende Zustand, in dem sich das Ferghanagebiet (früher Chanat Khokand) seit der Vereinigung mit Russland befindet, erklärt eben den Anschlusswunsch der chivesischen ansässigen Bevölkerung. Das chivesische Chanat zerfällt ähnlich dem früheren Khokand'schen in zwei einander grundfremde Parteigruppen. In den beiden Chanaten hielten seit Jahrhunderten die Kämpfe zwischen der ansässigen Bevölkerung und den nomadisirenden Stämmen beinahe ununterbrochen an: in Chiva waren es die Usbeken und Karakalpaken einerseits und die Turkmenen andererseits; in Khokand standen den Usbeken und Sarten, die Kara-Kirgisen und Kitai-Kiptschaken gegenüber. Der wilde Kampf schwächte sich nur von Zeit zu Zeit ab, um bald darauf mit erneuerter Kraft loszubrechen und nur dem auswärtigen Drucke der benachbarten Chanate oder der gemeinsamen Gefahr gelang es, diese Feindseligkeiten vorübergehend beizulegen. Die ansässige Bevölkerung Khokands nahm die blühenden Stromgebiete des Kara-Dari und Narin ein; diese in fruchtbaren Thälern gelegenen Oasen sind von Bergen umgeben, auf denen die nomadisirenden Kara-Kirgisen und Kitai-Kiptschaken hausen. Die Sarten und Usbeken bauten Städte, bebauten Land und Boden, befassten sich mit Handel und Manufakturindustrie, mussten jedoch fortwährend auf der Huth vor ihren Bergnachbarn sein, die bei ihren Raubzügen nicht einmal die Unterthanen eines und desselben Chanes schonten. Machtlos war immer der Chan gegenüber der Hälfte seiner Unterthanen, ja gewissermassen selbst von ihnen abhängig; zum Deckmantel beider Parteien dienend unterlag er bald dem Einflusse der ansässigen, bald dem der nomadisirenden Bevölkerung. Bei derartigen Verhältnissen ist es leicht erklärlich, dass den in Khokand einziehenden russischen Truppen ein freudiger Empfang von Seiten der Stadt- und Landbevölkerung bereitet wurde; in der Aussicht, durch die starke Hand Russlands vor den inneren Feinden beschützt zu werden, ergaben sich die Usbeken und Sarten widerstandslos. Bei derartigen Verhältnissen ist selbst die fanatische Agitation der Mullah's nicht im Stande Empörungen hervorzurufen, was um so bemerkenswerther, als früher Taschkent und Samarkand das Brutnest des religiösen Fanatismus Centralasiens waren

Auch in Chiva erscheint die Ruhe des Landes trotz der Aufreizungen der Mullah's noch nicht gefährdet. Dagegen haben die Raubzüge der Tekker — seit sie die persische Oberhoheit anerkannt haben — auf's neue begonnen und leiden hierunter namentlich die in der Nähe des Kaspischen Meeres nomadisirenden Turkmenen-Jumiden.

Die ungesunde Lage der Stadt Khokand und die dort häufig wiederkehrenden Krankheiten lassen die Benützung dieser Residenz der früheren Chane zur Hauptstadt des neuen Ferghanalandes nicht zu. Es wird deshalb beabsichtigt, die Landesverwaltung entweder nach Margelan zu verlegen oder das Dorf Assake zu einer russischen Stadt zu erweitern.

O. M. **(Ordensverleihungen an Ausländer.)** Se. Majestät der Kaiser haben zu verleihen geruht: dem Oberverwaltungs-Gerichtsrath Prof. Dr. Rudolph Gneist in Berlin das Comthurkreuz des Franz Joseph-Ordens mit dem Stern; dem früheren Vorstand der deutschen Botschaftskanzlei in Wien geheimen Hofrath Adolph Gasperini de Fabrini, gegenwärtig im auswärtigen Amte in Berlin, dem Vorstand der königl. Erzgiesserei in München Ferdinand v. Miller und dem Secretär Sr. Majestät des Königs von Griechenland und Intendanten der königl. Civilliste A. Kalinsky in Athen das Comthurkreuz des Franz Joseph-Ordens; dem Ministerialrath und Generalsecretär im königl. baierischen Cultusministerium v. Bezold den Orden der eisernen Krone dritter Classe; dem Architekten Joseph Ritter v. Schmardel und dem Maler Rudolph Seitz in München das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens.

O. M. Se. Excellenz der Minister Graf Andrassy wird mit Familie übermorgen — Sonntag — in Wien erwartet.

Oesterreichischer Reichsrath.

Abgeordnetenhaus. Sitzung vom 17. November.

Bei Beginn der Sitzung erhebt sich der Präsident, um gelegentlich des nächster Tage eintretenden Namensfestes Ihrer Majestät der Kaiserin den Gefühlen ehrfurchtsvollster Loyalität und Liebe Ausdruck zu geben. Redner erbittet sich die Erlaubniss, den Ausdruck dieser Gefühle auf den Stufen des a. h. Thrones niederzulegen.

Das Haus hört die Rede des Präsidenten stehend an und begleitet das Ende derselben mit lautem Beifalle und Bravorufen

Abg. Dr. Giskra überreicht eine Petition mehrer Stadt- und Landgemeinden in Dalmatien bezüglich der Vorgänge bei den dortigen Wahlen.

Es setzt hierauf Graf Hohenwart seine am Schlusse der letzten Sitzung unterbrochene Rede gegen den Antrag Göllerich über Reform der politischen Verwaltung fort. Redner bedauert die Unvollständigkeit der Verfassung und führt aus, dass keine der gesetzgebenden Körperschaften Oesterreichs die Berechtigung habe, die Frage der politischen Verwaltungsreform vollständig zu lösen

Abg. Zaklinski spricht gegen die Commissäre und staatsanwaltlichen Funktionäre, welche dem Volke in Galizien unsympathisch seien. Durch die Ausführung der Ausschussanträge würde sich nur die Unterdrückung des ruthenischen Elementes durch das polnische ergeben.

Abg. Dr. Plener wendet sich gegen die Ausführungen des Grafen Hohenwart, betont, dass durch die Schmälerung der autonomen Verwaltung keineswegs die verfassungsmässigen Principien geschädigt seien. Als das Volk die autonome Verwaltung in die Hände genommen, sei auch der Gegensatz zwischen Volk und Staat geschwunden, da das Volk kein feindseliges Princip mehr sich gegenübertreten sieht. Redner bekämpft den Wunsch des Grafen Hohenwart, dass die Statthalter den Landtagen verantwortlich sein sollen und spricht für die Ausschussanträge.

Abg. Peez erblickt in dem nicht genug entwickelten Vertrauen der Bevölkerung in die freiheitlichen Zustände die Hauptursache der Mängel der Verwaltung.

Abg. v. Grocholski ist gegen die Ingerenz der politischen Behörden in die Gemeindeautonomie und hält es für schädlich, noch neue politische Behörden zu schaffen, wie die Ausschussanträge bezwecken.

Graf Mieroszowski sieht nur in der Vergrösserung der Gemeinden durch Zusammenlegung mehrerer kleinerer Gemeinden die Möglichkeit gegeben, die Gemeindeautonomie richtig durchzuführen. Redner spricht gegen die Ausschussanträge.

Abg. Waldert hält eine Reform der politischen Verwaltung für nothwendig, die Anträge des Ausschusses aber nicht für geeignet, um diese Besserung herbeizuführen. Redner beantragt, die Regierung aufzufordern Vorlagen einzubringen, welche geeignet sind, die gerügten Uebelstände zu beseitigen.

Die Debatte wird hierauf abgebrochen (es sind noch neun Redner eingetragen) und es gelangt ein Interpellation des Abg. Promber und Genossen an den Cultusminister betreffs der Besetzung der Stellen am Metropolitancapitel zu Olmütz zur Verlesung.

Die nächste Sitzung findet Dienstag den 21. d. statt.

Zeitungsschau.

Das „Fremdenblatt“, die jetzt in ganz Oesterreich erkannte Bedeutung Dalmatiens für das Reich, die schwierigen Parteiverhältnisse dieses Landes und die Wirksamkeit des Statthalters Baron Rodich erörternd, rühmt die energische, pflichttreue, auf die Schaffung einer wahrhaft österreichischen Mittelpartei in Dalmatien abzielende Wirksamkeit des Letzteren und sagt: „Gelingt dieses Riesenwerk dem Baron Rodich, führt er ein entfremdetes Familienglied wirklich in den Schoss der Familie zurück, gewinnt er unter Morlaken und Bocchesen, Serben und Italienern Anhänger für eine starke Mittelpartei, deren Schwergewicht in der österreichischen Gesinnung wurzelt, — dann hätten gerade wir Oesterreicher allen Grund, dem Statthalter von Dalmatien Vieles von dem zu verzeihen, was ihm heute vorgeworfen wird.“

Druck von Plaut & Comp., Schottenring 14.

Pränumerations-Preise.
Für Wien:
Vierteljährig 3 fl. 30 kr., monatlich 1 fl. 10 kr.
Für die Provinzen
Vierteljährig 4 fl. 50 kr.
Unversiegelte Zeitungs-Reklamationen portofrei.
Einzelne Blätter 4 kr.
Tägliche Zustellung ins Haus monatlich 20 kr.
Die „Morgen-Post“ erscheint 7mal in der Woche.

Morgen-Post.

Redaktion:
II. Bezirk, Untere Donaustraße Nr. 27.
Expeditions- und Ankündigungs-Bureau:
Stadt, Schulerstraße 18 (Ecke der Kumpfgasse)
Inserate und Briefe an die Redaktion
werden tarifmäßig berechnet
Inseraten-Aufnahme für das Ausland und die Provinzen durch Haasenstein & Vogler in Wien, Wallfischgasse Nr. 10, Hamburg, Berlin, Leipzig, ... , Rud. Mosse in Wien und Berlin und A. Oppelik in Wien und Prag.
Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 319. — Wien, Samstag, den 18. November 1876. — 26. Jahrgang.

Das geflügelte Schicksal.

Es fällt uns gerade nicht bei, ob die antike Welt in ihren Vorstellungen das Fatum, die allmächtige Schicksalsgöttin, mit Schwingen ausstattete, über unser modernes Geschlecht aber waltet sicherlich ein geflügeltes Verhängniß. Rascher als selbst die galligsten Schwarzseher es prophezeiten, scheinen sich nun die wuchtigen Ereignisse vollziehen zu wollen. Man sträubte sich bisher noch immer, und trotz aller Gegenbeweise an die trostlose Wahrheit zu glauben. Der Zweifel fand noch immer eine Ausflucht, die Hoffnung flüsterte noch immer: Es kann nicht sein! Wer hätte sich auch so leichthin zu der Annahme bekehrt, daß die Welt ohne jede Nothwendigkeit, und wider alle Gebote der Vernunft, wider alle Satzungen der Civilisation in einen neuen gewaltigen Völkerkampf gestürzt werden sollte. Wer hätte es auch gedacht, daß die Orientfrage auf ihrer schiefen Ebene nicht mehr aufzuhalten sei, daß die gesammte diplomatische Kraft Europas nicht hinreichen würde, sie vor dem jähen Fall in den Abgrund des Krieges zu bewahren. Aber es ist doch so, und die Ungewißheit hat nicht mehr Spielraum, sich selbst noch länger zu täuschen. Kaiser Alexander von Rußland hat neuerdings die Rolle des Unglückspropheten übernommen, und Angesichts der ganzen Generalität dem neuen Oberkommandanten besten Erfolg gewünscht. Man sollte meinen, daß ein solcher Wunsch jeden weiteren Kommentar überflüssig macht. Der Sinn der Czarenworte läßt keine künstliche Deutung zu, klar und allverständlich ist es ausgesprochen, daß Rußland keine friedlichen Erfolge mehr wünscht, daß es nur noch auf kriegerische Triumphe seine Rechnung setzt. Nun ist allerdings die Möglichkeit vorhanden, daß der Telegraf mit einem beschwichtigenden Nachsatz zu des Herrschers Rede hinterdrein hinken wird. Der Czar kann seinen Glückwunsch an den Marschall Großfürsten vielleicht nur bedingungsweise ausgesprochen, und demselben etwa die Worte angehängt haben, „wenn sich ein Eingreifen unserer tapferen Armee überhaupt als nothwendig herausstellen sollte.“ Man braucht sich indessen nicht in solche Grübeleien einzulassen, denn man könnte sich selbst in diesem Falle keinen leeren Illusionen mehr hingeben. Was der Czar meint, das erklärt der „Nord“, das Organ des Fürsten Gortschakoff, mit bewunderungswürdiger Deutlichkeit. Dieses Blatt setzt endlich den Punkt auf's i und spricht es rund heraus, daß Rußland unter den unerläßlichen Garantien, die es fordert, auch die temporäre Besetzung der Balkan-Provinzen begreift. Die Türkei hat zu gestatten, daß eine fremde Militärmacht in ihre Staaten einrückt und Ordnung macht, selbst wenn dies gar nicht mehr nöthig ist und überall die tiefste Ruhe herrscht. Diese Okkupation ist, wie gesagt, unerläßlich, und General Ignatieff wird von der Konferenz die Genehmigung dazu verlangen. Wenn der Sultan und die Mächte ja sagen, dann ist der Friede erhalten und Rußland marschirt nach Bulgarien, wird die Erlaubniß nicht ertheilt, dann ist Krieg und Rußland marschirt erst recht nach Bulgarien. Man sieht, die Konferenz ist vollkommen überflüssig und es heißt denn auch bereits, daß sie vertagt werden soll — vertagt bis nach dem Krieg!

Geflügelt bricht das Schicksal herein, aber es trifft Niemanden unvorbereitet. Die Pforte ist seit Langem auf einen Krieg mit ihrem Erbfeind gefaßt, und sie trifft großartige Maßregeln zu ihrer Vertheidigung. Auch sie läßt, wie Rußland von allen Seiten ihre Bataillone zur Grenze fliegen. Auf Serbien, den zerschmetterten Zwerg, nimmt sie keine Rücksicht mehr und dirigirt die Hauptmasse ihrer siegreichen Kerntruppen nach der Donau. Aus den entlegensten Theilen der asiatischen Türkei rücken die Regimenter zur Abwehr der russischen Invasion herbei. Der alte Kriegsgeist der Osmanlis, der eben erst eine schöne Probe bestanden, regt sich immer stolzer und gewaltiger, und wird vielleicht die Welt durch unerwartete Thaten in Erstaunen setzen. Schon fürchten die Rumänen, daß der Halbmond die Offensive ergreift und die Heere des Padischah ihrerseits die Donau übersetzen, um die Rüstungen der Moldo-Walachen zu unterbrechen und den Russen auf halbem Wege entgegenzukommen. Manche Wunder und Zeichen sind den Zuschauern des bevorstehenden Krieges aufgespart. Wir können die Legionen des Czaren vor den Schaaren des Sultans fliehen sehen, wir können es erleben, daß Rußland noch einige — Tschernajeffs zur Verfügung hat. Aber es wäre jedesfalls müßig, heute den Ausgang des eisernen Würfelspiels berechnen zu wollen. Noch ist es zu früh, in Schlachtenphantasien zu schwelgen, wenn es auch ganz zweifellos zum Schlagen selber kommt. Der russo-türkische Krieg ist eine Frage von Wochen, vielleicht gar nur mehr von Tagen. Und England? Es hat einige Armeekorps in Bereitschaft, wohin wird es sie werfen? Nach Konstantinopel oder nach Egypten? Wir möchten beinahe das letztere annehmen und John Bull ohne Ehrenbeleidigung unterschieben, daß er „für sich allein arbeiten“ und zuerst das Land der Pharaonen sammt der Weltstraße von Suez in Sicherheit bringen wird. Und Oesterreich? Nun, wir hoffen, daß es die strikteste Neutralität beobachten und nicht mobilisiren wird, um nicht ebenfalls zum Dreinschlagen und Beutemachen versucht zu werden. Wenn wir uns irren, desto schlimmer. Die Leiter dieses Staates mögen nicht vergessen, daß das Verhängniß geflügelt ist, daß sich heutzutage jeder Fehler mit furchtbarer Raschheit rächt. Noch aber klirrt glücklicherweise kein Bajonnet in Oesterreich, und wir wollen uns und die Verwalter unserer Geschicke beglückwünschen, wenn die Ruhe des Augenblicks auch in Zukunft nicht gestört wird. Das Fatum schlummert und wir sollten es nicht wecken, wir sollten uns freuen, daß es seine dunkelnachtenden Schwingen nicht über unseren eigenen Häuptern regt

Die Quadrille im Reichsrath.

Große Bewegung hinter den Coulissen des Abgeordnetenhauses — neue Krystallisation der Gruppen, Verschiebung aller bisherigen Verhältnisse — frische Formation im verfassungstreuen Lager — kurz, Bil-

---

Konzerte.

Vergangenen Sonntag ist (nachdem die „Gesellschaft der Musikfreunde“ acht Tage früher die Konzertsaison gewissermaßen offiziell eröffnet hatte) die zweite, große musikalische Macht, die Wien besitzt, in's Treffen gerückt und hat, wie immer, einen vollständigen Sieg errungen. Die „Philharmoniker“ waren es, die unter der bewährten Führung Hans Richters ihr erstes diesjähriges Konzert gaben und sich eines überfüllten Saales und eines an Enthusiasmus grenzenden Beifalles zu erfreuen hatten.

Die Konzerte dieser berühmten Korporation genießen eines so glänzenden Rufes, daß der Saal bei jeder Produktion nicht nur ausverkauft ist, sondern, daß jedes Jahr noch hunderte von Personen abgewiesen werden müssen, die sich am Abonnement betheiligen wollen, wegen Mangel an Platz aber keine Berücksichtigung finden können. In Anbetracht dieses Umstandes wäre der [illegible], der jüngst von der „Neuen Freien Presse“ ausging, jedes Konzert bei ermäßigten Eintrittspreisen — gewissermaßen als „Volkskonzert“ — zu wiederholen, wohl in Erwägung zu ziehen. Will oder kann man nicht jedes Konzert zweimal geben, so vereinige man die wirksamsten Nummern mehrerer dieser Produktionen und biete sie den, von den Sonntags-Konzerten Ausgeschlossenen dar. An aufmerksamen und dankbarem Publikum wie an — pekuniären Gewinn, wird's den „Philharmonikern“ schwerlich fehlen. In den Nachmittags-Vorstellungen des Stadttheaters wird dem minderbemittelten Publikum Gelegenheit geboten Goethe's, Schiller's, Shakespeare's Werke kennen zu lernen; die „Philharmoniker“ könnten in ähnlicher Weise den Versuch mit den musikalischen Klassikern machen.

Es ist möglich, daß sich dem Unternehmen Bedenken und Hindernisse entgegenstellen — sie werden aber nicht unüberwindlich sein, und schließlich bedenke man, daß nicht blos der Adel verpflichtet, sondern auch die Kunst.

Das neulich gegebene Konzert nahm den glücklichsten Verlauf. Als Eröffnungs-Nummer wurde Weber's „Euryanthe“-Ouverture mit Schwung und Feuer aufgeführt; darauf folgte Bach's D-moll-Chaconne, die Joachim Raff in ein recht wirksames, modernes Orchestergewand gekleidet hat; den Schluß bildete Beethoven's vierte Symphonie in der feinsinnigsten, von aller Effekthascherei freien Wiedergabe. Als Zwischen-Nummer sollte ursprünglich Frau Erdmannsdorfer ein Klavierkonzert spielen; später wurden dafür zwei Mozart'sche Stücke substituirt, die aber auch nicht zur Aufführung gelangten. Schließlich und endgiltig gerieth man an den alten Boccherini, dessen bekannte Menuet aus einem Streichquintett — von allen Streichinstrumenten gespielt — zündende Wirkung machte und wiederholt werden mußte.

Den „Philharmonikern“ und auch dem — Publikum ist zu diesem ersten Konzerte zu gratuliren; daß die folgenden zum mindesten auf gleicher Höhe bleiben werden, dafür bürgt die Vereinigung einer so auserlesenen Künstlerschaar und der Name: Hans Richter.

Einen Tag später veranstaltete der „Florentiner Quartett-Verein“ seine zweite Produktion. Leider war der Bösendorfer-Saal nicht so gut besucht, als gelegentlich des ersten Quartett-Abends, das vorhandene Publikum aber erfreute sich [illegible] an der vortrefflichen Wiedergabe des D-dur-Quartetts von Mozart und des Schumann'schen Quartetts in A-moll. Zwischen diesen beiden Werken kam eine Novität: C-moll Quartett von Rauchenecker zur ersten Aufführung. Der Komponist dieses Werkes scheint hier ganz unbekannt, sein Quartett, fleißig ausgeführt, hat nicht mehr als einen Achtungserfolg errungen. Eine einheitliche Stimmung durchzieht alle vier Sätze dieses Werkes, vorwärts drängende Energie ist der Grundgedanke des Ganzen. Leider herrscht ein gewisser Wolfsschluchtton gar zu unumschränkt, man wird den Hexensabbath nicht los, nicht einmal recht im As-dur-Andante, das übrigens auch zu lang gerathen ist. Der Komponist weiß hier nicht zu rechter Zeit zu schließen, immer fällt ihm wieder etwas ein, leider aber nichts Wichtiges. Er gleicht den redseligen Besuchern, die nach dem förmlichsten Abschied, die Thürklinke in der Hand, immer noch fortplaudern, plaudern auf der Treppe und noch beim Hausthor die letzte überflüssige Bemerkung über das schlechte Wetter machen. Einige Striche, die unbarmherzig die überwuchernden Phrasen wegschnitten, würden hier sehr wohlthätig wirken. Der erste Satz ist zu orchestral gehalten, das ist nicht Quartett-, das ist Ouverturen-Styl. Die eigenthümlichste Physiognomie zeigt das Trio des Scherzos. Aus diesem Trio möchte man Hoffnung für künftige, bessere Arbeiten schöpfen. Das Finale arbeitet im Schweiße des Angesichts, es ist gut durchgeführt, aber der schöpferische Funke fehlt. Ueberhaupt ist das ganze Quartett zwar eine achtunggebietende Arbeit, nur leider mehr ein Werk der Reflexion, als der frei schaffenden Phantasie.

Daß auch dieses Quartett seitens der Herren Becker, Masi, Chiostri und Hegyesi prachtvoll ausgeführt wurde, bedarf keiner weiteren Versicherung.

Wie in dem mächtig pulsirenden Leben einer Großstadt Großes mit Kleinem wechselt, die Ereignisse sich drängen und schieben, so muß auch der Chronist getreulich allen auftauchenden Erscheinungen folgen und Alles verzeichnen, was irgendwie die Aufmerksamkeit zu fesseln geeignet ist. Wir fügen demnach den Berichten über die Konzerte der „Philharmoniker“ und der „Florentiner“ jenen über das Konzert des Zither-Virtuosen Herrn August Huber bei, dessen Meisterschaft in Behandlung seines Instrumentes und dessen ernstes Streben, die Zither aus den Händen des Dilettantismus zu befreien und in höhere, kunstwürdigere Regionen zu heben, wohl schon allseitig (manchesmal allerdings widerwillig) gerechte Würdigung erfahren hat. Die Zither ist freilich, vermöge ihres schwachen Tones und ihrer sonstigen Unvollkommenheiten, die dem Komponisten, wie auch dem Spieler die drückendsten Fesseln auflegen, gegen die übrigen Konzert-Instrumente bedeutend im Nachtheil, wer es aber so versteht, alle harmonischen Klippen glücklich zu umschiffen, wie Herr Huber in seinen Kompositionen, wer so kühn und mit so souveräner Gewalt die schwierigsten Baßgänge auf diesem Instrumente ausführt, dabei den süßesten Ton mit der fabelhaftesten Geläufigkeit verbindet, wie Huber, der Konzertist, darf sich mit Recht — ist das Genre auch klein — einen großen Künstler nennen.

Herr Huber, stets bestrebt Neues und Interessantes zu bieten, ist diesmals gar über Richard Wagner gerathen und brachte ein „Tannhäuser-Potpourri“ für acht Zithern zur Aufführung. Wer Wagner's Art zu harmonisiren kennt und le[illegible] wie äußerst mangelhaft gerade in harmonischer Beziehung die Zither ist, dem mußte allerdings ein kleines Bangen für das Gelingen des kühnen Unternehmens aufsteigen. Wir fügen aber gleich hinzu, daß das Wagniß in Folge kluger Auswahl der

dung einer neuen Partei — [illegible] die sensationelle [illegible] im Hause [illegible] tirer, und man [illegible] eigentlich [illegible] in allen parlamentarischen [illegible] die [illegible] Ueberraschung hervorrief. Diese allerjüngste „Aktion" [illegible] überdies um so [illegible], als sie mit Rücksicht auf den ungarischen Ausgleich, [illegible] unserer Zeit [illegible], in Szene gesetzt wurde. Ihre [illegible] sind die prinzipiellen Gegner des Ausgleichs, das heißt die starren Widersacher aller weiteren Zugeständnisse an die Magyaren. Sie verfügen aber [illegible] von etwa sechzig bis siebzig Deputirten, und werden sich — wenn es wirklich zur Sprengung der gegenwärtigen Clubs und Bildung einer neuen Gruppe kömmt — „die unabhängige Partei" nennen. Den Kern ihrer Truppen rekrutirten die Unabhängigen aus dem Fortschritts-Club, in welchem gestern Baron Walterskirchen mit folgendem Antrag hervortrat:

„In Erwägung der hohen Bedeutung der Frage des ungarischen Ausgleiches und angesichts der Nothwendigkeit, diesem Umstande auch im parlamentarischen Parteileben Ausdruck zu verleihen, beantragen die Unterzeichneten nachstehende Zusätze zum Programm der Fortschrittspartei:

1. Bei Erneuerung des ungarischen Ausgleichs ist eine Mehrbelastung Oesterreich's, insbesondere jede Störung seiner Kredit- und Geldverhältnisse hintanzuhalten.

2. Für jene Beziehungen des staatlichen und wirthschaftlichen Zusammenhanges beider Staaten, die im Interesse sowohl der Gesammtmonarchie, wie beider Theile liegen, sind festere und dauerndere Grundlagen anzustreben.

3. Die Normirung der Angelegenheiten, deren Regelung im 1867er Ausgleich unterblieb, ist endgiltig festzustellen.

4. Jene Form der Verbindung mit Ungarn, die erfahrungsgemäß Oesterreich bisher einen ungenügenden Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten einräumt und das natürliche Machtverhältniß beider Staaten verrückt hat, ist in einer den Einfluß Oesterreichs sicherstellenden Weise zu regeln, widrigens die volle Selbstständigkeit und die Möglichkeit der Selbstbestimmung für Oesterreich anzustreben ist.

5. Der Club wird demnach auch nur eine solche Regierung zu unterstützen in der Lage sein, welche das Verhältniß beider Reichshälften in den bezeichneten Richtungen zu regeln bestrebt ist."

An diesen Antrag knüpfte sich eine längere Diskussion.

Abg. Schaffer beantragt die Vertagung der Berathung bis zur nächsten Sitzung.

Abg. Heilsberg bringt die en bloc-Annahme dieses neuen Programms in Vorschlag.

Abg. Heinrich tritt ebenfalls für dieselbe ein und ersucht sofort zur Unterschrift des neuen Programms zu schreiten.

Mit 33 gegen 7 Stimmen beschließt der Club die en bloc-Annahme des Programms, welches von den Mitgliedern des Fortschritt-Clubs sofort unterzeichnet wird.

Folgende Unterschriften befinden sich auf dem Programme: Groß, Hoffer, Schoeffel, Heilsberg, Roser, Heinrich, Dürrnberger, Promber, Porzungall, Walterskirchen, Menger, Holzer, Melchiori, Zschock, Weschaider, Maga, Wedl, Ritter, Klinkosch, Barenther, Moritsch, Foregger, Schürer, Wildauer, Seidl, Furtmüller, Fuchs, Meißler, Duchatsch, Goellerich, Petritsch, Held, Klepsch, Dinstl, Panowsky, Goetz, Seutter, Jesserning, Kopp.

Im Club der Linken brachte Abgeordneter Skene denselben Antrag ein und motivirte ihn mit den Pflichten gegen die vertretene Bevölkerung sowohl als mit den Rücksichten gegen die Regierung, der man bei Zeiten Klarheit über die Ansichten der Verfassungspartei darbieten müsse. Die Linke beschloß, den Antrag erst in ihrer nächsten Sitzung in Betracht und Verhandlung zu ziehen, doch stellten sich von vornherein zehn Mitglieder, nämlich Skene, Coronini, Schaup, Sturm, Proskowetz, Thomas, Richter, Hanisch, Budig und Theumer auf den Standpunkt der Unabhängigkeitspartei. Ebenso trat im verfassungstreuen Centrum (Großgrundbesitz) Graf Dubsky an der Spitze von sieben anderen Clubmitgliedern für Annahme der neuen Programmpunkte ein. — Ob diese Bewegung, oder wenn man will, diese Sezession von der Fahne der Regierung wirklich zur Bildung einer geschlossenen oppositionellen Partei führen wird, der es gelingen könnte, die Stipulationen mit Ungarn und den Fortbestand des Kabinets selbst in Frage zu stellen, läßt sich einstweilen natürlich noch nicht ermessen. Es wird gewiß nicht an lebhaften Anstrengungen fehlen, die unbequeme und „gefährliche" Aktion noch im Keime zu unterdrücken. Sowohl Präsident Rechbauer, der trotz seiner neutralen Stellung doch immer ein Führer der Verfassungspartei ist, als Dr. Herbst, der jede nicht von ihm ausgehende Regung als einen Akt der Insubordination anzusehen pflegt, werden die „Quadrille im Reichsrath" und die Zersplitterung der bisherigen Parteiformen womöglich hintanzuhalten suchen. Vielleicht wird man auch im Gegentheil die ganze Verfassungspartei bewegen, dem neuen Programm ihre Zustimmung zu ertheilen, um dadurch diesem Programm gleichsam die scharfe Spitze abzubrechen. Es ist bekanntlich auch für die nächsten Tage eine Versammlung in Aussicht genommen, an welcher sämmtliche Mitglieder der drei verfassungstreuen Clubs theilnehmen sollen, um sich über die Annahme einer gemeinsamen Haltung gegenüber dem Ausgleich zu verständigen. In dieser Versammlung werden wohl auch die Minister erscheinen, um endlich den Schleier von dem Geheimniß der getroffenen Vereinbarungen zu lüften, und es hängt zunächst doch hauptsächlich von dem Gesicht des Ausgleichs ab, ob die „Unabhängigen" wirklich als eigene Partei in's Leben treten sollen. Sicher aber ist bis heute nur so viel, daß die Regierung durch ihr fortwährendes Zögern die Dinge nur verschlimmert hat und daß ihre Fabius Cunctator-Politik gegenüber dem Parlament, ihre Zurückhaltung von der Verfassungspartei sich leider sehr ernstlich zu strafen scheint.

* *

Die Parlaments-Sitzung selber bot unter diesen Umständen nur ein äußerst bescheidenes Interesse dar. Graf Hohenwart brachte seine unterbrochene Rede zu Ende. Plener bekämpft den Vorschlag, die Statthalter den Landtagen gegenüber verantwortlich zu machen. Nur der Chef allein, der Minister sei verantwortlich, und nur der Reichsvertretung gegenüber. Das Schlagwort Selbstverwaltung imponire ihm nicht, er wünsche eine gut kaiserliche Verwaltung unter Mitwirkung aller patriotischen Bürger. Peez und Grocholski treten — natürlich jeder von seinem Standpunkte — für volle Gemeindefreiheit ein. Graf Mieroszewski erzählt eine artige Anekdote von der Wirthschaft eines galizischen „Bezirks-Effendi", die Gesetze seien gut, aber sie brauchten eine bessere Ausführung. Waldert empfiehlt in breitspuriger Rede, der Regierung die Einbringung zweckmäßiger Gesetzvorlagen zu überlassen. Zum Schlusse bringt Promber eine Interpellation bezüglich des Olmützer Domkapitels ein.

Nächste Sitzung Dienstag.

Zur Geschichte des Tages.

In Moldo-Walachien scheint die „öffentliche Meinung" ein klein wenig patriotisches Judenschlachten als Präparativ für zukünftige Heldenthaten angezeigt zu erachten. Ein Jassyer Blatt macht die Mittheilung, daß die Israeliten in Jassy am 3. November, nachdem die telegraphische Nachricht von der Niederlage der Serben und der Einnahme von Alexinac und Delig ad in Jassy bekannt geworden, einen großen Gottesdienst in ihren Synagogen abgehalten hätten, um Jehovah für die Niederlage der Christen zu danken." Diese Thatsache bestätige — nach Ansicht der benannten Volksaufklärer in Jassy nämlich — die allgemein verbreitete Ansicht, daß die Israeliten Rumäniens in der letzten Zeit den Türken mit Geld zu Hilfe gekommen seien.

Dieser Artikel hat unter den rumänischen Juden Schrecken verbreitet, denn sie sehen denselben als einen schändlichen Kunstgriff an, um abermals Verfolgungen der Juden in der Moldau vorzubereiten und ins Leben zu rufen. In öffentlichen Erklärungen bezeichnen sie sowohl den Dankgottesdienst, wie die Geldunterstützung der Türken als eine Erfindung.

* * *

Ueber General Tschernajeff sind tausend Märchen im Umlaufe. Nach der einen Angabe hat er sich als Exilirter zu betrachten. Der russische Konsul in Belgrad hat dem Genannten eine Ordre Gortschakoff's verlesen, lautend: „Kaiserlicher Befehl. Dem General Tschernajeff ist verboten, Rußland zu betreten." Dagegen ist dem Befehlshaber der Ibar-Armee, Novoseloff, nicht nur die Rückkehr erlaubt worden, sondern er erhielt auch eine Einladung zum großen St. Georgsfeste in Petersburg. Wie man den „Times" aus Semlin telegrafirt, wird Tschernajeff auf Urlaub nach Wien kommen (von uns bereits gemeldet), um mit seiner Gemalin zusammenzutreffen. Offenbar hat er es mit Gortschakoff gründlich verdorben, weil er, die Fußtritte gegen Serbien abwehrend, öffentlich gesagt, „daß Rußland den Serben gegenüber nicht vollständig seine Schuldigkeit gethan habe". Nach einem anderen Belgrader Telegramm der „Daily News" schwebt dort eine Kabinets-Krise in der Luft, und man trägt sich daselbst mit dem wunderlichen Gerücht, daß Tschernajeff dazu ausersehen sei, ein serbisch-russisches Kabinet zu bilden.

* * *

In Paris hat eine Nachricht des „Nouvelliste de Rouen" nicht geringes Aufsehen gemacht, daß Fürst Hohenlohe dem französischen Kabinet Namens des Fürsten Bismarck die Rückabtretung eines Theiles von Elsaß-Lothringen und namentlich der Industriebezirke des ehemaligen Departements Ober-Rhein angetragen, von der französischen Regierung aber die Antwort erhalten habe, „daß kein Grund vorliege, auf die Eröffnungen Deutschlands einzugehen". Die Pariser Blätter druckten den Unsinn nach und einige äußerten die Vermuthung, daß wohl Rußland, um die korrekte Haltung Frankreichs in der orientalischen Frage zu belohnen, den Fürsten Bismarck zu jenem Schritte genöthigt habe! Der „Moniteur" spricht sein Bedauern darüber aus, daß französische Journale sich mit solchen leichtfertigen Erfindungen befassen können.

Wiener Kommunal-Angelegenheiten.

Sitzung des Gemeinderathes

vom 17. November 1876

Vorsitzender: Vizebürgermeister Dr. [illegible] spricht für die Vorlage von 100 Exemplaren der populären Vorträge des Professors Kletzinsky durch den Vorstand des vierten Bezirkes den Dank aus.

GR. Dr. Linder interpellirt [illegible] der Einstellung des Tramwayverkehrs [illegible] steinstraße-Brigittenau und ersucht den Herrn Bürgermeister, die erforderlichen Schritte zur Wiederaufnahme des Verkehres in dieser Strecke einzuleiten. (Der [illegible] die Interpellation in der nächsten Sitzung [illegible] das Nöthige vorkehren.)

Die ärztlichen Vereine der westlichen und südlichen Bezirke der Stadt Wien erklären sich mit dem Referat der Sanitätssektion einverstanden und sprechen sich gegen die Subventionirung der Poliklinik aus.

GR. Dr. Berg und Genossen stellen folgenden Dringlichkeitsantrag:

„In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Oktober d. J. hat der Finanzminister im Anschlusse an das Finanz-Exposé für das Jahr 1877, welches mit einem Defizite von 26 Millionen schließt, [illegible] Gesetzentwürfe vorgelegt, welche eine provisorische Reform des jetzt geltenden Steuersystemes herbeiführen sollen.

Nach §. 90 der provisorischen Gemeinde-Ordnung für die Stadt Wien vom 6. März 1850 hat die Gemeinde das Recht, einen 25perzentigen Zuschlag zu den Staatssteuern zur Deckung der Bedürfnisse des eigenen Haushaltes einzuheben.

Mit Rücksicht darauf, daß durch die Eingangs erwähnten Gesetzvorschläge, insbesondere durch das Gesetz über die Personal-Einkommensteuer, das Budget der Stadt Wien eine durchgreifende Umgestaltung erfahren wird, stellen die Unterzeichneten den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

1. Die Steuerreform-Kommission sei zu ersuchen, eine Prüfung der eingangserwähnten Gesetzvorschläge mit Rücksicht auf den Haushalt der Kommune vorzunehmen und mit thunlicher Beschleunigung dem Gemeinderathe hierüber Bericht zu erstatten, damit eventuell ein Einschreiten bei den gesetzgebenden Faktoren noch rechtzeitig erfolgen kann.

2. Die Kommission sei zu diesem Zwecke durch sechs Mitglieder, je drei aus der Rechtssektion und drei aus der Finanzsektion zu verstärken." (Einverstanden.)

Es folgen hierauf einige Referate der Bausektion durch den GR. Rudolf Ritter v. Gunesch, betreffend die politische Begehung der Donau-Uferbahn und deren Verbindung mit dem Lagerhause und dem Gaswerke in Zwischenbrücken;

der Lagerhaus-Kommission wegen Kreirung einer Beamten- und Dienerstelle für das städtische Lager aus.

GR. Dr. Foltanek bringt zur Kenntniß, daß sämmtliche Bezirks-Ausschüsse des Bezirkes Landstraße die auf sie gefallene Wahl anzunehmen erklärt haben, und daß sich der Ausschuß dieses Bezirkes am Donnerstag den 23. November konstituiren wird.

Nun folgt das mit Spannung erwartete Referat der

Sanitäts-Sektion über die allgemeine Poliklinik in Wien,

für welches GR. Dr. Drasche als Referent vor die Versammlung tritt.

Der Referent zieht eine Parallele zwischen der deutschen, englischen, französischen und der Wiener Poliklinik, verliest die Statuten der letzteren und bemerkt, daß die arme Bevölkerung Wiens ärztliche Hilfe in hinreichender Weise besitzt. Der Referent bespricht die Wirksamkeit der allgemeinen Poliklinik in [illegible] Weise, hebt hervor, daß auch das Stadtphysikat sich in neuester Zeit von dieser Anstalt abgewendet habe und beantragt schließlich die befürwortende Uebergabe der Anträge der Sanitäts-Sektion

---

einzelnen Nummern, [illegible] Verwendung [illegible] vollkommen gelungen ist, so zwar, daß weder der Melodie noch der [illegible] die geringste Gewalt angethan wurde und Alles [illegible] dem Original zu Gehör gebracht wurde. Um den gelungenen Vortrag dieses äußerst [illegible] machten sich die Fräulein Ströbel, Mayer, [illegible] Enslein, Rosen, Fromm, Gruber, [illegible] und der Konzertgeber verdient. Außerdem spielte Herr August Huber noch eine Phantasie „Reisebild", eine Ländlerpartie „die Kreuzköp'eln" und ein komisches Potpourri „Ein Tag aus dem Leben eines Musikanten", welch' Letzteres schallende Heiterkeit hervorrief, aber der darin auf die glücklichste und geschickteste Weise angebrachten Spielerei mit falschen Tönen wegen, kaum von Jemanden Anderem als Huber selbst gewagt werden dürfte.

Die beiden Fräulein Ströbel und Mayer trugen mit vielem Beifall eine Phantasie „Aus den Bergen" vor. Fräulein Ströbel, welche die schwierige Primstimme virtuos und geschmackvoll spielte, zeigte sich als tüchtige Meisterin. Herr Enslein, der eine außerordentliche Geläufigkeit mit dem innigsten Vortrag verbindet, entfesselte mit seinem „Traviata-Divertissement" und noch mehr mit einer eigenen, höchst melodiösen Komposition „Touristenmarsch" einen wahren Sturm von Beifall, so zwar, daß der Künstler noch eine Piece dazu geben mußte.

Schließlich müssen wir noch so indiskret sein, zu verrathen, daß dem Konzertgeber von unbekannter Hand ein mächtiger Lorbeerkranz mit weißen Atlasschleifen gespendet wurde. Besagter Kranz blieb aber dem Publikum verborgen — im Künstlerzimmer hängen, da die Bescheidenheit des Konzertgebers es nicht dulden wollte, daß diese Spende — wie es wohl sonst gebräuchlich ist — auf dem Podium zur Schau gestellt wurde.

Der kleine Musikvereinssaal, in welchem das Konzert stattfand, war total ausverkauft, eine seltene Erscheinung in gegenwärtiger Zeit, zugleich ein beredtes Zeugniß von der großen Beliebtheit des Konzertgebers.

ahm.

Redaction & Administration:
I., Riemergasse 5.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.
Manuscripte werden nicht zurückgegeben.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen sind portofrei.

Ankündigungs-Bureau und Haupt-Expedition:
I., Wollzeile 22.
Insertionspreis nach aufliegendem Tarif.
Annoncen aus Frankreich, Belgien, Holland und England übernehmen ausschließlich die Herren G. L. Daube & Co. in Paris, Frankfurt a. M., Berlin &c.

Einzelverkauf:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr., Montag-Morgen-Ausgabe 3 kr.

(Morgen-Ausgabe.)

Deutsche Zeitung.

Herausgeber: Heinrich Reschauer.

Abonnement für Wien:
In unserer Haupt-Expedition:
Ganzjährig . . . . fl. 18.—
Halbjährig . . . . fl. 9.—
Vierteljährig . . . . fl. 4.50
Monatlich . . . . fl. 1.50
Mit Zustellung in's Haus:
Ganzjährig . . . . fl. 21.60
Halbjährig . . . . fl. 10.80
Vierteljährig . . . . fl. 5.40
Monatlich . . . . fl. 1.80

Abonnement für das Inland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl.
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl.

Abonnement für das Ausland: Vierteljährig: Für Budapest und Umgebung bei Herrn A. Lappert jun. in Budapest, Waitzen-Boulevard im [illegible]-Gebäude, fl. 6.— ö. W. bei einmaliger, fl. 7 [illegible] ö. W. bei zweimaliger Postversendung; für [illegible] beim nächsten Postamte 10 Mark [illegible], bei uns [illegible] directe Kreuzbandversendung fl. 9.— [illegible] für die Schweiz [illegible], bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Italien 25 Francs, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Frankreich bei [illegible] fl. 9.90 ö. W.; [illegible] bei dem Postamte [illegible], bei uns fl. 9.90 ö. W.: für [illegible] Postamte in Köln 18 Mark 52 Pfennige, bei uns [illegible] ö. W.; nach den Donaufürstenthümern bei [illegible] fl. 9.— ö. W.; [illegible] bei [illegible] Nordamerika bei dem Postamte in Köln 18 Mark 20 Pfennige, bei uns [illegible] ö. W.; für Brasilien und Mexiko bei dem Postamte in [illegible] Mark 90 Pfennige.

Nr. 1754. Wien, Samstag 18. November. 1876.

Reg. Nr. 5711.
Prot. Z. 45.713.

Im Namen Sr. Majestät des Kaisers!

Das k. k. Landesgericht Wien als Preßgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt des in der Nummer 1750 der Zeitschrift „Deutsche Zeitung" vom 14. November 1876 in der Rubrik „Inland" unter der Aufschrift: „Wien, 13. November 1876. Zur Lage." enthaltenen Artikels [illegible] St.-G. begründe, und es wird nach §. 493 St. P.-O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen. Unter Einem [illegible] §§. 487—489 St.-P.-O. die von der k. k. Sicherheitsbehörde am 14. November 1876 vorgenommene Beschlagnahme bestätigt und nach §. 37 Pr.-G. die Vernichtung der saisirten Exemplare ausgesprochen.

Gründe:

Der incriminirte Artikel erscheint in seinem ganzen Umfange geeignet, durch Schmähungen oder Verspottungen Andere zum Hasse oder zur Verachtung gegen Staatsbehörden oder gegen ein einzelnes Organ der Regierung in Bezug auf deren Amtsführung anzureizen, somit den Thatbestand des Vergehens der Aufwieglung nach §. 300 St.-G. zu begründen, weßhalb die citirten Gesetzesstellen ihre Anwendung finden.

Wien, am 16. November 1876.

Weitenhiller m. p. Thallinger m. p.

Collationirt und dem Originale gleichlautend.

Wien am 17. November 1876.

Vom k. k. Landesgericht in Strafsachen [illegible]

Eine regierungsfähige Opposition.

Wien, 17. November.

. . . . „Es fehlt im Schoße der Verfassungspartei an einer Fraction, die sich die Kraft zutraut, die Leitung des Staatsruders zu übernehmen, und die deßhalb äußerstenfalls kein Bedenken tragen würde, den Sturz der bestehenden Regierung herbeizuführen. Ohne eine solche regierungsfähige Opposition kann ein Parlament nicht seine Schuldigkeit thun, muß es in allen Stücken den Anforderungen der Regierung entsprechen, kann sich überhaupt ein gesunder Parlamentarismus niemals entwickeln. Weil eine solche Opposition in dem direct gewählten Abgeordnetenhause fehlt, daher der Mangel jeder Initiative, daher das kleinliche Nergeln in secundären und tertiären Angelegenheiten und das Durch-Dick-und-Dünn-Marschiren mit den Ministern in allen weittragenden Staatsfragen. Daher die unnatürliche Erscheinung, daß zahlreiche, mit den bestehenden Zuständen höchst unzufriedene Abgeordnete im entscheidenden Momente es dennoch nicht verabsäumen, die Regierung zu stützen, trotzdem sie zu deren Gegnern gehören. Daher die wahrlich nur äußerliche Gruppirung der verschiedenen Fractionen des Abgeordnetenhauses, das Vorherrschen rein persönlicher Motive bei allen parlamentarischen Kreuz- und Querzügen, ja eine Voranstellung des persönlichen Ich bei vielen, vielen Abgeordneten, die allein schon jede gesunde Parteibildung unendlich erschwert .... Ohne eine regierungsfähige Opposition in seinen Reihen muß das Abgeordnetenhaus zu Grunde gehen; ohne eine solche kann der Parlamentarismus der Bevölkerung auch nicht jenen Nutzen bringen, den sie von ihm erwartet. Kommt es zu dieser neuen Parteibildung nicht, dann wird Oesterreich dies bei dem Ausgleiche bereits mit schweren Opfern bezahlen müssen. Das muß abgewendet werden, schon deßhalb ist diese neue Parteibildung eine Nothwendigkeit."

So lautete der Schluß-Passus des leitenden Artikels der „Deutschen Zeitung" vom 6. October d. J.

Unsere Leser erinnern sich, daß wir in den letzten Wochen auf diese eminent wichtige Angelegenheit immer wieder zurückkamen, daß wir nicht müde wurden, den unabhängigen Männern im Abgeordnetenhause die Zerfahrenheit und Zersetzung vor Augen zu führen, unter denen das Parlament schon in der frühern Sitzungsperiode litt. Wir brachten ihnen die Gefahren in Erinnerung, die aus dem unklaren Verhältnisse der Verfassungspartei zu dem aus ihrem Schoße hervorgegangenen Ministerium für die constitutionelle Entwicklung, für die liberalen Principien, ja selbst für den Fortbestand Oesterreichs erwachsen. Denn dieses Abgeordnetenhaus hat zu einem neuen Ausgleich mit Ungarn seine Zustimmung zu ertheilen und hiebei die höchsten Interessen des Staates vor neuen Schädigungen zu wahren. Es war natürlich, daß diese und ähnliche Kundgebungen unseres Blattes zum Gegenstand officiöser Zornesausbrüche gemacht wurden. Dies hinderte nicht, daß eine Anzahl hervorragender Abgeordneter die neue Parteibildung in Angriff nahm. Wie aus dem heutigen Abendblatte zu entnehmen, ist dieselbe als gesichert zu betrachten, obwohl das Preßbureau noch in den jüngsten Tagen nicht unterließ, in seinen hiesigen und auswärtigen Organen den Versuch bereits als gescheitert zu bezeichnen.

Die Constituirung der neuen Partei dürfte, sobald die Gesinnungsgenossen aus dem Club der Linken und des Centrums ihren Beitritt vollzogen haben werden, also in den nächsten Tagen erfolgen.

Was will die neue Partei? Darüber gibt das Programm derselben trotz seiner Kürze deutlichen Aufschluß.

Sie will bei dem Abschlusse des neuen Ausgleiches eine Mehrbelastung Oesterreichs, insbesondere jede Störung seines Credit- und Geldwesens hintanhalten. Also keine neuen finanziellen Opfer zu Gunsten magyarischer Großmannssucht, sondern eine unsere wirthschaftlichen Interessen streng wahrende Lösung der Bankfrage; sodann eine Zollpolitik, welche der beiden Theilen gleich unentbehrlichen Stabilität in den ökonomischen Wechselbeziehungen Rechnung tragen würde.

Sie will festere und dauerndere Grundlagen geschaffen wissen für jene staatlichen und wirthschaftlichen Beziehungen, die im Interesse der Gesammt-Monarchie wie beider Reichshälften liegen. Also keinen neuen Ausgleich auf nur zehn Jahre, nach deren Ablauf alles Errungene in Frage gestellt würde; Regelung der Valuta, sobald sie durchführbar ist — bis dahin wahrhafte Einheit der Währung, keine zweierlei Noten, keine dualistische Bank.

Sie will endgiltige Feststellung jener gemeinsamen Angelegenheiten, deren Normirung im 1867er Ausgleich unterblieben ist. Also gründliche Regelung der Achtzig Millionen-Schuld, Theilung der Central-Activen, Fundirung der Staatsnoten.

Sie will endlich eine den Einfluß Oesterreichs sicherstellende Reform des Delegationswesens, widrigenfalls die Personal-Union als einzig erübrigendes Mittel, Oesterreich die Selbstbestimmung zurückzugeben.

Wie aus diesem Programme hervorgeht, handelt es sich für die Mitglieder der neuen Partei in erster Linie um die Sicherung des Bestandes unseres Gemeinwesens. Durch die magyarische Hegemonie läuft Oesterreich Gefahr, dauernd in eintributäres Verhältniß gegenüber Ungarn gebracht zu werden. Ist ein Haus in seinen Fundamenten erschüttert, so darf man sich mit äußerlichen Reparaturen nicht begnügen. Da heißt es Hand ans Werk legen, um einen plötzlichen Zusammensturz zu verhüten. Diese Erkenntniß ist es, welche Politiker verschiedener Schattirungen im Rahmen der neuen Partei vereint. Es gilt zunächst die allen Fractionen der Verfassungspartei gleich kostbaren staatlichen und wirthschaftlichen Interessen Oesterreichs der andern Reichshälfte gegenüber zur Geltung zu bringen. Daß eine Partei, welche auf solche Aufgaben sich beschränkt, unter der heftigsten Opposition der Regierung und ihrer Preß-Organe ins Leben tritt, wirft ein grelles Streiflicht auf unsere Verhältnisse. Wir haben nicht nöthig, diesen Sachverhalt deutlicher zu illustriren. Hoffen wir, daß die neue Partei nicht in den Fehler derjenigen Fractionen verfalle, die in secundären Angelegenheiten sich durch kleinliches Nergeln hervorthaten, in allen weittragenden Staatsfragen aber mit dem Ministerium durch Dick und Dünn marschirten, selbst dann, wenn sie der Ueberzeugung waren, daß die Bahnen der Regierung zu beklagenswerthen Endzielen führen. Hoffen wir, daß das Vorherrschen persönlicher Motive bei der neuen Partei unterbleiben werde. Nachdem sie und die im Amte befindliche Regierung auf sehr verschiedenen Standpunkten stehen, so werden ernste Conflicte voraussichtlich nicht zu vermeiden sein. Wird die neue Partei ihren hohen Zielen, den unendlich schwierigen Aufgaben, die sie sich gestellt, alle persönlichen Absichten und Strebungen vollständig unterordnen, dann kann ihr der Erfolg nicht ausbleiben. Dann, nur dann wird sie regierungsfähig sein.

Wir wünschten übrigens, daß keine allzu große Anzahl von Abgeordneten den Beitritt zu der neuen Partei erkläre. Die bisherigen Fractionen des Abgeordnetenhauses haben daran gekrankt, daß sie aus Männern verschiedener

Feuilleton.

Musik.

Kaum hat die musikalische Saison begonnen, so drängen sich schon die Concerte in außerordentlicher Fülle. Während im Getriebe der großen politischen Welt die Gegensätze heftiger denn seit langer Zeit auf einander einstürmen und sich in den ärgsten Disharmonien Luft machen, ist es uns vergönnt, in den Räumen des Musikvereinsgebäudes und im Bösendorfer-Saale beim Ohrenschmause zu schwelgen, den uns alle musikalischen Mächte und Gewalten Wiens und einige nicht zu unterschätzende ausländische Künstler diesmal reicher und üppiger auftischen denn je. Und die Pracht und Fülle des Dargebotenen, der Reiz der Neuheit locken viel Publicum heran. Die Concert-Unternehmungen prosperiren augenscheinlich. Die Philharmoniker allein haben sechshundert Abonnenten abweisen müssen, wie es heißt, und bei dem vorgestrigen außerordentlichen Concerte der Gesellschaft der Musikfreunde war der Saal total ausverkauft — ein Fall, den die Gesellschaft in ihren Annalen roth anstreichen wird, denn er hat sich seit den Aufführungen der Liszt'schen „Elisabeth" im Jahre 1869 nicht ereignet, seit jenen Zeiten, da Herbeck im Begriffe stand, der Gesellschaft Lebewohl zu sagen und sich ganz dem Hofoperntheater zuzuwenden. Die vorgestrige Aufführung der Haydn'schen „Schöpfung" war der erste bedeutende Erfolg seit seiner Rückkehr. Möge er sich oft wiederholen! Wie es schon in der „Emilia Galotti" heißt: Die Kunst geht nach Brot, so ist es auch heute noch für die Gesellschaft der Musikfreunde eine Nothwendigkeit, nach Brot zu gehen, um bestehen zu können. Unter der artistischen Leitung Herbeck's findet dieser Kampf um's Dasein mit vielem Anstande statt; Beweis dafür ist die vorgestrige Aufführung, von welcher man mit Recht sagen darf, daß sie nirgendwo in der Welt vorzüglicher und glänzender zu veranstalten wäre, als es hier bei uns der Fall war. Eine Vereinigung von so ausgezeichneten Solisten, wie Heinrich Vogel aus München, Frau Wilt und Hans Rokitansky, ist sehr ungewöhnlich; ein so großer und wohlgeschulter Chor wie der Singverein gehört auch zu den Seltenheiten; ein tüchtiges Orchester von ungefähr hundert Mitgliedern, eine stattliche Orgel und über dem ganzen vielköpfigen Apparate der mit echtem Feuereifer begabte Dirigent Herbeck, ein Haydn-Schwärmer — da mußte wohl die Aufführung einen glänzenden und erfolgreichen Verlauf nehmen.

Vortrefflich bestanden hat in dieser Probe das von Herbeck neu gebildete Orchester. In der vorigen Saison wirkte der größte Theil des Hofoperntheater-Orchesters in den Concerten der Gesellschaft mit. Der pecuniäre Erfolg blieb aber leider hinter dem künstlerischen so weit zurück, daß die Gesellschaft sich entschloß, Ersparungen in diesem Zweige eintreten zu lassen. Man kam auf den guten Gedanken, das Zöglings-Orchester des Conservatoriums in den Concerten zu beschäftigen, und erreichte damit die Erfüllung eines dreifachen Zweckes: erstens hatte man dadurch ein billigeres Orchester, zweitens erhielten die Zöglinge einen für ihre Verhältnisse sehr ansehnlichen Nebenverdienst, und drittens die Hauptsache — man bildete sich eine Orchesterschule im Großen. Bekanntlich hatte die große Stadt Wien bisher nur ein einziges Orchester, welches sich in Concerten edlern Styles brauchbar verwenden ließ. Nunmehr hat die Noth zu den Anfängen eines zweiten Bundes von Philharmonikern geführt, dessen Entstehen wir mit Freude begrüßen, dessen Gedeihen wir von Herzen wünschen. Herbeck ist durchaus der richtige Mann dazu, die jugendlichen Orchesterkräfte des Conservatoriums zu stählen und sie für jede noch so schwierige Aufgabe brauchbar zu machen. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnen die Concerte der Gesellschaft eine neue Bedeutung — sie verdienen deßhalb die erneute Aufmerksamkeit des Publicums, welches sich wohl dafür interessiren wird, daß in Wien eine praktische Orchesterschule ersten Ranges entsteht. Denn auch ohne ein solches Aushängeschild: eine Orchesterschule werden die Concerte der Gesellschaft von nun an sein. In der Musik wie wohl in jeder Kunstübung spielt das Vergleichen der verschiedenen Leistungen eine Hauptrolle. Ein solches Vergleichen war bisher bei der Aufnahme und Beurtheilung von Orchester-Leistungen hier in Wien einfach nicht möglich. Die Philharmoniker mit ihrer weltberühmten Vortrefflichkeit hatten das Monopol, sie hatten keinen Rivalen. Jetzt dürfte diese Sachlage sich ändern, wenn man die mit dem Zöglings-Orchester erfolgreich betretene Bahn nicht verläßt. Man wird dann mit der Zeit directe Vergleiche der beiden Orchester anstellen können; das bringt neues Leben in die musikalischen Kreise Wiens und von neuem wird das Interesse für Compositionen erweckt werden, die man vortrefflich von den Philharmonikern zu hören schon so sehr gewöhnt war, daß man gar nichts Besonderes an denselben mehr zu entdecken vermochte. Viel wird dabei auch die Eigenthümlichkeit der Dirigenten mitzureden haben. Doch wird die Rivalität zwischen beiden Anstalten keine unfruchtbare sein. In dem Falle, wie er jetzt liegt, wird Herbeck seiner stürmischen, aufgeregten Begeisterung mitunter Einhalt gebieten und von Hans Richter's ruhig bedächtiger Weise, zu dirigiren, etwas annehmen müssen, ebenso wie es Herrn Richter nichts schaden kann, wenn auch sein Orchester und das Publicum ab und zu ein kleines äußerliches Zeichen seiner geistigen Theilnahme an den von ihm vorgeführten Musikstücken gewahr werden. Herbeck thut in diesem Punkte mitunter des Guten zu viel und beeinträchtigt daher den Eindruck des von ihm dirigirten Kunstwerkes. So hat es uns zum Beispiel vorgestern bei der Aufführung der „Schöpfung" ein stilles Lächeln abgerungen, daß Herbeck mit seinen gewaltigen Arm-

Anschauungen [illegible] haben. Auch die neue Partei würde bereits in ihrer Geburtsstunde den Todeskeim empfangen, wenn eine ähnliche Buntscheckigkeit ihr zu Theil würde. Wer es nicht für angemessen oder nicht für möglich hält, bei Gelegenheit des neuen Ausgleiches die österreichischen Interessen den Magyaren gegenüber bis zum Aeußersten zu wahren, der bleibe der neuen Partei ferne. Sein Beispiel werde von Denjenigen nachgeahmt, die auch heute noch der Anschauung huldigen, das Ministerium Auersperg stehe auf der Höhe seiner Aufgabe und es genüge, ihm bei einzelnen Eisenbahn-Vorlagen oder parlamentarischen Formfragen Respect einzuflößen. Der neuen Partei wird es an gewichtigern und würdigern Anlässen zur Opposition nicht fehlen.

Reichsrath.

Wien, 17. November.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über die Reform der politischen Verwaltung fortgesetzt. Sieben Redner sprachen, und noch sind neun weitere zum Worte vorgemerkt. Zieht man jedoch aus den vielen und theilweise langen Erörterungen der vorliegenden Frage die Summe, so wird man leider nicht viel Klarheit, nicht viel neue fruchtbare Gedanken finden. Es wurde weit mehr Kritik an den bestehenden Verhältnissen geübt, als verwendbares Material beigeschafft. Der einzige Redner, der mit Positivem kam, war eben Graf Hohenwart, der die jüngst begonnene Skizze, wie er die politische Verwaltung umgestalten möchte, heute zu Ende führte. Aber die politische Verwaltung des Grafen Hohenwart ist eben ein Apparat zur Förderung und Verwirklichung des Hohenwart'schen Staats-Ideals. Aus den Statthaltern will er Hofkanzler oder Kronlands-Minister mit der Verantwortlichkeit gegenüber den Landtagen machen; über die Art der Verwaltungs-Organisation soll nicht der Reichsrath, sondern die Landtage beschließen, und an die Stelle der staatlichen Bezirkshauptmannschaften und der autonomen Gemeinden will er autonome Verwaltungsbezirke setzen. Obwohl hierin ein positives Programm liegt, vermied es Graf Hohenwart doch, dasselbe in einen Antrag zu kleiden. Es wäre ja doch umsonst — meinte der Führer der Rechtspartei mit einem Blick auf die vollen Bänke der linken Seite des Hauses. Unterstützung für seine Lehr- und Grundsätze fand Graf Hohenwart an Ritter v. Grocholski, scharfe und treffende Kritik an Dr. v. Plener und dem Grafen Mieroszewski. Beide constatirten, daß die Idee der verantwortlichen Statthalter mit dem Verfassungsgedanken und dem Princip der Minister-Verantwortlichkeit im Widerspruche stehe.

Unter den übrigen in der heutigen Sitzung gehaltenen Reden ist jene des Abgeordneten Dr. A. Peez hervorzuheben. Die parlamentarische Jungfern-Rede des Abgeordneten der Reichenberger Handelskammer war wirkungsvoll und, ohne lang zu sein, doch sachlich inhaltsreich. Er wies auf das Beispiel der innern Consolidirung Preußens unter dem Freiherrn v. Stein hin und verlangte zum Schlusse, daß vor Allem die Statthalter voll und ganz von dem Staats- und Verfassungsgedanken durchdrungen seien.

Die nächste, am Dienstag stattfindende Sitzung dürfte, da von Seite der Regierung doch auch eine Aeußerung über die Verwaltungs-Reform zu erwarten ist, kaum schon den Abschluß dieses Gegenstandes bringen.

Abgeordnetenhaus. (CCVI. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatte.) In der Debatte über die Verwaltungs-Reform sprach als nächster Redner

Abg. Dr. v. Plener:

Ich kann den Ausführungen des Abg. Grafen Hohenwart unmöglich beistimmen, wenn er mit einem allgemeinen Schlagworte, mit der Autonomie und Selbstverwaltung auf dem Boden, welcher sich durch mühselige Arbeit geklärt hat, auszukommen glaubt. Daß die Selbstverwaltung keine Panacee für die finanzielle Entlastung der Steuerträger ist, ist durch die Erfahrung der letzten fünfzehn Jahre genugsam bewiesen. Wir sehen, daß das reelle Landeserforderniß von den Jahren 1867 bis 1873 um mehr als 7,000.000 fl. gestiegen ist, ebenso ist es bekannt, daß gerade das System unserer autonomen Organe uns zu einem System der Steuerzuschläge geführt hat, welches in vielen Provinzen bereits zur Unerträglichkeit geworden; und was die finanzielle Gebahrung der Gemeinden mit ihrem Vermögen betrifft, so wissen wir ja, daß in den Jahren der Autonomie das Gemeindevermögen in den meisten Landgemeinden verschleudert wurde. Ich kann sohin unmöglich in der Selbstverwaltung in der Form, wie sie Graf Hohenwart empfiehlt, eine Entlastung des Steuerträgers sehen. Graf Hohenwart hat darauf hingewiesen, daß in den heutigen socialen Verhältnissen viel Unbefriedigendes und Gefährliches vorhanden ist, und ich gebe zu, es geht ein gewisser Zug der Unzufriedenheit durch die untern Classen; das ist jedoch ein tiefer, nicht obenhin zu behandelnder Proceß, der mit unserm ganzen heutigen gesellschaftlichen und Besitzverhältniß zusammenhängt. Die socialen Ordnungen der alten Zeit sind zerstört und die neuen Verhältnisse labil, das ist jedoch nicht bei uns allein der Fall, sondern dieser Zug geht durch die ganze europäische Gesellschaft und muß die Aufmerksamkeit aller ernsten Politiker in Anspruch nehmen.

Die preußische Kreisordnung, auf die derselbe Herr Abgeordnete hinwies, beruht auf dem Princip, daß für die interne Verwaltung, insbesondere die Polizei-Agenden, die Elemente der besitzenden Classen zu unbezahlten Ehrenämtern im königlichen Auftrage herangezogen werden. Dieses Princip kann nicht schlechthin auf die österreichischen Verhältnisse übertragen werden, da im östlichen Preußen ein kleiner, gefesteter und unabhängiger Grundbesitz vorhanden ist und die gedachte Einrichtung sich auch nur auf die Provinzen beschränkt, wo dieser existirt. In Oesterreich gibt es nur einen Latifundien- und einen Bauernbesitz. In England hingegen sei das alte friedensrichterliche Gebiet allmälig durchbrochen worden. Die Gemeinde habe in England nur den corporativen Charakter erwerben können, den sie bei uns besitzt, daher sei die Reform auf gewählten Vertretungskörpern für bestimmte Verwaltungszwecke aufgebaut worden. In einem Heere von bezahlten Communalbeamten befinden sich die wichtigsten Verwaltungsämter. Nicht die Grafschaft ist die Einheit für die Verwaltung, sondern jetzt ist die Eintheilung nach Armen-Districten die maßgebende. Es ist einer unserer Hauptfehler, daß wir beständig fremde Muster adoptiren, ohne zu untersuchen, ob sie auf österreichische Verhältnisse passen, und in dieser Richtung möchte ich den Redner vor diesem Fehler warnen.

Graf Hohenwart habe aber auch gefordert, daß die Statthalter den Landtagen verantwortlich sein sollen. Darin gipfelt seine Reformbestrebung. Dies heißt so viel, als es soll das parlamentarische System auf die Landtage ausgedehnt werden, indem die Regierung der Majorität der betreffenden Körperschaften gewissermaßen unterworfen wird. Glaubt Graf Hohenwart vielleicht, daß der preußische Ober-Landespräsident, da er ja Preußen als Muster angeführt, den Provinzial-Landtagen verantwortlich ist?

Die Bevölkerung, der es um eine ausgiebige Reform der Verwaltung zu thun ist, wird nicht beistimmen, daß die große Aufgabe der Verwaltung dem Parteigezänke von Provinz-Politikern überliefert werde (Beifall links); denn die Bevölkerung in ihrem Innern ist conservativ und monarchisch gesinnt, und wenn diese conservative Gesinnung unserer Bevölkerung — vielfach eingeschüchtert — nicht zum Ausdrucke kommt, so liegt sie doch ihrem innern Gefühle zu Grunde, und wenn es in Oesterreich gelingen wird, das Gestrüppe unserer nationalen und politischen Parteien zu durchbrechen und an diesen conservativen Sinn der Bevölkerung zu appelliren, dann werden wir eine Macht haben, wie sie noch kein Staatsmann in Oesterreich zur Verfügung gehabt. Darum kann ich es unmöglich zugeben, daß wir die hergebrachte kaiserliche Verwaltung einfach den Ländern überantworten.

Die Bevölkerung will, daß gut administrirt werde, das ist Aufgabe der politischen Verwaltung. Die Bemerkung möchte ich nicht unterdrücken, daß in vielen Fällen des praktischen Lebens die Gesetze viel zu wenig gehandhabt und angewendet werden.

Die österreichische Verwaltung krankte in den letzten Jahren an einem ungenügenden Nachwuchse von Verwaltungs-Beamten. Hier wäre nach preußischem Muster die Einführung eines Seminars für Verwaltungs-Beamte angezeigt. Was wir brauchen, ist eine feste staatliche Verwaltung. Damit wäre eine einschneidende Reform der Landesverwaltung nothwendig; der ganze heutige Bau der Landes-Ausschüsse ist ein Gegenorganismus gegen die Staatsverwaltung. Dieser kann in seiner heutigen Form nicht mehr bestehen; er besorgt staatliche Zwecke, ohne eine Executive zu besitzen. Man muß ihn daher seiner örtlichen Verwaltung entkleiden und an seine Stelle ein eigenes Collegium einsetzen. In dieser Richtung besteht in Preußen ein gutes Vorbild in den Provinzial-Räthen. Dieses Collegium würde außer der Aufsicht über die Gemeinde-Angelegenheiten vielleicht auch eine verwaltungsrechtliche Competenz haben; daneben wäre ein selbstständiger richterlicher Organismus nicht mehr nöthig; der Landes-Ausschuß würde für die Zwecke der wirthschaftlichen Selbstverwaltung bestehen, jedoch müßte dies nur geschehen, um die Bedeckung für die allgemeinen staatlichen Verwaltungsaufgaben zu liefern; ebenso würde ich eine Einführung von Laien-Elementen in die Bezirksverwaltung befürworten. In größern Provinzen dürfte es vielleicht gut sein, die alten Kreise wiederherzustellen, in den kleinern die gegenwärtige Bezirkseintheilung zu lassen.

Die Entscheidung und Durchführung der gegenwärtigen Frage liegt nicht in einer parlamentarischen Körperschaft, sie kann nur von der Initiative der Regierung ausgehen, und ich gebe zu, es ist dies eine große und schöne Arbeit. Dazu gehören eine kräftige Hand, dann ein weiter Blick und ein gewisser Enthusiasmus. Trotzdem verzweifle ich schließlich an einer befriedigenden Reform der politischen Verwaltung nicht, denn das Bedürfniß danach wird täglich dringender, und selbst jene Kreise, welche heute noch unter dem trügerischen Banne der Autonomie stehen, werden ihr Recht dem allgemeinen Staatszwecke zum Opfer bringen, und wir werden das erhalten, was das Volk braucht, eine gute kaiserliche Verwaltung mit der werkthätigen und patriotischen Mitwirkung der Bevölkerung. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Peez:

Ein reicher Mann hatte eine Uhr, auf die er sehr viel hielt. Man sagte ihm, sie gehe nicht gut, und er steckte eine Reihe Stifte in dieselbe — so ging es nicht besser; nun goß er eine Kanne Oel hinein — allerdings war viel Reibung beseitigt, es war glatt in dem Werke, es war Freiheit darin, aber ob die Uhr besser ging, ist die Frage. Der Schluß aus diesem Gleichnisse liegt nahe: ich glaube, man wird bei uns in das Verwaltungswerk genügend Oel gießen und an rechter Stelle die Stifte einlassen, aber es ist eine Erfahrung, daß alte Werke besser gehen als neue. Es gibt verschiedene Wege, zu einer guten Verwaltung zu kommen. In unseres Vaters Hause sind viele Wohnungen, und die verschiedenen Völker haben nach dem ihnen angebornen Geiste ihre Organisation vorgenommen. In England, Frankreich und Deutschland hat dieselbe verschiedene Formen und die Völker sind mit ihrer Verwaltung zufrieden. Ein Herr Vorredner von der Rechten bemerkte, daß das Beispiel Preußens uns nützlich kein könne. Daß diese Bemerkung von einem Abgeordneten der Rechten ausgeht, ist befremdend, da es gerade die Hohenzollern waren, die den von dieser Seite des Hauses vertretenen Grundsätzen am allerschärfsten entgegentraten. Das innere Testament des alten Friedrich und des großen Kurfürsten war ein dreifaches: Zurückdrängung aller Hervorragungen; der zweite Punkt betraf die Schule, die ein Organ war, um den staatlichen Gedanken heranzubilden, und der dritte Grundsatz war, keine Schulden zu machen. Die Hohenzollern sind nicht durch ihre Verfassung groß geworden, sondern durch ihre innere Verwaltung. In ihrer Verfassung sehen wir immer zaghafte Schritte, in ihrer Verwaltung hingegen eine ernste Haltung. Die große Periode der preußischen Verwaltung war die unter dem Freiherrn v. Stein. Damals war das nördliche Deutschland in einer ähnlichen Lage wie Oesterreich. Die materielle Wiederaufrichtung gelang dem Freiherrn v. Stein durch die vorzügliche Einrichtung der Oberpräsidenten. Dieser Institution sollten wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn ich den größten Werth auf die Verwaltung lege, so steht dies im innigsten Zusammenhange mit der Verfassung, und wenn die Klage laut geworden, daß der Nachwuchs an Beamten ein schwacher, wo liegt die Wurzel des Uebels? Darin, daß noch Mangel an Vertrauen herrscht, daß die Entwicklung noch nicht vollkommen abgeschlossen erscheint, und auf diesen Punkt hinzuweisen, erscheint mir nothwendig. Wir organisiren zu oft den Gegensatz. Ich glaube, daß bei uns die Organisation der Verwaltung vor Allem dahin zu streben hätte, daß der Staatsgedanke in den Statthaltern seine kräftige, vollkommene Ausprägung finde und daß diese wichtigen Beamten ihre Sorgfalt den wirthschaftlichen Interessen zuwenden. (Bravo! links.)

Abg. R. v. Grocholski:

Der Ausschußbericht gibt nicht an, wie viele exponirte Beamte ernannt werden sollen, wie groß ihr Amtssprengel sein soll. Dies ist ein Beweis für mich, daß der Ausschuß nicht recht anzugeben wußte, welchen Wirkungskreis diese Beamten eigentlich haben werden. Nach meiner Ueberzeugung würden diese Beamten sehr viel Kosten verursachen. Sie würden weiter die Gefahr einer Ausbreitung der Bureaukratie bis in die untersten Schichten der Bevölkerung mit sich bringen. Wir würden zu jenem alten Bevormundungs-System zurückkommen, wo der Beamte besser wußte, was dem Staatsbürger noththut, als dieser selbst. (Bravo! rechts.) Die Landtage würden in ihrem Rechte und in ihren Bemühungen, die Gemeindeverhältnisse zu ordnen, gestört. Ich werde daher gegen diese Anträge stimmen.

Keineswegs jedoch will ich leugnen, daß die Gemeinde-

---

bewegungen einige Secunden früher als Josef Haydn „das Licht werden" ließ. Der berühmte Eintritt des Fortissimo-C-dur-Accordes, den alle Haydn-Verehrer als so etwas Außerordentliches preisen, war daher bereits signalisirt, etwa wie früher das Kommen eines heranbrausenden Eisenbahnzuges durch die bekannten, jetzt nicht mehr gebräuchlichen Armsignale angekündigt wurde. Das betrifft freilich nur Aeußerlichkeiten. Aber auch in Bezug auf die Details der Auffassung und der Ausführung wird sich die neue Ordnung der Dinge bei der Gesellschaft der Musikfreunde von gutem Einflusse erweisen. Die Philharmoniker werden die Aufführungen der Gesellschaft nicht mehr ignoriren dürfen. Wie die Beethoven'sche C-moll-Symphonie am Sonntag vor acht Tagen unter Herbeck's Leitung gespielt wurde, verdient entschieden Beachtung. Das längere Aushalten der Fermaten im ersten Satze und die elegische Stimmung, welche aus der Oboën-Cadenz sprach, das sind Dinge, welche sich die Philharmoniker merken müssen für den Fall, daß sie die C-moll-Symphonie wieder aufführen. Mit dem rapiden Tempo des ersten Satzes, wie Herbeck es nahm, können wir uns nicht einverstanden erklären aus einem Grunde, den wir an dieser Stelle bereits vor fünf Jahren geltend gemacht haben und dessen Stichhaltigkeit auch von Autoritäten in Sachen des Dirigirens anerkannt ist. Das Tempo des ersten Satzes bestimmt sich nämlich nach der Schnelligkeit, mit welcher der Hornist im Stande ist, das Hauptmotiv, die berühmten vier Schläge, hinter einander zu spielen. Es kann unmöglich in der Absicht Beethoven's gelegen haben, den Hornisten und den Fagottisten (auch dieser kommt einmal als Solist zur Geltung im ersten Satze) den Geigen nachhinken zu lassen. Wollten die genannten beiden Instrumente den Sturmschritt nachahmen, den die Geigen unter Herbeck's Leitung einhielten, so mußten sie stolpern, wie es denn auch in der neulichen Aufführung geschah. Ein alter gewiegter Dirigent, Ferdinand Hiller in Köln, pflegte mit Recht zu sagen, wenn man ihm ins Temponehmen dreinredete: „Ueber den Geschmack ist nicht zu disputiren." Und jeder Dirigent darf mehr oder weniger dasselbe für sich geltend machen. In diesem Falle hört aber das Disputiren über den Geschmack auf. Beethoven hat nun einmal die Laune gehabt, das „Motiv der vier Schläge" allen Instrumenten zu ertheilen. Da dieses nun für alle in gleichem Tempo zu nehmen ist — denn so hat es Beethoven gewollt, weil er nicht das Gegentheil vorgeschrieben hat — so bleibt nichts übrig, als nur die größte Schnelligkeit zu gestatten, mit welcher alle Instrumente bequem, das heißt klar und deutlich das Motiv bringen können. An einer andern Stelle der C-moll-Symphonie hat Herr Herbeck mit wunderbarem Erfolge eine Verlangsamung gegen das übliche Tempo eintreten lassen, nämlich in dem Solo der Contrabässe des Trio im Scherzo. Wir erinnern uns nicht, jemals diese Passagen so deutlich, wohl accentuirt und markig gehört zu haben wie neulich. Auch die Pizzicati des Scherzo klangen präciser als sonst in den Aufführungen der Philharmoniker.

Noch mehr als durch die C-moll-Symphonie wurde aber durch die Begleitung des Chopin'schen E-moll-Concertes, welches Joseffy spielte, klar, daß unser Conservatorium-Orchester zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Auch hier lag der Vergleich mit den Philharmonikern nahe; denn sie hatten das Concert (ebenfalls mit Herrn Joseffy als Solisten) erst im vorigen Winter gebracht. Selbst strenge Anforderungen hatten wenig an der diesjährigen Begleitung auszusetzen. Diese und jene Stelle, z. B. das Pianissimo der Einleitung des zweiten Themas im Rondo, ein stets von neuem entzückender Effect, gelang vortrefflich.

Herr Joseffy spielte das Concert in kräftigerer Auffassung als im vorigen Jahre; ohne den eigenthümlichen, wohlthuenden Reiz seines zarten Anschlages eingebüßt zu haben, rhythmisirte er correcter und ließ uns daher die stets erfreuliche Beobachtung machen, daß er in seiner Entwicklung als „musikalischer" Clavierspieler fortgeschritten sei. In gewisser Hinsicht, nämlich in der perlenden Klarheit des Spieles, läßt sich ein gleicher Fortschritt auch bei Herrn Smietanski nicht verkennen, der am Sonntag vor acht Tagen ein gut besuchtes Concert im kleinen Musikvereins-Saale veranstaltete. Indessen hat es doch für Herrn Smietanski immer etwas Bedenkliches, des Abends auf einem Schweighofer'schen Flügel sich zu produciren, wenn Mittags Joseffy auf einem Bösendorfer'schen Flügel gespielt hat. Der Vergleich drängt sich zu eclatant auf. Joseffy weiß seinem klangreichen Bösendorfer glockenklare Passagen zu entlocken, wie sie nicht schöner gedacht werden können. Herr Smietanski hingegen beeinträchtigt die Klarheit seines Spieles auf dem sehr respectabeln Schweighofer-Flügel, dessen Klangfarbe aber ohnehin schon etwas zu massig ist, dadurch, daß er von dem Pedal zu ausgedehnten Gebrauch macht. Das Programm Smietanski's war ein sehr interessantes. Es brachte unter Anderm zwei seltener gehörte Compositionen von Chopin: die Variationen über „Reich' mir die Hand, mein Leben" (warum als „Phantasie über Don Juan" angekündigt?), für welche einst Robert Schumann mit feinem Gefühl so begeistert eingetreten war, und den polnischen Nationaltanz Krakowiak, dessen Orchesterbegleitung Herr Smietanski durch ein zweites Clavier ersetzt hatte. Wenn doch die Clavierspieler endlich es aufgäben, einen solchen Ersatz vor dem Publicum produciren zu lassen! Sie schaden sich selbst am meisten. Denn die Monotonie der Klangfarbe wird unerträglich; es fehlt an jedem Gegensatze gegen das concertirende Clavier und mitunter weiß man nicht einmal, ob der concertirende Clavierspieler oder der Begleitende seine Fertigkeit zeigt.

Das Clavier sollte ursprünglich auch in dem ersten Concerte der Philharmoniker seine weltbeherrschende Sprache reden. Frau Pauline Fichtner, eine nach Sondershausen an Capellmeister Erdmannsdörfer verheiratete beliebte Wiener Pianistin, sollte nämlich ein Concert des talentvollen Norwegers Edward Grieg

Einrichtungen mangelhaft sind, aber dieser Gegenstand gehört ausschließlich zum Wirkungskreise der Landtage, wie dies der Ausschußbericht betont; daher sollte auch ein Antrag in dieser Hinsicht nicht in Verhandlung gezogen werden.

Ich wahre hier ausdrücklich das Recht meines Landtages. Der galizische Landtag hat sich eingehend mit der Reform der autonomen Behörden beschäftigt. Aber seine Bemühungen scheiterten an den engen Grenzen seiner Competenz. Die Competenzfrage selbst will ich hier aber nicht berühren.

Ich hoffe, daß Sie ohne Zustimmung der Landtage trotz der hier gehörten Ansichten sich diese Competenz nicht [illegible] wollen; sollte [illegible] geschehen, dann könnte ich nur sagen: Wo die Gewalt anfängt, hört jede Discussion auf. Man braucht nicht zu fürchten, daß die verschiedenen Länder sich verschiedene Gesetze geben würden. Das Erforderniß der Sanction schließt eine solche Gefahr aus, und auch gegenwärtig bestehen ja in den einzelnen Ländern Verschiedenheiten. Wenn man erkannt haben wird, daß die getheilte Competenz eine unüberwindliche Schwierigkeit bildet, dann wird man leicht die Mittel finden, diese Bedenken zu beseitigen, und ich zweifle nicht, daß die Länder hier willig die Hand dazu bieten werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Mieroszewski:

Die Reform der politischen Verwaltung scheint sich meiner Ansicht nach in zwei Theile zu spalten; der eine Theil betrifft die Gemeinde-Reform, und dies gehört unbestreitbar in die Competenz der Landtage; der andere Theil, welcher die Grundsätze betrifft, nach welchen die kaiserlichen Verwaltungs-Behörden organisirt werden sollen, fällt in die Competenz des Reichsrathes. Ich gestehe nun offen, daß ich das gegenwärtige Gemeindegesetz für ein vollkommenes, gutes halte, und ich finde blos, daß die Gemeinden, welche dem Gesetze entsprechen sollen, bei uns nicht existiren, weil man sie eben aufgehoben hat. Man stelle sie wieder her, das Substrat ist vorhanden, und die Gemeinde kann ihrer Pflicht nachkommen. Man möge daher das bestehende Gesetz langsam verbessern, bis es den Verhältnissen vollkommen entspricht. Wir in unserm Lande haben Gemeinden von acht, fünfzehn bis zwanzig Häusern. Ist es nun bei einer Gemeinde von acht Häusern — und was sind das mitunter für Häuser! — möglich, von einer Gemeindeverwaltung zu sprechen? Die Ursachen der Mängel der politischen Verwaltung liegen in dem falschen Grundsatz der Theilung der verschiedenen Wirkungskreise. Wir kommen zu einem Dualismus, der keine Arbeitstheilung, sondern eine nutzlose Arbeitsverdopplung ist. Beide Regierungen können nicht mit gleicher Macht ausgestattet werden. Ich glaube, die landesfürstliche sollte die überwiegende sein. Das Gesetz sagt: „Wenn die autonome Behörde die Ausübung einer Thätigkeit unterläßt, sind die landesfürstlichen Behörden gehalten, diese für sie auszuüben, wo ist also der Nutzen des Dualismus?

Es wäre nöthig, diesen Dualismus aufzugeben. Soll das aber geschehen, dann muß man eben einen Nachfolger für die Ausschüsse finden: dies ist die landesfürstliche Behörde. Die Agenden des Bezirks-Ausschusses übergebe man der Bezirkshauptmannschaft, jene des Landes-Ausschusses der Statthalterei. Da man sich aber gewöhnt hat, keine Ingerenz der Regierung zuzulassen, so kann man dieser Anschauung Rechnung tragen, indem zur Besorgung dieser Geschäfte bei den landesfürstlichen Stellen Räthe gewählt werden auf eine gewisse Anzahl von Jahren gegen eine Entlohnung. Dann haben wir autonome Beamte, die zur Arbeit verpflichtet sind, nicht als Volontäre erscheinen, und befähigt sind.

Wenig hätte ich zu sagen in Bezug auf das, was von einzelnen Herren als Sanirungsmittel angeführt wurde. Was die Verantwortlichkeit des Statthalters vor dem Landtage anbelangt, darüber werde ich kein Wort verlieren. Ich glaube, wenn dieses Princip in allen unsern siebzehn oder neunzehn Landtagen durchgeführt wäre (Heiterkeit), würden wir in der ganzen Monarchie nicht Einen Minister finden, der im Stande wäre, die Verantwortung vor dem Reichsrathe und der Krone für die siebzehn Statthalter zu übernehmen.

Ich möchte da ein Factum vorbringen, welches sich in meinem Lande ereignete, wo ein junger Bezirks-Efendi nicht blos auf die Wahlen in den Landtag Einfluß geübt, sondern auch seine Competenz [illegible]. In Folge dessen sind die Wähler nach Wien gegangen und die Sache muß jedenfalls wichtig gewesen sein, da der Minister des Innern darüber ein Protokoll aufnehmen ließ. Als die Leute nach Hause kamen, hat der Bezirks-Efendi ein Mitglied dieser Deputation durch das Dorf schleppen lassen und ihm zugerufen: Ich will dich lehren, nach Wien zu gehen und über mich zu klagen. (Rufe: Hört! Hört!) Sodann trat er als Kläger gegen dieses Mitglied auf, zog es in Untersuchung und fungirte dabei als Zeuge. Der Wähler wurde zu vierzehn Tagen verurtheilt, und derselbe Efendi hat dieses Urtheil ausgefertigt. (Rufe: Hört! Hört!) Der Efendi glaubt vielleicht, mit der Zeit es zu einem Landes-Pascha zu bringen. Doch werden uns hoffentlich die Regierung und Gott davor schützen. (Heiterkeit).

Abg. Dr. Waldert:

Der Ausschuß hat den Sitz des Uebels nicht richtig aufgefaßt. Er glaubt, daß alle Uebelstände in dem Gesetze vom Jahre 1868 ihren Ursprung haben. Das ist aber eine falsche Diagnose, und ich glaube, es ist ganz verkehrt, daß man die politischen Behörden reorganisirt, wenn man eine Reform auf dem Gebiete des Gemeindelebens anstrebt.

In Bezug auf die Bezirksvertretungen weist Redner auf mehrere Petitionen hin, des Inhalts, denselben eine Executive einzuräumen. Gegenwärtig sei ihre Stellung derart, daß sie eigentlich weder zu leben noch zu sterben hätten.

Was endlich den Landes-Ausschuß betreffe, so sei er auf die Dauer unhaltbar. Allerdings ist die Besorgung der Regierungsgeschäfte nicht das Schlimmste, sondern die von dem Landes-Ausschusse ausgeübte Verwaltungs-Gerichtsbarkeit. Besonders trete dies in Böhmen zu Tage. — Ein großer Mangel ist es, daß der Landes-Ausschuß nicht in der Lage sei, seine Aussprüche und Entscheidungen zu exequiren. Die Entscheidungen der Landes-Ausschüsse, wenn sie behufs Vollziehung an die Statthalterei gelangen, werden dort abermals geprüft. Nun kann der Landes-Ausschuß sich einer solchen Fatalität, daß seine Entscheidungen eventuell nicht exequirt werden, nicht aussetzen, so daß sich die Praxis herausgebildet, daß der Landes-Ausschuß eine meritorische Entscheidung, von welcher er besorgt, daß sie von der Partei nicht befolgt werden könnte, erst an die Statthalterei leitet, mit der Anfrage, ob sie bereit ist, dafür die Executive zu geben.

Was soll nun an die Stelle des gegenwärtig Bestehenden gesetzt werden? Eine radicale Reform hält Redner nicht für angezeigt, wohl aber eine energische Fortbildung der gegenwärtig bestehenden Einrichtungen. Nicht das Beispiel Preußens, vielmehr das Sachsens hält er für empfehlenswerth. Auf die Unterscheidung zwischen größern und kleinern Gemeinden soll jedoch Gewicht gelegt werden.

Redner stimmt nicht für den Ausschußantrag, würde aber den Uebergang zur Tagesordnung beklagen. Der Antrag des Ausschusses und des Abg. Freiherrn v. Zschock sei präjudicirlich. Um ein Präjudiz zu vermeiden, stellt er den Antrag: „Das hohe Haus wolle beschließen, die Regierung wird aufgefordert, ehestens solche Vorlagen zur verfassungsmäßigen Behandlung zu bringen, welche geeignet sind, die [illegible] Uebelstände in der öffentlichen Verwaltung zu beseitigen.“ (Beifall links.)

Dieser Antrag wird unterstützt.

Es sind noch neun Redner eingetragen, weshalb der Präsident für heute die Berathung abbricht.

Es stellen die Abgeordneten Promber und dreißig Genossen eine Interpellation an den Unterrichtsminister, dahingehend: „Sind die seit dreißig Jahren erledigten Canonicate an dem fürsterzbischöflichen Metropolitan-Capitel zu Olmütz nicht besetzt, und in welchem Stadium befindet sich gegenwärtig diese Angelegenheit? Ist es richtig, daß mit der Curie irgendwelche Verhandlungen angeknüpft wurden, welche der letztern irgend einen Einfluß auf die Entscheidung der Frage, ob nichtadelige Bewerber zur Erwerbung dieser Canonicate zuzulassen sind, gewähren könnten? Wann endlich ist eine definitive Erledigung dieser Frage und sohin die Besetzung dieser Domherrenstellen im Sinne des Gesetzes und daher auch unter Zulassung von nichtadeligen Bewerbern zu erwarten, und was hat der Unterrichtsminister seit dem 15. Februar 1875 zur Beschleunigung und Beendigung dieser Angelegenheit verfügt und vorgekehrt?“

In den Ausschuß zur Vorberathung des Gesetzes, betreffend das Thürheim'sche Real-Fideicommiß, wurden gewählt: Von der zweiten Abtheilung Abg. Dr. Foregger, von der dritten Abtheilung Abg. Freiherr v. Hackelberg, von der sechsten Abtheilung Dr. v. Forster, von der achten Abtheilung Graf Mieroszewski, von der neunten Abtheilung [illegible] Schwab.

In den Ausschuß zur Berathung der Gesetze betreffend Hintanhaltung der Trunkenheit und der Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften in Galizien wurden gewählt: die Abgeordneten Dr. [illegible], Skrzynski, Kochanowski, Dr. Roser, Dr. [illegible], Gierowski, v. Renney, Dr. Hönigsmann, [illegible] Haase.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr. — Nächste Sitzung: Dienstag den 21. d., Vormittags um 11 Uhr. — Tagesordnung: 1. Wahl des Ausschusses zur Vorberathung des Gesetzes, betreffend die Recruten-Aushebung; 2. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Inland.

Wien, 17. November.

Vom Tage.

Dem Grafen Hohenwart widmet ein Officiosus einen Reclame-Artikel, welcher einerseits zeigt, wie ängstlich das Ministerium Auersperg um seine Zukunft zu werden beginnt, und andererseits, daß dasselbe der Meinung ist, auch heute noch die Abgeordneten der Verfassungspartei mit Hohenwart wie Kinder mit dem „Wauwau“ schrecken zu können. Gelegentlich gibt der Kostgeher des Literarischen Bureaus dem Abgeordnetenhause einen Klaps. So weit — ruft er im Hinblick auf die Aufmerksamkeit, welche den Reden des Grafen Hohenwart im Abgeordnetenhause zugewendet zu werden pflegt — so weit ist es gegenwärtig in unserm Parlamente gekommen, daß man eine Rede, die sich durch markigen Inhalt auszeichnet, die einen präcisen Gedanken scharf und klar entwickelt und sich über das Niveau der Phrase erhebt, als eine Art parlamentarischen Ereignisses betrachtet. Damit soll gesagt sein, daß die Redner der Verfassungspartei nur leeres Phrasenstroh dreschen. Wir hoffen zuversichtlich, daß der brennenden Begierde der Officiösen nach Reden markigen Inhalts und mit präcisen Gedanken von Seite der neuen Partei eher entsprochen werden wird, als es denselben lieb sein kann. Wie sich das Literarische Bureau dann verhalten wird, bleibt abzuwarten. Inzwischen secundirt Herr v. Tisza den Commandanten des Landsmann-Reichsministers und macht in seiner Antwort auf die Orient-Interpellationen der äußersten Linken des ungarischen Unterhauses nicht sonderlich zarte Anspielungen gegen das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes. Warum sind auch die Abgeordneten der österreichischen Verfassungspartei so wenig traitabel? Warum bilden sie sogar noch eine gegen die Mehrbelastung Oesterreichs gerichtete neue Partei?

Der k. ungarische Minister des Innern hat an sämmtliche Jurisdictionen des Landes in Betreff der **Verhaftung der auf ungarischem Boden befindlichen Ausländer** ein Circulär erlassen, in welchem im Hinblick auf die dem Minister amtlich mitgetheilte Thatsache, daß ungarische Polizei-(administrative)Behörden auf Ansuchen nichtungarischer, besonders österreichischer Behörden in Ungarn verhaftete, einer strafbaren Handlung beinzichtigte Personen ausliefern, ja daß dieselben den österreichischen Sicherheits-Organen sogar gestatten, aus Oesterreich entflohene Verdächtige, selbst wenn dieselben nach Ungarn zuständig, auf ungarischem Territorium zu verfolgen, zu verhaften und nach Oesterreich überzuführen, die Jurisdictionen davon verständigt werden,

„daß ungarische Staatsbürger den Behörden **eines andern Staates** nie und unter keiner Bedingung ausgeliefert werden können und daß die Auslieferung solcher Ausländer, welche eines Verbrechens beschuldigt werden, nach vorausgegangener richterlicher Procedur nur das königliche Justizministerium anzuordnen berechtigt ist.“

Weiter heißt es in dem Erlasse:

„Auch wenn die österreichischen Sicherheitsbehörden ungarisches Gebiet während der continuirlichen Verfolgung von Verbrechern betreten und hievon bei der nächsten ungarischen Polizeibehörde Mittheilung machen — können und sollen die hiesigen administrativen Behörden nach den hier geltenden Gesetzen und Normen die Verfolgung weiter fortsetzen, wobei sie auch die Hilfe der österreichischen Sicherheits-Organe in Anspruch nehmen können; aber sie dürfen keinesfalls erlauben, daß der entdeckte, eventuell verfolgte Thäter durch die österreichischen Sicherheits-Organe übernommen und auf österreichisches Gebiet überführt werde, sondern sind verpflichtet, den in Haft genommenen Verbrecher behufs weiterer Amtshandlung dem competenten Gerichte oder der Staatsanwaltschaft unverzüglich auszuliefern.“

Oesterreicher und Ungarn sind sonach entschieden **nicht** Angehörige eines und desselben Staates.

Aus den Fractionen der Verfassungspartei.

Aus Abgeordnetenkreisen schreibt man uns: „Der in den Clubs der Fortschrittspartei und der Linken eingebrachte und im Club des Centrums noch bevorstehende Antrag wegen Ergänzung der Club-Statuten durch Aufnahme der (von uns bereits mitgetheilten) Grundsätze über die Behandlung der ungarischen Ausgleichsfrage vom politischen Standpunkte hat große Sensation erregt und in **ministeriellen** Kreisen eine heftige **Gegen-Agitation** hervorgerufen. Von einer Seite wird allerdings nur formell eingewendet, daß die Berathung der ungarischen Ausgleichsfrage nach den vorjährigen Vereinbarungen der gemeinsamen Versammlung der drei verfassungstreuen Clubs vorbehalten sei. Gegen diese irrige Anschauung muß jedoch bemerkt werden, daß nur ein Club sein Programm grundsätzlich feststellen kann, wenn auch die gemeinsame Versammlung erst zu entscheiden haben wird, welche Haltung in der ungarischen Ausgleichsfrage von ihren Mitgliedern im Hause zu beobachten sei. Es sollte vielmehr durch vorherige Vorlage des Antrages in den Clubs nur ein Act der Loyalität gegen den engern Kreis der Clubgenossen geübt worden. In der Sache selbst hört man einige besonders

---

spielen, der in unsern Concertsälen kaum bekannt ist; ein böser Zufall in Gestalt eines unbegreiflichen, die Mitwirkung der Frau Fichtner ablehnenden Telegrammes verhinderte indessen Frau Fichtner an ihrer Abreise nach Wien wenige Minuten, ehe dieselbe vor sich gehen sollte. Statt dieser Nummer brachten die Philharmoniker das liebliche Menuett aus einem Streichquintette von Boccherini, welches im vorigen Winter zum erstenmale in dem zum Besten des israelitischen Blinden-Institutes gegebenen, so sehr erfolgreichen Concerte durch Hellmesberger und seine damaligen Quartettgenossen aufgeführt worden war. Im Philharmonischen Concerte spielten darin sämmtliche Streicher mit. So sehr die Composition auch diesmal angesprochen hat, denn sie mußte auf vieles Verlangen wiederholt werden, so darf nicht unerwähnt bleiben, daß kleine Unebenheiten zwischen den verschiedenen Geigen nicht ausblieben — ein Beweis mehr dafür, daß die Nachahmung jenes vom Pariser Conservatoire zuerst gebrachten Experiments, alle Streicher des Orchesters ein Kammermusikstück ausführen zu lassen, keineswegs immer räthlich ist. Desto mehr zeichneten sich aber die Philharmoniker in der üppig von Raff instrumentirten Ciaconna von Sebastian Bach und der Beethoven'schen B-dur-Symphonie aus, welche heute zu den zahmsten Compositionen des wild aufbrausenden Genius von Bonn gerechnet wird. Letzteres war nicht immer der Fall, wie folgende Kritik beweist, welche einer unserer bedeutendsten Meister über diese Symphonie geschrieben hat, deren Mittheilung wir uns nicht versagen können. Er schreibt:

„Hört das Recept der neuesten Symphonie, das ich soeben von Wien erhalte, und urtheilt danach. Erstens ein langsames Tempo voll kurzer abgerissener Ideen, wo ja keine mit den andern Zusammenhang haben darf; alle Viertelstunden drei oder vier Noten! — das spannt! dann ein dumpfer Paukenwirbel und mysteriöse Bratschensätze, Alles, mit der gehörigen Portion General-Pausen und Halte geschmückt; endlich, nachdem die Zuhörer vor lauter Spannung auf das Allegro Verzicht gethan, ein wüthendes Tempo, in welchem aber hauptsächlich dafür gesorgt sein muß, daß kein Hauptgedanke hervortritt und dem Zuhörer desto mehr selbst zu suchen übrig bleibt; Uebergänge von einem Tone in den andern dürfen nicht fehlen — man braucht sich aber deßwegen nicht zu geniren, man braucht zum Beispiel wie Pär in der Leonore nur einen Lauf durch die halben Töne zu machen und auf dem Tone, in dem man sein will, stehen zu bleiben, so ist die Modulation fertig. Ueberhaupt meide man alles Geregelte, denn die Regel fesselt nur das Genie.“

Hier bricht Karl Maria v. Weber — denn er ist es, der jene Kritik geschrieben — plötzlich ab. Will man eine interessantere Illustration dazu haben, wie der Geschmack in musikalischen Dingen eine Hauptrolle spielt und wie sich derselbe mit den Zeiten ändert! Aehnliches kann man beobachten, wenn man frühere Urtheile über Richard Wagner neben heutige stellt, Aehnliches wird man einst ohne Zweifel beobachten, wenn man die heutigen Urtheile über jedes neue Werk von Bedeutung neben spätern lesen wird.

Auch mit den heutigen Urtheilen über das für uns neue Streichquartett von Verdi, welches von dem Florentiner Quartett-Verein im Bösendorfer-Saale aufgeführt wurde, dürfte es nicht sein Bewenden haben. Dasselbe ist bekanntlich von den meisten hiesigen Kritikern sehr ungnädig aufgenommen worden, trotzdem ein Satz desselben beim Publicum so stürmischen Beifall fand, daß er wiederholt werden mußte. Ich bin weit entfernt, über die Lebensfähigkeit dieses Verdi'schen Quartetts eine Prophezeiung auszusprechen. So viel läßt sich aber darüber sagen, daß es nicht minder lebensfähig erscheint als irgend eine ähnliche Composition, welche nach Mendelssohn und Schumann, den letzten Koryphäen der Quartett-Composition, gekommen ist. Das will freilich nicht viel heißen; da jedoch Männer wie Brahms und Volkmann Quartette componiren, welche in manchen Kreisen mit Recht sehr hochgeschätzt werden, heißt es immer etwas. Man sollte sich bei der Beurtheilung jedes neuen Werkes eines bedeutenden Componisten vielleicht zunächst mehr an die technischen Eigenthümlichkeiten halten, dann würden die Urtheile nicht so jäh auseinandergehen. Mit dem nackten Schlagworte: „Das ist kein Quartett in unserm Sinne“ darf das Verdi'sche Quartett nicht abgethan werden. Der Ernst und die Würde desselben werden für jeden unbefangenen Zuhörer sofort bemerklich sein. Sein Styl wandelt trotz aller Originalität nicht auf halsbrecherischen Wegen, sondern erweitert nur die Form, welche wir an den besten Mustern kennen. Der erste Satz gemahnt durch seine Leidenschaft, durch seine vornehme Zurückhaltung mit der Ausbreitung des modernen melodischen Elementes an den ersten Satz des Beethoven'schen F-moll-Quartetts, op. 95. Der zweite Satz, ein Andantino, bringt ganz neue, aber ungesuchte, harmonische und melodische Folgen. Das ganze Stück erinnert an Robert Schumann's Intermezzi. Im dritten Satz, einem Prestissimo, offenbart Verdi seine Kunst, für das Streichquartett zu schreiben, am glänzendsten: das „Trio“ dieses Satzes besteht aus einer dem Cello ertheilten Melodie, welche mit Pizzicati der Geigen begleitet wird. Haydn's und Mozart's Quartette bieten viele Beispiele einer ganz analogen Behandlung. Der Schlußsatz, ein „Scherzo fugato“, bringt eine Fuge, in strenger Weise durchgeführt und dennoch leicht verständlich. Alle vier Sätze zeichnen sich aber durch einen echt künstlerischen Vorzug aus, der sehr selten gefunden wird: sie sprechen alle eine kurze und bündige Sprache und wissen das richtige Maß darin zu halten, daß sie nicht zu lang und breit ausgesponnen erscheinen. Darin gleicht Verdi unserm Mozart. Kurz Verdi beweist, daß er nicht umsonst unsern Lieblingsmeister studirt hat. Schon vor vierzig Jahren, im Jahre 1836, in Mailand, wollte er darauf wetten, er werde die ganze Partitur des „Don Juan“ auswendig niederschreiben. Doch Niemand nahm die Wette an.

Franz Gehring.

eifrige Gegner des A[illegible]s sogar vom „Umsturz der Verfassung", von „Spren[illegible] der Partei" und dergleichen sprechen. Diesen allzu ängstlich[illegible]rren möge vorerst zur Beruhigung dienen, daß auch entschiedene Anhänger des dualistischen Staats-Systems sich dem Antrage angeschlossen haben. Der Antrag will ja eben die **Verbesserung** und **Kräftigung** der beiderseitigen politischen Beziehungen anstreben und geht von der Ueberzeugung aus, daß Oesterreich-Ungarn gegenwärtig weder für die Centralisation noch für die Personal-Union die Vorbedingungen darbiete.

Der Gedanke, welcher dem neuen Programm zu Grunde liegt, ist **gut dualistischen Ursprunges**, denn er rührt von **Deak** her. Bekanntlich trat Deak im Jahre 1867 zuerst dafür ein, daß die Reichs-Competenz unverkürzt beiden Parlamenten belassen und nur zur Austragung der Budget-Differenzen Commissionen (Delegationen) entsendet werden sollten. Wenn hinzugedacht wird, daß in diesen Commissionen in Ermanglung einer Einigung die geringere Budget-Ziffer als bewilligt gelten würde, so wäre ein Organismus geschaffen, welcher das gemeinsame Ministerium, den Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten und die Quotirung unberührt ließe und doch unserm Parlamente wieder die ihm gebührende Stellung einräumen, das ungarische Uebergewicht gründlich beseitigen könnte. Sollten wir nun nach zehnjährigen bittern Erfahrungen mit offenen Augen abermals für zehn Jahre etwas Unhaltbares und Unannehmbares eingehen, ohne auch nur den Versuch einer Verbesserung zu wagen, welche sogar auch jenseits der Leitha weitverbreiteten Sympathien begegnet?

Auch im **österreichischen Verfassungs-Ausschuß** hat bekanntlich diese Gestaltung ihre Vertreter gefunden, doch die damals schon erfolgte Sanctionirung des XII. ungarischen Gesetz-Artikels machte jedes Bestreben nach Abänderung und Verbesserung fruchtlos; in der **Zwangslage** wurde allerdings auch nur um den Preis der Verfassung das gleichlautende Delegationsgesetz angenommen, welches Niemanden befriedigte.

Wenn man endlich auf die **precäre äußere Lage** hinweist, um alle Opposition zu ersticken, so möge man doch eher den bestehenden Pact für ein Jahr verlängern, als abermals unter dem Drucke der Zwangslage dasjenige thun, was man sonst für unzulässig findet. Wir können daher in dem Antrage der Fortschrittspartei nur eine dankenswerthe Anregung zur gründlichen Verbesserung unserer Verfassungszustände erblicken!"

Wahlumtriebe in Dalmatien.

Die in der heutigen [illegible]enarsitzung des Abgeordnetenhauses vom Abg. Dr. **Giskra** eingebrachte Petition, betreffend die Wahlumtriebe in Dalmatien, war heute Abends Gegenstand der Berathung im **Petitions-Ausschusse**. Die Petition lautet in ihren wesentlichsten Theilen:

„Angesichts der groben **Gewaltthätigkeiten** der executiven Organe der dalmatinischen Statthalterei, angesichts der unsittlichsten Mystificationen, der ungeheuersten Verletzungen, womit die einzelnen Wahlbezirke verunstaltet und die gegenwärtigen Landtagswahlen verfälscht werden, wendet sich das **gefertigte Wahl-Comité** — nachdem sämmtliche bei der Statthalterei und beim Ministerium erhobenen **Recurse erfolglos** blieben, indem diese Behörden einem solchen Inbegriff von Willkürlichkeiten zusehen — in der Absicht, für die mißhandelte Würde der Gesetze zu sorgen und die Unverletzlichkeit des so unsittlich zertretenen Statuts aufrechtzuerhalten, dringendst an das hohe Abgeordnetenhaus, als höchstgestelltem Vormund der verfassungstreuen Organe, mit der Bitte, es möge folgende Thatumstände zur geneigten Kenntniß nehmen und dieser Petition stattgeben, welche vom Comité selbst in Befolgung seiner Obliegenheiten und seiner eigenen Verantwortlichkeit einstimmig zum Ausdrucke gebracht wird.

Im **Wahlbezirke Sign** war der Termin zur Einbringung der Recurse auf den 27. October festgesetzt. Reclamationen, welche an jenem Tage eingebracht wurden, wies man jedoch als verspätet zurück. Am 31. October, an welchem Tage erst die Frist für die Entscheidung der Recurse im Communalzuge ausging und der Termin für deren Behandlung in bezirksbehördlicher Instanz, der erst mit dem 3. dieses Monats abschloß, noch nicht eingetreten war, wurden die kaum eine Stunde vorher angeordneten Wahlen abgehalten. Der Gemeindevertreter zu Clissa wurde aus der Wählerliste gestrichen, obgleich er für die Ausübung des Wahlrechtes unbedingt berechtigt war. Bei der Bezirksbehörde und der Statthalterei documentirt eingebrachte Reclamationen wurden summarisch zurückgewiesen. Die Wahl der Abtheilung von Clissa, Suciuraz, Trau, Spalato, Milna, wo das verfassungstreue Element vorherrscht, wurde **durch Gendarmen und Militärtruppen angefallen**, zwar nicht aus Ordnungs-Rücksichten oder zum Schutze des Wahlrechtes, sondern nur, um die ruhige Bevölkerung mit Macht-Apparaten einzuschüchtern. Die Eintheilung der Ziffern der gewählten Wahlmänner im Landbezirke Spalato wurde **willkürlich bestimmt**, ohne Rücksicht auf die wahre Einwohnerzahl und nur in der Absicht, dem russenfreundlichen Elemente einen gesetzwidrigen Vortheil zu sichern. Die Auswahl der gewählten Wahlmänner in Clissa fand unter der ungeheuersten Pression des politischen Abgeordneten statt, welcher vor Anfang des Wahlactes 52 Namen strich. Während der Abstimmung schloß der Abgeordnete weitere 40 verfassungsfreundliche Stimmen aus, indem er trotz der Einsprache des Pfarrers und der anwesenden Gemeindeverwaltungs-Mitglieder den Wahlberechtigten die Identität absprach. Der politische Abgeordnete erlaubte, daß eine und dieselbe Person bis **sechsmal die Stimme abgab**; um den Erfolg der slavischen Partei zu begünstigen, wurden ferner die Stimmen von **acht bereits verstorbenen Individuen** angenommen, deren Ableben durch gerichtliche Urkunden bescheinigt wurde. Die verfassungstreuen Wahlberechtigten ließ man in den Saal durch Gendarmen escortiren. Kraft solcher Mittel erlangte man eine russenfreundliche anti-constitutionelle Majorität von nur zwei Stimmen, wonach der Abgeordnete die Abstimmung als geschlossen erklärte, indem er über **dreißig anwesende verfassungstreue Wahlberechtigte gröblich zurückweisen** ließ, ihnen das Wahlrecht entzog. Die Auswahl der gewählten Wahlmänner zu Suciuraz fiel in russenfreundlichem Sinne aus, zwar mit geringer Majorität, weil jene Gemeinde absichtlich die Zustellung von Legitimations-Scheinen an mehr als hundert eingeschriebene verfassungstreue Wahlberechtigte unterließ. Der politische Abgeordnete, wiewohl von diesem Mißbrauche unterrichtet, duldete trotzdem, daß die Wahl unter obigen unerhörten Umständen erfolge."

Die Petition schildert ferner in langer Ausführung die im Bezirke **Milna**, dann zu **Lechievizza** und zu **Suciuraz** vorgefallenen Incorrectheiten und schließt:

„Das hohe Haus geruhe auf Grund obiger Thatumstände von der k. k. Regierung die **sofortige Einstellung der Landtagswahlen** zu fordern, so lange in Dalmatien die Leitung der [illegible] in den Händen des **Statthalters B[illegible] verbleibt, welcher offenbar der [illegible] ergebenen Mehrheit des Landes [illegible] gesinnt ist und das Vertrauen, welches [illegible] den Ernst und die Unverletzbarkeit des österreichischen Statuts gesetzt hat, zerrüttet.** Sollte dies verweigert werden, dann geruhe das hohe Haus eine Enquête über die Art zu verordnen, wie in Dalmatien die Wahlen geführt werden, und zwar durch besondere Mitglie[illegible], allein und nicht durch Regierungsorgane die oben angeführten Gesetzesverletzungen in das wahre Licht setzen können.

Das **verfassungstreue Wahl-Comité zu Spalato**: Bajamonti, Präsident; Dr. Radman, Dr. Cendro, Abbate Curlin, Dr. Rosignoli, Marie, Vidovich, Osdretich, Gerich."

Hierauf hat nun der Petitions-Ausschuß vorläufig beschlossen, den Minister Baron **Lasser** einzuladen, am Montag in der Sitzung des Petitions-Ausschusses zu erscheinen, um Aufklärungen zu geben. Zum Referenten wurde Abg. Dr. **Promber** bestellt, welcher den Antrag stellen wird, die Petition der Regierung zur eingehendsten Würdigung mit der Aufforderung abzutreten, die gerügten Uebelstände mit aller Beschleunigung zu untersuchen und dem Hause über den Erfolg Mittheilung zu machen.

Das Referat wird in der Plenarsitzung am Dienstag mündlich erstattet werden.

Parlamentarisches.

Die von den verfassungstreuen Clubs des Abgeordnetenhauses beschlossene **gemeinsame Berathung** der gesammten Verfassungspartei findet am **Mittwoch** den 22. d., Vormittags 10 Uhr, statt.

Der **Club der Linken** und der **Club des Centrums** halten am Sonntag, Vormittags um 11 Uhr, Sitzungen ab. Der Club der Linken wird den Antrag des Abg. **Skene** wegen Ergänzung der Statuten in Berathung ziehen, und im Centrums-Club wird Abg. Graf **Dubsky** einen solchen Antrag stellen.

Der **Budget-Ausschuß** berieth heute Abends über das Capitel „**Mittelschulen**" des Voranschlages der Unterrichtsverwaltung. Eine längere Debatte entspann sich über den Vorschlag des Referenten Abg. **Sueß** auf Wiedererrichtung der chirurgischen Lehranstalten. Die Abgeordneten **Dumba** und **Lienbacher** unterstützten denselben mit dem Hinweise auf den Mangel an Aerzten in Gebirgsgegenden, der Unterrichtsminister Dr. v. **Stremayr** sprach sich entschieden dagegen aus, da auch das Herrenhaus einem solchen Vorschlage nicht zustimmen würde.

Oesterreichisch-ungarisch-rumänische Handels-Convention.

Es hat seinerzeit einige Mühe gekostet, die rumänische Handels-Convention im österreichischen Abgeordnetenhause durchzusetzen; aber jetzt muß die unverständige Opposition gegen dieses Meisterstück gräflich Andrassy'scher Staatskunst verstummen. Zu glänzend sind die Resultate dieses herrlichsten aller Verträge, als daß diese Opposition nicht vor Scham unter die Erde zu sinken wünschen müßte. Heute liegen uns abermals zwei deutlich sprechende Beweise für die rumänische Vertragstreue vor, und die Liebe zur Wahrheit, die uns beseelt, legt gerade uns, als den einstmaligen eifrigsten Gegnern der Convention, die Pflicht auf, unsern Irrthum öffentlich zu bekennen. Von dem Einen Fall hat ein Telegramm aus Brody in unserm gestrigen Abendblatte Kunde gegeben. Der andere Fall wird des Ausführlichen in der „Augsb. Allg. Ztg." erzählt:

„Als kürzlich der österreichische Israelit Leib Meer Hofer ein Haus in Jassy kaufen wollte, **wozu er nach den Bestimmungen der Handels-Convention berechtigt ist**, fällte die dritte Section des Tribunals von Jassy nachstehenden Urtheilsspruch:

„Auf das Verlangen des Herrn Leib Meer Hofer, zu der Licitation auf das Haus des Herrn Eni zugelassen zu werden: in Anbetracht, daß Herr Leib Meer Hofer auf Grund der Handels-Convention mit Oesterreich-Ungarn verlangt, als Concurrent zu der Licitation zugelassen zu werden, und, um seine Eigenschaft als österreichischer Unterthan zu beweisen, einen Paß vorlegt, welcher von einer Zuschrift des österreichisch-ungarischen Consulats begleitet ist, die bestätigt, daß der besagte Leib Meer Hofer österreichisch-ungarischer Unterthan ist; in Anbetracht, daß die zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn abgeschlossene Convention das Recht, Immobilien in Rumänien zu erwerben und zu besitzen, nur den Oesterreichern und Ungarn zugesteht; in Anbetracht, daß die Schutzgenossen und Unterthanen nicht die Rechtswohlthat beanspruchen können, welche nach dem Artikel 4 der genannten Convention nur den Bürgern der Staaten zusteht, unter dessen Schutz die Unterthanen stehen; in Anbetracht, daß die Eigenschaft als Unterthan nicht das Recht bedingt, Bürger des Staates genannt zu werden, dessen Schutz man genießt; in Anbetracht, daß der Ausdruck „Unterthan" in der Handels-Convention mit Oesterreich-Ungarn keine andere Bedeutung als den von „Bürger" haben kann, weil der rumänische Staat nur Bürger und keine Schutzgenossen oder Unterthanen hat; in Anbetracht, daß gemäß der Bestimmung der Reciprocität in der Handels-Convention ein „Schutzgenosse" nicht einem „Bürger" der contrahirenden Staaten substituirt werden kann, und bei dem Umstande, daß der Herr Leib Meer Hofer den Beweis nicht geliefert hat, daß er österreichisch-ungarischer Bürger sei, und nachdem die Ansicht der öffentlichen Behörde, vertreten durch den Advocaten Camban, vernommen worden ist — verwirft das Tribunal in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Behörde das Gesuch des Herrn Leib Meer Hofer, als Concurrent zugelassen zu werden."

Der Correspondent des Augsburger Blattes knüpft hieran folgende Bemerkungen: „Der von dem Jassyer Tribunal gemachte Unterschied zwischen österreichischem Unterthan und österreichischem Bürger ist selbst für die meisten Rumänen unbegreiflich, umsomehr als in der Handels-Convention niemals von österreichischen Bürgern, sondern nur von österreichischen Unterthanen (sujets) die Rede ist."

Ausland.

Wien, 17. November.

Vom Tage.

Die Ereignisse entwickeln sich jetzt in rascherm Tempo. Die Erklärungen des „Nord" müssen die letzte Hoffnung vernichten, als könnte es noch gelingen, die orientalischen Wirren auf friedlichem Wege beizulegen. Der Divan kann und wird nie in eine **Occupation** der drei Nordprovinzen, namentlich **Bulgariens**, willigen. Wir haben unlängst die Gründe erörtert, welche der Pforte, will sie nicht ihre Selbstauflösung decretiren, nicht gestatten, in dieser Frage Rußland zu Willen zu sein, und die Nachrichten aus Constantinopel bezeugen, daß das Osmanenthum nicht gesonnen ist, ohne Kampf das Erbe der Väter dem Todfeinde zu überlassen.

Von wohlinformirter Seite geht uns die Nachricht zu, daß schon in den nächsten Tagen ein officiöses Communiqué bezüglich der **Stellung Oesterreichs** zu dem entbrennenden Orientkriege veröffentlicht werden wird. Darin soll die völlige Neutralität Oesterreichs für so lange proclamirt werden, als der Krieg auf Rußland und die Türkei beschränkt bleibt.

Nach einem Londoner Telegramm der „Pr." wäre der Zusammentritt der Conferenz verschoben. Wir wüßten nicht, was die Conferenz überhaupt noch für einen Sinn hat, nachdem Rußland den Krieg um jeden Preis will.

Aus Versailles wird der „Pol. Corr." geschrieben: „Nach zuverlässigsten Quellen verlautet, daß der deutsche Botschafter Fürst **Hohenlohe nicht** in der Lage ist, eine **Betheiligung Deutschlands** an der **Pariser Ausstellung** von 1878 in Aussicht zu stellen." Diese Nachricht wird auch nicht dazu beitragen, die trüben Aussichten zu erhellen.

Wie der „Wiener Zeitung" aus Petersburg geschrieben wird, soll zur Taufe des Großfürsten Cyrill Wladimirowitsch der **Kronprinz von Deutschland** in Zarskoje-Selo eintreffen. Die Reise des hohen Herrn — heißt es in dem Schreiben — wird ein neues Zeichen sein für das **innige Zusammengehen Rußlands und Deutschlands** in der orientalischen Frage.

Der Petersburger Correspondent der „Wiener Abendpost" weiß noch viele andere interessante Sachen zu berichten. So schreibt er unter Anderm:

„**Tschernajeff** wurde bereits dieser Tage zum Besuche seiner Familie, welche in Gatschino lebt, erwartet. Seine Reise ist aber **aufgeschoben** worden, da man vernahm, daß die Anhänger einer gewissen, durchaus nicht conservativen Partei seine Anwesenheit in Moskau zu **Demonstrationen mißbrauchen** wollten.

Um die **Stimmung** hier zu charakterisiren, muß ich sagen, daß man es nur **höchst ungern sehen** möchte, wenn eingeschritten würde, um den **Serben den Schutz zu gewähren, welchen sie durch ihr so unbedachtsames Losschlagen nicht verdient haben.** Im Falle eines Krieges würde zuerst und gewiß am meisten **Rumänien** gewinnen, denn für seinen Bund mit Rußland soll ihm — so wird gerüchtweise colportirt — die **Unabhängigkeit**, die Erhebung zu einem **Königreiche** und die Ausdehnung bis zum **Römerwalle** und **Küstendsche** versprochen sein. Die Türkei wäre dann für immer von der Donau ausgeschlossen, ein **großer Vortheil** — so sagt man hier — für **Oesterreich und Deutschland**, welchen sich das neue Königreich Rumänien politisch noch mehr anschließen würde."

Die „Wiener Abendpost" begleitet diese Correspondenz mit der Redactions-Anmerkung, daß ihr Berichterstatter auf „russischem Standpunkte" steht. Uns dünkt diese Bemerkung ganz überflüssig. Wenn Jemand behauptet, daß die Schaffung eines unabhängigen Reiches an unserer Südostgrenze ein großer Vortheil für Oesterreich wäre, so ist dieser Standpunkt ein so eminent russischer, daß er nicht erst als solcher declarirt zu werden braucht.

Die **Khiwesen** wären, wie aus Kun-Urgentsch an der russisch-khiwesischen Grenze geschrieben wird, urplötzlich von dem brennenden Verlangen erfüllt worden, in das heilige Czarenreich einverleibt zu werden. Der russische General Ivanoff, der zur Begrüßung des Khans von Khiwa ausgeschickt worden war, machte diesem die Mittheilung, er (Ivanoff) habe wiederholt Briefe aus dem khiwesischen Khanat erhalten, worin der Wunsch ausgedrückt werde, daß Khiwa unter russische Administration käme. Der Khan erklärte, daß er in diesem Falle nichts gegen den Willen seines Volkes einzuwenden hätte; die russische Regierung möge die Verwaltung des Khanates in ihre Hände nehmen und ihn selbst durch eine **Rente** sicherstellen. So vergißt Rußland selbst angesichts des Krieges auf der Balkan-Halbinsel auf seine central-asiatischen Pläne nicht.

Rüstungen.

Ueber die **russischen Kriegsvorbereitungen** wird aus **Odessa** unterm 14. d. geschrieben:

„Die ersten Zeichen der ernsten Zeit machen sich bereits bemerkbar. **Einige reichere Familien übersiedeln** von hier theils nach dem **Chersoner**, theils nach dem **Pultaver** Gouvernement. Die Aemter dürften nach dem Kiewer Gouvernement transferirt werden. Die Archive des Gouvernements der „Duma", der Handels-, Kreis- und Stadtgerichte werden zur Verpackung hergerichtet. Odessa beginnt die, Allen noch von 1854 und 1855 erinnerliche Physiognomie anzunehmen.

Heute begann eine **Division aus Wilna** hier einzurücken, und Civil- und Militärbehörden sind mit der Einquartierung der Mannschaften vollauf beschäftigt. Diese schwierige Aufgabe wird nur dadurch erleichtert, daß viele der wohlhabendern Familien zehn bis fünfzehn Soldaten ins Quartier nehmen.

Die **Reservisten und Urlauber** rücken en masse und mit großer Pünktlichkeit ein. Dieselben werden hier ausgemustert und gleich nach **Bessarabien befördert. Vorläufig gehen sechzehn Militärzüge täglich dahin ab.**

Mit der Ablieferung der **conscribirten Pferde** ist heute begonnen worden. Die **Städte längs des Dnjepr werden stark befestigt.** Cherson, B[illegible], Kremen[illegible] und Nikopol werden von der Wasserseite mit großen Batterien, und von der Landseite mit Erdwerken versehen.

General **Totleben**, der zum Ch[illegible] der Vertheidigung des gesammten Litterale des Schwarzen und Azow'schen Meeres ernannt wurde, hat eine Reise auf der [illegible] Odessa-[illegible]-Sebastopol-Kertsch angetreten, um die ge[illegible] Punkte zur Errichtung von Batterien zu ermitteln. Namentlich **stark befestigt sollen Eupatoria und Inkermann werden.** Das dem General Tottleben zu unterstellende Corps soll 50.000 Mann betragen.

Wie man hier annimmt, dürfte die **Süd Armee bis zum 1. December so ziemlich [illegible] Aufstellung am Pruth vollzogen haben**

Im **kaukasischen** Militärbezirk wird gleichfalls mobilisirt. Alle Irregulären (Kosaken des Transkaukasus) haben Befehl bekommen, sich marschbereit zu halten. Nur wird in Officierskreisen behauptet, die zwei vom Kauk[illegible] gestellten Armee-Corps werden zu **rein defensiven Zwecken** verwendet werden, da **eine Action auf türkisch-asiatischem Gebiete nicht beabsichtigt** wird.

Ueber **türkische Kriegspläne** wird der „Pol. Corr." aus **Rustschuk**, 12 November, geschrieben:

„Seit dem 1. d. sind in das Donau-Vilajet 60 Bataillone Nizams, 24 Bataillone Redifs und 18 Ordus Baschi-Bozuks eingerückt. Die **Truppenzuzüge nehmen aber erst**

☞ Fortsetzung in der Beilage. ☜

Ankündigungs-Bureau: ...

Abonnement für Wien: ... ins Haus: Viertelj. fl. 6.30, monatl. fl. 2.10. ...: Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 8 kr.

Abonnement für das Inland: ... Postversendung: Ganzj. fl. 28, halbj. ... fl. 7. Mit tägl. zweimal. Postvers.: Ganzj. ... 32, halbj. fl. 16, viertelj. fl. 8.

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Abonnement für das Ausland: ...

4395. — Wien, Samstag, den 18. November 1876.

Wien, 17. November.

...europäische Friede hängt nur noch an dem Faden ...ferenz, die, seltsam genug, durch den Aufmarsch der ...n Armeecorps, durch die Vorsichtsmaßregeln Eng... durch die Verstärkung der türkischen Armee und die ...viantirung der türkischen Grenzfestungen illustrirt wird. ...schon die Erfahrung, was von solchen Conferenzen zu ...; ist, welche von dem streitsüchtigen Theile nur deßhalb ...kt werden, um aus denselben den formellen Casus belli ...wolen, so ist, nach dem Verhalten Rußlands, im jetzigen ...e die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens eine trostlos ...nge. Die Collectiv-Note, welche die Vorconferenz zu Stande ...gen kann, wird virtuell keine größere Bedeutung haben, ... jene Wiener Note, welche vor dem Krimkriege als ge... same Arbeit der Conferenzmächte in die Welt gesendet ...e. „Kriegerisch" nennt man die Lage in Berlin und ...is; in London faßt man die Resultatlosigkeit der Con... ins Auge welchen Grund sollten wir haben, die Lage ... Dinge ... zu betrachten? Rußland, das die Conferenz ...hickt, hat das Verdienst einer an Brutalität grenzenden ...frichtigkeit, indem es, ein diplomatischer Wiederkäuer, auf die längst abgelehnten Vorschläge zurückkommt. Während die anderen Mächte die Reformen fordern, steigert Rußland diese Forderung zur höchsten Potenz und verlangt „Garantien", Garantien, die nichts Anderes als den Selbstmord der Türkei, die Abdication der Herrschaft des Sultans über die Länder der Balkan-Halbinsel bedeuten. Wenn Rußland nicht noch im letzten Augenblicke vor der einmüthigen Opposition Europas zurückschreckt, so wird es durch die rauhe Hand Ignatieff's die Garantien-Frage in die Friedens-Conferenz schleudern und damit den Krieg mit der Türkei auf seine Tagesordnung setzen.

In gewissem Sinne ist dies allerdings erst vor einem russischen Forum geschehen, durch die Moskauer Czaren-Rede, in welcher ja auch die Garantien-Frage in den Vordergrund gestellt war. Diese Garantien sucht Rußland in einer Ent...nung der Bevölkerung in Bosnien, der Herzegowina und Bulgarien, was gleichbedeutend ist mit der Wehrlosmachung der Mahomedaner, da ja die Aufrechthaltung der Sicherheit, die Localpolizei in die Hände der christlichen Bevölkerung gelegt, die irreguläre Truppenmasse entfernt werden soll. Ja noch mehr, zur ungestörten Entfaltung der Unabhängigkeit dieser aufständischen Slavenbevölkerung soll eine förmliche Völkerwanderung in Scene gesetzt werden, sollen die in Europa ansässigen Tscherkessen ihre Wohnsitze aufgeben, ihr Hab und Gut, die neugewonnene Heimat verlassen und nach Asien transferirt werden! Weiter stellt Rußland die unverschämte Forderung, daß, eine lächerliche Parodie des amerikanischen Systems, die Verwaltung der genannten Provinzen ganz und gar in die Hände der christlichen Halbbarbaren gelegt, die Beamten nicht von der türkischen Centralregierung ernannt, sondern von den christlichen Eingebornen gewählt werden, wonach die Pforte nicht etwa blos die gesetzgebende, sondern auch die executive Gewalt aus den Händen geben würde. Natürlich fehlt auch nicht die Forderung der Einführung der slavischen Sprache in Amt und Gericht, wodurch die nationale panslavistische Agitation zur unbedingten Herrschaft käme. Endlich soll auch die Pforte für jede der drei Provinzen einen christlichen Gouverneur bestellen. Man sieht, es ist eine vollständige Decomponirung der europäischen Türkei, welche Rußland verlangt, die nationale, sprachliche, administrative und politische Unabhängigkeit der slavischen Provinzen unter drei Kaimakamen, welche ebenso viele gehorsame Diener, Agenten und Pensionäre des Czars wären, die auf einen gegebenen Wink sich erheben und sich von der Türkei losreißen würden. Wir meinen, in diesen Forderungen liege deutlich genug der russische Plan aufgedeckt und zeige sich klar die ungeheure Divergenz desselben von den Forderungen der Andrassy'schen Note wie von den englischen Vorschlägen. Allein der in Brüssel erscheinende „Nord" belehrt uns, daß dies noch nicht die Summe dessen ist, was Rußland zu fordern wagt. Trotz der Ablehnung der Occupation von Seite Andrassy's und Bismarck's in Berlin, trotz der Weigerung Englands, eine solche Occupation oder Intervention zu dulden, trotz der wiederholten Ablehnung dieser Occupation, welche der Sendbote Sumarokoff neuerdings forderte, und trotz der Brandmarkung dieses dem Pariser Vertrage schnurstracks zuwiderlaufenden Occupations-Planes von Seite Englands in der Depesche Derby's an Loftus und in der Bankettrede Beaconsfield's, welche von dem gesammten Europa sanctionirt wurde — verlangt Rußland die „Anwesenheit einer aus fremden Truppen bestehenden Militärmacht als unerläßlich" und ebenso die „temporäre Occupation der Provinzen unter denselben Bedingungen, wie bei dem Aufstande im Libanon".

Wir sind zu ernsthafte Politiker, um diese im letzten Augenblicke auftauchende hinkende Analogie mit dem syrischen Aufstande für mehr als eine Ausflucht zu nehmen. In Damascus waren jene den Christen gewährten Zugeständnisse nicht von den Gefahren für die Integrität der Türkei begleitet, welche Jedermann in den slavischen Provinzen Europas als unvermeidlich ansieht. Mit solchen Vergleichen streut man nur Jenen Sand in die Augen, welche die Geschichte nicht kennen. Wer weiß es denn nicht, daß das dringende Verlangen Rußlands, eine gründliche Untersuchung der Beschwerden der Christen durch großmächtliche Commissäre, von den Mächten zu Falle gebracht wurde? Die syrische Expedition Napoleon's, rasch wie ein Handstreich in Scene gesetzt, fand bei den Mächten nur eine bedingte Zustimmung mit kurzer Frist, und England nöthigte, nachdem es erklärt hatte, die Occupation nicht länger als bis zum 5. Juni 1861 zu dulden, seinen Alliirten, die Truppen zurückzuziehen. In den aufständischen Provinzen der europäischen Türkei, aufständisch auf den Wink und mit Hilfe Rußlands, liegen die Dinge anders, und Rußland, das durch den Mund des Kaisers die Montenegriner als Helden preist, hat das Recht verwirkt, als Friedensstifter zu gelten. Am wenigsten wird man in Wien und Pest solchem wiederholt abgelehnten Plane zustimmen, seitdem unsere Politik, die so lange blindes Vertrauen zu Rußland hatte, „sich geändert hat", wie Tisza dies, die Umhüllungs-Phrasen von seiner Interpellations-Beantwortung losgeschält, bekannt hat.

In die Kennzeichnung der Lage wirft auch die Antwort des ungarischen Minister-Präsidenten ein Streiflicht. Tisza mochte es ablehnen, die historische Kritik an der Politik Andrassy's zu gestatten, weil vielleicht „die überholten Dinge von den actuellen wesentlich verschieden seien, weil die Regierung in diesem Falle ihre Politik geändert hätte"; aber er konnte sich nicht entschlagen, zu sagen, daß Muth und Selbstvertrauen sich von einer Drohung des Czars nicht einschüchtern lassen und daß die Monarchie sich England angeschlossen habe. Mehr konnte Tisza nicht sagen; mehr brauchte er nicht zu sagen. In der Budget-Debatte wird das ungarische Parlament über die Orient-Frage sprechen; schon wird ein Beschlußantrag vorbereitet. Die ungarische Jugend demonstrirt gegen Rußland und für die Türkei; die ungarische Presse proclamirt Rußland als Friedensstörer und appellirt an das conservative Europa, „die Ruhe und die Ehre der civilisirten Welt vor moskowitischer Brutalität und Barbarei zu schützen". So sieht man in Petersburg, welcher Auffassung übereinstimmend sein Vorgang in der Garantie-Frage begegnet. Sie ist überall dieselbe, wo politische Interessen in Frage kommen. Man mag sich an entfernten Punkten mit der moralischen Verurtheilung Rußlands vorläufig begnügen, an anderen Orten zur unmittelbaren Abwehr rüsten, das Verdict ist dasselbe. In diesem Bewußtsein mag Rußland, unter der Friedenstoga das Brennus-Schwert, handeln. Es wird das friedliche Europa nicht überraschen und auch nicht unvorbereitet finden, nachdem es die Welt daran gewöhnt hat, einen tausendjährigen Spruch umzuwandeln, der im Hinblick auf russische Politik fürder lauten mag: Si vis bellum, para pacem!

Oesterreichischer Reichsrath.

Wien, 17. November.

Abermals haben in der Debatte über die Reform der politischen Verwaltung sieben Redner gesprochen, ohne daß die Chancen für ein nutzbares Resultat dieser Debatte sonderlich gestiegen wären. Zunächst hat heute Graf Hohenwart, der sich von seinem Unwohlsein vollkommen erholt hat, nun auch den positiven Theil seiner Rede vollendet. Desinit in piscem, sagten wir, als er begann, von der Kritik der Ausschußanträge, die so viel Treffendes enthielt, zu seinen eigenen Vorschlägen überzugehen; nun wir die letzteren bis auf die Neige genossen haben, brauchen wir das Wort nicht zurückzunehmen. Worin besteht die Panacee des Grafen Hohenwart? An der Spitze der Verwaltung: siebzehn den Landtagen verantwortliche Statthalter, und als Basis für diesen vielköpfigen Organismus: eine neue politische Eintheilung anstatt nach Bezirkshauptmannschaften nach Gerichtsbezirken. Wenn Graf Hohenwart — wie von vielen Seiten behauptet wird — hiemit eine Programmrede für eine neue Fundamental-Artikel-Aera gehalten hat, dann ist seine neue Aera um nichts verlockender als die alte; denn was er predigt, ist einfach der Föderalismus in der Verwaltung, sowie er vordem mit dem Föderalismus in der Verfassung kläglichen Andenkens es versucht hat. Was wir von der Verantwortlichkeit der Statthalter halten, haben wir schon ausgesprochen, und Graf Hohenwart konnte heute dasselbe nicht etwa von einem Mitgliede der Linken, sondern von dem Polen Mieroszewski hören, der sich über diesen Vorschlag mit den Worten äußerte: „Wenn wir dieses Princip in allen siebzehn Landtagen durchführten, so würden wir in der ganzen Monarchie nicht Einen

Feuilleton.

Schlosser.

(Zu seinem hundertsten Geburtstage.)

> Sta come torre fermo, che non crolla
> Giammai la cima per soffiar di venti.
> Dante.

Es ist der Name eines Unsterblichen, der über diesen Zeilen geschrieben steht, eines Lehrers seiner Nation, welchen sie nicht vergessen darf, sofern sie sich nicht selbst vergißt. Mit diesem Ausdruck einer Ueberzeugung, welche einst all denen gemein war, für die er geschrieben: den Gebildeten seines Volkes, welche aber seit zwei Jahrzehnten immer leidenschaftlicher angefochten, immer lasser vertheidigt wird, eröffne sich dies Gedenkblatt zur Säcularfeier seiner Geburt. Es soll keine Huldigung für die Manen des großen Geschichtschreibers sein, mild im Tadel, überschwenglich im Lob, im Ton beeinflußt durch den festlichen Tag. Das mag verzeihlich, ja berechtigt sein, wenn man von Geringeren spricht, hier wäre es unverzeihlich. Nicht um Schlosser's willen soll hier der Versuch gewagt sein, nachzuweisen, daß er trotz dem und jenem noch heute ein Lebender ist und bleiben muß — um unsert-, nur um unsertwillen. Ihn vergessen, wäre nicht blos Undankbarkeit, sondern Einbuße an jenen idealen Gütern, welche ja doch den edelsten Stolz deutschen Namens bilden, auch wenn sie heute von dem Stolz auf andere, neue Güter verdrängt sind. Das sind schlechte Propheten, welche den Deutschen rathen, ihren Schlosser verstauben zu lassen, weil er ein Mann jenes idealen, doctrinären Liberalismus gewesen, welcher ein Reich von dieser Welt nicht zu schaffen vermocht und darum auch keinen Platz darin habe, nachdem es auf anderm Wege geworden. Schlechte Propheten, welche diesen Quell der edelsten Freiheitsliebe, des stärksten Patriotismus, der sittlichsten Weltanschauung versiegen machen wollen! Schlosser herabsetzen, ihn als todt hinstellen ist eine Mode geworden; man rügt seine Mängel in der Darstellung, man nergelt an der Schale herum und vergißt den köstlichen Kern. Als ob wir Deutschen sonst so sehr durch die Eleganz und Gemeinfaßlichkeit unserer gelehrten Scribenten verwöhnt wären! Freilich hat der reckenhafte ungelenke Friese seinen Verkleinerern die Mühe leicht gemacht, denn jene Mängel sind wirklich groß und störend, und er hat keine Schule hinterlassen, die ihn vertheidigen könnte. Der Schlachtruf: „Hie Schlosser! hie Ranke!" ist im gelehrten Deutschland seit lange verstummt; die Berliner Schule hat gesiegt. Und nun vollends die ungeheure politische Umwälzung im letzten Jahrzehnt! . . .

Es war dies eine Umwälzung, welche sicherlich die herrlichsten Früchte gebracht, an denen sich jedes deutsche Herz erfreuen und begeistern kann. Aber doch auch Gefahren, welche es doppelt wünschenswerth machen, daß der sittliche Freiheitsstolz des großen Heidelberger Professors auch unter den Siegern von Sedan Beachtung und Würdigung finde. Doch sollen hier zunächst nicht Wünsche ausgesprochen, sondern Thatsachen dargelegt werden. Es soll versucht werden, diese uroriginelle, gewaltige Natur in ihrem Schaffen zu charakterisiren und nachzuweisen, daß dieses Schaffen durch seinen unermeßlichen Reichthum an sittlicher und geistiger Kraft noch heute der größten Wirkung fähig ist und für die Zukunft bleiben wird. Es soll angedeutet werden, daß Schlosser aber auch noch aus anderm Gesichtspunkte ein Lebendiger, ein Unsterblicher genannt zu werden verdient: durch den ungeheuren Einfluß, welchen er auf die politische Gesinnung zweier Generationen ausgeübt. Seine Werke waren zugleich Thaten von ungemeiner Tragweite, und wuchtiger als mancher Feldherr oder Staatsmann hat sich dieser Gelehrte in die Geschichte seines Volkes eingeschrieben. Was er gedacht und geschrieben, ist freilich so völlig in Fleisch und Blut seiner Zeitgenossen übergegangen, daß es dem Spätgeborenen als ein Selbstverständliches erscheint, bei dem er kaum einen bestimmten Urheber voraussetzt. Dies Los theilt Schlosser mit den größten Geistern aller Völker; die Unsterblichkeit der That, sofern sie still und selbstlos war, verbürgt nicht immer die Unsterblichkeit des Namens. . . .

In Leben und Literatur wird getrennte Rechnung geführt, man scheidet den Schriftsteller von dem Menschen, das Talent von dem Charakter. Mit geringem Recht, will mir scheinen; sind es ja schließlich doch Aeußerungen derselben geistigen Individualität, die sich gegenseitig fördern oder schädigen. Bei keinem Autor der Welt-Literatur aber wäre solche subtile Scheidung so platterdings unmöglich, wie bei Schlosser. Der Privatmann, der Lehrer, der Geschichtsschreiber zeigen Zug um Zug dasselbe Antlitz; hier wurzelt das Talent nicht blos im Charakter, sondern es ist auch auf das innigste mit ihm verwachsen; der Geschichtsschreiber ist in seinen Vorzügen und Schwächen durch den Menschen bedingt, nur daß es just diese Art geistiger Production mit sich bringt, daß oft ein Vorzug des Charakters zu einer Schwäche des Talents wird, aber niemals umgekehrt. Der Mensch wie der Geschichtsschreiber sind seltsam, knorrig, widerspruchsvoll und bieten dem Versuche einer Charakteristik, welche kurz und doch umfassend sein will, fast unübersteigliche Hindernisse. Wer den Historiker ohne den Menschen beurtheilen, wer die Wechselwirkung zwischen Beiden nicht berücksichtigen wollte, käme zu den sonderbarsten, denkbar schiefsten Schlüssen. Quod experientia docet — ein großer, wo nicht der größte Theil der Schlosser-Literatur ist ein trauriger Beweis für diese Behauptung.

Aus diesem Grunde mag es gestattet sein, just derjenigen Schrift Schlosser's, welche am wenigsten gekannt ist, hier zunächst Erwähnung zu thun: seiner Selbstbiographie. Sie reicht leider nur bis 1826, ist aber eine der werthvollsten, merkwürdigsten Arbeiten dieser Art. Im Styl unendlich von den Geschichtswerken verschieden, schön und sicher in stattlichen Perioden aufgebaut und an Sorgfalt der Form nur noch von der herrlichen „Dankrede auf Voß" erreicht, bietet sie im Inhalt den offensten, ehrlichsten Bericht, welchen vielleicht je ein Mensch über seine innere Entwicklung gegeben. Diese derbe Wahrheit, diese grausame Klarheit wirken oft verblüffend. „Der Hauptgesichtspunkt," heißt es dort, „den der Leser dieser Blätter festhalten muß, ist der, daß ich von Jugend auf nur meine eigene Ausbildung, nur mein eigenes ruhiges contemplatives Leben, nie den Professor oder Schrift-

Minister finden, der im Stande wäre, die Verantwortung für die siebzehn Statthalter vor dem Reichsrathe und der Krone zu übernehmen." Und die neue Eintheilung in kleine Verwaltungsbezirke? Wir sehen keinen wesentlichen Unterschied zwischen diesem Vorschlage und dem Antrage des Ausschusses auf Vermehrung der Bezirks-Commissäre, auf welch letztere Graf Hohenwart erst am Dienstag sein Anathem geschleudert hat. Wenn in jedem der 826 Gerichtssprengel ein politischer Beamter fungiren soll, dann bekommen wir eben jene Vermehrung um achthundert Beamte mit dem ganzen Anhange von Schreibern, Dienern, Pauschalien und mit dem Mehraufwande von jährlichen zwei Millionen, gegen welche Graf Hohenwart unter dem Beifall seiner Partei mit Feuer und Schwert zu Felde gezogen ist. Und wenn das die große Idee sein soll, deren Mangel dem Ausschußantrage vorgeworfen wurde, dann bleiben wir lieber bei den kleinen Ideen! Denn die Armee von achthundert politischen Beamten unter verantwortlichen Statthaltern gäbe allenfalls in dem System der Parteiregierungen, welches mit dem Föderalismus inaugurirt wurde, einen Cadre von ebensovielen Kortes für die Landtagswahlen, wie sie jetzt schon ihr Vorbild in den Secretären der czechischen Bezirksvertretungen finden, [illegible] mehr aber eine Besserung der Verwaltung. Wer sich einen Begriff von dem Zustande machen will, der damit geschaffen würde, der lese nur die niedlichen Skizzen von der galizischen Landesverwaltung, welche der Ruthene Zaklinski und der schon genannte liberale Pole Mieroszewski entwarfen. Der Statthalter von Galizien ist noch nicht dem Landtage verantwortlich, und — wir dürfen sagen: Gott sei Dank! — ein klein wenig Ingerenz hat das Wiener Ministerium noch immer auf die autonome galizische Landesverwaltung. Aber seit man auch nur de facto der polnischen Partei das Zugeständniß gemacht hat, die politischen Stellen vom Statthalter bis zum Bezirkshauptmann herab ausschließlich mit Polen zu besetzen, welch ein Bild bietet die polnische Verwaltung! Graf Mieroszewski verglich sie mit der türkischen Administration, und der Mann kennt sie aus eigener Anschauung. Wenn darum Grocholski, der Führer der herrschenden Partei in Galizien, das Haupt der polnischen Feudalen und ehemaliger Minister-College Hohenwart's, mit Händen und Füßen dagegen sich sträubte, daß die politische Verwaltung von reichswegen reformirt werde, so war das keine bloße föderalistische [illegible]culle, sondern die reale Besorgniß, es könnte [illegible] Partei die Herrschaft verloren gehen, die ihr zur süßen Gewohnheit des [illegible] geworden ist, und die, so lange ihr kein legislativer Strich durch die Rechnung gemacht wird, im Lande sich behauptet und fortpflanzt, wie die [illegible] erwiesen haben.

Eine [illegible] der Autonomie und noch dazu wie sie von [illegible] und [illegible] verstanden wird: der [illegible] Autonomie, ist es [illegible], was uns noththut. Deßwegen braucht man [illegible] wie etwa Herr v. Plener mit dem eisernen [illegible] die Keime der Selbstverwaltung hinwegzu[illegible], die sich [illegible] gebildet haben. [illegible] hieße doch das [illegible] mit dem [illegible] verschütten. [illegible] Heil [illegible] aus dem [illegible] Antrage Wa[illegible] zu er[illegible], der im [illegible] sagt, als die [illegible] Regierung möge sich den Kopf [illegible] zerbrechen, wie die Reform anzufassen sei. Ein solcher Antrag entgeht freilich allen Einwürfen, denen der Ausschuß sich aussetzte; er gibt aber auch dem Ministerium verzweifelt wenig Anhaltspunkte dafür, wo es zuerst Hand anzulegen habe. Wir sind Alles in Allem heute [illegible] Schritt weiter gekommen, und wenn nicht die nächsten Redner, unter denen nach den neuesten Meldungen auch der Minister des Innern erscheinen soll, besseres Material liefern, so wird schließlich der Ausschußantrag nach dem Sprichworte sich behaupten, daß unter den Blinden der Einäugige König ist.

Vor Beginn der Debatte wurde von Dr. Giskra die telegraphisch eingelangte Petition der dalmatinischen Verfassungspartei, die gestern im Budget-Ausschusse den Anlaß zu den heftigen Erörterungen gegeben hatte, eingebracht. Nun ist die Sache vor dem richtigen Forum anhängig, und sobald der Petitions-Ausschuß darüber berichtet, wird das Haus selbst Gelegenheit haben, über die Verwaltung des Freiherrn v. Rodich sich auszusprechen. Abgeordneter Dr. Promber interpellirte den Cultusminister in der bekannten Angelegenheit des Olmützer Domcapitels. Auch das ist ein interessanter Gegenstand. Führt doch nach Allem, was bekannt worden ist, die österreichische Regierung vor der römischen Curie einen förmlichen Proceß gegen das Capitel — allerdings mit einiger Aussicht, ihn zu gewinnen.

Abgeordnetenhaus. (CCVI. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatt.) Abg. **Zaklinski** fährt fort: Für einen Gemeindeleiter in der Person eines kaiserlichen Beamten würde er ohneweiters stimmen, wenn sich nur würdige Männer hiezu fänden. In seinem Lande sei aber der Begriff eines kaiserlichen Beamten mit dem eines fanatischen Nationalen innig vereint. Redner erblickt in der Ueberbürdung der Gemeinden mit den Agenden des übertragenen Wirkungskreises einen der empfindlichsten Uebelstände. Er verweist insbesondere auf die Steuer-Einhebung und citirt die Bestimmungen des galizischen Gemeindegesetzes, sowie die Zustände seines Heimatlandes in dieser Richtung. Ferner erkennt er in den Bezirkshauptmannschaften und überhaupt in den kaiserlichen Verwaltungsorganen einen weiteren Grund der bestehenden Mißstände. Die Letzteren seien mit zu viel Agenden überbürdet und hauptsächlich schuld an der mangelnden Freiheit der Gemeinden. Er entwirft ein bedauerliches Bild von dem Gebahren der Bezirksvorstände in Galizien, insbesondere mit Rücksicht auf die jüngst stattgehabten Wahlen, bei denen ein dem Kaiser treu ergebener Bestandtheil der Bevölkerung unterdrückt worden wäre. Redner empfiehlt zum Schlusse als Sanirungsmittel, daß zwischen dem Wirkungskreise der autonomen und Verwaltungsorgane eine so scharfe Grenze gezogen werde, die zur Vermeidung von Collisionen unentbehrlich ist, sowie daß die Regierung ihre Verwaltungsorgane in die Schranken ihres hohen Berufes zurückführe.

Abg. Dr. **v. Plener:** Der Abgeordnete von Krain hat darin einen Widerspruch gesehen, daß heute von derselben Seite und Partei, von welcher das liberale Gemeindegesetz vom Jahre 1862 ausging, der Ruf nach einer Beschränkung der Autonomie erhoben wird. Wenn man diese Bestrebungen nicht blos vom Standpunkte des Parteigegners beurtheilt, sondern von einer allgemeinen Gesichtslinie ansieht, so wird man einsehen, daß darin nicht ein einfacher Widerspruch, sondern ein natürlicher und erfreulicher Proceß sich darstellt. Die Zeit vor dem Jahre 1862 war die Zeit des Zusammenbruches des absolutistischen Systems, in welcher die Bevölkerung es schwer empfand, wie sich durch die absolutistische Regierungsform ein scharfer Gegensatz zwischen Regierung und Regierten gebildet, und wo man diesen Gegensatz zwischen Staat und Volk in allen Formen des Staatslebens zuspitzte. In dem Momente, wo die Bevölkerung zur Theilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung wieder berufen wurde, war man bestrebt, an Seite des Staates einen Organismus herzustellen, der bestimmt sein sollte, alle Verwaltungs-Aufgaben den staatlichen Behörden zu entziehen und in seine Competenz zu bringen. Wir müssen es heute mit Freuden begrüßen, daß wir über jenes Stadium des unklaren Schlagwortes der Selbstverwaltung und Autonomie heute, nach fünfzehn Jahren, hinausgekommen sind, und ich kann den Ausführungen des Abg. Grafen Hohenwart unmöglich beistimmen, wenn er mit einem allgemeinen Schlagworte von der Autonomie und Selbstverwaltung auf dem Boden, welcher sich durch mühselige Arbeit geklärt hat, auszukommen glaubt.

Daß die Selbstverwaltung keine Panacee für die finanzielle Entlastung der Steuerträger ist, ist durch die Erfahrung der letzten fünfzehn Jahre genugsam bewiesen. Wir sehen, daß das reelle Landeserforderniß von den Jahren 1867—1873 um mehr als 7 Millionen Gulden gestiegen ist; ebenso ist es bekannt, daß gerade das System unserer autonomen Organe uns zu einem Systeme der Steuerzuschlage geführt hat, welches in vielen Provinzen bereits zur Unerträglichkeit geworden, und was die finanzielle Gebahrung der Gemeinden mit ihrem Vermögen betrifft, so wissen wir ja, daß in den Jahren der Autonomie das Gemeindevermögen in den meisten Landgemeinden verschleudert wurde.... Ich kann sohin unmöglich in der Selbstverwaltung in der Form, wie sie Graf Hohenwart empfiehlt, eine Entlastung des Steuerträgers sehen. Graf Hohenwart hat darauf hingewiesen, daß in den heutigen socialen Verhältnissen viel Unbefriedigendes und Gefährliches vorhanden ist, und ich gebe zu, es geht ein gewisser Zug der Unzufriedenheit durch die unteren Classen; das ist jedoch ein tiefer, nicht obenhin zu behandelnder Proceß, der mit unseren ganzen heutigen gesellschaftlichen und Besitzverhältnissen zusammenhängt. Die socialen Ordnungen der alten Zeit sind zerstört und die neuen Verhältnisse labil; das ist jedoch nicht bei uns allein der Fall, sondern dieser Zug geht durch die ganze europäische Gesellschaft und muß die Aufmerksamkeit aller ernsten Politiker in Anspruch nehmen.

Die preußische Kreisordnung, auf die derselbe Herr Abgeordnete hinwies, beruht auf dem Principe, daß für die untere Verwaltung, insbesondere der Polizei-Agenden, die Elemente der besitzenden Classen zu unbezahlten Ehrenämtern im königlichen Auftrage herangezogen werden. Dieses Princip kann nicht schlechthin auf die österreichischen Verhältnisse übertragen werden, da im östlichen Preußen ein kleiner, gefesteter und unabhängiger Grundbesitz vorhanden ist und die gedachte Einrichtung sich auch nur auf die Provinzen beschränkt, wo dieser existirt. In Oesterreich gibt es nur einen Latifundien- und einen Bauernbesitz. In England hingegen ist das alte friedensrichterliche Gebiet allmälig durchbrochen worden. Die Gemeinde [illegible] England nie den corporativen Charakter erwerben können, [illegible] bei uns besitzt, daher ist die Reform auf gewählten Vert[illegible] körpern für bestimmte Verwaltungszwecke aufgebaut word[illegible] einem Heere von bezahlten Communal-Beamten befinden [illegible] wichtigsten Verwaltungsämter. Nicht die Grafschaft ist di[illegible] für die Verwaltung, sondern jetzt ist die Eintheilung na[illegible] districten die maßgebende. Es ist einer unserer Hauptfehler [illegible] beständig fremde Muster adoptiren, ohne zu untersuchen, [illegible] österreichische Verhältnisse passen, und in dieser Richtung [illegible] den Redner vor diesem Fehler warnen. Graf Hohenwart [illegible] auch gefordert, daß die Statthalter den Landtagen ver[illegible] sein sollen. Darin gipfelt seine Reformbestrebung. Dies h[illegible] als es soll das parlamentarische System auf die Landt[illegible] dehnt werden, indem die Regierung der Majorität der [illegible] Vertretungen gewissermaßen unterworfen wä[illegible]

Dieser [illegible] führt nothwendig zur [illegible] der Landesmin[illegible] und zur Abhängigkeit der staatlich[illegible] tung von den [illegible] tagen. Von einer solchen Ausdehnung des parlamentarischen Systems wird man nur mit der größten Vorsicht sprechen können; es ist ganz undenkbar, das System der Parteiregierung auf die Landesverwaltung zu übertragen. Wenn man das Partei-Element unserer Verwaltung ausschließen wollte, so würde die kaiserliche Verwaltung der wechselnden Majorität der Landtage überliefert werden, und müßte der Statthalter beispielsweise von seinem Amte zurücktreten, wenn er die Majorität einer politischen oder nationalen Partei seines Landtages nicht besitzt. Glaubt Graf Hohenwart vielleicht, daß der preußische Landes-Oberpräsident, da er ja Preußen als Muster eingeführt, den Provinzial-Landtagen verantwortlich ist? Die Bevölkerung, der es um eine ausgiebige Verwaltung zu thun ist, wird nicht beistimmen, daß die große Aufgabe der Verwaltung dem Parteigezänke von Provinz-Politikern überliefert werde (Beifall links); denn die Bevölkerung in ihrem Innern ist conservativ und monarchisch gesinnt, und wenn diese conservative Gesinnung unserer Bevölkerung — vielfach eingeschüchtert — nicht zum Ausdrucke kommt, so liegt dies doch ihrem inneren Gefühle zu Grunde, und wenn es in Oesterreich gelingen wird, das Gestrüppe unserer nationalen und politischen Parteien zu durchbrechen und an diesen conservativen Sinn der Bevölkerung zu appelliren, dann werden wir eine Macht haben, wie sie noch kein Staatsmann in Oesterreich zur Verfügung gehabt. Darum kann ich es unmöglich zugeben, daß wir die hergebrachte kaiserliche Verwaltung einfach den Ländern überantworten.

Die Bevölkerung will, daß gut administrirt werde; das ist Aufgabe der politischen Verwaltung, und da stimme ich mit dem Abgeordneten von Krain überein, wenn er beklagt, daß der Verwaltung vielfach nicht jene Sorgfalt zugewendet werde, wie die Bevölkerung berechtigt wäre, sie zu verlangen. Die Bemerkung aber möchte ich nicht unterdrücken, daß in vielen Fällen des praktischen Lebens die Gesetze viel zu wenig gehandhabt und angewendet werden. Die österreichische Verwaltung krankt in den letzten Jahren an einem ungenügenden Nachwuchse von Verwaltungs-Beamten. Hier wäre nach preußischem Muster die Einführung eines Seminars für Verwaltungs-Beamte angezeigt. Was wir brauchen, ist eine feste s t a a t l i c h e Verwaltung. Damit wäre eine einschneidende Reform der Landesverwaltung nothwendig; der ganze heutige Bau der Landesausschüsse ist ein Gegen-Organismus gegen die Staatsverwaltung. Dieser kann in seiner heutigen Form nicht mehr bestehen; er besorgt staatliche Zwecke, ohne eine Executive zu besitzen. Man muß ihn daher seiner örtlichen Verwaltung entkleiden und an seine Stelle ein eigenes Collegium einsetzen. In dieser Richtung besteht in Preußen ein gutes Vorbild in den Provinzialräthen. Dieses Collegium würde außer der Aufsicht über die Gemeinde-Angelegenheiten vielleicht auch eine verwaltungsrechtliche Competenz haben; daneben wäre ein selbständiger [illegible] Organismus nicht mehr nöthig. Der Landesausschuß würde für die Zwecke der wirthschaftlichen Selbstverwaltung bestehen, jedoch müßte dies nur geschehen, um die Bedeckung für die allgemeinen staatlichen Verwaltungs-Aufgaben zu liefern; ebenso würde ich eine Einführung von Laien-Elementen in die Bezirksverwaltung befürworten. In größeren Provinzen dürfte es vielleicht gut sein, die alten Kreise wiederherzustellen, in den kleineren, die gegenwärtige Bezirkseintheilung zu lassen.

Bezüglich der Ortspolizei will der Herr Abg. Graf Hohenwart durch Zusammenlegung mehrerer Gemeinden einen Verwaltungskörper schaffen, dem die Polizei obliegt; aber dann dürfte die ganze Action von Bezirks-Secretären geführt werden, und ein solcher Communal-Bureaukrat ist mir für die Erhaltung der Ordnung viel weniger zusagend, als ein kaiserlicher Verwaltungs-Beamter. Die Entscheidung und Durchführung liegt nicht in einer parlamentarischen Körperschaft, sie kann nur von der Initiative der Regierung ausgehen, und ich gebe zu, es ist dies eine große und schwere Aufgabe. Dazu gehört eine kräftige Hand, ein weiter Blick und ein gewisser Enthusiasmus. Trotzdem verzweifle ich schließlich an einer befriedigenden Reform der politischen Verwaltung nicht, denn die Bedürfnisse werden täglich dringender, und selbst jene Kreise, welche heute noch unter dem trügerischen Banne der Autonomie stehen, werden ihr Recht dem allgemeinen Staatszwecke zum Opfer bringen, und wir werden das erhalten, was das Volk braucht, eine gute kaiserliche Verwaltung mit der werkthätigen und patriotischen Mitwirkung der Bevölkerung. (Bravo! links.)

Abg. Dr. **Peez:** Ein reicher Mann hatte eine Uhr, auf die er sehr viel hielt. Man sagte ihm, sie gehe nicht gut, und er steckte eine Reihe Stifte in dieselbe. Sie ging nicht besser; nun goß er eine Kanne Oel hinein, allerdings war viel Reibung beseitigt, es war

---

steller vor Augen hatte, daß ich in die Laufbahn, die ich seit neun Jahren erst verfolge (seit 1817) gedrängt ward, nicht freiwillig eintrat, daß ich nie den geringsten Werth oder die geringste Bedeutung auf den auf diesem Wege zu erhaltenden Ruhm oder Vortheil legte oder gegenwärtig lege. Die Sicherheit meines Tons und der Stolz und Trotz meiner Jugend, wo ich noch nicht an Schriftstellerei dachte, floß nur aus dem Gefühle meiner Unabhängigkeit von jedem äußeren Verhältniß, jedem künstlichen Bedürfniß." Dann schildert er die Verhältnisse von Landschaft und Stadt Jever, wo er am 17. November 1776 geboren ward. „Kein Adel, reiche Bauern, dünne Bevölkerung; des Bauern Arbeiter seine Miethsleute und Genossen, seine Knechte jüngere Söhne anderer reicher Bauern; Gastfreiheit, Offenheit, alte Art sich zu kleiden und zu nähren, plattdeutsche, und zwar tiefplattdeutsche Sprache. Abgelegen von jeder Heerstraße, ohne bedeutenden Handel, hatte das Städtchen bis auf meine Kindheit die alte Treue der Rüstringer, ihre Einfalt und Derbheit bewahrt. Meine Kindheit scheint mir einer ganz andern Welt, einem ganz andern Jahrhundert anzugehören. Die Mutter war „eine ungemein kräftige" Frau. Unglücklicherweise hatte sie ihr Vater mit Prügeln und nur mit Prügeln erzogen; sie wendete diese rüstringische Manier auch auf alle ihre Kinder an und verdarb sie alle ohne Ausnahme durch diese unvernünftige Strenge. Auch auf meinen Charakter wirkte dies sehr nachtheilig ein, erst spät konnte ich durch viele Mühe und Aufmerksamkeit auf mich selbst die Folgen dieser Art von Erziehung weniger schädlich machen, vertilgen werde ich sie nie." Und vollends über den Vater das furchtbar harte, aber gewiß gerechte Urtheil: „Er war Advocat, hatte aber zu seinem Geschäfte keine Lust; er beschäftigte sich mit schönen Wissenschaften, und im Mißmuthe hatte er sich ganz dem Trunke hingegeben, hatte elf Kinder, neun Söhne und zwei Töchter, ich war das zwölfte Kind. Die kräftige Mutter hatte aus dem Schiffbruche ihres ansehnlichen Vermögens zwei Gütchen gerettet, die sie mit Löwenmuth gegen ihn vertheidigte; daher dann und über das Trinken ewiger Zank und Zwist. Es mochte wol gut für mich sein, daß mein Vater mir durch den Tod entrissen ward, als ich erst sechs Jahre alt war." Der Knabe kam zu einer Tante aufs Land. „Diese Jahre haben einen unauslöschlichen Eindruck in mir hinterlassen, ihnen schreibe ich den Hang nach Einsamkeit, nach dem Genuß der Natur, die Freude am Idyllischen zu." Dann kam er wieder in die Stadt, die damals von den Miethstruppen, welche man nach Canada verschiffte, überfüllt war, und war bald „von Soldaten und Officieren unzertrennlich". „Sie freuten sich meiner Einfälle, sie lehrten mich andere, und ich erhielt eine unselige Fertigkeit, Bemerkungen zu machen. Die Ironie meiner Einfälle konnten weder die Schläge meiner Mitschüler, noch die Peitsche meines wackern ersten Lehrers, noch die Ohrfeigen meines lustigen Conrectors heraustreiben. Im achten bis zehnten Jahre Scenen sehen, wie die, welche ich sah, unterrichtet werden, wie ich es ward, Menschen kennen lernen, wie diese, hätte bei stärkeren Leidenschaften und mehr Gelegenheit auszuschweifen, als ich je gehabt, sehr viel schaden müssen; an mir ging es vorüber." Der Knabe kam, neun Jahre alt, auf die lateinische Schule von Jever, die nicht sonderlich gut bestellt war. Das war auch der einzige Unterricht, den er da genoß. „Leider ließ mich die Mutter nie in schönen Künsten und Fertigkeiten unterrichten, die ich für geringes Geld hätte erlernen können, deren Bedeutung sie aber nicht einsah."

Das Kind ist des Mannes Vater. Darum habe ich bisher die Excerpte aus dieser merkwürdigen Selbstschau, welche so völlig Wahrheit und gar nicht Dichtung ist, in etwas größerer Breite gegeben. Die Schule beschäftigte den Knaben schlecht, er bekam die Lesewuth und verschlang in drei Jahren über viertausend Bücher. „Das Lesen machte mich naseweis, vorlaut, in allen Dingen oberflächlich bewandert und reich an phantastischen Grillen, die ich sophistisch vertheidigte." Erst in Secunda kam bei ihm die Ueberzeugung zum Durchbruch, daß „das wüste Wissen nicht dienen könne, wenn kein Grund gelegt sei". Und nun warf er sich auf das Studium mit derselben Wuth, wie früher auf das Lesen. „Die weite Aussicht auf die Wissenschaft, die sich mir auf diese Weise öffnete, der Wunsch, Alles, was ich kennen lernte, nacheinander zu studiren, mein angeborener Hang zum einsamen Leben und zur Contemplation lockte mich zum Studium der Theologie hin. Als Landprediger glaubte ich die meiste Muße zu haben. Dieser Weg war außerdem der einzige, auf dem sich meine Grille der Unabhängigkeit von Schutz und Beschützern, vom Publicum und den Gelehrten von Profession behaupten ließ." Gewiß ein Grund, der bisher nicht viele Jünger dieser allerheiligsten Wissenschaft in die Arme getrieben. Noch vor dem Abgang zur Universität verlor er auch die Mutter und ward nun, fünfzehnjährig, völlig sein eigener Herr. 1794 ging er nach Göttingen; er studirte auch hier wie am Gymnasium die buntesten Materien mit steigendem Fleiß, aber „Alles nach eigenem Plan". Geschichte, Geographie, Statistik, Latein, Griechisch, Hebräisch, vier moderne Sprachen, Ethnographie, Mathematik, Physik, Astronomie, Philosophie, dazu alle theologischen Fächer — ein unbeschreibliches Wirrsal, aber auch ein unerhörter Fleiß. Nach drei Jahren kehrte er heim und ward Hauslehrer in der gräflichen Familie Bentinck-Rhoone. „Die Leute waren mit mir zufrieden, weil ich keine Ansprüche an sie machte und Tag und Nacht studirte, auch mit Niemandem umging, als mit den Kindern. Manieren, die ich hätte lernen können, lernte ich nicht, weil sich mein roher Stoff nie hat poliren lassen. Ich sammelte aber, ohne es zu wissen, sehr viel Lebenserfahrung, weil man mich für zu unbedeutend hielt, um sich vor mir zu verbergen." Er verlor die Stelle plötzlich, wollte, von jäher Reiselust erfaßt, nach Rußland gehen, blieb aber in Hamburg als Hauslehrer bei einem falliten Kaufmann. Die Stellung war dürftig, aber sie genügte ihm, und in einem Nachbarhause fand er anregenden Verkehr, „es war der Sammelplatz aller verworfenen und bedrängten Genies, viel Geist, wenig Geld, Lustigkeit überall". Aber neben dem geräuschvoller Umgange widmete er sich seinen Zöglingen und arbeite[illegible] rastlos in Philosophie und antiker Philologie. 18[illegible] kam er in gleicher Eigenschaft in das Haus eines Patrizie[illegible]

glatt in dem Werke, es war Freiheit darin; aber ob die Uhr besser ging, ist die Frage. Der Schluß aus diesem Gleichnisse liegt nahe: ich glaube, man wird bei uns in das Verwaltungswerk genügend Oel gießen und an rechter Stelle die Stifte einlassen, aber es ist eine Erfahrung, daß alte Werke besser gehen als neue. Es gibt verschiedene Wege, zu einer guten Verwaltung zu kommen; in unseres Vaters Hause sind viele Wohnungen, und die verschiedenen Völker haben nach dem ihnen angeborenen Geiste ihre Organisation vorgenommen. In England, Frankreich und Deutschland hat dieselbe verschiedene Formen, und die Völker sind mit ihrer Verwaltung zufrieden.

Ein Herr Vorredner von der Rechten bemerkte, daß das Beispiel Preußens uns nützlich sein könne. Daß diese Bemerkung von einem Abgeordneten der Rechten ausgeht, ist befremdend, da es gerade die Hohenzollern waren, die den von dieser Seite des Hauses vertretenen Grundsätzen am allerschärfsten entgegentraten. Das innere Testament des alten Friedrich und des großen Kurfürsten war ein dreifaches: [illegible] Verdrängung aller Hervorragungen; der zweite Punkt betraf die Schule, die ein Organ war, um den staatlichen Gedanken heranzubilden, und der dritte Grundsatz war, keine Schulden zu machen. Die Hohenzollern sind nicht durch ihre Verfassung groß geworden, sondern durch ihre innere Verwaltung. In ihrer Verfassung sehen wir immer zaghafte Schritte, in ihrer Verwaltung hingegen eine ernste Haltung. Die große Periode der preußischen Verwaltung war die unter dem Freiherrn v. Stein. Damals war das nördliche Deutschland in einer ähnlichen Lage wie Oesterreich. Die materielle Wiederaufrichtung gelang dem Freiherrn v. Stein durch die vorzügliche Einrichtung der Ober-Präsidenten. Dieser Institution sollten wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn ich den größten Werth auf die Verwaltung lege, so steht dies im innigsten Zusammenhange mit der Verfassung, und wenn die Klage laut geworden, daß der Nachwuchs an Beamten ein schwacher ist — wo liegt die Wurzel des Uebels? Darin, daß noch Mangel an Vertrauen herrscht, daß die Entwicklung noch nicht vollkommen abgeschlossen erscheint, und auf diesen Punkt hinzuweisen halte ich für nothwendig. Wir organisiren zu oft den Gegensatz. Ich glaube, daß bei uns die Organisation der Verwaltung vor Allem dahin zu streben hätte, daß der Staatsgedanke in den Statthaltern seine kräftige, vollkommene Ausprägung finde, und daß diese wichtigen Beamten ihre Sorgfalt den wirthschaftlichen Interessen zuwenden.

Abg. Ritter v. **Grocholski**: Der Ausschuß nimmt einen ganz andern Standpunkt ein, als derjenige ist, von welchem der Berichterstatter bei seinem Antrage über die Organisirung der politischen Behörden ausgeht. Der Ausschuß klagt über Mangel an Sicherheit der Person und des Eigenthums, über mangelhafte Handhabung der Gesetze sowol im übertragenen als im selbstständigen Wirkungskreise. Ich will daraus dem Ausschusse keinen Vorwurf machen, aber dies möge zum Beweise dafür dienen, wie wenig sicher die Ueberzeugungen in der vorliegenden Sache bisher noch sind. Worin aber der Fehler liege, wie demselben abzuhelfen sei, darüber ist man noch nicht einig. Vielleicht scheut man sich, dem Patienten den Puls zu fühlen und zu erwägen, auf welche Weise Abhilfe geschaffen werden könnte. Der Bericht gibt nicht an, wie viele exponirte Beamte ernannt werden sollen, wie groß ihr Amtssprengel sein soll. Dies ist ein Beweis für mich, daß der Ausschuß nicht recht anzugeben wußte, welchen Wirkungskreis diese Beamten eigentlich haben werden. Diese Beamten sollen eine wünschenswerthe Ingerenz auf die Gemeinden ausüben. Ja, worin soll diese wünschenswerthe Ingerenz bestehen? Der Bericht sagt weiters, daß durch Landesgesetze auch solche Gegenstände diesen Beamten zugewiesen werden könnten, welche zu dem selbstständigen Wirkungskreise der Gemeinden gehören. Da hat man nun allerdings einen verkehrten Weg eingeschlagen, da sollen zuerst die Beamten ernannt werden, und diese sollen mit verschränkten Armen auf die Geschäfte warten, welche ihnen einmal zugewiesen werden sollen. Nach meiner Ueberzeugung würden diese Beamten sehr viele Kosten verursachen. Sie würden weiters die Gefahr einer Ausbeutung der Bureaukratie bis in die untersten Schichten der Bevölkerung mit sich bringen. Wir würden zu jenem alten Bevormundungs-System zurückkommen, wo der Beamte besser wußte, was dem Staatsbürger noth thut, als dieser selbst. (Bravo! rechts.) Die Landtage würden in ihrem Rechte und in ihren Bemühungen, die Gemeindeverhältnisse zu ordnen, gestört. Ich werde daher gegen diese Anträge stimmen. Keineswegs aber will ich leugnen, daß die Gemeinde-Einrichtungen mangelhaft sind, aber dieser Gegenstand gehört ausschließlich zum Wirkungskreise der Landtage, wie dies der Ausschußbericht betont; daher sollte auch ein Antrag in dieser Hinsicht nicht in Verhandlung gezogen werden.

Ich wahre hier ausdrücklich das Recht meines Landtages. Aus diesem Grunde werde ich gegen die Anträge der Abgeordneten Freiherr v. Zschock und Freiherr v. Scharschmid stimmen. Der galizische Landtag hat sich eingehend mit der Reform der autonomen Behörden beschäftigt, aber seine Bemühungen scheiterten an den engen Grenzen seiner Competenz. Die Competenzfrage selbst will ich hier aber nicht berühren. Mag man auch noch so sehr alle Umstände prüfen und sich der Hoffnung hingeben, daß das Beschlossene gut sein wird, so kann man sich doch irren. Vielleicht wird die nächste Zukunft wieder eine Abänderung gebieterisch erheischen. Das war ja auch so bei der gegenwärtigen Gemeinde-Ordnung. Wenn die nächste Zukunft wieder eine Abänderung erheischte, sie läge außer der Competenz des Landtages. Deßwegen ist nach meiner Ueberzeugung das Zustandekommen einer entsprechenden Organisirung in den Kronländern bei getheilter Competenz eine Unmöglichkeit. Schließlich muß man doch zur Ueberzeugung gelangen, daß die Vorbedingung einer guten Verwaltung in den Ländern die Uebertragung des diesfälligen Gesetzgebungsrechtes an die Landtage ist. Darum hat der galizische Landtag die Grundzüge der Organisirung der politischen Behörden für sich verlangt. Ich hoffe, daß Sie ohne Zustimmung der Landtage trotz der hier gehörten Ansichten sich diese Competenz nicht vindiciren werden; sollte das aber geschehen, könnte ich nur sagen, wo die Gewalt anfängt, hört jede Discussion auf. Man braucht nicht zu fürchten, daß die verschiedenen Länder sich verschiedene Gesetze geben würden. Das Erforderniß der Sanction schließt eine solche Gefahr aus, und auch gegenwärtig bestehen ja in den einzelnen Ländern Verschiedenheiten.

Wenn man erkannt haben wird, daß die getheilte Competenz eine unüberwindliche Schwierigkeit bildet, dann wird man leicht die Mittel finden, diese Bedenken zu beseitigen, und ich zweifle nicht, daß die Länder hier willig die Hand dazu bieten werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf **Mieroszewski**: Die Reform der politischen Verwaltung scheint sich meiner Ansicht nach in zwei Theile zu spalten: der eine Theil betrifft die Gemeinde-Reform, und diese gehört unstreitbar in die Competenz der Landtage; der andere Theil, welcher die Grundsätze betrifft, nach welchen die kaiserlichen Verwaltungsbehörden organisirt werden sollen, fällt in die Competenz des Reichsrathes. Ich gestehe nun offen, daß ich das gegenwärtige Gemeindegesetz für ein vollkommen gutes halte, und ich finde blos, daß die Gemeinden, welche dem Gesetze entsprechen sollen, bei uns nicht existiren, weil man sie eben aufgehoben hat. Man stelle diese wieder her, das Substrat ist vorhanden, und die Gemeinde kann ihrer Pflicht nachkommen. Man möge daher das bestehende Gesetz langsam verbessern, bis es den Verhältnissen vollkommen entspricht. Wir, in unserem Lande, haben Gemeinden von acht, fünfzehn bis zwanzig Häusern. Ist nun bei einer Gemeinde von acht Häusern — und was sind das mitunter für Häuser! — möglich, von einer Gemeindeverwaltung zu sprechen?

Die Ursachen der Mängel der politischen Verwaltung liegen in einem falschen Principe, welches angenommen worden ist, nämlich in dem falschen Grundsatz der Theilung der verschiedenen Wirkungskreise. Wir kamen dadurch zu einem Dualismus, der keine Arbeitstheilung, sondern eine nutzlose Arbeitsverdopplung ist. Beide Regierungen können nicht mit gleicher Macht ausgestattet werden. Ich glaube, die landesfürstliche sollte die überwiegende Macht haben.

Wie würde es aussehen, wenn an Stelle eines Ministers an der Spitze jedes Ressorts ein mehrköpfiger Senat wäre? So ist es in den Bezirks- und Landesausschüssen. Ist es da ein Wunder, daß diese Behörden nicht im Stande sind, ihrer Aufgabe nachzukommen? Es wäre demnach nöthig, den Dualismus aufzugeben und jede Thätigkeit als die Regierung sowol wie das Reich und das Land angehend zu erklären. Soll das aber geschehen, muß man einen Nachfolger für die Ausschüsse finden; dies ist die landesfürstliche Behörde. Die Agenden des Bezirksausschusses übergebe man der Bezirkshauptmannschaft, die des Landesausschusses der Statthalterei. Da man sich aber gewöhnt hat, keine Ingerenz der Regierung zuzulassen, kann man dieser Anschauung Rechnung tragen, indem zur Besorgung dieser Geschäfte bei den landesfürstlichen Stellen Räthe gewählt werden auf eine gewisse Anzahl von Jahren gegen eine Entlohnung. Dann haben wir autonome Beamte, die zur Arbeit verpflichtet sind, nicht als Volontäre erscheinen und befähigt sind.

Wenig hätte ich zu sagen in Bezug auf das, was von einzelnen Herren als Sanirungsmittel angeführt wurde. Was die Verantwortlichkeit des Statthalters vor dem Landtage anbelangt, darüber werde ich kein Wort verlieren. Ich glaube, daß, wenn dieses Princip in allen unseren siebzehn oder neunzehn Landtagen durchgeführt wäre (Heiterkeit), würden wir in der ganzen Monarchie nicht Einen Minister finden, der im Stande wäre, die Verantwortung vor dem Reichsrathe und der Krone für die siebzehn Statthalter zu übernehmen. Ich möchte da ein Factum vorbringen, welches sich in meinem Lande ereignete, wo ein junger Bezirks-Efendi nicht blos auf die Wahlen in den Landtag Einfluß geübt, sondern auch seine Competenz überschritt. In Folge dessen sind die Wähler nach Wien gegangen, und die Sache muß jedenfalls wichtig gewesen sein, da der Minister des Innern darüber ein Protocoll aufnehmen ließ. Als die Leute nach Hause kamen, hat der Bezirks-Efendi ein Mitglied dieser Deputation durch das Dorf schleppen lassen und ihm zugerufen: „Ich will dich lehren, nach Wien zu gehen und über mich zu klagen!" (Rufe: Hört! Hört!) Sodann trat er als Kläger gegen dieses Mitglied auf, zog ihn in Untersuchung und fungirte dabei als Zeuge. Der Wähler wurde zu vierzehn Tagen Arrest verurtheilt, und derselbe Efendi hat dieses Urtheil ausgefertigt. (Rufe: Hört! Hört!) Der Efendi glaubt vielleicht, mit der Zeit es zu einem Landespascha zu bringen. Doch wird uns hoffentlich die Regierung und Gott davor schützen! (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Waldert**: Der Abg. Graf Hohenwart hat durch die Behauptung, daß der Statthalter den Landtagen verantwortlich gemacht werden soll, ein System entwickelt, welches in seinem Munde vielleicht weniger gefährlich erscheint, als in dem eines andern Abgeordneten, welcher demselben Gedanken in den Worten Ausdruck gegeben hat: den Ländern die Selbstregierung, dem Wiener Staate nichts. Das ist zwar mit verschiedenen Worten, aber dem Gedankengange nach dasselbe gesagt. Wenn man dem Wiener centralisirten Staate nichts geben will, so bleibt auch nichts für den Staat, es wird mit anderen Worten die Auflösung des Staates decretirt. Man benützt eben die Klagen über den dermaligen Zustand der öffentlichen Verwaltung dazu, um der Verfassungspartei die Schuld an allen Uebelständen, mögen sie bestehen oder nicht, aufzubürden. Der Ausschuß hat den Sitz des Uebels nicht richtig aufgefaßt. Er glaubt, daß alle Uebelstände in dem Gesetze vom Jahre 1868 ihren Ursprung haben. Das ist aber eine falsche Diagnose, und ich glaube, es ist ganz verkehrt, daß man die politischen Behörden reorganisirt, wenn man eine Reform auf dem Gebiete des Gemeindelebens anstrebt. Sämmtliche Angelegenheiten der Ortspolizei gehören in den selbstständigen Wirkungskreis der Gemeinden; aber der Wirkungskreis der politischen Behörden ist immer ein negativer. Dagegen geht der Ausschuß von der Ansicht aus, daß die exponirten Commissäre positiv einschreiten sollen; das würde nur eine Unzahl von Competenz-Conflicten zur Folge haben.

Seit fünfzehn Jahren befinden wir uns in einer retrograden Bewegung; früher besaßen die gebildeteren Elemente noch eine Ambition für das Vorsteher-Amt: heute fühlt man sich allgemein davon abgestoßen. In Böhmen wird es oft geradezu als Last betrachtet.

In Bezug auf die Bezirksvertretungen weist Redner auf mehrere Petitionen hin, [illegible] denselben eine Executive einzuräumen. Gegenwärtig sei ihre Stellung derart, daß sie eigentlich weder zu leben noch zu sterben hatten. Was endlich den Landesausschuß betreffe, so sei er auf die Dauer unhaltbar. Allerdings ist die Besorgung der Regierungsgeschäfte nicht das Schlimmste, sondern die von dem Landesausschusse ausgeübte Verwaltungs-Gerichtsbarkeit. Besonders tritt dies in Böhmen zu Tage. Ein großer Mangel sei es, daß der Landesausschuß nicht in der Lage sei, seine Aussprüche und Entscheidungen zu exequiren. Die Entscheidungen des Landesausschusses, wenn sie behufs Vollziehung an die Statthalterei gelangen, werden dort abermals geprüft. Nun kann der Landesausschuß sich einer solchen Fatalität, daß seine Entscheidungen eventuell nicht exequirt werden, nicht aussetzen, so daß sich die Praxis herausgebildet, daß der Landesausschuß eine meritorische Entscheidung, von welcher er besorgt, daß sie von der Partei nicht befolgt werden könnte, erst an die Statthalterei leitet mit der Anfrage, ob sie bereit ist, dafür die Executive zu geben.

Was soll nun an die Stelle des gegenwärtig Bestehenden gesetzt werden? Eine radicale Reform hält Redner nicht für angezeigt, wol aber eine energische Fortbildung der gegenwärtig bestehenden Einrichtungen. Nicht das Beispiel Preußens, vielmehr das Sachsens hält er für wünschenswerth. Auf die Unterscheidung zwischen größeren und kleineren Gemeinden soll jedoch Gewicht gelegt werden.

Redner stimmt nicht für den Ausschußantrag, würde aber den Uebergang zur Tagesordnung beklagen. Der Antrag des Ausschusses und des Abg. Freiherrn v. Zschock sei präjudicirlich. Um ein Präjudiz zu vermeiden, stellt er den Antrag:

„Das hohe Haus wolle beschließen, die Regierung wird aufgefordert, ehestens solche Vorlagen zur verfassungsmäßigen Behandlung zu bringen, welche geeignet sind, die dermaligen Uebelstände in der öffentlichen Verwaltung zu beseitigen." (Beifall links.)

Mit Rücksicht darauf, daß noch neun Redner eingetragen sind, sohin der in Verhandlung stehende Gegenstand heute nicht mehr erledigt werden kann, schließt der Präsident um 3 Uhr die Sitzung.

Die Abg. Promber und 30 Genossen stellen eine Interpellation an den Unterrichtsminister, dahin gehend: Sind die seit 30 Jahren erledigten Canonicate an dem fürsterzbischöflichen Metropolitan-Capitel zu Olmütz nicht besetzt, und in welchem Stadium befindet sich gegenwärtig diese Angelegenheit? Ist es richtig, daß mit der Curie irgend welche Verhandlungen angeknüpft wurden, welche der letzteren irgend einen Einfluß auf die Entscheidung der Frage, ob nichtadelige Bewerber zur Erwerbung dieser Canonicate zuzulassen sind, gewähren könnten? Wann endlich ist eine definitive Erledigung dieser Frage und sohin die Besetzung dieser Domherrenstellen im Sinne des Gesetzes und daher auch Zulassung von nichtadeligen Bewerbern zu erwarten, und was hat der Cultusminister seit dem 15. Februar 1875 zur Beschleunigung und Beendigung dieser Angelegenheit verfügt und vorgekehrt?

Der Präsident gibt folgende Wahlresultate bekannt: In den Ausschuß zur Vorberathung des Gesetzes, betreffend das Thürheim'sche Real-Fideicommiß, wurden gewählt von der zweiten Abtheilung Abg. Dr. Foregger, von der dritten Abtheilung Freiherr v. Hadelberg, von der sechsten Abtheilung [illegible] v. Forster, von der achten Abtheilung Graf [illegible], von der neunten Abtheilung Schwab.

In den Ausschuß zur Berathung der Gesetze betreffs [illegible] der [illegible] und [illegible] Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften in Galizien wurden gewählt die Abgeordneten: Dr. Rodzowski, Skrzynski, [illegible], Dr. Roser, Dr. Wedl, Gierowski, v. Renney, Dr. [illegible], Dr. Haase.

Nächste Sitzung: Dienstag. Tagesordnung: 1. Wahl des Ausschusses zur Vorberathung des Gesetzes, betreffend die Recruten-Aushebung; 2. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Inland.

Wien, 17. November. (Parlamentarisches. Noch ein Circulär. Die energische Hand des Baron Rodich.) Die heute von den verfassungstreuen Fractionen des Abgeordnetenhauses beschlossene Versammlung der gesammten Verfassungspartei ist definitiv auf Mittwoch den 22. November festgesetzt worden. Es wird wol mit aller Bestimmtheit versichert, die Regierung werde schon am Dienstag, also dem Tag vor der Versammlung, dem Reichsrathe unaufgefordert Mittheilungen über die Ausgleichsverhandlungen machen, und diese müssen dann wol in erster Linie das Substrat der Verhandlungen in der großen Abgeordneten-Conferenz bilden; allein auch der im heutigen Abendblatte mitgetheilte Programm-Entwurf bezüglich des Ausgleichs wird ohne Zweifel in jener Versammlung eine Rolle spie-

---

in Frankfurt, eines trefflichen Mannes. „Leider knüpfte ich meine eigene Bildung ganz an die der beiden Kinder an und riß sie in den Sturm meines Dranges nach Wissen hinein, ohne zu bedenken, daß meine Studirwuth eine Art Krankheit sei." Hier studirte er die Botanik auf das gründlichste, las alle neueren Historiker von Hume bis auf Johannes v. Müller und schrieb seine beiden ersten Werke, Monographien aus der Kirchengeschichte: „Abälard und Dulcin" und „Leben des Theod. Beza und des Pater Martyr Vermiti". Das letztere ward (1808) zu Jever vollendet, wohin er als „provisorischer Conrector" mit dem „sehr bedeutenden" Gehalte von 700 Thalern berufen worden war. Er ertrug es trotzdem nicht lange und kehrte 1810 nach Frankfurt zurück, in dasselbe Haus, aber nicht mehr als Lehrer, sondern als Freund seiner Zöglinge; dort schrieb er seine berühmte „Geschichte der bilderstürmenden Kaiser". „Es war nicht auf literarischen Ruhm, es war auf eine bescheidene Anstellung im inneren Deutschland abgesehen." Das wollte sich noch nicht erfüllen, aber ein anderes Glück ward dem nun schon vielgenannten Historiker zu Theil. „Es ward mir eine neue Seite des Lebens gezeigt, ich hörte auf, an allem wahrhaft Menschlichen zu zweifeln, ich machte innere Erfahrungen. Die idealischen Träume meiner Jugend schienen mir kein eitler Wahn mehr, und ich gewann neuen Muth für den Kampf mit der Gemeinheit. Mein Herz ward zerrissen und geheilt und mit der Menschheit völlig ausgesöhnt." Es war ein Freundschaftsbündniß mit einer edlen Frau, dessen er so enthusiastisch gedenkt, keine Liebschaft, denn „Liebe im gemeinen Sinne ist mir ohne Heirat immer lächerlich und erbärmlich vorgekommen". Inzwischen war Dalberg auf ihn aufmerksam geworden, Schlosser ward Professor am Frankfurter Lyceum, schrieb hier seine „Geschichte der alten Welt" und ward 1817 nach Heidelberg berufen, wo er durch mehr als ein Menschenalter herrlich und unvergeßlich wirkte.

Mit der Schilderung seiner ersten Pariser Reise schließt die Selbstbiographie. Sein äußeres Leben bietet von da ab wenig bemerkenswerthe Momente: was sein Inneres betrifft, so ward er immer strenger gegen sich, je berühmter er ward, im Leben wie im Streben. Aber „ein Leben ohne Liebe — das wäre ja ärger als der Tod!" hatte er einmal in einem Briefe an oben erwähnte Freundin geseufzt. So heiratete denn der Fünfzigjährige und ward unendlich glücklich, obwol er kinderlos geblieben. Am 23. September 1861 schloß er die müden Augen.

Schon diese knappen Andeutungen über den Menschen geben den besten Commentar für die Eigenthümlichkeiten des Historikers, seine Vorzüge, wie seine Schwächen: die ungeheure, aber nicht recht gebändigte Wissensfülle, die herbe Schroffheit des ethischen Urtheils, zwischendurch größte Weichheit, eine Wahrheitsliebe, so unbeugsam, daß sie selbst jede Pietät mit Füßen tritt, originelle, aber stellenweise auch bizarre Weltanschauung.

Die Vorzüge sind aber doch überwiegend. Vor Allem: der Umfang seiner Gelehrsamkeit war ein unermeßlicher, sie verbreitete sich über alle Zeiten und Völker, fast über alle Wissenschaften, und sie wird noch werthvoller durch die Art, wie er sie nützte. Nirgendwo aufdringlich, nirgendwo als Selbstzweck. Es verdient schärfstens hervorgehoben zu werden, daß kein anderer Geschichtsschreiber so völlig alle Neben- und Hilfswissenschaften seiner Wissenschaft beherrscht und daß gleichwol kein Anderer weniger damit geprunkt, als Schlosser. Ferner seine sittliche Größe. Er hat das herbe, strenge Ethos zur Grundlage seiner Geschichtsschreibung gemacht. Das ist an sich gewiß ein berechtigter Standpunkt, und es ist dadurch so viel Reinheit, Mannhaftigkeit und Erhebung in Herz und Hirn seiner Schüler — und Schüler war ihm einst sein ganzes Volk — geweckt worden, daß es gering in die Schale fällt, daß er in Consequenz dieses Standpunktes hie und da ungerecht geworden. Kleinlich aber ward er hiedurch nie. Er wollte „sich lieber opfern, als der Ueberzeugung untreu werden", darum waren ihm die „verwaschenen Seelen", welche die Wahrheit nicht ertragen konnten, „fast ebenso verhaßt, als die Schlechten". Er hat sich oft genug selbst widersprochen; aber es geschah immer aus Wahrheitsliebe, er war eben des Richtigeren inne geworden oder hatte eine andere Seite desselben Menschen oder Zustandes vor Augen. So setzt sich ein Bild Mirabeau's, wie er es auffaßte, nicht blos aus verschiedenen Stellen, sondern auch aus verschiedenen Ausgaben seines „Achtzehnten Jahrhundert" zusammen, denn er wiederholte sich nie, faßte nie zusammen. In seiner Gerechtigkeitsliebe stellte er alles Gute und alles Schlechte hart neben einander, was sich freilich oft komisch genug machte. Dahlmann erzählt, wie er einmal von Schlosser über einen Collegen die Auskunft erhalten: „Das ist ein ganz schlechter Kerl, übrigens mein guter Freund; ich sehe ihn nie." Es war dies Alles wahr: der Mann war ein schwacher Charakter, Schlosser liebte ihn doch, empfing ihn aber nie in seinem Hause. Wie hier der Mensch, hat oft genug der Historiker geurtheilt. Uebrigens läßt sich nicht leugnen, daß Schlosser bitter und verbittert war. Aber vielleicht darf man zur Entschuldigung an seine Jugend erinnern — eine Kindheit ohne Sonnenschein wirkt immer nach.

Dies leitet uns zu einem weitern, ewig giltigen Vorzuge des Mannes herüber: seiner Volksthümlichkeit, seiner freiheitlichen Gesinnung. Man darf dabei nicht an die Demokratie der Gasse denken. Als der damalige österreichische Gesandte in Frankfurt von ihm einen Hauslehrer erbat, nur dürfe er kein „Politiker" sein, erwiderte Schlosser, „dann könne er nicht dienen, denn ein Jüngling, der sich nicht um sein Vaterland bekümmere, sei nicht empfehlenswerth". Sich um das Vaterland bekümmern, das Wohl des Volkes nach Kräften fördern, das allein war auch dem Historiker Zweck und Ziel. Er vertheidigte keine bestimmte Partei, keine bestimmte Verfassungsart, er lobt und tadelt bald die Monarchie, bald die Republik, je nachdem hiedurch der Zweck erfüllt ward: das Wohl des Volkes. Das schien ihm das Ziel, aber er wollte nichts von einem alleinseligmachenden Wege wissen. Und wie er seine Werke hauptsächlich dazu schrieb, um dem Volke den Trost zu vermitteln, daß es „Söhne von Hirten und Zimmerleuten, arme Fischer und verfolgte Missionäre" gewesen, welche „die Menschheit von den Wunden geheilt, die ihr Stolz und Ueppigkeit und Barbarei geschlagen", so stehen auch im Vordergrunde seiner Darstel-

len. Wir enthalten uns vorläufig einer meritorischen Würdigung dieses Programms, weil dasselbe zu einer ausführlichen und gründlichen Erörterung herausfordert, und begnügen uns für heute damit, die merkwürdigen Umstände zu verzeichnen, unter denen es im Abgeordnetenhause seinen Einzug hielt. Die geistige Vaterschaft desselben scheint Herrn Skene zu gebühren. In einer Reihe von privaten Abgeordneten-Besprechungen, welche Herr Skene veranstaltete, wurde das Programm geboren, und heute sprang es wie Minerva aus dem Haupte des Zeus mit Wehr und Waffen mitten in die Berathungen des Clubs. Der Fortschritts-Club acceptirte dasselbe sofort ohne Debatte, ohne Prüfung, en bloc. Man bedenke wohl: der Fortschritts-Club acceptirte en bloc ein Programm, das in seinem vierten Punkte den Satz enthält: „Jene Form der Verbindung mit Ungarn, die erfahrungsgemäß Oesterreich bisher einen ungenügenden Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten einräumt und das natürliche Machtverhältniß beider Staaten verrückt hat, ist in einer den Einfluß Oesterreichs sicherstellenden Weise zu regeln, widrigens die volle Selbstständigkeit und die Möglichkeit der Selbstbestimmung für Oesterreich anzustreben ist." Das heißt, der Fortschritts-Club acceptirte ohne Debatte ein Programm, welches eine fundamentale Aenderung der Verfassung enthält, eine Verfassungs-Aenderung, über deren vollen Sinn sich heute noch Niemand Rechenschaft geben kann, von der aber so viel klar ist, daß die eine Alternative derselben die Personal-Union ist. Noch mehr! Man spricht schon angesichts dieses Programms auch von einer neuen Partei. Auch in der Linken und im Centrum soll es Anhänger dieses undiscutirten und, wie uns scheint, in manchem Punkte undiscutirbaren Programms geben, und alle diese Leute sollen entschlossen sein, wenn ihre Fractionen zu der neuen Religion sich nicht bekennen wollten, auszutreten und sich dem Fortschritts-Club anzuschließen. Kurz, es ist im Abgeordnetenhause eine Art Verschwörung zum Ausbruche gekommen, [illegible] das Resultat ist: nicht eine Fraction, nicht eine Partei, sondern eine neue Secte. Wir wollen nun die weitere Entwicklung dieser originellen Erscheinung abwarten

Die Debatte über die Reform der politischen Verwaltung wird am Dienstag fortgesetzt. [illegible] Lasser will in derselben das Wort ergreifen, und [illegible] Herbst hat sich heute in die Rednerliste einzeichnen lassen. Die von Dr. Giskra heute im Abgeordnetenhause eingebrachte Petition der dalmatinischen Verfassungspartei wurde dem Petitions-Ausschusse überwiesen. Dieser versammelte sich heute Abends und beschloß, zunächst die Regierung über die Angelegenheit zu hören und deßwegen den Minister des Innern für Montag zur Abgabe von Erklärungen der Regierung einzuladen. Mit dem Referate über die Petition wurde Dr. Promber betraut.

Ein würdiges Gegenstück zu dem [illegible] Preßcirculär des Fürsten Auersperg ist ein anderes [illegible], das — nach einer heute vom Abgeordneten [illegible] im Fortschritts-Club gemachten Mittheilung — gleichfalls an die politischen Behörden ergangen ist und dieselben anweist, Beschlüsse von Gemeinden und Bezirksvertretungen, welche den ungarischen Ausgleich betreffen, als nicht in deren Competenz gehörig, hintanzuhalten. Die „starke Hand" unseres Ministeriums legt sich also immer fühlbarer auf uns. Zuerst die Preßfreiheit und nun gar auch das Petitionsrecht! Wird vielleicht Fürst Auersperg die Gewogenheit haben, auch dieses Rundschreiben in extenso zur Kenntniß des Abgeordnetenhauses zu bringen? Es wär' ein Ziel aufs innigste zu wünschen.

Das Ministerium hat sich auch seine Officiösen wunderbar schnell auf die neue Ordnung abgerichtet. Mit der Gelehrigkeit eines Pudels sehen wir sie die „Nomenclatur" des Freiherrn v. Lasser von der „Verfassungspartei" sich zu eigen machen, und schon finden wir dieselbe auch in einer Apologie für Baron Rodich verwerthet. Ein Officiosus meint heute, in erster Linie komme die „energische Hand" des Baron Rodich und dann erst seine Verfassungstreue in Betracht. Nun, wir verstehen vollkommen. Nur scheint Baron Rodich blos Eine „energische Hand" zu haben, nämlich diejenige, welche er der dalmatinischen Verfassungspartei auf den Nacken legt. Die andere Hand Sr. Excellenz ist wol diejenige, mit welcher er in die Hände der Crivoscianer einschlug, als er den Frieden von Knezlac schloß. Auch die Durchführung des Wehrgesetzes in den Bocche scheint Baron Rodich noch nicht mit der „energischen Hand" angefaßt zu haben. Dafür gehört er zur „Verfassungspartei" des Freiherrn v. Lasser!

Wien, 17. November. (Landtagswahlen in Dalmatien.) In Dalmatien nimmt trotz der Entschiedenheit, mit welcher die Haltung der dortigen Regierungsorgane gegenüber der Verfassungspartei im Abgeordnetenhause verurtheilt wird, der Terrorismus zu Gunsten der Slaven bei den Wahlen kein Ende. Wir erhalten heute aus Spalato von achtungswerther Seite neuerlich telegraphische Beschwerden über die Fortdauer dieser Zustände. Begreiflicherweise wird die Zahl der Beitrittserklärungen zu der Petition, die heute im Abgeordnetenhause überreicht wurde, in demonstrativer Weise vermehrt. Die verfassungstreuen Gemeinden Dalmatiens, heißt es in dem an uns gerichteten Telegramme, wollen durch ihre Zustimmung zu dieser Petition erklären, „daß in einem Augenblicke, wo Europa für das Los der Rajahs eintritt, die politische Knebelung der österreichischen Verfassungspartei in Dalmatien nicht fortdauern könne". Uebrigens ist die Aufzählung von gesetzwidrigen Beeinflussungen der Wahlen in der heute von Dr. Giskra im Hause überreichten Petition nicht erschöpft. Auf der Insel Brazza soll — wir reproduciren einfach die Nachricht, wie sie uns geworden — der Podestà die nöthige Correctur der Wahllisten im slavischen Sinne vorgenommen und jede Stimme für einen verfassungstreuen Candidaten einfach zurückgewiesen haben. In Solta hat in Folge der Manipulation bei der Redigirung der Wahllisten die Verfassungspartei sich der Abstimmung enthalten.

Wien, 17. November. (Bericht des Ausschusses zur Berathung der Civilproceß-Ordnung.) Der Ausschuß zur Vorberathung der Civilproceß-Ordnung hat den Bericht über den Antrag auf Anwendung des Gesetzes vom 30. Juli 1867 bei Berathung dieses Gesetzentwurfes erstattet und stellt den Antrag: 1. „Der von der Regierung vorgelegte Entwurf einer Civilproceß-Ordnung, sowie das noch vorzulegende sechste Buch derselben und das hiezu gehörige Einführungsgesetz ist dem durch das Gesetz vom 30. Juli 1867 für die Behandlung umfangreicher Gesetze vorgezeichneten Verfahren zu unterziehen. Das hohe Herrenhaus werde eingeladen, diesem Beschlusse zuzustimmen, und in diesem Falle sei die Genehmigung der übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser des hohen Reichsrathes von Sr. kaiserlichen und königlichen Majestät einzuholen. 2. Der zur Vorberathung des Entwurfs einer Civilproceß-Ordnung in der Sitzung am 30. October 1876 gewählte Ausschuß werde berufen, die Vorberathung dieser Gesetzentwürfe auch nach dem Zeitpunkte der Anwendung des erwähnten Gesetzes fortzusetzen. 3. Der hiemit zur Vorberathung der Civilproceß-Ordnung und des Einführungsgesetzes zu derselben berufene Ausschuß habe in Anwendung der §§. 11, 12, 13 und 14 des Gesetzes vom 30. Juli 1867 auch nach der Schließung der Session des Reichsrathes oder während dessen Vertagung in Thätigkeit zu bleiben, und es sei zu diesem Beschlusse die Genehmigung Sr. kaiserlichen und königlichen Majestät einzuholen."

Wien, 17. November. (Budget-Ausschuß.) In der heutigen Sitzung des Budget-Ausschusses referirt Abg. Eduard Sueß [illegible] über das Unterrichts-Budget und beantragt zunächst, für Gymnasien im Ganzen einzustellen 2.521,200 fl., und zwar 20,505 fl. weniger, als die Regierungsvorlage beansprucht. Dabei besprechen die Abgeordneten Schaup und Wildauer die Ueberlastung der Gymnasial-Schüler und die hieraus hervorgehende Gefährdung der physischen Gesundheit, sowie die bescheidenen Erfolge dieser Studien, und Beide betonen die Nothwendigkeit einer Umgestaltung des Organisations-Planes für Gymnasien. Der Unterrichtsminister erklärt, daß man ernstlich damit beschäftigt ist, die Ueberlastung und Ueberbürdung der Schüler zu beheben, daß aber die Durchführung im Einzelnen sich außerordentlich schwierig zeige.

Der Minister anerkennt ferner, daß die Gymnasial-Professoren leider sehr oft geeigneter sind, zu dociren, als pädagogisch zu unterrichten; er beschäftige sich daher auch mit Einrichtungen, diesem Uebelstande abzuhelfen und den didaktisch-pädagogischen Theil des Gymnasial-Unterrichts zu verbessern. Ebenso beschäftige er sich damit, eine durchgreifende Reform des Gymnasial-Unterrichts in der Richtung anzustreben, daß die als unzweckmäßig anerkannte Zweistufung in den Gymnasialfächern ein Ende finde.

Im Extra-Ordinarium beantragt Referent die Einstellung der Regierungsziffer per 182,160 fl.

Abg. Dr. Giskra erwähnt des Uebelstandes, daß die Localitäten des Akademischen Gymnasiums in Wien für die Gesundheit der Schulbesucher unzweckmäßig erscheinen. Man möge erwägen, ob die der Kälte und dem Luftzuge ausgesetzten Gänge vor den Schulzimmern abgeschlossen werden könnten. Das höchst unpraktische Steinpflaster des Hofes könnte beseitigt und dafür der Hof zum offenbaren Nutzen der Schüler besandet und mit Bäumen bepflanzt werden. — Der Minister versprach, der Sache seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Bei der Rubrik „Realschulen" beantragt der Referent einen Gesammt-Abstrich von 10,341 fl., bei den Rubriken „Prüfungs-Commission", „Dienkeszulage der Professoren", „Nautische Schule" und „Studien-Bibliotheken" die Einstellung der Regierungsziffer mit unerheblichen Abrundungen, und werden seine Anträge angenommen.

Bei der Rubrik „Specialschulen" weist der Referent darauf zurück, daß in den früheren Jahren die Beschlußfassung über die definitive Auflassung der chirurgischen Lehranstalten dem Abgeordnetenhause vorbehalten wurde, während die Regierung einseitig mit der Auflassung vorgehe, und macht auf die Calamitäten für die Land- und Gebirgsbewohner aufmerksam, welche aus jenem Vorgange erwachsen werden. Redner betont, daß die Zahl der Mediciner auf den Universitäten in starker Abnahme begriffen sei, daß die Promotionen sich seit 1871 sehr vermindern, daß ein Ersatz der Landärzte durch promovirte Doctoren in geeigneter Zahl absolut nicht zu erreichen sei und der große Mangel an Aerzten auf dem Lande eine unausbleibliche Folge sein werde.

Abg. Lienbacher beruft sich auf Landtagsbeschlüsse, welche den Fortbestand der Anstalten fordern.

Abg. Dumba unterstützt den Referenten mit seinen Erfahrungen auf dem flachen Lande.

Der Unterrichtsminister beruft sich dagegen auf die entgegengesetzten Voten der Statthalter und Fach-Autoritäten und bemerkt, daß die Auflösung nur eine Folge der im Jahre 1870 im Abgeordnetenhause grundsätzlich beschlossenen Auflassung sei, wogegen der Referent sich auf die in den Jahren 1874 und 1875 vom Abgeordnetenhause vorbehaltene definitive Entscheidung beruft und erklärt, er beschränke sich diesmal auf die formelle Seite der Behandlung der Frage von Seite des Ministers, von dem der verlangte Bericht ausstehe, enthalte sich aber, einen Antrag zu stellen, und wolle blos die factische Darstellung der Sachlage im Berichte hervorgehoben wissen.

Die Ziffern für die Special-Lehranstalten werden mit mehreren Abstrichen zu bewilligen beantragt, woraus ein Gesammt-Abstrich [illegible] 21,819 fl. resultirt, und werden diese Anträge angenommen.

Bei der Rubrik „Volksschulen" wird beantragt, als [illegible]narium 1.602,012 fl. und als Extra-Ordinarium 245,500 fl. einzustellen, wonach ein Abstrich von 327,836 fl. gegen die Regierungsziffer sich ergibt, was wesentlich darin seinen Grund hat, daß sämmtliche für bloße Neubauten eingestellte Beträge zum Abstrich beantragt wurden, und wurden auch diese Anträge des Referenten, ungeachtet der Gegenbemerkungen des Ministers, vom Ausschusse angenommen.

Ausland.

Wien, 17. November. (Zur Tagesgeschichte.) Die Fama ist geschäftig und horcht an allen Thüren. So wird die Conferenz schon vor ihrem Zusammentritte als todtgeboren bezeichnet, denn etwas Anderes kann unter dem allerdings noch nicht unterstützten Gerüchte, daß die Conferenz „verschoben" sei, doch nicht verstanden werden. Bis zu einem späteren Termine würde die Basis für eine solche Zusammenkunft möglichenfalls eine weit verschiedene sein, wie jene, welche mit den elf Punkten gemeint ist. Vielleicht hält mehr als Eine Macht es für überflüssig, jetzt am grünen Tische Rußland zuliebe Comödie zu spielen.

Die Aeußerungen des Czars geben dem Petersburger Correspondenten der „Wiener Abendpost" Anlaß zu folgender staffelweisen Beurtheilung: Erstlich gehe aus jenen Aeußerungen hervor, daß der Czar „nur" die Interessen Rußlands im Auge habe; zweitens, daß er sich bemühe, im Einverständnisse mit den übrigen Großmächten auf friedlichem Wege die Garantie für die den Christen der Hämus-Halbinsel gebührenden Rechte zu erreichen, und drittens, daß im Falle des Mißlingens er selbstständig handeln werde. Numero Eins scheint hiebei den zweiten — Nebenzweck gänzlich in den Schatten zu stellen. Da weder die Mächte noch die Türkei „nur" das Interesse Rußlands ins Auge fassen werden, bleibt eben die Gewaltthat als Bodensatz übrig. Nach demselben Berichterstatter trägt man in der russischen Hauptstadt große Entrüstung zur Schau, weil die nicht-russische Welt behaupte, Rußland habe Serbien zum Kriege aufgestachelt und dann im Stiche gelassen. Das Slaven-Comité wird beschuldigt, Hilfsgelder gegen den Willen der edlen Spender für militärische Zwecke verzettelt zu haben. In der That — vae victis! Wären die Serben siegreich gewesen, so hätte sich in Petersburg keine Stimme erhoben, welche Rußlands Aufstachelung oder die richtige Verwendung jener Hilfsgelder in Abrede gestellt hätte — eher das Gegentheil. Inzwischen wird Serbien als abgethan betrachtet und Rumänien „die Erhebung zum Königreiche und die Ausdehnung bis zum Römerwall und Küstendsche versprochen. Die Türkei wäre dann für immer von der Donau ausgeschlossen, ein großer Vortheil, so sagt man hier, für Oesterreich und Deutschland, welchen sich das neue Königreich Rumänien politisch noch mehr anschließen würde". Das Talent Rußlands zur Bestechung soll also jetzt auch an Fürsten erprobt werden. Inzwischen läßt sich die russische Regierung durch Adressen des Adels und der Städte zu ihrem guten Werke beglückwünschen.

Vor einigen Tagen schon machte die Morning Post den Versuch, den Zauber zu brechen, mit dem sich das Weltblatt, die Times, so lange umgeben, als gebe sie der Meinung der großen Majorität des englischen Publicums mustergiltigen Ausdruck. Abermals protestirt jetzt die Morning Post dagegen, daß die Times, die bekanntlich England einem türkisch-russischen Kriege gegenüber vollständige Indifferenz empfiehlt, damit die Anschauungen des Landes kundgebe. Die Times begehe mit solchen Maximen einen Verrath an ihren Lesern. Das Blatt fordert die Presse des Auslandes auf, von diesem emphatischen Proteste der englischen Presse gegen die Worte, den Ton und das Gebahren der Times Notiz zu nehmen.

Der Berliner National-Zeitung kommt allmälig auch der „letzte Rest" ihrer Friedenshoffnungen abhanden. Indem sie zugesteht, daß die Gleichstellung Bulgariens mit Bosnien und der Herzegowina ein schwerwiegender und specifisch russischer Stein in der Wagschale ist, fragt sie beziehungsvoll: „Was ist Bulgarien, wer ist Bulgar, wo hört Bulgarien auf? Ist es das bulgarische Donau-Vilajet? Dann wird man sich rasch verständigen. Aber Rußland hat seine eigene und neue Karte von Bulgarien, und auf dieser sind die Grenzen so offen, daß General Ignatieff noch heute mit seinen geographischen Studien darüber nicht am Ende ist." Bekanntlich gehört nach der moskowitischen Kartographie auch Adrianopel zu Bulgarien. Eine Etappe weiter, und die Panslavisten werden für das „Tschernajeff-Grün" ihrer Uniform auch den Bosporus in Anspruch nehmen. Der Kosak hat eben seine eigenen Begriffe von der Geographie, und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, welche heute das Mobilisirungs-Rundschreiben Gortschakoff's als „correct und maßvoll" bezeichnet, scheint dieselben approbiren zu wollen. Sie macht sich weidlich über den Pariser „Figaro" lustig, der jüngsthin Breslau in Rußland suchte. Für das bulgarische Adrianopel hat sie vermuthlich nur ein demüthiges Kopfnicken.

Es taucht die Nachricht auf, daß Deutschland die Mobilisirung des fünften und sechsten Armeecorps seiner Armee (Posen und Schlesien) beabsichtige. Wir haben diese Meldung heute Früh in einem Berliner Briefe der Breslauer Zeitung, jedoch in so hypothetischer Form gefunden, daß wir ihre Erwähnung für überflüssig hielten, sintemal der Zusatz, daß durch diese Maßregel die Aufstellung einer österreichischen Armee in Siebenbürgen verhindert werden solle, die Glaubwürdigkeit derselben nicht erhöhte. Der Correspondent brachte die Möglichkeit einer solchen Maßregel mit

---

lung überall die Völker, nicht die Höfe. Den Zeugnissen der Diplomaten, für Ranke so werthvoll, ging Schlosser so weit als möglich aus dem Wege, freilich nicht immer zum Nutzen seiner Darstellung. Aber er verschmähte es nun einmal, „in unbegangenen Kohlenschachten zu graben, wo im grünen Walde der offenliegenden Geschichte so viel frisches Holz noch ungeschlagen steht". Es bleibt sein unvergängliches Verdienst, zuerst die geistigen Strömungen im Volke berücksichtigt zu haben, „in denen die freiest wirkenden Antriebe der Thaten gesucht werden müssen". Daß die Literatur-Geschichte ein lebendiger Theil der Volksgeschichte sei, hat Schlosser zuerst erkannt, und schon dies genügte, ihn in seiner Wissenschaft unsterblich zu machen.

Er ist es auch in der politischen Geschichte Deutschlands, obwol er nie praktischer Politiker gewesen. Er wollte dies nicht sein. Seine Gründe dafür hat er 1848 ausgesprochen, als er gegen die Doctrinäre der Frankfurter Paulskirche die goldenen Worte sprach: „Der Gelehrte versteift sich in seine Ansicht, kommt dadurch in Widerspruch mit dem Gang der Dinge, hilft, ohne es zu wissen, diesen in eine Sackgasse drängen und befördert so das Streben selbstsüchtiger Parteien und der auf Reaction bedachten Staatsmänner." Und als der nachmalige König Max von Bayern als Kronprinz ein Memoire über die Lage Deutschlands von ihm erbat, da lieferte er es wol, schrieb jedoch einem Freunde darüber: „Ich konnte dem Prinzen wol deutlich machen, warum der Karren in den Dreck gekommen ist, aber ihm anzugeben, wie derselbe wieder herauszubringen ist, das vermögen alle Professoren der Welt nicht." Auch war er kein Historiker, welcher der Tendenz zuliebe Thatsachen verrückte oder gar fälschte, und eine der schärfsten, der allerschärfsten Polemiken, welche der streitlustige Mann geschrieben, richtet sich gegen die Nachfolger Voltaire's in Deutschland, ferner gegen die Rotteck und Consorten, in deren Schriften „des Schreibers Geist den Geist der Zeiten zudeckt". Nein, was ihn unsterblich macht, ist die einfache Thatsache, daß er seinem Volke in den dunkelsten Tagen seiner Schmach die ewigen Lehren der Geschichte schlicht und unverfälscht, aber vom Standpunkte erhabenster Sittlichkeit, glühendster Volksliebe, [illegible] Freiheitsmuthes vermittelt. So ist seine „Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts" eine That, welche der Generation der Zwanziger-Jahre zum unermeßlichen Nutzen gewesen. Und ebenso seine Geschichte des Alterthums, von der er selbst sagte, daß er sie mit Absicht in eine Zeit hineinschleudere, „wo man das fließende Wasser in einen Sumpf verwandelt, indem man die Leidenschaften erstickt und durch die Polizei eine Todtenstille herbeiführen will". Aus Schlosser's Werken haben die Deutschen von 1848 Muth, Zähigkeit, Freiheitssinn gelernt. Und nach 1848? Der Absatz des „Achtzehnten Jahrhundert" in den ersten Jahren der Reaction war ein riesiger. Nicht dem gelehrten Schlosser kam damals die Nation entgegen, sondern dem Patrioten; nicht unterrichtet wollte sie werden, sondern moralisch gehoben und gekräftigt; nicht an ihre Vergangenheit dachte sie, sondern an ihre Zukunft. Es war eine bittere Arznei, welche sie da einnahm, aber doch tröstlich und heilkräftig. Denn so sehr Schlosser sein Volk liebte, auch ihm hat er die Wahrheit gesagt, ihm just am derbsten. Aber man wird es auch dem grundehrlichen Patrioten glauben, wenn er versichert, daß er „gerade aus Liebe zum Vaterlande der Landsleute Schlaffheit, Grübelei oder Gelehrsamkeit, Ueberfluß an Rednern und Schwätzern und Mangel an Männern der That oder ihre Faselei und akademische Rohheit geschont habe". Und wahrlich! diese Liebe und Lehre haben ihre Früchte getragen, auch wenn die deutsche Einheit nicht unmittelbar aus der Anregung des deutschen Volkes geworden.

Ist deßhalb Schlosser todt? Ist er nicht schon um dessentwillen, was er einst seinem Volke gewesen, für alle Zeit ein Lebender? Und, davon abgesehen, quillt nicht auch heute noch lebendiger Odem aus seinen Worten? Ist Alles erreicht, was er einst den Deutschen als Ziele des Strebens gelehrt?

Es war Zweck dieser Zeilen, darauf die Antwort zu geben oder anzudeuten. Ich schließe, wie ich begonnen: „Es ist der Name eines Unsterblichen, der über diese Zeilen geschrieben steht, eines Lehrers seiner Nation, welchen sie nicht vergessen darf, sofern sie sich nicht selbst vergißt."

Wien. 17. November. K. E. Franzos.

Redaction und Administration: Landstraße, Gärtnergasse Nr. 6.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen werden portofrei befördert.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich 1maliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl., monatlich 2 fl.
Mit täglich 2maliger Postversendung
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl., monatlich 2 fl. 35 kr.

Einzeln.
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Motto: Gleiches Recht für Alle.

Ankündigungs-Bureau:
Stadt, Wollzeile 16.
Inserate und Briefe an den Redacteur werden tarifmäßig berechnet.

Abonnement für Wien:
Ganzjährig 18 fl., halbjähr. 9 fl., vierteljähr. 4 fl. 50 kr., monatlich 1 fl. 50 kr.;
mit Zustellung ins Haus ganzjährig 21 fl. 60 kr., halbjährig 10 fl. 80 kr., vierteljährig 5 fl. 40 kr., monatlich 1 fl. 80 kr.
Abonnements werden angenommen in der Haupt-Expedition der „Presse", Wollzeile 16, und bei allen Zeitungsverschleißern.

Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

№ 319. Wien, Samstag den 18. November 1876. 29. Jahrgang.

Wien, 17. November.

Wie uns aus London mitgetheilt wird, ist der Zusammentritt der Conferenz um einige Tage verschoben. Lord Salisbury, der am Dienstag bereits in Paris erwartet wurde und von dort über Wien sich sofort nach Konstantinopel begeben sollte, wird erst nächste Woche London verlassen. Auch die beiden französischen Bevollmächtigten beeilen sich mit ihrer Abreise nicht so sehr, wie vor einigen Tagen gemeldet wurde. Aus dieser Verzögerung einen Schluß auf das Nichtzustandekommen der Conferenz ziehen zu wollen, wäre aber falsch. Diese kurze Vertagung entspringt dem Bemühen der Cabinette, eine vorläufige Verständigung über das Conferenz-Programm und die Forderungen, welche an die Pforte gestellt werden sollen, wenigstens so weit zu erzielen, daß nicht bereits bei der Vorconferenz ein offener Dissens zutage tritt, der zu einer Unterbrechung derselben Anlaß geben könnte. Wie es heißt, soll auch die Haltung der Pforte, die noch immer gegen die englischen Vorschläge Einwendungen erhebt, wenn sie auch ihren principiellen Widerstand gegen die Conferenz hat fallen lassen, die britische Regierung bestimmt haben, in einem weniger raschen Tempo die Conferenz-Angelegenheit zu betreiben.

Der schwache Glauben an die Wunderkraft des Diplomaten-Areopags, welcher den gefährdeten Frieden wieder festigen soll, wird durch diesen neuen Zwischenfall weder mehr erschüttert, noch gekräftigt werden. Man hat das Vertrauen in die Erhaltung des Friedens seit der Moskauer Rede des Czars so vollständig verloren, daß auch die spärlichen Friedenssymptome, die sich immer noch zeigen, kaum beachtet, dafür aber alle kriegerischen Wahrzeichen als selbstverständliche Bestätigung der pessimistischen Ansichten über die Lage mit selbstquälerischer Schadenfreude registrirt werden. Diese Stimmung schafft einen besonders empfänglichen Boden für Tendenz-Enten; die Aufnahme der Erstlinge derselben, welche dieser Tage vorsichtig ihren Ausflug gewagt, wird aller Voraussicht nach ermunternd auf diesen publicistischen Productionszweig wirken und wir werden nun stündlich neuen Alarmgerüchten begegnen. Die bisher lancirten haben allerdings eine gar schwindsüchtige Constitution.

So hieß es, daß die russische Kriegserklärung bereits gedruckt sei und demnächst, noch vor Zusammentritt der Conferenz, die Welt überraschen werde. Als ob es bereits nothwendig wäre, auch noch den Punkt auf das i gesetzt zu sehen. Um die Situation in ihrem ganzen düstern Ernst zu würdigen, genügt der Hinweis auf wohlbeglaubigte Thatsachen: Die Unterbrechung des Frachtenverkehrs auf allen nach dem Süden und Südwesten führenden russischen Eisenbahnen zum Zwecke des ausschließlichen Truppentransports; die mit eiserner Strenge durchgeführte Abstellung der conscribirten Pferde für Heereszwecke; die Rückberufung selbst der im Auslande befindlichen kranken und verwundeten Officiere; die Masseneinkäufe der Armee-Lieferanten zum Zwecke der Verproviantirung, und vor Allem die zweite Rede des Kaisers bei der Petersburger Revue. Der Czar hat bei der vorgestrigen Heerschau zu den ihn umgebenden Generalen und Officieren zwar nur wenige, aber umso bedeutungsvollere Worte gesprochen. „Wünschen wir dem Oberstcommandirenden den besten Erfolg" — mit diesem Spruche sind bereits kommende Ereignisse, die schon jenseits der Friedensconferenz liegen, ganz rückhalts- und bedingungslos ins Auge gefaßt. Eine gedruckte Kriegserklärung, von deren Publication in einigen Blättern gefabelt wird, ist dies freilich noch nicht und kann daher auch nicht in gleichem Grade auf Sensation Anspruch machen. Bei einiger Prüfung der Nachricht von der formellen Kriegserklärung hätte man freilich finden müssen, wie unwahrscheinlich es klinge, daß Rußland in so augenfälliger Weise das Odium des Angriffskrieges auf sich laden und nicht wenigstens den Versuch machen werde, auf der Conferenz die Schuld des Conflicts der Pforte zuzuwälzen. In einem Athemzuge mit dieser Mittheilung von der bereits zur Publication fertig liegenden russischen Kriegserklärung wurde die Nachricht verbreitet, daß die Pforte das Prävenire spielen, über die Donau gehen, die rumänische Armee niederwerfen und dann Rußland angreifen wolle. Diese Meldung ist ebenso ungeheuerlich in politischer wie in militärischer Beziehung. Die Pforte wird sich wohl hüten, den Krieg mit einer so eclatanten Verletzung der Pariser Verträge, auf welche sie sich gegenüber den russischen Forderungen stützt, zu eröffnen. Eine solche Vertragsverletzung wäre aber ein förmlicher Angriff auf Rumänien, bevor dieses irgendwie seinerseits die Rechte der suzeränen Pforte verletzt und durch einen Act offener Rebellion dieser den Rechtsvorwand zum Einschreiten gegeben hätte. Bisher hat sich die Bukurester Regierung vor jedem compromittirenden Schritte zu hüten gewußt. Sie hat ängstlich ihre Neutralität gewahrt und man darf es ihr wol aufs Wort glauben, daß sie die verzweifeltsten Anstrengungen mache, um in der schwierigen Lage, täglich in Gefahr, zwischen Feuer zu gerathen, auch den bloßen Schein einer Parteinahme zu vermeiden. Daß das Hinüberspielen des Krieges auf das linke Donau-Ufer, daß Operationen mit einem großen und zur Winterszeit unwegsamen Strome im Rücken auch militärisch unstatthaft wären und deßhalb sicherlich nicht versucht werden, wird jeder in militärischen Dingen halbwegs Erfahrene zugeben. Wenn die Pforte über bedeutend stärkere Streitkräfte, über ein weit zahlreicheres und besser ausgerüstetes Heer disponiren könnte, als dies gegenwärtig der Fall ist, wenn sie im Tuna-Vilajet 200.000 anstatt 40—50.000 Mann zur freien Action verfügbar hätte, so wäre der Donau-Uebergang zum Zwecke einer Offensive in der gegenwärtigen Jahreszeit gewagt. Mit den spärlichen Truppen aber, die in der nächsten Zeit von den Türken ins Feld geführt werden können, ließe sich auf den moldau-walachischen Ebenen nichts ausrichten, während sie als Vertheidiger des befestigten und schon durch die Terrainverhältnisse geschützten rechten Donau-Ufers den Russen wieder ebenso ernste Verlegenheiten bereiten können, wie in den früheren Kriegen.

Auch die Haltung der österreichisch-ungarischen Monarchie zu einem eventuellen türkisch-russischen Kriege wurde mehrfach zum Gegenstande alarmirender Conjecturen gemacht. Diesem gegenüber genügt wol der Hinweis darauf, daß bis zur Stunde, wie aufmerksam auch vom Publicum alle mit militärischen Vorkehrungen nur irgendwie in Beziehung stehenden Maßnahmen beobachtet werden, nicht Ein Schritt gemeldet werden konnte, der auf außergewöhnliche Vorkehrungen schließen ließe. Eine Thatsache, die zu der wohlbegründeten Annahme berechtigt, daß Oesterreich den Ereignissen der nächsten Zukunft mit der Zuversicht entgegensehen darf, nicht aus seiner neutralen Haltung gedrängt zu werden.

Verhandlungen des Reichsraths.

Wien, 17. November.

Wenn man die Zahl der Redner sowie die Dauer und den Umfang ihrer Vorträge als Maßstab der Gründlichkeit einer parlamentarischen Discussion gelten läßt, dann kann man dem Abgeordnetenhause wirklich nicht den Vorwurf machen, daß es die unter ziemlich ungünstigen äußeren Umständen gleichsam nur eingeschobene Frage der Verwaltungsreform überstürzt oder flüchtig zu erledigen trachte. Drei Tage dauert schon die Debatte, sieben Redner haben heute gesprochen, und noch wollen neun Mitglieder des Hauses zu Worte kommen, bevor dasselbe dem Berichterstatter zu der diesmal ziemlich schwierigen und undankbaren Aufgabe gegönnt sein soll, seine Anträge unter der durch die Debatte darauf gehäuften Last von Gegengründen und Gegenprojecten hervorzuholen und dem Hause trotzdem zur Annahme zu empfehlen. Die Reihe der Redner für die Ausschußanträge ist schon längst erschöpft und ein Gegner läßt dem andern das Wort zu neuen Angriffen. Der Kreis der Debatte erweitert sich immer mehr und mehr, statt dem Abschluß zuzustreben. Quot capita, tot sensus — jeder Redner entwickelt von seinem speciellen Standpunkt aus andere Grundsätze und Anschauungen für die praktische Behandlung der schwierigen Aufgabe und es macht bereits den Eindruck, als ob nicht ein höchst eingeschränkter und specialisirter Ausschußantrag, sondern das Thema der Umgestaltung des ganzen innern Staatsorganismus auf der Tagesordnung stünde. Von den verschiedenen Fractionen der Rechten wird die Gelegenheit wahrhaft ausgebeutet, um unter dem Vorwande einer Verbesserung der politischen Verwaltung ihre Projecte zur Erschütterung des ganzen verfassungsmäßigen Staatszustandes an Mann zu bringen. Was wird da nicht Alles herbeigezogen! Die Frage der Abgrenzung der Gesetzgebungs-Competenz zwischen dem Reichsrath und den Landtagen, die Ansprüche der Länder auf autonome Sonderstellung, die Gegensätze zwischen Staatsgewalt und Selbstverwaltung, die Umgestaltung der Rechtsbasis des ganzen Verwaltungs-Mechanismus von den Statthalterschaften und Landesausschüssen an bis zu den kleinsten Gemeinde-Ausschüssen herab — kurz man sollte glauben, die ganze Verfassungsfrage sei zu

Feuilleton.

Schiller und andere Dichter.

Zu den wohlthuendsten Erscheinungen in der abgelaufenen Festwoche zählen wir die bereitwillige Anerkennung Schiller's von Seite lebender Dichter. Herr Mosenthal legte sogar einen Kranz an den Stufen des Denkmals nieder, obgleich der verstorbene Dramatiker den lebendigen noch immer vielfach im Wege steht, und obgleich nicht einmal mit Sicherheit anzunehmen ist, daß Schiller auch das einstige Denkmal Mosenthal's ebenso neidlos bekränzen werde. Aber der Tugend wurde auch der gebührende Lohn mit einer Pünktlichkeit ausgezahlt, welche im wirklichen Leben nicht so häufig vorkommt wie in jenen dramatischen Dichtungen, auf welche sich Schiller in den Xenien eine ganz uncollegiale Anspielung erlaubt hat. Die Anwesenheit eines Enkels Schiller's bei dem Festcommerse im Dianasaale begeisterte nämlich den Dichter Mautner zum Vortrage eines Gedichtes — von Mosenthal. Einer jener Unglücklichen, welche an Menschenwürde nicht mehr glauben, wollte allerdings diesen rührenden Act vom Standpunkte der Pathologie aus erklären. Nach seiner Behauptung haftet dem Dichter Mautner ein wahrhaft entsetzliches Leiden an: er behält jedes einmal gehörte Gedicht wörtlich, seine eigenen nicht ausgenommen, so lange, bis er es einmal laut recitirt hat; er habe also die günstige Gelegenheit nur benutzt, um sich eine kleine Erleichterung zu verschaffen. Aber wir schenken dergleichen Einflüsterungen kein Gehör, hoffen vielmehr, daß ein anderer Rietschel, wenn er die Dioskuren der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts für den Erzguß verarbeitet, sich diesen schönen Zug am Postamente nicht entgehen lassen werde. Mosenthal, welcher Schiller, und Mautner, welcher Mosenthal huldigt — welche glücklichen Vorwürfe für das Relief!

Die späteren Plastiker werden es überhaupt gut haben. Während Johannes Schilling seine liebe Noth hatte mit Schiller's langem Rocke, steht jenen der knappe, die wohlgerundeten Formen nicht neidisch verhüllende Civilwaffenrock, das goldbordirte Beinkleid zur Verfügung, der linke Arm rundet sich gefällig um den Dreispitz, während die Rechte sich, die Empfindungen zurückdrängend, auf jene Stelle legt, an welcher sich das Herz befindet und die in Kreuz- oder Sternform ausgeprägte Werthschätzung der Poesie in verschiedenen deutschen Duodezstaaten. Es wird gar keine Kunst mehr sein, ein Dichterdenkmal zu machen. Und damit auch die so häufig erhobene Klage über die Verspätung des steinernen oder broncenen Dankausdruckes „gegenstandslos" werde, sollten wir schon jetzt anfangen, die nöthigen Fonds zu sammeln. Namentlich wenn Dichter in angenehmen Vermögensverhältnissen sich selbst an die Spitze der Subscription für ihr Monument stellen wollten, würde das Zustandekommen der Sache wesentlich erleichtert werden.

Zum Glück hat eben jetzt ein anderer Dichter ein genaues Verzeichniß derjenigen „genialen vaterländischen Dichter" publicirt, auf welche stolz zu sein wir Ursache haben. Zuerst scheint er in der Auswahl mit derselben Strenge vorgehen zu wollen, wie seinerzeit die Cotta'sche Buchhandlung, als sie, um mit ihren Lagervorräthen zu räumen, bestimmte, wer fortan als Classiker anzusehen sei.

„Den deutschen Classikern Klopstock, Wieland, Thümmel, Platen hielt Schiller gleiche Waage, ebenso Lenau's lyrischen und Pyrker's epischen Dichtungen." Es ist wirklich zu bedauern, daß in die erwähnte Sammlung nicht auch Lenau's epische und Pyrker's lyrische Dichtungen aufgenommen worden sind, und dem armen Schiller dadurch die Gelegenheit entgangen ist, auch diesen „gleiche Waage zu halten".

Gleich hinterher läßt jedoch unser Autor eine zweite Serie von Classikern erscheinen, nämlich diejenigen, von welchen Schiller „an dramatischer Größe, Schwung, Erhabenheit, ästhetischem Werth für das Bühnenreich zwar erreicht, aber nicht übertroffen" wurde: Goethe, Lessing, Grillparzer, Dr. Heinrich Laube und Shakspeare.

Wie ohne Zweifel jeder Leser, empfindet dann der Verfasser der Dichter-Rangliste, daß es hart wäre, nur Denjenigen die Unsterblichkeit zu garantiren, welche, wie Shakspeare und Laube, Goethe und Pyrker, unmittelbar neben Schiller gestellt werden müssen, und zählt deßhalb auch Jene — und zwar, um Keinen zu verletzen, alphabetisch — auf, welche „bemüht waren, Schiller nachzustreben: Anton Graf Auersperg, Brachvogel, Bürger, Birch-Pfeiffer, Deinhardstein, Dingelstedt, Drärler-Manfred, Ebert, Frankl, Grillparzer, Gutzkow, Halm, Hartmann, Hebel, Houwald, Hell, Holbein, Holtei, Iffland, Kleist, Körner, Kompert, Laube (noch einmal), Lembert, Maltitz, Matthisson, Mautner, Mendelssohn (ob Moses, Felix oder vielleicht ein Banquier dieses Namens gemeint sei, verschweigt der Autor), Meißner, Mosenthal, Raupach, Schenk, Seidl, S. Schlesinger, die Weißenthurn, Wildbrand (sic), Weilen, Wurzbach, Vogel, Zedlitz, Ziegler." Welch' reicher Himmel! Und doch ist es weise von dem Verfasser, daß er den Dichter der „Parteiwuth" noch „u. A. m." anhängt; denn warum Irgendeinem den Glauben nehmen, daß auch Er unter den „A. m." verstanden sei, wie die Stimme jenes schweigsamen Abgeordneten unter dem „Murren" auf der Linken!

Die verehrungswürdige Leserin brennt natürlich bereits vor Begierde, zu erfahren, wer der Dichter ist, der mit so feinem Tacte auf dem deutschen Parnaß Ordnung macht. Gottschall, der geschätzte Dichter und Literar-Historiker, kann es nicht sein, das weiß sie wohl, denn der würde die bedauerliche Lücke zwischen Frankl und Grillparzer angemessen ausgefüllt haben; und da Laube sogar zwei Eintrittskarten zur Unsterblichkeit erhält, dürfte unser Autor nicht unter den Actionären des Stadttheaters zu suchen sein. Machen wir der peinigenden Ungewißheit ein Ende. Unsere Citate sind einer Festschrift entnommen, welche einzelnen Per-

unvordenklicher Zeit in Fluß gerathen, während thatsächlich der einzige concrete Kern der ganzen Discussion in dem Problem der Schaffung eines lebens- und leistungsfähigen Trägers der Gemeinde-Autonomie und eines geeigneten Organs der staatlichen Controle liegt.

Graf Hohenwart, der heute als erster Redner seine in der letzten Sitzung durch ein plötzliches Unwohlsein unterbrochene Rede zum Abschluß brachte, will, unter Beseitigung der Bezirkshauptmannschaften, den Steuer- und Gerichtsbezirk statt der Ortsgemeinde zum Träger der Selbstverwaltung gemacht haben. Dabei streitet er aber dem Reichsrathe das Recht ab, den Modus dieser neuen Organisation zu bestimmen, und nimmt dies als ein verfassungsmäßiges Recht ausschließlich für die Landtage in Anspruch. Hierin secundirte ihm vom specifisch galizischen Standpunkt aus Ritter v. Grocholski, dessen schroffe Negirung der Reichscompetenz und Staatsautorität aber in wirksamer Weise durch die Ausführungen des Grafen Mieroszewski, der gleichfalls mit besonderem Bezug auf galizische Verhältnisse sprach, paralysirt wurde. Die Rede dieses Abgeordneten war eine der bemerkenswerthesten im bisherigen Verlaufe der Debatte, namentlich was seine Ausführung der Idee betrifft, größere Objecte der Gemeinde-Autonomie durch Zusammenziehung kleinerer Gemeinden unter Einbeziehung der Gutsgebiete zu schaffen. In treffender Weise bewies er auch die Unmöglichkeit der vom Grafen Hohenwart jüngst aufgestellten Forderung, daß die Statthalter den Landtagen verantwortlich sein sollen. Der ruthenische Abgeordnete Zaklinski hob besonders die Uebergriffe der autonomen Organe polnischer Nationalität in Galizien hervor. Von den übrigen Rednern vertraten die Abgeordneten Dr. v. Plener und Dr. Peez — Ersterer unter scharfer Polemik gegen Grafen Hohenwart — die Nothwendigkeit einer Handhabung der Verwaltung durch ebenso energische, wie geschickte Organe der Staatsgewalt, und Dr. Waldert hob namentlich die ungeeignete Organisation der Thätigkeit der Landesausschüsse als Quelle vieler Mängel in der autonomen Verwaltung hervor. Bei dieser Vielseitigkeit und Mannichfaltigkeit der Anschauungen wäre es sehr wünschenswerth, daß vor Schluß der Debatte wenigstens ein fester Punkt gewonnen würde, von dem aus die Majorität die Anträge des Ausschusses entweder amendiren oder an Stelle derselben eine andere Formulirung der gemeinsamen Erkenntniß des in dieser Frage Nothwendigen und Zweckmäßigen setzen könnte.

Zum Sitzungsbeginne legte Dr. Giskra das ihm zugekommene Beschwerde-Telegramm aus Dalmatien gegen den Statthalter Freiherrn v. Rodich anläßlich der Landtagswahlen in Dalmatien als Petition vor. Dieselbe wurde im Sinne der Geschäftsordnung an den Petitionsausschuß geleitet. Bemerkenswerth ist es, daß Herr Dr. Giskra, der noch gestern im Budgetausschusse voll Emphase erklärt hatte, er würde, falls das Telegramm früher an ihn gelangt wäre, die Sistirung der Berathung über den Titel „Politische Verwaltung" beantragt haben, heute bei Ueberreichung der Petition kleinlaut bemerkte, er identificire sich nicht mit dem Inhalte derselben. Herr Dr. Giskra mißtraut also seiner eigenen Angabe nach der Petition, was ihn aber gestern nicht hinderte, auf Grundlage eben dieser Petition dem Minister des Innern eine förmliche Verwarnung zu ertheilen. Ein solches Vorgehen richtet sich wol von selbst. Vor Schluß der Sitzung gelangte eine Interpellation der Abgeordneten Dr. Promber und Genossen an den Cultusminister in Angelegenheit des Olmützer Domcapitels zur Verlesung. Vielleicht, daß diese neuerliche Mahnung eine raschere Entscheidung in der schon längst spruchreifen Frage über das Adelsprivileg der Olmützer Domherren herbeiführt.

(Abgeordnetenhaus. [illegible] Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatte.) Abg. Zaklinski entwirft bei der Debatte über den Antrag Göllerich, betreffend die Reform der politischen Verwaltung, zum Schlusse seiner Rede ein Bild über das Gebahren der Bezirksvorstände in Galizien, insbesondere mit Rücksicht auf die jüngst stattgehabten Wahlen, bei denen ein dem Kaiser treu ergebener Bestandtheil der Bevölkerung unterdrückt worden wäre. Redner empfiehlt als Sanirungsmittel, daß zwischen dem Wirkungskreise der autonomen und Verwaltungsorgane eine scharfe Grenze gezogen werde, welche zur Vermeidung von Collisionen unentbehrlich ist, sowie daß die Regierung ihre Verwaltungsorgane in die Schranken ihres hohen Berufes zurückführe.

Abg. Dr. v. Plener: Wir müssen es heute mit Freuden begrüßen, daß wir über jenes Stadium des unklaren Schlagwortes der Selbstverwaltung und Autonomie hinausgekommen sind und ich kann den Ausführungen des Abg. Grafen Hohenwart unmöglich beistimmen, wenn er mit einem allgemeinen Schlagworte, mit der Autonomie und Selbstverwaltung auf dem Boden, welcher sich durch mühselige Arbeit geklärt hat, auszukommen glaubt. Daß die Selbstverwaltung keine Panacee für die finanzielle Entlastung der Steuerträger ist, ist durch die Erfahrung der letzten fünfzehn Jahre genugsam bewiesen. Wir sehen, daß das reelle Land-Erforderniß von den Jahren [illegible] bis 1873 um mehr als 7,000.000 fl. gestiegen ist; ebenso ist es bekannt, daß gerade das System unserer autonomen Organe uns zu einem System der Steuerzuschläge geführt hat, welches in vielen Provinzen bereits zur Unerträglichkeit geworden; und was die finanzielle Gebahrung der Gemeinden mit ihrem Vermögen betrifft, so wissen wir ja, daß in den Jahren der Autonomie das Gemeinde-Vermögen in den meisten Landgemeinden verschleudert wurde. Ich kann sohin unmöglich in der Selbstverwaltung, in der Form, wie sie Graf Hohenwart empfiehlt, eine Entlastung des Steuerträgers sehen. Graf Hohenwart hat darauf hingewiesen, daß in den heutigen socialen Verhältnissen viel [illegible] und [illegible] vorhanden ist, und ich gebe zu, es geht ein gewisser Zug der Unzufriedenheit durch die unteren Classen; das ist jedoch ein tiefer, nicht obenhin zu behandelnder Proceß, der mit unseren ganzen heutigen gesellschaftlichen und Besitzverhältnissen zusammenhängt. Die socialen Ordnungen der alten Zeit sind zerstört und die neuen Verhältnisse labil; das ist jedoch nicht bei uns allein der Fall, sondern dieser Zug geht durch die ganze europäische Gesellschaft und muß die Aufmerksamkeit aller ernsten Politiker in Anspruch nehmen.

Die preußische Kreisordnung, auf die derselbe Herr Abgeordnete hinwies, beruht auf dem Princip, daß für die untere Verwaltung, insbesondere der Polizei-Agenden, die Elemente der besitzenden Classen zu unbezahlten Ehrenämtern im königlichen Auftrage herangezogen werden. Dieses Princip kann nicht schlechthin auf die österreichischen Verhältnisse übertragen werden, da im östlichen Preußen ein kleiner, gefestigter und unabhängiger Grundbesitz vorhanden ist und die gedachte Einrichtung sich auch nur auf die Provinzen beschränkt, wo dieser existirt. In Oesterreich gibt es nur einen Latifundien- und einen Bauernbesitz. In England hingegen sei das alte friedensrichterliche Gebiet allmälig durchbrochen worden. Die Gemeinde habe in England nur den corporativen Charakter erwerben können, den sie bei uns besitzt, daher sei die Reform auf gewählten Vertretungskörpern für bestimmte Verwaltungszwecke aufgebaut worden. In einem Heere von bezahlten Communal-Beamten befinden sich die [illegible] Verwaltungsämter. Nicht die Grafschaft ist die Einheit für die Verwaltung, sondern jetzt ist die Eintheilung nach Armendistricten die maßgebende. Graf Hohenwart habe aber auch gefordert, daß die Statthalter den Landtagen verantwortlich sein sollen. Darin gipfelt seine Reformbestrebung. Dies heißt so viel als: soll das parlamentarische System auf die Landtage ausgedehnt werden, indem die Regierung der Majorität der betreffenden Körperschaften gewissermaßen unterworfen wird? Dieser [illegible] führt nothwendig zur [illegible] selbständiger Landes[illegible] und zur Abhängigkeit der [illegible] Verwaltung von den [illegible]. Von einer solchen Ausdehnung des parlamentarischen Systems wird man nur mit der größten Vorsicht sprechen können. Es ist ganz undenkbar, das System der Parteiregierung auf die Landesverwaltung zu übertragen. Die [illegible], der es um eine ausgiebige Verwaltung zu thun ist, wird nicht beistimmen, daß die große Aufgabe der Verwaltung dem Parteigezänke von Provinzpolitikern überliefert werde (Beifall links), denn die Bevölkerung in ihrem Innern ist conservativ und monarchisch gesinnt, und wenn diese conservative Gesinnung unserer Bevölkerung — vielfach eingeschüchtert — nicht zum Ausdruck kommt, so liegt dies doch [illegible] Gefühle zu Grunde und wenn es in Oesterreich [illegible], die Zerrbilder unserer nationalen und [illegible] zu [illegible] und an diesen conservativen Sinn der Bevölkerung zu appelliren, dann werden wir eine Macht haben, wie sie noch kein Staatsmann in Oesterreich zur Verfügung gehabt. Die Bevölkerung will, daß gut administrirt werde, das ist Aufgabe der politischen Verwaltung und da stimme ich mit dem Abgeordneten von Krain überein, wenn er beklagt, daß der Verwaltung vielfach nicht jene Sorgfalt zugewendet werde, wie die Bevölkerung berechtigt wäre, sie zu verlangen. Die Bemerkung möchte ich nicht unterdrücken, daß in vielen Fällen des practischen Lebens die Gesetze viel zu wenig gehandhabt und angewendet werden. Die österreichische Verwaltung krankt in den letzten Jahren an einem ungenügenden Nachwuchse von Verwaltungsbeamten. Hier wäre nach preußischem Muster die Errichtung eines Seminars für Verwaltungsbeamte angezeigt. Was wir brauchen, ist eine feste staatliche Verwaltung.

Damit wäre eine einschneidende Reform der Landesverwaltung nothwendig; der ganze heutige Bau der Landesausschüsse ist ein Gegenorganismus gegen die Staatsverwaltung. Dieser kann in seiner heutigen Form nicht mehr bestehen; er besorgt staatliche Zwecke, ohne eine Executive zu besitzen. Man muß ihn daher seiner örtlichen Verwaltung entkleiden und an seine Stelle ein eigenes Collegium einsetzen. In dieser Richtung besteht in Preußen ein gutes Vorbild in den Provinzialräthen. Dieses Collegium würde außer der Aufsicht über die Gemeinde-Angelegenheiten vielleicht auch eine verwaltungsrechtliche Competenz haben; daneben wäre ein selbständiger richterlicher Organismus nicht mehr nöthig; der Landesausschuß würde für die Zwecke der wirthschaftlichen Selbstverwaltung bestehen, jedoch müßte dies nur geschehen, um die Bedeckung für die allgemeinen staatlichen Verwaltungsaufgaben zu liefern; ebenso würde ich eine Einführung von Laien-Elementen in die Bezirksverwaltung befürworten. In größeren Provinzen dürfte es vielleicht gut sein, die alten Kreise wieder herzustellen, in den kleineren die gegenwärtige Bezirkseintheilung zu lassen. Bezüglich der Ortspolizei will der Herr Abgeordnete Graf Hohenwart durch Zusammenlegung mehrerer Gemeinden einen Verwaltungskörper schaffen, dem die Polizei obliegt; aber dann dürfte die ganze Action von Bezirkssecretären geführt werden, und ein solcher Communal-Bureaukrat ist mir für die Erhaltung der Ordnung viel weniger zusagend, als ein kaiserlicher Verwaltungsbeamter. Die Entscheidung und Durchführung der gegenwärtigen Frage liegt in einer parlamentarischen [illegible], sie kann nur von der Initiative der Regierung ausgehen, und ich gebe zu, es ist dies eine große und schwere Arbeit. [illegible] eine kräftige Hand, ein weiter Blick und ein gewisser Enthusiasmus. Trotzdem verzweifle ich schließlich an einer befriedigenden Reform der politischen Verwaltung nicht, denn die Bedürfnisse werden täglich dringender und selbst jene Kreise, welche heute noch unter dem trügerischen Banne der Autonomie stehen, werden ihr Recht dem allgemeinen Staatszwecke zum Opfer bringen, und wir werden das erhalten, was das Volk braucht, eine gute [illegible] Verwaltung mit der werkthätigen und patriotischen Mitwirkung der Bevölkerung. (Bravo links.)

Abg. Dr. Peez: Ein reicher Mann hatte eine Uhr, auf die er sehr viel hielt. Man sagte ihm, sie gehe nicht gut, und er steckte eine Reihe Stifte in dieselbe; es ging nicht besser; nun goß er eine Kanne Oel hinein, allerdings war viel Reibung beseitigt, es war glatt in dem Werke, es war Freiheit darin, aber ob die Uhr besser ging, ist die Frage. Der Schluß aus diesem Gleichnisse liegt nahe: ich glaube, man wird bei uns in das Verwaltungswerk genügend Oel gießen und an rechter Stelle die Stifte einlassen; aber es ist eine Erfahrung, daß alte Werke besser gehen wie neue. Ein Redner der Rechten bemerkte, daß das Beispiel Preußens uns nicht [illegible] sein könne. Daß diese Bemerkung von einem Abgeordneten der Rechten ausgeht, ist befremdend, da es gerade die Hohenzollern waren, die den von dieser Seite des Hauses vertretenen Grundsätzen am allerschärfsten entgegentraten. Die Hohenzollern sind nicht durch ihre Verfassung groß geworden, sondern durch ihre Verwaltung. In ihrer Verfassung sehen wir immer zaghafte Schritte, in ihrer Verwaltung hingegen eine ernste Haltung. Die große Periode der preußischen Verwaltung war die unter dem Freiherrn v. Stein. Damals war das nördliche Deutschland in einer ähnlichen Lage wie Oesterreich. Die materielle Wiederaufrichtung gelang dem Freiherrn v. Stein durch die vorzügliche Einrichtung der Oberpräsidenten. Dieser Institution sollten wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn ich den größten Werth auf die Verwaltung lege, so steht dies im innigsten Zusammenhange mit der Verfassung, und wenn die Klage laut geworden, daß der Nachwuchs an Beamten ein schwacher, so muß man fragen, wo liegt die Wurzel des Uebels? Darin, daß noch Mangel an Vertrauen herrscht, daß die Entwicklung noch nicht vollkommen abgeschlossen erscheint, und auf diesen Punkt hinzuweisen, erscheint mir nothwendig. Wir organisiren zu oft den Gegensatz. Ich glaube, daß bei uns die Organisation der Verwaltung vor Allem darnach zu streben hätte, daß der Staatsgedanke in den [illegible] eine kräftige, vollkommene Ausprägung finde, und daß diese wichtigen Beamten ihre Sorgfalt den wirthschaftlichen Interessen zuwenden.

Abg. Ritter v. Grocholski: Der Ausschuß klagt über Mangel an Sicherheit der Person und des Eigenthums, über mangelhafte Handhabung der Gesetze sowol im übertragenen als im selbständigen Wirkungskreise. Wenn aber der Fehler liege, wie demselben abzuhelfen sei, darüber ist man noch nicht einig; vielleicht scheut man sich, zu erwägen, auf welche Weise Abhilfe geschaffen werden könnte. Der Ausschuß wußte nicht recht anzugeben, welchen [illegible] die Beamten [illegible] haben werden. Diese Beamten [illegible] eine wünschenswerthe Ingerenz auf die Gemeinden nehmen. Ja, wo [illegible] soll diese wünschenswerthe Ingerenz beginnen? Zuerst sollen die Beamten ernannt werden und diese sollen mit verschränkten Armen auf die Gesetze warten, welche später einmal zu [illegible] werden sollen. (Rufe: Sehr richtig!) Nach meiner Ueberzeugung würden diese Beamten sehr viele Kosten verursachen. Sie würden weiter die Gefahr einer Ausbeutung der Bureaukratie bis in die untersten Schichten der Bevölkerung mit sich bringen. Wir würden zu jenem alten Vormundschaftssystem zurückkommen, wo der Beamte besser wußte, was dem Staatsbürger noththut, als ihm selbst. (Bravo! rechts.) Die Landtage würden in ihrem Rechte und in ihren Bemühungen, die Gemeindeverhältnisse zu ordnen, gestört. Ich werde daher gegen diese Anträge stimmen. Keineswegs aber will ich leugnen, daß die Gemeinde-Einrichtungen mangelhaft sind, aber dieser Gegenstand gehört ausschließlich zum Wirkungskreise der Landtage. Ich wahre hier ausdrücklich das Recht meines Landtages. Der galizische Landtag hat sich eingehend mit der Reform der autonomen Behörden beschäftigt. Aber seine Bemühungen scheiterten an den engen Grenzen seiner Competenz. Das war ja auch so bei der gegenwärtigen Gemeinde-Ordnung. Wenn die nächste Zukunft wieder eine Abänderung erheischte, sie läge außer der Competenz des Landtages. Es könnte über kurz oder lang ein Gesetz für das ganze Reich zu Stande kommen, welches vielleicht für die eine oder andere Provinz ersprießlich wäre, aber den Verhältnissen der übrigen Provinzen nicht entspräche; in einem solchen Falle dürfte wol Galizien in die letztere Kategorie gehören. Die Vorbedingung einer guten Verwaltung in den Ländern ist die Uebertragung des diesfälligen Gesetzgebungsrechts an die Landtage. Ich hoffe, daß Sie ohne Zustimmung der Landtage sich diese Competenz nicht vindiciren werden wollen; sollte das aber geschehen, könnte ich nur sagen, wo die Gewalt anfängt, hört jede Discussion auf.

---

sonen mit dem Ersuchen um einen kleinen Beitrag zu den Druckkosten zugeschickt, anderen Sterblichen aber in den Tabaktrafiken zu dem mäßigen Preise von zehn Kreuzern dargeboten wurde und die schon durch die Stylisirung des Titels zum Nachdenken anregt: „Gedenke mein an Friedrich von Schiller's seines 117. Geburtstages bei Enthüllung des Monumentes in Wien." Der Verfasser heißt Josef August Lang und erfreut sich, wie man uns berichtet, in den an die Josefstadt anrainenden Bezirken aufrichtiger Verehrung wegen seiner Bemühungen, bedeutende Persönlichkeiten der Geschichte dem Galerie-verständniß näherzubringen. Nachdem er durch Abraham Lincoln's trauriges Schicksal oftmals sanfte Gemüther, welche gerade ihren Ausgang hatten, erschüttert, war er moralisch verpflichtet, den ihm durch Nationalität und Beruf näher stehenden Friedrich Schiller [illegible]. Mit der Dramatisirung waren ihm aber [illegible] Collegen schon zuvorgekommen. [illegible], eine Art Lehrgedicht in [illegible] Rede zu [illegible]. Und wir wissen ihm [illegible] Dank. Denn wollten wir im [illegible] Theater die Freude, welche uns das Werk bereitet, rückhaltslos sich äußern lassen, so würden wir möglicherweise mit heißblütigen Nachbarn in Conflict kommen, während wir uns jetzt keinen Zwang anzuerlegen brauchen.

Leider sind die Nachdruckgesetze so streng, daß wir nicht wagen dürfen, Alles, was uns in der genannten Schrift entzückt, unseren Lesern mitzutheilen. [illegible] hoffen wir uns diese auch schon durch eine [illegible] Collection von Brillanten zu verpflichten. Schiller's „strebsichtige, freie Seele sollte sich früh gedämpft fühlen", doch hielten männliches Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein „ihn aufrecht und vermochten nicht seinen Geist zu beugen". Hierauf wird berichtet, wie dieser, nicht einmal vom eigenen Selbstgefühl zu beugende strebsichtige Geist, „Die Räuber" und „Kabale und Liebe" geschaffen hat, und daran knüpft sich folgende dramaturgisch-culturhistorische Betrachtung. „Ein großer Fehlgriff, namentlich in den Provinzen, erhielt sich bis in die Vierziger-Jahre, „Kabale und Liebe" modern der Gegenwart huldigend aufzuführen. In allen Uniformen aller Herren Länder figurirten die Ferdinande, bis man endlich das bürgerliche Trauerspiel, die übertriebenen Charakterzeichnungen glaubwürdiger zu machen, in das sechzehnte Renaissance-Jahrhundert versetzte, wo es noch Louisen gab, die ein von einem Hofschranzen dictirtes Lug- und Truggewebe in Form eines Todesurtheils selbst zu schreiben und zu unterzeichnen die Selbstverleugnung besaßen, um den Geliebten ihrer Seele zu opfern und Vater und Mutter vom Galgen zu befreien. Damals galt noch den Bürgersleuten ein Eid als das Höchste; jetzt käme ein Wurm des neunzehnten Jahrhunderts (1876) schwerlich mit geraden Gliedern vom vierten Stock auf die Straße." Ja damals, in jenem sechzehnten Renaissance-Jahrhundert, in welchem „Kabale und Liebe" spielt!

Ferner erfahren wir, daß das deutsche Volk Schiller die höchsten Güter des Menschen, nämlich die Ideen von Freiheit, Recht und Nationalität verdankt, daß jeder intelligente Freund der wahren Kunst stolz ist auf unser Hoftheater unter dem Regime eines Franz v. Dingelstedt und daß es allerdings kein zweites Stadttheater gibt, wie das in Wien, welches — das Stadttheater nämlich — „an der Spitze des tüchtigen, unermüdeten greisen Directors Heinrich Laube" steht, daß aber „gleichen Ruhm theilten und theilen alle Hofbühnen und Stadttheater der alten und neuen Schule in Deutschland".

Die Geschichte des Abfalls der Niederlande hielt Schiller „dem lebenden Geschlechte, das ähnlichen Erschütterungen der Zukunft entgegenging und nun leider auch eine fürchterliche Gegenwart eines aufgeklärten neunzehnten Jahrhunderts zu verzeichnen hat und sich noch schrecklicher gestalten kann — als ein mit vieler Wärme ausgeführtes Gemälde vor".

„Schiller's Gestirn hat am dramatischen Horizont seinen alten Glanz stets verjüngend, nie alternd, nie abändernd oder neu scenirend, von Generation zu Generation vererbend, bewährt" und „jedes seiner Werke ist bei der Aufführung stets ein Festtag für Darsteller und Publicum".

Zahlreiche andere tiefsinnige Aussprüche übergehend, können wir uns nicht versagen, aus dem Schlußgedichte wenigstens eine Verszeile herauszuheben:

„Den Deines G'nius kräftiges Erkühnen ..."

O, selbst erhabener G'nius, welcher sich dieser Abkürzung kräftig erkühnte!

Man hat behauptet, daß in Wien Schiller mehr als in irgend einer andern Stadt geliebt und verstanden werde. Das wäre kein Wunder, wo in solcher Weise für das Verständniß seiner Werke gesorgt wird!

B. B.

Abg. Graf **Mieroszewski**: Ich gestehe offen, daß ich das gegenwärtige Gemeindegesetz für ein vollkommen [illegible] halte, und ich finde blos, daß die Gemeinden, welche dem [illegible] entsprechen sollen, bei uns nicht existiren, weil man [illegible] aufgehoben hat. Man stelle diese wieder her, das [illegible] ist vorhanden und die Gemeinde kann ihrer Pflicht [illegible]. Man möge daher das bestehende Gesetz langsam [illegible] den Verhältnissen vollkommen entspricht. Wir [illegible] haben Gemeinden von 8, 15 bis 20 Häuser. Ist es [illegible] bei einer Gemeinde von 8 Häusern — und was sind das mitunter für Häuser! — möglich, von einer Gemeindeverwaltung zu sprechen?

Die Ursache der Mängel der politischen [illegible] liegt in dem falschen Grundsatz der Theilung der [illegible] Wirkungskreise. Wir kommen zu einem [illegible] der [illegible] Arbeitstheilung, sondern eine nutzlose Arbeit[illegible] ist. [illegible] Regierungen können nicht mit gleicher Macht ausgestattet werden. Ich glaube, die landesfürstliche sollte die [illegible]. Warum finden wir die Institution [illegible] blos in der Bezirks- und Landesvertretung? in der Gemeinde[illegible] haben wir blos die Obrigkeit und in der Stadt den Magistrat, im Reichsrathe das cisleithanische Ministerium, in der Delegation das gemeinsame. — Warum ist im Bezirke und im Lande noch ein Ausschuß? Dieser Dualismus ist die Folge des falschen Begriffes vom übertragenen Wirkungskreise.

Warum befreien wir nicht die [illegible] von den administrativen Functionen? Wie würde es [illegible], wenn an Stelle eines Ministers an der Spitze jedes [illegible] ein [illegible] wäre? [illegible] ist es in den Bezirks- und Landesausschüssen. Ist es da ein Wunder, daß diese [illegible] nicht im Stande sind, ihrer Aufgabe nachzukommen? Es [illegible] den Dualismus aufzugeben. Soll das [illegible] geschehen, muß man einen Nachfolger für die Ausschüsse [illegible]. Dies ist die landesfürstliche Behörde. Die Agenden der [illegible] übergebe man der Bezirkshauptmannschaft, dem [illegible], der Statthalterei. Da man sich aber gewöhnt hat, keine [illegible] der Regierung zuzulassen, kann man dieser Anschauung [illegible] tragen, indem zu [illegible] bei den landesfürstlichen Stellen [illegible] gewählt werden auf eine [illegible] Anzahl von Jahren gegen eine Entlohnung. Dann haben wir autonome Beamte, die zur Arbeit verpflichtet sind, nicht als Volontäre erscheinen und befähigt sind.

Was die Verantwortlichkeit des Statthalters vor dem Landtage anbelangt, so glaube ich, daß, wenn dieses Princip in allen unseren 17 oder 19 Landtagen durchgeführt wäre (Heiterkeit), würden wir in der ganzen Monarchie nicht Einen Minister finden, der im Stande wäre, die Verantwortung vor dem Reichsrathe und der Krone für die 17 Statthalter zu übernehmen. Ich möchte da ein Factum vorbringen, welches sich in meinem Lande ereignete, wo ein junger Bezirks-Effendi nicht blos auf die Wahlen in den Landtag Einfluß geübt, sondern auch [illegible] Competenz überschritt. In Folge dessen sind die Wähler [illegible] gegangen und die Sache [illegible], da der Minister des Innern [illegible] Protocoll [illegible] die Leute nach Hause kamen, hat der [illegible] Effendi ein Mitglied dieser Deputation durch [illegible] und ihm zugerufen, ich will Dich lehren, nach Wien zu [illegible] und über mich zu klagen. (Rufe: Hört, Hört!) [illegible] dieses Mitglied auf, zog ihn in Untersuchung [illegible] als Zeuge. Der Wähler wurde zu 14 Tagen [illegible] derselbe Effendi hat dieses Urtheil [illegible]. (Rufe: Hört, Hört!) Der Effendi glaubt vielleicht, [illegible] zu einem Landespascha zu bringen. Doch [illegible] die Regierung und Gott davor schützen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Waldert**: Ich glaube, es ist ganz verfehlt, [illegible] man die politischen Behörden reorganisirt, wenn man ein [illegible] auf dem Gebiete des Gemeindelebens anstrebt. [illegible] Angelegenheiten der Ortspolizei gehören in den [illegible] Wirkungskreis der Gemeinden, aber der Wirkungskreis der politischen Behörden ist immer ein negativer. Dagegen geht der Ausschuß von der Ansicht aus, daß die exponirten Commissäre [illegible] schreiten sollen; das würde nur eine Unzahl von [illegible] Conflicten zur Folge haben. Sehr viele Gemeinde[illegible] gesetzesunkundig und ungebildet und daher gegen das öffentliche Interesse indolent; diesen gegenüber werden die exponirten Commissäre nichts ausrichten; allerdings gebe es auch viele tüchtige Vorsteher, diese leiden aber an der Eifersucht auf die Grenzen ihrer Competenz.

Seit fünfzehn Jahren befinden wir uns auf dem Gebiete des Gemeindelebens in einer retrograden Bewegung; früher besaßen die gebildeteren Elemente noch eine Ambition für das Vorsteheramt; heute fühlt man sich allgemein davon abgestoßen. In Böhmen wird es oft geradezu als Last betrachtet. Die Stellung der Bezirksvertretungen sei gegenwärtig derart, daß sie eigentlich weder zu leben noch zu sterben hätten. Was endlich den Landesausschuß betreffe, so sei er auf die Dauer unhaltbar. Allerdings ist die Besorgung der Regierungsgeschäfte nicht das Schlimmste, sondern die von dem Landesausschusse ausgeübte Verwaltungsgerichtsbarkeit. Besonders trete dies in Böhmen zu tage. Ein großer Mangel sei es, daß der Landesausschuß nicht in der Lage sei, seine Aussprüche und Entscheidungen zu exequiren. Die Entscheidungen des Landesausschusses, wenn sie behufs Vollziehung an die Statthalterei gelangen, werden dort abermals geprüft. Nun kann der Landesausschuß sich einer solchen Eventualität, daß seine Entscheidungen eventuell nicht exequirt werden, nicht aussetzen, so daß sich die Praxis herausgebildet, daß der Landesausschuß eine meritorische Entscheidung, von welcher er besorgt, daß sie von der Partei nicht befolgt werden könnte, erst an die Statthalterei leitet, mit der Anfrage, ob sie bereit ist, dafür die Executive zu geben.

Was soll nun an die Stelle des gegenwärtig Bestehenden gesetzt werden? Eine radicale Reform hält Redner nicht für angezeigt, wol aber eine energische Fortbildung der gegenwärtig bestehenden Einrichtungen. Er stimmt nicht für den Ausschußantrag, sondern stellt selbst den Antrag: „Das hohe Haus wolle beschließen, die Regierung wird aufgefordert, ehestens solche Vorlagen zur verfassungsmäßigen Behandlung zu bringen, welche geeignet sind, die dermaligen Uebelstände in der öffentlichen Verwaltung zu beseitigen.“ (Beifall links. Der Antrag wird unterstützt.)

Mit Rücksicht darauf, daß noch neun Redner eingetragen sind, sohin der in Verhandlung stehende Gegenstand heute nicht mehr erledigt werden kann, schließt der Präsident um 3 Uhr die Sitzung.

Es stellen die Abgeordneten Dr. Promber und 30 Genossen eine Interpellation an den Unterrichtsminister dahingehend: „Sind die seit Jahren erledigten Canonicate an dem fürsterzbischöflichen Metropolitan-Capitel zu Olmütz nicht besetzt, und in welchem Stadium befindet sich gegenwärtig diese Angelegenheit? Ist es richtig, daß mit der Curie irgendwelche Verhandlungen angeknüpft wurden, welche der Letzteren irgend einen Einfluß auf die Entscheidung der Frage, ob nichtadelige Bewerber zur Erwerbung dieses Canonicates zuzulassen sind, gewähren könnten? Wann endlich ist eine definitive Erledigung dieser Frage und sohin die Besetzung dieser Domherrenstellen im Sinne des Gesetzes und daher auch unter Zulassung von nichtadeligen [illegible] zu erwarten und was hat der Unterrichtsminister seit dem 15 Februar 1875 zur Beschleunigung und Beendigung dieser Angelegenheit verfügt und vorgesehen?“

In den Ausschuß zur Vorberathung des Gesetzes, betreffend das Thürheim'sche [illegible]commiß, wurden gewählt von der zweiten Abtheilung Abg. Dr. Foregger, von der dritten Abg. Freiherr v. Hackelberg, von der sechsten Abg. Dr. v. Forster, von der achten Abg. Graf Mieroszewski und von der neunten Abtheilung Abg. Schwak.

In den Ausschuß zur Berathung des Gesetzes betreffs Hintanhaltung der [illegible] und der Abhilfe wider [illegible] Vorgänge bei Creditanstalten in Galizien werden gewählt die Abgeordneten: Dr. [illegible]zowski, Skrzynski, Kochanowski, Dr. [illegible], Dr. Wedl, Gierowski, v. Renney, Dr. Honigsmann und Dr. Haase.

Nächste Sitzung Dienstag den 21., Vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: 1. Wahl des Ausschusses zur Vorberathung des Gesetzes, betreffend die Recruten-Aushebung. 2. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Vom Kriegsschauplatz.

In dem Maße, als die Mobilisirung in Südrußland fortschreitet, sendet die Pforte alle verfügbaren Truppen nach Bulgarien, wo bis heute, wie man uns aus Rustschuk meldet, erst 50.000 Mann versammelt sein [illegible]. Unser Correspondent erwähnt in Uebereinstimmung mit anderen Berichten, daß man in Bulgarien von einer Offensive der türkischen Donau-Armee und von einer Besetzung Rumäniens spricht, gleichsam als ob die Pforte die Absicht hätte, einer möglichen russischen Invasion angriffsweise zuvorzukommen.

Wir glauben nicht an eine türkische Offensive und betrachten das eben erwähnte Gerücht mehr als einen frommen Wunsch denn als einen rationellen Kriegsplan. Nach unserer Meinung spricht nicht nur die politische Situation für eine defensive Haltung der Türkei, auch die strategischen Verhältnisse an der Donau-Barrière lassen uns eine wenig hoffnungsvolle Offensive mit einem schwer überbrückbaren Strome im Rücken als ein gewagtes Unternehmen erscheinen. Weiter wird die Pforte noch wochenlang alle Mühe haben, die erst in Aussicht stehende Donau-Armee zu organisiren, um sie, auch nur in defensiver Absicht, einem neuen Gegner kriegsbereit entgegenstellen zu können. Die Verhältnisse stehen heute nicht mehr so wie zu Zeiten des Krimkrieges und die türkische Kriegsleitung würde das individuelle Element ihrer Armee gänzlich verkennen, wenn sie statt der Defensive die Offensive wählen würde. Die türkische Armee muß ihre militärischen Tugenden in den bulgarischen Festungen und im Balkan zu bewähren trachten; eine energische Offensive bedarf eines Armeetrains, über den die Türkei nicht verfügt.

* * *

Odessa, 14. November. (Zu den russischen Kriegsvorbereitungen.) Die ersten Zeichen der ernsten Zeit machen sich bereits bemerkbar. Einige reichere Familien übersiedeln von hier theils nach dem Chersoner, theils nach dem Poltaver Gouvernement. Die Aemter dürften nach dem Kiewer Gouvernement transferirt werden. Die Archive des Gouvernements, der „Duma“, der Handels-, Kreis- und Stadtgerichte werden zur Verpackung hergerichtet. Odessa beginnt die Allen noch von 1854 und 1855 erinnerliche Physiognomie anzunehmen. Heute begann eine Division aus Wilna hier einzurücken, und [illegible] die Militärbehörden sind mit der Einquartierung der Mannschaften vollauf beschäftigt. Diese schwierige Aufgabe wird nur dadurch erleichtert, daß viele der wohlhabenderen Familien [illegible] bis 15 Soldaten ins Quartier nehmen. Die Reservisten und Urlauber rücken en masse und mit großer Pünktlichkeit ein. Dieselben werden hier ausgemustert und gleich nach Bessarabien befördert. [illegible] gehen 16 Militärzüge täglich dahin ab. Mit der [illegible] der conscribirten Pferde ist heute begonnen worden.

Die [illegible] des Dnieper werden, wie die „Pol. Corr.“ meldet, [illegible]. Cherson, Borislaw, Krementschug und Nikopol werden von der Wasserseite mit großen [illegible] und von der Landseite mit Erdwerken versehen. General Totleben, der zum Chef der Vertheidigung des gesammten Littorale des Schwarzen und Asow'schen Meeres ernannt wurde, hat eine Reise auf der Linie Odessa-Otschakoff-Sebastopol-Kertsch angetreten, um die geeigneten Punkte für Errichtung von Batterien zu ermitteln. Namentlich stark befestigt sollen Eupatoria und Inkerman werden. Wie man hier annimmt, dürfte die Südarmee bis zum 1. December so ziemlich ihre Aufstellung am Pruth vollzogen haben.

Im kaukasischen Militärbezirk wird gleichfalls mobilisirt. Alle Irregulären (Kosaken des Transkaukasus) haben Befehl bekommen, sich marschbereit zu halten. Nur wird in Officierskreisen behauptet, die zwei vom Kaukasus gestellten Armeecorps werden zu rein defensiven Zwecken verwendet werden, da eine Action auf türkisch-asiatischem Gebiete nicht beabsichtigt wird.

* * *

Rustschuk, 14. November. [Orig.-Corr.] (Kriegerische Vorbereitungen. Russenfurcht. Türkische Kriegspläne.) Der Krieg mit Rußland gilt hier als unvermeidliche Eventualität. Die Vorbereitungen werden in aller Stille getroffen, die Beamten sind bei Strafe der Entlassung angewiesen, Stillschweigen über alle kriegerischen Vorkehrungen zu beobachten. In den Djamien wird fleißig gegen die Giaurs, und ganz besonders gegen die russischen, gepredigt. Noch immer wird an den Wällen unserer Stadt reparirt, armirt, und Rustschuk gestaltet sich zum Depot für die Armee, welche im Osten unseres Vilajets concentrirt wird. Verpflegsartikel und Munition werden nach allen Seiten, besonders nach den Festungen spedirt und alle Bäckereien der Stadt und der Umgebung haben vollauf zu thun. Die Bäcker, wie die sonst von der Regierung gedungenen Arbeiter haben leider für ihre Dienste noch keinen Piaster gezahlt bekommen; der Staat, der Glaube und der Sultan seien in Gefahr und daher die unbegrenzte Opferwilligkeit die Pflicht aller Unterthanen.

Was man auch von hier über die Verstärkung der Garnisonen und Concentrirungen berichten mag, so steht doch fest, daß die Pforte heute über kaum 50.000 Mann in Donau-Bulgarien verfügt. Hier treffen fast alltäglich Baschi-Bozuks in kleineren Abtheilungen ein, aber keineswegs in kriegsfähigem Zustande. Zerlumpt, ausgehungert und mit schadhaften Gewehren versehen, werden sie zu Trupps formirt, um wahrscheinlich wieder zur Verwendung zu gelangen. Seit den letzten Tagen circuliren wieder Gerüchte von einem bevorstehenden Bulgaren-Aufstande, an dem auch russische Freiwillige theilnehmen sollen — wie das, weiß freilich Niemand.

Wie ich schon das letztemal gemeldet, herrscht hier die Furcht in allen Gassen. Man behauptet, daß die Russen noch vor Weihnachten an der Donau eintreffen und diese vor Allem bei Severin-Kladowo und bei Gruja-Radujewaz übersetzen werden, weil dort die Donau in Folge der nahen Katarakte selbst zu Zeiten der strengsten Winter eisfrei sei. Dagegen läßt die Regierung die Meinung verbreiten, daß die türkische Armee der russischen durch eine Offensive und Besetzung von Rumänien zuvorkommen werde. Zur Ueberschreitung der Donau soll Kriegsbrücken-Materiale herbeigeschafft werden — woher, das können nur Diejenigen wissen, denen der traurige Zustand der technischen Truppen in der Türkei bekannt ist. Ich kann nur versichern, daß es der Pforte nicht nur an Kriegsbrücken-Materiale, sondern auch an leistungsfähigen Donau-Pontonnieren gänzlich gebricht.

Ein anderer uns ebenfalls vorliegender Bericht spricht auch von den Offensivplänen der Pforte und meint: „Es soll der Plan bestehen, die türkische Armee in der Gegend von Kalafat die Donau überschreiten zu lassen und den Krieg auf rumänisches Gebiet hinüberzuspielen. Man scheint diesen Plan aus mehrfachen Gründen für gerathen zu halten. Einmal scheint man sich dadurch vor einer neuen Erhebung im Tuna-Vilajet, beziehungsweise ganz Bulgarien, schützen zu können und weiter glaubt man dadurch den Consequenzen eines rumänisch-russischen Allianzvertrages, wenn ein solcher wirklich besteht, zu begegnen, im gegentheiligen Falle aber, wenn schon auf eine Cooperation der rumänischen Armee mit der türkischen nicht zu rechnen ist, Rumänien dem russischen Zwange zu entziehen.“

Inland.

Wien, 17. November. (Der „Club der Unabhängigen“.) Wir haben bereits im Abendblatte die Umstände geschildert, unter denen die Fraction Skene heute im Fortschrittsclub und im Club der Linken plötzlich an die Oeffentlichkeit getreten ist. Die Mittheilungen der „Presse“ über die Ziele der Fraction und über die Wege zur Bildung derselben haben die Anhänger der neuen Vereinigung, wie sie selbst eingestehen, veranlaßt, aus dem geheimnißvollen Dunkel, in das sie sich gehüllt hatten, früher herauszutreten als zuerst beabsichtigt war. Um ihr Inslebentreten mit möglichster Raschheit vollziehen zu können, hat die Fraction Skene einen ganz [illegible] Weg eingeschlagen. Sie gestaltet nämlich den Fortschrittsclub in ihrem Sinne um und braucht daher nicht als eine gänzlich neue Schöpfung erst um Aufnahme in den Rahmen der Verfassungspartei anzusuchen. Die Constituirung vollzog sich auf einfache Art. Die neue Fraction hatte ein kurzes Programm über den Ausgleich mit Ungarn ausgearbeitet, dessen drei ersten Punkte die bekannten Forderungen der liberalen Partei in Oesterreich bezüglich des ungarischen Ausgleichs enthalten. Der vierte Punkt aber verlangt die Aufhebung der Parität beider Reichshälften in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten zu Gunsten Oesterreichs, widrigenfalls „die volle Selbständigkeit und die Möglichkeit der Selbstbestimmung für Oesterreich anzustreben ist“; endlich soll fünftens nur eine solche Regierung unterstützt werden, welche den bezeichneten Richtungen entsprechend vorgeht. Diese Punkte legte Baron Walterskirchen im Fortschrittsclub mit dem Antrage vor, dieselben in das Programm des Clubs aufzunehmen, und nach kurzer Debatte wurden die Punkte en bloc mit 33 gegen 7 Stimmen angenommen, worauf die Unterzeichnung des Programms seitens jener Clubmitglieder, die demselben zustimmten, erfolgte. Dem Programm sind bisher seitens des Fortschrittsclubs 39 Abgeordnete beigetreten. Wie wir schon vor einigen Tagen meldeten, ist für die neue Vereinigung der Titel „Club der Unabhängigen“ vorgeschlagen.

Die Bemühungen der neuen Fraction, Anhänger zu gewinnen, beschränkten sich aber nicht blos auf den Fortschrittsclub. Im Club der Linken haben mit Einschluß des Herrn Skene selbst zehn Abgeordnete dem Programme der neuen Vereinigung sich angeschlossen. Dasselbe wurde genau wie im Fortschrittsclub auch im Club der Linken eingebracht und es ist die Aufnahme in die Clubstatuten beantragt. Selbstverständlich denkt der Club der Linken nicht daran, dieses Programm zu genehmigen. Sobald er dasselbe abgelehnt hat — die Berathung hierüber im Club der Linken ist für Sonntag Vormittags anberaumt — werden die zehn erwähnten Clubmitglieder aus dem Club der Linken austreten und der neuen Vereinigung sich anschließen. Ein ähnlicher Vorgang dürfte auch im Centrumsclub stattfinden, aus dessen Mitte angeblich sieben Abgeordnete für das neue Programm geworben sein sollen. Wie es heißt, war Abgeordneter Graf Dubsky, dessen Theilnahme an den Vorberathungen zur Bildung der Fraction Skene wir meldeten, beauftragt, gleichfalls heute schon die entsprechenden Anträge im Centrumclub einzubringen. Er erschien jedoch zur Sitzung desselben zu spät und dürfte daher in der nächsten Clubversammlung, welche ebenfalls Sonntag Vormittags stattfindet, das Versäumte nachholen. Der „Club der Unabhängigen“ soll bereits gegen 60 Mitglieder zählen.

Wien, 17 November. (Parlamentarisches.) Nachdem der Fortschrittsclub und der Club der Linken heute beschlossen haben, eine gemeinsame Conferenz der Verfassungspartei abzuhalten, um in derselben über die Feststellung einer Interpellation an die Regierung, betreffend den Ausgleich mit Ungarn, schlüssig zu werden, wurde die Abhaltung dieser Gesammt-Conferenz für Mittwoch den 22. d. M. anberaumt. Inzwischen verlautete heute in Abgeordnetenkreisen mit Bestimmtheit, daß das Ministerium bereits am nächsten Dienstag im Abgeordnetenhause die in Aussicht gestellten Eröffnungen über den ungarischen Ausgleich machen werde.

Im Petitions-Ausschusse kam heute die vom Abgeordneten Dr. Giskra überreichte Petition, betreffend die Wahlumtriebe in Dalmatien, zur Verhandlung. Der Ausschuß beschloß, vorerst den Minister zu hören und wird Freiherr v. Lasser eingeladen werden, Montag im Ausschusse zu erscheinen. Am Dienstag wird sodann das Referat als dringlich vor das Plenum kommen.

Als Referent wurde Dr. Promber bestellt. Derselbe wird für das Plenum den Antrag stellen, es sei die Petition der Regierung zur eingehendsten Würdigung mit der Aufforderung abzutreten, die gerügten Uebelstände mit aller Beschleunigung zu untersuchen und dem Hause über den Erfolg Mittheilung zu machen.

In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses wurde die Berathung des Unterrichtsbudgets fortgesetzt. Bei dem Titel „chirurgische Lehranstalten“ befürwortete der Referent, Abg. Eduard Sueß, die Wiedererrichtung der aufgelassenen und den Fortbestand der auf den Aussterbe-Etat gesetzten Lehranstalten für Chirurgen, indem er behauptete, daß die Heranbildung von Chirurgen namentlich mit Rücksicht auf die Gebirgsbevölkerung nothwendig sei. Der Antrag, für den auch der Abg. Dumba sich aussprach, wurde jedoch von mehreren Seiten, und namentlich von dem Unterrichtsminister Dr. v. Stremayr, bekämpft, der unter Anderm bemerkt, daß ein derartiger Antrag auch im Herrenhause auf lebhaften Widerstand stoßen würde. Die Sitzung dauerte bei Schluß dieses Berichts fort.

Wien, 17. November. (Zur neuen Civilproceß-Ordnung.) Der [illegible] zur Berathung der Civilproceß-Ordnung hat beschlossen, nachfolgende Anträge auf Anwendung des Gesetzes vom 30. Juli 1867 dem Abgeordnetenhause zur Annahme [illegible]: „1. Der von der k. k. Regierung vorgelegte Entwurf einer Civilproceß-Ordnung, sowie das noch vorzulegende sechste Buch derselben und das hiezu gehörige Einführungsgesetz ist dem durch das Gesetz vom 30. Juli 1867, Zahl 104 R. G. Bl., für die Behandlung umfangreicher Gesetze vorgezeichneten Verfahren zu unterziehen. Das hohe Herrenhaus werde eingeladen, diesem Beschlusse zuzustimmen und in diesem Falle die Genehmigung der übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser des hohen Reichsrathes von Sr. k. und k. Majestät einzuholen. 2. Der zur Vorberathung des Entwurfes einer Civilproceß-Ordnung in der Sitzung am 30. October 1876 gewählte Ausschuß werde berufen, die Vorberathung dieser Gesetzentwürfe auch nach dem Zeitpunkte der Anwendung des erwähnten Gesetzes fortzusetzen. 3. Der somit zur Vorberathung der Civilproceß-Ordnung und des Einführungsgesetzes zu derselben berufene Ausschuß habe in Anwendung der §§. 11, 12, 13 und 14 des Gesetzes vom 30. Juli 1867, Zahl 104 R. G. Bl., auch nach der Schließung der Session des Reichsrathes oder während dessen Vertagung in Thätigkeit zu bleiben und es sei zu diesem Beschlusse die Genehmigung Sr. k. und k. Majestät einzuholen."

Ausland.

Wien, 17. November. (Zur Orientfrage.) Heute beantwortete der Minister-Präsident Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause die Interpellationen Simonyi und Helfy. Dem Ersteren erklärte er auf dessen Anfrage, ob die Regierung nicht eine Darlegung der Orientpolitik der Monarchie beabsichtige und vor der Budgetdebatte noch eine Discussion der Vorlage gestatten wolle, mit möglichster Bündigkeit, eine derartige Vorlage liege nicht in der Absicht der Regierung, da die im Flusse befindlichen Ereignisse eine solche nicht gestatten; wenn Jemand in der Budgetdebatte zur Orientfrage sprechen wolle, könne er es nicht verhindern, er vertraue aber auf das Tactgefühl des Hauses. In ähnlich abweisendem Sinne beantwortete der Minister-Präsident die Interpellation Helfy bezüglich der Ansprache des Czars in Moskau, und er machte namentlich darauf aufmerksam, daß vom Wort bis zur That und bis zur Kriegserklärung immerhin noch ein Zwischenraum sei. Die Anschauung Helfy's, daß die Drohung gegen Oesterreich gerichtet sei, trotzdem desselben nicht erwähnt werde, charakterisirt der Minister-Präsident als das Vorgehen nervöser Frauen.

In Konstantinopeler Regierungskreisen scheint man sich der Gefahren, welche Armenien drohen, lebhaft bewußt zu sein und zu fürchten, daß mit einer russischen Invasion eine Erhebung der Armenier Hand in Hand gehen könnte. Die Berichte armenischer Journale über türkische Ausschreitungen betrachtet man als Aeußerungen des von panslavistischen Emissären geschürten Racenhasses und sucht dieselben durch national-armenische Zeugnisse selbst abzuschwächen. So deducirt der „Massis", daß jede anderweitige Herrschaft den Armeniern nur noch schlechter bekommen werde, als die türkische und sucht seinem Lesepublicum begreiflich zu machen, daß die panslavistischen Führer nur egoistischen Interessen dienen, indem sie gegen die Türkei zu Felde ziehen, und daß die Armenier um ihrer nationalen Selbständigkeit willen mit den Türken Hand in Hand gehen müßten.

Das von der „Pol. Corr." mitgetheilte russische Garantieprogramm für Bulgarien ist heute von dem „Nord" in einer für den Frieden wenig zuträglichen Weise durch die russische Forderung allgemeiner Entwaffnung unter Aufsicht einer Occupations-Armee, die natürlich nur eine russische sein könnte, ergänzt worden. So, wie die russischen Vorschläge gestern noch lauteten, waren sie discutirbar, wenngleich selbst deutsche Blätter, die sich bisher immer durch starke Russenfreundlichkeit auszeichneten, in denselben ein Haar fanden. Die „National-Zeitung" zum Beispiel bemerkte:

„Wir müssen uns bewußt bleiben, das die Gleichstellung Bulgariens mit Bosnien und der Herzegowina selbst ein schwer wiegender und specifisch russischer Stein in dieser Wabschale ist. Was ist Bulgarien, wer ist Bulgare, wo hört Bulgarien auf? Ist es das bulgarische Donau-Vilajet? dann wird man sich rasch verständigen. Aber Rußland hat seine eigene und neue Karte von Bulgarien und auf dieser sind die Grenzen so offen, daß General Ignatieff noch heute mit seinen geographischen Studien darüber nicht am Ende ist. Das sind Alles Dinge, die zur Vorsicht mahnen gegenüber einem Friedensgeiste, der in Europa durch Kriegslärm sich bemerkbar macht."

Die Unbestimmtheit des Begriffes Bulgariens, auf den die „Presse" wiederholt hingewiesen, fällt natürlich heute noch vielmehr ins Gewicht, nachdem die Besetzung desselben durch russische Truppen gefordert wird.

Petersburg, 13. November. (Ankunft der kaiserlichen Familie. Adresse der Petersburger Stadtvertretung. Die österreichischen Eisenbahnbeamten.) Heute um 11 Uhr Vormittags trafen der Kaiser, die Kaiserin, das Großfürsten-Thronfolgerpaar und dessen Kinder, die Großfürsten Sergius und Paul Alexandrowitsch, sowie die ganze Suite in Zarskoje-Selo ein. Der kaiserlichen Familie fuhren die hier anwesenden Großfürsten entgegen und an dem festlich geschmückten Bahnhofe hatte sich ein zahlreiches, dem Kaiser lebhaft zujauchzendes Publicum eingefunden, das nur mit Mühe davon abgehalten werden konnte, die Pferde des kaiserlichen Schlittens auszuspannen und den Monarchen selbst ins kaiserliche Schloß zu bringen. Der gleichzeitig angelangte Kriegsminister Miljutin hat sofort seinen Dienst in Petersburg angetreten und fand bereits heute Nachmittags im Gebäude des [illegible]ministeriums eine Berathung aller Truppen-Commandirenden über die ferneren, zur Erleichterung der Armee-[illegible] erforderlichen Maßnahmen statt. — Heute Abends wurde eine außerordentliche Sitzung der Duma von Petersburg abgehalten, in der unter allgemeiner Begeisterung beschlossen wurde, eine Adresse an den Kaiser zu richten, worin im Anschlusse an die erhabenen zu Moskau gesprochenen Worte des mächtigen Herrschers die dankbarste Hingebung an den Kaiser, sowie die vollste Opferbereitschaft der Stadt und des Landes für eine active Verfechtung der Interessen der bluts- und glaubensverwandten Christen der Türkei ausgesprochen wird. Rasch hatte sich die Nachricht von diesem Duma-Beschlusse in der Stadt verbreitet und eine unzählige Volksmenge belagerte das Duma-Gebäude, um in enthusiastischer Weise ihre Uebereinstimmung mit diesem Beschlusse kundzugeben.

Die hiesige Bezirkslandschaft beabsichtigt, bei der Gouvernementslandschaft zu petitioniren, daß für den Fall, als die Ehre Rußlands und die Politik der russischen Regierung es erheischen würden, in thatkräftiger Weise einzutreten, eine Steuer von 1 Percent des Grund- und Stadtbesitzes zu Gunsten des Staatsschatzes eingehoben werden solle. Aehnliche Petitionen werden auch von den Gouvernements des Südens vorbereitet und steht zu erwarten, daß alle Gouvernements Rußlands dieselbe Bereitwilligkeit kundgeben werden.

Das hier und im Auslande verbreitete Gerücht, daß alle polnischen und österreichischen Eisenbahnbeamten entlassen werden sollen, entbehrt jeder Begründung; eine solche Maßregel würde mehr als 6000 neue Beamte erforderlich machen, und welcher Mangel an gut geschulten Eisenbahnbediensteten hier noch immer herrscht, beweist die Thatsache, daß die Anordnung getroffen wurde, für den Mobilisirungsfall die zeitweilig beurlaubten und verabschiedeten Unterofficiere, die bisher im Eisenbahndienste verwendet wurden, auch weiter in ihrer Stellung zu belassen.

Petersburg, 14. November. (Die Moskauer Adressen.) Der russische „Regierungs-Anzeiger" veröffentlicht den russischen Text der Adressen, welche die Aeußerungen des Kaisers vom 10. d. beantwortet haben. Es sind ihrer drei; erstens des Moskauer Adels, zweitens der Moskauer Landschaft und drittens der Moskauer Stadtvertretung.

Der Moskauer Adel schreibt:

„Allergnädigster Kaiser!

Mit dem Gefühle tiefer Ehrfurcht hat der Moskauer Adel die vielbedeutenden Worte vernommen, welche von Eurer kaiserlichen Majestät hier in Moskau, in dem uralten Mittelpunkte Rußlands, gesprochen worden sind. Mit festem Vertrauen sehen wir vorwärts. Wir wissen, daß die Ehre des Vaterlandes in Ihrer Rechten wohlbewahrt liegt. Majestät, nicht wenig schwierige Aufgaben haben Sie zum Ruhm und Wohl des russischen Volkes gelöst. Jetzt, im schweren Augenblicke eines Weltconflictes, vertraut die Vorsehung Eurer kaiserlichen Majestät die Vollendung Desjenigen an, was so beständig und so lange Ihre Vorfahren in der Regierung beschäftigte. Möge der Allmächtige Ihnen den friedlichen Sieg über die Feinde verleihen und daß Sie Europa aus Neue den Frieden schenken. Das wird eine neue ruhmreiche That einer ruhmreichen Regierung sein. Aber, wenn der Krieg unvermeidlich ist, um die Ehre Rußlands aufrecht zu erhalten, so werden wir mit tiefem Glauben an Gott und an die Gerechtigkeit unserer Sache gegen unsere Feinde ausziehen und sind bereit, unsere Gebeine für den Czar und das Vaterland darzubringen. Der Adel hat immer in den ersten Reihen gegen den Feind gekämpft. Eingedenk des Vermächtnisses seiner Vorfahren wird er auch jetzt seinen Beruf nicht vergessen und noch enger und unzerreißbarer wird der hundertjährige Bund zwischen dem geliebten Kaiser und dem ihm unveränderlich treuen Adel geschlossen werden."

Am mildesten ist die Adresse der Landschaft; um so kräftiger die der Moskauer Stadtvertretung, welche sich auf den feierlichen Du-Fuß stellt. Sie lautet:

„Allergnädigster Kaiser! Als Dein Herrscherwort über das Meer drang und augenblicklich den blutigen Kampf beendete, wurde Dein Name gesegnet in allen rechtgläubigen Landen, in allen Grenzen der slavischen Rede und mit Erwartung erfüllte sich die Welt, welche in Verwirrung gesetzt war durch die Ungewißheit der einherschreitenden Ereignisse. Jetzt aber, wo das frohlockende Moskau, wiedergesehen von Dir in den Mauern des Kremls, von Dir selbst empfing die Wahrheit Deines kaiserlichen Gedankens und Willens; wo in diesem wunderbaren Augenblick Deiner feierlichen Gemeinschaft mit dem Volke die Herzen von Millionen in Eins mit dem Czarischen Herzen schlugen und ganz Rußland angesichts Moskaus, mächtig und eins, sich selbst in dem Czar hörte, dem Verkörperer seiner Geschicke, dem Heerführer seiner Kräfte, dem Träger seines Geistes und seines historischen Berufs — da zerstreute sich wie vor den Strahlen der Sonne der Nebel der Ungewißheit und des Zweifels und der helle Tag strahlte über die russische Erde mit Hoffnung und Vertrauen. Wir wissen jetzt, Majestät, daß Du, fest im Bewußtsein Deiner gerechten Sache, unerschütterlich geblieben bist gegenüber den Versuchungen des Kriegsruhmes, und wie ein Heiligthum schätzend das Leben Deiner Unterthanen, durch unendliche Güte besänftigend, die Dir von Gott übergebene Macht, anhaltend gesucht hast und bis jetzt suchst eine zuverlässige, aber unblutige Heilung des hundertjährigen Leidens, welches die Christen im Orient niederdrückt. Dank Dir, unser Czar, friedliebendster Czar des friedliebendsten der Völker! Wir wissen auch, daß Deine Weisheit schon vorher bezeichnet hat die Grenzen für Deine Czarische Geduld und in der Zukunft die Stunde des selbständigen Handelns Rußlands bezeichnet hat. Wisse aber auch Du, Herr, daß niemals ein Czar war stärker als Du in der gegenwärtigen Zeit durch Festheit des Bandes, durch Einheit des Gedankens und Gefühls mit seinem Volke, durch Gerechtigkeit und Reinheit der Dir bevorstehenden historischen Aufgabe. Wisse, Herr: Es gibt keine Grenze für unsere Aufopferung, wie es keine Grenze gibt für die Macht der Liebe, der Unterthänigkeit und der Ergebenheit Deiner Unterthanen für Dich. Bedingungslos sich hingebend Deiner herrscherlichen Führung, glaubt Moskau, daß immer, überall, auf allen Wegen hoch ehrenvoll und drohend mit Dir bleiben wird der große Name Rußlands und daß der Ruhm des Czars — Befreiers weit hinaus gehen wird über die russische Grenzmarke zum Heil unserer leidenden Brüder, zum Heil der ganzen Menschheit, zum Ruhm der göttlichen Wahrheit."

Telegramme der „Presse".

Belgrad, 17. November. Die hier zurückbleibenden Freiwilligen bilden eine selbständige Brigade unter Oberst Meschtschninow mit dem Standorte in Belgrad. Dieselbe wird bestehen aus zwei Bataillonen Russen, zwei Bataillonen Bulgaren, zwei Bataillonen Serben, zwei Sotnien Kosaken unter Oberst Andrejeff, mit der entsprechenden Artillerie-Abtheilung.

Belgrad, 17. November. General Tschernajeff vertheilte gestern Medaillen an die Mannschaft. Einem Serben, der sich bei Djunisch besonders ausgezeichnet hatte, schenkte Tschernajeff den eigenen Säbel. Der Ordens-Commission zur Vertheilung des Takovo-Ordens präsidirt General Dochturoff.

Lemberg, 17. November. Nach einem Telegramme des „Dziennik Polski" wurde die Bildung von Freiwilligen-Abtheilungen aus Studenten und Südslaven von dem russischen Kriegsministerium nicht bewilligt. — Die Unterbrechung des Verkehrs auf den russischen Bahnen werde mindestens noch sechs Wochen dauern. — Die meisten Eleven der Militärschulen werden von den Schlußprüfungen befreit und als Officiere in die Linie eingetheilt.

Klagenfurt, 17. November. Die Geliebte Francesconi's, Caroline Jarnig, reiste mit dem heutigen Nachtzug nach Wien, Gnade für Francesconi bei Sr. Majestät dem Kaiser zu erbitten.

Innsbruck, 17. November. Sämmtliche Mitglieder des akademischen Senats der hiesigen Universität, mit Ausnahme der Jesuiten und der Professoren Pfaundler und Busson, haben ihre Würden niedergelegt.

Pest, 17. November. In der heutigen Conferenz der liberalen Partei wurde ein artiges Schreiben des Ex-Ministers Simonyi verlesen, worin derselbe seinen Austritt aus der Partei anzeigt.

Athen, 17. November. Die Kammerdebatte über die auswärtige Politik wird Samstag beendet. Delyemios nimmt die Tagesordnung an, indem er das Zusammengehen der Parteien wünscht. Die Regierungs-Majorität wird mindestens 25 Stimmen betragen. Die Demonstrationen, welche die Einigung der Parteien verlangen, dauern fort. Der König sprach neuerdings zum Volke; er sagte: „Habt Vertrauen; mein einziges Ziel ist der Ruhm des Vaterlandes." Weder England noch die Türkei haben Bemerkungen wegen der griechischen Rüstungen gemacht. Die Regierung verlangt die Ausführung des vor vier Monaten dem Könige gegebenen Versprechens, daß Griechenland zur Conferenz zugelassen werde. Derby scheint geneigt, sein Pacifications-Programm zu modificiren, indem er den Griechen und Slaven die gleichen Begünstigungen zukommen lassen will.

Telegramme des Correspondenz-Bureau.

Pest, 17. November. (Abgeordnetenhaus. Fortsetzung.) Minister-Präsident Tisza erwidert auf die Interpellationen Simonyi's und Helfy's wie folgt:

„Am 11. d. interpellirte der Abgeordnete Simonyi, ob die Regierung geneigt sei, eine die ganze Orientpolitik der Monarchie umfassende mündliche oder schriftliche Vorlage behufs Orientirung der Legislative zu unterbreiten und ob die Regierung geneigt ist, eine Discussion über diese Vorlage noch vor der Budgetdebatte zu gestatten.

Was die erste Frage betrifft, kann ich mit Darlegung der Motive einfach antworten, daß die Regierung gegenwärtig nicht die Absicht habe, einen solchen Bericht zu erstatten. Der Herr Abgeordnete selbst wünscht, daß sich diese Vorlage auch auf solche Dinge erstrecken soll, die schon als überholt zu betrachten sind. Ich bin der Ueberzeugung, daß bezüglich einer ununterbrochenen, vorschreitenden, in Schwebe befindlichen Angelegenheit, die noch immer nicht ihre definitive Entwicklung erreicht hat, keine überholten Schritte in dem Sinne existiren, daß sie nicht mit den gegenwärtigen im engsten Zusammenhange stünden und eine Consequenz derselben wären, d. h. nicht mit jenen in Verbindung wären, bezüglich deren auch der Herr Abgeordnete selbst die Vorlage heute noch nicht für möglich hält. Wenn aber auch solche vorhanden wären, was nur dann möglich sein würde, wenn in diesen Fragen die auswärtige Politik der Monarchie ohne jede Ueberlegung geleitet worden wäre, was ich bestimmt in Abrede stelle, wenn, wiederhole ich, auch solche vorhanden wären, so halte ich dafür, daß die auf dieselben bezügliche Vorlage heute keinen Werth besitzen würde, vielleicht sogar schädlich sein könnte, wenn angenommen würde, daß in der Leitung unserer auswärtigen Politik keinerlei consequente Richtung existirte, und daß deren Richtung heute eine andere sei als sie vordem war, und nun ein Bericht vorgelegt würde über Schritte, von denen die Regierung heute abweicht, und das geehrte Haus würde über Schritte urtheilen, die heute schon außer Geltung gebracht sind, so könnte es geschehen — immer diesen nicht vorhandenen Fall der Inconsequenz angenommen — daß das Haus auf Grund eines solchen Berichtes seine Billigung bezüglich der Leitung der auswärtigen Politik aussprechen würde, während diese sich heute schon in einer Richtung bewegt, die von der gebilligten abweicht und daher nicht mehr die Zustimmung des Hauses besitzt, und das Haus würde auf diese Weise mit seiner Zustimmung der Regierung für ein weiteres Wirken eine Stütze geben zu einer Zeit, wo die Richtung der Regierung bereits eine andere ist, als welche gebilligt wird. Während wieder im umgekehrten Falle, wenn das Haus in Folge des Berichtes seine Mißbilligung über eine Richtung ausspräche, deren Gegentheil bereits befolgt wird, dies die Kraft jener Regierung schwächen würde, welche bereits eine solche Richtung befolgt, welche das Haus billigt. Die Unterbreitung einer solchen Vorlage kann daher keinen wie immer zu nennenden practischen Nutzen haben. (Zustimmung im Centrum.) Was die zweite Frage betrifft, so halte ich dafür, daß der Herr Abgeordnete, welcher die Frage an mich stellte, sich selbst davon überzeugen konnte, daß es nicht nothwendig sei, vor Beginn der Budgetberathung ein Mittel zu bieten, daß die orientalische Frage hier im Hause verhandelt werde, denn er sagte ja, daß Jedermann, der es für recht hält, bei der allgemeinen Debatte über das Budget Gelegenheit finden werde, auch zu dieser Frage zu sprechen.

Als die Interpellation gestellt wurde, trennten uns nur wenige Tage vom Beginne der Budgetdebatte, und unter diesen Umständen — ohne daß es noththäte — eine specielle Debatte über die orientalische Frage auf die Tagesordnung zu setzen, wäre eine solche Vergeudung der Zeit, wie ich sie vom geehrten Hause nicht voraussetze. Ich weiß es selbst, daß man während der Budgetdebatte Niemanden verhindern könne, auch diese Frage in den Rahmen seiner Rede zu ziehen; doch ich wünsche, ja ich sehe mit der Hoffnung und dem Vertrauen dieser Eventualität entgegen, daß, wenn auch diese Frage zur Sprache kommt, die Debatte sich nicht so entwickeln wird, daß sie bezüglich des

Nr. 319. Wien, Samstag 18. November 1876. **XXX. Jahrg.**

Das Fremden-Blatt erscheint **täglich.**

Man pränumerirt Wollzeile Nr. 4.

Ganzjährig 16 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 8 fl. „ „
Vierteljährig 4 fl. „ „
Monatlich 1 fl. 40 kr. „ „
ohne Zustellung.

Fremden-Blatt.

(Morgen-Blatt.)

Redaktions-Bureau: Wollzeile Nr. 17.

Abonnement für die Provinz:
Ganzjährig 20 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 10 fl. „
Vierteljährig 5 fl. „
Monatlich 1 fl. 70 kr. „
Einzelne Blätter 6 kr.

ausschließlich **Havas Laffite & Co.** in Paris.

Wien, 17. November.

Liest man die unheimlichen Nachrichten, welche von verschiedenen Seiten her über Kriegsrüstungen und Kriegsbereitschaft sich kreuzen, so muß man nahezu an der Fortdauer des Friedens verzweifeln. Rußland mobilisirt, stellt den Güterverkehr auf allen seinen Bahnen ein, welche eine strategische Bedeutung haben, schiebt gewaltige Truppenmassen gegen seine in Europa und Asien der Türkei zugekehrten Grenzen vor, und der Kaiser von Rußland, bisher der hervorragendste Gönner und Hort des Weltfriedens, hält kriegerische Ansprachen und wünscht seinem Bruder, dem Oberstkommandirenden, „besten Erfolg". Aus der Türkei kommen nicht minder ernste Meldungen: das Osmanenthum sammelt seine letzten Kräfte, macht die verzweifeltsten Anstrengungen, um dem furchtbaren Sturm, der seine morsche europäische Herrschaft bedroht, Trotz zu bieten. In England finden die russischen Rüstungen die aufmerksamste Erwiderung. Auf den Zug folgt der Gegenzug, einer deutlicher als der andere, wie unmittelbar vor dem entscheidenden Ausgang einer lange ausgesponnenen Schachpartie. In den Arsenalen herrscht fieberhafte Thätigkeit; die irländischen Urlauber werden einberufen, neue Panzerschiffe unverzüglich in Dienst gestellt, um die bereits das Meer vollkommen beherrschenden Flotten zu verstärken. So geht es in Rumänien, so in Griechenland, und wohl auch anderwärts legt man die Hände nicht müßig in den Schoß, wenn man auch in der Oeffentlichkeit weniger Aufhebens davon macht.

Inmitten dieses bedenklichen Treibens und beinahe unberührt von dem Stoßen und Drängen auf allen zum Kriege führenden Pfaden, **setzt die Diplomatie ihre Bemühungen für den Waffenstillstand und** den Frieden fort. Man zieht die Demarkationslinien als überflüssigen Kordon um die kleinen bereits erloschenen Herde der Kriegsseuche, während die allverheerende Pest ringsum mit unwiderstehlicher Wuth hereinzubrechen droht. Alle Kabinete haben bereits ihre Zustimmung zu der Konferenz ertheilt, welche doch wahrlich den Frieden und nicht den Krieg aus ihrem Schoße zu gebären berufen ist. Die diplomatischen Delegirten rüsten sich zur Fahrt nach Konstantinopel, befassen sich mit Vorberathungen und Vorschlägen zur Erleichterung und Vereinfachung der vielköpfigen und schwierigen Fragen, welche durch die orientalischen Wirren nunmehr unabänderlich auf die Tagesordnung gesetzt sind. Und doch sieht Jedermann mit mißtrauischem Zweifel dieser Diplomatenarbeit in extremis zu; man hat nach dem unausgesetzten Wechsel zwischen Anlauf und Rücklauf der vermittelnden Aktion der europäischen Staatsweisheit den Glauben an ihre unfehlbare Wirksamkeit schier eingebüßt und ist zuletzt auf dem desperaten Standpunkt angelangt, wo man immerdar den Frieden wünscht und nur noch den Krieg erwartet.

Es wäre in der That auch thöricht, den furchtbaren Ernst der augenblicklichen Situation zu verkennen. Wir selbst haben uns den **Umfang der unmittelbaren Gefahren, welche aus einem immer wahrscheinlicheren** Zusammenstoß zwischen Rußland und der Pforte nicht allein uns, sondern der gesammten alten Welt erwachsen können, nie verhehlt, und haben — nicht erst seit gestern — darauf hingewiesen, daß alle Kombinationen und Berechnungen, die man über die Gestaltung der nächsten Zukunft Europas anzustellen berechtigt ist, nur noch auf der Grundlage der Möglichkeit der Fortdauer des Friedens beruhen dürfen. Mehr kann heute der erleuchtetste und informirteste Staatsmann **nicht bieten, und es wäre der sträflichste, leichtfertigste** Optimismus, **mehr selber zu hoffen und den Anderen** zu versprechen. Allein — wir können es nicht oft genug betonen — die Möglichkeit des Friedens ist darum doch noch keine Unmöglichkeit geworden, und wenn man dies nicht aus den Augen verliert, wenn man nicht voreilig die dünnen Fäden zerreißt, an welchen als eventuelles Ergebniß der Konferenz noch immer die Beseitigung des casus belli hängt, so wird dies immer besser und vernünftiger sein, als wenn man das Schlimmste als das absolut Unvermeidliche ansieht, und sich gleichsam in das **Wasser stürzt, um der Gefahr des Ertrinkens zu entgehen.**

So betäubend auch der Waffenlärm ist, der jetzt aus der slavischen Welt uns entgegenschallt, so liegt es doch in der Natur der Sache — und die Worte des Czaren, wie die Note seines Staatskanzlers stimmen damit überein — daß man in den leitenden politischen Kreisen Rußlands den Krieg mit der Türkei, im Zusammenhang mit dem, was sich weiter daran knüpfen kann und wird, als diejenige Lösung ansieht, zu der man nur im äußersten Falle greift. Das plötzliche **Aufflackern des russischen Kriegsfeuers war sicherlich nicht in dem** schon längst geplanten Gortschakoff'schen Programme vorgesehen; Rußland kann eher warten, als jeder andere europäische Staat, und je länger es wartet, um so reicher fällt seine orientalische Erbschaft aus und um so leichter bringt es dieselbe heim. Die russische Furie wurde hervorgerufen durch die Enttäuschung, welche die serbische Schilderhebung dem großen slavischen Bruder im Hintergrunde bereitet hat. Serbien hat das nicht geleistet und konnte auch wirklich das nicht leisten, wozu es die panslavistische Agitation verführt und wozu es sich allzu tollkühn verpflichtet hatte. Rußland selbst mußte machtgebietend dazwischentreten, um mit eigener Hand das durchzusetzen, was durchzusetzen die Aufgabe des vorgeschobenen Serbien sein sollte; es mußte provozirend gegen die siegreichen Türken vorgehen, um sein Prestige in der südslavischen Welt und seine hohe Stellung im europäischen Staatenkreis zu retten. Das russische Ultimatum, das wie eine Bombe in die diplomatischen Kreise gefallen ist, wurde nur in Folge des serbischen Ultimatums improvisirt, welches Ristics insgeheim nach Livadia gelangen ließ, um augenblickliche Rettung von Rußland zu erlangen, wenn Serbien nicht direkt mit dem türkischen Gegner unterhandeln solle. So erklärt sich die über Nacht akut gewordene Kriegsgefahr, so erklärt sich die den Serben aus kaiserlichem Munde ertheilte scharfe Rüge, so erklärt sich endlich die Ungnade Tschernajeff's, der, anstatt einen unbequemen und unzeitgemäßen König zu machen, die Türken hätte schlagen oder wenigstens zur Zeit der ersten Waffenstillstands-Unterhandlungen über den wirklichen Stand der serbischen Sache **wahrheitsgetreue Berichte nach Rußland hätte gelangen lassen müssen.**

Unter solchen Umständen liegt es noch nicht außerhalb der Macht der Konferenz, den russischen Kriegseifer zu dämpfen, und ist dieser gedämpft, so wüßten wir keine europäische Macht, England einbegriffen, die in kriegerischen Velleitäten ferner zu verharren die Lust oder das Bedürfniß verspüren sollte. Der Friede, in welcher Form immer, ist unbedingt besser als der Krieg, der sich in so unheilverkündenden Umrissen darstellt, wie der jetzt in Aussicht stehende, und es sollte, so weit nur die wahre Ehre und die wesentlichen Interessen der einzelnen occidentalen Staaten es zulassen, kein Preis zu hoch sein, um diesen wankenden Frieden wieder zu befestigen. Und wäre dieser Friede nur dadurch zu erhalten, daß die Pforte nachgäbe, unbedingt nachgäbe, so wäre auch dieser Preis nicht zu hoch. Das Nachgeben der Pforte steht in erster Linie in dem Programm sämmtlicher Mächte; es ist die entschieden formulirte Forderung seiner gefährlichsten Gegner, aber auch der wohlmeinende Wunsch seiner besten Freunde, und wir suchen vergeblich nach dem Vortheil, der zunächst für die Türkei, dann für Rußland, für uns und für die ganze Welt sich daraus ergeben soll, daß man im letzten **entscheidenden Augenblicke am Goldenen Horn nachzugeben sich weigert.**

Wien, 17. November

Unsere Meldung, daß die heute beschlossene Versammlung der verfassungstreuen Klubs am Mittwoch stattfinden wird, erfährt ihre Bestätigung. Wie wir gleichfalls schon mitgetheilt haben, wurde dieser Tag gewählt, damit die Regierung Gelegenheit finde, in der Sitzung am Dinstag spontane Erklärungen über den derzeitigen Stand der Ausgleichsverhandlungen abzugeben.

Es kann nun als gewiß angenommen werden, daß die Pforte auf ihre Einwendungen gegen die Konferenz verzichtet, das Zustandekommen erscheint damit als gesichert. Natürlich bedeutet das Zustandekommen der Konferenz noch nicht, daß dieselbe auch jene Resultate ergeben werde, die man wünschen muß, doch sind durch die Annahme der Konferenz seitens der Türkei die Friedens-Chancen jedenfalls verstärkt, so hochernst die Situation auch durch die Rüstungen auf russischer, türkischer und englischer Seite unzweifelhaft geworden ist.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, ist die Nichtbetheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung beinahe schon offizielles Faktum. Von österreichischer Seite ist die Frage derzeit noch offen gehalten, wir haben indessen Grund zur Annahme, daß Schritte in Vorbereitung sind, die wenigstens eine Betheiligung der österreichischen Kunstindustrie an dem internationalen Wett-

kampfe in Paris sicherzustellen geeignet sind. Ob und inwieweit die anderen Zweige der österreichischen Industrie in Paris vertreten sein werden, wird von dem Votum der parlamentarischen Körperschaften, denen die nöthigen Kredite zu bewilligen obläge, abhängen.

„Geheime" Dokumente.

Die italienische Regierung hält mit aller Entschiedenheit daran fest, daß die von der „Kölnischen Zeitung" publizirte Eingabe der Herren Depretis, Nicotera, Mancini und Mezzacapo in Sachen der Vakanz des römischen Stuhles unecht sei. Die „Kölnische Zeitung" erklärt, daß sie Schritte gethan habe, um die Echtheit zu prüfen. Wir haben bereits zwei äußere Bedenken gegen die Echtheit geäußert: die Bezeichnung des Generals Mezzacapo als „Abgeordneter", während er Senator ist, und die Unterschrift „Nicotera" anstatt „G. Nicotera". Bedenken innerer Natur gegen die Echtheit sind nicht minder vorhanden. So muß es jedenfalls auffällig erscheinen, daß die italienische Regierung ihre Absicht, sich des Fischerrings zu bemächtigen, voraus verkünden sollte. Das wäre jedenfalls das ungeeignetste Mittel, diesen Zweck zu erreichen. Das erinnert ein wenig an eine Anekdote vom seligen deutschen Reichshofrath, der seinerzeit in Wien, als der Residenz des römischen Kaisers, Recht sprach und dessen Beamte es liebten, unregelmäßig zu frequentiren. Da wurden dann zu Zeiten „unvermuthete" Revisionen angekündigt, die aber eigenthümlicherweise immer für einen bestimmten Tag annoncirt wurden. Man kann sich denken, daß an diesen Tagen immer Alles auf seinem Platze und in allerschönster Ordnung befunden wurde. Das Vorausverkünden eines Staatsstreichs ist in eine Parallele zu stellen mit diesem Vorausverkünden einer bureaukratischen Revision.

Es hat sich überhaupt in letzter Zeit, wie es scheint, die Industrie der Fälschung wichtiger Aktenstücke wieder etwas gehoben. Wenn die Könige bauen, haben die Kärrner zu thun. Verschiedenen Regierungen sind in letzter Zeit Aktenstücke, manchmal sehr geschickt nachgeahmte, zum Kauf angeboten worden, einige mögen auch auf den Leim gegangen sein. Auch verschiedene Zeitungs-Redaktionen Europas und manchmal recht vorsichtige, sind auf den Leim gegangen und haben Aktenstücke veröffentlicht, an die sich mehr ein psychologisches als ein diplomatisches Interesse knüpfen kann, Aktenstücke, die alle Achtung vor der Kunst des Fälschens, aber auch nicht mehr einflößen können. Es scheint, daß sich eine gewisse internationale Werkstätte wieder aufgethan hat, die seit einiger Zeit ihre Thätigkeit eingestellt zu haben schien. Man wird vielleicht nicht irregehen, wenn man die „Verfasser" der neuesten historischen Romane in Depeschenform vielleicht in den Reihen der polnischen Nationalität sucht, die ja stets Individuen in ihrer Mitte hat, die sich gleicherweise durch Talent, sowie durch Mangel an Skrupulosität auszeichnen. Das Hauptquartier der strategischen Unternehmungen wechselt, natürlich nach Maßgabe der Zeitverhältnisse; es gab Zeiten, wo Paris oder Zürich die Zentralstation war, sie kann jetzt in Berlin oder Konstantinopel sein. Ohne in dem vorliegenden Falle, in dem wir in Loyalität verpflichtet sind, die Vertheidigung der „Kölnischen Zeitung" abzuwarten, unser Schlußwort bereits zu sprechen, fühlten wir uns doch zu den vorstehenden Bemerkungen veranlaßt, die vielleicht einen Maßstab zur Beurtheilung gewisser Vorkommnisse abgeben können.

Reichsrath.

Wien, 17. November.

Die Debatte über die Reform der Verwaltung in Oesterreich nimmt bereits die dritte Sitzung des Abgeordnetenhauses in Anspruch, und wird mindestens noch eine vierte erfordern. Graf Hohenwart, dessen Ausführungen letzthin eine so unliebsame Unterbrechung erfahren hatten, spann heute den abgerissenen Gedankenfaden weiter fort. Er unterließ es, das föderalistische Rezept, welches er neulich zur Abstellung unserer Verwaltungsschäden anzugreifen Miene machte, heute des Näheren auszuführen. Es scheint, daß Graf Hohenwart lediglich das Bedürfniß gefühlt hat, seinen disparaten Parteifreunden irgend etwas Verbindliches zu sagen. Das Verlangen, die Länderchefs den Landtagen verantwortlich zu machen, ein Verlangen, dessen Nutzen für die Verwaltung schlechterdings nicht einzusehen ist, scheint als Angebinde für den föderalistischen Heerbann des Grafen Hohenwart bestimmt gewesen zu sein, ganz so wie die Polemik gegen den „Zeitgeist" offenbar die Herren Klerikalen in gute Stimmung versetzen sollten. Im Uebrigen fiel der den positiven Vorschlägen gewidmete Theil der Hohenwart'schen Erörterungen ziemlich mager aus und trat in der R…g gegen die negative Kritik, die er an den Ausschußanträgen …t hatte, stark zurück. Eine knappere, geographische Begrenzung der allzu ausgedehnten Verwaltungssprengel, darauf läuft im Wesentlichen hinaus, was Graf Hohenwart als radikales Heilmittel zur Herstellung einer gesunden Verwaltung empfahl. Das strebt aber, im Grunde genommen, wenngleich in anderer Form, auch der Ausschuß an, indem er die Errichtung von Exposituren der Bezirkshauptmannschaften nach Bezirks…richten vorschlägt. Und ohne Beamtenvermehrung geht es auch nach den Propositionen des Grafen Hohenwart nicht. Im Ganzen und Großen ist man nach der Rede des gräflichen Abgeordneten aus Krain doch in den Hauptpunkten so klug, wie zuvor, und die eigentliche Aufgabe, praktisch Vorschläge zu erstatten, fällt der Regierung zu. Es gibt in der That zu viel der wunden Stellen in unserem Verwaltungsleben, als daß es im bisherigen Geleise weiter gehen dürfte. Eine Reform der Verwaltung zur Abstellung der zahlreichen Uebelstände thut dringend noth. Es bleibt nur zu wünschen, daß sich das Haus im Prinzipe für die Reform der Verwaltung ausspreche, und zu hoffen, daß die Regierung, der das Wie offenbar, wie gewöhnlich überlassen bleiben wird, eine glückliche Hand bekunde. Außer dem Grafen Hohenwart sprachen, jedoch ohne das gewünschte Licht in die Sache zu bringen, die Abgeordneten Zaklinski, Peez, Grocholski, Mieroszewski und Waldert.

Zum Beginne der Sitzung erbat sich der Präsident die Ermächtigung, Ihrer Majestät der Kaiserin zu deren bevorstehendem Namensfeste die Glückwünsche des Hauses übermitteln zu dürfen. Sodann überreichte Abg. Giskra die telegraphisch aus Dalmatien eingetroffene Petitionen, welche über angebliche Gesetzesverletzungen bei den Landtagwahlen lebhafte Beschwerde führen.

Eine derselben, vom verfassungstreuen Wahl-Comité in Spal… ausgehend, gipfelt in der Bitte: „Das hohe Haus geruhe von der k… Regierung die sofortige Einstellung der Landtagswahlen zu fordern, … lange in Dalmatien die Leitung der Landesregierung in den Händen … Statthalters Baron Rodich verbleibt, welcher offenbar der der Ver… fassung ergebenen Mehrheit des Landes feindlich gesinnt ist und das Vertrauen, welches diese in den Ernst und die Unverletzbarkeit des österreichischen Statuts gesetzt hat, zerrüttet. Sollte dieses verweigert werden, dann geruhe das hohe Haus eine Enquête über die Art zu verordnen, wie in Dalmatien die Wahlen geführt werden, und zwar durch besondere Mitglieder, welche allein und nicht durch Regierungsorgane die oben angeführten Gesetzesverletzungen in das wahre Licht setzen können." Die Petition wurde ordnungsmäßig dem Petitions-Ausschusse zugewiesen. Zum Sitzungsschlusse richteten die Abg. Promber und Genossen an den Kultusminister eine Interpellation über das leidige Kapitel des Olmützer Domkapitels.

206. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

(Forsetzung aus dem Abendblatt. — General-Debatte über die Reform der Verwaltung.)

Abg. Peez.

Wenn ich den größten Werth auf die Verwaltung lege, so steht dies im innigsten Zusammenhange mit der Verfassung, und wenn die Klage laut geworden, daß der Nachwuchs an Beamten ein schwacher, wo liegt die Wurzel des Uebels? Darin, daß noch Mangel an Vertrauen herrscht, daß die Entwicklung noch nicht vollkommen abgeschlossen erscheint, und auf diesen Punkt hinzuweisen, erscheint mir nothwendig. Wir organisiren zu oft den Gegensatz. Ich glaube, daß bei uns die Organisation der Verwaltung vor Allem dahin zu streben hätte, daß der Staatsgedanke in den Statthaltern seine kräftige, vollkommene Ausprägung finde, und daß diese wichtigen Beamten ihre Sorgfalt den wirthschaftlichen Interessen zuwenden.

Abg. Ritter v. Grocholski.

Worin der Fehler liegt, wie demselben abzuhelfen sei, darüber ist man noch nicht einig, vielleicht scheut man sich, dem Patienten den Puls zu fühlen und zu erwägen, auf welche Weise Abhilfe geschaffen werden könnte. Der Bericht gibt nicht an, wie viele exponirte Beamte ernannt werden sollen, wie groß ihr Amtssprengel sein soll. Dies ist ein Beweis für mich, daß der Ausschuß nicht recht anzugeben wußte, welchen Wirkungskreis diese Beamten eigentlich haben werden. Diese Beamten sollen eine wünschenswerthe Ingerenz auf die Gemeinden ausüben. Ja, worin soll diese wünschenswerthe Ingerenz bestehen? Der Bericht sagt weiters, daß durch Landesgesetze auch solche Gegenstände diesen Beamten zugewiesen werden könnten, welche zu dem selbstständigen Wirkungskreise der Gemeinden gehören. Da hat man nun allerdings einen verkehrten Weg eingeschlagen, da sollen zuerst die Beamten ernannt werden, und diese sollen mit verschränkten Armen auf die Geschäfte warten, welche ihnen einmal zugewiesen werden sollen. (Rufe: Sehr richtig!) Nach meiner Ueberzeugung würden diese Beamten sehr viele Kosten verursachen. Sie würden weiters die Gefahr einer Ausbeutung der Bureaukratie bis in die untersten Schichten der Bevölkerung mit sich bringen. Wir würden zu jenem alten Bevormundungs-System zurückkommen, wo der Beamte besser wußte, was dem Staatsbürger noth thut, als ihm selbst. (Bravo! rechts.) Die Landtage würden in ihrem Rechte und in ihren Bemühungen, die Gemeindeverhältnisse zu ordnen. gestört. Ich werde daher gegen diese Anträge stimmen.

Keineswegs aber will ich leugnen, daß die Gemeinde-Einrichtungen mangelhaft sind, aber dieser Gegenstand gehört ausschließlich zum Wirkungskreise der Landtage, wie dies der Ausschußbericht betont, daher sollte auch ein Antrag in dieser Hinsicht nicht in Verhandlung gezogen werden.

Ich wahre hier ausdrücklich das Recht meines Landtages. Der galizische Landtag hat sich eingehend mit der Reform der autonomen Behörden beschäftigt, aber seine Bemühungen scheiterten an den engen Grenzen seiner Kompetenz. Die Kompetenzfrage selbst will ich hier aber nicht berühren.

Mag man auch noch so sehr alle Umstände prüfen und sich der Hoffnung hingeben, daß das Beschlossene gut sein wird, so kann man sich doch irren. Vielleicht wird die nächste Zukunft wieder eine Abänderung gebieterisch erheischen. Das war ja auch so bei der gegenwärtigen Gemeindeordnung. Wenn die nächste Zukunft wieder eine Abänderung erheische, sie läge außer der Kompetenz des Landtages. Es würde der Landtag um den Preis eines Zustandekommens einer entsprechenden Organisirung im Lande sich des Rechtes begeben, einen etwa begangenen Mißgriff gutzumachen. Er würde sich des Rechtes der Gesetzgebung in Gemeinde-Angelegenheiten begeben. Das darf er aber nicht, ohne auf die Bedingungen seiner Existenzberechtigung zu verzichten. Erwägt man aber, daß eine solche Organisirung durch ein Reichsgesetz zu Stande kommen müßte, und daß der Reichsrath in Abänderung der Reichsgesetze durch nichts gebunden ist, so wäre bei dem Bestreben der Unifikation in der Gesetzgebung die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß auch der Preis verloren gehen könnte, um den der Landtag sich des Gesetzgebungsrechtes begeben hat. Es könnte über kurz

oder lang ein Gesetz für das ganze Reich zu Stande kommen, welches vielleicht für die eine oder andere Provinz ersprießlich wäre, aber den Verhältnissen der übrigen Provinzen nicht entspreche; in einem solchen Falle dürfte wohl Galizien in die letztere Kategorie gehören.

Deswegen ist nach meiner Ueberzeugung das Zustandekommen einer entsprechenden Organisirung in den Kronländern bei getheilter Kompetenz eine Unmöglichkeit. Schließlich muß man doch zur Ueberzeugung gelangen, daß die Vorbedingung einer guten Verwaltung in den Ländern die Uebertragung des diesfälligen Gesetzgebungsrechtes an die Landtage ist. Darum hat der galizische Landtag die Grundzüge der Organisirung der politischen Behörden für sich verlangt. Ich hoffe, daß Sie ohne Zustimmung der Landtage trotz der hier gehörten Ansichten sich diese Kompetenz nicht vindiziren werden wollen, sollte das aber geschehen, konnte ich nur sagen, wo die Gewalt anfängt, hört jede Diskussion auf. Man braucht nicht zu fürchten, daß die verschiedenen Länder sich verschiedene Gesetze geben würden. Das Erforderniß der Sanktion schließt eine solche Gefahr aus, und auch gegenwärtig bestehen ja in den einzelnen Ländern Verschiedenheiten.

Wenn man erkannt haben wird, daß die getheilte Kompetenz eine unüberwindliche Schwierigkeit bildet, dann wird man leicht die Mittel finden, diese Bedenken zu beseitigen, und ich zweifle nicht, daß die Länder hier willig die Hand dazu bieten werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf **Mieroszewski**.

Ich gestehe offen, daß ich das gegenwärtige Gemeindegesetz für ein vollkommen gutes halte, und ich finde blos, daß die Gemeinden, welche dem Gesetze entsprechen sollen, bei uns nicht existiren, weil man sie eben aufgehoben hat. Man stelle diese wieder her, das Substrat ist vorhanden und die Gemeinde kann ihrer Pflicht nachkommen. Man möge daher das bestehende Gesetz langsam verbessern, bis es den Verhältnissen vollkommen entspricht. Wir, in unserem Lande, haben Gemeinden von 8, 15 bis 20 Häusern. Ist es nun bei einer Gemeinde von acht Häusern — und was sind das mitunter für Häuser! — möglich, von einer Gemeinde-Verwaltung zu sprechen? Die Ursache der Mängel der politischen Verwaltung liege in einem falschen Prinzipe, welches angenommen worden ist, nämlich in dem falschen Grundsatz der Theilung der verschiedenen Wirkungskreise. Wir kommen zu einem Dualismus, der keine Arbeitstheilung, sondern eine nutzlose Arbeitsverdopplung ist. Beide Regierungen können nicht mit gleicher Macht ausgestattet werden. Ich glaube, die landesfürstliche sollte die überwiegende haben.

Zu den ersten Dingen, von denen jeder Staatsbürger weiß, gehören die drei Gewalten: die gesetzgebende, richterliche und administrative Gewalt. Die richterliche ist frei. Warum befreien wir auch nicht die gesetzgebende von den administrativen Funktionen? Nehmen wir z. B. an, daß man zu einem Juristen Zutrauen hat und ihn in den Landtag schickt; daselbst wird er in den Ausschuß gewählt. Die anderen Agenden sind aber schon vertheilt, blos die Agende der Landspitäler ist frei und diese wird dem Juristen übertragen. (Heiterkeit.)

Die Agenden des Bezirksausschusses übergebe man der Bezirkshauptmannschaft, des Landesausschusses der Statthalterei. Da man sich aber gewöhnt hat, keine Ingerenz der Regierung zuzulassen, kann man dieser Anschauung Rechnung tragen, indem zur Besorgung dieser Geschäfte bei den landesfürstlichen Stellen Räthe gewählt werden auf eine gewisse Anzahl von Jahren gegen eine Entlohnung. Dann haben wir autonome Beamte, die zur Arbeit verpflichtet sind, nicht als Volontäre erscheinen und befähigt sind.

Wenig hätte ich zu sagen in Bezug auf das, was von einzelnen Herren als Sanirungsmittel angeführt wurde. Was die Verantwortlichkeit des Statthalters vor dem Landtage anbelangt, darüber werde ich kein Wort verlieren. Ich glaube, daß wenn dieses Prinzip in allen unseren 17 oder 19 Landtagen durchgeführt wäre (Heiterkeit), würden wir in der ganzen Monarchie nicht einen Minister finden, der im Stande wäre, die Verantwortung vor dem Reichsrathe und der Krone für die 17 Statthalter zu übernehmen.

Ich möchte da ein Faktum vorbringen, welches sich in meinem Lande ereignete, wo ein junger Bezirks-Effendi nicht blos auf die Wahlen in den Landtag Einfluß geübt, sondern auch seine Kompetenz überschritt. In Folge dessen sind die Wähler nach Wien gegangen und die Sache muß jedenfalls wichtig gewesen sein, da der Minister des Innern darüber ein Protokoll aufnehmen ließ. Als die Leute nach Hause kamen, hat der Bezirks-Effendi ein Mitglied dieser Deputation durch das Dorf schleppen lassen, und ihm zugerufen, ich will Dich lehren, nach Wien zu gehen, und über mich zu klagen. (Rufe: Hört! Hört!) Sodann trat er als Kläger gegen dieses Mitglied auf, zog ihn in Untersuchung und fungirte dabei als Zeuge. Der Wähler wurde zu 14 Tagen verurtheilt, und derselbe Effendi hat dieses Urtheil ausgefertigt. (Rufe: Hört! Hört!) Der Effendi glaubt vielleicht, mit der Zeit es zu einem Landespascha zu bringen. Doch wird uns hoffentlich die Regierung und Gott davor schützen. (Heiterkeit.)

Abg. **Dr. Waldert**.

Der Ausschuß hat den Sitz des Uebels nicht richtig aufgefaßt. Er glaubt, daß alle Uebelstände in dem Gesetze vom Jahre 1868 ihren Ursprung haben. Das ist aber eine falsche Diagnose, und ich glaube, es ist ganz verfehlt, daß man die politischen Behörden reorganisirt, wenn man eine Reform auf dem Gebiete des Gemeindelebens anstrebt. Sämmtliche Angelegenheiten der Ortspolizei gehören in den selbstständigen Wirkungskreis der Gemeinden, aber der Wirkungskreis der politischen Behörden ist immer ein negativer. Dagegen geht der Ausschuß von der Ansicht aus, daß die exponirten Kommissäre positiv einschreiten sollen; das würde nur eine Unzahl von Kompetenz-Konflikten zur Folge haben. Sehr viele Gemeindevorsteher seien gesetzesunkundig und ungebildet und daher gegen das öffentliche Interesse indolent; diesen gegenüber werden die exponirten Kommissäre nichts ausrichten; allerdings gebe es auch viele tüchtige Vorsteher, diese leiden aber an der Eifersucht auf die Grenzen ihrer Kompetenz.

Redner zitirt ein Beispiel eines Kompetenz-Konfliktes, der in den Ministerien des Innern und des Handels seinen Ursprung nahm und sich auf Uebertretungen der Aich-Ordnung bezog.

In Bezug auf die Bezirksvertretungen weist Redner auf mehrere Petitionen hin, des Inhalts, denselben eine Exekutive einzuräumen. Gegenwärtig sei ihre Stellung derart, daß sie eigentlich weder zu leben noch zu sterben hätten. Was endlich den Landesausschuß betreffe, so sei er auf die Dauer unhaltbar. Allerdings ist die Besorgung der Regierungsgeschäfte nicht das Schlimmste, sondern die von dem Landesausschusse ausgeübte Verwaltungs-Gerichtsbarkeit. Besonders trete das in Böhmen zu Tage.

Ein großer Mangel sei es, daß der Landesausschuß nicht in der Lage sei, seine Aussprüche und Entscheidungen zu exequiren. Die Entscheidungen des Landesausschusses, wenn sie behufs Vollziehung an die Statthalterei gelangen, werden dort abermals geprüft. Nun kann der Landesausschuß sich einer solchen Fatalität, daß seine Entscheidungen eventuell nicht exequirt werden, nicht aussetzen, so daß sich die Praxis herausbildet, daß der Landesausschuß eine meritorische Entscheidung, von welcher er besorgt, daß sie von der Partei nicht befolgt werden könnte, erst an die Statthalterei leitet, mit der Anfrage, ob sie bereit ist, dafür die Exekutive zu geben.

Was soll nun an die Stelle des gegenwärtig Bestehenden gesetzt werden? Eine radikale Reform hält Redner nicht für angezeigt, wohl aber eine energische Fortbildung der gegenwärtig bestehenden Einrichtungen. Nicht das Beispiel Preußens, vielmehr das Sachsens hält er für empfehlenswerth. Auf die Unterscheidung zwischen größeren und kleineren Gemeinden soll jedoch Gewicht gelegt werden. Redner stimmt nicht für den Ausschußantrag, würde aber den Uebergang zur Tagesordnung beklagen. Der Antrag des Ausschusses und des Abgeordneten Freiherrn v. Zschok sei präjudizirlich. Um ein Präjudiz zu vermeiden, stellt er den Antrag: Das hohe Haus wolle beschließen, die Regierung wird aufgefordert, ehestens solche Vorlagen zur verfassungsmäßigen Behandlung zu bringen, welche geeignet sind, die dermaligen Uebelstände in der öffentlichen Verwaltung zu beseitigen. (Beifall links.)

Dieser Antrag wird unterstützt.

Mit Rücksicht darauf, daß noch neun Redner eingetragen sind, sohin der in Verhandlung stehende Gegenstand heute nicht mehr erledigt werden kann, schließt der Präsident um 3 Uhr die Sitzung.

Es stellen die Abgeordneten Promber und 30 Genossen eine Interpellation an den Unterrichtsminister, dahingehend: Sind die seit 30 Jahren erledigten Kanonikate an dem fürsterzbischöflichen Metropolitankapitel zu Olmütz nicht besetzt, und in welchem Stadium befindet sich gegenwärtig diese Angelegenheit? Ist es richtig, daß mit der Kurie irgend welche Verhandluugen angeknüpft wurden, welche der letzteren irgend einen Einfluß auf die Entscheidung der Frage, ob nichtadelige Bewerber zur Erwerbung dieses Kanonikates zuzulassen sind, gewähren könnte?

Wann endlich ist eine definitive Erledigung dieser Frage und sohin die Besetzung dieser Domherrenstellen im Sinne des Gesetzes und daher auch unter Zulassung von nichtadeligen Bewerbern zu erwarten, und was hat der Unterrichtsminister seit dem 15. Februar 1875 zur Beschleunigung und Beendigung dieser Angelegenheit verfügt und vorgekehrt?

Nächste Sitzung Dinstag.

Wien, 17. November.

Die russischen Blätter enthalten jetzt den Wortlaut der dem Czar in Moskau überreichten Adresse, auf welche die bekannte Antwort im Georgs-Saale erfolgte. Besonders Bemerkenswerthes enthalten diese Dokumente nicht.

Die russischen Journale, die uns vorliegen, enthalten fast alle Ausfälle gegen die Serben. Die russische „St. Petersbg. Ztg." bringt einen langen Bericht ihres Korrespondenten aus dem serbischen Hauptquartiere, der eine Reihe der schärfsten Anklagen gegen die serbischen Offiziere und Truppen enthält.

Ueber die russischen Rüstungen liegt folgender Bericht aus Odessa vom 14. d. M. vor:

„Die ersten Zeichen der ernsten Zeit machen sich bereits bemerkbar. Einige reichere Familien übersiedeln von hier theils nach dem Chersoner, theils nach dem Pultaver Gouvernement. Die Aemter dürften nach dem Kiewer Gouvernement transferirt werden. Die Archive des Gouvernements der „Duma", der Handels-, Kreis- und Stadtgerichte werden zur Verpackung hergerichtet. Odessa beginnt die Allen noch von 1854 und 1855 erinnerliche Physiognomie anzunehmen.

Heute begann eine Division aus Wilna hier einzurücken, und Zivil- wie Militärbehörden sind mit der Einquartierung der Mannschaften vollauf beschäftigt. Diese schwierige Aufgabe wird nur dadurch erleichtert, daß viele der wohlhabenderen Familien 10 bis 15 Soldaten ins Quartier nehmen.

Die Reservisten und Urlauber rücken en masse und mit großer Pünktlichkeit ein. Dieselben werden hier ausgemustert und gleich nach Bessarabien befördert. Vorläufig gehen 16 Militärzüge täglich dahin ab.

Mit der Ablieferung der konskribirten Pferde ist heute begonnen worden. Die Städte längs des Dnieper werden stark befestigt. Cherson, Borislaw, Krementschuk und Nikopol werden von der Wasserseite mit großen Batterien und von der Landseite mit Erdwerken versehen.

General Totleben, der zum Chef der Vertheidigung des gesammten Littorale des Schwarzen und Azowschen Meeres ernannt wurde, hat eine Reise auf der Linie Odessa-Otschakoff-Sebastopol-Kertsch angetreten, um die geeigneten Punkte für Errichtung von Batterien zu ermitteln. Namentlich stark befestigt sollen Eupatoria und Inkermann werden. Das dem General Totleben zu unterstellende Korps soll 50.000 Mann betragen.

Wie man hier annimmt, dürfte die Südarmee bis zum 1. Dezember so ziemlich ihre Aufstellung am Pruth vollzogen haben.

Im kaukasischen Militärbezirk wird gleichfalls mobilisirt. Alle Irregulären (Kosaken des Transkaukasus) haben Befehl bekommen, sich marschbereit zu halten. Nur wird in Offizierskreisen behauptet, die zwei vom Kaukasus gestellten Armeekorps werden zu rein defensiven Zwecken verwendet werden, da eine Aktion auf türkisch-asiatischem Gebiete nicht beabsichtigt wird."

Ueber die türkischen Rüstungen meldet man der „Pol. Korr." aus Rustschuk, 12. November:

„Seit dem 1. d. M. sind in das Donau-Vilajet 60 Bataillone Nizams, 24 Bataillone Redifs und 18 Ordus Baschi-Bozuks eingerückt. Die Truppenzuzüge nehmen aber erst jetzt noch größere Dimensionen an. Besonders zahlreich ist die Feldartillerie, welche hier konzentrirt wird. Bis jetzt stehen der Operations-Armee 240 Bronze- und Gußstahl-Geschütze zur Verfügung. Auch auf die Ansammlung von größeren Kavalleriemassen ist man bedacht. Im Lager von Schumla soll ein Kavallerie-Korps von 22.000 Mann konzentrirt werden. Man glaubt, daß innerhalb vierzehn Tagen die türkische Donau-Armee über 150.000 Mann stark sein werde, was um so wahrscheinlicher ist, als die gegen Serbien und Montenegro operirenden Truppen sehr stark reduzirt werden. Die Truppenbewegung nach der Donau wird mit großer Eile betrieben, was hier als ein Symptom gilt, daß die Pforte auf etwas mehr als eine bloße Defensive bedacht ist. Es wird viel davon gesprochen, daß die Pforte, wenn sie einmal die Ueberzeugung von der Unausweichlichkeit des Krieges mit Rußland erlangt hat, daran denkt, der russischen Invasion zuvorzukommen. Es soll der Plan bestehen, die türkische Armee in der Gegend von Kalafat die Donau überschreiten zu lassen und den Krieg auf rumänisches Gebiet hinüberzuspielen. Man scheint diesen Plan

aus mehrfachen Gründen für gerathen zu halten. Einmal scheint man sich dadurch vor einer neuen Erhebung im Tuna-Vilajet, beziehungsweise ganz Bulgarien, schützen zu können, und weiters glaubt man dadurch den Konsequenzen eines rumänisch-russischen Allianz-Vertrages, wenn ein solcher wirklich besteht, zu begegnen, im gegentheiligen Falle aber, wenn schon eine Kooperation der rumänischen Armee mit der türkischen nicht zu rechnen ist, Rumänien dem russischen Zwange zu entziehen. Man will türkischerseits demgemäß auch rasch handeln, und spricht die Herbeischaffung zahlreicher Pontons und Brücken-Equipagen mehr als Alles dafür, daß die Pforte für den Kriegsfall ernstliche Offensiv-Anstalten treffe.

Die Formation von polnischen Kosaken-Regimentern ist im vollen Gange. Es heißt, daß der bekannte Langievics das Oberkommando derselben übernehmen werde. Aus dem Westen, namentlich aus der Schweiz, sind mehrere hundert Polen hier angekommen, die sämmtlich auf Offiziersstellen aspiriren.

Wie wir der „Turquie" vom 14. d. entnehmen, ist der Befehl zur Aufstellung der dritten und vierten Bataillone bei der Territorial-Armee gegeben worden.

Tagesneuigkeiten.

Wien, 18. November.

* (**Vom Hofe.**) Se. Majestät der Kaiser hat dem Feuerwehrvereine zu Habstein in Böhmen eine Unterstützung von 100 fl., der Gemeinde- und Kirchenverwaltung zu Meran zur Erwerbung von Glocken für die Kirche in Montegrado 200 fl.; der Gyergyo-Csomfalvaer römisch-katholischen Gemeinde 300 fl. und der Munkacser griechisch-katholischen Gemeinde 200 fl. zu ihrem Kirchenbaue und der Martyanetzer römisch-katholischen Gemeinde zur Anschaffung zweier Kirchenglocken 100 fl. gespendet. — Se. k. Hoh. Erzherzog Friedrich ist von Theresienstadt in Wien angekommen.

* (**Personalnachrichten.**) Se. Exzellenz der Minister Graf Andrassy wird mit Familie morgen — Sonntag — in Wien erwartet. — Don Carlos von Spanien und die Prinzessin Blanca sind vorgestern mit kleinem Gefolge hier eingetroffen und im Grand Hotel abgestiegen. — Der österreichische Gesandte am dänischen Hofe, Gustav Graf Kalnoky, ist zu einem zweitägigen Besuche seines Bruders nach Lettowitz in Mähren abgereist und kehrt dann wieder nach Wien zurück. — Der spanische Gesandte am hiesigen Hofe, Herzog von Tetuan, trifft heute Früh in Wien ein und wird im Hotel Munsch sein Absteigequartier nehmen. — Im Laufe des gestrigen Tages sind hier angekommen: Fürst W. Zalukiedse sammt Familie aus Tiflis, Fürst C. A. Rosetti aus Bukarest, Prinz Czertwinsky aus Rom, Staatsrath L. v. Block aus Petersburg und der Hofarzt E. Ipsen aus Dänemark. — Bei der vorgestern in Innsbruck vorgenommenen Wahl des Rektors der dortigen Universität für das Studienjahr 1876—77 wurde der Professor der österreichischen Geschichte, Dr. Alphons Huber, gewählt. — Die n. ö. Handels- und Gewerbekammer hat für die durch das Ableben des Herrn Eduard Sieger erledigte Stelle eines Mitgliedes der Schuldeputation für die Wiener Handelsschulen den Handelskammerrath Herrn Johann Orel gewählt. — Für die durch das Ableben des Pfarrers Herrn Johann Weitinger erledigte l. f. Patronats-Pfarre Etsdorf bei Krems wurde von der k. k. Statthalterei der Kurat-Benefiziat am Wiener städtischen Bürger-Versorgungshause, Herr Karl Ziwutschka, präsentirt und Letzterer bereits angewiesen, sich wegen Erlangung der Spiritual-Investitur an das fürsterzbischöfliche Konsistorium zu wenden.

* (**Vom russischen Hofe.**) Samstag findet im Georgen-Saale des Winterpalais zu Petersburg die Eidesleistung des an diesem Tage zwanzig Jahre zählenden ältesten Sohnes des Großfürsten Nikolai des Aelteren, Nikolai Nikolajewitsch des Jüngeren, statt und Tags darauf im großen Palais von Zarskoje-Selo die Taufe des Großfürsten Kyrill Wladimirowitsch, zu welcher — wie es heißt — auch der Kronprinz von Deutschland und Preußen eintreffen wird. Die Reise desselben soll ein neues Zeichen sein für das innige Zusammengehen Rußlands und Deutschlands in der orientalischen Frage.

* (**Ordensverleihungen an Ausländer.**) Se. Majestät der Kaiser hat verliehen: dem Oberverwaltungs-Gerichtsrath Professor Dr. Rudolf Gneist in Berlin das Komthurkreuz des Franz Josef-Ordens mit dem Stern; dem früheren Vorstand der deutschen Botschaftskanzlei in Wien, geheimen Hofrath Adolf Gasperini de Fabrini, gegenwärtig im auswärtigen Amte in Berlin; dem Vorstand der königlichen Erzgießerei in München, Ferdinand v. Miller, und dem Sekretär Sr. Majestät des Königs von Griechenland und Intendanten der königlichen Zivilliste, A. Kalinsky, in Athen das Komthurkreuz des Franz Josef-Ordens; dem Ministerialrath und General-Sekretär im königlich baierischen Kultusministerium, v. Bezold, den Orden der eisernen Krone dritter Klasse; dem Architekten Josef Ritter von Schmardel und dem Maler Rudolf Seitz in München das Ritterkreuz des Franz Josef-Ordens.

* (**Ein Neffe des Czaren im National-Museum.**) Herzog Nikolaus v. Leuchtenberg besuchte am 12. d. die mineralogische Sammlung des ungarischen National-Museums in Pest, welche er unter Führung des Dr. Josef Krenner sehr eingehend besichtigte. Der Herzog v. Leuchtenberg ist selbst Fachmann und Präsident der naturwissenschaftlichen Gesellschaft in St. Petersburg. In den zahlreichen Sälen der erwähnten Abtheilung suchte der Herzog zumeist die russischen Gegenstände und drückte sein Erstaunen darüber aus, daß die Sammlung so zahlreiche russiche Mineralien enthalte. Am längsten verweilte der Herzog bei dem Schranke, in welchem das nach seinem Vater benannte Mineral aus dem Uralgebirge — Leuchtenbergit — sich befindet. Nach seinem Rundgange in den Sälen sagte der Herzog, wie „Hon" mittheilt, zu Dr. Krenner: „Mein Herr, ich spreche es offen aus, daß ich noch keine so reiche und so musterhaft geordnete mineralogische Sammlung gesehen habe. Ich werde mich glücklich fühlen, zur Ergänzung jener Gegenstände dieser Sammlung, welche aus Rußland noch fehlen, von meiner eigenen Sammlung das Mangelnde beitragen zu können." Der Herzog ist bekanntlich zu den Gödöllöer Jagden in Pest eingetroffen und benützt nun das ungünstige Wetter zu wissenschaftlichen Exkursionen.

* (**Das Grab unserer theuern Großmutter.**) Nur Wenige werden es vielleicht wissen, daß sich das Grab unserer theuern Großmutter, Frau Eva, verehelichte Adam, die bekanntlich 4000 Jahre vor Christus in der Verbannung gestorben und, so nebenbei gesagt, ganz konfessionslos und ohne irgend welche Assistenz eines Geistlichen, Rabbiners, Imams oder Bonzen bestattet worden ist, noch heute zu Dschiddah, der Hafenstadt Mekkas befindet Dieses Grab stand bei den fanatischen Arabern zwar nie in zu großem Ansehen, denn, wie man weiß, waren unsere Großeltern, Adam und Eva, nur zivilehelich getraut, und dann haben sie stets konfessionslos gelebt und so auch ihre Kinder erzogen, dafür erstere sie ganz einfach „Kafirin" (Ketzer) nennen, aber nichtsdestoweniger hielten sie es stets in Achtung und bauten um dasselbe sogar eine Art Kapelle. Von diesem Gebäude, das natürlich seines hohen Alters wegen schon ganz baufällig geworden, ist vor einigen Wochen erst, wie Berichte aus dieser Hafenstadt melden, ein bedeutender Theil eingestürzt, dem bald das Ganze nachfolgen dürfte. Dazu hat Mutter Eva noch immer keinen Grabstein, und wir glauben daher nur einen Akt der Pietät zu begehen, wenn wir deren zahlreiche Enkel, von denen doch einige hohe Aemter bekleiden und andere wieder sehr wohlhabend sind, auf diese beiden Umstände aufmerksam machen, und sie zugleich an die Pflichten erinnern, die Enkel ihren Großeltern gegenüber haben. Eine Kollekte vom Nord- bis zum Südpol und von Yokohama im Osten bis San Francisco im Westen, würde daher unseres Erachtens hier sehr am Platze sein, um aus deren Ergebniß genannte Kapelle restauriren und einen Grabstein mit einer Inschrift in allen todten und lebenden Sprachen anschaffen zu können. Einem darauf bezüglichen Antrage in irgend einem Vereine sehen wir zuversichtlich schon für die nächste Woche entgegen.

* (**Eine Mahnung des Landes-Kommandirenden.**) Diese Woche wurde, einer Lokal-Korrespondenz zufolge, von dem General-Kommando an die Truppen-Kommandanten folgende Präsidial-Verordnung erlassen:

„In letzterer Zeit sind mehrere Fälle vorgekommen, daß nicht nur Unteroffiziere, sondern auch Offiziere theils bei der Abrichtung, theils bei anderen dienstlichen Anlässen in leidenschaftlichem Eifer oder in ungezügelter Aufwallung durch Worte, Geberden, ja sogar durch grobe Thätlichkeiten in einer Weise ausarteten, daß diese Ausschreitungen als den diesfälligen Satzungen der Dienst- und Exerzir-Vorschriften vollkommen entgegen, die schärfste Ahndung der Betreffenden zur traurigen Folge hatten. Außer der höchst strafwürdigen Außerachtlassung der erwähnten strikten Bestimmungen, welche für Jedermann bindend, gerade dem Offizier bei seinen schwierigsten Pflichten als unumstößliche Norm vorschweben müssen, bezeugen die angedeuteten Vorkommnisse, daß Jenem, welcher sich derart vergißt, mehrere der hauptsächlichsten Erfordernisse seines Standes, d. i. besonnenes Auftreten, mannhafte Beherrschung seiner Leidenschaften 2c. nicht innewohnen, daß er seine Autorität in polternder, ganz unwürdiger Weise zur Geltung bringen will, daß ein Wink, ein Wort, ein Kommando nicht genügt, seinen Willen durchzusetzen — sie beweisen aber auch weiters, daß bei Untergebenen, welche theilweise solche Akte provozirten, die Grundlage des Gehorsams nicht gefestigt, daß bei einzelnen wie bei ganzen Abtheilungen der stramme Appell — welcher unerläßlich gefordert und strengstens gehandhabt werden muß — nicht ein- und durchgeführt ist. Es ist nicht meine Absicht, hier des Näheren auf die reglements- und erfahrungsmäßige Erzielung und Festigung des willigen Gehorsams, des strengsten Appells, auf die Hebung und Förderung des echt militärischen Geistes, welcher durch die berührten Ausschreitungen Einzelner wesentlich geschädigt wird, einzugehen, aber zum Anlasse will ich diese Vorkommnisse nehmen, um die Herren Generale und Truppen-Kommandanten aller Grade aufmerksam zu machen, wie nothwendig ihre Einflußnahme in der angedeuteten Richtung ist, wie selbe durch unermüdliche Belehrung, eindringliche Unterweisung bei den Visitirungen, in den Schulen, bei den Rapporten, kurz bei jedem Anlasse wirken müssen, damit die erwähnten Vorkommnisse mit ihren Ursachen nnd Konsequenzen sich nicht mehr ereignen. Maroicic, FZM."

* (**Ein Dankschreiben des Polizei-Präsidenten.**) Der Bürgermeister Ritter v. Jessernigg in Klagenfurt hat vom Polizei-Präsidenten R. v. Marx folgende Zuschrift erhalten:

„Euer Hochwohlgeboren!

Die von hier aus Anlaß des an dem Briefträger Johann Guga am 18. Oktober verübten Raubmordes eingeleiteten Recherchen waren insoferne von dem günstigsten Erfolge gekrönt, als es, Dank der Unterstützung, die von Seite der Behörden gewährt wurde, gelungen ist, des Verbrechers in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit habhaft zu werden und das geraubte Gut nahezu gänzlich zu Stande zu bringen. Vor Allem jedoch haben die energischen, umsichtigen und raschen Erhebungen und Verfügungen, die von Seite des löblichen Magistrates Klagenfurt getroffen wurden, wesentlich zur Habhaftwerdung des Verbrechers beigetragen. Es gereicht mir zum großen Vergnügen, Euer Hochwohlgeboren und dem löblichen Gemeinderathe meinen wärmsten Dank auszusprechen und daran die Bitte zu knüpfen, Euer Hochwohlgeboren mögen in meinem Namen dem Herrn Magistrats-Direktor Bartholomäus Bratusch und dem Herrn Magistrats-Kommissär Theodor Kaschacker für ihre anstrengende persönliche Thätigkeit, ihre umsichtigen und erfolgreichen Verfügungen meine volle Anerkennnng und meinen Dank aussprechen.

Genehmigen 2c.

Wien, am 30. Oktober 1876.

Der k. k. Polizei-Präsident: Marx."

Diese Zuschrift wurde in der letzten Gemeinderaths-Sitzung in Klagenfurt zur Kenntniß der Versammlung gebracht und mit Befriedigung zur Kenntniß genommen.

* (**General Tschernajeff**) hat in Begleitung eines anderen russischen Generals, mit dem Nachtschiff von Belgrad kommend, am Donnerstag in Mohacs

Nr 265 — Kraków, 19 Listopada — Niedziela — Rok 1876

CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu," o [illegible] zapas starszy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	24	6	2.50
do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	32	8	3

Prenumerata przyjmuje się tylko [illegible] — Listy reklamacyjne niezapieczętowane, [illegible] — Listy niefrankowanych nie przyjmuje się. — Rękopisma [illegible]

Prenumeratę przyjmują:
W Krakowie: Administracya „Czasu" [illegible] urzędy pocztowe. Miejscową pren. kr. p. S. A. Krzyżanowskiego [illegible] dawniej [illegible]. Ogłoszenia [illegible] przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drobnego (petitowego) za pierwszy raz 10, a każdy następny raz po 5 c. Nadesłane [illegible] od miejsca wiersza drobnego po 30 c. za każdy raz. Dołączenia do „Czasu" (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmuje się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się naprzód nadesłać przekazem pocztowym. Ogłoszenia i prenumeratę przyjmują: we Lwowie W. Piątkowski ul. Hetmańska 10; w Paryżu wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonnière 5); w Wiedniu p. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu) A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

Kraków 18 listopada.

Rezultat świeżo dokonanych wyborów do parlamentu włoskiego, oznacza nową fazę tej rewolucyi, która na półwyspie przed siedmioma laty zaborem Rzymu i dopełnieniem unitaryzmu pierwszy zakończyła okres. Dawne hasło *andaremo al fondo* (pójdziemy aż do dnia) przypomina się dzisiaj, kiedy rządy przeszły w ręce lewicy, a w parlamencie radykalizm uzyskał olbrzymią większość, bo 250 głosów przeciw niespełna 100 głosom liberalnych ze stronnictwa *consorteryi*. Podobny stosunek zachodzi wprawdzie i w innych parlamentach kontynentalnych, z tą jednak różnicą, że kiedy w Wiedniu, Berlinie lub Wersalu mniejszość bywa prawdziwie konserwatywną, we Włoszech jest ona liberalną, bo konserwatyści, katolicy nie wchodzą wcale do izby. Natomiast większość, która w innych parlamentach odpowiada stronnictwu mniejszości czyli *consorteryi*, w rzymskim parlamencie jest wręcz radykalną, składa się przeważnie z żywiołów dążących do republiki, w części do Komuny.

Dotąd toczyła się w zjednoczonem Królestwie walka epigonów po dwóch mistrzach, dwóch potężnych koryfeuszach, co utorowali drogę unitaryzmu i pchnęli Włochy w kierunku aneksyjno-rewolucyjnym. Wszelako hr. Cavour nie zostawił po sobie szkoły, a Mazzini dawno prześcigniętym został przez swoich uczniów. Stronnictwo *consorteryi* reprezentujące ideę nowoczesnego państwa na aneksyach opartego, poniosło stanowczą klęskę w wyborach. Nawet członkowie poprzedniego gabinetu, jak np. Visconti-Venosta, nie weszli do nowego parlamentu. Natomiast gabinet Nicotera, Depretis i Melegari stał się bezwzględnym panem sytuacyi.

Zdawałoby się, że taki rezultat wyborów równa się wyrokowi śmierci dla monarchii, lub zapowiada konieczność utrzymania królewskości siłą bagnetów, że zgoła zwycięża idea Mazziniego nad ideą Cavoura i kraj cały popchnął rewolucyę włoską na dalsze republikańskie tory.

Jakoż przebieg wyborów miał cechę bardzo rewolucyjną; wszędzie bowiem towarzyszyły im objawy demonstracyjne, jak wywieszanie chorągwi czerwonych, pochody z muzyką, która przed mieszkaniami kandydatów radykalnych wygrywała marsze tryumfalne i pieśni rewolucyjne, natomiast przed domami kandydatów umiarkowanych marsze żałobne, a gmin wyprawiał im kocią muzykę.

Mimo tych oznak przypuszczać można, że rewolucyjna i aneksyjna monarchia Wiktora Emanuela znajdzie sposób pogodzenia się z najbardziej nieprzejednanymi i zdoła nawet wyzyskać nacisk radykalnej izby. Minęły czasy zapału republikańskiego, najskrajniejsza nawet rewolucya chętnie paktuje z monarchią, byle pod jej osłoną władzę utrzymać i przeprowadzać cele destrukcyi.

Zdawałoby się, że mało już zostaje do zniszczenia tam, gdzie wyzuty z panowania najwyższy Zwierzchnik Kościoła nieprzyjmuje pomocy i opieki państwa, gdzie dobra kościelne zabrane, swobody prowincyonalne nie istnieją, jak świadczy położenie Sycylii rządzonej gorzej niż kraj zdobyty. A jednak przerażeniem przejmuje myśl, że ten naród najstarszy w cywilizacyi europejskiej, gdy doszedł do sztucznego zjednoczenia, rewolucyjną tylko wydał z siebie anarchię i że w takich rękach, co tylko *tabula rasa* zwykły zostawiać po sobie, spoczęły losy tych miast i krajów przepełnionych pomnikami sztuki, będących kolebką wszystkiego co piękne i wielkie. Wszystko, co wydały wieki, ma uledz nowemu gospodarstwu stronnictwa, które zna tylko hasło fanatycznej walki przeciw dawnym przesądom.

To też najpierw budzi się obawa, do czego doprowadzić może takie kierownictwo, czem ono zagraża ostatniemu przybytkowi wolności religijnej i rządów duchownych Kościoła? Nie ma już kwestyi rzymskiej we Włoszech; jest tylko kwestya watykańska, nie o stosunek Włoch do Stolicy Apostolskiej dziś idzie, ale o bezpieczeństwo osoby Papieża i o szanowanie ostatniego jego schronienia.

Stronnictwo Consorterji i dyplomaci poprzedniego gabinetu utworzyli tak zwane rękojmie papiestwa, nie dla jego bezpieczeństwa ale dla własnej niezależności jako tarczę od wpływów z zewnątrz, lub wpływów z dołu. Znane ustawy gwarancyjne florenckie, nie nakładały żadnych zobowiązań wobec Watykanu, a zasłaniały gabinet rzymski od nacisku Berlina, albo rewolucyi. Dziś nowy parlament i nowy rząd nie będzie się troszczyć o restrykcye poprzedniego systemu. Z zawikłań europejskich korzystać może niebawem polityka radykalna, jak korzystała polityka anneksyjna, kiedy w czasie oblężenia Paryża wkroczyła do Rzymu. Niebezpieczeństwo to zwłaszcza byłoby groźne na wypadek nowego *conclave*. Zachodzi wprawdzie jeszcze pytanie, gdzie pierwej zwróci się radykalizm z Monte Citorio, czy przeciw Kwirynałowi czy przeciw Watykanowi?

Jest jeszcze inna strona, w którą prąd ten radykalny odwróconym być może, na przypadek wojny europejskiej. Mitingi rewolucyjne w Rzymie za Słowianami a raczej na cześć Rosyi, to oznaka wyraźna stanowiska Włoch rewolucyjnych w przymierzu z północnym despotyzmem. Nie brakło także nowych demonstracyj w duchu dalszych zaborów po drugiej stronie Adryatyku i Alp. Gdyby stronnictwo umiarkowane stało dziś u władzy, trudną byłaby ta polityka awanturnicza oglądająca się na włoski Tyrol i Tryest. Radykalizm [illegible] nie cofnie się przed niczem; cechą jego bowiem popychać w wewnętrznej i zagranicznej polityce do ostateczności: *andaremo al fondo*.

KORESPONDENCYA „CZASU."

Wiedeń 17 listopada

(*R.*) Rosya bawi Europę. Trzyma w uwięzi oddech polityczny. Co dzień coś nowego. Dziś dowiadujemy się o przemowie Cara do jenerałów rosyjskich podczas przeglądu wojskowego. Car życzył powodzenia głównodowodzącemu, tj. W ks. Mikołajowi. Trudno być otwartszym, zwłaszcza, iż telegraf natychmiast całemu światu oznajmia, co Car mówił. Równocześnie z Londynu także wojenne nadchodzą wiadomości. Rzecz dziwna, że nikt ich na seryo nie bierze, że wszyscy tylko spoglądają na Petersburg. Wiadomości z Petersburga wszyscy oczekują z niecierpliwością, Londyn nie budzi tyle zajęcia, wiedzą bowiem, że w Petersburgu panuje jedna tylko i jednolita opinia, wola i siła. Podług doniesień wiarygodnych w Rosyi zapał jest ogromny i tak w Moskwie i w Petersburgu chciano Carowi jadącemu saukami konie wyprzęgać, u w Petersburgu *duma* uchwaliła 1% od podatków na cele wojenne i wystosowała odezwę do innych rad miejskich z prośbą o naśladowanie tego przykładu, aby Rosya nie znalazła się w potrzebie uciekania się do pożyczek zagranicznych. Powtarzamy tylko, cośmy onegdaj pisali, że sytuacya rozwija się tak raźno, iż kto wie, czy konferencya zbierze się w ogóle, ponieważ lada dzień może nastąpić wypowiedzenie wojny. *Nord* dowodzi potrzeby okupacyi w każdym razie, co znaczy — wojnę. Turcya tak dalece uważa wojnę za nieuniknioną, iż posuwa wojska wszystkie na granicę rumuńską, aby może uprzedzić Rosyę. Mniemają tu powszechnie, iż Rosya przedewszystkiem będzie chciała zająć Bułgaryę, aby tam osiedlić się i przezimować. Że Rumunia przepuści wojska rosyjskie, to nie ulega i w oczach ludzi politycznie myślących i widzących, nigdy nie ulegało wątpliwości. Podobno już i tu we Wiedniu nareszcie przejrzeli, że Niemcy idą ręka w rękę z Rosyą. Ale jakże wam podoba się doniesienie zawarte w liście petersburskim w dzisiejszéj *Abendpost*, iż Rumunia w nagrodę za uległość Rosyi zostanie królestwem? Czyż to nie jest potwierdzeniem wszystkich moich dawniejszych informacyj?

Niemcy oświadczyły Francyi, iż nie wezmą udziału w wystawie paryskiéj r. 1878. Niemcy [illegible] nie zajęły takiego względem Francyi stanowiska, gdyby nie były pewnemi Rosyi.

Wiedeń 17 listopada.

(206 posiedzenie Izby deputowanych).

Prezes **Rechbauer** zagaja posiedzenie o godz 11 min. 20. Deputowani dość licznie zgromadzeni, rząd także; publiczności dziś więcej niż zwykle

Prezes prosi o pozwolenie wyrażenia w imieniu Izby N. Pani hołdów z okoliczności [illegible] jej imienin.

Po odczytaniu spisu petycyj zabiera głos dep. Dr **Giskra**, zwracając uwagę na petycyę z Dalmacyi, którą jemu przesłano do wniesienia jej do Izby, a która poparta jest licznemi z rozmaitych gmin telegramami, które otrzymał. Petycya ta domaga się, aby Izba zażądała od rządu, aby natychmiast powstrzymano wybory do sejmu dalmackiego, i to na czas, dopokąd rząd krajowy znajdować się będzie w ręku namiestnika Rodicza, który oczywiście nieprzyjaźnie jest usposobiony dla wiernokonstytucyjnej większości kraju i podkopuje zaufanie, które większość ta pokłada w powadze i nietykalności statutu austryackiego, czego gdyby odmówiono, Izba raczy zarządzić śledztwo, w jaki sposób prowadzone są w Dalmacyi wybory, i to śledztwo przez osobno ku temu wybranych członków, którzy sami tylko, a nie za pośrednictwem organów rządowych, zdolni przedstawić w prawdziwem świetle nadużycia przytoczone w petycyi. Dep. Giskra prosi, aby tę petycyę poddać traktowaniu wedle regulaminu.

Prezes oznajmia, że wedle regulaminu przekaże ją komisyi petycyjnej.

Z porządku dziennego idzie nasamprzód pierwsze czytanie projektu ustawy o poborze rekruta w 1877 r., której całą treść podałem już w sprawozdaniu z posiedzenia ostatniego. Na wniosek dep. **Wolfruma** postanowiono przesłać go komisyi złożonej z 9 członków.

Następuje wybór komisyi w myśl znanego wniosku dep. Dunajewskiego dla rozpatrzenia dwu projektów **ustaw dla Galicyi**, o ukróceniu pijaństwa i nadużyć lichwiarskich.

Poczem dalszy ciąg obrad nad wnioskiem Göllericha o reformie administracyi politycznej.

Dep. hr. **Hohenwart** dziękuje prezesowi i Izbie. że przerwaną przykrym wypadkiem mowę, dozwolono mu dziś dokończyć. Nawiązując do ostatniego ustępu mowy wtorkowej, gdzie już wyraził zapatrywanie swe na organizacyę władz krajowych, przechodzi mówca do władz wykonawczych i do gmin. Podzielam wyrażaną tu opinię, że gminy nasze nie posiadają dostatecznych sił do podołania zadaniu, ani umysłowych, ani finansowych. Trzeba tylko wystrzegać się, by nie czynić z tego gminom zarzutu, bo w żadnem większem państwie nie zdołano oprzeć samorządu na gminach lokalnych. Nie tak rychło więc będzie można zmienić w tem cośkolwiek. Jeśli atoli wnioski komisyi zdążają do odjęcia gminom, a przekazania organom państwowym tego zakresu czynności, któremu wydołać nie mogą, ja stawiłbym raczej na miejscu przekazanem gminie lepszego dzierżyciela samorządu. Upatruję go zaś w istniejących już okręgach sądowych i podatkowych. Rzecz to uderzająca, że jednozgodnie odmawiając gminom sił umysłowych i finansowych, ustawicznie jednak czyniono je dzierżycielami samorządu i usiłowano sztucznie stworzyć warunki, których im nie dostaje. Zamiast naciągać stosunki gminne do urządzeń administracyjnych, trzeba było raczej urządzenia te naciągać do stosunków gminnych. (*Brawo! z prawicy*). Jak w Anglii hrabstwa, w Prusiech powiaty są dzierżycielami samorządu, tak u nas powinny być okręgi sądowe i podatkowe. Mówca wykazuje pokrótce korzyści takiego urządzenia, między któremi najważniejsza ta, że zniesionoby naczelnictwa okręgowe, a czyniąc z okręgów sądowych i podatkowych podwalinę administracyi, zbliżanoby ludność do pierwszych instancyj. Byłoby to uproszczenie i ułatwienie samorządu i jego kontroli. Takie panowie, jest moje zapatrywanie na reorganizacyę administracyi. Daleki od tego, bym mniemał, że to już coś doskonałego; mniemam, że nie jest też to zadaniem naszem tworzyć dziś coś zupełnego; szczegółowy program nie naszą tu rzeczą, tylko główne zarysy. Co się tyczy kompetencyi, już wniosek komisyi dzieli ją między Radę państwa, a sejmy krajowe; żadne przeto z tych ciał ustawodawczych niezdolne są zająć się sprawą należycie. Jest to najsurowsza krytyka naszej konstytucyi. Trudność zresztą nietyle wynika z przepisów konstytucyjnych o kompetencyi, ile raczej z sposobu tłomaczenia tych przepisów przez Radę państwa; bo brzmienie konstytucyi, co do punktu mówi o „**zarysach** organizacyi władz sądowych i administracyjnych" jako należących do kompetencyi Rady państwa. Gdyby wysoka Izba wbrew dotychczasowemu postępowaniu swemu zechciała w tym jednym wypadku pojmować wyraz „zarysy" w najciaśniejszem tego wyrazu znaczeniu, trudność byłaby może zupełnie usunięta, to jest organizacya administracyjna przypadłaby sejmom krajowym w porozumieniu z rządem. Może zarzuci mi kto, że dopuszczam się zamachu na jednolitość administracyjną. Odpowiadam na to, że tylko wola państwa powinna być jednolita, a wolę tę wykonywać mogą rozmaite organa (*Brawo! z prawicy*) Zdaje mi się, że na te wstępując tory przy reformie administracyi, Austrya zapewniłaby sobie pomyślność. Na tem kończę, panowie. Zamiarem moim było wykazać tylko, co wnioski komisyi mieszczą w sobie niestósownego i poprostu niedozwolonego, i zwrócić na to uwagę tak Izby jak rządu. Zważywszy bowiem, że Izba sposobem swym, w jaki obchodzić się zwykła z wnioskami prawicy, dostarczyła opozycyi nie wchodzącej wcale do Rady państwa dowodów, że niczego wnioskami swemi nie osiąga, kto ma nieszczęście zasiadać po tej tu stronie, — nie stawiam wniosku żadnego i ograniczę się na głosowaniu przeciw wnioskom komisyi. (*Brawo! i oklaski z prawicy.*)

Część literacko-artystyczna

Co zrobić ze Sukiennicami?

Kiedy dziecko przychodzi na świat, rodzice czy krewni, czy przyjaciele zwykle układają jego horoskop. Coś podobnego robi się i z naszemi Sukiennicami, które wprawdzie przed trzema czy czterema wiekami przyszły na świat, a przeto trafniej byłoby porównać je w chwili obecnego ich odmłodnienia, do owej zgrzybiałej staruszki, której, ów sławny figlarz Cagliostro, tak dosadził swoim elixirem odmładzającym, że staruszka cudownym sposobem przemieniła się w małe dziecko...

Przypuszczamy, a przypuszczenie nie jest bynajmniej zuchwałe, że restaurujące się Sukiennice, skutkiem architektonicznych elixirów, staną się, dzięki cudownej sztuce, jakby nowonarodzonem dziecięciem... a więc nad kolebką, a właściwie nad rusztowaniami otaczającemi zgrzybiałą staruszkę można już stawiać horoskopy...

Że tak jest, codzień prawie słyszymy projekta o tem, co zrobić z tych Sukiennic. Jedni radzą sklepy i kramy, i to w największej ilości, bo to dochód przynosi; tacy gotowiby nawet na nowo wprowadzić wszystkie mączniczki i krupiarki.

Inni mówią, precz z kramami, bo żydostwo zaraz się do nich wpakuje; zróbmy lepiej cywilizowane cukiernie, kawiarnie, otwórzmy sale na którychby stanął tuzin bilarów. Środkiem niech będzie passaż jak w Paryżu, aby w słotę można tam spacerować, jak w pogodę spaceruje się po asfaltowej linii A. B. Nareszcie na górnem piętrze możemy mieć jedną salę balową, drugą koncertową, trzecią odczytową, a może znalazłoby się miejsce na przyjmowanie jakich dostojnych figur, bo kto wie jakie to wielkości gotowe do naszego miasta zawitać, przecież mamy żywą tradycyę: te drewniane kotwice tak szczęśliwie udające żyrandole, dziś jeszcze zawieszone u sklepień zdają się mówić: myśmy to my, patrzały, jak książę Józef tańczył, a król Saski sunął poloneza...

Wszakże i takie urządzenie może przynosić piękne dochody miastu, każmy sobie tylko dobrze płacić za lokale poświęcone przyjemnościom i zabawom towarzyskim, a ten gmach, którego restauracya tyle ma kosztować, w niewiele lat się wypłaci.

Dwa te horoskopy, lubo ścierają się ze sobą, jednakowóż, ostatecznym ich wynikiem są widoki mniejszej lub większej intraty, mniej więcej okrytej aksamitnym płaszczykiem użyteczności publicznej.

Publiczności trzeba dogodzić, ale za to niech płaci. Słowem, w pewnych kołach, często można spotkać się z tem zdaniem, że miasto robiąc nakłady na przebudowanie Sukiennic, musi wrócić do swoich pieniędzy, bo pieniądz to grunt — reszta to mrzonka.

Dziwne rozumowanie! Aczkolwiek zgadzamy się z tem ekonomicznem zdaniem, że włożony kapitał powinien się rentować, koniecznie rentować, to jednakowoż zachodzą przypadki, że mogą być tego rodzaju nakłady, i kosztowne roboty, które nieprzysporzą ani grosza dochodu, a mimo tego podnoszą ruch handlowy i przemysłowy, dają moralne znaczenie tej lub innej miejscowości, a tem samem bogacą gminę.

Za granicą, jakże często się zdarza widzieć wspaniałe gmachy wzniesione nakładem gminy, jedynie w tym celu, aby upiększyć miejscowość, przyciągnąć publiczność, chociaż rzeczywiście nieprzynoszą one ani grosza dochodu, a często nawet gmina musi ponosić koszt ich utrzymania.

Spekulujący zysk niezawsze bywa dobrym motorem spodziewanej zamożności; częściej szlachetna bezinteresowność hojniej się wypłaca.

A wreszcie czyż Sukiennice, mogły i dalej pozostać w tym stanie na pół zrujnowanym, z tym brudem melancholicznym, udającym kazimierzowską starożytność, a tak mało ją przypominającym?..

Czy te mury podupadłe leżące w samym środku tego pięknego rynku, jakiego nam zazdrości niejedna wielka stolica — mogły dłużej utrzymać się w harmonii z porządkiem, do jakiego Kraków przychodzi, i z tylu pięknemi gmachami powstającemi na różnych ulicach, a nawet tworzącemi ulice?...

Już samo zamiłowanie porządku i schludności uznane dziś za niezbędny warunek życia, domagało się zniesienia lub restauracyi Sukiennic.

Przy takim warunku miasto nie mogło mieć tylko samą intratę na celu; szło bowiem o zrobienie porządku w samem centrum Krakowa, gdyż widok gromadzących się nieporządków i brudów pod egidą upadającego gmachu, miał, że tak się wyrazimy, coś zaraźliwego, co wpływało i na właścicieli kamienic w różnych dzielnicach miasta; jaki taki zapatrując się na smutny wzór, mówił sobie, ilekroć go nagabywano z urzędu o wywiezienie nagromadzonych stosów śmieci, o poprawienie wyłamanych murów, o danie nowej sukienki obdartemu domowi — cóż to komu zawadza, jeżeli nasze Sukiennice, gmach pierwszorzędny obchodzi się bez tych wymysłów nowoczesnych; owszem w tym swoim upadku zachwyca nawet malarzy, tak swojskich, jak z zagranicy przybyłych, którzy utrzymują, że równie romantyczno-malowniczego gmachu nie znajdzie w całej Europie — to owszem powinniśmy pielęgnować romantyczny nieporządek w całem mieście, które już zaczyna być sławnem ze swoich malarzy....

Zapewne argumenta te, należące do sfery sztuki, okazały się bardzo niestosownemi w zwyczajnym trybie życia, tem więcej, że malarstwo może wybornie kwitnąć, a obchodzić się bez takich egzemplarzy; bo czyż wyobraźnia artystyczna zdolna jeszcze coś bardziej zdezelowanego wynaleść niż nasze Sukiennice?

Otóż koniec końców przyszedł termin i na restauracyę Sukiennic, dzięki energicznemu zajęciu się dzisiejszego prezydenta miasta tą długo roztrząsaną i do nieskończoności odkładaną sprawą.

Kwestya teraz, jak już wspomnieliśmy idzie o to, jakie dać przeznaczenie wyrestaurowanemu gmachowi? Czy go od stóp do głów obrócić na budynek, mający miastu przynosić dochód bezpośredni, czy też dać mu cel jaki wznioślejszy?

Jeżeli pod tym względem podzielone są zdania, to możnaby z wielką łatwością zadośćuczynić i jednym i drugim, a to w ten sposób, żeby dolną część gmachu przeznaczyć na sklepy przynoszące dochód, a górne piętro oddać na użytek publiczny, ma się rozumieć bez ciągnienia zeń bezpośredniej korzyści. Byłaby to ze strony miasta ofiara — ale nie tak niekorzystna, jakby się na pozór zdawać mogło.

Bogactwo miast nie tyle robią dochody pobierane z różnych posiadłości gminnych, ile instytucye, jakie się w mieście znachodzą, takie np. muzea, galerye, biblioteki itp. Te bowiem mają taki dar przyciągania, że i z kraju i z zagranicy zbiega się ludność, aby korzystać ze skarbów, nagromadzonych w tem lub innem mieście. W Niemczech Norymberga, Drezno, Monachium używają tego przywileju, jakiego nie mają inne miasta niemieckie; a używają li tylko z powodu zakładów naukowych i artystycznych, jakie się w nich mieszczą; bez nich bowiem grałyby nader niską rolę zwykłych partykularzów, lub niepokaźnych stolic, malutkich państewek.

Kraków powszechnie uważany za główny punkt ruchu naukowego i artystycznego, nie może zaniedbywać żadnej sposobności jaka się nastręcza, aby nie odpowiedzieć opinii wyrobionej o nim a opinii bardzo słusznej, gdyż rzadko znaleść drugie podobne miasto, gdzieby się tak łatwo dawały zaszczepić i tak prędko prosperowały wszelkie zakłady, jak w Krakowie, często bez wyższych pomocy, i protekcyi, jedynie samą gorliwością prywatnego człowieka kwitnące. Restauracya Sukiennic ma pod tym względem bardzo ważne zadanie z którego łatwo wywiązać się jej przyjdzie, jeżeli całe wyższe piętro odda na użytek publiczny. Wiadomo powszechnie, że już mówiono o tem, żeby kilka sal oddać na użytek muzeum techniczno-przemysłowego, które tem więcej zasługuje na tę opiekę, że tym sposobem miasto pozbywa się ciężaru opłacania lokalu przy klasztorze Franciszkańskim, lokalu położonego niekoniecznie w miejscu tak otwartem i przystępnem, jakby tego wymagał zbiór ze wszech miar szacowny, a liczący także mnóstwo różnorodnych przedmiotów, że dobre umieszczenie wartość ich podwaja. Co do tego punktu niema co powiedzieć, jak przyklasnąć trafnej myśli przeniesienia tego muzeum do Sukiennic, zwłaszcza gdy to przyniesie oszczędność w wydatkach miejskich.

Atoli chcieć oddać wszystkie sale górnego gmachu na pomieszczenie Muzeum, byłoby to zbytkiem jednostronnej szczodrobliwości; dla celów z kategoryi przemysłowej, która u nas jeszcze nie może przybierać tak olbrzymich rozmiarów, gdy cały nasz przemysł krajowy redukuje się do nader szczupłego zakresu, i pierwej musi przechodzić abecadło, zanim wznieść się potrafi do sfer artystycznej industryi; właśnie bowiem strona artystyczna, należy do głównych cech pomienionego Muzeum, mogącego mieć dopiero w oddalonej przyszłości praktyczniejsze zastósowanie niż je ma dzisiaj.

Wszakże bynajmniej nie myślimy uwłaczać mądrej myśli przygotowującej przyszłość, jaka zapewne kierowała założycielem tego muzeum Drem Baranieckim, pragnęlibyśmy tylko widzieć to muzeum mieszczące się w skromniejszych granicach, nie wkraczających na pole czysto artystyczne, czyli tłumacząc się jaśniej: życzylibyśmy aby miasto robiąc dla Muzeum techniczno-przemysłowego ofiarę z całych górnych Sukiennic, chciało sobie przypomnieć, że Kraków jest niemal kolebką malarstwa polskiego, które w tak niedługim czasie zajęło w świecie miejsce wcale dostojne i więcej blasku przysporzyło starożytnemu grodowi, niż całe setki lat, odkąd tenże przestał być metropolią całej rzeczypospolitej.

Dla sztuki ojczystej, zasłużonej tak dobrze krajowi i społeczeństwu warto przecież coś obmyśleć, aby się nie tułała w komornem... Nie odnosi się to do samej wystawy malowideł i rzeźb Towarzystwa sztuk pięknych, lecz jeszcze do tych dwóch galeryj, jakie znachodzą się w dwóch odrębnych lokalach a dopiero połączone ze sobą, i oddane miastu na użytek publiczny, mogą przyczynić się do jego chluby, że w swoich murach posiada galeryę obrazów jaką dziś nieszczyci się żadne z znaczniejszych miast dawnej Polski. Jeżeli czego brakowało Krakowowi do bogatych zbiorów tulących się pod skrzydła królewskich pamiątek — to niezawodnie galeryi obrazów.

Zakładać z nowego galeryę, jest to rzecz monarchów, lub rządów rozciągających opiekę nad sztukami pięknemi, zwykle też wielkim stolicom służy ten przywilej. W Krakowie, który jest tylko miastem prowincyonalnem, dziwnie sprzyja ta okoliczność, że przechowuje u siebie dwa zbiory prywatne malowideł, które tylko czekają na sposobność, aby się zlać w jedno, i utworzyć wcale piękną kollekcyę. Ani wątpić, że właściciele tych obrazów, to jest p. Władysław Dąmbski i hr. z Potockich Miączyńska, jak tylko będą mieli zapewnienie że miasto ofiaruje w Sukiennicach lokal na pomieszczenie galeryi, oddadzą je na własność miejską, z zachowaniem tylko imion szlachetnych dawców. Nie dość na tem że Kraków przyjdzie do publicznej galeryi, dość licznej, bo wynoszącej najmniej ze 200 obrazów, między którymi niemasz wprawdzie ani Rafaelów, ani Rubensów, ani Rembrandtów, ani innych pierwszorzędnych mistrzów, lecz zato znajdują się niektóre z nich kopie, a przytem niebrak wielu drugorzędnych artystów włoskich, francuskich, niemieckich, flamandzkich, mających pewne znaczenie w historyi sztuki, a temsamem cenę u znawców.

Przychodzi tu jeszcze i ta ważna okoliczność, że przy tej galeryi mogłaby znaleść wygodne pomieszczenie Wystawa obrazów Tow. sztuk pięknych, tego Towarzystwa, które także już położyło zasługi dla dobra sztuki, a niemniej rzuciło na Kraków pewien urok artystyczny. W kilku obszernych, i wysokich salach, jak nic da się pomieścić galerya, a obok niej wystawa — i będzie czem pochlubić się przed cudzoziemcami zaglądającymi do Krakowa, którzy, zwykle uprzedzeni przeciw nam, zdziwiliby się znajdując to czego się niespodziewali znaleść, i zaraz powzięliby lepsze o całym kraju i jego społeczeństwie mniemanie. Cóż n. p. łatwiejszego jak zrobić układ z dyrekcyą wystawy, aby na niej ciążył obowiązek utrzymywania stałego konserwatora pomienionej galeryi; a oprócz tego, drugi obowiązek zakupywania rok rocznie jakiego pięknego obrazu pędzla Polaka, aby w ten sposób założyć fundament do zbioru obrazów i rzeźb polskich artystów, który to zbiór stałby się wieczną własnością miasta.

Rozumiemy, iż przy tych dwóch obowiązkach, wystawa Towarzystwa sztuk pięknych, powinnaby otrzymać pomieszczenie bezpłatne — a Towarzystwo oddając pięknem za nadobne, starałoby się pomnażać galeryę szeregiem dzieł sztuki wykonanych przez znakomitych malarzy i rzeźbiarzy polskich.

Najlepsza zatem spekulacya jaką może zrobić gmina na restaurowaniu Sukiennic jest: poświęcić drobną korzyść pieniężną, a za to otrzymać na własność gotową już galeryę, i galeryę ojczystych artystów, która z każdym rokiem będzie się pomnażać, i kiedyś może przyjść do bardzo wielkiego znaczenia i wartości

Jeżeli na ziemi polskiej w naszych oczach wystrzeliło drzewko sztuki, a Kraków zrywa najpiękniejsze owoce — powinnością jest obywatelską, pielęgnować tę latorośl, aby niepowiedziano, że to przypadkowo padło jakieś ziarnko i zeszło... ale roślina nie da się u nas aklimatyzować...

Dep. X. **Zakliński** zapisany pierwotnie przeciw wnioskom komisyi, później przepisany za wnioskami, jak świadczy protokół stenograficzny z ostatniego posiedzenia, dziś zabiera głos z tytułu tego przepisania a w rzeczywistości przemawia przeciw wnioskom komisyi, które nie zdają się mu odpowiedniemi do usunięcia złego. To złe istnieje wprawdzie, mówca przyznaje, ale mimo że mówi tylko o stósunkach galicyjskich, a nie całego państwa, dopatrzył się tam tyle złego, że nicby się nie wskórało za pomocą wniosków komisyi. Mówca występuje przeciw Radom i Wydziałom powiatowym, przeciw wszystkim urzędnikom Polakom, uskarża się na srogi ucisk „narodu ruskiego“ i bezskuteczne zabiegi jego w sejmie galicyjskim, na nadużycia przy wyborach itd. Powtarzać te skargi, byłoby to nużyć uwagę czytelnika rzeczami aż nazbyt dobrze znanemi.

Dep. Dr. **Plener**, który, zapisany pierwotnie do głosu za wnioskami komisyi, polecił wymazać się ze spisu, a później zapisał się do głosu przeciw wnioskom, zabiera głos, głównie, by polemizować z br. Hohenwartem, któremu zarzuca, że jego powoływanie się na wzory pruskie, szczególniej na pruską ordynacyę powiatową jest wcale nietrafne. Jest to właśnie jeden z głównych błędów ustawodawstwa austryackiego, w który od niejakiego czasu popadamy, że przyswajamy sobie wzory obce bez względu na to, czy możnaby je zastósować, czy stósunki austryackie zdolne stanowić podstawę do urządzeń, których wzór wzięty z zagranicy. Zarzut ten odnoszę n. p. także do naszych ustaw sądowniczych. Hr. Hohenwart, wyłuszczając swoje zapatrywania na reformę administracyi, radził połączyć Wydział krajowy z Namiestnictwem, tak aby namiesnik był odpowiedzialny sejmowi krajowemu za wykonanie ustaw krajowych. Uprzytomnijmy sobie następstwa takiej reformy. Nasamprzód wynikałoby ztąd, że rząd byłby odpowiedzialny wobec stronnictw, które po sejmach krajowych byłyby w większości; a dalej wynikałaby ztąd konieczność zaprowadzenia ministerstw krajowych. System parlamentarny byłby przeto oparty na sejmach krajowych. Szanownego mowcę, który polecał nam wzór pruski, pozwolę sobie zapytać, czy w tym wzorze znalazł podobną anormalność. Bo czyż to naczelny prezydent, naczelna władza po prowincyach pruskich, jest odpowiedzialną wobec sejmów prowincyonalnych? Ludność nasza nigdy też nie pozwoli, aby całe rządy i cały system parlamentarny opierał się na stronnictwach stanowiących większość po sejmach krajowych. Ludność austryacka w gruncie serca jest usposobienia monarchicznego, dla tego też nigdy pozwolić nie może, aby wyrugowano cesarską administracyę. Jeśli zaś w wyższych sferach administracyjnych nawet zachwalany wzór pruski nie przedstawia analogii, w sferach niższych mianowicie tych, które odpowiadać mają pruskiej ordynacyi powiatowej, także nie ma podstawy do jej zastosowania. Nasze żywioły społeczne są wcale inne niż w Prusiech, inne tu między warstwami społecznemi rozgraniczenie. Co więcej, zważyć potrzeba, że pruska ordynacya powiatowa rozciąga się tylko na sześć prowincyj wschodnich monarchii pruskiej, a nie rozciąga się na prowincyę Nadreńską, na Westfalię i na kraje nowo nabyte, właśnie dla tego, że warunki społeczne w jednych prowincyach tej samej monarchii są inne niż w drugich. Trudno zaprzeczyć niektórym niedostatkom w naszej administracyi, między niemi zaś głównie, że nie ma progenitury urzędniczej ani dostatecznie licznej ani dostatecznie uzdolnionej. Pod tym oto względem możnaby polecić wzór pruski ku naśladowaniu, który w młodzieży uniwersyteckiej znajduje rekruta na urzędy administracyjne, bo daje jej do tego sposobność i wykształca ją sobie odpowiednio. Mówca przechodzi do zaznaczenia własnych poglądów na reformę i pragnie rzetelnego współdziałania żywiołu nieurzędniczego (*Laienelement*) obok organów państwowych, które pozostawić należy nietknięte i niezachwiane. W wyższych sferach administracyjnych należałoby przeobrazić Wydział krajowy tak, aby był organicznym doradzcą namiestnika, należałoby go w tej roli podrzędnej organicznie powiązać z państwową władzą administracyjną. Tak samo w niższych sferach administracyjnych wypada połączyć współdziałalność żywiołu nieurzędniczego z organami państwowemi. Tu możnaby w większych prowincyach przywrócić dawny obwód, w mniejszych zaś prowincyach zachować okręgi dzisiejsze. Kończę panowie, bo obrady dzisiejsze mogą mieć tylko to znaczenie, aby rozświecić nieco tę wielką kwestyę, i aby dać rządowi niektóre wskazówki. Stanowcze rozstrzygnięcie sprawy nie od rozpraw parlamentarnych zależy, lecz od inicyatywy rządowej, której hasłem powinna być dobra administracya cesarska z patryotyczną współdziałalnością ludności.

Po przemówieniu dep. **Peetza** za wnioskami komisyi, którego jednak najbliżsi mówcy nie dobrze zrozumieli, a w loży dziennikarskiej nic zgoła rozumieć nie było można, zabiera głos

Dep. Dr **Grocholski**: Wniosek Göllericha uwzględniając mnóstwo niedostatków dzisiejszej administracyi, chciał im zapobiedz; sprawozdanie komisyi jednak mało odpowiada celowi wniosku pierwotnego. Skarży się na brak bezpieczeństwa publicznego, na niedostateczne wykonywanie ustaw przez gminy, uznaje błędy administracyi dzisiejszej, ale jak im zapobiedz? — oto główne pytanie, na które komisya nie odpowiada w zupełności. Może nawet jest pewna trwożliwość, aby nie rozpatrywać się w drogach prowadzących do usunięcia złego. To twierdzenie zdaje się mieć pewną podstawę w samym wniosku komisyi. Mają być stworzone polityczne organa administracyjne w okręgach. Pominę tu co mówi komisya o przejęciu przez te organa tych czynności, które należą do przekazanego zakresu samorządu, jako też o przejęciu czynności prokuratorskich. Bo nie o to tu chodzi. Chodzi o bezpieczeństwo osób i własności, o wykonywanie tych przepisów, które należą do naturalnego zakresu samorządu gminnego; słowem, o policyę miejscową. Cóżby pod tym względem czynić mieli urzędnicy eksponowani? Komisya nic nie wspomina o sposobie ich ustanowienia, o obszarze urzędowym; a to są przecie rzeczy ważne, bo już to samo wystarcza, aby **nie** wiedzieć, co oni czynić mają. Prawda, komisya mówi o dobroczynnym wpływie tych urzędników na działalność gmin. Ale jakiż to ma być wpływ? Komisya mówi dalej, że urzędnikom tym możnaby przekazać czynności należące dziś do gmin. I to pewnie będzie właściwy a nieśmiało tylko wypowiedziany cel tych ekspozytur. Otóż zdaje mi się, że chwycono się sposobu przewrotnego; zazwyczaj bowiem ustanawia się urzędników do sprawowania czynności już istniejących, a tu urzędnicy mają z założonemi rękoma czekać, aż im się przeznaczy czynność jakąś. W mojem przekonaniu nie byłoby z tych urzędników nic jak mnóstwo kosztu; a nadto groziłoby niebezpieczeństwo, że rozwielmożni się biórokracya, i wrócilibyśmy do dawnego systemu kurateli biórokratycznéj. Urzędnicy ci, nie mając właściwego zakresu działania, staraliby się stworzyć go sobie z krzywdą dla samorządu, a zarazem sprawdzaliby zapewne większy niż dziś Ustanowienie tych ekspozytur byłoby także nieuprawnionym naciskiem na sejmy krajowe, aby same przyczyniały się do uszczuplenia gminom samorządu. Z tych przeto powodów jak w komisyi tak i tu głosować będę przeciw wnioskom komisyi.

Mówca przechodzi do kwestyi kompetencyi, daléj przedstawia czynność sejmu galicyjskiego w sprawie reformy; ale niestety, dla opóźnionéj pory muszę przerwać tu przemówienie p. Grocholskiego, które zresztą w całości wedle stenogramów podam.

Dep. hr. **Mieroszowski** stwierdza nasamprzód, że wiedząc bardzo dobrze o swojem stanowisku odosobnionem, ma przecie odwagę wypowiedzieć swe zdanie. Wedle jego zapatrywania dzisiejsza ustawa gminna jest najzupełniej dobra, tylko należałoby położyć koniec takim anomaliom jak n. p. ta, że dawny obwód Krakowsko-Chrzanowski miał przedtem gmin 18, a dziś ma ich 400. Mówca z zasady jest przeciwnikiem wszelkich innowacyj, dla tego oświadcza się przeciw obaleniu tego, co zaczyna już przenikać życie ludu, co już się wżyło. Za pomocą zmiany jedynego jednego paragrafu w duchu połączenia gmin mniejszych i niezasobnych mógłby sejm galicyjski wiele sprawić dobrego. (Mówca bowiem z góry oświadczył, podobnie jak X. Zakliński, że tylko o Galicyi mówić będzie). Jeśli są gminy o 8 lub 15 kominach, jakże tam mówić można o samorządzie administracyjnym? Pewna gmina, mająca 12 kominów, nie zdołała opłacić swoich dygnitarzy i dla tego nawet straż nocną skasowała. Gminy mogłyby rozwinąć cztery razy tak wielką działalność, gdyby były cztery razy tak wielkie. Nie przeczę, co mówi komisya, że za wielki na gminach ciężar, a za mało osób zdatnych; ale to nie jest przyczyną złego. Przyczyna tego polega na fałszywej zasadzie rozmaitych zakresów działalności. Tu mówca przechodzi do wypowiedzenia swoich zapatrywań na reformę, radzi usunąć dualizm, ale tak, żeby wszystko organa państwowe zagarnęły, przemawia za zniesieniem wydziałów powiatowych i Wydziału krajowego, opierając argumentacyę swą niby to na analogii stósunku rządu do parlamentu; obok dwu tych czynników także niema trzeciego, [illegible] trzeci czynnik w administracyi? Mówca mówi tonem szyderczym, który rozwesela lewicę, mianowicie, gdy skarżąc się na nadużycia przy wyborach, używa wyrażeń: *so ein ganz kleiner Bezirkseffendi*, a kończy przemówienie wyrażeniem nadziei, że Pan Bóg i wysoki rząd zachowa kraj od nieszczęścia, żeby z takiego effendego nie wyrósł *Landespascha*.

X. Zakliński i kilku Niemców z lewicy spieszy uścisnąć dłoń p. Mieroszowskiemu.

Przemawia jeszcze dep. **Waldert**, poczem odczytano interpelacyę **Prombera** do ministra wyznań o obsadzeniu a raczej nieobsadzeniu dotychczas posad przy kapitule w Ołomuńcu.

Koniec posiedzenia o godz. 3. Następne we wtorek.

Petersburg 10 listopada.

Mówią, że za dni parę wyjdzie dekret mobilizacyi wojska z okręgów wojskowych: kijowskiego, charkowskiego i odeskiego. Wojsko z trzech powyższych okręgów tworzyć będzie korpusy naddunajski, odeski i krymski. W innych okręgach wojsko pozostanie prowizorocznie na stopie pokojowej, lecz wszystkie pułki otrzymały rozkaz gotowości do mobilizacyi, która nastąpić ma, skoro tego wymagać będzie polityka ogólna.

W razie mobilizacyi wszelkich sił rosyjskich, korpus gwardyi uda się do Polski, i tworzyć będzie z wojskiem okręgu warszawskiego korpus nadwiślański.

Sztab główny ukończył wszelkie przygotowania do mobilizacyi, która zabierze dwanaści dni, i przygotowania do podstawy operacyi. Wszystko to jest pewnem, widziałem nawet projekt mobilizacyi postanowiony przez dowódzców pułku.

Ziemstwo powiatu muromskiego uczyniło propozycye, aby wszyscy właściciele w razie wybuchu wojny, złożyli na korzyść funduszu wojskowego 1% wartości swych majątków ziemskich. Telegramy nadeszłe z innych prowincyj donoszą, że postanowienie to nastąpi wszędzie w Rosyi. Aby mieć wyobrażenie o sumie jaka może być zebraną w ten sposób, dość powiedzieć, że powiat muromski dostarczy 2 miliony rubli.

Miasto Odessa przybiera pozór całkiem wojenny. Jest gotowych 9 bateryj, są one wszystkie zaopatrzone w amunicyę, w żywność a nawet w suchary. Tysiąc pięćset powózek zakupiono od kolonistów niemieckich; zwożą niemi ciągle żywność. Wszystkie młyny są na usługi ministerstwa wojny, zakupiono 300,000 worów mąki.

Ludność niestała Odessy wynosi się, bogaci właściciele i posiadacze domów opuszczają miasto. Na giełdzie gra idzie gorąca; grają na akcye węgla, którego cena podniosła się w jednym dniu o 30 kopijek na pudzie.

Kompania angielska zakupiła wszystek węgiel angielski i spodziewa się 1250 wagonów z węglem z nad Donu po 19 kopijek za pud.

Prochowszczyków nie wrócił, jak się spodziewano, do Liwadyi; jego krucyata nie ustaje jednak, szczególnie w środkowych prowincyach państwa, a jednem z jej widocznych objawów jest adres miasta Moskwy do Cara, zredagowany przez Iwana Aksakowa. Rząd surowo zakazał rozpowszechnienia prasą tego dokumentu. Ci co go czytali zapewniają, że ciekawy to specimen moskiewsko-bizantyński, gorące i namiętne wezwanie do wojny świętej, gdzie Serbowie i inne ludności tak są uważani, jak gdyby już tworzyli integralną całość Rosyi. Jest w nim także ustęp piorunujący przeciw Europie zdeprawowanej i kupieckiej.

Minister finansów Reutern, narażony jest na ciągłe ataki i opinia publiczna jest mu bardzo nie życzliwą. Podał on się świeżo do dymisyi, lecz Car nie chciał jej przyjąć. Zarzucają mu dumę i arbitralność, niepowodzenie w pożyczkach, których bezpotrzebnie próbował na rozmaitych targach finansowych, zupełny brak gotówki i t. d. Nie wiem o ile te oskarżenia są usprawiedliwione, lecz pewną jest rzeczą, że stan finansowy Rosyi jest zastraszający. Wszystkie banki tutejsze, wszystkie towarzystwa akcyjne, wszystkie zakłady przemysłowe lub handlowe są obciążone, bez pieniędzy, i interesa ich tak są zawikłane, że trudno przewidzieć jak przebędą tę straszną kryzys. Tysiące obiega projektów, aby zażegnać grożącą burzę. Między innemi warto o jednym wspomnieć, gdyż charakteryzuje obecną sytuacyę Rosyi. Twierdzą, że rząd ma przydzielić do wszystkich banków, towarzystw przemysłowych i handlowych po jednym komisarzu zamianowanym przez siebie, który będzie miał jurisdykcyę i głos przeważny w Radzie administracyjnej. Według tego co mówią, ogłoszony zostanie ukaz carski, zatwierdzający dziwny ten środek. Uderzającem jest, że wobec tego ubóstwa publicznego, skarb hojnie opędza kolosalne wydatki na przygotowania wojenne, jakie prowadzone są ciągle z gorączkową [illegible]. Zapytują tu jakie z takiego tajnego źródła pochodzi ta obfitość, i tysiące obiega pogłosek [illegible] względem. Między najdziwniejszemi, a którym najwięcej dają wiarę, jest pożyczka 150 milionów rubli w srebrze zaciągnięta w Anglii pod korzystnemi warunkami, i łączą tę pożyczkę z podróżą pewnego p. Aleksandra, który się tu ukazywał w sferach tutejszych najśmielszych Sławofilów. Nie mając pod tym względem pewnych wyjaśnień, podaję wam to pod zastrzeżeniem.

Minister spraw wewnętrznych w porozumieniu z ministrem wyznań i oświecenia, mianował radcę Namiestnictwa, krajowego referenta sanitarnego dra Alfreda **Biesiadeckiego** przewodniczącym komisyi egzaminacyjnych dla egzaminów lekarzy i weterynarzy odbyć się mających w roku szkolnym 1876/7 w myśl rozporządzenia ministeryalnego z dnia 21go marca 1873 r. celem uzyskania stałej posady w publicznej służbie zdrowia przy władzach politycznych. Zastępcą przewodniczącego komisyi egzaminacyjnej dla egzaminów lekarzy, które odbędą się w Krakowie, mianował minister profesora uniwersytetu dra Gustawa **Piotrowskiego**, zastępcą zaś przewodniczącego komisyi egzaminacyjnej dla egzaminów weterynarzy dra Ferdynanda **Cassinę**, koncepistę sanitarnego Namiestnictwa.

Egzaminatorami i ich zastępcami mianował minister dla egzaminów lekarzy egzaminatorem dla hygieny i ustawodawstwa sanitarnego dra Michała **Mohra** fizyka miejskiego w Krakowie; a jego zastępcą dra Emila **Gładyszewskiego**, lekarza powiatowego w Krakowie; egzaminatorem dla medycyny sądowej dra Stanisława **Janikowskiego** profesora uniwersytetu, a jego zastępcą dra Leona **Blumenstoka** profesora uniwersytetu; egzaminatorem dla farmakopei, dra Fryderyka **Skobla**, profesora uniwersytetu, a jego zastępcą dra Ignacego **Czerwiakowskiego**, profesora uniwersytetu; egzaminatorem chemii dra Aleksandra **Sitopczańskiego**, profesora uniwersytetu, a jego zastępcą Emila **Czyrniańskiego**, profesora uniwersytetu; egzaminatorem dla policyi weterynarnej dra Karola **Raspa**, docenta weterynarza powiatowego, którego w razie potrzeby ma zastępować krajowy weterynarz dr Józef **Werner**. Dla egzaminów weterynarzy egzaminatorami mianowano weterynarza krajowego dra Józefa **Wernera** i weterynarza miejskiego Józefa **Kubickiego**.

Wiedeń 17 listopada. Wczoraj na posiedzeniu Wydziału budżetowego Izby deputowanych przyszło do dość burzliwej sceny między Dr **Giskrą**, a ministrem spraw wewnętrznych bar. **Lasserem**. Pierwszy widział się spowodowanym zaczepić ponownie bar. Rodicha, odczytując bardzo obszerny telegram, obejmujący 7 arkuszy, nadesłany przez dep. Bajamonti, o pewnych nieformalnościach przy odbywających się właśnie wyborach sejmowych w Dalmacyi. P. Giskra dołączył doń uwagę, że gdyby rzeczy te były mu pierwéj znane, byłby uczynił wniosek zawieszenia obrad nad tytułem: „Administracya polityczna,“ dopókiby się namiestnictwo dalmackie nie usprawiedliwiło. Ponieważ bar. Lasser dopiero na poprzedniem posiedzeniu dawał wyjaśnienia o czynności namiestnika w Dalmacyi bar. Rodicza, musiały go więc te ponowne rekryminacye tem więcéj dotknąć, że referent ubliżył mu swojem twierdzeniem, jakoby uchwalenie wydatków na administracyę polityczną było właściwie za pośpiesznie dokonanem i że powinno było poprzedzić je śledztwem przeciw bar. Rodiczowi. Minister **Lasser** odpowiedział na wywody p. Giskry bardzo ostro i oświadczył, że ubolewa nad tem, iż referent żadnego nie uczynił wniesku, gdyż według tego byłby zastosował (minister) swoje postępowanie. Nie było wątpliwości co do znaczenia tych słów bar. Lassera, zwłaszcza, że dodał on jeszcze, iż wcale nie chce siedzieć na ławie oskarżonych. Członkowie wydziału wystąpili także przeciw Giskrze. Dr **Herbst** zaś jako przewodniczący wydziału oświadczył, iż przemówień tych nie może uważać za należące do dyskusyi, gdyż takowa nie jest możebną nad petycyą, za którą uważa p. Bajamonti swój telegram; była to tylko konwersacya. Krok ten Dra Herbsta nie pozostał bez wpływu, a minister, który nadzwyczaj oburzony chciał już wyjść z sali, podziękował przewodniczącemu, że dał taki obrót temu przykremu zajściu. Przystąpiono potem do obrad budżetowych.

— *Bohemia* donosi, że ministerstwa austryackie i węgierskie zgodziły się na to, ażeby traktat celny i handlowy między Austryą a Węgrami trwał bez zmiany do końca r. 1877.

— Między węgierskim ministrem sprawiedliwości a komisyą prawniczą sejmu węgierskiego nastąpiło znowu porozumienie. Na posiedzeniu w d. 13 b. m. zmieniła ta komisya swą pierwotną uchwałę co do kary, jaka ma być nałożoną na pewne rodzaje zdrady stanu, wyliczone w ustępach 2 i 3 paragrafu 125 i przyjęła wnioski ministra sprawiedliwości, a mianowicie, że za podobne zbrodnie ma być nałożona kara ciężkiego więzienia od 10 do 15 lat.

— Węgierskie niezawisłe stronnictwo liberalne złożyło następujące oświadczenie w przedmiocie ekonomicznej ugody z Austryą: Obecna krytyczna sytuacya, która łatwo może powołać narody obu części monarchii do obrony Tronu i Ojczyzny, nie może służyć za pobudkę do zawarcia szkodliwej ekonomicznej ugody. Utrzymanie i zapewnienie moralnego znaczenia i państwowego stanowiska monarchii, tudzież ważne polityczne i ekonomiczne interesa monarchii na Wschodzie, stanowią kwestyę bytu dla obu państw w równej mierze. Jeżeli w sprawie wschodniej nastąpi katastrofa i pokoju nie będzie można utrzymać, to Węgrzy znać będą tylko jedno stronnictwo, mianowicie stronnictwo, które z entuzyazmem i z poświęceniem bronić będzie zagrożonych interesów państwa. Wtedy musi każda inna sprawa ustąpić na drugi plan a i ugoda ekonomiczna zejdzie z porządku dziennego, bo nie sądzimy, ażeby mógł istnieć rząd konstytucyjny albo parlament, którby w chwilach przesilenia polityki zagranicznej mógł się wdawać w rozprawy nad traktatami, wymagającemi zimnej rozwagi i ścisłych studyów; założymy protest przeciw temu, jeżeliby z odwołaniem się na sytuacyę polityczną, miały być jak bądź załatwiane traktaty, ubezwładniające rozwój ekonomiczny na dziesięć lat, stojące na przeszkodzie prawidłowej gospodarce finansowej, jednem słowem, szkodzące interesom państwa.

Rosya.

St. Piet. Wiedm. z d. 1 (13) listopada twierdząc, że w konferencyach w Konstantynopolu Turcya nie będzie miała udziału, nazywają to nowym tryumfem dyplomacyi rosyjskiéj, ponieważ Rosya obstawała zawsze za usunięciem Turcyi od obrad i o konieczności tego środka zdołała przekonać (?) inne państwa europejskie. Wyśpiewawszy więc w obszernych i szumnych wyrazach hymn pochwalny rozumowi politycznemu swego rządu i przewadze Rosyi w chórze głosów, stanowiących o losach Turcyi, dziennik petersburski tłómaczy jednak, że wyłączenie Porty od narad nad jéj własnym losem niema bynajmniéj na celu upośledzenia jéj i nie jest skutkiem nieprzyjaźni ku niéj, lecz koniecznością polityczną. „Jeżeliby bowiem, są słowa wspomnianego dziennika, reprezentant Turcyi miał udział w obradach konferencyj, nieomieszkałby z właściwą dyplomatom tureckim zręcznością skorzystać z pierwszego nieporozumienia, z pierwszéj różnicy zdań i poglądów, mogącéj wyniknąć między przedstawicielami mocarstw europejskich, i starałby się utrudnić w jakikolwiek sposób pomyślny koniec obrad. Oto dla czego wszystkie państwa europejskie, niewyłączając nawet Anglii, zgodziły się (?) z Rosyą, że wyłączenie Turcyi jest koniecznem. A korzyść ztąd widoczna: ponieważ obrady dyplomatów będą zachowywane w tajemnicy; skoro więc uda się przyjść do zgody i uchwalić środki zaprowadzenia w Turcyi reform mogących zadowolnić Słowian, trudno będzie Porcie działać przeciw uchwale już zapadłéj, a przedtem sobie niewiadoméj, znajdzie się tedy w konieczności uledz i poddać się przepisom jéj bezwarunkowo.“ W dalszym atoli ciągu tego artykułu *St. Piet, Wiedm.* wyrażają wątpliwość, aby konferencye mogły doprowadzić do pożądanego skutku, tj. do uchwalenia takich reform. któreby ustaliły spokój na półwyspie Bałkańskim i zapewniły Słowianom żądane prerogatywy. Najwięcéj zaś wpływa na to powątpiewanie obecność na konferencyach pełnomocnika Anglii, lorda Salisbury; tak bowiem mówią w tym względzie: „Udział w obradach byłego ministra spraw indyjskich, lorda Salisbury nie zdaje się zapowiadać dobrych nadziei dla sprawy słowiańskiéj w Turcyi: znana jest bowiem przychylność tego męża stanu dla muzułmanów i wstręt jego do Rosyi, z interesami któréj sprawa słowiańska najściśléj jest związaną, Dla tego też niepowinniśmy bynajmniéj łudzić się, ani też dać się ukołysać nadziejom zbyt wątpliwym, że konferencye zdołają załatwić trudności sprawy, która tylko siłą oręża rozstrzygniętą ostatecznie być może. Owszem należy nam najenergiczniéj gotować się do walki, do któréj prawdopodobnie zmuszą nas okoliczności, a do któréj sprzymierzone z nami rządy sposobią się też spiesznie.“ I opowiada następnie dziennik petersburski o przygotowaniach owych „sprzymierzeńców:“ że cała Rumunia zamienioną została w obóz wojenny, że i Grecya sposobi się do wojny na szerokie rozmiary a rząd grecki obowiązał się już oddać w rozporządzenie Rosyi korpus posiłkowy z 60,000 ludzi, który ma być uzbrojony i zaopatrzony we wszelkie potrzeby wojenne, słowem gotowy do wojny jeszcze przed końcem listopada. Wreszcie dodaje, że Anglia wszelkiemi sposoby stara się skłonić Grecyę do neutralności, lecz usiłowania te są daremnemi, bo gdyby nawet gabinet ateński dał się uwieść „chytrym namowom Anglii“ i zechciał zachować się biernie, niezdołałby tego uczynić w obec powszechnego wzburzenia umysłów ludu greckiego. którego stłumić już niepodobna bez obawy wojny domowéj.

Dalej dziennik petersburski zawiadamia, że pogłoski o chwiejności związku trójcesarskiego i rychłym jego upadku coraz więcej mają wziętości w tych kołach rosyjskich, ktore zazwyczaj dobrze są informowane, „Niemożemy zataić — są słowa dziennika — że i w przekonaniu naszem pogłoski te mają wiele prawdopodobieństwa i harmonia nietylko między Austryą i Rosyą, lecz nawet między Austryą i Niemcami zdaje się być niewątpliwie zachwianą, słowem, związek troisty wkrótce będzie miał prawo zwać się związkiem tylko dwoistym. Dzienniki europejskie biedzą sobie głowę nad rozwiązaniem kwestyi: po czyjej stronie staną Niemcy, czy z Austryą, czy też z Rosyą? Jedne z nich zapewniają, że książę Bismark skłonnym jest stanąć po stronie Austryi pod warunkiem tylko, aby cesarstwo Habsburgów wyrzekło się swych pretensyj do Dunaju, nad którym Niemcy zamyślają otworzyć swą przewagę, jeżeli nie bezpośrednio, to za pośrednictwem Rumunii; inne zaś twierdzą, że Bismark trzyma się, tak powiemy, oburącz Rosyi. Dla nas atoli kwestya ta nie jest bynajmniej ciemną; okoliczności bowiem w obecnym czasie tak się złożyły, że Niemcy mają interes własny w podtrzymywaniu przyjaźni z nami, że nietylko nieodniosłyby żadnej korzyści z niezgody z nami, lecz przeciwnie, każde starcie między Rosyą a Prusami byłoby daleko szkodliwszem dla Niemiec niż dla nas. Pokąd polityka interesów własnych przeważa w Europie, potąd Niemcy będą zawsze po naszej stronie, bardzo im bowiem chodzi o sprzymierzeńca potężnego, aby mogły zatrzymać w ręku to, co zyskały siłą oręża. Z drugiej zaś strony nie taimy bynajmniej, że i dla nas przyjaźń Niemiec jest niezmiernie cenną.“ W końcu dziennik petersburski przytacza jeszcze jeden powód, stwierdzający, jakoby solidarność Prus z Rosyą, a tym jest kwestya polska. O tym przedmiocie mówi dziennik, co następuje: „Rząd pruski w ostatnich czasach zaczął nam okazywać szczególniejszą przyjaźń i chęć działania wspólnego wszędzie i we wszystkiem. Serdeczność ta daje się usprawiedliwić pogłoską o ruchu polskim, który zaczyna znowu kiełkować, a który, chociaż przeważnie skierowany przeciw Rosyi, zawsze atoli groźnym być może w skutku i dla Niemiec. Marzyciele polscy, ośmieleni zbytnią swobodą prasy w Austryi i nieprzyjaźnemi dla Rosyi mowami w Reichsracie wiedeńskim, umyślili skorzystać z zawikłań wschodnich i oczekiwanej wojny europejskiej, aby wystąpić ze swojemi pretensyami i przyprowadzić do skutku swe patryotyczno-fantastyczne plany. W Berlinie bardzo słuszną zrobiono uwagę, że Wisła bliższą jest Niemiec niż Dunaj, i że pozwolić wzrastać nadziejom i marzeniom polskim, chociażby mającym na celu tymczasem jedynie szkodę Rosyi, jest to samo, co tworzyć sobie dobrowolnie kłopoty wewnętrzne. Polacy nietylko formują legiony dla Turcyi (!) lecz knują we Francyi i Anglii intrygi dyplomatyczne na szeroką skalę (?) Otóż to wszystko, zamiast nam szkodzić. może przeciwnie bardzo wiele pomódz, bo zapewnia nam przyjaźń Prus i staje się nowym węzłem, wzmacniającym sojusz nasz z Prusami. Jesteśmy tedy bardzo obowiązani panom Polakom!..“

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 18 listopada. Podajemy dziś w dodatku mowę X. kan. Goliana mianą na pogrzebie ś. p. Maurycego Manna a zatytułowaną: „Kazanie o przyjaźni w Panu Jezusie“. W szeregu głosów dziennikarskich o zmarłym naszym koledze zapisać winniśmy nekrolog zamieszczony w *Przeglądzie Lwowskim*, oraz feileton „Nad trumną dziennikarza“ w *Kronice Codziennej*.

— Hr. Jan Aleksander **Fredro** przybył wczoraj do Krakowa w celu porozumienia się z członkami tutejszymi komisyi, zajmującej się sprawą pośmiertnych dzieł jego ojca.

— Onegdaj umarł tu obywatel z Podola Stanisław Jaroszyński, licząc lat 58.

— Wczoraj aresztowany [illegible] do sądu oddany został krawiec Józef Dorazil z Morawy, który pod pozorem ożenienia się wyłudził od ojca swojej narzeczonej 375 złr., a od niej pościel, i ożenił się z inną.

— Leib German woźnica, został wczoraj aresztowany za przeciążenie wozu, którym wiózł towar na dworzec kolei. Koń żydowski należy do najnieszczęśliwszych istot na ziemi.

— Józef Jagusiak z Witkowic w powiecie Krakowskim otrzymał nagrodę pieniężną rządową za ocalenie tonącego.

— Karczmarz w Busowiskach w powiecie Staromiejskim, Josel Majer, wespół z synem swym i zięciem tak ciężko pobił d. 25go z. m. chłopa, który mu 6 centów zadłużył się, że pobity nazajutrz umarł. Sprawców zbrodni oddano do sądu.

— W Tarnopolu powiesił się d. 4go b. m. szewczyk, przywiedziony do rozpaczy okrutnem obchodzeniem się majstra!

— Jutro przedstawione będą w Cieszynie w teatrze amatorskim komedye: „Przed śniadaniem“ hr. Fredry (syna) i „Majster i Czeladnik“ Korzeniowskiego.

— We wsi Marpingen w prowincyi Nadreńskiej Pins ukazała się przed niejakim czasem trojgu dzieciom wiejskim Matka Boska. Lud ciągnął na to miejsce z najdalszych stron i wzniesiono tam kaplicę. W skutku tego rząd wysłał oddział żandarmeryi, która dniem i nocą patrolując, z daleka wzbraniała przystępu do miejsca cudem wsławionego i kazała uwięzić miejscowego i sąsiedniego proboszcza, a rzecz ta takiej nabyła wagi, że *Reichs-Anzeiger* z d. 16 b. m. ogłasza wyrok sędziego opiekę sprawującego, który na zasadzie kodeksu karnego skazał trojga owych dzieci, co widziały zjawienie się N. P. Maryi, na osadzenie w domu poprawy.

— W poniedziałek 22-letni Juliusz Egger w Lucern odebrał sobie życie, przebiwszy się sztyletem. Sąsiadka jego, 19-letnia pani Marcelina Fenner, nazajutrz zastrzeliła się na jego grobie. Dopiero po śmierci ich dowiedziano się, że się kochali, listy bowiem które znaleziono, świadczyły, iż pisywali do siebie, że się nawet widywali, lecz miłość ich była tylko platoniczną.

— W niedzielę okradziono na zamku Biberstein pod Schwäbing w Bawaryi, księcia Maksa Emanuela Bawarskiego, najmłodszego brata cesarzowej Austryackiej. Zabrano mu klejnoty, wartości około 50,000 złr. Podejrzenie padło na 18-letniego tapicera, który na zamku zajęty był robotą i w kilka godzin ujęto go wraz ze skradzionemi kosztownościami.

— Dzień, w którym nowo wybrany burmistrz londyński udaje się w pochodzie uroczystym do Westminsteru, aby tam przed całym sądem złożyć przysięgę na konstytucyę i ustawy miejskie, bywa zwykle z wielką wspaniałością obchodzony, a kończy się zawsze ucztą, na którą zaproszeni są ministrowie i najwyżsi dostojnicy państwa, posłowie zagraniczni i wielu członków obu Izb parlamentu itd. Tym razem pochód do Westminsteru d. 9 listopada odbył się z większą niż zwykle wspaniałością, gdyż nowy lord-major Tomasz White i obaj nowi szeryfowie, ludzie bogaci, postanowili podwoić wspaniałość obchodu. W pochodzie wzięły udział rozmaite korporacye i giełdy City z chorągwiami i służbą zbrojną na koniach, ale oraz ze względu na nowy tytuł cesarzowej Indyjskiej najęto 13 słoni z cyrku i menażeryi, które prowadzone przez świetnie przystrojonych Indyan, uczyniły cały pochód podobny do wielkiej wystawy teatralnej. Dziesięć kapel wojskowych pieszych i konnych towarzyszyło temu wystąpieniu. Lord-major siedział we wspaniałej, złoconej, staroświeckiej karecie sześciokonnej. Lord-major nie pobiera żadnej płacy, lecz 10,000 funtów sterl. na koszta reprezentacyi. Poprzedni burmistrz wydał był w ciągu swego rocznego urzędowania 17000 funt. sterl. z własnej kieszeni.

TEATR. W sobotę d. 18go listopada: Po raz trzeci: Dramat w 7 obrazach z francuskiego — pp. A. Rolland i J. Du Boys — przełożył A Kleczewski: *Rudy Janek* (Cadet Roussel). — Początek o godz. 7ej.

W niedzielę dnia 19go listopada: Opera komiczna w 4 aktach, muzyka Jana Strausa, przekład A. Urbańskiego: *Indigo i rozbójnicy*. — Początek o godzinie 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 1ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dni powszednie 30 centów.

— Dnia 17go listopada pochmurno; termometr od — 1·8 doszedł do — 3·5 C. Barometr w górę zwolna idzie; o 6ej rano dnia 18go listopada stan jego był 746·5 mill., termometru + 1·8 C. — Wiatr zachodni.

— W niedzielę dnia 19go listopada: Św. Stanisława Kostki. — W poniedziałek dnia 20go listopada: Św. Feliksa de Valois wyznawcy.

Wiadomości bibliograficzne.

Poszyt 22gi *Przeglądu Lwowskiego* zawiera: Plan i określenie zadania filozofii przez X. M. Morawskiego; Poprzednicy Krzysztofa Kolumba i Waska de Gamy (c. d.); O Pompei przez hr. M. Dzieduszyckiego (c. d.); Z notatatek moskiewskiego popa przez Franciszka Lutrzykowskiego (c. d.); Westalka (c. d.); Przegląd literacki przez Dra Omegę; Przegląd pism peryodycznych; Różności; Dwutygodnik polityczny; Kardynał Antonelli przez X. E. Podolskiego; Maurycy Mann, przez X. Stanisława Załęskiego T. J.; Kronika; Świętopietrze.

— We Lwowie w drukarni ludowej wyszła w osobnem odbiciu z *Przeglądu Lwowskiego* rozprawa X. Zygmunta Goliana p. n.: *Ostatni bohaterowie Judei* 8° str. 1 - 55.

Wykaz zmarłych w Krakowie

od dnia 10 do dnia 17 listopada i na cmentarzach w Krakowie pochowanych.

Helena Wyjadlonka, wyrobnica, lat 50, na niedomykalność zastawki dwukończystej, Marcin Torba, wyrobnik, lat 30, na zapalenie płucnej; Tekla Wróblowa, wyrobnica, lat 47, na zwężenie zastawki dwukończystej; Szymon Bobrek, służący, lat 35, na suchoty; Anna Kopcina, wyrobnica, lat 54, na rozedmę płuc; Marya Nalepina, żona rolnika, lat 54, na zapalenie płuc; Maciej Marczak, wyrobnik, lat 56, na rozedmę płuc; Rozalia Kopcionka, wyrobnica, lat 60, na niedomykalność zastawki serca dwukończystej; Maurycy Mann, Redaktor, lat 62, na krwotok płuc; Anastazya Zacierzanka, na opiece Tow. Dobr., lat 81, na chorobę nerek; Magdalena Kasprzyk, służąca, lat 40, na raka; Franciszek Myszkowski, szewc, lat 30, na suchoty; Jan Rosek, lat 64, na rozedmę płuc; Marya Sosińska, szwaczka, lat 58, na uwiąd starczy; Szymon Skorybut, wyrobnik, lat 33, na suchoty; Anna Czermakowna, uczennica, lat 17, ze szpitala konająca przywieziona; Franciszek Urbańczyk, stróż nocny, lat 33, na gruźlicę płuc; Stanisław Jaroszyński, obywatel ziemski, lat 58, na za-

...płuc; Wolf Künstlich, lat 28, na cukrzycę; ...bistein, ubogi, lat 61, na niedokrewność.

...tych, dzieci do lat 5 zmarło 12, mianowicie:

...zmy 1, na zapalenie płuc 4, na zapalenie krtani, na zwężenie krtani 1, na zapalenie nerek 1, ...o urodzone 2, na puchlinę mózgu 1, na sucho...

Sprawy sądowe.

...aków 15 listopada.

Morderstwo.

Przewodniczący: Radca sądu krajowego p. Koryński; sędziowie głosujący: radca sądu ...jowego p. Mikuszewski, adjunkt sądowy Wójcicki; ze strony prokuratoryi rządo...: podprokurator p. Lipka: obrońca: adwo... Dr Hajdukiewicz; prowadzący pióro: ...kultant sądowy p. Grzybowski.

Sędziowie przysięgli pp.: Franciszek Zajączkowski, ...urycy Klein, Ludwik Chrystyan, Michał Ły...owski, Jakób Tengler, Abraham Grünwald, ...tr Furmanik, Piotr Nowak, Juda Birnbaum, ...oni Sapalski, Józef Weyrosta, Wolf Gold...sser.

Na ... oskarżonych Rachel i Jzrael Samuel recte ...mon Priwerowie.

O...eni zawarli w marcu roku zeszłego ze sobą małż...o; oboje byli biedni i żyli tylko z pracy rąk ...też wkrótce po zawarciu małżeństwa, musieli się ...żyć. On poszedł jako czeladnik szewski do jaki...szewca na Kaźmierzu, ona zaś jako niańka do ...w. Rachela atoli młoda, bo zaledwie 22 lat dziś...ęca, zanadto była przedsiębiorcza, wkrótce po ...u do służby wyspekulowała cóś w domu Spir... swoją korzyść i już w kwietniu znalazła się ...zie. Przesiedziała tam do grudnia z. r. ska... [illegible] miesięcy więzienia za kradzież. W ... ...wie lipca powiła córkę Rykę. Wyszedł...szy ...ia wyjechała do Dębicy do swoich ro...dziwraz z mężem. Tam atoli przyjęli ich bracia Rac...bardzo źle, skutkiem czego musieli wracać do Kra... Powtórna próba wspólnego pożycia nie u...dała znowu i znów się musieli wkrótce rozejść. Pon... atoli Rachela nie mogła w służbie utrzy...ma...cka, oddała go Domagalskiej na wychowanie, za ...wynagrodzeniem 5 złr. miesięcznie. Mąż nie sta...rał wcale o córkę, nie dał jej na wychowanie ani ...a. Rachela zaś nie płaciła regularnie i wogóle zap...yła dla niej bardzo trudną, gdyż to był cały jej ...ek miesięczny. Dnia 30 maja w sabbath wzi...ecko swych służbowców, u których była za nia... spotkawszy się z mężem, poszła z nim do Do...nkiej, dziecko było zdrowe i wesołe. Podała mu ..., a Domagalska zgotowała jej kawę do tej bułk...chela odeszła o 20 kroków od Domagalskiej i u... pod gruszką aby nakarmić swe dziecko. Tut...uła je kwasem siarkowym, zgęszczonym. Dzie...aczęło płakać i wyrzucać kawę, Domagal...ska ...ała jakiegoś przechodzącego żyda i z nim raze...mawiała Priwerów, aby poszli po doktora. Ale ...mawiali się brakiem pieniędzy i pod pozo...rem ...ostało dziecko zawiane, że dostało wielką cho...bardzo zaraźliwą, ściągnęli z niego popalone suki... mąż wyniósł na pole i rzucił w zboże; dzie...ego dnia jeszcze umarło.

O...na Rachela nie przyznała się, broniła się cały zacięcie, o trzy kwadranse na 10tą rozpo...częło...wiedź na akt oskarżenia, a jeszcze o 11ej nic ...wspomniała o całym wypadku, opowiadała tylk... dziecię swe kochała, pieściła, gdzie była i co...a; lecz wszystko nie należało do rzeczy. Kie... przewodniczący wezwał ją, aby się trzy...mała ...dmiotu, załatwiła się krótko i węzłowato, spę... winę na Domagalską, jakoby ta podała jej zatr...awę. Każdemu świadkowi miała coś do za...rzuc...nawet świadkom odwodowym, skoro ci nie mieli ...do zeznawania na jej korzyść. A każdy ta...ki z...świadczył o jej nadzwyczajnej przebiegłości. Prze... mąż nie odznaczał się wcale żadnym do...wcip...ni rozumem. Sędziowie przysięgli uznali ją win...ednogłośnie, a męża uwolnili 6 głosami. W s... tego Rachela została na śmierć skazaną, a Isr...wolniony. Rachela posłyszawszy wyrok chcia...ła c...ego powiedzieć, byle tylko mąż wyszedł z sa...ma co jednakże nie zezwolono.

...ków 18 listopada.

W...szłym tygodniu odbędą się przed tutejszym sąde...nym następujące rozprawy ostateczne:

W...iedziałek d. 20go b. m.: Maryanny Ka...wow... podpalenie (przed sądem przysięgłych); Fran... Dragona o kradzież; Stanisława Kołodzieja o kr...; Jana i Petroneli Bałów o gwałt publiczny; Kon..., Tekli i Jana Lelków o kradzież. Oprócz tego ...rozpraw apelacyjnych. *We wtorek* d. 21go b. m. ...mana Westfalewicza o gwałt (przed sądem przy...ch). Oprócz tego 4 rozprawy apelacyjne. *We...* d. 22go b. m.: Mateusza Brzuchalskiego o wy... przeciw bezpiecz. życia; Maryanny Włu...ckow... o gwałt publiczny; Michała Chomeckiego i Józef...baszka o gwałt publiczny; Jana Stachury o kr... Oprócz tego 10 rozpraw apelacyjnych. *We...rtek* d. 23go b. m.: Jana Kulińskiego o zabó... (przed sądem przysięgłych); Jana i Józefa Hyr... o kradzież; Wiktora Potockiego o dwu...żeństw... Antoniego Mirocha o przeniewierzenie; Jana M... i Maryanny Zającowej o kradzież. Oprócz tego ...rozpraw apelacyjnych. *W piątek* dnia 24go b. m... Augusta Buchelta o przeniewierzenie (przed sąde...przysięgłych); Wojciecha Pasa o ciężkie uszko...dzenia; Maryanny Danek o kradzież; Mikołaja i Ka...y Kalinów o kradzież; Karola i Maryanny Ślusa i Teresy Szydłakowej o kradzież; Woj...ciech...ksa o kradzież. Oprócz tego 11 rozpraw apelac...h. *W sobotę* dnia 25go b. m.: Jana Kan...tego ...ja o kradzież; Macieja i Wojciecha Bęben...ków ...fa Kubicy o gwałt publiczny; Reginy Sze...rotko... oszustwo.

[illegible]

Rozkład podatku dochodowego.

W...śmy już zdanie nasze co do zasady poda...tku ...dowego, dziś obznajmiemy czytelników na...szych ...sadami obliczania czystego dochodu i spo...sobem ...łożenia podatku na czysty dochód podług skali ...powej.

Po...rą opodatkowania ma być **czysty** dochód, jaki ...tkowany miał w roku przeszłym.

Jednostką podatkową nazywa ustawa sumę podatku wypadającą na każde 100 złr czystego dochodu, w miarę summy ogólnej, jaka ma wpłynąć do skarbu państwa z podatku dochodowego. Obliczono, że w krajach reprezentowanych w Radzie państwa, czysty dochód wszystkich osób fizycznych i korporacyj, które podatkowi dochodowemu podlegać będą, przy ustanowieniu kontyngensu tegoż podatku na 15 milionów złotych, wynosi tyle, że się w nim 14 milionów jednostek podatkowych znajduje, z czego wypada, że każda jednostka podatkowa opłacana od każdych 100 złr. czystego dochodu wynosić będzie 1 złr. 6 centów.

Skala zaś postępowa wzrastająca w miarę coraz większego dochodu czystego jest następująca:

Aż do 600 złr. czystego dochodu nic się nie opłaca.

Od 600 do 1000 uważa się każde sto złotych czystego dochodu za jedną jednostkę.

Od	1,000	do	1,500	złr. jako	1.2	jednost.
„	1,500	„	2,000	„ „	1.4	„
„	2,000	„	2,500	„ „	1.6	„
„	2,500	„	3,000	„ „	1.8	„
„	3,000	„	3,500	„ „	2.0	„
„	3,500	„	4,000	„ „	2.2	„
„	4,000	„	4,500	„ „	2.4	„
„	4,500	„	5,000	„ „	2.6	„
„	5,000	„	6,000	„ „	2.8	„
„	6,000	„	7,000	„ „	3.0	„
„	7,000	„	8,000	„ „	3.2	„
„	8,000	„	10,000	„ „	3.4	„
„	10,000	„	15 000	„ „	3.6	„
„	15,000	„	20,000	„ „	3.8	„
„	20,000	„	30,000	„ „	4.0	„
„	30,000	„	40,000	„ „	4.2	„
„	40,000	„	50,000	„ „	4.4	„
„	50,000	„	60,000	„ „	4.6	„
„	60,000	„	70,000	„ „	4.8	„
„	70,000 i wyżej			„ „	5.0	„

Ułamki nie przechodzące połowy będą pomijane, przechodzące połowę liczone będą za całą jednostkę.

Przykład objaśni najlepiej sposób rozkładania podatku podług przytoczonej skali.

Dajmy na to, że osoba mająca być opodatkowaną miała w roku przeszłym 12,745 złr. dochodu. Strącając więc 45 jako niedochodzące połowy setki, zostanie nam 127 setek, a że wysokość tego dochodu czystego przypada między 10 a 15,000, a w tej kategoryi podług skali postępowej każda setka uważać się ma za $3^6/_{10}$ jednostek podatkowych, jednostka zaś podatkowa przy kontyngensie ustanowionym na 15 milionów złr. wynosi 1 złr. 6 kr., podatek więc wyniesie $127 \times 3^6/_{10} \times 1$ złr. 6 kr. = 484 złr. 6 kr.

Instytucya zaś mająca 240,000 złr. czystego dochodu należąca przeto do najwyższego stopnia skali podatkowej, gdzie się każda setka liczy za pięć jednostek, mając 2400 setek dochodu, zapłaci oczywiście $2400 \times 5 \times 1$ złr. 6 kr. = 12,720 złr.

Obliczanie czystego dochodu uskutecznia się przy własności gruntowej przez zesumowanie wszystkich dochodów z gospodarstwa rolnego i leśnego, po odtrąceniu kosztów administracyjnych wrazie własnego zarządu majątkiem, wrazie zaś wydzierżawienia, podatek oblicza się od wysokości sumy dzierżawnej.

Przy obliczaniu dochodu z budynków, bierze się czynsz lub realny użytek z domu za podstawę.

Przy przedsiębiorstwach zarobkowych rzeczywiste zyski roku poprzedniego.

Przy zasługach osób służebnych, wszystkie stałe i zmienne dochody w gotówce lub naturaliach.

Przy majątkach kapitałowych procenta od wszelkich pretensyj, tudzież renty, pensye i t. p. po odciągnięciu kosztów administracyjnych, podatków z dodatkami opłacanych w roku przeszłym z wyjątkiem osobistego podatku, procentu od długów prywatnych i ciężarów na dochodach. Natomiast koszta utrzymania domu policzać się nie będą, jako już do zużywania czystego dochodu należące.

Do oznaczenia dochodu mającego uledz opodatkowaniu, utworzone zostaną **komisye szacunkowe** okręgowe lub miejscowe, których członkowie będą do połowy mianowani przez ministra a w drugiej połowie obierani z grona opodatkowanych na lat trzy.

Od czynności tej komisyi służy rekurs do **komisyi reklamacyjnej**, której członkowie będą do połowy wraz z przewodniczącym mianowani przez ministra skarbu, do połowy zaś obierani przez sejm lub Wydział krajowy, niekoniecznie z grona osób sejmowych.

Na czele stać będzie **Komisya centralna** mająca czuwać nad równością zastósowania zasad szacunkowych, złożona z członków 18 i przewodniczącego. Sześciu członków powoła minister, trzech wybierze Izba panów, dziewięciu Izba deputowanych. Każdej komisyi przydzielony będzie urzędnik skarbowy jako referent.

Fasyę dochodu swego składa w końcu roku sam opodatkowany do komisyi szacunkowej. Zamilczenie lub fałszywe podanie karane będzie grzywnami, a właściwy podatek swoją drogą ściągnięty.

Takie są przepisy wniosku rządowego, który uledz jeszcze może zmianom w obu Izbach.

Peszt 14 listopada. *(Targ zbożowy).*

Pszenicy dowóz słaby. Tendencya podniosła się płacono o 5.10 cent. wyżej. Cena żyta stała, jęczmień i owies trzymają się w cenie.

Płacono za pszenicę na $74^6/_{10}$ kilogr. od 10 50 do 10·70; na $80^1/_{10}$ kilogram. od 11·85 do 11·95; żyto na 70 do 72 kilogram. od 9·10 do 9·40; jęczmień na 62 do $63^7/_{10}$ kilogr. od 6·40 do 7·90; owies na 41 do $47^4/_{10}$ kilogram. od 7·20 do 7·40, szmalec, mydło od $71^1/_4$ do $72^1/_2$ złr.

Wrocław 14 listopada.

Płacono za pszenicę w miejscu na 200 f. po 19·30 mark; żyto na 200 f. po 18·90 m.; owies na 200 f. po 15·60 m; rzepak za 200 f. brutto po 31·75 mark; olej po 72·— m.; spirytus na 100 Tralesa po 52·— mark.

Przyjechali do Krakowa od 17go do 18go listop.

HOTEL SASKI: Hr. Jan Aleksander Fredro ze Lwowa, hr. Julia Ostrowska z Kościelca, Józef Orłowski z Przemyśla, Antoni Günther z Galicyi, Jakób Kostenetzky z Warszawy, Roman Rydel z Galicyi, Władysław Rydel z Galicyi, Marceli Łękawski z Kołomyi, Kazimierz Łękawski ze Lwowa, Adolf Fritsch z Preszburga.

PRZEGLĄD POLITYCZNY.

Depesze telegraficzne

Paryż 16 listopada. Izba deputowanych uznała nieważność wyboru legitymisty Dudemaine wybranego d. 20 lutego w departamencie Vaucluse przeciw Gambecie. Senat załatwił ustawę o administracyi wojskowej do art. 20go i we wtorek obradować będzie nad tym przedmiotem dalej.

Paryż 17 listopada. Zaprzeczają tu doniesieniu *Timesa*, jakoby Derby protestował przeciw mobilizowaniu wojska rosyjskiego. Decazes opowiada, że konferencye zbiorą się d. 1 grudnia w Konstantynopolu

Londyn 16 listopada. Zawarty został traktat handlowy między Anglią a Austro-Węgrami.

Birmingham 16 listop. Lord Beaconsfield wyjechał do Londynu wezwany przez swoich kolegów gabinetowych.

Bruksella 16 listop. W Izbie deputowanych oświadczył minister Malou, że zaraz po ukonstytuowaniu się Izby wniesie wybranie komisyi, któraby się zajęła obmyśleniem środków dla zabezpieczenia tajności i wolności wyborów.

Rzym 16 listop. Dziś między ministrem spraw zagranicznych a rumuńskim ajentem tymczasowe oświadczenie ułożono o stosunkach handlowych obustronnych. Oświadczenie to zastąpione będzie późniejszym traktatem. — Jutro ogłoszoną będzie nominacya 31 senatorów. Król przyjmował dziś posła francuskiego margr. de Noailles, który mu wręczył listy swoje wierzytelne.

Nowy Jork 15 listopada. Według doniesień z Kuby 11 mniemanych podróżnych z Puerta Plata, prawdopodobnie zaś wychodźców kubańskich, opanowało parowiec „Montezuma" odbywający żeglugę między Hawanną i Antillami, zabiło kapitana i innych oficerów, wysadziło innych podróżnych i wodzów Kuby na ląd i wypłynęło następnie na morze

Hr. Hohenwart w dalszym ciągu swej mowy pełnej miary politycznej i gruntownego poglądu nie postawił pozytywnego wniosku, jak to zapowiadano. Negatywne tylko przejście do porządku dziennego nad sprawozdaniem komisyi w przedmiocie, którego doniosłości a zarazem konieczności rozstrzygnięcia i uregulowania nie zaprzecza mówca, nie wydał nam się wystarczającem i odpowiedniem. Niech nam godzi się przeto wyrazić nadzieję, że w mowie zapowiedzianej deputowanego Dunajewskiego, który ma zamknąć rozprawy, okrom odparcia zarzutów centralistycznych w sprawie organizacyi administracyjnej, znajdzie także wyraz stanowczy i dodatni tendencya rozwoju autonomicznego, której nikt lepiej określić nie zdoła nad wnioskodawcę znanego projektu reformy w sejmie lwowskim. Ktoby się był spodziewa, że sprawa kilkoletniego sporu w Radzie powiatowej krakowskiej, zakończona szczęśliwie przesieniem gabinetowem.... przepraszamy — marszałkowskem — wystąpi w Radzie państwa wiedeńskiej pod formą centralistycznego *liberum veto* przeciw autonomii powiatowej i prawom całego kraju. Być „dzikim" na sejmie lwowskim jest rzeczą szkodliwą, ale dozwoloną; inaczej w Radzie państwa wiedeńskiej. Dziwić się jednak nie można, że poseł, który w sprawach wyznaniowych idzie za liberalizmem wiedeńskim, pójdzie także za centralistami w sprawach autonomii i narodowego interesu.

Potwarcza insynuacya, która przed tygodniem wyszła z Berlina, jakoby Polacy knuli jakieś intrygi w sprawie wschodniej, jeszcze całkowicie nieupadła. Dochodzi nas z Paryża wskazówka, że tam ta baśń przybrała większe rozmiary, jakoby Polacy przygotowywali się do czynnego wystąpienia, a może wybuchu z okazyi zawikłań wschodnich. Zdawało nam się nawet zbytecznem protestować przeciw tak kolosalnej bajce, równie niedorzecznej jak śmiesznej. Przekonywamy się jednak, że gadzinowa prasa berlińska wierna tradycyom Bärensprunga, widocznie ma rozkaz utrzymywania tych denuncyacyj, aby na Polskę ściągnąć nowe klęski.

Posłem do parlamentu niemieckiego wybrany został we Środzie d. 15 bm. Dr Komierowski 387 głosami; minister Falk otrzymał 73 głosów.

Wczoraj miał wziąść parlament niemiecki pod obrady wnioski rządowe o organizacyi sądownictwa i o zaprowadzeniu nowych kodeksów postępowania w zgodzie z nowem urządzeniem sądów w państwie Niemieckiem. Wnioski te były już czytane w parlamencie, wczoraj zaś miały być dyskutowane czyli obradowane w drugiem czytaniu. Partya narodowo liberalna zgodziła się już onegdaj na uchwały komisyi prawniczej parlamentu i zamierzała wnieść na pełnem zebraniu przyjęcie ryczałtowe ustawy o urządzeniu sądów. Taż partya postanowiła też popierać uchwałę komisyi względem przydzielenia spraw drukowych sądom przysięgłych.

Rzecz na pozór drobną, ale cechującą ducha i usposobienie fabrykantów i rękodzielników w Alzacyi, zapisać należy: *Frankf. Ztg* donosi, że przemysłowcy w Mulhouse, miasta, jak wiadomo, bardzo fabrycznego, z którego jednak wielu fabrykantów przeniosło się do Francyi po oderwaniu Alzacyi, oświadczyli, że nie może brać udziału w wystawie paryskiej r. 1878. *Nordd. Allg. Ztg* przytacza za powód uchylenia się, że Alzaczycy nie chcą pod niemieckim pawilonem ukazać się na wystawie.

Już po ogłoszeniu powyższego doniesienia pisze z Wersalu *Polit. Corr.*: „Według wiarogodnych źródeł, słychać, że poseł niemiecki ks. Hohenlohe nie jest w możności przyrzekać udział Niemiec w wystawie paryskiej r. 1878". Czy odmowa ta służy na okazanie, iż Niemcy nie wierzą w utrzymanie pokoju za półtora roku, czy też że nie chcą się narazić na tak niekorzystne porównanie przemysłu swego, jakie ich spotkało na wystawach wiedeńskiej i filadelfijskiej, czy wreszcie chcą odjąć wystawie paryskiej charakter wystawy powszechnej?

Gaz. Kolońska nie śmie obstawać przy prawdziwości podanego przez siebie dokumentu w sprawie przygotowań mniemanych rządu włoskiego na przypadek nowego wyboru Papieża, ale dodaje, że gdy akt ten doszedł ją wprawdzie przez innego, niż zwykle korespondenta, przeto musi sprawdzić jego rzetelność. *Gaz. Kolońska* była już używana z Berlina do rozpowszechniania zmyślonych dokumentów, mianowicie w sprawach tyczących się Kościoła; lecz nigdy kłamstw swych nie odwoływała. Tym razem złapała się na nieznajomości nazwisk i tytułów osób podpisanych na tym dokumencie.

Do rzędu bajeczek obiegających w Paryżu z okazyi sprawy wschodniej zaliczyć trzeba tę, którą podaje *Nouvelliste de Rouen*, jakoby poseł niemiecki w Paryżu ofiarował Francyi zwrot części Lotaryngii. Niektóre dzienniki paryskie biorą wieść tę za dobrą monetę i utrzymują, że taki podarek, który zresztą ks. Decazes odrzucił, przypisać należy staraniom Rosyi.

Oprócz wiadomych już i przez nas podanych warunków rosyjskich pod względem rękojmij, *Nord* przytacza jeszcze dwa nowe, a mianowicie przeznaczenie z góry pewnych wpływów skarbowych na cele wyłącznie lokalne i co ważniejsza, okupacyę prowincyj słowiańskich Turcyi przez obce wojska. To ostatnie obostrzenie warunków czyni przystanie Turcyi na konferencye niepodobnem, jeśliby od niego zawisła bezwarunkowo ugoda.

Petersburski korespondent do *Wiener Abendpost* jest zdania, że między Rosyą a Niemcami panuje najściślejszy węzeł przyjaźni i interesów, czego dowodem, że na zapowiedziany jutro chrzest syna W. Ks. Włodzimierza, imieniem Cyryl, ma przybyć do Petersburga królewicz pruski. „Podróż ta będzie nowem świadectwem ścisłego wspólnictwa Rosyi i Niemiec w kwestyi wschodniej" — mówi korespondent, a na innem miejscu tak pisze: „Aby odmalować usposobienie panujące w Petersburgu, trzeba powiedzieć, że widzianoby tu bardzo niechętnie interwencyę na korzyść Serbów dla opiekowania się nimi, na co nie zasłużyli swojem nierozmyślnem wystąpieniem. W przypadku wojny zyskałaby pewnie najpierwej Rumunia, gdyż za jej przymierze z Rosyą, jak wieść się rozchodzi, przyrzec jej miano niepodległość, tytuł królestwa i rozszerzenie granic aż do wału rzymskiego, wraz z Kustendże (port na morzu Czarnem). Turcya zostałaby w ten sposób na zawsze od Dunaju odsuniętą; wielka to, mówią, korzyść dla Austryi i Niemiec, z któremiby nowe królestwo Rumuńskie jeszcze więcej się związało politycznie".

„Życzcie Panowie naczelnemu wodzowi najlepszego powodzenia!" Temi słowy odezwał się Car na przeglądzie wojsk w Petersburgu we środę do oficerów. Któżby po tych słowach mógł uwierzyć *Nordowi*, który ciągle jeszcze łagodzące rozpuszcza wersye o polityce Rosyi na Wschodzie? W chwili, gdy armia jest gotową do pochodu a wódz jej W. ks. Mikołaj odbiera na drogę życzenie powodzenia, mówić o utrzymaniu pokoju i przyjściu konferencyi do skutku, zdaje się być śmielszym krokiem, niż zapowiadać wojnę europejską, mogącą się rozwinąć z wojny rosyjsko-tureckiej. Dla tego zasługuje na wiarę telegram z Londynu z dnia wczorajszego do *Presse*, zapowiadający odroczenie zebrania się konferencyi, na które zresztą niebył dotąd urzędownie naznaczony dzień. W Paryżu wprawdzie głoszą, że konferencya zwołana na d. 1 grudnia, ale jest to tylko domysł prawdopodobny. Pełnomocnik angielski lord Salisbury ma jutro wyjechać na konferencye.

Politik otrzymała telegram z Belgradu, donoszący, że minister wojny Nikolicz, który, jak wiadomo, podał się do dymisyi z powodu zajścia z Czernajewem, obstaje przy swojem postanowieniu. Dymisya ta prawdopodobnie przyjętą zostanie, a ministerstwo wojny objąłby pułkownik Sawa Gruicz, dowódzca armii nadmorawskiéj.

Ostatnie depesze telegraficzne „Czasu."

Buda-Peszt 17 listopada. W Izbie deputowanych prezes ministrów Tisza odpowiedział na interpelacye Simoniego i Helfego co następuje: Dnia 11 b. m. dep. Simonyi interpelował, czy rząd jest skłonnym do złożenia w celu zoryentowania się Izby ustnego, lub piśmiennego wyjaśnienia co do polityki wschodniej i zezwolenia na rozprawy nad tym przedmiotem jeszcze przed rozprawami budżetowemi.

Na to pierwsze pytanie odpowiada ... Dep. Simonyi ... [illegible] ...szłych wypadków. Prezes ministrów jest tego przekonania, że w sprawie ustawicznie się rozwijającej nie ma nic przeszłego, nic, coby nie było w związku z tem, co się dopiero toczy. Co się tyczy systemu, ten wprawdzie się nie zmienił, minister jednak musi stwierdzić, że gdyby się nawet ów system zmienił, to i tak żądane przez Simoniego przedłożenie nie miałoby najmniejszego sensu, gdyż albo uznanoby w niem kierunek już porzucony, albo zganionoby teraźniejszy, a jedno i drugie nietylko byłoby bezpożytecznem, ale nawet szkodliwem.

Na drugie pytanie odpowiada Tisza, że byłoby stratą czasu przed rozprawami budżetowemi, nowe jeszcze rozpoczynać rozprawy. Nie może temu przeszkodzić, że w toku rozpraw budżetowych wniesioną także zostanie sprawa wschodnia, ufa on jednak taktowi Izby. Właśnie dlatego, że czasy są teraz tak ciężkie, a odpowiedzialność tak wielka, należy pozostawić rządowi decyzyę, kiedy zechce dać wyjaśnienie publiczne w kwestyi tak drażliwej. Simonyi odpowiada. Posiedzenie trwa dalej.

Rzym 18 listopada. *Diritto* dowiaduje się z Konstantynopola, że Porta wobec postawy Rosyi pragnąc uniknąć wojny, postanowiła zgodzić się bezwarunkowo na konferencyę.

Belgrad 18 listopada. W niedzielę jedzie do Petersburga Marynowicz z polecenia księcia. Na miejsce Nikolicza, który ustąpił, mianowany został ministrem wojny Sawa Gruicz.

Ateny 18 listopada. W Izbie deputowanych odrzucono 88 głosami przeciw 75 wniosek opozycyi, poczytujący projekt rządowy uzbrojenia się Grecyi za niedostateczny. Ministrowie i 19 deputowanych wstrzymało się od głosowania. Izba uznała nagłość uzbrojeń.

Kursa. Wiedeń 18 listopada, godz. 2 m. 45 p. poł. Renta papierowa 60·55 — Renta srebrna 65·40 — Losy z r. 1860 107·50 — Akcye Banku narod. 816. — Akcye kredytowe 138·50 — Londyn 126·75 — Srebro 111·50 — Napoleony 10·14. — Lombardy 78·50 Losy z r. 1864 130·75. — Akcye kolei Karola Ludwika 199·—. Akcye kolei Lwowsko-Czerniowieckiej 110·50. — Akcye kolei węg. półno.-wschod. 90·—. — Akcye kolei węg.-wschod. 26·80 Anglo Bank 66·75. — Obligacye indemn. galicyj. 82·75 — Losy premiowe węgierskie 67·—. — Akcye kolei Koszycko-Bogum. 82·75. — Akcye kolei pań. zach. austr. 119·50. — Listy zastaw. hipoteczn. 86·—. — Obligi pierwszeństwa kolei państw. —·—. Marki 62·45. Ruble 152·—.

Usposobienie giełdy: mdłe.

REDAKTOR ODPOWIEDZIALNY I WYDAWCA
Antoni Kłobukowski.

Do dzisiejszego Numeru dołącza się Kazanie X. Zygmunta Goliana miane na pogrzebie Maurycego Manna.

Kurs pieniędzy i papierów publ.

Kongregacyi kupieckiej.

Kraków, 18go Listopada.

	płacą	żądają
Rubel papier. rosyjski . . . (za 1 sztukę)	1 52	1 55
Rubel srebrny obrączkowy . „ 1 „	1 63	1 69
Mark niemiecki . . . „ 1 „	0 61	0 63
Dukat holenderski ważny . „ 1 „	5 94	6 10
Dukat austryacki „ . „ 1 „	5 94	6 10
Napoleondor „ . „ 1 „	9 95	10 15
Półimperyał „ . „ 1 „	— —	— —
20-markówka niem. ważna . „ 1 „	0 —	0 —
Srebro austryackie (za 1 złr.) . . .	109 —	111 —
Kupony austr. srebr. płatne . (za 100 zł.)	108 —	109 50
Listy zastawne i obligi: (we Lwowie; za 100 zł. wa.; Oprócz bież. kuponu, obliczającego się każdorazowo w miarę terminu płatn.)		
6% Pożyczka krajowa galicyjska	89 —	— —
Obligacye indemnizacyjne galic.	83 50	86 50
4% listy zast. Tow. kredyt. ziem.	75 50	78 —
5% listy zast. Tow. kredyt. ziem.	83 —	85 —
6% listy hipoteczne banku hipot.	86 50	88 50
6% listy dłużne galic. zakł. włoś.	91 50	94 50
$5^1/_2$ listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, srebrem za 100 zł. w. a.	92 —	— —
6% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	88 50	— —
6% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwr. za 18 lat banknotami za 100 zł. w. a.	89 —	92 50
7% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwr. za 20 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	97 —	99 —
Priorytety banku gal. d. h. i p. w Krak. (za 100%)	75 —	82 —
4% listy zastawne król. Pol. ser. I (za 100 r.) (rub. i kop.)	94 25	97 25
4% listy zastawne król. Pol. ser. II (za 100 r.)	— —	— —
5% listy zastawne król. Polskiego (za 100 r.)	86 —	88 —
4% listy likwidac. król. Polskiego (za 100 r.)	76 25	78 25
Akcye kolejowe i bankowe:		
Akcye kolei Karola Ludwika po złr. 200	197 50	201 50
„ Lwowsko-Czerniow. „ „ 200	111 50	115 50
„ hipot. we Lwowie wpł. 200 zł. „ „ 200	— —	— —
Akcye banku gal. dla h. i przem. w Krak. 200 złr.	—	— —

	płacą	żądają
Losy krajowe.		
Losy miasta Krakowa .	14 50	15 75
Losy m. Stanisławowa .	18 —	20 —
Wiedeń 17go Listop.		
5% zjedn. dług państ. bank.	60 60	60 80
5 „ „ „ srebr.	65 —	65 20
„ Oblig. ind. niż. Austr.	100 75	101 25
„ „ „ czeskie	100 —	— —
„ „ „ węgierskie	73 —	74 —
„ „ „ galicyjskie	84 —	85 —
„ „ „ bukowińsk.	83 —	84 —
„ „ „ siedmiogr.	72 50	73 50
5% węgierska pożyczka kol. (po 300 frank.) 120 złr.	99 50	100 —
Listy zastawne.		
5% Banku narod. listy . .	96 90	97 05
4 „ galicyjskie . . .	— —	— —
5 „ „ . . .	— —	84 75
6 „ galic. zakł. kred. włośc.	93 —	93 50
6 „ Zakł. kr. z. w Krak. w l. 18	90 —	92 —
7 „ „ „ „ „ 20	98 —	98 50
6 „ „ „ „ „ 36	89 50	— —
$5^1/_2$ sr. „ „ „ 36	93 —	— —
5% węgierskie listy . .	— —	— —
5 „ zakł. kredyt. austr. .	106 —	106 50
5 „ zakładu kr. ziem. aust. spłacal. w 33 latach .	89 75	90 25
5 „ Domen. państ. 120 złr.	140 —	140 25
6 „ Banku gal. hipot. . .	87 —	87 50
Pożyczki loteryjne.		
Losy pożycz. z roku 1839 .	253 —	254 —
„ „ „ 1854 .	103 —	104 —
„ „ „ 1860 .	108 —	108 50
1/5 losów pożyczki austr. państw. z r. 1860 . .	115 50	116 —
Losy pożyczki z r. 1864 .	130 50	131 —
„ prem. pożyczki węg.	67 —	67 50

	płacą	żądają
Losy Comorente	22 25	22 75
„ kredytowe . . .	157 —	157 50
„ żeglugi parowej na Dunaju	90 50	91 —
„ księcia Salm . . .	40 25	40 75
„ „ Palffy . . .	28 75	29 25
„ „ Klary . . .	29 50	30 50
„ hr. St. Genois . . .	34 —	34 50
„ miasta Budy . . .	29 —	29 50
„ Windischgraetz . .	26 75	27 25
„ hr. Waldstein . . .	22 75	23 25
„ hr. Keglevich . . .	14 25	14 75
„ Rudolfa	13 50	14 —
„ tureckie 400-frank. .	11 50	12 —
Akcye bankowe i przem.		
Banku narod. austryac. .	822 —	824 —
Zakładu kredytowego . .	139 40	139 60
Żeglugi parow. na Dunaju	332 —	334 —
Kolei północ. Ferdynanda	1725	1735
„ rządowej fr. a. . .	257 50	258 —
„ zachod. c. Elżbiety .	137 —	138 —
„ Południowej . . .	78 25	78 75
„ Galicyjskiej . . .	199 25	199 50
„ Czerniowieckiej . .	114 —	115 —
„ Albrechta	— —	— —
„ węg. północ.-wschod.	90 50	91 —
„ ks. Rudolfa 200 zł. sr	100 50	101 50
„ Alföldsko-Fiumańsk.	94 —	96 —
„ Koszycko-Bogumił. .	83 —	84 50
„ Siedmiogrodzkiej .	— —	80 50
„ Cisańskiej	168 —	170 —
„ wschodnio-węgierskiej	26 50	27 50
„ austryack. półn.-zach.	120 —	121 —
„ Franciszka Józefa .	121 50	122 50
Banku anglo-austryackiego	67 50	67 75
Zakładu kredytowego węg.	105 —	105 25
Banku franko-austryackiego	— —	— —
„ franko-węgierskiego	— —	— —

	płacą	żądają
Banku galicyj. dla handlu i przem. w Krakowie	— —	— —
„ krajowego galicyjsk. we Lwowie	— —	— —
„ wiedeńskiego dla obrotu płodów . . .	— —	— —
„ galic. hipotecznego .	— —	— —
„ dla obrotu ogólnego.	75 50	76 50
Obligi pierwszeństwa.		
Kolei Dniestrzańskiej . .	— —	— —
„ Koszycko-Bogumińsk.	63 50	64 —
„ państwowej 500 fr. .	154 50	155 55
Emisya z r. 1867 .	147 50	148 50
„ południowej 500 fr. .	115 75	116 25
Bony 1875-1876 6% .	— —	— —
„ pół. c. Ferd. 100 złr. m. k.	99 50	100 50
„ „ „ 100 złr. w. a.	95 —	— —
„ „ „ w srebr. 5%	105 25	105 75
„ połudn. półn. niem. 5% za 100 złr. w. a. . .	86 —	87 —
5% w srebrze . . .	88 50	89 —
„ gal. Kar. Lud. 300 z. wa. w srebr. 5% za 100 złr.	99 25	99 75
Emisya II.	98 50	— —
„ Lwowsko-Czerniow. po 300 złr. (w sr. 5% za 100)	77 —	77 50
Emissya z r. 1867 .	77 —	77 50
„ Siedmiogr. 200 złr. w. a.	— —	58 50
„ ks. Rudolfa 300 złr. w. a. w srebr. 5% za 100 złr.	— —	76 —
Austr. Lloyd 100 złr. m. k.	— —	— —
Towarz. pragskie przem. zel. po 300 złr.	— —	— —
Waluty.		
Cesarskie korony	6 02	6 04
„ dukat na wagę .	—	—

	płacą	żądają
Napoleondory	10 05[5]	10 06[5]
Suweryny angielskie . .	12 55	12 65
Imperyały rosyjskie . .	— —	— —
Srebro	109 75	110 —
Srebro, kupony	— —	— —
Bank. pań. Niemiec. na 100 m.	61 80	61 90
Rubel pap.	1 53[80]	1 54
Lwów 17 listop.		
Dukat holenderski . . .	5 86	5 98
„ cesarski	5 91	6 03
Półimperyał rosyjski . .	10 10	10 30
Rubel srebrny rosyjski .	1 66	1 76
„ papierowy	1 53	1 55
Marki 100	61 25	62 25
Listy zast. Tow. kr. gal. 5%	83 50	84 30
„ „ „ „ „ 4 „	76 50	77 50
„ „ Banku hipotecz.	87 20	88 10
Obligi indemn. bez kupon.	84 —	85 —
Akcye kolei galic. K. L. b. k.	204 —	206 —
„ „ Lwow.-Czern.	114 50	116 50
„ banku hipot. gal.	213 —	216 —

Warszawa 16 list.	płacą rub. kop.	żądają rub. kop.
Listy zastawne 1ej seryi .	97 —	97 30
„ „ 2ej seryi .	97 —	97 30
„ „ kupon . .	160	— —
„ „ nowe . .	87 30	87 60
„ „ kupon . .	200	— —
„ likwidacyjne . . .	77 50	77 80
„ kupon . .	$183^1/_3$	— —
Kolej warszawsko-wiedeń.	— —	— —
„ „ bydgoska	— —	— —
Rosyj. pożyczka prem. 1864 r.	185 —	— —
„ „ „ 1866 „	183 —	— —

(2858)

Dnia 21 listopada o godz. 10 z rana
W KOŚCIELE OO. KAPUCYNÓW
jako w piewszą rocznicę śmierci,
odbędzie się
Nabożeństwo żałobne
za duszę ś. p.
Franciszka Błendowskiego
b. pułkownika wojsk francuskich, a wygnańca i oficera polskiego z r. 1830, kawalera orderu Virtuti Militari, oficera legii honorowéj, orderu Medżidże (tureckiego), S. Łazarza (włoskiego), medalów pamiątkowych JKM. królowéj angielskiéj i Napoleona III. za wojnę włoską, w któréj zmarły zostawił bohaterską kartę w historyi francuskiéj i złożył dowody niezwykłéj waleczności i męztwa.
Na któreto nabożeństwo osierociała po nim żona, Krewnych, Przyjaciół i pobożną Publiczność zaprasza.

KSIĘGARNIA
G. Gebethnera i Spółki
oraz
Wydawnictwo dzieł katolickich
w Krakowie, Rynek główny pod Nr. 17
poleca następujące dzieła w cenie zniżonej:

Mann Maurycy, Podróż na Wschód, 3 tomy . . . . zł. 3
— O sprawie Państwa kościelnego c. 20
— Do Sprawy „ „ c. 15
— W Sprawie „ „ c. 10

Kochanowski Maryan Korwin, wydanie pośmiertne pieśni i poematów cena 80. (2881-1-2)

Nakładem Juliusza Wildta w Krakowie [...] garniach
Teatr dla młodzieży
zawierający w sobie sztuki stosowne do grania na uroczystości dziecinne.

Dotąd wyszły z druku: Nr. 1. Trafiła kosa na kamień, komed. w 1 akcie. Nr. 2. Wychowanki królowéj Maryi Leszczyńskiéj, małżonki Ludwika XV. króla Francyi, kom. w 1 ak. Nr. 3. Pokłosie, obrazek w 1 ak. Nr. 4. Skradziony talar, obrazek dram. w 3 akt. Nr. 5. Próżność ukarana, komed. w 1 ak. Nr. 6. Sen, obrazek dramatyczny w 3ch odsłonach.
Każdy Nr. pojedynczo kosztuje 20 cnt. — Zamówienia zamiejscowe ułatwiam za przekazem franco.

Juliusz Wildt w Krakowie,
(2751-1-3) ulica Grodzka Nr. 69.

Niedawno miałam to nieszczęście, że weszła mi drzazga w staw lewéj nogi. Niemożna jéj było wyjąć i musiałam silne bóle wycierpieć, szczególniéj, gdy prócz tego przybyła róża na nogę. Od kilku już tygodni nie mogłam się ruszać i musiałam w łóżku leżeć, a wszelkie przeciw temu użyte środki okazały się bezskutecznemi. Wtedy chwyciłam się ostatniego ratunku *Dra Chaussiera* **balsamu różanego,** który sprowadziłam przez kupca p. Neumanna w Haynau. Ku wielkiéj mojéj i drugich osób radości i zdziwieniu, drzazga wyszła już po trzech dniach, a w kilka dni późniéj zupełnie wyzdrowiałam. Polecam więc ten wyborny środek domowy wszystkim najusilniéj.

Zamek Tiefhartmannsdorf pod Schönau w Szląsku, 6 sierpnia 1865 r.
Joanna Bayerowa.

W KRAKOWIE do nabycia w aptece p. *Wiktora Redyka* pod Barankiem. (2651)

Wielu lekarzy
zgadza się na jednakowe zdanie.
Biały syrup piersiowy
G. A. W. Mayera w Wrocławiu
między wielu innymi polecony, przepisany i bardzo skutecznie używany bywał przez następujących lekarzy: Dr. Kalutsch w Dreznie, Dr. J. N. Auerbach w Bukareszcie, Dr. Weber w Halli, Dr. Lehrs król. fizyk powiatowy w Birnbaum, Dr. Finckelstein w Wrocławiu, Dr. Körner w Wolgast, Dr. Koschate w Wrocławiu, Dr. Hessler w Königswart (w Czechach), Dr. C. Gerstäcker w Oschatz, Dr. Lang w Schwarzwasser i t. d.

Powyższy syrup jest do nabycia w **Krakowie u p. Wiktora Redyka, aptekarza pod Barankiem;** w Tarnowie u p. Wielogórskiego; w Przemyślu u pana Edwarda Machalskiego. (2645)

Szczęśliwy poboczny zarobek
jest zapewne dla **każdego** przy ciężkich czasach bardzo **przyjemnym.** Na opłatne zapytania*) przysłane będą programy natychmiast darmo i opłatnie wraz ze świadectwami. Adresa nie bezimienne*) uprasza się nadesłać pod lit. A. T. 106 *Annoncenbureau V. Herdlicka* in Wien I. Teinfaltstrasse 17.
*) Adresa poste restante nie będą uwzględnione.
(2693)

Magazyn strojów modnych
wraz z urządzeniem jest **natychmiast do sprzedania.**

Wiadomość u p. Zuckermanna w biurze komisowem przy ulicy Floryańskiéj pod Nr. 367. (2842-3-3)

Chińskie srebro
(alfenit) najlepszy wiedeński wyrób, odznaczający się pięknością i wielką trwałością, tak, że od **prawdziwego srebra** nie da się odróżnić; 6 pięknych łyżek stołowych **tylko 3 złr.,** 6 noży lub widelców stołowych **złr. 2·80,** 6 łyżeczek do kawy lub herbaty **złr. 1·50,** chochelka **80 c.,** chochla **złr. 2·50.** Szczególnie uwagi godne: 1 gustownie urządzone puzderko z 6 nożami, 6 widelcami, 6 łyżkami i 6 łyżeczkami, wszystko razem tylko **złr. 10.** 1 sztuka mydła do czyszczenia srebra **25 c.** Jedynie i wyłącznie do nabycia za zaliczką lub poprzedniem nadesłaniem pieniędzy do Exporthaus **E. Schwenk, Weihburggasse Nr. 14 w Wiedniu.** — Obszerne cenniki darmo.
(2600-3-12)

CHOROBY GARDŁA, GŁOSU I GĘBY
CUKIERKI Dethana (2812-3-)
zalecane w słabościach **gardła, chrypce, zapaleniu gardła, zwrzodowaceniu w ustach, cuchnącemu oddechowi, irrytacyi w gardle i gębie przez palenie tytoniu; zapobiegają działaniu merkuryusza.** Lekarze zalecają je szczególniéj **kaznodziejom, nauczycielom, profesorom i śpiewakom,** albowiem utrzymują siłę organu głosu i zapobiegają strudzeniu gardła. — W Paryżu w aptece p. **Dethan,** Faubourg St. Denis, 90, — i u wszystkich znaczniejszych aptekarzy, którzy utrzymują środki lekarskie zagraniczne.

Zupełna wyprzedaż
SKŁADU
bielizny gotowéj białéj
KAROLINY SOBLIK
przy ulicy Sławkowskiéj Nr. 260 naprzeciw Hotelu Saskiego,
jakto: koszul damskich i męskich, spodnic, kaftaników, peignoirów, szlafroków damskich, negliżyków, czepków, bielizny i sukienek dla dzieci, kołnierzyków i mankietów damskich i męskich.
Także nabyć można **maszyn do szycia** w dobrym stanie, używanych.
(2680-5-10)

SYRUP
sosnowo-balsamiczno-ziołowy
Aleks. Mańkowskiego
wypróbowany w szpitalach wiedeńskich i krajowych przeciw wszelkim uporczywym kaszlom i kokluszowi.

Cena flaszki 1 złr.

Główny skład utrzymują: w **Krakowie W. Redyk, apt. pod Barankiem;** we Lwowie P. Mikolasch, apt.; w Czerniowcach W. Beldowicz; w Warszawie H. Kucharzewski, oraz do nabycia prawie w każdéj aptece [...] wysyłam franco. [...]

Wykładowi Buchhalteryi
pojedyncze,j i podwójnéj, kupieckiéj arytmetyki, korespondencyi handlowéj, oraz nauki o wekslach, poświęcam dwie godziny codziennie.

Ćwiczenia w utrzymywaniu ksiąg handlowych i korespondencyi, odbywać się będą w niedziele. (2382-5-10)

Zgłoszenia przyjmuję od g. 8 do 10 rano.

J. Weiszlitz,
ulica Floryańska Nr. 355 II. piętro.

Prędkie i pewne niszczenie
szczurów i myszy
przez Jego Cesarską Mość **Cesarza Franciszka Józefa I. wyłącznym przywilejem** odznaczoną
trucizną na szczury,
którą prawdziwą nabyć można:
w Krakowie u p. **M. Jawornickiego i Józefa Jahna;** we Lwowie u pp. *Konstantego Iskierskiego, Jakóba Beisera, Zygmunta Ruckera* i *P. Mikolascha;* w Przemyślu u p. *Kozłowskiego;* w Stanisławowie u p. *Stecher v. Sebenitz;* w Tarnowie u pp. *T. A. Wielogórskiego* i *W. Müldnera i Spół.* (2584-4-)
Cena sztuki 50 centów.

Sławny
Balsam Vetoriniego
powszechnie znany, niezawodny środek na cierpienia reumatyzmowe, nerwowe, fluksye, ból zębów, ból głowy, wszelkie kurcze, czkawki, biegunki z zaziębienia; leczy tak zwany *tic douloureux,* szkorbut; codzień używany z zimną wodą do płukania ust, chroni od zepsucia zębów, wzmacnia dziąsła i pozbawia nieprzyjemnego odoru ust, leczy wszelkie sparzenia i sieczenia bardzo szybko, podobnież wszelkie rany niebezpieczne, zestarzałe lub niezaniedbane i chroni od gorzelny (Brand); leczy różne słabości oczu, niszczy opalenia od słońca, nadając twarzy czerstwość i delikatność, gładząc zmarszczki.

Cena jednego flakonu 1 złr. 50 c. w. a. Utrzymują ten balsam w KRAKOWIE pp. aptekarze *W. Redyk, Dr. Sawiczewski, J. Trauczyński, E. Stockmar* i p. *J. Jahn,*— w TARNOWIE p. *Wielogórski,* — w BOCHNI p. *Niedzielski,* — we LWOWIE i na prowincyi każda prawie apteka i znaczniejsze handle. (2261-5-7)

Towary gumowe
wszelkiego rodzaju
rozsyła za zaliczką (2564-121)
J. N. Schmeidler, fabryka gumy w Wiedniu Neubau, Stiftgasse Nr. 19.

Istniejący od wielu lat amerykańsko-rosyjski
skład futer
J. M. Fischer
w Wiedniu, Obere Donaustrasse 29 obok Schöllerhof,
poleca swój bogato zaopatrzony skład konfekcyi damskiéj w towarach futrzanych, tudzież wszelkie gatunki futer męskich do miasta i na podróż trwale zrobionych, w bardzo gustownym kroju i wogóle
towary futrzane gotowe i nieobrobione.
Także częściowo po najtańszych cenach hurtownych.
Zamówienia z prowincyi będą jaknajlepiéj uskutecznione. (2596-5-)

BANK GALICYJSKI DLA HANDLU I PRZEMYSŁU W KRAKOWIE.

Ponieważ na nadzwyczajnem ogólnem zebraniu akcyonaryuszów Banku Galicyjskiego dla Handlu i Przemysłu, odbytem d. 14 listopada b. r. wniosek o zmianę art. 13 i 53 statutów, lubo jednomyślnością przyjęty, dla niedostatecznéj ilości reprezentowanego kapitału akcyjnego przepisanego § 54 statutów w wysokości 60% w prawomocną uchwałę zamienionym być nie mógł. Dyrekcya Banku w myśl art. 54 ma zaszczyt wezwać P. T. Akcyonaryuszów na powtórne

Nadzwyczajne Ogólne Zebranie

na dzień **11 grudnia 1876 r.** o godz. 11éj przed południem, którego przedmiotem będzie powzięcie uchwały co do wniosku powyżéj wyrażonego.

PORZĄDEK DZIENNY OBRAD:

Zmiana §§ 13 i 53 statutów w przedmiocie przelania prawa wypuszczania Akcyj pierwszeństwa z Rady Nadzorczéj na Zgromadzenie Ogólne.

Ażeby mieć głos na ogólnem Zebraniu, trzeba posiadać przynajmniéj 15 Akcyj zakładowych lub 30 Akcyj pierwszeństwa. Każde 15 Akcyj zakładowych lub 30 Akcyj pierwszeństwa dają jeden głos.

Akcyonaryusze życzący sobie wykonać prawo głosowania na ogólnem Zebraniu, bądź osobiście bądź przez pełnomocnika, powinni złożyć w tym celu posiadane przez siebie Akcye zakładowe lub Akcye pierwszeństwa do kasy Banku Gal. dla handlu i przemysłu w Krakowie w godzinach biurowych najdaléj do dnia 26go listopada b. r., w zamian których otrzymają kartę wejścia na ogólne Zebranie, obok dotyczącego poświadczenia odbioru akcyj.

Na karcie wejścia wyrażoną będzie ilość głosów, jaką posiada osoba mająca wstęp na ogólne Zebranie. (2760)

Kraków 15 listopada 1876 r. **Dyrekcya.**

KASY OGNIOTRWAŁE
z pierwszéj austryackiéj fabryki
F. WERTHEIMA i Sp. w WIEDNIU
utrzymuje na wyłącznym składzie dla Krakowa i Galicyi zachodniéj
M. Dworski w Krakowie,
tymczasowo ulica **Karmelicka l. 49.**
Illustrowane cenniki rozsyła na żądanie franco. (2756-1-6)

Doniesienie dla mieszkańców prowincyi.
Dobry ciepły **surdut zimowy** lub **suknia do podróży** jest na zimę koniecznie potrzebna. Najlepiej i najtaniej kupować można teraz w **Wiedniu** w składzie sukien męzkich „**zum römischen Kaiser**“ Wieden, Hauptstrasse Nr. 11 (dawniej Keller i Alt) gdzie się dostaje dobrze watowany i ostębnowany **paltot zimowy** za 8 złr., siedmiogrodzki **futro do podróży** za 36 złr. **burkę podróżną** ze styryjskiej łoju za 12 złr., a **kurtkę myśliwską** za 3 złr. Wzory przesyłam na żądanie darmo. Nieodpowiednie rzeczy chętnie wymieniam. (2473-7-12)
Adolf Wellsch
teraz w **Wiedniu, Wieden Hauptstr. 11 „zum römischen Kaiser“.**

CHLORAL w PEREŁKACH LIMOUSIN
w Paryżu rue Blanche 2.
HYDRATE de CHLORAL en CAPSULES.
Dogodny i łatwy środek do **uśpienia,** nawet wtenczas, kiedy opium nie skutkuje. Dzieciom można go przepisywać bez niebezpieczeństwa. Cierpienia i rozdrażnienia nerwowe uspakaja i koi, i nie przeszkadza bynajmniéj dobremu trawieniu.

W tym kształcie nie sprawia ściskania gardła i nie posiada odrażającego smaku. Każda perełka zawiera 25 centigramów chloralu.

Sirop Chloralu (1 gramme hydrate de Chloral w łyżce; butelka zawiera 250 gramów).

Dostać można w Krakowie w aptekach pp. J. Trauczyńskiego i W. Redyka, — we Lwowie w aptece p. Mikolascha, — w Wiedniu w aptece p. Neusteina, — w Warszawie w składach materyałów aptecznych P. Mrozowskiego. (2814-3-22)

Nagroda narodowa 16,600 fr.
Wielki medal złoty
Pa T. LAROCHE.

PRIX 16,600 fr.

QUINA LAROCHE
ELIXIR
zawierający wyciąg z 3ch gatunków chininy,
wzmacniający, przeciwgorączkowy i powracający siły.

China Laroche jest elixir przyjemnego smaku, wyższość jego i skuteczność nad wszelkiemi winami i syropami z chininą, stwierdzone zostały doświadczeniem w szpitalach przez 20 lat pomyślnego użycia, przeciw *niedostatkowi i opadnięciu ze sił, upośledzonemu trawieniu, mozolnemu powrotowi do zdrowia, przeciw gorączkom trzęsącym, uporczywym i zadawnionym.*

Wymagać należy zamieszczonego obok podpisu. *Laroche*

China z ŻELAZEM
w połączeniu szczęśliwem ze *Solą żelazistą* łatwo rozpuszczalną ze substancyami wchodzącemi w skład *Chiny Laroche* pojedynczéj.

Zalecana przeciw *niedokrwistości,* przywraca krwi czerwone kuleczki, stanowiące siłę i piękność krwi naszéj; przeciw *błednicy, upławom, dla kobiet po połogach.* (2463-18-)

W Paryżu, ulica Drouot Nr. 22; w Warszawie w składach materyałów aptecznych PP. Mrozowskiego i Gallego, w Krakowie w aptekach P. J. Trauczyńskiego i P. W. Redyka.

Boże Narodzenie zbliża się!
Kto chce swoim dzieciom sprawić wielką radość, niechaj kupuje szybko, o ile zapas starczy, nasz najnowszy
!! Bazar gwiazdkowy !!
za bajecznie tanią cenę tylko **złr. 5.15 c.** zaco dostaje się **53 sztuk** najnowszych
zabawek dla chłopców i dziewcząt różnego wieku,
mianowicie:

12 sztuk wspaniałych upiększeń do drzewka.
25 szt różnokolor. świeczek do oświetlenia drzewek.
1 kompletny serwis porcelanowy dla 6 dzieci.
1 wspaniałą klatkę z naturalnie śpiewającym i latającym ptakiem kolibri.
1 ślicznego motyla latającego na welocypedzie.
1 zgrabny politurowany młynek do kawy.
1 cały idący pociąg kolei żelaznéj.
1 pięknie ubranego pajaca sztukmistrza.
1 pięknie ubraną lalkę jako damę.
1 pistolet rewolwerowy.
1 słowika z pstremi piórami, latającego po pokoju.
1 pułk tureckich żołnierzy na stopie wojennéj.
1 instrument muzyczny z niebiańskiemi tonami.
1 pudełko z miastem Wiedniem.
1 wielka gra w domino.
1 nowo wynaleziony przyrząd do śmiechu pobudzający.
1 wspaniałe panorama świata.
1 pudełko z całym zwierzyńcem. (2820-2-6)

Wszystkie te zabawki 53 sztuk kosztują razem tylko złr. 5.15 c. Adres:
Wiener Weihnachts-Bazar, Wien, I. Burgring Nr. 3.
Zamówienia z prowincyi punktualnie za zaliczką.

Śmietany i mleka
dostać można w **Ludwinowie** z odniesieniem do Krakowa, poczta Podgórze. (2778-3-3)

Darmo
rozsyłam na żądanie cenniki i próby mojego obfitego składu wszelkich gatunków **materyj wełnianych, flaneli, materyj na suknie damskie, aksamitów, materyj jedwab., czarnych kaszmirów, terno, moirées** i wiele innych towarów po zadziwiająco tanich cenach.
Ludwik Zwiebacz,
w Wiedniu, Mariahilferstrasse 110.
Zamówienia uskuteczniam punktualnie za zaliczką. (2808-3-5)

Padaczkę
(epilepsyę) leczy listownie specyalny lekarz **Dr. Killisch,** Neustadt, Drezno (Saksonia). — **Przeszło 8000 skutecznie wyleczonych.** (2562-77-100)

Dwie posady
w mojéj introligatorni są natychmiast do obsadzenia:
jedna dla zarządcy pracowni i do wykończania robót, z tygodniową płacą od 12 do 15 złr.; druga dla zdolnego w robotach galanteryjnych, tygodniową płacą od 10 do 12 złr. (2759-1-6)
Jan Kutrzeba w Krakowie.

W HOTELU KRAKOWSKIM
w Krakowie
wynajmuje się na zimę — na wzór pensyonatów zagranicznych, — **pomieszkania** z całkowitem utrzymaniem po cenach umiarkowanych. (2684-9-9)

Majątek ziemski Jurków-Tworkowa
z folwarkiem Zacniową,
600 morgów areale, wraz z łąkami jest od 1go kwietnia 1877 r. w 20toletnią dzierżawę **do wypuszczenia.** Zasiewy i inwentarze za kaucyą.

Bliższéj wiadomości można zasięgnąć u właściciela w Marcinkowicach p. Nowy Sącz. (2741-2-7)

Piece Dobsa.
Zaopatrzywszy Skład mój towarów żelaznych w znaczny dobór wszelkiego rodzaju i wielkości **pieców systemu Dobsa** tak żelaznych, jak blaszanych, wylepianych glinką porcelanową (*Chamotte*), mogę je polecić, zwłaszcza, że najnowsze ich ulepszenie co do *zamknięcia hermetycznego* stawia je na równi z piecami kaflowemi pod względem trzymania długo ciepła umiarkowanego, a daje im pierwszeństwo z powodu niższéj ich ceny od pieców kaflowych, oraz oszczędność miejsca a szczególniéj opału, bo się według woli może *regulować* silniejszy lub mniejszy przeciąg zapomocą przyrządu w drzwiczkach.

Osoby, które już takie piece u mnie nabyły, objawiły swoje zadowolenie. (2551-7-8)

Tadeusz Tarasiewicz.

Racyonalna
HODOWLA BYDŁA
wymaga przedewszystkiem **najlepszego stanu zdrowia** zwierząt domowych, gdyż bez tego **niemoże być osiągniętym korzystny rezultat ani w hodowaniu, ani w karmieniu.**

Dlatego uwaga gospodarza wiejskiego musi być skierowaną troskliwie na wszelkie możliwe pojawy chorób swych zwierząt domowych; tam, gdzie zachodzi potrzeba, powinien uważny gospodarz wiejski, szybko z pomocą przychodzić, przedewszystkiem jednak zapobiedz w ogóle wybuchowi chorób, którytoc cel osiągnąć można najlepiej przez *regularne używanie*

c. k. konces. proszku korneuburskiego dla bydła,
o czem następnie kilka listów przytoczymy:

Wielmożny Pan *Franciszek Jan Kwizda* w *Korneuburgu.*

W masztalarniach *Jego Królewskiej Wysokości Fryderyka Wilhelma, landgrafa heskiego, używanym bywa już od wielu lat z bardzo dobrym skutkiem Pański proszek korneuburski dla bydła* i w ogóle Pański proszek dla bydła przyjął się we *wszystkich większych masztalarniach.* Mamy znów w stajni klacze, które dają *mało i kiepskiego mleka;* ponieważ przeciw temu okazał się *Pański proszek korneuburski dla bydła kilkakrotnie jako nieoceniony środek,* przeto upraszam Pana o spieszne nadesłanie 40 paczek tegoż proszku.

Zamek Panker (w Holsztynie) 8 maja 1876 r.
Józef Zopfmann.

Wielmożny Pan *Franciszek Jan Kwizda* w Korneuburgu.

Gospodarze wiejscy naszej okolicy dawno już się przekonali, że *Pański proszek korneuburski dla bydła działa wzmacniająco na stan zdrowia* zwierząt domowych i w tych wypadkach chorób, które najczęściej między zwierzętami domowemi się znachodzą, *w swem wybornem działaniu leczniczem nigdy nie chybia. Niezrównane własności i skutki Pańskiego proszku korneuburskiego dla bydła* uczyniły go dla gospodarza wiejskiego już od dawna *niezbędnym środkiem leczniczym domowym, którego zawsze z pożądanym skutkiem używa.*

Nossen (w Saksonii) 19 września 1876 r.
Schäffer, aptekarz.

Wielmożny Pan *Franciszek Jan Kwizda* w *Korneuburgu.*

Przy naszem dzisiejszem zamówieniu 100 paczek Pańskiego wybornego i jedynego proszku korneuburskiego dla bydła widzimy się przez kilkakrotnie wypróbowane i skuteczne używanie tegoż w naszym bardzo znacznym inwentarzu bydła do otwartego oświadczenia zniewoleni, że zawdzięczać mamy właśnie temuż Pańskiemu doskonałemu proszkowi dla bydła nietylko ciągły stan zdrowia, lecz także szczególnie radosny wzrost bydła.

Sądząc, iż tym sposobem wypełnimy miły dla nas obowiązek, zostajemy
Raitz. Z szacunkiem
(2579) Zarząd dóbr księcia Salma. *Gawalowsky.*

Wyroby weterynaryjne Kwizdy ma na sprzedaż:
w **KRAKOWIE** p. **M. Jawornicki,** p. **Józef Jahn.**
we **Lwowie** pp. **Konstanty Iskierski, Piotr Mikolasz, Jakób Beiser, S. Rucker, Wład. Tepa** aptekarze, p. **J. Piepes, St. Markiewicz.**

Także znajdują się Składy prawie we wszystkich miastach Galicyi, o których od czasu do czasu ogłasza się w niniejszem piśmie.

OSTRZEŻENIE! Celem **zapobieżenia naśladowań,** uprasza się nie zamieniać **Płynu przywrotczego** Fr. J. Kwizdy, **jedynie odznaczonego c. k. wyłącznym przywilejem,** z innemi podobnemi lub podobnie nazwanemi wyrobami. Również zwraca się uwagę na tę okoliczność, że **każda etykieta Korneuburskiego Proszku dla bydląt** zaopatrzoną jest moim **poniżéj wyrażonym podpisem** w czerwonéj barwie i mam sobie za obowiązek ogłosić, iż znajdują się naśladowania, które złożone są z części zupełnie bezskutecznych, a nawet szkodliwych; ostrzegam zatem od zakupywania tychże.

Kto mi wskaże naśladującego mój uprzywilejowany znak fabryczny w ten sposób, że osobę pociągnąć mogę do sądowego ukarania, **otrzyma wynagrodzenie aż do wysokości 500 złr.**

Czcionkami Drukarni „CZASU“.
Odpowiedzialny rządca drukarni Józef Łakociński.

13. 9/

Nr. 321. Sonntag, 19. November 1876. 49. Jahrgang.

BOHEMIA

Erscheint um 8 Uhr Morgens
Redactionsbureau:
von 9—12 Uhr Vormittags, von 3—6½ Uhr Nachm., Abends nach 8 Uhr offen. An Sonnt. geschlossen, ebenso an Feiert. Nachmittags. Das Administrations- und Expeditions-Locale ist an Wochent. von 8—1 Uhr Vor- und von 3—7 Uhr Nachm., an Sonn- und Feiertagen nur Vorm. geöffnet. Nach Schluß des Expeditions-Locales einlaufende Inserate können erst in das zweitnächste Blatt Aufnahme finden.

Anonyme Einsendungen werden nicht berücksichtigt. — Unfrankirte Briefe und Zusendungen werden nicht angenommen. — Manuscripte werden nicht zurückgegeben.

Pränumerationspreis:	Viertelj. Oest. Währ.	Monatl.
In Prag	fl. kr.	fl. kr.
Bei Abholung in der Expedition oder den Filial-Expeditionen	3 40	1 15
Mit Zustellung ins Haus . .	3 85	1 30
Durch die k. k. Post:	4 70	1 60

Einzelne Nummern 6 Nkr.
Belegexempl. müssen im Voraus bestellt werden. Unversiegelte Zeitungsreclamationen sind portofrei. Für verlorene Pränumerationskarten wird kein Ersatz geleistet.

Annoncen-Agentur ausschließlich für Frankreich: Havas Laffite & Comp., Paris, Place de la Bourse 8.

Telegramme.

× **Wien**, 18 Nov. (Tel. d. Boh.) Im Abgeordneten-Kreisen verlautet als bestimmt, daß die Regierung in der Dienstagsitzung über die Ausgleichsfrage eine spontane Erklärung abgeben werde. — Die „N. fr. Presse" bekämpft das neue Parthei-Programm und meint, die Unterzeichner seien einer großen Mistification zum Opfer gefallen und werden die Unterschrift noch bitter bereuen.

N. **Wien**, 18. Nov. (Tel. d. Boh.) Die Ankunft des Marquis of Salisbury ist für Freitag angekündigt.

—m— **Wien**, 18. Nov. (Tel. d. Boh.) General Černajew ist heute hier angekommen, wo er seine Frau erwartet.

—m— **Wien**, 18. Nov. (Tel. d. Boh.) Der österreichische Generalconsul Calice ist auf Andrássy's Berufung aus Bukurescht hier eingetroffen zur Berichterstattung über den Stand der Dinge in Rumänien.

Budapest, 18. No. (C.-B.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses begann die Generaldebatte über das Budget. Der Finanzminister empfiehlt die Vorlage des Ausschusses, welche mit dem Regierungsentwurfe im Wesentlichen übereinstimmt. Ernst Simonyi ([illegible] Linke) führt aus, daß das Haus das Recht und die Pflicht habe, die auswärtige Politik zu prüfen und reicht einen motivirten Beschlußantrag ein, dahingehend, das Haus solle erklären, daß die ungarische Nation, jegliche Eroberungsabsicht ihrerseits zurückweisend, derselben, worin sie von anderer Seite verfolgt werden sollte, entschieden opponiren werde; daß die ungarische Nation alle zur Entwickelung und Sicherung der religiösen und bürgerlichen Freiheit aller in der Türkei lebenden Völker führenden Maßnahmen warm befürworten und zur Erreichung dessen ihren ganzen Einfluß aufbieten würde, aber zugleich jede Verletzung der territorialen oder suzeränen Integrität für den ungarischen Staat schädlich und gefährlich halte, deshalb das Aufrechterhalten des status quo ante bellum wünsche und zu einer je früheren Friedenswiederherstellung im Interesse der Aufrechterhaltung der Integrität und Unabhängigkeit der Türkei zu allen erforderlichen Opfern bereit sei. — Tisza erwiderte, es sei incorrect, der Regierung die äußere Politik durch Beschlußanträge vorzuzeichnen, da ein Fehltritt verhängnißvolle Folgen haben könnte. Ein Fehler der Regierung könne durch eine andere nachfolgende Regierung gutgemacht werden ein Fehler, der Legislative jedoch sei nicht zu verbessern.

Berlin, 18. Nov. (C.-B.) Der Reichstag genehmigte en bloc die Civilproceßordnung in zweiter Lesung. In der zweiten Lesung des Gesetzes über die Gerichtsverfassung wurde der von der Commission eingefügte Titel über das Richteramt trotz des Widerspruchs des preußischen, baierischen und sächsischen Justizministers angenommen. Ebenso wurden die §§ 2 und 3, letzterer mit den die Herstellung der württembergischen Gemeindegerichte bezweckenden Anträgen angenommen.

Petersburg, 18. Nov. (C.-B.) Die Mobilisirung der Sanitätscorps wird vorbereitet, insbesondere werden Spitäler für Verwundete eingerichtet. Unabhängig davon treten zur Privat-Verwundetenpflege Damencomités zusammen. Die Kaiserin und die Großfürstin würden das Protectorat über solche Vereinigungen übernehmen. Es ist unwahrscheinlich, daß Černajew, falls Rußland zur Action gezwungen würde, das Commando in Serbien behält. An den maßgebenden Stellen ist man mit dem ganzen Auftreten des Generals in Serbien unzufrieden gewesen.

Athen, 17. Nov. (C.-B.) Die Kammer hat mit 88 gegen 75 Stimmen den Antrag der Opposition, die Ausrüstungsprojecte der Regierung als unzulänglich zu erklären, abgelehnt. Die Minister und 19 Deputirte enthielten sich der Abstimmung. Die Kammer erkannte die Dringlichkeit der Rüstungen an.

Calcutta, 18. Nov. (C.-B.) Im Südosten von Bengalen sind durch den (bereits erwähnten) furchtbaren Wirbelsturm in den letzten Octobertagen 120.000 Menschen ums Leben gekommen. Die Regierung hat Anstalten getroffen, der schwer heimgesuchten Bevölkerung zu helfen.

New-York, 18. Nov. (C.-B.) Die Demokraten von New-Orleans erwiderten den Republicanern auf deren Ablehnung der Controllirung der Wahlstimmen, daß sie keineswegs die Gültigkeit der Entscheidung des gemeinsamen Controllcomités anzufechten beabsichtigen. — Gerüchtweise verlautet, daß neue Ruhestörungen in Süd-Carolina stattgefunden haben. Bei der Verhaftung von Schwarzen wurden zwei Beamte getödtet.

Aus dem Reichsrath.

206. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 17. November.

—tz. Graf Hohenwart erhielt heute Gelegenheit, seine in der letzten Sitzung unterbrochene Rede wieder aufzunehmen und seine Ideen über politische Verwaltung zu verständigen. Wir kennen nun dies System in seiner Gänze und dürfen wohl sagen, daß es uns keineswegs imponirt. Weder die Verantwortlichkeit der Statthalter vor den Landtagen noch die Rückverlegung der Verwaltungseinheit in die Steuer- und Gerichtsbezirke sind die geeigneten Maßregeln, den Uibeln der Verwaltung abzuhelfen oder ein neues Reformsystem aufzurichten. Graf Hohenwart, in der Kritik so unbezwinglich, wird schwach, wo er in die Positive überzugehen hat. Die längst überwundenen Fundamentalartikel schleichen sich da wie eine alte Schwärmerei in alle Lücken und Höhlen seiner Gedanken. Er war im vollen Rechte, als er wegwerfend von der Unzulänglichkeit und Nichtigkeit der Ausschußanträge sprach, aber wären nicht dieselben Worte auch auf seine eigenen Anregungen und Ideen vollkommen anwendbar? Die Verantwortlichkeit der Statthalter vor den Landtagen wäre doch höchstens gut, das föderalistische Princip, das Ansehen der Landtage zu stärken, was würde sie aber der Besserung der Verwaltung frommen? — Herr von Plener hat heute diese Frage sehr eingehend und, man muß sagen, mit großer Sachkenntniß beantwortet. Diese Rede verdient unstreitig den Preis des heutigen Tages. Der junge Abgeordnete ist wohl bewandert in den Verwaltungs-Einrichtungen Deutschlands und Englands und wußte manches nützliche Wort darüber zu sagen. Vor Allem hat er darin vollkommen Recht, daß das parlamentarische Regierungssystem, wornach die Executive aus der Majorität der Legislative hervorzugehen hat, schon in den Spitzen der Verwaltung äußerst schwierig durchzuführen sei, ganz unmöglich aber in den einzelnen Ausläufern. Hohenwarts Idee ist nicht blos föderalistisch, sie ist geradezu undurchführbar oder höchst verderblich, wenn mit ihr gleichwohl das Experiment gewagt würde. — Ein Redner von der Polenbank, Herr Graf Miroszewski kam [illegible] zu Hilfe, um den Hohenwart'schen [illegible] zu bekämpfen. Er that dies mit großem Geschick und durchaus sachlich. Herr Graf Miroszewski ist weder Centralist noch Föderalist, und er sitzt nicht etwa zufällig auf der Polenbank, er gehört dahin durch Geburt und Wahl. Allein er ist kein Schablonenmann, er hat sich nie in die Zwangsjacke galizischer Club-Disciplin pressen lassen und sich die Freiheit gewahrt, der Meinung zu seyn, die seine eigene ist. Wiederholt schon hat er sich, wo es ihm gut dünkte, mit seinen Landsleuten in Widerspruch gesetzt, aber nie heftiger als heute, da er sich offen als „zur alten Schule" bekannte und mit souveräner Verächtlichkeit über die [illegible]täten seiner Landsleute, über die verantwortlichen Statthalter und über die Bezirksausschüße redete. Was er sprach, zeigte den Mann von gesundem Verstand, von praktischer Erfahrung und gutem Willen. Begreiflich, daß seine Worte bei seinen Landsleuten großen Anstoß erregten. — Herr Grocholski, der alles Heil immer nur von „denen Landtägen" erwartet, blickte ganz entrüstet drein, als er von den Bänken aus, die er sonst mit seinem Commandostab beherrscht, praktische und vernünftige Gedanken hörte. Und wie Grocholski, so seine Collegen alle; ja als der unbequeme Landsmann geendet, verließen sie sammt und sonders den Saal, wahrscheinlich um im Corridor zu berathen, in welcher Weise diese Frevelthat eines Polen zu repariren sei. Herr Miroszewski aber erfreute sich des Beifalls aller Einsichtigen, denen es in Wirklichkeit um die Sache und nur um diese zu thun ist. Selbst Graf Hohenwart, gehörte zu seinen aufmerksamsten Zuhörern, und das ist mindestens ein Beweis, daß der Herr Graf auch Meinungen der Gegner anhören kann, was sich nicht von allen bedeutenden Politikern sagen läßt. Daß Hohenwart im Laufe der Sitzung längere Zeit mit dem Minister Dr. Unger conferirte, sei als Episode hier erwähnt, obzwar die Erscheinung, daß die Regierung mit der Opposition in höflicher Art verkehrt, nichts so Seltenes ist. Die Debatte über die Verwaltungsreform wird noch in der nächsten Sitzung ihre Fortsetzung finden und wahrscheinlich dann auch dem Minister Lasser Gelegenheit verschaffen, seine Gedanken über politische Verwaltung kund zu geben.

Die Sitzung beginnt nach 11 Uhr. Vorsitzender: Präsident Dr. Rechbauer. Auf der Ministerbank: zu Beginn der Sitzung Niemand, später Glaser, Unger, Ziemialkowski, Stremayr, Pretis, Lasser, Chlumetzky und [illegible].

Präsident (sich erhebend): Wir feiern übermorgen das a. h. Namensfest Ihrer Maj. der Kaiserin. Es ist dies ein Freudentag, der nicht blos im Kreise der a. h. Familie gefeiert, sondern auch in den weitesten Schichten der Bevölkerung, welche sich stets in Leid und Freud mit der a. h. Dynastie Eines fühlt in Liebe und Verehrung, mitgefühlt und empfunden wird. Das h. Abgeordnetenhaus würde nicht der treue Dolmetsch der Gefühle und Gesinnungen des Volkes seyn, wenn es nicht bei diesem Anlasse den ehrfurchtsvollsten Segenswünschen für das Wohl Ihrer Majestät Ausdruck geben würde. Ich bin gewiß, Ihre Zustimmung zu erhalten, wenn ich mir die Ermächtigung erbitte, diese Glückwünsche und den Ausdruck der Loyalität Ihrer Maj. in geeigneter Weise zur Kenntniß zu bringen. (Lebhafte Bravos auf den Bänken der Abgeordneten.)

Dr. Giskra erbittet sich das Wort, um eine [illegible] von Telegrammen zu überreichen, die ihm vorgestern aus Dalmatien übermittelt wurden. Er empfehle dieselben als besonders dringende Petitionen. Er selbst [illegible] sich wohl nicht mit dem materiellen Inhalte derselben, sie be-

richten Thatsachen, für die er nicht einstehen könne. Auch habe er sich veranlaßt gefühlt, manche allzustarke Ausdrücke, die parlamentarisch nicht zulässig erscheinen, zu eliminiren. Im Uibrigen empfehle er die Petitionen einer schleunigen geschäftsordnungsmäßigen Behandlung, da sie sich auf die eben im Zuge befindlichen Wahlen beziehen.

Es folgt die erste Lesung des Recrutengesetzes, und es wird beschlossen, dies Gesetz einem eigenen Ausschuße von 9 Mitgliedern zur Vorberathung zuzuweisen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Debatte über die Verwaltungsreform.

Abg. Graf Hohenwart: Bevor er seine durch einen unliebsamen Zwischenfall unterbrochene Rede wieder aufnehme und beendige, bitte er den Präsidenten und das hohe Haus, seinen Dank anzunehmen, daß ihm überhaupt noch Gelegenheit geboten worden, zu sprechen. Er habe im Verlaufe seiner Auseinandersetzung nunmehr von der Organisirung der Bezirksbehörden zu sprechen. Es sei richtig, daß unsere Gemeinden nicht im Stande seien, den ihnen zugewiesenen Wirkungskreis in entsprechender Weise auszufüllen. Man könne aber den Gemeinden daraus keinen Vorwurf machen. Auch in anderen Staaten habe sich die gleiche Erscheinung gezeigt. Noch keinem größeren Staate sei es gelungen, die Selbstverwaltung auf die Ortsgemeinde zu basiren. Man werde verzichten müssen, an diesen thatsächlichen Verhältnissen in Zukunft etwas zu ändern. Aber daraus folge nicht, daß man jenen Wirkungskreis, den die Gemeinde nicht ausfüllen kann, nunmehr durch staatliche Organe versehen lassen müße. Vielmehr komme er zu dem Schluße, daß man die den Gemeinden zugedachte Stelle einem bevorzugten Träger der Selbstverwaltung überlassen müsse. In den Steuer- und Gerichtsbezirken besitzen wir eine alte Eintheilung, die mit einzelnen Modificationen dem Zwecke ganz vollkommen entsprechen würde. Es sei ja natürlicher, statt sich in fruchtlosen Versuchen abzumühen, die Gemeinden der Verwaltung anpassen zu wollen, endlich den umgekehrten Weg einzuschlagen und die Verwaltungsbehörden den bestehenden Verhältnissen gemäß einzurichten. Bei der Annahme des Systems der Steuer- und Gerichtsbezirke würden die Gemeinden, ohne sich künstlich zu etwas gestalten zu wollen, was sie nun einmal nicht sind, bei ihrer eigentlichen Aufgabe, der wirthschaftlichen Selbstverwaltung, der Pflege und Erhaltung der localen Einrichtungen belassen und zu den Aufgaben der politischen Verwaltung nur etwa so weit herangezogen, wie beispielsweise der Familienvater im noch engeren Kreise der Familie. Die Bezirkshauptmannschaften würden beseitigt, und durch die Rückverlegung der Verwaltungseinheit in die Steuer- und Gerichtsbezirke würden die ersten Instanzen der Bevölkerung näher gebracht. — Das sei das Bild, das er sich von einer Reform der politischen Verwaltung gemacht habe. Er verkenne nicht, daß seine Darstellung noch viele und große Lücken habe, allein die heutige Aufgabe sei doch nur die Erörterung der Hauptgrundsätze. Die Aufgabe im Zusammenhange zu lösen, das sei Pflicht der Regierung, die im Zusammenwirken mit den vielen ausgezeichneten Kräften, über welche die politische Verwaltung verfügt, diese Mission vollständig erfüllen könne, wenn anders der Ernst und der Wille wirklich dazu vorhanden sind. — Noch ein paar Worte über eine andere, nicht eigentlich der Frage selbst anhängende, sondern künstlich in dieselbe hineingetragene Schwierigkeit. Es ist dies die Competenzfrage, die es eigentlich weder dem Reichsrathe noch den Landtagen gestatte, die Sache in entsprechender Weise zu lösen. Es liege hierin die schärfste Kritik unserer Verfassung. Denn wenn unter den vielen gesetzgebenden Körperschaften, die wir besitzen, nicht eine sei, die in einer so wichtigen Frage das entscheidende Wort zu sprechen berechtigt ist, so sei darin der beste Beweis, daß diese Verfassung unseren Bedürfnissen dann doch nicht so vollständig entspreche. Allein die Schwierigkeit, die sich hier ergebe, entspringe nicht sowohl den Bestimmungen der Verfassung, als vielmehr der Auslegung, die diese Bestimmungen hier gefunden. In dem Grundgesetze über die Reichsvertretung werden, als in die Competenz des Reichsrathes gehörig bezeichnet „die Grundzüge der Organisirung der Gerichts- und Verwaltungsbehörden.“ Wenn nun der Begriff „Grundzüge“ im Gegensatze zum vulgären und juristischen Sprachgebrauche hier bisher eine Auslegung gefunden hat, welche so ziemlich den ganzen Gegenstand umfaßt und der Competenz des Reichsrathes überweist, so sei dies noch kein Gesetz, es sei ein Usus, vielleicht ein Abusus, von dem man in jedem Momente wieder abgehen könne. Würde sich das Haus dazu entschließen, dem Begriffe „Grundzüge“ einmal die allerengste Ausdehnung zu geben und die Organisirung der Behörden in den einzelnen Ländern der Regierung im Einvernehmen mit den Landtagen zu überlassen, so würde diese Schwierigkeit beseitigt seyn. Freilich dürften die Anhänger einer unbedingten Centralisation dies als ein Attentat auf die Einheit der Verwaltung ansehen. Allein Einheit der Verwaltung in diesem Sinne könne eben nirgendswo existiren, und es scheine, daß doch jene Staatslehrer im Rechte sind, die da behaupten, nur der Staatswille müsse ein einheitlicher seyn und könne dann in den verschiedenen Staatstheilen immerhin auch durch verschiedene Organe verwirklicht werden. (Bravo rechts.) Oesterreich könnte prosperiren, wenn es den Versuch machen wollte, auf diesem Wege zu einer neuen Organisation zu schreiten; dieselbe würde sich gewiß den verschiedenen Verhältnissen der einzelnen Länder besser anpassen. — Ich schließe hiemit, meine Herren! Einen Antrag werde ich nicht stellen. Mein Zweck war lediglich der, das Unzulängliche und, erlauben Sie mir den Ausdruck, Unstatthafte der Ausschußanträge nachzuweisen, und sowohl das hohe Haus als auch die hohe Regierung auf einige Gesichtspuncte aufmerksam zu machen, die bei dieser wichtigen Frage nicht unberücksichtigt gelassen werden sollen. Dieser Zweck ist durch die Besprechung des Gegenstandes erreicht; zudem hat das hohe Haus durch die Behandlung, die es den von unserer Seite ausgehenden Anträgen bisher zu Theil werden ließ, der ganz außerhalb des Reichsrathes stehenden Opposition leider den unwiderlegbaren Beweis geliefert, daß man durch den Eintritt in dieses Haus nichts erreichen könne, wenn man das Unglück hat, auf der rechten Seite zu sitzen. (Heiterkeit rechts.) Und ich möchte daher, soweit ich es vermeiden kann, nicht den erneuerten Anlaß zu einer solchen Beweisführung geben, die nach meiner innersten Uiberzeugung im Interesse des Staates nicht gelegen ist. Ich werde mich daher darauf beschränken, gegen die Ausschußanträge zu stimmen. (Bravo rechts.)

Abg. Zaklinski (ruthenischer Priester) erklärt, er wolle sich in seinen Ausführungen auf die Verhältnisse des Landes Galizien beschränken. Von diesem Gesichtspuncte könne er das Institut der exponirten Bezirkscommissäre nicht billigen. Es gebe in Galizien schon eine solche unfruchtbare Instanz, das seien die Bezirksvertretungen. Es wäre besser, aus dem Leibe der Verfassung diesen schädlichen Auswuchs zu operiren, als neue Instanzen zu schaffen. Ein ähnliches Project, wie es hier der Ausschuß vorschlägt, sei schon im galizischen Landtage berathen worden und habe im Lande keine freundliche Stimmung gefunden. Das Wichtigste wäre, daß wir unparteiliche Beamte haben. Bei uns in Galizien ist der Name eines kaiserlichen Beamten identisch mit dem Namen eines nationalen polnischen Fanatikers. Richtig ist, was der Ausschuß sage, daß die Gemeinden mit dem übertragenen Wirkungskreis überbürdet sind. Ganz willkürlich und gegen das Gesetz wird den Gemeinden die Agende der Steuereinhebung aufgelastet. Die Bezirkshauptmannschaft absorbirt den autonomen Wirkungskreis gerade nur zu ihrem Vortheile, zu ihrer Amtsbequemlichkeit. Eine Hauptursache der mangelhaften Verwaltung liege in den Bezirkshauptmannschaften, in den kaiserlichen Aemtern selbst, einerseits dadurch, daß sie den autonomen Behörden nicht freundlich gegenüberstehen, anderseits dadurch, daß sie sich mit sehr viel ganz außer ihrem Wirkungskreise liegenden Agenden befassen. Wenn die kaiserlichen Beamten ihr Amt und ihre Pflicht nicht erfüllen, könne man die Gemeinden dafür verantwortlich machen? Wohl gebe es Bezirksvorsteher in anderen Ländern, unter deren segenvollem, eifrigem Wohlwollen sich die Gemeinden wohl entwickeln, aber in Galizien sei das selten. Dort stellen die Bezirksvorstände sechszig Abgeordneten; auf die erniedrigendste Art betteln sie bei den Bauern um Gunst und Stimmen. Auf die ungesetzlichste Art wird von den kaiserlichen Beamten agitirt. Sie, die über allen Parteien stehen sollten, verhetzen die Parteien, und wagen es, eine dem Kaiser getreueste Nation auf das Verletzendste zu beleidigen. (Bravo auf der Ruthenenbank). Meine Herren: Bei uns ist der Begriff eines kaiserlichen Beamten verloren. Die Sanirung ließe sich finden, wenn die Regierung zwischen dem Wirkungskreise der autonomen Organe und der kaiserlichen Verwaltung eine feste Grenze aufrichten würde. Die Regierung müßte ferner die kaiserlichen Beamten zu den hohen Aufgaben ihres Berufes zurückführen und sie strenge verhalten, sich nicht in fremde Agenden zu mischen. Die Gemeindeautonomie müßte als die Grundfeste unseres Staates unverrückt aufrecht erhalten werden. (Bravo auf der Ruthenenbank.)

Abg. Plener: Er habe sich das Wort erbeten, um auf einige Ausführungen des Grafen Hohenwart zu entgegnen. Die Verfassungspartei begehe keineswegs einen Widerspruch, wenn sie heute Beschränkungen der autonomen Verwaltung das Wort rede. Im Jahre 1862, in dem das Gemeindegesetz entstanden, hatte man unter dem Eindruck der vorangegangenen Ereignisse den Gegensatz zwischen Staat und Volk auf das Schärfste zugespitzt, Sobald die Bevölkerung eintrat in die active Verwaltung, schwand jener Gegensatz zwischen Staat und Volk, und die Bevölkerung erkannte, daß sie auf eine feindliche Gegenorganisation, die sie im ersten Momente des Aufschwungs für nöthig erachtete, verzichten konnte. Darum müsse man es mit Freude begrüßen, daß man über das unklare Schlagwort von Autonomie und Selbstverwaltung heute nach 15 Jahren hinausgekommen: daß die Selbstverwaltung keine Panacée für Ersparungen und financielle Entlastungen ist, sei genugsam erwiesen. Gerade das System der autonomen Organe habe zu einem Systeme von Steuerzuschlägen geführt, das schon unerträglich geworden. Eine Darstellung des böhmischen Landtags aus der vorigen Session habe das Unerschwingliche dieser Zuschläge dargethan, die sich im Durchschnitte auf 69% stellen. (Hört, hört!) — Ja, Herr Graf Hohenwart habe Recht, es gehe ein Zug von Unzufriedenheit durch's Volk. Das sei ein tiefer Proceß, der mit der der Aenderung der socialen Organisation zusammengeht. Das ist ein Zug, der die ganze europäische Gesellschaft, die ganzen europäischen Besitz- und Arbeitsverhältnisse durchgeht, ein Uibel, das die Aufmerksamkeit aller ernsten Politiker in Anspruch nimmt und nicht mit einigen Schlagworten von der schlechten Presse abgethan ist. — Der Redner weist sodann nach, daß das Princip der preußischen Kreisordnung auf unsere Verhältnisse nicht passe. Das preußische Princip der Reformen hat den Bestand eines kleinen Rittergutstandes zur Voraussetzung, der bei uns fehlt. Auch das englische Beispiel passe nicht. Dort gebe es gewählte Verwaltungskörper für jeden Zweig der Verwaltung, dort gebe es Straßenämter, Schutzämter ꝛc., und da die gewählten Mitglieder meist unfähig sind, so wird in Wahrheit die Verwaltung durch ein Heer bezahlter Communalbeamten besorgt. Es sei überhaupt ein Fehler unserer Gesetzgebung seit vielen Jahren, daß man fremde Muster copire, ohne zu prüfen, ob sie unseren Traditionen, unseren Verhältnissen anpassen. — Das große Postulat, das Herr Graf Hohenwart ausgesprochen, liege darin, daß die Statthalter den Landtagen für ihre Landesthätigkeit verantwortlich seyn sollen. Damit würde das parlamentarische Regierungs-System auf die Landtage ausgedehnt. Dieser Gedanke führe nothwendig weiter zur Einführung selbstständiger Landesministerien. Von einer solchen Ausdehnung könne man nur mit der allergrößten Vorsicht sprechen. Das parlamentarische Regierungs-System ist überhaupt ein so complicirtes, daß es nur in einem einzigen Lande und unter den günstigsten Voraussetzungen sich bewährt hat. Nur die große Mäßigung der englischen Parteien und der Umstand, daß beide sich aus denselben socialen Gesellschaftsschichten recrutiren, macht es möglich, daß dort das parlamentarische Regierungsystem sich so lange erhalten konnte. Ist es nun schon so schwer, das parlamentarische System auf die Spitzen des Staates anzuwenden, so ist es geradezu unmöglich, es noch zu verbreitern und die Verwaltung in den Ländern zu Parteiverwaltungen zu gestatten. Der Bevölkerung ist es vor Allem um gute Verwaltung zu thun, und sie wird nie zustimmen, die Verwaltung den Parteipolitikern zu überlassen. (Sehr gut.) Wenn es einmal gelingen wird, das Gestrüpp der nationalen Parteiungen zu durchbrechen, und auf den conservativen Sinn der Bevölkerung aufzubauen, dann wird der Staat eine Macht hinter sich haben, wie nirgendswo. Die kaiserliche Verwaltung besteht, und sie wird bestehen. Allerdings ist es wahr, daß der Verwaltung oft nicht die genügende Sorgfalt zugewendet wird, daß die bestehenden Gesetze, die nicht so schlecht sind, viel zu wenig angewendet werden. Es ist auch richtig, daß die österr. Verwaltung der letzten Jahre an einem ungenügenden Nachwuchs krankt, nicht nur der Zahl nach, sondern auch der Qualität nach. Aber was vor Allem nöthig ist, das sei eine feste staatliche Autorität, eine Form zu finden, um die Elemente der Selbstverwaltung in das staatliche Leben einzufügen. Dazu wäre allerdings eine Reform der Landesausschüße nöthigt. Die Landesausschüße seien eine Gegenorganisation, sie seien höchstens zu brauchen, als collegialischer Beirath des Statthalters. Diesem Collegium würde die Aufsicht über alle Gemeindeangelegenheiten zustehen und vielleicht auch eine Art verwaltungsgerichtlicher Competenz zu gewähren seyn. Ebenso würde die Einführung von Laienelementen in die Bezirkshauptmannschaften sich empfehlen. Die Entscheidung in diesen großen Fragen könne nicht vom Parlamente ausgehen, sie könne nur durch die Initiative der Regierung herbeigeführt werden. Dazu gehöre ein weiter Blick, eine kräftige Hand und ein gewisser Enthusiasmus, wie man ihn heute noch vermisse. Endlich werde man doch erlangen, was das Land braucht, eine ungetheilte kaiserliche Verwaltung mit der patriotischen Mitwirkung des Volkes. (Bravo.)

Abg. Dr. Peez bemerkt, es sei befremdend, daß man gerade von der rechten Seite des Hauses auf das Muster der preußischen Verwaltung hingewiesen, denn die Grundsätze Preußens, das was man das Testament der Hohenzollern nennen könne, das laufe hinaus auf Zerstörung aller Sonderheiten der Stämme und Stände. Redner erörtert das Wesen und die Entwicklung der preußischen Verwaltung vom Freiherrn von Stein an. Auch Oesterreich habe eine Zeit sehr gute Verwaltung gehabt, und ein böhmischer Abgeordneter habe das Recht, besonders auf die Verwaltungsperiode des Grafen Carl Chotek hinzuweisen. Wenn jetzt über Mangel an Nachwuchs geklagt wurde, so liege die Ursache zumeist in dem Umstande, daß unsere Entwicklung noch nicht abgeschlossen, daß deshalb noch kein vollständiges Vertrauen herrsche.

Abg. Dr. R. v. Grocholski sieht in den Ausschußanträgen eine Ausbreitung der Bureaukratie bis in die untersten Schichten der Bevölkerung; es wäre dies ferner eine Pression auf die Landtage. Wenn es auch richtig sei, daß die Sicherheit der Person und des Eigenthums viel zu wünschen übrig lasse, so sollte man doch den Anschauungen und Beschlüßen keines der Landtage vorgreifen. Die Vorbedingung einer guten Verwaltungs-Organisation für die Länder sei nothwendig die Uibertragung des Gesetzgebungsrechtes in dieser Hinsicht an die Landtage. Wollte man aber über das Recht der Landtage hinwegschreiten, dann könnte er nur sagen: Wo Gewalt anfängt, da hört das Recht auf.

Abg. Graf Miroszewski. Er wolle sich erlauben, einige Worte zur Sache zu reden, obwohl er, wie immer, auch diesmal für sich allein spreche und höchstens die Gesinnung seiner Comittenten wiedergebe. Er sei gewohnt mit seinen Ansichten allein zu stehen, allein es genire ihn das nicht und er gestehe, daß er das jetzige Gemeindegesetz als vollkommen gut anerkenne. Leider existiren der Gemeinden, die diesem Gesetze entsprechen würden, sehr wenige. Die großen Gemeinden seien in kleine zersplittert worden und die letzteren taugen nicht viel. Er wäre in keinem Falle dafür, daß man eine Gesetzgebung, die schon seit langer Zeit besteht und an die sich die Bevölkerung gewöhnt hat, einfach über den Haufen wirft. Der galizische Landtag könnte mit einer einzigen Paragraphenänderung das Gemeindegesetz günstig umgestalten und verbessern, wenn er decretiren wollte, daß Gemeinden, die nicht die Mittel haben, den übertragenen Wirkungskreis auszuüben, noch die Pflichten des naturgemäßen Wirkungskreises auszuüben, sich der benachbarten Gemeinde oder dem benachbarten gutsherrlichen Besitze anzuschließen haben. Was die Mängel der politischen Verwaltung betreffe, so liege des Uibels Kern in dem falschen Principe von dem natürlichen und übertragenen Wirkungskreise, den man aufgestellt habe. Der falsche Grundsatz der Theilung der Wirkungskreise habe zu einem Dualismus geführt, der aber keine Arbeitstheilung sei, sondern eine Arbeitsverdopplung. Der Redner kritisirt die Einrichtung der Bezirksausschüße, die ihm in Wahrheit komisch erscheine, es sei dies eine Caricatur der Trennung der richterlichen von der administrativen Gewalt.

Wie würde es beispielsweise in der Staatsverwaltung aussehen, wenn an Stelle eines Ministers an der Spitze jedes Ressorts ein ganzer Senat fungiren würde. So aber sei es mit den Bezirksvertretungen der Fall . . . Was die Verantwortung der Statthalter vor den Landtagen betrifft, so frage er, wenn dieses Princip durchgeführt würde und die 17 Statthalter wirklich vor den Landtagen verantwortlich zu seyn hätten, wo dann der Minister zu finden wäre, der für all die siebzehn verantwortlichen Statthalter die Verantwortung vor der Krone und vor dem Reichsrathe zu übernehmen Lust hätte? (Bravo, Bravo.) Redner erzählt einen Fall, wo ein Wähler in Galizien sich veranlaßt fand, gegen einen „Bezirks-Effendi" in Wien Klage zu führen, wofür ihm, zu Hause zurückgekehrt, der Proceß gemacht wurde, bei welchem der besagte Bezirks-Effendi Kläger, Zeuge und Richter zugleich war. (Hört! hört!) M. H.! Ich bin von der alten Schule. Ich kenne keine Verantwortung als die des Chefs. Möglich, daß so mancher Bezirks-Effendi den Zug zum Bezirks-Pascha in sich fühlt, aber davor wird uns wohl Gott und die kaiserliche Regierung behüten. (Lebhafter Beifall links. Schweigen auf der Polenbank)

Abg. Dr. Walbert polemisirt zunächst gegen die Ausführungen des Grafen Hohenwart. Es sei so Mode, alle Sünden, also auch die der politischen Verwaltung, der Verfassungspartei in die Schuhe zu schieben. Wenn einmal der Stephansthurm einstürzte oder der Leopoldsberg in die Donau rutschen würde, man würde gewiß auch die Verfassungspartei hiefür verantwortlich machen. Zur Sache bemerkt der Redner, daß eine Organisirung, wie der Ausschuß sie vorschlage, zu einer Unzahl von Competenzconflicten führen würde. Es gebe drei Kategorien von Gemeindevorstehern. Die erste Kategorie kenne nichts als den Kalender und das Steuerbuch, höchstens noch das Gebetbuch. Diesen Gemeindevorstehern könne man noch so viel exponirte Bezirkscommissäre zur Seite geben, es werde nichts nützen. Es gebe dann eine zweite Kattegorie von Gemeindevorstehern, die auf ihre Competenzen ungeheuer eifersüchtig sind. Diese würden unfehlbar mit den exponirten Commissären in fortwährende Reibung gerathen. Redner erzählt einen Fall von Competenzconflict, der allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nehme. Ein Ministerialerlaß vom Sommer dieses Jahres hat das Strafrecht für Fälle von Uebertretungen gegen die Maß- und Gewichtsvorschriften den Bezirkshauptmannschaften zugeschrieben, während das Gemeindegesetz für Böhmen dies Recht ausdrücklich dem Gemeindevorsteher mit zwei Gemeinderäthen zugestanden hat. Die Gemeinde Karolinenthal habe dagegen remonstrirt und sich an den Landesausschuß von Böhmen gewendet, der die Berechtigung dieser Beschwerde wohl anerkennen mußte. Wenn das am grünen Holze geschehe, was sei erst von den untergeordneten Organen zu erwarten? . . Die dritte Kategorie von Gemeindevorstehern, denen es an Kenntniß und Intelligenz nicht fehlt, würden die exponirten Commissäre am ehesten entbehren können. Dr. Gneist spricht es als Grundsatz aus, daß die Ortspolizei nicht an untergeordnete besoldete Beamte überlassen werde. Diese Worte seien auch hier beherzigenswerth. Redner erklärt, daß er, wenn er auch die Ausschußanträge perhorrescire, keineswegs meine, daß Alles beim Alten zu belassen sei. Wir befinden uns seit der Wirksamkeit des Gemeindegesetzes in einer retrograden Bewegung. Zur Zeit, da das Gemeindegesetz eingeführt wurde, hatten die besseren gebildeten Elemente noch eine Ambition für das Gemeindevorsteher-Amt; heute sei dies nicht mehr der Fall. Es gebe zahlreiche Gemeinden, wo der Dienst als Gemeindevorsteher beinahe so angesehen wird, wie der Nachtwächterdienst, und wo immer der jüngste Hausbesitzer zum Gemeindevorsteher gepreßt wird (hört). Wenn der Dienst als Gemeindevorsteher herabgezogen wird zur Beschäftigung eines einfachen Amtsdieners, dann sei es nicht zu verwundern, wenn sich die besseren Elemente allmählig zurückziehen. (Sehr gut.) Die Bezirksvertretungen, wie sie gegenwärtig bestehen, sind eine Organisation, die nicht leben und nicht sterben kann. Sie kommen nun und petitioniren um das Recht der Executive, weil sie erkennen, daß sie in der gegenwärtigen Form nichts leisten können. Und selbst die Institution des Landesausschußes sei auf die Dauer nicht haltbar. Seine Wirksamkeit in zahlreichen Fällen von Streitigkeiten in Verwaltungs-Angelegenheiten sei entschieden eine mißliche, denn dazu habe er weder den Beruf, noch die Qualification. Der Landesausschuß sei gar nicht geeignet, in derartigen Streitfällen ein Urtheil abzugeben. Die ganze Zusammensetzung des Landesausschußes entspreche gar nicht einer solchen Aufgabe. Doch trotz alledem sei eine radicale und sprunghafte Aenderung der gegenwärtigen politischen Verwaltung und des geltenden Gemeindegesetzes nicht wünschenswerth. Für einen Uebergang empfehle er das Muster des benachbarten Sachsen. Was vor Allem nothwendig ist, das sei eine Kategorisirung in Stadt- und Landgemeinden. Man müsse den Wirkungskreis der Gemeinden nach den Kräften bemessen. Er sei nach all' dem Gesagten nicht für die Ausschußanträge, möchte jedoch auch nicht, daß der Gegenstand einfach beseitigt werde. Er wolle einen ganz unpräjudicirlichen Antrag einbringen, den er folgendermaßen formulirt: „Die Regierung ist aufzufordern, ehestens solche Vorlagen einzubringen, welche geeignet sind, die dermaligen Uebelstände der öffentlichen Verwaltung zu beseitigen."

Der Präsident verkündet, daß noch neun Redner zum Worte gemeldet sind. Es sei demgemäß heute nicht Aussicht die Debatte zu beenden und er wolle darum die Sitzung schließen.

Vorher kommt noch eine Interpellation des Abg. Dr. Promber zur Verlesung, welche die Besetzung der erledigten Capitularstellen am Olmützer Metropolitancapitel zum Gegenstande hat. Der Interpellant fragt, warum die seit Jahren erledigten Canoniate noch nicht besetzt seien, in welchem Stadium sich die Angelegenheit derzeit befinde, ob es richtig sei, daß die Curie Verhandlungen eröffnet habe, um auf die Frage der Besetzung durch Nichtadelige Entscheidung zu üben und wann endlich die Lösung dieser Frage zu erwarten sei?

Hierauf Schluß der Sitzung um 3 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag den 21. d. M.

Politische Tageschronik.

s. **Wien**, 17. Nov. „Meine Herren! Wünschen wir dem Oberst-Commandirenden besten Erfolg!" Diese Worte, vom Kaiser Alexander bei der vorgestrigen Truppen-Revue in St. Petersburg gesprochen, sowie die einstimmigen Hurrah's, mit denen sie von den Truppen aufgenommen wurden, sind noch deutlichere Kundgebungen, als es alle bisher von St. Petersburg, Moskau und Livadia gewesen waren. Der Oberst-Commandirende, von dem der Car spricht, ist bekanntlich der Großfürst Nicolaus, der Befehlshaber, der zunächst zur Action bestimmten Truppen, und der beste Erfolg, den der Car ihm unter dem Jubel der Truppen wünscht, kann unmöglich in dieser Fassung am Conferenz-Tische gesucht werden. Diese Worte sind ebenso klar, wie die im großen Maßstabe betriebenen Rüstungen, die so weit gehen, daß die österreichischen Bahnen ihren Güterverkehr nach dem südlichen und östlichen Bahnlinien Rußlands einstellen müssen, da diese Strecken ausschließlich für Truppentransporte mit Beschlag belegt sind. Was man auch über den Coloß mit den thönernen Füßen witzeln möge, jener Coloß hat sich die Sammlung seit 1856 zu Nutze gemacht, und heute bewegt er sich statt auf thönernen, auf eisernen Füßen und rollt auf diesen mit unaufhaltsamer Wucht in die Donauthäler hinab. — — Nichtsdestoweniger wird schon in der nächsten Woche die Conferenz zusammentreten; sie ist die letzte Etappe für den Frieden, vielleicht, und man glaubt dies hier, der letzte Vorwand für den — Krieg. Auf diesen deuten alle Vorbereitungen Rußlands hin. Ein St. Petersburger Telegramm kündigt die Sperrung fast aller nach dem Westen, sämmtlicher nach dem Süden und Osten führenden Bahnen für den Güterverkehr an. Am Samstag schon begibt sich Großfürst Nicolaus zur Armee, während die erste Garde-Division, wie verlautet, an die Ostseeküste, die zweite nach Polen dirigirt wird. Parallel mit diesen Meldungen laufen Berichte aus England und der Türkei ein, welche auch die dort mit fieberhafter Hast betriebenen Rüstungen erkennen lassen. England rüstet ebenso demonstrativ, wie Rußland bereits marschirt, für jetzt nur noch an seine Grenzen, binnen Kurzem jedoch über dieselben hinaus. Die Conferenz wird unter solchen Verhältnissen auf einer Mine tagen. Der kleinste Funke, der geringste Zwischenfall, und die Conferenz fliegt in die Luft, wenn nicht gar das Conferenzproject noch früher in eitel Dunst sich auflöst. In diesem Falle in Kanonenrauch!

S. **Wien**, 17. Nov. Morgen also wird die Pforte die Entscheidung über ihre Theilnahme an der Conferenz treffen. Obwohl im Rathe derselben noch immer die Ansicht besteht, daß dieser Vorschlag nachtheilig für die Türkei sei, dürfte doch die Erkenntniß den Ausschlag geben, daß es unmöglich sei, sich der Betheiligung zu entziehen. Nicht nur daß England einen starken Druck ausübt und neuerlich erklärt haben soll, es würde im Falle der Weigerung der Pforte das Conferenzproject doch aufrecht halten und nur den Schauplatz desselben anderswohin verlegen, so muß die Pforte auch besorgen, sich durch ihre Ablehnung mit der Verantwortlichkeit für die Folgen belastet zu sehen. Wie skeptisch aber die Mächte dem Projecte gegenüber stehen, geht wohl aus dem Umstande hervor, daß man es England ganz allein überließ, die bezügliche Einflußnahme auf die Pforte zu üben. Nicht geringe Uiberraschung muß auch der Zusatz hervorrufen, um welchen heute der „Nord" die russischen Propositionen bereichert. (S. gestr. Boh.) Denn in jener Redaction, welche diese Propositionen zum Privatgebrauche der Cabinete erhielten, war von diesem Zusatz — ich meine die Occupation behufs Durchführung der Entwaffnung — nicht die Rede.

Wien, 18. Nov. Graf Andrássy wird mit Familie morgen (Sonntag) in Wien erwartet.

Einer Localcorrespondenz zufolge soll Don Carlos gestern in Wien angekommen sein, angeblich um eine „Aussöhnung" mit seinem Bruder Alfonso zu bewerkstelligen.

Im Fortschrittsclub erklärte gestern Abg. Heilsberg, er habe Kenntniß von einem Erlaß des Ministeriums an die Länderchefs, in welchem diese angewiesen werden, die Gemeinden und Bezirksvertretungen zu revidiren und falls diese Beschlüsse über die Ausgleichsfrage gefaßt haben, haben die Länderchefs den Auftrag, diese Beschlüsse als ungiltig zu erklären.

Die „Wien. Ztg." meldet amtlich, daß dem Schriftsteller Dr. Ludwig August Frankl in Anerkennung seiner vielseitigen Verdienste der Orden der eisernen Krone dritter Classe verliehen wurde.

—ch. **Pest**, 17. Nov. Der Ministerpräsident hat heute die Interpellationen der äußersten Linken über die orientalische Frage beantwortet. Die äußerste Linke entwickelt in der Stellung von Interpellationen über Angelegenheiten der äußeren Politik bekanntlich einen sehr großen Eifer, und so lagen heute wieder deren zwei vor, die Ernst Simonyi's und die Ignaz Helfy's. Die Interpellation Simonyi's fragte, ob die Regierung nicht geneigt sei, eine Vorlage über die Entwickelung der äußeren Politik der Monarchie seit dem Auftauchen der orientalischen Frage und selbst auch über die bereits überholten Schritte derselben zu machen und ob die Regierung nicht selbst dem Parlament Veranlassung zu einer Debatte über die Orientfrage bieten wolle. Auf beide Fragen antwortete Tisza mit einem entschiedenen Nein. Eine Vorlage sei unmöglich, weil bezüglich einer ununterbrochen fortschreitenden, in Bewegung befindlichen Angelegenheit, die noch immer ihre definitive Entwickelung nicht erreicht hat, keine überholten Schritte existiren, welche mit den gegenwärtigen Verhandlungen nicht im engsten Zusammenhange stünden. Uiberholte Schritte könnten nur dann existiren, wenn in der Orientfrage die auswärtige Politik der Monarchie ohne jede Uiberlegung geleitet worden wäre. Allein selbst diesen Fall angenommen, so würde eine auf überholte Schritte bezügliche Vorlage heute keinen praktischen Werth besitzen. Denn angenommen, das die Leitung unserer auswärtigen Politik keine consequente Richtung verfolgt und heute eine andere Richtung einhält, als vordem, so würde die Billigung, welche das Haus auf Grund einer die überholten Schritte berührenden Vorlage, eine Politik treffen, die heute nicht mehr eingehalten wird, während die gegenwärtige Politik vielleicht die Billigung des Parlaments finden würde. Im umgekehrten Falle würde das Parlament eine Politik mißbilligen, deren Gegentheil bereits befolgt wird. Eine specielle Orientdebatte vor der Budgetdebatte wäre Zeitverschwendung. Niemand könne die Abgeordneten hindern, in der morgen beginnenden Budgetdebatte ihre Reden auch auf die orientalische Frage zu lenken; allein der Ministerpräsident hofft, daß auch in diesem Falle die Debatte sich so entwickeln werde, daß sie bezüglich des parlamentarischen Tactes des ungarischen Abgeordnetenhauses keinen Zweifel aufkommen lassen werde. Koloman Tisza schloß mit der Bemerkung, die Regierung halte sich angesichts der schweren Verantwortung, die sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen trage, für verpflichtet, nach ihrer eigenen Entscheidung zu erwägen, wann in so heiklen und schwierigen Fragen eine Aeußerung erfolgen und wie sie erfolgen solle. Der Interpellant Ernst Simonyi nahm die Antwort zur Kenntniß, indem er sich vorbehielt, seine meritorischen Bemerkungen in der Budgetdebatte vorzubringen. — Die zweite Interpellation von Helfy richtete bekanntlich an die Regierung die Fragen, ob die von den Blättern veröffentlichte Rede des Cáren authentisch sei, und welche Stellung die Regierung dieser Rede gegenüber einzunehmen gedenke. Koloman Tisza bezog sich bezüglich der ersten Frage darauf, daß der Text der Rede im russischen Amtsblatte erschienen, daher als authentischer Text zu betrachten sei. Eine specielle Stellung dieser Enunciation gegenüber einzunehmen, beabsichtige die Regierung nicht; das auswärtige Amt habe zur orientalischen

Frage Stellung genommen, und an dieser Stellung halte die Regierung auch fürder fest. Zugleich bestätigte der Ministerpräsident, daß die Nachricht der Blätter, der zufolge die Monarchie auf Basis der englischen Vorschläge die Conferenz angenommen habe, der Wahrheit vollständig entspreche und fügte hinzu, daß auch auf der Konstantinopoler Conferenz die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Monarchie alles Mögliche aufbieten werde zur Wahrung des europäischen Friedens, aber auch Alles thun werde, was nothwendig ist, um die Interessen der Monarchie unter allen Umständen zu schützen. Gegen Helfy, welcher gesagt hatte, die Rede des Cáren sei kein Wort mehr, sondern eine That, eine Action, eine Drohung, bemerkt Tisza, in so schwieriger Lage werde das Wort von der That noch durch einen gewissen, manchmal durchaus nicht kurzen Zwischenraum geschieden. Wenn aber irgendwo eine Drohung ausgestoßen wird, so ist es nur Art hysterischer, furchtsamer Weiber, diese sofort auf sich zu beziehen. — Auch diese Antwort wurde zur Kenntniß genommen.

Italien. Der zum Botschafter ernannte seitherige französische Gesandte, Marquis de Noailles, hat am 16. d. sein Beglaubigungsschreiben überreicht. — Zwischen dem Minister des Auswärtigen und dem Agenten Rumäniens ist jetzt eine provisorische Erklärung über die Handelsverhältnisse unterzeichnet worden, welche später durch einen definitiven Handelsvertrag ersetzt werden soll. — Die „Gazzetta Uffiziale" veröffentlicht die Ernennung von 10 neuen Senatoren, worunter Professor Moleschott.

Paris, 16. Nov. Thiers, der in Marseille sich bei seiner Durchreise eines begeisterten Empfanges zu erfreuen hatte, ist heute in Paris eingetroffen. Seine Anwesenheit in Versailles ist sehr ersehnt, da man von seinem vermittelnden Einflusse eine festere Mannszucht in den liberalen Kreisen erwartet. — Der „Temps" meldet: „Der Minister des Auswärtigen, Herzog Decazes, erhielt heute eine Depesche von unserm Botschafter, dem General Leslô, welcher über seine Unterredung mit dem Cáren berichtet, der ihm die besten Gefühle für Frankreich kund gab und die Zusicherung ertheilte, er werde Alles aufbieten, um den Frieden zu erhalten." — In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde (wie schon telegr. erwähnt) der Bericht über die Wahl des Legitimisten Demaine in Avignon vorgelesen. Der Bericht beantragt die Nichtigerklärung der Wahl und die Uiberweisung der Wahlprotocolle an die Regierung. Der Mitbewerber Demaine's war Gambetta, den die clerical-legitimistischen Wähler in Cavaillon, als er seine Wahlrundreise hielt, todtschlagen wollten. Demaine vertheidigte des Langen und Breiten seine Wahl und beschuldigte den Prüfungsausschuß, er habe sich in seiner Aufstellung Uibertreibungen zu Schulden kommen lassen. Der Präsident sprach einen Tadel über diesen Ausdruck aus. Der Berichterstatter antwortete Demaine und warf dem Präfecten von Avignon und der vorhergegangenen Regierung vor, sie hätten die Actenstücke in Betreff der Wahlen verschwinden lassen. (Andauernde Unruhe.) Paul Cassagnac ruft: „Die Kammer hat keinen Präsidenten mehr!" Der Präsident ruft Cassagnac zur Ordnung. Nach einer langen Berathung wurde die Wahl mit 341 gegen 153 Stimmen für ungiltig erklärt und die Uiberweisung der Wahlprotocolle an die Regierung einstimmig mit 358 Stimmen beschlossen.

Die Bonapartisten hatten sich gestern, als am Namenstage der Exkaiserin Eugenie, gewohntermaßen um 11 Uhr Vormittags in der Kirche Saint-Augustin eingefunden, um daselbst die Messe zu hören. Zu ihrer unangenehmen Uiberraschung wurden sie aber bedeutet, daß der Pfarrer der Kirche, welcher an diesen Demonstrationen und den mit ihnen verbundenen Aufläufen genug zu haben scheint, über die sämmtlichen Altäre für den ganzen Tag anderweitig verfügt hatte. Um 11 Uhr wurde eben vor dem Hauptaltar eine Leiche eingesegnet. Die Bonapartisten mußten sich also unverrichteter Sache wieder entfernen. Unter ihnen bemerkte man die beiden Cassagnac, Rouher mit seiner Familie, Marschall Canrobert, Pietri, Fleury, Lavallette, Graf Murat, den Herzog und die Herzogin von Mouchy, den Akademiker Camille Doucet, den Advocaten Lachaud, den Fürsten von Wagram mit seiner Frau und die meisten Senatoren, Abgeordneten und Schriftsteller der Partei.

Im Gers-Departement rotteten sich in letzter Zeit wiederholt die Bauern verschiedener Dörfer zusammen und durchzogen das flache Land. Sie waren mit Gewehren bewaffnet, hatten Fahnen mit Adler und selbstgewählte Anführer, unter deren Befehl sie militärische Uibungen machten. Dabei wurden Hochs auf den „Empereur" ausgebracht und Drohungen gegen die Republicaner ausgestoßen. Eine dieser Banden begab sich am 22. October nach dem Flecken Ollin, wo Peyrusse, der bonapartistische Deputirte, wohnt, dessen Wahl noch nicht gutgeheißen worden ist. Die Bande war ungefähr 800 Mann stark, von denen 700 bewaffnet waren. Vor der Wohnung des Deputirten wurden, nachdem Vive l'Empereur gerufen, die Gewehre abgefeuert und dabei gedroht, Jeden niederzuhauen, der zur Republik halte. Die Bande, die des Abends angekommen, zog erst des Morgens Früh wieder ab, indem sie die Rufe ausstieß: „Es lebe der Kaiser!" „Nieder mit der Republik!" „Nieder mit der Kammer!" Bis jetzt hört man nicht, daß die Behörden Maßregeln gegen diese Ruhestörungen ergriffen haben.

Belgien. In der Sitzung der Deputirtenkammer am 16. d. erklärte der Minister Malou, er werde, sobald die Kammer sich definitiv constituirt habe, den Antrag auf Niedersetzung einer Commission einbringen, die sich mit Aufsuchung von Mitteln zur Sicherstehung der Geheimhaltung und der Freiheit der Wahlen beschäftigen solle.

Rußland. Aus Petersburg, 13. d., wird der „Polit. Corr." geschrieben: Heute um 11 Uhr Vormittags trafen der Kaiser, die Kaiserin, das Großfürsten-Thronfolgerpaar und dessen Kinder, die Großfürsten Sergius und Paul Alexondrowič, sowie die ganze Suite in Carskoje-Selo ein. Der kaiserlichen Familie fuhren die hier anwesenden Großfürsten entgegen, und an dem festlich geschmückten Bahnhofe hatte sich ein zahlreiches, dem Kaiser lebhaft zujauchzendes Publicum eingefunden, das nur mit Mühe daran abgehalten werden konnte, die Pferde des kaiserlichen Schlittens auszuspannen. — Abends wurde eine außerordentliche Sitzung des Stadtrathes von Petersburg abgehalten, in der beschlossen wurde, eine Adresse an den Kaiser zu richten, worin, im Anschluße an die zu Moskau gesprochenen Worte des Herrschers, die dankbarste Hingebung an den Kaiser, sowie die vollste Opferbereitschaft der Stadt und des Landes für eine active Verfechtung der Interessen der bluts- und glaubensverwandten Christen der Türkei ausgesprochen wird. — Die hiesige Bezirkslandschaft beabsichtigt bei der Gouvernementslandschaft zu petitioniren, daß für den Fall, als die Ehre Rußlands und die Politik der russischen Regierung es erheischen würden, in thatkräftiger Weise einzutreten, eine Steuer von 1 Percent des Grund- und Stadtbesitzes zu Gunsten des Staatsschatzes eingehoben werden solle. Aehnliche Petitionen werden auch von den Gouvernements des Südens vorbereitet.

Der vielfach zum Ausdruck gelangten Annahme, daß die in Moskau gehaltene Ansprache des Kaisers Alexander eine indirecte Antwort auf Lord Beaconsfield's Tischrede vom Abend vorher gewesen sei, tritt der „Nord" mit der Erklärung entgegen: „Es wäre unter der Würde eines Kaisers von Rußland, in einem Austausch von drohenden Worten mit dem Minister einer anderen Macht einzutreten. Es ist ohne Zweifel schwer zu glauben, daß die Rede Lord Beaconsfields keinen schlechten Eindruck in den hohen politischen Sphären Rußlands hervorgerufen habe, aber die Voraussetzung wäre gewagt, daß sie die Ansprache von Moskau veranlaßt oder ihr den Charakter einer Gelegenheitspolemik verliehen hat. Es erscheint vielmehr die Annahme ganz naturgemäß, daß Kaiser Alexander bei der Rückkehr in das Herz seiner Staaten daran gelegen gewesen sei, seinem Volke in fester, maßvoller Sprache darzulegen, was er in der jetzigen Krisis denkt und will. Was Kaiser Alexander aber heute will, das wollte er gestern und wird er morgen wollen."

Wie aus Belgrad berichtet wird, war dem dortigen russischen Consul Karzow ein directer „kaiserlicher Befehl" zugegangen, dahin lautend, daß General Černajew nicht nach Rußland zurückkehren dürfe, Černajew ist in Folge dessen bereits am 15. mit dem Donaudampfer von Belgrad abgereist. In Mohacs übernachtete er und setzte dann am nächsten Morgen die Reise mit der Eisenbahn über Fünfkirchen fort. (S. Tel.) In seiner Begleitung befand sich noch ein anderer russischer General.

Der St. Petersburger „Börsen-Ztg." wird gemeldet, daß in den letzten Tagen eine große Zahl russischer Freiwilligen nach St. Petersburg zurückgekehrt ist, die meist zur Zahl Jener gehören, welche mit eigenen Mitteln nach Serbien gegangen waren. So viel aus ihren Mittheilungen zu entnehmen ist, steht kaum zu erwarten, daß sie nochmals nach Serbien gehen werden. Wie die Zurückgekehrten ferner mittheilen, wird unter den zurückgebliebenen unbemittelten Freiwilligen eine Collectiveingabe an das slawische Comité vorbereitet wegen Bewilligung der Mittel zur Rückkehr in die Heimat. — Die sehr scharfe Weise, in welcher sich Kaiser Alexander in seiner Moskauer Rede über die Leistungen serbischer Truppen während des letzten Feldzuges aussprach, zieht ihre natürlichen Consequenzen nach sich. Einmal darin, daß das officielle Serbien immer mehr die Haltung eines schuldlos Gekränkten annimmt, dann, daß die russische Presse den kaiserlichen Angriff aufnimmt und auf das Nachdrücklichste zu unterstützen bemüht ist.

Das „N. W. Tagbl." bringt folgendes aus Petersburg datirte Telegramm: „In der Nacht vom 12. zum 13. d. ist der römisch-katholische Bischof von Wolhynien von russischen Gendarmen verhaftet und in das Moskauer Gefängniß abgeführt worden. Compromittirende Schriftstücke sind mit Beschlag belegt und hieher gesendet worden. In Polen wurden gleichfalls verschiedene Landgeistliche plötzlich verhaftet."

Türkei. Aus der Art der türkischen Truppenbewegungen, sowie aus der Eile, mit der dieselben durchgeführt werden, schließt der Rustschuker Correspondent der „Pol. Corr.", daß die Pforte, wenn sie einmal die Uiberzeugung von der Unausweichlichkeit des Krieges mit Rußland erlangt, daran denke, der russischen Invasion zuvorzukommen. Es soll der Plan bestehen, die türkische Armee in der Gegend von Kalafat die Donau überschreiten zu lassen und den Krieg auf rumänisches Gebiet hinüberzuspielen. Einmal scheine man sich dadurch vor einer neuen Erhebung Bulgariens schützen zu können, und weiter glaube man dadurch den Consequenzen eines rumänisch-russischen Allianzvertrages, wenn ein solcher wirklich besteht, zu begegnen, im gegentheiligen Falle aber, wenn schon auf eine Cooperation der rumänischen Armee mit der türkischen nicht zu rechnen sei, Rumänien dem russischen Zwange zu entziehen. Die Herbeischaffung zahlreicher Pontons und Brückenequipagen spreche mehr als Alles dafür, daß die Pforte für den Kriegsfall ernstliche Offensivanstalten treffe.

Montenegro. Wie der „Pol. Corr." geschrieben wird, werden in Montenegro Maßregeln getroffen, die auf Fortsetzung des Krieges nach dem Waffenstillstande schließen lassen. Die Armee werde completirt und neuerdings ausgerüstet, und die Auslagen hiefür würden mittelst einer Anleihe von 300.000 Rubel, wovon bereits 100.000 R. aus Rußland eingelangt sind, gedeckt. Der russische Geheimrath Panjutin, der dieser Tage von Cettinje nach Rußland zurückkehrte, habe ein Schreiben des Fürsten Nikita an den Cáren mitgenommen, in welchem der Dank Montenegros für die Sympathien Rußlands und die Bitte ausgesprochen wird, der Cár möge die gerechte Sache Montenegros, insbesondere bezüglich der Erwerbung eines Stückes fruchtbaren Landes, auf der eventuellen Conferenz nicht unberücksichtigt lassen.

Egypten. Uiber das Verbrechen, dessen sich der egyptische Finanzminister schuldig gemacht hat, erhält die „Vossische Zeitg." folgende Aufklärung.

N° 266 Kraków, 21 Listopada — Wtorek Rok 1876.

CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nr. „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ 24	„ 6	„ 2.00
do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 3

Prenumerata przyjmuje się [illegible] — Listy z pieniędzmi i przekazy pieniężne na prenumeratę [illegible] do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — Listy reklamacyjne [illegible] niepodlegają opłacie pocztowej. — Listów niefrankowanych nie przyjmuje się. — Rękopisma [illegible] Redakcyi nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują: W Krakowie: [illegible] Miejscową pren. [illegible] wiersza drukiem drobnym (petitowym) [illegible] za każdy następny [illegible] (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca [illegible] drobnym po 30 c. za każdy raz. Dołączenia do „Czasu“ (prospekta, cyrkularze [illegible]) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 [illegible] dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 [illegible] prenumeratorów. Przypadającą [illegible] uprasza się naprzód nadesłać [illegible]. Ogłoszenia i prenumeratę przyjmują: we Lwowie W. Piatkowski ul. Bernardyńska 10; w Paryżu [illegible] p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. [illegible]) w Wiedniu p. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

Kraków 20 listopada.

Musimy raz jeszcze powrócić do złośliwej a niedorzecznej baśni, która przed dwoma tygodniami wyszła z Berlina, a znalazłszy przystęp w wiedeńskiej *Polit. Corr.*, ztąd okrążyła Europę. Teraz bowiem powracają do nas z zachodu echa tej kłamliwej insynuacyi, która podobnie jak niegdyś za Fryderyka Wgo fałszowana moneta, jaką rząd pruski puszczał do krajów polskich, nosi ten sam stempel gadzinowej berlińskiej mennicy. Fałszerstwo jest tam tradycyą polityczną, zwłaszcza, gdy chodzi o Polaków i sprawę polską. Tradycya ta sięgająca jeszcze czasów przedrozbiorowych, przeszła później w system wmawiania w Polaków rozmaitych konspiracyj rewolucyjnych, dyplomatycznych knowań, intryg daleko rozpostartych, aby tylko widmem Polski straszyć Europę, znaleść pozór do nowych środków ucisku i pobudzać do surowej czynności i ostatecznego zgnębienia mocarstwa połączone wspólnictwem w dziele rozbioru.

Niepotrzebujemy przypominać licznych przykładów tego systemu, który w czasie cztero-letniego sejmu oskarża Polskę o jakobinizm, to znów o jezuityzm i wstecznictwo, który w bliższych nas czasach knuje spisek prowokacyi policyjnej Baerensprungów i Postów, a niezawstydzony wyjawieniem podstępnej zdrady organów policyjnych w słynnej interpelacyi p. Niegolewskiego, czycha ustawicznie przy każdej sposobności, aby zrzucić na Polaków odpowiedzialność za wszelkie zaburzenia w całej Europie.

Nie czem innem, tylko podobnem fałszerstwem politycznem jest pogłoska puszczona z Berlina, jakoby Polacy rozciągnęli sieć intryg na Wschodzie, szukali poparcia Turcyi i przygotowali się do czynnej roli, może nawet do rewolucyjnego wybuchu wobec zbliżających się wypadków. Puściliśmy zrazu tę wieść mimochodem, bo zdawało nam się, że wymysł podobny niemoże znaleść wiary, pomimo, że kłamstwo miewa dziś ogólne powodzenie i zwykło kroczyć śmiało, niepytając nawet o pozory prawdopodobieństwa. Omyliliśmy się i bajka im dalej odbiegła, tem większe przybiera rozmiary, i niewiadomo, czemu się więcej dziwić, czy ignoracyi, czy łatwowierności prasy zagranicznej, która ją powtarza, nieświadomie nawet może do tego użyta.

Czy potrzeba stwierdzać oczywistość wobec fałszów, dowodzić tego, że nigdy może Polska nie doszła do równej zgody w biernem zachowaniu się wobec wielkich problematów europejskich, jak dziś w kwestyi wschodniej? Nie jest to zwątpieniem w przyszłość, ale skutkiem doświadczenia, które nakłada na cały naród obowiązek zachowania zupełnego spokoju i rzetelnej neutralności wobec zapasów, które mogą prowadzić w tym lub innym kierunku do nowych anneksyj, a nam nic pomyślnego nie wróżą. Neutralność tę zachowuje opinia publiczna polska wobec ludów słowiańskich, którym życzy swobody, a lęka się dla nich ponęt panslawizmu. Nie ma ani w kraju, ani nawet w emigracyi jednego stronnictwa, któreby chciało przeciwstawiać sprawę polską sprawie słowiańskiej i wiązać ją z losami Turcyi — jak na odwrót, leży także przedział głęboki między sprawą naszego narodu a kierunkiem, w jakim rozwija się sprawa słowiańska. Jedną tylko dążność podzielają wszystkie stronnictwa, rozwiniętą od lat kilkunastu, jakby w przewidywaniu wypadków, które się zbliżają, aby utwierdzić jedyną kotwicę narodową w przystani monarchii Rakuskiej. Do jakiego jednak stopnia przeważa usposobienie bierne, dowodzi tego milczenie delegacyi polskiej, która wobec zagadnień kwestyi wschodniej wstrzymała się nawet od wypowiedzenia tego, co wypowiedzieć uważano poniekąd za jej obowiązek.

Milczenie to dało też pochop do insynuacyi rzuconej z Berlina, a której nawet przyznać nie możemy zręczności. Wszelako ilekroć system oskarżeń i prowokacyi bywa użytym przeciw nam, zawsze ma on jakąś polityczną przyczynę i może nam też służyć za wskazówkę. Przyczyną tu mogła być chęć przypomnienia Rosyi sprawy, która już historyczną solidarność nakłada dwom mocarstwom, a której z oka północny sprzymierzeniec tracić niepowinien w swych zapędach panslawistycznych. Z drugiej zaś strony miała to być może wskazówka i przestroga dla Austryi. Dla nas zaś ta tylko przestroga ztąd wypływa, abyśmy się nie unosili złudzeniem, że polityka panslawistyczna w Rosyi może wywołać poruszenie sprawy naszej przez Niemcy, abyśmy baczyli, że zwrócony jest na nas bezbronnych i zgnębionych wzrok argusowy najpotężniejszych mocarstw, aby tylko wyśledzić nasze zamiary, podsunąć prowokacye i pchnąć na drogę ostatecznej zatraty.

Wiadomo nam wprawdzie ze źródeł bardzo wiarogodnych, iż sprawa polska była przedmiotem korespondencyi dylomatycznej, w której rząd pruski miał udział; sądzimy wszakże, iż chciano wybadać rząd ten, jakby się zachował w danych okolicznościach. Od tej więc chwili rozpuszczono wieść o knowaniach polskich. Tem więcej przestrzedz się należy, aby nie stać się tylko narzędziem w kombinacyach albo przedmiotem politycznego *chantage*, dla wymuszania kosztem naszym pewnych korzyści. Nie należy pozwolić, aby rolę Ludwika Filipa lub Napoleona III względem nas chciał teraz kto inny odgrywać.

KORESPONDENCYA „CZASU.“

Wiedeń 18 listopada.

Mowa hr. Mieroszowskiego na wczorajszem publicznem posiedzeniu Izby poselskiej, a raczej końcowe ustępy tej mowy wywołały oburzenie posłów polskich, oklask świętojurców, powinszowania mowcy ze strony ultracentralistów, radość dzienników przeciwnych samorządowi Galicyi.

Aby czytelnicy wasi i publiczność w Galicyi mogła sama osądzić, czy końcowy ustęp mowy p. Mieroszowskiego słusznie wzbudził te uczucia i objawy, aby sami o tej mowie wyrobili sobie zdanie, ograniczę się jedynie na przytoczeniu dosłownie z urzędowych stenograficznych protokółów, całej tej części mowy, na przedmiotowem przedstawieniu kilku faktów i okoliczności odnoszących się do tego ustępu, wreszcie na dosłownem powtórzeniu zdania o tej mowie i jej wpływie, wypowiedzianego przez dzisiejsze dzienniki centralistyczne.

Rozprawy w Izbie poselskiej toczyły się 17 t. m. nad znanym wnioskiem komisyi, przedłożonym w skutek żądania później wniesionego przez p. Göllericha o reorganizacyę władz administracyjnych. Podał wam już sprawozdawca wasz treść poprzednich przemów na tem posiedzeniu hr. Hohenwarta, p. Zaklińskiego (świętojurcy), p. Plenera (centralisty czystej krwi), Peeza, Grocholskiego, oraz treść mowy hr. Mieroszowskiego. Nie będę więc powtarzał treści tych mów, wspomnę tylko, iż na niektóre zasady w pierwszej części tej ostatniej mowy zgodziłby się można i przystępuję do przytoczenia dosłownie ze stenografów drugiej części tej mowy a raczej całego jej końca.

Hr. Mieroszowski przedstawiwszy potrzebę, zniesienia wydziałów powiatowych i wydziału krajowego, oddania czynności wydziału powiatowego urzędowi powiatowemu a czynności wydziału krajowego namiestnictwu, tak dalej mówił:

„Nie wiele będę mówił w tak późnej godzinie, o środkach tu podawanych w celu uzdrowienia całej sprawy. Co się tyczy odpowiedzialności namiestnika przed sejmem krajowym, nie potrzebuję na zbijanie tego słów tracić. Poprzedni mowcy już tę rzecz dostatecznie wyświecili, i mniemam, że gdyby ta zasada zastosowaną była we wszystkich 17 czy też 19 sejmach — rzeczywiście nie wiem dokładnie ile mamy sejmów — wówczas w całej monarchii nie znaleźlibyśmy ministra, który byłby w stanie przyjąć odpowiedzialność wobec Rady państwa i wobec korony za 19 namiestników odpowiedzialnych sejmom. (*Oklaski na lewicy*).

„Drugi podawany tu środek, a który wyznać muszę, strachem mnie napełnił, zasadza się na tem, aby władzom politycznym nadać takie samo samodzielne stanowisko jak sądowym. Powtarzam, iż strach mnie przejął gdy to słyszałem, albowiem wówczas fakt pojedynczy który tu opowiem, mógłby stać się regułą, fakt, iż powien bardzo mały i młody powiatowy effendi wywierał wpływ na wybory do sejmu według swego upodobania i zakres swego działania tak przekroczył, iż wyborcy ze skargą do Wiednia przybyli, a sprawa musiała być dość słuszna, gdy nawet J. Ekscelencya minister spraw wewnętrznych polecił protokół z tego spisać (*głosy na lewicy: słuchajcie, słuchajcie!*) Gdy ci ludzie do domu wrócili, kazał effendi powiatowy jednego z nich przez swoich kawasów, chcę mówić żandarmów przez całą wieś przywlec i rzekł do niego: „Nauczę ja cię do Wiednia chodzić i mnie skarżyć!“ (*głosy na lewicy: słuchajcie, słuchajcie!*). Tenże sam effendi powiatowy wystąpił jako oskarżyciel; na jego rozkaz wytoczono śledztwo o obrazę komisyi wyborczéj; następnie wystąpił jako świadek w tymże procesie; owi skarżący zostali skazani na czternastodniowy areszt i kto ten wyrok wydał? Tenże sam effendi! (*słuchajcie!*).

Panowie, systemu takiego nie lubię, należę do starej szkoły. Nie znam innéj odpowiedzialności jak tylko odpowiedzialność naczelnika, naczelnika zaś winno słuchać wszystko co mu jest podwładne, a co nie chce słuchać, nie chce się ugiąć, należy złamać! Minister wówczas tylko może być odpowiedzialnym, jeżeli cały zarząd krajowy jest mu bezwarunkowo posłuszny. Może mniemał mały effendi, iż z czasem urośnie na paszę krajowego; lecz od tego obroni nas Bóg i rząd cesarski. Skończyłem.“ (*żywe oklaski na lewicy*).

Tak brzmi etnograficzny protokół. Tu dodamy fakt, że prócz „lewicy,“ głównie świętojurcy dawali oklaski téj mowie, a po jéj skończeniu pierwszy X. Zakliński pobiegł złożyć powinszowania mowcy.

Dla objaśnienia przytoczonego tu końcowego ustępu mowy, muszę częścią przypomnieć, częścią przytoczyć następujące fakta. Nietylko hr. Hohenwart wykazywał w swojéj mowie potrzebę odpowiedzialności namiestnika przed sejmem w razie wcielenia Wydziału krajowego do Namiestnictwa, które to zdanie poczytywał hr. Mieroszowski za tak bezzasadne, iż nawet słowa na zbijanie tego tracić nie chciał, jak to powiedział. Potrzebę odpowiedzialności namiestnika przed sejmem za wykonanie ustaw krajowych w razie przeprowadzenia reformy władz administracyjnych i wcielenia Wydziału krajowego do Namiestnictwa, przedstawiano także i udowadniano we wniosku przedłożonym sejmowi galicyjskiemu na ostatniéj jego sesyi, [illegible] podanym przez posła [illegible], podpisanym zaś przez wielu posłów z [illegible] części Galicyi, o czem przypominał nawet w ciągu tegoróżniejszych rozpraw [illegible] z tą tylko pomyłką, że mniemał, iż to był wniosek Wydziału krajowego galicyjskiego. Wreszcie przypomnieć winienem, iż sejm galicyjski w dwukrotnie uchwalonéj rezolucyi 1858 i 1859 roku, żądał odpowiedzialności namiestnika a właściwie rządu krajowego przed sejmem za wykonanie ustaw krajowych. Żądanie to w rezolucyi sejmu galicyjskiego, tyczyło się tylko Galicyi i oparte było na prawach i potrzebach oddzielnéj indywidualności historycznéj, którą stanowi część narodu polskiego wchodząca w skład monarchii austryackiéj. Co się tyczy pogodzenia odpowiedzialności namiestnika lub rządu krajowego przed sejmem, z odpowiedzialnością ministra przed Radą państwa i koroną, nie raczył nawet hr. Mieroszowski zwrócić uwagi na to, co tylokrotnie cała delegacya polska tak w komisyi konstytucyjnéj jak i w Izbach Rady państwa przedstawiała, iż sejm galicyjski żądał odpowiedzialności namiestnika „za wykonanie ustaw krajowych,“ a ten tylko projekt i tylko uchwała sejmu stać się może ustawą krajową, którą Cesarz na przedstawienie ministrów zatwierdzi, przeto namiestnik odpowiedzialnym byłby przed sejmem za wykonanie tych ustaw, na które się nietylko sejm, ale także korona i ministeryum zgodziły.

Nie będąc stronnikiem ślepego posłuszeństwa, za którem tak gorąco oświadczał się w swojéj mowie poseł Mieroszowski, pozostawiam każdemu wolność zdania, nawet przeciwnego uchwale sejmowej. Lecz czyż godzi się tak lekko traktować wobec nieprzyjaznych krajowi naszemu stronnictw, zdanie wypowiedziane przez sejm krajowy w jego uchwale? Każdy ma wolność zdania, ma ją także hr. Mieroszowski. Lecz zapytać się godzi, czy można podzielać zdanie hr. Mieroszowskiego, iż cały zarząd krajowy winien być ślepo i bezwarunkowo posłuszny ministrowi, a „co nie jest posłuszne i nie chce się ugiąć, winno być złamane!“

Dla objaśnienia ustępu mowy hr. Mieroszowskiego, w którym zarzucał naczelnikowi powiatu w Galicyi nadużycia podczas wyborów do Sejmu i nazywał go „effendim powiatowym“ (*Bezirkseffendi*), przytoczę tu fakt, do którego się ten ustęp odnosił. Przyjechało tu (a raczej podobno przywiezionych zostało przez pewnego obywatela z Galicyi) kilku włościan wyborców z powiatu kolbuszowskiego i rzeszowskiego z skargą do ministra spraw wewnętrznych p. Lassera na mniemane, jak sądzę, nadużycia władzy przy wyborach przez znanego z prawości charakteru i przychylności krajowi naczelnika powiatu w Rzeszowie, gdzie odbywał się wybór i przez całą komisyę wyborczą. Skarga ta jest nieuzasadniona jak mnie zapewniano, gdyż uskarżali się, iż po zamknięciu protokółu wyborczego w godzinie oznaczonej, nie chciała już komisya przyjąć *votum* od kilku czy kilkunastu wyborców. Minister Lasser kazał spisać protokół ze skarżących się, a śledztwo dopiero okaże, czy wnoszący skargę mają słuszność. Zresztą legalną drogę dla tych skarżących się wyborców przepisywała ustawa: mieli prawo odpowiednio téj ustawie wnieść protest i przesłać go do ministerstwa, a sejm roztrząsając akta wyborcze, byłby uznał czy protest i skarga ich są słuszne? czy ich głosy powinnyby być przyjęte, czy przyjęte wpłynęłyby na wybór i t. d. jak przepisuje ustawa postępowanie na drodze legalnej. Tymczasem hr. Mieroszowski nie zważając, że skarżący się poszli drogą niewłaściwą, nielegalną, niezważając, że nawet na téj niewłaściwej drodze nie wydano jeszcze orzeczenia, czy skarga jest słuszną, potępił już w swej mowie wobec parlamentu w Wiedniu, urzędnika prawego, krajowi przychylnego, a potępił go za mniemane a w każdym razie nieudowodnione nadużycie władzy. Tem niesłusznem, najłagodniej mówiąc potępieniem, dał podstawę najbezzasadniejszym zarzutom wypowiedzianym przez świętojurcę Zaklińskiego, który niekorzystny dla tej partyi rezultat wyborów do sejmu galicyjskiego przypisywał nadużyciu urzędników przy wyborach.

N. Fr. Presse tak dziś pisze o tej mowie, co najlepiej charakteryzuje jej dążność:

„Co sądzimy o odpowiedzialności namiestnika — pisze ów dziennik — powiedzieliśmy już dawniej, a hr. Hohenwart mógł to dzisiaj słyszeć nietylko od członka „lewicy“ ale także od Polaka Mieroszowskiego.“ Tu przytacza *N. fr. Presse* część pierwszego wyżej podanego ustępu mowy p. Mieroszowskiego, a wyszydzając projekt reformy władz administracyjnych podany przez hr. Hohenwarta, tak dalej pisze: „Kto pragnie zrobić sobie pojęcie o stanie rzeczy stworzonym przez taką reformę, niechaj przeczyta ładny szkic galicyjskich rządów krajowych narysowany przez Rusina Zaklińskiego i już wyżej wymienionego liberalnego Polaka Mieroszowskiego. Namiestnik Galicyi nie jest jeszcze odpowiedzialny sejmowi krajowemu i jeszcze Bogu dzięki! ma wpływ wiedeńskie ministeryum na autonomiczny galicyjski zarząd krajowy. Ale od czasu jak *de facto* uczyniono partyi polskiej ustępstwo, iż polityczne posady od namiestnika zacząwszy aż do naczelnika powiatu wyłącznie przez Polaków są obsadzone, cóż to za obraz przedstawia nam ten polski zarząd! Hr. Mieroszowski porównał ten zarząd z turecką administracyą, a mąż ten zna go dobrze z własnego doświadczenia. Jeśli więc Grocholski, naczelnik panującej w Galicyi partyi, głowa polskich feudałów i dawny minister kolega Hohenwarta, zastrzegał się wszystkiemi siłami przeciw temu, aby zarząd polityczny nie był reformowany na drodze ustawy państwowej, nie była to jedynie feudalistyczna formułka, lecz rzeczywista obawa, iż jego partya stracić może wówczas panowanie; i rzeczywiście dopóki na drodze ustawodawczej nie otrzyma stanowczego ciosu, dopóty w kraju tym będzie się utwierdzać i utrwalać; jak to dowiodły ostatnie wybory do sejmu galicyjskiego.“

Wiedeń 19 listopada.

(*R.*) Część stronnictwa wiernokonstytucyjnego udała się na *mons sacer*. Wątpić należy, czy zdoła ona przeciągnąć na swą stronę resztę deputowanych wiernokonstytucyjnych, ale to pewna, że nie powróci do dawnego obozu. Od piątku rozdział stronnictwa wiernokonstytucyjnego jest faktem dokonanym. Nowe stronnictwo, zwące się „niezawisłem“, liczy podobno około 50 do 60 członków. Jest to liczba wcale poważna, albowiem cała prawica nie liczy o wiele więcej głosów. Ale naprzód jest to stronnictwo *ad hoc*, t. j. do załatwienia ugody węgierskiej po swojemu, nadto nie wystarcza ono do powzięcia uchwał w Izbie, jeśli nie potrafi uzyskać neofitów wśród reszty stronnictwa wiernokonstytucyjnego. Nowe stronnictwo jest dość silnem, aby działać jako rozczyn chemiczny, ale jest zanadto słabem, aby nawet wraz z prawicą zwyciężać: alians zaś z prawicą będzie nowemu stronnictwu, złożonemu z samych prawie radykalnych żywiołów, bardziej wstrętnym, aniżeli rządowi. Jak na początek, nowe stronnictwo już wiele osiągnęło, naprzód sławę herostratową, że cała Austrya zajmuje się niem żywo, dalej rozbicie obozu wiernokonstytucyjnego, wreszcie poparcie kilku dzienników. P. Herbst dotąd nie oświadczył się ani za, ani przeciw, ale *Nowa Presse*, właściwy jego organ zawzięcie walczy przeciw nowemu stronnictwu, które składa się po części z centralistów starej daty, po części z Młodo-Niemców, dążących do unii osobistej z Węgrami, po części zaś z przeciwników obecnego gabinetu. Rząd dotąd trzyma i zachowuje się biernie. We wtorek udzieli w Izbie wyjaśnień w sprawie węgierskiej, przez co może uda się powstrzymać wielu deputowanych od połączenia się z nowem stronnictwem „independentów.“ Jeżeli rząd potrafi dobrze manewrować, to — straciwszy około 50-60 niepewnych deputowanych — pozyska tem łatwiej resztę obozu wiernokonstytucyjnego, choćby tylko z przekory ku nowemu stronnictwu.

W sprawie wschodniej nic nowego nie zaszło. *National Ztg* popychając Austryę do akcyi wspólnej z Rosyą, dowodzi w artykule wstępnym nader uwagi godnym, że Car zwrotem przeciw Serbii zrobił usługę państwu Austryi, którego snać w Wiedniu nie zrozumiano. *Nat. Ztg* mówi, że Austrya popchnęła połudiowych Słowian w ramiona Rosyi, że popełniła ostatni dozwolony błąd, że teraz wspólna inicyatywa z Rosyą jest najlepszem wyjściem z fałszywego położenia.

Petersburg 12 listopada.

Donosiłem wam w ostatnim liście, że przygotowania wojenne nie ustają, przeciwnie mimo rozejmu i zapowiedzianéj konferencyi odbywają się z największą energią. Ponieważ dawał się czuć brak środków transportowych, nakazano zbudowanie 280 nowych lokomotyw, każda po 40,000 rubli (cena ich zwykła w czasie pokoju jest 28,000 rubli) i 5000 wagonów (po 1500 rubli za wagon), których cena normalna jest 1500 rubli. W oczekiwaniu téj dostawy, cały materyał ruchu na liniach drugorzędnych przeniesiony jest na linie główne kolei żelaznych, a kompania obowiązana jest dostarczyć jedenaście pociągów dziennie, a jeden tylko dla publiczności.

Przed dziesięciu dniami towarzysz ministra robót publicznych i komunikacyi, senator Selifontow zwołał na tajne zgromadzenie dyrektorów kompanii kolei żelaznych. Na tem nadzwyczajnem zebraniu wniósł on w imieniu rządu propozycyę usunięcia wszystkich urzędników, którzy nie dają dowodów sympatyi dla sprawy słowiańskiéj, to jest wszystkich Polaków, których wielka liczba umieszczoną jest przy zarządzie rosyjskich kolei żelaznych. Przystęp do każdego innego zawodu byłby im z nakazu rządu wzbronionym. Ponieważ całe to zgromadzenie złożone było z Rosyan lub zruszczonych Niemców nikt się nie znalazł, coby wystąpił przeciw téj niecnéj propozycyi lecz nikt jéj także nie poparł. Jednakże jeden czy dwu członków uczynili bojaźliwie uwagę, że środek ten wykonany ściśle i natychmiast, może mieć bardzo zgubne skutki, gdyż trudnem byłoby, jeżeli nie zupełnie niepodobnem, zastąpić bez przerwania służby, kilku tysięcy urzędników, długiem doświadczeniem wćwiczonych w rzemiosło. Argument ten wydał się ważnym i silne wywarł wrażenie na p. Selifontow, który zamknął posiedzenie, że rząd nie zrzekając się całkiem tego projektu odroczy go do chwili ściślejszego zbadania. Trudno przewidzieć jak się rozstrzygnie ta ważna sprawa, lecz mogę was zapewnić, że wszyscy uczciwi ludzie, nawet między tymi co są nieprzychylni Polakom, mówią o tem z oburzeniem.

Niezaprzeczoną jest prawdą, że w ogóle boją się Polaków i niedowierzają im. Równocześnie z propozycyą p. Selifontowa poczęły tu obiegać zatrważające pogłoski o stanie umysłów w Polsce, szczególnie w Warszawie. Dzienniki mówią o nowych agitacyach, i pewnych demonstracyach patryotycznych w tem mieście. Zdaje się jak gdyby wydane było hasło, aby wywołać drzymiące nienawiści. Współczesność środka zaproponowanego że p. Solifontowa z tą postawą prasy urzędowéj i półurzędowéj wobec Polaków, daje wiele do myślenia.

Ważny fakt ze źródeł urzędowych doszedł do wiadomości mojéj. W ostatnich dniach rząd począł wywierać silny wpływ na rzadkie bardzo organa niezawisłe, które nie wiele okazują zapału dla wojny i dla „świętéj sprawy braci Słowian.“

Wiestnik europejski pierwsze zajmuje i najznakomitsze stanowisko w téj prasie. Przed kilką dniami p. Petrow prezes komitetu cenzury przyszedł do redakcyi tego ważnego Przeglądu z „przyjacielską radą,“ „aby zaniechał opozycyi przeciw usprawiedliwionym aspiracyom wojowniczym narodu.“ Przy téj sposobności zwracam uwagę waszą na znakomity artykuł w zeszycie październikowym, podpisany przez Połońskiego.

Krok ten urzędowy uderza tem bardziéj, że dziennik *Nowoje Wremia* otrzymujący natchnienia od p. Grigoriewa, jlego dyrektora cenzury państwa i redagowany przez p. Suworina, sławnego ex liberała, dziś służalca oddanego rządowi, forytuje wojnę na zabój, podczas gdy dziennik *Molwa* został zawieszony na 6 miesięcy z powodu artykułu p. t.: „Aby dotknąć sprawy słusznéj, trzeba mieć czyste ręce,“ przesłanego przez p. Drogomanowa patryoty ruskiego z Genewy, dokąd się schronił przed prześladowaniami, jakich był przedmiotem.

Niepojmuję, przyznam się, owych podnieceń w duchu wojennym, jest to czysty zbytek, gdyż opinia publiczna aż nadto jest przygotowaną do téj nieuchronnéj konieczności. Wszyscy bez wyjątku są tu za wojną; można powiedzieć bez przesady, że gorączkowe jéj oczekiwanie pali, denerwuje publiczność tutejszą, i zapewne lepszy jest upust krwi niż stan obecny, nieznośny i zgubny tak pod względem moralnym jak materyalnym.

Rozmaitego rodzaju pogłoski obiegają o zdrowiu Cesarza. Bliżsi niego twierdzą, że jest dobre w ogóle pomimo rozprężenia moralnego. Cara leczy obecnie Dr Botaine lekarz cesarzowéj w miejsce oddalonego Dra Carrela.

Londyn 14 listopada.

Uważam sobie za obowiązek obznajamiania was jak najczęściej z przebiegiem faz w kwestyi wschodniej. Widnokrąg polityczny ciągle bardzo jest chmurny; mobilizacya części armii rosyjskiej i zamiar skoncentrowania jej nad Prutem, są tu uważane za groźbę przeciw wolności obrad na konferencyi. W tutejszych sferach urzędowych panuje niezadowolenie z postępowania rządu rosyjskiego, i ludzie świadomi rzeczy uważają za bardzo prawdopodobne, że lord Derby prześle protestacyę przeciw mobilizacyi armii rosyjskiej, będącej prawdziwem niebezpieczeństwem dla utrzymania pokoju.

Rada ministrów nie zajmowała się jeszcze tą protestacyą, lecz mi wiadomo, że wielu z kierowników stronnictwa ministeryalnego zachęca ich do uczynienia tego.

Mało tu przypisują wagi zarzutom czynionym przez Turcyę przeciw zebraniu się konferencyi. Jeżeli konferencya nastąpi, odbędzie się z Turcyą lub bez niej. Tak przynajmniej mówią w tutejszych kołach urzędowych.

Królowa Wiktorya, wiem to z dobrego źródła, napisała list do cesarza Wilhelma z prośbą aby użył wpływu swego na Cara w interesie pokoju

Znaczna liczba oficerów inżynieryi angielskiej wysłaną już została do Konstantynopola i zapewnić was mogę że ministeryum gotowe jest bronić bądź co bądź Konstantynopola, gdyby miasto to było zagrożone.

Dowiaduję się od kogoś co bywa w ambasadzie austryackiej, że bardzo tam niemiłe zrobiły wrażenie słowa Cara, zapowiadające iż staje na czele ruchu słowiańskiego.

Flota angielska zimować będzie w zatoce Jer na wyspie Mitylenie, w zatoce bowiem Besiki zbyt byłaby narażoną w zimie.

P. Sampson dawny redaktor części finansowej w *Timesie*, który umarł przed kilku tygodniami zostawił 160 000 f. st. Mówią że to on w miesiącu lipcu 1870 r. zapoznał p. Bamberga konsula niemieckiego w Paryżu, który wtedy przybył do Londynu, z redakcyą *Timesa*. Fakt ten przyczynił się w znacznej części do nieprzyjaznej dla Francyi postawy, jaką zachował ten dziennik przez cały ciąg wojny.

15 listop. Obiegają tu pogłoski rozmaitego rodzaju i z nich rodzą się obawy. Powtórzę wam niektóre z nich, nie mając jednak czasu sprawdzić je.

W Amsterdamie dom „Hope“ miał rządowi rosyjskiemu wyjednać pożyczkę 3 milionów f. szt.

Miały być w tych dniach wymienione korespondencye własnoręczne między królową Wiktoryą, Carem i cesarzem niemieckim. Opierając się na tem jeden z członków gabinetu, zapewniał kogoś z moich znajomych wczoraj, że wojny nie będzie.

Rząd angielski zaprzecza doniesieniu jednego z dzienników wiedeńskich, jakoby odarył hr Beustowi projekt rosyjski utworzenia z Bułgaryi niezawisłego państwa pod rządem ks. Leuchtenberskiego, który jest obecnie w Peszcie.

Z drugiej strony pewnem jest, że wielka teraz panuje serdeczność w stosunkach między Anglią i Austryą i że zapatrywania obu tych rządów na kwestyę wschodnią zbliżają się coraz bardziej.

Przeciwnie współzawodnictwo Anglii z Rosyą z każdym dniem coraz więcej się zarysowuje i zaczyna przybierać obrót istotnie niepokojący. Z obu stron, jak twierdzą, odbywają się rokowania.

W Liwadyi nie miły wpływ wywarła inicyatywa lorda Derby w przedmiocie konferencyi, kiedy porozumiano się w Reichstadzie że zwołanie jej nastąpi przez trzy cesarstwa.

Zdaje się być pewnem, że obok propozycyj angielskich, znejdą się na stole konferencyi całkiem odmienne propozycye rosyjskie.

Słychać, że ustęp mowy lorda Beaconsfielda, gdzie jest powiedziane, że „ultimatum rosyjskie winno być uważane, jako wezwanie do uiszczenia spłaconego długu“, tem niemilsze sprawiło zdziwienie w wysokich sferach rosyjskich, iż wprost zostało nakazanem przez Cara.

P. S. Obiega pogłoska, że policya tutejsza odkryła spisek na życie cesarza Wilhelma. Zdaje się, że policya pruska została o tem zawiadomioną i że autor spisku odpłynął na okręcie angielskim do Niemiec.

Ateny 12 listopada.

Ministeryum tutejsze błąkało się, jakby we mgle i czekało dopiero światła od króla. Opinie były chwiejne, nie wiedziano, jakiej się chwycić polityki, lub jaką zalecać.

Pierwszą potrzebą chrześcian na Wschodzie jest bez wątpienia skruszenie swych więzów. Nie korzystali oni z wojny serbskiej, aby dojść do tego, mniemając, że działają odpowiednio widokom Europy i spodziewając się wspaniałej nagrody. Zdziwieni oni zostali, że Europa nie zwracała nawet uwagi na ich zachowanie się; zajmowała ona się bardzo Słowianami i ich autonomią, a innych całkiem pozostawili na boku. Poczęto wtedy wyrzekać w Grecyi; przeciw komu? Czy przeciw Europie? O tem nie myślano nawet. Ministeryum odpowiedziało samo nie wiedząc co. Nie mogło ono zaprzeczyć słuszności. Lecz cóż należało czynić? Nie wiedziano.

Taki był zamęt i w takim stanie korespondent nie wiele miał do powiedzenia, gdyż nikt się nie zdecydował na nic. Zresztą przybył król. Żądano przygotowań; król zalecał roztropność i cierpliwość. Ministeryum, aby nie iść przeciw prądowi, chce poddać pod głosowanie ustawy o rekrutacyi i pożyczce. Mniemano, że nie ma żadnego stałego projektu, a mniej jeszcze projektu wojny, niż jakiego innego.

N. Pan nadał starszemu radcy skarbowemu przy prokuratoryi skarbowej galicyjskiej Drowi Stanisławowi Szlachtowskiemu, jako kawalerowi orderu korony żelaznej trzeciej klasy, w myśl statutów tegoż orderu, szlachectwo austryackie.

N. Pan mianował docenta prywatnego w uniwersytecie krakowskim Dra Stanisława Smolkę profesorem nadzwyczajnym historyi austryackiej w rzeczonym uniwersytecie.

N. Pan mianował profesora drugiego gimnazyum we Lwowie Antoniego Krygowskiego, dyrektorem gimnazyum realnego wyższego w Wadowicach.

Minister wyznań i oświaty zatwierdził uchwałę kolegium profesorów wydziału filozoficznego w uniwersytecie krakowskim, dopuszczającą Dra Franciszka Czernego-Schwarzenberga na docenta geografii na wydziale filozoficznym.

Minister sprawiedliwości nadał opróżnioną posadę notaryusza w Sieniawie Franciszkowi Wolskiemu, kandydatowi notaryalnemu.

Minister spraw wewnętrznych mianował komisarza powiatowego Wiktora Ortyńskiego sekretarzem rządowym na Bukowinie.

Wiedeń 19 listopada. Porządek dzienny posiedzenia (207) Izby deputowanych, które się odbędzie we wtorek, jest następujący: Wybór wydziału do ustawy o poborze rekruta; dalszy ciąg rozpraw nad wnioskiem dep. Göllericha.

— Do wydziału, który się ma zająć wstępnemi obradami nad ustawą przeciw pijaństwu i nad ustawą przeciw lichwie, wybrani zostali dep.: Dr Rydzowski, Skrzyński, Kochanowski, Dr Roser, Dr Wedl, Dr Gierowski, Renney, Dr Hönigsmann i Dr Haase.

— Na posiedzeniu Izby poselskiej Sejmu węgierskiego dnia 17 listopada prezes ministrów Tisza odpowiedział na interpelacye Simoniego i Helfego, tyczące się sprawy wschodniej. Interpelacye te podaliśmy w swoim czasie, nie będziemy ich więc tutaj powtarzać, powiemy tylko ogólnie, że pierwszy z nich żądał od prezesa ministrów szczegółowego wyjaśnienia przebiegu sprawy wschodniej i stanowiska, jakie względem niej monarchia austryacka zajęła i życzył sobie, aby rząd węgierski przedłożył ustne lub piśmienne sprawozdanie, poparte aktami urzędowemi, a tyczące się wypadków ubiegłych; drugi zaś pragnął wyjaśnień co do stanowiska, jakie zajmą Austro-Węgry względem ostatniej mowy Cara Aleksandra w Moskwie.

Jak to niejednokrotnie już zapowiadaliśmy, p. Tisza ani na pierwszą, ani na drugą odpowiedź nie dał żadnych szczegółowych wyjaśnień. Odpowiadając dep. Simoniemu prezes ministrów rzekł, że co się tyczy pierwszego pytania, to mogę i mam do tego powody po prostu odpowiedzieć, że rząd nie ma obecnie zamiaru przedłożyć podobnego sprawozdania. Sam dep. Simonyi wyraźnie w interpelacyi swojej żąda, aby to sprawozdanie rządowe odnosiło się tylko do tych wypadków, które uważać możemy za ubiegłe. Według przekonania p. Tiszy wypadki podobne wcale nie istnieją, gdyż tyczą się one spraw, będących w ustawicznym rozwoju, postępujących naprzód i dotąd jeszcze nie rozstrzygniętych. Wypadki, które dep. Simonyi uważa za ubiegłe, skończone, nie są niemi bynajmniej; stoją one w ścisłym związku z toczącemi się obecnie wypadkami, a te ostatnie są ich konsekwencyą, bo z nich wypływają. Istnienie podobnie oderwanych i skończonych w sobie okresów tej sprawy wtenczas byłoby tylko możebnem, gdyby właśnie w tych sprawach kierowano zewnętrzną polityką monarchii bez zastanowienia i rozwagi — czemu stanowczo zaprzecza. A nawet, gdyby podobne wypadki istniały, to minister mniema, że odnoszące się do tych wypadków przedłożenia, nie tylko, że nie miałyby żadnej wartości, ale mogłyby się stać nawet szkodliwemi. Dalej następującym sofizmatem zbija p. Tisza żądania Simoniego. Podobnie ubiegłe wypadki, fazy sprawy wschodniej tworzące odrębną całość, mogłyby istnieć tylko w razie niekonsekwencyi zewnętrznej polityki austryackiej. W takim razie rząd przedłożyłby Izbie sprawozdanie z zaniechanego już kierunku, z drogi, którą opuścił. Izba więc wyrokowałaby nad krokiem, nie mającym już żadnej wartości. Mogłoby się nawet stać — przyjmując zawsze ten nieistniejący fakt niekonsekwencyi — że Izba na podstawie podobnego sprawozdania wyraziłaby swoje zadowolenie co do kierownictwa polityką zewnętrzną, podczas gdy polityka odstępując od poprzednich, na innej zupełnie znajduje się drodze, na drodze, która może nie znaleść w Izbie potwierdzenia. Tym sposobem Izba mogłaby popierać rząd właśnie w chwili, kiedy jego postępowanie jest przeciwnem kierunkowi przez Izbę potwierdzonemu i na odwrót, gdyby Izba wskutek owego przedłożenia wyraziła rządowi swoje niezadowolenie z kierunku polityki zewnętrznej; podobne oświadczenie mogłoby osłabić siłę rządu właśnie w chwili, kiedy jego postępowanie jest zgodnem z kierunkiem przez Izbę potwierdzonym. Przedłożenie więc podobnego sprawozdania nie miałoby żadnych praktycznych korzyści (*potakiwanie w centrum*).

Drugie pytanie dep. Simoniego obejmuje propozycyę aby ponowić rozprawy nad kwestyą wschodnią, jeszcze przed rozpoczęciem rozpraw budżetowych. Simonyi zapytywał, czy rząd jest skłonnym do zezwolenia na podobne dyskusye. Na to pytanie odpowiedział Tisza, że bynajmniej nie widzi potrzeby, aby jeszcze przed rozpoczęciem narad budżetowych dać pobudkę do rozpraw nad kwestyą wschodnią, gdyż sam dep. Simonyi powiedział, że kto zechce to będzie miał doskonałą sposobność poruszenia tej sprawy, właśnie przy uchwaleniu budżetu. Kilka dni rozdziela nas od rozpraw budżetowych, rozpoczynanie więc dyskusyi nad nowym przedmiotem byłoby tylko stratą czasu. Wiem to dobrze — powiada Tisza — że podczas rozpraw budżetowych nie mogę nikomu przeszkodzić wciągnąć i tę sprawę w zakres swego przemówienia; jednakże życzę sobie i mam nadzieję i to zaufanie, że w razie podobnej ewentualności, gdyby i tę sprawę poruszono, rozprawa nad nią nie rozwinie się tak dalece, iżby pozwoliła powątpiewać o takcie parlamentarnym węgierskiej Izby deputowanych (*oklaski w centrum*). W końcu swojej odpowiedzi Tisza zapewnia Izbę, że on i rząd wiedzą dobrze, że wysoka Izba ma prawo, zaufanie jakie w nich pokładała w każdej chwili cofnąć, i szanowny deputowany może być przekonanym, że w chwili, w której się to stanie rząd nie zapomni o swoich obowiązkach konstytucyjnych; jak długo jednakże do tego nie przyjdzie, jak długo zajmować będziemy to stanowisko, połączone wśród stosunków obecnych z wielką odpowiedzialnością; muszę otwarcie oświadczyć, że jesteśmy obowiązani, rozstrzygać według naszego własnego zastanowienia, co i kiedy w tak drażliwych i trudnych kwestyach mamy wyjawić (*potakiwanie w centrum*).

Po krótkiej replice Simoniego, który zapowiedział, że wprawdzie tę odpowiedź przyjmie do wiadomości, ale sprawę wschodnią w najbliższych dniach znowu poruszy, Izba przyjęła odpowiedź prezesa ministrów do wiadomości, wśród żywych oklasków w centrum.

Następnie Tisza przystąpił do odpowiedzi na interpelacyę Helfego. Prezes ministrów nie rozpoczął od razu odpowiadać na postawione pytania, ale zastrzega sobie kilka uwag co do wyrażeń, przez mówcę użytych. Dep. Helfy powiada, że przemówienie Cara rosyjskiego nie jest samem słowem, ale jest zarazem czynem, wypowiedzeniem wojny, groźbą. Twierdzi dalej, że my — t. j. monarchia austryacko-węgierska — musimy także powiedzieć co chcemy zrobić i powiada, że jeśli monarchia w chwili rozstrzygającej zostanie bez sprzymierzeńców, to mogłoby być następstwom tego, że mocarstwa nie wiedziały i w o[illegible]statecznej chwili nie wiedzą, czego chcemy. Co się tyczy pierwszego, zwracam uwagę pana deputowanego — nie zaprzeczając ani w najmniejszej rzeczy ważności podobnego oświadczenia — na to, że według świadectwa historyi słowo od czynu w tak ciężkiem położeniu i okolicznościach stara się przecież być oddzielone, pewną, często nawet nie bardzo krótką epoką. W każdym razie, jakkolwiek by się rzeczy rozwinęły, nie będę szukał stanowczości, odwagi, uzasadnionego poczucia siły tam, gdzie się jej p. deputowany szukać zdaje. Jeśli gdziekolwiek ktoś wypowiedział wojnę, lub groził, a od nas pomimo tego nie wyszło ani jedno słowo, to jeśli nie krzyczymy zaraz, nikt tylko my jesteśmy zagrożeni tem wypowiedzeniem, to dlatego, że człowiek odważny nie postępuje tak, ani w polityce, ani w życiu prywatnem. To taktyka nerwowych chorowitych kobiet (*śmiech*). Co się zaś tyczy uwagi, że możemy zostać odosobnionemi, niech szanowny deputowany nie bierze tego za obrazę, — bo nie mam do niej ani woli, ani prawa — gdy powiem, że jeśli dep Helfy nie wie wszystkiego, i nie może iść za wypadkami, to jeszcze z tego nie wypływa, że inne mocarstwa jeszcze tego nie wiedzą, lub nie dowiedzą się w swoim czasie, gdyż niech mi p. dep. przebaczy, że chociaż znam jego siłę, to co do sprawy wschodniej inne siły rozstrzygać będą (*śmiech*). Zresztą nie myślę wcale, żeby monarchia austryacko-węgierska miała teraz nie przyjaciół. Nie zaprzeczam, że mogą oni istnieć lub będą, ale życzę sobie z całego serca, aby z razu gdyby Węgry i austryacko-węgierska monarchia miała nieprzyjaciela, rząd tego nieprzyjaciela kierował się zasadą, której od nas żądacie t. j. żeby naprzód powiedział wszystko co kiedykolwiek zamierza uczynić, gdyż względem rządu, któryby postępował po drodze, jakiej sobie panowie życzycie, zwycięstwo byłoby w połowie zapewnione; zaglądać bowiem do planów nieprzyjacielskich to zwyciężyć w połowie. (*potakiwanie w centrum*). Przystępując do właściwej odpowiedzi na pytanie, minister oświadcza, że nie może zrozumieć powodów, które skłoniły pana deputowanego do postawienia tego pytania, czy rząd otrzymał urzędowe zawiadomienie z Petersburga i czy autentyczna treść mowy, jest zgodną z treścią ogłaszaną w dziennikach. Tisza powiada, że autentyczna treść przemówienia Cara może być każdemu, a zatem i dep. Helfemu znaną z urzędowego dziennika rosyjskiego, gdzie jest ogłoszoną w dosłownem brzmieniu. Jest więc rzeczą zupełnie zbyteczną, chociaż to bynajmniej nie sprawia mi trudności, żądać odemnie oświadczenia, że tekst urzędowy jest autentycznym. Co się tyczy drugiego pytania, jakie stanowisko zajmie ministerstwo spraw zagranicznych względem ostatniego przemówienia, to muszę oświadczyć, iż względem tego ostatniego wypadku żadnego nie zajmie specyalnego stanowiska. Ministerstwo spraw zewnętrznych ma już swoje stanowisko w sprawie wschodniej i od niego nigdy nie odstąpi (*potakiwanie*). Prosząc o przyjęcie odpowiedzi tej do wiadomości, pozwolę sobie ze względu na Izbę oświadczyć, że rozszerzana przez dzienniki wiadomość, że austryacko-węgierskie ministerstwo spraw zewnętrznych zgodziło się na konferencye konstantynopolitańskie na podstawie przedłożeń angielskich, odpowiada w całości prawdzie, i uzupełniam je tem, że i na tych konferencyach kierownicy zewnętrznej polityki monarchii będą uważać w tem swój obowiązek, z jednej strony przyczynić się o ile można do utrzymania pokoju z drugiej uczynić wszystko, co byłoby koniecznem do obrony interesów monarchii. Upraszam Izbę o przyjęcie oświadczenia mego do wiadomości (*przeciągłe oklaski*).

— Jenerał Czernajew przybył w sobotę do Wiednia, gdzie ma się zjechać z swoją żoną.

Rosya.

Okólnik ks. Gorczakowa do posłów przy dworach zagranicznych brzmi, jak następuje:

Do przedstawicieli Rosyi przy rządach zagranicznych

Carskie Sioło dnia 1 listopada 1876.

Smutne wypadki, które zbroczyły krwią półwysep Bałkański, głębokie wywarły wrażenie w całej Europie. Rządy też europejskie uznały konieczność wystąpienia w imię ludzkości i dobra powszechnego, dla położenia kresu na zawsze temu stanowi rzeczy; wymogły więc na obu stronach wojujących zawieszenie broni i postanowiły zwołać konferencye, mającą przepisać zasady pokoju stałego, któryby zapewnił ludności chrześciańskiej w państwie tureckiem stanowcze rękojmie przeciw niepoprawnym nadużyciom administracyi tureckiej i niczem nie okiełznanej samowoli władz ottomańskich, zabezpieczając zarazem Europę od peryodycznego wznawiania się krwawych wstrząśnień. Rząd carski dążył zawsze i wszelkiemi siłami do utrwalenia zgody między państwami europejskiemi, mając nieustannie na uwadze, że w kwestyi obecnej interesa polityczne powinny ustąpić miejsca wznioślejszym interesom całej ludzkości i pokoju Europy; nieomieszka przeto jeszcze i teraz wytężyć wszystkich sił swoich, aby na drodze zgody osiągnąć skutki pewne, trwałe i zgodne z wymagami słuszności i pokoju powszechnego. Kiedy atoli dyplomacya w ciągu całego roku stara się znaleść środki zdolne uśmierzyć zaburzenia na półwyspie Bałkańskim drogą pokoju i zgody, Porta umiała skorzystać ze sposobności zaniepokojenia świata muzułmańskiego i ściągnęła z głębi Azyi i Afryki ciemne szeregi nieokiełznanych niczem żywiołów panislamizmu, tudzież podburzyła fanatyzm muzułmański dla stanowczego zgnębienia pod ciężarem przewagi liczebnej ludności chrześciańskiej, za swój byt walczącej. Sprawcy straszliwych okrucieństw, oburzających całą Europę, nieprzestają broić dotychczas bezkarnie, i dziś pomimo rozejmu dokonywa się na całym obszarze cesarstwa ottomańskiego, w oczach zdumionej Europy powtórzenie gwałtów i okrucieństw niemniej straszliwych, jak przed dwoma miesiącami. Wobec takiego składu rzeczy Najjaśniejszy nasz Monarcha, postanowiwszy mocno użyć wszelkich zależnych od niego środków dla osiągnięcia celów nakreślonych przez mocarstwa europejskie, raczył uznać za konieczne zmobilizowanie części swej armii. NPan nie pragnie bynajmniej wojny i uczyni wszystko, aby uniknąć jej. Lecz nie ustanie w swej gotowości do wojny, dopokąd zasady słuszności, popierane przez całą Europę, a których narodowe uczucia Rosyan pragną bronić do ostatka, nie będą zastosowane do bytu Słowian i nie uzyskają pewnych rękojmi trwałości. JWPan upoważnionym jesteś do przeczytania i wręczenia odpisu niniejszej depeszy p. ministrowi spraw zagranicznych. Proszę przyjąć i t. d.

Gorczakow.

St. Pietersburgskija Wiedomosti pod dniem 3go (15) listopada w następujący sposób tłumaczą konieczność mobilizacyi: „Środek ten wywołany został postępowaniem rządu tureckiego. Od czasu zawarcia rozejmu upłynęło dwa tygodnie, tymczasem ze strony Porty ani widać chęci korzystania z tego czasu dla wprowadzenia reform mogących zaspokoić słuszne żądania ludności chrześciańskiej w Turcyi. Nie przestają Turcy, wedle otrzymywanych wiadomości, popełniać gwałtów i okrucieństw w oczach oburzonej Europy, pomimo, iż rządy postanowiły położyć im koniec i oświadczyły o tem postanowieniu Porcie. Obrady w Konstantynopolu przepisać mają warunki pokoju między Turcyą a Słowianami. Uchwalone przez przedstawicieli sześciu mocarstw warunki powinny być obowiązującemi dla Porty, lecz można przypuścić, że rząd turecki nie uzna się obowiązanym do spełnienia ich; jest bowiem wiele powodów pozwalających wnosić, że Porta prędzej odrzuci warunki pokoju przepisane przez konferencyę, niźli je przyjmie! Pewność przyjęcia przez Portę wyroku obrad przedstawicieli rządów europejskich byłaby zupełną, gdyby Austrya i Anglia nie podsycały umyślnie nadziei w Turkach, że w łonie obradujących mogą wyniknąć zatargi, a poglądy gabinetu wiedeńskiego i londyńskiego na sprawę wschodnią nie są bynajmniej tego rodzaju, aby odrzucenie warunków pokoju przepisanych przez konferencyę mogło zbyt oburzyć Austryę i Anglię. Chwiejności polityki austryackiej wobec spraw wschodnich dowodzą obrady w Radzie państwa wiedeńskiej i powszechne anti-słowiańskie usposobienie umysłów w Węgrzech. Co zaś do Anglii — mowa Disraelego na uczcie u lorda-majora aż nadto pozwala Turkom liczyć na pomoc angielską. Gdyby też nie plecy angielskie i nie sympatye Austryi, rząd turecki zaprzestałby już dotychczas gwałtów nad chrześciańskimi poddanymi swymi, lub przynajmniej ukarałby przykładnie sprawców owych gwałtów; tymczasem jednak nie czyni tego. Wobec tedy biernego oporu Turcyi, a dwulicowości Austryi i Anglii, Rosya zmuszoną była zdecydować się na krok nowy na drodze swej polityki energicznej, owocem zaś tej decyzyi jest mobilizacya armii.

W ostatnich czasach zaczęły się pojawiać w dziennikach zagranicznych, a nawet i rosyjskich, korespondencye z Serbii, w których nieprzyjazny stosunek między ochotnikami rosyjskiemi, a wojskiem i narodem serbskim w bardzo jaskrawych wystawiany jest barwach. Z tego powodu *St. Piet. Wied.* z d. 2 (14) listopada mówią: „Pisano wiele o starciach gorszących, wynikłych między Rosyanami a Serbami, w skutek których ministerstwo belgradzkie miało się niby domagać zupełnego usunięcia ochotników rosyjskich z Belgradu. Trudno nam przesądzać, czy i w jakiej mierze pogłoski te zasługują na wiarę, lecz nie możemy twierdzić, aby były zupełnie bezzasadnemi. Bo w rzeczy samej stosunki między naszymi ochotnikami a Serbami nie są zbyt przyjazne; z kąd i dla czego wynikły zatargi? — nie wiadomo, lecz zdaje się, że przyczyną ich główną są klęski serbskie, które ich czynią niesprawiedliwymi. Otrzymaliśmy n. p. przed parą dniami list (od Serba), który postępowanie naszych ochotników maluje w tak szpetnych barwach, że niepodobna nam nieposądzać korespondenta o stronniczą przesadę“. Przytacza następnie ten dziennik dosłowną osnowę listu owego Serba, który mówi w najdosadniejszych wyrazach, że jedynem pragnieniem patryotów serbskich jest pozbyć się z kraju wszystkich Rosyan, a nawet samego Czernajewa, że jeżeli Moskale nie opuszczą Serbii, Serbowie tłumnie uchodzić zaczną z własnej ojczyzny i szukać przytułku w innych krajach: „Rosyanie — są słowa korespondenta — winni są wszystkich klęsk, których Serbia stała się ofiarą w ostatnich czasach; w ciągu całej wojny nic nie robili, tylko układali kłamliwe telegramy i pili szampana. Kiedy Serbom kto mówi, że przecież Rosyanie tysiącami dali się zabijać za sprawę serbską, to odpowiadają, że zabijano ich tylko dla tego, bo byli zawsze pijani i bez przytomności. Po trzeźwemu albo nie pokazywali się wcale na pole bitwy, albo ukazawszy się, uciekali zaraz, aby pić i układać telegramy, że Serbia bez nich byłaby zgubioną. Całe postępowanie ochotników rosyjskich w Serbii nacechowane jest kłamstwem, samochwalstwem, złemi nałogami, słowem, ciężyli tylko Serbom i szkalowali ich, zamiast im pomagać“. *St. Piet. Wied.* występując przeciw treści tego listu mówią: „Oburzającem jest takie ogółowe rzucanie winy na wszystkich ochotników naszych, których waleczność i poświęcenie świat cały podziwiał! Nieprzeczymy, że mogły się zdarzać wypadki pojedyncze rzucające cień szpetny na naszych ochotników; lecz Serbia powinna pamiętać, że jeśli wytrzymać zdołała walkę z Turkami w ciągu czterech miesięcy, zawdzięcza to jedynie narodowi rosyjskiemu i jego ofiarności, że jeśli ją nie spotkał los Bułgaryi, tylko Rosyi dziękować za to powinna. Ale okazuje się, że niema wdzięczności na świecie i nie dla niej też, lecz dla zadosyćuczynienia własnemu uczuciu ludzkości Rosya świadczyła i świadczy tyle dobrodziejstw Serbom.

— Rozkaz dzienny o mobilizacyi wojska i wyznaczeniu dowódzców, podpisany przez Cara d. 1 (13) listopada jest obszerny, a treść jego ogólna da się wyjaśnić w sposób następujący: Z korpusów 7, 8, 9, 10, 11 i 12, konsystujących w okręgach Kijowskim, Odeskim i Charkowskim formuje się armia czynna, która składać się będzie z sześciu korpusów, a mianowicie:

Korpus	7 z 15 i 36	dyw.	piech.	i 7	dyw.	jazdy
„	8 z 9 i 14	„	„	i 8	„	„
„	9 z 5 i 31	„	„	i 9	„	„
„	10 z 13 i 34	„	„	i 10	„	„
„	11 z 11 i 32	„	„	i 11	„	„
„	12 z 12 i 33	„	„	i 12	„	„

Naczelnym dowódzcą armii czynnej mianowany W. Książę Mikołaj Mikołajewicz starszy; głównym naczelnikiem sztabu jen. piechoty Niepokojczycki; naczelnikiem artyleryi jen. porucznik Massalski; naczelnikiem inżynierów jen. major Depp; inspektorem szpitali armii czynnej jen. major Stolzenwald; atamanem wojsk nieregularnych jen. porucznik Fomin; pomocnikiem naczelnika sztabu jen. major Lewicki. Dowódzcami korpusu mianowani: korpusu 7go jen. porucznik książę Barklay de Tolly-Weimarn; 8go jen. porucznik Radecki; 9go jen. porucznik baron Krüdener; 10go jen. porucznik ks. Woroncow; 11go jen. porucznik ks. Szachowski; 12go jen. porucznik Wapnowski.

Naczelnikami sztabów mianowani: korpusu 7go jen. major Janowski; 8go pułkownik Dmitrowski; (9 pominięto); 10go jen. major bar. Wrewski; 11go pułkownik Biskupski; 12go jenerał major Dakmasow.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 20 listopada. Komisya antropologiczna odbyła posiedzenie w d. 16go b. m. Przewodniczący Dr Majer zawiadomił o toku czynności od ostatniego posiedzenia. Należały tu: opracowanie nadesłanych spostrzeżeń antropometrycznych, w części przez przewodniczącego podjętej już ukończone, w drugiej części przez Dra Kopernickiego bliskie ukończenia. Tymczasowe sprawozdanie z wycieczki etnologicznej odbytej z zasiłkiem Akademii przez p. Kolberga do Czertkowiec, Barysza, Kossowa, Żabia i Czerniowiec. Zbadanie przez p. Kirkora cmentarzyska pogańskiego na gruntach wsi Mokrzyszowa przypadkowo odkrytego a zasługującego na bliższe zajęcie się niem w dogodniejszej porze. Nader cenna przesyłka od J. X. Siarkowskiego z Kielc za pośrednictwem p. Kolberga, składająca się z rysunków i fotografij treści etnologicznej, a oprócz tego z obszernego rękopismu zawierającego notaty etnograficzne dotyczące ludu z okolic kieleckich. Opis mogił w Radziminie, Siwkach i Siekierzyńcach na Wołyniu, sporządzony spólnie przez pp. Zygm. Glogera i Zyg. Radzimińskiego, pod których okiem mogiły rozkopane zostały; opis ten obok nadesłanych przedmiotów przekonywa, że Wołyń należy do jednej z ziem polskich, przechowujących zabytki przedhistoryczne z epoki stosunkowo wcześniejszej niż inne. Na zasadzie tak tej, jak i dawniejszych prac p. Glogera, Komisya uchwaliła policzyć go do grona Członków swoich przybranych, skoro tylko nastąpi wymagane w tych razach potwierdzenie od właściwego Wydziału. Następnie sekretarz Komisyi Dr Kopernicki jako delegat Akademii a w szczególności Komisyi antropologicznej, na Zjazd międzynarodowy archeologiczno-antropologiczny w Peszcie, odczytał pierwszą część swego sprawozdania dotyczącą wypadku mianych tamże wykładów i rozpraw, zostawiając do części 2ej wiadomości o urządzonej równocześnie wystawie, tudzież nabytkach jakie odnieść z nich mogła nauka.

— Dziś, jako w rocznicę śmierci królowej Bony odbyła się pierwsza msza żałobna w Krypcie wawelskiej pośród trumien królewskich. X. kanonik Scipio celebrował w asystencyi duchowieństwa. Liczne grono pobożnych zgromadziło się na tę uroczystość. Następna msza św. w grobowej kaplicy św. Leonarda w katedrze odbędzie się dnia 12go grudnia za duszę króla Stefana Batorego, a 16go grudnia za duszę Jana Kazimierza.

— We środę t. j. w dzień św. Cecylii, jako patronki muzyki i śpiewu, w kościele OO. Dominikanów odprawi się solenna wotywa o godzinie 11-ej z orkiestrą.

— Z papierów familijnych pozostałych po ś. p. Maurycym Mannie sprostować winniśmy niedokładnie podane nazwisko matki. Była ona z domu Hauseger, a nie Hauscygier. Rodzina ta pochodziła z Bawaryi, a babka ś. p. Maurycego była hrabianka Pressen.

— Dla XX. Unitów wygnanych z dyecezyi Chełmskiej otrzymaliśmy od hr. St. Małachowskiego 20 złr., od Dra A. Kremera 2 złr.

— W sobotę o godz. 7ej wieczór w kościele XX. Pijarów odbył się ślub p. Jana Marynowskiego, notaryusza w Wiśniczu, z panną Stanisławą Przesmycką, córką Dra Franciszka Przesmyckiego, radcy sądu krajowego i śp. Julii z Czyżowskich.

— W domu pod L. 404 przy ulicy Szpitalnej wyskoczył z okna pierwszego piętra p. August K. liczący lat 22, dawniej uczeń politechniki w Wiedniu a obecnie nauczyciel języka francuskiego, i złamał sobie prawą nogę. Po opatrzeniu go przez Dra med. p. Sopińskiego, odwieziono go do szpitala Ŝgo Łazarza. Utrzymują, że używał on opium w tytoniu, skutkiem czego mógł popaść w obłąd.

— Wczoraj wieczór w tak zwanej restauracyi Goldfingera, a w właściwie szynku, na Kleparzu pod l. 73, Katarzyna Puchalonka, służąca, rodem z Łowczy w powiecie Bocheńskim, lat 28 mająca, padła nieżywa w ciągu tańca, rażona apopleksyą. Dr Paleczny sprawdził już tylko śmierć.

— W domu pod l. 283 na Kazimierzu, wyrobnik ślusarski Józef Sosnowski, liczący lat 70, schodząc do piwnicy, w której sypiał z braku innego przytułku, spadł ze spadzistych i nieutrzymywanych czysto schodów i zabił się; znaleziono go bowiem bez życia. Piwnica ta służyła za miejsce przytułku żebrakom i pijakom. Śledztwo sądowe zarządzono przeciw właścicielowi domu Salomonowi Jannertowi.

— Policya aresztowała Edwarda Artymowicza, kotlarza z Warszawy za wykradzenie pieniędzy i papierów procesowych z pod zamknięcia teściowi swemu.

— **Krosno** 18 listopada.

Dnia 5go b. m. otwartą została w mieście naszem staraniem Towarzystwa pomocy naukowej, bursa dla biednej uczącej się młodzieży szkół tutejszych. Prałat X. Skrzyński z Ustrobny, którego głównie staraniom zawdzięczyć należy, iż zamiar utworzenia bursy przyszedł do skutku, odprawił mszę św. przy licznem zebraniu wiernych, w obecności marszałka powiatowego, starosty i wielu urzędników rządowych i autonomicznych. Po nabożeństwie poświęcił X. Skrzyński lokal bursy i przemówił do zgromadzonej młodzieży. I tak bursa otwarta. Ośmiu ubogich uczniów znajduje w niej stałe utrzymanie, a sześciu otrzymuje obiad. Ponieważ zakład ten tylko z dobrowolnych utrzymuje się ofiar, Wydział Towarzystwa pomocy naukowej liczy więc na ofiarność dobrodziejów, którzy go czy datkami pieniężnemi, lub w żywności wspierać zechcą, nadsyłając je na ręce przezesa Towarzystwa p. Jaciewicza, burmistrza miasta, lub X. prałata Skrzyńskiego, dyrektora bursy. P. Starowiejski marszałek powiatowy, zaraz po otwarciu bursy pośpieszył z nadesłaniem kilku sąg drzewa i zboża, p. Klobasa nadesłał 100 złr. a p. Łukasiewicz z Chorkówki 50 złr. na opędzenie pierwszych potrzeb.

— **Myślenice** 16 listopada.

Kiedy nieprzyjaciele Kościoła, potwarzają kapłanów, miło mi donieść, ile kapłan według słów „*Ecce sacerdos magnus*“ zdoła przyczynić się do podniesienia dobrobytu włościan i o ile oni poczuwają się do obowiązku wdzięczności. Do roku 1862 należała wieś Jawornik do najuboższych gmin, albowiem wszystek zarobek pochłaniało pijaństwo, rozpusta i t. d. Dzięki niezmordowanej pracy i gorliwości kapłana, który pracując nad wydźwignięciem swoich parafian z moralnego upadku, doczekał się owoców swej pracy, a dwa razy w przeciągu tego czasu miał wizytacyę biskupa, który swojem błogosławieństwem wzmacniał lud w wierze i zachęcał do modlitwy. Dzisiaj właśnie bez wszelkiego uprzedzenia huk moździerzy wezwał parafian, którzy zgromadzili się w szatach świątecznych przed plebanię swego pasterza X. dziekana Bogdana Graczyńskiego, aby mu podziękować za jego gorliwość i ojcowskie rady i powinszować mu 25-letniego kapłaństwa. Rozczulającym był widok, gdy po nabożeństwie cisnęli się młodzi i starzy do swego ojca duchownego po błogosławieństwo.

— W Paryżu wykładają obecnie na wydziale lekarskim okulistykę: Dr Ksawery Gałęzowski i Dr Gorecki.

— W skutek bankructwa dyrektorów zamknięte zostały teatra w Elblągu i Bydgoszczy.

— Włoski minister wojny przesłał prefektowi w Palermo stanowczy nakaz poczynienia stosownych kroków o uwolnienie bankiera Rose, który za białego dnia na drodze publicznej pod samem miastem ujęty został przez rabusiów wraz z bratem swoim, lecz tego ostatniego puszczono wolno, by wykupił brata swego za 400,000 lirów. Minister oświadczył, że jeśli w ciągu jednego tygodnia Rose nie zostanie puszczony wolno a policya nie schwyta dowódzcy rabusiów Leone, wszyscy oficerowie konnej straży policyjnej w całym powiecie będą zdegradowani. Jest bowiem podejrzenie, i to nie dopiero dziś, że policya w Sycylii trzyma z rabusiami. Ciekawa rzecz, kto dotrzyma słowa: czy minister, czy prefekt Palermitański. Nam się zdaje, że żaden z nich obu.

— Telegram z Kalkuty z d. 18go b. m. donosi: W południowo-wschodniej części Bengalu powstała w ostatnich dniach października straszliwa burza z trąbą powietrzną, w której 120,000 ludzi zginęło. Rząd poczynił kroki dla niesienia pomocy poszkodowanej ludności.

— Podróżni, którzy jechali d. 26go października popołudniu pociągiem kolei z Filadelfii do Nowego Jorku uniknęli szczęśliwie losu, jaki niezbyt dawno Thomas zgotował był wielkiej liczbie ludzi w Bremerhaven. Między rzeczami w jednym wagonie znajdowała się skrzynia drewniana, w której był dynamit. Kiedy pociąg znajdował się o 23 mil od Jersey City, nastąpił wybuch, poprzewracały się kufry w wagonie, służba powaloną została na ziemię i niebawem wybuchł w tym wagonie ogień. Nie od razu udało się pociąg zatrzymać, a gdy ugaszono płomienie, znalazły się jeszcze kawałki skrzynki, w której mieścił się narząd zegarowy z pistoletem. Wszystko było tak urządzone, iż gdy skazówka zegaru wskaże godz. 12tą, pistolet wypali i strzał padnie w dynamit, który wybuchnie. Przypadkiem dynamit wcześniej się zapalił. Zdaje się, że narząd ten był w innym celu przeznaczony do Nowego Jorku i że tam miał o północy sprawić spustoszenie w jakim domu lub lokalu publicznym.

TEATR. We wtorek dnia 21go listopada: Po raz drugi: Komedya w 3 aktach — Sewera: *Chcę się bawić.* — Początek o godz. 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do [illegible]. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dni powszednie 30 centów.

— Dnia 18go i 19go listopada pochmurno; dnia 18go termometr od — 0·6 doszedł do + 3·4 C. zaś dnia 19go od — 0.9 spadł wieczorem na — 4.4 C. Barometr opada; o 6ej rano dnia 20go listopada stan jego był 742·4 mill., termometru — 7·2 C. — Wiatr północno-wschodni.

— We wtorek dnia 21go listopada: Ofiarowania Najśw. Maryi Panny.

Wiadomości bibliograficzne.

Nakładem wydawnictwa broszur politycznych w Krakowie wyszła broszura p. t. „*I my czuwamy*“ str. 29.

— We Lwowie wyszły nakładem autora, *Myśli do programu* przez Hilarego Tretera str. 43.

— W Zürich wyszła broszura *Ein kleines Herr, oesterreichische Phantasien* von Gustav von Pacher.

Sprawy sądowe.

Kraków 15 listopada.

Podpalenie.

Dziś odbyła się rozprawa przeciwko Franciszkowi Prochownikowi z pod Kent o zbrodnię podpalenia. Oskarżony żył w nieprzyjaźni z rodziną Kleszczów. Ci bowiem namówili Prochownika do ożenienia się z ich córką, której nie lubił. Ażeby zaś zabezpieczyć los córki, starali się go nakłonić, aby zapisał majątek swej żonie, czego także dokonali. Prochownik lubił pić. Z tej jego słabości skorzystali raz teściowie i wymogli na nim, że zapisał cały swój majątek żonie. Opanowawszy tym sposobem majątek jego, wypędzili go z domu, i tym sposobem pozbawiony środków do życia błąkał się Prochownik jako wyrobnik po okolicy. Tego roku przespał dwie nocy z kilku chłopakami w stodole Kleszczów za ich zezwoleniem. Pierwszej nocy 20 lipca żalił się przed niemi na teściów i odgrażał się zemstą. Następnej nocy wyszedł niby to wody się napić ze źródła, a w rzeczywistości aby dokonać zemsty. Kiedy bowiem jeden z owych chłopaków otwierał mu po powrocie wrota od stodoły, spostrzegł przeciwległą drugą stodołę Kleszczów w płomieniach.

Oskarżony nie przyznaje się do czynu, mimo to atoli przemawiało przeciw niemu kilka ważnych poszlaków. Naprzód zeznali świadkowie, którzy spali z Prochownikiem, że tenże odgrażał się zemstą, następnie zeznali także że czas przez jaki był na polu dla napicia się wody, był o wiele dłuższy, niż tego było potrzeba do tej czynności, że przy pożarze zachował się biernie. Najważniejszym atoli poszlakiem były ślady butów jego na ziemniaczysku rozmokłem deszczem z dnia poprzedniego w kierunku od stodoły, w której spał, ku temu właśnie miejscu stodoły drugiej, gdzie pożar wybuchł.

Sędziowie przysięgli uznali go winnym 8 głosami przeciw 4 a trybunał skazał go na 10 lat ciężkiego więzienia i wynagrodzenie szkody, jakoteż zwrot kosztów postępowania i wykonania kary.

Gospodarstwo, przemysł i handel.

Tygodnik Finansowy.

Mnożące się symptomata wojenne zaniepokoiły wszystkie giełdy. Szczególnie życzenia dobrego powodzenia wyrażone przez Cara naczelnemu wodzowi wojsk rosyjskich odbiły się na nich smutnem echem. To też stosunki giełdowe przedstawiają widok zjawiający się zwykle w czasie poprzedzającym przewidziany wybuch wojny. Wszystkie papiery nie tylko spekulacyjne ale i lokacyjne spadają, a natomiast idą w górę waluty metalowe. Pieniądze papierowe mające kurs przymusowy podzielają oczywiście los wszystkich papierów, mianowicie waluta austryacka i ruble rosyjskie. W wysokim kursie srebra, wyrażającym się szczególnie w notacyach giełdy wiedeńskiej, znaczną część policzyć wypada na karb spadania waluty austryackiej. Kurs rubli zniżył się już w Wiedniu na 1.51.

W wyższym jeszcze stopniu dotyka obecne położenie polityczne kursa arkcyj kolei żelaznych. Ruch na kolejach, szczególnie na kolejach przyległych państwom, między którémi obawiają się wybuchu wojny, ulega, w razie rzeczywistego sprawdzenia się tych smutnych przewidzeń, znacznym przerwom i perturbacyom wszelkiego rodzaju. Zatrwożona giełda wiedeńska eskontuje już dzisiaj naprzód pewną część wynikających ztąd niekorzystnych rezultatów. Odbija się to szczególnie w kursie akcyj kolei żelaznych prowadzących ku granicom tureckim i rumuńskim i przed niedawnym jeszcze czasem bardzo poszukiwanych akcyj kolei Karola Ludwika. Ale i kursa akcyj reszty kolei austryackich ściągnięte zostały w ten sam prąd dążności ku zniżce już z samego względu na to, że wypadki wojenne, jeźliby nastąpić miały, opóźniłyby znacznie dzieło z mierzonej ich sanacyi.

Na polu przemysłowem zaczęła się już Austrya sposobić do wystawy paryskiej, i obiecywano sobie zajaśnieć tam szczególnie w obec widocznie upadającego przemysłu niemieckiego. Zaniosło się tymczasem na to, że Niemcy udziału w niej nie wezmą. Po niepowodzeniu, jakiego okazy przemysłu niemieckiego doznały w Nowym Jorku, zamierzano w Niemczech poprzeć swą sławę w Paryżu, robiąc niezwykłe wysilenia, a opierając się przytem na rezultatach przemysłu alzacko-lotaryńskiego, który do wystawy zachęcano. W tem zjazd przemysłowców pomienionych okolic, wychodząc z zasady, że przemysłowcom alzacko-lotaryngskim, jako Francuzom, nie wypada pojawić się w Paryżu w spółce z obcym przemysłem, postanowili stanowczo nie brać udziału w wystawie r. 1878. Skutkiem tego rząd niemiecki cofnie podobno wniosek wygotowany już w tej mierze do parlamentu. Zachwiało to i postanowienia przemysłowców austryackich, którzy teraz z samemi tylko silniejszemi od siebie współzawodnikami ubiegaćby się musieli o pierwszeństwo i odzywają się już zewsząd głosy domagające się odroczenia wystawy paryskiej do roku 1879, tembardziej, że same nawet obawy wojenne, nie dozwalają w tej chwili myśleć na seryo o przygotowaniach do wystawy a przygotowania później przedsięwzięte miałyby zbyt szczupły przeciąg czasu przed sobą do ich należytego wykończenia. Wpłynęło to, łącznie z panującym brakiem zamówień, na kurs akcyj wszelkich przedsiębiorstw przemysłowych. W ich rzędzie jedynie cukrownie mogłydy mieć szanse powodzenia wobec podwyższenia cen cukru, gdyby tegoroczne żniwo buraków było świetniej wypadło. Skutkiem jednak żniwa mniej niż średniego i ta gałęź przemysłu nie dozna zbytniego powodzenia.

Jedynie na ceny zboża i na ruch w handlu zbożowym otwierają się nieco lepsze widoki, do czego spustoszenia w Turcyi i konieczność obrócenia części żniwa rosyjskiego na zaopatrywanie armii nawet w wyniszczonym obecnie kraju nieprzyjacielskim główną odgrywają rolę. Oczywiście, że wrazie nadspodziewanie pomyślnego obrotu sprawy Wschodniej widoki te znacznej doznaćby musiały modyfikacyi. Producentom zboża możeby wypadło wyzyskać stósownie obecną chwilę pomyślną.

Nagłe wzniesiesie się kursu srebra do wysokości 111.50, przypisują powszechnie zakupnom kolei żelaznych na kupon w srebrze opłacany.

Losowanie obligacyj iudemizacyjnych
dnia 31 października 1876 r.

A) *Fundusz indemizacyjny W. Ks. Krakowskiego,*

Na **50** złr. z kuponami: Nr 183, 213.

na **100** złr. z kuponami: Nr 17, 40, 260, [illegible] 560, 809, 874, 1.097, 1.110, 1.161, 1.209, 1.3[illegible]

na **500** złr. z kuponami: Nr 32, 56, 102, 149:

na **1000** złr. z kuponami: Nr 145, 245, 509, 602, 782, 819, 1.000, 1.056, 1.206, 1 374, 1 501;

i Lit **A.**: Nr. 64, na 4.740 złr., Nr. 88 na 1 210 złr., Nr. 96 na 4.730 złr., Nr. 122 na 2.310 złr., Nr. 153 na 420 złr., Nr. 280 na 1.000 złr. i Nr. 304 na 10.000 złr. z częściową kwotą 4.590 złr.

B) *Fundusz indemizacyjny Galicyi zachodniej.*

Na **50** złr. z kuponami: Nr. 235, 372, 538. 876, 893, 1.014, 1.146, 1.218, 1.249, 1 263, 1.275 1.348, 1.502, 1.593, 1.743, 1.879, 2.099, 2.132, 2.182, 2.185, 2.191, 2.386, 2.439, 2.655, 2.926, 3.193, 3.365, 3.510, 3.577, 3.681, 3.841, 3.928 4.066, 4.086, 4.223, 4.871, 4.944, 4.970, 4.989, 5.005.

na **100** złr. z kuponami: Nr. 200, 201, 297, 352 458. 558, 579, 688, 707, 726, 944, 969, 978, 995, 1.128. 1.257, 1.268, 1.303, 1.366, 1.410. 1.429, 1 644, 1.668, 1.719, 2.022, 2.310, 2.343, 2.660, 2.769, 2.773, 2.779, 2 813, 2.872, 3.107, 3.693, 3 783, 3.935, 3.990, 4.034, 4.041, 4.072, 4.079, 4.142, 4.155, 4.286, 4.343, 4.400, 4.442, 4.485, 4.643, 4.655, 4.695, 4.818, 4.931, 5.024, 5 257, 5.371, 5.572, 5.950, 5.984, 6.305, 6.966, 7.055, 7.357, 7.443, 7.684, 7.748, 7.752, 8.153, 8.235, 8.327, 8.389, 8.401, 8 497, 8.626, 8 656, 8.747, 8.867, 8.962, 9.166, 9.245, 9.290, 9.296, 10.140, 10 163, 10.212, 10.221, 10.372, 10.442, 10.449, 10.511, 10.536, 10 999, 11.052, 11.536, 11 537, 11.716, 11.761, 12.008, 12.434, 12.553, 12 558, 12.787, 12.814, 12.959, 12.991, 13.047, 13.251, 13.326, 13 483, 13,640, 13.689, 13.870, 13 895, 14.006, 14.099, 14.306, 14.648, 14 657, 14.659, 14.979, 15 027, 15.259, 15.301, 15.449, 15.533, 15.539, 15.827, 15 952, 15.963, 16.062, 16.210, 16.281, 16.347, 16.775, 16.977, 17.135, 17.302, 17.320, 17.411, 17.596, 17.833, 17.870, 17.941, 18,063, 18.301, 18.397, 18.468, 18.498, 18.505, 18.568, 18,603, 18.674, 18.750, 18.851. 18 879, 18.933, 19.116, 19.232, 19.268, 19.579, 19.634, 19.800, 20.020, 20.130, 20.219, 20.258, 20 308, 20.343, 20.488, 20.538, 20.605, 20,929, 20,941, 21,208, 21,259, 21,490, 22,035, 22,075, 22,111, 22,127, 22,402, 22,467, 22,481, 22,755, 22,756, 22,803, 22,904, 22,995, 23,006, 23,076, 23,091, 23,103. 23,173, 23,557, 23,626, 23,651, 23 656, 24,077, 24,116, 24,209, 24,217, 24,296, 24.330, 24,573, 24,591, 24,829, 24.941, 25,048, 25 080, 25.417, 25,464, 25,510, 25,547, 25,654, 25,798, 26,018, 26.160, 26,228, 26,334, 26,458, 26,553, 26.604, 26,615, 26,668, 26,725, 26,734. 26,868, 27,018, 27,019, 27,030, 27,072, 27,097, 27.174, 27,190, 27,194, 27,328, 27.334, 27,411, 27.530, 27.593, 27,628, 27,686, 27,734, 27,736. 10.114, 17.556, 17.696,

(*Dalszy ciąg nastąpi*).

Wywóz owsa i siana z Rosyi.

Do *Posener Ztg* piszą z Strzałkowa. Zakaz wywozu owsa i siana z Rosyi i Królestwa Polskiego miał być w życie wprowadzonym, lecz zakaz tylko co wydany, został cofnięty, gdyż rząd rosyjski zaspokoił potrzeby swoje w tym względzie. Z powodu zniesienia tego zakazu owies i siano przewożone są do Prus jak dawniej.

Przyjechali do Krakowa od 18go do 20go listop

HOTEL VICTORIA: Książę Karol Radziwiłł z Poznania, hr. Edward Raczyński ze Lwowa, hr. August Łubieński z Warszawy, Feliks Rzewuski z Kongresówki, hr. Natalia Lasocka z Wiednia, Felicya Sozańska z Galicyi, Jan Bąkowski z Galicyi, Alfred Dawid z Paryża, X. Stanisław Moukielon z Makuny, Karol Linden z Wrocławia, Henryk Piotrowski ob. z Wilna, Jan Modzelewski z Kijowa, Karol Benni z Warszawy.

HOTEL POLLERA: Edward Prager z Prosnitz, Zygmunt Wechselmann z Berlina, Maurycy Klein z Pragi, Aleksander Jasiński ze Lwowa, Ferdynand Ambroz z Bochni, Ignacy Steiner z Berna, Jan Moskosson z Göteberga, A. Kalinowska ze Lwowa, A. Kalmar z Presburga, Jakób Petak ze Lwowa, Dr Włodzimierz Olszewski ze Sącza, Józef Friedl z Warszawy, Karol Twarużek z Berna, Jakób Krzybek z Berna, Wasyli Popowicz z Jass, Zygmunt Eibenschütz ze Lwowa, Bolesław Babecki z Kongresówki, Rudolf Pollak z Pesztu, hr. Roztworowski z Rybny, Jan Rams z Kassowej.

HOTEL DREZDEŃSKI: Hr. Piotr Łubieński z żoną z Warszawy, hr. Franciszka Potworowska z Poznańskiego, Antoni Zubrzycki z Kasiny, Wincenty Gładysz ob. z Żabna, Tadeusz Ajdukiewicz z Monachium, Marya Kurnatowska z Poznańskiego, Franciszek Bader z Wiednia, Kazimierz Samrak z Szwajcaryi, Zdzisław Górski ob. z Kongresówki, L. Schönmann z Wiednia, August Herz z Pragi, Adam Uznański z Szafiar, M. Gozimierski z Kongresówki.

HOTEL SASKI: Hr. Stanisław Dzieduszycki ze Lwowa, Antoni Bołoz Antoniewicz ze Lwowa, Stanisław Jabłoński z Rzeszowa, Zygmunt Janowski ob. z Falejówki, Mieczysław Jasiński Kongresówki, Zdzisław Bobrowski z Galicyi, Justyna Brodowska obyw. z Warszawy, Marya Skrzyńska z Warszawy, Stefan Żukowicz z Sambora, Mieczysław Gawroński z Słupca, Władysław Jędrzejowicz, Franciszek Jędrzejowicz z Galicyi, Marya Darowska z Kongresówki.

HOTEL POLSKI pod BIAŁYM ORŁEM: Leon Fuchs ze Lwowa, Włodzimierz Gładyszowski ze Lwowa, Adam Bielecki ze Lwowa, Stanisław Byszewski z Bochni, Adam Ławicki z Warszawy, Wojciech Zarzycki z Galicyi, Apolinary Kozłowski z córką ob. z Kongresówki, F. Babicz z Radłowa, Emil Lechowski z Warszawy, Józef Telinger ze Lwowa, Maksymilian Rutkowski z Kongresówki, Niesiołowski z familią z Rzeszowa.

PRZEGLĄD POLITYCZNY.

Depesze telegraficzne.

Paryż 17 listopada. Bezzasadnem jest twierdzenie *Gazety Kolońskiej*, jakoby minister spraw zagranicznych ks. Decazes żądał uzbrojenia się Francyi i że prefekci w raportach swoich mówili o wzburzeniu umysłów.

Paryż 18 listopada. Obiega pogłoska, że ze względu na ogólne stosunki europejskie zamiarem jest rządu odroczyć wystawę powszechną przemysłową na r. 1879.

Paryż 18 listopada. *La France* donosi: Hr. Szuwałow otrzymał nakaz dania wyjaśnień ministerstwu angielskiemu spraw zagranicznych pod względem rosyjskich uzbrojeń i układania się z lordem Derby o rękojmie.

Wersal 18 listopada. W Izbie deputowanych uczynił deputowany Lockroy (radykał) zapytanie pod względem zakazu zgromadzenia prywatnego zwołanego przez delegatów Izb rzemieślniczych. Minister spraw wewnętrznych Marcère odpowiedział, że każde stowarzyszenie rzemieślnicze może rozbierać swoje sprawy w Izbach rzemieślniczych; ale zgromadzenie delegatów tych Izb zakrawa na mały parlament, na który rząd niemoże pozwolić. Po za obrębem reprezentacyi na konstytucyi opartej nie może być innej reprezentacyi. Podczas rozpraw nad budżetem sprawiedliwości uskarża się deputowany Talandier na surowość postępowania z dziennikarzami republikańskimi, podczas gdy prasa reakcyjna czuje się być bezpieczną. Prezes ministrów Dufaure odpowiada, że prasa bywa niekiedy narzędziem złych namiętności, przed którémi trzeba społeczność bronić. Rząd będzie przestrzegał ustaw istniejących a sądy pełnić będą swoją powinność, stosując je przeciw każdemu. W końcu Dufaure odpiera zarzut stronniczości. Talandier zbija to twierdzenie i mówi, że przywracając ustawy cesarstwa, trzeba także przywrócić cesarstwo. Zajścia te nie miały innego następstwa.

Rzym 17 listopada. *Gaz. uffiziale* ogłasza mianowanie 10 nowych senatorów. Między nimi są jenerał Cavalli, profesor Moleschott (Niemiec), dyrektor obserwatoryum na Wezuwiuszu profesor Palmieri, prefekci Burgoni, Zini, Bardasono, Gravina; reszta są to dawni deputowani.

Haga 17 listopada. W komisyi budżetowej Izby niższej rzekł minister spraw zagranicznych, że oczekuje rychłego przywrócenia stosunków dyplomatycznych z Venezuelą; kwestya portów przestała być trudnością międzynarodową. Dalsze rokowania będą miały za cel zabezpieczenie stosunków handlowych z Curaçao i Venezuelą. Kwestya finansova o Luxemburg będzie według życzenia obu stron poddaną międzynarodowemu sądowi polubownemu.

Madryt 18 listopada. Na kongresie oświadczył minister spraw zagranicznych, iż Hiszpania nie ma wcale na myśli ofiarować pieniądze i krew swoich synów na cele, które honoru narodowego nie dotyczą.

Petersburg 18 listopada. W skutku częściowej mobilizacyi przygotowaną także jest mobilizacya korpusu sanitarnego, osobliwie urządzone będą lazarety dla rannych. Bez względu na urządzenie takich zakładów kosztem państwa, zbierają się komitety dam na wzór urządzonych podczas wojny francusko-niemieckiej i skutecznie działających prywanych zakładów. Mówią, że Cesarzowa i WW. księżne przyjmą protektorat nad temi stowarzyszeniami. Nie zdaje się być prawdopodobnem, aby Czernajew, gdyby Rosya zmuszoną była do akcyi, zatrzymał dowództwo w Serbii. Już od początku nie podobało się u góry całe wystąpienie tego jenerała w Serbii.

Dubrownik 18 listopada. Niemiecki komisarz demarkacyjny Seebeck przybył tu dzisiaj. W Kleku i Gravozie spodziewane są parowce tureckie dla przewozu chorych.

Konstantynopol 18 listopada. Agencya Havasa donosi: Zebrana dziś nadzwyczajna Rada postanowiła przystać na wniesione przez Anglię zwołanie konferencyi. Midat pasza i Saifet pasza mianowani zostali pełnomocnikami konferencyi. Szevket pasza wysłany został do Filipopola, gdzie będzie sądzony przez komisyę sądową. Ma być ogłoszoną ustawa tycząca się parlamentu ottomańskiego.

Nowy Jork 17 listopada. Przywódzy republikańscy w Nowym Orleanie odrzucili na nowo sprawdzenie wespół z demokratami głosów oddanych w wyborach, będąc tego zdania, że komitet kontrolujący nie ma prawa uznawać sfałszowanych raportów wyborczych za nieważne i niebyłe.

Nowy Jork 18 listopada. Demokraci w Nowym Orleanie odpowiedzieli republikanom na ich odmowę kontrolowania głosów wyborczych, że niezamierzają bynajmniej podawać w wątpliwość ważności orzeczenia wspólnego komitetu kontrolującego. Wieść obiega o nowych zaburzeniach w południowej Karolinie. Podczas aresztowania murzynów zabito dwóch urzędników.

Nowy Jork 18 listopada Komisya nadzorująca wybory w południowej Karolinie zdała sprawę iż Hayes otrzymał tam większość głosów. Demokraci protestują przeciw temu, gdyż w komisyi wyborczej zaszły nieregularności.

Dzienniki centralistyczne pieszczą się mową „liberalnego Polaka“, jak przez omyłkę nazywają hr. Mieroszowskiego, równie bowiem przymiotnik, jak sama nazwa nie da się już zastosować. Rozumiemy tylko radość, z jaką świętojurcy witali swego nowego kontuszowego kolegę.

Uorganizowanie się nowego stronnictwa wiernokonstytucyjnego o tyle tylko może mieć doniosłość polityczną, o ile nazwę, jaką przybrało, stronnictwa niezawisłego, zamieni na nazwę opozycyjnego. Polem zaś wystąpienia przeciw gabinetowi i stanowczej walki może się stać sprawa odnowienia ugody węgierskiej.

Odpowiedź wymijająca ministra Tiszy na nową interpelacyę z powodu mowy Cara Aleksandra, daje powód do komentarzy, więcej, niż na to zasługuje. Dążności Węgrów i p. Tiszy w kwestyi wschodniej są znane, ale nie są jeszcze stanowczego wpływu na stanowisko monarchii wobec problematów zagranicznych. Odmowa odpowiedzi kategorycznej, to rzecz najwłaściwsza i najzręczniejsza, jaką mógł uczynić w obecnem położeniu prezes gabinetu peszteńskiego.

Teraz dopiero dochodzą nas szczegóły o wywiezieniu X. rektora Kruszyńskiego administratora dyecezyi żytomirskiej. Wiadomo, że X. Kruszyński naznaczonym został administratorem przez X. biskupa Borowskiego w chwili, kiedy ten dzielny pasterz po długim oporze naciskowi rządu został porwany i wywieziony w głąb Rosyi. Obecnie ten sam los spotyka jego następcę, podobnie jak się to zwykło powtarzać w innych dyecezyach, jak za arcybiskupem Felińskim porwano jego zastępcę Rzewuskiego i innych. Chwilę tylko opierać się można na tym wyłomie, a kiedy rząd rosyjski przekona się, że następca ma równie niezłomnego ducha co poprzednik, wysyła go jego śladem. X. Kruszyńskiego wywieziono 28 października (9 listopada) wprost do Samary (gubernia Symbirska). Nieulega wątpliwości, że powodem porwania było, że X. Kruszyński odmówił ogłoszenia okólnika ministeryalnego, który według cyrkularza X. Żylińskiego świeżo podaliśmy. X. Kruszyński naznaczył następcą administracyi dyecezyi X. prałata Lubowidzkiego, rząd zaś chce narzucić kapitule X. Kłopotowskiego.

Parlament niemiecki uchwalił w sobotę w drugiem czytaniu ryczałtem kodeks postępowania sądowego. Zalet jego bronił minister sprawiedliwości Leonhardt i Windthorst z Meppen. Deputowany Donimirski cofnął swój wniosek względem wykreślenia przepisu, iż sąd może stronom w braku zdolności do prowadzenia własnej obrony odebrać głos. Kilku tylko deputowanych sprzeciwiało się ryczałtowemu uchwaleniu. Następnie przyszła pod obrady ustawa o organizacyi sądów a dalszy ciąg obrad odroczony został do poniedziałku.

Słychać, że rząd francuski nosi się z myślą odroczenia wystawy powszechnej paryskiej na r. 1879 a *National Ztg* utrzymuje, że rząd niemiecki projektował rządowi francuskiemu odroczenie wystawy do r. 1880, lecz ten odmówił. Ponieważ rząd niemiecki oświadczył, iż nie wniesie w parlamencie kredytu na koszta udziału Niemiec w wystawie, przeto przypuszczano, iż powodem tej odmowy jest pewna zawiść po niepowodzeniu Niemców na wystawie w Filadelfii. Wszelako bliższym jest prawdy wzgląd na obecne położenie, wcale nie budzące nadziei utrzymania pokoju europejskiego. Rząd francuski chciał wystawą zamanifestować swoje usposobienie pokojowe, ale fakta są silniejsze od jego woli.

Turcya wreszcie przystąpiła do konferencyi, której odbycie nie znalazłoby już oporu, przynajmniej w chwili otwarcia jej. Inna rzecz, czy się konferencya skończy, lub czy wszyscy uczestnicy zgodzą się na jedno. Różnica żądań rosyjskich i warunków przez Anglię postawionych jest zbyt wielka, aby można myśleć o kompromisie. Zresztą przemowy Cara nie zostawiają żadnej wątpliwości pod względem prawdziwych zamiarów Rosyi.

Przygotowania wojenne Rosyi, Turcyi, Grecyi, Rumunii i Anglii prowadzone są na wielkie rozmiary. Nie mogą one przeto uchodzić z jednej strony za pogróżkę lub demonstracyę, z drugiej za obronę w razie zaczepki, owszem są wyraźną zapowiedzią wojny i to tak rychłej, jakby się miała jeszcze w ciągu zimy rozpocząć. Koleje żelazne rosyjskie, mianowicie południowe, są zupełnie zamknięte dla przewozu towarów i ogromne ilości zboża nagromadzone po różnych miejscach, które były przygotowane do przewozu kolejami, są już teraz odstawiane na wozach do granicy galicyjskiej, wszelako zapewne zabraknie wkrótce wozów, których wielka ilość użytą jest na podwody dla wojska. Właśnie jak nam donoszą, dziś miała być zamknięta kolej na linii charkowskiej z Łowczy do Sebastopola nawet dla osób cywilnych. Pomorze Czarne i Krym są uzbrajane, jakby się obawiano wpłynięcia na morze Czarne floty angielskiej stojącej w Besice, a wśród tego wielka armia sosyjska zbiera się na granicy rumuńskiej i przechodzić ma przez Rumunię na pierwszy dany znak.

Nie obojętną jest nagana dana Serbii ze strony rosyjskiej. W związku z nią zostaje wieść o niełasce Czernajewa, któremu ma być nawet wzbroniony powrót do Rosyi. Wygodnie to mieć niekiedy takiego ajenta za granicą, który nosi postać ofiary prześladowanej. Rosya przywiodła Serbię do tego stanu, że w razie wojny nie będzie ona już żadnej odgrywała roli, a szkodzić Rosyi nie może, bo już trudno przypuścić, aby stanęła po stronie tureckiej. Klęska Serbów była także usługą oddaną Austro Węgrom, bo Serbia wycieńczona i pobita, nie może odegrać roli państwa, w któremby się skupiały interesa innych Słowian tureckich. Przeznaczeniem Serbii w oczach Rosyi było utorować drogę jej wojskom i zostać wycieńczoną i zniszczoną, tak aby już nie mogła sama przez się działać. Zniszczyć nieprzyjaciela inwazyą, rzecz łatwa dla silnego, ale zniszczyć przyjaciela daniem mu posiłków i pozwolić pobić go — to już należy do głębszych zadań polityki, a Rosyi powiodło się to uczynić.

Wybory wyborców w Ameryce ukończone i sprawdzone, ale dotychczas rezultat ich nie jest wiadomy. W Wirginii i południowej Floridzie stoją przeciw sobie z całą zaciętością republikanie i demokraci i zarzucają sobie nawzajem sfałszowanie obliczenia głosów. Kto spór ten rozstrzygnie? Konstytucya oddaje władzę kontroli obywatelom, ale rząd centralny ma prawo czuwać nad regularnością aktów wyborczych. Jeśli między obywatelami zasiadającymi w komitetach wyborczych zachodzą spory co do ważności sprawdzać się mających skrutiniów, wtedy prezydent Unii mógłby wdaniem się swojem rozstrzygnąć spór na korzyść partyi, do której sam należy. Zatem bardzo niepewnym jest rezultat wyborów.

Ostatnie depesze telegraficzne „Czasu“.

Zadar 19 listopada. Wczoraj odbyły się spokojnie i w porządku wybory 20 posłów z gmin wiejskich, z których 19 należy do stronnictwa narodowego, a jeden do autonomicznego. Pomiędzy nowowybranymi jest 12 po raz pierwszy, 8 zaś ponownie wybranych. Pomiędzy ostatnimi znajdują się deputowani do Rady państwa Klaicz, Ljubissa, Monti i Pawłowicz. Antonietti wybrany został razem z koncepistą namiestnictwa Drem Gustawem Ivaniczem jednomyślnie przez wyborców obu stronnictw. Dnia 22 bm. odbędą się wybory z miast, następnego dnia z większych posiadłości.

Petersburg 19 listopada. Na mocy ukazu cesarskiego z d. 6 (18) b. m. bank państwa ogłasza, że subskrypcya na czwartą emisyę 5 procentowych biletów bankowych w ilości 100 milionów rubli na podpisy od 100 do 5000 rubli otwartą została po kursie 92 za 100. *Wiestnik urzędowy* mówi, że pożyczka ta służy na pokrycie nadzwyczajnych wydatków wobec teraźniejszych stosunków politycznych, i spodziewa się, że wszystkie warstwy społeczne wezmą udział w tej subskrypcyi.

Londyn 20 listopada. Większa część dzienników porannych uważa przystąpienie Turcyi do konferencyi jako koncesyę zrobioną dla Anglii i ocenia położenie obecne jako dające więcéj nadziei pod względem utrzymania pokoju, a konferencyę jako lepsze mającą widoki. Lord Salisbury jutro rano wyjeżdża na Paryż, Berlin, Wiedeń do Konstantynopola. Według doniesień z Kalkuty z dnia wczorajszego, rząd indyjski czyni przygotowania do wysłania silnych korpusów wojsk do Egiptu w przypadku wybuchu wojny w Europie.

Rzym 19 listopada. Król przyjmował dziś posłów rosyjskiego i tureckiego. Ten ostatni wręczył królowi swoje listy wierzytelne.

Dubrownik 19 listopada. Dziś odbyło się pierwsze posiedzenie komisarzy demarkacyjnych; prezesem komisyi wybrany pełnomocnik angielski.

Dubrownik 20 listopada. Władza portowa zawiadamia kupców i właścicieli statków, iż rząd rosyjski zamknął wszystkie porty mórz Czarnego i Azowskiego podczas nocy dla żeglugi, a w ciągu dnia pozwala okrętom zarzucać kotwicę w przystani w pobliżu okrętu stacyjnego, straż trzymającego.

Bukareszt 19 listopada. Książę odpowiedział deputacyi, która mu wręczyła adres Izby, że jakkolwiek położenie jest złe, jednak mniema, że da się ono pokonać zgodnością Rumunów a wspierając się na poręczeniach mocarstw, bronić praw i nietykalności kraju.

Kursa. Wiedeń 20 listopada, godz. 2 m. 45 po poł. Renta papierowa 60·45 — Renta srebrna 65·70 — Losy z r. 1860 106 — — Akcye Banku narod. 818. — Akcye kredytowe 138·90 — Londyn 127 [illegible] 112 75 — [illegible] 10 12. — [illegible] 78 75 [illegible] 130 — [illegible] kolei Karola Ludwika 199 50. [illegible] kolei Lwowsko-Czerniowieckiej —.—, — Akcye kolei węg. północno-wschod. 86 75 — Akcye kolei węg.-wschod. 26 50 [illegible] Bank 68 50 — [illegible] indemn [illegible] skié. 81 — — Losy premiowe węgierskie 66 50 [illegible] po kolei Koszycko-Bogum 83·—.— Akcye kolei [illegible] zach. austr. 118·—.— Listy zastaw hipoteczn. 85 75 — Obligi pierwszeństwa kolei państw. —·— [illegible] marki 62 50. Ruble 149 —.
[illegible] stałe

REDAKTOR ODPOWIEDZIALNY I WYDAWCA
Antoni Kłobukowski.

Kurs pieniędzy i papierów publ.

Kongregacyi kupieckiej.

Kraków, 20go Listopada.

	placą	żądają
Rubel papier. rosyjski . . . (za 1 sztukę)	1 48	1 50
Rubel srebrny obrączkowy „ 1 „	1 63	1 69
Mark niemiecki „ 1 „	0 61	0 63
Dukat holenderski ważny „ 1 „	5 94	6 10
Dukat austryacki „ „ 1 „	5 94	6 10
Napoleondor „ „ 1 „	9 95	10 15
Półimperyał „ „ 1 „	— —	— —
20-markówka niem. ważna „ 1 „	0 —	0 —
Srebro austryackie (za 1 złr.)	109 —	111 —
Kupony austr. srebr. płatne (za 100 zł.)	108 —	109 50
Listy zastawne i obligi:		
6% Pożyczka krajowa galicyjska	89 —	— —
Obligacye indemnizacyjne galic.	83 50	86 50
4% listy zast. Tow. kredyt. ziem.	75 50	78 —
5% listy zast. Tow. kredyt. ziem.	83 —	85 —
6% listy hipoteczne banku hipot.	86 50	88 50
6% listy dłużne galic. zakł. włoś.	91 50	94 50
5½ listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, srebrem za 100 zł. w. a.	92 —	— —
6% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	88 50	— —
6% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwr. za 18 lat banknotami za 100 zł. w. a.	89 —	92 50
7% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwr. za 20 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	97 —	99 —
Prioritety banku gal. d. h. i p. w Krak. (za 100%)	75 —	82 —
4% listy zastawne król. Pol. ser. I (za 100 r.)	94 25	97 25
4% listy zastawne król. Pol. ser. II (za 100 r.)	— —	— —
5% listy zastawne król. Polskiego (za 100 r.)	86 —	88 —
4% listy likwidac. król. Polskiego (za 100 r.)	76 25	78 25
Akcye kolejowe i bankowe:		
Akcye kolei Karola Ludwika po złr. 200	197 50	201 50
„ Lwowsko-Czerniow. „ „ 200	111 50	115 50
hipot. we Lwowie wpł. 200 zł. „ „ 200	— —	— —
Akcye banku gal. dla h. i przem. w Krak. 200 złr.	—	— —

(we Lwowie (za 100 zł. w. a.)) (Oprócz bież. kuponu, obliczającego się każdodz. w miarę terminu płat.) (rub. i kop.)

	placą	żądają
Losy krajowe.		
Losy miasta Krakowa	14 50	15 75
Losy m. Stanisławowa	18 —	20 —
Wiedeń 18go Listop.		
5% zjedn. dług państ. bank.	60 55	60 70
5 „ „ „ „ srebr.	65 40	65 60
„ Oblig. ind. niż. Austr.	100 75	101 25
„ „ „ czeskie	100 —	— —
„ „ „ węgierskie	72 —	73 —
„ „ „ galicyjskie	82 50	83 —
„ „ „ bukowińsk.	82 —	83 —
„ „ „ siedmiogr.	72 25	72 75
5% węgierska pożyczka kol. (po 300 frank.) 120 złr.	99 25	99 75
Listy zastawne.		
5% Banku narod. listy	96 90	97 10
4 „ galicyjskie	— —	— —
5 „ „	— —	84 75
6 „ galic. zakł. kred. włośc.	93 —	93 50
6 „ Zakł. kr. z. w Krak. w l. 18	90 —	92 —
7 „ „ „ „ „ „ 20	98 —	98 50
6 „ „ „ „ „ „ 36	89 50	— —
5½ sr. „ „ „ „ 36	93 —	— —
5% węgierskie listy	— —	— —
5 „ zakł. kredyt. austr.	106 —	106 50
5 „ zakładu kr. ziem. aust. spłacal. w 33 latach	89 75	90 25
5 „ Domen. państ. 120 złr.	140 —	140 50
6 „ Banku gal. hipot.	— —	86 50
Pożyczki loteryjne.		
Losy pożycz. z roku 1839	250 —	253 —
„ „ „ 1854	103 —	104 —
„ „ „ 1860	107 50	108 —
⅕ losów pożyczki austr. państw. z r. 1860	— —	114 50
Losy pożyczki z r. 1864	131 —	131 50
„ prem. pożyczki węg.	66 75	67 —

	placą	żądają
Losy Comorente	22 50	23 —
„ kredytowe	156 —	156 75
„ żeglugi parowej Dunaju	90 50	91 —
„ księcia Salm	40 25	40 75
„ „ Palffy	28 50	29 —
„ „ Klary	29 50	30 50
„ hr. St. Genois	34 50	— —
„ miasta Budy	29 —	29 50
„ Windischgraetz	26 75	27 25
„ hr. Waldstein	22 75	23 25
„ hr. Keglevich	14 25	14 75
„ Rudolfa	13 50	14 —
„ tureckie 400-frank.	11 40	11 79
Akcye bankowe i przem.		
Banku narod. austryac.	816 —	818 —
Zakładu kredytowego	138 50	138 75
Żeglugi parow. na Dunaju	328 —	330 —
Kolei północ. Ferdynanda	1740	1745
„ rządowej fr. a.	258 50	259 50
„ zachod. c. Elżbiety	137 —	138 —
„ Południowej	78 75	79 —
„ Galicyjskiej	198 —	198 50
„ Czerniowieckiej	— —	111 —
„ Albrechta	— —	— —
„ węg. północ.-wschod.	89 50	90 —
„ ks. Rudolfa 200 zł. sr.	99 75	100 25
„ Alföldsko-Fiumańsk.	— —	— —
„ Koszycko-Bogumił.	83 —	84 —
„ Siedmiogrodzkiej	81 50	82 —
„ Cisańskiej	— —	167 —
„ wschodnio-węgierskiej	26 25	26 75
„ austryack. półn.-zach.	119 50	120 50
„ Franciszka Józefa	— —	— —
Banku anglo-austryackiego	67 —	67 25
Zakładu kredytowego węg.	104 50	104 75
Banku franko-austryackiego	— —	— —
„ franko-węgierskiego	— —	— —

	placą	żądają
Banku galicyj. dla handlu i przem. w Krakowie	— —	— —
„ krajowego galicyjsk. we Lwowie	— —	— —
„ wiedeńskiego dla obrotu płodów	— —	— —
„ galic. hipotecznego	— —	— —
„ dla obrotu ogólnego	76 —	77 —
Obligi pierwszeństwa.		
Kolei Dniestrzańskiej	— —	— —
„ Koszycko-Bogumińsk.	63 50	64 —
„ państwowej 500 fr.	155 —	156 —
Emisya z r. 1867	147 50	148 50
„ południowej 500 fr.	115 50	116 —
Bony 1875-1876 6%	— —	— —
„ półn. Ferd. 100 złr. mk.	99 50	100 50
„ „ „ 100 złr. w. a.	95 —	— —
„ „ „ w srebr. 5%	105 25	105 75
„ południ. półn. niem. 5% za 100 złr. w. a.	86 —	87 —
5% w srebrze	88 50	[illegible]
„ gal. Kar. Lud. 300 z. w. a. w srebr. 5% za 100 złr	97 75	98 50
Emisya II.	98 50	— —
„ Lwowsko-Czerniow. po 300 złr. (w sr. 5% za 100)	76 50	77 —
Emissya z r. 1867	77 —	77 50
„ Siedmiogr. 200 złr. w. a.	— —	58 50
„ ks. Rudolfa 300 złr. w. a. w srebr. 5% za 100 złr	75 —	76 —
Austr. Lloyd 100 złr. m. k.	— —	— —
Towarz. pragskie przem. żel. po 300 złr.	— —	— —
Waluty.		
Cesarskie korony	6 11	6 13
„ dukat na wagę	6 11	6 13

	placą	żądają
Napoleondory	10 14	10 16
Suweryny angielskie	12 68	12 75
Imperyały rosyjskie	— —	— —
Srebro	111 50	111 75
Srebro, kupony	— —	— —
Bank. pań. Niemiec. na 100 m.	62 40	62 50
Rubel pap.	1 51	1 52

Lwów 17 listop.

	placą	żądają
Dukat holenderski	5 88	6 00
„ cesarski	5 93	6 05
Półimperyał rosyjski	10 10	10 30
Rubel srebrny rosyjski	1 66	1 75
„ papierowy	1 51½	1 53½
Marki 100	61 50	62 50
Listy zast. Tow. kr. gal. 5%	83 45	84 20
„ „ „ „ „ 4 „	76 40	77 50
„ „ Banku hipotecz.	87 —	88 —
Obligi indemn. bez kupon.	83 25	84 50
Akcye kolei galic. K. L. b. k.	197 75	200 75
„ „ Lwow.-Czern.	114 —	116 —
„ banku hipot. gal.	213 —	216 —

Warszawa 16 list.

	rub. kop.	rub. kop.
Listy zastawne 1ej seryi	97 —	97 30
„ „ 2ej seryi	97 —	97 30
kupon	162⅔	— —
„ „ nowe	88 10	88 40
kupon	202⅔	— —
„ likwidacyjne	78 80	79 20
kupon	185⅚	— —
Kolej warszawsko-wiedeń.	— —	— —
„ „ bydgoska	— —	— —
Rosyj. pożyczka prem. 1864 r.	175 —	— —
„ „ „ 1866 „	171 —	— —

Pociągi na kolejach żelaznych

Godziny przybycia i odjazdu pociągów na kolei galicyjskiej obliczone według zegaru peszteńskiego (różnica od krakowskiego o 4 minuty); zaś na kolei c. Ferdynanda według zegaru pragskiego, o 12 minut później od krakowskiego.

ODCHODZĄ Z KRAKOWA

Do Rzeszowa: osobowy: pospieszny: mieszany:
Kraków odjazd: 10.39 rano 3.20 wiecz. 10.48 [illegible]
Lwów przyjazd: 9.25 wiecz. 5.30 rano 10 [illegible]

Do Wieliczki: *Kraków* odjazd: 12.8 w poł.
Wieliczka przyjazd: 12.47 po poł.

Do Niepołomic: we wtorek, czwartek i sobotę z *Wieliczki*:
Wieliczka odjazd: o godz. 1 min. 19 po południu.
Niepołomice przyjazd: „ 2 „ 9 po południu.

Do Wiednia: osobowy: pospieszny: mieszany: osobowy.
Kraków odjazd: 5.42 rano 7.28 r. 9.45 r. i 6.50 w. 3. p.
Wiedeń przyjazd: 4.58 p. p. 7.10 w. 3.45 r. i 12.25 p. 5.10 r.

Do Prus: każdym pociągiem idącym do Wiednia, najlepiej jechać osobowym rano o g. 6 m. 7, mającym w Oświęcimie połączenie z pociągami pruskiemi. Tym pociągiem jadąc do Berlina, przyjeżdża się do Wrocławia o g. 3 po poł., a po 1-godzinnym przestanku dalej; jadąc zaś z Krakowa pospiesznym przyjeżdża się do Wrocławia po 4ej i zatrzymuje się do 9ej wieczorem, o której dopiero pospieszny do Berlina odchodzi. Jadąc do Wrocławia o g. 3 m. — po południu [illegible] trzeba w Gliwicach lub Mysłowicach zanocować, bo dopiero [illegible] rano idzie z Mysłowic pociąg pośp. do Wrocławia i Berlina.

Do Warszawy: rano o g. 8 m. — idzie do Granicy I., II. i III. klasa, z Granicy zaś do Warszawy tylko I. i II. klasa. Jadąc wiedeńskim osobowym pociągiem o g. 3 m. — po południu, jedzie się do Trzebini (I., II. i III. kl.), z Trzebini zaś idzie pośp. pociąg wprost do Warszawy, ale tylko I i II kl. Trzeci pociąg (nocny) do Warszawy odchodzi z Krakowa do Granicy o godz. 6 m. 50 wieczór.

Za duszę ś. p.

Księcia Pawła Lubartowicz Sanguszki

hrabiego na Tarnowie, kawalera honorowego Maltańskiego,
odbędzie się 23 listopada 1876 r. o godz. $8\frac{1}{2}$ i 10 zrana

Nabożeństwo żałobne w katedrze Tarnowskiéj,

na które pozostała rodzina zaprasza Krewnych, Przyjaciół i pobożną Publiczność. (2800-3 3)

Za 3 centy

jest do nabycia w księgarni Dygasińskiego w Rynku: **Tabliczka do zamiany dawnych miar i wag na „nowe" metryczne** przez A. Ś., obliczona w przybliżeniu wystarczającem do użytku praktycznego, a zastosowana nawet dla tych, którzy tylko czytać umieją, gdyż **usunięto wszelkie ułamki i działania rachunkowe** w sposób nader przystępny. (2865-1-3)

Zawiadamiam strony interesowane, że rozpoczęłam **kursa lekcyi tańców**. Wiadomość pod l. 103 przy ul. Grodzkiéj naprzeciw Wintera. (2867-1 3)

M. Parvi.

Młody człowiek

kawaler, uzdolniony do prowadzenia ksiąg rachunkowych i korespondencyj, posiadający przytem język niemiecki — szuka posady jako kasyer, kontrolor lub magazynier. Kaucyę złożyć może w znacznéj wysokości. — Adres: **F. B.** poste restante **Kraków.** (2859-1-3)

Od kilkunastu lat istniejący, **wyłączny skład saméj tylko**

HERBATY

H. Morskiéj dawniéj **L. Sroczyńskiego**
w Krakowie, hotel Saski.

Mam honor zawiadomić Sz. Publiczność, że otrzymałam nowy transport tegorocznego zbioru kilka tysięcy kilogramów **Herbaty karawanowéj** w najlepszych gatunkach, pół kilograma po złr. 1·80, 2·30, 3·70, 4·60 itd. i zarazem w oryginalnych paczkach rosyjskich plombowanych pół kilo po złr. 3, złr. 4 i 4·80. Ceny herbat zniżone o 15%. Biorącym naraz $2\frac{1}{2}$ kil. dodaje się $\frac{1}{4}$ kil. rabatu, do 5 kil. $\frac{1}{2}$ kil. rabatu itd. Zwraca się uwagę, że w wyłącznym składzie herbata nie jest przejęta żadnym innym zapachem. Obstalunki zamiejscowe uskuteczniają się odwrotną pocztą za zaliczką. (2755-1-3)

FEDUNIO & SCHRAMM

polecają swój nowo otworzony

zakład introligatorski i galanteryjny

w Krakowie, Rynek gł. l. 49 (pod Karpiem)

Pracując i zarządzając dłuższy czas w największych zakładach krajowych, jakoteż w pierwszorzędnych fabrykach wiedeńskich i zagranicznych, zaopatrzeni w najnowsze przyrządy, jesteśmy w możności wszelkie wyroby w zakres introligatorstwa i galanteryi wchodzące a mianowicie: Oprawę różnych dzieł, książek do nabożeństwa, ksiąg handlowych, notatki, kalendarze, bloki, etui, passepartout, mapy, podstawki pod zegarki, kasetki i t. p. podług najnowszych wzorów zagranicznych z wszelką starannością gustownie i elegancko w jak najkrótszym czasie i po cenach najumiarkowańszych wykonać. Polecając nasz zakład Szanownej Publiczności, jesteśmy przekonani, że usiłowania nasze dla podźwignięcia wyrobu i przemysłu krajowego na łaskawe względy zasłużą. (2860-1-3)

WĘGLE.

Niema braku węgli!

Pierwsza krakowska spółka sprzedaży węgli

utrzymująca skład na dworcu kolei żelaznéj, obok spichlerzy Banku galicyjskiego przy Warszawskiéj rogatce — dostarcza każdą ilość węgla po najumiarkowańszych cenach.

(2861-1-3) **Spółka.**

W składach nafty i lamp

przy ulicach Brackiej i Szpitalnej pod Rakiem **są zniżone ceny nafty i mydła**, jakoto: 1 liter nafty pełnej wagi $1\frac{1}{2}$ funt. wiedeń. o prima 32 c., niepełna po punkt 30 c., 1 liter amerykańskiej pełno 30 c.; 1 funt mydła w dobrym gatunku 28 c. Gorszych i tańszych gatunków zupełnie nie utrzymuję. (2863-1-3)

F. Włodek.

Pewna słynna **fabryka sztyftów drewnianych** życzy sobie wejść w stosunek z **dostawcami** celem **dostawy drzewa klonowego.** (2826-1-3)

Oferty znacz. *J. C. 6728* przyjmuje *Rudolf Mosse* w Berlinie S. W.

Herbatę, rum i wino

hurtownie i częściowo, najlep. i najtaniéj sprzedaje

A. M. Mandl

król. pruski dostawca dworu w **Bernie** (Brünn).

Ros. herbata familijna od złr. 1·30 do złr. 3 50 za $\frac{1}{2}$ kilo.
Karawanowa herbata mandarynowa od złr. 4 do złr. 7 za $\frac{1}{2}$ kilo.
Proch herbaciany najlepszy po złr. 1·25 za $\frac{1}{2}$ kilo. (2862-1-30)
Rozsyłki za zaliczką — Cenniki darmo.

KLEMENS GŁĘBOCKI

b. Obrońca przy Warszawskich Departamentach Senatu Rządzącego,

po zaprowadzeniu nowych sądów w Królestwie mianowany Adwokatem przysięgłym przy tychże Sądach; zawiadamia strony interesowane, że **przyjmuje interesa prawne** do przeprowadzenia we wszelkich Władzach i do wszystkich Instancyj tak Królestwa jakoteż i Cesarstwa, a to w kancelaryi swojej w **Warszawie** przy ulicy Krakowskie Przedmieście pod (Nr. 428) Nr. 41 nowy. (2868-1-3)

Salon Mód
A. Zawadzkiej

ulica Wiślna L. 174

zaopatrzony w świeże paryskie kapelusze i czapeczki futrzane, mając także pod swoim dozorem hafciarkę Francuskę przyjmuje białe hafty. (2864-1-1)

Z wolnej ręki

do sprzedania!

W domu pod Nr. 122 przy ulicy Kanoniczej wszelkie ruchomości w zupełnie dobrym stanie, jakoto: Meble, lustra, porcelana, szkła kryształowe, zegary, obrazy olejne i sztychy, znaczna biblioteka itd. itd. (2866-1-3)

EAU
de Melisse des Carmes

P. BOYER na ulicy *Taranne, 14, w Paryżu.*

Woda z rośliny zwanéj miodownikiem karmelickim, nagrodzona medalem na powszechnéj wystawie w Londynie w r. 1862. Środek ten powszechnie znany i używany w Paryżu przeciw: **cholerze, apopleksyom, sparaliżowaniu, zemdleniom, migrenom, boleści i rżnięciu w żołądku, niestrawności** i t. d. (2031-9-)

Skład główny w Krakowie w aptece p. J. Trauczyńskiego i w aptece W. Redyka, — we Lwowie w aptece p. P. Mikolascha, — w Czerniowcach w aptece P. Golichowskiego.

GUMOWE

wstrzykawki i klisopompy do lewatyw, tudzież różne przyrządy do lewatyw, pasy brzuszne kobiece, bandaże pępkowe, bandaże rupturowe, nocniki podróżne i flaszki, poduszki, suspenzorya, naczynia nocne, katetery, bougie, papier gutaperkowy, wkłady do łóżek, ochrona przed upławami po 2 złr. za sztukę, rury, płaszcze deszczowe, i t. d. dostarcza **John Zieger, Gratz,** skład towarów gumowych. (2622-10 12)

Wedle listów [illegible]
5,000 chorych [illegible]
3 wyd. Słynne dziełko. 3 wyd.
Przez księgarnię *Ed. Hügla* w Wiedniu, Stadt, Herrngasse 6 można sprowadzić
Neues Heilsystem
für kranke und geschwächte Männer.
NB. Bez żadnego lekarstwa, czyste leczenie naturalne. 2 złr., pocztą złr. 2·10. (2391-7-20)

Soeben erschien 6. sehr vermehrte Auflage:
Die geschwächte Manneskraft [illegible]
Dargestellt v. Dr. Bisenz. [illegible]
Geschlechts-Krankheiten [illegible]
Prof. Dr. Bisenz [illegible]
[illegible] (2365 97-1[illegible])

Neu verbesserte

Bruchbänder.

Dieselben sind durch ihre unübertreffliche Construction selbst zur Heilung der Brüche geeignet. Preis 4, 6 u. 8 fl., doppelseitige 7, 9 u. 15 fl., je nach Eleganz. Gewöhnliche Federbruchbänder von 3, 4, 5 fl., doppelseitige 5, 7, 9 fl., unbemerkbare Bruchbänder für kleine Brüche, engl. Federn. 5 fl., doppelseitige 9 fl., Kinderbruchbänder von 80 kr. bis 3 fl., doppelte von 1 fl. 30 kr. bis 5 fl., Suspensorium von 80 kr. bis 1 fl. 50 kr., mit Seidensack 2 fl., grosse elast. Nabelbruchbandagen von 6 fl. bis 10 fl. Alle Gattungen Bandagen und Maschinen für Verkrümmungen des Körpers, sowie künstliche Hände und Füsse neuester Systeme. Bei briefl. Bestellung von Bruchbändern muss das Hüftenumfangsmass, und ob der Bruch links oder rechts, gross oder klein sei, angegeben sein. Der Betrag wird mit Postnachnahme behoben. (2823 3-12)

Louis Heuberger,
Bandagist (30-jährig. Praxis) in **Wien,** Wieden, Favoritenstrasse Nr. 12. Eingang Floragasse Nr. 2.

Ogłoszenie.

L. 28126. (2749-2-3)

Magistrat kr. gł. miasta Krakowa podaje do publicznéj wiadomości, iż **w d. 21 listopada r. b.** odbędzie się w biurze Departamentu I. Magistratu licytacya za pomocą ofert opieczętowanych na dostawę do budowy rzezalni miejskiej na Grzegórzkach materyałów murowych, mianowicie:

a) 600 metrów sześciennych kamienia dzikiego podgórskiego.
b) 500,000 cegły,
c) 200 metrów sześciennych wapna gaszonego,
d) 500 metrów sześciennych piasku.

Bliższe warunki mieszczące zarazem wysokość kaucyi, na dostawę każdego z powyższych artykułów, przejrzane być mogą w Wydziale I. Magistratu w godzinach urzędowych (II piętro od XX. Franciszkanów).

Oferty spisane na stemplu 50 cent. przyjmowane będą do godziny 12tej w południe i winny być zaopatrzone kwitem na złożoną w kasie miejskiej kaucyę.

Z Magistratu kr. gł. miasta Krakowa
dnia 10 listopada 1876 r.

Osoba uzdolniona w krawieczyźnie i szyciu białem, mogąca się zająć gospodarstwem domowem, poszukuje zaraz miejsca. Wiadomość pod Zamkiem L. 507, adres K. S (2851-2 3)

Ogłoszenie licytacyi.

L. 588. (2748-2-3)

Celem wypuszczenia w dzierżawę myta mostowego na rzece Rabie w Dobczycach na lat trzy, to jest od 1 stycznia 1877 r. do 31 grudnia 1879 r. odbędzie się dnia **29 listopada 1876 r.** o godzinie 10 zrana w urzędzie gminnym w Dobczycach licytacya ustna, przy której także oferty pisemne zaopatrzone w wadium przyjmowane będą. Cenę wywołania stanowi dotychczasowy czynsz roczny w kwocie 1873 złr.

Wadium wynosi 187 złr. — Bliższe warunki licytacyi przejrzeć można codziennie podczas godzin kancelaryjnych w biurze urzędu gminnego w Dobczycach.

Zwierzchność gminna.
Dobczyce 14 listopada 1876 r.

Kundmachung.

Am 27, 28 und 29 November l. J. um 11 Uhr Vormittags wird in den Amtslokalitäten der k. k. Militär Intendanz in Krakau eine Verhandlung wegen Sicherstellung der unteuermässigen Verköstigung der Kranken und commandirten Mannschaft, dann wegen Lieferung der Spitals und sonstigen Bedürfnisse, ferner der Reinigung der Bettensorten und Krankenwäsche bei dem k. k. Garnisons Spitale Nr. 15 in Krakau, dann bei den Truppen Spitäler in Wadowice und Neu Sandec auf die Zeit vom 1 Jänner 1877 bis Ende Dezember 1879 mittelst Entgegennahme schriftlicher Offerte stattfinden.

Der beiläufige Bedarf der sicherzustellenden Gegenstände, sowie die näheren Bedingnisse der Offert Verhandlung und der eventuell abzuschliessenden Verträge über die traiteuermässige Ausspeisung können bei der k. k. Garnisons Spitälern in Krakau und Lemberg ferner bei den Truppen Spitälern in Wadowice, Neu Sandec, Tarnów und Łańcut eingesehen werden. (2753-2-3)

K. k. Militär-Intendanz.
Krakau am 12 November 1876.

RAKA

nabrzmiałość, wrzody, rany, zepsucie krwi, wlecza radykalnie **CONDURANGO DE LOJA** najlepszy środek krew czyszczący w chronicznych chorobach.

WINO, LIKIER, WYCIĄG PŁYNNY, PŁYN i PROSZEK dla użytku na zewnątrz.

Butelka 5 i 10 franków.

Dla uniknienia fałszerstw, należy wymagać na każdéj kapsli butelki podpis *Paul Bon* ze stemplem *C. I.* i nazwiskiem fabrykanta kapsli *Betts*.

W Paryżu, apteka angielska P. *Paul Bon's*, ulica Meyerbeer 4.

W Krakowie w aptekach PP. *Trauczyńskiego* i *Redyka.* (2816-3-13)

Prawdziwe

Pigułki Morisona.

Pp. ARTHAUD MOULIN.

Najlepsze ze środków czyszczących i przeczyszczających krew we wszelkich słabościach złego przymiotu, nadto w zołzach, liszajach, wyrzutach skórnych i zepsuciu krwi. (2458 66)

Skład główny w Paryżu u p. Arthaud Moulin aptekarza, 30, ulica Louis le Grand, — w Krakowie w aptece p. Trauczyńskiego pod Koroną w Rynku głównym i w aptece W. Redyka, — w Czerniowcach w aptece p. Golichowskiego

---

Nakładem drukarni Wł. L. Anczyca i Spółki w Krakowie

wyszedł z pod prasy i jest do nabycia w tejże drukarni, oraz we wszystkich księgarniach

Przewodnik Heraldyczny

obejmujący

Spis 1215 rodzin senatorskich polskich.
Spis rodzin honorowe tytuły posiadających.
Monografie kilkudziesięciu znakomitszych rodzin.

W dziełku tem przeznaczonem zastąpić u nas **Almanachy gotajskie,** znajdują się ciekawe a zkąd inąd nieznane szczegóły dla szlachty polskiéj: każda prawie dawniejsza i znaczniejsza rodzina znajdzie tu ciekawe objaśnienia co do związków familijnych, majątków, godności i dostojeństw przodków; wreszcie co do posiadanych tytułów i prawa do ich nabycia.

Cena egzemplarza ozdobnie oprawnego w Krakowie złr. 3·20
„ „ „ z przesyłką pocztową „ 3·40

Osoby nadsyłające z prowincyi pieniądze wprost do drukarni, zechcą podać dokładny swój adres i ostatnią pocztę. (2541-6-6)

PIERWSZY I GŁÓWNY SKŁAD

Lamp oraz Nafty z własnéj kopalni

K. OKOŃ

przy rogu ulic Jagiellońskiéj i Szewskiéj
oraz drugi przy rogu ulic Grodzkiéj i Ś. Józefa
W KRAKOWIE, 2164-12-12

poleca się z wielkim wyborem **lamp** salonowych, pokojowych, kancelaryjnych, gabinetowych i kuchennych, tak stojących, jako ściennych i wiszących, najnowszych wzorów i konstrukcyi, — doborem kloszów, kul, knotów, cylindrów do wszelkiego rodzaju lamp wiedeńskich i berlińskich;

NAFTĘ

czystą, najlepszą, niezapalną, własnéj produkcyi;

Kuchenki naftowe, wszelkiego rodzaju **świece** stołowe, **szczotki** do mycia, zamiatania podłóg i inne, dobry gatunek **mydła** do prania bielizny, **masę kauczukową** do zapuszczania podłóg, **benzynę, ligroinę** i t. p. inne artykuły; — uskutecznia również **przerabianie i reparacye lamp,** wszystko **po cenie najtańszéj.**

Obstalunki zamiejscowe załatwia dokładnie i spiesznie.

VERITABLE BÉNÉDICTINE

PRAWDZIWY LIKIER BENEDICTINE OPACTWA FÉCAMP we FRANCYI

wytwornego smaku, wzmacniający, pomagający trawieniu i obudzający apetyt

JEDEN Z NAJLEPSZYCH LIKIERÓW.

Wymagać, aby etykieta kwadratowa znajdowała się na spodzie butelki z własnorecz. podpisem głównie dyrygującego.

VÉRITABLE LIQUEUR BÉNÉDICTINE
Brevetée en France et à l'Étranger.
A. Legrand ainé

Skład główny w Fecamp we Francyi. Agencya gł. w Paryżu, Boulevard, Haussmann 76. Dostać można **w Krakowie** w cukierni p. Lipińskiego; **w Wiedniu** agencya główna u pp. Joh. Gust. Wehle et Cie, I., Esslinggasse 8. (2441 7-16)

Kantor komisowo-ekspedycyjny założony w **1867** r. pod firmą:

JACQUES ZEBAUME

w Paryżu, 35bis ulica Trévise,

uskutecznia wszelkie transporta za umiarkowaną prowizyą według cen oryginalnych taryf bezpośredniego ruchu na kolejach francusko-niemiecko-austryacko-rosyjskich. I tak:

Z Paryża za 100 kilogr. lub w stosunku				
do Brodów	90 fr. 25 c.	w dni 9	42 fr. 10 c.	w dni 19
„ Czerniowiec	99 „ 25 „	„ „ 9	45 „ 75 „	„ „ 18
„ Krakowa	68 „ 25 „	„ „ 8	30 „ 40 „	„ „ 16
„ Lwowa	85 „ 75 „	„ „ 10	39 „ 45 „	„ „ 20
„ Podwołoczysk	95 „ 00 „	„ „ 10	44 „ 40 „	„ „ 21

Można korespondować po polsku. Ceny przy frachtach zwyczajnych stosują się do towarów zaliczonych do 1 seryi, opłata zaś innych seryj jest niższą.

Dostawa pocztowemi pociągami z Paryża do miast powyższych trwa 4 do 5 dni. (2831-1-7)

Każdy może sam drukować!

Przyrząd do rozmnażania prospektów, cyrkularzy, rachunków, pism i rysunków, śpiewów, muzykalij, aktów sądow. Rysunków wszelkiego rodzaju i wielk.

M. BAUER & Co.
w Wiedniu,
Stadt, Giselastrasse 4.

Uprzyw. przyrząd do rozmnażania
zapomocą którego
z pisma lub rysunku
bez atramentu 50 do 100 sztuk
dobrych odbić
szybko, bez nadzwycz. kosztów
zrobić można

Cena za 2-kolorowy **przyrząd** 10 złr. w. a. wyłącz. opakowania. Pojedyncze przyrządy za gotówką lub zaliczką

Przyrząd do rozmnażania

Z papieru na papier w bardzo łatwy i szybki sposób bez nadzwyczajnych kosztów 2358 9-

Kart adres., monogramów, map, kart korespondencyjnych poczt. itd.

M. BAUER & Co. od 21 lat kupujący patenta na wynalazki w kraju i zagranicą.

FALSZERSTWA PIGUŁEK BLANCARDA

Sprzedaż środka lekarskiego z przekonaniem, że jest fałszowany, jest współnictwo [illegible], jest powszechnie lekceważeniem zdrowia chorego i nadużyciem jego zaufania.

Pomiędzy bezwstydnemi fałszerzami, którzy dla łatwiejszego oszukania publiczności, nie wachają się naśladować nasz stempel fabryczny a nawet nasz podpis, znaleźli się tacy którzy posunęli chciwość swą aż do tego stopnia, że zastępują jodan żelaza, główny pierwiastek działający naszych pigułek, przez witryol zielonawy!!!

Pochlebne zaufanie którem zaszczycają zawsze nasz preparat tak lekarze jak i chorzy wkłada na nas obowiązek zabezpieczenia ich przeciw fałszerstwom naszych pigułek. Zaklinamy zatem osoby używające nasz[illegible] pigułek, [illegible] władz właściwych krajów [illegible] nas od fałszerzy i ich wspólników, aby kupowali nasze PRAWDZIWE PIGUŁKI u naszych korespondentów i aby raczyli odwoływać się do dobréj wiary naszych kolegów droguistów i aptekarzy

Blancard

Aptekarz, ulica Bonaparte, 40, w Paryżu.

W Krakowie w aptece p. *Trauczyńskiego* i w aptece p. *Redyka,* — we Lwowie w aptece p. *P. Mikolascha.*
W Czerniowcach w aptece p. Golichowskiego. (2455-10-)

L. LEGRAND
DOSTAWCY WIELU PANUJĄCYCH DWORÓW
PARYŻ, 207, ulica Saint-Honoré.

MYDŁO ORIZA

z wszelkiego gatunku wodą sprawuje pianę delikatną i obfitą.
Ze wszystkich mydeł toaletowych najlepsze i najdelikatniejsze (podług Dr. O. REVEIL).
niezbędne dla utrzymania powłoki ciała delikatną i gładką.

CRÈME ORIZA — **ORIZA LACTÉ**
nadaje białość i świeżość powłoce ciała przeciw piegom, plamom na twarzy i marszczkom

EAU TONIQUE QUININE LEGRAND I POMADA AU BAUME DE TANNIN.

Wytwory toaletowe podług przepisu zostawionego przez Dr. CHOMEL, do czyszczenia głowy, wzmocnienia włosów, zapobieżenia wypadaniu i porostowi takowych w bardzo krótkim czasie.
Skład w głównych Magazynach Perfum i Fryzyerów tak we Francyi jak i zagranicą.
Dostać można w Krakowie w aptece p. J. Trauczyńskiego i w aptece W. Redyka; we Lwowie u PP. Mikolascha i K. Strzyżowskiego; w Czerniowcach w apt. p. Golichowskiego. (2464-11-)

WYŁĄCZNY SWÓJ SKŁAD
[illegible]
Pasty kauczukowo-woskowéj
do zapuszczania posadzek
poleca Handel pod firmą
ANDRZEJ SCHULTZ
Rynek Nr. 26 w Krakowie.
(2782-5-6)

Une Française demande des leçons particulières. Son adresse: rue Sławkowska No 278 au second. On peut la trouver entre 11ze et 1re heures. (2799-3-3)

Najgustowniejszy nowy wiedeński

KARAWAN

(tj. powóz dla zmarłych)

wynająć można każdego czasu za 4 złr., dla dzieci 2 złr. — Dorożki jaknajtaniéj. [illegible] u właściciela **pod L. 50 przy ulicy [illegible].** (2786 5)

KASY
ogniotrwałe

Fryderyka Wiesego
nabyć można w Krakowie jedynie
w Agencyi dla Rolników
S. Mikuckiego
w Krakowie pod Nr. 28.
(1706-29-)

CLAYTON & SHUTTLEWORTH

fabrykanci maszyn rolniczych
w Krakowie, Rynek L. 28
polecają PP. Rolnikom:

Lokomobile i młocarnie parowe.
Młocarnie kieratowe i kieraty przewoźne i stałe,
Młocarnie stałe z wytrząsaczami wialnią i młynkiem,
Młocarnie ręczne pieńkowe,
Młocarnie ręczne pieńkowe z zastosowanym do nich kieratem jednokonnym,
Młynki do czyszczenia zboża,
Pernoletta cylindry wydobywające ze zboża kąkol, wilk, wykę itp.,
Sikawki Noela,
Pompy do gnojówki.

Cenniki bezpłatnie i franco. (1310-27-)

Clayton & Shuttleworth
Pełnomocnik: **St. Mikucki**
Agencya dla Rolników
w Krakowie, Rynek l. 28.

H. Niemetz

główna agencya

maszyn do szycia

w nowo otwartém sklepie
przy ulicy Grodzkiej pod Nr. 56

ma zaszczyt donieść Szan. Publiczności **iż maszyny do szycia amerykańskie Singera z Nowego Jorku otrzymały na Wystawie Filadelfskiej pierwszą nagrodę.**

Ponieważ ta fabryka przez swój wielki odbyt, zniżyła cenę dawniejszą, przeto jestem w stanie od dnia dzisiejszego powyższe maszyny sprzedawać taniej od wszelkich innych systemów, dołączając przytem dokładną naukę i pewną gwarancyę. **Wypłaty przyjmuję także ratami.**

(2711-4 6) H. Niemetz.

Ważne dla pp. gorzelników, piekarzy, kupców itp. w całym okręgu Tarnowskim i Jasielskim.

W mym głównym składzie mąki z młyna parowego sokalskiego „Bronisławy") w Tarnowie, w rynku, naprzeciw staréj apteki p. W. L. Chodackiego utrzymuję **prawdziwe wiedeńskie drożdże prasowane z fabryki Mautnera** które przez niepodpadanie zepsuciu, jakoteż przez swoją siłę dobrego fermentowania, w całym świecie słynny rozgłos sobie zjednały.

Będąc codzień świeżemi drożdżami zaopatrzony, mogę wszelkim zamówieniom do zupełnego zadowolnienia zadość uczynić. Z uszanowaniem

Józef Garfunkel,
w TARNOWIE, wyłączny zastępca dla całego okręgu Tarnowskiego i Jasielskiego.
(2765-3 3)

Czcionkami Drukarni „CZASU".

Odpowiedzialny rządca drukarni Józef Łakociński.

Nr. 266. We Lwowie Wtorek dnia 21. Listopada 1876. Rok IX.

Wychodzi codziennie.

Przedpłata wynosi: we Lwowie rocznie 18 zł. — półrocznie 9 zł. — kwartalnie 4 zł. 50 ct. — miesięcznie 1 zł. 50 ct.

Z przesyłką pocztową w Państwie Austrjackiem rocznie 22 zł. — półrocznie 11 zł. — kwartalnie 5 zł. 50 ct. — miesięcznie 1 zł. 85.

Z przesyłką pocztową za granicę: do całych Niemiec rocznie 50 marek, kwartalnie 12 marek 5 sgr. — do Francji i Anglii rocznie 109 franków kwartalnie 27 franków — do Belgii, Włoch i Szwajcarji rocznie 80 fr., kwartalnie 20 fr.

Numer kosztuje 8 centów.

Manuskryptów Redakcja nie zwraca.

DZIENNIK POLSKI

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują we Lwowie Bióro Administracji „Dziennika Polskiego“ przy placu Halickim i Ajencja W. Piątkowskiego plac Katedralny; we Wiedniu, Hamburgu, Frankfurcie n. M. w Berlinie, Lipsku, Bazylei (Szwajcarja) i Wrocławiu pp. Haasenstein & Vogler; w Wiedniu F. Löb, R. Mosse, Rotter i Spł.; w Poznaniu Kazimierz Neumann Bióro anonsów; Paryżu pułkownik Raczkowski, Faubourg Poissoniere 33. Ogłoszenia przyjmuje Agencja p. Adama Carrefour de la Croix-Rouge, 2 Paris, w Krakowie księgarnia Adolfa Dygasińskiego.

Ogłoszenia przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem (petit).

Listy z pieniądzmi mają być przesyłane franco do Administracji „Dziennika Polskiego“ — Listy reklamacyjne nie opieczętowane nie podlegają opłacie.

Lwów 20. listopada.

W łonie wiernokonstytucyjnego obozu wiedeńskiej Rady państwa, dokonywa się przemiana, która może wywrzeć ważny wpływ na sprawy wewnętrzne monarchji. Od dłuższego już czasu głoszono, iż pod przewodem Skenego tworzy się stronnictwo czy klub „niezawisłych“, którego programu domyślano się tylko, którego cel jednak dość był widoczny: skorzystać z odnowienia ugody węgierskiej, ażeby obalić ministerstwo a na jego miejsce postawić rządy głównego liweranta armji p. Skenego. Ostatnimi dniami dopiero frakcja ta wystąpiła jawnie z programem, uczyniła to jednak w sposób, który łatwo może rzucić zarzewie niezgody wielkiej w obóz centralistyczny. Oto zwolennicy p. Skenego ułożyli ów program między sobą, i wystąpili z nim we wszystkich trzech klubach wiernokonstytucyjnych, a zarazem wnieśli o zwołanie wielkiej konferencji wspólnej wszystkich klubów. Program jednak dla tych, którzy go przyjęli, jest już obowiązującym, i na jego zasadzie z wszystkich dotychczasowych frakcyj tworzy się nowy klub. W klubie postępowym przyjęto program 33 głosami przeciw 7, i włożono go w dawny statut klubu — tak, że klub ten przestaje istnieć na dawnych swych podstawach i przeobraża się w nową frakcję, a owi siedmiu muszą sobie nowego poszukać stronnictwa W klubie lewicy liczy p. Skene tylko 10 zwolenników — według wszelkiego prawdopodobieństwa program nie zostanie tu przyjęty, a ci dziesięciu wystąpią. Wreszcie i w klubie środka liczy p. Skene dosyć zwolenników, tak, że w ogóle nowa frakcja w chwili swego powstania spodziewa się mieć już 60 członków, przedstawiać będzie zatem wcale znaczną siłę.

Program, z którym p. Skene wystąpił, odnosi się wyłącznie do sprawy ugody węgierskiej. Punkta pierwszy i trzeci są bardzo ogólnikowe, i tego rodzaju, że cała partja wiernokonstytucyjna, a pewno i wszelkie inne stronnictwa rady państwa, zgodzić się na nie muszą. Żądają, ażeby przy odnowieniu ugody uniknięto większego obciążenia tej połowy monarchji, szczególnie zaś wszelkiego zachwiania stosunków kredytowych i pieniężnych — tudzież żeby wszystkie sprawy, które w r 1867 nie zostały uregulowane, stanowczo teraz załatwiono. Najważniejsze jednak są ustępy drugi i czwarty, które domagają się albo większego ścieśnienia węzłów łączących obie połowy monarchji, albo też unji personalnej. Ustęp drugi żąda: „dla tych stosunków państwowego i ekonomicznego związku obu państw, które leżą w interesie całości monarchji i jej obu części, stworzyć silniejszą i trwalszą podstawę“ — zaś ustęp czwarty: „tę formę połączenia z Węgrami, która jak doświadczenie nauczyło nadała Austrji zbyt mały wpływ na sprawy wspólne, i zwichnęła naturalny stosunek obu państw, uregulować w sposób, zabezpieczający wpływ Austrji, w przeciwnym zaś razie dążyć do zupełnej samodzielności Austrji.“ W końcu oświadczają, że klub będzie tylko taki rząd popierać, który stosunek obu połów monarchji na powyższej podstawie ureguluje. Jest zatem najwyraźniej postawiona alternatywa: albo większe scentralizowanie — albo unja osobista.

Czy program ten się przyjmie, czy zdoła pozyskać większość stronnictwa prawa — jest wątpliwem. My z naszej strony nie moglibyśmy delegacji naszej doradzać, ażeby tego rodzaju program popierała który stawia w alternatywie albo opozycję przeciw uprawnionemu stanowisku Węgier, albo też zupełne rozbicie monarchji. Osobistość zaś Skenego, który jako wielki przedsiębiorca i pierwszy liwerant armji ma w tem przedewszystkiem osobiste interesy i widoki, jest tego rodzaju, że całe to nowe stronnictwo jest najwstrętniejsze z wszystkich wiernokonstytucyjnych frakcyj.

W sprawie prezenty nauczycieli szkół ludowych.

(Głos z kraju).

Z dawnego obwodu przemyskiego. Do licznych wadliwości w naszem ustawodawstwie szkolnem, utrudniających niepospolicie zadanie zakreślone w sprawie ojczystej oświaty, zaliczyć należy przysługujące radom szkolnym miejscowym prawo prezentowania nauczycieli i kierowników szkół ludowych, które, jak tego coraz liczniejsze mamy dowody, wpływa najniekorzystniej na stan szkół w kraju i demoralizuje tylko nasze nauczycielstwo.

Jak wiadomo wchodzą w skład miejscowych rad szkolnych ludzie różnego stanu, różnego stopnia wykształcenia, rozmaitych zasad i pojęć. Jedni za mało światli, aby mogli rozumieć prawdziwe warunki szkoły i godnie ocenić nauczyciela, drudzy przekładający protekcję nad zdolność, zasługę i zacność charakteru, a inni zanadto obojętni dla sprawy szkół, zanadto obojętni na to „czy w nich będzie uczył Bartek czy Maciek“ jak się jeden z tej kategorji panów wyraził.

Rozumie się więc, że pod takiemi warunkami muszą wywierać jedyny wpływ na wynik wyborów nauczycielskich zręczna agitacja i protekcja. Kompetujący o stałe posady nauczycieli lub kierowników zmuszeni są więcej dbać o wpływy i protekcję, jak o kwalifikację i zasługę; okupują sobie zatem ten niezbędny warunek, jak mogą i jak umieją, mniej szlachetne indywidua nawet poświęceniem osobistej godności, pochlebstwem, intrygą, nikczemnem służalstwem. Nic więc dziwnego, że na posadach kierowników szkół ludowych spotykamy czasem ludzi bez najmniejszych do tego warunków, bez wszelkiego taktu, bo bez iskierki inteligencji, wyższego wykształcenia, a nawet ludzi nie umiejących poprawnie po polsku mówić i pisać.

Znam np. pewnego kierownika szkoły ludowej, który w ośmdziesięciu wierszach robi pięćdziesiąt błędów ortograficznych. Ubóstwo umysłowe przebija się u tego człowieka nie tylko w słowie i piśmie, ale w całem zachowaniu się i postępowaniu A jednak przy wyborach uzyskał on pierwszeństwo przed kandydatem posiadającym i studja i kwalifikację wyższą, przed nauczycielem zdolnym i zasłużonym znanym nawet z prac swoich w „Szkole“ umieszczanych, bo umiał, jak się wyrażano, „mądrze chodzić koło interesu“.

Znam dalej pewnego nauczyciela szkoły czteroklasowej, człowieka który w młodości swojej odznaczał się szczególnym wstrętem do książki. Uzyskawszy bardzo nędzną kwalifikację nauczycielską za czasów macherowskich, pełnił długie czasy funkcję nauczycielskiego pomocnika, rozumie się nie z wielką pociechą dla sprawy oświaty. Nareszcie obdarzył go los prowizoryczną posadą nauczyciela przy czteroklasowej szkole pewnego małego miasteczka. Przy prezencie do stałego zamianowania, utrzymał się on przed kilkoma innymi nieporównanie zdolniejszymi i zasłużeńszymi kandydatami, bo będąc trochę muzykalnym, umiał sobie pozyskać miłość księdza przewodniczącego, grywając z nim ciągle duety na skrzypcach, bo panu inspektorowi miejscowemu szkolnemu był w niejednej ważnej sprawie bardzo pożądanem narzędziem, a z jednym i drugim członkiem rady szkolnej miejscowej spędził mile niejeden wieczorek przy kartach, piwku lub towarzyskiej herbatce.

Znam pewną nauczycielkę, kobietę niemłodą i nie posiadającą najmniejszych warunków do tego zawodu. Pozostawała ona na prowizorycznej posadzie pewnej małomiasteczkowej szkoły. Gdy jej posadę wystawiono na konkurs, przekonała się, że do uzyskania prezenty braknie jej jednego głosu. Trzeba więc było bądź co bądź pozyskać sobie ten głos — i pozyskała go skromnym podarkiem włóczkowej roboty. Podobnych przykładów mógłbym jeszcze bardzo wiele przytoczyć; są to skutki przysługującego radom szkolnym miejscowym prawa prezenty, które łatwo przewidzieć jak wpłyną na stan nauczycielstwa i rozwój szkół w naszym kraju.

Głosy w tej sprawie odzywały się już a obecnie odzywają się coraz liczniej — poruszało ją kilkakrotnie Towarzystwo pedagogiczne na zjazdach walnych w uchwałach i petycjach, poruszała ją i nasza „Szkoła“ i ruska „Gazeta szkolna“. Należy się więc spodziewać, że Rada szkolna krajowa, że ludzie którym poruczona jest opieka nad dobrem szkół i nauczycielstwa, że wreszcie posłowie sejmowi przyłożą wszelkich starań, aby usunąć to złe, wpływające tak niekorzystnie na sprawę oświaty.

Ziemie Polskie.

Do *Dziennika Poznańskiego* piszą z Warszawy:

„Przygotowania do wojny, chociaż dotąd odbywały się jawnie i były wszystkim wiadome, nie budziły jednak tak powszechnej jak dziś obawy — z tego względu, że przedsiębrane powoli zdawały się wskazywać, że wojny tej nie spodziewają się tak bardzo. Teraz położenie zmieniło się — uzbrojenia i przygotowania prowadzone są tak energicznie, z taką szybkością — że cel ich nie ulega żadnej wątpliwości.

„Tak między innemi tutejszy okręg naukowy parę tygodni temu odebrał tajny rozkaz z Petersburga przyspieszenia wykładów na wydziale medycznym i w szkole weterynarnej, aby w razie potrzeby na pierwszy znak młodzi lekarze i weterynarze mogli ukończyć swe egzamina, zwykle rok się ciągnące, w przeciągu 4 tygodni. — Otóż zdaje się, że i tak nawet nie będzie; od kilku dni na wydziale medycznym 4 profesorów od razu rozpoczęło wykłady chirurgji polowej — lekcje odbywają się nawet późno w nocy — prawdopodobnie więc wcześniej ich powołają. Wszyscy lekarze wolno praktykujący odebrali wezwanie do zapisywania się na lekarzy wojskowych z płacą 200 rsr. miesięcznie i jednorazowem wynagrodzeniem w ilości 400 rsr. Dla weterynarzy naznaczono 150 rsr. miesięcznie. Wiadomość o tem silnie zaniepokoiła wszystkich — a tu w dodatku każdy dzień, każda godzina prawie przynosiła nowe dowody, potwierdzające obawę bliskiego wybuchu; wieści te nieraz i przesadzone piorunem obiegały z ust do ust. Trudno jest opisać to wytężenie umysłów, które tu od dni kilku panuje — niepewność zabójcza.

„Jeszcze jednak nie stracono nadziei — łudzono się, że ostatecznie skończy się na pogróżkach i przygotowaniach i że panujący oprze się rozlewowi krwi.

„Noc 14. listopada rozchwiała niewczesne złudzenie — noc ta na długo pozostanie w naszej pamięci.

„Dnia 14. listopada jenerał-gubernator hr. Kotzebue zaszczycił swą obecnością przedstawienie w teatrze; oficerów było mnóstwo, więcej jak zwykle, bo stu przeszło. Około godziny 10 tej do loży hrabiego wszedł jakiś jenerał i oddał mu telegram, przysłany z Petersburga, po przeczytaniu którego hr. Kotzebue natychmiast wyszedł z teatru, a przysłany w 15 minut po jego wyjściu żandarm służbowy wywołał wszystkich oficerów. W teatrze od razu zrobiło się pusto. — Wyjście raptowne oficerów w środku przedstawienia zaraz po odebraniu depeszy przez jenerał-gubernatora przeraziło wszystkich — przypuszczano coś nadzwyczajnego i większa część publiczności opuściła przedstawienie, dopytując — co, gdzie i jak stać się mogło?

„Depesza nakazywała natychmiastową mobilizację wszystkich wojsk warszawskiego okręgu, wraz z natychmiastowem powołaniem wszystkich urlopowanych.

„Czy wy wiecie, co to znaczy *natychmiast* w Moskwie?

„Posłuchajcie: Rozkaz odebrano po 10 wieczorem a o 12. w nocy w całem Królestwie rozpoczęła się branka urlopowanych.

„Policja, żandarmi ściągali każdego oddzielnie*) śpiących, przerażonych wyciągano z łóżek — od rodzin, żon i dzieci — ani interesa majątkowe, ani choroba, nie nie tłumaczyło — nie dano nikomu nawet godziny czasu...

„Jęk i płacz prawie w całym kraju — jęk i płacz prawie w każdym domu.

„Rano nikt nie pytał nikogo.

„Dziś w południe już trzy wielkie partje Polaków wysłano do Kiszyniewa“.

---

*) Wszystkim stanął w pamięci nieszczęsny pobór przed powstaniem, który odbył się zupełnie tak jak dzisiejszy tj. jak obława na dzikie zwierzęta. *Przyp. koresp.*

Austrja i Węgry.

Wiedeń 17 listopada. W dalszym ciągu rozpraw nad reformą administracyjną zabiera głos:

Hohenwart dla dokończenia mowy przerwanej z powodu zasłabnięcia. Podziękowawszy prezydentowi i Izbie za to, iż mu dozwolono dokończyć mowy, przechodzi mowca do niższych władz administracyjnych. Podzielam to przekonanie — powiada — że gminy nie są w stanie wykonać przyznanego im zakresu działania. Nie potrzebuję obszerniej tego wyłuszczać, tu bowiem w izbie panuje pod tym względem jednomyślne przekonanie. Radbym tylko podnieść jeszcze, że krzywdziłoby się gminy, czyniąc im z tego powodu zarzuty. Toż samo bowiem zamierzano i w innych krajach, a w żadnem państwie nie udało się oprzeć samorządu administracyjnego na gminach miejscowych Z tego jednak nie mogę żadną miarą wyprowadzić tych wniosków, do których doszła komisja. Chce ona zakres działania, któremu gminy podołać nie mogą, przenieść na organa rządowe. Jabym raczej w miejsce gmin postawił dla

---

POWRÓT Z TAMTEGO ŚWIATA.

Przez

AMADEUSZA ACHARD'A

przetłumaczył z francuskiego

Włodzimierz Podgórski.

(Ciąg dalszy).

Pan de Lesparetz zabrawszy pana barona Mometiers do swej karety, czekającej przed gankiem kościoła, ruszył na ulicę Chausée d' Antin, gdy tymczasem Izabella w towarzystwie brata, siostry i ciotki zmarłego, pani de Champeau, jak również Fryderyka, udała się do pałacu przy ulicy Londyńskiej.

Na kilka miesięcy przed swym zgonem Ludwik otrzymał był nominację na szefa biura przy radzie stanu. Nominacja sprawiła mu tem większą przyjemność, że właśnie nieboszczyk ojciec jego za czasów Ludwika Filipa był radzcą w tejże radzie, a nawet jednym z luminarzy onej.

Będąc na służbie Ludwik niebawem złożył niezbite dowody nietylko pilności; okazał, że był niepospolicie zdolnym, że miał głowę otwartą, że najzawilsze sprawy łatwo pojmował. Doskonałe studja, odbyte w kolegium Karola Wielkiego, przydały się mu bardzo na służbie. Ciesząc się poważaniem wszystkich i jednocześnie posiadłszy zaufanie u swych zwierzchników, mógł się spodziewać, że z czasem stanie bardzo wysoko, czy to w Radzie stanu, czy też na innej drodze administracyjnej, jeśliby takową wolał, a pierwszą porzucił. Mając temperament szczęśliwy i dużo taktu w postępowaniu, łatwo mu było o przyjaźń ludzką. Powiadano o nim, że tylu miał przyjaciół ilu kolegów.

Z jednym z nich szczególnie sympatyzował Ludwik. Był nim młody człowiek, nazwiskiem Fryderyk de la Faurie, którego ojciec, jako szef inżynierów górniczych, był w ciągłych niegdyś stosunkach z ojcem Ludwika. Ukończywszy szkołę z równym zaszczytem, każdy z nich poszedł inną drogą. Ludwik wybrał prawo i uczęszczał na kursa prawne, a jego przyjaciel wstąpił do szkoły politechnicznej. Pomimo rozłączenia i tysiącznych złudzeń wieku młodzieńczego, łatwo się przyczyniających do zatarcia wrażeń chłopięcych, przyjaźń ich nie uległa zmianie; zawsze pozostawali jeden dla drugiego tem, czem byli w szkołach. Ludwik wyzwał na pojedynek i bił się za Fryderyka, gdy raz coś złego o nim ktoś powiedział, a ten znów, choć nie tak bogaty, nie raz ratował Ludwika, podpisując weksle za niego. Po ukończeniu szkoły politechnicznej, Fryderyk został inżynierem i długo go nie było we Francji; rząd go wysłał był z jakimś poleceniem do Rossji, gdzie dwa lata zabawił. Pomimo tak długiego rozłączenia, przyjaźń ich nie poniosła szwanku. Owszem, zdawało się, że rozłączenie ścieśniło jeszcze bardziej węzły ich łączące; pisywali do siebie często i tym sposobem byli jakby razem.

Umiejąc łatwo stosować się do każdego, Ludwik posiadał nadto tę wielką zaletę, że nie było w nim ani krzty podejrzliwości, tak często psującej stosunki nasze z ludźmi. Oprócz tego zjednywał sobie wszystkich niewyczerpaną dobrocią serca; a tak umiał kierować rzeczy, pomagał drugim z taką serdecznością, z taką delikatnością i tak zawsze w porę, że patrząc na niego, pomyśleć można było, iż nie on wyświadcza łaskę, co daje, lecz ten co przyjmuje. Wszystkie te piękne strony charakteru tem więcej zasługiwały na uwielbienie, że nie podlegały zmianom kaprysu; Ludwik był zawsze jednakowego usposobienia. Piękny ten przymiot zawdzięczał szczęśliwej równowadze władz swoich. Wyobraźnia u niego szła w parze z zastanowieniem; dowcip nie bujał kosztem dobroci; namiętność młodzieńczą hamował rozsądkiem; miał dużo zapału gdy było trzeba, był zaś powściągliwym, gdy rzecz wymagała rozwagi, i zawsze liczył się z okolicznościami, nigdy przytem się nie unosząc, napotkawszy człowieka z innemi wyobrażeniami od swoich.

Ostatni ten przymiot zawdzięczał niewyczerpanej wyrozumiałości. Wyrozumiałość, była jego zasadą. Nie znaczy to jednak wcale, ażeby tę wyrozumiałość wygodnie sam do siebie stosował, patrząc przez palce na własne swe usterki. Bynajmniej; był on wyrozumiałym, lecz tylko dla drugich, dla siebie zaś, był zawsze surowym i zawsze zapatrywał się na życie ze stanowiska poważnego. Znając własną ułomność, tem bardziej był pobłażliwym dla drugich i mając zawsze wzgląd na skutki wypływające ze złego przykładu lub wychowania, łatwo uniewinniał postępowanie ludzi innych. W młodszych swych latach, nie był bez błędu, lecz i błędy te nawet rzucały pewne szlachetne światło na charakter jego. Tak dobrze jak każdy inny nieraz dał się za daleko unieść zasadom lub ideom, i tak dobrze jak każdy inny, i on przebył gorączkę młodości.

Stary radca stanu oprócz Ludwika, zostawił jeszcze dwoje dzieci, drugiego syna, Karola i córkę, Augustynę. Ta ostatnia była z drugiej żony.

Majątek osobisty radcy nie był znaczny; większą część swojej fortuny zawdzięczał pierwszej żonie; a że matka Augustyny także nie była majętną, spadek więc, jaki się dostał w udziale Augustynie, daleko okazał się mniejszym od działów każdego z braci. Dodawszy do spadku po matce trzecią część spuścizny po ojcu, cały posag Augustyny wyniósł zaledwie stopięćdziesiąt tysięcy franków. Było to coś, ale zarazem było też prawie i niczem dla takiej panny jak Augustyna, przywykłej od dzieciństwa żyć w domu ojca rozporządzającego ośmdziesięciu tysiącami rocznego dochodu. Łatwo było przewidzieć, że czy wcześniej czy później, Augustyna zmuszoną będzie pożegnać się ze zbytkiem wśród którego wzrosła, jako też ze stanowiskiem zajmowanem w świecie dzięki ojcu swojemu.

Przyszłość jaka ją tedy czekała, nie miała wielkiego powabu. Jasnem było, że trzeba jej będzie nie jednego się oduczyć i nie jednego się nauczyć. Pani de Champeau, dobrze wiedząc ile podobna nauka w wieku dojrzalszym jest nieraz gorzką i bolesną, poczęła o tem mówić z Ludwikiem pewnego wieczora, gdy się znaleźli sami przy kominku.

— Niech ciocia będzie spokojną — odparł Ludwik wysłuchawszy rozumowań, którym nie brakło podstawy — jeśli dla zapewnienia szczęścia mej siostry, potrzebnym się okaże posag znaczniejszy, będzie go miała.

Pani de Champeau nadzwyczaj była przywiązaną do Augustyny. Była jej matką chrzestną i w braku własnych dzieci, kochała ją jak rodzoną córkę. Gdy Ludwik po ukończonej rozmowie opuścił salon, weszła Augustyna. Pani de Champeau nie mogla wytrzymać, aby z radości nie szepnąć Augustynie o obietnicy Ludwika. Ucałowała bratankę swą jak najczulej i długo z nią rozmawiała. Z Ludwikiem w tym interesie więcej nie mówiła; wiedziała dobrze, że co raz powie, z pewnością dotrzyma i była spokojną.

Na półtora czy dwa lata przedtem, jak się rozpoczyna ta powieść, traf zdarzył, że Ludwik, bawiąc u wód w Vichy z ciotką i rodzeństwem, odnowił znajomość z panem de Lesparetz, który także do wód był przyjechał, nie tyle w zamiarze kuracji, ile bardziej dla rozrywki swej córki, Emilji, i siostrzenicy, panny Izabeli d' Ervilliers, której był opiekunem. Po wymianie pierwszych komplementów, p. de Lesparetz, właściciel dóbr ziemskich i wielkich zakładów hutniczych, przypomniał wesoło pani de Champeau i jej siostrzeńcom, że domy ich niegdyś żyły w bliskiej zażyłości, przerwanej tylko procesem granicznym, lecz proces się skończył i któżby tam o nim pamiętał! Rad więc jest bardzo ze spotkania, bardzo rad. Przecież o mało co nie trzymał do chrztu Ludwika i gdyby nie wypadło ustąpić miejsca śp. dziadkowi, z pewnością by trzymał! Rad był więc bardzo ze spotkania p. de Lesparetz i przypomniano sobie niebawem dawne dobre czasy, gdy to będąc dziećmi bawiono się razem nad brzegami Aliers'y, w pięknym zamku Mignons, należącym do pana de Lesparetz, i wkrótce Ludwik był już jak stary znajomy.

Gravelotte, dobra ziemskie w departamencie Nièvre, w sąsiedztwie Mignons, które były powodem procesu, dotychczas należały do Courseulles'ów, a mianowicie Ludwika i brata jego Karola. Po skończonych wodach, obaj bracia z ciotką, panią de Champeau i siostrą Augustyną, wyjechali na wieś do Gravellotte, i nie dużo trzeba było czasu, aby stosunki sąsiedzkie rozwinęły się na stopę serdeczną. Nie było dnia ażeby się z sobą nie widziano; jeśli pan de Lesparetz z pannami nie był na objedzie w Gravellotte, to z pewnością młodzi kawalerowie objadowali w zamku Mignons.

Pan de Lesparetz zajmował wybitne stanowisko w swoim departamencie. Był bogaty, miał rozległe stosunki, był członkiem rady departamentowej, członkiem Izby prawodawczej — słowem był to człowiek wpływowy, posiadający nie małe znaczenie. Nic się nie działo w powiecie bez jego porady. Wyrestaurowawszy zamek w Mignons, oddzielony tylko rzeką od Gravellotte, z przyjemnością spoglądał na jego wieże, a jeszcze z większą przyjemnością na kamienny herb wykuty we frontonie ganku. Herb wprawdzie nieco dziwny; w błękitnem polu żółw srebrny, a u dołu dewiza hiszpańska: *Lenta pero indestructible.*

Dużo gości odwidzało Mignons i nie potrzeba było być tam kilka razy, aby zgadnąć, że panna Emilja podobała się bardzo Karolowi a Ludwik zajęty jest Izabelą. Pan de Lesparetz, mając mnóstwo interesów na głowie, jako członek rady departamentalnej, członek Izby prawodawczej, właściciel znakomitych hut żelaznych i obszernego majątku, nie zdawał się zwracać na to uwagi; lecz jeśliby kto z ciekawych chciał uważać go dobrze, gdy rozprawiał z sąsiadem o wysokości taryfy, spostrzegłby łatwo, że p. de Lesparetz, zdaje się cały zajęty interesem, bynajmniej z pod swych złotych okularów nie spuszczał z oka co się dzieje w końcu salonu. Gdy pora była wracać, Karol i Ludwik udawali się ku rzece, wołali przewoźnika Jana i płynęli na drugą stronę do Gravellotte. Jeden mówił o Emilji, drugi wciąż o Izabeli. Nigdy Karol nie odpowiadał na pytania Ludwika, a Ludwik Karola, pomimo tego rozumieli się doskonale.

(C. d. n.)

tych spraw bardziej uzdolnionego zastępcę samorządu. Nie byłoby to trudne — mamy bowiem w powiatach podatkowych i sądowych dawny podział, który z małemi zmianami zupełnie celowi temu odpowiada. Jest to zadziwiającem zjawiskiem, że wszyscy jednogłośnie przyznają, iż gminy przy swym szczupłym terytorjalnym obszarze nie mają ani umysłowych ani finansowych sił, aby odpowiednią przeprowadzić administrację; że jednak mimo to zawsze usiłowano z gmin uczynić podporę samorządu, i sztucznie stworzyć ową spójnię, jakiej nie posiadają, ażeby zorganizować samorząd. Zamiast gminy przystosowywać do urządzeń administracyjnych, należało te urządzenia zreformować według danych stosunków. Tą drogą postępowano wszędzie — i w ten sposób zrobiono podstawą samorządu w Anglji hrabstwa, w Prusiech okręgi, u nas zaś mógł powiat podatkowy albo sądowy przejąć to zadanie. Wydaje się to tem stosowniejszem, że powiat taki rozporządza organami najniższego stopnia administracji państwa, i że mogłoby tam nastąpić takie samo połączenie państwowych i autonomicznych organów, o jakiem mówiłem już co do władz wyższych.

Pozostaje mi już tylko, w kilku słowach wspomnieć o trudnościach, jakie się sprawie tej z zewnątrz [illegible], a to tem mniej, że i sprawozdanie komisji o [illegible] wspomina. Jest to podzielona w tej sprawie kompetencja rady państwa i sejmów, która żadnemu z tych ciał nie pozwala stanowczo ją rozstrzygnąć. Ta trudność jednak wypływa nietylko z kompetencyjnych postanowień konstytucji, ale także i z interpretacji, jaką im rada państwa dała. Komisja wspomina w swem sprawozdaniu że organizacja władz administracyjnych należy do zakresu rady państwa. W takich razach jednak należy zawsze dosłowne brzmienie konstytucji zachować w pamięci. Otóż opiewa ono tak, że „zasadnicze podstawy organizacji władz sądowych i administracyjnych“ należą do rady państwa. Jeżeli to słowo „zasadnicze podstawy“ [illegible]wano nie tak, jak się je powszechnie rozumie, zastosowywano je tak, że cały ten przedmiot przekazywano radzie państwa — to nie jest to ustawa ale usus, a raczej abusus, od którego można odstąpić. Jeżeliby przeto w. Izba słowo „zasadnicze podstawy“ chciała tak tłumaczyć, żeby wykonanie tej organizacji pozostawione rządowi i sejmom — trudność byłaby przez to usuniętą. Prawda, że zwolennicy bezwarunkowej centralizacji odpowiedzą zaraz, iż przez to jednolitość administracji byłaby zakwestjonowaną. Ale już w pierwszej części mej mowy wyłuszczyłem, co pod tą jednością rozumię, i jak wielką do niej przywiązuję wagę, ale w powyższem znaczeniu wydaje mi się ona hasłem, obliczonem na tych partyzantów, którym hasła potrzeba, ażeby wiedzieli do czego się entuzjazmują. Jeżeli przejdę urządzenia różnych państw, widzę że żadno z nich nie ma we wszystkich swych częściach jednakowej organizacji, że i Austrja jej dawniej nie miała, Prusy zaś swoją nową organizację zaprowadzają tylko w pewnych prowincjach, na czem jednak ani siła tych państw na zewnątrz ani ich wewnętrzna pomyślność nie cierpi. I w ten sposób przekonywam się, że ci politycy mają słuszność, którzy twierdzą, iż wola musi być w państwie jedna, ale wykonanie jej może w różnych częściach rozmaitym organom być poruczonem. Austrja nic by na tem nie straciła, gdyby tą drogą dojść chciała do nowej organizacji, ale skorzystałaby na tem o tyle, że mogłaby organizację tę stosować do warunków w każdej prowincji danych, i nie naraziłaby się na niebezpieczeństwo, żeby niezadowoleniem jednej części okupywała zadowolenie drugiej.

System taki przedstawia też istotne korzyści. Gminom pozostawionoby ich właściwe zadanie, samorząd w zakresie majątku gminy i jej lokalnych urządzeń — zaś w zadaniach politycznej administracji miałyby taki udział, jak n. p. głowa rodziny w radzie familinej. Polityczny samorząd złożonoby na barki, które go udźwignąć zdołają, a przy swym większym obszarze mogą rozporządzać umysłowemi i finansowemi siłami, któremi małe gminy nie rozporządzają. Sztuczny i nieodpowiedni system starostw powiatowych zostałby usunięty, a przez przeniesienie pierwszej jednostki administracyjnej do powiatów sądowych i podatkowych, zbliżonoby bardziej do ludności pierwszą instancję. Przytem możnaby się obejść nie wielkiem pomnożeniem liczby urzędników — administracja bowiem zostałaby ułatwioną i uproszczoną, a zarówno samorząd jak i kontrola państwa byłyby ułatwione. Tak sobie wyobrażam reformę administracji.

Daleki jestem od tego, bym system ten miał jako doskonały uważać i nie zapoznaję, że w tem mojem wyłuszczeniu są znaczne luki. Poprzestałem tylko na skreśleniu głównych podstaw i zasad. Ich opracowanie w kształcie zupełnego programu, nie może być naszem zadaniem.

Jestem przekonany, że przez współdziałanie tylu znakomitych sił, jakiemi rozporządza administracja, możemy zadaniu sprostać, gdyby tylko była chęć po temu.

Nie będę stawiał wniosków — celem moim było dowodnić, iż wnioski komisji są niestosowne, niedopuszczalne, a zarazem zwrócić uwagę W. Izby na niektóre wytyczne punkta, których w tej kwestji pomijać nie można. Postępowanie z wnioskami, wychodzącymi z tej strony, powoduje mnie do tego, że żadnego wniosku nie stawiam. Zbyt często nam tu niezbicie udowodniono, iż nie można nic osięgnąć, jeżeli się nieszczęściem zasiada po owej stronie Izby. Nie chciałbym dać znowu sposobności do złożenia takiego dowodu, który interesom państwa ciężką wyrządza szkodę. Poprzestanę przeto na tem, że głosować będę przeciw wnioskom komisji. (Brawo z prawicy).

Dep. ks. Zakliński oświadcza, iż mówić będzie tylko o galicyjskich stosunkach. Utworzenie instancyj nowych, kosztownych, a utrudniających zarząd, uważa jako niestosowne. Powtarza zwykłą piosnkę świętojurców, że ludność nienawidzi rad i wydziałów powiatowych, — Byłby za tem, żeby sprawy gminne oddać urzędnikom rządowym, gdyby w Galicji byli sprawiedliwi i bezstronni urzędnicy. Ale galicyjscy urzędnicy nie mają narodowego (czytaj: świętojurskiego) poczucia.

Czego mowca właściwie sobie życzy, trudno się domyśleć lub dowiedzieć — skorzystał tylko ze sposobności wypowiedzenia ciężkiej żałoby „naroda“ z powodu ostatnich wyborów, które według niego są dziełem starostów.

Dep. Plener zgadza się z Hohenwartem, żeby można samem hasłem samorządu złemu zaradzić. Dowodzi — czemu nikt nie przeczy — że samorząd drogo kosztuje, że zawdzięcza mu się dodatki krajowe, powiatowe i gminne, że zresztą samorząd nie zaradzi zachwianiu społecznych stosunków, które się nietylko w Austrji, ale i w całej Europie objawia. Zasada pruskiej organizacji, mocą której do pierwszej instancji administracyjnej, mianowicie do agend policyjnych, bierze się ludzi z klasy właścicieli ziemskich, i ci, z królewskiego ramienia, sprawują bezpłatnie swe urzędy, nie da się zastosować w Austrji, gdzie między latifundiami a małą posiadłością nie masz środka. Mowca sprzeciwia się stanowczo odpowiedzialności namiestników przed sejmami. — Rozciągnęłoby się w ten sposób parlamentarny system i na sejmy, uczyniłoby się administrację państwową zależną od sejmów i kraje miałyby rządy stronnictw. Ludność nie zgodzi się nigdy na to, by administrację rzucono na pastwę partyjnych sporów polityków prowincjonalnych, ludność bowiem jest usposobioną monarchicznie i konserwatywnie, i potrzeba tylko odwołać się do tego jej poczucia. Cała jej dzisiejsza organizacja wydziałów krajowych, jest tylko organizmem przeciw administracji rządowej istniejącym. W dzisiejszej swej formie istnieć on nie może. Mowca radzi zaprowadzić kolegium podobne do pruskich rad prowincjonalnych, któreby oprócz nadzoru nad sprawami gminnemi, miało także kompetencję sądu administracyjnego. Wydziały krajowe zaś należy zatrzymać tylko dla zarządu funduszów krajowych. — Mowca oświadcza się także za wprowadzeniem nieurzędniczego żywiołu do administracji powiatowej, a zaś przeciwko tworzeniu zbiorowych gmin administracyjnych.

Dr. Peer rozpoczął od niezbyt udatnego porównania, że jak nasmarowanie zegarka oliwą i wstawienie kilku sztyfcików jeszcze nie zapewnia że zegarek będzie dobrze chodził, tak też i administracji nie pomogą małe zmiany. Sam zaś, sławiąc nadewszystko pruską instytucję oberprezydentów, radzi tylko, ażeby idea państwa była silnie uwydatnioną w namiestnikach, którzy mają przedewszystkiem baczność swą zwrócić na interesy ekonomiczne.

Dep. Grocholski: Komisja zajęła stanowisko zupełnie odmienne od tego, z jakiego wychodził dzisiejszy sprawozdawca (Göllerich), kiedy stawiał pierwotny swój wniosek. Komisja uskarza się na brak bezpieczeństwa osoby i mienia, na niedostateczne wykonywanie ustaw zarówno we własnym jak i w poruczonym zakresie działania. W czem jednak jest błąd, jak mu zaradzić można, na to się jeszcze nie zgodzono. Może obawiają się wziąć pacjenta za puls, i zważyć, w jaki sposób możnaby mu dopomódz. Sprawozdanie nie powiada, ilu ma być tych eksponowanych komisarzy, jak wielkie ich urzędowe okręgi. Jest to dla mnie dowodem że komisja nie umiała dokładnie podać, jaki ma być właściwie zakres działania tych urzędników. Mają oni wywierać pożądany wpływ na gminy. Ale na czem ma wpływ ten polegać? Sprawozdanie powiada dalej, ze ustawami krajowemi możnaby tym urzędnikom i takie sprawy przekazać, które należą do własnego zakresu działania. Obrano jednak drogę zupełnie mylną: mają być mianowani urzędnicy — i ci z założonemi rękoma będą wyczekiwać owych spraw, które im kiedyś mają być poruczone. Według mego przekonania urzędnicy ci kosztowaliby nas zbyt drogo. Dalej byłoby z tem połączone niebezpieczeństwo, że biurokracja sięgnęłaby do najniższych warstw ludności. Powrócilibyśmy do owego dawnego systemu opiekuńczego, w którym urzędnik lepiej od obywatela państwa miał wiedzieć, czego temu obywatelowi potrzeba. Sejmy znalazłyby przeszkodę w swych usiłowaniach uporządkowania stosunków gmin. Z tych przyczyn głosować będę przeciw wnioskom komisji.

Nie chcę jednak przeczyć, że stosunki gminne są wadliwe, przedmiot ten jednak, jak wyraźnie powiada sprawozdanie komisji, należy wyłącznie do sejmów krajowych, i dlatego odnoszący się do tego wniosek nie powinien być tu wzięty pod dyskusję. Zastrzegam wyraźnie prawa naszego sejmu. Będę przeto głosował przeciw wnioskom Zschoka i Scharschmida. Galicyjski sejm zajmował się starannie sprawą reformy władz autonomicznych, lecz usiłowania jego rozbijały się o kwestję kompetencji. Samej kwestji kompetencji nie chcę tu poruszać. Chociażby najdokładniej wszelkie okoliczności zbadać — można się omylić. Może najbliższa już przyszłość będzie wymagać niezbędnie nowych zmian — a wtedy powiedzą znowu, że zmiany te przekraczają kompetencję sejmów. Dlatego mojem zdaniem przeprowadzenie odpowiedniej w prowincjach organizacji jest przy podzielonej kompetencji niepodobieństwem. Pierwszym warunkiem dobrej administracji w prowincjach, jest przeniesienie na sejm całego dotyczącego ustawodawstwa. I dlatego to sejm galicyjski żądał, ażeby zarysy organizacji władz politycznych, należały do jego kompetencji. Sądzę, że bez przyzwolenia sejmu nie będziecie panowie przywłaszczać sobie tej kompetencji pomimo tych zdań, któreście tutaj słyszeli; gdyby to jednak stać się miało, musiałbym powiedzieć, że gdzie się zaczyna gwałt, ustaje dyskusja. Nie można obawiać się, że będą zbyt wielkie różnice między ustawami, przez różne sejmy uchwalonemi. Wszak sama potrzeba sankcji usuwa to niebezpieczeństwo, a zresztą i teraz istnieją pewne różnice pomiędzy poszczególnymi krajami. Gdy raz uznanem będzie, że rozdzielenie kompetencji tworzy nieprzełamaną zaporę, łatwo znajdą się środki usunięcia wszelkich trudności — a nie wątpię, że sejmy chętnie rękę do tego podadzą.

Hr. Mieroszewski rozdziela sprawę reformy gminnej, należącej do sejmów, od administracyjnej, należącej do Rady państwa. Uważa ustawę gminną jako dobrą, tylko, że u nas w Galicji nie ma gmin takich, któreby jej mogły odpowiedzieć, bo są za małe. Przyczyny niedostatków administracji gminnej, szukać należy w fałszywej zasadzie rozdziału różnych zakresów działania. Doszliśmy skutkiem tego do dualizmu, który nie jest podziałem pracy, lecz niepotrzebnem jej zdwojeniem. Oba rządy nie mogą jednakowej mieć mocy — cesarski powinien mieć większą. Jakby też wyglągało, gdyby w miejsce ministra na czele każdego ministerstwa postawiono wielogłowy senat? Tak jest z wydziałami powiatowymi i krajowymi. Czyż można się dziwić, że nie są w stanie zadaniu swemu uczynić zadość? Potrzebaby przeto znieść ten dualizm, i wszelkie czynności administracyjne uważać jako obchodzące zarówno państwo jak i kraj. Wtedy jednak trzebaby wydziałom powiatowym znaleźć zastępcę. Tym może być tylko władza rządowa. Czynności wydziałów powiatowych oddać należy starostwom, Wydziału krajowego namiestnictwu. Że jednak przyzwyczajono się, uchylać ingerencję rządu, można przeto zapatrywaniu temu w ten sposób uczynić zadość, że do sprawowania tych czynności przy władzach rządowych wybieranoby radców, na pewien przeciąg lat, za wynagrodzeniem. Wtedy będziemy mieli urzędników autonomicznych uzdolnionych i obowiązanych do pracy, nie zaś wolontarjuszów. Mowca sprzeciwia się stanowczo odpowiedzialności namiestników przed sejmami — i przytacza w końcu historyjkę z własnych swych borb powiatowych, która do rzeczy nie należy.

Dep. Waldert polemizuje z Hohenwartem i innymi poprzednimi mowcami — nie stawia żadnego wyraźnego programu reformy, i kończy ogólnikowym nic nie znaczącym wnioskiem: „Wzywa się rząd aby w jak najkrótszym czasie przedłożył wnioski, któreby mogły usunąć teraźniejsze wadliwości administracji“.

Po interpelacji Prombera w sprawie kapituły ołomunieckiej zamknięto rozprawy. Do komisji mającej zbadać projekty ustaw przeciw pijaństwu i lichwie w Galicji, wybrani: Rydzowski, Skrzyński, Kochanowski, Roser, Wedl, Gierowski, Reney, Hönigsmann, Haase, Przyszłe posiedzenie we wtorek.

Wiedeń 18. listopada. W komisji sądowej uchwalono dzisiaj wnieść do Izby, aby nowa ordynacja egzekucyjna była przekazaną komisji wybranej do ustawy o procedurze cywilnej. Potem uchwalono zmianę § 6 i 19 ordynacji notarjalnej, a petycję kandydatów notajalnych o dozwolenie, aby kandydaci adwokaccy część praktyki swojej 7letniej mogli odbywać także u notarjuszów, uchwalono przekazać rządowi do uwzględnienia.

W komisji budżetowej po uchwaleniu preliminarza dla ministerstwa spraw wewnętrznych prowadzono wczoraj rozprawę nad budżetem ministerstwa oświaty. Na szkoły średnie w Galicji uchwalono 470.000, w Krakowskiem 68.000, na Bukowinie 42.100 gld. Na zapytanie dra Dunajewskiego uznał p. minister konieczność urządzenia drugiego polskiego gimnazjum we Lwowie, dodając, że rząd przy funduwaniu nowych gmachów musi myśleć o tem, aby dotyczące gminy przyczyniały się odpowiednio do kosztów lokalu, opału i oświetlenia. W tym względzie z gminą lwowską są w toku rokowania. Dla szkół realnych w Galicji uchwalono 122,000, w Krakowie 47.000, na Bukowinie 11.000 gld. Przy rubryce zakładów naukowych specjalnych przyjęto dla szkół akuszerek 16.000, dla instytutu technicznego w Krakowie 23.000, dla szkoły sztuk pięknych tamże 15.000, dla szkół rysunkowych 17.600; w rubr. „szkoły ludowe“ uchwalono ordinarjum 1.602.012 gld., ekstraordinarjum 245.500 gld., a na utrzymanie seminarjów nauczycielskich 1,180.000 gld., tudzież na utrzymanie kursów froeblowskich 19.000 gld.

Hr. Andrassy wyzdrowiał już i wraca do Wiednia. Cesarz przybył d. 17. bm. do Pesztu.

Bohemia donosi, że ministerstwa austrjackie i węgierskie zgodziły się na to, ażeby traktat celny i handlowy między Austrją a Węgrami trwał bez zmiany do końca r. 1877.

Węgierskie niezawisłe stronnictwo liberalne złożyło następujące oświadczenie w przedmiocie ekonomicznej ugody z Austrją: Obecna krytyczna sytuacja, która łatwo może powołać narody obu części monarchji do obrony tronu i ojczyzny, nie może służyć za pobudkę do zawarcia szkodliwej ekonomicznej ugody. Utrzymanie i zapewnienie moralnego znaczenia i państwowego stanowiska monarchji, tudzież ważne polityczne i ekonomiczne interesy monarchji na Wschodzie, stanowią kwestję bytu dla obu państw w równej mierze. Jeżeli w sprawie wschodniej nastąpi katastrofa i pokoju nie będzie można utrzymać, to Węgrzy znać będą tylko jedno stronnictwo, które z entuzjazmem i z poświęceniem bronić będzie zagrożonych interesów państwa. Wtedy musi każda inna sprawa ustąpić na drugi plan, a i ugoda ekonomiczna zejdzie z porządku dziennego, bo nie sądzimy, ażeby mógł istnieć rząd konstytucyjny albo parlament, któryby w chwilach przesilenia polityki zagranicznej mógł się wdawać w rozprawy nad traktatami, wymagającemi zimnej rozwagi i ścisłych studjów; założymy protest przeciw temu, jeżeliby z odwołaniem się na sytuację polityczną, miały być jak bądź załatwione traktaty, ubezwładniające rozwój ekonomiczny na dzidsięć lat, stojące na przeszkodzie prawidłowej gospodarce finansowej, jednem słowem, szkodzące interesom państwa.

Sprawa wschodnia.

Projektowana konferencja dozna prawdopodobnie zwłoki w terminie rozpoczęcia. Donoszą właśnie z Berlina, że wyjazd delegata angielskiego, lorda Salisbury został odroczony; ma on przybyć do Stambułu dopiero dnia 30. b. m., w którym to dniu ma się rozpocząć czynność zbierającej konferencji. Przed tym terminem ma jeszcze pełnomocnik zadanie objechania stolic Francji, Niemiec, Austrji i Włoch, ażeby w stolicach tych rozmówić się z ministrami spraw zagranicznych i dopiero z Rzymu udawszy się do Brindissi, tam wsiąść na statek.

Agence Havas donosi z Konstantynopola: Nadzwyczajna wielka rada w Stambule, odbyta dnia 18. b. m. uchwaliła, ażeby proponowane przez Anglję zebranie konferencji przyjąć. Na pełnomocników tureckich mianowani zostaną Midhat pasza i Savfet pasza.

Szewket pasza odjechał do Filibe, ażeby tam stanąć przed sądem komisji.

O kryzys mogącej wybuchnąć z konferencji, piszą do *N. fr. Presse*: Jakkolwiek pojawiające się pogłoski o mobilizacji armji austrjackiej są stanowczo zaprzeczane, to jednak w kołach dobrze poinformowanych nie łudzą się bynajmniej co do nieodzowności wojny pomiędzy Moskwą a Anglją. Nie przewidują dziś wprawdzie mobilizacji armji austrjackiej, ale czy przez wypadki ogólne Austrja nie zostanie zmuszoną do zajęcia groźniejszego stanowiska, o tem trudno przesądzać. Pomiędzy Anglją a Moskwą stosunki tak się naprężyły, że obadwa mocarstwa żądają dziś wyjaśnień co do wzajemnego uzbrojenia. Wyjaśnienia zaś w istocie dawane opierają się na powoływaniu na groźną sytuację na wschodzie. Bądź co bądź jednak, Anglja, jakkolwiek przekonana o tem, że z konferencji nie wyłoni się spokój, chce gwałtownie tej konferencji. Cel gabinetu angielskiego pod tym względem ten jedynie, by dać sposobność jawnego, stanowczego odosobnienia Moskwy. Zwłokę w robotach ustanowienia linji demarkacyjnej, przypisują nie bez podstawy Moskwie.

Moskiewscy bowiem komisarze mają słuchać instrukcyj Ignatjewa, a tymczasem poseł moskiewski nie daje im żadnych instrukcyj.

Według wiadomości z Konstantynopola do *Pall Mall Gazette* brało w Serbji udział w walce 27.000 tak zwanych ochotników moskiewskich. Większa część tych mniemanych bohaterów „za wolność i wiarę“ przybyła do Serbji kolejami rumuńskiemi.

Petersburski korespondent do *Wiener Abendpost* jest zdania, że między Rossją a Niemcami panuje najściślejszy węzeł przyjaźni i interesów, czego dowodem, że na zapowiedziany jutro chrzest syna W. Ks. Włodzimierza, imieniem Cyryl, ma przybyć do Petersburga królewicz pruski. „Podróż ta będzie nowem świadectwem ścisłego wspólnictwa Rossji i Niemiec w kwestji wschodniej“ — mówi korespondent, a na innem miejscu tak pisze: „Aby odmalować usposobienie panujące w Petersburgu, trzeba powiedzieć, że widzianoby tu bardzo niechętnie interwencję na korzyść Serbów dla opiekowania się nimi, na co nie zasłużyli swojem nierozmyślnem wystąpieniem. W przypadku wojny zyskałaby pewnie najpierwej Rumunja, gdyż za jej przymierze z Rossją, jak wieść się rozchodzi, przyrzec jej miano niepodległość, tytuł królestwa i rozszerzenie granic aż do wału rzymskiego wraz z Kustendże (port na morzu Czarnem). Turcja zostałaby w ten sposób na zawsze od Dunaju odsuniętą; wielka to, mówią, korzyść dla Austrji i Niemiec, z któremiby nowe królestwo rumuńskie jeszcze więcej się związało politycznie.“

Do *Polit. Corr.* donoszą ze Stambułu o coraz większych rozmiarach w uzbrojeniu Turcji. Oprócz 150.000 obowiązanych do czynnej służby redyfów, powołano także armję terytorjalną (milicję) składającą się z ostatniego powołania redyfów. Według obliczeń ścisłych, twierdzą, że armja ta złoży przynajmniej 200.000 do 220.000 żołnierzy. Jednocześnie do władz prowincjonalnych wydano z centralnego rządu rozkaz tworzenia bataljonów ochotniczych z takich młodych ludzi, którzy już dojrzeli do wieku obowiązującego do służby, ale jeszcze nie osiągnęli wieku ściśle wymaganego do służby regularnej. Rozkaz ten oznacza tyle, co pospolite ruszenie. Milicja zastąpić ma armję w prowincjach niezagrożonych, tudzież stanowić garnizon dla Konstantynopola. Wszelkie inne wojska przeznaczone są dla Azji koło Erzerum i Karsu, gdzie już obecnie znajduje się 80.000 armja.

Większa część wojska przeciw Serbji użytego ma stanowić linję obronną Dunaju. Armja niszańska ma się składać tylko z 50 bataljonów, uznanych za dostateczne w razie ponowienia walki z Serbją.

Kronika.

(Z d. 20. listopada.)

Magistrat m. Lwowa ogłasza co następuje: Według § 14 instrukcji do ustawy wojskowej powinien się każdy popisowy, tj. należący do klasy wieku obowiązanych do stawienia się przy najbliższem regularnem stawiennictwie zgłosić pisemnie lub ustnie do naczelnika gminy miejsca swego pobytu w grudniu roku poprzedniego, celem zapisania go w poczet powołanych do poboru. Stosownie do tego postanowienia, wzywa magistrat niniejszem wszystkich popisowych, urodzonych w latach 1857, 1856, 1855 i do gminy tutejszej przynależnych, jako też obcych przebywających tu w jakimkolwiek celu (naukowym, handlowym, przemysłowym itp.), tudzież wszystkich tych, którzy wyszli już z pomienionych klas wieku popisowego, jednak nie przekroczyli 36 roku życia i z jakiejkolwiek przyczyny nie uczynili jeszcze zadość powinności wojskowej, aby się do spisu poborowych w grudniu br. zgłosili osobiście w miejskim urzędzie konskrypcyjnym, gdyż tylko w razie choroby albo nieobecności mogą ich zastąpić rodzice, opiekunowie, lub inni pełnomocnicy, a zaniedbanie tego obowiązku bez względu na dalsze postępowanie prawne zagrożone jest grzywną do 100 guld., względnie więzieniem do 20 dni (§ 42 ustawy woj.) Przypomina się zresztą popisowym, którym się na mocy §§ 17, 25 i 27 ustawy wojskowej należy prawo uwolnienia od poboru, lub czynnej służby wojskowej, aby się wcześnie postarali o potrzebne dokumenta. Termin do wniesienia odnośnych reklamacyj zostanie później wyznaczonym.

Ochotnicza straż ogniowa odbyła wczoraj przegląd kwartalny w zakładzie gimnastycznym prof. Madejskiego. Zebrało się 120 członków korpusu. Naczelnik Pojarski odebrał przyrzeczenie strażackie od nowo przyjętych członków i ogłosił wykaz nagród honorowych za gorliwą służbę udzielonych. Następnie p. Praun, naczelnik straży miejskiej miał przemowę, którą zawiadomił korpus, że bardzo łatwo może nadejść chwila, iż będzie zawezwany do pełnienia pogotowia dziennego i nocnego.

Jad Charuzim, stowarzyszenie rzemieślników żydowskich, liczące obecnie 370 członków, odbyło dnia 18. bm. walne zgromadzenie połączone z uroczystością szóstej rocznicy założenia. „Gwiazda“ tutejsza była na tem zgromadzeniu reprezentowaną przez swojego dyrektora Skerla i sekretarza Majera. Przemowy mieli między innymi kaznodzieja Löwenstein i dr Bernard Goldman, upominające do kształcenia się i podnoszenia stanu rękodzielniczepo pomiędzy żydostwem. Z wdzięczną pamięcią wspomniano o nieboszczyku Hermanie Gallu, który należał do założycieli tego stowarzyszenia.

Stowarzyszenie żali się bardzo na zarząd t. z. fundacji Bernsteinowskiej, iż nie wspiera należycie stanu rzemieślniczego; o ile zarzuty te są słuszne, trudno orzec bez zbadania aktów. Sądzimy jednak, że zarząd fundacji powinien pilnie starać się o usunięcie zarzutów.

Mianowania. Cesarz mianował profesora przy II gimnazjum we Lwowie Antoniego Krygowskiego dyrektorem gimnazjum realnego w Wadowicach, następnie mianował prywatnego docenta na uniwersytecie krakowskim dr. Stanisława Smolkę nadzwyczajnym profesorem historji austrjackiej na tymże uniwersytecie. — Minister spraw wewnętrznych mianował komisarza państwowego Wiktora Ortyńskiego sekretarzem rządowym na Bukowinie.

Major Helle przeniesiony do bataljonu Krakowskiego nr. 32. obrony krajowej.

P. Franciszek Wolski mianowany został notarjuszem w Sieniawie.

Nadanie szlachectwa. Cesarz podniósł do stanu szlacheckiego dr. Stanisława Szlachtowskiego, starszego radcę finansowego przy galic. prokuraturze finansowej, jako właściciela orderu żelaznej korony 3 klasy.

Dla wdowy nie mogącej złożyć opłaty szkolnej za syna otrzymaliśmy od p. A. D. 1 gld.

Kronika prowincjonalna według sprawozdania starostów: Borszczów. W Wygodzie-Wierzbowickiej powstała bójka na prażniku dnia 11. bm. pomiędzy podochoconymi włościanami, przyczem zabito jednego z współbiesiadników; sprawców ujęto. — Kossów. Tajemniczą śmiercią zeszedł ze świata 14-letni chłopiec wiejski z Hołów, który zniknąwszy jeszcze w pierwszej połowie września br. z domu rodzicielskiego, dopiero w tych dniach znalezionym został nieżywy na połoninie samotnej. — Lisko. W Rosochatem dnia 13. bm. włościanka poderznęła sobie gardło brzytwą; uporczywa choroba miała być przyczyną tego rozpaczliwego kroku. — Mościska. Pożar zniszczył dnia 6. bm. browar na obszarze dworskim w Radochońcach; szkoda wynosi 24,000 gld.; jest podejrzenie, że ogień wznieciła ręka zbrodnicza.

Nędza w Peszcie. Najlepszą ilustracją nędzy, jaka panuje w węgierskiej stolicy, jest okoliczność, że przeszło 100 uczniów szkoły realnej musiało opuścić szkołę nie mając czem opłacić czesnego. Wielu z nich ze łzami w oczach opuszczało salę nauk. Podobne stosunki panują prawie po wszystkich większych miastach.

Warszawa 18. listopada. Kwestja tramwajów powoli poczyna wchodzić w fazę urzeczywistnienia. Pp. Józef i Ludwik Zelt, promotorowie projektu, otrzymali już zatwierdzenie takowego. Hr. Kotzebue bowiem zgodził się na cały projekt, zastrzegł tylko, by tramwaje budowano podług systemu frankfurckiego i polecił spisać ugodę z miastem, a następnie przesłać po zatwierdzenie do jego własnej kancelarji, co podobno już dokonanem zostało. Przedsiębiorcy więc opierając się na tem, mają zamiar rozpocząć roboty w marcu r. p. i takowe ukończyć najdalej w maju. Tym więc sposobem w niedalekiej przyszłości będziemy mieli zapewnioną możność szybkiej i taniej lokomocji. Fundusze potrzebne, o ile słyszeliśmy, już są zebrane.

W nowym Yorku popełniono d. 7. b. m. wielką kradzież z włamaniem się. Złoczyńcy rozbili handel jubilerski niejakiego Steina Brothers przy Nassau-Streat i zabrali wszystkie droższe klejnoty. Firma oblicza swą stratę na 40.000 złr.

Z Paryża. Ministerjum spraw wewnętrznych zakazało kolportarzy dzieła Tissota „Voyage au pays des annexé.“ Wyborne dzieło tegoż autora „Voyage au pays des milliardes“ wychodzi teraz w ilustrowanem wydaniu. Policja jednak nie bardzo łaskawa na ryciny. W pierwszym zeszycie zakazano dwu ilustracyj.

Francuzi nie grzeszą znajomością nawet najświeższej historji, historji obcych państw. W czasopiśmie „Monde illustré“ znajduje się biografja hr. Andrassego, w której autor powiada, że Andrassy został ministrem spraw zewnętrznych Austrji po śmierci hr. Beusta.

Czerniajew, jak donosi „N. fr. Presse“ miał z kilkoma oficerami moskiewskimi przybyć do Wiednia.

Rząd francuski ma zamiar z powodu naprężonych stosunków europejskich odłożyć wystawę powszechną na rok 1879

Nr. 266. We Lwowie, Wtorek dnia 21. Listopada 1876. **Rok XV.**

Wychodzi codziennie o godzinie 7. rano, z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych.

Przedpłata wynosi:
MIEJSCOWA kwartalnie . . . 3 złr. 75 cent.
„ miesięcznie . . . 1 „ 30 „
Za miejscowa „ . . . 1 „ 70 „

Z przesyłką pocztową:
Kwartalnie w państwie austrjackiem . 5 złr. ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej .
„ Francji . . . .
„ Belgii i Szwajcarji . . . .
„ Włoch, Turcji i księt. Naddu.
„ Serbii . . . . po 7 złr. 50 cent.

Numer pojedynczy kosztuje 8 centów.

GAZETA NARODOWA

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują: We LWOWIE biuro administracji „Gaz. Nar.“ przy ul. Sobieskiego l. 12. (dawniej nowa ul. l. 201) i ajencja dzien. W. Piątkowskiego, ul. Hetmańska nr. 10 (i handel papieru A. Dulskiej). W KRAKOWIE: księgarnia Adolfa Dygasińskiego. Ogłoszenia w PARYŻU przyjmuje wyłącznie dla „Gazety Nar.“ ajencja p. Adama, Correfour de la Croix, Rouge 2. prenumeratę zaś p. pułkownik Raczkowski, Faubong, Poissonniere 33. W WIEDNIU pp. Haasenstein et Vogler, nr. 10 Wallfischgasse, A. Oppelik Stadt, Stubenbastei 2. Rotter et Cm. I. Riemergasse 13 i G. L. Daube et Cm. 1. Maximilianstrasse 3. W FRANKFURCIE: nad Menem w Hamburgu pp. Haasenstein et Vogler.
OGŁOSZENIA przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem. Listy reklamacyjne nieopieczętnowane nie ulegają frankowaniu. Manuskrypta drobne nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

Lwów d. 21. listopada.

(Sprawy krajowe. — *Pester Lloyd* o Hohenwarcie. — Akta do scysji centralistów z rządem. Z Rady państwa. — Branka urlopowanych w Kongresówce w nocy z 14. na 15. listopada. — Projekt nowej twierdzy w Sierocku. — Wiadomości z Odessy. — *Nowoje Wremia* żąda zniesienia traktatu paryskiego. — Wyrok w sprawie Stroussberga).

Napotykamy w *Słowie* następujący godny uwagi komunikat: „Na jednem z ostatnich posiedzeń komisji budżetowej Izby posłów wyraził p. Suess zdanie, aby rząd zniweczył wszechnicę lwowską a natomiast podniósł krakowską. Wniosek Suessa odrzucono, wszelako na jego podstawie nie wstawiono w budżecie sumy 74.000 złr., za którą rząd zamierzał zakupić gmach na umieszczenie wszechnicy. Powiemy p. Suessowi i jego kompanii, że jakkolwiekby się w zdaniach różnili posłowie russcy z polskimi, w tej jednak kwestji pójdą oni solidarnie i raczej wystąpią z Rady państwa, niżby mieli dopuścić spełnienia projektu posła Suessa i kompanii.“ — Ale dlaczegoż Russcy już w komisji nie powstali przeciw wnioskowi Suessa, który, przy pozycji „wszechnica lwowska“ odrzucony, zaraz potem jednak przy pozycji „wszechnica krakowska“ przyjętym został?...

Wszakże gdy na posiedzeniu komisji budżetowej d. 18. b. m. toczyła się rozprawa nad pozycją szkół ludowych, znalazł się ks. Juzyczyński, aby wywodzić jakieś treny nad „nieregularnościami“, jakie się miały wydarzyć przy inspekcjach szkolnych w Galicji — a minister wyznań przyrzekł uchylenie „skarconych niewłaściwości.“ Zapewne! — ks. Juzyczyński zawsze się znachodzi, kiedy można z za węgła wyskoczyć i szczeknąć na Polaków, ale kiedy tylko idzie o obronę interesów ruskich (n. p. w sprawie języka ruskiego na wszechnicy czerniowieckiej i t. p.), zawsze gdzieś się tak zgubi w marzeniach o mitrze biskupiej, że nigdy go wówczas nie słychać w komisji. Za to, jako referent pozycji „tytoniu“ umie zachwalać tytoń austrjacki i cygara „inländische“. D. 17. podniósł p. Dunajewski konieczność założenia jeszcze jednego gimnazjum we Lwowie; minister Stremayer przyznał tę konieczność, ale dodał, że rząd przy zakładaniu nowych gimnazjów musi dbać o to, aby dotyczące gminy przyczyniły się stosunkowo na urządzenie lokalów, opał i oświetlenie, i że w tym względzie toczą się rokowania z gminą miasta Lwowa. Podniesiono także sprawę reformy szkół średnich.

Z Brodów d. 16. b. m. telegrafują do pism wiedeńskich: „Z polecenia rumuńskiego ministra skarbu komora rumuńska w Ickanach (pod Suczawą, stacja kolei czerniowieckiej na granicy mołdawskiej) zażądała od tamtejszych spedytorów austrjackich niesłychanego podatku zarobkowego pod zagrożeniem odjęcia im prawa spedjowania, jeżeli do 12 dni podatku tego nie uiszczą. Jestto ciężkie naruszenie §. 2. konwencji handlowej, dlatego spedytorowie i handlarze austrjaccy odnieśli się do ministerstwa handlu o opiekę.“

Pod napisem „hr. Hohenwart“ podaje *Pester Lloyd* na wybitnem miejscu następującą korespondencję z Wiednia d. 15. b. m.: „W chwili, gdy ten list otrzymacie, już hr. Hohenwart zapewne dokończy swoją wielką mowę, którą na wczorajszem posiedzeniu Izby posłów z powodu nagłego zasłabnięcia był przerwał. Zapewne niewiele zwróciliście uwagi na tę enuncjację byłego ministra-prezydenta, gdyż chodziło o wyłącznie austrjacką sprawę administracyjną; na każdy sposób jednak była to w całem znaczeniu mowa „wielka“; było to ustawienie systemu, według którego cała administracja ma być w imieniu państwa przez władze autonomiczne sprawowaną. Namiestnictwo obok Wydziału krajowego nadal istnieć nie może; cała administracja krajowa winna być w ręku namiestnika skoncentrowaną; potrzebnej gwarancji użyczałaby odpowiedzialność namiestnika wobec sejmu, — do tego doszedł mowca, gdy mu lekkie omdlenie dalej mówić przeszkodziło. Ale trzeba było samemu w Izbie być świadkiem wrażenia, jakie ta nawet niedokończona mowa sprawiła, aby pojąć, że nietylko z prawicy, ale jeszcze bardziej z lewicy odzywały się głosy, oznaczające ją jako ministerjalną mowę programową. Do tego już doszło w naszym parlamencie, że mowę, która się treścią rdzenną odznacza, która myśl wybitną jasno i umiejętnie rozwija i nad poziom komunału się wznosi, jako ewenement parlamentarny uważają i mowcy poniewolnie gotują tryumf, któryby w tejże formie pod innemi okolicznościami był niemożliwy.

„Ilekroć hr. Hohenwart prosi o głos, może być zawsze pewnym najżywszej uwagi całej Izby i kupią się koło niego jeszcze bardziej, niż gdy który z ministrów przemawia, i chwytają każdy wyraz z nabożeństwem, że możnaby słyszeć, jak pająk po ścianie bieży. Jest to hołd, mimowolnie składany, i na pozór hr. H nie spostrzega tego, ale z całego wystąpienia jego przebija się wewnętrzne zadowolenie z sukcesów. I ma też prawo być dumnym z tych powodzeń swoich. Przypomnijmy sobie, jakiemi falami nienawiści lewica i centrum hrabiego obrzucały, a dodajmy, że, jak dzisiaj skonstatować można, nawet na lewicy odzywają się głosy, które już hr. Hohenwarta za „całkiem niemożliwego“ nie uważają: to pojmiemy, że postać jego rośnie i pewne zwycięztwa oko przebiega po gromadzie nabożnie wsłuchanej. Nietylko w miarę celów swoich rośnie człowiek, ale i w miarę sukcesów, a nadewszystko w miarę „uroku“, jakim się otoczyć umie. Hr. Hohenwart doskonale to rozumie. W zetknięciu się z posłami nader uprzejmy, przytem zamknięty w sobie, co najwięcej kiedy niekiedy wiele powiadać mającą miną, ruch lub urwany w połowie sens wydobywając, przesuwa się hr. Hohenwart po parlamencie jak chodząca zagadka. Niby tak łatwo ją rozwiązać, a jednak to się nie udaje, gdyż nijak jej uchwycić nie może nikt, nawet „jego“ stronnictwo. „Jego“ stronnictwo? — kto to i co to?

„Uważano go za przywódzcę prawego centrum i spowinowaconych z niem żywiołów czeskich (z Morawy), — ale czyż to tak dawno jak Wośniak, Fanderlik, Greuter wręcz przeciwnie jak on mówili? (przy rozprawie nad kwestją wschodnią.) — A więc stronnictwem „jego“ to chyba tacy Lienbachery, Weissy, chłopi górno-austrjaccy; a przecież i oni go całkiem swoim nazwać nie mogą, gdyż nieraz nie troszcząc się o nich, swoją osobną drogą chodzi. A nawet choćby go chciano identyfikować z owymi 12 czy 15 posłami, takzwane prawe centrum tworzącymi, to czyż możnaby o „jego“ mówić stronnictwie? Bynajmniej, — i hr. H., gdyby go wprost zapytano, alboby z ową swoją miną, z owym swoim uśmieszkiem, wcale nie odpowiedział, albo ruszeniem ramion odprawił.

„Hr. H. zręcznie postępuje. Kilka lat temu bez doświadczenia parlamentarnego bez wyższego pojęcia politycznego na czele wielkiego państwa postawiony, w popękany na stronnictwa parlament jak ze śniegiem spadły, z czasem ze swoich własnych błędów się nauczył. O ile on w Izbie naprzód postąpił, o tyle centraliści się zacofali, i jest to znakiem czasu nie do pogardzenia, jeżeli już głosy z lewicy otwarcie się wyrażają: „To byłby minister-prezydent, gdyby się tylko swoich grymasów federalistycznych chciał pozbyć.“ Hr. Hohenwart może jeszcze z czasem sprawi tę przyjemność centralistom. Jeżeli się polityk leni, to wobec przeciętnej austrjackiej miary konsekwencji w polityce, mniejsza już o zrzucenie jednej skóry więcej. Wszelako nie przypominamy sobie, aby w przyrodzie lenienie się nowy organizm wydawało, — tylko nową — skórę daje.“

Na posiedzeniu klubu postępowego Izby posłów rajchsratu z dnia 17. bm. postawił br. Walterskirchen następujący wniosek:

„Zważywszy wysokie znaczenie sprawy ugody węgierskiej, i wobec konieczności zamanifestowania tej okoliczności w parlamentarnem życiu stronnictw, wnoszą podpisani następujące dodatki do programu klubu postępowego:

a) Przy odnowieniu ugody należy zapobiedz wszelkiemu przeciążeniu (Mehrbelastung) Austrji, mianowicie zaś wszelkiemu naruszeniu stosunków jej kredytowych i pieniężnych.

b) Co do stosunków państwowej i ekonomicznej łączności obu państw, która jest w interesie tak ogółu monarchii, jak obu jej części, należy dążyć do podstaw stalszych i trwalszych.

c) Unormowanie spraw, których regulacji przy ugodzie z roku 1867 zaniechano, ma być finalnie załatwione.

d) Owa forma związku z Węgrami, która, jak doświadczenie okazało, dotychczas Austrji niedostateczny wpływ na sprawy wspólne daje, i naturalny stosunek siły obu państw wypaczyła, ma być uregulowaną w sposób, wpływ Austrji zapewniający; w razie przeciwnym należy dążyć do samoistności, i do możliwości stanowienia samej o sobie Austrji.

d) Klub zatem będzie mógł wspierać tylko rząd, dążący do ułożenia stosunku państw obu w wzmiankowanych kierunkach.“

W klubie lewicy tegoż dnia wniósł p. Skene te dodatki z następującym wstępem: „Niezaprzeczonem jest wysokie znaczenie uchwał, jakie Izbie połów co do rokowań, między rządami obu posłów państwa odbytych, powziąć przypadnie. Podpisani uważają przeto za rzecz nietylko odpowiednią, ale też wobec ludności reprezentowanej, jak i wobec rządu za nieodzowną, ażeby także posłowie, do klubu lewicy należący, już teraz wypowiedzieli zasady, według których kierować się będą przy wspomnianych uchwałach. W tym celu proponują uzupełnić program klubu [illegible] rzeń:“ (dalej dosłownie jak w klubie postępowym a) do (e wniósł br. Walterskirchen).

Nawał wiadomości, dotyczących burzy, jaka się w obozie centralistów przeciw rządowi gotuje, nie pozwala nam dzisiaj dać szerokiego zarysu dalszej rozprawy nad wnioskiem Göllericha z d. 17. b. m. Podamy dzisiaj tylko treść krótką, zwłaszcza gdy mowy hr. Hohenwarta, ks. Zaklińskiego, p. Grocholskiego a może i p. Mieroszowskiego obszernie podać będziemy musieli. Hr. Hohenwart skreśliwszy swój obraz zorganizowania władzy krajowej, skreślił d. 17. bm. obraz władz niższych; wniosku jednak na końcu nie postawił, obawiając się, „aby ze szkodą dla państwa nie nastręczał większości okazji do ponownego dowodu, że słusznie mają Czesi, iż nie wchodzą do Rady państwa, bo nic nie można w tej Izbie uzyskać, jeżeli się nieszczęściem siedzi na prawicy.“ Ks. Zakliński, który się zrazu był zapisał do głosu przeciw wnioskowi komisji, przepisał się do głosu za tym wnioskiem, mówił jednak przeciw niemu, przyczem rekapitulował wywody *Słowa* przeciw Radom powiatowym, jak i przeciw komisarzom eksponowanym, gdyżby to byli Polacy, i t. p. Pisma centralistyczne podnoszą tę mowę dla przypięcia łatki Polakom, ale bardzo krótko ją zbywają. P. Plener, który się zrzekł był głosu, wyręczył jednak dr. Wedla i uderzył na Hohenwarta; żądał seminarza dla urzędników administracyjnych, bo ich coraz mniej, i zamienienia Wydziałów krajowych w rezerwoary do gromadzenia funduszów na opędzanie ogólnych państwowych potrzeb administracyjnych, wnosi przywrócenie obwodów we wielkich prowincjach, tworzenie gmin zbiorowych dla sprawowania policji miejscowej, i kończy: „Nie rozpaczajmy; dojdziemy z czasem do zadawalniającej reformy administracji politycznej, bo nawet ci, co stoją obecnie pod złudnym sztandarem autonomii, złożą prawa swoje na ołtarzu ogólnego celu państwowego, i otrzymamy to czego lud żąda: dobrej cesarskiej administracji przy czynnem, patrjotycznem uczestnictwie ludności.“ Lewica dała mu brawo! — P. Peez żąda zaprowadzenia nadprezydentów jak w Prusiech, którzyby się interesami ekonomicznemi zajmywali. P. Grocholski zbija sarkastycznie centralistów; oświadcza się przeciw wnioskom Zschocka i Scharschmida, broni prawa sejmów, i żąda oddania ustawodawstwa co do organizacji administracyjnej w zupełności sejmom, gdyż dwoista kompetencja — Rady państwa i sejmów — nigdy ładu zaprowadzić nie pozwoli. P. Mieroszowski, skwitowany marszałek powiatowy, żąda z zemsty zniesienia Wydziałów powiatowych i krajowych, a o odpowiedzialności namiestników wobec sejmów nie chce nawet mówić, tak wielką wydaje się mu to niedorzecznością. „Nie znalazłby się wtedy żaden minister, któryby wtedy chciał być odpowiedzialnym wobec Rady państwa i korony.“ A może jednak hr. Mieroszowski byłby wtedy z ochotą ministrem, byle go powołano! Sprawozdania dzienników zapisują tylko jeden wybuch śmiechu przy mowie posła Mieroszowskiego, a ani jednego brawa, nawet ze strony centralistów i rządu. Tylko ks. Zakliński z kilkoma centralistami *minimorum gentium* pośpieszył uścisnąć dłoń hr. Mieroszowskiemu. *Similis simili gaudet.* — Dr. Waldert oświadczył się przeciw komisarzom eksponowanym, za nadaniem egzekutywy Wydziałom powiatowym a za zwinięciem Wydziałów krajowych, które i tak, jak np. pragski, nauczone praktyką, że namiestnictwo uchwały ich rozbiera, zanim wykonać je każe, zawsze się wprzódy namiestnictwa zapytują, czy zechcą ich uchwały wykonać, — a niechcąc głosować za wnioskiem komisyjnym a tem mniej za przejściem do porządku dziennego, stawia rezolucję, wzywającą rząd, „aby corychlej do konstytucyjnego traktowania przedstawił wnioski, mogące usunąć obecne niedostatki administracji.“

Do głosu przeciw wnioskowi komisyjuemu zapisał się jeszcze p. Jasiński. Zapisał się także jeszcze raz p. Herbst, zapewne dlatego, aby przecie rozprawa skończyła się przyjęciem jakiego wniosku nowego albo poprawieniem komisyjnego — inaczej większość najfatalniejsze świadectwo ubóstwa sobie wyda.

Na temże posiedzeniu Izby wybrani zostali do komisji dla projektów rządowych w sprawie pijaństwa i lichwy w Galicji pp. Rydzowski, Skrzyński, von Kochanowski, dr. Roser, dr. Wedl, Gierowski (z klubu Russkich), Renney (starosta bukowiński), dr. Hönigsmann (który był polskim żydem, potem żydowskim Polakiem, czy odwrotnie, a teraz zajadłym centralistą bez żadnej zgoła powagi) i dr. Haase (wychowany na chlebie polskim polakożerca). Wiele już rzeczy było w Austrji, ale takiej komisji jeszcze nie było!

P. Giskra, który d. 16. w komisji budżetowej zapewniał, że gdyby był wprzódy wiedział o treści petycji Bajamontego, to byłby wniósł odmówienie lub zawieszenie obrad nad pozycją „administracja polityczna“ — nazajutrz wniósł tę petycję, ale dodał, że się wcale z nią nie identyfikuje! Nie naprózno nosi przydomek rycerza krachowego. Komisja petycyjna wieczór d. 17. bm. uchwaliła zaprosić ministra Lassera na poniedziałek (wczoraj) dla dania wyjaśnień co do tej petycji. *Tagblatt* już ją podał. Jeżeli ją Giskra okrzesał, jak zapowiadał, to zawsze w niej jeszcze tyle pozostało, że gdyby nie nietykalność parlamentarna, byłaby przez każdego prokuratora na najwyższej szubienicy powieszoną.

Na posiedzeniu klubu postępowego z d. 17. bm. doniósł p. Heilsberg o świeżym okólniku ministerstwa, rodzonym braciszku sławnego okólnika prasowego ks. Auersperga, a mianowicie wzywającym władze polityczne, aby zabraniały Radom gminnym i powiatowym uchwał w sprawie ugody z Węgrami, jako do kompetencji tych Rad nienależących. „A więc owa „silna ręka“ ministerstwa coraz dotkliwiej spada na nas. Najpierw wolność druku, a teraz prawo petycji! Czy raczy może ks. Ausersperg i ten okólnik *in extenso* odczytać Radzie państwa?“ — woła *Nowa Presse* z oburzeniem, gdy strzała zwraca się w powietrzu i w strzelca uderza. Centraliści z *Nową Pressą* na czele tylekroć nawoływali ministerjum, aby dało czuć swoją „silną rękę“ anticentralistom, a teraz jak na sądnym dniu lamentują, że ministerstwo rad na radcach próbuje.

Powołaniu urlopowanych w Kongresówce towarzyszyły gwałty. Wieczorem 14. listopada hr. Kotzebue był w teatrze na przedstawieniu; oficerów było mnóstwo, więcej jak zwykle, bo stu przeszło. „Około godziny 10tej — pisze korespondent warszawski *Dziennika Poznańskiego* — do loży hrabiego wszedł jakiś jenerał i oddał mu telegram, przysłany z Petersburga, po przeczytaniu którego hr. Kotzebue natymiast wyszedł z teatru, a przysłany w 15 minut po jego wyjściu żandarm służbowy wywołał wszystkich oficerów. W teatrze od razu zrobiło się pusto. — Wyjście raptowne oficerów w środku przedstawienia, zaraz po odebraniu depeszy przez jenerał-gubernatora, przeraziło wszystkich — przypuszczano coś nadzwyczajnego i większa część publiczności opuściła przedstawienie, dopytując — co, gdzie i jak stać się mogło?

Depesza nakazywała natychmiastową mobilizację wszystkich wojsk warszawskiego okręgu, wraz z natychmiastowem powołaniem wszystkich urlopowanych.

Czy wy wiecie, co to znaczy natychmiast w Moskwie?

Posłuchajcie: Rozkaz odebrano po g. 10. wieczorem a o g. 12. w nocy w całem Królestwie rozpoczęła się branka urlopowanych.

Policja, żandarmi, ściągali każdego oddzielnie, śpiących, przerażonych wyciągano z łóżek — od rodzin, żon i dzieci — ani interesa majątkowe, ani choroba, nic nie tłumaczyło — nie dano nikomu nawet godziny czasu.

Jęk i płacz prawie w całym kraju — jęk i płacz prawie w każdym domu.

Rano nikt nie pytał nikogo.

W południe na drugi dzień już trzy wielkie partje Polaków wysłano do Kiszyniewa.“

Moskiewskie Wied. donoszą, że zarząd inżynierski uważa za potrzebne wybudować nową twierdzę w Sierocku. Miasto to położone w odległości 32 wiorst od Warszawy, przy zlaniu się Narwi z Bugiem, przedstawia bardzo ważny punkt strategiczny, który w połączeniu z twierdzami Modlina i Warszawy (cytadeli) stanowić będzie trójkąt nader warowny.

Z Odessy telegrafują urzędownie, że zostały założone podwodne miny w przystani odeskiej, w limanie dnieprowym i w zatokach, sewastopolskiej i kierczeńskiej. Marynarze otrzymali ostrzeżenie, ażeby nie odważyli się wchodzić do portów, bez pomocy brandwachty. Urlopowanych zebrano do 5000 ludzi. Moskiewskie gazety donoszą nadto, że w ostatnich dniach kredytowe instytucje w Odesie były w kompletnem oblężeniu przez żądających zwrotu swych wkładek. Bank państwowy pospieszył im z pomocą i podtrzymał te instytucje, czy na długo jednak, to rzecz inna.

Moskiewskie gazety, podniecane wojowniczemi rozperządzeniami rządu, coraz energiczniejsze stawią żądania dla państwa moskiewskiego. *Nowoje Wremia* we wstępnym artykule żąda zniesienia traktatu paryskiego. „Jakie znaczenie może mieć dla nas traktat paryski — zapytuje gazeta moskiewska — zwłaszcza w chwili obecnej, kiedy wypadki pchają nas do obrony Słowian tak od jarzma tureckiego jak i protekcji angielskiej? Chyba nam przypomina tylko klęskę naszą i to, że zmuszono nas sprawę słowiańską z rąk swoich puścić. Podług wieści dziennikarskich, Moskwa odrzuciła angielski program konferencji właśnie dlatego, że przewiduje konieczność nowych zmian w traktacie paryskim. Do tego musi prowadzić zajęcie Bułgarji wojskami moskiewskiemi, co — jak się zdaje — bardzo rychło nastąpi; wreszcie autonomia ziem słowiańskich musi także naruszyć nietykalność cesarstwa ottomańskiego w tym kształcie, jaki zakreślił traktat z 1856 r. Z tych to powodów mniemamy, że Moskwa nie uczyni nowego kroku w rozwiązaniu kwestji wschodniej, a tylko określi dokładniej stanowisko swoje i innych europejskich mocarstw do niej, jeżeli ogłosi, że uważa się za zwolnioną od wszelkich zobowiązań, przemocą jej narzuconych przez traktat paryski.“ „Odrzucenie traktatu paryskiego formalne i zupełne, jest tym krokiem, który nam natychmiast wykonać należy. Moskwa ze spokojem odrzuci traktat; Anglia połknie tę pigułkę tak samo, jak już połknęła pigułkę, zawartą w ultimatum. Zdaje się, że angielscy mężowie stanu nie widzą tej siły, którą przedstawia sobą Moskwa. Żartują oni i naśmiewają się sobie dalej nad nami, jakby podszczuwając, jakby nie wierząc, że Moskwa może wystąpić nietylko przeciwko Turcji, ale...“ Rzecz jasna, że redakcja *Nowego Wremeni* ma tu na myśli Anglię.

Podajemy za *Gazetą Handlową in extenso*, wyrok zapadły w sprawie banku handlowego pożyczkowego w Moskwie, podany w telegramach w skróceniu:

„Sąd okręgowy moskiewski wydaje wyrok następujący: Polańskiego i Landaua, po pozbawieniu wszelkich szczególnych, osobiście i przez stan swój nabytych praw i przywilei — zesłać na mieszkanie w gub. Tomskiej, z zabronieniem Landauowi wydalania się z wyznaczonego miejsca w przeciągu dwóch lat — a następnie wyjazdu w inne gubernje i okręgi Syberji w przeciągu lat czterech. Strousberga, pozbawiwszy tychże praw i przywilei, wysłać za granicę z zabronieniem przyjazdu do Moskwy, jeżeli zaś, według ściągniętych wiadomości, okaże się, iż nie może on zostać przyjętym za granicę — to zesłać go na zamieszkanie w gub. Ołonieckiej — z zabronieniem oddalania się z miejsca zesłania w przeciągu lat czterech. Schumachera, po pozbawieniu wszelkich szczególnych, osobiście i przez stan swój nabytych praw i przywilei, zamknąć w więzieniu na miesiąc, Borysowskiego, po pozbawieniu tychże praw, zesłać na zamieszkanie w gub. Ołonieckiej z zabronieniem wydalania się z miejsca zesłania w przeciągu jednego roku. Akcję likwidacyjną przeciwko Strousbergowi wytoczoną uznać za ulegającą satysfakcji w rozmiarze jednej trzeciej części. Powództwo [illegible] zadosyć w równym stopniu na każdego członka sprawy z wyjątkiem Wołkowa i Sorokoumowskiego, którzy dowiedli swoje *alibi*. Pierwszeństwo w satysfakcji mają wnioskodawcy na rachunek bieżący, a następnie dopiero akcjonarjusze. Sąd przyznał wzajemną odpowiedzialność członków rady.“

Korespondencje „Gaz. Nar.“

Wiedeń dnia 18. listopada.

(Y.) „Nowa partja“ jak Minerwa z głowy Skene-Jowisza wyszła na świat uzbrojona „nowym“ programem politycznym, który w pierwszej linii zwraca się przeciwko ugodzie węgierskiej, a następnie przeciwko polityce i „postępkom“ gabinetu ks. Auersperga. *Deutsche Ztg.* uważa siebie za chrzestną matkę, podczas kiedy organ Giskrów, *N. fr. Presse*, zowie nową partję „sprzysiężeniem“, „sektą, która występuje z programem gwałcącym konstytucję.“ Neo-centraliści, jak każde nowonarodzone dziecię w oczach dobrej matki, zapowiadają, wedle zapewnień dziennika p. Reschauera, wielkie nadzieje i są mniemanymi spadkobiercami portfejlów ministerjalnych. A więc ministerjum Skene z wywieszonym sztandarem unii personalnej!... Dziwnie to brzmi zaiste, ale nadzwyczaj charakterystycznie. Ministerjum Skene, ministerjum Herbst, ministerjum wyszłe z łona stronnictwa „centrum“, jak efemerydy wzlatują i brzęczą — ministerstwa te dowodzą jednak zupełnego rozbicia obozu centralistycznego, o czem, jako o fakcie już dokonanym miło nam donieść. Jakiż nędzny obraz rozbicia przedstawia obecnie Izba poselska! Tu opozycyjni neo-centraliści, tam znowu Herbst ze swoimi ani wspierający, ani też przeciw ministerstwu nie występujący... na skrajnej lewicy demokraci, w centrum garstka mameluków, tuż za nimi „wiernokonstytucyjni“ Rusini i Włosi... wobec tych partyj i partyjek wznosi się posągowa postać hr. Hohenwarta, i z wyżyny parlamentarnej ciska grom po gromie w otchłań „liberalną“, z której zaledwo kilku słabych się podnosi głosów w obronie ściganej policyjnie prasy. Hr. Hohenwart staje „jako jeden i jedyny mąż stanu“, tak piszą o nim pułurzędowe dziś dzienniki, „który swoją mową tworzy epokę w życiu parlamentarnem, rozwijając dodatni program, podczas kiedy żaden z mowców stronnictwa wiernokonstytucyjnego prócz zużytych frazesów nic powiedzieć nie umie.“ Nawet *Weldblatt* jest mową hr. Hohenwarta w najwyższym stopniu skonsternowany i broni się przeciwko niemu tem, co tacy koryfeusze, jak „dobrodziej“ Zakliński lub „jegomość“ Mieroszowki przeciwko tej monumentalnej mowie mówili.

Smutno, zaiste bardzo smutno stoi z centralizmem, jeśli już na takich zeszedł rzeczników! Dodać do tego obrazu borby Lassera z Giskrą złość centralistów przeciwko gabinetowi i niemoc ich obalenia tego gabinetu z prostej przyczyny, że go żadnym innym zastąpić nie są wstanie, w końcu wstyd, że ten gabinet muszą zwać gabinetem większości parlamentarnej nawet wówczas kiedy jak np. podczas debaty orjentalnej, większość parlamentu była zdania, że jej przysługa prawo wywierania wpływu na politykę zagraniczną — a ks. Auersperg prawa tego wyraźnie jej odmówił i zbył interpelantów lekceważąco — to wszystko są epizody charakterystyczne, które składają się na obraz przedstawiający: zupełne rozbicie — chwianie się gabinetu i zarazem największe zdemoralizowanie całego stronnictwa.

Wobec podobnego stanu rzeczy sądzimy, że ci co w ostatniej mowie hr. Hohenwarta witają „mowę ministerjalną“ bardzo jasno patrzą na rzeczy. Teraz czas działania dla opozycji — teraz, albo nigdy!

Wracając do wczorajszych rozpraw w Izbie poselskiej winniśmy bezstronnie skonstatować, że przemówienie p. Grocholskiego przeciwko wnioskowi Göllericha bardzo dobrze zostało przez całą prawicę przyjęte. Mowca, kilkoma słowy określił stanowisko polskiej delegacji: „Bronię tu wyraźnie praw sejmu galicyjskiego“. Nadto umiał Grocholski bardzo skutecznie zbić nie jeden fałsz centralistów i udowodnić Izbie jak jej większość dąży do systematycznego gwałcenia praw przyznanych krajom koronnym.

Jakżeż nędznem było wystąpienie hr. Mieroszowskiego, który z „liberalnego“ stanowiska żądał, ażeby wszystkie nasze prawa autonomiczne oddane zostały na pastwę urzędom politycznym. Cała mądrość i patrjotyzm tego mowcy polega na tem, ażeby namiestnictwo pochłonęło Wydział krajowy, a starostwa powiatowe Rady i Wydziały powiatowe. P. Mieroszowski sądzi, że jako odstępca sprawy krajowej, jako jeden i jedyny poseł polski nie należący do Koła, a występujący w kierunku centralistycznym, skarbi wziętość i szacunek u Niemców? — My sądzimy, że się bardzo myli, ponieważ Niemcy w wystąpieniach jego nic innego widzieć nie mogą, jak odstępstwo sprawy krajowej, a choć go czasami pochwalą z łaski w szpaltach tego lub owego dziennika, to przecież nie mogą i nie mają dla niego szacunku, zwłaszcza, że hr. Mieroszowski najczęściej w komicznych debiutuje rolach.

Dziś przybył do Wiednia jenerał Czerniajew. Dowiadujemy się, że w kilka godzin po swojem przybyciu robił wizytę p. Szepsowi, redaktorowi *Tagblattu*. Czerniajew ma tu oczekiwać przybycia żony.

Następne posiedzenie Izby poselskiej we wtorek. Rozprawa dalsza nad wnioskiem Göllericha stoi na porządku dziennym. Ośmiu ma jeszcze przemawiać posłów, ażeby koniec końców przyjść do konkluzji nijakiej, z przyczyny, że wymieniony wniosek niema żadnych szans przyjęcia, a nadto nie zawiera w sobie nic pozytywnego. Nad takiemi to sprawami tracą obecnie w Austrji czas i pieniądze.

Burza w obozie centralistycznym.

Ministerjum Auersperg-Lasser wielki błąd popełniło, że zbierając się do odnowienia ugody z Węgrami, nie rozwiązało obecnej Izby posłów, i nie rozpisało nowych wyborów, jak to się zawsze dzieje w krajach istotnie parlamentarnych, gdy chodzi o przystąpienie do załatwienia sprawy tak doniosłej, chociażby nawet kadencja trwała nie sześć lat jak w Przedlitawii. Schmerling i Lasser tak doskonale ułożyli ordynację wyborczą, że każdy, będący właśnie u steru rząd, przeprowadzi wybory do Izby posłów zupełnie po swojej myśli — nie mogło przeto obawiać się, aby wynik wyborów wypadł na niekorzyść odnowienia ugody w duchu, jaki rząd wespół z koroną i Węgrami miał na myśli. Przeciwnicy ugody w tym duchu, zamiast agitować w Radach gminnych, Izbach handlowych i na zebraniach wyborczych, mieliby byli dość do czynienia, aby tylko zostać ponownie wybranymi. Do tego dobra komitywa między rządem a większością centralistyczną już dawno się była popsuła; większość ta nie pomijała żadnej sposobności w Radzie państwa jak i po za nią, aby dopiec rządowi, a nawet zelżyć jak pachołka, — względów przeto na nią rząd wcale mieć nie potrzebował. Było wprawdzie niezawodnem, że przy ponownych wyborach spotężniałyby zastępy anticentralistyczne, nie na tyle jednak, aby rządowi w Izbie posłów szkodzić mogły swoją liczbą — wszelako tego podobno rząd na żaden sposób dopuścić nie chciał, i wolał zatrzymać Izbę taką, jaka jest.

Tymczasem centraliści, niemając ani ochoty ani zdolności do działania dodatniego, do rzetelnego wykończania danych konstytucyj i swobód, a ograniczając się na napaściach na prawa krajów i pojedynczych narodowości, poczęli z czasem rzucać się i na rząd. Wszczynali już niejedną burzę, — burze te nazywaliśmy zawsze burzami w szklance wody, i wynik przyznał nam słuszność. Opozycja przeciw rządowi w łonie większości, niemająca sił do utworzenia w danym razie nowego rządu, a zwłaszcza podejrzana u korony, jest sobie igraszką, szkodliwą zawsze dla igrających malców parlamentarnych. Centraliści niczego nie uzyskali, — ale tymczasem na zebraniach wyborczych itp. starali się podkopać powagę rządu, którym jedynie stoją, i poczęli nurtować przeciw ugodzie z Węgrami, którą monarchia stoi. Rozwiązywać Izbę posłów już za późno — rząd przeto musiał zwrócić się przeciw anarchistom centralistycznym w inny sposób. Na burdy, jakie mu wyprawiano, stanął wreszcie ostro, tem ostrzej, im dalej w burdach się posuwano, a nawet w *Nowej Pressie* usunięcia ks. Auersperga, a w *Deutsche Ztg.* zupełnej zmiany gabinetu zażądano. Po reprymendzie, danej cen-

... w odpowiedzi na interpelację wschodnią, nastąpiło oświadczenie ze strony Lassera, że centraliści nie mają prawa sobie jedynie przywłaszczać miano wiernokonstytucyjnych, gdyż hr. Hohenwart, Polacy, Tyrolczycy, Morawcy, zasiadający w Izbie, są także wiernymi konstytucji; tudzież pewne zachwalanie czasów Windischgrätza przy obronie Rodicza. Po owem oświadczeniu Lassera, pozycja centralistów stała się jak najkomiczniejszą, — po odebraniu im owego miana, pozostała tylko hurma niesfornych, bezprogramowych koteryj i osób, obrana z jedynego wobec pewnej części ludności uroku. Do reszty dobiło centralistów oświadczenie Lassera w sprawie petycji Bajamontego, z którego nic innego wyczytać nie można było, jak tylko że albo poda się do dymisji, albo, co prędzej, rządzić będzie dalej wbrew i przeciw większości centralistycznej.

Donosiliśmy już od pewnego niedawnego czasu o usiłowaniach p. Skenego, utworzenia w łonie frakcyj centralistycznych specjalnego klubu, do ugody z Węgrami, a właściwie przeciw ugodzie na ułożonej już przez oba rządy podstawie. P. Skene jest zdawna wrogiem Węgier, a tem bardziej od czasu, gdy mu odebrali jeneralny liwerunek moderunków dla armii. Skompromitował się on był wyzyskiwaniem stanowiska parlamentarnego na cele prywatne tak dalece, że z Berna już nie zdołał otrzymać mandatu, i dopiero od wiedeńskiej Izby handlowej go otrzymał. Bardzo powoli szła praca p. Skenemu — aż go wyzyskali postępowcy, którzy od niejakiego czasu zamyślali nastawić na rząd pułapkę, zainterpelowaniem w sprawie ugodowej. Podczas posiedzenia Izby posłów d. 15. bm. p. Skene w gmachu Izby zwołał poufną naradę, do której przypytali się postępowcy, i puściwszy w obieg podejrzenie, że p. Skenemu jako fabrykantowi chodzi właściwie tylko o cła opiekuńcze, zapytali go przez br. Walterskirchena: czy ma w istocie na myśli absolutne opieranie się ugodzie? Jeżeli tak, to nie potrzeba nowego klubu, bo już istnieje klub postępowy, do którego programu dołączy się tylko dodatek odnośny. Po wielu gadaniach za i przeciw, okazało się — jak donoszą do *Pester Lloyda* — że już nie chodzi o osobną frakcję cełochrończych lub antiugodową, ale o skupienie z istniejących klubów tych wszystkich żywiołów, któreby „we wszystkich sprawach żywotnych będąc niezależnemi od wpływu ministerjalnego, utworzyły opozycję solidarną i do objęcia rządów zdolną.“ Wybrano więc komitet do ułożenia onego dodatku programowego — inicjatywa p. Skenego skończyła się.

Komitet cichaczem spełnił swoje zadanie, i gdy prezesi trzech klubów uchwalili zwołanie wszystkich tych klubów na walną naradę w sprawie ugodowej — przed posiedzeniem Izby z d. 17. bm. br. Walterskichen w klubie postępowym wniósł ów dodatek (ob. „Lwów), a na wniosek Heilsberga natychmiast go przyjęto *en bloc* bez rozpraw (tylko 7 głosów było przeciw takiemu przyjęciu) i podpisano — a mianowicie podpisali pp. Gross, Hoffer, Schöffel, Heilsberg, Roser, Heinrich, Dürnberger, Promber, Portugall, Walterskirchen, Menger, Holzer, Melchieri, Zschok, Magg, Wedl, Ritter, Klinkosch, Bareuther, Moritsch, Foregger, Wildauer, Schürer, Seidl, Furtmüller, Fuchs, Meissler, Duchatsch, Götz, Petrisch, Held, Klepsch, Panowsky, Göllerich, Jessernigg, Dinstl, Seutter i Józef Kopp (który podobno upatrzony jest na prezesa nowego klubu.) W klubie centrum zjawił się z tym dodatkiem programowym hr. Dubsky, ale zapóźno; już nie było czasu nad nim obradować. Do kludu lewicy przyniósł go p. Skene (ob. „Lwów“) a już byli na nim podpisani pp. Skene, Coronini, Schaup, Sturm, Proskowetz, Thomas, Richter, Hanisch, Budig i Theumer. Obrady nad tym fantem w klubach lewicy i centrum naznaczono na wczoraj, a na jutro (środę) zwołano walne zebranie klubów centralistycznych. Jak słychać na pewne, rząd ma skręcić kark tej sprawie i dać na dzisiejszem posiedzeniu Izby posłów wyjaśnienia w sprawie ugodowej (dlaczego dotąd nie przedłożono Izbie odnośnych projektów ustaw i na jakich się opierają zasadach).

Sprawę okólnika ministerjalnego do namiestników, celem zabraniania petycyj w sprawie ugodowej (ob. „Lwów“), miano już po cichu załatwić wyjaśnieniem, że jak i okólnik prasowy, został wydany także przez ks. Auersperga i także jeszcze w lipcu. Jak wiadomo, mnóstwo już uchwał przeciw ugodzie odtąd zapadłow Radach gminnych itp. centralistycznych, a rząd ich nie zakazał.

Wszystko to stało się poza plecyma dr. Rechbauera, dr. Herbsta i *Nowej Pressy*, — figury te są wielce skonsternowane, a *Nowa Presse*, tak nagle wyrzucona ze stołka Pytji centralistycznej przez *Deutsche Ztg.*, zżyma się niepospolicie, jak wykazuje nasz korespondent wiedeński. *Deutsche Ztg.* obwołała już nowe stronnictwo „zdolne do objęcia rządów“ a *Tagblatt* ochrzcił je mianem „independentów“ (niezawisłych). Siłę onego naznaczają dziś na 70 do 80 — a więc zamało, aby dokazało swego, bo na to potrzeba większości dwóch trzecich jako do zmiany konstytucji. Tymczasem rząd zapobiegnie zapowiedzianemi właśnie (ob. pow.) oświadczeniami skandalowi a może i całą robotę przerwie — ale na tem się nie ograniczy. Już przez swoje organa wychwala zdolności i charakter Hohenwarta, w czem mu *Pester Lloyd* pomaga (ob. „Lwów“), a jak donosi *Deutsche Ztg.*, stara się zakupić wpływowe dzienniki prowincjonalne, i wydał broszurę, proponującą utworzenie stronnictwa konserwatywnego na podstawie konstytucji. I właśnie Lasserowska *Stara Presse* na wybitnem miejscu podała treść takiej broszury, wyszłej w Salcburgu pod napisem „Seid einig!“ (Jedności!)

Broszura ta nie odrzuca federalizmu, tylko uważa go na razie za niewczesny, bo patrjotyzm dla ogółu państwa jest jeszcze wątły. Czesi jeszcze nie są najpierw Austrjakami a dopiero potem Czechami. Konserwatywne żywioły federalizmu winny się od niego odłączyć i przyłączyć do partji konserwatywnej; konserwatyści partyj narodowych powinni poznać, że idea narodowa musi idei ogólno-państwowej ustąpić pierwszeństwa. Wtedy też znajdzie się ów duch federacyjny, którego dotąd niemasz, duch umiarkowania, tolerancji i miłości. We wspólnej miłości dynastji i ogółu państwa muszą się spotkać narody, nimby przystąpiły do zrobienia się więcej samoistnemi; duch braterstwa musi na tyle spotężnieć, aby stał się rękojmią bratniego współdziałania. Demokratów broszura zbywa krótko jako bajozzów; postępowcom zarzuca negacyjną krytykę, połączoną z impotencją na polu spraw materjalnych; o lewicy powiada, że nazbyt służy kołom finansowym i że jej stosunek do rządu jest karykaturą wszelkich pojęć parlamentarnych. Winę tego zwala na dr. Herbsta, jako „reprezentanta negacji i krytycyzmu.“

„Program stronnictwa konserwatywnego winien być dodatni, pozytywny, a nie ograniczać się na dotychczasowej negacji. Podstawą winna być konstytucja jaka jest obecnie. Żadna rewizja w duchu federalizmu radykalnego, żadne też wykończenie w kierunku wyznaniowym! (zapewne bezwyznaniowym) Konstytucję może przyjąć każdy Austrjak, który interesa ogółu państwa przenosi nad wszystkie inne. Konstytucja, sprawowana w duchu pojednania i miłości braterskiej, otwiera pole rozwoju wszystkim uprawnionym właściwościom. Przedewszystkiem poczucie austrjackie musi rozwinąć się silnie, musi się znowu wierzyć w Austrję, a nie wszystkie jej instytucje osądzać ze stanowiska pessymistycznego. Trwałe stosunki nie mogą zapuścić korzeni, jeżeli się raz wraz eksperymentuje.“ Autor pokłada swoje nadzieje w arystokracji i w chłopach, „których interesa dotąd nie są reprezentowane“, i kończy apostrofą do ludów, aby się kupiły u tronu monarchy i okazały, że stary patrjotyzm jeszcze żyje, że Austrjacy są jednym narodem, z braci złożonym.

Przegląd polityczny.

Do wszystkich kwestyj, stanowiących niezgodę pomiędzy mocarstwami europejskiemi, i tworzących tak oryginalną obecną sytuację, w której każde mocarstwo, idąc samopas, z niedowierzaniem i nieufnością na swych sąsiadów spogląda, — dołączyła się jeszcze jedna kwestja, i nadwerężyła dość przyjaźne od pewnego czasu stosunki pomiędzy Francją a cesarstwem niemieckiem. I co ciekawsze, że właśnie kością niezgody stało się w danym razie to, co mężowie stanu obu tych narodów podnosili jako najwyższy akt pokojowej polityki. Kiedy we Francji powstała myśl urządzenia w 1878 r. powszechnej wystawy w Paryżu, dzienniki berlińskie wszystkich odcieni hucznym aplauzem odpowiedziały na nią. Prawiono wtedy o zbrataniu się narodów, o zaciszeniu wzajemnych niechęci, o walce na polu przemysłu i handlu tysiąckroć szlachetniejszej od walki na krwawem polu bitew, i mnóstwo innych podobnie czułych i słodkich rzeczy. Ale kiedy Niemcy doznały na wystawie filadelfijskiej zupełnego *fiasco*, i kiedy się przekonały, że wyroby ich w żadnym razie nie mogą konkurować z wyrobami francuskiemi, wtedy zapał stygnąć począł, i dzienniki przestały nagle pisać o wystawie paryskiej. Co więcej, na wiadomość podaną w *Monitorze*, że Niemcy wezmą udział w wystawie, dzienniki półurzędowe berlińskie odpowiedziały, iż dotąd w sferach rządowych nie powzięto jeszcze żadnego pod tym względem postanowienia. Tymczasem przed kilku dniami *Wescr Ztg.* doniosła, że rząd niemiecki ma zażądać od parlamentu kredytu na wydatki, połączone z udziałem Niemiec w wystawie. Sprawa ta weszła tedy znowu na porządek dzienny debat dziennikarskich, i byłaby może znowu na niczem spełzła, gdyby rząd francuski nie zdecydował się ostatecznie postawić jej otwarcie. Przypuszczać bowiem musimy, że rząd francuski, widząc, że zamknięte zostały debaty nad budżetem w parlamencie niemieckim, a nie wstawiono sumy na wystawę, gdy tylko wrócił ks. Hohenlohe do Paryża, zapytał go wprost, jakie w sprawie wystawy zapatrywanie jest jego rządu. Na to ks. Hohenlohe odpowiedział, „że nie jest w stanie przyrzec udziału Niemiec w wystawie paryskiej 1878 r.“ Odpowiedź ta wywołała wielkie niezadowolenie w rządowych kołach francuskich, a nietylko we Francji, lecz także w Wiedniu i Londynie usunięciu się Niemiec od udziału w wystawie, przyznano natychmiast wielkie znaczenie polityczne. A jakkolwiek telegram berliński w *Augsburgskiej Gazecie* jako powód tego usunięcia się podaje, iż „finansowa pomoc, której zażądali w celu obesłania wystawy przemysłowcy niemieccy, przewyższa te korzyści, jakie wystawa przemysłowi niemieckiemu przynieść zdoła;“ mimoto wszyscy w tej odmowie Bismarka widzą raczej cel polityczny niż ekonomiczny. Bismark nie dowierza Francji — powiadają powszechnie — i chciałby pierwej jeszcze, nim zupełny zamęt zapanuje w Europie, zmusić ją do zdemaskowania się i do wypowiedzenia, jakie właśnie w tym zamęcie zajmie stanowisko. Dlatego pierwszy cisnął strzałę i bada teraz z zajęciem, jaki ona efekt wywoła. Przypuszczać wszakże można, że ostrożny i przezorny ks. Decazes nie da się złapać w zastawione nań sidła, i zawiedzie oczekiwania Bismarka.

Bądź cobądź przyznać jednak trzeba, że kwestja francusko-pruska nabrzmiewa i występuje znowu na jaw. Rozjątrzają ją jeszcze rozmaite bajeczki. I tak np. *Nouvelliste de Rouen* podał wiadomość, że poseł niemiecki w Paryżu ofiarował Francji zwrot części Lotaryngii. Niektóre dzienniki paryskie wzięły tę wiadomość na serjo, poczęły ją rozbierać i komentować. A przeżuwana ta wieść na rozmaite sposoby urosła wreszcie w pogłoskę, że ks. Decazes odrzucił tę propozycję, a że Niemcy zrobiły ją jedynie pod naciskiem Moskwy. Natomiast *Monitor*, organ ks. Decazes, zaprzeczył wszystkiemu najkategoryczniej, i skarcił surowo tych amatorów senzacyjnych wieści, którzy podobnie niedorzeczne puszczają bąki. „Ubolewania godną jest rzeczą — powiada ten dziennik — że łaknąca nowinek wyobraźnia wyszukuje takie temata, których potrącenie odświeża blizny kraju.“

Na posiedzeniu Izby z 14. bm. prowadzono dalej obrady nad budżetem ministerstwa spraw wewnętrznych. Przy rozdziale o sprawach więziennych zastanawiano się nad pracą po więzieniach, o której wiele mówiono na kongresie robotników w Paryżu. Guichard podniósł, że pracujących 28.000 robotników w więzieniach robi wielką konkurencję wolnej pracy; wnosi przeto, żeby więźniowie pracowali tylko dla armii i marynarki. Wniosek ten jednak odrzucony został po przemówieniu dyrektora więzień.

Komisja budżetowa francuskiej Izby posłów z własnej woli, idąc tylko za głosem p. Gambetty, uchwalając listę cywilną prezydenta rzeczypospolitej podwyższyła jego pensję z 600.000 franków na 900.000 fr. Skrajna lewica wniosła poprawkę, żądającą wykreślenia tych 300.000 fr. Według *Monitora*, Mac-Mahon wyprosił się od wszelkiego podwyższania jego listy cywilnej.

Z Brukseli donoszą, że w Izbie deputowanych oświadczył minister Malou, że zaraz po ukonstytuowaniu się Izby wniesie wybranie komisji, którąby się zajęła obmyśleniem środków dla zabezpieczenia tajności i wolności wyborów.

Z Rzymu telegrafują, że dnia 16. b. m. minister spraw zagranicznych miał konferencję z rumuńskim ajentem, na której obradowano nad podstawami mającej się zawiązać konwencji handlowej. *Gazetta ufiziale* z 17. b. m. ogłasza nominację dziesięciu senatorów. Pomiędzy nimi znajduje się jenerał Cavalli, prof. Moleschott, znany przyrodnik, i prof. Palmieri, dyrektor obserwatorjum na Wezuwiuszu.

W Serbji zaszła częściowa zmiana w ministerjum. Minister wojny, Nikolicz ustąpił, a miejsce jego zajął Sawa Gruicz.

W Grecji stronnictwo rządowe idzie na wyścigi z opozycją w kwestji uzbrojeń. Opozycja utrzymywała, że projekt rządowy uzbrojeń nie jest dostateczny i że uzbrojenia należy przedsięwziąść na większą skalę. Wniosek ten odrzucony został 88 głosami przeciw 75, przyczem ministrowie i kilkunastu deputowanych wstrzymało się od głosowania.

Z Berlina donoszą, że tameczna policja wpadła na ślad spisku, skierowanego przeciw osobie cesarza Wilhelma.

Sprawa wschodnia.

Niemiecki ambasador w Paryżu, ks. Hohenlohe oświadczył księciu Decazes imieniem rządu swego, że Niemcy nie wezmą udziału w paryskiej wystawie powszechnej 1878 r. Najważniejsza to wiadomość polityczna bieżącej chwili, w ścisłym zostająca związku ze sprawą wschodnią. Ekonomiczna strona tej decyzji niemieckiej nie ma prawie żadnej doniosłości, bo wystawa powszechna w niczem stracić nie może na swej świetności, jeśli na niej nie będzie wystawców niemieckich, których zacofanie dostatecznie udowodnione zostało na obecnej wystawie filadelfijskiej. Ale dla urządzenia wystawy potrzeba pokoju; Bismark więc uchylając się od niej nie daje rękojmi onego. Gdy w roku 1865 zaczęto czynić przygotowania do wystawy 1867 wisiała już w powietrzu wojna prusko-austrjacka. Szybkie jej wszakże zakończenie nie przeszkodziło dokończeniu rozpoczętych przygotowań. Jeśli Bismark radzi swym ziomkom, aby nie rzucali naprózno jakich sto miljonów na wystawę 1878, snać się spodziewa, iż do tego czasu zdobyć niepodobna będzie pożądanych rękojmi pokoju. Taką ocenę tego faktu podaje niezawisła prasa niemiecka i francuska, a na dowód że tak go rozumieją w sferach urzędowych paryskich — donosi o konsternacji, jaka tam zapanowała na wiadomość o oświadczeniu ks. Hohenlohe. Odnośne organa tej prasy idą dalej jeszcze i wyrażają mniemanie, że Niemcy nie dałyby takiej odpowiedzi, gdyby nie były pewnemi przyjaźni moskiewskiej. Nam się zdaje, że sąd taki jest przedwczesny i że raczej odpowiedź niemiecką oceniać w tej chwili należy ze względu na jej charakter prowokacyjny, który nie skutkiem, lecz przyczyną być musi nowej sytuacji. Odpowiedź ta jeśli natychmiast nie rzuci Francji w ramiona sojuszu anglo-austrjackiego, to nakaże jej konieczność zbrojenia się, którą ona starannie dotychczas pokrywała osłoną pokojowych przygotowań do wystawy.

W *Diritto* mylnie podano wiadomość o przyjęciu przez Portę projektu konferencji. *Ajencja Havasa* stylizuje odnośną wiadomość nieco inaczej, a mianowicie, że „Porta postanowiła przystąpić do konferencji“ Postanowienie to powzięto na nadzwyczajnem posiedzeniu wielkiej Rady d. 19. b. m.

Midhat basza i Savfet basza mianowani zostali pełnomocnikami na tę konferencję.

Mimo to nie wierzą w dójście do skutku onej. Moskwa chce przystąpić do niej po to tylko, aby znaleźć w niej pozor do wojny. Obecna chwila jest chwilą przesilenia. Przyszło już do tego, że Anglia zapytuje Moskwę o przyczyny zbrojenia się, a Moskwa stawia takie same pytanie w Londynie. Zwykły to zwiastun nadciągającej burzy wojennej.

Z Rzymu donoszą, że od dłuższego czasu odbywają się między Melegarim a angielskim tudzież tureckim posłem bardzo ożywione rokowania, których przedmiotem jest usiłowanie odciągnięcia Włoch od sojuszu z Moskwą. Wobec naprężonych stosunków i obaw, do których nie brak materjału w przyszłej konferencji — nie dziw, że w różnych dyplomatycznych kołach, a zwłaszcza londyńskich powstają raz po raz projekta, dążące do zażegnania burzy. Dziś takim projektem jest myśl powierzenia okupacji Austrji, Moskwie, Anglii, Włochom, a ewentualnie Rumunii.

Sprawozdania o pracach nad wytyczeniem linii demarkacyjnej nie dochodzą do wiadomości publicznej. Donoszą tylko, że rychło się ukończą wytyczenia w Serbii, a komisja przeniesie się do Bośnii. W Czarnogórze czekać będzie komisję również trudne zadanie jak w Serbii. Podług *Messager de Vienne* powstało tam od czasu ostatniej wyprawy Muktara baszy tyle wątpliwych kwestyj terytorjalnych, że potrzeba będzie niezwykle pokojowych usiłowań do załatwienia onych.

Korespondent stambulski *Köln. Ztg.* opisuje w ostatnim swym liście wizytę swoją u jenerała Ignatiewa i rozmowę z tym dyplomatą, która zasługuje na powtórzenie.

Oto co pisze pomieniony korespondent:

„Jenerał kazał prosić pana jutro na godzinę 8. Będziesz musiał pan czekać, u nas bowiem jak u dentysty jeden po drugim przychodzi, przyjdź pan przeto wcześniej.“ Taką dał mi odpowiedź książę Zderetelew, za pośrednictwem którego prosiłem o posłuchanie u jenerała Ignatiewa. Nie ubiegła jeszcze doba cała, jak doręczonem zostało Porcie ultimatum moskiewskie, a w dniu dozwolonej mi rozmowy ubiegał 48godzinny czas namysłu. Na dziedzińcu pałacu, w oficynach stały wypakowane skrzynie, komnaty wyglądały pusto i były ogołocone z mebli a dokoła panował fabryczny niepokój. Na wieczór tegoż dnia zaproszono wszystkich ambasadorów na uroczystość pożegnalną; hr. Zichy, sir Elliot, baron Werter zajechali po kolei przed pałac, a jeźli to wszystko było, jak na Perze sądzono, tylko komedją, to została takowa na tak ogromną ułożona skalę, że i największy niedowiarek musiał uledz złudzeniu.

Tymczasem zmieniło się położenie polityczne. Serkis effendi przybył w nocy o wpół do drugiej z odpowiedzią, że Porta zgadza się na dwumiesięczne zawieszenie broni; a gdym nazajutrz rano wstąpił w progi pałacu, spostrzegłem z min służby, że odwołano rozkaz wyjazdu.

Sławny bułgarski kawas z łokciową brodą wprowadził mnie na pierwsze piętro do obszernej sali, zkąd na prawo i lewo prowadziły drzwi do apartamentów Ignatiewa. Jenerał rozmawiał właśnie ze swym sekretarzem, p. Nielidowem; gdy skończył, przystąpił do mnie, i na własne oczy ujrzałem przed sobą „złego ducha Turcji.“ Bez ceremonii podał mi rękę i zaprowadził do swego gabinetu, gdzie rozpoczął od razu rozmowę o kwestji demarkacyjnej. Turcy — powiedział — wodzą nas pięknie za nos. Dziś, gdy dyplomacja całemi miesiącami pracowała nad zawieszeniem pokoju, chcą zastrzedz sobie prawo gospodarowania i nadal mieczem i ogniem w Bułgarji i wyprawiania po dawnemu rzezi.

Gdyby nie *ultimatum* nasze, Bóg wie coby się stało, przed *ultimatum* jednak jak przed każdem zresztą stanowczem działaniem są z wszelkim respektem. W niemałym jest błędzie dyplomacja europejska mniemając, że nad Bosforem da się coś zrobić łagodnością lub środkami pojednawczemi. Z Turkami nie można się obchodzić tak jak z narodami zachodniemi. Gdym powrócił z Liwadji, zapytałem się pełen zdziwienia mego kolegi Elliota: „Ależ co się tu stało, coście narobili w mojej nieobecności. czyż wszystko nie jest tu tak jak pozostawiłem? Cóż pomogły wasze kataplazmy, wasze drogi wyjścia?“ Turcy są mędrszymi. Podczas gdy ciało dyplomatyczne z Anglją na czele kłopotało się nad wyszukaniem środków zgodnych z honorem obu stron, Turcy nie zasypiali gruszek w popiele; podsycali fanatyzm muzułmanów i rozżarzali go sztucznemi sposobami; rozpuszczali pogłoski najpotworniejsze, wskazywali na usposobienie ludu, który nie da sobie ani mówić o jakichkolwiek ustępstwach, a w oczach Europy znowu przedstawiali się jako ofiary dyplomacji, których pióro chce zniszczyć to co zdobył zwycięski miecz Osmanów. Zwycięstwa tego miecza atoli były w on czas bardzo liche.

Dziś udało im się zręcznym manewrem zająć Aleksinacz i to jest dla nich bez zaprzeczenia niemałą zdobyczą militarną. Okoliczność ta jednak dla nas jest bez najmniejszego znaczenia, owszem dziś więcej niż kiedykolwiek zamyślamy obstawać przy żądaniach angielskich. Gdy takowe swego czasu zostały nam przedłożone przez lorda Derby, oświadczyliśmy, że się na nie zgadzamy, zauważyliśmy tylko: „postarajcie się jeno, aby zostały przeprowadzone.“ Porta jak wiadomo uznała je za nie do przyjęcia i odrzuciła, a w prasie odzywają się głosy, że dyplomaci radziby sobie teraz zbudować most do odwrotu, który im Mithad basza wyzłoci samymi „reformami dla całego państwa.“ Głupstwo! Dyplomaci nie mogą sami przyznać się do klęski, ani mogą oni, przedstawiciele ucywilizowanej Europy, ustąpić z swemi należycie obmyślanemi i przez wszystkich uznanemi projektami przed rządem, który dotychczas deptał nogami pomyślność i prawa swych poddanych.

Przypuszczamy jednak, że coś podobnego było kiedyś możliwem; teraz atoli stało się niemożliwem. Strumienie krwi moskiewskiej, jaka popłynęła pod Aleksinaczem, wiążą nam dziś ręce, tamują poniekąd swobodę akcji dyplomatycznej, jaką dotychczas wobec własnego naszego posiadaliśmy narodu. Wiedz pan o tem, że w Moskwie jest świeżem jeszcze wspomnienie inwazji tatarskiej. Naród nasz nie bawi się w politykę, ale żyje tradycjami. A te rozpowiadają mu długo i szeroko o ucisku i gwałtach zdobywców tatarskich, a skoro obecnie Turcy wylewają krew słowiańską, powstaje w łonie jego niepokój, podsycany owemi wspomnieniami i mogący pełnym wybuchnąć płomieniem. Są w Serbii ochotnicy, przybyli aż z Syberji, aby położyć swe życie w obronie bratniego plemienia.

Było dla nas rzeczą niepodobną powstrzymać owych ochotników. Sir Elliot zrobił mnie w tonie nagannym uważnym na wielką ich liczbę. Zapytałem — ilu ich być może? — Odpowiedziano mi, 10 tysięcy. — A jabym pragnął, by ich było 100 tysięcy, 200 tysięcy — odpowiedziałem na to. Kwestja wschodnia w tym razie prędzejby zniknęła z horyzontu. Dziś jednakże, gdy 2400 Moskali poległo pod Aleksinaczem, za nic nie ręczę. Uległość W. Porty, jaką okazała przy doręczeniu jej onegdaj ultimatum, być może, że przewlecze nieco wybuch ogólnego niezadowolenia; gdyby atoli w przyszłości uprawnione pretensje Słowian w Turcji i usiłowania dyplomacji miały się rozbić o upór sfer rządzących, wtedy niezawodnie nastąpi wybuch, wobec którego my dyplomaci będziem bezsilni. (D. n.)

Z Izby sądowej.

Lwów 20. listopada 1876.

(*Sprawki lubaczowskie.*)

Prokuratorja państwa wnosi oskarżenie przed lwowskim trybunałem sądów przysięgłych że

Jakób Fijałkiewicz

były kancelista sądowy, dopuścił się zbrodni nadużycia władzy urzędowej przez to, że w zamiarze wyrządzenia szkody materjalnej Adamowi Hänslowi, Jakóbowi Hänslowi i Jakóbowi Holderbaumowi, jako ustanowiony delegat sądowy do przeprowadzenia egzekucji w sprawie Berla Walzera przeciw wymienionym powyżej trzem kolonistom, złożył sprawozdanie do sądu lubaczowskiego treści nieprawdziwej, tj. doniósł, iż składa udzielone mu polecenie jako nie wykonane, ponieważ Berl Walzer do przeprowadzenia egzekucji się nie zgłosił, gdy tymczasem Berl Walzer właśnie przy sposobności wykonywania owego polecenia przez kancelistę Jakóba Fiałkiewicza od Adama Hänzla na zaspokojenie egzekwonanej swej pretensji 60 korcy jęczmienia otrzymał. Berl Walzer zatem skorzystał z tego fałszywego, w sądzie złożonego sprawozdania i w pięć lat później powtórnie egzekwował pierwotnie zaskarżoną sumę 350 zł. na powyżej wymienionych egzekutach. Walzerowi dowiedziono zbrodni oszustwa i został on skazany wyrokiem sądu przysięgłych z dnia 4. marca br. na 6-letnie ciężkie więzienie. Teraz przychodzi kolej na tego, który mu był w ówczas pomocnym do tego dzieła.

Kancelista Jakób Fiałkiewicz przyjechawszy z polecenia sądowego, pewnej niedzieli na egzekucję do Felsendorf t. j. miejscowości, gdzie egzekuci Hänzlowie zamieszkali, usłyszał, że Adam Hänzel na zaspokojenie długu 350 zł. ofiaruje Walzerowi tymczasem do późniejszego obrachunku 60 korcy jęczmienia. Zamyka on tedy natychmiast własnoręcznie spichlerz i oddaje takowy pod dozór trzeciej osobie — więc przedsiębierze grabież w całem tego słowa znaczeniu — protokołu natychmiast nie spisuje. W sprawozdaniu zaś, które później złożył i w którem powiedział, że Walzer do egzekucji nie stanął, nie uczynił on nawet wzmianki, kiedy właściwie tę czynność przedsiębrał, co wskazuje na chęć zatarcia nawet śladów bytności jego w Felsendorfie. Niewątpliwem zatem jest, że Fiałkiewicz działał tu w porozumieniu z Berlem Walzerem na szkodę Hänzlów.

Dalej oskarza prokuratorja o zbrodnię nadużycia władzy urzędowej

Adolfa des Loges

byłego kancelistę, który w sprawie Estery Walzer przeciw Janowi i Małgorzacie Seltenreichom o zapłacenie sumy 100 zł. z % — otrzymawszy od sądu powiatowego w Lubaczowie polecenie do przeprowadzenia prowizorycznej grabieży ruchomości i opisania realności w Dzikowie starym położonej, przy przedsiębraniu tej urzędowej czynności, mimo wiedzy, że Małgorzata Seltenreich jedyna właścicielka grabić i opisywać się mających przedmiotów, wekslu, z którego pretensja powstała, nie podpisywała i podpis jej na takowym zfałszowanym został — Janowi i Małgorzacie Seltenreichom groził, że jeżeli zaskarzonego długu nie zapłacą, on wszystko co tylko mają im pozabiera i z chaty ich wraz z dziećmi wypędzi.

Des Loges istotnie spisywał wszystkie ruchomości nawet najdrobniejsze, jak rondel żelazny, inne rondle lane, garnek żelazny, trzy nakrywki białe blaszane, żelazko, stół biały prosty, takież krzesło, kociołek, żarna, poduszkę itp., zaś Berl Walzer, który jako pełnomocnik swojej żony, przy tej prowizorycznej egzekucji występował, zachowywał się przytem nadzwyczaj brutalnie, a nadto straszył Seltenreichową, że jej nawet kury pozabiera i w samej istocie za niemi po podwórzu uganiał. Tem więc nieuprawnianem wystąpieniem w charakterze urzedowym i za pomocą owych pogróżek spowodował des Loges chorą, brzemienną Seltenreichowę, iż na zaspokojenie długu mężowskiego musiała sprzedać swoją łąkę, czego w innym razie nie byłaby uczyniła.

Przedkładano p. des Loges dowody, iż realność i ruchomości zajęte są wyłączną własnością Małgorzaty Seltenreichowej, on tego nie słuchał, owszem z niezwykłą zawziętością spisywał najdrobniejsze sprzęty domowe. Całe jego postępowanie zatem wskazuje, że zbrodniczym zamiarom Berla Walzera był pomocnym, albowiem gdy Seltenreichowa sprzedawszy już swą łąkę, uzyskane pieniądze złożyć chciała w sądzie do dypozytu aż do ukończecia sporu, wtedy oświadczył kancelista de Loges, Seltenreichowej, by te pieniądze odesłał Walzerowi, gdyż obecnie pozostaje im tylko apelacja do Pana Boga. W innej sprawie będąc u Seltenreichów w Dzikowie jako delegat sądowy, celem przedsięwzięcia prowizorycznej egzekucji na rzecz Berla Walzera, zagrabił także przedmioty Seltenreichowej własne, mimo dostarczanych mu dowodów, że Seltenreich ani właścicielem, ani nawet w posiadaniu tych przedmiotów nie jest — a nadto nie wahał się zabrać Seltenreichowej dwie bezrogi ze sobą na wóz, na którym wraz z Walzerem do Lubaczowa wracał, chociaż w protokole uwidocznił, że te bezrogi oddał w Dzikowie w przechowanie osobie trzeciej. Dalej nie wahał się w odnośnym protokole naprowadzić, że wójt z Dzikowa oświadczył mu, iż Jan Seltenreich jest właścicielem opisanej zastawniczo realności i ją wzywa, co się jednak okazało niezgodne z prawdą, gdyż wójta oto nawet nie pytał. Tak Adolf des Loges wspierał zamiary Berla Walzera, znanego w Lubaczowie oszusta i zdziercę ludu na szkodę egzekutów.

(C. d. n.)

Kronika miejscowa i zamiejscowa.

— Magistrat wzywa wszystkich popisowych, urodzonych w latach 1857, 1856, 1855 i do gminy tutejszej przynależnych, jako też obcych przebywających tu w jakimkolwiek celu (naukowym, handlowym, przemysłowym i t. p.) tudzież wszystkich tych, którzy wyszli już z pomienionych klas wieku popisowego jednak nie przekroczyli 36 roku życia i z jakiejkolwiek przyczyny nie uczynili jeszcze zadość powinności wojskowej, aby się do spisu poborowych w miesiącu grudniu 1876 zgłosili osobiście w miejskim urzędzie konskrypcyjnym, gdyż tylko w razie słabości albo nieobecności zastąpić ich mogą rodzice, opiekunowie lub inni pełnomocnicy, a zaniedbanie tego obowiązku bez względu na dalsze postępowanie prawne zagrożone jest grzywną do stu (100) zł., względnie więzieniem do 20 dni (§. 42 ustawy wojskowej). Przypomina się zresztą popisowym, którym się na mocy §§. 17., 25. i 27. ustawy wojskowej należy prawo uwolnienia od poboru, lub czynnej służby wojskowej, aby się postarali wcześnie o dokumenta potrzebne. Termin do wniesienia odnośnych reklamacyj zostanie później wyznaczony.

— (*cz*)Zapisać musimy bardzo pocieszający objaw ze strony publiczności lwowskiej. Jak wiadomo umieściliśmy kilkakrotnie rozmaite recenzje cudzoziemskich krytyków o obrazie Henryka Siemiradzkiego, a potem wzmiankę o fotografii obrazu jego „Żywe pochodnie Nerona“, wystawionej w księgarni p. Wł. Bełzy w hotelu Georgea,. Obecnie księgarnia ta sprowadziła więcej takich fotografij, idąc za naszą wskazówką i jak tego sami byliśmi świadkami, rozkupiono bardzo wiele tych fotografij zaraz w pierwszym dniu ich sprowadzenia. Publiczność polska nie lekceważy więc zdaje się utworów mistrzów polskich, i obraz Siemiradzkiego, o którym obcy krytycy tyle nader pochlebnych rzeczy powiedzieć umieli, zajmie zapewne miejsce obok arcydzieł Grotgiera, znajdujących się już w każdym prawie polskim domu. Gdzie z tak gorącem uznaniem przyjmuje malarza publiczność, tam zapewne on sam nie zechce nieprzyczynić się uprzedzająco ze swej strony, ażeby wielbicielom swego talentu dać poznać tak wysoko ceniony utwór. Spodziewamy się więc i we Lwowie, nie tylko w Warszawie, gdzie obraz p. Siemiradzkiego ma być wkrótce wystawiony, widzieć „Żywe pochodnie Nerona.“ Na prowincji przynajmniej fotografje jego być powinny.

— (*cz*)Niedzielne przedstawienie tak popołudniowe jak wieczorne „Nienawiści“, bardzo liczną ściągnęło publiczność, a zwłaszcza przedstawienie popołudniowe. Kto się cokolwiek spóźnił, zaledwo dostać się mógł na swoje miejsce. Przedstawiano operetkę „Handel na żony“ i komedyjkę „Po północy.“ Mielibyśmy wielką chęć podniesienia zalet, jak równie wytknięcia wad, szczególniej popołudniowego przedstawienia spiewaczkom, jak pannie Bronikowskiej, Zion i pani Skalskiej, czem zdaniem naszem tylko przysłużyćbyśmy się im mogli; brak nam jednak na razie na to miejsca; zostawiamy więc ocenę ich spiewu na później. Nie można się jednak powstrzymać przynajmniej od krótkiej wzmianki, że panna Bronikowska bardzo poważnie zdaje się oddawać swemu zawodowi, i istotnie bardzo pięknym rozporządza głosem, często nawet przy bardzo stosownej grze. Po przedstawieniu panna Waks i p. Kosiński odtańczyli czardasza i frenetyczne za to zebrali oklaski. Panna Waks jest mistrzynią w tańcach narodowych, chociaż występując bardzo rzadko, nie nabyła jeszcze możliwej wprawy.

— Następujące uwagi otrzymujemy ze strony bardzo poważnej z powodu znanego doniesienia w *Gazecie* naszej podług *Gazette de France* o polskich pamiątkach historycznych, o które upomina się ten dziennik aby były nabyte dla muzeum Luwru: „Niech mi wolno będzie zauważyć, że wcale nie dzielę żalu z powodu rozpraszania się pamiątek polskich“ po świecie, tak jak ja nie dzielę wiary w takowe, wymienione w nr. 262 *Gaz. Nar.* Nie myślę występywać z zarzutami przeciw starożytnościom, których nie oglądałem, zwłaszcza w obec takiej powagi jaką jest *Gazette de France*; lecz wiedząc o tem, że istnieją formalne fabryki wyrobów archeologicznych, a to z wielką sztuką, znawstwem, kosztem, a jeszcze większą przebiegłością dokonywanych; widziawszy ich mnóstwo nawet we Lwowie; pomnąc, że jakiś Grek Simonides, potrafił do tego stopnia złudzić jednego z francuskich uczonych podobno Filareta Chales, że tenże za kilkadziesiąt tysięcy franków nabył do jednego z publicznych zakładów w Paryżu cały zbiór podrobionych rękopisów, o czem gazety przed 10 laty obszernie pisały; spotkawszy się już wreszcie, sam jako zbieracz, ze wszystkiemi pamiątkami i zabytkami polskiemi, omal nie z klejnotami i insygniami koronnemi wystawionemi na sprzedaż, mogę nie tylko zaspokoić szan. redakcją, ale mam za obowiązek zwrócić uwagę na to haniebne fałszowanie rzeczy historycznych, i oszukańcze wyzyskiwanie nieznawców i znawców, będące niestety od dawna bardziej praktykowane, i że tak powiem, historyczne, niż owe świeże starożytności, mające blisko nas i między nami swoich twórców, orędowników, znawców i amatorów!

Zresztą, wszystkie zabytki i pamiątki nasze o ile autentyczne, są już od dawna znane i z siebie i z miejsc gdzie je przechowują bądź w kraju, bądź za granicą; nie sądzę więc, aby periodycznie pojawiać się miały jak grzyby po deszczu!“

— „Ruch literacki“ pisze o śpiewaku Mierzwińskim, co następuje: Pomiędzy śpiewakami polskimi zasłynął w ostatnich czasach Warszawianin, Mierzwiński, tenor na scenach francuskich. Pierwsze wystąpienia jego na scenie wielkiej opery paryskiej zjednały mu od razu wielki rozgłos i uznanie. Dzienniki paryzkie niedość skore w przyznawaniu talentu cudzoziemcom, były jednak zmuszone przyznać naszemu rodakowi głos niezwykłej siły, czystości i dźwięku a nawet nazwały go gło-

Kronika Codzienna od. 21. Listopada 1876

Artykuł wstępny o przemowieniu Ks. hr. M. nazywa takowe podłością itd.

Gazeta Narodowa od 21. Listopada 1876

Korespondencya o tem przemowieniu. Stronnik Systemu Absolutyzmu, Metternicha i Landsdragonów – Krewni w Radzie Państwa stronią od niego. Żyje tylko z Rusinami z Rady i [illegible] i pasie ich – jeden z nich słynny z dobrego apetytu. – itd.

Do Komisyi mającej zbadać projekt ustawy dotyczącej ordynacyi Hrabiów Thürheim wybrano

z sekcyi I. Dworskiego – Referenta komisyi
" II Dr. Foregger Sekretarza "
" III Bar. Hackelberg
" IV Bar. Soden przewodniczącego komisyi
" V Dr. v. Wittmann
" VI Forster.
" VII Hrab. Khevenhüller-Metsch
" VIII Hr. Mieroszowskiego Zastępcą przewod. kom.
" IX. Schwab.

16 2

Der Ausschuß zur Vorberathung des Gesetzes, betreffend das gräflich Thürheim'sche Real-fideicommiß, wird sich am Freitage, den 24. d. M., Vormittag 10 Uhr in der Abtheilung III constituiren.

Hochdieselben werden eingeladen, in dem betreffenden Locale gefälligst erscheinen zu wollen.

Wien, am 22. November 1876.

Redaction und Administration: Landstraße, Gärtnergasse [illegible]
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen werden portofrei befördert
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich 1maliger Postversendung: Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl. monatlich 2 fl.
Mit täglich 2maliger Postversendung: Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl., monatlich 2 fl. 35 kr.

Einzeln: Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Motto: Gleiches Recht für Alle.

Ankündigungs-Bureau: [illegible]
Inserate [illegible] Redacteure werden [illegible]

Abonnement für Wien: [illegible]

Abonnements [illegible] in der Haupt-Expedition der „Presse“, Wollzeile 16, und bei allen Zeitungsverschleißern.

Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

№ 323. Wien, Mittwoch den 22. November 1876. 29. Jahrgang.

Wien, 21. November.

Das Exposé über die mit Ungarn getroffenen Vereinbarungen, welches Finanzminister Freiherr v. Pretis heute im Namen der Regierung dem Abgeordnetenhause mitgetheilt hat, wird morgen in einer gemeinsamen Conferenz der drei verfassungstreuen Clubs den Gegenstand der Berathung bilden, bei welcher auch Mitglieder des Cabinets sich einfinden sollen. Das Ergebniß dieser Berathung wird zunächst für die neue Parteibildung, welche innerhalb der bisherigen Fractionen der Verfassungspartei versucht wird, entscheidend sein. Von dieser morgigen Berathung wird es abhängen, ob der „reorganisirte Fortschrittsclub“, oder richtiger, die Gruppe Skene, für ihr neues Oppositionsprogramm noch weitere Anhänger zu werben vermag, oder ob ihr Kreis bereits als ein abgeschlossener zu betrachten ist. Damit markirt der morgige Tag einen epochemachenden Abschnitt für die Entwicklungsgeschichte unseres Parlamentarismus und unserer Verfassungskämpfe.

Von den Beschlüssen, welche in der morgigen Conferenz gefaßt werden und von den nächsten Folgen derselben wird es abhängen, ob die Verfassungspartei in Oesterreich wieder binnen Kurzem in die zweite Linie zurücktreten und das Feld ihren Gegnern zu neuen Experimenten überlassen muß, oder ob sie in dem schwer errungenen und mühsam behaupteten Besitz des Einflusses auch fernerhin zu verbleiben sich Hoffnung machen darf. Denn darüber kann man sich keinem Zweifel hingeben und darüber täuschen sich auch, wie wir aus zahlreichen Bekenntnissen Eingeweihter und Betheiligter wissen, selbst die Anhänger des neuesten Oppositions-Programms nicht, daß die Entscheidung über den ungarischen Ausgleich keineswegs in die Hand der Widersacher desselben gegeben ist. Darüber gibt im Parlamente sich Niemand einer Illusion hin, daß im gegenwärtigen Augenblicke, angesichts der schweren Verwicklungen an unseren Grenzen, am Vorabende eines Krieges, der auch bei der vorsichtigsten und klügsten Politik unser Reich in seine Wirbel zu ziehen droht, zuletzt auch Factoren, welche außerhalb und über dem Parlamente stehen, eine in untadelig legaler und correcter Weise sich vollziehende Erneuerung des Pactes zwischen beiden Reichshälften herbeizuführen bemüht sein würden. Auch die leidenschaftlichsten Stürmer von der neuesten Opposition kennen die Stimmverhältnisse in beiden Häusern des Reichsraths, kennen die eigenartigen Verhältnisse der Gruppen, welche im entscheidenden Momente der Abstimmung nicht gegen die Vertragserneuerung sich aussprechen werden, gut genug, um im Klaren zu sein über den schließlichen Ausgang solcher Versuche in extremis. Sie wissen recht wohl, daß im Parlament eine erkleckliche Anzahl Anhänger der Verfassung, ebenso wie außerhalb des Reichsraths im österreichischen Volke alle Einsichtigen und ruhig Denkenden die Wiedererneuerung der Verträge mit der andern Reichshälfte als eine unabweisliche Nothwendigkeit betrachten, die, wie wenig Vorliebe man auch diesen Pacten entgegenbringen mag und wie lästig manche ihrer Bestimmungen für Oesterreich sein mögen, nicht umgangen werden kann — als eine politische Nothwendigkeit, welche sich selbst im wohlgesicherten und tiefen Frieden kategorisch geltend gemacht hätte, die aber vollends heute, in einem Zeitpunkte, in dem wir vielleicht einem großen Weltkriege entgegentreiben, in welchem die wichtigste Lebensfrage unserer auswärtigen Machtstellung einem gewaltthätigen Austrage entgegenreift, als starke unerbittliche Schicksalsforderung an uns herantritt.

Die Ausgleichsfrage wird im Sinne der Erneuerung der Verträge entschieden werden, nicht [illegible] unser Abgeordnetenhaus sich in einer Zwangslage befindet, sondern unser Gesammtstaat, ja nicht die österreichisch-ungarische Monarchie allein, sondern mit ihr auch alle anderen continentalen Großmächte. In einer Zwangslage, welche nicht unsere österreichischen Staatsmänner, welche nicht die tonangebenden Parteiführer in Ungarn geschaffen haben, sondern die ohne uns und vielleicht gegen uns aus den orientalischen Wirren großgewachsen ist. Es fragt sich jetzt also nur, ob die Entscheidung in Betreff einer Neuconsolidirung der staatsrechtlichen Verträge unserer zweigetheilten Monarchie mit der Verfassungspartei und ihrer Beihilfe oder ohne und gegen die Verfassungspartei erfolgt. Die Verfassungspartei wird in der morgigen Conferenz und in den Berathungen, welche derselben ferner folgen mögen, hierüber entscheiden. Von diesen Conferenz-Beschlüssen wird es abhängen, ob die Fraction Skene nur das österreichische Widerspiel eines ungarischen Vorbildes, nur die verspätete Copie der im Frühjahre erfolgten Secession einer Gruppe der liberalen Partei des ungarischen Reichstages sein, das Gros der Verfassungspartei aber intact lassen und in eine schärfer präcisirte Stellung gegenüber den zur Entscheidung drängenden Tagesfragen rücken, oder ob sie dieselbe zersetzen wird. Nach Allem, was aus den Berathungen in den beiden Clubs der Linken und des Centrums am letzten Sonntage bekannt geworden, darf mit Zuversicht der ersteren Eventualität entgegengesehen werden. Namentlich haben die staatsmännischen Erklärungen des anerkannten Führers der Partei und seiner zahlreichen Gesinnungsgenossen deren Anschauungen in nicht mißzuverstehender Weise dargelegt. Die heutigen Eröffnungen können in dieser Auffassung der Gesammtlage sowol als speciell der ungarischen Frage kaum eine Aenderung bewirkt haben. Mit wie wenig Sympathie man auch die Darlegung der neuen Pacte heute wieder aufgenommen, geändert können dieselben heutigen Eröffnungen die Auffassung der Frage nicht haben. Der wesentliche und entscheidende Inhalt der Erklärungen, welche heute officiell gemacht wurden, war aus den Eröffnungen der ungarischen Minister sowol als aus anderen beglaubigten Mittheilungen längst bekannt. Man wußte, was in Bezug des Zoll- und Handelsvertrages, was in Bezug der Handelsverträge mit dem Auslande vereinbart worden. Eine Meinung, wie weit die Zustimmung des Parlaments gehen dürfe, waren die Abgeordneten bereits früher in der Lage, sich zu bilden, sonst wäre ja die so entschieden hervortretende Opposition der Herren Skene und Genossen nur eine unqualificirbare Uebereilung. Und gewiß waren auch jene Deputirten von der Linken und dem Centrum ihrer Aufgabe als Volksvertreter bewußt, als sie am letzten Sonntag den Beitritt zu einem Programme verweigerten, welches die principielle Ablehnung des Ausgleichs in seiner gegenwärtig möglichen Form bedingt.

Verhandlungen des Reichsraths.

Wien, 21. November.

Die heutige Verhandlung des Abgeordnetenhauses begann mit einer Ministerrede und schloß mit einer solchen. Beide Enunciationen von der Ministerbank waren gleich bedeutsam und werthvoll; in Bezug auf Wichtigkeit und Actualität tritt aber allerdings das Exposé in den Vordergrund, das am [illegible] der Sitzung Freiherr v. Pretis im Namen der Regierung über den ungarischen Ausgleich hielt. [illegible] hierüber an erster Stelle.

Bei Fortsetzung der [illegible] über die Reform der politischen Verwaltung [illegible] derjenige Mann das Wort, der in und außer [illegible] wol als der competenteste in Sachen der öffentlichen Verwaltung angesehen werden darf, der Minister des Innern, Freiherr v. Lasser. Wiederholt klingt aus dem zweistündigen Vortrage, den der Minister dem [illegible], hervor, daß dem Sprecher [illegible] des hohen Werthes seiner langjährigen [illegible] nicht fremd ist; dieses Selbstbewußtsein [illegible]. Begabt mit vielem practischen [illegible], von [illegible], durchdringendem Blicke, und [illegible] die Dinge in ihrer Wirklichkeit zu erschauen, hat Freiherr v. Lasser in seiner langen Laufbahn als [illegible], wiederholt auf die [illegible] des Verwaltungsdienstes [illegible], überreich [illegible] gehabt, diese Gaben zu schärfen und [illegible], so daß [illegible] Urtheil füglich heute in Sachen der politischen Verwaltung auf einen ersten Rang Anspruch [illegible]. Diesem Range entsprach denn auch die Aufmerksamkeit, mit welcher das Haus dem Vortrage des [illegible]. Er schied denselben in drei Theile. [illegible] ersten Theile erging sich Freiherr v. Lasser über die Schilderungen des gegenwärtigen Zustandes, welche in der Debatte vorgekommen und sah sich dabei in die Lage versetzt, dieselben [illegible] der Uebertreibung zeihen zu müssen, [illegible] er den Gemeinden ein viel [illegible] ausstellte, als ihnen in der Debatte im Ganzen [illegible] Theil geworden war. Die zweite Partie [illegible] betraf die zur Abhilfe vorgeschlagenen Mittel und auch hier erwies sich der Minister als ein viel wärmerer Freund der Autonomie als Mancher von ihm erwartet hätte.

Feuilleton.

Dr. Johann Emanuel Veith.

Die Gruft hat sich über den tüchtigsten, über den berühmtesten Kanzelredner der Gegenwart geschlossen. Dr. Johann Emanuel Veith ist zu seinem Freunde Anton Günther hinabgestiegen. Sie ruhen nun im gemeinsamen Dunkel, wie sie im Leben im gemeinsamen Lichte gearbeitet, geschaffen und gewirkt haben.

Dr. Johann Emanuel Veith wurde 1788 am 10. Juli von jüdischen Eltern in Kuttenplan in Böhmen geboren. Der Vater war Tabakverleger oder, wie wir heutzutage sagen würden, Großtrafikant. Am Gymnasium in Pilsen durchlief er die humanistischen Studien, bezog 1804 die Universität Prag, studirte die philosophischen Gegenstände und zwei medicinische Curse. Nun begab er sich 1808 nach Wien, absolvirte die Medicin und wurde 1812 zum Doctor der Medicin promovirt. Veith widmete sich der Praxis und weil er dem Systeme Hahnemann's huldigte, zählte er bald zu den gesuchtesten Aerzten der Residenzstadt. Dies veranlaßte die medicinische Facultät, den vielversprechenden Arzt 1814 als Correpetitor an dem k. k. Thierarznei-Institute vorzuschlagen. Veith wurde Correpetitor und hatte die Aufgabe, die Vorlesungen des Directors Dr. Bietz über allgemeine und specielle Pathologie mit den Eleven zu repetiren. 1815 wurde er schon wirklicher Professor und lehrte an Stelle des Professors Waldinger Nahrungs- und Arzneimittellehre. Die Arbeiten der Praxis und am Institute suchte er sich durch literarische Thätigkeit zu versüßen. Es erschienen in „Selam. Ein Almanach für Freunde des Mannichfaltigen, herausgegeben von Castelli, Wien 1814 und 1815“, die drolligen Erzählungen: „Abenteuer eines verliebten Tabakrauchers“, und Felix Entenschnabel's, Hörers der Philosophie, müheseliger Liebeshandel, sammt poetischen und algebraischen Bedenklichkeiten. Es sind dies die ersten literarischen Arbeiten Veith's und beurkunden jenen unvergleichlichen Humor, jenen neckenden, feinen Witz, der in den späteren Schöpfungen: Balsaminen 1823, Frau Martha, [illegible] so glänzend hervortrat, in seiner urwüchsigen Kraft. War „Felix Entenschnabel“ den Freunden des Humors eine freundliche Gabe, so erregte die Schrift: Handbuch der Veterinärkunde (dritte Auflage 1832), so sehr die Aufmerksamkeit der Fachgenossen, daß er 1816 zum Director des Thierarznei-Institutes ernannt wurde. Als Director las er über allgemeine und specielle Pathologie und über die Lehre von den Seuchen unter den Hausthieren. Als Arzt geschätzt, gesucht, im Besitze einer ehrenvollen Stellung, eines reichlichen Einkommens und dies Alles in einem Alter von 28 Jahren, in einem Alter, in dem Andere kaum die ersten Schwellen einer gesicherten Existenz zu überschreiten sich anschicken, mochte Veith wol die vollste Befriedigung seines Strebens gefunden haben. So schien es wenigstens, es war aber nicht so. Bereits 1810 hatte er das Judenthum verlassen und war zum Christenthum übergetreten. Die vertrautesten Freunde Veith's konnten nie die Motive seiner [illegible] Erlebnisse erfahren. Nur einem [illegible] Freunde gegenüber, jenem Freunde, der die bekannte Schrift: „Judenthum und Heidenthum, die Vorhallen des Christenthums“ geschrieben hatte, dem berühmten Theologen Döllinger gegenüber bemerkte Veith: „Ich wollte aus der Vorhalle in die eigentliche Halle gelangen.“ [illegible] legte Veith die Stelle eines Professors und Directors nieder, setzte sich auf die Schulbank und begann Theologie zu studiren. Dies überraschte allgemein, besonders aber die Leidenden und Kranken. Veith war eben einer jener merkwürdigen Aerzte, die zuerst Noth und Elend linderten, dann erst zu den Heilmitteln der Medicin langten. Honorar zu fordern, vergaß Veith regelmäßig; er, dessen Gedächtniß ein staunenswerthes war, litt bei Dergleichen an einer merkwürdigen Vergeßlichkeit. Veith setzte aber seine medicinische Praxis fort und Wien hatte das seltene Schauspiel, einen Universitäts-Studenten, einen Candidaten der Theologie und einen gesuchten, vielbeschäftigten Heilkünstler in einer Person zu schauen. Mehr noch überraschte, als der merkwürdige, gelehrte und beliebte Arzt-Student am 19. November [illegible] sich um die Aufnahme in die Congregation der Redemptoristen bewarb. Veith hatte den ersten [illegible] der Redemptoristen, Clemens Maria Hofbauer, [illegible] behandelt, ja in den Armen Veith's war der erste [illegible] Redemptorist Hofbauer gestorben. [illegible], biedere Wesen dieses Mannes hatte Veith [illegible] hervorgerufen, diesem [illegible] beizutreten. Mit ihm bewarb [illegible] um die Aufnahme, unter denen auch Anton Günther, der damals Erzieher beim Fürsten Brezenheim war. [illegible] kein Zweifel, daß Rector Stark [illegible] so bekannten [illegible] und talentirten Candidaten der Theologie gerne dem Verbande der Congregation einverleibt hätte, aber es fehlte noch gar viel, um die Aufnahme [illegible]. Als Verein von Weltpriestern hatten die Redemptoristen nur eine Art von Duldung erlangt und es war schon viel, als diesem Vereine am 4. December 1820 die Kirche Maria am Gestade überlassen wurde. Aber eine Anerkennung als Congregation mit dem Rechte der Aufnahme von Novizen stieß auf allerlei Hemmnisse. Erzbischof Hohenwart sagte weder ja noch nein, er wußte sehr geschickt einer Antwort auszuweichen, die weltlichen Dicasterien folgten diesem [illegible]. Die [illegible] Carolina bewirkte endlich [illegible], die am 1. September 1821 erfolgte. An [illegible] Tage [illegible] hatte Veith die [illegible] erhalten, am Abende dieses Tages zog er das Kleid der Redemptoristen an, am folgenden Tage las er in der Kirche Maria am Gestade seine erste Messe; Anton Passy hielt die übliche Primizrede. Der Redner mahnte ihn, „das Kleid, das Sie gestern im Dunkel des [illegible] Ihrer Primiz angezogen haben,“ stets zu [illegible]. Veith war jetzt Priester und Novize der Redemptoristen. Am 2. September 1822 legte er Profeß ab. Was mag wol den geist- und feuersprühenden Veith bewogen haben, Redemptorist zu werden? Die Persönlichkeit Hofbauer's allein wird ihn schwerlich zu einem solchen Schritte veranlaßt haben. Die neue Congregation versprach eben ein wissenschaftliches Leben, gepaart mit

Es ist nicht möglich, die concise, in jedem Satze practische Rede des Ministers im Auszuge wiederzugeben, allein eine besondere Hervorhebung verdient vorerst die besondere Sachkunde, welche der Minister in der Heranziehung der preußischen Gemeindezustände vor und nach der neuen Kreisordnung zur Vergleichung mit unseren Zuständen entwickelt hat, dann die schlagende Abfertigung, welche Freiherr v. Lasser dem Hohenwart'schen Projecte, der den Landtagen verantwortliche Statthalter, also Provincial-Minister einsetzen möchte, zu Theil werden ließ. Zum Schlusse brachte Freiherr v. Lasser seine eigene Stellung gegenüber dem Ausschußantrage, seine Ansichten über das zur Abhilfe der auch von ihm anerkannten Uebelstände zu Unternehmende, wozu auch die Frage der legislativen Competenz gehört, zur Geltung. Sein Reformplan läßt sich dahin zusammenfassen: Vorsichtig und partiell. Partiell in dem Sinne, daß vorerst nur in einem kleinern und in einem Theile eines größern Kronlandes die Reform versucht werde, welche sich der Minister allerdings mit Vorbehalten, ähnlich der vom Ausschusse vorgeschlagenen Art, denkt. Die höchst interessante, ein Fülle von positivem Material und practischen Gesichtspunkten darbietende Rede währte, wie gesagt, an zwei Stunden und wurde, nachdem sie mit gespannter Aufmerksamkeit angehört worden war, zum Schlusse mit lebhaftem Beifalle begrüßt.

Nach den Ausführungen des Ministers wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht und angenommen. Für den Ausschußantrag war nur noch Dr. Herbst als Redner eingetragen. Er beschränkte sich im Wesentlichen darauf, die Competenzfrage zu erörtern, wobei er selbstverständlich den Standpunkt des Grafen Hohenwart bekämpfte und nebenbei auch dafür plaidirte, es möge mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Bedürfnisse in den einzelnen Provinzen den Landtagen der Einfluß auf die Gemeindegesetzgebung vollkommen gewahrt bleiben. Mit besonderer Wärme sprach Dr. Herbst von den Bezirksvertretungen und wußte von dieser Institution mehr Rühmliches zu erzählen, als man von ihr im Allgemeinen auf Grund der bisherigen Erfahrungen zu sagen weiß. Der von den Gegnern des Ausschußantrages zum Generalredner gewählte Abgeordnete Dr. Dunajewski hielt einen längeren Vortrag über Verwaltungsrecht, der hauptsächlich polemischer Art war.

Mit Rücksicht auf die Eröffnungen, welche seitens der Regierung über die Erneuerung des ungarischen Ausgleichs bevorstanden, wurde nach Beendigung dieser Rede die dem Referenten Abgeordneten Göllerich zustehende Schlußrede auf die nächste Sitzung verschoben. Ehe hierauf der Finanzminister zur Darlegung über den Ausgleich sich erhob, brachte der Präsident noch eine Regierungsvorlage, betreffend die Bewilligung eines Credits von 700.000 Gulden behufs Betheiligung an der Pariser Weltausstellung, und zwei Interpellationen zur Verlesung. Abgeordneter Dr. [illegible]ilsberg interpellirte den Minister des Innern in Angelegenheit eines angeblich an die Landeschefs ergangenen Circulars dahingehend, es seien [illegible] von Gemeinde- und Bezirksvertretungen, die den Ausgleich mit Ungarn betreffen, hintanzuhalten. Sofort meldete sich Baron Lasser zum Worte und erklärte zur nicht geringen Verwunderung des Interpellanten und unter Beifall des Hauses kurz und bündig, daß ihm von einem solchen Circular nicht ein Wort bekannt sei. Die zweite Interpellation war vom Abgeordneten Steudel an den Handelsminister gestellt und betrifft die Verweigerung der von der Wiener Tramway-Gesellschaft nachgesuchten Concession für die Pferdebahnlinie Ringstraße-Hundsthurmer-Linie in Wien. Mit dem Vortrage des Freiherrn v. Petris schloß sodann die heutige, in jeder Richtung hervorragende und bedeutungsvolle Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Abgeordnetenhaus. (207. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatte.) In seinen Ausführungen über den Antrag Göllerich, betreffend die Reform der politischen Verwaltung, fährt Minister des Innern, Freiherr **v. Lasser**, nachstehend fort: Wenn gesagt wird, daß die Gemeindegesetzgebung die Gemeinde total ruinirt habe, so ist in einer jeden solchen Behauptung vielleicht etwas Richtiges, manche Gemeinden haben, besonders in dem ersten Gebrauche ihres freigewordenen Seins, mit ihrem Gemeindevermögen ziemlich arg gewirthschaftet, manche sind in der Entwicklung ihrer Gemeindeverhältnisse zu immer steigenden Auslagen veranlaßt worden. Aber daran ist ja die Gemeindegesetzgebung an und für sich nicht Schuld. Wenn ich diese Uebelstände selbst vom Standpunkte der öffentlichen Verwaltung tief beklage, so muß ich doch daran erinnern, daß eben die Leute anders geworden sind. Man begnügt sich im gewöhnlichen Leben nicht mehr mit der Befriedigung jener Bedürfnisse, die man vor zwanzig und dreißig Jahren gehabt hat. Man begnügt sich auch in den Gemeinden nicht mehr. Die Gemeindebevölkerung drängt nach Verbesserungen und dieses Drängen ist in einer Zeit, wo man schneller lebt, ein solches, daß man so rasch als möglich das Wünschenswerthe zu erreichen sucht. Man will Alles auf einmal haben, man will den Uebergang von der frühern Zeit, welche so viel vernachlässigt hat, in ein besseres Jetzt zu rasch durchgeführt haben, und diesem Drängen können sich auch die Gemeindevorstehungen in ihren Beschlüssen nicht immer entziehen. Kaum hat beispielsweise die Stadterweiterung in Wien begonnen, so haben Provinzialstädte angefangen, Stadterweiterungen zu treiben. (Sehr richtig links und im Centrum.) So verhält es sich bis hinab zu der kleinsten Gemeinde. Es gibt wenige Gemeinden, wo nicht das Bedürfniß nach besseren Straßen, besserer Armenverpflegung, Spitälern u. s. w. immer reger geworden ist. Da nun entstanden jene Erscheinungen, die man heute als Ruin der Gemeinden durch das Gemeindegesetz bezeichnet. (Rufe: Sehr richtig!) Auch an der Behauptung, daß die intellectuelle Kraft in den meisten Gemeinden nur spärlich vorhanden, ist etwas Wahres, aber noch mehr Uebertreibung, und am allermeisten wäre es Uebertreibung, dafür die Gemeindegesetzgebung oder die Gesetzgebung über die politische Verwaltung verantwortlich zu machen. Hier macht man gewöhnlich nicht den Vergleich mit ehemals, vielmehr zieht man gern einen Vergleich mit auswärts. Ja, meine Herren, bei jenen Ländern, die uns als Muster mit Vorliebe vorgeführt waren, war die Schuleinrichtung eben schon länger auf einem bessern Fuß als bei uns; auch das Gemeindeleben war dort schon früher entwickelt als dies bei uns seit dem Jahre 1848 möglich war und zum Gemeindeleben gehört Education. Insoweit mag der Vergleich ein richtiger sein; was ich aber negire, ist, daß es bei uns minder gut bestellt sei mit der natürlichen Anlage, mit der Gelehrigkeit, mit dem practischen Sinn, mit dem Streben nach Ordnung in den Gemeinden. Wäre die Anklage, daß die Gemeinde-Gesetzgebung und die politische Verwaltung daran Schuld ist, eine begründete, dann müßte diese Erscheinung überall auftreten. Tritt diese Erscheinung in großen städtischen Gemeinden auf, tritt diese Erscheinung etwa jetzt stärker auf als nach dem Jahre 1848? Keineswegs. Wenn Sie die heutigen Zustände beurtheilen und vergleichen mit den Zuständen, wie sie in den Jahren 1850—1852 herrschten, so sage ich Ihnen, daß auch in diesem Punkte die Gelehrigkeit, der Unterricht, die Education in allen Gemeinden außerordentliche Fortschritte gemacht haben (Rufe: Richtig, links und im Centrum), so sehr, daß Jemand, der einen weitern Blick hat, es offen und ehrlich anerkennen muß: Es ist ein Wunder geschehen! Was früher Regel war, ist jetzt schon eine Ausnahme. Man darf eben nicht generalisiren und einzelne Mängel auf die Totalzahl übertragen, man darf eben die Mängel, welche vielleicht noch vorhanden sind, nicht übertreiben; man muß eben nicht mehr verlangen als geleistet werden kann. Freilich, wenn ich von einer kleinen, der modernen Cultur etwas weit entlegenen bäuerlichen Gemeinde verlange, daß ein Schriftgelehrter, ein Studirter als Vorsteher fungire, dann bin ich auf dem Holzwege. Die Bezirkshauptmannschaften sind derzeit so mit Geschäften beladen, daß sie nicht einmal Zeit haben, zu schauen, wie eine Notiz eines Gemeindevorstehers aussieht oder stylisirt ist, wenn nur der Inhalt Dasjenige erfüllt, worum es sich handelt.

Wenn man den Gemeinden Dasjenige [illegible], wozu Kenntniß eines positiven Gesetzes, wozu eine gewisse Uebung in der Subsumtion unter ein positives Gesetz gehört, das, was bei Durchführung auf ihre Nachbarschaften und Zwischenverhältnisse zu sehr [illegible] könnte, dann wird man keine Ursache haben, im Allgemeinen über den Mangel der intellectuellen Befähigung zu [illegible]. Eines muß ich aber auch hier hervorheben. Die Functionsdauer der leitenden Gemeinde-Organe ist eine zu kurze (Rufe: Sehr richtig), zu kurz, weil innerhalb dieser Zeit zur [illegible] des [illegible] auch die ganze Belästigung des Erlernens kommt, und deshalb liegt die Aufforderung vor, die Functionsdauer der Gemeindeleitungen zu verlängern.

Ich gehe nun zu dem zweiten Theile meiner Aufgabe über, nämlich zur Betrachtung der Hilfsmittel, welche man gegen die vermeintlichen oder wirklich vorhandenen Uebelstände vorgeschlagen hat. Es gibt Ansichten, die dahin gehen, daß die Sache ziemlich leicht sei. Man nehme den Ortsgemeinden nur den übertragenen und polizeilichen Wirkungskreis weg und dann ist die Ortsgemeinde gesund. Das kommt mir vor, wie jener Spruch, der lautet: Wenn dich dein Auge oder Fuß beleidigt, so reiße das Auge oder den Fuß aus! (Heiterkeit.) Das Beseitigen eines Leidens durch Tödtung des Leidenden mache ich nicht mit. Entziehen Sie dies der Gemeinde, dann machen Sie die Gemeinde zu dem, was sie vor dem Jahre 1848 war, dann degradiren Sie sie zu einem Simultan-Hauswesen, Sie lassen ihr nur den privatrechtlichen Charakter, entkleiden sie des Charakters einer öffentlichen Corporation und dann wollen Sie noch von einer Autonomie der Gemeinde sprechen. (Rufe: Sehr richtig!) Das ist unstatthaft, weil man damit etwas Anderes schaffen würde, als was jetzt unsere Ortsgemeinde ist. Es ist ganz unmöglich, den ganzen übertragenen Wirkungskreis, die ganze Polizei den Ortsgemeinden wegzunehmen. Die Ortsgemeinde ist und hat auch zu bleiben, das dem Staatsorganismus unentbehrliche Fundament des staatlichen Organismus selbst. Practisch kann ich es mir gar nicht denken, daß die Staatsverwaltung die Mitwirkung der Gemeinde, beispielsweise bei der Recrutirung und bei ähnlichen öffentlichen Angelegenheiten entbehren könnte.

Man läßt die Ortsgemeinden, ist ein viertes Recept, in dem selbständigen Wirkungskreise, allenfalls auch mit einem Minimum für die Polizei, bildet aber über diesen Ortsgemeinden durch Vereinigung derselben eine Stufe weiter; gewöhnlich nennt man das Gebilde dann Verwaltungsgemeinde oder politische Gemeinde. Diese Idee ist nicht ganz einfach abzuweisen, sie wäre immerhin einer Fortentwicklung werth, fände auch in hie und da bestehenden Einrichtungen, wo die politische Gemeinde die Steuergemeinden zu Ortsgemeinden zusammenfaßt und fände auch in den Einrichtungen von Hauptgemeinden und Fractionen eine gewisse Analogie. Diese Idee ist also bildungsfähig, allein es muß von Haus aus im Auge behalten werden, daß die größeren Gemeinden in eine solche Incorporirung schon nicht eingezogen werden dürften, daß auch den kleineren Gemeinden unter allen Umständen ein Theil des übertragenen Wirkungskreises als Recht und Pflicht, ein Theil der Polizeigewalt als ein Zugeständniß verbleiben muß, daß andererseits die Verwaltungsgemeinde auch nicht wieder so ausgedehnt werden darf, daß die Lücken unausgefüllt blieben. Mit gewissen Voraussetzungen und Cautelen also halte ich diese Anregung einer Würdigung und Beurtheilung werth und ich wünschte, daß in dieser Richtung mehr geschehen möchte als bisher geschah. Allein ich verkenne wieder gar nicht die Schwierigkeiten, auf die man hiebei stößt, vor Allem auf die sehr schwer zu überwindende Aversion der Gemeinden selbst. Wenn Sie einer Gemeinde sagen, ihr bleibt ja Ortsgemeinden, soweit ihr es sein könnt, müßt aber in gewissen Angelegenheiten in eine andere Gemeinde hineinkommen, die die Hauptgemeinde ist, fühlt sie sich zurückgesetzt. Sie meint, es werden dadurch Gemeinden höheren und niederen Ranges geschaffen und gegen ein solches Vorurtheil ist der Kampf immer sehr schwierig. Es ist aber noch Manches bedenklich in der Durchführung eines solchen Systems, weil, so lange die Education der Gemeinden — und zum Lernen gehört mehr als ein Jahr — nicht allgemeine Fortschritte gemacht hat, man der Gefahr ausgesetzt ist, daß am Ende die Agenden der Verwaltungsgemeinde nothwendig von einem Gemeindebeamten besorgt werden dürfen. Auf die Gemeindebeamten dieser Art, die auch für die öffentlichen Geschäfte herangezogen werden müssen, muß die Staatsverwaltung einen gewissen Einfluß nehmen, und abgesehen von einem anderen Nachtheile, haben Sie dann Gemeindebeamte, auf die der Staat Einfluß nimmt, die er aber nicht bezahlt. Das sind Schattenseiten, die ich anerkenne.

Noch ähnlicher verhält es sich mit der Ortspolizei. Was ist alles unter Ortspolizei zu verstehen? Hat denn nicht jedes Hauswesen seine Polizei, hat nicht jeder Hausherr in Wien seine Polizei im Hause, trifft er nicht Anordnungen der Sanitäts-, Reinlichkeitspolizei u. s. w., die nur sein Haus betreffen, stellt er nicht in dem Hausmeister, Portier, Hausbesorger, muß man sagen (Heiterkeit), eine Art Polizei-Commissäre auf? So wenig Sie berechtigt sind, dem Hausherrn diese Art Polizei wegzunehmen, sowenig sind Sie berechtigt und würden es möglich machen, ein gewisses Maß Ortspolizei auch den Gemeinden zu entziehen. (Sehr richtig.) Es handelt sich daher nicht um das Princip, sondern nur um das Maß des Mehr oder Weniger und dieses ist nach dem Geiste des Gemeindegesetzes zu bemessen und zu beurtheilen. Bei alledem kommt man eben, ich kann es nicht genug betonen, auf die Nothwendigkeit in der Entwicklung des Gemeindegesetzes, vielleicht auch in der Entwicklung der Gemeindegesetzgebung den Unterschied zwischen großen und kleinen Gemeinden consequent zu verfolgen und die staatliche Organisation diesen Verhältnissen anzuschmiegen. Also weg mit diesem Universalmittel. Ein Specialmittel findet Mancher in der Beamten-Vermehrung bei den Bezirkshauptmannschaften. Dabei halte ich mich nicht auf, das kann unmöglich die jetzt bestehende Lücke in der Beziehung zwischen Bezirkshauptmannschaft und Gemeinde ausfüllen. Ich erwähne dies Mittel nur, um meinen Dank im Namen der Bezirkshauptmannschaften allen Denjenigen auszusprechen,

---

Praxis. Hofbauer's selbstlose Haltung entsprach dieser Anschauung. Dies war es, was Veith suchte. Die Pracht und das Prälatenthum der alten Orden hatten für denkende und strebende Seelen ihren Reiz und ihre Anziehungskraft schon längst verloren, sie galten als behäbige Versorgungsanstalten und wurden nur als solche gesucht. Die Bettelorden waren eben nur Bettelorden geworden und sonst nichts. Aber wissenschaftliche Thätigkeit, gepaart mit Praxis in einem Vereine Gleichgesinnter — dies war es, was Veith mächtig anregte. Anfangs ging es leidlich, er betrieb seine Praxis und arbeitete an seinem „Handbuch der gerichtlichen Thierarzneikunde", das 1826 auch erschien. Aber den Regeln der Congregation entsprechend, sollte Veith sich auch auf den Missionen versuchen. Er wurde nach Oberösterreich gesendet. In Gallneukirchen hatte der mystisch angelegte Pfarrer Martin Boos pastorirt, wurde aber 1817 von Amt und Pfründe entsetzt. Seine zahlreichen Anhänger schritten weiter, verirrten sich in Schwärmerei, Aftermysticismus und die beiden Gewalten, das Consistorium und die Statthalterei, schrieben sich die Finger wund. Nichts wollte helfen. Die Redemptoristen sollten nun Hilfe bringen. Veith mit drei Gefährten brachten diese Hilfe. Veith gab sich redlich Mühe, nach der von der Congregation festgesetzten Schablone zu predigen und zu unterrichten. Finster, in sich gekehrt, wohnten die Boosianer den Predigten bei, still und lautlos standen sie da und gaben auf die mannichfaltigsten Fragen keine Antwort. Gründlich enttäuscht, kehrte Veith nach Wien zurück. Es war dies seine erste und zugleich seine letzte Mission gewesen, die um Gallneukirchen, Alberndorf, Reichenau und Waldburg wohnenden Protestanten stammen von Boosianern her.

Zu dieser ersten gründlichen Täuschung gesellte sich eine zweite, noch gründlichere. Veith fand im Collegium bei Maria am Gestade eben die Theologie des Alphons von Liguori, eine theologische Anschauung, wie sie saftiger präparirt, mundgerechter gepfeffert und behaglicher gesalzen schon von Busenbaum und Anderen aufgetischt vorlag. Von einer dogmatischen Tiefe, speculativen Forschung, freien Aeußerung und Mittheilung fand sich keine Spur und durfte sich keine finden. Das Losungswort hieß Regel und immer Regel. Suchte Veith nach der Tiefe des Glaubens, wie sie in der Brust eines heiligen Augustin geglüht, forschte er nach der Innigkeit des Gemüths eines Bonaventura, sehnte er sich nach der Gluth eines Taulers, stets und immer gähnte ihm die Regel entgegen. „Ich weiß" — seufzte Veith — „die Griechen und Römer verehrten den Harpokrates als Gott des Stillschweigens, er wird als ein Jüngling dargestellt, weil das Schweigen eine Kunst ist, die man schon in der Jugend lernen und üben muß; er steht nur auf einem Fuße, um zu zeigen, wie mühevoll das Schweigen ist und wie leicht man die rechte Haltung verliert und strauchelt." Als aber Günther 1828 mit seiner „Vorschule zur speculativen Theologie des positiven Christenthums" hervortrat, sich Dr. Heinrich Pabst ihm beigesellte und der vielverheißende Anfang gemacht wurde, den Glauben mit dem Wissen zu versöhnen und die katholische Dogmatik speculativ zu begründen, da brach Veith das Schweigen und forderte seine Entlassung.

Günther war selbst Noviz der Redemptoristen gewesen, hatte es dann bei den Jesuiten versucht und war zu folgendem Resultate gelangt: Zwischen Ignatius (Fest am 31. Juli) und Alphons von Liguori (Fest am 2. August) steht Petrus in Ketten (Fest Petri Kettenfeier am 1. August) und kann sich dieser Ketten nicht erwehren. Veith trug kein Bedenken, diesem Günther'schen Resultate die weiteste Verbreitung auf der Kanzel zu geben. Nach einer kurzen Wirksamkeit als Cooperator an der Pfarre am Hof wurde Veith Domprediger bei St. Stephan. Mit dem Leben wie mit der Wissenschaft wohl vertraut, mit einem durch das Studium der Natur und der Heilkunde geschärften psychologischen Blicke begabt, tief eingedrungen in den Geist der heiligen Schriften und der Väter, mit Humor und Witz wohl ausgestattet, der Kunst der Darstellung durchweg Meister, war er ein Domprediger, wie lange vor ihm keiner gewesen und lange nach ihm keiner sein wird. Seine Kanzel war stets umlagert; Jeder war von dem Inhalte der Rede gefesselt. Veith sprach ruhig, ebenmäßig, ohne jedwelche Action, nahezu einförmig, aber jedes Wort, jeder Satz war an seinem Platze, kein Wort zu viel, keines zu wenig, Alles so meisterhaft gesetzt, so unübertrefflich in einander gefügt, daß den Zuhörern die Zeit der Predigt stets zu kurz wurde. Wer ihn einmal gehört hatte, kam zum zweitenmale bestimmt wieder. Zwischen dem in Wien wohlbekannten Prediger Zacharias Werner und Veith war ein gewaltiger Unterschied. Werner war ein Hüne, seine Züge waren markirt, die Nase lang, die Augenbrauen auffallend schwarz, die Stimme etwas hohl, aber von ungemeiner Lungenkraft getragen; den Ausdruck seines Gesichtes hatte Werner wie der beste Schauspieler vollständig in seiner Gewalt. Veith war kleiner Statur, von ausgeprägtem semitischen Gesichte, seine Stimme war schwach, wenngleich biegsam und wohltönend; in oratorischen Eifer und somit in eine etwas gehobene Stimme verfiel er nie, die innere Gluth zeigte sich nur in dem lodernden, sprühenden Auge. Dieses Flammen der Augen bei durchwegs ruhiger Stimme verlieh dem Prediger eine begeisternde Anmuth und wirkte unwiderstehlich. Seine Fruchtbarkeit auf dem homiletischen Gebiete war eine staunenswerthe. Schrift auf Schrift, Auflage auf Auflage folgten und jagten sich förmlich. Abgesehen von den zahlreichen Nachdrucken in Oesterreich, Baiern, Würtemberg, der Schweiz zählt jede Veith'sche Schrift [illegible] Original-Auflagen, einige sogar sechs und sieben. Die Buchhandlung Schlosser in Augsburg lebte durchwegs vom Nachdrucke Veith'scher Schriften. In jedem Pfarrhofe eine Veith'sche Schrift zu finden, ist eine absonderlich leichte Mühe. Die Herren Seelsorger kauften gerne Veith'sche Schriften, nicht so sehr, um in den Veith'schen Geist einzudringen als um die Veith'schen Exempel und Geschichtchen auf die Kanzel schleppen zu können. Die überreiche Exemplification in den Veith'schen Predigten ist ein Stützpunkt der Veith'schen Rede, weil Veith es eben verstand, im Einzelnen, im scheinbar Kleinen den universellen Standpunkt zu erkennen. Ohne dieses Vermögen und Können Veith's ist das Häufen von Beispielen auf der Kanzel ein läppisches täppisches Unding

die wirklich gefunden haben, daß die Bezirkshauptmannschaften sehr viel zu thun haben, häufig überlastet sind und doch nicht unter ihrer Last erliegen.

Ein drittes Mittel ist die Bildung größerer Ortsgemeinden durch zwangsweise Zusammenlegung der jetzigen Ortsgemeinden und Tödtung der bisherigen Ortsgemeinden. Auch darüber habe ich nicht nothwendig, mich umständlich auszusprechen. Ich habe hier in einer Sitzung im September 1861 gegen dieses System mit Erfolg gekämpft; ich habe die Satisfaction erlebt, daß ich, als ich gestern diese Redenachlaß, mich überzeugen konnte, daß meine seitherigen Erfahrungen nur die volle Richtigkeit des damals Gesagten bestätigen und ich bin heute ebenso principiell dagegen und behaupte, dieses System ist unrichtig, die Ortsgemeinde darf nie als etwas künstlich Gemachtes betrachtet werden, sie muß ein Selbstgewächs sein, das ist mein Princip. Und wenn Sie es versucht haben, und wir haben es manchesmal auch von regierungswegen versucht, die zwangsweise Zusammenlegung der Gemeinden durchzuführen mit Tödtung der bisherigen Gemeinden, so werden Sie finden, daß Sie dies nie und nimmer durchzuführen im Stande sind. (Bravo! Bravo! links.)

Ein fünftes Abhilfmittel wird Vermehrung der Bezirkshauptmannschaften genannt. Dadurch wird einerseits der Bezirk verkleinert, also die untersten staatlichen Organe den Gemeinden näher gerückt. Dadurch würden die Kräfte der Bezirkshauptmannschaften [illegible] Zustimmung der Reichsvertretung [illegible] diesem Mittel Gebrauch gemacht, wenn ich es nämlich für nothwendig fand. Allein hier in ausgiebige Weite zu gehen, davor scheue ich selbst [illegible] so weit zu gehen, daß am Ende für jeden Gerichtsbezirk eine eigene politische Behörde bestellt wird. Ich glaube, daß es nicht angemessen wäre, und wird es Niemandem einfallen, bei einer solchen Idee wieder die Schaffung eines Beamten-Proletariats herbeizuführen. Die untersten politischen Beamten sind dem Volke gegenüber die sichtbaren Träger der Staatsgewalt, und nichts ist abträglicher für ihre Autorität als eine solche Stellung, die sie von den Schuldenmachen und Geschenkeannehmen sehr schwer bewahren. Soll dieser Gedanke respectirt werden, und soll in dem Beamten das Gesetz und die staatliche Autorität respectirt werden, so müssen sie [illegible] hin respectabel dastehen können. Ich kann also [illegible] mit einer ausgiebigen Vermehrung der Bezirksbehörden [illegible] eine derartige Schmälerung der Bezüge [illegible] ein solches Beamten-Proletariat ge[illegible] da bei den gemischten [illegible] würde eine Ver[illegible] dafür aussprechen könnte. Ich weiß allerdings recht gut, daß es selbst für einen Minister eine sehr angenehme Sache ist, eine neue Organisation mit einer totalen Bewegung in der Beamtenwelt durchzuführen, daß ich selbst manche Popularität erlangen würde, wenn ich anstatt 325 Amtssitze 825 creirte, ich glaube, ich würde sogar hie und da Ehrenbürger werden. (Lebhafte Heiterkeit.) Es würde aber auch eine solche Umbildung die Hinterlegung der untersten politischen Instanzen in den Gerichtsbezirken in größeren Ländern eine solche Lücke im behördlichen Organismus hervorrufen, daß ganz bestimmt, dafür wollen sie meine Versicherung als Beweis annehmen, das, was man departementale Regierung nennt, nicht [illegible] bleiben [illegible]

[illegible] weiß, aus [illegible] Organ [illegible] Gängelband? Mit den zwei zuletzt besprochenen Abhilfemitteln hat der von Graf Hohenwart entwickelte Plan einige, mir gegenüber nur scheinbare Aehnlichkeit. Er hat sich zuerst etwas euphemistisch ausgesprochen, die Gemeinden sollen bei ihrer eigentlichen Aufgabe, der wirthschaftlichen Selbstverwaltung, Pflege und Erhaltung ihrer localen Einrichtungen belassen werden. Er hat in zweiter Richtung gesagt, der Gemeindebezirk soll, wie in Preußen der Kreis, der unterste Träger der Selbstverwaltung werden. Ich bemerke gleich, daß schon durch die Hinweise auf Preußen das Wort Selbstverwaltung nicht in dem Sinne, wie es bei uns geläufig ist, in autonomistischem Sinne, sondern im Sinne des Selfgovernments, nämlich der Heranziehung des Laien-Elements zur öffentlichen Geschäftsführung verstanden sein kann. Ich kann aber nicht umhin, aus dieser Hinweisung auf die preußischen Einrichtungen, einer Hinweisung, die auch in mehreren anderen Reden vorgekommen ist, die Aufforderung abzuleiten, so weit ich es vermag, Ihnen den preußischen Organismus vor und nach der Kreisordnung vom Jahre 1872 etwas auseinanderzusetzen. Ich halte es für nothwendig, weil man sonst diese Hinweisung, selbst meine Beurtheilung der Graf Hohenwart'schen Propositionen nicht leicht verstehen würde, ohne daß ich noch weitläufig würde, weil überhaupt solche Vergleiche etwas Lehrreiches und Nützliches an sich tragen. Ich will nur eine Gewähr dafür, daß ich in allen Details vollkommen unterrichtet bin, nicht übernehmen; derlei Dinge zu studiren, habe ich am allerwenigsten in den letzten Tagen auch nur Zeit genug gehabt. Aber ich glaube, in den Hauptanschauungen und in den Hauptvergleichungen mit unseren Einrichtungen werde ich nicht leicht eines Irrthums mich schuldig machen.

Die preußischen Einrichtungen, ich spreche natürlich von den östlichen sechs Provinzen, zeigen folgendes Bild: Die Monarchie theilt sich in Provinzen; an ihrer Spitze ist der Oberpräsident mit einigen Collegien für Schulwesen, Kirchen-Angelegenheiten. Die Provinz ist [illegible] bei uns [illegible], eigentlich von Haus aus eine historische, nicht so sehr eine administrative Einheit. In ihrer Ausdehnung unterscheidet sie sich von unseren Kronländern jedenfalls dadurch, weil jene großen Abstände an Bevölkerung und Ausdehnung, welche bei uns zwischen Salzburg und Galizien, der Bukowina und Böhmen obwalten, in Preußen nicht vorkommen, und darin liegt ein nicht zu unterschätzendes Erschwerniß unserer Einrichtungen. Der Oberpräsident mit seinen Nebenollegien ist aber nicht das, was bei uns die Statthalterei ist, er ist [illegible] eigentlich [illegible]. Um dazu zu gelangen, müssen wir auf das zweite Theilungsmoment sehen. Die Provinz theilt sich in Regierungsbezirke. Der Regierungsbezirk ist in Preußen mit seiner Regierung, die einen Präsidenten, Ober-Regierungsräthe, Regierungsräthe, Assessoren und Referendare tutti quanti in sich begreift, der eigentliche Knotenpunkt der Administration, unmittelbar unter dem Ministerium. Insoweit ist sie das, was bei uns die Landesbehörden sind, unterscheidet sich aber von diesen allerdings dadurch, daß sich in der preußischen Regierung [illegible] bezirks nicht blos die Angelegenheiten des Innern, sondern auch die Angelegenheiten des Cultus, des Unterrichtes, der Schulen, der Domänen, der Forste, der directen und indirecten Besteuerung concentrirt finden. Sie finden die Provinzen in Kreise getheilt, welche man auch Landrathsbezirke nennen kann; diese Bezirke haben durchschnittlich zwischen 3- und 7000 Einwohner und finden demgemäß die nächste Analogie in unseren Bezirkshauptmannschaften; die Kreisordnung vom Jahre 1872 hat nun die höheren Elemente [illegible] des Gutsherrn beseitigt [illegible] eine Art höherer [illegible] Grafen Hohenwart, so finden wir [illegible] unmöglich ist, die Gemeinden in ihren [illegible] reduciren, wie ich es früher erwähnt habe. [illegible] auch bei uns keine Ortsgemeinde in unserem [illegible]. Was den Punkt betrifft, wonach Graf Hohenwart [illegible] wie in Preußen die Kreise, so sollen bei uns [illegible] der unterste Träger der Selbstverwaltung werden [illegible] Hohenwart zu meinem Bedauern die weitere [illegible] unterlassen. [illegible] die Lücke, welche zwischen den [illegible] mannschaften besteht, noch mehr [illegible] wart unter dem Selfgovernment [illegible] kann ich mir nicht genau vorstellen. Wäre ich mißtrauisch oder ein Freund von Schlagworten, so würde ich versucht sein zu sagen: Dabei ist es nicht auf einen kaiserlichen Beamten, dabei ist es auf einen Gaugrafen abgesehen, welchem man den kaiserlichen Adler auf die Amtskappe setzen will. (Rufe links: Sehr richtig!)

Zum Capitel des Dualismus übergehend, möchte ich hervorheben, daß Sie aus einer Rede, welche Minister Dr. Unger vor einem halben Jahre gehalten und worin sich derselbe über [illegible] Sie können auch daraus entnehmen, wie die Regierung über den Dualismus und über die demselben anklebenden Mängel grundsätzlich denkt. Die dualistische Gestaltung hat sich bisher aber immer mehr zu einer Separation ausgewachsen, während sie dualistisch sein sollte; in dieser Ausartung liegt der Fehler. Gänzliches Verschmelzen der Statthalterei und des Landesausschusses, wie es von einem Redner angedeutet wurde, würde manche Uebelstände, welche Dr. Waldert auseinandergesetzt hat, beseitigen: es würden viele Competenzzweifel und Streitigkeiten schwinden und die eigentliche Verwaltung rascher und [illegible] werden. Es würde namentlich für autonome Verwaltungen der Vortheil gewonnen werden, daß den getroffenen Entscheidungen [illegible] die Executive nachfolgen wird. Um diesen Vortheil [illegible] würde ich gegen das Hereinziehen [illegible] Landesausschusses in das Statthalterei-Collegium kein [illegible] zu machen haben. [illegible] die Verantwortlichkeit des Statthalters gegenüber dem Landtage. Die eigentliche Verantwortung [illegible] rungsbeamten gegenüber einem [illegible] Stellung des Regierungsmannes [illegible] der Krone nicht noch ein höherer Regierungsmann steht. [illegible] wegen wäre ein solcher Statthalter ein Landesminister. [illegible] Action ist dann losgelöst von der Centralregierung und [illegible] man sich dieses Princip bei uns [illegible] haben wir dann siebzehn Landes[illegible] dann die Reichsgewalt, wo bleibt [illegible] Hohenwart mir erwidert, ich habe [illegible] minister vorgestellt, gut, dann frage ich ihn [illegible] mann, glaubt er denn, daß man im Stande ist, mit [illegible] einem Andern verantwortlich [illegible] zu regieren? [illegible] etwas kann man vielleicht bejahen, so lange man nicht Minister ist. Ich aber sage es mit aller Bestimmtheit, das wird auch er nicht können, wenn er Minister ist. Ein Statthalter muß dem Minister verantwortlich sein und kann unmittelbar [illegible] verantwortlich sein. Eine Verantwortlichkeit nach [illegible] Richtung heißt gar keine Verantwortlichkeit haben. Eine Verantwortlichkeit hebt die andere auf und Graf Hohenwart wird [illegible] regieren.

Zur Beurtheilung des An[illegible] ich erwähnen, daß ich aus dem [illegible] machen konnte, was denn ei[illegible] Unterbezirk soll Alles, was [illegible] diesen Organen unter[illegible] sollen an und für sich davon ausgenommen [illegible] ähnliche Agenden zugewiesen wer[illegible] wenn man schon auf bestehende [illegible] das Institut der Districts-Commissäre [illegible] venezianischen Königreiche analog [illegible] meint war, und werde daher vo[illegible] staatliche Organe“ dieses Wort [illegible] nicht vor dem Wort „Polizei-[illegible] [illegible]

[illegible] Ausschüsse [illegible] werfliches, auf ein unstatth[illegible] die Kosten nicht lohnende [illegible]. Ich erblicke darin eine Maßregel, [illegible] mäligen Durchführung sehr nützlich [illegible] wenigstens einer versuchsweisen, par[illegible] den sollte. Ich sagte, vorsichtig [illegible] aus allgemeinen [illegible] es sehr wichtig, daß [illegible] den Werth [illegible] Einrichtung [illegible] tungen, die [illegible] Behördenleben [illegible]. Jede Neuerung gerade in diesen Sphären, wirkt [illegible] anfänglich unbequem, belastend, verwirrend, [illegible] weil es etwas Neues, weil es etwas Ungewohntes ist [illegible] die Bevölkerung bei einer solchen [illegible] so lange, bis sie allmälig [illegible] seits die an die Wand gemalten oder selbst erfundenen [illegible] nicht eintreten sieht. Die Bevölkerung muß mit solchen Institutionen [illegible]

Eine weitere Thätigkeit Veith's war das Popularisiren der Günther'schen Philosophie auf der Kanzel. Was Günther aus seiner Gedankentiefe und Gedankenfülle herauszog und in seinem schwerfälligen, oft unverständlichen, abgehackten, abgerissenen, durch allerlei Einschachtelungen geradezu unausstehlichen Style der gelehrten Welt mittheilte, wechselte Veith in schöne, vollgewichtige Münzen und streute sie auf der Kanzel in der verschwenderischesten Weise aus. Veith war der eigentliche Herold der Günther'schen Speculation. An speculativem Talente mit mystischer Gluth durchhaucht, an Streitlust, an gewandter sicherer Führung der Waffen, an vollem Beherrschen der polemischen Taktik, an Humor, Witz und Ironie war Veith dem Freunde Günther ebenbürtig. Günther und Veith waren stets in der Offensive. Jeder Gegner wurde aufgesucht und Jedem, auch dem Winzigsten, ein Lanzenstoß versetzt. Frisch wurde angegriffen, die Gedanken des Angegriffenen wurden zergliedert, gespalten, Knochen, Fasern, Geripoe untersucht, gewogt, durch die Hechel gezogen, unter die Walze gelegt, wieder zusammengelegt, nochmals gequetscht und zusammengedrückt und endlich als unbrauchbar weiter gestäupt. Günther und Veith waren stets auf der Hochwarte, den Streitkolben neben sich und das Alarmsignal am Munde. Nur von der Ungeschliffenheit, die sonst den wackern Günther gerne anwandelte und die tosende Schaar der Güntherianer durchsauste, hielt sich Veith ferne. Im grimmigsten Gewühle des Kampfes verleugnete er nie seine humane Gesinnung.

Von 1832 bis 1845 hatte Veith die Domkanzel inne. War die Stellung eines Dompredigers schon eine nichts weniger als lucrative, so war die Stellung eines pensionirten Dompredigers geradezu eine ärmliche und besser gesagt eine armselige. Sie war eben eine solche, daß Veith, sich in dem Blinken des schimmernden Titels eines Ehrendomherrn sonnend, sehr anständig und nobel verhungern konnte. Es wäre auch geschehen, wäre nicht seine Feder, das spärliche Honorar und manche milde Hand gewesen.

Zwei Ereignisse machten auf Veith einen nachhaltigen Eindruck. Zuerst war es das Jahr 1848 mit seinem revolutionären Getöse. Veith war an und für sich mehr furchtsam als muthig. In diesem Jahre entwickelte er aber einen Muth, eine Furchtlosigkeit, die geradezu überraschte. Wir verweisen als Belege nur auf seine Leichenrede zum Andenken des gemordeten Kriegsministers Latour. Ruhig und unerschrocken kennzeichnete er die Revolution als das, was sie ist. Je mehr Stimmen des Mißfallens laut wurden, desto feuriger flammte sein Auge. Gerne duldete er beim Heraustreten aus der Kirche die thätliche Mißhandlung. Er mischte sich unerschrocken unter die Journalisten dieses Jahres und stritt und kämpfte mit all der Zähigkeit, [illegible] Schärfe und dem Bilderreichthum, die diesem unvergleichlichen Manne in so hohem Grade eigen waren. Am 17. Januar 1857 wurde Günther verurtheilt. Günther unterwarf sich und erklärte die Arbeit seines ganzen Lebens für vergeblich. Seine Schule unterwarf sich still und geräuschlos. Nicht ein Laut regte sich. Auch Veith folgte dem Beispiele des Meisters. „Ruhig, still, aber ausgeräumt stand das Haus.“ Im Innern tobte der Schmerz, lange dauerte es, bis er sich in das Joch der Resignation fügen konnte. In den „Stechpalmen“ versuchte er den letzten Aufschrei, um dann zu verstummen für immer. Veith trat von nun an nur sporadisch auf die Kanzel. Das letztemal im Frühjahre 1863. Er predigte in der Capuzinerkirche in einem Cyclus von Reden über die Anfänge der Menschenwelt. Ein schweres Augenleiden überfiel ihn. Das Licht der Augen erlosch. Vereinsamt, wenn auch nicht vergessen, versenkte sich nun der edle Greis in ernste Betrachtungen der heiligen Schrift. Er streute sich selbst die Asche auf das Haupt, denn er fühlte näher und näher die Tage kommen, von denen man sagt, daß sie nicht gefallen; Sonne und Gestirne verdunkeln sich seinem Auge, das Haupthaar wird der Blüthe des Mandelbaumes gleich, zitternd werden die Hüter des Hauses; man schließt die Pforten der Straße und es verstummen die Töchter des Gesanges. „Unter der Erde schon ist meine Zeit“, meinte Veith.

Alle Phasen des kirchlichen Lebens in Oesterreich seit dem Anfange dieses Jahrhunderts hatte er durchlaufen und innerlich durchlebt. Die Schule seines Freundes sah er zertrümmert. Das Licht seines Geistes strahlte noch hell und klar. „Wenn Alle untreu werden, so bleibe ich Dir doch treu“, rief er aus und begann ein neues, merkwürdiges Schaffen.

Es erschienen: Von [illegible] bis Pfingsten ([illegible]), Prophezie und Gesichte ([illegible]), Meditationen über den 118. Psalm (1866), Hundert Psalmen ([illegible]), Bilder[illegible] (1874), Stechpalmen (1871, 1873), [illegible]grün (1874). Es schien, als ob der gewaltige Geist, der immer gebrechlicher werdende Hülle gar nicht verlassen wolle. Im Jahre 1876, [illegible] sah das staunende Lesepublicum [illegible] und die Parabel vom verlornen Sohn in dritter verbesserter Auflage vor sich. Alles [illegible], kräftig, [illegible], wie die Veith'schen Schriften des [illegible] Mannesalters. In der Heimat zog sich der Kreis der Freunde immer enger, oft schien er ganz vergessen. In der Ferne, im Auslande wurde der [illegible] Kein wissenschaftlicher Theologe bet[illegible] die erste Frage nach dem Altmeister in [illegible] zu richten. In den Tagen der [illegible] die Pfarrherren aus den verschiedensten deutschen Gauen. Neben den Herrlichkeiten der Ausstellung war es der Stephansdom, den sie [illegible] Veith [illegible] besuchten. [illegible] von Veith gelesen [illegible]. Am 2. [illegible] 1871 feierte Veith [illegible] Stadt begannen den [illegible]. Die [illegible] schwieg. [illegible] mit der Schrift [illegible] alt und lebenssatt, friedlich und [illegible] ehrenvoll hat er gelebt, ehrenvoll [illegible] getragen und stets ehrenvoll [illegible].

Dr. Wiedemann.

[illegible] und Reiche zeigt mehr oder weniger, daß eine anfänglich [illegible] vielleicht nicht einmal recht gute Institution dadurch, daß sie fortexistirt hat, endlich in jenes Stadium der Durchführung gelangte, daß [illegible] an ihr mit Liebe hängt und über eine neue [illegible] bitte diese Lehre zu beherzigen [illegible] daher zu be[illegible], Gesetze machen ist leicht, [illegible] Execution, das geht bis zu einem gewissen Grade auch [illegible]; aber die Gesetze so durchführen, daß endlich jenes Stadium der Durchführbarkeit eintritt, das ich bezeichnet habe; daß die wirkliche Gewöhnung der Bevölkerung eintritt, daß das Gesetz nicht blos beobachtet wird weil es beobachtet werden muß, sondern weil man es als etwas Nützliches und für das allgemeine Interesse Nothwendiges anerkennt, das ist etwas sehr Wünschenswerthes, im ganzen Staatsleben sehr Wichtiges, und dazu gehört Zeit und Geduld. Ich habe noch einen anderen Grund, warum ich gesagt habe, „allmälig, vorsichtig“, aber die Sache sei doch einer Probe werth. Probe, wird man mir vielleicht entgegnen, wieder ein neues Experiment? Ja! Das [illegible] ist gewiß nichts zu Verwerfendes, und wenn [illegible] Probe wollen, so bleiben Sie nur vor der Alte[illegible], entweder Alles beim Alten zu belassen oder eine [illegible] zu machen, oder auch nur insofern [illegible] im Vorhinein entschlossen sind [illegible] ohne Nachtheil zurückzunehmen, [illegible] ich [illegible]; die Sache ist einer Probe werth und [illegible] und partiell unterzogen werden. An der Probe selbst wird sich besser als in jeder theoretischen Auseinandersetzung erkennen lassen, ob und inwieweit sie nützt, ob die Kosten dem Nutzen entsprechen oder nicht. Sie wird aber auch herausstellen, was an den Einrichtungen verbesserungsfähig ist. Jedenfalls hat diese Maßregel den hohen Werth, daß sie accommodirbar ist den Verhältnissen, daß sie theilweise oder ganz auch wieder [illegible] werden kann, ohne einen Total-Umsturz des Gemeinde- und des Behörden-Organismus zur Folge zu haben, und deshalb sage ich noch einmal: Machen wir die Probe, machen wir sie in einer beschränkten Ausdehnung, in einem Kronlande, wenn Sie wollen, zugleich in einem kleinen Kronlande und in einem Theile eines größeren Kronlandes! Aber ich möchte nicht, daß Sie [illegible] selbst, wie ich sie hier nur [illegible] geschildert habe, [illegible] ohne einen [illegible], einen [illegible] Wegweiser an die [illegible] zu setzen.

Ich [illegible] Frage zu beleuchten. Man wird vielleicht [illegible]: [illegible] Lasser hat uns [illegible] wie er sich die [illegible] er sich aber die Durchführung auch nur [illegible], wie [illegible] er sich die Durchführung, ohne die reichsräthliche und landtägliche Competenz anzutasten; wie glaubt er über die Frage hinwegzukommen, wer soll anfangen? Ich glaube Ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben zu dürfen, und das ist das Capitel der practischen Durchführbarkeit. Wenn Sie den Ausschußantrag, den [illegible] annehmen, so geben Sie mir damit einen sehr schätzenswerthen Fingerzeig, Sie öffnen mir den Weg. Mit einem allgemeinen Antrage: Regierung sei du gescheit, ist mir gar nicht geholfen; so weit ich gescheit sein kann, bin ich es schon. (Heiterkeit.) Damit kann ich eben nichts anfangen; wenn Sie mir aber [illegible] zeig gewähren wollen, dann werde ich anfangen [illegible] anfangen. Ich werde nämlich die Frage im [illegible] [illegible] Organismus selbst [illegible], [illegible] Probe durch einen [illegible] [illegible] auch wieder [illegible] werden kann, [illegible] werde mir dann für [illegible] die nöthigen Mittel zu erwirken suchen [illegible] im Verordnungswege [illegible] ich nicht [illegible] aus der [illegible] dieser Voraus[illegible] kann nämlich eine solche Bildung [illegible] einen Distri[illegible] machen, ohne [illegible] Aenderung [illegible] bedarf, und der [illegible] und wohlthätig [illegible] Elemente, andererseits [illegible] anderen behördlichen [illegible] u. dgl. m. [illegible] Sache so: Am Sitze der Bezir[illegible] mit der Unterordnung unter die Bezirks[illegible] bestellt. Diese Organe haben hauptsächlich die [illegible] zu handhaben, sie besorgen die [illegible] Verrichtungen in Uebertretungsfällen des [illegible]. [illegible] Grundsatz wird wahrscheinlich [illegible] Strafgesetz begreiflicher werden, nämlich die [illegible] des [illegible] Strafmandats, das von den Gemeinden [illegible] kann. Wegen Abnahme der [illegible] müssen auch [illegible] Ausnahmen gemacht werden, [illegible] habe. Gemeinden, welche in dieser [illegible] will ich nicht von dieser Aufgabe be[illegible] Gemeinden, die bis zu einer gewissen Bevölkerungszahl [illegible]erreichen. Ueberhaupt soll diese Abnahme der Strafrechte [illegible] den Gemeinden gegenüber nicht überall gleichmäßig vor [illegible] haben, sondern nur insoweit, als die Gemeinden sie nicht zu [illegible] im Stande sind. Ob die erwähnten Commissäre eine Einflußnahme auf die Gegenstände der autonomen Verwaltung [illegible] haben sollen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten. Es [illegible] sich ein Wirkungskreis herausbilden lassen, der den betreffenden Mann so ziemlich beschäftigt. Die Bestellung dieser Commissäre wird [illegible] lassen unter Mitwirkung der [illegible]verwaltung, ohne [illegible] das Wesen des behördlichen Organismus der gemeindlichen Einrichtungen zu tangiren. [illegible], meine Herren, habe nun das Meinige gethan, ich bitte, thun Sie auch das Ihrige. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Dr. v. **Berger** beantragt Schluß der Debatte.

Der Antrag wird zum Beschluß erhoben. — Die gegen den Antrag eingetragenen Abgeordneten Seidl, Schür[illegible] haben sich aus der Liste der Redner streichen lassen. [illegible], und zwar die Abgeordneten Dunajewski, v. [illegible], v. Krzeczunowicz, Wedl, Jasinski, Smolka und [illegible] wählen den Abg. Dr. Dunajewski zum Generalredner.

Abg. Dr. Herbst [illegible]: In einem wichtigen [illegible] men alle Redner überein, nämlich darin, daß es mit der [illegible] heit der Person und des Eigenthums und mit der Handhabung der Gesetze, die doch zu dem Zwecke gemacht sind, daß [illegible] blos im Landesgesetzblatte erscheinen, sondern auch [illegible] werden, nicht sehr gut stehe. Dort, wo es sich um positive Vorschläge bei den Rednern, welche gegen die Ausschuß[illegible] sprochen haben, handelt, [illegible] Verschiedenheiten. Diese Meinungsverschiedenheiten erstrecken sich nicht blos auf die Mittel, sondern auch auf die Competenzfrage. Abg. Graf Hohenwart behauptet, daß es nicht [illegible] sei, aus welchem der Reichsrath die Competenz in Bezug auf die Organisation der Verwaltungsbehörden ableitet, sondern ein Usus. Ich glaube nachweisen zu müssen, daß hier von einem Usus ohne Abusus nicht die Rede sein kann, sondern blos von einem gesetzlich begründeten Vorgange. Das Staatsgrundgesetz weist nämlich der reichsräthlichen Competenz die G[illegible] über die Grundzüge der Gerichts- und Verwaltungsbehörden zu. Nun ist mir nicht erklärlich, daß dem Grafen Hohenwart als gewiegtem Verwaltungsbeamten der in der [illegible] legene Unterschied entgangen ist, daß bezüglich [illegible] Gerichts- und Verwaltungsbehörden ni[illegible] der Gesetzgebung anheimfällt, sondern [illegible] davon die Executive hat, indem die Gesetzgebung bezüglich der Grundzüge dieser Organisation der reichsräthlichen Competenz zugewiesen ist; für die Landesgesetzgebung ist kein [illegible], denn alles Andere fällt der Executive anheim. Das ist die historische Entstehung des Wortlautes des Gesetzes. Der [illegible] tete ursprünglich: „Die Organisation der Gerichts- und Verwaltungsbehörden“, ohne die Worte „Gesetzgebung über die Grundzüge“. Die Aenderung wurde erst vom Herrenhause vorgenommen. Weil also kein Vertretungskörper in das Detail der Organisirung eingreifen kann, deßwegen wurden hier blos die Grundzüge festgestellt, und bei dem Zurückgelangen der Vorlagen an das Abgeordnetenhaus erklärte dasselbe, daß diese [illegible] mit seinen Intentionen übereinstimme. Es ist [illegible] nur die stricte Ausführung des Staatsgrundgesetzes [illegible]. Es ist dies auch natürlich, weil bei solchen Organisationen die finanzielle Frage wesentlich in Betracht kommt, [illegible] doch nicht der eine [illegible] Körper die mit finanziellen Lasten verbundene [illegible] kann, [illegible] dem an[illegible]. So [illegible] ich aber [illegible], daß dem Reichsrathe die Competenz in Bezug auf die Organisation der gerichtlichen und Verwaltungsbehörden zusteht, so wenig bin ich der Ansicht, daß die Einheit der Verwaltung aufgehoben werden soll; ganz etwas Anderes ist Einheit in der Gesetzgebung und Einheit in der durch die Gesetzgebung herbeigeführten Verwaltung, und gerade die preußische Kreisordnung liefert hiefür den Beweis. Diese wurde nicht in den Provinzial-[illegible] berathen, sondern im Berliner Landtage, obgleich sie nur für einzelne Kronländer bestimmt war. Ebenso zweckmäßig [illegible] es, wenn die Gemeindegesetzgebung den Ländern für alle Zukunft bewahrt bleibe.

Zu den vorgebrachten positiven Mitteln übergehend, bemerkt Redner, daß er von jeher für die Bezirksvertretungen eingetreten ist und weist auf seine Thätigkeit bezüglich des [illegible] Bezirksvertretungs-Gesetzes für Böhmen [illegible] Bezirksvertretungen bestehen in Böhmen, Galizien und [illegible]; in einem Lande war sie durchgeführt, in einem [illegible] in Schlesien, sei [illegible] noch vor dem [illegible], in Tirol bestehe ein [illegible] Gesetz, [illegible].

[illegible] Landtage von Krain hat bekanntlich seit vielen Jahren die Partei [illegible] der Graf Hohenwart seine [illegible], nämlich die national-slovenisch-clericale [illegible] Majorität. [illegible] also das Gesagte [illegible] würde, wäre es natürlich gewesen, [illegible] auf Einführung der Bezirksvertretungen [illegible], der aber dort niemals [illegible] war. [illegible], daß die Bezirksvertretungen [illegible] Grund [illegible] [illegible] tie haben. [illegible] Ministers, [illegible] die Regierung die [illegible] soll, daß man [illegible] Vorlage [illegible] kann, wenn [illegible] des betreffenden [illegible] [illegible] Schlagwort „[illegible]“ [illegible]. Ich bin ein [illegible] Freund der [illegible] Organe [illegible].

[illegible], daß unter allen Verhältnissen diese Verhandlungen [illegible] werde, auch dazu, [illegible] erscheinen zu lassen, daß eine Un[illegible] Oesterreich nicht möglich ist. Sie werden [illegible], daß die Landtage keine [illegible], sie aber auch dazu beitragen [illegible] lernen, daß wir nicht über[illegible] der Ueberzeugung hingeben [illegible] eingetragen werden [illegible] auf die Bedürfnisse [illegible] ein Schlagwort [illegible] sein wird, [illegible] sein, sondern der Umstand, [illegible] werden muß. (Beifall links.)

Abg. Dr. Dunajewski:

[illegible] der politischen [illegible] in [illegible] welcher die [illegible] Verhandlungen [illegible] gewesen, [illegible] nachgeahmt [illegible] die Plenarsitzungen [illegible] gearbeitet hätten, [illegible] zu bringen. Es kommt mir [illegible], wenn in einem Parlamente dem Minister [illegible], daß er die Zahl seiner Beamten [illegible]. [illegible] des Ausschußantrages scheint [illegible], die [illegible] Verwaltung stufenweise dorthin zu führen, wo sie [illegible] Jahren mit vieler Mühe verdrängt worden ist. [illegible] wird dieser Antrag schon deßhalb ungünstig aufgenommen werden, weil man dort Antipathie hat gegen die bureaukratische Verwaltung, mit Rücksicht auf die Erfahrung, welche [illegible] bis zur Einführung der neuen Organisation mit einer [illegible] gemacht hat, welche aus anderen Provinzen importirt [illegible]. Wir erkennen an die Nothwendigkeit der Reform, aber wir stoßen auf Hindernisse, deren Beseitigung bis jetzt nicht gelungen ist. Im galizischen Landtage wurden wiederholt Anträge berathen, welche dahin abzielten, der Landesverwaltung mehr Executive, mehr Controle über die Gemeinden zu verschaffen. Alle diese Anträge scheiterten, nicht an dem Willen des Landes, nicht an dem des Landtages, sondern an einem Irrthume und Fehler, von welchem die Regierung in Bezug auf die Auffassung der autonomen Angelegenheiten nicht freigesprochen werden kann. Die Autonomie der Ortsgemeinde betont die Regierung immer mit Aengstlichkeit, während die Autonomie der Bezirks- oder größeren Landgemeinde nicht in demselben Maße gewahrt wird. Das ist der principielle Irrthum, der jeder wirklichen Reform oder Verwaltung entgegensteht. Redner bemerkt, er habe im galizischen Landtag einen Antrag eingebracht, der in der Zusammenlegung der Gemeinden gipfelt, in der Vereinigung der Bezirke zu größeren Kreisen, in der Vereinigung des [illegible] mit dem Landtage, in der Verantwortung des Statthalters. Darüber wurde jedoch kein Beschluß gefaßt. Redner [illegible] sodann in ausführlicher Weise gegen die Abgeordneten [illegible] und Mieroszewski. Die Frage der Verantwortlichkeit der Statthalter behandelt der Redner des Weitern und meint, man solle sich nicht durch große Worte schrecken lassen und eine [illegible], die der Erwägung würdig sei, untersuchen. Es werde nichts weiter verlangt, als daß es dem Landtag zustehe, vor einem unabhängigen Gerichte den Statthalter zu verklagen, falls er Landesgesetze verletzt oder das Landesbudget nicht einhält und wenn derartige Einrichtungen nirgends vorkämen, so wäre es ein Unglück für uns, wenn wir einmal originell wären. Nichtsdestoweniger sind derartige Bestimmungen in allen Ländern vorhanden und abgesehen von England sei das französische Beispiel [illegible] müssen sich ja die einzelnen Ministerien dem [illegible] der Reichsgesetzgebung und dem des Reichstages [illegible] eigentlich nur Statthalter des Deutschen Reiches für die [illegible]heiten der Länder. Redner [illegible] Grafen [illegible] im norddeutschen Reichstage, [illegible] gleichgiltig sei, daß das Bedürfniß [illegible] sei; bezüglich der Auslassungen [illegible] in den Provinzen will er nicht weiter sprechen und wenn Abg. Dr. v. Plener von einem Part[illegible] der Provinzpolitiker gesprochen habe, so bittet [illegible] gegenüber einer solchen [illegible], wie der deutsche A[illegible] dieses hohen Hause lautet, [illegible] haben. Ergründen Sie [illegible] der Länder, dann werden Sie den Weg zu einer gründlichen Reform der Verwaltung finden. (Beifall rechts.)

Der **Präsident** erklärt, der Herr Finanzminister habe das Wort erbeten. Vorher theile er mit, daß der Handelsminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung eines Credits von 700.000 fl. für die officielle Betheiligung bei der Weltausstellung in Paris eingebracht habe. — Die [illegible] Abtheilung hat, wie der Präsident ferner anzeigt, in den Ausschuß betreffs des gräflich Thürheim'schen Fideicommisses den Baron Suttner gewählt. In den Ausschuß zur Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend das Recruten-Contingent für das Jahr 1877 wurden gewählt die Abgeordneten: Dr. Smolka, Graf [illegible], [illegible], Graf Dubsky, Freiherr v. Hackelberg, v. [illegible], Meißler, Seidl, Dr. Giskra. Es gelangt zur Verlesung nachstehende vom Abg. Dr. **Heilsberg** und Genossen an den Minister des Innern gerichtete **Interpellation**: „Seit einigen Tagen verlautet, es sei durch die k. k. Regierung ein Circular an die Statthalter erlassen worden, welches die Beschränkung des Petitionsrechtes (dermalen bezüglich des ungarischen Ausgleichs) zum Zwecke hatte, in Folge dessen die politischen Behörden bei den Gemeinde- und Bezirksvertretungen [illegible] als angeblich nicht zur Competenz gehörig verhindern, eventuell sistiren sollen. Die Gefertigten stellen an die k. k. Regierung die Anfrage: 1. Ist ein derartiges Circular erlassen worden? 2. Im bejahenden Falle, wie vermag die k. k. Regierung ein solches Circular zu rechtfertigen gegenüber dem Artikel 12 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867 R. G. B. Nr. 142?“ (Folgen die Unterschriften.)

Minister des Innern Freiherr v. Lasser: Ich bin in der Lage, sofort zu antworten mit dem [illegible] Bemerken, daß **mir von dem ganzen Circular nicht ein Wort bekannt ist.** (Beifall links und im Centrum.) Die Abg. Steudel und Genossen richten an den Handelsminister die Interpellation: „1. Ob derselbe geneigt ist, die Gründe bekannt zu geben, welche ihn bestimmen, der Wiener Tramway-Gesellschaft die Concession zur Anlage einer Pferdebahnlinie von der Ringstraße über die Elisabethbrücke, Wienstraße bis zur Hundsthurmer-Linie zu verweigern, und 2. ob derselbe gesonnen ist, ein Gesetz über die Anlage von Pferde-Eisenbahnen im hohen Hause vorzulegen, damit endlich die Bedingungen gesetzlich festgestellt werden, unter welchen diese Angelegenheit gesetzlich geregelt werden kann.“

Finanzminister Freiherr v. Pretis

ergreift nun das Wort, um die erwarteten Mittheilungen über den ungarischen Ausgleich zu machen:

Als in der ersten Sitzung beim Wiederzusammentritte dieses hohen Hauses ich die Ehre hatte, [illegible] Exposé vorzulegen, erlaubte ich mir zugleich [illegible], daß wir uns vorbehalten [illegible] mit der ungarischen Regierung gepflogenen Ausgleichsverhandlungen [illegible] Mittheilungen zu machen. [illegible] im Namen der k. k. Regierung über die [illegible], welche sich bis in die [illegible] Zeit [illegible] haben, Nachstehendes mitzutheilen: Die [illegible] hat bereits am [illegible] Mai [illegible] des Zoll- und Handelsbündnisses vom 21. December 1867 begründeten Rechte Gebrauch machend, [illegible] Abänderungen dieses Bündnisses in Antrag [illegible] und diesen Antrag damit [illegible] Zoll- und Handelsbündnisses [illegible] die ungarische [illegible] und [illegible] die Regierung [illegible] Reichshälfte gesetzlich [illegible] der Verzehrungssteuern zustimmen. Ueberhaupt aber mußte die Regierung von dem meritorischen Zusammenhange des Zoll- und Handelsbündnisses mit dem Quotengesetze festhalten und jede Vereinbarung ablehnen, welche diesen in den Ausgleichsgesetzen begründeten [illegible] zerstört hätte.

Da die auf diese Weise eingeleiteten Unterhandlungen nicht zum Ziele führen konnten, hat die ungarische Regierung im Sinne des Artikel 22 des Zoll- und Handelsbündnisses vom 21. December 1867 mit Schreiben vom 29. November 1875 das Zoll- und Handelsbündniß mit 1. December 1875 gekündigt und zugleich ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, [illegible] wegen Abschluß eines neuen Uebereinkommens in Verhandlung zu treten. In Folge dessen wurden in den ersten [illegible] dieses Jahres zwischen beiden Regierungen Unterhandlungen eröffnet. Hiebei einigte man sich zunächst darüber, daß nicht nur das Zoll- und Handelsbündniß allein, sondern im untrennbaren Zusammenhange hiemit auch die einer Erneuerung noch weiter unterworfenen Theile des Ausgleichs, nämlich das Quotengesetz vom Jahre 1867, in Verhandlung zu ziehen seien, und daß alle in dieser Richtung zu treffenden Vereinbarungen, einschließlich der im Jahre 1867 gesetzlich nicht geregelten Bankfrage, gleichzeitig zur legislativen Schlußfassung gebracht werden müssen. Da diese umständlichen Verhandlungen, deren Ergebniß ich sofort die Ehre haben werde, Ihnen mitzutheilen, sich bis in die jüngste Zeit erstreckten und den Vertretungskörpern jedenfalls die nothwendige Zeit zur reiflichen Prüfung desselben vorbehalten werden mußte, war es [illegible], die Ablaufsfrist des gegenwärtigen **Zoll- und Handelsbündnisses zu verlängern** und es hat die ungarische Regierung mit unserer Zustimmung die Erklärung abgegeben, **daß die für den 1. December 1875 gegebene Kündigung als für den 1. Juli 1876 geschehen zu betrachten sei.** Die Ergebnisse der zwischen den beiden Regierungen gepflogenen Verhandlungen sind im Wesentlichen folgende: Das bestehende **Zoll- und Handelsbündniß** soll auf weitere zehn Jahre, jedoch ohne Zulässigkeit einer früheren Lösung, erneut werden, wobei im Wesen die [illegible] im Gesetze vom 24. December 1867 enthaltenen Bestimmungen aufrechterhalten wurden. Durch eine besondere, gleichfalls den Vertretungskörpern vorzulegende Vereinbarung soll das Verhältniß der Actien-Gesellschaften, Versicherungs-Gesellschaften und Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften, welche ihre Wirksamkeit auf das andere Ländergebiet ausdehnen, unter Zugrundelegung des Princips ihrer vollständigen Gleichstellung und Behandlung als inländische Gesellschaften geregelt werden. Weiter haben sich die beiden Regierungen über einen Entwurf eines **allgemeinen Zolltarifs** für das österreichisch-ungarische Zollgebiet geeinigt, welcher zugleich als **Minimal-Zolltarif** für die [illegible] Erneuerung der internationalen Handelsverträge maßgebend sein wird. Hiebei sind die beiden Regierungen bemüht gewesen, einerseits durch Erhöhung der Zölle für gewisse Consumtions-Artikel die gemeinsamen Einnahmen zu steigern, andererseits einigen Industriezweigen jenen [illegible] zu sichern, dessen dieselben behufs ihrer Kräftigung und weitern Entwicklung unbedingt bedürftig erscheinen. Auch wurde vereinbart, daß bei Durchführung der Zolltarifsreform die Entrichtung der Zölle in Gold eintreten werde. Die Vorlage dieses [illegible] Zolltarifs wird gleichzeitig mit den **internationalen Handelsverträgen**, welche Abmachungen [illegible] enthalten, den Legislativen vorgelegt werden, damit dieselben ein vollständiges Bild der von der österreichischen Monarchie künftig einzuhaltenden Handelspolitik erlangen.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß der englische und französische Handelsvertrag unsererseits gekündigt wurde und am 31. December 1876 abläuft, erschien es nothwendig, für die nächste Zeit eine provisorische Vorsorge zu treffen, um die

Redaction & Administration:
I., Renngasse 5.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.
Manuscripte werden nicht zurückgegeben.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen sind portofrei

Ankündigungs-Bureau und Haupt-Expedition:
I., Wollzeile 22.
Insertionspreis nach aufliegendem Tarif.
Annoncen aus Frankreich, Belgien, Holland [illegible] England übernehmen [illegible] die Herren G. L. Daube & Co. [illegible] Paris, Frankfurt a. M., Berlin 2c.

Einzelverkauf:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr., Montag-Morgen-Ausgabe 3 kr.

(Morgen-Ausgabe.)

Deutsche Zeitung.

Herausgeber: Heinrich Reschauer.

Abonnement für Wien:
In unserer Haupt-Expedition:
[illegible] . . . . . fl. 18.—
[illegible] . . . . . fl. 9.—
[illegible] . . . . . fl. 4.50
[illegible] . . . . . fl. 1.50

Mit Zustellung in's Haus:
[illegible] . . . . . fl. 21.60
[illegible] . . . . . fl. 10.80
[illegible] . . . . . fl. 5.40
Monatlich . . . . . fl. 1.80

Abonnement für das Inland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl.
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl.

Abonnement für das Ausland: [illegible] Für Budapest und Umgebung bei Herrn A. Lappert jun. in Budapest [illegible] Boulevard im Handelsakademie-Gebäude, fl. 6.— ö. W. bei einmaliger, fl. 7.— ö. W. bei zweimaliger Postversendung; für [illegible] Kreuzbandversendung fl. 9.— ö. W.; für die Schweiz 13 Francs 30 Cent., bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Italien [illegible] Francs, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Frankreich bei [illegible] bei uns fl. 9.90 ö. W.: für Spanien und Portugal bei dem Postamte in Köln [illegible] Mark [illegible] Pfennige, bei uns [illegible] ö. W.; nach den Donaufürstenthümern bei [illegible] für Nordamerika bei dem Postamte in Köln 18 Mark 20 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Brasilien und Mexiko bei dem Postamte [illegible] 27 Mark 90 Pfennige

Nr. 1738. Wien, Mittwoch 22. November. **1876.**

Das Ausgleichs-Exposé.

Wien, 21. November.

Als der Fortschritts-Club den Beschluß faßte, eine Interpellation über die zwischen der Regierung und dem Ministerium Tisza gepflogenen Ausgleichsverhandlungen bei den andern verfassungstreuen Clubs in Anregung zu bringen, da verlautete sofort, daß die Regierung einer derartigen Kundgebung durch ein Exposé über die Ausgleichsfrage zuvorkommen werde. Dies ist in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses geschehen. Namens des Gesammt-Ministeriums ergriff Finanzminister de Pretis das Wort, um die bezüglichen Darlegungen zu geben. Die Rede, welcher vom Hause mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt wurde, hat weder bei den Abgeordneten Befriedigung hervorgerufen, noch erscheint sie geeignet, die in der Bevölkerung herrschenden Besorgnisse zu beschwichtigen. Der Finanzminister theilte fast durchwegs Altes, längst Bekanntes mit, und das wenige Neue ist keineswegs danach, die Gegner der Ausgleichs-Pacte mit denselben zu versöhnen. Wir constatiren vor Allem, daß dieser Ausgleich, wie man richtig voraussetzte, eine Mehrbelastung für Oesterreich im Gefolge hat; daß Stipulationen getroffen wurden, die, wenn sie die Zustimmung des Reichsrathes erhielten, als eine bedenkliche Schädigung des parlamentarischen Princips erkannt werden müßten, und daß seitens des Cabinets nicht einmal der Versuch gemacht wurde, die uns vor zehn Jahren zugefügten politischen Nachtheile auch nur einigermaßen zu mildern. Als ob es selbstverständlich wäre, daß Ungarn die Führung in den gemeinsamen Angelegenheiten und in allen Fragen der auswärtigen Politik das Uebergewicht dauernd behalten müsse, ließ sich das Ministerium Auersperg herbei, Oesterreich auch wirthschaftlich der andern Reichshälfte gegenüber noch ungünstiger zu stellen, [illegible] während des letzten [illegible] enthält eine Reihe von [illegible], welche [illegible] [illegible] mit uns [illegible] überzeugt halten, daß der Reichsrath nicht auf der Höhe seiner Aufgabe stünde, falls er bei dem neuen Ausgleiche mit Ungarn zu einer Verletzung der Staats-Interessen und zu einer Gefährdung der Volkswohlfahrt die Hand böte.

Der Schwerpunkt der ungarischen Erfolge liegt in jenen Theilen des ministeriellen Exposés, welche sich über die Verzehrungssteuer-Restitution und über die Bankfrage aussprechen. Es muß der Regierung schwer gefallen sein, die richtigen Worte für die auf die Steuer-Restitution bezüglichen Mittheilungen zu finden. An mehreren Stellen des Exposés wird darauf angespielt, bis endlich, dem Schlusse nahe, statt der ersehnten Ziffern leere Worte gegeben werden. Jedermann könnte sich unter denselben Beliebiges denken, wenn nicht Minister Tisza selbst schon den uns zugefügten Schaden auf vier bis fünf Millionen taxirt hätte. Die Regierung gibt vor, daß „es in der Billigkeit gelegen sei", die Zurechnung der Restitutions Summe „nach dem beiderseitigen Productionsverhältnisse" eintreten zu lassen. Zählt man denn wirklich auf die Vergeßlichkeit der cisleithanischen Steuerzahler, daß man in Einem Athem von dem „meritorischen Zusammenhang des Zoll- und Handelsbündnisses mit dem Quotengesetze" und von dem bekannten Präcipuum zu sprechen unternimmt und gleichzeitig ein Zugeständniß in der Restitutionsvertheilung als der Billigkeit entsprechend bezeichnet? Man erinnere sich doch daran, daß dieser Zusammenhang und dieses Präcipuum ungarischerseits nur aus dem Grunde in Anspruch genommen wurden, weil angeblich aus der gegenwärtigen Restitutionsvertheilung ein Vortheil für die cisleithanische Reichshälfte herausgerechnet ward. Wie kommt es, daß nun Präcipuum und Quotenverhältniß unverändert erhalten bleiben, während es plötzlich ein Postulat der „Billigkeit" wird, von unsern Restitutionen einige Millionen abzutreten? Während diese aus dem Bewußtsein eines unmöglichen Nachweises erwachsende Inconsequenz die ganze Auseinandersetzung sonderbar beleuchtet, muß der Abgang aller Ziffern und die mangelnde Bezeichnung einer der Repartitions-Aenderung zu Grunde gelegten Methode das Bedenken wachrufen, es könnte die zwischen den Regierungen vereinbarte Vertheilung selbst über jenes Maß hinausgehen, dessen der ungarische Sieger sich öffentlich rühmte.

Nach diesem eingestandenen Opfer wird die Selbstopferung in der Bankfrage in die [illegible] selbstverständlichen [illegible] geschaut. Mit [illegible] Gleichgiltigkeit entzieht sich die Regierung der [illegible] kaum aufschiebbaren [illegible], [illegible] über das projectirte Bankstatut zu machen, verweilt dagegen mit Behagen bei der Frage der Achtzig-Millionen-Schuld. Mehr als die Frage, die quaestio facti, welche dem in Aussicht genommenen Schiedsgerichte vorgelegt werden soll, brauchte die Regierung uns nicht mitzutheilen, um den politischen und finanziellen Werth der Vereinbarung selbstwürdigend darzulegen. Das Schiedsgericht wird darüber entscheiden, ob wir die zu Gunsten des ganzen Reiches contrahirte Schuld von achtzig Millionen Gulden an die Nationalbank ganz oder ob wir siebzig Percent davon zu tragen haben. Diese Worte reichen hin, um die Schlacht, welche noch nicht geschlagen ist, als einen ungarischen Sieg zu erklären. Falls Ungarn sachfällig wird, hat es doch nicht den gleichen fünfzigpercentigen Antheil an den achtzig Millionen zu tragen, obschon es sich solidarisch für die schwebende Schuld mitverhaftete. Das höchste Opfer, welches den Ungarn zugemuthet wird, ist: daß sie dreißig Percent beitragen sollen. In dieser Abmachung liegt ein unleugbares Präjudiz für die dreihundertzwölf Millionen der umlaufenden Staatsnoten. Wir beklagen den Umstand, daß eine Regierung, welche die Gefahren einer schiedsgerichtlichen Verhandlung zu laufen wagt, nicht zum mindesten alle Chancen des Processes, also auch alle günstigen, unserer Reichshälfte vorbehält.

Neben diesen beiden Denksäulen unserer Wirthschaftspolitik, welche nur ein Wort, das Wort: „Opfer" kennt, schwinden alle Beschönigungsversuche und Nebenandeutungen in ihr Nichts zusammen. Die Regierung theilt mit, daß die Versuche Ungarns, gewisse Einfuhrzölle auf fünf Percent herabzudrücken, erfolgreich bekämpft wurden. Sie rühmt sich, die Einhebung von Goldzöllen durchgesetzt zu haben, und versichert, dafür zu sorgen, daß die Vertragstarife baldthunlichst den Legislativen unterbreitet werden. Ist man durch diese Mittheilungen klüger geworden, der Sache näher gekommen, in die Lage gesetzt, die schwierigen Fragen zu studiren, deren Austragung über unsere wirthschaftliche Zukunft entscheiden muß? Worte, nichts als Worte! Keine Ziffern, keine leitenden Grundsätze und vor Allem keine Erfolge außer dort, wo sie nicht bestritten wurden, wie in der Erhöhung der Consumtionssteuern, in der Einführung von Finanz-Zöllen und in der Beibehaltung eines Quotenverhältnisses, welches unsern Staatshaushalt erschöpfenden Opfern aussetzt.

Für das Abgeordnetenhaus erwächst nach diesen Mittheilungen die Pflicht, sich rasch darüber klar zu werden, welche Stellung es nun dem Ministerium gegenüber einzunehmen habe. Ein längeres Zuwarten bis zu dem Zeitpunkte, wo die Vorlagen in das Haus gelangen und die Details derselben bekannt werden, wäre ein politischer Fehler, der sich nicht mehr gutmachen ließe. Noch wurde seitens des Abgeordnetenhauses das Budget nicht genehmigt, und so lange dies nicht geschehen sein wird, ist dieses Abgeordnetenhaus ein [illegible], mit welchem, wollend oder nicht, selbst das Ministerium zu rechnen hat. Wir möchten dies nicht [illegible] so nebenher bemerkt

---

Feuilleton.

Gedenken an Lenau.

Von Berthold Auerbach.

Vortrag, gehalten zum Besten der „Concordia" in Wien am 21 November 1876

(Nach stenographischer Aufzeichnung.)

„Der freie Mensch denkt über Nichts weniger als über den Tod; denn unser Wissen ist Wissen vom Leben und nicht vom Tode." Nikolaus Lenau stand still und sah mich mit seinen großen schwermüthigen Augen an, als ich diese Worte Spinoza's, dieses gelesene Ergebniß schwer erkämpfter Resignation erwähnte. Lenau schien betroffen. Er wiederholte: „Der freie Mensch denkt über nichts weniger als über den Tod; denn unser Wissen ist Wissen vom Leben . . . ." Was wissen wir vom Leben? mochte sein stummer Blick fragen. Da starrte uns das große Räthsel an . . . . Die Dichterseele Lenau's hatte sich so oft, so gewaltsam und waghalsig hineingebohrt in jene dunklen Tiefen, wo die schlagenden Wetter hausen und das Grubenlicht verlischt. Ich will Ihnen von dem unvergessenen und unvergeßlichen Manne, dem Freunde, dem Dichter sprechen, der hier unter Ihnen wandelte und Ihnen vor Allen angehört. Ohne Anspruch, eine umfassende und erschöpfende Charakteristik geben zu wollen kann vielleicht der von draußen Kommende um so freier in Einzelnem neu zum Bewußtsein bringen, was man an einem Angehörigen besessen und noch besitzt.

Es war ein Frühlingsmorgen des Jahres 1844, jenes letzten lichten Frühlings Lenau's. Ich hatte ihn abgeholt aus seiner Wohnung bei Reinbeck in der Untern Friedrichsstraße in Stuttgart. Wir durchschritten still die Königsstraße und erst dann auf dem Wege gegen Haslach kam es zu freiem Gespräch. Ich sehe Lenau noch vor mir, wie er dahinschritt; er trug den rosenfarben wattirten Rock über dem linken Arm, in der Rechten hielt er das spanische Rohr mit dem broncenen Hundekopf, der Hut war tief in die Stirne gedrückt. Wir sprachen über Spinoza. Denn das ist ja eine höchste Wirkung der großen Genien, daß, wo zwei höher strebende Seelen beisammen sind, sie ihrer gedenken; sie sind wie die Sterne, nach denen man sich in unbekannten Gegenden oder auf offener See orientirt. Als ich jenen Spruch citirte, warf Lenau den Kopf zurück und die Rauchwolken seiner Cigarre folgten schneller. Lenau gehörte zu den schweigsamen Naturen, die aber fern von lauernder Zurückhaltung sind, die den Andern reizen oder nöthigen, mehr zu reden, als er eigentlich wollte, und dann an ein übergreifendes Wort ihren Triumph heften. Dennoch erkannte man auch im Gespräch, daß Lenau eine einsame, in sich gekehrte Natur war. „Einsamkeit ist die zweite Mutter Gottes," spricht er in seinen Briefen aus . . . .

Der Drang nach Anschluß an Berufsgenossen hatte Lenau nach unserer schwäbischen Heimat geführt. Was bewegte sich damals im Anfange der Dreißiger-Jahre auf dem Gebiete des deutschen Schriftenthums? Goethe war todt. Die mit der Juli-Revolution des Jahres 1830 anhebende neue Bewegung konnte den mehr als Achtzigjährigen nicht mehr bewegen. Gegen die romantische Schule war eine Schaar muthiger und übermüthiger junger Schriftsteller aufgetreten, die bei aller Lockerheit des Zusammenhanges sich den Namen des jungen Deutschland gefallen ließ, der aber nicht, wie beim jungen Italien, einen politischen Accent, sondern nur einen literarischen und socialen haben sollte. Heine schleuderte seine spöttischen, Börne seine zornigen Rufe von Paris herüber. Eine Continuation des eigentlich Dichterischen, zumal in rhythmischer Fassung, schien nur in den Dichtern des Schwabenlandes zu walten, und die kleinen, ästhetisch, formell und in bürgerlicher Gesinnung wohl empfindenden Talente hatten den Namen Ludwig Uhland als hellen Klang von ehernem Stahlschilde zu ihrem Feldsignal. Lenau, der Süddeutsche, der Lyriker, schloß sich naturgemäß den schwäbischen Dichtern an. Die Innigkeit, die Rechtschaffenheit, der gediegene politische Freisinn, das waren Elemente von natürlicher Wahlverwandtschaft. Lenau blieb bis zu seinem Tode der Gemeinschaft treu und doch schied ihn im Grunde seiner Seele ein Etwas weit ab. Denn die schwäbischen Freunde — der reine und großgesinnte Uhland nicht ausgenommen — konnten nicht oder vermieden, daran zu rühren, was ich kurzweg das Problem nennen muß; das Prometheische, die große, bittere Frage des Daseins, und gerade das war es, wohin der Schwerpunkt in der Dichternatur Lenau's gravitirte.

Mit Lenau besuchte ich damals seine dichterischen Freunde, die meine Lehrer auf dem Gymnasium gewesen waren: Gustav Schwab und Hofrath Reinbeck. Reinbeck wurde immer Hofrath genannt und er war uns Schwabenjünglingen eine fremdartige Erscheinung. Er war aus Norddeutschland gekommen, und wenn er in der Classe einen Schüler aufrief, sagte er immer „mein Lieber". Er sprach für uns überhaupt entsetzlich hochdeutsch. Rührend war nun seine dienstwillige Freundschaft für Lenau. Er benahm sich gegen ihn wie ein Sacristan gegen seinen hohen geistlichen Würdenträger, und das war um so auffälliger, da [illegible] Dichtereitelkeit im Schwange waren. [illegible] Schwab, der in einem zufriedenen Wesen [illegible] zeigte sich in seiner Häuslichkeit als der volle Repräsentant schwäbischer Gemüthlichkeit und unentwegten politischen Freisinns. Mit Justinus Kerner verband [illegible] der gemeinsame Hang zum Mystischen, die bis [illegible] gehende Lust, es mit dem Geheimnißvollen zu [illegible], auch die [illegible] Sehnsucht, die hinter allem Erscheinenden noch ein Ende erwartet und verlangt, bildete einen [illegible] Gleichklang. Schmerz und Sehnsucht sind die Grundtöne Justinus Kerner's, Schmerz und Kampf die Grundtöne Lenau's. Die Gebundenheit an die Erscheinungswelt und die gebundene Welt empfinden beide in frischer Qual. In Lenau aber steigert sie sich endlich zum Ueberdruß am Dasein. Die echte Treuherzigkeit, die liebevolle Gastlichkeit von Justinus und seiner Frau Rickele bot Lenau eine behagliche Heimstätte in Weinsberg bei der Burg Weibertreue. Justinus Kerner hatte eine wohlige Herzenswilligkeit. Als ich ihn zum erstenmale in seinem Hause am Fuße der Weibertreue besuchte, war Frau Rickele eben unwohl. Ich wurde gemeldet, Kerner [illegible], streckte mir beide Hände entgegen und rief: „Hier [illegible], du, wie wollen wir Sie zu einander gesagt haben." Ich nahm Abschied von Lenau und verabredete, daß wir in diesem Sommer recht viel in Baden-Baden mit einander sein wollten. Ich war schon mehrere Wochen in Baden, als Lenau kam. Er war mit dem Ehepaare Reinbeck in Lichtenthal abgestiegen und gestand mir alsbald, daß er sich in dem abgeschiedenen Lichtenthal mit den alten Leuten beklommen und [illegible] Dazu beschäftigte ihn eine Arbeit, die den Frauen [illegible] Es war ihm schwer, sich von den Freunden zu scheiden, da sie [illegible] und auch ihm zuliebe nach Baden gekommen seien. Auf den Vorhalt, daß er ihnen in [illegible] und es Pflicht gegen sich und die [illegible] sei, sich [illegible] zu [illegible] und damit die Andern zu [illegible], [illegible] ein. Er schien in einem jener Selbstkämpfe zu stehen, in denen man froh ist, wenn ein Anderer durch handreichende Bestimmung [illegible].

Der letzte Sommer Lenau's, sein letzter lichter Sommer ist es, von dem ich hier erzähle. [illegible] auf seinem Zimmer allein waren, sagte er: „[illegible], als ich im Koppenhofer'schen [illegible] verlegen, denn [illegible] verloren, da bringe ich dir einen Stechpalmenstock [illegible] den geschnitzten Kopf. So eine Fratze habe ich gemacht, wie ich die „Albigenser" geschrieben habe. Wenn du den Kopf siehst

haben; wir meinen, daß die Volksvertreter es sich zehnfach überlegen sollten, ob es nicht dringend geboten sei, diesmal von dem Budget-Bewilligungsrechte den vorsichtigsten Gebrauch zu machen; ob sie vorerst nicht bemüht sein sollten, die Gegensätze zu beseitigen, welche sie und das Ministerium in gegenüberstehende Lager scheiden. Wenn wir hier von den Volksvertretern sprechen, so haben wir nicht unsere engern Parteifreunde, sondern alle verfassungstreuen Abgeordneten im Auge, ja, wir meinen selbst, daß auch die übrigen Parteien des Hauses kein Interesse besitzen, noch fernerhin die Fortdauer eines Ministeriums zu ermöglichen, welches der österreichischen Reichshälfte eine Mehrbelastung zu Gunsten Ungarns zumuthet und es unversucht ließ, bei den Ausgleichsverhandlungen die unserer Reichshälfte aus dem Dualismus erwachsenen politischen Nachtheile zu beseitigen. Unter allen Umständen muß man darauf gespannt sein, welche Kundgebungen die ministerielle Erklärung im Abgeordnetenhause hervorrufen wird.

Reichsrath.

Wien, 21. November.

Der heutige Reichsrathstag war ein ganz ruhiger. Er contrastirte dadurch wesentlich mit dem gestrigen und wohl auch mit dem morgigen. Gestern war es die Preßfonds-Debatte im Budget-Ausschusse, welche die Gemüther in Erregung versetzte, für morgen ist die gemeinsame Berathung der gesammten Verfassungspartei über die Ausgleichsfrage anberaumt. Glich die gestrige Berathung des Finanz Ausschusses einem stürmischen See, so hatte die heutige Plenarverhandlung über die Reform der politischen Verwaltung desto mehr Aehnlichkeit mit einem in langen Windungen still dahinfließenden Bächlein, an dessen Ufern manches bescheidene, aber wohlduftende Redeblümchen sprießt. Einen großen mächtigen Strauß davon bot der Minister des Innern Baron Lasser dem Parlamente dar. Für alle Parteien des Hauses, für die Vertreter all' der verschiedenen in der laufenden Debatte schon geäußerten Anschauungen hatte der oberste Chef der politischen Staatsverwaltung ein Blümchen gepflückt und er überreichte sie meist mit freundlichem Lächeln, das sich recht wohlthuend von der nervösen Gereiztheit abhob, mit der gerade Herr v. Lasser in den jüngsten Tagen wiederholt den Abgeordneten begegnet war. Es wird dies auch kaum überraschen, wenn man bedenkt, daß der Name Rodic in der ganzen Sitzung nicht ein einzigesmal genannt wurde, und ferner, daß der Herr Minister heute so ganz und recht in seinem eigensten Elemente wie der Fisch im Wasser sich herumtummelte. Herr v. Lasser hat in seinem zweistündigen Vortrage Manches bewiesen — am meisten wohl das, was wir nie bezweifelten, daß er ein vielerfahrener Verwaltungsbeamter sei. Daß der Letztere manchmal die Dinge anders auffaßt als der Politiker und Minister, dafür brachte Baron Lasser, wohl unbewußt, heute selbst einen sprechenden Beweis vor. Man vergleiche nur die Reden, die er in den letzten Tagen dem Vorgehen des Statthalters von Dalmatien widmete, mit seiner heutigen Auseinandersetzung über die nothwendige Stellung der Statthalter im Regierungs-Organismus. „Der Statthalter müsse dem Minister und nur dem Minister verantwortlich sein . . .“ so lautete die heute aufgestellte Regel, die wohl gerade durch die Ausnahme „Rodic“ ihre rechte Bestätigung erfährt.

Von praktischem Werthe war entschieden jener Theil der Lasser'schen Rede, worin er seine Anschauungen über den besten Weg zur Reform der politischen Verwaltung aussprach. Er erklärte sich mit dem Ausschuß-Antrag für den Fall einverstanden, daß derselbe unter den neu zu creirenden Staats-Organen dem politischen Dienst angehörige und unter den Bezirkshauptmannschaften stehende Districts-Commissäre meine, welchen für ein oder mehrere Bezirksgerichte die Sorge für die öffentliche Sicherheit und einige andere Agenden namentlich der kleinern Gemeinden, so die Strafrechtspflege in Uebertretungsfällen, zu übertragen wären. Der Minister empfahl die probeweise und partielle Durchführung dieses Vorschlages, und zwar aus der Initiative der Regierung und auf dem Verordnungswege. In letzterer Hinsicht steht der nachfolgende Redner Dr. Herbst auf wesentlich anderm Standpunkte. Nicht die Regierung solle hier die Initiative ergreifen, sondern die Landtage. Herbst betonte sehr stark die Nothwendigkeit, bei aller Einheit in der Gesetzgebung doch in der praktischen Durchführung der Verwaltung entsprechende Verschiedenheiten walten zu lassen und sprach den Satz aus, es sei in Oesterreich volle Uniformität nicht möglich. Der von jenen gegen den Ausschuß-Antrag vorgemerkten Rednern, welche auf's Wort nicht verzichteten, zum Generalredner gewählte Abgeordnete Dunajewski sieht in den von verfassungstreuer Seite gemachten Vorschlägen lediglich den Wunsch, die Zahl der Beamten zu vermehren und erklärte sich deßhalb dagegen. Es ist auch dies ein Standpunkt, aber ein etwas origineller. Der Herr Generalredner liebt aber eben überhaupt das Originelle sehr. Deßhalb unterstützte er auch den Hohenwart'schen Vorschlag, die Statthalter den Landtagen verantwortlich zu machen, mit der gewiß köstlichen Aeußerung: „Es mag sein, daß eine solche Einrichtung sonst nirgends existirt — weßhalb sollten wir jedoch nicht auch einmal „originell“ sein?“ Herr Dunajewski mag sich beruhigen — wir sind ohnehin originell genug, die letzten galizischen Landtagswahlen dürften ihm doch wohl bekannt sein! — In der nächsten Sitzung wird noch der Referent Abg. Göllerich sprechen und sodann die Abstimmung erfolgen.

Von den sonstigen Vorgängen in der heutigen Sitzung ist die Einbringung einer Credit-Vorlage von 700.000 fl. behufs officieller Betheiligung Oesterreichs an der Pariser Weltausstellung von 1878 zu erwähnen. Sodann die Antwort des Ministers des Innern auf die Interpellation des Dr. Heilsberg wegen des Gerüchtes, die Regierung habe in einem Erlaß die Statthalter die Beschließung von Petitionen der Gemeinden gegen die Mehrbelastung Oesterreichs im neuen Ausgleiche zu inhibiren angewiesen. Herr v. Lasser erklärte, er wisse von einem solchen Erlasse nichts. Hoffentlich existirt eine derartige Weisung auch in keiner andern Form als in der des Erlasses. Abg. Steudel urgirte in einer Interpellation die Einbringung eines Pferde-Eisenbahn-Gesetzes.

Das vom Finanzminister vorgetragene Exposé über den Stand der Ausgleichsfrage findet an der Spitze des Blattes seine Würdigung.

Abgeordnetenhaus. (CCVII. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatte.) In der Fortsetzung der Ausführungen über die Vorschläge, betreffend die Reform der politischen Verwaltung, zum sechsten Punkte derselben gelangend, fährt der

Minister des Innern Baron Lasser

in seiner Rede fort:

Mit den zwei zuletzt besprochenen Abhilfemitteln hat der von Sr. Excellenz Grafen dem Hohenwart entwickelte Plan einige, aber nur scheinbare Aehnlichkeit. Er hat sich zuerst etwas euphemistisch ausgesprochen, die Gemeinden sollen bei ihrer eigentlichen Aufgabe, der wirthschaftlichen Selbstverwaltung, Pflege und Erhaltung ihrer localen Einrichtungen belassen werden. Er hat in zweiter Richtung gesagt, der Gemeindebezirk solle, wie in Preußen der Kreis, der unterste Träger der Selbstverwaltung werden. Ich bemerke gleich, daß schon durch die Hinweise auf Preußen das Wort „Selbstverwaltung“ nicht in dem Sinne, wie es bei uns geläufig ist, im autonomistischen Sinne, sondern im Sinne des Selfgovernments, nämlich der Heranziehung des Laien-Elementes zur öffentlichen Geschäftsführung, verstanden sein kann. Ich kann aber nicht umhin, aus dieser Hinweisung auf die preußischen Einrichtungen — einer Hinweisung, die auch in mehreren andern Reden vorgekommen ist — die Aufforderung abzuleiten, so weit ich es verstehe, Ihnen den preußischen Organismus vor und nach der Kreisordnung vom Jahre 1872 etwas auseinanderzusetzen. Die preußischen Einrichtungen — ich spreche nämlich von den östlichen sechs Provinzen — zeigen folgendes Bild: Die Monarchie theilt sich in Provinzen, an ihrer Spitze steht der Oberpräsident mit einigen Collegien für Schulwesen, Kirchen-Angelegenheiten. Die Provinz ist dort wie bei uns ein Kronland, eigentlich von Haus aus eine historische, nicht so sehr eine administrative Einheit. In ihrer Ausdehnung unterscheidet sie sich von unsern Kronländern jedenfalls dadurch, weil jene großen Abstände an Bevölkerung und Ausdehnung, welche bei uns zwischen Salzburg und Galizien, der Bukowina und Böhmen obwalten, in Preußen nicht vorkommen, und darin liegt eine nicht zu unterschätzende Erschwerniß unserer Einrichtungen. Der Oberpräsident mit seinen Neben-Collegien ist aber nicht das, was bei uns die Statthalterei ist, er ist keine eigentlich verwaltende Instanz. Um dazu zu gelangen, müssen wir auf das zweite Theilungsmoment sehen. Die Provinz theilt sich in Regierungsbezirke. Der Regierungsbezirk ist in Preußen mit seiner Regierung, die einen Präsidenten, Oberregierungsräthe, Regierungsräthe, Assessoren und Referendare und tutti quanti in sich begreift, der eigentliche Knotenpunkt der Administration unmittelbar unter dem Ministerium. Insoweit ist sie das, was bei uns die Landesbehörden sind, unterscheidet sich aber allerdings dadurch, daß sich in der preußischen Regierung des Regierungsbezirkes nicht blos die Angelegenheiten des Innern, sondern auch die Angelegenheiten des Cultus, des Unterrichts, der Schulen, der Domänen, der Forste, der directen und der indirecten Besteuerung concentrirt finden. Sie finden die Provinzen in Kreise getheilt, welche man auch Landrathsbezirke nennen kann; diese Bezirke haben durchschnittlich zwischen 30- und 70.000 Einwohner und finden demgemäß die nächste Analogie in unsern Bezirkshauptmannschaften; die Kreisordnung vom Jahre 1872 hat nun die höhern Elemente der Provinzen und die Ausdehnung des Kreises intact gelassen und die Ueberreste des Feudalismus, des Gutsherrn, beseitigt. Die Kreisregierung ist vorgerückt in eine Art höhere Instanz. Vergleichen wir nun die Anträge des Grafen Hohenwart, so finden wir, daß es geradezu unmöglich ist, die Gemeinden in ihren Wirkungskreisen derart zu reduciren. Dies führt dahin, auch bei uns keine Ortsgemeinden in unserm Sinne zu haben.

Was den Punkt betrifft, wonach Graf Hohenwart gesagt hat, wie in Preußen die Kreise, so sollen bei uns die Gerichtsbezirke der unterste Träger der Selbstverwaltung werden, so hat Graf Hohenwart zu meinem Bedauern die weitere Ausführung dieses Gedankens unterlassen. Ich weiß nicht, denkt er sich noch in seinem Kreise, d. h. außer dem Gerichtsbezirke, noch ein unteres Glied analog dem Amtsbezirke in Preußen oder nicht? Erwähnt hat er dies nicht, ich muß daher annehmen, daß er es nicht will. Da frage ich nun: Was geschieht dann? Sie haben den Ortsgemeinden ihre Existenz als solche genommen und haben die Lücke, welche zwischen den Ortsgemeinden und Bezirkshauptmannschaften besteht, noch mehr erweitert. Was Graf Hohenwart unter dem Selfgovernment-Apparate im Gerichtsbezirke versteht, kann ich mir nicht genau vorstellen. Wäre ich mißtrauisch oder ein Freund von Schlagworten, so würde ich versucht sein, zu sagen: Dabei ist es nicht auf einen kaiserlichen Beamten, dabei ist es auf einen Gaugrafen abgesehen, welchem man den kaiserlichen Adler auf die Amtskappe setzen will. (Rufe links: Sehr richtig!)

Zum Capitel des Dualismus zwischen staatlicher Verwaltung und Autonomie übergehend, möchte ich hervorheben, daß Sie aus einer Rede, welche Minister Dr. Unger vor einem halben Jahre gehalten und worin sich derselbe über die Natur des natürlichen und übertragenen Wirkungskreises genauer ausgesprochen hat, entnehmen können, wie sehr die Regierung die Mangelhaftigkeit unserer Gemeindegesetze anerkannte. Sie können auch daraus entnehmen, wie die Regierung über den Dualismus und über die demselben anklebenden Mängel grundsätzlich denkt. Die dualistische Gestaltung hat sich bisher aber immer mehr zu einer Separation ausgewachsen, während sie dualistisch sein sollte; in dieser Ausartung liegt der Fehler. Durch gänzliches Verschmelzen der Statthalterei und des Landes-Ausschusses, wie es von einem Redner angedeutet wurde, würde man die Uebelstände, welche Dr. Waldert auseinandergesetzt hat, beseitigen; es würden viele Competenz-Zweifel und Streitigkeiten schwinden und die eigentliche Verwaltung rascher und wohlfeiler werden. Es würde namentlich für autonome Verwaltungen der Vortheil gewonnen werden, daß den getroffenen Entscheidungen rasch die Execution nachfolgen könnte. Um dieses Vortheiles willen

---

[illegible] Lenau hatte die Recension gelesen, die ich in der „Europa“ über die „Albigenser“ geschrieben hatte.

Aus allerlei Gespräch heraus machten wir uns selbander auf den Weg. Lenau war von dem Verlangen nach seiner geliebten Einsamkeit so stürmisch aufgeregt, der Aufenthalt in Lichtenthal erschien ihm so dumpf und drückend, daß er sofort eine Wohnung für sich allein wünschte. Während die fashionable Welt — es war damals, 1844, noch hochgehende Fluth der Spielzeit — in der schönen Allee spazierte, ritt und fuhr, fragten wir in den Häusern am Wege nach Wohnung. „Ja, das mußt du machen,“ ermahnte mich Lenau, als ich ihm erzählte, ich hätte Lust, eine Reihe von Bildern aufzustellen unter dem Titel „Wo ich wohnte“. Das gäbe einen Einblick in das intime Leben verschiedener Länder und Städte. Er erzählte selber von seinem Wanderleben.

Wir fanden keine entsprechende Wohnung. In einem Hause an der Kettenbrücke gefiel es Lenau gar wohl, aber der Hausherr war abwesend. Ich sagte Lenau, er solle seine Karte abgeben und man werde ihm gewiß die beste Wohnung einräumen. Da lachte er mich tüchtig aus. Er war weit entfernt von jener Bewußtthuerei, die sich stets geberdet, als ob sie wie ein Iffland'scher Fürst nur den Mantel zu lüften brauche, um vor dem enthüllten Stern sicheres Staunen und Kniebeugen zu erregen. Lenau war so bescheiden, in seinem innern Sinnen lebend, daß er überrascht und wie ein Kind sich freuen konnte, wenn ein Begegnender von ihm wußte.

In gesteigerter Unruhe wollte Lenau auch nicht mehr für heute nach Lichtenthal zurückkehren, und ich half ihm, sich in einem Zimmer im „Englischen Hofe“ einrichten, dort, wo er seine letzte Liebe finden sollte . . . . Noch späte Stunden wanderten wir im Thale und auf den Anhöhen umher. Die Nacht war still und sternlos. Lenau erzählte mir, daß er nach Baden gekommen sei, um hier in Anschauung des genußjägerischen frivolen Wohllebens seinen „Don Juan“ zu vollenden. . . . .

Goethe hat im „Faust“ den Drang zur Erkenntniß des Unendlichen und den Genußdrang in Eins gefaßt. Lenau trennte sie wieder. Aber die Sprödigkeit oder vielmehr die Eintönigkeit oder doch die geringe Empfindungs-Scala in dem „Don Juan“-Thema stellte sich immer mehr heraus. In eine einzige fest gruppirte Fabel gebunden, verlor das Thema das Kosmische und in der panoramischen Ausbreitung zeigte sich keine sachliche Variation; es war eben nur ein Uebertragen desselben Tones auf verschiedene Instrumente. Es ist ein ungerechter Vorwurf — und diese Ungerechtigkeit beruht meist auf Unkenntniß des Geschaffenen — wenn man Lenau einen Vorwurf daraus macht, das „Faust“-Problem neu aufgenommen zu haben. Abgesehen davon, daß jede Zeit und ihre Repräsentation in der Dichterseele das Thema mit diesem oder andern Namen neu umprägen muß, hat Lenau in Einzelheiten von unvergänglicher Schönheit Wirkungs-Momente gebildet, die Goethe und seiner Zeit nicht zustanden. Das „Faust“-Thema fällt in den Bereich der Logik und variirt je nach der Zeitempfindung. Das Volksbuch läßt Faust zur Hölle fahren. Nach dem Fragmente und nach den Berichten der Freunde begeht bei Lessing ein dem Teufel unterschobenes Phantom die Thaten und Faust selber ist unschuldig. Goethe läßt Faust schuldig werden und erlöst ihn zur Seligkeit, Lenau führt den Faust zum Selbstmord.

Das „Don Juan“-Problem bot dem Dichter weit weniger in sich nothwendige unausweichliche Endergebnisse. Es gebricht der ganzen Procedur der Phantasie an innerm Halt, wenn nicht der fünfte Act vom Anfang an feststeht. Denn die Aufgabe des Dichters ist, den Schluß nicht nur möglich, sondern nothwendig zu machen. Das Suchen nach dem abschließenden Accord versetzte jenen Sommer Lenau in Unruhe und Dissonanz, und wer weiß, ob nicht das Thema, dessen Ausarbeitung schon so weit gediehen war, an sich als fraglich erschien. Zum Dichter selber kehrte das Wort zurück, das er den Don Juan auf den Fehlschuß Antonio's rufen läßt: „Wer treffen will, sehe zu, daß er nicht schwanke.“

Es war eine wundersame Nacht, als mir Lenau die Scene zwischen Catalinon und Don Juan vorlas. Er las eintönig, dumpf, und nur manchmal schaute er auf. Der Schluß des Ganzen war damals noch zweifelhaft; ich selber stritt für einen andern. Heute muß ich sagen: es ist doch der einzig gemäße. Wie Furcht an sich selbst stirbt, so muß Don Juan im Zweikampfe sterben, im sichtbaren Gegensatze, und die wilde Gluth wie der Humor spricht sich in den Worten aus:

„Der Todesstoß muß mich von außen treffen —
Krankheit, Gewalt, nur sei's ein Gegenüber;
Ich gebe selbst mir keinen Nasenstüber,
Geschweige, daß ich wollt' mein Schicksal äffen.
Wie echte Wollust nur selbander lodert,
So werden Zwei zum rechten Tod erfodert.“

Und doch tritt in dieses Letzte noch eine Variation, eine Drehung der Schraube, die festzusitzen schien: Don Juan wirft den Degen weg und läßt sich von Pedro erstechen. Ich darf hinzufügen, daß Lenau auch diesen Abschluß noch nicht für endgiltig hielt, sondern auf neuen sann. Der Tod und ein Schlimmeres als der Tod ließ dieses Ende stehen . . .

An den hellen Sommermittagen vor dem Curhause saßen wir oft, während die Musik spielte, und wie dort die verschiedensten Weisen erklangen, so gab's auch Scherz und Ernst im Gespräche, leichten Frohmuth. Trotz freundschaftlichen Widerspruches hatte Lenau eine ebenerdige Wohnung in einer lärmerfüllten Straße genommen, denn er sagte bald, es werde nichts Rechtes aus seinem Arbeitsvorsatze. Er wollte Stimmung abwarten und gab sich dem zwecklosen Schlendern und dem Aufnehmen der bunten Erscheinungswelt hin, und wenn er allein war, spielte er stundenlang auf und ab wandelnd, am liebsten im Dunkeln, die wundersamsten Weisen auf seiner Geige. Aber Gott Apollo als Dichtergott ist auch ein eifersüchtiger Gott. Diese hingebende Pflege einer andern Kunst zertheilte und lenkte ab den Strom des Empfindens, der nach der Gestaltung im Worte gespannt bleiben mußte. So war nach der Berufsseite die Initiative und die Disciplin des Geistes nicht mehr in voller Spannkraft in Lenau. Auch nach der Seite des bürgerlichen Lebens hatte er jene Sorglosigkeit und Freigebigkeit, die etwas von dem vormärzlichen heimischen Ideal hatte, dem splendiden Cavalier. Um so erdrückender und die traurige Katastrophe mitbewirkend überraschte ihn, als er bald an bürgerliche Seßhaftmachung denken mußte, der Kampf um's Dasein.

So verschieden auch die Gebiete der Dichtung waren, in der wir Beide uns bethätigten, fanden sich doch ergiebige Verständigungen über die Grundgesetze. Lenau studirte eifrig Geschichte und Philosophie. Er war ein philosophisch wohlgeschulter Geist. Als die letzte Liebe für ihn aufgeblüht war, träumte er sich behaglich aus, in Heidelberg mit Gelehrten sich über die höchsten Fragen zu besprechen. Lenau war reich im Auswegfinden, nicht so im Erfinden. Die Kunst war ihm bitterer Ernst; er stand in einem Pathos, das weder für ihn noch für die Aufnahme im Publicum an bloßes Gefallen denken ließ.

Weil ein ebenbürtiger Zeitgenosse ein frivoles Spiel mit seiner hohen Dichtergabe trieb, darum haßte ihn Lenau mit gründlichem Hasse. Es läßt sich nicht leicht ein schärferer Gegensatz denken als Lenau und Heinrich Heine. „Mir bleibt

würde ich gegen das Hereinziehen in das Statthalterei-Collegium keine Einwendung zu machen haben. Aber auf Einen Punkt kann ich nicht folgen, das ist die **Verantwortlichkeit des Statthalters** gegenüber dem Landtage. Die eigentliche Verantwortung eines Regierungsbeamten gegenüber einem legislativen Körper setzt eine solche Stellung des Regierungsmannes voraus, daß zwischen ihm und der Krone nicht noch ein höherer Regierungsmann steht. Deßwegen ist ein solcher Statthalter ein **Landesminister**. Seine Action ist dann losgelöst von der Central-Regierung, und wenn man sich dieses Princip bei uns consequent durchgeführt denkt, haben wir dann siebzehn Landes-Regierungsgewalten. **Ja, aber wo bleibt dann die Reichsgewalt, wo bleibt dann das Reich?** Wenn Graf Hohenwart mir erwidert: ich habe mir darunter keinen Landes-Minister vorgestellt — gut; dann frage ich ihn als erfahrenen Staatsmann: Glaubt er denn, daß man im Stande sei, mit siebzehn einem Andern verantwortlichen Statthaltern zu regieren? So etwas kann man vielleicht bejahen, so lange man nicht Minister ist. Ich aber sage es mit aller Bestimmtheit: das wird auch er nicht können, wenn er Minister ist. Ein Statthalter muß dem Minister verantwo[rtl]ich sein und kann unmittelbar nur ihm verantwortlich sein. Ei[ne] Verantwortlichkeit nach einer andern Richtung heißt gar keine Verantwortlichkeit haben. Eine Verantwortlichkeit hebt die andere auf, und Graf Hohenwart wird bei all' seiner Energie und seinem Talente nicht im Stande sein, mit siebzehn Statthaltern, die ihm nicht verantwortlich sind, zu regieren.

Zur Beurtheilung des **Ausschußantrages** übergehend, muß ich erwähnen, daß ich aus dem Wortlaute allein mir nicht klar machen konnte, was denn eigentlich damit gemeint sei. Der [illegible] faßt den Begriff der darin erwähnten „[illegible]" als gleichbedeutend mit „Polizei-[illegible]" [illegible] „[illegible]-Commissär", wie solche im [illegible] Königreiche bestanden, auf. [illegible] viele der schwerwiegenden Vorwürfe gegen den Ausschußantrag hinweg.

Nun, mein Urtheil: Will man nicht ein Universal-Heilmittel in einem solchen Antrag finden, sondern begnügt man sich damit, ein Mittel zu finden, daß dort, wo es am [illegible] thut, Abhilfe geschaffen wird, will man nicht den bestehenden [illegible] in seinen essentiellen Bestimmungen umstoßen und dies in einer den Totalumsturz vorstellenden Weise durchführen, wird man in dem [Ausschußantrag] nicht finden können, es sei darin auf ein [illegible], auf ein unstatthaftes, undurchführbares, nutzloses oder die Kosten nicht lohnendes Auskunftsmittel hingewiesen worden. Ich erblicke darin eine Maßregel, die bei einer vorsichtigen, allmäligen Durchführung **sehr nützlich** wirken kann, und daher wenigstens einer versuchsweisen, partiellen Probe unterzogen werden sollte. Ich sagte: **vorsichtig und allmälig**. Ich sage das schon aus allgemeinen Gründen. Für das Gelingen der Maßregel ist es sehr wichtig, daß der ewig wiederkehrende Argwohn, als wolle man die berechtigte Autonomie der Gemeinden zu Gunsten der Bureaukratie antasten, sich etwas beruhige und durch die Thatsachen selbst wieder allmälig widerlegt werde. Ferner kann man den **Werth der Stabilität** in der seit vielen Jahren bestehenden Einrichtung des öffentlichen Lebens, besonders in jenen Einrichtungen, die unmittelbar das Leben der Bevölkerung mit dem Behördenleben in Verbindung bringen, nicht hoch genug anschlagen. Jede Neuerung gerade in diesen Sphären wirkt auf die Bevölkerung anfänglich [illegible], belastend, verwirrend. Deßwegen, weil es etwas [illegible] etwas Ungewohntes ist, ist bei einer solchen [illegible] die Bevölkerung zu Mißmuth, zur [illegible] zum passiven Widerstande geneigt, so lange, [illegible] praktisch den Nutzen begreift oder andererseits die [illegible] oder selbst erfundenen Nachtheile nicht [illegible]. Der Minister betont noch weiter die Noth[wendigkeit] des allmäligen Einlebens öffentlicher Institutionen und [illegible] halb die vorsichtige partielle Erprobung der neuen [Einrichtungen]. An der Probe selbst werde sich besser als in [illegible] erkennen lassen, ob und [illegible], ob die Kosten dem Nutzen entsprechen oder nicht. [illegible] aber auch [illegible], was an den Einrichtungen verbesserungsfähig ist; [jeden]falls hat diese Maßregel den [illegible] Werth, daß sie accommodirbar ist den Verhältnissen, daß sie theilweise oder ganz auch wieder zurückgezogen werden kann, ohne einen Totalumsturz der Gemeinde und des Behörden-[Orga]nismus zur Folge zu haben, und deßwegen sage ich noch einmal: Machen wir die Probe, machen wir sie in einer be[schr]änkten Ausdehnung, in einem Kronlande, wenn Sie wollen, zugleich in einem Kronlande und in einem Theile eines größeren Kronlandes! Aber ich möchte nicht, daß Sie die Maßregel [illegible] verwerfen, ohne etwas Besseres, einen andern [illegible] an die Stelle zu setzen.

Ich habe [illegible] noch eine Frage zu beleuchten. Man wird vielleicht sagen: Der Minister Lasser hat uns gesagt, wie er sich die Sache vorstellt; wie [illegible], aber die Durchführung auch nur der Probe, wie denkt er sich die Durchführung, ohne die reichsräthliche und landtägliche Competenz anzutasten; wie glaubt er über die Frage hinwegzukommen, wer soll [illegible]? Ich glaube, [illegible] die Antwort nicht schuldig bleiben zu dürfen, und das ist das Capitel der **praktischen Durchführbarkeit**.

Meine Herren! Wenn Sie den Ausschußantrag, den ich mir immer so zurechtlege, annehmen, so geben Sie mir damit einen sehr schätzenswerthen Fingerzeig, Sie öffnen mir den Weg. Mit einem allgemeinen Antrage: Regierung sei du gescheidt, ist mir gar nicht geholfen; so weit ich gescheidt sein kann, bin ich es schon (Heiterkeit), damit kann ich eben nichts anfangen; wenn Sie mir aber diesen Fingerzeig gewähren wollen, dann werde ich anfangen und ich kann anfangen. Ich werde nämlich die Frage im Detail studiren und werde mir dann einen Zusatz zu dem Gesetze über die politische Verwaltung erbitten, der den Organismus selbst gewiß nicht ändert, der mich nur ermächtigt, diese Probe durch einen kleinen Zubau, der ohne Gefährdung des Ganzen auch wieder herausgenommen werden kann, vorzunehmen. Ich werde mir dann für die partielle Durchführung die nöthigen Mittel zu erwirken suchen, und dann kann ich bei allem Uebrigen im Verordnungswege vorgehen. (Widerspruch.) Ja, **Verordnungsweg!** Ich kann nämlich eine solche Bildung des Wirkungskreises für einen Districts-Commissär machen, ohne daß ich dazu irgend einer Aenderung eines Landes- und Gemeindegesetzes bedarf und der doch die volle Action eines solchen Mannes ausfüllt und wohlthätig wirken kann, einerseits auf die Gemeinde-Elemente, andererseits auf Uebernahme einiger Geschäfte aus andern behördlichen Sphären u. dgl. m.

Ich denke mir die Sache so: Am Sitze der Bezirksgerichte werden politische Organe mit der Unterordnung unter die Bezirkshauptmannschaft bestellt. Diese Organe haben hauptsächlich die öffentliche Sicherheit zu handhaben, sie besorgen die staatsanwaltschaftlichen Verrichtungen in Uebertretungsfällen des Strafgesetzes. Dieser Grundsatz wird wahrscheinlich bei den Berathungen über das Strafgesetz begreiflicher werden, nämlich die Frage des sogenannten Strafmandats, das von den Gemeinden nicht ausgeführt werden kann.

Wegen Abnahme der Strafrechtspflege müssen auch jene Ausnahmen gemacht werden, die ich schon angedeutet habe. Gemeinden, welche in dieser Beziehung actionsfähig sind, will ich nicht von dieser Aufgabe befreit haben, sondern Gemeinden, die bis zu einer gewissen Bevölkerungszahl herunterreichen. Ueberhaupt soll diese Abnahme der Strafrechtspflege den Gemeinden gegenüber nicht überall gleichmäßig vor sich gehen, sondern nur insoweit als die Gemeinden sie nicht zu leisten im Stande sind. Ob die erwähnten Commissäre eine Einflußnahme auf die Gegenstände der autonomen Verwaltung ausüben sollen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten. Es wird sich ein Wirkungskreis herausbilden lassen, der den betreffenden Mann so ziemlich beschäftigt. Die Bestellung dieser Commissäre wird sich durchführen lassen unter Mitwirkung der Reichsverwaltung, ohne im geringsten das Wesen des behördlichen Organismus der gemeindlichen Einrichtungen zu tangiren. Ich, meine Herren, habe nun das Meinige gethan; ich bitte, thun Sie auch das Ihrige. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Dr. v. Perger

beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird zum Beschluß erhoben. Die gegen den Ausschußantrag eingetragenen Abgeordneten Seidl, Schürer und Dr. Kopp haben sich aus der Liste der Redner streichen lassen. Die übrigen, und zwar die Abgeordneten Dunajewski, v. Smarzewski, v. Krzeczunowicz, Wedl, Jasinski, Smolka und Kronawetter wählen den Abg. Dr. Dunajewski zum General-Redner.

Abg. Dr. Herbst:

In einem wichtigen Punkte stimmen alle Redner überein, nämlich darin, daß es mit der Sicherheit der Person und des Eigenthums und mit der Handhabung der Gesetze, die doch zu dem Zwecke gemacht sind, daß sie nicht blos im Landesgesetzblatt erscheinen, sondern auch beobachtet werden, nicht sehr gut stehe. Redner geht nun die einzelnen Vorschläge, die gemacht wurden, durch. Graf Hohenwart behauptet, daß es nicht ein Gesetz sei, aus welchem der Reichsrath die Competenz in Bezug auf die Organisation der Verwaltungsbehörden ableitet, sondern ein Usus. Ich glaube, nachweisen zu müssen, daß hier von einem Usus oder Abusus nicht die Rede sein kann, sondern blos von einem gesetzlich begründeten Vorgange. Das Staatsgrundgesetz weist nämlich der reichsräthlichen Competenz die Gesetzgebung über die Grundzüge der Gerichts- und Verwaltungsbehörden zu. Nun ist mir nicht erklärlich, daß dem Grafen Hohenwart als gewiegtem Verwaltungsbeamten der in der Natur der Sache gelegene Unterschied entgangen ist, daß bezüglich der Organisation der Gerichts- und Verwaltungsbehörden nicht Alles dem Wirkungskreise der Gesetzgebung anheimfällt, sondern eine wesentliche Ingerenz dabei die Executive hat, indem die Gesetzgebung bezüglich der Grundzüge dieser Organisation der reichsräthlichen Competenz zugewiesen ist; für die Landesgesetzgebung ist kein Platz mehr, denn alles Andere fällt der Executive anheim. [Zum] Beweise dessen geht Redner auf die Entstehung des Wortlautes der betreffenden Gesetzesbestimmung ein und fährt fort:

Ganz etwas Anderes als die Einheit in der Gesetzgebung ist jedoch die Einheit in der durch die Gesetzgebung herbeigeführten Verwaltung, und gerade die preußische Kreisordnung liefert hiefür den Beweis. Diese wurde nicht in den Provinzial-Landtagen berathen, sondern im Berliner Landtag, obgleich sie nur für einzelne Kronländer bestimmt war. Ebenso zweckmäßig ist es, wenn die Gemeindegesetzgebung den Ländern für alle Zukunft bewahrt bleibt. Hierüber sind die Ansichten selbst der Redner aus denselben Kronländern verschieden, und es scheint wirklich, daß die Zustände der verschiedenen Länder merklich differiren. Diese Differenz bestehe auch in den Einrichtungen. So bestünde das Institut der Bezirksvertretungen, für welches Redner stets eingetreten sei, in Böhmen, Galizien und Steiermark. In einem Lande war sie durchgeführt, in einem andern, in Schlesien, sei ein derartiger Beschluß noch vor dem Inslebentreten wieder aufgehoben worden; in Tirol bestehe ein solches Gesetz, sei aber nicht ausgeführt worden. In dem Landtage von Krain hat bekanntlich seit vielen Jahren jene Partei, welcher der Graf Hohenwart seine Wahl verdankt, nämlich die national-slovenisch-clericale Partei, die überwiegende Majorität. Wenn also das Gesagte so sehr den Wünschen jenes Landes entsprechen würde, wäre es natürlich gewesen, daß dort der Antrag auf Einführung der Bezirksvertretungen gestellt worden wäre, der aber dort niemals gestellt worden ist.

Meine Auffassung ist im Gegensatz zu der des Ministers, daß **nicht die Regierung die Initiative** ergreifen soll, daß man gar nicht an eine Vorlage der Regierung denken kann, wenn nicht der Landtag des betreffenden Landes die Initiative ergriffen hat, und insoferne sehe ich den Antrag des Abg. Scharschmid als eine Verbesserung an. Wenn das Haus dem Ausschußantrage oder dem Antrage des Abg. Scharschmid beistimmt, so präjudicirt es sich nicht, denn es hat dann nichts ausgesprochen, was es künftig beschließen wird. Jedenfalls bin ich beruhigt, denn §. 19 der Landes-Ordnung gestattet einen Antrag auf Erlassung allgemeiner Gesetze, und von diesem Rechte werden die betreffenden Landtage Gebrauch machen. Es wurde von jener Seite wieder gesagt: Wir werden das Schlagwort der Einheit in der Verwaltung gebrauchen. Dieses Wort haben wir nie gebraucht, aber das Schlagwort „Selbstverwaltung" wurde uns immer entgegengehalten. Ich bin ein warmer Freund der Selbstverwaltung, aber die selbstverwaltenden Organe stehen unter dem Gesetze. Ich hoffe, daß unter allen Verhältnissen diese Verhandlung zur Klärung der Ansichten beitragen werde, auch dazu, die Anschauung als berechtigt erscheinen zu lassen, daß eine Uniformität auf diesem Gebiete in Oesterreich nicht möglich ist. Sie wird auch die Ueberzeugung schaffen, daß die Landtage keine so gar überflüssigen Dinge sind; sie wird aber auch dazu beitragen, daß wir uns gegenseitig verstehen lernen, daß wir nicht überall Hintergedanken suchen und uns der Ueberzeugung hingeben, daß nicht in Alles der Parteihader hineingetragen werden soll, daß solche Dinge objectiv, mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Länder, ohne alle Uebertreibung und ohne ein Schlagwort festzuhalten, gewürdigt werden müssen.

Wie also der Ausgang sein wird, das wird weniger entscheidend sein, sondern der Umstand, daß diese Frage nicht mehr aus der Welt geschafft werden kann und jedenfalls **durch die Länder gelöst** werden muß. (Beifall links.)

Ein Antrag des Abg. Dr. **Smolka** auf Schluß der Sitzung wird abgelehnt.

Abg. Dr. Dunajewski:

Die gegenwärtige Verhandlung gipfelt in einer Resolution, welche die Regierung auffordert, die bezirkshauptmannschaftlichen Beamten zu vermehren. Wenn man in diesem Hause fortwährend von administrativen Reformen sprechen hört, während es sich nur um die Vermehrung der politischen Beamten handelt, so ist dies ein merkwürdiger Widerspruch zwischen dem Namen und der Sache. So wichtig die Reform der politischen Verwaltung ist, dürfte doch wenigstens in diesem Augenblicke gegenüber der ernsten Sorge, in welcher die Bevölkerung auf das Steuerruder des Staatsschiffes blickt, diese Verhandlung weniger angezeigt sein. Es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, wenn [illegible] Punkte den Ungarn nachgeahmt hätten, nämlich [illegible] der Session des Reichsrathes die [illegible] und fleißig in den Ausschüssen gearbeitet hätten, um die dringendsten Vorlagen vor das Haus zu bringen. Es kommt mir sonderbar vor, wenn in einem Parlamente dem Minister aufgedrungen wird, daß er die Zahl seiner Beamten vermehre.

In Galizien wird dieser Antrag schon deßhalb ungünstig aufgenommen, weil man dort Antipathie hat gegen die bureaukratische Verwaltung, mit Rücksicht auf die Erfahrung, welche

---

es ein psychologisches Räthsel," wiederholte Lenau oft, „wie man ein so offenbares Genie und so verliederlicht sein kann." Er fügte dann noch höchst unparlamentarische Worte hinzu.

Und doch wird ein künftiger Dichter unseres heutigen Lebens diese Beiden als positiven und negativen Pol einer und derselben Zeit-Substanz fassen müssen, und diese Substanz heißt: Unfriede. Lenau und Heine waren Dichter der [illegible]; aber Heine war auch skeptisch gegen sich und seine Productionen, und in holdem Leichtsinn salvirte er sich damit vor verzehrendem Leid. Lenau setzte sein ganzes Wesen rückhaltslos an die Lösung des Räthsels. Wo Heine sein Müthchen kühlte, erhitzte sich Lenau immer mehr. Man kann füglich sagen: Heine machte aus dem Weltschmerz einen Weltscherz.

Heine und Lenau sind die hervorragendsten Dichter des Unfriedens, des Unfriedens in der Welt, des Unvermögens, der Entzweiung in sich. Unfriede war die erste Denkerpflicht und Dichterpflicht lange, lange Jahre. Ist der Unfriede heute verschwunden? Wenigstens ist uns das Waffenrecht geworden, den Urfeind des Menschenthums offen zu bekämpfen. Wenn Goethe eine Weltliteratur heischte, so hat sich eine solche wundersamerweise alsbald nach seinem Tode gebildet. Der Weltschmerz wurde — Byron voran — zu einer internationalen Stimmung in Puschkin, Alfred de Musset, Leopardi und Lenau. . . . Der Weltschmerz ist nicht Pessimismus, sondern schmerzliches Ringen mit dem Pessimismus. . . .

Der Grundton der Stimmung Lenau's ist Schwermuth. Ueber das eigene Leben hinaus ward er der Dichter der wahrhaftigsten Schwermuth, des immer sich erneuernden Bewußtseins, daß Geschlecht auf Geschlecht um die reine Existenz ringen muß, daß immer wieder neue Irrthümer und Wahnvorstellungen in die Seele gesetzt werden, die mit Anspannung aller Kraft wieder abzulösen und zu tilgen sind, und so der große Weltzusammenhang und die Weltarbeit räthselhaft erscheint. Lenau war auch ein Nordpolfahrer, der den Durchweg sucht und das ewige Eis nicht fürchtet. Das Ringen nach absoluter Wahrheit und nach der subjectiven, die, aus dem innersten Kern des eigenen Wesens geboren, traditionslos, nichts Ueberkommenes hat, das gewaltsam unablässige Heranzwingen des Metaphysischen, das Forschen und Wühlen in allen holden Gebilden drin in der Menschenseele und draußen in der Blume, im Klang, im Licht, im ganzen Leben und vor Allem im Sterben — Alles das ist nie dichterisch mächtiger herausgetreten als in Lenau. . . .

Von 1828 bis 1844, von seinem 26. bis in sein 42. Jahr arbeitete die Dichterseele Lenau's. Was boten ihm diese 16 Jahre . . . In seinem Geier-Napoleons-Gedicht sagt er von der Reactionszeit:

„. . . Die Menschen wollen Frieden,
Da ward nach lautem Schreck der stille herbeschieden."

Der stille Schreck! Während der ganzen Schaffenszeit Lenau's sollte die Censur die eiserne Maske sein, fest genietet, unabreißbar, damit das Volk sein eigen Antlitz nicht kenne. Lenau und jener edle Genosse, über dessen Grabhügel jetzt zum erstenmale die Winterstürme rasen, sie mußten unter fremdem Namen ihrem eigenen Selbst Ausdruck geben. Wenn eine künftige Zeit — und sie ist zum Theile schon heute — nicht mehr begreift, was Censur ist, wird man's daran lernen können, daß Anton Auersperg sich Anastasius Grün und Niembsch v. Strehlenau sich Nikolaus Lenau nennen mußte. Würde Lenau an der Seite seines edlen Dichtergenossen im Herrenhause dieses Reiches gleich diesem das Wort der Freiheit gekündet und so einen Doppelklang gebildet haben, wie er noch nie vernommen wurde? Man darf annehmen, daß er seine heilige Einsamkeit, seine Alleinheit schwerlich aufgegeben hätte; er war ein Tell des Gedankens, der einsam, zur That bereit über die Berge wandert, aber nicht auf den Rütli kommt.

Um das Künstlerauge an den schrankenlosen Frivolitäten des Spielbades zu weiden, um den letzten Schluß des „Don Juan"-Themas mit allem Uebermuth emporzuthürmen, war der Dichter nach Baden gekommen, und siehe da, welch' ein Contrast! Von wem gebildet? . . . Auf seinem Wege erblühte die Blume der Liebe in reiner Holdseligkeit. Der Dichter, der die Folgenreihen des fessellosen und pflichtlosen Genusses, den bewußten Taumel der Sinnenlust und zuletzt die Zermürbung und Zermalmung des sinnlichen, zu einem kosmischen Princip übersteigerten Menschen darstellen wollte — der Dichter mit solchen titanenhaft übergreifenden, weltverachtenden Phantasien stand unversehens in allen süßen Schauern der reinen Liebe. Friedsamkeit und wohlig umhegtes Heim bauten sich vor ihm auf. Aber aus der Ferne mit einem nur ihm hörbaren Rufe tönte eine Vergangenheit, die nicht Vergangenheit sein wollte. Die Schwermuth konnte nicht vergessen. . . . Der Dichter verfügte frei über die Gebilde seiner Phantasie, und eine innere Tragik, die kein Name erschöpft, erfaßte den Dichter.

Während ich im Garten umherwandeln mußte, schrieb Lenau auf meinem Zimmer jenes Gedicht an Marie Behrend in ein schnell herbeigeschafftes Exemplar seiner Gedichte:

„[illegible] Augenblickes,
[illegible] des Geschickes,
Wie bist [illegible] du schön, erfunden;
Leb wohl! Ich muß mich von dir trennen!
Doch mildert's mir sein frühes Scheiden,
Wenn ich vom Glück, das mir entschwunden —
So schnell wie du — die heitern Kunden,
Und wenn ich darf den Ruf der Leiden,
Die singend mir das Herz zerrissen,
In deinen lieben Händen wissen."

Es war das letzte wehmuthsvolle Liebeslied Lenau's.

Nie werde ich den Ton vergessen, mit dem Lenau nach der Heimkehr von der Brautfahrt zu mir sagte: „Brüderl, das Licht geht aus." Er saß in sich zusammengekauert, hatte die beiden Hände zwischen die Knie gepreßt und sagte: „Das Licht geht aus!" Das Licht verlosch und um und um Nacht . . .

Den unsagbaren Schmerz — Lenau selber hat ihn ins Wort bezwungen; durch unsere Seele zieht jener Klang, jenes Bild:

„Die ganze Luft ist wund und weh,
Der Rappe schlendert in den See."

Und nun nur noch ein Rückblick und ein Aufblick. Es wäre nicht wohlgethan, wenn man panegyrisch und schmerzbewegt die Bedeutung Lenau's über Gebühr erheben wollte. Es wäre aber auch bitterer Undank nicht nur, sondern tiefes Verkennen, wenn man von der letzten tieftraurigen Schicksalswendung aus Krankhaftigkeit und gewaltsame Wirrnisse in dem so melodischen Austönen der schwergemuthen Dichterseele erkennen wollte. Man kann sagen: wie Orpheus in die Unterwelt, so stieg Lenau in die Ueberwelt — aber was ist hier oben und was ist unten? — um die Liebe, die Friedsamkeit zu erlösen, und erschienen sie vom Klang der Lyra angezogen in beseligender Schöne — dem rückschauenden Blick entschwanden sie wiederum. Aber die melodischen Klänge sind nicht verhallt, sie tönen fort, wie eine ewige Sehnsucht.

Lenau ist kein gefälliger Dichter, seine Dichtung ist nicht Zeitvertreib, sondern Festhaltung von Zeit und Ewigkeit.

„Das Hochgebirge und das Meer sind die vornehmlichsten Stätten seiner Dichter-Phantasie, und er selber gleicht dem starren Hochgebirge, dem unendlichen Meer oder vielmehr: in der hochgradigen Temperatur seiner Seele, seiner Intuition hat er die gewaltigsten Dinge der Welt, die unnahbaren, die starren in Fluß und Gang [illegible] gebracht und sie melodisch auftönen lassen.

das Land bis zur Einführung der neuen Organisation mit einer Bureaukratie gemacht hat, welche aus andern Provinzen importirt wurde. Im galizischen Landtage wurden wiederholt Anträge berathen, welche dahin abzielten, der Landesverwaltung mehr Executive, mehr Controle über die Gemeinden zu verschaffen. Alle diese Anträge scheiterten nicht an dem Willen des Landes, nicht an dem des Landtages, sondern an einem Irrthum und Fehler, von welchem die Regierung in Bezug auf die Auffassung der autonomen Angelegenheiten nicht freigesprochen werden kann.

Redner polemisirt in ausführlicher Weise gegen die Abgeordneten Zaklinski und Mieroszewski, und geht dann zur Frage der Verantwortlichkeit der Statthalter über. Es werde nichts weiter verlangt, als daß es dem Landtage zustehe, vor einem unabhängigen Gerichte den Statthalter zu verklagen, falls er Landesgesetze verletzt oder das Landes-Budget nicht einhält, und wenn derartige Einrichtungen nirgends vorkämen, so wäre es kein Unglück für uns, wenn wir einmal originell wären! Bezüglich der Auslassungen über den Parlamentarismus in den Provinzen will er nicht weiter sprechen, und wenn Abg. Dr. v. Plener von einem „Parteigezänke der Provinz-Politiker" gesprochen habe, so bittet er denselben, gegenüber einer solchen wirklich ausgesuchten Urbanität ihn zu belehren, wie der deutsche Ausdruck für das Parteigetriebe in diesem hohen Hause lautet, welches die Tagesblätter so vielfach beleuchtet haben.

Ergründen Sie das Wesen der Länder, dann werden Sie den Weg zu einer gründlichen Reform der Verwaltung finden. (Beifall [illegible].)

Präsident

theilt mit, daß der Handelsminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung eines Credites von 700.000 fl für die officielle Betheiligung bei der **Weltausstellung** in **Paris**, eingebracht habe.

Die vierte Abtheilung hat in den Ausschuß betreffs des gräflich [illegible]'schen Fideicommisses den Baron **Suttner** gewählt.

In den Ausschuß zur Berathung des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes, betreffend die Aushebung des **Recruten-Contingents** für das Jahr 1877, wurden gewählt die Abgeordneten: Dr Smolka, Graf Attems, Bärnfeind, Graf Dubsky, Freiherr v. Hackelberg, v. Planck, Meißler, Seidl, Dr. [illegible]

Es gelangt zur Verlesung nachstehende vom Abg. Dr. **Heilsberg** und Genossen **an den Minister des Innern** gerichtete **Interpellation**:

„Seit einigen Tagen verlautet, es sei durch die k. k. Regierung ein Circulär an die Statthalter erlassen worden, welches die **Beschränkung des Petitionsrechtes** (dermalen bezüglich des **ungarischen Ausgleiches**) zum Zwecke hätte, in Folge dessen die politischen Behörden bei den Gemeinden und Bezirksvertretungen derartige Petitionen, als angeblich nicht zur Competenz gehörig, verhindern, eventuell sistiren sollen. Die Gefertigten stellen an die k. k. Regierung die Anfrage:

1. Ist ein derartiges Circulär erlassen worden? 2. Im bejahenden Falle, wie vermag die k. k. Regierung ein solches Circulär zu rechtfertigen gegenüber dem Artikel XII des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, R.-G.-Bl. Nr. 142?"

Minister des Innern Freiherr v. Lasser:

Ich bin in der Lage, sofort zu antworten mit dem einfachen Bemerken, daß mir von dem ganzen Circulär nicht Ein Wort bekannt ist. (Beifall links und im Centrum.)

Die Abgeordneten **Steudel** und Genossen richten an den Handelsminister folgende **Interpellation**: Ob derselbe geneigt ist, die Gründe bekanntzugeben, welche ihn bestimmen, der Wiener **Tramway-Gesellschaft** die Concession zur Anlage einer Pferdebahn-Linie von der Ringstraße über die Elisabethbrücke, Wienstraße bis zur Hundsthurmer Linie zu verweigern, und 2. ob derselbe gesonnen ist, ein Gesetz über die [illegible] von Pferde-Eisenbahnen im hohen Hause vorzulegen, [illegible] die Bedingungen festgesetzt werden, unter welchen diese Angelegenheit gesetzlich geregelt werden kann.

Finanzminister Freiherr de Pretis:

Als in der [illegible] Sitzung beim Wiederzusammentritte dieses hohen Hauses [illegible] die Ehre hatte, Ihnen das Finanz-Exposé vorzulegen, erlaubte ich mir zugleich beizufügen, daß wir uns vorbehalten, Ihnen über die mit der ungarischen Regierung gepflogenen Ausgleichsverhandlungen nähere Mittheilungen zu machen. In Erfüllung dieser Zusage beehre ich mich, Ihnen im Namen der k. k. Regierung über die besagten Verhandlungen, welche sich bis in die allerneueste Zeit fortgesponnen haben, Nachstehendes mitzutheilen.

Die k. ungarische Regierung hat bereits am 30. Mai 1875, von dem im Artikel 22 des **Zoll- und Handelsbündnisses** vom 24. December 1867 begründeten Rechte Gebrauch machend, Unterhandlungen zum Behufe von Abänderungen dieses Bündnisses in Antrag gebracht und diesen ihren Antrag damit begründet, daß die Durchführung einzelner Artikel des Zoll- und Handelsbündnisses die Staatseinnahmen Ungarns insoferne beeinträchtige, als dem ungarischen Aerar die indirecten Steuerbeträge der aus Oesterreich nach Ungarn importirten und den Export Ungarns nach Oesterreich weit übersteigenden Quantitäten besonders von Zucker und Bier, entgehen.

Ferner glaubte die ungarische Regierung, daß der theils inzwischen bereits erfolgte, theils demnächst bevorstehende Ablauf der internationalen Handels- und Zollverträge die geeignetste Gelegenheit biete, die Principien der zu befolgenden Handelspolitik in einer auch Ungarns volkswirthschaftliche Interessen wahrenden Weise festzusetzen.

So sehr dieses letztere Begehren als ein Postulat des einheitlichen Zollgebietes in der Natur der Verhältnisse begründet erkannt werden mußte, so durfte die k. k. Regierung doch Anträgen nicht zustimmen, welche neben der **Festsetzung von Finanzzöllen** zur Hebung des Zollerträgnisses bei jenen Tarif-Positionen, welche schutzzöllnerischer Natur sind, auf eine Herabminderung bis mindestens fünf Percent des Werthes gerichtet waren.

Ebensowenig konnte die Regierung dem Anspruche auf einen Theil der unserer Reichshälfte gesetzlich zukommenden Erträgnisse **der Verzehrungssteuern** zustimmen.

Ueberhaupt aber mußte die Regierung an dem meritorischen Zusammenhange des Zoll- und Handelsbündnisses mit dem Quotengesetze festhalten und jede Vereinbarung ablehnen, welche diesen in den Ausgleichsgesetzen begründeten Connex zerstört hätte.

Da die auf diese Weise eingeleiteten Unterhandlungen nicht zum Ziele führen konnten, hat die ungarische Regierung im Sinne des Artikels 22 des Zoll- und Handelsbündnisses vom 24. December 1867 mit Schreiben vom 29. November 1875 das Zoll- und Handelsbündniß mit 1. December 1875 **gekündigt** und zugleich ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, sofort wegen Abschluß eines neuen Uebereinkommens in Verhandlung zu treten.

In Folge dessen wurden in den ersten Tagen dieses Jahres zwischen beiden Regierungen Unterhandlungen eröffnet. Hiebei einigte man sich zunächst darüber, daß nicht nur das Zoll- und Handelsbündniß allein, sondern in untrennbarem Zusammenhange hiemit auch die einer Erneuerung noch weiter unterworfenen Theile des Ausgleiches, nämlich das Quotengesetz vom Jahre 1867, in Verhandlung zu ziehen sei und daß alle in dieser Richtung zu treffenden Vereinbarungen, einschließlich der im Jahre 1867 gesetzlich nicht geregelten Bankfrage, gleichzeitig zur legislativen Schlußfassung gebracht werden müssen.

Da diese umständlichen Verhandlungen, deren Ergebniß ich sofort die Ehre haben werde, Ihnen mitzutheilen, sich bis in die jüngste Zeit erstreckten und den Vertretungskörpern jedenfalls die nothwendige Zeit zur reiflichen Prüfung desselben vorbehalten werden mußte, war es geboten, die Ablaufsfrist des gegenwärtigen Zoll- und Handelsbündnisses zu verlängern, und es hat die ungarische Regierung mit unserer Zustimmung die Erklärung abgegeben, **daß die für den 1. December 1875 gegebene Kündigung als für den 1. Juli 1876 geschehen zu betrachten sei.** Die Ergebnisse der zwischen den beiden Regierungen gepflogenen Verhandlungen sind im Wesentlichen folgende:

Das bestehende Zoll- und Handelsbündniß soll auf weitere **zehn Jahre**, jedoch ohne Zulässigkeit einer frühern Lösung, erneuert werden, wobei im Wesen die gegenwärtigen, im Gesetze vom 24. December 1867 enthaltenen Vereinbarungen aufrechterhalten werden.

Durch eine besondere, gleichfalls den Vertretungskörpern vorzulegende Vereinbarung soll das Verhältniß der **Actiengesellschaften, Versicherungs-Gesellschaften und Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften**, welche ihre Wirksamkeit auf das andere Ländergebiet ausdehnen, unter Zugrundelegung des Princips ihrer vollständigen Gleichstellung und Behandlung **als inländische Gesellschaften** geregelt werden.

Weiter haben sich die beiden Regierungen über einen Entwurf **eines allgemeinen Zolltarifes für das österreichisch-ungarische Zollgebiet** geeinigt, welcher zugleich als **Minimal-Zolltarif** für die bevorstehende Erneuerung der internationalen Handelsverträge maßgebend sein wird.

Hiebei sind die beiden Regierungen bestrebt gewesen, einerseits durch **Erhöhung der Zölle für gewisse Consumtions-Artikel** die gemeinsamen Einnahmen zu steigern, andererseits einigen Industriezweigen jenen Zollschutz zu sichern, dessen dieselben behufs ihrer Kräftigung und weitern Entwicklung unbedingt bedürftig erscheinen. Auch wurde vereinbart, daß bei Durchführung der Zolltarif-Reform **die Einhebung der Zölle in Gold** eintreten werde.

Dieser revidirte Zolltarif wird gleichzeitig mit den internationalen Handelsverträgen, welche Abmachungen über Zollsätze enthalten, den Legislativen vorgelegt werden, damit dieselben ein vollständiges Bild der von der österreichischen Monarchie künftig einzuhaltenden Handelspolitik erlangen.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß der **englische und der französische Handelsvertrag** unsererseits gekündigt wurden und am 31. December 1876 ablaufen, erschien es nothwendig, für die nächste Zeit **eine provisorische Vorsorge** zu treffen, um die freundschaftlichen Verkehrsbeziehungen mit diesen beiden Staaten aufrechtzuerhalten. Es ist die provisorische Verlängerung des französischen Handelsvertrages und der Abschluß eines Vertrages mit **einjähriger Dauer lediglich auf dem Fuße der Meistbegünstigung mit Großbritannien** in Aussicht genommen worden. Die Regierung wird Ihnen den erfolgten Abschluß dieses Vertrages sofort mittheilen und hofft in kürzester Zeit die Zustimmung der gesetzgebenden Körper zu diesen transitorischen Abmachungen in Anspruch nehmen zu können.

Die Regierung gibt sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die demnächst zu eröffnenden Vertragsverhandlungen mit **Deutschland** in nicht ferner Zeit zu dem erwünschten Abschlusse führen werden.

Ueber die **Zuckersteuer und die Branntweinsteuer** sind Gesetzentwürfe vereinbart worden, welche, an das heutige Besteuerungs-System sich anschließend und ohne die diesen wichtigen Productionszweigen so wünschenswerthe freiere Bewegung zu beirren, doch das Erträgniß dieser Steuerzweige insoferne zu sichern bestimmt sind, als das Verhältniß zwischen der Steuerzahlung und der bei der Ausfuhr zu gewährenden Restitution in einer den Umständen angemessenen Weise geregelt wird.

Zugleich wird in dem Gesetzentwurfe für die **Branntweinsteuer** den an der Brennerei wesentlich betheiligten landwirthschaftlichen Interessen in höherm Maße als bisher Rechnung getragen, während die Einführung der **facultativen Productensteuer** die vortheilhafte Verwendung von Erzeugungsstoffen minderer Qualität möglich machen soll.

In Consequenz der **Erhöhung des Petroleum-Zolles** ist die Einführung einer innern Verbrauchsabgabe für **Mineralöle** vereinbart worden.

In Ansehung der **Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten** wurde unter unveränderter Fortdauer des gegenwärtigen Bezuges sämmtlicher Verzehrungssteuern sowohl das bisherige Quotenverhältniß als der Abzug der Steuer-Restitutionen von dem gemeinsamen Zollerträgnisse beibehalten.

Da jedoch die **Ausfuhrsverhältnisse**, namentlich in Bezug auf **Zucker**, sich seit dem Jahre 1867 wesentlich verändert haben, so erschien es in der Billigkeit gelegen, in der Zurechnung der für **Zucker, Branntwein und Bier** aus den Zollerträgnissen geleisteten **Restitutions-Summen** eine Aenderung in der Art eintreten zu lassen, daß diese Zurechnung nach dem beiderseitigen Productionsverhältnisse stattzufinden habe.

Zum Zwecke der Lösung der **Bankfrage** haben die Regierungen auf Grund des in jeder Richtung aufrechtzuerhaltenden **Princips** der Einheit der Note den Entwurf eines Bankstatuts und eines Reglements ausgearbeitet, über welche durch die am 23. October erfolgte Mittheilung an die Nationalbank die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen eröffnet worden sind.

Mit der Bankfrage muß aber auch die Frage der **Achtzig-Millionen-Schuld** an die Nationalbank zum endgiltigen Austrage gebracht werden.

Da über die Frage, ob die Länder der ungarischen Krone zur Tilgung dieser Schuld mitverpflichtet sind, eine Einigung zwischen den beiden Regierungen nicht erzielt werden konnte, so soll dieselbe vermöge einer zwischen beiden Regierungen vereinbarten Gesetzvorlage **Deputationen**, welche von den **Vertretungskörpern der beiden Reichshälften** zu wählen sein würden, zur Erörterung und Antragstellung vorgelegt werden. Für den äußersten Fall, daß auf diesem Wege übereinstimmende Beschlüsse der beiden Vertretungskörper nicht erzielt werden würden, soll die quaestio facti, ob die im §. 4 des am 3. Januar 1863 zwischen dem damaligen k. k. Finanzministerium und der privilegirten Oesterreichischen Nationalbank abgeschlossenen Uebereinkommens erwähnte Staatsschuld von 80 Millionen unter jenen Staatsschulden mit inbegriffen sei, über welche das durch das Gesetz vom 24. December 1867 und den Gesetzartikel XV vom Jahre 1867 zu Stande gekommene Uebereinkommen getroffen wurde, einem **Schiedsgerichte** zur Entscheidung vorgelegt werden. Wird durch übereinstimmende Gesetze oder durch die Entscheidung des Schiedsgerichtes ausgesprochen, daß die Schuld von 80 Millionen Gulden an die privilegirte Oesterreichische Nationalbank unter jenen Schulden nicht mit inbegriffen sei, über welche das durch das Gesetz vom 24. December 1867 (Reichsgesetzblatt 1868 Nr. 3) und den Gesetzartikel XV vom Jahre 1867 zu Stande gekommene Uebereinkommen getroffen wurde, so werden die Länder der ungarischen Krone 30 Percent der Achtzig-Millionen-Schuld übernehmen. Im entgegengesetzten Falle **werden die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder die Achtzig-Millionen-Schuld allein zu tragen haben.** (Bewegung.)

In der Erwartung, daß die Verhandlungen mit der Nationalbank bis dahin beendigt sein werden, beabsichtigt die Regierung, Ihnen den Entwurf des **Zoll- und Handelsbündnisses, des Quotengesetzes, die Entwürfe zu den Verzehrungssteuer-Gesetzen, sowie der Bank-Acte und des auf die Achtzig Millionen-Schuld bezüglichen Gesetzes im Laufe des Monats Januar 1877** zur eingehenden Prüfung vorzulegen, und wird die Regierung es sich angelegen sein lassen, daß auch der **Zolltarif** Ihnen **möglichst bald**, jedenfalls aber noch vor Ihrer endgiltigen Schlußfassung über die gesammten Vorlagen vorgelegt werde.

Es wird hierauf die Sitzung um 3 Uhr 45 Minuten geschlossen. — Nächste Sitzung **Freitag** den 24. d. M.

Tagesordnung: 1. Erste Lesung der Regierungsvorlage in Betreff der Pariser Weltausstellung. 2. Fortsetzung der Verhandlung über den Antrag des Abgeordneten Göllerich und Genossen, betreffend die Reform der politischen Verwaltung. 3. Mündlicher Bericht des Legitimations-Ausschusses über Neuwahlen. 4. Zweite Lesung der Regierungsvorlage in Betreff der Executions-Ordnung. 5. Mündlicher Bericht des Petitions-Ausschusses über Beschwerden wegen Ungesetzlichkeiten bei den Landtagswahlen in Dalmatien. 6. Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Erstreckung des Rückzahlungs-Termines für Joachimsthal.

Inland.

Wien, 2. November.

Vom Tage.

Nicht mit der Chiffre P. C., sondern mit der O. M., also in einer Form, für welche Se. Excellenz den Herrn Minister Dr. **Unger** keine Verantwortung trifft, läßt sich die „Pol. Corr." unter dem Gestrigen aus **Pest** schreiben:

„Derjenige würde sich einem großen Irrthum hingeben, der aus dem bisherigen Verlauf der Budget-Debatte auf eine besonders [illegible] Opposition der nicht zur Regierung haltenden Parteien schließen würde. Insbesondere gilt dies bezüglich der unabhängigen liberalen Partei, welche zufällig einen jugendlichen [illegible] und einen parlamentarischen Sonderling ins erste Feuer geschickt hatte. Schon morgen werden bedächtigere Mitglieder dieser Partei Gelegenheit nehmen, zu zeigen, daß die unabhängigen Liberalen ihre Opposition lediglich auf die volkswirthschaftlichen Fragen beschränken, in Bezug auf die allgemeine Politik aber zu der Regierung noch immer in dem nämlichen Verhältniß stehen wie vor dem Austritte aus der großen liberalen Regierungspartei. Die „Unabhängigen" würden in der That in die größte Verlegenheit gerathen, wenn an sie die Aufgabe heranträte, die Leitung der Staatsgeschäfte selbst in die Hand zu nehmen. Sie wüßten auch für sich keinen bessern Minister-Präsidenten als — **Koloman Tisza.** — Heute verbreitete sich im Hause die Nachricht, Baron **Sennyey** werde zum Budget das Wort ergreifen. Es war ein falscher Lärm; Baron **Sennyey** ist zur Stunde entschlossen, das Wort nicht zu ergreifen. Er erachtet die gegenwärtige Situation nicht für geeignet, die Actionskraft der Regierung zu schwächen. Das würde er auch angesichts der Oeffentlichkeit bekunden, sollte er dem Andrängen seiner Anhänger dennoch nachgeben und gegen die eigene ursprüngliche Absicht in die Debatte eintreten.

Mehr als mit den politischen Angelegenheiten hat die Regierung mit den finanziellen und staatswirthschaftlichen ihre Noth. So ist sie beispielsweise genöthigt, gerade jetzt die **Ostbahnfrage** zur Lösung zu bringen, da der mit der Ostbahn-Gesellschaft abgeschlossene Kaufvertrag unbedingt vor Jahresschluß ratificirt werden muß. Morgen wird der Eisenbahn-Ausschuß die letzte Entscheidung zu treffen haben, da die für heute angesagte Ausschuß-Sitzung nicht abgehalten werden kann, weil die Minister von 6 Uhr ab Ministerrath halten. Die Annahme des Kaufvertrages durch den Ausschuß und auch durch die überwiegende Majorität des Plenums steht außer Zweifel. Aber ebensowenig zweifelhaft ist es, daß bei dieser Gelegenheit wieder einmal die bekannten [illegible] Nebenumstände, die an der Ostbahnfrage haften, zur öffentlichen Besprechung gelangen. Schon im Ausschusse wird eines der angesehensten Mitglieder den Antrag stellen und wohl auch durchbringen, daß die Kaufangelegenheit von den übrigen Momenten getrennt und die Staatsregierung beauftragt werde, das Regreß[illegible] in der Ostbahn-Angelegenheit fortzusetzen oder, besser, [illegible] in Angriff zu nehmen."

Wir begreifen, daß der Herr Preßminister für den Inhalt dieses Briefes keine Verantwortung übernehmen will, da es ihm sicher schwer fiele, namentlich [illegible] ersten Theil desselben die Bürgschaft zu übernehmen.

Parlamentarisches.

In der heute Abends abgehaltenen Sitzung des **Budget-Ausschusses** ereignete sich folgender Zwischenfall: Nach Erledigung des Voranschlages über das Capitel „Staatsschuld" nahm der Finanzminister **de Pretis** das Wort, um einer Bemerkung, welche Abgeordneter Ed. **Sueß** in der vorgestrigen Sitzung des Clubs der Linken gemacht habe, Erwähnung zu thun. Professor **Sueß** habe gesagt, daß die Rente so niedrig stehe, wie in den Tagen vor Königgrätz. Er halte sich als Finanzminister verpflichtet, dies zu widerlegen. Der Finanzminister legt sodann eine Berechnung vor, welche zeig

Fortsetzung in der Beilage.

Kein zweiter Dichter hat die einsamen Schauer und Wonnen des Hochgebirges, Luft und Duft und drüber hin den Geier und über dem unendlichen Meer den müden Schmetterling, keiner hat die Stimmen des Windes, das Rauschen der Wellen so ins Wort gezwungen wie Lenau. Sein Auge hatte den teleskopischen Blick und den Nachblick für das Concrete.

Lenau ist kein bequemer Dichter. Er ist für sich selber nicht bequem. Sein trotziger Denkmuth sagt im Gegensatz zum Sprichwort: Was ich nicht weiß, das macht mich heiß. Er hat den tiefsten Schmerz gesungen, aber gesungen. Nie hat er sich den Aufschrei der Empfindung gestattet, der noch der chaotische, man darf sagen: der rein materielle ist, er hat das Weh melodisch articulirt, er hat den in den Naturlaut eingedrängten Gefühls-Inhalt zu idealen Formen ausgegliedert, denn er war ein Dichter, eine Künstlerseele. Man malt nicht und man meißelt nicht die Thräne, aber das schmerzdurchbebte Antlitz. Denn die Kunst ist die verklärte, die ausgeklärte Natur.

Fragmentarisch, jäh abgerissen steht das Bild des Dichtergeistes vor uns, aber wie Wenige kommen zum vollerschöpfenden Ausdrucke ihres Genius! In der Geschichte der deutschen Tonkunst finden sich, man könnte sagen: willkürliche Erscheinungen: es würde keine Lücke wahrgenommen, wenn sie fehlten. In Lenau ist ein integrirender Bestandtheil der deutschen Empfindungsgeschichte zu dichterischer Erscheinung gekommen. Er ist ein Mehrer des deutschen Geistesreiches, das keine politischen Grenzen hat.

Man kann die Mängel seiner Dichtung — unterbrochene Schrittmäßigkeit der Empfindung, Gewaltsamkeit in einzelnen Aufnahmen und Ausführungen — voll erkennen, und doch wird der Schluß lauten: Lenau war einer der größten lyrischen Dichter deutscher Nation. Er war nicht, er ist!

Ich schließe — heute am Todestage Spinoza's — mit den Worten, die ich an jenem Frühlingstage zu Lenau sprach: Unser Wissen ist Wissen vom Leben . .

Ja! Lenau lebt, lebt fort unvergänglich im Geiste der deutschen Nation, im Geiste der Menschheit!

Nr. 323. Wien, Mittwoch 22. November 1876. **XXX. Jahrg.**

Das Fremden-Blatt erscheint **täglich.**

Man pränumerirt Wollzeile Nr. 4.

Ganzjährig 16 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 8 fl. „ „
Vierteljährig 4 fl. „ „
Monatlich 1 fl. 40 kr. „ „
ohne Zustellung.

Annoncen für das **Fremden-Blatt** übernehmen in **Frankreich**

Fremden-Blatt.

(Morgen-Blatt.)

Redaktions-Bureau Wollzeile Nr. 17.

Abonnement für die Provinz
Ganzjährig 20 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 10 fl. „ „
Vierteljährig 5 fl. „ „
Monatlich 1 fl. 70 kr.
Einzelne Blätter 6 kr.

ausschließlich **Havas Laffite & Co.** in Paris.

Wien, 21. November.

Graf Andrassy ist heute von Pest nach Wien zu mehrtägigem Aufenthalt gekommen; der Marquis von Salisbury konferirt in Paris mit dem Duc Decazes und schickt sich an, nach Berlin zu reisen, Fürst Bismarck wird angeblich in der deutschen Hauptstadt erwartet — die Diplomatie zeigt auch äußerlich, daß sie gegenwärtig viel zu thun hat, und man muß nur wünschen und hoffen, daß der innere Werth ihrer Leistungen mit dem äußeren Apparat, der aufgeboten wird, in Uebereinstimmung stehe. Die Pause, die bis zur Konferenz verlaufen muß, wird, wie landesüblich, durch Sensations-Nachrichten ausgefüllt. Das Unbedeutendste muß dazu dienen, gewaltige Kombinationen zu unterstützen. Das österreichische Pferde-Ausfuhrverbot, das wir vor einigen Tagen in Aussicht gestellt und das seine Rechtfertigung in der entsprechenden Maßregel Rußlands, in der Nothwendigkeit einer wirthschaftlichen Repressalie seine Begründung findet, wird gewiß in gleicher Weise ausgebeutet werden.

Trotz der vielfältigen Prophezeiungen, trotz der Sensations-Nachrichten, die man mit unermüdlichem Eifer in die Welt setzt, sind wir der Ueberzeugung, daß die Konferenz zusammentreten werde. Bis es möglich sein wird, die Diplomaten um den grünen Tisch zu versammeln, wird freilich noch einige Zeit verstreichen müssen, vor dem 2. oder 3. Dezember wird die Konferenz kaum zusammentreten können, ja ein uns von guter Quelle zugehendes Telegramm aus Konstantinopel gibt der Meinung Ausdruck, daß die Konferenz erst in der zweiten Dezemberwoche sich versammeln werde. Es sind ja sogar noch Personalfragen zu lösen, ist es zum Beispiel ja auch noch nicht definitiv entschieden, ob Oesterreich-Ungarn durch einen oder durch zwei Bevollmächtigte vertreten sein wird und wer eventuell dieser zweite Bevollmächtigte zu sein hätte. Diese Frage wird erst jetzt, nachdem Graf Andrassy zurückgekehrt ist, entschieden werden können. Wenn die Konferenz zusammengetreten sein wird, so wird das Mittel gegeben sein, um den Frieden zu erhalten, wenn er noch zu erhalten ist. Wir geben diese Hoffnung noch nicht auf, wenn die Mächte und ihre Vertreter es verstehen, den Klippen, die manche nebensächliche Frage in sich birgt, zu entrinnen und auf den Kern der Sache loszugehen. Es handelt sich um zwei Dinge: um die den Christen in den drei Nordprovinzen der Türkei zu gewährenden Reformen, um die Garantien zur Sicherstellung dieser Reformen. Was den ersten Punkt betrifft, so glauben wir, bedarf er keiner ausführlicheren Begründung, selbst die talentvollen Männer aus dem Phanar, die unter der Oberleitung Savfet Paschas die auswärtige Politik des ottomanischen Reiches dirigiren, bestreben sich nicht mehr, die Mißwirthschaft in diesen Provinzen zu rechtfertigen. Die Frage reduzirt sich unseres Erachtens darauf, wie der Wiederkehr ähnlicher Vorfälle wie in Bulgarien vorzubeugen und den Christen dieser Provinz, sowie Bosniens die Sicherheit des Lebens, des Eigenthums und der Ehre zu gewähren, wie erträgliche Zustände zu ihren Gunsten zu schaffen wären. Wir glauben, daß die Diplomatie sich ein Armuthszeugniß ausstellte, wenn es ihr nicht gelänge, die Formel zur Lösung dieser Frage zu finden.

Es will uns scheinen, daß diese Formel einen internationalen Charakter an sich tragen muß. Wir vermögen den präzisesten Versprechungen der Pforte keinen großen Werth beizulegen. Wir bezweifeln keineswegs deren guten Willen, aber sie *kann* nicht reformiren, wie sie möchte. Ganz abgesehen von den lokalen Schwierigkeiten, die existiren, bildet der muselmännische Fanatismus ein für die Pforte nahezu unüberwindliches Hinderniß. Sie besitzt auch gar nicht den Apparat, um ihre in der vollsten Aufrichtigkeit gegebenen Reformversprechungen durchzuführen. Es will uns daher scheinen, als ob eine der Hauptaufgaben der Konferenz darin bestehen müßte, der Pforte diese Möglichkeit zu gewähren, ihr eventuell den Apparat an die Hand zu geben, damit sie ihren Versprechungen gerecht werden könne. Was *wir* sehen, kann ja auch der Diplomatie nicht entgehen. Die Garantie, die sie den Christen des Orients, die sie dem christlichen Europa schuldig ist, kann nur in der Schaffung eines internationalen Aktes bestehen, der die Pforte zur Durchführung der vereinbarten Reformen vertragsmäßig verpflichtet und den Mächten das Recht zur Exekution einräumt, wenn diese Reformen innen einer gewissen Frist nicht durchgeführt sind. Das Argument, das man diesem Vorschlag entgegenhalten kann, die Rücksicht auf die Unabhängigkeit der Türkei können wir nicht gelten lassen. Wir finden es von der Pforte begreiflich, daß sie sich gegen ein, eine europäische Einmischung stabilirendes Projekt, gegen eine europäische Ueberwachungs-Kommission, die dessen Folge sein könnte, sträubt, aber die Argumente, die sie ins Gefecht zu führen vermag, werden, mit so großem Talent sie auch verfochten werden mögen, Niemanden überzeugen, weil sie nicht stichhaltig sind. Die Türkei ist allerdings durch den Pariser Vertrag in das europäische Konzert aufgenommen worden, aber der Pariser Vertrag enthält auch einen Artikel, in dem der Welttheil von dem Versprechen des Sultans, seinen christlichen Unterthanen die längst versprochene Gleichberechtigung zu gewähren, befriedigende Kenntniß nimmt. Dieser Artikel, der Hati-Humayum, auf den er sich beruft, sind todte Buchstaben geblieben; unseres Erachtens wäre ein Akt, wie wir ihn zu schildern versuchten, gewissermaßen nur die logische Fortentwicklung der im Pariser Vertrag enthaltenen Ideen. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen hat — die Memoiren des Baron Stockmar zeigen das — vor dem Krimkrieg eine ähnliche Lösung empfohlen, auch er betonte die Nothwendigkeit einer „christlichen" Lösung durch Vereinbarung der Mächte, im Gegensatz zu einer „unchristlichen, unwirksamen" durch ein bloßes, nicht faßbares, nicht exekutirbares Reformversprechen des Sultans. Seit 1854 hat Europa in Bezug auf den Orient viel gelernt und Manches vergessen. Wir hoffen, daß sich das jetzt auf der Konferenz zeigen wird. Wird in diesem Sinne an die Behandlung der großen Krise gegangen, so kann der Friede erhalten bleiben und die russischen Rüstungen werden ihre Wirkung als politische Effektmittel nicht verfehlt haben. Erweist sich die Türkei unnachgiebig, dann ist allerdings der Krieg unvermeidlich, aber sie wird dann allein stehen.

Aufgabe der Presse ist es, in der kurzen Frist, die bis zur Konferenz noch zu verlaufen hat, zur Klärung der Sachlage beizutragen, soweit das an ihr liegt. Sie kann dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie die Dinge so darstellt, wie sie wirklich sind, und nicht hinter der Phrase von der Unabhängigkeit des türkischen Reiches, die Niemand in Frage stellen will, die aber der vollen Ausdehnung nach nicht existirt und seit dem Frieden von Szistow nicht existirt hat, ihre Zuflucht suchen will. Es will uns scheinen, als ob der Zeitpunkt gekommen wäre, in dem es nothwendig ist, das Kind beim rechten Nameu zu nennen.

Reichsrath.

Wien, 21. November.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses galt abermals der Erörterung der Anträge auf theilweise Reform der Verwaltung in Oesterreich. Der Preis fiel diesmal dem Minister des Innern, Freiherrn v. Lasser, zu, welcher in einer zweistündigen Rede die Frage von allen Seiten beleuchtete und das Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf, zur Klärung der verworrenen Schwierigkeiten bisher das Meiste beigetragen zu haben. Der Minister begann seine mit unverbrüchlicher Aufmerksamkeit vernommenen Ausführungen mit der bescheidenen Verwahrung, daß man von ihm keine schöne Rede zu erwarten habe. Wenn man den Werth einer Rede nach der Fülle des in ihr enthaltenen Gedankenmateriales, nach ihrer sachlichen Faßlichkeit und ihrer überzeugenden Logik bemißt, hatte der Minister, der übrigens auch die Heiterkeit des Hauses mehr als einmal wachzurufen wußte, jene Verwahrung durchaus nicht nöthig. Seine Rede zerfiel in drei Theile. Der erste galt der Untersuchung der Beschwerden über die Mißstände der gegenwärtigen Verwaltung. Der Minister leugnete dieselben nicht, warnte aber dennoch vor übertreibenden Tendenzen und erklärte die Parellele mit den älteren Verwaltungszuständen oder mit den Administrations-Verhältnissen im Auslande für durchaus nicht so trostlos, als sie vielfach geschildert wurde. Dieser Theil seiner Ausführungen weckte übrigens eine Replik des Abg. Herbst, welcher dem Minister etlichen Optimismus zum Vorwurfe machte. Im zweiten Theile seiner Ausführungen beschäftigt sich Freiherr v. Lasser mit den mannigfachen im Verlaufe der Debatte laut gewordenen Verbesserungs-Vorschlägen, deren Licht- und Schattenseiten er mit eminenter Sachkenntniß gegen einander abzuwägen wußte. Eine besonders zutreffende Kritik übte er an den Phantasie-Anträgen des Grafen Hohenwart, deren rückschrittliche Tendenz er ins rechte Licht stellte. Er zeigte die praktische Unmöglichkeit einer Staatseinrichtung mit anderthalb Dutzend von

Landesministern; denn auf die Errichtung von Landesministerien also auf die Einschmuggelung des föderalistischen Prinzips in einer seiner extremsten Erscheinungsformen läuft ja die Hohenwart'sche Forderung, es seien die Statthalter den Landtagen verantwortlich zu machen, im Grunde genommen hinaus. Der dritte Theil galt endlich den konkreten Vorschlägen des Ausschusses. Der Minister präzisirte seine Anschauung dahin, daß er sich von denselben manches Gute verspreche, daß er ihre Haupttugend in ihrer Anpaßlichkeit an die gegenwärtigen Zustände erblicke und ihnen den Werth einer Probe beimesse, die genug Chancen des Erfolges verspreche, um die Mühen und Opfer des Versuches zu verlohnen: eine Anschauung, der auch wir wiederholten Ausdruck gegeben haben. Nach dem Minister Lasser sprachen nur noch die Abgeordneten Herbst und Dunajewski als General-Redner. Ersterer bewies mit Geist und Schärfe die Grundlosigkeit der von der Rechten geltend gemachten Kompetenzbedenken und sprach goldene Worte über das unglückselige Streben, auch solche Fragen aus dem Gesichtspunkte der Parteistellung beurtheilen zu wollen, deren objektive Natur Allen Hand in Hand zu gehen gestattet. Abgeordneter Dunajewski reassumirte noch einmal die verschiedenen von der Opposition der Rechten erhobenen Einwände. In der nächsten Sitzung am Freitag hat der Berichterstatter Abgeordneter Göllerich das Schlußwort; dann erfolgt die Abstimmung.

Zum Schlusse der Sitzung interpellirte Abg. Heilsberg den Minister des Innern wegen des angeblichen Erlasses, welcher eine strenge Kontrole der Kundgebungen der Gemeinden in der Ausgleichsfrage und deren Hintanhaltung angeordnet haben soll. Die beifällig aufgenommene Antwort des Ministers lautete kurz und bündig, es sei ihm von einem derartigen Erlasse nichts bekannt. Abg. Steudel interpellirte den Handelsminister in Sachen der Wiener Tramway-Gesellschaft. Sodann verlas Freiherr v. Pretis die Mittheilungen der Regierung über die Entwicklung und den derzeitigen Stand der Ausgleichsverhandlungen, die wir vollinhaltlich an anderer Stelle reproduziren. Bei der Reichhaltigkeit des in dieser Sache in Ungarn sowohl, als hier in die Oeffentlichkeit gedrungenen Materials konnte der Minister keine eigentlich neuen Eröffnungen machen. Die Regierung wollte wahrscheinlich das Abgeordnetenhaus von den Dingen, die auf mannigfachen Wegen ans Licht gedrungen sind, in offizieller, beglaubigter Weise in Kenntniß setzen. Von diesem Standpunkte betrachtet, hat das Exposé der Regierung seinen unbestrittenen Werth.

---

207. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt. — Generaldebatte über die Verwaltungsreform.)

Minister Freiherr v. **Lasser** (fortfahrend).

Was Graf Hohenwart unter den Selfgovernment-Apparaten im Gerichtsbezirke versteht, kann ich mir nicht genau vorstellen. Wäre ich mißtrauisch oder ein Freund von Schlagworten, so würde ich versucht sein, zu sagen: Dabei ist es nicht auf einen kaiserlichen Beamten, dabei ist es auf einen Gaugraf abgesehen, welchem man den kaiserlichen Adler auf die Amtskappe setzen will. (Rufe links: Sehr richtig!) Zum Kapitel des Dualismus übergehend, möchte ich hervorheben, daß Sie aus einer Rede, welche Minister Dr. Unger vor einem halben Jahre gehalten und worin sich derselbe über die Natur des natürlichen und übertragenen Wirkungskreises genauer ausgesprochen hat, entnehmen können, wie sehr die Regierung die Mangelhaftigkeit unserer Gemeindegesetze anerkannt hat. Sie können auch daraus entnehmen, wie die Regierung über den Dualismus und über die demselben anklebenden Mängel grundsätzlich denkt. Die dualistische Gestaltung hat sich bisher oder immer mehr zu einer Separation ausgewachsen, während sie dualistisch sein sollte; in dieser Ausartung liegt der Fehler. Gänzliches Verschmelzen der Statthalterei und des Landesausschusses, wie es von einem Redner angedeutet wurde, würde manche Uebelstände, welche Dr. Waldert auseinandergesetzt hat, beseitigen; es würden viele Kompetenz-Zweifel und Streitigkeiten schwinden und die eigentliche Verwaltung rascher und wohlfeiler werden. Es würde namentlich für autonome Verwaltungen der Vortheil gewonnen werden, daß den getroffenen Entscheidungen rasch die Exekutive nachfolgen wird. Um dieses Vortheiles willen würde ich gegen das Hereinziehen in das Statthalterei-Kollegium keine Einwendung zu machen haben. Aber auf einen Punkt kann ich nicht folgen: das ist die Verantwortlichkeit des Statthalters gegenüber dem Landtage. Die eigentliche Verantwortung eines Regierungs-Beamten gegenüber einem legislativen Körper setzt eine solche Stellung des Regierungsmannes voraus, daß zwischen ihm und der Krone nicht noch ein höherer Regierungsmann steht. Deswegen ist ein solcher Statthalter ein Landesminister. Seine Aktion ist dann losgelöst von der Zentralregierung, und wenn man sich dieses Prinzip bei uns konsequent durchgeführt denkt, haben wir dann 17 Landesregierungsgewalten. Ja, aber wo bleibt dann die Reichsgewalt, wo bleibt dann das Reich? Wenn Graf Hohenwart mir erwidert, ich habe mir darunter keinen Landesminister vorgestellt, gut, dann frage ich ihn als erfahrenen Staatsmann, glaubt er denn, daß man im Stande sei mit 17, einem Anderen verantwortlichen Statthaltern zu regieren? So etwas kann man vielleicht bejahen, so lange man nicht Minister ist. — Ich aber sage es mit aller Bestimmtheit, das wird auch er nicht können, wenn er Minister ist. Ein Statthalter muß dem Minister verantwortlich sein und kann unmittelbar nur ihm verantwortlich sein. Eine Verantwortlichkeit nach einer anderen Richtung heißt gar keine Verantwortlichkeit haben. Eine Verantwortlichkeit hebt die andere auf und Graf Hohenwart wird bei all' seiner Energie und seinem Talente nicht im Stande sein, mit 17 Statthaltern, die ihm nicht verantwortlich sind, zu regieren.

Will man nicht ein Universal-Heilmittel in den Anträgen des Ausschusses finden, sondern begnügt man sich damit, ein Mittel zu erblicken, welches dort, wo es am meisten Noth thut, Abhilfe schafft, will man nicht den bestehenden Organismus in seinen essentiellen Bestimmungen umstoßen und in einer den Totalumsturz vorstellenden Weise durchführen; so wird man nicht finden können, es sei mit den Ausschußanträgen auf ein verwerfliches, unstatthaftes, undurchführbares, nutzloses oder die Kosten nicht lohnendes Auskunftsmittel hingewiesen worden. Ich erblicke darin eine Maßregel, die bei einer vorsichtigen, allmäligen Durchführung sehr nützlich wirken kann und daher wenigstens einer versuchsweisen, partiellen Probe unterzogen werden sollte. Ich sagte, vorsichtig und allmälig. Für das Gelingen der Maßregel ist es sehr wichtig, daß der ewig wiederkehrende Argwohn, als wolle man die berechtigte Autonomie der Gemeinden zu Gunsten der Bureaukratie antasten, sich etwas beruhige und durch die Thatsache selbst wieder allmälig legen werde. Ferner kann man den Werth der Stabilität in der seit vielen Jahren bestehenden Einrichtung des öffentlichen Lebens, besonders in jenen Einrichtungen, die unmittelbar das Leben der Bevölkerung mit dem Behördenleben in Verbindung bringen, nicht hoch genug anschlagen. Jede Neuerung gerade in diesen Sphären wirkt auf die Bevölkerung anfänglich unbequem, belastend, verwirrend, deswegen, weil es etwas Neues ist, weil es etwas Ungewohntes ist, ist bei einer solchen Einführung immer die Bevölkerung zu Mißmuth, zur Bekämpfung, wenigstens zum passiven Widerstand geneigt, so lange, bis sie allmälig praktisch den Nutzen begreift, oder andererseits die an die Wand gemalten oder selbst erfundenen Nachtheile nicht eintreten sieht.

Die Sache ist einer Probe werth und soll dieser Probe allmälig und partiell unterzogen werden. An der Probe selbst wird sich besser, als in jeder theoretischen Auseinandersetzung erkennen lassen, ob und inwieweit sie nützt, ob die Kosten dem Nutzen entsprechen oder nicht. Sie wird aber auch herausstellen, was an den Einrichtungen verbesserungsfähig ist, jedenfalls hat diese Maßregel den hohen Werth, daß sie akkomodirbar ist den Verhältnissen, daß sie theilweise oder ganz auch wieder zurückgezogen werden kann, ohne einen Totalumsturz des Gemeinde- und des Behörden-Organismus zur Folge zu haben.

Wenn Sie den Ausschußantrag, den ich mir immer so zurechtlege, annehmen, so geben Sie mir damit einen sehr schätzenswerthen Fingerzeig, Sie öffnen mir den Weg. Mit einem allgemeinen Antrage: Regierung, sei Du gescheit, ist mir gar nicht geholfen; so weit ich gescheit sein kann, bin ich es schon. (Heiterkeit!) Damit kann ich eben nichts anfangen; wenn Sie mir aber diesen Fingerzeig gewähren wollen, dann werde ich anfangen und ich kann anfangen. Ich werde nämlich die Frage im Detail studiren und werde mir dann einen Zusatz zu dem Gesetze über die politische Verwaltung erbitten, der den Organismus selbst gewiß nicht ändert, der mich nur ermächtigt, diese Probe durch einen kleinen Zubau, der ohne Gefährdung des Ganzen auch wieder herausgenommen werden kann, vorzunehmen. Ich werde mir dann für die partielle Durchführung die nöthigen Mittel zu erwirken suchen und dann kann ich bei allen übrigen im Verordnungswege vorgehen. Ja, Verordnungsweg! Ich weiß nicht, ob ich nicht am besten thue, Ihnen eine Art Punktation vorzulesen, aus der allein Sie entnehmen können, was ich auf Grundlage dieser Voraussetzung im Verordnungswege machen kann. Ich kann nämlich eine solche Bildung des Wirkungskreises für einen Distriktkommissär machen, ohne daß ich dazu irgend einer Aenderung eines Landes- und Gemeindegesetzes bedarf und der doch die volle Aktion eines solchen Mannes ausfüllt und wohlthätig wirken kann, einerseits auf die Gemeinde-Elemente, andererseits auf Uebernahme einiger Geschäfte aus anderen behördlichen Sphären u. dergl. m.

Ich denke mir die Sache so. Im Sitze der Bezirksgerichte werden politische Organe mit der Unterordnung unter die Bezirkshauptmannschaft bestellt. Diese Organe haben hauptsächlich die öffentliche Sicherheit zu handhaben, sie besorgen die staatsanwaltschaftlichen Verrichtungen in Uebertretungsfällen des Strafgesetzes. Dieser Grundsatz wird wahrscheinlich bei Berathungen über das Strafgesetz begreiflicher werden, nämlich die Frage des sogenannten Strafmandats, das von den Gemeinden nicht ausgeführt werden kann. Wegen Abnahme der Strafrechtspflege müssen auch jene Ausnahmen gemacht werden, die ich schon angedeutet habe. Gemeinden welche in dieser Beziehung aktionsfähig sind, will ich nicht von dieser Aufgabe befreit haben, sondern Gemeinden, die bis zu einer gewissen Bevölkerungszahl herunterreichen. Ueberhaupt soll diese Abnahme der Strafrechtspflege den Gemeinden gegenüber nicht überall gleichmäßig vor sich gehen, sondern nur insoweit, als die Gemeinden nicht zu leisten im Stande sind. Ob die erwähnten Kommissäre eine Einflußnahme auf die Gegenstände der autonomen Verwaltung ausüben sollen, bleibt der Landesgesetzgebung vorenthalten. Es wird sich ein Wirkungskreis herausbilden lassen, der den betreffenden Mann so ziemlich beschäftigt. Die Bestellung dieser Kommissäre wird sich durchführen lassen unter Mitwirkung der Reichsverwaltung, ohne im Geringsten das Wesen des behördlichen Organismus der gemeindlichen Einrichtungen zu tangiren. Ich, meine Herren, habe nun das Meinige gethan ich bitte, thun Sie auch das Ihrige. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. v. **Perger**

beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird zum Beschluß erhoben. Die gegen den Antrag eingetragenen Abgeordneten Seidl, Schürer und Dr. Kopp haben sich aus der Liste der Redner streichen lassen. Die Uebrigen, und zwar die Abgeordneten Dunajewski, v. Smarzewski, v. Krzeczunowicz, Wedl, Jasinski, Smolka und Kronawetter wählen den Abg. Dr. Dunajewski zum Generalredner.

Abg. Dr. **Herbst**.

Graf Hohenwart behauptet, daß es nicht ein Gesetz sei, aus welchem der Reichsrath die Kompetenz in Bezug auf die Organisation der Verwaltungsbehörden ableitet, sondern ein usus. Ich glaube, nachweisen zu müssen, daß hier von einem usus ohne abusus nicht die Rede sein kann, sondern blos von einem gesetzlich begründetem Vorgange. Das Staatsgrundgesetz weist nämlich der reichsräthlichen Kompetenz die Gesetzgebung über die Grundzüge der Gerichts- und Verwaltungsbehörden zu. Nun ist mir nicht erklärlich, daß dem Grafen Hohenwart als gewiegtem Verwaltungsbeamten der in der Natur der Sache gelegene Unterschied entgangen ist, daß bezüglich der Organisation der Gerichts- und Verwaltungsbehörden nicht Alles dem Wirkungskreise der Gesetzgebung anheimfällt, sondern eine wesentliche Ingerenz dabei die Exekutive hat, indem die Gesetzgebung bezüglich der Grundzüge dieser Organisation der reichsräthlichen Kompetenz zugewiesen ist; für die Landesgesetzgebung ist kein Platz mehr, denn alles Andere fällt der Exekutive anheim. Das ist die historische Entstehung des Wortlautes des Gesetzes. Der Passus lautete ursprünglich: „Die Organisation der Gerichts- und Verwaltungsbehörden" ohne die Worte „Gesetzgebung über die Grundzüge". Die Aenderung wurde erst vom Herrenhause vorgenommen. Weil also kein Vertretungskörper in das Detail der Organisirung eingreifen kann, deswegen wurden hier blos die Grundzüge festgestellt, und bei dem Zurückgelangen der Vorlagen an das Abgeordnetenhaus erklärte dasselbe, daß diese Fassung mit seinen Intentionen übereinstimme. Es ist also eben hier nur die strikte Ausführung des Staatsgrundgesetzes vorhanden. Es ist dies auch natürlich, weil bei solchen Organisirungen die finanzielle Frage wesentlich in Betracht kommt, und andererseits doch nicht der eine gesetzgebende Körper, die mit finanziellen Lasten verbundene Gesetzgebung haben kann, während dem anderen blos

die Bewilligung zusteht. Zu den vorgebrachten positiven Mitteln übergehend, bemerkt Redner, daß er von jeher für die Bezirksvertretungen eingestanden ist, und weist auf seine Thätigkeit, bezüglich des Zustandekommens des Bezirksvertretungsgesetzes für Böhmen hin.

Meine Auffassung ist im Gegensatz zu der des Ministers die, daß nicht die Regierung die Initiative ergreifen soll, daß man gar nicht an eine Vorlage der Regierung denken kann, wenn nicht der Landtag des betreffenden Landes die Initiative ergriffen hat, und insoferne sehe ich den Antrag des Abgeordneten Scharschmid als eine Verbesserung an. Wenn das Haus dem Ausschußantrage, oder dem Antrag des Abgeordneten Scharschmid beistimmt, so präjudizirt es sich nicht, denn es habe nichts ausgesprochen, was es künftig beschließen wird.

Ich hoffe, daß unter allen Verhältnissen diese Verhandlung zur Klärung der Ansichten beitragen werde, auch dazu, die Anschauung als berechtigt erscheinen zu lassen, daß eine Uniformität auf diesem Gebiete in Oesterreich nicht möglich ist. Sie wird auch die Ueberzeugung schaffen, daß die Landtage keine so gar überflüssigen Dinge sind, sie wird aber auch dazu beitragen, daß wir uns gegenseitig verstehen lernen, daß wir nicht überall Hintergedanken suchen und uns der Ueberzeugung hingeben, daß nicht in Alles der Parteihader hineingetragen werden soll, daß solche Dinge objektiv mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Länder ohne alle Uebertreibung und ohne ein Schlagwort festzuhalten, gewürdigt werden. Wie also der Ausgang sein wird, das wird weniger entscheidend sein, sondern der Umstand, daß diese Frage nicht mehr aus der Welt geschafft werden kann und jedenfalls durch die Länder gelöst werden muß. (Beifall links.)

Ein Antrag des Abg. Dr. Smolka auf Schluß der Sitzung wird abgelehnt.

Abg. **Dr. Dunajewski.**

Die ganze Tendenz des Ausschußantrages scheint dahin zu gehen, die bureaukratische Verwaltung stufenweise dorthin zu führen, wo sie vor sechzehn Jahren mit vieler Mühe verdrängt worden ist. In Galizien wird dieser Antrag schon deshalb ungünstig aufgenommen werden, weil man dort Antipathie hat gegen die bureaukratische Verwaltung, mit Rücksicht auf die Erfahrung, welche das Land bis zur Einführung der neuen Organisation mit einer Bureaukratie gemacht hat, welche aus anderen Provinzen importirt wurde. Wir erkennen die Nothwendigkeit der Reform an, aber wir stoßen auf Hindernisse, deren Beseitigung bis jetzt nicht gelungen ist. Im galizischen Landtage wurden wiederholt Anträge berathen, welche dahin abzielten, der Landesverwaltung mehr Exekutive, mehr Kontrole über die Gemeinden zu verschaffen. Alle diese Anträge scheiterten nicht an dem Willen des Landes, nicht an dem des Landtages, sondern an einem Irrthume und Fehler, von welchem die Regierung in Bezug auf die Auffassung der autonomen Angelegenheiten nicht freigesprochen werden kann.

Redner polemisirt hierauf in ausführlicher Weise gegen die Abg. Zaklinski und Microszewski.

Die Frage der Verantwortlichkeit der Statthalter behandelt Redner des Weitern und meint, man solle sich nicht durch große Worte schrecken lassen und eine Sache, die der Erwägung würdig sei, untersuchen. Es werde nichts weiter verlangt, als daß es dem Landtage zustehe, vor einem unabhängigen Gerichte den Statthalter zu verklagen, falls er Landesgesetze verletzt oder das Landesbudget nicht einhält, und wenn derartige Einrichtungen nirgends vorkämen, so wäre es kein Unglück für uns, wenn wir einmal originell wären. Nichtsdestoweniger sind derartige Bestimmungen in allen Ländern vorhanden und, abgesehen von England, sei das französische Beispiel hier anregend. Ergründen Sie das Wesen der Länder, dann werden Sie den Weg zu einer gründlichen Reform der Verwaltung finden. (Beifall rechts.)

Präsident

theilt mit, daß der Handelsminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung eines Kredites von 700.000 fl. für die offizielle Betheiligung bei der Weltausstellung in Paris, eingebracht habe.

Zur Verlesung gelangt nachstehende, vom Abg. Dr. Heilsberg und Genossen an den Minister des Innern gerichtete Interpellation: „Seit einigen Tagen verlautet, es sei durch die k. k. Regierung ein Zirkular an die Statthalter erlassen worden, welches die Beschränkung des Petitionsrechtes (dermalen bezüglich des ungarischen Ausgleichs) zum Zwecke hatte, in Folge dessen die politischen Behörden bei den Gemeinde- und Bezirksvertretungen derartige Petitionen als angeblich nicht zur Kompetenz gehörig verhindern, eventuell sistiren sollen. Die Gefertigten stellen an die k. k. Regierung die Anfrage: 1. Ist ein derartiges Zirkular erlassen worden? 2. Im bejahenden Falle, wie vermag die k. k. Regierung ein solches Zirkular zu rechtfertigen gegenüber dem Artikel 12 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R.-G.-B. Nr. 142."

Minister des Innern Freih. v. **Lasser.**

Ich bin in der Lage, sofort zu antworten mit dem einfachen Bemerken, daß mir von dem ganzen Zirkulare nicht Ein Wort bekannt ist. (Beifall links und im Zentrum.)

Nunmehr folgt eine an anderer Stelle mitgetheilte Interpellation des Abg. Steudel an den Handelsminister in Sachen der Wiener Tramway-Gesellschaft, sowie die gleichfalls an anderer Stelle reproduzirte Erklärung des Finanzministers v. Pretis.

Es wird hierauf die Sitzung um 4 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Freitag 24. d. M.

Offizielles über den Ausgleich.

Zum Schlusse der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm Freiherr v. Pretis das Wort und verlas das Exposé der Regierung über die Entwicklung und den derzeitigen Stand der österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen. Dasselbe lautet wie folgt: „Als in der ersten Sitzung beim Wiederzusammentritte dieses hohen Hauses ich die Ehre hatte, Ihnen das Finanz-Exposé vorzulegen, erlaubte ich mir zugleich beizufügen, daß wir uns vorbehalten, Ihnen über die mit der ungarischen Regierung gepflogenen Ausgleichsverhandlungen nähere Mittheilungen zu machen. In Erfüllung dieser Zusage beehre ich mich, Ihnen im Namen der k. k. Regierung über die besagten Verhandlungen, welche sich bis in die allerneueste Zeit fortgesponnen haben, Nachstehendes mitzutheilen:

Die königlich ungarische Regierung hat bereits am 30. Mai 1875, von dem im Art. 22 des Zoll- und Handelsbündnisses vom 24. Dezember 1867 begründeten Rechte Gebrauch machend, Unterhandlungen zum Behufe von Abänderungen dieses Bündnisses in Antrag gebracht und diesen ihren Antrag damit begründet, daß die Durchführung einzelner Artikel des Zoll- und Handelsbündnisses die Staatseinnahmen Ungarns insoferne beeinträchtige, als dem ungarischen Aerar die indirekten Steuerbeträge der aus Oesterreich nach Ungarn importirten und den Export Ungarns nach Oesterreich weit übersteigenden Quantitäten, besonders von Zucker und Bier, entgehen. Ferner glaubte die ungarische Regierung, daß der theils inzwischen bereits erfolgte, theils demnächst bevorstehende Ablauf der internationalen Handels- und Zollverträge die geeignetste Gelegenheit biete, die Prinzipien der zu befolgenden Handelspolitik in einer, auch Ungarns volkswirthschaftliche Interessen wahrenden Weise festzusetzen. So sehr dieses letztere Begehren als ein Postulat des einheitlichen Zollgebietes in der Natur der Verhältnisse begründet erkannt werden mußte, so durfte die k. k. Regierung doch Anträgen nicht zustimmen, welche neben der Festsetzung von Finanzzöllen zur Hebung des Zollerträgnisses bei jenen Tarifpositionen, welche schutzzöllnerischer Natur sind, auf eine Herabminderung bis mindestens fünf Perzent des Werthes gerichtet waren. Ebensowenig konnte die Regierung dem Anspruche auf einen Theil der unserer Reichshälfte gesetzlich zukommenden Erträgnisse der Verzehrungssteuern zustimmen.

Ueberhaupt aber mußte die Regierung an dem meritorischen Zusammenhange des Zoll- und Handelsbündnisses mit dem Quotengesetze festhalten und jede Vereinbarung ablehnen, welche diesen in den Ausgleichsgesetzen begründeten Konnex zerstört hätte.

Da die auf diese Weise eingeleiteten Unterhandlungen nicht zum Ziele führen konnten, hat die ungarische Regierung im Sinne des Artikel 22 des Zoll- und Handelsbündnisses vom 24. Dezember 1867 mit Schreiben vom 29. November 1875 das Zoll- und Handelsbündniß mit 1. Dezember 1875 gekündigt und zugleich ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, sofort wegen Abschluß eines neuen Uebereinkommens in Verhandlung zu treten.

In Folge dessen wurden in den ersten Tagen dieses Jahres zwischen beiden Regierungen Unterhandlungen eröffnet. Hiebei einigte man sich zunächst darüber, daß nicht nur das Zoll- und Handelsbündniß allein, sondern im untrennbaren Zusammenhange hiemit auch die einer Erneuerung noch weiter unterworfenen Theile des Ausgleichs, nämlich das Quotengesetz vom Jahre 1867, in Verhandlung zu ziehen seien, und daß alle in dieser Richtung zu treffenden Vereinbarungen, einschließlich der im Jahre 1867 gesetzlich nicht geregelten Bankfrage, gleichzeitig zur legislativen Schlußfassung gebracht werden müssen. Da diese umständlichen Verhandlungen, deren Ergebniß ich sofort die Ehre haben werde Ihnen mitzutheilen, sich bis in die jüngste Zeit erstreckten, und den Vertretungskörpern jedenfalls die nothwendige Zeit zur reiflichen Prüfung desselben vorbehalten werden mußte, war es geboten, die Ablaufsfrist des gegenwärtigen Zoll- und Handelsbündnisses zu verlängern und es hat die ungarische Regierung mit unserer Zustimmung die Erklärung abgegeben, daß die für den 1. Dezember 1875 gegebene Kündigung als für den 1. Juli 1876 geschehen zu betrachten sei.

Die Ergebnisse der zwischen den beiden Regierungen gepflogenen Verhandlungen sind im Wesentlichen folgende: Das bestehende Zoll- und Handelsbündniß soll auf weitere zehn Jahre, jedoch ohne Zulässigkeit einer früheren Lösung erneuert werden, wobei im Wesen die gegenwärtigen im Gesetze vom 24. Dezember 1867 enthaltenen Vereinbarungen aufrecht erhalten wurden.

Durch eine besondere, gleichfalls den Vertretungskörpern vorzulegende Vereinbarung soll das Verhältniß der Aktien-Gesellschaften, Versicherungs-Gesellschaften und Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften, welche ihre Wirksamkeit auf das andere Ländergebiet ausdehnen, unter Zugrundelegung des Prinzipes ihrer vollständigen Gleichstellung und Behandlung als inländische Gesellschaften geregelt werden.

Weiter haben sich die beiden Regierungen über einen Entwurf eines allgemeinen Zolltarifes für das österreichisch-ungarische Zollgebiet geeinigt, welcher zugleich als Minimal-Zolltarif für die bevorstehende Erneuerung der internationalen Handelsverträge maßgebend sein wird.

Hiebei sind die beiden Regierungen bestrebt gewesen, einerseits durch Erhöhung der Zölle für gewisse Konsumtionsartikel die gemeinsamen Einnahmen zu steigern, andererseits einigen Industriezweigen jenen Zollschutz zu sichern, dessen dieselben behufs ihrer Kräftigung und weiteren Entwicklung unbedingt bedürftig erscheinen. Auch wurde vereinbart, daß bei Durchführung der Zolltarifs-Reform die Einhebung der Zölle in Gold eintreten werde. Die Vorlage dieses revidirten Zolltarifes wird gleichzeitig mit den internationalen Handelsverträgen, welche Abmachungen über Zollsätze enthalten, den Legislationen vorgelegt werden, damit dieselben ein vollständiges Bild der von der österreichischen Monarchie künftig einzuhaltenden Handelspolitik erlangen.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß der englische und der französische Handelsvertrag unsererseits gekündigt wurden und am 31. Dezember 1876 ablaufen, erschien es nothwendig, für die nächste Zeit eine provisorische Vorsorge zu treffen, um die freundschaftlichen Verkehrsbeziehungen mit diesen beiden Staaten aufrecht zu erhalten. Es ist die provisorische Verlängerung des französischen Handelsvertrages und der Abschluß eines Vertrages mit einjähriger Dauer lediglich auf dem Fuße der Meistbegünstigung mit Großbritannien in Aussicht genommen worden. Die Regierung wird Ihnen den erfolgten Abschluß dieses Vertrages sofort mittheilen und hofft in kürzester Zeit die Zustimmung der gesetzgebenden Körper zu diesen transitorischen Abmachungen in Anspruch nehmen zu können. Die Regierung gibt sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die demnächst zu eröffnenden Vertragsverhandlungen mit Deutschland in nicht ferner Zeit zu dem erwünschten Abschlusse führen werden.

Ueber die Zuckersteuer und die Branntweinsteuer sind Gesetzentwürfe vereinbart worden, welche an das heutige Besteuerungssystem sich anschließend und ohne die diesen wichtigen Produktionszweigen so wünschenswerthe freiere Bewegung zu beirren, doch das Erträgniß dieser Steuerzweige insofern zu sichern bestimmt sind, als das Verhältniß zwischen der Steuerzahlung und der bei der Ausfuhr zu gewährenden Restitution in einer den Umständen angemessenen Weise geregelt wird. Zugleich wird in dem Gesetzentwurfe für die Branntweinsteuer den an der Brennerei wesentlich betheiligten landwirthschaftlichen Interessen in höherem Maße als bisher Rechnung getragen, während die Einführung der fakultativen Produktensteuer die vortheilhafte Verwendung von Erzeugungsstoffen minderer Qualität möglich machen soll.

In Konsequenz der Erhöhung des Petroleum-Zolles ist die Einführung einer innern Verbrauchs-Abgabe für Mineralöle vereinbart worden.

In Ansehung der Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten wurde unter unveränderter Fortdauer des gegenwärtigen Bezuges [illegible] Verzehrungssteuern, sowohl das bisherige Quotenverhältniß, als der [illegible] Steuer-Restitutionen von dem gemeinsamen Zollerträgnisse beibehalten. Da jedoch die Ausfuhrsverhältnisse, namentlich in Bezug auf Zucker, sich seit [illegible]

Jahre 1867 wesentlich verändert haben, so erschien es in der Billigkeit gelegen, in der Zurechnung der für Zucker, Branntwein und Bier aus den Zollerträgnissen geleisteten Restitutionssummen eine Aenderung in der Art eintreten zu lassen, daß diese Zurechnung nach dem beiderseitigen Produktions-Verhältnisse stattzufinden habe.

Zum Zwecke der Lösung der Bankfrage haben die Regierungen auf Grund des in jeder Richtung aufrecht zu erhaltenden Prinzipes der Einheit der Note den Entwurf eines Bankstatuts und eines Reglements ausgearbeitet, über welchen durch die am 23. Oktober erfolgte Mittheilung an die Nationalbank die gegenwärtigen schwebenden Verhandlungen eröffnet worden sind.

Mit der Bankfrage muß aber auch die Frage der Achtzig-Millionen-Schuld an die Nationalbank zum endgiltigen Austrage gebracht werden. Da über die Frage, ob die Länder der ungarischen Krone zur Tilgung dieser Schuld mitverpflichtet sind, eine Einigung zwischen den beiden Regierungen nicht erzielt werden konnte, so soll dieselbe vermöge einer zwischen beiden Regierungen vereinbarten Gesetzesvorlage Deputationen, welche von den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften zu wählen sein würden, zur Erörterung und Antragstellung vorgelegt werden. Für den äußersten Fall, daß auf diesem Wege übereinstimmende Beschlüsse der beiden Vertretungskörper nicht erzielt werden würden, soll die questio facti, ob die im §. 4 des am 3. Jänner 1863 zwischen dem damaligen k. k. Finanzministerium und der privilegirten österreichischen Nationalbank abgeschlossenen Uebereinkommens erwähnte Staatsschuld von achtzig Millionen unter jenen Staatsschulden mitinbegriffen sei, über welche das durch das Gesetz vom 24. Dezember 1867 und den Gesetzartikel 15 vom Jahre 1867 zu Stande gekommene Uebereinkommen getroffen wurde, einem Schiedsgerichte zur Entscheidung vorgelegt werden. Wird durch übereinstimmende Gesetze oder durch die Entscheidung des Schiedsgerichtes ausgesprochen, daß die Schuld von 80 Millionen Gulden an die privilegirte österreichische Nationalbank unter jenen Schulden mitinbegriffen sei, über welche das durch das Gesetz vom 24. Dezember 1867 (R.-G.-Bl. 1868 Nr. 3) und den Gesetz-Artikel 15 vom Jahre 1867 zu Stande gekommene Uebereinkommen getroffen wurde, so werden die Länder der ungarischen Krone dreißig Perzent der Achtzig-Millionen-Schuld übernehmen. Im entgegengesetzten Falle werden die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder die Achtzig-Millionen-Schuld allein zu tragen haben. (Bewegung.)

In der Erwartung, daß die Verhandlungen mit der Nationalbank bis dahin beendigt sein werden, beabsichtigt die Regierung, Ihnen den Entwurf des Zoll- und Handelsbündnisses, des Quotengesetzes, die Entwürfe zu den Verzehrungssteuer-Gesetzen, sowie der Bankakte und des auf die Achtzig-Millionen-Schuld bezüglichen Gesetzes im Laufe des Monats Jänner 1877 zur eingehenden Prüfung vorzulegen, und wird die Regierung es sich angelegen sein lassen, daß auch der Zolltarif Ihnen möglichst bald, jedenfalls aber noch vor Ihrer endgiltigen Schlußfassung über die gesammten Vorlagen vorgelegt werde.

Wien, 21. November.

Man liest in der „Pol. Korr.“: „Seit einiger Zeit ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß in manchen Theilen der österreichisch-ungarischen Monarchie, und zwar insbesondere in der ungarischen Reichshälfte, die Ausfuhr von Pferden nach dem Auslande in solchem Maße überhand nimmt, daß, ganz abgesehen von der Rücksicht auf die Erhaltung der Wehrkraft der Monarchie, die Gefahr einer schweren Schädigung der bezüglichen Landestheile durch weitgehenden Verlust des Zucht- und Arbeitsmaterialies als vorhanden erkannt werden mußte. Um dieser Gefahr vorzubeugen, ist der Beschluß von beiden Regierungen gefaßt worden, die Ausfuhr von Pferden zu verbieten.“ — Wir hatten bereits vergangenen Freitag gemeldet, daß dieser Beschluß unmittelbar zur Ausführung kommen werde. Sie trägt, wie man aus dem Vorstehenden sieht, den Charakter einer Sicherheitsmaßregel ebensowohl wie den eines national-ökonomischen Aktes.

Man schreibt der „Pol. Korr.“ aus Pest, 20. November: „Man würde sich einem großen Irrthum hingeben, wollte man aus dem bisherigen Verlauf der Budgetdebatte auf eine besonders heftige Opposition der nicht zur Regierung haltenden Parteien schließen. Insbesondere gilt dies von der unabhängigen liberalen Partei, welche zufällig einen jugendlichen Heißsporn und einen parlamentarischen Sonderling ins erste Feuer geschickt hatte. Schon morgen werden bedächtigere Mitglieder dieser Partei Gelegenheit nehmen, zu zeigen, daß die unabhängigen Liberalen ihre Opposition lediglich auf die volkswirthschaftlichen Fragen beschränken, in Bezug auf die allgemeine Politik aber zu der Regierung noch immer in dem nämlichen Verhältniß stehen wie vor dem Austritte aus der großen liberalen Regierungspartei. Die „Unabhängigen“ würden in der That in die größte Verlegenheit gerathen, wenn an sie die Aufgabe heranträte, die Leitung der Staatsgeschäfte selbst in die Hand zu nehmen. Sie wüßten auch für sich keinen besseren Ministerpräsidenten als — Koloman Tisza. — Heute verbreitete sich im Hause die Nachricht: Baron Sennyey werde zum Budget das Wort ergreifen. Es war ein falscher Lärm; Baron Sennyey erachtet die gegenwärtige Situation nicht für geeignet, die Aktionskraft der Regierung zu schwächen.

Mehr als mit den politischen Angelegenheiten hat die Regierung mit den finanziellen und staatswirthschaftlichen ihre Noth. So ist sie beispielsweise genöthigt, gerade jetzt die Ostbahnfrage zur Lösung zu bringen, da der mit der Ostbahngesellschaft abgeschlossene Kaufvertrag unbedingt vor Jahresschluß ratifizirt werden muß. Morgen wird der Eisenbahnausschuß die letzte Entscheidung zu treffen haben, da die für heute angesagte Ausschußsitzung nicht abgehalten werden kann, weil die Minister von 6 Uhr ab Ministerrath halten. Die Annahme des Kaufvertrages durch den Ausschuß und auch durch die überwiegende Majorität des Plenums steht außer Zweifel. Aber ebensowenig zweifelhaft ist es, daß bei dieser Gelegenheit wieder einmal die bekannten peinlichen Nebenumstände, die an der Ostbahnfrage haften, zur öffentlichen Besprechung gelangen.“

Das kaiserlich deutsche Telegraphenamt hat jetzt endlich in Bezug auf die famose Verspätung des Ultimatums-Telegramms, welche auch so schwer empfunden wurde, an die Berliner „Nationalzeitnng“ olgende Zuschrift erlassen:

„Die „National-Zeitung“ hat in ihrer Nummer 515 eine, wie hervorgehoben wird, unter offiziellem Zeichen in der „Wiener Abendpost“ enthalten gewesene Erklärung wiedergegeben, welche die Erhebung einer Beschwerde über die Verspätung eines auf das russische Ultimatum bezüglichen Telegramms aus Berlin an das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau in Wien in Aussicht stellt. Obschon diese Beschwerde seither noch nicht angebracht worden ist, haben dennoch eingehende Erhebungen über die fragliche Angelegenheit stattgefunden und hat sich dabei herausgestellt, daß das in Rede stehende Telegramm thatsächlich in Folge einer augenblicklichen Leitungsstörung eine Verzögerung von geringer Dauer erlitten hat, im Uebrigen aber in der Reihenfolge befördert worden ist, welche sowohl nach dem bestehenden inländischen Bestimmungen, als auch nach den internationalen Verträgen durch die Zeit der Aufgabe, beziehungsweise die übrigen in Wien und Berlin bereits vorliegenden anderen Telegramme bedingt war. Das Telegramm war als ein dringendes nicht bezeichnet, konnte von dem Aufgeber als solches auch nicht bezeichnet werden, weil Oesterreich dringende Telegramme bis jetzt nur im Transit zugelassen hat. Der verehrlichen Redaktion stellt das General-Telegraphenamt ergebenst anheim, von dieser Mittheilung den ihr geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen. Budde.“

Man kann es nur lebhaft bedauern, daß diese Leitungsstörung gerade in einem so interessanten Augenblicke eingetreten ist.

Ueber die russischen Kriegsvorbereitungen schreibt man aus Odessa, 17. November:

„In den letzten 48 Stunden ist beschlossen worden, die Zahl der Batterien zu vermehren. Man requirirte bei 800 Arbeiter und hofft die supplementären Arbeiten rasch zu Ende führen zu können. Bis jetzt sind bereits kasemattirte Batterien im sogenannten Quarantaine-Hafen, am Peresip, und längs des Ufers am Landgute des Herrn Depp errichtet worden. Es wurden 78 große Geschütze in denselben placirt. Zum Kommandanten sämmtlicher Odessaer Hafenbefestigungen ist Kontre-Admiral Tschichatschoff, Adjutant des General-Admirals Großfürsten Konstantin, ernannt worden. Die Gesellschaft „für Unterstützung Verwundeter“ hat dem bekannten Fürsten Tscherkaßki den Auftrag ertheilt, Holzbaracken für je 20, 50, 100 und 200 Betten erbauen zu lassen, um seinerzeit die Evakuirung der größeren Spitäler bewerkstelligen zu können. Die Rüstungen konzentriren sich jetzt immer näher der Grenze zu. In Bender soll ein befestigtes Lager errichtet werden. In Tiraspol werden Erdwerke aufgeführt. In Chotin sind 300 Oefen zur Bereitung von Zwieback erbaut worden. Es steht nunmehr fest, daß die Don'schen Kosaken der Süd-Armee unter ihrem Ataman-Stellvertreter beigegeben werden sollen. Die Mobilisirung aller drei Altersklassen der Don'schen Bevölkerung wird in diesem Momente bereits durchgeführt. Die Sanitätswaggons werden in Stand gesetzt, Aerzte und Beamte des Kriegsministeriums sind hier mit der inneren Einrichtung dieser Waggons beschäftigt. Bis jetzt ist ein Train von 300 solcher Waggons zusammengestellt worden. Der Durchgang ausländischer Schiffe durch die Wasserenge von Otschakoff ist untersagt, die Uferpolizei auf Kriegsfuß gesetzt und die Zivilverwaltung auf dieser Strecke in die Hand des Kommandanten der Küsten-Vertheidigungs-Armee gelegt worden.“

Aus Mostar, 10. November, schreibt man über die Vorgänge in der Herzegowina der „Pol. Korr.“:

„Nach einer Verfügung des Kriegsministeriums haben in der Herzegowina nur 7800 Mann zu verbleiben. Alle anderen verfügbaren Truppen sind bereits im Abmarsche nach dem Tuna-Vilajet begriffen. Die meisten Bataillone werden auf dem beschwerlichen Landwege nach Rustschuk geschickt. Zur Fortbringung der Artillerie wird Zugvieh requirirt. Mouhktar Pascha bleibt nur noch kurze Zeit hier, um sich dann ebenfalls nach Schumla zu verfügen, wo ihn eine höhere Stellung erwartet. Die zurückbleibenden Redifs und die einheimischen Baschi-Bozuks werden dazu verwendet, während der Waffenruhe alle Festungen der Herzegowina mit Erdwerken zu verstärken. Namentlich soll Trebinje neue äußere Werke erhalten. Man glaubt nämlich, für den Fall einer Fortsetzung des Krieges mit Montenegro, diesen für die Türken wichtigen Punkt von den Montenegrinern bedroht. In Ragusa werden auch große Quantitäten Proviant für Trebinje aufgekauft. Zum Kommandanten von Trebinje ist Mustapha Pascha ernannt worden. Wegen der Verproviantirung der Festung Niksic im Duga-Passe wurde zwischen Ali Pascha und dem Fürsten von Montenegro viel, aber resultatlos verhandelt. Türkischerseits wollte man die Verproviantirung für zwei Monate durchgeführt wissen, während Montenegro nur zu drei Wochen sich verstehen wollte. Nach Ablauf dieser Zeit sollte abermals eine Sendung von Lebensmitteln in die Festung befördert werden.

Die Montenegriner haben bei Ostrog starke Schanzen errichtet. Sie wollen augenscheinlich von hier aus eventuell in die Herzegowina eindringen. Ueberhaupt meldet Kostaki Pascha, der eben in einer Mission in Cettinje war, daß in Montenegro abermals Kriegsrüstungen im Gange sind.“

Tagesneuigkeiten.

Wien, 22. November.

* (**Vom Hofe.**) Se. Maj. der Kaiser hat gestern Vormittags vor Beginn der allgemeinen Audienzen Se. Durchlaucht den Minister-Präsidenten Fürsten Adolf Auersperg und Mittags 1 Uhr den Nuntius Erzbischof Jacobini in besonderer Audienz empfangen. — Se. k. Hoh. der Herr Erzherzog Wilhelm stattete vorgestern Nachmittags dem Prinzen Don Carlos einen Besuch ab.

* (**Personalnachrichten.**) Der serbische Kriegsminister Nikolics ist in Wien angekommen. — Se. Exzellenz der Senats-Präsident v. Mari-

№ 270 — Kraków, 25 Listopada — Sobota — Rok 1876.

CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	24	6	2·50
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	32	8	3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi [illegible] pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują: W Krakowie: Administracya „Czasu“ [illegible] urzędy pocztowe. Miejscową pren. [illegible] A. Kryzanowskiego, [illegible] dawniej [illegible]. Ogłoszenia (inseraty) przyjmuje się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym) [illegible] raz 10, za każdy następny raz po 5 c. Nadesłane (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca [illegible] drobnym po 30 c. za każdy raz. Dodatki do „Czasu“ (prospekta, cyrkularze, [illegible]) przyjmuje się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się naprzód nadesłać przekazem pocztowym. Ogłoszenia i prenumeratę przyjmują: we Lwowie W. Piatkowski ul. Hetmańska 10; w Paryżu wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 58); w Wiedniu pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

Kraków 24 listopada.

Wcześniejszemi od przemówień cesarza Aleksandra w Moskwie i Petersburgu, są słowa jego powiedziane do lorda Loftusa posła angielskiego, o których tenże zdał z Jałty pod d. 2 b. m. sprawę lordowi Derby, lecz które dopiero teraz zostały ogłoszone. Lord Beaconsfield nie uwzględnił ich wcale w mowie swojej d. 9 b. m. w Guildhall, snać, że nie przywięzywał do nich wagi. Jakkolwiek bowiem oświadczenia monarchy mogą uchodzić za wyraz jego woli, co w państwie autokratycznem nad wszystko inne znaczy, wszelako nie mogą one stanowić podstawy umów międzynarodowych, nie są dokumentami dyplomatycznemi, nie noszą na sobie podpisu ani pieczęci naczelnika rządu, nie dadzą się sprawdzić, bo nie są stenografowane i uwierzytelnione, ani nawet tyle ważne co nota ustna, czyli odczytana a nie zostawiona w odpisie, gdyż nie ma oryginalnego ich tekstu, jak noty ustnej. *Verba volant, scripta manent* tak dobrze w stosunkach prywatnych, jak w międzynarodowych.

W żadnym dotąd akcie dyplomatycznym nie oświadczył rząd rosyjski tego co powiedział Cesarz Aleksander posłowi angielskiemu, że nie ma zamiaru zabrania Konstantynopola, a gdyby był zmuszony zająć część Bułgaryi, to chyba tymczasowo, aż do zawarcia pokoju, któryby zapewnił bezpieczeństwo ludności chrześciańskiej. Natomiast *Wiestnik urzędowy* z d. 22 b. m. ogłosił depeszę ks. Gorczakowa do hr. Szuwałowa w Londynie z d. 7 listopada, w której mówiąc o niepowodzeniach rokowań dyplomatycznych, wykazuje konieczność postawienia kwestyi rękojmi wyżej nad kwestyę całości Turcyi, gdyż tego wymagają same względy ludzkości i pokoju europejskiego. Słowa te mają takie znaczenie, iż rząd rosyjski mając na baczeniu dobro chrześcian i pokój powszechny, dwa zresztą ciągle wywieszane godła, nie będzie się wiązał względami na utrzymanie całości Turcyi i nie bierze odpowiedzialności za dalszy przebieg sprawy wschodniej, gdyby mu przyszło dla zabezpieczenia losu chrześcian bądź samemu naruszyć całość Turcyi, bądź przypuścić inne państwa do wspólnictwa.

Półurzędowe dzienniki rosyjskie idą dalej jeszcze w tłumaczeniu zamiarów rządu, a mianowicie te, które po rosyjsku wychodząc, mało są przystępne dla zagranicy, gdy natomiast francuskie i niemieckie organa rządu rosyjskiego nie są tak stanowczemi i tchną jakąś pojednawczością. W pierwszych z tych dzienników kwestya chrześcian tureckich, która się pojawia w notach dyplomatycznych, występuje wybitniej jako kwestya słowiańska, podobnie jak Car Aleksander w przemowach mianych do swoich poddanych lub do wojska odzywa się w imie idei słowiańskiej, a w rozmowie z lordem Loftus staje tylko jako obrońca chrześcian.

Tę różnicę słów odpowiadającą dwuznaczności myśli, zachowują różne akta rządu rosyjskiego i nie należy jej pomijać, chcąc zrozumieć całe stopniowanie. „W braku pojęć wystarczy często słowo użyte w stosownej porze“ — powiedział jeden poeta niemiecki. W polityce często posługują się tą maksymą, ale częściej jeszcze rzuca się słowo mimochodem, pod które przy zdarzonej sposobności podsuwa się pojęcie, i świat oswoi się z niem, sam nie wie, kiedy. W. kniaź Moskiewski został carem Moskiewskim, potem carem Rosyjskim, potem cesarzem Wszech Rosyj, wreszcie cesarzem Ruskim, a teraz robi się opiekunem Słowian, póki stopniowo nie zostanie cesarzem Wszech Słowian, cesarzem Słowiańszczyzny. Ale jak Prusy nie utonęły w Niemczech, bo na swoje kopyto przerabiały inne kraje niemieckie, tak i Rosya nie powinna zniknąć w Słowiańszczyznie, o czem marzą ideologowie, lecz idzie jej o to, aby zdobywane zwolna i stopniowo ziemie słowiańskie wtłaczać w ciasne formy moskiewskie, wgniatać w jarzmo despotyzmu. Pierwszy przedsmak tej szczęśliwości daje się już uczuwać Serbom.

Wybornie tę politykę tłumaczy niemiecka *Petersb. Zeitung*, jakby się wychowała w szkole bismarkowskiej. Umie ona odłączać „prawdziwe interesa Rosyi“ od „mrzonek panslawistycznych“ i rozprawia o „zasadach sprawiedliwości i ludzkości“ rządu rosyjskiego, który oparty o „narodowe uczucie Rosyi“, pragnie „oswobodzić wszystkich chrześcian bez różnicy pochodzenia z pod ucisku ciemnego fanatyzmu, który niedopuszcza humanitarnego postępu i w swojem religijnem zamknięciu dopuścić nie może“. Nie jestże to język liberalizmu berlińskiego? Słowo w słowo to samo.

Nie ma przeto dotąd w aktach urzędowych i notach dyplomatych zapowiedzi zaborów ziem słowiańskich tureckich, ale myśl ta przewodzi całej polityce, objawia się we wszystkich pismach publicznych, we wszystkich czynnościach rządowych, choć schroniła się za parawan „rękojmij“ i „okupacyi“ mającej dać rękojmię rękojmij od Turcyi żądanych, jak to niedawno *Nord* dowiódł. Wyparł się Car Aleksander i testamentu Piotra W. i listów imperatorowej Katarzyny, które przecież istnieją drukowane, a oryginały ich znajdują się w archiwum w Wiedniu; dla czegóżby nie miał się wyprzeć zamiaru zabrania Konstantynopola, zwłaszcza wiedząc, że Anglia mogłaby przynajmniej temu jednemu oprzeć się skutecznie. Ale wypierać się zamiarów zaboru słowiańskich ziem Turcyi, jest zbyt śmiałem w obec not dyplomatycznych kanclerza rosyjskiego, który po nad kwestyę całości Turcyi stawia względy ludzkości i pokoju europejskiego. Praktyczne zastosowanie względów ludzkości daje Rosya w Polsce: a pokój europejski nie zostanie może naruszony, jeśli Rosya jest pewną neutralności Prus i Austryi.

Podajemy dokończenie mowy dep. Dra **Dunajewskiego**, której część pierwszą podaliśmy wczoraj. Mowca tak dalej rzecz swoją ciągnął:

Rząd tedy z wielką surowością i lękliwością strzegł zawsze autonomii gmin lokalnych, podczas, gdy autonomia wielkich gmin okręgowych, [illegible], wielkiej, że tak powiem, powszechnej gminy kraju całego nie w tej samej mierze, nie w tym samym stopniu i nie tak lękliwie bywała przestrzegana. Ten jest, mojem zdaniem, zasadniczy i brzemienny w następstwa błąd, który wszelkiej rzeczywistej reformie administracyi stawa na przeszkodzie.

Każda uchwała Rady powiatowej lub Wydziału powiatowego, by jeden tylko przytoczyć przykład, uledz może zawieszeniu przez władzę [illegible] się widzi, że uchwała nie zgadza się [illegible]. Jest to drugi błąd zasadniczy, że wszystkie korporacye autonomiczne, uprawnione do sprawowania samorządu oddaje się pod kontrolę władz państwowych w tym duchu, jak się osobę prywatną poddaje kontroli. Władza, czy autonomiczna czy mianowana przez panującego, czyli w tym razie przez rząd cesarski, zawsze jest władzą, zawsze jest to urząd, który mocą ustawy w sprawach publicznych ma występować *autoritative*. W jedynym tylko wypadku parlament i rząd przyznały korporacyom autonomicznym charakteru władz, a ten jeden wypadek starczy najzupełniej za ilustracyę błędu powyższego.

Wśród obrad tej wysokiej Izby nad ustawą o trybunale administracyjnym powiedziano wyraźnie, że prawo skargi i użalenia przeciw orzeczeniom władz administracyjnych służyć ma każdemu; to znaczy, że gdy chodzi o poddanie władz autonomicznych trybunałowi administracyjnemu, uważa się je za władze, gdy atoli chodzi o nadanie skuteczności ich orzeczeniom, kontroluje się je w sposób, jak żadnej innej władzy kontrolować nie wolno. Jeźli koniecznie żąda się podobnego wpływu dla administracyi państwowej — a w zasadzie nie sprzeciwiam się temu bynajmniej — niechżeby go przynajmniej ograniczono.

Bardzo często w Sejmie galicyjskim zapadały postanowienia, uchwalaliśmy ustawy, które na wzór belgijski przyznają administracyi państwowej prawo zawieszania owych uchwał, ale aż do pewnego tylko terminu. W ustawie belgijskiej powiedziano: Uchwała Rady prowincyonalnej, jeśli w przeciągu dni 20 czy 30 nie zawiesi jej władza państwowa, staje się prawomocną. U nas tego nie przyjęto; odmówiono sankcyi, to znaczy — jak wówczas jawnie w Sejmie oświadczyłem — administracya państwowa rości sobie nieustanne, nieprzedawnione prawo zawieszania wszelakiej uchwały każdej władzy autonomicznej o każdej porze, tak, że żadna uchwała, choćby powzięta przed laty 20, nie jest bezpieczna, czy jutro nie będzie zawieszona. Tak tedy jest to [illegible] sprzeczność w urządzeniach administracyi, że jedna władza postanawia uchwały, które wskutek postanowień innej władzy jak dusze stracone wiszą między niebem a ziemią, nie są przyjmowane do nieba prawomocności i nie mogą spaść w [illegible] pospolitych czynności prywatnych.

Na ostatniej także sesyi Sejmu galicyjskiego stawiano wnioski w sprawie reformy administracyi kraju a mylnie, prawdopodobnie przez łatwą do wybaczenia pomyłkę powiedział jeden z szanownych panów z tamtej strony Izby, że wniósł je Wydział krajowy; niebył to wniosek z inicyatywy Sejmu. Ja sam wniosek ten stawiłem, naturalnie wspólnie z niektórymi przyjaciołmi politycznymi. Wniosek ten zdążał ostatecznie do zespolenia gmin, do połączenia powiatów z okręgami, ale nie w małe, lecz w wielkie okręgi powiaty, tudzież do połączenia Wydziału krajowego z Namiestnictwem, do tak zwanej a z takim wstrętem tu przyjętej odpowiedzialności namiestnika. Nie mam atoli powodu rozwodzić się o tem szeroko; jest to dotychczas moje indywidualne i moich przyjaciół politycznych na sejmie mniemanie prywatne. Sejm nie miał jeszcze sposobności obradować nad wnioskiem, a tem mniej uchwalać.

Wobec tego mojego wyłuszczenia stósunków galicyjskich i naszych zapatrywań na reformę administracyi, wobec przedstawienia rozmaitych przeszkód, które mojem zdaniem wynikają z zasadniczo błędnego stanowiska rządu względem reformy administracyi, możeby ktokolwiek zadał pytanie: Ale jakże się to ma względem sposobu, w jaki na ostatniem posiedzeniu także jeden z deputowanych galicyjskich przedstawiał stosunki administracyjne w tym kraju? Nie bez pewnej przykrości pomówię i o tem, jakkolwiek są objekcye, sposoby przedstawiania rzeczy i zarzuty, co do których z mojego stanowiska indywidualnego w życiu prywatnem wolałbym absolutne zachować milczenie, boć i milczenie bywa na swój sposób wymowne; ale wobec kraju jednak, który i ja tutaj reprezentuję, pojmuję obowiązek mój inaczej i pozwolę sobie prosić wysoką Izbę — bo nie moja wina, że nie zamknięto posiedzenia — o cokolwiek cierpliwości.

Z dwu stron przedstawiono stosunki administracyjne w Galicyi w świetle bardzo ponurem. Nie myślę czynić o to gorzkich zarzutów dwom panom deputowanym z mojego kraju ojczystego, mówić będą o tem *sine ira et studio*, wiedząc, że i deputowani są ludzie, a ludzie podlegają słabostkom. Pojmuję bardzo dobrze, że n. p. wielebny deputowany z Galicyi po rozczarowaniach, których doznał z ostatnich wyborów do Sejmu galicyjskiego, przywiózł tu do Wiednia pewną gorycz w usposobieniu. Rzecz to szczególniejsza, panowie, z temi wyborami, których rzeczywiście bardzo wiele mamy w Austryi. A jeśli w którémkolwiek zapatrywaniu, to przedewszystkiem w tem zgadzam się z panem ministrem spraw wewnętrznych, że częstsze powtarzanie wyborów pociągnęłoby za sobą rzeczywiście przeróżne, nietylko polityczne, lecz i społeczne niekorzyści. Ale wracam do wyborów. Powiedziałem, że to rzecz szczególniejsza. Nie mogę myśli mych wyrazić jaśniej, jak pozwalając sobie uczynić porównanie, że następstwa ubiegania się o mandat, czy to do Rady państwa, czy to do Sejmu krajowego, całkiem podobne są do następstw i skutków ubiegania się o pannę. Często wydarza się w życiu prywatnem, że najszanowniejsi i najpoważniejsi mężowie, starając się o rękę jednej i tej samej panny, stają się nieprzyjaciołmi, używają sposobów, jakich wśród innych okoliczności nigdyby nie użyli aby pozbyć się przeciwnika, a ponieważ panna jednego tylko wybrać może, jak to bywa w państwach chrześciańskich, przeto drudzy przez czas pewien przynajmnie muszą czuć w sercu pewną nienawiść i zazdrość. Otóż wielebny mój kolega z Galicyi właśnie teraz nie miał szczęścia w pozyskaniu względów panny — mandatu na Sejm. Boleści zaś, którą może ztąd uczuwa, nie chciał wygłosić na ciasnem rzeczywiście terytoryum Bohorodczańskiem. Tam tej skargi nie słychać. Ale mógł użalić się tutaj, przed parlamentem wielkiego państwa, jakże to błog[illegible] zbolałemu sercu (*Śmiechy po prawicy*). Nie biorę mu tego też za złe.

Pojmuję również i z stanowiska indywidualnego po części wybaczam, że ktoś, co przez dłuższy czas był prezesem Rady powiatowej i Wydziału powiatowego, a w końcu przekonał się, że nic się nie wskóra swoją teoryą o „naginaniu lub złamaniu“ bo Rada powiatowa i Wydział powiatowy nie da się ani ugiąć ani złamać, ostatecznie sam się wynosi (*śmiechy po prawicy*), naturalnie nie bez pewnego uczucia rozczarowania, goryczy względem tych, którzy w jego przekonaniu mieli może niesłuszność. Tyle oto pojmuję. Ale mniej pojmuję i w indywidualnem przekonaniu mojem mniej uniewinnić się dadzą dalsze następstwa. W pierwszej chwili rozczarowania, straty, pewnego obrażenia uczuć osobistych i t. p. wiele można wybaczyć. Prawda, że należałoby brać się do rzeczy objektywnie i zapytać: co było prawdziwą tych objawów przyczyną? — a to właśnie nie każdemu jest dane. Ale czego wytłumaczyć sobie nie mogę, oto objawu innego, który w tej Izbie kilkakrotnie i w komisyi wystąpił na jaw: Jeszcze wśród rozpraw nad polityką zagraniczną jeden z panów deputowanych bardzo gorzkie czynił zarzuty pewnemu namiestnikowi, dygnitarzowi wojskowemu, mężowi na całą Austryę znanemu. Otóż wawrzyny tego Temistoklesa nie pozwalały spokojnie zasypiać niejednemu z moich panów kolegów. (*Śmiechy po prawicy*). Nie mając przed sobą jenerałów, broni i namiestników, rzucili się na starostów. (*Śmiechy*),

Wielebny deputowany z Galicyi postąpił sobie zresztą całkiem sumarycznie; wszystkich starostów z wyraźnym dodatkiem: „z bardzo nielicznemi wyjątkami“ scharakteryzował jako fanatyków patryotycznych i ciemięzców ludu, którzy — i tego wcale nie rozumiem — za pomocą swoich hajduków dzieci straszą. Był to wielki zarzut przeciw administracyi. Słowem, zaczepił ich w sposób taki, że w każdym urzędniku gorzkie wzbudzić musi uczucie, co się tyczy honoru urzędniczego i przysięgi urzędniczej.

Drugi pan deputowany z Galicyi uznał przecie za stosowną trzymać się pod tym względem pewnéj miary, pewnych granic, i zwrócił się z ową zaczepką przeciw jednemu tylko staroście, która to zaczepka mnie osobiście tem przykrzéj dotknęła, ile że starostę tego znam osobiście jako najgorliwszego ucznia uniwersytetu krakowskiego, jako męża, który teraz mimo świetnego stanowiska swego towarzyskiego zamiast, jak to zwykle się dzieje, oddać się roskoszom życia, w małéj mieścinie galicyjskiéj służy Cesarzowi, państwu, krajowi. Zasięgnąłem niektórych wiadomości, i nie pozostaje mi jak tylko prosić wysoką Izbę, która cierpliwie słuchała zaczepek, o cierpliwość także dla moich wyjaśnień. Zasięgnąłem niektórych informacyj, o które nietrudno dzięki telegrafowi i poczcie.

Rzecz ma się pokrótce jak następuje: W dwu okręgach Ropczyckim i Rzeszowskim — proszę zauważyć, że wymieniam nazwy — zarządzono wybory i naznaczono początek ich na godzinę 8 zrana. Wszyscy wyborcy otrzymali swoje karty legitymacyjne, tak z okręgu Rzeszowskiego przez zaczepionego starostę, jak i z drugiego okręgu, który wcielony jest według wyborów. Zaszła przy tem pomyłka. Wyborcy z Ropczyc — z niezaczepionego okręgu — mieli na owych kartkach napisaną godz. 10 zamiast 8, przez pomyłkę pisarza; to znaczy, że piętnastu wyborców miało inną godzinę. O godz. $8^1/_4$ rozpoczęły się wybory; 40 głosów padło na wybranego teraz posła na sejm; pozwalam sobie nie wymienić go; jest to ziomek, właściciel dóbr szlacheckich, którego wybrali chłopi. Po oddaniu 40 głosów na rzeczonego kandydata powstaje pewien włościanin — mógłbym wymienić jego nazwisko, gdyby o to chodziło — i niezadowolony z takiego obrotu rzeczy i z przewidywanego rezultatu wyborów, zaczyna w sposób, który łatwo wybaczyć włościaninowi, wyrażać swe niezadowolenie, nakłaniać przyjaciół do odejścia, a nakoniec być poprostu niegrzecznym względem komisyi wyborczéj i komisarza wyborczego. Mimo wielkiéj wrzawy i protestów wybory idą swoim trybem; zamknięto je, jeśli dobrze czytam, o godz. $10^1/_4$. Ponieważ nikt już nie przychodził do urny, komisya chce zamknąć akt wyborczy; komisarz okręgowy mówi: pójdę je-

---

Część literacko-artystyczna.

Pamiętnik szlachcica podlaskiego.

(Ciąg dalszy).

Z profesorów gimnazyalnych Rzeczypospolitej weszli za rządu pruskiego: Dziekoński, który w lat kilka umarł; Narkiewicz i Harward, wszyscy trzej zacni i kochani od uczniów i obywateli. Zjechali z Prus Wechtler, Sztein, Wurms, Baumgarten, Trauhold; dyrektorem był Maciejowski. Wszyscy poważani, z nauką i szlachetnością.

Mała liczba profesorów, lecz wystarczała, chociaż za moich czasów było do sześciuset uczniów. Godziny nauk były od 8ej z rana do godziny 11ej, po południu od 2ej do godziny 6ej wieczór. W czwartki i wtorki dnie rekracyi od godziny 8 do 12ej. Dyrektor nietylko był dyrektorem, ale każdodziennie dawał przedmioty w klasach wyższych z rana, a tylko godziny po południu zostawały mu wolne od dawania lekcyj. W każdej klasie dawał jakiś przedmiot jedynie dla tego, żeby znał osobiście każdego ucznia zdolności.

Dyrektor Maciejowski, chociaż przez rząd był wysoce uważany jako człowiek pełen nauki i poświęcenia, miał na sobie notę, że będąc wprzód kapłanem porzucił stan duchowny i ożenił się. Katolicy pogardzali nim za takowy postępek. Nie on jeden z Zgromadzenia XX. Pijarów wystąpił i ożenił się. W tymże czasie, za panowania Prusaków wystąpili prawie razem, Osiński, Dmochowski, Wolski, Łęski, Majewski, Truskolaski, Szumkowski, Makomaski, a od Karmelitów z Wąsocza, za przybranem nazwiskiem Wierniewicz i wielu innych, którzy wsławili się w naukach i literaturze, a nie powrócili do śmierci do stanu duchownego. Maciejowski był dyrektorem przy białostockiem gimnazyum i za rządu rosyjskiego lat kilka. Po 1813 roku na takąż posadę przeniesionym został do Winnicy. Tam zaprezentował się jako kapłan, żonie fundusz do śmierci zostawiwszy. Dzieci niemiał. W charakterze kapłana otrzymawszy emeryturę, w kilka lat umarł, zdaje mi się w Warszawie.

Szczególny miał zwyczaj obchodzenia się z uczniami. Jeżeli wszedł do klasy, stanął i każdego z kolei mierzył wzrokiem; jeżeli na którym wzrok zatrzymał, podniósł głowę i kiwnął: znaczyło to, że na tem uczniu jest notabene zapisane w jego pamięci. Zwykle do trzeciego razu zachowywał upomnienie, i wszystkie notabeny przypomniał i albo wymówił albo karceresem ukarał; a rzadko, żeby doszło do wymierzenia kary cielesnej na osobności tak, że tylko wiedział on i kalafaktor. W ogólności kar cielesnych dla uczni było mniej, niż w szkołach, gdzie księża uczyli.

Że nauki w szkole białostockiej z korzyścią wykładano, dowodem jest zjawienie się jednoczasowie ludzi takich, jakiemi byli Bobrowscy, Daniłowicz, Onacewicz, Jaroszewicz, Zubelewicz Klemens, Nowicki, Fomberg i wielu innych. W późniejszych czasach za rządu rosyjskiego szkoły zreformowano, profesorów przysłano dwa razy tyle, a nic niewyszło z uczniów głośnego w świecie naukowym.

Jak za Rzeczypospolitej, tak i za panowania Prusaków choć produkta podrożały, edukacya młodzieży bardzo mało kosztowała rodziców. Do Tykocina, Łomży, Drohiczyna, Białegostoku, uboższy szlachcic, mieszczanin, a nawet chłopek, nabrał z domu kaszy, mąki, okrasy, zawiózł do miasta, opytał gospodarza miejscowego przyjmującego na stancyę studentów, zapłacił na kwartał szkolny od jednego łóżka talara, a drugiego gospodyni za gotowanie przy jednym ognisku jedzenia z przywiezionych z domu legumin; albo ugodził stół z gospodarzem razem za trzy talary na kwartał, dyrektorowi za repetycye 2 zł. kwartalnie! i niezajrzał do studenta, aż biorąc go na święta Bożego Narodzenia, Wielkanocne i na wakacye. Kwartałów szkolnych liczyło się trzy. Opłat od wpisów nie było żadnych, wyjąwszy na opłatę stróżów i na drwa, która stosownie do miejscowości najdrożej wynosiła 3 zł., a w Białymstoku 6 zł.

Przyjmujący na stancyę po kilku i kilkunastu studentów, uważali za dostateczne wynagrodzenie, odstępując miejsc tyle, ile łóżek stanie; wziąść po kilkanaście talarów na kwartał, a drugie tyle za gotowanie strawy.

Ojciec umieścił mnie u pani Borowskiej, a później u pani starościny Kraszewskiej, która żyła w separacy z mężem, na jej stole i płacił kwartalnie talarów sześć i prezenta dawał, co rok faskę masła. Dyrektorowi trzy talary na kwartał, co rocznie wynosiło talarów trzydzieści dwa na gotowe pieniądze, a utrzymanie moje było wymyślniejsze i kosztowniejsze od wielu innych.

Mundurów, galonów, oznaczających rodowitość, pochodzenia i innych oznak żadnych nie było. Przerobiona stara kapota lub z samodziałowego szarego sukna według wzrostu, mieściła się na jednej ławce z sajetowym fraczkiem lub surdutem panicza, a z drugiej strony zdarzało się, że siedział w łapserdaku żydek z pejsami w jarmułce, gdyż w szkołach białostockich było kilkudziesięciu uczących się, czego nie było w tych szkołach gdzie Pijarzy i Misionarze dawali nauki.

Od utworzenia obwodu Białostockiego pod rządem rosyjskim zaczęły się koszta edukacyi powiększać progresyjnie, że doszło do tego, że najuboższego co rok edukacya kosztuje dziesięć razy więcej niż za Prusaków, a uczący się w szkołach publicznych nie odnoszą tych korzyści z dawanych nauk, co ich przodkowie.

Pensya dyrektora i profesorów była bardzo mała w stosunku jaką pobierali później za rządu rosyjskiego. Wystarczała jednak na przyzwoite utrzymanie, bo wista, preferansa nie znali; na śniadania, wieczory nie chodzili, ani też u siebie nie dawali. W czasie lekcyj wszystkich znaleść można było w gimnazium. Oszczędni, kontentowali się tem, co im płacono, a o kubanach za promocyę, żaden nie pomyślał; za zbrodnię by sobie poczytywał, żeby mu zaproponowano.

Markiewicz, który wykładał matematykę, geografię i język polski, zaprojektował uczniom, że jeżeli któren życzy sobie przychodzić o godzinie 7 zrana przed lekcyami dla słuchania i objaśniania gazet „może przychodzić, a on chętnie tę godzinę poświęci: „Żyjemy, rzekł, w epoce przewrotów europejskich, że każda chwila przemienia kartę Europy przez niezrównane czyny bohatera Francyi, a niezapomnijmy, że współ bracia nasi walczą pod jego sztandarami, więc nas interesować dzieje współczesne powinny.“ Wezwanie takowe największą salę w gimnazium napełniało słuchaczami narodowości polskiej, dwa razy w tygodniu.

Dyrektor Maciejewski, czy z obawy rządu pruskiego, żeby go nie pociągnął do odpowiedzialności, wszedł do prezydenta kamery, o godzinie poświęconej czytaniu i objaśnianiu gazet. Na kilku takich godzinach przybyli urzędnicy pruscy posiadający język polski, i uczyniwszy relacyę prezydentowi, wyszło od tegoż nietylko pozwolenie, ale pochwała Markiewiczowi, że poświęca czas dla objaśnienia młodzieży współczesnej historyi. Było to przed bitwą pod Jena, a Prusacy byli z Francyą w najlepszych stosunkach.

Na tych to prelekcyach nauczyliśmy się historyi legionów, i poznaliśmy w jakim celu je formowano, i jaką nadzieję w nich na przyszłość pokładano. Markiewicz każdy fakt historyczny czytał i objaśniał. Każdy uczeń Polak musiał umieć na pamięć wiersz „Święta miłości kochanej Ojczyzny“ i bajkę „Czego płaczesz? staremu mówił czyżyk młody“.

Kilku uczniów weszło do wojska pruskiego, a w czasie przechodów wojsk rosyjskich przez Białystok, kilkunastu jak Wojnicze, Wyszomirski, Kuczewscy i inni weszli do wojska tej narodowości. Narkiewicz publicznie odezwał się, że „zbłaźnili się, wchodząc w szeregi tych nacyj, co ojczyznę rozszarpały i hańbę nam wszystkim wyrządzili. Jeżeli nie chcieli uczyć się i czekać, mogli iść w służbę zaszczytną i dostać się do legionów, znaleźliby się tacy, coby im drogę wskazali i opatrzyli“.

Jakoż istotnie byli w Białostockim jenerał Karwoski i pułkownik Downarowicz, co niejednemu ułatwili podróż i fundusz dali, a rząd pruski ani wiedział, ani śledził, gdzie się kto wyniósł.

Na egzamin publiczny ustrojono mnie we fraczek, spodnie krótkie i pończochy, a głowę uczesano z harcopfem i upudrowano. Spostrzegłszy mnie Narkiewicz, rzekł: coby to powiedział pan Jakób (ojciec mój), żeby zobaczył, że z syna jego zrobili niemieckie djablę i splunął kilkakrotnie z obrzydliwością. Raz ten tylko jeden, co miałem harcopf i byłem upudrowany.

Między uczniami narodowości polskiej i pruskiej w zabawach studenckich nie było harmonii i niekomunikowali się między sobą. Prusacy choć wzrastali pomiędzy Polakami, bardzo mało było rozumiejących po polsku, a inni nic nie rozumieli. Na rekreacyach Polacy zabawiali się w różne gry piłką. Prusacy zawsze osobno, najwięcej bawili się naśladując żołnierzy.

Na jednej rekreacyi kilkunastu nas grało w piłkę do mety, w bliskości krzaków jałowcowych pod zwierzyńcem. Wysuwa się z za wzgórka ze dwudziestu Prusaków, udających kawaleryę galopującą, w ręku mając pręt smagły niby pałasz, podsuwają się pomiędzy nas, rozbiegają się i wołając hau, hau, każdego z nas prawie smagnęli prętem po plecach, po ramionach. Prusaków było więcej, pogalopowali w jałowce, nie była pora do odemszczenia. Opowiadamy starszym, jak nas pokrzywdzili. Następuje umowa, żeby na przyszłej rekreacyi oddać za swoje i plan taki: Na tem samem miejscu, żeby mniejsi bawili się w piłkę, a w pewnej odległości na prawo i lewo, żeby grupy bawiły się starszych, żeby każdy miał smagły pręt jałowcowy na ziemi położony. Skoro grupa środkowa spostrzeże Prusaków, niech udają, że uciekają na plac przed zwierzyńcem; a grupy po stronach jak tylko ujrzą, że Prusacy gonią, przebiegają im od lasu. Tak się też stało. Środkowa grupa spostrzegłszy Prusaków, zaczęła uciekać tam, gdzie mieli pręty na ziemi złożone, a Prusacy puścili się wołając hau, hau, ale nim dogonili, już byli ze wszystkich stron otoczeni i smagani, a każdy w troje tyle oddał, co na przeszłej rekreacyi otrzymał.

Studenci pruscy zkonfudowani, ten raz nie skarżyli się, ale na lekcyach w piątek i sobotę wyzywali narodowość polską, że szelm będzie Polak, jeźli nie stawi się *in Türgarten Sontag!* no my wam pokażem, co Pruski znaczy!. Polacy przy różnych ucinkach przyrzekli stawić się, obiecując, że ich wszystkich wypryglują za zaczepianie we wtorek bezbronnych. Zapowiedzieli Prusacy pod słowem honoru stawienie się swoim: i nasi zapowiedzieli także, żeby każdy się stawił.

(Dalszy ciąg nastąpi).

p

szcze do pobocznych pokojów, może tam kto jest. Nie znalazłszy nikogo, wraca i mówi, że niema nikogo. Wtedy zamknięto akt wyborczy i przedsięwzięto skrutynium. Na to zjawia się ten sam, który u ministra się użalał, i żąda nowych wyborów, nie w imieniu owych 15 wyborców, na których kartkach inna była godzina, lecz w imieniu tych, którzy mimo napomnień i przedstawień komisyi wyborczéj wyszli z sali wyborczej. Na żądanie takie oczywiście nie było można się zgodzić. Wybór przeto, jak się rzekło, padł na rzeczonego posła, który otrzymał 63 głosy, a w mniejszości pozostał hr. Tyszkiewicz — znów nie włościanin — z 14 głosami. Przypuśćmy, że owi wyborcy w liczbie 15 byliby stanęli i głosowali przeciw wybranemu, byłoby wtedy 29 głosów przeciw 63 głosom. Włościanin, o którym mówiłem, który sprowadził zaburzenie podczas aktu wyborczego, skazany został na mocy rozporządzenia cesarskiego z dnia 20 kwietnia r. 1854 za nieprzyzwoite zachowanie się w Izbie wyborczej na dwa tygodnie aresztu.

Proszę panów, jeszcze słów kilka. Wedle tegoż rozporządzenia cesarskiego, rekurs przeciw wyrokowi takiemu, nie ma skutku dylatorycznego. Ponieważ atoli staroście w tym wypadku, w którym poniekąd samego siebie i urzędu swego bronił, zdawało się rzeczą stosowną zapytać jeszcze władzy przełożonej, przeto bez rekursu przesłał akta do namiestnictwa i nie wykonał wyroku, lecz czekał zatwierdzenia. Taki jest fakt; a jak na podstawie takiego faktu można podobne opierać obwinienia, oto czego nie pojmuję. Gdy je tu wytaczano, zdawało mi się naprawdę, że co najmniej kwestya wschodnia znów pokutuje w tej komnacie, aż nakoniec dowiaduję się, że to tylko okręgi Rzeszowski i Ropczycki.

Nie byłbym zresztą nużył wysokiej Izby temi wyjaśnieniami, mianowicie tylu datami; ale ponieważ nie ziściło się to, czego dziś po ławie ministeryalnej się spodziewałem, przeto musiałem, o ile to mnie, osobie prywatnej, było rzeczą podobną, uzupełnić twierdzenia panów mowców. Jestem bowiem tego zdania, że nietylko prawem, lecz obowiązkiem jest rządu cesarskiego bronić urzędników państwowych zaczępianych tu tak często a tak niesprawiedliwie, jak oto wykazałem; jego to obowiązkiem kazać wytoczyć śledztwo i wrazie przewinienia energicznie ukarać; gdyby jednak, jak niepłonnie tuszę, nie było winy, równie energicznie i bez względu na taktykę parlamentarną, na większe czy mniejsze sympatye rządu dla pewnej partyi, bronić urzędników i odpierać podobne zaczepki. (*Bardzo słusznie! z prawicy.*) Czyż chcianoby do tego doprowadzić, żeby ostatecznie każdy kto posiada poczucie honoru, wobec podobnych zaczepek wachał się poświęcać służbie państwowej? Sposobu, w jaki tutaj pojmują nietykalność, ja przynajmniej, panowie, nie mogę pogodzić z mojemi pojęciami o zasadach obcowania w towarzystwie prywatnem. (*Brawo! z prawicy*).

Kto wogóle ma doświadczenie konstytucyjne, lub kto studyował historyę konstytucyonalizmu, temu wiadomo, że nietykalność posłów ma swój początek w Anglii, że tam parlament wywalczył sobie nietykalność, by osłonić swych członków, bo rząd jeszcze w wieku siedmnastym więzić kazał posłów, którzy byli mu nie na rękę; – aby osłonić tych posłów, zaprowadzono nietykalność, a mielibyśmy używać jej, aby potępiać tu urzędników, wyższych czy niższych, bez dowodu, bez wysłuchania ich? Tanim kosztem można ich zaczepiać, bo nie ma ich tu i nie mogą się bronić.

W ogóle proszę wybaczyć, że pozwolę sobie uczynić tę ogólną jeszcze uwagę, że zachodzi tu dziwny zbieg okoliczności. Owi panowie, którzy z pewnym aplombem, z taką pewnością samych siebie, jakby mniemanie ich było dogmatem religijnym, usta icznie kładą przycisk wyłącznie na odpowiedzialność ministrów, pierwsi są między tymi, którzy tak w komisyi, jak w parlamencie zaczepiają podwładnych ministrowi urzędników, czy oni namiestnikami, czy naczelnikami wydziałów, czy centralnymi dyrektorami kolei, czy prostymi tylko starostami. Czyż takie, panowie, jest wasze zapatrywanie na odpowiedzialność ministeryalną? Niech minister czyni co tylko chce, niech oświadcza: jam tu odpowiedzialny, naczelnik wydziału nie może nic czynić bezemnie! — owi panowie odpowiedzą wśród wielu komplementów: ależ my osoby pana ministra nie zaczepiamy, tylko tego lub owego urzędnika. Jaki byłby praktyczny skutek tego rodzaju odpowiedzialności, nie mogę tu szczegółowo wyłuszczać. Albo czyżby to charakterystycznem było znamieniem deputowanych liberalnych, że wtedy tylko są liberalnymi, gdy zaczepiają urzędników, a stulają uszy, gdy zaczepieni są ministrowie?

Mówiąc już o odpowiedzialności, niechże mi będzie wolno potrącić o kilka uwag, które tu wygłoszono o tak zwanej odpowiedzialności namiestników. Jego Eks. pan minister spraw wewnętrznych, wyznać to muszę, zastanawiał się nad kwestyą tej odpowiedzialności, rozważał ją z tej i z owej strony, co za nią a co przeciw niej przemawia, ostatecznie jednak doszedł do rezultatu negatywnego, to znaczy: nie uznał tej zasady za właściwą. Pojmuję to. Z drugiej strony, i to przez tych właśnie panów, którzy nie byli ministrami, zasada ta potępiana jest jako pełna sprzeczności, jako rzecz niepodobna, i z takim uśmiechem poczucia swej wyższości, że zapytałbym tych panów: cóż właściwie rozumiecie przez odpowiedzialność?

Słówkami dobitnemi, jak parlamentaryzm, jednolitość, unifikacya, nie zbywa się rzeczy. Sam nawet pan minister spraw wewnętrznych popadł, zdaje mi się, w małą sprzeczność, przyznając, że bardzo byłby przychylny połączeniu Wydziałów krajowych z namiestnictwami, bo byłaby to wielka dogodność dla obu części administracyi. Ale czyż sejm miałby oddać majątek kraju, swoje dodatki do podatków, administracyę mienia krajowego, słowem wszystko na rozkazv namiestnika, a nie mieć prawa zażądania od niego rachunków, lub co najmniej pociągnięcia go do odpowiedzialności, gdyby używał grosza krajowego nie tak, jak sejm uchwalił? Zdaje mi się, że wypadałoby tu nie zastraszać się wielkiemi słowami, lecz zbadać rzecz należycie. Nie twierdzę, iżby to była sprawa łatwa i prosta, utrzymuję tylko, że to sprawa godna zastanowienia. Gdy się powie, że namiestnik byłby w ten tylko sposób odpowiedzialny, żeby sejmowi służyło prawo oskarżenia namiestnika przed którymkolwiek sądem niezależnym, gdyby naruszył ustawy krajowe, lub nie dochował budżetu krajowego, — wtedy, zdaje mi się, rzecz od razu powinna się okazać godną zastanowienia. Że nigdzie jeszcze coś podobnego nie zachodziło?... Otóż mniemam, iż nie byłoby tak wielkiem nieszczęściem, gdyby nareszcie i w Austryi zdobyto się na coś oryginalnego i gdyby nie ograniczano się ustawicznie na naśladownictwie. Ale i ta objekcya nie byłaby całkiem słuszna. Ślady odpowiedzialności wyższego urzędnika administracyjnego przed pewnemi korporacyami administracyjnemi wszędzie się znajdują. Nie będę przywodził Anglii, gdzie każdy urzędnik o swoje czynności urzędowe może być oskarżony przed sądem, a wszakże i tam ministrowie są odpowiedzialni, rozumie się w granicach prawnej swej działalności. Przypomnę tylko ustawy francuskie z czasów cesarstwa absolutnego, które teraz jeszcze rozszerzono, wedle których prefekt może być oskarżony przez Radę generalną, mianowicie co do budżetu departamentowego. Otóż mamy już ślad. A chcecieżli pójść dalej; czemże jest dzisiejsza Rzesza niemiecka? Któż tam właściwie rządzi mimo rozlicznych państw? Wszakże to rzecz znana jak świat szeroki, że ministerstwa krajów Rzeszy niemieckiej, wszystkich razem i każdego z osobna, muszą w ogólności stosować się do wskazówek, do ducha ustawodawstwa Rzeszy, a może więcej jeszcze do ducha kanclerza Rzeszy. A mimo to ministerstwa te są odpowiedzialne przed sejmami swojemi; są niczem więcej, jak namiestnikami Rzeszy niemieckiej do spraw krajowych (*brawo! brawo! z prawicy*), a przecież jakoś to tam idzie, i jak słychać, idzie wcale nieźle.

Prawda, że ze stanowiska czysto teorytycznego niejeden odezwie się zarzut: to nie godzi się z tym lub owym szablonem; to sprzeciwia się maksymom konstytucyjnym. Proszę jednak nie zapominać, że dawna, czysto mechaniczna doktryna o machinie konstytucyjnej, jaką głosili nam Royer-Collard i Constant w Francyi, jaką następnie naśladowano w Niemczech, mianowicie w Badenii, praktycznie i teoretycznie, a której tu i owdzie zbyt ściśle może się trzymano — że ta teorya nie odpowiada już dzisiejszemu życiu państwowemu. Francuzi właśnie szczególniej lubowali się w mechanice i w równowadze rozmaitych władz, szczególniejszy kładli nacisk na odpowiedzialność ministrów; a na czem się to skończyło, do jakich zmian tam przyszło przez podobne pojmowanie rzeczy, nie potrzebuję wam przypominać. Ktoby zaś dla moich wywodów nie chciał poświęcić ulubionych swych szablonów teoretycznych, temu wskażę większą od mojej powagę, większą od powagi wielu innych członków tej wysokiej Izby. Mam na myśli słowa, których użył dzisiejszy kanclerz niemiecki [illegible] północno-niemieckim, gdy właśnie przywodzono mu, że forma konstytucyjna wymaga tego lub owego: „Panowie, nie pytajcie o nazwę rzeczy, nie o nazwę lub charakterystykę państwa, które budujemy; budujcie państwo wedle potrzeb całości i cząstek. Nazwa się znajdzie, umiejętność pod tym względem zawsze dopiero idzie w ślad za życiem i nie będzie w kłopocie, w którejby kategoryi nas pomieścić, skoro tylko ugruntujemy budowę“

Wyrażenie: „parlamentaryzm na prowincyi“ (użyte przez Plenera) uważam za proste słówko dobitnego brzmienia, ale nie znaczenia. Jeśli przez „parlamentaryzm“ rozumieć należy dyskusyę i uchwalenie wedle większości, istnieje on rzeczywiście; jeśli przez ministrów rozumiemy mężów, którzy zaufaniem korony i parlamentu postawieni są na czele spraw, aby rządzić i kierować, my żądamy zupełnie tego samego; ponieważ atoli mniemam, że ministrowie nie mogą jednocześnie dobrze rządzić i administrować, przeto żądam innej administracyi, mianowicie innego ukształtowania stosunków dla spraw krajowych. Jeśli zresztą pewien jeszcze deputowany z pewnej czeskiej Izby handlowej, której nazwa wypadła mi z pamięci, użył wyrażenia: „wtedy kłótnie stronnictw między politykami prowincyonalnymi dopiero na dobre wystąpią na jaw“ — wobec takiej rzeczywiście wyszukanej grzeczności muszę pozwolić sobie prośby, aby szanowny mówca mnie, który nie posiadam w dostatecznej mierze języka niemieckiego, raczył pouczyć, jakiej użyć nazwy na określenie tego, co tutaj dzieje się między stronnictwami, tu w komnatach przybocznych, i co w najdziwaczniejszej formie podawane tak często tutejszym dziennikom. (*Brawo! z prawicy*).

Aby wrócić jeszcze do odpowiedzialności namiestników i do ograniczenia odpowiedzialności, pytają niektórzy: czyż wtedy znalezie się jeszcze namiestników? Panowie, pozostawcie to przedewszystkiem temu, który namiestników mianuje; a dalej zawsze pewnie znajdą się mężowie zdolni i zacni, którzy rzetelnie pojmują dobro publiczne, a których wrodzona ambicya podnieca do sprawowania funkcyj publicznych. A gdyby Austrya rzeczywiście znajdowała się w tem położeniu, żeby nie znalazła namiestnika gotowego do wzgardzenia ustawami krajowemi, do naruszenia budżetu krajowego, byłożby to na prawdę tak wielkie nieszczęście? (*śmiechy po prawicy*).

Nakoniec szanowny pan mówca generalny także, który dziś rzeczywiście w niektórych zwrotach i zdaniach więcej i gruntowniej bronił autonomii krajowej, niż to po tamtej stronie dziać się zwykło, zauważył, że zasady konstytucyi sprzeciwiają się pewnym zmianom w administracyi państwowej. Niejednokrotnie już miałem zaszczyt w tej wysokiej Izbie oświadczyć — a zdaje mi się, że moi bliżsi narodowi i polityczni przyjaciele nie zaprzeczą mi — że z pewnością nie jesteśmy zwolennikami absolutyzmu; ale nie można przecież pewnej istniejącej konstytucyi uważać za mającą cel swój sama w sobie. Wszakże nie na to jest konstytucya, abyśmy dyskutować, przemawiać i głosować mogli; konstytucya jest na to, aby lud skutki jej uczuł w pomyślności duchowej i fizycznej, to znaczy: konstytucya jest dla administracyi. Jak administracya państwu, a państwo człowiekowi służy, tak konstytucya nie ma innej racyi bytu nad tą, żeby dać sposób dobrej administracyi. Ów zarzut przeto nie jest mi wystarczający. Gdy atoli spojrzę na rozwój historyczny, ponieważ tak często wspominane tu są Niemcy i Prusy — co do nas, nie szczególniej rozkochani jesteśmy w Prusach, ale zdaje się, że tamtym panom sprawia to przyjemność, gdy słyszą o przykładach z Niemiec wziętych (*śmiechy*) — ponieważ tedy tak często z tamtej strony wspominane są Prusy, przypominam panom szczególniejszą zaprawdę różnicę zachodzącą w historycznym rozwoju obu państw. Prusy doszły do konstytucyi po stuletniej dobrej, surowej, sprężystej administracyi; my doszliśmy do konstytucyi wskutek złej administracyi, wskutek odziedziczonego złego. Otóż, panowie, czas już pomyśleć, abyśmy przez złą administracyę, przez wzgardę dla żądań krajów poszczególnych, przez „naciąganie i dostrajanie do właściwości“ — by użyć tych kilku wyrazów pana ministra spraw wewnętrznych — abyśmy nie doszli znów do tego, żebyśmy przez złą administracyę postradali konstytucyę. Wogóle w sprawach takich postępowanie polityki podobne być powinno do postępowania tego, kto owładnąć chce przyrodę, kto na przyrodę chce wpływać. Bo ten tylko zdolen opanować przyrodę, kto poznał się doskonale na jej istocie, na jej prawach; poddaje się prawom przyrody, kto chce zapanować nad nią.

Zbadajcie i rozpoznajcie istotę krajów poszczególnych, ich naturę, wtedy znajdziecie prawą drogę do reformy administracyi; to znaczy: niech rząd za pomocą inicyatywy swej zacznie od sejmów, a potem niech z gotowemi dziełami stanie przed tą wysoką Izbą. (*Oklaski po prawicy*).

KORESPONDENCYA „CZASU.“

Wiedeń 23 listopada.

(*n.*) Drugi pełnomocnik Anglii na konferencyę lord Salisbury ma jutro przybyć do Wiednia i krótko zabawiwszy odjechać w sobotę na Nabresinę do Brindisi. W Ankonie ma się spotkać z włoskim ministrem spraw zagranicznych p. Melegari. Gdyby ten nie mógł opuścić Rzymu, natenczas hr. Tornielli, sekretarz generalny w ministerstwie spraw zagranicznych, powita angielskiego męża stanu. Lord Salisbury przedsięwziął ważną swoją misyę na podstawie pełnomocnictwa napisanego z taką ścisłą dokładnością, jakiej przykładów mało może wykazać historya W. Brytanii.

Z dobrego źródła dowiaduję się, że wszystkie ostatnie kroki Rosyi, które zdradziły tak nagłą jej stanowczość, nastąpiły dopiero po żywej wymianie zdań między Petersburgiem a Berlinem. Rosya, jak mnie zapewniają, otrzymała przy tej sposobności zaspokojenie, iż wśród wszelkich ewentualności liczyć może na największą przychylność rządu niemieckiego.

Petersburg 18 listopada.

Minister finansów ciągle przeciwnym jest wojnie; podał on świeżo Carowi memoryał o sytuacyi finansowej Rosyi, która jest bardzo smutną. Memoryał ten jednak nie wzbudził wielkiego wrażenia wobec sformułowanej chęci prowincyj dostarczenia pieniędzy w razie wojny. Sama Moskwa ofiaruje Carowi 52 miliony rubli. Niemniej jednak Cara przykro dotknęło niepowodzenie banku państwa w zamierzonej sprzedaży zapasów kruszcowych. Mówią nawet z tego powodu o dymisyi dyrektora Łamańskiego, którego zastąpiłby p. Bunge, profesor ekonomii politycznej w uniwersytecie kijowskim.

Ambasada [illegible]charska i syn Emira bawią się w tej chwili zwiedzaniem stolicy, lecz mało się tu zajmują tymi panami, gdyż całą uwagę wyczerpuje kwestya wschodnia. Zdarzenie nawet, jakie zaszło w wyprawie Potanina do Mongolii, nie wzbudza również wielkiego zajęcia.

Pewnego dnia Potanin szef wyprawy, Rasailow, Pezdnew i Berezowski, zwiedzając miasteczko chińskie położone u stóp góry Ałtai w pobliżu lamaickiego klasztoru Chary Tume, napadnięci zostali przez bandę z 200 ludzi złożoną, która im zabrała dwa konie i wszystką broń. Urzędnik chiński zbliżywszy się do podróżnych zapytał ich kim są i po co przybyli. Oddano im konie, lecz broń obiecano im dopiero wtedy zwrócić, jeżeli wyprawa uda się natychmiast do Kobdo i to drogą chińską wzdłuż posterunków chińskich, a nie przez Ałtai, jak się tego domagali podróżni. Wyprawa oparła się zmianie drogi i odniosła się do swego rządu, który przesłał depeszę do Pekinu, żądając zadosyćuczynienia.

Armia kaukazka rozłożoną jest wzdłuż granicy nad brzegami Arpaczai, i trudno przeszkodzić kozakom, aby nie zabierali posterunków tureckich. Było już kilka wypadków tego rodzaju, że posterunki znikły jakby czarem, a to kozacy je sprzątali.

Paryż 20 listopada.

(*B.*) Wewnętrzne sprawy francuskie zawsze w tem samem obracają się kole. Rozprawy nad budżetem są albo pozorem do osobistych zaczepek rządu przez deputowanych, mających służyć ich autorom za reklamę wobec wyborców, lub też są podchwytywane przez stronnictwa przewodnie dla narzucania pośpiesznych reform, których przeprowadzenie drogą zwyczajnego stanowienia ustaw przedstawiałoby dużo więcéj trudu i zagadkowości.

Takiem usiłowaniem zaprowadzenia reformy administracyjnej był wniosek komisyi budżetowéj przyjęty przez Izbę, wykreślający z budżetu spraw wewnętrznych płace podprefektów w Sceaux i St. Denis, okręgów zaliczających się do dep. Sekwany. Taktyka nie zupełnym była uwieńczona skutkiem, gdyż Izba odrzuciła artykuł dodatkowy przenoszący atrybucye oba podprefektów w ręce prefekta Sekwany, i autorowie projektowanéj reformy byli zmuszeni złożyć w biórze Izby oddzielny projekt ustawy znoszącéj oba urzędy. Pożądanem by było, aby los téj reformy był uważany na przyszłość jako *precedens* do którego powagi uciekaćby się mogli ci, którym chodzi o zachowanie w poszanowaniu ustaw organicznych społeczeństwa. Izba ma zupełne prawo odmówić, jak to uczyniła w sprawie żołdu kapelanów wojskowych lub płac obu podprefektów, kredytu na opłacenie w roku następnym osób pełniących te obowiązki, lecz odmowa taka ma ważność tylko na rok jeden i nie może pociągać za sobą, jak pragniono tego, zniesienia samychże urzędów, które jéj poprzednicy w zwyczajnéj prawodawczéj drodze ustanowili. Zresztą dyskusye dotyczące innych departamentów budżetu nie przedstawiały wcale zajęcia i dziś dopiero oczekują burzliwéj rozprawy z okoliczności budżetu legii honorowéj i nie oddawania honorów wojskowych legionistom grzebanym cywilnie.

Sprawą przeto dziś najżywotniejszą, najbardziéj zajmującą rząd, parlament i całą opinię publiczną, są bliskie wybory dwóch dożywotnich członków senatu na miejsce śp. Wołowskiego i Letellièr-Valaze. Wyobrażam sobie, o ile ta sprawa, wobec któréj Francuzi gotowi są zapomnieć o burzy gotującéj się nad Bosforem, wydawać się może drobną, zaściankową i nic nie znaczącą dla czytelników zagranicznych. A przecież od imion senatorów, jakie wyjdą z urny, kto wie, czy nie zawisła cała przyszłość formy rządu we Francyi. Wiadomo, że jeśli dotąd, pomiędzy Izbą niższą posiadającą większość stanowczo republikańską a senatem nie posiadającym zgoła większości, nie przyszło do gorącego starcia, w którem republika łatwo utonąć by mogła, to pochodziło jedynie z braku téj właśnie stałéj większości w senacie. Zawsze w chwilach, gdy sądzono, że stronnictwa zachowawcze w senacie posiadły taką większość jak np. przy wyborze Buffeta, nazajutrz pojawiała się sprawa, w któréj 2 lub 3 głosy przerzuciły się w drugą stronę.

Po śmierci Wołowskiego i Letellièr, którzy zaliczali się [illegible] do konstytucyonistów lewego środka większość pozostała przy prawéj stronie senatu. Dzisiaj przeto chodzi wiele prawicom o zapewnienie sobie większości zapomocą doboru dwóch współwyznawców. Chodzi tu o skorzystanie z chwili. Szczęście zdaje się sprzyjać prawicom, bo wybór prowincyonalny w dep. Doubs wzmacnia ją osobą p. de Mérode synowca znanego kardynała, lecz z innéj strony pomiędzy trzema stronnictwami monarchicznemi zgoda na dwóch tylko kandydatów jest nadzwyczaj trudną. Stronnictwa tak nie zwykłe są liczyć na dobrą wiarę swych chwilowych sprzymierzeńców, iż żadne z nich nie pragnie usunięciem swego kandydata pozostawić swą przyszłość na łasce i dobréj wierze innych. Przeto lewica senatu nie przestaje traktować w téj mierze z orleanistami, których kandydat Chabaud Latour został odrzucony przez oba pozostałe monarchiczne obozy, lecz i tutaj trudności się mnożą co chwila, bo jenerał Chabaud Latour nie chce być kandydatem lewic. Rokowania prowadzone w téj mierze przez różne stronnictwa zajmują żywiéj paryskich dziennikarzy, niżeli los przyszłéj konferencyi wschodniéj.

Sprawa wschodnia, tutaj, wzbudza największe zajęcie tylko na giełdzie, gdzie najsprzeczniejsze wiadomości bezustanku walczą o lepsze, lecz pomimo usiłowań optymistów, nie zdolne są podnieść kursu wszelkich wartości, które acz powoli, ale codziennie spadają. Pomimo wiadomości nadesłanéj z Rzymu o bezwarunkowym przystąpieniu Porty do konferencyi, wojna wydaje się nieunikniona. Rzucona z Berlina pogłoska o grożącem powstaniu w Polsce, jednoczesna wiadomość o plakatach rządowych w Warszawie zabraniających zebrań i druga o mobilizacyi dwóch korpusów obserwacyjnych w Prusiech są tu uważane za dowód istnienia umowy pomiędzy Rosyą i Prusami, tak, iż bajka o powstaniu służyłaby za pozór do zajęcia lewego brzegu Wisły przez Prusy. Sprawdza się też wiadomość, że rząd francuski otrzymał już zawiadomienie z Berlina, jako Niemcy nie przyjmą udziału w powszechnéj wystawie, lecz ukrywa ją jeszcze.

Minister sprawiedliwości mianował auskultanta Ludwika **Łaskiego** adjunktem sądu powiatowego w Podgórzu, auskultanta zaś Czesława **Łozińskiego** adjunktem sądu powiatowego w Milówce (a nie w Podgórzu jak wczoraj błędnie wydrukowano).

Wiedeń 23 listopada. Już wczoraj wspominaliśmy na innem miejscu o wspólnem zgromadzeniu wszystkich trzech klubów wiernokonstytucyjnych, które naradzały się nad tem, jakie zająć stanowisko wobec wyjaśnień [illegible]. Z [illegible]praw ogłoszonych dziś w dziennikach wiedeńskich widzimy, iż ścierały się tam dwa prądy: jeden dążący do bezwzględnej opozycyi przeciw rządowi, odrzucający ugodę bez ogródki; drugi nieco umiarkowany, ale także rządowi nieprzychylny. Zapisujemy ten objaw jedynie dla tego, że jest to stronnictwo, z którego łona rząd dzisiejszy wyszedł. Z obu tych prądów właściwie żaden nie przeważył, zgodzono się tylko na pośredni wniosek dep. Dra **Russa**, iż przewodniczący w klubach zwołać mają ponownie zgromadzenie wspólne i zaprosić rząd, aby dał wyjaśnienia tak w ogóle w sprawie wschodniej, jak w szczególności co do statutu bankowego. Wniosek ten jednomyślnie został przyjęty. Z Rusinów obecni byli na tem zgromadzeniu: dep. Gierowski, Halka, Janowski, Juzyczyński, Kowalski, Krasicki, Krzyżanowski, Naumowicz, Ozarkiewicz, Pawlikow, Szwedzicki, oraz dep. Haase, Hönigsmann, Kallir, Landau, Mizes, Kochanowski itd.

— Młodzież polska uczęszczająca na uniwersytet wiedeński, wezwaną została przez akademików zagrzebskich, oraz przez kolegów swych Słowian, aby na objawy turkofilskie młodzieży peszteńskiej odpowiedzieć demonstracyą przychylną Moskwie. Na wezwanie to odpowiedzieli polscy uczniowie uniwersytetu wiedeńskiego, co następuje:

„Młodzież polska uniwersytetów wiedeńskich braciom zagrzebskim i współtowarzyszom śle pozdrowienie! Rozważyliśmy dobrze treść Waszego pisma, w którem nas wzywacie, abyśmy wspólnie z innymi Słowianami zajęli stanowisko wobec objawów młodzieży węgierskiej, i odpowiadamy co następuje: Ubolewamy, że młodzież węgierska jednostronnie pojęła zasady ludzkości; sądzimy, że nie godzi się jej, choćby tylko pośrednio, potępiać lud w jego szlachetnej dążności, który pomimo, iż czasy ku temu bardzo nie sprzyjają, powstał jednomyślnie, aby wyruszyć do nierównej walki za wolność, prawo i ojczyznę! Oby Bóg pobłogosławił tę broń, która dobrej służy sprawie i oby dał zwycięstwo braci naszej słowiańskiej! Lecz pomimo całej naszej sympatyi dla ludu serbskiego, uważamy za rzecz dobrą i stosowną odrzucić wezwanie Wasze do wspólnego postępowania. Serbia ma **sprzymierzeńca**, który lud nasz strasznemi gwałtami uciska, który wiarę naszą, język nasz chce wytępić, który wypiera się zasad wolności i cywilizacyi, burzy tradycye i uczucia, które stworzyła wielka przeszłość naszego narodu! Poparcie ze strony tego sprzymierzeńca jest zdaniem naszem podarunkiem Danaów, mowa jego jest dwujęzyczną. Historya osądzi kiedyś to postępowanie, jak osądziła zbrodnie Katarzyny i Igelströma. Dla tego uważamy za swój obowiązek nie przyczyniać się do tego, iżby młodzież słowiańska objawami swej sympatyi pomnażała liczbę zwolenników owego potężnego nieprzyjaciela wolności i wołamy ostrzegając: „Ufajcie tylko własnym siłom!“ Te zaś winny być podniesione pracą spokojną, patryotyczną, pełną poświęcenia. Następstwem jej będzie sprawiedliwość i wolność dla ludów słowiańskich, następstwem owej strasznej potęgi — niewola!“ (Następują podpisy).

— Zamieściliśmy przedwczoraj krótkie telegraficzne sprawozdanie z posiedzenia Izby deputowanych sejmu węgierskiego w dniu 21 b. m., na którem z powodu obrad budżetowych dep. Mudrony, Helfy, Simonyi i Iranyi krytykowali postępowanie rządu węgierskiego. Prezes ministrów Tisza zbijał wszystkie zarzuty, czynione jego gabinetowi. Dep. Iranyi rzekł w swojem przemówieniu, „że rząd musi politykę swoją zmienić, albo ustąpić“. Na to odpowiedział Tisza, że usunięcie się rządu w chwili, kiedy stanowisko jego jest najtrudniejszem, kiedy na nim cięży ogromna przed narodem odpowiedzialność, uważałby za tchórzostwo polityczne. Nie zraża się on nigdy podobnemi zarzutami, istnienie parlamentarnego ministerstwa właśnie polega na tem, że większość sejmowa jest przeniknioną tą samą ideą i temi zamiarami, co rząd odpowiedzialny. Decyzya co do ustąpienia gabinetu leży więc w rękach większości. Dep Helfy poruszył sprawę odnowienia związku celnego i sprawę podatkową i bankową Tej ostatniej Tisza poświęca w odpowiedzi swojej obszerniejszy ustęp. Odpiera on zarzut Helfego, który twierdził, że rząd nie przestrzegał praw krajowych, nie żądał bowiem osobnego dla Węgier okręgu celnego. Co się tyczy cła, to w roku 1867 zawarto traktat celno-handlowy na lat 10, jeśli przez to powstała sprawa nie tylko same Węgry obchodząca, nie wina w tem rządu. W sprawie długu 80 milionów Helfy zarzuca rządowi, że podczas ostatnich rokowań oświadczył, że Węgry mogą należeć w części do spłaty tego długu, z drugiej strony mowca przyznaje, że to co było postanowionem w r. 1867 na podstawie słuszności, nie obowiązuje bynajmniej rząd obecny. Tisza odpowiada, że w chwili, kiedy rząd przedłoży sejmowi projekt odnośnej ustawy, rzecz ta najlepiej się wyjaśni. Do załatwienia tej spornej między dwiema częściami monarchii sprawy, nie było zdaniem Tiszy innej rady, jak wyrok trzeciego bezstronnego sędziego. Dla tegp uważa on sąd polubowny za potrzebny. Następnie minister odpowiada na kilka szczegółowych zarzutów, odnoszących się do kredytu dla drobnego przemysłu i małych posiadłości, do zakładu kredytowego itd. W końcu swego przemówienia Tisza raz jeszcze poruszył sprawę wschodnią. Zabrał on dla tego głos, w celu, jak się wyraził uczynienia zadość wymaganiom parlamentarnym i upraszać Izbę, aby raczyła rząd węgierski mierzyć tą samą miarą, jak inne rządy europejskie. — Minister przyłącza się do oświadczenia dep. Moczarego, że Węgrzy nie uważają Sławian bałkańskich za swoich nieprzyjaciół. Dodaje on do tego oświadczenie, że Słowian w Węgrzech mieszkających nie uważa także za nieprzyjaciół. Różnica wtenczas tylko nastąpi, jeśli obywatel języka słowiańskiego postępuje zdradziecko względem ojczyzny; wówczas surowość prawa musi być zastósowaną. Nie pojmuje on tylko, jak do swego pierwszego twierdzenia dep. Helfy mógł przyłączyć dalsze uwagi, tyczące się całości Turcyi, obalenia polityki rosyjskiej na Wschodzie i przeszkodzenia interesom słowiańskim w Turcyi. Następnie minister wskazuje na zwyczaje parlamentarne w Anglii, na względność z jaką parlament angielski wobec polityki wschodniej rządu postępuje. Tenże mówi dalej, że jeśli prezes ministrów angielskich powiedział: pragniemy pokoju, ale wrazie naruszenia interesów Anglii, potrafimy ich bronić“; jeżeli Niemcy oświadczyły „że pragną także pokoju, ale ani jedna kropla krwi niemieckiej nie padnie jeśli nie będzie tego wymagał honor Niemiec“; to rząd węgierski wyraził zupełnie tę samą myśl mówiąc „pragniemy pokoju, ale będziemy także przestrzegać interesów naszej monarchii“. W Anglii nie ma zwyczaju, aby rozprawy nad polityką zewnętrzną kończyły się wnioskiem formalnym, tylko po kilku dniach Izba stawia kwestyę zaufania lub nieufności dla gabinetu. A wrazie nawet ustąpienia ministerstwa, nowy gabinet nie rozwija programu, swojej polityki zewnętrznej, bo Izba dostatecznie jemu zawierza. W końcu Tisza porusza sprawę [illegible] studentów peszteńskich, rozwinie on to szczegółowo podczas obrad nad petycyą odnośną, która w tych dniach ma być przedłożoną Izbie. Z [illegible] dziełem niestety — powiada Tisza — mniemam, że młodzież uniwersytecka powodować się będzie przestrogą patrioty, przedstawiającego jej niebezpieczeństwo zamierzonego kroku. Co się zaś tyczy mego stanowiska, nie życzę sobie wcale, aby w naszym kraju tworzyły się grupy turko lub rusofilskie, gdyż mam to przekonanie, że polityka Węgier i monarchii austryacko-węgierskiej nie powinna być ani turecką, ani rosyjską, ani niemiecką lub francuską, ale powinna przestrzegać interesów monarchii austryacko-węgierskiej.

Rosya.

W dalszym ciągu wiadomości o uzbrojeniach i przygotowaniach wojennych w Rosyi podajemy co następuje:

Według *Gazety Dauskiej* w tych dniach otrzymano w Czerkasku wielki transport broni polnej odtylcowej i rewolwerów, dla uzbrojenia Kozaków, liczących się w trzeciej kolei służbowej; w pobliżu zaś stacyi Czertkowo, kolei żelaznej Rostowskiej, budują z wielkim pośpiechem koszary, gdzieby wojska przewożone na południe znalazły wypoczynek, jadło gorące i herbatę.

Gołos pisze, że naczelnym pełnomocnikiem towarzystwa opieki nad chorymi i rannymi żołnierzami w armii czynnej (południowej) mianowany został ks. Czerkaski.

Do *Nowego Wremeni* piszą z Odessy pod d. 3 (15) listopada: Wczoraj wydano tu urzędowe ogłoszenie, że port Odeski, liman Dnieprowski, zatoka Sebastopolska i cieśnina Kerczu podminowane zostały nieprzerwanym szeregiem torpedów. Ostrzega się przeto, że bez wiedzy służby portowej nie wolno tam wpływać.

Moskowskija Wiedomosti donoszą, że zarząd inżynieryi poruszył potrzebę zbudowania nowej twierdzy w Serocku (o 3 mile od Warszawy). Przyczem dodają, że Serock, jako miejscowość położona nad Narwią, w połączeniu z Warszawą i Nowogieorgiewskiem (Modlinem) stanowić będzie bardzo ważny punkt strategiczny „szczególnie wobec blizkiej wojny, która Bóg wie, jak szerokie może przybrać rozmiary“.

Wraczebnyja Wiedomosti piszą, że wszyscy lekarze wojskowi zatrudnieni w Petersburgu przy szpitalach i innych zakładach wojskowych zostali uprzedzeni, że na pierwszy rozkaz mają się udać do armii czynnej, obowiązki zaś ich pełnić będą lekarze cywilni. W Petersburgu zakładać będą 8 do 10 szpitalów wojskowych czasowych.

Birżewyja Wiedomosti zamieszczają wiadomość, że ministerstwo wojny zarządziło przekształcenie bateryj artyleryi konnej regularnej w oddziały sześciodziałowe i przydzielenie tych oddziałów do dywizyj jazdy. Następnie artylerya konna armii czynnej, przy stosunku ogólnym 4½ dział na 1000 jazdy, będzie miała skład następny: 6 bateryj gwardyi (w tej liczbie 1 kozacka) i 28 bateryj armii (w tej liczbie 7 kozackich), wszystkie włączone do dywizyj jazdy. Nadto pułki kozaków Dońskich mają 14 bateryj. Dla zapełnienia zaś braków możebnych w wojnie, uformowano 4 baterye zapasowe: 3 regularne i 1 dońską.

Ten sam dziennik pisze, że w skutek nakazanej mobilizacyi wojsk, ministerstwo dróg i komunikacyi wydało przepisy przesyłania depesz telegraficznych telegrafami kolei żelaznych w czasie wojennym. Wedle treści i doniosłości rozdzielono je na klasy.

Odeski korespondent *Birżowyja Wiadomości* mówi, że wielu mieszkańców Odessy zamierza przenieść się do Połtawy, Kijowa, Elisabetgrodu i t. d. w obronie zbliżających się wypadków wojennych, kilkanaście rodzin bogatszych wyjechało już i pośpiechem swoim przeraziło innych, tak że ci nawet, którzy nie myśleli o wyjeździe, dziś wybierają się na dobre.

Do *Gołosu* piszą z Odessy, że wstęp na baterye nowozbudowane w Odessie został bezwarunkowo wzbroniony wszystkim prywatnym, a to w skutek wypadku następującego: jednę z bateryj zwiedził pop prawosławny i jako taki nie wzbudził podejrzenia. Z zupełną tedy swobodą za białego dnia, wymierzył wszystkie rozmiary bateryj, policzył działa, przypatrzył się ich kalibrowi, zapisał wszystko i wyszedł niezatrzymany i niepytany. Dopiero później jeden z żołnierzy zrobił uwagę, że ten pop miał krótko ostrzyżone włosy, nie zaś długie, jak wszyscy popi. To wzbudziło baczność władzy i spowodowało śledztwo, które wykryło, że mniemany pop był Anglikiem, korespondentem do dzienników londyńskich, zamieszkałym od lat kilku w Odessie i że zwiedził w taki sam sposób inne baterye odeskie, lecz już wyjechał. Wydano więc tylko zakaz zwiedzania bateryj.

Redaction und Administration: Landstraße, Gärtnergasse Nr. 6.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen werden portofrei befördert.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich 1maliger Postversendung: Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl., monatlich 2 fl.
Mit täglich 2maliger Postversendung: Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl., monatlich 2 fl. 35 kr.

Einzeln: Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Abendblatt. Motto: Gleiches Recht für Alle

Ankündigungs-Bureau: Stadt, Wollzeile 16
Inserate und Briefe an den Redacteur werden tarifmäßig berechnet.

Abonnement für Wien:
Ganzjährig 18 fl., halbjähr. 9 fl., vierteljähr. 4 fl. 50 kr., monatlich 1 fl. 50 kr.;
mit Zustellung ins Haus ganzjährig 21 fl. 60 kr., halbjährig 10 fl. 80 kr., vierteljährig 5 fl. 40 kr., monatlich 1 fl. 80 kr.
Abonnements werden angenommen in der Haupt-Expedition der „Presse“, Wollzeile 16, und bei allen Zeitungsverschleißern.
Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

№ 325. Wien, Freitag den 24. November 1876. 29. Jahrgang.

Wien, 24. November.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erhielt Abgeordneter Göllerich als Berichterstatter des Ausschusses das Schlußwort in der Debatte über die Reform der politischen Verwaltung. Nach der Rede des Referenten erfolgte die Abstimmung über die in dieser Frage vorgelegten Anträge. Auf der heutigen Tagesordnung stand auch der Bericht des Petitions-Ausschusses über die anläßlich der Landtagswahlen in Dalmatien eingebrachten Beschwerden.

Die neuerliche Gesammt-Conferenz der verfassungstreuen Abgeordneten, in welcher das Ministerium nähere Aufklärungen bezüglich des Ausgleichs mit Ungarn ertheilen soll, ist für Montag, Mittags 12 Uhr, festgesetzt. Das Erscheinen der Minister soll in bestimmte Aussicht gestellt sein.

Heute haben von den zehn Abgeordneten, welche das Programm der Fraction Skene im Club der Linken einbrachten, nachfolgende ihren Austritt aus dem Club der Linken angemeldet: Skene, Sturm, Schaup, Hanisch, Graf Coronini, Proskowetz und Budig. Außerdem sind aus dem Club der Linken ausgetreten, beziehungsweise zur Fraction Skene übergegangen die Abgeordneten Baron Hammer-Purgstall und Siegl.

Finanzminister Szell hat in der gestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses die Budgetvorlage und die finanz- und volkswirthschaftliche Politik der Regierung mit großem Eifer und, wie der Beifall des Hauses beweist, auch mit dem zunächst angestrebten, momentanen Erfolg gegen die Angriffe vertheidigt, welche die Redner der verschiedenen Oppositionsparteien während der General-Debatte gegen das Budget und die Regierungspolitik gerichtet hatten. Szell bemühte sich, den Beweis zu liefern, daß das Budget reell ist; daß sich die Ausgaben nicht weiter reduciren lassen; daß sich die finanzielle Bilanz entschieden bessere; daß, wenn sich dies nicht auch von der volkswirthschaftlichen Bilanz sagen lasse, die Schuld nicht die gegenwärtige Regierung, sondern Jene treffe, die nicht schon früher die volkswirthschaftliche Kraft berücksichtigten und schonten; daß sich die Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse nicht decretiren lasse, daß aber die Regierung hiefür so viel thue, als sie mit gebundenen Händen zu thun vermöge; daß sie bei den Ausgleichsverhandlungen nur durch das Interesse des Landes und bei Annahme der Ausgleichsbedingungen nur durch das Streben geleitet wurde, „das Land vor verhängnißvollen Erschütterungen zu bewahren“; endlich, daß der größte Theil dessen, was aus den verschiedenen Anlehen eingeflossen ist, auf Investitionen, Zinsengarantien und Amortisirung verwendet wurde. Das Haus nahm die Auseinandersetzungen des Ministers sehr freundlich auf; wir aber beschränken uns an dieser Stelle, diese Thatsache zu constatiren. Von den Rednern, die gestern vor dem Finanzminister sprachen, erwähnen wir Ed. Steinacker, der mit großer Wärme für einen „vollständigen und dauernden Ausgleichspact mit Oesterreich“ und für die Nothwendigkeit plaidirte, „der Consolidirung der Monarchie Opfer an einzelnen staatlichen Institutionen zu bringen“.

Die heutige Post brachte eine reiche Sammlung von diplomatischen Actenstücken, welche sich auf die augenblickliche Lage beziehen. Der wesentliche Inhalt dieser in den officiellen Blättern von London und Petersburg veröffentlichten Noten und Depeschen ist unseren Lesern bereits aus eingehenden telegraphischen Analysen bekannt, welche die letzten Tage über mitgetheilt wurden. Das Haupt- und Paradestück dieses allerneuesten Blaubuchs bildet die Depesche des Lord Loftus über seine Unterredung mit Kaiser Alexander in Yalta. Der Wortlaut dieses Schriftstückes, das wir ebenso wie die einbegleitenden und erklärenden Actenstücke an anderer Stelle reproduciren, läßt die Erklärung des Kaisers noch friedlicher erscheinen als der telegraphische Auszug. Wäre lediglich diese eine Note zur Kenntniß des britischen Cabinets gelangt, so ließe sich die Rede des Lord Beaconsfield, welche bekanntlich mehrere Tage nach dem Einlangen der Depesche des Lord Loftus in London gehalten worden, nur durch eine staatsgefährliche Weinlaune des Premiers erklären. Die vorbereitenden, einbegleitenden, commentirenden und nachträglich ergänzenden Telegramme und Depeschen aber setzen den Mittheilungen des Lord Loftus aus Yalta einen starken Dämpfer auf, und machen die Rede Disraeli's begreiflicher.

Kaiser Alexander spricht sich dem außerordentlichen Gesandten Englands gegenüber mehr in negativem Sinne aus. Neben den allgemeinen Versicherungen, daß Rußland nicht ruhen werde, bis das Los der Rajah in der Türkei verbessert und diese Verbesserung durch Garantien gesichert sei, bilden die Eröffnungen des Czars eigentlich nur eine Reihe sehr bestimmt lautender Dementis der landläufigen Ansichten von den traditionellen Plänen Rußlands auf die Erwerbung türkischer Gebietstheile und insbesondere Konstantinopels. Dafür äußert sich aber Fürst Gortschakow in seiner Note vom 7. November an den Grafen Schuwalow in London, sowie in einer früheren Depesche vom 22. October weniger beruhigend. Obwol er ebenfalls bemüht ist, England in Betreff der russischen Eroberungsgelüste zu beschwichtigen, stellt er rückhaltslos einen Satz auf, welcher die Pariser Verträge in ihren Grundideen vollständig negirt. Nicht die Erhaltung der Integrität der Türkei und des status quo müsse bei den Friedensbemühungen der europäischen Diplomatie in erster Linie ins Auge gefaßt werden, sondern die Schaffung eines Dauer verheißenden Friedenszustandes durch gründliche Verbesserung der socialen und politischen Verhältnisse der christlichen Unterthanen der Pforte. Dies könne nur erreicht werden, wenn während des Uebergangsstadiums die insurgirten Provinzen, welche der Reformen theilhaftig werden sollen, vorübergehend durch Truppen einer Macht occupirt werden, welcher die christlichen Einwohner kein Mißtrauen entgegenbringen.

Das Facit all dieser Erklärungen und Eröffnungen bleibt also, daß, wenn Rußland auch heute ebenso wie seinerzeit Kaiser Nikolaus in dem Gespräche Lord Seymour sich gegen die Insinuation verwahrt, auf der Balkanhalbinsel dauernd festen Fuß fassen zu wollen, gleichzeitig aber die Absicht einer vorübergehenden Besetzung offen ausspricht. Die russischen Erklärungen mögen immerhin bis zu einem gewissen Grade beruhigend und calmirend wirken, den eigentlichen Stein des Anstoßes, die leidige Occupationsfrage, haben sie nicht aus dem Wege geräumt.

Ueber die Ministerkrisis in Belgrad wird der „Budapester Correspondenz“ mitgetheilt, der Fürst habe die Demission des Cabinets angenommen, es werde aber nur ein partieller Ministerwechsel stattfinden. Ristics trete definitiv zurück. Gegen denselben werden mehrseitig schwere Anschuldigungen erhoben, die in der nächsten Sitzung des Skupschtina-Ausschusses zur Sprache kommen werden. Christics soll Minister-Präsident und Zubics Minister des Aeußern werden. Milojkovics bleibt. — Marinovics begibt sich von Petersburg nach Konstantinopel. Magazinovics soll Serbien in Wien vertreten. Der frühere Kriegsminister Nikolits ist gestern Abends hier angekommen.

Vom Kriegsschauplatz.

Ueber den neuen Chef des Generalstabes der activen Armee, General-Adjutant Nepokojtschizkij, entnehmen wir dem „Golos“: „Arthur Adamowics Nepokojtschizkij verließ im Jahre 1834 das Pagencorps, in welchem er den Cursus mit ausgezeichnetem Erfolg absolvirt hatte, trat darauf in das berühmte Preobrashensche Regiment ein, das er jedoch bald verließ, um in der Militär-Akademie seine Kenntnisse zu vervollständigen. Nachdem er auch hier den Cursus mit ausgezeichnetem Erfolg absolvirt, trat er als Officier des Generalstabes in das 5. Infanterie-Corps, welches damals von N. N. Morawjew, bekannt durch seine Strenge in allen Dienst-Angelegenheiten, commandirt wurde. In diesem Corps diente Nepokoitschizkij längere Zeit und machte alle Kämpfe, welche dieses Corps unter dem Grafen Lüders im Kaukasus und im orientalischen Kriege zu bestehen hatte, mit. In den letzten Jahren bekleidete der General das Amt eines Präses der Militär-Codifications-Commission.“

* * *

Aus Larissa in Thessalien wird amtlich folgende Thatsache gemeldet: „Ibrahim Pascha, welcher jetzt an der griechischen Grenze commandirt, hat zwei Bataillonen Redifs den rückständigen Sold in Kaimés (türkische Banknoten) ausgezahlt. Die Soldaten drangen mit dem erhaltenen Papiergelde in die christlichen Kaufläden und verlangten die Umwechslung in Gold und Silber. Da aber das Disagio mindestens 8 Percent beträgt, verweigerten die Griechen die Annahme der Kaimés al pari. Darauf zogen die Soldaten ihre Yatagans und hieben auf die Kaufleute ein, von welchen viele schwer verwundet wurden. Das Losungswort war: „Wurun Djaurlari!“ (Schlagt die Ungläubigen nieder!) Ibrahim Pascha eilte mit einer Compagnie Soldaten den Bedrängten zu Hilfe und stellte die Ordnung mühselig genug wieder her. Die Christen trauten sich aber nicht mehr, ihre Läden zu öffnen, bis sie der Commandant nicht seines vollen Schutzes versicherte.

Welchen Werth aber diese Zusage hatte, bewies der darauf gefolgte Tag, an welchem [illegible] ein von Griechen besuchtes Café überfielen und die daselbst bei ihrem Schwarzen versammelten Griechen jämmerlich zurichteten. Achtzehn der griechischen Caféhausgäste haben blutige Recentzettel von diesem Zwischenfalle davongetragen. Nur der Wehrlosigkeit der Ueberfallenen war es zu verdanken, daß es nicht zu noch ärgerem Blutvergießen kam.“

* * *

Rustschuk, 17. November. [Orig.-Corr.] (Die ungarische Colonie. Kriegsvorbereitungen in Bulgarien.) Bekanntlich lebt hier eine sehr starke österreichisch-ungarische Colonie, weniger der Stolz als eine Exposition unserer Heimat. Die Länder der Stephanskrone liefern den größten Theil des turbulenten Elements, welches in der Türkei jenen Verdienst sucht, den es in der Heimat nicht zu finden

Kleine Chronik.

Wien, 24. November.

[Hof- und Personal-Nachrichten.] Se. Majestät der Kaiser hat den Abgebrannten der im Trentschiner Comitat gelegenen Ortschaften Prußka und Bohanicz 500 fl. zukommen lassen. — Der Rector des deutschen Polytechnicums in Prag und Professor der Ingenieurwissenschaften (Wasser- und Straßenbau), Herr A. R. Harlacher, ist Sonntag im Auftrage des k. k. Ministeriums des Innern nach Frankreich gereist, um dort die Canalbauten, besonders jene der oberen Seine zu studiren. — Der Historienmaler Flatz liegt seit einiger Zeit in Bregenz schwer krank darnieder.

[Requiem für Cardinal Rauscher.] Heute Vormittags um 9 Uhr, als am Sterbetage des Cardinals Fürst-Erzbischofs von Wien, Josef Othmar Ritter v. Rauscher, celebrirte Fürst-Erzbischof Dr Kutschker, in der Domkirche zu St. Stefan ein feierliches Requiem. In der Mitte des Hauptschiffes der Kirche war ein Katafalk errichtet, auf dem die Insignien der Cardinalswürde angebracht waren. Dem Seelenamte wohnten viele geistliche und weltliche Würdenträger und ein zahlreiches Publicum bei.

[Francesconi.] Es verlautete gestern und wurde von einer hiesigen Correspondenz sogar als bestimmte Thatsache gemeldet, daß Se. Majestät der Kaiser den Enrico Francesconi begnadigt und daß der Oberste Gerichtshof über den verurtheilten Raubmörder eine zwanzigjährige schwere Kerkerstrafe verhängt habe. Nachdem uns diese Meldung erst in später Abendstunde bekannt ward, konnten wir über dieselbe keine näheren Erkundigungen einziehen. — Wir erhalten nun vom Präsidium des k. k. Landesgerichtes in Strafsachen folgende Zuschrift:

„Die in mehreren Wiener Blättern vom gestrigen und heutigen Tage gebrachte Notiz, daß dem Heinrich v. Francesconi die wider ihn vom hiesigen k. k. Landesgerichte verhängte Todesstrafe im Wege der Allerhöchsten Gnade nachgesehen wurde, und der hohe k. k. Oberste Gerichtshof auf eine 20jährige schwere Kerkerstrafe erkannt habe, entbehrt thatsächlich jeder Begründung.

Eine löbliche Redaction wird um Aufnahme dieser Mittheilung in die nächst erscheinende Nummer Ihres Blattes ersucht.

Wien, am 24. November 1876.

Vom k. k. Landesgerichts-Präsidium in Strafsachen:
Weittenhiller.“

[Selbstmord.] Man schreibt uns aus Znaim: „Am letzten Sonntag kam in Znaim ein Fall von Arsenikvergiftung vor; der Fuhrwerksbesitzer Peter Jaksch, ein dem Trunke ergebener Mensch, machte nämlich an dem gedachten Tage in Folge häuslicher Zerwürfnisse seinem Leben mit Arsenik, das er noch aus jener Zeit her, als er Pferde besaß, aufbewahrt hatte, ein Ende. Jaksch klagte über Unterleibsschmerzen, was jedoch der Gattin desselben, der er keine Mittheilung von dem Selbstmorde machte, nicht auffiel. Montag Früh fand man den Mann todt im Bette liegen; er hinterläßt ein Weib und zwei unversorgte Kinder.“

[Studenten-Duell.] Aus Innsbruck wird vom 23. d. berichtet: „Gestern fand hier zwischen einem hiesigen und einem Grazer Corpsburschen ein Zweikampf statt. Die Polizei hatte ziemlich [illegible] davon erhalten und die Gendarmerie verfolgte [illegible] nach verschiedenen Richtungen. Beim [illegible] stehen, und dort wurden auch um die Mittagsstunde, nachdem der Grazer durch einen auf die Stirn erhaltenen Hieb bereits „Genugthuung“ erlangt hatte, die Duellanten abgefaßt. Zwei der Studenten, welche durch das Fenster zu entschlüpfen suchten, wurden von einem der Gendarmen, der das Haus von außen bewachte, im Freien in Empfang genommen. Da einer der Corpsburschen übrigens die Verantwortung für das Geschehene übernehmen zu wollen erklärte, so wurde derselbe vorläufig in gerichtlichen Gewahrsam gebracht, die Uebrigen wurden zur Polizei gefahren und von derselben bis auf Weiteres entlassen.“

[Kriegsanzeichen.] Wie „Bud. Napilap“ aus Pest erzählt, trafen dort vorigen Dienstag acht Polen ein, welche nach halbtägigem Aufenthalt mit der Südbahn nach Triest weiter reisten, von wo sie sich nach Konstantinopel begeben. Drei derselben sind schon ergraute Männer, die anderen Fünf aber noch junge Leute im Alter von 22—24 Jahren. Die interessanteste Gestalt in dieser kleinen Wanderschaar ist der aus Volhynien gebürtige Oberst Graf R., der 1863 an dem polnischen Aufstand theilnahm, bei Czenstochowa verwundet wurde und in russische Gefangenschaft gerieth. Graf R., dem es später gelang, aus Sibirien, wohin er verbannt worden war, zu entkommen, lebt seit einigen Jahren in Galizien; sie Alle eilen nach Stambul, wo, wie sie behaupten, eine polnische Legion gebildet wird, und brennen vor Begierde, je eher mit den Russen sich zu schlagen. Auch das ist, bemerkt „B. N.“, ein kriegerisches Anzeichen, daß gegenwärtig viele ausländische Fruchthändler in Pest weilen. Das russische Getreide-Ausfuhrverbot hat für den ungarischen Getreidehandel einen lebhaften Aufschwung zur Folge, und können wir bei der starken Nachfrage einem bedeutenden Steigen der Fruchtpreise entgegensehen.

[Die unerhörte Cantomimik.] Der unerhörte Erfolg, den Karl Hugo mit seiner „Cantomimik“, gelegentlich der jüngsten Production im „Tiger-Saale“ in Pest errang, wurde von den Glücklichen, welche sie mit eigenen Ohren zu vernehmen, mit den Augen zu sehen in der Lage waren, gebührend, daher mit Begeisterung gewürdigt. In welchem Grade aber diese seine „Wunderstimme“ zur Bewunderung hinzureißen vermag, dafür zeugt die Aeußerung eines Pester Recensenten. Wir glauben der Mit- und Nachwelt unbedingt einen Hochgenuß zu bereiten, wenn wir ihr einzelne Stellen aus dessen Recension mittheilen. Da heißt es in derselben unter Anderm: „Gestern Abends hatten wir Gelegenheit, im „Hotel Tiger“ Hugo's „Voix-Merveille“ zu hören, seine Mimik zu sehen, seine Gottähnlichkeit zu fühlen. Heil meinem Auge, das den Meister sah, Heil meinem Ohr, das da die pythagoräische Sphärenmusik vernahm; und Heil meiner Seele, die da den Geist einathmete, der dem Gotte Karl Hugo entströmt. . . . Wer gestern Abends die Verdi'sche Arie „Céleste Aïda“ von dem Meister hörte, wer ihn den Elvino spielen sah, wer jenes Mienenspiel bewunderte, das der Meister zeigte, kam unwillkürlich zur Ueberzeugung, daß gegen diese Stimme die Geschwister Patti quickende Ratschen sind, die Wilt

weiß. Wie die meisten [illegible], so sind auch diese Leute immer große Politiker und kein [illegible] ist ihnen unbedeutend genug, um es nicht zu einer neuen Lösung der orientalischen Frage auszubeuten. Speciell die Magyaren finden hier auch unter den Mahomedanern viele Landsleute, die seit den Revolutions-Jahren als Emigranten in allen erdenklichen Lebensstellungen vom Schuhmacher bis zum Ex-Pascha leben. In der letzten Zeit herrschte einige Bewegung unter den Magyaren in Rustschuk, da ihnen das hiesige officielle Journal „Tuna" allerlei Nachrichten über die „großartigen" türkenfreundlichen Demonstrationen in Pest und in Konstantinopel mit Klapka zu berichten wußte. Auch „Tuna" spricht von der Gemeinsamkeit der Interessen und Cultur der Türken und Magyaren — ein Vergleich, der von der hiesigen ungarischen Colonie nicht als Compliment empfunden wird.

Seit dem 15. d. werden hier allabendlich die Festungsthore geschlossen [illegible] Niemand darf ohne Bewilligung des Festungs-Commandanten die Festung verlassen oder in diese eintreten. Kaufleute wie [illegible] Staatsbeamte, welche in der jetzigen bösen Zeit wenig [illegible] finden, exerciren fleißig auf dem freien [illegible] Tschyhaneh und bilden sich [illegible] aus. Aus Serbien und [illegible] Baschi-Bozuks [illegible] Turn-Severin [illegible] Colli nach Serbien, welche [illegible] welche das Moskauer [illegible].

Die Garnison [illegible] Nachrichten auf [illegible] werden, aber so viel ist auch gewiß, [illegible] Bemerkungen erst auf der Reise [illegible]. [illegible] Wällen der Festung wird noch immer [illegible]; die Armir [illegible] ist gewachsen, doch auch noch nicht [illegible]. Die halbverfallenen Außenwerke von Silistria, welche [illegible] gelangen, werden [illegible] bei Varna neue Strandbatterien [illegible]. Die [illegible] Truppenmassen sind bisher in Schumla und Widdin [illegible], sonst sind die Garnisonen in [illegible] die heute kaum nennenswerth oder für einen [illegible] vorgesehen.

Kaiser Alexander über Rußlands Orient-Politik.

London, 22. November.

Die „London Gazette" vom 21. d. M. veröffentlicht weitere diplomatische Schriftstücke in Bezug auf die orientalische Frage, welche den Zeitraum vom 1. bis 21. d. M. ausfüllen. Aus der ersten von Earl Derby an Sir H. Elliot gerichteten Depesche vom 4. d. geht hervor, daß die britische Regierung beschlossen, die Initiative zur Abhaltung einer Conferenz zu erneuern. Die drei folgenden Depeschen beziehen sich auf die Ernennung des Marquis Salisbury zum englischen Special-Bevollmächtigten, während die fünfte Depesche die Audienz des Lord Loftus bei dem Czar für den nächsten Tag avisirt. Weitaus die wichtigste der Depeschen ist dann diejenige, über den Verlauf einer am 2. November erfolgten Audienz. Lord Loftus berichtet darüber an Earl Derby:

„Mylord! Ich hatte heute eine Audienz bei dem Kaiser von Rußland in Livadia und Se. Majestät geruhte, mich mit seiner gewöhnlichen Güte und Herzlichkeit zu empfangen. Nach einigen huldreichen Erkundigungen nach meiner Familie lenkte Se. Majestät sofort das Gespräch auf die orientalische Frage. Se. Majestät sagte, er hätte diesen Morgen ein Telegramm aus Petersburg empfangen, welches die wahrscheinliche Annahme des Waffenstillstandes melde, und er las mir ein anderes Telegramm vor, welches meldete, daß die Pforte ihren Commandeuren bereits Befehle zur Einstellung der militärischen Operationen gesendet habe. Dies, bemerkte Se. Majestät, sei sehr befriedigend. Auf meine Bemerkungen bezüglich des plötzlichen Wechsels, der zwischen dem Sonntag, an welchem ich den Kanzler gesprochen, und dem folgenden Tage, als das Ultimatum an General Ignatiew abgesendet wurde, stattgefunden, sagte Se. Majestät, derselbe sei durch die von ihm empfangene Nachricht von dem vollständigen Mißerfolge der serbischen Armee und seine Furcht, daß demselben ähnliche Gräuelthaten folgen dürften wie diejenigen, die in Bulgarien stattgefunden, verursacht worden. Se. Majestät hätte beschlossen, ein Ultimatum zu erlassen, um weiteres unnöthiges Blutvergießen zu verhindern, und er bemerkte, daß Niemand mehr erstaunt war, diese Weisung zu erhalten, als General Ignatiew selber. Se. Majestät drückte sehr ernst seinen Wunsch aus, daß die Conferenz ohne Verzug zusammentrete, und daß die verschiedenen Regierungen unverzüglich Instructionen senden mögen, um die Botschafter in den Stand zu setzen, sofort über die nothwendigen Friedens-Präliminarien in Berathung zu treten und zur Basis dafür die Vorschläge, die von Euer Herrlichkeit unterbreitet worden, zu gebrauchen. Der Kaiser hielt dann mit großer Ruhe und Klarheit eine Rückschau auf die vergangenen Unterhandlungen. Er sagte, er hätte jeden Beweis seines Wunsches nach Frieden geliefert und Alles gethan, was in seiner Macht stand, um die Erzielung einer friedlichen Lösung der bestehenden Verwicklungen zu fördern. Er hätte den früheren Vorschlag Eurer Herrlichkeit für einen sechswöchentlichen Waffenstillstand unterstützt, der von der Pforte abgelehnt wurde und dem eine bloße Einstellung der Feindseligkeiten für zehn Tage folgte, die sich als gänzlich illusorisch erwies. Se. Majestät war der Ansicht, daß die Pforte durch die Weigerung, welche sie einem Collectiv-Appelle Europas entgegensetzte, den Mächten eine Ohrfeige gegeben habe. Er hätte sich geduldig gefügt, da er sich nicht von dem europäischen Einvernehmen zu trennen wünschte. Euer Herrlichkeit unterbreiteten sodann die Vorschläge, die als eine Friedensbasis dienen sollten. Auch diesen hätte Se. Majestät zugestimmt und gleichzeitig seien sie auch von den anderen Mächten acceptirt worden. Auf diese Vorschläge hätte die Pforte ausweichend geantwortet, es abgelehnt, ihre Zustimmung in der Form eines Protocolls zu ertheilen und angezeigt, daß eine Reformmaßregel im Großen unter Erwägung sei, die ohne Unterschied auf das ganze Reich angewendet werden würde und welche sogar über die Forderungen der Mächte hinausginge. Nach dieser Ablehnung hätten Euer Herrlichkeit gleichzeitig mit einem ähnlichen Vorschlage der Regierung Sr. Majestät an die Pforte ein Gesuch um einen Waffenstillstand von nicht kürzerer Zeit als einem Monat gerichtet, zu dem Zwecke, die Mächte in den Stand zu setzen, die Friedensbedingungen zu berathen. Sr. Majestät Regierung hätte dieses Gesuch in Verbindung mit den anderen Mächten unterstützt und darauf hätte die Pforte mit einem Gegenvorschlage geantwortet, einen fünfmonatlichen Waffenstillstand anbietend, der unter den Umständen und aus den von seiner Regierung angegebenen Gründen nicht unterstützt oder den kriegführenden Parteien empfohlen werden konnte. Somit, sagte Se. Majestät, hätte die Pforte durch eine Reihe von Manövern sämmtliche Versuche des gesammten Europa für die Sistirung des Krieges und für die Herbeiführung einer allgemeinen Pacification vereitelt. Se. Majestät bemerkte dann, daß, wenn Europa willens sei, diese wiederholten abschlägigen Antworten hinzunehmen, er es nicht länger als vereinbar mit der Ehre, der Würde oder den Interessen Rußlands erachten könnte. Es liege ihm daran, sich nicht vom europäischen Einvernehmen zu trennen, aber der gegenwärtige Stand der Dinge sei unerträglich und seine Fortdauer könnte nicht länger geduldet werden. Falls Europa nicht vorbereitet sei, mit Festigkeit und Energie zu handeln, würde er gezwungen sein, allein zu handeln. Se. Majestät kam dann insbesondere auf seine Beziehungen mit England zu sprechen. Er sagte, er bedauere, zu sehen, daß in England noch immer ein „eingewurzelter" Argwohn gegen die russische Politik sowie eine beständige Furcht vor russischer Angriffs- und Eroberungssucht herrsche. Er hätte bei mehreren Gelegenheiten die feierlichsten Versicherungen abgegeben, daß er keine Eroberungen wünsche, daß er keine Vergrößerungen anstrebe, und daß er nicht den mindesten Wunsch oder die Absicht hege, Konstantinopel zu besetzen. Alles, was über ein Testament Peters des Großen und die der Kaiserin Katharina II. zugeschriebenen Absichten gesagt und geschrieben worden, alles dies seien Illusionen und Phantome: sie existirten niemals in Wirklichkeit und er sei der Ansicht, daß die Erwerbung von Konstantinopel ein Unglück für Rußland sein würde. So etwas stehe nicht in Rede, noch sei es je von seinem Vater gesagt worden, der einen Beweis davon in 1828 gegeben, als seine siegreiche Armee nur vier Tagmärsche von der türkischen Hauptstadt entfernt stand. Se. Majestät gab in der ernstesten und feierlichsten Weise sein heiliges Ehrenwort, daß er nicht beabsichtige, Konstantinopel zu erwerben und daß, wenn die Nothwendigkeit ihn zwingen sollte, einen Theil von Bulgarien zu besetzen, dies nur provisorisch sein würde, bis der Frieden und die Sicherheit der christlichen Bevölkerung hergestellt seien. Se. Majestät kam hier auf den an Ihrer Majestät Regierung gerichteten Vorschlag für die Besetzung Bosniens durch Oesterreich, Bulgariens durch Rußland und eine Flotten-Demonstration vor Konstantinopel, wo, wie er sagte, Ihrer Majestät Flotte die dominirende Macht gewesen sein würde, [illegible] ein hinreichender Beweis dafür gewesen sein, daß Rußland keine Absicht hege, diese Hauptstadt zu besetzen. Se. Majestät konnte nicht verstehen, daß, wenn beide Länder einen gemeinsamen Zweck verfolgten, nämlich die Aufrechterhaltung des Friedens und die Besserung der Lage der Christen — und nachdem er jeden Beweis dafür geliefert, daß er weder Eroberungen noch Vergrößerungen wünsche, warum nicht ein vollkommenes Einverständniß zwischen England und Rußland herrschen sollte — ein Einverständniß, basirt auf eine Friedenspolitik, welche nicht allein heilsam für ihre beiderseitigen Interessen, sondern auch für diejenigen von ganz Europa sein würde. „Rußland werden" — fügte Se. Majestät hinzu — „Absichten für eine künftige Eroberung Indiens und den Besitz Konstantinopels zugeschrieben. Kann es etwas Abgeschmackteres geben? Was Ersteres betrifft, so ist es eine völlige Unmöglichkeit und mit Bezug auf Letzteres wiederhole ich abermals die feierlichsten Versicherungen, daß ich weder den Wunsch noch die Absicht dazu hege." Se. Majestät beklagte tief das Mißtrauen, das sich in England gegen seine Politik kundgebe und die üblen Wirkungen, die es erzeuge, und er bat mich ernstlich, mein Aeußerstes zu thun, um diese Wolke des Argwohns und Mißtrauens gegen Rußland zu zerstreuen; er beauftragte mich, Ihrer Majestät Regierung die feierlichen Versicherungen, die er mir wiederholt hatte, zu übermitteln. Ich versicherte dem Kaiser, daß Ihrer Majestät Regierung von den friedlichen Absichten Sr. Majestät vollkommene Kenntniß habe und dieselben völlig würdige. Ich bemerkte, daß die projectirte Occupation türkischen Territoriums einen Umschwung in der öffentlichen Meinung bewirkt und Alarm erzeugt hätte. Ich drückte die Hoffnung aus, daß die Annahme des Waffenstillstandes die Mächte jetzt in den Stand setzen würde, eine befriedigende Pacification herbeizuführen, und daß es von wesentlicher Wichtigkeit sei, daß das europäische Einvernehmen aufrechterhalten werde. Ich bemerkte, es scheine mir, daß die Autonomiefrage die Hauptschwierigkeit bieten dürfte, und daß, da dieselbe österreichische Interessen directer berühre, darauf geachtet werden sollte, nicht jene Grenzen zu übertreten, die von Oesterreich acceptirt werden könnten. Ich sagte, daß in Bosnien und Bulgarien eine große muselmännische und katholische Bevölkerung lebe, meistens der besitzenden Classe angehörig, deren Interessen in Betracht gezogen werden müßten [illegible] auf die angeblichen Prätensionen Serbiens und [illegible] zu werden. Eine solche [illegible] der erste Schritt zu einer Auflösung des türkischen Reiches in Europa sein [illegible], verzeichne die Existenz eines [illegible], eines Königreichs Serbien und [illegible] in früheren Zeiten; sie seien [illegible] ihre Auflösung sei hauptsächlich durch innere Spaltungen verursacht worden. Wenn die Prätensionen Serbiens und Rumäniens jetzt zugelassen würden, dürfte dies die Bildung ebensovieler kleiner Polen heißen, die höchst wahrscheinlich in Republiken ausarten würden, die weder ersprießlich für den Frieden noch für die Sicherheit der benachbarten Staaten sein würden. Der Kaiser sagte, es wäre keine Rede davon, Königreiche Serbien und Rumänien herzustellen; es würde [illegible] sein, dies zu thun. Die Proclamation des Fürsten Milan sei der Act der Armee gewesen, den Se. Majestät gründlich mißbilligt und in Folge dessen Se. Majestät dem Fürsten Milan den Rath ertheilt hatte, das Hauptquartier nicht zu besuchen. Er hätte indeß ein Telegramm von dem Fürsten empfangen, worin er sich entschuldigte, Sr. Majestät Rath nicht befolgt zu haben, und zwar aus dem Grunde, daß die Pflicht gegen sein Land ihn nöthigte, sich unter den gegenwärtigen widrigen Verhältnissen zu seiner Armee zu begeben. Ein Hinweis auf die Anzahl der russischen Freiwilligen in den serbischen Reihen veranlaßte mich zu der Bemerkung, daß dies sehr behilflich gewesen, die fieberische Aufregung in Rußland zu erzeugen. Darauf erwiderte Se. Majestät, daß er den russischen Officieren erlaubt hätte, nach Serbien zu gehen, vorausgesetzt, daß sie den russischen Dienst verlassen, und daß er dadurch hoffte, die Agitation zu beschwichtigen („de jeter de l'eau froide", war der Ausdruck Sr. Majestät). Se. Majestät fügte hinzu, es sei eine große Menge russischer Officiere gefallen und der Enthusiasmus für die Serben habe sehr nachgelassen. Der Kaiser sagte dann, er wolle nun die von ihm gemachten allgemeinen Bemerkungen in die folgenden Punkte zusammenfassen.

1. Der Waffenstillstand, auf den er hoffte, sei acceptirt worden. 2. Der unverzügliche Zusammentritt einer Conferenz, deren Hauptzweck sein solle, die Einführung solcher Reformen in den drei Provinzen zu vereinbaren, welche die Interessen der christlichen Bevölkerungen wahren und ihnen jene Autonomie geben würde, die für diesen Zweck nothwendig sein dürfte, und 3., daß die Pforte wirksame Garantien für die Ausführung dieser Reformen geben solle. Se. Majestät verabschiedete sich alsdann von mir in derselben herzlichen und gnädigen Weise, in welcher er mich empfangen hatte. Ich habe die Ehre u. s. w. (gezeichnet) Augustus Loftus."

Es schließt sich als Ergänzung an diesen Bericht eine weitere Depesche des Lord Loftus an den Earl Derby aus Yalta vom 4. November, worin es heißt:

„Mylord! Ich habe es sowol für meine eigene Verantwortlichkeit wie für einen künftigen [illegible], wenn ein solcher erforderlich sein sollte, für wünschenswerth erachtet, eine [illegible] vom Kaiser von Rußland [illegible] Sr. Majestät am 2. d. ertheilten [illegible] zu erbitten. Ich [illegible] heute Morgen dem Fürsten Gortschakow meine Aufwartung und las ihm meine Depesche vom 2. d., Sr. kaiserlichen Majestät Unterredung mit mir rapportirend, vor. Se. Durchlaucht meinte, daß sie sehr richtig die Anschauungen und Meinungen wiedergebe, die Se. Majestät, wie er ihm (dem Fürsten Gortschakow) sagte, mir gegenüber ausgedrückt habe, und Se. Durchlaucht ersuchte mich, ihm zu erlauben, die Depesche Sr. Majestät zu zeigen. Ich gab dem Gesuche Sr. Durchlaucht bereitwilligst statt und ließ zu diesem Zwecke eine Copie meiner Depesche in seinen Händen. Der Fürst empfahl nur eine einzige Aenderung, die ich auf sein Ersuchen vornahm. Im Hinweis auf den russischen Vorschlag für die Besetzung türkischen Territoriums hatte ich in dem Originaltext constatirt, daß der Oesterreich gemachte Vorschlag dahin lautete: „Bosnien und die Herzegowina zu besetzen". Fürst Gortschakow bemerkte, daß der Oesterreich gemachte Vorschlag blos dahin lautete, Bosnien und nicht die Herzegowina zu besetzen und Se. Durchlaucht erläuterte mir das Motiv dafür, daß die Herzegowina nicht mit eingeschlossen worden, war die Absicht, im Falle eine[illegible]

---

ein Cri-Cri und Herr Beck ein Brummkreisel!" Wie wärs, wenn man Hugo als Cantomimiker eine Nationalpension aussetzen würde, die ihn in die Lage versetzen würde, diese unerhörte Kunst im Stillen zu treiben?

[Der Gorilla in Berlin] scheint sich sehr schwer an das Berliner Klima zu gewöhnen. Zum zweitenmale schon war er an das Krankenlager gefesselt. Ueber seine letzte Krankheit und sein gegenwärtiges Befinden gibt uns die „Voss. Z." folgenden treuen Bericht: „Die Krankheit, welche der Gorilla diesmal überstanden hat und welche ihn etliche Wochen hindurch für das Publicum unsichtbar machte, hatte nichts von dem Charakter, den wir an Menschenaffen in Gefangenschaft gewöhnlich finden, nichts von Brust-, Lungen- oder Halsleiden. Die Erscheinungen waren vielmehr skorbutartiger Natur und deßhalb in ihren letzten Consequenzen nicht minder besorgnißerregend für das Leben des „theuren" Patienten. Die kräftige Constitution des Affen und die bis in die kleinsten Details hinein fürsorgliche Wachsamkeit seiner Pfleger haben die drohende Gefahr aber nicht nur völlig beseitigt, der Gorilla ist vielmehr aus der Reconvalescenz noch viel übermüthiger und ausgelassener hervorgegangen als er früher war. Es ist gleichsam, als wenn ihm früher trotz seiner damaligen munteren Drolligkeit noch die Keime einer Indisposition in den Gliedern gesteckt hätten, die er jetzt erst losgeworden wäre. M'Pungu ist außerdem gewachsen und hat sich einen dichten Haarpelz zugelegt, aus welchem die großen, klugen, dunklen Augen nur umso „ehrwürdiger" herausschauen. Zu seinen früheren Malzeiten, in denen bekanntlich eine nahrhafte Hausmannskost die Hauptrolle spielt, ist er wieder mit seinem alten gesegneten Appetit zurückgekehrt. Dem einst von ihm so auffallend bevorzugten Berliner Weißbier ist er aber auf die Dauer nicht treu geblieben und das einst so effectvolle Bild: der schwarze Vetter der heißen Tropen bei einer kühlen Weißen — existirt heute nicht mehr. Er ist dafür zum baierischen Lagerbier übergegangen, hat aber auch bis jetzt noch nicht die Brauerei herausfinden können, der er bedingungslos Beifall zollen möchte. Sein Tisch ist außerdem jetzt mit einer Delicatesse beschickt, die er bis dahin entbehren mußte, mit Bananen nämlich, die ihm „ein Freund aus Hamburg" gesendet hat."

[Todesfälle.] Wie uns aus Prag telegraphisch gemeldet wird, ist gestern Dr. Kink, der letzte verfassungstreue Bürgermeister Smichows und letzte deutsche Landtagsvertreter des Smichower Bezirks, im 74. Lebensjahre gestorben. — In Graz starb der pensionirte Hofrath Don Heinrich Sanchez de la Cerda, 65 Jahre alt; in Köflach der pensionirte k. k. Bergrath Herr Franz Petretto, 80 Jahre alt.

[Niederösterreichischer Advocaten-Verein.] Heute (Freitag) Abends 8 Uhr findet eine Versammlung der Mitglieder des Niederösterreichischen Advocaten-Vereins im Hotel Müller statt. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Debatte über die Tariffrage. Mittheilungen aus dem Ausschusse des Doctoren-Collegiums und der Witwen-Societät.

Der Proceß Nicotera.

Florenz, 17. November.

Heute nahm der Proceß Nicotera seinen Anfang. Am Hufeisentisch erscheinen die Vertreter von Giovanni Nicotera als Privatmann. Sie nehmen nicht weniger als dreizehn Plätze ein. Im Centrum des Halbkreises sitzt Crispi, einst Dictator von Sicilien, jetzt Haupt der parlamentarischen Linken.

Während die Advocaten Nicotera's ihre Plätze einnehmen, tragen einige Facchini einen großen Korb herein, den die Uscieri auf einen langen Tisch ausleeren, vor dem zwei Carabinieri bei vierzehn wol drei Fuß hohen Actenstößen Schildwache stehen.

Die „Gazzetta d'Italia", welche ursprünglich nur mit einem Advocaten vor die Schranken treten wollte, schreitet nun auch mit acht Advocaten in schwarzen Talars in den Saal. Ihr Obmann ist eine hervorragende Capacität des Florentiner Forums, Dr. Andreozzi.

Beim Anblicke dieses großen Apparats kann man sich unmöglich des Zweifels erwehren, ob man es mit dem Ernst eines wirklichen Gerichts zu thun hat oder ob man einer Theaterscene beiwohnt. Wie vermag man es, die 293 Foliobände noch ungelesener Documente in Einklang zu bringen mit der Citazione diretta, welche eine Procedur bedingt, die dem Standrecht wenig an Geschwindigkeit nachgibt.

Wer auf den ersten Act des Dramas in der heutigen Sitzung hoffte, hatte sich geirrt. Man sollte bei der Ouverture bleiben. Nach der Eröffnung der Audienz durch den Präsidenten widersetzte sich der Advocat Andreozzi sofort dem Eintritt in das eigentliche Verfahren.

Die Anklageschrift kam daher nicht zur Verlesung. Der Gegenstand derselben ist sehr einfach. Es sei mit kurzer [illegible] erwähnt, wie die incriminirten Documente jetzt unbeanstandet in der „Nazione" und der „Voce della Verità" vorliegen, während sie in der „Gazzetta d'Italia", dem „Cittadino Romano" und der „Gazzetta di Napoli" Gegenstand gerichtlicher Beschlagnahme und [illegible] wurden. Dieselben bestehen in Abschriften der Verhöre Nicotera's im Proceß von Sapri, die von dem jetzigen Minister theilweise eigenhändig unterschrieben wurden. Die Herausgabe derselben soll ebenso wie die Noten, welche die „Gazzetta d'Italia" hinzugefügt, eine Diffamation bilden, auf welche der Minister Nicotera nicht als Minister, sondern als Privatmann klagbar wurde. Die Klage lautet mithin nicht auf Fälschung der Documente, sondern auf durch dieselben begangene Diffamation. Nicotera wurde nämlich der Feigheit beschuldigt.

Der Advocat Andreozzi widersetzte sich sofort dem Beginnen des Verfahrens und zumeist dem Zeugenverhör. Er beschuldigte das Gericht verweigerter Gerechtigkeit, weil seine zweimalige Eingabe wegen Vertagung zurückgewiesen wurde. Er stellte daher denselben Antrag von Neuem in öffentlicher Sitzung. Am 2. November erschien die „Gazzetta d'Italia" mit der Autobiographie von Giovanni Nicotera, welche sofort mit Beschlag belegt wurde. Schon am 6. November erfolgte die Vorladung des Gerente responsabile für den 1[illegible]. desselben Monats. Es blieben demselben mithin nur zehn Tage, um sich zur Vertheidigung vorzubereiten, d. h. nur zwei Tage mehr, als das Gesetz im strengsten Falle zu bestimmen das Recht hat. Dieser Zeitraum würde auch ausgereicht haben, wenn der ganze Proceß nicht in ein anderes Stadium, auf ein anderes Feld gelangt wäre. Am 10. November constituirte sich Giovanni Nicotera als Civilpartei. Dieser Act schloß mit den Worten: Ich gestehe dem Beklagten die volle Ermächtigung zu, die mir zugeschriebenen Thatsachen zu beweisen.

Die Vertheidigung war aber nicht im Stande, dieser Aufforderung zum Beweise ernstlich zu entsprechen während der sieben Tage, welche sie zur Verfügung hatte.

Der Gerichtshof bewilligte die Vertagung. Die nächste Audienz wurde auf 1. December angesetzt.

Occupation durch die österreichischen und russischen Truppen eine neutrale Zone zwischen den zwei Armeen herzustellen, damit der Möglichkeit irgend einer Collision zwischen denselben vorgebeugt werde. Die Erklärung dieses Zwischenfalles seitens des Fürsten Gortschakow ist interessant, da ich mich unter dem Eindruck befand, daß der Oesterreich gemachte ursprüngliche Vorschlag die Occupation beider Provinzen in sich schließe. Ich habe die Ehre u. s. w. (gezeichnet) Augustus Loftus."

Den Schluß der amtlichen Eröffnungen bilden zwei Depeschen Derby's an Loftus, in deren ersterer der Minister den Empfang des Berichtes quittirt und in deren zweiter, vom 21. November datirter, es die von dem Czar gewünschte Veröffentlichung dieses Berichtes anzeigt.

* * *

Als Supplement veröffentlicht der russische „Staatsanzeiger", wie bereits telegraphisch avisirt, einen Brief und eine Depesche des Fürsten Gortschakow an den Grafen Schuwalow. In dem aus Zarskoe-Selo, 3. November, datirten Briefe spricht der russische Reichskanzler zunächst sein Erstaunen darüber aus, daß die „Altweiber-Geschichten" von russischen Gelüsten nach Konstantinopel und von dem Testamente Peter's des Großen noch immer in England geglaubt und in Verbindung mit der Eroberung Indiens durch Rußland gebracht werden, während diese Geschichten absolut in das Gebiet der politischen Mythologie gehören. Sehr oft habe Kaiser Alexander öffentlich erklärt, daß Rußland keine territoriale Annexion anstrebe; ein solches Wort des Souveräns sei keine von dem Belieben parlamentarischer Majoritäten abhängige widerrufliche parlamentarische Erklärung. Die russische Uneigennützigkeit beruhe auf der Vernunft und dem gesunden Menschenverstand. Die vom 15. November datirte Depesche gibt eine historische Uebersicht der bisherigen Negotiationen, aus der zu erwähnen wäre, daß Fürst Gortschakow schon im August vorigen Jahres die englische Regierung auf die Gefahr der Erweiterung der Insurrection zur orientalischen Frage hinwies. Das Schriftstück handelt dann von den Mitteln, um die von allen Mächten gewünschte dauernde Pacification der türkischen Provinzen zu erreichen und kommt zu dem Schluß, daß der circulus vitiosus der papiernen Stipulationen endlich durchbrochen und die Unabhängigkeit und die Integrität der Türkei den Garantien untergeordnet werden müssen.

Parlamentarisches.

Wien, 24. November.

Der Gesetzentwurf, womit ein Credit von 700.000 fl. für die officielle Betheiligung der im Reichsrathe vertretenen Länder an der im Jahre 1878 in Paris stattfindenden internationalen Ausstellung bewilligt wird, lautet:

„Artikel 1. Zur Bestreitung sämmtlicher mit der officiellen Betheiligung der im Reichsrathe vertretenen Länder an der internationalen Ausstellung des Jahres 1878 in Paris bis zur gänzlichen Abwicklung der Geschäfte verbundenen Auslagen wird ein unüberschreitbarer Credit im Maximalbetrage von 700.000 fl. (Siebenhunderttausend Gulden) als Staatszuschuß bewilligt.

Artikel 2. Von diesem Credite wird ein Betrag von 500.000 fl. (fünfhunderttausend Gulden), welche zur Deckung der im Inlande eintretenden Erfordernisse bestimmt ist, in Oesterreichischer Währung Bankvaluta, der Restbetrag von 200.000 fl., welcher auf die am Ausstellungsorte fälligen Zahlungen entfällt, in effectivem Golde erfolgt.

Artikel 3. Die Verwendung des im Artikel 1 bestimmten Credits erfolgt nach Maßgabe des Bedarfes; die jährliche Erfordernißsumme ist in den Staatsvoranschlägen 1877, 1878 und 1879 einzustellen.

Artikel 4. Den die in Rede stehende Ausstellung betreffenden Eingaben an die Verwaltungsbehörden sowie allen Protokollen dieser Behörden, welche sich auf die Ausstellung beziehen, kommt die Befreiung von den Eingaben- und Protocollsstempeln zu.

Rechtsgeschäfte welche von den mit der Vorbereitung, Leitung und Abwicklung dieser Ausstellung betrauten Behörden und Organen in dieser Eigenschaft über die für die Ausstellung erforderlichen Herstellungen, Transporte und andere Vorkehrungen abgeschlossen werden, sind von dem Stempel und den unmittelbaren Gebühren für so lange, als hievon kein gerichtlicher Gebrauch gemacht wird, befreit.

Die saldirten Verdienstrechnungen und Conti, gegen welche Lieferanten und sonstige Geschäftsleute ihre Verdienstsummen aus dem Ausstellungs-Credite beheben, unterliegen, wenn nicht deren gänzliche Gebührenfreiheit nach §. 19 des Gesetzes vom 8. März 1876, R. G. Bl. Nr. 26, eintritt, nur der fixen Stempelgebühr von 5 kr. rücksichtlich 1 kr. von jedem Bogen." — Artikel 5 enthält die Vollzugsclausel.

Wir werden ersucht, mitzutheilen, daß das Mitglied des Centrumsclub, Abg. Freiherr v. Loudon, weder das Programm der Fraction Skene unterzeichnet hat, noch auch aus dem Centrumsclub ausgetreten ist.

Verhandlungen des Reichsraths.

Wien, 24. November.

Abgeordnetenhaus. (208. Sitzung.) Präsident Dr. Rechbauer eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Auf der Ministerbank: Fürst Auersperg, Freiherr v. Pretis, Dr. Unger, Freiherr v. Lasser, Dr. Glaser, Ritter v. Chlumecky, Graf Mannsfeld, Dr. Ziemialkowski.

Das Protocoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

Abg. Zeilberger ist krank gemeldet.

Die Direction der Nationalbank übersendet 200 Exemplare des Exposés des General-Secretärs v. Lucam über den Entwurf des Bankstatuts der Oesterreichisch-Ungarischen Bankgesellschaft.

Unter den eingelaufenen Petitionen befindet sich jene des Bürgermeisters von Tachau um Erstreckung der im Jahre 1877 zur Rückzahlung fällig werdenden Rate auf das unverzinsliche Darlehen per 70.000 fl. auf neun Jahre.

Der Obmann des Eisenbahn-Ausschusses, Dr. Weeber, beantwortet die Interpellation des Abg. Dr. Roser über den Stand der Vorarbeiten bezüglich der von ihm beantragten Erlassung eines neuen Eisenbahn-Polizeigesetzes dahin, daß der Ausschuß gerade in der letzten Zeit vor der Vertagung mit anderen wichtigen Gesetzesvorlagen beschäftigt war, und daß die Reform, welche Dr. Roser erwartet, eine so bedeutende ist, daß sie die ernsteste Erwägung herausfordere. Der Bericht über den Roser'schen Antrag werde übrigens mit thunlichster Beschleunigung vorgelegt werden.

Das Haus schreitet zur Tagesordnung.

Die Regierungsvorlage, betreffend die Bewilligung eines Nachtragscredites per 700.000 fl. für die Weltausstellung in Paris, wird in erster Lesung dem Budgetausschusse zugewiesen.

Es folgt die Fortsetzung der Debatte über den Antrag des Abg. Göllerich, betreffend die Reform der politischen Verwaltung.

Bevor der Berichterstatter das Schlußwort erhält, melden sich die Abg. Dr. Kronawetter, Graf Mieroszewski und Zaklinski zu einer thatsächlichen Berichtigung.

Hierauf nimmt das Wort Berichterstatter **Göllerich**: Die Reform der politischen Verwaltung ist eine Nothwendigkeit. Wenn man im Jahre 1848 für eine weitergehende Autonomie schwärmte, so hat die seither gemachte Erfahrung gelehrt, daß eine zu weit gehende Autonomie nur geeignet ist, dieselbe ad absurdum zu führen. Die Ueberbürdung der Gemeinden mit Geschäften, sei eine so große, daß sie den Anforderungen des Gesetzes nicht genügen können und man braucht blos die Budgets einiger Gemeinden zu prüfen, um zur Ueberzeugung zu kommen, daß es auf die Dauer so nicht weiter gehen kann. Redner vertheidigt den Ausschußantrag gegen die in der Debatte gefallenen Angriffe und polemisirt namentlich gegen die Ausführungen des Abg. Grafen Hohenwart. Wenn man fragt, wer berufen sei, die Verwaltungsreform in Angriff zu nehmen, so muß man sagen, daß es nur die Regierung sein kann. Diese hat aber bisher in Passivität verharrt. Graf Hohenwart habe vorgeschlagen, daß die Statthalter den Landtagen verantwortlich sein sollen. Wie könne aber der Staat bestehen bei siebzehn verschiedenen, den Landtagen verantwortlichen Landesregierungen? Alle Redner haben anerkannt, daß die politische Verwaltung krank sei; eine Cur muß daher angewendet werden. Jede Cur verursacht Kosten, und wahrscheinlich würde die vom Grafen Hohenwart vorgeschlagene Cur die kostspieligste sein. Der Berichterstatter polemisirt gegen die Rede des Abg. Dr. Dunajewski und wendet sich sodann gegen den Antrag des Abg. Freiherrn v. Zschock, den er entschieden bekämpft. Er empfiehlt schließlich den Ausschußantrag zur Annahme.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Bei derselben werden sowol die Anträge der Abg. Dr. Walterskirchen, Freiherrn v. Zschock und Freiherrn v. Scharschmid als auch der Ausschußantrag abgelehnt. (Bewegung und große Unruhe.)

Die auf die Reform der politischen Verwaltung bezüglichen Petitionen werden der Regierung abgetreten.

Nächster Gegenstand sind Berichte des Legitimations-Ausschusses.

(Halb 1 Uhr, die Sitzung dauert fort.)

Amtliches.

Wien, 24. November.

Se. Majestät der Kaiser und König hat dem k. k. Rittmeister Thomas Dobner den Adelstand mit dem Ehrenworte „Edler" verliehen.

Militär-Verordnungsblatt Nr. 58.

Vom 24. November 1876.

Se. Majestät der Kaiser und König hat die Enthebung Allerhöchstseines Herrn Vetters, Sr. k. k. Hoheit Erzherzog Friedrich, Hauptmann des J.-R. Nr. 42, von der Truppendienstleistung bei diesem Regimente, bei Fortführung Höchstdesselben als übercomplet im Stande des genannten Regiments angeordnet; ferner: die Uebernahme des Obersten Friedrich Edler v. Semetkowski, Comdt. des L.-Gend.-C. Nr. 3, auf sein Ansuchen in den Ruhestand angeordnet, und demselben bei diesem Anlasse, in Anerkennung seiner fünfundvierzigjährigen, im Kriege und im Frieden gleich ausgezeichneten Dienstleistung, den Generalmajors-Charakter ad honores, mit Nachsicht der Taxe verliehen; die Uebernahme des Obersten Karl Ritter v. Fromm, der Militär-Grenzverwaltungs-Branche, auf seine Bitte in den wohlverdienten Ruhestand angeordnet und an dessen Stelle den Obersten Josef Hostinek, der vorbenannten Branche, auf die im Präsidial-Bureau des Reichs-Kriegsministeriums für Grenz-Angelegenheiten systemisirte Stabsofficiers-Stelle eingetheilt; den bei der 5. Abtheilung des Reichs-Kriegsministeriums eingetheilten Oberstlieutenant Karl Schaller, des Generalstabs-Corps zum Vorstande der 10. Abtheilung im Reichs-Kriegsministerium ernannt, und die Eintheilung des im Präsidial-Bureau des Reichs-Kriegsministeriums stehenden Oberstlieutenants Josef Dittrich, in den Stand der 10. Abtheilung angeordnet; die gegenseitige Verwechslung der Oberstlieutenante Moriz Roch, Platzcommandanten zu Fiume, und Albert Edlen v. Struppi, des Festungscommandos zu Komorn, rücksichtlich ihrer dermaligen Diensteseintheilung angeordnet, weiter die Uebernahme des Oberstlieutenants Emanuel Kellner, des J.-R. Nr. 58, auf sein Ansuchen in den wohlverdienten Ruhestand angeordnet und demselben bei diesem Anlasse den Oberstens-Charakter ad honores mit Nachsicht der Taxe verliehen; die Uebernahme des Oberstlieutenants Johann Schneller, Genie-Directors zu Essegg, auf sein Ansuchen in den Ruhestand angeordnet und demselben bei diesem Anlasse den Oberstens-Charakter ad honores, ferner in Anerkennung seiner langjährigen und bei [illegible] Dienstleistung das Militär-Verdienstkreuz verliehen; dann den überzählig mit Wartgebühr beurlaubten, bei der erneuerten Superarbitrirung als [illegible] anerkannten Major [illegible] Leithner, des Geniestabes, bei gleichzeitiger Reactivirung desselben, zum Genie-Director zu Essegg ernannt; die Uebernahme des überzählig mit Wartgebühr beurlaubten Majors Franz Wanivenhaus Edlen v. Spangfeld, des J.-R. Nr. 25, nach dem Ergebnisse der neuerlichen Superarbitrirung als invalid in den Ruhestand angeordnet, und demselben bei diesem Anlasse den Oberstlieutenants-Carakter ad honores mit Nachsicht der Taxe verliehen; die Uebernahme des Majors Heinrich Gr. Ludolf, des J.-R. Nr. 58, nach dem Ergebnisse der Superarbitrirung als zum Truppendienste untauglich, zu Localdiensten geeignet, unter Vormerkung für Letztere, in den Ruhestand angeordnet; die Uebersetzung des Majors Alexander Venturini, der Sanitätstruppe, derzeitigen Commandanten der Sanitäts-Abtheilung Nr. 2 in Wien, in gleicher Eigenschaft zur Sanitäts-Abtheilung Nr. 3 zu Baden angeordnet und den Hauptmann erster Classe Georg Thaler, der Sanitäts-Truppe, derzeitigen Commandanten der San.-Abth. Nr. 9 zu Triest, zum Commandanten der Sanitäts-Abtheilung Nr. 2 in Wien, unter vorläufiger Belassung in seiner dermaligen Charge, ernannt.

Amtsblatt vom 24. November.

Erledigungen. Finanz-Concipistenstelle, binnen 4 Wochen bei der Finanz-Landes-Direction in Wien; — Bezirkssecretärsstelle, bis 15. December beim Landes-Präsidium in Klagenfurt; — Lehrstellen an der Landes-Ober-Realschule in Iglau, bis 31. December beim Landesschulrathe in Brünn; — Forstwarthstelle (400 fl.), bis 18. December bei der Forst- und Domänen-Direction in Wien; — Kanzlei-Officialsstelle, bis 24. December bei der Finanz-Landes-Direction in Wien; — Eleonore Schrey'sche Stiftung, bis 15. December beim Magistrate in Wien; — Maria Theresia Grabmayer'sche Stiftung, bis 16. December beim Magistrate in Wien; — Bezirksrichtersstelle, binnen 14 Tagen beim Landesgerichts-Präsidium in Brünn; — Lehrerstellen zu Göstling, Gresten und Ruprechtshofen, bis 24. December bei dem betreffenden Ortsschulrathe; — Kassendirectorsstelle, binnen 4 Wochen bei der Finanz-Direction in Linz.

Licitationen. Realität in Ober-Triestung (2800 fl.), den 9. December 9 Uhr Vorm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Acker zu Mannswörth (600 fl.), den 11. December 2 Uhr Nachm. im Bürgermeisteramte daselbst; — Halblehen Nr. 18 zu Waltersdorf (12.000 fl.), den 22. December 2 Uhr Nachm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Häuser Nr. 15 und 16 zu Breitensee (11.000 fl. und 16.000 fl.), den 7. December 10 Uhr Vorm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Haus Nr. 11 in Oberwölbling und Weingarten (1360 fl.), den 22. December 10 Uhr Vorm. im Hause daselbst; — Hälfte des Hauses Nr. 318 in Klosterneuburg (6000 fl.), den 28. November 9 Uhr Vorm. beim Bezirksgerichte daselbst; — Hälfte des Hauses Nr. 490 in Wiener-Neustadt (8547 fl.), den 14. December 10 Uhr Vorm. beim Kreisgerichte daselbst; — Parzellen-Antheil in Ottakring (3800 fl.), den 28. November 11 Uhr Vorm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Gruber-Kleinhaus in Unter-Retzbach (1500 fl.), den 9. December 1 Uhr Nachm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Haus Nr. 6 in Engenreith (3500 fl.) und Frei-Ueberlandgrund (800 fl.), den 7. December 10 Uhr Vorm. im Hause daselbst; — Haus Nr. 1250 vor der Favoritenlinie (7000 fl.), den 1. December 9 Uhr Vorm. im Gerichtsgebäude am Ballhausplatz Nr. 3; — Realitäten in Unter-Retzbach (2300 fl.), den 11. December 1 Uhr Nachm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Haus Nr. 53 in Allentsteig (2500 fl.), den 9. December 2 Uhr Nachm. im Hause daselbst; — Realitäten zu Dingfurth und Fahrnisse, den 22. December 10 Uhr Vorm. im Hause Nr. 1 daselbst; — Einrichtung (353 fl.), den 28. November 1 Uhr Nachm. in Guntramsdorf Nr. 123; — Einrichtung und Riegelwandhaus (4859 fl.), den 28. November 10 Uhr Vorm. in Neulerchenfeld, [illegible]gasse Nr. [illegible]; — Einrichtung (128 fl.), den 27. November 10 Uhr Vorm. in Hernals, Antongasse Nr. 27; — Einrichtung (153 fl.), den 29. November in Mariahilf, Garbergasse Nr. 11; — Einrichtung, Wagen und [illegible] ([illegible] fl.), den 29. November 1 Uhr Nachm. in [illegible] Nr. [illegible]; — Einrichtung und Mistbeetfenster (755 fl.), den 27. November 11 Uhr Vorm. in Penzing, Parkgasse Nr. 48; — Einrichtung (528 fl.), den 9. December 10 Uhr Vorm. in der Stadt, Franzensring Nr. 22; — Einrichtung (482 fl.), den 29. November 2 Uhr Nachm. in Mauer, Langegasse Nr. 79; — Einrichtung und Bettgewand (206 fl.), den 27. November 11 Uhr Vorm. auf der Landstraße, Dietrichgasse Nr. 19; — Einrichtung und Schlosserwaaren (592 fl.), den 27. November 10 Uhr Vorm. auf der Landstraße, Leonhardgasse Nr. 23; — Lieferung von Eisensorten und sonstigen Materialien, Offerte bis 28. November beim Pionnier-Zeugsdepot in Klosterneuburg; — Einrichtung, Stoffe und For[illegible] (4719 fl.), den 28. November 11 Uhr Vorm. in Mariahilf, [illegible]gasse Nr. 7; — Rüböl-Lieferung, Offerte bis 28. November bei der Ministerial-Gebäude-Direction in Wien; — Tabaktrafik, Offerte bis 12. December bei der Finanz-Bezirks-Direction in Wien; — Haus Nr. 200 in Brunn (3500 fl.), den [illegible]. December 11 Uhr Vorm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Haus Nr. [illegible] in Währing (34.000 fl.), den [illegible]. November 11 Uhr Vorm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Hälfte des Hauses Nr. [illegible] in [illegible] ([illegible] fl.), den 1. December 11 Uhr Vorm. in der Gemeindekanzlei [illegible]; — Weingarten in Hannersdorf (600 fl.), den 16. December 3 Uhr Vorm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Haus Nr. 487 in Währing (14.000 fl.), den 27. November 11 Uhr Vorm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Hälfte des Hauses Nr. 174 in Hernals (1000 fl.), den 2[illegible]. November 10 Uhr Vorm. beim Bezirksgerichte daselbst; — Realität Nr. 5 in Leinersdorf (5000 fl.), den 11. December 2 Uhr Nachm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Haus Nr. 51 in Floridsdorf (8500 fl.), den 9. December 3 Uhr Nachm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Haus Nr. 177 in Wilhelmsdorf (54.300 fl.), den 28. November 11 Uhr Vorm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Haus Nr. 224 in Neulerchenfeld (8000 fl.), den 29. November 11 Uhr Vorm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Mühle in Pernitz (7500 fl.), den 12. December 9 Uhr Vorm. in der Mühle daselbst; — Realitäten in Mauer (6400 fl.), den 1. December 2 Uhr Nachm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Haus Nr. 12 in Sarasdorf (5980 fl.), den 1. December [illegible] Uhr Nachm. in der Gemeindekanzlei daselbst; — Gasthaus-Einrichtung und Wein (607 fl.), den 28. November 9 Uhr Vorm. in Neulerchenfeld, Hippgasse Nr. 16; — Einrichtung, Hobelbänke und Werkzeuge (620 fl.), den 1. December 11 Uhr Vorm. in Mariahilf, Magdalenenstraße Nr. 26; — Einrichtung (437 fl.), den 27. November 9 Uhr Vorm. in der Josefstadt, Lederergasse Nr. 23; — Einrichtung (348 fl.), den 1. December 10 Uhr Vorm. in Mariahilf, [illegible]gasse Nr. [illegible]; — Schnittwaare (96 fl.), den 1. December 9 Uhr Vorm. in der Stadt, Sterngasse Nr. 13; — Einrichtung (198 fl.), den 28. November 9 Uhr Vorm. am Alsergrund, Grünthorgasse Nr. 22; — Einrichtung ([illegible] fl.), den 28. November 11 Uhr Vorm. in Währing, Martinsgasse Nr. 22; — Einrichtung und Kleider (1044 fl.), den 28. November 11 Uhr Vorm. am Neubau, Schottenfeldgasse Nr. 6; — Einrichtung (335 fl.), den 2[illegible]. November 11 Uhr Vorm. in Hernals, Hitterberggasse Nr. 7; — Pferd und Wagen (778 fl.), den 27. November 11 Uhr Vorm. in Hernals, Baustelle Nr. 314; — Effecten (219 fl.), den 1. December 10 Uhr Vorm. in der Leopoldstadt, Taborstraße Nr. 33; — Einrichtung (929 fl.), den 27. November 11 Uhr Vorm. in Mariahilf, Mariahilferstraße Nr. 113; — Einrichtung und [illegible], den 27. November 11 Uhr Vorm. im Prater, [illegible] Nr. 17[illegible]; — Einrichtung (1611 fl.), den 2[illegible]. November [illegible] Uhr Vorm. in der Stadt, Giselastraße Nr. 2; — Einrichtung und [illegible] ([illegible]7[illegible] fl.), den 28. November 11 Uhr Vorm. in [illegible], [illegible] Nr. 17; — Möbel, Kleider und Wäsche (462 fl.), den [illegible]. November 9 Uhr Vorm. in Meidling, Ignazgasse Nr. [illegible]; — Einrichtung, Pferde und Wagen (1612 fl.), den 1. December [illegible] Uhr Mittags in der Hinterbrühl Nr. 38; — Einrichtung ([illegible] fl.), den 2[illegible]. November 10 Uhr Vorm. in der Stadt, [illegible] Nr. 2[illegible]; — [illegible] (1780 fl.), den 5. December 10 Uhr Vorm. am Alsergrund, Porzellangasse Nr. 60; — Material-Artikel-Lieferung, Offerte bis 13. December beim Landes-Ober-Einnehmeramte in der Stadt, Herrengasse Nr. 13.

Convocationen. Nach Franz Naudon, Liqueurfabrikanten in Gaudenzdorf, † am [illegible] Mai 187[illegible], [illegible] beim Bezirksgerichte in Sechshaus; — Theresia [illegible], Sprachlehrerin in Wien, † am 27. Mai 1876, binnen einem Jahre beim Bezirksgerichte am Neubau; — Eduard [illegible], k. k. [illegible], † am 23. Mai 1876 in [illegible], [illegible] beim Bezirksgerichte daselbst.

Telegraphische Witterungs-Berichte

vom 25. November [illegible]

(Vom k. k. meteorologischen Central-Institut Hohe Warte bei Wien.)

Stationen:	Luftdruck Mm. auf Meeres-Niveau: beobachtet	Aenderung seit gestern	Temperatur Celsius °: beobachtet	Aenderung seit gestern	Feuchtigkeit	Wind: Richtung	Stärke	Bewölkung
Inland:								
Prag	7[illegible]9	+ [illegible]	[illegible]	— [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	ganz bewölkt
Krakau	[illegible]	+ [illegible]	[illegible]	— [illegible]	[illegible]	NS	[illegible]	ganz bewölkt
Lemberg	[illegible]	+ [illegible]	[illegible]	— [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	ganz bewölkt
Tarnopol	772·1	+ [illegible]·5	— 7·[illegible]	— [illegible]	[illegible]	S	4	ganz bewölkt
Bregenz	[illegible]	+ 1·2	2·[illegible]	+ 0·7	8[illegible]	[illegible]	1	ganz bewölkt
Ischl	[illegible]	+ [illegible]	0·[illegible]	+ 0·6	46	[illegible]	[illegible]	Schnee
Wien	[illegible]	+ 4·1	— 3·2	— 5·2	91	[illegible]	[illegible]	Schnee
Graz	[illegible]4	+ 3·4	— 0·[illegible]	—	87	[illegible]	[illegible]	Schnee
Budapest	765·8	+ 3·[illegible]	0·[illegible]	— [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	Nebel
Unghvar	765·3	+ 3·0	— 1·0	—	[illegible]	SO	6	ganz bewölkt
Debreczin	7[illegible]7·0	+ 2·[illegible]	— 0·[illegible]	— 1·8	[illegible]	[illegible]	3	ganz bewölkt
Agram	765·6	+ 11·3	[illegible]	— [illegible]	95	[illegible]	[illegible]	ganz bewölkt
Szegedin	—	—	—	—	—	—	—	—
Hermannstadt	765·[illegible]	+ [illegible]	— 0·[illegible]	— 0·8	8[illegible]	[illegible]	1	bewölkt
Klagenfurt	765·1	+ [illegible]·7	— 0·7	[illegible]	[illegible]	S	1	Nebel
Riva	762·8	+ [illegible]·7	4·4	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	ganz bewölkt
Görz	762·[illegible]	+ [illegible]	2·7	— [illegible]	7[illegible]	SO	[illegible]	fast heiter
Triest	76[illegible]·3	+ [illegible]	5·4	— [illegible]	[illegible]	NO	3	fast heiter
Pola	76[illegible]·[illegible]	+ [illegible]·8	5·9	— [illegible]·1	66	[illegible]	4	ganz bewölkt
Sem. Porer	[illegible]	+ [illegible]·8	7·4	— [illegible]	7[illegible]	NO	0	ganz bewölkt
Lesina	[illegible]	+ [illegible]	7·7	— [illegible]	[illegible]	NO	1	Regen
Sem. Lissa	758·9	+ [illegible]	8·2	— [illegible]	89	NNO	2	Regen
Punta d'Ostro	761·[illegible]	+ [illegible]	6·[illegible]	— [illegible]	88	S	2	Regen
Ausland:								
Hamburg	772·5	+ 1·7	— [illegible]	—	91	[illegible]	2	ganz bewölkt
Swinemünde	773·4	+ 3·3	— [illegible]	—	[illegible]	OSO	1	heiter
Neufahrwass.	775·0	+ 3·6	— 11·4	—	85	—	0	heiter
Sylt	—	—	—	—	—	—	—	—
Crefeld	76[illegible]·6	+ 0·7	2·1	—	7[illegible]	S	[illegible]	ganz bewölkt
Karlsruhe	767·6	+ 1·2	1·[illegible]	—	[illegible]	N	[illegible]	ganz bewölkt
Leipzig	770·[illegible]	+ 1·7	— [illegible]	—	82	SNO	[illegible]	ganz bewölkt
München	765·9	+ 0·9	— 0·5	—	9[illegible]	NO	[illegible]	Dunst
Ancona	761·4	+ 5·4	6·5	— 3·0	—	SW	1	Regen
Brindisi	[illegible]59·2	+ 5·7	12·0	—	—	W	2	heiter
Cagliari	760·9	+ 4·3	7·0	—	—	N	2	heiter
Camerino	760·7	+ 3·8	[illegible]·0	—	—	NW	2	Schnee
Florenz	763·2	+ 4·5	7·0	—	—	N	3	heiter
Moncalieri	761·0	+ 2·9	4·0	—	—	NW	2	Nebel
Neapel	75[illegible]·7	+ 5·2	8·[illegible]	—	—	N	3	bewölkt
Taranto	753·2	0·[illegible]	10·0	—	—	NW	2	bewölkt
Durazzo	7[illegible]9·0	+ 5·[illegible]	10·9	0·4	[illegible]	[illegible]	1	bewölkt
Konstantinop.	—	—	—	—	—	—	—	—
Sulina	—	—	—	—	—	—	—	—
Valona	—	—	—	—	—	—	—	—
Varna	—	—	—	—	—	—	—	—
Rustschuk	—	—	—	—	—	—	—	—
Beyruth	—	—	—	—	—	—	—	—

Meereszustand: Bei Valentia und Cap Lizard Sturm aus Südost, sonst leicht bewegt. Niederschlag (in Millimetern) wurde seit gestern gemessen: Zu Krakau Schnee 1, zu Ischl Schnee 3, zu Wien Schnee 2·8, zu Pest Regen 6, zu Unghvar Schnee 5, zu Agram Schnee 8, zu Hermannstadt Schnee 2, zu Klagenfurt Schnee 2, zu Lesina Regen 21, zu Lissa Regen 1[illegible], zu Punta d'Ostro Regen 18, zu Ancona Regen 27, zu Durazzo 8. — Paris meldet: Depression bei Valentia 752 Mm., fallender Luftdruck bei Bordeaux um 4 Mm., hoher Barometerstand im Norden, Petersburg 775, Moskau 777 Mm.

Telegramme der „Presse".

Prag, 24. November. Der Statthalter Freiherr v. Weber wurde nach Wien berufen. Angeblich hängt diese Berufung [illegible] der Frage der Verwaltungsreform zusammen.

Pest, 24. November. Ein Konstantinopeler Bericht des „Pester Lloyd" meldet, daß die türkische Infanterie auf den Stand von 500 vollkommen ausgerüsteten Bataillonen zu 800(?) Mann gebracht werden soll. Hievon stehen 20 Bataillone in Bagdad, 15 in Syrien, 50 in Anatolien, 32 in Creta, 320 an der serbischen, 63 an der montenegrinischen Grenze. In Formation sind weitere 120 Bataillone. Die Cavallerie besteht aus 24 Regimentern zu 6 Escadronen; außerdem ist auch irreguläre Cavallerie in Bildung begriffen. Die Artillerie zählt 700 Geschütze und Materiale für neue Kanonen ist im Arsenale von Tophane reichlich vorhanden. Alle(?) Geschütze sind Hinterlader mit Brodwellring. Die Panzerflotte befindet sich ebenfalls auf dem Kriegsstand und liegt im Bosporus und in der Bai von Beikos und Büjükdere. Die Ordre de bataille ist noch nicht vollkommen ausgearbeitet und tritt erst nach völliger Concentrirung in Kraft. Die Rüstungen dauern fort.

Telegramme des Correspondenz-Bureau.

Ragusa, 23. November. Die Demarcations-Commission entschied sich für die Besichtigung der Haupt-Demarcationspunkte an Ort und Stelle und werden sich demnach der russische, österreichische und montenegrinische Commissär nach der Herzegowina und der englische, deutsche und französische Commissär nach Albanien begeben.

Pest, 24. November. Auf Amortisation der Staatsschulden wurden bisher über 33 Millionen verausgabt, wodurch sich der Ausweis des Finanzministers, bezüglich Verwendung der Anleihegelder, noch günstiger gestaltet.

Berlin, 23. November. Marquis of Salisbury nahm mit seiner Gemalin bei dem Fürsten Bismarck das Diner ein und reist morgen Früh 7 Uhr mittels Extrazuges über Dresden nach Wien ab.

Brüssel, 24. November. Die Ablehnung des Antrags Bara in der Kammer, betreffend die Untersuchung der Wahlen in Ypern, Antwerpen und Brügge, wurde mißfällig aufgenommen. Eine Schaar Studenten durchzog die Stadt unter den Rufen: „Nieder mit dem Ministerium!" Weiter sind keine Ruhestörungen vorgefallen.

Bukarest, 23. November. Fürst Karl ist zur Truppen-Inspicirung nach der Moldau abgereist, von wo derselbe Montag nach Bukarest zurückkehrt.

Athen, 23. November. Die Kammer hat die Regierungsvorlagen in Betreff der außerordentlichen Rüstungen und der militärischen Organisirung von 200.000 Mann in erster Lesung angenommen.

Der König überschickte dem Minister-Präsidenten Komunduros das Großkreuz des Erlöser-Ordens. Marquis de Gabriac ist auf seinen neuen Posten nach Brüssel abgereist.

Konstantinopel, 23. November. Der Ministerrath beschäftigte sich gestern mit dem Verfassungs-Entwurfe; die Veröffentlichung desselben ist bevorstehend.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen.

Pest, 24. November. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Georg Pap (Rumäne) spricht gegen das Budget. Der Referent erwidert kurz auf die gegen den Finanzausschuß gefallenen Angriffe. Hierauf folgen die Schlußreden Simonyi's und Mocsary's.

London, 24. November. Die „Times" meldet: Das an der Börse verbreitete Gerücht, daß Disraeli seine Demission einreichte und durch Derby ersetzt werden solle, ist unbegründet.

Die „Times" ist ermächtigt, die Nachrichten von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Cabinets als unrichtig zu erklären.

Verzeichniß der Verstorbenen in Wien.

Vom 15. bis 19. November.

Panzner Anna, Sicherheitswachmanns-Tochter, 5 J., Breitenfeldgasse 6, Kehlkopfentzündung. Talacko Josef, Schneider, 30 J., Schlösselgasse 22, Lungenentzündung. Fröhlich Agnes, Poliers-Witwe, 58 J., Lerchenfelderstraße 80, Herzfehler. Gramann Robert, Secretär beim k. k. Obersten Rechnungshofe, 58 J., Hahngasse 11, Tuberculose. Oberleitner Anna, Dienstmagd, 30 J., Kumpfgasse 11, Lungentuberculose. Büttner Anna, Bürgers-Gattin, 62 J., Ziegelofengasse 12, innere Darmeinklemmung. [illegible], Hauseigenthümerin, 84 J., Stumpergasse 31, Erschöpfung. Rückert Johann, Hofhausdiener, 71 J., Neugasse 53, Brustfellentzündung. Wessely Anna, Pflegling der Schulschwestern, 9 J., Apostelgasse 7, Typhus. Maire Rosalia, Pfründnerin, 74 J., Rüdigergasse 12, Knochenentartung. Cologna Caroline, Pfründnerin, 72 J., Lampreschtgasse 8, Lungenentzündung. Windisch Josefa, Magistratsdieners-Witwe, 74 J., Windmühlgasse 27, Altersbrand. Gneis Johann, Seidenfärbergehilfe, 47 J., Alserstraße 4, Lungenlähmung. Lanzer [illegible], Schlossergehilfe, 48 J., Simmering, Hauptstraße [illegible], Schlagfluß. Schimpf Gustav, Schlossergehilfe, 40 J., [illegible], Lungentuberculose. Korjnek Johann, Wäscher, 66 J., [illegible]gasse 85, Lungentuberculose. Haeck Theresia, Laborantens-[illegible], 64 J., Keinergasse 8, Lungen- und Darmtuberculose. Kern [illegible], Privatbeamter, 30 J., Landstraße, Hauptstraße 58, Bright'sche [illegible]entzündung. Fuchs Thomas, Buchdrucker, 55 J., [illegible]straße 108, Lungentuberculose. Peschke Marie, Bahnbeamtens-Gattin, 55 J., Carolinengasse 3, Lungenschwindsucht. Neumüller Elisabeth, Lehrmädchen, 16 J., [illegible]. Ozana [illegible], Schuhmachers-[illegible], [illegible] J., [illegible], Wasserkopf. Ettl Franz, Schriftsetzer, 47 J., Lerchengasse [illegible]. Szothori Valentin v., pens. k. k. Beamter, [illegible], Altersschwäche. Lichtenfels Robert, Professor, [illegible], Nibelungengasse 3, Halswirbelvereiterung. Elkan [illegible], 82 J., große Schiffgasse 4, Lungenentzündung. Haber Johann, Maurergehilfe, 36 J., Dietrichgasse 42, Lungentuberculose. Vorhauer Johann, Bierabträger, 42 J., Landstraße, Hauptstraße 141, Tuberculose. Slepicka Karl, Zimmerpolier, 60 J., obere Brauhausgasse 16, Lungentuberculose. Hubicek Marie, Müllers-Witwe, 62 J., Egydigasse 13, Altersschwäche. Müller Anna, [illegible], 73 J., Stumpergasse 20, Gehirnödem. Latlik Francisca, Schneiders-Witwe, 63 J., Burggasse 38, Lungentuberculose. [illegible], Briefträgers-Gattin, 35 J., Herminengasse 3, [illegible]. Mießler Josef, Schneider, 56 J., Luard 3, [illegible]. Hauptmann Gottfried, Goldarbeiter, 76 J., Bürgerversorgungshaus, Schlagfluß. Klempirsch Anna, Magd, 45 J., städt. Versorgungshaus, Entartung der Unterleibsorgane. [illegible]ranklau Theresia, Herrschaftskutschers-Gattin, 78 J., städt. Versorgungshaus, Altersschwäche. Josefsthal Josef, pens. russischer Major, 99 J., städt. Versorgungshaus, Altersschwäche. Elschik Marie, Maurers-Tochter, 13 J., Ottakring, Sulmgasse 9, Lungenschwindsucht. Kindelmann Josef, Privatbeamtens-Sohn, 5 J., Neulerchenfeld, Haberlgasse 2, Brustwassersucht. Hainz Crescentia, Fabriksarbeiterin, 32 J., Nikolsdorferstraße 20, Beinfraß.

Wiener Börse.

24. November. Notirung um 12¾ Uhr.

Die Stimmung des heutigen Vorgeschäfts war mit Rücksicht auf die vorliegenden befestigten auswärtigen Notirungen und auf die Friedensbetheuerungen des Czar gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter eine freundliche. Auch übten die Journalberichte über die Rundreise Lord Salisbury's eine beruhigende Wirkung. Parallel mit einer ziemlich erheblichen Erhöhung der Effectencurse vollzog sich eine ¾percentige Besserung der heimischen Valuta.

Zwanzigfrancs-Stücke notirten 10.03½ nach 10.06, Oesterreichische Credit-Actien 142.40 nach 141, Ungarische Creditbank 107.50 nach 106, Anglobank 72 nach 71.50, Egyptier zwischen 111 und 109. Karl-Ludwigbahn haussirten nach 200.25 bis 201.25, Rente bis 61.90.

Um 11 Uhr schlossen: Oesterreichische Credit 142.10, Ungarische Credit 107.25, Anglo 72, Egyptier 109, Rente 61.85, Zwanzigfrancs-Stücke 10.03½.

In der ersten Hälfte der Mittagsbörse schwächt sich die Stimmung in Folge des Athener Kammerbeschlusses mäßig ab.

Es notiren: Oesterreichische Credit-Actien 141.60, Ungarische Creditbank 106.25, Anglobank 71.50, Egyptier 108.50, Unionbank 49.50, Karl-Ludwigbahn 200.50, Rudolphsbahn höher 102.25, Nordwestbahn 116.50, Dampfschiff 346.

Papierrente notirt 61.65, Silberrente 67.20, 1860er Lose 108.75, 1864er Lose begehrter 134.25, Ungarlose 69, London 125.75, Paris 49.80, Reichsmark 61.90, Zwanzigfrancs-Stücke 10.04½, Silber 112.50.

Um halb 1 Uhr sind: Oesterreichische Credit 141.50, Ungarische Credit 106, Anglo 71.50, Rente 61.65.

Staatsbahn erholten sich später bis [illegible].

	Geld	Waare		Geld	Waare
5% Rente in Papier			Staatsbahn	263.—	[illegible]
verzinsl.	61.65	61.75	Südbahn	79.50	[illegible]
5% Rente in Silber			Elis.-Westbahn	137.—	137.50
verzinsl.	67.20	67.30	Karl-Ludwigbahn	200.5	201.—
Domän.-Pfandbr.	139.50	140.—	Oesterr. Nordwestb.	116.50	117.—
1860er Lose	108.75	109.	Franz-Josefsbahn	120	120.50
1864er Lose	134.25	134.75	Rudolphsbahn	102.	102.50
Creditlose	160	160.50	[illegible]	—	—
Bank-Actien	835.—	837.—	Dampfschiff	346.—	348.—
Credit-Actien	141.50	141.75	Tramway	84.—	85.—
Ungar. Credit	106.—	106.25	London	125.75	126.—
Escompte-Anstalt	660.—	670.—	Frankfurt	61.30	[illegible]
Bodencredit	—.—	—.	Paris	49.80	[illegible]
[illegible]	71.50	71.75	Ducaten	5.96	5.97
[illegible]	55.	55.50	Napoleonsd'or	[illegible]	10.05½
[illegible]	49.50	49.75	Deutsche Reichsm.	61.90	62.—
[illegible]	176.	177.—	Silber	112.50	112.75

Fremde Börsen vom 23. November.

Berlin:	[illegible]	[illegible]	[illegible]	Leipzig:	[illegible]
Silber-Rente	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	—
[illegible]	[illegible]	[illegible]	—.—	Paris:	
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible] Rente	70.32
Credit-Actien	[illegible]	[illegible] Staatsb.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Breslau:		Wien	—.—	[illegible]	[illegible]
Banknoten	—	[illegible]	—.—	[illegible]	[illegible]
Wien	—	[illegible]		[illegible]	[illegible]
Hamburg:		[illegible]	[illegible]	[illegible]	—.—
Silber-Rente	53½	Silber-Rente	[illegible]	London:	
Credit-Actien	112.—	[illegible] Wechsel	[illegible]	[illegible]	[illegible]

[Telegr.] (**Curse der Wiener** Börse um [illegible] Uhr.) Oesterreichische Credit 141.50, Ungarische [illegible], Egyptier 108, Nationalbank 837, Dampfschiff [illegible], [illegible] 262, Lombarden 79.25, Elisabethbahn 136.50, [illegible] 84.50, Rente 61.40, Silberrente 67, [illegible] lose 66.50, London 126, Paris 49.95, Reichsmark [illegible], Zwanzigfrancs-Stücke 10.05½. Wenig fest.

Paris, 22. November.

Die englische Regierung hält es wenige Tage vor Eröffnung ihres Parlaments für angemessen, die wichtigsten Documente des nächsten Gelbbuchs dem Publicum durch die Presse vorzulegen. Die Ungewöhnlichkeit dieses Verfahrens lenkte eine noch erhöhte Aufmerksamkeit auf den Inhalt dieser, den parlamentarischen Debatten und der Conferenz von Konstantinopel gleichsam zur Recognoscirung vorangeschickten Papiere und man kann nicht umhin, in denselben den Beweis einer neuerdings eingetretenen sehr wesentlichen Besserung der Beziehungen zwischen den Cabineten von London und Petersburg zu entdecken. An der Börse war dies wenigstens der allgemeine Eindruck und was man gestern nur eine vorsichtige Reprise nennen durfte, hatte sich heute schon in eine entschiedene Hausse verwandelt. Schluß noch sehr fest. Dreipercentige Rente 70.70, fünfpercentige Rente 104.70, Italiener 70.65, Türken 11.10 Egypter 248, spanische Extérieure 13⅞, Peruvianer 18¾, Oesterreichische Staatsbahn 526, Lombarden 160, Banque Ottomane 366, Banque de Paris 1040, Foncier 721 (es sollen wieder Schwierigkeiten für die Fusion dieses Instituts mit dem Crédit Agricole eingetreten sein), Mobilier 155, Franco-Hollandaise 360, Oesterreichische Bodencredit 475, spanischer Mobilier 542, Suez-Actien 665.

Hamburg, 23. November. (Abendbörse.) Credit-Actien 111.50. Staatsbahn 525.—. Lombarden 160.—. Silberrente 53½. Anfangs fest, Schluß matter.

Paris, 23. November. (Boulevard-Verkehr). 3percentige Rente 70.85. 5percentige Rente 104.80 Türkische Consols 11.15. Banque Ottomane —.—. Italiener 70.90. Egyptische 265.—. Sehr fest, belebt, zahlreiche Umsätze.

Newyork, 23. November. (Kabeltelegramm.) Goldschlußcurs 109⅝. Wechsel auf London 4.82½. 5.20er Bonds vom Jahre 1885 110⅛. 5% fundirte Anleihe 112⅞. 5.20er Bonds vom Jahre 1887 116⅛. Erie-Bahn 9⅝. Baumwolle in Newyork 12—. Baumwolle in Neworleans 11½. Petroleum in Newyork 26⅞. Petroleum in Philadelphia 26¼. Mehl 5.50. Rother Frühjahrsweizen 135. Rio-Kaffee 17⅞. Havana-Zucker 9⅞. Getreidefracht 6—.

Rorschach, 25. November. Stimmung fest, mäßiger Umsatz bei unveränderten Preisen. Prima ungarischer Weizen 31 bis 31½ franco Rorschach.

Bremen, 22. November. Petroleum pro November 22.40. Höher.

Antwerpen, 22. November. Petroleum 58. Steigend.

Newyork, 22. November. Zufuhren in Baumwolle 26.000 Ballen.

Wiener Fruchtbörse von heute.

Die Stimmung zeigt sich heute für prompte Waare wie für Termine etwas matter. Notirt wird Frühjahrsweizen fl. 12—12.10, Frühjahrskorn fl. 10.50—10.70, Frühjahrshafer fl. [illegible], Hafer prompt fl. 8.40—8.60, Mais fl. 6.45—[illegible] pro Mai-Juni fl. 7.30 per 100 Kilo.

Heu- und Strohmarkt.

Wien, 24. November. [Or.-Ber.] Das dieswöchentliche Geschäft war außerordentlich flau, so daß die Preise gegen die Vorwoche einen nicht unwesentlichen Rückgang erlitten. Vorhanden waren 220 Wagen Heu, 94 Wagen Stroh und 130 Wagen Kraut. Man bezahlte Heu ungarisches von fl. 2.29 bis fl. 3.30, slovakisches von fl. 3.80 bis fl. 4.20, Waldheu und deutsche Primasorte fl. 4.30 bis fl. 5.20 per 100 Kilogramm. Schaubstroh bedang fl. 14 bis fl. 16 per Schober und fl. 3.53 bis fl. 3.75 per 100 Kilogramm. Kraut war mit fl. 1.10 bis fl. 1.50 per Schilling erhältlich.

K. k. privilegirte Kaiserin-Elisabethbahn.

Wochenausweis

über die Betriebsergebnisse sämmtlicher Linien bis 15. November 1876.

Wien-Salzburg, Wels-Passau, Lambach-Gmunden.

	Einnahmen für Personen, Gepäck und Eilgüter	für Frachten	Zusammen	In der gleichen Periode 1875		Differenz
	Gulden Oesterr. Währ.			Gulden Oe. W.		
Vom 8. bis 15. November	47.420	170.488	217.908	170.844	+	47.064
Uebertrag vom vorigen Ausweis	2,840.188	4,955.920	7,794.408	7,743.821	+	53.65[illegible]
Totale	2,887.608	[illegible]	[illegible]	[illegible]	+	100.151
[illegible] Valentin-Budweis, Linz-Gaisbach-Wartberg.						
Vom 8. bis 15. November	4.668	6.998	11.656	14.835	—	3.169
Uebertrag vom vorigen Ausweis	166.075	430.033	596.108	537.473	+	[illegible]
Totale	170.743	437.031	607.774	[illegible]	+	[illegible]
Neumarkt-Simbach.						
Vom 8. bis 15. November	3.019	20.751	23.773	13.631	+	11.11[illegible]
Uebertrag vom vorigen Ausweis	110.395	413.411	[illegible]	525.189	+	21.617
Totale	113.414	434.16[illegible]	577.57[illegible]	541.850	+	35.729
Wien-Kaiser-Ebersdorf.						
Vom 8. bis 15. November	—	2.927	2.927	1.189	+	1.738
Uebertrag vom vorigen Ausweis	—	58.821	58.821	54.566	+	4.255
Totale	—	61.748	61.748	55.755	+	5.993
Salzburg-Tirol.						
Vom 8. bis 15. November	6.171	13.[illegible]	20.[illegible]	18.717	+	2.305
Uebertrag vom vorigen Ausweis	417.[illegible]	444.[illegible]	[illegible]	364.519	+	497.768
Totale	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	+	499.168
Steindorf-[illegible]						
Vom 8. bis 15. November	[illegible]	[illegible]	[illegible]	2.[illegible]	+	407
Uebertrag vom vorigen Ausweis	[illegible]	[illegible]	71.228	59.162	+	12.06[illegible]
Totale	[illegible]	41.[illegible]	[illegible]	[illegible]	+	12.47[illegible]

Herausgeber: J. K. Lecher.
Verantwortlicher Redacteur: Franz Krtsmáry.
Druckerei der „Presse": Leop. Kugler.
Gedruckt auf der „Walter-Presse".

Redaction & Administration:
I., Renngasse 5.

(Abend-Ausgabe.)

Deutsche Zeitung.

Herausgeber: Heinrich Reschauer.

Abonnement für Wien

Nr. 1790. Wien, Freitag 24. November. 1876.

Politische Rundschau.

Wien, 24. November.

Die Conferenz der Verfassungspartei findet am Montag, Mittags um 12 Uhr, statt. Die Minister sind zu derselben vom Abgeordneten Dr. Herbst eingeladen worden und haben ihr Erscheinen zugesagt. Ueber den Grund, weßhalb in der Versammlung der Club-Obmänner und der Sprecher aus der ersten Partei-Conferenz die Geheimhaltung über den Verlauf und die Ergebnisse der Discussion beschlossen wurde, verlauten verschiedene Versionen. Nach der einen hätte man dadurch verhindern wollen, daß die Minister zu früh von den ihrer wartenden Fragen unterrichtet werden, nach der andern sollte eben durch die Geheimhaltung die Kenntniß der beschlossenen Fragepunkte ausschließlich der Regierung vorbehalten werden. Auch soll man dadurch zu verhüten beabsichtigt haben, daß einige ministerielle Abgeordnete, welche sich in der Hitze des Augenblickes allzu kühn und unabhängig geberdet haben sollen, am Ende durch die Publicirung ihrer Aeußerungen vor ihren gestrengen Gönnern compromittirt würden! Die letztere Version erscheint nicht unwahrscheinlich, geht doch bei so manchem unserer Abgeordneten der Muth nicht weiter als bis zur bekannten „Faust in der Tasche".

Die neue Partei im Abgeordnetenhause ergänzt sich. An anderer Stelle reproduciren wir jene Erklärung, durch welche die Abgeordneten Skene, Graf Coronini, Dr. Sturm, Baron Hammer-Purgstall, Budig, Dr. Schaup, Proskowetz, Ed. Siegl und Dr. Hanisch ihren Austritt aus dem Club der Linken dem Obmanne desselben notificirten. Aus dem Club des Centrums sind die Abgeordneten Graf Dubsky, Graf Wallis und Baron Skrbensky in die neue Partei übergetreten.

Im Abgeordnetenhause wurde heute die Debatte über die Reform der politischen Verwaltung zu Ende geführt. Nach dem Schlußworte des Antragstellers und Berichterstatters Göllerich wurde zur Abstimmung geschritten. Dieselbe ergab ein äußerst originelles Resultat. Es wurden nicht nur die im Verlaufe der Debatte von den Abgeordneten Zschock, Scharschmid und Waldert gestellten Anträge, sondern auch der ursprüngliche Antrag selbst abgelehnt, so daß das Resultat der mehrwöchentlichen Verhandlung im Plenum und der fast seit Jahresfrist währenden Vorberathungen formell gleich Null ist.

Da die Drohung mit dem Rücktritte des Ministeriums Auersperg selbst schon bei Abgeordneten von der Ministertreue eines Wolfrum nicht mehr verfangen will, führen die Officiösen gröberes Drohgeschütz auf. Ein Hochofficiosus im „Pester Lloyd" wirft im Hinblicke auf den „ungemein kritischen Charakter der parlamentarischen Situation mit einer Zurückhaltung, die sich das Air der Großmuth gibt, die Frage auf, „ob das Cabinet nicht das von seinen Mitgliedern ohnehin schon seiner Länge (sic!) wegen beanstandete Parlament schließt und eine neue Session, vielleicht mit neuen Kräften, inaugurirt". Für besonders schlau dürfte wohl der Officiosus zweier Fonds den Wink mit den „neuen Kräften" halten. Neue Kräfte! Wahrscheinlich sind es die glänzenden Erfolge Rodich's bei den dalmatinischen Landtagswahlen, welche der hohen Regierung Zuversicht auch für die eventuellen Reichsrathswahlen einflößen. Mit der vielgerühmten Energie des Herrn Feldzeugmeisters Baron Rodich geht es vielleicht bei den Neuwahlen in den Reichsrath gleichfalls. Es kommt auf den Versuch an.

In Süd-Tirol nehmen die Verhaftungen unter den Italianissimi ihren Fortgang. So bringt der in Roveredo erscheinende „Raccoglitore" folgende, vom 21. d. M. datirte lakonische Notiz: „In diesen Tagen schritt die Gerichtsbehörde zu zahlreichen Verhaftungen von Persönlichkeiten in unserer Stadt und in Sacco, die, wie es scheint, in einen Proceß wegen Störung der öffentlichen Ruhe verwickelt sind und weßhalb schon einige Tage vorher etliche andere Personen verhaftet worden sind."

Der Marquis v. Salisbury hat das Berliner Pensum absolvirt und trifft heute hier ein. Der edle Marquis läßt überall die besten Eindrücke zurück. In Berlin hat er mit dem Fürsten Bismarck und dem Kaiser conferirt, und das Resultat wird als ein dem Frieden sehr günstiges bezeichnet. Dem englischen Bevollmächtigten soll es gelungen sein, den leitenden deutschen Staatsmann für die Uebernahme der Vermittlung zwischen England und Rußland zu gewinnen. Der „Temps" bestätigt die Mittheilung der „Patrie", derzufolge sich der Marquis v. Salisbury in Paris gegen den Herzog Décazes in ungemein friedliebendem Sinne geäußert hätte, er wolle in Constantinopel zu jedem Vorschlage, welcher auf die Besserung des Loses der Christen und auf die Sicherung der ihnen zu gewährenden Reformen abzielte, die Hand bieten. Die englische Regierung hätte eben durch die Veröffentlichung der neuesten diplomatischen Papiere im Londoner Amtsblatte den Beweis geliefert, daß sie es für ihre Pflicht halte, auf die öffentliche Meinung des Landes im Sinne der Fortdauer eines mit der Ehre und den Interessen Englands vereinbaren Friedens hinzuwirken.

So gewinnt es den Anschein, als ob aus den orientalischen Verwicklungen der ewige Friede herauswachsen wird. Freilich lassen sich daneben auch Stimmen vernehmen, welche sehr disharmonisch in das Friedensgeläute hineinklingen. Unter den Berliner Blättern ist es vor allen die „Voss. Ztg.", die ihren pessimistischen Anschauungen über die Lage und die Endpläne der russischen Politik in sehr kräftigen Worten Ausdruck gibt. Beherzigenswerth für uns Oesterreicher ist, was das fortschrittliche Organ über das künftige Verhältniß zwischen Rußland und Oesterreich sagt. Das Blatt schreibt:

„Sobald sich Rußland als Mandatar des Panslavismus südlich von Oesterreichs Grenzen niedergelassen hat und dasselbe von der Donau bis zum Adriatischen Meere gleichsam blokirt hält (theils durch russische Truppen, theils durch südslavische Vasallen), so wird in Oesterreich-Ungarn das slavische Element zu fiebern anfangen und den ganzen Habsburg'schen Kaiserstaat mit politischen Paroxysmen heimsuchen. Wenn diese letztere Eventualität eingetreten sein wird — und es kann dies wenige Wochen nach der Ueberschreitung des Pruth geschehen — dann wird uns Deutsche allerdings die Frage, wer Constantinopel besitzen darf, viel weniger auf die Finger brennen als die andere, wer in Wien das Ruder [illegible] treten soll, und ob nicht an ganz Oesterreich im Sinne der „slavischen Sache" eine Umwandlung versucht werden wird, die uns in Mitleidenschaft ziehen müßte. Ein energischer Widerstand der Magyaren und [illegible] der Deutschen gegen einen slavischen Centralismus [illegible] ein als Föderalismus vermummtes [illegible] ist so gut wie gewiß; welche Gestalten [illegible] dann die chaotischen Zustände gebären werden, die [illegible] den [illegible] des russischen Panslavismus nach den [illegible] Völkerschaften und aus der [illegible] werden, ist unmöglich vorherzusehen. Wir [illegible] also damit, zu sagen: Wenn man Rußland [illegible], über den Pruth und die Donau zu gehen, so wehrt man [illegible] nicht, die Fackel des Racenkampfes in das Habsburg'[illegible] zu schleudern."

Die auf Wunsch des Kaisers von Rußland veröffent-

Unter dem Hausaltar.

Novelle
von
Theodor Schiff.

(2. Fortsetzung.)

In diesem Augenblicke erschienen auf den untersten Stufen einer Treppe, welche von dem Innern des Hofes in die obern Stockwerke führte, zuerst ein Paar allerliebster Stiefelchen, dann der Saum eines schwarzen Kleides, dann ein blauer Regenmantel und schließlich die Eigenthümerin all' dieser Dinge.

Daß sie eine ganz besonders hübsch und schlank gewachsene Eigenthümerin war, konnte man des abendlichen Dunkels halber jetzt nicht sehen. Daß die Eigenthümerin ein holdes, anmuthiges etwas blasses Gesichtchen hatte, aus dem ein Paar gute braune Augen freundlich hervorsahen, und daß das schwarze Hütchen der Eigenthümerin auf ganz prächtigen braunen Zöpfen saß, die in vollkommenem Widerspruch zu jeder Mode wie ein braunschillerndes Diadem um den Kopf gewunden waren, war auch vom Hausflur aus nicht ersichtlich. Aber der junge Mann mußte entweder die Stiefelchen oder den Regenmantel oder die guten braunen Augen oder gar die ganze Eigenthümerin sehr gut kennen, denn mit einemmale verschwand der ungeduldige Ausdruck aus seinem Gesichte und er trat mit raschen Schritten dem Mädchen entgegen.

„Emma, liebe Emma!"

„Aber Walter! Ich hatte dich doch gebeten. . . ."

Der junge Mann war jetzt nahe genug, um das außerordentlich hübsche Erröthen zu sehen, das des Mädchens Wange und Stirn bedeckte.

„Liebe Emma!" sagte er noch einmal. Es schien als ob ihm irgend etwas die Kehle zusammenschnürte, daß er nichts weiter als diese beiden Worte hervorbringen konnte. Oder vielleicht konnte er in seiner zitternden Erregung nur nicht gleich die Worte finden, um ihr alles das zu sagen, was ihm auf dem Herzen lag. Und so wiederholte er blos: „Liebe Emma!"

Sie waren mittlerweile durch den Hausflur auf die Gasse getreten und schlugen die Straße zur Rechten ein.

„Hast dein Versprechen nicht gehalten und meine Bitte nicht erfüllt," sagte Emma erregt. Aber sie warf ihm dabei einen langen Blick aus ihren Augen zu, der festes Vertrauen, ehrliche Liebe, Herzensgüte, treue Hingebung — mit Einem Worte: Alles enthalten konnte nur keinen Vorwurf. Nein, nichts, was einem Vorwurfe gleich sah. Gewiß nicht.

„Verzeih', Emma," sagte der junge Mann mit gedämpfter Stimme, indem er sich gegen sie beugte, „aber ich konnte nicht anders. Du weißt nicht und kannst es nicht wissen, was ich gelitten habe, seitdem wir von einander Abschied nahmen. Und ich glaube — nein, ich weiß es ganz sicher, daß es dir ebenso gegangen ist. Kein Mensch kann ohne Licht und Luft bestehen und du bist mir Licht und Luft und Sonnenschein, bist mir Alles. Sage [illegible] nur das Eine sage mir, Emma: glaubst du denn wirklich daß ich jemals deiner vergessen und . . ."

„Das habe ich nie geglaubt, Walter, und hätte es auch nicht geglaubt, wenn du selbst es mir gesagt hättest," unterbrach ihn das Mädchen und seine Stimme zitterte dabei. „Aber bedenke nur Alles, was ich dir im Beisein der Mutter vor acht Tagen sagte. Daß du adelig bist und reiche Verwandte hast, ist in unserm Falle ein Unglück, das wir nicht gutzumachen im Stande sind; daß dein Onkel dich enterbt, wenn du ein armes bürgerliches Mädchen heiratest, kannst du nicht hindern. Niemals (und die Stimme des Mädchens wurde bei diesen Worten ernster und feierlicher), niemals wollte ich dir etwas Anderes sein, als dein Glück und deine Freude auf deinem weitern Lebenswege; wenn du aber deinem Onkel zum Trotz mich zum Weibe nimmst, so würde ich es nicht hindern können, daß einstens, wenn vielleicht die Sorge an uns herantritt, du mich als eine Last betrachtest, die du wohl oder übel mitschleppen mußt durch das Leben und die dir nur hinderlich ist im Erreichen deiner Ziele. Ich sage nicht, daß du mich vergessen mögest — das wirst du auch nicht thun — aber ich wünsche, daß du meiner als einer treuen Freundin gedenkest, die niemals — — aufhören wird dein Glück als das ihrige — — — ach, Walter — die Leute!"

Die Beiden schritten, während sie so sprachen, durch das Kriegsgebäude gegen den „Hof" hin und schienen zu glauben, daß das Kriegsgebäude irgend ein romantischer Waldweg und außer ihnen kein lebender Mensch in der Nähe sei. Da aber das Kriegsgebäude (wenigstens in seinem Aeußern) nicht die mindeste Aehnlichkeit mit einem romantischen Waldwege hat, sondern eher sehr nüchtern und langweilig aussieht, dafür aber sehr viele Leute dasselbe als Durchgang benützen, so war das Schluchzen Emma's, unter welchem sie die letzten Worte ihrer so pathetisch begonnenen Rede herausstieß, einigen Vorübergehenden aufgefallen. Und da diese sich umdrehten und dem hübschen schluchzenden Mädchen in das Gesicht gafften, so wußte Emma keinen bessern Rath, als den Schleier schnell über die Augen zu ziehen und den Arm ihres Begleiters zu ergreifen.

„Komm," flüsterte sie, „gehen wir schneller. Es sind gar so viele Leute hier." Und so eilten sie zusammen Arm in Arm über den Hof, die Freiung und durch die Schottengasse hinaus und sprachen kein Wort, bis sie am Anfange der Allee angelangt waren, die in die Währingerstraße führt.

Dort nahm Walter zuerst das Wort. „Du und deine Mutter," sagte er in einer Art von liebevollem Aerger, „seid Beide sehr gescheidt, o außerordentlich gescheidt. Haltet mir da eine Predigt, heißt Eine der Andern und beweist mir klar und deutlich, daß ich nichts Besseres zu thun habe, als dich ohneweiters sitzen zu lassen . . . ."

„Lieber Walter," fiel Emma ein und schmiegte sich enger an ihn, „die Mutter . . . ."

„Ja, dich sitzen lassen! Ganz wie Ariadne auf Naxos oder wie irgend ein Mädchen, mit dem man zum Zeitvertreib eine Liebschaft angeknüpft hat. Aber ich bin nicht so gescheidt, wie ihr Beide. Ich will nicht so gescheidt sein. Das wißt ihr aber alle Beide nicht, daß ich mich [illegible] in Stücke reißen lasse, ehe ich dich aufgebe, und das wißt [illegible] wenigstens die Mutter nicht, daß Alles, was gut und ehrlich [illegible] aufrichtig in mir ist, nur dir, nur dir allein gehört, du [illegible] holdes [illegible], und daß ich mich so wenig von dir trennen kann als von mir selbst. Und daß ich es dir gerade heraus sage: ich kümmere mich den Teufel um meinen Adel und um meinen Onkel und um sein Geld. Ich kann zur Noth [illegible] ohne meines Onkels Geld eine Frau erhalten [illegible] Hoffnungen [illegible], so ist das [illegible] Unsinn und du bist ein schlechtes [illegible] Kind, das seiner Mutter noch hilft [illegible], um einen ehrlichen Menschen, der [illegible] dich lieben [illegible] ins Unglück zu jagen. Deßwegen [illegible] aber nicht zu weinen. Hörst du, Emma? nicht zu weinen. Sag' mir lieber, ob du mich lieb hast? Sei doch gescheidt!"

Ob die Eigenthümerin der kleinen Stiefelchen und braunen Augen im Allgemeinen sehr gescheidt war, ist hier nicht der Ort zu untersuchen. Thatsache ist es aber, daß sie durch die höchst logische Auseinandersetzung Walter's gewiß nicht gescheidter wurde. Vielleicht hatte sie auch der so bündig geführte Beweis, daß sie ein schlechtes, undankbares Kind sei, so mächtig ergriffen, daß sie des verhaltenen Schluchzens unter ihrem Schleier kein Ende finden konnte. Als darum Walter sie fragte, ob er mit ihr nach Hause gehen dürfe zur Mutter, da nickte sie nur mit dem Kopfe und drängte noch eiliger vorwärts. Sie hatten nicht mehr weit bis in des Mädchens Wohnung. Nach wenigen Minuten traten sie in ein Haus nahe der Votivkirche und gingen schweigend über zwei Treppen. Im zweiten Stocke angekommen, zog Walter die Klingel an einer Thür, an welcher eine Tafel den Namen „Emma Landegg" zeigte, und da nicht augenblicklich aufgemacht wurde, so verfiel er auf das merkwürdige Auskunftsmittel, auf Emma's linke Schulter einen Kuß zu drücken, worauf die Thüre von einem sehr jungen, sehr freundlich blickenden und sehr hübschen Dienstmädchen geöffnet wurde, das Walter wie einen alten Bekannten mit einem Knix und einem „Guten Abend, Herr Baron!" begrüßte. (Forts. folgt.)

lichte Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord A. Loftus scheint hier — telegraphirt man der „Köln. Ztg." aus London, 22. November — eher Mißtrauen als die vom Kaiser beabsichtigte Beruhigung zu erregen. Die „Times" und „Morning Post" schweigen darüber noch auffallenderweise; der „Telegraph" analysirt die Erklärungen des Kaisers sichtbar skeptisch, „Standard" entschieden unfreundlich, indem er an ein gebrochenes Kaiserwort bezüglich Khiwas erinnert und geradezu behauptet, daß der Kaiser durch seine Darlegung, zumal betreffs der russischen Zuzüge nach Serbien, seinem Ansehen ungeheuer geschadet habe. Sogar „Daily News" schreiben, daß angesichts der russischen Rüstungen und der kaiserlichen Erklärung betreffs eines eventuell vereinzelten Einschreitens Rußlands die Schwierigkeit der Lage durch die kaiserliche Mittheilung ungehoben bleibe.

Ueber die Ministerkrise in Serbien telegraphirt man der „Sud. Corr." unter dem gestrigen Datum aus Belgrad: „Der Fürst hat die Demission des Ministeriums angenommen; es wird aber nur ein partieller Ministerwechsel stattfinden. Ristic tritt definitiv zurück Gegen denselben werden mehrseitig schwere Anschuldigungen erhoben, die in der nächsten Sitzung des Skupschtina-Ausschusses zur Sprache kommen werden. Kristic soll Minister-Präsident und Zumic Minister des Aeußern werden. Milojkovic bleibt. — Marinovic begibt sich von St. Petersburg nach Constantinopel, Magazinovic soll Serbien in Wien vertreten."

Parlamentarisches.

Wien, 24. November.

Die Erklärung, mittelst welcher neun Abgeordnete ihren Austritt aus dem Club der Linken dem Club-Obmanne Dr. Herbst anzeigten, hat, wie wir erfahren, folgenden Wortlaut:

„Euer Excellenz! Die Unterfertigten haben sich erlaubt, im Club der Linken einen die Frage des ungarischen Ausgleiches betreffenden Zusatz zum Club-Programm zu beantragen, welcher in der Club-Sitzung vom 19. d. den Gegenstand einer allgemeinen Discussion bildete

Obwohl die Unterfertigten die Beweise collegialer Freundlichkeit und die Absichten eingehender Würdigung dankbar anerkennen mußten, welche ihren Anträgen von Seite vieler geehrter Club-Mitglieder und namentlich durch den Vermittlungs-Vorschlag des verehrten Herrn Collegen Dr. Demel entgegengebracht wurden, so hat doch die schließlich erfolgte En bloc-Ablehnung der beantragten Programmpunkte vor der Wahl des zur Revision der Club-Statuten mit Rücksicht auf den ungarischen Ausgleich eingesetzten Comités eine Lage geschaffen, welche nicht mehr erwarten läßt, daß durch das Comité Anträge eingebracht werden, welche im Wesentlichen den von den Unterfertigten zum Ausdrucke gebrachten Anschauungen nahe kommen.

Die principielle Bedeutung der gestellten und abgelehnten Anträge, welche eine den Interessen Oesterreichs mehr entsprechende Regelung der bestehenden Form der Verbindung Oesterreichs mit Ungarn anstreben, nöthigt daher die Unterfertigten, zu ihrem größten Bedauern die Erklärung abzugeben, daß sie aus dem Club der Linken austreten, mit welchem sie jedoch auch fernerhin in andern politischen und wirthschaftlichen Fragen als getreue Parteigenossen Hand in Hand zu gehen hoffen.

Wien, 23. November 1876.

Alfred Skene. Coronini. Sturm.
Budig. Baron Hammer-Purgstall. Dr. Schaup.
Proskowetz. Ed. Siegl. Hanisch."

Reichsrath.

Wien. 24. November.

Abgeordnetenhaus. (CCVIII. Sitzung.) Präsident Dr. Rechbauer eröffnet die Sitzung um 1/4 12 Uhr.

Auf der Ministerbank: Auersperg, Lasser, Glaser, Chlumecky, Ziemialkowski, Mannsfeld, de Pretis, Unger.

Die Nationalbank übersendet das Exposé ihres General-Secretärs Lucam über das neue Bankstatut in zweihundert Exemplaren, welche zur Vertheilung an die Abgeordneten gelangten.

Unter den eingelaufenen Petitionen erwähnen wir die des Bürgermeisteramtes der Stadt Tachau in Böhmen um Erstreckung der im Jahre 1877 zur Rückzahlung fällig werdenden ersten Rate auf das unverzinsliche Reichs-Darlehen per 70.000 fl. auf neun Jahre oder um gnadenweise gänzliche Nachsicht dieses Darlehens; die Petition des Consumvereins in Lemberg um Abänderung des Erwerbsteuer-Gesetzes, ferner die Amendirung des Gesetzes, betreffend die Besteuerung der Actiengesellschaften und um Beschließung einer Resolution, betreffend die Abschreibung der Steuerrückstände der Genossenschaften; die Petition mehrerer galizischer Vorschuß-Genossenschaften in derselben Angelegenheit; die Petition der Stadtgemeinde Sanok in Galizien um Errichtung eines achtclassigen Gymnasiums daselbst; die Petition des Präses des Straßenbau-Comités in Primör und des Bürgermeisters von Fiera um einen unverzinslichen Staats-Vorschuß per 20.000 fl. und um eine Verbindungsstraße über den Schenero; die Petition des Central-Ausschusses der Landwirthschafts-Gesellschaft in Kärnten um Befreiung der auf Selbsthilfe beruhenden Credit-Genossenschaften von der Steuer und Gebührenpflicht.

Der Obmann des Eisenbahn-Ausschusses, Abg. Dr. Weeber, beantwortet die Interpellation des Abg. Dr. Roser wegen des Eisenbahn-Polizei-Gesetzes mit dem Hinweise auf die vorgestrige Sitzung des Eisenbahn-Ausschusses.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen

Die Regierungsvorlage, betreffend die Bewilligung eines Credites per 700.000 fl. behufs der Betheiligung der im Reichsrathe vertretenen Länder an der Pariser Weltausstellung wird dem Budget-Ausschusse zugewiesen.

Es folgt die Fortsetzung der Verhandlung über den Antrag des Abg. Göllerich, betreffend die Reform der politischen Verwaltung

Zunächst nehmen das Wort die Abg. Dr. Kronawetter, Graf Mieroszewski und Zaklinski zu thatsächlichen Berichtigungen.

Berichterstatter Göllerich

constatirt, daß von allen Rednern die Nothwendigkeit einer Reform der politischen Verwaltung anerkannt worden ist. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die Autonomie, falls man sie zu weitgehend mache und über den natürlichen Wirkungskreis ausdehne, ad absurdum geführt werde. Nichts demoralisire aber das Volk mehr als Gesetze, die auf dem Papier stehen und nicht gehandhabt werden. Es können die Klagen der Gemeinden, namentlich der größern Gemeinden, nicht überhört werden, daß sie mit Agenden aller Art überschüttet werden. Es ist Zeit, hier eine weise Mäßigung eintreten zu lassen, damit die Gemeinden unter der großen Belastung nicht zusammenbrechen. Der Ausschuß hielt es nicht für opportun, einen detaillirten Vorschlag zu machen, sondern er wollte nur der Regierung eine Anregung bieten, damit diese auf der bezeichneten Bahn fortarbeite. Den Vorschlag des Grafen Hohenwart, daß den Landtagen die Angelegenheit zur Regelung überlassen bleibe, hält der Berichterstatter für nicht ausführbar, weil jeder der siebzehn Landtage ein anderes Operat ausarbeiten würde. Der Berichterstatter geht nun näher auf die Ausführungen des Grafen Hohenwart ein und hebt namentlich hervor, daß zwischen der Selbstverwaltung, wie sie dieser Redner charakterisirt hat, und der Autonomie, die dem Ausschuß vorgeschwebt hat, ein großer Unterschied bestehe. Redner legt entschieden Verwahrung ein gegen den Ausspruch des Generalredners von der rechten Seite, wonach die deutsche Verfassungspartei von der „Preußenseuche" ergriffen sei. Er empfiehlt schließlich die Annahme des Ausschußantrages.

Es wird nun zur Abstimmung geschritten und werden der Reihe nach die Anträge der Abgeordneten Waldert, Zschock, Scharschmid und endlich jener des Ausschusses selbst sämmtlich vom Hause abgelehnt. (Bewegung)

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Legitimations-Ausschusses.

(1/2 1 Uhr. — Die Sitzung dauert fort.)

Actenstücke zur orientalischen Frage.

Die „London Gazette" veröffentlicht diplomatische Schriftstücke in Bezug auf die orientalische Frage, welche den Zeitraum vom 1. bis 21. d. ausfüllen. Das interessanteste darunter ist die Depesche des Lord Loftus an Lord Derby über eine Unterredung mit dem Czaren. Der wesentliche Inhalt dieser Depesche ist bereits telegraphisch mitgetheilt worden Wir tragen aus derselben noch folgende Stellen nach. Lord Loftus schreibt an Derby:

„Ich versicherte dem Kaiser, daß Ihrer Majestät Regierung von den friedlichen Absichten Sr. Majestät vollkommene Kenntniß habe und dieselben völlig würdige. Ich bemerkte, daß die projectirte Occupation türkischen Territoriums einen Umschwung in der öffentlichen Meinung bewirkt und Alarm erzeugt hätte. Ich drückte die Hoffnung aus, daß die Annahme des Waffenstillstandes die Mächte jetzt in den Stand setzen würde, eine befriedigende Pacification herbeizuführen, und daß es von wesentlicher Wichtigkeit sei, daß das europäische Einvernehmen aufrechterhalten werde. Ich bemerkte, es schiene mir, daß die Autonomiefrage die Hauptschwierigkeit bieten dürfte und daß, da dieselbe österreichische Interessen directer berühre, darauf geachtet werden sollte, nicht jene Grenzen zu übertreten, die von Oesterreich acceptirt werden könnten. Ich sagte, daß in Bosnien und Bulgarien eine große muselmanische und katholische Bevölkerung lebe, meistens der besitzenden Classe angehörig, deren Interessen in Betracht gezogen werden müßten. Ich wies sodann auf die angeblichen Prätensionen Serbiens und Rumäniens hin, unabhängige Königreiche zu werden. Eine solche Maßregel, bemerkte ich, würde der erste Schritt zu einer Auflösung des türkischen Reiches in Europa sein. Die Geschichte, sagte ich, verzeichne die Existenz eines Königreiches Böhmen, eines Königreiches Serbien und eines Königreiches Polen in frühern Zeiten; sie seien alle verschwunden, und ihre Auflösung sei hauptsächlich durch innere Spaltungen verursacht worden. Wenn die Prätensionen Serbiens und Rumäniens jetzt zugelassen würden, dürfte dies die Bildung ebensovieler kleiner Polen heißen, die höchst wahrscheinlich in Republiken ausarten würden, die weder ersprießlich für den Frieden noch für die Sicherheit der benachbarten Staaten sein können. Der Kaiser sagte, es wäre keine Rede davon, Königreiche Serbien und Rumänien herzustellen; es würde Thorheit (une sottise) sein, dies zu thun. Die Proclamation des Fürsten Milan sei ein Act der Armee gewesen, den Se. Majestät gründlich mißbilligt und in Folge dessen Se. Majestät dem Fürsten Milan den Rath ertheilt hatte, das Hauptquartier nicht zu besuchen. Er hätte indeß ein Telegramm von dem Fürsten empfangen, worin er sich entschuldigte, Sr. Majestät Rath nicht befolgt zu haben, und zwar aus dem Grunde, daß die Pflicht gegen sein Land ihn nöthigte, sich unter den gegenwärtigen widrigen Verhältnissen zu seiner Armee zu begeben. Ein Hinweis auf die Anzahl der russischen Freiwilligen in den serbischen Reihen veranlaßte mich zu der Bemerkung, daß dies sehr behilflich gewesen, die fieberische Aufregung in Rußland zu erzeugen. Darauf erwiderte Se. Majestät, daß er den russischen Officieren erlaubt hätte, (nach Serbien) zu gehen, vorausgesetzt, daß sie den russischen Dienst verlassen, und daß er dadurch hoffte, die Agitation zu beschwichtigen („de jeter de l'eau froide" war der Ausdruck Sr. Majestät.) Se. Majestät fügte hinzu, es sei eine große Menge russischer Officiere gefallen und der Enthusiasmus für die Serben habe sehr nachgelassen."

Amtliches.

Wien, 24. November.

Se. Majestät der Kaiser hat der k. k. Militär-Ober-Intendantens-Witwe Johanna Winter und ihren Kindern Emilie, Apollonia, Karl, Maria und Ludwig Winter den Adelsstand mit dem Prädicate „Lorschhain" verliehen.

Der Justizminister hat die Bezirksgerichts-Adjuncten Johann Misa in Roznau und Ludwig Ritter v. Hauk in Mährisch-Neustadt zu Gerichtshofs-Adjuncten, Erstern für Neutitschein, Letztern für Iglau ernannt; ferner die Bezirksgerichts-Adjunctenstelle in Mährisch-Ostrau dem Bezirksgerichts-Adjuncten Johann Kohn, jn. in Weißkirchen dem Bezirksgerichts-Adjuncten

Tagesneuigkeiten.

Wien, 24. November.

[Personal-Nachrichten.] Der Special-Bevollmächtigte Englands bei der Orient-Conferenz in Constantinopel, Marquis v. Salisbury, trifft, wie wir erfahren, mittelst Separatzugs der Oesterreichischen Nordwestbahn um 10 Uhr 5 Minuten Abends in Wien ein. — Heute Vormittags 9 Uhr, als am Sterbetage des Cardinals Rauscher, fand in der Stefanskirche ein Requiem statt, welchem zahlreiche weltliche und geistliche Würdenträger beiwohnten. — Der portugiesische Gesandte am englischen Hofe, Herzog von Saldanha, ist am 21. d. im sechsundachtzigsten Lebensjahre gestorben. Derselbe war von 1834 bis 1836 portugiesischer Kriegsminister und Conseils-Präsident. 1871 stand er an der Spitze eines Militär-Aufstandes, der zur Bildung eines neuen Cabinets unter seinem Vorsitz führte.

[Schmeykal-Jubiläum.] Aus Prag wird uns unter dem 23. d. geschrieben: „Dr. Franz Schmeykal begeht am 27. d. sein 25jähriges Doctorats-Jubiläum. Wer unsere Verhältnisse kennt, weiß, daß Schmeykal durch seine eminenten Fähigkeiten und hervorragenden Bürgertugenden der populärste unter den deutsch-böhmischen Führern geworden ist. Sein gerechtes und dabei wohlwollendes Wesen hat ihm nicht nur die Liebe der Parteigenossen, sondern auch die Achtung der Gegner gesichert. Das Fest wird im Deutschen Casino begangen werden, dessen Obmann Schmeykal ist, im großen Saale des Deutschen Hauses, das er mit begründen half. Es ist ein politisches Fest, denn Schmeykal wirkt länger als ein Jahrzehnt in gedeihlichster Weise an der Spitze der deutschen Abgeordneten, und es ist zugleich ein gemüthliches Fest der Deutschen, denn der Gefeierte hat die seltene Tugend besessen, den Verlockungen einer politischen Laufbahn außerhalb Böhmens zu widerstehen und seine ausgezeichnete Kraft dem Lande selbst zu widmen."

[Aus dem Armee-Verordnungsblatte.] Das heutige Armee-Verordnungsblatt bringt eine Circular-Verordnung des Kriegsministers vom 22 d. M., dahingehend, daß im Reichs-Kriegsministerium an Stelle der früher bestandenen, durch die Auflösung der Militärgrenze entfallenen zehnten Geschäfts-Abtheilung unter dieser Nummer eine neue Abtheilung zur Aufstellung gelange, deren Geschäfts-Ressort namentlich die Militär-Statistik und die Evidenthaltung der Kriegs-Ausrüstung bilden soll; ferner die Adjustirungs- und Ausrüstungs-Vorschrift für Cadeten- und Vorbereitungsschulen, endlich noch einige Personal-Veränderungen in der Armee. — Erzherzog Friedrich, Hauptmann im 42. Infanterie-Regimente, wird von der Truppen-Dienstleistung enthoben. Oberst Friedrich v. Semetkowski, Commandant des Landes-Gendarmerie-Commandos Nr. 3 wird unter Verleihung des Generalmajors-Charakters ad honores pensionirt, ebenso Oberst Karl Ritter v. Fromm, der Militärgrenz-Verwaltungs-Branche, und an dessen Stelle der Oberst Josef Hostinek im Präsidial-Bureau eingetheilt; der bei der 5. Abtheilung des Reichs-Kriegsministeriums eingetheilte Oberstlieutenant Karl Schaller wird zum Vorstande der 10. Abtheilung im Reichs-Kriegsministerium ernannt und der im Präsidial-Bureau des Reichs-Kriegsministeriums stehende Oberstlieutenant Josef Dittrich in den Stand der 10. Abtheilung eingetheilt

[Raubmörder Francesconi.] Mehrere Morgenblätter bringen die Mittheilung, daß Heinrich Francesconi vom Kaiser begnadigt worden sei. Ein Blatt will sogar wissen, daß der Kaiser den Cassationshof angewiesen habe, eine zeitliche Gefängnißstrafe für den Raubmörder zu bestimmen, und da hiebei eine zwanzigjährige Kerkerstrafe als höchstes Ausmaß gesetzlich normirt ist, so wird von demselben Blatte gleich ausgerechnet, daß Francesconi schon im 47. Lebensjahre den Kerker wird verlassen können. Diesen Nachrichten gegenüber können wir mittheilen, daß dem Vertheidiger Francesconi's, Dr. Edmund Singer, bis zur Stunde von einer Begnadigung seines Clienten nichts bekannt ist. Wir verweisen ferner darauf, daß die Proceß-Acten erst gestern zum Cassationshof gelangten und daß der Kaiser bisher in analogen Fällen niemals eine Entscheidung traf, ehe er den Ausspruch der höchsten Justizstelle angehört.

[Suspension eines Notars.] Dem „Mähr. Corr." schreibt man aus Mährisch-Neustadt vom 22. d.: „Vom Obersten Gerichtshofe wurde mit dem vom 19. October datirten Erkenntnisse der hiesige Notar Herr Karl Plachy des Disciplinar-Vergehens im Sinne des §. 157 der Notariats-Ordnung, welcher gegen die Pflichtverletzung oder Bloßstellung der Ehre und Würde des Standes gerichtet ist, schuldig befunden und zur Strafe der Amts-Suspension in der Dauer von sechs Monaten verurtheilt. Die Suspension beginnt morgen und endet am 23. Mai 1877."

[Studenten-Duell.] Vorgestern Mittags fand in Innsbruck im Gasthause „zum Peterbründl" zwischen zwei dortigen Universitäts-Studenten eine sogenannte Säbel-Mensur statt, von welcher die Sicherheitsbehörde früher Kenntniß erlangt hatte. Einer Gendarmerie-Patrouille gelang es — allerdings erst, nachdem einer der Paukanten bereits durch einen ungefährlich scheinenden Hieb über die Stirne „abgeführt" worden war — eine Anzahl der hiebei anwesenden Herren, darunter den Verwundeten und einen der Secundanten, zu verhaften. Ersterer wurde nach kurzem, durch den Gendarmerie-Wachtmeister vorgenommenem Verhöre (ebenso wie die übrigen Betheiligten, und zwar diese nach erfolgter Namensangabe) auf freien Fuß gesetzt, der Secundant jedoch wegen Verweigerung einer Aussage in Gewahrsam genommen

[Leichenräuber am Grabe Lincoln's.] Schon seit einiger Zeit vermuthete man, daß ein Complot bestehe, die Leiche Lincoln's aus ihrer Gruft in Springfield, (Illinois) zu rauben, und wurde deßhalb das Mausoleum in der Nacht nach dem Wahltage besonders scharf und nicht vergeblich von Policisten bewacht. Die Leichenräuber kamen, öffneten die doppelten Thüren des Mausoleums, brachen die verschiedenen Behälter des Sarkophages auf und standen eben im Begriff, sich mit der Leiche aus dem Staube zu machen, als sie durch die zufällige Entladung des Revolvers eines Geheim-Policisten verscheucht wurden. Es gelang den Policisten zwar nicht, sich der Person eines der Leichenräuber zu versichern, doch hofft man, daß zurückgelassene Spuren zu ihrer Verhaftung führen werden.

[Chinesische Arbeiter in San Francisco.] Nach dem vom Bundessteuer-Assessor in San Francisco dem zur Untersuchung der Chinesenfrage ernannten Congreß-Comité eingereichten Bericht betrug die Zahl der chinesischen Arbeiter in San Francisco: 2800 Cigarrenmacher, 350 Cigarrenkisten-Verfertiger, 3250 Kleidermacher &c., 2500 Gemüsehändler und Gärtner, 1200 Wäscher, 1000 Kaufleute, 2000 Spieler von Profession, 660 Taglöhner, 150 Zündholzfabrikanten, 2000 Schuhmacher, 700 Wollfabrikanten, 100 Hemden-Verfertiger (es waren mehrere Hundert in dem Hemdengeschäft angestellt; die weißen Arbeiter erwiesen sich aber als vortheilhafter und die Chinesen wurden in Folge dessen nach und nach entlassen), 400 Gärber, 1000 Pantoffelmacher, 800 chinesische Restaurateurs, 100 Priester (nebst Bedienung in Josh-Häusern), 1200 Fischer, 6000 Bediente, Köche &c., 600 Lumpensammler &c. (auch diejenigen Chinesen umfassend, welche am frühen Morgen die Runde machen und Alles stehlen, was nicht niet- und nagelfest ist), 2200 Frucht- und Gemüse-Einmacher, 100 chinesische Makler, 100 Fuhrleute und Expreßwagen-Eigenthümer und 300 „Loafers" (Leute ohne jede Beschäftigung).

[Mißgeburt.] Ein Grazer Arzt theilt in der dortigen „Tagespost" mit, daß am 20. November eine 26jährige Frau Zwillinge erhalten hat, welche mit einander derart verwachsen waren, daß aus der rechten Brustseite des einen Kindes sich Rumpf, Arme und Kopf des zweiten Kindes entwickelten Das Geschöpf hatte also einen doppelten Leib, zwei Köpfe, aber nur zwei Füße. Auch wurde an einem Leibe eine äußere, etwa zehn Centimeter lange Fortsetzung der Steißwirbel bemerkt. Diese Monstrosität wurde dem pathologischen Museum zur Aufbewahrung übergeben.

Jaroslaw Lisec und jene in Mährisch-Neustadt dem Bezirksgerichts-Adjuncten Paul Freiherrn v. Zowisch verliehen, endlich den Auscultanten Johann Azieb zum Bezirksgerichts-Adjuncten in Roznau und die Auscultanten Franz Haselstein, Thaddäus Krasny und Johann Boloušek zu Bezirksgerichts-Adjuncten für den mährisch-schlesischen Oberlandesgerichts-Sprengel ernannt; dann die Bezirksgerichts-Adjuncten Dr. Maximilian Seidler in Biala und Dobieslaus v. Szameit in Tyczyn in gleicher Eigenschaft, den Erstern nach Ulanow und den Letztern nach Kroscienko übersetzt; die Bezirksgerichts-Adjuncten Ladislaus Herold in Liszki, Anton Neusser in Kenty und Dr. Karl Gorski in Krynica zu Gerichtshofs-Adjuncten, und zwar den Anton Neusser für Krakau und die beiden Andern für Tarnow ernannt.

Telegramme des Correspondenz-Bureaus.

Rozsin, 23. November. Die Demarcations-Commission entschied sich für die Besichtigung der Hauptdemarcationspunkte an Ort und Stelle, und [illegible] sich demnach der russische, österreichische und [mont]enegrinische Commissär nach der Herzegowina, und [der] englische, deutsche und französische Commissär nach Albanien begeben.

Pest, 24. November. Auf Amortisation der Staatsschulden wurden bisher über 33 Millionen verausgabt, wodurch sich der Ausweis des Finanzministers bezüglich der Verwendung der Anleihegelder noch günstiger gestaltet.

Berlin, 23. November. Marquis of Salisbury [illegible] mit seiner Gemalin bei dem Fürsten Bismarck das Diner ein und reist morgen Früh um 7 Uhr mittelst Extrazuges über Dresden nach Wien ab.

Brüssel, 24. November. Die Ablehnung des Antrages Bara in der Kammer, betreffend die Untersuchung der Wahlen in Ypern, Antwerpen und Brügge, wurde mißfällig aufgenommen. Eine Schaar Studenten durchzog die Stadt unter den Rufen: „Nieder mit dem Ministerium!" Weiter sind keine Ruhestörungen vorgefallen.

Constantinopel, 23 November. Der Ministerrath beschäftigte sich gestern mit dem Verfassungs-Entwurfe; die Veröffentlichung derselben ist bevorstehend.

Athen, 23. November. Die Kammer hat die Regierungs-Vorlagen in Betreff der außerordentlichen Rüstungen und der militärischen Organisirung von 200.000 Mann in erster Lesung angenommen.

Der König überschickte dem Minister-Präsidenten Komunduros das Großkreuz des Erlöser-Ordens. Marquis de Gabriac ist auf seinen neuen Posten nach Brüssel abgereist.

Bukarest, 23. November. Fürst Karl ist zur Truppen-Inspicirung nach der Moldau abgereist, von wo derselbe am Montag nach Bukarest [zurückkehrt].

Hamburg, 23. November. (Abendbörse.) Creditactien [illegible]. Staatsbahn 525. [illegible] —.—. Lombarden [illegible]. 1860er Lose — —. Silberrente 53½. Papierrente —. Anfangs fest, Schluß matter.

Paris, 23. November. (Boulevard-Verkehr) Dreipercentige Rente 70.85. Fünfpercentige Rente 104.80. Türkische Consols 11.15. Banque Ottomane —.—. Italiener 70.90. Staatsbahn — —. Egyptische 265.—. Sehr fest, belebt, [illegible] Umsätze.

New-York, 23. November. (Kabel-Telegramm.) Gold Schlußkurs 109[illegible]. Wechsel auf London 4.82½. Fünf-Zwanziger Bonds vom Jahre 1885 110½. Fünfpercentige fundirte Anleihe 112[illegible]. Fünf-Zwanziger Bonds vom Jahre 1887 116[illegible]. Erie-Bahn 9[illegible].

[Wetterbericht vom 24. November.] Im Norden ist schwaches Fallen, im Süden langsames Steigen des Luftdruckes zu beobachten, und gleichen sich die Barometerstände allgemein aus (761 bis 768 Millimeter). Die Luft ist meist sehr schwach bewegt, der Himmel im Süden heiter, sonst bewölkt; die Temperatur meist nahe der normalen. Um 7 Uhr Früh melden: Prag — 1·5, Bregenz + 1·1, Ischl — 1·1, Wien — 1·0, Pest + 2·2, Lemberg — 4·6, Hermannstadt + 0·4, Triest + 4·3, Lesina + 8·5 Grad Celsius. Die Adria ist schwach bewegt, der Atlantic meist ruhig; die seit gestern gemeldeten Niederschläge sind sehr gering. Im westlichen Europa ist eine bedeutende Temperatur-Abnahme eingetreten. Um 8 Uhr Früh notiren: Grisnez + 2·0, Mathieu 5·0, Biarritz + 3·0, Perpignan + 4·1, Paris + 3·5, Yarmouth + 5·0, Kopenhagen + 1·2 Grad Celsius. Bei ruhiger Witterung dürfte sich das Wetter allgemein aufheitern.

Theater, Kunst und Literatur.

— Am Hamburger Stadttheater hat vor drei Tagen die erste Vorstellung des neuen Bürger'schen Dramas „Die Florentiner" stattgefunden. Ueber diese Première wird gemeldet: „Die Florentiner" fanden eine glanzvolle Aufnahme. Das Haus war dicht besetzt und die Elite des Hamburger Publicums anwesend. Vom zweiten Acte ab wurde der Dichter nach jedem Acte wiederholt stürmisch gerufen. Die Darsteller der Hauptrollen, die Herren Barney und Friedmann, sowie Frau Swoboda und Fräulein Elmenreich boten vorzügliche Leistungen und wurden durch großen Beifall ausgezeichnet." Das ehemalige Mitglied des Wiener Stadttheaters, Herr Raimann, gegenwärtig in Wiesbaden engagirt, hat einen Schlaganfall erlitten. — In Betreff des Schließens von Provinzial-Theatern tauchen jetzt viele falsche Mittheilungen auf. So wird aus Bromberg geschrieben, daß die Nachricht, nach welcher der Director des dortigen Stadttheaters bankerott sei und seine Bühne geschlossen habe, jeder Begründung entbehrt. Dagegen meldet jetzt der „Westfälische Merkur", daß das städtische Theater zu Münster wegen zu spärlichen Besuches geschlossen worden sei.

* * *

Theater von heute.

Hofburgtheater: „Das Fräulein von St. Cyr."
Hofoperntheater: „Der Liebestrank." „Coppelia."
Wiener Stadttheater: „O, diese Männer!"
Komische Oper: Geschlossen.
Carl-Theater: „Graziella."
Theater an der Wien: „Der Seecadet."
Theater in der Josefstadt: „Der schöne Pelzi, oder: Männer, wie sie nicht sein sollen."
Akademie-Theater: Geschlossen.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen.

Pest, 24. November. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Georg Pap (Rumäne) spricht gegen das Budget. Der Referent erwidert kurz auf die gegen den Finanz-Ausschuß gefallenen Angriffe. Hierauf folgen die Schlußreden Simonyi's und Mocsary's.

London, 24. November. Die „Times" melden: Das an der Börse verbreitete Gerücht, daß Disraeli seine Demission einreichte und durch Derby ersetzt werden solle, ist unbegründet. Die „Times" sind ermächtigt, die Nachrichten von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Cabinetes als unrichtig zu erklären.

Telegramme der „Deutschen Zeitung".

Galatz, 23. November. Das hiesige Inspectorat der Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft avisirte heute sämmtliche Interessenten telegraphisch, daß in Folge der politischen Verhältnisse alle bis 27. d. nicht beladenen Schiffe über die österreichische Grenze leer zurückdirigirt werden.

Wiener Börse vom 24. November.

Die befriedigenden Notirungen, welche aus Paris und London gemeldet wurden, gestatteten auch heute der Speculation eine friedlichere Auffassung der politischen Lage. Der Verkehr beschränkte sich auf die geläufigsten Werthe, die zu steigenden Kursen abgeschlossen wurden.

Creditactien gewannen von 141 bis 142.40, Anglobank-Actien von 71.50 bis 72, Ungarische Creditactien von 106 bis 107.50, Austro-Egyptische Bank eröffneten zu 110, erreichten 111 und reagirten hierauf [auf] 109.

Karl Ludwig-Bahn-Actien verkehrten zu 200.25 bis 201.25.

Papierrente wurde zu 61.80 bis 61.90 abgeschlossen, Napoleonsd'or notirten 10.06 bis [10].07.

Um 11 Uhr blieben: Creditactien 142.10, Anglobank-Actien 72, Ungarische Creditactien [illegible], Napoleons'dor 10.03½.

Zu Beginn der Mittagbörse haben die politischen Depeschen aus Athen und Bukarest vorübergehend etwas verstimmt, der Verkehr blieb jedoch durchwegs belanglos. Bankactien waren besser gehalten und gelangten bis 838 zum Abschlusse. Creditactien waren 142 und 141.60, Anglobank-Actien 71.80 und 71.50, Ungarische Creditbank 106.75 und 106.50. Die Valuta zeigte sich reagirend. Napoleonsd'or 10.04½, London 125.75. Renten behauptet, Papierrente 61.60, Silberrente 67.25. Lose vom Jahre 1864 waren auch heute besser und gelangten bis 1[illegible]3.75 zum Abschlusse. Bahnen geschäftslos, Nordwestbahn-Actien etwas höher und 148.

Kurse um 1 Uhr.

	Geld	Waare		Geld	Waare
5% Papierrente	[illegible]	61.[illegible]	Südbahn	79.50	79.75
5% Silberrente	[illegible]	67.[illegible]	Elisabeth-Westbahn	136.50	137.—
Domänenpfandbr.	[illegible]	140	Karl Ludwig-Bahn	200.50	200.75
1860er Lose	[illegible]	109	Oest. Nordwestbahn	118.—	118.50
1864er Lose	133.75	134.—	Franz Josef-Bahn	120.—	121.—
Bankactien	835	84[illegible]	[illegible]lder Bahn	94.50	95.—
Creditactien	[illegible]	[illegible]	Kaschau-Oderberg	85.—	85.50
[illegible]	14[illegible]	14[illegible]	[illegible]-Actien	346.—	349.—
[illegible]	10[illegible]	[illegible]	[illegible]	—.—	—.—
Anglobank	71.[illegible]	71.75	Tramway	85.—	86.—
Austro-Egyptische	109.—	109.50	London, 10 Pfd. 2	125.75	126.—
Escomte-Actien	650.—	660.—	Frankf. 100 R.M. 4½	61.20	[illegible]
Bauverein	—.—	—.—	Paris 100 Frcs. 3	49.90	50.—
Wr. Handelsbank	—.—	—.—	Ducaten	—.—	—.—
Unionbank	48.50	49.—	Napoleons'dor	10.04½	10.05
Nordbahn	[illegible]	176.50	Silber	112.25	112.50
Staatsbahn	263.50	264.—	D. Reichsbanknoten	61.85	61.95

[Tel.] Um 1¾ Uhr waren: Creditactien 141.50, Anglobank 70.[illegible], Unionbank 48.75, Ungarische Creditbank 106.50, Egyptische 10[illegible].50, Lombarden 77.50, Staatsbahn 263, Karl Ludwig-Bahn 200.25, Napoleonsd'or 10.06, London 126.30, Papierrente 61.50.

Paris, 22. November.

Die englische Regierung hält es wenige Tage vor Eröffnung ihres Parlaments für angemessen, die wichtigsten Documente des nächsten Gelbbuches dem Publicum durch die Presse vorzulegen. Die Ungewöhnlichkeit dieses Verfahrens lenkte eine noch erhöhte Aufmerksamkeit auf die in dieser Weise den parlamentarischen Debatten und der Conferenz von Constantinopel gleichsam zur Recognoscirung vorangeschickten Papiere, und man kann nicht umhin, in denselben den Beweis einer neuerdings eingetretenen sehr wesentlichen Besserung der Beziehungen zwischen den Cabineten von London und St. Petersburg zu entdecken. An der Börse war das wenigstens der allgemeine Eindruck, und was man gestern nur eine vorsichtige Reprise nennen durfte, hatte sich heute schon in eine entschiedene Hausse verwandelt. Schluß noch sehr fest: dreipercentige Rente 70.70, fünfpercentige 104.70, Italiener 70.65, Türken 11.10, Egypter 248, spanische Extérieures 13⅞, Peruvianer 18⅜, Oesterreichische Staatsbahn [illegible], Lombarden 160, Banque Ottomane 366, Banque de Paris 1[illegible], Foncier 721 (es sollen wieder Schwierigkeiten für die Fusion dieses Instituts mit dem Crédit Agricole eingetreten sein), Mobilier [illegible]55, Franco-Hollandaise 360, Oesterreichische Bodencreditbank 175, Spanischer Mobilier 542, Suez-Actien 665.

Wiener Getreide- und Producten-Zeitung.

Telegraphische Handels-Depeschen.

Pest, 24. November. (Tel. d. „Deutschen Ztg.") Prompter Weizen billiger, Termine geschäftslos. Frühjahrs-Weizen fl. 11.97 bis fl. 12, Frühjahrs-Hafer fl. 8.35—40, Mai-Juni Mais fl. 6.68—72.

Rorschach, 23. November. Stimmung fest, mäßiger Umsatz bei unveränderten Preisen. Prima ungarischer Weizen 31 bis 31.50 franco Rorschach.

Bremen, 22. November. Petroleum per November 22.40 höher.

Antwerpen, 22. November. Petroleum 58. Steigend.

New-York, 22. November. Zufuhren in Baumwolle 26.000 Ballen.

New-York, 23. November. (Kabel-Telegramm.) Baumwolle in New-York 12. Baumwolle in New-Orleans 11½. Petroleum in New-York 26⅜. Petroleum in Philadelphia 26[illegible]. Mehl 5.50. Rother Frühjahrs-Weizen 135.—. Rio-Kaffee 17[illegible]. Havana-Zucker [illegible]. Getreidefracht 6.

Wiener Frucht- und Mehlbörse.

Wien, 24. November.

Das Geschäft verlief im Laufe des Vormittags matter, und kam dies weniger in flauern Kursen als in großer Zurückhaltung von Transactionen zum Ausdrucke. Effectiv-Weizen unverändert fest, in bessern Qualitäten gefragt. Roggen eher nachgebend, jedoch zu ermäßigten Preisen gesucht; desgleichen bleibt Hafer zu etwas billigeren Preisen gut gefragt, Mercantil fl. 8.25—35, gereuterter unverändert fl. 8.50—60. Mais in neuer Waare viel angeboten, fl. 6.30—35, ab Arad fl. 4.85 gemacht.

Termine durchwegs billiger, Frühjahrs-Weizen fl. 12.10 gemacht, bleibt fl. 12.05 Brief. Hafer fl. 8.37 gemacht, bleibt so angeboten. Mai-Juni-Mais ungarischer fl. 7.20, Banater fl. 7,30 offerirt.

Spiritus fest, fl. 35 Geld, per Januar-Mai fl. 36 bis fl. 36.50.

Amtliche Notirungen: Frühjahrs-Weizen fl. 12—12.10, Frühjahrs-Roggen fl. 10.50—60, ungarischer Roggen, prompt fl. 10.50—60, Frühjahrs-Hafer fl. 8.84—90, prompter Hafer fl. 8.40—50, prompter Mais fl. 6.35—40, Mai-Juni-Mais fl. 7.30—35.

L. **Pest**, 23. November. Der heutige Effectiv-Markt brachte durchgehends nur sehr geringfügigen Verkehr; Offert wie Begehr sehr mäßig; es kamen nur einige kleine Posten prompten Weizens zum Verkaufe, wobei gestrige Preise nur schwer erzielt wurden. Ganz in gleicher Weise waren Gerste, Roggen und Mais wenig offerirt und konnten sich letzte Notirungen nur schwach behaupten. [illegible] Mais [illegible] prompt (1400 Centner) zum Verkaufe und erzielte für den Export fl. 7.60½ und war auch hiefür die Stimmung nicht unwesentlich abgeschwächt.

Der Termin-Markt verlief absolut geschäftslos, die Tendenz mäßig nachgebend. Die Kurse einige Kreuzer billiger.

Wir schließen: Weizen per Frühjahr zu fl. 11.95 bis fl. 12, Roggen per Frühjahr zu fl. 10—10.10, Mais per Mai-Juni zu fl. 6.70—75, Hafer per Frühjahr zu fl. 8.35—40, Kohlreps per August zu fl. 15.50 bis fl. 16 ab Raab.

Heu- und Strohmarkt.

Wien, 24. November. [Orig.-Ber.] Das dieswöchentliche Geschäft war außerordentlich flau, so daß die Preise gegen die Vorwoche einen nicht unwesentlichen Rückgang erlitten: Vorhanden waren 220 Wagen Heu, 94 Wagen Stroh und 130 Wagen Kraut. Man bezahlte: Heu, ungarisches von fl. 2.29 bis fl. 3.30, slovakisches von fl. 3.80—4.20, Waldheu und deutsche Prima-Sorte von fl. 4.30—5.20 per 100 K. — Schaubstroh bedang fl. 14—16 per Schober und fl. 3.53—75 per 100 K. — Kraut mit fl. 1.10—50 per Schilling erhältlich.

Witterung vom 24. November.

Stadt, 12 Uhr Mittags, Temperatur + 1·2 Grad Celsius (+ 1·0 Grad Réaumur). Luftdruck: 750 Millimeter. Wind aus Nordwest.

Literatur-Zeitung.

Zur Orient-Literatur.

Die orientalische Frage fährt fort, nicht nur die Politiker, sondern auch die Buchhändler in Athem zu halten. Hier soll über einige neue Orientwerke Bericht erstattet werden, welche einen feuilletonistischen Charakter tragen und sich in erster Linie nicht sowohl an die Fachwissenschaft oder an die Professions-politiker als an das große Publicum wenden. Zugleich fach wissenschaftlich und populär ist zunächst eine kleine Schrift:

„Der Islam. Türken und Slaven." Acht Capitel aus der Culturgeschichte in ihrer natürlichen Entwicklung von Fr. v. Hellwald. Augsburg. Lampart und Comp., 1877. Wie alle Arbeiten Hellwald's regt uns das Büchlein ungemein an, selbst zu denken und zu studiren, ob denn auch Alles wohl ganz richtig sei, was uns bei Hellwald oft ohne Beweis und Geburtshilfe entgegenspringt wie Pallas aus dem Haupte des Zeus, gewappnet und kriegerisch gerüstet, um [illegible] Gegner loszudreschen. Die ersten Capitel sind der Entwicklung des Islam gewidmet, die letzten speciell den Culturzuständen im türkischen Reiche und den Zukunftsbetrachtungen. Die Tendenz der Broschüre mag aus folgenden Sätzen erhellen: „Nur bei dem arischen Volksthume hat das Christenthum eine civilisatorische Wirkung ausgeübt. Wo immer es sonst Wurzel faßte — und dies ist nur selten geschehen — ist es zum leeren Formelwesen, zur Verzerrung der eigentlichen Lehre geworden, mit allen Nachtheilen ohne ihre Vorzüge; man blicke auf das koptische Christenthum der Gegenwart. Für diese Völker war der Islam entschieden das Passendere, weil Einfachere. Wie sehr dies der Fall, lehrt die Jetztzeit. Der Islam ist kein kranker Mann, er gedeiht und macht ohne Missionäre und ohne Schwert Fortschritte im Innern Afrikas, wo er sich unter den Negervölkern vielfach als Cultur-Religion erweist. Er ist eben das für jene Völker und Himmelsstriche tauglichste Glaubensbekenntniß. Klug behielt er die Polygamie bei, welche in jenen Breiten der Anforderung der Natur entspricht. . . ." Was indeß das gegenwärtige türkische Reich anbetrifft, so hält der Verfasser den baldigen Zusammenbruch desselben für einen „unaufhaltsamen Naturproceß". Er sagt: „Wir, die wir glücklicherweise keine Politik zu treiben brauchen . . . können natürlich nicht in Erwägung ziehen, wem die unausbleibliche Neugestaltung der Dinge im Orient in erster Linie zugute kommen wird; nur daß eine solche Neugestaltung über kurz oder lang unbedingt eintreten muß, dies ist ein sicheres Ergebniß culturgeschichtlicher Forschung." Wie kurz oder lang, das ist aber eben die Streitfrage! Auch könnte man Hellwald's Beweisführung gegen die Türken eine eben solche Reihe von Sätzen für die Türken an die Seite stellen. Schließlich wird doch erst die thatsächliche Entwicklung der Dinge entscheiden können, wer richtig beobachtet hat.

Ein anderes kleines Buch: „Reise-Skizzen und Schilderungen aus der Türkei und Griechenland" von J. Hobirk, enthalten in der bei Meyer in Detmold erscheinenden Sammlung: „Wanderungen auf dem Gebiete der Länder- und Völkerkunde von Hobirk", ist nichts als eine literarische Ausschlachtung von 27 und einigen Werken über den Orient, die am Schluß des Heftes verzeichnet stehen. Wenn man über Hobirk's Weise, stets in seiner eigenen ersten Person zu erzählen, was er ausschließlich aus den Original-Reisewerken erbeutet hat, hinwegsieht, so mag das geschickt zusammengesetzte Buch seinen Zweck als billiges Volksbuch wohl erfüllen.

An Anspruchslosigkeit kommt dieser Publication zunächst „Eine türkische Reise" von Karl Braun-Wiesbaden (Stuttgart, August Auerbach), deren jetzt erschienener zweiter Band uns endlich in die eigentliche Türkei führt. Braun hat offenbar in erster Linie ein amusantes Buch schreiben wollen und das ist ihm auch vollkommen gelungen. Schon die Dedication an Gustav Lipke ist ein liebenswürdiger Witz und der Leser bleibt bis zu Ende in bester Stimmung. Das letzte Viertel der „Türkischen Reise" behandelt Böhmen als „Anhang". Ziemlich flüchtige Reise-Eindrücke, aber ergänzt und vertieft durch nachträgliche Studien, das ist der Gesammt-Eindruck dieser Bilder. Im Einzelnen findet man auch einiges Neue und Selbstgesammelte, welches als Thema und Mittelpunkt für ein freies und stets geistreiches Gedankenspiel dient. In einem Capitel, welches den Titel führt: „Bei einem zerbrochenen Wagen", entwickelt Braun seine Gedanken über die Zukunft der Türkei, an deren Reparatur er glaubt. Er hofft, daß der zerbrochene Wagen wieder zusammengeflickt wird, so daß man fröhlich damit weiterfahren kann. Türkenfreundlich wie Braun sind Vambery („Sittenbilder aus dem Morgenlande" von Hermann Vambery. Berlin. A. Hofmann und Comp., Allgemeiner Verein für deutsche Literatur) und Murad Efendi („Türkische Skizzen." Zwei Bände. Leipzig, 1877. Dürr'sche Buchhandlung). Beide Autoren sind bekanntlich geborne Oesterreicher und wurden dann Türken. Jetzt lebt Vambery (Bamberger) als Universitäts-Professor in Pest; Murad ist, nachdem er in deutschen Landen als Dramatiker ansehnliche Lorbeern errungen, als ottomanischer General-Consul nach Paris übersiedelt. Jeder von beiden Autoren gibt in einer langen Reihe geistvoller und interessanter Feuilletons ein Gesammtbild orientalischen Lebens und Treibens, doch ist Murad der höher Begabte und auch wohl der Zuverlässigere und Objectivere von Beiden. Murad beschränkt seine „Fahrten" und seine „Schattenrisse" auf die europäische Türkei und auf Klein-Asien. Vambery führt uns mit Vorliebe auch in den moslimischen Osten, welchen er als Derwisch durchwanderte. Vambery bietet eine Fülle des Neuen, aber seine Erzählungen haben häufig einen gewissen levantinischen Beigeschmack, so daß man nicht weiß, wie weit man sich auf die Richtigkeit derselben verlassen darf.

In völligem Gegensatz zu den letzterwähnten Werken steht durch die entschiedene Türkenfeindschaft des Autors das Buch: „Unter dem Halbmonde." Nach eigener Anschauung und Erfahrung geschildert von Armand Freiherrn v. Schweiger-Lerchenfeld. Jena, Hermann Costenoble. Schweiger-Lerchenfeld ist durch tüchtige Reisewerke und Forschungen in den Kreisen der Wissenschaft nicht minder bekannt als durch seine elegante und scharfe Feder in den Kreisen des größern Zeitungspublicums. Er ist auf Türken und türkische Wirthschaft sehr schlecht zu sprechen und behandelt sie mit einschneidender Kritik, so daß sein Werk, indem es die Kehrseite der türkischen Medaille zeigt und die Ursachen des Verfalles aufdeckt, jedenfalls ein dankenswerthes Gegenstück zu den drei letztgenannten Schriften bildet.

M.

„Johann Anton Leisewitz". Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Literatur im achtzehnten Jahrhundert. Von Gregor Kutschera v. Aichbergen. Nach dem Tode des Verfassers herausgegeben. Wien, C. Gerold's Sohn.

Zu den Trefflichen, denen unser Drama viel von seinem Aufschwunge in der classischen Periode verdankt, gehört der seinerzeit hochgeachtete Dichter des „Julius v. Tarent", den Lessing, als er ihn zum erstenmale las, für eine Arbeit Goethe's hielt. Seitdem bekam Leisewitz eines der [illegible] Eckchen im post-corner der deutschen Literaturgeschichte, das heißt, man dachte sein nicht mehr. Gleichwohl ist es dankenswerth, solche dem Gedächtnisse des Volkes gleichsam abhanden gekommene Namen wieder aufzufrischen und die drakonische Justiz der brutalen Thatsachen durch die Gerechtigkeit einer ruhig abwägenden wissenschaftlichen Kritik zu ersetzen. Die vorliegende lesenswerthe und höchst anziehende Schrift ist ein Todtengericht in dem doppelten Sinne, daß nicht nur der Gerichtete, sondern auch der Richter bereits den Todten angehört. Der [illegible] starb als hoffnungsvoller dreiundzwanzigjähriger [illegible] im [illegible] dieses Jahres; er war der Sohn des fürstlich Schwarzenberg'schen Hofrathes Franz Kutschera v. Aichbergen. Dem deutschen Wesen von Kindheit an zugethan und viel in Deutschland gereist, hatte der junge Mann die Absicht, mit dieser Schrift, als seiner Inaugural-Dissertation, an der Wiener Universität den philosophischen Doctorgrad zu erlangen und sie dann zur Säcularfeier des 1776 zuerst erschienenen „Julius von Tarent" drucken zu lassen, was jetzt durch den hiesigen Professor Karl Tomaschek geschehen ist. Wer es liebt, von der staubigen Heerstraße in den erquickenden Schatten einzukehren, wo man in beschaulicher Stimmung die Dinge betrachtet, der wird die schöne Monographie nicht aus der Hand legen, ohne dem Hingegangenen Dank für einige lehrreiche Stunden zu sagen. Nach einer kurzen Einleitung, in welcher über die mitunter ebenso neuen als reich fließenden Quellen, zu denen insbesondere 11 Bände von Leisewitzens Tagebüchern im Manuscript gehören, genaue Rechenschaft gegeben wird, wird zuerst in vier Abschnitten das Leben von Leisewitz zum Theil von Seiten beleuchtet, welche bis jetzt noch gar nicht gekannt sind. Namentlich das innige Liebesleben des Dichters, von einer Weihe, von einer Seligkeit und von einer Gluth, wie es nur selten gelebt wird, ist höchst anschaulich dargestellt. Das Mädchen schön, von engelhafter Reinheit, klug und hochgebildet; Leisewitz feurig, hingebend, voll geistiger Vornehmheit und unter dem widrigsten Mißgeschick tapfer ausharrender Männlichkeit: so folgt auf den vierjährigen Brautstand eine fünfundzwanzigjährige Ehe, ohne Kindersegen, aber voll ungetrübter Zärtlichkeit, ein enges, durch die quälendsten Sorgen auf das peinlichste gedrücktes Hauswesen, dessen rührende Armuth trotzdem von Wohlthätigkeit gegen jeden Hilfsbedürftigen überströmt, bis endlich die Verhältnisse sich aufbessern, Leisewitz eine Stufe der Ehre nach der andern ersteigt, zuletzt das braunschweig'sche Armen-Institut gründet, wo noch jetzt an jedem Stiftungstage in einem mit dem Bilde von Leisewitz geschmückten Saale in einem silbernen, von ihm dem Vereine vermachten Becher Gaben für die Armen gesammelt werden, und stirbt hochgeehrt und vielbetrauert in seinem 54. Lebensjahre. In den drei letzten Abschnitten wird der Schriftsteller Leisewitz behandelt.

S. H.

[Weihnachts-Bücher.] Unter den Gaben, welche der Weihnachtsmann darbietet, stehen gute und festlich ausgestattete Bücher obenan. Die Weihnachts-Bücher erscheinen denn auch alljährlich in größerer Fülle und geschmackvollerer Ausstattung, und namentlich treten neben den kindlichen Bilderbüchern und den Büchern für die reifere Jugend jetzt Bilderbücher für Erwachsene, Prachtwerke für den modernen Salon in den Vordergrund. Wir erwähnten bereits des Prachtwerkes „Germania" von Johannes Scherr, welches W. Spemann in Stuttgart herausgibt. Von derselben rührigen Verlagshandlung geht uns ein anderes schönes Weihnachtswerk zu, welches sich sowohl für die reifere Jugend als für den Salon eignet. Es ist dies das als Lieferungswerk schon mehrfach bei uns erwähnte: „Die Erde und ihre Völker", ein geographisches Hausbuch von Friedrich v. Hellwald, welches nunmehr in sehr sauberm und geschmackvollem Prachteinbande vorliegt. Doch fehlt bisher noch der zweite Band. — Von dem Prachtwerke „Das Schweizerland. Eine Sommerfahrt durch Gebirg und Thal, von Woldemar Kaden. Verlag von J. Engelhorn in Stuttgart", haben wir die zehnte Lieferung zu notiren, welche uns weiter durch die Waldstätten führt, ausgestattet mit drei Bildern in Tondruck: Zuger See von Ernst Heyn, Steinadler am Horst von Fr. Specht und Blick vom Axenstein über den Vierwaldstätter-See von Albert Hertel, sowie mit zahlreichen Text-Illustrationen von denselben Künstlern, dann von Diethelm Meyer, Bauernfeind und Karl Häberlin. — Aus dem berühmten Weihnachts-Verlage von Otto Spamer in Leipzig geht uns eine große Collection ausgezeichneter Werke für die Jugend zu, auf welche wir demnächst noch zurückkommen. — Bei Fr. Wilhelm Grunow ist eine Uebersetzung der in England und Amerika außerordentlich populären Kinderbücher von Luisa Alcott erschienen. Es sind zwei Bände: „Kleine Frauen" und ein Band: „Kleine Männer", in denen die artigsten Erzählungen, Schilderungen und kindlichen Reflexionen zu drei Hauptgeschichten für die reifere Jugend zusammengefügt erscheinen. Dem Erwachsenen, welcher gern einen Blick in die Kindheit zurückthut, die hier mit feiner Beobachtungsgabe dargestellt ist, werden die Geschichten vielleicht ebensoviel Spaß machen als der Jugend selbst. Die Uebersetzung von Pauline Schanz liest sich gut und fließend.

„Eduard Mörike." Zwei Vorträge über ihn von Julius Klaiber. Stuttgart, August Auerbach, 1876.

Unsere Leser werden sich der schönen Feuilletons erinnern, welche Professor Anton Schönbach in der „Deutschen Zeitung" über den trefflichen schwäbischen Dichter veröffentlichte. Die beiden Vorträge Klaiber's dürfen als dankenswerthe Ergänzung dazu gelten. Der erste derselben wurde bei der Mörike-Feier im Stuttgarter Museum, der zweite schon 1867 bei Erscheinen der vierten Auflage von Mörike's Gedichten gehalten.

„Evangeline." Eine Erzählung aus Acadien. Von Longfellow, deutsch von Julie Gramberg. Oldenburg, Schulze'sche Hofbuchhandlung.

Acadien, jetzt Neu-Schottland, ist der Schauplatz der wunderschönen Dichtung Longfellow's und Evangeline ist die Tochter eines der französischen Bauern, welche die englische Regierung im Jahre 1755 sämmtlich (18.000 Seelen an der Zahl) aus Acadien deportiren ließ, um die unruhige Colonie mit Einem Schlage für sich zu sichern. Der Untergang des Heimatsdorfes Grandpré und die lange schwere Wanderung Evangelinens, welche all' ihr Leben lang den verlornen Geliebten sucht, bis sie ihn endlich als sterbenden Greis in einem Hospital findet, ist in ergreifender Weise geschildert nach dem Vorbild von Goethe's „Hermann und Dorothea" und ebenfalls in prachtvollen Hexametern. Nicht zum erstenmale erscheint die Dichtung hier in deutschem Gewande. Die neue Uebertragung von Julie Gramberg ist aber jedenfalls insofern eine sehr vorzügliche, als sich die Uebersetzerin trefflich in Geist und Tonart des Goethe'schen Epos hineingelebt hat, so daß sich diese Evangeline manchmal recht goethisch und überall wie ein deutsches Originalwerk liest.

„Amerikanische Humoristen." Leipzig, Fr. Wilh. Grunow.

Der neunte und zehnte Band der von Moriz Busch in Deutschland eingeführten „Amerikanischen Humoristen" enthalten eine Auswahl von Artemus Ward's Schriften: den „Schaubudenmann" und „Jugendschriften". Der Uebersetzer, ein gediegener Kenner amerikanischen Lebens und amerikanischer Sitten, hat diesen Bänden eine längere Einleitung vorausgeschickt, aus welcher man erfährt, daß Artemus Ward, eigentlich Charles Farrer Browne, seine Carrière als Schriftsetzer begann; später ging er unter die Journalisten, gab mehrere Blätter heraus, schrieb lustige Geschichten und Schwänke und versuchte endlich mit komischen Vorträgen vor das Publicum zu treten, und zwar als „Artemus Ward, der Schaubudenmann". Später ging er nach London, wo seine Vorlesungen sehr gefielen. Doch starb er dort bald an der Lungenschwindsucht. In Amerika gehört er zu den beliebtesten Humoristen und er verfügt auch über den specifisch amerikanischen Humor weit reichlicher als selbst Mark Twain. Deßhalb dürften aber seine Schriften in Deutschland kaum mehr Anklang finden. Moriz Busch hat ihm eine eigene Bauern-Orthographie gegeben und so die Denk- und Redeweise des „Schaubudenmannes" wiederzugeben versucht. So sehr man dies dem Uebersetzer als Verdienst anrechnen muß, so ermüdend wirkt die ganze Manier auf die Dauer. — Der elfte Band bringt eine ganz reizende Kindergeschichte von Mark Twain: „Die Abenteuer Bob Sawyer's", eine Serie von Bildern aus dem Leben eines ungezogenen amerikanischen Rangen, voll gesunden Humors und frischer, ansprechender Natürlichkeit.

„Judenthum und Christenthum". Ein Beitrag zur Klärung einer religiös-socialen Streitfrage von J. Wiener. Zürich. Verlags-Magazin, 1877.

Ein gutgemeintes Schriftchen gegen den Judenhaß, welches indeß ziemlich überflüssig war, da die Leute, welche solche Broschüren lesen, ohnehin wissen, daß sich die Juden durch manche gute Charakter-Eigenschaften, namentlich eine stärkere Familienliebe, vor den Christen auszeichnen und daß an manchen ihrer schlechten Eigenschaften die lange Unterdrückung durch die Christen Schuld trägt. Dies schließt aber weder aus, daß wir uns gegen ihre schlechten Eigenschaften wehren, noch hebt es unsere Forderung auf, daß z. B. in Sachen der Kunst und Literatur der jüdische Geschmack sich dem deutschen Geschmack unterordne, wenn er nicht bekämpft werden will. Es ist, so viel wir wissen, noch keinem Christen eingefallen, z. B. den Berthold Auerbach als „jüdischen" Schriftsteller zu bekämpfen, denn Auerbach ist eben ein deutscher Schriftsteller geworden. Wohl aber müssen wir uns nachgerade gegen das Ueberwuchern eines semitischen Geschmackes wehren, der den Anspruch erhebt, den richtigen — und das ist in der deutschen Literatur denn doch wohl der deutsche — Geschmack zu verdrängen.

„Die Präsidentin." Criminalgeschichte von J. D. H. Temme. Leipzig, Verlag der Dürr'schen Buchhandlung, 1877.

Wenn es auch richtig, daß man alle Romane Temme's kennt, wenn man Einen gelesen, so ist doch auch diesem nicht der Reiz der Spannung abzusprechen. Die Charaktere sind flüchtig, aber mit fester Hand entworfen. Uns kommt vor, als träte Temme's eigenthümlicher Styl in diesem Buche wieder stärker denn je hervor.

Verantwortlicher Redacteur Josef Münz. Druck von L. C. Zamarski. — Papier: Schlöglmühl.

Redaction, Administration & Druckerei:
Kolowrat-Ring, Fichtegasse Nr. 11.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.
Ankündigungs-Bureau:

Neue Freie Presse.

Abendblatt.

Abonnement für das Ausland:
... auch für Egypten: 6 fl. 50 kr.

Nr. 4401. Wien, Freitag, den 24. November 1876.

Politische Uebersicht.

Wien, 24. November.

Das Abgeordnetenhaus ist heute wieder versammelt. Die Debatte über die Reform der politischen Verwaltung ist heute mit dem Schlußworte des Referenten beendet worden. Da sämmtliche Anträge, also auch der Ausschußantrag, abgelehnt wurden, so war die vieltägige Debatte insoferne fruchtlos, als kein Beschluß des Hauses der Regierung zum Leitfaden bei ihrer Reformthätigkeit zu dienen vermag. In den Couloirs des Hauses herrscht indessen mehr Bewegung als im Sitzungssaale. Die „Partei der Unabhängigen" rangirt sich. Heute Morgens ist dem Obmann des Clubs der Linken, Dr. Herbst, ein Schreiben zugekommen, in welchem die „Unabhängigen" dieses Clubs ihren Austritt erklären. Es sind dies die Abgeordneten Skene, Coronini, Sturm, Schaup, Proskowetz, Hanisch, Budie, Siegl und Hammer-Purgstall. Die beiden Letzteren hatten ursprünglich das Programm nicht unterschrieben. Diese Abgeordneten, sowie Graf Dubsky, Graf Wallis und Baron Skrbensky vom Centrum wollen jetzt dem Fortschritts-Club beitreten, der wahrscheinlich die Firma ändern und sich „Club der Unabhängigen" nennen wird. — Die Obmänner der drei Clubs haben ungeachtet dieser Vorgänge die nächste Versammlung der Verfassungspartei auf Montag, 12 Uhr Mittags, anberaumt. Die Minister wurden dazu eingeladen und haben ihr Erscheinen zugesagt.

Dem gestern abgehaltenen Ministerrathe wird nach einer Depesche des Pester Lloyd „große politische Bedeutung" beigelegt.

Nach einem Berliner Telegramm hatte Lord Salisbury seine Weiterreise nach Wien auf heute Morgens verschoben und dürfte mit Specialtrain am heutigen Abend hier eintreffen. Wie man officiöserseits erwähnt, wird sich der hiesige Aufenthalt des englischen Bevollmächtigten nicht über morgen ausdehnen. Auf der Tour nach dem Einschiffungshafen von Brindisi wird derselbe allem Vermuthen nach in Ancona mit dem italienischen Minister des Auswärtigen, Melegari, oder mit dem Grafen Toricelli als Vertreter desselben eine Besprechung haben.

Wie uns aus Paris geschrieben wird, ist man dort im Auswärtigen Amte sehr befriedigt von der Unterredung, welche der Duc Decazes mit Lord Salisbury hatte. Nach den Erklärungen des englischen Vertreters zu urtheilen, werde die Haltung des Londoner Cabinets nicht eine so starre sein, als man geglaubt hatte. Wie der Temps erfährt, hat Lord Salisbury geäußert, er gehe nach Konstantinopel ohne andere Gedanken, als den festen Wunsch, den Frieden zu erhalten, und sei durchaus geneigt, jeden Vorschlag zur Verbesserung des Loses der Christen im Orient, welcher die Ausführung der Reformen sichere, anzunehmen, woher dieser Vorschlag auch kommen möge. Nach Lord Salisbury hat die englische Regierung bei der Veröffentlichung der diplomatischen Correspondenz vom 1. bis 21. d. die Absicht, den in England schon eingetretenen Meinungswechsel zu verstärken; sie hält es für ihre Pflicht, das Publicum auf einen Frieden vorzubereiten, welcher mit der Ehre und den Interessen Englands verträglich ist. So weit der Temps. La France berichtet: Der Duc Decazes habe dem englischen Bevollmächtigten von seinen Instructionen an Chaudordy Kenntniß gegeben. Demnach soll der französische Vertreter erstens jeden Vorschlag betreffs Verbesserung der jetzigen türkischen Zustände unterstützen, zweitens sich niemals in Gegensatz zu den continentalen Mächten bringen, deren Programm auf die nothwendigen Reformen abzweckt, drittens seine Entscheidung in der Frage der militärischen Occupation vorbehalten, bis ein Beschluß der Mehrheit der Garantiemächte vorliegt.

„Verrina, du brandschatzest meine Freundschaft." Mit diesem Citat wird von der Kölnischen Zeitung das heutige Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland gut gekennzeichnet. Nicht minder zutreffend ist das auf die Conferenzen zwischen Salisbury und Bismarck angewendete Bild, daß in denselben die Instrumente zum europäischen Concert gestimmt worden. Im Uebrigen verhalten sich die Berliner Blätter einigermaßen skeptisch zu den Ergebnissen der Sendung Salisbury's, wie sie andererseits auch die Depesche des Lord Loftus nicht als ein Oelblatt anzusehen geneigt sind. So sagt die National-Zeitung: „Was jeder Unparteiische anerkennen muß, ist, daß die Redlichkeit der persönlichen Absichten Kaiser Alexander's außer Zweifel steht, und daß Europa ruhig die Regelung der Orient-Dinge dem Czar überlassen könnte, wenn — der Czar Rußland wäre. Auf die Ueberlassung dieser Regelung an ihn aber ist die Absicht des Czars augenscheinlich heute gerichtet. Da Europa nicht mit ihm gemeinsam handeln will, so wünscht er, Europa, insbesondere England, außer Spiel zu setzen. Englands eingewurzeltes Mißtrauen aber wird nicht so bald entwurzelt."

Die Vossische Zeitung erklärt die „Beruhigungs-Depesche" des Lord Loftus vom 2. November, welche wir an anderer Stelle dem Wortlaute nach mittheilen, für sehr beunruhigend. Sie sagt, aus derselben gehe klar hervor, daß Rußland in die Türkei einmarschiren und den Pariser Vertrag zerreißen wolle. Darin liege mittelbar auch eine Gefahr für Deutschland. Nicht der Türkei, sondern Oesterreichs wegen. Es sei zu fürchten, daß Rußland die Fackel des Racenkampfes in die habsburg'sche Monarchie schleudern oder daß hier der Versuch gemacht werden könnte, die Slaven über die Deutschen und Magyaren zu stellen. Das aber sei für das deutsche Reich keineswegs gleichgiltig, und darum müsse es Rußland daran verhindern, den Pruth zu überschreiten. Principiis obsta! ruft die Vossische Zeitung dem Reichskanzler zu.

Das Programm, welches hier als dasjenige Rußlands für die zukünftige Conferenz veröffentlicht worden, scheint, dem „Nord" zufolge, einige kleine Unrichtigkeiten abgerechnet, dem wirklichen Stand der Dinge zu entsprechen. Es nähere sich sehr demjenigen, welches bei der Organisation des Libanon maßgebend gewesen, und dieses Präcedens sei ein Grund mehr dafür, daß Rußland auf der Annahme seiner Gesichtspunkte bestehe. „Gleichwol meinen wir," sagt das Blatt, „daß dieses Programm nicht unabänderlich feststehe und keineswegs den Charakter eines Ultimatums an sich trage, wie dies gewisse Journale zu glauben geneigt sind. Dies gilt sowol von der Occupations-Clausel, welche die öffentliche Meinung ganz besonders zu erschrecken scheint, als auch von dem Uebrigen. Wir für unsern Theil halten die Occupation für unerläßlich. Wenn man jedoch irgend ein anderes Mittel fände, das dieselbe wirksam ersetzen könnte, so glauben wir, daß die russische Regierung in dieser Frage keinen unwiderruflichen Entschluß an den Tag legen würde, aus dem einfachen Grunde, weil sie in seinen Augen nur ein Mittel und nicht der Zweck ist."

Bezüglich dieses russischen Programms hat der türkische Minister Khalil Pascha in einem Gespräche, welches die „Presse" in den Hauptzügen mittheilt, auf das entschiedenste betont, daß die Türkei sich auf die Autonomie nicht einlassen werde. Der Minister äußerte: „So oft Rußland das Wort Autonomie gebraucht, so oft werden wir ihm das Wort Constitution entgegenstellen. Und das ist Rußland nicht angenehm aus sehr naheliegenden Gründen." Die Idee einer Entwaffnung der muselmanischen Bevölkerung durch fremde Truppen hält der Minister für unausführbar, weil die Mahomedaner ihre Flinten und Handschars nimmer den Russen, den Erbfeinden, ausliefern würden. Am Schlusse sagt Khalil Pascha: „Uns gegenüber tritt General Ignatieff sehr schroff auf, wir behandeln ihn dagegen als den Diener seines Herrn, der sich in die unangenehme Lage versetzt fühlt, lauter unangenehme Commissionen erfüllen zu müssen."

Graf v. Arnim-Boytzenburg, der Ober-Präsident von Schlesien, welcher bekanntlich in Folge der Verurtheilung seines Schwagers Harry v. Arnim seine Dienstentlassung gefordert hat, weigert sich, „trotz seiner Verehrung für den deutschen Kaiser" und der Huld, mit welcher sein Demissionsgesuch abgeschlagen wurde, im Amte zu verbleiben. Er befindet sich bereits seit einigen Wochen auf Urlaub.

Die Frage der militärischen Conducte bei civilen Leichenbegängnissen verstorbener Mitglieder der Ehrenlegion ist gestern in der Versailler Deputirten-Kammer zur Erörterung gelangt. Der Minister des Innern beantwortete die kürzlich in dieser Angelegenheit an ihn gestellte Interpellation in einem Sinne, welcher die republikanische Majorität der Kammer kaum befriedigen dürfte. Herr Marcère sagte, er glaube nicht, daß die durch das Militär repräsentirte öffentliche Gewalt an Leichenfeiern, welche ohne religiöses Ceremoniel begangen werden, sich betheiligen dürfe. Der Minister brachte hierauf einen Gesetzentwurf in Vorschlag, nach welchem die letzten militärischen Ehren in Hinkunft auch den als active Militärs verstorbenen Legionären, selbst wenn dieselben ein Civilbegräbniß erhalten, erwiesen werden sollen. Bei anderen Mitgliedern der Ehrenlegion soll die Theilnahme des Militärs jedoch unterbleiben. Der Gesetzentwurf wurde von der Kammer für dringlich erklärt und an die Bureaux verwiesen. Wenn jedoch das officielle Telegramm die Hoffnung ausspricht, daß die Krisis damit als beigelegt zu betrachten wäre, so gibt es sich einer Täuschung hin. Die republikanische Majorität der Deputirten-Kammer will eben durch das Votum über die Frage der

Kleine Chronik.

Wien, 24. November.

[Personal-Nachrichten.] Heute um 9 Uhr Vormittags, als am Sterbetage des Cardinals Rauscher, celebrirte Fürst-Erzbischof Dr. Kutschker in der Domkirche zu St. Stephan ein feierliches Requiem. — Wie man uns aus Graz vom 22. d. M. schreibt, erhielt der Architekt Friedrich Ritter v. Stache aus Anlaß seines vierzigjährigen Künstler-Jubiläums zahlreiche Adressen von Nah und Fern, darunter von der Gemeinde Graz, dann vom Kunst-Industrie-Vereine daselbst, vom Steiermärkischen Gewerbeverein, vom Steiermärkischen Kunstverein, vom Oesterreichischen Kunstverein, vom Niederösterreichischen Gewerbeverein, von den Genossenschaften der bildenden Künste in Wien und München.

[Ein Jubiläum.] Aus Prag, 23. d. M., wird uns geschrieben: Montag den 27. d. M. begeht das Deutsche Casino ein Fest, das allerwärts im Kreise der Deutschböhmen auf die lebhafteste Theilnahme rechnen darf. Es ist das Jubiläum des Advocaten J. U. Dr. Franz Schmeykal, den man füglich als den populärsten deutschböhmischen Parteiführer bezeichnen kann. Wer Schmeykal kennt, der weiß, daß diese Feier, die durch ein festliches Bankett im großen Saale des Deutschen Hauses, also auf einem wesentlich durch Schmeykal's Bemühungen geschaffenen Grund und Boden begangen werden soll, zweifellos der von den zahlreichen Freunden des Jubilars gegebenen Anregung, sicherlich aber keiner noch so leisen Initiative von Seite Schmeykal's selbst zu danken ist. Echt deutsche Bescheidenheit, streng sachliches, von keiner persönlichen Eitelkeit beeinflußtes Wirken war von jeher ein charakteristischer Zug im Wesen dieses trefflichen Parteiführers. Mit ausgezeichneten politischen Fähigkeiten, einer nicht gewöhnlichen Rednergabe, treuer nationaler Gesinnung vereinigt er Gerechtigkeitssinn mit Humanität, der die Gegner selbst die Achtung nicht versagen können. Im Kreise der Parteigenossen beliebt, wie wenige deutsche Abgeordnete, hat Schmeykal die außergewöhnliche Consequenz besessen, an der Wirksamkeit intra muros festzuhalten und als Deutschböhme nur auf böhmischem Boden seine Thätigkeit zu entfalten. Es wäre ihm ein Leichtes gewesen, im Reichsrath die Blicke auf sich zu ziehen oder ein hohes Staatsamt für sich zu gewinnen. Er hat es vorgezogen, in der engeren Heimat — sozusagen im eigenen Hause der Deutschböhmen, das ehrgeizige Naturen gerne nur für ein Durchhaus ansehen — uns eine erste politische Kraft, wie sie uns an Ort und Stelle, im Centrum des deutschböhmischen Parteilebens, nothwendig ist, zu erhalten.

[Eine gefährliche Postsendung.] Man schreibt uns aus Linz, 23. November: Gestern wurden beim hiesigen k. k. Postamte die unbestellbaren Werthsendungen commissionell eröffnet. Als der Amtsdiener, nichts Arges ahnend, den als „Effecten" declarirten Inhalt eines ungefähr 15 Kilo wiegenden Sackes auf den Zimmerboden schüttete, bemerkte die Commission zu ihrer nicht geringen Ueberraschung, daß sich in dem Paket, welches schon seit Jahr und Tag in den verschiedenen Winkeln des Magazins herumkollerte, 225 Stück Dynamit-Patronen befanden. Dieselben wurden noch am nämlichen Tage durch Versenkung in die Donau unschädlich gemacht. Man vermuthet, daß der Aufgeber ein bei einem Bahnbau beschäftigter italienischer Arbeiter sei. Da weder dieser noch der Adressat eruirt werden können, so dürfte es schwerhalten, diese unverantwortliche Handlung gehörig zu bestrafen.

[Mißgeburt.] Wie man uns aus Graz vom 22. d. M. mittheilt, gebar dort am 20. d. M. eine junge Frau todte Zwillinge, welche mit einander verwachsen waren, so daß aus der rechten Seite der Brust des einen Kindes sich Kopf, Rumpf, Arme des zweiten Kindes entwickelten — sonach hatten beide Kinder einen Leib mit zwei Köpfen, doch nur zwei Füßen. Diese interessante Monstrosität wird im pathologischen Museum in Graz aufbewahrt.

[Intoleranz.] Man schreibt uns aus Ungarn: Ein Act von Intoleranz ereignete sich am 22. d. M. zu St. Peter im Wieselburger Comitate. Die Gattin des dortigen Ortsnotärs Herrn Wallner sollte am bezeichneten Tage beerdigt werden, und waren auch schon die Verwandten und Leidtragenden von Nah und Fern herbeigekommen, der Todten die letzte Ehre zu erweisen. Da wurde der Versammlung mitgetheilt, daß die Beerdigung nicht stattfinden könne, weil der katholische Herr Pfarrer der Todten, die Protestantin war, die Bestattung auf dem Ortsfriedhofe verweigere. Wenige Wochen vorher hatte derselbe Pfarrer das der Mutter vorangegangene Kind nicht nur ohneweiters auf dem Ortsfriedhofe beerdigen lassen, sondern sogar selbst eingesegnet. Der Gatte, Herr Notär Wallner, auch ein Protestant, begab sich zum Pfarrer und befragte ihn über sein sonderbares Verfügen, berief sich auch auf die erst unlängst vom Herrn Pfarrer vollzogene Beerdigung seines Kindes und erhielt die lakonische Antwort: „Ja, das war eine Unschuld." Vergebens waren alle Vorstellungen des gekränkten Gatten, daß seine Frau doch keine Verbrecherin gewesen, daß das Gesetz die Gleichberechtigung aller Confessionen ausspreche — der Herr Pfarrer blieb, trotzdem die ganze Ortsgemeinde die innigste Theilnahme bewies und gegen die Bestattung der Protestantin auf dem Ortsfriedhofe nichts einwendete, bei seiner ersten Verfügung, und mußten die Leidtragenden unverrichteter Sache wieder abziehen! Tags darauf erst wurde die Todte nach dem etwa zwei Stunden entfernten Kaltenstein gebracht und daselbst beerdigt. Dieses Vorgehen des Pfarrers ist um so auffälliger, als sich sonst gerade die ungarischen Geistlichen des Rufes größerer Toleranz erfreuen.

[Ein neuer Goethe-Briefwechsel.] Der von den Verehrern Goethe's schon seit langer Zeit mit Spannung erwartete Schatz, den bisher die Frankfurter Stadtbibliothek gehütet hat: „Goethe's Briefe an Marianne v. Willemer", auf deren Commentirung Professor Th. Creizenach in Frankfurt seit Jahren viele Mühe verwendet hat, wird im Februar 1877 im Verlage der J. G. Cotta'schen Buchhandlung zu Stuttgart erscheinen. Man darf auf diese Briefe um so begieriger sein, als sie zum erstenmale in authentischer Weise Licht verbreiten werden über Goethe's „Suleika", denn das war bekanntlich die Adressatin.

[„Gedenken an Lenau."] Der ebenso interessante als geistvolle Vortrag: „Gedenken an Lenau", den Berthold Auerbach Dienstag Abends zu Gunsten der „Concordia" im Bösendorfer-Saale hielt, ist soeben im Gerold'schen Verlage in hübscher Ausstattung erschienen.

[Richtigstellung.] In den ersten Leitartikel unseres heutigen Morgenblattes hat sich ein unliebsamer Druckfehler eingeschlichen. Zeile 31 von oben in der ersten Spalte muß es statt: „Aber es steht zu befürchten", sinngemäß heißen: „Aber es steht zu erwarten."

Wir erhalten folgende Berichtigung: „Z. 2471 Prs. Die in mehreren Wiener Blättern vom gestrigen und heutigen Tage gebrachte Notiz, daß dem Heinrich v. Francesconi die wider ihn vom k. k. Landesgerichte in Wien verhängte Todesstrafe im Wege der a. h. Gnade nachgesehen wurde und der hohe k. k. Oberste Gerichtshof auf eine zwanzigjährige schwere Kerkerstrafe erkannt habe, entbehrt thatsächlich jeder Begründung. Eine löbliche Redaction wird um Aufnahme dieser Mittheilung in die nächsterscheinende Nummer ihres Blattes ersucht. Wien, am 24. November 1876. Vom k. k. Landesgerichts-Präsidium in Strafsachen: Weittenhiller."

Civilbegräbnisse constatiren, daß es in Frankreich keine Staatsreligion gibt, [illegible] wird daher nur einem Gesetze zustimmen, welches die Civilbegräbnisse den kirchlichen Leichenbegängnissen der öffentlichen Gewalt gegenüber vollkommen gleichstellt.

Englische Actenstücke zur orientalischen Frage.

London, 22. November.

Das Auswärtige Amt hat neue Actenstücke zur orientalischen Frage veröffentlicht, deren Hauptinhalt der Bericht über eine Unterredung des englischen Botschafters in Petersburg, Lord A. Loftus, mit dem Kaiser Alexander in Livadia bildet. Ueber die Veranlassung zu dieser Veröffentlichung gibt eine Depesche Lord Derby's an Lord A. Loftus Auskunft, datirt vom 21. November, des Inhalts, daß der russische Botschafter dem Lord Derby den Wunsch des Kaisers habe ausdrücken lassen, daß die Unterredung bekannt gemacht werden möge, „da sie Versicherungen enthält, welche geeignet sind, das öffentliche Gefühl zu beruhigen". Lord Derby fügt hinzu, er habe erwidert, es sei zwar nicht Brauch in England, Actenstücke über noch schwebende Fragen zu veröffentlichen, doch wolle er unter diesen Umständen nicht zögern, eine Ausnahme zu machen, und die Depesche unverzüglich erscheinen lassen. Er sagt: „Ich hielt die Veröffentlichung für opportun, da die letzten Tage uns die Nachricht von der Mobilmachung einer beträchtlichen russischen Macht und von der Aufnahme einer russischen Anleihe von 100.000,000 Rubeln gebracht haben."

Eröffnet wird die Mittheilung durch eine Depesche Lord Derby's an Sir H. Elliot, vom 4. November. Der Minister theilt darin mit, daß die englische Regierung im Bewußtsein, daß allgemeine Neigung für eine Conferenz bestehe, entschlossen sei, ihren Vorschlag vom 5. October wieder aufzunehmen, betreffend die Abhaltung einer Conferenz in Konstantinopel, an der alle Garantiemächte und die Pforte theilnehmen würden. Jede Regierung solle zwei Bevollmächtigte zu ernennen berechtigt sein.

Als Grundlage der Verhandlungen schlage die englische Regierung ferner vor:

1. Die Unabhängigkeit und Integrität des türkischen Reiches.

2. Eine Erklärung, daß die Mächte nicht beabsichtigen, irgend welche territoriale Vortheile, irgend welchen besonderen Einfluß oder irgend welche Zugeständnisse zum Vortheil des Handels ihrer Unterthanen, welchen diejenigen anderer Nationen nicht gleicherweise erlangen, zu suchen oder suchen werden.

Eine gleiche Erklärung ist am 17. September 1840 bezüglich der Pacificirung der Levante und am 3. August 1860 hinsichtlich derjenigen Syriens erlassen worden.

3. Die Grundlagen der Pacification, welche der Pforte am 21. September vorgeschlagen worden.

(Letztere sind aus den am 4. November veröffentlichten Actenstücken bekannt.)

Lord Derby fügt hinzu, „sobald der Vorschlag allgemein angenommen, werde die Regierung einen Special-Bevollmächtigten abschicken. England würde auch nichts dagegen einzuwenden haben, daß die Bevollmächtigten der sechs Mächte vor Eröffnung der Conferenz zu einer Vorberathung zusammentreten, welche auf der nämlichen Grundlage wie die Conferenz zu führen wäre.

Hieran schließt sich eine Depesche Lord Derby's an Sir H. Elliot vom selben Datum, in welcher die Ernennung eines Special-Bevollmächtigten angekündigt wird. „Die Regierung," heißt es, „wünscht, Sie möchten sich überzeugt halten, daß in dieser Ernennung nichts enthalten ist, das in irgend einer Weise ihr Vertrauen in Sie als ihren Vertreter berührt, und daß der Special-Bevollmächtigte nur ad hoc ernannt worden, um mit Ihnen der Conferenz beizuwohnen, und in keiner Hinsicht sich mit den gewöhnlichen Gesandtschafts-Angelegenheiten befassen wird."

Dann folgt eine Depesche von Lord A. Loftus aus Yalta, 1. November, in welcher er mittheilt, der Kaiser habe ihn an diesem Tage nicht empfangen können wegen des Jahrestages des Todes der vormaligen Kaiserin.

Er habe den Fürsten Gortschakoff befragt, ob er irgend eine befriedigende Nachricht aus Konstantinopel erhalten. Derselbe habe erwidert, allerdings sei eine wichtige Mittheilung zu machen, doch sei es besser, daß das durch den Kaiser selbst geschehe in der (damals auf den 1. November festgesetzten) Unterredung. Später sei ihm dann in der officiellen St. Petersburger Zeitung die Erklärung bezüglich des Ultimatums zu Gesichte gekommen. „Ich erfuhr dann," sagt er, „daß dieses die Mittheilung war, welche, wie Fürst Gortschakoff vorzog, mir unmittelbar durch den Kaiser gemeldet werden sollte." Lord A. Loftus fügt hinzu, daß am vorhergehenden Abende der deutsche Botschafter, General v. Schweinitz, in Yalta eingetroffen sei und ihm mitgetheilt habe, es würden Hoffnungen unterhalten, daß die Pforte dem Waffenstillstande zustimme, „wenn Sir Henry Elliot nicht dem sich widersetze".

Nachdem dann der französische Text der in voriger Depesche erwähnten Erklärung des Journal de Saint-Pétersbourg mitgetheilt worden, folgt:

Depesche von Lord A. Loftus an Lord Derby über die Unterredung mit Kaiser Alexander:

Yalta, 2. November 1876.

Mylord, ich hatte heute in Livadia eine Audienz bei dem Kaiser von Rußland, als Se. Majestät geruhten, mich mit gewohnter Güte und Herzlichkeit zu empfangen. Nach einigen gnädigen Fragen in Betreff meiner Familie ging Se. Majestät sofort zur orientalischen Frage über.

Se. Majestät erklärte, er habe am Morgen aus Konstantinopel eine Depesche erhalten, nach welcher die Annahme des Waffenstillstandes wahrscheinlich sei, und las mir eine andere Depesche vor, die berichtete, daß bereits von der Pforte an ihre Commandanten Befehle ergangen seien, die Kriegsoperationen einzustellen. „Dieses," bemerkte Se. Majestät, „wäre sehr befriedigend."

Auf meine Bemerkung, welch plötzlicher Wechsel zwischen dem Sonntage, an dem ich den Kanzler gesehen hätte, und dem folgenden Tage, als das Ultimatum an General Ignatieff abgesendet ward, stattgefunden habe, sagte Se. Majestät, dieses sei durch die Nachricht von der vollständigen Niederlage des serbischen Heeres und durch seine Befürchtung, es könnten darauf ähnliche Gräuelthaten folgen, wie die in Bulgarien, veranlaßt.

Se. Majestät hätte sich entschieden, ein Ultimatum zu stellen, um ein weiteres unnützes Blutvergießen zu verhindern, und bemerkte, Keiner wäre bei dem Empfange dieser Weisung erstaunter gewesen, als General Ignatieff selbst.

Se. Majestät drückte den ernstlichsten Wunsch aus, die Conferenz möchte mit dem kleinsten Verzuge zusammentreten und Weisungen möchten von den verschiedenen Regierungen sofort ausgehen, um die Botschafter in Konstantinopel zu befähigen, sogleich die nothwendigen Friedens-Präliminarien zu berathen, indem als Basis der Vorschläge die von Eurer Lordschaft unterbreiteten genommen würden.

Der Kaiser warf dann mit großer Ruhe und Klarheit einen Rückblick auf die Verhandlungen. Er erklärte, jeden Beweis seines Wunsches nach Frieden gegeben, jedes in seiner Macht Liegende gethan zu haben, um eine friedliche Lösung der Verwicklungen zu erreichen.

Er hätte Eurer Lordschaft vorhergehendes Gesuch um einen Waffenstillstand von sechs Wochen, das die Pforte verweigerte, unterstützt. Es folgte darauf eine bloße Einstellung der Feindseligkeiten auf zehn Tage, die sich gänzlich illusorisch erwies. Se. Majestät betrachtete diese Weigerung der Pforte einem Gesammt-Appell Europas gegenüber als ein den Mächten gegebenes „soufflet". Er hätte geduldig nachgegeben aus dem Wunsche, sich nicht von dem europäischen Concerte zu trennen.

Eure Lordschaft unterbreiteten dann die zur Friedensbasis bestimmten Vorschläge. Auch diesen hätte Se. Majestät zugestimmt, und gleichfalls hätten die anderen Mächte eingewilligt.

Auf diese Vorschläge hatte die Pforte ausweichend geantwortet, es abgelehnt, ihre Annahme in der Form eines Protocolls zu übermitteln, und angezeigt, eine Reform in großem Maßstabe sei beabsichtigt, die ohne Unterschied für das Reich im Ganzen bestimmt sei und über die Forderungen der Mächte sogar hinausgehe.

Auf diese Weigerung hätten Eure Lordschaft zugleich mit einem ähnlichen Vorschlage der kaiserlichen Regierung an die Pforte das Verlangen nach einem Waffenstillstande von nicht weniger als einem Monate gestellt, um die Mächte in den Stand setzen zu können, Friedensbedingungen zu berathen. Sr. Majestät Regierung hätte dieses Verlangen in Verbindung mit den anderen Mächten unterstützt, und darauf hätte die Pforte mit einem Gegenvorschlage geantwortet und einen Waffenstillstand von fünf Monaten angeboten, der unter den Umständen und aus den von Sr. Majestät Regierung dargelegten Ursachen nicht befürwortet und den kriegführenden Parteien empfohlen werden konnte.

So, sagte Se. Majestät, hätte die Pforte durch eine Reihe von Manövern alle Versuche des gesammten Europas zur Stillung des Krieges und zur Sicherung eines allgemeinen Friedens vereitelt.

Se. Majestät sagte dann, wenn Europa willig wäre, diese wiederholten Zurückweisungen seitens der Pforte zu empfangen, so könne er es nicht länger mit der Ehre, der Würde oder den Interessen Rußlands vereinbaren.

Er wünsche sehnlichst, sich nicht von dem europäischen Concerte zu trennen; aber der jetzige Stand der Dinge sei unerträglich und dürfe nicht länger fortdauern, und wäre Europa nicht bereit, mit Festigkeit und Thatkraft zu handeln, so müsse er es allein thun.

Dann kam Se. Majestät mehr im Einzelnen auf seine Beziehungen zu England zu sprechen. Er bedauere, zu sehen, sagte er, daß in England noch ein eingewurzelter Argwohn gegen russische Politik und eine beständige Furcht vor russischem Vordringen und Erobern vorhanden sei. Er habe bei verschiedenen Gelegenheiten die feierlichsten Versicherungen gegeben, daß er keine Eroberung wünsche, daß er nach keiner Vergrößerung ziele und daß er nicht den kleinsten Wunsch oder die kleinste Absicht habe, Konstantinopel zu besitzen. Alles, was über ein Testament Peter's des Großen und über die Ziele von Katharina II. gesagt oder geschrieben wäre, sei Täuschung und Hirngespinnst; sie hätten niemals wirklich existirt, und er betrachte die Erwerbung Konstantinopels als ein Unglück für Rußland. Es wäre nicht die Rede davon, noch sei bei seinem Vater die Rede davon gewesen, der im Jahre 1828, als sein siegreiches Heer vier Tagemärsche von der türkischen Hauptstadt gewesen wäre, den Beweis geliefert hätte.

Se. Majestät verpfändete sein heiliges Ehrenwort in der ernstesten und feierlichsten Weise, daß er nicht die Absicht hätte, Konstantinopel zu erwerben, und daß, wenn die Nothwendigkeit ihn zur Besetzung eines Theiles von Bulgarien nöthigen sollte, dieses nur vorläufig sein würde, bis der Friede und die Sicherheit der christlichen Bevölkerung gefestigt sei.

Se. Majestät wendete sich hier zu dem der britischen Regierung gemachten Vorschlage zurück, daß Bosnien durch Oesterreich, Bulgarien durch Rußland besetzt werden und vor Konstantinopel eine Flottenkundgebung erfolgen sollte, wo, wie er sagte, Ihrer Majestät Flotte die herrschende Macht gewesen sein würde. Dieses, meinte Se. Majestät, sollte ein genügender Beweis sein, daß Rußland keine Absicht auf Besetzung jener Hauptstadt hätte. Se. Majestät könne nicht begreifen, wenn beide Länder einen gemeinschaftlichen Zweck hätten — nämlich die Erhaltung des Friedens und die Verbesserung der Lage der Christen — und wenn er jeglichen Beweis geliefert, daß er keinen Wunsch nach Eroberung oder Vergrößerung hätte, weßhalb dann nicht ein völliges Einvernehmen zwischen England und Rußland herrschen sollte, ein Einvernehmen, gegründet auf eine Friedenspolitik, welche in gleicher Weise ihren wechselseitigen Interessen und denen Europas im Ganzen wohlthätig sein würde.

„Absichten," sagte Se. Majestät, „werden Rußland beigelegt auf eine künftige Eroberung Indiens und den Besitz Konstantinopels. Kann etwas abgeschmackter sein? Was das Erstere betrifft, so ist es eine vollkommene Unmöglichkeit; was das Letztere, so wiederhole ich abermals die feierlichsten Versicherungen, daß ich weder den Wunsch, noch die Absicht habe."

Se. Majestät beklagte tief das in England an den Tag gelegte Mißtrauen gegen seine Politik und die üblen Wirkungen desselben. Er ersuchte mich ernstlich, mein Aeußerstes zu thun, diese Wolke von Argwohn und Mißtrauen gegen Rußland zu zerstreuen, und trug mir auf, Ihrer Majestät Regierung die feierlichen Versicherungen, die er mir wiederholt hätte, zu übermitteln. Ich versicherte den Kaiser, daß Ihrer Majestät Regierung die friedlichen Absichten Sr. Majestät völlig kenne und schätze. Ich bemerkte, daß die vorgeschlagene Besetzung türkischen Gebietes in der öffentlichen Meinung Englands eine Aenderung erzeugt und Beunruhigung hervorgerufen hätte. Ich drückte die Hoffnung aus, daß die Annahme des Waffenstillstandes die Mächte nun in den Stand setzen würde, eine befriedigende Beruhigung herzustellen, und daß es von wesentlicher Wichtigkeit wäre, das europäische Concert aufrechtzuerhalten. Ich bemerkte, daß die Frage der Selbstverwaltung mir die Hauptschwierigkeit darzubieten scheine, und daß, weil sie österreichische Interessen noch directer beträfe, Acht gegeben werden sollte, die Grenzen, welche von Oesterreich angenommen werden könnten, nicht zu überschreiten. Ich sagte, daß in Bosnien und Bulgarien eine große mahomedanische und katholische Bevölkerung sei, meistens von der begüterten Classe, und daß ihre Interessen in Betracht zu ziehen seien.

Ich erwähnte dann die berichteten Ansprüche Serbiens und Rumäniens, in unabhängige Königreiche verwandelt zu werden. Solch eine Maßregel, bemerkte ich, würde der erste Schritt zur Auflösung des türkischen Reiches in Europa sein. Die Geschichte führe auf, daß in früheren Zeiten es ein Königreich Böhmen, ein Königreich Serbien und ein Königreich Polen gegeben habe; sie alle seien verschwunden, ihre Auflösung sei hauptsächlich durch innere Zwistigkeiten herbeigeführt worden. Wenn die Ansprüche Serbiens und Rumäniens nun zugelassen werden sollten, so würde das die Herstellung so vieler kleiner „Polen" bedeuten, welche höchstwahrscheinlich der republikanischen Staatsform zutreiben und dann weder dem Frieden, noch der Sicherheit der benachbarten Staaten dienlich sein würden.

Der Kaiser sagte, es sei keine Rede davon, Königreiche Serbien und Rumänien zu errichten, und es würde eine Narrheit (une sottise) sein, es zu thun.

Die Ausrufung des Fürsten Milan zum König sei eine That des Heeres gewesen, welche Se. Majestät durchaus mißbilligt, und in Folge dessen habe Se. Majestät dem Fürsten Milan gerathen, das Hauptquartier nicht zu besuchen. Er habe indeß ein Telegramm des Fürsten empfangen, worin er sich entschuldigt, Sr. Majestät Rath nicht gehorchen zu können, da seine Pflicht gegen sein Land ihn zwinge, unter den gegenwärtigen widrigen Verhältnissen zur Armee zu gehen.

Eine Bezugnahme auf die Zahl der russischen Freiwilligen in den serbischen Reihen bewog mich zu bemerken, daß sie sehr wesentlich zur Hervorrufung der fieberhaften Erregung in Rußland beigetragen habe. Hierauf erwiderte Se. Majestät, daß er den Officieren erlaubt habe, zu gehen, vorausgesetzt, daß sie den russischen Dienst verließen, und er habe gehofft, auf diese Weise die Bewegung zu beruhigen. („De jeter de l'eau froide", war Sr. Majestät Ausdruck.) Se. Majestät fügte hinzu, daß sehr viele russische Officiere gefallen seien und daß die Begeisterung für die Serben sich sehr abgekühlt habe.

Der Kaiser sagte dann, er wolle nur die allgemeinen Bemerkungen, die er gemacht, in den folgenden Punkten zusammenfassen: 1. Der Waffenstillstand, welcher, wie er hoffe, angenommen worden sei; 2. der unmittelbare Zusammentritt einer Conferenz, deren Hauptzweck es sei, über die Einführung solcher Reformen in den drei Provinzen eine Einigung zu erzielen, welche die Interessen der christlichen Bevölkerungen schützen und ihnen diejenige Autonomie gewähren würden, welche für jenen Zweck erforderlich sei, und 3. daß die Pforte wirksame Garantien für Durchführung dieser Reformen gewähre.

Se. Majestät nahm dann Abschied von mir in derselben herzlichen und liebenswürdigen Weise, in der er mich empfangen. Ich habe u. s. w. (gez.) Augustus Loftus.

In der folgenden Depesche aus Yalta, 4. November, theilt Lord A. Loftus mit, daß er Fürst Gortschakoff den Inhalt der vorhergehenden Depesche vom 2. mitgetheilt habe, und daß Letzterer constatirt habe, sie gebe die Anschauungen des Kaisers, welche derselbe ihm mitgetheilt, sehr correct wieder. Auf Wunsch Gortschakoff's habe er eine Abschrift der Depesche, zur Vorlage für den Kaiser bestimmt, jenem ausgehändigt. Lord A. Loftus fährt dann fort:

„Nur eine Aenderung war da, welche der Fürst beantragte und welche ich auf seinen Wunsch vornahm. Hinsichtlich des russischen Vorschlages einer Besetzung türkischen Gebietes hatte ich in dem ursprünglichen Texte aufgeführt, der Oesterreich gemachte Vorschlag sei gewesen, „Bosnien und die Herzegowina zu besetzen."

Fürst Gortschakoff sagte, der Vorschlag an Oesterreich sei nur gewesen, Bosnien zu besetzen und nicht die Herzegowina, und Se. Durchlaucht erläuterte mir, der Beweggrund für Ausschließung der Herzegowina sei gewesen, für den Fall einer Besetzung durch österreichische und russische Truppen eine neutrale Zone zwischen beiden Heeren herzustellen, um der Möglichkeit von Reibungen zwischen beiden vorzubeugen.

Die hierüber gegebene Erklärung Fürst Gortschakoff's ist interessant, da ich unter dem Eindrucke gewesen war, daß der ursprüngliche Vorschlag an Oesterreich die Besetzung beider Provinzen in sich schloß."

Lord Derby beantwortet in einer Depesche an Lord A. Loftus vom 3. November die Mittheilung über die Unterredung: Die englische Regierung habe mit großer Genugthuung die Versicherung des Kaisers gelesen, daß er ein Einvernehmen mit England suche, „und seine feierliche Aussage, er verpflichte sich auf seine Ehre, daß er keine Absichten auf Konstantinopel noch auf Eroberungen habe".

Lord A. Loftus wird aufgefordert, dies dem Kaiser mitzutheilen, sowie daß die englische Regierung keine Zeit verlieren werde, ihre Anschauungen über die vorgeschlagenen Unterhandlungen und die Conferenz mitzutheilen.

Den Schluß macht dann die in der Einleitung erwähnte Depesche von Lord A. Loftus an Lord Derby vom 21. November

Die russischen Kriegsvorbereitungen.

Wien, 24. November.

Die russische Regierung hat nun auch in Congreßpolen ihre Kriegsvorbereitungen begonnen. Eingeleitet wurden dieselben durch — polizeiliche Recherchen. Um nämlich die bevorstehende Verhängung des Belagerungszustandes in Polen zu motiviren, will man abermals polnischen Umtrieben, Werbebureaux für eine angebliche polnisch-türkische Legion, Waffendepots u. dgl. auf die Spur gekommen sein. Verhaftungen, die man vorsichtshalber vornimmt, sind an der Tagesordnung; mit Einem Worte: der ganze Mechanismus der moskowitischen Polizei arbeitet in Polen mit voller Dampfkraft.

Gegenüber den pomphaft angekündigten großartigen Maßnahmen, welche Rußland zum Kriege mit der Türkei trifft, wirkt die Versicherung der D. Reichs-Corr. gleichsam als nervenstärkende Douche, daß, nach Meldungen aus Rußland, die großen Ziffern der Mobilmachung mehr als unbenannte Zahlen denn als Wirklichkeit zu betrachten wären, wie denn überhaupt die Kriegsmacht Rußlands zur Zeit immer noch mehr auf die Vertheidigung als auf den Angriff zugeschnitten ist. Im Uebrigen wird, wenn auch nur die Hälfte von dem wahr ist, was über die gelegentlich der Mobilmachung neu entdeckten Unterschleife im Publicum verbreitet ist, auch hierin ein nicht unwesentliches Hinderniß einer schnellen Entfaltung der russischen Streitkräfte gefunden werden.

Wie endlich die Voss. Ztg. erfährt, soll der Großfürst-Thronfolger nach Warschau abgehen, um sich selbst an die Spitze des Gardecorps zu stellen.

Aus Odessa vom 19. d. M. wird der P. C. über die Kriegsrüstungen in Südrußland Folgendes geschrieben:

Es wird nun auch zur Mobilisirung eines Theiles der Ural'schen Kosaken geschritten. Dieselben sollen theils der Südarmee, theils der Kaukasus-Armee zugetheilt werden. Die Civilverwaltung in Bessarabien wird vom 1. December an dem Armee-Obercommando untergeordnet, ohne daß der Belagerungszustand verkündet werden soll. Es langen mit den Bahnzügen Massen kurzer Pelze hier ein, welche für die Armee bestimmt sind und unverzüglich nach Kischenew weiterbefördert werden. Die Hälfte der Schiffe der „Gesellschaft für Handel auf dem Schwarzen Meere" wird für Kriegszwecke adaptirt. Sie sind ursprünglich darauf eingerichtet, um auch als Kriegsschiffe im Hafendienste verwendet werden zu können. Jedes der hiezu bestimmten Fahrzeuge wird mit je sechs Kanonen ausgerüstet. Die

Avantgarde [illegible] aus drei Divisionen Infanterie, zwölf Sotnien [illegible], vier Escadronen Uhlanen und acht Batterien besteh[illegible] am [illegible] November die Besetzung der [illegible] ertheilten [illegible] Studirenden des fünften Jahrganges der [illegible] medicinisch-chirurgischen Akademie, wie auch je [illegible] der Universitäten von Charkow und Kiew, sollen als Assistenzärzte den Spitälern zur Dienstleistung zugewiesen werden. Die Häfen von [illegible] und [illegible]ertsch sind so gut wie gesperrt. Das Einlaufen [illegible] ist nur in bestimmten Stunden der Tageszeit ge[illegible], und ist auch dies von einer Menge von Bedingungen ab[illegible]. Berdjansk wird von der Seeseite stark befestigt; General [illegible] leitet die betreffenden [illegible]. Der Plan, die [illegible] von der Pontusküste drei [illegible] landeinwärts zu [illegible] scheint, als eine überflüssige Vorsichtsmaßregel, nicht zur Ausführung zu gelangen. Gesalzenes und gepöckeltes Fleisch wird für die Armee in großen Quantitäten vorbereitet.

Ungarischer Reichstag.

(Orig.-Corr. der „N. Fr. Pr.")

Pest, 23. November.

Die General-Debatte über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1877 kann mit dem heutigen Tage als abgeschlossen betrachtet werden; es war 2 Uhr Mittags, da Finanzminister Koloman Szell seine zweistündige Rede beendet hatte, und als der Vorsitzende das Haus darauf aufmerksam machte, daß blos noch zwei Sprecher vorgemerkt seien, da liefen die Abgeordneten einfach davon.

Ueberblickt man die abgelaufene Budget-Debatte ohne jede Voreingenommenheit, und legt man an dieselbe blos den Maßstab früherer Berathungen über den Staatsvoranschlag, so wird man zuvörderst zu dem Schlusse gelangen, daß entweder die oratorische Capacität des ungarischen Parlaments in entschiedener Abnahme sich befindet, oder daß es die Kenner der finanziellen Zustände nicht der Mühe werth erachten, ihr Licht in der Budget-Debatte leuchten zu lassen, und daß endlich die Kritik des Budgets wesentlich erschwert wurde durch die neuen, noch nicht vollkommenen Gruppirungen im Hause. Die Opposition aller Farben stellte das größere Contingent der Redner, nur war diese Opposition hauptsächlich gegen das Cabinet gerichtet, welches im Hause noch immer [illegible] starke [illegible]. Ein anderes Ergebniß der Budget-Debatte gilt der orientalischen Frage. Officiell war sie nicht Gegenstand der Debatte, und doch konnte sich kaum ein [illegible] ihr entziehen. Es ist erfreulich, constatiren zu können, daß die von allen Seiten des Hauses in der Frage geäußerten Anschauungen harmonisch zusammenklingen. Wenn man im Auslande diese Budget-Debatte mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, so wird dort heute Niemand mehr sich einer Täuschung darüber hingeben, welche auswärtige Politik auf die Zustimmung des ungarischen Parlamentes [illegible].

Weiters hat diese Budget-Debatte etwas mehr Klarheit in die Gruppirung der Fractionen gebracht. Die Dissidenten traten zum erstenmale als fest geschlossene Phalanx auf, und sie markirten schon jetzt genau die Grenzen, bis zu welchen sie auch in der [illegible] vorzugehen gedenken. Das Cabinet Tisza weiß nunmehr, [illegible] es sich von den „Unabhängigen" zu versehen habe, wenn der Ausgleich zur Berathung gelangen wird; es weiß aber auch, daß die Opposition der Rechten in dieser Frage wie in der auswärtigen Politik auf der Linie der Regierung sich bewegt. Die Rede des Freiherrn v. Sennyey gestattet wenigstens diesen Schluß; er könnte nur dann ein trügerischer werden, wenn Regierung oder Partei diese Linie verrücken.

Nach dieser [illegible] Rundschau kehren wir zur heutigen Sitzung zurück. Zwei Stunden derselben nahm, wie schon erwähnt, eine Rede des Finanzministers in Anspruch. Bei der in einer geradezu unerklärlichen Weise [illegible] Vorliebe des officiellen Telegraphen für [illegible] darf man wol voraussetzen, daß die Rede Koloman Szell's schon auf telegraphischem Wege bei [illegible] umgegeben wurde, und wir glauben uns daher für heute der Pflicht überhoben, die [illegible] des Finanzministers zu [illegible]. Bis zur [illegible] Stimmungen aber schwingt sich der amtliche Draht nur äußerst selten und nur auf specielles Commando auf; deßhalb wollen wir getreulich hier berichten, daß die Rede des Herrn Finanzministers v. Szell, trotz ihrer außerordentlichen Länge, einen guten und auch überzeugenden Eindruck machte. Herr v. Szell spricht mit großer Schnelligkeit, die Zahlen springen von [illegible] und doch mit solcher Genauigkeit, wie einst bei Dr. [illegible] [illegible] über das Kriegsbudget. Die Rede war von [illegible] und verletzte [illegible] an keiner Stelle, denn die Rede des Finanzministers war übrigens unleugbar optimistisch. Am schärfsten hatte es der Finanzminister auf die Opposition der Rechten abgesehen. Zwei Rednern gegenüber wollte Herr v. Szell dreierlei beweisen: daß sein Budget [illegible] ist, daß sich die Finanzlage in den beiden letzten Jahren [illegible] habe, und daß die volkswirthschaftliche [illegible] des Landes sich nicht verschlechtert habe, während die Redner der Opposition überall das Gegentheil behauptet hatten.

Oesterreichischer Reichsrath.

Wien, 24. November.

Abgeordnetenhaus. (CCVIII. Sitzung.) Beginn der Sitzung 11 Uhr [illegible]. Präsident Dr. Rechbauer. Auf der Ministerbank: Lasser, Glaser, Chlumecky, Mannsfeld, Ziemialkowski.

Abgeordneter [illegible] als krank gemeldet.

Die Direction der Nationalbank übersendet 200 Exemplare des [illegible] über das neue Statut der Oesterreichisch-ungarischen Bank [illegible].

Unter den Petitionen befindet sich die der Stadt Tachau um Verlängerung der Rückzahlungstermine für das derselben bewilligte unverzinsliche Darlehen.

Abg. Dr. **Weeber**: Abg. Dr. Roser hat in der letzten Sitzung an mich, als den Obmann des Eisenbahn-Ausschusses, die Anfrage gestellt, wie weit die Verhandlungen über seinen Antrag auf Erlassung eines Eisenbahn-Polizei-Gesetzes gediehen seien. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß der Eisenbahn-Ausschuß in der Zwischenzeit zahlreiche Gesetze erledigt hat, daß zur Berathung des Antrages [illegible] eigener Ausschuß gewählt wurde und daß, nachdem Abg. Roser in der letzten Sitzung des Ausschusses eingeladen worden war, seine Ansichten über die von ihm vorgeschlagenen Reformen bekanntzugeben, der Ausschuß mit thunlichster Beschleunigung daran gehen wird, diese Reformen zu berathen und sie der Beschlußfassung des Hauses zu unterbreiten.

Das Haus geht zur Tagesordnung über.

Der Gesetzentwurf, betreffend den Credit für die officielle Betheiligung an der Pariser Weltausstellung 1878, wird dem Budget-Ausschusse zugewiesen.

Sodann wird die Debatte über die Reform der politischen Verwaltung fortgesetzt. Bevor der Berichterstatter Abg. Wüllerich das Schlußwort erhält, bringen die Abgeordneten Kronawetter, Mieroszewski und Jaklinski thatsächliche Berichtigungen gegen die Rede des Ministers des Innern vor.

Berichterstatter Abg. Wüllerich: Die Reform der politischen Verwaltung ist eine Nothwendigkeit. Man müsse die Ueberbürdung der unteren politischen Organe berücksichtigen. Die Bezirkshauptmannschaften sind nicht in der Lage, die nöthige Ingerenz auszuüben; der Ausschuß mußte sich daher fragen: Wie soll diesem Uebel abgeholfen werden? Vor Allem muß der Dualismus in der Verwaltung beseitigt werden. Wenn man fragt, wer berufen ist, diese Reformen anzubahnen, so wäre eigentlich die Regierung einzig berufen, diese Reformen ins Leben zu rufen; allein sie hat bisher blos ihre [illegible] diesen Fragen gegenüber bewiesen. Der Redner wendet sich hierauf gegen die Ausführungen des Grafen Hohenwart, die er zu widerlegen sucht, und bespricht die Ausführungen der übrigen Redner gegen den Ausschußantrag. Alle Redner haben anerkannt, daß die Verwaltung krank sei, eine Cur ist daher nothwendig, und wenn man auf die Kosten der Reformen hingewiesen hat, so dürfe nicht vergessen werden, daß ein Opfer für dieselben gebracht werden muß, und bei Vorlage concreter Anträge würde es sich erst zeigen, ob diese Opfer gegenüber den zu erreichenden Vortheilen zu schwer in die Wagschale fallen. Redner empfiehlt aufs wärmste die Annahme des Ausschußantrages.

Der **Präsident** bringt hierauf die im Laufe der Debatte gestellten Abänderungsanträge der Abgeordneten **Walbert**, **Zschock** und **Scharschmid** nochmals zur Verlesung.

Bei der Abstimmung werden sämmtliche gestellte Zusatzanträge, sowie auch der Antrag des Ausschusses abgelehnt. (Unruhe und Bewegung im Hause.)

(1/2 1 Uhr; die Sitzung dauert fort.)

Abg. Freiherr v. **Loudon** ersucht uns, zu constatiren, daß er das Programm der „Partei der Unabhängigen" nicht unterzeichnet habe, daher von seinem Rücktritte von diesem Programm nicht die Rede sein könne.

Parlamentarisches.

Wien, 24. November.

— (Eisenbahn-Ausschuß.) In der vorgestern Abends stattgehabten Sitzung des Eisenbahn-Ausschusses eröffnete der Obmann, Abg. Dr. **Weeber**, die Debatte über den die Tarifreform betreffenden Gesetzentwurf, indem er die Ansicht entwickelte, daß zunächst die Meinung des Ausschusses über die Behandlung dieser Vorlage festzustellen sei, da einerseits der frühere Obmann Syz aus dem Hause ausgeschieden und andererseits die Regierung die Tarifreform theilweise im Verordnungswege geregelt habe.

Abg. **Teuschl** beantragt, es sei ein Sub-Comité von fünf Mitgliedern zu wählen, welches über den in Rede stehenden Gegenstand concrete Vorschläge an den Ausschuß zu erstatten habe. Die Tarifreform müsse auf der Basis des gegenwärtigen Verkehrswesens geregelt werden.

Die Abgeordneten **Schwab** und **Steffens** halten es für wünschenswerth, vor einer Beschlußfassung die Anschauungen des Handelsministers kennen zu lernen.

Handelsminister Ritter v. **Chlumecky** bemerkt, daß er die Zurückweisung des Antrages des Sub-Comités an dasselbe Sub-Comité für das Wünschenswertheste halte, insbesondere angesichts der in der Zwischenzeit im administrativen Wege getroffenen Verfügungen. Der Minister legt auf das Zustandekommen des betreffenden Gesetzes einen großen Werth und hält dafür, daß durch die mittlerweile im administrativen Wege getroffenen Bestimmungen ein solches Gesetz keineswegs gegenstandslos geworden sei. In seinen weiteren Ausführungen begründet der Minister die Vorlage neuerlich, kennzeichnet das Wesen der beabsichtigten Reform und spricht den Wunsch aus, der Ausschuß möge die Vorlage einer gründlichen Berathung unterziehen.

Abg. Dr. v. **Plener** ist der Ansicht, daß dem Sub-Comité authentisch Kenntniß von den administrativen Vorkehrungen gegeben werden solle, da bisher eine solche authentische Mittheilung nicht vorliege.

Abg. Dr. **Ruß** schlägt vor, daß das Sub-Comité nur aus drei Mitgliedern bestehen solle, da ja der Bericht selbst doch nur die Arbeit eines Einzelnen sein könne. Mit Rücksicht auf die Bemerkungen des Ministers glaubt Redner, das Sub-Comité sei zu beauftragen, jene Anträge zu stellen, welche in Anbetracht der geänderten Sachlage in der Tarif-Angelegenheit wünschenswerth erscheinen.

Abg. **Fürth** spricht sich für ein fünfgliederiges Comité aus, da das Gebiet der Berathung ein so umfangreiches sei, daß es unmöglich ist, daß drei Mitglieder das Material bewältigen können. Redner kritisirt das Vorgehen einzelner Bahnen bei Einführung neuer Tarife und zählt mehrere Fälle auf, wo nach seiner Meinung abweichend von der Concession vorgegangen wurde.

Abg. **Schwab** hält eine Abhilfe gegen die von dem Vorredner gerügten Uebelstände im Gesetzgebungswege nicht für möglich, insolange sich die Tarife innerhalb der concessionsmäßigen Festsetzungen bewegen. Er bedauert, daß die Aenderungen der Tarifbestimmungen im Wege der Administration erfolgt sind, da hiedurch darauf verzichtet wurde, gleichzeitig einige neue Bestimmungen den Eisenbahnen gegenüber wirksam zu machen, die sein Referenten-Entwurf enthalten habe. Redner weist auf die Bestimmung, die Differential-Tarife betreffend, hin, wonach die Transportsätze auf der kürzern Strecke einer Verkehrslinie nicht höher sein dürfen, als auf der längern Strecke; ferner auf die Bestimmung, daß Aenderungen von Tarifen, wenn es sich um Erhöhungen handelt, mindestens einen Monat vor dem Inslebentreten kundgemacht werden müssen. Diese Bestimmung, die ähnlich — einen 14tägigen Termin bestimmend — im Eisenbahn-Reglement vom 16. November 1851 enthalten ist, sei von den Eisenbahnen total unberücksichtigt gelassen worden.

Abg. Dr. **Brestel**: Es sei nothwendig, daß etwas für die Vermehrung der Einnahmen der Bahnen geschehe. Redner meint, das Comité sei anzuweisen, die Frage der Personentarife von der Frage der Frachtentarife zu trennen und beide abgesondert vor das Haus zu bringen.

Nachdem Abg. Fürth den letzteren Antrag unterstützt, wird derselbe bei der Abstimmung angenommen und dem Comité ad referendum überwiesen.

Ebenso wird die Zurückweisung der Regierungsvorlage an das Comité zum Beschlusse erhoben und in das letztere die Abgeordneten Teuschl, Schwab, Canaval, Fürth und Steffens gewählt.

Hierauf referirt Abg. **Steffens** über den Antrag des Abg. Dr. Roser bezüglich einer Eisenbahnpolizei-Ordnung und beantragt, es sei der genannte Antragsteller zur Begründung seines Antrages einzuladen.

Dieser Antrag wird angenommen, und da Abg. Dr. **Roser** anwesend ist, erhält derselbe sogleich das Wort, um der Aufforderung des Ausschusses zu entsprechen. Derselbe weist auf die schlechte polizeiliche Ueberwachung der Bahnen, auf die mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen, auf die Ueberanstrengung des Personals, auf das Nichtvorhandensein ärztlicher Hilfeleistung in vorkommenden Fällen hin und spricht schließlich die Meinung aus, wenn nicht der Eisenbahn-Ausschuß, so sei der Justiz-Ausschuß zur Vorlage eines Eisenbahnpolizei-Gesetzes aufzufordern.

Abg. Dr. **Ruß** verweist den Redner auf das Betriebs-Reglement; ein Gesetz zur Entschädigung der Beschädigten sei ja in dem Gesetze vom 5. März 1869 vorhanden. Das Publicum werde nirgends mit solcher Rücksicht wie in Oesterreich behandelt. Eine Institution, wie sie Abg. Dr. Roser wünscht, sei nicht durchführbar. Wenn der Antrag desselben ernstlich in Erwägung gezogen werden soll, müsse der Antragsteller zu codificirende Gedanken angeben.

Auch Abg. Dr. **Wedl** tritt den Ausführungen des Abg. Dr. Roser in verschiedenen Punkten entgegen.

Abg. Freiherr v. **Suttner** rügt die schlechten Perrons, findet aber ebenso wie die früheren Redner, daß positive Gedanken in dem Antrage des Abg. Dr. Roser nicht vorhanden sind.

Abg. Dr. v. **Plener** weist auf die unzweifelhafte Ueberbürdung der Locomotivführer hin und hält Abhilfe in dieser Richtung für unumgänglich nothwendig.

Abg. Freiherr v. **Beeß** anerkennt, daß der Antrag des Abg. Dr. Roser von den besten Absichten getragen sei, daß er indessen stellenweise über das Ziel hinausschieße.

Nachdem noch Abg. Dr. **Edlbacher** den Wunsch ausgesprochen, daß die Anregung des Abg. Dr. Roser nicht in den Sand verlaufen möge, und nachdem Abg. Dr. Roser die seinem Antrage gemachten Vorwürfe zu widerlegen unternommen, wird auf Antrag des Abg. Dr. Ruß die Beschlußfassung bis dahin vertagt, wo der Antragsteller Dr. Roser concrete Vorschläge gemacht haben wird.

Aus dem Gerichtssaale.

Wien, 24. November. [Orig.-Ber.] („Neue Freie Presse" contra „Vaterland".) Vorsitzender: Vice-Präsident Schwaiger; Ankläger: Dr. Bernhard Stall; Vertheidiger: Dr. v. Kreith. Angeklagt erscheint Rudolph Freiherr v. Manndorff, aus Wien gebürtig, 27 Jahre alt, ledig, wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe zu vier Monaten [illegible] verurtheilt.

Die Jury ist gebildet aus den Herren: Georg **Gussenleitner**, Johann **Waßmuth**, Joseph **Garnoß**, Peter **Zechany**, Ludwig **Heiderer**, Thomas **Seyffert**, Joseph **Frumm**, Franz **Knaus**, Franz **Hettinger**, Anton **Kehl**, Karl v. **Kraza** und Moriz **Ribr**.

Nachdem der [illegible] und die Geschwornen in Eid genommen sind, [illegible] der Protocollführer folgende Anklageschrift:

In der [illegible] in Wien als Druckort erscheinenden Zeitschrift „Das Vaterland" vom 21. März 1876 erschien in der Rubrik „Tagesneuigkeiten" und unter der Aufschrift „Fata morgana" ein Aufsatz, welcher im Großen und Ganzen eine in der Nummer 64 der zu Berlin erscheinenden Zeitschrift „Germania" und unter der Rubrik „[illegible]" veröffentlichte Correspondenz reproducirt, dieselbe jedoch solchen Abänderungen unterzog und mit solchen Zusätzen versah, daß dieser in der Nummer 80 des „Vaterland" veröffentlichte vorerwähnte Aufsatz [illegible] eine selbstständige Arbeit angesehen werden kann.

Der gedachte Aufsatz, welcher in dem Journale „Das Vaterland" mit den Worten: „In einer Wiener Correspondenz der „Germania" lesen wir" beginnt und [illegible] Worten: „allerdings hat das Erscheinen einer zweiten [illegible] Auflage den Ankauf der ersteren illusorisch gemacht" en[illegible] ganzen Inhalte nach und insbesondere in einzelnen, weiter unten anzuführenden Stellen bestimmt, uns theils durch Mittheilung erdichteter und entstellter Thatsachen einer bestimmten unehrenhaften oder solchen unsittlichen Handlung zu beschuldigen, welche uns in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen und herabzusetzen geeignet ist, theils aber wird in demselben mit einer öffentlichen Beschimpfung wider uns vorgegangen. Insbesondere fühlen wir uns an unserer Ehre gekränkt: 1. durch jenen Theil des mehrgedachten Artikels, welcher mit den Worten: „In ihrer Bedrängniß wandten" beginnt und mit den Worten: „jetzt nahezu 40,000 Gulden" endigt; 2. durch jenen Theil, welcher dahin lautet: „Sie sehen aber daraus, um welchen Preis unsere Preß-Canaille auch tugendhaft sein kann".

Im Grunde der in der Voruntersuchung gemachten Aussage des Rudolph Freiherrn v. Manndorff haben wir keine weitere Veranlassung, gegen den Herausgeber des „Vaterland", Herrn K. Inthal, die Anklage zu erheben, erklären vielmehr, daß wir die Anklage gegen den Letzteren fallen lassen. Wir erheben daher die Anklage lediglich gegen den damals verantwortlichen Redacteur des „Vaterland", Herrn Rudolph Freiherrn v. Manndorff, welcher in der Voruntersuchung ausdrücklich erklärte, daß er die volle Verantwortung für den incriminirten Artikel übernehme und ebenso [illegible] angab, daß er denselben vor der Drucklegung gelesen und sohin zur Drucklegung befördert habe.

Wir unterziehen den [illegible] Rudolph Freiherrn v. Manndorff der Anklage: I. Derselbe sei als verantwortlicher Redacteur des „Vaterland" schuldig des Vergehens der Ehrenbeleidigung im Sinne der §§. 488 und 493 St. G. B., strafbar nach §. 493 St. G. B., eventuell im Sinne der §§. 488 und 493, dann der §§. 7, 10 und 239 St. G. B., strafbar nach §. 493 St. G. B., begangen dadurch, daß er den in der Nummer 80 des „Vaterland" vom 21. März 1876 in der Rubrik „Tagesneuigkeiten" und unter der Aufschrift „Fata morgana" enthaltenen Artikel seinem ganzen Umfange nach, insbesondere aber in den Stellen, welche mit den Worten: „In ihrer Bedrängniß wandten" beginnen und mit den Worten: „jetzt nahezu 40,000 fl." endigen, vor der Drucklegung gelesen und sohin zur Drucklegung befördert und veröffentlicht hat. II. Derselbe sei schuldig der Uebertretung der Ehrenbeleidigung im Sinne des §. 496 St. G. B., eventuell der §. 496 und [illegible] 239 St. G. B., strafbar in Gemäßheit des §. 267 St. G. B. nach §. 493 St. G. B., eventuell strafbar nach §. 496 St. G. B., dadurch begangen, daß er den in der Nummer 80 des „Vaterland" vom 21. März 1876 in der Rubrik „Tagesneuigkeiten" und unter der Aufschrift „Fata morgana" enthaltenen Artikel seinem ganzen Umfange nach, insbesondere aber die Stelle, dahin lautend: „Sie sehen aber daraus, um welchen Preis unsere „Preß-Canaille" auch tugendhaft sein kann", vor der Drucklegung gelesen, sohin zur Drucklegung befördert und veröffentlicht hat.

Zur Begründung dieser unserer Anklage fügen wir hier in Kürze noch folgende Bemerkungen an: In den oben ad I erwähnten Stellen wird wider die liberale Wiener Presse fälschlich der Vorwurf erhoben, daß sie Geldbeträge, welche ihr von Sr. Excellenz dem Baron Edelsheim-Gyulai angeboten worden wären, und die sich nahezu auf 40.000 fl. belaufen sollen, mit Freuden und zu dem [illegible] angenommen habe, um mit dieser also erkauften Hilfe den Scandalroman „Fata morgana" unschädlich zu machen.

Die incriminirten Stellen enthalten ferner den Vorwurf, daß in Folge dieser Leistung des Baron Edelsheim-Gyulai die liberale Wiener Presse, wenn sie angeblich gezwungenerweise über das Buch schreiben mußte, eine sittliche Entrüstung heuchle und nunmehr Buch und Verfasserin auf das entschiedenste verurtheile.

Obwol in der fraglichen Stelle des beanständeten Artikels die „Neue Freie Presse" nicht ausdrücklich genannt ist, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die fraglichen Beschuldigungen in erster Linie gegen die „Neue Freie Presse", respective gegen uns als deren Repräsentanten gerichtet sind.

Denn abgesehen davon, daß dieses Journal zweifellos und in hervorragender Weise den liberalen Blättern beizuzählen ist, wurde die „Neue Freie Presse" auch an einer früheren Stelle des in Frage stehenden Aufsatzes ausdrücklich, und zwar in allererster Reihe angeführt, ja es wurde sogar außer der „Neuen Freien Presse" und dem „Fremdenblatt" kein anderes liberales Journal namhaft gemacht.

Wird nun berücksichtigt, daß die mitgetheilten Thatsachen durchaus erdichtet sind, wie dies schon aus der Nummer 4158 der „Neuen Freien Presse" vom 23. März 1876 hervorgeht, so enthält die fragliche Stelle des incriminirten Artikels die Mittheilung von erdichteten Thatsachen, wodurch wir, als die Repräsentanten des Journals „Neue Freie Presse" namentlich, eventuell durch auf uns passende Kennzeichen fälschlich einer bestimmten unehrenhaften Handlung beschuldigt wurden, welche uns in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen oder herabzusetzen geeignet erscheint.

Es ist somit, da die Mittheilung in einem Druckwerke erfolgte, der objective Thatbestand des im §. 488 St. G. B. enthaltenen Vergehens der Ehrenbeleidigung vorhanden.

Ad II. Der gegen die liberale Presse überhaupt, mithin nach den obigen Ausführungen wider die „Neue Freie Presse" insbesondere gebrauchte Ausdruck: „Preß-Canaille" begründet den objectiven Thatbestand der Uebertretung der öffentlichen Beschimpfung im Sinne des §. 496 St. G. B.

Erscheint sonach bezüglich beider von uns beanständeter Stellen des incriminirten Artikels der Thatbestand derjenigen Handlung, rücksichtlich welcher wir Anklage erheben, objectiv vollständig begründet, so muß auch der subjective Thatbestand als vorhanden angenommen werden.

Der Inhalt des von uns bezeichneten Artikels der „Germania" ist ein derartiger, daß über die [illegible]rechtliche Natur desselben kein Zweifel erübrigt, und wenn der verantwortliche Redacteur des „Vaterland" bei seiner Vernehmung ausdrücklich erklärte, daß er diesen Artikel vor der Drucklegung gelesen und ihn hierauf zur Drucklegung befördert habe, so [illegible] in allein die böse Absicht, gegen uns in ehrenbeleidigender Weise vorzugehen, erkannt werden, abgesehen davon, daß der ursprüngliche Artikel der „Germania" auch noch mit Abänderungen und Zusätzen versehen wurde, aus denen die böse Absicht der den Artikel redigirenden Person eclatant hervorgeht.

Indem wir schließlich noch auf die §§. 484 bis 486, dann den §. 56 [illegible] hinweisen, durch welche die Zuständigkeit dieses k. k. Landesgerichtes als Geschwornengericht ausgewiesen wird, stellen wir die Bitte:

Das k. k. [illegible] geruhe, vor diesem k. k. Landesgerichte als [illegible] die [illegible]verhandlung wegen des Vergehens und respective der Uebertretung der Ehrenbeleidigung im Sinne dieser Anklageschrift gegen Herrn Rudolph Freiherrn v. Manndorff, verantwortlichen Redacteur des „Vaterland", anzuordnen, hiebei den incriminirten Aufsatz, den Artikel in Nr. 64 der „Germania" und die Erklärung in Nr. 4158 der „Neuen Freien Presse" vom 23. März 1876 zur Verlesung zu bringen und hiezu Se. Excellenz den Herrn Baron Edelsheim-Gyulai, k. k. General der Cavallerie und Landes-Commandirenden in Pest, als Zeugen vorzuladen.

Die Bekanntgabe weiterer Zeugen, sowie sonstiger Beweismittel wird vorbehalten.

Die Herausgeber der „[illegible] Freien Presse“: Michael Etienne. Adolph Werthner. Der vera[illegible] Redacteur der „Neuen Freien Presse“: Joseph Mitter. [illegible] derselben: Dr. Bernhard Stall.

Nachdem die Anklageschrift vorgetragen war, richtet der Präsident an den Angeklagten die Frage: Gegen diese Anklageschrift haben Sie den Einspruch erhoben? — Angeklagter verneint.

Präs.: Sie scheinen davon gar keine Kenntniß zu haben; ich werde dieses Erkenntniß verlesen.

Der Präsident gibt bekannt, daß dem Begehren um Vernehmung des Baron Edelsheim Folge gegeben wurde.

Der Vertheidiger Dr. Kreith wiederholt seinen von der Rathskammer bereits zurückgewiesenen Antrag auf Vorladung von Zeugen, welche über die Beziehungen der „Neuen Freien Presse“ zu Bank-Instituten deponiren sollen.

Dr. Stall spricht sich gegen die begehrte Vertagung und Zeugenvorladung aus.

Präs.: Bevor der Gerichtshof sich zur Berathung über diesen Antrag zurückzieht, bin ich genöthigt, den in dem Journale „Vaterland“ erschienenen Artikel, welcher Anlaß zur Klage gab, zur Verlesung zu bringen, damit die Herren Geschwornen sich ein Bild von der Lage machen. Der Präsident verliest diesen Artikel, und zieht sich hierauf der Gerichtshof zur Berathung zurück.

Der Gerichtshof beschließt, es sei dem Begehren um Vorladung von Zeugen und die zu diesem Behufe nothwendige Vertagung der Verhandlung aus den von der Rathskammer bekanntgegebenen Gründen keine Folge zu geben.

Es wird sohin zum Verhöre des Angeklagten geschritten.

(Fortsetzung im Morgenblatte.)

Nach Schluß des Blattes.

Wien, 24. November.

Der gestrige Ministerrath beschäftigte sich, wie uns auch heute bestätigt wird, mit der durch die ablehnende Antwort der Bank auf die Collectiv-Note der Finanzminister geschaffenen neuen Situation. Im Abgeordnetenhause wurde heute von der Regierung nahestehenden Abgeordneten erzählt, daß die Minister nunmehr mit Einmüthigkeit den Standpunkt vertreten, daß nach Ablehnung durch die Bank die Vorlage der auf die Bank bezüglichen Gesetze im Reichsrathe nicht erfolgen könne. Die Regierung gedenkt auch, sich in diesem Sinne in der Montag stattfindenden Conferenz der Verfassungspartei auszusprechen. Die Regierung dürfte dieser Erklärung hinzufügen, daß sie bei den Mai-Abmachungen sich verpflichtete, nur dann für die auf die Bankfrage bezüglichen Gesetzvorlagen einzustehen, wenn ein Einverständniß darüber mit der Nationalbank erzielt wird. Die Regierung hat übrigens ihre Antwort noch nicht formulirt und wird dieselbe nicht ertheilen, ohne zuvor die Ermächtigung des Kaisers eingeholt zu haben. Im Abgeordnetenhause hält man die Situation für eine schwierige, glaubt jedoch, daß, falls eine Ministerkrise durch dieselbe herbeigeführt werden sollte, nur eine partielle Veränderung des Cabinets eintreten werde. — Das durch den Dziennik Polski verbreitete Gerücht, die Regierung denke in Folge der Haltung der Verfassungspartei an eine Auflösung des Reichsrathes, wird entschieden dementirt.

Telegramme des Correspondenz-Bureau.

Ragusa, 23. November. Die Demarcations-Commission entschied sich für die Besichtigung der Haupt-Demarcationspunkte an Ort und Stelle, und werden sich demnach der russische, österreichische und montenegrinische Commissär nach der Herzegowina und der englische, deutsche und französische Commissär nach Albanien begeben.

Pest, 24. November. Auf Amortisation der Staatsschulden wurden bisher über 33 Millionen verausgabt, wodurch sich der Ausweis des Finanzministers bezüglich Verwendung der Anleihegelder noch günstiger gestaltet.

Brüssel, 24. November. Die Ablehnung des Antrages Bara in der Kammer, betreffend die Untersuchung der Wahlen in Ypern, Antwerpen und Brügge, wurde mißfällig aufgenommen. Eine Schaar Studenten durchzog die Stadt unter den Rufen: „Nieder mit dem Ministerium!“ Weiter sind keine Ruhestörungen vorgefallen.

Konstantinopel, 23. November. Der Ministerrath beschäftigte sich gestern mit dem Verfassungs-Entwurfe; die Veröffentlichung desselben ist bevorstehend.

Athen, 23. November. Die Kammer hat die Regierungsvorlagen in Betreff der außerordentlichen Rüstungen und der militärischen Organisirung von 200,000 Mann in erster Lesung angenommen.

Der König überschickte dem Minister-Präsidenten Komunduros das Großkreuz des Erlöser-Ordens. Marquis de Gabriac ist auf seinen neuen Posten nach Brüssel abgereist.

Bukarest, 23. November. Fürst Karl ist zur Truppen-Inspicirung nach der Moldau abgereist, von wo derselbe Montag nach Bukarest zurückkehrt.

Nach Schluß des Blattes.

Pest, 24. November. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Georg Pap (Rumäne) spricht gegen das Budget. Der Referent erwidert kurz auf die gegen den Finanz-Ausschuß gefallenen Angriffe. Hierauf folgen die Schlußreden Simonyi's und Mocsary's.

London, 24. November. Die Times meldet: Das an der Börse verbreitete Gerücht, daß Disraeli seine Demission einreichte und durch Derby ersetzt werden solle, ist unbegründet. Die Times ist ermächtigt, die Nachrichten von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Cabinets als unrichtig zu erklären.

Telegramme der „Neuen Freien Presse.“

Prag, 24. November. Statthalter Weber ist gestern telegraphisch nach Wien berufen worden und reist Abends mit dem Schnellzuge der Oesterreichischen Nordwestbahn ab. Die Berufung hängt mit den Vorgängen in den verfassungstreuen Clubs zusammen.

Berlin, 23. November, 11 Uhr Abends. Lord Salisbury wurde für gestern Abends zur Soirée der Kronprinzessin geladen und verschob auf Wunsch derselben seine Weiterreise nach Wien auf morgen $6^{3}/_{4}$ Uhr Früh. Der englische Special-Bevollmächtigte wird daher erst morgen um diese Stunde mittelst Separatzuges nach Wien abreisen. Salisbury sammt Frau und Kindern war heute zu einem Diner geladen, welches Bismarck ihm zu Ehren gab. Um 3 Uhr Nachmittags empfing der englische Minister den Besuch des Reichskanzlers.

Telegr. Witterungs-Berichte der k. k. Central-Anstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus vom 23. November 1876, 7 Uhr Morgens.

Stationen:	Luftdruck in Millimetern auf das Meeresniveau reducirt: beobachteter	Differenz v. Vortag	Temperatur n. Celsius: beobachtete	Differ. von der Norm	Feuchtigkeit in %	Windrichtung	Stärke	Bewölkung
Inländische:								
Prag	[illegible]	+[illegible].8	−2.4	−3.2	87	[illegible]	2	ganz bewölkt
Krakau	[illegible]	+1.0	−6.0	−4.9	[illegible]	[illegible]	[illegible]	ganz bewölkt
Lemberg	[illegible]	+[illegible]	−6.9	−7.[illegible]	[illegible]	[illegible]	3	ganz bewölkt
Tarnopol	[illegible]	[illegible]	−7.9	−4.[illegible]	100	[illegible]	4	ganz bewölkt
Bregenz	[illegible]	+1.2	2.2	+0.7	82	[illegible]	1	ganz bewölkt
Ischl	[illegible]	+[illegible]	0.1	+[illegible]	96	[illegible]	[illegible]	Schnee
Wien	[illegible]	+4.1	−3.2	−5.2	91	[illegible]	1	Schnee
Graz	[illegible]	+[illegible].4	−0.3	—	87	[illegible]	1	Schnee
Budapest	[illegible]	+3.2	0.8	−0.6	[illegible]	[illegible]	2	[illegible]
Ungvar	[illegible]	−3.[illegible]	1.0	—	[illegible]	[illegible]	[illegible]	ganz bewölkt
Debreczin	[illegible]	[illegible]	−0.2	−1.5	[illegible]	N	3	ganz bewölkt
[illegible]	[illegible]	+[illegible]	0.2	−2.2	85	NE	[illegible]	ganz bewölkt
Szegedin	—	—	—	—	—	—	—	—
Hermannstadt	765.8	+3.2	−0.6	−0.8	[illegible]	[illegible]	1	bewölkt
Klagenfurt	[illegible]	+1.[illegible]	−0.7	1.1	[illegible]	S	1	Nebel
[illegible]	[illegible]	+6.7	4.[illegible]	+1.9	87	—	0	ganz bewölkt
Görz	[illegible]	+5.[illegible]	2.7	+2.4	77	[illegible]	1	fast heiter
Triest	762.3	+5.1	[illegible]	−1.7	[illegible]	[illegible]	3	fast heiter
Pola	[illegible]	+4.5	5.[illegible]	2.1	[illegible]	[illegible]	4	ganz bewölkt
[illegible]	[illegible]	+4.8	7.4	−3.3	[illegible]	[illegible]	[illegible]	ganz bewölkt
Lesina	[illegible]	+[illegible]	7.7	−[illegible]	[illegible]	[illegible]	1	Regen
[illegible]	[illegible]	+[illegible]	8.[illegible]	−[illegible]	89	[illegible]	2	Regen
Punta d'Ostro	[illegible]	+[illegible]	9.6	−1.4	88	[illegible]	2	Regen
Ausländische:								
[illegible]	[illegible]	+1.7	−3.2	—	91	[illegible]	2	ganz bewölkt
Swinemünde	[illegible]	+5.3	−6.9	—	92	[illegible]	1	heiter
[illegible]	[illegible]	+3.6	−11.4	—	85	—	0	heiter
[illegible]	—	—	—	—	—	—	—	—
[illegible]	[illegible]	+0.7	2.1	—	77	[illegible]	2	ganz bewölkt
[illegible]	[illegible]	+1.2	1.[illegible]	—	[illegible]	N	2	ganz bewölkt
[illegible]	[illegible]	+1.7	[illegible]	—	[illegible]	[illegible]	2	ganz bewölkt
[illegible]	[illegible]	+0.[illegible]	−0.3	—	99	[illegible]	3	[illegible]
[illegible]	[illegible]	+[illegible]	[illegible]	−3.0	[illegible]	[illegible]	1	Regen
[illegible]	[illegible]	+5.7	11.0	—	—	[illegible]	2	heiter
[illegible]	[illegible]	+[illegible]	7.0	—	—	[illegible]	2	heiter
[illegible]	[illegible]	+[illegible]	2.0	—	—	[illegible]	2	Schnee
Florenz	[illegible]	[illegible]	7.0	—	—	N	3	heiter
[illegible]	[illegible]	+2.9	4.0	—	—	[illegible]	2	Nebel
Brest	[illegible]	+5.2	8.0	—	—	N	3	bewölkt
[illegible]	[illegible]	0.0	10.0	—	—	[illegible]	2	bewölkt
[illegible]	[illegible]	+8.0	10.[illegible]	−0.4	83	[illegible]	1	bewölkt
Constantinopel	—	—	—	—	—	—	—	—
[illegible]	—	—	—	—	—	—	—	—
[illegible]	—	—	—	—	—	—	—	—
[illegible]	—	—	—	—	—	—	—	—
[illegible]	—	—	—	—	—	—	—	—
[illegible]	—	—	—	—	—	—	—	—

Meereszustand: Bei Valentia und Cap Lizard Sturm aus [illegible], sonst leicht bewegt. — Niederschlag (in Millimetern) wurde seit gestern gemessen: Zu Krakau Schnee (1), zu Ischl Schnee ([illegible]), zu Wien Schnee (2.8), zu Brest Regen ([illegible]), zu Ungvar Schnee (3), zu [illegible] Schnee (8), zu Hermannstadt Schnee (2), zu Klagenfurt Schnee ([illegible]), zu Lesina Regen (24), zu Lissa Regen (19), zu Punta [illegible] Regen (18), zu Ancona Regen (27), zu Durazzo (8). — Paris meldet: Depression bei Valentia 752 Millimeter, [illegible] bei Bordeaux [illegible] Millimeter, hohen Barometerstand im Norden. Petersburg 775, Moskau 777 Millimeter.

Verzeichniß der Verstorbenen.

(Vom 19. bis 21. November.)

Schneider Gottlieb, Futteralmacher, 1[illegible] J., 9. Bezirk, [illegible]. Winkler Marie, [illegible]-Gattin, 3[illegible] J., 2. Bezirk, [illegible]. Partl Augusta, [illegible]-Tochter, 15 J., 5. Bezirk, [illegible]. Manndorf [illegible], Postofficial, 75 J., 5. Bezirk, Altersschwäche. Naffemann [illegible], [illegible], 6[illegible] J., 8. Bezirk, Lungenoedem. Korm Karl Friedrich, [illegible]-Sohn, 11 J., [illegible] Bezirk, Scharlach. Gandermann Wenzel, [illegible], 50 J., 9. Bezirk, Lungentuberculose. Lewardersti [illegible], Capitular von Heiligenkreuz, 65 J., 1. Bezirk, Lungenausdehnung. Hanel Clara, Webers-Witwe, 72 J., 5. Bezirk, Herzfehler. Sommer Michael Johann, [illegible], 54 J., 6. Bezirk, Wassersucht. Kmetty Heinrich, Geschäftsführer, 49 J., 6. Bezirk, [illegible]. Riepl Barbara, Private, 66 J., 6. Bezirk, Gehirnschlag. Schlemmer Aloisia, Tischlers-Gattin, 46 J., 10. Bezirk, Lungentuberculose. Mold Joseph, Fragner, 55 J., 8. Bezirk, Bright'sche Krankheit.

Im Bürger-Versorgungshause im 9. Bezirke: Hauptmann Gottfried, Bürger und Goldarbeiter, 76 J., Schlagfluß.

In den verschiedenen Spitälern: Maire Rosalia, Pfründnerin, 74 J., Knochenentartung. Cologna Carolina, Pfründnerin, 72 J., Lungenentzündung. Windisch Josepha, Magistratsdieners-Witwe, 74 J., Altersbrand. Gneis Johann, Seidenfärbergehilfe, 47 J., Lungenlähmung. Lanzer Sigmund, Schlossergehilfe, 48 J., Gehirnschlag. Kalchgruber Johann, Taglöhner, 62 J., zugereist, Lungentuberculose. Frischnek Franz Karl, Taglöhner, 23 J., Lungentuberculose. Schimpf Gustav, Schlossergehilfe, 40 J., Lungentuberculose. Brezina Theresia, Taglöhnerin, 52 J., Lungenoedem. Hainz Crescentia, Fabriksarbeiterin, 32 J., Beinfraß. Welt Isidor, Jurist, 24 J., Lungentuberculose. Drewiwkosky Gustav, Privatbeamter, 46 J., Lungenoedem. Georgi Gottlob, Buchbindergehilfe, 63 J., Erschöpfung. Deschmann Vincenz, Official des Bezirksgerichtes Wieden, 59 J., Erschöpfung.

Wiener Börse vom 24. November.

Notirungen um 12 Uhr 45 Minuten.

Das Geschäft der heutigen Vorbörse brachte die Haussetendenz auf dem Speculations-Gebiete zum Durchbruche, während gleichzeitig die Valuta eine rückgängige Bewegung machte. Die friedlichen Anzeichen, welche sich aus den vorliegenden Nachrichten erkennen ließen, mehr noch die namhafte Cursbesserung in London und im Pariser Boulevardverkehr animirten die Speculation und führten eine rasche Erholung bei den einzelnen Cursen herbei. Das Geschäft, obwol etwas lebhafter, beschränkte sich doch nur auf wenige der geläufigeren Effecten.

Es notiren: Creditactien zwischen 141 bis 142.50, Anglo-Bank-Actien 71.50 bis 72, Ungarische Creditbank 106 bis 107.50, Egyptische Bank 109 bis 111, Karl-Ludwigbahn 200.25 bis 201.25, Rente 61.80 bis 61.90, Zwanzig-Francsstücke 10.06 bis 10.09.

Um 11 Uhr schlossen: Creditactien 142.10, Anglo-Bank 72, Ungarische Credit 107.25, Rente 61.90, Zwanzig-Francsstücke $10.03^{1}/_{2}$.

Die Mittagsbörse zeigte eine weniger günstige Stimmung, die Tendenz schwächte sich ab. Es notiren: Creditactien 141.60, Anglo-Bank 71.50, Unionbank 49.50, Ungarische Creditbank 106.75, Egyptische Bank 108, Lombarden 79.25, Karl-Ludwigbahn 200.75, Rente 61.70, Zwanzig-Francsstücke $10.04^{1}/_{2}$.

Der Verkehr belebte sich nur im Schranken einigermaßen, wo für Staatslose, Anlagewerthe und einige Eisenbahnpapiere eine regere Nachfrage vorkam, so daß sich die höheren Curse immerhin leicht behaupten konnten. Dagegen blieb das Geschäft in der Coulisse träge und sehr limitirt bei matter Tendenz. Devisen und Valuten sind gegen früher etwas theurer.

Es notiren: Creditactien 141.60, Anglo-Bank 71.25, Unionbank 49.50, Bankverein 55.50, Bankactien 837, Ungarische Creditbank 106.90, Egyptische Bank 108.25, Lombarden 79.50, Staatsbahn 263.50, Rudolphbahn 102, Karl-Ludwigbahn 200.50, Kaschau-Oderberger Bahn 86, Ungarische Westbahn 83.50, Elisabethbahn 136, Dampfschiff 846, Nordwestbahn 118, Rente 61.60, Silber-Rente 67.25, 1864er Lose 134, Zwanzig-Francsstücke $10.05^{1}/_{2}$, Reichsmark $61.8[illegible]^{1}/_{2}$, Silber 112.25, London 125.80 bis 126.10, Paris 49.90, Berlin 61.20.

	Geld	Waare			Geld	Waare
Papier-Rente	61.60	61.70	Nordbahn		1765	1770
Silber-Rente	67.25	67.50	Staatsbahn		262.50	263.—
Lose vom Jahre 1860	108.50	109	[illegible]bahn		79.50	80.—
Lose vom Jahre 1864	13[illegible].—	134.50	Elisabethbahn		136.—	136.50
Nationalbank	[illegible]	[illegible]	Karl-Ludwigbahn		200.50	201.—
Creditanstalt	141.[illegible]	141.[illegible]	[illegible]bahn		136	137.—
N.-Oe. Escomptebank	650.—	660.—	Lemberg-Czernow.		[illegible]	[illegible]
Anglo-Austrianbank	71.50	71.75	Nordwestbahn		118.—	118.50
Handelsbank	—.—	—.—	Frankf. 100 RM.	$4^{1}/_{2}$	61.2[illegible]	61.35
Unionbank	49.—	49.25	London, 10 Pfd.	2	125.75	126.—
Bankverein	55.50	56.—	Paris, 100 Frcs.	3	49.90	49.95
Ungar. Credit	106.50	106.75	K. Münz-Ducaten		5.98	5.99
Donau-Dampfsch.	346.—	348.—	Napoleonsd'or		10.05	10.06
Tramway	85.—	86.—	Silber		112.25	112.40
Verkehrsbank	77.50	78.—	Deutsche Reichsmark		61.85	61.[illegible]
Austro-Egypt.	108.—	109.—	Innerberger		—.—	—.—

Fremde Börsen.

Berlin, 23. Nv.	Bez.	Frankft., 23. N.	Bez.	Paris, 23. N.	Bez.
Oest. Silber-R.	53.60	Oest. Papier-R.	$49^{1}/_{8}$	3perc. Rente	70.62
Oest. Papier.-R.	49.50	Oest. Silber-R.	$53^{7}/_{8}$	5perc. Rente	104.[illegible]
Oest. Banknoten	161.35	Ung. Lose	—.—	Ital. Rente	70.[illegible]
Oest. Staatsb.	422	Bankactien	668.—	Staatsbahn	527.—
Lombarden	125.50	Creditactien	112.	Lombarden	158.—
Galizier	80.75	Wien	161.75	Oest. [illegible]	47[illegible].—
Creditactien	227.—	Oe. 1860er Anl.	—.—	Dom.-Pfandbr.	[illegible]
7perc. Rumän.	12.—	**Amsterd.**, 23. N.		Egypter	251.—
Hambg., 23. N.		Oest. Papier-R.	$48^{7}/_{8}$	**London**, 23. N.	
Silber-Rente	$53^{1}/_{2}$	„ Silber-R.	$52^{1}/_{8}$	Consols	$9[illegible]/_{16}$
Creditactien	112.—	Wiener Wechsel	9[illegible]	Amerikaner	[illegible]

[Telegr. Curse der Wiener Börse.] Um 1 Uhr 30 Minuten. Creditactien 141.50, Anglo-Bank 70.75, Unionbank 49.25, Bankverein 56, Ungarische Creditbank 106.50, Egyptische Bank 108, Bankactien 836, Lombarden 7[illegible].50, Staatsbahn 263, Nordostbahn 88.50, Theißbahn 1[illegible], Nordwestbahn 117.50, Kaschau-Oderberger Bahn 85.50, Karl-Ludwigbahn 200.25, Elisabethbahn 136.50, Tramway 86, Dampfschiff-Actien 344, Rente 61.45, Silber-Rente 67.10, 1864er Lose 1[illegible]4, Zwanzig-Francsstücke 10.06, Silber 112.30, Reichsmark $61.87^{1}/_{2}$, London 125.90 bis 126.20. Geschäftslos, matt.

Hamburg, 23. November. (Abendbörse.) Creditactien 111.50. Staatsbahn 525.—. Lombarden 160.— Silber-Rente $53^{1}/_{2}$. Anfangs fest, Schluß matter.

Paris, 23. November. (Boulevard-Verkehr.) Dreipercentige Rente 70.85. Fünfpercentige Rente 104.[illegible]. Türkische Consols 11.15. Italiener 70.90. Egyptische 2[illegible]. Sehr fest, belebt, zahlreiche Umsätze.

Newyork, 21. November. (Kabeltelegramm.) Goldschlußcurs $109^{5}/_{8}$. Wechsel auf London 4.8[illegible]. Fünf-Zwanziger-Bonds vom Jahre 1885 $110^{1}/_{8}$. 5percentige fundirte Anleihe $112^{[illegible]}/_{8}$. Fünf-Zwanziger-Bonds vom Jahre 18[illegible] $116^{1}/_{8}$. Erie-Bahn [illegible]. Baumwolle in Newyork 12—. Baumwolle in Neworleans $11^{1}/_{2}$. Petroleum in Newyork $26^{3}/_{8}$. Petroleum in Philadelphia $26^{1}/_{4}$. Mehl [illegible]. Rother Frühjahrsweizen 135.—. Rio-Kaffee $17^{7}/_{8}$. Havana-Zucker $9^{7}/_{16}$. Getreidefracht 6.—.

Fruchtbörse.

Wien, 24. November. Die Stimmung ist auch heute matt, die Preise [illegible]. Es notiren: Frühjahrsweizen fl. 12 bis fl. 12.05, Frühjahrskorn fl. 10.50 bis fl. 10.60, Frühjahrshafer fl. 8.84 bis fl. 8.9, ungarisches Korn fl. 10.[illegible] bis fl. 10.6[illegible], [illegible] Hafer fl. 8.40 bis fl. 8.55, prompter Mais fl. 6.30 bis fl. 6.40, Mai-Juni-Mais fl. 7.20 bis fl. 7.25.

[Heu- und Strohmarkt.] Beeinflußt durch den wenig practicablen Zustand der Fahrwege, war der Markt heute nur mit 1[illegible]0 Fuhren Heu, 80 Fuhren Stroh und 60 Fuhren Kraut beschickt. Bei schwacher Kauflust wurde zu folgenden Preisen abgegeben. Waldheu mit fl. 4.30 bis fl. 5.79, deutsches mit fl. 4.15 bis fl. 5.29, ungarisches mit fl. 2.29 bis fl. 3.69, slovakisches mit fl. 3.59 bis fl. 4.59. Stroh mit fl. 3.40 bis fl. 5.8[illegible], Schüttstroh mit fl. 2.75 bis fl. 3.13 per metrischen Centner und Kraut mit 80 kr. bis fl. 4.50 per Schilling inclusive Verzehrungssteuer.

Telegraphische Handelsdepeschen.

Bremen, 22. November. Petroleum per November 22.[illegible]. Höher.

Rorschach, 23. November. Stimmung fest, mäßiger Umsatz bei unveränderten Preisen. Banat-ungarischer Weizen 31 bis $31^{1}/_{2}$ franco Rorschach.

Antwerpen, 22. November. Petroleum 58. Steigend.

Newyork, 22. November. Zufuhren in Baumwolle 26,000 Ballen.

[Telegr. der „N. Fr. Pr.“] **Pest**, 24. November. Getreide prompt behauptet, ohne Geschäft; Termine flau, Weizen fl. 11.97, Korn fl. 10.05, Hafer fl. 8.35, Mais fl. 6.68.

Herausgeber: Michael Etienne, Adolph Werthner.
Verantwortlicher Redacteur: Joseph Mitter.
Druckerei der „Neuen Freien Presse“: Christoph Reisser.

Nr. 271. We Lwowie Niedziela dnia 26. Listopada 1876. **Rok IX.**

Wychodzi codziennie.
Przedpłata wynosi: we Lwowie rocznie 18 zł. — półrocznie 9 zł. — kwartalnie 4 zł. 50 ct. — miesięcznie 1 zł. 50 ct.
Z przesyłką pocztową w Państwie Austrjackiem rocznie 22 zł. — półrocznie 11 zł. — kwartalnie 5 zł. 50 ct. — miesięcznie 1 zł. 85.
Z przesyłką pocztową za granicę: do całych Niemiec rocznie 50 marek, kwartalnie 12 marek — do Francji i Anglii rocznie 108 franków — 27 franków — do Belgii, Włoch i Szwajcarji rocznie 80 fr., kwartalnie 20 fr.
Numer kosztuje 8 centów.
Manuskryptów Redakcja nie zwraca.

DZIENNIK POLSKI

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują we Lwowie Bióro Administracji „Dziennika Polskiego“ przy placu Halickim i Ajencja W. Piątkowskiego plac Katedralny; we Wiedniu, Hamburgu, Frankfurcie n. M. w Berlinie, Lipsku, Bazylei (Szwajcarja) i Wrocławiu pp. Haasenstein & Vogler; w Wiedniu F. Löb, R. Mosse, Rotter i Spł.; w Poznaniu Kazimierz Neumann Bióro anonsów; Paryżu pułkownik Raczkowski, Faubourg Poissoniere 38. Ogłoszenia przyjmuje Agencja p. Adama Carrefour de la Croix-Rouge, 2 Paris. w Krakowie księgarnia Adolfa Dygasińskiego.
Ogłoszenia przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem (petit).
Listy z pieniądzmi mają być przesyłane franco do Administracji „Dziennika Polskiego“ — Listy reklamacyjne nie opieczętowane nie podlegają opłacie.

Lwów 25. listopada.

Bismark powrócił do Berlina i dał całej prasie europejskiej powód do komentarzy nad tem, co teraz będzie? Bardzo wielka, przeważna nawet część tej prasy wyraża to samo zdanie, które nieraz wypowiedzieliśmy tj. że Niemcy mają raczej interes wystąpić przeciw zachciankom moskiewskim na Wschodzie, aniżeli je popierać. Uwagi godnem jest wszakże, że właśnie półurzędowe pisma pruskie, jak *Nordd. Allg. Zeitung* albo *National Zeitung*. traktują tę sprawę w sposób wprost przeciwny. Hasłem ich jest, iż Niemcy nie mają żadnego interesu na Wschodzie, że uwaga ich musi być raczej zwróconą na Zachód, na myśl odwetu żywioną we Francji, i że nakoniec winne są Moskwie wdzięczność za to, iż w r. 1870 była neutralną, a nawet szachowała Austrję. Głosy te półurzędowe mogą być szczere, lub nieszczere. W tym drugim wypadku byłyby one prawdopodobnie wynikiem osobistej niechęci jaka Bismark żywi dla Gorczakowa, i mogłyby dążyć do skompromitowania kanclerza moskiewskiego. W istocie, gdyby ks. Gorczaków, spuszczając się na życzliwość pruską, i awanturując się tak daleko, jak już zaawanturowała się Moskwa, w ostatniej chwili napotkał na stanowcze veto pruskie, byłby to dla niego figiel zabójczy. Należy jednak zważyć, że swoją drogą interesa niemieckie zagrożoneby były przez zbytni wzrost Moskwy, a swoją drogą, do pewnego punktu gabinet berliński tolerować go może okazując Moskwie jak największą przychylność. I tak np. nie miałby zapewne nic przeciwko secundogeniturze moskiewskiej w Belgradzie, gdyby nawet miała obejmować Bośnię i Bulgarję. I owszem — taki zawiązek południowo-słowiańskiego państwa byłby tylko ostatniem ogniwem w tym łańcuchu niepewnych sąsiadów, który otacza Austrję. Monarchja austrjacko-węgierska, nie przegrawszy ani jednej nowej bitwy, nie poniósłszy żadnej materjalnej klęski, byłaby *de facto* zdegradowaną do rzędu państwa drugorzędnego. Jest to plan, który bardzo logicznie można przypisywać Bismarkowi, i którego ziszczenia rząd austrjacko-węgierski sprzeciwiać się musi wszelkiemi siłami. Ażeby mu utrudnić działanie, dzieją się już teraz wewnątrz monarchji rzeczy, którym ręka pruska nie jest obcą. Odgrażanie się pewnej partji w sprawie ugody węgierskiej, tak ogólnikowo motywowane, nagłe rozterki między większością Rady państwa a gabinetem, wynikające z powodów, w których zasadniczego znaczenia dopatrzeć trudno — wszystko to razem aż nadto wyraźnie wskazuje plan wyrafinowany, obliczony na sparaliżowanie mocarstwa, już i tak niezbyt zdolnego do jakiejkolwiek akcji.

Chęć wyzyskania sprawy ugody węgierskiej w tym celu objawia się najwyraźniej w powstaniu nowej frakcji „wiernokonstytucyjnej“, ostentacyjnie zrywającej z rządem. Nie sądzimy wszakże, by rezultatem tych zabiegów mogło być obalenie gabinetu Auersperga i udaremnienie ugody węgierskiej. W takich warunkach, jakie obecnie istnieją, ministerjum przedlitawskie przy niejakiej zręczności znajdzie zawsze większość po swojej stronie, a rezultatem prusofilskich machinacyj będzie tylko to, że pewna liczba centralistów wiernokonstytucyjnych skompromituje się bezpowrotnie anti-austrjackiemi wprost dążeniami swojemi.

Obrona uniwersytetu lwowskiego.

Mowa dra Marcelego Madejskiego na posiedzeniu Rady miasta Lwowa z d. 23. listopada b. r.

Przychodzę do was, szanowni panowie z wnioskiem nagłym, tak co do formy, jak treści, pozwolicie zatem że chociaż pokrótce, będę się starał usprawiedliwić takowy.

Od lat kilku ponawiany bywa w sejmie wniosek o uzupełnienie uniwersytetu lwowskiego wydziałem lekarskim; dotąd bowiem mamy tylko trzy wydziały: wydział teologiczny, prawniczy i filozoficzny, chociaż według dyplomu cesarza Franciszka II., z roku 1784, na mocy którego uniwersytet lwowski jest założony, powinien z wszystkiemi czterema istnieć wydziałami.

Usiłowania nasze pozostały bez skutku; natomiast odzywają się od lat kilku już głosy w Radzie państwa, domagające się zniesienia uniwersytetu lwowskiego. Pierwszy raz rzucił myśl taką dep. Suess, wówczas, gdy toczyła się kwestja założenia uniwersytetu w Czerniowcach, obecnie, jak to wiadomo ze sprawozdania o obradach w komisji budżetowej Rady państwa, posunął się tenże deputowany tak dalece, że podsuwał rządowi wyraźnie zamiar zwinięcia uniwersytetu lwowskiego. P. minister oświaty odpowiedział wprawdzie, że c. k. rząd nie miał takiego zamiaru i nie ma — atoli mimo to komisja budżetowa przyjęła wniosek, ażeby zanim c. k. rząd przystąpi do rozszerzenia budynku na zakład anatomiczny przy uniwersytecie w Krakowie, zajął się poprzód kwestją zniesienia uniwersytetu lwowskiego.

Tym sposobem zręczny nasz przeciwnik zawiesił miecz Damoklesa nad uniwersytetem lwowskim. Uchwała komisji budżetowej nie jest jeszcze wprawdzie uchwałą Rady państwa, wszakże dla nas zawsze wielce niebezpieczną. Rada państwa idzie bowiem zwykle za wnioskami komisji; a chociaż p. minister oświaty odrzucił stanowczo podsuwaną mu myśl zniesienia uniwersytetu lwowskiego, to wiemy z doświadczenia niestety, jak pod naciskiem większości Rady państwa zmieniają się zapatrywania ministrów. Gdyby szło o przykłady, dosyć wspomnieć kwestję bezpośrednich wyborów do Rady państwa.

Nie wolno nam przeto pomijać milczeniem podobnych głosów o uniwersytecie lwowskim, przeciwnie powinniśmy wystąpić jawnie przeciw takim dążnościom koteryjnej zapamiętałości.

Mówię koteryjnej zapamiętałości, bo jakże inaczej nazwać myśl taką? zwłaszcza gdy wychodzi ona od profesora uniwersytetu, od męża głębokiej nauki, od męża który czem jest zawdzięcza nauce — a jednak u nas niszczyć chce przybytek nauki zajmujący od wieku niepoślednie stanowisko w rzędzie uniwersytetów monarchji — niszczyć, dla czego? bo uniwersytet ten przed laty niemiecki, dziś jest uniwersytetem polskim z wykładami w polskim i ruskim języku.

Skarb państwa nie może utrzymywać w Galicji dwóch uniwersytetów — powiada z emfazą deputowany Suess — a gdy jest uniwersytet polski w Krakowie, to znieść uniwersytet taki we Lwowie. Wniosek bardzo łatwy i popularny w Wiedniu! — dla czego jednak p. Suess nie zadał sobie pracy zbadać z jakich to funduszów powstały uniwersytety w Galicji, i czy zaprawdę skarb państwa ponosi tak niesłychane na ten cel ofiary? Gdyby z uwagą chciał odczytać relacje namiestnictwa lwowskiego o genezis funduszu naukowego w Galicji przedłożoną w r. 1863 na żądanie ministerstwa, byłby znalazł tam niepoślednią cyfrę, bo przeszło 1.200.000 złot. funduszów pojezuickich i pijarskich, który to majątek za czasów Polski powstał z zapisów prywatnych i ofiar na cele naukowe, a po zajęciu Galicji i zniesieniu zakonów wcielony został do takzwanego funduszu naukowego. (Studienfond). Gdyby dalej chciał wglądnąć w dzieje posagu uniwersytetu jagielońskiego w Krakowie, byłby znalazł że dotacja tegoż uniwersytetu czyli majątek jego wynosił według inwentarza sporządzonego w r. 1847 przez biuro likwidacyjne krakowskie — przeszło 14.763.000 złp. Majątek ten, wogóle wzięty, wypłynął z mnogich darowizn i fundacyj, któremi go dawni królowie polscy, właśni profesorowie uniwersytetu, tudzież wielka liczba uczniów i przyjaciół umiejętności w długiej kolei lat uposażyli, znajdował się on na terytorjach tych państw, które w r. 1815. podział Księstwa warszawskiego dokonały. wszakże część w królestwie Galicji i Lodomerji w dobrach ziemskich, realnościach i kapitałach lokowana, czyniła łącznie zwyż 5.250.000 złp.

Chociaż c. k. rząd sprzedane w r. 1802 i 1809 dobra uniwersyteckie w wartości przeszło dwu i pół miljona złp. do tak zwanego wschodnio-galicyjskiego funduszu sztyftowego wcielił, to jednak nie zaprzeczał nigdy uniwersytetowi Jagiellońskiemu własności majątku jego, przeciwnie w konwencji wiedeńskiej między Austrją i Rossją w r. 1828 zawartej uznał najwyraźniej, że uniwersytetowi krakowskiemu służy prawo własności co do tej części jego niegdy majątku, która położona w Galicji w posiadanie rządu austrjackiego weszła.

Tak więc uniwersytety nasze miały i mają znaczne fundusze na utrzymanie swoje, a cyfry o których wspomniałem, czerpane z aktów urzędowych, i muszą być znane c. k. rządowi.

Przypomnieć należy jednak te fakta, ażeby niemiecka większość Rady państwa nie kazała poczytywać nam za dar hojny ze skarbu państwa to, co mówiąc inaczej skarb państwa nam winien.

Lecz pominąwszy środki materjalne, zapytać potrzeba, ażali państwo może bez szkody własnej i kraju znieść uniwersytet lwowski. — Nie chcę mówić, czy byłoby krokiem politycznym niszczyć jedyny od zajęcia Galicji zabytek naukowy, powstały w skutek wspaniałomyślnej woli monarchów, ś. p. Najjaśniejszego cesarza Józefa II i Franciszka I, — lecz zwrócę uwagę na liczbę uczniów frekwentujących w uniwersytecie lwowskim, i wynikającą ztąd żywotność tej instytucji naukowej. Zestawiłem cyfrowo ilość uczęszczających uczniów według wydziałów, i ogółem w każdem półroczu szkolnem od r. 1860/1861 do 1876/1877. — Nie chcę Szanownych Panów trudnić wyliczaniem poszczególnych dat, powiem tylko, że rok za rokiem liczba uczniów wzmaga się, a wzrost jej taki, że gdy w r. 1860 ogółem uczęszczało 588 do 600 uczniów, w roku 1876/1877 uczęszcza ich do teraz 966, a dodać potrzeba, że gdy te daty zbierałem, zapisy trwały jeszcze, i bez wątpienia ta liczba podniosła się o kilkudziesięciu uczniów więcej. — Więc zakład o takiej sile uczniów, zakład w stolicy kraju liczącego pięć i pół miljona ludności, miałby być zniesiony ot tak dla kaprysu p. Suess et consortes, wtenczas, gdy tenże sam rząd i Rada państwa uznały za niezbędne założyć kosztem państwa uniwersytet zupełny w Czerniowcach i utrzymywać go dla stu kilkunastu uczniów w mieście o 34.000 mieszkańcach, w kraju liczącym około pół miljona ludności, w kraju, który z położenia terytorjalnego we wszystkich stosunkach swoich grawituje ku Lwowu.

Nie chcę przez to bynajmniej czynić zarzutu przeciw istnieniu uniwersytetu Czerniowieckiego, owszem jestem zdania, że państwo takiej potęgi jak monarchja Austrjacka nie powinno szczędzić wydatków na cele naukowe, a rząd w którego skład wchodzi ministerstwo wyznań i oświaty ma obowiązek dążyć do utrzymania uniwersytetu w stolicy każdego kraju koronnego, — ale podniosłem tę okoliczność jedynie dlatego, że równą miarką należy mierzyć dla naszego kraju, i na tej samej zasadzie powinien c. k. rząd oprzeć się stanowczo dążności zniesienia uniwersytetu Lwowskiego, inaczej zapytaćby potrzeba, na co łożyć tak znacznych kosztów na ministerstwo wyznań i oświaty? czyliż zadaniem jego ustalać zasady bezwyznaniowości, i znosić żywotne w kraju uniwersytety!

Nie sądzę też wcale, aby taki los padł w rzeczywistości na uniwersytet Lwowski, i nie przypuszczam tego, ażeby rząd ostatecznie dał skłonić się do zniesienia onegoż, atoli rzecz znana iż strzeżonego pan Bóg strzeże i na tej podstawie oparłem mój wniosek. W obszernym memorjale powinniśmy wyłuszczyć p. ministrowi oświaty, jak powstał uniwersytet Lwowski i do jakiej wzrósł on naukowej potęgi, — powinniśmy wykazać prawa nasze i niezbędną potrzebę do utrzymania uniwersytetu Lwowskiego, do zaprowadzenia w nim wydziału lekarskiego, — ażeby c. k. rząd miał silną podstawę oprzeć się stanowczo podobnym wnioskom, jak wniosek deputowanego Suessa i większości komisji budżetowej Rady Państwa, — ażeby wiedział nareszcie, że nietylko delegacja nasza w Wiedniu, ale kraj cały jak jeden mąż zaprotestuje przeciw takiemu gwałceniu praw i potrzeb jego, jak byłoby zniesienie uniwersytetu Lwowskiego.

Jestem pewny, że gdyby Sejm krajowy obradował w tej chwili, podniósłby głos swój w obronie uniwersytetu Lwowskiego, Wydział krajowy nieomieszka zapewne poczynić ze swej strony stosownych kroków, ależ i my panowie jako reprezentacja stolicy kraju, tak wielce w tej sprawie interesowanej, mamy prawo co więcej obowiązek zastrzeżenia się przeciw zamachom na byt uniwersytetu naszego.

Materjał dostateczny znajduje się w archiwach uniwersytetu i Wydziału krajowego, że zaś czas nagli, proszę panów, ażebyście uznali nagłość wniosku mojego, i takowy jednogłośnie przyjąć raczyli.

(Wniosku nie powtarzamy — zamieściliśmy go we wczorajszym numerze).

Mowa posła Dunajewskiego

w sprawie reformy administracyjnej.

(Ciąg dalszy).

Rząd tedy z wielką surowością i lękliwością strzegł zawsze autonomji gmin lokalnych, podczas, gdy autonomja wielkich gmin okręgowych, co więcej, wielkiej, że tak powiem, powszechnej gminy kraju całego nie w tej samej mierze, nie w tym samym stopniu i nie tak lękliwie bywała przestrzegana. Ten jest, mojem zdaniem, zasadniczy i brzemienny w następstwa błąd, który wszelkiej rzeczywistej reformie administracji stawa na przeszkodzie.

Każda uchwała rady powiatowej lub wydziału powiatowego, by jeden tylko przytoczyć przykład, uledz może zawieszeniu przez władzę polityczną, jeżli jej się widzi, że uchwała nie zgadza się z ustawami. Jest to drugi błąd zasadniczy, że wszystkie korporacje autonomiczne, uprawnione do sprawowania samorządu oddaje się pod kontrolę władz państwowych w tym duchu, jak się osobę prywatną poddaje kontroli. Władza, czy autonomiczna, czy mianowana przez panującego, czyli w tym razie przez rząd cesarski, zawsze jest władzą, zawsze jest to urząd, który mocą ustawy w sprawach publicznych ma występować *autoritative*. W jedynym tylko wypadku parlament i rząd przyznały korporacjom autonomicznym charakteru władz, a ten jeden wypadek starczy najzupełniej za ilustrację błędu powyższego

Wśród obrad tej wysokiej Izby nad ustawą o trybunale administracyjnym powiedziano wyraźnie, że prawo skargi i użalenia przeciw orzeczeniom władz administracyjnych służyć ma każdemu; to znaczy, że gdy chodzi o poddanie władz autonomicznych trybunałowi administracyjnemu, uważa się je za władze, gdy atoli chodzi o nadanie skuteczności ich orzeczeniom, kontroluje się je w sposób, jak żadnej innej władzy kontrolować nie wolno. Jeżli koniecznie żąda się podobnego wpływu dla administracji państwowej — a w zasadzie nie sprzeciwiam się temu bynajmniej — niechżeby go przynajmniej ograniczono.

Bardzo często w sejmie galicyjskim zapadały postanowienia, uchwalaliśmy ustawy, które na wzór belgijski przyznają administracji państwowej prawo zawieszania owych uchwał, ale aż do pewnego tylko terminu.

Kronika lwowska.

(Manuskrypt z kosza. Brutus spi, a Kassyusz mu pomaga. Kantata na cześć delegacji. „Emigracja chłopska“ i hr. Mieroszewski. Najnowsza kandydatura ministerjalna.)

„Szkoda nieodżałowana, że piramidy znajdują się tak daleko od Wiednia, gdyby bowiem stały nieco bliżej, to czterdzieście wieków mogłoby było z ich szczytu gołem okiem spoglądać na śmiałość i werwę, z jaką delegacja polska w Radzie państwa stanęła w obronie wolności prasy przeciw znanemu okólnikowi ks. Auersperga. Reprezentanci nasi okazali się nieodrodnymi synami dawnych bohaterów wolności, nieustraszonymi szermierzami światła i prawdy, nieugiętymi przeciwnikami absolutyzmu i samowoli. Z natury rzeczy, posłowie wybrani z miast walczyli przy tej sposobności w pierwszym szeregu i okryli się wawrzynami, których im zazdroszczą najpierwsi rzecznicy swobód ludowych w Anglji, we Francji, w Zjednoczonych Stanach, i wszędzie, gdzie istnieje system parlamentarny. Niektórzy z nich mianowicie dokazywali cudów. Brutus stanisławowski, dr. Ignacy Kamiński, formalnie zpiorunował ławę ministrów, musiano aż przerwać posiedzenie, ażeby przywołany na prędce stolarz naprawił to spustoszenie; poczem zabrał głos drugi mowca, jeden z Grachów lwowskich, dr. Julian Czerkawski. Ten w sposób godny reprezentanta drugiego z rzędu miasta polskiego potępił wstecznictwo, objawiające się szykanami policyjnemi, i wyrecytowawszy rządowi cały rejestr jego grzechów, oświadczył wśród ogromnej senzacji w całej Izbie, że jest wysłanym przez p. Niemczynowskiego, ażeby położyć koniec tej gospodarce. W myśl opozycji, za której sztandarem iść przyrzekł, zapowiedział dr. J. Cz. że ze względu na reakcyjną politykę gabinetu, będzie głosował przeciw budżetowi w ogóle, a przeciw pozycji na fundusz dyspozycyjny w szczególności, albowiem ministrowie nie posiadają jego zaufania. Mowa ta naszego posła zbiła w tak świetny sposób zarzuty prasy centralistycznej, jakoby Polacy należeli do stronnictwa wstecznego, że redaktorowie *Starej* i *Nowej Prasy* nie mogą już teraz pokazać się na ulicy, z obawy, aby ich nie ukamienowała ludność, którą tak długo w błąd wprowadzali. Jednem słowem, posłowie nasi wznowili dawną sławę imienia polskiego i...“

W przekonaniu, że antimamelucki duch, wiejący w naszej delegacji, wywoła manifestację tego rodzaju, przygotowałam był ustęp powyższy dla należytego uczczenia dzielnych przedstawicieli narodu naszego. Co więcej, jakkolwiek nie należę jeszcze do znakomitości muzykalnych naszego grodu i dobijam się dopiero uznania w tym kierunku, w spółce z doktorem *B-dur* ułożyłem kantatę opiewającą całe zdarzenie, wziąwszy za motyw znaną w całym świecie melodję:

„Polak nie sługa, nie zna co to pany.“

Tymczasem nadeszły niestety sprawozdania stenograficzne z posiedzeń Rady państwa i popsuły mi szyki ze wszystkiem. Pokazało się, że gdyby nie czterdzieście, ale czterysta wieków i to w okularach wylazło na piramidy, i gdyby piramidy te stały tuż obok fotelu p. Rechbauera, żaden z tych poważnych widzow nie byłby dostrzegł najmniejszego kiwnięcia palca w bucie polskim na rzecz wolności druku. Pokazało się, że Brutus stanisławowski musiał chyba spać przy tej okazji, a Czer-Kassjusz lwowski pomagał mu w tej tylko akcji opozycyjnej, a nie w jakiejkolwiek innej: Pokazało się, że ława ministrów może opierać się na zaufaniu naszej reprezentacji, jak stojący przed nią stół na swoich stołowych nogach, a ja przygotowany już wstęp mojej kroniki mogę wrzucić do kosza. Ponieważ atoli krótkość czasu nie pozwala mi wstępu tego pisać na nowo, więc drukuję go tutaj na dowod, że prasa krajowa potrafiłaby być wdzięczną delegacji, gdyby miała za co. Co się zaś tyczy kantaty, to podobała się ona tak mocno w tutejszych kołach muzykalnych, że jednogłośnem jest zdanie, iż od czasu pojawienia się *cri cri* nie słyszano nic równie pięknego. Zbiera się tedy grono amatorow, które zamierza zrobić niespodziankę naszym posłom przy ich powrocie do Lwowa, wykonaniem tego utworu, który od dawniejszych, zacofanych kompozycyj muzycznych odróżnia się korzystnie tem, iż poraz pierwszy użyto w nim nowego i postępowego, tj. decymalnego podziału oktawy na 10 tonów, a nie na 8, jak dotychczas. Tony dzielą się na decitony, a ogólny efekt, osiągnięty tym sposobem, jest przedziwnie rozrzewniający i sprawi niezawodnie wielką przyjemność pp delegatom.

P. Słomkowski, układając muzykę do „Emigracji chłopskiej“ Anczyca, trzymał się jeszcze dawnego systemu. Smiem utrzymywać, że źle zrobił — sztuka ta jest bowiem także napisaną na cześć jednego z pp. delegatów. Dość powiedzieć, że zaraz w pierwszym akcie kilkunastu hr. Mieroszewskich — ale w siermięgach — narzeka na rady i wydziały powiatowe, a jeden „*szimpfuje*“ nawet z niemiecka na autonomję zupełnie jak pan hrabia w Radzie państwa. Swiatłe zdania wielkiego męża powiatu krakowskiego włożone tu są w usta ludu, i popierane przez arendarza, p. Mendla — którego, nawiasem mówiąc, wybornie gra Fiszer. Dodać tu wszakże wypada, że hr. Mieroszewski nie jest jedynym politykiem, którego czyny parlamentarne w ten sposób przekazane są potomności — jest bowiem w „Emigracji chłopskiej“ kumoszka, która w popularnych zwrotach mowy reprodukuje pomnikowe zapatrywanie się p. Zyblikiewicza na „hyperprodukcję uczniów.“ Nie jakoby w ogóle była przeciwną produkcji tego materjału statystycznego — czego zapewne i p. Zyblikiewicz nie miał w myśli — ale uderza ona tylko na szkoły, równie jak p. Zyblikiewicz uderzał na stypendja pozwalające ludziom kształcić się „nad stan.“

Nie ma co mówić, hr. Mieroszewski odznaczył się w dyskusji nad reformą administracji politycznej, nie tyle oryginalnością, ile prostotą pomysłu. Zniesienie autonomji krajowej i oddanie wszystkich agend wydziału sejmowego namiestnictwu, to prawdziwe jajo Kolumbusa, ale jajo bardzo już nie świeże i nie aromatyczne. P. hrabia zastanawiał się zresztą niepotrzebnie nad tem, co by się stało, gdyby zamiast jednego ministra, w każdym departamencie rozstrzygał sprawy cały senat. Coby się stało? To, co się dzieje. Mówią, że gdzie jest wiele nianiek, tam zwykle dziecko bywa krzywe. Otóż proszę u nas przypatrzyć się finansom, handlowi, komunikacji, rolnictwu, sprawom wewnętrznym i zewnętrznym — czy nie są to same chromające dzieci? Widocznie każde z nich musi mieć więcej nianiek niż jednę. Także odpowiedzialność namiestników przed sejmami przeraża p. hrabiego. Przodkowie zostawili mu snać w spuściźnie myśl o całości i jednolitości monarchji austrjackiej. Nie mam przyjemności znać historji rodu Mieroszewskich, przysiągłbym wszakże, że pierwszy z nich już za czasów króla Ćwioczka łamał sobie głowę nad tem, jakimby sposobem przez zaprowadzenie jednolitego w 17 krajach koronnych smarowidła dla wozów pocztowych i przez ujednostajnienie atramentu używanego w biurach i szkołach, zapewnić rzeszy rakuzkiej jej mocarstwowe stanowisko w Europie. Dzisiejszy dziedzic nazwiska godnym jest potomkiem tego przodka, i drży na samą myśl, że sejm lwowski mógłby np. pociągnąć hr. Potockiego do odpowiedzialności za to, że „Landespferdehufbeschlagsschulfondsausgabsundeinnahmsrückstandsausweis“ zawiera trzy rubryki, zamiast dwóch, podczas gdy w Salzburgu, jakoteż w Gorycji, reprezentacje krajowe upominałyby się z równą energją o prowadzenie tego interesującego wykazu w trzech rubrykach! Hr. Mieroszewski zapewnia, że w takich warunkach nie znalazłby się w całej monarchji ani jeden człowiek, któryby się podjął pobierać pensję ministerjalną wraz z dodatkami aktywalnemi. — Protestuję przeciw temu twierdzeniu i proszę wziąć do wiadomości, że gdyby już Austrję miało spotkać to nieszczęście, które jej gotuje p. Dunajewski swojemi projektami, to ja pierwszy gotów jestem poświęcić się, i to niewyłącznie z patrjotyzmu, jakkolwiek posiadam go w ilości ck. kodeksem karnym przepisanej, ile raczej ze względu na tę okoliczność, że pensja ministra w czynnej służbie byłaby wcale pożądanym dodatkiem do listy cywilnej, wyznaczonej kronikarzowi *Dzien. Polskiego*, pracy zaś zajęcie takie, jakie ma np. ks. Auersperg, albo dr. Unger, albo hr. Mansfeld, albo dr. Ziemiałkowski, nie przyczyniłoby mi wcale. Wiadomo, że ks. Auersperg wyhaftował niedawno na kanwie dywan do kościoła w Marja-Zell, a pomimo to znalazł jeszcze czas do czuwania nad całością i dobrobytem monarchji. Podejmuję się tej samej funkcji, obok zwykłych moich zajęć kronikarskich, i to z tem większą przyjemnością, że gdybym kiedy wśród trosk o dobro Przedlitawji nie napisał na czas kroniki, potrzebowałbym tylko zatelegrafować do policji, ażeby skonfiskowała *Dziennik*, i basta. Hr. Mieroszewski może być tedy zupełnie spokojnym, ewentualność, której on się obawia, nie nastąpi nigdy, póki ja żyję — a nareszcie, gdyby mnie i uśmiercił jaki piorun ks. Podolskiego, o co zakład, że sam hr. Mieroszewski pierwszy przyjmie tekę ministra rozkazującego 17stu namiestnikom, odpowiedzialnym przed sejmami?

W ustawie belgijskiej powiedziano: Uchwała rady prowincjonalnej, jeżli w przeciągu dni 20 czy 30 nie zawiesi jej władza państwowa, staje się prawomocną. U nas tego nie przyjęto; odmówiono sankcji, to znaczy — jak wówczas jawnie w sejmie oświadczyłem — administracja państwowa rości sobie nieustanne. nieprzedawnione prawo zawieszania wszelakiej uchwały każdej władzy autonomicznej o każdej porze, tak. że żadna uchwała, choćby powzięta przed laty 20, nie jest bezpieczna, czy jutro nie będzie zawieszona. Tak tedy jest to niepojęta sprzeczność w urządzeniach administracji, że jedna władza postanawia uchwały. które w skutek postanowień innej władzy jak dusze stracone wiszą między niebem a ziemią, nie są przyjmowane do nieba prawomocności i nie mogą spaść w padoł pospolitych czynności prywatnych.

Na ostatniej także sesji Sejmu galicyjskiego stawiano wnioski w sprawie reformy administracji kraju a mylnie, prawdopodobnie przez łatwą do wybaczenia pomyłkę powiedział jeden z szanownych panów z tamtej strony Izby, że wniósł je Wydział krajowy; nie był to wniosek z inicjatywy Sejmu. Ja sam wniosek ten stawiłem, naturalnie wspólnie z niektórymi przyjaciołmi politycznymi. Wniosek ten zdążał ostatecznie do zespolenia gmin, do połączenia powiatów z okręgami, ale nie w małe, lecz w wielkie okręgi i powiaty, tudzież do połączenia Wydziału krajowego z Namiestnictwem, do tak zwanej a z takim wstrętem tu przyjętej odpowiedzialności namiestnika. Nie mam atoli powodu rozwodzić się o tem szeroko: jest to dotychczas moje indywidualne i moich przyjaciół politycznych na Sejmie mniemanie prywatne. Sejm nie miał jeszcze sposobności obradować nad wnioskiem, a tem mniej uchwalać.

Wobec tego mojego wyłuszczenia stosunków galicyjskich i naszych zapatrywań na reformę administracji, wobec przedstawienia rozmaitych przeszkód, które mojem zdaniem wynikają z zasadniczo błędnego stanowiska rządu względem reformy administracji, możeby ktokolwiek zadał pytanie: Ale jakże się to ma względem sposobu, w jaki na ostatniem posiedzeniu także jeden z deputowanych galicyjskich przedstawiał stosunki administracyjne w tym kraju? Nie bez pewnej przykrości pomówię i o tem, jakkolwiek są objekcje, sposoby przedstawiania rzeczy i zarzuty, co do których z mojego stanowiska indywidualnego w życiu prywatnem wolałbym absolutne zachować milczenie, boć i milczenie bywa na swój sposób wymowne; ale wobec kraju jednak, który i ja tutaj reprezentuję, pojmuję obowiązek mój inaczej i pozwolę sobie prosić wysoką Izbę — bo nie moja wina, że nie zamknięto posiedzenia — o cokolwiek cierpliwości.

Z dwu stron przedstawiono stosunki administracyjne w Galicji w świetle bardzo ponurem. Nie myślę czynić o to gorzkich zarzutów dwom panom deputowanym z mojego kraju ojczystego, mówić będę o tem *sine ira et studio*, wiedząc, że i deputowani są ludzie, a ludzie podlegają słabostkom. Pojmuję bardzo dobrze, że n. p. wielebny deputowany z Galicji po rozczarowaniach, których doznał z ostatnich wyborów do Sejmu galicyjskiego, przywiózł tu do Wiednia pewną gorycz w usposobieniu. Rzecz to szczególniejsza, panowie, z temi wyborami, których rzeczywiście bardzo wiele mamy w Austrji. A jeśli w któremkolwiek zapatrywaniu, to przedewszystkiem w tem zgadzam się z panem ministrem spraw wewnętrznych, że częstsze powtarzanie wyborów pociągnęłoby za sobą rzeczywiście przeróżne, nietylko polityczne, lecz i społeczne niekorzyści. Ale wracam do wyborów. Powiedziałem, że to rzecz szczególniejsza. Nie mogę myśli mych wyrazić jaśniej, jak pozwalając sobie uczynić porównanie, że następstwa ubiegania się o mandat, czy to do Rady państwa, czy to do Sejmu krajowego, całkiem podobne są do następstw i skutków ubiegania się o pannę. Często wydarza się w życiu prywatnem, że najszanowniejsi i najpoważniejsi mężowie, starając się o rękę jednej i tej samej panny, stają się nieprzyjaciołmi, używają sposobów, jakich wśród innych okoliczności nigdyby nie użyli, aby pozbyć się przeciwnika, a ponieważ panna jednego tylko wybrać może, jak to bywa w państwach chrześciańskich, przeto drudzy przez czas pewien przynajmniej muszą czuć w sercu pewną nienawiść i zazdrość. Otóż wielebny mój kolega z Galicji właśnie teraz nie miał szczęścia w pozyskaniu względów panny — mandatu na Sejm. Boleści zaś, którą może ztąd uczuwa, nie chciał wygłosić na ciasnem rzeczywiście terytorjum Bohorodczańskiem. Tam tej skargi nie słychać. Ale módz użalić się tutaj, przed parlamentem wielkiego państwa, jakże to błogo zbolałemu sercu (śmiechy po prawicy). Nie biorę mu tego też za złe.

Pojmuję również i z stanowiska indywidualnego po części wybaczam, że ktoś, co przez dłuższy czas był prezesem rady powiatowej i wydziału powiatowego, a w końcu przekonał się, że nic się nie wskóra swoją teorją o „naginaniu lub złamaniu“ bo Rada powiatowa i wydział powiatowy nie da się ani ugjąć ani złamać, ostatecznie sam się wynosi (śmiechy po prawicy), naturalnie nie bez pewnego uczucia rozczarowania, goryczy względem tych, którzy w jego przekonaniu mieli może niesłuszność. Tyle o to pojmuję. Ale mniej pojmuję i w indywidualnem przekonaniu mojem mniej uniewinnić się dadzą dalsze następstwa. W pierwszej chwili rozczarowania, straty, pewnego obrażenia uczuć osobistych i t. p. wiele można wybaczyć. Prawda, że należałoby brać się do rzeczy objektywnie i zapytać: co było prawdziwą tych objawów przyczyną? — a to właśnie nie każdemu jest dane. Ale czego wytłumaczyć sobie nie mogę, oto objawu innego, który w tej Izbie kilkakrotnie i w komisji wystąpił na jaw: Jeszcze wśród rozpraw nad polityką zagraniczną jeden z panów deputowanych bardzo gorżkie czynił zarzuty pewnemu namiestnikowi, dygnitarzowi wojskowemu, mężowi na całą Austrję znanemu. Otóż wawrzyny tego Temistoklesa nie pozwalały spokojnie zasypiać niejednemu z moich panów kolegów. (Smiechy po prawicy). Nie mając przed sobą jenerałów broni i namiestników, rzucili się na starostów. (Smiechy)

Wielebny deputowany z Galicji postąpił sobie zresztą całkiem sumarycznie; wszystkich starostów z wyżnym dodatkiem: „z bardzo nielicznemi wyjątkami“ scharakteryzował jako fanatyków patrjotycznych i ciemięzców ludu, którzy — i tego wcale nie rozumiem — za pomocą swoich hajduków dzieci straszą. Był to wielki zarzut przeciw administracji. Słowem zaczepił ich w sposób taki, że w każdym urzędniku gorżkie wzbudzić musi uczucie, co się tyczy honoru urzędniczego i przysięgi urzędniczej.

Drugi pan deputowany z Galicji uznał przecie za stosowną trzymać się pod tym względem pewnej miaryra, pewnych granic, i zwrócił się z ową zaczepką przeciw jednemu tylko staroście, która to zaczepka mnie osobiście tem przykrzej dotknęła, ile że starostę tego znam osobiście jako najgorliwszego ucznia uniwersytetu krakowskiego, jako męża, który teraz mimo świetnego stanowiska swego towarzyskiego zamiast, jak to zwykle się dzieje, oddać się rozkoszom życia, w małej mieścinie galicyjskiej służy cesarzowi, państwu, krajowi. Zasięgnąłem niektórych wiadomości, i nie pozostaje mi jak tylko prosić wysoką Izbę, która cierpliwie słuchała zaczepek, o cierpliwość także dla moich wyjaśnień. Zasiągnąłem niektórych informacyj, o k[...] nietrudno dzięki telegrafowi i poczcie. (Dok. n.)

Sprawy zagraniczne.

Moskwa. „Wyjazd do Kiszeniewa głównodowodzącego armją czynną W. ks. Mikołaja Mikołajewicza, pisze *Gołos*, odłożony został do wtorku dnia 28. listopada (16. v. s.) Jego cesarska wys., jak powiadają, idąc w ślady swych sławnych przodków, zamierza rozpocząć służbę swą trudną i sławną, od modłów nad grobem św. Sergieja; dowiadujemy się. że cały sztab naczelnego wodza, W. księcia, asystować mu będzie do Troicko-Sergiejewskiej ławry, w której odprawionem zostanie nabożeństwo przed udaniem się w drogę.“

Jak bywa w podobnych razach, tak i teraz przed wojną wszystkie gazety pieją do nieskończoności hymny pochwalne dla cara i jego rodziny. Ciekawym jest sposób, w jaki *Gołos* wita nominację W. ks. Mikołaja na wodza naczelnego. Wita go tak, jakby książę przynajmniej kilka bitew już wygrał, a jednocześnie nazywa go dobrym „generałem frontowym“ (strojewoj gienierał). Znajomość służby frontowej nie stanowi jeszcze wodza, tak samo jak praktyka a teorja, są dwie rzeczy różne. Teorja, znajomość służby frontowej i w ogóle nauka nigdy nikomu nie dała jeszcze geniuszu; trzeba się urodzić na wodza, tak samo jak na poetę, a tymczasem *Gołos* z góry już wysławia księcia jako niepospolitego wojownika. Zobaczymy w praktyce, a dotąd wiadomo, że niech co chce mówi *Gołos*, książę dotychczas prochu nie wąchał, w żadnej bitwie nie był, wojnę tylko z daleka widział. *Gołos* powiada, że książę „atliczyłsa“ już na Kaukazie i Krymie. O Kaukazie pierwszy raz słyszymy, co zaś do Krymu, to bynajmniej nie podejrzywując księcia o tchórzostwo, tyle tylko przypomniny, że wprawdzie patrzał się z bratem swym, W. ks. Michałem, na bitwę pod Inkiermanem, lecz w ogniu wcale nie był. Obu książąt jenerałowie postawili z perspektywą w ręku przeszło na pół mili od pola bitwy, tam, gdzie żadne kule nie dolatywały. Co do słów *Gołosa*: „że Europa nie widziała jeszcze cesarskiej moskiewskiej familji na czele wojska, z tem każdy się zgodzi. Jeden Piotr W. tylko osobiście dowodził i [bił] się walecznie. Od tego czasu żaden car, ani jego kuzyn, nigdy nie dowodził, bo jeśli i piersi nadstawiał, jak car Aleksander I., car Mikołaj pod Warną, ks. Michał lub Konstanty Pawłowicz (ten ostatni bardzo nawet walecznie), to zawsze dowództwo naczelne spoczywało w ręku Kutusowych, Dybiczów i Paszkiewiczów. Jest w tem wyrachowanie; przegra Kutusow lub Paszkiewicz jaki, to mała rzecz; lecz żeby car przegrał bitwę, wojnę całą — urok jego byłby podkopany. Wielki książę tedy Mikołaj Mikołajewicz, jest rzeczywiście pierwszym, co od czasów Piotra Wielkiego staje przed Europą w roli naczelnego wodza.

Bardzo być może, że nie Wielki książę pierwszą rolę w przyszłej wojnie tureckiej będzie odegrywał i wszystko robił, lecz dodany mu mentor, w charakterze naczelnika sztabu, jenerał piechoty i jenerał-adjutant Niepokojczycki, Polak rodem, z Grodzieńskiego czy też z pod Słucka w mińskiej gubernji, dotychczas podobno katolik. *Gołos* podaje o nim następującą krótką biografję: Artur syn Adama Niepokojczycki, urodził się na Litwie 1816 roku; w roku 1834 ukończył nauki w korpusie paziów, w roku 1836 w akademji sztabu jeneralnego, tu i tam jako uczeń celujący. Do wojny krymskiej zostawał ciągle w piątym korpusie hr. Lüdersa konsystującym zwykle w ziemiach polskich, wprzód jako zwykły oficer kwatermistrzowstwa, następnie jako szef sztabu piątego korpusu. Brał udział we wszystkich wojnach do jakich piąty korpus należał; odznaczył się szczególnie w Turcji i Krymie podczas kampanji 1853—1856, gdzie złożył nie jednokrotne dowody męstwa, krwi zimnej i niepospolitego talentu. Awansował bardzo szybko; już w roku 1854 był jenerałem. Ostatniemi czasy jako jenerał piechoty i jenerał-adjutant carski był członkiem wojskowej kodyfikacyjnej komisji. Od siebie dodamy, że żaden Polak nigdy się tak wysoko nie wzbił w służbie moskiewskiej. Zapewne zawczasu złożył dowody, że rząd może na nim śmiało polegać.

Zasługuje na uwagę, że gazety moskiewskie coraz częściej zaczepiają Austrję. Podają detaliczne obliczanie jej sił, jej stosunków wewnętrznych i zewnętrznych i nareszcie dochodzą do przekonania, że wprzód nim zniszczyć Turcję bodaj czy nie wypadnie rozbić Austrję. *Gołos* na dowód, że już dawniej panowało podobne przekonanie, podaje co pisał o tem w swych *„Szkicach strategicznych“* „Wojennyj Sbornik“ jeszcze w roku 1868, (my możemy dodać, że toż samo radził ks. Paszkiewicz Mikołajowi w roku 1854), a mianowicie:

„Jeograficzne położenie wschodnich granic Austrji, sąsiedztwo bliskie i równoległość granicy siedmiogrodzkiej do linji Pruta i Dunaju niższego są powodem, że wszelki ruch energiczny wojsk moskiewskich przez Dunaj i Bałkany, przedstawia nader dużo niebezpieczeństw. Możemy być postawieni w położenie wielce krytyczne w razie jeślibyśmy przeszli Bałkany, a jednocześnie armja austrjacka sama lub podtrzymywana innemi nieprzyjaznemi nam państwy, wkroczyła do księstw rumuńskich i Besarabji. Wojny przeszłego stulecia jakoteż na początku bieżącego, były prowadzone w zupełnie innych warunkach; Austrja wtenczas albo działała za jedno z nami lub też była naszym sprzymierzeńcem na którego słowo mogliśmy polegać.

Nie podlega najmniejszej wątpliwości, że obecnie nawet i myśleć o czemś podobnem byłoby śmiesznem... Jeżeli więc dla rozwiązania kwestji wschodniej niezbędną jest wojna, to dla Moskwy jedna tylko pozostaje droga: kwestję wschodnią uważać za jedno z kwestją austrjacką, to jest postawić Austrję w taką pozycję, ażeby ciągle miała na pamięci, że istnienie jej zależy od dobrej woli sąsiada. Dopięcie tego celu nie jest wcale trudnem; należy tylko się wyrzec pewnych tradycyj politycznych zasad. Austrja stoi obecnie na dwóch podporach: niemieckiej i madiarskiej; co zaś do trzeciej podpory, najmocniejszej ze wszystkich — 16 przeszło miljonów Słowian — tu z największą łatwością może być odjętą i sztucznie podtrzymywana budowa, natychmiast runie. Dla pomyślnego działania w Turcji niezbędnem jest, ażeby moskiewskie armje przedewszystkiem zajęły Galicję, Bukowinę i Transylwanję. P o r o z g r o m i e n i u d o p i e r o A u s t r j i, możemy myśleć o zwycięstwach za Dunajem.“

Urlopnicy ściągają się ze wszystkich gubernij; ziemstwa, obywatele i miasta robią co mogą, by im osłodzić gorzkie rozstanie się z domem rodzinnym. Przyjmują ich, karmią i poją. Obywatel czernichowskiej gubernji, niejaki Raczyński (za Dnieprem na Ukrainie mnóstwo jest rodzin pochodzących z Polski i herbu polskiego), ofiarował dla urlopników 5000 wiader wódki. W tych owacjach bierze udział także rodzina carska. Oto co naprzykład donosi telegraf d. 20. z m. Moskwy do *Gołosu*: „ośmnastego b. m. przybyła tutaj partja urlopników z Kowrowa w ilości 268 głów. Na dworcu stacji towarowej w imieniu cesarzowej dano im śniadanie składające się z herbaty, kołaczów i mięsa, przyczem dozorował, aby wszystkim dostało się porówno, książę Kudaszew, umyślnie wysłany przez jenerał-gubernatora moskiewskiego, księcia Dołgorukowa.“

Na wojnę car się wybiera, a w kraju nędza i głód w wielu bardzo gubernjach, jak naprzykład w orłowskiej, o której położeniu straszne rzeczy donosi pewne pismo rossyjskie wychodzące w Londynie. Ale na co tu głosów z zagranicy, gdy i tak nie brak wskazówek prasy urzędowej o nędzy ludu. *Dońska Gazeta* donosi, że Kałmucy nad Wolgą literalnie już dzisiaj chleba nie mają, a że siano i słoma także nie obrodziły, więc z stepów nadwołżańskich przenoszą się pomaleńku więcej na południe, do gubernji Stawropolskiej, aby tam, na tamtejszych łaskawszych nieco stepach przezimować, jeśli tylko władze miejscowe zgodzą się na to.

Sprawa wschodnia.

Gołos odbiera następujące telegramy z Zemlina 19. b. m.: „Armja serbska zostanie zorganizowaną na podobieństwo rossyjskiej; oczekują nowych nominacyj na dowództwa ważniejsze (Moskale obejmą; p. r. D. P.). Wczorajszego wieczora przybyło z Moskwy do Serbji 500 ochotników; zapowiedzianych jest około 10.000. Jenerał Czerniajew jako też większa część oficerów rossyjskich znajdują się w Serbji. Poniedziałek 20. listopada: Dzisiaj z powodu imienin Czerniajewa odprawiono uroczyste nabożeństwo. Ci tylko ochotnicy, którzy przedstawili świadectwo lekarskie o ich chorobie, otrzymują pozwolenie powrotu do Rossji. Z e m l i n 20 listopada: Czerniajew zapotrzebował, aby nadanem mu zostało prawo zasiadania w radzie ministrów z głosem wirylnym. Sprawie tej dał początek sam książę Milan, lecz gabinet energicznie oparł się temu, grożąc, że w razie jeśli się stanie zadość żądaniu Czerniajewa, wszyscy ministrowie podadzą się do dymisji.“ Telegram drugi zadaje kłam, jak by ochotnicy moskiewscy wezwani zostali przez rząd do powrotu, o czem przed kilku dniami donosiły gazety zagraniczne. Owszem, napływ ochotników widocznie się wzmaga, a owe zapowiedziane 10.000 to cała dywizja w komplecie. *Gołos* w innem miejscu, donosząc o niepopularności Czerniajewa pomiędzy większością Serbów, nazywa jenerała człowiekiem ambitnym, bez talentu, człowiekiem próżnym, w którym miłość własna odegrywa główną rolę, a nareszcie wyznaje otwarcie, że wszystkie depesze z Serbji były wierutnem kłamstwem, bo Czerniajew urządziwszy biuro korespondencyjne przyboczne, ani wiersza prawdy nie przepuszczał, a to w celu spotęgowania zapału moskiewskiego z jednej strony, a obydzenia Turków z drugiej. Owo naprzykład sławne spalenie żywcem przez Turków sześciu oficerów moskiewskich, zawdzięczać tylko należy bujnej fantazji Czerniajewa, który w ogóle wszystkie okrucieństwa Turków umyślnie eksagierował. Czerniajew swemi depeszami nie tylko Moskwę i Europę w błąd wprowadzał, lecz nawet ks. Milana, który nieraz zmuszony był wysyłać ministrów do głównej kwatery w celu zbadania prawdy.

Austrja i Węgry.

Wiedeń 23. listopada. Kluby niemieckie postanowiły w tajemnicy zachować pytanie, które dziś mają sformułować dla ministrów w sprawie ugodowej. Mimo to *Presse* z pogłosek podaje te zapytania: Czy ogłoszony w dziennikach statut bankowy jest autentyczny i jak dalece rząd jest co do niego zobowiązany. Drugie: czy rząd zawierając ugodę pamiętał o politycznych kompenzatach w celu polepszenia dualistycznej formy rządu?

Komisja do ustawy prasowej przyjęła Forregera projekta co do zmiany przepisów w procesach prasowych, co do procedury karnej i niektórych postanowień ustawy prasowej. Kolportowanie dzienników ma być dozwolone i kaucje dziennikarskie zniesione. Komisja do projektu noweli prasowej przyjęła paragraf, upoważniający redaktorów, wydawców, drukarzy i zecerów do odmówienia świadectwa co do osoby autora, lub nadsyłającego manuskrypt.

Ks. Ozarkiewicz zaprzecza w dziennikach, jakoby był obecny na zgromadzeniu klubów niemieckich. Klub „niezawisłych“ ma się w tych dniach ukonstytuować.

Komisja budżetowa uchwaliła wczoraj budżet ministerstwa rolnictwa.

K r o n i k a.

(Z d. 21. listopada.)

Towarzystwo łyżwiarzy. W niedzielę dnia 26. bm. odbędzie się na nowo urządzonym stawie „Szumanówce“ (nr. 31 na Rurach) uroczyste otwarcie ślizgawki z muzyką wojskową 55. pułku hr. Gondrecourt. Początek o godzinie 2.

Od właścicieli drukarń otrzymaliśmy następujące pismo z prośbą o umieszczenie: „Z powodu ustanowienia ze strony dyrekcji kancelarji Wydziału krajowego uciążliwych i niewykonalnych warunków przy dostarczeniu potrzebnych dla Wydziału i Sejmu druków — właściciele tutejszych drukarń postanowili nie przedkładać żadnych ofert o destawę tychże druków.“

Wydział Towarzystwa akademickiego ku wspieraniu słuchaczów wszechnicy, rygorozantów i auskultantów w. m. we Lwowie podaje do publicznej wiadomości, że czysty dochód z koncertu dnia 19. listopada b. r. na dochód tegoż Towarzystwa urządzonego wynosi 350 zł. 10 ct. aw., że mianowicie ze sprzedaży biletów i z nadwyżek uzyskano 535 zł. 90 ct. a. w., a na pokrycie kosztów wydano łącznie 185 zł. 80 ct. a. w. Zarazem poczuwa się wydział Towarzystwa do miłego dlań obowiązku złożenia winnego podziękowania: świetnej radzie król. stoł. m. Lwowa za bezpłatne odstąpienie sali ratuszowej, panu Ludwikowi Markowi za uprzejme objęcie kierownictwa artystycznego, pannom Z. F., K. H. i koledze p. M. L., oraz panu Wohlmanowi za łaskawy współudział, którym do świetności koncertu się przyczynili, dalej tym wszystkim, którzy nadwyżkami cele Towarzystwa wesprzeć raczyli. Lwów dn. 20. listopada 1876. Celestyn F r i e d, prezes. Pinkas S o b e l, sekretarz.

Walne zgromadzenie członków czytelni akademickiej na posiedzeniu odbytem w dniu 12., 13., 15. i 16. listopada 1876 r. wybrało: prezesem Leona Pinińskiego, wiceprezesem Ludwika Birkenmajera, skarbnikiem Zdzisława Hordyńskiego, bibljotekarzem Józefa Zimmermanna, podbibljotekarzem Stanisława Nowosieleckiego. Wydziałowymi: Brunickiego Adolfa, Dzieduszyckiego Klemensa, Dziedzika Karola, Kołakowskiego Klemensa, Marynowskiego Teofila, Niewęgłowskiego Karola, Pilata Władysława, Puzynę Józefa, Rossowskiego Michała, Schnurpfeila Edmunda, Skwarczyńskiego Jana. Zastępcami wydziałowych: Chołodeckiego Tomasza, Choroszczakowskiego Juljana, Pietruskiego Zygmunta, Pilata Zygmunta, Trembińskiego Stanisława, Zgórskiego Stanisława.

Ś. p. Hubertowa jak wczoraj donosiliśmy nie była już od dwu lat przy scenie, nie opuściła jej jednak z własnej chęci, ale została przez obecną dyrekcję usuniętą. Nieboszczka spędziła na scenie lat 40, a z tych 22 lat przy scenie lwowskiej. Nie wiele artystek, któreby tak długo z niezmniejszającym się skutkiem pracowały w swym zawodzie.

Mianowania. Rada szkolna krajowa zamianowała nauczycielkę Anastazję Furmankiewiczównę rzeczywistą nauczycielką szkoły etatowej w Gorlicach, nauczyciela Stanisława Dobrowolskiego, rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Sękowej, tymczasowego nauczyciela Michała Duba rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Niemirowie, tymczasową dyrektorkę szkoły wydziałowej żeńskiej w Stanisławowie Marję Klossównę rzeczywistą dyrektorką, tymczasową nauczycielkę Annę Lewicką, rzeczywistą nauczycielką tejże szkoły.

Śmiertelność. Według obliczeń miejskiego biura statystycznego zmarło we Lwowie w miesiącu październiku 276 osób — między niemi 147 płci męskiej, a 129 płci żeńskiej, a mianowicie: w śródmieściu 12 m. 16 ż. — w przedmieściu halickiem 20 m. 18 ż. — krakowskiem 42 m. 33 ż.—żółkiewskiem 26 m. 19 ż. — łyczakowskiem 7 m. 4. ż.—w szpitalu głównym 20 m. 22 ż. — u sióstr miłosierdzia 10 m. 12 ż. — w szpitalu wojskowym i domu inwalidów 5 m.—w szpitalu izraelickim 5 m. 5 ż.

Między zmarłymi było według wieku: 47 dzieci do ukończonego 1. roku, 86 do 5 lat, 143 wyżej 5 lat — według wyznania: 146 rz. kat., 41 gr. kat., 73 izraelsk. 13 innych, 3 niewiadomych wyznań — według stanu cywilnego: 193 stanu wolnego, 56 małżonków, 24 wdów i wdowców, 3 niewiad.— według przynależności: 235 tutejszych 38 obcych, 3 niewiad.— według zatrudnienia: 52 wyrobników i sług, 11 rzemieślników, 9 zawodów umysłowych, 5 ubogich i żebraków, 4 wojskowych, 2 właścicieli, 1 kupiec, 4 niewiad., 8 zmarło w więzieniach — kobiet bez zatrudnienia i dzieci zmarło 180, między niemi należących do rodzin: wyrobników i sług 92, rzemieślników 52, zawodów umysłowych 21, kupców 5, wojskowych 4, rolników 3, właścicieli dóbr i domów 3.

W porównaniu z miesiącem wrześniem zmarło o 1 więcej, zaś z październikiem roku zeszłego o 48 osób więcej. Średnia dzienna śmiertelność w październiku r. 1875 była 7·4, zaś w październiku r. b. 8·9.

Różnicę na niekorzyść bieżącego roku spowodowały głównie ospa i płonica, grasująca tak silnie, że gdyby nie ta okoliczność, iż choroby żołądkowe (biegunka, zapalenie kiszek, nieżyt żołądka, czerwonka) mają cyfrę znacznie niższą od wrześniowej, byłaby śmiertelność w październiku o wiele wyższą niż we wrześniu.

Na gruźlicę zmarło 22 m. 17 ż. czyli 14·13% ogółu zmarłych, na płonicę 21 m. 13 ż. (12·31%), na ospę 12 m. 16 ż. (10·14%), przyczem lekarze w 6 wypadkach zapisali „nieszczepione“, na zapalenie przewodu oddechowego 16 m. 10 ż. (9·42%), na brak sił żywotnych 9 m. 4 ż., na dławiec 6 m. 3 ż., na durzycę 5 m. 4 ż., na wadę serca 4 m. 5 ż., na uwiąd schyłkowy 8 m. 6 ż., na zapalenie mózgu 3 m. 5 ż., na puchlinę 1 m. 7 ż., na drgawki 4 m. 3 ż., na rozedmę płuc 2 m. 5 ż., na nieżyt żołądka 4 m. 1 ż., na chorobę Brighta 3 m. 2 ż., na raka 2 m. 3 ż., na udar 2 m. 2 ż., na biegunkę 3 m. 2 ż., na zapalenie kiszek 1 m. 2 ż., na krztusiec 1 m. 2 ż.

Wypadków śmierci gwałtownej było 9 (7 m. 2 ż.), a mianowicie: 1 wypadek samobójstwa przez utopienie się, 1 przez otrucie, 2 wypadki śmierci w skutek upadku z wysokości, 1 utonięcia, 1 przejechania, 1 przypadkowego otrucia, jeden przysypania piaskiem, 1 w skutek pobicia w bójce.

Stanisławów 23. listopada. Dnia 28. bm. o godzinie 7. wieczór odbędzie się w sali kasynowej staraniem Towarzystwa pedagogicznego stanisław. wieczorek muzykalno-deklamacyjny ku uczczeniu rocznicy śmierci Adama Mickiewicza z następującym programem: 1. wstępne przemówienie. 2. O stanowisku Adama Mickiewicza w literaturze powszechnej (odczyt). 3. a) Verdi. Agnus Dei (z requiem), b) Nowakowski. Cześć Mickiewiczowi, (śpiew). 4. „Gra Jankiela“ z Pana Tadeusza (deklamacja). Na uroczysty ten obchód zaprasza Towarzystwo pedagogiczne stanisław. miejscową i zamiejscową publiczność.

W Żurawnie mianowany nauczycielem szkoły głównej p. Kondelko, bardzo zdolny nauczyciel, którego nominacja napełniła wszystkich radością.

Rzeszów 20 listopada. Hr. Mieroszowski poruszył w Radzie państwa fakt nadużycia władzy urzędowej przy ostatnich wyborach do Sejmu. Czytając o tem niedokładne w dziennikach wiadomości, podaję doniesienie autentyczne jako świadek naoczny. Już nieraz wybierali włościanie w naszym okręgu Rzeszów-Głogów posła na Sejm krajowy, lecz nigdy jeszcze tak gorliwie jak teraz nie namawiali panowie i księża wyborców, ażeby głosowali na kandydata komitetu przedwyborczego. Zapraszano nas do dworów i plebanij, wzywano do jedności wszystkich stanów — przedstawiano, że obecnie interesa wspólne łączą panów i księży z włościanami, i nareszcie czytano nam okólnik przewodniczącego komitetu do członków tegoż wystosowany, w którym wybór znanego w naszej okolicy właściciela wielkich posiadłości był polecony. Chociaż mieliśmy zamiar dać nasze głosy włościaninowi, ulegliśmy tym przedstawieniom i przedsięwzięliśmy sobie głosować na kandydata komitetowego. — Przybywszy dnia 24. zm. na wybór do Rzeszowa, wielkie było moje zdziwienie, gdy tamże od innych włościan wyborców się dowiedziałem, że urzędnicy starostwa rzeszowskiego jeździli po wsiach i zakazywali głosować na kandydata komitetu, nakazując wybór innego pana, że sam starosta agitował za tym drugim.

Nie mogłem tego pojąć, bo u nas po wsiach ogólnem jest przekonanie, że panu nie wolno iść przeciw panu, którego komitet wybierze kandydatem, i że panowie i księża tych komitetów jak żydzi rabina słuchają, a starosta rzeszowski to podobno także pan polski, mówią, że nawet hrabia.

Przybywszy przed godz. 7 z rana do Rzeszowa, wstąpiłem do karczmy, gdzie znaczną liczbę wyborców zastałem, i zawezwałem tychże, abyśmy się udali do starostwa na głosowanie, bo wkrótce czas już będzie po temu. Gdy kilku zauważało, że głosowanie dopiero o godz. 10 się rozpocznie i kilkunastu wyborców wydobyło swoje karty legitymacyjne, w których godzina d z i e s i ą t a jako czas rozpoczęcia aktu wyborczego oznaczoną była, ja znów i wielka liczba wyborców wykazaliśmy, że w naszych kartach zawezwanie na godz. 8 opiewała — zrobił jakiś mieszczanin uwagę, że głosowanie przed godz. 10 rozpocząć się nie może, gdyż wszyscy wyborcy są do wyboru komisji wyborczej uprawnieni, a ponieważ znaczna liczba wyborców ma karty legitymacyjne wzywające ich aż na godz. 10 zatem dopiero o tej godzinie może być komisja wybraną i głosowanie rozpoczęte.

Na tę uwagę mieszczanina tak wyborcy wezwani na godz. 8 jak ci co byli na godz. 10 zawezwani. w karczmie pozostali, lecz ja stosując się do tego co w mojej karcie było napisane, poszedłem do starostwa i okazawszy żandarmom u drzwi sali głosowania stojącym moją kartę, do sali wpuszczony zostałem.

Było to parę minut przed godz. 8, komisja już była wybraną i właśnie jako pierwsi głosowali, dwóch księży, którzy mimo, że byli, jak się później dowiedziałem, członkami komitetu, za panem poleconym przez starostę a nie za panem kandydowanym przez komitet głosowali. Głosy z początku szły przeważnie na kandydata starosty, bo głosowali najprzód księża i wirylni wyborcy, co w Krasnem grunta korczować chcieli, lecz jak potem wieśniacy zaczęli głosować i głosy wyłącznie na kandydata komitetu padać zaczęły, komisja owa niewiedzieć przez kogo obrana, czyli raczej starostwo, około godz. 10 z rana oświadczyło, że głosowanie skończone, że „obecnym w sali głosowania wyborcom gło-

sować nie wolno", i kandydat starosty 60 głosami wybrany, kandydat zaś komitetu tylko 14 głosów otrzymał. Na to obecni wyborcy, było wszystkich przeszło 150, zaprotestowali, żądając, aby im dozwolono głosować, stosownie do przysługującego im prawa, lecz komisja zagroziła wyrzuceniem, a starosta żandarmami i aresztem. Powstał gwar niesłychany, lecz obecność żandarmów zmusiła wyborców, iż założywszy protest wyszli ze sali i na ulicy przed starostwem podpisali wyborcy 43 gmin, a nawet tacy, którzy do głosowania przypuszczeni byli, oburzeni do najwyższego stopnia tym niesłychanym gwałtem i znieważeniem praw konstytucyjnych, telegraficzne zaskarżenie do namiestnictwa.

Zgiełk na ulicy był wielki, lecz gdy o wpół do 9ej owi wyborcy, których karty legitymacyjne godzinę 10 jako czas rozpoczęcia aktu wyborczego oznaczały, przybyli i od starosty oświadczenie otrzymali, iż głosować nie mają prawa, bo głosowanie już zamknięte, powstało oburzenie nie do opisania przeciw staroście i komisji bezprawnie wybranej i bezprawnie działającej.

Ja sam kart legitymacyjnych, w których zaproszenie było na godzinę 10, widziałem u następujących wyborców: Bocheński, Czyzio, Idzik, Maraszewski, Swiniuch, Baran, Scholzenberg, Mizerski, Nathan i Emanuel Löw, Szot, Koczoń i Sroka.

Wtenczas podano drugi telegraficzny protest do namiestnictwa i nawet do ministerstwa zrobiono kopię kilku kart legitymacyjnych, w których godzina 10 jako czas rozpoczęcia aktu wyborczego oznaczoną było, i przesłano takowe urzędom, nareszcie napisano zaskarżenie przeciw staroście do ministerstwa, zaopatrzone kilkudziesięcioma podpisami wyborców i wysłano z temże deputację do Wiednia. W tej deputacji znajdował się zamieszkały w starostwie rzeszowskiem gospodarz gruntowy i były przełożony gminy z Zaczernia Jan Micał. Zaledwie tenże powrócił z Wiednia do domu, kazał go starosta rzeszowski bez poprzedniego pisemnego zawezwania wziąć dwom żandarmom i prowadzić jak jakiego złoczyńcę do Rzeszowa do starostwa. Tutaj skazał starosta Jana Micała, którego najordynaryniejszemi wyrazami zelżył, przez podwładnego sobie komisarza na swoje własne i podwładnego sobie adjunkta świadectwo, za nieprzyzwoite zachowanie się podczas wyborów, na 14 dni aresztu zasądzić.

Byłoby zbytecznem ten czyn starosty rzeszowskiego nazwać właściwem mianem — każdy czytelnik może to sam uczynić.

Nie potrzebuję dodawać, iż takie postępowanie uprzedza włościan galicyjskich przeciw wszelkim ustawom konstytucyjnym, i podobne pogwałcenie praw nadanych przez cesarza, jakie miało miejsce dnia 24. zm. w Rzeszowie, mogłoby z czasem zgubne dla społeczeństwa w kraju naszym pociągnąć skutki, i że podkopuje do reszty zaufanie wieśniaków do rządu i duchowieństwa. — Jeden z wyborców okręgu Rzeszów-Głogów.

Warszawa 22. listopada. Od niejakiego czasu uporczywie powtarza się pogłoska o utworzeniu drugiego wydziału przy warszawskim sądzie handlowym. Że utworzenie takiego drugiego wydziału jest do pewnego stopnia koniecznością, świadczy to, że na wokandzie sądu zapisane są sprawy aż po dzień 10. stycznia roku przyszłego. Sąd w skutek tego ma tak wielki nawał pracy, że w żadnym razie nie może osądzić wcześniej spraw zapisanych w obecnym czasie.

Ziemianie z okolic Chełma, czując potrzebę wspierania się wzajemnego, tak nabytem doświadczeniem, jako też i radami w kwestjach agronomicznych, od niejakiego czasu odbywają między sobą perjodyczne zjazdy, na których różne kwestje dotyczące rolnictwa, rozbierane bywają. Władza zawsze poprzednio jest zawiadomioną o zebraniach takich, które mają miejsce raz na miesiąc, kolejno u każdego z uczestniczących w nich obywateli. Czas trwania ich oznaczony jest od 2ej po południu do 10ej wieczorem. Że tego rodzaju dyskusje nad przedmiotami, tak blizko dotyczącemi losu i przyszłości naszego rolnictwa, są arcy zbawienne i korzystne, o tem zdaje się nie potrzebujemy mówić. Życzyćby sobie tylko należało, żeby za przykładem ziemian z okolic Chełma, poszły i inne okolice naszego kraju. Wprawdzie przed paru laty coś podobnego miało miejsce między rolnikami z okolic Włoszczowy w gubernji Kieleckiej, ale od niejakiego czasu nic nie słychać o ich zebraniach.

Toruń 20. listopada. Dziś obraduje tu u nas walne zebranie Towarzystwa naukowego w Toruniu. Uczestników zebrało się przeszło 50. Dziwna rzecz, że i to zgromadzenie podległo dozorowi policji. Dość obszerne sale muzeum zapełnione już mnóstwem pięknych okazów, szczególniej geologicznych i archeologicznych. Zasługa to p. Zygmunta Działowskiego z Mgowa, który ni kosztu, ni zabiegów i własnej osobistej pracy, ręcznej nawet, nie szczędził, aby było co oglądać już tak wcześnie. Walne zebranie zagaił o godzinie 1. z południa prezes Towarzystwa p. Ignacy Łyskowski, na uroczyste otwarcie muzeum przemówił p. Zygmunt Działowski wskazując na cel Towarzystwa i przeznaczenie zbiorów jego. Po nim mówił p. Karol Beyer, referując obszernie o kongresie archeologicznym w Peszcie, którego był uczestnikiem. Dalej zajęto się sprawami wewnętrznemi Towarzystwa i przyjęto blisko 70 nowych członków, przez co liczba ich wzrosła do 140. Postanowiono z poręki Towarzystwa urządzać odczyty publiczne dla szerszej publiczności.

Dalszymi mowcami byli: ks. Kujot o Piotrze Świejsy i dziejach Pomorza za czasów Władysława Łokietka.

Morderca Francesconi skazany na śmierć, został przez cesarza ułaskawionym. Według „N. fr. Presse" skazano go na 20 lat więzienia.

Pomyłka druku. Skarga mieszkańców kamienicy na nieoświetlanie wschodów tyczy się liczby domu **37** a nie 39, jak mylnie wczoraj wydrukowano.

Dział literacko-artystyczny.

(Z d. 24. listopada.)

Kronika teatralna. W teatrze hr. Skarbka dzisiaj 25. bm. po raz drugi „Emigracja chłopska" dramat ludowy w 5 aktach a 6 odsłonach Wł. L. Anczyca.

* Wczoraj po raz pierwszy przedstawiono „Emigrację chłopską" Anczyca z świetnym sukcesem, do którego przyczyniła się dzielna gra wszystkich artystów. Autora wywoływano kilkakrotnie hucznymi oklaskami, po scenie przedstawiającej obchód wigilji Bożego Narodzenia polskich emigrantów w Ameryce i po skończeniu sztuki. Ocenę tego utworu z powodu braku miejsca odkładamy do następnego numeru.

* Ciekawe nieraz rzeczy wypisuje reporter teatralny „Gazety Narod." podpisujący się znakiem (cz), a szczególną ma pasję zajmować się operą, chociaż co chwila zdradza zupełny brak znajomości najkardynalniejszych zasad muzyki. Rozumie się samo przez, że wszystko chwali, bo jakże możnaby pisać inaczej w „Gaz. Narod." Wcale to rzecz niewinna, gdyby chwaląc jednych nie poniżał tem samem drugich. A zdarza mu się to często, szczególnie, gdy ma chwalić którego z włoskich śpiewaków. Co tam swoi, choćby najlepsi, skoro z nimi można się rozmówić po polsku. Choćby który śpiewał jak najlepiej, zawsze w wyobrażeniu tego pana będzie gorszym od obcego, a dla czego? chyba dla tego, że pan (cz) nie rozumie tego co śpiewa. Jeżeli który z Włochów ma głos mierny, w takim razie zaczyna się prawić o nieporównanej jego szkole, i jeżdżąc na tym koniku, usiłuje się wmówić w publiczność, że rzeczony śpiewak jest niewidzianą u nas znakomitością. Taką znakomitością uczynił p. (cz). p. Rawertę, nowo zaangażowanego tenorzystę, który ma głos wcale mierny i w żadnym razie nie może współzawodniczyć z naszym tenorzystą p. Zakrzewskim. Że pan R. śpiewać umie, jest faktem, ale jakże mógłby być śpiewakiem operowym, gdyby śpiewać nie umiał? Szkoła jego jednak także ponad mierność się nie wynosi. I jakże wobec tego można pisać, że partję Rodamesa śpiewał tak znakomicie, że ci, którzy już tę operę dobrze znają, powinniby przyjść na nią, aby go podziwiać? Jakże można pisać, aby p. Zakrzewski, który prześlicznie tę partję śpiewa, studjował p. Rawertę? Wiemy bardzo dobrze, że p. Zakrzewskiemu wiele jeszcze brakuje, że powinien pracować, aby swój fenomenalny głos jak najlepiej wykształcić, możemy jednak powiedzieć panu (cz), że od p. Rawerty nie wiele się on nauczyć może. Pan Rawerta ma bardzo piękne mezza voce i używa go wszędzie, bo mu głosu piersiowego nie staje, ale i w tem p. Zakrzewski nie bardzo panu R. ustępuje, a jeżeli tego sposobu śpiewania rzadko używa, to czyni to dla tego, że ma głos silny i rozległy i może śpiewać pełnym głosem we wszystkich pozycjach, czego pan R. nie potrafi. W partji Rodamesa zawsze wolimy słyszeć pana Zakrzewskiego, niż p. Rawertę, i nie możemy pojąć, dla czego dyrekcja mając obecnie dwu tenorzystów, używa obydwóch do jednej i tej samej opery, zamiast kazać drugiemu uczyć się jakiej nowej partji. Jest to nieekonomiczne marnowanie sił, które jak wiemy, drogo dyrekcję kosztują.

Koncert. W sobotę dnia 25. listopada odbędzie się w sali ratuszowej drugi i ostatni koncert Zofji Menter, c. k. nadwornej pianistki, D. Poppera, solo-wiolonczelisty nadwornej opery, ze współudziałem p. L. Marka.

Program: 1. Sonata op. 102 na fortepian i wiolonczelę Beethovena. (Z. Menter i D. Popper.) 2. Carneval R. Schuman. (Preambule. Pierrot. Arlequin. Valse noble. Eusebius, Florestan. Coquette. Replique. Papillons Lettres dansantes. Chiarina. Chopin. Estrella. Reconnaissance Pantalon et Colombine. Valse allemande. Paganini. Aveu. Promenade. Pause. Marche des Davidsbündler contre les Philistins.) (Z. Menter.) 3. a) Adagio na wiolonczelę Mozarta. b) Arlequin, sonna z balu maskowego na fortepian i wiolonczelę Popper. (odegrają p. Popper i L. Marek.) 4. a) Pastorale Scarlatti. b) Capricio Scarlatti. c) Gigue J. S. Bach. d) Erlkönig Schubert-Liszt. e) Valse as-dur. Chopin. (Z. Menter.) 5. Rapsodja węgierska podług Liszta Popper. (p. D. Popper i L. Marek.) 6. Fantazja z Don Juana. (Z. Menter.) — Fortepian Bösendorfera.

Tygodnia nr. 13 zawiera: Zamach na uniwersytet lwowski; Żeliga, powieść J. I. Kraszewskiego (c. d.); O wrażeniach zmysłowych, przez dr. Juljana Ochorowicza (dok.); Z podróży po Oceanji, listy Jana Kubarego (c, d.); Studja estetyczne Wojciecha hr. Dzieduszyckiego (dok.); Zarys historji kobiety w Rossji, według Szaszkowa skreślił dr. J. Stella Sawicki (dok.); Dzieciom, wiersz Wł. Ordona; Gabryel Conroy, romans Bret-Harta (c. d.); Franciszek Karpiński i jego poezja, przez J. Tretiaka; Pogadanka, Halbana; O potrzebie rozwoju przemysłu małego czyli drobnego w Galicji, napisał Jan Nep. z Oleksowa Gniewosz (c. d.); Nina, obrazek z życia, przez Zofję R. (c. d.); Bibljografja; Wiadomości ze świata; Rozmaitości; Od redakcji.

W Akademji umiejętności odbyło się dnia 20. bm. posiedzenie wydziału matematyczno-przyrodniczego pod przewodnictwem dyrektora dra Czerwiakowskiego. Sekretarz wydziału dr. Kuczyński odczytał sprawozdanie prof. dra Zajączkowskiego o rozprawach p. Zwolińskiego przedstawionych wydziałowi na ostatniem posiedzeniu. W zwykłym porządku jedną z tych rozpraw przesłano do sprawozdania jeszcze prof. drowi Karlińskiemu. Następnie odczytał sekretarz sprawozdanie prof. dra Kozubowskiego o rozprawie dra Czecha, również na ostatniem posiedzeniu wydziałowi przedstawionej. Z powodu nieobecności drugiego sprawozdawcy odroczono orzeczenie w tej sprawie do następnego posiedzenia. Dr. Juljusz Zawilski odczytał treść swej rozprawy: „O wpływie wody na wydzielanie żółci". Odstąpiono rozprawę tę komitetowi redakcyjnemu. Nakoniec sekretarz wydziału odczytał treść nadesłanej przez prof. Frankego rozprawy: „O niektórych zagadnieniach kinematyki na zasadzie ruchu powierzchni skórnych". Tę rozprawę także przesłano komitetowi redakcyjnemu. Na posiedzeniu administracyjnem, odbytem w dalszym ciągu poprzedzającego, na wniosek dra Majera, jako przewodniczącego komisji antropologicznej, zatwierdzono wybór p. Glogera na członka wspomnionej komisji.

Gospodarstwo, przemysł i handel.

Wiedeń 23. listopada. Na dzisiejszy targ dowieziono cieląt 2770, 965 zabitych wieprzów, 631 zabitych owiec, 339 jagniąt, 1446 żywej nierogacizny. 3970 żywych owiec. Cielęta płacono zł. 25-54. zabite wieprze 44—52, zabite owce 22—38, jagnięta za parę 5—12, żywą nierogaciznę 32—52, żywe owce węgierskie 30—36, rossyjskie 28—38. Targ na żywe owce z powodu mniejszego spędu był ożywiony.

W. Amirowicz, Café Stierböck.

Rafinerja Spirytusu Juljusza Mikolasza notuje spirytus rafinowany 37 zł. 50 ct., spirytus rafinowany z anyżem 39 zł. — ct. za 100 litrów — i 100 Trallesów.

Ostatnie wiadomości.

Z za kordonu wschodniego piszą nam:

„Moskwa ściągnęła już wszystkich *pobiletnych* (urlopników). W 2gim *stanie* (okręgu) powiatu kamienieckiego miało ich być 960 — ponieważ powiat liczy 5 takich okręgów a cała gubernja podolska 12 powiatów, więc liczba urlopników ściągniętych z samego Podola wynosi około 57600 ludzi. (Cyfra ta wydaje nam się przesadzoną. Podole ma bowiem tylko 1⁹/₁₀ miljona ludności, a liczba popisowych w Moskwie nie wynosi 2%. P. R.) Do pierwszej stacji kolei żelaznej w Proskirowie odstawiono ich na 4000 podwód. Konie spisane zabrano w czwartek, i oddano wojennemu naczelnikowi w Kamieńcu — płacą za konia dla artylerji 140 rs. dla jazdy 100 rs. Konie 2giej kategorji dla pociągów, po 45 rs. Kto dobrowolnie stawia konia, otrzymuje 20% więcej. Pułk dragonów, który stał nad Zbruczem ruszył do Kamieńca, zkąd ma iść pod Chocim. Pułk ten uzbrojony jest w karabiny systemu Krenka, przerabiane z dawnych gwintówek. Gwardja tylko i strzelcy mają karabiny amerykańskiego systemu Berdana. Ogólne tu jest przekonanie, że wojna wybuchnie za parę tygodni najdalej."

Zapewniają nas, że na Bukowinie i w części wschodniej Galicji, a prawdopodobnie także w Siedmiogrodzie, wystawiony być ma korpus obserwacyjny. W Zaleszczykach miano już poczynić kroki potrzebne w celu pomieszczenia tam pewnej ilości wojska.

Z Odessy donoszą do *Polit. Corr.* dnia 19. b. m. Rząd przystąpił do zmobilizowania jednej części uralskich kozaków. Część jedna będzie przydzieloną do armji południowej, druga do kaukazkiej. Z dniem 1go grudnia zarząd cywilny na Bessarabji przejdzie pod komendę armji bez ogłoszenia stanu oblężenia. Kolejami przywożą tu masy półkożuszków dla wojska. Awangarda armji południowej złożona z 3 dywizyj piechoty, 12 sotni kozaków, 4 szwadrony ułanów i 8 bateryj ma do d. 25. b. m. obsadzić linję Prutu.

Dzienniki wiedeńskie ogłaszają dziś dwa ważne dokumenta, dotyczące kwestji bankowej. Jest to odezwa obu ministerstw do dyrekcji Nationalbanku z propozycją przyjęcia nowego statutu dla „Towarzystwa bankowego austro-węgierskiego" — i odpowiedź dyrekcji na tę notę. Dyrekcja oświadcza z ubolewaniem, że wydziałowi banku, mającemu się zebrać dnia 27 b. m., nie może proponować przyjęcia nowych statutów; ekonomiczne i finansowe stosunki monarchji wymagają przekształcenia Nationalbanku na innych podstawach niż je statut proponuje. Dyrekcja banku wzywa tedy oba rządy, aby wspólnie z Nationalbankiem ułożyły te podstawy i warunki. I zdaje się, że do tego przyjdzie. Dnia 23. b. m. odbyła się w tym przedmiocie rada ministrów pod przewodnictwem cesarza, jak donosi *Neue fr. Presse.*

Ponowna konferencja klubów niemieckich w sprawie ugodowej ma się odbyć dzisiaj (w sobotę 25go) lub jutro.

Dnia 21 i 22. bm. przybyło do Belgradu 560 zupełnie uzbrojonych moskiewskich sołdatów.

W sejmie węgierskim dnia 23. bm. odpowiedział minister skarbu Szell na zarzuty lewicy, dowodząc, że bilans znacznie się polepszył.

Telegramy „Dziennika Polskiego."

Wiedeń 25. listopada. Lord Salisbury przybył tu wczoraj wieczorem; na dworcu powitał go personal poselstwa angielskiego.

Peszt 24. listopada. Dzisiejsze dzienniki węgierskie wyrażają się tonem bardzo podrażnionym o stanowisku zajętem przez austrjacki bank narodowy.

Budapeszt 25. listopada. W Izbie poselskiej Simonyi (ze skrajnej lewicy) polemizując przeciwko wywodom Tiszy w sprawie wschodniej, cofnął wreszcie swoją rezolucję. Mocsary zalecał rezolucję domagającą się odmówienia rządowi budżetu. Prezydent ministrów odpowiedział na to z pewną dosadnością, a gdy Mocsary zarzucił mu grubjaństwo, natenczas prezydent Izby wśród wszechstronnych oklasków wezwał Mocsarego do porządku. Na tem skończono jeneralną rozprawę i przyjęto preliminarz przedłożony za podstawę rozprawy specjalnej. Przeciwko temu głosowała tylko skrajna lewica i Sasi.

Raguza 24 listopada. Pomimo że komisja demarkacyjna ukończyła swe czynności — trudności nie są jeszcze usunięte. Ze strony tureckiej podniesiono zarzuty przeciw projektowi przez komisję opracowanemu. Skutkiem tego austrjacki komisarz Albori, i moskiewski Bogolubow udadzą się w sobotę na teatr wojny, i objadą Trebinię, Zaslap Grahowo i Cetynię.

Belgrad 24. listopada. Wszystkie cztery zreorganizowane korpusy serbskie będą skoncentrowane pod Szabaczem, i potwierdza się wiadomość o ich przeznaczeniu do Bośnji. Naprzeciw oddziałom tureckim w dolinie Morawy, które zresztą liczebnie są tu słabsze, ponieważ główna siła odeszła nad Dunaj — staną wojska moskiewskie.

Belgrad 25. listopada. Moskiewskie patrole objęły tutaj służbę policyjną

Petersburg 25. listopada. Muktar pasza otrzymał komendę nad korpusami tureckiemi nad Dunajem.

Wersal 25. listopada. Wczoraj przyszło w Izbie poselskiej do żwawej utarczki z powodu mowy, jaką miał książę Napoleon przeciwko klerykałowi Kellerowi. Tenże zabrał głos i protestował przeciwko doktrynom ks. Napoleona, a bonapartysta Dréolle zarzucił Kellerowi, że czerni cesarstwo. Kilku bonapartystów zostało wezwanych do porządku Tristan Lambert wzniósł okrzyk: Niech żyje cesarz! Izba uchwaliła mu za to naganę. Senat wybrał monarchistę Chesnelonga i umiarkowanego republikana Renouarta dożywotnymi senatorami.

Berlin 24. listopada. Misja markiza Salisbury w Berlinie ukończona — markiz odjechał do Wiednia. Przyjście konferencji do skutku jest już zapewnionem, tylko co do jej program jest między mocarstwami różnica zapatrywań.

Berlin 25. listopada. *National Ztg.* podaje następujące doniesienie z Londynu: Mussurus pasza wręczył rządowi angielskiemu depeszę, w której W. Porta wyraża nadzieję, że mocarstwa przy obradach nad traktatem paryskim będą mieć na oku powagę Porty, tudzież właściwości administracyjne państwa otomańskiego i wezmą pod rozbiór tylko ogólne reformy, za pomocą których położenie prowincyj rokoszujących mogłoby być polepszone.

„National Ztg." dodaje: Tym sposobem nabiera prawdopodobieństwa doniesienie, że niemieckie ministerstwo spraw zagranicznych odmówiło, wdawać się w dalsze konferencje z Edhemem paszą przed odjazdem jego z Berlina na konferencję stambulską.

Bukareszt 25 listopada. Rząd rumuński wydał do mocarstw traktatowych notę z zapytaniem, co Rumunja ma uczynić na wypadek przemarszu Moskali przez jej terytorjum? (Zbytek skrupulatności. Gdy chodziło o przepuszczanie zbrojnych transportów ochotniczych, rząd rumuński nie pytał nikogo.)

Telegramy zbożowe. Wiedeń 24. listopada. Okowita pr. 10.000 liter-percent zlr. 3·25. — Buda-Peszt 24. listopada. Pszenica (75 kilogr.) 12·0 – 00·00, na jesień 0·00 – 00·00. Berlin 24. listopada. Pszenica na listopad-grudzień 213.—, żyto loco 160· na listop.-gr. 00·00, okowita loco 5·80. — Szczecin 24. listopada. Pszenica na jesień 210·00, na wiosenne termina 0,000·0 rzepak 344.—.

Wiedeń d. 25. listopada, 10 godz. 30 min.

Akcje Kredytowe	1 9·90	Akcja kolei Karola-Lud.	198·50
„ Anglo-Austr. B.	70·—	„ „ [illegible]	79·25
„ Unionsbank	—·—	„ [illegible]	—·—
„ Vereinsbank	[illegible]	„ [illegible]	[illegible]

Usposobienie [illegible].

Telegrafowane kursa wiedeńskie.

Wiedeń d. 24. listopada, 2 godz. 20 min.

Akcje Banku Fra.-Austr.	—·—	Ungar. Ostbahn	27·—
„ Węgiersk. Kredyt.	106·—	Galic. Indemnizacja	[illegible]
„ Anglo-Austr. B.	70·25	1864 Losy	134·—
„ Unionsbank	48·—	Franco-Hung.-Bank	—·—
„ Kolei Kar.-Ludw.	2[illegible]0·—	Verkehrsbank	77·—
„ „ Północnej	1[illegible]6·75	Tureckie Losy	12·—
„ „ Południowej	73·50	Baubank-Aktien	—·—
„ „ Alfödskiej	94·50	Staatsbahn	263·—
„ „ Elżbiety	13[illegible]·50	Bankverein	55·50
„ „ Lw.-Czern.	110·—	Wiener Bauverein	—·—
„ „ Węg. Półn.	88·75	Węgierskie Losy	67·—
„ „ Rudolfa	102·—	Reichsmark	61·90
Wiener Baugesellschaft	—·—	Rossyjskie Banknoty	1·54

Usposobienie: osłabione.

Lwów d. 24. listopada.

Jed. dług państw. w bankn.	61·45	Londyn	126·—
„ „ „ „ srebrze	67·—	Srebro	112·40
Losy pożyczki z r. 1860	109·—	20-frankówka	10·07
Akcje Banku Narod.	837·—	Dukat ces. men.	5·95
Akcje Banku Kredyt.	141·20	100 Reichsmark	61·90

Berlin.

Rossyjskie noty bank.	219·75	Staatsbahn	—·—
Akcje Kredytowe	226·0	Kolei Rumuńskiej	13·—
Lombardy	129·—	Austrjackie banknoty	162·—
Galicyjskie	8[illegible]·75	Usposob.: —	

Paryż 3% renta 70·75; Lombardy —·—.

Przyjechali do Lwowa 25. listopada.

Hotel Żorza. A. hr. Mensdorff z Ternowa. A. Podoski z Bytł. W. Ustrzycki z Czelatyca. E. Wolański z Czarnokoniec.

Lwów, z Izby handlowej Dnia 24. listopada.	żądają	płacą
I. Akcje za sztukę.		
Kolei gal. Kar-Lud. à 200 zł.	202 —	199 —
„ Lw.-Czern. à 200 zł	111 50	109 50
Banku Hip. gal. à 200 zł.	216 —	— —
„ Kredyt. gal. à 200 zł.	211 —	209 —
II. Listy zast. za 100 zł.		
Tow. Kred. gal. 5% w. a.	83 50	82 60
„ „ „ 4% „	77 —	— —
„ „ „ 5% „	83 50	82 60
Banku Hipotecz. galic 6%	86 75	85 75
Galic. Zakł. kred. włoś. 6%	94 —	92 50
III. Listy dłużne za 100 zł.		
Ogóln. roln. kred. zakł. dla Gal. i Buk. 6% loś. w 15 l.	91 20	90 —
Tow. kred. miej 6% w 15 l.		
IV. Obligi za 100 zł.		
Indemnizacyjne galicyjsk.	83 —	82 —
Pożyczki kraj. 1873 à 6%	92 —	— —
Losy miasta Krakowa	15 50	14 —
„ „ Stanisławowa	19 75	18 25
V. Monety.		
Dukat holenderski	6 —	5 89
„ cesarski	6 06	5 94
20-frankówka	10 12	10 —
Pół imperjał rossyjski	10 30	10 12
Rubel rossyjski srebrny	1 80	1 68
„ „ papierowy	1 55	1 53
100 Marek niemieckich	62 60	61 60
Srebro za 100 zł.	118 60	111 66
Wiedeń, 23. listop.		
5% zjed. dług państw. bank	61 55	61 40
„ „ „ „ srebr.	67 10	66 90
„ Oblg. indem. Niż. Austr	101 25	100 75
„ „ „ czeskie	— —	100 —
„ „ „ węgierskie	74 50	73 50
„ „ „ galicyjskie	83 —	82 50
„ „ „ bukowińskie	84 —	83 —
„ „ „ siedmiogr.	73 —	72 —
„ węg. poż. kol. 300 fr. 120 zł	99 50	99 —
Listy Zastawne.		
5% Banku narod. listy	97 10	96 95
6 „ galicyjskie	— —	— —
4 „ „	84 75	— —
5 „ gal. zakł. kred. włość.	93 50	93 —

	żądają	płacą
Tow. kred. miej. 6% w 15 l.	70 —	— —
5% węgierskie listy	—	—
5% Zakładu kredyt. austr.	106 50	106 —
5% Domen państw. 120 zł.	140 —	139 50
Pożyczki loteryjne.		
Losy pożyczki z roku 1839	253 —	250 —
„ „ „ 1854	103 —	[illegible]
„ „ „ 1860	109 —	[illegible]
¼ losów pożyczki austrj. państw. z r. 1860	115 50	115 —
Losy pożyczki z r. 1864	133 [illegible]0	133 —
„ prem. pożycz. węgier	69 50	69 —
„ Comorente	23 —	22 50
„ Kredytowe	160 25	159 75
„ Żegl. par. na Dunaju	92 50	92 —
„ księcia Salm	40 75	40 25
„ „ Palfy	29 —	28 50
„ „ Klary	30 50	29 50
„ hr. St. Genois	35 75	35 25
„ miasta Budy	29 25	28 75
„ ks. Windischgrätz	27 25	26 75
„ hr. Waldstein	23 25	22 75
„ hr. Keglevich	14 75	14 25
„ Rudolfa	14	13 50
„ tureckie 400 franków	12 50	12 —
Akcje bankowe i przemysł.		
Banku narod. austrjr.	839 —	837 —
Zakładu kredytowego	140 70	140 50
Żeglugi par. na Dunaju	347 —	345 —
Kolei północ. Ferdynanda	1770	1765
„ rządowej fr. s.	261 50	260 50
„ zachod. s. Elżbiety	137 —	136 —
„ Południowej	79 25	79 —
„ Galicyjskiej	1[illegible]9 50	199 25
„ Czerniowieckiej	114 [illegible]0	110 50
„ Albrechta	— —	— —
„ węg. północ.-wsch.	89 —	88 50
„ ks. Rudolfa 200 zł śr.	102 —	101 50
„ Alföld.-Fiumańskiej	95 —	94 50
„ Koszycko-Bogumił.	85 50	84 50
„ Siedmiogrodzkiej	— —	— —
„ Cisańskiej	166	165 —
„ wschod. węgierskiej	26 7[illegible]	26 25
„ austr.-północ.-zach.	117 25	116 25
„ Franciszka Józefa	121 —	120 —
Banku anglo-austrjackiego	71 —	70 75

	żądają	płacą
Zakładu kredyt. węgier.	[illegible]	[illegible]
Banku franko-austrjac.	[illegible]	[illegible]
„ franko-węgier.	[illegible]	[illegible]
„ galicyj. dla handlu i przem. w Krakowie	[illegible]	[illegible]
Banku krajowego galicyjskiego we Lwowie	[illegible]	[illegible]
„ wiedeń. dla obrotu płodów leśnych	— —	— —
„ galicyjsk. hipotecz.	— —	— —
„ dla obrotu ogólnego	78 —	77 —
Obligi pierwszeństwa.		
Kolei Dniestrzańskiej	— —	— —
„ Koszycko Bogumińs.	64 25	63 75
„ państwowa St. 500 fr.	157 —	156 —
„ Emisja z r. 1867	149 —	148 50
„ południ. St. 500 fr.	116 75	115 25
„ Bony 1875—1876 6%	— —	— —
„ pół. c. Fer. 100 zł. mk	— —	100 —
„ „ „ 100 zł. wa.	— —	95 —
„ „ „ w srb. 5%	107 50	106 50
„ połud. pół. niem. 5% za 100 zł. w. a.	87 —	86 —
% w srebrze	92 —	90 —
„ gal. Kar. Lud. 300 z. wa w sreb. 5% za 100	99 50	99 —
Emisja II.	96 50	96 —
„ Lwow.-Czer. à 300 zł. (w sr. 5% za 100)	76 50	76
Emisja z r. 1867	7[illegible]	76 50
„ Siedmiogr. 200 zł. wa	56 25	55 80
„ ks. Rudolfa 300 zł. wa w sreb. 5% za 100 zł.	76 —	75 —
Austr. Lloyd 100 zł. m. k.	— —	— —
Tow. pragskie przem. żel. po 300 zł.	35 —	33 —
Waluty.		
Cesarskie korony	6 1	6 —
„ dukat na wagę	6 01	6 —
20 frankówka	10 08	1 07
Suwereny angielskie	12 65	12 55
Imperjały rossyjskie	— —	— —
Srebro	112 80	112 63
Srebro, kupony	— —	— —
Bank. pań. Niem. za 100 m	6[illegible]	61 —
Rubel pap.	1 54	1 51

Niezbędnie potrzebne dla każdego.

Podręczna

Encyklopedja powszechna

wydana przez A. Wiślickiego

3 spore tomy, 2547 stronnic, około 80.000 słów. Cena 15 zł. w eleganckiej i trwałej oprawie 18 zł., (także za wypłatą ratami).

Wygodne dziełko pod ręką, które **w pierwszej chwili** (szczególnie dla czytających gazety) krótkie a dokładne daje objaśnienia, jest bez zaprzeczenia niezbędnie potrzebnym nabytkiem dla każdego. 3122 1—0

Dziełka tego rodzaju nie powinno brakować w żadnym domu.

F. H. RICHTER
księgarz we Lwowie.

KALAFIORY
algierskie

przez całą zimę — ciągle świeże utrzymuje i poleca handel

St. Markiewicza

3090 we Lwowie, w Rynku l. 42. 2-6

Andrejewa z Moskwy

znany skład herbaty karawanowej po złr. 2, 3, 4 i 5 funt, poleca

KOWADZIŃSKI

ulica Kopernika l. 2. 5—

Kucharz

z dobremi świadectwami, który służył po kilka lat w jednem miejscu — wolnego stanu, poszukuje miejsca. Adres: ulica Karola-Ludwika l. 19, hotel pod „Czarnym Orłem". 3118 2—2

Tylko radykalna kuracja chorób tajemniczych zabezpiecza od wielu ciężkich słabości na przyszłość. Takową zapewnia na podstawie wieloletniej praktyki 2238 65—0

JAN KURPIEL

lekarz prakt. Med., Chirurgii i Akuszerji. Specjalista chorób tajemniczych.

Mieszka przy ulicy Sobieskiego l. 12, I. piętro (dawniej ul. Nowa l. 201.)

Godzina ordynacyjna od **10.** do **12.** przed, od **2.** do **5.** po południu.

Impotencje (osłabienie siły męzkiej), **Strictury, Pollucje**, tudzież rany, wrzody, upławy, słabości skórne wszelkiego rodzaju, leczy gruntownie pod gwarancją (nowo powstałe w przeciągu 48 godzin), bez przerwy zatrudnienia i pod najściślejszą dyskrecją.

Na honorowane listy odpowiadam bezzwłocznie i służę medykamentami.

L. 32422 1876. 3124 1—1

Ogłoszenie licytacji

na przedsiębiorstwo czyszczenia kanałów i kloak.

Dnia 12. grudnia 1876 o godzinie 12. w południe odbędzie się w Departamencie III. Magistratu rozprawa licytacyjna, celem oddania w przedsiębiorstwo czyszczenia kanałów publicznych i kloak w realnościach miejskich systemem ulepszonym w czasie od 1. stycznia 1877 po koniec grudnia 1879 r. Mający zamiar ubiegania się o powyższe przedsiębiorstwo, zechcą w terminie licytacyjnym wnieść na ręce komisji licytacyjnej swe należycie sporządzone, ostemplowane i opieczętowane oferty, w których wyrazić należy żądane wynagrodzenie:

a) za wywóz jednego metra kubicznego nieczystości;

b) za zatrudnienie robotników jednodniowe przy robotach kanałowych,

c) za dozorowanie ludzi używanych do robót odnośnych przez jeden dzień.

Nadto wykazać się winien przedsiębiorca uzyskaną koncesją na wykonywanie tego przedsiębiorstwa w myśl przepisów ustawy przemysłowej z r. 1859, oraz załączyć do oferty kwit na złożone w kasie miej. wadjum licytacyjne w wysokości 400 zł. w. a., które w razie zatwierdzenia oferty, stosownie do postanowień kontraktowych, jako kaucja do odpowiedniej wysokości uzupełnionem być ma.

O bliższych szczegółowych warunkach dowiedzieć się można przed terminem licytacyjnym w III. Departamencie Magistratu w godzinach urzędowych.

Magistrat król. stoł. miasta.
Lwów, 15. listopada 1876.

Ze zbioru majowego

1876.

Zupełnie świeży transport
silnej, przyjemnej woni
i ciemno naciągającej

HERBATY
chińsko rosyjskiej

poleca handel

Karola Bałłabana
we Lwowie,

560 gramów czyli 1 funt w. w.

Congo cesarskiej 2 złr.
Herbaty familijnej 3 złr.
Melange de Moskau 4 złr.
Imperial 5 złr.
Proszku herbacianego złr. 1·20.
Ciast angielskich do herbaty złr. 1·20,
Flasz. **Rumu** starego I. sorty zł. 1.40,
" " " II. " " 1·10.

Łyżeczka poniżej wymienionej herbaty wystarcza na dwie szklanki wyśmienitej herbaty. 2587 28—0

Epilepsje
(choroba św. Walentego), leczy **listownie** lekarz specjalista **Dr. KILLISCH.** Neustadt Dresden (Saksonia. Uskutecznił prawie **8000** wyleczeń. 2229 64—104

Ważne 294 6—6

dla posiadaczy losów i papierów wartościowych.

Uwiadamiamy niniejszem, że udzielamy każdemu **gratis** najszczegółowszej wiadomości, którym i jakim losem wygrana osiągniętą została. Tylko w razie wygrania żądamy małej prowizji. Także nadmieniamy, że kupujemy losy po kursie codziennym, i zostawiamy odsprzedającemu prawo odkupu takowego w miesięcznych ratach. Dalej że udzielamy gratis najpewniesze wiadomości o wszelkich gatunkach papierów bankowych, kolejowych i industryjnych.

Bankowy i wekslowy Kantor
EDWARDA FÜRSTA siostrzeńca,
Breissach & Comp.
w WIEDNIU. Kärntnerstrasse 14.

Pociąg do pijaństwa
może być wyleczony

z wiedzą lub bez wiedzy pijaka, za pomocą w niezliczonych wypadkach uznanego środka

Antimethystikon

Eliksir przeciw pociągowi do pijaństwa.

Użycie takowego sprawia **obrzydzenie i wstręt** przeciw zbytniemu napijaniu się spirytusów, naprawia apetyt i przywraca tym sposobem nieszczęśliwego rodzinie i swemu powołaniu. — Bliższe szczegóły w opisie użycia.

Cena flaszki z opisem użycia zł. **150.** Jedynie prawdziwy do nabycia za zaliczką pocztową przez aptekę „zur ungarischen Krone" w **Kesmark** (w górnych Węgrzech) 3059 3—8

„CALICOT"
(bawełniane wiejskie płótno) najtrwalszy materjał na
kalesony męzkie
sztuka 30 łok. wied. drug. (10 par kalesonów) złr. 8·50
Kalesony gotowe para złr. 1·40 (do ściągania tasiemką lub do zapinania na guziki).
Do nabycia w handlu płócien
FRYDERYKA SCHUBERA I SYNA
Lwów, Rynek l. 45.

Główny skład fortepianów
LUDWIKA MARKA
we Lwowie,
przy placu św. Ducha pod l. 10.

FILIA
w Czerniowcach u I. Szengierskiego
otrzymał

fortepiany wiedeńskie, paryskie, berlińskie i lipskie, pianina i fisharmonie amerykańskie.

ORGANY AMERYKAŃSKIE
dla kościołów i kaplic.

Gwarancja na lat 10.

Ceny najumiarkowańsze z rabatem od cen fabrycznych. 2238 27—0

Najtańsza wypożyczalnia
Fortepiany i Pianina po 6 złr. miesięcznie.

Skład c. k. uprzyw. Rafinerji spirytusu fabryki rumu, likierów i octu

Juliusza Mikolasza

WE LWOWIE przy ulicy Kopernika nr. 1 w podwórzu.
Najtańsze źródło do nabycia tych artykułów. 2233 12—0

Rządca

gospodarczy, chlubnie rekomendowany, wolny od wojska, żonaty, bez familji, któremu żadna gałąź gospodarstwa i administracja tegoż obcą nie jest, pragnąc zmiany miejsca, poszukuje odpowiedniego stanowiska zaraz lub od Nowego Roku. Łaskawe oferty adresować proszę: **J. K. W.** poste restante **Wojcin** (Posen). 3107 2—6

Zmiana lokalu.

Niżej podpisany zawiadamia niniejszem Szan. P. T. Publiczność, że przeniósł swój

SKŁAD
towarów blacharskich
z ulicy Jagiellońskiej do Rynku pod l. 27 (dawniej handel zabawek p. Paducha),

gdzie prócz **gotowych wyrobów blacharskich**, przyjmuje **wszelkie zamówienia w zakres sztuki blacharskiej wchodzące.**

Pr[illegible] przeniósł równie[illegible] gdzie wszelkie naprawy, jako [illegible] zamówienia przyjmuje.

Dziękując Szan. P. T. Publiczności za dotychczasowe łaskawe względy, upraszam o łaskawe i nadal. 3108 2—6

Z uszanowaniem

J. Jaremkiewicz.

BALSAM KAUKAZKI

Zygmunta Kalickiego
magistra farmacji we Lwowie.

Jedyny nieomylny środek przeciw **odmrożeniu** nawet bardzo zadawnionemu.

Cena flakoniku wraz z opisem użycia **60** ct., z przesyłką pocztową **70** ct.

Główny skład we Lwowie w aptece p. J. Nahlika, prócz tego nabyć można w każdej aptece Lwowskiej i zakład ch chemiczno-kosmetycznych pp. Ihnatowicza ul. Sykstuska i F. Michalewicza ul. Jagielońska. Na prowincji w aptece pp. J. Nahlika w Żółkwi i A. Hełma w Glinianach. 3052 4—0

WILHELMA 2308 2-6

Ziołowy Allop

z nader skutecznych ziół alpejskich

dla płuc i piersi

podług przepisu lekarskiego wyrobiony, jest najskuteczniejszym środkiem przy osłabieniu organów oddechowych, jakoto: krtani, i w zapaleniu oskrzelowym, czy takowe są przechodnie czy chroniczne, dalej przy kokluszu, chrypce i cierpieniach gardła.

Wielkie wydzielenie błony śluzowej, krtani i płuc leczą się w zadziwiający prędki sposób, i to tak, że przy użyciu

Wilhelma Ziołowego Allopu z gór śnieżnych

nigdy rozdęcie płuc nastąpić nie może.

Wilhelma Allop ziołowy z gór śnieżnych porusza błony śluzowe żołądka przez co apetyt sprawia i dobre trawienie przyjętych potraw ułatwia, przez co ogólne polepszenie sprawia, i przez co cierpienie nerwowe, najczęściej powstałe przez zepsutą mieszaninę krwi, ustępują.

Wilhelma ziołowy Allop z gór śnieżnych przeszedł od roku 1855 przez cały świat wszystkie próby, czego wielka ilość świadectw lekarskich potwierdza, gdyż skutek takowego był nader pewny i radykalny. Odbyt takowego jest znaczny, co także o skuteczności tego środka świadczy.

Ci szanowni kupcy, którzy życzą sobie przez zemnie od roku 1854 wyrabianego prawdziwego [illegible] gór śnieżnych nabyć, niech żądają wyraźnie

Wilhelma ziołowego Allopu z gór śnieżnych.

Tylko wtenczas mój fabrykat, jeżeli każda flaszka jest zaopatrzona pieczątką.

Fałszerze tej marki ochronnej podpadają karom prawnym!

Przepis dołącza się do każdej flaszki.

Zapieczętowana flaszka oryginalna kosztuje 1 zł. 25 ct. i jest zawsze do nabycia w świeżym stanie u wyłącznego fabrykanta

Fr. Wilhelma,
aptekarza w Neunkirchen, Austrja Niższa.

Za opakowanie liczy się 20 ct.

Prawdziwy Wilhelma Allop Ziołowy z gór śnieżnych jest także do nabycia u moich panów nabywców:

we LWOWIE Zygmunt Rucker, apt.
" Jakób Beiser, apt.
" Kalikst Krzyżanowski, apt.
" Jakób Piepes, apt.
w Bełzie Adolf Gross, apt.
w Brodach M. S. Franzos, apt.
w Busku Eugeniusz Wysoczański, apt.
w Bursztynie Jan Klimke, apt.
w Czerniowcach Józ. Golichowski, apt.
" Ig. Schnirch,
w Drohobyczu Łuk. Dobrzyniecki, apt.
w Horodence M. Aksentowicz, apt.
w Jarosławiu J. L. Wislocki, apt.
w Krakowie Józef Trauczyński, apt.
w Manasterzyskach Wł. Żarski, apt.
w Mikołajowie n. p. Józ. Aleksiewicz, apt.
w Radowcach Albert Decani, apt.
w Skawinie Karol Mayer, apt.
w Stanisławowie Ferd. Stecher, apt.
w Stryju Z. Drągowski, apt.
w Tarnopolu Franc. Jamrogiewicz, apt.
w Ulanowie J. Wroński, apt.
w Żurawnie Józef Tomaszewski, apt.

Kamienica

we **LWOWIE**, jednopiętrowa o dwóch frontach, jest **do sprzedania** lub do **zamienienia** na wieś.

Bliższa wiadomość w Administracji „Dziennika Polskiego". 3106 2—1

SYNAPIZMY

BOGGIO

Doktora-Aptekarza w Paryżu,
z czystej mąki z musztardy, pokryte lub nie materją gazową;

Materja gazowa reguluje działanie, czyniąc niepotrzebnem kilkakrotne przykładanie.

DZIAŁANIE SYNAPIZMÓW BOGGIO jest **szybkie i energiczne**, ale **stopniowe**, z leta, która pozwala delikatnym osobom i dzieciom nawet znosić je czas potrzebny do otrzymania skutku. 13—17

Kosztują taniej jak wszelkie inne. 2559

Dostać można we LWOWIE w aptece p. **Mikolascha**; w Czerniowcach w aptece p. Golichowskiego; w Krakowie w aptekach pp. Trauczyńskiego i Hedyka.

ZABAWKI

4 do 200 kawałków grające, z ekspresją lub bez takowej, z mandoliną, bębenkami, dzwonkami, kastanietami, głosami niebieskiemi z harfą i t. d.

Tabakierki grające

2 do 16 kawałków grające, dalej necesery, postumenty na cygara, domki zwajcarskie, albumy fotograficzne, przybory do pisania, pudełka na rękawiczki, ciężarki na listy, wazy na kwiaty, cygarowe etui, tabakierki, stoliki robocze, flaszki, szklanki na piwo, portmonetki i stoły, wszystko z muzyką. Zawsze nowość zalecając

J. H. HALLER, w Bernie.

Ilustrowane cenniki rozsyła franko

Tylko kto wprost zamawia, dostaje **utwory Hallera.** 3038 2—3

Z gumi i pęcherza

PREZERWATYWA

Rozsyła za pobraniem poczt. i dyskrecją tuzin od 2 do 6 złr.

J. N. SCHMEIDLER,
fabryka gumi, Wiedeń, VII. powiat, Stiftgasse Nr. 19 2250 57—

Karol Gruchol
handel płócienny

we **Lwowie**, Rynek nr. 4, poleca najtaniej

Pończochy wełniane na drutach robione, para zł. 1 do 1·60.
Skarpetki para ct. 60, 80 i zł. 1.
Pończochy dziecinne wełniane od lat 2 do lat 15.
Kaftaniki trykotowe od potu cienkie, sztuka zł. 1, lepsze zł. 1·80, wełniane, flanelowe zł. 2·50, 3 i 4, półjedwabne zł. 4, ze szczerego surowego jedwabiu sztuka zł. 8.
Spodnie flanelowe i trykotowe zł. 2, 3 i 4.
Koszule flanelowe sztuka zł. 4 i 5.
Włóczki do pończoszkowych robót pół kilo zł. 3·80.
Vigognia, takzwana wełna zdrowia w dzikich kolorach funt zł. 2·60.
Vigognia najprzyjemniej się nosi na skarpetki i pończochy, nie drapie, nie ściąga się w praniu i stałą czystość utrzymuje.
Pończochy do polowania para zł. 2, 3, 4.
Bawełna pottendorfska prawdziwa od nr. 6 do 30.
Estramadura 6-cio nitkowa angielska bawełna od nr. 1 do 9.

— W moim handlu wyciskają się wzory pod haft.

2322 5—8 *Karol Gruchol.*

PIWA butelkowe

z pierwszorzędnych browarów
z Wittingau, z Jaroschau, z Ołomuńca } butelka 15 ct.
z Micholub (A. Dreher) 18 ct.
BOK butelka . . 18 ct.
" **pół butelki** . 9 ct.
Leżak z browaru Kiselki 9 ct.
" pół butelki . . 5 ct.
PIWO Szwechackie eksportowe w oryginalnych butelkach . . 24 ct.
Obstalunki od 50 butelek . . . 21 ct.

Sławne bawarskie z Kulmbach butelka . . . . 24 ct.

Większym odbiorcom znaczny rabat.

M. STENGEL,
skład piwa ul. Grodzickich, 2.
3069 3—0

Wszystkie

CZASOPISMA

są zawsze do nabycia u kolportera w Stanisławowie który się poleca łaskawym względom.

2890 12—0 **Paternowski.**

Choroby

gardła i piersi

2979 **leczy** 3—0

Wszech. Med.

Dr. J. MAHL

ord. od 3—5 po poł., ulica Krakowska nr. 2, w domu p. Wallacha I piętro.

Premiowane medalem postępowym na wystawie wiedeńskiej 1873 roku

Do Przewielebnego Duchowieństwa

Szczepan Berlyak
obywatel i fabrykant paramentów kościelnych,

poleca się do wyrabiania różnych robót kościelnych jako też **sutan**, **rewerend** i tym podobnych po cenach najumiarkowańszych.

Karolina Berlyak
hafciarka złotem,

poleca się do uskutecznienia baldachimów, chorągwi, sztandarów dla stowarzyszeń śpiewu, strzeleckich, weteranów i straży ogniowej.

Ornaty przyjmują się do aplikacji.

UWAGA. Hafty, do których się daje materja, przyjmują się do wykończenia i wykonywują się jak najstaranniej. Również na wszelkie zapytania odpowiadamy pocztą. 3125 1—4

Skład I. Grünangergasse Nr. 6.
Fabryka w WIEDNIU, Josefstadt, Piaristengasse Nr. 17.

TOWARZYSTWO KREDYTOWE MIEJSKIE

we Lwowie

udziela członkom swym

pożyczki hipoteczne, gminne i zaliczki,

wydaje

6% Listy dłużne,

które mają udział w dywidendzie z czystych zysków, a pokrycie prócz w poszczególnych pożyczkach w ich hipotekach, także w solidarnej odpowiedzialności członków Towarzystwa (dotychczas około 15 000), sprzedaje takowe po notowanym kursie dziennym i wypłaca ich kupony, tak w biurze centralnem we Lwowie, jak i w biurach ajencyjnych okręgowych i powiatowych, niemniej w Wiedniu w kantorze bankowym Niższo-Austrjackiego Towarzystwa eskontowego, przyjmuje

Wkładki oszczędności

w swych biurach od **jednego zł.** począwszy na książeczki i **marki wkładkowe** procentując je po **6%** za 14 dniowem wypowiedzeniem.
" " " 7% " 30 " "
" " " 8% " 50 " "

Biuro Towarzystwa we Lwowie, ulica Wałowa l. 2.

30[illegible] 1—0 **Dyrekcja.**

Najlepsze wino żelaziste z chiny

(prędko działający, nader skuteczny środek)

M. H. BORNKESSEL w Mellenbach.

Przez najpoważniejsze medyczne znakomitości jako doskonały środek wszystkim cierpiącym zalecany na co wiele świadectw do przejrzenia służą. Cena jednej wielkiej flaszki wraz z przepisem używania tylko 1 zł. 50 ct. Przeważnie znajduje zastosowanie przy złem trawieniu, białych upławach, bladaczce, nieregularnościach w krwiotokach, przedwczesnem osłabieniu, bezdzietności i wszystkich cierpieniach żołądkowych, trudnemu trawieniu, niewstrzymaniu uryny u dzieci i u starców itd. Miesiączki stają się w skutek wpływu tego wina regularniejsze i uchyla u osób które w stan dojrzałości przychodzą, niejedną chorobę które zawsze towarzyszą przejściu z lat dziecinnych w wiek dojrzały.

Żelaziste wino z chininy bierze się w dozach od 1 do 2 łyżek stołowych i to dla dojrzałych, od pół do 1 łyżki daje się dzieciom od 5 do 12 lat i to rano przy wstaniu i wieczór przy kładzeniu się do łóżka

2456 6—2

Pan M. H. Bornkessel, Mellenbach, Thüringen.

W mojej praktyce lekarskiej miałem dostateczną sposobność wypróbować Pańskie wino żelaziste z chiny. Sprawdza się znakomicie w stanie osłabienia u kobiet, jako to: bladaczce, anomaljach, przy upławach macicznych, białych upławach, bezdzietności i z temi słabościami połączonemi afektacjami nerwów, — dalej w stanie rekonwalescencji i po ciężkich chorobach, jak po tyfusie, zapaleniach płuc, cholerze itd. Dobry środek zaradczy przeciw suchotom, a jako niczem nie zastąpiony środek przy uporczywych febrach. Zostaję z uszanowaniem

Wiedeń, 10. lipca 1876. **Dr. Lohner**, lekarz pułkowy.

Że wino żelaziste z chiny p. M. H. Bornkessel w Mellenbach przy utrudnionem trawieniu, osłabieniu żołądka, ogólnej astmie, a przeważnie w bladaczce i tejże skutkach jako nader prędki i nader korzystny środek leczniczy się okazuje, poświadczam na podstawie doświadczenia. **A. P. Raspi,**
Dr. med. i chir. i prokurator c. k. uniw. w Wiedniu.

Depot we **Lwowie** u p. **Zygmunta Ruckera**, aptekarza.
Skład główny **Simson Klug et Co.** w **Wiedniu**, I, Postgasse, 1.

GALICYJSKI BANK KREDYTOWY

we LWOWIE, ulica Wałowa l. 4,

podaje do wiadomości, iż począwszy od dnia

1. Marca 1875 r.

wydaje następujące

ASYGNATY KASOWE

5% z **8 dniowem wypowiedzeniem,**
6% " **30** " "
6½% " **90** " "

zaś wszystkie w obiegu będące **7% Asygnaty kasowe** oprocentowuje się po 7% tylko do dnia 2232 2—0

1. Czerwca 1875 r.

a od tego terminu **po 6½%** z 90 dniowem wypowiedzeniem.

Lwów dnia 26. Lutego 1875 r. **DYREKCJA.**

№ 272 Kraków, 28 Listopada — Wtorek Rok 1876.

CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu" o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

... do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi ... 38 ... 8 ... 3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy reklamacyjne niezapieczętowane nie podlegają opłacie pocztowej. — Listów niefrankowanych nie przyjmuje się. — Rękopisma nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmuje: W Krakowie Administracya „Czasu" ... w Lwowie: W. Piątkowski ul. Hetmańska 10 ... G. L. Daube & Comp. ...

Ogłoszenie przedpłaty.

Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem na miesiąc Grudzień . . . . . . „ 2·50
Od 1go Grudnia do końca Marca . „ 8·—

Kraków 27 listopada.

Kiedy klęska głodowa w r. 1873 sprowadziła tyfus i cholerę i zdziesiątkowała naszą ludność, a sejm uchwalał drugą już pożyczkę głodową, wyraziliśmy przekonanie, że należy koniecznie zbadać stan ekonomiczny kraju i zwrócić uwagę na przyczyny tak częstych materyalnych zawodów. W tej myśli wystąpił wówczas poseł Bartoszewski, stawiając wniosek o zbadanie przyczyn zubożenia kraju. Nie znamy powodów, dla których Wydział krajowy mając sobie powierzony wniosek powyższy, przez długi czas nie czynił zadość wezwaniu sejmu; ale nowa klęska nieurodzaju 1875 r., nie tylko że skłoniła sejm do ponowienia swej poprzedniej uchwały, lecz zarazem stała się bodźcem dla Wydziału krajowego do zaprzątnięcia się tą doniosłą sprawą. Właśnie niedawno obradowała w mieście naszem komisya zwołana przez Prezydenta za inicyatywą Wydziału krajowego, powołana do dania głosu doradczego w pracy przygotowawczej około zbadania stanu kraju. Komisya ta miała ocenić i uzupełnić pogląd Wydziału na stosunki, jakich poznanie wystarczy do ułożenia rzeczywistego obrazu ekonomicznego. Jest to więc ostatnia czynność przygotowawcza, po której nastąpić winno samo właściwe badanie stosunków krajowych.

Zanim rozesłane zostaną pytania w celu zebrania odpowiedzi kół kompetentnych, możemy tylko mówić o sposobie postępowania obranym przez Wydział krajowy. Dotychczas było zwyczajem, że kiedy chodziło o zbadanie pewnej sprawy, zapraszano kilkunastu ludzi, o których przypuszczano, że posiadają znajomość rzeczy, i ci dawali opinię lub nawet stawiali wnioski ustawodawcze. Sposób ten postępowania jest bardzo trafny, szczególniej gdy idzie o wskazanie środków zaradczych, o decyzyę pod względem kierunku, w jakim sprawa ma być rozwiązaną. Dla tego jednak sposób ten byłby mniej właściwym w danym razie: tu bowiem idzie w pierwszym rzędzie o stwierdzenie faktycznego stanu rzeczy, o którym sprzeczne krążą wieści i niekiedy błędne wyobrażenia. Nadaje się tu przeto raczej system właściwego badania stosunków przez liczne spostrzeżenia na miejscu czynione. Aby zaś tym spostrzeżeniom nadać jednolity charakter i ochronić od uwag luźnych, mało wyjaśniających lub nie należących do rzeczy, okazuje się korzystnem ujęcie spostrzeżeń mających się dokonać *w szereg pytań. Odpowiedzi* w takim razie ograniczając się na bardzo szczupłe koła i przestrzenie kraju, udzielane zaś przez ludzi dostatecznie znających miejscowe stosunki, będą w stanie dać dokładny obraz położenia rzeczy i posłużą do wniosków, które oparte na prawdziwej znajomości kraju, winny się ustrzedz od błędów i uprzedzeń.

Droga to wprawdzie dłuższa od zapytania się wprost szczupłego grona osób o radę, ale w drugim wypadku wydaje nam się tem właściwszą, że ekonomiczny stan kraju wcale nie należy do rzeczy zupełnie znanych i jasno rozumianych. Już sam wniosek posła Bartoszewskiego o zubożeniu kraju, nastręcza wątpliwość, czy istotnie mamy do czynienia z uszczupleniem bogactwa narodowego, czy też, co bardziej prawdopodobne, uogólniono fakt prawdziwy w pewnej stronie i na cały kraj rozciągnięto. Stosunki lichwy nastręczają te same trudności w rozwikłaniu powodów klęski, podobnież częste przypadki głodu pojawiające się w kraju wcale nieprzeludnionym, ani nieurodzajnym.

Gdyby ogólna tylko znajomość stosunków krajowych mogła wystarczyć, w takim razie lekarstwo byłoby łatwem do odszukania. Zdaje nam się jednak, że obok tych ogólnych zasad ekonomicznych, któreby tu znalazły zastosowanie, trzebaby jeszcze dla każdej zagrożonej okolicy, specyalnie do niej zastosowanych środków, chcąc raz na zawsze opanować złe, i stworzyć warunki rozwoju dla całego kraju. Wielce są pożyteczne kasy oszczędności, lub inne instytucye ułatwiające kredyt, potężny jest wpływ oświaty na postęp materyalny, ważny bardzo w życiu powszechnem wpływ ustaw i urządzeń administracyjnych na byt ludności; ale obok tych i podobnych warunków rozwoju, każda strona i okolica, ma właściwe sobie momenta życia, które dadzą się stwierdzić przez zbadanie objawów tego życia na zewnątrz.

Podzielając więc pogląd Wydziału Krajowego na potrzebę zbadania stosunków ekonomicznych naszej ludności, oczekujemy dalszych w tej mierze kroków. A zanim nowe klęski dadzą się we znaki, zdołamy może lepiej niż dotychczas ocenić ich powód i doniosłość, a zarazem obmyśleć środki skuteczne przeciw ich pojawianiu się i szerzeniu.

KORESPONDENCYA „CZASU".

Wiedeń 24 listopada.

(208 posiedzenie Izby deputowanych).

Prezes Rechbauer zagaja powiedzenie o godz. 11 min. 20 przy dość licznym udziale deputowanych; członkowie rządu zwolna się zbierają; publiczności mało.

Między petycyami są następujące z Galicyi: lwowskiego Towarzystwa spożywczego i kilku Kas zaliczkowych o poprawki do projektu ustawy o podatku zarobkowym, tudzież do projektu ustawy o opodatkowaniu spółek akcyjnych i zarobkowych, mianowicie z prośbą o uchwalenie rezolucyi co do odpisania zaległości podatkowych; dalej petycya miasta Sanoka o utworzenie tam gimnazyum ośmioklasowego; nakoniec petycya miasta Kołomyi o zwolnienie od dopłat na utrzymanie nauczycieli i służby gimnazyum tamtejszego.

Dep. Dr Weeber, jako przewodniczący komisyi kolejowej, na znane zapytanie dep. Rosera: co się stało z jego wnioskiem o wezwanie rządu, by wniósł projekt policyi kolejowej? odpowiada, że komisya zbyt obarczona była dotychczas pracami, że jednak wybrano do wniosku dep. Rosera komisyę ściślejszą, której wnioskiem niebawem zajmować się będzie cała komisya.

Z porządku dziennego idzie nasamprzód pierwsze czytanie wniesionego na ostatniem posiedzeniu projektu rządowego o przyzwoleniu 700,000 złr. na koszta urzędowego uczestniczenia królestw i krajów przedlitawskich w paryskiej wystawie powszechnej w r. 1878. Projekt ten — aby go tu zaraz streścić — domaga się 500,000 złr. w walucie austryackiej na wydatki, które ponosić wypadnie w granicach państwa, a 200,000 złr. w złocie na wydatki płatne na miejscu wystawy. Cała kwota 700,000 złr. ma stanowić wydatek najwyższy, którego przekroczyć nie wolno, ma zaś być rozdzielona na budżety lat 1877, 1878 i 1879. Wszelakie podania odnoszące się do wystawy wolne są od zwykłych opłat stemplowych. — Na wniosek Wolfruma przekazano projekt ten komisyi budżetowej.

Z kolei następuje dokończenie rozpraw nad reformą administracyi politycznej.

Dep. Kronawetter zabiera głos do kilku uwag osobistych, prostując niektóre wyrażenia przypisane mu przez ministra spraw wewnętrznych.

Dep. hr. Mieroszowski i X. Zakliński zabierają głos do uwag osobistych przeciw dep. Drowi Dunajewskiemu, usiłując osłabić jego wywody o zaczepkach ich przeciw władzom i urzędnikom galicyjskim. Izba nie poświęca im najmniejszej uwagi, tak, że zaledwie słychać, że coś mówią wśród powszechnego roztargnienia. Hr. Mieroszowski [illegible] zakroił na długą mowę, którą przerwał mu przewodniczący, gdy mówca, zacytowawszy pewien artykuł *Przeglądu Polskiego*, zapuszczał się do obszernych wywodów.

Dep. Göllerich, jako sprawozdawca komisyi, niedługo zastanawia się nad potrzebą reformy administracyi politycznej, która wprawdzie jest bardzo pilna, ale do której inicyatywa powinna wyjść od rządu. Mówca utrzymuje, że autonomia nie powinna mieć zbyt szerokiego zakresu; doświadczenie pouczyło, że teraźniejszy już zakres jest zbyt obszerny; ma tego jakoby dowodzić przeciążenie gmin, które wydołać nie mogą swoim zadaniom. Podobny stan rzeczy nadal trwać nie powinien i nie może; dla tego, pozostawiając wprawdzie rządowi inicyatywę do reformy ogólnej, w czem obrady Izby powinnyby rządowi dostarczyć wskazówek, komisya wniosła swe propozycye cząstkowe, aby zaradzić istniejącym niedogodnościom, aby zdjąć z gmin zbytek autonomii. Mówca przechodząc do zwalczania objekcyj i wywodów prawicy, także nie zbyt długo przy nich się zatrzymuje, i tu znów Hohenwarta przemówienie jest głównie przedmiotem krytyki, a pośrednio także wystąpienie Grocholskiego i Dunajewskiego, o ile trzej mówcy ci zbliżali się do siebie w punkcie odpowiedzialności namiestników przed sejmem i pod względem kompetencyi sejmów. Zdaniem sprawozdawcy kompetencya ta jest niepodbieństwem dla tego, że wszystkie 17 sejmów wypracowałyby inne ustawy; państwo też musiałoby zginąć wobec 17 odpowiedzialnych rządów krajowych. Nie potrzebował pewnie sprawozdawca zapewniać, że pomiędzy samorządem, jak Hohenwart go sobie wyobraża, a między autonomią, jak komisya ją sobie wyobraża, wielka zachodzi różnica. Wciąż jeszcze przeciw Hohenwartowi polemizując, bierze sprawozdawca na uwagę poruszony przezeń punkt wielkich kosztów, któreby wniosek komisyi w wykonaniu pociągnął za sobą; sprawozdawca upatruje w tym wniosku kuracyę, a każda kuracya jest kosztowna. Nakoniec zwraca się wprost przeciw Dunajewskiemu i zastrzega się stanowczo przeciw mniemaniu, jakoby stronnictwo „wiernokonstytucyjne" zarażone było prusaczyzną. Zwalczając jeszcze znany wniosek Zschocka, poleca sprawozdawca wnioski komisyi.

Prezes porządkuje wnioski rozmaite; przyczem stawiane są nowe wnioski dotyczące strony formalnej. Nasamprzód oddany pod głosowanie wniosek Walderta, aby „wezwać rząd do wniesienia takich ustaw, któreby zaradzały niedogodnościom dzisiejszym". Za wnioskiem tym podnosi się nieśmiało dwu deputowanych, ale zaraz siadają, [illegible] jednomyślnie odrzucony. Z kolei [illegible] Zschocka, za którym podnosi się [illegible] kilku z skrajnej lewicy, a więc odrzucony; dalej znany także wniosek Scharschmida o zmianę „uwagi" trzeciej i właściwego *petitum* w wnioskach komisyi; podnosi się za nim środek i kilku deputowanych z lewicy, a więc odrzucony (105 głosami przeciw 58 głosom); nakoniec wnioski komisyi, za któremi powstaje lewica (prócz skrajnej) i część środka bliższa lewicy, a więc odrzucone (niewiadomy jest stósunek głosów). Tak tedy z całych kilkudniowych rozpraw i z tylu wniosków nic zgoła się nie ostało. Petycye odnośne przekazano rządowi...

Załatwiwszy się krótko z trzecim punktem porządku dziennego, t. j. z ustnemi sprawozdaniami komisyi legitymacyjnej o nowych wyborach, przechodzi Izba do punktu czwartego o przedłużeniu terminu spłacenia pożyczki pożarowej przez miasto Joachimsthal. Poczem punkt piąty: drugie czytanie projektu rządowego o nowej procedurze egzekucyjnej przy sprzedaży przymusowej własności ruchomej i nieruchomej.

Przedmiot ten, jak wiadomo, zajmuje Izbę od lat dwu. Z początku chodziło o projekt rządowy, wielce niekorzystny w stosunkach galicyjskich. Dep. Dr. Kabatowi, który przedmiotowi temu poświęcał się niezmordowanie, udało się stworzyć z projektu rządowego coś rzeczywiście pożytecznego, co i komisya prawnicza, która rozpatrywała projekt rządowy, wnieść i bronić w Izbie postanowiła. Obecnie jednak inne zapanowały w komisyi mniemania i oto dziś dep. Sturm jako zastępca sprawodawcy występuje wobec Izby z wnioskiem, aby rzecz całą, nad którą tyle się nabiedzono i która tak jest nieodzowna dla naprawienia stosunków kredytowych, zrzucić z porządku dziennego i przekazać na nowo innej komisyi, t. j. komisyi rozpatrującej projekt procedury cywilnej.

Napróżno dep. Kabat zabierał głos, by wykazać nagłość sprawy, pożyteczność wniosków komisyi, i zwracając uwagę Izby, że przedmiot ten bardzo dobrze nadaje się do traktowania oddzielnie od procedury cywilnej. Izba uchwala bowiem, po krótkiem jeszcze przemówieniu zastępcy sprawozdawcy, postąpić sobie wedle wniosków jego.

Przemówienie Dra Kabata krótko tu zbywam, gdyż wypadnie je podać w całości. (Patrz niżej „Wiedeń" *Red*).

Następnie ustne sprawozdanie komisyi petycyjnej o petycyi „wiernokonstytucyonistów" dalmackich w sprawie wyborów, której *petitum* podałem dosłownie w sprawozdaniu z 206 posiedzenia (Nr. 265 *Czasu*). Przedmiot ten dokładniej jeszcze poznali czytelnicy z listu △ w Nrze 268 *Czasu*, tak że ograniczyć się mogę na zarysowaniu głównych momentów dzisiejszej dyskusyi.

Sprawozdawca dep. Promber przyznaje sejmom krajowym prawo rugów wyborczych, ale o ile chodzi o wykonanie lub naruszenie ustaw, Rada państwa jest kompetentna do kontrolowania tego i w razie nadużyć do stawiania odpowiednich wniosków. Sprawozdawca najprzód w imieniu komisyi wnosi: odstąpić petycyę rządowi z poleceniem, aby jak najspieszniej wytoczył śledztwo co do nadużyć, jakich dopuściły się władze; — następnie od siebie jeszcze wnosi: wezwać rząd, aby o rezultacie śledztwa zawiadomić Izbę.

Dep. Lienbacher w imieniu mniejszości komisyi wnosi: odstąpić petycyę rządowi w celu dochodzenia, czy jest powód wytoczyć śledztwo dyscyplinarne urzędnikom; co do żądania zaś, aby zawieszono wybory, przejść nad petycyą do porządku dziennego.

Po uzasadnieniu tego wniosku [illegible] Lienbachera i po przemówieniu hr. Bondy, który przeciwny jest obu wnioskom i pragnie tylko, aby zachowano ducha konstytucyi, który to mówca nadto przytacza cały szereg mniemanych nadużyć, ostatecznie jednak od siebie żadnego nie stawia wniosku, zabiera głos minister spraw wewnętrznych p. Lasser i w długiem przemówieniu przedstawia najsamprzód obszerną korespondencyę przeprowadzoną z namiestnikiem Dalmacyi bar. Rodiczem, który zapewnia, że nie było zaburzenia spokoju, ani agitacyj, ani nadużyć, że owszem polecił naczelnikom po powiatach czuwać nad swobodą wyborców i t. p. Minister protestuje w swej mowie, w której wogóle uderzał ton stanowczy, gdy się zwracał przeciw lewicy, protestuje przeciw nazywaniu wiernokonstytucyjnemi Dalmatami tych tylko, którzy należą do stronnictwa Bajamontego; zapewnia dalej i to kilkakrotnie, że nie myśli troszczyć się o rugi wyborcze, bo te do sejmu należą, a co do reszty zna jako naczelnik całej administracyi swoje obowiązki, zna ustawy; wytoczy śledztwo, jeśli będzie potrzeba, a jeśli w organach swych prowadzących śledztwo dostrzeże złą wiarę, gotów wysłać osobną komisyę ministeryalną. Minister oświadcza, że wniosek Lienbachera jest zupełnie trafny i prawidłowy. Nie myśli minister dać się nakłonić do potępienia kogokolwiek na mocy jednostronnego oskarżenia; uczyni w tej sprawie, co wynika z urzędu jego, a kto tem się niezadowoli, ten zemną będzie miał sprawę. Niech ta Izba postanowi, co jej się zdawać będzie stósownem, droga przezemnie wskazana jest i pozostanie jedynie właściwą i tej trzymać się będę. Minister przytacza także na zbicie twierdzeń o nadużyciach telegramy otrzymane z tych tamych gmin, już to po niemiecku, już po włosku, mówiące o fałszach, o mistyfikacyach. Nakoniec wzywa tych, którzy twierdzą o nim osobiście, że tylko pozornie jest wiernokonstytucyjny, aby jawnie przeciw niemu wystąpili.

Przemawia X. Pawlinowicz po chorwacku. Poczem zabiera głos dep. Giskra.

Podczas głosowania wniosek wydziału [illegible]. Godzina $3^{3}/_{4}$, gdy opuściłem salę, w której wielkie panowało rozdrażnienie.

Wiedeń 26 listopada.

(*n*) Jeden z publicystów wiedeńskich miał dziś sposobność rozmawiania nieco dłużej z pełnomocnikiem angielskim na konferencyę. Wobec [illegible] znaczenia, jakie słusznie przykładają w całej Europie do misyi tego znakomitego męża stanu, zdaje mi się, iż nie od rzeczy będzie podać jak najrychlej najważniejsze z tej rozmowy ustępy. Margrabia Salisbury dwukrotnie położył na to nacisk, że jego misya jest misyą pokoju; niesłusznie mu dają jej znaczenie wojenne. Nie ma on wcale zamiarów zaczepnych, lecz tylko wyjaśniające [illegible]. Zadaniem jest jego dokładnie pouczyć mocarstwa europejskie o stanowisku gabinetu angielskiego, do czego dla tego on właśnie jest odpowiednim, ponieważ jako członek tego gabinetu dokładnie zna jego intencye. Z drugiej zaś strony ma także na celu osobiście objaśnić się co do poglądów i celów innych rządów. Podróż więc swoją do Konstantynopola jedynie z tego powodu skierował na stolice innych mocarstw, aby zasięgnąć języka; pojechałby więc także do Petersburga, gdyby to było koniecznem. Co do bytności swej w Paryżu oświadczył margr. Salisbury, iż jest z niej w najwyższym stopniu zadowolony. Bynajmniej nie wątpił, że Francya postanowiła odegrać wybitną rolę na kongresie, już nie tylko z tego powodu, że reprezentowaną będzie przez mężów znakomitych (drugim pełnomocnikiem jest hr. Chaudordy), lecz także z tej przyczyny, że Francya jest potęgą, której pomimo ciężkich w ostatnich czasach prześladowań losu usunąć nie można. Zgoda między Francyą a Anglią jest więcej, niż czczym frazesem. Pomiędzy obu temi narodami istnieje związek idei socyalnych, który znajduje swój wyraz także na polu politycznem. Atoli o wiele ciekawszym był pobyt jego w Berlinie. Wywiózł on stamtąd przekonanie, na które zresztą był przygotowany, mianowicie, że z ścisłą przyjaźnią Niemiec dla Rosyi liczyć się trzeba bezwarunkowo wśród wszelkich konstelacyj. Nie było jego zadaniem usiłować nadaremnie rozdzielić oba te mocarstwa. Do takiego zadania nie dorósł i wie dobrze, iż nie może namawiać Niemcy, aby dla interesu angielskiego poświęciły interes niemiecki. Zresztą Anglia wcale nie ma powodu życzyć sobie tego rozdwojenia. Owszem Niemcy w porozumieniu z Rosyą są pod niejednym względem rękojmią [illegible] i Rosyi. U księcia Bismarka znalazł nadzwyczaj [illegible] zamiary i nic więcej, coby po za [illegible]. Również zapewnił on kanclerza niemieckiego o pokojowych zamiarach Anglii. Rozmowa z księciem Bismarkiem była bardzo swobodną, wcale jednak nie robiono tajemnicy z tego, iż położenie jest groźne. Przyjmowanym był z największem odznaczeniem.

Znaną mowę lorda Beaconsfielda spotkało na kontynencie zbyt błędne zrozumienie. Choćby ją sądzono jak najsurowiéj, była ona tylko mobilizacyą w słowach. Nie może ona wcale gniewać Europy, która nie pogniewała się wcale o faktyczną mobilizacyę w Rosyi. U poszczególnych gabinetów nie znalazł zasadniczéj różnicy zapatrywań. Żaden też z rządów, angielski nie mniéj jak inne, nie jest związany ostatecznie jakąś stanowczą polityką. Jego szczegółowem zadaniem jest utrzymanie pokoju i wcale nie stracił wiary, iż to jest możebnem. Z rozmowy z księciem Bismarkiem dało się spostrzedz, iż polityce rosyjskiéj powiodło się zyskać go dla siebie w niektórych punktach. Zresztą nie trzeba zapominać, że wszystko co się dotychczas stało, jest tylko natury przygotowawczéj, że żadne z mocarstw nie jest zjednane ani dla téj ani dla owéj formy rozwiązania trudności, że przeto kongres wcale nie będzie tylko formalnością. Szczególniéj Anglia wysyła nań reprezentantów bez uprzedzenia i bynajmniéj ich niewiążąc. To co mówią o naturalnym antagonizmie Rosyi i Anglii jest premisą fałszywą. Zadaniem konferencyi jest umówić cośkolwiek dla idei chrześciańskiéj, aby przecież coś zrobiono dla Chrześcian na Wschodzie, jakoteż dla idei nie mniéj chrześciańskiéj poszanowania obowiązujących traktatów. Rozwiązanie téj kwestyi tak długo pozostanie możebnem, dopóki nie wmieszają się cele samolubne a rozmysłem robiące niepokój.

O przyjęciu, jakiego doznaje w Wiedniu, wyraził się mgr. Salisbury, z wielkiem uznaniem. Miał on długą rozmowę z hr. Andrassym, któremu cała europejska dyplomacya wiele zawdzięcza tak za inicyatywę, jak za materyał wyborny podany w jego projekcie reformy. Jest w tem miłem położeniu, iż może stwierdzić wielokrotną zgodę w zapatrywaniach Londynu i Wiednia. U N. Pana znalazł najżywsze intencye i stanowczą wolę przyczynienia się do pokojowego rozwiązania wszystkiego. Jest to także zamiar Anglii i stanowi jego specyalne zadanie.

Mgr. Salisbury wyjeżdża dziś do [illegible], zmienił bowiem pierwotny plan, gdyż dopiero ztamtąd uda się do Brindisi.

Petersburg 22 listopada.

Dziś niema innych wiadomości, prócz tych, które nadsyła telegraf a dzienniki zamieszczają. I to właśnie jest charakterystycznem. W Rosyi zawsze były zakazane wszystkie tajemnice, a wszystko trzymano w tajemnicy. Dziś za wiele gadają i zdaje się jakby naumyślnie i bezwarunkowo otwarto szluzy językowi.

Przygotowania robią się na wielką skalę i wielkim kosztem, co wszystko zdaje się wróżyć wojnę; są jednak ludzie, co mówią, że to komedya i że tym sposobem zamierzono wywrzeć presyę na Turcyę i Anglię.

Lecz czy jest sposób uspokojenia opinii publicznej i skłonić kraj będący w gorączce wojennej do przyjęcia pokoju? W Rosyi wszystko jest możliwe. Opinia publiczna robi się i przerabia, a tem bardziej teraz, kiedy w tem wszystkiem co się dzieje nie ma własnego natchnienia. Zresztą przyznam się, że tego wszystkiego nie pojmuję.

Czy stan kraju jest tak rozpaczliwy, że tylko przez wojnę z niego wyjść można, aby uniknąć rewolucyi? — Zamianowanie W. księcia Mikołaja Mikołajewicza zadziwiło tu wszystkich. Nie złożył on nigdy dowodów jakiejkolwiek zdolności. Dodadzą mu zapewne szefa sztabu, który za niego będzie dowodził, gdyż naczelny wódz zdaniem powszechnem nie dorósł podobnemu zadaniu. Jeżeli sam działać będzie, Rosya może to drogo przypłacić.

Zapał powszechny jest na oko wielki i wojna jeżeli przyjdzie do skutku, będzie jak się zdaje popularną. Spodziewają się powstań w Armenii i Bułgaryi, które ułatwią zadanie. Minister wojny pracuje bez wypoczynku równie jak minister finansów, lecz na obydwu czoła są zasępione i złe przeczucia biorą górę.

Dzienniki rosyjskie bardzo się zajmują organizacyą armii austryackiej i obliczają, nie bez celu, ile mieści ona w sobie Słowian i jak ten żywioł jest reprezentowany. To znaczy, że liczą na niego, ale zawód nastąpi. Wyjąwszy część duchowieństwa ruskiego w Galicyi, które Austrya dozwoliła nieoględnie pozyskać Rosyi ceną złota, nieznajdzie tam ostatnia prawdopodobnie sympatyi.

Paryż 23 listopada.

(*B.*) Sprawa honorów wojskowych przy pogrzebach cywilnych podniesiona z okoliczności budżetu legii honorowéj przez dep. Floquet niegdyś radykalnego prezesa radykalnéj Rady municypalnéj Paryża, odłożona na wyraźne żądanie prezesa gabinetu, ma dopiero dzisiaj być rozwiązaną. Ze wszystkich stron za złe poczytano Dufaurowi tę odwłokę, która podług jednych podnosi znaczenie żądań radykalnych, podług zaś innych pomniejsza zadośćuczynienie, jakie rząd będzie zmuszony dać tym żądaniom. Nic przeto dziwnego, że znów puszczono pogłoskę o rychłem, jeśli nie bezzwłocznem ustąpieniu jego z gabinetu. Pogłoska ta ma dziś za sobą o tyle więcéj prawdopodobieństwa, że ją powtarzają zarówno przychylni jak nieprzychylni. Nazajutrz po oświadczeniu ministra, który zażądał odwłoki, pogłoski te wiele znajdowały wiary a wzmocniły je jeszcze rokowania rozpoczęte między Dufaurem a lewym środkiem Izby o kompromis, mocą którego honory wojskowe oddawane by były odtąd jedynie przy eksportaccyi ciała z domu, i wojsko nie udawałoby się ani do kościoła ani na cmentarz. Kompromis ten atoli nikomu się nie podoba i obie strony zarówno go odrzucają. Katolikom chodzi o zachowanie różnicy pomiędzy pogrzebami, radykalni żądają honorów wojskowych od domu aż do grobu. O tę sprawę rozbić się może gabinet Dufaura i dziwić się temu nie należy, bo sprawa jest drobną tylko pozornie. W gruncie chodzi tu o sankcyę rządową dla pogrzebów bezreligijnych, o przyznanie przez rząd, że przekonania religijne lub brak ich pozostają bez wpływu tak na moralną wartość człowieka, jak na doniosłość zasług położonych dla kraju, chodzi nadto jeszcze o publiczną naganę dla poprzednika gabinetów. Wątpić się godzi, aby Dufaure dał się nakłonić do takiego sankcyonowania anti-religijnych manifestacyj, przeto do zerwania ze swymi przyjaciołmi na prawéj stronie parlamentu. Żądania zaś radykalnych, oparte na zasadach wygłoszonych przez rewolucyę, która zawsze jest niezmiennem *Credo* wszystkich polityków francuskich liberałami się zowiących, nosi na sobie taką cechę racyonalizmu, iż zarówno wątpić trudno, aby lewy środek Izby miał odwagę w téj sprawie oddzielić się od republiki radykalnéj i pójść za katolikami. Nie dziwiłbym się przeto wcale, gdyby jednocześnie z tym listem opuściła Paryż depesza zawiadamiająca was, że Dufaure przesłał marszałkowi prośbę o dymisyę.

Propozycya dep. Donville-Maillefeu, dążąca do zamiany 5cio-procentowego długu francuskiego, na rentę 3-procentową, miasto zaniepokoić opinię publiczną podniosła ufność spekulantów. Żądanie ministra skarbu aby propozycya ta została odesłaną nie do komisyi budżetowéj, jak pragnął autor, lecz do komisyi inicyatywy parlamentarnéj, uwzględnione przez Izbę równie jak oświadczenie w téj mierze ks. Decazes, przekonały spekulacyę, że w chwili obecnéj o konwersyi długu francuskiego mowy być nie może. Ks. Decazes przypomniał, iż aby podobna operacya finansowa nie wywołała kryzys kapitałów, nieodzownemi są trzy warunki: 1) niezachwiania ufność u publiczności i obfitość kapitałów; 2) zupełna spokojność wewnątrz i zgoda pomiędzy władzami; 3) jeśli nie pewność, to przynajmniéj prawdopodobieństwo pokoju na zewnątrz. Ks. Decazes jakkolwiek jest przekonany, że obu pierwszym warunkom w chwili obecnéj Francya najzupełniejsze daje zadośćuczynienie, ze względu atoli na 3ci warunek nie sądzi, aby chwila była odpowiednią i uważa propozycyę za niewczesną.

Ten wzgląd ks. Decazes znajduje się nawet w pewnéj kombinacyi z oświadczeniami, jakie minister francuski otrzymał od pełnomocnika angielskiego lorda Salisbury w jego przejeździe przez Paryż. Lord Salisbury miał zapewnić ks. Decazes, iż „posiada nieograniczoną wiarę w pokojowe oświadczenie cesarza Aleksandra," a „rząd angielski uważa za swój obowiązek uczynić wszystko, co tylko wpłynąć może na opinię publiczną w duchu utrzymania pokoju zgodnego z honorem i interesami Anglii." Pełnomocnik francuski otrzymał również od ks. Decazes bardzo pokojowe instrukcye, streszczające się w trzech punktach: 1) poprzeć każdą propozycyę dążącą do ulepszenia obecnego stanu rzeczy w Turcyi, 2) nie odłączać się w niczem przy głosowaniu od państw konstytucyjnych, których zgoda w téj chwili jest zupełną a program wymaga reform, których niezbędność wykazało doświadczenie; 3) zastrzedz swoją decyzyę co do obcéj okupacyi i dać pozwolenie w téj mierze dopiero po zapadłéj rezolucyi większości państw gwarantujących.

Wszystkie dzienniki francuskie przytoczyły depeszę z Wiednia donoszącą, iż *Czas* zaprzeczył w artykule wstępnym wszelkim potwarczym pogłoskom o grożącem powstaniu w Polsce; dzisiejsze zaś podają podług *Morning-Postu* treść listu ks. Władysława Czartoryskiego do majora Szulczewskiego w Londynie, również przeczący tym pogłoskom, których cel nie może być ukrytym dla tych, co przywykli patrzyć [illegible] na postępowanie względem Polski dwóch północnych jéj rządców.

Rzym 24 listopada.

(*P*) Za duszę nieodżałowanego Maurycego **Manna** odbyło się wczoraj nabożeństwo żałobne w kościele św. Klaudyusza. Śpiewał mszę św. X. prałat **Meszczyński**, przy asyscie OO. Zmartwychwstańców. Był obecnym X. Kardynał-Prymas, który wysoko cenił zmarłego, a Polacy w Rzymie bawiący zebrali się niemal w komplecie. Wielu z nich znało osobiście nieboszczyka, który jak wszędzie, tak i w Rzymie, za ostatniego pobytu swego w r. 1869 zostawił najserdeczniejsze wspomnienia. Już dzisiaj czujemy jego stratę, a przyszłość bardziej ją uwidoczni: im kto szlachetniejsze i gorętsze ma serce, tem większą zostawia po sobie próżnię, gdy zstępuje do grobu.

Równocześnie w kościele św. Ignacego odbyło się *requiem* wystawne za drugiego sławnego nieboszczyka, którego imie, choć cudzoziemskie, u nas powszechnie znanem jest, nie tylko kapłanom, lecz i świeckim. O. Jan **Perrone** 28 sierpnia zakończył świątobliwie swój 82 letni żywot. Nie pamiętam, czy podaliście dotąd o nim wzmiankę, a bardzo na nią zasłużył, dla wielkich usług oddanych Kościołowi, dla cnót niezrównanych i dla olbrzymiej wiedzy. Ukończywszy studya teologiczne w uniwersytecie turyńskim, wstąpił bardzo młodym do wskrzeszonego przez Piusa VII Towarzystwa Jezusowego i wkrótce stał się jego najświetniejszą ozdobą. Zaraz po nowicyacie, jakoby na próbę, oddano mu katedrę teologii w **Orvieto**, a zaledwo tam zasłynął, przełożeni, nie chcąc zostawić go w ukryciu, sprowadzili go na powrót do Rzymu. Tutaj w kolegium rzymskiem, na wielkiej widowni świata, przed młodzieżą wszech krajów, rozpoczął swe zdumiewające wykłady, które mu zjednały rozgłos w Kościele, równający się sławie Bellarmina i Suareza.

Przez lat wiele powtarzał swe wykłady z nieustającym zapałem a wiedzą coraz nową. Główne herezye nowszych czasów, Hermesa utopie i Guenterianizm, legły, pod jego potężną dyalektyką. Dogmata Niepokalanego Poczęcia i Nieomylności Papiezkiej zostały przez niego w części przygotowane a po ogłoszeniu zwycięsko obronione. Należał prawie do wszystkich rzymskich kongregacyj, wchodził do wszystkich ważnych spraw Kościoła. Grzegórz XVI zarówno jak Pius IX zaszczycali go swą przyjaźnią i zasięgali rad jego. Najwyższe godności kościelne stały dla niego otworem, ale wyprosił się od nich dla pokory bez granic. Mimo niezliczonych zajęć, dosyć miał czasu do wydania wieletomowych dzieł, które po kilkakroćkroć, a niektóre nawet kilkadziesiąt razy zostały odbite. Przetłumaczone na kilka języków nowożytnych, wywarły wpływ nawet na innowierców, nawróciły wielu, a upartych zmusiły do milczenia. Najpiękniejszy zaś pomnik wystawił sobie w sercach swych uczniów: całe generacye kapłanów wychował, nie tylko słowem, lecz i przykładem, bo wbrew wielkiej nauce miał dziwnie głęboką pobożność i serce wylane na apostolskie usługi. Gdy w r. 1873 po zniesieniu Zakonów w Rzymie wypędzono go z kolegium rzymskiego długoletniej widowni jego prac i zachodów, chciał 83 letni starzec jeszcze jechać do Ameryki i tam pracować w którymś z domów zakonnych. Gdy przełożeni nie przyjęli ofiary, osiadł w kolegium amerykańskiem, przy Kwirynale, tam gdzie był niegdyś nowicyat Jezuitów i nasz Święty Stanisław Kostka chwalebnego życia dokonał; tam do ostatniej chwili, jak przez życie całe, modlił się i pracował.

Dwa tygodnie temu przybył do Rzymu kardynał belgijski **Dechamps** i dłuższy czas tutaj pozostanie. Nie ma jednak przejazd jego żadnych pobudek politycznych, jak mylnie doniosły niektóre gazety. Wiadomo, że kardynał wyszedł z długiéj i ciężkiéj choroby, po któréj mu lekarze nakazali spoczynek. Ale nie zmiernie czynny i apostolskim zapałem trawiony książę Kościoła, nie miałby go nigdy, zostając w dyecezyi. Nasuwała się przeto podróż do Rzymu, jako jedyny a odpowiedni kardynalskiéj godności środek rozstania się na czas jakiś z dyecezyą, a zażywania nieco wywczasu. Ale w Rzymie nawet kardynał rąk nie zakłada. Przywiózł obszerny materyał na poparcie dawnego życzenia, aby cześć ś. Julianny, patronki miasta Liège, rozszerzoną została do całego Kościoła. Gdy w r. 1846 obchodzono tamże sześciowiekową pamiątkę wprowadzenia obchodu **Bożego Ciała**, które głównie zawdzięczamy zabiegom świętéj belgijskiéj, już podówczas kardynał, acz prosty jeszcze zakonnik, wystąpił z myślą, którą uważał za sprawę narodową. Późniéj zostawszy biskupem, ciągle myśl tę rozwijał, aż wreszcie pozyskał dla niéj królową belgijską i przeszło dwóch set biskupów. Ukazał się wtedy w r. 1869 dekret, dozwalający na rozszerzenie kultu do wielu królestw. Teraz kiedy we większéj części krajów z obu stron Atlantyku został wprowadzony, wydaje się prawdopodobnem, że Ojciec Święty uczyni zadość wszystkim prośbom kardynała **Dechamps** i rozkaże ś. Juliannę, czcić w całym Kościele.

Londyn 23 listopada.

Zaprzeczenia i pokojowe zapewnienia Cara zawarte w depeszy lorda Loftus, nie wywarły zaspokajającego wrażenia. Jeden z głównych naczelników tutejszych wydziałów ministeryalnych, rzekł odczytawszy depeszę: *Russian words of honour only count for brass.*

W Anglii wierzą jeszcze w to, że Car jest osobiście za pokojem, lecz wypadki dowiodły już niejednokrotnie, że zmuszony jest uledz presyi. Aneksye Rosyi w Azyi środkowej dowodzą zresztą, ile można liczyć na słowo rządu rosyjskiego. Nie wyszły jeszcze z pamięci uroczyste przyrzeczenia Cara, że nie chce anektować Chiwy. Gdyby Car wiedział, jak lud angielski rozdrażniony był aneksyą Chiwy, nie był tu przesłał hr. Szuwałowa jako reprezentanta swego, co uważanem było za obelgę. Być może, że Car nie ma zamiaru wzięcia Konstantynopolu, i pragnie przynajmniej neutralizacyi Bosforu i Dardanelów, lecz by dopiąć tego celu, nie zawacha się zająć Konstantynopol, jeżeli inne mocarstwa na to zezwolą.

Anglicy wiedzą dobrze, że Rosya usiłuje zdobyć sobie przewagę w Afganistanie, gdzie jej ajenci pracują nad tem od dawna. Wiedzą także, że jest panią Teheranu i że posiąść chce Kaszgar. Rosya robi także, co tylko może, aby Anglii stworzyć trudności w Indyach i dąży do tego, aby skoncentrować armię w Kokandzie, a ponieważ wiadomo, że dla Rosyi nie byłyby żadną korzyścią zdobycze pustyń w środkowej Azyi, panuje tu przekonanie, że zagięła parol na Indye lub Chiny, a może na oba te kraje.

Wszystko to wraz z tradycyjną dwulicowością polityki rosyjskiej w kwestyi wschodniej, jest powodem, że nie ufają tu zapewnieniom wychodzącym z Rosyi.

Kapitan Burnaby, jeden z najdystyngowańszych oficerów armii angielskiej udał się na objazd okolic Bałkanu, aby zdjąć na wypadek plan obrony. Później zapuści się do Azyi środkowej, a jeśli można, do Afganistanu.

Możecie uważać za pewne, że w razie wojny, nastąpi wylądowanie wojska angielskiego, w celu obrony Konstantynopola. Jenerał Napier de Magdala (obecnie gubernator Gibraltaru) obejmie naczelne dowództwo. Jenerał Lyons i sir Garnet Wolseley będą w liczbie jenerałów dywizyj. Pułki są wybrane i gotowe, lecz ci co niemi dowodzić będą nie są jeszcze znani urzędownie. Siły te wyniosą od 40 do 50,000 żołnierza.

Co do żądań Rosyi, nie robią tu nad niemi komentarzy, w mniemaniu, że nie jest to *maximum* jej uroszczeń. Gdyby była pewność, że Rosya po przestanie na propozycyach, jakie ogłoszone są w dziennikach, większość Anglików, a nawet większa część członków rządu uważałaby je za słuszne, gdyż Rosya według tych dzienników nie żąda dla siebie terytoryów i nie nalega na okupacyę wojskową.

W ogóle rzec można, że żądania Rosyi służyć będą za podstawę dyskusyi, chociaż mają być znacznie zmodyfikowane. Jest jeden punkt, na który Turcya z pewnością nie przystanie, to jest rozbrojenie muzułmanów.

Wiedeń 26 listopada. Podajemy mowę, którą Dr dep. **Kabat** miał na posiedzeniu Izby deputowanych Rady państwa d. 24 bm. wśród obrad nad projektem ustawy o procedurze egzekucyjnej przy sprzedaży przymusowej własności ruchomej i nieruchomej. Wiadomo już, że sprawozdawca komisyi prawniczej dep. Dr **Sturm** wnosił o przejście do porządku dziennego i przekazanie przedmiotu komisyi rozpatrującej projekt procedury cywilnej. Minister sprawiedliwości Dr **Glaser**, który także w tej sprawie przemawiał, nie sprzeciwiał się wprawdzie wnioskowi komisyi, wyraźnie jednak wezwał Izbę, aby, uchwalając ten wniosek, nie nadawała mu znaczenia takiego, jakoby procedura egzekucyjna miała przyjść do skutku dopiero razem z procedurą cywilną; owszem minister wykazywał, że dwa te przedmioty oddzielnie mogą być załatwione i że pośpiech w doprowadzeniu do skutku procedury egzekucyjnej jest konieczny.

Poczem zabrał głos dep. Dr **Kabat**, którego przemówienie w przekładzie ze stenogramów brzmi jak następuje:

Po upływie długiego czasu stanęła wreszcie procedura egzekucyjna na porządku dziennym, i bezpośrednio po tem, jak oto w tej chwili usłyszeliśmy, pojawił się wniosek o uchylenie procedury egzekucyjnej z porządku dziennego a przekazanie jej innej komisyi, t. j. komisyi rozpatrującej projekt procedury cywilnej. Przypominając sobie rozmaite losy, którym procedura egzekucyjna podlegała od lat dziesięciu, przychodzę panowie, do tego smutnego przekonania, że procedura egzekucyjna podobna jest do dziecięcia zrodzonego bez warunków życia, które zaledwie ujrzało światło dzienne, aliści do grobu je niosą.

Zanim się oświadczę co do usłyszanego w tej chwili wniosku, pozwólcie mi słowy niewielu zaznaczyć moje osobiste względem tej sprawy stanowisko.

Jako członek obu komisyj, których sprawa ta dotyczy, tak komisyi prawniczej jak komisyi rozpatrującej projekt procedury cywilnej, znajduję się względem sprawy niniejszej w położeniu równie trudnem jak nieprzyjemnem, powiedziałbym nawet w położeniu arcyprzykrem, czy głosowałbym za wnioskiem komisyi czy przeciw niemu.

Głosując za wnioskiem komisyi, nie mógłbym opędzić się przykremu uczuciu, że ubliżam komisyi prawniczej; bo przekazywać projekt ustawy, który komisya prawnicza dwukrotnym poddawała obradom, przekazywać ten projekt po dwuletniej niemal, mozolnej i utrudzającej pracy innej znów komisyi do rozpatrzenia, nie zbadawszy go poprzednio w tej wysokiej Izbie, nie rozpocząwszy nad nim dyskusyi ogólnej, nie wysłuchawszy rozmaitych zapatrywań przemawiających za projektem lub przeciw niemu, — nie znaczy nic innego, jak obrażać komisyę prawniczą, która takiej oto dostarczyła pracy, a to tem więcej ile że pytanie wstępne, o które podobno tu chodzi, to jest pytanie czy zasady służące procesowi cywilnemu za podstawę pozostają w zgodzie z zasadami procedury egzekucyjnej, równie trafnie może być rozwiązane przez komisyę prawniczą, jak przez komisyę rozpatrującą procedurę cywilną, zwłaszcza, że komisya prawnicza składa się tylko z ludzi fachowo wykształconych, z samych prawników.

Zresztą to pytanie wstępne wydaje mi się zupełnie zbytecznem, bo wszakże wiadomo nam, że zasady procesu cywilnego mianowicie zasady postępowania rozpoznawczego, t. j. postępowania od początku sporu, od orzeczenia o skardze aż do chwili prawomocności wyroku, nic zgoła nie mają wspólnego z zasadami postępowania wykonawczego. Zasady procesu cywilnego, szczególniej postępowania rozpoznawczego, to jest zasada ustności i jawności, dalej zasada dochodzenia od woli stron zawisłego czyli zasada wolnej rozprawy i zasada przezorności, zasada wolnego ocenienia, są to zasady, o których w postępowaniu wykonawczem wcale już mowy niema. Nie wiedziałbym zaprawdę, gdzie szukać związku między zasadami postępowania wykonawczego a zasadami postępowania rozpoznawczego.

Jeśli przytem mogłyby nasunąć się niektóre pytania co do ustroju sądowego (*Gerichtsverfassung*) co do wykonawców sądowych, nie są to przecie pytania zasadnicze.

Gdybym atoli głosował przeciw wnioskowi komisyi mógłby spotkać mię zarzut, że o doskonałości projektu niniejszego tak głęboko jestem przeświadczony, iż wszelkie dalsze rozpatrywanie go uważam za rzecz niepodobną i zbyteczną. Ubliżyłbym przeto może komisyi rozpatrującej projekt procedury cywilnej, gdybym jej zaprzeczyć chciał prawa rozpatrywania, które dla niej windykuje pan sprawozdawca.

Te oto względy wkładają na mnie obowiązek traktowania tej sprawy ze stanowiska li tylko objektywnego, a zdaje mi się, że na tem stanowisku najzupełniej objektywnem utrzymam się najlepiej w ten sposób, że ograniczę się na przedstawieniu tych zapatrywań, któremi powodował się rząd tak dawniejszy jak i dzisiejszy, wnosząc do Izby projekt procedury egzekucyjnej.

Pozwolisz mi panie prezesie, odczytać kilka tylko ustępów z uwag objaśniających, poczynionych do projektu rządowego o subhastacyi dóbr ruchomych i nieruchomych.

Powiedziano tam między innemi (*mówca czyta*): „Wielkie niedostatki dotychczasowego postępowania wykonawczego powszechnie są znane; rząd od lat wielu też na wskróś był przejęty tem przekonaniem, że egzekucya w wysokim stopniu nie domaga. Ztąd też już w roku 1867 (a więc już przed laty dziesięciu) wniósł był projekt ustawy regulującej egzekucyę przez sprzedaż nieruchomości. Na ustawodawstwie ciąży co prawda ważne i rozleglejsze zadanie zreformowania całej procedury cywilnej; obok tego ważnego i rozległego zadania jest przecież obowiązkiem ustawodawstwa natychmiast i na ten już czas, zanim z tamtego zadania się wywiąże, zaradzać złemu tam, gdzie potrzeba najnaglejsza, i gdzie to stać się może, nie przesądzając bynajmniej o całości reformy, gdy owszem na pewno liczyć można, że ustawa specyalna bez trudności da się pogodzić i powiązać z budową ogólnego ustawodawstwa procesowego. Podobne uwagi atoli prowadzą też do reformy postępowania wykonawczego, a rząd nie mógłby przyjąć odpowiedzialności za to, że mimo uznanej nagłości nie zaradzono istniejącej potrzebie, że nie nadano życiu prawniczemu pożytecznego urządzenia z tego tylko powodu, że i w innych jeszcze kierunkach, w szerszym zakresie ma być przedsięwzięta reforma. Rząd owszem poczytuje sobie za obowiązek przysposobić i wnieść to, co natychmiast stać się może ku ułatwieniu i zabezpieczeniu wykonania prawa, nie powstrzymując dzieła reformy ogólnej ani też nie tworząc dlań prejudykatu".

Zdaje mi się, że już te uwagi objaśniające same przez się wystarczają, aby wykazać, że stawiony co dopiero wniosek o odesłanie procedury egzekucyjnej w celu powyżej wspomnianym do komisyi rozpatrującej procedurę cywilną jest zupełnie zbyteczny. Na koniec wypada mi powtórzyć to samo, com już powiedział w komisyi, t.j. że mam smutne przeczucie, iż ten wniosek zdąża do tego, aby całą procedurę egzekucyjną może wraz z procedurą cywilną ponieść do grobu. Z tych to powodów głosować będziemy przeciw wnioskowi komisyi a za otworzeniem dyskusyi ogólnej.

— Margrabia Salisbury przybył dnia 25go rano do Wiednia. Po kilkogodzinnej naradzie z ambasadorem angielskim Buchananem udał się wraz z nim do zamku cesarskiego, gdzie o godź. 2giej lord Salisbury miał posłuchanie u NPana. Posłuchanie to trwało przeszło półgodziny. Podczas tego ambasador konferował z hr. Andrassym w pałacu ministerstwa spraw zagranicznych. O godzinie 6tej margrabia był na obiedzie u NPana, na który zaproszono wspólnych ministrów państwa: hrabiego Andrassego, hr. Bylandt Rheidt, bar. Hofmanna i prezesa ministrów ks. Auersperga, cały personal ambasady angielskiej i osoby należące do dworu NPana. Objad skończył się po godz. 7mej. Wieczorem odbył się na cześć lorda Salisbury wieczór w ambasadzie angielskiej, na który zaproszono przeszło 150 osób. Salisbury podróżuje w towarzystwie żony i najstarszego syna.

Prusy.

Przypomina sobie teraz niemiecki urzędowy *Reichs-Anzeiger*, że tego lata pisano, iż cały episkopat pruski protestował przeciw ustawie o nadzorze państwa nad zarządem majątków dyecezyalnych z d. 7 czerwca r. b. i że do protestu tego przyłączyli się biskupi usunięci, oraz wszystkie kapituły katedralne. Wobec tego, powiada organ rządowy, że jedna kapituła nie założyła protestu, a z biskupów niektórzy podpisali akt przesłany rządowi, lecz ten na niego nie potrzebuje zważać bo ustawa zapadła jest prawomocną. Oczywiście, że protestujący byli przekonani, iż aktu tego rząd nie uwzględni, ale nie mogli milczeć, jakby wyznawali, że ulegają ustawie, której odmawiają prawa. *Reichs-Anzeiger* ogłasza dla pokazania różnicy — protestacye biskupów Limburskiego, Warmińskiego, Chełmińskiego. Hildesheimskiego, Fuldajskiego, Paderbornskiego, Monasterskiego i arcybiskupa Gnieźnieńsko-Poznańskiego. Z tych biskupi Limburski, Warmiński i Hildesheimski, oraz arcybiskup Koloński zastrzegając się przeciw ścieśnieniu praw Kościoła, chcą przyjść z pomocą wykonaniu ustawy; administrator biskupa Fuldajskiego ogranicza się na krótkiej protestacyi, a wygnani biskupi Paderborński i Monasterski, oraz arcybiskup Ledóchowski oświadczają, że choćby mogli pełnić bez przeszkody obowiązki swoje biskupie, nie mogliby dopomagać do wykonywania ustawy.

Rosya.

Gołos stara się obalić twierdzenie dość upowszechnione na Zachodzie Europy, że we współczuciu ludu moskiewskiego dla sprawy Słowian południowych, kryją się, oprócz dążności panslawistycznych, żywioły anarchiczne i rewolucyjne. „Pobyt Cara w Moskwie i jego mowa w sali starego Kremlinu, która wzbudziła w sercach wszystkich Rosyan uczucia zapału i wdzięczności, dają nam pochop do przemówienia kilka słów o usposobieniach naszego społeczeństwa. W chwilach ważnych, które przebywamy obecnie, naród rosyjski korzysta z każdej sposobności, aby dowieść swojemu Monarsze ufności nieograniczonej i bezwarunkowego poddania się jego woli, które cechowały po wszystkie czasy stosunek między tronem a narodem w Rosyi, a o których powątpiewać mogli chyba ludzie źle świadomi, lub niedaleko widzący. Korzystamy więc z tej sposobności, aby zaprotestować przeciw twierdzeniom tej części prasy europejskiej, która bądź przez niewiadomość, bądź przez złą wiarę usiłowała upatrywać w gorącej sympatyi społeczeństwa rosyjskiego dla sprawy Sławian południowych zarody rewolucyjnych i anarchicznych dążności. Dziś taż sama prasa, aby pozostać konsekwentną, zwróci chyba swoje zarzuty przeciw rządowi rosyjskiemu, ponieważ fakta dopełniające się w obec całego świata, stały się nowem świadectwem, że między rządem a społeczeństwem rosyjskiem niema bynajmniej różnicy zdań i dążności co do kwestyi Słowian Bałkańskich." „Owe liczne adresy do tronu — mówi dalej *Gołos* — które są uroczystą zamianą myśli między tronem a ludem, posłużyć mogą za najlepszą odpowiedź na insynuacye prasy zagranicznej, rzucające fałszywe światło na uczucia narodu rosyjskiego, spowodowane walką Sławian w celu wybicia się z pod władzy tureckiej. Teraz Europa może widzieć jasno, że w poglądach na sprawę sławiańską panuje zupełna zgoda między społeczeństwem a rządem rosyjskim, bo i rząd i naród zarówno poczytują tę sprawę za swoją własną. Też same adresy do tronu dowodzą jeszcze, że ponieważ w teraźniejszej fazie kwestyi sławiańskiej, pomoc prywatna społeczeństwa rosyjskiego już niewystarcza, więc naród ufa, że mądrość polityczna rządu zdoła wybrać chwilę właściwą dla wystąpienia energicznego w obronie Słowian, wspartego wszystkiemi siłami, jakiemi rząd w danym czasie rozporządzać może. Mobilizacya części armii rosyjskiej najlepszym jest dowodem, że rząd zrozumiał pragnienia swego ludu. Z depeszy zaś ks. Kanclerza do posłów przy dworach zagranicznych naród nasz dowiaduje się z radością, że Monarcha zdecydował się na ten środek w przekonaniu, iż cała Europa uznaje konieczność położenia kresu smutnemu stanowi rzeczy na Bałkanie w imię ludzkości i dobra powszechnego. ku czemu przychylają się z zapałem narodowe uczucia Rosyan, pragnących bronić sprawy swych braci do ostatka, pokąd zasady sprawiedliwości popierane przez całą Europę, niebędą zastosowane do bytu Słowian i nieuzyskają pewnych rękojmi trwałości."

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 27 listopada. Dziś odbyło się o godz. 10ej nabożeństwo żałobne za duszę Adama Mickiewicza w kościele katedralnym na Wawelu za staraniem młodzieży uniwersyteckiej i technicznej wobec licznego zebrania się pobożnych.

Dziś odbyło się w kościele OO. Kapucynów nabożeństwo za duszę śp. Maurycego Manna za powodem Redakcyi *Czasu*. Mimo woli naszej nabożeństwo to zeszło się z Mickiewiczowskiem, lecz było zapowiedzianem dawniej, gdy karty donoszące o nabożeństwie w katedrze, dopiero w sobotę po południu były rozlepione a Redakcya *Czasu* ustnie została zawiadomioną dopiero po południu o tem nabożeństwie przez jednego z członków Wydziału czytelni.

Doniesienie o obu tych nabożeństwach w *Czasie* podane, przez przypadkowe wypuszczenie w druku jednego wiersza, stało się niezrozumiałem.

Dziś na obchód Mickiewiczowski w sali hotelu Saskiego, niewielka tylko część osób, którym rozesłano zaproszenie, będzie mogła znaleść miejsce, albowiem już w sobotę nie łatwo było docisnąć się o bilety z zaproszeniem w ręku. Wiemy nawet, że przełożeni szkół publicznych nie dostali już wczoraj biletów, że wiele osób poważnych i znacznych musiało odejść bez biletów. Albo więc liczba zaproszeń przenosi liczbę biletów, albo że jak mówią, otrzymały bilety osoby niezaproszone.

— Jutro dla uczczenia pamięci Adama Mickiewicza przedstawionym będzie w teatrze genialny fragment *Konfederaci Barscy*.

— W sobotę umarł po długiej chorobie Kazimierz Ferdynand **Skobel**, Dr medycyny, profesor uniwersytetu Jagiellońskiego, członek Akademii Umiejętności, licząc lat 70. Dr Skobel znanym był szczególniej z badań swoich w dziedzinie słownictwa lekarskiego, w której wespół z dzisiejszym prezesem Akademii Dra Majerem pracował.

— Dla XX. Unitów nadesłał nam z uzbieranej przez siebie składki X. Michał Smoleń proboszcz w Wietrzychowicach 17 złr.

— Rozpoczyna się epoka publicznych odczytów. Wczoraj odbył się pierwszy wykład w sali radnej na korzyść Towarzystwa bratniej pomocy młodzieży uniwersyteckiej przy licznym udziale publiczności obojej płci. Dr **Bobrzyński**, docent prawa polskiego na uniwersytecie Jagiellońskim, na podstawie nowych badań ze źródeł archiwów miejskich, opowiadał dzieje buntu wójta krakowskiego Alberta w r. 1311 za panowania Władysława Łokietka. Prelegent przedstawił wypadki te na tle stosunków mieszczańskich w ogóle, a miasta Krakowa w szczególe w XIII i XIV wieku. Niemiecka kolonizacya miast w Polsce, była skutkiem klęsk i zniszczeń po napadach tatarskich za Bolesława Wstydliwego. Chcąc podnieść po spustoszeniach grody polskie, król ten ściągał kolonistów niemieckich i udzielał im obszernych przywilejów, nie tylko co do wolności od ceł i zabezpieczenia swobodnego handlu, ale nadto przyznając im całkowity samorząd czyli możność rządzenia się samym według prawa magdeburskiego. Wnet jednak zaczynała się objawiać reakcya ludności polskiej przeciw uprzywilejowanemu żywiołowi niemieckiego mieszczaństwa, które używając na ziemi polskiej tak szerokiej gościnności, nie ponosiło ciężarów krajowych, nie utraciło dążeń germanizacyjnych i chęci prowadzenia polityki na własną rękę. Smutna epoka podziałów dawała do tego szerokie pole.

Zaledwie Łokietek po wygnaniu wyszedł zwycięzko z wojny domowej i osiadł znów na zamku krakowskim, a wnet przygotowywał się nowy bunt, mający wystawić kraj na ciężką próbę. Wójtem krakowskim był Albert, naczelnik stronnictwa najbardziej tchnącego duchem niemieckim. Albert w tym duchu przeprowadził wybory do Rady miejskiej, wszedł w związki z biskupem krakowskim Muskatą, także Niemcem z rodu, szukał poparcia duchowieństwa zakonnego, po większej części niemieckiego, zwłaszcza zaś popierany przez swego brata, który był opatem Bożogrobców miechowskich, starał się nadto wciągnąć w spisek przeciw władzy królewskiej inne zniemczone miasta, jak Sandomierz, Nowy Sącz. Albert, aby doprowadzić do skutku swe plany na szeroką stopę obmyślane, sprowadził do Krakowa jedno z książątek szlązkich, wprawdzie piastowskiego rodu, ale całkowicie zniemczone. Książątkiem tym był Bolesław Opolski. Plan zrazu się powiódł. Bolesław na rynku krakowskim otrzymał hołdy królewskie, inne miasta i grody poszły za przykładem Krakowa. Lecz król Łokietek wypróbowany w przeciwnościach, nietylko siłą starał się przełamać opór buntowników. Umiał on z wielką zręcznością przeciągnąć na swoją stronę miasto Nowy Sącz, przyznając mu przywilej co do handlu z Węgrami, wywołać starcie stronnictw w Sandomierzu, przeważnym wpływom opata Bożogrobców miechowskich przeciwstawić wpływ opata benedyktyńskiego w Tyńcu. W ten sposób udało się Łokietkowi odosobnić Kraków i jego wójta Alberta, po czem już łatwo przyszło mu zdobyć siłą miasto, zburzyć dom wójta a na to miejsce wznieść w środku miasta królewską warownię Gródkiem zwaną. Nieobeszło się bez krwawej represyi. Ręka Łokietka ciężko spadła na przywódców i hersztów buntu — Albert uciekł na Szlązk. Odtąd już nigdy nie objawiła się podobna dążność w mieście Krakowie. Samo wspomnienie buntu Alberta uważanem było jako obelga. Mieszczaństwo pochodzenia niemieckiego coraz więcej jednoczyło się z żywiołem polskim, a postać Wierzynka za Kazimierza Wgo stanowi dowód, jak duch wójta Alberta już nigdy się nie podźwignął.

Zajmujące to opowiadanie oddane z kolorytem epoki, zakończył prelegent uwagą, że historya o buncie wójta Alberta z czasów, kiedy się jeszcze przeciw nam buntowano, nie jest bez nauki dla nas; czybyśmy mianowicie zdołali ukrócić bunt wewnętrzny wyłamywania się z pod ordynku pracy narodowej, która wymaga wspólności i karności.

— Pan W. M. złożył w policyi pierścionek złoty z napisem francuskim wewnątrz i wypadłem jednem oczkiem, znaleziony onegdaj przed hotelem Dreździeńskim.

— Synowie tutejszych kupców Leon Kluger i Izrael Spira, złożyli w policyi pieniądze, które znaleźli wczoraj ukryte w ogrodzie na Podbrzeziu. Składają się one z monet austryackiej, rosyjskiej i francuskiej.

— Wczoraj aresztowano na galeryi w teatrze Antoniego B., fryzyerczyka, za nieprzyzwoite słowa.

— Nie zbyt dawno zarządzono więcej stanowisk dla dorożek. Zdałoby się jednak, aby wskazała Dyrekcya policyi jeszcze jedno stanowisko a mianowicie po drugiej stronie Rynku pod wieżą ratuszną. Chcąc bowiem z tej strony szukać dorożki, trzeba po nią chodzić aż na przeciwległą stronę Rynku. Żądanie to zdaje się przeto być usprawiedliwionem.

— Jeżdżenie wózkami z ciężarami po chodnikach i plantacyach ciągle trwa, a nie ma władzy, którаby poczuwała się do obowiązku zapobieżenia złemu. Z browaru Götsa wożą piwo na wózkach czterokolnych wprost przez plantacye jak wczoraj o godz. 7ej wieczór do sklepu korzennego na plac Szczepański pod Nr. 240.

— Policya aresztowała służącą podejrzaną z powodu rewizyi odbytej w kanale domu pod. L. 400 i Jana Pytla, wyrobnika, za kradzież wózka ręcznego; Fr. Kubowicza, za kradzież szkła. Wojciech Baran, parobek z Skalbmierza w Królestwie Polskiem, wracającemu ztamtąd kramarzowi, węgrowi, skradł 105 rubli i uszedł do Galicyi. Strażnik policyjny Botulski z pomocą żandarma Jakóba Pereta, dowódcy posterunku w Niepołomicach, ujął go tam i odebrał połowę pieniędzy i odzież za resztę nabytą.

— Dowiadujemy się, że znana pianistka panna Zofia **Menter**, która niedawno w mieście naszem takie znalazła uznanie, zamierza dać w przejeździe przez Kraków wraz z p. D. **Popperem** jeszcze jeden koncert.

— Polskie stowarzyszenie akademickie „Ognisko" w Wiedniu obchodzić będzie d. 2go grudnia b. r. w sali „Grand Hôtel", rocznicę zgonu Adama Mickiewicza uroczystym obchodem pamiątkowym i zaprasza na ten obchód rodaków bawiących w Wiedniu. Karty wstępu wydawane są bezpłatnie w lokalu stowarzyszenia: I, Rotenthurmstrasse Nr. 9.

— *Leipziger Tagesblatt* zamieszcza wzmiankę następną o restauracyi pomnika księcia Poniatowskiego w Lipsku:

„Pamiętną jest bitwa pod Lipskiem r. 1813, gdzie d. 19go października znalazł śmierć w Elsterze bohatyr polski, książę Józef Poniatowski. Ciało jego znaleźli dopiero d. 24go października rybacy miejscowi: Krystyan Benjamin Meissner, Jan Krystyan Meissner, Jan Adam Wolf, Jan Krystyan Ludwik Friedrich, ze swym towarzyszem Janem Karolem Reichertem. Przyjaciel księcia jenerał dywizyi Aleksander Rożniecki wystawił mu w roku 1814 sarkofag wspólnie z wieloma żołnierzami polskimi. Między orłami polskiemi mieściło się nazwisko księcia i kilka słów z uznaniem jego bohatyrstwa. Wskutek nowych budowli w tej okolicy, sarkofag za zleceniem władzy został przeniesiony i zbudowany w okręgu trzeciej szkoły głównej przy ulicy Lassingo, niedaleko brzegu Elstery, gdzie Poniatowski śmierć znalazł. Równocześnie zaginął domek Japoński z 16,000 tafelkami porcelanowemi, historyczny przez ten sam nieszczęśliwy wypadek. Kamień grobowy księcia od lat 60 zwiedzany był przez cudzoziemców a szczególnie przez Polaków — nie jeden z nich płakał rzewnie nad wspomnieniem wypadków ściśle związanych z historyą Lipska po wszystkie czasy.

Pomnik ten teraz odnowiono. Wydział krajowy galicyjski pod protekcyą Jego ces. Mości cesarza Franciszka Józefa czuwa także nad zachowaniem historycznych pamiątek. Za staraniem Wydziału przybył w ciągu tego lata hr. Mieczysław Potocki, aby mu rada miejska w Lipsku zezwoliła zrestaurować pomnik Poniatowskiego, jako c. k. konserwatorowi pomników sztuki i historycznych pamiątek. Jego żądanie uprzejmie było przyjęte, pomnik miał zostać w miejscu, gdzie stał dotychczas. Hr. Mieczysław Potocki i jego zastępca hr. Adolf Poniński zamieszkały w Lipsku z budowniczym Sayfartem ułożyli plan budowy i kosztorys na 2400 marek. Plan prawdziwie estetycznie ułożony był godną pamiątką poległego bohatyra. Równie świetnie wykonany.

Postawiony kamień przez jenerała Rożnieckiego ujmują w górze wojskowe oznaki: hełm, miecz, laska marszałkowska i wieniec laurowy, a wspiera go wysoki piedestał z odpowiedniego białego piaskowca. Po jednej stronie piedestału czytamy: „*Aere publico Regnor. Galiciae et Lodomeriae*"; na drugiej „*Restauratum A. D. MDCCCLXXVI Cura Miecislai a Potok Potocki*"; na trzeciej Wojsko polskie. Czwarta strona mieści spiżowy medalion z popiersiem Poniatowskiego, lecz dopiero ma być osadzony. Na dawnym kamieniu wyryty jest dzień urodzenia i śmierci księcia.

Mniejszy kamień oznaczał miejsce na brzegu, gdzie rybacy znaleźli ciało Poniatowskiego, wystawiony przez ówczesnego właściciela gruntu bankiera Reichenbacha. Tysiące nazwisk było na nim wypisanych Polaków, którzy zaprzysięgli wierność cieniom potomka królewskiego i jego nieszczęśliwej ojczyźnie. Jeszcze istnieje ten kamień i umieszczony jest przy ulicy Poniatowskiego".

— Ze względu na ważną rolę polityczną, jaką odgrywa dziś lord Salisbury, dajemy kilka dat o jego osobie: Robert Artur Talbot Gascoyne Cecil, trzeci margrabia a ósmy earl Salisbury, urodził się w r. 1830. W r. 1853 wstąpił do Izby gmin jako deputowany ze Stamford, w r. 1868 został po ojcu swoim lordem. Ojciec jego był od r. 1858—59 członkiem gabinetu. Podczas wojny duńsko-niemieckiej, lord Cecil odznaczał się nieprzyjaźnią ku Niemcom. W 1865 otrzymał po śmierci brata tytuł wice-hrabiego Cranborne, pod tem nazwiskiem wstąpił w r. 1866 do gabinetu Derbego, jednak już w r. 1867 wystąpił z ministerstwa wraz z lordem Carnarvonem i jenerałem Peelem, gdyż konserwatywne zasady jego nie mogły się pogodzić z projektami reform ówczesnego ministra skarbu Disraelego. W r. 1869 lord Salisbury został kanclerzem uniwersytetu Oxfordzkiego. W r. 1874 wstąpił do obecnego gabinetu jako minister spraw indyjskich.

— Otrzymano w Rzymie telegram z Palermo z dnia 25go b. m. donoszący, że bankier angielski w Palermo Rose, którego ujęli pod miastem rabusie i domagali się okupu, został puszczony wolno. Pokazuje się zatem, że pomogło ogłoszenie ministra, że w razie nie wypuszczenia Rosego, wszyscy urzędnicy policyjni dostaną dymisyę.

— Telegram z **Kalkuty** z d. 25go listopada donosi, co następuje: Raport gubernatora **Bengalu** o jego podróży przez posiadłości zniszczone tyfonem (burzą z wylewem wód) oblicza straty w ludziach na 215,000 osób.

TEATR. We wtorek dnia 28go listopada: Ku uczczeniu pamięci **Adama Mickiewicza**. — Dwa akta dramatu, napisane po francusku przez Adama Mickiewicza, tłumaczone wierszem przez T. Olizarowskiego: *Konfederaci Barscy*. — Początek o godzinie 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dni powszednie 30 centów.

— Dnia 25go listopada pochmurno; termometr od — 3·0 doszedł do — 0·4 C. Dnia 26go od południa pogoda, która dotrwała do dnia następnego; termometr od — 2·0 spadł wieczorem na — 8·4. Barometr opada; rano o 6ej dnia 27go listopada stan jego był 743·6 mill., termometru — 10·0 C. Wiatr północno - wschodni.

— We wtorek dnia 28go listopada: Św. Rufina męczennika i Mansweta.

№ 275 — Rocznik XVIII.

Piątek, 1 grudnia 1876.

Za Redakcyą odpowiedzialny Stanisław Bronikowski w Poznaniu.

Administracya, Ekspedycya i Biόro Re..kcyi przy Wilhelmowskim placu pod Nr. 15.

Dziennik Poznański wychodzi codziennie z wyjątkiem poniedziałków i dni poświętnych

Cena ogłoszeń (inseratów): od wiersza drobnego 15 fen. — Reklamy od wiersza drobnego 30 fen. (incl. tłumaczenia).

Listy do Redakcyi, Administracyi i Ekspedycyi winny być frankowane.

DZIENNIK POZNAŃSKI.

Przedpłata kwartalna wynosi w Poznaniu 7 marek 50 fen., w Państwie niemieckiém i w Austryi 9 mar. 15 fen., w Belgii, Włoszech, Szwajcaryi, Serbii, Ameryce, w Danii, Francyi Anglii i Szwecyi 12 mar.

Przedpłata i ogłoszenia przyjmują się w Ekspedycyi; przedpłatę przyjmują w monarchii pruskiéj oraz w państwach do związku pocztowego niemiecko-austryackiego należących urzędy pocztowe. W innych krajach zaś tylko nasze ajentury za których pośrednictwem (zobacz niżéj) można także przesyłać ogłoszenia do eksp. Dziennika Pozn.

Rękopisma nadsyłane Redakcyi nie zwracają się i niszczone będą

Ajencye Dziennika Poznańskiego:

W Paryżu Libraire du Luxembourg, Rue de Tournon N. 16, pułkownik Raczkowski, Rue du Faubourg Poissonnière 33. — Ogłoszenia dla Dziennika przyjmuje w Paryżu wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2. — W Hamburgu, Frankfurcie nad Menem, Berlinie, Lipsku, Wiedniu i Bazylei: Haasenstein & Vogler. — W Berlinie Rudolf Mosse, Jerusalemerstrasse 48. A. Retemeyer, Internationale Annoncen-Expedition. „Invalidendank" Behrenstrasse 24 i Central-Annoncen-Bureau der Deutschen Zeitungen, Mohrenstrasse 45. — W Bremie: E. Schlotte. — W Frankfurcie nad Menem Daube & Comp. — W Wrocławiu Daube, Haasenstein & Vogler i Mosse — W Pleszewie: L. Zboralski.

POZNAŃ, 30 listopada.

Z Petersburga telegrafują pod dniem wczorajszym, że w tamtejszych kołach decydujących wiele przywiązują wagi do doniesień o przyjęciu margrabiego Salisbury w Berlinie i Wiedniu. W telegramie odnośnym, mającym widocznie cechę oficyalną, czytamy daléj: Konferencye, jakie odbył po drodze margrabia, przekonały go niezawodnie, że serdeczne stósunki trzech domów cesarskich nie doznały żadnéj zmiany, i że dotychczasowe wstrzymanie się Rosyi od kroków stanowczych, ku czemu była w toku obecnego na Wschodzie przesilenia kilkakrotnie prowokowaną, głównie przypisać należy względom, do jakich się tutaj poczuwają w obec dworów austryackiego i niemieckiego. Zadaniem Rosyi nie jest domagać się na konferencyi jako nieodzownego warunku „okupacyi". Rosya atoli musi oświadczyć, że nad konstytucyą turecką niemożliwa jest dyskusya, że autonomia musi być poręczoną i że dla zabezpieczenia takiego uważać należy jako środek prowadzący do celu okupacyą. W razie gdyby nie chciały wziąć w niéj udziału inne mocarstwa, wtedy nie pozostanie Rosyi jak o własnych siłach dążyć do tego celu, aprobowanego zresztą w memoryale berlińskim. Z tego to ogólnego stanowiska snuć będzie na konferencyi carogrodzkiéj żądania rosyjskie jenerał Ignatiew, któremu też pozostawioną zostanie odpowiednia swoboda działania. Gdyby, jak słychać, wielka rada turecka odrzuciła wszelkie propozycye zmierzające do nadania powstałym prowincyom stanowiska odrębnego, wtedy Turcya po to tylko będzie miała udział w konferencyi, aby protestować przeciw każdemu z osobna przedmiotowi konferencyi. Rosya zdecydowała się już co do stanowiska, jakie zająć jéj należy w obec owych protestów, niemniéj wszelkich wybiegów W. Porty.

W obec podobnego w petersburgskich kołach decydujących usposobienia, jakiemu daje wyraz dosadni powyższa depesza, z góry można powiedzieć, że konferencya caragrodzka nie uchyli niebezpieczeństwa wojny, która snać postanowioną została nieodwołalnie w Petersburgu.

Co do stanowiska Porty do kwestyi konferencyjnéj daje następujące wyjaśnienie list carogrodzki zamieszczony w Pol. Cor.: Od 18 listopada, czytamy tutaj, przyjęcie konferencyi ze strony Porty jest faktem dokonanym. Odnośną uchwałę powzięła nadzwyczajna rada, na któréj prócz ministrów brali udział wszyscy najwyżsi dygnitarze i wyższe duchowieństwo. Porta jedynie na usilne naleganie Anglii i Austryi odstąpiła od żądania, aby mogła zbadać program konferencyjny przed daniem swego na konferencyą zezwolenia. Pod jakiemi atoli auspicyami pragnie Porta wziąć udział w konferencyi, w téj mierze poucza nas bliżéj organ w ścisłych z kołami rządowemi zostający stósunkach, Vakit. Dziennik ten oświadcza, że wszyscy członkowie wielkiéj rady, którzy głosowali za konferencyą, w tém się zgadzają, że Porta musi wszelkie swe starania skoncentrować w kierunku zapewnienia spokoju i bezpieczeństwa państwu, nie mniéj własnéj swéj niezawisłości i nienaruszalności; cała więc jéj akcya musi mieć wyłącznie na oku cel powyższy. „O przywilejach mających się nadać powstałym prowincyom, nie może być ani mowy." Gdyby wbrew oczekiwaniom Turcyą w téj kwestyi została odosobnioną, wtedy nicby jéj nie pozostało, jak bronić wszelkiemi przysługującemi jéj środkami i przeciw wszystkim własnéj niezawisłości i nienaruszalności.

Konferencya sama rozpocznie się w pierwszych dniach grudnia. Porta przeznaczyła na swoich pełnomocników ministra spraw zagranicznych Savfeta paszę i ambasadora w Berlinie Edhem paszę. Pierwotnie miał na konferencyi zasiadać Midhad pasza, z powodu jednakże, że dostojnik ten słabo tylko mówi po francusku, odstąpiono od tego zamiaru. Miejscem konferencyi ma być wspaniały, dla sułtana zarezerwowany pawilon w ministerstwie wojny.

Tymczasem w Carogrodzie, jak dziś ztamtąd telegrafują, wybuchło przesilenie gabinetowe wywołane tém, że w. wezyr nie chce z powodów zasadniczych zgodzić się na projekt konstytucyi wypracowany przez Midhada paszę.

Na przesilenie gabinetowe zanosi się także w Wiedniu, zkąd następująca dochodzi nas depesza: W kołach parlamentarnych gotują się do zajęcia w obec ministerstwa takiego stanowiska, któreby zniewoliło je do postawienia teraz już kwestyi gabinetowéj.

W sejmie peszteńskim wniósł wczoraj deputowany Helfy motywowaną do rządu interpelacyą, czy rząd świadomy jest oskarżeń podnoszonych przeciw namiestnikowi Dalmacyi jenerałowi Rodiczowi i czy oskarżenia te są usprawiedliwione.

Wiadomości urzędowe.

Król mianował praktycznego lekarza Dr. Juliusza Diesterweg w Wiesbadenie, radzcą zdrowia.

Korespondencye Dziennika Poznańskiego.

Z prowincyi, 28 listopada.

(Kilka słów o naszych zebraniach przedwyborczych.)

(Y.) Słyszałem już nieraz od obywateli z różnych powiatów księstwa, że zebrania przedwyborcze a mianowicie zebrania w celu wyboru członków do reprezentacyi miejskiéj odbywają się nie zawsze z należytą zgodą i spokojem lecz owszem są nieraz bardzo draźliwe, bo niższe klasy ludności podejrzywają majętniejszych, że ci tylko swoich wybierają i popierają, że majętniejsi obrani do reprezentacyi miejskiéj bronią tylko swoich interesów, a na uboższą klasę nakładają coraz większe podatki itp.

Podobnych skarg i zarzutów jawnie a niesłusznie zarzucanych byłem świadkiem na zebraniu przedwyborczém, odbytém w pewném mieście na prowincyi. Nie wymieniam tu z rozmysłu miejscowości, nie chcąc jéj wyróżniać od innych, w których, jak wyżéj wspomniałem, nie lepiéj się może dzieje. Że takie zebrania są nieraz burzliwe, tego taić nie potrzebujemy. Przecież i na sejmach, gdzie zasiadają ludzie z wykształceniem i wychowaniem, wyprawiają się nieraz burzliwe sceny, o które tém łatwiéj na zebraniach ludowych, gdzie różne stany schodzą się na wspólne narady. Że na takich zebraniach może nieraz przyjść do scen draźliwych, w tém więc nic dziwnego. Czy przecież powinniśmy obojętnie patrzeć na takie objawy, na skargi i podejrzywania klas niższych? Bynajmniéj. Staraniem ludzi oświeconych być powinno, aby złe wykorzenić. Zdaniem mojém pochodzą wszelkie kwasy i objawy niezaufania, o których tu mowa, li tylko ztąd, że niższe klasy ludności nie mają najmniejszego wyobrażenia o sprawach, o które im własnie chodzi. — I tak, czyby reprezentacyą miejską mogły spotykać zarzuty, że niesprawiedliwie układa podatki, gdyby ogół wiedział, że przecież reprezentacya miejska podatków nie układa, lecz że do tego wybiera się osobną komisyą, która tylko bada stan majątkowy mieszkańców i podług tegoż podatki klasyfikuje. Czy znów komisyą taką spotykałyby podobne zarzuty, gdyby ogół wiedział, że to, co komisya ustanowi, ulega jeszcze różnym zmianom we wyższych instancyach, jak w urzędzie ziemiańskim i rejencyi. Czyż nie mamy na to licznych przykładów, że mianowicie w urzędach ziemiańskich ulega opodatkowanie, ustanowione przez komisyą miejską częstéj zmianie a pewnie częściéj na niekorzyść interesentów. O tém wszystkiém ogół zdaje się nie wiedzieć, inaczéj nie spotkałyby reprezentacyą miejską lub téż komisyą podatkową niesłuszne zarzuty. W ogóle można powiedzieć, że ogół bardzo mało zna się na procedurze administracyjnéj. Kwestyą tu poruszoną rozbieraliśmy niedawno w prywatném kółku poważnych osób i zgodziliśmy się na jedno, że ogół tak dłużéj w nieświadomości pozostać nie powinien, że należy mu wyjaśnić wszelkie stósunki miejskie, procedurę administracyjną i t. p. Do tego zaleca się zwoływanie wieców miejscowych, na których jasno i przystępnie należy ogół z tem wszystkiém, co potrzeba, objaśnić. Gdy wszystkim będą jasne stósunki miejskie i procedura administracyjna, wtenczas muszą ustać jawne i pokątne skargi.

Daléj byłoby z pewną korzyścią dla ogółu, gdyby reprezentacya miejska chociaż co pół roku zdawała publicznie sprawę ze swych czynności. Takie jawne występowanie pyzyczyniłoby się również do wykorzenienia nieufności, jaką niższe klasy czasem okazują. Mamy wprawdzie wolny wstęp na posiedzenia reprezentacyi miejskiéj, lecz z tego mało kto korzysta a mianowicie klasy, pracujące od rana do wieczora na swe utrzymanie. Od tych nie można żądać, aby opuszczali swe prace, swoje warsztaty i chodzili na posiedzenia, które znów nie zawsze mają ogólniejszy interes. Nie mniéj byłoby pożądaném, aby reprezentacya miejska w tych razach, gdy jej ważne kwestye przychodzi roztrząsać, zwołała wpierw ogólne zebranie i wysondowała opinią publiczną w takich przypadkach. Ogół wypowiedziałby wtenczas swe zdanie a reprezentacya wiedziałaby, jak się do życzeń ogółu zastósować.

Rzuciłem tu ogólne w téj sprawie uwagi, sądząc, że może nie przebrzmią bez echa.

Lwów, 28 listopada.

Spodziewane sprawozdanie delegatów lwowskich w obec wyborców. — Stósunek koła polskiego do Galicyi. — Koło polskie w Berlinie. — Hr. Mieroszewsli. — Adam ks. Sapieha. — Obchód Mickiewiczowski. — Tow. pedagogiczne. — Szkoła.

(T.) Zachwalana z pewnéj strony polityka „milczenia i bierności" w obec kwestyi wschodniéj, tak silnie z naszą związanéj, znajduje u nas wprawdzie bardzo wielu zwolenników, ogół jednak potępia ją i wszelkie usiłowania usprawiedliwienia naszé, delegacyi, okazują się bezowocnemi. Dzisiejsza Gazeta narod. wykazała ad oculos do czego taka polityka milczenia prowadzi, bo jéj następstwem są adresy wiernopoddańcze, do których podpisywania rząd carski Warszawę zmusza. Dawniéj już pisałem, że wyborcy lwowscy mają zamiar wezwać posłów miasta zasiadających w Radzie państwa, mianowicie dr. Smolkę i dr. Juliana Czerkawskiego, aby do Lwowa zjechali i swoje milczenie podczas rozpraw reichsratowych w kwestyi wschodniéj usprawiedliwili. Owóż już odeszło pismo do Wiednia, zapraszające szanownych posłów lwowskich na zebranie wyborców, które zwołane zostanie dla wysłuchania relacyi swych reprezentantów. Odpowiedzi dotychczas jeszcze nie ma, spodziewać się, że temi dniami nadejdzie i że wkrótce usłyszymy z ust p. Smolki, który głównie milczenie delegacyi naszéj zalecał, jakie to tajemnicze powody skłoniły go do popierania owéj dla nas tu niezrozumiałéj „polityki milczenia."

Dziwny a zupełnie nienaturalny i nieprawidłowy istnieje stósunek między naszą delegacyą a krajem. Delegacya postępuje tak, jakby się uważała za pełnomocnika kraju, niczém niewiązanego, niczém nieograniczonego, niemającego nie tylko obowiązku stósowania się do życzeń kraju, ale nawet mającego prawo żądania, by kraj zupełnie na ślepo pochwalał wszystko to, co ten jego wszechwładny zastępca robi. Delegacya wyjechawszy z kraju, odgranicza się od nego, jakby murem chińskim, ową tajemniczością zakrywającą wyborcom wszystko, co ich wybrańcy robią lub czego nie robią, a tém bardziéj zakrywającą powody postępowaniem delegacyi kierujące. Zachowanie się to delegacyi względem kraju ma oczywiście nie dobre następstwa, kraj bowiem, choćby miał największe do swéj reprezentacyi zaufanie — a tego, prawdę powiedziawszy, od dawna nie ma i po zrobionych doświadczeniach mieć nie może — nie jest w stanie udzielać jéj takiego poparcia, jakiego ona potrzebuje i jakiego się domaga. Żalą się ponownie delegaci na kraj i na prasę krajową, a niczém nie przyczyniają się do usunięcia powodu tych żalów. — Inaczéj postępuje Koło poselskie w Berlinie, inne téż są wystąpienia, inne przemówienia, inne działania waszych posłów reprezentujących nie jedną prowincyą, ale całą Polskę. Cały téż naród otacza ich najszczerszą, najgłębszą czcią.

A cóż powiedzieć o takim delegacie jak ów krakowski hrabia Mieroszewski, który wspólnie z centralistami przeciw mówcom koła polskiego i najbardziéj uzasadnionym żądaniom kraju występuje? Zmuszono już tego pana do ustąpienia z Rady powiatowéj, może byłby jaki sposób uwolnienia go także od trudów kompromitowania siebie i kraju który reprezentuje w Radzie państwa!

Książe Adam Sapieha od dłuższego czasu i to niebezpiecznie jest chory. W dniach ostatnich pogorszył się znacznie stan jego zdrowia. Gorączka, uporczywy kaszel połączony z pluciem krwią budzą uzasadnione obawy. Dwóch lekarzy bawi ciągle przy chorym w Krasiczynie.

Dziś jako w rocznicę zgonu Adama Mickiewicza odbędzie się w sali ratuszowéj staraniem czytelni akademickiéj uroczysty obchód. Oto program: 1) Zagajenie, Leon Piniński. 2) marsz żałobny Chopina, odegrają na dwóch fortepianach pp. Mikuli, dr. Festenburg, K. Schwarz i akademik Rakowiecki. 3) Odę do młodości wygłosi akademik Radziechowski. 4) Trzéj Budrysi z muzyką Moniuszki, odśpiewa akademik Wojnarowski. 5) Łucya i Lunatyczka odegra na fortepianie akademik Rakowiecki. 6) Mickiewicz jako wieszcz narodowy, odczyt akademicki J. Zimermana. 7) „Z księgi pamiątek" odśpiewa akademik Abrahamowicz. 8) „Na dziś" wiersz akademika Kołakowskiego przez niego wygłoszony. 9) „Sovage" i nokturnę Chopina odegra Rakowiecki. 10) Na zamknięcie obchodu przemówi Kornel Ujejski.

Nasze Towarzystwo pedagogiczne zapowiedziało już szereg odczytów popularnych, które przez całą zimę trwać będą, między innemi wykładać będą pp. Zygm. Sawczyński, dr. Burzyński, dr. Syrski i dr. T. Żuliński.

Nieraz już zwracałem uwagę na wielką użyteczność i stateczny rozwój Towarzystwa pedagogicznego, które w ciągu swego istnienia znakomite już oddało usługi sprawie oświaty, więc najważniejszéj naszéj sprawie narodowéj. Do licznych zasług tego towarzystwa należy bezwątpienia wydawnictwo tygodnika pedagogicznego pt. Szkoła. Kiedy w styczniu roku bieżącego oddano redakcyą Szkoły p. Lucyanowi Tatomirowi, podniesiono z pewnéj strony w dziennikach wątpliwości, czy nowy redaktor trudnemu podoła zadaniu. Owóż mija już rok od owego czasu a rocznik ostatni Szkoły świadczy jak najwymowniéj o bezzasadności owych obaw. Rocznik ten Szkoły odznacza się nie tylko prawdziwie znakomitemi artykułami takich pedagogów i specyalistów jak Zygmunt Sawczyński, Andrzéj Józefczyk, Jan Biczay, dr. Janota, dr. Józef Żuliński, J. Franke, dr. Syrski itp. ale i prawdziwie staranną redakcyą, pilnującą bacznie całego ruchu na polu szkólnictwa, nowych odkryć i doświadczeń, wydawanych przez władze rozporządzeń, nowych dzieł, a przytém wszystkiém potrzeb i interesów nauczycieli, dla których głównie Szkoła istnieje. Nie wiem, czy w Wielkopolsce jest nasza Szkoła znaną, choć podobno nie macie tam zgoła żadnego pisma pedagogicznego polskiego. W obec bardzo przykrych tamtejszych stósunków szkólnictwa, nasza Szkoła powinnaby jak najwięcéj mieć czytelników właśnie tam u was, gdzie domowe wychowanie polskie musi, jeśli nie zupełnie zastępować wychowanie szkólne, to przynajmniéj przychodzić mu w pomoc. Takie zresztą prawdy, jakie zawierają artykuły Szkoły, n. p. Sawczyńskiego o „obowiązkach macierzyńskich", o „żywém słowie a książce" pozostaną wszędzie i zawsze prawdami. Tutaj w Galicyi jest Szkoła mocno rozpowszechnioną, tak że dochód z przedpłaty choć ta nadzwyczaj jest nizką, pokrywa w zupełności koszta wydawnictwa i jeżeli sobie życzyć należy jeszcze większego pisma tego rozpowszechnienia, to jedynie ze względu na pożytek ogółu, na pożytek oświaty, na pożytek sprawy narodowéj.

Przyp. Nadszedł tu dziś telegram z Wiednia donoszący, że cesarz na osobnéj audyencyi oświadczył marszałkowi Izby Rechbauerowi, „iż nie ma powodu na teraz do zmiany ministrów." Widać z tego, że pogłoski o nastąpić mającéj zmianie gabinetu lub téż rozwiązaniu Izby były uzasadnione.

Z dobrych starych czasów.

(Le vieux bon temps.)

Przez

Erckmann-Chatrian'a.

(Dokończenie. Zobacz nr. 271.)

W roku 1750 miało najstarsze dziewczę Marya-Anna lat czternaście, najstarszy zaś chłopiec Jakób lat dwanaście. Oprócz tego przybyło Katarzynie małe dziewczątko.

Dużo złych lat nastąpiło po sobie. Musiano się ograniczać. Pomimo nieustannéj ciężkiéj roboty, zastawał Szymon przychodząc do domu blade i wątłe postacie. Stare zadymione belki u posowy, wydawały mu się co dzień ciemniejsze, dziadek i babka co dzień słabsi, żona smutniejsza a szwagier z każdą chwilą nudniejszy i zgryźliwszy. Thibald odważał się już czasami sarkać na to.

— Wszyscy ci Kapucyni i Franciszkanie, obchodzą świat cały z dzwonkami i osłami, ci zbieracze dobroczynnych darów, wszyscy ci pobórcy ciężkich podatków, wydają mi się jak horda kóz, która się z obory wyrwała. Pożerają wszystko ..... korę z drzewa ....., liście i młode drzewka prędzéj prawie jak rosną. Tym sposobem wszystko zmarnieć musi. Nie upłynie lat kilka a będziemy musieli role nasze poprzedawać, ażeby podatki pospłacać. Tak daléj iść nie może.

Inni nie odpowiadali mu na to nic. Lecz podczas mowy Thibalda spotykały się przelotnie oczy dziadka z oczami Szymona. Obaj rozumieli się dobrze i każdy z nich milcząc myślał:

— Nie, tak daléj na prawdę iść nie może. Giniemy... tu wszystko nie pomaga, praca, oszczędność, a nawet obie razem. Podatki za ciężkie, a pomimo tego wciąż się powiększają. Wpadamy powoli w poddaństwo. Dzieci głupieją. Gdyby przynajmniéj czytać, pisać, uczyć się mogły. Lecz nie, musimy je posyłać na robotę. — Biedne robaki kilkoletnie muszą w pocie czoła na kawałek chleba zarabiać.... Jak temu zaradzić?...

O wędrówce nie myślano jeszcze wtedy. Gdy jedno pokolenie przeszło dwieście lat w tym samym domu mieszka, gdy zna tylko swój kraj, gdy nic w ogóle o świecie nie wie, jak myśl mu w ogóle przyjść mogła porzucenia wszystkiego do czego przez lata przywykło i co mu było drogiem. Szymon zaczął jak zwierzę juczne pracować myśląc, że ogromem pracy pokona zwiększający się wciąż niedostatek. Lecz przeciwnie.

Pewnego dnia, podczas największego skwaru miesiąca sierpnia, gdy cała familia przewidując nadchodzącą burzę, zajętą była w polu przy żniwach, które pokończyć szybko usiłowano, pilnował stary Jan Brühart, który ośmdziesiątki dochodził, domu, skrobał kartofle i rąbał duże kawały drzewa na drzazgi potrzebne do zgotowania wieczerzy.

Tak powoli zbliżył się wieczór. Dzieci wiejskie wracały. Wozy naładowane zbożem skrzypiąc przejeżdżały zwolna po kamienistéj drodze prowadzącéj przez wieś, rzucając długie cienie na małe okienka chatek. — Lecz robotnicy nie wracali jeszcze. Ojciec Jan znużony gorącém, położył się na ławce około komina stojącéj by chwilkę podrzymać, gdy jakiś chwiejący chód w izbie go zbudził. Odwrócił się. Był to Szymon; zrzucił z siebie kapelusz i kamzelę i z głową zwieszoną na piersiach i zasępioną twarzą szybko po izbie przechadzać się zaczął.

— Czy to ty jesteś Szymonie? — zapytał go stary.

— Tak, mój ojcze.

— Przybywasz dzisiaj tak wcześnie?

— Tak, spieszyłem do domu.

Stary spostrzegł teraz dopiéro, że syn jego był bladym, zapytał więc z pewnym przestrachem:

— Co ci się stało?

— Płaca nasza za ciężką pracę została zniżoną, odpowiedział Szymon bezdźwięcznym głosem. Nowy nadleśniczy mówi, że 15 su jest za wiele, chce dawać tylko dwanaście. Kto nie jest tém zadowolony, ten może odejść. Na poddanych nie braknie teraz księciu.

Milczał chwilę. Później dodał:

— Zapadła więc uchwała. Od jutra zarabiam tylko dwanaście su.

Stary na te słowa stał kilka minut jak skamieniały.

— A inni? — pytał po chwili drżącym głosem — co myślą o tém?

— Ci nie myślą wcale o tém — odparł syn.

— Czy nikt przeciw temu nie wystąpił?

— Nie, zresztą to wszystko zależy od nadleśniczego i gdyby mu się podobało zamiast dwunastu tylko ośm dawać, to przeprowadzi to z pewnością.

W téj chwili usłyszeli głosy żony i dzieci na ulicy. Dziadek podniósł się i szepnął synowi:

— Chwilowo nie mów nic... twojéj żonie... matce... także dzieciom nic — ten cios byłby za ciężki dla nich... trzeba się namyślić... trzeba będzie zobaczyć, czy wystarczy ta odrobina.... Będziemy się starali, chociaż ciężko będzie.... Zaczekajmy więc, namyślmy się do jutra!

Szymon usiadł na ławie, kobiety weszły do izby.

— Na Boga! — zawołała matka Anna, podnosząc załamane ręce ku niebu — teraz musimy pomrzeć z głodu.

Katarzyna, Marya, Anna i mała Ludwika płakały rzewnie. Dziadek spostrzegł dopiéro, że wiedziały już o wszystkiém. Nieszczęsna wieść rozbiegła się piorunem po całéj dolinie.

— Wszystko skończone — rzekła, płacząc matka Anna — teraz przepadliśmy z kretesem.

Zwróciła się ku kominowi i spostrzegła dopiéro, że syn i mąż jak skamieniali siedzieli.

— I cóż wy na to? rzekła — cóż mówicie na to? Wcale nic? Jakim sposobem możemy się z dziećmi utrzymać? Czy to wolno, żeby nadleśniczy biednym ludziom chleb od gęby odrywał? Nie jestże to grzech wołający o pomstę do nieba?

Ojciec Jan nie widział żony nigdy w takiém rozstrojeniu, lecz cóż miał mówić? Podczas gdy się nad tém zastanawiał, wszedł zięć Thibald, poruszając długiemi barkami a małe jego oczki błyszczały z wściekłości, która daleko większą była niż matki Anny. Nie wszedł jeszcze do izby a już krzyczał z za okna.

— Co? Czy wiecie już o tém wesołém poselstwie najmiłościwszego pana? W Wersalu gałganił się i długów narobił. My biedne djabły, samo się przez się rozumie musimy wszystkie te długi popłacić. Dla tego więc zniżył zapłatę za naszą pracę? Czy podobne gałgaństwo zdarzyło się kiedy w świecie? Co?

Z tém wszedł do domu. Anna, żona jego i dwoje chłopców Klaudiusz i Mikołaj weszli za nim.

Zwątpienie wybuchło na nowo. Kobiety płakały,

Wiedeń, 27 listopada.

(Lord Salisbury, jego przyjęcie i konferencye w Wiedniu; co przywiózł z Berlina. — Edhem pasza nie przyjmowany nigdzie. — Wyjazd lorda i paszy. — Konferencya carogrodzka. — W sprawie portu kł-ckiego.

*** Lord Salisbury przybył tu w piątek późno wieczorem i stanął z żoną i dziećmi w gmachu ambasady angielskiéj, podczas gdy liczne otoczenie jego urzędowe i służebne porozmieszczało się po hotelach. — Lord Salisbury przybył pociągiem nadzwyczajnym, jadąc z Berlina do Wiednia tylko godzin 15 i minut 24, tak że i pod względem szybkości podróż jego należy do rzeczy nadzwyczajnych; dotychczas bowiem nikt przestrzeni téj w tak krótkiém czasie nie przebył. Osoba lorda Salisburego nie przedstawia typu dyplomaty angielskiego, jak go zazwyczaj wyobrażać sobie przywykliśmy, brak mu siwizny, która uchodzi za nieodłączną właściwość dyplomacyi angielskiéj. Lord Salisbury jest jednak postacią typową w swym rodzaju, cała budowa ciała a szczególniéj głowa mogłaby posłużyć za wzór rzeźbiarzowi. W twarzy maluje się szlachetność niewypowiedziana, głęboka inteligencya, w oczach łagodność a jednak pewien ogień, którego doświadczył mianowicie dawniejszy p. Disraeli a dzisiejszy lord Beaconsfield w polemice na polu polityki wewnętrznéj, szczególniéj indyjskiéj. Lord Salisbury należy do bardzo staréj arystokracyi angielskiéj; już za panowania Tudorów przodkowie jego ważną w parlamencie odgrywali rolę. Dodajmy tu zaraz, że on to prawdopodobnie będzie prezesem konferencyi carogrodzkiéj; dla tego właśnie Anglia proponowała wysłać po dwu reprezentantów na konferencyą, aby nie zasiadali w niéj sami tylko ambasadorowie mocarstw w Carogrodzie, bo w takim razie przewodnictwo należałoby do jenerała Ignatiewa, jako dziekana carogrodzkiego ciała dyplomatycznego.

O pobycie lorda Salisburego tutejszym tyle tylko wiadomo, że był przyjmowany na dworze cesarskim bardzo wspaniale i z wielką uprzejmością i że długo konferował z ks. Andrassym i dość długo także z tutejszym ambasadorem francuzkim hr. de Vogüé. Co do treści tych konferencyi jednak zachowywana jest tajemnica jak najściślejsza. Zdaje mi się, że mylą się ci, którzy co do ogólnego charakteru konferencyi hr. Andrassego z lordem Salisburym wysnuwają wnioski z faktu, że tutejszy ambasador turecki Aleko pasza i bawiący tu chwilowo ambasador turecki przy rządzie berlińskim Edhem pasza byli w sposób ostentacyjny pomijani przy recepcyach i że Edhem pasza nie widział się nawet z hr. Andrassym. Fakt ten mojém zdaniem tłumaczy się po prostu tém, że Austrya nie wyemancypowała się jeszcze z związku trójcesarskiego, nie odzyskała jeszcze samodzielności a raczéj nie weszła jeszcze w bliższe stósunki z innemi mocarstwami w tym stopniu, aby mogła traktować reprezentantów Porty w inny sposób, jak ich traktują w Berlinie. Edhem pasza wyjechał był z Berlina, nie zyskawszy posłuchania u ks. Bismarcka, owszém wśród oznak wyraźnie niechętnego usposobienia sfer berlińskich dla Porty. Gdyby przeto w Wiedniu wysadzano się na grzeczności dla reprezentantów Porty, równałoby się to niemal demonstracyi tak przeciw Berlinowi jak Petersburgowi, których Austryi unikać jeszcze trzeba. Austrya dziś dopiero znajduje się na punkcie decyzyi w wyborze nie między Rosyą a Anglią, jak powiada Neue freie Presse, lecz między związkiem trójcesarskim a Anglią. Dni ostatnie bowiem dostarczyły nowych oznak, że Rosyi w całém występowaniu swém w sprawie wschodniéj więcéj na Niemcy liczyć wolno, niż dotychczas sądzono, od stanowiska Niemiec zaś zależy stanowisko Austryi.

O przychylności berlińskiéj dla Rosyi sam lord Salisbury miał się sposobność przekonać i pokazuje się, że słusznie w korespondencyi ostatniéj podałem w wątpliwość optymizm tutejszych organów półurzędowych, oddających się nadziei, że posłannictwo lorda Salisburego w Berlinie, posłannictwo nakłonienia rządu berlińskiego do wywarcia wpływu na Rosyą w duchu pokojowym, będzie uwieńczone pomyślnym skutkiem. Lord Salisbury, o ile moje sięgają informacye, oprócz czczych zapewnień o chęciach pokojowych, niczego nie uzyskał, a jeżeli wierzyć można pismom angielskim, przyjęcie lorda Salisburego u ks. Bismarcka było bardzo serdeczne, ale co do stósunku Niemiec do Rosyi kanclerz niemiecki przedstawiał lordowi pokrewieństwo panujących, tradycye, przyjaźń dotychczasową między obu państwami, słowem wyrażał się jakoś bardzo w duchu znanego testamentu Fryderyka III — mniejsza o to, że ks. Bismarck osobiście wcale nie jest zwolennikiem zalecanéj w tym testamencie polityki idealnéj. Powtarzam: oprócz wyrazów chęci pokojowych lord Salisbury nic w Berlinie nie uzyskał i uzyskać nie mógł, bo jeszcze krótko przed przybyciem jego do stolicy nad Sprewą gabinet petersburgski otrzymał w ożywionéj wymianie zdań nowe zapewnienie z Berlina, że cokolwiek przedsięweźmie, liczyć może na przychylność niemiecką. Fakt ten dostatecznie mi jest poręczony.

Zachodzi pytanie, czy lord Salisbury, poznawszy, jaki wiatr wieje w Berlinie, a będąc wyposażony w bardzo rozległe pełnomocnictwa co do reprezentowania Anglii na konferencyi, tak że wolno mu występować tam samodzielnie wedle własnéj opinii, a jednak obowiązującej dla [illegible] — pytanie, mówię, czy lord Salisbury nie będzie zniewolony posunąć się na konferencyi do dalekich ustępstw na rzecz Rosyi.

Wczoraj o godzinie $1\frac{1}{2}$ po południu opuścił lord Salisbury Wiedeń, udając się do Rzymu. Wedle planu pierwotnego miał udać się wprost do Brundyzyi i w drodze tylko, w Ankonie, spotkać się z włoskim ministrem spraw zagranicznych p. Melegarim. Ponieważ jednak p. Melegari Rzymu opuścić nie mógł, przeto wypadło lordowi udać się tam samemu. Nie sądzę, iżby rezultat konferencyi jego z włoskim ministrem spraw zagranicznych wypadł o wiele pomyślniéj od rezultatu konferencyi z kanclerzem niemieckim. Gabinet włoski opanowany jest wpływami niemieckim i rosyjskim, i tylko namacalne korzyści mogłyby nakłonić go do zszeregowania się z Anglią i Austryą; — w tym bowiem celu jedzie lord Salisbury do Rzymu. Wedle pierwotnego planu miał též Edhem pasza pojechać razem z Salisburym do Carogrodu; otrzymawszy jednak w nocy z soboty na niedzielę depeszę od rządu swego, wyjechał już wczoraj rano wprost na Kraków i Lwów do Carogrodu.

Z powodu zboczenia lorda Salisburego do Rzymu, konferencya carogrodzka dozna o dwa dni zwłoki. Tymczasem jenerał Ignatiew bezustannie pracuje nad tém, żeby konferencya w ogóle nie przyszła do skutku. To się nie uda — ale sprowadzić jéj znaczenie do zera albo wynaleźć w niéj casus belli, to może się udać.

Doniósłem wam w korespondencyi ostatniéj, że w rządzie tutejszym rozbierają kwestyą, czy z powodu nadużycia tureckiego nie zamknąć znów portu kleckiego. Sprawa ta doznała zwłoki, a może skończy się bez zamknięcia portu, bo rząd turecki kazał przeprosić za „nieporozumienie“.

Sprawa wschodnia.

Oficyalna wiedeńska Politische Correspondenz zamieszcza list z Petersburga, w którym następujący znajdujemy ustęp, — [illegible] się do spraw polskich:

„Na podstawie osobistéj w kołach decydujących zasięgniętéj informacyi jestem w tem położeniu, iż mogę oświadczyć, że wszystkie doniesienia dzienników zagranicznych zwłaszcza galicyjskich o zaszłych lub przygotowujących się zaburzeniach w polskich guberniach, o plakatach w Warszawie zabraniających zgromadzania się po ulicach, o aresztowanych księżach, zamkniętych pensyonatach i znalezionéj broni są od początku do końca zmyślonemi. Jednemu z tutejszych dzienników, który umieścił tego rodzaju telegram bez podania źródła jako własną wiadomość, wytoczono surowe śledztwo tak ze strony ministerstwa spraw wewnętrznych, jak i urzędu gubernatorskiego warszawskiego i tutejszéj cenzury.“

Kwestya demarkacyjna stała się już, wedle Rusk. Miru, przedmiotem zatargu w Serbii. Organ ten Czerniajewa odbiera z Białogrodu pod d. 27 bm. wiadomość, że pułkownik Ljeszanin, delegat Serbii, zażądał, by komisya demarkacyjna zniewoliła Turcyą do opuszczenia Aleksinaczu. Miasto to obsadzoném zostało dopiéro w południe 1 listopada, podczas gdy zawarty rozejm już odnosił się do tego dnia. Do dzienników angielskich donoszą: „Komisya demarkacyjna pociągnęła linią przez okręgi knjażewacki, banjański i deligradzki. Załoga Deligradu ma się składać z 2 batalionów piechoty, szwadronu kawaleryi i dwóch bateryi. Przednie straże serbskie będą stały $\frac{3}{4}$ mili po za Deligradem na gościńcu prowadzącym do Aleksinaczu. Dnia 19 b. m. ubili Turcy dwóch Serbów stojących na placówce. Pułkownik Mantey, komisarz niemiecki, jechał dnia 21 b. m. konno do Aleksinaczu i widział jak jednego trupa psy ogryzały. Zapytał się więc dowódzcy oddziału tureckiego, gdzie drugi trup, na co mu odpowiedziano, że psy go wywlokły i pożarły. Komisya demarkacyjna ścisłe z powodu naruszenia rozejmu wytoczyła śledztwo“.

Natomiast pisze Politische Correspondenz: Skargi serbskie na ponowne naruszenie zawieszenia broni ze strony wojsk tureckich nie dały dotychczas jenerałowi Ignatiewowi powodu do poruszenia téj sprawy, stwierdzoném bowiem zostało, że Serbowie sami dali sobie satysfakcyą. Turcy ponownie dopuścili się złamania rozejmu. Okręt czarnogórski wiozący lekarstwa i zapasy żywności został na wodach Skutari ostrzeliwany przez otomańskie straże nadbrzeżne i zatopiony. Z biedą tylko udało się uratować załodze. Radonic zawiadomił o tém konsula jeneralnego w Dubrowniku.

O jenerale Czerniajewie, który najdosadniéj doświadczył na sobie zmienności rzeczy ludzkich, piszą z Petersburga: Trudne położenie, w jakiem znalazła się Serbia po straconéj kampanii, spowodowało ks. Milana do dodania powołanemu do Petersburga dla zdania sprawy rosyjskiemu jeneralnemu konsulowi Karcowi specyalnego delegata w osobie książęcego prezesa senatu Marynowicza. Przeciw jenerałowi Czerniajewowi tak ciężkie i tak sromotnéj natury zaniesiono tam skargi, że nie podobna takowych na tem powtórzyć miejscu. Jedno tylko jest pewném, że wkrótce położonym zostanie koniec sprawkom Czerniajewa, który w [illegible] żyruje się jako jenerał rosyjski [illegible] oburzenie przeciw niemu wzmaga się ciągle nie tylko w rosyjskich kołach dworskich lecz i średnich, gdzie dotychczas ogromną cieszył się popularnością a nadsyłane tutaj telegramy i listy ochotników rosyjskich w Serbii nie są bynajmniéj tego rodzaju, by mogły osłabić owo nieprzychylne dlań usposobienie.

Wszystkie doniesienia z ziem pod rządem cara świadczą o olbrzymich zbrojeniach Rosyi.

Wyjazd głównodowodzącego do głównéj kwatery opóźnił się. Wielki książę Mikołaj Mikołajewicz wyjeżdża dopiéro jutro w piątek, to jest 1 grudnia. Po drodze wstąpić zamierza do troicko-siergiejewskiéj ławry pod Moskwą, ażeby się pomodlić nad grobem św. Siergiusza, który niegdyś pobłogosławił Dymitra Dońskiego i ten wygrał bitwę na Kulikowém polu, co dało początek zrzucenia jarzma mongolskiego. W świcie księcia znajdować się będzie pułkownik francuzki Gaillard, ajent wojenny przy poselstwie francuzkiém w Petersburgu. Kwaterę dla księcia przygotowano w Kiszyniewie w domu p. Katardży. Nie potrzebujemy dodawać, że modły nad grobem świętego Siergiusza mają podnieść ducha w sołdatach.

Większa część naczelników korpuśnych sztabów armii czynnéj udała się na główne punkta koncentracyi wojsk do Kijowa, Kamieńca Podolskiego i Odesy. Oficerowie głównego polowego sztabu jeszcze nie wyjechali. Naczelnik głównego sztabu armii czynnéj, jenerał Niepokojczycki, miał być obecnym w Petersburgu na posiedzeniu Towarzystwa opieki nad chorymi i rannymi żołnierzami dla obmyślenia najlepszéj sanitarnéj pomocy i ewakuacyi chorych na placu boju. W posiedzeniu uczestniczyć także mieli pp. Botkin, ks. Czerkaski i wiele innych osób.

Jak słychać, dwóch synów carskich zostało przydzielonych do głównéj armii w Kiszyniewie. Mówią ogólnie, że manifest wojenny cara ma się pojawić 10 grudnia.

Moskiewskie Wiedom. piszą, że skład służby wojskowéj zdrowia w armii, według ostatnich zebranych w tym roku wiadomości liczy 2120 lekarzy, 230 farmaceutów i 164 weterynarzy — oprócz tego 5260 felczerów i dozorców oraz 380 pomocników weterynarzy.

Do Moskiewskich Wiedomosti piszą, że ministerstwo wojny obecnie przygotowało mapy Turcyi i wschodniéj części Austryi. Mapy te na tyle są dokładne, że w razie wojny bez trudności przez rekonesanse mogą być ostatecznie uregulowane. Na wypadek wojny mapy te bezzwłocznie mogą być rozesłane do oddziałów.

Dzienniki rosyjskie bardzo się zajmują organizacyą armii austryackiéj i obliczają nie bez celu, ile mieści ona Słowian i jak ten żywioł jest reprezentowany. To znaczy, że liczą na niego. Czas pisze z tego powodu: Wyjąwszy część duchowieństwa rusińskiego w Galicyi, które Austrya dozwoliła nieoględnie pozyskać Rosyi za cenę złota, nie znajdzie tam ostatnia prawdopodobnie sympatyi.

W skutek propozycyi uczynionéj przez ministerstwo wojny lekarzom warszawskim objawiło z pomiędzy tychże 86 gotowość przyjęcia posad wojenno-medycznych w miejscu zamieszkania; takąż deklaracyą złożyło 15 farmaceutów i 1 weterynarz. Na plac boju deklarowało się wyruszyć 4 lekarzy i 27 farmaceutów.

Mobilizacya wojska odbyła się w Kongresówce z wielką szybkością. Urlopników pościągano w przeciągu dwóch dni do punktów zbornych. Polaków wysyłają do Kijowa; zdaje się, że mają zamiar naszych pchnąć w pierwszy ogień.

Wojskowi powiadają, że stanęła konwencya tajemna między rządem rosyjskim a pruskim, na mocy któréj ten ostatni na przypadek powstania polskiego lub nieprzyjaznego wystąpienia Austryi ma zająć Kongresówkę wojskiem niemieckiém.

Podług najnowszéj depeszy telegraficznéj ruch towarów na drogach żelaznych rygsko-dynaburskiéj, dynabursko-witebskiéj i libawskiéj został aż do dalszego rozporządzenia wstrzymany. — W skutek tego droga moskiewsko-brzeska nie przyjmuje odtąd towarów dla wszystkich dróg rosyjskich pierwszéj grupy a zatém prócz powyższych nie przyjmuje również dla riażsko-waziemskiéj, griazo-carycińskiéj, griazo-witebskiéj itd.

W Turcyi zarówno co w Rosyi uważają wojnę za nieuniknioną i stósownie do tego z gorączkowém pospiechem przygotowują się do niéj. Dardanele i Bosfor, niemniéj narażone najwięcéj na działanie nieprzyjaciela punkta nadbrzeżne morza Czarnego uzbrajają torpedami. — Rifaat pasza udał się onegdaj do Dardanelów celem kierowania osobiście ustawieniem dział najcięższego kalibru. Wszystkie warownie europejskiéj i azyatyckiéj Turcyi otrzymały rozkaz zaprowiantowania się na dłuższy czas. Słowem, Turcya robi wszystko, aby w chwili stanowczéj sprostać Rosyi. Przekonanie, że Turcya na wypadek wojny z Rosyą będzie mogła liczyć niezawodnie na przymierze z Anglią, jest jeszcze ogólne, choć z drugiéj strony poczyna wyrabiać się w lepiéj poinformowanych kołach tureckich zapatrywanie, że jeżeli Turcya otrzyma ze strony Anglii pomoc wojskową, pomoc ta wypadnie raczéj na korzyść specyalnych interesów angielskich niż na korzyść niezależności i nienaruszalności saméj Turcyi. Rząd powołuje Kurdów do broni. Szczep ten dostarcza dzielnych żołnierzy, którzy jednak potrzebują żelaznéj karności, jeżeli się mają na co przydać w polu. — W wojnie z Rosyą wyświadczą dobre usługi przeciw Kozakom z Tereku, których znaczna liczba służy w rosyjskiéj armii kaukazkiéj. Kozacy z Tereku są takimże dzikim i nieokiełznanym żywiołem jak Kordowie.

W Bajazecie zakładają Turcy oszańcowany obóz na 20,000 ludzi, 5000 nieregularnych ochotników znalazło już tam pomieszczenie. Pospolite ruszenie również się organizuje. Wszystkie główne miasta pojedyńczych kajmakatów są przeznaczone na punkta zborne dla pospolitego ruszenia. Podatek wybiera rząd po największéj części w zbożu i owcach. Z tego sprzedaje rząd tylko małą część, większą część zaś odsyła do fortec a nawet do Carogrodu.

NIEMCY.

* **Berlin**, 29 listopada. Z wczorajszego posiedzenia parlamentu zapisać nam należy przedewszystkiem ważną uchwałę powziętą w sprawie przymusowego świadczenia redaktorów. Odnośny § 44 a procesu karnego zaproponowany przez komisyą, brzmi jak następuje:

> „Jeżeli czynem karygodnym jest treść jakiego peryodycznego pisma, za którą wedle § 20 ustęp 2 prawa prasowego z 7 maja 1874 r. odpowiedzialny redaktor odpowiada jako sprawca, w takim razie nakładca, redaktor i drukarz oraz personał użyty do ustawienia druku, mają prawo odmówić świadectwa co do osoby autora, lub przesyłającego inkryminowany artykuł.“

Powyższy paragraf przyjął parlament bardzo znaczną większością głosów, bo 230 głosami przeciw 50. Dwaj komisarze rządowi a mianowicie pp. Hanauer i Oelschläger wystąpili wprawdzie przeciw zniesieniu przymusu świadczenia redaktorów, lecz słowa ich przebrzmiały bez skutku i bronili tylko straconéj pozycyi. Więcéj zadziwia i zadziwiło téż istotnie większość parlamentu wystąpienie przeciw § 44 a liberalnego posła Cuny. Przeciw wywodom ostatniego i komisarzy rządowych wystąpili posłowie Reichensperger, Träger, Sonnemann, dr. Marquardsen i dr. Wehrenpfennig, który to ostatni oświadczył z naciskiem bardzo słusznie, „że miasto żądać w prawach spełnienia tego, co w oczach opinii publicznéj poniża tylko porządnych ludzi, należy raczéj tak prawa redagować, aby wypełnianie ich godziło się z charakterem uczciwego i porządnego człowieka.“ Dodać tu nadto należy, że w mniejszości znajdowało się 14 członków narodowo-liberalnego stronnictwa.

Na dzisiejszem posiedzeniu obradował parlament daléj nad procesem karnym. Dłuższą dyskusyą wywołały §§ 90 i 91 dotyczące konfiskaty telegramów i listów. Wedle rządowego projektu jest konfiskata dozwoloną w przypadkach jeżeli przesyłka adresowaną jest do oskarzonego, albo téż pochodzi od takowego, jak przypuszczać należy. Komisya w miejsce słów „jak przypuszczać należy“, położyła słowa „jeżeli fakta przemawiają za tém“. Poseł Windthorst wystąpił i przeciw téj poprawce, bo zdaniem jego nie dają dostatecznéj rękojmi utrzymania tajemnicy listów, a zwłaszcza że pojęcie oskarzonego czy winnego nie jest dostatecznie określoném w tym przypadku, i każdego możnaby uważać za winnego, na którego spada jakieś nieokreślone bliżéj podejrzenie. Poseł Windhorst oświadcza, że w obec takiéj wątpliwości należy tylko samemu sędziemu nadać prawo konfiskaty, a nie rozciągać go, jak to chce komisya w nagłych przypadkach i na prokuratora. Poseł Hänel wniósł, aby w § 90 wypowiedziano wyraźnie, że konfiskować wolno tylko poszczególne, pewno oznaczone przesyłki. Komisarz rządowy Hanauer oświadczył na to, iż się to samo przez się rozumie i wniósł o odrzucenie poprawki. Drugi komisarz rządowy Oehlschläger zgodził się w zasadzie ze swoim kolegą, lecz zwrócił na to uwagę, iż w pewnych okolicznościach należy koniecznie przytrzymać na poczcie całą przesyłkę listów, aby w niéj wyszukać pewnego listu. Poseł Lasker wyraża swe ubolewanie nad tém, że reprezentanci rządu wręcz przeciwne wyrażają zapatrywania i wprowadzają przez to zamięszanie w dyskusyą i dla tego czuje się zniewolonym do głosowania za poprawką posła Hänela, którą uważa zresztą za zbyteczną. Wyrtemberski minister Mittnacht odpiera zarzuty posła Laskera podnosząc, że każdy poszczególny rząd niemiecki ma prawo do wypowiedzenia odrębnego stanowiska. Na tém ukończono dyskusyą a parlament przystąpiwszy do głosowania przyjął §§ 90 i 91 wedle propozycyi komisyi.

Wczoraj już przytoczyliśmy na tem miejscu słowa Volks Ztg. wedle których ks. Bismarck w takim tylko razie zgodzi się na przekazanie procesów prasowych sądom przysięgłych, jeżeli parlament zatrzyma przymus świadczenia redaktorów. Dzisiaj zapisać nam należy jako przyczynek do tego, że półurzędowa Prov. Corr. referując zupełnie objektywnie o obradach nad § 44 a. dotyczącym przymusu świadczenia, tłustemi drukuje głoskami co następuje: „uchwała parlamentu przekazująca procesa prasowe sądom przysięgłych stworzyła bez wątpienia jak największe trudności co do przyjścia do skutku całego prawodawstwa“.

FRANCYA.

* **Paryż,** 28 listopada. Dzisiaj zebrała się rada ministrów pod przewodnictwem marszałka Mac Mahona

---

biedne dzieci nie pojmowały co się stało i siedziały cicho gdzieś w kącie.

Cała wieś była w poruszeniu. Wszędzie słyszano tylko płacz i narzekanie, mężczyźni gromadzili się kupami na ulicy wioski. Od czasu do czasu stawali i krzyczeli prawie:

— Zapłata w lesie wynosi tylko dwanaście su!

Drwale, węglarze, flisacy wszyscy pospuszczali głowy. Zapomniano zupełnie o żniwach. Bo cóż znaczą jedne żniwa? Grad może zniszczyć jeden tylko zasiew. Lecz gdy zapłata zniżoną zostanie, to na długo lub na zawsze, mianowicie gdy od takiego zależy, którego potęga daleko się rozciąga na ziemi — a siła nad wszystko.

Stary ojciec Jan siedział zgarbiony na stołku z nogami wyciągniętemi i rękami założonemi na kolanach. Patrzył w dzikiém osłupieniu ku ziemi. Nakoniec gdy inni już głośno płakać nie mogli, zaczęli tylko z cicha szlochać.

Kobiety wzięły dzieci na ręce i pytały:

— Co się téż z wami biedakami stanie?

Na to dziadek podniósł spuszczoną głowę.

— Na co ten hałas? — rzekł — co nam oznajmiasz Thibaldzie, wiemy o tém już dawno. Przegra książę pieniądze, my musimy postarać się o nie. Wyrzuci majątek swój za okno, my musimy na nowy się złożyć. Założy parki i zamki, jak król francuzki, my musimy je zapłacić.

Kupuje brylanty i klejnoty swym kochankom za nasze pieniądze. O tém wiemy bardzo dobrze, lecz jak tu zaradzić temu? to jest pytanie. Mamy się użalać przed nadleśniczym? Kto nas usłyszy? Jesteśmy niczém. Głos nasz nie dojdzie nawet do nadleśniczego. A chociażby doszedł do niego? — cóż tego. Tyleby się tylko zdziałało, że za naszą krnąbrność odjąłby nam zupełnie robotę i wypędził z kraju... Czy nie tak?

Thibald przechadzał się po izbie szerokiemi krokami, nie dając żadnéj odpowiedzi.

Ojciec Jan podniósł na nowo wątek swych wywodów i mówił daléj zbolałym głosem.

— Odejść i gdzieindziéj szukać roboty? Tak, ale gdzie? Trzy lub cztery mile ztąd w innych posiadłościach? Lecz cóż to pomoże? Czy nie wszędzie znajdziemy ten sam ucisk i tę samą niesprawiedliwość? Czy hrabia Salm lub też Dabo nam więcéj zapłacą? Przeciwnie. Gdy zniżenie naszéj zapłaty się rozgłosi, to w innych hrabstwach lasu Wegezów toż samo uczynią. Czy nie tak?

Zdawał się oczekiwać odpowiedzi, lecz nikt nie spieszył z nią.

— A więc — mówił daléj — jeżeli się jest słabszym, jeżeli wszystkie skargi i narzekania nic nie pomogą, cóż pozostaje więcéj? Trzeba się poddać, musimy się ograniczać.

— Co? — odpowiedziała matka Anna — w czém mamy się ograniczać? gdzie mamy oszczędzać? Czy teraz już nie zupełnie jesteśmy ogołoceni z wszystkiego?

— Nie chodzi o to jak i co oszczędzać, lecz o to, że musimy oszczędzać, gdyż innego środka nie znam. Kto wie o nim, niech powie.

Spojrzał na Thibalda, — lecz ten zwiesił głowę i milczał.

Siostra Teresa postawiła miskę z zupą na stole.

— Dzieci — rzekł ojciec Jakób smutnie, siadajcie teraz i jedzcie. Cierpliwość i poddanie oto wszystko, co wam na teraz pozostaje. Nie zwątpijmy zupełnie. Nasz pan tam w górze może nam jeszcze dopomódz.

Usiadł pierwszy. Inni poszli za jego przykładem i chwilę późniéj stół cały był obsadzony na okół małemi białemi główkami i zamyślonemi, pomarszczonemi twarzami. Od czasu do czasu odwracała jedna lub druga z kobiet głowę na stronę, by skrycie łzy z oczu otrzeć. Thibald z żoną zasiedli z tyłu na ławce koło komina, stojącéj w półcieniu. Oczy jego błyszczały jak dwa karbunkuły przy zmroku, usta zaś bełkotały niewyraźnie jakieś słowa. Podczas tego można było spostrzedz przy skąpém światełku lampy, stojącéj przy misce na wielkim stole małe rączki, które raz sięgały ku misce, drugi raz się od niéj oddalały. Były to dzieci.

*

Tak stały rzeczy w owych zachwalanych „dobrych starych czasach“. Możni panowie i księża posiadali wszystko, lud zaś nie miał nic — nic jak tylko nadzieję, że Bóg w końcu dopomoże.

Wszystko to wielka rewolucya w r. 1789 zmieniła. Zburzyła ona średniowieczne zgniłe przywileje a ugruntowała obywatelską równość, oddała wieśniakom ziemię, którą dwanaście wieków uprawiali bez najmniejszéj dla siebie korzyści, zbogacając panów.

Lecz zkąd to pochodzi, że po tylu tak jasnych dowodach wieśniacy zupełnie inaczéj są nastrojeni niż robotnicy w miastach? Dla czego nie są za „odbudowaniem praw ludzkich“ i rzecząpospolitą, tylko za monarchią? Czy może wzdychają w głębi swego serca do czasów frondy i służby do dziesiątego grosza od mięsa, perek, żyta, dziesiątego grosza wielkiego i małego, dziesiątego grosza kanonicznego i laudemium i „umarłego“ lub téż do „nadzwyczajnéj pomocy dla króla“ i tysiąca innych ciężarów, które przed rokiem 89 przodkom ich dozwalały tylko nie umierać z głodu? Nie, tak nie jest, lecz biedni nieoświeceni ci ludzie nie znają wcale historyi wielkiéj naszéj rewolucyi. Nie nauczyli się niczego.

A nie ich to wina.

Nauczać lud historyi, opowiadać mu o przeszłości wielkich jego przodków, przybliżać się doń dając mu do zrozumienia, że nauka może każdą warstwę narodu objąć swém ramieniem ożywczem, jest jedynym środkiem uszlachetniania ludu i wzniesienia demokracyi na skale narodu. Bez niéj nie ma zbawienia!

A więc do dzieła mężowie dobrych chęci! Piszmy i mówmy dla ludu we wsiach; używajmy w pismach naszych wyrazów prostych a trafnych, które łatwo przez niego zrozumiane być mogą. Porzućmy wreszcie owe wyrażenia wyszukane, akademickie nasze formułki, które się roją w wszystkich dziełach u nas wydawanych a naciągają i nużą czytelnika. Zaprawdę mówię wam, z wszystkich dzieł we Francyi wydawanych, istnieje zaledwie jedno, które wieśniak zrozumieć potrafi. Robi się studya, pisze się dla uczonych a lud? ten zostawiamy w nieświadomości wszystkiego, co go otacza, a potém dziwimy się jeszcze, że jest usposobionym dla wyzyskiwaczy i uzurpatorów, którzy go oszukują. Jakże ma być inaczéj, jeśli znikąd światła prawdziwego pochodnia doń się nie dociśnie!

W tém tajemnica, w tém przyczyna wszystkich nieszczęść naszych od lat 70!

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Nr. 4410. Wien, Sonntag, den 3. December 1876.

☞ Die nächste Nummer der „Neuen Freien Presse“ erscheint morgen Früh.

Wien, 2. December.

Getreulich haben wir trotz aller Anzeichen des Gegentheils, trotz aller Betheuerungen des eklen Geschlechts der Officiösen an der Donau und Spree an der Ueberzeugung festgehalten, daß das deutsche Reich nicht dazu gegründet sein könne, der Schleppträger moskowitischer Verschwörungen gegen die Freiheit und Unabhängigkeit des civilisirten Europas zu sein. Wir haben den bedeutenden Mann, welcher an der Spitze des deutschen Reiches steht, nie so niedrig veranschlagt, daß wir ihn gleich so vielen diplomatischen und publicistischen Stümpern für fähig gehalten hätten, der russischen Regierung, welche, aller Selbstbestimmung bar, vom Verhängniß getrieben, heute bereits steuerlos der panslavistischen Sturmfluth preisgegeben ist, die Dienste eines Helfershelfers zu leisten. Nach der Niederwerfung des französischen Gegners hat der erste deutsche Reichstag — und wir rechnen ihm dies zum höchsten Ruhme an — in seiner Adresse an die Krone es ausgesprochen, daß das neue Deutschland sich verwahre gegen jede Politik der Expansion, des Krieges, der Eroberung. Die Welt soll erfahren, daß das deutsche Volk ein Volk des Friedens und der Erhaltung ist, und daß es nichts mehr verabscheut, als den Krieg und Länderraub. Die ersten Männer Deutschlands haben in ihren öffentlichen Kundgebungen diese in der Adresse des deutschen Reichstages ausgesprochenen Gesinnungen ratificirt. Deutschland, sagten Bismarck und Moltke, ist stark genug, nicht nur um Frieden zu halten, sondern auch um der Welt nöthigenfalls den Frieden zu gebieten. Es ist uns daher auch niemals in den Sinn gekommen, aus solchen Kundgebungen zu folgern, daß es der Beruf des neuen deutschen Reiches sein könne, Partei zu ergreifen für den Kriegslustigen, für den Friedensbrecher, für den Länderräuber. Gewiß sind die Bande des Blutes, der Sympathie und Freundschaft, welche den Kaiser Wilhelm mit dem Kaiser von Rußland verbinden, ein schwerwiegendes Argument; aber so weit reicht auch der Wille des deutschen Kaisers nicht, daß durch denselben die ersten Männer Deutschlands und das gesammte deutsche Volk zur ungerechten Parteinahme für den panslavistischen Friedensstörer gezwungen werden könnten.

Es gibt nichts, was rascher populär wird, als ein Gemeinplatz. Die durchschnittliche Intelligenz bemächtigt sich desselben, und weil sein Mittelmaß ihrer Taille entspricht, wird er sofort zum feststehenden Dogma. Ein solcher elendiglicher Gemeinplatz war es, daß Deutschland Rußland im Oriente vergüten müsse, was das Letztere Deutschland im Jahre 1870 an angeblichen Gefälligkeiten erwiesen. Neben solcher pflichtgemäßer Dankbarkeit sei Deutschland auch durch sein eigenes Interesse an solche Politik gebunden. Der von Frankreich geplante Rachekrieg zwinge Deutschland in Rußlands Dienst, denn das neue Reich könne die Gefahr einer französisch-russischen Allianz nicht bestehen. Das ist allerdings eine Politik, wie sie dem landläufigen Schlage gewöhnlicher Staatsmänner entspricht, nur ist das Maß derselben zu klein und unbedeutend für eine historische Gestalt, welche, gleich der des deutschen Reichskanzlers, auf dem Postamente großer Resultate und Erfolge steht. Wir haben nie daran geglaubt, daß Bismarck sich Rußland gegenüber durch Wort oder Vertrag die Hände gebunden hat, weil ein Staatsmann seines Ranges Deutschland durch solche Gebundenheit entwürdigen und sich selber des Glanzes, der seinen Namen umgibt, berauben würde. Die deutsche Reichspolitik kann aus sentimentaler Freundschaftsrücksicht nicht die Unabhängigkeit des Urtheils und die Ehre des deutschen Namens preisgeben. Diese Ansicht, wir haben sie consequent seit Jahr und Tag vertreten, und mit nicht geringer Befriedigung nehmen wir heute von einem Telegramm unseres Berliner Correspondenten Act, welches uns über eine vom Fürsten Bismarck gestern bei einem zu Ehren des Reichstags-Vorstandes gegebenen Diner gehaltene Rede berichtet. Wir haben da eine erste Kundgebung des Fürsten Bismarck vor uns, von der man wol sagen kann, daß sie Alles niederschlägt, was bisher über die Haltung der deutschen Reichspolitik gegenüber der orientalischen Krise verbreitet wurde, daß sie den Schleier lüftet, welcher die Intentionen des Reichskanzlers umhüllte, und unsere Auffassung von der Aufgabe Deutschlands in dieser großen Frage in wahrhaft überraschender Weise bestätigt. Ueber diese merkwürdige Tischrede liegen uns vorerst nur Andeutungen unseres Correspondenten vor; der Text der Rede scheint noch keinem Berliner Blatte zugegangen zu sein. Wir werden darauf nicht allzu lange warten dürfen, und überdies kündigte Fürst Bismarck gestern an, er werde bei der dritten Berathung des Etats im Reichstage zur orientalischen Frage das Wort ergreifen. Die Auffassung Bismarck's wird uns also schon in den nächsten Tagen im authentischen Wortlaute vorliegen. Was wir indessen heute darüber erfahren, ist schon wichtig und bedeutsam genug.

In erster Reihe ist die Erklärung des Reichskanzlers von entscheidender Wichtigkeit, daß Deutschland nach keiner Richtung engagirt ist, daß es also Rußland ganz so wie der übrigen Welt gegenüber vollkommen freie Hand habe. Was somit von einem geheimen Allianzvertrage zwischen Deutschland und Rußland zur Theilung nicht blos der Türkei erzählt wurde, erklärt der Reichskanzler für eitel Lug und Trug. Damit kein Zweifel über die Bedeutung der freien Hand Deutschlands aufrecht bleibe, so bemerkte Fürst Bismarck in seiner Tischrede, daß mit den „mit Deutschland historisch verbundenen Mächten“, von denen die Thronrede sprach, zuvörderst England gemeint sei, und daß er sich wundere, wie diese Worte der Thronrede anders gedeutet werden konnten. Die Bismarck'sche Tischrede enthält bezeichnenderweise kein Wort über das Drei-Kaiser-Bündniß; dasselbe wird vollkommen todtgeschwiegen. Damit aber Niemand darüber im Unklaren sei, was Fürst Bismarck über den Krieg denkt, den Rußland gegen die Türkei im Schilde führt, erklärt er ausdrücklich, daß in Rußland selbst angesehene Militärs den Krieg mißbilligen, „welcher von der Presse und den panslavistischen Comités geschürt werde“. Man kann die Politik der kaiserlichen Rede in Moskau und der Gortschakoff'schen Circular-Depeschen nicht drastischer kennzeichnen, als mit diesen Worten geschieht. Ganz derselben, nichts weniger als russenfreundlichen Richtung gehört die weitere sehr energische Erklärung Bismarck's an, er habe niemals zur Besetzung Bulgariens angerathen. Deutschland will die Erhaltung des Friedens; sei dieselbe unmöglich, so werde es den Krieg zu localisiren suchen und neutral bleiben. Man wird den Reichskanzler kaum mißverstehen, wenn man annimmt, daß er damit andeuten wollte, die Neutralität Deutschlands finde im Aufhören des localisirten Krieges, im Hinzutreten dritter Mächte ihre natürliche Begrenzung. Alle diese Erklärungen zeigen klar und deutlich die Richtung an, in welcher die orientalische Politik Deutschlands sich bewegt. In Petersburg dürfte man darüber nichts weniger als entzückt sein. Die deutsche Politik wird hienach auf der Conferenz in Konstantinopel nicht für, sondern gegen Rußlands Zwecke eintreten; das kann bereits heute als ausgemacht betrachtet werden.

Aber Bismarck, welcher, wenn er redet, wenig Rückhalt kennt, ist in seiner Tischrede viel weiter gegangen. Er sprach von Versuchungen, die an Deutschland herangetreten, welche auf dessen Eigennutz und Ehrgeiz speculirten; und von welcher Seite diese Versuchungen kamen, ist leicht zu errathen. Alle Befürchtungen, die in dieser Beziehung gehegt werden, seien unbegründet, der weitere Verlauf der Ereignisse werde den glänzendsten Beweis der Uneigennützigkeit und Friedensliebe der deutschen Politik geben. Deutschland werde Alles aufbieten, sagte Bismarck weiter, den Krieg zu vermeiden, und wenn derselbe unvermeidlich, den Krieg zu localisiren und den Eintritt dritter Mächte in den Krieg hinauszuschieben. Vermittlungs-Ansinnen habe Deutschland abgelehnt, da die Vermittlung das Eintreten Deutschlands mit voller Macht bedingen würde, wozu jetzt noch kein Grund vorhanden sei. Aber der Reichskanzler macht kein Hehl daraus, daß der acute Moment kommen kann, wo das Eintreten Deutschlands mit seiner vollen Macht eine Nothwendigkeit werden könnte, und in dem, was Fürst Bismarck mit Rücksicht auf diesen Fall sagt, gipfelt die hohe staatsmännische Bedeutung seiner Rede. Als den Augenblick, in welchem Deutschland aus seiner Reserve heraustreten müßte, bezeichnet der deutsche Reichskanzler denjenigen, „wo Oesterreich, dessen Bestand für Deutschland und Europa von höchster Wichtigkeit sei, in seinen vitalen Interessen gefährdet würde“. Ueber Oesterreich sagte Bismarck weiter, daß es sehr verfehlt sei, Oesterreichs innere Kraft im Falle der Gefahr zu unterschätzen. Die Ausgleichsschwierigkeiten würden übertrieben, und ein Appell des Kaisers an sein Volk würde eine Begeisterung wachrufen, welche über alle constitutionellen Schwierigkeiten hinweghilft.

Diese alle Combinationen unserer einheimischen Russenschwärmer über den Haufen werfenden Erklärungen des Fürsten Bismarck verrathen nicht blos die genaueste Kenntniß der Lage Oesterreichs, sondern haben angesichts der Weltlage eine unleugbar sehr weittragende politische Bedeutung. Indem offen ausgesprochen wird, daß Deutschland nur so lange neutral bleibt, als der russisch-türkische Krieg Oesterreichs Interessen nicht gefährdet, wird Rußland seine völlige Isolirtheit im Kriegsfalle recht augenscheinlich zu Gemüthe geführt.

Feuilleton.

Erinnerungen an Theodor v. Heuglin.

Von Dr. Cajetan Felder.

Die in der „Neuen Freien Presse“ geschilderte Begegnung mit dem jüngst verstorbenen Reisenden und Naturforscher Theodor v. Heuglin gemahnt mich daran, daß es nicht minder mir gezieme, Tintenfieber und Schreibekrampf zu besiegen und auch mein Scherflein zum Andenken an den merkwürdigen Mann beizutragen, zumal meine Reminiscenzen nahezu an den Beginn seiner sehr bewegten Laufbahn zurückreichen.

Im Frühjahre 1852 war ich vom obern Nil nach Kairo zurückgekehrt und beschäftigte mich mit dem Plane, über Suez und die Sinai-Halbinsel in der beiläufigen Richtung, die Moses mit den Juden einschlug, ins gelobte Land zu wandern.

Da man diese Tour nur mittelst einer vollständig ausgerüsteten Karawane und mit zahlreichem Gefolge dann und wann unternehmen gesehen, so fand ich für meine solitäre Reisemanier kaum ernstlich Gehör. Schon gefaßt, mein Project aufgeben zu müssen, traf ich eines Tages im Hause des österreichischen General-Consuls Huber einen jungen Deutschen, der sich freundlichst anbot, mir mit seiner Kenntniß an Land und Leuten und seinen Reise-Erfahrungen beizuspringen. Auf der Karte, die er mir gab, stand unter gekreuzten Hämmern, dem bekannten Bergwerks-Embleme, „Theodor v. Heuglin“. Auch er war vor einiger Zeit aus Ober-Egypten hiehergekommen, um antiquarischen und naturhistorischen Studien zu obliegen und eine gesicherte Stellung zu gewinnen.

Durch seine Intervention war alsbald mit Beduinen-Scheichs auf schmalem Papierstreifen von einem koptischen Straßen-Notar ein Geleitscontract aufgesetzt, waren vier Kameele zu billigen Preisen gechartert, die unumgänglich nöthigen Anschaffungen von Proviant und Wasserfässern gemacht, ein Zelt, das allerdings mit dem Zelte Kara Mustapha's vor Wien nicht viel Aehnlichkeit hatte, aufgestellt und ein des Weges kundiger Führer gefunden.

Ein anhaltender Ritt von 250 Kameelstunden ist nicht vorweg Jedermanns Sache. Um über meine Capacität hiezu eine Meinung sich zu bilden, schlug mir Heuglin während der Frist, die meine Miniatur-Karawane noch zur Reisevorbereitung benöthigte, einen Probe-trip auf schnellfüßigen Dromedaren zu den entfernteren Pyramiden von Daschur und Sakkara und gelegentlich zu einem Besuche eines seiner besten Gönner vor, der auf den Sandhügeln, welche die Stätte von Memphis bedecken, ein einsames Studirleben führte. Erst an Ort und Stelle erfuhr ich, welche Ueberraschung mir von Heuglin bereitet worden war. Der ebenso gelehrte als energische Egyptologe Mariette (heute Mariette Bey und allen Reisenden als Director und leutseliger Erklärer des Museums von Bulak rühmlichst bekannt) hatte sich in dieser Einöde ein Steinhaus erbaut, um auf Grund eines mit Frankreich bestehenden alten Staatsvertrages in aller Stille, aber mit desto größerem Eifer Ausgrabungen zu betreiben. Durch Wüstensturm war vor Kurzem ein Sphinxkopf bloßgelegt worden, der zur Auffindung einer ganzen Reihe von Sphinxen führte, und wenige Worte aus dem Reiseberichte Strabo's genügten, ihn erkennen zu lassen, daß er sich an der Stelle des Tempels des Serapis und der Apisgräber befinde.*)

Er hatte wichtige Gründe, seine Entdeckung bis auf Weiteres geheim zu halten; nur Wenige wußten davon, und unter diese Wenigen gehörte Heuglin. Auf seine Empfehlung wurde nun auch ich Eingeweihter. Alsbald befanden wir uns vor einem Sandloche, das nur weit genug war, einen menschlichen Körper sich durchwinden zu lassen, wobei der Nachkriechende blos die Beruhigung hatte, daß sein Vordermann, so lange dessen peristaltische Bewegung wahrnehmbar, noch nicht erstickt sei. Endlich konnte man sich gebückt aufrichten und Licht machen.

Aber welch außerordentliches Bild dämmerte da vor der fahlen Grubenlampe! Man stand gegenüber einer gewaltigen Bogennische, theilweise noch mit vielfarbigem Stucco bekleidet, und innerhalb derselben gegenüber einem riesigen Sarkophage aus spiegelglatt polirtem Granit. Rechts und links zeigten sich in gleichen Nischen ähnliche Sarkophage, alle oben geöffnet und mit großen Bruchsteinen überfüllt.

Der überwältigende Eindruck dieser neu erschlossenen Zeugen eines Culturlebens früherer Jahrtausende wird meinem Gedächtnisse nie entschwinden, ebensowenig als die Erinnerung an Freund Heuglin, dem ich in erster Linie diesen zu danken hatte.

Ungeachtet der im Raume herrschenden Siedhitze und der kaum athmungsfähigen Luft griffen wir mechanisch nach herumliegenden Spaten, um uns durch die Sandhaufen Wege zu bahnen, und dabei war ich so glücklich, eine kleine Broncefigur eines Schreibers zu finden, den mich Mariette mitnehmen hieß und der noch heute von meinem Arbeitstische mit seinen Jahrtausende alten Patina-Augen auf mein Geschreibe herniedersieht. *)

Als wir wieder an die frische Luft hinaufgelangt waren, hatte die egyptische Nacht schon ihr unbeschreiblich prächtiges Sternenzelt ausgebreitet. Erholung that Noth, und Mariette bewirthete uns unter seinem gastlichen Dache mit einer Opulenz, welche die rauhen Wände und das sonstige Hausgeräthe wol nicht ahnen ließen. Auch sein Hausgenosse, ein riesiger schwarzer Eber, hatte unter dem Tische Platz genommen und mischte sich in unsere zumeist der Vergänglichkeit aller Dinge gewidmete Unterhaltung von Zeit zu Zeit mit markerschütterndem Grunzen.

---

*) Serapis war ein erst zur Ptolemäerzeit importirter Localgott, stand mit dem Stiergotte Hapi (griechisch Apis) wol in naher Beziehung, ist aber nicht mit ihm zu verwechseln. (Graf Prokesch-Osten: „Nilfahrt“.)

*) Die später in größerem Maßstabe fortgesetzten Ausgrabungen haben in drei Gängen [illegible] colossale Granit-Sarkophage (durchschnittlich 10 Fuß hoch, 7 Fuß breit, 14 Fuß lang) von unter der 18. Dynastie (c. 1700 v. Chr.) bis zu den [illegible] begrabenen Apisstieren freigelegt. Nur drei hatten Inschriften, darunter jener des zur Zeit des Kambyses verendeten, an den dieser selbst nach Herodot's Erzählung Hand angelegt haben soll. Dagegen fanden sich mehr als 500 in den Nischenwänden eingelegte Votivtafeln, die ein unschätzbares Material für die egyptische Chronologie bieten. Gegenwärtig ist nur mehr die dritte und jüngste Abtheilung der Katakomben geöffnet; die beiden älteren mußten wegen Gefahr sich abbröckelnder Gesteine wieder geschlossen werden. (Graf Prokesch-Osten: „Nilfahrt“.)

Die Reserve Oesterreichs und Deutschlands gegenüber dem localisirten Kriege, welche Fälle der Verletzung vitaler Interessen durch Rußland als Kriegsfall in Aussicht nimmt, dürfte in den leitenden russischen Kreisen eine gewaltige Ernüchterung hervorrufen. Fürst Bismarck hat sich für seine Erklärungen den entscheidenden Moment des Zusammentritts der Conferenz gewählt und mit dem, was er aussprach, den Zagenden und Zweifelnden in Oesterreich und Deutschland die Zunge gelöst. Die Lossagung Deutschlands von der russischen Kriegspolitik am Vorabende der beginnenden Verhandlung ist ein der Sache des Friedens erwiesener, heute noch kaum zu ermessender Dienst. Die Bismarck'sche Rede schlägt nicht nur alle Russen in Oesterreich und Deutschland auf den Mund, sondern lüftet auch das Geheimniß der Mission des Marquis of Salisbury, deren Bedeutung sich jetzt allerdings in einer Weise offenbart, von der sich die Officiösen in Wien und Berlin nichts träumen ließen.

Tisza's Interpellations-Beantwortung.

Wien, 2. December.

Die Erklärungen des ungarischen Minister-Präsidenten, welche derselbe im vollen Parlamente abgegeben hat, sind schärfer ciselirt, als jene, welche der Partei-Conferenz zu Theil wurden. Einerseits will Herr v. Tisza aus den von dem österreichischen Finanzminister in der Partei-Conferenz abgegebenen Erklärungen dessen Wunsch herauslesen, das Geschehene anders zu interpretiren, als die ungarische Regierung, das heißt anders, als im Sinne der Solidarität der Bankabmachungen mit den übrigen Vereinbarungen. Andererseits erklärte derselbe — und das ist das materiell Wichtige — daß die beiden Regierungen in der Bewerbung um das Noten-Privilegium nur die Priorität der jetzigen österreichischen Nationalbank einräumen, aber — „wenigstens nach der Ueberzeugung des Herrn v. Tisza" — die Verwirklichung dessen, was sie für gut halten, von der Entschließung eines Geld-Institutes nicht abhängig machen werden und dies auch nie thun können.

Was den ersteren Punkt betrifft, so gehört derselbe auf das rein persönliche Gebiet, das zwar für die Verhandelnden selbst von Wichtigkeit, aber von Dritten schwer zu beurtheilen ist. Für den speciellen Fall müssen wir aber nach dem Wortlaute der in der österreichischen Partei-Conferenz abgegebenen Regierungserklärung offen bekennen, daß wir keine Divergenz zwischen der Auffassung der österreichischen und der ungarischen Regierung zu erkennen vermögen. Der österreichische Finanzminister hat nur einen Unterschied zwischen dem „vollen Inhalt der übrigen Vorlagen" und dem der Nationalbank mitgetheilten Bankstatute gemacht; dieses letztere ist aber nach den eigenen Worten des Herrn v. Tisza mit Rücksicht auf die „einzelnen technischen Details", bezüglich welcher die zur Ausführung der Grundprincipien bereite Geldkraft mitzureden hätte, Modificationen unterworfen. Mehr hat Herr v. Pretis auch nicht gesagt. Wir sehen mit aufrichtigem Bedauern, daß die Magyaren die ohnedies hinlänglich ernste Frage durch persönliche Empfindlichkeiten noch verwickeln und in bewußter Absicht auf diesem Punkte zur Entscheidung bringen wollen. Es ertönt der ebenso alberne als beleidigende Ruf: Satisfaction! Etwa wie die Franzosen im Jahre 1870 in blinder Leidenschaftlichkeit ihre Ehre für engagirt erklärten, so ist Ungarn jetzt auf dem Wege zu einer gleich thörichten Haltung, vor welcher wir nur ernstlich warnen können. Hier sind widerstreitende Interessen zu schlichten, zwischen welche man nicht auch den Brand der persönlichen Verletzung werfen soll. Wir achten das magyarische Selbstgefühl; aber das österreichische Selbstgefühl ist nicht minder empfindlich. Das Bankstatut, um welches wie um einen Götzen die Ungarn jetzt einen Kriegstanz aufführen, hat in Oesterreich einen Eindruck wie seinerzeit die Fundamental-Artikel hervorgebracht. Diesen Eindruck möge man in Pest als Maßstab dessen ansehen, was man in Bezug auf Oesterreich versuchen darf.

Der zweite Punkt, daß die beiden Regierungen die Verhandlungen nicht auf die Nationalbank beschränken wollen, ist, wie gesagt, sachlich weitaus belangreicher. Allerdings lautet die bezügliche Erklärung des ungarischen Ministers sehr unsicher, da er in diesem Punkte nur von seiner subjectiven Ueberzeugung spricht und mehr ein Raisonnement als eine positive Abmachung mittheilt. Aber wenn hier eine zweifellose Thatsache vorläge, müßten ja auch noch andere Punkte festgestellt sein. Welcher Art sind die Zwangsmittel zur Durchführung der Vereinbarungen? Und wenn ohne Zwang verhandelt werden soll, wann hört die Verpflichtung auf, mit der Nationalbank die Durchführung zu versuchen? Auf Grund welcher Vorlagen wäre eventuell mit anderen Geldkräften zu verhandeln? Auf Grund der festgestellten Principien oder des eben von der Nationalbank abgelehnten Entwurfes der Statuten? Und wie lange wäre zu warten, ob sich für diese Statuten eine Geldkraft fände, welche nicht blos den Willen, sondern auch die Kraft hat, das dualistisch verkrüppelte Bank-Institut ins Leben zu rufen? Da dergleichen Verhandlungen außerordentlich viel Zeit in Anspruch nehmen, was soll in der Zwischenzeit geschehen, für welche man denn doch die österreichische Nationalbank nicht entbehren kann, da ein Credit-Interregnum hoffentlich auch in Ungarn als eine Unmöglichkeit erkannt wird? Und wenn schließlich keine geeignete Geldkraft gefunden würde, was hätte dann zu geschehen? Nachdem anzunehmen ist, daß für alle diese Eventualitäten keine Vereinbarungen getroffen wurden, nicht getroffen werden konnten, ist es wol klar, daß in der Bankfrage von Seite der beiden Regierungen kein kategorischer Imperativ gesetzt werden konnte, weil die Entscheidung von Factoren abhängig ist, welche einen selbstständigen Willen haben.

Wir wollen uns nicht in Klagen darüber ergehen, daß keine höhere parlamentarische Einheit besteht, welche diese Gegensätze durch ein Majoritäts-Votum zum Ausgleiche bringen kann. Ein solches constitutionelles Organ wäre das Merkmal einer wirklich gemeinsamen Monarchie, welche aber, wie die Dinge einmal stehen, in ihrer durch kein Majoritäts-Organ verbundenen Zweiheit nur den Schein der Einheit ohne deren Inhalt aufweist. Nachdem dieser Mangel gegeben ist, erhebt sich nur die Frage, wie denn doch die vorhandenen Gegensätze auszugleichen sind. In Pest denkt man sich die Sache sehr einfach. Dort verlangt man nichts Geringeres, als daß die Krone ihren Machteinfluß zu Gunsten der ungarischen Ansprüche in die Wagschale werfe, daß sie eventuell ein anderes österreichisches Ministerium berufe, nicht etwa im Sinne der Verfassungspartei, sondern gegen dieselbe, mit dem stricten Auftrage, das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes aufzulösen und mit dem Hochdrucke der Administration ein gefügiges Abgeordnetenhaus zusammenzubringen. Es ist charakteristisch, daß man in dem eminent parlamentarischen Lande auf eine solche Vergewaltigung des Parlamentarismus in dem Nachbarstaate zu Gunsten der ungarischen Forderungen sinnt. Dieser Wunsch gehört mit in das Capitel der Unmöglichkeiten, welches die Ungarn jetzt vollschreiben. Wir unsererseits denken nicht daran, der Krone eine ähnliche Gewaltmaßregel in Ungarn zuzumuthen, weil wir wohl wissen, daß dieselbe fruchtlos wäre, ganz so, wie sie sich auch bei uns als resultatlos erweisen würde. Es wäre schlecht um unsere Sache bestellt, wenn wir sie mit solchen Mitteln vertheidigen müßten. Unsere Stärke ist, daß die Ungarn das nicht erzwingen **können**, was sie wollen. Dieselben mögen ihre Honved-Bataillone gegen die Directoren und den General-Secretär der Nationalbank marschiren lassen; sie mögen das Kapital in Europa aufsuchen und für ihren Credit haftbar machen lassen. Oesterreich wird sie an nichts hindern. Ob sich aber mit Hilfe der Agitationen in Pest für den ungarischen Credit das nöthige Kapital findet, das ist keine offene, das ist eine sofort nach ihrer Stellung auch verneinte Frage.

Die bestehende Bank ist die österreichische Bank, sie ist, wie ein ausgezeichnetes finanzkundiges Mitglied des deutschen Reichstages bemerkte, das Rückgrat des österreichischen Creditwesens. Dieses Rückgrat werden wir nicht zertrümmern, zerbröckeln oder beugen lassen. Die Oesterreichische Nationalbank repräsentirt den österreichischen Credit; Oesterreich kann daher bestimmen, unter welchen Bedingungen es Ungarn an den Vortheilen des österreichischen Credits participiren läßt. Will Ungarn keine Benützung des österreichischen Credits, glaubt es anderweitig besser bedient zu werden, so mag es den Versuch machen. Wir haben nur darauf zu sehen, daß wir durch die ungarische Experimentirwuth nicht zu Schaden kommen. Entweder die österreichische Bank bleibt, was sie ist: ein Institut mit wesentlich einheitlicher Organisation, oder es muß, sobald die politischen Verhältnisse sich wieder geklärt haben, die in unverantwortlicher Sorglosigkeit bisher versäumte Herstellung der Valuta mit aller Kraft erstrebt werden, um auf Grund der Hartgeld-Circulation in Wien und Pest je eine selbstständige Notenbank zu errichten. Ein anderes Programm zur Lösung der Bankfrage gibt es für Oesterreich nicht.

Die Ungarn glauben eine Waffe wider uns zu schwingen, indem sie mit der Nichtannahme der übrigen Ausgleichs-Stipulationen drohen. Ja, wie ist uns denn? Erlangt denn Oesterreich durch die anderen Ausgleichspunkte Vortheile? Ist es nicht Ungarn, welches auch durch die übrigen Vereinbarungen Vortheile erwirbt? Oesterreichs Parlament hat noch lange nicht gesagt, daß es diese Vortheile gewähre. Aber gewiß wird es sie nicht zugestehen, wenn die Bankfrage nicht in seinem Sinne gelöst wird.

Zwei österreichische Minister weilen in diesem Augenblicke in Pest, um eine Lösung der gegebenen Schwierigkeiten zu suchen und zu finden. Bei dem Ernste der Lage halten wir uns verpflichtet, alle unsere Minister daran zu erinnern, daß eine Hauptursache des jetzigen, nach so vielen Seiten zugespitzten Conflictes in dem Mangel an Festigkeit und richtigem Urtheil über das Mögliche liegt, den sie im Mai bei den entscheidenden Berathungen bewiesen. Solchen „Grundprincipien" — daß Gott erbarm'! — für eine Bank stimmt man nicht zu, wenn man das nöthige Maß von Festigkeit und Einsicht aufwendet. Mögen die Minister nicht noch einmal als schwach befunden werden! Und morgen tritt auch die Conferenz der Verfassungspartei zusammen. In der Bankfrage herrscht Einigkeit innerhalb der Verfassungspartei. Wir hoffen, daß sich diese Einigkeit auch durch den zu fassenden Beschluß bekunden werde. Da darf es keine Halbheit, kein Compromiß geben. Die dualistische Bank muß kategorisch zurückgewiesen werden, damit die Minister und auch die Ungarn in verläßlicher Weise erfahren, was „ausführbar" sei, was nicht.

Ordre de bataille der russischen mobilisirten Armeen.

I. Südarmee.

Armee-Commandant: Großfürst **Nikolai Nikolajewitsch** der Aeltere.

Stabs-Chef: General-Adjutant **Nepokoitschitzky.**

Adlatus: Generalmajor **Levitzky.**

Kanzler des Generalstabes: Staatsrath **Schubert.**

Adlatus des Kanzlers: Staatsrath **Stefan.**

Artillerie-Chef: Fürst **Massalskij.**

Adlatus: Generalmajor **Adamovits.**

Ingenieur-Chef: Generalmajor **Depp.**

Hospital-Inspector: Generalmajor **Kossinsky.**

Adlatus des Hospital-Inspectors: Oberst **Widischeff.**

Armee-Intendant: Staatsrath **Ahrens.**

Adjunct: Staatsrath **Levkovitsch.**

Kosaken-Ataman: General-Lieutenant **Fomin.**

Medicamenten-Inspector: Dr. Med. **Prisselkoff.**

Chef der Communications-Direction: General-Lieutenant **Katalej.**

Adlatus der Communications-Direction: Generalmajor **Stolzenwald.**

Post- und Telegraphen-Director: Generalmajor **Stahl.**

Adlatus des Post- und Telegraphen-Directors: Generalmajor **Zaitsoff.**

Chef des Artillerieparks: Generalmajor **Kanabich.**

Justiz-Chef der Armee: Procureur J. D. **Achscharumoff.**

Zu Special-Missionen dem Armee-Obercommandanten persönlich zugetheilt: General-Lieutenant **Skobeleff** und Generalmajor **Hall.**

Des andern Morgens war ein Bote aus Kairo mit der unangenehmen Nachricht angelangt, daß alsbald ein Regierungs-Beamter eintreffen werde, um die alten Steine zu inspiciren, die Mariette nach Paris zu senden beabsichtige. Dieser unerwartete Besuch hätte bei dem Mangel allen und jeden Verständnisses der damaligen türkischen Behörden von fatalen Folgen für den Fortgang der Arbeiten sein können, wenn der Herr Commissär die große Masse der Funde erblickt hätte, die um das Haus herum ein Museum eigenthümlichster Art bildeten.

Es wurde daher Manches, das türkischen Augen besonders auffällig hätte werden können, in aller Eile mit Sand überscharrt, wobei der das Museum hütende Eber thatkräftigen Beistand leistete.

Unter vollem Sonnenbrande, 30 Grad Réaumur Hitze und darüber, langten auch wirklich der Efendi und sein Schreiber zu Maulthier und Esel äußerst erschöpft an, und wurde Ersterer selbstverständlich mit nicht endenwollenden Salems empfangen. Mariette ward officiell von dem Zwecke der Mission in Kenntniß gesetzt, und in den Pourparlers über den Modus procedendi bei der Untersuchung stellte der Commissär auf das bündigste seine Ansicht fest, daß der französischen Regierung nur das Recht zustehe, so und so viele Steine zu entnehmen, und daß, wenn eine Tafel zertrümmert, aus mehreren Stücken bestehe, jedes einzelne Bruchstück für sich allein zu zählen habe. In dieser Noth griff Heuglin nach der vom gestrigen Abendmale erübrigten Absynthflasche, klagte über unleidliche Hitze und Durst, und da der Türke auch seinem Mißbehagen sympathischen Ausdruck gab, servirte er ihm eine nicht unbeträchtliche Dosis Wermuth als unfehlbares Specificum gegen die Durstesqualen. Der Secretär ging nicht minder leer aus. Die Wirkungen ließen nicht lange auf sich warten; zuerst Heiterkeitsausbrüche, dann groteske Bewegungen, wie wenn die aus der Ferne blickenden Pyramiden von Gizeh sie im Rundtanze umkreisen würden. Teppiche wurden nun vor dem Hause über die Sandkissen gebreitet, ein Zelt darüber gespannt und die beiden Herren dazwischen gebettet, welche, von Morpheus' Armen fest umschlungen, erst wieder Lebenszeichen von sich gaben, als sie kurz vor Sonnenuntergang geweckt werden mußten. Nach wiederholtem Schluck schwarzen Mokkabräues und einigen Zügen aus den Tschibuks ließen sie sich unter den ehrerbietigsten reciproken Höflichkeitsbezeigungen in die Sättel ihrer Esel heben, packten das mitgebrachte Schreibzeug in den Halftersack und trabten sichtlich erfrischt und wohlgemuth nordwärts wieder nach Kairo zurück. Die Commission hatte sonach ein günstiges Ende gefunden; was aber die Commissäre ihren Amts-Chefs berichtet haben, mögen die Götter, deren Heiligthümer sie schützen sollten, wissen. Wir haben davon nichts weiter erfahren.

Wenige Tage darauf gab mir Freund Heuglin an der Spitze meiner von ihm organisirten Karawane das Geleite bis ans äußere Stadtthor. Der Aufzug konnte nur die Lachmuskeln von Leuten nicht in Aufregung bringen, deren Auge an derlei Scenen bereits gewöhnt ist. Voran ein kleiner Esel, auf dessen Rücken eine mit Wasser gefüllte schwarze Bockshaut, am Hintertheile aber ein halbnackter Junge, des Eselsschwanzes sich als eines Steuerruders bedienend. Ihm folgten zwei Beduinen in äußerst defecten Reisekleidern, die vier Kameele an langer Leine im Gänsemarsche nach sich ziehend. Hoch oben auf dem ersten thronte ich, den Kopf wie ein Schwerverwundeter in dicke Tücher gehüllt, in der einen Hand einen aufgespannten ungeheuren Sonnenschirm, die andere an einer querüber liegenden klafterlangen Flinte zum Zeichen permanenter Kampfbereitschaft.

Die beiden anderen Kameele, mit Zelt und Wasserfässern und einem einer wandernden Zigeuner-Familie würdigen Hausrathe bepackt, an deren Giebel eine Hühnersteige voll gefiederter Zweifüßler baumelte. Endlich auf dem vierten Kameele der Dragoman in selbstbewußter, der Wichtigkeit seiner Mission entsprechender Haltung. Heuglin fand Alles in Ordnung und ließ uns mit Gott nach der Wüste ziehen.

Drei Wochen darauf, während welcher ich Muße genug hatte, die tiefste Ueberzeugung zu schöpfen, wie überaus weise Moses gethan, daß er die Juden, um sie gründlich zu bessern, durch vierzig Jahre durch diese Wüste geführt — feierte ich das Osterfest zu Jerusalem.

* * *

Jahre vergingen, ohne daß wir uns wieder trafen: Heuglin war Secretär des österreichischen Consuls Dr. Reitz in Chartum geworden, hatte denselben auf einer Reise nach Abyssinien begleitet und avancirte, nachdem Reitz auf dem Rückwege an Dysenterie gestorben, sodann selbst zum Consulats-Verweser.

Der Posten war weder mit Amtsgeschäften, noch mit Gehalt reich dotirt, genoß aber vom Wiener Ballplatze aus einige Protection wegen der katholischen Mission, die durch die Mittel frommer Contribuenten am Bahr-el-Abiad gegründet worden war. *) Desto eifriger verlegte sich Heuglin auf geographische und naturwissenschaftliche Explorationen, wobei er von seinem treuen Gefährten Genczik aus Linz (damals pro titulo wohlbestallter Chef-Impfarzt für das ganze Sudan) aufs wackerste unterstützt wurde. Er unternahm mühselige Reisen am weißen und blauen Nil und deren Gebieten, sammelte und jagte in großem Maßstabe, so daß wiederholt bedeutende Transporte seltener Thiere an die k. k. Menagerie in Schönbrunn von ihm anlangten. Auch meine entomologischen Sammlungen bewahren viele Schätze seines Sammelfleißes. Unerläßlich für seine Zwecke war die Anknüpfung guter Beziehungen zu den einflußreichsten Persönlichkeiten und Machthabern jener weiten Länderstriche, so unter Anderm zu dem damaligen Rebellen Kâsa, dem nachmaligen, ebenso durch seine anfängliche Gönnerschaft als spätere Grausamkeit gegen die Europäer, sowie durch sein tragisches Ende zu Magdala berühmt gewordenen Kaiser Theodor von Abyssinien.

*) Unzweifelhaft sind die großen Summen, die zu diesem Behufe von Wien aus nach Chartum und Gondokoro wanderten, in der humansten Absicht gespendet worden. Sie brachten jedoch nur ein bedauerliches Resultat zuwege. Das Klima verschonte weder Cleriker noch Laien, und nur diejenigen konnten ihr Leben retten, die noch rechtzeitig Reißaus nahmen. Aber auch den eingebornen Zöglingen des Missionshauses wurde keine bessere Zukunft bereitet, da diese, aus ihren Verhältnissen gerissen, in der Heimat nur mühselig Unterkommen finden konnten, ohne zu den Sitten ihrer Väter ganz und gar zurückzukehren. Die österreichische Mission ist seit Jahren aufgelassen und lieferte zum so- und sovieltenmale den thatsächlichen Beweis, daß derartige gutgemeinte Ideen sich in den Salons sehr leicht in begeisternder Weise discutiren, aber an Ort und Stelle, im Dschungel, wenn überhaupt, nur sehr schwer ausführen lassen.

Achtes Armeecorps.

Commandant: General Radetzky; Stabs-Chef: Dimitrowski; Artillerie-Chef: Generalmajor Jewreinoff; Chef-Arzt: Dr. Karjakin.

9. Infanterie-Division Commandant: Fürst Swjatopolk-Mirskij. 1. Brigade: 33. Infanterie-Regiment Jelec, 34. Infanterie-Regiment Siewsk. 2. Brigade: 35. Infanterie-Regiment Brjansk, 36. Infanterie-Regiment Orel. 9. Fuß-Artillerie-Brigade.

14. Infanterie-Division Commandant: Generalmajor Dragomiroff. 1. Brigade: 53. Infanterie-Regiment Volhynien, 54. Infanterie-Regiment Minsk. 2. Brigade: 55. Infanterie-Regiment Podolien, 56. Infanterie-Regiment Zytomir. 14. Fuß-Artillerie-Brigade.

8. Cavallerie-Division. 1. Brigade: 8. Dragoner-Regiment [illegible]chau, 8. Uhlanen-[illegible] Woznessensk. 2. Brigade: 8. [illegible]usaren-Regiment Lubny, 8. donisches Kosaken-Regiment. Ein[illegible] vierpfündige reitende reguläre und eine Kosaken-Batteri[illegible]

Neuntes Armeecorps.

Commandant: General-Lieutenant Baron Krüdener III.; Stabs-Chef: Schnitnikoff; Artillerie-Chef: Generalmajor Kalatscheff; Chef-Arzt: Dr. Dubinsky.

5. Infanterie-Division. General-Lieutenant Schilder-Schulder. 1. Brigade: 17. Infanterie-Regiment Archangelogorod, 18. Infanterie-Regiment Wologda. 2. Brigade: 19. Infanterie-Regiment Kostroma, 20. Infanterie-Regiment Galic. 5. Fuß-Artillerie-Brigade

31. Infanterie-Division. General-Lieutenant Welsaminoff. 1. Brigade: 121. Infanterie-Regiment Penza, 122. Infanterie-Regiment Tambow. 2. Brigade: 123. Infanterie-Regiment Kozlow, 124. Infanterie-Regiment Woronez. 31. Fuß-Artillerie-Brigade.

9. Cavallerie-Division. General Loschkareff III. 1. Brigade: 9. Dragoner-Regiment Kazan, 9. Uhlanen-Regiment Bug. 2. Brigade: 9. Husaren-Regiment Kiew, 9. donisches Kosaken-Regiment. Eine reguläre und eine Kosaken- (reitende) Batterie.

Elftes Armeecorps.

Commandant: General-Lieutenant Fürst Schahowskoj; Stabs-Chef: Oberst Biskupskij; Artillerie-Chef: Generalmajor Filimonoff; Chef-Arzt: Dr. Radakoff.

11. Infanterie-Division. General-Lieutenant Krapovitzky. 1. Brigade: 41. Infanterie-Regiment Segelinsk, 42. Infanterie-Regiment Jakutsk. 2. Brigade: 43. Infanterie-Regiment Ochotsk, 44. Infanterie-Regiment Kamtschatka, 11. Artillerie-Brigade.

32. Infanterie-Division. Generalmajor Aller. 1. Brigade: 125. Infanterie-Regiment Kursk, 126. Infanterie-Regiment Rylsk. 2. Brigade: 127. Infanterie-Regiment Putiwel, 128. Infanterie-Regiment Stari-Oskol. 32. Fuß-Artillerie-Brigade.

11. Cavallerie-Division. 1. Brigade: 11. Dragoner-Regiment Riga, 11. Uhlanen-Regiment Cugujew. 2. Brigade: 11. Husaren-Regiment Isjum, 11. donisches Kosaken-Regiment, 1 reguläre und 1 Kosaken- (reitende) Batterie.

Zwölftes Armeecorps.

Commandant: General-Lieutenant Wainowski; Stabs-Chef: Dukmassoff; Artillerie-Chef: General Nejeloff; Chef-Arzt: Dr. Lewonewski.

12. Infanterie-Division. General-Lieutenant Baron Firks. 1. Brigade: 45. Infanterie-Regiment Azow, 46. Infanterie-Regiment Dniepr. 2. Brigade: 47. Infanterie-Regiment Ukraine, 48. Infanterie-Regiment Odessa. 12. Fuß-Artillerie-Brigade.

33. Infanterie-Division. Commandant Timolejeff. 1. Brigade: 129. Infanterie-Regiment Bessarabien, 130. Infanterie-Regiment Cherson. 2. Brigade: 131. Infanterie-Regiment Tiraspol, 132. Infanterie-Regiment Bender. 33. Fuß-Artillerie-Brigade.

12. Cavallerie-Division. 1. Brigade: 12. Dragoner-Regiment Starodub, 12. Uhlanen-Regiment Bjelgorod. 2. Brigade: 12. Husaren-Regiment Achtyrka, 12. donisches Kosaken-Regiment. Eine reguläre und eine Kosaken- (reitende) Batterie.

Außerdem sind dem Armee-Commando zugetheilt: 3. Schützenbrigade: 9., 10., 11. und 12. Schützenbataillon; 4. Schützenbrigade: 13., 14., 15. und 16. Schützenbataillon, jede Brigade à 830 Mann, zusammen 3320 Mann; 3. Sappeur-Brigade, bestehend aus dem 5. und 6. Sappeur-Bataillon, dem 5. und 6. Pontonier-Halb-Bataillon, dem 3. Reserve-Sappeur-Bataillon, dem 2. Belagerungs-Geniepark, dem 2. Feld-Geniepark und dem 5. und 6. Feld-Telegraphenpark. Endlich sind dem Armee-Commando untergeordnet: der Feld-Telegraphenpark des Gardecorps und mehrere Marine-Compagnien.

Eine jede Infanterie-Division zählt 16 Bataillone mit zusammen 15,757 Mann.

Eine jede Fuß-Artillerie-Brigade zählt 6 Batterien zu 8 Geschützen; drei Batterien sind Vierpfünder- und drei Neunpfünder-Batterien, zusammen 48 Geschütze.

Ein jedes reguläre Cavallerie-Regiment zählt 616 Reiter, ein jedes donische Kosaken-Regiment 912 Reiter.

Somit zählt die Cavallerie-Division 2760 Reiter und zwei Batterien mit 12 vierpfündigen Geschützen.

Ein Armeecorps besteht daher aus 31,514 Mann Infanterie, 2760 Reitern und 108 Geschützen.

Stand der Südarmee: Vier Corps = 126,056 Mann Infanterie, zwei Schützenbrigaden = 6640 Mann Schützen, zusammen 132,696 Mann Infanterie, 11,040 Reiter, 432 Geschütze.

II. Küstenarmee.

Obercommandant: der Commandant des Militärbezirkes von Odessa, General-Lieutenant Semeka. Stabs-Chef: General Goremekin. Chef der Küsten-Vertheidigung: Contre-Admiral Tschichatscheff.

Siebentes Armeecorps.

Commandant: Fürst Barclay de Tolly-Weimarn; Stabs-Chef: Janowskij; Artillerie-Chef: General Polubojarinoff; Chef-Arzt: Dr. Downar.

15. Infanterie-Division. Commandant General Schostak. 1. Brigade: 57. Infanterie-Regiment Modlin, 58. Infanterie-Regiment Praga. 2. Brigade: 59. Infanterie-Regiment Lublin, 60. Infanterie-Regiment Zamosc, 15. Fuß-Artillerie-Brigade

36. Infanterie-Division. Commandant Wernokin. 1. Brigade: 141. Infanterie-Regiment Mozaisk, 142. Infanterie-Regiment Zwienigrod. 2. Brigade: 143. Infanterie-Regiment Dorogobus, 144. Infanterie-Regiment Kaschir, 36. Artillerie-Brigade.

7. Cavallerie-Division. 1. Brigade: 7. Dragoner-Regiment Kinburn, 7. Uhlanen-Regiment Olviopol. 2. Brigade: 7. Husaren-Regiment Weiß-Rußland, 7. donisches Kosaken-Regiment, zwei reguläre Batterien reitender Artillerie.

Zehntes Armeecorps.

Commandant: General-Adjutant Fürst Woronzoff; Artillerie-Chef: General Dobrischin; Stabs-Chef: Baron Wrewskij; Chef-Arzt: Dr. Stoblikoff.

13. Infanterie-Division. General-Lieutenant Richter. 1. Brigade: 49 Infanterie-Regiment Brest, 50. Infanterie-Regiment Bialystok. 2. Brigade: 51. Infanterie-Regiment Littauen, 52. Infanterie-Regiment Wilna. 13. Fuß-Artillerie-Brigade.

34. Infanterie-Division. Generalmajor Korff. 1. Brigade: 133. Infanterie-Regiment Simferopol, 134. Infanterie-Regiment Theodosia. 2. Brigade: 135. Infanterie-Regiment Kertsch-Jenikale, 136. Infanterie-Regiment Taganrog. 34. Artillerie-Brigade.

10. Cavallerie-Division: 1. Brigade: 10. Dragoner-Regiment Nowgorod, 10. Uhlanen-Regiment Odessa. 2. Brigade: 10. Husaren-Regiment Ingermannland, 10. donisches Kosaken-Regiment. Eine reguläre und eine Kosaken- (reitende) Batterie.

Stand der Küstenarmee: zwei Corps mit zusammen 63,028 Mann Infanterie, 5520 Reitern und 216 Geschützen.

III. Die kaukasische Armee.

Obercommandant: General-Lieutenant Loris Melichoff; Stabs-Chef: Generalmajor Duchowski; Artillerie-Chef: Generalmajor Gubsky.

19. Division: Commandant: General-Lieutenant Swojeff. 1. Brigade: 73. Infanterie-Regiment Krym, 74. Infanterie-Regiment Stawropol. 2. Brigade: 75. Infanterie-Regiment Sebastopol, 76. Infanterie-Regiment Kuban. 19. Fuß-Artillerie-Brigade.

20. Division. Commandant: General-Lieutenant Geimann. 1. Brigade: 77. Infanterie-Regiment Tenginsk, 78. Infanterie-Regiment Nawaginsk. 2. Brigade: 79. Infanterie-Regiment Kura, 80. Infanterie-Regiment Kabarda. 20. Fuß-Artillerie-Brigade.

21. Division. Commandant: General-Lieutenant Petroff. 1. Brigade: 81. Infanterie-Regiment Apseron, 82. Infanterie-Regiment Daghestan. 2. Brigade: 83. Infanterie-Regiment Samursk, 84. Infanterie-Regiment Sirvan. 21. Fuß-Artillerie-Brigade.

38. Division. Commandant: Generalmajor Tergukasoff. 1. Brigade: 149. Infanterie-Regiment Czernoworski, 150. Infanterie-Regiment Taman. 2. Brigade: 151. Infanterie-Regiment Pintygorsk, 152. Infanterie-Regiment Wladikawkas. 38. Fuß-Artillerie-Brigade.

39. Division. Commandant General-Lieutenant Lewascheff. 1. Brigade: 153. Infanterie-Regiment Baku, 154. Infanterie-Regiment Derbent. 2. Brigade: 155. Infanterie-Regiment Kuba, 156. Infanterie-Regiment Jelisawetpol. 39. Fuß-Artillerie-Brigade.

41. Division: Commandant General-Lieutenant Oklobjio. 1. Brigade: 161. Infanterie-Regiment, 162. Infanterie-Regiment. 2. Brigade: 163. Infanterie-Regiment, 164. Infanterie-Regiment. 41. Fuß-Artillerie-Brigade.

Kaukasische Grenadier-Division. Commandant General-Lieutenant Fürst Tarchau-Murawoff 1. Brigade: 13. Leibgrenadier-Regiment Eriwan des Kaisers, 14. Grenadier-Regiment Grusien. 2. Brigade: 15. Grenadier-Regiment Tiflis, 16. Grenadier-Regiment Mingrelien. Kaukasische Grenadier-Artillerie-Brigade

Kaukasische Cavallerie-Division. Commandant General-Lieutenant Graf Toulouse-Lautrec. 1. Brigade: 15. Dragoner-Regiment Twer, 16. Dragoner-Regiment Nizegorod. 2. Brigade: 17. Dragoner-Regiment Siewask, 18. Dragoner-Regiment Pergeslawl. Zwei reitende Batterien

Kaukasische Sappeur-Brigade: 1. und 2. kaukasisches Sappeur-Bataillon und das kaukasische Reserve-Sappeur-Bataillon.

Die kaukasischen Divisionen haben denselben Stand wie die übrigen Divisionen, d. h. sie zählen 16 Bataillone mit 15,757 Mann. Die kaukasischen Fuß-Artillerie-Brigaden dagegen haben zwei Vierpfünder-, eine Dreipfünder-Gebirgsbatterie und drei Neunpfünder-Batterien. Die kaukasische Cavallerie-Division zählt ebenfalls 2464 Reiter.

Der Gesammtstand des kaukasischen Corps ist daher: 7 Divisionen Infanterie und 1 kaukasische Schützen-Brigade, zusammen 113,620 Mann Infanterie, 1 kaukasische Dragoner-Division mit 2464 Reitern und 684 Geschütze.

Außerdem gehören zur kaukasischen Armee die nachfolgenden irregulären Truppen:

Das Kuban'sche Kosakenheer: 6 Fuß-Kosaken-Schützen-Bataillone à 713 Mann = 4278 Mann, 30 Armee-Kosaken-Reiter-Regimenter à 6 Sotnien und 894 Reiter = 26,820 Reiter, 5 Armee- reitende Kosaken-Batterien = 40 Geschütze.

Das Terek'sche Kosakenheer: 15 Armee-Kosaken-Reiter-Regimenter à 4 Sotnien und 598 Reiter = 6970 Reiter, 2 Armee- reitende Kosaken-Batterien = 16 Geschütze.

Das Astrachan'sche Kosakenheer: 3 Armee-Kosaken-Reiter-Regimenter à 4 Sotnien und 881 Reiter = 2643 Reiter.

Gesammtstärke der irregulären Truppen im Kaukasus: 4278 Schützen, 36,430 Reiter und 56 Geschütze.

Die Eintheilung der kaukasischen Armee in Armeecorps ist noch nicht bekannt. Wie verlautet, soll dieselbe aus drei Corps zusammengesetzt werden, von denen eines bei Eriwan stehen und von General-Lieutenant Tergukasoff, dem bisherigen Chef der 38. Division, befehligt, das andere bei Achalzyk stehen und von General-Lieutenant Dewel commandirt werden soll. Ein drittes Corps wird als Reserve betrachtet. Zu bemerken wäre, daß von der kaukasischen Armee nur ein geringer Theil wirklich operationsfähig ist, da sehr viele Truppen zur Niederhaltung der dortigen Bevölkerung in den Städten, Festungen und zur Vertheidigung der Küsten des Schwarzen Meeres im Lande zurückbleiben müssen.

Inland.

Wien, 2. December. (Zur Bank-Krise.) Bis zur Stunde liegen aus Pest keine Nachrichten vor, welche auch nur den geringsten Anhaltspunkt über den Verlauf der von den Ministern Pretis und Lasser neuerdings mit dem ungarischen Ministerium angebahnten Verhandlungen liefern würden. Nur das Eine ist sicher, daß solche Unterhandlungen geführt werden. Läge die Garantie dafür nicht schon in der Berufung der beiden Minister nach Pest, so würde die Thatsache durch Tisza's eigene Worte sichergestellt. Der ungarische Minister-Präsident hat nämlich heute eine zweite Interpellation über die Bankangelegenheit, die von dem Sprecher der Unabhängigkeits-Partei des Pester Reichstages, dem Abgeordneten Chorin, an ihn gestellt wurde, beantwortet. (Vergleiche das Pester Telegramm.)

Es war im Sommer 1856, als ich vor meiner Wohnung einen Auflauf von Straßenjugend vorfand und erfuhr, daß bei mir auffälliger Besuch eines Herrn in Steirer Loden- und dreier Mohren in desto abstechenderem Costüme eingetroffen sei. Diese meine Gäste waren Genczik, ein Abyssinier, ein Somali-Neger und ein in Afrika geschwärzter Kurde. Heuglin, der alsbald nachkam, hatte sie nach Europa und, da sie bei dem hohen Herrn, für dessen Dienste sie bestimmt waren, wegen veränderter Verhältnisse nicht mehr placirt werden konnten, nach Wien gebracht, ohne nun zu wissen, was hier mit ihnen anzufangen! Es kostete viel Sorge, bis die Mittel aufgebracht wurden, die Schwarzen, die sich, nebenbei gesagt, stets sehr anständig benommen und sich mittlerweile hier so gut unterhielten, als es anging, in ihre sonnige Heimat zurückzubefördern.

Bei einem seiner Wiener Besuche traf Heuglin ein Unfall, der ihn wochenlang ans Krankenlager fesselte. Er hatte mehrere gestreifte Hyänen nach Schönbrunn gebracht, die in einem Käfig neben den bereits vorhandenen gefleckten Hyänen verwahrt wurden. Es war ihm nicht entgangen, daß die Aufmerksamkeit, die er den neu Angesiedelten erwies, von der alten Hyänen-Colonie jederzeit mit Grunzen und Zähnefletschen eifersüchtig aufgenommen wurde. Und als er sich einmal unachtsam dem Käfig der letzteren zu sehr näherte, hatte eine Bestie die rechte Hand mit Blitzesschnelle erfaßt und bis über's Handgelenk im Rachen. . . Nur die Geistesgegenwart, mit der er, ohne die durchbissene Hand zu bewegen, mit der andern dem Thiere seine brennende Cigarre ins Auge stieß, rettete den Arm vor völliger Zerfleischung. Aber noch eine andere Verwundung mußte mein Freund in Wien erdulden. Ihm, der so oft auf seinen Wanderungen sich vor dem Regen vergifteter Negerbolzen glücklich geschützt, ihm mußte es in Wien geschehen, daß Aphrodite's muthwilliger Junge in einem gleichfalls unbewachten Augenblicke ihm einen seiner aus Rosenholz geschnitzten Pfeile tief ins Herz jagte. Begreiflicherweise waren die Eltern durchaus nicht zu bewegen, ihr einziges, in glänzenden Verhältnissen herangezogenes Töchterlein nach Chartum ziehen zu lassen; aber minder begreiflich fand es unser Freund Heuglin, dem es diesmal nur schwer gelang, den zarten Haken aus der Wunde herauszuziehen.

Auch die gemüthliche Seele Genczik hatte diesmal einigen Verdruß mit einem hiesigen Gelehrten, der es ihm nicht zu glauben schien, daß das Faß Spiritus, welches behufs eines hineinzuschaffenden jungen Hippopotamus-Schädels nach Chartum spedirt worden, mitsammt dem Schädel an den Nil-Katarakten zerschellt sei. Eine lose Zunge hatte sogar gewagt, zu erzählen, daß der Fusel, noch bevor das Faß den ersten Katarakt zu passiren hatte, bereits in Schnäpse aufgegangen war. *)

Die Forschungsreisen Heuglin's und seine Verdienste um die Wissenschaft erheischen selbstverständlich eine ernstere Behandlung, und würde deren eingehende Darstellung den Rahmen dieser Erinnerungen weit überschreiten. Aber unerwähnt darf ich denn doch eine seiner ostafrikanischen Reisen nicht lassen, die er in Begleitung unseres nachmals so hoch gefeierten Seehelden Tegetthoff 1860 unternahm. Tegetthoff hatte den Auftrag erhalten, an Ort und Stelle Untersuchungen über die Bedeutung des Suez-Canals für die österreichische Schifffahrt zu pflegen und nebenbei sich um eine passende Localität nächst dem Rothen Meere für eine allfällige österreichische Strafcolonie umzusehen. Heuglin war mit seinen ausgebreiteten Connexionen der geeignete Mann, als Führer zu dienen. Auch abyssinisches Gebiet wurde besucht und die Freundschaft des Kaisers Theodor in Anspruch genommen. Aber der Mensch denkt, Gott lenkt!

Dem Kaiser Theodor, eben im schweren Kampfe mit seinen Vasallen begriffen, war hinterbracht worden, daß österreichische Agenten seinen Gegnern Gewehre verhandelt hätten. (Unbrauchbare 1848er Nationalgarde-Musketen bildeten zur Zeit einen Speculations-Artikel am Rothen Meere.) Der mißtrauische Abyssinier sah nun in seinen Gästen die allerschwärzesten Verräther, und diese entgingen nur mit genauer Noth dem fürchterlichen Schicksale so vieler Europäer, die Theodor jahrelang in Ketten mit sich herumschleppte. Tegetthoff hatte hiebei den Verlust seiner gesammten Habe zu erleiden und erreichte die Grenze der Civilisation in dem abgerissensten Zustande.

*

Heuglin aber schloß sich alsbald einer andern Expedition an, gewiß nicht der uninteressantesten seiner Fahrten, nämlich der Expedition des ebenso excentrischen als reichen Fräuleins Tinne. Freunde Heuglin's prognosticirten dieser Unternehmung einen für innerafrikanische Gesellschaftsreisen zwar ungewöhnlichen, aber an sich gewiß nicht unplausiblen Ausgang, und man mußte nicht gerade Romandichter sein, um einen solchen für möglich zu halten. Allein Tinne's Oheim, der seiner Nichte nachgereist war, ihr den Kopf zurechtzurichten, versicherte mir, daß dieselbe eine Männerfeindin quand même und die cursirende Meinung eine ganz unbegründete sei. Fräulein Tinne erlag leider alsbald in den Nilsümpfen ihrer abenteuerlichen Wanderlust. Heuglin dagegen kehrte endlich in seine schwäbische Heimat nach Stuttgart zurück.

Bei seiner letzten Anwesenheit in Wien fand er mich mit einem Plane eines Besuches der Polarzone beschäftigt. Auch er fühlte das Bedürfniß, nach lange genug genossener Hitze Afrikas nunmehr auch die Jagd auf dem Polar-Eise zu versuchen. Ich führte mein Project bald darauf in meiner bisher üblichen Manier als Einzelreisender aus, er aber in hiezu eigens ausgerüsteter Expedition erst im Jahre 1870. Es war seine letzte Forschungsreise. Wir begegneten uns nicht mehr; aber niemals werde ich die ganz eigenartige Erscheinung des nunmehr zur bleibenden Ruhe Gelangten vergessen, den das Geschick mit körperlicher und geistiger Kraft, mit Edelsinn und Strebsamkeit in reichstem Maße ausgestattet, aber nur Eines versagt hatte: die Fülle immer flüssiger Fonds, die ausgereicht haben würden, seinem unstillbaren Forscherdrange freien Lauf zu lassen und ihn selbst bei seiner weitgehenden Freigebigkeit stets vor eigenen Entbehrungen zu schützen.

Wien, im November 1876.

---

*) Genczik betrat den afrikanischen Boden nicht wieder. Er wählte nunmehr die Hochalpen zu seinem Quartier, leistete als Aelpler manchem Touristen ersprießliche Hilfe und beschäftigte sich zuletzt mit künstlicher Fischzucht zu Kremsmünster, wo sein anscheinend eiserner Körper vor einigen Jahren einer langwierigen Krankheit erlag.

In dieser Rede erwiderte er die Frage Chorin's, ob er mit dem österreichischen Ministerium weiter verhandeln wolle, dahin: „daß es seine Pflicht sei, betreffs jener Angelegenheiten, welche beide Theile der Monarchie angehen, mit jener Regierung in Berührung zu treten, welche Se. Majestät an die Spitze der im österreichischen Reichsrathe vertretenen Länder stellte". Mehr allerdings sagte der ungarische Minister-Präsident nicht, und es läßt sich aus seiner heutigen Rede wie aus der gestrigen schlechterdings kein Schluß auf den Ausgang der Verhandlungen ziehen. Auffallend ist, daß zu den letzteren nicht wie bisher auch der Minister-Präsident Fürst Auersperg zugezogen wurde. Sollte man seine Intervention als ein Hinderniß ansehen? Das eigenhändige Schreiben des Fürsten, welches gestern von Tisza im ungarischen Reichstage citirt wurde, läßt eine solche Vermuthung zu.

Wien, 2. December. (Parlamentarisches.) In der heutigen Abendsitzung des Clubs der Linken referirte der Obmann Dr. Herbst zunächst im Namen des wegen eventueller Abänderung der Clubstatuten eingesetzten Sub-Comités: Ein Zusatz zu den Clubstatuten sei nicht nothwendig, am wenigsten bezüglich eines singulären Gegenstandes; wol aber halte das Comité für zweckmäßig, daß die Mitglieder des Clubs ihre Ansicht über die Gesammtheit der Ausgleichsfragen aussprechen. „Wir glauben," sagte Dr. Herbst, „daß die Aufhebung der dualistischen Staatsform nicht das Ziel ist, welches die Mitglieder des Clubs anstreben. Wir haben erwogen, ob nicht in die Erklärung, die aufzustellen wäre, eine Hinweisung auf die Weltlage aufzunehmen sei, aber dafür gehalten, daß dies nicht zweckmäßig wäre; wol aber haben wir es angezeigt gefunden, die Erklärung aufzunehmen, daß wir uns lediglich durch die Rücksichten auf die Interessen Oesterreichs werden leiten lassen. Einigkeit der Verfassungspartei halten wir für außerordentlich wesentlich, und darum sollen Beschlüsse nur gemeinsam von der ganzen Verfassungspartei gefaßt werden. Das Sub-Comité beantragt also folgende Erklärung: Die Mitglieder des Clubs der Linken betrachten die Aufhebung der dualistischen Staatsform nicht als ein Ziel, welches anzustreben wäre. Sie werden sich aber, festhaltend an dem Grundsatze, daß über die auf den Ausgleich mit Ungarn bezugnehmenden Fragen von der gesammten Verfassungspartei gemeinsam Beschlüsse zu fassen seien, bei den diesfälligen Berathungen nur durch die Rücksicht auf die Interessen Oesterreichs leiten lassen, ohne Besorgniß vor den Consequenzen, welche aus den zu fassenden Beschlüssen hervorgehen mögen." An der Debatte hierüber betheiligten sich die Abgeordneten Dr. Granitsch, Neuwirth, Wolfrum, Dr. v. Plener und Brestel. Schließlich wurde die Erklärung im ersten Punkte mit allen gegen Eine Stimme (die des Abg. Granitsch, welcher diesen ersten Passus für überflüssig hält, da die Verfassungsfrage als solche nicht steht), in allen anderen Punkten gleichfalls mit allen gegen Eine Stimme (die des Abgeordneten Neuwirth, welcher die Erklärung nicht für ausreichend hält) angenommen. Hierauf wurde über die in der morgigen Parteiversammlung zu debattirende Bank-Ausgleichsfrage berathen, und es zeigte sich rücksichtlich dieser Frage eine vollständige Uebereinstimmung sämmtlicher Anwesenden über die Art und Weise des von den Clubmitgliedern bei der morgigen Parteiversammlung zu beobachtenden Vorgehens. Der Vorsitzende enuncirte am Schlusse der Besprechung als Resultat der Erörterung, die allgemeine Meinung gehe dahin, daß eine Resolution in der Bankfrage von der Partei-Conferenz beschlossen und in derselben die entschiedene Verwerfung der in den Vereinbarungen beider Ministerien festgestellten Grundsätze ausgesprochen werde. Eine Abstimmung über die zahlreichen Anträge, welche nur formell, nicht dem Wesen nach, differirten, fand nicht statt, da die Beschlußfassung der morgigen Conferenz vorbehalten ist. Doch werden sich die Antragsteller morgen vor der Sitzung über eine gemeinsame Stylisirung ihrer Anträge vereinigen.

Am Dienstag beginnt im Abgeordnetenhause die Budget-Debatte. Wie herkömmlich, wird dieselbe sehr große Dimensionen annehmen; denn heute schon sind 73 Redner für diese Debatte zum Worte gemeldet. Zur General-Debatte haben sich einzeichnen lassen für das Budget: die Abgeordneten Dr. v. Plener, Dr. Schaup, Dr. Schaffer, Weiß v. Starkenfels, Eduard Sueß, Neuwirth, Ritter v. Oppenheimer, Dr. Magg, Freiherr v. Scharschmid, Steffens, Dr. Sturm, Naumowicz, Teuschl, Widhoff; gegen das Budget: die Abgeordneten Schöffel, Ritter v. Schönerer, Stendel, Skene, Dr. Oelz, Hermann, Dr. Prazak, Pfeifer, v. Pflügl, Dr. Schrank, Nabergoj, Dr. Ritter v. Grocholski, v. Krzeczunowicz, Dr. Dunajewski, Dr. Klaic. Zur Special-Debatte sind in die Rednerliste eingetragen: Zum Capitel VI: „Beitragsleistungen zum Aufwande für die allgemeinen Angelegenheiten", die Abgeordneten Dr. Schaffer und Dr. Magg. Zum Capitel VII: „Ministerium des Innern", Ritter v. Schönerer, Graf Coronini, Dr. Dordi, Dr. Heilsberg. Zum Titel: „Wasserbau", Freiherr v. Cresseri, Dr. Promber, Graf Mieroszewski, Dr. Foregger. Zum Capitel IX: „Ministerium für Cultus und Unterricht", Titel „Central-Auslagen", die Abgeordneten Graf Coronini und Dr. Ruß. Zum Titel: „Cultus", Dr. Schrom und Dr. Ruß. Zum Titel: „Unterricht", Greuter, Graf Mieroszewski. Zum Titel: „Volksschulen", Dr. Schaffer, Greuter. Zum Titel: „Stiftungen und Beiträge", Abg. Dr. Roser. Zum Capitel X: „Ministerium der Finanzen", Titel: „Finanzverwaltung", Ritter v. Schönerer (Grundsteuer-Regulirung), dann Neuwirth, Dr. Heilsberg, Dr. v. Plener. Zum Titel: „Salz", die Abgeordneten Nabergoj, Graf Mieroszewski. Zum Titel: „Lotto", Dr. Roser. Zum Titel: „Staatseigenthum", Dr. Roser. Zum Capitel XI: „Handelsministerium", Titel: „Centralleitung", Dr. Schaup, Freiherr v. Walterskirchen, Dr. Promber, Graf Mieroszewski. Zum Titel: „Betriebsauslagen", Dr. Roser (Postgefälle). Zum Capitel XII: „Ackerbauministerium", Ritter v. Schönerer, Dr. Ruß, Freiherr v. Walterskirchen, Dr. Heilsberg, Dr. Foregger. Zum Capitel XIII: „Ministerium der Justiz", die Abgeordneten Dr. Vosnjak, Dr. Promber, Lienbacher, Dr. Foregger.

Wien, 2. December. (Steuer-Reform-Ausschuß.) In der gestrigen Sitzung des Steuer-Reform-Ausschusses wurde die Debatte über den Tarif der Einkommensteuer fortgesetzt, und zunächst kam die Frage zur Verhandlung, welche Steuer für ein Einkommen von 400 bis 600 fl. umgelegt werden solle.

Referent Dr. Beer bemerkt, daß nach seiner Hypothese in die Einkommensteuer-Classe von 400 bis 500 fl. 120,000 und in die Classe von 500 bis 600 fl. 80,000 Steuerträger fallen, und beantragt, für die Classe von 400 bis 500 fl. zwei Steuer-Einheiten und für jene von 500 bis 600 fl. vier Steuer-Einheiten festzusetzen.

Abg. v. Krzeczunowicz beantragt von 400 bis 500 fl. drei Steuer-Einheiten.

Abg. Auspitz beantragt von 400 bis 450 fl. zwei, von 450 bis 500 fl. drei, dann für Wien von 500 bis 600 fl. vier und auf dem flachen Lande drei Steuer-Einheiten. Bei 600 fl. beginnt dann gemäß dem Beschlusse das Simplum von sechs Steuer-Einheiten.

Abg. Dr. Schaup ist für den Antrag Auspitz, jedoch ohne Unterscheidung bei der Classe von 500 bis 600 fl. zwischen Wien und dem flachen Lande.

Abg. Dr. Brestel bemerkt, man möge in den unteren Classen keinen subtilen Unterschied machen, weil dies in der Praxis viele Arbeit und Complicität schafft. Er werde bei seinem ursprünglichen Antrage, daß erst von 500 fl. die Steuer beginnen solle, beharren und empfehle blos zwei Steuereinheiten ohne weitere Unterscheidung für die Classe bis 600 fl.

Abg. Dr. Menger: Die Zahl der Leute, welche in die Classe von 4- bis 500 fl. in Oesterreich fallen, ist eine sehr bedeutende, da wir in Oesterreich einen geringeren bürgerlichen Wohlstand haben, als in Deutschland.

Er beantragt in der Classe von 4- bis 500 fl. eine und von 5- bis 600 fl. zwei Steuer-Einheiten.

Abg. Schaup ist dagegen, weil dann die Gradation von 2 auf 6 bei 600 fl. eine zu große wäre. Die Steuersumme aus den unteren Classen darf man wegen der großen Zahl der Steuerträger und der Steuer-Einheiten nicht unterschätzen.

Abg. Auspitz: In den unteren Classen sind 50 fl. viel und leicht erkennbar; dahin gehören zumeist viele kleine Beamte. Auch begründet der Monatsbezug von 35 fl. oder darüber schon den Unterschied zwischen Tag- oder Wochenlohn. Die Commission wird in den unteren Classen ohnehin milde einschätzen. Wenn man zwischen 450 und 500 fl. statt 2 fl. 3 fl. zahlt, so macht dies keinen großen Unterschied, aber der Effect für den Steuereingang ist bedeutend.

Abg. Menger: Die Einkommensteuer unter 600 fl. ist ein Superplus, das man der Regierung über ihren eigenen Vorschlag hinaus gewährt, weil man glaubt, daß sich durch einen höheren Eingang an Einkommensteuer die Möglichkeit der Abschaffung des Lotto und dergleichen herausbilden werde.

Abg. Neuwirth: Die vom Referenten mit etwa 200,000 angegebene Zahl der Steuerpflichtigen in diesen Einkommens-Kategorien sei wol viel zu niedrig. In Preußen betrug 1874 die Zahl der Pflichtigen in den Einkommen von 140 bis 400 Thalern über 3.500,000, und der Ertrag belief sich auf etwa $5\frac{1}{2}$ Millionen Thaler. Das Richtige für diese Classen wäre wol abseits von der Personal-Einkommensteuer eine der Kopfsteuer sich nähernde Classensteuer.

Abg. Krzeczunowicz: Der Gedanke Menger's in Betreff des Superplus scheint mir unrichtig, denn es wird nur ein Steuer-Contingent votirt und statt bis auf 600 fl., wie die Regierung vorschlägt, nach den Beschlüssen des Ausschusses bis auf 400 fl. hinunter vertheilt, aber nicht für die untersten Classen ein eigenes Steuer-Contingent ausgeschrieben. Auf dem Flachlande wird die Steuer von der Classe 400 fl. bis 500 fl. zumeist auf den Bauer fallen, der ohnehin schon namhafte Grundsteuern zahlt.

Abg. Dr. Schaup: Von einem Superplus kann keine Rede sein. Wir haben es hier nicht mit Liberalismus zu thun, sondern der Ausschuß ist von der Ansicht ausgegangen, daß die Steuer möglichst auf Alle auszudehnen sei, welche im Staate zusammen leben und von ihm Dienste empfangen.

Abg. Dr. Heilsberg: Der Abg. Krzeczunowicz hat vor einiger Zeit vielleicht mit Recht darauf hingewiesen, daß die Regierung bei Belastungen sich immer auf Beispiele anderer Staaten beruft, dieses Beispiel aber bei Entlastung oder milderer Belastung nicht befolge. Heute aber hat er der Regierung selbst zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht das Beispiel anderer Staaten befolge, und selbst, wie er ironisch bemerkte, das der Großstaaten nicht, und danach auch das kleinste Einkommen unter 600 fl. belaste. Er selbst stellt jedoch den am weitesten gehenden Antrag. Außerdem habe ich zu erklären, daß wir, die wir die Besteuerung erst bei 600 fl. beginnen lassen wollten, uns heute mit dem Vorbehalte an der Abstimmung betheiligen, um auch diesen Beschlüssen gegenüber eine schonendere Behandlung zu ermöglichen, daß wir aber vollständig auf unserem Minoritäts-Votum beharren.

Referent Dr. Beer: Hat man sich einmal dafür entschieden, auch unter 600 fl. zu greifen, dann muß man die Sache so einrichten, daß sie Effect hat, und zugleich unnöthige Complicität vermeiden. Dieser Gesichtspunkt entspricht meinem Antrage. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Krzeczunowicz abgelehnt; bei dem Antrage Auspitz, zwei Steuer-Einheiten in der Classe 400 bis 450 fl. festzusetzen, ergibt sich Stimmengleichheit, und dirimirt der Vorsitzende, Abg. Baron Eichhoff, gegen den Antrag. Hierauf wird der Antrag des Referenten, dahin gehend, bei 4- bis 500 fl. zwei Steuer-Einheiten, bei 5- bis 600 fl. vier Steuer-Einheiten festzusetzen, mit 17 Stimmen angenommen.

Der Antrag Auspitz, in der Classe 5- bis 600 fl. zwischen Wien und dem flachen Lande einen Unterschied zu machen, wird abgelehnt.

Referent Dr. Beer beantragt zum §. 6 den Beisatz, daß nach Ermittlung des Steuer-Contingents dasselbe derart zu repartiren sei, daß die unteren Classen von 4-—600 fl. mit keiner höheren Steuereinheit als mit höchstens 1 fl. belastet werden sollen.

Abg. Krzeczunowicz ist dagegen. Es sei kein Grund, für diese beiden Classen einen festen Steuersatz zu schaffen.

Abg. Neuwirth: Wenn die Variabilität richtig sei, dann gelte sie wol allen Einkommen gegenüber, für die niedrigsten wie für die höchsten, und das Correctiv zu Gunsten der unteren Classen liege dann in der Progression u. s. w. An den Segnungen wie an den Gefahren der neuen Steuer müssen eben alle Einkommen participiren, sonst sei es eben keine allgemeine Einkommensteuer.

Abg. Dr. Menger: Es sprechen Utilitätsgründe, namentlich das Moment der leichteren Einhebung für den Antrag des Referenten.

Abg. Dr. Brestel: Die Gründe, die mich bestimmt haben, gegen das Steuer-Contingent und für einen festen Steuersatz einzutreten, bestimmen mich, für den Antrag des Referenten zu stimmen. Die Gesetzgebung muß bei Einführung einer neuen Steuer anfangs Milde und Einfachheit walten lassen.

Die Abgeordneten Dr. Schaup und Auspitz sind für den Antrag des Referenten aus Gründen der Vereinfachung und der Billigkeit. Abg. Fux: Die Debatte zeige, daß man bei einer Steuer-Reform nicht blos vom finanziellen Gesichtspunkte ausgehen solle.

Der Referent, der ursprünglich dafür war, daß erst bei 600 fl. die Steuer platzgreifen soll, hat correct gehandelt, wenn er nun in den unteren Classen einen versöhnlichen Standpunkt eingenommen.

Referent Dr. Beer: Es steht keineswegs ohne Beispiel da, daß man eine progressive Einkommensteuer auch mit fixem Satze verbinden kann; die untersten Classen verdienen jedenfalls Schonung.

Es wird hierauf der Antrag des Referenten mit großer Majorität angenommen.

Abg. Graf Coronini regt an, ob es nicht thunlich wäre, zu bestimmen, daß diejenigen Classen unter 600 fl., wenn sie schon von einer Ertragssteuer getroffen sind, von der Einkommensteuer befreit werden sollen. Es wird jedoch eine Reihe von Bedenken dagegen geltend gemacht, in Folge welcher Graf Coronini seinen Antrag zurückzieht.

In der heutigen Sitzung wurde über §. 13, Alinea 1, verhandelt, welcher nach der Regierungsvorlage lautet:

„Jeder Steuerpflichtige ist verpflichtet, alljährlich binnen einer von der Steuer-Landesbehörde zu bestimmenden Frist bei der bezüglichen Einschätzungs-Commission ein summarisches Bekenntniß über sein in dem dem Steuerjahre vorangegangenen Jahre bezogenes Einkommen (§§. 4 und 21) nach dem Formulare A einzubringen."

Dem entgegen beantragt Referent Dr. Beer folgende Fassung: „Jeder Steuerpflichtige hat alljährlich binnen einer von der Einschätzungs-Commission zu bestimmenden Frist ein summarisches Bekenntniß über sein steuerbares Einkommen (§. 4) einzubringen." Es kann dies durch genaue Angabe der Summe seines steuerbaren Einkommens geschehen oder lediglich durch Bezeichnung der Classe, in welche er nach §. 5 einzureihen ist.

Abg. Dr. Schaup ist mit der Bestimmung, daß die Einschätzungs-Commission die Frist anzugeben habe, nicht einverstanden.

Abg. Fux wendet sich gegen den ganzen Antrag des Referenten; die Gleichmäßigkeit erfordere es, daß mindestens die Landesbehörde die Frist bestimme; auch fehle in dem Antrage, bei wem das Bekenntniß einzubringen sei. Es sei ferner bedenklich, das Bekenntniß blos auf das zu beschränken, was im Referenten-Antrag bezeichnet ist. Gewisse Anhaltspunkte müssen der Schätzungs-Commission gegeben werden, sonst macht sie vom §. 20 Gebrauch, und man kommt gerade auf diesem Wege zu einem inquisitorischen Verfahren. Für den Effect des Gesetzes sei die Frage des Formulars sehr wichtig.

Abg. Wolfrum bemerkt, daß schon aus technischen Gründen ein Formular zu entbehren sei.

Abg. Dr. Brestel hält die Vorschrift eines Formulars nicht für nöthig.

Ministerialrath Chertek vertheidigt den Regierungsentwurf und namentlich sehr eingehend bezüglich eines detaillirten Formulars.

Nach einem Ueberblick der ähnlichen Bestimmungen ausländischer Gesetzgebungen findet Redner, daß es bedauerlich wäre, wenn sich eine große Zahl von Steuerpflichtigen entziehen könnte und das Contingent auf eine kleine Anzahl umgelegt werden müßte. Es liege daher in dem Antrage des Referenten eine große Gefahr, daß die Steuer-Einheiten sich herabmindern und die Steuerlast auf die Minderbemittelten überwälzt werde, daher sei dringend zu wünschen, daß das Princip des Singularisirens acceptirt werde. Die Form sei discutirbar.

Abg. Beer bemerkt, daß eine Controle auch nach seinem Antrage möglich wäre, im Vergleiche mit den Zinsfassionen und dem Grund- und Erwerbsteuer-Kataster, und daß auch das Einkommensteuer-Gesetz vom Jahre 1849 kein solches Formular vorgeschrieben hat.

Abg. Wolfrum: Ein Formular sei schon aus technischen Gründen nothwendig, sonst werden die verschiedenartigsten Eingaben manchmal in ganz unverständlicher Form eingebracht werden. Allerdings will man nicht so weit gehen wie bisher, wo man durch das inquisitorische Vorgehen die Bevölkerung geradezu erbittert hat.

Abg. Auspitz glaubt, es wäre ein Formular zu wählen, in welchem die ein[illegible] Einnahmequellen zu detailliren seien, aber nur die Ziffer des [illegible] Einkommens [illegible] ist.

Abg. Brestel: Es handelt sich nur um die Frage, ob eine allgemeine Form [illegible] oder eine solche nach Kategorien vorzunehmen sei.

Abg. Schönerer ist für ein detaillirteres Formular, jedoch mit gewissen Cautelen, damit die Inquirirung nicht zu weit greife. Er wendet sich gleichfalls gegen den Antrag des Referenten.

Abg. Fux: Gegen die Doppelbesteuerung kann man Vorkehrungen treffen und auch so für die Berücksichtigung der Verluste, selbst wenn man ein detaillirtes Formular wählt, allenfalls im Sinne des Abg. Auspitz.

Abg. Neuwirth verweist auf das Formular des sächsischen Gesetzes und bezeichnet dasselbe als zweckmäßig. Dasselbe steht auf dem Principe des Specialisirens. Wenn man kein detaillirtes Formular vorschreibt, so geschieht die Ueberwälzung wieder auf die Immobilien. Eine doppelte Besteuerung sei nach diesem Gesetze ohnehin nicht zu vermeiden. Wenn man aber schon ein solches Gesetz etablirt, dann soll Wahrheit darin enthalten sein vom Anfang bis zum Ende.

Abg. Seutter: Eine große Anzahl von Steuerträgern würde gar nicht verstehen, was man eigentlich von ihnen wolle, wenn man kein Formular vorzeichnet. Es werde durch letzteres sowol die Arbeit wie auch das Gewissen mancher Steuerträger erleichtert. Redner beantragt folgenden Beisatz zu Alinea 1 des §. 18: „Der Bekennende hat dies durch genaue Specificirung der Summe seines steuerbaren Einkommens und der betreffenden Abzugsposten oder lediglich durch die Bezeichnung der Classen, in welche jede einzelne Quelle seines Einkommens einzureihen ist, vorzunehmen."

Abg. Oberleithner bemerkt, daß ein Formular überhaupt nicht wohl zu vermeiden sei, daß jedoch die Verluste berücksichtigt werden müssen.

Der Referent zieht hierauf seinen Antrag zurück, und wird zunächst die Regierungsvorlage mit Weglassung der Worte „Steuer-Landesbehörde" und „nach dem Formular A" mit großer Majorität angenommen.

Der Antrag Krzeczunowicz, die Bestimmung der Fristen nicht der Steuer-Landesbehörde, sondern der Reclamations-Commission zu überlassen, wird abgelehnt, und es verbleibt bei der Steuer-Landesbehörde. Sein weiterer Antrag, daß die Frist bis höchstens auf [illegible] Tage zu bestimmen sei, bleibt in der Minorität, und wird der Antrag des Referenten auf eine mindestens einmonatliche Frist angenommen.

Der Antrag des Abg. Krzeczunowicz, statt „Einkommen" zu sagen „das steuerbare Einkommen", wird abgelehnt.

Es wird hierauf nach dem Vorschlage des Vorsitzenden Graf Coronini abgestimmt, ob überhaupt ein Formular als integrirender Bestandtheil des Gesetzes vorzuschreiben sei, und wird dies mit großer Majorität angenommen.

Hierauf wird über die Frage abgestimmt, ob das Formular generell oder detaillirt zu fassen sei, und wird mit 17 gegen 6 Stimmen beschlossen, daß die Generalisirung im Sinne des vom Abg. Auspitz gestellten Antrages zu erfolgen habe. Es soll daher im Formulare bei den Einnahmen die Specificirung bezüglich der Ziffern bei den einzelnen Einkommen-Kategorien nicht stattfinden, sondern nur die Gesammt-Einnahmen beziffert werden.

Abg. Neuwirth bemerkt, daß in dem Bekenntnisse der Ausdruck „nach bestem Wissen und Gewissen" beizufügen wäre.

Abg. Dr. Hackelberg beantragt, über den Inhalt des Formulars nicht gleich Beschluß zu fassen, sondern auf dieses Thema erst dann einzugehen, bis über §. 21 Beschluß gefaßt worden sein wird.

Dieser Antrag wird angenommen.

Ausland.

Wien, 2. December. (Zur Tagesgeschichte.) Heute wird aller Voraussicht nach der Marquis v. Salisbury sich in Brindisi einschiffen. Auf russophiler Seite hat man versucht, den außerordentlichen Delegaten Englands wie einen Peter in der Fremde zur komischen Figur herabzudrücken. So wird ausgestreut, von Station zu Station habe er neue abweichende Befehle erhalten nach der Devise: Ordre, contreordre, désordre. Und was dergleichen Zeug mehr ist. Dem gegenüber ist zu wiederholen, daß seit Castlereagh's Tagen kein britischer Diplomat mit so weitgreifenden, seine vollständige Selbstständigkeit nach allen Seiten hin sichernden Vollmachten versehen worden ist, und daß solche Gängelung ohnehin den Gewohnheiten eines englischen Cabinets fremd wäre.

Die türkenfresserische Bewegung in England, welche eine zeitlang einzuschlafen schien, flackert von neuem auf. Merkwürdigerweise geschieht dies zwischen so entgegengesetzten Polen, wie John Bright und Carlyle, zwischen dem auf absolute freiheitliche Ungeschorenheit versessenen Manchestermann und dem Vertheidiger despotischer Härte. Diese Beiden sind sich noch nie zuvor im Leben auf einem und demselben Programm begegnet. Bright's jüngste Rede berechnete dem englischen Mann aus dem Volke die Unkosten dreier „unnützer" Kriege, und auf seinen Anlaß werden jetzt in Stadt und Land Arbeiter-Meetings veranstaltet, um jenes große Additions- und Subtractions-Exempel zu wiederholen. Es ist dies eben ein demagogisches Manöver, die großen politischen Interessen Englands im Orient zu einer Brot- und Butterfrage herabzumindern.

Die Berliner „Volkszeitung" schließt heute eine Reihe von Artikeln über die Bedeutung des Krimkrieges mit einer Betrachtung der gegenwärtigen europäischen Situation ab. Von dem Ansinnen, Rußland als Mandatar in Bulgarien einrücken zu lassen, sagt sie treffend, wenn Rußland so lange in Bulgarien bleiben soll, bis daselbst befriedigende Zustände geschaffen sein werden, so würden diese gewiß niemals eintreten. Die Türkei habe das volle Recht, zu fordern, daß Europa ihr Zeit gönne, ihre Reformpläne zu verwirklichen. Die europäischen Staaten hätten bei sich zu Hause zur Genüge erfahren, wie langsam sich Besserungen der Zustände durchführen lassen. Rußland habe bis vor wenigen Jahren die schändlichste aller Institutionen, die Leibeigenschaft, geduldet, und keinem Staate der Welt sei es eingefallen, für die leidenden Leibeigenen, die doch auch „Christen" waren, das Schwert zu ergreifen und ihnen gewaltsam die Freiheit zu geben.

Unter den Actenstücken des neuesten rumänischen Grünbuches verdient eines noch besonders hervorgehoben zu werden, weil es das Verhalten Deutschlands zur Neutralität der Donaufürstenthümer kennzeichnet. Dasselbe datirt vom 26. Juni d. J. und berichtet über eine Conversation

Redaction & Administration:
I., Renngasse 5.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.
Manuscripte werden nicht zurückgegeben.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen sind portofrei.

Ankündigungs-Bureau und Haupt-Expedition:
I., Wollzeile 22.
[illegible] preis nach aufliegendem Tarif.
[illegible] Frankreich, Belgien, Holland [illegible] England übernehmen ausschließlich die Herren G. L. Daube & Co. in Paris, Frankfurt a. M., Berlin 2c.

Einzelverkauf:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr., Montag-Morgen-Ausgabe 3 kr.

(Morgen-Ausgabe.)

Deutsche Zeitung.

Herausgeber: Heinrich Reschauer.

Abonnement für Wien:
In unserer Haupt-Expedition:
Ganzjährig . . . . . fl. 18.—
Halbjährig . . . . . fl. 9.—
Vierteljährig . . . . . fl. 4.50
Monatlich . . . . . fl. 1.50
Mit Zustellung in's Haus:
Ganzjährig . . . . . fl. 21.60
Halbjährig . . . . . fl. 10.80
Vierteljährig . . . . . fl. 5.40
Monatlich . . . . . fl. 1.80

Abonnement für das Inland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl.
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl.

Abonnement für das Ausland: Vierteljährig: [illegible] Umgebung bei Herrn A. Lappert jun. in Budapest, [illegible] im Handelsakademie-Gebäude, fl. 6.— ö. W. bei einmaliger, fl. 7.— ö. W. [illegible] imaliger Postversendung; für [illegible] mit directer Kreuzbandversendung fl. 9.— ö. W.; für die Schweiz 18 Francs 50 Cent., bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Italien 25 Francs, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Frankreich bei [illegible] Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Spanien und Portugal bei dem Postamte in Köln 18 Mark 52 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; nach den Donaufürstenthümern bei [illegible] ö. W.; für Nordamerika bei dem Postamte in Köln 18 Mark 20 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Brasilien und Mexiko bei dem Postamte in Köln 27 Mark 90 Pfennige.

Nr. 1769. **Wien, Sonntag 3. December.** **1876.**

Die nächste Nummer der „Deutschen Zeitung" erscheint Montag Nachmittags 3 Uhr.

Der einzige Ausweg.

Wien, 2. December.

Die auswärtige Situation ist eine ernste. Sie birgt große Gefahren für Oesterreichs Zukunft in ihrem Schoße. Sie hält jedoch keinen Vergleich aus mit dem Ernste und den Gefahren, welche aus der innern Situation für die Existenz unseres Vaterlandes erwachsen. Noch vor Kurzem wollte nur ein kleiner Kreis von Politikern zugestehen, daß die Ausgleichsfragen zu großen Staatsfragen anschwellen werden, bei deren Lösungsversuchen das Reich in seinen Fundamenten erzittern würde. Seit dem Vormonate ist diese Einsicht Gemeingut aller Urtheilsfähigen. Allgemein sieht man der Zukunft mit Bangen entgegen; das Auge des Vertrauensseligsten ist nicht im Stande, einen Ausweg zu entdecken. Nicht zwei Ministerien sind es, sondern zwei Parlamente, die sich in diesem Augenblicke fast feindlich gegenüberstehen, und zu Pest beginnen die Leidenschaften für die politische Action ausschlaggebend zu werden. Man will es jenseits der Leitha zu einer Art Ehrensache aufschrauben, in der Bankfrage nicht nachzugeben. Leider trifft das österreichische Ministerium die Schuld, daß es so weit gekommen ist. Ohne Fühlung mit der Partei, aus welcher es hervorgegangen, ist es in die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung eingetreten. Es war sich darüber nicht klar, wie weit in den Zugeständnissen gegangen werden könne, weßhalb auch Herr v. Tisza und seine Amtsgenossen schon von vornherein das nöthige Maßhalten bei ihren Anforderungen für entbehrlich erachten mußten. Da das Cabinet Auersperg keinen Anstand nahm, die weitestgehenden Verbindlichkeiten einzugehen, so ist es nur folgerichtig, daß die ungarischen Minister auf ihrem Schein bestehen und von den Wiener Collegen die Erfüllung der gemachten Zusagen peremptorisch verlangen. Wie sich jetzt zeigt, sind jedoch die Collegen nicht in der Lage, die gemachten Zusagen einzuhalten, da dieselben von der großen Mehrheit des gegenwärtigen Reichsrathes — wie auch jedes künftigen österreichischen Reichsrathes — verworfen werden müssen.

Es ist Unmögliches, was man zu Pest von der österreichischen Regierung verlangt. Wie die Reden im dortigen Reichstage zeigen, würden die Ungarn jenen Minister für einen Vaterlandsverräther erklären, der dem Cabinet Auersperg ein Zugeständniß gewährte. Merkwürdig genug muthen dieselben Ungarn dem österreichischen Ministerium zu, daß es gegen den Willen der österreichischen Volksvertretung das Ausgleichswerk zum Abschlusse bringe. Der „Pester Lloyd", das Organ Tisza's, fordert unsere Regierung auf, noch in elfter Stunde „mannhaft", „entschlossen" und „selbstbewußt" vorzugehen, unter jenen Anhängern im österreichischen Abgeordnetenhause „die Flüchtigen zu sammeln, die Schwankenden zu ermuthigen, die Lärmsüchtigen einzuschüchtern". Würde darauf das Cabinet Auersperg wirklich eingehen, dann müßte es sich zu einem Staatsstreiche, zu einem Verfassungsbruche entschließen, den ihm selbst seine entschlossensten Gegner kaum zutrauen. Aber selbst damit würde es ihm nicht möglich sein, den ungarischen Wünschen zu entsprechen. Das ungarisch-officiöse Organ selbst erklärt, sich „allzu großen Hoffnungen in diesem Punkte nicht hinzugeben", obwohl es hinzufügt: „Der österreichische Reichsrath hat sich in allen seinen Zuständen überlebt, ehe er noch seine Zeit erfüllt hat". Vermuthlich betrachtet man es in Pest als Mission eines österreichischen Parlamentes, der magyarischen Hegemonie Trabantendienste zu leisten; der Constitutionalismus in Oesterreich hätte sich hienach überlebt, sobald er sich dazu nicht mißbrauchen läßt

Uns dünkt, daß der Streit schon in den nächsten Tagen noch weit bedenklichere Dimensionen annehmen werde. Die österreichischen Minister wurden nach Pest *befohlen*, um sich mit Herrn v. Tisza und Genossen zu verständigen. Sie befinden sich dort in einer verzweifelten Situation. So vorsichtig Tisza auch seine Worte wählte, um dem Cabinet Auersperg einen Rückzug auf die von ihm gekennzeichneten Abmachungen zu ermöglichen, so bedenklich hat er dieses Cabinet dem Reichsrathe gegenüber compromittirt. Die ungarische Regierung ist bemüßigt, der leidenschaftlich erregten öffentlichen Meinung nachgebend, auf jedem i-Tüpfelchen der Mai-Stipulationen zu beharren. Zu diesem Behufe gibt sie sich den Anschein, von den österreichischen Ministern persönlich beleidigt zu sein, so daß es eines höhern Willens zu bedürfen scheint, um sie zu einem persönlichen Verkehre mit den in Pest erschienenen österreichischen Ministern zu bewegen. Ein solcher wird nun allerdings stattfinden; es wird an gegenseitigen Vorwürfen, Beschuldigungen und Rechtfertigungsversuchen nicht fehlen. Kann aber durch eine weitgehende Nachgiebigkeit des Cabinets Auersperg, selbst durch ein vollständiges Eingehen auf *alle* ungarischen Wünsche an der Lage der Dinge auch nur das Geringste geändert werden? Gewiß nicht. Denn das österreichische Parlament wird niemals die Hand dazu bieten, den Ungarn zu ihrer dualistischen Bank zu verhelfen. Würden neue Reichsrathswahlen in Oesterreich ausgeschrieben, so möchten dadurch nur die entschlossenen Elemente des österreichischen Abgeordnetenhauses eine Verstärkung erfahren. Darüber sollte man sich klar sein.

Wir wünschen gewiß auf das lebhafteste, daß Oesterreich und Ungarn sich friedlich auseinandersetzen, daß in Zukunft keine der beiden Reichshälften die andere einer Schädigung ihrer Interessen anzuklagen gegründeten Anlaß habe. Allein durch die Vermittlung des Cabinets Auersperg erscheint das Zustandekommen einer solchen Auseinandersetzung nicht als denkbar. Die derzeitige Regierung hat an Ansehen und Einfluß im Parlament allzu sehr eingebüßt, um eine so weittragende Action durchführen zu können So lange dieselbe sich am Ruder befindet, werden die Magyaren nicht zur Erkenntniß kommen, wie tief sie in ihren Wünschen und Forderungen herabzugehen bemüssiget sind. Für wie nutzlos wir eine Parlaments-Auflösung halten, für ebenso unerläßlich erachten wir behufs friedlicher Beilegung des Ausgleichskampfes die sofortige Neubildung eines österreichischen Cabinetes Nur „*neue Männer*" können die Ausgleichs Verhandlungen von vorne wieder aufnehmen.

Wir täuschen uns darüber nicht, daß man magyarischerseits sich ungern dazu entschließen wird, die vermeintlichen, doch blos auf dem Papier errungenen Vortheile, welche das Cabinet Auersperg sich abzwingen ließ, nun wieder preiszugeben. Man wird um Gründe nicht verlegen sein, die Annullirung der stattgefundenen Ausgleichs-Verhandlungen als Zeitvergeudung zu bezeichnen. Nichtsdestoweniger erscheint die Wiederaufnahme der Verhandlungen durch ein neugebildetes österreichisches Ministerium und auf ganz geänderter Basis als einziger Ausweg, um zu einer friedlichen, für die constitutionelle Entwicklung beider Reichshälften zuträglichen Verständigung zu gelangen. Denn das Verhältniß des derzeitigen Cabinets zu der überwiegenden Mehrheit des österreichischen Abgeordnetenhauses hat sich so beklagenswerth gestaltet, daß an eine Austragung der schwebenden Fragen ohne Neubildung des Ministeriums nicht gedacht werden kann.

Die Resolution Herbst.

Wien, 2. December.

Heute Abends hat die Einigkeit in der Verfassungspartei des Abgeordnetenhauses in Bezug auf die Ausgleichsfrage einen großen Fortschritt gemacht. Bekanntlich war eine größere Anzahl von Abgeordneten vor Kurzem bemüht, die Parteigenossen zu einer Erklärung zu vermögen, durch welche sie Ungarn gegenüber Stellung genommen hätten. Jedoch nur die Fortschrittspartei und eine Anzahl von Mitgliedern der Fractionen „Linke" und „Centrum" hatten sich dem bekannten Programme angeschlossen welches sowohl von der Mehrheit der Clubs der Linken und des Centrums, wie namentlich von den publicistischen Anwälten derselben als förmliches Attentat auf die Verfassung verurtheilt worden war.

In der Stimmung und Gesinnung der Abgeordnetenkreise ist aber in den letzten Tagen eine erhebliche Wandlung vorgegangen. Es ist dies daraus zu schließen, daß in der heutigen Sitzung der Fraction „Linke", des numerisch noch immer stärksten Clubs der Verfassungspartei, von Seite des Obmannes Dr. *Herbst* eine *Resolution* beantragt wurde, mittelst welcher der Club ausspricht: Er betrachte zwar die Aufhebung der dualistischen Staatsform der Monarchie nicht als ein Ziel, welches anzustreben wäre, er werde sich aber, festhaltend an dem Grundsatze, die Verfassungspartei müsse in allen auf den Ausgleich bezugnehmenden Fragen gemeinsam vorgehen, bei allen [illegible]

Feuilleton.

Nebelbilder.

Fast ganz war die letzte Woche von Nebel erfüllt. In den Straßen der Stadt sah man manchmal nicht zehn Schritte weit und war wirklich in Gefahr, die grauen Menschen, welche Einem plötzlich aus dem grauen Dunst entgegentraten, anzurennen und um Entschuldigung bitten zu müssen. Der Stefansthurm stand zur Hälfte in Nebelwolken, bis zu seinem Thürmerstübchen senkten sich die Dämpfe des Himmels herab, und das hohe Kirchendach war von Qualm überwogt und von Feuchtigkeit [illegible] In leisem, ebenmäßigem Getrommel fielen von [illegible] Tropfen der condensirten Dünste auf das Kupferdach der Seiten-Capellen herab und von da auf das Pflaster des Platzes. Angenehmer, weicher Schmutz, nicht zäh, Gott sei Dank, sondern flüssig, leicht spritzend und [illegible] Stiefeln zärtlich, bedeckte die Straßen, welche wegen der milden Luft von Menschen wohl gefüllt waren In den Nachmittagsstunden schienen die Gaslampen der Läden gelblich in den Nebel hinein, und deren Spiegelscheiben waren nur halb durchsichtig und troffen vom Schweiß der feuchten Luft. Jede der Straßenlaternen hatte am Abend einen großen Hof um sich und im trüben Scheine suchten die Leute ihren Weg über die Gasse zwischen den Fiakern und schwerfälligen Omnibussen hindurch, die ausnahmsweise vorsichtig im Schritt des Weges daherkamen.

Wie es in Italien zugeht, wenn solch' ein Wetter ist, wenn der warme feuchte Scirocco weht, davon macht sich Jemand, der nicht da war, schwerlich einen Begriff. Wie voll die Wiesen von Wasser sind, wie die Sümpfe dampfen, wie klar das Reisfeld die Weiden widerspiegelt, welche an seinem Saume wachsen! Alles voll Wasser, die Luft voll Dunst. In den Städten sind die Häuser naß, die Wände der Treppen triefen von Wasser, die Kleider der Menschen sind feucht, die Stiefel feucht, die Cigarren weich und übelriechend, das Bier ist matt, der Wein sauer, die Auster krank und mager. Scirocco! Scirocco! Nebel liegt in den Straßen der Stadt, Nebel über den grünen Gewässern der Adria, Nebel in den Weingärten und um die Gipfel der Berge. Dieser warme Nebelwind, der aus der Sahara kommt und sich über dem Mittelländischen Meere voll Feuchtigkeit saugt, muß im nördlichen Italien zur Entschuldigung für alles Mögliche dienen. Wenn der Wein schlecht ist: „Scirocco, Signor!" Brennt die Suppe an: „Scirocco, Signora!" Bekommt Heinrich von seiner Neuvermählten Vorwürfe über Mangel an Zuthunlichkeit: „Ma cara mia, lo scirocco!" Es ist aber auch ein niederträchtiger, triefender Nebelwind, der Alles durchfeuchtet, Alles erschlafft, dumm, einsylbig und müde macht.

Selten bringt doch der Scirocco-Wind über die Alpen zu uns, sondern er bleibt zumeist im Gebirge hängen, verfängt sich in Bergwäldern, deren Nadelhölzer er mit Nebelschleiern durchzieht. „Es kommt der walische Wind," sagen sie in Kärnten im Hochgebirge, das nach Italien abfällt. Dann zieht durch Schluchten, an hellen, grauen Felswänden entlang, zuerst in Gestalt langer, schlanker Gespenster, dann immer dichter in weißen Wolken der Nebel ein, bis Stock und Stein und Weg von Dunst verhüllt ist und selbst der geriebenste Bergsteiger nicht mehr weiß, wohin er den Fuß setzen soll. Nicht leicht kann man da irgendwo vereinsamter sein als in diesen öden Gebirgsthälern, die nur ab und zu von Schmugglern begangen werden. Wenn der Nebel lange dauert, glaube ich, könnte man dort Hungers sterben.

Der Oheim eines meiner russischen Bekannten wurde einmal auf der Steppe in der Nähe seines eigenen Gutes von dichtem Nebel, der doch im östlichen Rußland zu den Seltenheiten gehört, überfallen. Stefan Iwanowitsch, so hieß der Oheim, konnte kaum drei Schritte vor sich sehen, so dicht war der Qualm, und da der Steppenboden ganz gleichförmig war und gar keine Anhaltspunkte zur Orientirung bot, wußte Stefan Iwanowitsch, der übrigens seiner Gewohnheit gemäß recht betrunken war, nicht mehr, für welche Richtung er sich entscheiden sollte, und irrte aussichtslos den ganzen Tag umher, bis er endlich gegen Abend auf einen Heuschober stieß, in welchem er sich verkroch und zur Ruhe legte. Da er den ganzen Tag nichts zu essen bekommen hatte, quälte ihn der Hunger so stark, daß er über ihn selbst seinen Durst vergaß. Als er eingeschlafen war, hatte er einen furchtbaren Traum; er träumte nämlich von einem Beefsteak, das sich an einem Faden auf seinen Mund herabsenkte, doch jedesmal, wenn er zubeißen wollte, wieder in die Höhe schnellte. Nach langen traumerfüllten Stunden erwachte Stefan Iwanowitsch, noch hungeriger als zuvor, und steckte seinen Kopf aus dem Heuschober heraus; aber da er noch immer die Grasfläche von Nebeln überwallt sah, zog er den Kopf wieder ein und blieb verzweiflungsvoll in seinem Heuneste liegen. Zum Glück aber zertheilte gegen Mittag die Sonne den Dunst, und als Stefan Iwanowitsch abermals den Kopf heraussteckte, sah er zu seiner Freude ganz in der Nähe sein eigenes Haus, aus dessen Schornstein bräunlicher Rauch von angenehmem Küchengeruch in die Luft aufstieg. Aus Freude über seine Errettung und aus Aerger über den heimtückischen Nebel ward Stefan Iwanowitsch dann drei Tage lang nicht nüchtern, was sein Neffe ganz natürlich fand.

Es ist schrecklich, was Einem auf dem Lande Alles passiren kann. Nicht zu dem Schrecklichsten allerdings

fälligen Berathungen nur durch die Rücksicht auf die Interessen Oesterreichs leiten lassen, ohne Besorgniß vor den Consequenzen, welche aus den zu fassenden Beschlüssen hervorgehen mögen.

Dieser Antrag wurde mit allen Stimmen gegen eine zum Beschlusse erhoben.

Wenn man sich gegenwärtig hält, daß in dem so vielfach angefochtenen Programme der Fortschrittspartei gleichfalls die Veränderung der dualistischen Verbindung, nicht aber deren Beseitigung befürwortet und blos verlangt wird, diese Verbindung sei „in einer den Einfluß Oesterreichs sicherstellenden Weise zu regeln, widrigens die volle Selbstständigkeit und die Möglichkeit der Selbstbestimmung für Oesterreich anzustreben" wäre — so ist man beim besten Willen nicht mehr im Stande, eine principielle Verschiedenheit zwischen dem Standpunkte des Clubs der Linken in der Ausgleichsfrage und jenem der Fortschrittspartei zu entdecken. Denn in welch' anderer Weise die „Rücksicht auf die Interessen Oesterreichs" bethätigt werden sollte, als dadurch, daß man entweder den eigenen Einfluß sicherstellt oder sich fremdem Einflusse entzieht, ist unerfindlich.

Wir nehmen von dem heutigen Beschlusse der Fraction „Linke" mit Genugthuung Act.

Inland.

Wien, 2. December.

Beschränkung des Petitionsrechtes?

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. November interpellirte Abg. Dr. Heilsberg den Minister des Innern wegen eines an die Statthalterei erlassenen Circulärs, welches die Beschränkung des Petitionsrechtes dermalen bezüglich des ungarischen Ausgleiches zum Zwecke hätte, in Folge dessen die politischen Behörden bei den Gemeinden und Bezirksvertretungen derartige Petitionen verhindern, eventuell sistiren sollen. Minister Baron Lasser antwortete sofort damals mit dem Bemerken, daß ihm von dem ganzen Circulär nicht ein Wort bekannt sei.

Man meldet uns als Commentar dazu folgende Thatsachen: Die Stadtgemeinde von Gonobitz (Bezirkshauptmannschaft Cilli) beschloß Mitte August, eine Petition an den Reichsrath zu richten, in welcher um die Ablehnung des von der Regierung vereinbarten ungarischen Ausgleiches angesucht wird. Die Bezirkshauptmannschaft von Cilli hat diesen Beschluß sistirt. Auf den Recurs der Stadtvertretung erklärte die Statthalterei in Graz mit Erlaß vom 11. September 1876, daß die Bezirkshauptmannschaft sich in vollem Rechte befinde und daß diese Petitionen nicht in die Competenz der Gemeinden gehören. Aehnliche Erläße sind den Stadtvertretungen von Bruck an der Mur und von Wiener-Neustadt zugekommen.

Es ist auch immerhin möglich, daß Herrn v. Lasser von einem Circulär nichts bekannt sei, denn einmal war ja Herr v. Lasser längere Zeit auf Urlaub — zur selben Zeit hat Fürst Auersperg das Pre[illegible]rculär erlassen — und zweitens braucht factisch kein Circulär zu existiren — eine vertrauliche Mittheilung an die Statthaltereien leistet denselben Dienst. Aber sonderbar wäre es, daß urplötzlich ohne jeden Wink die Statthaltereien von Steiermark und Niederösterreich das staatsgrundgesetzlich gewährleistete Petitionsrecht beschränken wollten.

Ungarische Stimmen zur Situation.

Der officiöse „Hon" ist von der Antwort des Herrn v. Tisza auf die Interpellation Wehrmann's ganz entzückt und [illegible] darob die österreichischen Minister. Diesen werde aus Tisza's Worten erst klar werden, zu welch' „häßlichem Spiel sie sich hergegeben" haben, wie Vieles sie verloren, da sie durch ihre Erklärung weder ihre eigene Partei befriedigen, noch die „Achtung" ihrer ungarischen Collegen sich erwerben konnten.

Der „Pester Lloyd" spricht den diesen Sätzen offenbar zu Grunde liegenden Gedanken über die Intention und die [illegible]liche Wirkung der Tisza'schen Erörterung viel prägnanter aus. Er sieht in ihr noch nicht die volle Verurtheilung des Vorgehens der österreichischen Minister, sondern nur die vollste Klarstellung des Verhältnisses. „Nur offenes Lossagen von den einmal acceptirten Vereinbarungen oder unverbrüchliches Festhalten an denselben" sei jetzt noch möglich. Der „P. Ll." scheint noch immer die zweite Alternative, die offene Bekehrung der österreichischen Regierung zur alleinseligmachenden Lehre von der dualistischen Bank, für möglich oder gar wahrscheinlich zu halten. Ladet er die österreichischen Minister doch ein, die ihnen von Tisza gebaute „goldene Brücke" zu betreten und endlich „der Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit die Ehre zu geben". Natürlich dürfte unser Ministerium sich dabei eben nicht von Rücksichten für die Abgeordneten ankränkeln lassen. „Vielleicht" — regt das Blatt an — „vielleicht daß ein mannhaftes, entschlossenes und selbstbewußtes Vorgehen des Ministeriums noch in elfter Stunde — die Zeit drängt eben zur Entscheidung — die Flüchtigen sammeln, die Schwankenden ermuthigen, die Lärmsüchtigen einschüchtern wird."

Das wäre so recht nach dem Sinne der Magyaren, Hand in Hand mit einem in selbstgeschaffener Zwangslage erstickenden österreichischen Ministerium über die österreichische Volksvertretung zur Tagesordnung überzugehen! Kann sich aber wirklich ein österreichisches Ministerium dazu hergeben?

Sogar „Pesti Naplo", das Organ der Partei der „Unabhängigen", ist mit der Erklärung Tisza's ganz zufrieden, aber deshalb, weil es deren Sinn einigermaßen anders auffaßt als der „P. Ll.". „Tisza verfuhr" — sagt das Blatt — „mit der österreichischen Regierung nicht wie mit einem Freunde und Bundesgenossen, sondern wie mit einem falschen und geheimen Feind. Die Anklage, welche Tisza gegen das Cabinet Auersperg erhebt, schneidet zwischen den beiden Regierungen das Tischtuch entzwei. Tisza stellt nicht die Cabinetsfrage, denn hiezu ist er nicht berechtigt, er nimmt jedoch eine solche Stellung ein, daß zwischen diesen beiden Regierungen in Zukunft ein Einvernehmen, eine gemeinsame Berathung, ein harmonisches Zusammenwirken undenkbar ist." Dies sei auch das Cabinet Tisza seiner eigenen Ehre schuldig. Ungarn könne sich in die innern österreichischen Fragen nicht mengen, es überlasse daher das Schicksal des Cabinets Auersperg dem Reichsrathe. Ungarn könne in dieses Cabinet kein Vertrauen mehr setzen.

Aus dem Club der Linken.

In der heutigen Abendsitzung des Clubs der Linken referirte Obmann Dr. Herbst zunächst im Namen des Sub-Comités:

Ein Zusatz zu den Club-Statuten sei nicht nothwendig, am wenigsten bezüglich eines singulären Gegenstandes; wohl aber hält das Comité es für zweckmäßig, daß die Mitglieder des Clubs ihre Ansicht über die Gesammtheit der Ausgleichsfragen aussprechen. Wir glauben, daß die Aufhebung der dualistischen Staatsform nicht das Ziel ist, welches die Mitglieder des Clubs anstreben. Wir haben erwogen, ob nicht in die Erklärung, die aufzustellen wäre, eine Hinweisung auf die [illegible]lage aufzunehmen sei, aber dafür gehalten, daß dies nicht zweckmäßig wäre. Wohl aber haben wir [illegible] angezeigt gefunden, die Erklärung aufzunehmen, daß wir uns lediglich durch die Rücksichten auf die Interessen Oesterreichs werden leiten lassen. Wir brauchen nicht mit der Personal-Union zu schrecken, aber auch nicht uns mit derselben schrecken zu lassen. [illegible] Verfassungspartei halten wir für außerordentlich [illegible] darum sollen Beschlüsse nur gemeinsam von der ganzen Verfassungspartei gefaßt werden. Das Comité beantragt also folgende Erklärung:

„Die Mitglieder des Clubs der Linken betrachten die Aufhebung der dualistischen [illegible]form nicht als ein Ziel, welches anzustreben wäre. Sie werden sich aber, festhaltend an dem Grundsatze, daß über die auf den Ausgleich mit Ungarn bezugnehmenden Fragen von der gesammten Verfassungspartei gemeinsam Beschlüsse zu fassen seien, [illegible] die fälligen Berathungen nur durch die Rücksicht auf die Interessen Oesterreichs leiten lassen, ohne Besorgniß vor den Consequenzen, welche aus den zu fassenden Beschlüssen hervorgehen mögen."

In der Debatte ergreift zunächst das Wort Abg. Hallwich, welcher beantragt, daß es zu Beginn der Erklärung nicht: „Mitglieder des Clubs", sondern: „der Club der Linken" heißen möge.

Der Antrag wird von den Abgeordneten Dr. Ruß und Ed. Sueß befürwortet.

Abg. Granitsch hält den Passus bezüglich der Verfassungsfrage nicht für zweckmäßig, da die Verfassungsfrage als solche nicht in Berathung stehe. Ihn befriedigen die Erklärungen des Obmannes mehr als die Resolution.

Abg. Neuwirth: Programme haben problematischen Werth und es ist gleichgiltig, ob sie in die Statuten aufgenommen werden oder nicht, umsomehr, als es nicht klar ist, was man unter „Interessen Oesterreichs" versteht.

Abg. Wolfrum erklärt, daß der Beschluß nur einen Gegensatz bilden soll zum Punkte 4 des Skene'schen Programms. Unter „Consequenzen" sei keineswegs die Gefahr für die Verfassung, sondern etwa die Einführung der Zollinien, der Rücktritt des Ministeriums zu verstehen, denn ehe daß die Bank, wie sie projectirt, Leben gewinnen soll, ziehe er selbst die Zollinien vor.

Abg. v. Plener ist mit der Erklärung einverstanden; für ihn sei die Hauptsache, daß der Standpunkt der Unabhängigkeit des Clubs nicht alterirt werden soll.

Abg. Dr. Brestel spricht ebenfalls für die Erklärung.

Schließlich wird der Antrag des Abg. Hallwich angenommen.

Die Erklärung wird im ersten Punkte mit allen gegen eine Stimme (die des Abg. Granitsch), in allen andern Punkten gleichfalls mit allen gegen eine Stimme (die des Abg. Neuwirth) genehmigt.

Hierauf wird über die in der morgigen Partei-Versammlung zu debattirende Bank- und Ausgleichsfrage berathen.

Abg. Granitsch befürwortet eine entschiedene Haltung in der Bankfrage und legt einen diesbezüglichen Resolutions-Entwurf vor.

Abg. Dr. Sueß ist in merito mit dem Antrage Granitsch einverstanden, doch nicht mit dessen Form.

Abg. Auspitz bedauert die Nothwendigkeit, eine Resolution zu fassen; unter stürmischen Oho-Rufen und allgemeiner Entrüstung gibt er zu erkennen, daß er sich auch mit der dualistischen Bank befreunden [illegible].

Abg. Dr. Ruß kritisirt die [illegible] Erklärungen Tisza's, um deren Zweideutigkeit nachzu[illegible].

Abg. Dumba spricht [illegible] morgige Partei-Versammlung von der [illegible] ungarischer Regierung und Reichstag einerseits und der österreichischen Regierung andererseits, die gegenwärtig im Zuge, nicht Notiz nehme. Er ist für eine ganz entschiedene, doch so allgemein wie möglich gehaltene, erschöpfende Resolution. Wir sind vor Allem verpflichtet, zu sagen, worauf wir nimmermehr eingehen können.

Abg. Wolfrum hätte es lieber gesehen, daß die Partei erst positive Vorlagen abgewartet hätte, bevor sie Stellung in der vorliegenden Frage genommen. Der Antrag Granitsch sei zu viel und zu wenig. Wir wollen keine Verwirrung in unser Geldwesen bringen lassen — auch auf die Gefahr der Errichtung von Zollschranken zwischen Oesterreich und Ungarn.

Abg. Tomaszczuk ist gegen den Antrag Granitsch. Wenn es eine Frage gibt, in welcher die Verfassungspartei einig wie Ein Mann, so ist es die Bankfrage. Der Antrag Granitsch ist nicht allgemein und auch nicht entschieden genug.

Es sprechen noch die Abgeordneten Beer, Hönigsmann, Neuwirth und Eduard Sueß.

Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Der Obmann erklärte, die heutige Debatte resumirend, daß der Club einmüthig nicht nur das Bank-Statut, sondern auch die Grundzüge desselben entschieden ablehne und daß in der morgigen Versammlung eine entschiedene Resolution gefaßt werden soll.

Parlamentarisches.

Außer den im Abendblatte genannten Rednern haben sich für die Budget-Debatte noch, und zwar für die General-Debatte, der Abg. Wickhoff (und) und die Abgeordneten R. v. Schönerer, Dr. Dunajewski und Dr. Kl[illegible] (gegen) eintragen lassen. Für die Special-Debatte ließen sich eintragen: Zum Capitel VI, „Beitragsleistung [illegible] für die allgemeinen Angelegenheiten", pro: die Abgeordneten Dr. Schaffer und Dr. Magg; zum Capitel VII, „Ministerium des Innern": R. v. Schönerer, Graf Coronini, Dr. Dordi, Dr. Heilsberg; zum Titel „Wasserbau", pro: Freiherr v. Cr[illegible], Dr. Promber, Graf Mieroszewski, Dr. Foregger; zum Capitel IX, „Ministerium für Cultus und Unterricht", pro A, Titel „Central-Auslagen", die Abgeordneten Graf Coronini, Dr. Ruß; zum Titel „Cultus": Dr. [illegible], Dr. Ruß; zum Titel „Unterricht": Dr. Greuter, Graf Mieroszewski; zum Titel „Hochschulen": Dr. Schaffer, Dr. Greuter; zum Titel „Stiftungen und Beiträge": Abg. Dr. Roser, sämmtliche Redner pro; zum Capitel X, „Ministerium der Finanzen", pro: zum Titel „Finanz-Verwaltung": Ritter v. Schönerer (Grundsteuer-Regulirung), dann Neuwirth, Dr. Heilsberg, Dr. v. Plener; zum Titel „[illegible]": die Abgeordneten Nabergoj, Graf Mieroszewski; zum Titel „[illegible]": Dr. Roser; zum Titel „Staats-Eigenthum": Dr. Roser; zum Capitel XI, „Handelsministerium": pro Titel „Central-Leitung": Dr. Schaup, Freiherr v. Walterskirchen, Dr. Promber, Graf Mieroszewski; zum Titel „Betriebs-Auslagen" Dr. Roser (Post-Gefälle); zum Capitel XII, „Ackerbauministerium", pro: Ritter v. Schönerer, Dr. Ruß, Freiherr v. Walterskirchen, Dr. Heilsberg, Dr. Foregger; zum Capitel XIII, „Ministerium der Justiz", pro: die Abgeordneten Dr. Vosnjak, Dr. Promber, Lienbacher, Dr. Foregger.

---

gehört, wenn man der schönen Aussicht halber auf einige Tage nach Mariaschutz geht und dann das weite Thal dort so von Nebel erfüllt findet, daß man nicht einmal die nächsten Berge sehen kann. Dort braucht man wenigstens im Gasthause des Herrn Jörg nicht zu verhungern und zu verdursten. Aber mir ist Nebel in der Stadt lieber, denn hier kann man seiner genießen, so lange man will und sich vor ihm zurückziehen, sobald man will. Wie schön und malerisch sind die Hansestädte im Nebel, und was für ein Behagen ist es, wenn draußen die Häuser von Feuchtigkeit triefen und der naßkalte Dampf durch die Straßen zieht, zu Bremen im Rathskeller zu sitzen, mit Rheinwein aus den Apostelfässern vor sich auf dem Tisch. Gleichmäßig warme und trockene Luft erfüllt die alten Räume, sie gibt einen angenehmen Gegensatz zu der da draußen, und der eigenthümliche Geruch alter, weingefüllter Oxhofte ist wahrlich besser als der Geruch von Nebel und dem Steinkohlenrauch, der in der schweren Luft von den Dächern niederschlagt.

In einem Hamburger Austernkeller zur Seite fetter, gelber holsteinischer Austern, von denen jede den Mund füllt, ist es an dunklen dunstigen Novembertagen auch besser als etwa an den morastigen Ufern der Themse, wenn sie ihr fast dickflüssiges gelbes Wasser dampft, das langsam aus den Nebeln dahergeschlichen kommt und in Nebeln langsam wieder verschwindet. Wie melancholisch ist es dort in den Sümpfen, über die bei Nebelwetter nicht einmal der Wasservogel streicht, aus Furcht, im raschen Fluge mit einem seiner Genossen in Collision zu gerathen. Weniger ängstlich sind die Schiffe zur See, welche auch bei dickem Nebel ihre Fahrt kaum langsamer von statten gehen lassen. Aber trotz des Geheuls ihres Dampfrohrs und der weithin schallenden Schläge auf das broncene Gong-gong kommen allwinterlich Zusammenstöße genug vor und manches Schiff sinkt mit durchbrochener Flanke in die Tiefe hinab. Es muß ein höchst unangenehmes Gefühl sein, aus dem feuchten Nebel auf sinkendem Schiff plötzlich ins Wasser hineinzukommen und daraus nicht errettet zu werden.

Am sichersten und behaglichsten ist man bei Nebelwetter noch auf baierischen Eisenbahnen untergebracht. Ich fuhr einmal von Bamberg nach München mit einem herrlichen Bummelzuge bei so dicker Luft, daß man kaum die dampfenden Würste sehen konnte, welche Einem an den Stationen auf Papier gereicht wurden. Allerwärts war gutes Bier in steinernen Maßkrügen zu haben, und der Zug hielt so lange still, bis jeder der Passagiere seinen Maßkrug geleert hatte. Dann ging es wieder langsam weiter über die nebelfeuchten Schienen. Das Erste, nachdem der Zug sich wieder in Bewegung gesetzt hatte, war jedesmal, daß der Conducteur in der Coupéthür erschien mit der Anzeige: „Wann jetzt wieder gutes Bier kommt, werde ich die Herren schon avisiren." Er meinte nämlich, daß die Passagiere in dem dicken Nebelwetter unmöglich das gute Bier von ferne ausnehmen könnten, und stellte deßhalb seine Ortskenntniß zur Verfügung. Jedesmal an der nächsten Station war gutes Bier; da stiegen dann Alle aus, Zugführer, Passagiere und Conducteure, und tranken so viel ihnen möglich war. Dann ging es wieder ein wenig weiter; auf jeder Station wurde es so gehalten, und als der Zug in der Hauptstadt ankam, waren dessen Insassen weit mehr noch benebelt als die Luft.

Schwedischer Punsch ist übrigens bei feuchtem Wetter auch kein übles Getränk, aber man darf von ihm nicht viel zu sich nehmen. Die letztere Vorsicht gebrauchte ich eines Tages auf dem Mälar-See und ward dafür [illegible] belohnt, denn ohne sie hätte ich sicherlich das zarte Bild nicht gesehen, das sich durch die Schleier des Nebels, welcher über dem Wasser wogte, den Blicken darbot. Hoch über den Dünsten nämlich gewann Sonnenschein die Uebermacht; immer goldiger und heller ward die Luft, und plötzlich trat das prächtige Stockholm, dessen Ansicht neben der von Genua und Constantinopel ihrer Schönheit wegen am meisten gerühmt wird, wie aus mattem Golde geformt aus dem Nebel hervor gleich einem Zauberbild, ganz zart, kaum sichtbar, wie hingehaucht, verschwand dann wieder, als noch einige Nebelschleier vorüberzogen, und kam abermals zum Vorschein, bis die Sonne ganz den Sieg davontrug, die Dünste vertrieb und die schöne Stadt in voller Klarheit zeigte.

Einen fast ebenso zarten Anblick habe ich in diesen Tagen von meinem Hause aus gehabt, das an einem der höchsten Punkte der innern Stadt Wien steht und aus dessen Fenster man über die Dächer der Leopoldstadt hinweg ein kleines Stück vom Marchfelde und ein kleines Stück des Bisamberges sieht. Manchmal ist der Nebel so dick, daß man nicht einmal die Kirchthürme drüben erblickt, aber manchmal wird er von der Sonne verscheucht und dann kommen, zart beleuchtet, wie ein Wunder das Gefilde und der Berg zum Vorschein, dem Auge, das gerne in die Ferne blickt, eine Erquickung. Doch in der letzten Woche ist dies, obwohl die Sonne mehrmals darum kämpfte, nur ein einzigesmal geschehen; fast immer war der Nebel übermächtig. Aber auch dem dicksten Nebelwetter kann man allerhand Annehmlichkeiten abgewinnen, wenn man genügsam ist und guten Willen hat, sie auszuspähen.

Johannes Ziegler.

Redaction und Administration:
Landstraße, Gärtnergasse Nr. 6.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen werden portofrei befördert.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich 1maliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl., monatlich 2 fl.
Mit täglich 2maliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl., monatlich 2 fl. 35 kr.

Einzeln:
Morgenblatt 6 kr. Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Abendblatt. Motto: Gleiches Recht für Alle.

[illegible]ndigungs-Bureau:
Stadt, Wollzeile 16.
Inserate und Briefe an den Redacteur werden tarifmäßig berechnet.

Abonnement für Wien:
Ganzjährig 18 fl., halbjähr. 9 fl., vierteljähr. 4 fl. 50 kr., monatlich 1 fl. 50 kr.;
mit Zustellung ins Haus ganzjährig 21 fl. 60 kr., halbjährig 10 fl. 80 kr., vierteljährig 5 fl. 40 kr., monatlich 1 fl. 80 kr.
Abonnements werden angenommen in der Haupt-Expedition der „Presse“, [illegible] 16, und bei allen Zeitungsverschleißern.

Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

№ 342. Wien, Montag den 11. December 1876. 29. Jahrgang.

Wien, 11. December.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde vom Handelsminister der mit England auf die Dauer eines Jahres abgeschlossene Handelsvertrag zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt. Justizminister Dr. Glaser beantwortete die jüngsthin von den Abgeordneten Dr. Josef Kopp und Genossen eingebrachte Interpellation wegen der in drei Fällen stattgefundenen Confiscation und bald darauf erfolgten Freigebung ein und desselben Blattes. Der Justizminister setzte die Umstände auseinander, welche für die Staatsanwaltschaft bei ihrem Vorgehen maßgebend waren, mit dem Beifügen, es sei allerdings wünschenswerth, daß die Staatsanwaltschaften mit Umsicht und Achtsamkeit vorgehen. Handelsminister Ritter v. Chlumecky antwortete auf die Interpellation der Abgeordneten Steudel und Genossen in Angelegenheit der von der Wiener Tramway-Gesellschaft angesuchten Concession zur Herstellung der Pferde-Eisenbahnlinie Ringstraße-Hundsthurmer-Linie. Das Haus setzte sodann die Budgetdebatte beim Etat des Ministeriums des Innern, Titel „Wasserbau“, fort.

In Pest waren gestern zahlreiche Gerüchte in Umlauf, welche von neuen Wendungen in der Bankfrage und von neuen Plänen zur Lösung derselben erzählten, und bezüglich welcher wir auf unsere Pester Telegramme verweisen. Für Abends war ein ungarischer Ministerrath anberaumt, in welchem die ungarische Regierung nach einer Andeutung des „P. Lloyd“ zur gesammten Ausgleichsfrage in deren heutigem Stadium Stellung zu nehmen und somit sowol bezüglich des ferneren modus procedendi in dem Complex der Ausgleichsfragen überhaupt als speciell bezüglich der Bankfrage definitive Beschlüsse zu fassen beabsichtigte. Der Telegraph wird wol nicht säumen, uns von dem Ergebniß der Berathungen zu unterrichten, deren große Wichtigkeit „P. Lloyd“ besonders signalisiren zu sollen glaubt.

Die vielbesprochene Fackelzug-Affaire wurde endlich am Samstag im ungarischen Abgeordnetenhause zum Abschlusse gebracht. Die Vormittagssitzung hatte jedoch hiezu nicht ausgereicht; es mußte auch noch eigens eine Abendsitzung zu Hilfe genommen werden. Die Herren von der äußersten Linken gaben sich alle Mühe, der Majorität begreiflich zu machen, daß Minister-Präsident K. Tisza, wie sie sich ausdrückten, an Allem Schuld sei. Das Haus ließ sich jedoch nicht capacitiren, und so wurde K. Tisza schließlich das gewünschte Absolutorium mit allen Stimmen gegen jene der äußersten Linken ertheilt. In der Vormittagssitzung war Max Uermenyi anläßlich des Budgets des Honvedministeriums als Redner in der General-Debatte aufgetreten. Er begnügte sich jedoch, dem Hause den Sonderstandpunkt in Erinnerung zu bringen, welchen er und seine Freunde in der Honvedfrage einnehmen, um hieran die Erklärung zu knüpfen, daß ihm selbst die Verwirklichung seiner Ansichten unter den gegenwärtigen Verhältnissen weder möglich noch wünschenswerth erscheine und er daher das Budget, wie es vorliegt, zur Grundlage der Special-Debatte annehme; ein Act ritterlicher Courtoisie, der ihm sofort lebhaften Beifall von Seite der Majorität eintrug.

Man kann sagen, daß die Conferenz eigentlich schon letzte Woche begonnen hat, da die Unterhandlungen zwischen General Ignatiew und Lord Salisbury natürlich die Hauptsache sind und von dem Ergebniß derselben überhaupt das Schicksal des Diplomatenrathes abhängt. Finden die Vertreter Englands und Rußlands nicht zum Vorherein die Basis einer Verständigung, einen neutralen Boden, auf dem sie sich einigen können, so wird die Conferenz hiezu auch nicht gelangen. Es ist neuerdings wieder davon die Rede, daß Rußland sich eventuell mit der Unterzeichnung eines bindenden Reformprotocolls durch die Pforte und der Einsetzung eines europäischen Aufsichtsrathes mit ziemlich weitgehenden Vollmachten zur Ueberwachung der Reformen vorläufig begnügen würde. Was man aber nicht übersehen darf — es hat allen Anschein, daß die Pforte selbst von einer Verständigung zwischen Rußland und England am wenigsten befriedigt sein dürfte. Die Gerüchte über einen Mordversuch auf Mithad Pascha durch zwei Montenegriner, von der Entdeckung eines russischen Planes, den blödsinnigen Murad nach Odessa überzuführen, klingen uns höchst verdächtig und sie scheinen darauf angelegt, die Situation wieder zu brouilliren, nachdem sie sich eben zum Bessern wenden wollte. Auf solche Bestrebungen der türkischen Staatsmänner wird Niemand eingehen.

Ueber die Conspirationsgeschichte geht uns nachfolgende Darstellung zu, auf welche wir den vorerwähnten Vorbehalt ebenfalls ausdehnen wollen. Danach soll die Verschwörung schon am 5. d. vom Polizeiminister entdeckt, aber geheimgehalten worden sein, bis die meisten Theilnehmer in Gewahrsam gebracht worden waren. Unter den Letzteren hätten sich viele Polizeibeamte und Ulemas befunden, auch Mahmud Nedim Pascha wäre compromittirt. Der englische Dragoman, den Ignatiew zur Entführung des Ex-Sultans gekauft haben sollte, heißt angeblich Stavrides. Zweck der Verschwörung sei gewesen, den Bürgerkrieg herbeizuführen, Mithad Pascha zu beseitigen und Konstantinopel in fremde, natürlich in russische, Hände zu spielen. Das klingt Alles sehr sensationell. Was Rußland ein Handstreich auf Konstantinopel dauernd nützen würde, ist schwer abzusehen; nichts ist selbstverständlicher, als daß es damit halb Europa gegen sich in Waffen rufen würde. Einen solchen Plan der russischen Politik kurz nach den Versicherungen des Kaisers Alexander gegenüber dem Lord Loftus zuzuschreiben, ist doch ein starkes Stück. Der Telegraph meldet heute aus Konstantinopel nichts weiter über die Affaire. Die Vorconferenz wird trotz aller angeblichen Attentate heute beginnen, was kaum der Fall sein würde, wenn Ignatiew in der ausgesprengten Weise compromittirt wäre. Bestätigt wird, daß die Chancen zu einem Einvernehmen zwischen den Mächten wachsen.

Die Aeußerungen des „Moniteur“, bekanntlich das Organ des Herzogs Decazes, über die Conferenz stimmen mit den neuestens vorliegenden friedlichen Berichten über das Verhältniß zwischen England und Rußland. Das Blatt schreibt: „Die Ministerkrisis darf auch die Conferenz, die am Montag officiell eröffnet wird, nicht aus dem Auge verlieren lassen. Laut Nachrichten aus Konstantinopel ist ein Einvernehmen zwischen England und Rußland nicht unmöglich. Drei Be[illegible]sprechungen fanden zwischen Salisbury und Ignatiew statt und scheinen anzudeuten, daß von der einen wie der andern Seite ehrlich der Boden für eine Verständigung gesucht wird. Alles, was die Erinnerung an die Zwischenfälle, wie im November der Gegensatz zwischen der englischen und russischen Politik, zu verwischen geeignet ist, muß in Europa mit Befriedigung vernommen werden. Ohne bereits annehmen zu wollen, daß die Conferenz nothwendig zur Wahrung des Friedens führen wird, darf als zuverlässig geglaubt werden, daß dies das Ziel aller europäischen Regierungen ist. In dieser Beziehung hat sich also die Lage wesentlich zum Bessern gewendet.“

Am erregtesten ist die öffentliche Meinung gegenwärtig in Rumänien, wo man eine Invasion, sei es vom Norden, sei es vom Süden oder auch von beiden Seiten zugleich, fürchtet. Der Bukurester Correspondent der „National-Zeitung“ meldet unterm 5. d.:

Die Pforte hat der hiesigen Regierung angezeigt, daß sie eventuell nicht nur bei Widdin, sondern auch an anderen Punkten die Donau überschreiten und rumänisches Terrain besetzen müsse. Vom strategischen Standpunkte aus ist dies ganz richtig, denn nach Vervollkommnung der Artillerie und bei der ungeheuren Tragweite der modernen Geschütze wird das rechte Ufer der Donau an diversen [illegible] von dem erhöhten Terrain des linken Ufers vollständig beherrscht. Ganz be[illegible] ist dies bei Widdin der Fall. Die türkische Festung kann von dem am anderen Ufer auf der Höhe gelegenen Kalafat von einer einzigen zwölfpfündigen [illegible] Batterie in Grund und Boden geschossen werden. Aus den Donaunaden Rumäniens flüchten zahlreiche wohlhabende Familien in das Innere des Landes, aus Bukurest viele Familien in das [illegible]. Auch die Fürstin Elisabeth soll in den nächsten Tagen nach Tirgovescht übersiedeln, wohin das Staatsarchiv in Sicherheit gebracht werden wird. Tirgovescht ist die alte Hauptstadt des Landes und liegt etwa in der Mitte, etwas nördlich von [illegible] und Plojescht am Fuße der Karpathen. Schon seine natürliche Lage ist, wenigstens im Vergleich mit den anderen Städten des Landes, eine feste zu nennen. Außerdem aber soll Tirgovescht noch durch Anlage von Erdwerken verstärkt werden. Die Artillerie der zweiten Division von Bukurest ist nach Kalafat abgerückt, weil die Türken begonnen haben, von Widdin (gegenüber von Kalafat) eine Schiffbrücke über die Donau zu schlagen.“

Der „Romanul“ vom 5. d. M. sucht dagegen damit zu beruhigen, daß er sagt, es seien bisher noch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die Türken irgend einen Flußübergang zu bewerkstelligen trachten. Der Brüsseler „Nord“ wieder bezeichnet [illegible] Stelle zwischen Isaktscha und Tultscha als diejenige, [illegible] welcher die Türken Vorbereitungen zum [illegible] treffen. Der Gouverneur von Tultscha habe incognito eine Rundreise im rumänischen Bessarabien gemacht.

[illegible] französische Ministerkrisis hält,

Kleine Chronik.

Wien, 11. December.

[Hof- und Personal-Nachrichten.] Se. Majestät der Kaiser Franz Josef hat anläßlich des Georgs-Ordensfestes dem Kaiser von Rußland ein Glückwunschschreiben gesendet. — Die französische Akademie der Inschriften hat an Stelle der verstorbenen Gelehrten Pertz und Ritschl die Herren Cobet und Moedvig zu ihren auswärtigen Mitgliedern ernannt.

[Dr. August Braß] ist vorigen Donnerstag auf seinem Gute Wochowsee bei Teltow, wo er in der letzten Zeit nur selten publicistisch thätig lebte, gestorben. Braß trat zum erstenmale im Jahre 1848, damals 30 Jahre alt, in die Oeffentlichkeit und zwar in Greenwichhaff mit Held, dem Begründer der „Staatsbürgerzeitung“ als Demokrat. Er schwärmte damals mit für die Republik und dichtete sogar ein Lied mit dem Refrain: „Wir färben roth, wir färben gut, wir färben mit Regentenblut!“ Nach der Unterdrückung der Revolution mußte er als Ultra-Demokrat fliehen und hielt sich eine zeitlang in Paris auf. Später gab er in Biel einen „Handels-Courier“ heraus, benützte aber die erste Gelegenheit, die ihm die Rückkehr nach Berlin gestattete, dahin zurückzukehren, natürlich gebessert. Er gründete sogar die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und befand sich dabei sehr wohl, denn Fürst Bismarck erkannte in Braß eine journalistisch geschickte Persönlichkeit. Später kam er in Conflicte mit Bismarck und überließ die „N. Allgemeine“ in das Eigenthum eines Hamburger Consortiums. Er erwarb hierauf die „Post“ trat sie aber bald an ein freiconservatives Consortium ab und zog sich auf das obenerwähnte Gut zurück. Er hinterläßt seine Familie in sehr guten Verhältnissen.

[Die Besteuerung der Spar- und Vorschußvereine.] Das Curatorium der Franz-Josef-Stiftung hat Samstag den Entwurf einer Petition an das Finanzministerium angenommen, deren Tenor dahin gerichtet ist, daß die Beträge, welche aus der Franz-Josef-Stiftung an die Sparvereine zur Unterstützung der Kleingewerbetreibenden gegeben werden, nicht als ein Darlehen aufgefaßt werden, welches die Vereine von irgend einer dritten Seite bezieht, da die Franz-Josef-Stiftung ein speciell der Unterstützung der Gewerbetreibenden von Sr. Majestät dem Kaiser gewidmete Fonds ist. Deßhalb sollen auch die Sparvereine, insoferne sie nur von ihren Mitgliedern oder von der Franz-Josef-Stiftung Darlehen entnehmen, nicht der Besteuerung unterzogen werden.

[Berliner Gäste.] Seit einigen Tagen ist Berlin in einer gewisser Aufregung — alle Welt spricht von Cora Pearl, die in einem Hotel unter den Linden ihr Absteigquartier genommen hat. Die berühmte Cora der Pariser Halbwelt führt ein ganzes Vermögen an Toiletten und Juwelen mit sich, unter letzterem ein Armband von historischem Interesse. Das Bracelet ist reich mit Diamanten verziert und trägt die Inschrift: Napoleon, 9. December 1868. Ihre Toiletten erregen, so oft die Dame die Theater und den Circus von Berlin besucht, allgemeine Sensation und bei einen der letzten „Fatinitza“-Reprisen ward die Vorstellung durch das Erscheinen der Pariserin geradezu unterbrochen. Cora Pearl besitzt in Berlin eine Schwester die daselbst in sehr glücklicher Ehe lebt; die beiden Schwestern, unterhalten jedoch keinen Beziehungen zu einander. — Eine zweite Merkwürdigkeit Berlins ist in diesem Augenblicke — Adele Spitzeder, die, ihrer Haft entlassen, Berlin zum Aufenthalte gewählt hat. Die ehemalige Bankdirectorin will wieder zum Theater zurückkehren.

[Schliemann und das „Grab des Agamemnon“.] Schliemann glaubt nun wirklich, auf der Akropolis von Mykenä das Grab des Agamemnon gefunden zu haben und will sogar in dem daselbst entdeckten Skelett jenes des „Königs der Könige“ erkennen. Auch die übrigen Gräber hält er für jene des Atreus, der Cassandra und der Gefährten des Agamemnon, die Pausanias erwähnt. Näheres hierüber, sowie über die neuesten Funde in Olympia enthält folgender Brief der „Nat. Ztg.“ aus Athen vom 5. d.: „Gestern telegraphirte Dr. Demetriades von Olympia an Herrn Eustratiades, daß eine Statue der Minerva in Lebensgröße, von edler Kunst, vollständig erhalten, daselbst gefunden worden. Viel glücklicher ist nun Schliemann. Am 13./25. November telegraphirte Stamatakis, es möchte ein Mitglied der archäologischen Gesellschaft dahin geschickt werden, das Gefundene sei ein unschätzbarer archäologischer Schatz. Es sei auch nöthig, daß eine Abtheilung Soldaten unter der Führung eines tüchtigen Officiers in Mykenä stationirt werde. Darauf hin reiste sogleich Herr Professor S. Phintikles mit einem Aufseher hin, um auch bald Zeuge neuer Funde zu werden. Alles soll in kürzester Zeit nach Athen geschafft werden. Die Telegramme Schliemann's lauten folgendermaßen: „Argos, 2[illegible]ember. In demselben Grabe, in dem die in meinen früheren Telegrammen angeführten Schätze gefunden wurden, fand ich [illegible] noch eine Leiche, bedeckt mit einer schweren goldenen Maske und einem sehr großen goldenen Brustschmuck. Auf beiden Seiten derselben fanden sich Schwerter und ein kleines Schwert, [illegible] Handhaben alle mit Gold bekleidet waren, und als Reste der verschwundenen Schwertscheiden eine unendliche Reihe goldener Knöpfe mit Verzierungen. Ueberdies fand ich noch ein chirurgisches Werkzeug von Gold und ein sehr großes goldenes Wehrgehenk. Am Schädel sind noch die 32 Zähne an ihrer Stelle, so daß ich hoffe, die obere Hälfte der Leiche wohlbehalten nach Athen schaffen zu können. Auch fand ich viereckige Hölzer mit Basreliefs, die Löwen und Hunde darstellen, ein goldenes Gefäß und sechs eherne Kessel. In dem letzten Grabe waren drei Leichen, von denen die eine ohne Schmuck gefunden wurde. Ich habe nach Nauplia telegraphirt, damit ein Maler hieher komme und die Leiche male, von der ich in meinem letztem Telegramme gesprochen habe. [illegible] gleicht in hohem Grade dem [illegible], das meine Phantasie sich längst von dem [illegible] Agamemnon ausgemalt hat. Vier Tage vorher richtete Herr Schliemann an den König ein Telegramm, worin er demselben die großen Funde anzeigte.“ Er sagt darin: „Diese Schätze allein genügen, um ein großes Museum zu füllen, das das prächtigste auf der Erde sein und in allen folgenden Jahrhunderten Myriaden von Fremden aus allen Ländern nach Griechenland ziehen wird.“ Dann fährt er fort: „Da ich aus reiner Leibe für die Wissenschaft arbeite, so will ich keinen Anspruch auf diesen Schatz und überlasse ihn mit Enthusiasmus an Griechenland.“

[Der Theaterbrand in Brooklyn.] Einer Depesche der „Times“ vom 8. d. zufolge sind bei dem Brande 370 Menschen ums Leben gekommen. Die Untersuchung über den Ursprung des Feuers zeigt, daß die Feuerlösch-Utensilien auf der Bühne höchst mangelhaft waren und daß das Feuer bald hätte überwältigt werden können, wenn gehörige Vorsichtsmaßregeln getroffen worden wären. Einige Zeugen behaupten, daß, soweit ihre Kenntniß reicht, weder [illegible] noch Schläuche vorhanden waren. Man glaubt, daß alle Personen, die sich auf den Galerien befanden, umgekommen sind, weil die Treppen einstürzten und jeden Ausgang ver-

nachdem das Verbleiben des bisherigen Cabinets an den Forderungen der Gruppen der Linken des Abgeordnetenhauses gescheitert ist, noch immer bei der Schwierigkeit, eine Combination zu finden, welche ein leidliches Zusammenwirken der Regierung mit beiden Häusern des Parlaments ermöglichen würde. Nach dem „Moniteur Universel" [illegible] übrigens der Kriegsminister Berthaut [illegible] in keiner ministeriellen Combination Platz [illegible], in welcher auch Herr v. Marcère figuriren [illegible] während der Minister des Innern andererseits zu [illegible], daß er sein Portefeuille nur dann behalten [illegible] das neue Cabinet ihn autorisire, von der Tribune herab die Erklärung abzugeben, daß die von der Kammer votirte Tagesordnung über die militärischen Ehren von der Regierung acceptirt werde. Schließlich ist der „Moniteur" der Ansicht, daß das Cabinet eine nahezu vollständige Umwandlung erfahren werde.

Die Art, in der die französische Ministerkrisis ihre Lösung finden wird, dürfte auch für die auswärtige, namentlich für die Orientpolitik Frankreichs von Einfluß sein. Man schreibt der „K. Z." aus Paris: „Unter Denen, welche dem Marschall den Rath geben, sich entschlossen zu zeigen, befindet sich auch der Herzog Decazes, der Minister des Aeußern; demselben erscheint es für seine äußere Politik nothwendig, daß der Marschall sich auf den Senat stützt und die Kammer auflöst, wenn sie ihre Opposition nicht lassen will. In diesem Falle hat man sich darauf gefaßt zu machen, daß das Elysée eine viel kühnere äußere Politik verfolgen wird als [illegible], und die französischen Generalstabs-Officiere sich vielleicht in ihrer Meinung bestärkt fühlen, daß binnen wenigen Monaten Frankreich in einen neuen Krieg ziehen werde. Dazu sei übrigens bemerkt, daß man in den officiellen Kreisen allerdings die äußere Lage für viel ernster hält als die innere. Eine sehr hochgestellte Persönlichkeit, welche heute wegen der innern Krisis befragt wurde, meinte: „Ach, sprechen Sie mir nicht von den inneren Angelegenheiten; die äußeren Angelegenheiten sind viel zu ernst und gefährlich, als daß man jene in Betracht ziehen könnte."

Kriegsvorbereitungen.

Serajevo, 1. December. [Orig.-Corr.] (Politische Lage und Stimmung.) Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, daß die Insurrection in Bosnien als erloschen zu betrachten ist. Wenn sich auch hie und da noch kleinere Banden zeigen, so sind dies doch mehr Räuber- als Insurgentenbanden. Das asiatische Militär hat bereits Bosnien verlassen, um, wie es hieß, nach Konstantinopel abzugehen. Von jedem abmarschirenden Bataillon wurden kaum 60 Mann mit Waffen versehen, damit nicht doch irgend eine kleine Bande ein so sorglos dahinziehendes Bataillon vollständig [illegible]. Der übrigen Mannschaft wurden die [illegible] abgenommen und in den größeren [illegible]. Das [illegible] der Waffen [illegible] nicht [illegible], [illegible] Absicht [illegible] Wahrscheinlichkeit nach [illegible] den allgemeinen [illegible] die guten Hinterlader [illegible] sein, da mit den alten Feuer[illegible] selbst mit Uebermacht gegen die [illegible] bewaffneten Insurgenten kein größerer Erfolg [illegible].

Wenn eine allgemeine Entwaffnung zur Durchführung gelangen soll, so ist eine allgmeine Erhebung unausbleiblich, denn in Alles wird sich der Türke, welcher schon seit zartester Kindheit stolz auf seinen mit Waffen gespickten Gürtel blickt, fügen, nur nicht in die Abnahme seiner Waffen. Die Fremden nennen diesen Gürtel spottweise — Arsenal. Und doch ist ohne Entwaffnung, welche ja der erste Schritt zur Gleichberechtigung aller Confessionen ist, ein dauernder Frieden nicht zu erhoffen. Mit dem Wiederaufbau der durch die Insurrection verwüsteten Anwesen soll „demnächst" begonnen werden, aber nur für jene Unterthanen, welche trotz Insurrection sich nicht geflüchtet haben und deren Leben bei den verschiedensten Gelegenheiten oft auch nur an einem Haare gehangen ist. Daß die Flüchtlinge auch zum Theil nicht wiederkehren, dessen glaubt man sicher zu sein. Selbstverständlich setzt man auf die Conferenz doch noch einige Hoffnungen, aber auch die, daß, wenn eine Einigung nicht zu Stande kommt und der Krieg mit Rußland dennoch ausbricht, eine österreichische Occupation anstatt einer serbischen Invasion vorgezogen wird. Nur keine Serben und Russen will man hier sehen, eher alles Andere.

Die einsichtigen Türken finden auch, daß jetzt die Zeit zur General-Abrechnung mit ihnen nicht mehr ferne ist und die pflichtvergessenen Beamten füllen sich bei Zeiten noch ihren Säckel. Nach Banjaluka bringen die Bauern verschiedene Holzsorten zum Verkauf, ohne sich vorher eine Teskereh (Erlaubnißschein) gegen die zu entrichtende Taxe zu lösen, weil der betreffende Forstbeamte nicht dort ist. Diese armen Bauern wollen ja gerne zahlen, was Taxe ist; allein es wird ihnen alles Holz abgenommen, verkauft und der Mutessarif schiebt, wie es heißt, den Erlös in die Tasche. Auch wird gemunkelt, daß dort in der Kriegskasse bei Abgang des Militär-Paschas gegen 1200 Pfund fehlten. Unter solchen Umständen ist es der Regierung nicht zu verargen, wenn sie nicht im Stande ist, genug Geld für ihre vielen ehrlosen Beamten aufzutreiben. Die Zolleinnehmerstellen sollen käuflich sein, und es wäre sehr interessant, zu wissen, wie viel die Regierung nur bei einem Zollamt betrogen wird. Die seinerzeit von Banjaluka hieher gebrachten berüchtigtesten Türken, deren Freilassung nur durch ein bedeutendes Sündengeld erwirkt werden sein konnte, diese Türken mit Feßlia und Feim Aga an der Spitze hätten gar vieles Unrecht gut zu machen und diese verworfenen Menschen läßt man dort frei und ungehindert als unschuldig mit ihrem Gelde jetzt der äußerlichen Ruhe pflegen.

* * *

Wie dem „Now. Wr." gemeldet wird, machten am 4. December die Türken den Versuch, das serbische Dorf Selasch zu besetzen. Dieses Dorf liegt an der Chaussee, etwa 20 Kilometer von Zaitschar und drei bis vier Kilometer von der serbisch-türkischen Grenze entfernt. Nach der Demarcationslinie ist dieses Dorf den Serben verblieben. Eine Abtheilung türkischer Reiterei unter Ramsi Beg überfiel die serbischen Vorposten und nöthigte sie zum Rückzuge. Minister Ristics hat bereits die Demarcations-Commission von diesem Vorfall unterrichtet und diese hat denselben als eine Verletzung des Waffenstillstandes anerkannt.

Bekanntlich haben alle größeren Städte Rußlands in letzter Zeit Ergebenheitsadressen an den Czar gerichtet und die Theilnahme ausgedrückt, welche die Bevölkerung an dem Schicksale der Südslaven nimmt. Nun hat auch die Stadt Warschau eine solche Adresse im Namen der Polen überreichen lassen. Dieselbe lautet:

„Allergnädigster Herr und Kaiser! Die Worte, die Eure Majestät in Moskau gesprochen, haben Widerhall in unseren Herzen gefunden und wir Polen vereinigen aufrichtig die Erklärung unserer loyalsten Ergebenheit mit allen Denen, die Eurer Majestät von allen Seiten Ihres großen Reiches zugehen. Wenn die gütigen auf Bewahrung der Menschheit vor den Leiden des Krieges gerichteten Bemühungen Eurer Majestät erfolglos bleiben, so sind wir zu jedem Opfer bereit, das Sie zur Verbesserung der Lage unserer Brüder im Süden von Ihrem Volke zu fordern belieben werden. Glieder derselben slavischen Familie, stehen wir gemeinsam mit unseren Stammesgenossen um Sie, Herr und Kaiser, mit unbedingter Ergebenheit für die Verwirklichung Ihrer hohen Absicht. Wir wagen diesen aufrichtigen Ausdruck unserer treuergebenen Unterthanengefühle zu den Füßen Eurer kaiserlichen Majestät niederzulegen." (Folgen 821 Unterschriften.)

* * *

Folgender Befehl des Ober-Commandirenden der Flotte des Schwarzen Meeres ist im „Nikol. West." publicirt worden: „Anläßlich des Zufrierens der Flüsse schreibe ich den Commandeuren der kaiserlichen Yacht „Livadia" und der Popowka „Vice-Admiral Popow" vor, unverzüglich mit den ihnen anvertrauten Schiffen in den Hafen einzulaufen und dieselben für den Winter abzutakeln."

Das Petersburger Damencomité der Gesellschaft zur Pflege verwundeter und kranker Krieger ist auf Wunsch seiner Präsidentin, der Großfürstin Marie Pawlowna, im Begriff, den Vorrath an Leinenzeug, Charpie und anderen zum Verband gehörigen Gegenständen der Niederlage des Comités zu ergänzen und wendet sich daher an die allgemeine Wohlthätigkeit mit der Bitte, durch Spenden die Bestrebungen des Comités zu unterstützen.

Dem „Russk. Inw." wird von verschiedenen Punkten des Reichs über das den abziehenden Truppen seitens der Einwohner gegebene freundliche Geleit berichtet. Einige städtische Communen haben sogar für die Familien der Abziehenden Sorge getragen und ihnen besondere Unterstützungen zu ertheilen, andere wieder die Unterhaltung der durchziehenden Truppentheile auf städtische Kosten durchzuführen beschlossen.

* * *

Ueber die historische Vergangenheit Kischenews entnehmen wir der „Birsh. Wed.": „Kischenew, am rechten Ufer des Flusses Byk gelegen, 1655 Werst von Petersburg, 1369 Werst von Moskau entfernt, wird zuerst im Jahre 1420 in einer walachischen Urkunde genannt. Im 17. Jahrhundert zerstörten die Tartaren die Stadt fast gänzlich, so daß erst im 18. Jahrhundert an Stelle der früheren Stadt ein kleiner Marktflecken entstand, der allmälig durch Handel wieder aufblühte und später der Sitz der Moldauer Herrscher wurde. Im Jahre 1812 fiel Kischenew mit ganz [illegible] an Rußland und 1818 wurde die Stadt zur Hauptstadt des ganzen Gebiets erhoben. Es wurde hier eine besondere Eparchie für Bessarabien gegründet und die Einwohner erhielten verschiedene Privilegien und Sonderrechte, welche zum Emporblühen des Handels viel beigetragen haben. Gegenwärtig zählt Kischenew etwa 102.000 Einwohner mit 6000 Häusern. In der Stadt befinden sich ein geistliches Seminar, ein Gymnasium und eine öffentliche Bibliothek.

Die Hauptbeschäftigung der Einwohner besteht in der Cultur von Frucht- und Weingärten und Tabakpflanzen. Auch der Ackerbau wird in der Umgegend mit großem Erfolg betrieben. Die gewonnenen Producte werden über Odessa und Nowosseliko theils ins Ausland, theils in die inneren Gouvernements exportirt. Kischenew ist namentlich Centralpunkt für den Getreidehandel, wo alle bedeutenden Geschäfte abgewickelt werden. Außerdem ist der Export an Talg, Wolle und Wein auch ein recht bedeutender, besonders nach Oesterreich. Uebrigens hat die Stadt auf dem Gebiete des Handels eine starke Concurrenz an der Moldau, welche reich an denselben Producten wie Bessarabien ist. In Kischenew werden jährlich mehrere Jahrmärkte abgehalten und man kann die Stadt als eine der reicheren Rußlands bezeichnen."

Die englische National-Conferenz.

London, 9. December.

Die „National Conferenz über die orientalische Frage" hatte gestern den großen Saal in St. James-Hall dicht gefüllt. Von den 9000 Einlaßkarten, die begehrt waren, konnte nur höchstens die Hälfte vertheilt werden. Ein sehr großer Theil der Zuhörer (über 1000) bestand aus Abgesandten der Provinzen. Unter den Veranstaltern befanden sich viele Edelleute, fünf Bischöfe und über 80 Parlaments-Mitglieder. Gladstone ward mit einem Beifallssturme begrüßt. Nachdem der Vorsitzende, Herzog von Westminster, entschuldigende aber zustimmende Zuschriften des Bischofs von Manchester, Herzogs von Argyll, Marquis of Bath und Lowe verlesen, sprach er im Wesentlichen Folgendes:

„Zweck dieser Versammlung sei, die orientalische Frage zu besprechen. Die Mitglieder derselben beständen aus den hervorragendsten Persönlichkeiten des Landes. Parteipolitik solle zwar ausgeschlossen bleiben, doch müsse nothwendig die Politik Lord Derby's nebst den Auslassungen Lord Beaconsfield's besprochen werden, zumal das Land Grund habe, der bisherigen orientalischen Politik des Ministeriums wenig Vertrauen entgegenzubringen. Der Premier habe in der Guildhall als Pflicht und festen Entschluß der Regierung hingestellt, den Pariser Vertrag festzuhalten, welcher die Integrität und Selbständigkeit der Türkei verbürgt und den übrigen Staaten gemeinsam oder einzeln keine Einmischung in deren innere Angelegenheiten gestattet. Hoffentlich werde Lord Salisbury nicht angewiesen sein, diese Grundsätze strenge zu vertreten. Die Türkei habe selber den Pariser Vertrag gebrochen, indem sie die zugesagten Reformen nicht verwirkliche. Ihre Mißverwaltung sei ärger, statt besser geworden. Eine [illegible] aus eigener Kraft sei der Türkei unmöglich. England sei daher seines Wortes ledig und müsse neue politische Bahnen gehen. Seine erste Pflicht sei, den Türken den Glauben an irgendwelchen Beistand Englands gründlich zu benehmen, seine zweite [illegible] mit Rußland [illegible] der Reformen, die den Türken zum Besten ihrer christlichen Provinzen abgenöthigt werden müßten. Das englische Volk werde niemals gegen Rußland für die Türkei, eher [illegible] wider diese die Waffen ergreifen."

Nach dieser mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede traten zwölf andere Redner, und zwar abwechselnd Parlaments-Mitglieder

---

sperrten. — Ein Telegramm der „Daily News" vom 7. d. M. meldet: Heute Morgens begann die Untersuchung durch den amtlichen Leichenbeschauer und dieselbe wird mehrere Tage dauern. Es ist wahrscheinlich, daß die Untersuchung mehrere gerichtliche Verfolgungen herbeiführen wird. Der Brand-Inspector untersucht die Ursachen und den Ursprung des Feuers und die Sicherheitsmaßregeln, die gegen ein solches Unglück getroffen waren. In den beiden Leichensälen ereignen sich furchtbar ergreifende Scenen. Tausende von Menschen stehen aneinandergereiht vor den Thüren und warten voll Verzweiflung auf den Einlaß, um vermißte Verwandte unter den Leichen aufzusuchen. In den Sälen drängen sich so viele Männer, Frauen und Kinder, als der Raum nur fassen kann, beugen sich über die verkohlten Leichen und suchen die Ihrigen unter den Todten ausfindig zu machen. Mehr als die Hälfte der Leichen ist so entstellt durch die Verbrennung, daß ein Unterscheiden und Erkennen nicht möglich ist und in mehreren Fällen machen verschiedene Familien einander dieselbe Leiche streitig. Von einer Familie, die beim Theaterbesuch ihre Wohnung ganz leer gelassen hatte, sind alle Mitglieder umgekommen. Ein Mann wird vermißt, der acht unversorgte Kinder hilflos zurückläßt. Einer Wärterin waren zwei Kinder ins Theater mitgegeben worden, sie hatte dieselben beim Ausbruch des Feuers fest in ihre Arme geschlossen und alle drei verbrannten zu Kohle. Sowol die Stadtbehörde von Brooklyn wie die Direction des Theaters treffen Anstalten zur Unterstützung und Versorgung hilfloser Angehöriger der Verunglückten. Die Aufregung und Entrüstung der Bevölkerung ist sehr groß und die Untersuchungs-Commission wird zu besonderer Strenge gedrängt.

[Wiener Künstlergenossenschaft.] In der vorgestern abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens theilte Vorstand Schilcher mit, daß der Ausschuß sich constituirt und Herrn Felix zum Vorstandstellvertreter, Herrn Streit zum Schriftführer und Herrn Mayer zum Cassaverweser gewählt habe; Herr Streit habe jedoch sein Mandat zurückgelegt, weshalb die Neuwahl eines Ausschußmitgliedes nothwendig werde. Das Arrangement der Ausstellungen im Künstlerhause sei abermals den Herren Fux, Costenoble und Pitner überlassen worden. Der Vorsitzende machte ferner Mittheilung von dem Hinscheiden der Genossenschaftsmitglieder Maler [illegible] (Salzburg) und Architekt Garben (Wien); die Versammlung erhob sich zum Zeichen des Beileids von den Sitzen. Hierauf gelangte der Revisionsbericht über die Rechnungsabschlüsse des Vereinsjahres 1875/76 zur Verlesung und wurde über Antrag der Revisoren dem frühern Ausschusse das Absolutorium ertheilt und dem Kassaverwalter Herrn Mayer der Dank der Genossenschaft ausgesprochen. In den Ausschuß wurde Architekt Streit mit 79 von 90 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Derselbe nahm nunmehr das Mandat an. Auf Antrag des Ausschusses wurde ein siebengliederiges Actions-Comité für die Weltausstellung in Paris eingesetzt und werden in dieses Comité gewählt: Professor Makart, Professor v. Angeli, Unger, Schönn, v. Hasenauer, Tilgner und Tautenhayn. Silbernagel stellte den Antrag: Die Genossenschaft solle an die Regierung das Ersuchen stellen, daß auf Staatskosten bei hervorragenden einheimischen Künstlern Bestellungen gemacht und die auf diesem Wege erzielten Objecte auf der Pariser Ausstellung exponirt werden mögen. Der Antrag wurde dem Actions-Comité für die Weltausstellung in Paris zur Erwägung überlassen. Auf Ansuchen des Comités zur Errichtung eines Grillparzer-Denkmals in Wien soll die Genossenschaft drei Mitglieder in die Jury für dieses Monument entsenden. Der Ausschuß machte den Vorschlag, einen Maler, einen Bildhauer und einen Architekten zu delegiren und wurden zu Juroren gewählt: Maler Felix, Bildhauer Tilgner und Architekt Streit. Nach längerer Debatte wurde zugestimmt, es sei den Juroren keine Instruction aufzugeben, da sie als Vertrauensmänner der Genossenschaft jedenfalls deren Wünsche hinsichtlich des Concurrenzwesens zu wahren wissen werden. Deßgleichen wurde ein Antrag des Ausschusses, das Lotterie-Unternehmen fortzusetzen und hiefür einen Credit von 5000 Gulden aus dem Reservefonds zu bewilligen, genehmigt.

[Margarethener Bürgerclub.] Eingetretener Hindernisse wegen findet die für Montag, den 11. d. M., anberaumte Plenarversammlung des Margarethener Bürgerclub nicht statt, sondern Donnerstag, den 14. d. M., Abends 7 Uhr.

[Wissenschaftlicher Club.] Die feierliche Eröffnung des wissenschaftlichen Clubs findet Donnerstag, den 21. d. M., Abends 7 Uhr, im großen Festsaale (Eschenbachgasse 9, 2. Stock) statt. Nach der Eröffnungsrede und dem Festvortrage wird in den Speiselocalitäten des Clubs ein Subscriptions-Banket abgehalten werden. Die Banketkarten für die Clubmitglieder werden in der Clubkanzlei (Eschenbachgasse 9, 1. Stock) zwischen 12 und 2 Uhr und 5 und 7 Uhr Nachmittags ausgegeben.

[Das Institut des Fräuleins Marie Hanausek] genießt schon seit längerer Zeit eines wohlverdienten Rufes. Die pädagogische Umsicht seiner Leitung, der richtig fortschreitende Lehrgang, in welchem alle Erfahrungen und Reformen des Unterrichts sorgfältig benützt erscheinen und dieser selbst nur bewährten Lehrkräften zugewiesen ist, haben der genannten Töchterschule von Jahr zu Jahr ein gesteigertes Vertrauen gesichert. Kürzlich hat die Instituts-Vorsteherin ihre Anstalt in die günstigste Lage der Stadt (Operngasse 6) verlegt. Nun empfiehlt sich dieselbe auch durch die localen Bedingungen, die selten in solcher Weise zutreffen dürften. Die einzelnen Classen sind in eleganten Schulräumen ebenso bequem wie für den behaglichen und gesunden Aufenthalt der Schülerinnen förderlich vertheilt, und die wohlangelegten Lehrmittel-Sammlungen treten erst jetzt in ihrer Zweckmäßigkeit deutlich hervor.

Theater und Kunst.

— Im Burgtheater findet heute Vormittags die „Setzprobe" zu Shakespeare's „Sturm" statt, der Mitte Jänner in Scene gehen wird. — Im Theater an der Wien findet morgen, Dienstag, die Benefice- und Abschiedsvorstellung des Fräuleins Ernestine Wegner statt und gelangt die Operette: „Der Herr von Papillon", das Genrebild: „Morgenstündchen einer Soubrette" und zum Schlusse die Posse: „Mamsell Uebermuth" zur Aufführung. — Mittwoch, den 13., geht daselbst Genée's komische Oper „Der Seecadet" mit Fräulein H. Meyerhoff als Gast in Scene. — In Königsberg wurde dieser Tage ein neues historisches Drama von Ernst Wichert „Moriz von Sachsen" aufgeführt. Dasselbe scheint etwas kühl aufgenommen worden zu sein; zum Schluß wurde der Dichter einmal gerufen. Die Darstellung wird gelobt. — Das Mannheimer Theater wird demnächst die Feier seines hundertjährigen Bestehens begehen. Das Theater, in dem Werke wie Schiller's Räuber zum erstenmale aufgeführt wurden, hat wenigstens Grund, sein Jubiläum festlich zu begehen. — Das nächste Benefice im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater findet am Dienstag, und zwar für Fräulein v. Meersberg statt. Selbstverständlich ist zu diesem Zwecke wiederum „Fatinitza" auserkoren, worin die Beneficiantin sich als Lieutenant Wladimir in Berlin introducirt und schnell beliebt gemacht hat. — Heinrich Hofmann, der Componist der Frithjof-Symphonie und „Schönen Melusine", hat soeben eine heroische, vieractige Oper „Armin" vollendet, deren Dichtung der Feder Felix Dahn's entstammt. — Christine Nilson wird, nachdem sie in Pest gastirt hat, zwei Concerte in Deutschland geben, von denen das eine Anfangs Februar in Frankfurt a. M., das andere in Hamburg stattfinden soll. — Einem Berichte aus Paris zufolge, hat Fräulein Therese Singer in der Italienischen Oper im „Trovatore" einen glänzenden Erfolg errungen. Nach jeder Scene erhielt sie stürmischen Applaus. Die Hervorrufe waren nicht zu zählen.

Geistliche und Laien, vor die Schranken. Die Ersteren waren Sir George Campbell, Richard Ashley und Simon; den Clerus vertraten der Bischof von Oxford nebst den hochwürdigen Herren Denton Morse und Allen, das Laienthum Sir Thomas Buxton, Anthony Trollope, S. Howitt und Professor Price.

Das zweite um 4 Uhr beginnende Meeting unter Vorsitz von Lord Shaftesbury ward erst um 8 Uhr beendet. Der Vorsitzende erklärte, noch seien die Schandthaten unvergessen und noch nicht gerächt, obwol Lord Derby, ein Mann von Einsicht, Ehre und strengem Pflichtgefühl, in der Depesche an Sir H. Elliot seine Forderungen kundgethan habe; England und Rußland müssen so lange zusammengehen wie möglich und erst dann streiten, wenn sie Ursache zu streiten hätten. Nachdem Domherr Liddon, Lord Waveney und der Abgeordnete Trevelyan geredet, beantragte der Marquis von Adesbury folgende Resolution:

„Daß im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der orientalischen Frage und als ein Ergebniß dieser Conferenz eine Association gebildet wurde zu dem Behufe, die Ereignisse zu überwachen, der öffentlichen Meinung weiteren Ausdruck zu geben und richtige Information über den Gegenstand im ganzen Lande zu verbreiten, ferner, daß die (bereits veröffentlichte) Erklärung der Veranstalter (der Conferenz) als Basis der Association acceptirt wurde, und daß zur Ausführung dieses Zweckes ein Ausschuß gebildet werde, bestehend aus dem Herzog von Westminster, dem Grafen Shaftesbury und den Mitgliedern des National-Conferenz-Comités, mit der Befugniß, die Zahl seiner Mitglieder nach Befinden zu vergrößern."

Zur Unterstützung dieser Resolution nahm unter enthusiastischem Jubel

Gladstone

das Wort.

Er bemerkte, nach seinem Dafürhalten würde diese Conferenz alle Diejenigen enttäuschen, die der Meinung seien, daß das englische Volk fast einstimmig geneigt sei, die traditionelle Politik einer Aufrechterhaltung der Türkei zu verfolgen. Es lasse sich nicht leugnen, daß die Politik der Regierung auch einige befriedigende Phasen darbiete, aber im Allgemeinen sei sie zweideutig, und es sei nothwendig, diese Zweideutigkeit aus dem Wege zu räumen. Die Pforte habe den Pariser Vertrag in der schreiendsten Weise verletzt und mit Füßen getreten. (Laute Cheers!) Sie sei demnach nicht befugt, an diesen Vertrag zu appelliren. Die Phrase: „Territorielle Integrität" schließe nicht die Ausübung einer souveränen und unbegrenzten türkischen Gewalt in sich; ja, unter dem Schirm der Suzeränetät der Pforte seien thatsächlich unabhängige und friedliche Staaten entstanden. Etwas Anderes sei die Unabhängigkeit der Türkei und gegen diese Unabhängigkeit protestire er. Er protestire auch gegen die kriegerischen Auslassungen des Premierministers in der Guildhall, sie waren müßig und unheilvoll. Die Pforte habe lange Zeit in einem Narrenparadiese gelebt und ihre ganze Hoffnung darauf gesetzt, England werde ihr in der äußersten Noth seinen Beistand nicht versagen. Dieser Glaube der Türkei übe einen großen Einfluß auf die Chancen von Frieden oder Krieg. Aber habe der Türke nicht Recht, auf den Beistand Englands zu zählen? Was bedeutete z. B. die Entsendung der Flotte nach der Besika-Bai? Welche britischen Interessen hatte die Regierung in der Besika-Bai zu schützen? Es wäre interessant zu wissen, ob die Guildhall-Rede einen Theil der Instructionen Lord Salisbury's ausmache. Sollte Lord Salisbury im Geiste dieser Rede handeln, so würde er die Erwartungen täuschen, die alle seine Freunde in ihn setzen. Von dieser Rede müsse er getrennt werden. Er müsse in Konstantinopel die Ehre und nicht die Schande Englands repräsentiren, denn die Macht und der Einfluß, der dem Namen Großbritannien mit Recht gebühre, dürfe nicht als eine Hilfskraft zur Unterstützung von Tyrannei und Corruption gebraucht werden. (Cheers.) Zur Besprechung der bulgarischen Gräuel übergehend erklärte sich Gladstone dagegen, eine Rache im Großen dafür zu nehmen. Die Grausamkeiten dauerten noch immer fort, obwol nicht mehr in der massenhaften Weise wie früher. Die türkische Regierung habe die letzte Stufe ihrer moralischen Verkommenheit erreicht. Stolz, Arroganz, Grausamkeit, Gemeinheit, Betrug und Falschheit bildeten das Register ihrer Laster. Alle türkischen Verfassungs-Entwürfe und Reformen müßten als müßige Versprechungen, wenn nicht als elende Täuschungen (Cheers!) betrachtet werden. Die Oberhoheit der türkischen Regierung in Bosnien, Bulgarien und der Herzegowina müsse aufhören (Laute Cheers!), sonst seien alle Meetings, Conferenzen und Unterhandlungen vergebens. Eine fremde Intervention irgend einer Art sei eine absolute Nothwendigkeit, aber er (Gladstone) wolle es nicht auf sich nehmen die Frage zu lösen, ob eine militärische Occupation, sowie eine Entwaffnung der Bevölkerung das zweckmäßigste Verfahren sein würde. Rußland finde in England jetzt kaum die Gerechtigkeit, die es verdiene, denn England an Rußlands Stelle würde die Türkei möglicherweise schon längst aufgegessen haben. Doch sei es ganz vernünftig, daß Rußland eifersüchtig überwacht werde, und die richtige Methode für England, Rußland oder Oesterreich zu überwachen, sei, mit diesen Mächten zusammen um die Zuneigung der christlichen Bevölkerung des Orients zu buhlen. (Cheers.)

Ich bin nicht hier, um Lord Salisbury oder irgend jemand Anderem eine Politik zu lehren, aber ich will versuchen, denselben eine nachahmenswerthe Politik zu unterbreiten, nämlich diejenige, zu welcher Canning in der Angelegenheit Griechenlands seine Zuflucht nahm. Canning bestrebte sich, das Vertrauen der Griechen zu erwerben und sie zu bewegen, England als ihren Beschützer zu betrachten. Er erwarb ihr Vertrauen. Sein nächster Schritt war, den Beistand Rußlands anzurufen. Das ist das befriedigendste Capitel in unserer Geschichte. Ein Bündniß zwischen England und Rußland würde sich als ein Hemmniß für beide Länder erweisen und sie könnten in der Förderung der Interessen der Freiheit zusammenwirken. Im Orient geht das große Werk der Befreiung vor sich. Es ist auf die Abschaffung des Sklavenhandels hingewiesen worden; aber ich freue mich, zu denken, daß wir zum Mindesten in diesem Zwecke endlich einen furchtbaren Nebenbuhler im Felde haben, und dieser Nebenbuhler ist der Kaiser von Rußland. Wir sprechen von überlieferter Politik. Es ist die überlieferte Politik dieses Landes, den Türken zu unterstützen. Ich weiß nicht, wo die überlieferte Politik in 1826 war, als Canning seine Vereinigung mit dem Kaiser von Rußland bildete. Ich weiß nicht, wo sie in 1827 war, als die Schlacht von Navarino geliefert wurde; aber so viel weiß ich, es gibt eine höhere und breitere traditionelle Politik, und diese traditionelle Politik Englands steht nicht im Bunde mit Schuld, sondern empfindet Theilnahme für leidende Schwäche. (Laute Cheers).

Nachdem Gladstone geendet, gelangte die obenerwähnte Resolution durch Acclamation zur Annahme.

Parlamentarisches.

Wien, 11. December.

Der Steuerreform-Ausschuß hat in seiner letzten Sitzung beim §. 20 des Einkommensteuer-Gesetzes, Alinea 2 und 3, zum Schutze der Steuerträger gegen unnöthige Vexationen folgende Fassung vereinbart: „Findet die Commission die Angaben des Steuerpflichtigen über seine Einkommensverhältnisse unvollständig oder liegen gewichtige Bedenken bezüglich der Richtigkeit derselben vor, so ist sie berechtigt, von demselben auf bestimmte Fragen schriftlich oder mündlich Auskünfte zu verlangen. Doch ist hiezu ein förmlicher Beschluß der Commission unter Angabe der Gründe im Protocolle erforderlich. Unterläßt es der Steuerpflichtige, das Bekenntniß innerhalb der bestimmten Frist einzubringen, oder verweigert er die Beantwortung der an ihn gestellten Fragen, so hat die Commission ohneweiters das Einkommen ziffermäßig festzustellen. Die Behörden und öffentlichen Organe sind verpflichtet, der Schätzungs-Commission auf bestimmte Fragen, welche die Einkommens-Verhältnisse des Steuerpflichtigen betreffen, Auskünfte zu ertheilen."

Bei §. 21, welcher von der Art der Feststellung des Reineinkommens handelt, beantragt Referent Dr. Beer zu lit. a an Stelle der Regierungsvorlage die folgende Fassung: „Für die Berechnung und ziffermäßige Feststellung des Einkommens haben nachstehende Grundsätze zu gelten: a) Bei dem selbstbewirthschafteten Grundbesitz ist der Reinertrag, der aus den gesammten Land- und Forstwirthschaften lediglich, sowie aus den etwa damit verbundenen Fabricationszweigen, sowie Unternehmungen (Branntweinbrennerei, Brauerei, Mühlen, Ziegeleien, Kal[illegible] und dergleichen) gewonnen wird, als Einkommen anzu[illegible]. Bei verpachteten Grundbesitzungen stellt der wirklich erziel[illegible] zins mit Hinzurechnung etwaiger Natural- und sonstigen [illegible] leistungen des Pachtes und mit Abrechnung der dem Verpächter [illegible] Lasten das Einkommen dar."

[illegible] Weinrich erhebt gegen den §. 21 und überhaupt gegen das Einkommensteuergesetz mehrere principielle Bedenken.

Abg. v. Krzeczunowicz nimmt einen Theil derselben auf und beantragt, der Ausschuß möge die Debatte über §. 21 insolange hinausschieben, bis beschlossen ist, welcher Nachlaß in Folge des Einkommensteuergesetzes an der Grund- und Haussteuer einzutreten habe.

Abg. Neuwirth spricht sich gegen die Vertagung bei §. 21 aus, kündigt jedoch zu §. 6 einen Vertagungsantrag an.

Die Abg. Auspitz, Klier, Fux, Wolfrum und Breftel sind gegen die Vertagung.

Finanzminister Baron Pretis bemerkt, den Vertagungsantrag acceptiren, hieße die Steuerreform ins Unbestimmte hinausschieben. Die Regierung müsse im Interesse des Staatshaushaltes den größten Werth auf die baldige Durchführung dieser Reform legen und es liege dies auch im Interesse des Hauses. Man könne allenfalls die Umlegung der Einkommensteuer mit der Einführung der anderen Gesetze in Verbindung bringen oder die dritte Lesung des Einkommensteuergesetzes bis nach Votirung der anderen Gesetze vertagen, aber es sei dringend zu wünschen, daß wenigstens das Einkommensteuergesetz noch vor Schluß des Reichsraths perfect werde, da auf diese Weise schon für das Budget pro 1878 Bedacht zu nehmen sei.

Der Antrag Krzeczunowicz wird hierauf mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt. Zur obigen Fassung des Referenten-Antrages wünscht Abg. Menger einen Beisatz der Propinationsrechte. Abg. Fux verweist darauf, daß auch die mit Realitäten verbundenen radicirten und verkäuflichen Gewerbe und sonstigen Realrechte nicht zu übersehen seien.

Abg. Weinrich wünscht in die Aufzählung der Fabricationszweige auch die Aufnahme der Zuckerfabriken. — Bei der Abstimmung wird beschlossen, die Exemplification aufzunehmen und auch die Zuckerfabriken zu erwähnen. Im Uebrigen wird die obige Fassung des Referenten-Antrages vorbehaltlich der Einschaltung bezüglich der Propriation und sonstigen Realrechte angenommen.

Verhandlungen des Reichsraths.

Wien, 11. December.

Abgeordnetenhaus. (216. Sitzung.) Präsident Dr. Rechbauer eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Auf der Ministerbank: Fürst Auersperg, Freiherr v. Lasser, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Ritter v. Chlumecky, Dr. Unger, Dr. Ziemialkowski, Oberst Horst, Freiherr v. Pretis.

Das Protocoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

Die Abg. Dr. Oelz und Dr. Ad. Weiß sind unwohl gemeldet.

Der Finanzminister theilt in einer Zuschrift mit, daß der Abg. Freiherr v. Korb-Weidenheim jun. sein Mandat als Mitglied der Grundsteuer-Central-Commission niedergelegt habe. Die Ersatzwahl wird in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Der Handelsminister übersendet den mit Großbritannien auf die Dauer eines Jahres abgeschlossenen Handelsvertrag sammt Motivenbericht. Justizminister Dr. Glaser beantwortet die Interpellation des Abgeordneten Dr. Kopp und Genossen, betreffend die in der letzten Zeit in Wien vorgekommenen Confiscationen und bald darauf erfolgte Freigebung desselben Blattes, nachstehend. Durch die von mir eingeholten Erkundigungen habe ich festgestellt, daß der von den Interpellanten erwähnte Vorgang in der That in den letzten Wochen dreimal sich zugetragen hat.

In einem der drei Fälle war eine Beschlagnahme angeordnet worden zur Zeit, als der Vorstand der Wiener Staatsanwaltschaft durch ein Amtsgeschäft außerhalb Wiens festgehalten wurde. Nach seiner Rückkehr vermochte derselbe die Auffassung seines Stellvertreters nicht zu theilen und verfügte daher die Aufhebung der Beschlagnahme. In den zwei anderen Fällen zeigte sich sofort nach Verfügung der Beschlagnahme, daß derselbe Gegenstand in anderen Blättern eine wenn auch minder schroffe, so doch ähnliche Erörterung gefunden hatte, und um auch den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, sah sich die Staatsanwaltschaft veranlaßt, die Verfügung noch in derselben Stunde zu widerrufen. An sich kann es nicht Unbilligung verdienen, wenn Organe der Staatsanwaltschaft, sobald sie glauben, daß die Beschlagnahme nicht hätte verfügt werden sollen, es nicht erst auf die Entscheidung der Gerichte ankommen lassen, sondern freiwillig und ungesäumt den Zustand herstellen, dessen Herstellung die gesetzlichen Bestimmungen über die Einholung dieser Entscheidung bezwecken. Immerhin aber ist die Wiederholung solcher Vorgänge, welche überdies Ersatzansprüche gegen die Staatskasse begründen, auch vom Standpunkte der Staatsanwaltschaften nicht zu wünschen, und ich zweifle daher nicht, daß die k. k. Staatsanwaltschaften schon in der verhältnißmäßig raschen Wiederholung des Vorganges eine vollkommen genügende Mahnung gefunden haben ihre Umsicht und Achtsamkeit bei Lösung allerdings ungewöhnlich schwieriger Aufgaben zu verdoppeln und daß es in einer so ernsten und aufregenden Situation zu diesem Zwecke allerdings einer Verfügung meinerseits nicht bedarf.

Handelsminister Ritter v. **Chlumecky** beantwortet hierauf die Interpellation des Abgeordneten Steudel und Genossen, betreffend die Verweigerung der Concession für die Linie Ringstraße-Hundsthurm an die Tramway-Gesellschaft, dahin, daß die erwähnte Concession der Gesellschaft keineswegs principiell verweigert worden sei, sondern daß lediglich gegen die Trace Bedenken erhoben wurde, weil bei dem überaus lebhaften Wagenverkehre und da ein Doppelgeleise gelegt werden sollte, nach den bei frequenten Passagen gemachten Erfahrungen öffentliche Verkehrsrücksichten die projectirte Anlage — der Minister erinnert an die Aspernbrücke — nicht zulässig erscheinen ließen. Es wurde aber der Wiener Tramway-Gesellschaft gleichzeitig anheimgegeben, bezüglich der Herstellung der gedachten Linie mit Benützung minder frequenter Seiten- und Parallelstraßen die geeigneten Anträge zu stellen. In der That wurden von dem Wiener Stadtbauamte im Einvernehmen mit der Tramway-Gesellschaft mehrere Alternativ-Projecte ausgearbeitet, welche den Gegenstand einer localen Erhebung bildeten und deren Ergebniß erst am 20. November, das ist an dem der Interpellation unmittelbar vorangehenden Tage, dem Minister vorgelegt wurde; in Folge dessen sei er noch nicht in der Lage gewesen, darüber eine neuerliche Entscheidung zu fällen. Der Minister werde aber nicht verfehlen, die gestellten Anträge mit Bedachtnahme auf die Interessen der betheiligten Bevölkerung auf das Sorgfältigste zu prüfen. Bezüglich der Anfrage, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Anlage von Pferdebahnen, erwidert der Minister, daß im Schoße der betheiligten Ministerien allerdings Vorarbeiten in dieser Richtung stattgefunden haben, daß er aber, da ein dringendes Bedürfniß nach einem solchen Gesetze heute nicht besteht, vorerst nicht gesonnen ist, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf einzubringen.

Zur Tagesordnung übergehend, wird die Special-Debatte über den Staatsvoranschlag pro 1876 fortgesetzt. In Verhandlung steht Capitel VII „Ministerium des Innern", Titel 9 „Wasserbau".

Abg. Freiherr v. Cresseri bespricht die Nothwendigkeit der Etsch-Regulirung und stellt folgenden Antrag: „Die Regierung wird aufgefordert, in den Voranschlag für Wasserbau einen den Verl[illegible] Sessionsabschnitte in [illegible] Betrag zum Behufe der Etsch-Regulirung vorzu[illegible]." Der Antrag wird unterstützt und dem Budgetausschusse zugewiesen.

Abg. Graf Mieroszewski lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Ueberschwemmungs-Calamitäten, denen die Gemeinde Wieliczka sowie mehrere andere Nachbargemeinden [illegible] durch die Regulirung der Weichsel.

Abg. Schrems hebt die Wichtigkeit der Inn-Regulirung hervor und hält den hiefür in das Budget eingestellten Betrag von 40.000 fl. für unzulänglich.

Abg. Dr. Blaas unterstützt den Antrag des Abg. Freiherrn v. Cresseri.

Abg. Dr. Graf beleuchtet gleichfalls die Nothwendigkeit der Etsch-Regulirung.

Mit der Flußcorrection zusammenhängend sei namentlich in einem Gebirgsland wie Tirol die Volkswirthschaft, diese aber lasse in Tirol Vieles, wenn nicht Alles zu wünschen übrig und äußere sich in einer sinnlosen Devastation der Wälder. Redner fordert die Regierung auf, zur Verhütung dieses Uebelstandes durch Erlassung eines guten Forstgesetzes und Anstellung eines guten Forstpersonales beizutragen. Er hofft, daß die Regierung seinem Wunsche entgegenkommen werde, da dieselbe auch seinen in der vorigen Budgetdebatte geäußerten Wünschen sich so entgegenkommend gezeigt hat.

[illegible] Kosten der Etsch-Regulirung per 1,800.000 f[illegible] tsbeitrag und zwar in Form eines Nach[illegible] Wiederzusammentritt des Reichsraths [illegible].

([illegible] Die Sitzung dauert fort.)

Telegramme des Correspondenz-Bureau.

Pest, 10. December. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Ueber Antrag Zsedenyi's beschließt das Haus, damit das Budget rechtzeitig der Allerhöchsten Sanction unterbreitet werden könne, die Dauer der Sitzungen bis zu den Weihnachtsferien täglich um eine Stunde zu verlängern. Sodann wurden die restlichen Posten des Finanzbudgets votirt und [illegible] get erledigt. Es erübrigt nur [illegible] Ankauf der Ostbahn und die Appropriations-Debatte.

Riga, 10. December. Die „Rigaische Telegraphen-Agentur" meldet aus Dünaburg: „Der auf den Bahnen Dünaburg-Wilna und Warschau eingestellte Güterverkehr ist in seinem bisherigen Umfange wieder aufgenommen worden."

Rom, 10. December, Abends. Die „Agenzia Stefani" meldet, der Papst habe an die katholischen Länder Einladungen zur Theilnahme an der großen Ausstellung kirchlicher Geräthe ergehen lassen, welche anläßlich seines Bischofs-Jubiläums im Juni 1877 stattfinden soll.

Don Carlos, welcher incognito hier eintraf, ist nach Neapel weitergereist.

Rom, 11. December. Das Gerücht von der Ankunft Don Carlos' [illegible] beruht auf einer Erfindung. [illegible] Herzog von Parma, welcher in den letzten Tagen in Rom eintraf, vom Papste empfangen wurde und seine Reise sodann fortgesetzt hat.

Paris, 10. December, Abends. Dufaure conferirte, wie die „Agence Havas" meldet, heute mit Jules Simon, welchem er das Portefeuille des Innern anbot. Es wird jedoch versichert, daß Simon es für unmöglich hält, eine Majorität zu erlangen, ohne der Linken eine Satisfaction — namentlich durch den Rücktritt des Kriegsministers General Berthaut — zu geben.

Nach der Conferenz berief Jules Simon die Führer der republikanischen Fractionen, um ihren Rath zu hören. Die Gruppen der Linken halten ihre früheren Beschlüsse aufrecht, weßhalb die Cabinetsbildung sehr schwierig ist.

Sicherem Vernehmen zufolge wird die Linke morgen die Regierung über die Krisis interpelliren.

Konstantinopel, 10. December. Abends. Die erste Sitzung der Vorconferenz wird morgen stattfinden. Die Eindrücke, welche die bisherigen Besprechungen der Conferenz-Bevollmächtigten hinterlassen haben, sind andauernd einem Einvernehmen günstig.

Newyork, 10. December. Nachrichten aus Matamoras zufolge wären der durch Porfirio Diaz abgesetzte Präsident von Mexico und seine Cabinetsmitglieder von den Insurgenten gefangen; der Kriegssecretär und mehrere Anhänger Lerdo de Tejada's sollen erschossen worden sein.

Telegramme der „Presse".

Krakau, 11. December. In Rußland werden glaubwürdigen Berichten gemäß Polen, deren Verwandte im türkischen Heere gegen Rußland Dienst nehmen, große Geldstrafen auferlegt.

Triest, 11. December. Das Gesammt-Ergebniß der Stadtrathswahlen fiel für die Verfassungspartei ungünstig aus. Von den 54 Mandaten fielen 42 der Progreßpartei, 12 der Patriotenpartei zu. Letztere verlor im ersten Wahlkörper elf, im Territorium einen Sitz.

Pest, 11. December. In Abgeordnetenkreisen hält man die Situation nach dem gestrigen Ministerrath für trübe. Die Demission des ungarischen Cabinets sei imminent.

Pest, 11. December. „Hon" sagt: „Heute ging in Abgeordnetenkreisen das Gerücht, daß zwischen den beiden Regierungen eine Art Vergleich zu Stande gekommen sei, dem zufolge die Ausgleichsfrage, respective die Differenz zwischen beiden Regierungen

so lange zu ruhen habe, bis beide über die Budgetdebatte hinausgelangt sind. Dies ist unbegründet. Man wartet auf die Entscheidung des Kaisers. Auch hierüber waren Gerüchte im Umlaufe. Man erzählte von einem neuen Expediens und von Vermittlungsplänen, deren Initiative von höchster Stelle ausgehe. Nach unseren Informationen ist das, worüber man im jetzigen Stadium der Sache die Entscheidung des Kaisers erwartet, nichts Anderes als die Cabinetsfrage, welche von beiden Cabinetten und zwar von einem derselben gerade deßhalb gestellt wurde, weil es an der Zusammengehörigkeit aller Theile des Ausgleichs festhält und keine neuen Vorschläge für am Platze hält. Der Vorschlag bezüglich der Regnicolar-Deputationen ging von zwei angesehenen ungarischen Abgeordneten aus; allein die Regierung erwartet [illegible] viel. Es wäre dies nur eine Verzögerung der Lösung unausgleichbarer Widersprüche auf dem Wege einer Krise und diese Verzögerung wird von der ungarischen Regierung nicht gewünscht. Diesen Plan könnte nur eine stürmische Entwicklung der auswärtigen Verhältnisse in den Vordergrund bringen, die zwar möglicherweise zu befürchten, aber nicht in Combination zu ziehen ist."

— **Pest**, 11. December. Wie man hier wissen will, ist der Rücktritt des Großveziers unmittelbar bevorstehend; auch einige andere Minister werden ihre Demission geben. Mithad Pascha wird Mehemed Ruschdi's Nachfolger werden.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen.

Pest, 11. December. Das Abgeordnetenhaus erledigt die Vorlage, betreffend das Recruten-Contingent. Ma[illegible] spricht gegen die Vorlage, welche das Haus fast einhellig votirt.

Noch werden kleine Nachtragscredite votirt und zwei Immunitätsfälle kurz erledigt, sodann die Sitzung geschlossen.

Meteorologische Beobachtungen an der k. k. Central-Anstalt für Meteorologie vom 8. auf den 9. December.

Hohe Warte, Seehöhe 197 Meter

Stunde	Luftdruck	Temperatur		Feuchtigkeit in Procenten	Windrichtung und Stärke		Bewölkung	Ozon
2 Uhr Nchm.	[illegible]	+ [illegible]	+ [illegible]	92	—	0	halb heiter	2·0
9 Uhr Abds.	[illegible]	+ 3·1	+ [illegible]	[illegible]	—	0	Nebel	0·0
7 Uhr Mgs.	[illegible]	+ [illegible]	+ [illegible]	[illegible]	NO	1	bew.	2·0

8. December: Höchste Temperatur +8·3°, tiefste +2·2°. Niederschlag 0·5 Mm. [illegible] Minimum durch Strahlung 0·7°. Der [illegible] gestiegen um 2·8 Mm. und ist 6·6 Mm. unter dem normalen. Die Temperatur ist 1·[illegible]° über dem normalen. Windstille. Tagesmittel der Geschwindigkeit 2·9 Kilometer pro Stunde. — 9. December, Morgens. Die Temperatur ist [illegible] der normalen. Wind sehr schwach aus Nordost [illegible] Temperatur 1·5°. — Stadt, 12 Uhr Mittags: [illegible] (+7° Réaumur.)

Amtsblatt vom 11. December.

Erledigungen. [illegible] bis 15. Jänner bei der Statthalterei in [illegible] bis 21. December beim Kreisgerichts-Präsidium in [illegible] — Lehrstelle an der Akademie für Handel und Nautik in [illegible] (1600 fl.), bis 10. Jänner bei der Statthalterei in Triest; [illegible] in Raach bei Gloggnitz (600 fl.), bis 10. Jänner [illegible] daselbst.

Verzeichniß der Verstorbenen in Wien.

Vom 26. November bis 1. December.

Petzold Heinrich, Schlosser, 29 J., Alserstraße 1, schwere Verletzungen. Anna Philipp, Tischlergehilfe, 49 J., Hungelbrunngasse 7, Lungentuberculose. Pointner Josef, Hausbesorger, 41 J., Schleifmühlgasse 5, Kniegelenksentzündung. Bleiber August, Schlossergehilfe, 36 J., Rampersdorfergasse 7, Lungentuberculose. Rampl Josef, Seidenzeugmacher, 64 J., Myrthengasse 4, Entkräftung. Göttel Josef, Gastwirth, 51 J., Wipplingerstraße 33, Lungenentzündung. Hochleutner Anna, Handarbeiterin, 54 J., Rudolphgasse 6, Lungentuberculose. Melzer Zacharias, Branntweinschänker, 26 J., Alserstraße 4, Brand. Pelikan Ignaz, Tischlergehilfe, 28 J., Florianigasse 47, Lungenlähmung. Meißinger Josef, Taglöhner, 3[illegible] J., Hernals, Frauengasse 9, Typhus. Unger [illegible], Privatier, 7[illegible] J., Währing, Michaelerstraße 4, Altersschwäche. [illegible] Anna, Pfründnerin, 72 J., Lerchenfelderstraße 126, Lebe[illegible]. Schönbach Amalie, Aufschreiberin, 13 J., Ottakring, [illegible] 11, [illegible]. Landa Rosalia, Bedienerin, 3[illegible] J., Kranzgasse [illegible], Lungensucht. Schneid Karl, Vergoldergehilfe, 23 J., Fünfhaus, Pereiragasse [illegible], Lungentuberculose. Keller Marie, Sicherheitswachmanns-Gattin, 33 J., Neu-Fünfhaus, Tannengasse 15, Erschöpfung. Benedict Marie, Magd, 37 J., Rudolphsheim, Puthongasse 15, Erschöpfung. Jäger Georg, Invalid-Zugsführer, 79 J., Garnisonsspital Nr. [illegible], Wassersucht. Muschinka Franz, Aushilfsbeamter, 43 J., Landstraßer Hauptstraße 16, Herzfehler. Peters Margaretha, Schriftgießers-Gattin, 40 J., Kaiserstraße 57, Blutarmuth. Drachselmayr Josef, pens. Hofkutscher, 74 J., Langegasse 25, Tuberculose. Erha Anna, Maurers-Witwe, 66 J., Nußdorferstraße 9, Lungenentzündung. Kalitta Ludwig, Maurerpolier, 32 J., Liechtensteinstraße 99, Lungentuberculose. Seifert Vincenz, Taglöhner, 40 J., Simmeringerstraße 5, Epilepsie. Taßler Katharina, Hausbesorgers-Gattin, 35 J., Wienstraße 87, Lungentuberculose. Bader Felix, k. k. Official, 34 J., Kaiserstraße 50, Tuberculose. Dieterhof Caspar, Tischler, 73 J., Bennogasse 5, Lungenödem. Göschel Josef, Schneider, 30 J., Marktgasse 36, Lungentuberculose. Fügi August, Hausbesitzer, 56 J., Lazarethgasse 14, Blasenbrand. Streimelweger Franz, Dienstmann, 52 J., Himbergerstraße 9, Lungenentzündung. Antonicek Josef, Schlossergehilfe, 19 J., Heugasse 26, Lungentuberculose. Sandner Andreas, Buchdrucker, 23 J., Grohgasse 10, Lungentuberculose. Pirka Adalbert, Brauer, 39 J., Rothensterngasse 1, Lungentuberculose. Schindler Cäcilie, Goldarbeiters-Gattin, 23 J., Pfauengasse 9, Tuberculose. Wyborny Katharina, Magd, 22 J., Rudolphsstiftung, Lungentuberculose. Martinecz Johann, Tischlergehilfe, 25 J., Ottakring, Wagnergasse 676, Lungentuberculose. Prager Rosa, Kalligraphens-Gattin, 67 J., Kaiser-Josefsstraße 31, Entartung der Unterleibsorgane. Schleinz Mathilde, Privaten-Gattin, 34 J., Hauptstraße [illegible], Tuberculose. Blaas Josef, Spediteurs-Gattin, 50 J., [illegible]gasse [illegible], Lungentuberculose. Reiß Anna, Kammmachers-Witwe, 82 J., [illegible]baugasse 3, Altersschwäche. Wunderer Josef, Fragner, 77 J., Wickenburggasse 2, Erschöpfung der Kräfte. Minich Marie, Wagners-Witwe, 71 J., Thurygasse 6, Lungentuberculose.

Wiener Börse.

11. December. Notirung um 12¾ Uhr.

Die Umsätze des heutigen Vorgeschäfts bewegten sich in den engsten Grenzen. Eine nennenswerthe Variation fand nur in Ungarischen Credit-Actien statt, die auf Grund der in Aussicht genommenen Capitals-Reduction höher einsetzten, dann in Zwanzigfrancs-Stücken, die zwischen 10.0[illegible] und 10.05½ fluctuirten. Für fixe Stücke der neuen Goldrente stellt sich ein Agio von 2 Percent, für Subscriptions-Resultate vor man ½ Percent Agio.

Oesterreichische Credit-Actien notirten 138 bis 137.[illegible], Ungarische Creditbank 104.50 [illegible], Anglobank 71.[illegible], Karl-Ludwigbahn 200, Rente 60.30 [illegible].

Um 11 Uhr schlossen: Oesterreichische Credit 137.50, Ungarische Credit 103.25, Rente 60.30, Zwanzigfrancs-Stücke 10.04.

An der Mittagsbörse ist die weitere Verflauung der Metallcurse das bemerkenswertheste Moment. London notirt 125.50, Paris 49.70, Reichsmark 61.65, Zwanzigfrancs-Stücke 10.02, Ducaten 5.98, Silber 113.50.

Das Agio für fixe Stücke der neuen Goldrente erhöht sich auf 2¼ bis 2½ Percent. Oesterreichische Credit-Actien notirten 137.50, Ungarische Creditbank 103.50, Anglobank 71.50, Unionbank 46.25, Nationalbank 824, Dampfschiff 340, Staatsbahn 262.50, Karl-Ludwigbahn 200.25, Nordostbahn 86, Rente 60.35, Silberrente 67, 1860er Lose 109, 1864er Lose 130.50, Ungarlose 68.25.

Um halb 1 Uhr sind: Oesterreichische Credit 137.50, Ungarische Credit 103.50, Anglo 71.50, Rente 60.35.

	Geld	Waare		Geld	Waare
5% Rente in Papier verzinsl.	60.35	60.5[illegible]	Staatsbahn	262.50	263.—
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	78.50	79.—
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	67.—	67.—	[illegible]	200.—	200.50
[illegible]	110.—	[illegible]	Oesterr. Nordwestb.	117.50	118.—
1860er Lose	109.—	[illegible]	Franz-Josefsbahn	122.50	123.—
1864er Lose	130.50	131.	Rudolphsbahn	—.—	—.—
Creditlose	—.—	—.—	Theißbahn	—.—	—.—
Bank-Actien	824.—	[illegible]	Dampfschiff	340.—	342.—
Credit-Actien	137.5[illegible]	137.7[illegible]	Tramway	—.—	—.—
Ungar. Credit	103.50	103.75	London	125.40	125.70
Escompte-Anstalt	665.—	670.—	Frankfurt	61.—	61.10
Bodencredit	—.—	—.—	Paris	49.70	49.80
Anglobank	71.75	72.—	Ducaten	5.97	5.98
Bankverein	55.—	55.50	Napoleonsd'or	10.02	10.02½
Unionbank	46.25	46.50	Deutsche Reichsm.	61.65	61.70
Nordbahn	177.50	178.—	Silber	113.40	113.60

[Telegr.] **(Curse der Wiener Börse um 1½ Uhr.** Oesterreichische Credit 136.75, Ungarische Credit 103, Anglo 71.50, Union 46.75, Staatsbahn 262.50, Lombarden 78.50, Karl-Ludwig 200, Mai-Rente 60.10, Silberrente 67, 1860er Lose 109, London 125.75, Reichsmark 61.80, Zwanzigfrancs-Stücke 10.04½, Goldrente fix 59.25, Subscriptions-Resultate 30 Kreuzer Agio. Matt auf Berlin.

Wien, 11. December.

(**Petersburger Internationale Handelsbank.**) In Berlin war in den letzten Tagen das Gerücht verbreitet, daß eine Einzahlung auf die Actien der Petersburger Internationalen Bank bevorstehe. Einem uns zur Einsicht mitgetheilten Telegramme entnehmen wir jedoch, daß die Verwaltung der erwähnten Bank beschlossen hat, wie gewöhnlich am 2. Jänner eine Abschlagszahlung von 6 Rubel à conto der diesjährigen Dividende zur Auszahlung zu bringen. Das Gerücht mag dadurch entstanden sein, daß die russische Central-Bodencredit-Anstalt eine Einzahlung ausschreibt.

[Tel.] **Berlin**, 11. December. (Reichs-Bankausweis vom 7. December.) Activen: Metallbestand an cursfähigem deutschen Gelde, an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, ein Pfund fein zu 1392 Mark berechnet 513,482.000 Reichsmark. Reichskassenscheine 43,375.000 Reichsmark. Andere Banknoten 20,587.000 Reichsmark. Wechsel 416,339.000 Reichsmark. Lombard-Forderungen 48,563.000 Reichsmark. Effecten 1,059.000 Reichsmark. Sonstige Activen 21,591.000 Reichsmark. Passiven: Grundcapital 120.000.000 Reichsmark. Reservefonds 12,000.000 Reichsmark. Notenumlauf 706,615.000 Reichsmark. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 16[illegible].360.000 Reichsmark. An Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten 12,740.000 Reichsmark. Sonstige Passiven 851.000 Reichsmark.

Paris, 10. December. (Boulevard-Verkehr.) 3percentige Rente 70.72. 5percentige Rente 104.52. Italiener —.—. Türkische Consols 10.75. Banque Ottomane —.—. Staatsbahn —.—. Egyptische —.—.

Schlachtviehmarkt.

Wien (St. Marx), 11. December. [Ber. von S. Großmann.] Die Gesammtzufuhren zum heutigen Markte repräsentiren eine Ziffer, welche ihrer minimalen Größe wegen als ein Ereigniß von größter Seltenheit betrachtet werden kann, da eine solche seit sehr vielen Jahren schon nicht zum Vorschein gekommen ist. Ursache dieser seltenen Erscheinung mag zunächst der intensive Preisrückgang auf dem verflossenen Markte und die in Folge dessen hervorgerufene Zurückhaltung der Eigner gewesen sein. Es ist demnach begreiflich, daß der Verkehr am heutigen Markte einen überaus animirten Verlauf zu wesentlich erhöhten Cursen nehmen mußte. Der Auftrieb setzte sich zusammen aus 1068 Stück ungarischen, 218 Stück galizischen und 338 Stück deutschen Ochsen, zusammen 1624 Stück. Man bezahlte ungarische Mast fl. 52 bis fl. 61, galizische fl. 56 bis fl. 59, deutsche fl. 55 bis fl. 59, für den Export bis fl. 64 per 100 Kilogramm.

Schlachtviehmarkt.

Paris (La Villette), 7. December. [Ber. von S. Großmann.] Der heutige Markt war im Allgemeinen nicht günstig disponirt. Wenngleich die besseren Qualitäten von Hornvieh, welche nur spärlich vorhanden waren, nahezu ihre letzte Notiz zu behaupten vermochten, waren secundäre Sorten zu wesentlich niedrigen Preisen offerirt. Auch Schafe, deren Zufuhr mit den thatsächlichen Bedürfnissen des Consums auffallend contrastirte, folgten der flauen Strömung und ist hier auf alle vorhandenen Gattungen ein stärkerer Preisabschlag zu constatiren. Bei einem Auftriebe von 3609 Stück Ochsen und 20.045 Stück Schafen waren erstere mit 45—87, letztere bis 60—90 Cent. per ½ Kilogramm gehandelt. 175 Stück Schafe ungarischer Provenienz wurden mit 75—78 Cent. bezahlt. 408 Stück Ochsen und 2500 Stück Schafe blieben unverkauft.

Wiener Fruchtbörse von heute.

Die milde Witterung sowie der Rückgang der Valuta beeinflussen das Getreidegeschäft und herrscht für prompte Waare wie für Termine eine flaue Stimmung. Frühjahrsweizen ist auf fl. 12.80, Frühjahrshafer auf fl. 8.70 gewichen.

Ausweis

über die Betriebseinnahmen der ausschl. priv. Buschtiehrader Eisenbahn im Monate November 1876.

Strecke A.

		Betriebsstrecke: Haupt-Bahn (Kilom.)	Beförderte Personen (Anzahl)	Beförderte Frachten (Tonnen)	Einnahmen zusammen (Gulden)
Vom 1. bis letzten November	1876	173	2502[illegible]	134[illegible]	2[illegible]
	1875	173	26239	12[illegible]15	22[illegible]
	mehr	—	—	6[illegible]29	25357
	weniger	—	1210	—	—
Vom 1. Jänner bis Ende November	1876	173	350029	1194115	2256733
	1875	173	351906	1077135	2159493
	mehr	—	—	116980	1[illegible]
	weniger	—	1877	—	—

Strecke B.

		Betriebsstrecke: Haupt-Bahn (Kilom.)	Beförderte Personen (Anzahl)	Beförderte Frachten (Tonnen)	Einnahmen zusammen (Gulden)
Vom 1. bis letzten November	1876	232	26176	83376	1[illegible]8390
	1875	211	24626	70[illegible]57	1[illegible]36
	mehr	21	1550	13119	[illegible]0154
	weniger	—	—	—	—
Vom 1. Jänner bis Ende November	1876	232	464280	710[illegible]18	1717573
	1875	211	443077	667815	1652826
	mehr	21	11203	429[illegible]	64747
	weniger	—	—	—	—

Verkehrs-Einnahme auf der k. k. priv. Böhmischen Nordbahn.

(Im Monate November 1876.)
(Betriebsstrecke 182 Kilometer.)

In der Zeit		Befördert wurden: Personen (Anzahl)	Güter (Tonnen)	Geldeinnahmen: Personen und Gepäck (Gulden)	Eil- und Frachtgüter (Gulden)	Zusammen (Gulden)
Vom 1. bis letzten November	1876	45789	52878	25[illegible]29	116936	142915
	1875	44486	53888	25[illegible]72	117115	142487
	mehr	1303	—	557	—	428
	weniger	—	1010	—	129	—
Vom 1. Jänner bis letzten November	1876	636563	[illegible]	364543	1103198	1467741
	1875	6[illegible]	[illegible]	349680	1066510	1416190
	mehr	[illegible]	[illegible]	14863	[illegible]	51351
	weniger	—	—	—	—	—

Herausgeber: J. K. Lecher.
Verantwortlicher Redacteur: Franz Krtsmáry.
Druckerei der „Presse": Leop. Kugler.
Gedruckt auf der „Walter-Presse".

Nr. 342. Wien, Montag 11. Dezember 1876. **XXX. Jahrg.**

Das Fremden-Blatt erscheint täglich.

Man pränumerirt Wollzeile Nr. 4.
Ganzjährig 16 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 8 fl. „ „
Vierteljährig 4 fl. „ „
Monatlich 1 fl. 40 kr. „ „
Für die **Zustellung** des Morgen- und Abendblattes ins Haus monatlich **30 kr.**

Fremden-Blatt.

(Abend-Blatt.)

Redaktions-Bureau: Wollzeile Nr. 17.

Abonnement für die Provinz:
Ganzjährig 20 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 10 fl. „ „
Vierteljährig 5 fl. „ „
Monatlich 1 fl. 70 kr. „ „
Einzelne Abendblätter kosten **3 kr.** Oe. W.

Wien, 11. Dezember.

Se. Majestät empfing gestern sowohl den ungarischen Minister-Präsidenten, als auch den Reichs-Finanzminister Freiherrn v. Hofmann. Auch Minister Trefort hatte Audienz beim Monarchen, in welcher er über Gegenstände seines Ressorts referirte. Nach der Reichstagssitzung wurde auch Baron Wenkheim empfangen und es kam die Bankfrage zur Sprache. Sodann folgte um 6 Uhr ein ungarischer Ministerrath, welchem man große Wichtigkeit beilegt und in welchem man über das weitere Vorgehen in den Ausgleichsfragen und der Bankfrage schlüssig werden wollte.

In den der ungarischen Regierung nahestehenden Kreisen spricht man davon, es gebe schließlich zur Lösung der Bankfrage kein anderes Auskunftsmittel als Ueberweisung an von beiden Legislativen zu entsendende Regnikolar-Deputationen. Man stellt sich die Thätigkeit dieser Kommissionen so vor, daß dieselben tagen würden, während die Legislativen die sonstigen Ausgleichgesetze verhandeln, wodurch es erreichbar wäre, daß die Gesetze über das Handelsbündniß sofort nach Neujahr verhandelt werden, und daß die neue Bank-Organisation mit 1. Juli ins Leben treten könnte. „Lloyd" bemerkt hingegen: „Obiger Plan wird zwar in Abgeordnetenkreisen besprochen, ob er mehr Chancen habe, realisirt zu werden als andere, lasse sich nicht bestimmen, nur sei zu konstatiren, daß die ungarische Regierung demselben nicht viel Sympathien entgegenbringe, was dessen Annahme zweifelhaft erscheinen lasse."

Im Abgeordnetenhause wird heute die Debatte über den Voranschlag des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Auch wird der Handelsminister den neuen, mit England für die Dauer eines Jahres auf der Basis der Meistbegünstigten abgeschlossenen Handelsvertrag zur verfassungsmäßigen Behandlung dem Abgeordnetenhause vorlegen.

Die Vorkonferenz tritt heute in Konstantinopel zusammen (s. Tel.) und die Stimmung wird als andauernd einer Verständigung günstig bezeichnet. Unter den Symptomen, die für eine friedliche Auffassung der Situation sprechen, registriren wir das Handschreiben, das Se. Majestät der Kaiser an den Czaren anläßlich des Georgsfestes gerichtet haben soll; doch bedarf die bezügliche Meldung noch der Bestätigung.

Wie der Wiener Korrespondent der „Times" schreibt, sind die Versicherungen Rußlands, daß es, indem es die Dinge eventuell in seine eigenen Hände nehmen würde, damit weder eine Gebietserwerbung für sich, noch irgend eine Territorial-Veränderung beabsichtige, in letzter Zeit in Konstantinopel auf das Positivste erneuert worden, und es scheint, daß diese Erklärung in noch feierlicherer Form gegeben werden wird. Außer der Erklärung seines Vorgehens in einer Note an die Mächte, wird die an die Bevölkerung gerichtete Proklamation oder Manifest die Grenzen und das Objekt der Intervention Rußlands fixiren. Jeder Gedanke an eine Verkürzung der Souveränetät des Sultans oder einer Verletzung der Integrität des ottomanischen Reiches soll desavouirt, aber zugleich die Verpflichtung, die Lage der christlichen Bevölkerung der Türkei zu verbessern, auf welcher Europa und in erster Linie Rußland bestehen, aufrechterhalten werden. Die Erfüllung dieser Verpflichtung von Seite Rußlands schließt keine feindseligen Absichten gegen die Türkei in sich und Rußland will im Gegentheil nur eine Friedensmission unternommen haben. In Verfolgung dieser Ideenkette würde sich Rußland nicht als im Kriege mit der Pforte begriffen betrachten und noch weniger derselben den Krieg erklären. Der Kriegszustand würde nur dann eintreten, wenn sich die Türken dieser selbst auferlegten Friedensmission Rußlands mit den Waffen in der Hand widersetzen würden. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde die russische Armee bei ihrem Vorrücken das Land nach jenen Prinzipien der Lokal-Autonomie organisiren, wie sie in den von Rußland formulirten Punkten niedergelegt und als Instruktion an General Ignatieff geschickt worden sind. Wir müssen selbstverständlich dem Korrespondenten des City-Blattes die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Meldungen überlassen.

Die Rede des Fürsten Bismarck ist auch in der italienischen Presse Gegenstand lebhaftester Kommentare. Die „Italie" konstatirt die Wichtigkeit derselben, nun wisse man, woran er denke, und was der letzte Zweck seiner Politik sei. Das Blatt bespricht die Aeußerungen, welche sich auf Oesterreich beziehen und sagt: „Das ist nicht nur eine Warnung für Rußland, sondern hauptsächlich eine für Europa, das geneigt schien, in den Berechnungen der internationalen Politik die Eventualität einer Krisis, welche die Auflösung des österreichisch-ungarischen Kaiserreichs hervorgerufen hätte, zu eskomptiren. Es ist in die Augen springend, daß nach der Ansicht des Fürsten Bismarck die Integrität Oesterreich-Ungarns eine Nothwendigkeit des europäischen Gleichgewichts ist. Alles, was diese Macht schwächen könnte, wäre nicht zum Vortheil Deutschlands."

Die große National-Konferenz in London hat sich zu einer imposanten anti-türkischen Demonstration gestaltet, deren Schwergewicht überall in Europa und vor allem am Bosporus empfunden werden wird. Man kann angesichts der Volksstimmung, die sich abermals in unzweideutiger Weise geoffenbart hat, mit immer größerer Gewißheit annehmen, daß England bei aller sorgfältigen Wahrung seiner Interessen keinen Krieg für die Türkei führen wird, weder einen offiziellen, noch einen offiziösen.

Der offiziöse Bukarester „Romanul" sucht das Publikum, welches hauptsächlich durch die Flüchtlinge aus den rumänischen Donau-Städten in Angst und Aufregung versetzt wurde, zu beruhigen, indem er mittheilt, daß er zu der Erklärung ermächtigt worden sei: daß bisher noch an keiner Stelle von den Türken eine Brücke über die Donau geschlagen worden sei, und daß die Regierung auch alle Maßregeln getroffen habe, um die Ueberbrückung des Stromes, welcher Rumänien von der Türkei trennt, zu verhindern. Auf diese Maßregeln darf man wohl kein allzu großes Vertrauen setzen, denn die Donau-Grenze gegen die Türkei ist etwa 700 Kilometer lang; die Türken haben somit eine vielfache Auswahl für den Ort, wo sie die Brücke schlagen könnten, und ehe auch nur ein Theil des rumänischen Heeres, bei dem Mangel chaussirter Straßen, auf grundlosen Wegen diesen Ort erreicht, um ihn zu vertheidigen, kann die Brücke schon fertig und der Uebergang bewerkstelligt sein. Dagegen hat die Pforte andere gewichtige Gründe, um sich zu hüten, diejenige Macht zu sein, welche zuerst den Pariser Vertrag bricht, und die Neutralität Rumäniens verletzt. Solange Rußland den Vertrag von Paris respektirt und solange seine Soldaten nicht über den Pruth setzen, wird auch kein Türke die Donau überschreiten. Dagegen kann man darauf rechnen, daß, sobald der erste Russe seinen Fuß auf moldauischen Boden gesetzt hat, keine vierundzwanzig Stunden vergehen werden, bis die Türken ihre Donau-Brücken geschlagen haben.

Noch immer hat die französische Kabinetskrisis die entsprechende Lösung nicht gefunden. Man berichtet als nicht unwahrscheinlich, daß Dufaure mit seinen Kollegen auf dringende Aufforderung des Marschalls im Amte bleiben werde. Einzig der Minister des Innern, Herr de Marcère, soll über Bord geworfen werden. Die Beseitigung de Marcère's mißfällt aber der liberalen Kammer-Majorität ebensosehr, wie die Beibehaltung Dufaure's. Die Ersetzung de Marcère's durch J. Simon würde von den Republikanern mit sehr gemischten Gefühlen hingenommen werden, während sie in den Reihen der Klerikal-Konservativen das höchste Mißvergnügen erregen würde. Die Situation trägt einen ernsten Charakter, da gewisse einflußreiche Elemente im Hintergrunde fortwährend den Marschall bearbeiten, damit er durch irgend einen schroffen Akt die Linke aus ihrer ohnehin nur noch mühsam bewahrten Mäßigung heraustreibe, und dann den ersten besten Vorwand benütze, um die Kammer aufzulösen. So gefährlich das Experiment für die Konservativen selbst ausfallen könnte, wird es doch von ihren Führern als die beste aller Lösungen ins Auge gefaßt.

Aus dem Konseil, in dem die Beschickung der Pariser Weltausstellung abgelehnt wurde, wird nachträglich noch mitgetheilt, daß im Verlaufe der Berathung eine unverholene Mißstimmung gegen Frankreich seitens des Kanzlers hervorgetreten sei, während der Kaiser sichtlich bestrebt war, im Sinne der Mäßigung einzuwirken.

Gladstone über die orientalische Frage.

In dem zweiten Meeting, welches die nationale Konferenz über die orientalische Frage am 8. Dezember in London abgehalten hat, ergriff Gladstone das Wort und hielt seine, von dem Telegraphen bereits signalisirte antitürkische Rede. Wir theilen nachstehend aus derselben das Wesentliche mit.

Gladstone, der von einem Beifallssturm begrüßt wurde, sprach die Hoffnung aus, daß diese Versammlung zur Aufklärung verschiedener wichtiger Fragen beitragen werde. Zunächst werde es vollständig Diejenigen enttäuschen, welche die Ansicht verkünden, England sei nach einer kurzen Erregung zu seiner alten Politik, die Türkei zu unterstützen, zurückgekehrt. Jeder der Anwesenden glaube und fast jeder Redner habe es ausgesprochen, daß das Ansehen und der Einfluß Englands seit langer Zeit in ausgesprochenem Gegensatze zu den Ueberzeugungen des Landes angewandt sei.

Er werde sich nun bemühen, fährt der Redner fort, eine so gemäßigte Sprache wie möglich zu gebrauchen. Außerordentlich sei der Unterschied zwischen der Sprache der Regierung beim Schlusse des Parlaments und der jetzigen. Solche Worte, wie sie damals seitens des Premiers gefallen, seien jetzt ganz unmöglich. Es seien seit dem 31. Juli ungeheure Fortschritte gemacht worden, Dank der großen nationalen Bewegung. Langsam habe die Regierung nachgegeben, aber erst in seiner Rede in Guidhall habe der Premierminister die zwingende Nothwendigkeit anerkannt, etwas für die Unterthanen der Pforte zu thun. Die Aufrechthaltung der Verträge von Paris sei ein Widerspruch an sich, da er seit Jahren unter die Füsse getreten sei, und zwar von der Pforte selbst, der es gar nicht in den Sinn gekommen, die übernommene Verpflichtung, die Christen zu schützen, auszuführen. So könne der Vertrag von Paris der Pforte gegenüber durchaus nicht hindernd sein. Der Ausdruck territoriale Unverletzlichkeit der Türkei dürfe nicht so verstanden werden, daß die Türken das Recht haben, ihre Unterthanen zu quälen. Gott habe das Land für dessen Bewohner geschaffen. Solche Selbstregierung, wie die Rumänen sie besäßen, sei mit der Unverletzlichkeit türkischen Gebietes völlig verträglich.

Das Gefährlichste in der Guildhall-Rede seien indeß die Schlußworte gewesen, daß England nicht sich vor einem dritten Feldzuge zu scheuen brauche. Diese kriegerische Anspielung sei in Petersburg wohl verstanden worden. Ihre schlimmste Wirkung sei indeß die in Konstantinopel gewesen. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß es von allen Sachverständigen bestätigt werde, daß die Türken sich auf die unbedingte Unterstützung Englands verlassen. Außer durch derartige kriegslustige Worte seien sie auch durch Thaten dazu ermuthigt worden. Habe nicht der Premier gesagt, die Flotte sei nach Besika-Bai geschickt worden, um britische Interessen zu schützen? Unter diesen Interessen hätte man im Oriente nur die Aufrechterhalung des türkischen Reiches verstehen können. In solchem Glauben seien die Türken durch die Guildhall-Rede nur bestärkt worden, und schwer dürfte es jetzt sein, diesen Irrthum zu zerstören. Solle diese Rede einen Theil der Instruktionen des Lord Salisbury ausmachen? Wenn er in ihrem Geiste handeln wolle, so würde er Alle enttäuschen, welche eine gerechte Lösung der orientalischen Frage erwarten. Es sei unbedingt nothwendig, ihn von jener Rede freizumachen, damit er in Konstantinopel die Ehre und nicht die Unehre Englands vertrete. Die große Macht Englands müsse zur Unterdrückung aller Gewaltherrschaft und Korruption angewandt werden.

Der Angelpunkt der ganzen Konferenzfrage, führt Gladstone an, sei am Besten durch Sir G. Campbell hervorgehoben worden in den Worten: „Ich bin überzeugt, daß die ganze Frage, ob Europa Krieg oder Frieden haben soll, nicht so sehr auf der äußeren Verwaltung Englands beruht, als vielmehr darauf, welche Haltung die Türken von England erwarten zu können glauben." Was die Türken unter Gerechtigkeit verstehen, geht aus folgendem Vorgange hervor. Als in Folge des Konsulmordes drei türkische Beamte vor Gericht gestellt wurden, habe man sie zu einigen Jahren oder Tagen Gefängniß verurtheilt. Da habe der deutsche Reichskanzler — und er könne sehr scharf und kurz sein, gesagt —: „Das genügt nicht." „Gut", sagten die Türken, „wir wollen von Neuem urtheilen." Das Urtheil von 3 Jahren Kerker sei dann auf 15 Jahre erhöht worden und das andere Urtheil von 45 Tagen auf 3 Jahre. Daraus kann man sich vorstellen, wie die Rechtspflege für solche Leute sein würde, welche keinen deutschen Reichskanzler zu deren Schutze zur Verfügung haben.

Gladstone ging dann auf die zukünftige Politik Englands im Oriente ein und sagte, er könne Lord Salisbury keine Haltung vorschreiben, sondern wolle ihn nur auf ein nachahmungswürdiges Beispiel aufmerksam machen. Das sei die Politik, die Canning in Bezug auf die Griechen verfolgt habe. Er habe sich das Vertrauen der Griechen zu erwerben gesucht und habe dann kühn die Initiative ergriffen. Sein erster Schritt sei die Inanspruchnahme russischer Hilfe gewesen. Und ein Bündniß Rußland mit England würde auch jetzt zu empfehlen sein, um die Interessen der Freiheit zu fördern. Englands historische Politik sei die Förderung der Zivilisation in der ganzen Welt, nicht die Aufrechterhaltung der Türkei. Es sei auch jetzt seine Pflicht, den Gedrückten beizustehen und für sich einen Antheil an dem Ruhme der Befreiung zu sichern.

Die vorgeschlagene Resolution ward dann, wie bereits bekannt, angenommen.

Tagesneuigkeiten.

Wien, 11. Dezember.

* **(Personalnachrichten.)** Der k. und k. österreichische Gesandte der Niederlande, Heinrich Ritter v. Haymerle, ist hier angekommen und im „Grand Hotel" abgestiegen. — Der Statthalter von Tirol. Graf Taaffe, welcher am 8. d. M. hier eingetroffen und im „Hotel Frankfurt" abgestiegen ist, kehrt in den nächsten Tagen wieder auf seinen Posten nach Innsbruck zurück. — Der Hofrath des Obersten Gerichtshofes R. v. Purschka und der Hof- und Gerichts-Advokat Dr. Josef Stöger wurden zu Ersatzmännern des Reichsgerichtes ernannt. — Der Zögling der therefianischen Akademie, Geza v. Mariassy de Markus und Batisfalva, wurde zum Edelknaben ernannt. — In Cannes (Süd-Frankreich) starb Graf Ludwig Merode, ein Bruder des gewesenen Ministers des Papstes Pius IX. im 55. Lebensjahre. Der Verstorbene war belgischer Senator und Präsident des belgischen Hilfs-Comité's für Verwundete, welches er nach der Kapitulation von Sedan in Brüssel gegründet hatte.

* **(Fünfzigjähriges Bischofs-Jubiläum des Papstes.)** Zur Feier des auf den 3. Juni 1877 fallenden fünfzigjährigen Bischofs-Jubiläums Pius IX. werden seitens der Klerikalen großartige Vorbereitungen getroffen und hat sich zu diesem Behufe ein spezielles Comité, insbesondere zur Begehung der religiösen Feier in der Basilika von San Pietro in Vincoli, woselbst Se. Heiligkeit vor fünfzig Jahren die Bischofsweihe erhielt, gebildet. Dieser Tage wurde diese Festkommission vom Papste in spezieller Audienz empfangen, und nachdem Pius IX. den Herren für den Gedanken einer besonderen Feier dieses Tages gedankt, erinnerte er daran, wie im Jahre 1827 auf jenen Tag die Pfingstfeiertage fielen, und wie Gott ihm damit sozusagen andeuten wollte, daß auch er nach fünfzig Jahren Gefangener sein würde, quasi ähnlich wie Petrus, vor dessen heiligsten Fesseln er das volle Priesterthum erhalten habe. Pius IX. sprach endlich die Hoffnung aus, daß aus diesen Festen eine Erfrischung des Glaubens und eine Ermunterung zur Frömmigkeit, deren es in den gegenwärtigen Zeiten unter den Völkern so sehr bedürfe, ableiten möchten.

* **(Kardinal Simeoni.)** Am Freitag ist der Nachfolger Antonelli's, der neue Kardinal-Staatssekretär Pius IX., Simeoni, in Rom eingetroffen. Der Kardinal Giovanni Simeoni ist im Jahre 1816 zu Paliano in der Diözese von Palestrina geboren und war lange Jahre hindurch Sekretär der Spezial-Abtheilung der heiligen Kongregation der Propaganda für die Angelegenheiten des orientalischen Ritus und Studien-Präfekt im päpstlichen Lyceum des römischen Seminars. Er gehört dem Kollegium der päpstlichen Protonotare an und den Kongregationen der heiligen römischen und allgemeinen Inquisition, des Konzils für die Revision der Provinzial-Konzilien und derjenigen für die außerordentlichen geistlichen Angelegenheiten. 1869 wurde er zum Mitglied der vorbereitenden Kommissionen des vatikanischen Konzils für die orientalischen Kirchen und Missionen und die kirchliche Disziplin ernannt. Am 5. März 1875 kreirte ihn der Papst zum Erzbischof von Chalcedonia in part. infid. und bestimmte ihn für die Nuntiatur in Madrid, woselbst er auch als Leiter verblieb, nachdem ihn Pius IX. zuerst am 15. März v. J. in petto zum Kardinal kreirt und dann im Konsistorium vom 17. September desselben Jahres diese Ernennung publizirt und ihn dem Orden der Priester zugetheilt hatte.

* **(Weihnachts-Vorbereitungen der Post.)** Anläßlich der herannahenden Weihnachts-Feiertage hat die Postdirektion folgende Kundmachung erlassen: „Um die Hinausgabe der zu den Weihnachts-Feiertagen in bedeutender Anzahl bei den drei Abtheilungen des Frachten-Abgabs-Amtes in Wien (Postgebäude am alten Fleischmarkt) für Adressaten in Wien einlangenden verzehrungssteuerpflichtigen Sendungen in rascher Weise bewerkstelligen zu können, werden, sowie im Vorjahre, auch heuer für die bei der I. und II. Abtheilung des Frachten-Abgabs-Amtes ankommenden, derlei Fahrpostgegenstände für die Zeit vom 20. Dezember d. J. bis inklusive 2. Jänner 1877 besondere Lagerräume im Magazin VI des k. k. Hauptzollamtes bestellt. Die Avisi und Abgabs-Rezepisse über die Sendungen, welche im vorgedachten Magazine abzuholen sind und für welches die Empfänger die Postbeförderungs-Gebühren zu entrichten haben, werden mit einem auf gelbem Papiere ausgestatteten Coupon beklebt sein, auf dem speziell ersichtlich gemacht ist, daß diese Sendungen von den P. T. Parteien nach vorhergegangener Berichtigung der Postgebühren zu Handen der im Hauptzollamte (III, vordere Zollamtsstraße 1) in dem unter der Einfahrt des Hauptthores rechtsseitig gelegene Lokale exponirten Postbeamten im Magazine VI des Hauptzollamtes in Empfang zu nehmen sind. Dagegen werden den Avisi und Abgabs-Rezepissen über solche in demselben Magazine lagernde Sendungen, für welche der Aufgeber die Postbeförderungs-Gebühr entrichtet hat und daher vom Empfänger lediglich die Avisogebühr von 2 kr. zu entrichten ist, die Anweisungen, welche zum direkten Bezuge der Sendungen berechtigen, beigegeben. Die Avisogebühr per 2 kr. ist dem Briefträger bei Einhändigung dieser Anweisungen zu bezahlen. Auch letztere sind mit einem Coupon versehen, welcher das zoll-, beziehungsweise das verzehrungssteuerämtliche Magazin bezeichnet, in welchem die einschlägigen Sendungen ohne einen Aufenthalt bei der Postfrachten-Abgabsstelle direkt in Empfang zu nehmen sind. Schließlich wird noch bemerkt, daß alle in der III. Abtheilung des Frachten-Abgabsamtes anlangenden verzehrungssteuerpflichtigen Postgüter, dann die bei allen Abtheilungen des Frachten-Abgabsamtes einlaufenden Sendungen mit zollpflichtigem Inhalte auch während der Weihnachtswoche in der hauptzollämtlichen Expositur im Postgebäude am Alten Fleischmarkt unter den gewöhnlichen Modalitäten im Empfang zu nehmen sein werden."

* **(Nieder-österreichischer Gewerbeverein.)** Heute Montag, den 11. d. M., Abends um 7 Uhr, wird Herr Professor Dr. Edmund Reitlinger im großen Saale des Vereinshauses (ersten Bezirk, Eschenbachgasse 11), einen populären Vortrag: „Die Teleskope und deren Erzeugung", halten. In demselben wird auch des neuerfundenen Teleskopes unseres Landsmannes, Hrn. Josef Forster, welche Erfindung in Optiker-, sowie in technischen Kreisen im hohen Grade interessirt, Erwähnung gethan und dasselbe demonstrirt werden. Der Zutritt ist Jedermann unentgeltlich gestattet.

* **(Journalisten-Deputirte im italienischen Parlament.)** Die Zahl der im Vormonate in die Abgeordneten-Kammer gewählten Journalisten ist eine ziemlich stattliche, denn es sind ihrer nicht weniger als elf, nämlich die Herren: Barrili vom „Caffaro" in Genua, Bianchi von der „Nazione" in Florenz, Villi von der „Roma" in Neapel, Carbonelli vom „Movimento" in Genua, Cavallotti von der „Ragione" in Mailand, Comin vom „Pungolo" in Neapel, de Renzis vom „Bersagliere" in Rom, de Zerbi vom „Piccolo" in Neapel, Lazzaro von der „Roma" in Neapel, Martini von der „Vedetta" in Florenz und Giov. Mussi von der „Unione" in Mailand.

* **(Zum Theaterbrand in Brooklyn.)** Ein Telegramm der „Times" aus Philadelphia vom 8. Dezember meldet, daß die Gesammtzahl der beim Brande des Theaters in Brooklyn Verunglückten 370 beträgt. Die Zahl der Leichen, deren Identität konstatirt werden konnte, beträgt 178. Die Körper mehrerer der Abgängigen konnten noch nicht unter den Trümmern gefunden werden. Viele der Todten sind völlig unkenntlich geworden, so daß sich mehrere Familien um eine Leiche stritten. Unter den Aufgefundenen waren auch eine Gouvernante mit zwei Kindern, die man in völlig verkohltem Zustand ena an-

einander geschlossen fand. — Ein ähnliches Unglück, wie im Theater zu Brooklyn wird auch aus Sacramento in Kalifornien gemeldet. Bei der Inaugurirung des Opernhauses, welches erst in jüngster Zeit vollendet worden war, stürzte während des ersten Aktes der Saal ein. Das Gas löschte aus und es entstand Feuer unter den Trümmern. Nach Löschung desselben zog man sieben Leichen und mehr als hundert Verwundete, worunter viele in verzweifeltem Zustand, aus dem Schutte. Der Saal war geräumig genug, um tausend Zuschauer zu fassen.

* (**Die Leiche im Koffer.**) Vor dem Kassationshofe in Neapel kam am vergangenen Freitag der von dem des Giftmordes an der Giuseppina Cazzara angeklagten Salvatore Daniele gegen den Beschluß der Anklage-Sektion, welcher ihn vor die Assisen verwies, angemeldete Rekurs zur Verhandlung, und wurde die Berufung abgewiesen. Es handelt sich hiebei um jenes Verbrechen, dessen Entdeckung im September v. J. so große Sensation erregte, weil man die Leiche des Opfers, in einen Koffer verpackt und der Eingeweide beraubt, erst, geraume Zeit nach der That durch den Verwesungsgeruch aufmerksam gemacht, in einem der Magazine des römischen Bahnhofes auffand, wohin der Koffer als unbestellbare, aus Neapel angelangte Fracht gestellt worden war.

* (**Die Nordpolfahrer beim Lord-Mayor.**) Es war eine fröhliche Gesellschaft, die sich der neue Lord-Mayor von London, Sir Thomas White, auf seine Kosten dieser Tage von Portsmouth nach London hatte kommen lassen zur festlichen Bewirthung: die Mannschaft der Polarschiffe „Alert“ und „Discovery“, 86 vergnügte Menschen, die in Omnibussen vom Bahnhofe abgeholt worden waren, um nach dem Mansion House befördert zu werden. Ein Dutzend etwa von Leuten, die frühere Expeditionen mitgemacht hatten, waren außerdem geladen, sowie eine große Anzahl von City-Beamten. Die Speisekarte war mit Szenen aus der Polarsee verziert und jedem Matrosen schenkte Sir Thomas ein Pfeiflein und eine Unze Tabak. Von der Brüstung des Saales herunter schauten die Frauen und Bräute der Gefeierten dem Treiben zu. Auch an Gesang fehlte es nicht. Der Kapitäne (des neu kreirten Sir George Nares und des Kapitäns Stephenson) gedachte der Lord-Mayor in seinem Toaste in sehr ehrenvoller Weise. Sie selbst werden demnächst im Mansion House Ehrengäste sein.

* (**Weibliche Militärschneider.**) Aus Anlaß der Mobilisirung der russischen Armee sind gegenwärtig in Rußland nicht nur die dortigen Militär- und Zivilschneider, sondern auch die weiblichen Schneider mit dem Herrichten der Militärmonturen beschäftigt. In Moskau allein arbeiten jetzt nicht weniger als dreihundert Frauen an Militärmonturen, welche direkt vom russischen Kriegsministerium bestellt wurden.

* (**Ermordung einer Gräfin Erdödy.**) Dem „Figaro“ wird aus Nizza vom 7. Dezember telegraphirt: Gestern Abends, um 7 Uhr, wurde eine 33 Jahre alte ungarische Dame, welche hier unter dem Namen einer Gräfin Laura Erdödy bekannt war, von einem Italiener, Namens Mastelloni, durch einen Revolverschuß getödtet. Die Kugel war oberhalb des rechten Auges in die Stirn eingedrungen und die unglückliche Frau drei Stunden nach der That verschieden. Mastelloni schoß sich dann eine Kugel durch den Mund und sank neben seinem Opfer zu Boden. Man brachte ihn um 11 Uhr Nachts in das Hospital, wo er heute Mittags ebenfalls starb. Der Schauplatz dieses zweifachen Dramas war das Speisezimmer der Gräfin Erdödy. Mastelloni war nach zweimonatlicher Abwesenheit gestern wieder in Nizza eingetroffen. Er lebte, wie man sagt, von der Hand in den Mund und hatte sich schon von der Gräfin, unter dem Versprechen sie zu heiraten, Geld geliehen. Auf ihre Weigerung, ihm noch einmal auszuhelfen, hat Mastelloni sie und dann sich selbst getödtet. — Wir haben dieser Meldung des französischen Blattes nur beizufügen, daß nach dem Gotha'schen gräflichen Taschenbuche eine Gräfin Laura Erdödy nicht existirt. Es scheint also eine Verwechslung oder Mystifikation vorzuliegen, die aufzuklären die gräfliche Familie Erdödy gewiß nicht unterlassen wird.

* (**Wölfe.**) Aus Agnetheln wird Klausenburger Blättern berichtet: Die durch das strenge Jagdgesetz in ihrer persönlichen Freiheit geschützten Wölfe fallen mit beispielloser Keckheit bei Tag und bei Nacht über die Heerden der Mastschweine her. Der erste Anfall wurde durch den persönlichen Muth eines Hirten zwar abgeschlagen, und der von der wüthenden Heerde umringte Wolf ließ seine jämmerlich zugerichtete Beute im Stich, aber die dem Hirten beigegebene Wache von vier streitbaren Männern genügte bald nicht mehr. Sie mußte um neue vier Mann verstärkt werden. Gegenwärtig müssen zwölf Menschen Tag und Nacht im tiefen Schnee stehen und gegen die Wölfe kämpfen. Fast täglich aber werden jämmerlich zugerichtete Schweine in den Markt hereingetrieben.

* (**Beschädigte Erben.**) Am 19. März d. J. starb der hochbetagte ehemalige Handlungsbuchhalter Anton Walcher, der bei dem Schuhmachermeister Anton Molles auf der Wieden gewohnt hat, eines plötzlichen Todes. Bei der notariellen Aufnahme des Nachlasses des Verstorbenen wurde ein Vermögen von nahezu 10.000 fl. vorgefunden, doch von Seite eines anwesenden Erben die Vermuthung ausgesprochen, daß einige Staatsschuldverschreibungen, von deren Vorhandensein er Kenntniß erhalten, abhanden gekommen sein müssen. Wenn überhaupt eine gesetzwidrige Handlung begangen worden war, so konnte dieselbe nur von dem Quartiergeber des plötzlich verstorbenen Walcher, von dem früher erwähnten Schuhmachermeister Molles, verübt worden sein. Dieser lebte aber so einfach und in solch kleinen Verhältnissen, daß es schwer anzunehmen war, er verfüge über größere Geldmittel. Und doch hatte er sich von der Hinterlassenschaft Walcher's drei Stück Silberrente zu tausend Gulden und drei Stück zu hundert Gulden widerrechtlich angeeignet und, um keinen Verdacht zu erregen, so kümmerlich wie ehedem gelebt. Da von einigen der fehlenden Werthpapiere die Nummern bekannt waren, wurde die Staatsschuldenkasse ersucht, bei einer eventuellen Präsentirung der fälligen Coupons dieser Staatsschuldverschreibungen den Ueberreicher dem Sicherheits-Bureau namhaft zu machen. Anfangs Oktober wurden von einer Musiklehrers-Gattin in Hermannstadt die Coupons jener vermißten Staatsschuldverschreibungen zur Vinkulirung überreicht und hiedurch war der erste Anhaltspunkt zur weiteren Untersuchung gefunden. Jene Frau, Josefa H. mit Namen, hatte die Werthpapiere im Bankhause des Michael Kabdebo in Hermannstadt gekauft, das dieselben aus der Wechselstube der Eskompte-Gesellschaft in Wien bezogen. Hier wurden die fünf Stück Silberrente am 20. März d. J., also einen Tag nach dem Ableben Walcher's, von einem Manne veräußert, der den Verkaufsschein mit „Barenther“ unterfertigte. Die weiteren Recherchen ergaben, daß Molles mit dem Sollizitator Christian Bareuther, in der Notariatskanzlei des Dr. Sterzinger (Mariahilferstraße), in Verbindung stehend, oft verkehrt habe und hiedurch erschien der Verdacht gerechtfertigt, der Sollizitator stehe dem Verbrechen nicht ferne. Bareuther erhielt für den 6. d. M. eine Vorladung ins Sicherheits-Bureau. Unmittelbar nachdem ihm das Aktenstück zugestellt worden war, verschwand er aus seiner Wohnung und sendete von Baden einen Brief, in welchem er seiner Gattin mittheilte, daß er eine unehrenhafte Handlung begangen und, um einer Untersuchung zu entgehen, den Tod suchen werde. Mit der Vorladung und dem Briefe erschien am 7. d. M. die Gattin des Vermißten im Sicherheits-Bureau und deponirte dort Beides. Der Brief stellte eine Schuld Bareuther's außer Zweifel. In Folge einer Annonce, welche die unglückliche Frau in ein hiesiges Journal einrücken ließ, und welche die Angelegenheit nicht besonders gefahrdrohend schilderte, kehrte Bareuther, der in den Waldungen nächst Baden herumgeirrt war, am 8. d. M. nach Wien zurück und wurde, als er seine Wohnung betreten wollte, von einem Detektive, der das Haus bewachte, verhaftet. Auch Molles ist am selben Tage gefänglich eingezogen worden. Molles nahm für sich die Summe von 1900 fl. Seit jener Zeit hatte der Schuhmachermeister 300 fl. von dem unredlich erworbenen Gelde verbraucht; 1600 fl. hingegen in der Ersten österreichischen Sparkasse deponirt. Das auf diese Summe lautende Sparkassebuch fand man im Keller unter einem Holzstoße verborgen. Bareuther und Molles sind heute dem Landesgerichte eingeliefert worden.

* (**Flüchtig.**) Der Chef der Kommandit-Gesellschaft „Seelaus und Komp.“, Otto Seelaus, welcher ein Eisengeschäft auf der Wieden, Viktorgasse Nr. 22 betrieben und in der Heugasse Nr. 56 gewohnt hatte, ist im Oktober v. J. unter Rücklassung seines passiven Geschäftes aus Wien flüchtig geworden. Das hiesige Landesgericht hat am 21. v. M. gegen Seelaus, der sich des Vergehens der schuldbaren Krida schuldig gemacht, einen Steckbrief erlassen. Seelaus, welcher 26 Jahre alt und verheiratet ist, soll nach Amerika entkommen sein.

* (**Wieder ein falscher Mörder von der Türkenschanze.**) Vorgestern Abends meldete sich wieder einmal ein Individuum, und zwar diesesmal beim Kommissariate Floridsdorf, um sich daselbst als einen der Mörder der Schieder'schen Eheleute zu präsentiren. Der Bezirksleiter von Floridsdorf beförderte den angeblichen Mörder nach Ottakring, wo derselbe vollgiltige Beweise davon abzulegen sich erbot, daß er in der That einer der vielgesuchten und langvermißten „Mörder“ sei. Leider hielt der Mann dem Verhöre, welches mit ihm aufgenommen wurde, nicht Stand, es stellte sich trotz aller Bemühungen, das Gegentheil zu erweisen, zur Evidenz heraus, daß demselben jegliche Qualifikation, einer dieser Mörder zu sein, abgehe und schon nach den ersten oberflächlichen Fragen mußte der Unbekannte, dem es offenbar darum zu thun war, für längere Zeit billiges Obdach zu erhalten, wieder entlassen werden.

Witterung. Stadt, am 11. Dezember. 12 Uhr Mittags, Temperatur + 7·4 Grad Celsius (+ 6·0 Grad Reaumur).
Luftdruck 749·00 Millimeter.
Halb heiter und angenehm. Trockene Luft. Wind aus West.

Theater und Kunst.

— In der Komischen Oper trat gestern Sontheim als Lyonel in der über alle Massen abgenützten Oper „Martha“ auf. Auch in dieser Partie hat der Künstler einst große Triumphe errungen, und noch jetzt bringt er, allerdings ein Lyonel von derberer Struktur, als man sonst gewohnt ist, die dramatischen Momente durch seine kräftige Stimme und die Lebendigkeit seines Vortrags zu großer Geltung. Im dritten Akt insbesondere rief Sontheim den stürmischesten Beifall wach, er wurde fünfmal gerufen und erhielt einen prächtigen Kranz. Von den Mitwirkenden ist Frau Charles-Hirsch als Martha, sowie Frl. Tomsa als Nancy hervorzuheben.

— Ueber den Theaterrummel in Helsingfors, anläßlich der Aufführungen der Operette „Fledermaus“, wird berichtet: Die Studentenschaft Helsingfors ist in zwei Lager getheilt, deren eines die Finnen, das andere die Schweden bilden; beide halten es für ihre Pflicht, Hüter und Wächter des öffentlichen Anstandes, der gesellschaftlichen Sittlichkeit zu sein. Erstere sind überdies dem nicht geringe fiskalische Subventionen beziehenden schwedischen Theater durchaus nicht wohlgesinnt und warteten nur auf den günstigen Moment zu einer Demonstration. Daß eine solche vorbereitet werde, war dem Publikum, das zur Aufführung der genannten Operette im schwedischen Theater sich versammelt hatte, bekannt; gleichfalls der Polizei. Dennoch entstand große Aufregung und ein großer Tumult, als in der Mitte des zweiten Aktes sich Jemand von den auf alle Plätze hin locirten 150 Verschwornen erhob und mit lauter Stimme einen gar deutlichen Protest gegen die Aufführung des vermeintlich unsittlichen Stückes einlegte. Gezisch, Gejohle, Hin- und Hergehen, Verlassen des Lokals, kurz ein Theaterskandal in optima forma, zudem auf der Bühne und im Orchester die Dinge ihren vorgeschriebenen Lauf gingen. Erst den Bemühungen des im Theater anwesenden Rektors der Universität, des Gouverneurs und des Polizeimeisters, gelang es, den Tumult zu beschwichtigen. Die „Fledermaus“ ward nun inhibirt und ihre Widersacher zogen vor das Haus des Rektors und brachten ihm eine Serenade, die er mit dem Versprechen erwidert haben soll, er werde die Studirenden vertreten. Alle aktiven Theilnehmer an dieser Demonstration waren, wie ein russisches Blatt berichtet, Finnomanen, und soll die Unzufriedenheit und Mißgunst über das schwedische Theater mit darauf beruhen, daß durch die in ihm zur Aufführung gelangenden Opern und Operetten das Publikum vom Besuche des finnischen Theaters abgehalten wird, dem also ein nicht geringer materieller Abbruch dadurch geschieht.

— Die k. k. Akademie der bildenden Künste veröffentlicht folgenden Aufruf zur Beschickung der Wiener historischen Kunstausstellung. „Bekanntlich wird die Wiener Akademie der bildenden Künste das Fest ihrer Uebersiedlung in das neue, durch kaiserliche Huld ihr angewiesene Gebäude durch eine, sämmtliche Fächer der bildenden und zeichnenden Künste umfassende historische Kunstausstellung begehen, welche vom 15. März bis 15. Mai 1877 dauern und ein Gesammtbild von dem künstlerischen Wirken der Akademie und der Wiener Kunst von der Zeit der Gründung jener Anstalt unter Kaiser Leopold I. bis auf die Gegenwart darbieten soll. Zahlreiche Anmeldungen eröffnen jetzt schon die freudige Aussicht, in dieser Ausstellung eine Fülle ebenso interessanter als schöner Kunstwerke vereint zu finden. Angesichts des mit 31. Dezember d. J. schließenden Anmeldungs-Termines, welcher von Einzelnen übersehen sein könnte, glaubt die Ausstellungs-Kommission nochmals an alle Künstler und Kunstfreunde die dringende Einladung richten zu sollen, sich an der Ausstellung zu betheiligen, um derselben jene Vollständigkeit zu sichern, welche im Interesse dieses eminent vaterländischen Unternehmens liegt, das zum erstenmale die Gelegenheit bieten wird, einen geschichtlichen Ueberblick über die so reichen Kunstbestrebungen Oesterreichs während unseres und des vorigen Jahrhunderts zu gewinnen."

— Aus Laibach wird gemeldet: Die gestern Vormittags unter dem Vorsitze des Obmannes des provisorischen Theatercomités, Herrn L. Bürger, abgehaltene Versammlung von Theaterfreunden und Logenbesitzern beschloß, dem Theaterdirektor einen in vier Raten zahlbaren Subventionszuschuß von 1500 fl. zu gewähren, genehmigte gleichzeitig die Verwendung der von dem vorjährigen Theatercomité ersparten 464 fl. zu diesem Zwecke, bestätigte das bisher bestandene provisorische Theatercomité als definitives und beauftragte dasselbe, den zur Vervollständigung des bewilligten Subventionszuschusses noch abgängigen Betrag von 1036 fl. im Wege der Subskription aufzubringen. Man zweifelt nicht, daß es der Thätigkeit des Comités ein Leichtes sein werde, die nothwendige Summe aufzubringen, so daß den Bewohnern Laibachs das deutsche Theater während dieser Saison wieder erhalten bleiben dürfte.

— Frl. Haupt, die bei den Baireuther Aufführungen mitwirkte, vermält sich mit Herrn Unger, welcher in Baireuth die Partie des Siegfried gesungen. Frl. Haupt, die Tochter eines Kapellmeisters in Danzig, an der Oper in Kassel engagirt, hat dieser Tage von dem Publikum der ehemaligen kurhessischen Residenzstadt, bei welchem sie sehr beliebt war, als Susanne in „Figaro's Hochzeit" Abschied genommen. Die Baireuther Freia will aller Musik ein- für allemal den Rücken kehren, um ausschließlich die Hausfrau ihres Siegfried zu werden.

— In Bologna fand am 4. d. M. die letzte Vorstellung der Oper „Rienzi" von Richard Wagner statt. Der Abend gestaltete sich zu einem interessanten durch die persönliche Anwesenheit des Komponisten, der den wiederholten Einladungen des Bürgermeisters Folge leistend, sich aus Rom nach Bologna begeben hatte. Man hatte das Theater à jour beleuchten wollen, allein Wagner verbat sich dies, damit nicht der szenische Effekt beeinträchtigt werde. Als Wagner mit seiner Gemalin, geführt vom Bürgermeister, in der Magistratsloge erschien, begrüßte ihn eine Applaus-Salve. Sofort ertönte darauf der Trompetenstoß, mit dem die Ouverture ihren Anfang nimmt. Dieselbe wurde mit Präzision und Feuer ausgeführt und nach dem Schlusse derselben äußerte das Publikum seinen Beifall durch Händeklatschen, Hüte- und Tücherschwenken, sowie Bravo-Rufen. Wagner erwiderte darauf, indem er dem Orchester applaudirte, welches er dem Publikum als Objekt seiner Beifalls-Demonstration andeutete. Im Allgemeinen thaten sämmtliche mitwirkenden Kräfte ihr Möglichstes für eine gute Ausführung ihrer Rollen. Orchester und Chöre thaten ihre Pflicht und die Träger der Solopartien erschienen besser als gewöhnlich, so daß es vielleicht nicht ausschließlich ein Akt der Höflichkeit war, als Wagner nach dem zweiten Akt sich auf die Bühne begab und allen Mitwirkenden für ihre Leistungen, die ihn sehr befriedigten, dankte. Nach dem ersten Akt und noch mehr nach dem zweiten, dessen Finale wiederholt werden mußte, gab's wieder Beifall, von da an ermattete jedoch die Stimmung. Wagner scheint sich den Italienern gegenüber viel anspruchsloser und maßvoller zu benehmen, als er es dem deutschen Publikum und den deutschen Künstlern gegenüber in seiner maßlosen Rücksichtslosigkeit und Ueberhebung gewöhnt ist.

— Im Londoner Alhambra-Theater wird am 18. d. die Operette „Fledermaus" zur Aufführung gelangen.

(Wiener Künstler-Genossenschaft.) In der vorgestern abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens theilte Vorstand Schilcher mit, daß der Ausschuß sich konstituirt und Herrn Felix zum Vorstand-Stellvertreter, Herrn Streit zum Schriftführer und Herrn Mayer zum Kassaverweser gewählt habe; Herr Streit habe aber aus persönlichen Gründen sein Mandat zurückgelegt, weshalb die Neuwahl eines Ausschuß-Mitgliedes nothwendig werde. Das Arrangement der Ausstellungen im Künstlerhause sei abermals den Herren Fux, Costenoble und Pitner überlassen worden. In den Ausschuß wird Architekt Streit mit 79 von 90 abgegebenen Stimmen wiedergewählt und nimmt derselbe nunmehr das Mandat an. Auf Antrag des Ausschusses wird ein siebengliederiges Aktions-Comité für die Weltausstellung in Paris eingesetzt und werden in dieses Comité gewählt die Herren: Professor Makart, Professor v. Angeli, Unger, Schönn, v. Hasenauer, Tilgner und Tautenhayn. Ein von mehreren Bildhauern unterstützter Antrag des Herrn Silbernagel geht dahin: die Genossenschaft solle an die Regierung das Ersuchen stellen, daß auf Staatskosten bei hervorragenden einheimischen Künstlern Bestellungen gemacht und die auf diesem Wege erzielten Objekte auf der Pariser Ausstellung exponirt werden mögen. Der Antrag wird dem Aktions-Comité zur Erwägung überlassen. Auf Ansuchen des Comités zur Errichtung eines Grillparzer-Denkmals in Wien, soll die Genossenschaft drei Mitglieder in die Jury für dieses Monument entsenden. Der Ausschuß schlägt die Delegirung eines Malers, eines Bildhauers und eines Architekten vor, und werden zu Juroren gewählt: Maler Felix, Bildhauer Tilgner und Architekt Streit. Nach längerer Debatte wurde zugestimmt, es sei den Juroren keine Instruktion aufzugeben, da sie als Vertrauensmänner der Genossenschaft jedenfalls deren Wünsche hinsichtlich des Konkurrenzwesens zu wahren wissen werden. Desgleichen wird ein Antrag des Ausschusses, das Lotterie-Unternehmen fortzusetzen und hiefür einen Kredit von 5000 fl. aus dem Reservefonde zu bewilligen, genehmigt.

216. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 11. Dezember.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Dr. Rechbauer um 11¼ Uhr eröffnet.

Auf der Ministerbank: Baron Lasser, Dr. Glaser, Dr. v. Stremayr, Dr. v. Ziemialkowski, Dr. Unger, Oberst Horst und v. Chlumecky.

Der Handelsminister übersendet den mit Großbritannien auf die Dauer eines Jahres abgeschlossenen Handelsvertrag sammt Motivenbericht.

Justizminister Dr. Glaser beantwortet die Interpellation der Abg. Dr. Kopp und Genossen nachstehend: Es sei richtig, daß der von den Interpellanten erwähnte Vorfall in der That in den letzten Wochen dreimal sich zugetragen habe. In einem dieser Fälle war eine Beschlagnahme angeordnet worden, zur Zeit, während der Vorstand der Wiener Staatsanwaltschaft in Amtsgeschäften außerhalb Wiens festgehalten wurde. Nach seiner Rückkehr vermochte derselbe die Auffassung seines Stellvertreters nicht zu theilen und verfügte die Aufhebung der Beschlagnahme. In den zwei anderen Fällen zeigte es sich sofort nach Verfügung der Beschlagnahme, daß derselbe Gegenstand in anderen Blättern eine ähnliche, wenn auch minder schroffe Erörterung gefunden hatte. Um auch den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, sah sich der Staatsanwalt veranlaßt, die Verfügung noch in derselben Stunde zu widerrufen. An sich kann es nicht Mißbilligung verdienen, wenn Organe der Staatsanwaltschaft, sobald sie glauben, daß die Beschlagnahme nicht hätte verfügt werden sollen, es nicht erst auf die Entscheidung der Gerichte ankommen lassen, sondern freiwillig und ungesäumt den Zustand herstellen, dessen Herstellung die gesetzlichen Bestimmungen über die Einholung dieser Entscheidung bezwecken. Immerhin ist die Wiederholung solcher Vorgänge, welche überdies Ersatzansprüche gegen die Staatskasse begründen, auch vom Standpunkte der Staatsanwaltschaften nicht zu wünschen und ich zweifle nicht, daß die k. k. Staatsanwaltschaften schon in der verhältnißmäßig raschen Wiederholung eine vollkommen genügende Mahnung gefunden haben, ihre Umsicht und Achtsamkeit bei Lösung allerdings ungewöhnlich schwieriger Aufgaben zu verdoppeln, und daß es in einer so ernsten und aufregenden Situation zu diesem Zwecke allerdings einer Verfügung meinerseits nicht bedarf.

Handelsminister Ritter v. Chlumecky beantwortet die Interpellation Steudel's dahin, daß er der Tramway-Gesellschaft die Konzession zu der Linie über die Elisabeth-Brücke nicht verweigert, sondern nur mit Rücksicht auf die Frequenz, auf mögliche Verkehrsstörungen und Unglücksfälle gegen die Trace Bedenken geltend gemacht habe. Die Regierung hat die Gesellschaft ermuntert, eine andere Trace vorzuschlagen, worüber Verhandlungen im Zuge sind. Ein Gesetz über das Konzessionswesen bei Tramway-Unternehmungen sei er nicht gesonnen vorzulegen, da sich in dieser Richtung kein Bedürfniß fühlbar macht.

Es folgt die Fortsetzung der Debatte über das Budget des Ministeriums des Innern, Titel 9 „Wasserbau".

Als Redner haben sich eintragen lassen, die Abgeordneten Cresseri, Blaas, Graf, Handl, Julian Czerkawski.

Abg. Cresseri stellt den Antrag, die Regierung werde aufgefordert, in den Staatsvoranschlag für 1878 einen entsprechenden Betrag für die Etsch-Regulirung einzustellen.

Abg. Graf Mieroszewki empfiehlt der Regierung Vorsorge gegen die Ueberschwemmungen bei Wieliczka.

Abg. Schrems findet den für die „Inn-Regulirung" eingestellten Betrag von 40.000 fl. zu gering.

Abg. Blaas unterstützt die Ausführungen und den Antrag des Abg. Cresseri.

Abg. Graf plaidirt gleichfalls für die Regulirung der Etsch und beklagt die schlechte Waldwirthschaft in Tirol.

(12½ Uhr. — Die Sitzung wird fortgesetzt.)

Nachtrag.

Seit einigen Tagen gehen Meldungen von Mobilmachungen einzelner preußischen Armeekorps, insbesondere des ersten (ostpreußischen), fünften (posenschen) und sechsten (schlesischen) Armeekorps durch die Journale. Wir haben uns an guter Stelle in dieser Angelegenheit informirt und können versichern, daß diesen Nachrichten nichts Thatsächliches zu Grunde liegt und keinerlei, auch nicht das geringste Symptom darauf hindeutet, daß von Seite der preußischen Regierung irgend welche militärische Maßregel beabsichtigt wäre.

In Folge einer Vereinbarung zwischen den sämmtlichen auf der Konferenz vertretenen Mächten, der die fürstlichen Regierungen von Serbien und Montenegro beigetreten sind, hat man sich über eine authentische Interpretation des Waffenstillstands-Instruments geeinigt, in Folge dessen der Waffenstillstand bis zum 2. Jänner exklusive verlängert erscheint. Der Umstand, daß die bezüglichen Kundgebungen durch General Ignatieff stattgefunden haben, ist dadurch zu erklären, daß derselbe der Doyen des diplomatischen Korps in der türkischen Hauptstadt ist. Berichten aus der russischen Hauptstadt zufolge spricht man dort davon, daß für den Fall eines russisch-türkischen Krieges der Gehilfe des Ministers des Aeußern, Herr v. Jomini, das Hauptquartier als diplomatischer Agent begleiten werde.

Wie uns aus Rom geschrieben wird, zirkulirt dort das Gerücht, daß das Ministerium sich entschlossen habe, noch nachträglich einen zweiten Bevollmächtigten zur Konferenz nach Konstantinopel zu senden. Für diese Mission soll Ritter Nigra, der Botschafter Italiens am St. Petersburger Hofe, in Aussicht genommen sein. Wir geben diese Meldung, wie sie uns von unserem sehr verläßlichen römischen Korrespondenten zugeht, ohne sie verbürgen zu wollen. Die Beziehungen zwischen Herrn Melegari und Ritter Nigra ließen jedenfalls eine derartige Wahl — interessant erscheinen, indessen ist sie trotz alledem nicht unmöglich.

Neue Freie Presse.

Abendblatt.

Nr. 4418. — Wien, Montag, den 11. December — **1876.**

Politische Uebersicht.

Wien, 11. December.

Das Abgeordnetenhaus setzt auch heute die Special-Debatte über das Budget fort. Der Handelsminister hat zu Beginn der Sitzung den mit England bekanntlich auf Grund der Meistbegünstigungs-Clausel abgeschlossenen einjährigen Handelsvertrag überreicht, und der Justizminister antwortete auf die Interpellation Kopp's, betreffend die Confiscation von Zeitungen, die von der Staatsanwaltschaft selbst, ohne Rechtfertigung vor den Gerichten, wieder freigegeben werden. Der Justizminister fand ganz merkwürdigerweise, daß gegen diesen Vorgang „an sich nichts einzuwenden sei", und begnügte sich, die Hoffnung auszusprechen, daß solche Vorgänge sich nicht wiederholen werden. Eine besondere Verfügung hält Dr. Glaser für überflüssig.

Ludwig Kossuth hat an Ernst Simonyi ein Schreiben gerichtet, in welchem er den bekannten Beschlußantrag des Letzteren zum Anlaß nimmt, um seine Meinung über die Stellung Ungarns zur Orient-Frage zu sagen. Kossuth nimmt es zunächst der ungarischen Regierungspartei sehr übel, daß sie, ministerieller als das Ministerium, es unterließ, über die Orient-Frage sich auszusprechen, und in dieser Beziehung nicht das Beispiel des österreichischen Reichsraths nachgeahmt hat, von dessen Orient-Debatte Kossuth eine andere Meinung hat, als unsere Officiösen; denn er findet, daß die Beschlußfassung in solchem Falle etwas ganz Nebensächliches ist. Was die Stellung Ungarns betrifft, so meint Kossuth, daß dieselbe bezüglich der orientalischen Dinge mit derjenigen Oesterreichs solidarisch sei, und daß das Interesse der gesammten Monarchie darin gipfle, Rußland entgegenzutreten selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, dessen Chancen er als für Oesterreich-Ungarn sehr günstig berechnet. Bezeichnend für Kossuth's Ansichten über diesen Punkt ist namentlich Eine Stelle des Briefes. An einen Artikel der Correspondance Hongroise anknüpfend, der vor einiger Zeit erschienen ist, schreibt Kossuth: „Dieser Artikel [illegible] entschieden, daß die österreichisch-ungarische [illegible] mit der russischen gleichen Schritt halte [illegible] dem Widerstande des „Hauses Oesterreich" [illegible] werde. Weht ein solcher Wind aus [illegible], dann kann Oesterreich das „De profundis" anstimmen. An dem tragischen Schlußtage der „[illegible]" getauften Martinovics'schen Reform-Aspirationen klopfte eines der zur Richtstätte abgeführten Opfer (ich glaube Dez) mit folgenden Worten an die Thür eines Mitgefangenen: „Mich führt man schon." Das kann man auch in Wien sagen, wenn die Sache wirklich so steht, wie die Correspondance Hongroise es sagt."

Die diplomatische Woche beginnt mit einem Stückchen blauen Himmels. Wie uns aus Pest geschrieben wird, gewinnt auch dort die Meinung einigen Anhalt, daß möglichenfalls auf der großen Conferenz zu Konstantinopel eine gütliche Einigung zu Stande komme. Theils hat in den leitenden russischen Kreisen ein sichtlicher Umschwung platzgegriffen, so daß der Czar heute nicht mehr sagen könne, er stehe „ganz allein" in Rußland mit seiner Friedensliebe. Theils aber auch soll die Pforte mit geringerer Empfindlichkeit die Bedingungen in Erwägung ziehen, von welchen die Entscheidung über Krieg und Frieden abhängt. Es ist freilich zur Stunde noch nicht ersichtlich, wie die vermutheten Vorschläge Derby's mit den elf russischen Punkten in Harmonie gebracht werden können. Gelingt dies indessen, so würde, wie unser Pester Gewährsmann schreibt, es sich um ein danach formulirtes Protocoll handeln, welches der Pforte zur Mitunterzeichnung vorgelegt würde. Dabei würde die Occupations-Frage ganz in suspenso gehalten und von der Pforte nur begehrt werden, daß sie im Unvermögensfalle, die Reformen durchzuführen, eine auswärtige bewaffnete „Mitwirkung" auf Zeit zulassen wolle. Einem Wiener Privat-Telegramm der Augsburger Allgemeinen Zeitung zufolge wolle England der Pforte einen einjährigen Termin zur Durchführung der Reformen bewilligen.

Wie sich aus der Lectüre des an anderer Stelle veröffentlichten Berichtes über die in London abgehaltene National-Conferenz ergibt, haben die anti-türkischen Redner wohlweislich einzelne Fragen der praktischen Politik beiseite gelassen. Die geistlichen Herren vor Allem erstickten alle bekannten Einwürfe mit „Philanthropie und Christenthum". Das Erstaunlichste war, daß Gladstone Rußland als Förderer der Freiheit feiern konnte! Ganz Europa wurde damit eingeladen, einen Purzelbaum zu schießen. In einem Londoner Briefe der Kölnischen Zeitung heißt es über diese Meetings: „Der Name „Conferenz" paßt am allerwenigsten auf diese Versammlung, da über nichts conferirt wurde und jedem Widerspruche von vornherein dadurch vorgebeugt worden war, daß nur Conferenzmitgliedern durch Eintrittskarten der Zutritt gestattet wurde. Den Namen „national" verdient sie aber noch viel weniger, denn so groß auch Zahl und Werth der Mitglieder ihrer Liste ist, so läßt sich doch mit Sicherheit behaupten, daß die Namen derjenigen, welche die Aufforderung zum Anschluß ablehnten, eine mindestens eben so lange, wenn nicht noch längere Liste füllen würden."

Es wurde jüngst gemeldet, daß die Pforte auf eine Anfrage Rumäniens erklärte, sie werde ihrerseits die Neutralität ihres Vasallenstaates achten. Schwerlich konnte dies wol so verstanden werden, daß die Pforte nunmehr gehalten sei, mit verschränkten Armen zuzusehen, wenn die Russen Rumänien überschwemmen und sich in aller Ruhe diejenigen Positionen erlesen, von welchen aus sie ihren Einfall in Bulgarien unternehmen können. Die National-Zeitung bringt nun einen Brief aus Bukarest, welcher die vielverbreitete Meldung, die Pforte werde eventuell nicht nur bei Widdin, sondern auch an anderen Punkten die Donau überschreiten, vom strategischen Standpunkte aus als ganz berechtigt charakterisirt, denn nach Vervollkommnung der Artillerie und bei der ungeheuren Tragweite der modernen Geschütze wird das rechte Ufer der Donau an diversen Punkten von dem erhöhten Terrain des linken Ufers vollständig beherrscht. Ganz besonders ist dies bei Widdin der Fall. Die türkische Festung kann von dem am andern Ufer auf der Höhe gelegenen Kalafat von einer einzigen zwölfpfündigen Feldbatterie in Grund und Boden geschossen werden. Nach einem uns vorliegenden Schreiben aus Kalafat haben rumänische Truppen jetzt diese Stadt besetzt, und soll deren Zahl auf 10,000 Mann gebracht werden. Die dort vorhandenen alten Erdschanzen sind indessen nicht nach Süden, sondern gegen Nordosten gerichtet.

Das früheste Telegramm über die in Konstantinopel entdeckte Verschwörung veröffentlichte der Standard. Dasselbe war vom 6. d. M. datirt und spricht ebenfalls von sechs verhafteten Mitschuldigen, deren Plan gewesen, den Ex-Sultan Murad auf einem Dampfer nach — Athen zu entführen und dann den regierenden Sultan für einen Usurpator zu erklären. Zwischen diesem und dem neueren Telegramme bestehen noch viele Widersprüche.

Das Journal de St. Pétersbourg hat kürzlich erklärt, die Action der russischen Armee müsse, damit neue Massacres in der Türkei verhindert würden, rasch und kräftig sein. Indem das Journal des Débats von dieser Erklärung Act nimmt, erinnert es das russische Blatt an die Thatsache, daß der Krieg 1828/29 zwei Jahre gedauert, daß er Rußland große Opfer gekostet und daß nach zweijährigem Kampfe, in welchem sich die Streitkräfte beider Reiche beinahe fortwährend die Wage gehalten haben, General Diebitsch nur mit dem Schatten einer durch Kugeln, Fatiguen und Krankheiten decimirten Armee nach Adrianopel gelangt ist. Das Journal des Débats erinnert ferner daran, daß die Russen nur Varna und Silistria genommen haben, daß dagegen die anderen festen Plätze, wie Widdin, Rustschuk und Schumla, sich noch in Händen der Türken befanden; daß der Balkan von Diebitsch nur überschritten werden konnte, weil dessen Pässe nicht vertheidigt wurden, und daß schließlich der Feldzug 60,000 Mann gekostet und höchstens 10- bis 15,000 über den Pruth zurückgekommen sind. „Wir fordern das Journal de St. Pétersbourg auf," schließt das französische Blatt, „die Geschichte seines Vaterlandes nachzulesen und aus ihr jene Lehren zu schöpfen, welche man in Petersburg und Moskau nur zu sehr vergessen zu haben scheint."

Die Vossische Zeitung constatirt mit Genugthuung, daß der russische Kaiser das Georgsfest diesmal ohne Betheiligung deutscher Prinzen und Officiere begangen hat. Zugleich bezeichnet sie die Rede, welche der Czar bei diesem Anlasse gehalten hat, als „inoffensiv", ohne indessen aus dieser Wahrnehmung sonderliche Friedenshoffnungen zu schöpfen. Ihr berechtigtes Mißtrauen theilt sie mit der Kölnischen Zeitung, welche in einem guten Artikel die „Worte und Thaten" des Czars beleuchtet und eine interessante Geschichte über die bekannte Kreml-Rede Alexander's nachträgt. Der Kaiser hatte nämlich in dem ersten Theile dieser Rede sich mit Zurückhaltung ausgesprochen. Die Stände verhielten sich schweigend, vielleicht nur deßhalb, weil die Worte des Czars keine Veranlassung zu stürmischen Aeußerungen des Gefühls gaben. Da mochten dem Kaiser wol die Worte einfallen: Das Schweigen der Völker ist eine Lehre für die Könige. Genug, er schien zu besorgen, nicht die nationale Fiber getroffen zu haben, und fügte jene feurige Ansprache hinzu, welche den Jubel der versammelten Stände hervorrief. Diese Anekdote ist allerdings sehr bezeichnend; sie illustrirt vortrefflich die Thatsache, daß der Czar nicht mehr der Herr seiner Entschließungen ist. Auch die Kölnische Zeitung glaubt seinen „Worten", aber sie meint, daß die „Thaten" nicht von ihm ausgehen werden, sondern von Jenen, welche die türkischen Slaven um jeden Preis in Russen umstempeln wollen. Daß die „Stammverwandten" auf der

Kleine Chronik.

Wien, 11. December.

[Personal-Nachrichten.] Der k. und k. Gesandte Heinrich Ritter v. Haymerle, dessen Ankunft in Wien wir gemeldet haben, wird sich nach Pest begeben; er ist designirt, die durch Ernennung des Baron Hofmann zum Reichs-Finanzminister erledigte Stelle eines Sections-Chefs im Ministerium des Auswärtigen zu übernehmen. — Der aus dem Jahre 1848 als Vorkämpfer für religiöse Aufklärung und Gewissensfreiheit bekannte J. Chr. Schmötzer, der Nestor der Grazer [illegible], feierte am 7. d. M. in Graz seinen 90. Geburtstag im Kreise seiner Freunde und empfing aus diesem Anlasse zahlreiche Glückwunschschreiben nicht nur aus Oesterreich, sondern auch aus Deutschland und aus Amerika. — Die Leipaer Zeitung enthält einen warm geschriebenen Nekrolog für die am [illegible] November dieses Jahres im hohen Alter von 85 Jahren in Schloß Schwoika verstorbene Besitzerin von Bürgstein-Schwoika, Gräfin Elisabeth Kinsky, geborne Gräfin Thun-Hohenstein. Stets deutsch und verfassungstreu, zeichnete sich die würdige Dame bis in die letzte Zeit durch ein lebhaftes Interesse für alle künstlerischen und humanitären Bestrebungen aus und wendete insbesondere dem deutschen Theater in Prag ihre Theilnahme zu. Seit dem Jahre 1831 Witwe, hinterließ Gräfin Elisabeth Kinsky einen Sohn und eine Tochter.

[Graf Arnim.] Wie dem [illegible] mitgetheilt wird, hat Graf Arnim in letzter Zeit an alle [illegible] in Berlin ein Rechtfertigungsschreiben gegen die vom Fürsten Bismarck gegen ihn direct und indirect erhobenen Beschuldigungen versendet. Dieses gedruckte Circulär trägt weder die Bezeichnung des Orts, in dem es gedruckt ist, noch den Namen des Druckers. Von Seiten des Kriegsministeriums sollen, wie verlautet, Maßnahmen zur Einziehung dieser Druckschrift angeordnet sein. — Wir erwähnen hier gelegentlich, daß kürzlich in dem Londoner Verlage von A. Erlecke die Anklageschrift des königlich preußischen Ober-Staatsanwalts gegen den Grafen Harry v. Arnim nebst einschlägigen Actenstücken und im vollen Wortlaute der „offene Brief des Grafen v. Arnim an den Fürsten Bismarck" erschienen sind, welch letzterer bereits bruchstückweise veröffentlicht wurde, allerdings damals ohne die letzten, durch die Censur mit Tintenschwärze bedeckten Seiten.

[Pariser Nachrichten.] Der Beschluß des Pariser Gemeinderathes, eine Commission zur Prüfung der auf die Sittenpolizei bezüglichen Fragen einzusetzen, ist im Hinblick auf den ihm vorangeschickten Erwägungsgrund, „daß die gegenwärtige Sittenpolizei sich täglich über alle gesetzlichen Schranken hinwegsetze und Vergehen schuldig mache, die dem Strafgesetze verfallen", durch Decret des Präsidenten der Republik für null und nichtig erklärt worden. — Im Abgeordnetenhause ist vorgestern während der Sitzung auf einer der Tribünen ein Individuum, welches in den lauten Ruf ausbrach: „Es lebe Napoleon IV.!" verhaftet worden. — Die Akademie der Inschriften hat an Stelle der verstorbenen Gelehrten Pertz und Ritschl die Herren Cobet und Moedvig zu ihren auswärtigen Mitgliedern ernannt.

[Ein Künstlerleben.] Ueber den Lebenslauf des verstorbenen Componisten Götz wird gemeldet: Götz ist am 17. December 1840 in Königsberg geboren, wo sein Vater Bierbrauer war. Seine Neigung war schon frühzeitig auf Musik gerichtet; Götz war jedoch schon 17 Jahre alt, als er sich den Unterricht eines tüchtigen Lehrers, Louis Köhler's, verschaffte. Sobald man in den musiktreibenden Kreisen Königsbergs von des jungen Mannes musikalischen Anlagen wußte, wurde er zum Dirigenten verschiedener Dilettanten-Cirkel gemacht. Götz war noch nicht 20 Jahre alt, so hatte er unsere classische Opernmusik bis ins Kleinste in sich aufgenommen. Im Herbst 1858 bezog Götz die Universität seiner Vaterstadt, um Mathematik zu studiren; als Götz endlich die Zustimmung der Eltern zur definitiven Wahl des musikalischen Berufes erlangt hatte, zog er 1860 nach Berlin. Hier genoß er nun Unterricht in Direction und Partiturspiel bei Stern, Clavierspiel bei Bülow und Contrapunkt und Composition bei Hugo Ulrich. Im Jahre 1863 erhielt er die Organistenstelle in der kleinen Stadt Winterthur im Canton Zürich. Nun begann eine schlimme Zeit! Götz hat dort einen Gesangverein gegründet, eine Unmasse Aufführungen im Concertsaale wie in der Kirche veranstaltet, trat selbst häufig als Clavier- und Orgelspieler auf (auf beiden Instrumenten leistete er Hervorragendes) und dirigirte ein Dilettanten-Orchester. Als eine herumziehende Schauspielertruppe Opern aufführen wollte, dirigirte Götz auch diese. Dazu kam eine Menge Clavierstunden, kurz: er war „Mädchen für Alles". Zum Componiren blieb nur in den Ferien Zeit; dennoch konnte Götz es in Winterthur zu keiner Stellung bringen. Er sah sich daher genöthigt, in Zürich Clavierstunden zu geben, wo sie besser bezahlt werden. Trotzdem behielt er den Organistenposten, eine Anzahl Clavierstunden und auch die Wohnung in Winterthur bei und reiste wöchentlich einige Tage nach Zürich. Ein Jahr später wurde es umgekehrt. Er siedelte mit seiner in Winterthur gegründeten Familie nach Zürich über, behielt aber immer noch die Organistenstelle und einige Stunden in Winterthur bei. Diese Lebensweise führte er $2^1/_2$ Jahre fort. Als er sie aufgab, war seine Gesundheit zerrüttet. Seit 1870 lebte Götz stundengebend in Hottingen, einer Nachbargemeinde Zürichs, unter Mühsal unverdrossen schaffend; die Vollendung seiner Oper „Der Widerspenstigen Zähmung" war ihm lange Zeit hindurch Labsal und Trost. Der Zustand unserer Theater war Ursache, daß das fertige Werk an viele Thüren vergeblich klopfen und der Autor manche Enttäuschung erfahren mußte. Director Herbeck hatte den Muth, der Oper eines unbekannten Compositeurs durch eine Aufführung in Wien den Weg zu bahnen. Sie machte von hier aus die Runde durch ganz Deutschland und hat seinem Schöpfer einen ehrenvollen Platz unter den jüngeren Componisten gesichert.

[Kischenew.] Ueber die historische Vergangenheit Kischenews entnehmen wir der Birschewija Wjedomosti: Kischenew, am rechten Ufer des Flusses Byk gelegen, 1655 Werst von Petersburg, 1360 Werst von Moskau entfernt, wird zuerst im Jahre 1420 in einer walachischen Urkunde genannt. Im 17. Jahrhundert zerstörten die Tataren die Stadt fast gänzlich, so daß erst im 18. Jahrhundert an Stelle der frühern Stadt ein kleiner Marktflecken entstand, der allmälig durch den Handel wieder aufblühte und später der Sitz der Moldauer Serdaren wurde. Im Jahre 1812 fiel Kischenew mit ganz Bessarabien an Rußland, und 1818 wurde die Stadt zur Hauptstadt des ganzen Gebietes erhoben. Es wurde hier eine besondere Eparchie für Bessarabien gegründet und die Einwohner erhielten verschiedene Privilegien und Sonderrechte, welche zum Emporblühen des Handels viel beigetragen haben. Gegenwärtig zählt Kischenew etwa 102,000 Einwohner mit 6000 Häusern. In der Stadt befinden sich ein geistliches Seminar, ein Gymnasium und eine öffentliche Bibliothek. Die Hauptbeschäftigung der Einwohner besteht in der Cultur von Frucht- und Weingärten und Tabakpflanzen. Auch der Ackerbau wird in der Umgegend mit großem Erfolge betrieben. Die gewonnenen Producte werden über Odessa und Nowoselice theils ins Ausland, theils in die inneren

Balkan-Halbinsel nicht etwa in dem nämlichen Verhältnisse zu den Russen stehen, wie die Elsässer und Schleswig-Holsteiner zu den Deutschen, sondern höchstens wie die Niederländer und Skandinavier zu den Letzteren; daß insbesondere die Bulgaren finnischen Ursprungs sind, würde man sich vergebens bemühen, den Panslavisten zu demonstriren. Die Parole ist einmal ausgegeben und Worte ändern nichts daran. Man wird danach auch die Wiener Meldung der National-Zeitung zu beurtheilen haben, laut welcher der Czar neuerdings dem Lord Loftus versichert hätte, daß die Occupation Bulgariens sofort aufhören würde, wenn anderweite Garantien für die türkischen Christen geschaffen seien.

Wenn in große historische Fragen die professionellen Völkerrechtslehrer hineintappen, so mag man Hundert gegen Eins wetten, daß der gesunde Menschenverstand dabei zu Schanden geht. Ein Beispiel hiefür ist Herr Bluntschli, welcher soeben in der Berliner „Gegenwart" die Pforte völkerrechtlich massacrirt, und daneben Herr Rolin-Jacquemyns, der in einer Broschüre das Nämliche mit der bekannten Professoren-Grazie besorgt. Die beiden sehr gelehrten Männer haben in ihren Gutachten nichts einzuwenden gegen die russische Mission, dem „kranken Mann" das Lebenslicht auszublasen, sofern nur Europa diesem Geschäfte seine Sanction verleihe. Wir unterstellen, daß sich bei Pufendorf, Bodin und Grotius andere völkerrechtliche Anschauungen über die Heiligkeit internationaler Verträge vorfinden dürften, und verweisen im Uebrigen auf die englischen Vorschläge, welche, indem sie eine möglichst weitgehende provinzielle und communale Decentralisation der Verwaltung befürworten, der „Humanität" Genüge leisten, während man für Rußlands Forderung, daß die Christen, aber nicht die Türken auf der Balkan-Halbinsel der Segnungen eines modernisirten Regiments theilhaftig werden sollen, schwerlich eine völkerrechtliche Autorität wird citiren können. Das hat den Diplomaten noch eben gefehlt, daß die Professoren sich ihrer werkthätig annehmen. Die „Gegenwart" übt übrigens selbst eine unfreiwillige Kritik an Herrn Bluntschli, indem sie an einer andern Stelle der nämlichen Nummer, welche Bluntschli's Artikel enthält, die Bemerkung macht: „Ein Bauer, der mit schlichtem Menschenverstande den Nagel auf den Kopf trifft, ist in der Politik oft competenter und mehr werth, als der weiseste Professor, bei dem zwischen Object und Auge sich stets unfehlbar ein Buch schiebt."

Die National-Zeitung streift auch in ihrem heutigen Leitartikel sehr unwirsch die französische Politik. Es muß da hinter den Coulissen etwas vorgegangen sein, was in Berlin eine hartnäckige Verschnupfung hervorgerufen hat. Welches Versetzstück zwischen Paris und Petersburg balancirt wurde, ist vorläufig noch nicht erkennbar.

Die Lösung der französischen Ministerkrise ist abermals ins Stocken gerathen. Neuestens ist die Combination Jules Simon wieder in den Vordergrund getreten und hat Dufaure mehrere Conferenzen mit demselben gehabt. Wie man uns aus Paris telegraphirt, sollte die Berufung Jules Simon's den Zweck haben, den Einfluß Gambetta's auf die republikanische Partei zu brechen. Wenn sich Jules Simon bereits von Hause aus zu Gambetta in Opposition setzte, dürfte seine Amtsführung auch nicht lange dauern. Jules Simon scheint dies ebenfalls herausgefühlt zu haben, denn er hat es für unmöglich erklärt, eine Majorität zu erlangen, ohne der Linken eine Satisfaction, namentlich durch den Rücktritt des Kriegsministers General Berthaut, zu geben. Wie verlautet, soll Gambetta die Berufung Duclerc's zur Cabinetsbildung wünschen.

Die National-Conferenz in London.

— 9. December.

Die „National-Conferenz über die orientalische Frage" hatte gestern den großen Saal in St. James Hall dicht gefüllt. Der Gedanke einer solchen Conferenz war in Sheffield gefaßt und in Darlington eifrigst gefördert worden. Von den 9000 Einlaßkarten, welche begehrt waren, konnte nur höchstens die Hälfte vertheilt werden. Ein sehr großer Theil der Zuhörer (über 1000) bestand aus Abgesandten der Provinzen; aus Lancashire zum Beispiele waren 200 gekommen. Unter den Veranstaltern befanden sich viele Edelleute, fünf Bischöfe und über 80 Parlamentsmitglieder. Um 12 Uhr übernahm der Herzog von Westminster den Vorsitz. Gladstone wird mit einem Beifallssturme begrüßt.

Sechs Gegenstände waren zu besprechen, die wir hier kurz noch einmal nennen: 1. Die Mißregierung der Türkei und die Hoffnungslosigkeit von Reformen abseiten der ottomanischen Regierung;

2. die Verantwortlichkeit Europas und Englands, insbesondere in Beziehung auf die orientalische Frage;

3. die gegenwärtigen Verhandlungen und Mittel zur Abwendung eines europäischen Krieges;

4. die zu verlangenden Reformen und Bürgschaften für deren Ausführung;

5. Protest gegen einen Krieg für die ottomanische Regierung und gegen das Verfahren, im Falle eines Krieges die Türkei Unterstützung hoffen zu lassen.

Ihre Abwesenheit ließen entschuldigen der Bischof von Manchester und der Marquis of Bath, ferner der Herzog von Argyll, der eine Unterstützung des unheilbar lasterhaften, unmoralischen und verderbten Türkenregiments für eine ebenso unweise wie unmoralische Politik erklärt. Auch Lowe, der sich von der Conferenz den besten Erfolg verspricht, und zwar nicht nur in England, sondern auch auf dem Continente, ließ sich entschuldigen.

Der Herzog von Westminster führt in seiner einleitenden Rede die Berechtigung, solche Conferenzen zu veranstalten, an. „Es gibt," sagt er, „eine Hauptursache unserer Zusammenkunft, und die ist, wir haben uns zu erinnern und erinnern uns auch der Verhandlungen des Auswärtigen Amtes, und wir können nicht umhin, uns auch der Reden des Premier-Ministers zu erinnern. Wir haben nicht die Absicht, nicht den Wunsch und nicht das Verlangen, die Regierung bei dieser Gelegenheit anzugreifen. Dafür gibt es zu anderen Zeiten und an anderen Stellen viele Gelegenheiten. Wenn wir jedoch nach den vom Premier gebrauchten Worten urtheilen, so können wir nicht sagen, daß wir in die auswärtige Politik der Regierung ein solches Vertrauen setzen, um jetzt stillzusitzen." Was den Satz des Premiers in der Guildhall betreffe, es sei seine Pflicht und fester Entschluß, die Integrität und Unabhängigkeit des türkischen Reiches zu erhalten, so seien diese Worte einzig und allein nach dem Pariser Vertrage von 1856 zu erklären. Dieser aber sage, daß nach getroffenen Reformen keine europäische Macht ein Recht der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei hätte. Wenn der Premier in seiner feierlichen Rede wirklich meine, England hätte nicht das Recht, die Macht oder die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen, so scheine das sicher ganz außer Frage. Was meine der Premier aber sonst? Lord Salisbury sei gewiß nicht angewiesen, die Integrität und Unabhängigkeit der Türkei im strengen Sinne des Wortes aufrechtzuerhalten. Die Mißregierung der Türkei wäre an allem Uebel schuld. Wie die nach dem Krimkriege geschlossenen Verträge gehalten wären, das wisse die Welt. Daß die Türkei sich von selbst verjüngen könne, glaube er nicht. Da sie den Vertrag von 1856 gebrochen habe, so sei England frei geworden und müsse nun mit Rußland gemeinsam dahin wirken, für die Unterthanen der Türkei schuldige Gerechtigkeit zu erlangen. Dann müsse die Türkei nachgeben. Zweitens sei sie dahin zu bringen, daß sie auf gar keinen Beistand Englands mehr rechne.

Der Abgeordnete Sir George Campbell führte dann die Schilderung der türkischen Mißregierung näher aus. Eine niedere Race herrsche über eine höhere.

Rev. Dr. Pusey, der brieflich seine Abwesenheit entschuldigt, freut sich über die Einmüthigkeit der verschiedensten Männer auf dem Gebiete der Humanität.

Rev. Denton, ehemals in Bulgarien, nennt den Zustand Bulgariens, wie er jetzt sei, den gewöhnlichen.

Mr. Anthony Trollope vergleicht die Türkei einem Manne, für den seine Freunde ihr Geld dahingegeben, für den sie Alles gethan und der sich nie gebessert hätte, daher seinen Sturz selbst verschulde.

Sir Fowell Buxton berührte die Frage des Sklavenhandels in der Türkei, der Bischof von Oxford die Frage der sogenannten Superiorität der türkischen Race und nannte das türkische Heer ein Occupationsheer und nichts Anderes noch heutigen Tages.

Mr. H. Richard, Abgeordneter für Merthyr, erklärte, die Wirkung des Krimkrieges sei in moralischer, commerzieller, religiöser und jeder andern Beziehung verderblich. Die Theilhaberschaft mit der Türkei sei aufzulösen.

Unter den Rednern des ersten Meetings, das von 12 bis 3 Uhr währte, nennen wir noch Mr. Evelyn Ashley, der das stärkste Vertrauen zu Lord Salisbury ausdrückte, aber die Russenfurcht für lächerlich erklärte. Noch andere Redner tadelten an Rußland dieses und jenes, meinten jedoch, man müsse es einmal so nehmen, wie es sei, und gemeinsam mit ihm die barbarische Unterdrückung fruchtbarer Länder hemmen.

Das zweite, um 4 Uhr beginnende Meeting unter Vorsitz von Lord Shaftesbury ward erst um 8 Uhr beendet. Der Vorsitzende erklärt, noch seien die Schandthaten unvergessen und noch nicht gerächt, obwol Lord Derby, ein Mann von Einsicht, Ehre und strengem Pflichtgefühl, in der Depesche an Sir Henry Elliot seine Forderungen kundgethan habe; England und Rußland müßten so lange als möglich zusammengehen und erst dann streiten, wenn sie Ursache zu streiten hätten. Nachdem Dunbar Liddon, Lord Waveney und der Abgeordnete Trevelyan geredet, wurde zur Schlußresolution geschritten.

Gladstone, welcher von einem Beifallssturme begrüßt wurde, spricht die Hoffnung aus, daß diese Versammlung zur Aufklärung verschiedener wichtiger Fragen beitragen werde.

Er werde sich nun bemühen, sagte der Redner, eine so gemäßigte Sprache wie möglich zu gebrauchen. Auf die gegen ihn im Laufe der letzten Monate geschleuderten Angriffe habe er nur Eine Antwort: Schweigen. Der Staatsmann gibt darauf einen geschichtlichen Ueberblick der Entwicklung der Frage seit ihrer Erörterung am Schlusse der letzten Parlaments-Session. Außerordentlich sei der Unterschied zwischen der damaligen Sprache der Regierung und der jetzigen. Solche Worte, wie sie damals seitens des Premiers gefallen — er führt unter Anderem an, daß derselbe von dem Nichtvorhandensein irgend welcher Nothwendigkeit, in der Türkei zu vermitteln, und von eingebildeten Gräuelthaten gesprochen — seien jetzt ganz unmöglich. Es seien seit dem 31. Juli ungeheure Fortschritte gemacht worden, Dank der großen nationalen Bewegung. Langsam habe die Regierung nachgegeben, aber erst in seiner Rede in Guildhall habe der Premier-Minister die zwingende Nothwendigkeit anerkannt, etwas für die Unterthanen der Pforte zu thun.

Gladstone geht nun in eine Kritik des in der Guildhall-Rede als Grundlage der englischen Politik im Oriente verkündeten Vertrages von Paris ein. Die Aufrechthaltung desselben sei ein Widerspruch an sich, da er seit Jahren unter die Füße getreten sei, und zwar von der Pforte selbst, der es gar nicht in den Sinn gekommen, die übernommene Verpflichtung, die Christen zu schützen, auszuführen. So könne der Vertrag von Paris der Pforte gegenüber durchaus nicht bindend sein. Der Ausdruck: territoriale Unverletzlichkeit der Türkei dürfe nicht so verstanden werden, daß die Türken alles Recht haben, ihre Unterworfenen zu quälen. Gott habe das Land für dessen Bewohner geschaffen. Solche Selbstregierung, wie die Rumänen sie besäßen, sei mit der Unverletzlichkeit türkischen Gebietes völlig verträglich. Das Gefährlichste in der Guildhall-Rede seien indeß die Schlußworte gewesen, daß England nicht sich vor einem dritten Feldzuge zu scheuen braucht. Diese kriegerische Anspielung sei in Petersburg wohl verstanden worden, wo man nach den Jahren 1854 und 1855 vor einem Feldzuge im Jahre 1856 zurückgeschreckt sei. Nicht scharf genug könne solche Sprache verurtheilt werden. Ihre schlimmste Wirkung sei indeß die in Konstantinopel gewesen. Es bestehe kein Zweifel darüber, da es von allen Sachverständigen bestätigt wurde, daß die Türken sich auf die unbedingte Unterstützung Englands verlassen. Außer durch derartige kriegslustige Worte seien sie auch durch Thaten dazu ermuthigt worden. Habe nicht der Premier gesagt, die Flotte sei nach der Besika-Bai geschickt worden, um britische Interessen zu schützen? Unter diesen Interessen hätte man im Oriente nur die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches verstehen können. In solchem Glauben seien die Türken durch die Guildhall-Rede nur bestärkt worden, und schwer dürfte es jetzt sein, diesen Irrthum zu zerstören. Die Rede sei von Lord Salisbury vernommen worden. Solle sie einen Theil seiner Instructionen ausmachen? Wenn er in ihrem Geiste handeln wolle, so würde er Alle enttäuschen, welche eine gerechte Lösung der orientalischen Frage erwarten. Es sei unbedingt nothwendig, ihn von jener Rede freizumachen, damit er in Konstantinopel die Ehre und nicht die Unehre Englands vertrete. Die große Macht Englands müsse zur Unterdrückung aller Gewaltherrschaft und Corruption angewendet werden. Der Angelpunkt der ganzen Conferenzfrage, führt Gladstone an, sei am besten durch Sir G. Campbell hervorgehoben worden in den Worten: „Ich bin überzeugt, daß die ganze Frage, ob Europa Krieg oder Frieden haben soll, nicht so sehr auf der äußern Haltung Englands beruht, als vielmehr darauf, welche Haltung die Türken von England erwarten zu können glauben." Er glaube jetzt zur Genüge bewiesen zu haben, daß jedenfalls die Conferenz volles Recht zur Aussprechung ihrer Meinung habe, und wolle nur Bezug nehmen auf einige Vorfälle, die dabei in Frage kommen. Was die Türken unter Gerechtigkeit verstehen, gehe aus folgendem Vorgange klar hervor: Als in Folge des Consulnmordes drei türkische Beamte vor Gericht gestellt wurden, habe man sie zu wenigen Jahren, respective Tagen Gefängniß verurtheilt. Da habe der deutsche Reichskanzler, und er könne sehr scharf und kurz sein, gesagt: „Das genügt nicht." — „Gut," sagten die Türken, „wir wollen von neuem urtheilen." Das eine Urtheil von drei Jahren Kerkers sei dann auf fünfzehn Jahre erhöht worden und das andere Urtheil von 45 Tagen auf drei Jahre. Daraus könne man sich vorstellen, wie die Rechtspflege für solche Leute sein würde, welche

---

Gouvernements exportirt. Kischenew ist namentlich Centralpunkt für den Getreidehandel, wo alle bedeutenden Geschäfte abgewickelt werden. Außerdem ist der Export an Talg, Wolle und Wein auch ein recht bedeutender, besonders nach Oesterreich. Uebrigens hat die Stadt auf dem Gebiete des Handels eine starke Concurrenz an der Moldau, welche reich an denselben Producten wie Bessarabien ist. In Kischenew werden jährlich mehrere Jahrmärkte abgehalten, und man kann die Stadt dreist als eine der reicheren Rußlands bezeichnen.

[Der Theaterbrand in Brooklyn.] Eine telegraphische Nachricht vom 8. d. meldet aus Brooklyn: Heute Morgens begann die amtliche Augenscheins-Vornahme in Betreff des Unglücksfalles im Brooklyner Theater. Dieselbe dürfte mehrere Tage dauern. Der Coroner berichtete, daß 292 Leichname zu Tage gefördert worden seien. Ueber die Ursachen des schrecklichen Ereignisses wird eine Untersuchung eingeleitet, welche möglicherweise zu einigen gerichtlichen Verfolgungen führen wird. Der Feuermarschall ist ebenfalls in Erforschung der Ursachen des Brandes und der gegen solche Unfälle getroffenen Vorkehrungen begriffen. Die große und noch immer wachsende Bestürzung und Aufregung des Volkes nöthigt die Beamten zur Entfaltung der größten Strenge bei ihren Untersuchungen. Die Scenen in den beiden Morgues heute waren unbeschreiblich gräßlich und ergreifend. Tausende von Personen standen in einer Linie vor den Thüren, ängstlich dem Einlaß entgegenharrend, um möglicherweise verunglückte Freunde zu identificiren. Drinnen waren so viele Leute, als die Räume nur fassen konnten — Männer, Weiber und Kinder, welche sich über die verkohlten Reste beugten, in der Hoffnung, irgend Jemanden zu erkennen. Mehr als die Hälfte jedoch der Verbrannten ist ganz unkenntlich, und in einigen Fällen konnten die Personen den oder jenen Leichnam gar nicht mehr als den ihres Angehörigen erkennen. In einem Falle ging eine ganze Familie zu Grunde; ihr Haus steht gänzlich leer; in einem andern hinterläßt ein verunglückter Mann eine Familie von acht Köpfen in völliger Hilflosigkeit. Ein Kindsmädchen, dem gestattet worden, zwei kleine Kinder mit ins Theater zu nehmen, wurde aufgefunden, wie sie dieselben fest in die Arme geschlossen hatte. Alle Drei waren zu Asche verbrannt. Von der Stadt Brooklyn und den Theater-Unternehmern sind Anstalten zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen getroffen worden.

† Anton Hansch.

Die Alten machen Platz; Hansch war einer der Besten, ein tüchtig geschulter Künstler, ein liebenswürdiger Mensch; eng befreundet mit Holzer, hatte er mit diesem die enthusiastische Vorliebe für unsere Gletscher und Hochthäler gemein, und war ihm der jüngere Genosse in der Darstellung lauschiger Waldwinkel überlegen, so überragte ihn Hansch wieder in der Darstellung großartiger Alpenscenerie. Ursprünglich Kunst-Industrieller, wendete sich unser Meister erst bei beginnendem Mannesalter vollständig der Kunst zu. Da studirte er denn vor Allem die alten Meister und die Natur. Seine ersten Bilder sind auch in dem Sinne unfrei zu nennen, daß sich darin unschwer die Einwirkung Ruysdael's und anderer niederländischer Landschafter erkennen läßt. Bald aber wurde er in Auffassung und Behandlung so selbstständig, daß er jahrelang als der eigentliche Führer der österreichischen landschaftlichen Schule galt. Bekanntlich war Hansch niemals öffentlicher Lehrer, aber seine Einwirkung auf viele jüngere Kräfte ist nicht wegzuleugnen.

Hansch war seinerzeit auch ganz besonders hochgeschätzt von den Amateurs, und es gehörte zum guten Ton, ein Bild von ihm zu besitzen; verständige Leute, welche den Werth von Kunstwerken nicht nach dem stets wechselnden Modegeschmack beurtheilen, werden ihn auch heute noch ebenso schätzen. Allein es ist sehr begreiflich, daß, nachdem die Alles in form- und körperlose Stimmung auflösende Manier eines Diaz bei uns beliebt wurde, man sich mit der getreu und bestimmt auch jedem Detail Rechnung tragenden Methode eines Hansch nicht mehr befreunden konnte. Bekanntlich sind die Franzosen von der Vorliebe für die Landschaft ohne Zeichnung, welche zur reinen Tonmalerei herabgesunken war, curirt und begehren nun wieder eingehendes Studium der Formensprache der Natur von den Künstlern, deren Landschaften ihnen gefallen sollen, und es liegen recht erfreuliche Anzeichen vor, daß man auch bei uns von der Manie, für das Nebulose und Unbestimmte sich zu begeistern, baldigst zurückkommen werde.

Allen Besuchern unseres Belvedere ist wol eine der trefflichsten Schöpfungen des Künstlers: „Unter den Linden", geschaffen im Jahre 1858, im Gedächtniß; im Zusammenhalt mit den beiden anderen Gemälden, welche die genannte Sammlung von der Hand des Meisters besitzt: „Gegend am Königssee" mit Staffage (1849) und „Der Gletscher der Jungfrau" in der Schweiz (1853), bietet es reichlich Anhaltspunkte, die Eigenart und Bedeutung des Meisters zu beurtheilen; allein Niemand wird ihn vollständig würdigen können, dem es nicht gegönnt war, seine Oelskizzen gründlich zu studiren und zu genießen. Ein großer Theil derselben, welcher vor wenigen Jahren im Künstlerhause ausgestellt war, ist bekanntlich in den Besitz eines unserer Mäcene übergegangen; aber es dürfte sich auch im Nachlasse des Künstlers noch viel Werthvolles dieser Art vorfinden. Diese Skizzen gehören zu dem Besten, was auf dem Gebiete der Landschaftsmalerei in neuerer Zeit geleistet wurde; aber freilich sind das nicht Skizzen im gewöhnlichen Sinne, sondern es sind vor der Natur ausgeführte Bilder. Der Vorzug dieser Skizzen nun vor den anderen Bildern des Meisters besteht in dem frischen Hauch der Unmittelbarkeit, der auf ihnen ruht; da ist keine Spur von jener ernüchternden Reflexion, welche bei der Anordnung und Umdichtung der Studien zum Bilde zuweilen die ursprüngliche Anschauung und Empfindung nur gedämpft in die Erscheinung treten läßt; mit Einem Worte, diese Skizzenbilder sind nicht zu viel, sondern gerade genug ausgeführt — ein Vorzug, den unsere heutigen Landschafter nur selten für sich in Anspruch nehmen können, wenn man ihnen auch zugestehen muß, daß sie niemals zu viel ausführen. Von Einem Vorwurf, den man der ganzen älteren österreichischen Landschaftsschule mit Recht macht, ist freilich auch Hansch nicht freizusprechen, er ist hie und da conventionell, wo wir Naturtreue, Eigenart und Selbstständigkeit begehren.

Bilder von Hansch finden sich nicht nur im Belvedere und in den meisten unserer Privat-Galerien, sondern auch in öffentlichen Museen Deutschlands, in Belgien, Frankreich und England. Leider hat auch ihm die Krise des Jahres 1873 sein schwer und mühsam erworbenes Vermögen arg geschmälert; wesentlich durch diesen Umstand wurde er veranlaßt, im Laufe des Jahres 1874 nach Salzburg zu übersiedeln, von wo aus er die Ausstellungen im Künstlerhause noch in der letzten Zeit beschickte. Sein Tod überraschte Alle, die das Vergnügen hatten, den liebenswürdigen, heiteren und tüchtigen Mann zu kennen, auf das schmerzlichste, denn er war kräftig und anscheinend lebensfrisch. Die Kunstentwicklung in Salzburg, wo sich eben eine Colonie jüngerer Landschaftsmaler niedergelassen, verliert speciell an ihm eine anregende und fördernde Kraft.

—n—

seinen deutschen Reichskanzler zu ihrem Schutze zur Verfügung haben. Gladstone ging dann auf die zukünftige Politik Englands im Oriente ein und sagte, er könne Lord Salisbury keine Haltung vorschreiben, sondern wolle ihn nur auf ein nachahmungswürdiges Beispiel aufmerksam machen. Das sei die Politik, die Canning in Bezug auf die Griechen verfolgt habe. Er habe sich das Vertrauen der Griechen zu erwerben gesucht und habe dann kühn die Initiative ergriffen. Sein erster Schritt sei die Inanspruchnahme russischer Hilfe gewesen. Und ein **Bündniß Rußlands mit England würde auch jetzt zu empfehlen sein, um die Interessen der Freiheit zu fördern. Englands historische Politik sei die Förderung der Civilisation in der ganzen Welt**, nicht die Aufrechterhaltung der Türkei. Es sei auch jetzt seine Pflicht, den Gedrückten beizustehen und für sich einen Antheil an dem Ruhme der Befreiung zu sichern.

Die vorgeschlagene Resolution ward dann angenommen.

Steuer-Reform-Ausschuß.

Wien, 11. December.

In der Sitzung dieses Ausschusses vom 9. December d. J. wurde zum Schutze der Steuerträger gegen unnöthige Vexationen die folgende Fassung des §. 20 des Einkommensteuer-Gesetzes beschlossen:

„Findet die Commission die Angaben des Steuerpflichtigen über seine Einkommensverhältnisse unvollständig oder liegen gewichtige Bedenken bezüglich der Richtigkeit derselben vor, so ist sie berechtigt, von demselben auf bestimmte Fragen schriftlich oder mündlich Auskünfte zu verlangen, doch ist hiezu ein förmlicher Beschluß der Commission unter Angabe der Gründe im Protocoll erforderlich. Unterläßt es der Steuerpflichtige, das Bekenntniß innerhalb der bestimmten Frist einzubringen, oder verweigert er die Beantwortung der an ihn gestellten Fragen, so hat die Commission ohneweiters das Einkommen ziffermäßig festzustellen. Die Behörden und öffentlichen Organe sind verpflichtet, der Schätzungs-Commission auf bestimmte Fragen, welche die Einkommensverhältnisse des Steuerpflichtigen betreffen, Auskünfte zu ertheilen."

Bei §. 21, welcher von der Art der Feststellung des Reineinkommens handelt, beantragte der Referent, Dr. **Beer**, zu Lit. a an Stelle der Regierungsvorlage die folgende Fassung: „Für die Berechnung und ziffermäßige Feststellung des Einkommens haben nachstehende Grundsätze zu gelten:

a) Bei dem selbstbewirthschafteten Grundbesitze ist der Reinertrag, der aus den gesammten Land- und Forstwirthschaften lediglich, sowie aus den damit verbundenen Fabricationszweigen, sowie Unternehmungen (Branntweinbrennereien, Brauereien, Mühlen, Ziegeleien, Kalkbrüchen u. dgl.) gewonnen wird, als Einkommen anzusehen. Bei verpachteten Grundbesitzungen stellt der wirklich erzielte Pachtzins mit Hinzurechnung etwaiger Natural- und sonstiger Nebenleistungen des Pächters und mit Abrechnung der dem Verpächter verbliebenen Lasten das Einkommen dar."

Abg. **Weinrich** erhebt gegen den §. 21 und überhaupt gegen das Einkommensteuer-Gesetz mehrere principielle Bedenken.

Abg. **Krzeczunowicz** nimmt einen Theil derselben auf und beantragt, der Ausschuß möge die Debatte über §. 21 insolange hinausschieben, bis beschlossen ist, welcher Nachlaß in Folge des Einkommensteuer-Gesetzes an der Grund- und Haussteuer einzutreten habe.

Abg. **Neuwirth** spricht sich gegen die Vertagung bei §. 21 aus, kündigt jedoch zu §. 6 einen Vertagungsantrag an.

Die Abgeordneten **Auspitz** und Dr. **Klier** sind gegen die Vertagung.

Abg. **Fux** bemerkt, ein principieller Gegner der progressiven Einkommensteuer, wie der Abg. Krzeczunowicz es ist, versetze begreiflich den Steuer-Reform-Ausschuß in eine permanente Unsicherheit. Den Nachlaß an der Ertragssteuer könne man jetzt nicht festsetzen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Steuer-Reform-Vorlage rascher verhandelt werde.

Der **Finanzminister** bemerkt, den Vertagungsantrag zu acceptiren, hieße die Steuer-Reform ins Unbestimmte hinausschieben. Die Regierung müsse im Interesse des Staatshaushaltes den größten Werth auf die baldige Durchführung dieser Reform legen, und es liege dies auch im Interesse des Hauses. Man könne allenfalls die Umlegung der Einkommensteuer mit der Einführung der anderen Gesetze in Verbindung bringen oder die dritte Lesung des Einkommensteuer-Gesetzes bis nach Votirung der anderen Gesetze vertagen, aber es sei dringend zu wünschen, daß wenigstens das Einkommensteuer-Gesetz noch vor der Vertagung des Reichsrathes perfect werde, da auf diese Steuer schon für das Budget pro 1878 Bedacht zu nehmen sei.

Der Antrag Krzeczunowicz wird mit allen gegen 5 Stimmen **abgelehnt**. Zur obigen Fassung des Referenten-Antrages wünscht Abg. Menger einen Beisatz bezüglich der Propinations-Rechte.

Abg. **Fux** verweist darauf, daß auch die mit Realitäten verbundenen radicirten und verkäuflichen Gewerbe und sonstigen Realitäten nicht zu übersehen seien.

Abg. **Heinrich** wünscht in die Aufzählung der Fabricationszweige auch die Aufnahme der Zuckerfabriken.

Die Abgeordneten **Auspitz** und **Schaup** halten eine Exemplification nicht für nöthig.

Die Abgeordneten **Fux** und **Proskowetz** sprechen sich für die Exemplification aus, um den Behörden einen Leitfaden der Beurtheilung zu geben und manche Zweifel auszuschließen.

Abg. **Beer** bemerkt, daß er auch bereit wäre, eine noch weitergehende Exemplification in den Ausschußbericht aufzunehmen.

Es wird beschlossen, die Exemplification aufzunehmen und auch die Zuckerfabriken zu erwähnen. Im Uebrigen wird die obige Fassung des Referenten-Antrages vorbehaltlich der Einschaltung bezüglich der Propination und sonstigen Realrechte angenommen mit der vom Abg. Krzeczunowicz beantragten Abänderung, daß statt des Wortes „damit" einzuschalten ist: „mit dem Grundbesitze" verbundenen Fabricationszweigen.

Oesterreichischer Reichsrath.

Wien, 11. December.

Abgeordnetenhaus. (CCXV. Sitzung.) Beginn der Sitzung um 11 Uhr Vormittags. Vorsitzender: Präsident Dr. **Rechbauer**. Auf der Ministerbank: **Lasser, Unger, Glaser, Ziemialkowski, Chlumecky, Stremayr.**

Der Handelsminister übersendet den mit **Großbritannien auf die Dauer eines Jahres abgeschlossenen Handelsvertrag vom 5. December 1876** sammt einem Motivenberichte.

Abg. **Korb-Weidenheim** legt sein Mandat für die Grundsteuer-Central-Commission nieder.

Justizminister Dr. **Glaser** beantwortet die Interpellation des Abg. Kopp vom 1. December d. J. **wegen wiederholt vorgekommener Confiscation und sofortiger Freigabe desselben Blattes**: Durch die von mir eingeholten Erkundigungen wurde festgestellt, daß der von den Interpellanten erwähnte Vorgang in der That in den letzten Wochen dreimal vorgekommen ist. In einem der drei Fälle erfolgte die Beschlagnahme, während der Vorstand der Staatsanwaltschaft durch Amtsgeschäfte außerhalb Wiens festgehalten wurde. In den zwei anderen Fällen zeigte sich sofort nach erfolgter Beschlagnahme, daß derselbe Gegenstand, dessen Besprechung die Confiscation veranlaßte, in anderen Blättern eine ähnliche, wenn auch weniger schroffe Behandlung gefunden hatte. Um den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, wurde das Blatt rasch wieder freigegeben. **An sich ist nichts dagegen einzuwenden**, wenn die Organe der Staatsanwaltschaft, sobald sie glauben, eine Beschlagnahme nicht rechtfertigen zu können, nicht erst die Entscheidung des Gerichtes anrufen, sondern schleunig und ungesäumt den alten Zustand wiederherstellen. Immerhin aber ist die Wiederholung solcher Vorgänge, welche überdies einen Ersatzanspruch an die Staatskasse begründen, auch vom Standpunkte der Staatsanwaltschaft nicht zu wünschen, und ich zweifle daher nicht, daß die Staatsanwaltschaft durch die Wiederholung jener Vorgänge eine vollkommene Mahnung gefunden hat, um künftighin Umsicht und Achtsamkeit nicht fehlen zu lassen, und daß es zu diesem Zwecke einer Verfügung meinerseits nicht bedürfe.

Handelsminister **Chlumecky**: Der Herr Abgeordnete Steudel und Genossen haben am 21. November an mich die Interpellation gestellt: 1. Welche Gründe haben das Handelsministerium bestimmt, **der Wiener Tramway-Gesellschaft die Concession zur Anlage einer Pferdebahn von der Ringstraße über die Elisabethbrücke zu verweigern?** 2. Ist die Regierung gesonnen, **ein Gesetz über die Anlage von Pferdebahnen zur** verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen?

Darauf habe ich Folgendes zu erwidern: Was zunächst die erste Frage betrifft, so hat das Handelsministerium der Tramway-Gesellschaft die Ertheilung der Concession für die genannte Linie keineswegs principiell verweigert, sondern lediglich gegen die gewählte Trace begründete Bedenken erhoben, weil bei dem überaus lebhaften Wagenverkehr auf der Elisabethbrücke, über welche ein Doppelgeleise gelegt werden sollte, nach den an ähnlichen Passagen gemachten Erfahrungen öffentliche Rücksichten die projectirte Anlage nicht zulässig erscheinen ließen. Es wurde aber der Wiener Tramway-Gesellschaft gleichzeitig anheimgegeben, bezüglich der Herstellung der gedachten Linie mit Berücksichtigung minder frequenter Seiten- und Parallelstraßen anderweitige Anträge zu stellen. In der That wurden vom Wiener Stadtbauamte im Einvernehmen mit der Tramway-Gesellschaft mehrere Alternativ-Projecte ausgearbeitet, welche den Gegenstand einer Local-Erhebung bildeten, deren Ergebniß aber dem Handelsministerium erst einen Tag vor Ueberreichung der Interpellation, nämlich am 20. November, vorgelegt wurde. In Folge dessen war ich noch nicht in der Lage, darüber eine neuerliche Entscheidung zu fällen, ich werde jedoch nicht verfehlen, die gestellten Anträge mit Rücksicht auf die Interessen der betheiligten Bevölkerung in Erwägung zu ziehen.

Bezüglich der zweiten Frage habe ich die Ehre zu eröffnen, daß im Schoße der betheiligten Ministerien allerdings Vorarbeiten zur Verfassung des bezüglichen Gesetzentwurfes stattgefunden haben, daß ich aber, da ein dringendes Bedürfniß nach gesetzlicher Regelung dieser Angelegenheit nicht besteht, **vorerst nicht gesonnen bin, einen solchen Gesetzentwurf einzubringen.**

Bei Uebergang zur Tagesordnung wird die **Budget-Debatte beim „Ministerium des Innern", Titel 9: „Wasserbauten", fortgesetzt.**

Abg. **Cresceri** stellt den Antrag: „Das hohe Haus wolle beschließen, die Regierung sei aufzufordern, in den Voranschlag für „Wasserbau" einen verhältnißmäßigen, schon in der vorigen Session in Aussicht gestellten Betrag zum Behufe der Etsch-Regulirung einzustellen."

Dieser Antrag wird genügend unterstützt und dem Budget-Ausschusse zur Berathung zugewiesen.

Abg. **Mieroszewski** befürwortet eine rationelle Durchführung der Weichsel-Regulirung im Interesse der Uferbewohner und der Schifffahrt.

Abg. **Schreus** befürwortet des Langeren die Regulirung des Innflusses und wünscht, daß die Regierung die betreffenden Wasserbauten in eigener Regie führe und dieselben nicht an Unternehmer übergebe.

Abg. **Vlaas** unterstützt den Antrag des Abg. Cresceri bezüglich der Etsch-Regulirung.

Abg. Dr. **Graf** bespricht die großen Schäden, die der Viehzucht in Tirol durch die mangelhaften Veterinär-Anstalten zugefügt werden, und bringt sodann eine ausführliche Schilderung der Verhältnisse der Etsch-Regulirung. Ein besonderes Augenmerk sollte bei allen Flußcorrectionen in Tirol der Waldwirthschaft zugewendet werden, die bisher sinnlos und in ganz egoistischem Interesse betrieben wird, wodurch nicht blos viel Kapital verschleudert, sondern auch alle Bodenverhältnisse verschlimmert werden. Es wäre daher das baldige Zustandekommen eines rationellen Forstgesetzes wünschenswerth. Der Landtag hat für die Etsch-Regulirung seine volle Bereitwilligkeit gezeigt und die nöthigen Summen hiezu bewilligt; nachdem alle Vorarbeiten nun beendigt erscheinen, wäre die rasche und unverzögerte Durchführung derselben anzustreben und deßhalb eine Summe hiefür ins Budget einzustellen, welche einem dreißigpercentigen Zuschusse zu den Kosten gleichkäme.

(³/₄1 Uhr; die Sitzung dauert fort.)

Aus dem Gerichtssaale.

Florenz, 6. December. [Orig.-Ber.] (**Minister Nicotera als Kläger.**) Zu Beginn der heutigen Verhandlung beschließt der Gerichtshof die nochmalige Vernehmung der Zeugen Fabrizi und Catapano. Es entwickelt sich nun abermals ein Incidente, dessen Verlauf der heutigen Sitzung ein politisches Interesse verleihen wird. Den Anlaß dazu bot ein kleiner Roman, der gestern Abends zwischen dem Telegraphenamt von Florenz und der Präfectur gespielt hatte. Der Correspondent der römischen Opinione hatte im Verlaufe der gestrigen Sitzung an sein Journal eine lange Depesche gerichtet, worin er unter Anderm erwähnt hatte, der Zeuge Beneventano habe vor Gericht erklärt, es sei damals (1858) viel von Enthüllungen Nicotera's die Rede gewesen. Der Leser weiß, daß sich um diesen Punkt der ganze Proceß dreht. Die Gazzetta d'Italia folgert aus den Documenten, daß Nicotera damals zum Angeber geworden sei, und darum steht ihr Gerant vor Gericht. Zeuge Beneventano sagte also das Gegentheil von dem, was eine ganze Cohorte von Zeugen der Civilpartei erklärt hatte, und der Correspondent der Opinione meldete seiner sehr geachteten Zeitung in schmuckloser Weise das Factum. Zwei Stunden später wird der Correspondent auf die Präfectur geholt und ihm mitgetheilt, er müsse doch wol „im Interesse der Wahrheit" seiner Depesche beifügen, der Zeuge Beneventano habe erklärt, jene Gerüchte über die Haltung Nicotera's im Processe von Sapri seien alsbald widerlegt worden. Dem Correspondenten lag daran, daß sein Telegramm überhaupt abgehe, er verstand sich daher zu dem Beisatze. Zu seinem Erstaunen erfährt der Correspondent, daß sein Telegramm — trotz des Beisatzes — nicht nach Rom abgegangen, „weil im Telegraphenamt das erste Blatt der Depesche verloren gegangen sei".

Hier hat aber der kleine Roman keineswegs sein Ende. Während der Correspondent der Opinione in der geschilderten Weise die Wohlthaten der Preßfreiheit genoß, spedirte der Correspondent des „Bersagliere" (das Organ des Ministers Nicotera) ein Telegramm an sein Blatt, worin berichtet wurde: der Zeuge Beneventano sagt aus, er habe **vor vierzehn Tagen** äußern gehört, die Haltung Nicotera's sei nicht ganz correct gewesen. Diese Aeußerung habe im Publicum „allgemeine Heiterkeit und Erstaunen" hervorgerufen. Wir müssen diese Angaben als gänzlich erfunden bezeichnen und können versichern, daß der Zeuge Beneventano vom Jahre 1858 und nicht von der Zeit vor vierzehn Tagen gesprochen hat, und daß von „Heiterkeit" und „Erstaunen" im Publicum auch nicht eine Spur zu bemerken war.

Wir haben nicht nöthig, hervorzuheben, daß die Haltung des Präfecten von Florenz in Verbindung gebracht mit den Telegrammen des „Bersagliere" erst ihr rechtes Licht erhält, umsomehr, als der Präfect der Provinz im Namen des Ministers Nicotera vorsteht. Der geschilderte Sachverhalt gab daher der Vertheidigung der Gazzetta einen erwünschten Anlaß, sich einmal über den Einfluß der Regierung auf die Verhandlung unseres Libellprocesses vernehmen zu lassen. Der Advocat **Lopez** verlangte, die Nummer der Gazzetta d'Italia, welche die Abenteuer des Correspondenten der Opinione enthielt, möge den Acten beigelegt werden. Der **Präsident** erklärte sofort im Beginne der Discussion, daß die Geschichte mit dem Processe absolut nichts zu schaffen habe. Hier einige der Details-Debatte.

Lopez: Der Präfect von Florenz ließ den Journalisten rufen . . .

Präs. (unterbricht): Daraus sehe ich, daß die Sache mit unserem Proceß nichts zu thun hat. — **Lopez**: Ich wollte zeigen, daß der Präfect und daher die politische Behörde mit allem Eifer sich zu Gunsten des klagenden Ministers thätig zeigten zum Nachtheile unseres Clienten.

Präs.: Das Gericht geht es aber nichts an, was die anderen Autoritäten thun; wir haben nur darauf zu achten, ob der Gerant Visconti schuldig ist oder nicht. — **Lopez**: Wir wünschen, zu constatiren, auf welche Art man die öffentliche Meinung zu fälschen sucht, und daher präsentiren wir die betreffenden Nummern der Gazzetta d'Italia und des „Bersagliere", um zu zeigen, was die politische Behörde zu leisten im Stande ist.

Der **Staatsanwalt** will den Artikel nur dann den Acten beigelegt wissen, wenn er mit dem Processe direct in Verbindung stehe.

Die Discussion erleidet eine kurze Unterbrechung durch die neuerliche Vernehmung des alten Generals **Fabrizi**. Es handelt sich um einen Vorfall des Jahres 1864, wo ein gewisser Fanelli Nicotera auf öffentlicher Straße insultirt und „Spion" genannt haben soll. Das Gericht möchte wissen, was der General von der Sache wisse. Fabrizi ist über die Sache gut unterrichtet, er hat sogar seinerzeit darüber eine kleine Broschüre geschrieben. Nach den Mittheilungen des Generals beruhte der Zwist zwischen Fanelli und Nicotera auf einem Mißverständnisse. Beide achteten und liebten einander. Bei jener Straßenscene war der General allerdings nicht persönlich gegenwärtig, doch hält er es für unmöglich, daß Fanelli gegen Nicotera den Ausdruck „Spion" gebraucht haben könnte.

Nach dieser kleinen Unterbrechung wird die Discussion bezüglich des Präfecten von Florenz fortgesetzt.

Staatsanwalt: Man hat offenbar die Absicht, das Vorgehen des Präfecten von Florenz zu tadeln, und möchte auf diese Art eine Frage vor Gericht bringen, die für uns keinerlei Interesse hat. Wenn wir auf diesem Wege fortfahren, gerathen wir mit unserem Proceß [illegible] handelt es sich hier um die Presse, [illegible] Verhandlung in hohem Grade interessirt, aber [illegible] zwischen den Interessen der Gerechtigkeit und der Presse ein[illegible] der Politik andererseits strenge zu unterscheiden. Die [illegible] Linken und von der Rechten (auf die beiden Gruppen der Anwälte zeigend) mögen so viel polemisiren als sie wollen, aber nicht in diesem Saale. Wir wollen keine Politik. Die Herren wollen ihre Streitigkeiten in der Presse ausfechten, wenn ich ihnen einen Rath geben darf. Das Gericht möge entscheiden, wie es ihm recht scheint; ich bin dafür, daß die beiden Zeitungsblätter nicht den Acten beigelegt werden sollen, denn obgleich die beiden Blätter Dinge besprechen, die im Processe vorgekommen, so haben sie doch keine eigentliche innere Beziehung zur Verhandlung.

Lopez: Wir bestehen auf unserem Verlangen. Niemand kann sich verhehlen, daß der gegenwärtige Proceß ein politischer ist. Ebenso sicher ist es, daß die öffentliche Meinung über ihn zu Gericht sitzt, und ebenso gewiß ist Alles, was von den Organen des Ministers des Innern zur Fälschung der öffentlichen Meinung unternommen wird, ein Schaden für den Angeklagten.

Präs. (scharf): Der Fall hat mit der Politik nichts zu schaffen, hier liegt ein Preßvergehen vor, und dieses haben wir zu beurtheilen. — **Lopez**: Das Element der öffentlichen Meinung darf aber nicht außer Acht gelassen werden. Der Angeklagte hat ein Recht darauf, daß die öffentliche Meinung nicht gefälscht werde, und wenn die Behörden das Abgeben von Telegrammen verhindern . . . .

Präs. (unterbricht): Ich kann nicht gestatten, daß Sie hiebei [illegible]. Sie wünschen Documente zu produciren, welche Sie im Interesse der Vertheidigung für wichtig halten? — **Lopez**: Gewiß, und zwar aus dem Grunde, weil wir nicht dulden dürfen, daß die öffentliche Meinung gefälscht werde.

Professor **Pessina** (Civilpartei): Die Civilpartei kann den Vorwurf der [illegible] Meinung von Seite der Behörden und [illegible] nicht unerwidert lassen. Was ist aber das Document, das hier vorliegt? Es ist ein Zeitungsblatt, hat also nur den Werth einer Behauptung. Ich gehe sogar so weit, zu behaupten, daß [illegible] dieses Blattes darauf ausgehe, die öffentliche Meinung zu fälschen.

Lopez: Ich muß dem Herrn Professor Pessina sagen, daß uns das Interesse der Vertheidigung zwingt, an einer ganzen Reihe klarer Thatsachen die Beeinflussung des Processes durch die politische Autorität zu erweisen: wir wünschen zu zeigen, daß diese Autorität mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die öffentliche Meinung fälsche. Wenn man mit der Geschwindigkeit des Telegraphen im ganzen Lande eine absolut falsche Auffassung verbreitet, (erregt) wenn man einen Zeugen der Vertheidigung Dinge sagen läßt, die er nie gesagt hat, da dürfen wir es als unser Recht fordern, daß wenigstens im Heiligthume der Gerechtigkeit der Wahrheit ihr Tribut gezollt werde. Das ist unser Begehren, und das ist es, was wir sehen wollen (zum Tribunal): ob ihr als unparteiische Richter dazu eure Einwilligung geben wollt, daß man noch länger auf unsere Geduld und den guten Glauben Italiens, ja der ganzen Welt sündige, denn die ganze Welt ist es, an die wir appelliren.

Im Verlaufe der Discussion nimmt der Advocat Martini (Vertheidigung) das Wort. Herr Martini spricht sehr viel, sagt aber wenig. Der Staatsanwalt verharrt auf seinem Widerspruche gegen die Aufnahme der zwei Blätter in die Acten.

Advocat **Spirito** (Vertheidigung): Sonderbarerweise nimmt Niemand Anstand daran, daß die Grenzen der Anklage sich beständig ausdehnen. Wir selbst legen der Civilpartei in dieser Beziehung nicht das Mindeste in den Weg. Die Vertheidigung aber sucht man in jeder Weise zu beschränken, und das scheint mir auch aus diesem Zwischenfalle ganz klar hervorzugehen. Ist doch die Beeinflussung von Seite der Regierung eine unserer wichtigsten Thesen in diesem Processe. Wir werden die Aufgabe haben, diesen Einfluß **auf Zeugen und auf Documente** nachzuweisen.

Professor **Pessina**: Ich kann dergleichen Bemerkungen nicht hingehen lassen.

Spirito: Ich habe nur die Thesis angedeutet, welche wir zu discutiren haben werden. Wenn das Tribunal heute unsere Documente zurückweist, so würden wir darin ein Hinderniß, eine Verstümmlung der Vertheidigung sehen; ich bestehe daher auf unserem Verlangen.

Pessina: Ich protestire energisch gegen den Ausdruck „Pressionen der Regierung".

Puccioni (Vice-Präsident der Kammer, Civilpartei): Auch ich protestire. Ich erkläre auch, daß wir (die Civilpartei) keineswegs gesonnen sind und uns auch nicht im mindesten für verpflichtet halten, die Lesung aller jener Documente zu gestatten, welche die Gegenpartei produciren wird. Ich glaube übrigens, daß durch die heutige Discussion der Zweck unserer Gegner vollständig erreicht worden ist.

Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung zurück. Im Parterre des Saales bilden sich Gruppen von Advocaten und Journalisten, welche in erregter Weise den heutigen Zwischenfall discutiren. Das Publicum verhält sich, wie immer, sehr ruhig.

Der Gerichtshof erscheint wieder und verkündet, daß er das Begehren der Vertheidigung verworfen habe. Die in den betreffenden Artikeln erzählten Thatsachen seien wahr oder falsch — auf alle Fälle hätten sie mit der gegenwärtigen Verhandlung nichts zu thun.

Lopez: Die Vertheidigung protestirt.

Telegramme des Correspondenz-Bureau.

Pest, 10. December. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Auf Antrag Zsedenyi's beschließt das Haus, damit das **Budget** rechtzeitig der a. h. Sanction unterbreitet werden könne, die Dauer der Sitzungen bis zu den Weihnachtsferien täglich um eine Stunde zu verlängern. Sodann wurden die restlichen Posten des Finanzbudgets votirt und damit das eigentliche Budget erledigt. Es erübrigt nur noch die Berathung über den **Ankauf der Ostbahn** und die Appropriations-Debatte.

Rom, 10. December, Abends. Die Agenzia Stefani meldet, der **Papst** habe an die katholischen Länder **Einladungen zur Theilnahme an der großen Ausstellung kirchlicher Geräthe** ergehen lassen, welche anläßlich seines Bischofs-Jubiläums im Juni 1877 stattfinden soll.

Rom, 11. December. Das Gerücht von der Ankunft **Don Carlos'** in Rom beruht auf einer Erfindung. Es ist Robert Herzog von **Parma**, welcher in den letzten Tagen in Rom eintraf, vom Papste empfangen wurde und seine Reise sodann fortgesetzt hat.

Paris, 10. December, Abends. Dufaure conferirte, wie die Agence Havas meldet, heute mit Jules Simon, welchem er das Portefeuille des Innern anbot. Es wird jedoch versichert, daß Simon es für unmöglich hält, eine Majorität zu erlangen, ohne der Linken eine Satisfaction — namentlich durch den Rücktritt des Kriegsministers General Berthaut — zu geben

Nach der Conferenz berief Jules Simon die Führer der republikanischen Fractionen, um ihren Rath zu hören. Die Gruppen der Linken halten ihre früheren Beschlüsse aufrecht, weßhalb die Cabinetsbildung sehr schwierig ist.

Sicherem Vernehmen zufolge wird die Linke morgen die Regierung über die Krisis interpelliren.

Riga, 10. December. Die „Riga'sche Telegraphen-Agentur" meldet aus Dünaburg: Der auf den Bahnen Dünaburg-Wilna und Warschau ein[illegible] Güterverkehr ist in seinem bisherigen Umfange wieder aufgenommen worden.

Konstantinopel, 10. December, Abends. Die erste Sitzung der Vorconferenz wird morgen stattfinden. Die Eindrücke, welche die bisherigen Besprechungen der Conferenz-Bevollmächtigten hinterlassen [illegible], sind andauernd einem Einvernehmen günstig.

Newyork, 10. December. Nachrichten aus Matamoros zufolge wären der durch Porfirio Diaz abgesetzte Präsident von Mexico und seine Cabinetsmitglieder von den Insurgenten gefangen, der Kriegssecretär und mehrere Anhänger Lerdo de Tejada's sollen erschossen worden sein.

Nach Schluß des Blattes.

Pest, 11. December. Das Abgeordnetenhaus erledigt die Vorlage, betreffend das Recruten-Contingent. Madarasz spricht gegen die Vorlage, welche das Haus fast einhellig votirt. Noch werden kleine Nachtragscredite votirt und zwei Immunitätsfälle kurz erledigt, sodann die Sitzung geschlossen.

Telegramme der „Neuen Freien Presse."

Krakau, 11. December. Aus Warschau wird berichtet, die russische Regierung beabsichtige jene Polen, deren Verwandte im türkischen Heere gegen Rußland Dienste nehmen, mit bedeutenden Geldstrafen zu bedrohen. — Die durch die Verkehrsstörung entstandene Geschäftsstockung hat in Russisch-Polen bereits namhafte Bankerotte zur Folge gehabt. —

Pest, 11. December. Hon veröffentlicht ein anscheinend [illegible] Communiqué folgenden Inhalts: Der Kaiser hat den gestrigen Tag in Ofen zugebracht und empfing Nachmittags den Minister Wenckheim. In Abgeordnetenkreisen verlautet, es sei eine gewisse Art des Uebereinkommens zwischen beiden Regierungen zu Stande gekommen, wonach die Ausgleichsfragen, respective die Differenzen zwischen den Cabinetten, so lange nicht erörtert werden sollen, bis beide Regierungen über die Budget-Debatte hinausgekommen sind. Diese Nachricht ist falsch. Die Regierung steht auf ihrem alten Standpunkte und erwartet die Entscheidung des Kaisers. Auch über die letztere sind falsche Nachrichten im Umlaufe. Man erwähnt Vermittlungsvorschläge, zu denen die Initiative von höchster Stelle ausgegangen sein soll. Nach unseren Informationen ist dasjenige, worüber der Kaiser zu entscheiden hat, nichts Anderes als die Cabinetsfrage, welche beiderseits aufgeworfen wurde. Gerade weil eine Regierung an den früheren Stipulationen festhält und neue Vorschläge nicht discutirbar fand, könne von neuen Vorschlägen nicht die Rede sein. Von zwei hervorragenden Abgeordneten ist die Idee ausgegangen, den Regnicolar-Deputationen die Bankfrage zu überantworten. Wir glauben nicht zu fehlen, wenn wir annehmen, die Regierung erwarte vom Plane wenig oder nichts. Der Plan sei nichts Anderes als die Hinausschiebung bis zu dem Zeitpunkte, in welchem die Deputationen constatiren würden, daß ihre Ansichten ebenso divergirend seien, wie jene der Regierungen. Der Plan könnte nur dann in den Vordergrund treten, wenn die auswärtigen Angelegenheiten einen stürmischen Anlauf nehmen würden, was allerdings möglich, aber nicht gewiß sei. Deßhalb ist unmöglich, vorläufig darauf Combinationen zu bauen. Gestern fand ein ungarischer Ministerrath statt, welchem große Wichtigkeit beigelegt wird. Ueber die gefaßten Beschlüsse ist selbst in intimen Kreisen des Ministeriums noch nichts bekannt.

Paris, 11. December. Die France glaubt, die Bildung eines Cabinets Jules Simon werde angestrebt, um Gambetta's Einfluß lahmzulegen. Gambetta wünscht ein Cabinet Duclerc.

Konstantinopel, 9. December. Die russische Botschaft hat die Auslieferung der beiden in Midhat's Wohnung verhafteten Montenegriner verlangt. Die Pforte hat dies indeß bisher abgelehnt.

Wiener Börse vom 11. December.

Notirungen um 12 Uhr 45 Minuten.

Die heutige Vorbörse litt unter einer drückenden Geschäftsstille, die nicht blos die internationalen Werthe betraf, sondern auch Coulissepapiere, demzufolge auch die Curse wieder etwas schwächer gingen. Die Speculation war ohne jede Kauflust, da die Arbitrage noch immer eine Neigung zum [illegible] bethätigte, und überdies war man auch etwas ängstlicher geworden auf die Complotnachrichten aus Konstantinopel. So wurde der günstige Eindruck, den die festen ausländischen Curse und die befriedigenden Meldungen über die Vorconferenz hervorbrachten, wieder paralysirt, und es schloß das Geschäft lustlos und flau.

Es notiren: Creditactien zwischen 138.10 bis 137.40, Anglo-Bank 71.50, Ungarische Creditbank 104.50 bis 103.25, Rente 60.35 bis 60.30, Zwanzig-Francsstücke 10.03½ bis 10.05[illegible], Reichsmark 61.80 bis 61.90.

Um 11 Uhr schlossen: Creditactien 137.50, Ungarische Creditbank 103.40, Rente 60.30, Zwanzig-Francsstücke 10.04.

Die Mittagsbörse hat wol keine wesentliche Cursveränderung gebracht, ließ aber eine festere Tendenz erkennen. Valuten flauer. Es notiren: Creditactien 137.50, Anglo-Bank 71.50, Ungarische Creditbank 103.80, Staatsbahn 262, Karl-Ludwigbahn 200.25, Rente 60.30, Silber-Rente 66.90, Zwanzig-Francsstücke 10.02, Reichsmark 61.70.

Das Geschäft blieb trotz der günstigen Nachrichten aus Konstantinopel völlig leblos, die Tendenz unentschieden. Im Schranken sind nur die beiden Rentengattungen und Lospapiere im Verkehre, Bahnen dagegen bleiben ganz geschäftslos. Goldrente quotirt 57.75. Devisen und Valuten etwas versteift.

Es notiren: Creditactien 137.40, Anglo-Bank 71.70, Unionbank 45.75, Ungarische Creditbank 103.50, Bankactien 826, Egyptische Bank 108, Lombarden 78.50, Staatsbahn 262, Dampfschiff-Actien 340, Karl-Ludwigbahn 200, Lemberg-Czernowitz-Jassy Bahn 110.50, Ungarische Westbahn 83.50, Nordostbahn 85.50, Tramway 89, Rente 60.35, Silber-Rente 67.10, 1860er Lose 109.25, Zwanzig-Francsstücke 10.04, Reichsmark 61.75, Silber 113.50, London 125.30 bis 125.60, Paris 49.80, Berlin 61.15.

	Geld	Waare		Geld	Waare
Papier-Rente	60.30	60 35	Nordbahn	1775	1780
Silber-Rente	67.—	67.10	Staatsbahn	262.—	262 50
Lose vom Jahre 1860	109.25	109.50	Südbahn	78 50	78.75
Lose vom Jahre 1864	130.50	130 75	Elisabethbahn	136 —	136.50
Nationalbank	825.—	827.—	Karl-Ludwigbahn	200 50	201.—
Creditanstalt	137.50	137.75	Theißbahn	163 —	164.—
N.-Oe. Escomptebank	665.—	670 —	Lemberg-Czernow.	110 50	111.—
Anglo-Austrianbank	71.50	71.75	Nordwestbahn	117.—	117.50
Handelsbank	—.—	—.—	Frankf. 100 RM. 4½	61.10	61.15
Unionbank	46.—	46.50	London, 10 Pfd. 2	125.30	125 60
Bankverein	55 50	56.—	Paris, 100 Frcs. 3	49.80	49.85
Ungar. Credit	103.50	104.—	K. Münz-Ducaten	5.96	5.98
Donau-Dampfsch.	340.—	342.—	Napoleonsd'or	10 04	10.05
Tramway	89.—	90 —	Silber	113 50	113.75
Verkehrsbank	76.50	77.—	Deutsche Reichsmark	61.75	61.80
Austro-Egypt.	103.—	103.50	Innerberger	45.—	46.—

Fremde Börsen.

Berlin, 9. Dec.	Bez.	Frankft., 9. D.	Bez.	Paris, 9. Dec.	Bez.
Oest. Silber-R.	53.50	Oest. Papier-R.	$48\frac{1}{8}$	3perc. Rente	70.72
Oest. Papier.-R.	48.50	Oest. Silber-R.	53.—	5perc. Rente	104.45
Oest. Banknoten	161 30	Ung. Lose	—.—	Ital. Rente	70.25
Oest. Staatsb.	422.—	Bankactien	668.—	Staatsbahn	527.—
Lombarden	127.—	Creditactien	108.62	Lombarden	158.—
[illegible]	80.50	Wien	160.60	Oest. Bodencred.	472.—
Creditactien	219.50	Oe. 1860er Anl.	—.—	Dom.-Pfandbr.	278.—
$7\frac{1}{2}$perc. Rumän.	9.10	Amsterd., 9. D.		Egypter	257 —
Hambg., 9. Dec.		Oest. Papier-R.	$47\frac{1}{8}$	London, 9. Dec.	
Silber-Rente	52.75	„ Silber-R.	$51\frac{5}{8}$	Consols	$93\frac{15}{16}$
Creditactien	107.50	Wiener Wechsel	—.—	Amerikaner	104.—

[Telegr. Curse der Wiener Börse.] Um 1 Uhr 30 Minuten. Creditactien 136.80, Anglo-Bank 71.50, Unionbank 46.50, Verkehrsbank 77, Ungarische Creditbank 103.25, Bankactien 825, Lombarden 78.50, Staatsbahn 261.75, Rudolphbahn 102.50, Karl-Ludwigbahn 200, Alföldbahn 92.25, Siebenbürger Bahn 73, Franz-Josephbahn 122, Oesterreichische Nordwestbahn 117.50, Rente 60.10, Silber-Rente 66.95, Goldrente 57.50, Ungarische Schatzbons 93.50, Zwanzig-Francsstücke 10.05, Silber 113.50, Reichsmark 61.80, London 125.70 bis 125.90. Matt in Folge Rentenrückganges.

[Telegr.] **Berlin**, 11. December. (Reichsbank-Ausweis vom 7. December.) Activa: Metallbestand an cursfähigem deutschen Gelde, an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, ein Pfund fein zu 1392 Mark berechnet, 513.482,000 Reichsmark; Reichskassenscheine 43.375,000 Reichsmark; andere Banknoten 20.587,000 Reichsmark; Wechsel 416.339,000 Reichsmark; Lombard-Forderungen 48.563,000 Reichsmark; Effecten 1.059,000 Reichsmark; sonstige Activen 21.591,000 Reichsmark. Passiva: Grundkapital 120.000,000 Reichsmark; Reservefonds 12.000,000 Reichsmark; Notenumlauf 706.615,000 Reichsmark; sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 164.360,000 Reichsmark; an Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten 42.740,000 Reichsmark; sonstige Passiven 851,000 Reichsmark.

Hamburg, 9. December. (Abendbörse.) Creditactien 108.50. Staatsbahn 525.50. Lombarden 157.—. Silber-Rente $53\frac{1}{4}$. Fest.

Paris, 10. December. (Boulevard-Verkehr.) Dreipercentige Rente 70.72. Fünfpercentige Rente 104.52. Türkische Consols 10.75.

Newyork, 9. December. (Kabeltelegramm.) Goldschlußcurs $107\frac{1}{4}$. Wechsel auf London 4.82. Fünf-Zwanziger-Bonds vom Jahre 1885 $108\frac{1}{4}$. 5percentige fundirte Anleihe $110\frac{3}{8}$. Fünf-Zwanziger-Bonds vom Jahre 1887 $114\frac{1}{2}$. Erie-Bahn $8\frac{3}{8}$. Baumwolle in Newyork $12\frac{1}{8}$. Baumwolle in Neworleans $11\frac{1}{2}$. Petroleum in Newyork 30—. Petroleum in Philadelphia 30—. Mehl 5.75. Rother Frühjahrsweizen 140.—. Rio-Kaffee $18\frac{1}{8}$. Havaña-Zucker $9\frac{7}{8}$. Getreidefracht $7\frac{3}{4}$.

Paris, 9. December. [Orig.-Corr.] (Von der Börse.) Die Woche schließt in besserer Stimmung, wenn auch heute der Markt in Folge der inneren Krisis etwas schwankend war. Die bestimmende orientalische Frage wird minder drohend angesehen; aber die lange Dauer der Ministerkrisis, besonders vor Neujahr, schien nicht unbedenklich. Der bisherige Finanzminister hatte sich gegen jede Besteuerung der Rente erklärt, aber die Conversion in seiner gestrigen Rede unter gewissen Umständen für möglich gehalten. Wie ein anderer Finanzminister sich in dieser wie in den verschiedene Geld-Institute betreffenden Fragen, wie den Eisenbahnen, gegenüber benehmen werde, ist unbekannt und muß naturgemäß, insoweit es deren Action betrifft, zu Bedenken veranlassen. Doch schließen die Staatsfonds höher als zum Schlusse der vorigen Woche. Dreipercentige Rente 70.70 und fünfpercentige 104.45. Der Comptant kauft fortwährend, und Geld ist auch auf offenem Markte sehr wohlfeil. Das Herannahen des neuen Jahres, bei dem sonst immer ein größeres Geldbedürfniß eintrat, macht sich diesmal gar nicht fühlbar. Allerdings ist es wahr, daß auch der Export im heurigen Jahre geringer und die Industrien, die für denselben arbeiten, weniger activ sind, daher weniger Geld bedürfen. Léon Say hat darin eine Rückwirkung der in anderen Ländern herrschenden Krisis gesehen und daraus erklären wollen, warum die Staatseinnahmen im heurigen Jahre nicht in gleicher Proportion wie bisher wachsen. Die Dauer der orientalischen Krisis, die bereits seit fast anderthalb Jahren währt, die Verluste, welche die Kapitalisten an Türken, Spaniern, Peruanern u. s. w. erleiden, weßhalb sie ihre Consumtion einzuschränken gezwungen sind, hat der Finanzminister nicht ohne Absicht beiseite gelassen. Auch alle anderen Werthe halten sich fester; Italiener holen wieder 70.25, für Egypter gibt sich ziemliche Nachfrage kund, so daß dieselben bereits 263 erreicht hatten, aber wieder auf 259 hinabsanken. Es hat mit diesen [illegible] ein eigenthümliches Verhältniß: die Privat-Kapitalisten [illegible] sie; die Geld-Institute aber, welche davon große Massen besitzen, können sie nicht losschlagen. So oft sie dazu den Versuch machen, drücken sich die Curse rasch. Es wird also längerer Zeit bedürfen, ehe diese Banken sich Luft machen können. Dabei wirkt [illegible] in Alexandrien und Marseille jeder Hausse entgegen, und die orientalischen Wirren hindern nicht minder jeden energischen Aufschwung. Sonstige Turbanwerthe wenig verändert, haben aber auch geringen Verkehr. Fünfpercentige Türken 10.60, Türkenlose 32, Banque Ottomane 360. Oesterreichische Eisenbahnen haben angezogen: Oesterreichische Staatsbahn 527.50, Lombarden 160; auch Crédit Mobilier, 145.

[Petersburger internationale Bank.] Die Petersburger internationale Bank wird, wie wir einem Petersburger Telegramme entnehmen, am 2. Januar, wie gewöhnlich, eine Abschlagszahlung von 6 Rubeln per Actie a conto der diesjährigen Dividende zur Vertheilung bringen. In Berlin war das falsche Gerücht verbreitet, daß diese Bank eine Einzahlung ausschreiben werde; dasselbe bestätigt sich jedoch in keiner Weise und entstand nur in Folge einer Verwechslung mit der Centralbank für den russischen Bodencredit, die sich genöthigt sieht, eine Einzahlung von 50 Rubeln auf ihre Actien einzufordern.

Fruchtbörse.

Wien, 11. December. Die flauere Tendenz hat auch heute die Herrschaft, die Terminpreise sind rückgängig. Es notiren: Frühjahrsweizen fl. 12.80 bis fl. 12.95, Frühjahrskorn fl. 11.05 bis fl. 11.20, Frühjahrshafer fl. 8.70 bis fl. 8.[illegible], ungarisches Korn fl. 11 bis fl. 11.10, Mercantilhafer fl. 8.45 bis fl. 8.60, prompter Mais fl. 6.40 bis fl. 6.50, Mai-Juni-Mais fl. 7.20 bis fl. 7.30.

Central-Viehmarkt St. Marx, 11. December.

[Bericht von Joseph Saborsky und Söhne. — Schlachtviehmarkt.] Bei einem Gesammt-Auftriebe von 1[illegible] Stück Ochsen, wovon 1046 Stück aus Ungarn, 218 Stück aus Galizien und 363 Stück aus der Umgebung Wiens stammten, war der Markt anfangs sehr lebhaft und gegen die Vorwoche um 3 bis 4 fl. besser. Es ist indessen für den schlechten Fleischabsatz und die entschiedene rückgängige Tendenz des Geschäftes charakteristisch, daß bei einem Auftriebe, wie er so klein seit Jahren nicht vorgekommen ist, um Mittag noch mehrere Partien Hochprima unverkauft und um 1 bis 2 fl. billiger erhältlich waren. Man zahlte für ungarische Ochsen fl. 54—60, in Ausnahmefällen [illegible] 61, für galizische Ochsen fl. 58—59½, für deutsche Ochsen [illegible]—60, für Exportwaare bis fl. 62 und für Kühe und Stiere [illegible] per metrischer Centner.

Paris (La Villette), 7. December

Die ziemlich bedeutenden Ziffern des Auftriebes von 3609 Stück Ochsen und 20,045 Stück Hammeln im Vereine mit dem äußerst ungünstigen Wetter ließen auch heute eine bessere Tendenz nicht aufkommen, und verwohlfeilten sich insbesondere Hammel um 2 bis 4 Centimes. Man zahlte für Ochsen 60 bis 86 Centimes, für Hammel im Allgemeinen 62 bis 89 Centimes und speciell für ungarische Schafe 75 bis 78 Centimes per ½ Kilogramm. Von letzteren waren 804 Stück auf dem Markte.

[Telegr. der „N. Fr. Pr."] **Prag**, 11. December. Rohzuckermarkt flau in Folge Käufermangels und Valuta-Besserung; Polarisations-Waare fl. 42 ausgeboten.

[Telegr. der „N. Fr. Pr."] **Pest**, 11. December. Getreide prompt und auf Termine weichend, gegen Wochenschluß 20 kr. billiger; Weizen fl. 12.85, Hafer fl. 8.32, Mais fl. 6.10.

Herausgeber: Michael Etienne, Adolph Werthner.
Verantwortlicher Redacteur: Joseph Mitter.
Druckerei der „Neuen Freien Presse": Christoph Reisser.

Redaction, Administration und Druckerei
Türkenstrasse.

Ankündigungs-Bureau
Stadt, Wollzeile 12.
Im Auslande übernehmen Inserations-Aufträge: Haasenstein & Vogler in Frankfurt a. M., Berlin, Hamburg, Basel u. Leipzig; G. L. Daube & Cie., in Hamburg, München u. Frankfurt a. M.; Jäger'sche Buchhandlung in Frankfurt a. M.; Annoncen-Expedition Adolf Steiner in Hamburg; Richard Wehn in Bielefeld; R. Schlotte in Bremen; Jenke, Biale, Breslau; L. Stangens Annoncen-Bureau in Breslau; Ehrlich's Buchhandlung in Prag; Brick Street Grosvenor Square, H. C. ... in London; Havas, Laffite, Bullier & Cie. 8 Place de la Bourse, Paris.

Abonnement für Wien:
Im Expedits. Wollzeile 22 und bei allen Zeitungs-Verschleissern: Ganzj. fl. 18, monatl. fl. 1.50. Mit Zustellung ins Haus: Ganzj. fl. 21.60, monatl. fl. 1.80.
Morgenblatt 6 kr. — Abendblatt 2 kr.

Die Tages-Presse.

Abendblatt.

Abonnement für das Inland.
Mit Postversendung: Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl.
Mit doppelter Postversendung vierteljährig ...

Abonnement für das Ausland.
... für Deutschland bei allen Postämtern ...; für Italien ... in unserer Expedition ...; Verona und Florenz 28 Francs; ... Bern; für Frankreich und Spanien ... in Köln 5 Thlr. ... Havas, Laffite, Bullier & Cie. ... Trübner & Cie. ... London ...

Manuscripte werden nicht zurückgestellt.

Nr. 343. Wien, Montag, 11 December 1876. ... Jahrgang.

Wien, 11. December.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Handelsminister den Handelsvertrag mit England zur verfassungsmäßigen Behandlung ein. Der Vertrag ist für die Dauer eines Jahres berechnet und es liegt ihm das Princip der „Meistbegünstigten" zu Grunde. — Der Justizminister beantwortete die Interpellation Kopp in Betreff Zeitungsconfiscationen in allgemein zufriedenstellender Weise. Die Fortsetzung der Specialdebatte über das Budget begann mit dem Titel: Wasserbau. (Ministerium des Innern). Eine große Anzahl Redner haben sich zum Wort gemeldet.

Zu Capitel Unterricht sind bisher dreißig Redner eingezeichnet. — Kann gut werden.

Heute trifft der Monarch wieder in Budapest ein, und es steht zu hoffen, daß nunmehr die Bankfrage dem Stadium der Lösung näher gebracht werden wird. Samstag conferirte Se. Majestät mit dem Ministerpräsidenten Tisza und dem Reichsfinanzminister Baron Hofmann. „P. Ll." constatirt, daß sich in der Bankfrage bisher nichts geändert habe. Des Weiteren sagt „P. Ll.: Ein Symptom dafür, daß die Sache wenigstens nicht hoffnungslos stehe, will man darin erblicken, daß Baron Hofmann, der bereits Samstag Morgens von Budapest abreisen sollte, seine Rückkehr nach Wien bis zum nächsten Montag verschoben hat. Indessen dürfte dieser Aufschub seinen Grund schwerlich in der Bankfrage allein finden, da auch die beiden Hofräthe im Ministerium des Aeußern, Baron Falke und Baron Kraus, gleichfalls den Auftrag erhielten, bis zum Montag in der ungarischen Hauptstadt zu verweilen.

„Naplo" nimmt Notiz von einem Project, die Bankfrage zu „lösen", welches von diesem Blatte wie folgt mitgetheilt wird:

„Ueber die Modalitäten der Lösung der Bankfrage liegt auch heute noch keinerlei positive Nachricht vor, in der Regierung nahestehenden Kreisen wird jedoch die Idee ventilirt, daß schließlich kein anderes Hilfsmittel bleibt, als daß mit der Lösung der Bankfrage von den beiden Legislativen zu entsendende Regnicolar-Deputationen betraut werden. Ob die Regierung bereits diesen Lösungsmodus, welcher für die Regierungen sehr bequem ist, sich zu eigen gemacht hat, darüber verlautet noch nichts."

Zu dieser Mittheilung bemerkt „P. Ll.", daß der Plan, die Bankfrage durch Deputationen beider Parlamente austragen zu lassen, in Abgeordnetenkreisen allerdings besprochen wird. Die ungarische Regierung — soviel glauben wir zu wissen — bringt demselben eben nicht sonderlich viel Sympathie entgegen und dies läßt auch seine Annahme mehr als zweifelhaft erscheinen.

„Hon" sagt: „Auch wir haben von diesem Project gehört und auch in competenten Kreisen wurde nur von Anderen darüber sprechen gehört."

Die „Bud. Corr." dementirt sogar die Meldung des „Naplo", indem sie schreibt: „Mehrseitigen Meldungen gegenüber können wir versichern, daß in maßgebenden Kreisen bisher die Idee noch nicht ventilirt wurde, die Lösung der obschwebenden Bankfrage parlamentarischen Regnicolardeputationen anheimzustellen."

Die Nachrichten aus dem Oriente lauten andauernd günstig für die Conferenz. Jede Post, jedes Telegramm aus Konstantinopel bringt seit einigen Tagen nichts als die wiederholte Versicherung, daß die Chancen einer allseits befriedigenden Verständigung sich mehren. Eine sensationelle Abwechslung brachten die gestrigen Telegramme in die Sache mit der Meldung von entdeckten Complottsversuchen. Zwei Montenegriner sollen Midhat-Pascha nach dem Leben getrachtet haben; eine andere Verschwörung sollte die Entführung des Ex Sultans Murad nach Odessa (!) zum Zweck gehabt haben. Was oder Wer dahinter steckt, ist für den Augenblick noch nicht zu enträthseln.

Der in den auswärtigen Angelegenheiten nicht selten besonders gut unterrichtete „Fanfulla" macht folgende Eröffnung: „Einige auswärtige Blätter wiederholen beharrlich, daß die Regierungen von Italien und Rußland vollständig über die Lösung der orientalischen Frage einverstanden seien. Ja, man läßt durchblicken, daß infolge langer Unterhandlungen, welche vor zwei Monaten stattgefunden hätten, die Regierung des Königs vollkommen den von dem russischen Botschafter auseinandergesetzten Ideen beigepflichtet habe. Wir glauben erklären zu können, daß der Minister des Aeußern, Herr Melegari, obwohl die Nothwendigkeit einsehend, in billiger und vernünftiger Weise den Forderungen der christlichen Bevölkerungen im Oriente zu entsprechen, sich niemals von jenen Reserven entfernte, welche die Stellung des Königreichs Italien rechtfertigt. Wir haben Grund, die angenommenen Versprechungen von territorialen Vergrößerungen, die Rußland Italien gemacht haben soll, für unbegründet zu halten. Die russische Regierung kann, gleich derjenigen jedes anderen Staates in Europa nicht verkennen, daß die italienische Politik keine Politik abenteuerlicher Unternehmungen oder ehrgeiziger Aspirationen, sondern friedlicher Absichten ist. Der Regierung von Petersburg ist nicht unbekannt, daß die von dem Grafen Cavour initiirte italienische Politik im Orient eine von der Logik, der geographischen Lage und den ökonomischen Interessen angegebene Politik ist. Und alle diese Interessen könnten an dem Tage in Frage gestellt werden, an welchem wir unter einem generösen Vorwande, den der Pforte unterworfenen Völkerschaften beizuspringen, von der bisher beobachteten politischen Linie abweichen wollten."

Die Ministerkrisis in Frankreich steht auf dem alten Fleck. Noch immer ist das Ringen um die Gewalt zwischen der republicanischen Mehrheit und der Partei der moralischen Ordnung in der Umgebung des Marschalls nicht entschieden. Dufaure ist wieder schwankender geworden, und der „Moniteur" gibt zu verstehen, es sei doch noch nicht so zuverlässig, daß derselbe sein Entlassungsgesuch wieder zurücknehmen werde. Thiers wird wieder scharf vom Organ des Herzogs von Decazes aufs Korn genommen; er spielt sozusagen den Teufel in der Geschichte, aber den dummen Teufel: „Thiers ist heroisch nach Versailles geeilt, um eine große Pflicht zu erfüllen, nämlich die Beibehaltung des jetzigen Ministeriums und den Eintritt der Kammer in die Budget-Debatte zu bekämpfen." Thiers ist so wüthend gegen Dufaure und dessen Freunde, so behauptet nämlich der „Moniteur", weil sie die Verfassung machten, die seinen persönlichen Gelüsten ein Ziel setzte und den Marschall ans Ruder brachte. Duclerc ist laut dem „Moniteur" jetzt an der Reihe, um den Versuch zu einem neuen Ministerium zu machen. Ob er der Mann ist, ein Ministerium zu bilden, das streng constitutionell verfährt und die Ministerverantwortlichkeit zur Wahrheit macht, dürfte noch zu bezweifeln sein, und ohne diese Bedingungen geht es nicht mehr. Wenigstens versichert es täglich der „Temps" im Einklange mit der übrigen liberalen Presse.

Das „Frankf. Journ." erhält aus Berlin einen interessanten Bericht über den jüngsten preußischen Ministerrath, in welchem in Sachen der Pariser Weltausstellung Beschluß gefaßt wurde. Danach hätte Kaiser Wilhelm die Berathung mit einem fast drei Viertelstunden währenden Vortrage eröffnet, in welchem er die Gründe für und gegen die Beschickung der Ausstellung nach allen Richtungen hin beleuchtete. Die Disposition, sowie einzelne Daten lagen dem Kaiser geschrieben vor, während im Uebrigen die Auseinandersetzungen frei vorgetragen wurden. Selbst die ältesten Cabinetsmitglieder erinnern sich keines zweiten Falles, wobei der Kaiser in so intensiver und extensiver Weise während eines Conseils die Debatte geführt hätte. Wie ferner berichtet wird, trat im Verlaufe der Berathung eine unverhohlene Mißstimmung gegen Frankreich seitens des Kanzlers hervor, während der Kaiser sichtlich bestrebt war, seinen gewaltigen Staatsmann zu mäßigen und zu beruhigen.

Wir möchten zu dieser pikanten Enthüllung nur das Eine bemerken, daß es nicht zu den Untugenden der preußischen höheren Bureaukratie gehört, Sitzungsberichte aus dem Ministerrath im Wege „befreundeter" Zeitungs-Correspondenten an die große Glocke zu hängen.

Das ministerielle „Diritto" veröffentlicht folgendes Communiqué:

„Der „Pester Lloyd" meldet, die italienische Botschaft in Wien sei beauftragt worden, in der formellsten

---

Die Universitäten Rußlands.

Rußland, mit Ausschluß von Finnland, besaß im Jahre 1875 acht Universitäten, nämlich zu St. Petersburg, Moskau, Kasan, Charkow, Odessa, Kiew, Warschau und Dorpat, von denen sich jede aus vier Facultäten (der juristischen, medicinischen, historisch-philologischen und physico-mathematischen) zusammensetzt; Dorpat hat außerdem noch eine theologische Facultät, welche die evangelisch-lutherischen Geistlichen ausbildet. (Die Vorbildung der Geistlichen anderer Bekenntnisse, insbesondere der orthodoxen Kirche, erfolgt in Priesterseminarien.) Außer den unter dem Ministerium der Volksaufklärung stehenden Universitäten und vier weiteren Instituten mit der Eigenschaft einer Facultät (kaiserliches historisch-philologisches Institut zu St. Petersburg, historisch-philologisches Institut des Fürsten Besborodko, Lazarew'sches Institut für orientalische Sprachen in Moskau, Demidow'sches juristisches Lyceum in Jaroslaw) gibt es noch eine Anzahl von anderen Verwaltungsressorts angehörigen Instituten, die zwar zum Unterricht und Studium von einzelnen Zweigen der Wissenschaft geschaffen, jedoch nicht als eigentliche Fachschulen zu betrachten sind; hierher gehören z. B. die medico-chirurgische Akademie, das kaiserliche Lyceum, die Rechtsschule in St. Petersburg u. s. w., worüber die vorhandenen Quellen sich nicht verbreiten. Nähere Angaben über diese Institute würden das Bild von Rußlands Hochschulen wesentlich vervollständigen.

Die obengenannten acht Universitäten hatten ein Lehrpersonal von zusammen 586 Personen (einschließlich der gymnastischen 2c. Lehrer), worunter sich 522 etatsmäßige und 64 außeretatsmäßige befanden. Die Beschaffung von inländischen Lehrkräften für die russischen Universitäten stößt immer noch auf mannigfache Schwierigkeiten. Das Ministerium der Volksaufklärung ist indessen mit Eifer für die Heranbildung eines ausreichenden Nachwuchses an Lehrern besorgt, wie andererseits auch immer neue Lehrstühle geschaffen werden. Bereits im Jahre 1875 war es gelungen, die Zahl der unbesetzten Stellen für Doctoren und Magister auf 17, die für andere Lehrkräfte auf 5 herabzumindern. Dies für Rußland, namentlich gegenüber den früheren Verhältnissen, sehr günstige Resultat war vorwiegend dadurch ermöglicht worden, daß im Vorjahre 70 junge Gelehrte den Doctor-, beziehungsweise den Magistergrad erhielten. Im Jahre 1875 waren weitere 89 Personen vorhanden, die theils auf russischen Universitäten (namentlich St. Petersburg), theils im Auslande (vorwiegend Deutschland) eine höhere wissenschaftliche Ausbildung und Vorbereitung für den künftigen Beruf eines Universitätslehrers suchten; 71 davon wurden auf Kosten der Regierung oder öffentlicher Fonds unterhalten oder doch wirksam unterstützt.

Anfang des Jahres 1875 waren auf den genannten Universitäten 5692 Lernende vorhanden, und zwar 5368 Studirende und 324 „freie Zuhörer". Von den Studirenden gehörten 1983 oder 37 Percent der medicinischen Facultät an, 1875 oder 35 Percent der juridischen, 472 oder 8 Percent der physico-mathematischen, 907 oder 18 Percent der historisch-philologischen; die übrigen (2 Percent) waren Theologen und Orientalisten (in Dorpat, beziehungsweise St. Petersburg). Gegen das Vorjahr war eine Abnahme der Zahl der Studirenden und Hörer um 321, beziehungsweise 82 zu constatiren; dieser Rückgang traf vorwiegend die juristische Facultät (334) und die historisch-philologische, während die medicinische und physico-mathematische eine Zunahme aufzuweisen hatten. Ein Rückgang der Zahl der Studirenden ist schon seit dem Jahre 1872 zu verzeichnen; erst in den allerletzten Semestern beginnt sie, sich wieder zu heben. Seit 1866 bis 1875/76 hat die Frequenz überhaupt und zum Theil recht erheblich zugenommen, so bei der Universität Odessa um 100 Percent, St. Petersburg um 87 Percent, Kasan um 76 Percent, Kiew um 46 Percent, während andererseits Moskau im Jahre 1875 16 Percent weniger Studirende hatte als 1866. Innerhalb der Facultäten waren die Schwankungen in der Zahl der Studirenden außerordentlich lebhaft. So betrug beispielsweise die Zahl der Juristen auf den genannten Universitäten, mit Ausnahme von Dorpat und Warschau, im Jahre 1866 1818, sie erhob sich im Jahre 1872 auf 2770 und fiel im Sommer 1875 wieder auf 1364. Dies sind sehr auffallende Schwankungen, die sich, zum Theil wenigstens, wie seitens des Ministers der Volksaufklärung geschieht, dadurch erklären lassen, daß nicht aus wissenschaftlichen, sondern aus rein praktischen Gründen (Aussicht auf baldige Anstellung) die zeitweilig sehr überfüllten Facultäten verlassen und mit den weniger besetzten vertauscht werden. Dorpat ist die einzige Universität, wo innerhalb der Facultäten in der gleichen Periode nicht wesentliche Schwankungen vorgekommen sind.

Das Universitätsstudium in Rußland ist vorwiegend ein Brotstudium. Der größte Theil der Studirenden ist von Haus aus unbemittelt und arm; viele unter ihnen beziehen die Universität ohne alle eigenen Mittel und verlassen sich lediglich auf Stipendien, Unterstützungen und etwaigen eigenen Verdienst durch Stundengeben, Copisten- und Secretärdienste. Letzteres ist im Allgemeinen wenig lohnend; in Kasan vermag ein Student durch Ertheilung von täglich 2—3 Stunden im Monat durchschnittlich nur etwa 10 Rubel zu verdienen; in Moskau werfen 3—4 Unterrichtsstunden des Tages im Monat etwa dreißig Rubel ab. Dagegen werden Stipendien und Unterstützungen sehr reichlich gewährt, wie auch die Befreiung vom Collegiengelde recht umfänglich ist. Im Jahre 1874 erhielten 1506 oder 28 pCt. aller Studenten Stipendien im Durchschnitt von je 233 Rubel und im Ganzen von 351,272 Rubel; weitere 2310 oder 43 pCt. aller Studenten erhielten zusammen 60.585 Rubel Unterstützungen in Einzelbeträgen von je 10 bis 100 Rubel. Daneben waren im ersten Semester 1874 noch 2215 oder 41 pCt. und im zweiten Semester 2027 oder 37 pCt. aller Studenten vom Collegiengelde befreit. Von obiger Summe der Stipendien und Unterstützungen (411,857 Rubel) flossen unmittelbar aus der Reichscasse 248,630 Rubel, der Rest aus öffentlichen und privaten Stiftungsfonds 2c.

Anläßlich einer im Jahre 1875 behufs Revision des Universitätsstatus vom Jahre 1863 unternommenen Enquete sind über die immer mehr zunehmende Armuth unter den Studirenden seitens der Professoren lebhafte Klagen geführt worden. Zum Schluß möge hier eine diesbezügliche Aeußerung in wörtlicher Uebersetzung folgen:

„Zu allen Zeiten", heißt es, „haben unsere Universitäten arme Studirende aufzuweisen gehabt; seit 10 Jahren jedoch hat sich in der studirenden Jugend ein wahres Proletariat herangebildet, dessen Vorhandensein natürlich nicht ohne Einfluß auf die Geistesrichtung und die Sitten der jungen Leute bleibt. Dieser Zuzug junger Studenten, die aller Existenzmittel bar sind, darf nicht zum kleineren Theile blos der außerordentlichen Leichtigkeit, mit der die zur Unterstützung des Universitätsstudiums vorhandenen Stipendien u. s. w. zu erlangen sind, zugeschrieben werden. Mit Recht sind daher schon oft Stimmen in dem Sinne laut geworden, daß unter diesen Umständen die Stipendien und Unterstützungen nicht mehr Mittel zum Studiren sind, sondern das „Studentsein" als Mittel, Geldunterstützungen zu erlangen, betrachtet wird, u. s. w."

Weise die Mißbilligung ihrer Regierung über eine angebliche Zunahme der Agitation auszudrücken, welche in Italien durch die Nationalitätenfrage hervorgerufen worden sei. Unsere Informationen lassen uns glauben, daß, nachdem keine diesfällige Agitation in Italien herrschte, der Vertreter des Königs in Wien keine Gelegenheit hatte, eine Erklärung in dem ihm zugeschriebenen Sinne abzugeben."

Oesterreichischer Reichsrath.

Wien, 11. December.

Abgeordnetenhaus. [illegible] Session. 216. Sitzung. — Präsident Dr. Rechbauer eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Das Haus ist gut, die Galerien sind ziemlich gut besucht.

Auf der Ministerbank: Auersperg, Lasser, Glaser, Stremayr, Chlumecky, de Pretis, Oberst Horst, Unger, Ziemialkowski.

Der Abg. Dr. Ad Weiß hat sich krank gemeldet.

Der Handelsminister unterbreitet den Handelsvertrag mit England (für die Dauer eines Jahres sammt Motivenbericht) zur verfassungsmäßigen Behandlung.

Der Finanzminister zeigt an, daß Karl Freiherr v. Korb-Weidenheim sein Mandat für die Centralsteuer-Commission niedergelegt habe.

Sectionsrath Schröckinger in dem Ackerbauministerium übersendet den Jahresbericht pro 1[illegible]

Justizminister Dr. **Glaser** beantwortet hierauf die Interpellation des Abgeordneten Kop[illegible] und Genossen in Betreff der in letzter Zeit vorgekommenen [illegible]ngsconfiscationen, welche nach wenigen Stunden von der Staatsbehörde wieder aufgehoben wurden. Der Minister sagt:

Durch die von mir eingezogenen Erkundigungen habe ich festgestellt, daß der von den Interpellanten erwähnte Vorgang in der That in den letzten Wochen [illegible] sich zugetragen habe. In einem der drei Fälle war die Beschlagnahme angeordnet worden, zu einer Zeit, als der Vorstand der Wiener Staatsanwaltschaft durch ein Amtsgeschäft außerhalb Wiens festgehalten wurde. Nach seiner Rückkehr vermochte der Staatsanwalt die Auffassung seines Stellvertreters nicht zu [illegible] und verfügte daher die Aufhebung der Beschlagnahme. In [illegible] anderen Fällen zeigte es sich sofort nach Verfügung der [illegible], daß derselbe Gegenstand, welcher die Beschlagnahme des Blattes veranlaßte, in anderen Blättern eine ähnliche, wenn auch minder schroffe Erörterung erfahren habe. Und um auch den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, sah sich der Staatsanwalt veranlaßt, die Verfügung noch in derselben Stunde zu widerrufen. An sich kann es nicht Mißbilligung verdienen, wenn Organe der Staatsanwaltschaft, sobald sie glauben, daß die Beschlagnahme einer Zeitung nicht hätte erfolgen sollen — es nicht erst auf die Entscheidung der Gerichte ankommen lassen, sondern freiwillig und ungesäumt den Zustand herstellen dessen Herstellung die gesetzlichen Bestimmungen über die Einholung der gerichtlichen Entscheidung bezwecken. Immerhin aber ist die Wiederholung solcher Vorgänge, welche überdies Ersatzansprüche gegen die Staatscasse begründen, auch vom Standpunkte der Staatsanwaltschaften nicht zu wünschen und ich zweifle daher nicht, daß die k. k. Staatsanwaltschaften schon in der verhältnißmäßig raschen Wiederholung des Vorgangs eine vollkommen genügende Warnung finden, ihre Umsicht und Achtsamkeit bei Lösung allerdings ungewöhnlich schwieriger Aufgaben zu verdoppeln und daß es in einer so ernsten und aufregenden Situation zu diesem Zwecke allerdings einer Verfügung meinerseits nicht bedarf.

Handelsminister Ritter v. **Chlumecky** beantwortet die Interpellation des Abg. Steudel in Betreff der Verweigerung der Concession für die Tramway zum Bau der Linie über die Elisabethbrücke und sagt:

Das Handelsministerium hat der Tramway keineswegs die Concession für die Trace über die Elisabethbrücke verweigert, sondern nur gegen die Trace Einwendungen erhoben, mit Rücksicht auf die große Frequenz der Elisabethbrücke und auf mögliche Unglücksfälle und Verkehrsstörungen. Das Handelsministerium hat die Tramway veranlaßt, eine andere Trace vorzuschlagen und darüber sind die Verhandlungen im Zuge. Die Regierung hat über ein Gesetz über die Concessionirung der Tramwaygesellschaften im Schoße der betheiligten Ministerien Berathungen gepflogen. Da aber ein dringendes Bedürfniß für die gesetzliche Regelung der Angelegenheit nicht besteht, hat die Regierung von der Einbringung des Entwurfes wieder abgesehen.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen und das Capitel, Ministerium des Innern „Wasserbau", in Berathung gezogen. Zu diesem Titel sind zum Worte vorgemerkt: Cresseri, Mieroszewsky, Blaas, Graf, Handel, Julius Czerkawsky.

Abg. **Cresseri** plaidirt in längerer Rede für die Etsch-Regulirung und stellt den Antrag, die Regierung wird aufgefordert, in den Voranschlag für Wasserbau im Jahre 1878 einen angemessenen Betrag für die Etsch-Regulirung einzustellen.

Abg Graf **Mieroszewski** nimmt das Wort, um Maßregeln gegen eine Ueberschwemmung bei Wieliczka anzuregen.

$^1/_4$1 Uhr. Die Sitzung dauert fort. — Abg. **Schrems** nimmt das Wort.

Steuerreformausschuß.

Wien, 10 December.

Beim § 20 des Einkommensteuergesetzes Alinea 2 und 3 wurde zum Schutze der Steuerträger gegen unnöthige Vexationen vom Referenten Dr. Beer mit dem Abg Fux infolge der von dem Letzteren in der früheren Sitzung angekündigten Anträge die folgende Fassung vereinbart:

„Findet die Commission die Angaben des Steuerpflichtigen über seine Einkommensverhältnisse unvollständig oder liegen gewichtige Bedenken bezüglich der Richtigkeit derselben vor, so ist sie berechtigt, von demselben auf bestimmte Fragen schriftlich oder mündlich Auskünfte zu verlangen. Doch ist hiezu ein förmlicher Beschluß der Commission unter Angabe der Gründe im Protokolle erforderlich. Unterläßt es der Steuerpflichtige, das Bekenntniß einzubringen oder verweigert er die Beantwortung der an ihn gestellten Fragen, so hat die Commission ohne Weiteres das Einkommen ziffermäßig festzustellen. Die Behörden und öffentlichen Organe sind verpflichtet, der Schätzungscommission auf bestimmte Fragen, welche die Einkommensverhältnisse des Steuerpflichtigen betreffen, Auskünfte zu ertheilen."

Diese ganze Fassung wird mit der vom Abg. Dr. Harant beantragten Einschaltung der Worte „innerhalb der bestimmten Frist" nach dem Worte „Bekenntniß" angenommen.

Bei § 21, welcher von der Art der Feststellung des Reineinkommens handelt, beantragt

Referent Dr. Beer zu lit. a an Stelle der Regierungsvorlage die folgende Fassung: „Für die Berechnung und ziffermäßige Feststellung des Einkommens haben nachstehende Grundsätze zu gelten:

1. Bei dem selbstbewirthschafteten Grundbesitz ist der Reinertrag, der aus den gesammten Land- und Forstwirthschaften lediglich, sowie aus den etwa damit verbundenen Fabricationszweigen, sowie Unternehmungen (Branntweinbrennerei, Brauereien, Mühlen, Ziegeleien, Kalkbrüche u. dgl.) gewonnen wird, als Einkommen anzusehen Bei verpachteten Grundbesitzungen stellt der wirklich erzielte Pachtzins mit Hinzurechnung etwaiger Natural- und sonstiger Nebenleistungen des Pächters und mit Abrechnung der dem Verpächter verbliebenen Lasten das Einkommen dar."

Abg. Krczeczunowicz beantragt, der Ausschuß möge die Debatte über § 21 insolange hinausschieben, bis beschlossen ist, welcher Nachlaß infolge des Einkommensteuergesetzes an der Grund- und Hausteuer einzutreten habe.

Es sprechen sich noch mehrere Redner, darunter Neuwirth und Dr. Brestel gegen die Vertagung aus. Der Finanzminister bemerkt, den Vertagungsantrag zu acceptiren, hieße die Steuerreform ins Unbestimmte hienausschieben. Die Regierung müsse im Interesse des Staatshaushaltes den größten Werth auf die baldige Durchführung dieser Reform legen, und es liege dies auch im Interesse des Hauses. Man könne allenfalls die Umlegung der Einkommensteuer mit der Einführung der andern Gesetze in Verbindung bringen, oder die dritte Lesung des Einkommensteuergesetzes bis nach Votirung der andern Gesetze vertagen, aber es sei dringend zu wünschen, daß wenigstens das Einkommensteuergesetz noch vor der Vertagung des Reichsrathes perfect werde, da auf diese Steuer schon für das Budget pro 1877 Bedacht zu nehmen sei.

Der Antrag Krczeczunowicz wird mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt. Zur obigen Fassung des Referentenantrages werden mehrere Amendements gestellt, welche auf die Exemplification der Fabricationszweige abzielen.

Es wird mit 14 gegen acht Stimmen beschlossen, Exemplification aufzunehmen und auch die Zuckerfabriken zu erwähnen. Im Uebrigen wird die obige Fassung des Referenten-Antrages vorbehaltlich der Einschaltung bezüglich der Propriation und sonstigen Realrechte angenommen, — mit der vom Abg. Krczeczunowicz beantragten Aenderung, daß statt des Wortes „damit" einzuschalten ist „mit dem Grundbesitze" verbundenen Fabricationszweigen.

Kleine Chronik.

Wien, 11. December.

(Personalnachrichten.) Der österreichische Gesandte der Niederlande, Heinrich Ritter v. Haymerle, ist hier angekommen und im „Grand Hotel" abgestiegen. — Der Statthalter von Tirol, Graf Taaffe, welcher am 8. d. hier eingetroffen ist, kehrt in den nächsten Tagen wieder auf seinen Posten nach Innsbruck zurück. — Der König von Baiern hat dieser Tage den Maximiliansorden für Kunst und Wissenschaft u. A. verliehen den Schriftstellern Berthold Auerbach in Berlin und Gottfried Keller in Zürich und dem Maler Franz Lenbach in München. Der Orden hatte im verwichenen Stiftungsjahr acht Mitglieder durch den Tod verloren. — Wie deutsche Blätter melden, ist der Begründer und langjährige frühere Chef-Redacteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", Dr. Augustin Braß, auf seinem Gute zu Wochowsee bei Beeskow in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag einem Schlaganfalle erlegen.

(Die Weihnachts-Post.) Die k. k. Postdirection erläßt folgende Kundmachung: Um die Hinausgabe der zu den Weihnachtsfeiertagen in bedeutender Anzahl bei den drei Abtheilungen des Frachtenabgabsamtes in Wien (Postgebäude am alten Fleischmarkt (für Adressaten in Wien einlangenden verzehrungssteuerpflichtigen Sendungen in rascher Weise bewerkstelligen zu können, werden sowie im Vorjahre auch heuer, für die bei der ersten und zweiten Abtheilung des Frachtenabgabsamtes ankommenden derlei Fahrpostgegenstände für die Zeit vom 20. December d. J. bis inclusive 2. Jänner 1877 besondere Lagerräume im Magazine 6 des k. k. Hauptzollamtes bestellt. Die Avisi und Abgabsrecepisse über die Sendungen, welche im vorgedachten Magazine abzuholen sind und für welche die Empfänger die Postbeförderungsgebühren zu entrichten haben, werden mit einem auf gelbem Papier ausgestatteten Coupon beklebt sein, auf dem speciell ersichtlich gemacht ist, daß diese Sendungen von den P. T. Parteien nach vorhergangener Berichtigung der Postgebühren zu Handen der im Hauptzollamte (dritten Bezirk, vordere Zollamtsstraße Nr 1) in dem unter der Einfahrt des Hauptthores rechtsseitig gelegenen Locale exponirten Postbeamten im Magazine 6 des Hauptzollamtes in Empfang zu nehmen sind. Dagegen werden den Avisi- und Abgabs-Recepissen über solche in demselben Magazine lagernde Sendungen, für welche der Aufgeber die Postbeförderungs-Gebühr entrichtet hat und daher vom Empfänger lediglich die Avisogebühr von 2 kr. zu entrichten ist, die Anweisungen, welche zum directen Bezuge der Sendungen berechtigen, beigegeben Die Avisogebühr per 2 kr. ist dem Briefträger bei der Einhändigung dieser Anweisungen zu bezahlen. Auch letztere sind mit einem Coupon versehen, welcher das zoll-, beziehungsweise verzehrungssteuerämtliche Magazin bezeichnet, in welchem die einschlägigen Sendungen ohne einen Aufenthalt bei der Postfrachten-Abgabsstelle direct in Empfang zu nehmen sind. Schließlich wird noch bemerkt, daß alle in der 3. Abtheilung des Frachtenausgabsamtes anlangenden verzehrungssteuerpflichtigen Post-Güter, dann die bei allen Abtheilungen des Frachten-Abgabsamtes einlaufenden Sendungen mit zollpflichtigem Inhalte auch während der Weihnachtswoche in der hauptzollämtlichen Expositur im Postgebäude am alten Fleischmarkt unter den gewöhnlichen Modalitäten in Empfang zu nehmen sein werden.

(Eine Liebestragödie.) Dem Pariser „Figaro" wird aus Nizza vom 7. December telegraphirt: Gestern Abends um 7 Uhr wurde eine 33 Jahre alte ungarische Dame, welche hier unter dem Namen einer Gräfin Laura Erdödy bekannt war, von einem Italiener durch einen Revolverschuß getödtet. Die Kugel war oberhalb des rechten Auges in die Stirn eingedrungen und die unglückliche Frau drei Stunden nach der That verschieden. Mastelloni schoß sich dann eine Kugel durch den Mund und sank neben seinem Opfer zu Boden. Man brachte ihn um 11 Uhr Abends in das Hospital, wo er heute Mittags ebenfalls verstarb. Der Schauplatz dieses zweifachen Dramas war das Speisezimmer der Gräfin Erdödy. Mastelloni war nach zweimonatlicher Abwesenheit gestern wieder in Nizza eingetroffen. Er lebte, wie man sagt, von der Hand in den Mund und hatte sich schon von der Gräfin unter dem Versprechen, sie zu heiraten, Geld ausgeliehen. Auf ihre Weigerung, ihm noch einmal auszuhelfen, hat Mastelloni sie und dann sich selbst getödtet.

(Phänomen.) Ein prachtvolles Phänomen zeigte sich letzten Mittwoch Morgens zwischen 6—7 Uhr in Szegedin und dessen Umgebung. Die das Firmament bedeckenden dichten Wolken schwammen förmlich in einem purpurrothen Lichtmeere. Um diese Morgenstunde ist es gegenwärtig bekanntlich noch vollkommen finster; die Leuchtkraft des Phänomens war jedoch so intensiv, daß während der Dauer desselben in den Straßen und selbst in den Zimmern fast Tageshelle herrschte. Die Naturscheinung währte nicht länger als zwei, bis vier Minuten, worauf es wieder finster wurde.

(Studenten-Allianz.) Vom hiesigen ungarischen Studentenverein, über dessen Constituirung wir kürzlich berichtet, ist ein Vertreter nach Budapest entsendet worden, um eine Cartelverbindung des Vereins mit dem dortigen akademischen Verein anzubahnen und gleichzeitig dem letzteren die von den hiesigen Collegen für die türkischen Verwundeten gesammelten Beiträge persönlich zu übergeben. — Was werden wohl die europäischen Cabinete zu dieser neuesten „Wendung" der ungarischen Studenten-Politik sagen?

(Die Mörder des Gendarmen Petrina.) Man schreibt aus Jungferteinitz unter dem 8. d.: Die Mörder des Gendarmeriepostenführers Johann Petrina von Jungferteinitz, die berüchtigten und bereits mehrmals abgestraften Stepanek von Pecinov, Dousa und Hora von Neudorf bei Municifat und Schulz von Neustraschitz wurden am 4. d. Nachmittags durch die Gendarmerie und einen Detectiv der Prager Polizei eingebracht. Da dieser Detectiv schon seit längerer Zeit und mit Erfolg sich verkleidet unter dieser Bande bewegte und alles Nöthige ausgeforscht hat, hatten die Verbrecher in der Nacht vom 4. auf den 5. d. ihre schauderliche That und mehrere Diebstähle beim Verhör in der Gendarmerie-Caserne eingestanden. Montag Vormittags wurden dieselben unter Gendarmerie-Escorte und bei einem ungeheuren Menschenandrange dem k. k. Bezirksgerichte Laun übergeben und nach wiederholtem Verhör, wobei sie wieder Alles eingestanden, nach Brüx abgeführt. Montag Nachmittags wurde auch der von den Mördern einstimmig angegebene Hehler, Zeiner aus Neustraschitz, eingebracht, welcher die gestohlenen Sachen, sowie auch das dem ermordeten Gendarmen Petrina abgenommene Gewehr von den Mördern gekauft haben soll. Derselbe ist bereits nach Brüx abgeführt worden.

(Von Cora Pearl.) Wir haben jüngst gemeldet, daß die berü—hmte Cora Pearl gegenwärtig in Berlin weilt. Wir entnehmen nun dortigen Blättern über den Aufenthalt der Dame an den Ufern der Spree folgende Einzelnheiten: Cora Pearl führt auf ihrem Ausflug nach Berlin ein ganzes Vermögen an Toiletten und an Juwelen mit sich. Sie hat es verstanden, reiche Ernte zu halten in der Zeit der sieben fetten Jahre und — sie hat auch gewußt, „das mühselig Erworbene" sich redlich zu erhalten. Ihre Toiletten und die Schmuckgegenstände, die sie zu dieser „Reise ins Milliardenland" mitgenommen, repräsentiren allein eine Summe von etwa drei bis vier Millionen Francs. Darunter ist eine Bijouterie — und Cora Pearl trägt gerade sie mit einer erklärlichen Vorliebe — die beinahe eine Art historischen Interesses besitzt. Es ist ein kostbares Bracelet, reich mit Diamanten verziert, das auf seiner Innenseite die Worte trägt: „Napoléon 9. Decembre 1868". Ihre Toiletten haben, wenn sie die Theater und den Circus von Berlin besucht, nicht verfehlt, ein wahres Staunen zu erregen. Es sind das vollkommen sensationelle Toiletten, wie man sie selbst in Berlin nicht zu sehen gewohnt ist und die Aufmerksamkeit des Publicums einer der letzten „Fatinitza"-Vorstellungen" war entschieden zwischen der Loge, welche die Pariser „Etrangère" barg und den Schicksalen des Lieutenant Wladimir-Fatinitza getheilt. Uebrigens würde man sich täuschen, wollte man glauben, daß diese Toiletten und diese Juwelen das einzige Besitzthum dieser Königin der Halbwelt wäre. Sie hat auch einen entschieden praktischen Sinn für das „Reelle". Besonders für immobilen Besitz hegt sie ein augenscheinliches Tendre. Ihr Hotel in Paris, in der Nähe der Champs Elysées gelegen, ist ein Muster des feinsten Luxus, der schönsten Ausstattung. Selbst ein gewisser Sinn für das Künstlerische läßt sich ihr nicht absprechen, ebenso wenig wie ein Geschmack, um den sie manche Vollblut-Herzogin beneiden könnte. Davon legen auch ihre Equipagen Zeugniß ab, in denen man sie auf den Promenaden um den See des Boulogner Wäldchens tagtäglich, so lange die Saison das mit sich bringt, einherfliegen sehen kann. Ihren Hausstand in Paris bilden nicht weniger als sechszehn Domestiken, die Kutscher und den Jockey ungerechnet. Außerdem besitzt sie eine Villa in der Nähe von Paris und zwei in der Nähe von Orleans. Uebrigens könnte Madame Cora Pearl, wenn anders sie es liebte, ihren Handlungen ein legitimes Mäntelchen umzuhängen, auch für ihre Reise nach Berlin einen recht plausiblen Grund angeben. Eine ihrer Schwestern — sie besitzt insgesammt fünf Geschwister — ist in Berlin verheiratet und lebt in sehr glücklicher Ehe. Allerdings unterhalten die beiden Schwestern keine Beziehungen mit einander. Auch sonst könnte sie, wenn sie eine solche Neigung verspürte, sich sehr wohl, wie manche ihrer Vorgängerinnen in das Refugium geregelter socialer Verhältnisse flüchten. Mehr als ein altadeliger Name, mehr als eine Grafenkrone ist ihr angeboten worden — sie hat sie alle mit großer Consequenz ausgeschlagen. Das Leben, das sie so viele Jahre hindurch geführt, hat ihren Reiz für sie. Uebrigens ist die Dame internationaler, als man dies von ihr weiß. Daß sie eine Zeit lang in Petersburg gelebt hat, wurde damals bekannt. Weniger bekannt ist es, daß man sie in London zu den gefeiertsten Reiterinnen zählt, die jemals ihr Rößlein auf den Promenadewegen des Hyde-Parks getummelt haben, daß sie für den Sport ein seltenes Verständniß besitzt. Allerdings besitzt sie da nur eine ererbte Eigenschaft. Cora Pearl ist eine Engländerin von Geburt und Französin nur von Neigung und — Beruf.

(Aus dem Vatican.) Der Papst hat den Posten eines Präfecten der apostolischen Paläste, welchen zuletzt Cardinal Antonelli mit einem Gehalte von 10.000 Scudi inne hatte, aufgehoben.

(Fünfzigjähriges Bischofs-Jubiläum des Papstes.) Zur Feier des auf den 13. Juni 1877 fallenden fünfzigjährigen Bischofs-Jubiläums Pius IX. werden großartige Vorbereitungen getroffen und hat sich zu diesem Behufe ein specielles Comité, insbesondere zur Begehung der religiösen Feier in der Basilica von San Pietro in Vincoli, woselbst Se. Heiligkeit vor 50 Jahren die Bischofsweihe erhielt, gebildet. Dieser Tage wurde diese Festcommission vom Papste in specieller Audienz empfangen und nachdem Pius IX. den Herren für den Gedanken einer besonderen Feier dieses Tages gedankt, erinnerte er daran, wie im Jahre 1827 auf jenen Tag die Pfingstfeiertage fielen, und wie Gott ihm damit sozusagen andeuten wollte, daß auch er nach fünfzig Jahren Gefangener sein würde, quasi ähnlich wie Petrus, vor dessen heiligsten Fesseln er das volle Priesterthum erhalten habe. Pius IX. sprach endlich die Hoffnung aus, daß aus diesen Festen eine Erfrischung des Glaubens und eine Ermunterung zur Frömmigkeit, deren es in den gegenwärtigen Zeiten unter den Völkern so sehr bedürfe, ableiten möchten.

(Die Funde in Olympia und Mykenae.) Aus Athen, 5. December, werden nachstehende Mittheilungen über die Schliemann'schen Ausgrabungen in Mykenae gemacht. Gestern telegraphirte Dr. Demetriades von Olympia an Herrn Eustratiades, daß eine Statue der Minerva, in Lebensgröße, von edler Kunst, vollständig erhalten, daselbst gefunden worden. Außer den schon mitgetheilten sind neue Berichte, sowohl von Schliemann als von Stamatakis, hieher gelangt, die von weiteren ganz märchenhaften Funden melden. Am 13./25. November telegraphirte Stamatakis, es möchte ein Mitglied der archäologischen Gesellschaft dahin geschickt werden, das Gefundene sei ein unschätzbarer archäologischer Schatz. Es sei auch nöthig, daß eine Abtheilung Soldaten unter Führung eines tüchtigen Officiers in Mykenae stationirt werde. Darauf hin reiste sogleich Herr Professor S. Phintikles mit einem Aufseher hin, um auch bald Zeuge neuer Funde zu werden. Alles soll in kürzester Zeit nach Athen geschafft werden. Die Telegramme Schliemann's lauten folgendermaßen: Argos, 17./29. November, 9 Uhr Vormittags. Aus demselben Grabe, in dem die in meinen früheren Telegrammen angeführten Schätze gefunden wurden, habe ich gestern noch herausgefördert einen großen goldenen Helm, zwei große goldene Diademe, einen großen goldenen Frauenkamm, einen goldenen Brustschmuck, drei große goldene Masken, die eine davon noch mit den Schädelknochen, zwei kleine goldene Gefäße, zwei Goldgefäße mit einer Handhabe, einen großen goldenen Cantharus

[illegible] & [illegible]:
I., [illegible]gasse 5.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.
Manuscripte werden nicht zurückgegeben.
Unverlangte [illegible] Reclamationen sind portofrei.

Ankündigungs-Bureau und Haupt-Expedition:
I., Wollzeile 22.
Insertionspreis nach aufliegendem Tarif.
Annoncen aus Frankreich, Belgien, Holland und England übernehmen ausschließlich die Herren G. L. Daube & Co. in Paris, Frankfurt a. M., Berlin 2c.

Einzelverkauf:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr., Montag-Morgen-Ausgabe 3 kr.

(Abend-Ausgabe.)

Deutsche Zeitung.

Herausgeber: Heinrich Reschauer.

[illegible]
[illegible]:
[illegible] . . . . . fl. [illegible]
[illegible] . . . . . fl. [illegible]
[illegible] . . . . . fl. [illegible]
[illegible] . . . . . fl. 1
Mit Zustellung in's Haus:
[illegible] . . . . . fl. 21.60
[illegible] . . . . . fl. 10.80
[illegible] . . . . . fl. 5.40
[illegible] . . . . . fl. 1.80

Abonnement für das Inland:
[illegible] einmaliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl.
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl.

Abonnement für das Ausland: Vierteljährig: Für Budapest und Umgebung bei Herrn A. Lappert jun. in Budapest, Waitzen Boulevard im Handelsakademie-Gebäude, fl. 6.— ö. W. bei einmaliger, fl. 7.— ö. W. bei zweimaliger Postversendung; für Deutschland beim nächsten Postamte 10 Mark 30 Pfennige, bei uns mit directer Kreuzbandversendung fl. 9.— ö. W.; für die Schweiz 18 Francs 30 Cent., bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Italien 25 Francs, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Frankreich bei uns fl. 9.90 ö. W.; für England bei dem Postamte in Köln 16 Mark 50 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Spanien und Portugal bei dem Postamte in Köln 18 Mark 52 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; nach den Donaufürstenthümern bei uns fl. 9.— ö. W.; für Griechenland bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Nordamerika bei dem Postamte in Köln 18 Mark 20 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Brasilien und Mexiko bei dem Postamte in Köln 27 Mark 90 Pfennige.

Nr. 1777. Wien, Montag 11. December 1876.

Politische Rundschau.

Wien, 11. December.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Handelsminister den Entwurf des mit England auf die Dauer eines Jahres abgeschlossenen Handelsvertrages ein. Sodann beantwortete der Justizminister Dr. Glaser jene am 1. December vom Abgeordneten Dr. Kopp und 101 Genossen an ihn gerichtete Interpellation, welche durch die mehrmals erfolgten Confiscationen der „Deutschen Zeitung" mit darauf folgender Freigebung der confiscirten Nummern veranlaßt worden war. Der Minister machte für die bezüglichen Vorgänge allerhand vor ihm vorgebrachte Entschuldigungen geltend, ließ sein Bedauern über das Vorgefallene höchstens errathen und sprach die Erwartung aus, daß die Staatsanwaltschaften in ihrem eigenen Interesse eine Wiederholung solcher Vorgänge vermeiden würden. Eine specielle Verfügung zu treffen, lehnte er — wir müssen dies im Hinblick auf die Aeußerungen des Ministers Unger über die Staatsanwaltschaften bedauern — ab. Sodann beantwortete der Handelsminister Chlumecky die vor einiger Zeit vom Abgeordneten Steudel gestellte Interpellation in Bezug auf die Tramway-Linie über die Elisabethbrücke in Wien und über die Erlassung eines Pferdebahn-Gesetzes. Es wurde hierauf die Special-Debatte über den Voranschlag des Ministeriums des Innern (Wasserbauten) fortgesetzt.

Die bislang beharrlich geleugneten Ministerkrisen in beiden Reichshälften dauern fort. Das Organ des Herrn v. Tisza ist es, welches diese Meldung veröffentlicht (siehe Telegramm), mit dem Beifügen, daß die Ursache dieser Krise in der Weigerung der ungarischen Regierung liege, eine neue Lösung der Bankfrage zu discutiren. Die Krisis ist danach nicht etwa jetzt erst, sondern schon früher entstanden, und dauert fort. Diese Thatsache mit den mysteriösen Lasser'schen Enthüllungen über die Bank-Stipulationen übereinstimmend zu machen, wird wohl etwas schwer halten. Auf Einer Seite wenigstens muß es um die bona fides schlecht stehen. Auf welcher?

Roma locuta est. In der Olmützer Domcapitelfrage ist, wie bereits in unserer Sonntags-Nummer telegraphisch berichtet wurde, seitens der Congregation zu Rom eine principiell zu Gunsten der Berechtigung der Nichtadeligen entscheidende Entschließung erfolgt. Die Congregation hat der „Neuen Zeit" zufolge anerkannt, daß das Erforderniß des Adels nicht stiftungsmäßige Bedingung sei und daß demnach bei der Besetzung der erledigten Stellen das Adelserforderniß wegzufallen habe. Um sich aber dem ultramontan-feudalen Adel nach Möglichkeit gefällig zu zeigen, hat dieselbe hinzugefügt, daß „aus Billigkeitsgründen" für den Adel einige Stellen zu eximiren seien. Da man sich herbeigelassen hat, in Rom wegen der Auslegung unserer Staatsgrundgesetze, welche die Garantie enthalten, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich seien, anzufragen, so darf es nicht überraschen, daß man sich dort herausnimmt, zu entscheiden, was billig und anständig ist.

Die kriegerischen und friedlichen Nachrichten halten heute einander die Wage, und die profane Menschheit mag aus dem gebotenen Material das ihr Zuträgliche heraussuchen. Der „Nord" erklärt, Rußland betrachte die Occupation nicht als conditio sine qua non, das heißt das Petersburger Cabinet verzichtet auf den Krieg mit der Türkei. Andererseits aber meldet die Agence Havas, daß „nur in Betreff der Garantiefrage" unter den Mächten „divergirende Anschauungen" bestehen. Die Garantiefrage bildet aber den Schwerpunkt der Situation. Rußland gibt vor, daß seine Intervention in Bulgarien lediglich den Zweck habe, wirksame Garantien für die stricte Durchführung der Reformen zu erlangen. Nach einem Wiener Telegramm der „Allg. Ztg." erklärte die Pforte feierlich, sie könne in die Lage versetzt werden, einer von dem gesammten Europa beschlossenen Occupation weichen zu müssen, aber annehmen werde sie dieselbe niemals. Aus dieser Erklärung ginge indirect hervor, daß die Pforte vor einer einseitigen Intervention Rußlands nicht zurückweichen würde, was mit den bisherigen Dispositionen des Divans übereinstimmt.

Während General Ignatieff den Conferenz-Berathungen obliegt, vernachlässigt er darob nicht seine übrigen Geschäfte. Unser Special-Correspondent in Constantinopel gibt uns Kunde von einer entdeckten Verschwörung, welche das Ziel verfolgte, den im Tscheragan-Palaste internirten Ex-Sultan Murad zu befreien. Die Geschichte hat einen romantischen Anstrich. Die Verschwörer trugen persische Weiberkleider. Sie wurden verhaftet, und aus ihren Aussagen geht hervor, daß sie durch den russischen Botschafts-Secretär Onou gedungen wurden. So weit die Mittheilungen unseres Correspondenten. Dieselben finden durch ein inzwischen eingelangtes Telegramm des Correspondenz-Bureaus ihre Bestätigung. Danach hatten die Verschwörer den Plan, den Ex-Sultan nach Odessa zu bringen. Gleichzeitig sollte Midhat Pascha ermordet werden. Beides mißlang. Aber dieses Conferenz-Intermezzo zeigt, mit welchen Waffen von gewisser Seite gegen die Türkei operirt wird.

Die Nachricht der „Wiener Abendpost", daß, falls die Vertreter der andern Mächte mit den Garantien zufrieden seien, welche ihnen die Türkei auf ihr Verlangen zu geben habe, Rußland vielleicht sich mit der Besetzung Serbiens begnügen und dieselbe so lange fortdauern lassen werde, bis [illegible] an der wirklichen Durchführung der Reformen [illegible] seien, findet, wie man der „Köln. Ztg." aus Berlin schreibt, wenig Glauben. Daselbst überwiegt allgemein die Ansicht, daß Rußland in einen Krieg eintreten werde, den ihm die Mächte so sehr erleichtert haben, indem sie im voraus ihre Neutralität verkündigten. Nach der „Vossischen Ztg." hat die russische Regierung in dem letzten französischen Kriege erbeutete Chassepot-Gewehre in Berlin angekauft und schon absenden lassen.

Auch Rumänien bereitet sich auf den Krieg vor. Die Bukurester Regierung soll gesonnen sein, bei einem etwaigen Durchmarsch der Russen durch Rumänien Protest zu erheben und ihre Armee in die vom Durchmarsch nicht berührten Landestheile zurückzuziehen. Der Tapfere weicht muthig zurück.

In Moskau ist eine öffentliche Zeichnung im Gange, welche den Zweck hat, die Kosten der Equipirung einer Anzahl Fahrzeuge als Kaperschiffe zu bestreiten. Die Mannschaften dieser Schiffe werden hauptsächlich aus Amerikanern zusammengesetzt sein.

Die Rede des Fürsten Bismarck im deutschen Reichstage läßt in den Augen des „Golos" keinen Zweifel mehr zu bezüglich der Absichten Deutschlands in Sachen der Orientfrage. „Eine Rußland sympathische Neutralität, die Bereitschaft, ihm im Falle einer ernsten Gefahr zu Hilfe zu kommen, und die feste Entschlossenheit, in dem eventuellen Kampfe des Vertheidigers der türkischen Christen mit ihren Bedrückern die Intervention Niemandes zuzulassen — das sind," sagt der „Golos", „die Grundzüge einer Politik, die alle Erwartungen befriedigen muß, welche Rußland auf seinen Nachbar setzen konnte, dem es in dem für jeden deutschen Patrioten denkwürdigen Jahre 1870 [illegible] geleistet hat. Die Erklärung des Fürsten [illegible] stellt endlich die Orientfrage auf den Boden, auf welchem wir wünschen, daß sie stehen soll. Diese Erklärung benimmt England jede Hoffnung auf Bildung einer anti-russischen Coalition und zwingt es, entweder die Türkei mit seinen isolirten Kräften zu unterstützen, oder sich mit dem Gedanken an die Nothwendigkeit zu versöhnen, daß auf der Balkan-Halbinsel eine derartige Ordnung der Dinge eingeführt werde, wie sie Rußland zu einer dauerhaften Pacification der christlichen Provinzen des türkischen Reiches für nothwendig erachtet."

Ueber den Ausgang der französischen Ministerkrisis ist zur Stunde noch nichts bekannt.

Tagesneuigkeiten.

Wien, 11. December.

[Personal-Nachrichten.] Aus Florenz wird gemeldet, daß Don Carlos daselbst unter dem Namen „Fuentes" geweilt habe, von dort nach Rom gegangen und vom Papste empfangen worden sein soll. Weiter geht das Gerücht, daß er sich von Rom nach Constantinopel begeben wird, um das Commando eines Baschi-Bozuks-Corps zu übernehmen. — Der österreichische Gesandte in den Niederlanden, Heinrich Ritter v. Haymerle, ist gestern Abends hier angekommen und im „Grand Hotel" abgestiegen. — Auf seinem Gute zu Wochowsee bei Teltow ist der Begründer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und ehemalige Eigenthümer der „Post", Dr. August Braß, gestorben. Der Verstorbene gehörte bekanntlich im Jahre 1848 zu den rothesten Republikanern, wurde geächtet und flüchtete nach Paris. Nach seiner Amnestirung kehrte Braß nach Berlin zurück und trat in die Dienste der Reaction. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie in sehr günstigen Vermögensverhältnissen. — In Genua ist Giovanni Serrai, der Nestor der italienischen Orchester-Directoren, gestorben.

[Fünfzigjähriges Bischofs-Jubiläum des Papstes.] Zur Feier des auf den 3. Juni 1877 fallenden fünfzigjährigen Bischofs-Jubiläums Pius' IX. werden seitens der Clericalen großartige Vorbereitungen getroffen, und hat sich zu diesem Behufe ein specielles Comité, insbesondere zur Begehung der religiösen Feier in der Basilica von San Pietro in Vincoli, woselbst Se. Heiligkeit vor fünfzig Jahren die Bischofsweihe erhielt, gebildet. Dieser Tage wurde diese Fest-Commission vom Papste in specieller Audienz empfangen, und nachdem Pius IX. den Herren für den Gedanken einer besondern Feier dieses Tages gedankt, erinnerte er daran, wie im Jahre 1827 auf jenen Tag die Pfingstfeiertage fielen und wie Gott ihm damit sozusagen andeuten wollte, daß auch er nach fünfzig Jahren Gefangener sein würde, ähnlich wie Petrus, vor dessen heiligsten Fesseln er das volle Priesterthum erhalten habe. Pius IX. sprach endlich die Hoffnung aus, daß aus diesen Festen eine Erfrischung des Glaubens und eine Ermunterung zur Frömmigkeit, deren es in den gegenwärtigen Zeiten unter den Völkern so sehr bedürfe, erwachsen möchten. — Der Papst hat den Posten eines Präfecten der apostolischen Paläste, welchen zuletzt Cardinal Antonelli mit einem Gehalte von jährlich 10.000 Scudi innehatte, aufgehoben.

[Juristische Gesellschaft.] Am 18. d., Abends um 7 Uhr, findet in dem akademischen Senats-Saale eine Versammlung der Juristischen Gesellschaft statt. Herr Dr. Heinrich Jaques wird den ersten der in Aussicht gestellten drei Vorträge: „Ueber internationales Recht" halten. Das Thema ist: Einleitung. Gemeinsames Wechselrecht.

[Ermordung einer angeblichen Gräfin Erdödy.] Dem „Figaro" wird aus Nizza vom 7. d. telegraphirt: „Gestern Abends um 7 Uhr wurde eine 33 Jahre alte ungarische Dame, welche hier unter dem Namen einer Gräfin Laura Erdödy bekannt war, von einem Italiener durch einen Revolverschuß getödtet. Die Kugel war oberhalb des rechten Auges in die Stirn eingedrungen und die unglückliche Frau drei Stunden nach der That verschieden. Mastelloni — so hieß der Thäter — schoß sich dann eine Kugel durch den Mund und sank neben seinem Opfer zu Boden. Man brachte ihn um 11 Uhr Abends in das Hospital, wo er heute Mittags ebenfalls starb. Das Schauspiel dieses zweifachen Dramas war das Speisezimmer der Gräfin Erdödy. Mastelloni war nach zweimonatlicher Abwesenheit gestern wieder in Nizza eingetroffen. Er lebte, wie man sagt, von der Hand in den Mund und hatte sich schon von der Gräfin unter dem Versprechen, sie zu heirathen, Geld geliehen. Auf ihre Weigerung, ihm noch einmal auszuhelfen, hat Mastelloni sie und dann sich selbst getödtet." — Dieselbe Nachricht ist dem „Fanfulla" in Rom zugegangen.

[Ein Amerikamüder.] Der Hobokener Polizei stellte sich jüngst ein junger Oesterreicher, Namens Leopold Horak, und legte das Geständniß ab, daß er früher Bank-Cassirer in Prag gewesen sei, einen ausschweifenden Lebenswandel geführt und dabei Gelder, die er aus der Bank gestohlen, verpraßt habe. Schließlich habe er aus Furcht vor Entdeckung und Verhaftung weitere 1000 Dollars aus der Bank genommen, die er in der Hoffnung, das Verlorne im Spiel wieder gewinnen zu können, verspielte, worauf er nach Amerika entflohen sei. Seit seinem Hiersein habe er keine Beschäftigung gefunden, und da er sich ohne Geldmittel und in beständiger Angst vor Entdeckung befinde, ziehe er es vor, sich selbst anzugeben. Man schickte ihn zum österreichischen Consul in New-York. Dort stellte sich die Unwahrheit seiner Angaben heraus, sowie daß er die Geschichte nur zu dem Zwecke erfunden hatte, um unentgeltlich nach Deutschland zurückbefördert zu werden. Der Vertreter Oesterreichs weigerte sich, den angeblichen Fälscher den Armen der vaterländischen Justiz zu überliefern, und betrübten Herzens mußte der junge Mann seiner Wege gehen.

[Der Theaterbrand in Brooklyn.] Einer Depesche der „Times" vom 7. d. zufolge sind bis jetzt aus den Ruinen des Theaters 326 Leichen geborgen worden, die weitern Nachsuchungen nehmen ihren Fortgang. Die jetzt eingeleitete Untersuchung über den Ursprung des Feuers zeigt, daß die Feuerlösch-Utensilien auf der Bühne höchst mangelhaft waren und daß das Feuer bald hätte überwältigt werden können, wenn gehörige Vorsichtsmaßregeln getroffen worden wären. Einige Zeugen behaupten, daß, so weit ihre Kenntniß reiche, weder Wasser noch Schlauch vorhanden waren. Man glaubt, daß alle Personen, die sich auf den Galerien befanden, umgekommen sind, weil die Treppen einstürzten und jeden Ausgang versperrten.

[Betrogene Erben.] Am 19. März d. J. starb der ehemalige Handlungsbuchhalter Anton Walcher, der bei dem Schuhmachermeister Anton Molles auf der Wieden gewohnt hat, eines plötzlichen Todes. Bei der Aufnahme des Nachlasses des Verstorbenen wurde ein Vermögen von nahezu 10.000 fl. vorgefunden, [illegible] von Seite der anwesenden Erben die Vermuthung ausgesprochen, daß einige Staatsschuldverschreibungen, von deren Vorhandensein er Kenntniß erhalten, abhanden gekommen sein müssen. Wenn überhaupt eine gesetzwidrige Handlung begangen worden war, so konnte dieselbe nur von dem früher erwähnten Schuhmachermeister Molles verübt worden sein. Da dieser jedoch ebenso kümmerlich fortlebte wie bisher, so schwand der Verdacht. Und doch hatte er sich drei Stück Silberrente à 1000 fl. und drei Stück à 100 fl. angeeignet. Da die Nummern der fehlenden Werthpapiere bekannt waren, so war es nicht schwer, dem Thäter auf die Spur zu kommen. Die Obligationen waren nämlich in der Wechselstube der Escompte-Gesellschaft von dem Sollicitator des Dr. Sterzinger, Christian Bareuther, verkauft worden und

[illegible]faure hat das Portefeuille des Innern Jules Simon angetragen, der jedoch erklärt haben soll, er getraue sich nicht, eine Majorität in der Kammer zu gewinnen, wenn derselben nicht wenigstens durch die Entlassung des Kriegsministers eine Genugthuung gegeben werde

Gladstone auf der National-Conferenz.

In englischen Blättern finden wir den Wortlaut der Rede, welche Herr Gladstone auf der am 9. d. [illegible] der orientalischen Angelegenheiten in der St. [illegible] stattgefundenen „National-Conferenz" gehalten hat. Der [illegible]malige Premier bemerkte, nach seinem Dafürhalten würde die Conferenz alle Diejenigen enttäuschen, die der Meinung seien, daß das englische Volk fast einstimmig geneigt sei, die traditionelle Politik einer Aufrechthaltung der Türkei zu verfolgen. Anlaß zu der gegenwärtigen Kundgebung habe der Umstand geliefert, daß die Macht, das Ansehen und der Einfluß Englands für einen Zweck angewendet worden, der in directem Widerspruche mit den Ueberzeugungen des Landes stehe. (Cheers.) Es lasse sich nicht leugnen, daß die Politik der Regierung auch einige hoffnungsvolle Phasen darbiete, aber im Allgemeinen sei sie zweideutig, und es sei nothwendig, diese Zweideutigkeit aus dem Wege zu räumen. Zunächst kam Gladstone auf die jüngsten Erklärungen des Earls von Beaconsfield zu sprechen. Das Cabinet, meinte er, habe wenig oder gar nichts mit diesen Aussprüngen zu schaffen, und von dem Ende der letzten Parlamentssession bis auf die neueste Zeit sei das Land in der Hauptsache [illegible] durch den entschlossenen und zähen Geist des Premier-Ministers geleitet worden. Der Einfluß der Gräuel-Meetings zeigte sich in der in Aylesbury gehaltenen Rede, und die That[sache], daß England Pflichten gegen die christlichen Unterthanen der Pforte zu erfüllen habe, wurde in der Rede beim Guildhall-Bankett eingeräumt. Das letztere Zugeständniß stünde im gänzlichen Widerspruche mit der frühern Nichteinmischungs-Doctrin der Regierung, aber dann heiße die Aufrechterhaltung des Pariser Vertrages ein Zurückgehen auf die alte Theorie der Bewahrung des status quo. Diesen Vertrag habe die Pforte in der schreiendsten Weise verletzt und mit Füßen getreten. (Laute Cheers.) Sie sei demnach nicht befugt, an diesen Vertrag zu appelliren. Die Phrase „Territoriale Integrität" schließe nicht die Ausübung einer souveränen und unbegrenzten türkischen Gewalt in sich; ja, unter dem Schirm der Suzeränetät der Pforte seien thatsächlich unabhängige und friedliche Staaten entstanden. Etwas Anderes sei die Unabhängigkeit der Türkei, und gegen diese Unabhängigkeit protestire er. Er protestire auch gegen die kriegerischen Auslassungen des Premier-Ministers in der Guildhall, sie waren müßig und unheilvoll. Die Pforte habe lange Zeit in einem Narrenparadiese gelebt und ihre ganze Hoffnung darauf gesetzt, England werde ihr in der äußersten Noth seinen Beistand nicht versagen. Dieser Glaube der Türkei übe einen großen Einfluß auf die Chancen von Frieden oder Krieg. Aber habe der Türke nicht Recht, auf den Beistand Englands zu zählen? Was bedeutet z. B. die Entsendung der Flotte nach der Besika-Bai? Welche britischen Interessen hatte die Regierung in der Besika-Bai zu schützen? Es wäre interessant, zu wissen, ob die Guildhall-Rede einen Theil der Instructionen Lord Salisbury's ausmache. Sollte Lord Salisbury im Geiste dieser Rede handeln, so würde er die Erwartungen täuschen, die alle seine Freunde in ihn setzen. Von dieser Rede müsse er getrennt werden. Er müsse in Constantinopel die Ehre und nicht die Schande Englands repräsentiren, denn die Macht und der Einfluß, die dem Namen Großbritannien mit Recht gebühren, dürfen nicht als eine Hilfskraft zur Unterstützung von Tyrannei und Corruption gebraucht werden. (Cheers.) Zur Besprechung der bulgarischen Gräuel übergehend, erklärte sich Gladstone dagegen, eine Rache im Großen dafür zu nehmen. Die Grausamkeiten dauerten noch immer fort, obwohl nicht mehr in der massenhaften Weise wie früher. Die türkische Regierung habe die letzte Stufe ihrer moralischen Verkommenheit erreicht: Stolz, Arroganz, Grausamkeit, Gemeinheit, Betrug und Falschheit bildeten das Register ihrer Laster. Alle türkischen Verfassungs-Entwürfe und Reformen müßten als müßige Versprechungen, wenn nicht als elende Täuschungen (Cheers) betrachtet werden. Die Oberhoheit der türkischen Regierung in Bosnien, Bulgarien und der Herzegowina müsse aufhören (laute Cheers), sonst seien alle Meetings, Conferenzen und Unterhandlungen vergebens. Eine fremde Intervention irgend einer Art sei eine absolute Nothwendigkeit, aber er (Gladstone) wolle es nicht auf sich nehmen, die Frage zu lösen, ob eine militärische Occupation, sowie eine Entwaffnung der Bevölkerung das zweckmäßigste Verfahren sein würden. Die Glückseligkeit jener Provinzen müßte durch Institutionen garantirt werden, die unabhängig von der Willkür der Pforte seien. Eine fremde Intervention, sei dieselbe nun civiler oder militärischer Art, oder beides zusammen sei unerläßlich, aber sie müßte strict provisorisch sein. Die Angelegenheit werde niemals geregelt [illegible] so lange nicht die [illegible] christlichen Provinzen im Besitze einer vollkommen [illegible] Autonomie [illegible] Alles Andere würde temporär und unvollständig sein und Versuchungen wie Intriguen die Thüre öffnen. Rußland finde in England jetzt kaum die Gerechtigkeit, die es verdiene, denn England an Rußlands Stelle würde die Türkei [illegible]weise schon längst aufgegessen haben. Doch sei es [illegible], daß Rußland eifersüchtig überwacht werde, und die [illegible] Methode für England, Rußland oder Oesterreich zu überwachen sei, mit diesen Mächten zusammen um die Zuneigung der christlichen Bevölkerung des Orients zu buhlen. (Cheers. [illegible] — fuhr der Redner fort — ist mein Specificum, und das sollte uns dazu verleiten, genau das Gegentheil von Allem zu thun, was von der Regierung gethan worden ist. Verdammen wir nicht Serbien und sagen wir nicht: Der Krieg, auf den es sich einließ, war der gottloseste, den Menschen kennen. (Hört! Hört!) Seien wir nicht der Ansicht, daß die Gräuelthaten in Bulgarien die Folge der Invasion Bulgariens waren. (Hört! Hört!) Verbreiten wir nicht die Lehre, daß die Rebellion in Bulgarien und der Herzegowina das Werk fremder Emissäre war. Durch ein solches Verfahren entfremden wir uns die Herzen dieser Völker und treiben sie in die Arme Rußlands. Es ist dies in einigem Grade schon geschehen. Ich weiß nicht, ob es zu spät ist, den Irrthum, ich möchte fast sagen: das Verbrechen, wieder gutzumachen; aber laßt uns unsere Hände davon reinwaschen und Diejenigen ermuntern, die ein hochherzigeres und klügeres Verfahren empfehlen. Im Orient geht das große Werk der Befreiung vor sich. Die Welt glaubt, die bloße Anzeige davon, daß ein solches Befreiungswerk im Gange sei, würde England bewogen haben, sich in erster Reihe an dessen Förderung zu betheiligen. Welches Verfahren sollen wir einschlagen? Sollen wir demselben Widerstand bieten? Sollen wir uns jeder Mitwirkung enthalten? Nein, sage ich, laßt uns dasselbe mit ganzer Seele und mit unserer ganzen Macht fördern! Ist dies nicht Englands Sache? Es ist auf die Abschaffung des Sklavenhandels hingewiesen worden; aber ich freue mich, zu denken, daß wir zum mindesten in diesem Zwecke endlich einen furchtbaren Nebenbuhler im Felde haben, und dieser Nebenbuhler ist der Kaiser von Rußland. Wir sprechen von überlieferter Politik. Es ist die überlieferte Politik dieses Landes, den Türken zu unterstützen. Ich weiß nicht, wo die überlieferte Politik im Jahre 1826 war, als Canning seine Vereinigung mit dem Kaiser von Rußland bildete. Ich weiß nicht, wo sie im Jahre 1827 war, als die Schlacht von Navarin geliefert wurde; aber so viel weiß ich, es gibt eine höhere und breitere traditionelle Politik, und diese traditionelle Politik Englands steht nicht im Bunde mit Schuld, sondern empfindet Theilnahme für leidende Schwäche. (Laute Cheers.)

Aus dem Steuer-Reform-Ausschusse.

Wien, 11. December.

Der Steuer-Reform-Ausschuß berieth in seiner Sitzung vom 9. d. den §. 20 des Einkommensteuer-Gesetzes („Prüfung der Bekenntnisse") Bei Alinea 2 und 3 wurde zum Schutze der Steuerträger gegen unnöthige Vexationen vom Referenten Dr. Beer mit dem Abgeordneten Fux in Folge der von dem Letztern in der frühern Sitzung angekündigten Anträge die folgende Fassung vereinbart:

„Findet die Commission die Angaben des Steuerpflichtigen über seine Einkommensverhältnisse unvollständig oder liegen gewichtige Bedenken bezüglich der Richtigkeit derselben vor, so ist sie berechtigt, von demselben auf bestimmte Fragen schriftlich oder mündlich Auskünfte zu verlangen. Doch ist hiezu ein förmlicher Beschluß der Commission unter Angabe der Gründe im Protokolle erforderlich. Unterläßt es der Steuerpflichtige, das Bekenntniß einzubringen, oder verweigert er die Beantwortung der an ihn gestellten Fragen, so hat die Commission [illegible] das Einkommen ziffermäßig festzustellen. Die Behörden und öffentlichen Organe sind verpflichtet, der Schätzungs-Commission auf bestimmte Fragen, welche die Einkommens verhältnisse des Steuerpflichtigen betreffen, Auskünfte zu ertheilen."

Diese ganze Fassung wird mit der vom Abg. Dr. [illegible] beantragten Einschaltung der Worte: „innerhalb der bestimmten Frist" nach dem Worte „Bekenntniß" angenommen.

Bei §. 21, „Grundsätze für die gleichmäßige Feststellung des Einkommens", welcher von der Art der Feststellung des reinen Einkommens handelt, beantragt Referent Dr. Beer zu [illegible] an Stelle der Regierungsvorlage die folgende Fassung:

„Für die Berechnung und ziffermäßige Feststellung des Einkommens haben nachstehende Grundsätze zu gelten: a) Bei dem selbstbewirthschafteten Grundbesitz ist der Reinertrag der aus den gesammten Land- und Forstwirthschaften lediglich, sowie aus den etwa damit verbundenen Fabrikationszweigen, sowie Unternehmungen (Branntwein-Brennerei, Brauereien, Mühlen, Ziegeleien, Kalkbrüche u. dgl.) gewonnen wird, als Einkommen anzusehen Bei verpachteten Grundbesitzungen stellt der wirklich erzielte Pachtzins mit Hinzurechnung etwaiger Natural- und sonstiger Nebenleistungen des Pächters und mit Abrechnung der dem Verpächter verbliebenen Lasten das Einkommen dar."

[illegible] Krzeczunowicz beantragt, der Ausschuß möge die Debatte über §. 21 insolange hinausschieben, bis beschlossen ist, welcher Nachlaß in Folge des Einkommensteuer-Gesetzes an der Grund- und Hausteuer einzutreten habe. Gegen diesen Vertagungs-Antrag sprechen sich die Abgeordneten Neuwirth, Auspitz, Dr. Klier, Fux, Wolfrum und Brestel, sowie der Finanzminister entschieden aus und bemerkte insbesondere Abg. Fux, der Antragsteller versetze als principieller Gegner der progressiven Einkommensteuer den Ausschuß durch seine Vertagungs-Anträge in einen Zustand permanenter Unsicherheit. Der Vertagungs-Antrag wird sodann mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt

[Zur] obigen Fassung des Referenten-Antrages wünscht Abg. Menger einen Beisatz bezüglich der Propinationsrechte. — Abg. Fux verweist darauf, daß auch die mit Realitäten verbundenen radicirten und verkäuflichen Gewerbe und sonstigen Realrechte nicht zu übersehen seien. — Abg. Weinrich wünscht in die Aufzählung der Fabrikationszweige auch die Aufnahme der Zuckerfabriken. — Die Abgeordneten Auspitz und Schaup halten eine Exemplification nicht für nöthig. — Die Abgeordneten Fux und Proskowetz sprechen sich [für] die Exemplification aus, um den Behörden einen Leitfaden der Beurtheilung zu geben und manche Zweifel auszuschließen. — Abg. Beer bemerkt, daß er auch bereit wäre, eine noch weiter gehende Exemplification in den Ausschußbericht aufzunehmen.

Es wird mit 14 gegen 8 Stimmen beschlossen, die Exemplification aufzunehmen und auch die Zuckerfabriken zu erwähnen. Im Uebrigen wird die obige Fassung des Referenten-Antrages, vorbehaltlich der Einschaltung bezüglich der Propinations- und sonstigen Realrechte, angenommen.

Reichsrath.

Wien, 11. December.

Abgeordnetenhaus. (CCXVI. Sitzung) Präsident Dr Rechbauer eröffnet die Sitzung um 1/4 12 Uhr.

Auf der Ministerbank: Lasser, Stremayr, Glaser Unger, Chlumecky, Horst, Ziemialkowski.

Der Abg. Gomperz hat telegraphisch um einen zweitägigen Urlaub angesucht, der ihm vom Präsidenten bewilligt wurde.

Der Finanzminister theilt in einer Zuschrift mit, daß der Abg. Freiherr v. Korb-Weidenheim jun. sein Mandat als Mitglied der Grundsteuer-Central-Commission niedergelegt habe. Die Ersatzwahl wird in einer der nächsten Sitzungen vorgenommen werden.

Der Handelsminister übersendet den mit Großbritannien auf die Dauer eines Jahres abgeschlossenen Handelsvertrag sammt Motivenbericht.

Vor Uebergang zur Tagesordnung ertheilt der Präsident dem

Justizminister Dr. Glaser

das Wort. Derselbe sagt:

Die Herren Abgeordneten Dr. Kopp und Genossen haben am 1. December aus Anlaß des Umstandes, daß in den letzten Wochen wiederholt Nummern desselben politischen Blattes in Folge Auftrages der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt und binnen kürzester Frist, ja binnen wenigen Stunden von derselben wieder freigegeben wurden, an mich die Anfrage gerichtet: 1. ob mir diese Vorgänge bekannt seien; 2. was ich vorzukehren gedenke, um die Wiederholung solcher das Ansehen der Justiz schädigender und die verfassungsmäßig gewährleistete Preßfreiheit bedrohender Vorgänge zu verhindern? Hierauf beehre ich mich, Folgendes zu erwidern: Durch die von mir eingeholten Erkundigungen habe ich festgestellt, daß der von dem Herrn Interpellanten erwähnte Vorgang in der That sich in den letzten Wochen dreimal zugetragen habe. In einem der drei Fälle war eine Beschlagnahme angeordnet worden, während der Vorstand der Wiener Staatsanwaltschaft durch ein Amtsgeschäft außerhalb Wiens festgehalten war. Nach seiner Rückkehr vermochte er die Auffassung seines Stellvertreters nicht zu theilen und verfügte daher die Aufhebung der Beschlagnahme. In den zwei andern Fällen zeigte sich sofort nach Verfügung der Beschlagnahme, daß derselbe Gegenstand, dessen Besprechung die Beschlagnahme veranlaßt hatte, in andern Blättern eine, wenn auch [illegible] doch ähnliche Erörterung erfahren habe, und es wurde [illegible] um jeden Schein von Parteilichkeit zu vermeiden, die Verfügung noch in derselben Stunde widerrufen. An sich kann es nicht Mißbilligung finden, wenn Organe der Staatsanwaltschaft, sobald sie glauben, daß eine Beschlagnahme nicht hätte verfügt werden sollen, es nicht erst auf die Entscheidung der Gerichte ankommen lassen, sondern freiwillig und ungesäumt den Zustand herstellen, dessen Herstellung die gesetzlichen Bestimmungen über die Einholung dieser Entscheidung bezwecken. Immerhin aber ist die Wiederholung solcher Vorgänge, welche überdies Ersatzansprüche an die Staatskasse begründen, auch vom Standpunkte der Staatsanwaltschaften nicht zu wünschen, und ich zweifle daher nicht, daß die k. k. Staatsanwaltschaften schon in der verhältnißmäßig raschen Wiederholung des Vorganges eine vollkommen genügende Mahnung gefunden haben, ihre Umsicht und Achtsamkeit bei Lösung ihrer

---

es wurde constatirt, daß dieser Bareuther mit Molles oft verkehrt habe. Bareuther und Molles wurden nun verhaftet. Von dem gestohlenen Betrage wurden noch 1500 fl., die Molles in der Sparkasse deponirt hatte, gefunden. Bareuther hatte für seine Vermittlung einige hundert Gulden erhalten.

[Flüchtig.] Der Chef der Commandit-Gesellschaft „Seelaus und Comp.", Otto Seelaus, welcher ein Eisengeschäft auf der Wieden, Victorgasse Nr. 22, betrieben und in der Heugasse Nr. 56 gewohnt hatte, ist im October vorigen Jahres unter Zurücklassung seines passiven Geschäftes aus Wien flüchtig geworden und wird nun steckbrieflich verfolgt. Seelaus, welcher 26 Jahre alt und verheiratet ist, soll nach Amerika entkommen sein.

[Ein verlassenes Kind.] Eine beiläufig fünfundzwanzigjährige Frauensperson kam am 3. d. Mittags in die Wohnung der Frau Theresia Engelmann auf der Landstraße, Adamsgasse Nr. 10, und bat, ihr Kind, ein kaum zwei Monate altes Mädchen, wenige Minuten in Obhut zu nehmen. Die Unbekannte entfernte sich, kehrte jedoch nicht wieder zurück. Das verlassene Kind wurde in die Findelanstalt gebracht

[Selbstmord.] Der fünfzigjährige Tischlermeister Caspar Selzan hat sich gestern Morgens in seiner Wohnung, [illegible]felderstraße Nr. 150, erhängt. Lang andauernde Arbeitslosigkeit ist das Motiv des Selbstmordes.

[Wetterbericht vom 11. December.] Andauerndes Steigen des Luftdruckes im ganzen Westen: in Frankreich und Spanien 770 Millimeter, in Bregenz 766, in Lemberg und Hermannstadt 758 Millimeter Die Luft ist meist schwach, zu Budapest stark aus Westen bewegt. Der Himmel ist meist heiter. Die Temperatur ist überall im Fallen; um 7 Uhr Früh melden: Prag + 5·5, Regen, Bregenz — 1·2, Ischl + 2·6, Wien + 4·6, Budapest + 2·6, Hermannstadt + 5·8, Regen, Krakau + 2·0, Regen, Triest + 7·0, Lesina + 12·7 Grad Celsius. Niederschläge fanden nur ganz geringe statt. Im Westen Europas herrschen gleichfalls schwache Winde; in Südwest fallende Temperatur; um 8 Uhr Früh notiren: Grisnez + 9·0, Mathieu + 9·0, Biarritz + 4·0, Paris + 2·2, Nebel, Kopenhagen + 4·8 Grad Celsius. Allgemeine Ausheiterung bei kalter und trockener Luft voraussichtlich.

Theater, Kunst und Literatur.

— Fräulein Meinhardt wird sich am 15. d. nach Breslau begeben, wo sie durch zwei Monate im Lobe-Theater gastiren wird. — Fräulein Haupt, die Freya der Baireuther Bühnenfestspiele, wird sich in den nächsten Tagen mit Herrn Unger, dem Siegfried der Wagner'schen „Nibelungen", vermälen. — In Königsberg, der Heimat des Dichters, wurde dieser Tage ein neues historisches Drama von Ernst Wichert: „Moriz von Sachsen", aufgeführt. Dasselbe scheint etwas kühl aufgenommen worden zu sein; zum Schluß wurde der Dichter einmal gerufen. Die Darstellung wird gelobt. — Heinrich Hofmann, der Componist der Frithjof-Symphonie und „Schönen Melusine", hat soeben eine heroische, vieractige Oper: „Armin", vollendet, deren Dichtung der Feder Felix Dahn's entstammt. — Richard Wagner, welcher sich vor einigen Tagen von Rom nach Florenz begab, hat sich nun mit seiner Frau von dort nach Bologna begeben, woselbst er bei seiner Ankunft im Bahnhofe von dem Bürgermeister, dem Gemeinderathe und einigen Deputationen verschiedener Vereine begrüßt wurde. Wagner dankte für die Ehre und begab sich, da er von der Reise ermüdet war, sofort nach dem Gasthofe. Um 4 Uhr stattete er dem Bürgermeister sodann seinen Besuch ab und des Abends wohnte er im Theater der Aufführung des „Rienzi" bei Das Theater war vollständig gefüllt, alle Logen waren besetzt, und die Damen hatten dem Meister zu Ehren elegante Toilette gemacht, die Illumination des Theaters selbst war nur auf [illegible] Wunsch Wagner's der sagte, daß sie dem [illegible] Effect viel benehme, unterblieben. Wagner [illegible] um 8 Uhr im Theater ein und nahm [illegible] in der Loge des Bürgermeisters [illegible] begleitete, Platz. Das Publicum [illegible] Erscheinen mit anhaltendem Applaus. Eine zweite [illegible] wurde ihm nach der Symphonie, und er selbst applaudirte lebhaft dem Orchester, welches gleich den Acteurs und den Chören sein Bestes gab. Am größten wurden die Ovationen jedoch nach dem Finale des ersten und zweiten Actes, und Wagner dankte dann immer recht höflich und applaudirte den Künstlern sowohl als den Chören.

(Wiener Künstler-Genossenschaft.) In der vorgestern abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens theilte Vorstand Schilcher mit, daß der Ausschuß sich constituirt und Herrn Felix zum Vorstand Stellvertreter, Herrn Streit zum Schriftführer und Herrn Mayer zum Kassenverwalter gewählt habe; Herr Streit habe aber aus persönlichen Gründen sein Mandat zurückgelegt, weßhalb die Neuwahl eines Ausschuß-Mitgliedes nothwendig werde. Das Arrangement der Ausstellungen im Künstlerhause sei abermals den Herren Fux, Costenoble und Pitner überlassen worden. Der Vorsitzende macht ferner Mittheilung von dem Hinscheiden der Genossenschafts-Mitglieder Maler Hansch (Salzburg) und Architekt Garben (Wien); die Versammlung erhebt sich zum Zeichen des Beileids von den Sitzen. In den Ausschuß wird Architekt Streit mit 79 von 90 abgegebenen Stimmen wiedergewählt, und nimmt derselbe nunmehr das Mandat an. Auf Antrag des Ausschusses wird ein siebengliedriges Actions-Comité für die Weltausstellung in Paris eingesetzt, und werden in dieses Comité gewählt die Herren: Professor Makart, Professor v. Angeli, Unger, Schönn, v. Hasenauer, Tilgner und Tautenhayn. Ein von mehreren Bildhauern unterstützter Antrag des Herrn Silbernagel geht dahin: die Genossenschaft solle an die Regierung das Ersuchen stellen, daß auf Staatskosten bei hervorragenden einheimischen Künstlern Bestellungen gemacht und die auf diesem Wege erzielten Objecte auf der Pariser Ausstellung exponirt werden mögen Der Antrag wird dem Actions-Comité für die Weltausstellung in Paris zur Erwägung überlassen. Auf Ansuchen des Comités zur Errichtung eines Grillparzer-Denkmals in Wien soll die Genossenschaft drei Mitglieder in die Jury für dieses Monument entsenden Der Ausschuß schlägt die Delegirung eines Malers, eines Bildhauers und eines Architekten vor, und werden zu Jurors gewählt: Maler Felix, Bildhauer Tilgner und Architekt Streit. Nach längerer Debatte wurde zugestimmt, es sei den Jurors keine Instruction zu geben, da sie als Vertrauensmänner der Genossenschaft jedenfalls deren Wünsche hinsichtlich des Concurrenzwesens zu wahren wissen werden. Desgleichen wird ein Antrag des Ausschusses, das Lotterie-Unternehmen fortzusetzen und hiefür einen Credit von 5000 fl. aus dem Reservefonds zu bewilligen, genehmigt.

[illegible] ungewöhnlich schwierigen Aufgaben zu verdoppeln, und [illegible] in einer so ernsten und aufregenden Situation zu diesem [illegible] einer Verfügung meinerseits nicht bedarf.

Handelsminister Ritter v. Chlumecky

beantwortet die in der Sitzung vom 21. November vom Abg. Steudel gestellte Interpellation, betreffend die Verweigerung der Concession für die Linie Ringstraße-Hundsthurm der Tramway-Gesellschaft und die Erlassung eines Gesetzes über die [illegible] von Pferde-Eisenbahnen, mit Folgendem: „Was zunächst die [illegible]frage betrifft, so hat das Handelsministerium der Tramway-Gesellschaft die Ertheilung der Concession keineswegs [illegible] verweigert, sondern es sind lediglich gegen die Trace [illegible] erhoben worden, weil bei dem überaus lebhaften Wagenverkehr und da ein Doppelgeleise gelegt werden sollte, nach den an einer frequenten Passage — der Aspernbrücke — gemachten Erfahrungen, [illegible] Verkehrsrücksichten die projectirte Anlage nicht zulässig [illegible] ließen. Es wurde aber der Wiener Tramway-Gesellschaft gleichzeitig anheimgegeben, bezüglich der Herstellung der ge[illegible] Linie mit Benützung minder frequenter Seiten- und Parallelstraßen die geeigneten Anträge zu stellen. In der That wurden vom Wiener Stadtbauamte im Einvernehmen mit der Gesellschaft mehrere Alternativprojecte ausgearbeitet, welche den Gegen[illegible] einer localen Erhebung bildeten, deren Ergebniß erst in der jüngsten Zeit, nämlich erst am 20. November, also an dem [illegible] Interpellation unmittelbar vorangehenden Tage, mir vorgel[egt] wurde. In Folge dessen war ich noch nicht in der Lage, darüber [illegible] neuerliche Entscheidung zu [illegible]. Ich werde aber nicht ver[illegible] die Anträge mit Bedachtnahme auf die Interessen der [illegible] Bevölkerung auf das sorgfältigste zu prüfen.

Bezüglich des zweiten Punktes, der Anfrage über die Erlassung eines Gesetzes, betreffend die Anlage von Pferde-Eisenbahnen, habe ich die Ehre zu antworten, daß im Schoße der [illegible] Ministerien allerdings Vorarbeiten in dieser Richtung [illegible] haben, daß ich aber, da ein dringendes Bedürfniß [illegible] einem solchen Gesetze heute nicht besteht, vorerst nicht [illegible] bin, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf einzubringen.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen und die Special-Debatte über das Budget des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Zum Capitel „Wasserbau" ergreift zunächst

Abg. Baron Cresseri

das Wort; er bespricht in längerer, auf der Galerie vollständig [un]verständlicher Rede die Etsch-Regulirung und beantragt: „Die kaiserliche Regierung wird aufgefordert, in den Voranschlag für Wasserbauten einen den Verhältnissen angemessenen, schon im vorigen Sessions-Abschnitte in Aussicht gestellten Betrag zum Behufe der Etsch-Regulirung einzustellen." — Dieser Antrag wird unterstützt.

Abg. Graf Mieroszewski

lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Ueberschwemmungs-Calamitäten, denen die Gemeinde Wieliczka, sowie mehrere andere Nachbargemeinden [all]jährlich ausgesetzt sind, und urgirt daher die Regulirung der [illegible].

Abg. Schrems

hebt die Wichtigkeit der [illegible] Regulirung hervor und hält den hiefür ins Budget eingestellten Betrag von 40.000 fl. für unzulänglich.

Abg. Blaas

unterstützt den Antrag des Abg. Cresseri bezüglich der Etsch Regulirung.

Abg. Graf

beleuchtet gleichfalls die Nothwendigkeit der Etsch-Regulirung. Mit der Fluß-Correction zusammenhängend sei namentlich in einem Gebirgslande wie Tirol die Volkswirthschaft; diese aber lasse in Tirol Vieles, wenn nicht Alles zu wünschen übrig und äußere sich dies in einer sinnlosen Devastation der Wälder. Er fordert die Regierung auf, zur Verhütung dieses Uebelstandes durch Erlassung eines guten Forstgesetzes und Anstellung eines guten Forstpersonales beizutragen. Er stellt den Antrag, zu den Kosten der Etsch-Regulirung per 1,800.000 fl. 30 Percent als Staatsbeitrag, und zwar in Form eines Nachtrags-Credites, schon bei Wiederzusammentritt des Reichsrathes einzustellen.

(3/4 1 Uhr. — Die Sitzung dauert fort.)

Stimmen aus dem Publicum.

Commilitonen!

[Schon] allzu lange fehlen österreichische Kundgebungen an den Wiener Hochschulen: wir vermissen insbesondere unter den [illegible] Studenten Wiens, die zu Führern der österreichischen [Studenten]schaft berufen wären, jene Begeisterung für vater[ländische] Interessen, die in andern großen Staaten die Jugend [illegible]; und doch ist die Liebe zum Vaterlande eines jener hohen [Ideale], die der Student nicht nur in seinem Innern hegen, sondern auch mit lauter Stimme nach außen hin vertreten soll, auf daß an seinem jugendlichen Feuer auch Andere erwarmen!

Darum sind wir an die Gründung eines Lesevereines [gegangen], der sich zum [illegible] und geselligen Mittelpunkte der [patriotischen] Studenten Wiens gestalten soll!

Der Verein wird den Namen eines deutsch-österreichischen tragen, weil wir die unermeßliche Bedeutung der deutschen Cultur für unser Oesterreich zu würdigen wissen und für den deutschen Charakter der Wiener Hochschulen jederzeit einzutreten gedenken.

Doch sollen die äußern Beziehungen des Vereines zu allen österreichischen Studenten jeder Nationalität immer die herzlichsten bleiben, denn Oesterreich ist unser erster Gedanke, und wer ein guter Oesterreicher sein will, ist unser Freund!

Wohlan denn, Commilitonen, die ihr unsere Gesinnungen theilet, stützet durch euern Beitritt den Deutsch-österreichischen Leseverein der Wiener Hochschulen und erhebet euch mit [illegible] dem Rufe: „Pereat der Indifferentismus gegen das Vaterland, Oesterreich hoch!"

Wien, am 9. December 1876.

Das provisorische Comité:

Johann v. [illegible], stud. jur., als [illegible] Perugia, stud. jur., als Vice-Präses. Karl [illegible] stud. jur. Franz Freiherr v. [illegible], stud. jur. [illegible] Graf v. Cassis, stud. jur. [illegible] Engel, stud. jur. [illegible] v. Furtenbach, stud. jur. Max Grinzenberger, stud. jur. [illegible] Grünberger, stud. jur. Max Ritter v. Hornbostel, stud. [illegible] Hornung, stud. jur. Moriz Klopf, stud. techn. [illegible] stud. med. Vincenz [illegible] v. Schey, stud. [illegible] Rudolf [illegible] stud. jur. [illegible] v. [T]roll, stud. jur. [illegible] Wertheim, stud. techn. [illegible] Windt, stud. jur. Karl August Wolf, stud. phil.

Telegramme des Correspondenz-Bureaus.

(Gestern eingetroffen.)

[Ragusa], 10. December. Das Elaborat der Demarcations-Commission wurde seitens der Regierungen vollkommen approbirt und Moukhtar Pascha angewiesen, die Demarcation strengstens einzuhalten. Die Commission geht übermorgen nach Spalato ab.

Bremen, 9. December. Dem Vereine der deutschen Nordpolarfahrt ging ein Telegramm von der Ob-Expedition aus Jenisseisk vom 5. December zu, welches meldet, daß Capitän Wiggins einen guten Hafen in der Podaratabucht fand und daselbst [mehrere] Wochen verweilte; er entdeckte eine große Insel nördlich der Ob-Mündung, ein neues Land auf dem Wege nach Jenissei und fand den Wasserweg von Jenissei aufwärts nach Kurjaka gut.

Brüssel, 9. December. Der „Nord" meldet aus Berlin vom 9. December, es lägen einige Anzeichen vor, woraus sich schließen ließe, daß die Türken zwischen Tultscha und Isaktschi eine Brücke über die Donau schlagen wollten.

Paris, 9. December. Heute Abends wurde im Palais Elysée abermals ein Ministerrath abgehalten.

London, 9. December. Die „London Gazette" veröffentlicht eine königliche Verordnung vom Heutigen, welche das Parlament für den 8. Februar einberuft.

Constantinopel, 8. December. (Ueber Bukurest.) Zwei Montenegriner wurden gestern bei Mithad Pascha, welchen sie ermorden wollten, verhaftet. — Ein Complot, um den Ex-Sultan Murad zu entführen und ihn nach Odessa zu bringen, wurde Dienstag entdeckt und vier Individuen: zwei Türken, ein Pole und ein Grieche, Letzterer ein ehemaliger Dolmetsch-Gehilfe der hiesigen englischen Botschaft, verhaftet. (Wurde von unserm Special-Correspondenten bereits gemeldet. D. Red.)

Es scheint, wie die Agence Havas berichtet, nicht unmöglich, daß die Mächte in Betreff der für Bosnien, die Herzegowina und Bulgarien in Vorschlag zu bringenden Organisation ein Einverständniß erzielen. Nur in Betreff der Garantiefrage bestehen divergirende Anschauungen.

Constantinopel, 9. December. Die Besprechungen werden unter den Conferenz-Bevollmächtigten fortgesetzt, welche sämmtlich die Geneigtheit zu einem Einverständnisse zu zeigen scheinen. Die Vorconferenz wird im Laufe der nächsten Woche beginnen. Der Sultan wird den Marquis of Salisbury in der nächsten Woche empfangen, und werden die organischen Gesetze in einigen Tagen veröffentlicht werden. — Heute findet bei Savfet Pascha ein Diner zu Ehren der österreichischen Bevollmächtigten statt.

Athen, 9. December. Das Eintags-Cabinet Deligeorgis wurde von seinen Anhängern im Stiche gelassen. Die Kammer erklärte mit 88 gegen 59 Stimmen, daß das Cabinet für die gegenwärtigen Verhältnisse unzulänglich sei, und ertheilte demselben ein Mißtrauens-Votum. Das Cabinet ist in Folge dessen zurückgetreten.

(Heute eingetroffen.)

Pest, 10. December. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Auf Antrag Zsedenyi's beschließt das Haus, damit das Budget rechtzeitig der kaiserlichen Sanction unterbreitet werden könne, die Dauer der Sitzungen bis zu den Weihnachtsferien täglich um eine Stunde zu verlängern. Sodann wurden die restlichen Posten des Finanz-Budgets votirt und damit das eigentliche Budget erledigt. Es erübrigt nur noch die Berathung über den Ankauf der Ostbahn und die Appropriations-Debatte.

Paris, 10. December, Abends. Dufaure conferirte, wie die Agence Havas meldet, heute mit Jules Simon, welchem er das Portefeuille des Innern anbot. Es wird jedoch versichert, daß Simon es für unmöglich hält, eine Majorität zu erlangen, ohne der Linken eine Satisfaction — namentlich durch den Rücktritt des Kriegsministers General Berthaut — zu geben.

Nach der Conferenz berief Jules Simon die Führer der republikanischen Fractionen, um ihren Rath zu hören. Die Gruppen der Linken halten ihre frühern Beschlüsse aufrecht, weßhalb die Cabinetsbildung sehr schwierig ist.

Sicherm Vernehmen zufolge wird die Linke morgen die Regierung über die Krisis interpelliren.

Rom, 10. December, Abends. Die Agenzia Stefani meldet, der Papst habe an die katholischen Länder Einladungen zur Theilnahme an der großen Ausstellung kirchlicher Geräthe ergehen lassen, welche anläßlich seines Bischofs-Jubiläums im Juni 1877 stattfinden soll.

Don Carlos, welcher incognito hier eintraf, ist nach Neapel weitergereist.

Rom, 11. December. Das Gerücht von der Ankunft Don Carlos' in Rom beruht auf einer Erfindung. Es ist Robert Herzog von Parma, welcher in den letzten Tagen in Rom eintraf, vom Papste empfangen wurde und seine Reise sodann fortgesetzt hat.

Riga, 10. December. Die Riga'sche Telegraphen-Agentur meldet aus Dünaburg: Der auf den Bahnen Dünaburg-Wilna und Warschau eingestellt gewesene Güterverkehr ist in seinem bisherigen Umfange wieder aufgenommen worden.

Constantinopel, 10. December, Abends. Die erste Sitzung der Vorconferenz wird morgen stattfinden. Die Eindrücke, welche die bisherigen Besprechungen der Conferenz-Bevollmächtigten hinterlassen haben, sind andauernd einem Einvernehmen günstig.

New-York, 10. December. Nachrichten aus Matamoras zufolge wären der durch Porfirio Diaz abgesetzte Präsident von Mexiko und seine Cabinets-Mitglieder von den Insurgenten gefangen; der Kriegs-Secretär und mehrere Anhänger Lerdo de Tejada's sollen erschossen worden sein.

Paris, 10. December. (Boulevard-Verkehr.) Dreipercentige Rente 70.72. Fünfpercentige Rente 104.52. Türkische Consols 10.75. Banque Ottomane —.—. Italiener —.—. Staatsbahn —.—. Egyptische —.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen.

Pest, 11. December. Das Abgeordnetenhaus erledigt die Vorlage, betreffend das Recruten-Contingent. Madarasz spricht gegen die Vorlage, welche das Haus fast einhellig votirt.

Noch werden kleine Nachtrags-Credite votirt und zwei Immunitätsfälle kurz erledigt, sodann wird die Sitzung geschlossen.

Telegramme der „Deutschen Zeitung".

Triest, 11. December. Das Gesammt-Ergebniß der Stadtraths-Landtags-Wahlen ist ein für die Verfassungspartei sehr ungünstiges. Von den 54 Mandaten fielen 42 der Progresso-Partei, 12 der Patriotenpartei zu. Die letztere verlor im ersten Wahlkörper elf, im Territorium einen, im Ganzen zwölf Sitze.

Zara, 10. December. Bei Klek kreuzen vier türkische Kriegsschiffe

Pest, 11. December. Dem „Hon" zufolge dauere die Ministerkrise in beiden Reichshälften fort, da die ungarische Regierung keine neue Lösung discutiren will.

Nowosielitz, 10. December. Aus Kischenew eingelangte Reisende berichten: Der Oberst-Commandirende Großfürst Nikolai, in Kischenew mit Enthusiasmus empfangen, verlangte sofort nach abgehaltenem Gottesdienste die Vorführung der Artillerie, die er vor Allem zu besichtigen wünschte. Der Revue folgte eine Prüfung des gesammten hier befindlichen Artilleriewesens bis in die kleinsten Details.

Bukurest, 10. December. Die russische Commission, welche in Rumänien den Durchzug der russischen Truppen festzustellen hatte, hat ihre Arbeiten beendigt. Danach wird nur Ein Armee-Corps mit der Bahn durch Rumänien nach Serbien befördert werden. Die andern fünf Armee-Corps ziehen den Pruth entlang, über Laeva, Cahul und Bolgrad bis Ismael und Reni an der Donau, von wo aus die weitern Operationen beginnen werden.

Bukurest, 10. December. Die jetzt am Ruder stehende Partei Bratiano-Rosetti hielt im „Hotel Herdau" eine Versammlung ab, in welcher über den Erlaß eines allgemeinen Moratoriums verhandelt wurde. Die conservativen Blätter, allen voran der „Timpul", eifern dagegen heftig und führen aus, daß eine derartige Maßregel den Credit Rumäniens ruiniren und jede Handelsverbindung mit demselben unmöglich machen würde.

Nachtrag.

Wien, 11. December.

Der Herr Reichs-Finanzminister Freiherr v. Hofmann kehrt heute Nachmittags von Pest nach Wien zurück. Seine Mission scheint, insoweit sie sich auf innere Angelegenheiten erstreckte, ohne Resultat geblieben zu sein. Als vollkommen gescheitert darf heute schon — wie man uns mittheilt — die vom Grafen Andrassy direct ausgegangene Idee der Regnicolar-Deputationen bezeichnet werden. Der Vorschlag stieß in den cisleithanischen wie in den ungarischen Regierungskreisen auf gleich großen Widerstand.

Wie wir erfahren, wird der Reichsrath wahrscheinlich schon am nächsten Montag auf die Dauer eines Monats vertagt werden.

Aus gutunterrichteten diplomatischen Kreisen wird uns über die jüngste Verschwörung in Constantinopel Folgendes mitgetheilt: „Das Complot wurde bereits am 5. d. M. dem Polizeiminister verrathen, der es jedoch geheim hielt, damit ihm möglichst viele Verschwörer in die Hände gerathen. Der mitbetheiligte Dragoman der englischen Botschaft, Stavrides, soll ausgesagt haben, er sei von Ignatieff erkauft worden. Unter den Verschwörern befinden sich viele kaiserliche Palastbeamte und mehrere Ulemas. Einige Anzeichen sprechen noch dafür, daß der frühere Großvezier Mahmud Pascha seine Hand im Spiele hatte. Der Zweck des Complotes war, mit Hilfe Murad's den Bürgerkrieg in Constantinopel zu entfachen und die Stadt in fremde Hände zu liefern. Die Regierung wird gegen die „Muradisten" mit aller Strenge verfahren.

Sonntagsbörse.

Das Hauptinteresse im heutigen Verkehre blieb der Goldrente zugewendet, die mit 58.50 auf fixe Lieferung, mit 1½ bis ¾ Percent Agio auf Repartirungs-Resultat gehandelt wurde. Sonst war das Geschäft ganz belanglos, die Stimmung günstig. Renten zeigten sich eher schwächer, da die Arbitrage verkaufslustig war. Bahnen blieben ohne Geschäft.

Es notiren: Creditactien zwischen 138.40 und 138.10, Anglobank-Actien 72.20 und 72, Ungarische Creditbank-Actien 103.50 und 103, Papierrente 60.30 und 60.20, Silberrente 6[illegible] und 66.80, Staatsbahn [illegible].75, Napoleonsd'or 10.06 und 10.04½, Reichsmark 61.90 und 61.85.

Um halb 1 Uhr schlossen: Creditactien 137.90, Anglobank-Actien 72, ungarische Creditactien 103, Papierrente 60.20, Napoleonsd'or 10.05.

Wiener Börse vom 11. December.

An der heutigen Vorbörse konnte der Verkehr keine größere Ausdehnung gewinnen. Es gelangten von Speculationspapieren nur Creditactien, Anglobank-Actien und die Actien der Ungarischen Creditbank zum Abschlusse. Letztere erhöhten sich bis 104.50 und gaben dann wieder auf 103.50 ab. Creditactien waren 138 und 137.50, Anglobank-Actien 71.50. Papierrente war 60.30 nach 60.25. Napoleonsd'or wurden zu 10.03½ und 10.05½ abgeschlossen. Das Agio für Subscriptions-Resultate auf die Goldrente ermäßigte sich auf ½ Percent.

Um 11 Uhr blieben: Creditactien 137.50, Anglobank Actien 71.50, ungarische Creditactien 103.25, Papierrente 60.30, Napoleonsd'or 10.04.

Zu Beginn der Mittagsbörse blieb der Verkehr sehr begrenzt, die Tendenz eine unentschiedene. Die Kurse der Speculationswerthe hatten sich kaum verändert; Creditactien waren 137.30, Anglobank-Actien 71.50, Ungarische Creditbank-Actien 103.25. Bankactien wurden zum Kurse von 825 abgeschlossen. Die Kurse der Bahnwerthe blieben nahezu unverändert; die Actien der Lemberg-Czernowitzer Bahn wurden zu 110.50, Nordwestbahn zu 117, Elisabeth Bahn zu 136 abgeschlossen. Die Kurse der Rentenpapiere sind unverändert geblieben; Mai-Rente 60.30, Silberrente 67. Die Valuta zeigte sich matt; allein es fehlte bei gedrückten Kursen an Abgebern.

Kurse um 1 Uhr.

	Geld	Waare		Geld	Waare
5% Papierrente	60.30	60.40	Südbahn	78.50	[illegible].75
5% Silberrente	67.—	67.70	Elisabeth-Westbahn	136.—	[illegible]
Domänenpfandbr.	140.—	140.50	Karl Ludwig-Bahn	200.25	200.50
1860er Lose	109.25	109.50	Oest. Nordwestbahn	117.—	118.—
1864er Lose	130.—	130.50	Franz Josef-Bahn	122.50	1[illegible]
Bankactien	825.—	826.—	[illegible]ölder Bahn	92.—	95.—
Creditlose	163.50	164	[illegible] Oderberg.	83.—	84.—
Creditactien	137.30	137.40	Dampfschiff-Actien	340.—	342.—
Ung. Creditactien	103.25	103.50	Innerberger	45.—	46.—
Anglobank	71.50	71.75	Tramway	89.—	90.—
Austro-Egyptische	103.50	104.—	[illegible], 10 Pfd 2	125.30	125.50
Escompte-Actien	660.—	670.—	[illegible] R.M. 4	61.15	61.20
Bankverein	—.—	—.—	[illegible] 100 Frcs 3	49.90	50.—
Wr. Handelsbank	—.—	—.—	Ducaten	5.95	5.97
Unionbank	46.—	46.50	Napoleons'dor	10.03_5	10.04
Nordbahn	177.50	178.—	Silber	113.50	113.75
Staatsbahn	262.—	262.50	D. Reichsbanknoten	61.70	61.80

[Tel.] **Um 1¼ Uhr waren:** Creditactien 136.80, Anglobank 71.50, Unionbank 46.50, Ungarische Creditbank 103.25, Egypter 103, Lombarden 78.50, Staatsbahn 262, Karl Ludwig-Bahn 200, Napoleonsd'or 10.05, London 125.65, Papierrente 60.10.

[Tel.] **Berlin,** 11. December. (Reichsbank-Ausweis vom 7. December.) Activa: Metallbestand an kursfähigem deutschem Gelde, an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, ein Pfund fein zu 1392 Mark berechnet, 513,482.000 Reichsmark. Reichs-Kassenscheine 43,375.000 Reichsmark. Andere Banknoten 20,587.000 Reichsmark. Wechsel 416,339.000 Reichsmark. Lombard-Forderungen 48,563.000 Reichsmark. Effecten 1.059.000 Reichsmark. Sonstige Activen 21,591.000 Reichsmark. Passiva: Grundkapital 120,000.000 Reichsmark. Reservefonds 12,000.000 Reichsmark. Noten-Umlauf 706,615.000 Reichsmark. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 164,360.000 Reichsmark. An Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten 42,740.000 Reichsmark. Sonstige Passiva 851.000 Reichsmark.

Paris, 9. December.

Zum Wochenschluß behauptet die Börse nach einer flüchtigen Anwandlung von Schwäche die gestern erzielten Kurse. Der Rede des Finanzministers Léon Say wurde das Verdienst der Aufrichtigkeit und Klarheit von Niemandem abgesprochen und man fand, daß er in beiden Beziehungen der würdige Schüler des alten Thiers wäre. In thatsächlicher Hinsicht war jedoch seinem Vortrage nicht viel Neues zu entnehmen; er bereitete auf wachsende Budget-Schwierigkeiten vor und zeigte die Renten-Conversion in einer noch ziemlich nebelhaften Ferne; auf der andern Seite konnte aber der von ihm als unverrückbar aufgestellte Grundsatz, daß das große Schuldbuch nicht wieder geöffnet werden dürfe, in den Börsenkreisen nur Beifall und Befriedigung hervorrufen. Von außen lag nichts von Belang vor. Fünfpercentige Rente blieb 104.45, dreipercentige 70.72, Italiener 70.25, Türken 10.70, Egypter 258, spanische Extérieures 14.25. Peruvianer 18, Banque Ottomane 362, Banque de Paris 1038, Foncier 685, Mobilier 145, Franco-Hollandaise 326, Spanischer Mobilier 530, Suez-Actien, beliebt, 665, Oesterreichische Staatsbahn 527, Lombarden 160.

Wiener Getreide- und Producten-Zeitung.

Telegraphische Handels-Depeschen.

Pest, 11. December. (Tel. d. „Deutschen Ztg.") Getreidepreise matter, Termine weichend. Frühjahrs-Weizen fl. 12.85—95, Frühjahrs-Hafer fl. 8.32—39, Mai-Juni-Mais fl. 6.80—85.

Indigo.

Calcutta, 8. December. (Tel. der „Deutschen Ztg.") Bis gestern sind 16.000 Maunds verkauft worden. Oudesbleiben stark begehrt, dagegen Russen, sowie gute und feine französische und deutsche Indigo sind in Auction um 5—10 Rupees billiger, also mit Reis 40—50 Aufschlag auf letztjährige Preise zu kaufen.

Wiener Frucht- und Mehlbörse.

Wien, 11. December.

Bei ausgesprochen matter Tendenz blieb unser Markt sowohl gestern als heute geschäftslos und sind alle Notirungen nominell. Frühjahrs-Hafer neuer Usance war zu fl. 8.75, alter Usance zu fl. 8.44 offerirt; Weizen fl. 12.80 bis fl. 13.

Amtliche Notirungen: Frühjahrs-Weizen fl. 12.80 bis fl. 13, Frühjahrs-Roggen fl. 11.95—15, ungarischer Roggen fl. 11 bis fl. 11.10 Frühjahrs-Hafer fl. 8.70—75, prompter Hafer fl. 8.45—50, prompter Mais fl. 6.40—45, Mai-Juni-Mais fl. 7.20—25.

Wochenbericht.

L. **Pest,** 10. December. Die erste Hälfte der jüngst verflossenen Berichtswoche zeichnete sich durch eine ausgiebige Hausse-bewegung aus, und zwar erstreckte sich dieselbe auf die ganze Linie sowohl im Effectiv- als auch im Terminhandel. Kleine Zufuhren in Folge der meist unpracticablen Zufuhrsstraßen, umwölkter politischer Horizont, hohe Devisenkurse — bilden ein Ensemble von Gründen, ausreichend, um unsern ohnehin den Extremen zustrebenden Markt zu Excessen zu verleiten. Die zweite Wochenhälfte ließ denn auch eine allerdings nur mäßige Reaction folgen, die sich successive in eine geringe Baisse verwandelte. In erhöhtem Maße gilt dies vom Terminhandel, welcher sich vermöge seiner größern Beweglichkeit für alle genannten Einflüsse noch leichter empfänglich zeigt.

Im Einzelnen war Weizen im Wochenanfange in Folge kleiner Offerten besser gefragt, hatte einen Umsatz von circa 80.000 Centnern mit einer rasch erreichten Avance von 60 bis 70 kr., von der er schließlich Einiges abgeben mußte; für Frühjahrs-Lieferung belief sich die Steigerung auf 80—90 kr., welche zum Wochenschlusse wesentlich abfiel. Das Decouvert hatte zum großen Theile die Zeche zu bezahlen.

Roggen effectiv war nur sehr wenig offerirt, blieb relativ ruhig; auf Termin-Lieferung ganz außer Verkehr. Die bedeutend höhere Notiz kann denn auch nur nominelle Geltung beanspruchen.

In Gerste gilt nahezu dasselbe; Brennereien und der Export nahmen Einiges zu gesteigerter Notiz aus dem Markte, begegneten aber willigen Abgebern.

Mais [illegible] Artikel hatte anhaltend gute Kauflust, vertheuerte sich bei mäßigen Angeboten um 30—40 kr. und schließt der geringen Vorräthe wegen vergleichsweise in günstiger Haltung, während Mai-Juni-Lieferung ausgesprochen flau, schließlich dringend offerirt war; ein Rückgang von fl. 7.20 auf fl. 6.80 vollzog sich nahezu ohne Geschäft.

Hafer in Effectiv wenig Vorräthe, notirt mehr nominell und wollte in den letzten Tagen nicht mehr ziehen, schließt in nachgebender Haltung einige Kreuzer billiger. Per Frühjahr ging die Wochen-Avance ganz verloren, ohne deßhalb willigere Abnehmer zu finden.

Reps. Auf neuen Kohlreps liegen mehrseitig Kaufordres vor, welche wegen fehlender Abgeber uneffectuirt blieben; der Wochenverkehr beschränkte sich auf einen Schluß 500 Ctr à fl. 16.37.

Der heutige Sonntagsmarkt bot kein sehr freundliches Bild. In Prompt-Weizen, welcher in einzelnen Waggons Partien ziemlich offerirt war, verzeichnen wir einen Rückgang von gut 25 kr. per Ctr., größere Partien hatten auch noch coulantere Verkäufer; Roggen, Mais und Hafer blieben geschäftslos, jedoch einige Kreuzer billiger angeboten. Entschieden rückgängig war unser Terminmarkt, der nur Verkäufer hatte, ohne Nehmer. Es kam nur zu einem einzigen Abschlusse in Mais per Mai-Juni zu fl. 6.84. Wir notiren:

Weizen per Frühjahr fl. 12.70—90, Mais per Mai Juni fl. 6.80—85, Hafer per Frühjahr fl. 8.21—25 alte Usance, fl. 8.32—39 neue Usance, Kohlreps per August-September fl. 16.25—50.

Viehmärkte.

Wien (St. Marx), 10. December. [Orig.-Ber. der Brüder Messing.] Der heutige Zutrieb — schon seit Jahren war kein so geringer — hatte eine starke Haussebewegung zur Folge und avancirten die Kurse bei lebhafter Tendenz um fl. 3—4, in einzelnen Fällen um fl. 5. Zugetrieben waren 1038 Stück ungarische, 218 Stück galizische, 362 Stück deutsche Ochsen, 8 Stück Büffel, zusammen 1626 Stück. Man notirte: ungarische Mastochsen fl. 56—61, galizische fl. 54—59.50, deutsche fl. 54—58 per 100 Kilos. Für den Export wurden höhere Preise bezahlt, einzelne Stücke bis fl. 61 per 100 Kilos.

Paris (La Villette), 7. December. [Orig.-Ber. der Brüder Messing.] Auf dem Ochsenmarkte war der Verkehr auch heute schleppend und schwerfällig; in Hammeln hat die günstige Stimmung des letzten Marktes ebenfalls einer Rückgangsbewegung von Frcs. 2—3 per 50 Kilogramm weichen müssen. Schweine gaben ebenfalls Frcs. 2 per 50 Kilogramm ab. Zugetrieben waren: 3609 Stück Ochsen, 20.045 Stück Hammel, 4182 Stück Schweine. Man bezahlte: Ochsen von Frcs. 60—[illegible], Hammel von Frcs. 62—89, Schweine mit Frcs. 58 per 50 Kilogramm.

Witterung vom 11. December.

Stadt, 12 Uhr Mittags. Temperatur + 7·4 Grad Celsius (+ 6·0 Grad Réaumur). Luftdruck: 749 Millimeter Westwind.

Theater und Vergnügungen in Wien

Am Montag den 11. December.

K. k. Hofburgtheater
Der zerbrochene Krug. Die Hochzeitsreise.

Wiener Stadttheater.
Zum Besten der Akademischen Lesehalle. Zum erstenmale: **Nero.** Tragödie in 5 Aufzügen von Martin Greif.

Carl-Theater.
Frl. Gallmeyer als Gast. **Graziella.** (La petite mariée.) Komische Operette in drei Acten von Leterrier und Vanloo. Deutsch von Karl Treumann. Musik von Charles Lecocq.

Theater in der Josefstadt.
Alles um 27 Kreuzer.

K. k. Hofoperntheater.
Signora Bianca Donadio, Rosine, und Herr Anton Erl, vom kgl. Hoftheater in Dresden, Almaviva, als Gäste. **Der Barbier von Sevilla.**

Komische Oper.
Herr Randolfi als Gast. **Zampa, oder Die Marmorbraut.** Romantisch-komische Oper in 3 Acten nach dem Französischen des Melesville von J. Ritter v. Seyfried. Musik von Herold.

Theater an der Wien.
Gastvorstellung des Fräulein Ernestine Wegner vom Wallner-Theater in Berlin. Luftschlösser.

Akademie-Theater.
Direction: [illegible] S. Wolf.
Der Damenkrieg. Domestikenstreiche.

Verantwortlicher Redacteur Josef Münz. — Druck von L. C. Zamarski. — Papier: Schlöglmühl.

Redaction & Administration:
I., [illegible]
Unfrankirte [illegible]
Manuscripte werden nicht [illegible]
Unversiegelte [illegible]

Ankündigungs-Bureau und Haupt-Expedition:
I., Wollzeile 22.
Insertionspreis nach aufliegendem Tarif.
Annoncen aus Frankreich, Belgien, Holland und England übernehmen ausschließlich die Herren G. L. Daube & Co. in Paris, Frankfurt a. M., Berlin ꝛc.

Einzelverkauf:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr., Montag-Morgen-Ausgabe 3 kr.

(Abend-Ausgabe.)

Deutsche Zeitung.

Herausgeber: Heinrich Reschauer.

Abonnement für Wien:
In unserer Haupt-Expedition:
Ganzjährig . . . . . fl. 18.—
Halbjährig . . . . . fl. 9.—
Vierteljährig . . . . . fl. 4.50
Monatlich . . . . . fl. 1.50
Mit Zustellung in's Haus:
Ganzjährig . . . . . fl. 21.60
Halbjährig . . . . . fl. 10.80
Vierteljährig . . . . . fl. [illegible].40
Monatlich . . . . . fl. 1.80

Abonnement für das Inland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl.
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl.

Abonnement für das Ausland: Vierteljährig: Für Budapest und Umgebung bei Herrn A. Lappert jun. in Budapest, Waitzen-Boulevard im Handelsakademie-Gebäude, fl. 6.— ö. W. bei einmaliger, fl. [illegible] — ö. W. bei zweimaliger Postversendung; für Deutschland beim nächsten Postamte 10 Mark 30 Pfennige, bei uns mit directer Kreuzbandversendung fl. 9.— ö. W.; für die Schweiz 18 Francs 30 Cent., bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Italien [illegible] bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Frankreich bei uns fl. 9.90 ö. W.; für England bei dem Postamte in Köln 16 Mark 50 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Spanien und Portugal bei dem Postamte in Köln 18 Mark 52 Pfennige, bei [illegible] 90 ö. W.; nach den Donaufürstenthümern bei uns fl. 9.— ö. W.; für Griechenland bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Nordamerika bei dem Postamte in Köln 1[illegible] Mark [illegible] Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Brasilien und Mexiko bei dem [illegible]amte in Köln 27 Mark 90 Pfennige.

Nr. 1779. Wien, Mittwoch 13. December. **1876.**

Politische Rundschau.

Wien, 13. December.

Beide Häuser des Reichsrathes halten heute Sitzung. Im Herrenhaus hielt der Präsident eine dem Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder des Hauses gewidmete Denkrede, und das Haus schritt sodann zur Erledigung der Tagesordnung.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Special-Debatte über das Budget des Unterrichtsministeriums fort. In der vor der Plenarsitzung abgehaltenen Sitzung des Fortschritts-Clubs wurde zunächst die Wahl des Comités, welchem die Anträge des Abgeordneten Fux zugewiesen werden, vorgenommen. Gewählt wurden die Abgeordneten: Dr. Kopp, Baron Walterskirchen, Dr. Sturm, Fux und Dr. Groß. Abgeordneter R. v. Proskowetz meldete eine Interpellation an in Betreff der während der Zucker-Campagne im Verordnungswege erfolgten Erhöhung der Zuckersteuer um mehr als 60 Percent. Der Abgeordnete Schürer meldete seinen Austritt aus dem Fortschritts-Club an.

Das gemeinsame Ministerium des Aeußern gestaltet sich immer ausgesprochener zu einem königlich magyarischen Ministerium. Die erledigte Stelle des Reichs-Finanzministers Baron Hofmann wird nicht wieder besetzt. Baron Orczy, der seiner zeit nur darum ins Auswärtige Amt berufen wurde, weil der magyarische Paritäts-Chauvinismus auf der Anstellung eines Magyaren bestand, übernimmt, wie der officiösen „Budap. Corr." aus Wien berichtet wird, alle Agenden des Baron Hofmann mit Ausnahme der Preßangelegenheiten. In Betreff dieser ist eben eine Aenderung im ungarischen Interesse überflüssig.

Unter Ignatieff's Präsidium hat vorgestern die erste „Vorbesprechung" stattgefunden, und wenn die Agence Havas die Resultate derselben richtig wiedergegeben hat, dann hat Rußland vollauf Ursache, mit seinen Schicksalsmächten zufrieden zu sein. Die Conferenz sollte die Expansionsgelüste Rußlands eindämmen, aber schon die erste Sitzung gebärt einen neuen Triumph der nordischen Diplomatie. Man berieth über die Stellung Serbiens und Montenegros zum ottomanischen Reiche und die Herren kamen überein, für das zu Boden geworfene Serbien den vollständigen Status quo ante mit Klein-Zwornik als Aufstands-Prämie, für Montenegro eine ansehnliche Gebietserweiterung zu bewilligen. Nikita rundet „seine Staaten" nach Norden und Süden ab. Er erhält die Districte, welche Montenegro von dem Lande der Miriditen trennten, außerdem noch das wichtige Niksic, das als der Schlüssel zum Süden der Herzegowina gilt.

Aber Serbien und Montenegro kommen nur in zweiter Reihe in Betracht. Den Kern der Situation bildet die Autonomie- und Garantiefrage. Und da sollen, wie die Agence Havas weiter meldet, Ignatieff und Salisbury auffallend friedliche Dispositionen an den Tag gelegt haben. Ignatieff soll in einer Unterredung mit Salisbury die Occupation Bulgariens auch durch eine dritte neutrale Macht, etwa Belgien oder die Schweiz, für zulässig erklärt haben. Wir stünden da vor einem merkwürdigen Frontwechsel sowohl der englischen wie der russischen Orientpolitik. Im „Pester Lloyd" finden wir darüber folgende Andeutungen:

„Es soll in den letzten Tagen nicht gemangelt haben an sehr eingehenden Erörterungen zwischen dem General Ignatieff und dem Lord Salisbury — Erörterungen, als deren Ergebniß eine sehr wesentliche Auseinandersetzung über die Ziele und Pläne der russischen Politik und in Folge dessen eine überraschende Annäherung beider Cabinete bezeichnet wird. Diese letztere vermag sich nicht anders als dadurch zu erklären, daß England, respective Lord Salisbury, so wie er einerseits inne wurde, daß es mit einer Politik des absolutesten Mißtrauens wider Rußland ganz isolirt dastünde, andererseits Beweise gewonnen haben soll, daß die Gründe zu diesem Mißtrauen in der actuellen Politik, das heißt in dem, was Rußland jetzt und zunächst vertritt, nicht in solchem Maße vorhanden seien, um darauf eine Politik der unbedingten Abwehr zu basiren. England compromittirt mit Rußland — das scheint die Signatur des Tages, und in diesem Manöver, das der äußerste linke und der äußerste rechte Flügel der europäischen Aufstellung vollzieht, wird das Mitteltreffen [illegible] nicht bewegungslos zugeschaut haben, ohne an die [illegible] seiner Flanken zu denken. Wenn übrigens der „Nord" Recht hat und wenn Rußland heute aus der Occupation keine Conditio sine qua non mehr macht, wie uns dies auch von anderer Seite bestätigt wird, dann haben wir keine Ursache, ob dieser Wendung und Wandlung mißvergnügt zu sein; nur werden wir dann wohl fragen dürfen, was die enormen und sehr kostspieligen Rüstungen Rußlands zu bedeuten haben, jenes Rußlands, dessen Finanzen keineswegs so blühend sind, um ihm einen solchen „Luxus" zu gestatten?"

Diese Frage müssen wir uns auch stellen, und weil man auf dieselbe keine befriedigende Antwort finden kann, erscheint große Reserve in Beurtheilung der Nachrichten über den günstigen Verlauf der Conferenz geboten.

Dem „Daily Telegraph" wird ausführlich über die Audienz des Marquis v. Salisbury beim Sultan berichtet: „Nach der formellen Vorstellung zogen sich die großen ottomanischen Hof-Chargen und sonstigen Personen mit Ausnahme desjenigen Beamten, der als erster Dragoman fungirte, zurück. Das Personal der englischen Botschaft that ein Gleiches, und außer dem Marquis v. Salisbury und Sir Henry Elliot blieb nur Herr Laudison, der erste Dragoman der englischen Botschaft, anwesend. Es entspann sich nunmehr eine Unterhaltung zwischen dem Sultan und dem Marquis v. Salisbury. Der Sultan hörte dem englischen Botschafter eine Weile zu und sprach dann seinerseits von der Conferenz, die demnächst beginnt, mit großer Offenheit. Er äußerte die Hoffnung, daß die Schwierigkeiten, mit welchen die Pforte gegenwärtig zu kämpfen habe, von den versammelten Bevollmächtigten in befriedigender Weise erledigt werden würden. Ferner sprach er seine zuversichtliche Erwartung aus, daß kein Vorschlag gemacht werde, welcher die Wirkung haben würde, seine Unterthanen verschiedenen Bekenntnisses und verschiedener Racen auf verschiedenen Fuß zu stellen. Sein lebhafter Wunsch sei es — bemerkte er — daß Alle, Türken, Griechen und Bulgaren, volle Gleichstellung genießen möchten. Der Sultan verweilte sonst noch bei den besondern Schwierigkeiten seiner Stellung, die aus seiner plötzlichen und vor ganz kurzer Zeit erst erfolgten Thronbesteigung hervorgehen. Schließlich erklärte er, er habe volles Vertrauen zu den Erwägungen der Conferenz."

Der Beginn der dritten Lesung der Justizgesetze im deutschen Reichstage wird am Freitag erwartet. Das geringe Entgegenkommen der Regierungen erschwert den Ausgleich der Differenzen. Der Justiz-Ausschuß des Bundesrathes ist im Wesentlichen mit den preußischen Bedenken einverstanden. Wie verlautet, soll in das Gesetz über die Gerichtsverfassung die Bestimmung aufgenommen werden, daß die Ueberweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte auf dem Wege der Landesgesetzgebung erfolgen kann. Auf diese Weise will man die Hauptschwierigkeit umgehen.

Die französische Ministerkrise ist endlich gelöst. Jules Simon übernimmt das Präsidium und das Ministerium des Innern, der lebenslängliche Senator Louis Josef Martel vom linken Centrum das Justizministerium. Der Kriegsminister Berthaud bleibt.

Der neue Handelsvertrag mit England.

Wien, 13. December.

Der von unserm Auswärtigen Amte unter dem 5. d. M. mit England vereinbarte neue Handelsvertrag, welcher heute im Abgeordnetenhause zur Vertheilung gelangte, enthält acht Artikel.

Artikel I und II [illegible] den beiden vertragschließenden Staaten die reciproke M[illegible]günstigung in Bezug auf die Freizügigkeit der beider[illegible] handeltreibenden Unterthanen, sowie des Ein-, Aus- und Durchfuhrhandels.

Artikel III bestimmt: [illegible] Ermäßigung in dem Tarife der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben, sowie jede Begünstigung oder Befreiung, welche einer der vertragschließenden Theile den Unterthanen und dem Handel einer dritten Macht zugesteht, wird gleichzeitig und ohne Bedingung dem andern zu Theil werden.

Artikel IV statuirt als Ausnahmen: die althergebrachten Vorrechte der türkischen Unterthanen bei ihrem Handelsbetriebe in Oesterreich; ferner die für den Grenzverkehr von Oesterreich gewährten Erleichterungen; endlich die einem der beiden Staaten durch eine abgeschlossene oder abzuschließende Zolleinigung auferlegten Verbindlichkeiten.

Artikel V knüpft alle etwa zu erlassenden Ein-, A[illegible] und Durchfuhrverbote gleichfalls an die Bedingung der [illegible]begünstigung.

Tagesneuigkeiten.

Wien, 13. December.

[Personal-Nachrichten.] General Tschernajeff ist heute Vormittags mit Gefolge mit dem Oderberger Courierzuge nach Kischenew abgereist. Die Gemalin des Generals sammt dessen drei Kindern bleiben vorläufig in Wien. — Der Sections-Chef im Ackerbauministerium Freiherr Schröckinger v. Neudenberg begeht am 29. d. sein vierzigjähriges Dienst-Jubiläum. — In München sind der einst gefeierte Hof-Balletmeister Friedrich Horschelt, 83 Jahre alt, und der Hof-Schauspieler Büttgen, 55 Jahre alt, gestorben.

[Geographische Gesellschaft.] In der gestern abgehaltenen zwanzigsten Jahresversammlung der Geographischen Gesellschaft wurden zunächst auf Vorschlag des [illegible] v. Becker mit Acclamation zum Präsidenten der Gesellschaft Hofrath Professor v. Hochstetter wieder- und zum Vice-Präsidenten an Stelle des resignirenden kaiserlichen Rathes Anton Steinhauser der Reichs-Finanzminister Freiherr v. Hofmann neugewählt. Hierauf folgte die Verlesung der Berichte über die internen Angelegenheiten der Gesellschaft. An den Kassenbericht knüpft sich eine längere Discussion über die finanzielle Lage der Gesellschaft und ward, um dem für das nächste Jahr zu gewärtigenden Deficit vorzubeugen, beschlossen, an die wohlhabenden Mitglieder einen Appell um höhere als die ihnen statutenmäßig obliegenden Jahresbeiträge zu richten. Hierauf wurden einige Statuten-Aenderungen, durch welche im Wesentlichen 1. das Bureau in Hinkunft um einen Vice-Präsidenten und sieben Ausschuß-Mitglieder vermehrt werden soll, 2. die Auslosung von ausscheidenden Functionären zu unterbleiben habe und zum Ersatze von Abgängen sieben Ersatzmänner zu wählen seien, genehmigt. Schließlich machte der Vorsitzende die Mittheilung, daß am 29. d. im Orientalischen Museum die Constituirung des National-Comités für die Erforschung und Erschließung von Central-Afrika unter dem Titel „Afrikanische Gesellschaft in Wien", erfolgen werde, daß nach dem bereits ausgearbeiteten Statuten-Entwurfe der Ausschuß dieser neuen Gesellschaft aus 45 für eine dreijährige Functionsdauer gewählten Mitgliedern bestehen soll und daß für die ordentlichen Mitglieder ein Jahresbeitrag von mindestens 1 fl. festgestellt [illegible]. In den [illegible] wurden H. [illegible] v. Glanz-Aicha, G. R. v. M[illegible], J. Freiherr v. [illegible] und Dr. Fr. Steindachner wieder, [illegible] Freiherr v. Oesterreicher, Edm. Graf Zichy und kaiserlicher Rath Ant. Steinhauser neugewählt.

[Unglück durch Torpedos.] Die unterseeischen Torpedos im Schwarzen und Azow'schen Meere haben schon ein Opfer gefordert. Ein aus dem [illegible] Meere kommender englischer Kauffahrer wollte an der [illegible] von Kertsch anlegen. Vom Warnungsschiffe aus war jedoch bemerkt worden, daß der Kauffahrer sich gerade einer Stelle nähere, an welcher Torpedos versenkt waren, und man gab deßhalb einen Warnungsschuß ab. Die Bedeutung des Schusses mißverstehend rannte jedoch das englische Schiff gerade auf die gefährliche Stelle los und war im Augenblicke ein Trümmerhaufen. Auch ein unweit stehendes russisches Wachtschiff wurde dabei beschädigt.

[Die Opfer des Brooklyner Theaterbrandes.] Aus Philadelphia 10. d. wird telegraphirt: „Die Leichen der nicht agnoscirten Opfer des Brooklyner Theaterbrandes wurden am Samstag feierlich begraben. 103 Leichen kamen in ein großes kreisrundes Grab auf Battle Hill im Greenwood-Friedhof, wo zu gleicher Zeit 30 Privatbegräbnisse von Verunglückten stattfanden. 1000 Mann Truppen und ein ungeheurer Zug von Bürgern begleitete die Leichenwagen. Die Gebäude waren alle mit Trauer-Emblemen versehen, die Läden blieben geschlossen. Ein Unterstützungs-Comité, das sich in New-York gebildet hat, constatirte 177 Fälle von gänzlicher Hilflosigkeit unter den Hinterbliebenen und leitete große Subscriptionen für dieselben ein. Auf dem Greenwood-Friedhof wird ein großes Denkmal für die Opfer errichtet. Die Leichen der gleichfalls verbrannten Schauspieler Murdoch und Burrow wurden heute in New-York beerdigt."

[Das Grubenunglück im Windberg-Schachte.] Ueber das bereits gemeldete Grubenunglück berichtet das „Dresdener Journal": „In dem Steinkohlenwerke des Potschappler Actienvereins in Liquidation ist am Sonntag von Früh 4 Uhr bis Mittags 12 Uhr die Reinigung der Strecken vorgenommen worden, und hätte diese Arbeit Abends 8 Uhr wieder aufgenommen werden sollen. Zu diesem Behufe sind kurz nach 7 Uhr 27 Arbeiter in den mit Ventilator ausgerüsteten Windberg-Schacht eingefahren, welchen auch alsbald der Steiger Schlicke gefolgt ist. Als derselbe am Füllorte des gedachten Schachtes angekommen, findet er dort, auf einer Bank sitzend, den Anschläger Heuke und erfährt von ihm, daß in der Grube eine Explosion stattgefunden haben müsse. Unverweilt ist sodann der Steiger in die Strecken gefahren und hat daselbst an den ihnen angewiesenen Arbeitspunkten 24 Arbeiter todt und 2 Arbeiter verwundet vorgefunden, während an den Strecken nur ganz unerhebliche Beschädigungen wahrzunehmen gewesen sind. Die Ursache der anscheinend plötzlichen Ansammlung schlagender Wetter in dieser Grube, in welcher seit geraumer Zeit keine erheblichen derartigen Gasentwicklungen stattgefunden haben, ist bis jetzt noch nicht ermittelt und sind die Erörterungen hierüber im Gange. Der Steiger Schlicke ist, da er, den bestehenden Bestimmungen entgegen, die Wetter vor Einfahrt der Arbeiter in die Grube nicht untersucht hat, verhaftet worden."

[Die Ermordung der Gräfin Laura Erdödy.] Ueber dieses Drama werden aus Nizza folgende Einzelheiten geschrieben: „Es war um sieben Uhr Abends, als Mastelloni bei der Gräfin in ihrer Wohnung, in der Rue de Beaulieu erschien. Die Kammerfrau öffnete ihm. „Melden Sie mich bei Madame!" sagte er höchst brutal. Und bei diesen Worten nahm er die Richtung gegen den Speisesalon. Der Schlüssel stak in diesem Augenblick von außen. Mit einer raschen Bewegung zog ihn Mastelloni heraus und wartete. Fast gleichzeitig erschien die Gräfin, aber kaum hatte sie den Fuß über die Schwelle der in den Salon führenden Glasthür gesetzt, als Mastelloni den Schlüssel zweimal umdrehte. Sie waren eingeschlossen. Sie konnten nur einige Worte mit einander gewechselt haben, denn die Kammerfrau hörte ihre Gebieterin zu ihrem frühern Geliebten blos sagen: „Lassen Sie mich gehen; ich [illegible]" Weiter sprach sie nichts mehr. Es erfolgte ein erster Schuß, dem unmittelbar ein zweiter folgte. Das war Alles. Die Kammerfrau öffnete darauf mit Gewalt den Speisesaal. In einem Winkel des Zimmers, rechts beim Buffet, lagen der Mörder und sein Opfer. Beide wanden sich röchelnd und mit

Artikel VI regelt das gegenseitige Verhältniß des Marken- und Musterschutzes in dem Sinne, daß die beiderseitigen Staatsangehörigen den Inländern gleichgestellt werden. Die Engländer sind verpflichtet, je zwei Exemplare ihrer Marken und Muster bei den Handelskammern zu Wien und Pest zu hinterlegen.

Artikel VII setzt als Vertragsdauer die Zeit vom 1. Januar bis 31. December 1877 fest.

Artikel VIII bestimmt, daß die Auswechslung der Ratifications-Urkunden bis längstens 31. December 1876 zu erfolgen habe.

Dieser Regierungsvorlage ist ein Motivenbericht beigegeben. In demselben wird die Erkenntniß ausgesprochen, daß die in dem englischen Handelsvertrage und in der Nachtrags-Convention festgesetzten „Zölle für Baumwollwaaren und Wollwaaren vermöge ihres niedrigen Ausmaßes und ihrer dem gegenwärtigen Stande der Fabrikation nicht mehr entsprechenden Eintheilungsweise sich als dem Interesse der Erhaltung und Kräftigung der betreffenden Industrien Oesterreichs nachtheilig erwiesen hatten". Es „empfehle sich aus mehrfachen Gründen nicht, bestimmte Einfuhrzölle mit Großbritannien unmittelbar zu vereinbaren, und es sei, unbeschadet der freundschaftlichen Verkehrsbeziehungen mit diesem Staate, auf deren Erhaltung und Weiterentwicklung aller Werth zu legen ist, unthunlich denselben weiterhin noch in gleiche Linie mit jenen Staaten zu stellen, welchen die Monarchie einen vertragsmäßigen Einfluß auf die Tarifbildung einzuräumen im eigenen Interesse gelegen finden kann".

In dieser Beziehung wird vor Allem die Thatsache hervorgehoben, daß der unmittelbare Verkehr zwischen beiden Staaten weder so groß und regelmäßig ist, noch Wechselseitigkeit und Gleichgewicht genug aufweist, um specielle Rücksichtnahme bei der Tarifbildung zu erheischen, und es sei allseitig anerkannt, daß die Erwartungen, welche seinerzeit an den Handelsvertrag vom 16. December 1865 rücksichtlich der Hebung dieses internationalen Verkehrs geknüpft worden sind, sich nicht erfüllt haben. Es sei außer Zweifel gestellt, daß die Monarchie lediglich in einigen Rohproducten eine mäßige, überdies von wechselnden Conjuncturen abhängige Ausfuhr aufweist und in Fabrikaten nur ausnahmsweise zu geringfügigen Exportmengen gelangt, wogegen allerdings England mit seinen weitaus überlegenen Industrien eine nachhaltige Concurrenz auf dem inländischen Markte stets zu entwickeln vermag. Diese Sachlage und die Erwägung, daß specielle Begünstigungen für jene Artikel, auf welche England zumeist Werth legen muß und in welchen es eine unbedingte Superiorität auch in Zukunft behaupten wird, nicht gewährt werden können, ohne damit die Concurrenzfähigkeit lebensfähiger inländischer Industrien auf dem heimischen Markte zu schädigen, wie auch die Erwägung, daß England keinerlei Aequivalente zu bieten in der Lage ist, führten zu dem Entschlusse, noch vor der Activirung des neuen Zolltarifes die Zollvereinbarungen mit England erlöschen und bis dahin die in dem Vertrage mit Deutschland vom 9. März 1868 stipulirten Zölle auf Baumwollwaaren und Wollwaaren mit 1. Januar 1877 für den gesammten zollbegünstigten Verkehr in Wirksamkeit treten zu lassen. Dieses Interim in der Zollbehandlung zweier wichtiger Waarengattungen, welches auch aus Rücksichten auf die freie handelspolitische Action in andern Richtungen unvermeidlich ist, dürfte indeß den Verkehr umsoweniger beirren, als die Erhöhung der Zollsätze für Wollwaaren gering ist und der Import von Baumwollwaaren, welcher durch den zollfreien Appreturverkehr mit Deutschland zumeist vermittelt wird, nur in unbedeutender Menge berührt wird.

— Betreffend die Frage, welche handelspolitische Stellung fürderhin gegenüber England anzunehmen ist, so ist die Regierung wohl der Ansicht, daß diesem Staate, welcher die Zollfreiheit seiner Ein- und Ausfuhr als fast ausnahmslose Regel beobachtet die gleiche Behandlung seiner Provenienz mit jenen dritten Staaten nicht vorenthalten werden soll und kann, deren Verkehr durch besondere Zollverträge zu erleichtern nach wie vor ein wohlverstandenes Interesse der Monarchie sein wird. Eine differentielle Behandlung wäre auch im Hinblicke auf die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Großstaate ungerechtfertigt und für die Interessen des österreichisch-ungarischen Verkehres gewiß abträglich. In Folge dessen ist der vorliegende Handelsvertrag mit der gegenseitigen Zusicherung der Meistbegünstigung abgeschlossen worden.

Andererseits erschien es mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der zollpolitischen Verhandlungen mit dritten Staaten, aus welchen sich erst im Laufe des Jahres 1877 das volle Bild des österreichisch-ungarischen Zoll-Systems für die nächsten zehn Jahre ergeben wird, nicht angemessen, Zusicherungen auf längere Dauer zu machen, ohne daß deren Bedeutung unsererseits zur Gänze überblickt und von Seite Englands hinlänglich gewürdigt werden könnte. Die Beschränkung der Meistbegünstigung auf die Dauer des nächsten Jahres und der Vorbehalt länger dauernder Abmachungen bis dahin, wo über das künftige Zoll-System Klarheit herrschen wird, gewährt zugleich die Beruhigung, daß die Zollfrage nach keiner Seite präjudicirt und die volle Freiheit für die Entscheidung der beiden Reichshälften über dieselbe bewahrt wird.

Schließlich ist zu bemerken, daß bei Gelegenheit der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages die Erklärung zu Protokoll gegeben wurde, daß die Bestimmung des Artikels IV, Punkt 3, sich rücksichtlich der österreichisch-ungarischen Monarchie dermal nur auf die zwischen derselben und dem Fürstenthume Liechtenstein bestehende Zolleinigung bezieht.

Reichsrath.

Wien, 13. December.

Abgeordnetenhaus. (CCXVIII. Sitzung.) Präsident Dr. Rechbauer eröffnet die Sitzung um ¼12 Uhr.

Auf der Ministerbank: Stremayr, de Pretis, Unger, Ziemialkowski.

Der neugewählte Abg. Freiherr v. Konopka wurde in die dritte Abtheilung ausgelost.

Der Handelsminister übersendet eine Vorlage, betreffend die Erneuerung des Zoll- und Steuervereines mit dem Fürstenthum Liechtenstein.

Das Haus geht zur Tagesordnung: Fortsetzung der Special-Debatte über das Budget, über.

Nachdem in der gestrigen Sitzung die Debatte über Titel 9 des Capitels „Cultusministerium", nämlich „Ausgaben der Fonds", geschlossen worden, erhält das Wort der

Special-Berichterstatter Abg. Dr. Rodler.

Derselbe wendet sich gegen die Angriffe des Abg. Greuter auf die Anträge des Budget-Ausschusses. Er habe die Frage aufgeworfen, ob das Haus, respective der Budget-Ausschuß bereit sei, solche Abstriche zu machen, ob der Budget-Ausschuß oder das Haus das Recht haben, sich zum ordentlichen Richter zu machen. Auf alle diese Fragen liegt die Antwort einfach. Jährlich wird dem Hause das Budget zur Prüfung vorgelegt, und die Consequenz der Vorlage ist, daß dem Hause zweifellos das Recht zustehe, die einzelnen Posten nicht zu bewilligen. Es thäte gar nicht noth, die Rechtsgründe anzugeben. Aber es ist nicht die Art des Budget-Ausschusses, ohne Gründe vorzugehen. Im Budget des Cultusministeriums finden sich Positionen, über deren Rechtstitel keine Klarheit besteht. Deßhalb wurde im vorigen Jahre die Regierung aufgefordert, bezüglich dieser Nachweisungen zu geben. Die Regierung ist dieser Forderung nachgekommen, und es hat sich herausgestellt, daß der Rechtstitel für diese Leistungen zum Theile allerhöchste Entschließungen, zum Theile Ministerial-Rescripte sind. Der Abg. Greuter fragt, ob denn das, was in absoluter Zeit geschah, ungiltig sei. Das unterliege eben gerade so der Veränderung wie alles Andere. Der Anspruch der Karmeliterinnen auf die Staats-Subvention ist kein Privat-Rechtstitel, somit kommt nur das öffentliche Wohl zu erwägen. Den Karmeliterinnen steht im Falle der Verweigerung der Subvention noch immer der ordentliche Rechtsweg offen. Was die Redemptoristen betrifft, so seien dieselben im Jahre 1848 aufgehoben worden, weil über ihr Wirken die allgemeine Entrüstung sich geltend machte. Es ist eine beliebte Methode der rechten Seite des Hauses, die geheiligte Person des Monarchen in die Debatte hineinzuziehen, dieselbe soll draußen bleiben. (Heiterkeit.) Wenn Abg. Greuter über das Schicksal der Karmeliterinnen im Falle der Verweigerung der Subvention besorgt ist, so möge er sich beruhigen, denn die Karmeliterinnen nehmen Niemanden auf, der nicht bemittelt ist. (Bravo! links.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Bei derselben wird Titel 9, „Ausgaben der Fonds", nach dem Antrage des Ausschusses im Ordinarium mit 3,548.300 fl., im Extra-Ordinarium mit 720.073 fl. bewilligt. Die Anträge des Abg. Greuter werden mit großer Majorität abgelehnt. Für dieselben stimmen die Rechtspartei, die Polen und die Minister Stremayr und Ziemialkowski. Handelsminister Chlumecky stimmte dagegen.

Es werden sodann die Titel 10, „Stiftungen und Beiträge zu katholischen Cultuszwecken", dann Titel 11, „Beiträge zu evangelischen Cultuszwecken", und Titel 12, „Beiträge zu orientalischen Cultuszwecken", mit der Gesammt-Summe von 4,11? 984 fl. im Ordinarium und [illegible] im Extra-Ordinarium den Ausschußanträgen entsprechend ohne Debatte angenommen.

Zum Titel 13, „Hochschulen", ergreift das Wort

Abg. Greuter:

Ein liberales Wiener Blatt habe vor Kurzem den Ausspruch gethan: „Oesterreich befindet sich in einer unglücklichen Lage." Dieses Verdict sei abgegeben worden nach einer fünfzehnjährigen unbestrittenen Herrschaft [illegible], nachdem [illegible] eben mit bewunderungswürdiger Geduld dem Liberalismus [illegible] Wege geebnet worden waren, die angeblich zum Glück Oesterreichs führen.

Trotz aller Protestationen der Katholiken in Oesterreich ist das Concordat aufgehoben worden. Die Gewerbefreiheit ist nicht beschränkt, der Wucher hat einen Freipaß durch alle Länder Oesterreichs. Und doch, was der Absolutismus eines Metternich nicht vermochte, was die Reaction eines Bach nicht zu Stande gebracht, was der Concordats-Minister Thun nicht herbeigeführt, das hat die liberale Aera zu Stande gebracht. Nach liberalem Geständnisse ist Oesterreich ganz unglücklich geworden.

Meine Herren! Wer die Schule hat, der hat die Zukunft, und die Zukunft ist ein Echo der Gegenwart. Sollen wir die Schule auch ferner dem Liberalismus belassen, der Oesterreich, wie er selbst gestehen muß, ins Unglück geführt hat? Wird dann in der Zukunft nicht der Ruf des Unglückes noch viel stärker ertönen?

Man hat das Papstthum politisch isolirt, und nun soll durch die Schule auch dessen geistige Isolirung herbeigeführt werden. Durch den Unterricht soll eine solche Verführung der katholischen Jugend eingeleitet werden, daß sie sich vom Centrum der katholischen Einheit lossagt. Die Unsterblichkeit der Seele, die Auferstehung des Fleisches werden weggeleugnet . . . .

Präsident:

Ich erlaube mir, den Herrn Redner daran zu erinnern, daß wir uns in der Special-Debatte über den Titel „Hochschulen" befinden. Der Herr Redner hat noch kein Wort von einer Hochschule gesprochen. (Heiterkeit.)

Abg. Greuter:

Ich spreche ja zum Titel „Unterricht". Ich glaube denn doch das Recht zu haben, meiner Erörterung eine kleine allgemeine Einleitung voranzuschicken. (Heiterkeit.)

Präsident:

Die allgemeine Debatte über das Capitel des Unterrichts ist schon beim Titel „Central-Leitung" gewesen. Jetzt ist die Rede von den Hochschulen. Ich muß auf einer geregelten Debatte bestehen; sonst wird es uns unmöglich sein, das große Material zu bewältigen. Ich bitte daher den Herrn Redner, sich auf die Besprechung der Hochschulen zu beschränken.

Abg. Greuter:

Ich hatte meine Aufgabe in dem Sinne aufgefaßt, wie ich gesprochen habe. Wenn der Herr Präsident anderer Ansicht ist, so bleibt mir nichts Anderes übrig, als auf's Wort zu verzichten. (Beifall und Rufe: Nein!) Ich fahre also fort. (Heiterkeit.)

Präsident:

Wenn Sie sich nicht an die Regeln der Debatte kehren wollen, so machen Sie es mir unmöglich, das Amt, das mir übertragen ist, zu versehen. Ich bitte, sich nur an den Titel „Hochschulen" zu halten.

Abg. Greuter:

Dann spreche ich nicht weiter! (Redner setzt sich. — Beifall und Heiterkeit.)

Präsident:

Nachdem der Herr Redner auf's Wort verzichtet, so ertheile ich dem Abg. Graf Mieroszewski das Wort.

Abg. Graf Mieroszewski

wendet sich gegen die Bemerkung im Berichte des Finanz-Ausschusses, daß, so lange mit dem Ankauf des bischöflichen Convictes in Lemberg gewartet werden solle, bis über den Bestand der Lemberger Universität entschieden werden wird. Dieser Passus sei zwar kein Antrag und keine Resolution, aber immerhin präjudicirend. Wenn man glaubt, daß ein Antrag auf Aufhebung der Lemberger Universität genügende Unterstützung finde, so möge man ihn einbringen. Er protestirt gegen ein solches Vorgehen. Wenn Uebelstände bestehen, so verbessere man sie. Er gebe zu, daß die Lemberger Universität nicht so ist, wie sie sein sollte, aber das ist noch immer kein Grund, sie aufzuheben. Wenn man an dem Grundsatze festhält, daß Galizien zu viel Hochschulen besitze, so schaffe man consequenterweise neue, wo zu wenige sind, so in Böhmen. Wenn man in Prag eine neue Universität gründen würde, hätte man dort so manchen Vorgang der Gegenwart vermieden. Für ein Land mit fünf Millionen Einwohnern sind drei Hochschulen nicht zu viel. Man sehe auf Deutschland und die Schweiz hin, wo auf ½ Million Einwohner eine Universität entfällt. Man habe ja auch in Czernowitz eine Universität errichtet. Er gehöre nicht zu Denjenigen, die da sagen, daß sie sich nicht rentiren werde. Der Staat ist ja keine [illegible]. Was der Staat für Schulen ausgibt, hat ihn noch nie arm gemacht. Bauen wir keine Paläste, sondern nur Schulen, und die werden sich immer rentiren. (Bravo!) Die Mission Oesterreichs, Cultur nach Osten zu tragen, bedeutet nicht: die Germanisation, sondern Freiheit und Bildung nach Osten tragen. Dieser Aufgabe werden wir gerecht, wenn wir jede Nationalität und jede Kirche sich frei entwickeln lassen. Kaiser Franz Josef, welcher die Universität Czernowitz und die Akademie der Wissenschaften in Krakau begründet hat, wird die von Kasimir [illegible] Facultät der Welt in Lemberg nicht [illegible]. (Bravo!)

Abg. Dr. Eusebius Czerkawski

spricht ebenfalls gegen die Absicht, die [illegible] Universität aufzuheben, und versucht, die Ungerechtigkeit einer solchen Maßregel nachzuweisen, indem er gleichzeitig die Nothwendigkeit des Fortbestandes derselben hervorhebt.

(¾1 Uhr. — Die Sitzung dauert fort.)

Herrenhaus. (L. Sitzung.) Präsident Fürst Carlos Auersperg eröffnet die Sitzung um [illegible] Uhr.

Auf der Ministerbank: Auersperg, [illegible], Glaser, Unger, Horst.

Präsident:

In der Ueberzeugung, daß das hohe Haus die freudige Gelegenheit, um die Gefühle der Anhänglichkeit an unseren Monarchen auszusprechen, benützen wolle, habe ich die Namensfeier Ihrer Majestät der Kaiserin zum Anlaß genommen, die Huldigung und ehrfurchtsvollsten Segenswünsche des Herrenhauses in geeigneter Weise darzubringen. Von Sr. Durchlaucht dem Herrn Minister-Präsidenten wurde mir eröffnet: „Ihre Majestät hat mich zu beauftragen geruht, dem hohen Herrenhause für die aus Anlaß allerhöchstihrer Namensfeier dargebrachte loyale Huldigung allerhöchstihren verbindlichsten Dank und die Versicherung der allerhöchsten Huld bekanntzugeben."

Der Minister des Innern macht Mittheilung von dem Ableben der Herrenhaus-Mitglieder Graf Giorgi, Dr. Ferdinand Heißler und Feldzeugmeister Graf Degenfeld-Schonburg.

Präsident:

Diese vom Tode ereilten Mitglieder waren, Jeder in seiner Berufssphäre, [illegible] gewissenhaft in der Pflichterfüllung; der Eine als loyaler Staatsbürger, der Andere als Beamter des Staates und der Letztverstorbene als entschlossener, thatkräftiger Heerführer, dessen Name mit dem Ruhme der kaiserlichen Fahnen untrennbar verbunden bleibt. Sein thatenreiches Leben war dem Wohle der Armee und des Staates [illegible] gewidmet und in beiden Richtungen haben ihn Energie und Hingebung in gleichem Maße erfüllt. Die bedeutungsvollen Verdienste, welche seine Thätigkeit erworben hat, werden in unauslöschlichen Zügen der Anerkennung durch die Geschichte der Nachwelt überliefert. Sie werden auch in diesem hohen Hause unvergänglich fortleben. Durch diese in kurzer Zeit auf einander gefolgten Todesfälle hat das Vaterland den Verlust von Männern zu beklagen, die dem Staatswohle opferwillig ergeben waren. Möge die hohe Versammlung von der Trauer um diese Verluste Zeugenschaft geben durch Erheben von den Sitzen. (Geschieht.)

Der Minister des Innern theilt mit, daß Fürst-Erzbischof Dr. Albert Eder eingeladen wurde, den ihm gesetzlich zukommenden Sitz im Herrenhause einzunehmen.

Fürst-Erzbischof Dr. Eder, ferner die neuen Mitglieder Erzbischof Romaszkan und Graf Wilhelm Pace befinden sich im Hause und leisten die Angelobung.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Erster Gegenstand derselben ist die erste Lesung der vom Abgeordnetenhause gefaßten Beschlüsse über die vorgelegte Geldgebahrung anläßlich des Wiener Weltausstellungs-Unternehmens. Dieselben werden der Finanz-Commission zugewiesen.

Der zweite Gegenstand ist die zweite Lesung des Gesetzes, womit die Aushebung der zur Erhaltung des stehenden Heeres und der Ersatz-Reserve erforderlichen Recruten-Contingente im Jahre 1877 bewilligt wird.

---

schrecklichen Gesichtsverzerrungen in ihrem Blute. Der Gräfin war gerade ober dem rechten Auge die Stirne durchschossen, während sich Mastelloni einen Revolverschuß in den Mund beigebracht hatte. Mastelloni, ein sehr roher Mensch, war seit zwei Monaten nicht bei der Gräfin erschienen, und als er am 6. December wieder zu ihr kam, geschah es nur, um von seiner alten Geliebten 4- bis 5000 Francs zu begehren, deren er bedurfte. Auf ihre kategorische Weigerung drängte er sie in einen Winkel des Zimmers, wo sie auf einen Stuhl fiel. Sein Revolver war schon bereit. Er setzte den Lauf an die Stirne seines Opfers und drückte los. Er hatte gut getroffen, denn die Unglückliche stürzte sogleich an der Mauer zu Boden. Der schnell herbeigerufene Doctor Grandvilliers brachte der Gräfin die erste Hilfe, aber es war Alles umsonst. Die arme Frau gab um 10 Uhr Abends ihren Geist auf, ohne ein Wort gesprochen zu haben. Mastelloni wurde in das Spital Saint-Roch gebracht, wo er erst am nächsten Morgen starb. Er war 34 Jahre alt, sehr groß, von ungewöhnlicher Stärke und Lebenskraft. Gräfin Laura Erdödy, aus einer der angesehensten Familien Ungarns entsprossen, hatte seit zwei oder drei Jahren in Nizza gewohnt. Vor Zeiten reich, besaß sie noch gegen 15.000 Francs Rente. Sie war eine sehr schöne Blondine, liebenswürdig und elegant. Man sah sie oft auf der Promenade, aber immer allein. Mastelloni war in der Umgebung Roms geboren. Ein leidenschaftlicher Spieler, hatte er an der Börse und in Gesellschaften enorme Summen verloren. Seit zwei Jahren war seine Lage sehr precär geworden. Er suchte also Beschäftigung und ging nach Marseille, wo er die Stelle eines Commissionärs auf dem Getreidemarkte und eines Agenten der Dampfschifffahrts-Gesellschaft „Valery" bekleidete. Es gab eine Zeit, da die Gräfin sehr in ihn verliebt war und ihn gewiß geheiratet haben würde, wenn ihr nicht ihre Familie die Zustimmung versagt hätte. Die Liebe schlug später in Abneigung um. Trotzdem schrieben sie sich noch — Mastelloni ohne Zweifel, um Geld zu begehren, sie, um es ihm abzuschlagen. — Die Mord-Scene bildete den traurigen Abschluß des unseligen Verhältnisses."

[Muthmaßlicher Selbstmord.] Der [illegible] Privatschreiber Leopold Salzer, im X. Bezirke, [illegible]gasse Nr. 5 hat sich am 1. d. unter Umständen vom Hause entfernt, die auf einen Selbstmord schließen lassen.

[Wetterbericht vom 13. December.] Ueber ganz Mittel-Europa bleibt die Vertheilung des Luftdruckes eine sehr gleichmäßige (760 bis 765 Millimeter). Die Luft ist daher überall schwach bewegt, das Meer fast durchwegs ruhig, der Himmel größtentheils bewölkt, die Temperatur etwas gefallen. Um 7 Uhr Früh melden: Prag — 1·0, Bregenz — 0·6, Ischl — 0·4, Wien — 0·4, Pest + 1·9 Tarnopol — 3·8, Hermannstadt + 2·7, Triest + 6·4, Lesina + 10·5 Grad Celsius. Niederschläge fanden seit gestern keine statt. Im Westen Europas herrscht gleichfalls meist ruhiges, nebliges Wetter bei Abnahme der Temperatur; um 8 Uhr Morgens notirten: Grisnez + 2·0, Perpignan + 4.6 (starker Regen) Paris + 1·4 (Nebel), Kopenhagen — 0·6 Grad Celsius. Andauernd ruhiges Wetter bei weiterer Abkühlung voraussichtlich.

Theater, Kunst und Literatur.

— Bei der gestrigen zweiten Aufführung von Greif's „Nero" war das Stadttheater wieder in allen Räumen ausverkauft. Das Publicum folgte der Handlung mit Spannung und zeichnete den Dichter durch vielfachen Hervorruf aus. — Am 15. d. feiert der Prager Capellmeister Herr Johann Nepomuk Skraup sein vierzigjähriges Jubiläum als Musiker. — Hermann Götz's Oper „Der Widerspänstigen Zähmung" hat im Berliner Opernhause bei der vorgestrigen ersten Aufführung sehr gefallen

Theater von heute.

Hofburgtheater: „Fromont jun. und Risler sen."
Hofoperntheater: „Der Troubadour."
Wiener Stadttheater: „O, diese Männer!"
Komische Oper: „Zampa, oder Die Marmorbraut."
Carl-Theater: „Madame Flott," „Loulon," „Eine humoristische Vorlesung," „Unsere Nachbarin," „Die Frau Baronin vom Ballet."
Theater an der Wien: „Der See-Cadet."
Theater in der Josefstadt: „Alles um 27 Kreuzer."
Akademie-Theater: „Müller und Miller," „Das Versprechen hinterm Herd."

Redaction und Administration: Landstraße, Gärtnergasse Nr. 6
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen werden portofrei befördert.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl., monatlich 2 fl.
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl., monatlich 2 fl. 35 kr.

Einzeln:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Abendblatt. Motto: Gleiches Recht für Alle.

Ankündigungs-Bureau: Stadt, Wollzeile 16.
Inserate und Briefe an den Redacteur werden tarifmäßig berechnet.

Abonnement für Wien:
Ganzjährig 18 fl., halbjähr. 9 fl., vierteljähr. 4 fl. 50 kr., monatlich 1 fl. 50 kr.;
mit Zustellung ins Haus ganzjährig 21 fl. 60 kr., halbjährig 10 fl. 80 kr., vierteljährig 5 fl. 40 kr., monatlich 1 fl. 80 kr.
Abonnements werden angenommen in der Haupt-Expedition der „Presse", Wollzeile 16, und bei allen Zeitungsverschleißern.
Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

№ 344. Wien, Mittwoch den 13. December 1876. 29. Jahrgang.

Wien, 13. December.

Beide Häuser des Reichsraths waren heute versammelt. Auf der Tagesordnung des Herrenhauses standen das Recrutengesetz und einige andere Vorlagen von nicht wesentlichem Interesse. Im Abgeordnetenhause wurde die Budget-Debatte fortgesetzt. Es gelangte nach gänzlicher Erledigung der Cultus-Angelegenheiten der Unterrichts-Etat zur Berathung. Zum Sitzungsbeginne wurde eine Regierungs-Vorlage, betreffend die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit dem Fürstenthum Liechtenstein, eingebracht. — In der heutigen Versammlung des Fortschrittsclubs meldete Abgeordneter Schürer seinen Austritt aus demselben an. Der Club wählte in das Fünfer-Comité, welches die Anträge des Abgeordneten Fux, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die gemeinsamen Angelegenheiten in Erwägung ziehen soll, die Abgeordneten Dr. Josef Kopp, Baron Walterskirchen, Fux, Dr. Sturm und Dr. Franz Groß. Abgeordneter v. Proskowetz meldete eine Interpellation an den Finanzminister an wegen der im Verordnungswege während der diesjährigen Zuckercampagne erfolgten Erhöhung der Zuckersteuer um 60 Percent.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat die General-Debatte über die Ostbahn-Affaire rascher beendet, als erwartet wurde. Das Ergebniß der Abstimmung ist dasselbe, das wir gestern an dieser Stelle vorhergesagt haben. Es wurde der Gesetzentwurf bezüglich des Ankaufes der Ostbahn mit beträchtlicher Majorität zur Grundlage der Special-Debatte, andererseits aber auch der Antrag Zsedenyi's auf Einleitung der gerichtlichen Untersuchung bezüglich der stattgefundenen Mißbräuche angenommen. Minister Pechy und Minister-Präsident K. Tisza hatten gegen diesen Antrag gesprochen; der Letztere führte gegen denselben abermals die Bedenken ins Treffen, die er bereits in der Conferenz der liberalen Partei hervorgehoben hatte; ein doloses Vorgehen sei nicht erwiesen, auch werde die strafgerichtliche Verfolgung zu keinem positiven Erfolg in der angestrebten Richtung führen, wol aber werde sie dem Credit und dem Ansehen des Staates schaden. Das Haus ließ sich jedoch für den auch von Tisza befürworteten Antrag des Ausschusses, das staatsanwaltliche Gutachten billigend zur Kenntniß zu nehmen, nicht gewinnen und bei der namentlichen Abstimmung, welcher jedoch zahlreiche Mitglieder der Regierungspartei vorsichtig aus dem Wege gegangen waren, wurde der Antrag Zsedenyi mit 105 gegen 90 Stimmen angenommen. Es wird sich nun zeigen, ob jene „Fatalitäten", wirklich eintreten, vor welchen Kolomon Tisza so sehr bangt. Daß es eventuell zu Scandal kommen könne, wurde gestern im Hause selbst unverholen zugegeben; ein Mitglied der Regierungspartei sagte rund heraus, daß man auch den Scandal nicht scheuen dürfe und der Führer der äußersten Linken, E. Simonyi, stellte die Forderung, daß nicht allein die direct Schuldigen, sondern auch die Minister und Ministerialbeamten zur Verantwortung gezogen werden, welche zur Zeit der begangenen Mißbräuche im Amte waren. Er und mit ihm ein namhafter Theil will daher gerade jene Vergangenheit ans Licht gezogen haben, von welcher nach Tisza's Ansicht nicht mehr die Rede sein sollte. — Morgen wird das Abgeordnetenhaus den Budgetgesetz-Entwurf verhandeln; auch die „unabhängige liberale" Partei wird gegen die Appropriation stimmen und dieses Votum durch ihren Präsidenten Földvary damit begründen, daß sie zur finanz- und volkswirthschaftlichen Politik der Regierung kein Vertrauen hat. Freitag dürfte das Budget dem Oberhaus zugeschickt werden. Am 22. soll die Vertagung des Hauses erfolgen, die bis zum 14. Jänner in Aussicht genommen ist. Der Finanzausschuß hat beschlossen, dem Haus den Gesetzentwurf über den Nachtragscredit für die siebenbürgischen Militär-Spitäler zur Annahme zu empfehlen, nachdem die Minister Tisza, Szende und Szell erklärt hatten, daß die neueren Verhandlungen erwiesen haben, daß die Mehrbeträge nicht aus der gemeinsamen, sondern aus der Landeskasse zu bedecken seien und daß das in Bälde zu schaffende Militär-Einquartierungsgesetz auch diese Angelegenheit definitiv regeln werde.

Gestern hat die erste formelle Sitzung der Vorconferenz stattgefunden. General Ignatiew, als Doyen, wurde zum Präsidenten und Graf Mouy, erster Secretär der französischen Botschaft, zum Secretär gewählt. Die Sitzungen sollen heute und an den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Die Dispositionen seien versöhnlich, meldet ein Konstantinopeler Telegramm; im Princip herrsche über die hauptsächlichsten Fragen ein Einvernehmen. Zu diesen würde aber sicherlich die Garantiefrage gehören. Der Umstand, daß England mit Bezug auf eine Gebietsvergrößerung Montenegros bereits sehr erhebliche Concessionen gemacht hat, läßt allerdings darauf schließen, daß es sich dem russischen Standpunkt wesentlich nähert; wie weit dies auch in der Garantiefrage geschieht und wie weit Rußland sich in dieser Hauptsache auf Zugeständnisse eingelassen, werden wir bald vernehmen. Wenn diese Grundlagen festgestellt sein werden, soll die Conferenz unter Zuziehung der ottomanischen Delegirten ihre Arbeit beginnen.

Das „Journal des Débats" erhält aus Petersburg ein Schreiben, welches über den Grund der neuerlich in Rußland wieder überhandnehmenden friedlichen Stimmung hinreichende Aufschlüsse gibt. Es heißt in dem Briefe:

„Nachdem der Krieg in Rußland von allen Seiten mit Ungestüm herbeigerufen und gewissermaßen schon als eine abgemachte Sache betrachtet worden, fängt man an, des langen Wartens müde zu werden und hört hie und da die kriegerischesten Köpfe den Frieden zu prophezeien, ohne daß man sich von den Motiven dieses Umschwunges in der öffentlichen Meinung Rechenschaft abzulegen vermag. Das Mißtrauen gegen England hat sich gelegt, seitdem man erfahren, daß die letzte Anrede des Lord Beaconsfield in jenem Lande keinen Beifall gefunden hat, und man beginnt wieder an die Möglichkeit eines Uebereinkommens zu glauben. Auf der andern Seite hat die Mobilisirung und der Schaden, den dieselbe dem Handel und Gewerbfleiß bereits beigebracht, sich besonders in den südlichen Provinzen fühlen lassen, und dorthin den Vorgeschmack der Opfer gebracht, welche der Krieg erfordern würde. Die Lähmung der Geschäfte, welche hieraus entsprungen, lastet schwer auf der Bevölkerung im Süden, und es steigen aus derselben dumpfe Klagen empor, die man deutlich vernimmt, wenn man denselben inmitten der patriotischen Aeußerungen ein aufmerksames Ohr leihen will. Die Geschäfte, welche unter der Hemmung des Waarenverkehrs auf den vorzüglichsten Eisenbahnen und den Schwierigkeiten, welche die ungewissen Aussichten in der Ausfuhr und den internationalen Transactionen hervorgerufen, dem Mangel an Händen, in Folge der Einberufung der Reservisten leiden, haben einen noch schwereren Schlag gelitten durch den Ukas, welcher die Bezahlung der Mauthzölle in Gold verordnet. Diese Maßregel kommt nicht blos einer einfachen Erhöhung der Tarife gleich, sondern sie erzeugt auch noch in den Handelsgeschäften eine Störung, welche dieselbe doppelt empfindlich macht. Die Nothwendigkeit, sich in einem gegebenen Augenblicke Gold zu verschaffen, und das Verbot sich der für die sonstigen Transactionen üblichen Münze zu bedienen, machen die Köpfe irre und bringen natürlich den Besitzern von Goldmünze Vortheil, während sie zu gleicher Zeit noch zu einem neuen Steigen des Agio und einer neuen Entwerthung der russischen Noten beitragen."

In Berlin hat man für die friedlichere Wendung in der russischen Politik eine andere Erklärung: „Wenn sich Fürst Gortschakow zu activem Vorgehen entschließt," schreibt man von dort der „Schles. Presse", „so will er doch durch die Ereignisse oder besser durch die Halsstarrigkeit der Pforte dazu gezwungen sein. Deßhalb geschieht von russischer Seite alles Erdenkliche, um für jetzt jede Gegensätzlichkeit der Tendenz zwischen London und Petersburg verschwinden zu lassen. Gelangt man erst dahin, auf der Vorconferenz sich in Konstantinopel über eine Reihe von Forderungen an die Pforte zu verständigen, so erwirbt sich auch Rußland den Anspruch, als Mandatar des christlichen Europa der Türkei entgegenzutreten. Bei diesen Forderungen aber spielen die Reformen für die drei aufständischen Provinzen und deren Garantie durch christlich europäische Controle eine naturgemäß so große Rolle, daß es kaum denkbar ist, der Nationalstolz der Osmanen werde sich herbeilassen, ohne Umstände in der Conferenz das zu acceptiren, was die Mächte in der Vorconferenz übereinkamen, dem Sultan zu octroyiren. Das ist dann erst die Klippe an welcher voraussichtlich nach hiesiger Auffassung der Frieden Schiffbruch leiden dürfte, worauf der localisirte Krieg in die Erscheinung tritt."

Daß die Pforte sich zu irgend welchen thatsächlichen Zugeständnissen nicht wird herbeilassen wollen, ist ziemlich sicher vorauszusehen; wenn sie sich aber für ihre Renitenz auf die Stimmung der mahomedanischen Bevölkerung ausredet, so ist das eine bewußte Unwahrheit,

Kleine Chronik.

Wien, 13. December.

[Hof- und Personal-Nachrichten.] Se. Majestät der Kaiser hat für die wiederholt durch Brände verunglückten Bewohner der Gemeinde Theresiendorf in Mähren 500 fl. gewidmet. — Der Erzherzog Ludwig Salvator wird sich auf dem ihm gehörigen Dampfer „Nixe" von Triest nach den Balearen begeben, wo er in dem Schlosse Miramar auf der Insel Malorca den Winter zubringen wird. — Der „Forstverein für Tirol und Vorarlberg" hat in seiner letzten Versammlung den gegenwärtigen Handelsminister Ritter v. Chlumecky um der Verdienste willen, die er sich um die Hebung des Staatsforstwesens und der materiellen Stellung der Forstbeamten als Ackerbauminister erworben, einstimmig zum Ehrenmitgliede ernannt. — Der Herr Sectionschef im Ackerbauministerium Freiherr Schröckinger v. Neudenberg begeht am 29. d. sein 40jähriges Dienstjubiläum.

[General Tschernajew] ist heute mit dem Oderberger Courierzuge der Nordbahn über Krakau und Lemberg nach Kischenew abgereist.

[Zwei Menschen in den Flammen umgekommen.] Am 6. d. M. brach in der Sölde des Johann Nußbaumer in der Ortschaft Holzgassen (Bezirk Wildshut) in Oberösterreich aus bisher unbekannter Ursache Feuer aus, welches in kurzer Zeit das ganz aus Holz gebaute Haus zerstörte. Leider ist dabei auch der Verlust zweier Menschenleben zu beklagen, indem die 36jährige Ehegattin des Besitzers mit einem acht Tage alten Knaben in den Flammen den Tod fand.

[Im Bergwerke verirrt.] Aus Mährisch-Ostrau schreibt man der „Sil." vom 8. d. M.: „Am Dienstag Vormittags wurde im Jacobischachte der Nordbahn der Schlepper P. aufgefunden, welcher sich am Samstag Abends in der Grube verirrte und somit zwei Tage und drei Nächte einsam und allein tief unter der Erde zugebracht hatte. Derselbe wurde in das hiesige Spital überführt und ist gegenwärtig wieder frisch und munter. Ein mitgenommenes Stück Brod hatte der arme Teufel unberührt gelassen, es war ihm wol aller Appetit vergangen."

[Das Grubenunglück in Sachsen.] Zur Ergänzung unseres Berichts über eine Explosions-Katastrophe im Windbergschachte im Plauenschen Grunde in Sachsen theilt das „Dresd. J." Folgendes mit: „Auf genannter Grube hatte die für gewöhnlich sich schichtenweis über Tag und Nacht fortsetzende Arbeit des Sonntags wegen von Mittags 12 bis Abends 8 Uhr geruht. Um diese Stunde fuhren 27 Arbeiter zur Nachtschicht in dem circa 500 Meter tiefen Schacht an. Einige Zeit darauf bemerkt der Maschinenmeister zugleich mit dem Untersteiger Schlicke das Aufsteigen von Dampf aus dem Förderschachte. Schlicke begibt sich, Gefahr ahnend, sofort in die Grube, leider nur um die Gewißheit zu erlangen, daß die ganze Mannschaft bis auf drei mit mehr oder minder schweren Verletzungen davon Gekommene durch Entzündung schlagender Wetter sofort getödtet worden ist, während sonstige Zerstörungen in der Grube, wie sie namentlich die Katastrophe vom 3. August 1869 begleiteten, nicht wahrzunehmen waren. Es wurde hierauf mit der Zutageförderung der Opfer der Explosion begonnen und diese traurige Arbeit bis nach Mitternacht beendet, die Verwundeten aber dem Krankenhause des Vereins übergeben, wo inzwischen einer von ihnen ebenfalls noch verstorben ist. Vom frühen Morgen des Montags an begann nunmehr die amtliche Thätigkeit der Behörden. Ob bei dem Anfahren und Ausführen der Arbeiter in die Grube irgend eine Unvorschriftmäßigkeit als nähere oder entferntere Ursache der Explosion mitgewirkt habe, darüber ist vor dem Schluß der schwebenden Untersuchung nur eine Vermuthung möglich, welche durch Schlicke's Verhaftung seitens der Staatsanwaltschaft verstärkt wird. Gewiß ist nur so viel, daß das sogenannte Hauptflötz der Steinkohlenformation des Plauenschen Grundes, zu welchem mit den von 1869 her bekannten v. Burgk'schen Unglücksschächten „Neue Hoffnung" und „Segen Gottes" auch die Reviere des angrenzenden Windbergschachtes gehören dürften, stellenweise schlagende Wetter führt. Diese bestehen aus Kohlenwasserstoff-, Sumpf- und Kohlenoxydgas, welches Gemisch, wenn es über ein Drittheil der atmosphärischen Luft bildet, sofort erstickend wirkt und bei Berührung mit einer Flamme zugleich in gefährlichster Weise explodirt."

[Eine jugendliche Witwe.] Am 4. d. wurde vor dem B.-Füreder Bezirksgerichte das Testament des Voröstoer Einwohners Thimotheus Leitold publicirt. Unter den erschienenen Erben befand sich zu allgemeinem Erstaunen auch ein kaum dreizehnjähriges Mädchen, das sich als Witwe des Verstorbenen vorstellte. Sie behauptete, ihn geheiratet zu haben, als sie 12 Jahre 3 Monate alt war; nach genau einem Jahre ist sie Witwe geworden.

[Deutschland und die Pariser Ausstellung.] Wie man der „K. Z." aus Berlin schreibt, hob auf der parlamentarischen Soirée am 9. d. M. Fürst Bismarck die Gründe hervor, welche gegen die Beschickung der Pariser Ausstellung geltend gemacht wären, indem er auch andeutete, daß unter den Tausenden von Deutschen, welche die Ausstellung besucht hätten, sich gewiß auch Personen finden möchten, welche bei nicht ganz vorsichtiger Haltung der Franzosen gegen die unbeliebten Gäste Conflicte hervorrufen könnten. Anderweitig ist bekannt geworden, daß der deutsche Kronprinz sich für eine Beschickung früher zuerst interessirt haben soll, weßhalb an ihn aus Paris von höchster Stelle ein Schreiben gerichtet wurde, um seine Theilnahme für das Unternehmen zu beleben. Indeß hatte dies keine Wirkung. Die Verhandlung im Bundesrath über Beschickung der Pariser Ausstellung zeichnete sich durch ihre lakonische Kürze aus. Der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, machte die Mittheilung, daß der Ausschuß sich gegen amtliche Theilnahme für Beschickung der Ausstellung erklärt hätte. Es meldete sich Niemand zum Worte. Darauf fragte derselbe weiter, ob ein Vertreter irgend eines deutschen Staates von seiner Regierung beauftragt sei, in der Sache eine Mittheilung zu machen. Es folgte wieder tiefes Schweigen. Darauf bemerkte der Staatsminister Hofmann: Nach dieser Erklärung ist also die Beschickung der Pariser Ausstellung seitens des Deutschen Reiches abgelehnt.

[Die neuesten Funde in Mykenä und Olympia.] Aus Berlin wird der „Kölnischen Zeitung" über Schliemann's Entdeckungen auf der Akropolis von Mykenä und über neue Funde in Olympia berichtet: „Telegramme aus Athen, welche unsere Regierung erhalten hat, bestätigen die Wichtigkeit der Ausgrabungen Schliemann's in Mykenä. Man kann nicht zweifeln, daß er wirklich die Königsgräber von Argos aufgefunden hat. Sie liegen auf der Burg innerhalb des Löwenthores, welches von Schliemann aufgegraben ist. Der Erbprinz von Meiningen war der Erste, welcher nach Jahrtausenden durch das Löwenthor fuhr. Er berichtete selbst als Augenzeuge beim Winckelmann-Feste der hiesigen Archäologischen Gesellschaft über die Aufgrabungen in Mykenä. Die Königsgräber zeigen an den Wänden Sculpturen, die ebenso alterthümlich und noch alterthümlicher sind wie die Löwen des Thores. Inschriften hat man leider bis jetzt nicht gefunden. Der Metallwerth der Goldsachen u. s. w. wird auf 300.000 Francs geschätzt. Daß Schliemann den wirklichen Agamemnon aufgefunden haben will, ist ein Spiel seiner Phantasie, doch seine Entdeckungen sind in der That von höchster Bedeutung. Auch von Olympia sind erfreuliche Nachrichten eingetroffen. Man hat dort zwei neue Metopen des Zeus-Tempels gefunden. Die eine stellt Pallas Athene sehr wohlerhalten dar, und zwar ganz in dem Styl der Metope, welche Herakles und Atlas mit den

wenn diese Stimmung ist so, wie sie durch die Agenten der Centralregierung gemacht wird. Ein frappantes Beispiel hiefür erzählt der Correspondent der „Köln. Zeitung“ in Philippopel. In Konstantinopel waren gegen Ende des Ramazan Gerüchte von einer neuen Massacre in Tatar-Bazardjik verbreitet; die dortigen Mahomedaner hatten wirklich die Absicht, zur Feier des Beiram eine kleine Christenrazzia in Scene zu setzen. Ein Consul in Philippopel ward aber heimlich davon benachrichtigt; er begab sich sofort in den Konak und theilte dem Mutessarif die Gefahr mit. Wie zu erwarten, leugnete Hamid Pascha dieselbe rundweg ab, sendete aber sofort eine Depesche nach Bazardjik, in der er den Kaimakam für Alles, was den Christen zustieße, verantwortlich machte. Der Kaimakam wendete sich an einen der vornehmsten Türken, den bekannten Ali Bey; dieser berief die Mollahs und sprach: „Ehe Ihr den Christen etwas anthut, tödtet lieber mein Weib und mein Kind!“ Dieses Mittel half sofort. Es entstand eine solche Ruhe, daß während des Beiram nicht einmal die üblichen Freudenschüsse — wie bei uns zu Neujahr — losgeschossen wurden. Dazu bemerkt der Correspondent des türkenfreundlichen rheinischen Blattes: „Der Vorfall ist authentisch und sehr bezeichnend. Wenn aber die Regierung wirklich eine solche Macht über die Gemüther besitzt — wie mir alle Türken versichern — so rücke man uns in Zukunft nicht mehr den Willen des Volkes vor Augen, wenn es gilt, irgend einen Vorschlag der Diplomatie zurückzuweisen.“ Uebrigens gährt es gegenwärtig in Bulgarien wieder. — In Widdin wurde am 11. d. die bulgarische Kirche ausgeraubt, worüber große Aufregung herrscht.

Die französische Ministerkrisis ist endlich beendet. Jules Simon wird zum Conseils-Präsidenten und zum Minister des Innern, Martel zum Justizminister ernannt. Die übrigen Minister verbleiben auf ihren Posten. Mac Mahon hat es also doch nicht für gut befunden, sich mit einem aus der Rechten gebildeten Ministerium zu umgeben. Man darf sogar behaupten, daß das neue Ministerium um eine Nuance republikanischer ist als das Ministerium Dufaure. Wie Jules Simon, so gilt auch Martel, der mehrjährige erste Vice-Präsident der seligen Assemblée, als ein ehrlicher Republikaner. Für die Gruppen der Linken hat die Neubildung des Cabinets jedoch durch das Verbleiben des Kriegsministers Berthaut einen empfindlichen Stachel.

Vom Kriegsschauplatz.

Salonich, 30. November. (Rasche Erledigung einer österreichischen Reclamation.) Das vom hiesigen ottomanischen Criminalgerichte gefällte Urtheil gegen die drei Türken, welche den österreichisch-ungarischen Unterthan Abraham Fernandez in brutaler Weise Mitte November mißhandelt hatten, sammt der gerichtlich zugesprochenen Entschädigung ist dem österreichisch-ungarischen General-Consul Ritter v. Chiari gestern Abends vom hiesigen General-Gouverneur Eschref Pascha mit officieller Note übermittelt worden. General-Consul v. Chiari hat nach dem Berichte der „Pol. Cor.“ im Laufe der Untersuchung auf exemplarische Bestrafung der Schuldigen gedrungen und in der That ist das Criminalgericht seinem Verlangen dadurch nachgekommen, daß es gegen den Hauptthäter, einen ehemaligen Schreiber des hiesigen [illegible]amtes, Namens Ago Abdullah Effendi, das höchste gesetzliche Strafmaß von zwei Jahren Kerkers ausgesprochen hat. Die beiden Begleiter Ago's, Namens Murad Nedif und Mahmud, hatten zwar an der Mißhandlung keinen thätigen Antheil genommen, wurden jedoch, weil sie immerhin durch ihre Betheiligung am Ueberfalle dem Uebelthäter eine Art Beistand geleistet hatten, zu je drei Monaten Arrestes verurtheilt. Als Schadenersatz wurde dem verletzten Abraham Fernandez, welcher nicht diplomirter practischer Arzt ist, ein Betrag von 3000 Piastern Courant für die muthmaßlich durch 50 Tage andauernde Erwerbslosigkeit und außerdem $22^1/_2$ türkische Pfund in Gold dafür zuerkannt, daß ihm während der oberwähnten Zeit die Ausübung seines ärztlichen Berufes in dem Hause eines seiner Clienten unmöglich gemacht wurde. Diese Entschädigungssumme wäre schwer hereinzubringen gewesen, da der Hauptthäter Ago, welchem sie gerichtlich aufgetragen war, außer einem Viertelantheile an einem kleinen Hause kein Vermögen besitzt. Der hiesige General-Gouverneur Eschref Pascha, welcher in der ganzen Angelegenheit den besten Willen an den Tag gelegt hatte, ließ sich jedoch durch General Consul v. Chiari bewegen, die oberwähnte Entschädigungssumme von 3000 Piastern und von $22^1/_2$ Pfund aus der Staatskasse gegen seinerzeitige Eintreibung vom zahlungspflichtigen Verbrecher vorzuschießen.

* * *

Der „Mosk. Wed.“ wird aus Belgrad in Uebereinstimmung mit unseren Nachrichten, daß die Demarcations-Commission am 5. d. M. endgiltig die Demarcationslinie gegenüber Novibazar bestimmt habe, wobei sie bei dieser Bestimmung sich nach dem ihr vorliegenden Schriftwechsel zwischen dem Obersten Systenko und dem türkischen Oberbefehlshaber richtete. Ein kleiner Theil des von den Serben besetzten türkischen Territoriums fiel in die neutrale Zone, der größere wurde den Serben zugesprochen. Die Documente und Pläne übergab die Commission dem Obersten Systenko, welcher sich heute an die Ibar begibt, um dem türkischen Oberbefehlshaber die Beschlüsse der Commission mitzutheilen. Für die Inkrafttretung der Beschlüsse der Commission bezüglich der neutralen Zone ist eine dreitägige Frist angesetzt worden. Heute begibt sich die Commission nach Bosnien.

* * *

Die Mobilisirung in Rußland soll nach dem Berichte des russischen Ministers der inneren Angelegenheiten in unerwartet kurzer Zeit vor sich gegangen sein. Der Czar hat den Minister beauftragt, allen Personen des Civilressorts, die Antheil an der Einberufung der Ergänzungs-Mannschaften und an der Pferdestellung gehabt haben, das kaiserliche Wohlwollen zu erklären.

Der kaiserliche Befehl bezüglich der Mobilisirung der Truppen wurde den Gouverneuren von 52 Gouvernements und Gebieten durch Telegramm am 1. November mitgetheilt; als erster Mobilisirungstag war der 2. November bestimmt. Ebenso hatte an diesem Tage in 8 Gouvernements die Pferdestellung begonnen. Es liefen Telegramme ein, daß in den Städten und den ihnen benachbarten Districten die Pferde von der Bevölkerung gesammelt seien und zum Empfang bereit ständen.

Das Sammeln der Ergänzungs-Mannschaften wurde in einem Gouvernement am zweiten Tage der Einberufung, in fünf Gouvernements am dritten Tage, in zwölf am vierten, in sieben am fünften, siebzehn zwischen dem sechsten und zehnten Tage, in zwei Gouvernements am elften, in drei am dreizehnten und in zwei am siebzehnten Tage beendet. Die Pferdestellung endete in einem Gouvernement am 5., in drei am 6., in sechzehn währte sie vom 6. bis zum 11. November. In den übrigen zehn Gouvernements wurde sie zwischen dem 11. und 15. November ausgeführt.

Es darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Mobilisirung zu einer sehr ungünstigen Jahreszeit vor sich ging. Bei dem allerorts schlechten Wetter des Spätherbstes waren die Wege schlecht — in einigen Gegenden waren die Wege theils grundlos durch Schmutz, Glatteis, Schneegestöber oder es machte starker Eisgang die Uebergänge über die Flüsse unmöglich.

* * *

Russische Blätter enthalten noch folgende Belgrader Nachrichten: „Die bisherigen Freicorps wurden in zwei Brigaden eingetheilt, welche unter dem directen Befehle des Kriegsministers stehen sollen. Man rechnet 8000 Freiwillige, während die Gesammt-Armee auf 64.000 Mann gebracht werden soll. Die russischen Brigaden sollen ebenfalls serbische Commandanten erhalten, doch wollen in diesem Falle die sämmtlichen russischen Officiere und Freiwilligen in ihre Heimat zurückkehren.

Dem Vernehmen nach hört „Istok“ zu erscheinen auf und wird ein anderes Journal unter dem Namen „Neodvisnost“ erscheinen.

Oberst Horvatovics ist in Belgrad angekommen, auch der bosnische Insurgentenchef Karan ist dort angelangt.

Das Circular Savfet Paschas.

Konstantinopel, 11. December.

Die Blätter veröffentlichen folgenden ausführlichen Auszug aus der Circular-Depesche, welche der Minister des Auswärtigen, Savfet Pascha, am 30. November als Antwort auf die Note des Fürsten Gortschakow vom 13. November an die Vertreter der Pforte im Auslande gerichtet hat.

Es heißt in der Depesche: Es sei begreiflich, daß der Fürst Gortschakow das Bedürfniß gefühlt habe, in den Augen Europas die militärischen Vorbereitungen Rußlands zu rechtfertigen. Schwieriger sei es, den Bemühungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, welche der russische Reichskanzler aufwende, um der Pforte die ganze Verantwortung für die gegenwärtige Lage zur Last zu legen. Die türkische Regierung sei nicht so unverbesserlich (incorrigible) als man glaube. Wenn dies wirklich der Fall wäre, so würde sich das Reich im Zustande einer stetigen Empörung befunden haben, während doch seit der Unterzeichnung des Pariser Vertrages, also während eines Zeitraumes von zwanzig Jahren, nur eine sehr geringe Anzahl aufständischer Bewegungen zu vermerken gewesen. Die Anlässe dieser Bewegungen seien bekannt; eben so kenne Jedermann den Ursprung und die Entwicklung des blutigen Kampfes, von dem der Fürst Gortschakow spreche. Die Pforte sei genöthigt gewesen, zu gewaltsamen Mitteln zu greifen, um die Ordnung wieder herzustellen, um ihre friedlichen Unterthanen zu schützen und um die bewaffneten unberechtigten Angriffe zurückzuweisen. Die Unterdrückung der Unruhen, welchen die revolutionären Leidenschaften von vornherein das Gepräge eines Racen- und Religionskampfes gegeben hätten, habe schmerzliche Opfer gefordert. Indessen sei es, sobald die Ordnung wirklich wieder hergestellt worden, die erste Sorge der Regierung gewesen, nach Möglichkeit die unmittelbaren Folgen jener Ereignisse wieder auszugleichen, indem sie die Bevölkerung unterstützte, welche man ins Elend getrieben hatte, um sich aus ihrer Verzweiflung eine Waffe zu schmieden. Weiter habe die Regierung für die Bevölkerung dadurch gesorgt, daß sie umfassende Amnestien bewilligt und der Gerechtigkeit freien Lauf gelassen hätte. Erfüllt von der Ueberzeugung, ihre Pflicht gethan zu haben, lehne die Pforte die Verantwortlichkeit für das vergossene Blut ab; sie habe stets und überall alle Mittel der Versöhnung erschöpft, ehe sie zu den ihr selbst verhaßten äußersten Mitteln schritt und fortgesetzt habe sie Europa offenkundige Beweise ihres aufrichtigen Wunsches gegeben, den Frieden wieder hergestellt zu sehen. Die [illegible] erfolgte Unterzeichnung eines einfachen und bedingungslosen Waffenstillstandes für zwei Monate und die Annahme des Conferenz-Vorschlages seien ein neues Pfand der [illegible] Bestrebungen der Pforte. Diese Umstände seien zu genau bekannt, als daß man der Regierung ein Verbrechen daraus machen könne, nicht sofort unter Nichtachtung ihrer Pflichten das Autoritäts-Princip den Händen der Revolution überlassen zu haben. Wenn die russische Regierung, wie sie versichere, keine anderen Ziele im Oriente verfolge, als die Verbesserung des Loses der Christen, so werde die Nutzlosigkeit der außerordentlichen Rüstungen, welche das Rundschreiben des Fürsten Gortschakow zu rechtfertigen unternehme, augenscheinlich. Mehr als jede andere Macht sei die Pforte von dem Bestreben erfüllt, welches Fürst Gortschakow namens Rußlands ausdrücke; sie wolle nichts lieber, als alle ihre Bemühungen und alle ihre Anstrengungen der Erfüllung dieser Aufgabe widmen. Ungeachtet der Ereignisse, welche jede ihrer Maßregeln auf dem Wege zum Fortschritte erschwert hätten, habe die Türkei allmälig den Zeitpunkt erreicht, in welchem die Umwandlung ihrer Verfassung sich naturgemäß vollziehen und ihr dadurch eine neue Existenz verschaffen müsse. Der ottomanischen Regierung liege nichts mehr am Herzen, als den Umfang der Concessionen, welche die Mächte bei Abschluß des Pariser Vertrages im Auge gehabt, noch viel weiter auszudehnen. Die von der Pforte versprochenen Reformen würden ohne die geringste Verzögerung für das ganze Reichsgebiet in Anwendung gebracht werden.

Aus dem Gerichtssaale.

London, 11. December. (Ein Betrugsproceß.) Vor dem Zuchtpolizeigerichte in Marlborough-Street, London, schwebt gegenwärtig ein Criminalproceß, der in seinen Einzelheiten lebhaft an den großartigen Betrug erinnert, den vor einigen Jahren mehrere Amerikaner gegen die Bank von England verübten. Die Voruntersuchungen ergaben bis jetzt folgenden Thatbestand: Im [illegible] Viertel von Paris lebt eine gewisse Madame de Goncourt, Witwe und augenscheinlich sehr vermögend. Gegen Ende August d. J. empfing diese Dame eine „Sport“ betitelte englische Zeitung zugesendet, deren Spalten einen Leitartikel enthielten, welcher die Aufmerksamkeit der Leser auf die „Turf“-Laufbahn eines gewissen Herrn Andrew Montgomery lenkte.

Herr Andrew Montgomery, hieß es in diesem Artikel, sei dem Publicum wegen seiner unfehlbaren Kenntnisse und seiner inni-

---

[illegible] darstellt. Die zweite Metope zeigt einen Mann, ist aber schlecht erhalten und verwischt. Professor Ernst Curtius ist mit seiner Familie in Athen eingetroffen und war auf der Reise nach Olympia begriffen.“

[Ein Kampf im Aquarium.] Aus Berlin wird gemeldet: „Am letzten Samstag, als der „Wasserkönig“ des Circus Salamonsky in der höheren Dressur von See-Ungeheuern „arbeitete“, entspann sich unter seinen Füßen ein äußerst unheimlicher Kampf zwischen einer der großen Schlangen und dem mittelgroßen Krokodil. Dieses sperrte, als es sich von seiner gleißenden Feindin umwunden fühlte, den gräßlichen Rachen weit auf ... schnappte einigemale und in wenigen Secunden war die schöne Schlange, die einen Werth von 360 Mark repräsentirte, todt gebissen. Herr Swone zog dann unter dem allgemeinen Entsetzen der Zuschauer die Leiche aus dem Wasser. In dem Riesenaquarium scheint selbst für See-Ungeheuer das Dasein nicht sehr leicht zu sein. Am Sonntag hat das Riesenkrokodil, das gerade erst für 1800 Mark erstanden worden war, das Zeitliche gesegnet, es soll jedoch in Kürze wieder ein würdiger Nachfolger angeschafft werden.

[Die Brandkatastrophe in Brooklyn.] In Newyork wurden am Freitag 79 unerkannte und nicht reclamirte Opfer der Brandkatastrophe im Theater zu Brooklyn auf öffentliche Kosten beerdigt. Der Leichenzug war ein sehr langer und während des Begräbnisses ruhten fast sämmtliche Geschäfte.

[Todesfall.] Hier starb vorgestern die k. k. Feldmarschall-Lieutenants-Witwe Anna Freiin v. Jetzer, geb. Lainel v. Dedina, 76 Jahre alt.

[Geographische Gesellschaft.] In der gestern abgehaltenen zwanzigsten Jahresversammlung der Geographischen Gesellschaft wurden zunächst über Vorschlag des Hofraths v. Becker mit Acclamation zum Präsidenten der Gesellschaft Hofrath Professor v. Hochstetter wieder- und zum Vice-Präsidenten an Stelle des resignirenden kaiserlichen Raths Anton Steinhauser der Reichs-Finanzminister Freiherr v. Hofmann neugewählt. Hierauf folgte die Verlesung der Berichte über die internen Angelegenheiten der Gesellschaft. Der Rechnungsausweis schließt bei einer Jahreseinnahme von 5492 fl. mit einem Activum von 60 fl. Der Bericht bemerkt zu diesem Ausweise, daß dieses Ergebniß bei dem Mangel einer Subvention von Seite des Unterrichtsministeriums (im Jahre 1875 bezog die Gesellschaft noch eine solche von 2000 fl.) nicht wundern dürfe, und daß die Gesellschaft in arger finanzieller Verlegenheit gewesen wäre, wenn sie nicht eine außerordentliche Spende des Protectors, Kronprinzen Rudolph, von 1000 fl. daraus befreit hätte. Die Geographische Gesellschaft zählt mit Schluß des Jahres 1876 72 Ehrenmitglieder, 130 correspondirende und 630 ordentliche Mitglieder. An den Kassenbericht knüpft sich eine längere Discussion über die finanzielle Lage der Gesellschaft und wird, um dem für das nächste Jahr zu gewärtigenden Deficit vorzubeugen, beschlossen an die wohlhabenden Mitglieder einen Appell um höhere, als die ihnen statutenmäßig obliegenden Jahresbeiträge zu ersuchen. Hierauf wurden einige Statutenänderungen, durch welche im Wesentlichen a) das Bureau in Hinkunft um einen Vice-Präsidenten und sieben Ausschußmitglieder vermehrt werden soll, b) die Auslosung von auszuscheidenden Functionären zu unterbleiben habe und zum Ersatze von Abgängen sieben Ersatzmänner zu wählen seien, genehmigt. Schließlich machte der Vorsitzende die Mittheilung, daß am 29. d. im Orientalischen Museum die Constituirung des National-Comités für die Erforschung und Erschließung von Central-Afrika unter dem Titel „Afrikanische Gesellschaft in Wien“, erfolgen werde, daß nach dem bereits ausgearbeiteten Statutenentwurfe der Ausschuß dieser neuen Gesellschaft aus 45, für eine dreijährige Functionsdauer gewählten Mitgliedern bestehen soll, und daß für die ordentlichen Mitglieder ein Jahresbeitrag von mindestens 1 fl. festgestellt sei. In den Ausschuß wurden H. Freiherr v. Glanz-Aicha, G. Ritter v. Millosich, J. Freiherr v. Schwegel und Dr. Fr. Steindachner wieder-, T. Freiherr v. Oesterreicher, Edm. Graf Zichy und kaiserl. Rath Ant. Steinhauser neugewählt. Von der Verlesung des wissenschaftlichen Jahresberichtes wurde Umgang genommen.

Theater und Kunst.

— Anzengruber's neues Volksstück: „Ein Geschworner“, soll, wie die „N. Z.“ meldet, auf Censurschwierigkeiten gestoßen sein, die kaum behoben werden dürften. In seiner derzeitigen Gestalt wird das Stück daher nicht in Scene gehen. — Die komische Oper: „Der Widerspänstigen Zähmung“, das hinterlassene Werk des früh verstorbenen Götz, ging in der Berliner Oper in Scene und hatte einen sehr günstigen Erfolg. Namentlich der dritte Act, der eine Fülle von Melodien und hübschen Gedanken enthält, gefiel außerordentlich. Um die Darstellung machten sich Fräulein Hauck (Katharina) und Herr Beck (Petruchio) verdient. — In Berlin beginnen morgen die Conferenzen der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger. Nachträglich haben sich zur Conferenz noch angemeldet: das Carltheater und die Komische Oper in Wien, das Landestheater in Prag und das Stadttheater in Brünn. — Carlotta Patti veranstaltet gegenwärtig in Begleitung von Sivori und Professor Door Concerte in der Berliner Sing-Akademie. — Im Berliner Stadttheater, wo die Fürst'sche Gesellschaft gegenwärtig ihre Vorstellungen gibt, wäre es am Sonntag beinahe zu einem Scandal gekommen. Fürst führte die Posse: „Wiener Modedamen“ auf und, nachdem das Stück am Abend zuvor Gnade gefunden hatte, machte das Sonntagspublicum Miene, die Vorstellung zu stören. Nach wiederholten Unterbrechungen nahm man schließlich die Sache von der gemüthlichen Seite und das Stück wurde unter allerlei Kundgebungen zu Ende gespielt. — Herrn Albert Niemann, dem Siegmund von Bayreuth, ist vor Kurzem vom König von Baiern das Ersuchen übermittelt worden, dem königlichen Patron der Bühnenfestspiele einige Photographien im Costume jener Rolle zukommen zu lassen. Niemann hat, diesem königlichen Wunsche entsprechend, seine Abneigung gegen das Photographiren im Costume überwinden müssen, hat sich die Gewänder aus Bayreuth herbeigeschafft und dem jungen Baiernkönig die gewünschten Bilder übersendet. Bis dahin hatte er sich eben aus jener Abneigung von den Künstlern, welche sich Alle in Bayreuth im Costume hatten aufnehmen lassen, allein ausgeschlossen. — Ein Hamburger Blatt erzählt: „Eine Künstlerin, welche in der vorigen Saison einer unserer städtischen Bühnen angehörte, hatte sich der Gunst eines jungen Börsenmannes zu erfreuen, einer Gunst, die auch mehrfach durch werthvolle Geschenke in herzerquickender und greifbarer Weise Ausdruck fand. Zu Anfang dieses Jahres fand sich die Dame bewogen, den Contract zu lösen, sie wollte Hamburg verlassen, befand sich aber in Geldverlegenheit. Die Dame erinnerte sich eines werthvollen Schmuckes, eines freundlichen Geschenkes ihres Verehrers, und überließ ihn dem Hauswirth als Pfand, der ihr, natürlich gegen Zinsvergütung, eine namhafte Summe vorschoß. Die Dame reiste ab und fand an einer größeren Provinzialbühne Oesterreichs Engagement. Nach einiger Zeit schrieb sie ihrem Wirth, er möge den ihm zum Pfande gelassenen Schmuck verkaufen, sich von dem Erlös bezahlt machen und den Rest ihr zusenden. Der Wirth trug den Schmuck zu dem Juwelier, dessen Etiquette auf dem Kästchen prangte. Wie erstaunte er jedoch, als er aus dem Munde des Juweliers vernahm, daß die Umhüllung zwar aus seinem Laden hervorgegangen sei, nicht aber auch der Schmuck selbst, welcher imitirt sei. Die Schauspielerin, welche hievon sofort Kunde erhielt, fühlte sich gekränkt und ersuchte ihren früheren Wirth, dem Spender des Schmuckes ins Gewissen zu reden. Das geschah denn auch. Für den Verehrer der Dame mußte indessen das zarte Verhältniß seinen poetischen Duft verloren haben; er erklärte kurzab, wenn der in Rede stehende Schmuck unecht sei, so sei es eben ein anderer als der, den die Dame von ihm erhalten haben wolle; diese werde sich eine Täuschung gegen ihn, den Wirth, schuldig gemacht haben, — er verstehe sich nicht auf derartige Manipulationen. Diese bündige Erklärung wurde natürlich der Schauspielerin nicht vorenthalten und gerieth sie dadurch so sehr in Harnisch, daß sie den Anwalt Herrn Dr. Hertz mit einer Klage gegen ihren früheren Anbeter wegen Verleumdung beauftragte. Die Gerichtsverhandlung dürfte eine höchst ergötzliche werden.“ — Der berühmte englische Tragöde Irving gastirt gegenwärtig in Dublin mit solchem Erfolge, daß ihm die Studenten der dortigen Universität nach einer Hamlet-Vorstellung eine Adresse überreichten, worin seinem Talent höchst schmeichelhafte Anerkennung gezollt wird.

gen Bekanntschaft mit dem Turf wohlbekannt. Bei elf Pferderennen habe er eine Summe von nicht weniger als einer Million Pfund Sterling gewonnen. Dieses fürstliche Vermögen gebe er in fürstlicher Weise aus. Seine ungeheuren Gewinne, fuhr der Artikel fort, sein rechtschaffener Ch[illegible] hätten ihn zum Freunde und Vertrauten von Herzogen, Marquis[illegible] gemacht. Sein gleichmäßiger Erfolg hätte indeß die „book-makers", das heißt die Wett-Agenten, erbittert und es hätte sich geg[illegible] lose Verbindung gebildet, deren Resultat sei, [illegible] mehr selber Wetten legen könnte. Er sei [illegible] gekommen, andere Personen für sich gegen [illegible] Commission Wetten legen zu lassen.

Die Regeln des Jockeyclubs machten dies [illegible] in England, wo eine Wette ungiltig sei, wenn sie unter [illegible] genommenen Namen gelegt worden, aber nichts würde für Herrn Montgomery leichter sein, als seine Agenten in Frankreich zu wählen, während das Arrangement sicherlich höchst lucrativ für dieselben sein würde. Mit derselben Post, welche Frau de Goncourt die Zeitung mit dieser werthvollen Information brachte, erhielt sie auch ein Schreiben von Montgomery selber, datirt von Kingstreet, Piccadilly, London, worin sie benachrichtigt wurde, daß er ihren Namen der „Franco-English Society of Publicity" verdanke, und daß, wenn sie seine Agentin werden wolle, sie auf einen Profit von mehreren hundert Pfund Sterling pro Woche rechnen könnte.

Madame de Goncourt ging, nachdem sie die Versicherung erhalten, daß damit keinerlei persönliche Verantwortlichkeit verknüpft sei, auf das Anerbieten ein und erhielt mit Wendung der Post einen Check über 200 Pfd. St. mit der Instruction, denselben einem Herrn Jackson zu remittiren. Einige Tage später empfing sie einen zweiten Check über 1000 Pfd. St. mit der Weisung, denselben einem Herrn Francis zu übersenden, während ihr gleichzeitig anempfohlen wurde, eine gleiche Summe auf ihre eigene Rechnung bei Herrn Francis zu investiren. Montgomery's Checks mußten die Dame wahrscheinlich von seiner Solvenz überzeugt haben, denn sie sendete Francis ihren eigenen Check über 1000 Pfd. St. mit dem Auftrage, diese Summe auf ein Pferd für das „Great Yorkshire Handicap" zu setzen. Dies geschah am 5. September und zwischen dem 5. und 18. sendete die Dame auf Montgomery's Rath eine Summe von nicht weniger als 10.000 Pfd. St. an verschiedene Personen, die ihr als „vereidigte Wettmakler" bezeichnet worden waren. Einige Tage später traf ein weiterer Brief von Montgomery ein, worin ihr angelegentlich angerathen wurde, 30.000 Pfd. St. einem „vereideten Wettmakler" Namens Ellerton zu senden. „Glauben Sie mir, Madame," so heißt es in dieser interessanten Epistel, „wenn ich Ihnen auf meine Ehre versichere, daß Sie niemals eine ähnliche Gelegenheit finden werden, ein ungeheures Vermögen zu gewinnen. Sie können kein Risico laufen und eine solche günstige Gelegenheit wird sich niemals wieder treffen. Wenn Sie nicht den ganzen Betrag haben, so sagen Sie, wie viel Sie haben und ich werde die Differenz vorschießen." Diese Dreistigkeit erweckte endlich den Argwohn der leichtgläubigen Französin. Sie holte sich Rath bei ihrem Sachwalter, zog einige Erkundigungen ein und legte dann die Angelegenheit in die Hände der Polizei. Ihre Checks wurden, sobald sie in England ankamen, bei einem Geldwechsler im Haymarket gegen Noten der Bank von England verwechselt. Mit diesen Banknoten reisten die Schwindler nach Schottland, wo Banken Noten annehmen und auszahlen, ohne deren Nummern zu notiren, verwechselten dieselben in Noten der Bank von Clydesdale und suchten dann ihr Heil in der Flucht. Der Polizei gelang es aber, vier der Schwindler festzunehmen, drei in Rotterdam und einen, Namens Edwin Murray, in London. Ob Letztgenannter identisch mit dem famosen Mr. Montgomery ist, haben die Verhandlungen bis jetzt nicht dargethan.

Der Commassations-Gesetzentwurf im Club der Landwirthe.

(Orig.-Bericht d. „Presse".)

Wien, 11. December.

Im Club der Landwirthe begann in der Abendversammlung vom 7. d. M. die Besprechung des Entwurfs eines Reichsgesetzes, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke (Commassation), die Theilung gemeinschaftlicher Grundstücke und die Regulirung gemeinschaftlicher Nutzungsrechte. Die Verhandlung wurde durch einen längern Vortrag des Gutsbesitzers Ludwig Frankl eingeleitet, welcher nach warmer Anerkennung der Verdienste, welche sich auf diesem Gebiete der Ministerialrath Karl Peyrer erworben hat, auf eine historische Skizze der Entwicklung unserer Agrarverhältnisse und schließlich auf den [illegible] Ackerbauministerium hinausgegebenen Referenten-Entwurf des Commassationsgesetzes überging. Im Verlaufe seiner Rede sprach er sich gegen die Bestimmungen über die [illegible] als Grundlage der Commassation aus. Die Regierung hätte eine Frage in dieser Hinsicht gar nicht stellen, sie hätte sich selbst klar sein [illegible], daß ohne Zulässigkeit von Majoritätsbeschlüssen Commassationen gar nicht möglich sind, und daß die [illegible]kömmlichen [illegible] dagegen keine Berücksichtigung verdienen. Der Referenten-Entwurf enthalte viele gut gelungene Partien, bedürfe aber auch in einigen Punkten einer Reform. So solle insbesondere die Bestimmung, welche Majorität einen auch die Minderheit bindenden Beschluß auf Einleitung der Commassation fassen könne, **nicht** der Landesgesetzgebung überlassen, sondern schon im Reichsgesetze selbst für alle Länder festgestellt werden, da sonst auf einzelnen Landtagen Bestimmungen getroffen werden könnten, welche die Ausführung der Commassationen wesentlich erschweren. Auch seien die Verhältnisse in allen Ländern so ähnlich, daß sich der Grund einer Anerkennung der Competenz der Landtage in dieser Frage nicht finden lasse! Der Referenten-Entwurf erleichtere ferner zu sehr die sogenannte Gewannregulirung, wodurch die Erzielung der ortschaftsweisen Commassation erschwert werde. Es sei ferner in jenem Theile, welcher von der Theilung gemeinschaftlich benützter Grundstücke handelt, eine zu geringe Strenge gegen die Trennung dieser Theilungen von der Commassation entwickelt. Die Verfügung, wie es mit Gemeinde-Grundstücken oder Grundstücken einer Classe von Gemeindegliedern hinsichtlich der Gemeinschaftstheilung zu halten sei, dürfe nicht der Landesgesetzgebung überlassen werden. Rücksichtlich der Verlegung von Gehöften und Ueberweisung der Einzelnen abgenommenen Wohn- und Wirthschaftsgebäude an Andere seien schärfere Bestimmungen nothwendig.

Insbesondere wäre in dieser Hinsicht der Landesgesetzgebung vorzubehalten, für gewisse Fälle Zwangsbestimmungen zu treffen.

Der Clubpräsident Graf Kinsky dankte dem Redner im Namen der Versammlung.

Ministerialrath Peyrer dankte für die Anerkennung, welche seinen Bestrebungen um die Commassation in Oesterreich gezollt wurde, ließ es aber dahingestellt sein, ob der gegenwärtige Zeitpunkt die maßgebenden Körperschaften bereits geneigt finde, ein gutes Commassationsgesetz zu beschließen.

Der Reichsraths-Abgeordnete Freiherr v. Pirquet rieth mit kurzen, vom allgemeinsten Beifalle begleiteten Worten eindringlich ab, sich etwa zu einem allzu scharfen Gesetze hinreißen zu lassen und betonte, wie wichtig es sei, gerade bei einer in alle Verhältnisse so einschneidenden und dabei doch auch der baldigen Regelung so bedürftigen Frage sich immer die realen Verhältnisse, die Factoren, mit denen man nun einmal zu rechnen hat, in ihrer wirklichen Gestalt vor Augen zu halten. Die Regierung habe den richtigen, der constitutionellen Verwaltung angemessenen Vorgang eingeschlagen, als sie den Entwurf den betheiligten Kreisen zur Begutachtung übermittelte und namentlich die Ansichten über die controverse Frage der Provocation sich erbat. Sectionsrath v. Rinaldini besprach die von Herrn Frankl gegen den Entwurf vorgebrachten hauptsächlichen Einwendungen, denen er nur in einzelnen Punkten eine thatsächliche Berechtigung zugestehen könne. Wenn man den wirklichen Verhältnissen Rechnung tragen wolle, so könne man es gerade am besten dadurch thun, daß man die Landesgesetzgebung zur Lösung einzelner vitaler Fragen mit Rücksicht auf die im Lande herrschenden Verhältnisse und auf die größere oder mindere Geneigtheit der Bevölkerung zu Commassationen heranziehe. Man möge nur an den agrarischen Congreß vom Jahre 1873 zurückdenken und man werde zugeben müssen, daß Vieles aus den Ausführungen des Herrn Frankl mehr als eine ganz persönliche Ansicht, denn als der Ausdruck einer etwa bereits feststehenden öffentlichen Meinung betrachtet werden müsse. Sectionsrath Rinaldini erklärte sich schließlich mit Freiherrn v. Pirquet dahin vollkommen einverstanden, daß es bei einer solchen Verhandlung vor Allem noththue, die Einzelbestimmungen des Entwurfs unter steter Rücksicht auf die bestehenden reellen Verhältnisse zu prüfen. — Die Fortsetzung der Debatte wurde für Donnerstag, den 21. d. M., anberaumt.

Parlamentarisches.

Wien, 13. December.

Der Motivenbericht zu der Regierungsvorlage, betreffend den **Handelsvertrag mit Großbritannien** vom 5. December 1876 lautet:

„Die Gründe, aus welchen vor Jahresfrist die k. k. Regierung die Kündigung des Handelvertrages mit Großbritannien vom 16. December 1865 und der Nachtrags-Convention vom 30. December 1869 veranlaßt hat, sind bekannt. Abgesehen von der auch bezüglich der übrigen Zollverträge eingetretenen Nothwendigkeit, durch die Lösung derselben freie Hand zu der beabsichtigten und lang vorbereiteten Reform des Zolltarifs zu gewinnen, war bei den hier in Rede stehenden Verträgen auch die Erkenntniß maßgebend, daß die in denselben festgesetzten Zölle für Baumwollwaaren und Wollwaaren vermöge ihres niedrigen Ausmaßes und ihrer dem gegenwärtigen Stande der Fabrication nicht mehr entsprechenden Eintheilungsweise sich als dem Interesse der Erhaltung und Kräftigung der betreffenden Industrien Oesterreichs nachtheilig erwiesen hatten. Die hienach sich ergebende Frage, was an Stelle dessen zu setzen und wie überhaupt der Handelsverkehr mit England für die Zukunft zu regeln sei, wurde im Zusammenhange mit dem Gesammtplane für die Handelspolitik des Reiches, wie sie innerhalb der Dauer des neugeschlossenen Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn einzuhalten sein wird, dahin aufgefaßt, daß es sich aus mehrfachen Gründen nicht empfehle, bestimmte Einfuhrzölle mit Großbritannien unmittelbar zu erneuern, und daß es unbeschadet der freundschaftlichen Verkehrsbeziehungen mit diesem Staate, auf deren Erhaltung und Weiterentwicklung aller Werth zu legen ist, unthunlich ist, denselben weiterhin noch in gleiche Linie mit jenen Staaten zu stellen, welchen die Monarchie einen vertragsmäßigen Einfluß auf die Tarifbildung einzuräumen im eigenen Interesse gelegen finden kann.

In dieser Beziehung ist vor Allem die Thatsache hervorzuheben, daß der unmittelbare Verkehr zwischen beiden Staaten weder [illegible] groß und regelmäßig ist, noch Wechselseitigkeit und Gleichmaß nicht genug aufweist, um specielle Rücksichtnahme bei der [illegible]bildung zu erheischen, und es ist allseitig anerkannt, daß die Erwartungen, welche seinerzeit an den Handelsvertrag vom 16. December 1865 rücksichtlich der Hebung dieses internationalen Verkehrszweiges geknüpft worden sind, sich nicht erfüllt haben.

Wenn auch die statistischen Ausweise über den auswärtigen Handel der Monarchie wegen ihrer Anlage nach Eintritts- und Austrittsgrenzen und wegen des Mangels einer Nachweisung über das Bezugs- und Absatzland zur Darlegung des Standes und der Bewegung dieses Verkehrs nicht benützt werden können, so ist die übrigens notorische Thatsache durch Vergleichung mit der fremdländischen Handelsstatistik außer Zweifel gestellt, daß die Monarchie lediglich in einigen Rohproducten eine mäßige, überdies von wechselnden Conjuncturen abhängige Ausfuhr aufweist und in Fabricaten nur ausnahmsweise zu geringfügigen Exportmengen gelangt, wogegen allerdings England mit seinen weitaus überlegenen Industrien eine nachhaltige Concurrenz auf dem inländischen Markte stets zu entwickeln vermag. Diese Sachlage und die Erwägung, daß specielle Begünstigungen für jene Artikel, auf welche England zumeist Werth legen muß und in welchen es eine unbedingte Superiorität auch in Zukunft behaupten wird, nicht gewährt werden können, ohne damit die Concurrenzfähigkeit lebensfähiger inländischer Industrien auf dem heimischen Markte zu schädigen, wie auch die Erwägung, daß England keinerlei Aequivalente zu bieten in der Lage ist, führten zu dem Entschlusse, noch vor der Activirung des neuen Zolltarifs die Zollvereinbarungen mit England erlöschen und bis dahin die in dem Vertrage mit Deutschland vom 9. März 1868 stipulirten Zölle auf Baumwollwaaren und Wollenwaaren mit 1. Jänner 1877 für den gesammten zollbegünstigten Verkehr in Wirksamkeit treten zu lassen. Dieses Interim in der Zollbehandlung zweier wichtigen Waarengattungen, welches auch aus Rücksichten auf die freie handelspolitische Action in anderen Richtungen unvermeidlich ist, dürfte indeß den Verkehr umsoweniger beirren, als die Erhöhung der Zollsätze für Wollwaaren gering ist und der Import von Baumwollwaaren, welcher durch den zollfreien Appreturverkehr mit Deutschland zumeist vermittelt wird, nur in unbedeutender Menge berührt wird.

Betreffend die Frage, welche handelspolitische Stellung fürderhin gegenüber England anzunehmen ist, so ist die Regierung wol der Ansicht, daß diesem Staate, welcher die Zollfreiheit seiner Ein- und Ausfuhr als fast ausnahmslose Regel beobachtet, die gleiche Behandlung seiner Provenienz mit jenen dritten Staaten nicht vorenthalten werden soll und kann, deren Verkehr durch besondere Zollverträge zu erleichtern nach wie vor ein wohlverstandenes Interesse der Monarchie sein wird.

Eine differentielle Behandlung wäre auch im Hinblicke auf die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Großstaate ungerechtfertigt und für die Interessen des österreichisch-ungarischen Verkehrs gewiß abträglich. In Folge dessen ist der vorliegende Handelsvertrag mit der gegenseitigen Zusicherung der Meistbegünstigung abgeschlossen worden.

Andererseits erschien es mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der zollpolitischen Verhandlungen mit dritten Staaten, aus welchen sich erst im Laufe des Jahres 1877 das volle Bild des österreichisch-ungarischen Zollsystems für die nächsten zehn Jahre ergeben wird, nicht angemessen, Zusicherungen auf längere Dauer zu machen, ohne daß deren Bedeutung unsererseits zur Gänze überblickt und von Seite Englands hinlänglich gewürdigt werden könnte.

Die Beschränkung der Meistbegünstigung auf die Dauer des nächsten Jahres und der Vorbehalt länger dauernder Abmachungen bis dahin, wo über das künftige Zollsystem Klarheit herrschen wird, gewährt zugleich die Beruhigung, daß die Zollfrage nach keiner Seite präjudicirt und die volle Freiheit für die Entscheidung der beiden Reichshälften über dieselbe bewahrt wird."

Verhandlungen des Reichsraths.

Wien, 13. December.

Herrenhaus. (50. Sitzung.) Präsident Fürst Karl Auersperg eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Auf der Ministerbank: Fürst Auersperg, Freiherr v. Lasser, Dr. Unger, Oberst Horst, Dr. Glaser.

Auf der Bank der Regierungs-Commissäre: Hofrath im Finanzministerium Dr. Ender.

Das Protocoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

Präsident (sich erhebend): In der Ueberzeugung, daß das hohe Haus freudig jede Gelegenheit wahrnimmt, um die Gefühle der treuen Erhebung und Anhänglichkeit an den Monarchen zum lebendigen Ausdruck zu bringen, habe ich das Namensfest Ihrer Majestät der Kaiserin zum Anlasse genommen, die Huldigung und ehrfurchtsvollen Segenswünsche des Herrenhauses für die allergnädigste Herrin in geeigneter Weise bekannt zu geben. Vom Herrn Minister-Präsidenten wurde mir eröffnet, daß Ihre Majestät die Kaiserin (die Versammlung erhebt sich) Ihren Obersthofmeister beauftragte, dem Herrenhause den kaiserlichen Dank unter Versicherung der Allerhöchsten Huld bekannt zu geben.

Eine Zuschrift des Ministers des Innern macht von dem Ableben der Herrenhausmitglieder Graf Chiorgi, Dr. Heysler und FZM. Graf Degenfeld Mittheilung.

Präsident: Diese vom Tode ereilten Mitglieder des Herrenhauses waren treue Anhänger des Thrones und Reiches, jeder streng gewissenhaft in seiner Pflichterfüllung als loyaler Staatsbürger. Graf Degenfeld, ein tapferer, entschlossener Heerführer, dessen Name mit dem Ruhme der kaiserlichen Fahne untrennbar verbunden ist, dessen thatenreiches Leben dem Wohle und dem Ansehen der Armee gewidmet war, hat in beiden Richtungen, in seiner Energie und Hingebung, entscheidende Erfolge aufzuweisen.

Die bedeutungsvollen Verdienste, welche seine vom reinsten Patriotismus beseelte Thätigkeit erworben, werden in unauslöschlichen Zügen der Anerkennung durch die Geschichte der Nachwelt überliefert und wird insbesondere eine dankbare Erinnerung an das wohlmeinende Wirken des verblichenen Ehrengreises zu Gunsten der innern Politik zurückbleiben. Durch diese Todesfälle hat das Vaterland den Abgang bewährter, hochschätzbarer Patrioten zu beklagen, welche dem öffentlichen Wohle opferwillig und werkthätig ergeben waren. Dem tiefen Leidwesen über diesen Verlust möge das Haus Zeugenschaft geben durch Erheben von den Sitzen. (Die Versammlung erhebt sich.)

Ihre Abwesenheit haben entschuldigt: Graf Attems, Ritter v. Schöller, Erzbischof Maupas, Freiherr v. Stählin und Graf Eman. Thun.

Die neueingetretenen Mitglieder Erzbischof Eder, Erzbischof Romaszkan und Graf Pace leisten die Angelobung.

Der Minister-Präsident gibt mittels Zuschrift bekannt, daß die Wahl des Hofraths Purschka und des Dr. Stöger als Ersatzmänner für den Reichsgerichtshof die kaiserliche Sanction erhalten habe.

Die in der letzten Sitzung gewählten Mitglieder des Staatsgerichtshofes, Oberlandesgerichts-Rath Ritter v. Waser, Landeshauptmann Dr. v. Eigner und Vice-Präsident R. v. Boschan, danken in Zuschriften für die auf sie gefallene Wahl, welche sie anzunehmen erklären.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses übermittelt die letzten Beschlüsse dieses Hauses.

Bei Uebergang zur Tagesordnung werden die Gesetzentwürfe, betreffend das Recrutencontingent für 1877 und betreffend die Schneeabräumung auf Reichsstraßen (Referent Ritter v. Arneth) ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Freiherr v. Hye referirt über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der §§. [illegible] und 119 der Notariats-Ordnung vom 25. Juli 1871. — Das Gesetz wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung genehmigt. Weiter werden ohne Debatte zum Beschluß erhoben das Gesetz, betreffend die Erstreckung des Beginnes der Rückzahlungstermine für die der Stadt Joachimsthal ertheilten Staatsvorschüsse (Referent Freiherr v. Winterstein), und das Gesetz, betreffend die Abänderung des Gebührengesetzes vom Jahre 1862 (Referent v. Plener).

(3/4 1 Uhr, die Sitzung dauert fort.)

Abgeordnetenhaus. (218. Sitzung.) Präsident Dr. Rechbauer eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Auf der Ministerbank: Freiherr v. Pretis, Dr. v. Stremayr, Dr. Unger, Dr. Ziemialkowski.

Das Protocoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

Der neugewählte Abgeordnete Freiherr v. Konopka wurde in die dritte Abtheilung ausgelost.

Der Handelsminister übersendet eine Vorlage, betreffend die Erneuerung des bestehenden Zoll- und Steuervereins mit dem Fürstenthum Liechtenstein.

Das Haus geht zur Tagesordnung, der Fortsetzung der Special-Debatte über das Budget, über. Nachdem in der gestrigen Sitzung die Debatte über Titel 9 des Capitels „Cultus", nämlich „Ausgaben der Fonds", geschlossen worden, erhält das Wort

Special-Berichterstatter Dr. **Nodler**. Derselbe wendet sich gegen die Angriffe des Abg. Greuter auf die Anträge des Budgetausschusses. Ersterer habe die Frage aufgeworfen, ob das Haus, respective der Budgetausschuß, berechtigt sei, solche Abstriche zu machen, ob der Budgetausschuß oder das Haus das Recht haben, sich zum ordentlichen Richter zu machen. Auf alle diese Fragen liegt die Antwort sehr einfach. Jährlich wird dem Hause das Budget zur Prüfung vorgelegt und die Consequenz der Vorlage ist, daß dem Hause zweifellos das Recht zustehe, einzelne Posten nicht zu bewilligen.

Es thäte gar nicht noth, die Rechtsgründe anzugeben. Aber es sei nicht Art des Budgetausschusses, ohne Gründe vorzugehen. Im Budget des Cultusministeriums finden sich Positionen, über deren Rechtstitel keine Klarheit besteht. Deßhalb wurde im vorigen Jahre die Regierung aufgefordert, bezüglich dieser Rechtstitel Nachweisungen zu geben. Die Regierung ist dieser Forderung nachgekommen und es hat sich herausgestellt, daß der Rechtstitel für diese Leistungen zum Theile allerhöchste Entschließungen, zum Theile Ministerial-Rescripte sind.

Der Abg. Greuter fragt, ob denn das, was in absoluter Zeit geschah, ungiltig sei. Das unterliegt eben gerade so der Veränderung wie alles Andere. Der Anspruch der Carmeliterinnen auf die Staatssubvention ist kein Privatrechtstitel, somit kommt nur das öffentliche Wohl zu erwägen. Den Carmeliterinnen steht im Falle der Verweigerung der Subvention noch immer der ordentliche Rechtsweg offen.

Was die Redemptoristen betrifft, so seien dieselben im Jahre 1848 aufgehoben worden, weil über ihr Wirken die allgemeine Entrüstung sich geltend machte. Es ist eine beliebte Methode der rechten Seite des Hauses, die geheiligte Person des Monarchen in die Debatte hineinzuziehen; die soll außerhalb der Discussion bleiben. Wenn der Abg. Greuter über das Schicksal der Carmeliterinnen im Falle der Verweigerung der Subvention besorgt ist, so möge er sich beruhigen, denn die Carmeliterinnen nehmen Niemanden auf, der nicht bemittelt ist. (Bravo! links.)

Bei der Abstimmung wird Titel 9 des Cultus-Etats unter Ablehnung der vom Abg. Greuter gestern gestellten Abänderungs-Anträge nach dem Ausschußantrage angenommen. Ebenso genehmigt das Haus die Titel 10—12 ohne Debatte.

Es folgt die Verhandlung über den Unterrichts-Etat, und zwar zunächst über Titel 13 „Hochschulen."

Abg. **Greuter** erinnert an das Bekenntniß eines großen liberalen Blattes in Wien, welches gestanden habe, daß Oesterreich nie unglücklicher war als jetzt. Nachdem alle Hindernisse entfernt worden auf den Wegen, die zur Wohlfahrt führen, ruft Redner aus, sollen wir nie unglücklicher gewesen sein, als jetzt?

Man hat auf die große That der Aufhebung des Concordats hingewiesen, welche dem Unterrichte eine freie Bahn eröffnet hat. Ich glaube nicht, daß es damit voller Ernst ist. Die Thore des liberalen Oekonomisten sind vollständig offen, die Gewerbefreiheit noch nicht beschränkt, der Wucher ist noch frei und unbehindert, so daß die Theorie der Manchesterschule den Grün-

dern und Schindern die Freiheit ihrer Action läßt, und trotz alledem soll Oesterreich nie unglücklicher gewesen sein als jetzt. Was der Absolutismus eines Metternich nicht vermochte, was die Reaction Bach's und selbst der Concordatsminister Thun nicht zuwege brachten, das hat die liberale Aera bewirkt. Kann man da wirklich noch auf diesem Wege fortwandeln? Kann man da die Schule und die Jugend auch fernerhin Händen anvertrauen, die eine solche Gegenwart geschaffen haben?

Redner führt aus, daß der Zweck des Unterrichts und der Aufklärung der sei, dahin zu wirken, daß der Papst zum harmlosen Einsiedler werde, den die Seelen verlassen. Das wisse man in Tirol und darum sei man dort voll Mißtrauen gegen unsere Zustände. Man begreife, was unter Bildung eigentlich gemeint werde. Man wolle die weltliche Macht über die Kirche und Schule ausdehnen.

Präsident (den Redner unterbrechend): Wir sind bei der Special-Debatte über die Hochschulen und der Herr Redner hat noch nicht ein Wort über die Hochschulen gesprochen.

Abg. **Greuter**: Ich will nicht über die Hochschulen allein, sondern im Allgemeinen über den Titel „Hochschulen“ sprechen und ich habe das Recht dazu, eine Einleitung zu dem Thema zu halten.

Präsident: Die allgemeine Debatte beim Titel „Unterricht“ ist bereits vorüber, sie wurde bei der „Centralleitung“ geführt. Ich muß bei einer speciellen Debatte bestehen, um das große Material bewältigen zu können. Ich muß den Herrn Redner bitten, auf die Hochschulen zurückzukommen.

Abg. **Greuter**: Wenn es mir nicht gestattet ist, im Allgemeinen zu sprechen, so müßte ich aufs Wort verzichten .... Ich fahre also fort (Lebhafte Heiterkeit.)

Präsident: Sie haben nur das Recht, über „Hochschulen“ zu sprechen. Dem Präsidenten steht es zu, die Debatte zu leiten [illegible] Einhaltung derselben zu überwachen und ich würde meine [illegible], wenn ich nicht darauf achten würde, daß nur zum [illegible] gesprochen wird.

[illegible] **Greuter**: Dann verzichte ich auf das Wort! ([illegible] setzt sich nieder.)

Abg. Graf **Mieroszewski** spricht über di[illegible] des Baues einer Universität in Lemberg und tadel[illegible] ein directer Antrag noch eine Resolution vom Budgetausschusse aufgenommen wurde. Es scheint, als ob man die Universität aufheben wolle, eine Universität, die 100 Jahre alt ist und 1000 Hörer hat. Gegen diese Methode protestire er. Man soll offen auftreten, ein Gesetz vorlegen, aber nicht hinterrücks auftreten. Eine solche Art gilt nicht. Wenn Uebelstände bestehen, so verbessere man sie. Er gebe zu, daß sie nicht so ist, wie man es erwarten sollte, aber das sei kein Grund sie aufzuheben. Man meint es sei zu viel, daß Galizien zwei Universitäten und eine technische Schule hat. Allein, wenn man wirklich diesen Grundsatz [illegible] man doch drei consequenterweise [illegible] Böhmen. Wie wäre es wenn man in [illegible] gründen würde? Jedenfalls [illegible] der Gegenwart vermieden sein. [illegible] von fünf Millionen Seelen und drei [illegible] zu wenig. Beweis dessen die Schweiz, [illegible] Deutschland. Habe man doch auch in Czernowitz eine Universität errichtet. Er gehöre nicht zu denen, die sagen, daß sich neue Hochschulen rentiren werden, der Staat ist [illegible] keine Bank! [illegible] der Staat für Schulen ausg[illegible] nicht [illegible]. Bauen [illegible] Schulen, die [illegible] sich immer. [illegible] Oesterr[illegible] erhalten und seine Mission [illegible] nach Osten zu tragen, thun [illegible] und Kirche sich frei entwickeln, dann werden [illegible] erfüllen. Frage man doch die Polen, [illegible] Juden in Galizien, ob die Lemberger Universität [illegible] soll? Lemberg ist die einzig [illegible] Welt. Redner appellirt schließlich an den Mona[illegible] das Haus. Er glaube übrigens nicht, es werde [illegible], einen solchen Beschluß zu fassen. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Eusebius **Czerkawski** unterzieht das Vorgehen der Majorität dem galizischen Unterrichtswesen gegenüber einer ab[illegible] Kritik. Er zweifle, ob dieses Vorgehen ein politisches sei. Die Linke möge nicht glauben, daß die Zerfahrenheit, welche in ihrer Mitte immer größere Dimensionen annimmt, auch auf der Rechten platzgreifen werde. Es wäre zu erwarten gewesen, daß die Majorität wenigstens in dem gegenwärtigen Augenblicke innerer [illegible] Verwicklungen so viel politisches Feingefühl besitzen werde, um [illegible] zu unterlassen, was zu einer Annäherung und zu einer Versöhnung führen werde. Inmitten der Spannung gelangte aber nach Galizien die Nachricht, daß abermals im Budgetausschusse der Gedanke angeregt wurde, eine der wichtigsten Institutionen des Landes, die Universität in Lemberg, aufzuheben. Redner gibt eine Geschichte der Entstehung und der Existenz der genannten Hochschule und sucht die Nothwendigkeit des Fortbestandes der Lemberger Universität darzuthun. Selbst in der Reactionszeit der Fünfziger-Jahre war von einer Aufhebung nicht die Rede, sondern man trug sich mit dem Gedanken, dieselbe durch eine medicinische Facultät zu ergänzen.

(3/4 1 Uhr. [illegible] spricht fort.)

Telegramme der „Presse“.

Belgrad, 13. December. Mit aller Bestimmtheit wird versichert, daß Tschernajew nach Serbien zurückkehren soll. Die Einberufung der beurlaubten Mannschaft ist auf den 22. d. M. festgesetzt. Die Auszahlung der Beamten- und Officiersgehalte erfolgte heute zum erstenmal mit den neuen serbischen Banknoten.

Belgrad, 13. December. Die hier stationirten Cavallerie-Abtheilungen erhielten gestern den Auftrag, nach Kladowo abzurücken.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, seien vermittelnde Unterhandlungen zwischen England und Rußland im Zuge. Admiral Drummond soll bereits mit der britischen Escadre die Besika Bay verlassen und sich nach Salonich gewendet haben.

Krakau, 13. December. Hieher wird berichtet, die russische Regierung habe angeordnet, daß Gutsbesitzer, welche an dem Anlehen nicht mit Baargeld theilnehmen können, eine bestimmte Quote in Naturalien leisten müssen.

Pest, 13. December. Der gestrige Verlauf der General-Debatte über die Ostbahn-Affaire erregt Aufsehen. „P. Lloyd“ [illegible] Tisza habe sehr recht gehabt, sich gegen [illegible] auf Belangung vieler hochgeachteter Männer, wenngleich selbe intact aus der Anklage hervorgehen würden, [illegible] auszusprechen, weil man den Schaden, der ihnen und [illegible] Land zugefügt werde, nicht leicht gutmachen könne. Nachdem aber eine Majorität von 15 Stimmen anders beschlossen, so können sich nicht nur die Unbetheiligten, sondern auch die Betheiligten — die vielleicht im höheren Grade — hiemit zufrieden geben. Es könne ihnen nur erwünscht sein, daß die Angelegenheit vor ein Forum gelangt, das die Sache nicht so oberflächlich und von Parteileidenschaft beeinflußt behandelt, wie dies oftmals in parlamentarischen Commissionen geschehe.

Pest, 13. December. Bezüglich der Bankfrage schreibt der „Pester Lloyd“: „Da an der Lösung der Bankfrage durch weitere Nachgiebigkeit Ungarns absolut nicht zu denken sei, müsse die Gleichheit der Positionen zwischen den contrahirenden Theilen dadurch hergestellt werden, daß die pragmatische Benützung des unbezweifelbaren Rechts zur Etablirung eines selbständigen Bankwesens zugestanden wird. Die Regierung muß und soll, die Verhandlungen fortsetzend, durch die Sicherheit gedeckt sein, nöthigenfalls zur Herstellung einer ungarischen Bank schreiten zu können. Wir wünschen den Bruch nicht, zumal die Consequenzen auf das ganze wirthschaftliche Verhältniß zu Oesterreich nicht im Vorhinein bestimmbar seien, aber wenn aller guter Wille vergeblich bleibt, muß Ungarn dasselbe thun, was culturell weniger entwickelte Staaten gefahrlos thaten, nämlich eine selbständige Zettelbank errichten. Die Sache wäre nicht so schwierig und kritisch, wie man in Wien verkündet. Die Schwierigkeit wäre, wenn kein Capital aufgebracht werden könnte. In diesem Falle müßte selbst eine ungarische Staatsbank einer österreichischen Dictatur vorgezogen werden.“

Telegramme des Correspondenz-Bureau.

Konstantinopel, 12. December, Abends. Heute fand die erste Sitzung der Vorconferenz statt. General Ignatiew, als Doyen, wurde zum Präsidenten ernannt und Graf Mouy, erster Secretär der französischen Botschaft, zum Secretär der Conferenz erwählt. Eine weitere Vorconferenz der fremden Bevollmächtigten wird morgen und wahrscheinlich auch noch an einigen folgenden Tagen stattfinden. Die Dispositionen sind versöhnlich und nehmen die Verhandlungen eine gute Wendung. Wie man versichert, herrscht im Principe über die hauptsächlichsten Fragen ein Einvernehmen.

Wenn die Grundlagen im gemeinsamen Einvernehmen festgestellt sein werden, wird die Conferenz, unter Zuziehung der ottomanischen Delegirten, ihre Arbeit beginnen.

Berlin, 13. December. Der „National-Zeitung“ zufolge hat der Bundesrath den Reichstagsbeschlüssen über die Justizgesetze in 18 Punkten die Zustimmung versagt, darunter den Bestimmungen über die Zuständigkeit und den Gerichtsstand für Preßvergehen, den Zeugnißzwang der Redacteure, über Competenz-Conflicte und die gerichtliche Verfolgung von Beamten. Etwa die Hälfte der Differenzen betrifft weniger grundsätzliche als technische Fragen. Die bezügliche Erklärung des Bundesrathes an den Reichstag erfolgt wahrscheinlich heute.

Paris, 12. December, Nachts. Das „Journal Officiel“ wird morgen die neue Ministerliste publiciren, wonach Jules Simon zum Conseils-Präsidenten und zum Minister des Innern, Martel zum Justizminister ernannt wird. Die übrigen Minister verbleiben auf ihren Posten.

Paris, 13. December. Das „Journal Officiel“ veröffentlicht das neue Ministerium in der gestern Abends gemeldeten Zusammensetzung.

Das „Journal des Débats“ sagt, Martel sei leidend und werde interimistisch durch einen Collegen vertreten werden.

Athen, 12. December. Komunduros hat, vom Interesse des Landes geleitet, die Parteiführer Zaïmis, Deligeorgis und Trikupis eingeladen, persönlich ein kräftiges Cabinet, unter irgend welchem Präsidenten ihrer Wahl, zu bilden.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen.

Pest, 13. December. Das Abgeordnetenhaus votirte den Gesetzentwurf über den Ankauf der Ostbahn in der Special-Verhandlung. Kraljevic interpellirte wegen der Eisenbahnen Essegg-Sissek und Nasic-Gradisca.

Paris, 13. December. Die „Alliance Israélite“ faßte in ihrer gestrigen Versammlung folgende Beschlüsse:

1. An die Conferenz in Konstantinopel ein Memoire zu richten, welches verlangt, daß die in der Türkei lebenden Israeliten dieselben Rechte erlangen, wie die übrigen Unterthanen.

2. Das Verlangen zu stellen, daß die Mächte ihre Bevollmächtigten in Konstantinopel anweisen mögen, dieses Memoire zu unterstützen.

London, 13. December. Unter dem Vorsitze des Herzogs von Sutherland fand gestern ein aristokratisches Meeting zum Behufe der Bildung eines Hilfscomités zur Linderung der Noth in der türkischen Armee statt. Lord Blankire zeichnete 1000 Pfund Sterling für Winterkleidung.

Amtliches.

Wien, 13. December.

Der Justizminister hat den Gerichtsadjuncten des Kreisgerichts in Pisek, Anton Bezdeka, zum Bezirksrichter in Netoliz ernannt.

Wiener Börse.

13. December. Notirung um 12 3/4 Uhr.

Ebenso wie in den letzten Tagen, hat sich im heutigen Vorgeschäft eine größere Veränderung blos im Valutencurse ergeben, indem Zwanzigfrancs-Stücke nach 10.10 bis 10.09, gegen gestern Abends um ein halbes Percent reagirten. Speculationswerthe standen mit Rücksicht auf die höheren Frankfurter [illegible]-Notirungen in etwas besserer Frage, ebenso Rente, welche von 60.10 bis 60.25 stieg. Das Geschäft war indeß ein beschränktes und haben die aus Konstantinopel vorliegenden friedlicheren Meldungen zunächst nur eine reservirte Beurtheilung g[illegible].

Oesterreichische Credit-Actien notirten 136.60 bis 137, Ungarische Creditbank 104.75, Anglobank 72, Karl-Ludwigbahn 199.75.

Um 11 Uhr schlossen: Oesterreichische Credit 136.90, Ungarische Credit 104.75, Anglo 72, Rente 60.25, Zwanzigfrancs-Stücke 10.09.

Die bessere Disposition überträgt sich auch, unterstützt von der neuesten Konstantinopeler Depesche, auf die Mittagsbörse. Der Goldcurs reagirt um 1/4 Percent, Speculationswerthe sind gut behauptet, Renten gefragter, Papierrente 60.3[illegible], Silberrente 66.75, Goldrente 57. Oesterreichische Credit Actien notiren 137.50, Ungarische Creditbank 104.75, Anglobank 71.75, Nationalbank 822, Karl-Ludwigbahn 199.75, Elisabethbahn 135.50, Graz-Raaber 84.50, Ostbahn in Folge der Annahme des Kaufvertrags seitens des ungarischen Reichstags höher 29.25, London 126.30, Paris 50, Reichsmark 62, Zwanzigfrancs-Stücke 10.07 1/2, Silber 116.[illegible].

Um halb 1 Uhr sind: Oesterreichische Credit Actien 137, Ungarische Credit 104.75, Anglo 71.75, Rente 60.[illegible].

	Geld	Waare		Geld	Waare
5%Rente in Papier verzinsl.	60.25	60.35	Staatsbahn	25[illegible]	25[illegible].50
5%Rente in Silber verzinsl.	66.75	66.85	Südbahn	78.25	7[illegible].50
Domän.-Pfandbr.	139.50	140.—	Elis.-Westbahn	135.50	136.—
1860er Lose	108.75	109.—	Karl-Ludwigbahn	199.75	200.—
1864er Lose	130.—	130.50	Oesterr. Nordwestb.	117.50	118.—
Creditlose	164.25	164.75	Franz-Josefsbahn	—.—	—.—
Bank-Actien	822.—	824.—	Rudolphsbahn	—.—	—.—
Credit-Actien	137.—	137.25	Theißbahn	—.—	—.—
Ungar. Credit	104.75	105.—	Dampfschiff	338.—	340.—
Escompte-Anstalt	660.—	665.—	Tramway	—.—	—.—
Bodencredit	—.—	—.—	London	126.25	126.50
Anglobank	71.75	72.—	Frankfurt	61.55	61.15
Bankverein	54.50	55.—	Paris	50.—	50.10
Unionbank	46.50	46.75	Ducaten	6.01	6.02
Nordbahn	177.50	178.—	Napoleonsd'or	10.07	10.08
			Deutsche Reichsm.	62.—	62.0[illegible]
			Silber	116.50	116.75

[Telegr.] (**Curse der Wiener Börse um 1 1/2 Uhr.** Oesterreichische Credit 136.—, Ungarische Credit 102.75, Angl. 71.50, Staatsbahn 259, Nordwestbahn 117, Nordostbahn 86.50, Graz-Raaber 84.50, Ostbahn 29.50, Rente 60.15, London 126.40, Paris 50.10, Zwanzigfrancs-Stücke 10.09. Matt auf Berlin.

Paris, 12. December. (Boulevard-Verkehr.) 3percentige Rente 70.[illegible] 5percentige Rente 104.60, ruhig. Italiener —. Türkische Consols 11.—. Banque Ottomane 361.—. Staatsbahn —.—. [illegible] 251.— ruhig.

Manchester 12. December. (Garnmarkt.) [Bericht von Jacob Behrens.] 30er Warpcops Gresham 11 1/2, Rowland 11 1/4, Wellington 11 1/2, 42er Pincops O. W. 10 3/4, 60er Pincops 12 [illegible], 16/24 Water Kingston 10—, Nicholls 10—, 32er Mock Townhead 10 3/4, 40er Mule-Mayall 11 1/4, Kingston 11 3/4, Wilkinson 12 [illegible], 60er Hähne 14 1/2, 40er doublirt 12—, 60er doublirt 15 [illegible]. Markt fest, ruhig.

Newyork, 12. December. Zufuhren in Baumwolle 28.0[illegible] Ballen.

Wiener Fruchtbörse von heute.

Die Stagnation im Getreidegeschäfte hält an. Nur von Mais wurden größere Partien geschlossen und bezahlte man pro Mai-Juni 5000 metrische Centner mit fl. 6.95 Pest und 5000 metrische Centner mit fl. 7.45 Wien per 100 Kilo. Alles Andere ruhig ohne Preisveränderung.

Herausgeber: J. K. Lecher.
Verantwortlicher Redacteur: Franz Ketsmáry.
Druckerei der „Presse“: Leop. Kugler.
Gedruckt auf der „Walter-Presse“.

Nr. 344. Wien, Mittwoch 13. Dezember 1876. XXX. Jahrg

Das Fremden-Blatt erscheint täglich.

Man pränumerirt Wollzeile Nr. 4.
Ganzjährig 16 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 8 fl. „ „
Vierteljährig 4 fl. „ „
Monatlich 1 fl. 40 kr. „ „
Für die Zustellung des Morgen- und Abendblattes ins Haus monatlich 30 kr.

Fremden-Blatt.

(Abend-Blatt.)

Redaktions-Bureau: Wollzeile Nr. 17.

Abonnement für die Provinz:
Ganzjährig 20 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 10 fl. „ „
Vierteljährig 5 fl. „ „
Monatlich 1 fl. 70 kr. „ „
Einzelne Abendblätter kosten 3 kr. Oe. W.

Wien, 13. Dezember.

Es liegt auch nicht die kleinste Meldung aus Pest vor, an die sich in Betreff der politischen Situation eine Schlußfolgerung anknüpfen ließe. Nur in einem Blatte begegnen wir der Ankündigung, daß ungarische Kabinetsmitglieder am 20. d. M. nach Wien kommen werden, um die bisher resultatlosen Verhandlungen neuerdings aufzunehmen. Im Abgeordnetenhause wird heute die Debatte über das Budget des Ministeriums für Kultus und Unterricht fortgesetzt und dürfte wohl auch heute zu Ende geführt werden. In Abgeordnetenkreisen wird erzählt, daß längstens bis 20. Dezember das Budget erledigt sein und die Vertagung des Hauses eintreten soll. Heute hält auch das Herrenhaus Sitzung.

Die neuesten Meldungen aus Konstantinopel lassen die Situation unverändert in günstigem Lichte erscheinen. Die förmliche Vorkonferenz, der General Ignatieff präsidirt, ist eröffnet und man scheint bereits der Verständigung verhältnißmäßig nahegerückt zu sein. Die Grundlagen, die die „Agence Havas" mittheilt, lassen ein für die christlichen Elemente auf der Balkan-Halbinsel sehr günstiges Arrangement erwarten.

Ein neues Hinderniß gegen die türkische Konstitution ist auf einer Seite entstanden, wo man es nicht erwartete. Als die Artikel, welche die Machtsphäre des Sultans bestimmten, dem Großherrn vorgelegt wurden, bemerkte dieser, daß das eine Sache sei, welche nicht ihn allein beträfe, sondern auch alle seine Nachfolger in der Zukunft binden würde. Er berief dann seine Brüder zu sich und richtete die Frage an sie, ob sie eine Beschränkung der Prärogative des Thrones zugeben würden. Trotz der Ergebenheit, welche alle Mitglieder der kaiserlichen Familie ihrem Haupte bezeugen, wollte doch keiner der insgeheim vom Großvezier aufgestachelten Prinzen eine bejahende Antwort geben, worauf der Großvezier und Midhat Pascha die gewöhnliche Komödie einer Resignation aufführten, welche nicht angenommen wurde, und auch gar nicht ernstlich gemeint war.

Die türkische Regierung hat nun die Handelsverträge fast allen europäischen Staaten gekündigt, man muß hierin insbesondere eine Demonstration gegen England erblicken. Die Maßregel wird eine durchgreifende Erhöhung der Zölle zur Folge haben.

Aus Konstantinopel wird dem „Daily Telegraph" ausführlich über die Audienz des Marquis of Salisbury bei dem Sultan berichtet. Nach der formellen Vorstellung zogen sich die großen ottomanischen Hofchargen und sonstigen Personen, mit Ausnahme desjenigen Beamten, der als erster Dragoman fungirte, zurück. Das Personal der englischen Botschaft that ein Gleiches, und außer dem Marquis of Salisbury und Sir Henry Elliot blieb nur Herr Sandison, der erste Dragoman der englischen Botschaft, anwesend. Der Sultan hörte dem englischen Botschafter eine Weile zu und sprach dann seinerseits von der Konferenz mit großer Offenheit. Er äußerte die Hoffnung, daß die Schwierigkeiten, mit welchen die Pforte gegenwärtig zu kämpfen habe, von den versammelten Bevollmächtigten in befriedigender Weise erledigt werden würden. Ferner sprach er seine zuversichtliche Erwartung aus, daß kein Vorschlag gemacht werde, welcher die Wirkung haben würde, seine Unterthanen verschiedenen Bekenntnisses und verschiedener Racen auf verschiedenen Fuß zu stellen. Sein lebhafter Wunsch sei es — bemerkt er — daß alle Türken, Griechen und Bulgaren volle Gleichstellung genießen möchten.

Wie bereits gestern telegraphisch hier angezeigt wurde, hat das „Journal Officiel" heute die Liste der neuernannten französischen Minister veröffentlicht. Nur Dufaure und de Marcère sind ausgetreten, an ihre Stelle kommen J. Simon als Konseils-Präsident und Minister des Innern, und Martel als Justizminister. Die neue Kombination wird weder die äußerste Rechte, noch die äußerste Linke befriedigen, voraussichtlich aber die Unterstützung der Majorität in der Kammer, vielleicht auch in manchen Fragen im Senate finden. Mac Mahon hat inmitten der ihn heftig bedrängenden heterogenen Einflüsse das Möglichste gethan, um auf dem Boden der Verfassung zu bleiben; es wird aber sehr von der demnächstigen Haltung der Parteien abhängen, ob es sich auf demselben wird behaupten wollen oder behaupten können. Martel ist ein liberales, aber etwas klerikal gefärbtes Mitglied des rechten Zentrums. Unter dem Kaiserreich gehörte er der Zentrumsgruppe der Sechsundvierzig an. In der Nationalversammlung von 1871 spielte er eine einflußreiche Rolle, war Präsident der Gnadenkommission und ohne Unterbrechung, wie auch heute noch, in der neugewählten Deputirtenkammer einer der Vizepräsidenten des Hauses J. Simon ist die Verkörperung des gemäßigten Republikaner, wird aber trotz oder vielleicht gerade wegen seiner bedeutenden Persönlichkeit und seines ehrenhaften Charakters von rechts wie von links viele und heftige Anfeindungen zu bestehen haben.

Ein von dem Appellhofe von Besançon in einem Preßprozesse gefälltes Erkenntniß, welches eine dortige Zeitung wegen Verunglimpfung eines ehemaligen Mitglieds der berüchtigten gemischten Kommissionen von 1851—52 verurtheilte und in seinen Erwägungsgründen den Satz hinstellte, daß die Mitglieder jener dem Staatsstreiche als Helfershelfer dienenden Ausschüsse „eine Pflicht erfüllt" hätten, hat in den republikanischen Kreisen von Versailles das peinlichste Aufsehen erregt. Es war sogar davon die Rede, die Regierung deshalb zu interpelliren, und dies unterblieb nur auf die Kunde, daß Dufaure, obgleich auf dem Punkte, das Justizministerium zu verlassen, nicht gesäumt hat, den General-Prokurator von Besançon zu sich nach Versailles zu bescheiden. Wie man glaubt, wird dieser Beamte den Auftrag erhalten, gegen das Erkenntniß der zweiten Instanz die Nichtigkeitsbeschwerde einzulegen.

Auf der parlamentarischen Soirée am 9. d. bei Fürst Bismarck hob Letzterer die Gründe hervor, welche gegen die Beschickung der Pariser Ausstellung geltend gemacht wären, indem er auch andeutete, daß unter den Tausenden von Deutschen, welche die Ausstellung besucht hätten, sich gewiß auch Personen finden möchten, welche bei nicht ganz vorsichtiger Haltung der Franzosen gegen die unbeliebten Gäste Konflikte hervorrufen könnten. Anderweitig ist bekannt geworden, daß der Kronprinz sich für eine Beschickung früher zuerst interessirt haben soll, weshalb an ihn aus Paris von höchster Stelle ein Schreiben gerichtet wurde, um seine Theilnahme für das Unternehmen zu beleben. Indeß hatte dies keine Wirkung. Die Verhandlung im Bundesrath über Beschickung der Pariser Ausstellung zeichnete sich durch ihre lakonische Kürze aus. Der Präsident des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofmann, machte die Mittheilung, daß der Ausschuß sich gegen amtliche Theilnahme für Beschickung der Ausstellung erklärt hätte. Es meldete sich Niemand zum Worte. Darauf fragte derselbe weiter, ob ein Vertreter irgend eines deutschen Staates von seiner Regierung beauftragt sei, in der Sache eine Mittheilung zu machen. Es folgte wieder tiefes Schweigen. Darauf bemerkte der Staatsminister Hofmann: Nach dieser Erklärung ist also die Beschickung der Pariser Ausstellung seitens des deutschen Reiches abgelehnt.

Die Zirkular-Depesche Savfet Paschas.

Die von uns bereits erwähnte Zirkular-Depesche Savfet Paschas vom 30. v. M., die bekanntlich eine Antwort auf die russische Note vom 13. November (a. St.) bildet, liegt nunmehr in extenso vor. Es heißt in der Depesche:

„Es sei begreiflich, daß der Fürst Gortschakoff das Bedürfniß gefühlt habe, in den Augen Europas die militärischen Vorbereitungen Rußlands zu rechtfertigen. Schwieriger sei es, den Bemühungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, welche der russische Reichskanzler aufwende, um der Pforte die ganze Verantwortung für die gegenwärtige Situation zur Last zu legen. Die türkische Regierung sei nicht so unverbesserlich (incorrigible), als man glaube; wenn dies wirklich der Fall wäre, so würde sich das Reich im Zustande einer permanenten Insurrektion befunden haben, während doch seit der Unterzeichnung des Pariser Vertrages, also während eines Zeitraumes von zwanzig Jahren, nur eine sehr geringe Anzahl aufständischer Bewegungen stattgefunden habe. Die Motive dieser Bewegungen seien bekannt. Ebenso kenne Jedermann den Ursprung und die Entwicklung des blutigen Kampfes, von dem der Fürst Gortschakoff spreche. Die Pforte sei genöthigt gewesen, zu gewaltsamen Mitteln zu greifen, um die Ordnung wieder herzustellen, um ihre friedlichen Unterthanen zu schützen und um die bewaffneten, unberechtigten Angriffe zurückzuweisen. Die Unterdrückung der Unruhen, welchen die revolutionä-

ren Leidenschaften von vornherein den Charakter eines Race- und Religionskampfes gegeben hätten, habe schmerzliche Opfer gefordert; indeß sei es, sobald die Ordnung wirklich wieder hergestellt worden sei, die erste Sorge der Regierung gewesen, nach Möglichkeit die unmittelbaren Folgen jener Ereignisse wieder auszugleichen, indem sie die Bevölkerung unterstützte, welche man ins Elend getrieben hätte, um sich aus ihrer Verzweiflung eine Waffe zu schmieden. Weiter habe die Regierung für die Bevölkerung dadurch gesorgt, daß sie umfassende Amnestien bewilligt und der Gerechtigkeit freien Lauf gelassen hätte.

Erfüllt von der Ueberzeugung, ihre Pflicht gethan zu haben, lehne die Pforte die Verantwortlichkeit für das vergossene Blut ab; sie habe stets und überall alle Mittel der Versöhnung erschöpft, ehe sie zu den ihr selbst verhaßten äußersten Mitteln schritt und fortgesetzt, habe sie Europa offenkundige Beweise ihres aufrichtigen Wunsches gegeben, den Frieden wieder hergestellt zu sehen. Die kürzlich erfolgte Unterzeichnung eines einfachen und bedingungslosen Waffenstillstandes für zwei Monate und die Annahme des Konferenz-Vorschlages seien ein neues Pfand der friedlichen Bestrebungen der Pforte. Diese Umstände seien zu genau bekannt, als daß man der Regierung ein Verbrechen daraus machen könne, nicht sofort unter Nichtachtung ihrer Pflichten das Autoritäts Prinzip den Händen der Revolution überliefert zu haben.

Wenn die russische Regierung, wie sie versichere, keine anderen Ziele im Oriente verfolge, als die Verbesserung des Loses der Christen, so werde die Nutzlosigkeit der außerordentlichen Rüstungen, welche das Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff zu rechtfertigen unternehme, augenscheinlich. Mehr als jede andere Macht sei die Pforte von dem Bestreben erfüllt, welches Fürst Gortschakoff namens Rußland ausdrücke; sie wolle nichts lieber, als alle ihre Bemühungen und alle ihre Anstrengungen der Erfüllung dieser Aufgabe widmen.

Ungeachtet der Ereignisse, welche jede ihrer Maßregeln auf dem Wege zum Fortschritte erschwert hätten, habe die Türkei allmälig den Zeitpunkt erreicht, in welchem die Umwandlung ihrer Verfassung sich naturgemäß vollziehen und ihr dadurch eine neue Existenz verschaffen müsse. Der ottomanischen Regierung liege nichts mehr am Herzen, als den Umfang der Konzessionen, welche die Mächte bei Abschluß des Pariser Vertrages im Auge gehabt, noch viel weiter auszudehnen. Die von der Pforte versprochenen Reformen würden, ohne die geringste Verzögerung, für das ganze Reichsgebiet in Anwendung gebracht werden.

Tagesneuigkeiten.

Wien, 13. Dezember.

* (**Personalnachrichten.**) Der Herr Sektionschef im Ackerbau-Ministerium, Freiherr Schröckinger v. Neudenberg, begeht am 21. d. sein 40jähriges Dienstjubiläum. — Der Justizminister hat den Gerichtsadjunkten des Kreisgerichtes in Pisek, Anton Bezdeka, zum Bezirksrichter in Netolitz ernannt. — Vorgestern verschied hier Anna Freiin v. Jezer, geb. Laml v. Dekina, k. k. Feldmarschall-Lieutenants Witwe, nach langem Leiden im 76. Lebensjahre.

* (**General Tschernajeff**) hat heute Wien verlassen. Derselbe ist mit seinem Gefolge Vormittags um 10 Uhr 45 Minuten mit dem Oderberger Courierzuge der Nordbahn über Krakau und Lemberg nach Kischeneff abgereist. Die Gemalin und die drei Kinder des Generals, die vorläufig in Wien zurück bleiben, gaben dem Scheidenden das Geleite bis in die Bahnhalle.

* (**Der Reliquienkasten der Königin Marie Antoinette.**) In der letzten Zeit ihres Aufenthaltes in den Tuilerien hatte die Königin ihrem Beichtvater einen Reliquienkasten geschenkt, welcher nach einiger Zeit in die Hände der Mutter des gefeierten Verfassers des „Traité des études", Madame Rollin, überging. Derselbe befindet sich gegenwärtig im Besitz ihrer Enkelin, der Witwe des gewesenen Posteinnehmers in Ribérac, Frau Labonne-Dubreuil, welche ihn von ihrer Tante erbte, die von 1825 bis 1840 eine Pension bezogen hatte. Noch viele Familienmütter erinnern sich, in ihrer Kindheit vor diesen heiligen Reliquien gekniet zu sein, welche einmal im Jahre, am Charfreitag, zur Verehrung der Zöglinge der Erziehungs-Anstalt in Perigueux ausgestellt waren. Dieses königliche Souvenir erinnert in seiner außerordentlichen Einfachheit in nichts an die Eleganz, welche die unglückliche Souveränin an allen Gegenständen ihres täglichen Gebrauches liebte. Es ist von rundlicher Form, mit einer Tresse von gelber Seide eingefaßt, welche selbst wieder von einer Filigranarbeit in vergoldetem Metall umrahmt wird. Im Mittelpunkt befindet sich ein Partikel des wahren Kreuzes Christi und vier andere Gehäuse schließen verschiedene Reliquien ein.

* (**Schliemann's Ausgrabungen.**) Telegramme aus Athen, welche die deutsche Regierung erhalten hat, bestätigen die Wichtigkeit der Ausgrabungen Schliemann's in Mykenä. Man kann nicht zweifeln, daß er wirklich die Königsgräber von Argos aufgefunden hat. Sie liegen auf der Burg innerhalb des Löwenthores, welches von Schliemann aufgegraben worden ist. Der Erbprinz von Meiningen war der Erste, welcher nach Jahrtausenden durch das Löwenthor fuhr. Er berichtete selbst als Augenzeuge beim Winckelmann-Feste der Berliner archäologischen Gesellschaft über die Aufgrabungen in Mykenä. Die Königsgräber zeigen an den Wänden Skulpturen, die eben so alterthümlich und noch alterthümlicher sind wie die Löwen des Thores. Inschriften hat man leider bis jetzt nicht gefunden. Der Metallwerth der Goldsachen u. s. w. wird auf 300.000 Frcs. geschätzt. Daß Schliemann den wirklichen Agamemnon aufgefunden haben will, ist ein Spiel seiner Phantasie, doch seine Entdeckungen sind in der That von höchster Bedeutung. Auch von Olympia sind erfreuliche Nachrichten eingetroffen. Man hat dort zwei neue Metopen des Zeus-Tempels gefunden. Die eine stellt Pallas Athene sehr wohlerhalten dar, und zwar ganz in dem Styl der Metope, welche Herakles und Atlas mit den Aepfeln der Hesperiden darstellt. Die zweite Metope zeigt einen Mann, ist aber schlecht erhalten und verwischt. Professor Ernst Curtius ist mit seiner Familie in Athen eingetroffen und war auf der Reise nach Olympia begriffen.

* (**Neue Bilder von Tadema.**) Der berühmte englische Maler Mr. Alma Tadema hat kürzlich zwei nicht zur Ausstellung bestimmte Gemälde vollendet. Das eine stellt das Innere eines römischen Frauenbades dar. Eine kolossale kupferne Sphinx in der Mitte speit einen Strom Wassers in das Becken, in dem einige Frauen sich umherbewegen. Als nicht weniger vollendet gilt das andere Gemälde. Auf einer Marmorbank unter einem wolkenlosen Morgenhimmel von Capua sitzt ein Mädchen und lauscht der glühenden Beredsamkeit eines Jünglings. In technischer Vollkommenheit soll der Maler nichts Vorzüglicheres geschaffen haben, als dieses Bild. Mr. Alma Tadema arbeitet auch an vier die Jahreszeiten darstellenden großen Werken; der Frühling wandert mit zwei blumenbeladenen Mädchen durch ein toskanisches Feld, der Sommer, mit denselben Mädchen im Bade, der Herbst wird durch eine den Thyrsus schwingende Mänade, der Winter durch eine Gruppe Frauen, die in der Säulenhalle eines Palastes sich die Hände an einem Kohlenbecken wärmen, dargestellt. Diese letztgenannten Werke werden wahrscheinlich nächstes Jahr in der Royal Academy zu sehen sein.

* (**Die Braut von Chamounix.**) Miß Stratton, die bekannte Besteigerin des Montblanc, hat, wie aus Annecy in Savoyen geschrieben wird, am 6. Dezember wirklich ihren Führer geheiratet, der sie seit zehn Jahren auf allen ihren Exkursionen begleitet hatte. Die Hochzeit war sehr glänzend. Ein Dutzend Wagen führte das Brautpaar und die Gäste von Argentières nach Chamounix. Alle Zivil- und geistlichen Behörden waren dazu geladen. Die Kommunal-Musik war dem Hochzeitszuge bis Thynes vorausgezogen, und das Echo dieses malerischen Thales wiederholte die schönsten Stücke des Repertoires abwechselnd mit den lärmenden Detonationen der Böller und Mörser. Bis dahin ging Alles gut, ja man sah selbst ein Lächeln auf dem Gesichte der Braut, obschon es die Engländerinnen in der Regel nicht lieben, ihr Glück auf diese Weise zu zeigen; aber das Schönste am Feste fehlte — Frau Charlet wurde mit keiner Traurede bedacht. Der offizielle Redner bei derlei Feierlichkeiten, der wackere Musikchef Gaspard Simon, beobachtete ein absolutes Schweigen. Man hatte von ihm etwas ebenso Großartiges gehofft, wie seine denkwürdige Rede an die gegenwärtige Frau Charlet nach ihrer Rückkehr von der Winterbesteigung des Montblanc am 1. Februar 1876. Sie ist eine robuste und gutgebaute Dame, Eigenschaften, welche gut für einen abgehärteten Führer passen, welcher ganz glücklich ist, Miß Stratton die Hand fürs Leben reichen zu können, welche sie so oft über die gefährlichen Gletscher der Berge geleitet hat. Die neuen Gatten führen in ihrem Chalet in Argentières ein sehr einfaches bürgerliches Leben und Frau Charlet braucht ihren Führer nicht mehr zu bezahlen, wenn sie sich das Vergnügen einer Bergbesteigung machen will.

* (**Gegen Thierquälerei.**) Ein soeben in Konstantinopel verkündigtes Dekret verfügt, daß verwundete Thiere nicht zum Lasttragen verwendet werden dürfen, daß einem Pferde nicht mehr als 120 Okken (etwa 150 Kilogramm), einem Esel nicht mehr als 60 Okken aufgeladen werden dürfen; daß die Lastpferde am Freitag und die Esel am Sonntag Ruhetag haben sollen, und daß die städtischen Behörden und subsidiär die Polizei mit der Ausführung beauftragt sind. Leider fehlt diesem von humanen Prinzipien diktirten Gesetz eine Strafbestimmung für die Kontravenienten, und so wird es wohl ein todter Buchstabe bleiben.

* (**Zum Brande des Theaters in Brooklyn.**) Ein Kabeltelegramm der „Times" aus Philadelphia meldet: „Die Körper der nicht erkannten Opfer der Katastrophe im Brooklyn-Theater erhielten am 9. Dezember ein öffentliches Leichenbegängniß. 103 Todte wurden in einem großen kreisförmigen Grabe auf Battle-Hill im Greenwood-Kirchhof beerdigt, und es fanden außerdem noch 30 Privat-Leichenbegängnisse statt. Tausend Soldaten mit einem großen Gefolge von Zivilpersonen begleiteten die Wagen, auf welchen sich die Särge befanden. Die Gebäude waren fast durchgehends mit Trauer-Emblemen drapirt und die Geschäfte standen gänzlich still. Es herrschte eine intensive Kälte und ein scharfer Wind blies. In New-York trat am 9. Dezember Abends ein Comité zur Unterstützung der durch den Tod ihrer Angehörigen dem Mangel Preisgegebenen zusammen, deren Zahl auf 177 angegeben wird. Es werden bedeutende Beträge zu ihren Gunsten subskribirt. Auf dem Greenwood Kirchhof wird ein Monument errichtet. Die Leichen der Schauspieler Murdoch und Burrow, welche im Theater verbrannten, wurden am 10. Dezember in New-York unter Begleitung ihrer Berufsgenossen beerdigt.

* (**Dr. Svetoslav Kassapinovics**) hat durch seinen Vertheidiger Dr. M. Stiller ein Freilassungsgesuch eingereicht, welches das Pester Strafgericht dahin erledigte, daß es die Freilassung des Bittstellers gegen eine Kaution von 5000 fl. anordnete. Der Staatsanwalt appellirte gegen die Freilassung. Der Vertheidiger Dr. Stiller hat die Kautionssumme erlegt, so daß Dr. Kassapinovics noch im Laufe des gestrigen Tages auf freien Fuß gesetzt wurde.

* (**Der Magistrat und die Baumeister.**) Die verschiedenen, mitunter bedeutenden Unglücksfälle, welche sich im Laufe der letzten Jahre auf einigen Bauplätzen ereigneten, zwingen den Magistrat zur Anwendung der rücksichtslosesten Strenge gegen die Schuldtragenden. Mehrere Baumeister wurden zu empfindlichen Strafen verurtheilt, indem konstatirt wurde, daß sie die pflichtgemäße Obsorge außer Acht gelassen oder schlechtes Material verwendet hatten. In einem Falle wurden außerordentlich miserable Ziegel (sogenannte [illegible]ziegel) beanständet und der Herr Bauführer erhielt statt des angehofften Gewinnes durch die auferlegte Geldbuße einen deutlichen Merks, daß solche Manipulationen unzulässig sind. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden daß alle Bestraften, wie gewöhnlich, sich „gekränkt fühlten" und den Magistrat [illegible]

griffen hatten. Alle diese Rekurse wurden jedoch abgewiesen, da es sich um die Sicherheit der Person und des Eigenthums handelt, welche durch die leichtfertigen Vorgänge im höchsten Grade gefährdet werden.

Witterung. Stadt, am 13. Dezember. 12 Uhr Mittags. Temperatur + 0·5 Grad Celsius (+ 0·4 Grad Reaumur).

Luftdruck 747·00 Millimeter.

Nebel, naßkalt, unfreundlich. Westwind.

(**Geographische Gesellschaft.**) In der gestern abgehaltenen zwanzigsten Jahres-Versammlung der geographischen Gesellschaft wurden zunächst über Vorschlag des Hofrathes v. Becker mit Akklamation zum Präsidenten der Gesellschaft Hofrath Professor v. Hochstetter wieder- und zum Vize-Präsidenten an Stelle des resignirenden kaiserlichen Rathes Anton Steinhauser, der Reichs-Finanzminister Freiherr v. Hofmann neugewählt. Hierauf folgte die Verlesung der Berichte über die internen Angelegenheiten der Gesellschaft. An den Kassenbericht knüpft sich eine längere Diskussion über die finanzielle Lage der Gesellschaft und wird, um dem für das nächste Jahr zu gewärtigenden Defizit vorzubeugen, beschlossen, an die wohlhabenden Mitglieder einen Appell um höhere, als die ihnen statutenmäßig obliegenden Jahresbeiträge zu ersuchen. Hierauf wurden einige Statutenänderungen, durch welche im Wesentlichen a) das Bureau in Hinkunft auf einen Vizepräsidenten und sieben Ausschußmitglieder vermehrt werden soll, b) die Auslosung von [illegible] scheidenden Funktionären zu unterbleiben habe und zum Ersatze [illegible] sieben Ersatzmänner zu wählen seien, genehmigt. Schließlich machte der Vorsitzende die Mittheilung, daß am 29. d. im Orientalischen Museum die Konstituirung des National-Comités für die Erforschung und Erschließung von Zentral-Afrika, unter dem Titel „Afrikanische Gesellschaft in Wien", erfolgen werde, daß nach dem bereits ausgearbeiteten Statuten-Entwurfe der Ausschuß dieser neuen Gesellschaft aus 15 für eine dreijährige Funktionsdauer gewählten Mitgliedern bestehen soll, und daß für die ordentlichen Mitglieder ein Jahresbeitrag von mindestens 1 fl. [illegible] gestellt sei. In den Ausschuß wurden H. Freiherr v. Gianz-Aida, Gemeinderath v. Millosich, J. Freiherr v. Schwegel und Dr. Fr. Steindachner wieder-, T. Freiherr v. Oesterreicher, Com. Graf Zichy und Kammerrath Ant. Steinhauser neugewählt. Von der Verlesung des wissenschaftlichen Jahresberichtes wurde Umgang genommen.

Theater und Kunst.

— In Berlin beginnen heute die Verhandlungen der Vertreter der deutschen Bühnengenossenschaft. Die Zahl der Delegirten ist auf 75 [illegible]. Von den Wiener Bühnen sind das Stadt-Theater, Carl-Theater und die Komische Oper vertreten.

— Im Berliner Stadt-Theater, wo die Fürstliche Gesellschaft gegenwärtig ihre Vorstellungen gibt, wäre es am Sonntag beinahe zu einem Skandal gekommen. Man führte die Posse „Wiener Mode-Damen" auf und das Publikum dieser Vorstellung, die übrigens bereits die zweite war, machte, wie der „B. C." meldet, Anstalten, zu dem „bösen Spiel" noch „böse Miene" zu machen. Endlich aber begann man die Sache von der gutmüthigeren Seite zu nehmen und ließ das Stück zu Ende spielen, wenn auch unter fortwährendem Gelächter, das keineswegs den Scherzen des Stückes galt und unter allerlei Kundgebungen, die einer beifälligen Aufnahme nicht gerade ähnlich sahen.

— Am 9. Dezember starb in München der ehedem so gefeierte Hofballetmeister Friedrich Horschelt. Geboren am 14. April 17[illegible] zu Köln (am Rhein), kam derselbe frühzeitig nach Wien, wo er schon mit [illegible] Jahren Tänze und Vorstellungen mit Grün[illegible] inszenirte, und insbesondere während des Wiener Kongresses zur Unterhaltung der hohen Gäste ganz Außerordentliches leistete. Als Vize-Balletmeister unter Aumer erfand Horschelt die damals epochemachenden Kinder-Ballets, welche vier Jahre lang die großen Wiener Kinder entzückten. 1822 siedelte Horschelt nach München über, wo er sich 1824 mit der durch ihre Schönheit berühmten Hoftänzerin Babette Eckner vermälte. Aber schon 1829 erreichte den in der Blüte seines Wirkens stehenden Mann eine unfreiwillige Quieszenz, da das kostbare Ballet aus Ersparungsgründen aufgehoben werden sollte. Horschelt erhielt die Erlaubniß, das „Ausland" zu bereisen, wo er erst zu Stuttgart, dann in Mailand große Triumphe feierte und den fremden Theatern die Kassen füllte. Später wurde Horschelt zu München reaktivirt und nach langjähriger Thätigkeit endlich bleibend in den Ruhestand versetzt. In den letzten Lebensjahren erblindete der fröhliche, lebenslustige Greis, welchem es leider beschieden war, seinem zweitältesten Sohne, dem durch seine Reisen und besonders seinen längeren Aufenthalt im Kaukasus berühmt gewordenen Schlachtenmaler Theodor Horschelt († 3. April 1871), in das Grab zu sehen. Fr. Horschelt war seinerzeit ein Freund von Theodor Körner, Franz Schubert, Grillparzer und Wolfgang Menzel. Seine Erinnerungen, welche Horschelt aufgezeichnet haben soll, dürften viel Interessantes enthalten. Horschelt's ältester Sohn, Friedrich, widmete sich mit bestem Erfolge der Malerei und ist namentlich im Bildniß geschätzt, der jüngste pflegt die Kunst seines Vaters in Hamburg.

---

50. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 13. Dezember.

Die Sitzung wird durch den Präsidenten Fürst Carlos Auersperg um halb 12 Uhr eröffnet. Von Seite der Regierung sind anwesend: die Minister Fürst Auersperg, Lasser, Herbst, Glaser, Unger.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß er, anläßlich des Namenstages Ihrer Majestät der Kaiserin, die Glückwünsche des Hauses zur Kenntniß an Allerhöchster Stelle gebracht.

Ihre Majestät ließ dem Hause durch den Ministerpräsidenten den Dank hiefür aussprechen.

Den verstorbenen Mitgliedern des Hauses: Ritter v. Georgi, Professor Heisler, FZM. Degenfeld widmet der Vorsitzende einen warmen Nachruf. — Zum Zeichen des Beileides erheben sich die Mitglieder von ihren Sitzen.

Die neueingetretenen Mitglieder: Fürsterzbischof Eder, Erzbischof Romascan und Graf Pace leisten das Angelöbniß.

Von den gewählten Mitgliedern des Staatsgerichtshofes: Ritter von Wasner, Dr. Eigner, Ritter v. Boschan liegen Zuschriften vor, in welchen diese erklären, die auf sie gefallene Wahl anzunehmen.

Ritter v. Arneth berichtet über das Gesetz, womit die Aushebung der zur Erhaltung des stehenden Heeres (Kriegsmarine) und der Ersatzreserve erforderlichen Rekruten-Kontingente im Jahre 1877 bewilligt wird. — Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Ritter v. Arneth berichtet ferner über das vom Abgeordnetenhause beschlossene Gesetz, betreffend die Erlassung von Bestimmungen über die Schnee-Abräumung auf Reichsstraßen.

Auch dieses Gesetz wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

(Die Sitzung dauert um 1/2 1 Uhr fort.)

---

218. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 13. Dezember.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Dr. Rechbauer um 11¼ Uhr eröffnet.

Auf der Ministerbank: Dr. v. Stremayr, Dr. v. Ziemialkowski, v. Chlumecky, Freiherr v. Pretis.

Der Handelsminister übermittelt den Vertrag über Erneuerung des Zoll- und Steuervereines mit dem Fürstenthum Liechtenstein zur verfassungsmäßigen Behandlung.

Es wird ferner die Debatte über Kapitel X des Staatsvoranschlages, „Ministerium für Kultus und Unterricht", fortgesetzt.

Spezial-Berichterstatter Abg. Dr. [illegible] vertheidigt die Ausschußanträge gegen die gestrigen Einwendungen des Abg. [illegible]. Ein Privatrechtsverhältniß für die Fortdauer der Subventionen liege nicht vor. Wenn das Haus die Dotationen verweigert, habe den [illegible]. Das Abgeordnetenhaus wirft sich also nicht zum Richter auf. [illegible] beliebte, aber eine beklagenswerthe Methode, [illegible] die Debatte zu ziehen. Wenn, wie Abgeordneter [illegible], einzelne Personen durch die Entziehung der Dotationen [illegible] werden sollten, so möge man ihnen Pensionen im [illegible], aber ins Ordinarium gehört das nicht. [illegible] nur bemittelte Novizen auf. Wenn das [illegible] alt ist, so rührt das daher, daß bisher keine [illegible] anzufechten; allein dieser Umstand kann keinen prinzipiellen Schutz bieten gegen Anfechtungen, sobald sich die Handhabe bietet. [illegible]

Nach einer kurzen Bemerkung des [illegible] Berichterstatters Abgeordneten Wolfrum wird zur Abstimmung geschritten, und es werden die [illegible] träge insgesammt angenommen. Auf der Ministerbank stimmen Dr. Stremayr und Dr. Ziemialkowski für den Antrag Greuter's, während [illegible] Chlumecky unter Heiterkeit des Hauses [illegible] stimmt.

Es wird die Debatte über Titel [illegible] und 12 des Kultus-Budgets eröffnet. Niemand ergreift das Wort. Bei der Abstimmung werden die [illegible] zum Beschlusse erhoben.

Es folgt Titel 13 „Unterricht [illegible]". Als Redner haben sich eintragen lassen: die Abgeordneten Greuter, [illegible], Roser, Czerkawski Eus., Wurm, Gierowski, [illegible], Halka.

Abg. Greuter. Nach fünfzehn Jahren unbestrittener Herrschaft der Verfassung, nachdem man Ihnen alle Wege mit bewunderungswerther Geduld geöffnet hat, haben Sie es so weit gebracht, daß ein großes verfassungstreues Organ gestehen muß: „[illegible], Oesterreich befand sich nie in einer unglücklicheren Lage, als eben jetzt". Die Theorie der liberalen Manchester Schule hat blos den Gründern und Schindern des Volkes die Thüren geöffnet. Wer die Schule hat, hat die Zukunft. Darf also die Schule in Händen bleiben, die uns in eine solche Lage gebracht haben? In Tirol herrscht vollständiges Mißtrauen gegen die gegenwärtigen Zustände. Redner polemisirt gegen kirchenfeindliche Aeußerungen der Presse, was ihm die Mahnung des Präsidenten zuzieht, sich an die Sache zu halten.

Abg. Greuter erwidert, er müsse sich dem Willen des Präsidenten fügen; falls derselbe seine Ausführungen nicht zulassen wolle, müsse er auf das Wort verzichten. Redner verkündet aber unmittelbar nach dieser Aeußerung: „Ich fahre also fort." (Große Heiterkeit.)

Präsident. Ich habe die Pflicht, für eine geregelte Debatte zu sorgen. Ich würde mich des Vertrauens, das mir das Haus durch meine Wahl zum Präsidenten entgegenbrachte, unwerth erweisen, wenn ich die Pflichten meines Amtes unausgeübt ließe. Der Redner mag über „Hochschulen" sprechen, so viel ihm beliebt. Ich muß aber bitten, daß er bei diesem Gegenstande bleibe. (Bravo.)

Abg. Greuter. Ich verzichte also auf das Wort.

Abg. Graf Wierzbicki [illegible] protestirt gegen die Absicht, die Universität Lemberg aufzuheben, die man aus dem Ausschußberichte hervorzulesen [illegible]. Wenn man sagt, zwei Universitäten seien für Galizien zu viel, so möge man auch Böhmen eine zweite Universität geben, das Land wird gewiß dankbar sein. Redner verweist auf das Beispiel der Schweiz. Unter Oesterreichs Aegide sollen Bildung und Freiheit nach Osten getragen werden. Wenn Oesterreich diesem Banner folgt, dann können sich seine Grenzen gegen Osten [illegible] ausdehnen, als man [illegible] mag. Doch kleinliche Feindschaften und Unterdrückung der Nationalitäten führt nicht zu diesem Ziele. Der Reichsrath, der für die Wissenschaft immer offene Hände hat, kann unmöglich den moralischen Muth finden, die Universität Lemberg aufzuheben. Und besäße er ihn, so vertraut Redner auf das Herrenhaus, auf die Regierung und auf die Krone.

Abg. Czerkawski Eus. ergreift das Wort.

[illegible] Uhr. Die Sitzung wird fortgesetzt.

(**Fortschrittsklub.**) Im Fortschrittsklub wurde heute das Sub-Comité gewählt, welches die bekannten Anträge des Abg. Fux auf Aenderungen des Delegations-Gesetzes, auf Erlassung von Bestimmungen über die Sessionsdauer und über die Verantwortlichkeit der gemeinsamen Minister zu berathen hat. Es wurden in dasselbe gewählt: die Abg. Dr. Kopp, Walterskirchen, Sturm, Fux und [illegible]. Abg. Proskowetz meldet eine Interpellation über die Zuckersteuer und Abg. Schürer seinen Austritt aus dem Klub an.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 13. Dezember. Der „National-Zeitung" zufolge hat der Bundesrath den Reichstagsbeschlüssen über die Justizgesetze in 18 Punkten die Zustimmung versagt, darunter den Bestimmungen über die Zuständigkeit und den Gerichtsstand für Preßvergehen, den Zeugnißzwang der Redakteure, über Kompetenzkonflikte und die gerichtliche

Verfolgung von Beamten. Etwa die Hälfte der Differenzen betrifft weniger grundsätzliche als technische Fragen. Die bezügliche Erklärung des Bundesrathes an den Reichstag erfolgt wahrscheinlich heute.

Paris, 12. Dezember, Nachts. Das „Journal Officiel" wird morgen die neue Ministerliste publiziren, wonach Jules Simon zum Konseils-Präsidenten und zum Minister des Innern, Martel zum Justizminister ernannt wird. Die übrigen Minister verbleiben auf ihren Posten.

Paris, 13. Dezember. Das „Journal Officiel" veröffentlicht das neue Ministerium in der gestern Abends gemeldeten Zusammensetzung.

Das „Journal des Débats" sagt, Martel sei leidend und werde interimistisch durch einen Kollegen vertreten werden.

Konstantinopel, 12. Dezember, Abends. Heute fand die erste Sitzung der Vorkonferenz statt. General Ignatieff, als Doyen, wurde zum Präsidenten ernannt und Graf Mouy, erster Sekretär der französischen Botschaft, zum Sekretär der Konferenz erwählt. Eine weitere Vorkonferenz der fremden Bevollmächtigten wird morgen und wahrscheinlich auch noch an einigen folgenden Tagen stattfinden. Die Dispositionen sind versöhnlich und nehmen die Verhandlungen eine gute Wendung. Wie man versichert, herrscht im Prinzipe über die hauptsächlichsten Fragen ein Einvernehmen.

Wenn die Grundlagen im gemeinsamen Einvernehmen festgestellt sein werden, wird die Konferenz, unter Zuziehung der ottomanischen Delegirten, ihre Arbeit beginnen.

Athen, 12. Dezember. Komoundouros hat, vom Interesse des Landes geleitet, die Parteiführer Zaïmis, Deligeorgis und Trikupis eingeladen, persönlich ein kräftiges Kabinet, unter irgendwelchem Präsidenten ihrer Wahl, zu bilden.

(Nach Schluß des Blattes eingetroffen.)

Pest, 13. Dezember. Das Abgeordnetenhaus votirte den Gesetzentwurf über den Ankauf der Ostbahn in der Spezialverhandlung. Kraljevics interpellirte wegen der Eisenbahnen Essegg-Sissek und Nasic-Gradiska.

Paris, 13. Dezember. Die „Alliance Israélite" faßte in ihrer gestrigen Versammlung folgende Beschlüsse:

1. An die Konferenz in Konstantinopel ein Memoire zu richten, welches verlangt, daß die in der Türkei lebenden Israeliten dieselben Rechte erlangen, wie die übrigen Unterthanen.
2. Das Verlangen zu stellen, daß die Mächte ihre Bevollmächtigten in Konstantinopel anweisen mögen, dieses Memoire zu unterstützen.

London, 13. Dezember. Unter dem Vorsitze des Herzogs von Sutherland fand gestern ein aristokratisches Meeting zum Behufe der Bildung eines Hilfscomités zur Linderung der Noth in der türkischen Armee statt. Lord Blankire zeichnete 1000 Pfd. Sterl. für Winterkleidung.

(**Wiener Frucht- und Mehlbörse**) vom 13. Dezember. In Folge der schwachen Zufuhren auf die ungarischen Marktplätze, wofür nur die Unfahrbarkeit der Straßen anläßlich der andauernden Regengüsse die Ursache bilden, ist das Ausgebot in Weizen sehr schwach und erhalten sich demnach auch die Preise in ziemlicher Festigkeit; dagegen ist die Tendenz in allen anderen Körnergattungen matt. An der heutigen Börse war im Allgemeinen eine gedrückte Kauflust bemerkbar, die zunächst dem schwachen Konsum zuzuschreiben ist, Mehle werden schwach begehrt. Marchfelder Weizen 78 bis 79 Kilo per Hektoliter bedingt fl. 13.20 bis fl. 14, Hafer, gereutert, fl. 8.70 bis 9.35 per 100 Kilogramm.

(**Fruchtbörse**) vom 13. Dezember. Protokollirt wurden: 2500 Meter Zentner Mai-Juni-Mais Banater fl. 7.45. Es notiren: Frühjahrsweizen fl. 12.90 bis fl. 13.—, Frühjahrskorn fl. 11.05 bis fl. 11.20, Frühjahrshafer fl. 8.70 bis fl. 8.75, Ungar. Korn fl. 11.— bis fl. 11.10, Merkantil-Hafer fl. 8.50 bis fl. 8.65, Neumais (prompt) fl. 6.45 bis fl. 6.50, Neumais (Mai-Juni) fl. 7.25 bis fl. 7.35.

(Börsenbericht.) Wien, 13. Dezember. Anläßlich der heute Abends stattfindenden Besprechung über die demnächst vorzunehmenden Wahlen in die Börsekammer, fanden schon an der Vorbörse Vorbesprechungen statt, und damit wurde der größere Theil der Verkehrszeit verbracht. Das Geschäft selbst war wieder von geringem Umfang und bewegte sich ausschließlich innerhalb der Coulisse, doch verrieth die Tendenz etwas mehr Festigkeit als gestern. Spekulations-Effekten wurden um ein Weniges besser bezahlt, Papier-Rente ward zu festerer Notiz gefragt und Goldvaluten schwächer.

Oesterreichische Kreditaktien hielten sich zwischen 136.60 und 137. Ungarische Kredit auf 104.75, Anglo zwischen 71.75 und 72, Galizier auf 199.75 Papierrente wurde von 60.10, bis 60.25 gehandelt; 20-Francs-Stücke verkehrten zwischen 10.10 und 10.09. Der Schluß um 11 Uhr war vollkommen geschäftslos.

Zu Beginn der Mittagsbörse dauert die Geschäftslosigkeit fort und sind die Course der Spekulationseffekten sowohl, als auch die der meisten übrigen Effekten kaum verändert, Valuten aber etwas schwächer, nur Silber steigend. Die friedlichen aus Konstantinopel vorliegenden Nachrichten blieben ohne Eindruck.

Es notirten: Oesterreichische Kreditaktien 137.10, Anglobank 71.75, Ungarische Kreditbank 104.50, Egyptier 102.50, Bankaktien 820.—, Dampfschiff 338.—, Nordbahn 178.—, Staatsbahn 218.50, Lombarden 78.25, Galizier 200.25, Elisabeth-Westbahn 135.—. Franz Josef-Bahn 121.50, Rudolf-Bahn 101.50, Nordostbahn 85.50, Ostbahn 29.—, 1860er Lose 109.—, 1864er Lose 130.—, Papier-Rente 60.20, Silber-Rente 66.60, London 126.20 bis 126.50, 20-Francs-Stücke 10.07½, Silber 116.50. Goldrente hielt sich in fixen Stücken zu 57 gefragt.

5% Papier-Rente	60.20	60.30
5% Silber-Rente	66.60	66.70
Domän.-Pfandbriefe	140.—	140.50
1860er Lose	109.—	109.20
1864er Lose	130.—	130.50
Kreditlose	164.—	164.50
Bankaktien	820.—	822.—
Kreditaktien	137.10	137.20
Eskompte-Aktien	660.—	670.—
Bodenkredit	—.—	—.—
Anglobank	71.75	72.—
Frankobank	—.—	—.—
Unionbank	46.75	47.—
Nordbahn	178.—	178.50
Staatsbahn	258.50	259.—
Südbahn	78.25	78.50

Elisabeth-Westbahn		135.—	135.50
Karl Ludwig-Bahn		200.25	200.50
Oest. Nordwestbahn		117.50	118.—
Franz Josef-Bahn		121.50	122.—
Alfölder		93.—	93.50
Kaschau-Oderb.		83.50	84.—
Dampfschiff		338.—	340.—
Innerberg		—.—	—.—
Tramway		87.—	88.—
London, 10 Pfd.	2½	126.20	126.50
Frankf. 100 R.M.	4½	61.40	61.50
Paris, 100 Frcs.	3	50.—	50.10
Dukaten		—.—	—.—
Napoleons'dor		10.07½	10.08
Silber		116.50	116.75
Deutsche Reichsbanknoten		62.—	62.10

(Schlußcourse der Wiener Börse 1½ Uhr.) Kreditaktien 136.20, Anglobank 71.60, Unionbank 46.50, Francobank 7.50. Ungarische Kreditbank 103.50, Egyptische Bank —.—, Allgemeine Baubank —.—, Wiener Baugesellschaft —.—, Bauverein —.—, Karl Ludwig-Bahn 200.—, Theißbahn 163.—, Franz Josef-Bahn 121.50, Nordwestbahn 117.50, 1860er Lose 108.75, Rente 60.15, 20-Francs-Stücke 10.09½. London 126.50 bis —.—, Nordbahn 178.—, Staatsbahn 259.50, Lombarden 78.25, Elisabeth-Westbahn 135.—, Rudolf-Bahn 101.50. Nordostbahn 85.50, Raab-Grazer 84.—. Dampfschiff 338.—, Bankaktien 820.—. Bankverein —. Silber-Rente 66.60. Matt.

Paris, 11. Dezember.

Die Gerüchte von einer bedeutenden Annäherung zwischen Rußland und England gewinnen an Konsistenz; eine dem auswärtigen Amte nahestehende Zeitung, der „Moniteur Universel", versichert geradezu, „daß die Bevollmächtigten dieser beiden Mächte über alle Punkte des Programmes, welches der Türkei auferlegt werden soll, einig sind". Die Börse zeigte daher die günstigsten Dispositionen und ließ sich nur durch die einheimische Ministerkrisis von einer entschiedeneren Hausse-Bewegung zurückhalten. Schluß sehr fest. Dreiperzentige Rente 70.87, fünfperzentige 104.55, Italiener 70.42, Türken 10.85, Egyptier 257, Peruvianer 18¾, Banque Ottomane 363, Banque de Paris 1041, Credit Mobilier in starker Reprise 165, Foncier 683, Franco-Hollandaise 328, Oesterreichischer Bodenkredit 475, Spanischer Mobilier 545, Oesterreichische Staatsbahn 526, Lombarden 160.

Hamburg, 12. Dezember. (Abendbörse.) Kreditaktien 107.50. Staatsbahn 516.—. Lombarden 155.—. Silber-Rente 52¾. Ziemlich fest. Goldrente 57.—.

Paris, 12. Dezember. (Boulevard-Verkehr.) 3perzentige Rente 70.90, 5perzentige Rente 104.60 ruhig. Türkische Konsols 11.—. Banque Ottomane 361.—. Egyptische 251.—. Ruhig.

New-York, 12. Dezember. (Kabeltelegramm.) Goldschlußcours 107½. Wechsel auf London 4.82. 5.20er Bonds v. J. 1885 108¾. 5perz. fundirte Anleihe 110⅝. 5.20er Bonds vom Jahre 1887 114⅞. Erie-Bahn 8⅛. Baumwolle in New-York 12¼. Baumwolle in New-Orleans 11¾. Petroleum in New-York 33.—. Petroleum in Philadelphia 31.—. Mehl 5.75. Rother Frühjahrsweizen 138.—. Rio-Kaffee 18⅝. Havanna-Zucker 9⅞. Getreidefracht 6¾.

Verantwortlicher Redakteur: **Leopold Ritter von Blumencron.**
Druck und Verlag der „Elbemühl", verantwortlich: **A. Gschwandner.**

Redaction, Administration & Druckerei: [illegible]

Ankündigungs-Bureau: [illegible]

Abonnement für Wien: [illegible]

Neue Freie Presse.

Abendblatt.

Abonnement für das Inland: [illegible]

Abonnement für das Ausland: [illegible] Deutschland [illegible] Frankreich [illegible] Schweiz [illegible] Spanien u. Portugal [illegible] England [illegible] Colonien [illegible] Nordamerika [illegible] Türkei und Griechenland [illegible]

Nr. 4420. — Wien, Mittwoch, den 13. December — 1876.

Politische Uebersicht.

Wien, 13. December.

Heute hielten beide Häuser des Reichsrathes Sitzung. Im Herrenhause wurde das Gesetz über die Aushebung des Recruten-Contingents angenommen. Das Abgeordnetenhaus setzte die Budget-Debatte fort.

Der ungarische Reichstag hat gestern in einer [illegible] Sitzung die Angelegenheit der Ungarischen Ostbahn verhandelt und den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf dieser Bahn durch den Staat, angenommen. Trotzdem bezeichnet diese Sitzung die erste schwere Niederlage, welche das Cabinet Tisza seit seinem Bestehen im Parlament erlitten hat. Denn außer der Annahme des Gesetzentwurfes hatte die Regierung auch verlangt, daß von jedem weiteren Strafverfahren gegen die Concessionäre, Bau-Unternehmer, Verwaltungsräthe und [illegible] dieser Bahn abgesehen werde. Dieses Begehren des Cabinets wurde mit einer Majorität von fünfzehn Stimmen abgelehnt und dagegen der schärfste der vorliegenden Anträge auf Verfolgung der Ostbahn-Verwaltung angenommen, trotzdem sich der Minister-Präsident in längerer Rede und mit eindringlichen Worten gegen diesen Antrag ausgesprochen hat. Wie man uns aus Pest berichtet, bildet diese Abstimmung den Gegenstand der lebhaftesten Erörterungen in den Kreisen der Abgeordneten, die sich nicht verhehlen, daß eine solche parlamentarische Niederlage des Cabinets gerade im gegenwärtigen Augenblick von weit größerer Bedeutung sei als sonst. Es ist noch niemals geschehen, daß Minister-Präsident Tisza sich in einer Frage persönlich engagirt und daß ihn Mitglieder seiner Partei in derselben im Stich gelassen hätten. Seine unbedingtesten Anhänger, wie beispielsweise Ludwig Csernatony, begnügten sich gestern nicht damit, gegen die Regierung zu stimmen, sondern sie hielten auch Reden gegen das Cabinet. Von Seite der Regierung wie mancher Deputirten wurde auf die Erfolglosigkeit der [illegible] Processe hingewiesen, man citirte [illegible]heim und [illegible]berg; der Minister-Präsident sprach davon, daß ein [illegible] Proceß nur Scandal mache und den Credit des Landes [illegible] — Alles vergeblich. [illegible] werden auch viele Mitglieder des [illegible], die früher in der Verwaltung der Ostbahn [illegible], [illegible] der ehemalige Minister Horvath, [illegible] Baron [illegible], Baron Vay und Andere. [illegible] ist es die [illegible] des Ober-Staatsanwalts, die Anklage zu erheben; dieser aber hat bekanntlich schon ein Gutachten dahin abgegeben, daß der Proceß ein völlig aussichtsloser sei.

Auch von Pest aus wird uns von unterrichteter Seite bestätigt, daß die in Konstantinopel erfolgte Begegnung des Marquis v. Salisbury mit dem General Ignatieff eine sehr merkliche Annäherung zwischen dem Londoner und dem Petersburger Cabinete zur Folge gehabt hätte. Selbst über die vielberedete Frage der Autonomie, so hört man in eingeweihten Kreisen versichern, haben die [illegible] Erörterungen der beiden genannten Diplomaten manche „Mißverständnisse" zerstreut, welche zwischen London und Petersburg obschwebten. Man mag immerhin die volle Richtigkeit und Wahrheit dieser Mittheilungen annehmen und sich ihrer im Interesse der Erhaltung des Friedens freuen, allein es bleibt immer noch die Frage, ob die Versicherungen Ignatieff's [illegible] auch aufrichtige sind, eine Frage, [illegible] ungeschwächt fortgesetzten Rüstungen Rußlands [illegible] als berechtigt ist. Ferner aber darf man nicht übersehen, daß die Frage der „Garantien", d. h. wol richtiger der [illegible], noch ganz in der Schwebe sich befindet. In der zweiten Vorbesprechung, die einen ganz officiellen Charakter an sich trug, wurde sehr viel und eingehend über die Friedensbedingungen conversirt, soweit dieselben die Territorial-[illegible] betreffen. Es trat dabei offen zu Tage, was in diesen Blättern wiederholt vorausgesagt wurde, daß die Mächte im Princip einig seien über die [illegible] des Status quo ante mit der sonderbaren Amendirung jedoch, daß für das „tapfere" Montenegro eine „kleine" Vergrößerung herausgeschlagen werden müsse. Worin diese Vergrößerung besteht, das [illegible] schweigen die [illegible] [illegible] Hauptstadt wohl [illegible]. Daß keine [illegible] gesetzt wurden, liegt auf der Hand, da die [illegible] [illegible] sind. Ein in [illegible] [illegible] Telegramm der Agence Havas deckt [illegible] die [illegible] für das rebellische Serbien und den unheilbaren [illegible] Montenegro. [illegible] das [illegible] Telegramm dasjenige, was die Russen für Serbien und Montenegro herausschlagen möchten. Man wird sich [illegible] auf viel Conferenzsitzungen gefaßt machen müssen.

Man versichert übrigens noch, daß [illegible] in der Frage der Occupation zwischen Salisbury und Ignatieff sehr [illegible] Erklärungen gewechselt worden seien. Die hierauf bezüglichen [illegible] sind, wie schon bemerkt, mit Vorsicht aufzunehmen. General Ignatieff könnte immer noch von seinem Cabinet im entscheidenden Augenblicke im Stich gelassen werden. Man erinnert sich doch daran, daß das berühmte Ultimatum des Czars in der Waffenstillstands-Krise ebenfalls [illegible] zu seiner eigensten Verblüffung über Nacht aus [illegible] zutelegraphirt wurde.

Ueber die von russischer Seite zur Schau getragene Friedfertigkeit bemerkt die Frankfurter Zeitung: „Allgemein herrscht die Ueberzeugung, daß nur ganz Europa in gemeinsamer Action befähigt und befugt sei, die große civilisatorische Aufgabe im Oriente zu lösen. Gegen jeden einzelnen Staat, welcher immer es sei, wendet sich ein instinctives allgemeines Mißtrauen, am meisten und deutlichsten aber gegen Rußland, das durch sein perfides, ränkevolles, auf Verhetzung, Vertragsumgehung und heimlicher Brandstiftung, sowie Ausbeutung des Religions- und Racenhasses gegründetes Spiel in Rumänien, Serbien, Bosnien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland, sowie am Goldenen Horn selbst allen Anspruch auf Glauben und Vertrauen verscherzt hat. Ueber das [illegible] Werk sind wir Alle einig, aber über die Mittel dahin gehen die Meinungen auseinander, und das öffentliche Bewußtsein empört sich allezeit gegen den Verrath und verabscheut den Verräther wie den Banditen." Das Verdienst der Deutlichkeit mangelt dieser Aeußerung wenigstens nicht.

[illegible] veröffentlichen die russischen Journale den Bericht des Ministers des Innern über den Verlauf der am 1./13. November angeordneten Mobilisirung, aus dem wir die interessante Thatsache entnehmen, daß die Mobilisirung auf nicht weniger als 52 Gouvernements ausgedehnt wurde. Nach dieser Ziffer zu urtheilen, scheint es fast, als wenn Rußland auch noch andere Truppen als die bekannten [illegible] Armeecorps in Europa und die Kaukasus-Armee in Asien auf den Kriegsfuß gestellt hätte.

Ueber die Audienz, welche der Marquis v. Salisbury beim Sultan gehabt, wird dem Daily Telegraph aus Pera telegraphirt: Abdul Hamid habe gesagt, sein [illegible] Wunsch sei, daß alle seine Unterthanen, Türken, Serben und Bulgaren, Freiheit genießen sollten. Auch sprach der Sultan [illegible] besonderen Schwierigkeiten seiner Stellung, da er so plötzlich auf den Thron gelangt sei.

Nach einer Depesche der Daily News aus Konstantinopel verläßt Admiral Drummond die Stadt am Samstag, und die britische Flotte geht am Dienstag von der Besika-Bucht nach [illegible] zur Ueberwinterung. Alle wichtigen englischen Consuln in der Türkei sind in Konstantinopel angekommen und haben [illegible] Auskunft über die in ihrem Amtsbezirke gemachten Erfahrungen gegeben. Charakteristisch für die Situation ist folgendes Telegramm der Kölnischen Zeitung aus Widdin, 11. December: „Heute Nachts wurde die [illegible] bulgarische Kirche [illegible]. Die bulgarische Geistlichkeit will das Verbrechen den türkischen Soldaten in die Schuhe schieben. Unter der türkischen Bevölkerung herrscht große Erbitterung; denn es wird allgemein behauptet, daß die Popen selbst die Kirche ausräumten, um bei der jetzigen Conferenz gegen die [illegible] durch die Türken einige neue Beschuldigungen anbringen zu können."

Es ist in Deutschland keine Noth an inneren Fragen, welche den Politikern schwere Sorgen bereiten. Die Differenzen, welche betreffs der [illegible] den Bundesrath von der Volksvertretung [illegible], erscheinen ohne ein Compromiß unlöslich, und es steht zu befürchten, daß dieses Compromiß nicht zu Gunsten der angestrebten Reform ausfallen wird. Auch die Ablehnung der Theilnahme an der Pariser Weltausstellung begegnet nicht durchwegs einer zustimmenden Kritik, obwol man nicht umhin kann, einzelne von den geltend gemachten Motiven zu billigen. Unter den letzteren figurirt obenan das von dem Reichskanzler auf der jüngsten parlamentarischen Soirée hervorgehobene, daß unter den Tausenden von Deutschen, welche die Ausstellung besucht hätten, sich gewiß auch Personen finden möch-

Kleine Chronik.

Wien, 13. December.

[Personal-Nachrichten.] General Tschernajeff hat heute Wien verlassen. Derselbe ist mit seiner Suite Vormittags mit dem Oderberger Courierzuge der Nordbahn über Krakau und [illegible] nach Kischenew abgereist. Die Gemalin und die [illegible] des Generals, welche vorläufig in Wien zurückbleiben, gaben ihm das Geleite bis in die Bahnhalle. — Der Herr Sections-Chef im Ackerbau-Ministerium, Freiherr Schröckinger v. Neudenberg, begeht am 29. d. M. sein vierzigjähriges Dienstjubiläum. — Der k. und k. österreichisch-ungarische General-Consul in Hongkong, Freiherr v. Overbeck, ist hier eingetroffen.

[Hofballetmeister Friedrich Horschelt.] Man schreibt aus München: Am 9. d. starb hier der seinerzeit so gefeierte Hofballetmeister Friedrich Horschelt, zur Congreßzeit in Wien wohlbekannt. Er arrangirte damals, obwol erst 18 Jahre alt, Tänze und Gruppenvorstellungen, welche eines der beliebtesten Schauspiele der Congreßgäste waren. Er erfand die Kinderballets, welche in den Zwanziger-Jahren ganz Wien in Entzücken versetzten. 1822 übersiedelte Horschelt nach München, wo er zwei Jahre später die ihrer Schönheit wegen berühmte Tänzerin Eckner heiratete. Als [illegible] das [illegible] Ballet aufgehoben wurde, ging Horschelt auf Reisen, kehrte aber bald zu seiner Thätigkeit am Münchener Hoftheater zurück. Seine letzten Lebenstage brachte er in München zu, nachdem er seinen Sohn, den bekannten Schlachtenmaler Horschelt, sterben gesehen. Horschelt war mit [illegible], Grillparzer, Körner und W. Menzel befreundet und soll interessante Memoiren hinterlassen haben.

[Amts-Suspendirung.] Aus [illegible] kommt uns die Nachricht zu, daß der Beamte L. [illegible] der dortigen Hauptagentie der Donau-Dampfschifffahrt-Gesellschaft sich bei der [illegible] [illegible] Unregelmäßigkeiten habe zu Schulden kommen lassen, [illegible] deren er vom Amte suspendirt und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde. Der Buchhalter der Kleinmünchener [illegible]mühlenfabriks-Inhaber Gebrüder Löwenfeld und Hofmann, [illegible] durch das Gebahren L.'s besonders zu Schaden gekommen sein sollen, hat diese Unregelmäßigkeiten zuerst entdeckt und selbe zur Kenntniß der Agentie gebracht. In Folge dessen hat L. [illegible] sich zu entleiben versucht, wurde jedoch noch [illegible] gerettet.

[Wahlgeschichten aus Bisenz.] In diesem mährischen Städtchen gab es am 11. d. M. eine eigenthümliche Art von Selfgovernment. Die czechische Partei war wegen der nothwendig gewordenen Verschiebung der Gemeindewahlen sehr erbost, und es sammelten sich daher an gedachtem Tage etwa 300 Personen vor dem Stadthause an, welche dem Bürgermeister den Eintritt wehrten, als er in sein Amtszimmer gelangen wollte. Die Führer des Haufens erklärten, die alte Vertretung sei abgesetzt und sie selbst müßten jetzt die Gemeindegeschäfte weiterführen. Der Bürgermeister rief die Bezirkshauptmannschaft von Hradisch zu Hilfe, und diese schickte, als die Menge den entsendeten Commissär Bärnklau und dessen kleine Macht von einigen Gendarmen nicht respectirte, zwei Compagnien Infanterie nach dem aufgeregten Bisenz. Dies schien doch Eindruck zu machen, und ehe Gewalt angewendet werden mußte, gelang es dem gütlichen Zureden Einiger und besonders der tactvollen Haltung des Bezirkscommissärs Bärnklau, die Menge zum Auseinandergehen zu veranlassen; die lebendige Barricade vor dem Amtsgebäude verzog sich nach und nach, und es konnte vorläufig der Bürgermeister wieder siegreich in seine Kanzlei einziehen.

[Grubenunglück.] Zur Ergänzung unseres in gestriger Nummer bereits enthaltenen Vorberichtes über eine Explosions-Katastrophe im Windbergschachte des Potschappler Actienvereins in Liquidation theilen wir nach dem Dresdener Journal heute noch Folgendes mit: Auf genannter Grube hatte die für gewöhnlich sich schichtenweise über Tag und Nacht fortsetzende Arbeit des Sonntags wegen von 12 Uhr Mittags bis 8 Uhr Abends geruht. Um diese Stunde fuhren 27 Arbeiter zur Nachtschicht in dem circa 500 Meter tiefen Schachte an. Einige Zeit darauf bemerkt der Maschinenmeister zugleich mit dem Untersteiger Schlicke das Aufsteigen von Dampf aus dem Förderschachte. Schlicke begab sich, Gefahr ahnend, sofort in die Grube, leider nur, um die Gewißheit zu erlangen, daß die ganze Mannschaft bis auf drei mit mehr oder minder schweren Verletzungen Davongekommene durch Entzündung schlagender Wetter sofort getödtet worden ist, während sonstige Zerstörungen in der Grube, [illegible] namentlich die Katastrophe vom [illegible] August 1869 [illegible], [illegible]. Es wurde hierauf mit der Zutageförderung der Leichen der Verunglückten begonnen und diese traurige Arbeit bis [illegible] Mitternacht beendet, die Verwundeten aber dem Krankenhause des Vereins auf dem sogenannten alten Werke übergeben, woselbst inzwischen einer von ihnen ebenfalls noch verstorben ist. Vom frühen Morgen des Montag an begann nunmehr die amtliche Thätigkeit der anlaßlich dieses Unfalls hiezu berufenen Behörden und Organe in den verschiedensten Richtungen. Wahrhaft ergreifend war das sich von der gleichen frühen Morgenstunde an entwickelnde Bild des Wehklagens der aus den verschiedensten Wohnorten der Nachbarschaft des Werkes herbeieilenden Frauen, Mütter und sonstigen Angehörigen der Verunglückten um diese ihre Lieben, welche vor wenigen Stunden frisch und gesund unter dem zu tausendmalen gewechselten und [illegible] gebliebenen [illegible] Wunsch von ihnen geschieden waren und jetzt, in einer Reihe auf dem Strohlager gebettet, als theure, unkenntliche Leichname zu ihren Füßen lagen. Ob bei dem Anfahren und Anleuchten der Arbeiter in die Grube irgend eine Unvorsichtigkeit [illegible] die nähere oder entferntere Ursache der Explosion [illegible] habe, darüber ist vor dem Schlusse der schwebenden Untersuchung nur eine Vermuthung möglich, welche durch Schlicke's [illegible] seitens der Staatsanwaltschaft verstärkt wird. Gewiß ist nur so viel, daß das sogenannte Hauptflötz der Steinkohlen-Formation des Plauen'schen Grundes, zu welchem mit den von 1869 her bekannten [illegible]'schen Unglücksschächten „Neue Hoffnung" und „[illegible]" auch die Reviere des angrenzenden [illegible] gehören dürften, stellenweise schlagende Wetter führt, [illegible] Kohlenwasserstoff, Sumpf- und Kohlenoxydgas [illegible], wenn es über ein Drittheil der atmosphärischen Luft bildet, sofort erstickend wirkt und bei Berührung mit [illegible] zugleich in gefährlichster Weise explodirt. [illegible] bei dem Grubenbetriebe vermag absoluten Schutz vor solchen Entzündungen nicht zu gewähren.

[Zur Abschaffung der Todesstrafe.] Aus Rom wird uns geschrieben: Vor einiger Zeit hat das Ministerium an alle Gerichtshöfe, an die juridischen Facultäten und an die Advocaten-Kammern ein Rundschreiben gerichtet, worin diese um ein motivirtes Gutachten über die Todesstrafe gebeten wurden. Die abverlangten Gutachten [illegible] nunmehr zum größten Theile eingelaufen, und es sprechen sich davon 12 für die Nothwendigkeit aus, die Todesstrafe aus Zweck[illegible] beizubehalten, 14 dagegen für die unbedingte Abschaffung. Bezeichnend ist, daß für die Abschaffung dieser Strafe fast alle juridischen Facultäten und ebenso die Advocaten-Kammern eintreten. Es ist noch nicht ausgemacht, ob das Ministerium das eingelaufene Material zu einer Gesetzvorlage in das Parlament benützen wird.

[Ein Vegetarianer-Bankett.] Die Mitglieder der [illegible] Reform [illegible], eines Vereins, dessen Mitglieder sich von dem Genusse animalischer Kost vollkommen enthalten, hielten vor einigen Tagen mit zahlreichen Freunden im [illegible] Café, einem neuen Restaurant in St. Paul's Churchyard, [illegible]. Das Menu umfaßte nur Gemüse und Obst, und zwar außer Suppen dreizehn Arten von Gemüse, [illegible] verschiedene Sorten süße Pasteten und Puddings, sowie sechs Arten von Compot. Die Getränke bestanden aus Wasser oder Milch. Nach Tische hielt Mr. T. W. Richardson, der Präsident, eine Rede, in welcher er bemerkte, er sei deßhalb zum Präsidenten gewählt worden, „weil er in seinem ganzen Leben niemals animalische Kost zu sich genommen habe; noch trüge er irgend welche animalische Kleidungsstücke, selbst seine Schuhe und Galoschen seien aus Leinwand angefertigt. Fleisch," argumentirte er, „sei nicht nothwendig für die Erhaltung der Kräfte des Menschen, noch sei es erforderlich für die Wärme des Körpers." Im Uebrigen befindet sich der Gentleman gesund

ten, welche bei nicht ganz vorsichtiger Haltung der Franzosen gegen die unbeliebten Gäste Conflicte hervorrufen könnten. Nach der Kölnischen Zeitung soll sich der Kronprinz für die Beschickung früher zuerst interessirt haben, weßhalb an ihn aus Paris von höchster Stelle ein Schreiben gerichtet wurde, um seine Theilnahme für das Unternehmen zu beleben. Die betreffende Verhandlung im Bundesrathe zeichnete sich durch ihre lakonische Kürze aus. Der Präsident des Reichskanzler Amtes machte die Mittheilung, daß der Ausschuß des Bundesrathes sich gegen die amtliche Beschickung ausgesprochen habe. Es meldete sich Niemand zum Worte. Darauf fragte derselbe weiter, ob ein Vertreter irgend eines deutschen Staates von seiner Regierung beauftragt sei, in der Sache sich zu äußern. Es folgte wieder tiefes Schweigen. Darauf bemerkte der Präsident: „Nach dieser Erklärung ist also die Beschickung der Pariser Weltausstellung seitens des deutschen Reiches abgelehnt", und die Sache lag bei den Todten.

In einer am Sonntag in **Versailles** stattgehabten Besprechung zwischen **Dufaure** und **Jules Simon** hat Letzterer als Bedingungen seines Eintrittes in das neu zu bildende Cabinet die Annahme des Programms der Linken und die Entfernung des Kriegsministers Berthaut aufgestellt. Mit dem Programme soll sich nun Dufaure einverstanden erklärt, dagegen die Beibehaltung Berthaut's im Cabinet als eine Conditio sine qua non des Marschalls bezeichnet haben. Jules Simon hat in Folge dessen das ihm angebotene Portefeuille des Innern [illegible].

Nach verschiedenen [illegible] Versuchen, welche gemacht wurden und wobei der Marsch[illegible] auch Auflösungsanwandlungen gehabt haben soll, ist man gestern abermals auf **Jules Simon** zurückgekommen. Diesmal unterhandelte Mac Mahon persönlich mit Jules Simon, und ist es dem Marschall gelungen, diesen republikanischen Führer zu bewegen, in das Cabinet zu tre[illegible], obwol General Berthaut sein [illegible] behält. [illegible] sämmtliche bisherige Minister [illegible], nur Marcère, der einzige wahre Republikaner des [illegible]steriums, scheidet mit Dufaure aus und, statt [illegible] treten **Jules Simon** als Präsident und [illegible] Innern und **Martel** als Justizminister in [illegible].

Der neue [illegible] ist Orleanist und war bereits Mitglied des [illegible]islatif unter dem Kaiserreiche, wo er anfangs in der Opposition neben Thiers stand und später zu jenen 116 [illegible]lanten gehörte, welche das Ministerium Ollivier auf de[illegible]en haben. Im Februar 1871 wurde Martel von dem De[illegible]t Pas-de-Calais in die National-Versammlung gewählt, wo er dem rechten Centrum angehörte und zum Vice-Präsidenten gewählt wurde. In die[illegible] Körperschaft stimmte Martel stets mit den Monarchisten [illegible] gegen alle Anträge, [illegible] der [illegible] führen konnten. Die [illegible] der [illegible] Kammer, welche gerade keine Ursache [illegible], [illegible] der [illegible] der Cabinetskrise zufrieden zu sein, wird die Ernennung Martel's zum Justizminister kaum [illegible] aufnehmen, da den Republikanern wegen der [illegible]irung der Magistratur von bonapartistisch[illegible] [illegible] viel daran gelegen war, gerade dieses Por[illegible] [illegible] Händen eines erprobten Republikaners zu sehen [illegible] hat [illegible] Martel am Vorabende seines Amtsantrittes bereits krank gemeldet.

Oesterreichischer Reichsrath.

Wien, 13 December.

Herrenhaus. (L. Sitzung.) Beginn der Sitzung um 12 Uhr. Vorsitzender: Präsident Fürst Karl **Auersperg**. Auf der Ministerbank: **Lasser, Unger,** [illegible], [illegible].

Präsident: In der Ueberzeugung, daß das hohe Haus freudig jede Gelegenheit wahrnimmt, um die Gefühle der Treue und Ergebenheit an den Monarchen zum Ausdruck zu bringen, habe ich die Namensfeier Ihrer Majestät der Kaiserin zum Anlaß genommen, die Huldigung und die ehrfurchtsvollsten Glückwünsche des hohen Herrenhauses zur a. h. Kenntniß zu bringen. In Folge dessen wurde mir durch Zuschrift des Minister-Präsidenten eröffnet, Ihre Majestät die Kaiserin habe demselben [illegible] zu beauftragen geruht, dem hohen Herrenhause für den Ausdruck der Loyalität anläßlich Ihrer Namensfeier Allerhöchstihren kaiserlichen Dank und die Versicherung a. h. Huld bekanntzugeben.

Der **Minister des Innern** gibt mittelst Zuschrift das Ableben der Herrenhausmitglieder Graf **Giorgi**, Dr. **Heißler** und Graf [illegible] bekannt.

Präsident: Diese vom Tode ereilten Mitglieder des Herrenhauses waren treue Anhänger des Thrones und Reiches. Jeder streng gewissenhaft in seiner Pflichterfüllung als [illegible] Staatsbürger, der Letzte ein tapferer, entschlossener Heerführer, dessen Name mit dem Ruhme der kaiserlichen Fahne untrennbar verbunden sein wird, dessen thatenreiches Leben dem Wohl und dem Ansehen der Armee geweiht war. In beiden Richtungen, in seiner Energie und Hingebung hat er in entschiedenem Maße Erfolge aufzuweisen. Die großen Verdienste, welche seine von reichstem Patriotismus beseelte Thätigkeit auszeichnen, werden in unauslöschlichen Zügen der Anerkennung durch die Geschichte der Nachwelt überliefert, und wird insbesondere eine dankbare Erinnerung an das wohlmeinende Wirken des verblichenen Ehrengreises zu Gunsten der inneren Politik unvergänglich dem Hause zurückbleiben. Durch diese Todesfälle hat das Vaterland den Abgang [illegible] Patrioten zu beklagen, welche demselben opferwillig ergeben waren. Dem tiefen Leidwesen über diesen Verlust möge das hohe Haus Zeugenschaft geben durch Erheben von den Sitzen. (Das Haus erhebt sich von seinen Sitzen.)

Ihre Abwesenheit haben entschuldigt: [illegible], Ritter v. **Schöller**, Erzbischof **Maupas**, Freiherr v. [illegible] und Graf **Emanuel Thun**.

Die neu eingetretenen Mitglieder: [illegible], Erzbischof **Romaszkan** und Graf **Pace**, leisten die Angelobung.

Der **Minister-Präsident** gibt mittelst Zuschrift bekannt, daß die Wahl des Hofrathes **Purschka** und des [illegible] als Ersatzmänner für den Reichsgerichtshof die kaiserliche Sanction erhalten habe.

Die in der letzten Sitzung gewählten Mitglieder des Staatsgerichtshofes: Ritter v. **Waser**, Dr. Moriz **Aigner** und Ritter v. **Boschan**, danken für die auf sie gefallene Wahl.

Bei **Uebergang zur Tagesordnung** wird das Gesetz, betreffend die Geldgebahrung **anläßlich des Wiener Weltausstellungs-Unternehmens**, der finanziellen Commission zugewiesen.

Das Gesetz betreffend die **Aushebung des Recruten-Contingents für das Jahr 1877**, wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung **angenommen**; ebenso das Gesetz, betreffend die **Bestimmungen über die Schnee-Abräumung auf Reichsstraßen**.

Freiherr v. **Hye** referirt sodann über die **Abänderung der §§. 6 und 119 der Notariats-Ordnung vom 25. Juli 1871**; das Gesetz wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung **angenommen**.

Freiherr v. **Winterstein** referirt über das Gesetz, betreffend **die Erstreckung des Beginnes der Rückzahlungstermine für die an die Stadt Joachimsthal ertheilten Staatsvorschüsse**. Das Gesetz wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ueber das Gesetz, **betreffend einige Abänderungen des Gebührengesetzes**, referirt v. **Plener**.

(3/4 1 Uhr; die Sitzung dauert fort.)

Abgeordnetenhaus. ([illegible] Sitzung.) Beginn der Sitzung um 11 Uhr Vormittags. Vorsitzender: Präsident Dr. **Rechbauer**. Auf der Ministerbank: **Stremayr, Pretis, Chlumecky, Ziemialkowski**.

Der Handelsminister übersendet den am 7. December abgeschlossenen Vertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und dem **Fürstenthum Liechtenstein wegen Erneuerung, beziehungsweise Fortsetzung des Zoll- und Steuervereins**.

Das Haus [illegible] **Tagesordnung**.

Die Debatte über das Budget wird bei Capitel IX, „**Ministerium für Cultus und Unterricht**", Titel 5, „**Cultus**", fortgesetzt.

Special-Berichterstatter Abg. Dr. **Nodler** erwidert auf die gestrigen Auseinandersetzungen des Abg. Greuter. Dieser habe gefragt, ob das, was in absoluter Zeit [illegible] wurde, nicht bindend sei. Allerdings, aber [illegible] unterliege ebenso der Veränderung wie die unter dem constitutionellen Regime geschaffenen. Der Ausschuß war daher berechtigt, bei den Einstellungen für die Ordens-Congregationen Abstriche vorzunehmen. Der Ausschuß habe einen Privatrechtstitel nicht gefunden und ließ sich durch Rücksichten für das öffentliche Wohl leiten. Der Budget-Ausschuß erklärt, er sehe die Nothwendigkeit der Ordens-Congregationen nicht ein. Dies wurde von gegnerischer Seite zwar nicht bestritten, allein man wendet ein, Se. Majestät habe die Reactivirung der Orden angeordnet. Es ist, sagt Redner, eine beliebte Methode, die geheiligte Majestät hier hereinzuziehen; die soll aber draußen bleiben, die Majestät komme nie als Argument in dieses Haus. Wenn man bemerken sollte, es sei auffallend, daß man erst heute an die Abstriche gehe, dann müsse entgegnet werden, daß der Budget-Ausschuß erst heute durch die Vorlage der Regierung in den Stand gesetzt ist, zu beurtheilen, [illegible] ist.

General-Berichterstatter Abg. **Wolfrum** befürwortet kurz die Anträge des Budget-Ausschusses.

Bei der Abstimmung wird Capitel IX, Titel 9, mit 4.595,273 fl. nach den Anträgen des Budget-Ausschusses **angenommen**.

Für die von Greuter beantragten [illegible] bei den Congregationen erheben sich die [illegible] die „Rechts"partei [illegible] die Minister Stremayr und [illegible]. Die Anträge Greuter's werden hienach mit überwiegender Majorität **abgelehnt**.

Hierauf werden die Titel 10, „[illegible] und Beiträge zu katholischen Cultuszwecken", mit [illegible] fl., Titel 11, „Beiträge zu evangelischen Cultuszwecken", mit [illegible] fl., und Titel 12, „Beiträge zu griechisch-orientalischen Cultuszwecken", mit 87,000 fl. ohne **Debatte angenommen**.

Zu Titel 13, „Unterricht", [illegible] sind als Redner eingetragen die Abgeordneten Greuter, [illegible], **Roser**, Eusebius **Czerkawski**, [illegible], [illegible], **Hofer**.

Abg. **Greuter:** Zwei Umstände [illegible] veranlaßt, ja mir die [illegible] des Unterrichts meine Ansicht auszusprechen. [illegible] Thatsache, daß erst neulich, am 5 December, ein hiesiges Blatt, das sich so gerne ein Weltblatt nennen läßt, und [illegible] gewiß allgemein von Ihnen anerkannt ist, da es die Facon des modernen Islam [illegible] der materiellen Interessen trägt, den [illegible] gethan hat: „Wahrlich, man sieht nicht zu schwarz, wenn man behauptet, Oesterreich befand sich nie in einer unglücklicheren Lage." Also nach fünfzehn Jahren unbestrittener liberaler Herrschaft, nachdem dem Liberalismus von Oben her mit [illegible] Geduld alle Wege geöffnet, al[illegible] hinweggeräumt wurden, war Oesterreich nie unglücklicher [illegible]! Nachdem man die Schulgesetze unter den lauten Protesten der Katholiken durchgeführt, dem Wucher einen Freipaß für [illegible] Oesterreichs [illegible], die Gründer und Schinder des [illegible] der Nation [illegible] haben — Oesterreich nie unglücklicher [illegible] Metternich, was Leo Thun nicht zu [illegible] der liberalen Aera gelungen. Wenn es [illegible] wahr ist, was das Sprichwort sagt, daß, wer die Jugend [illegible] Schule [illegible] die Zukunft hat, darf die Jugend [illegible] werden, die eine solche Gegenwart geschaffen [illegible]. Jetzt aber ist mir auch ein anderer Ausspruch jenes Blattes [illegible], welches [illegible] äußerte: „Nicht die Stra[illegible], sondern [illegible] werden den Sieg über Rom ent[illegible]. Das [illegible] Politik: [illegible] auch re[illegible], muß [illegible] Zukunft [illegible] Staatsanwalt, sondern [illegible] werden es dahin bringen, daß der Papst [illegible] werden, wie jetzt die Diplomaten, auch die [illegible] durch den Unterricht das Centrum der katholisch[illegible] zum „Einsiedler werden". So hat man es auch in Tirol [illegible], und wenn Tirol sich gegen diesen Zustand auflehnt, so begreift man [illegible]; denn in die Schule soll ja die Lehre des David Strauß eingeführt werden, welcher der „glaubenslosen Gemeinde der Gebildeten" einen Ersatz für die Lehre von der Unsterblichkeit geboten hat ...

Präsident: Ich muß den Herrn Redner daran erinnern, daß wir uns in der Debatte über die Hochschulen befinden; ich habe noch kein Wort über Hochschulen von ihm gehört.

Abg. **Greuter:** Die Debatte ist nicht über den Titel „Hochschulen", sondern über den Unterricht im Allgemeinen eröffnet worden. Ich glaube daher ein Recht zu haben, [illegible] Bemerkungen die mir passend scheinende Einleitung [illegible].

Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, daß die allgemeine Debatte über den Unterricht [illegible] und daß jetzt speciell der Titel „Hochschulen" in Verhandlung steht. Ich muß darauf bestehen, daß der Herr Redner [illegible].

Abg. **Greuter:** [illegible] Thema aufgefaßt. [illegible] nichts übrig, als [illegible] ... Ich fahre also [illegible].

Präsident: [illegible] der Debatte einzuste[illegible] ich nicht darauf be[illegible] Greuter [illegible] sich achselzuckend [illegible].

Abg. Graf [illegible] **Czerkawski** [illegible] der Lemberger Universität [illegible]. Der Ausschuß [illegible] nicht über die [illegible] Universität [illegible] glaubt in dieser Resolution [illegible] finden, [illegible] Lemberger Universität [illegible]. Redner protestirt gegen [illegible] dieser Universität [illegible], man werde sich [illegible] tion [illegible] aufheben. Redner werde für den [illegible], wolle sich jedoch [illegible] gegen etwaige geheime [illegible] des Hauses verwahren. Er glaubt übrigens [illegible] Muth hätte, die Aufhebung der Lemberger Universität in Vorschlag zu bringen.

General-Versammlung des montanistischen Vereins für Steiermark und Kärnten.

(Original-Correspondenz der „Neuen Freien Presse".)

Die diesjährige General-Versammlung des Vereins [illegible] besonderes Interesse durch die von mehreren hervorragenden [illegible]nern in Aussicht gestellten Berichte über die Fortschritte der [illegible]-Industrie und des Bergbaues in Amerika. Der erste [illegible]tag am 8. December war internen Angelegenheiten gewidmet. Den folgenden Tag eröffnete den Reigen der Vorlesungen [illegible] Hofrath Ritter v. **Tunner** mit seinem Bericht über die Fortschritte des Eisenhüttenwesens in Amerika, welcher Bericht so viel des Interessanten, selbst für weiteste Kreise bietet, daß ein ausführlicher Auszug an dieser Stelle umsomehr am Platze sein dürfte, nachdem das Erscheinen der officiellen Berichte erst in späterer Zeit zu erwarten ist. Herr Hofrath Tunner sprach in nahezu fünfstündiger Rede zunächst im Allgemeinen über das Vorkommen der Erze und Brennstoffe in Amerika, über das Transportwesen, die Arbeiterverhältnisse und Zollpolitik, über die Entwicklung des Eisenhüttenwesens, den montanistischen Unterricht und endlich über die Beschlüsse der internationalen Commission zur Feststellung einer neuen Nomenclatur für Stahl. Der specielle Theil des Vortrages war den Fortschritten und Verbesserungen in den einzelnen Zweigen des Eisenhüttenwesens gewidmet, von welchem Redner jedoch nur die directe Darstellung des Eisens aus den Erzen und den Bessemereibetrieb zum Vortrag brachte. Wir entnehmen dem hochinteressanten Vortrage Folgendes: Die Grundbedingungen der amerikanischen Eisen-Industrie sind Dank den unermeßlich reichen Schätzen des Landes an Naturproducten, Dank dem ganz einzig dastehenden Reichthume an Erzen und Brennstoffen so günstige, wie in keinem Lande der Erde. Das Vorkommen der letzteren vertheilt sich auf das ganze weite Reich, und es beträgt die Ausbeute an ausgezeichneten Erzen in den meisten der großen Lagerstätten am Lake Superior, Lake Champlain, Missouri, Cornwall, New Jersey u. s. w. je 8- bis 10.000,000 Centner jährlich. Die Mächtigkeit beträgt oft 50 bis 70 Meter, die Reichhaltigkeit der Erze ist eine so große, daß Erze unter 60 Percent Eisengehalt entweder gar nicht abgebaut oder auf die Halde gestürzt werden. Die in den meisten Fällen bergbaumäßige Gewinnung ist eine so einfache, daß die Gestehungskosten der Erze nur 7 bis 12 Cents per Centner betragen. Gleich unermeßlichen Reichthum birgt das Land an Brennstoffen, da die Fl[illegible] nicht weniger als 100,000 Quadratmeilen ist, [illegible] englische Kohlengebiet be[illegible] beträgt. Im östlichsten und [illegible], im Alleghanygebirge, kommt nur reiner Anthracit in [illegible] Mächtigkeit und solcher Reichhaltigkeit vor, daß kaum [illegible] bergmännisch gewonnen wird, während der Preis eines Centners dieses besten bekannten Brennstoffes in den Hütten nur [illegible] an den Gruben noch weniger beträgt. Das mittlere [illegible] am Ohio und Mississippi liefert in riesigen Mengen die unserer Steinkohle entsprechende sogenannte bituminöse Kohle, die ausgezeichneten Coaks zum Preise von nur 6 bis 10 Cents per Centner gibt. [illegible] beispiellos reichen Brennstofflagern kommen noch die [illegible] im Westen, größtentheils im Indianergebiete gelegenen, [illegible] men unbebauten [illegible], die überaus reichen Lager im Süden, [illegible] Tennessee und Georgia, und [illegible] des Landes an Holz und Petroleum.

[illegible] von der Natur begünstigt, hat die amerikanische Eisen-Industrie von vornherein eine beneidenswerth günstige Stellung; die Ausbeutung der Naturschätze wird mächtig gefördert durch ein günstiges natürliches und ein hochentwickeltes künstliches Communications-System. Die reichen Erzlager des [illegible] und durch die großen Seen, durch natürliche und künstliche Wasserstraßen in directer Verbindung mit den Hauptplätzen und den Industriebezirken; im Centrum des Landes bilden die [illegible] Ströme die natürlichen Wasserstraßen, so daß die Transportkosten für mehr als 1000 Meilen nur 5—8 Cents per Centner betragen. Wo natürliche Verkehrswege mangeln, tritt das hochentwickelte Eisenbahnnetz in Action, welches durch niedrige Frachtsätze (circa 1/4 Cent per Centner und Meile) mächtig fördernd auf die Industrie einwirkt.

Wenn nun trotz dieser günstigen Verhältnisse die amerikanischen Eisenpreise, vorläufig wenigstens, nur wenig von unseren differiren, so liegt dies einestheils in dem meist hohen Gewinne, der genommen wird, andererseits in den enormen Arbeitslöhnen. Daß aber die amerikanische Eisen-Industrie gegenwärtig so hoch entwickelt dasteht und heute schon die fremdländische Concurrenz fast vollständig aus dem Felde geschlagen hat, verdankt sie, nach Ansicht des Redners, den mehr als 20 Jahre bestehenden hohen Schutzzöllen, die es ermöglichten, [illegible] angesichts der englischen Concurrenz, große [illegible] zur Ausbeutung der Schätze des Landes anzulegen, und es mag dem Factum besonderes Gewicht beigelegt werden, daß die Eisenbahn-Gesellschaften des Landes und andere hervorragende Consumenten wiederholt um Einführung hoher Schutzzölle für die Eisen-Industrie petitionirten. Die hohen Schutzzölle haben zwar nicht verfehlt, auch ihren ungünstigen Einfluß insbesondere in Bezug auf die Agricultur zu äußern. Die Eisen-Industrie und alle verwandten Zweige sind jedoch mächtig fortgeschritten und heute auf solcher Höhe angelangt, daß der europäische [illegible] auf ein Minimum gesunken ist und in kürzester Zeit aufhören [illegible]; es wird sogar die Zeit nicht allzu ferne sein, wo amerikanisches Eisen die Reise über den Ocean antreten, wo das von der Natur so reich dotirte Amerika einen großen Theil des europäischen Eisenbedarfes decken wird. Angesichts dieser zu erwartenden Eventualität darf heute kein europäischer Staat die Entwicklung der eigenen [illegible] vernachlässigen, ohne seine wichtigsten Interessen auf das [illegible]. — Im weiteren Verlaufe seines Vortrages besprach Herr Hofrath Ritter v. **Tunner** nun die directe Erzeugung des Eisens aus den Erzen, gab diesfalls, da die in Amerika gemachten Erfahrungen nicht günstig sind, die neuesten in England (Landore und Staffordshire) erzielten Betriebsresultate, und knüpfte hieran die Besprechung der Erzeugung des Bessemerstahls, welche Fabrication in Amerika gegenüber allen Ländern die höchste Stufe der Vollendung erreicht hat. Redner bezeichnet als Gründe hiefür die bessere Einrichtung der Werke, die rationellere Anlage der Cupol-Oefen zum Umschmelzen, vor Allem aber die einfachere Zustellung der Converter, indem die dortigen Converter durch Einsetzen separater Böden in circa einer Stunde betriebsfähig hergestellt werden können. Außerdem sind die Ingots größer, daher eine raschere Manipulation und große Zeitersparniß möglich sind. Die amerikanischen Bessemerhütten weisen [illegible] auch eine höhere [illegible] Leistung [illegible] auf, indem man 40 bis 45 Chargen in 24 Stunden mit [illegible] Converter machen werden, während einzelne Werke [illegible] sogar über 70 Chargen, [illegible] nahezu [illegible] gegenüber unseren [illegible] aufweisen.

[illegible] jener Mittheilungen [illegible] Hofrath Tunner [illegible] Beschlüsse der internationalen [illegible], welche [illegible] um über [illegible] Nomenclatur [illegible], da die [illegible] der Stahl [illegible] nicht mehr zutreffend sind [illegible] Commission [illegible] Holley (Amerika), Bell (England), **Wedding** (Deutschland), **Gruner** (Frankreich) und Tunner (Oesterreich) und einigte sich, folgende neue Bezeichnungen einzuführen: [illegible] für nicht härtbares, nicht flüssig erzeugtes Eisen, Schweißstahl für ein härtbares, nicht flüssig erzeugtes Product, Flußeisen für nicht härtbares, flüssig erzeugtes Eisen, endlich Flußstahl für ein härtbares, flüssig erzeugtes Product. Nach längerer Discussion [illegible] die Versammlung auf Antrag [illegible] rathes Schmidhammer, dieser neuen Bezeichnung zuzustimmen und durch Mittheilung an die österreichischen Ingenieur-Vereine und verwandte Vereine dafür zu sorgen, daß diese neue richtige Benennung auch im Kreise der Consumenten Verbreitung finde.

Nach diesem mit lebhaftestem Beifalle aufgenommenen Vortrage des Hofrathes Tunner ergriff Professor [illegible] das Wort, um über die Bergbauverhältnisse Amerika's Bericht zu erstatten. [illegible] machte anschließend an die Mittheilungen Tunner's einige [illegible] Bemerkungen in Bezug auf Erz- und Kohlen[illegible], [illegible] die üblichen Abbau-Methoden der Kohlenflötze, die nach unseren Begriffen als Raubbaue bezeichnet werden müssen, da bei tonnlägiger Aufschließung und dem dort üblichen Pfeilersystem kaum die Hälfte der Kohle bergmännisch gewonnen wird. [illegible] wird in der Anthracit-Region [illegible] gebrochen und durch eine einfache [illegible] kohle auf die Halde [illegible]. [illegible] dachte weiters [illegible] männischen Gewinnung [illegible] (Calumet [illegible]) [illegible] mit einer täglichen [illegible] dung stehen. Redner besprach noch in wenigen [illegible] dung der Diamantbohrer im Bergbau [illegible] gehung des für unsere [illegible] Petroleum [illegible] mehrerer Details an [illegible].

[illegible] folgten am 9. und 10. December weitere fachliche Vorträge, und zwar von [illegible] über die Construction [illegible] amerikanischen [illegible] Bleichsteiner über Bessemer[illegible] den Abbau der Leobener Flötze: [illegible] Herrn Satzmann [illegible] Commissär Gleich über die [illegible] Bureaus.

Nr. 345. | Mittwoch, 13. December 1876. | 49. Jahrgang.

BOHEMIA

Erscheint um 8 Uhr Morgens.

Redactionsbureau: von 9–12 Uhr Vormittags, von 3–5½ Uhr Nachm., Abends nach 8 Uhr offen. An Sonnt. geschlossen, ebenso an Feiert. Nachmittags. Das Administrations- und Expeditions-Locale ist an Wochent. von 8–1 Uhr Vor- und von 3–7 Uhr Nachm., an Sonn- und Feiertagen nur Vorm. geöffnet. Nach Schluß des Expeditions-Locales einlaufende Inserate können erst in das zweitnächste Blatt Aufnahme finden.

Anonyme Einsendungen werden nicht berücksichtigt. — Unfrankirte Briefe und Zusendungen werden nicht angenommen. — Manuscripte werden nicht zurückgegeben.

Pränumerationspreis: In Prag [illegible]. Bei Abholung in der Expedition oder den Filial-Expeditionen 3 [illegible] 1 20. Mit Zusendung ins Haus [illegible] 1 35. Durch die k. k. Post: 4 [illegible] 1 65. Einz. Nummern in Prag 6 durch Post 8 kr. Belegexempl. müssen im Voraus bestellt werden. Unversiegelte Zeitungsreclamationen sind portofrei. Für verlorene Pränumerationskarten wird kein Ersatz geleistet.

Annoncen-Agentur ausschließlich für Frankreich: Havas Laffite & Comp., Paris, Place de la Bourse 8.

Telegramme.

Wien, 12. Dec. (C.-B.) Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses füllte die Debatte über das Unterrichts-Budget aus, wobei eine Reihe von Rednern einzelne Uebelstände des Unterrichtswesens abgestellt wissen wollte. Minister Stremayr erklärte in einer ausführlichen Erwiderung, er wolle den Culturkampf gerne vermeiden. In Innsbruck sei keine Jesuitenfacultät, sondern eine theologische, wie an anderen Hochschulen, deren Professoren wie an anderen Facultäten ernannt werden. Der Minister hält auch heute an dem im J. 1871 vorgelegten, größtentheils durchgeführten Programme fest und hofft, noch im Laufe dieser Session die bezüglichen Gesetzes-Vorlagen einzubringen. Der Minister denkt nicht an die Germanisirung der österr. Slawen und bringt allen österr. Volksstämmen ein gleiches Interesse für die Pflege ihrer Muttersprache entgegen, weist aber auf die den nichtdeutschen Oesterreichern aus der Kenntniß der deutschen Sprache erwachsenden Vortheile hin. (Lebhafter Beifall.) Der Minister betont nochmals ausdrücklich seine vollkommene Unparteilichkeit jeder Nation gegenüber. (Lebhafter Beifall.)

—tz. **Wien**, 12. December. (Tel. d. Boh.) Abgeordnetenhaus. Bei der Verhandlung des Unterrichtsbudgets wurden abermals von slawischer Seite Klagen über Zurücksetzung vorgebracht. Kusy erklärte, das böhmische Volk lebe nur noch vom Vertrauen zum Kaiser, von dem es hoffe, daß er es einst von seinen Tyrannen befreien werde. Wenn Oesterreich untergehe, werde das böhmische Volk nicht verzagen, eingedenk der Thatsache, daß es vor Oesterreich gewesen und nach Oesterreich seyn werde. Minister Stremayr erwidert, er bedauere im Verdachte zu seyn, daß er die slawische Bevölkerung germanisiren wolle. Die Interessen aller Nationen Oesterreichs seien ihm gleich am Herzen. Er bitte, in dem Bestreben, die geistigen Früchte der deutschen Cultur allen Stämmen zugänglich zu machen, keine Germanisirung zu sehen. (Bravo.) Prazak replicirt, es sei unmöglich, den Wünschen aller Nationalitäten zu genügen. Daraus folge, daß es unmöglich sei, die Unterrichts-Angelegenheiten dem Reichsrathe zu belassen. Auf eine Erörterung der Angelegenheit der Prager Gewerbeschule erklärt der Minister, die Regierung habe zur Wahrung ihrer Würde die Verhandlungen abbrechen müssen, doch können sie in kürzester Frist wieder aufgenommen werden.

K. **Wien**, 12. Dec. (Tel. d. Boh.) Die „Presse" meldet: Skene wird bei der zweiten Lesung des Finanzgesetzes beantragen, das Budget nur auf drei Monate zu bewilligen. — Aus Belgrad wird der „Presse" gemeldet: Das serbische Kriegsministerium stellte eine Statistik des bisherigen Kriegsverlustes zusammen, der zufolge von der serbischen Armee 21.000 Mann todt oder kampfunfähig sind.

Wien, 12. Dec. (C.-B.) Die „Pol. Corresp." meldet aus Konstantinopel unter hochofficiösem Zeichen: Die Vorconferenz tritt heute in der ersten officiellen Sitzung unter anscheinend viel günstigeren Bedingungen an ihre Aufgabe, als noch vor Kurzem zu erwarten war. Thatsache ist, daß die zwischen den einzelnen Bevollmächtigten, insbesondere jenen Englands und Rußlands gepflogenen Vorbesprechungen zu einer wesentlichen Annäherung der bisherigen gegensätzlichen Anschauungen der beiden genannten Mächte geführt haben, so daß deren volle Verständigung im Verlaufe der Vorconferenz mehr als wahrscheinlich ist. Es gewinnt daher die Hoffnung neuerlich Raum, daß die Conferenz selbst trotz der nicht zu läugnenden Schwierigkeiten zu einem dem Frieden günstigen Resultate führen werde. Als günstigstes Symptom wird die soeben erfolgte coulante definitive Erledigung der Demarcationsangelegenheiten angesehen.

—m— **Wien**, 12. Dec. (Tel. d. Boh.) Nach einer Mittheilung der türkischen Botschaft beschloß die Pforte, die Ministerverantwortlichkeit einzuführen. Das Großvezierat bleibt fortbestehen, solang der gegenwärtige Großvezier noch amtirt.

Budapest, 12. Dec. (C.-B.) Das Unterhaus beschloß mit 78 Stimmen Majorität den Ankauf der Ostbahn und nahm mit einer Mehrheit von 15 Stimmen den Antrag auf gerichtliche Verfolgung der Concessionäre, Bauunternehmer und Directionsräthe an, wiewohl Tisza die Untersuchung als wahrscheinlich erfolglos widerrathen hatte.

Paris, 12. Dec. (C.-B.) Die „Agence Havas" meldet aus Konstantinopel: Die gestrige Vorbesprechung unter dem Vorsitze Ignatiews beschäftigte sich mit den Fragen bezüglich Serbiens und Montenegros. Es wurde eine Einigung erzielt über folgende, später officiell zu sanctionirende Puncte: Für Montenegro wurde eine Grenzberichtigung zugestanden, die durch eine internationale, in Ragusa zusammentretende Kommission vorgenommen werden und die Vereinigung von 12 Distrieten mit Montenegro (darunter Zubci, Banjani, Piva, Dobniak, Goransko, Kolaschin, Vasovic, Drekalovic, Kucci, Spuz, Niksic) umfassen soll. Der Fürst von Montenegro würde in Konstantinopel dem Sultan für den Gebietszuwachs huldigen. Betreffs Serbiens wurde die Räumung des serbischen Gebiets von den Türken, die Auswechslung der Gefangenen und die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum Friedensschluß zugestanden. Weiters wurde der Thalweg der Drina als Westgrenze Serbiens zugestanden, was die endgiltige Abtretung von Klein-Zwornik an Serbien einschließt. Das Ergebniß bestätigt die Hoffnung auf ein Einvernehmen. — Es wird versichert, daß Salisbury die versöhnlichsten und friedlichsten Dispositionen gezeigt habe. Auch wird versichert, daß Ignatiew in einer Unterredung mit Salisbury die Occupation Bulgariens durch eine neutrale Macht, wie Belgien oder die Schweiz, angenommen habe.

Paris, 12. Dec. (C.-B.) Nachdem die Linke auf dem Rücktritt des Kriegsministers Berthaut besteht, welchen Mac Mahan entschieden verweigert, erscheint die Bildung des Cabinets aus der Rechten möglich.

—m— **Belgrad**, 12. Dec. (Tel. d. Boh.) Anläßlich des Jahrestages der serbischen Erhebung fand in Gegenwart des Fürsten eine Festpredigt statt, welche die Nothwendigkeit der Wiederaufnahme des Krieges darlegte. Die Stadt ist illuminirt.

Aus dem Reichsrath.

216. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 11. Dec.

—tz. Das Abgeordnetenhaus hat heute in der Budgetberathung das Ministerium des Innern und das Landesvertheidigungs-Ministerium zur Erledigung gebracht. Bei dem Capitel Wasserbau traten wie alljährlich zahlreiche Wünsche nach größeren Investitionen da und dort hervor, denen mit Rücksicht auf das Allgemeine nur in geringem Maße Rechnung getragen werden konnte. Das Capitel Landesvertheidigungs-Ministerium gab im Grunde zu wenigen Bemerkungen Anlaß. Ein größerer Abstrich, der von dem Abg. Heilsberg beantragt wurde, wurde zurückgewiesen mit Rücksicht darauf, daß Minister Horst ohnedies mit thunlichster Sparsamkeit seines Amtes waltet, wie ihm dies vom Specialberichterstatter, dem scrupulösen Dr. Groß, öffentlich bezeugt wurde. Eine Erinnerung des Pater Fischer auf größere Wachsamkeit und Pflege des religiösen Gefühls beim Heere wurde vom Minister Horst sehr treffend mit der Hinweisung erwidert, daß nirgendswo größere Toleranz bestehe als beim Militär, wo Alle, weß' Glaubens sie auch seien, im gegebenen Moment gleicherweise in den Tod gehen und wohl auch in demselben Grabe verscharrt werden.

Zu Beginn und zum Schluße der Sitzung wurden von der Ministerbank aus mehre Interpellationen beantwortet. Es scheint, die Regierung wolle aufräumen noch vor den Weihnachtsferien.

Die Sitzung beginnt nach 11 Uhr. Vorsitzender: Präsident Dr. Rechbauer. Auf der Ministerbank: Auersperg, Lasser, Glaser, Stremayr, Chlumetzky, Unger, Horst, Ziemialkowski.

Vom Finanzminister wird mitgetheilt, daß Baron Korb-Weidenstein jun. sein Mandat als Mitglied der Central-Grundsteuer-Commission niedergelegt hat. — Vom Handelsminister wird eine Vorlage eingebracht, betreffend den mit Großbritannien auf die Dauer eines Jahres abgeschlossenen Handelsvertrag vom 5. December 1876.

Justizminister Dr. Glaser beantwortet die von Dr. Kopp eingebrachte Interpellation, betreffend die Confiscation von Journalen. Es sei richtig, daß die Rücknahme von Confiscationen in den letzten Wochen dreimal sich zugetragen habe. In einem dieser Fälle war eine Beschlagnahme angeordnet worden, während der Vorstand der Wiener Staatsanwaltschaft in Amtsgeschäften außerhalb Wien war. Nach seiner Rückkehr vermochte derselbe die Auffassung seines Stellvertreters nicht zu theilen und verfügte die Aufhebung der Beschlagnahme. In den zwei anderen Fällen zeigte es sich sofort nach Verfügung der Beschlagnahme, daß derselbe Gegenstand in anderen Blättern eine ähnliche, wenn auch minder schroffe Erörterung gefunden habe. Um auch den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, sah sich der Staatsanwalt veranlaßt, die Verfügung noch in derselben Stunde zu widerrufen. An sich kann es nicht Mißbilligung verdienen, wenn Organe der Staatsanwaltschaft, sobald sie glauben, daß die Beschlagnahme nicht hätte verfügt werden sollen, es nicht erst auf die Entscheidung der Gerichte ankommen lassen, sondern freiwillig und ungesäumt den Zustand herstellen, der gesetzlich geboten ist. Immerhin sei aber die Wiederholung solcher Vorgänge, welche überdies Ersatzansprüche gegen die Staatscasse begründen, auch vom Standpuncte der Staatsanwaltschaften nicht zu wünschen. Ich zweifle nicht, sagte der Minister, daß die k. k. Staatsanwaltschaften schon in der verhältnißmäßig raschen Wiederholung eine vollkommen genügende Mahnung gefunden haben, ihre Umsicht und Aufmerksamkeit bei Lösung allerdings ungewöhnlich schwieriger Aufgaben zu verdoppeln und daß es in einer so ernsten und aufregenden Situation zu diesem Zwecke allerdings einer Verfügung meinerseits nicht bedarf.

Handelsminister Chlumetzky beantwortet die Interpellation des Abg. Steudl in Betreff der Anlage von Tramwaylinien im Allgemeinen dahin, daß ein Bedürfniß nach einer gesetzlichen Regelung des Concessionswesens für Tramway sich nicht fühlbar mache.

(Es folgt die Fortsetzung der Specialdebatte über den Staatsvoranschlag. Titel 5. Wasserbau. Abg. Tresseri hält eine lange, auf der Galerie wenig verständliche, Rede zu Gunsten der Etschregulirung und beantragt eine Resolution die Regierung sei aufzufordern, einen den Verhältnissen angemessenen Betrag zu Gunsten der Etschregulirung im Budget des nächsten Jahres einzustellen. — Abg. Graf Mirosz[illegible] empfiehlt der Regierung Vorsorge [illegible] Ueberschwemmungen bei Wieliczka. — Abg. Schrems bespricht die Inn-Regulirung. — Abg. Blaas unterstützt den Antrag Tresseris betreff der Etschregulirung, desgleichen Abg. Dr. Groß.

derselbe macht auf die Nothwendigkeit einer besseren Waldwirthschaft aufmerksam. Redner spricht den Wunsch aus, die Regierung möchte den von ihr in Aussicht gestellten Staatsbeitrag zur Etschregulirung als Nachtragscredit schon in diesem Jahre einbringen. — Abg. Handl spricht für Flußregulirungen in Oberösterreich. — Abg. Julian Czerkawski führt Beschwerde, daß für Wasserbauten in Galizien zu wenig gethan werde und bedauert, daß der Budgetausschuß die Ansätze der Regierung noch verkürzt habe. Der Redner beantragt die Restituirung der Regierungsvorlage in diesem Capitel. — Abg. Dr. Dienstl spricht für Erweiterung und Ausdehnung der Donau-Strombauten. — Der Minister des Innern, Freiherr v. Lasser, bemerkt, seine Wünsche würden sich ganz mit den Wünschen Derjenigen vereinigen, welche größere Staatsleistungen für den Wasserbau beanspruchen, allein seine Wünsche finden eine Grenze an der finanziellen Lage. Der Minister spricht des Weiteren über die Etschregulirung. — Der Specialberichterstatter Dr. Giskra rechtfertigt die Anträge des Budgetausschußes gegenüber den Anklagen des Abg. Czerkawski; der Ausschuß habe im Ganzen 8 Percent gestrichen, nach dem Principe der Sparsamkeit und in der Intention nicht mehr zu bewilligen, als im vergangenen Jahre. Bei der Abstimmung werden sämmtliche Posten nach den Ausschußanträgen bewilligt; die abändernden Anträge werden abgelehnt.

Bei dem Capitel „Einnahmen des Ministeriums des Innern" bemerkt Abg. Dr. Kronawetter, er vermisse unter den Einnahmen die von den beiden staatlichen Versatzämtern in Wien und Prag. Uiber das Eigenthumsrecht des in den Versatzämtern angesammelten Vermögens herrsche große Unklarheit. Auch herrsche in der Verwaltung des Fonds große Willkür. Die Regierung ändere die Statuten, wie es ihr beliebt. Dabei werden von den Armen in neuester Zeit sehr hohe Percente genommen. Kaiser Joseph habe den ursprünglichen Zinsfuß auf 8 Percent herabgesetzt, so ist es geblieben bis vor drei Jahren, wo der Zinsfuß mit einem Male auf 12 Percent erhöht wurde. Er möchte nur wissen, was mit dem Gelde geschieht, ob es dem Staate gehöre oder der Versorgungsanstalt. Die Beamten seien Staatsbeamte, die Verwaltung eine staatliche, aber sonst sei Alles unklar. Redner beantragt eine Resolution, die Regierung werde aufgefordert, dem Hause einen Bericht über die Rechtsverhältnisse der k. k. Pfandleihanstalten zu Wien und zu Prag zu erstatten, in welchem insbesondere die Frage des Eigenthums an den genannten Fonden beantwortet wird. (Bravo.) Diese Resolution wird dem Budgetausschuße überwiesen.

Es kommt hierauf das Budget des Landesvertheidigungs-Ministeriums zur Verhandlung.

Abg. Harrant. Es gehöre zu den vielen Uibeln, die vom deutschen Nachbarstaate herüber verpflanzt worden, daß wir unsere Wehrkraft auf das Aeußerste anspannen müssen Doch haben wir nicht die Wehrpflicht als eine ganz allgemeine; denn Diejenigen, die ein höheres Los ziehen, seien befreit Darin liege eine gewisse Unbilligkeit; namentlich aber liege die Unbilligkeit darin, daß die bäuerliche Bevölkerung viel stärker mit der Blutsteuer behaftet ist, als die städtische. Was solle man erst sagen, von den Bezirken, in denen die Israeliten wohnen! Man wisse, daß die Zahl der Israeliten, die im Heere dienen, in keinem Verhältnisse stehe zur israelitischen Bevölkerung. (Hört, hört! rechts.) Die Pflicht zur Vertheidigung des Staates ist eine allgemeine, daher wäre es am richtigsten, Jeden zu dieser Pflicht zu verhalten, der dazu verhalten werden kann. Es müsse Jeder zur Wehrpflicht beitragen, Diejenigen, die tauglich sind, durch unmittelbaren Eintritt in's Heer, Diejenigen die wegen kleiner Fehler untauglich sind, durch Entrichtung einer kleinen Quote, diese Taxe, die schon im Wehrgesetze vorgesehen ist, könnte dazu dienen, die Invalidenversorgung zu regeln und zu bessern. Er bittet den Landesvertheidigungsminister diesem Gedanken seine Aufmerksamkeit zu schenken. (Bravo rechts) — Abg. Seidl. Er müsse es Geldverschwendung nennen, wenn Ausgaben gemacht werden, nur um gewisse Formen aufrecht zu erhalten. Eine solche werthlose Form sei es, daß man die dreijährige Dienstzeit auf das gesammte Materiale des Heeres ausdehnt, dies Materiale sei sehr verschieden; es sind alle Schattirungen vertreten, aber alle werden sie über einen Leisten geschlagen alle müssen sie drei Jahre dienen, obzwar es genug intelligente junge Leute gibt, deren Abrichtung in viel kürzerer Frist vollendet ist. Es komme nur darauf an, ob der gute Wille, Ersparungen im Militärhaushalte zu erzielen, wirklich vorhanden ist. Man könnte sehr gut die Beurlaubung nach einem oder zwei Jahren als Prämie setzen für Fleiß und gute Aufführung. Durch eine kleine, ganz kostenlose Einführung könnte die Volksschule in die Lage versetzt werden, dem Militärdienste vorzuarbeiten. Er denke hiebei nicht an die Bildung von Jugendwehren, sondern an die Ausbildung des Turnunterrichtes; nur müßte die Lehrmethode so eingerichtet werden, daß schon beim Turnen die militärischen Commandoworte in Gebrauch kommen. — Abgeord. Heilsberg bemerkt, er wolle Abstriche beantragen und zwar insoweit, daß heuer nur so viel bewilligt werde, wie es im vorigen Jahre geschehen. Er beantragt im Ganzen an dem Budget der Landesvertheidigung, das 8,386.500 fl. beträgt, einen Abstrich von 100.000 fl. — Abg. Schrems führt Beschwerde über die heuer eingehaltene Methode der Classification der Pferde. — Abg. P. Fischer erklärt, daß er die Hebung religiöser Elemente in der Armee wünsche, wie er es schon im vorigen Jahre gethan. Es bleibe in diesem Betracht Manches zu wünschen übrig. Es seien Fälle vorgekommen, welche diese Ansicht bestätigen. Er wolle sie nicht namentlich anführen, weil es nicht seine Absicht sei zu denunciren. Es sollte auch beim Heer Jeder seiner religiösen Ueberzeugung dienen dürfen, ohne dadurch dem Spotte ausgesetzt zu sein. Er perhorrescire jeden Zwang, Religiosität aus Zwang habe ohnedies keinen Werth. Redner wolle einen Apell richten an alle militärischen Vorgesetzten, in ihrer Sphäre dahin zu wirken, daß Religiosität und Sittlichkeit im Militärstande hoch gehalten werden. (Bravo rechts.) — Abg. Dr. Demel erklärt, daß die Anregungen, die Abg. Seidl hier gegeben, auch in der Delegation schon vorgebracht wurden. Es sei dort schon die Ansicht geltend gemacht worden, daß es möglich sei, intelligentere Leute bei früherer Ausbildung früher zu entlassen. Die Ansicht habe jedoch keinen Anklang bei der Militärverwaltung gefunden, welche vielmehr gefunden habe, daß dadurch die kriegstüchtige Ausbildung selbst der intelligenteren Mannschaft leiden müßte.

Landesvertheidigungs-Minister Horst erwidert zunächst dem Abg. Harrant, daß das Princip der Militärtaxe schon im Wehrgesetze anerkannt sei, aber über das Ausführungs-Gesetz sei bisher mit dem ungarischen Ministerium eine Vereinbarung nicht zu erzielen gewesen. Doch werde er seinerseits Alles thun, um diese Uebereinstimmung zu erzielen. Was die Anregungen des Abg. Seidl betrifft, so gehören sie vor das Forum, wo der Reichskriegsminister Rede zu stehen hat und zugleich das Recht hat, sein System zu vertheidigen. Die vom Abg. Heilsberg beantragten Abstriche bittet er nicht zu genehmigen. Er, der Minister, sei in den Budgets der Jahre 1873, 74 und 75 stets heruntergegangen, darunter im Jahre 1874 sogar um eine halbe Million (Bravo) das Totalerforderniß für die Landwehr sei heute um 800.000 geringer, als das Erforderniß, das sein Vorgänger aufgestellt hatte. Er wolle damit nicht prunken, allein er wolle damit nur sagen, daß es bei ihm keines äußeren Anstoßes bedürfe, um ihn zur Sparsamkeit zu veranlassen. Heute, wo man nicht wisse, was die Zukunft in ihrem Schoße berge, dürfe man die nothwendigsten Anschaffungen nicht mehr von sich weisen und nicht hinausschieben. Was die Bemerkungen des Abg. P. Fischer betrifft, so sage er, wenn irgendwo Toleranz herrsche, so sei dies in der Armee, denn wir, die wir ohne Unterschied der Religion zugleich in den Tod gehen und in ein und dasselbe Grab gesenkt werden, wir sind doch gewiß tolerant. (Bravo! Bravo!) Der Minister versichert, ihm bleibe nichts übrig, als im Allgemeinen auf Einhaltung des Reglements zu sehen und höchstens einen Bürstenabzug der Rede des Herrn Pater Fischer dem Reichskriegsminister zu senden, um ihm zu wissen zu geben, daß dies hier im Reichsrathe gesagt worden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Grf. Khevenhüller erklärt, daß er nach den Erklärungen des Ministers nicht anders könne, als den Anträgen des Ausschußes vollkommen zuzustimmen. — Abg P. Fischer sagt, er wolle dem Wunsche des Ministers nachkommen, und die Fälle, in denen die Religiosität beim Heere verletzt worden, dem Minister zur Kenntniß bringen, aber keineswegs im Hause.

Specialberichterstatter Dr. Groß versichert, er sei vollständig überzeugt von der Nothwendigkeit der eingestellten Auslagen, und er habe nicht um einen Gulden mehr beantragt, als er für unbedingt unerläßlich gehalten. — Generalberichterstatter Wolfrum replicirt dem Abg. Harrant, daß die Uebelstände, die er gerügt und namentlich die gesetzwidrige Entziehung vom Militärdienste unter dem gegenwärtigen Wehrsysteme viel weniger eintrete, als unter dem früheren Systeme. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Heilsberg verworfen, es erhebt sich dafür außer dem Antragsteller — nur der Abg. Schönerer. Die Anträge des Ausschusses werden unverändert angenommen

Es erheben sich Rufe nach Schluß der Sitzung. Der Schluß wird angenommen

Vorher beantwortet noch der Unterrichts-Minister Dr. Stremayer zwei Interpellationen. Auf die Interpellation des Dr. Prazak in Betreff der slawischen Schulen in Mähren erwidert er, daß ein Anlaß zur Aenderung der gegenwärtig geltenden Bestimmungen in Betreff der Unterrichtssprache nicht vorhanden sei. Was die Errichtung einer slawischen Realschule in Brünn betreffe, so halte sich die Regierung an die bezügliche Norm, wornach Staatsmittelschulen erst dann errichtet werden, wenn die Stadtgemeinde und der Landtag das Bedürfniß darnach zum Ausdruck gebracht haben und was endlich die Wiederherstellung einer Universität in Mähren betreffe, so anerkenne die Regierung wohl, daß Mähren jenes Land sei, welches bei der Errichtung einer neuen Universität zuerst in Betracht zu ziehen sei, doch hätte im gegenwärtigen Momente ein derartiges Unternehmen mit Rücksicht auf die finanzielle Lage und mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die bei der Errichtung der Universität in Czernowitz gemacht wurden, wenig Aussicht. Auf die Interpellation der Abg. Dr. Promber und Genossen in Betreff der Besetzung des Olmützer Domcapitels antwortet der Minister, daß die Verzögerung in der Besetzung nur mit Rücksicht auf die gleichzeitige Reorganisirung des Capitels eingetreten sei; es kommen in der Zwischenzeit alle für Vacanzen vorgesehenen gesetzlichen Bestimmungen in Anwendung und die Einnahmen der erledigten Pfründen fließen dem Religionsfonde zu. Verhandlungen mit dem heil. Stuhle im Sinne der Interpellanten wurden nicht eingeleitet, wohl aber sei die Reorganisirung eines katholischen Institutes ohne Verhandlungen mit dem hl. Stuhle nicht möglich, und dieselben seien schon deshalb nothwendig, um die Wirksamkeit der neu Ernannten zu sichern. Die Einleitungen zur Organisirung des Capitels werden in nicht ferner Zukunft erfolgen, und werden dann auch die Besetzungen der erledigten Stellen statthaben, wobei im Sinne des Gesetzes selbstverständlich auch Nichtadelige zugelassen werden.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung: morgen.

Politische Tageschronik.

s. **Wien**, 11. Dec. Heute hat in Konstantinopel die erste Sitzung der Vorconferenz stattgefunden, und wenn dieselbe durch keinen Zwischenfall getrübt wird, dann dürfte möglicher Weise die Conferenz selbst zu einer bloßen Formalität herabsinken. Der Unterschied zwischen der Vorconferenz und der Conferenz ist freilich ein sehr einschneidender, denn an der ersteren participirt die Pforte nicht, es ist somit immer möglich, daß von dieser Seite eine Störung jenes Einvernehmens erfolgt, das nach allen Anzeichen unter den Mächten im besten Zuge ist. Sehr wahrscheinlich ist dies jedoch nicht, da die Pforte sich einem geeinigten Europa gegenüber zu einem Widerstande kaum stark genug fände. Mit dem Gange der Vorconferenz stehen auch die heute circulirenden Gerüchte vom Sturze des Groß-Veziers und seiner Ersetzung durch Mithad Pascha im nächsten Zusammenhange; sie bedürfen noch der Bestätigung, ist jedoch nicht unwahrscheinlich. Wenn die Mächte, vor Allem das am meisten engagirte Rußland, sich der materiellen Garantien für die Durchführung der Reformen begeben sollen, dann müssen sie wenigstens in den leitenden Persönlichkeiten die erste und wichtigste Garantie hiefür finden. Der jetzige Großvezier aber ist kein Freund der Reformen, während Mithad Pascha der eigentliche Repräsentant der Reform-Idee im türkischen Reiche überhaupt ist; kein Wunder daher, daß ihn das Gerücht schon mit dem Großvezirat bekleidet erscheinen läßt. Es wäre dies Angesichts des sattsam unterwühlten Bodens in Konstantinopel ein kaum begehrenswerther Posten, besonders, wenn die jüngsten Attentats-Gerüchte wahr seyn sollten, als bloße, jedoch dann ungeschickte Versuche einer revolutionären oder conservativen Strömung in Konstantinopel, fremde Mächte am Vorabende des Zusammentrittes der Conferenz compromittiren zu wollen. In Konstantinopel scheint die Athmosphäre bedeutend mit Elektricität geschwängert, ein Grund mehr für die Regierungen, durch Aufstellung entsprechender Sicherheits-Maßnahmen die Gefahren einer Explosion zu verhüten. Unter so eigenartigen Verhältnissen wird eine Verständigung über die Form, nicht blos über das Princip der Garantien, nicht schwer geworden seyn und wird auch jene Macht, die sich bisher am Sprödesten in dieser Richtung benahm, durch die Gewalt der Thatsachen belehrt werden seyn, daß es nicht nur moralischer, sondern auch materieller Garantien bedürfe. Inwieweit das bis heute schon gelungen ist, müssen die nächsten Tage erkennen lassen, jedoch kann man es schon heute als positiv betrachten, daß die Möglichkeit eines Conflictes zwischen England und Rußland zu den beinahe schon ganz überwundenen Standpuncten zählt. Damit ist für den Weltfrieden viel, wenn nicht Alles gewonnen.

S. **Wien**, 11. Dec. Heute muß in Konstantinopel die erste förmliche Zusammentretung der Conferenz-Bevollmächtigten stattfinden. Bisher standen dieselben zwar in sehr lebhaftem Verkehr, der jedoch eine solche formelle Gestaltung noch nicht angenommen hatte. — Es scheint, als wären die Unterredungen zwischen dem General Ignatiew und Lord Salisbury insbesonders ausschlaggebend gewesen für die weitere Gestaltung der Verhältnisse und dies insofern, als mit richtigem Blicke auch die anderen Diplomaten in diesen beiden Vertretern die Träger zweier extremen Richtungen zu erkennen glaubten, von deren Vereinbarung allein das künftige Resultat der Conferenz abhängen müsse. Nun sind allerdings heute die Dinge noch nicht soweit gediehen, um von einem Resultate sprechen zu können. Die eine Thatsache aber scheint außer Frage, daß sich zwischen Rußland und England viel mehr Anknüpfungspuncte ergeben haben, als nach allgemeiner Meinung zu vermuthen stand. Der Umstand, daß man in so verhältnißmäßig kurzer Zeit zur Eröffnung der Vorconferenzen schritt, bestärkt weiter in der Vermuthung, als würde sich den eigentlichen stimmführenden Diplomaten die Uiberzeugung aufgedrängt haben, es sei die Gefahr eines Bruches nicht mehr so drohend, wie vordem, da man sonst es füglich vorgezogen hätte, das Terrain noch länger zu sondiren und zu cultiviren, bevor man in förmliche Berathungen eintrat. — Daß Rußland aus der Occupation nicht mehr wie früher eine conditio

Nr 284. Kraków, 13 Grudnia — Środa. Rok 1876.

CZAS

[illegible] Oddzielne Nra „Czasu," [illegible] w Krakowie po 10 c. [illegible]

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	[illegible] 24	[illegible] 6	[illegible]
do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	[illegible] 33	[illegible] 8	[illegible]

Prenumeratę przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przesyłki pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać franco do Administracyi „Czasu" w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują:

W Krakowie: Administracya „Czasu" [illegible] Miejscową pren. [illegible] dawniej [illegible] Ogłoszenia (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca [illegible] drobnym (petitowym) za pierwszy raz 10, za każdy [illegible] raz po 5 c. [illegible] 3 stronnicy dziennika) od miejsca [illegible] po 30 c. za każdy raz. Dołączenia do „Czasu" (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się naprzód nadesłać przekazem pocztowym. Ogłoszenia i prenumeratę przyjmują: we Lwowie W. Piątkowski ul. Hetmańska 10; w Paryżu wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonnière 35); w Wiedniu pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

Kraków 12 grudnia.

W ciągu kilkodniowych ogólnych rozpraw budżetowych w Wiedniu, miotano ze wszystkich stron Izby ostre pociski na pięcioletnie gospodarstwo obecnego gabinetu. Rozpoczął tę kampanię wiernokonstytucyjny Niemiec p. Skene, a zakończył autonomista, Polak, p. Dunajewski. Rzecz atoli dziwniejsza, że gabinet nie znalazł pośród stronnictwa, na którem się wspiera, obrońców, a ministrowie osamotnieni ani jednej części zarzutów odeprzeć nie zdołali.

Zwykle to bywa w parlamentaryzmie, że opozycya wydaje walną bitwę ministerstwu na polu budżetowem. Bitwa została stoczoną: wszystkie odcienia Izby spotkały się w krytyce, skargach i zarzutach, a jednak ministerstwo nie zdaje nam się być więcej dziś zagrożonem, niż przed rozprawami. Wykazano dowodnie, że droga, po jakiej rząd prowadzi państwo, jest zgubną, wymieniono wszystkie błędy popełnione od lat pięciu, wytoczono skargi o brak planu w zarządzie finansów, któryby choć w przyszłości mógł zwiastować zrównanie budżetu, dowodzono cyframi, że w tym kierunku deficyt wzmagać się musi, dopokąd nie doprowadzi skarbu państwa do katastrofy, zarzucano, że jak zarząd finansów na fałszywych opierał się podstawach, tak i gospodarstwo ekonomiczne obecnego gabinetu nie tylko nie wiedzie do rozwoju i postępu, ale przyczynia się do zubożenia, lub ciągłe sprowadza zawody w przedsiębiorstwach państwa. Mimo tak ostrej a zgodnej krytyki, nie zdaje się zagrażać ministerstwu porażka podczas rozpraw szczegółowych, i może jeszcze wyjść ono zwycięzko z tej walki.

Czemu to przypisać? Oto, iż złe tkwi nie w gabinecie, ale w całym systemie, że z wyjątkiem posłów autonomicznych, którzy dziś nie mogą się kusić o obalenie systematu, wszystkie inne głosy niezadowolenia były zwrócone przeciw członkom rządu, a nie przeciw zasadzie i kierunkowi, w którym do negatywnych tylko można dochodzić rezultatów. Od lat kilku kwestye finansowe i ekonomiczne zaczynają w Radzie państwa przeważać nad kwestyami politycznemi i konstytucyjnemi. Klęski przesilenia giełdowego i przemysłowego zrodziły mnogość malkontentów w obozie wiernokonstytucyjnym. Nie znaleziono jednak żadnego środka zaradczego przeciw następstwom tego przesilenia. Cyfry budżetu są wymowne i wskazują, że stopniowo kryzys kredytu i przemysłu prywatnego przenosi się do finansów państwa. Przyczyny tego stanu są atoli głębsze: wypływają one z wadliwości całego systemu. Centralizacya konstytucyjna jest kosztowna, kosztowniejszym jeszcze dualizm. Jednostronny liberalizm wspiera pewne części monarchii i pewne interesa z pominięciem innych; wreszcie doprowadza do środków, które niegdyś we Francyi socyaliści projektowali, jak np. podatek postępowy.

Czy u steru pozostanie gabinet Auersperg-Lasser, lub inna powstałaby kombinacya z tego samego obozu i w tym samym działająca kierunku, gospodarstwo zmienić się nie może, a z błędów politycznych i konstytucyjnych te same wypływać muszą następstwa materyalne.

W wytoczonej walce budżetowej, z wyjątkiem paru mowców autonomistów, niechodziło krytykom o zasadę i przyczyny, lecz tylko były to skargi na skutki tego systematu.

Dla tego retoryczne tylko znaczenie mają rozprawy budżetowe i nie zdają nam się zapowiadać kryzys gabinetowej. Większość centralistyczna miewa zapędy opozycyjne, z których jednak łatwo się cofa, wiedząc dobrze, że parlamentaryzm w Austryi nie jest jeszcze zupełnym i prawidłowym, skoro niezupełnym i jednostronnym jest skład Rady państwa. Każde przesilenie jest przeto groźbą dla przewagi stronnictwa uzurpowanej większości.

Prawdziwa opozycya, jaką stanowią w izbie autonomiści, jest zbyt szczupłą, aby zdołała parlamentarną walką obalić nie tylko gabinet, ale systemat. Słusznie też uczynili mowcy tej zasadniczej opozycyi, a mianowicie mówca jeneralny z koła polskiego powołany, że ograniczyli się na krytyce strony ekonomicznej i finansowej, nie wytaczając całego procesu o błędy i wady systematu.

KORESPONDENCYA „CZASU."

Lwów 11 grudnia.

○. Wojna u nas zajmuje wszystkie umysły, poznać to można z różnych mniej lub więcej bijących w oczy drobnych objawów życia. Póki jeszcze toczyła się walka pomiędzy Serbami i Turkami, ciągle na ulicy słyszeć było można najrozmaitsze uwagi, dotyczące stron wojujących, przed księgarniami tłoczyła się wówczas publiczność, śledząc za ruchami armii na wystawionych mapach, lub przypatrując się niemieckim drzeworytom, w ogóle przedstawiającym rzecz ze stanowiska bardzo przyjaznego Słowianom.

Teraz jednak, kiedy Rosya zaczęła bezpośrednio występować na widownię, całkiem naturalnie zajęcie powszechne musiało się zwiększyć; ale też zarazem dają się spostrzegać objawy pewnej drażliwości, nie zupełnie będące na swojem miejscu. Wszyscy i to bez wyjątku głoszą się zwolennikami biernego dla nas stanowiska i pod tym względem nie ma żadnej różnicy; są jednak tacy, którzy w tej próżni lubią się ruszać i którym wydaje się, że koniecznie potrzeba coś robić, chociażby to coś nie miało żadnego celu, ani powodu. To też tworzą się sztuczne powody i cele, mające za podstawę ów zużyty już frazes o potrzebie przypominania się światu, lub stwierdzenia bytu narodowego.

Stąd pochodzą owe rozliczne projekta jakichś wystąpień publicznych ze swojem zdaniem w sprawie wschodniej, które znajdują podnietę z jednej strony w milczeniu delegacyi, a z drugiej w owych głosach w kraju, czy za granicą, naznaczających bez woli narodu jego stanowisko w sprawie wschodniej.

Jako jeden z tych objawów była chęć użycia za narzędzie młodzieży uniwersyteckiej, której podsunięto jakiś adres do młodzieży uniwersytetu Zagrzebskiego. Szczęściem, udało się wstrzymać tak nierozsądny krok ze strony młodzieży, tem mniej jeszcze właściwy, że sama treść pisma zawierała rzeczy nie-[illegible] jów polskich, a dążność rozpłynięcia się w Słowiańszczyźnie osłonięta była jedynie w nienawiść do niesłowiańskiej Moskwy.

Następnie pojawiła się myśl zwołania Zgromadzenia wyborców z zamiarem przeprowadzenia rezolucyi wyrażającej delegacyi naganę za milczenie w obradach nad interpelacyą w sprawie wschodniej, a kiedy policya zakazała zebrania, autorowie tej myśli w mniemaniu, że „nie mogą milczeć", chcieli pisać do Andrassego. Ponieważ zaś ta ostatnia myśl wcale już sensu mieć nie mogła, przeto zbierają obecnie podpisy pod adresem do posłów lwowskich w Radzie państwa. W adresie tym napisanym szorstko, wyrażają podpisani niezadowolenie z milczenia [illegible]cyi, podejrzywają nawet, że powodem milczenia jest zbyt wielka uległość dla rządu, że z tego właśnie powodu rząd broni delegacyę, nie dozwalając zgromadzeń ludowych we Lwowie i wreszcie stawiają żądanie, aby posłowie albo naprawili ten błąd przy dyskusyi nad budżetem, albo wytłómaczyli się wobec wyborców.

Adres ten sądząc z podpisów wyszedł z inicyatywy *Gazety Narodowej*, a znalazł zwolenników w sferach badaczów przyrody, o których tak trafnie w swej mowie powiedział profesor Dunajewski, że będąc ściśli w dochodzeniach naukowych, w polityce są nierozważni i nie liczący się z faktami. Dotychczas podpisów nie wiele zebrano; a dość znaczna liczba osób w[illegible]nia się podpisywania rzeczy, nie prowadzącej do żadnego celu. Panuje u nas taka chęć wygadania się, że gdyby nawet delegacya była przemawiała, byłoby to niewystarczające, bo tego uznać nie umieją, że w naszem położeniu więcej, jak w każdem innem potrzeba miary i taktu w słowie, i że lepiej o wiele powiedzieć za mało lub nic wcale, jak mówić zanadto.

Wiedeń 11 grudnia.

(216 posiedzenie Izby deputowanych).

Prezes Rechbauer zagaja posiedzenie o godz. 11 min. 15 przy nielicznym udziale deputowanych; publiczności niezbyt wiele.

Z ministerstwa skarbu przesłano pismo o złożeniu mandatu przez bar. Korb-Weidenheima, jako członka komisyi centralnej do regulacyi podatku gruntowego.

Z ministerstwa handlu przesłano traktat handlowy, zawarty na rok jeden z Anglią dnia 5 grudnia r. b., wraz z motywami.

Przed przystąpieniem do porządku dziennego, udziela prezes głosu ministrowi sprawiedliwości p. Glaserowi, który odpowiada na interpelacyę niedawno wniesioną, o której w sprawozdaniu odnośnem dla tego nie pisałem, że dotyczy trzykrotnej konfiskaty jednego z pism wiedeńskich. Dla tak specyalnej natury tej interpelacyi, pomijam także dzisiejszą odpowiedź ministra sprawiedliwości, która nie mieści w sobie nic zgoła zasadniczego.

Następnie minister handlu p. Chlumecki odpowiada na interpelacyę o koncesyach na wiedeńskie koleje konne, którą to odpowiedź również pomijam.

Następuje ciąg dalszy obrad szczegółowych nad budżetem.

Sprawozdawca komisyi zagaja obrady nad tytułem 9 rozdziału VII, zawierającym: „Budowle wodne". Tytuł ten w 14 paragrafach wymaga wedle wniosków komisyi nakładów w wydatkach zwyczajnych 800,000 złr., w wydatkach nadzwycz. 1,012,900 złr.

W kwotach tych mieści się dla Galicyi i Kra[illegible] nadzwyczajnych (już wyszczególnionych w [illegible] niedzielnym Nrze *Czasu*) 155,000 złr.

O ile te kwoty dla Galicyi są wyższe lub niższe od wniesionych przez rząd, nie wynika ani z sprawozdania ogólnego, ani z szczegółowego.

Razem domagał się rząd w tym tytule 1,880,900 złr., komisya atoli wnosząc razem tylko 1,812,900 złr., domaga się przyzwolenia kwoty o 19,400 mniejszej jeszcze niż przyzwolono na r. 1876.

Do głosu są zapisani: bar. Cresseri, hr. Mieroszowski, Schrems, Blaas, Graf, bar. Handel, Czerkawski Julian, Dinstl.

Z mówców tych, każdy o swoich sprawach krajowych mówi, o regulacyi Adygi, Inu i t. d.

Hr. Mieroszowski nawiązuje do pozycyi złr. 80,000 na regulacyę Wisły, stwierdza gwałtowną potrzebę gruntownych prac regulacyjnych, bo są gminy, które rok w rok cierpią w skutek wylewów. Do tych gmin należy przedewszystkiem gmina Brzegi, położona w zagięciu koryta Wisły. Gmina ta, nawiedzana tylekrotnie wielkiem nieszczęściem, zwróciła się w tym roku z prośbą do rządu o poczynienie co należy w celu zapobieżenia spustoszeniom. Proszę przeto pana ministra, aby uwzględnił prośbę gminy Brzegów i aby dokładnie zbadać polecił na miejscu położenie rzeczy.

Dep. Dr Czerkawski Julian wytyka komisyi, że wogóle po macoszemu obchodzi się z Galicyą pod względem nakładów na budowle wodne. Metoda jest taka, że za mało się Galicyi przyzwala, a gdy się nie zużyje przyzwolonych kwot, które dlatego, że są za małe, byłyby w razie użycia po prostu wyrzucone, wtedy zastawia się komisya tem, że Galicya oto nie zdolna spotrzebować nawet tego, co jej się przyzwala. Za rzetelność w rozporządzaniu pieniędzmi spotyka ją jeszcze zarzut. Mówca wnosi, aby cztery pozycye dotyczące Wisły, Sanu, Dunajca i Wisłoki przyjąć przynajmniej w tej wysokości, jak wnosił rząd, a nie w okrojonej, jak wnosi komisya budżetowa, a więc w wysokości 167,000, a nie 155,000 złr.

Sprawozdawca specyalny Giskra w zajadły sposób zwraca się przeciw wywodom p. Czerkawskiego. Komisya zniżyła kwotę zażądaną przez rząd o złr. 12,000 i to jeszcze kwotę tak znaczną, jaką jest 167,000 złr., tak że pozostaje 155,000 złr. Takiego dopuściła się komisya niesłychanego mordu na młodziankach galicyjskich. Rozpatrzywszy zaś bliżej szczegóły postępowania komisyi, przekonamy się, że wszędzie przyzwolono tyle, ile na rok bieżący, a tylko pozycyę na Wisłokę zniżono o 2,000 złr. Ten jest morderczy uczynek komisyi. Wymazała zaś komisya te 12,000 złr. nie dla zasady zaokrąglenia, lecz dla zasady oszczędności.

W głosowaniu odrzucono wniosek Czerkawskiego; za nim głosuje cała prawica wraz z świętojurcami i p. Mieroszowskim. Przyjęto wnioski komisyi.

Tytuł 10: „Nowe budowle i znaczniejsze administracye" zawiera w 4ch paragrafach tylko wydatki nadzwyczajne razem w ilości 12,000 złr.

W kwocie tej mieści się dla Galicyi 1400 złr. należących się Bankowi narodowemu z domu dawniej Młockiego we Lwowie, w którym mieści się namiestnictwo.

Rząd wnosił jeszcze o przyzwolenie 100,000 złr. jako nowego kredytu (prócz 100,000 złr. nieużytych a przyzwolonych na r. 1875) na wybudowanie północnego skrzydła gmachu namiestnictwa we Lwowie. [illegible] cały ten nowy kredyt, mo-[illegible]

„Wedle [illegible] dowy, kosztorys [illegible] wynosi około 600,000 złr. Budowa ma być podzielona na trzy okresy a na pierwszy okres, w którym ma stanąć skrzydło na pomieszczenie biur namiestnictwa, domaga się rząd, oprócz nieużytego jeszcze kredytu z r. 1875 w ilości 100,000 złr., dalszej jeszcze kwoty w ilości również 100,000 złr. Należy jednak nadmienić, że nasamprzód projekty bud[illegible] nie są jeszcze stanowczo ułożone, że dalej obrachunki co do kosztów nie są przeprowadzone wyczerpująco. Na wybudowanie najniezbędniejszej części projektowanego skrzydła wystarczyć może kwota pozostała z r. 1875, tak że potrzeba tylko przewidzieć w ustawie finansowej; żeby kredyt w ilości 100,000 złr. z roku 1875, ustający z końcem czerwca r. 1877, przedłużony był aż do czerwca r. 1878, a dopiero w budżecie na r. 1878 trzeba będzie zamieścić odpowiednią kwotę na dalszą budowę."

Tyle o pozycyach wnoszonych przez rząd na namiestnictwo lwowskie.

Razem domagał się rząd w tym tytule 112,000 złr. Komisya, strąciwszy właśnie tylko pozycyę na budowę gmachu namiestnictwa lwowskiego, wnosi o przyzwolenie tylko 12,000 złr. czyli o 25,000 mniej niż przyzwolono na r. 1876.

Tytuł ten przyjęto bez dyskusyi.

Również bez dyskusyi uchwalono tytuł 12: „Koszta na telegrafy", w ilości 10,000 złr., podczas gdy rząd domagał się kwoty przyzwolonej na rok 1876, tj. 12,000 złr.; oszczędność wynosi tu przeto 2000 złr.

Dział drugi rozdziału VII mówi o dochodach, które rząd preliminuje w wysokości 1,104,494 złr., podczas gdy na r. 1876 uchwalono je w wysokości 1,108,800 złr; niedobór przeto w porównaniu, z rokiem bieżącym wynosić miał wedle preliminarza rządowego w roku przyszłym 4,306 złr., a ponieważ komisya dla zaokrąglenia preliminuje dochody te o 94 złr. niżej od preliminarza rządowego, przeto niedobór ten wynosić będzie 4,400 złr.

W dyskusyi zabiera głos tylko dep. Kronawetter, by wnieść rezolucyę w sprawie naruszonej, jak mu się zdaje, własności krajowej co do funduszów

---

Część literacko-artystyczna.

MOWA

Rektora Uniwersytetu Jagiellońskiego Dra Zolla

podczas immatrykulacyi uczniów tego Uniwersytetu d. 11 grudnia.

Panowie!

Już to po raz drugi spada na mnie miły obowiązek odebrania od młodzieńców, wstępujących w grono obywateli akademickich wszechnicy Jagiellońskiej przyrzeczenia sumiennego wypełniania powinności swoich i zastosowania się do przepisów akademickich. Chwila ta jest w życiu Waszem bardzo ważną, ważniejszą, niżby się na pierwszy rzut oka być zdawało, gdyż obowiązki, które na siebie przyjmujecie, nie są łatwe a słowo, którem się wiążecie jest słowem honoru, jest słowem obywatelskiem, oddanem władzy akademickiej przez obywateli akademików. Tem bardziej więc poczuwam i ja się do obowiązku zwrócenia uwagi Waszej na ważność tej chwili i wskazania zakresu, w którym, jakoteż sposobu, w jaki obowiązki Wasze spełniać powinniście.

Już przy wpisie otrzymaliście Panowie książeczkę, zawierającą przepisy, do których każdy akademik pod rygorem rozmaitych następstw przykrych zastosować się powinien, jestem więc przekonany, że każdy z Was przepisy te przeczytał i że mówić o nich na tem miejscu niepotrzebuję. Zresztą przepisy te, mając na celu zewnętrzne więcej formy, do których akademicy stosować się powinni, nie wnikają w samą wewnętrzną i najistotniejszą stronę życia akademickiego, bo też wobec przyjętej zasady wolności nauczania i uczenia się tej strony dotykać niemogą. Mnie zaś, Panowie, idzie o odsłonięcie tej właśnie strony, mnie idzie o podniesienie takich obowiązków, które są prostym wynikiem celu, jaki każdy akademik, wstępujący w progi Uniwersytetu, ma wytknięty przed sobą i których niemniej przestrzegać powinien, jak owych zewnętrznych form, przepisami akademickiemi objętych.

Cel ten zaś schodzi się zupełnie z celem, w jakim Uniwersytety bywają zakładane, z celem, który, jak wiadomo, polega na udzielaniu i rozwijaniu umiejętności w najwłaściwszem słowa tego znaczeniu. Różnica zachodzi tu tylko ta, że kiedy Uniwersytet posiada i podaje środki do urzeczywistnienia celu owego służące, uczniów zadaniem jest, korzystać z tych środków, przystąpić z całym zapałem młodzieńczym do przyswojenia sobie udzielanych im nauk i założyć w taki sposób silny grunt dla przyszłych prac, przez które na stanowisku obywatelskiem w jakimbądź zawodzie krajowi i narodowi swemu służyć będą powołani.

Tego zadania dopełnić możecie Panowie tylko za pośrednictwem usilnej i niezmordowanej pracy w obranym dowolnie zakresie nauk i umiejętności. Od pracy tej rozpoczyna się, na niej polega i kończy się Wasz pierwszy i najważniejszy obowiązek. Tę zasadę powinniście też bezustannie mieć przed oczyma, od niej nienależy Wam odstępować ani na krok, a przyrzeczenie oddane nam dzisiaj uważać powinniście za przysięgę, której złamanie ciężkiem byłoby przewinieniem wobec sumienia Waszego, wobec instytucyi, której staliście się członkami i wobec narodu, którego jesteście synami.

Wszakże naród ten całą swoją nadzieję pokłada w Was, Młodzieży, wszakże on upatruje w Was przyszłych mężów, mających zająć najważniejsze stanowiska w kraju i powołanych zatem do przodowania mu. Warunki zaś, w których obecnie zostajecie, są Wam tak przychylne, iżbyście najmniejszego zaniedbania się niczem usprawiedliwić niebyli w stanie.

Stara Jagiellońska szkoła, która mimo liczne przeciwności, z jakiemi nieraz walczyć musiała, przetrwała wieki i wychowała tyle pokoleń, postępuje w kierunku, który zwolna przywrócić może dawną jej świetność i dawną sławę. Wspólnym celem, wspólną pracą połączony z nią dzisiaj drugi Uniwersytet, który także za pośrednictwem języka ojczystego szerzy światło nauki w wschodniej części naszego kraju. W jedynej wreszcie na cały świat polskiej Akademii umiejętności, którą zawdzięczamy łasce wspaniałomyślnego i Najdostojniejszego Monarchy naszego pozyskaliśmy najwyższą instytucyę naukową, około której skupiają się wszyscy polscy mężowie nauki, usiłując pracami swemi wyposażyć literaturę ojczystą w ten sposób, iżby naród nasz w dzisiejszej umiejętności takie same zdobył sobie stanowisko, jakie mu od dawna przyznane zostało w dziedzinie poezyi i sztuki.

A więc od Was samych, moi Panowie, zależy teraz, czy chcecie z warunków tych korzystać, czy chcecie mianowicie pracą wytrwałą okazać światu, iż pojmujecie głębokie znaczenie pierwszego Waszego obowiązku obywatelskiego i sumiennem spełnieniem jego dajecie narodowi rękojmię, że tem pewniej kiedyś liczyć może u Was na zupełne przejęcie się przyszłemi Waszemi nierównie ważniejszemi obowiązkami obywatelskiemi.

W każdym dniu, moi Panowie, powinniście sobie zadać pytanie, czyście go użyli odpowiednio do wskazanego Wam celu, czyście go nie zmarnowali na bezczynności albo na pracy powierzchownej, bezużytecznej. Przyzwyczaiwszy się za młodu do takiego obrachunku sumienia z sobą, sądzę, że zasady tej trzymać się będziecie i na przyszłość i że w każdym zawodzie ten zakres działania, jaki Wam będzie wskazany, wypełnicie jak najrzetelniej. Ależ bo to jedyny sposób, przez który położyć możecie prawdziwe zasługi dla narodu Waszego, postępując tą drogą, podniesiecie i rozwiniecie [illegible] zasób tkwiących w nim sił materyalnych i [illegible], wzmocnicie potęgę [illegible] jego, która [illegible] intelektualnego wszystkich jednostek, w je[illegible] skład wchodzących, a odźwierciadla się najwięcej w dziełach wydanych na polu nauki i umiejętności.

Mając ciągle na względzie ten pierwszy obowiązek usilnej, wytrwałej i poważnej pracy w zakresie, wskazanym Wam przez cel, w jakim na Uniwersytet przybyliście, z łatwością już zdołacie zadośćuczynić i drugiemu obowiązkowi, o którym teraz mówić zamierzam, a który polega na ścisłem przestrzeganiu i nieprzekraczaniu granic owego zakresu.

Gdybym, Panowie przemawiał nie wyłącznie do Was, ale do wszystkich zajmujących dzisiaj w kraju stanowiska urzędowe i obywatelskie, a narzekających często na szczupły zakres działania, jaki mają sobie wskazany, tobym każdego z nich zapytał najprzód, czy też, zanim podniósł słuszne zresztą skargi swoje, wypełnił wszystko to, co mu bodaj i w tym szczupłym zakresie wypełnić należało, czy może twierdzić, iż żadną miarą niczego więcej uczynić tam nie był w stanie. Sumienna odpowiedź w wielu przypadkach byłaby zapewne niebardzo zadawalniającą. Ja też w życiu naszem publicznem nieraz upatruje w tem pewną niewłaściwość, że zanim przystąpimy do ścisłego i rzetelnego wypełnienia przyjętych obowiązków, pierwej jeszcze oglądamy się na rozszerzenie wskazanego nam zakresu działania i że myśląc, jakby to było, gdyby można działać po za jego granicami, zaniedbujemy czynić to, do czego w zakreślonych nam granicach jesteśmy powołani.

Od takiego zapatrywania się chciałbym przedewszystkiem odwieść Was, Panowie, bo też w żadnem kole postępowanie podobne niemogłoby tyle przynieść szkody, jak w kole młodzieży, poświęcającej się nauce. Dla niej granice, wśród których pełnić ma swe obowiązki, od dawna i wszędzie wytknięte są te same. Każde przekroczenie tych granic wprowadza ją na tory niewłaściwe i staje na zawadzie wypełnianiu najistotniejszych jej powinności. Przyczyna tego jest bardzo prosta. Młodzież już z natury głównie powoduje się sercem i uczuciem — zimna rozwaga, należyte uwzględnienie wszelkich okoliczności pewnego zdarzenia, miejsca i czasu — wszystko to są rzeczy, których młodzież nielubi brać w rachubę, a jednak one właśnie stanowią podstawę do ocenienia i rozstrzygania wszelkich kwestyi, stykających się z właściwem życiem obywatelskiem. Jeżeli zaś niepotrzebne [illegible]tanie sobie głowy podobnemi kwestyami na każdą m[illegible]ież akademicką szkodliwy tylko wywrzeć może wpływ, to tem niebezpieczniejszym okazałby on się wobec Was, Młodzieży polska, która z przyczyn bardzo naturalnych w ocenianiu wszystkiego co leży po za granicami wskazanego jej zakresu, pyta jedynie gorącego serca swego a wiedziona choćby najszlachetniejszem uczuciem przez nierozważne postępowanie bezwiednie naraziłby mogła nietylko siebie, ale kraj i naród na bardzo smutne następstwa.

Moi Panowie, ktokolwiek spoglądnie na nasz kraj i wszystkie w nim się znajdujące instytucye, ktokolwiek porówna stan jego dzisiejszy ze stanem, w jakim był przed niedawnemi laty, ten musi przyznać powolny wprawdzie ale tem pewniejszy rozwój jego w każdym niemal kierunku. Rozwój ten odbywa się na podstawie narodowej pod przychylnem okiem władz rządowych i wobec tylokrotnie okazanej nam życzliwości Najłaskawszego Monarchy naszego. Nie dziw też, jeżeli węzeł, który dzisiaj kraj nasz łączy z Monarchą, nie jest tylko węzłem wierności, prawem wskazanej, ale węzłem prawdziwego, z serca płynącego przywiązania. Jednakże rozwój, o którym wspominałem, porównaćby można z świeżo wyrastającą rośliną, potrzebującą ciągłego i troskliwego pielęgnowania, a szczególniej chronienia jej od wszystkiego, coby ją złamać lub zniszczyć potrafiło. A gdy naród nasz, jak wiadomo, nie jest otoczony samemi przyjaźnemi mu żywiołami, tem większą wskazana jest ostrożność, tem większa rozwaga a największa w czasach burzliwych, połączonych z jakiemikolwiek wstrząśnieniami politycznemi.

Panowie! stoimy może w przededniu ważnych tego rodzaju wypadków, które da Bóg, ani nie narażą na szwank monarchii, do której należymy, ani nie zepchną kraju naszego z drogi prawidłowego rozwoju organicznego. Jednakże wypadki takie zwykły silnie oddziaływać na umysł młodzieńczy, zwykły elektryzować młodzież a tem samem odwodzić ją od właściwego jej zadania. Młodzież polska powinna więc z całą siłą oprzeć się wszelkim prądom tego rodzaju, ona pomną być winna nietylko przyszłych obowiązków, jakie przez pobieranie nauk zaciąga względem swego narodu ale i zgubnych następstw, jakie krokiem nierozważnym sprowadziłby mogła na siebie i na kraj cały.

Wprawdzie jestem pewny, że słowa, które wypowiedziałem, tkwią także w Waszem przekonaniu, ale znając serca młodzieży, znając jej gorące uczucia, miałem sobie za święty obowiązek, w dzisiejszej chwili uroczystej, ostrzedz Was przed wszelkiemi pokusami, odzianemi nieraz w szaty nader ponętne lub na pozór niewinne, a to tem więcej, iżbym się najgorzej odwzajemnił za okazane mi tylekroć szczere przywiązanie ze strony młodzieży uniwersyteckiej, gdybym właśnie w czasach krytycznych nie stanął obok niej i otwartem słowem nie podał jej przyjacielskiej rady, która tak dobrze jest wynikiem głębokiego mego przekonania, jak jest wyrazem serdecznej mojej ku Wam życzliwości.

A więc, młodzi przyjaciele, zabierajcie się do pracy naukowej, przełamujcie trudności, jakieby z nią były połączone, pomnijcie, że praca ta zjedna Wam kiedyś stanowisko, na którem wielkie dla kraju i narodu Waszego położyć będziecie mogli zasługi. Pomiędzy sobą bądźcie połączeni silnym węzłem koleżeństwa, opartem na wzajemnej miłości braterskiej, a jedynie współzawodnictwo, jakie w kołach Waszych powstać powinno, niech będzie współzawodnictwem pracy. Sami też pomiędzy sobą takim kolegom przyznajcie pierwszeństwo i tych naśladujcie, którzyby się pracami naukowemi odznaczali i już teraz na tem polu zasługiwali.

Postępując tą drogą, nietylko kiedyś błogie zbierzecie owoce, ale przyczynicie się także do podniesienia blasku prastarej szkoły Jagiellońskiej, tej drogiej od praojców przekazanej nam pamiątki, a bądźcie pomni słów wieszcza, niegdyś profesora tej szkoły, iż

. . . . . jest wiara taka,
Że póki w ziemi *Alma mater* stoi,
Bóg nie odwróci jeszcze twarzy swojej,
Bo póty jeszcze przędzie się nić złota,
Wiary i światła! dziejów i żywota.

niektórych zawiadowanych przez namiestnictwa w Wiedniu i w Pradze.

Rezolucyę tę przyjęto i przekazano komisyi budżetowej.

Dział dochodów także uchwalono wedle wniosków komisyi, a w ten sposób cały budżet ministerstwa spraw wewnętrznych uchwalony i załatwione niektóre petycye, między któremi niema żadnej z Galicyi.

Następuje rozdział VIII: „Ministerstwo obrony krajowej“, które w 7 tytułach obejmuje razem w wydatkach zwyczajnych 7,517,600 złr., w wyd. nadzwyczajnych 868,900 złr.

Rząd wnosił o przyzwolenie w wyd. zw. 7,570,900 złr., w wyd. nadzw. 868,900 złr. Komisya, nie tykając wydatków nadzwyczajnych, zniżyła wydatki zwyczajne, i to tak, że wnosi o przyzwolenie wogóle 55,300 złr. mniej niż przyzwolono na r. 1876.

W dyskusyi dep. Dr Harant podnosi sprawę polepszenia żywności żołnierzom, wytykając, jako niesłusznie jest, by n. p. tak biedny chłop galicyjski był nietylko bezpośrednio opodatkowany na krwi i mieniu, lecz i pośrednio przez to, że musi wspierać syna, który w służbie wojskowej mrze z głodu. Mówca bardzo gorąco ujmuje się o krzywdy żołnierzy i ludności i pragnie rychłego zaradzenia temu.

Z innych mowców dep. X. Fischer uskarżał się na objawy nietolerancyi w wojsku przeciw żołnierzom katolickim. Nie chcąc zapuszczać się w szczegóły, zwraca na to uwagę rządu i wyraża nadzieję, że w przyszłości do skarg podobnych nie będzie miał powodu.

Dep. Seidl przemawia przeciw rozciąganiu obowiązku służby trzyletniej na wszystkich bez różnicy żołnierzy.

Dep. Heilsberg każe ministrowi pamiętać o oszczędnościach jako o obowiązku w czasach dzisiejszych i stawia wniosek, by z każdego tytułu wydatków, z wyjątkiem żandarmeryi, obciąć jeszcze cośkolwiek. Mówca formułuje swój wniosek wedle zasady zaokrąglenia tak, że np. przy jednym tytule chodzi mu o wykreślenie tylko 300 złr., ale przy innych tytułach zaokrąglenie to zniżyłoby wydatki np. o [illegible] złr. Wszystkie razem zaokrąglenia w wniosku Heilsberga wynoszą 124,500 złr.

Minister obrony krajowej p. Horst odpowiada Heilsbergowi, że preliminarze jego posunięte są już do ostatnich granic oszczędności, o czem świadczy już ta okoliczność, że są w wydatkach znacznie niższe od preliminarzy poprzedników, tak, iż nieraz komisya tu i owdzie ma wątpliwości, czy preliminowana kwota wystarcza. Obowiązku zaś nikt przypominać mu nie potrzebuje, bo poczucie jego nosi sam w sobie. Co się tyczy przemówienia dep. Haranta o polepszeniu żywności, minister mówił coś o podziałach terytoryalnych w armii czy w rekrutacyi, czego — wyznać mi przychodzi — nie zrozumiałem. Dep. X. Fischerowi odpowiada, że odpowiedzieć nie może, nie mając podanych sobie przez mówcę szczegółów, tylko ogólnikową skargę na nietolerancyę. Tyle jednak zdaje się ministrowi, iż nigdzie nie ma tyle tolerancyi, ile właśnie w armii; wynika to z natury rzeczy, bo wszyscy żołnierze noszą w sobie to poczucie służenia jednej idei, które gładzi między niemi różnice wyznaniowe i nie dopuszcza np. wstrętu na myśl, że mogliby w jednym wszyscy razem legnąć grobie.

W głosowaniu wniosek Heilsberga upada; wszystkie tytuły uchwalono wedle wniosków komisyi.

Bez dyskusyi uchwalono dział dochodów, który wynosi w dochodach zwyczajnych 25,000 złr. w dochodach nadzw. 10,694 złr.

Stawiono wniosek o zamknięcie posiedzenia. Wniosek ten przyjęto jednogłośnie.

W chwili, gdy wszystko zrywa się z miejsc, minister oświecenia Stremayr czyta odpowiedź na dwie interpelacye, z których pierwszej z powodu wrzawy nie można zrozumieć; druga dotyczy obsadzenia wakansów przy kapitule ołomunieckiej. Minister stwierdza, że podobnych spraw nigdy się nie załatwia bez orzeczenia najwyższej w Kościele powagi, ztąd zwłoka w tym wypadku, który zresztą niedługo już ostatecznego załatwienia swego czekać będzie.

Koniec posiedzenia o godz. 3 minut 35. — Następne jutro.

Londyn 7 grudnia.

Ostatnia mowa ks. Bismarka jest tu przedmiotem ciągłych komentarzy. Między stu wersyami jakie obiegają, jest jedna, która znajduje najwięcéj wyznawców, to jest, że kanclerz niemiecki stawia Carowi bewzględną tamę do dokonania zdobyczy. Są prawie w powietrzu pewne ślady, że Anglia i Rosya są w trakcie lepszego niż kiedykolwiek porozumienia. Wierzą tu w wojnę między Rosyą i Turcyą, lecz powszechne jest zdanie, że Anglia nie będzie potrzebować mieszać się w nią, gdyby nawet Rosya zajęła Bułgaryę. Nasze interesa są na południe Bałkanu, mówią Anglicy, i w ogóle ograniczone są do Konstantynopola.

Lord Beaconsfield, który ze wszystkich ministrów zna najlepiéj Rosyę, chciał zmusić gabinet do wydania natychmiast wojny Rosyi, jak tylko wojska jéj przekroczą Dunaj, lecz osobiste zapatrywania tego ministra, nie są decydujące. Pozycya jego w ogóle nie jest do pozazdroszczenia w téj chwili. Chciał on ocalić urok W. Brytanii i dopomódz Austryi i Turcyi zgnieść wspólnego nieprzyjaciela na północy. Było to jego ambicyą. Zbyt on nagle podniósł diapozon, koledzy szli z nim zrazu ręka w rękę, lecz kraj jest oględny i waha się jeszcze i pod wpływem deklaracyj i doktryn rozkładowych nie chce rzucać się w wojnę, zanim własne jego interesa i to w sposób rzec można dotykalny — nie zostaną zagrożone.

Lord Beaconsfield znalazł się więc trochę opuszczonym i gabinet mniéj ulega jego wpływom, niż wpływom lorda Derby i lorda Salisbury, którzy osobiście bardzo są z sobą ściśle połączeni i zgodnie zopatrują się na politykę zagraniczną.

Wielki *meeting* w kwestyi wschodniéj, który ma się odbyć jutro, jest bardziéj sprawą stronnictwa jak żeby mógł w Anglii mieć prawdziwą ważność. Lękać się należy, aby jego charakteru źle nie pojęto zagranicą. Fakt że lord Granville i lord Hartington odmówili w nim udziału, winien być skazówką prawdziwego znaczenia tego *meetingu*, który się odbędzie, aby postawić na widowni p. Gladstona i radykałów. Jednakże p. Józef Cowles, jakkolwiek jest radykałem w parlamencie, miał odwagę napiętnować *meeting* jako antipatryotyczny. Rozumie się, że torysi równie jak członkowie stronnictwa liberalnego, przeciwni są temu ruchowi niewłaściwemu i w gruncie nierozsądnemu.

Czytając list p. Carlyle wielkiego kapłana obrzędów „siły powodzenia“ rzec można, że nie ma nic dla niego po za pięścią; żelazna wola wystarcza, aby otrzymać patent na świętego. Nie można się dziwić, że pióro sławnego panegirzysty wzniosło piedestał ks. Bismarkowi między Piotrem i Fryderykiem W.

Prasa angielska, która wszystkiego dotyka, wyjąwszy bożków swojéj klienteli, wstrzymała się roztropnie od zaznaczenia niebezpieczeństw, jakiemi zagrażają teorye historyka ulubieńca wielkich mas; powodzenie ma swą nietykalność i nienaruszalność jak dyplomaci, a p. Carlyle korzysta z niéj do tego stopnia, że nikt po téj stronie kanału nie śmiał zaczepić jego prozy prusofilskiéj, a gdyby się nawet kto odważył, znalazłby drzwi zamknięte do dzienników wszelkich odcieni.

P. Carlyle nazywa niezdrowemi wszelkie dążności lorda Beaconsfield pogrążenia Anglii i świata w straszne wojny i to tylko dla pięknych oczu Turcyi; nazywa wojnę krymską szaleństwem a politykę ówczesną głupstwem. Lecz żądając natychmiastowego i ryczałtowego wypędzenia Turków z Europy, zdaje nam się iż zapomina, że Europa nie jest Bismarkiem a Turcya biskupami katolickiemi.

Niechaj Europa ogłosi autonomię prowincyj chrześciańskich, niech wyzwoli państwa lennicze z poniżającéj zależności, mało na tem zależy, że bladnący półksiężyc pysznić się jeszcze będzie z jaki wiek w Konstantynopolu, jeżeli znajdzie po temu siłę i środki.

Oswobodzony z jarzma żywioł chrześciański, który potrafił wzmódz i rozwinąć się wśród najstraszniejszych prześladowań, niebawem zapewni sobie ponieką przewagę na Wschodzie, zleje i upodobni ze sobą wszystko co dotąd stało naprzeciw siebie. Zetknięcie się przeciwnych żywiołów przyczyni się do pobudzenia do żarliwości i działalności chrześcian.

Leczy gdyby „the wholesale expulsion“ Turków była wykonalną, jest jeszcze niebezpieczniejsza strona w programie Carlyla, to jest udział jaki przypisuje Prusom i p. Bismarkowi, swoboda, z jaką mówi, o naturalnem ciążeniu niemieckich poddanych cesarza Franciszka Józefa ku cesarstwu prusko-niemieckiemu; lecz kwiatem tych halucynacyj jest p. Bismark.

Gdzież p. Carlyle odgrzebał wspaniałomyślność sławnego męża stanu pruskiego? Czy w kwestyi duńskiéj podczas anneksyi, czy w Hanowerze, Hesyi [illegible] 1870 roku, w sporze kanclerza z Rzymem, w haniebnem prześladowaniu Polaków lub w sprawie Arnima?

Prasa niemiecka mniéj ciekawa, poprzestała na podniesieniu pana Carlyle, i nie potrzeba mówić, że list jego przyjemnie połechtał miłość własną licznych wielbicieli, jakich naturalnie p. Bismark liczy w cesarstwie, którego może się nazwać twórcą. Lecz jeżeli wyraz wspaniałomyślność jest dalszym ciągiem kadzideł panegirzysty dla Fryderyka W., p. Carlyle sprzeciwia się sobie twierdząc, że p. Bismark „nie ma żadnego interesu w sprawie wschodniéj i że to przeznacza go bardziéj niż kogokolwiek na arbitra; lecz mówiąc szczerze p. Bismark który stworzył teraźniejsze Niemcy, nie może obojętnem patrzeć okiem na rozwiązanie pana Carlyle, który mówiąc że 9 milionów Austryaków ciąży ku Prusom, stawia tylko hipotezę, gdyż p. Bismark może się spodziewać bardziéj bezpośredniego rezultatu ze starcia się angielsko-rosyjskiego. Założyćby się więc można o wiele, że *arbiter mundi* pana Carlyle nie da się wymknąć téj pięknéj sposobności, by łowić w mętnéj wodzie, i wątpię czy p. Bismark przez wzgląd na swoją wyraźną antypatyą do wszystkiego co pachnie Rzymem, zdecyduje się zawołać: *Pax vebiscum.*

Konstantynopol 7 grudnia.

Żaden nowy fakt nie zaszedł od ostatniego tygodnia. Porta zamianowała dwóch delegowanych do konferencyi: Sawfeta paszę i Edema paszę ambasadora w Berlinie. Sawfet pasza minister spraw zagranicznych zbyt jest znany, abym potrzebował skreślać wam jego biografię. Edem pasza mniéj może znany czytelnikom, jest rodem z Chio. Przywieziony do Konstantynopola w epoce rzezi w r. 1821, umieszczony został w pałacu jako paź Sułtana. Pozyskał on sobie względy dostojnego swego pana, który go wysłał później w charakterze *attaché* ambasady do do Paryża, gdzie chodził na wolne kursa do szkoły centralnéj. Był z kolei ministrem spraw zagranicznych, ministrem robót publicznych i handlu, gubernatorem Albanii i Tessalii.

Edem pasza pisze i mówi płynnie po francusku i z tego powodu będzie W. Porcie bardzo użytecznym na konferencyi.

Była mowa zrazu o Midacie paszy jako pierwszym pełnomocniku, lecz prace nad projektem konstytucyi i starania, jakich wymagać będzie jéj zastosowanie, wyczerpują czas prezesa Rady stanu i niedozwalają mu poświęcić się w zupełności konferencyi. Z tego jak sądzę jedynego powodu, wybrano ministra spraw zagranicznych jako pierwszego pełnomocnika, a Edema pasza jako specyalnego delegata. Mniemają że margr. Salisbury będzie prezesem konferencyi. Jeżeli Rosya nie będzie stawiać przeszkód temu wyborowi, będzie to skazówką, że gabinet petersburski pragnie szczerze porozumienia z gabinetem londyńskim.

Prywatne moje informacye stawiają mnie w możności zapewnienia was, że od dni kilku postawa ambasadora angielskiego zmieniła się w duchu sprzyjającym zgodzie z jenerałem Ignatiewem. Sir Henry Elliot rozwija w ostatnich dniach działalność nieznaną dawniéj. Widzieć go można ciągle przeieżdżającego z W. Porty do pałacu ambasady, to znów z pałacu do W. Porty: widuje się z kolei z Sułtanem, wielkim wezyrem, Midatem paszą i Sawfet paszą, tłómacząc im przymus, jaki trudności sytuacyi narzucą Anglii na konferencyi, i potrzebę, w jakiéj ewentualnie znaleść się może, uczynienia poświęceń, aby nie krępować przebiegu rokowań i uczynić zgodę możebną. Język tego ambasadora odżywił w tutejszych kołach dyplomatycznych nadzieje pokoju, i twierdzą nawet, że jenerał Ignatiew powiedział, „Przed dwoma tygodniami pokój miał dziewięćdziesiąt szans przeciw sobie, a dziś ma tylko pięćdziesiąt.“ Lecz trzeba się mieć na ostrożności przed egzageracyami, zkądkolwiek one pochodzą, i nie mieć nieograniczonéj ufności w pokojowe załatwienie kwestyi, załatwienie, które niezależy wyłącznie od Anglii lub Rosyi, lecz także od postawy, jaką przybierze W. Porta wobec żądań jenerała Ignatiewa. Ta zmiana polityki angielskiéj w przeddniu zebrania się konferencyi, jest jednak wielkim krokiem na drodze uspokojenia. Czy W. Porta uchyli głowę i pozwoli sobie dyktować warunki pokoju?

Pytaniu temu odpowiadają przygotowania wojenne Seraskierat rozpuszcza bataliony ochotników na żądanie sir Elliota, lecz ochotnicy rozpuszczeni z jednej strony, powoływani są z drugiej i wcielani do armii regularnej. Napływ redyfów z ostatniego powołania jest znaczny; wysiada wielka ich liczba na ląd, przebywając miasto europejskie z sakwą płócienną na plecach, stanowiącą cały ich majątek. Są oni po większej części boso i w łachmanach. Seraskierat uorganizuje w Konstantynopolu 60 batalionów redyfów, a wybór stolicy na to, tłómaczy się bliskością ewentualnego teatru wojny.

Zaczynają fortyfikować wąwozy Bałkanu; robotami kierują oficerowie inżynieryi angielskiéj, a w pewnej liczbie inżynierowie francuscy i polscy.

Sprawiedliwość przemogła wreszcie opór seraskiera i Chefket pasza który niedawno zorganizował manifestacyę na cześć jenerała Klapki, ma sobie wytoczony proces za haniebną rolę, jaką odegrał w represyi bułgarskiej, rolę, która go skazywała na zemstę publiczną. Komisya śledcza wyjechała w tym celu do Sliwna.

Kair 3 grudnia.

Depesze przychodzące z Europy elektryzują od czasu do czasu tutejszą publiczność, nie dla swej politycznej ważności, lecz jedynie z powodu wpływu, jaki mieć mogą na kursa papierów i układ zawarty z towarzystwem francusko-angielskim. Nie o to więc chodzi, czy Egipt będzie zmuszony iść w ślady Turcyi, czy w razie wojny spełni powinność kraju lenniczego, ale czy wice król nie skorzysta z zawikłań w Europie, by się wydobyć z pod narzuconej mu nowej opieki i czy otwarty mu świeżo kredyt nie pociągnie za sobą nowych bankructw i jeszcze większej katastrofy finansowej. W hotelu, w którym mieszkam, przebywa wielu przemysłowców z Aleksandryi i Kairu, zrujnowanych zawieszeniem wypłaty bonów, a razem przedstawiających ogromny kapitał. Dzień i noc, jak w biórze telegraficznem odbywa się nieustannie wymiana depesz: przy stole na terasie w salach, słychać jak na bursie, same tylko cyfry, obliczenia, kombinacye finansowe: „Renta spadła. Pożyczka się podniosła. W Paryżu mają nadzieję utrzymania pokoju. Układ Goeschena dobre zrobił wrażenie w Londynie.“ Czasami wszczynają się dysputy, żywo ścierają się zdania, najróżnorodniejsze wychodzą na wierzch opinie, ale ostatecznie wszyscy zgadzają się na to, że zostali oszukani przez rząd egipski. Gdyby wice król słyszał te niekończące się nigdy rozmowy, dowiedziałby się, jakiej używa reputacyi między kolo[illegible]

Trzeba jednak być sprawiedliwym. Wice król przez szalone wydatki, najdziwaczniejsze operacye finansowe, ambitne dynastyczne projekta, źle obrachowaną politykę, zrujnował i kraj i siebie. Siebie nadto, może powiedzieć, bo mię zapewniają z bardzo dobrego źródła, że wielkie kapitały złożone w bankach angielskich, dają mu rękojmię spokojnej przyszłości z całą rodziną, w razie przewrotu na Wschodzie, i że w tej nawet chwili, w obec braku pieniędzy i zachwianego kredytu, bardzo duże kapitały spoczywają w prywatnej kasie Izmaila paszy. Kraj jednak jest zrujnowany, przemysłowi europejskiemu zadano cios ogromny. Z drugiej strony przyznać trzeba, że ten przemysł nie miał zawsze w Egipcie przedstawicieli nieskazitelnej uczciwości. Kiedy finanse tutejsze przed sześciu lub siedmiu laty zaczęły budzić obawy, a Chedyw nie zważając na położenie kraju, nie obliczając się z własnemi siłami, rozpoczynał nierozważne przedsięwzięcia, pojawiło się mnóstwo większych i mniejszych kapitalistów europejskich, którzy pod uciążliwemi bardzo warunkami dla wice króla, przychodzili mu w pomoc, gdy dochody państwowe wystarczały na zaspokojenie dawniejszych zobowiązań. Tym sposobem wytworzyło się mnóstwo w Aleksandryi i Kairze banków i bankierów, z firmą i bez firmy, i ci obok poważnych domów, prowadzili handelek *sui generis*, o którym trudno dać wyobrażenie komuś, co nie był w Egipcie i nie zna tej dziwnej organizacyi majątku państwa i majątku rodziny panującej, zlewających się zawsze w jedno, gdy idzie o wybawienie z kłopotów finansowych Izmaila paszę. Dług publiczny, pożyczki osobiste Chedywa, administracya *Dairy*, rozpoczęte przedsięwzięcia kolei żelaznych, kanałów i cukrowni, dawały pole do tysiąca kombinacyj, które mogły były i kraj zbogacić i przemysłowi europejskiemu zapewnić w Afryce rozwój i wpływ niezmierny, gdyby były prowadzone z rozwagą, uczciwością i dobrą wiarą.

Tych warunków brakowało im zawsze i to ze stron obu. Z jednej szło o zrobienie zyskownej spekulacyi, *per fas et nefas* dojście, do majątku bez długiej pracy, o zapewnienie kapitałowi 20 i 30 czasami 50 i 60 procentu, z drugiej przewidywano bardzo dobrze chwilę, w której nie będzie można iść naprzód i przyjdzie konieczność zawieszenia wypłat. Z obu więc stron grano, jak mówią Francuzi, *Au plus fin*, i pokazało się, że wicekról lepiej znał sytuacyę i z większą zręcznością pionki rozstawiał na szachownicy. Nie sądził tylko może, by Anglia tak gorąco do serca wzięła stracone kapitały, lub też przypuszczał, że grożąca Europie wojna będzie chwilą najkorzystniejszą do ogłoszenia bankructwa. Upadek tych domów greckich, włoskich i wszelkiego pochodzenia, wszelkiej narodowości, które wzrosły prawie w mgnieniu oka, nie byłby wielką klęską dla społeczeństwa, chociaż i one przedstawiają kapitały europejskie, ale obok ucierpiały bardzo domy poważne, dawno znane firmy, zmuszone dzisiejszem położeniem z wielkiemi stratami likwidować interesa. Znam np. przedstawiciela jednej z najpoważniejszych spółek przemysłowych francuskich, kierujących robotami ziemnemi, któremu rząd winien jeszcze blisko dwa miliony za wykopanie kilku ważnych kanałów i który za szczęśliwego się uważa, iż trzy lub cztery razy większej sumy nie ma do odebrania. Zakończę ciekawym epizodem tej właśnie sprawy doskonale malującym i Wschód i rząd egipski. W lipcu to samo przedsiębiorstwo francuskie miało zapewnioną wypłatę ostatniej raty; jego ajent przyjechał przed terminem, otrzymał od wice-króla obietnicę ukończenia interesu, lecz widząc, że z dnia na dzień zwlekają, postawił swe ultimatum ministrowi finansów, mówiąc, że wyjeżdża i że dłużej czekać nie może. Mufetisz, ten sam, który został niedawno skazany na wygnanie do Dongola, a który jeszcze wówczas posiadał całkowite zaufanie wice króla, z nadzwyczajnym pośpiechem kazał wydać weksel urzędowy, płatny na trzeci dzień od daty, gdyż jak mówił, nazajutrz kasa miała być cały dzień zajęta nadzwyczajnemi wypłatami. A właśnie nazajutrz wieczorem wyszedł dekret wice-króla zawieszający wszelkie wypłaty i weksel nie miał już żadnej wartości. Ajent pobiegł do ministra, czyniąc mu wymówki i wyraźnie dając poznać, że mu się ten żart wydaje niewczesnym. — „Jakto, odpowiedział Mufetisz, a nam się wydaje wyborny. Przyznaj Pan przynajmniej, żeśmy Cię doskonale wywiedli w pole“.

Sąd wyższy w Krakowie mianował bezpłatnymi auskultantami: Stanisława Gruszkę, Stanisława Grzybowskiego, Edmunda Hartmanna, Kazimierza Merkla, Karola Neumanna, Karola Rutkowskiego, Edwarda Schneidera i Dra Bronisława Wydrychiewicza.

Krajowa Dyrekcya skarbu mianowała kontrolorów podatkowych: Józefa Kaweckiego, Andrzeja Daniłowicza, Antoniego Bartoscha, tudzież adjunkta konceptowego Tomasza Jabłońskiego poborcami podatkowymi; zaś adjunktów podatkowych Józefa Jaworskiego, Józefa Bieńkowskiego, Henryka Fischera, Feliksa Dekordego i Władysława Baranieckiego kontrolorami podatkowymi

---

Wiedeń 11 grudnia. NPan przyjmował onegdaj w Peszcie prezesa gabinetu węgierskiego p. Tiszę i wspólnego ministra skarbu bar. Hofmanna. Według *Hona* p. Tisza rozwijał cesarzowi ponownie swoje zapatrywania o obecnem położeniu i upraszał go o decyzyę. *Naplo* natomiast opowiada, jakoby w kołach poselskich panowało mniemanie, iż przy tej sposobności Tisza usłyszeć miał z ust cesarza, że do zmiany rządu ani w Austryi, ani w Węgrzech nie ma powodu, i że oba teraźniejsze rządy, które doprowadziły do zgody w innych punktach, uregulować mają także kwestyę bankową. Wreszcie *Pester Lloyd* stara się wynik wczorajszej audyencyi w ten sposób określić, że sytuacya ze względu na sprawę bankową dotąd się jeszcze nie zmieniła. Zresztą w Peszcie mniemają, że jeszcze nie należy tracić nadziei, a to dla tego, że bar. Hofmann odłożył do poniedziałku swój powrót do Wiednia, chociaż ta zwłoka tyczy się w części i spraw zagranicznych. Równocześnie *Pest. Lloyd* mówi także o pogłoskach przesilenia gabinetowego w Austryi i Węgrzech, uważając je jednakże za bezpodstawne. W kołach peszteńskich mówią znowu o tem, że rozwiązanie sprawy bankowej nastąpi przez deputacye regnikolarne.

Odnośnie do chwilowej sytuacyi w Węgrzech czytamy w *Presse*: Według naszych korespondencyj z Budapesztu zapanowały tam jaśniejsze poglądy na różnice zdań w kwestyi ekonomicznej, a właściwie zapatrują się tam teraz na rzecz całą daleko jaśniej i trzeźwiej niż dzienniki węgierskie. Wzburzenie umysłów nie jest tak gwałtowne, jak to chce wmówić w świat dziennikarstwo węgierskie; opinia publiczna w węgierskiej stolicy ocenia należycie i sprawiedliwie trudności, z jakiemi mają do walczenia mężowie stojący u steru rządu austryackiego. Przedewszystkiem [illegible] bardzo pożądane nawiązanie dalszych rokowań, które zostały tylko na chwilę przerwane. Kwestya ekonomiczna może być załatwiona tylko za obopólnem porozumieniem obu ciał ustawodawczych monarchii. Wznowienie ugody ekonomicznej jest dla monarchii kwestyą żywotną, ale nie może ona nigdy stać się kwestyą osobistą i według naszych informacyj, nie zamierza nawet żadna z stron zejść na to pole. Z Budapesztu dochodzą nas ciągle wiadomości, że do chwili obecnej nie istnieje kwestya osobista. Zdania co do dalszej działalności nie są jeszcze wyjaśnione. Tyle tylko jest pewnem, że w Budapeszcie zrozumiano należycie, iż nie należy stwarzać położenia przymusowego. Uznano, że tak Austrya, jak Węgry mają zupełne prawo domagać się dla siebie ustępstw. W Budapeszcie nie wątpią już, że oba rządy wobec panującego usposobienia, nie mogą porzucić stanowiska zajętego. Z tego wypływa, że dalsze ugodowe postępowanie musi wyjść z obu ciał ustawodawczych. Takie przekonanie panuje w decydujących węgierskich kołach rządowych, które nie tają się z tem, iż nie będzie to rzeczą łatwą znaleźć sposób, zapomocą którego możnaby akcyę przenieść do parlamentów, bez wytrącenia jej z rąk obu rządów, do których należy inicyatywa. Ten *modus procedendi* musi być taki, ażeby obu rządom umożliwił zgodne działanie. W Budapeszcie szukają teraz takiego środka. Na każdy wypadek panuje po obu stronach dobra wola.

Sprawa wschodnia.

St. Pet. Wied. pod d. 25 listopada (8 grudnia) utrzymują, że dzięki wyjaśnieniom ks. Bismarka, co do postawy jaką zamierzają zająć Niemcy w razie wojny Rosyi z Turcyą, nadzieja zlokalizowania wojny coraz się bardziej utrwala; i chociaż niebezpieczeństwo powszechnego starcia nie jest jeszcze ostatecznie usuniętem, lecz przyszła wojna przedstawia się już dziś w postaci nie tak groźnej. „Wprawdzie Turcya czyni co może, aby wojna stała się powszechną, byłoby to bowiem dla niej niezmiernie wygodną rzeczą, lecz wobec postawy Niemiec wątpić można, czy starania dyplomacyi tureckiej, jakkolwiek zręczne i usilne, osięgną jakikolwiek skutek“. Opowiada następnie dziennik petersburski, że dyplomacya turecka usiłuje wciągnąć Austryę do wojny, starają się ją nakłonić do okupacyi; wie bowiem dobrze, że skoro monarchia Habsburgów wstąpi na śliską drogę interwencyi, starcie między Rosyą a Austryą będzie nieuniknionem. „Trzeba oddać sprawiedliwość dyplomatom tureckim, że działają bardzo zręcznie: Porta np. oświadczyła, że zajęcie Bułgaryi przez wojsko wyłącznie rosyjskie będzie przez nią poczytane za *casus belli*, lecz jeśli jednocześnie z okupacyą Bułgaryi przez wojska rosyjskie, Austrya zajmie Bośnię i Hercegowinę, takiej okupacyi wspólnej niepoczyta za powód do wojny, ponieważ Austryę uważa za państwo przyjazne sobie. Naturalnie, że w Londynie podzielają w zupełności to zdanie, lecz gabinet St. James idzie jeszcze dalej, żąda bowiem zajęcia przez wojska austryackie Serbii, a to dla powstrzymania tego księstwa od udziału w wojnie rosyjsko-tureckiej“. „Gdyby takie projekta miały przyjść do skutku — mówi w końcu dziennik petersburski — wojna między Rosyą a Austryą byłaby nieuniknioną, ponieważ Rosya w żadnym razie niemoże pozwolić na zajęcie Serbii przez wojska austryackie. Mamy wszelako nadzieję, że w Wiedniu zrozumieją prawdziwe znaczenie tego manewru turecko-angielskiego, dążącego do podburzenia przeciw siebie państw kontynentalnych, że się obejrzą na skutki i niedadzą się wciągnąć do tych niebezpiecznych machinacyj. Dla tego też powtórzymy znowu, cośmy powiedzieli w założeniu, że nadzieja zlokalizowania wojny coraz się bardziej utrwala“.

Poselstwo tureckie w Petersburgu ogłosiło w *Journal de St. Petersbourg* odezwę urzędową, w której zaprzecza kategorycznie doniesieniom podanym przez wszystkie prawie dzienniki europejskie i rosyjskie, o mniemanych niezgodach i waśniach, między w. wezyrem a prezesem rady państwa Midatem paszą z powodu projektowanych reform w Turcyi. Poseł turecki w odezwie tej twierdzi, że między wspomnionymi mężami stanu panuje najlepsza zgoda i że projekt reform w państwie ottomańskiem jest już na ukończeniu. Z tego powodu *St. Pet. Wiedomosti* piszą: „Poselstwo tureckie oświadcza, że nie było wcale niezgody między w. wezyrem a Midatem paszą z powodu reform. Pozwalamy sobie zwrócić uwagę publiczności, że rzeczywiście nie było żadnych waśni między dygnitarzami tureckimi z powodu reform, bo zaszły one w skutek zamiaru ogłoszenia konstytucyi, przeciw której w. wezyr protestował, jako przeciw naruszaniu prawa kalifatu i ustaw szarjatu, Midat pasza zaś obstaje wszystkiemi siłami za konstytucyą, chcąc nią zamydlić oczy Europie. Tego rodzaju niezgody rzeczywiście i niewątpliwie istnieją — dodaje w końcu dziennik petersburski — najlepszym zaś dowodem tego jest, że wkrótce w. wezyr otrzyma dymisyę, wskutek zabiegów Midata paszy i intryg posła angielskiego Elliota, o czem mamy świeże wiadomości z najlepszego, bo prawie urzędowego źródła“.

— Wychodząca W Konstantynopolu *La Turquie* donosi, że minister spraw zagranicznych, Safvet pasza, wysłał w ostatnich dniach do zagranicznych reprezentantów tureckich okólnik, będący odpowiedzią na okólnik księcia Gorczakowa z dnia 13 listopada. Jeśli informacye nasze są dokładnemi, mówi dalej ten dziennik, to Safvet pasza starał się w tym okólniku wykazać, że w. Porta bynajmniej nie jest odpowiedzialną za wypadki, które stały się przyczyną nieszczęść niektórych prowincyj tureckich. W. Porta wyczerpała wszędzie i zawsze wszystkie środki pojednawcze, zanim się zdecydowała na przytłumienie powstania w energiczniejszy sposób. Ograniczając się na legalną obronę i usiłując utrzymać pokój europejski wszystkim mocarstwom zarówno drogi, wstrzymała się w. Porta od czynu aż do dnia, w którym się przekonała, że jej umiarkowanie bynajmniej się nie przyczyni do przywrócenia porządku i spokoju. Po przytłumieniu powstania pierwszą troską rządu było wypracowanie szeregu reform, któreby odpowiadały interesom wszystkich poddanych tureckich bez różnicy szczepowej i religijnej. Reformy te zostaną przeprowadzone w całem państwie. Umiarkowanie, jakie rząd sułtański okazał, przyjmując rozejm a następnie godząc się na zwołanie konferencyi, było dla mocarstw dostateczną gwarancyą, że Porta szczerze pragnąc pokoju, na seryo zamyśla przeprowadzić w swem państwie zbawienne reformy. Rozporządzenie zapowiewiedziane okólnikiem ks. Gorczakowa i wielkie uzbrojenia, dokonywane od niejakiego czasu w Rosyi, nie byłyby więc usprawiedliwione. Safvet pasza kończy swą depeszę stanowczem uchyleniem się od odpowiedzialności, jakąby chciano złożyć na rząd cesarski i zarręcza w imieniu w. Porty, że użyje wszystkich środków i siły dla rozwoju dobra publicznego i pomyślności wszystkich poddanych sułtańskich bez wyjątku.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 12 grudnia. Wczoraj odbyło się posiedzenie Wydziału historyczno-filozoficznego Akademii pod przewodnictwem Dra Zielonackiego. Po wypomnieniu świeżo zmarłych członków Akademii Dra Skobla i A. Walewskiego w przemówieniu Dyrektora, Sekretarz przedstawił nadesłaną pracę p. A. Żukowskiego naucz. gimn. Św. Anny p. t.: *Zawiązki państw germańskich na przestrzeni Cesarstwa Zachodnio-Rzymskiego.*“ Odstąpiono ją Komisyi historycznej. Następnie prof. Dr Burzyński przedstawił z seryi kilku kwestyj spornych z zakresu historyi polskiej, kwestyę lennictw w Polsce. W dyskusyi zabierali głos pp. Zoll i Szujski. Na posiedzeniu administracyjnem w skutek zrzeczenia się Dra Józefa Szujskiego wybrano Sekretarzem Wydziału jednomyślnie Dra Aleksandra Bojarskiego.

— Wczoraj odbyły się w dawnej Resursie krakowskiej wybory Rady na rok 1877. Wybranymi zostali: prezesem hr. Kazimierz Starzeński; wiceprezesem hr. Feliks Mycielski; gospodarzami pp. hr. Juliusz Dembiński, Stanisław Koźmian, Czesław Kieszkowski, hr. Antoni Wodzicki, Henryk Lisicki.

— Jutro we środę prof. Dr Józef Szujski będzie miał o godz. 6-ej wieczór w sali radnej miejskiej odczyt publiczny na dochód towarzystwa wzajemnej pomocy uczniów Uniwersytetu. Przedmiotem wykładu jest: „Katarzyna Austryaczka, trzecia żona Zygmunta Augusta.“

— Często się teraz zdarza, iż w skrzynkach listowych w Krakowie znachodzą się listy otwarte bez kopert, albo pogięte i uszkodzone, co daje powód do skarg. Znalezione takie listy nie mogą być zwrócone, gdyż często podpis ogranicza się na imieniu chrzestnem albo jest nieczytelny. Jaka może być przyczyna takiego uszkodzenia listów? Jedną jest niedbałość osób, prawdopodobnie sług, które listy do skrzynki wciskają, napotkawszy na jaką przeszkodę; inną, że oprócz listów, bywają wrzucane do skrzynek dzienniki i czasopisma, a niekiedy książki pod opaską, które wciśnięte prawie siłą, przygniatają i łamią, albo targają listy w skrzynce się znajdujące; wreszcie zachodzi podejrzenie, że mianowicie w nocy bywają listy wyciągane ze skrzynek jakiemiś narzędziami złodziejskiemi dla oderwania znaczków pocztowych lub wydobycia domniemanie w listy włożonych pieniędzy, a gdy nie zawsze list uda się wyciągnąć, przeto niejeden zostanie uszkodzony przy wyciąganiu go ze skrzynki. Często znów listy bez żadnego adresu albo z adresem nieopatrzonym miejscem odbioru, wrzucane bywają do skrzynki i takowe dojść stron nie mogą. Służba policyjna powinna być poinformowaną, aby zwracała uwagę na skrzynki listowe, bo nieraz około skrzynki napotkać można gromadkę ulicznikow, którzy się około niej krzątają w sposób podejrzany. Tem łatwiej dziać się to może wieczorem lub nocną porą, gdy listy zapóźno wrzucone, aby tego samego dnia wyjęte zostały, czekają do rana. Sądzimy jednak, iż niektóre skrzynki pocztowe niekiedy bywają przepełnione, co niedozwala wpuścić do nich listu.

— Zapowiedziany na wczoraj koncert p. Philipsborna w Sali hotelu Saskiego, nie przyszedł do skutku — dla braku słuchaczy.

— *Gazeta Narodowa* i *Dziennik Polski* nie przestają przedrukowywać po prostu *Czasu* bez przytoczenia nawet, skąd obfity biorą materyał, a sprawozdania oryginalne nasze z obrad Rady państwa nadsyłane nam dokładnie i wyczerpująco, podawać za swoje własne. Musimy im przypomnieć, że oprócz uczciwości dziennikarskiej, która nie pozwala stroić się w cudze piórka, istnieje jeszcze ustawa, na mocy której możemy przesłać naszym wiernym kopistom likwidacyę kosztów.

— Pogrzeb jenerałowej Skrzyneckiej odbędzie się jutro w Krasnem pod Rzeszowem. Przyjaciele i bliżsi znajomi udają się stąd dla oddania ostatniego hołdu pamięci znanej z zacności i cnót chrześciańskich matrony.

— Onegdaj umarł Józef Bresiewicz, urzędnik Towarzystwa Wzajemnych ubezpieczeń, licząc lat 37.

— Nakrycie kanału pod Zamkiem obok kościoła św. Idziego znów jest uszkodzonem.

— W policyi złożono klucz znaleziony onegdaj pod pomnikiem Straszewskiego.

— Straż policyjna przytrzymała: Fr. Jędrzejkiewicza, murarza, za pchnięcie nożem w plecy innego wyrobnika w sprzeczce, którego oddano do szpitala; Jana Żurka ucznia kupieckiego i Stanisława Poniedziałka, parobka, za kradzież pieniędzy kupcowi, by mieć czas jakiś z czego żyć po oddaleniu się: odebrano od nich 15 złr.; Zygmunta Czertoryjskiego, kuchcika, u którego znaleziono trzy kije bilardowe; Maryę Borowską i Franciszkę Filipkowną za kradzież.

— W Gdańsku zawiązało się Stowarzyszenie polskie, które następującą wydało odezwę:

Rodacy! Aby położyć zapory szerzącej się germanizacyi, aby dać poznać żywotność naszego narodu,

Redaction und Administration: Landstraße, Gärtnergasse Nr. 6.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen werden portofrei befördert.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich 1maliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl., monatlich 2 fl.
Mit täglich 2maliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl., monatlich 2 fl. 35 kr.

Einzeln: Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Motto: Gleiches Recht für Alle.

Ankündigungs-Bureau: Stadt, Wollzeile 16.
Inserate und Briefe an den Redacteur werden tarifmäßig berechnet.

Abonnement für Wien:
Ganzjährig 18 fl., halbjähr. 9 fl., vierteljähr. 4 fl. 50 kr., monatlich 1 fl. 50 kr.;
mit Zustellung ins Haus ganzjährig 21 fl. 60 kr., halbjährig 10 fl. 80 kr., vierteljährig 5 fl. 40 kr., monatlich 1 fl. 80 kr.
Abonnements werden angenommen in der Haupt-Expedition der „Presse“, Wollzeile 16, und bei allen Zeitungsverschleißern.
Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

№ 345. Wien, Donnerstag den 14. December 1876. 29. Jahrgang.

Wien, 13. December.

Die langwierige französische Ministerkrisis erscheint vorläufig beendet. Nachdem alle erdenklichen Combinationen versucht worden, um ein Cabinet zusammenzustoppeln, das mit dem Senat und der Kammer zugleich regieren könnte, und nachdem selbst das Broglie-Gespenst zu allgemeinem Schrecken einmal flüchtig über die Scene glitt, ist nun eine Lösung gefunden worden, die wahrscheinlich weder den Senat noch die Kammer befriedigen wird. Dufaure und Marcère sind aus dem Cabinet herausgefallen; an ihrer Stelle sind Jules Simon und Martel, der Erstere als Conseil-Präsident und Minister des Innern, der Letztere als Justizminister, getreten. Wahrscheinlich übernimmt Martel auch das Cultus-Portefeuille, das unter Dufaure mit dem Justizministerium vereinigt war; mindestens nennt das heute eingetroffene Telegramm keinen besonderen Cultusminister. Der neue Siegelbewahrer gehört zu den Politikern des linken Centrums, er stimmte seinerzeit im Senate für das Gesetz über die Gradverleihung und kann wol als ein gemäßigter Liberaler bezeichnet werden, der gegen Dufaure eine Nuance Fortschritt bedeutet. Jules Simon, auf dessen Namen das neue Ministerium getauft sein wird, ist aus der Opposition im Corps Legislatif, der September-Regierung und der Thiers'schen Verwaltung bekannt genug; der ehemalige Radicale ist, seitdem er mehrmals selbst an der Regierung Antheil genommen hat, sehr gemäßigt geworden, und namentlich den Clericalen gegenüber machte er Concessionen, die ihm von der republikanischen Partei sehr verdacht wurden; innerhalb dieser selbst repräsentirt er einen gewissen Gegensatz zu Gambetta, dessen Anstrengungen, sich zum Leiter der gesammten Partei aufzuschwingen, von Jules Simon mehr als einmal mit Geschick vereitelt wurden. Die beiden neuen Minister sind Freunde Thiers, dessen Einfluß im Cabinet daher gesichert ist.

Wir glauben kaum, daß dem so erneuerten Ministerium eine dauernde, gedeihliche Wirksamkeit beschieden sein und daß es ihm gelingen werde, den Conflict zwischen den beiden Häusern des Parlaments zu beschwören — was die erste Voraussetzung einer stabilen Verwaltung sein müßte. Das Cabinet ist seiner Zusammensetzung nach eine Compromiß-Regierung, eine andere kann sicherlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Frankreich nicht gedacht werden; die Erbitterung der Parteien ist aber im Senate wie in der Kammer so weit gediehen, daß beide Körperschaften von einer solchen nichts mehr wissen wollen. Das Abgeordnetenhaus stützt sich auf das Ergebniß des allgemeinen Stimmrechts und verlangt ein durchwegs republikanisches parlamentarisches Ministerium, dessen Minister aus der Majorität hervorgegangen sind, in ihrem Sinne regieren und die den republikanischen Gedanken, nachdem derselbe in der Verfassung und in der Volksvertretung Ausdruck gefunden hat, auch in der Verwaltung verwirklichen. Der Streit über die Begräbniß-Ceremonien bei der libres penseurs der Ehrenlegion war am Ende nur ein Zank des Moments, der in einer ganz lächerlichen Weise zur Staatsaffaire aufgebauscht wurde und in keinem Lande der Welt zu einer Ministerkrisis geführt hätte. In Frankreich, wo man nie weiß, was aus einer Portefeuillekrisis entsteht, und wo immer gleich das Chaos und die Auferstehung des Gewaltregiments aus demselben zu befürchten ist, hätte die republikanische Partei um so vorsichtiger sein sollen. Wir zweifeln daran, ob sie es jetzt sein wird und ob nicht das Verbleiben des ihrer Ansicht nach Hauptschuldigen an der Geschichte, des Kriegsministers Berthaut, im Cabinete schon allein ein Anlaß zur Opposition der Linken gegen die Regierung sein wird. Selbst wenn dies vermieden würde, so wird die ernstere Frage der Purification der Verwaltung sehr bald auf die Tagesordnung kommen und es ist zweifelhaft, ob Jules Simon in dieser Angelegenheit die Energie entwickelt, welche die Linke von ihm fordern wird. Der gegenwärtige Conseils-Präsident ist gerade kein Freund von durchgreifenden Maßregeln, vielleicht noch weniger als sein Vorgänger Herr v. Marcère, der in der Ausmerzung bonapartistischer Elemente aus der hohen Administration immerhin ein Erkleckliches geleistet hat. Die Reihe käme nun, nachdem die Präfecten und Unterpräfecten vom alten Schlage massenhaft entfernt sind, an die untergeordneten Beamten der Provinzial-Verwaltung und der Ministerien, und hier tritt einmal das Bedenken auf, daß die technische Continuität der Administration leicht gefährdet werden könnte. Hier hört aber auch die principielle Seite der Frage großentheils auf und es beginnt das Beutesystem der Union, das die republikanische Partei analog dem Kaiserreiche und der Broglie'schen Regierung nun, da sie am Ruder ist, ebenfalls consequent durchführen will. Gemäßigte Blätter, wie das „Journal des Débats“, haben die Republikaner immer davor gewarnt, diesen schmutzigen Boden zu betreten, denn als exclusive Partei können sie Frankreich derzeit noch unmöglich beherrschen. Dieser Rath wird auch wol diesmal in den Wind geschlagen werden und der Conflict ist gegeben, den Gambetta natürlich schon bei seiner Antipathie gegen Jules Simon zu verschärfen wissen wird.

Nicht festern Fuß als in der Kammer dürfte das Ministerium Simon im Senate fassen, wo die verschiedenen Couleurs der Gegner der Republik unter der Führung der Clericalen mit ihren paar Stimmen Majorität einer grundsätzlich liberalen Regierung alle erdenklichen Schwierigkeiten bereiten können. Die Gewandtheit Jules Simon's als leitenden Kopfes einer Regierung ist unbestreitbar, aber diese Coalition zu zersetzen, dürfte ihm doch schwer gelingen, umsoweniger, als die Clericalen ihn gerade seiner Geschmeidigkeit wegen für einen zu fürchtenden Gegner ansehen. Der Umstand, daß der Senat nach der französischen Verfassung, mindestens nach der Auslegung des verflossenen Cabinets Dufaure, eine der Kammer äquivalente Stellung einnimmt und als nicht, wie in anderen Staaten, die Pensionäre der Parteien, sondern gerade ihre bedeutendsten Führer im Oberhause sitzen, erschwert jedem französischen Ministerium das Regieren außerordentlich. Es dürfte das Schicksal des Cabinets Simon sein, zwischen zwei Sesseln niederzufallen. Der neue Justizminister hat zwar mit den sogenannten Constitutionellen, die in vielen Fällen schon den Ausschlag im Senate gegeben, Fühlung, aber es ist etwas außerordentlich Prekäres um diese Gruppe, deren Stellung jeder Windzug verändert. Auf eine Majorität im Oberhause wird erst zu rechnen sein, wenn die Erneuerung eines Drittels desselben stattfinden wird. Das Los zum Austritte ist bekanntlich meist auf conservative Senatoren gefallen.

Wir möchten die Hoffnungen, welche die Republikaner auf die Zukunft hegen, indessen nicht zu hoch taxiren, wenn sie die Gegenwart nicht zu benützen verstehen und wenn sie nicht durch die möglichste Vermeidung jedes Conflicts der Regierung der Republik eine gewisse Stabilität verliehen haben werden, bevor im Jahre 1880 ein neuer Appell an das Volk gerichtet werden muß. Die letzten Wahlen zum Abgeordnetenhause sind keineswegs ein Präjudiz für diesen Moment. Denn etwas ganz Anderes ist es, wenn die Regierungsform feierlich in Frage gestellt wird, oder wenn blos eine Kammer zu wählen ist. Was die Republikaner von der erfolgten Begründung der definitiven Republik sagen mögen, diese Theorie kann noch immer durch das allein maßgebende Plebiscit über den Haufen geworfen werden und ihre einzig ernst zu nehmenden Gegencandidaten, die Imperialisten, lassen es wahrlich nicht an Vorbereitungen zu dieser Eventualität fehlen. Daß Frankreich in der auswärtigen Politik keine Rolle zu spielen vermag, so lange es im Innern von dem Krisenfieber geschüttelt wird, ist leicht einzusehen. Wir wissen nicht, ob Erwägungen solcher Art für die Haltung der republikanischen Partei dem Cabinet Jules Simon gegenüber maßgebend sind; ist dies nicht der Fall, so dürfte die Krisenperiode noch keineswegs abgeschlossen sein.

Verhandlungen des Reichsraths.

Wien, 13. December.

Die Redseligkeit unserer Deputirten, welche das Hauptcharakteristikon der diesjährigen Budgetdebatte bildet, gelangte auch in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zur vollen Geltung. Obschon erst gestern das Unterrichtswesen in Berathung stand und heute abermals, da über die Titel „Hochschulen“ und „Mittelschulen“ verhandelt wurde, nur der Unterrichts-Etat besprochen werden konnte, kam es dennoch wieder zu breiten Auseinandersetzungen über unsere Schulverhältnisse. Wol machte ein Redner den Versuch, über diesen engen Rahmen hinaus in allgemeinen Betrachtungen über Kirche, Staat und Schule sich zu ergehen, allein der Präsident erklärte bündig, solche Herzensergießungen in einer speciellen Debatte nicht zuzulassen. Monsignore Greuter — denn Niemand Anderer als diese Koryphäe der Clericalen wollte zur Auferbauung frommgesinnter Männer kräftige Worte gegen den modernen Staat fallen lassen — erhielt mithin einen Riegel vorgeschoben und da er auf diese, den Bestimmungen der Geschäftsordnung vollkommen entsprechende Eindämmung seines Redeflusses nicht gefaßt war, zog er es vor, grollend den Mund wieder zu schließen. Das Machtwort des Präsidenten hatte das Haus um ein großes Amusement gebracht, das wol zweifellos sich eingestellt hätte, wäre es Herrn Greuter vergönnt gewesen,

Feuilleton.

Der 6. October 1848.

Geschildert von Freiherrn v. Wessenberg.

In den Nachmittagsstunden des 6. October tobte ein wilder Kampf in den Straßen der innern Stadt Wien. Ich — unter diesem „Ich“ ist der Schreiber dieser Zeilen verstanden — hatte mir mit einem Freunde eben mühsam einen Weg durch die vom Stephansplatz gegen den Bauernmarkt mündenden Durchhäuser gebahnt, um über den Graben und Hof auf das Glacis zu gelangen. Der Stephansplatz selbst war durch eine riesige Fässerbarricade abgesperrt — man hatte einen mit Fässern beladenen Wagen angehalten und die Ladung mit primitiver Strategie zur Absperrung des Platzes verwendet. Als wir auf den Graben gelangten, befand sich die Nationalgarde eben im Kampf mit dem sich zurückziehenden Pionnier-Bataillon; das Gewehrfeuer dauerte mehrere Minuten, die Soldaten retirirten gegen den Hof und als wir längs der rechten Häuserreihe des Grabens uns fortschlichen, war das Trottoir buchstäblich mit Glasscherben der zerschossenen Fenster bedeckt. Wir eilten durch die Naglergasse und die Neugierde führte uns in jenes kleine Gäßchen, das aus der Naglergasse gegen den Hof mündet — wir wollten von dort einen Blick über den Tumult, der sich vor dem Kriegsgebäude am Hofe concentrirte, gewinnen. In dem Augenblicke, als wir aus dem engen Gäßchen heraustraten, gingen zwei Männer, die sich eben durch die riesige Volksmenge mühsam durchgearbeitet hatten, an uns vorüber. Der Eine, ein Greis mit weißen Silberhaaren, erregte meine Aufmerksamkeit. „Wessenberg“, rief ich halblaut — aber rasch legte mein Freund seine Hand auf den Mund. Das gefährliche Wort ward von Niemandem gehört — und unbehelligt setzte der Minister-Präsident seinen Weg fort, während eine Viertelstunde später der unglückliche Latour von den wild erregten Massen aus dem Kriegsgebäude geschleppt wurde. Ich erinnerte mich an dieses Begebniß, als ich dieser Tage die Briefe des Freiherrn v. Wessenberg*) zur Hand nahm, die kürzlich im Verlage von Brockhaus erschienen sind. Freiherr v. Wessenberg fungirte bekanntlich bis zum December 1848 als österreichischer Minister-Präsident und lebte nach seinem Rücktritte auf seinen Gütern im Breisgau und Böhmen in tiefster Zurückgezogenheit, an dem Schicksale seines geliebten Oesterreichs aber bis zum letzten Hauche seines Lebens den innigsten Antheil nehmend. Mit seinem besten und bewährtesten Freunde, dem Legationsrath Isfordink, stand er bis zu seinem 1858 erfolgten Tod in ununterbrochenem Verkehr und die zahlreichen, zwei umfangreiche Bände füllenden Briefe hat Herr Isfordink jetzt bei Brockhaus erscheinen lassen. Sie gewähren einen tiefen und interessanten Einblick in die politischen, dynastischen und finanziellen Vorgänge in Europa in den zehn Jahren von 1848 bis 1858 und sind namentlich für den Oesterreicher von lehrreicher Bedeutung, da die österreichischen Verhältnisse mit großer Ausführlichkeit besprochen werden und die Beziehungen des Verfassers derartige sind, daß helle Streiflichter auf Thatsachen und Personen fallen, die für die Entwicklung der österreichischen Verhältnisse von eminenter Bedeutung waren. Man erstaunt oft über den Scharfblick Wessenberg's, der die ganze Entwicklung des Conflicts mit Ungarns die Folgen des Concordats, das Ende der napoleonischen Herrschaft 2c. mit Seherblick voraussah. In einem seiner Briefe schilderte Wessenberg die Vorgänge am 6. October 1848 in Wien, und sein Begleiter an diesem Tage, Legationsrath Isfordink, fügt dieser Schilderung interessante Details der eigenen Erlebnisse hinzu. Wir theilen die beiden Erzählungen, wie sie in dem interessanten Buche uns vorliegen, hier mit:

In der Regel wurden die Minister-Conferenzen im Ministerium des Aeußern abgehalten. Am 6. October jedoch hatte Graf Latour den Freiherrn v. Wessenberg bereits Frühmorgens benachrichtigt, daß er bestimmte Angaben bezüglich eines auf sein Leben beabsichtigten Angriffs habe und ihn daher ersucht, vorsichtshalber die Ministersitzung für diesesmal bei ihm abhalten zu wollen. Legationsrath Isfordink begleitete den Minister-Präsidenten nach 7 Uhr Morgens zu Wagen in das Kriegsgebäude, in das man in Folge der bereits in den Straßen herumziehenden Menschenschaaren nur mit Mühe gelangen konnte. Zu einer Sitzung kam es nicht, denn kaum waren die Minister versammelt, so langten bereits Nachrichten über die Vorfälle an der Taborbrücke und in der Jägerzeile ein. Graf Latour hatte den zu- und abgehenden Officieren Befehle bezüglich der militärischen Verfügungen zu geben, und bald füllten sich seine Gemächer mit den verschiedensten Persönlichkeiten, die theils Rathschläge ertheilen zu müssen glaubten, theils Nachrichten brachten über das Zunehmen des Aufstandes, über die in den verschiedenen Stadttheilen vor sich gehenden Kämpfe und über das Herannahen der Gefahr für das Kriegsgebäude selbst.

Die Minister, schreibt Freiherr v. Wessenberg an Isfordink, verließen das Arbeitszimmer des Kriegsministers schnell, um sich in das andere, nach dem Hofe des Kriegsgebäudes führende Appartement zu begeben. Ich blieb noch am Schreibtische des Ministers zurück, unbekannt mit der schon drohenden Gefahr. Sie kamen eilends heran, um mich abzuberufen und geleiteten mich zu den anderen Herren. War Latour nicht auch noch dabei, als wir uns durch den dahinführenden Gang in die an das Kriegsgebäude anstoßende Kirche am Hofe retten wollten und die Schlüssel zur Tribüne derselben nicht

*) Briefe von Johann Philipp Freiherrn v. Wessenberg aus den Jahren 1848–1858 von Isfordink-Kostnitz, [illegible] Legationsrath a. D. Leipzig. F. A. Brockhaus. 1877. 2 Theile.

sein[illegible] Gedanken unverkürzt Ausdruck zu geben. So aber fol[illegible] diesem Zwischenfalle eine lange trockene Discussion, die nur später durch etliche humoristische Aphorismen eines Redners auf der Rechten einigermaßen gewürzt wurde.

Beim Titel „Hochschule" war vornehmlich die Lemberger Universität Gegenstand der Verhandlung. Professor Sueß hatte im Budgetausschusse die Auflassung der genannten Hochschule in Anregung gebracht und seitdem beherrschte die polnischen Deputirten die Furcht, die Regierung werde eines schönen Tages Galizien mit der [illegible] überraschen. die Lemberger Universität, der ohnedies [illegible] medicinische Facultät noch mangelt, habe zu existiren aufgehört. Unter diesen Umständen [illegible] zweifeln, wenn die Polen, darunter auch [illegible] Graf Mieroszewski, des [illegible] liebevoll sich annahmen und [illegible] auf das Kräftigste betheuerten. Dr. v. Stremayr machte allen Besorgnissen ein Ende, indem er versicherte, die Regierung denke weder daran, die Lemberger Universität aufzuheben, noch auch sie etwa in ihrer [illegible]. Nichtsdestoweniger beharrte Abgeordneter [illegible] ward Sueß bei seiner Ansicht, daß es sogar für die Polen besser wäre, wenn man die erwähnte Universität aufließe und dafür die Universität in Krakau [illegible] glänzend als möglich dotiren würde. Besonders [illegible] war die hierauf folgende Discussion über die Mittelschulen. Es ertönten die [illegible] Mit Humor wußte [illegible] [illegible]eßten Gemüther [illegible] Mähren und Böhmen, [illegible] manch anderer Einfall dieses Redners [illegible] setzten das Zwerchfell der Zuhörer in [illegible].

[illegible] eine Interpellation des [illegible] Minister-Präsidenten [illegible] der auf dalmatinischem Boden befindlichen Flüchtlinge, unter denen epidemische Krankheiten aufgetreten seien, hingewiesen und die Regierung befragt wird, was sie zur Abhilfe zu thun gedenke.

Das Herrenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung die vom Abgeordnetenhause beschlossenen Gesetze, betreffend [illegible] des Recruten-Contingents, die [illegible] in [illegible] Lesung an. Bei der Verhandlung über [illegible] welche [illegible] Dr. [illegible] Sectionschef Dr. [illegible], daß diese Angelegenheit [illegible] einer definitiven Regelung [illegible] wird.

Abgeordnetenhaus. [illegible] Fortsetzung [illegible] Debatte über den Voranschlag [illegible] und Unterricht. Titel „Hochschulen" [illegible]

Abg. Dr. [illegible]owski, indem er die Regierung [illegible] bezüglich der Lemberger Universität [illegible].

[illegible] beleuchtet die Bedeutung der Universitäten, gibt eine [illegible] Geschichte der Genesis derselben und gelangt zum [illegible] daß die Kirche den ersten Impuls zur Gründung [illegible] gegeben, daß die U[illegible] und des Christenthumes seien. [illegible] Universität übergehend, findet [illegible] das Wort eines Staatsmannes [illegible] wurde, [illegible] dahin geht, daß es keine Knochen gibt. [illegible] vom Reiche nicht [illegible]

Abg. [illegible]owski betont gleich[illegible] des Fortbestandes und der Vervollständigung der Universität in Lemberg.

Abg. Dr. Hallwich weist auf die mangelhafte Dotation der Universitäts-Bibliothek in Prag, der einzigen öffentlichen Bibliothek in Böhmen, hin.

Unterrichtsminister Dr. v. Stremayr: Ich muß die im Budgetausschusse abgegebene Erklärung wiederholen, daß die gegenwärtige Regierung weder die Absicht gehabt, noch gegenwärtig die Absicht hat, die Universität [illegible] aufzuheben oder irgendwie in ihrer Entwicklung zu [illegible]. (Bravo!) Im Uebrigen glaube ich die Versicherung aussprechen zu können, daß die ausgesprochenen speciellen Wünsche immer auf das Eingehendste geprüft und gewürdigt werden. Was das Prager Conservatorium betrifft, erscheint die betreffende Post im Voranschlage nicht; aber mit Rücksicht auf die Erörterungen im Budgetausschuß ist bereits die entsprechende Deckung für diese Subvention, welche dem Prager Conservatorium im nächsten Jahre geleistet wird, gefunden worden. Was die Bedürfnisse der Prager Universitäts-Bibliothek betrifft, anerkenne ich dieselben vollständig. Daß denselben nicht in ausreichendem Maße genügt werden kann, hat nur in der dringend gebotenen Sparsamkeit seinen Grund. Ich hoffe, daß das nächste Budget auch nach dieser Richtung hin, wie dies bei der Wiener Universität der Fall ist, einen höheren Posten der Würdigung des hohen Hauses unterziehen wird. (Beifall.)

Special-Berichterstatter Sueß: Für das Prager Conservatorium wurde durch drei Jahre eine Subvention bewilligt. Diese drei Jahre sind im vorigen Jahre abgelaufen und das Conservatorium hat es unterlassen, rechtzeitig um die Verlängerung dieser Subvention [illegible]. In Folge dessen ist die Einstellung in [illegible] nicht erfolgt. Nachträglich ist nun das Ansuchen erfolgt und der Budgetausschuß ist so weit gegangen, daß er in seinem Motivenbericht darauf hinwies, dieses Gesuch zu unter[illegible] [illegible], daß er dieses Institut weiter mit einer Subvention [illegible] werde. Was die Prager Universitäts-Bibliothek betrifft, so ist nicht ein Abstrich der Bibliotheks-Dotation erfolgt, sondern eine Anzahl von Extraordinarien in Abfall gebracht werden. Redner beleuchtet hierauf das Verhältniß der Krakauer zur Lemberger Universität und gibt eine Darstellung des gegenwärtigen Zustandes beider Universitäten. Finanziell betrachtet, ist Krakau im Aufschwunge, Lemberg im Niedergange, und von einem anderen als dem finanziellen Niedergange habe er nie gesprochen. Die Herren der polnischen Nationalität, fährt Redner fort, mögen stolz darauf sein, wenn sie eine Universität von Bedeutung zu erlangen im Stande sind; selbst wenn ich mich auf den Standpunkt der [illegible]ischen Nationalität und nicht auf den österreichischen Standpunkt, welchen ich einnehme, stellen wollte, so müßte es selbst von diesem Standpunkte aus weit wünschenswerther sein, eine große und glänzende Universität zu besitzen, als bald [illegible] dort etwas zu machen und nichts zu erreichen, was [illegible] wäre, vor ganz Europa als eine glänzende Sch[illegible] zu erscheinen, auf welche nicht nur diese Herren, [illegible] auch Oesterreich stolz sein könnte. Allerdings [illegible] gewisse locale Interessen mehr oder weniger [illegible]. Um die Aufhebung der Lemberger Universität [illegible] es sich ja nicht, sondern darum, daß die für diese Zwecke verfügbaren Mittel auf einen Ort concentrirt werden [illegible], um auf diesem Orte etwas Ausgezeichnetes zu leisten. [illegible] der Staat, was hat der Reichsrath für Galizien gethan? Wir haben im Laufe der letzten zwei oder drei Jahre, was in keinem anderen Lande geschehen ist, um eine Summe von [illegible] fl. ein großes technisches Institut in Lemberg [illegible]; wir sind bereit, die Mittel zu geben, um in diesem Lande eine große glänzende Universität [illegible] auszustatten. Ist das nicht [illegible]? und ist es [illegible], daß in den [illegible] immerfort Angriffe gegen die polnische Nationalität stattfinden oder daß wir uns, [illegible] wollen an [illegible]? [illegible] verlangt nichts [illegible] daß die Regierung [illegible] Sache ihr Urtheil [illegible]. Die Regierung hat ihr Urtheil [illegible] und jetzt [illegible] alle [illegible] sein. (Bravo!)

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung werden die im Capitel [illegible], Titel 13 eingestellten Beträge conform dem Ausschußantrage genehmigt.

Bei Titel 14 und 15 (Mittelschulen) spricht

Abg. Dr. Vo[illegible]njak gegen die Germanisation der [illegible] deutschen Bolter [illegible], besonders der [illegible]. Die [illegible] werden [illegible] so behandelt, als ob sie Eindringlinge wären. Redner ergeht sich schließlich in Recriminationen gegen die Regierung, namentlich gegen den Unterrichtsminister, dessen Thätigkeit sich bei der slavischen Bevölkerung in einer wenig schmeichelhaften Erinnerung erhalten wird.

Abg. Dr. Monti schildert die Zustände betreffs der Unterrichtssprache an den Mittelschulen in Dalmatien und macht auf den großen Mangel an slavischen Volksschulen in seinem Lande aufmerksam. Redner beantragt folgende Resolution: „Die hohe Regierung wird aufgefordert, die Zustände der Mittelschulen Dalmatiens in reifliche Erwägung zu nehmen und bei denselben jene Maßregeln zu treffen, welche den gesetzmäßigen und gerechten Ansprüchen des Landes entsprechen." — Der Antrag wird unterstützt.

Abg. Franz Weeber bespricht die Mittelschul-Verhältnisse in Mähren. Die Regierung sei so hartherzig, für [illegible] Volk nichts zu thun. Es sei sonderbar, daß die Regierung der Türkei Verbesserungsvorschläge in Betreff der erbarmungswürdigen Rajah [illegible]. Die Herren Türken hätten jedoch sagen können: [illegible] Euch doch den Staub aus Euren eigenen Brillen [illegible] es denn bei Euch keine [illegible], ist Mähren nicht [illegible]? (Heiterkeit.) Wenn man die statistischen Tabellen [illegible], so erhellt daraus schon die Nothwendigkeit der Errichtung [illegible] Schulen. Wenn das so fortgeht wie jetzt, werden [illegible] früher eine Universität erhalten, als wir in Mähren ein [illegible] nothwendiges Gymnasium und wird für [illegible] des Franz-Josefslandes [illegible] eine Realschule gebaut werden, als die Realschule der [illegible] in Proßnitz auf Staatskosten übernommen wird. (Lebhafte Heiterkeit.)

Abg. Mises bittet den Unterrichtsminister, den zwischen der Stadtgemeinde Drohobycz und dem Staate abgeschlossenen Vertrag einer neuerlichen Revision zu unterziehen, damit der dortigen Commune nicht allzu große Lasten auferlegt werden.

Abg. Dr. Haase: Es ist eine [illegible] Thatsache, daß ein großer Theil unserer Mittelschullehrer [illegible] lichen Begabung nicht den pädagogischen Tact [illegible], der selbst den meisten Volksschullehrern eigen ist. Darauf ist [illegible] die Ueberbürdung der Schule, sowie die ungenügende [illegible] des Lehrplanes zurückzuführen. Redner bespricht die Einrichtung der Lehrer-Bildungsanstalten. Allerdings habe der Unterrichtsminister auf diese Uebelstände sein Augenmerk gelenkt, doch halte Redner den von ihm eingeschlagenen Weg nicht für den geeigneten. Die Probe-Lectionen seien unnütz. Man solle [illegible] pädagogische Curse, verbunden mit [illegible] Uebungen [illegible] Lehramtscandidaten einrichten. Redner [illegible] Resolution: „Die Regierung wird aufgefordert, in Erwägung zu ziehen, ob [illegible] der technischen Hochschule, welche sich dem Lehramte widmen wollen, pädagogische, mit practischen Uebungen verbundene Curse zu errichten, an welchen die angehenden Candidaten [illegible] ihres letzten Studienjahres theilzunehmen haben. (Bravo! [illegible])

Abg. Dr. Vitezic fragt den [illegible], ob derselbe die von ihm seinerzeit gestellte Interpellation in Betreff der Gymnasialzustände seines Landes (Istrien) [illegible].

Unterrichtsminister Dr. v. Stremayr bemerkt, daß er die vom Vorredner in Erinnerung gebrachte Interpellation demnächst zur Beantwortung bringen werde.

Der Antrag des Abg. Haase wird hinreichend unterstützt. Bei der Abstimmung werden die bei Titel 14 und 15 eingestellten Summen unverändert nach dem Antrage des Ausschusses angenommen.

Vor Schluß der Sitzung stellen die Abg. Monti und Genossen an den Minister-Präsidenten folgende Interpellation: „Ist demselben die unglückliche Lage der in Dalmatien befindlichen bosnischen Flüchtlinge, besonders jener in der Gemeinde Knin bekannt, ist es demselben ferner bekannt, daß die bei den Flüchtlingen ausgebrochenen und noch jetzt grassirenden Krankheiten die Gesundheit der Bevölkerung in der obenerwähnten Gemeinde auf die gefährlichste Weise zu [illegible] drohen, und was gedenkt die Regierung zu thun, um einerseits dem Nothstande der Flüchtlinge nach Möglichkeit abzuhelfen, andererseits die drohende Verbreitung epidemischer Krankheiten hintanzuhalten?"

Schluß der Sitzung um [illegible] Uhr [illegible]. Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: [illegible] Steuerverein. [illegible], Fortsetzung der Budget-Debatte.

Herrenhaus. [illegible] Sitzung. — Fortsetzung aus den [illegible] Genehmigung des [illegible], betreffend [illegible] der Gemeinde Joachimsthal [illegible] Dr. v. Plener [illegible] der Anmerkung 2 [illegible] dem 1[illegible] December 18[illegible].

[illegible] Dr. [illegible]: [illegible] Pfründner muß diese Abgabe, die mitunter [illegible] ist, entrichten. Das scheint mir eine große [illegible] spricht man von der Congrua, und die [illegible] selbst stellt den [illegible] auf, daß [illegible] Einkommen haben muß, welches nicht [illegible] während man andererseits [illegible] nicht zu [illegible] Einkommen [illegible] wird. Redner macht auf die [illegible] welche [illegible] sogenannten Religionsfondsbeiträge in der [illegible] getroffen worden sind, aufmerksam und daß [illegible] Religionsfondsbeiträge mit jenen Abgaben [illegible], welche man mit dem Ausdrucke Gebühren [illegible] Beratung des [illegible] der [illegible] des Clerus die Gelegenheit [illegible], in diese Angelegenheit näher einzugehen.

Regierungsvertreter Sectionschef Dr. Enders: Auch die Regierung verschließt sich nicht jenen Erwägungen, welche zu Gunsten, namentlich der gering dotirten Pfarrgeistlichkeit [illegible]

---

aufzufinden waren? Latour hatte mir gesagt, er wolle nur seine Uniform gegen ein Civilkleid umtauschen und wiederkommen, ich kann aber nicht mehr mit Bestimmtheit sagen, wo er dieses sagte — im Vorzimmer noch oder später? (Legationsrath Isfordink beantwortet die Frage genau: Graf Latour wollte den anderen Ministern in den bezeichneten Gang folgen — ich selbst reichte ihm zum Gelangen an einige abwärts führende Stufen die Hand — er wandte sich aber mit den von Freiherrn v. Wessenberg angegebenen Worten um und entschwand unseren Blicken — für immer.) Nachdem wir, erzählt Wessenberg weiter, ungefähr eine Viertelstunde, nicht wissend wohin wir uns wenden sollten, dort zugebracht hatten, verließen Sie uns auf eine kurze Zeit, um zu recognosciren, ob wir irgendwo hinaus könnten, und als Sie bei Ihrer Rückkehr erklärten, daß sämmtliche Zimmer gegen den Hof zu, sowie die oberen Stiegengänge ganz leer waren, daß aber von dem Hof aus sich Volk nach der Stiege dränge, da verschwanden sofort meine Collegen. Wir zwei aber gingen den nämlichen Weg, den wir gekommen waren, [illegible] zurück. Wie wir wieder an dem Bureau des Kriegsministers vorbeikamen, war Niemand [illegible], ich glaube ein Invalide, der mir [illegible] sei aufwärts gegangen. Wir stiegen die Haupttreppe hinab, ein unbekannter Herr sagte, wir könnten getrost weiter gehen. Borosch predigte damals dem heranströmenden Volke am Ende der Stiege und ermahnte es zur Ruhe und Mäßigung. Wir gelangten zusammen ziemlich ungehindert bis ungefähr zu der dritten oder vierten letzten Stufe, wo einer, der mich erkannte, sich zu mir drängte und mir ins Ohr flüsterte: „Gehen Sie eilends zurück, denn man sucht Sie." Ich wollte damals Fischhof in diesem wohlwollender Advertiser erkennen. Wir gingen sodann wieder aufwärts und gelangten abermals zu dem Invaliden, der uns eine andere kleinere Stiege zeigte, die zu dem Brunnen im Hofe führte. Auf der Mitte dieser Stiege trafen wir einen Officier mit 6 bis 7 Grenadieren, der, mich erkennend, in mich drang, mich in den nahegelegenen, nicht sehr heimlichen Abort zu verstecken, was ich natürlich ablehnte, worauf wir unsern Weg bis in den Hof fortsetzten, der von dem rasenden Volke bereits ganz angefüllt war, so daß wir nur sehr langsam uns durch die nach vorwärts dränge Menschenmasse durchwinden konnten und endlich, Dank Ihrer guten Ellbogen, uns bei dem Hauptthore hinausschlichen. Der officielle Bericht über die Verhandlungen, Latour's Ermordung betreffend, stellt ihn als beinahe selbstschuldig seines Unglücks dar. Allerdings begann die Gefahr für das Kriegsgebäude, als Latour auf dringendes Anrathen des treu gebliebenen Theils der Nationalgarde des [illegible]viertels die drei Compagnien Pionniere auf den Stephansplatz entsendete, diese später der großen Uebermacht weichen mußten und zugleich vom Graben her [illegible], an dem Kriegsgebäude nicht mehr auf ihrem Rückzuge Posto fassen konnten. Latour hatte ein Bataillon Nassau zur Unterstützung der Pionniere beordert; dieses war auch auf dem Hof angekommen, allein noch bevor die Pionniere wieder ihren alten Platz erreichen konnten, wie eine Staubwolke vor den herandrängenden Proletariern verschwunden. Daß die im Kriegsministerium zurückgebliebenen Grenadiere ihre Pflicht nicht thaten, dafür konnte Latour nicht. Uebrigens an Mord dachte wol Niemand. Ich erinnere mich noch, daß ich bei der Nachricht, daß das Thor geöffnet sei und die Insurgenten herandrängten, zu Ihnen sagte: „Nun, ermorden werden sie uns doch nicht."

Legationsrath Isfordink, der am 6. October dem Minister-Präsidenten stets zur Seite war, gibt über die Vorgänge an jenem Tage folgende lebendige und interessante Schilderung: „Die bekannte Reichstags-Deputation der Linken erschien mit Freiherrn v. Pillersdorf an der Spitze (in den Vormittagsstunden) im Bureau des Kriegsministers, ihnen folgten Abgesandte der Nationalgarde und den Schluß machte ein ganz junger Student, der im Namen der Aula kam und nachdem er in größter Aufregung den Grafen Latour, der von Generalen und Stabsofficieren umgeben war, mit den Worten apostrophirt hatte: „Der Donner des Geschützes fordere sein Blut!" ihn unter Thränen beschwor, er möge das Feuer einstellen lassen und er stehe ihm mit seinem Leben, daß der Friede nicht mehr gestört werde.

Da bald darauf die Nachricht vom Rückzuge der Truppen einlangte, wurden auf Befehl des Kriegsministers sämmtliche Eingänge des Kriegsgebäudes geschlossen und die Wache nebst den zwei Kanonen in den Hofraum gezogen. Die größte Aufregung — ja man darf sagen, vollkommene Rathlosigkeit — herrschte in den Gemächern des Kriegsministers, in denen sich außer sämmtlichen Ministern eine große Anzahl von Officieren aufhielten. Jeder glaubte sich berufen, einen Rath zu ertheilen, bis man endlich darauf verfiel, von Grafen Latour und Freiherrn v. Wessenberg ein paar Dutzend Zettel unterschreiben zu lassen, auf denen die Worte standen: „Das Feuer ist einzustellen" und die sofort von sämmtlichen Anwesenden aus den Fenstern auf die Straße geworfen wurden. Der geringe Erfolg dieser Maßregel war vorauszusehen. Bald öffneten sich die beiden Flügel des Hauptthores — ob durch Gewalt oder ob auf Befehl des Kriegsministers ist meines Wissens nie genau constatirt worden — und das Volk, größtentheils Proletarier, strömte herein.

Bei dem Umstande, daß die ganze Garnison sich auf dem Glacis aufgestellt befand, drängte sich unwillkürlich die Frage auf, wie das Kriegsgebäude auf solche Weise überrumpelt und der Chef der Armee einer Bande von einigen Hundert schlecht bewaffneten Proletariern hilflos

Pränumerations-Preise.
Für Wien:
Vierteljährig 3 fl. 20 kr., monatlich 1 fl. 10 kr.
Für die Provinzen
Vierteljährig 4 fl. 50 kr.
Unversiegelte Zeitungs-Reklamationen portofrei.
Einzelne Blätter 4 kr.
Pünktliche Zustellung ins Haus monatlich 20 kr.
Die „Morgen-Post" erscheint 7mal in der Woche.

Morgen-Post.

Redaktion:
II. Bezirk, Untere Donaustraße Nr. 27.
Expeditions- und Ankündigungs-Bureau:
Stadt, Schulerstraße 18 (Ecke der Kumpfgasse).
Inserate und Briefe an die Redaktion werden tarifmäßig berechnet.
Inseraten-Aufnahme für das Ausland und die Provinzen durch Haasenstein & Vogler in Wien, Wallfischgasse Nr. 10, Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt a/M., Rudolf Mosse in Wien und Berlin und A. Oppelik in Wien und Prag.
Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 345. | Wien, Donnerstag, den 14. Dezember 1876. | 26. Jahrgang.

Ha, welche Großmuth!

Die Diplomaten schöpfen frischen Muth, die Völker räuspern sich schon, um ein jubelndes Tedeum in die Lüfte zu schmettern, und der trauernde Genius der Menschheit wird nächstens vor lauter Freude wahrscheinlich ein Rad schlagen. Rußland ist nämlich großmüthig und will dem Welttheil gnädigst den Frieden schenken. Es stellt nur eine einzige Forderung als Preis für diese Großmuth auf, es verlangt nichts mehr, als daß sein Wille Gehorsam finde. Wenn man den Orient so einrenken wird, wie die Moskowiter es wünschen und vorschreiben, wenn man sich ohne Widerspruch und Murren dem Gesetze der Nordmacht unterwerfen wird, dann wird auch der Czaar sein düsteres Antlitz wieder entrunzeln und den Völkern wie ehedem ein guter Herr, ein milder Fortschrittsfreund, ein gekrönter Friedenshüter sein. Das zerklüftete Europa aber steht vor einer kläglichen Wahl. Entweder es nimmt den russischen Frieden an, das heißt es anerkennt die Diktatur des Czaaren und willigt in die Zerreißung aller Verträge, oder es nimmt nicht an, und die schreckliche Bellona, die Kriegsfurie mit Stülpnase und Kosakenmütze, schleudert erbarmungslos die Brandfackel in das Pulverfaß des Ostens.

Rußland triumphirt, und es hat alles Recht dazu! Es ist heute schon in jedem Falle Sieger. Die stolzen Großmächte Europa's sind derart uneins und verzagt, daß sie fur die ungeheuerlichsten Ansprüche Gortschakoff's nur ein stummes resignirtes Nicken haben. Das brave Montenegro soll arrondirt werden? Um Gottes Willen ja! Das zerbläute Serbien soll eine Festung annexiren? Mit tausend Freuden! Bosnien selbstständig? Nur schnell, damit der Friede einmal fertig wird! Bulgarien ein eigener Staat? Gewiß, gewiß, nur keine Okkupation! So scheint es auf der „Vorkonferenz" herzugehen, und so finden wir es allerdings auch begreiflich, daß die Chancen des Friedens wunderbar in die Halme schießen, handelt es sich doch um einen russischen Frieden. Auch die „Versöhnlichkeit" Lord Salisbury's erklärt sich auf die einfachste Weise. John Bull will sich nicht schlagen, auch nicht für die Erhaltung der Türkei. Es ist ihm ganz egal ob Bosnien und Bulgarien von einem türkischen Pascha oder einem christlichen Fürsten regiert werden, wenn nur die Moskowiter nicht in die Balkan-Halbinsel eindringen, wenn nur die Langröcke des Czaaren nicht dem Bosporus näher rücken. Kein britisches Interesse wird verletzt, wenn der Sultan Provinz für Provinz seine Macht einbüßt, wenn der ganze Norden seines Reiches mit einem Streiche amputirt wird.

Oesterreich freilich nimmt einen ganz anderen Standpunkt ein. Wir wünschen, daß den Christen des Orients ein menschenwürdiges Los gesichert werde, aber wir müssen wohl auf unserer Huth sein, daß an unserer Südgrenze nicht eine ganze Reihe panslavistischer Staaten erstehe. Die Lenker Oesterreichs mögen sich von den Moskowitern nicht dupiren lassen. Fürst Gortschakoff mag uns noch so oft vorlügen, daß Rußland das Protektorat über Bulgarien, und Oesterreich jenes über Bosnien erhalten werde; nie und nimmer wird sich das verwirklichen. Wie Serbien und Rumänien werden auch die projektirten Zukunftsstaaten nur dem Kommando des Czaren lauschen, während die Habsburgische Monarchie eben so viele verwegene Feinde in ihnen zu fühlen bekommen wird. Soviel steht fest, wenn Russe und Brite sich verständigen, muß Oesterreich bei Zeiten dazu sehen, wie es sein Interesse wahrt....

Vom Norden her aber erschallt ein dämonisches Kichern. Man freut sich, ganz Europa dupirt zu haben, man freut sich des schnell reifenden, beispiellosen Triumphes. Am goldenen Horn sitzen die Diplomaten beisammen, und General Ignatieff, der Mephisto des Orients, ist ihr Präsident. Er ist zugleich Ankläger und Richter der Türkei, und die Verhandlung wird in Abwesenheit des Inquisiten zu Ende geführt. Kein Wort der Vertheidigung ist der Pforte gestattet. Saviet Pascha mag Noten schreiben; man wirft sie achtlos in den Papierkorb. Inzwischen wird das Urtheil gefällt, wie Rußland es verlangt, und dem Moslim wird dann verkündet werden, was Europa beschlossen hat. Auch der Großtürke ist vor eine ganz verzweifelte Wahl gestellt. Fügt er sich, so willigt er in seine eigene Absetzung. Fügt er sich nicht, dann ist er vogelfrei, denn er hat sich dem „Willen des Welttheils" widersetzt und der Russe wird ihn im Namen des Welttheils massakriren. Die Lügengeister der modernen Staatskunst aber können höhnisch die „Teufels-Arie" aus „Robert" anstimmen. Die moskowitische Großmuth ist zu loben, weil sie den Völkern einen so billigen und gerechten Frieden schenkt. Es löst sich aller Zank und Hader in Wohlgefallen auf — und wenn die Türkei klug ist, macht sie dem Possenspiel selber ein Ende, indem sie sich ihrem Todfeinde in die Arme wirft. In den Sagen des Mittelalters schließt der Armesünder auf der Leiter zum Galgen noch rasch einen Pakt mit dem Bösen, und dem Nachrichter bleibt anstatt seiner nur ein Strohwisch in der Hand. Die Türkei braucht nur dem Moskowiter ihre Seele zu verschreiben und — die Orientfrage ist gelöst. Freilich werden dann dem Welttheile erst recht die Augen übergehen.

Die Rede-Sündfluth

der Budget-Debatte.

Und es ward Morgen und es ward Abend, der siebente Tag der Budget-Debatte. Die Schleußen der Beredtsamkeit gießen unendliche Wässer aus, nichts vermag den Uebereifer der Rhetoren zweiten und dritten Ranges zu bezähmen, und selbst der geduldige Rechbauer, gewiß der einsichtsvollste aller Präsidenten, sah sich zu einer ernsten Ermahnung an das allzu gesprächige Haus genöthigt. Den Reigen eröffnete gestern der Abgeordnete Rodler, der mit Greuter polemisirt. Der Budget Ausschuß habe bei den Leistungen an die Ordens-Kongregationen Abstriche vorgenommen, weil er die Nothwendigkeit gewisser Klöster nicht einsieht. Es wird nun dagegen eingewendet, der Kaiser habe die Reaktivirung der Orden genehmigt. Es ist das, sagt Rodler, eine beliebte Methode, die geheiligte Majestät hier hereinzuziehen; die soll aber draußen bleiben, die Majestät komme nie als Argument in dieses Haus!

Die Wagner-Ausstellung.

Der Oesterreichische Kunstverein, oder vielmehr dessen Direktor Herr M. Terke, versteht es ganz wunderbar, immer wieder eine „zeitgemäße" Idee zu finden, welche das allgemeine Interesse auf den kleinen Kunsttempel im Schönbrunner Hause lenkt. Der nächstbeste äußere Anlaß, irgend eine Feier in künstlerischen Kreisen, ein Jubiläum oder etwas Aehnliches bietet stets den erwünschten Anlaß, die Werke irgend eines „Meisters" so vollzählig als möglich vorzuführen, und wenn gar ein Todesfall die Gemüther der Kunstfreunde bewegt, trocknet Herr Direktor Terke eine Thräne und veranstaltet sogleich eine Exposition, die den Namen des edlen Verblichenen an der Stirne trägt. Daran ist nicht das Geringste zu tadeln. Wer es so schön versteht, die Bedürfnisse der Pietät, jene der Kunst und die des Geschäftes harmonisch zu verbinden, hat immer Recht, es auch wirklich zu thun. Den ersten Anstoß zu der „Wagner-Ausstellung" hat allerdings nicht die Vereinsleitung gegeben, benützt aber hat sie sogleich den Gedanken, als ihr derselbe unvermuthet entgegentrat.

Auch daß ist ein Verdienst. Die Ausstellung will zeigen, welche Wirkung Richard Wagner auf die bildende Kunst geübt und dieser Zweck wird im Großen und Ganzen auch thatsächlich erreicht. König Ludwig von Baiern, der große Macen des Sängers der Zukunft, hat reichlich beigesteuert zu dem Unternehmen, das einen neuen Lorbeerzweig um die Stirne des Gefeierten schlingen soll. Die besondere Verfügung, daß die von der baierischen Majestät überlassenen Kunstwerke nur im Oesterreichischen Kunstvereine zur öffentlichen Anschauung gelangen dürfen, hebt noch die Bedeutung der Ausstellung, denn die Verehrer des musikalischen Reformators, die von derselben profitiren wollen, müssen nothgedrungen ihre Pilgerfahrt nach den Tuchlauben antreten, gleichgiltig, wo sie sonst ihre Wohnsitze aufgeschlagen haben. In der That scheint das fast immer überfüllte Lokale sehr häufig auch Gäste von Jenseits der österreichischen Grenzen zu beherbergen, denn, man hört die verschiedensten Dialekte unseres geliebten Deutsch in demselben sprechen, Dialekte, die hier in Wien noch keineswegs eine Heimstätte gefunden haben.

Der Gesammteindruck, den man empfängt, ist nicht eben ein glänzender, es ist mehr die Quantität, als die Qualität des Gebotenen, welche imponirt. Kaulbach's edler Karton: „Elisabeth's Tod", die letzte Szene im „Tannhäuser", ferner die vierzehn Kompositionen Josef Hoffmann's, szenische Original-Entwürfe zu Wagner's Bühnen-Festspiel, sind das Bedeutendste, um nicht zu sagen das einzig Bedeutende der Exposition. Die Gestalt der Elisabeth ist von rührender Schönheit und die Gruppe, welche dieselbe umgibt, zeigt in ihrer Anordnung und Ausführung den echten Künstler nicht von Richard Wagner's, sondern von Gottes Gnaden. Freilich wirkt auch hier die übertragene Begeisterung nicht so zündend, wie die ursprüngliche, man empfindet trotz aller Schönheit des Bildes, daß es doch nur durch den Anblick der Bühne entstanden ist.

Ganz ohne Rückhalt vermögen wir nur die in Wachsfarben gemalten Skizzen Hoffmann's zu loben, die in genialer Auffassung Menschen und Landschaft zu einem engverwachsenen Ganzen verbinden. Ton und Komposition passen so wunderbar zu einander, daß König Ludwig sich durch die Erwerbung dieser Skizzen nur ein glänzendes Zeugniß edlen Kunstsinnes ausgestellt hat. Es fällt uns fast schwer, irgend ein einzelnes dieser Blätter hervorzuheben, sie sind alle stimmungsvoll, alle interessant, alle sammt und sonders meisterhaft gedacht und erfunden. Wenn wir trotzdem eine Wahl treffen sollten, möchten wir besonderer Beachtung empfehlen aus dem Cyklus „Rheingold" das „Bergjoch", Staffage: „Die Walküre hat dem Siegmund seinen bevorstehenden Tod angekündigt"; aus „Siegfried" das Blatt „Am Brünhildenstein", Staffage: „Siegfried weckt Brunhilden durch einen Kuß zum Leben"; aus „Götterdämmerung" die „Halle der Gibichungen am Rhein", Staffage: „Ankunft Siegfried's in der Gibichungenhalle" und „Wildes Wald- und Felsenthal", Staffage: „Die Rheintöchter verlangen von Siegfried den Ring".

Genial gemalt ist auch das Porträt des „Meisters" von Limbach, das dem Hause Wahnfried in Bayreuth entnommen ist. Nun kommen wir zu einer fast endlosen Reihe von Kompositionen, unter denen die von Theodor Pixis in München unstreitig den ersten Rang einnehmen. Von wahrhaft ergreifender Schönheit ist unter denselben jedoch nur ein großes Oelgemälde, „Siegmund mit Sieglinde am Herde Hundings". Ein [illegible]hafter Dämmerton durchfließt das ganze Gemälde, der Mond schaut hell durch das Waldthal in die Halle und die Stimmung in der Landschaft überträgt sich unwillkürlich auf den Beschauer. Alle anderen, mehr minder anspruchsvollen Szenen greifen weniger tief, obgleich auch die Oelskizzen, grau in grau gemalt, zum Theile nicht ohne Schönheit sind. Die großen Kartone, welche neben dem von Kaulbach hängen, zeigen sehr empfindlich den Unterschied zwischen diesen beiden Künstlern. Kaulbach hat sich doch zu einiger Freiheit aufgeschwungen, Pixis aber hält fest an dem Empfangenen, er illustrirt mehr, als er erfindet.

Vor anderen dieser Zeichnungen springt der Karton „Lohengrin und Elsa im Brautgemache" hervor, diese beiden Gestalten sind aber echte und unverfälschte Theaterfiguren. Elsa schaut aus, als hätte sie eben den Frisirmantel abgelegt, sie ist von tadelloser „Nettigkeit" und ihre Löckchen hat das Brenneisen gekräuselt. Lohengrin sitzt so theatralisch da und dabei doch so vorsichtig weit von der Braut, als wollte er sein neues Kostüme nicht zerdrücken. Das Ganze läßt eine andere Wirkung als die des Gemachten nicht aufkommen. Auch „Elisabeth im Gebete" trägt nicht den Stempel der Ursprünglichkeit, es drängt dem Beschauer nicht, die Andacht der schönen Beterin zu theilen. Von geradezu frappirender Flachheit ist „Hans Sachs und Evchen Pogner am Fenster"; „Senta's Tod" wirkt beinahe erheiternd. Man glaubt es dieser Senta nicht einen Augenblick, daß sie die Absicht hat, durch den Sprung in's Meer ihr Leben zu enden. Viel wahrscheinlicher ist, daß sie nur der Kühlung wegen in die Fluthen springen und nach erquickendem Bade wieder ruhig an's Ufer schwimmen will. Von Federzeichnungen des nämlichen Malers findet sich eine große Zahl in photographischen Nachbildungen, fast durchwegs sehr hübsch, aber leider auch nicht mehr.

Es gibt da eine Menge von Personen, wie man sie eben

(Bravo!) Die Anträge Greuter's wurden hierauf abgelehnt.

Zum Kapitel „Hochschulen" ergreift Greuter abermals das Wort. Er hält eine seiner grellsten Kapuzinerpredigten: „Ich habe kürzlich in einem hiesigen „Weltblatt" gelesen, daß sich Oesterreich nie in einer unglücklicheren Lage befand. Das sind die Früchte eures fünfzehnjährigen Liberalismus. Nachdem man die Schulgesetze unter den lauten Protesten der Katholiken durchgeführt, dem Wucher einen Freipaß für die Länder Oesterreichs ausgestellt, die Gründer und Schinder des Volkes die Freiheit der Aktion gehabt haben — Oesterreich nie unglücklicher als jetzt! Was Metternich, was Leo Thun nicht zu Stande gebracht, das ist der liberalen Aera gelungen! Ihr wollt die Kirche zerstören und die Religion zum" —

Der Präsident ersucht hier den Redner zur Sache zu sprechen, worauf sich ein kleines Wortgefecht entspinnt; Greuter setzt sich schließlich wüthend nieder.

Es sprechen hierauf Graf Mieroszewsky und Czerkawski gegen die Aufhebung der Lemberger Universität; Professor Eduard Sueß erklärt, daß die Polen klug thäten, selber alle ihre geistigen Kräfte in Einem Brennpunkt zu konzentriren, und die altberühmte jagellonische Universität zu Krakau zu neuer Blüthe zu entfalten; Minister Stremayr erklärt, daß er überhaupt nicht an die Aufhebung der Lemberger Hochschule denke; Pater Wurm fordert die Errichtung einer czechischen Universität und der Abgeordnete Weeber, der ihm sekundirt, erklärt, Mähren stehe auf einer Linie mit Bosnien, die Czechen seien eine Rajah, und die Hottentotten würden früher zu Universitäten und Gymnasien kommen als die slavischen Mährer.

Zum Kapitel „Mittelschulen" sprechen gemäßigt und sachlich die Abgeordneten Mises und Haje; der Südslave Vitezich bringt neue Klagen vor.

Es wird hierauf eine Interpellation von Monti und Claic bezüglich der bosnischen Flüchtlinge eingebracht. Die Zustände unter diesen Gästen werden als geradezu grauenhaft dargestellt. Hungersnoth und bösartige Epidemien wüthen unter ihnen, und die einheimische Bevölkerung sei [illegible] von Seuchen bedroht. Da ist Abhilfe allerdings hoch an der Zeit, aber welche?

Präsident Rechbauer ermahnt schließlich das Haus, sich nach Möglichkeit kurz zu fassen. Die nächste Sitzung wird auf heute anberaumt. Ein Ende der [illegible] ist vorläufig noch gar nicht abzusehen.

* * *

Auch das Herrenhaus hielt gestern Sitzung. Man [illegible] das Rekrutengesetz und einige andere vom Abgeordnetenhaus bereits behandelte Vorlagen.

* * *

---

auf Bühnen aus Statisten und Choristen zusammenstellt, und die eigentlichen Helden und Heldinnen als solche sind aus der Umgebung nur sehr schwer herauszufinden. Ein weiteres Oelgemälde des Münchener Künstlers: „Raub des Rheingoldes", paralysirt fast die Wirkungen des ersterwähnten — speziell gleicht die fettgelbe Scheibe des in den Wolken glänzenden Rheingoldes auf das Auffälligste einem frischen Laibe — Strachinnkäse. [illegible] unmöglich, alle die unzähligen Elisabeths, [illegible] [illegible]frieds, Brunhilden, Lohengrins und Elsas [illegible], die uns da von allen Wänden herunter grüßen; [illegible] weniger ist es möglich, sich genau über die einzelnen zu orientiren und einen wirklich richtigen, geordneten Eindruck davon heimzutragen.

Da wäre noch eine halbe Legion von M. Echter's Entwürfen zu beschreiben, und auch ein unglücklicher Namensgenosse des Tondichters, F. Wagner in München, führt uns eine lange Reihe, meist wenig erquicklicher Kompositionen vor. Dazu kommen noch die Photographien von Albert in München, eine Porträtbüste des „Meisters" und eine Medaille zu Ehren desselben, endlich ein Autograph und Noten von Wagner, dem Hofkapellmeister Hans Richter gehörig. Wer sich in alle Details versenken will, braucht Tage, um einen klaren Ueberblick zu gewinnen. Endlich aber wird er sich von den 150 Nummern der Wagner-Ausstellung, deren Facit kein großes ist, doch mit Vergnügen zu den wenigen anderen Kunstwerken wenden, die mit den ersteren nichts zu schaffen haben. Unter diesen fallen zwei Gemälde in's Auge: Adolf Menzel's „Die Linden Berlins am Nachmittage des 31. Juli 1870" und Wilhelm Lindenschmidt's „Martin Luther von seinen Eltern in die Klosterschule der grauen Brüder nach Magdeburg gebracht." Das ersterwähnte Bild zeigt in meisterhafter Komposition das den Wagen des Kaisers umdrängende Volk, der sich, von der Kaiserin geleitet, zur Armee begibt. Das Andere antizipirt nur wenig die Zukunft und schildert den kleinen Luther als eine Art von superklugen Wunderkind, eine Auffassung, mit der man sich nicht gerne befreunden mag. Eine Marmorstatue von Butti in Mailand, „Masquerine", ist eine kokette Dutzendarbeit. Schade um das Talent, das trotzdem aus derselben spricht.

Friedrich Pernett.

In der gestrigen Versammlung des Fortschrittsclubs [illegible] Abgeordneter Schürer seinen Austritt [illegible] demselben an. Der Club wählte in das Fünfer-Comité, welches die Anträge des Abgeordneten Fux, betreffend die Abänderung der Delegations-Wahlen in Erwägung ziehen soll, die Abgeordneten Dr. Josef Kopp, Baron Walterskirchen, Fux, Dr. Sturm und Dr. Franz Groß. Abgeordneter v. Proskowetz meldete eine Interpellation an den Finanzminister an wegen der im Verordnungswege während der diesjährigen Zucker-Campagne erfolgten Erhöhung der Zuckersteuer um 60 Perzent.

* * *

Der Konflikt

zwischen Cis und Trans sieht sich heute wieder sehr trübselig an. Die Nachricht, daß die ungarischen Minister während der Weihnachts-Ferien nach Wien kommen sollen, um angeblich die abgebrochenen Unterhandlungen wieder aufzunehmen, wird uns von kompetenter Seite leider als unrichtig bezeichnet. Man hält im Gegentheil für wahrscheinlich, daß Tisza seine Demission erneuern wird und man will behaupten, daß in diesem Falle die Krise kein ungarisches Portefeuille-Opfer kosten dürfte. Der „Lloyd" schreibt heute: „Da an der Lösung der Bankfrage durch weitere Nachgiebigkeit Ungarns absolut nicht zu denken sei, müsse die Gleichheit der [illegible] zwischen den kontrahirenden Theilen dadurch hergestellt werden, daß die Benützung des unbezweifelbaren Rechts zur Etablirung eines selbstständigen Bankwesens zugestanden wird. Die Regierung muß und soll durch die Sicherheit [illegible], nöthigenfalls zur Herstellung einer ungarischen [illegible] schreiten zu können. Wir wünschen den [illegible] nicht, zumal die Konsequenzen auf das ganze wirthschaftliche Verhältniß zu Oesterreich nicht im Vorhinein bestimmbar seien, aber wenn aller guter Wille vergeblich bleibt, muß Ungarn dasselbe thun, was kulturell weniger entwickelte Staaten gefahrlos thaten, nämlich eine selbstständige Zettelbank errichten. Die Sache wäre nicht so schwierig und kritisch, wie man in Wien verkündet. Die Schwierigkeit wäre, wenn kein Kapital aufgebracht werden könnte. In diesem Falle müßte selbst eine ungarische Staatsbank einer österreichischen Diktatur vorgezogen werden." Es scheint also, daß die Ungarn einem Kompromiß trotz alle und alledem nicht abgeneigt sind, und daß sie nur gerne eine Art Satisfaktion erlangen möchten. Muß aber dieselbe gerade in einem Minister-Opfer bestehen?

* * *

Der Ostbahn-Skandal.

Koloman Tisza hat also eine Niederlage erlitten und Ungarn wird einen Riesenprozeß à la Ofenheim und Strousberg erleben wahrscheinlich auch mit demselben Erfolge. Der Parlamentsbeschluß, die gesammte frühere Ostbahn-Verwaltung gerichtlich zu belangen, wirbelt schon heute ungeheuer viel Staub auf wenn auch der Ober-Staatsanwalt erklärt, daß der ganze Prozeß aussichtslos sei. Der „Pester Lloyd" bemerkt, Tisza habe sehr recht gehabt, sich gegen das Dringen auf Belangung hochgeachteter Männer, wenngleich selbe intakt aus der Anklage hervorgehen werden, auszusprechen, weil man den Schaden, der ihnen und den Lande zugefügt werde, nicht leicht gutmachen könne. Nachdem aber eine Majorität von fünfzehn Stimmen anders beschlossen, so können sich die Betheiligten hiemit zufrieden geben. Es könne ihnen nur erwünscht sein, daß die Angelegenheit vor ein Forum gelangt, das die Sache nicht so oberflächlich und von Parteileidenschaften beeinflußt behandelt, wie dies oftmals in parlamentarischen Kommissionen geschehe. Einige wackelnde Reputationen werden allerdings vollständigen Schiffbruch erleiden, auch wenn der Kriminalrichter sie freispricht.

* * *

Auf der parlamentarischen Soirée am 9. d. M. bei Fürst Bismarck hob Letzterer die Gründe hervor, welche gegen die Beschickung der Pariser Ausstellung geltend gemacht wären, indem er auch andeutete, daß unter den Tausenden von Deutschen, welche die Ausstellung besucht hätten, sich gewiß auch Personen finden möchten, welche bei nicht ganz vorsichtiger Haltung der Franzosen gegen die unbeliebten Gäste Konflikte hervorrufen könnten. Die Verhandlung im Bundesrath zeichnete sich durch ihre lakonische Kürze aus. Der Präsident des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofmann, machte die Mittheilung, daß der Ausschuß sich gegen amtliche Theilnahme für Beschickung der Ausstellung erklärt hätte. Es meldete sich Niemand zum Worte. Darauf fragte derselbe weiter, ob ein Vertreter irgend eines deutschen Staates von seiner Regierung beauftragt sei, in der Sache eine Mittheilung zu machen. Es folgte wieder tiefes Schweigen. Darauf bemerkte der Staatsminister Hofmann: Nach dieser Erklärung ist also die Beschickung der Pariser Ausstellung seitens des Deutschen Reiches abgelehnt.

* * *

In Konstantinopel waren gegen Ende des Ramazan Gerüchte von einer neuen [illegible] in Tatar-Bazardjik verbreitet; die dortigen [illegible] hatten wirklich die Absicht, zur Feier des Bei am eine [illegible] Christen-Razzia in Szene zu setzen. Ein Konsul in Philippopel ward aber heimlich davon benachrichtigt; er begab sich sofort in den Konak und theilte dem Mutessarif die Gefahr mit. Wie zu erwarten, leugnete Hamid Pascha dieselbe rundweg ab, sendete aber sofort eine Depesche nach Bazardjik, in der er den Kaimakam für Alles, was den Christen zustoße, verantwortlich machte. Der Kaimakam wendete sich an einen der vornehmsten Türken, den bekannten Ali Bey; dieser berief die Mollahs und sprach: „Ehe [illegible] den Christen etwas anthut, tödtet lieber mein Weib und mein Kind! Es geht um das Heil des Reiches!" Dieses Mittel half sofort. Es entstand eine solche Ruhe, daß während des Beiram nicht einmal die üblichen [illegible] — wie bei uns zu Neujahr — losgeschossen wurden.

* * *

Die „Politische Correspondenz" läßt sich aus Belgrad melden, daß der Rücktritt des Ministeriums Ristic und die Bildung eines konservativen (russischen) Kabinetes Marinovics bevorstehend sei.

Wiener Kommunal-Angelegenheiten.

(Lagerhaus.) Die Kommission, welche gestern aus Vertretern des k. k. Handelsministeriums, der Bahngesellschaften und der Stadt Wien bestehend, beim k. k. Handelsministerium über das Ansuchen der Gemeinde: um die Erwirkung billigerer Manipulationsgebühren auf den Bahnhöfen und um günstigere Tarife für das Lagerhaus unter dem Vorsitze des Hofraths Baron Pußwald Verhandlungen gepflogen hatte, ist in alle Details eingegangen und währte volle drei Stunden ohne zu einem völligen Abschlusse gekommen zu sein. Die Vertreter der Gemeinde führten denen der „Bahngesellschaften" nahe, daß sich die Commune jederzeit coulant gegen dieselben benommen habe, eben weil die Bahnen öffentlichen und allgemeinen Zwecken dienen. Hier handle es sich auch um solche und nicht blos um spezielle Interessen der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung, sondern vielmehr um die Vortheile der Bahnen selbst, wenn sie ein so großartiges Institut unterstützen. Die Vertreter der Bahngesellschaften zeigten sich auch den Wünschen der Gemeinde entgegenkommend, erklärten jedoch, ein decidirtes Votum noch nicht abgeben zu können, weil sie vorerst noch ihren respektiven Verwaltungsräthen darüber Bericht zu erstatten hätten. Es wurde nun beschlossen, gestern über acht Tage die Verhandlungen fortzusetzen und definitive Beschlüsse zu fassen.

(Eine Straßen-Umlegung.) Die Stadt Wien hat mit einem Kostenaufwande von 19.000 Gulden eine Straße vom Viehmarkt gegen Simmering erbaut, welche auch nach ihrer Anlage als zweckmäßig erkannt worden ist. Nun tritt die Gemeinde Simmering neuerdings an die Stadt Wien heran und verlangt die Umlegung dieser Straße, weil sie zu steil sei und für die Lastwagen eine Vorspann nothwendig werde. Das Ministerium hat zu Gunsten der Gemeinde Simmering entschieden; die Rechtssektion hat aber beschlossen, den Rekurs an den Verwaltungs-Gerichtshof zu ergreifen und wird der Vertreter der Stadt Wien, Dr. Theodor Kratky, auch den Rekurs überreichen, nachdem derselbe von der Rechtssektion genehmigt worden ist.

(Stadtpark-Direktor Dr. Siebeck.) Die Rechtssektion des Gemeinderathes hat sich in ihrer gestern stattgefundenen Sitzung für die Pensionirung des Stadtpark-Direktors Dr. Siebeck ausgesprochen.

Tagesneuigkeiten.

* **(Hof- und Personal-Nachrichten.)** Der Kaiser wird Montag den 18. und Donnerstag den 21. d. M. in Wien Audienzen ertheilen. — Der Prinz zu Schaumburg-Lippe ist vorgestern Abends hier angekommen und im „Hotel Frankfurt" abgestiegen. — Oberst Becker kehrte gestern Abends nach Belgrad zurück. — Der englische Kabinets-Courier Kapitän Hare traf gestern Abends aus London hier ein. — Aus Paris ist gestern der Graf v. Gobineau in Wien angekommen und in Frohner's „Hotel Imperial" abgestiegen.

* **(Das falsche Armband.)** Eine Schauspielerin, die in der vorigen Saison in Hamburg engagirt war, hatte sich der Gunst eines jungen Börsenmannes zu erfreuen, einer Gunst, die auch mehrfach durch werthvolle Geschenke in herzerquickender und greifbarer Weise Ausdruck fand. Zu Anfang dieses Jahres fand sich die Dame bewogen, wegen einer von der Direktion vorgenommenen Rollenvertheilung den Kontrakt zu lösen, was diese, die Direktion, um so leichter über sich ergehen ließ, als unsere Künstlerin, trotz ihrer äußeren Liebenswürdigkeit sich nicht als ein solcher Kassenmagnet bewährt hatte, wie die Direktion erwartete. Sie wollte und mußte Hamburg verlassen, befand sich aber in Geldverlegenheit. Eine junge, liebenswerthe Dame indessen, welche einen freigebigen Börsenmann zum Anbeter hat, kann eine solche Verlegenheit nicht so leicht zum Bankerott bringen. Sie erinnerte sich eines werthvollen Schmuckes, eines freundlichen Geschenkes ihres Verehrers, der doch am Ende nicht blos die Kraft besaß, das Auge zu erfreuen, sondern auch die Besitzerin der materiellen Noth entreißen konnte. [illegible] wie Leute, die sich auf das Leben verstehen [illegible] und mächtigste Reiz, der solchen Kleinodien [illegible]. [illegible] Hauswirth war derselben Ansicht; [illegible] Schmuck, den sie ihm als Pfand [illegible] übergab, und schoß ihr, natürlich gegen Zinsvergütung, eine [illegible] Summe vor. Die Dame reiste ab und fand an einer größeren Provinzialbühne Oesterreichs Engagement. Die Ferne hat nicht allein eine trennende, sondern oft auch eine [illegible] Kraft. Das scheint auch unsere Künstlerin verspürt zu haben. E

Nr. 138. Lwów, 14. Grudnia 1876 — Czwartek. Rok I.

Wychodzi codziennie z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych o godzinie 7 rano.

Redakcja przy ulicy Sobieskiego, l. 4, gdzie sklep J. S. Jürgensa.

Administracja *pod l. 2, ulica Sobieskiego.*

INSERATY obliczają się po 6 ct. od miejsca jednego wiersza (petit.)

Listów niefrankowanych nie przyjmuje się. Manuskryptów nie zwraca się.

KRONIKA CODZIENNA

Prenumerata miejscowa wynosi:

miesięcznie . .	1 złr.	10 ct
ćwierćrocznie .	3 „	30 „
półrocznie . .	6 „	60 „
rocznie. . . .	13 „	— „

Prenumerata z przesyłką pocztową wynosi:

rocznie. . . .	16 złr.	— ct
półrocznie . .	8 „	— „
ćwierćrocznie .	4 „	— „
miesięcznie . .	1 „	35 „

Numer pojedyńczy 6 centów.

Zaproszenie do prenumeraty.

Pocztą: za I. kwartał . . 4 złr. — ct.
W miejscu: „ „ . . . 3 „ 30 „

Austrjacka renta złota.

Na dziś wyznaczony jest początek subskrypcji na rentę złotą, którą rząd upoważniony jest wydać w bieżącym roku na mocy ustawy finansowej do wysokości 40 miljonów zł. w. a.

Subskrypcja powiedzie się z pewnością — sądząc ze stanowiska giełdowego, tj. żądana suma pokrytą zostanie może nawet kilkakrotnie, gdyż istotnie nadarza się przezto kapitalistom sposobność do korzystnego i nader pewnego lokowania gotówki. Kurs subskrypcyjny jest bowiem naznaczony po 56%, co podług dzisiejszej stopy ażia wynosi około $71\frac{1}{2}$% w banknotach, procent zaś po 4 od sta w złocie, równa się niemal 5 guldenom banknotami, a więc 5 złr. renty za niecałych 72 złr. kapitału równa się $7\frac{1}{4}$% intracie najpewniejszej jaka tylko w Austrji istnieć może!

Łatwo zrozumieć przeto, że kapitaliści mają wszelkie powody nie szczędzić zabiegów, ażeby zapewnić sobie jakąś cząstkę w tej subskrypcji.

Pozwolimy sobie jednakże rzucić światło na tę operację z innego punktu widzenia, — mianowicie ze stanowiska finansowych jakoteż i ogólnie ekonomicznych interesów państwa.

Otóż co do pierwszego punktu to zarządzona teraz przez p. Pretisa emisja renty złotej ze stratą $28\frac{1}{2}$% jest o tyle niekorzystną, że gdy obecnie jak słusznie podnoszą to także i inne dzienniki, do skarbu państwowego wpłynie w rzeczywistości tylko 28,600.000 złr. za 40 miljonów zaciągniętego długu, to gdyby ta operacja wcześniej była przeprowadzoną, nie w tak fatalnej chwili jak teraźniejsza, z pewnością więcej jak cztery miljony złr. byłoby państwo zyskało na różnicy kursu. Oprócz tej jest jeszcze i ta strata na tem, iż teraz dopiero emisja przedsięwziętą została, że minister finansów musiał na potrzeby administracyjne państwa pożyczyć — naturalnie na wyższy o wiele procent, około 10 miljonów złr. na rachunek tej renty złotej, która dziś ma być puszczoną w obieg.

Śmiało można powiedzieć, iż państwo utraci niemal pięć miljonów zł. w. a. wskutek przewleczenia subskrypcji aż do teraźniejszej pory.

Lecz to byłaby tylko chwilowa strata. Ważniejszą jest rzeczą ten wpływ deprecjonujący jaki renta złota wywrzeć musi na wszystkie inne w srebrze oprocentowane papiery lokacyjne, chociażby najpewniejsze! Nie należy zapominać, że 40 miljonów złotej renty tegorocznej emisji to tylko dobry początek do dalszych podobnych operacyj. Wszakże już na pokrycie przyszłorocznego niedoboru potrzeba będzie przedsięwziąć nową emisję renty, przypuściwszy nawet, że rok 1877 byłby rokiem pokoju...

Patrzmy, jakie spustoszenia spowodowały w Niemczech usiłowania rządowe zaprowadzenia waluty złotej. Renta złota to wprawdzie nie jest to samo jak prawne demonetyzowanie srebra. Lecz „de facto" austrjackie obligi w złocie oprocentowane muszą koniecznie niekorzystnie wpłynąć na kurs innych papierów austrjackich, już chociażby tylko z tego jednego względu, że muszą być ponętniejszemi dla giełdzistów nietylko w Austrji, ale i na tych targach, na których zresztą austrjackie papiery zbyt pochopnego pokupu nie mają.

Powtórzyć więc musimy, iż subskrypcja na pierwszą emisję austrjackiej renty złotej dziś uda się niezawodnie bardzo pomyślnie, to jest giełdziarze zrobią na tem bardzo dobry interes, lecz dla państwa, czyli dla ludności, która poniesie koszta tej operacji, nie będzie ta operacja żadną miarą dobrym interesem.

*

Korespondencje „Kron. Codz."

Wiedeń 11 grudnia.

(δ) Na scenie parlamentarnej i w polityce wewnętrznej zapanowała tymczasowa cisza. W izbie toczą się obrady budżetowe zwyczajnym trybem. W kwestji dotyczącej specjalnie Galicji, poseł Juljan Czerkawski miał sposobność przypiąć lewicy i rządowi dobrze zasłużoną łatkę. Były bürgerminister i wynalazca teorji tryngieldów, Giskra, któremu się rola oprawcy narodowości w ogóle a polakożerstwa w szczególe, pozostała jako jedyna spuścizna jego wszechwładztwa politycznego, kilka kamienic na Ringstrasie wiedeńskiej nie licząc, nie zapomniał i tym razem o nas. W komisji budżetowej postarał się o wykreślenie dwunastu tysięcy złr. ze sumy prelimi nowanej na regulację rzek Wisły, Wisłoki, Dunajca i Sanu. Czerkawski polemizując przeciwko takiemu bezrozumnemu kutwiarstwu, wykazał, że temi sztuczkami nie kieruje rozumna i konieczna ekonomja, ale systematyczna chęć dokuczania krajowi. Władze krajowe, powołane do wykonania tych regulacyj, widząc fundusze w preliminarzu tak obcięte, że oczywiście nic pożytecznego wykonać niemi nie mogą, wolą raczej nic nie rozpoczynać, jak narażać się na odpowiedzialność, gdy przyjdzie rozpoczęte prace przerwać z braku funduszów i narazić to, co się już wykonało na zniszczenie. Systematyczność tę w przygnębianiu interesów tak ważnych naszego kraju, ta nędzna a uporczywa zawiść powodująca temi bohaterami szulerki bursowej w tym wypadku, tak samo, jak w sprawie uniwersytetu lwowskiego, pokazuje się najlepiej z ich własnych argumentow, któremi złośliwość swą chytrze ale źle maskują. Bardzo trafnie poseł Czerkawski wypomniał im to, dowodząc, że tym sposobem nigdy nie dojdziemy do regulacji naszych rzek, nie uchronimy się od szkód, które nam wylewy wyrządzają, bo raz odmawiają funduszów dla robót około dolnego biegu rzeki pod pretekstem, że potrzeba regulację rozpoczynać od górnego biegu, a gdy się rozchodzi o zaczęcie od górnej części, zarzucają znów, że regulacja od stron, gdzie woda na obszarach mniej płodnych stosunkowo małą szkodę wyrządza, jest rzeczą w proporcji za kosztowną, nie naglącą i sama przez się nie uchroni dolnych, najmocniej narażonych okolic, i że należałoby raczej od dołu lub na wszystkich punktach regulować, a to za wiele kosztuje. Tym sposobem ubiega rok za rokiem, namiestnictwo nie wydaje funduszów niedostatecznie wymierzonych, figurujących mimo to w budżecie jako „wydatek" na Galicję, a my zalewani i pustoszeni jak dawniej wylewami, musimy co roku słuchać, jak fałszerska arytmetyka p. Giskry ku ogromnemu zgorszeniu otaczających go kulisjerów, wylicza, grosz za groszem, te straszliwe sumy, które Galicja z kasy „Reichu", którą własnemi podatkami napełnia, pobiera dla swych partykularystycznych (!) celów.

Szkoda, że nasze rzeki zamiast do Bałtyku i Czarnego morza, nie płyną wprost do centrum „Reichu", n. p. po pod kamienice pana Giskry, wtedyby rzeczy wnet inaczej poszły. Możnaby natychmiast 50 miljonów, tak jak przy regulacji Dunaju zawotować i ugryndować ogromny Baubank dla wybudowania miasta na terenie, który się dopiero stworzyć ma. Ba, gdyby to dla Wiednia potrzeba było założyć jaki park, sprowadzić cedry z Libanu, albo wykładać mozaiką fasadę „wspólnej naszej małżonki", jak prezydent franko-banku, Giskra, nazwał skrachowaną dziś bursę, kiedy mu pierwszy raz po założeniu tego szlachetnego instytutu przyniesiono notowany kurs „235" — a, to co innego, to nie żal mówić, nie żal i milczeć za jakąś sprawą, bo wszystko się rentowało; chcąc grzecznie i po fachowemu się wyrazić. Nawet ta nieszczęsna Galicja, potrzebując wówczas dla siebie koncesji na linję Lwów-Podwołoczyska, a dla fundatorów gwarancji, dała dowód w okrągłej kwocie 8.000 złr. „dass Schweigen Gold ist". — Tak, to były inne czasy, można było raz pauzować w powołaniu swej ulubionej formułki „ego autem censeo Galicia delendum esse", i bardzo naturalnie, bo 8.000 złr., które ja wezmę, milsze mi są, niż 12.000, które skarbowi mam oszczędzić. Milczenie było złotem, bo czasy były złote, a dziś krzycząc na całe gardło, wpływ i popularność tego wielkiego bürgerministra nie sięga dalej, jak do szpalt „Hans Jörgla", specjalnego organu wszelkich interesów, które się około gasthauzów, kelnerów, gospodarzy i tryngieldów grupuje. Ten szlachetny kwiat dziennikarstwa specyficznie wiedeńskiego, od jakiegoś czasu postanowił sobie robić reklamę dla bürgerministra i co sobota przypomina go swej szanownej publiczności, malując go jako jedynego człowieka sytuacji. Smutne to dla nas stosunki, skoro takie indywidua mają jeszcze dość władzy szkodzenia interesom całego kraju.

Wiedeń 12 grudnia.

(δ) Jutro z innej strony zacznie się atak na Galicję. Kapituła ruteńska wyznaczyła Gierowskiego i Juzyczyńskiego, aby przy obradach nad budżetem ministra oświaty wytoczyć swój stereotypowy proces o straszliwe pogwałcenie i uciemiężenie ruskaho naroda przez Lachów. Ośmieleni i podochoceni obiecankami, które im dano za wotowanie przy funduszu dyspozycyjnym, posypie się nawalnica najrozmaitszych denuncjacyj, skarg i żalów, i postawią wniosek o założenie seminarjum nauczycielskiego czysto ruteńskiego, a względnie o rutenizowanie istniejącego seminarjum. Oprócz tego kapituła krząta się i po za parlamentem i wniosła do cesarza jakiś ogromnie obszerny memorjał, dotyczący dotacji kleru unickiego, w którym to memorjale wywodzą pretensje nibyto historycznie uzasadnione, do masy dóbr i donacji im niegdyś na korzyść łacińskiego kleru zabranych. Rutenja, rozwścieklona rezultatem wyborów sejmowych, chce przedewszystkiem korzystać ze sposobności do pomszczenia się, a powtóre, musieli poczuć z której strony wiatr dmie i liczą na to, że przez zgodę między lewicą a gabinetem, naszem drzewem ogień rozpalą i że im się przytem coś upiecze. Wspomniałem wam w przedwczorajszym liście, że jest się czego pod tym względem obawiać. Potrzeba będzie wiele energji i roztropności tak w delegacji jak w kraju, aby się w danym razie zasłonić przed temi machinacjami.

Baron Hoffmann wrócił z Pesztu i słychać, że nie uzyskał swem pośrednictwem żadnego rezultatu w sprawie statutu bankowego, ale to ministrów naszych wcale nie troszczy, bo okazują taką hardość i pewność siebie, jakby nie było żadnej kwestji ugodowej na świecie. Nie mamy dziś jeszcze tekstu listu Koszuta, a ciekawiśmy tego, bo z wielu stron objawiają zdanie, że za jego popędem przyspieszy się zbliżenie między skrajną lewicą i prawicą sejmu węgierskiego, ewentualność, któraby szyki chwilowo uporządkowane znowu pomięszać musiała.

Petersburg 9. grudnia.

Przemówienie Bismarka w kwestji wschodniej na obiedzie, wydanym przez niego deputowanym parlamentu niemieckiego, sprawiło tu w rządowych sferach nienajlepsze wrażenie. Ta stanowczość oświadczenia, że najpierwszym obowiązkiem Niemiec jest obrona istnienia, a nawet całości Austrji, uważa się za chęć powściągnienia zbyt wojowniczego zapału rządu rosyjskiego. Nie podobał się także mocno ton opiekuński, w jakim kanclerz niemiecki wygłosił swoją mowę, zwłaszcza ten ustep, gdzie mówi o przewadze wojennej Niemiec w Europie. Zbyt jest zależną rządowa Rosja od Berlina w obecnej chwili, ażeby dała poznać mu swoje niezadowolenie; ale w sercu następcy tronu, przepełnionem goryczą do Niemców, jest to dolana nowa kropla do

---

10)

Pierwsza miłość

powieść

J. Turgeniewa.

(Ciąg dalszy).

Podwoiłem kroki i przybyłem do domu przed samym obiadem. Ojciec już siedział przebrany, wymyty i świeży koło krzesła matki i czytał jej swym równym i dźwięcznym głosem fejleton dziennika „Journal des Debats"; ale matka słuchała go bez uwagi i ujrzawszy mnie zapytała gdziem przepadał cały dzień i dodała, że nie lubi kiedy się włóczy kto Bóg wie gdzie i Bóg wie z kim. Ależ ja sam chodziłem, chciałem odpowiedzieć, lecz spojrzałem na ojca i niewiem dlaczego przemilczałem.

XV.

W ciągu następnych pięciu czy sześciu dni prawie nie widziałem Zeneidy; utrzymywała, że jest chora, co zresztą nie przeszkadzało zwykłym gościom bywać w oficynach — jak się wyrażali — dla przyjaźni — wyjąwszy Majdanowa, który upadał na duchu i nudził się, jak tylko nie miał sposobności do zachwytu. Białowzorow siedział ponury w kącie; po delikatnej twarzy Malewskiego ciągle przelatywał jakiś niedobry uśmiech. Wpadł on w samej rzeczy w niełaskę u Zeneidy i ze szczególną zapobiegliwością wysługiwał się starej księżnej; jeździł z nią w najętej karecie do jenerał-gubernatora. Zresztą wyjazd ten nie udał się i Malewski miał nawet nieprzyjemność: przypomniano mu jakąś historję z jakiemiś oficerami z ministerstwa komunikacji — i zmuszonym się znalazł w wyjaśnieniach swoich oświadczyć, że był wtedy niedoświadczony. Łuszyn przyjeżdżał po parę razy na dzień, ale nie długo pozostawał. Ja obawiałem się go cokolwiek po naszej ostatniej rozmowie i jednocześnie czułem ku niemu serdeczny pociąg. Raz poszedł on ze mną na przechadzkę do Nieskucznego ogrodu, był bardzo serdeczny i uprzejmy, objaśniał mi nazwiska i przymioty rozmaitych ziół i kwiatów i wtem — jak to mówią ni z tego, ni z owego — zawołał, uderzając się w czoło:

— A, ja, osioł, myślałem, że ona kokietka!... Widocznie słodko jest przynosić siebie w ofierze — dla innych.

— Co pan chcesz powiedzieć tem? — zapytałem.

— Panu nie chcę nic powiedzieć, — cierpko odparł Łuszyn.

Mnie Zeneida unikała. Pojawienie się moje — nie mogłem tego nie zauważyć — przykre wrażenie na niej wywierało. Mimowolnie odwracała się odemnie... mimowolnie... To właśnie było gorzkiem, to mnie nękało! Ale nie było sposobu — i ja starałem się nie włazić jej na oczy, i tylko z daleka podpatrywałem ją, co mi się nie zawsze udawało.

Z nią, tak jak dawniej, działo się coś niepojętego. Twarz jej stała się zupełnie inną, cała się przeistoczyła. Szczególnie zastanowiła mię zmiana, jaka w niej zaszła — pewnego ciepłego spokojnego wieczora.

Siedziałem na niskiej ławce pod wielkim krzakiem bzu; lubiłem to miejscie; ztamtąd widać było okno jej pokoju. Siedziałem! nad moją głową w pociemniałych liściach pracowicie kręcił się mały ptaszek: szary kot, wyciągnąwszy szyję, ostrożnie zakradał się do ogrodu i pierwsze chrząszcze ciężko brzęczały w powietrzu, jeszcze przejrzystem, chociaż już nie jasnem. Siedziałem i patrzałem w okno, czy się nie otworzy. Otworzyło się w samej rzeczy i ukazała się w niem Zeneida. Miała na sobie białą sukienkę — i sama cała, twarz jej, ramiona, ręce, były blade, białe. Długo stała nieruchoma i długo patrzała nieruchomo i prosto z pod zmarszczonych brwi. Nie znałem dotąd takiego jej spojrzenia. Potem zacisnęła ręce mocno, poniosła je do ust, do czoła — nagle, rozszerzywszy palce, zarzuciła włosy za uszy, potrzęsła niemi i z jakąś stanowczością kiwnąwszy głową, zamknęła okno.

We trzy dni potem spotkała mnie w ogrodzie. Chciałem usunąć się na bok, ale sama mnie wstrzymała.

— Podaj mi pan rękę — rzekła z dawniejszą uprzejmością — dawnośmy nie gawędzili.

Spojrzałem na nią: oczy jej łagodnie połyskiwały, i twarz uśmiechała się, ale jakby przez mgłę.

— Pani ciągle jeszcze niezdrowa? — zapytałem.

— Nie, teraz już wszystko przeszło — odrzekła i zerwała małą czerwoną różyczkę. Jestem nieco zmęczona, ale i to przejdzie.

— I znowu będziesz pani taka jak dawniej? — zapytałem.

Zeneida przybliżyła różę ku twarzy — i wydało mi się, jak gdyby odblask czerwonych liści odbił się na jej twarzy.

— Czym się zmieniła? — zapytała.

— Tak jest, zmieniłaś się pani — odrzekłem półgłosem.

— Byłam z panem zimna, wiem o tem — zaczęła — ale pan nie powinien byłeś zwracać na to uwagi... Nie mogłam inaczej... Ale co o tem mówić...

— Pani nie chcesz bym ją kochał — oto co jest. — zawołałem ponuro, mimowolnie wyrywawszy się.

— Nie, kochaj mnie pan, ale nie tak jak poprzednio.

— Jakże?

— Bądźmy przyjaciołmi — oto jak...

Dała mi powąchać różę. Potem mówiła dalej:

— Posłuchaj pan! wszak ja jestem daleko starsza od pana — mogłabym być ciotką pana, doprawdy; no, nie ciotką, to starszą siostrą. A pan...

— Ja dla pani jestem dzieckiem — przerwałem.

— No, tak, dzieckiem, ale miłem, ładnem, rozumnem, które ja bardzo lubię. Wiesz pan co? Od dzisiejszego dnia mianuję pana moim paziem; a pan nie zapomnij, że paziowie nie powinni oddalać się od swoich pań. Oto jest odznaka godności pana — dodała, zatykając różę w pętlicę mojej kurtki — znak naszej dla was łaski.

— Dawniej otrzymywałem inne oznaki łaski — wybełkotałem.

— A! — zawołała Zeneida i z boku spojrzała na mnie. Jaką on ma pamięć! No i cóż? i teraz jestem gotowa...

I nachyliwszy się nademną, wycisnęła mi na czole czysty spokojny pocałunek.

Tylko spojrzałem na nią. A ona odwróciwszy się i rzekłszy:

— Chodź za mną, mój paziu! — poszła do oficyny.

Poszedłem za nią, zdumiewając się. Czyż to ta sama łagodna, skromna dziewczyna — myślałem — ta sama Zeneida, którą znałem?

I chód jej wydał mi się spokojniejszym — cała postać szczytniejszą i kształtniejszą...

I, Boże mój! z jakąż nową siłą rozpalała się we mnie miłość!

XVI.

Po obiedzie znowu zebrali się goście w oficynie — i księżniczka wyszła do nich. Całe towarzystwo było obecne, jak owego pierwszego, pamiętnego dla mnie wieczora; nawet Nirmacki przylazł. Majdanow dnia tego przyszedł wcześniej od innych — przyniósł nowe wiersze.

Znowu zaczęła się gra w fanty, ale już bez dawniejszych dziwacznych konceptów, bez głupstw i hałasu — żywioł cygański znikł. Zeneida nadała inny nastrój naszemu zebraniu.

Siedziałem koło niej na mocy prawa pazia. Między innemi zaproponowała ona, aby ten, czyj fant się wyjmie, opowiedział swój sen; ale to się nie udało. Sny wypadały albo bez interesu (Białowzorow widział we śnie, że nakarmił swego konia karasiami, i że miał drewnianą głowę), albo nienaturalne, zmyślone. Majdanow uraczył nas całą powieścią: były tam i cmentarne podziemia, i aniołowie z lirami, i mówiące kwiaty i nadlatujące zdaleka dźwięki Zeneida nie dała mu dokończyć.

— Już jeżeli rzecz poszła na tworzenie — rzekła — to niech każdy opowie coś koniecznie zmyślonego.

Pierwszemu wypadło mówić Białowzorowi. Młody huzar zmięszał się.

— Nie mogę nic wymyśleć! — powiedział.

— Co za dzieciń以stwo! — przerwała Zeneida. — Wyobraź pan sobie naprzykład, żeś żonaty i opowiedz nam jakbyś przepędzał czas z żoną. Pan zamknąłbyś ją?

— Zamknąłbym.

— I sam siedział przy niej?

pełnej już czaszy. Dopóki żyje dzisiejszy car, dopóty stosunki z cesarstwem niemieckiem prawdopodobnie się nie zmienią; lecz z wstąpieniem dzisiejszego następcy na tron należy oczekiwać radykalnej w tym względzie zmiany.

W stronnictwie dzisiejszego następcy tronu bardzo jest popularną myśl założenia cesarstwa słowiańskiego, niby federacyjnego, ale właściwie podobnego do dzisiejszego ustroju Niemiec, ma się rozumieć z jeszcze większem ograniczeniem miejscowych władców. Liczna familja Romanowych dostarczyłaby tych rezydentów stolic słowiańskich. Sam car, jako car wszechsłowiański chętnieby zasiadł w Carogrodzie nad Bosforem. Marzenie to mocno się snuje po głowie przyszłego cara. Dzisiaj jednak wszyscy Rosjanie dobrze rozumieją, że urzeczywistnienie jej jest niemożliwem. Najważniejszą przeszkodę stanowi Polska. Krwawe jej widmo staje przed carami i odpycha ich na równiny nadwołżańskie. Pomimo zapewnień Kotzebuego, Albedyńskiego i Korsakowa, że Polska jest mocno skrępowana, by mogła teraz się poruszyć, w Petersburgu nauczeni stuletniem doświadczeniem, nie wierzą tym zapewnieniom i z obawą przysłuchują się głosom prasy poznańskiej i galicyjskiej. Znowu Prusy, czyli raczej już Niemcy, z obawy o zdobycz swoją w Polsce, nigdy nie pozwolą caratowi rosyjskiemu przybrać tytułu słowiańskiego państwa. Zgodzą się raczej na to, ażeby Austrja została słowiańskiem cesarstwem i odsunęła Rosję po za Dniepr i Niemen, a może nawet i Dźwinę. Przemówienie ostatnie Bismarka jeszcze mocniej utwierdza w tej myśli polityków rosyjskich.

„Moskiewskie Wiedomosti“ piszą o nowych zawikłaniach, jakie się przygotowują w Chiwie. Rosjanie skłaniają chana, by za pewną dość wysoką pensję zrzekł się tronu, a kraj własny oddał władzom rosyjskim. Anglja znowu popiera Szyr-Alego, emira Afganistanu, i stara się zawiązać przymierze pomiędzy nim i Kauszan-chanem, naczelnikiem Merwi. Do Buchary zaś mieli przybyć emisarjusze tureccy, pobudzając lud do walki przeciwko niewiernym giaurom.

Rada państwa.

Rozprawa budżetowa na 216 posiedzeniu izby deputowanych.

Wiedeń 11. grudnia.

Prezydent Rechbauer zagaja posiedzenie o godz. 1/412 przy nieszczególnym udziale deputowanych i publiczności.

Dep. bar. Korb-Weidenheim składa mandat jako członek centralnej komisji dla regulacji podatku gruntowego.

Przed przystąpieniem do porządku dziennego odpowiadają ministrowie Glaser i Chlumecki na interpelacje nas nieinteresujące.

Następuje ciąg dalszy specjalnych obrad nad budżetem.

Sprawozdawca komisji zagaja obrady nad pozycją 9 rozdziału VII, zawierającą: „Budowle wodne“. Tytuł ten w 14 paragrafach wymaga dla Galicji w wydatkach zwyczajnych 67,000 złr., w wydatkach nadzwyczajnych 155,000 złr.

Do głosu są zapisani: bar. Cresseri, hr. Mieroszowski, Schrems, Blass, Graf, bar. Handel, Czerkawski Juljan, Dinstl.

Hr. Mieroszowski mówi o pozycji złr. 80,000 na regulację Wisły, stwierdza gwałtowną potrzebę gruntownych prac regulacyjnych, bo są gminy, które rok w rok cierpią wskutek wylewów. Do tych gmin należy przedewszystkiem gmina Brzegi, położona w zagięciu koryta Wisły. Gmina ta, nawiedzona tylekrotnie wielkiem nieszczęściem, zwróciła się w tym roku z prośbą do rządu o poczynienie co należy w celu zapobieżenia spustoszeniom. Prosi przeto p. ministra, aby uwzględnił prośbę gminy Brzegów.

Dep. dr. Czerkawski Juljan zarzuca komisji, że w ogóle po macoszemu obchodzi się z Galicją pod względem nakładów na budowle wodne, że za mało się Galicji przyzwala, i że komisja broni się tem, iż Galicja niezdolna spotrzebować nawet tego, co jej się przyzwala. Za rzetelność w rozporządzaniu pieniędzmi spotyka ją jeszcze zarzut. Mówca wnosi, aby cztery pozycje dotyczące Wisły, Sanu, Dunajca i Wisłoki przyjąć przynajmniej w tej wysokości, jak wnosił rząd, a nie w okrojonej, jak wnosi komisja budżetowa, a więc w wysokości 167,000, a nie 155,000 złr.

Sprawozdawca Giskra w namiętny sposób zwraca się przeciw wywodom p. Czerkawskiego. Komisja zniżyła kwotę zażądaną przez rząd o złr. 12,000 i to jeszcze kwotę tak znaczną, jaką jest 167,000 złr., tak że pozostaje 155,000 złr. Takiego dopuściła się komisja niesłychanego gwałtu na młodziankach galicyjskich. Rozpatrzywszy zaś bliżej postępowanie komisji, przekonamy się, że wszędzie przyzwolono tyle, ile na rok bieżący, a tylko pozycję na Wisłokę zniżono o 12,000 złr. Ten jest morderczy uczynek komisji. Wymazała zaś komisja te 12,000 złr. nie dla zaokrąglenia, lecz dla oszczędności.

W głosowaniu odrzucono wniosek Czerkawskiego; za nim głosuje cała prawica wraz z świętojurcami i p. Mieroszowskim. Przyjęto wniosek komisji.

Tytuł 10: „Nowe budowle i znaczniejsze administracje“ zawiera w 4 paragrafach tylko wydatki nadzwyczajne razem w ilości 12,000 złr.

W kwocie tej mieści się dla Galicji 1400 złr. należących się bankowi narodowemu z domu dawniej Młockiego we Lwowie, w którym mieści się namiestnictwo.

Rząd wnosił jeszcze o przyzwolenie 100,000 złr. jako nowego kredytu na wybudowanie północnego skrzydła gmachu namiestnictwa we Lwowie, komisja jednak wymazała cały ten nowy kredyt, twierdząc, że wedle prac wstępnych kosztorys ogólny wynosi około 600,000 złr. Budowa ma być podzielona na trzy okresy, a na pierwszy okres, w którym ma stanąć skrzydło na pomieszczenie biur namiestnictwa, domaga się rząd, oprócz nieużytego jeszcze kredytu z r. 1875 w ilości 100 000 złr., dalszej jeszcze kwoty w ilości również 100,000 złr. Nasamprzód atoli projekty budowy nie są jeszcze stanowczo ułożone, a dalej obrachunki co do kosztów nie są przeprowadzone wyczerpująco. Na wybudowanie najniezbędniejszej części projektowanego skrzydła wystarczyć może kwota pozostała z r. 1875, i potrzeba tylko, aby kredyt przedłużony był aż do czerwca r. 1878.

Razem domagał się rząd w tym tytule 112,000 złr. Komisja, strąciwszy właśnie tylko pozycję na budowę gmachu namiestnictwa lwowskiego, wnosi o przyzwolenie tylko 12,000 złr., czyli o 25,000 mniej niż przyzwolono na r. 1876.

Tytuł ten przyjęto bez dyskusji.

Również bez dyskusji uchwalono tytuł 12: „Koszta na telegrafy“, w ilości 10,000 złr., podczas gdy rząd domagał się kwoty przyzwolonej na rok 1876, tj. 12,000 złr.

Dział drugi rozdziału VII mówi o dochodach, które rząd preliminuje w wysokości 1,104,494 złr., podczas gdy na rok 1876 uchwalono je w wysokości 1,108,800 złr.; niedobór przeto w porównaniu z rokiem bieżącym wynosić miał wedle preliminarza rządowego w roku przyszłym 4,306 złr., a ponieważ komisja dla zaokrąglenia preliminuje dochody te o 94 złr. niżej od preliminarza rządowego, przeto niedobór ten wynosić będzie 4,400 złr.

W dyskuji zabiera głos tylko dep. Kronawetter.

Dział dochodów także uchwalono wedle wniosków komisji.

Następuje rozdział VIII: „Ministerstwo obrony krajowej“, które w 7 pozycjach obejmuje razem w wydatkach zwyczajnych 7,517,600 złr., w wyd. nadzwyczajnych 868,900 złr.

Rząd wnosił o przyzwolenie w wyd. zw. 7,570,900 złr., w wyd. nadzwyczajnycc 868,900 złr. Komisja zniżyła wydatki zwyczajne, i to tak, że wnosi o przyzwolenie w ogóle 55,300 złr. mniej, niż przyzwolono na r. 1876.

W dyskusji dep. dr. Harant podnosi sprawę polepszenia żywności żołnierzom. Niesłusznie jest, by biedny chłop galicyjski był nietylko opodatkowany na krwi i mieniu, lecz i przez to, że musi wspierać syna, który w służbie wojskowej mrze z głodu.

Dep. ks. Fischer uskarża się na objawy nietolerancji w wojsku przeciw żołnierzom katolickim. Wyraża nadzieję, że w przyszłości do skarg podobnych nie będzie miał powodu.

Dep. Seidl przemawia przeciw rozciąganiu obowiązku służby trzyletniej na wszystkich bez różnicy żołnierzy.

Dep. Heilsberg każe ministrowi pamiętać o oszczędnościach, jako o obowiązku w czasach dzisiejszych, i stawia wniosek, by z każdego tytułu wydatków, z wyjątkiem żandarmerji, obciąć jeszcze cośkolwiek. Wszystkie razem zaokrąglenia wniosku Heilsberga wynoszą 124,500 złr. w. a.

Minister obrony krajowej p. Horst odpowiada Heilsbergowi, że preliminarze jego posunięte są już do ostatnich granic oszczędności. Obowiązku zaś nikt przypominać mu nie potrzebuje, bo poczucie jego nosi sam w sobie Dep. ks. Fischerowi odpowiada, że odpowiedzieć nie może, nie mając podanych sobie przez mowcę szczegółów, tylko ogólnikową skargę na nietolerancję. Tyle jednak zdaje się ministrowi, iż nigdzie nie ma tyle tolerancji, ile właśnie w armji, bo wszyscy żołnierze noszą w sobie to poczucie służenia jednej idei, które gładzi między niemi różnice wyznaniowe.

W głosowaniu wniosek Heilsberga upada; wszystkie tytuły uchwalono wedle wniosków komisji.

Bez dyskusji uchwalono dział dochodów, który wynosi w dochodach zwyczajnych 25,000 złr., w dochodach nadzwyczajnych 10,694 złr.

Stawiono wniosek o zamknięcie posiedzenia. Wniosek ten przyjęto jednogłośnie.

W końcu odczytuje minister Stremayr odpowiedź na dwie interpelacje, z których druga dotyczy obsadzenia wakansów przy kapitule ołomunieckiej, i oświadcza, że wkrótce będzie załatwioną.

Koniec posiedzenia o godz. 1/24. — Następne jutro.

Klub postępowy naradzał się na wtorkowem posiedzeniu nad wnioskami Fuxa względem ustroju delegacji, długości sesji i wpływie cislitawskiego ministerstwa na sprawy zewnętrzne. — Przekazano je komitetowi z 5 członków. Zastanawiając się nad wnioskami, jakie przy rozprawie budżetowej mają być przez pojedyńczych członków wniesione, wyrażono naganę należącym do klubu klakierom podczas mów ministerjalnych.

Na ostatniem posiedzeniu komisji pokojowej przekazano projekt o kolejach gwarantowanych komitetowi z 5ciu członków.

W komisji podatkowej debatowano nad §. 20 ustawy o podatku dochodowym (sprawdzanie fasji). W interesie podatkujących, aby uchronić ich od zbytecznych weksacyj, uchwalono następujące postanowienie: „Jeżeli komisja uzna podane przez podatkującego daty dochodowe za niedokładne lub wątpliwe, przysłuża jej prawo zażądać od niego ustnie lub pisemnie wyjaśnień na pewne pytania. Potrzebną jednakże do tego jest formalna uchwała komisji z wyłuszczeniem powodów w protokóle. Jeżeli podatkujący zaniecha przedłożenia fasji w oznaczonym czasie lub odpowiedzenia na postawione mu pytania, oznaczy komisja bezwłocznie dochód jego cyfrowo. Władze i publiczne organa są obowiązane udzielić komisji szacunkowej wyjaśnień względem dochodu podatkującego.

Przegląd polityczny.

Lwów 14. grudnia.

Podczas gdy reprezentanci mocarstw, zebrani w Konstantynopolu, nastrajają się na nutę coraz bardziej pokojową, fakta mitrężą im na każdym kroku tę ze wszech miar chwalebną pracę. Turcja naprzykład nie tylko nie chce słyszeć o żadnej okupacji swego terytorjum, czy ta nastąpiłaby ze strony rosyjskiej, angielskiej, czy też austrjackiej, ale nawet sama przygotowuje się do przekroczenia Dunaju między Tulczą a Czaczkanami. Zatrwożony tem rząd rumuński wysłał do Konstantynopola specjalnego ajenta z żądaniem stanowczych wyjaśnień, poleciwszy mu zarazem oświadczyć, że w razie gdyby ta wiadomość potwierdziła się, Rumunja zbrojnie oprze się przekroczeniu Dunaju. O odpowiedzi Turcji posiadamy dwie wersje: według jednych wiadomości Porta oświadczyć miała, że nie w jednym, lecz w kilku punktach zamierza przeprawić się przez Dunaj i zająć część rumuńskiego terytorjum; według innych, Savfet basza zapewnił rumuńskiego ajenta, że wojska sułtana Dunaju nie przekroczą, a tylko ograniczą się na pilnowaniu brzegów aby zapobiedz ewentualnej przeprawie Rosjan. Zawsze brzmi to niebardzo pokojowo. Nie polepszy również widoków pokojowych odkryty w Konstantynopolu spisek na życie Midhata baszy, będący widocznie w związku z zamiarem uprowadzenia eks-sułtana Murada, o czem piszemy w innem miejscu.

Z Kiszeniewa donoszą do „Polit. Corr.“ że nie ma już w okolicy miejsca dla wojsk przybywających; dla tego główna kwatera przeniesioną będzie d. 28 b. m. do Chocima, a jazda została posuniętą aż pod Akerman. W przeddzień przekroczenia Prutu i Dunaju wydane będą odezwy, jedna do Rumunów, druga do Bułgarów, zapowiadające pokojowy cel tej wojny! Rząd rumuński wyda również proklamację ogłaszającą, że pozwolił na przejście wojsk rosyjskich. Wojska przez wzgląd na rząd rumuński nie dotkną Bukaresztu, gdy z innej strony donoszą, że rząd rumuński przeniesie się do Jass. Liwerunki są zamówione z dostawą do połowy stycznia w Jassach, Berlacie, Fokszanach i Romanie. Zapowiedziany przyjazd cara dla zwiedzenia armji, jest wątpliwy.

„Pester Lloyd“ donosi, że gabinet Tiszy zamierza wśród pewnych okoliczności podać się do dymisji. Dotychczas jednak nie zaszły jeszcze owe okoliczności. „Lloyd“ motywuje powyższe postanowienie w ten sposób, iż ostatnia mowa br. Lassera utrudniła jeszcze bardziej porozumienie pomiędzy obu rządami. Co do projektu wysłania deputacyj regnikolarnych — powiada „Lloyd“ — to sprzeciwia się to poczuciu honoru gabinetu Tiszy, ażeby zezwolił na nowe wydanie komisji, złożonej z 21 członków“. Także i hr. Andrassy ma być stanowczo przeciwnym wysłaniu takiej komisji. Na każdy wypadek — kończy Lloyd — nie długo pozostawać będziemy w niepewności. Jeszcze przed świętami Bożego Narodzenia dowie się izba niższa z ust pp. ministrów o bliższych szczegółach ugody z Cislitawją.

Nowe spiski w Konstantynopolu. Policja stambulska osłania ścisłą tajemnicą dwa wypadki ostatniej chwili, które widzom europejskim dają wiele do myślenia. Oto zeszłego tygodnia z wtorku na środę zamierzono wykraść eks-sułtana Murada w sposób bardzo awanturniczy. Do pałacu w Czeraganie, gdzie zdetronizowany idjota mieszka, weszły cztery tureckie kobiety starannie zakwefione, a wskutek czci dla kobiet, panującej u Turków, nie przeszkodzono im wejść do samego mieszkania Murada. Dopiero w ostatniej chwili przekonano się, że zapamiętałemi temi „hanum“ (kobietami) byli przebrani mężczyźni, których też natychmiast ujęto. Równocześnie spostrzeżono pod oknami pałacu mały parowiec, na którym sprzysiężeni chcieli Murada wywieść do Londynu, według innych zaś wersyj do Aten, lub do Odessy. Podczas śledztwa przyznali się wszyscy szczegółowo; działali wskutek polecenia osobistości, których imiona jednak ministerstwo stambulskie starannie przed światem ukrywa. Zamach miał prawdopodobnie na celu, użyć niedołężnego Murada jako parawan nowej jakiejś rewolty.

Lecz na tem nie koniec. Nazajutrz, we środę, zjawiło się dwóch Czarnogórców u prezydenta rady stanu Midhata-baszy z prośbą o posłuchanie. Od czasu jednak napadu Hassana beja podobne wizyty wzbudzają u dygnitarzy tureckich, co najmniej niedowierzanie. Czarnogórców przyaresztowano, a przy śledztwie wyznali, że wysłano ich właśnie dla zamordowania Midhata baszy. Kto zaś wysłał, o tem milczy policja stambulska. Dzisiejsza poczta donosi, że policja wstrzymuje się z opublikowaniem spiskudo chwili, aż kiedy wszystkich sprzysiężonych nie dostanie w swe ręce. Oba zaś wypadki stoją z sobą bezwątpienia w ścisłym związku. Niektórzy poczytują za pewność, że w Konstantynopolu rywalizują z sobą dwa stronnictwa: partja Murada i zwolennicy Abdul-Hamida.

Wiadomości miejscowe i zamiejscowe.

Otrzymujemy następujące pismo:

„L. 16416. W imieniu Jego cesarskiej Mości! C. k. sąd krajowy dla spraw karnych we Lwowie orzekł na podstawie §§. 489 i 493 ustawy o postępowaniu karnem i §. 37 ustawy prasowej wskutek wniosku c. k. prokuratorji państwa, że treść artykułu, umieszczonego w Nr. 127 czasopisma „Kronika Codzienna“ z dnia 30. listopada 1876 w dziale: Wiadomości miejscowe i zamiejscowe pod tytułem: Obchód rocznicy zgonu Adama Mickiewicza“ w ustępie poczynającym się od słów: Jak powiedziałem, podnieśliście broń.... a kończącym się słowami: ....wzywającą nas za ojczyznę do boju, w całej swej objętości zawiera w sobie znamiona zbrodni zakłócenia spokoju publicznego z §. 65 lit. a. u. k. — że zatem zarządzona przez cesarsko królewską prokuratorję państwa konfiskata tego numeru czasopisma „Kronika Codzienna“ jest usprawiedliwioną, dalsze rozpowszechnienie treści tegoż inkryminowanego artykułu wzbronionem, i że zabrany nakład ma być zniszczonym; zaś treść tegoż samego artykułu w ustępie poczynającym się od słów: Niechże tu nagość nasza..... a kończącym się słowami: ....a cuchną,“ nie zawiera w sobie znamion zbrodni obrazy członków rodziny cesarskiej z §. 64. u. k. Powody: Ustęp inkryminowany w mowie będącego artykułu od słów: Jak powiedziałem podnieśliśmy broń.... aż do słów: .....wzywającą nas za ojczyznę do boju,“ zdolnym jest do wzbudzenia wzgardy i nienawiści przeciw jednolitemu ustrojowi państwa austrjackiego i oczywiście też nie w innym jak tylko w tym celu użyty był. Zawiera przeto wszelkie znamiona zbrodni zakłócenia spokoju publicznego z §. 65 lit. a. u. k., i na tej też podstawie zastosowane zostały ustępy ustawowe na wstępie orzeczenia wzmiankowane.

O tem orzeczeniu zawiadamia się pana Liberata Zajączkowskiego, jako odpowiedzialnego redaktora czasopisma „Kronika Codzienna“ z tą nadmianą, że ustęp tego orzeczenia, którem wowym artykule inkryminowanym nie uznano znamion zbrodni obrazy członków cesarskiej rodziny z §. 64 u. k. z powodu zażalenia, przez c. k. prokuratorję państwa przeciw temuż zgłoszonego, nie stał się jeszcze prawomocnym.

Z c. k. sądu krajowego karnego. Lwów dnia 2. grudnia 1876.

Piątkowski.

Wiadomość o okropnym wypadku pod l. 1 przy ulicy Zygmuntowskiej, którą wczoraj podaliśmy, uzupełniamy dziś bliższemi szczegółami. Sutereny wynajmował od właścicielki domu, ks. L. Ponińskiej, Piotr Paraszczak, murarz; osób zaś u niego mieszkało dziewiętnaście, mianowicie jego żona z siedmiorgiem dzieci, robotnicy przy tutejszym gazometrze, lakiernik z żoną, jakaś Niemka z dziećmi, jeden wyrobnik i preclarz Józef Kosmaty, znany publiczności z tego, że towar swój donośnym głosem ofiarował obok gmachu teatralnego. Przedwczoraj w południe przyszła do tego pomieszkania Katarzyna Golaszowa z odwiedzinami do swej matki, lecz gdy nikt nie otwierał, przywołała stróża domowego, a ten drzwi wywalił. Wtedy ujrzano na ośmiu łóżkach dziewiętnaście osób, niedających żadnego znaku życia. Na miejscu katastrofy zjawili się wkrótce komisarz policji p. Blaim, komisarz dzielnicy i 7 lekarzy, którzy gorliwie zajęli się ratowaniem nieszczęśliwych. Jedenaście osób zdołano przywołać do życia, ośm było już nieżywych. Uratowanych zabrano do szpitala, gdzie trzynastoletnia córka Paraszczaka zostaje bez nadziei życia. Umarli preclarz i żona jego Katarzyna, lakiernik Antoni N. i jego narzeczona, dwuletnie dziecię J. Kristmana wyrobnika z Trjestu, wreszcie troje dzieci Paraszczaka, mających 1, 6 i 9 lat. Przyczyną okropnego wypadku był gaz, który z rur w tym czasie właśnie naprawianych ulotnił się jakimś podziemnym otworem.

W teatrze polskim przedstawiają dziś „Aidę,“ jutro „Chrzciny Maciusia“.

Zarząd bibljoteki „Czytelni akademickiej“ we Lwowie uprasza wszystkich panów którzy przestali być członkami czytelni, a którzy wypożyczonych książek dotychczas nie zwrócili, by takowe najdalej do 1. stycznia 1877 zwrócić raczyli, gdyż w przeciwnym razie imiona ich w dziennikach krajowych zostaną ogłoszone. Zarząd zwraca się szczególniej do tych pp. którzy mają u siebie dzieła pożyczone jeszcze w r. 1867! Czytelnia w początkach swego istnienia rozporządzając bardzo małym funduszem, zakupywała tylko książki trwałą wartość mające. Wszystkie te cenne nabytki od chwili wypożyczenia, nie były więcej widziane w bibljotece czytelni, a nie było sposobu, mimo wielokrotnych wezwań, odebrać takowe do tego czasu. Może więc choć po dziesięciu latach zechcą ci panowie uwzględnić potrzeby obecnych członków czytelni i oddawszy wypożyczone dzieła umożliwią im korzystanie z bibljoteki. Lwów dnia 13. grudnia 1876 Józef Zimmerman m. p. bibljotekarz czytelni.

O działach Uchacjusza, które zeszłego tygodnia do Lwowa przybyły, miał wczoraj jenerał Kriestel w ujeżdżalni artylerzyckiej wykład, na którym obecni byli oficerowie wszystkich załogą stojących tu pułków.

Okropną zbrodnię popełniono znów w Wiedniu d. 4 b. m., a która dopiero po kilku dniach wydała się. Na Matzleindorfer-Strasse mieszkał wyrobnik farbiarski Hackler z żoną i synem 24 letnim, wielkim ladaco. Ojciec przychodził do domu tylko w sobotę na noc i wracał do fabryki w poniedziałek rano. Syn przybywszy do domu, chciał wydrzeć znów matce kilka centów, żeby miał pić za co, a gdy ich nie otrzymał, zabił matkę dusząc ją i poderznąwszy jej gardło, ukrył trupa pod łóżkiem a sam się na niem położył. Dwie nocy przepędził on w ten sposób na trupie matki. Zabrawszy jej 2 zł., poszedł był do teatru. Wreszcie opuścił mieszkanie, a gdy ojciec we czwartek nadszedł, gdyż w piątek jako w święto, miał zostać w domu, i zastał mieszkanie otwarte, począł szukać żony i znalazł trupa pod łóżkiem. Padł wtedy zemdlony, i tak go znaleziono, a gdy go ocucono, zawołał, że chyba syn zamordował matkę. Rozesłano za zbrodniarzem policję, ale on sam dobrowolnie się oddał w ręce władzy.

O pożarze teatru w Brocklyn podają dzienniki angielskie następujące szczegóły: Trupów wydobyto dotąd 245, zdaje się jednak, że więcej jeszcze znajdzie się ich pod gruzami. Dwaj aktorowie zginęli także w płomieniach. Ogień wybuchł podczas przedstawienia „Dwóch sierot“ na scenie. Widzów było około 800, przeważnie na galerjach. Paniczny przestrach ogarnął wszystkich na widok pożaru. Publiczność znajdująca się na parterze, oraz osoby na scenie szczęśliwie uszli z życiem; mniej szczęśliwymi byli jednak widzowie na galerjach. Teatr zupełnie został zniszczony, ile osób straciło życie, pokaże się dopiero po uprzątnieniu gruzów. Katastrofa ta żałobą okryła całe miasto. Ruch handlowy i rzemieślniczy ustał zupełnie, sądy zamknięte, a tłumy mieszkańców otaczają pogorzelisko.

— I sam niezawodnie siedziałbym.

— Doskonale!... A gdyby to jej dokuczyło i zdradziła pana?

— Zabiłbym ją.

— A gdyby uciekła?

— Dopędziłbym i zawsze zabił.

— Tak. No, a przypuśćmy, że ja byłabym żoną pana — cobyś pan wtedy zrobił?

Biełowzorow zamikł na chwilę, a potem rzekł:

— Zabiłbym sam siebie...

Zeneida zaśmiała się.

— Jak widzę, z panem krótka sprawa — rzekła.

Drugi fant był Zeneidy. Podniosła oczy do sufitu i zamyśliła się.

— Posłuchajcie — rzekła w końcu — co mi przyszło do głowy. Wyobraźcie sobie przepyszny pałac, letnią noc i świetny bal. Daje go młoda królowa. Wszędzie złoto, marmur, kryształ, jedwab, ognie, brylanty, kwiaty, kadzidła, wszelkie wymysły rozkoszy.

— Pani lubi rozkosz? — przerwał jej Łuszyn.

— Rozkosz jest piękna — odrzekła — a ja lubię wszystko piękne... Ale nie przeszkadzaj mi pan. Otóż bal przepyszny. Gości mnóstwo, wszyscy młodzi, piękni, mężni, wszyscy bez pamięci zakochani w królowej.

— Czy kobiet nie ma w liczbie gości — zapytał Malewski.

— Nie... ale, zaczekaj pan... są.

— Wszystkie brzydkie?

— Prześliczne. Ale mężczyźni wszyscy zakochani w królowej. Ona jest słuszna i zgrabna, w małym, złotym djademie na czarnych włosach.

Spojrzałem na Zeneidę. W tej chwili wydała mi się ona wyższą od nas wszystkich; od jej białego czoła i nieruchomych brwi wiało takim rozumem i potęgą, żem pomyślał: „Tyś sama ta królowa„. (D. c. n.)

Nr 286. We Lwowie Piątek dnia 15. Grudnia 1876. **Rok IX.**

DZIENNIK POLSKI

Wychodzi codziennie.

Przedpłata wynosi: we Lwowie rocznie 18 zł. — półrocznie 9 zł. — kwartalnie 4 zł. 50 ct — miesięcznie 1 zł. 50 ct.

Z przesyłką pocztową w Państwie Austrjackiem rocznie 22 zł. — półrocznie 11 zł. — kwartalnie 5 zł. 50 ct. — miesięcznie 1 zł. 85 ct.

Z przesyłką pocztową za granicę: do całych Niemiec rocznie 50 marek, kwartalnie 12 marek 5 sgr. — do Francji i Anglii rocznie 108 franków, kwartalnie 27 franków — do Belgii, Włoch i Szwajcarji rocznie 50 fr., kwartalnie 20 fr.

Numer kosztuje 10 centów.

Manuskryptów Redakcja nie zwraca.

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują we Lwowie Biuro Administracji „Dziennika Polskiego" przy placu Halickim i Ajencja W. Piątkowskiego plac Katedralny; we Wiedniu, Hamburgu, Frankfurcie n. M., w Berlinie, Lipsku, Bazylei (Szwajcarja) i Wrocławiu pp. Haasenstein & Vogler w Wiedniu F. Löb, R. Mosse, Rotter i Spł. w Poznaniu Kazimierz Neumann Biuro anonsów; w Paryżu pułkownik Raczkowski, Faubourg Poissoniere 33. Ogłoszenia przyjmuje Agencja p. Adama Carrefour de la Croix-Rouge, 2 Paris. w Krakowie księgarnia Adolfa Dygasińskiego.

Ogłoszenia przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem (petit).

Listy z pieniądzmi mają być przesyłane franco do Administracji „Dziennika Polskiego". — Listy reklamacyjne nie opieczętowane nie podlegają opłacie.

Od Wydawnictwa.

Z nowym kwartałem zapraszamy szan. Czytelników do rychłego odnowienia prenumeraty celem wczesnego uregulowania przesyłki.

Przedpłata na *Dziennik Polski* **wynosi:**

na prowincji z przesyłką pocztową:

	bez dodatku pism Miłkowskiego	z dodatkiem pism Miłkowskiego
całorocznie	22 złr. — ct.	28 złr. 40 ct
półrocznie	11 „ — „	14 „ 20 „
kwartalnie	5 „ 50 „	7 „ 10 „
miesięcznie	1 „ 85 „	— „ — „

we Lwowie bez przesyłki pocztowej:

	bez dodatku pism Miłkowskiego	z dodatkiem pism Miłkowskiego
całorocznie	18 złr. — ct.	24 złr. 40 ct
półrocznie	9 „ — „	12 „ 20 „
kwartalnie	4 „ 50 „	6 „ 10 „
miesięcznie	1 „ 50 „	— „ — „

Przedpłatę przyjmuje się tylko od 1. i 15. każdego miesiąca.

Pieniądze prenumeracyjne prosimy przysyłać tylko pod adresem „Administracja *Dziennika Polskiego*."

Lwów 14. grudnia.

[illegible] wczoraj we właściwej rubryce, że według *Hona* kryzys austrjacko-węgierska zaostrzyła się z powodu sprawy bankowej tak dalece, iż chodzi już tylko o to, które ministerjum upadnie — austrjackie, czy węgierskie?

Dzisiaj potwierdza inspirowany wiedeński *Fremdenblatt* ten stan rzeczy. Artykuł jego jest niejako lamentującym dalszym ciągiem oświadczeń p. Lassera w Radzie państwa. *Fremdenblatt* powtarza, iż skonstatowano w Peszcie z obu stron dobrą wiarę, a nawet dobrą wolę, że osobiste dyferencje usunięto, ale że natomiast przedmiotowe sprzeczności istnieją dalej w pełnej sile. Punkt ciężkości leży w Peszcie, gdzie bawi ciągle hr. Andrassy i dokąd wraca bar. Hoffmann. Obydwaj ci panowie muszą kontentować się pociechą, że nie ma osobistego antagonizmu między członkami gabinetu wiedeńskiego i peszteńskiego.

Wszystkie projekta, podniesione w Peszcie w celu rozwiązania sprawy bankowej, zostały bezskutecznemi. Był projekt odroczenia sprawy, ale nie podobał się nikomu. Był projekt poruczenia jej deputacjom regnikolarnym, ale upadł z powodu, że deputacje nie mając przed sobą pozytywnego wniosku ze strony obydwu rządów, nie trafiłyby do końca, a gdyby rządy mogły zgodzić się na taki wniosek, to nie potrzebaby deputacyj regnikolarnych. Był nakoniec projekt utworzenia banku, któryby był „sprawą wspólną", ale projekt ten rozbił się, bo niepodobna było dójść do porozumienia co do „równorzędnej" *(paritätisch)* organizacji tego „wspólnego" banku.

Organ ministerjalny odkrył nawet już nietrudną do odkrycia przyczynę tych wszystkich trudności. Jest nią waluta papierowa. Zapewne, gdyby można usunąć przymusowy kurs banknotów, i wprowadzić w obieg brzęczącą monetę, rzecz uprościłaby się niepospolicie. Ponieważ atoli pp. de Pretis i Szell zapewniają, każdy ze swojej strony, że przywrócenie waluty nastąpić może dopiero po przywróceniu trwałej równowagi w budżecie, i ponieważ wątpliwem jest, czyli to drugie dzieło da się uskutecznić przed ubiegiem XIX stulecia, więc i sprawa bankowa na tej drodze prędzej załatwić się nie da, a niestety, załatwioną być musi przed r 1878.

Wobec tego wszystkiego, *Fremdenblatt* konstatuje powtórnie nadzwyczajną „ostrość" przesilenia, i dodaje, że ministerjum austrjackie nie może ani myśleć o załatwieniu sprawy przez podanie się do dymisji. Natomiast może to uczynić gabinet Tiszy, który ma w sejmie i w kraju tak imponującą większość za sobą, iż po jego ustąpieniu nie byłoby podobieństwa utworzenia nowego ministerjum. Bezpośredniem więc [illegible] podania się gabinetu p. Tiszy do dymisji będzie chyba nie ministerjalne, ale już ogólne konstytucyjne przesilenie w Przedlitawji, jak to już kilkakrotnie wskazywaliśmy.

Wybór do kraj. Rady szkolnej.

Kraków 13. grudnia. Ponieważ w przyszłym miesiącu przypada znowu naszemu miastu wybieranie delegata do rady szkolnej krajowj, poczęto się oglądać za kandydatami, tym razem na podstawie życzeń ogólnych tutejszego nauczycielstwa, t. j. aby wyszedł z tej grupy szkół, które należą do zakresu zwierzchnictwa rady szkolnej, a więc nie z uniwersytetów, tylko ze szkół średnich.

Profesor gimnazjalny, i to taki, coby jeszcze nie zapomniał nędznego losu suplentury, i czuł dotychczas na własnem ciele słodycze żywota nauczycielskiego, będzie najlepiej umiał bronić sprawy szkół dotyczących, a tem samem i dobra ich nauczycieli. Dlatego też miło słyszeć krakowskiemu gronu nauczycielskiemu, że rada miasta nosi się już z myślą szukania delegata szkolnego z pośród profesorów gimnazjalnych, i to takiego, coby pojechawszy do Lwowa nie siedział tam po to, aby nosić tytuł radcy szkolnego i pobierać pensję doń przywiązaną, ale aby miał cywilną odwagę bronić praw szkolnictwa narodowego w ogólności, a w szczególności tego miasta, które go mandatem obdarzy.

Korespondencje polityczne „Dz. Pol."

Rzym 8. grudnia 1876.

Zdaje się niewątpliwą rzeczą, że od pobytu margrabiego Salisbury w wiecznem mieście nastąpił w polityce włoskiej zwrot na korzyść przymierza z Anglją. Odeszła w ciągu tego tygodnia nota kwirynalskiego gabinetu do jen. Menabrei, włoskiego ambasadora w Londynie, która była roztrząsana na radzie ministrów, chociaż p. Melegari sam jest dość ciężko chory. W nocie tej, jak powiadają, oświadcza on, że Włochy w sprawie wschodniej zgadzają się na program angielski i postępować z Anglją ręka w rękę pragną na konferencji. Dnia [illegible] go zaś ukazał się ważny komunikat w dzienniku *Fanfulla* (jestto nazwisko [illegible] włoskiego rycerza, który stał się [illegible] romansu Maksyma d'Azeglio Ettore Fieramosca). Dziennik ten, aczkolwiek jest organem prawicy czyli teraźniejszej opozycji, miewa przecież często komunikaty z ministerstwa spraw zagranicznych, przeto iż p. Melegari sam bardziej się ku prawicy jak ku lewicy kłoni, a jego sekretarz jeneralny hr. Toraiolli był naczelnikiem gabinetu margrabiego Viscontego-Venosty. Otóż *Fanfulla* zaprzeczając stanowczo pogłoskom o przymierzu włosko-moskiewskiem, które obiegały w prasie austrjackiej i francuskiej, równie jak obietnicom moskiewskim tyczącym się rozszerzenia włoskich granic, dodaje bez ogródek i stanowczo, że samemu petersburgskiemu gabinetowi nie tajno, iż jedyna droga, jaką włoska polityka w sprawie wschodniej postępować może, jest ta, którą wytknął hr. Cavour, a którą nakazuje Włochom ich położenie jeograficzne, ich tradycje, ich ekonomiczne interesa. N[illegible] już, że p. Melegari w rozmowie swej z margrabią Salisbury rzekł, iż Włochy nie mogą [illegible] chociaż w podobnym razie [illegible] wić zbrojnego oporu temu państwu. [illegible] się na ścisłej neutralności.

Tak z góry określiwszy swoje polityczne stanowisko na konferencji, którego stanowisko Włoch w dalszym ciągu [illegible] wojny będzie tylko rozwojem, [illegible] po stępowcom swoim bawić się [illegible] w słowianofilizm, który zawsze się [illegible] dzięki komitetom słowiańskim [illegible], a nadewszystko rublom carskiej [illegible] cia słowianofilskie podniecone w [illegible] zostały przyjazdem do Rzymu dwóch posłanników bułgarskich p. Zankowa i Bałabanowa. Obje żdżali oni europejskie stolice, a mianowicie Londyn i Paryż, gdzie starali się wywołać ruch publicznej opinii przeciwko Turcji a na korzyść bułgarskiej autonomii. W Anglji nie mogli przekonać hr. Beaconsfielda, ale, jak zapewniają, książę Decazes wielce im się przychylnym okazał P. Melegari zaś przyjął ich także pomimo choroby, w chwili kiedy czuł się lepiej, i powiedział, że autonomja Bułgarji jest mu drogą, lecz że Włochy nie mogą wziąć udziału w wojnie przeciwko Turcji. Posłannicy znajdowali się parę dni temu na urzędowym wieczorze, danym w salach nowego mieszkania redakcji półurzędowego dziennika *Il Diritto*, który się przeniósł w sąsiedztwo parlamentu. Nie byłem na tym wieczorze, ale wiem od osób, które rozmawiały z pp. Zankowem i Bałabanowem, płynnie mówiącymi po francusku (czy to są autentyczni Bułgarzy?) iż obadwaj zapewniali, że nie chcą za nic w świecie, aby kraj ich przeszedł pod moskiewskie panowanie, i że uważaliby za największe nieszczęście, gdyby mieli zostać poddanymi cara. Powiadali przytem, iż p. Melegari chciałby uczynić z Bułgarji rodzaj Szwajcarji wschodniej pod Napoleonem I.

Niewiem doprawdy, jak p. Melegari nie pojmuje, że Bułgarja taka, nie mająca ani cywilizacji, ani ludzi oprócz pp. Zankowa i Bałabanowa, nie mogłaby rządzić się sama, i wpadłaby koniecznie w szpony Moskwy. Bez niepodległej Polski niepodległość południowych Słowian jest jeno marzeniem i szaleństwem.

Pół-urzędowy *Diritto* poświęcił bardzo czuły artykuł posłannikom bulgarskim: nazwał ich przedstawicielami najszlachetniejszej sprawy. Takie ubóstwianie zasady narodowości, jakiego Włochy dają przykład w tej chwili, wzbudza w nas otuchę, iż nie inaczej by się znaleźli, gdyby tu przybyła deputacja unitów polskich złożona z wieśniaków Pratulina lub Połubicz, znalazłaby podobneż przyjęcie. Nie wiem jednak, czy ministrowie włoscy śmieliby się domagać od potężnej zdaniem Europy Moskwy ustępstw dla Polaków katolików, jakich się domagają od słabej Turcji dla Bulgarów prawosławnych. Między tutejszymi postępowcami prawosławie, dla tego że przeciwne papieżowi, jest niby postępową religją w porównaniu z reakcyjnym katolicyzmem

Dla tego to powtarzam, iż zadanie Polaków we włoskiej prasie ma zawsze ogromną doniosłość, i że pomimo pojedyńczych usiłowań, jakie już uczynione zostały dla sprostowania opinji włoskiej o naszym narodzie i stosunkach wiele, bardzo wiele jeszcze pozostaje do uczynienia. Rodacy zatem powinniby się odznaczać większą ofiarnością, mianowicie w Galicji, i przykładać się z własnego popędu do walki przeciwko propagandzie panslawistycznej dążącej do zohydzenia nas w Europie. Wszyscy w Galicji wymawiają się krachem wiedeńskim przed kilku laty. [illegible] jednak gdyby każdy z [illegible] krach nie przeszkadza wcale [illegible] ko po kilka guldenów na potrzeby obrony sprawy polskiej w Londynie, Paryżu, Rzymie, itd., jużbyśmy oddawna mogli urządzić w znaczniejszych stolicach ogniska pracy w polskim duchu.

Kardynał Simeoni następca nieboszczyka Antonellego w urzędzie sekretarz stanu Jego świętobliwości przybył już z Hiszpanji, i nie mógł się nawet zatrzymać w Paryżu jak zamierzał, gdyż go papież wezwał telegrafem. Tymczasem testament kardynała Antonellego ogłoszony został w tych dniach w demokratycznem dzienniku *il Popolo Romano*, chociaż jeszcze przed ogłoszeniem wiadomy był publiczności a w Watykanie samym największe oburzenie wywołał. Sam papież oburzenie to podziela, bo nieboszczyk, chociaż tak się niepomiernie wzbogacił kosztem kościoła i państwa kościelnego, nie zostawił nawet na msze za własną duszę tyle, ile każdy kardynał zostawia, to jest tysiąc mszy po pięć franków, ale przeznaczył tylko jałmużnę na 800 mszy po półtora franka na każdą; na zakłady dobroczynne zaś, na szpitale, na duchowieństwo, na ubogich ani grosza. Cały ogromny majątek, którego cyfra nie znajduje się w testamencie, rozdzielił między trzech braci i dwóch siostrzeńców: inni siostrzeńcy nic nie dostali. Siostrzenice pozbywał małemi upominkami. Sławny zbiór drogich kamieni, między któremi znajdowały się brylanty i szafiry z kopalni syberyjskich darowane mu przez carową wdowę po Mikołaju, nie został bynajmniej zapisany watyk. muzeum, jak rozgłoszono, ale rozdzielony między braci, których wzbogacił już był tak bezczelne mi monopolami za rządów papieskich. Jakoż majątek braci Antonellich przewyższa 50 miljonów. Testament sam jest najwierutniejszym pomnikiem obłudy i faryzeuszostwa. Antonelli twierdzi w nim że w nieruchomościach i kapitałach zostawia tylko to co mu ojciec zostawił, a wszystkim wiadomo w Rzymie, iż spadek ten nie przenosił 250 tys. franków i podzielony został między ośmioro dzieci. Dalej twierdzi, że nigdy nikomu rozmyślnie nie zaszkodził i wierny był stolicy apostolskiej, a wiadomo, że nie zliczone mnóstwo ludzi zubożył, na wygnanie skazał, poświęcił swym prywatnym zemstom, że wielu kazał głowy poucinać a innych rozstrzelać przez sądy wojenne francuskie, udając swych osobistych nieprzyjaciół za winowajców. Z wiernością rzecz ma się jeszcze gorzej, bo okropne rzeczy zaczynają wychodzić na wierzch, i miljony wzięte od Cavoura, za zaprzedanie doczesnej władzy stolicy świętej nie są już tajemnicą. Ale najbardziej niesprawiedliwość nieboszczyka okazała się na własnych nieprawych dzieciach. Hrabina L..., której jeszcze na tydzień przed śmiercią pisał obiecując jej skromne sto tysięcy, od których wypłacał jej procent, ani grosza nie dostała. Hrabina L... urodziła się w 1854 r., a zatem kiedy ojciec jej był już oddawna kardynałem sekretarzem stanu. Antonelli ją widywał i pisywał często do niej *moja droga córko*, przyznając się jak najzupełniej do ojcostwa wiadomego zresztą całemu Rzymowi. Teraz ojciec święty, który o tych brudach uwiadomiony został i ma litość nad hrabiną L... biedną istotnie, anielską istotą, wydaną za człowieka, który się dla tego z nią ożenił że wielkiego posagu się spodziewał — ojciec święty, powiadam, chce skłonić Antonellich, aby przecież tak skromnej sumki jak sto tysięcy nie żałowali córce brata i dobrodzieja, gdy sami mają kilkadziesiąt miljonów; [illegible] usłuchać *głosu papieża...* *Skończy się* [illegible] procesem i zgorszeniem [illegible] W [illegible] ojciec święty zo[illegible] lat dwadzieścia sześć, a z nim i rządy doczesne papiestwa!... To zaś dla nas najsmutniejsza, że między metresami nieboszczyka figurują, jak słyszać.... Polki!!!...

Sprawa wschodnia.

Z głosów półurzędowych moskiewskich sądząc, zdawałoby się, że rozwiązanie sprawy wschodniej kroczy jak najpomyślniej ku końcowi. *Agence Russe* zapewnia o zgodzie co do wszystkich punktów spornych, ajencja Havasa zaś podaje z Konstantynopola pod dniem 12. b. m. niektóre punkta, które nie ulegają już zarzutom żadnej ze stron rokujących. Według *Agence Havas* zgodzono się na radzie przygotowawczej na punkta następne:

Sprostowanie granicy na rzecz Czarnogóry przez przyłączenie 12 powiatów do Czarnogóry. Książę Czarnogórski złożyłby hołd sułtanowi za ten przyrost posiadłości. Co się tyczy Serbji, opuszczenie jej przez wojska tureckie; wymiana jeńców; przedłużenie zawieszenia broni aż do zawarcia pokoju. Pod względem sprostowania granicy od strony zachodniej, odstąpienie Serbji Małego Zwornika przyznaje się. Rezultat narady stwierdza nadzieję porozumienia się. Zapewniają, że Salisbury usposobiony jest bardzo pojednawczo. Jenerał Ignatiew miał w rozmowie z Salisburym przystać na okupację Bułgarji przez wojsko państwa neutralnego, jak Belgja, Szwajcarja.

Nord zwracając uwagę na ten pomyślny dotychczasowy przebieg narad wstępnych, bierze ztąd pochop do oskarżenia z góry Porty, która według zdania Moskali będzie znowu tym dysonansem w ogólnej harmonji, który nietylko zakłóci wzorową zgodę dyplomacji, ale zmusi serce carskie do stanowczego wystąpienia. Insynuacja ta, podsuwana Porcie przez organ moskiewski większe ma może znaczenie i więcej daje do myślenia, jak wszelkie przedwczesne okrzyki radości ze spodziewanego spokoju.

Z Berlina naprzykład donoszą, że Porta

Jedna noc w haremie paszy Belgradu.

Opowiadanie lekarza.

Przed niespełna trzydziestu laty, chęć zwidzenia obcych krajów, tak właściwa młodzieńczemu wiekowi, wypędziła mię z ojczystego domu, i skutkiem zbiegu szczególnych okoliczności, zabawiłem dłuższy czas w Zemlinie, gdzie po kilku szczęśliwie dokonanych kuracjach, byłem lekarzem bardzo poszukiwanym. Zemlin jest małem, pustem miasteczkiem na granicy Austrji, a leży nad brzegami Sawy, która tu szeroka już i majestatyczna, łączy się z Dunajem. Naprzeciwko, po drugiej stronie modrych fal Dunaju, malowniczo wyrasta Belgrad, dzisiejsza stolica Serbji, a pod onczas mały fort turecki, który był siedzibą paszy. Przez cały dzień ruch był wielki, gdyż po falach Dunaju przemykały parowce, łodzie rybackie, statki rozmaitego kształtu i tratwy, któremi utrzymywano komunikację między obiema sąsiedniemi miejscowościami. Dziwacznie ubrani ludzie, przeróżne towary i chaotycznie pomięszane języki, wszystko to składało się na obraz bogaty i niezwykły, który kończył się dopiero o godzinie 10 tej w nocy, gdy stary zegar na wieży w twierdzy nakazywał zamknięcie przystani. Wtedy, jak pod dotknięciem różdżki czarodziejskiej, wszystko się zmieniało. Z bastjonu odzywało się działo, poczem ściągano mosty, zamykano bramy, komunikacja ustawała, a po gwarze dziennym zalegała cisza grobowa.

Mieszkałem tuż nad brzegiem rzeki. Wśród jasnej, poetycznej i pięknej nocy wiosennej, siedziałem przy otwartem oknie. Pierś piła roskosznie orzeźwiające powietrze, a oko błądziło po miękich linjach tureckiego miasta, które w blasku księżycowym leżało przedemną, jak malowidło Canaletta, ukoronowane białym zamkiem paszy; który strzegąc praw swojego pana, miał tu znaczenie, władzę i okazałość samego padyszacha. Ale myśli moje rozpływały się w tej chwili w nicość i dalekim byłem od wszelkiej polityki. Wyobraźni podobało się wzlatać po nad te bastjony, przebijać te mury i zaglądać w tajemnicze komnaty paszy, aż w głąb haremu... I przywiodłem sobie na pamięć wszystkie bajki z „Tysiąca i jednej nocy," aby niemi wypełnić bogaty obraz mojej fantazji. Widziałem paszę, otoczonego wszystkiemi cudami Wschodu. Widziałem odaliski, piękne jak huryski Edenu, u nóg swego pana leżące, które patrząc nań jak na Boga, nie skąpiły wdzięków, ni przymileń, byle w zamian otrzymać jedno spojrzenie łaskawe, jedno słowo miłości. Widziałem rozkoszne bajaderki, otaczające go w pląsach szalonych, słyszałem muzykę rozlewającą czarujące tony. Tłumy niewolników oczekiwały jeno skinienia, aby spełnić każde jego życzenie. Jakże daleko odbiegłem od tego szczęścia ja, biedny lekarz europejski, który dopiero poczynałem moją karjerę. Uczucie zazdrości, połączone z nieokreśloną tęsknotą, owładnęło całą moją duszę, I głębokie westchnienie wyrwało się mimowoli z mej piersi: „O! gdybym choć jedną noc mógł zamienić z tym szczęśliwym śmiertelnikiem!"

Strzał działowy, który w tej chwili zahuczał z przeciwległego bastionu, przywołał mię do przytomności. Brama twierdzy rozwarła się na oścież.

Jacyś jeździcy, jak duchy północne, pojawili się osłonięci ciemnościami, i w pełnym galopie ruszyli na brzeg Sawy. Dwaj mężczyźni otuleni płaszczami, zeskoczywszy z koni, obudzili przewoźnika, który skulony spał na swojej tratwie. Gdy się zbudził przerażony, oni wskoczyli na tratew, odwiązali powrozy i silnemi wiosłami zaczęli sterować ku Zemlinowi. Przybywszy tu, ruchem ręki, który oznaczał, by przewodnik na nich poczekał, pożegnali go u brzegu, a sami zwrócili się do miasta. W kilka minut później zakołatano do bramy mojego domu, poczem oba głosy zażądały, widzieć się ze mną. Bezzwłocznie wyszedłem na spotkanie nocnych gości. W sieni z łojówką w ręku, która mdłe światło rozlewała, stał mój służący w szlafmycy i pantoflach, a przed nim owi dwaj mężczyźni, których widziałem, jak płynęli z Belgradu do naszej mieściny. Ze zdziwieniem poznałem w jednym z nich barona Welden, byłego oficera austrjackiego, który później jako polityczny emigrant wyjechał do Turcji a teraz był tłumaczem paszy Belgradu. Było mu bardzo spieszno, bo zaledwie przywitał mię kilką słowy i przedstawił swojego towarzysza, jako sekretarza Achmeda paszy, zażądał w imieniu swojego pana, bym niezwłocznie udał się z nimi do Belgradu, gdzie w haremie paszy, czeka na mnie niebezpiecznie chora osoba. Gorączką ciekawości palony, pozwoliłem sobie kilku pytań, ale goście moi nie okazawszy chęci zadośćuczynienia memu żądaniu, ponowili tylko prożbę, bym natychmiast udał się za nimi. Czy nic im powiedzieć nie wolno? Czy są tylko wysłańcami paszy i sami nic nie wiedzą? Ba! co to lekarza obchodzi, kto wzywa jego pomocy! Tak myśląc, przywdziałem mój surdut, nacisnąłem kapelusz na czoło, i ruszyłem za moimi przewodnikami, którzy w milczeniu skierowali swoje kroki ku tratwie czekającej u brzegu.

Na przeciwległej stronie, przeraźliwy świst Turka przywołał konie, poczem we trzech ruszyliśmy ku twierdzy. Na dany znak, otworzono bramę, zamieniono hasło, i po kilku minutach stanęliśmy u kresu drogi. Tu baron pożegnawszy mię, zniknął wśród ciemności nocy, a towarzysz jego zaprowadził mię do pałacu wielkiego dygnitarza. W przedpokoju słabo oświetlonym dał mi znak, bym się zatrzymał, sam zaś znikł za drzwiami pobocznemi. Po niejakim czasie znowu się pojawił, prosząc mię łamaną francuszczyzną, bym się za nim udał do paszy. Serce uderzyło mi gwałtownie. Przeszedłszy kilka na pół ciemnych komnat, znaleźliśmy się w większej i jasno oświetlonej sali. Do koła ściany biegł szeroki i niski dywan. Na nim z nogami podgjętemi, siedział bez ruchu jak posąg i z nargilą w ustach, młody jeszcze człowiek, którego wielkie i palące wejrzeniem oczy, wpatrywały się we mnie przeraźliwie. Ciemna broda spadała prawie do pasa, a zielony turban stroił dumną głowę. Jasny dym z nargili otaczał go mistycznym jakimś obłokiem... Tak musiał wyglądać sam Mahomet.

Zwyczajem wschodnim pochyliliśmy głowy na powitanie. Pasza odpowiedział niemem skinieniem ręki, wzywającem mnie bym usiadł, i w tej chwili sekretarz oddalił się zostawiając nas samych. Z natężoną ciekawością patrzyłem na gospodarza, oczekując odeń rozwiązania zagadki. Atoli widocznie nie miał na razie do tego ochoty. Klasnął w dłonie i wnet weszło kilku służących ze złocistem naczyniem do kawy; postawili je na taburetach, które na Wschodzie zastępują miejsce naszych stołów i podali fajki, wszystko to robiąc bez najmniejszego szelestu, poczem zniknęli za drzwiami. Po wypiciu kawy nastąpiła chwilowa cisza; wreszcie przemówił pasza po francusku:

— Allach niech błogosławi twoje przybycie doktorze! Poznaj sam ile od ciebie się spodziewam, skoro złamałem uświęcone nasze obyczaje, i ciebie, niewiernego, poprowadzę w najtajniejszą głąb mojego domu, do komnat kobiecych! Niech ci to będzie miarą zaufania, które w tobie i twojej sztuce pokładam.

— Będę się starał ile możności usprawiedliwić to dobre mniemanie twoje, mój dostojny panie... — odrzekłem pochylając się głęboko. — Czy mogę dowiedzieć się, kto właściwie potrzebuje pomocy mojej?

— Przyjacielu! Jestem w wielkiem strapieniu — odparł mi cichym głosem, a wyraz głębokiej boleści odbił się wymownie na dziwnie szlachetnem jego obliczu. — Najdroższa mojemu sercu istota, co więcej, śmiało rzec mogę jedyna na świecie bliska mi osoba, mój syn jest chory, bardzo chory! Przesąd naszego ludu przeciw lekarzom europejskim, zły zwyczaj poruczania naszych żon i dzieci opiece starych kobiet, wszystko to złamało już nie jedno kwitnące życie wśród głuchych murów haremu.. Byłem ja zawsze przeciwny tym niedorzecznym gusłom i lekarstwom babskim ale dopiero teraz poznaję całe ich zło, gdy moje najdroższe i jedyne dziecię pada ich ofiarą Stoi już ono niestety nad brzegiem grobu — o ratuj je effendi! ratuj! Po królewsku cię nagrodzę, gdy ze szponów śmierci wyrwiesz tę zdobycz szlachetną!

Głębokie westchnienie zamknęło potok słów rzewnych, i głowa opadła mu na piersi. Popatrzyłem nań, siedział znowu jak automat, nieruchomy.

— Zaprowadź mię pan do chorego! — odważyłem się przemówić po kilku minutach ciszy. Na te słowa pasza zatrząsł się cały, jak gdyby nagle ze snu obudzony, klasnął w dłonie i wchodzącemu po chwili słudze rozkazał oznajmić w haremie przybycie nasze.

— Zanim tam pójdziemy, muszę ci wyjawić myśli moje, które mię przed chwilą zajmowały. Z nich odgadniesz, doktorze, jak straszną i niczem niepowetowaną byłaby mi strata najukochańszego dziecka.

W tej atoli chwili wszedł sługa i ze skrzyżowanemi na piersi rękoma oznajmił, że w haremie gotowi już na przyjęcie obcego doktora. Na to Achmed pasza podniósł się i skinął mi, bym szedł za nim. Minąwszy kilka korytarzy, stanęliśmy w wysokiej i obszernej sali. Podłogę jej zaścielał miękki dywan, tłumiący odgłos kroków; niezliczona ilość świec woskowych rozlewała w koło przyjemne światło, wzdłuż ścian biegły szerokie, niskie sofy, a w pośrodku, jak katafalk, stało łoże, osłonięte pstremi kotarami. Charczący oddech dolatywał do naszych uszu z po za tych osłon. Achmed postąpił w to miejsce na palcach — było to łoże chorego.

Zatrzymawszy się w niejakiem oddaleniu, powiodłem dokoła wzrokiem badawczem. Sala wydawała się całkiem pustą, a mimo to usłyszałem jakiś szelest i szepty. Wtem postrzegłem, że ściany były ozdobione drewnianemi kratami, jakie dawniej widywałem w żydowskich synagogach. Ale kto się za niemi ukrywał? Lecz moje badanie przerwały jęki chorego. Zbudził się, a znak dany przez paszę przywołał mnie do łoża. Chwyciwszy palącą się świecę, stanąłem przed pacjentem. Jakiż widok przedstawił się memu oku! Na bogatem łożu spoczywała bezkształtna i tranem cuchnąca masa, mająca głowę piękną ale bladą i wychudzoną. Oczy duże i ciemne wpatrywały się we mnie ze zdziwieniem. Bez tchu, przerażony, stałem chwilę, myśląc o katuszach jakie cierpiał ten chłopiec w ten sposób leczony.

— Doktorze! Czemu milczysz? Jak go znalazłeś? — zapytał mnie biedny ojciec głosem, który drżał z trwogi.

— W tem opakowaniu nie mogę mu się dobrze przypatrzć — odparłem wymijająco, albowiem już po pierwszem wejrzeniu poznałem stan

wysuwa znowu na pierwszy plan żądanie o przyznanie jej dłuższego terminu dla przeprowadzenia reform. Przed tem, a nie tak bardzo dawno żądała Porta pięciu lat, w ciągu którego czasu zobowiązała się wprowadzić reformy nietylko w prowincjach zrewoltowanych, ale w całem państwie. Wówczas odparł Gorczakow z ironią, że i okupacja, której celem zapobieżenie okrucieństwom spełnianym na chrześcjanach, powinna także trwać pięć lat. Obecnie żąda Porta stanowczo pięciu lat czasu, Anglja zaś popiera to żądanie. Gdyby wiadomość ta stwierdziła się, to jedno takie żądanie, popierane przez Anglję, zwichnęłoby dotychczasową zgodność w rokowaniach.

Z powodu obiegających mylnych pogłosek o zmianie w konstytucji tureckiej, proponowanej przez Mithada paszę, wydała ambasada turecka w Wiedniu komunikat tej treści:

„Przedsięwzięte na kilku posiedzeniach ministerjalnych pod przewodnictwem samego sułtana modyfikacje w projekcie konstytucyjnym dla całego państwa tureckiego, wypadły wszystkie w duchu liberalnym. Odpowiedzialność ministrów podniesiono do zasadniczego prawa państwowego, tytuł jednak wielkiego wezyra zatrzymano, a to ze względu dla osoby obecnego wezyra Mehmeda Ruždi paszy. Liczba deputowanych wynosić ma około 200“.

Do *Polit. Corresp.* donoszą, że sprawa wytknięcia linij demarkacyjnych na obydwu planach boju na południu, została już pomyślnie ukończoną. Stambulski korespondent wspomnianego dziennika dodaje, iż w fakcie powyższym upatrują w Stambule pomyślny także symptom dla rezultatu konferencji.

Z Cetynji, stolicy Czarnogóry donoszą, że najżywsze obawy obudza tam obecnie wielki niedostatek chleba, dający się uczuwać w całej Czarnogórze. Od wielu już miesięcy żywi ten ubogi kraik, nie mogący w najpomyślniejszych latach wyżywić własnych mieszkańców, oprócz nich kilka tysięcy zbiegłych z Hercogowiny, dla których dziennie potrzeba co najmniej 20.000 ok chleba (oko — trzy funty polskie). Prócz tego zimową porą Czarnogóra żywić musi własnych ubogich. Ponieważ zapasy były zbyt szczupłe, więc obecnie pada wiele ofiarą śmierci głodowej, zawitał tam bowiem tyfus głodowy. Opiekunowie wielkoduszni z nad Newy, którzy mieli pieniądze na broń i agitacje, teraz cofnęli się, i jak donoszą, sławny pan Wesselicky i książę Wasylczykow zdołali tylko przesłać z Odessy trzy okręty naładowane mąką; zapas tej żywności jednak wystarczy zaledwo na cztery tygodnie i to przy najoszczędniejszym szafunku.

W telegramach prywatnych ze Stambułu do *N. fr. Presse* znajdujemy między innemi doniesienie, że dotychczasowe rokowania przedkonferencyjne, obracały się tylko w ogólnikach co do pokoju, dla Serbji przyjęto *status quo ante*, toż dla Czarnogóry. Kwestji autonomji nie dotykano wcale. Z Belgradu donoszą, że Marynowicz ma się podjąć sformowania ministerjum.

Czarnogórcy, którzy przybyli z zamiarem skrytobójczym do Stambułu, posiadali paszporta moskiewskie. Na tej podstawie niby ambasada moskiewska żądała wydania ich. Jeden z przestępców miał się bronić przy aresztowaniu tak zaciekle, że wezwać musiano całą rotę żandarmów tureckich.

Austrja i Węgry.

Wiedeń 12. grudnia. *(217 posiedzenie Izby deputowanych).*

Prezes Rechbauer zagaja posiedzenie o godz. 11ej min. 20. Udział deputowanych z początku bardzo nieliczny, z członków rządu także tylko pp. Stremayr i Unger są obecni, w ogóle ławy ministerjalne przez cały czas posiedzenia świecą pustkami. Publiczności bardzo mało. Nowo wybrany z większych posiadłości ziemskich w Bocheńskiem p. Konopka składa przyrzeczenie poselskie.

Między petycjami jest z Galicji petycja kasy zaliczkowej w Złoczowie o wsunięcie nowego §. 8go do projektu ustawy o opodatkowaniu spółek zarobkowych.

Na porządku dziennym dalszy ciąg obrad szczegółowych nad budżetem; mianowicie następuje rozdział IX.: „Ministerstwo oświecenia i spraw duchownych.“

Do głosu zapisanych jest 7 mowców, między nimi p. dr. Czerkawski Euzebjusz, przemawia ich jednak więcej. Sprawozdawca Wolfrum zagaja obrady nad lit. A.: „Wydatki centralne,“ które w 8 tytułach stanowią razem wydatków zwyczajnych 1,188.700 złr., wyd. nadzw. 35.200 złr.

Tytuł 3 obejmuje akademie umiejętności, dla których przeznaczono w wyd. zw. 75.000 złr., w wyd. nadzw. zaś tylko dla matematyczno-przyrodniczego wydziału akademji umiejętności w Wiedniu na druki 6.000 złr. Rząd w tych 8 tytułach domagał się wszystkiego razem 1,235.862 złr.; komisja, zniżając tę kwotę do 1,223.900 złr., wnosi tem samem o przyzwolenie 33.282 złr. więcej, niż przyzwolono na rok 1876.

W dziale dochodów na pokrycie tych ośmiu tytułów jest tylko 19.760 złr. dochodów zwyczajnych (rząd preliminował te dochody o 1 złr. wyżej). Mianowicie mają pewne dochody: Muzeum dla sztuki i przemysłu z zakładem doświadczalnym, centralna komisja i dyrekcja statystyki administracyjnej (1.500 złr. z rozsprzedaży dzieł statystycznych) i państwowy zakład geologiczny (2.660 złr. z swego laboratorjum).

Dep. Fux (z Morawy) nie zgadza się na wydany dawniej pochlebny sąd o ministerstwie oświecenia o tyle, że za mało się dzieje dla podźwignienia szkół ludowych; samo usunięcie wniosku Wildauera o nadzorze szkół w Tyrolu przeważa ze strony ujemnej niejedną dodatnią stronę zawiadowstwa spraw oświecenia i wychowania publicznego. Dla szkół ludowych koniecznie więcej dziać się powinno. Niepotrzebny jest n. p. fakultet medyczny w Insbruku, gdyż ma razem tylko 44 uczniów, a kosztuje rocznie około 68.500 złr., za które lepiejby było pootwierać zamknięte szkoły ludowe, przedewszystkiem w Galicji, gdzie jest ich zamkniętych 187, co znaczy, że 22.000 przyszłych obywateli państwa wzrasta bez oświaty. Nie wiem, czyja w tem wina, czy ministra, czy galicyjskiej Rady szkolnej, czy też ustawodawstwa tamtejszego, ale *wen es angeht, der kratze sich.* Tyle jest rzeczą pewną, że młodzież ta potrzebuje oświaty tak, jak światła i powietrza, i że z tej zaniedbanej młodzieży także powinni wyróść dobrzy Austrjacy. Nie od jednego fakultetu zawisło stanowisko państwa jako mocarstwa, lecz na oświacie ludowej polega potęga duchowa Austrji. Mowca przechodzi do spraw duchownych i kościelnych i bardzo niezadowolony z tego, że Austrja, gdy była pora po temu, nie szła z państwem sąsiedniem ręka w rękę co do ustawodawstwa kościelno-politycznego; te zaś ustawy, które rzeczywiście wydano, są niczem więcej, jak pełnomocnictwem złożonem w ręce rządu bez wszelkiej skuteczności. Mowca zwraca się przeciw fakultetowi teologicznemu w Insbruku dla tego, że katedry są w ręku Jezuitów, a ubolewa nad nieliczną frekwencją tych seminarjów duchownych, z których wychodzą kapłani niezarażeni duchem jezuityzmu, kapłani prawdziwego pokoju. Ten sam minister, który zapalił nową pochodnię światła na dalekim Wschodzie, w Czerniowcach, ten sam minister, który dawniej zwalczał niebezpieczny dla państwa dogmat, podtrzymuje w Insbruku szkołę wyznaniowo wojenną. Minister chce nam oszczędzić „walki w imię kultury“, ale my jej nie zaprzestaniemy, bo na oświacie prawdziwej polega wolność, dodająca otuchy także w niedoli materjalnej, tak że rzec można, iż lud duchowo wolny łatwiej też przebędzie przesilenie ekonomiczne.

Dep. Russ dla nacechowania stanowiska stronnictwa centralistycznego względem rządu, zwraca się przeciw dep. Dunajewskiemu, który w obradach ogólnych, jak utrzymuje mowca, wspominał o rozstrzeleniu się partji rządowej. Mowca twierdzi, że nigdy wprawdzie lewica nie stanowiła partji helotów rządowych, ale w popieraniu celów rządowych panuje w partji tej solidarność, równie jak między nią a rządem co do ostatecznych celów jest jedność, a tylko co do metody i pośpiechu w przeprowadzaniu celów zachodzą między rządem a partją rządową różnice. Mowca po wygłoszeniu niezmiernie długiego szeregu czczych frazesów o potrzebie podjęcia na nowo „walki w imię kultury“, którą to potrzebę wykazuje na szeregu faktów o obsadzeniu wakujących posad duchownych, o usunięciu wniosku Wildauera itp., utrzymuje, że też nie można jeszcze uważać ustawodawstwa kościelno-politycznego za ukończone i wnosi rezolucję następującą:

„Wzywa się rząd, aby w ciągu tej jeszcze sesji wniósł do Izby projekty ustaw o uregulowaniu patronatu, o zawiadowaniu majątkiem kościelnym i o tworzeniu gmin kościelnych“.

Mowca nakoniec zwraca się do ministra oświecenia i spraw duchownych osobiście: Nie ukrywaj się Ekscelencjo, po za formułkami — odsłoń przyłbicę, walcz jawnie, a nie dwuznacznie w celu odzyskania świetności przyćmionej twojego dostojnego stanowiska i t. d. Rezolucję powyższą uchwalono głosami lewicy i środka przeciw głosom prawicy.

Z następnych mowców dep. Beer wytykał niedostatki w nadzorze szkolnym, który nie jest zorganizowany odpowiednio doniosłemu celowi swemu, a mimo swych niedostatków jest zbyt kosztowny. Deputowany dr. Czerkawski Euzebiusz po polemice z Fuxem i Russem przechodzi także do sprawy nadzoru szkolnego, użala się mianowicie, że sankcjonowana ustawa Sejmu galicyjskiego o inspektorach szkolnych, pierwsza tego rodzaju ustawa w Austrji, będąca prawdziwą chlubą Sejmu, dotychczas z największą dla kraju szkodą nie jest wykonana, a to pod tym pretekstem nic nie znaczącym, że właśnie takiej ustawy nie mają jeszcze inne kraje koronne, Galicja przeto z zastosowaniem swojej ustawy czekać powinna.

Dep. Kusy: Po karze śmierci dwuwiekowej, na którą lud nasz był skazany, kwestja wychowania i oświaty publicznej jest dla nas kwestją żywotną. Mimo to rząd zdaje się popierać „cywilizacyjne“ dążności grabarzy, którzyby nas żywcem znów pochować chcieli. Nieboszczyk Franciszek Palacki w liście swym do parlamentu frankfurckiego wykazał, że kwestja egzystencji Czech jest niezbędnym warunkiem stanowiska Austrji jako mocarstwa, a kwestja tej egzystencji polega znów na humanitaryzmie. Wogóle nietylko Czechów lecz i Polaków, Morawian i innych Słowian egzystencja związana jest z egzystencją Austrji, ale nawzajem też egzystencja Austrji zawisła od kwestji bytu jej ludności słowiańskich. W r. 1855 słynna proklamacja rządu pruskiego „do przesławnego narodu czeskiego“ dała temu narodowi sposobność do świetnego uwydatnienia swej wierności, a po ugodzie zawartej z Madiarami zepchnięto ten sam naród na ubocze; zrobiono z niego kowadło, na którem kuje kto chce i ile mu sił starczy. Mówca przechodzi do upośledzenia, jakiego doznaje naród czesko-morawski pod względem oświecenia publicznego, wraca do znanej petycji *Maticy szkolskiej* w Prośnicy o przejęcie założonego przez nią gimnazjum realnego na koszt skarbu, której to petycji Izba nie uczyniła zadość wbrew wszelkiej słuszności. Sam minister był sprawie tej przeciwny, bo mówił, że trzeba dowieść dostatecznej liczby uczniów, a mimo, że w sposób tak dobitny jej dowiedziono, nie wziął minister petycji w obronę. Mowca wytacza inne jeszcze żale na sposób obchodzenia się z Morawą pod względem uposażenia naukowego, poruszając szczegóły mogące tylko kraj ten obchodzić.

Minister oświecenia p. Stremayr w długiem przemówieniu wraca do obrad ogólnych nad budżetem, zaręczając uroczyście, że słuchał ich z uwagą, aby zebrać z nich wskazówki dla siebie: bo stosownie do swego poczucia surowego obowiązku zawsze starał się czerpać wskazówki zkądinąd, wdzięczny był, gdy mu je nasunięto, i usiłował wniknąć w rzecz, której wskazówki te dotyczyły, aż do gruntu. Z tym zamiarem słuchałem też obrad nad budżetem, nie jedno z nich wyniosłem, ale i niejedno boleśnie mię dotknęło, zwłaszcza, że byłem zaczepiony niesłusznie. Tu minister w obszernym wywodzie zwraca się przeciw dep. Suessowi. Co do „walki w imię kultury“ wytknął mu, że wezwał ministra do prowadzenia jej, choć sam oświadczył się, że nie jest jej zwolennikiem. Co do fakultetu teologicznego w Inspruku nadmienia, że jest zorganizowany tak samo, jak wszystkie inne w Austrji, a że katedry są po części obsadzone Jezuitami, nie dzieje się to przypadkowo ani samowolnie, lecz jest to sprawa opierająca się na podstawie prawnej. W jaki sposób dep. Russ mógł uczynić ministrowi zarzut nieotwartości z postępowaniem jego w sprawie wniosku Wildauera, minister nie pojmuje; stwierdza zarazem, że nadzór szkoły w Tyrolu jest jeśli nie lepszy, przynajmniej jednak równie dobry jak gdzieindziej; wniosek Wildauera zresztą charakteryzuje minister co do jego istoty jako ślepy strzał, a co do skutków, jako źródło agitacyj i wzburzenia. Co się tyczy zarzutów Beera o kosztowności, a jednak niedostateczności organizacji nadzoru szkolnego, minister zaznacza, że sam mowca nie podał sposobu, jakby z tego wybrnąć, choć byłby mu wdzięczny za każdą pod tym względem wskazówkę. Tu odpowiada minister p. Czerkawskiemu: Sprawa inspektoratów szkolnych w Galicji ma się rzeczywiście tak, jak ją przedstawił mowca; jest tam rzeczywiście 21 okręgów szkolnych, zamiast 37, jak przepisuje ustawa sejmu galicyjskiego. Ale dotychczas nie było ani podobieństwem przeprowadzić tej ustawy, bo w Galicji zachodzą dwojakie pod tym względem trudności: Nasamprzód trudności finansowe; wobec konieczności powszechnego oszczędzania grosza publicznego, niepodobna myśleć o tworzeniu 37 inspektorów szkolnych, zamiast 21, zwłaszcza, że nakład byłby ztąd niemały. — Druga kategorja trudności jest natury organicznej, polega na pewnej samodzielności galicyjskiej władzy szkolnej. Dodam tu zaraz, że Galicja pod względem progenitury, z którejby się rekrutowali kandydaci do stanu nauczycielskiego, jest najuboższa, a ztąd nie można też rekrutować inspektorów szkolnych z pomiędzy nauczycieli. Gdyby jednak powiedział kto, że mógłbym brać inspektorów z pomiędzy nauczycieli szkół średnich, musiałbym odeprzeć, że Galicja także pod względem kandydatów na nauczycieli szkół średnich jest najuboższa. Tak więc przez utworzenie większej liczby inspektoratów szkolnych więcejby się zaszkodziło sprawie oświaty w Galicji, niżliby się pomogło. Co do przemówienia dep. Kusego, minister zastrzega się przeciw podejrzeniu o germanizowanie Słowian; jest bowiem zwolennikiem równości; a jeśli wyjdzie rozporządzenie o pielęgnowaniu języka niemieckiego, nie trzeba go zaraz tłumaczyć sobie w duchu germanizacyjnym, gdyż owszem dzieje się to w interesie samych Słowian, dzieje się to, panowie, dla dobra waszego, aby synowie wasi byli przysposobieni do wspólnego z nami radzenia o dobru publicznem, i aby stali się uczestnikami duchowych owoców wielkiego narodu cywilizacyjnego.

Dep. Wildauer dowodzi, że jego wniosek nie był ślepym strzałem, lecz bardzo dobrze obmyślany, i miał wielki cel. W dalszym ciągu mowy broni fakultetu medycznego w Insbruku przeciw wywodom Fuxa.

Prezes wzywa mowców, by nie rozwodzili się tak obszernie jak p. Wildauer.

Dep. Prażak przemawia w sprawie szkoły przemysłowej w Pradze, na co minister Stremayer daje uspokajające wyjaśnienia.

W głosowaniu przyjęto tytuł 1—8 rozdziału IX według wniosków komisji.

Następuje lit. B.: „Wydatki na cele kościelne“ i to nasamprzód tyt. 9.: „wydatki funduszów religijnych.“ Tytuł ten w 20 paragrafach, z których 18 obejmuje poszczególne kraje, a 2 obejmują wydatki ogólne na całe państwo, wykazuje razem wydatków zwyczajnych złr. 3,548.300, nadzw. 720.073 zł.

Z tych kwot przypada na Galicję w 18 pierwszych paragrafach: na Galicję wydatków zw. 900.000 zł. nadzw. tj. na spłacenie zaległości depozytalnych itp, 2216 zł.; na Kraków wydat. zw. 19.000 zł. Komisja tylko drobną kwotę powyższą w wyd. nadzw. dla Galicji pozostawiła nietkniętą, co do innych zaś liczby powyższe przedstawiają się jako dość znacznie okrojone; rząd bowiem wnosił o przyzwolenie dla Galicji 1,139.659 zł., dla Krakowa 22.720 zł. Komisja więc okroiła wnioski rządowe razem o 243.379 zł., krótko mówiąc, o ćwierć miljona.

Dwa ostatnie paragrafy, obejmujące wydatki na całe państwo, wykazują razem wydatków nadzwyczajnych 607.000 zł. Rząd, jak już wiadomo, żądał na podwyższenie kongruy 1,137.246 złr., komisja motywując swój wniosek w znany sposób, wykreśla żądanie to zupełnie, a w jego miejsce przeznacza w wydatkach nadzwyczajnych 600.000 zł.

Tytuł 9 ma jeszcze § 21 szy.: „wydatki dóbr i lasów,“ mianowicie wydatków zwyczajnych 254.000 zł., nadzw. 72,000 zł.

Tytuł domagał się w § 21 wydatków zwyczajnych 257.726 zł., nadzw. 74.920; komisja zniżyła te kwoty razem o 5,746 zł.

Do głosu zapisani są dep. ks. Greuter, ks Ruczka i Kronawetter.

Dep. ks. Greuter ostro krytykuje postępek komisji co do wyrzucenia kwoty żądanej na podwyższenie kongruy, dowodząc, że komisja nie ma prawa sprawiać podobnych spustoszeń w preliminarzu rządowym. Mowca daje definicję komisji, która jako ciało wybrane przez Izbę i z Izby do wstępnego rozpatrzenia pewnej sprawy specjalnej, nie może uzurpować sobie praw, których nawet Izba nie posiada, skoro chodzi tu nie o przyzwolenie dotacji żądanej, lecz pretensji opartej na tytułach prawnych.

Godzina 4. Mowca ciągnie rzecz swą dalej.

* Klub „postępowych“ ma mieć zamiar, przy drugiem czytaniu ustawy finansowej wnieść, ażeby Rada państwa zezwoliła na budżet rządowy jedynie na czas 2 miesięcy.

* Zmiany, jakich życzy sobie p. Fux (członek klubu „postępowych“) w ustawie ugodowej są takie: „Ministerjum wspólne ma być odpowiedzialne parlamentowi (nie delegacjom). Prezydentowie gabinetów obopólnych mają głos w radzie ministrów wspólnych, i wpływ na sprawy wspólne, ustawą oznaczony. Delegacje wspólne mają być zniesione, agendy ich przechodzą na Radę państwa i sejm węgierski. Gdyby te nie mogły porozumieć się, ma być tentowanem porozumienie przez deputacje, a w ostatecznym razie rozstrzyga korona.“ — Ponieważ atoli mamy teraz ciągle długie wieczory, więc może klub postępowy ułoży przy kominku jeszcze parę nowych programów dla spraw wspólnych.

Buda-Peszt 12. grudnia. Po siedmiogodzinnej rozprawie Izba poselska zawotowała wprawdzie kupno kolei wschodniej, lecz zarazem mimo sprzeciwiania się rządu znaczną większością dano polecenia ministerstwu, aby wytoczyło kryminalny proces przeciwko byłym koncesjonarjuszom, przedsiębiorcom budowy, a w szczególności członkom Rady zawiadowczej. Uchwała ta sprawia tu wielką senzację. Należało ją podjąć zaraz po wykryciu niewypłacalności przedsiębiorstwa, kiedy jeszcze większa część winnych znajdowała się na terytorjum węgierskiem. Wtedy wielka część szkody mogłaby była się powrócić. Dzisiaj najenergiczniejsze śledztwo pozostanie zapewne bez skutku.

Jutro odjeżdża cesarz do Wiednia.

Ministrowie węgierscy mają przybyć d. 20. b. m. do Wiednia i podjąć na nowo rokowania w sprawie bankowej.

Kronika.

Lwów d. 14. grudnia.

(ut) **Do opisu katastrofy** podanej wczoraj na tem miejscu, dodajemy następujące szczegóły, o których dowiedzieliśmy się w ostatniej chwili. Otóż najgłówniejszem jest to, że powodem smutnego wypadku nie było zaczadzenie tylko gaz ulatniający się z naprawianych przy ulicy Zygmuntowskiej rur gazowych. Czeladnik kowalski Jan Appelheimer wysłany został z tutejszego zarządu gazowego wraz z 4 robotnikami dnia 11. bm. celem naprawienia rur gazowych między pałacem hr. Gołuchowskiego a domem księżnej Ponińskiej. Po południu rozpoczął Appelheimer naprawę rur naprzeciw suteren wczoraj opisanych, a zbadawszy gdzie były rury uszkodzone, zatkał takowe szczelnie kołkami. Gaz więc nie mogąc ulotnić się w górę, ulotnił się wszerz właśnie do suteren, a to w skutek siły rozsadzającej. Gospodarz suteren Piotr Paraszczak i jego żona Marja, którzy zostali ocaleni, opowiadali wczoraj, że ich wieczorem zaczęła boleć głowa, że powonienie ich raził jakiś silny odór, podobny do nafty, nie zważali jednak na to i spać pokładli się spokojnie.

Skonstatowano także jak najpewniej, że dnia 11 bm. o godz. 11 w południe nie palono wcale w suterenach. Na kuchni znaleziono garnki i naczynia pomyte, i przekonano się po popiele, iż w tym dniu nie gotowano nawet objadu. Zresztą mularz Piotr i jego żona, którzy wczoraj powrócili do przytomności, potwierdzili ten główny szczegół. Co więcej, nawet w garnkach nie znaleziono węgli, co u ubogich ludzi zimową porą często bywa praktykowanem. — Dzisiaj możemy już podać nazwiska wszystkich dotkniętych tym wypadkiem.

Bez nadziei życia wyciągnięto z piwnicy: dzieci Piotra: Rozalję 9-letnią córkę, Józefa syna 1-rok i Antoniego syna 6-letniego; preclarza Józefa Kosmatego i jego żonę Katarzynę; pomocnika lakierniczego Antoniego Chałupkę 59-let. i jego żonę Annę 40-let.; 2-letnią córkę Włocha Kristmana z Tryestu. W szpitalu umarła wczoraj Dorota 13-letnia córka Piotra Paraszczuka.

Reszta osób znajduje się w szpitalu, z których większa połowa cierpi jeszcze na delirjum, z powodu czego łatwo może nastąpić zapalenie mózgu. W szpitalu znajdują się: mularz Piotr Paraszczuk z żoną i córką Marją; wyrobnik Paduani Jan, Włoch; Mikołaj Jamiński wyrobnik z Oleszyc; Kristmann Jan Włoch z Tryestu; cieśla z narzeczoną i 4-letnią córką, Samborska Marja wodziarka i jej 20-letni syn Jan Samborski.

Policja oddała tę sprawę prokuratorji, która prawdopodobnie zarządzi obdukcję zwłok i wytoczy winnym proces o przestępstwo przeciw bezpieczeństwu życia.

Z towarzystwa lekarskiego. Dnia 16. b. m. odbędzie się posiedzenie tow. lek. galic. Na porządku dziennym są następujące wykłady: a) O torbielach więzadła szerokiego. b) Niezwykły przypadek udaru serca. c) Przypadek zwężlenia jelit. d) Przyczynek do wykładu o hydroterapji.

(nt.) **Wytropienie opryszków.** Przed dwoma tygodniami donosiliśmy o licznych i zuchwałych kradzieżach, których widownią był tutejszy dworzec kolei Karola Ludwika i dalsza przestrzeń tejże kolei. Kradziono towary en gros całemi furami. Policja tutejsza robiła wszystko, co było w jej mocy, urządziła dniówki, patrole — nic nie pomogło, a co ciekawsze, to okoliczność, że właśnie podczas patrolowania popełniano najznaczniejsze kradzieże. Nareszcie udało się temi dniami żandarmerji grodeckiej wyłapać całą szajkę opryszków, składających się z chłopów i żydów. W miejscach, gdzie pociąg towarowy powoli szedł, wskakiwali złodzieje do wagonów i wyrzucali towary na linję, gdzie towarzysze ich czekali z wozami i złowiony łup do Lwowa transportowali. Podczas takiego właśnie transportu przydybała żandarmerja złodziei w Gródku. Dwóch uciekło a resztę odstawiono do sądu tutejszego, gdzie wkrótce odbędzie się ostateczna rozprawa. Sprawozdanie o tym ciekawym procesie podamy w swoim czasie.

Ostrzeżenie przed oszustwem. Dyrekcja Drukarni Związkowej zawiadamia powszechność kraju, iż handlarz książek we Lwowie Leib Bodek wydał kalendarz, zatytułowawszy go „Rok 1877.“ Pod tym tytułem dyrekcja tejże drukarni wydaje kalendarz od kilku lat. Przez przywłaszczenie tej intytulacji, nie podawszy przytem swego nazwiska jako nakładca, zamierzył tenże Leib Bodek nie tylko wyrządzić szkodę Zakładowi Drukarni Związkowej, eksploatując w tysiącach egzemplarzy lichotę bez wszelkiej wartości pod obcym płaszczykiem, ale i uwieść publiczność, rozrzucając między nią fabrykat kalendarzowy złożony z pozostałości kalendarzów z poprzednich roczników, zawierający ramoty, niby to powieści i opowiadania, a będące już w rękach nabywców dawniejszych kalendarzy pod innemi tytułami.— Dyrekcja Drukarni Związkowej wytaczając handlarzowi Bodekowi proces o przywłaszczenie sobie tytułu obcej własności na szkodę Zakładu, jako też użytego przez tegoż podstępu dla otumanienia publiczności, przestrzega zarazem powszechność kraju, ażeby przy nabywaniu kalendarza nie dała się podejść przez ajentów Bodeka, kolportujących w kraju jego kalendarz zatytułowany „Rok 1877“ kalendarz ludowy, a nie mający żadnej styczności z wydawanym przez Drukarnię Związkową kalendarzem „Rok 1877“ kalendarz powszechny gospodarski.

Kronika teatralna. W teatrze hr. Skarbka dzisiaj 14go „Aida“ opera w 4 aktach J. Verdiego.

Skała 11 grudnia. W mieście naszem od kilku lat istnieje koterja złożona z samych intrygantów, która daje się czuć częstokroć boleśnie prawie w każdym zakątku. Kto się narazi tej koterji, lub jej interesom, natenczas obsypią go różnego rodzaju oskarżeniami; zwykle podobne skargi są bez podpisu, albo takie donosy bywają stwierdzone fałszywemi podpisami, i niejednego, tj. czy to rząd, czy prywatną osobę alarmują nieposPolicie. — W tych dniach zdarzył się tu wypadek następujący: Dyrekcja poczt we Lwowie przysłała do tutejszego poczmistrza skargę napisaną w Skale dla sprawdzenia odnośnego faktu, podpisaną przez Jakóba Feiersteina, oraz 5 kupców tutejszych, których Jakób Feierstein dla lepszego poparcia swej skargi sam podpisał, a raczej podpisy ich sfałszował. W skardze tej był srodze dotknięty tutejszy zawiadowca poczty, pan Włodek, znany na ca[illegible] [illegible]o człowiek prawy, honorowy, dla gości uprzejmy, a przytem ściśle służbowy. Włodek, człowiek młody, spokojnego i rozważnego usposobienia, nawet i w godzinach nieurzędowych, wydaje i przyjmuje posyłki i listy, a fakt ten stwierdzili miejscowi i okoliczni obywatele protestem przeciw niemu wymierzonej skardze do lwowskiej dyrekcji poczt licznemi podpisami. — Pokrzywdzony powinien wnieść skargę do sądu, a władza ta wnet ukróciłaby tę swawolę.

Poznań 12 grudnia. Na wczorajszem posiedzeniu wydziału historycznego Towarzystwa przyjaciół nauk po załatwieniu spraw bieżących odczytano dalszy ciąg bardzo zajmującej rozprawy historycznej: „O Prusach książęcych po pokoju oliwskim.“

Pan **Ignacy Danielewski,** redaktor *Gazety Toruńskiej*, odsiedziawszy karę więzienną za przestępstwa prasowe, objął w tych dniach na nowo redakcję.

Warszawa 12. grudnia. Od kilku dni zamknięty został lombard warszawski i nie udziela wcale pożyczek. Przy obecnym stanie ogólnego zastoju, zamknięcie to jedynej instytucji pożyczkowej, z której uboższa klasa miasta czerpie zwykle pomoc, bardzo złe może wywrzeć skutki.

W Warszawie ma powstać jeszcze jeden zakład leczniczy prywatny, na 20 łóżek, specjalnie na choroby skórne.

Wisła po krótkim przyborze, obecnie już opada. Woda tylko wciąż jest mętna i żółta, co naturalnie w żadnym razie nie może dobrze wpłynąć na stan sanitarny miasta, już i tak niezbyt zadowalający.

Stan sanitarny miasta w ostatnich dniach znacznie się polepszył. Wypadki tyfusu są rzadsze i w ogólności objawy jego nie są już tak zjadliwe jak początkowo.

„Kurjer Codzienny“ donosi, że Muzeum warszawskie sztuk pięknych, które dawniej znajdowało się przy b. szkole głównej, nabyło w tych czasach obraz Guido Reniego przedstawiający Eleazara i Rebekę.

Podług nadeszłej w dniu wczorajszym wiadomości telegraficznej, ruch towarów na następujących drogach żelaznych rossyjskich został otwarty: Griazi-Carycińskiej, Dynabursko-Witebskiej, Orłowsko-witebskiej, Orłowsko-Griażskiej, Rygsko-Dynaburskiej, Riażsko-Wiaziemskiej i Moskiewsko-Brzeskiej t. j. na tak zwanych drogach 1. grupy.

Liczba słuchaczów w instytucie gospodarstwa i leśnictwa w Puławach, wzrasta z każdym rokiem, gdy bowiem w roku zaprzeszłym kształciło się tam 60 młodych ludzi, w roku przeszłym cyfra ich wzrosła do 110 a w roku bieżącym do 136.

Z Ciechanowskiego donoszą, że wpływ drogi żelaznej Nadwiślańskiej, z wiosną otworzyć się mającej, już jest na okolicę tamtejszą widoczny. Cena ziemi, dawniej stosunkowo do innych stron Płockiego niska, dziś znacznie się już podniosła. Nabywców chętnych także jest dosyć— projekta spółek i przedsiębiorstwa powolnie i nieśmiało na surowym jeszcze dla siebie gruncie wyrastają. Jaki taki ruch przemysłowy poczyna się budzić. Dom handlowo-komisowy gdański pod firmą M. Baranowski i sp. otwiera swe agencje w Mławie i Ciechanowie.

Z kowieńskiej gubernji donoszą, że zakaz wyprowadzania inwentarza żywego po za granice cesarstwa wpłynął nieznacznie na obniżenie jego ceny, zwłaszcza w gubernji kowieńskiej, która prowadziła niem znaczny handel z Prusami. Woły, za które płacono dotąd od 90 do 100 rubli, obecnie kupowane być mogą po 50 rubli a nawet i taniej, lubo to nie wpłynęło wcale na obniżenie ceny mięsa, które przeciwnie nawet zdrożało w ostatnich czasach.

Ogłoszenia urzędowe *Gazety Lwowskiej* z dnia 11. bm.: Edykta. Sąd pow. m. del. m. Lwowa sek. II zawiadamia, że pozwolił na utworzenie nowego kompleksu tabularnego z 112 sążni □ wydzielonych z realności l. 55 na Zamarstynowie. Dla wierzycieli hipotecznych Teresy, Marjanny, Anny i Klary Winhardt ustanowiono kuratorem dr. Weissa, z zastępstwem dr. Raabe. — Sąd powiat. w Lubaczowie zawiadamia o rozpoczęciu czynności w celu założenia ksiąg gruntowych dla gminy Zapałów. — Sąd obw. w Stanisławowie ogłosił konkurs na majątek firmy Süssel Kindla w Stanisławowie, komisarzem konkursowym naznaczony radca Zacharjasiewicz, zarządcą masy dr Kwiatkowski. — Sąd pow. w Busku wyznacza dla dochodzeń celem założenia ksiąg gruntowych dla gminy Żuratyn termin na dzień 15. bm. o godz. 8. z rana. — Sąd pow. w Bochni zawiadamia o rozpoczęciu czynności celem założenia ksiąg gruntowych dla gminy Wiźnicy dnia 15 bm., a dla gminy Pogwizdów dnia 21. bm. — Sąd kraj. w Kra-

---

bardzo niebezpiecznego wyniszczenia. — Niech sługi rozbiorą chorego.... potem zobaczymy....

Pasza zawołał półgłosem. Z kilku stron naraz, otworzyły się drzwi w okratowaniu i zawelonowane kobiety stanęły przed nami. Pokój, w którym znajdowaliśmy się w tej chwili, był zatem salą środkową, coś na wzór greckiego *atrium*, z którą łączyły się poboczne izby haremu.

Zażądałem od kobiet, by chorego uwolniły od bandażów. Szmer niezadowolenia dał się na to słyszeć, lecz jedno spojrzenie ich pana wystarczyło, by się uspokoiły i uczyniły zadość mojej woli. Powoli zdjęto z chłopca kilkanaście prześcieradeł, namoczonych w tłuszczu z węży, z których szkodliwe wyziewy zarażały powietrze. Na moje żądanie przyniesiono kubeł letniej wody, do której wlałem flakon esencji wzmacniającej, i kazałem obmyć wyniszczone ciało chorego chłopca, mogącego mieć najwięcej lat trzynaście. Cała ta procedura, przyniosła mu pewną ulgę, chociaż przed chwilą był już w agonii. Westchnął cicho i głęboko.

— Czy ratunek jest jeszcze możliwy? Ach, doktorze, powiedz, że jest! sama twoja obecność oddziaływa na niego zbawiennie — szepnął ojciec, spoglądając na syna z miłością niewysłowioną.

— Musimy poczekać, jakie skutki będą po obmyciu i spoczynku — odrzekłem uspokajająco, chociaż wiedziałem, że godzina jego już wybiła. Zaordynowawszy jeszcze choremu napój chłodzący, chciałem się pożegnać i odejść, przyrzekając wrócić dnia następnego.

— Nie powinieneś nas opuszczać, doktorze!— zawołał pasza z okiem rozpłomienionem, gdyśmy wyszli z sali chorego. Twoja twarz źle mi wróży, a ja nie mam nikogo na tej ziemi, komubym mógł zaufać, na kim bym mógł polegać. Zostań więc, dopóki mu się nie polepszy, albo.. dopóki Allah inaczej nie postanowi!

— Wszystko potrzebne zarządziłem — odrzekłem — a żony twoje, możny panie, będą dziecka dobrze doglądały aż do mego powrotu.

— Ja nie mam żon.... moja żona dawno umarła! odparł pasza z westchnieniem. Te zaś, które widziałeś, są tylko sługami, które go do takiego stanu doprowadziły. Widzisz więc, że musisz zostać. (Dok. nast.)

kowie zawiadamia Józefę Niewiadomską, Edwarda i Florentynę Łodziegowskich o wniesionym przeciw nim pozwie o wyekstabulowanie prawa żądania sumy 6000 guld. ze stanu biernego dóbr Kossocice i ustanawia dla nich kuratorem adw. Markiewicza, z zastępstwem adw. Lisowskiego. — Firma „Dawid Szwarcwald" skład sukna i sukien we Lwowie wpisaną została do rejestru pojedyńczych. — Firma „B. Chotomski" komisowy kantor eksportu i importu zboża, drzewa, we Lwowie, została wpisaną w rejestr handlowy dla firm pojedyńczych. — Licytacje. Realność l. 245 w Chyrowie (Starasól), cena wywołania 150 guld. — Realność l. 38/6 w Łopuszance (Turka), cena wywołania 300 guld. — Realność l. 46/87 w Jabłonce-Niżnej, cena wywołania 200 guld. — Realność l. 43 w Wieprzu (Żywiec), cena wywołania 300 guld. — Realność l. 39 w Cergowie (Rymanów), cena wywołania 1636 gld.

Hr. Poniński, jenerał w służbie włoskiej, bawi obecnie w Krakowie.

W Gdańsku zawiązało się stowarzyszenie Polaków w celu wzajemnego pouczania i wspierania się. Do stowarzyszenia przystąpiło na pierwszem zgromadzeniu zaraz po przyjęciu statutów około 150 Polaków.

Handel ludźmi. Wiedeńska policja wydała tymi dniami ogłoszenie, które rzuca jaskrawe światło na smutne stosunki panujące dotychczas w Ameryce, a mianowicie na praktykowany tam wciąż jeszcze handel białymi ludźmi. Treść wspomnianego ogłoszenia brzmi jak następuje: Podług prywatnych doniesień, znajdował się na parowcu „La France," kursującym pomiędzy Ameryką a Francją, niejaki Adolf Honig z Bueonos Ayres, który trudni się handlem białych niewolników. Podstępem uwozi on młode dziewczęta, często nawet córki dobrych rodzin, do Rio de Janeiro i tam osadza je w mieszkaniu mającem pozór więzienia czy haremu, zaopatrzonego żelaznemi drzwiami i kratami. Na nieszczęśliwych dziewczętach, nie mogących ztamtąd uciec żadną miarą, niegodziwy ten człowiek znęca się w sposób najohydniejszy, poczem odsprzedaje je dalej innym przedsiębiorcom, którzy wywożą towar w głąb kraju. Tam biedne te dziewczęta stają się łupem rozbestwionego dzikiego żołnierstwa.

[illegible] bm.— który wczoraj przed południem miał odjechać do Kiszeniewa pociągiem kurjerskim kolei północnej Ferdynanda, w ostatniej chwili zmienił swoje postanowienie. Odjazd jego ma nastąpić dzisiaj 13go przed południem. Jego żona z dziećmi pozostanie na razie w Wiedniu. Onegdaj przed południem konferował Czerniajew dłużej niż pół godziny z posłem moskiewskim Nowikowem w jego pałacu i zaledwie powrócił do swojego mieszkania w Grand Hotel, przybył doń z wizytą Wassylczykow, radca poselstwa moskiewskiego w Wiedniu.

Powrót softów. Zapał wojenny, który ogarnął był minionego lata wszystkie warstwy mahometańskiej ludności w państwie padyszacha, zniewolił również softów tj. uczniów Medressehi (wyższej szkoły) w Konstantynopolu do chwycenia za broń i wyruszenia na pole walki. W tym celu utworzyli sami bataljon w sile 800 ludzi i prosili o wysłanie ich pod Aleksinacz. Tam dokazywali istnych cudów męstwa i waleczności, i 80 z nich (co stanowi 10tą część bataljonu, a przesądnym muzułmanom jako szczególne zrządzenie niebios się wydało) legło bohaterską śmiercią za ojczyznę. Poprzedniego tygodnia pozostali wrócili do Konstantynopola i podczas lądowania byli przyjmowani z honorami wojskowemi wśród hucznej muzyki dwu band wojskowych. Ztąd udali się nasamprzód przed mieszkanie Szeik-ul-Islama, i wyprawili mu szumną owację. Ten wystąpił i dziękując zgromadzonym za okazaną waleczność obiecał sowitą nagrodę niebios. Następnie poszli na grób fundatora szkoły, gdzie pomodlili się za spokój jego duszy. Wieczorem zgromadzili się na ucztę, urządzoną na ich cześć przez kilku patrjotów.

Temat do nowelli. Córka jednego z kupców berlińskich, zaręczona od niejakiego czasu z pewnym młodym człowiekiem, przyszła ostatniego dnia minionego kwartału do świeżo przez nią najętego mieszkania, ażeby zapytać, o którym czasie nazajutrz będzie mogła sprowadzić tu swoje meble. Atoli ku największemu swemu zdziwieniu dowiedziała się, że zajmujący to mieszkanie czynszownicy, wcale nie pomyśleli dotychczas o ustąpieniu miejsca nowym lokatorom. Jako przyczynę tego podała córka lokatorki wdowy słabość matki, która złożona tyfusem nie mogła żadną miarą opuścić łóżka. „Nic mnie to nie obchodzi — odparła narzeczona — za ośm dni odbędzie się moje wesele, meble dla mnie już kupione, zatem do jutra do 12ej godziny mieszkanie musi być wolne." To rzekłszy z gniewem, chciała się oddalić, gdy nagle zjawił się przed nią narzeczony, który idąc za nią niepostrzeżony, słyszał z blizka rozmowę prowadzoną w drzwiach mieszkania. „Wesele nie odbędzie się ani za ośm dni, ani kiedykolwiek później — przemówił stanowczo młody człowiek — i dziękuję Bogu, że w sam czas jeszcze miałem sposobność przekonać sie o kamiennem sercu i usposobieniu pani, bo jestem pewny, że pewnie nieczułą byłabyś dla swojego męża. Co dotyczy zaś mieszkania, to mnie a nie pani przysłuża prawo rozporządzania niem do woli." Narzeczeni rozeszli się na zawsze, a młody człowiek odwidza często ozdrowiałą już wdowę i jej córkę i jak opowiadają sobie na ucho sąsiedzi, wnet mają nastąpić zaręczyny młodych.

Ofiara mody. Z Paryża donosi świadek naoczny o następującym smutnym wypadku: „Córka kupca p. B., dziewiętnastoletnia piękna panienka, szła niedawno przez ulicę Rivoli i nagle upadła na trotuar nie wydawszy najmniejszego jęku lub okrzyku boleści. Wszelka pomoc udzielona jej na razie celem przywołania do życia, okazała się bezskuteczną i musiano pozornie nieżywą zanieść do domu rodzicielskiego. Będąc dobrym znajomym tej rodziny i mając do domu ich wstęp wolny, pobiegłem natychmiast usłyszawszy o wypadku. Przywołany lekarz robił wszystko, by obudzić życie w zdrętwiałem ciele, atoli wysilenia jego były bezowocne. Gdy zdjęto z niej wierzchnią suknię, ukazał się skórzany gorset, który opasywał ciało tak silnie, że krępowane przezeń funkcje organizmu sprowadziły śmierć gwałtowną. Sztuka lekarza była wobec tego bezsilną i oto moda zabiła dziewczynę w kwiecie wieku."

Ciekawą historję może mieć i koń. Czytamy właśnie w *Daily Telegraph*: Pułkownik Kent, komendant 77go pułku, poniósł właśnie ciężką stratę przez śmierć swego wspaniałego karego rumaka krwi arabskiej, który zakończył życie pełne przygód i sławy po długiej i boleśnej chorobie w barakach pod Cork. Był to bodaj czy nie najstarszy koń bojowy w armji angielskiej, gdyż odbył kampanję krymską. Po odjeździe z Krymu odbył podróż koło przylądka Dobrej Nadziei do Australji, a później dwakroć do Indyj i dwakroć do Irlandji. W Bengalji znał każdą stację pomiędzy Kalkutą a Peszawer i Bombajem, a w końcu odbył podróż z Indyj do Anglji przez cieśninę Suezką. W roku zeszłym brał jeszcze udział w obchodzie święcenia nowej chorągwi pułkowej w Woolwich. Dodać wreszcie należy, iż koń ten był ulubieńcem całego pułku.

Istnem Eldoradem bankructw jest niezaprzeczenie północno-amerykańska Rzeczpospolita. W 9 miesiącach, tj. od 1. stycznia do końca września br. było w Stanach Zjednoczonych nie mniej jak 7050 upadłości z pasywami wynoszącemi około 156 miljonów dolarów. W stosunku do poprzedniego roku suma upadłości i pasywów wyrosła imponująco, pierwsza o cyfrę 1716 bankructw, druga 25 miljonów dolarów. Jeśli to potrwa w tej progresji jeszcze kilka lat, to potem w całych Zjednoczonych Stanach nie znajdzie ani jednego przemysłowca, któryby przynajmniej raz w swem życiu nie ogłosił się był niewypłacalnym.

Dział literacko-artystyczny.

(aw.) *Polowanie na zięciów*, komedja w 4 aktach pp. Labiche i Delacour, przedstawiona po raz pierwszy we Lwowie w niedzielę dnia 10. bm.

„Jest to pojedynek kobiecy—na podstępy", woła jedna z głównych osób komedji pani Carbonel. Rzeczywiście autorowie „Polowania na zięciów" lepiej tej sztuki scharakteryzować nie mogli, położylibyśmy tylko zamiast wyrazu „pojedynek"—„walka", albowiem bój toczy się o trzecią osobę. Osobą tą jest Maurycy Duplan (p. Kwieciński) syn byłego notarjusza (p. Fischer), dziedzic miljonowego majątku, człowiek młody, przystojny, wykształcony, słowem ideał zięcia, za jakim tęsknią papy i mamy dorosłych panienek. Państwo Carbonel (pp. Zamojski i Aszperger) mają prześliczną córkę (pani Zimajer), ośmnastoletnią blondynkę o czarownem spojrzeniu, żywą i szczebiotliwą; nie ustępuje jej jednak pod względem piękności Łucja (pani Ładnowska), bronetka o ognistym temperamencie, jedynaczka równie zacnego jak Carbonelowie stadła Perugin (pp. Linkowski i May). Obie rodziny, a właściwie matki wiodące rej w takich sprawach starają się pozyskać Maurycego na zięcia, walczą do upadłego, aż nareszcie obudzona prawdziwa miłość przechyla stanowczo szalę zwycięstwa na stronę rodziny Carbonelów. Do przedłużenia tych zabiegów przyczynia się głównie chwiejny charakter [illegible] jak to mówią kochliwy, spojrzawszy tylko [illegible] uczuwa ku niej miłość, ale równie szybko zmienia przedmiot swych zapałów, ażeby za chwilę wrócić do dawnej swej bogdanki itd. Stary Duplan jest to najpoczciwszy w świecie safanduła, z którym syn robi co tylko zechce. Obie te postacie przypominają nam żywo Gucia i Radosta z Fredrowskich „Ślubów panieńskich", szczególniej stary Duplan jest jakby drugiem wydaniem Radosta. Oprócz wymienionych osób wszystkie inne stoją na drugim planie i służą tylko jako tło obrazu. Jak widzimy, ani przedmiot, ani charaktery w „Polowaniu na zięciów" nie są nowe, a mimo to słucha się tej sztuki z prawdziwą przyjemnością i przyznać jej trzeba nieposlednie zalety. Intryga zawiązana bardzo zręcznie dozwala autorom rozwinąć prawdziwe bogactwo wysoce komicznych sytuacyj, które utrzymują uwagę widza w ciągłem naprężeniu aż do końca sztuki. Djalog zaprawiony w miarę solą atycką, a do tego wiele scen narysowanych z wielką prawdą życiową, dopełniają zalet tej wesołej komedji. Tendencji, ani nawet morału nie ma w niej żadnego, czego bynajmniej za wadę sztuki nie bierzemy, autorom bowiem chodziło o nic więcej jak tylko o wierne odmalowanie obrazku z życia, a to im się wybornie udało. Powiedzieliśmy na początku, że sami autorowie scharakteryzowali swą sztukę jako walkę na podstępy: zachowując miarę w ich użyciu, wszystkie bowiem są niewinne, wzbudzające uśmiech, a nie wstręt, okazali prawdziwe artystyczne poczucie. W „Polowaniu na zięciów" repertoar nasz zyskał sztukę, która, sądząc po wybornem przyjęciu, jakiego doznała na pierwszem przedstawieniu, długo powinna się utrzymać. — Do powodzenia „Polowania na zięciów" przyczyniła się nie mało pełna humoru i wystudjowana gra wszystkich aktorów. P. Fiszer znakomicie ucharakteryzowany pod każdym względem był wybornym Duplanem. Już to przyznać trzeba, że komedje francuskie są najlepszem polem popisu dla tego utalentowanego artysty. Dobrzański z epizodycznej roli Edgara Lajonchère stworzył typ tryskający żywym humorem. Już dawno nie widzieliśmy go grającego z taką werwą.

(hi) *Drugi wieczorek muzykalny Tow. „Harmonia"* zgromadził wczoraj jeszcze liczniejszą publiczność, jak pierwszy. Nazwisko młodziutkiej pianistki panny Felicji Świtalskiej, było tą siłą magiczną, która ściągnęła publiczność. Powiadamy ściągnęła, ponieważ widzieliśmy niedawno, jak pierwszorzędna artystka przed dość pustemi krzesłami popisywać się musiała. Panna Świtalska po raz pierwszy wystąpiła publicznie przed rokiem w teatrze, i zanotowaliśmy już wówczas ten entuzjazm, jaki jej gra u publiczności wywołała. Frenetyczne oklaski, kilkunastokrotne wywoływanie świadczyły, że młodziutka pianistka potrafiła porwać naszą zimną publiczność. Przyznamy się, że obawialiśmy się wówczas, aby te laury, jakie niejedna artystka zaledwie przy końcu swojej karjery zdobywa, nie zawróciły młodej główki. Lecz byliśmy w błędzie. Prawdziwy talent musi dążyć do doskonałości! Młodziutka pianistka zrobiła kolosalny postęp, i śmiało dziś już powiedzieć możemy, że jest artystką! Wczorajszy jej występ zachwycił wszystkich; zadowolił znawców i amatorów. Znawców, wzorową egzekucją trudnych arcydzieł mistrzów; amatorów, głębokiem uczuciem, którem tchnęły jej tony. Charakterystyką gry panny S. jest uczucie w grze. Liszt i Chopin zarówno znaleźli w niej znakomitą egzekutorkę. Wczorajszego wieczora grała najpierw „Koncert e moll Chopina", poczem „Kreisleriana I. IV. V. R. Schumana i Rigoletto, fantazja Liszta" i każdym z tych utworów oczarowała słuchaczów — grała zaś z pamięci. Chyba nie potrzebujemy dodawać, że na oklaskach hucznych nie zbywało. P. Świtalska jest uczennicą p. Marka.

Dla urozmaicenia wieczorku śpiewała p. S. piękne dwie piosnki: „Życzenie" p. Jareckiego i „Rywalki" p. M. Madejskiego — a na zakończenie arję z op. „Faworyta", a pan K. Rom. deklamował „Ojca zadżumionych" J. Słowackiego.

Sprawy gospodarcze i handlowe.

Wystawa krajowa rolnicza i przemysłowa w r. 1877 we Lwowie. Dnia 2. bm. odbyło się przy licznym współudziale członków tak ze Lwowa jakoteż z Galicji wschodniej i zachodniej posiedzenie komitetu wystawy pod przewodnictwem hr. Włodzimierza Dzieduszyckiego. Najgłówniejszym przedmiotem obrad był preliminarz budżetu, który też rzeczywiście został uchwalony i zalecony do przedłożenia Ministerstwu rolnictwa celem uzyskania odpowiedniej subwencji. Polecono następnie komisji technicznej aby wypracowała dokładne kosztorysy wznieść się mających kosztem komitetu budynków, których plany wygotowała — i aby kosztorysy te na następnem posiedzeniu — które około połowy stycznia przyszłego roku ma mieć miejsce — komitetowi do zatwierdzenia przedłożyła. Nareszcie zamianowano członków sekcji od 14ej do 30ej. Członkowie sekcji 1ej do 13ej zamianowani zostali na poprzednich posiedzeniach, 8. i 9. listopada, na których to posiedzeniach zamianowano także delegatów we wszystkich powiatach i do składu komitetu zaproszono panów: Juljusza hr. Dzieduszyckiego, Sieglera von Eberswald, Gustawa Lettnera, Władysława Zontaka i Edwarda Simona, dyrektora galicyjskiego banku kredytowewo, który nadto mianowany został członkiem komisji administracyjnej.

Kołomyja d. 10. grudnia 1876. (*Szkoła wzorowa garncarska*). W dniu 7. grudnia r. b weszła w życie wzorowa szkoła garncarska, założona kosztem rządu, gminy tutejszej i kraju. Szkoła ta powstała z inicjatywy tutejszej zwierzchności gminy i za szczególnem przyczynieniem się Włodzimierza hr. Dzieduszyckiego, tego niezmordowanego szermierza przemysłu krajowego, który osobiście u ministerstwa handlu tak długo kołatał, póki mu się nie udało zamiaru swego dopiąć; dlatego też gmina nasza najsłuszniej obdarzyła tego zacnego obywatela honorowem obywatelstwem.

W wyż wymienionym dniu odbyło się na intencję zaprowadzenia tej szkoły nabożeństwo w kościele obrz. łac., na którem znajdowali się zastępca c. k. starosty, burmistrz, kilku radnych miasta i kilkunastu znaczniejszych garncarzy, po skończonem nabożeństwie udali się wszyscy do prowizorycznie urządzonej szkoły, tamże kierownik tejże p. G. Bacher wobec wszystkich wykonał kilka kawałków naczynia z gliny bardzo zgrabnie i szybko, czem wprowadził zgromadzonych, szczególnie obecnych garncarzy, w zdumienie: — zaprawdę, że wys. c. k. ministerjum handlu doskonały wybór zrobiło w osobie p. Bächera, [illegible] nadzieję, że ta szkoła pomyślnie rozwijać się będzie i przemysłowi krajowemu wielką usługę i korzyść przyniesie.

Na umieszczenie stałe tej szkoły obowiązała się gmina osobny budynek swym kosztem wymurować, i urządzić odpowiedni nowym wynalazkom piec garncarski, a to do połowy lata 1877.

Znawcy i przyjaciele przemysłu krajowego przyczyniliby się do wzrostu tej tak ważnej instytucji, gdyby raczyli z okolic sąsiednich Kołomyi, mianowicie z byłych obwodów: kołomyjskiego, stanisławowskiego, czortkowskiego i bukowińskiego okazy białej gliny garncarskiej i piasku białego szklistego, zdolnego do glazury, a to po jednym kilogramie przysłać na prób na ręce rzeczonego nauczyciela p. Bächera,

Czynności lwowskiej Izby handlowej i przemysłowej. Z protokółów po koniec listopada wynika, że:

1. Zażalenie handlarzy spirytusem w Buczaczu, jakoby w skutek rozporządzenia tamtejszego starostwa tamowany był handel spirytusem ze szkodą ogólną, a na korzyść właściciela propinacji, uchwalono przedłożyć wys. namiestnictwu do zbadania, względnie do zapobieżenia zachodzącym nadużyciom.

2. Powzięto do wiadomości oświadczenie wys. prezydjum namiestnictwa i wys. ministerstwa handlu, że na wniosek Izby fundusz lombardowy tutejszej filji banku narodowego na 2,400,000 złr. podwyższono.

3. Na podanie magistratu miasta Stanisławowa uchwaliła Izba przemawiać u wys. ministerstwa handlu i u jeneralnej dyrekcji austr. banku narodowego za urządzeniem filji tegoż banku w Stanisławowie.

4. W myśl intencji ministra handlu, który dla podniesienia przemysłu domowego urządzić zamierza u nas na teraz tylko szkoły ręczne tkactwa i warstaty stolarskie, tudzież udzielić zamyśla stypendja młodzieńcom zawodu tkackiego, stolarskiego i garncarskiego celem wykształcenia się w odpowiednich zakładach zagranicznych — zarządziła była Izba bliższe dochodzenia co do stosunków domowego przemysłu tkactwa i stolarstwa w okręgu Izby i uchwaliła na podstawie zebranych materjałów przedstawić wys. prezydjum namiestnictwa następujące wnioski:

Utworzenie szkoły ręcznego tkactwa w Korczynie w powiecie Krośniańskim, a gdyby wys. rząd zamyślał więcej szkół takich urządzić, to proponuje Izba jako drugą za najodpowiedniejszą ku temu miejscowość Komarno w powiecie rudniańskim.

Utworzenie warstatu naukowego dla stolarstwa w Stryju.

Utworzenie szkoły garncarskiej w Kołomyi.

Do stypendjów proponowano kandydatów tkackich 3 z Komarna i 3 z Horodenki, kandydatów stolarskich 3 z Gródka i 3 ze Stryja, kandydatów garncarskich 2 z Halicza i postawiono wniosek, aby każde stypendjum wynosiło 300 złr. na 10 miesięcy szkolnych i 50 złr. na koszta podróży. Co się tyczy koszykarstwa, dla którego właściciel Aksmanic starał się uzyskać urządzenie szkoły koszykarstwa tamże, to skonstatowano, że ani w Aksmanicach ani też w najbliższych okolicach nikt nie zajmuje się koszykarstwem i nie ma w okolicy do tego potrzebnego materjału surowego, a zatem szkoła koszykarstwa w Aksmanicach nie posiadałaby żadnych warunków do rozwoju.

5. Izba uchwaliła przemawiać u wys. ministerstwa handlu za projektem p. Demla urządzenia szkoły zecerek drukarskich w Wiedniu, która pożądana w ogóle ze względów ekonomicznych i socjalnych, przynieść by mogła z czasem korzyści dla naszego kraju, wyuczając kobiety w sztuce drukarskiej, któreby później jako instruktorki mogły korzystnie działać w kraju.

Wiedeń 12. grudnia. Na dzisiejszy targ dowieziono żywej nierogacizny galicyjskiej 978, średnio ciężkich węgierskich 1037, ciężkich bagonów 1066, razem 3081. — Galicyjskie płacono zł. 31 — 38, średnio ciężkie węgierskie 42—46, ciężkie bagony 50, 53—54 za 10 kilo żywej wagi. W. Amirowicz, Café Stierböck.

Ostatnie wiadomości.

Ze Stanisławowa donoszą nam, że według spostrzeżeń obywatelskich z okolicy Nadwórnej i Delatyna od niedawnego czasu kręcą się tamtędy nieznane zupełnie indywidua obcej narodowości, studjując widocznie komunikacje Galicji z Węgrami. W drodze znoszą się ze znanymi moskalofilami. Jest wielkie podejrzenie, że to poprzebierani oficerowie moskiewscy. Przed trzema dniami sygnalizowaliśmy ich wizyty w Czerniowcach i okolicy. Namiestnictwo postąpiłoby stosownie, gdyby przez żandarmerję kazało staranniej pilnować proweniencji tych podróżnych

Do rozpoczętej onegdaj rozprawy specjalnej nad cislitawskim budżetem oświaty zapisało się w ogóle 28 mowców, i potrwa ona zapewne trzy dni.

Dnia 13. b. w Izbie deputowanych mówili Mieroszewski, Euzebiusz Czerkawski, Gierowski i Kabat przeciw staraniom o zwinięcie uniwersytetu lwowskiego. Minister Stremyr oświadczył, iż rząd dzisiejszy nigdy nie miał i nie ma zamiaru zniesienia uniwersytetu lwowskiego albo też tamowania jego rozwoju.

Z powodu naruszenia austrjackiego parowca „Radetzky" przez władze serbskie, otrzymał ks. Wrede instrukcje nader pozytywne, a jednocześnie obydwa monitory austrjackie na Dunaju zarzuciły kotwicę naprzeciw Belgradu, ażeby poprzeć żądanie satysfakcji jedynym argumentem zrozumiałym dla Serbów.

Dwa austrjackie monitory na Dunaju, które temi dniami odpłynęły z Pesztu pod Belgrad, otrzymały wzmocnioną o 60 ludzi załogę piechoty marynarskiej z Capod' Istrji.

O spisku, który miał na celu uprowadzenie obłąkanego Murada ze Stambułu i zamordowanie Midhata paszy, są bardzo sprzeczne doniesienia. Według tego, co donosi *Polit. Cor.* nie uwięziono żadnego Polaka, lecz tylko Turków i Greków. Spisek wydały kobiety haremowe. Dwóch Czarnogórców zaś, którzy najwięcej byli nastawieni na życie Midhata, uwięziono zaraz przy przybyciu do Stambułu, gdyż już z Raguzy policja turecka została uprzedzoną o ich zamiarze.

W Belgradzie jeden z ministrów serbskich wydał broszurę francuską, przeznaczoną oczywiście w pierwszej linji dla użytku konferencji stambulskiej, a dowodzącą, że gdyby miało przyjść do zawarcia pokoju, to Serbja powinna pozostać nienaruszoną w swem terytorjum, choćby jej przyszło nawet płacić wyższy haracz. Dnia 12. bm. obchodzono tu uroczystość ś. Andrzeja podług starego stylu na sposób moskiewski. Kazanie wygłoszone przy tej sposobności przez popa w obecności pary książęcej i wszystkich dygnitarzy, zapowiadało odnowienie wojny. Honory wojskowe przed cerkwią robił bataljon moskiewski ze sztandarem Dymitra Dońskiego. Wieczorem było miasto iluminowane.

Tagblatt wiedeński donosi, że przebywający w Wiedniu rezerwiści pruscy piątego i szóstego korpusu (poznańskiego i szląskiego) otrzymali polecenie powrócić do kraju.

Rada związku niemieckiego na posiedzeniu dnia 12. b. m. pod przewodnictwem Bismarka uchwaliła utrzymać w mocy sprzeczne swe zapatrywania co do uchwał parlamentu niemieckiego o procedurze prasowej, tudzież o przymusowem świadczeniu w sprawach prasowych. Żąda oraz Rada, ażeby jej przysługiwało prawo oznaczenia terminu, w którym wprowadzony ma być kodeks sądowy, i ażeby przywrócono niezbędność przyzwolenia przełożonych w razie pociągania urzędników do odpowiedzialności za przestępstwa kryminalne.

Jak donoszą z Brodów, w Kijowie zaprzestano przyjmować nawet telegramów prywatnych na linjach kolejowych, a mianowicie do Charkowa, Nikołajewa, Sebastopola i Odessy.

Telegramy „Dziennika Polskiego."

Wiedeń 14. grudnia. Rada państwa rozejdzie się na ferje d. 20. bm.

Petersburg 14. grud. (pr.) Transporta wojsk z głębi Moskwy wzmagają się teraz, i dla tego według ogłoszenia urzędowego od dnia 16. b. m. nawet pociągi pocztowe będą zastanowione na kolei Orel-Griazy.

Berlin 14. grudnia. Moltke nie tai się ze zdaniem, że wojna turecka będzie dla Moskwy trudnem przedsięwzięciem.

Stambuł 13. grudnia. Dzisiaj odbyło się znowu posiedzenie przedwstępne konferencji. Ogólne wrażenie pogadanek ciągle jeszcze jest dobre. — W. Weryr złożył wizytę margrabiemu Salisbury, i miał z nim długą naradę. Przybył tu Bratiano.

Bukareszt 14. grudnia. Dziennik urzędowy ogłasza dekret księcia, nakazujący oprócz ośmiu istniejących, utworzyć jeszcze ośm nowych pułków dorobańców. (Zdaje się że to pomnożenie siły zbrojnej w Rumunji nie zaimponuje nikomu. Red.).

Ateny 13. grudnia. Komonduros utworzył gabinet bez udziału Zaimisa. Poprzedni ministrowie pozostają, tylko tekę sprawiedliwości objął prezydent, a marynarki Bubulis.

Telegramy zbożowe. Wiedeń 13. grudnia. Okowita pr. 10.000 liter-percent złr. 34·—. Budapeszt 13. grudnia. Pszenica (75 kilogr.) 12·85 na wiosnę [illegible]. Berlin 13. grudnia. Pszenica na kwiecień-maj 225 —. Żyto loco 159.—. okowita 55·80. Szczecin 13 grudnia. Pszenica na grud.-sty. 213·—, na wiosenne termin [illegible] rzepak 359·—.

Wiedeń d. 14. grudnia, 10 godz. 45 min

Akcje kredytowe	135.90	Akcje kolei Kar. L.	[illegible]
„ Anglo-Austr.	71·25	„ „ Połudn.	78·25
„ Unionsbank	—·—	„ Banku F. Austr.	—·—
„ Vereinsbank	—·—	20-frankówka	10·09

Usposobienie słabe.

Telegrafowane kursa wiedeńskie.

Wiedeń d. 11. grudnia, 2. godz. 25 min.

Akcje Banku Fr.-A.	—·—	Ungar. Ostbahn	[illegible]
„ Węgier. Kred.	103·25	Galic. Indemnizacja	82·75
„ Ang.-Austr. B.	71·—	1864 Losy	129·50
„ Unionsbank	46·75	Fran.-Hung.-Bank	—·—
„ Kolei Kar.-L.	200·—	Verkersbank	76·50
„ „ Północn.	179 25	Tureckie Losy	11·75
„ „ Połudn.	78·50	Baubank-Aktien	—
„ „ Alfödsk.	93·—	Staatsbahn	[illegible]
„ „ Elżbiety	135·—	Wiener Bauverein	—
„ „ Lw.-Cz.	110·50	Bankverein	55·—
„ „ Węg. P.	85·50	Węgierskie Losy	68·75
„ „ Rudolfa	101·—	Reichsmark	62·10
Wiener Baugesellsch.	—·—	Rossyjskie Banknoty	1·52

Usposobienie: mdłe.

Lwów d. 13. grudnia.

J. dług pań. w bank.	66·15	Londyn	126·35
„ „ „ „ srebr.	66·60	Srebro	116·75
Losy pożycz. z r. 1860	108·75	20-frankówka	10·09
Akcje banku narod.	814·—	Dukat ces. men.	5 99
Akcje banku kredyt.	136·10	100 Reichsmark	62·10

Berlin.

Rossyjskie noty ban.	246·50	Staatsbahn	—·—
Akcje kredytowe	218·—	Kolei Rumuńskiej	8·60
Lombardy	125·50	Austrjackie banknoty	160.90
Galicyjskie	80·20	Usposob.: —	

Paryż, 3 „ renty 70·95; Lombardy 157·—.

Przyjechali do Lwowa dnia 14. grudnia.

Hotel Zorza. B. br. Walewski z za kordonu, T. br. Turke z Lubieńca, K. Zaklika z Hadłowic.

Hotel Angielski. A. Reindl z Wolicy, E. Duniewicz z Brzozowa, F. Głogowski z Królestwa, H. Oczosalski z Rusiatycz, R. Stojawski z Wróblowic, B. Wierzchlejski z Wierzbowa, M. Niemtowski ze Sniatyna, H. Burzyński z Drezna.

Hotel Europejski. K. hr. Łączyński z Kotkora, M. Bogdanowicz z Ozarowa, W. Oraczewski z Warszawy, A. Teodorowicz z Bukowiny, L. Hoffmann z Wiednia, S. Albrecht z Drohobycza.

Hotel Krakowski. K. Rieńkowski z Czortkowa, T. Rozborski z Rustweczka, M. Świechowski z Radymna.

Pociągi kolejowe.

Przychodzą do Lwowa: z Krakowa o godzinie 5 minut 30 rano (pociąg pospieszny); o godz. 9 min. 25 wieczór (pociąg osobowy); o godz. 10 m. 35 przed południem (pociąg mięszany). — Z Czerniowiec: o godz. 9 m. 55 wieczór (p. posp.); o godz. 3 m. 40 rano (p. m.); o godz. 2 m. 50 po południu (p. osob.) — Z Stanisławowa: (na Stryj): o godz. 7 m. 58 wieczór i o godz. 8 m. 52 rano. — Z Podwołoczysk (na dworzec w Podzamczu): o godz. 2 m. 54 rano (p. osob.); o godz. 3 m. 3 po południu (p. m.); na dworzec lwowski główny: o g. 10 m. 33 wieczór (p. posp.); o godz. 3 m. 25 rano (p. [illegible]); o godz. 3 m. 45 po południu (p. mięszany).

Odchodzą ze Lwowa: do Krakowa: o godz. 11 m. 3 przed północą (p. posp.); o godz. 4 m. 40 rano (p. osob.); o godz. 4 m. 45 po południu (p. mięsz.) — Do Czerniowiec: o godz. 6 m. 25 rano (p. posp.); o godz. 11 m. 25 wieczór (p. mięsz.) — o godz. 12 m. 30 z południa (p. mięsz.) — Do Stanisławowa: (na Stryj); o godz. 6 m. 5. rano i o godz. 5 m. 10 wieczór. Do Podwołoczysk: (z Podzamcza): o godz. 11 m. 4 wieczór (p. osob.) o godz. 12 m. 11 w południe (p. mięsz.); z głównego dworca o godz. 6 rano (p. posp.); o godz. 10 m. 37 wieczór (pociąg osob.); 11 m. 45 w południe (pociąg mięsz.)

(Pory tego rozkładu jazdy odnoszą się do południka peszteńskiego, — godzina 12 w Peszcie odpowiada godzinie 12 min. 20 we Lwowie.)

Lwów, z Izby handlowej. Dnia 13 grudnia.	żądają	płacą
I. Akcje za sztukę.		
Kolei gal. Kar.-Lud. à 200 zł.	201 50	199 —
„ Lw.-Czern. à 200 zł.	112 —	110 —
Banku Hip. gal. à 200 zł	216 —	— —
„ Kredyt. gal. à 200 zł	211 —	208 —
II. Listy zast. za 100 zł.		
Tow. Kred. gal. 5% w. a.	83 65	82 90
„ „ „ 4½% „	77 50	76 50
„ „ „ 5% „	83 65	82 90
Banku Hipotecz. galic. 5%	86 50	85 50
Galic. Zakł. kred. włośc. 6%	93 —	91 —
III. Listy dłużne za 100 zł		
Ogóln. roln. kred. zakł. dla Gal. i Buk. 6% losow. w 15 l.	91 10	90 —
Tow. kred. miej. 6% w 15 l.	— —	— —
IV. Obligi za 100 zł.		
Indemnizacyjne galicyjskie	84 —	82 70
Pożyczki kraj. 1873 à 6%	92 —	90 —
Losy miasta Krakowa	16 —	14 5
„ „ Stanisławowa	19 75	[illegible]
V. Monety		
Dukat holenderski	5 97	5 83
„ cesarski	6 05	6 91
20-frankówka	10 14	10 04
Pół imperjał rossyjski	10 3	10 15
Rubel rossyjski srebrny	1 80	1 70
„ „ papierowy	54	1 52
100 Marek niemieckich	62 70	61 8
[illegible] za 100 zł	16 —	14 —
Wiedeń, 12 grudnia.		
5% zjed. dług państw. bank	61 45	60 30
„ „ „ „ srebr.	67 2	67 05
„ Oblig. indem. Niż.-Austr.	101 25	100 75
„ „ „ czeskie	— —	100 50
„ „ „ węgierskie	74 25	73 25
„ „ „ galicyjskie	83 50	82 50
„ „ „ bukowińskie	82 —	81 —
„ „ „ siedmiogr.	72 50	71 75
„ węg. poł. kol. 300 fr. 120 zł.	99 —	98 —
Listy Zastawne.		
5% Banku narod. listy	96 50	96 15
[illegible]	77	76 50
5 [illegible]	84 75	—
6 „ gal. zakł. kred. włośc.	92 —	91 —

	żądają	płacą
Tow. kred. miej. 6% w 15 l.	79 50	77 50
5% węgierskie listy	— —	— —
5% Zakładu kredyt. austr.	107 —	106 50
5% Domen państw. 120 zł.	140 —	139 50
Pożyczki loteryjne.		
Losy pożyczki z roku 1839	259 50	258 50
„ „ „ 1854	104 50	104 —
„ „ „ 1860	109 75	109 25
1/5 losów pożyczki austrj. państw. z r. 1860	116 50	116 —
Losy pożyczki z r. 1864	130 25	180 —
„ prem. pożycz. węgier.	69 50	69 —
„ Comorenta	24 50	24 26
„ Kredytowe	164 75	164 —
„ Żegl. par. na Dunaju	53 50	53 —
„ księcia Salm	44 —	43 —
„ „ Palfy	31 —	30 —
„ „ Klary	30 50	29 50
„ hr. St-Genois	25 —	24 50
„ miasta Budy	29 25	28 75
„ ks. Windischgrätz	— —	24 50
„ hr. Waldstein	23 25	22 75
„ hr. Keglevich	14 —	13 50
„ Rudolfa	14 —	13 50
„ tureckie 400 franków	12 25	11 75
Akcje bankowe i przemysł.		
Banku narod. austrjac.	827 —	825 —
Zakładu kredytowego	137 40	137 20
Żeglugi par. na Dunaju	341 —	339 —
Kolei północ. Ferdynanda	1785	1780
„ rządowej fr. a.	263 —	262 —
„ wschod. c. Elżbiety	186 50	186 —
„ Południowej	79 —	78 75
„ Galicyjskiej	200 50	200 —
„ Czerniowieckiej	111 —	110 50
„ Albrechta	— —	— —
„ węg. północ.-wschod.	86 —	85 50
„ ks. Rudolfa 200 zł. sr.	103 —	102 —
„ Alföld.-Fiumańskiej	93 —	92 —
„ Koszycko-Bogumił.	84 50	83 50
„ Siedmiogrodzkiej	75 50	73 -
„ Cisańskiej	163 —	163
„ wschod.-węgierskiej	28 25	27 75
„ austr.-północ.-zach.	117 50	117 —
„ Franciszka-Józefa	122 50	121 50
Banku Anglo-austrjackiego	73 —	72 50

	żądają	płacą
Zakładu kredyt. węgier.	115 —	[illegible]
Banku franko-austrjac.	8 25	7 75
„ franko-węgiersk.	— —	— —
„ galicyj. dla handlu i przem. w Krakowie	— —	— —
Banku krajowego galicyjskiego we Lwowie	— —	— —
„ wiedeń. dla obrotu płodów leśnych	— —	— —
„ galicyjsk. hipotecz.	— —	— —
„ dla obrotu ogólnego	77 50	76 50
Obligi pierwszeństwa.		
Kolei Dniestrzańskiej	— —	— —
„ Koszycko-Bogumilskie	85 50	85 —
„ państwowa St. 500 fr.	155 50	155 —
„ Emisja z r. 1867	149 —	147 —
„ południowa St. 500 fr.	115 75	115 35
„ Bony 1875—1876 6%	— —	— —
„ półn. c. Fer. 100 zł. mk.	— —	103 —
„ „ „ 100 zł. wa	— —	96 —
„ „ „ w srb. 5%	107 —	106 50
„ połud. półn. niem. 5% na 100 zł. w. a.	97 —	96 —
5% w srebrze	92 —	90 —
„ gal. Kar.-Lud. 300 zł. w srb. 5% za 100	103 —	[illegible] 50
Emisja II.	96 75	96 25
„ Lwow.-Czern. à 300 zł (w sr. 5% za 100)	77 25	76 75
Emisja z r. 1867	77 —	76 50
„ Siedmiogr. 300 zł.	75 75	75 25
„ ks. Rudolfa [illegible] w srb. 5% za 100	74 75	74 25
Austr. Lloyd 100 zł. m. k.	— —	— —
Tow. pragskie parowe żeg. po 800 zł.	85 —	84 —
Waluty.		
Cesarskie korony	5 97	5 95
„ dukat na wagę	5 97	5 95
20-frankówka	10 05	10 05
Suwereny angielskie	12 65	12 50
Imperjały rossyjskie	— —	— —
Srebro	114 25	114 —
Srebro, kupony	— —	— —
Bank. pań. Niem. na 100 m.	61 90	61 —
Rubel pap.	1 52	1 50

Sukienki włóczkowe
i garniturki dla dzieci
zimowe
w największym wyborze
i po zniżonych cenach.

Chustki zimowe,
Pelerynki i Zarzutki,
Kamizelki i Kamasze,
Cachez-nez, Szale,
Kaftaniki i Kalesony
trykotowe, damskie i męskie.

Kaftany i Spodnie
do polowania,
Ogrzewacze piersi i żołądka,
Pończochy, Skarpetki,
Podeszy zdrowia,
Cichochody i papucie filcowe.

Rękawiczki kortowe,
PŁASZCZE
gutaperkowe nieprzemakalne,
Kalosze rosyjskie,
Deszczochrony
od złr. 1·30 do 10 złr.,
Gorsety paryskie od zł. 1·30—5.

Najtaniej
jedynie w znanym z taniości
nowo urządzonym handlu
K. Strzyżowskiego
we LWOWIE, przy ulicy Halickiej l. 4.

Łaskawe zamiejscowe zamówieni a wykonują się spiesznie i najakuratniej. 2633 5 0

Handel KAROLA BAŁŁABANA we Lwowie
poleca
Masło do herbaty pół kilo 80 ct. gospodarskie pół kilo 66 ct.
Świeżą wyśmienitą **Bryndzę** węgierską,
Marony włoskie.
2·88 5—0

Leczniczy
środek chroniący
od zarazy syfilitycznej
poleca i wysyła na żądanie specjalista chorób syfilitycznych, prakt. lekarz medycyny, chirur. i akusz.
3180 2—0
J. Kurpiel
mieszkający przy ulicy Sobieskiego l. 12, I. piętro. Ordynacja od 9—5.

Poszukujemy kupić!
lub wynająć na lat kilka
Realność
położoną we Lwowie na przedmieściu, blisko miasta, składającą się z murowanego domu o 6 do 10 pokojów, ogrodu i studni obfitej w wodę. Wyklucza się pośrednictwo osób trzecich. 3113 2—3
Er. Schubuth i Syn
handel płócien, herbaty i świec we Lwowie, Rynek l. 45.

Niezawodny i wiekami wypróbowany
środek przeciw wściekliznie
dla ludzi jakoteż i zwierząt
Antoniego Patkiewicza
oryginalny i prawdziwy dostać można każdego czasu jedynie w handlu
IGNACEGO POECHEGO
w Brodach.
2630 11—?

Med., Chir., Akuszerji i Okulistyki
Dr. Ed. Krzyżanowski
osiadł w Buczaczu.
Dla chorych ubogich ordynuje bezpłatnie. 3175 3—4

Ważne dla Dam.
Proszek damski
nadający płci białość i gładkość, nie zawierający żadnych szkodliwych mineralnych składników, poleca pod gwarancją
Apteka Ruckera
we LWOWIE.
Cena pudełka 40 ct., posyłka pocztowa 10 ct. 3223 1—0
Odsprzedającym stosowny rabat.

[illegible]
aby Szanowną Publiczność uchronić przed wprowadzeniem w błąd, czuję się zobowiązanym uwiadomić, że główny skład mego wynalazku
OCARINA
włoski instrument muzyczny
w kilku godzinach do nauczenia.
Jedynie i wyłącznie u pana
Ed. Witte w Wiedniu
znajduje się.
Każdy z moich czysto nastrojonych instrumentów **Ocarina** nosi stempel.
Gius. Donati
INVENT° E FABR° BURDIO
przeto wszystkie gdzie indziej mocno zachwalane fabrykaty, są tylko naśladownictwem mego oryginału.
Z uszanowaniem
Gius. Donati
Do dostania tylko w głównym składzie na Austro-Węgry u
Ed. Witte w Wiedniu.
przydłużna Kärntnerstrasse Nr. 59,
po następujących **cenach oryginalnych** wraz z **drukowaną szkołą.**

Nr. I.	nr. II.	nr. III.	nr. IV.	nr. V.
złr. 1.	zł. 1·50.	zł. 2.	zł. 2·50.	zł. 5 50.

nr. VI.	nr. VII.
zł. 4·50.	zł. 5·50.

Nr. III. i V. do akompaniamentu z fortepianem. **Tercety, Kwartety, Sekstety** zawsze na składzie. 12 wybornych melodyj 40 cnt. 3140 4—6
Rozseła za pobraniem pocztowem.

Już opuściły prasę:
KOMEDYJKI
konkursowe dla dzieci:
Popławska „Grymaśnica ukarana" 30 ct.
Mirkowska „Leniwy Staś" 30 ct.
Grabowska „Pracowite Pszczółki 30 ct.
Popławska „Macocha" 30 ct.
Można jeszcze nabyć i dawniej wydane
Grabowska „Mały nauczyciel" 30 ct.
Isdebska „Nassyjnik babuni" 30 ct.
Porębski „Najlepsze wiązanie" 30 ct.
Grabowska „Imieniny mamy" 20 ct.
Cena razem za ośm 2 zł.
Nakładem
Księgarni Polskiej
3137 we Lwowie. 2—6

Podziękowanie.
Niniejszem składam Wmu Panu Med. Dr. **Romualdowi Dallmajeurowi** podziękowanie za to, że szczęśliwie operację przy połogu mej żony na dniu 25. sierpnia b. r. wykonał.
Nie jestem w stanie lepiej odwdzięczyć się za tak niesłychanie [illegible] tej operacji, przez którą jedynie moja żona i dziecko uratowane zostały.
Przyjm więc więc zacny i czcigodny Panie za to
Bóg zapłać.
Przemyśl 26. listopada 1876.
Teofil Wojcicki
rynek dom Tygra.
3187 2—3

NAFTA nieeksplodująca P. Miączyńskiego *1 litr od 30—42c.*

Kompletne
ubranie
drzewka Bożego
wraz z oświetleniem i opakowaniem kosztuje
zł. 2·50 w. a.
6 delikatnych bombonierek, złote i japan.
6 ładnych upiększeń drzewka bożego.
6 owoców fantazyjnych i z lodu, transparent.
6 kul refleksyjnych.
1 aniołek do zawieszenia na drzewko.
10 świeczników refleksyjnych z britannia srebra wraz z 10 świecami.
3 japońskie lampiony do oświetlenia.
2 bonbonki humorystyczne na Boże narodzenie.
1 pakiet z 50 kluczkami do zawieszania na drzewo.
Tylko u WITTE,
skład przedmiotów na Boże drzewko.
Wien, verl. Kärntnerstrasse, 59.
3158 4—6

KAFTANIKI zimowe
po złr. 1·30, 1·60, 2·50, 3·60,
otrzymał handel
Fr. Schubutha i Syna
3032 Lwów, Rynek l. 45. 5—6

Skład MĄKI
ulica Sykstuska l. 1,
zaopatrzony na święta w najwięcej pożądaną mąkę z Kamionki Strumiłowej, poleca łaskawym względom
3202 2—2 **L. Kosinski.**

Leçons de francais
dla dzieci od 4—10 lat.
dawanych w sposób konwersacyj w ćwiczeniach wielkiej rozmaitości, w grach co dzień u pewnej damy, rodowitej Francuzki, w Rynku nr. 38 na II. piętrze.
Te ćwiczenia konwersacyj będą w obszernym pokoju, wystawionym na słońce prawie cały dzień i dzieci będą bardzo dobrze prowadzone. Gdyby dzieci nie znały nawet żadnego słowa po francusku, będą rozumieć przed trzema miesiącami i mówić prawie wszystko w piątym miesiącu.

OGŁOSZENIE.
Reprezentacja miasta Sniatyna uchwaliła sprzedaż młyna amerykańskiego na Prucie będącego własnością miasta o 4. kamieniach francuskich, kompletnie urządzonego i w ruchu będącego — i murów pozostałych po spaleniu drugiego młyna. młynówki, śluz, grobii, słowem z wszystkiemi sprzętami i narzędziami młyńskiemi jak je sama posiada.
Chęć kupna mający zechcą się zgłosić u Zwierzchności gminnej, która bliższych szczegółów udzieli a to najpóźniej do końca grudnia br.
Śniatyn 8. grudnia 1876 r.
Lenikiewicz.

Wzywam
Wielmożnego **Józefa Krzesińskiego,** syna ś. p. Mariana Krzesińskiego, ażeby się w ciągu tego miesiąca, celem odebrania nań złożonej sukcesji w kwocie 8 0 zł. w. a., zaopatrzony w metrykę chrztu, u podpisanego zgłosił.
Maurycy Kłosiński,
3233 1—1 Kraków.

Pierwsza krajowa
FABRYKA CZEKOLADY
F. GROS i W. STRUS
we LWOWIE,
poleca przy nadchodzących świętach w największym wyborze
Czekoladki desertowe
na wagę jako też w kartonach strojnych.
Zabawki czekoladowe
Czekoladę do ciast i do picia.
Proszek kakaowy i czekoladowy.
Jako też wszelkie wyroby cukrowe.
3163
Z uszanowaniem
F. Gros i W. Strus.

Urząd pocztowy w Łańcucie
poszukuje 3220 1—2
Ekspedytora
od Nowego Roku.

Praktykant telegrafu
mający wieku lat 17, który już 2 lata bezpłatnie praktykował i dobrze telegrafować umie, poszukuje miejsca jako praktykant lub dyurnista telegraficzny za małem wynagrodzeniem. Adres: Michał Moszoro w Pruchniskach, poczta
3201 Gwoździec. 2—3

ZNANY TŁUSZCZ
rogowo-kauczukowy
Wyrób krajowy. **nieprzepuszczający wilgoci i konserwujący skórę.**
Tłuszcz ten mający własność zatykania porów w skórze, czyni ją ustawicznie miękką nietylko nieprzemakalną, ale oraz **niedopuszczającą najmniejszej wilgoci** do wewnątrz, usuwając tym sposobem przystęp powietrza i wilgoci, przydłuża **trwałość jej w trójnasób.** Zaleca się szczególniej dla zapobieżenia zamoczeń nóg, głównej przyczyny katarów, zapaleń i rozlicznych chorób, niemniej dla gospodarzy wiejskich, myśliwych itp.
Puszka blaszana mniejsza **50** ct. większa podwójna **80** ct. Posyłki **10** cnt. więcej za opakowanie i stempel.
Dostać go można w laboratorjum chemicznem **Władysława Tepy** ulica Wołowa l. 288 m, lub w aptece tegoż ulica Pańska we Lwowie. 3150 4—6

Niezawodne wygrane!
Jeden w serji już wyciągnięty los brunświcki złr. 125, połowiczny 65 złr., ćwiartowy 35 złr., jedna dziesiąta losu 14 złr, jedna dwudziesta losu 7 złr. Ciągnienie dnia 31. grudnia. Ogół wygranych 300.000 mark.
Promesy na losy kredytowe po złr. 4·50 i stempel; **promesy na wiedeńskie losy komunalne** po złr. 2·50 i stempel, razem tylko po złr. 7·75. Główna wygrana 400.000 złr. Ciągnienie dnia 2 stycznia 1877.
Zaliczka na papiery rządowe.
Kupony styczniowe spłacają się już teraz gotówką.
Wiedeńskie losy komunalne! których najmniejsza wygrana wynosi 13 złr. i stopniują się do 200 złr., sprzedajemy po kursie dziennym lub pojedyńczo w 19 miesięcznych ratach po 16 złr.; przy poprzedniem pedjęciu losu, co może być każdego czasu uskutecznione, płacimy po 6 procent odsetków. 3213 2—0
Nyitrai & Comp. Wien, Kärntnerstrasse 16|18
(Eisernes Haus.)
We Lwowie u **Józefa Frieda** ulica Krakowska l. 16.

Szanownej Publiczności, życzącej sobie nabyć tanie, trwałe i doskonale wypróbowane
Maszyny do szycia
wszelkiego systemu i konstrukcji,
mam zaszczyt polecić
wielki mój skład
w Wiedniu, Kärntnerring 6.
Wypłaty przyjmuje także [illegible]
Cenniki przesełam opłatnie.
Józef Warchałowski,
mechanik.

NIGRITINE VÉGÉTALE
farba do włosów na głowie i brodzie.
Gellé bracia,
wynalazcy,
35, ulica d'Argout, w Paryżu.
Kolory: czarny, brunet i szatyn.
Farba ta jest niezawodną, nie grożącą niebezpieczeństwem i najlepszą jakie dotąd wynaleziono. 2254 18—24
We Lwowie w magazynach: pp. Mikolascha, Strzyżowskiego K. Bayera i Leona.

P. T.
Osuszenie wewnętrznych ścian w mieszkaniach wilgotnych asfaltem zwulkanizowanym dokonuje tak w zimie jak i w lecie z zapewnieniem trwałości długoletniej a właściwie dopóki mury zrujnowane nie będą.
W. Maleszewski
ulica Zielona l. 59 dom p. Dydackiego,
po cenach następujących:
Przy pracach do 5☐ sążni czyli 14·38 ☐M. po 8 zł. od 1☐° czyli 3·6 ☐M.
„ nad 5—10 „ nad 14·38 ☐M.—36☐M. zł. 7·70 od 1 „
„ „ 10—20 „ „ 36 ☐M.—72☐M. zł. 7·20 od 1 „
„ „ 20 „ „ 72 ☐M. „ 6·85 od 1 „
W czasie zimowym od 15. października do 15. kwietnia ceny powyższe znajdują się o 25%.
Kantor B. Chotomskiego przy ul. Akademickiej l. 8 przyjmuje obstalunki i odbiera pieniądze za wykończoną robotę w mieście i na prowincji.
Referencje Wnych Panów: b. majora ck. wojsk austr. Geislera przy ul. Zielonej, Rechena ul. Karola Ludwika, Kwaszyńskiego na Łyczakowie i innych, którzy się przekonali u siebie o skuteczności rzeczonych prac naprzeciw wilgoci **W. Maleszewski**
3200 2—3 ul. Zielona l. 59.

ST. WAJDOWICZ
we LWOWIE, ul. Halicka l. 7,
poleca swój obficie zaopatrzony
SKŁAD PAPIERU,
przyborów do pisania, rysowania i malowania,
oraz
galanteryj, perfum, mydeł i innych pachnideł.
Przybory do robienia kwiatów w wielkim wyborze. 3071 11 0
Zakład do odbijania „Kart wizytowych" *à la minute* i litografowanych — jako też **Monogramów** najnowszych i najmodniejszych w różnych kolorach.
Zamówienia na prowincję uskuteczniają się sumiennie i odwrotną pocztą za zaliczką.

Oddział zastawniczy i wkładek książeczkowych
Galicyjskiego Banku Kredytowego
przy ulicy Wałowej pod l. 4, 2232 19—0
przyjmuje
WKŁADKI na KSIĄŻECZKI OSZCZĘDNOŚCI
od jednego złr. w. a. do każdej wysokości, oprocentowując je po
6 od sta.
Zwrot wkładek ***do 200 złr.*** uiszcza się ***bez wypowiedzenia.*** Udziela
ZALICZKI
na kosztowności, srebrne i złote przedmioty, począwszy od jednego złr. w. a.
Godziny czynności biurowych:
od 9tej do 1szej przed południem, od 3ciej do 5tej po południu.

Apteka „zum heil. Leopold" we Wiedniu
Stadt, Ecke der Planken- und Spiegelgasse,
FILIPA NEUSTEINA
poleca P. T. Publiczności szereg środków rzeczywiście skutkujących i toaletowych, które się we wszelkich sprawdziły wypadkach przez pewne wyleczenie.
Tysiące świadectw mamy pod ręką. P. T. Publiczność uprasza się, ażeby tylko te środki za prawdziwe przyjmowała, które opatrzone są naszą firmą

Ocukrzone krew przeczyszczające pigułki św. Elżbiety, sprawiają lekkie rozwolnienie, przeczyszczają krew, a przytem są zupełnie nieszkodliwe, przydają się szczególnie na słabości w niższych częściach ciała, przeciw febrze, słabościom organów płucowych, przeciw słabościom skórnym i ocznym, słabościom u dzieci i kobiet, uchylają każde zatwardzenie, to źródło wielu chorób. Pigułki te są w swym rodzaju wyrobem najdoskonalszym, a przytem najtańszym. Rulion z 8 pudełkami, zawierające 120 pigułek, kosztuje 1 zł., pojedyńcze pudełko 15 ct.
Takowe są chlubnem świadectwem radcy dworu i profesora Pitha zaszczycone.

Beaume Girome, wyborny środek na odmrożenie 60 ct.

Dr. Collmanna środek do farbowania włosów, zupełnie nieszkodliwy, nadaje każdy kolor (czarny, brunatny i blond) siwym włosom, 3 zł.

Proszek damski, orjentalny, nadaje płci gładkości, delikatności i miękości (biały lub różowy) 1 zł. i po 50 ct.

Elektro-motoryczna chusteczka na szyję przeciw gwałtownemu bolu zębów u dzieci, używany z najlepszym skutkiem 1 zł. 50 ct.

El Benito, jedyny skutkujący środek przeciw wypadaniu włosów i do zupełnego uchylenia łupieży, 1 zł. 80 ct.

Dra Fremonta likier regeneracyjny, najlepszy środek wzmacniający i orzeźwiający, 2 zł.

Wyskok przeciw goścowi, aromatyczny, poleca się najmocniej wszystkim na gościec i reumatyzm cierpiącym, 70 ct.

Injection Cadelle, leczy w krótkim czasie katar pęcherzowy (wyciek lub białe upławy), nie pozostawiając złych po sobie skutków, 1 zł. 60 ct

Kropfgeist, używany z najlepszym skutkiem przeciw wzdęciu szyi, 70 ct.

Künstlersaft, preparowany z najlepszych soków ziół alpejskich w Szwajcarji, uspokaja natychmiast każdy kaszel i ból w piersiach, 70 ct.

Menthin, wyborny środek żołądkowy, uśmierza kurcze, używany także jako tynktura na zęby i woda do ust, 50 ct.

Cukierki przeciw kaszlowi Margarety, 30 ct.

Oreillon, na wszystkie choroby uszów, a to na głuchotę, szum w uszach itp. używa się ze skutkiem, 70 ct.

Pasta do zębów Odontin, czyści najczarniejsze zęby do perłowej białości, 70 ct.

Po-ho, sprowadzone z Chin, uśmierza natychmiast najmocniejszą migrenę i ból głowy, 1 zł.

Dr. Bayera prawdziwa Pulcheryna, jest najlepszym środkiem przeciw ostudom, piegom, nadaje płci koloru róży i lilji, 1 zł. 0 ct.

Royera maść hemoroidalna, poleca się najmocniej na wszystkie cierpienia hemoroidalne, zł. 1·60.

Salicil-antisuitin, szczególnie przeciw nieznośnemu poceniu się rąk i nóg, 50 ct.

Mydło Salicylowe, najlepsze i najtańsze mydło 25 ct.

Schriera pigułki na zęby, są najlepszym środkiem na popsute zęby, 25 ct.

Storax Crême, cudownie skutkujące na wszystkie słabości naskórne, 80 ct.

Papier Wlinsi, przeciw katarom w piersiach i szyi i grypie, 1 zł. 20 ct.

Dr. Heidera proszek na zęby, 35 ct.

Kondenzowane mleko szwajcarskie po 55 ct. Mączka dla dzieci Nestla po 90 ct Dra Göllis proszek na trawienie po 84 ct. Woda anaterynowa do ust Poppa 1 zł. 40 ct. Wyciąg mięsny Liebiga 8[illegible] ct ¼ funta. Dra Pfeffermanna pasta na zęby po 1 zł. 25 ct Polta pomada rezedowa po 1 zł. 50 ct. Dra Browna pomada do konserwowania włosów po 2 zł., znajdują się zawsze świeże na składzie. Wielki skład perfum, mydełek, pomad itp. pierwszych firm paryskich. Czekolady Compagnie francaise od 60 ct. do 3 zł. funt. Prawdziwa herbata rosyjska 1 zł. ¼ funta. Skład wszelkich możebnych instrumentów do użycia przez siebie samego, jako to: klystyry, strzykawki, bandaże najtaniej. Wielki skład szczoteczek do zębów, pudrów i innych artykułów toaletowych.

Polecamy P. T. Publiczności leki w ocukrzanych postaciach; a to: chininę, kopaiwę, proszki Dowera, żelazo, tran rybi, bromkali, rebarbarum, dwuwęglan sody, magnezję itp. po najtańszych cenach. Znane specyfika w farmacji francuskiej, angielskiej, amerykańskiej, niemieckiej, szwajcarskiej i austrjackiej mamy zawsze na składzie. Wysyłamy za zapłatą w gotówce lub za zaliczeniem i opuszczamy odbiorcom en gros znaczny rabat. 3036 4—12

Wydawca i redaktor odpowiedzialny: Jan Lam.

Z drukarni „Dziennika Polskiego" A. J. O. Rogosza.

Nr. 347. **Freitag, 15. December 1876.** **49. Jahrgang.**

BOHEMIA

Erscheint um 8 Uhr Morgens.
Redactionsbureau:
von 9—12 Uhr Vormittags, von 3—5½ Uhr Nachm., Abends nach 8 Uhr offen. An Sonnt. geschlossen, ebenso an Feiert. Nachmittags. Das Administrations- und Expeditions-Locale ist an Wochent. von 8—1 Uhr Vor- und von 3—7 Uhr Nachm., an Sonn- und Feiertagen nur Vorm. geöffnet. Nach Schluß des Expeditions-Locales einlaufende Inserate können erst in das zweitnächste Blatt Aufnahme finden.

Anonyme Einsendungen werden nicht berücksichtigt. — Unfrankirte Briefe und Zusendungen werden nicht angenommen. — Manuscripte werden nicht zurückgegeben.

Pränumerationspreis: Viertelj. Monatl. Oest. Währ.

In Prag	fl. kr.	fl. kr.
Bei Abholung in der Expedition oder den Filial-Expeditionen	3 55	1 20
Mit Zusendun ins Haus . .	4 —	1 35
Durch die k. k. Post:	1 85	1 65

Einz. Nummern in Prag 6 durch Post 8 kr. Belegexempl. müssen im Voraus bestellt werden. Unversiegelte Zeitungsreclamationen sind portofrei. Für verlorene Pränumerationskarten wird kein Ersatz geleistet.

Annoncen-Agentur ausschließlich für Frankreich: **Havas Laffite & Comp., Paris,** Place de la Bourse 8.

Telegramme.

Wien, 14. Dec. (C.-B) Abgeordnetenhaus. Der Finanzminister legt den Gesetzentwurf betreffs Aufhebung des Zollausschlusses von Brody vor. — Bei der fortgesetzten Debatte über das Unterrichtsbudget wurde Titel „Speciallehranstalten" nach dem Ausschußantrag angenommen, nur die Subvention von 5000 Gulden für die Porges'sche Handelsschule in Wien wurde gestrichen. Die weiteren drei Titel wurden ebenfalls nach dem Ausschußantrage angenommen, womit das Unterrichtsbudget erledigt ist.

× **Wien**, 14. Dec. (T. d. B.) Minister Graf Mannsfeld erschien heute bereits im Parlamente.

Wien, 14. Dec. (C.-B.) Die „Pol. Corresp." meldet aus Petersburg: Das russische Cabinet bedeutete dem Fürsten von Montenegro auf dessen Anspruch auf Arrondirung um einen Hafen, daß er auf die russische Unterstützung seiner Wünsche rechnen könne, die Erfüllung derselben jedoch nur auf dem Wege des Einverständnisses mit den Rußland zunächststehenden Mächten erreichbar sei.

W. **Wien**, 14. Dec. (Tel. d. Boh.) Der Kaiser hat das Todesurtheil gegen den Raubmörder Francesconi bestärigt. Morgen Früh wird ihm das Urtheil publicirt; Samstag Früh findet die Hinrichtung statt.

—m— **Wien**, 14. Dec. (Tel. d. Boh.) Die türkische Botschaft theilt mit, daß die Pforte ihre Geneigtheit zu einer mehrwöchentlichen Verlängerung der Waffenstille erklärt habe. — Vor Belgrad sind die österreichischen Monitors „Leitha" und „Maros" angekommen und haben gegenüber der Festung Anker geworfen.

Münster, 14. Dec. (C.-B.) In dem Processe gegen den Bischof Brinkmann wegen Beiseiteschaffung von Urkunden und Unterschlagung von Geldern wurde heute Bischof Brinkmann zu einem Jahre, der Prälat Dr. Giese zu zwei Jahren und zwei andere Priester zu mehrwöchentlichem Gefängnisse verurtheilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Versailles, 14. Dec. (C.-B.) Jules Simon gab im Namen des Cabinets in der Kammer und im Senate eine Erklärung ab, in welcher er nach dem Ausdrucke des Bedauerns über den Rücktritt Dufaure's und Marcére's sagte: Ich bringe kein Programm, Sie kennen mich. Ich bin ein ernster Republicaner und ein ernster Conservativer, ergeben den Principien der Gewissensfreiheit und beseelt von aufrichtiger Achtung der Religion. Das Cabinet wird ein parlamentarisches Cabinet bleiben und wird zu diesem Behufe nur das Beispiel Mac Mahon's befolgen dürfen, welcher bei jedem Anlasse sich beeiferte, stricte den Grundsätzen der constitutionellen Regierung zu folgen. Jules Simon erklärte, die Regierung sei einmüthig und fest entschlossen, der republicanischen Regierung bei allen Functionären Achtung zu verschaffen. Frankreich wolle in Ruhe und Frieden arbeiten. (Anhaltender Beifall.)

London, 14. Dec. (C.-B.) Die „Times", die Situation besprechend, sagen; es werde nicht ausreichen, lediglich die russischen Forderungen zu bekämpfen. England müsse ebenfalls Garantien vorschlagen. Letztere könnten vielleicht die Form einer bewaffneten ausländischen Polizei in den insurgirten türkischen Provinzen, unterstützt durch die Flotte der alliirten Mächte im Bosporus, annehmen.

New-York, 14. Dec. (C.-B.) Beide Nationalcomités, das republicanische wie das demokratische, erließen Adressen, worin jede Partei ihren Candidaten als zum Unionspräsidenten gewählt erklärt. Hayes erhielt gestern eine Serenade, und erklärte, er hoffe, der gesunde Sinn des Volkes werde dasselbe abhalten, dem Beispiele Mexikos zu folgen. Er werde das Resultat der Präsidentenwahl, wie es auch ausfällt, ruhig acceptiren und glaubt auch, daß die große Majorität der Opposition dies thun werde.

× **Wien,** 14. Dec. (Tel. d. Boh.) Sämmtliche Abendblätter constatiren, dass eine mehrfache Uiberzeichnung der Goldrente schon heute stattgefunden hat.

Wien, 14. Dec. (C.-B.) Die Creditanstalt theilt mit, dass die Subscription für Goldrente hier heute um 4 Uhr wahrscheinlich definitiv geschlossen wird.

Aus dem Reichsrath.

50. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 13. December.

o. Das Herrenhaus hielt heute nach längerer Pause eine Sitzung ab. Zu Beginn derselben widmete der Präsident dem Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder des Hauses eine Denkrede und theilte den Dank der Kaiserin für die Ihrer Majestät anläßlich allerhöchstihres Namensfestes vom Hause dargebrachten Glückwünsche mit. — Sodann schritt das Haus zur Erledigung der Tagesordnung, auf welcher zweite Lesungen mehrer vom Abgeordnetenhause bereits beschlossener Gesetze und Berichte über Petitionen standen. Die Gesetzentwürfe wurden sämmtlich ohne Debatte genehmigt; nur beim Gesetzentwurfe, betreffend die Abänderung des Gebührengesetzes, nahm der Erzbischof Dr. Kutschker das Wort, um darauf hinzuweisen, daß diese Abgabe als eine indirecte Steuer das Einkommen des kirchlichen Pfründners, mitunter nicht ganz unbedeutend schädige. Die Richtigkeit dieser Bemerkung wurde sowohl vom Regierungsvertreter, als auch vom Referenten anerkannt. Diesem Uebelstande könne jedoch durch diese Vorlage nicht abgeholfen werden: die Gelegenheit hiezu wird wohl die Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Regelung der Dotation des Clerus bieten.

Die Sitzung wird um ¾12 Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank Fürst Auersperg, Baron Lasser, Dr. Glaser, Dr. Unger, Horst.

Der Präsident Fürst Karl Auersperg theilt mit, daß er die Namensfeier Ihrer Majestät der Kaiserin zum Anlasse genommen, die Huldigung und die ehrfurchtsvollen Segenswünsche des Herrenhauses in geeigneter Weise darzubringen. In Folge dessen wurde ihm vom Ministerpräsidenten eröffnet, daß er von Ihrer Majestät beauftragt wurde, dem Herrenhause für die dargebrachte loyale Huldigung allerhöchstihren verbindlichsten Dank und die Versicherung der allerhöchsten Huld bekannt zu geben.

Der Präsident widmet sodann den verstorbenen Herrenhausmitgliedern Graf Giorgi, Dr. Heysler und FZM. Graf Degenfeld-Schönburg einen warmen Nachruf, indem er sagt: diese vom Tode ereilten Mitglieder waren streng gewissenhaft in der Pflichterfüllung; der eine als loyaler Staatsbürger, der Andere als Beamter des Staates und der Dritte als entschlossener, thatkräftiger Heerführer, dessen Name mit dem Ruhme der kaiserlichen Fahnen untrennbar verbunden bleibt. Sein thatenreiches Leben war dem Wohle der Armee und des Staatswesens gewidmet, und in beiden Richtungen haben ihn Energie und Hingebung in gleichem Maße erfüllt. Die bedeutungsvollen Verdienste welche seine Thätigkeit erworben hat, werden in unauslöschlichen Zügen durch die Geschichte der Nachwelt überliefert. — (Die Versammlung gibt durch Erheben von den Sitzen der Trauer Ausdruck.)

Fürst Erzbischof Dr. Eder, Erzbischof Romaszkan und Graf Pace leisten die Angelobung.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen und zunächst die Vorlage über die Geldgebahrung des Wien. Weltausstellungs-Unternehmens in der ersten Lesung der Finanzcommission zugewiesen. Hofrath R. v. Arneth berichtet sodann über das Gesetz, womit die Aushebung der zur Erhaltung des stehenden Heeres und der Ersatzreserven erforderlichen Beamten-Contigente im J. 1877 bewilligt wird. Das Gesetz wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach einem weiteren Referate des Hofraths R. v. Arneth wird das Gesetz, betreffend die Schneeabräumung auf Reichsstraßen debattelos in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Sodann wird das Gesetz, betreffend die Abänderung der §§. 6 und 119 der Notariatsordnung (Referent Freiherr v. Hye) ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Freih. v. Winterstein beantragt namens der Finanzcommission die Annahme des Gesetzes, betreffend die Erstreckung des Beginnes der Rückzahlungstermine für die an die Stadt Joachimsthal erfolgten unverzinslichen Vorschüße bis 1. Jäner 1880, welche in zweiter und dritter Lesung erfolgt.

Edler v. Plener referirt hierauf über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Anmerkung 2 e) zur Tarifpost 106 B e) des Gebührengesetzes vom 13 December 1862 und beantragt die Annahme des Gesetzes in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung. — Fürst-Erzbischof Kutschker: Als diese Abgabe festgestellt worden ist, hat man den Grundsatz aufgenommen, daß dies eine indirecte Steuer sei, folglich ist sie eine persönliche Last desjenigen kirchlichen Pfründners, dem sie auferlegt wird, d. h. der kirchliche Pfründner muß diese Abgabe, die mitunter nicht ganz unbedeutend ist, entrichten. Das scheint mir eine große Unbilligkeit; einerseits spricht man von der Congrua, und die Staatsverwaltung selbst stellt den Grundsatz auf, daß jeder ein bestimmtes Einkommen haben muß, welches nicht geschädigt werden kann, während man andererseits durch gesetzliche Verfügungen dahin wirkt, daß gerade dieses nicht zu schädigende Einkommen wirklich geschädigt wird. Er macht darauf aufmerksam, daß die Religionsfondsbeiträge mit jenen Abgaben identisch sind, welche man mit dem Ausdruck Gebührenequivalent bezeichnet. — Sectionsrath Ender erklärt, daß auch die Regierung sich nicht jenen Erwägungen, welche zu Gunsten namentlich der gering dotirten Pfarrgeistlichkeit sprechen, verschließe und diese Vorlage nur als ein Provisorium betrachte. Redner bittet im Interesse des angestrebten Zweckes dem Beschluße des Abgeordnetenhauses beizutreten. — Berichterstatter v. Plener gibt die Richtigkeit der vom Fürsterzbischof Kutschker gemachten Bemerkungen zu. Doch könne auch der vorliegende Entwurf nur theilweise eine Abhilfe schaffen.

Das Gesetz wird sodann in 2. und dritter Lesung angenommen. Es folgen hierauf Berichte über Petitionen, worauf die Sitzung um halb 2 Uhr geschlossen wird. Nächste Sitzung unbestimmt.

218. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 13. December.

—tz. Es handelte sich heute um das Budget der Hochschulen und der Mittelschulen. Bei dem besten Willen war es nicht möglich, der Debatte einige Anregung oder auch nur ein geringes Maß von Originalität abzugewinnen. Das Parlament zeigt sich auf diesem Gebiete so stereotyp, wie auf keinem andern und selbst der productive Berichterstatter Prof. Sueß, dem man Mangel an Initiative und an Ideen nicht zum Vorwurfe machen kann, findet nur wenig Boden. Das Capitel Hochschulen gab heute den galizischen Abgeordneten den Anlaß, sich gegen die Aufhebung der Lemberger Universität zu echauffiren, die indessen, wie sich im Laufe der Debatte herausstellte, von keiner Seite ernstlich vorgeschlagen, von der Regierung aber ausdrücklich perhorrescirt wurde. Es gelang dem Unterrichtsminister mit dieser Erklärung, was ihm sonst so selten glückt, den vollen Beifall der Rechten sich zu erwerben. Nicht minder steril, als die Discussion über die Hochschulen,

war die Debatte über die Mittelschulen. Eine pädagogische Anregung des Abg. Haase war die einzige Frucht, die sie zeitigte. Abg. Pater Wehr, der die slawischen Mittelschulen als sein besonderes Terrain beherrscht, versuchte es sein Vorbild Greuter zu copiren; es gelang ihm, den Hörer einigermaßen mit Greuter zu versöhnen; man erkannte nämlich, wie schal es sei, wenn Jemand ohne das Temperament und den Feuereifer Greuters im Parlamente sich dazu hergibt, seine Nachbaren durch faule Späße zu amüsiren. Weder der Berichterstatter noch der Minister erachteten es für nöthig, auf eine solche Rede eine Antwort zu ertheilen.

Die Sitzung beginnt nach 11 Uhr. Vorsitzender: Präsident Dr. Rechbauer. Auf der Ministerbank: Stremayr, Ziemialkowski, Pretis und Chlumetzky.

Vom Handelsminister wird ein Vertrag über Erneuerung des Steuer- und Zollvereines mit dem Fürstenthume Lichtenstein vorgelegt.

Tagesordnung: Fortsetzung der Specialdebatte über das Cultusbudget. Es ist das Capitel „Religionsfonde“ in der Verhandlung. Specialberichterstatter Dr. Rodler widerlegt die gestern vom Abg. Greuter vorgebrachten Ausführungen. Ein Privatrechtstitel für die Fortdauer der Subvention liege nicht vor. Wenn das Haus die Dotation versage, stehe den Betroffenen noch immer der Rechtsweg offen. Das Parlament werfe sich demgemäß nicht zum Richter auf. Die Orden, um die es sich handle, seien ascetische; man könne einem Volksvertreter nicht zumuthen für derartige, dem Staatswohle ganz ferne Zwecke Steuergelder zu bewilligen. Es sei wohl eine beliebte Methode, die Majestät der Krone hier in die Debatte einzubeziehen; diese solle draußen bleiben und nicht als Argument hier herbeigezogen werden. Hr. Greuter habe das Gemüth anzuregen versucht und habe gefragt: Was geschehe mit den Personen, die auf diese Art ihres Brodes beraubt werden? Nun, der Budgetausschuß sei nicht in der Lage Pensionen zu gewähren. Wenn wirklich Personen subsistenzlos werden, dann mögen Pensionen für sie bewilligt werden, aber im Extraordinarium, nicht im Ordinarium. Uibrigens nehme der Orden der Karmeliterinen keine Novizen auf, wenn sie nicht bemittelt sind; es gebe überdies noch reiche Karmeliter-Orden in Oesterreich, die ihre Schwestern nicht im Stiche lassen werden.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Abg. Greuter abgelehnt.

Auf der Ministerbank stimmen Stremayr und Ziemialkowski für den Antrag Greuters, während Minister Chlumetzky sitzen bleibt. Da dies auffällt, verläßt Chlumetzky die Ministerbank und setzt sich neben Baron Hackelberg, wo er mit der Majorität gegen den Antrag Greuters stimmt. Dieser wird mit 100 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Es folgt sodann die Verhandlung über das Budget des Unterrichts und zwar zunächst über das Capitel „Hochschulen.“

Abg. Greuter recitirt einen Ausspruch eines liberalen Blattes, das da sagte, man sehe nicht zu schwarz, wenn man sage, daß sich Oesterreich nie in einer unglücklicheren Lage befunden habe als jetzt. Ja, nach fünfzehnjähriger Herrschaft des Liberalismus sei Oesterreich nie unglücklicher gewesen als jetzt. Die Theorien des Liberalismus seien noch in voller Geltung und geben den Gründern und Schindern die ganze Monarchie preis. Und trotz aller Herrlichkeit doch unglücklich! Nach einem solchen Bekenntniß muß man weiter fragen: Kann man auf diesem Wege noch weiter wandeln? Und da die Jugend die Zukunft ist, so müsse man fragen, ob denn diese Jugend Händen noch länger anvertraut werden darf, die eine solche Gegenwart geschaffen haben?! (Bravo rechts.) Durch den Unterricht sollte ja eine solche Verführung der katholischen Jugend stattfinden, daß das Centrum des Katholicismus: Rom, dadurch gesprengt werden sollte. Das ist die Absicht des Liberalismus . . . .

Der Präsident unterbricht hier den Redner mit der Bemerkung, daß es sich jetzt um das Capitel Hochschulen handle und daß er bisher noch nicht ein Wort über Hochschulen gehört.

Abg. Greuter. Ich habe die Absicht zum Unterricht im Allgemeinen zu reden und was ich bisher gesagt, war die Einleitung dahin.

Präs. Die Debatte über den Unterricht im Allgemeinen ist vorüber.

Greuter. Ich bin der Ansicht, die ich geäußert habe; wenn der Herr Präsident anderer Ansicht ist, da bleibt mir nichts übrig, als auf das Wort zu verzichten. Ich fahre also fort. (Heiterkeit.)

Präs. Ich thue nur meine Pflicht, wenn ich über die Redeordnung wache. Ich muß darauf bestehen, daß jetzt nur über das Capitel Hochschulen geredet werde.

Abg. Greuter. Dann verzichte ich auf das Wort. (Bravo rechts.)

Abg. Graf Miroszewski verwahrt sich gegen eine Bemerkung des Berichtes, welche eine Andeutung macht, die sich so auslegen läßt, als ob es die Absicht wäre, die Universität in Lemberg aufzuheben. Er protestire dagegen, daß eine Maßregel so ernster, weittragender Natur so nebenbei in einer leichten Nebenbemerkung präjudicirt werde. Man sagt, es sei zu viel, wenn Galizien zwei Universitäten habe. Nun gut, dann gebe man auch Böhmen zwei Universitäten; man wird dadurch dem Lande eine Wohlthat erweisen und das Gleichgewicht mit Galizien herstellen. Kleinere Länder als Galizien, die Schweiz und Baden haben zwei und drei Universitäten. Unter Oesterreichs Aegide solle Bildung und Freiheit nach Osten getragen werden. Kleinliche Feindschaften, Unterdrücken von Nationalitäten führe zu nichts. Der Reichsrath habe immer offene Hände gehabt für Bildung und Wissenschaft. Man frage die Polen, man frage die Ruthenen, man frage die Israeliten, ob die Universität in Lemberg nothwendig ist. Der großherzige Monarch, der die Universität in Agram und Czernowitz gegründet, könne unmöglich damit einverstanden seyn, daß die alte Universität Lembergs, die in den schlimmsten Tagen Polens unter Kaiser Joseph und Kaiserin Maria Theresia gegründet worden, aufgehoben werde. (Bravo rechts.)

Abg. Eusebius Czerkawski mahnt die Majorität daran, in diesem Augenblicke, da innere Verwicklungen die Monarchie verwirren, da Gefahren von außen drohen, da die Verfassungspartei selbst in sich zerfahren ist, doch versöhnlicher den Nationalitäten gegenüber zu seyn. Er nennt die Idee, die Universität in Lemberg aufzuheben, einen Anschlag gegen das Land Galizien. Die Universität in Lemberg sei in Wahrheit ein Geschenk der österreichischen Herrschaft an das erworbene Polenland, es war ein Band zwischen der Dynastie und den Polen und Niemand dürfe dies Band zerreißen. Die polnische Jugend würde der Verkümmerung preis gegeben, wenn man ihr die Universität Lemberg entzöge. Die beiden Universitäten in Lemberg und in Krakau zusammen kosten noch immer um 265.000 fl. weniger, als die Universität in Prag allein. Redner schließt, indem er sich eine offene Erklärung von der Regierung erbittet, daß sie sich den Plänen des Budgetausschußes nicht anschließen werde.

Abg. P. Wurm erklärt, die Universitäten, diese Kronen der Bildung, seien eine Schöpfung der Kirche und des Christenthums. Die Bischöfe seien sich zu jeder Zeit bewußt gewesen, daß die Wissenschaft die Förderin der Religiosität sei. Die Universitäten suchten immer den Schutz und die Obhut der Kirche. So abträglich man auch über das Mittelalter urtheilen mag, so müsse man ihm doch die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß die Kirche für Wissenschaft und Kunst viel gethan habe. Auch in Mähren sei durch die Fürsorge der Bischöfe eine Universität gegründet worden, die drei Jahrhunderte hindurch eine Zierde des Landes gewesen . . Es sei unglaublich, daß ein civilisirter Staat die Bildungsflamme einer Universität ausblase. Und das ist in Olmütz thatsächlich geschehen. Damit wurde der Beweis geliefert, daß es keine Unbill gibt, die Mähren vom Reiche wäre erspart worden. Die Sistirung geschah unter dem Präterte, daß sich die mährische Jugend nach Krakau wenden und dort werde germanisirt werden. Die mährische Jugend ging aber nach Prag. Allerdings sei diese Unbill dem Lande Mähren nicht durch die constitutionelle Regierung angethan worden, sondern durch den Absolutismus; allein die constitutionelle Aera hätte sich schon beeilen dürfen, die Universität in Olmütz wieder herzustellen, eher als die Universität in Czernowitz, deren Bedürfniß sich erst werde herausstellen müssen. Wenn der Herr Unterrichtsminister die mährischen Abgeordneten bezüglich ihrer Hoffnung auf die Universität auf die Zukunft verwiesen habe, so erkläre er sich damit durchaus nicht befriedigt. Die Mähren, sagt der Redner, haben ein volles Anrecht auf eine slawische Universität. Keine geistig rege Nation werde sich dieses natürlichen Rechtes begeben. Das positive Recht sei überdies begründet durch den §. 19 der Verfassung, welche die geistige Bildung allen Nationalitäten gewährleistet. Wo aber sei die Gleichberechtigung? Man sagt, die Slawen hätten nicht die Befähigung für den höheren Unterricht. Darauf erwidere er, daß die Slawen eine Literatur auf allen Gebieten des menschlichen Wissens seit ältester Zeit besitzen. Der Herr Unterrichtsminister sage, es sei nicht möglich, eine Universität in Mähren zu errichten aus finanziellen Rücksichten. Da frage er, wohin denn das Plus komme, das Mähren an Steuer dem Staate leiste? Um die Lehrkräfte sei es keineswegs so schlecht bestellt, wie der Herr Minister dargethan, denn im Laufe der Jahre seien über hundert tüchtige Lehrkräfte nach Rußland und Serbien ausgewandert. Die Slawen befassen sich trotz aller Vorliebe für slawische Literatur auch mit der deutschen Literatur, zum Beweise wolle er gleich hier eine Stelle aus Kant über den Frieden unter den Völkern citiren. Mit diesem Citate schließt der Redner.

Abg. Gierowski (Ruthene) tritt gleichfalls für die Aufrechterhaltung der Lemberger Universität ein, für die Ruthenen sei der Bestand dieser Universität sehr dringend. Die Auflassung dieser Universität wäre ein Stoß ins Herz des ruthenischen Volksstammes. An 400 ruthenische Studirende, meist Söhne mittelloser Eltern, studiren an der Lemberger Hochschule. Wenn auch die Lemberger Universität polnisch sei, so raube sie doch der ruthenischen Jugend nicht das Gefühl der Nationalität, denn die Wissenschaft hebt das nationale Gefühl, in welcher Sprache man sie auch erlange. Wenn für die ruthenische Sprache etwas gethan werden solle, so müsse dies in den Mittelschulen geschehen, wo die Zurücksetzung der Ruthenen eine auffällige sei.

Abg. Graf Khevenhüller beantragt Schluß der Debatte. Angenommen.

Abg. Dr. Kabat legt gleichfalls eine Lanze ein für die Lemberger Universität.

Abg. Dr. Halwich befürwortet eine Vermehrung der Dotation für die Universitäts-Bibliothek in Prag. Die Regierung habe diese Dotation von 8000 fl. auf 6000 fl. herabgemindert. Man solle doch nicht die Zustände an der Universität in Prag nach gewissen lärmenden Vorgängen der letzten Tage beurtheilen. Die Studentschaft habe immer ein ernstes, wissenschaftliches Streben an den Tag gelegt. Dafür aber reiche die Universitäts-Bibliothek kaum aus, die ja überdies zweien Sprachen genügen müsse. Es konnten mit den minimalen Beträgen, die bis zum Jahre 1870 aufgewendet wurden, auch nicht die bedeutendsten wissenschaftlichen Werke angeschafft werden. Erst seit dem Jahre 1870 wurde die Dotation erhöht; heute aber werde sie abermals reducirt. Redner sagt, er wolle keinen Antrag stellen, er wolle nur seinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Minister die Unterrichtsmittel für die Prager Universität verkürzt habe.

Minister Stremayr erklärt, daß die gegenwärtige Regierung nicht die Absicht hat, die Universität Lemberg aufzuheben, oder irgendwie in ihrer Entwicklung zu schädigen. (Lebhafter Beifall auf den Polenbänken.) Was die Bedürfnisse der Prager Universitäts-Bibliothek betreffe, so anerkenne er dieselbe vollständig. Daß denselben nicht in ausreichendem Maße entsprochen werden konnte, das habe eben in der dringend gebotenen Sparsamkeit seine Ursache; er hoffe jedoch, daß das nächste Budget in dieser Hinsicht höhere Posten einstellen werde.

Specialberichterstatter Abg. Eduard Sueß erklärt zunächst, warum für das Prager Conservatorium keine Subvention eingestellt erscheine; es sei für das Conservatorium im Jahre 1873 ein Betrag für drei Jahre eingestellt worden; diese drei Jahre seien abgelaufen, und das Conservatorium habe es unterlassen wegen Erneuerung einzuschreiten. Der Budgetausschuß habe übrigens in seinem Motivenberichte auf die Nothwendigkeit, dieses Institut zu unterstützen hingewiesen, und der Unterrichtsminister habe die Bereitwilligkeit zu dieser Unterstützung ausgesprochen. Was die Universitätsbibliothek in Prag betrifft, so sei kein Abstrich beantragt, sondern eine Anzahl von Extraordinarien, die für das Vorjahr bewilligt wurden, in Wegfall gekommen. Redner kommt nun auf die Universität in Lemberg zu sprechen. Die Aufgabe eines Specialberichterstatters sei keine leichte. Als er das erstemal als Specialberichterstatter über das Unterrichtsbudget fungirte, da habe er geglaubt, dem Hause die Initiative in Unterrichtssachen empfehlen zu sollen. Er habe beantragt einige Posten, deren Verwendung ihm nicht zweckmäßig erschien, gänzlich zu streichen. Das Haus hat diesem Vorgang nicht zugestimmt. Im zweiten und dritten Jahre habe er lediglich Resolutionen vorgeschlagen; nachdem er sich jedoch überzeugt habe, daß diese zwar sehr viel Debatte verursachen, aber in vielen Puncten von keiner Wirkung sind, schlage er diesmal nicht einmal eine Resolution vor, sondern spreche seine Ansicht nur im Motivenberichte aus, und dennoch werde auch diese bescheidene Kundgebung seiner Meinung als hinterlistig, als schädlich dargestellt. Der Bericht des Budgetausschußes schlägt die Einstellung einer bedeutenden Summe für den Ankauf von Grund und Boden zum Zwecke von Universitätsbaulichkeiten in Krakau vor, spricht jedoch die Ansicht aus, daß vor Beginn der kostspieligen Bauten in Krakau eine principielle Bestimmung über die Zukunft der Universität in Lemberg getroffen werden müsse. Zu dieser Aufforderung an die Regierung sei der Budgetausschuß verpflichtet gewesen; denn es sei eine historische Thatsache, daß die Lemberger Universität bis zu der Zeit, als Krakau das zweitemal an Oesterreich fiel, stets nur als Ersatz für die alte Jagellonische Universität in Krakau gegolten habe. Redner zieht nun einen Vergleich zwischen den beiden Universitäten in Krakau und Lemberg. Lemberg habe eine gut besuchte theologische (griechisch-unirte) Facultät; die Krakauer theologische Facultät zähle in allen vier Jahrgängen zwei Professoren und acht Hörer (Heiterkeit und Sensation links.) Die juridische Facultät sei an beiden Universitäten gut besucht, ebenso die philosophische, welche jedoch Mangel an Apparaten leide. In Lemberg bestehe nur ein sogenanntes niederes chirurgisches Studium, während in Krakau eine medicinische Facultät bestehe. Es zeige sich daher, daß nur die juridische Facultät an beiden Universitäten gut instruirt ist. Es zeigt sich nun bei weiterer Untersuchung, daß, während die Universität Krakau sich finanziell aufschwingt, bei der Lemberger Universität ein finanzieller Niedergang zu verzeichnen ist. Der Steigerung der Auslagen für Krakau mußte aber irgend eine Tendenz der Regierung zu Grunde liegen. Wenn es sich darum handeln würde, für beide Universitäten so große Auslagen zu machen, wie sie für Krakau beabsichtigt werden, dann müßte man sich fragen, ob es nicht besser wäre, diese großen Mittel dazu zu verwenden, in irgend einem Kronlande, das noch gar keine Hochschule besitzt, eine solche zu errichten. Er glaube aber, daß, wenn man daran denkt, die Krakauer Universität zu einer Universität ersten Ranges zu machen, man es nicht wagen dürfe, auch bezüglich der zweiten Universität in gleicher Richtung vorzugehen. Er glaube, daß es nicht nur vom Standpuncte der Wissenschaft und der Billigkeit, sondern auch vom speciell polnischen Standpuncte aus weitaus wünschenswerther wäre, Eine große glänzende Universität zu besitzen, als in Lemberg und in Krakau nichts zu erreichen. Da begreife er nicht, wie man der Verfassungspartei vorwerfen könne, daß in jeder Budgetdebatte Angriffe gegen die polnischen Universitäten geführt werden, und daß die Majorität sich weiden wolle an dem Schmerze der Polen. (Beifall links und im Centrum.)

Es kommt hierauf das Capitel „Mittelschulen“ zur Berathung.

Abg. Dr. Vosnjak sagt, die Germanisation der Slawen scheine das Hauptziel der Thätigkeit des Unterrichtsministeriums. Insbesondere die Slowenen werden auf das Feindseligste behandelt, als ob sie nur Eindringlinge in der Monarchie wären. Zu der allgemeinen Verwirrung der Lage habe der Unterrichtsminister sein redlich Theil beigetragen. Bei der slawischen Bevölkerung habe er sich ein wenig schmeichelhaftes Andenken gesichert.

Abg. Dr. Monti beklagt sich darüber, daß in seinem Heimatlande Dalmatien der italienische Unterricht vor dem slawischen bevorzugt werde. Er protestire gegen die Miß-

Einzelne Exemplare:
Morgenblatt . . . . 4 kr.
Abendblatt . . . . 2 kr.

Redaktion:
Stadt, Steyrerhof Nr. 3, 1. Stock (Eingang von der Rothenthurmstraße).

Expedition, Administration, Inseraten-Bureau:
Stadt, Schulerstraße Nr. 17.

Filialen:
In Linz: Am Hauptplatz bei J. Brunthaler.
In Raab: Bei Gustav Groß, Buchhändler.
In Pest: Bei den Zeitungsverschleißern.
Inserate für das Ausland übernehmen:
Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, A. Oppelik u. alle Annoncen-Agenturen in den Hauptstädten Europas.

Manuskripte werden nicht zurückgestellt.

Neues Wiener Tagblatt.

Demokratisches Organ.

Pränumerations[illegible]
Für [illegible]
Morgen- u. Aben[illegible]
Expedition (I., [illegible] 17)
Monatlich . . [illegible] kr.
Vierteljährig . . [illegible] kr.
Mit täglich ein[illegible] in's Haus:
Monatlich . . . [illegible] fl. 40 kr.
Vierteljährig . . [illegible] fl. — kr.
Mit täglich zweim[illegible]stellung in's Haus:
Monatlich . . . 1 fl. 50 kr.
Vierteljährig . . 4 fl. 50 kr.
Für die Provinzen:
Morgen- u. Abendblatt mit täglich einmaliger Postversendung:
Monatlich . . . 1 fl. 60 kr.
Vierteljährig . . 4 fl. 50 kr.
Halbjährig . . [illegible] kr.
[illegible]
Mit täglich zw[illegible] verse[illegible]
Monatlich . [illegible]
Vierteljährig . [illegible]
Halbjährig . [illegible]
Ganzjährig . [illegible]

Nr. 345. Donnerstag, den 14. Dezember 1876. 10. Jahrgang.

Unter russischem Präsidium.

Es ist noch nicht entschieden, welche Stellung die Türkei zur Konferenz einnehmen, ob sie in blinder Unterwerfung ihr Heil suchen oder den Beschlüssen Europas Widerstand leisten wird, aber für den Moment befindet sich das osmanische Reich in einer Lage, wie sie demüthigender nicht gedacht werden kann. Zwischen der Politik des Friedens und der Politik des Krieges hin- und herschwankend, bald bei den Softas, bald bei den europäischen Diplomaten sich Raths erholend, hat die Pforte nur ihren Feinden in die Hände gearbeitet, und die türkischen Staatsmänner selber müssen bekennen, daß alle Opfer vergeblich gewesen, alle Siege ohne Frucht geblieben sind. Am Sitze des Khalifats, in der Nähe des Sultans tagt die Versammlung der Vertreter der europäischen Staaten, tagt der Kongreß, welcher in seinen Vorberathungen, auch ohne nur die Türkei zu hören, gegen die Türkei entschieden hat, und wenn auch die Telegramme der „Agence Havas" nur zur Hälfte der Wahrheit entsprechen, wenn die Einigkeit unter den Mächten auch nicht so weit gediehen ist, wie offiziöse Meldungen dies behaupten, so viel ist jedenfalls gewiß, daß Rußland unerwartete Triumphe feiert und daß die europäischen Mächte auf Kosten der Türkei große Zugeständnisse machen, um den Fortbestand des Friedens zu ermöglichen. Angesichts der Sofienmoschee wird unter dem Vorsitze Ignatieffs ein Urtheil gefällt, das im Prinzipe die Vernichtung des türkischen Staatswesens bedeutet. Denn die Unabhängigkeit der Türkei ist verletzt, indem man ihr für die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten Vorschriften ertheilt; die Integrität der Türkei ist aufgehoben, indem man über die Abtretung von Theilen ihres Gebiets verfügt; was ist aber ein Staat ohne Integrität und Unabhängigkeit? In Konstantinopel hat Europa sich geeinigt, die Türkei im Prinzipe aufzugeben. Das ist ein Ereigniß von außerordentlicher Wichtigkeit.

Der letzte Schluß aller Betrachtungen über die Orientfrage bleibt eben die Unrettbarkeit der Türkei. Was ist aus den glanzvollen Prophezeiungen geworden, die in der Bewegung der Softas, in der Entsendung der englischen Flotte nach der Besika-Bai, in den Reformen Mithad's und in den Siegen Abdul Kerim's ihre Grundlage fanden? Ignatieff war in den turkophilen Journalen ein todter Mann, Rußland war isolirt, zerschmettert, sogar von Deutschland verlassen, die Türkei aber strahlte im Glanze einer ruhmvollen Wiedergeburt; es ist jetzt am Platze, sich dieser Fälschung der Thatsachen zu erinnern. Ignatieff hat seine Hedschra hinter sich, in Vertretung Rußlands führt er jetzt den Vorsitz bei der Konferenz, er beschließt über das Schicksal der Türkei; das osmanische Reich aber befindet sich in einem Zustande der Schwäche und Zerrüttung, der es glaublich macht, daß die türkischen Minister auch die schmachvollsten Bedingungen geduldig hinnehmen werden.

Es müßte Staunen erregen, wenn Rußland sein Glück von sich stoßen, sichere Erfolge preisgeben wollte, um sich dem Hazardspiele des Krieges auszusetzen. Es war längst ein Prinzip der russischen Politik, daß die Aktion im Oriente durch die Uebereinstimmung mit Europa gestützt werden sollte. Dieses Programm mußte nahezu unausführbar erscheinen; man konnte es sich nicht denken, daß Europa sich entschließen werde, ohne Schwertstreich für Rußland den Weg nach Konstantinopel frei zu machen. Das russische Programm stieß auch wirklich auf Widerstand; das Berliner Memorandum litt Schiffbruch und es war das Bemühen des Lord Beaconsfield, Rußland in den Krieg zu drängen. Um eine moralische Niederlage von sich abzuschütteln, entschloß sich auch Kaiser Alexander zu der Erklärung, daß Rußland allein in den Krieg gegen die Türkei gehen werde, um die bekannten Reformen durchzusetzen. Darf man jedoch nach den Ergebnissen der Vorkonferenz urtheilen, so kann Rußland zu seinem früheren Programme zurückkehren und Fürst Gortschakoff hätte es wirklich erreicht, daß ganz Europa die russische Aktion gutheißen würde. Es ist da allerdings möglich, daß Rußland nicht eigensinnig auf der Okkupation Bulgariens durch russische Truppen beharrt; wenn Montenegro eine bedeutende Gebietsvergrößerung erlangt, wenn das niedergeworfene Serbien mit einer vortheilhaften Grenzberichtigung aus dem Kriege hervorgeht, wenn die Administration von Bulgarien, Bosnien und der Herzegowina der Türkei entzogen, wenn Garantien geschaffen werden, die jeden Augenblick eine Einmischung Rußlands möglich machen, wenn diese Beschlüsse in ihrer Gesammtheit nur die Preisgebung der Türkei von Seite Europas ausdrücken, so darf Rußland mit seinen Erfolgen zufrieden sein und es hat eine Etappe gefunden, auf der es Halt machen kann, weil der Vormarsch in jeder Richtung gesichert ist. Dann ist der Pariser Vertrag zerstört und die Türkei gänzlich der Gnade Rußlands ausgeliefert. Allerdings kann die Türkei die Beschlüsse der Konferenz ablehnen, kann den Krieg der Erniedrigung vorziehen; aber Rußland erscheint in diesem Falle als der Vollstrecker des europäischen Willens und die Türkei steht dann im Widerspruche gegen das ganze Europa.

Nehmen wir an, daß die Konferenz in voller Einigkeit endigt und daß die Türkei nicht den Muth findet, die Konferenz zum Scheitern zu bringen, so würde allerdings der Frieden momentan keine Störung erfahren, aber wir müßten die getroffene Entscheidung dennoch in vielfacher Richtung als eine verhängnißvolle betrachten. Es würde nicht der Krieg ausbrechen, aber die Orientfrage bliebe in Permanenz, an den verschiedensten Punkten des türkischen Reiches würden fortwährend neue Unruhen ausbrechen, die von Rußland gesuchten Konflikte und Mißverständnisse hätten in Konsequenz der Konferenzbeschlüsse eine rechtlich unantastbare Basis, und man würde in St. Petersburg fortwährend Gelegenheit zur Einmischung finden. Der Lösung der Orientfrage wäre im Prinzipe vorgegriffen, Rußland könnte den ihm passendsten Moment aussuchen, um das von Europa preisgegebene Gebiet an sich zu reißen. Europa hätte also mit seinen Zugeständ-

Bewegliche Torpedos.

Odessa, 7. Dezember.

Die See in einem großen Halbbogen vor dem Hafen unserer Stadt birgt auf ihrem tiefen Grunde eine ansehnliche Zahl jener geheimnißvollen furchtbaren Zerstörungsmaschinen, die von Kauffahrtei- wie Kriegsschiffen mehr gescheut werden, als Sturmwinde, welche die Wasserhosen angezogen haben, ja mehr als die Drehthürme der Monitors mit ihren beweglichen Riesenkanonen, und mehr als der Eisenmassen schleudernde Donner der Strandbatterien. Die Stürme rasen schnell fort, wie sie erscheinen, Drehthürmen und Strandbatterien kann man entfliehen, aber das in den Tiefen unheimlich lauernde Verderben verbreitet einen weiten Kreis um sich, dessen Atmosphäre gleichsam mit Furcht und banger Sorge gefüllt ist und in die Menschenbrust dringt mit jedem Athemzug. Spiegelglatt liegt die See da, ein leiser Hauch des von reicher Sonnenwärme getränkten Südens, mit Balsamdüften beladen, zieht über sie hin, ein Schiffsjunge könnte hoch oben im Mastkorbe ruhig und glücklich von der fernen Heimat träumen, da berührt der Kiel des Schiffes eine im Wasser verborgene Eisenspitze — und in einer unter erderschütterndem Donner domartig sich erhebenden Wasserfluth wirbeln das zertrümmerte Fahrzeug und die zerrissenen Leiber seiner Bemannung in gräßlich imponirendem Verderben. Unsere Stadt setzt viel ein für den kommenden Krieg. Lange Reihen stolzer Häuserfronten, riesige Waarendepots, das glückliche Stillleben vieler wohlhabender, und das sparsame Dasein von noch mehr arbeitsamen Familien. Die Erinnerung an die Schuttmassen Sebastopols kann für eine große Handelsstadt nicht verlockend sein. Es ist daher wohl begreiflich, wenn das heilige Rußland seine [illegible] Stadtrhede am schwarzen Meere mit einem schützenden Riesenetui umgibt, aus submarinen Höllenmaschinen statt aus Sammt und Chagrinleder geformt und das nachbarfreundliche Oesterreich, so wie früher England, hat ihm dazu liegendes Material geboten. Die Race der Angelsachsen verkauft eben gerne. Sie bewaffnet in Amerika die Indianer gegen sich, warum sollte sie nicht in Europa Rußland Torpedos verkaufen, die nun eben als niedliche Mausefallen vor Odessa aufgestellt wurden? Aber Rußlands Blicke reichen weiter, als bis zu den Torpedos Oesterreichs, und in das Arsenal zu Woolwich. Der Zar ist ja der Nachbar der amerikanischen Union, er steht mit dieser auf einem besseren Fuße, als man es zwischen einem Selbstherrscher und der freiesten Republik des Erdballs vermuthen sollte; er hat dieser sogar Land abgetreten — freilich für gute Dollars aus kalifornischem Golde, und da kleine Spenden die Freundschaft fördern, hat Rußland auch wieder eine amerikanische Gabe — natürlich nicht ohne das bescheinigende Edelmetall — erhalten; eine Gabe, die vielleicht für türkische oder, wer weiß, auch für englische Kriegsschiffe eine etwas unangenehme Ueberraschung werden könnte. Die Spende wird hier noch als Geheimniß behandelt, allein ich kann Ihnen doch sub rosa mittheilen, daß sie in nichts Anderem, als in einer neuen Erfindung besteht, die man „Bewegliche Torpedos" nennt. Ein genialer amerikanischer Schiffskapitän, Namens Lay, erfand sie und bereits im Mai d. J. wurde in Amerika ein Versuch damit gemacht, dem der Kapitän eines russischen Kriegsdampfers beiwohnte. Ich fand kürzlich Gelegenheit, in einen Bericht des Betreffenden über diese Probe Einsicht zu nehmen und kann Ihnen aus meiner Erinnerung Einiges davon mittheilen. Er schrieb aus Washington ungefähr Folgendes:

„Kapitän Lay lud mich ein, nach dem Marine-Arsenal hinabzukommen und einer Probe seines beweglichen Torpedos beizuwohnen. Ich folgte der Einladung, und meine Ueberzeugung sagte mir nun, daß diese Erfindung bestimmt ist, eine völlige Revolution im Seekriege hervorzurufen, die mächtiger werden kann, als jene, welche durch die Panzerschiffe und Monitors bewirkt wurde. Als ich in dem Marine-Arsenal ankam, fand ich das neue Ungeheuer in einem der Boothäuser an Kabeln frei in der Luft hängend, und fertig, in See zu gehen. Es ist ein cylindrisches Fahrzeug, wie ein Dampfkessel aus gewöhnlichen dicken Eisenplatten gemacht, gegen zwanzig Fuß lang, und in der Mitte von drei Fuß Durchmesser und an beiden Enden spitz zulaufend. An dem Bug ist es mit einem Magazine versehen, welches fähig ist, anderthalb amerikanische Fässer (Barrel's) Dynamit aufzunehmen. Am Stern befindet sich eine kleine Propellerschraube mit drei Messingblättern, die eine Schwingung von beiläufig zwei Fuß im Durchmesser haben. Im Innern, ungefähr in der Mitte des Fahrzeuges, steht eine genial konstruirte Maschine, deren bewegende Kraft kohlensaures Gas ist, erzeugt durch eine Retorte, welche denen der Sodawasserfabriken ziemlich ähnlich erscheint. Diese Maschine wird durch ein telegraphisches Instrument, welches über derselben angebracht ist, kontrolirt, und dasselbe Instrument kontrolirt das Steuerruder, das eine gewöhnliche Eisenplatte, einen Fuß lang und sechs Zoll breit und vor der Propellerschraube eingesetzt ist. Unterhalb des Steuerruders läuft ein kleines eisernes Rohr hin, das in die Hülle der Maschine geht, und außen in gleicher Linie mit der Schraube endet. Aus diesem Rohre läuft ein kleines Drahtkabel mit fünf Leitungsdrähten, jeder von der Dicke gewöhnlichen Telegraphendrahtes und mit getheertem Hanf isolirt. Dieses Kabel ist das Medium der telegraphischen Kommunikation mit dem Torpedo, wenn er sich in aktivem Dienste befindet, und der

Hiezu ein Einlagsbogen.

nissen seine Interessen preisgegeben und dafür nur eine lang dauernde Beunruhigung eingetauscht. Dahin führt eine Politik, welche das Unmögliche, nämlich die Rettung der Türkei erstrebte, und auf das einzig Mögliche, das ist eine Lösung der Orientfrage gegen Rußland, verzichtete, eine Politik, welche nur eine Vertagung der Entscheidung zu erringen sucht, ohne zu bedenken, was diese Vertagung kostet.

Die Etikette Jules Simon.

Es gibt noch Länder, in welchen Ministerkrisen ihre Lösung finden. Die Franzosen haben nicht länger als vierzehn Tage das Schauspiel zu ertragen gehabt, das ihnen durch die Zerwürfnisse ihres Ministers des Innern mit seinen Kollegen, ihres Staatsoberhauptes mit seinen Ministern, und ihrer gesetzgebenden Körperschaften mit einander geboten war. Die Linken der Nationalversammlung wußten den Plan, die Neubildung des Kabinets so lange hinauszuschieben, bis das Budget durchberathen und Mac Mahon hiemit vollkommen unbehindert in seinen Entschließungen wäre, dadurch zu durchkreuzen, daß sie beschlossen, die Schlußabstimmung über das Einnahmebudget nicht vor der Bildung eines neuen republikanischen Kabinets vorzunehmen. Dieser Zwangslage hat sich der Präsident der Republik gefügt. Und Frankreich besitzt heute ein Ministerium mit der Etikette Jules Simon.

Wenn man sich nur an den Doppelursprung der jetzt abgeschlossenen Krise erinnert, an die Begräbniß- und an die Amnestiefrage, so könnte man in der Etikette Jules Simon eine vollwichtige Bürgschaft für den von den Linken verlangten Republikanismus des neuen Ministeriums erkennen. Der kühne Propagandist des freien Gedankens, der Verfasser der „Liberté de conscience", der „Réligion naturelle", der Begründer der Zeitschrift „Liberté de penser" wird, sollte man denken, von Frankreich Skandale fernzuhalten wissen, wie die Verweigerung militärischen Geleites bei der Zivilbeerdigung des Künstlers Felicien David. Und der Propagandist des Volksunterrichtes und der Verbesserung des Arbeiterloses, der Verfasser der „Politique radicale", der Minister, der seinerzeit auf den Pontons von Brest die Kommune-Gefangenen besuchte und manchem Unschuldigen die Erlösung brachte, wäre berufener als Viele, die Majorität des Senates, welche den Entwurf über Einstellung der Verfolgungen wegen des Kommune-Aufstandes verwarf, größere Duldsamkeit und Mäßigung zu lehren. Aber ist es schon bedenklich, daß er als der einzige entschiedene Republikaner in das neue Kabinet eingetreten, und daß das Verlangen der republikanischen Linken nach einem durchaus republikanischen Kabinet von Mac Mahon zurückgewiesen worden ist, so beweist schon das Verbleiben des Ministers des Aeußern, Herzogs Decazes, und des Kriegsministers Berthaut die Unzulänglichkeit der Etikette Jules Simon.

Marschall Mac Mahon hat auch bei dieser neuen Kabinetsbildung sein altes Prinzip durchgesetzt, daß die Ministerien des Aeußeren und des Krieges von den parlamentarischen Vorgängen unberührt bleiben sollen. Den Herzog Decazes wird man geradezu als den chronischen Minister Frankreichs bezeichnen dürfen. Er bleibt im Besitze seines Portefeuilles, wenn Alles um ihn wechselt, und Mißerfolge, wie mit der Angelegenheit der Weltausstellung, dienen nur dazu, seine Position und seinen Einfluß zu befestigen. Daß dieser letztere auch bei der neuen Kabinetsbildung wieder maßgebend war, dürfte man aus dem zweideutigen Charakter derselben mit Sicherheit schließen, auch wenn wir nicht darüber in Kenntniß gesetzt wären, daß die Kabinetsfrage hauptsächlich zwischen ihm und dem Präsidenten der Republik verhandelt worden ist. Nachdem übrigens Gambetta selbst für Maßregeln, wie die Beibehaltung eines französischen Botschafters bei dem heiligen Stuhle eingetreten war, darf man annehmen, daß die republikanische Majorität der Nationalversammlung das Verbleiben von Decazes auf seinem Posten noch mit verhältnißmäßiger Gleichgiltigkeit erträgt.

Eine ungleich ernstere Bedeutung hat das Verbleiben des Kriegsministers Berthaut im Kabinet. Jules Simon, der Mann der Gewissensfreiheit, hatte bis zur letzten Stunde als erste Bedingung seines Eintrittes in das Ministerium die Ersetzung dieses frommen Generals verlangt, der bekanntlich nicht blos allen Zivilisten, die der Ehrenlegion angehören, sondern auch den Militärs, welche ohne die Sakramente sterben, die Ehre des militärischen Geleites versagt und die militärische Tüchtigkeit ächtet, die nicht durch einen Beichtzettel legitimirt wird. Es ist möglich, daß Jules Simon durch das kaudinische Joch, das ihm Mac Mahon auferlegt, gegangen ist und sich den klerikalen Berthaut, auf den dieser nicht verzichten will, gefallen läßt, nur damit Mac Mahon seine Drohung nicht vollstrecke, ein Ministerium aus der Majorität des Senates zu nehmen und den Konflikt mit der republikanischen Majorität des Abgeordnetenhauses aufzunehmen. Aber es wird auch nicht an Solchen fehlen, die daran erinnern, wie krampfhaft Jules Simon unter Thiers sich an das Portefeuille des Kultusministeriums angeklammert hatte, ohne die Aussicht, seine Theorien auf diesem Posten verwirklichen zu können. In dem Organe Gambetta's war er damals charakterisirt worden als ein Philosoph, ein Moralprofessor, ein Republikaner, ein Demokrat, für den Alles nur ein Mittel, um Glück zu machen, eine bald angenommene, bald abgelegte Maske, ein Theaterkostüm sei, mit dem er sich aufputze und dessen er sich entledige, je nachdem ihm sein Interesse es vorschreibe; Gewissensfreiheit und fromme Ergüsse, Sozialismus und Volkswirthschaft, die Internationale und das Institut de France, die Politik und die Literatur, Alles habe ihm als Stufenleiter zu seinem Glück gedient.

Die Vorwürfe, daß er nicht sowohl der republikanischen Sache einen werthvollen Dienst erweisen, als um jeden Preis zur Macht zurückkehren gewollt habe, werden aus dem Lager Gambetta's sicher erneuert werden, wenn Jules Simon nicht alsbald durch entsprechende Thaten beweist, daß sein Name nicht als bloße Etikette für ein im Grunde reaktionäres Ministerium herhalten, sondern ein Zeichen sein soll, daß trotz Berthaut und Decazes ein wahrhaft republikanischer Geist das neue Kabinet beherrsche. Diesen Beweis aber wird Jules Simon wohl schuldig bleiben. Auf dem Felde, auf welchem er noch am ehesten die Kühnheit seiner philosophischen Theorien bethätigen konnte, auf dem Felde des Unterrichtswesens, hat er als Ministerpräsident und Minister des Innern zunächst keine Gelegenheit, seine Ueberzeugungstreue zu üben. In Personen- und Verwaltungsfragen hat er aber stets statt der Schneidigkeit und Hartnäckigkeit seiner Vorgänger Dufaure und Marcère ein für seinen Ruf als Politiker verhängnißvolles Streben gezeigt, es Allen zugleich recht zu machen. Der Mann aber, der mit starker Faust durch die jesuitischen Ränke fährt, die um die Person Mac Mahon's und im Kabinet spielen, wo ein Berthaut und Decazes sitzt, muß von anderem Zeuge sein, als der weiche, unentschiedene, versöhnungs- und ausgleichsbedürftige Jules Simon.

Der Name des Philosophen, Freidenkers und Akademikers Jules Simon ist somit wesentlich nur eine auf vorläufige Beschwichtigung der Republikaner berechnete Etikette für ein im Grunde klerikal-reaktionäres Ministerium. Derselbe soll vielleicht auch Deutschland gegenüber nebenbei die klerikalen Tendenzen des Mac Mahon'schen Regimes maskiren. Jedenfalls werden die französischen Klerikalen nicht allzu sehr beim Anblicke dieses Atheisten auf dem Ministerpräsidenten-Stuhle erschrecken und die französischen Republikaner werden vielleicht später wünschen, der unvermeidliche Konflikt wäre jetzt schon durch Berufung eines entschiedenen Ministeriums von der Rechten zum Austrag gekommen, als daß einer der Ihrigen als Brücke zu den Broglies und Buffets zurück dienen mußte.

Aus dem Abgeordnetenhause.

Sitzung vom 13. Dezember.

In dem mäßigsten Tempo schreitet die Budgetdebatte vorwärts; gestern wurde der Etat des Kultusministers erledigt, und zwar nach den Anträgen der Kommission, welche, wie schon mitgetheilt, einigen Klöstern Subventionen entziehen, die sie bisher aus dem Staatssäckel erhalten haben; die Debatte über den Etat des Unterrichtsministers nahm den seit Jahren gewohnten Verlauf; die vom Ausschuß empfohlenen Ziffersätze wurden nicht im Geringsten modifizirt, allein ein fast endloser Redestrom ergoß sich bei den Kapiteln Hochschulen und Mittelschulen. Der vom Abgeordneten Greuter gemachte Versuch, eine Vorlesung über den Einfluß des Liberalismus auf die Schule zu geben, wurde vom Präsidenten Dr. Rechbauer gebührend zurückgewiesen; Herr Greuter verzichtete, wie es schien, sehr gerne auf das Wort, als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß im Interesse der Ordnung der Diskussion derartige Ausschreitungen nicht am Platze sind.

Die Thatsache, daß im Schoße der Kommission die Frage der Auflösung der Lemberger Universität leise angeregt worden war, veranlaßte mehrere Abgeordnete aus

---

Operator, oder Derjenige, welcher ihn in Wirksamkeit setzt, kann auf dem Ufer oder auf einem Schiffe sein. Für seinen Zweck braucht der Operator ein kleines, messingenes Instrument, das einer telegraphischen Maschine ähnlich und mit fünf Knöpfen versehen ist, von denen jeder auf einen Draht des Kabels wirkt. Zwei dieser Drähte sind mit der Maschine verbunden. Indem man den einen Knopf berührt, setzt sich der Torpedo in Bewegung; berührt man den anderen Knopf, so hält die Maschine. Von den übrigen Drähten sind zwei in Verbindung mit dem Steuerruder, und der eine bewegt das Ruder gegen Backbord, der andere gegen Steuerbord. Der fünfte Draht geht in die Dynamit-Ladung des Torpedos am Bug, und wird der dazu gehörige Knopf berührt, so ist das Geschäft der furchtbaren Höllenmaschine zu Ende. Die vorliegende Maschine ist nur darauf berechnet, zwei englische Meilen weit zu laufen, weil sich in dieser Zeit der Vorrath der Chemikalien erschöpft. Vergrößert man jedoch dieselbe, so daß sie einen entsprechenden Vorrath von Chemikalien aufnehmen kann, so vergrößert sich zweifelsohne auch die Zeitdauer für ihre Bewegungsfähigkeit. Uebrigens braucht man sie nicht eher in Bewegung zu setzen, als bis ein feindliches Schiff in der geeigneten Nähe ist. Als die für das Experiment festgesetzte Zeit da war, wurde die Maschine ins Wasser gesenkt und am Schlepptau in die Gast-Bay bugsirt, wo ihr telegraphisches Kabel an Bord eines kleinen Dampfers gehoben wurde, und Kapitän Lay seine Stellung an dem Instrumente einnahm. Indem er den Knopf berührte, welcher den Torpedo in Bewegung setzt, fuhr derselbe dahin mit einer Schnelligkeit von acht Knoten in der Minute und der schwarze Rücken der Maschine war nur wenig unter dem Wasser sichtbar. Die Propellerschraube erzeugte dabei nur einen leichten Schaum und das Ganze sah aus, als jage ein großer Haifisch einer Beute nach. Das Experiment hatte vollkommenen Erfolg. Kapitän Lay lenkte von seinem Dampfer aus den Torpedo rings um die Bay nahezu durch eine halbe Stunde, zuerst mit einem Knopf, dann mit dem anderen; er hielt ihn an, ließ ihn vorwärts und rückwärts gehen, lenkte ihn bei Seite, um die in der Bay ausgesetzten Bojen nicht zu beschädigen und suchte die verschiedensten Positionen auf. Es war ein wunderbares Schauspiel, zu sehen, wie die Maschine den Wünschen eines Mannes gehorchte, der eine halbe Meile von ihr entfernt auf einem kleinen Dampfer stand! Ich habe viele seltsame, geniale und wunderbare Erfindungen gesehen, aber diese machte einen Eindruck auf mich, wie ich ihn nie vorher empfunden. Fünfzehn Mann auf einem kleinen Dampfer könnten mit solchen Maschinen ausgerüstet, eine Armada vernichten. Sie brauchten dazu nur zu beiden Seiten des Dampfers schwimmend ein Dutzend solcher schwarzer eiserner Fische mit Messingschwänze, deren Köpfe mit Dynamit gefüllt wären. Auf dem Deck ständen ein Dutzend Männer mit kleinen messingenen Instrumenten, an denen sich kleine Elfenbeinknöpfe befänden. Dies wäre die ganze Ausrüstung, dies die Bemannung, nebst einigen Individuen für die Leitung des kleinen Dampfers. Eine Flotte käme, langsam heran dampfend und mit langen Stangen im Meere nach liegenden Torpedos suchend. Die Vorgebirge längs der Bay wären schwarz von Menschen, die in höchster Spannung den Konflikt der Riesen mit den Liliputanern der Tiefe erwarteten. Und wäre die Zeit zum Handeln gekommen und gäbe der Kommandant des kleinen Dampfers das Signal, so flögen die Riesen zertrümmert in die Luft!" ....

So träumte ich, als plötzlich eine halbe Meile von dem Dampfer Lay's entfernt, inmitten des Kanals eine Explosion donnerte. Man hatte ein großes altes Floß dort vor Anker gelegt und eine ungeheure Masse alter Fässer, Holzbalken und andere Dinge darauf gethürmt. Und nachdem der längliche Torpedo zur Genüge in der Bay manövrirt hatte, sendete ihn Lay gegen das Floß. Die Maschine schoß vorwärts wie ein Hai, wenn ein Mann über Bord fiel, — ein Druck auf den verhängnißvollen fünften Knopf — und dort, wo das alte Floß lag, war die Luft voll alter Balken und Holztrümmer, voll Tausender von Splittern, untermischt mit rothen Flammen, weißem Flugwasser und schwarzem Rauch — ein malerisches Chaos; die nächste Sekunde kam ein betäubender Knall über das Wasser, und wohl durch eine halbe Minute lang fielen die Fragmente zurück in das Meer Und dann bewegte sich der kleine Zerstörer langsam aus den Trümmern hervor und schien mit Befriedigung seine Seiten zu schütteln, so daß es mir war, als wollte er sagen: „Ich bin das kommende Kriegsschiff, geht mir aus dem Wege, ihr Linienschiffe und Fregatten, und Monitors und ihr eisengepanzerten Breitseiten. Ihr gehört der Vergangenheit an, denn ich bin der Dämon der Seekriege und der Erzfeind in den Wogen!" — Vielleicht ist das schwarze Meer bestimmt, zu erweisen, ob die Erfindung des Kapitäns Lay eine neue Epoche inaugurirt in den kriegerischen Zerstörungsmitteln der Nationen. Die Regierungen von England, Frankreich, Deutschland, Rußland und Spanien haben in den letzten acht Jahren über vierzehnhundert Millionen Gulden auf eisengepanzerte Schiffe allein ausgegeben. Das Resultat ist eine ungeheure Flotte schwimmender Kastelle von Eisen und Stahl und Eichenholz. Wird dieser kleine Dämon sie werthlos machen?

Alexander J.

Galizien, u. A. den Grafen Mieroczewski, die Professoren Czerkawski und Kabat, den Anschauungen der Kommission entgegenzutreten. Daß es in etwas leidenschaftlicher Weise geschah, ist um so mehr zu bedauern, als dem Spezialreferenten Motive unterschoben worden sind, von denen er ohne Zweifel ganz frei ist: einem Gelehrten von dem Range des Herrn Professor Sueß darf nicht zugemuthet werden, daß er kleinlicher Rücksichten halber auf die Auflösung einer Universität hinarbeiten wolle; die Diskussion war überhaupt gegenstandslos, da, freilich erst kurz vor Schluß, der Unterrichtsminister die Erklärung in präziser Form abgab, daß die Regierung den etwaigen Plan einer Auflösung der Universität in Lemberg weder in Erwägung gezogen habe, noch überhaupt billige. Unter solchen Umständen erübrigte dem Spezialreferenten Herrn Professor Sueß nur, seine Anschauungen über die fragliche Angelegenheit zu begründen, er führte aus, daß er diesmal ganz darauf verzichtet, bestimmte Resolutionen zu empfehlen, weil diese seitens des Ministeriums nicht die geringste Berücksichtigung erfahren haben, und was die angeregte Frage betraf, so spitzte er seine Rede dahin zu, daß die Lemberger Universität im Niedergange begriffen ist, die Krakauer hingegen aufblühe, das Verschmelzen beider Hochschulen zu einer für Krakau im Interesse der Wissenschaft [illegible] empfehlen würde, als Lemberg eine [illegible] erhält.

Man [illegible] den [illegible]umenten des Herrn Sueß um so mehr [illegible] zuerkennen müssen, da er nachwies, daß sowohl [illegible] Lemberg als in Krakau einzelne Fakultäten sehr lückenhaft [illegible] und daher schwach frequentirt sind; minder glücklich war Graf Mieroczewski, wenn er Galizien mit der Schweiz und Baden verglich und hervorhob, daß beide [illegible] Länder Galizien betreffs der Höhe der Bevölkerung nachstehen und doch eben so viele Hochschulen [illegible] Galizien mit seinen 6 Millionen Seelen besitzen. Der [illegible] Abgeordnete Wurm sprach zu Gunsten einer slavischen Universität für Mähren.

Das Kapitel „Mittelschulen" entfesselte die Redelust von Neuem; [illegible] Boschniak urgirte den Mangel slavischer [illegible]schulen, Abgeordneter Monti schilderte den trostlosen Zustand der slavischen Schulen in Dalmatien, Abgeordneter Vitezich klagte darüber, daß in Istrien weder slavische Gymnasien, noch Realschulen bestehen und der Abgeordnete Weber verglich das Schicksal der mährischen Slaven mit dem der Rajahs und meinte, daß wenn der Herr Unterrichtsminister den Wünschen der mährischen Slaven nach Realschulen nicht Rechnung tragen werde, es [illegible] dahin kommen könne, daß die Hottentoten eher eine Universität besitzen werden, bevor im Mährischen ein czechisches Gymnasium errichtet wird. Abgeordneter Mises endlich richtete an den Unterrichtsminister die Bitte, den zwischen der Gemeindevertretung Drohobycz und dem Staate abgeschlossenen Vertrag einer Revision zu unterziehen, welcher der genannten Gemeinde enorme Lasten zur Erhaltung einer Mittelschule auferlegt.

Mehrere Abgeordnete aus Dalmatien richten am Schluß der Sitzung an den Ministerpräsidenten eine Interpellation, [illegible], ob er Kenntniß von dem traurigen Lose der [illegible] Flüchtlinge habe, von denen jeder 5 Kreuzer täglich bekomme, ein Betrag, mit welchem man nicht leben könne, und ob es ihm bekannt sei, daß in den Gegenden Dalmatiens, wo diese Flüchtlinge untergebracht sind, verheerende Seuchen derart zunehmen, daß 10 Perzent der Flüchtlinge täglich sterben.

Nächste Sitzung Donnerstag; Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über das Unterrichtsministerium.

Aus dem Herrenhause.

Sitzung vom 13. Dezember.

Das Herrenhaus gab in seiner gestrigen Sitzung einer Anzahl vom Abgeordnetenhause bereits erledigter Gesetze seine Zustimmung, ohne daß einer unserer Pairs irgend eine Bemerkung zu machen Gelegenheit hatte. Nur bei Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des Gebührengesetzes, welche Aenderung dahin zielt, daß bei der Befreiung der Benefizien vom Gebühren-Aequivalente die Maximalgrenze jährlichen Einkommens von 315 Gulden auf 500 Gulden erhöht werde, nahm Erzbischof Kutschker das Wort, um seiner Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, daß durch das vorliegende Gesetz das durch das Gebührengesetz den Pfarr-Benefizianten zugefügte Unrecht theilweise wieder gut gemacht wird; zugleich sprach er die Hoffnung aus, daß bei Berathung des Kongruagesetzes dieses Unrecht ganz beseitigt werden wird. Den übrigen Theil der Sitzung füllten Berichte über unwesentliche Petitionen, die der Regierung zur Würdigung abgetreten wurden, aus.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Wiener Angelegenheiten.

Die Rechnungen der Gas-Gesellschaft.

Wir erhalten aus den Kreisen der Gas-Konsumenten eine Zuschrift, die so eigenthümliche, bisher in der Oeffentlichkeit nicht berührte Fragen über das Verhältniß zwischen dieser Gesellschaft und dem Publikum aufwirft, daß wir dieser Zuschrift Raum in unserem Blatte geben, um eine Beantwortung dieser Fragen von Seite der Gas-Konsumenten zu provoziren. Die Zuschrift lautet wie folgt:

Herr Redakteur!

Der Vertrag, den die Gemeinde Wien mit der englischen Gas-Gesellschaft abgeschlossen hat, statuirt meines Wissens nichts über die Gasmesser. Im Allgemeinen gilt der Grundsatz, daß der Verkäufer einer Waare dafür zu sorgen hat, [illegible] diese Waare zugemessen erhält. Man hat noch nie [illegible] gehört, daß der Fleischhauer sich von der Kundschaft die Benützung der Waage bezahlen läßt, auf der er das Fleisch vorwiegt und ebensowenig ist es erhört, daß der Meterstab, mit dem ein Kleiderstoff dem Käufer zugemessen wird, dem Kaufmann separat verzinst werden muß. Die englische Gasgesellschaft hebt aber von den Konsumenten eine „Gasmesserrente" ein, sie stellt den Gasmesser bei, verlangt aber von den Konsumenten die Verzinsung des für den Gasmesser ausgelegten Kapitals. Allerdings steht es Jedem frei, sich dieser Bedingung zu fügen oder nicht, nur erhält man im letzteren Falle kein Gas und da die Gesellschaft sich im Besitze eines Monopols befindet, so kann man es auch nicht von anderer Seite geliefert erhalten. Wird aber ein Monopol ertheilt, so sollte doch darauf gesehen werden, daß es so wenig drückend als möglich [illegible] dem Besitzer desselben zur Geltung gebracht werde. Es wäre daher beim Abschluß des Vertrages mit der [illegible]schaft opportun gewesen, jenen allgemeinen Grundsatz des Verkehrs, daß der Verkäufer für die Beistellung des Meßinstrumentes Sorge zu tragen hat, zur Geltung zu bringen, denn wie kommen die Konsumenten dazu, eine „Gasmesserrente" zu bezahlen?

[illegible] vielleicht noch immer möglich, die englische Gesellschaft zu veranlassen, daß sie fernerhin von der [illegible] dieser durch nichts gerechtfertigten Gebühr, welche [illegible]äftsleute und die Privaten, die genöthigt sind, Gas zu [illegible]en, hart genug trifft, abstehe. Die Gemeinde-[illegible] vielleicht aus dem gegenwärtigen Vertrage den [illegible]weis führen, daß die Einhebung der Gasmesserrente unberechtigt und daß die Gasgesellschaft verpflichtet ist, die Meßapparate unentgeltlich beizustellen. [illegible] auch diese Anregung, die ich mir im Interesse des [illegible] vorzubringen erlaube, aus irgend einem Grunde erfolglos bleiben, sollte es sich nach Prüfung des Vertrages herausstellen, daß leider bei Abfassung desselben ein Versehen stattgefunden hat, daß es nicht mehr möglich ist, die Konsumenten von der Gasmessersteuer zu befreien, so wird doch Niemand die Verpflichtung der Gasgesellschaft zur Beistellung vollkommen richtiger und verläßlicher Meßapparate bestreiten dürfen. Und in dieser Richtung erlauben Sie, Herr Redakteur, einige Bemerkungen, die sich auf meine Erfahrungen in der Praxis beziehen.

Wohl weiß ich, daß die Gasmesser, bevor sie aufgestellt werden, der Prüfung und Aichung unterliegen. Die Genauigkeit dieser Operation bestreite ich nicht im geringsten. Wie erklären Sie sich aber Folgendes: In meinen Lokalitäten findet ein wechselnder Verbrauch von Gas statt, wie die Umstände es mit sich bringen. Ich kontrolire die Anzahl der Flammen und die Brenndauer derselben. Nun ereignet es sich, daß in manchem Monate die Zahl der in Verwendung stehenden Flammen und ebenso die Brenndauer eine geringere ist und dennoch lautet die Monatsrechnung der englischen Gasgesellschaft auf einen höheren Betrag. Der Unterschied ist mir bei einer Vergleichung meiner vorjährigen Bücher mit den heurigen besonders lebhaft aufgefallen. Im vorigen Jahre war ich veranlaßt, viel mehr und weit länger Gasflammen zu benützen, als in dem entsprechenden Monate dieses Jahres, auch ist heuer in meinen Lokalitäten eine schärfere Kontrole darüber in Uebung, als sie früher bestanden hatte, so daß keine überflüssige Benützung von Gas mehr stattfindet, was vordem doch der Fall zu sein pflegte. Und dennoch ist die Rechnung der Gasgesellschaft nicht kleiner, sie ist eher größer geworden. Ich bemerke zu dem, daß die Brenner dieselben geblieben sind, daß keine Veränderung an der Leitung und den Beleuchtungsobjekten stattgefunden hat und füge hinzu, daß die Leuchtkraft des Gases eher kleiner geworden ist, was darauf schließen läßt, daß der Druck ein geringerer geworden sein mag, so daß also das Zuströmen des Gases und folglich der Konsum desselben kleiner geworden sein dürfte. Was geht also vor? Warum muß ich bei einem absolut geringeren Verbrauch von Gas gegen früher doch denselben, ja einen noch höheren Betrag bezahlen?

Bestünde ein städtisches Beleuchtungs-Departement zur Kontrole der Gasgesellschaft, dann würde ich mich mit dieser Frage an dieses Departement wenden. So bleibt mir nur der Weg der Oeffentlichkeit, um sie vorzubringen, und ich bin überzeugt, daß dieselbe Frage von [illegible] vielen anderen Gaskonsumenten gestellt werden könnte. Wenn sich die Gaskonsumenten die Mühe nehmen wollen, ein paar Monate lang Aufzeichnungen über die Brenndauer ihrer Flammen zu machen, so können sie dann leicht aus der Vergleichung dieser Aufzeichnungen mit den Abrechnungen der Gasgesellschaft finden, ob sie verkürzt werden oder nicht? Wenn aber die Klagen über die Verkürzung sich häufen sollten, dann wird denn doch eine Untersuchung der Gasmesser und eine Untersuchung der Praxis eintreten müssen, welche die Gasgesellschaft den Konsumenten gegenüber einhält. Ich selbst gedenke, meine Aufzeichnungen diesen Winter über fortzusetzen, und ich fordere diejenigen Personen, die gleich mir einen größeren Gasbedarf haben, auf, dasselbe zu thun. Wenn wir auch das Monopol tragen müssen, so folgt daraus noch gar nicht, daß wir uns jeglicher Kontrole begeben sollen. Würden sich aber zahlreichere Fälle sammeln lassen, wie es der ist, der mich betrifft, dann glaube ich, werden wir auch nicht um die Mittel verlegen sein, die zu ergreifen wären, um die Gasmesser oder die Gasgesellschaft zu korrigiren.

Indem ich Sie bitte, diese Zeilen unter den Schutz der Publizität Ihres Blattes zu nehmen, zeichne ich rc. rc.

M. S.

Wiener Tagesbericht.

Wien, 14. Dezember.

* **(Audienzen.)** Der Kaiser wird Montag, den 18. d. M. und Donnerstag, den 21. d. M. in Wien Audienzen ertheilen.

* **(Gewissenhafte Theilung.)** Es sind jetzt einige Jahre her, daß die Kaiserin Eugenie ihren Schmuck durch die Vermittlung eines Pariser Kourtiers an den Maharadscha von Kaschmir verkauft hat. Der Kaufpreis, den der indische Fürst für die wunderbar und in allen Stylarten gefaßte Kollektion von Steinen und Perlen ausbezahlen ließ, betrug die Kleinigkeit von vier ein halb Millionen Franken. Man beneidete damals die Ex-Kaiserin, daß sie in ihrer Armuth wenigstens noch ein paar Diademe und Bracelets zu verkaufen hatte, man beneidete den exotischen Prinzen, daß ihm die europäische Krise nicht sehr nahe gegangen und beneidete endlich den Juwelenmäkler, der da aus dem Geschäfte ohne das geringste Risiko ein ganz respektables Vermögen herausgeschlagen. Billigerweise fragte man sich aber im großen Publikum von Paris und London und Petersburg — wir in Wien hatten gerade damals jedes Verständniß für Millionen zu verlieren angefangen — was denn der Maharadscha mit den Steinen und Perlen beginnen werde? Nun kann auf diese Frage der Bescheid [illegible]. Wie nämlich indische Blätter mit Vertrauen [illegible]endem Ernste berichten, hat der Mächtige von Kaschmir den Schmuck in zwei Hälften getheilt, die sich an innerem Werthe so ziemlich die Wage halten; die eine Hälfte hing er seinem Hauptgötzen um Hals und Arm, die andere seiner Favorite-Sklavin.

(Personalnachrichten.) Der Prinz zu Schaumburg-Lippe ist vorgestern Abends hier angekommen. — Oberst Becker kehrte gestern Abends nach Belgrad zurück.

(Bedenkzeit.) Anknüpfend an die französische Ministerkrisis wird folgender Einfall kolportirt. Präsident Mac Mahon habe einen zum Tode Verurtheilten vor sich [illegible] lassen und demselben unter der Bedingung die [illegible]digung versprochen, wenn es ihm gelinge, ein neues Kabinet zu bilden. Worauf der zum Tode Verurtheilte sich eine gewisse Bedenkzeit ausgebeten habe. — Wenn darin [illegible]humor liegt, so hat dieses Genre überhaupt [illegible].

(Todesfall.) Der durch einige bedeutende Er[illegible] auf technischem Gebiete bekannte Leiter des der [illegible] gehörigen Walzwerkes in Graz, Herr J. [illegible], [illegible] vor einem Jahre von einem Schlaganfalle getroffen wurde, ist gestern den Folgen desselben erlegen.

* **(Der Muttermord in Matzleinsdorf.)** Die Geschichte wilder Leidenschaften hat stets die Phantasie des echten Dichters angeregt, und wir finden es vollkommen begreiflich, daß auch die kürzlich in der [illegible] verübte Bluttat nicht ohne die verdiente poetische [illegible] ausgehen soll. Thatsächlich hat sich bereits [illegible] gefunden, der das schauerliche Verbrechen in [illegible]ende Verse gekleidet und mit richtiger [illegible], [illegible] zum Henkeramte paßt, den scheußlichen Mörder in [illegible] wuchtigen Vierzeiligen vernichtet. Das Gedicht, „Der Muttermord in [illegible]dorf" betitelt, welches uns eine freundliche Hand zusandte, ist in [illegible] erschienen. Ein famoses Bild an der Spitze desselben veranschaulicht uns den [illegible]. [illegible] dasselbe [illegible] nicht zu reproduziren [illegible] sei es uns wenigstens gestattet, einige [illegible] aus dem Gedichte selbst zu bringen. Eingeleitet wird es durch folgende Strophe:

„Habt Ihr [illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]"

Im Texte heißt es ferner:

„. . . . Bis endlich, [illegible] der Art
Geschlagen, er zum Mörder [illegible],
Zum Mörder, noch [illegible],
Als es der Franceschini war."

Dante hätte möglicherweise noch etwas von den Schilderungen unseres Rudolfsheimer Poeten profitiren können. Allein die gebührende Rücksicht auf die Nerven unserer Leser, welche sonst zu heftig [illegible] werden könnten, hält uns von weiteren Proben ab, und wir wollen nur noch den [illegible] des [illegible] hier nachklingen lassen:

„[illegible]
Das einfach lautet. [illegible]!
Wohl klingt 's voller [illegible],
Die That doch [illegible]."

* **(Zum Weihnachtsbazar im Musikvereinssaale.)** Gestern Nachmittags war der Besuch äußerst lebhaft, in der sechsten Stunde war das Gedränge so groß, daß man sich im Saale nur mühsam fortbewegen konnte. Bis Abends 8 Uhr waren [illegible] 4000 Eintrittskarten ausgegeben (vorgestern nahezu [illegible]). Die Kauflust war [illegible] rege, an einzelnen Logen wurden glänzende Geschäfte gemacht, namentlich war der Andrang bei den [illegible] ein enormer. In den Nachmittagsstunden [illegible] zahlreiche [illegible] unter Anderen Fürst und Fürstin [illegible], Baron v. Eybesfeld rc. rc. Die [illegible] war schon vorgestern erschienen und [illegible] Einkäufe. Einiges Aufsehen erregte das Erscheinen der Institutsvorsteherin Frau [illegible] mit etwa zwanzig ihrer Zöglingen; es wäre zu wünschen, daß dieses Beispiel nachgeahmt würde. Der Bazar bleibt, wie erwähnt, noch heute, und zwar von 3 Uhr Nachmittags bis 10 Uhr

Abends [illegible]: um 7 Uhr findet die Ziehung der zur Verlosung [illegible] Gegenstände statt. Die Chancen des Gewinnes [illegible] sich günstig gestalten, da noch fortwährend [illegible] Geschenke einlaufen und mindestens [illegible] zur Verlosung kommen werden. — Das bisherige Einnahmeergebniß des Bazars beziffert sich bereits auf [illegible] fl. — Das Hauptverdienst um diesen so glänzend gelungenen Bazar gebührt, nebst den schon wiederholt genannten Vorstandsmitgliedern des Ersten Erwerbs- und Unterstützungsvereines, den überaus opferwilligen Damen des Komités und den Verkäuferinnen, namentlich auch dem Herrn Sektionschef Klaps, Herrn Jos. [illegible], Dr. Jul. Machel, Oberbaurath Wilt, Heinr. [illegible], Kontrolor Baumann, Engelbert Keßler und Ed. Hügel.

* (**Epilog zur Prager Kreditanstalt-Defraudation.**) Man telegraphirt uns aus Prag unterm 13. d.: Heute Nachts starb der gewesene Kreditanstalts-[illegible] Hampel im Irrenhaus.

* (**[illegible] Vortrag.**) Heute (Donnerstag) spricht [illegible] Singer über die Kurorte [illegible], Tuffer und Teplitz-Schönau. — Der Vortrag findet im Senatsaale der k. k. Universität, Stadt, Sonnenfelsgasse Nr. 23 um 7 Uhr Abends statt. — Der Eintritt ist für Herrn und Damen frei.

* (**Eine Hochzeit unter Polizei-Aufsicht.**) Ein junger, in einem nahen Vororte ansässiger Arzt hatte durch längere Zeit ein Verhältniß mit einer Handarbeiterin unterhalten, welches nicht ohne sichtbare Folgen blieb. Obwohl der Herr Doktor dem Mädchen geneigt war, dachte er doch nicht an eine ernste Verbindung, sondern freite vielmehr ein reiches Bürgermädchen, welches ihm auch die Hand reichte. — Die Hochzeit fand kürzlich unter großem Gepränge statt, und man merkte kaum, daß an der Kirchenpforte ein Detektive postirt war, welcher mit Argusaugen die gaffende Menge bewachte, und sich erst dann entfernte, als auch die zahlreichen Wagen mit den Hochzeitsgästen abfuhren. — Dem Bräutigam war nämlich mitgetheilt worden, daß seine verlassene Geliebte beabsichtige die Trauung durch ihr Erscheinen in skandalöser Weise zu unterbrechen, was ihn daher veranlaßte, polizeiliche Assistenz zu requiriren. Doch auch das betrogene Mädchen hatte die gelegte Schlinge gewittert, gab den gefaßten Plan auf, und macht nun dafür ihre Rechte um so energischer beim Bezirksgericht geltend.

* (**Amts-Suspendirung.**) Aus Linz wird gemeldet, daß der Beamte L... der dortigen Hauptagentie der [illegible] Gesellschaft sich bei der Kassegebahrung [illegible] zu Schulden kommen ließ, in Folge deren er vom Amte suspendirt und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde. Der Buchhalter der [illegible] Kunstmühlen-Fabriksinhaber Gebrüder [illegible], welche durch das Gebaren L.'s besonders zu Schaden gekommen sein sollen, hat diese Unregelmäßigkeiten auch entdeckt und selbe zur Kenntniß der [illegible] gebracht. In Folge dessen hat L. mittelst [illegible] sich zu entleiben versucht, wurde jedoch noch rechtzeitig gerettet.

* (**[illegible]-Vergiftung.**) Die zweijährige [illegible], Tochter des in der Leopoldstadt untere [illegible] Nr. 42 wohnhaften Schlossergehilfen [illegible], trank vorgestern Abends eine Quantität Laugenessenz, und zog sich hiedurch gefährliche innere Verletzungen zu.

* (**[illegible]sinn.**) Der pensionirte Inspektor der Theißbahn [illegible] Sch. kaufte sich vorgestern einen Revolver [illegible], um sich zu erschießen. Das Polizei-[illegible] [illegible], das von dem Vorhaben des [illegible] Kenntniß erlangte, konnte noch rechtzeitig die [illegible] des Selbstmordes verhindern. Sch., dessen [illegible] zerrüttet befunden wurde, ist auf das Beobachtungszimmer des allgemeinen Krankenhauses gebracht worden.

* (**[illegible] Einbrecher.**) Zwei anständig gekleidete [illegible] diese Tage die Wohnung der [illegible] im Bezirke Neubau, [illegible]gasse Nr. [illegible] [illegible] auf, sprengten einen Kasten [illegible] und die [illegible] im [illegible]. Im selben Augenblicke, als die Einbrecher sich aus dem Staube machen wollten, wurden sie [illegible] unter [illegible] des [illegible] Hauses [illegible].

* (**[illegible] lebensüberdrüssiger [illegible].**) Am [illegible] Abends [illegible] aus Württemberg gebürtige [illegible] Johann E. in der [illegible] auf das Geleise der Nordwestbahn, um sich [illegible] zu lassen. Eine herankommende Lokomotive erfaßte den jungen Mann an der Hand und schnitt ihm dieselbe, wie bereits [illegible], bis zum Knöchel durch. Der Lebensüberdrüssige wurde [illegible] ins Spital der barmherzigen Brüder gebracht, wo ihm der Arm, da mittlerweile der Brand eingetreten war, bis zum Ellbogengelenke amputirt werden [illegible]. Vorgestern wurde nun vom hiesigen Sicherheitsbureau [illegible] festgestellt, daß E. am 17. v. M. aus [illegible] in Württemberg nach Veruntreuung eines [illegible] von einigen hundert Mark zum Nachtheile [illegible] Rentamtes flüchtig geworden ist und aus Gram über den begangenen Fehltritt sich tödten wollte. Das Befinden des Verwundeten ist ein den Umständen angemessenes und sobald es der Zustand zulassen wird, wird E. ins Inquisitenspital des Landesgerichtes übertragen werden.

* (**Selbstmörder.**) In einem Hotel der inneren Stadt hat sich vorgestern Nachmittags ein Bedienter mittelst eines [illegible]messers den Kehlkopf durchschnitten und ist nach [illegible] Zeit an den Folgen dieser Verletzung gestorben. Der Selbstmörder, welcher seinem Dienstgeber einige Silbergeräthschaften entwendet hatte und im Verdachte stand, einen ähnlichen Diebstahl in einem Herrschaftshause ausgeführt zu haben, sollte deshalb in Untersuchungshaft genommen werden. In dem Augenblicke jedoch, als ein Organ der Polizeidirektion im Zimmer erschien, führte der Unglückliche die That aus. Die Leiche des Selbstmörders wurde im Laufe der Nacht in die Todtenkammer des allgemeinen Krankenhauses gebracht. — Der Graveur Rudolf Heinze, Josefstadt, Albertgasse Nr. 17 wohnhaft gewesen, entfernte sich am 29. v. M. vom Hause, ohne seither wieder zurückzukehren. Vor einigen Tagen zog man nun, wie man der hiesigen Polizeidirektion mittheilt, den Rock und den Hut des Vermißten aus dem Moldauflusse. Es unterliegt somit keinem Zweifel, daß Heinze einen Selbstmord ausgeführt habe. Der Bedauernswerthe war ein gebürtiger Dresdner und 23 Jahre alt. — In einer Au im Prater jagte sich vorgestern Abends der im Bezirke Wieden wohnhaft gewesene Bauunternehmer Karl G. aus einer Pistole eine Kugel in die Brust und blieb auf der Stelle todt. In einem zurückgelassenen Schreiben stellt G. das Ersuchen, aus Rücksicht für seine Familie seinen vollen Namen nicht in den Journalen zu veröffentlichen. Lebensüberdruß bezeichnet er als Motiv der That. Die Leiche wurde in die Todtenkammer des allgemeinen Krankenhauses gebracht.

* (**In Schwender's Kolosseum**) findet heute eine große Künstler-Vorstellung mit wechselvollem, interessanten Programm statt. Diese Künstler-Vorstellungen werden in dieser Saison nur noch Freitag, Samstag und Sonntag fortgesetzt und erreichen am letztgenannten Tage, an welchem gleichzeitig der alljährlich wiederkehrende beliebte Wiener Tänzer-Kongreß abgehalten wird, wegen Vorbereitungen zur bevorstehenden Karnevals-Saison ihr Ende.

Telegramme.

Privattelegramme des „N. Wr. Tagblatt".

Berlin, 13. Dezember. Moltke, hohen Orts zu einem Gutachten aufgefordert, erklärte, militärisch sei der russisch-türkische Krieg für Rußland „eine große und schwierige Affaire". Zum Beweis führte er die Ereignisse von 1828 an, wo die Janitscharen vernichtet und die türkische Flotte zerstört wurden und dennoch 40,000 Türken 120,000 Russen Stand hielten. Der bevorstehende Krieg werde, glaube er, lang und mühsam für die Soldaten und resultatlos für die Führer sein.

Breslau, 13. Dezember. Wie Petersburger Nachrichten melden, wird in den dortigen Arsenalen auch bei Nacht gearbeitet. Es zeigt sich ein großer Mangel an Kriegsvorräthen. Die Mobilisirung der sechs Armeekorps unter Großfürst Nikolai Nikolajewitsch hat 200 Millionen Rubel verschlungen. Es sollen riesige Unterschleife vorgekommen sein. Eine Ordre an die Bahnverwaltungen verfügt, daß kein Bahnbeamter sich von seinem Posten entfernen darf; Zuwiderhandelnde werden vor ein Kriegsgericht gestellt.

Belgrad, 13. Dezember. Marinovic und der russische Generalkonsul Karzoff sind heute hier eingetroffen. Gestern langte von Bukarest der russische Generalkonsul in Ragusa, Jonin hier an. Derselbe begibt sich nächster Tage nach Cettinje.

Petersburg, 13. Dezember. Die Eisenbahn Orel-Griazy zeigt amtlich an, daß sie in Anbetracht dessen, daß die Truppentransporte am 16. d. noch stärker sein werden, an diesem Tage auch die Postzüge einstellen müsse, so daß kein einziger Personenzug verkehren wird. (Diese Bahn liegt tief im Innern Rußlands, im Militärbezirke Moskau, und es beweist also die Maßregel erstens, daß die Mobilisirung sich nicht auf die Militärbezirke Kiew, Charkow und Odessa allein erstreckt und zweitens, daß die Truppentransporte noch immer fortdauern.)

London, 13. Dezember. Die antitürkische Nationalkonferenz hat bereits eine Gegenströmung hervorgerufen, an welcher nicht minder illustre Namen, als die der Mitglieder der Nationalkonferenz betheiligt sind. Die Regierung begünstigt die neue Agitation und hinter der Subskription für die türkischen Soldaten verbirgt sich eine Sammlung zur Unterstützung der Pforte.

Ragusa, 13. Dezember. Die Demarkations-Kommission ist gestern Abends nach Spalato abgereist, woselbst Delegirte des Despotovics wegen der Demarkations-Bestimmung eintreffen werden.

Die Türken erhielten die Erlaubniß, auf dem Dampfer „Taif" 600 dienstunfähige Soldaten in Klek einzuschiffen.

Berlin, 13. Dezember. Der Reichstag lehnte mit 201 gegen 116 Stimmen nach längerer Debatte den Antrag Windthorst auf Verschiebung des Termins zur Aufhebung der Eisenzölle bis Neujahr 1879, ab. Im Verlaufe der Debatte hatte Minister Camphausen die Reichstagsmitglieder ersucht, einfach nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen, damit die Reichsregierung eine Richtschnur erhalte.

Paris, 13. Dezember. Die „Agence Havas" meldet telegraphisch von Konstantinopel, daß die Konferenz einig zu sein scheint, einen christlichen Gouverneur für Bosnien zuzugestehen. — Die Konferenz beschäftigte sich in ihrer ersten Versammlung mit Bosnien, gelangte jedoch zu keinem Beschlusse, weil der österreichische und deutsche Bevollmächtigte das Verlangen stellten, vorher ihren Regierungen zu referiren.

London, 13. Dezember. Gestern fand unter dem Vorsitze des Prinzen von Wales eine offizielle Versammlung statt, in welcher über die englische Polarexpedition Bericht erstattet wurde. Dr. Petermann wohnte der Versammlung bei. Wie verlautet, steht eine neue englische Polar-Expedition im Sinne Petermann's im Frühjahre 1877 in Aussicht.

Nach Schluß des Blattes eingelangt.

Paris, 13. Dezember. Fast alle Journale zollen der Ernennung Simon's und Martel's Beifall.

Die gemäßigte Linke billigte in einer Versammlung einstimmig diese Ernennungen, nur die Gruppe der Gambettisten beobachtet eine reservirte Haltung. Letztere wird, wie gerüchtweise verlautet, morgen in dieser Angelegenheit interpelliren, wenn das Ministerium nicht prinzipielle Erklärungen abgibt.

Wie versichert wird, soll Martel wegen Krankheit das Portefeuille des Justizministeriums nicht annehmen.

Nachtrag.

Den gestern Nachmittags in gewissen hiesigen diplomatischen Kreisen eingelangten telegraphischen Nachrichten aus Konstantinopel zufolge, soll sich Lord Salisbury mit General Ignatieff in allen Punkten verständigt haben. Dabei wird ausdrücklich hervorgehoben, daß nicht Rußland es ist, welches die meisten Konzessionen dem gegnerischen Standpunkte gemacht habe; vielmehr herrsche die Gewißheit vor, daß das englische Kabinet die wesentlichsten Punkte seiner orientalischen Politik, wie sie Disraeli bis jetzt öffentlich vertrat, fallen gelassen habe. In türkischen Kreisen machte diese Schwenkung Englands den peinlichsten Eindruck. Die Pforte fühlt die steigenden Schwierigkeiten ihrer Lage nur zu sehr. Innerhalb des ottomanischen Kabinets bestehen zwei Parteien, von denen die eine für eine weitgehende Nachgiebigkeit plaidirt, während die andere ihrer Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß die Pforte nach wie vor auf dem alten Standpunkt beharren müsse. Der Sultan soll sich noch nicht ausgesprochen haben. Sollte er sich für die Ansichten der ersteren Partei, an dessen Spitze Mithad Pascha steht, entscheiden, dann dürfte der Großvezier aus dem Ministerium austreten und Mithad Pascha das große Staatssiegel übernehmen.

Eine gleiche Gewißheit aber über ein angeblich zwischen Rußland und England hergestelltes Einverständniß herrscht nicht überall vor. Ein anderer hiesiger Korrespondent übersendet uns folgende Bemerkungen: Was die Vorschläge anbelangt, mit welchen General Ignatieff vorläufig bezüglich der Serbien und Montenegro zu machenden Zugeständnisse hervorgetreten, so handelt es sich eben nur um Fragen, über welche, abgesehen davon, daß sie im Vergleiche zu den Hauptstreitpunkten untergeordneter Natur sind, andere Konferenztheilnehmer sich nicht äußern konnten, da sie dieselben ihren Instruktionen gemäß nur zur Berichterstattung an die Kabinete entgegennehmen konnten. Den Prüfstein, ob eine Verständigung möglich sei, wird erst die Frage der Garantien für die Reformen abgeben. Wie es heißt, soll Lord Salisbury auf den zu gewärtigenden Okkupationsvorschlag, den General Ignatieff stellen wird, einen Gegenvorschlag zu produziren beabsichtigen, der darauf hinausliefe, eine wirkliche Besetzung der türkischen Provinzen überflüssig zu machen und der sich darauf beschränken würde, Europa das Recht bewaffneten Einschreitens zu wahren, falls die Pforte die Reformen nicht durchführen oder sich unfähig erweisen sollte, sie durchzuführen.

Theater und Kunst.

* Wie scharf sich auch das Urtheil über Gerzi's „Nero" gestalten mag und muß, erfreulich [illegible] es immer, wenn die Tragödie, als solche, in den Zeiten fast ausschließlicher Lustspiellust doch noch auf ein empfängliches Publikum trifft. Und so übt auch der Kritiker, nachdem er gestern unverholen seine Meinung über das Stück gesagt, heute eine angenehme Pflicht, wenn er konstatirt, daß das Publikum der zweiten Vorstellung, die einzelnen Schönheiten des Werkes würdigend und durch die interessante Darstellung in lebhafter Angeregtheit erhalten, sich sehr beifallserbötig zeigte und den Dichter nach den letzten drei Akten an die zehn Male rief.

* Im Theater an der Wien wird als nächste Novität Sardou-Offenbach's große Ausstattungs-Feerie „König Carotte" vorbereitet und ist die erste Aufführung dieses Stückes, in welchem sämmtliche erste Kräfte dieser Bühne beschäftigt sind, für Samstag den 23. d. in Aussicht genommen.

* In der Komischen Oper findet heute eine Wiederholung des „Postillon von Lonjumeau" statt, in welcher Oper Herr Sontheim sein Gastspiel als Chapelou fortsetzt und Frl. Charles Hirsch die [illegible] der Madelaine singt.

Nr 285. Kraków, 14 Grudnia — Czwartek. Rok 1876.

CZAS

Kraków 13 grudnia.

Podczas ogólnych rozpraw budżetowych, p. Dunajewski dotknął rażącej nieprawidłowości, że sesya Rady państwa trwa od lat trzech, a natomiast sejmy krajowe zwoływane bywają na krótkie termina, jakby tylko dla dopełnienia formalności.

I dziś przychodzi nam postawić pytanie: kiedy zostanie zwołanym sejm galicyjski? Czy kraj oczekiwać ma jeszcze do wiosny zgromadzenia nowej reprezentacyi? Pytanie to ze wszech miar jest wysokiej dla kraju ważności, a może i nie bez znaczenia dla interesów monarchii. Pomijamy tym razem wzgląd na ogrom zadań ustawodawczych, których podjęciu i załatwieniu stawało na przeszkodzie tendencyjne ograniczanie nie tylko kompetencyi, ale, co ważniejsza, czasu obrad. Myśl reformy organicznej coraz bardziej w Galicyi dojrzewa w miarę, jak stosunki wewnętrzne tego kraju ulegają rozkładowi i wpadają w anarchię. Nie o walkę konstytucyjną nam chodzić tu będzie, ale o kwestye żywotne, o przywrócenie ładu, o zapewnienie powagi dla władzy i zgodne dostrojenie jej organów z organami autonomicznemi. Na co nie znaleziono w Radzie państwa lekarstwa, na chorobę administracyjną, my najcięższą dotknięci niemocą gotowiśmy wskazać lekarstwo nie uniwersalne, ale lokalne, według własnych potrzeb i warunków społecznych.

Są i inne naglące potrzeby, które świeżo w *Przeglądzie Polskim* nazwano słusznie kwestyą wiejską, a do których zbadania mnożą się gruntowne studya.

Lecz obok niebezpieczeństw społecznych płynących z tych skomplikowanych chorób, jest inny, polityczny wzgląd, który dziś wskazać powinien rządowi austryackiemu potrzebę śpiesznego zwołania sejmu i ułatwienia mu prac.

Potrzeba, aby Galicya mogła powiedzieć, że położenie jej nie jest tylko pozornie korzystniejszem, niż położenie innych dzielnic narodu; aby jej w danej chwili nie zarzucono, że wszystkie jej zachody, jej szczera dla monarchii powolność, gotowość do ofiar i usług zostały bezowocne; aby jej niezarzucono, że swobody konstytucyjne jakich używa były raczej szkodliwego wpływu, że zgoła na tej drodze pozornej wolności i połowicznej autonomii doszła do podobnego upadku nędzy i rozkładu, co inne części narodu pod uciskiem i prześladowaniem. Potrzeba w obecnej chwili bardziej niż kiedykolwiek, aby Galicya na podobne pokusy, zkądkolwiekby się one objawiły, mogła wskazać, jeśli jeszcze nie rezultaty, to przynajmniej rozpoczęte a nie tamowane usiłowania i prace ku wzmocnieniu budowy społecznej i uporządkowania wewnętrznych stosunków.

Sejm w nowym składzie uległ tak ważnej i korzystnej zmianie, że lubo zakres niezmieniony, wpływ jego w kraju stanie się niewątpliwie o wiele donioślejszym. Dopokąd w sejmie przychodziło staczać walkę z żywiołami antinarodowemi był on, że tak powiemy głównym posterunkiem broniącym interesów krajowych i narodowych wewnątrz i zewnątrz. Skoro jednak zastęp nieprzyjaciół państwa, społeczności i narodu nagle zmalał po wyborach, sejm galicyjski staje się tem więcej jedyną reprezentacyą polską, organem polityki narodowej lubo w granicach prowincyonalnych i na podstawie legalnego stanowiska w monarchii.

Kto wie, czy taka reprezentacya i ten organ w danej chwili nie mógłby się stać ważnym i korzystnym czynnikiem dla ogólnych interesów politycznych monarchii. Głos sejmu galicyjskiego wypowiadający tę wierność kraju dla monarchii, którą tylogrotnie już zatwierdził miałby w obecnych stosunkach dalej sięgające znaczenie niż kiedykolwiek. Kiedy inne sejmy słowiańskie milczą lub ponawiają akta zasadniczej opozycyi, kiedy Rada państwa i sejm węgierski idą na wyścigi w kompromitowaniu powagi monarchii— jeden tylko sejm galicyjski gotów zawsze złożyć akt szczerego poparcia zbiorowych interesów rzeszy rakuskiej, jej potęgi zewnętrznej i jej nietykalności.

Sądzimy, że głos podobny nie mógłby być obojętnym dla Austryi w obecnej zwłaszcza chwili, skoro nawet Rosya, która z całą usilnością dążyła do zatarcia imienia polskiego, podsuwa dziś adresa lojalności i przyjmuje je choć podawane w imię wstrętnych jej Polaków, których istnieniu zaprzecza.

Dla nas spieszne zwołanie sejmu okrom względów praktycznych, ustawodawczych, tak żywotnych i naglących, jest jeszcze pożądańszem ze względów na rękojmię moralną. Tak jest, sejm galicyjski to jedyna legalna reprezentacya polska. Nie będzie on przekraczał granic swych atrybucyj, ale on jeden może utwierdzić ten kierunek rozważny, który odejmuje wszelkie znaczenie osobistym projektom, czy też znów osobistym deklaracyom i zaprzeczeniom. Świadomi, że system prowokacyi z obcych i nienawistnych wychodzący źródeł, czycha tylko na sposobność, aby pokątną rozpocząć agitacyą lub głośne wywoływać objawy przeciwne godności narodowej — domagamy się spiesznego zwołania sejmu galicyjskiego, jako tarczy i rękojmi przeciw tym wrogim dążnościom.

KORESPONDENCYA „CZASU".

Wiedeń 11 grudnia.

(*R*) Zbiera się, zbierze się konferencya, lub konferencya wstępna — ileż to razy słyszeliśmy lub czytaliśmy te wyrazy od chwili zawarcia zawieszenia broni. Od tego czasu upłynęło prawie 6 tygodni, za trzy tygodnie kończy się zawieszenie broni — a dotąd jeszcze nie zebrała się konferencya w Stambule. Jeżeli przygotowania do konferencyi wymagały tyle zachodów i korowodów, to ileż czasu wymaga dopiero sama konferencya, jeśli ma dopiąć celu jakiegoś! Być nawet może, że nastąpi przedłużenie zawieszenia broni, aby dać czas potrzebny konferencyi, a raczej armii rosyjskiej. Aż do ostatniej chwili, tj. aż do wybuchu wojny turecko-rosyjskiej optymiści chwytać się będą każdego włoska, aby dowieść, że pokój będzie ocalonym. Co do nas, trzymając się loiki faktów i prawideł zdrowego rozsądku politycznego, dopóty wierzyć będziemy w wojnę, dopóki nie zobaczymy instrumentu pokojowego — czarno na białem. Rosya musi uzyskać pozwolenie do okupacyi, albo torować sobie sama drogę do okupacyi, jeżeli nie chce ponieść najdotkliwszej klęski moralnej, połączonej z utratą całego uroku w Słowiańszczyznie. Ale zawsze — jak o tem świadczą dzieje — przed wybuchem każdej wojny nie brakło zapewnień, że wojny nie będzie. Zapisać warto, że w chwili, kiedy urządzają *hausse* pokojową, wojskowi rosyjscy układają z rządem rumuńskim warunki przewozu armii rosyjskiej przez Rumunię, a Turcya oznajmiła gabinetowi rumuńskiemu, iż ujrzy się zmuszoną przekroczyć Dunaj w kilku miejscach.

Zdawało się, że projekt odesłania kwestyi bankowej na drogę parlamentarną najlepiej dogodzi wszystkim stronom. Z Pesztu atoli oświadczają się przeciw temu projektowi, a zdaje się, że i w tutejszych kołach rządowych nie są zachwyceni projektem wyboru deputacyj regnikolarnych. Wskazują głównie na trudności załatwiania kwestyj tak zawiłych w większem gronie osobistości parlamentarnych. Z drugiej strony nawet i w Peszcie przyznać muszą, że w razie wybuchu wojny turecko-rosyjskiej najprawdopodobniej nastąpi jakieś prowizoryum w sprawie ugodowej, aby módz skupić się na zewnątrz w chwili tak stanowczej dla monarchii

Wiedeń 11 grudnia.

(n.) Wspólny minister skarbu bar. Hofmann powrócił dziś z Pesztu. Trudności, jakie napotykało rozwiązanie sprawy bankowej nie zmieniły się bynajmniej tak co do wielkości, jak i do siły swojej. Wprawdzie stosunki osobiste między ministrami wyjaśniły się, ale dotąd jeszcze oba rządy stoją na stanowiskach wprost przeciwnych, i nie ma najmniejszej nadziei, aby jakiekolwiek porozumienie było możebnem.

W sytuacyi zewnętrznej nadzieje pokojowe wzmacniają się z dniem każdym. Stoją one dziś na równej szali z obawami wojny. Zebranie się konferencyi w Konstantynopolu uważają za oznakę szczególnie pokojową. Wstępne narady pojedyńczych członków konferencyi dają nadzieję możliwości jakiegoś porozumienia i dla tego starają się te widoki lepszej przyszłości przedłużać przez wstępne konferencye, ma się rozumieć z wykluczeniem Porty. Okazało się zwłaszcza, że Rosya nie pragnie z okupacyi uczynić warunku *sine qua non*, skłonną jest do przyjęcia innego sposobu rozwiązania sprawy reform i nie chce robić żadnych trudności jeśli pojawią się odpowiednie wnioski.

Z Rzymu nadeszła tu prywatna wiadomość, że minister spraw zewnętrznych Melegari został rażony apopleksyą, lecz teraz znajduje się już na drodze polepszenia.

Donoszą także, że angielskie towarzystwo zniesienia niewolnictwa przesłało do wszystkich mocarstw prośbę, aby konferencya Stambulska wzięła pod obrady sprawę zniesienia handlu niewolnikami w Turcyi. Wiadomość tę mogę o tyle uzupełnić, że lord Derby nie przyjął deputacyi tego stowarzyszenia, tłómacząc się, że wprawdzie co do osobistych sympatyi stoi po stronie towarzystwa, i skłonnym jest przyczynić się do jego celów humanitarnych, ale rząd angielski ma do tego powody, żeby konferencya zajmowała się tem tylko, co stanowi jej cel bezpośredni.

Z Belgradu donoszą, że Marinowicz, który jeździł w wiadomej misyi do Petersburga, otrzyma polecenie utworzenia nowego gabinetu.

Wiedeń 12 grudnia.

(n.) Zbliżenie między Anglią i Rosyą, o którem wam wczoraj donosiłem, potwierdza urzędowa depesza z Konstantynopola.

Równocześnie powątpiewają jednakże o urzędowym charakterze narad dyplomatycznych, twierdząc, że nie przyszło tam jeszcze do konferencyj przedwstępnych. Wszystko to są rzeczy drobiazgowe, główną bowiem rolę odgrywa nadzieja, że rozwiązanie sprawy rękojmi nastąpi na drodze pokojowej. Nie potrzebuję przestrzegać przed zbytecznem przecenianiem tego promyka nadziei. Co się tyczy naszej monarchii, to rozumie się samo przez się, że poświęca ona największą troskliwość, choćby bardziej jeszcze słabemu zarodkowi porozumienia i czyni wszystko, co może ochronić od komplikacyj wojennych.

Austro-Węgry nie przedsięwzięły dotąd żadnych najmniejszych nawet przygotowań wojennych, chociaż na południowej i wschodniej granicy monarchii wszystko jest pod bronią. To jedno byłoby już dowodem pokojowych zamiarów naszej monarchii. Zadanie naszego państwa ogranicza się tylko do ochrony własnych interesów i przestrzegania swego stanowiska. Dzisiaj już może nie potrzeba tej zasady powtarzać, gdyż jak już kilkakrotnie wspomniałem, widoki pokojowe znowu się ukazały. Zupełnie zbytecznem nie jest to jednakże, gdyż najprzód niebezpieczeństwo wojny wcale jeszcze nie minęło, — powtóre zachodzi ciekawe bardzo pytanie, jakiego rodzaju jest owo zbliżenie się, zachodzące obecnie w Konstantynopolu i jaką przybierze formę. Dla tego trzeba zwrócić uwagę na to, że aby Austro-Węgry były w stanie wypełnić zadanie powyższe, nie potrzebują przygotowań wojennych, gdyż siła normalna monarchii wystarczy do osiągnięcia tego celu, nawet wtenczas, gdyby tok wypadków nakazywał jej w obronie własnych interesów przystąpić do zajęcia pojedyńczych części państwa tureckiego. Chwila ta jest w każdym razie daleką i nic nie upoważnia do przypuszczenia że w ogóle przyjdzie; jeśliby zaś przyszła, Austrya nie uzbrojona, jest jednak dostatecznie przygotowaną na to, co zrobić zamierza.

Ks Wrede jest już prawdopodobnie w tej chwili w Belgradzie i zażądał już urzędownie od rządu serbskiego formalnego zadosyćuczynienia w sprawie parowca „Radecki". Mogę was stanowczo zapewnić, iż otrzymał on takie polecenie.

Wiedeń 12 grudnia.

(217 posiedzenie Izby deputowanych).

Prezes Rechbauer zagaja posiedzenie o godzinie 11ej min. 20. Udział deputowanych z początku bardzo nieliczny, z członków rządu także tylko pp. Stremayr i Unger są obecni, w ogóle ławy ministeryalne przez cały czas posiedzenia świecą pustkami. Publiczności bardzo mało.

Nowowybrany z większych posiadłości ziemskich w Bocheńskiem p. Konopka składa przyrzeczenie poselskie.

Między petycyami jest z Galicyi petycya kasy Zaliczkowej w Złoczowie o wsunięcie nowego § 8go do projektu ustawy o opodatkowaniu spółek zarobkowych.

Na porządku dziennym dalszy ciąg obrad szczegółowych nad budżetem; mianowicie następuje rodział IX: „Ministerstwo oświecenia i spraw duchownych."

Do głosu zapisanych jest 7 mówców, między nimi p. Dr Czerkawski Euzebiusz, przemawia ich jednak więcej.

Sprawozdawca Wolfrum zagaja obrady nad *lit. A:* „Wydatki centralne," które w 8 tytułach stanowią razem wydatków nadzwyczajnych 1,188,700 złr., wyd. nadzw. 35,200 złr.

Tytuł 3 obejmuje akademie umiejętności, dla których przeznaczono w wyd. zw. 75,000 złr., w wyd. nadzw. zaś tylko dla matematyczno-przyrodniczego wydziału Akademii umiejętności w Wiedniu na druki 6,000 złr.

Rząd w tych 8 tytułach domagał się wszystkiego razem 1,235,862 złr.; komisya, zniżając tę kwotę do 1,223,900 złr., wnosi tem samem o przyzwolenie 33,282 więcej, niż przyzwolono na r. 1876.

W dziale dochodów na pokrycie tych 8 tytułów jest tylko 19,760 złr. dochodów zwyczajnych (rząd preliminował te dochody o 1 złr. wyżej). Mianowicie mają pewne dochody: Muzeum dla sztuki i przemysłu z zakładem doświadczalnym, centralna komisya i dyrekcya statystyki administracyjnej (1,500 złr. z rozsprzedaży dzieł statystycznych) i państwowy zakład geologiczny (2,660 złr. z swego laboratoryum).

Dep. Fux (z Morawy) nie zgadza się na wydany dawniej pochlebny sąd o ministerstwie oświecenia o tyle, że za mało się dzieje dla podźwignienia szkół ludowych; samo usunięcie wniosku Wildauera o nadzorze szkół w Tyrolu przeważa ze strony ujemnej niejednę dodatnią stronę zawiadowstwa spraw oświe-

---

Część literacko-artystyczna.

EPIZOD
z epoki sejmu austryackiego w Kromieryżu roku 1848—1849.

(Rokowania w interesie sprawy narodowej między księciem Adamem Czartoryskim a hrabią Adamem Potockim)

z zapisów Karola Forstera.— Berlin.

Co pierwej oddala się od teraźniejszości i przechodzi w dziedzinę historyi: wypadki czy ludzie? kiedy zasuwa się ta kurtyna, która oddziela pokolenia, epoki?

Niekiedy świeże przejścia wydają się być odległą już historyą, zwłaszcza jeźli jak w czasach dzisiejszych zasłonią nam je wielkich przemian i nagłych wstrząśnień całe, że tak powiemy barykady. Lecz znów, choć wypadki spieszą w jednym dziesiątku lat gwałtowniej, niż dawniej w ciągu wieku, jedne państwa się walą a nowe powstają potęgi, na jakich wzrost byłoby potrzeba długich epok — to czas idzie swym regularnym obiegiem i to, co miotało społecznością europejską przed ćwierć wiekiem, dziś jeszcze tkwi i rozwija się w walkach myśli i czynów. Rok 1848, choć nas od niego oddziela tyle przemian i faktów historycznego znaczenia, jest nader bliskim obecnej chwili, niepszeszedł on jeszcze w dziedzinę historyi, bo wszystkie zagadnienia, jakie poruszył i jakiemi roznamiętniał tkwią na dnie politycznych dążeń dnia dzisiejszego. Pod wielu względami jest to jakby hałaśliwa uwertura, w której melodyi nieuchwyci ucho, ale której motywa grają do dziś dnia w tej politycznej i socyalnej muzyce przyszłości, która huczy i bębni jak wagnerowska opera.

A ludzie publiczni, kiedy przechodzą do historyi? Śmierć sama choćby najznakomitszych nie jest jeszcze tą granicą między teraźniejszością a przeszłością, u nas zaś mniej, niż gdziekolwiek, bo my pogrobowy wiedziemy żywot i na grobach też najbujniej zwykł wzrastać ten posiew usiłowań, prac, dążeń i myśli, których siewcy za życia zaledwie kiełkowania dojrzeli.

Znany autor i tłumacz wielu publikacyi popularnych, przeważnie z zakresu ekonomii politycznej — pod koniec swego pracowitego zawodu zabrał się do zbierania szczegółów i dokumentów z działań politycznych, w jakie na emigracyi bywał wmięszany, bądź to jako uczestnik, bądź to jako pośrednik. Obecnie przenosi on nas do epoki 1848 i 1849 r. i na tym tle burzliwym, jakby z przelotnych błyskawic utkanym ukazuje nam dwie postacie posągowej miary, księcia Adama Czartoryskiego i hrabiego Adama Potockiego.

Samo zestawienie tych dwóch imion tak różnych, do innych pokoleń się zaliczających i odmienną też idących drogą, choć zawsze do jednego celu, budzi niezmierną ciekawość?

Nieraz nam się nasuwało pytanie, jaki mógł być stosunek między sędziwym dyplomatą, patryarchą emigracyjnym, a młodym i dzielnym rzecznikiem sprawy narodowej, przywódzcą każdej pracy, każdego usiłowania w kraju? O stary antagonizm rodowy nikt z najbardziej uprzedzonych niemógł podejrzywać tych dwóch mężów, bo życie obydwóch lubo w odmiennych kierunkach było ciągłem usiłowaniem zatarcia śladów historycznych grzechów możnowładztwa polskiego. Polityka hotelu Lambert miała niezaprzeczenie charakter familijny i to jedna z jej kardynalnych wad — ale książę Adam podobnie jak Adam Potocki nie kierował się nigdy osobistością, kiedy chodziło o sprawę.

Nie było przeto cienia antagonizmu, ale była zasadnicza sprzeczność w dwóch kierunkach, jakie ci dwaj patryoci reprezentowali, a którebyśmy nazwali odśrodkowym i dośrodkowym, bo pierwszy szuka wyjścia i ratunku w kombinacyach europejskich, a drugi punkt ciężkości starał się przenieść napowrót do kraju.

Musiała być przeto sprzeczność między tą polityką idealnego monarchizmu, idealnej dyplomacyi kołatającej do wszystkich gabinetów, zachaczającej o każde zawikłanie europejskie — a tem działaniem wewnętrznem, wyzyskiwania dla sprawy narodowej warunków danych, szukania realnych podstaw, naprawy stosunków społecznych, zgoła organicznej pracy, jakiej tak wytrwale przewodniczył Adam Potocki i bodaj pierwszy wytknął jej tory.

Z książki p. Forstera dowiadujemy się, że było usiłowanie porozumienia i wspólnego działania — lecz że te rokowania, którym autor między hotel Lambert a Krzeszowicami pośredniczył, rozbiły się, lecz nie o względy osobiste lub koteryjne, ale o różnice zasadnicze.

Pierwsze listy przytoczone autora odnoszą się do chwili, kiedy ś. p. Adam Potocki po przeniesieniu sejmu austryackiego z Wiednia do Kromieryża chwilowo wypoczywał w Krzeszowicach, a raczej nie tracąc ani jednego dnia bez podjęcia jakiegoś nowego zadania, wahał się, czy ma w nowych wyborach przyjąć mandat, do czego zachęcają go z Paryża za pośrednictwem p. Forstera.

Jak trzeźwym był pogląd na położenie rzeczy w Izbie ówczesnej tego młodego posła, który miał tyle materyałów na męża stanu, świadczą pytania, jakie on stawia w liście francuskim:

„Trudności nie zrażają mnie, bo wiem, że wielkość celu, jaki się ma osiągnąć, mierza się mozołą podjętej pracy, lecz są chwile, kiedy wszelkie wysilenia do niczego nie prowadzą. Czy obecne położenie nie jest tego rodzaju? Jakież ma zadanie sejm? połączenia w jednym punkcie interesów różnych prowincyj i wynalezienie możności zachowania ich praw w wspólnej konstytucyi... To poczucie jednak nie istnieje nigdzie; chodzi o zupełnie co innego; o prowadzenie dalej na nowej arenie starych walk, o parodyowanie w ślepej opozycyi działania i błędów rewolucyi francuskiej; a wreszcie w przeciwnym obozie o usługi i obronę systemu, który upadł, rządu, który skonał na starość i zgrzybiałość. Jeśli się zajmą tem, co powinno być jedynym przedmiotem rozpraw, to jest ułożeniem konstytucyi, to jedynie na to, aby przeprowadzać teorye najbardziej abstrukcyjne, zupełnie obce interesom kraju, a które przezywają *prawami człowieka.* Gdzie w takiem położeniu miejsce dla uczciwego człowieka? jakie może być jego działanie pomiędzy ślepą i niekonsekwentną opozycyą, większością serwilistyczną i ustępującą zawsze przed groźbą, a rządem dość słabym, aby chciał być fałszywym, a dość jeszcze silnym, aby być brutalnym."

Przytoczyliśmy ten ustęp, choć całość listów Adama Potockiego zasługiwałaby na szczegółową analizę, nietylko zastanawia bystrem przejrzeniem wypadków i ocenieniem sytuacyi ówczesnej, lecz mogłaby i dziś służyć naszym ludziom publicznym za wskazówkę, jak należy się zachować wobec walki stronnictw rakuskich. Położenie się zmieniło, lecz żywioły pozostały te same. I nieraz przychodzi powtórzyć pytanie Adama Potockiego: gdzie miejsce dla uczciwego człowieka? Po chwilowem wahaniu zwykł on był sobie odpowiadać: „na wyłomie, w obronie praw krajowych i szlachetnych zawsze dążeń."

To też dał on się skłonić do ponownego przyjęcia mandatu, wyjechał z początkiem grudnia do Kromieryża, gdzie tak świetną miał odegrać rolę. W około dwóch Potockich Adama i Alfreda, Zdzisława Zamoyskiego, Jerzego Lubomirskiego i Ant. Zyg. Helcla utworzyło się grono posłów polskich, którzy nie dali się pociągnąć jak inni galicyjscy reprezentanci skrajnej lewicy, a niemniej śmiało stawiali czoło reakcyi.

W Kromieryżu dopiero rozpoczęły się rokowania między wysłannikiem hotelu Lambert a przywódcą konserwatywnego stronnictwa polskiego na sejmie austryackim.

W ogłoszonym zbiorze listów nie podaje p. Forster propozycyi, jakie stawiał hotel Lambert, ale łatwo się domyślić, że chodziło tu przedewszystkiem o zjednanie poparcia moralnego i materyalnego tak wpływowej i gotowej do ofiar osobistości, jaką był Adam Potocki.

Na propozycye te Potocki odpowiedział postawiewieniem stanowczych warunków, a mianowicie:

1) Zmiana godła i cechy nadanych czynnościom agentów i wszystkich osób działających w imieniu i z ramienia Księcia.
2) Okazana tendencya i chęć oczywista przeniesienia ogniska głównego całego działania do kraju, co też by w krótce nastąpić musiało przez przyjazd księcia z Paryża do Galicyi, a przynajmniej zbliżenie się do kraju.
3) Wyjście ze stanowiska emigracyjnego, przeto rewulucyjnego i z zasady konspiracyjnego i przejście na pole rzeczywistego, dziś istniejącego kraju, z przyjęciem jego na teraz, jakim legalnie i w rzeczywistości jest.
4) Opuszczenie zupełne polityki osobistej.

Zaiste punkta te niepotrzebują objaśnienia, są one bowiem zupełnym programatem, którego konsekwencya, trafność i zdrowe zasady tem świetniej się przydstawiają po 27 latach.

Punkt 1 i 4 odnosi się do idei korony, która była jedną z iluzyj polityki emigracyjnej. Natomiast dwa środkowe ustępy: przeniesienie działania do kraju i wyjście ze stanowiska emigracyjnego były jakby przewidzeniem tego, co z natury rzeczy nastąpić wcześniej lub później musiało, ale co dokonane wówczas, byłoby nas uchroniło od niejednego zawodu, od wielu błędów i nieszczęsnych prób.

Dziś któżby się niezgodził na ten program i nieuznał, że to jedyna droga dla polityki narodowej — ale w r. 1848, kiedy Europa wrzała, kiedy wszczynała się wojna węgierska i włoska, a zapowiedź wyzwolenia narodów była na porządku dziennym i kiedy Rzeczpospolita francuska nie dzisiejsza upokorzona i złamana, zdawała się zapowiadać zmianę porządku europejskiego, kiedy tyle było jeszcze złudzeń dokoła; w ten czas warunki te niedziw, że wydały się w hotelu Lambert twarde, niemożliwe.

Adam Potocki, który sobie obrał za godło „żyć w kraju" — zrozumiał, że polityka emigracyjna jest z natury rzeczy konspiracyjną i rewolucyjną, choćby była monarchiczną i arystokratyczną. Nietylko zaś negatywne stawiał warunki, dodatni program przeniesienia punktu ciężkości do kraju i przyjęcia jego realnych stosunków rozwijał w następnych listach. Nie dyplomacyą zagraniczną, ale zadania społeczne wskazywał jako środek podźwignienia. Już wówczas dążył on do oparcia sprawy polskiej o monarchię austryacką, choć następnie miał jeszcze być wtrąconym do więzienia austryackiego. Potępia on nadto udział ochotników polskich w wojnie węgierskiej i włoskiej przeciw Austryi prowadzonych. Ocenia już wówczas błędne sympatye madjaromanów, którzy wspierają zaciętych wrogów słowian, kiedy właśnie dążyćby należało do zjednoczenia słowian pod egidą monarchii habsburskiej. Zgoła poglądy Potockiego wypowiedziane w r. 1848 po wielu latach się drogowskazami polityki kraju, a i dziś wystarczają jako punkta wytyczne.

Ciekawe są odpowiedzi, jakie p. Forster otrzymał w hotelu Lambert na warunki Adama Potockiego, oraz cały protokół spisany urzędownie z narad mianych w tym przedmiocie z jenerałem Władysławem Zamoyskim.

Polityka emigracyjna niemogła zdecydować się na opuszczenie drogi idealnej i błędnej, jaką obrała. Postać samego księcia Adama Czartoryskiego niewystępuje tu bezpośrednio. Natomiast odpowiedzi jła Zamoyskiego mają cechę złudzeń, których jednak nie należało wydawcy listów przypisywać niegodnym pobudkom.

Wiadomo nam, że zerwanie układów nie zachwiało wzajemnego szacunku a nawet osobistej przyjaźni, jaka łączyła ś. p. Adama Potockiego z jenerałem Zamoyskim do końca. Co więcej, po latach piętnastu od tej korespondencyi, po strasznej katastrofie 1863 r. jenerał Zamoyski przybył jakby na pożegnanie do kraju, na parę miesięcy przed zgonem i wtedy to w poufnych pogadankach w Krzeszowicach, z boleścią i żalem wspominał dawne układy, przyznając słuszność warunkom, jakie stawiał niegdyś Adam Potocki.

Pojmujemy pokusę, jakiej uległ sędziwy wydawca, ogłaszając drukiem poufne listy i dokumenta, które rzucają światło na wypadki i ludzi publicznych. Kto wie jednak, czy to jeszcze nieprzedwcześnie, bo należy zachować ostrożność nawet wobec zmarłych. Sama śmierć nieuprawnia jeszcze do złamania pieczęci z tajemnic ludzi, choćby ich dążeniem była walka przeciw tajemniczemu, konspiracyjnemu działaniu. Patryotyzm jawny, który legalnie, na realnych podstawach ciągle zatwierdza prawa narodowe bywa często więcej kompromitującym niż ukryte działanie.

cenia i wychowania publicznego. Dla szkół ludowych koniecznie więcej dziać się powinno. Niepotrzebny jest n. p. fakultet medyczny w Insbruku, gdyż ma razem tylko 44 uczniów, a kosztuje rocznie około 68,500 złr., za które lepiejby było pootwierać zamknięte szkoły ludowe, przedewszystkiem w Galicyi, gdzie jest ich zamkniętych 187, co znaczy, że 22,000 przyszłych obywateli państwa wzrasta bez oświaty. Niewiem, czyja w tem wina, czy ministra, czy galicyjskiej Rady szkolnej, czy też ustawodawstwa tamtejszego, ale *wen es angeht, der kratze sich*. Tyle jest rzeczą pewną, że młodzież ta potrzebuje oświaty tak, jak światła i powietrza i że z tej zaniedbanej młodzieży także powinni wyróść dobrzy Austryacy. Nie od jednego fakultetu zawisło stanowisko państwa jako mocarstwa, lecz na oświacie ludowej polega potęga duchowa Austryi. Mówca przechodzi do spraw duchownych i kościelnych i bardzo niezadowolony z tego, że Austrya, gdy była pora po temu, nie szła z państwem sąsiedniem ręka w rękę co do ustawodawstwa kościelno-politycznego; te zaś ustawy, które rzeczywiście wydano, są niczem więcej, jak pełnomocnictwem złożonem w ręce rządu bez wszelkiej skuteczności. Mówca zwraca się przeciw fakultetowi teologicznemu w Insbruku dla tego, że katedry są w ręku Jezuitów, a ubolewa nad nieliczną frekwencyą tych seminaryów duchownych, z których wychodzą kapłani niezarażeni duchem jezuityzmu, kapłani prawdziwego pokoju. Ten sam minister, który zapalił nową pochodnią światła na dalekim Wschodzie, w Czerniowcach, ten sam minister, który dawniej zwalczał niebezpieczny dla państwa dogmat, podtrzymuje w Insbruku szkołę wyznaniowo-wojenną. Minister chce nam oszczędzić „walki w imię kultury“, ale my jej nie zaprzestaniemy, bo na oświacie prawdziwej polega wolność, dodająca otuchy także w niedoli materyalnej, tak że rzec można, iż lud duchowo wolny łatwiej też przebędzie przesilenia ekonomiczne.

Dep. Russ dla nacechowania stanowiska stronnictwa centralistycznego względem rządu, zwraca się przeciw dep. Dunajewskiemu, który w obradach ogólnych, jak utrzymuje mowca, wspominał o rozstrzeleniu się partyi rządowej. Mowca twierdzi, że nigdy wprawdzie lewica nie stanowiła partyi helotów rządowych, ale w popieraniu celów rządowych panuje w partyi tej solidarność, równie jak między nią a rządem co do ostatecznych celów jest jedność, a tylko co do metody i pośpiechu w przeprowadzaniu celów zachodzą między rządem a partyą rządową różnice. Mowca po wygłoszeniu niezmiernie długiego szeregu czczych frazesów o potrzebie podjęcia na nowo „walki w imię kultury“, którą to potrzebę wykazuje na szeregu faktów o obsadzaniu wakujących posad duchownych, o usunięciu wniosku Wildanera itp., utrzymuje, że też nie można jeszcze uważać ustawodawstwa kościelno-politycznego za ukończone i wnosi rezolucyę następującą:

„Wzywa się rząd, aby w ciągu tej jeszcze sesyi wniósł do Izby projekty ustaw o uregulowaniu patronatu, o zawiadowaniu majątkiem kościelnym i o tworzeniu gmin kościelnych“.

Mowca nakoniec zwraca się do ministra oświecenia i spraw duchownych osobiście: Nie ukrywaj się, Ekscelencyo, po za formułkami — odsłoń przyłbicę, walcz jawnie, a nie dwuznacznie w celu odzyskania świetności przyćmionej twojego dostojnego stanowiska itd. Oto próbka frazeologii, którą odznaczała się mowa p. Russa.

Rezolucyę powyższą uchwalono głosami lewicy i środka przeciw głosom prawicy.

Z następnych mówców dep. Beer wytykał niedostatki w nadzorze szkolnym, który nie jest zorganizowany odpowiednio doniosłemu celowi swemu, a mimo swych niedostatków jest zbyt kosztowny. Deputowany Dr Czerkawski Euzebiusz po zręcznej polemice z Fuxem i Russem przechodzi także do sprawy nadzoru szkolnego, użala się mianowicie, że sankcyonowa ustawa Sejmu galicyjskiego o inspektorach szkolnych, pierwsza tego rodzaju ustawa w Austryi, będąca prawdziwą chlubą Sejmu, dotychczas z największą dla kraju szkodą nie jest wykonana, a to pod tym pretekstem nic nie znaczącym, że właśnie takiej ustawy nie mają jeszcze inne kraje koronne, Galicya przeto z zastosowaniem swojej ustawy czekać powina. Krótko się zatrzymuję przy przemówieniu tem, bo podacie je w całości.

Dep. Kusy: Po karze śmierci dwuwiekowej, na którą lud nasz był skazany, kwestya wychowania i oświaty publicznej jest dla nas kwestyą żywotną. Mimo to rząd zdaje się popierać „cywilizacyjne“ dążności grabarzy, którzyby nas żywcem znów pochować chcieli. Nieboszczyk Franciszek Palacki w liście swym do parlamentu frankfurckiego wykazał, że kwestya egzystencyi Czech jest niezbędnym warunkiem stanowiska Austryi jako mocarstwa, a kwestya tej egzystencyi polega znów na humanitaryzmie. Wogóle nietylko Czechów, lecz i Polaków, Morawian i innych Słowian egzystencya związana jest z egzystencyą Austryi, ale nawzajem też egzystencya Austryi zawisła od kwestyi bytu jej ludności słowiańskich. W r. 1855 słynna proklamacya rządu pruskiego „do przesławnego narodu czeskiego“ dała temu narodowi sposobność do świetnego uwydatnienia swej wierności, a po ugodzie zawartej z Madiarami zepchnięto ten sam naród na ubocze; zrobiono z niego kowadło, na którem kuje kto chce i ile mu sił starczy. Mówca przechodzi do upośledzenia, jakiego doznaje naród czesko-morawski pod względem oświecenia publicznego, wraca do znanej petycyi *Maticy szkolskiej* w Prośnicy o przejęcie założonego przez nią gimnazyum realnego na koszt skarbu, której to petycyi Izba nie uczyniła zadość wbrew wszelkiej słuszności. Sam minister był sprawie tej przeciwny, bo mówił, że trzeba dowieść dostatecznej liczby uczniów, a mimo, że w sposób tak dobitny jej dowiedziono, nie wziął minister petycyi w obronę. Mówca wytacza inne jeszcze żale na sposób obchodzenia się z Morawą pod względem uposażenia naukowego, poruszając szczegóły mogące tylko kraj ten obchodzić.

Minister oświecenia p. Stremayr w długiem przemówieniu wraca do obrad ogólnych nad budżetem, zaręczając uroczyście, że słuchał ich z uwagą, aby zebrać z nich wskazówki dla siebie; bo stosownie do swego poczucia surowego obowiązku zawsze starał się czerpać wskazówki skądinąd, wdzięczny był, gdy mu je nasunięto, i usiłował wniknąć w rzecz, której wskazówki te dotyczyły, aż do gruntu. Z tym zamiarem słuchałem też obrad nad budżetem, nie jedno z nich wyniósłem, ale i niejedno boleśnie mię dotknęło, zwłaszcza, że byłem zaczepiony niesłusznie. Tu minister w obszernym wywodzie zwraca się przeciw dep. Suessowi. Co do „walki w imię kultury“ wytknął mu, że wezwał ministra do prowadzenia jej, choć sam oświadczył się, że nie jest jej zwolennikiem. Co do fakultetu teologicznego w Inspruku nadmienia, że jest zorganizowany tak samo, jak wszystkie inne w Austryi, a że katedry są po części obsadzone Jezuitami, nie dzieje się to przypadkowo ani samowolnie, lecz jest to sprawa opierająca się na podstawie prawnej. W jaki sposób dep. Russ mógł uczynić ministrowi zarzut nieotwartości z postępowaniem jego w sprawie wniosku Wildauera, minister nie pojmuje; stwierdza zarazem, że nadzór szkolny w Tyrolu jest jeśli nie lepszy, przynajmniej jednak równie dobry jak gdzieindziej; wniosek Wildauera zresztą charakteryzuje minister co do jego istoty jako ślepy strzał, a co do skutków, jako źródło agitacyi i wzburzenia. Co się tyczy zarzutów Beera o kosztowności a jednak niedostateczności organizacyi nadzoru szkolnego, minister zaznacza, że sam mowca nie podał sposobu, jakby z tego wybrnąć, choć byłby mu wdzięczny za każdą pod tym względem wskazówkę. Tu odpowiada minister p. Czerkawskiemu: Sprawa inspektoratów szkolnych w Galicyi ma się rzeczywiście tak, jak ją przedstawił mowca; jest tam rzeczywiście dotychczas 21 okręgów szkolnych, zamiast 37, jak przepisuje ustawa Sejmu galicyjskiego. Ale dotychczas nie było mi podobieństwem przeprowadzić tej ustawy, bo w Galicyi zachodzą dwojakie pod tym względem trudności. Nasamprzód trudności finansowe; wobec konieczności powszechnego oszczędzania grosza publicznego niepodobna myśleć o tworzeniu 37 inspektoratów szkolnych zamiast 21, zwłaszcza, że nakład byłby ztąd niemały. Druga kategorya trudności jest natury organicznej, polega na pewnej samodzielności galicyjskiej władzy szkolnej. Dodam tu zaraz, że Galicya pod względem progenitury, z którejby się rekrutowali kandydaci do stanu nauczycielskiego, jest najuboższa, a ztąd nie można też rekrutować inspektorów szkolnych z pomiędzy nauczycieli. Gdyby jednak powiedział kto, że mógłbym brać inspektorów z pomiędzy nauczycieli szkół średnich, musiałbym odeprzeć, że Galicya także pod względem kandydatów na nauczycieli szkół średnich jest najuboższa. Tak więc przez utworzenie większej liczby inspektoratów szkolnych więcejby się zaszkodziło sprawie oświaty w Galicyi, niżby się pomogło. Co do przemówienia dep. Kusego, minister zastrzega się przeciw podejrzeniu o germanizowanie Słowian; jest bowiem zwolennikiem równości; a jeśli wyjdzie rozporządzenie o pielęgnowaniu języka niemieckiego, nie trzeba go zaraz tłómaczyć sobie w duchu germanizacyjnym; gdyż owszem dzieje się to w interesie samych Słowian, dzieje się to, panowie, dla dobra waszego, aby synowie wasi byli przysposobieni do wspólnego z nami radzenia o dobru publicznem, i aby stali się uczestnikami duchowych owoców wielkiego narodu cywilizacyjnego. (*Apostrofę tę przyjmuje prawica szemraniem*). Minister rozprawia się jeszcze dalej z mówcami lewicy.

Dep. Wildauer dowodzi, że jego wniosek nie był ślepym strzałem, lecz bardzo dobrze obmyślany, i miał wielki cel. W dalszym ciągu mowy broni fakultetu medycznego w Insbruku przeciw wywodom Fuxa.

Prezes wzywa mówców, by nie rozwodzili się tak obszernie jak p. Wildauer.

Dep. Prażak przemawia w sprawie szkoły przemysłowej w Pradze, na co minister Stremayr daje uspokajające wyjaśnienia.

W głosowaniu przyjęto tytuł 1—8 rozdziału IX wedle wniosków komisyi.

Następuje lit. *B.:* „Wydatki na cele kościelne“ i to nasamprzód tyt. 9.: „wydatki funduszów religijnych“. Tytuł ten w 20 paragrafach, z których 18 obejmuje poszczególne kraje. a 2 obejmują wydatki ogólne na całe państwo, wykazuje razem wydatków zwyczajnych 3,548,300 złr., nadzw. 720,073 złr.

Z tych kwot przypada na Galicyę w 18 pierwszych paragrafach: na Galicyę wyd. zw. 900.000 złr., nadzw. t. j. na spłacenie zaległości depozytalnych i t. p., 2,216 złr.; na Kraków wyd. zw. 19,000 złr. Komisya tylko drobną kwotę powyższą w wyd. nadzw. dla Galicyi pozostawiła nietkniętą, co do innych zaś liczby powyższe przedstawiają się jako dość znacznie okrojone; rząd bowiem wnosił o przyzwolenie dla Galicyi 1,139,659 złr., dla Krakowa złr. 22,720. Komisya więc okroiła wnioski rządowe razem o 243,379 złr., krótko mówiąc o ćwierć miliona.

Dwa ostatnie paragrafy, obejmujące wydatki na całe państwo, wykazują razem wydatków nadzwyczajnych 607,000 złr. Rząd, jak już wiadomo (zob. dział „Wiedeń“ w Nrze 281 *Czasu*) żądał na podwyższenie kongruy 1,137,246 złr., komisya motywując swój wniosek w znany sposób, wykreśla żądanie to zupełnie, a w jego miejsce przeznacza w wydatkach nadzwyczajnych 600,000 złr. Ile z tej kwoty przypaść ma na Galicyę, zobaczymy poniżej przy tytule 10tym; szczegółowy bowiem wykaz w sprawozdaniu powiązany jest z pewną pozycyą tegoż tytułu.

O ile komisya zniżyła cały preliminarz rządowy w §§. 1 do 10 tytułu 9, nie łatwo na razie obliczyć z powodu zagmatwania przez wprowadzenie do rachunków nowego czynnika w owej pozycyi złr. 600,000. Tak samo trudno na razie porównać ogólną kwotę tych paragrafów z kwotą przyzwoloną na r. 1876.

Tytuł 9 ma jeszcze §. 21szy: „wydatki dóbr i lasów“, mianowicie wydatków zwyczajnych 254,000 złr., nadzw. 72,000 złr.

Ile z tego przypaść ma na Galicyę, szczegółowo dociec jest niepodobieństwem, bo i ten paragraf powiązany jest w wykazie z §. 20tym.

Rząd domagał się w §. 21szym wydatków zwycz. 257,726 złr., nadzw. 74,920 złr.; komisya przeto zniżyła te kwoty razem o 5,746 złr. Porównanie z kwotą przyzwoloną na r. 1876 nie da się uskutecznić na podstawie sprawozdania.

Do głosu zapisani są dep. X. Greuter, X. Ruczka, Kronawetter.

Dep. X. Greuter ostro krytykuje postępek komisyi co do wyrzucenia kwoty żądanej na podwyższenie kongruy, dowodząc, że komisya nie ma prawa sprawiać podobnych spustoszeń w preliminarzu rządowym. Mówca daje definicyę komisyi, która jako ciało wybrane przez Izbę i z Izby do wstępnego rozpatrzenia pewnej sprawy specyalnej, nie może uzurpować sobie praw, których nawet Izba nieposiada, skoro chodzi tu nie o przyzwolenie dotacyi żądanej; lecz pretensyi opartej na tytułach prawnych.

Godzina 4¼. Mówca ciągnie rzecz swą dalej.

Paryż 10 grudnia.

(*B.*) Rozwiązanie przesilenia ministeryalnego napotyka wiele trudności. Tydzień już ubiega, jak *Journal officiel* doniósł o przyjęciu przez marszałka dymisyi gabinetu, a dotąd przewidzieć jeszcze niepodobna w jakim kierunku marszałek szukać będzie musiał współpracowników. Zaznaczyć wprawdzie należy, iż wypadki, które poprzedziły, przygotowały lub wprost spowodowały upadek Dufaura, są tak różnej natury, że marszałek konstytucyi nie gwałcąc, a parlamentarnym zwyczajom pozostając wiernym, ma prawo postawić gabinet bądź z prawicy, bądź z lewicy. Do tej chwili niewiadomo zaś, któremu stronnictwu marszałek zechce uczynić zadość, jeżeli z przedwstępnych rokowań można wnosić, zaledwie chyba to jedno da się powiedzieć, że przyszły gabinet musi być skrajnym w jednym lub drugim kierunku, i że bezwzględnie nie utrzymałby się gabinet pośredni, szukający raz jeszcze poparcia u środków Izby.

Kryzys obecna wzięła swój początek w Izbie niższej; wywołały ją uchwały wniesione przez komisyę budżetową, a przeciw gabinetowi powzięte w sprawie budżetu wyznań i kwestya honorów wojskowych na pogrzebach. Większość republikańska Izby wymaga od marszałka zadośćuczynienia swej woli przez powołanie gabinetu z lewego środka i lewicy; ze względu na parlamentarne zwyczaje, możnaby nawet poczytać tej większości za dowód umiarkowania, iż nie wymaga dopuszczenia do takiego gabinetu jednego lub dwóch członków skrajnej lewicy, która zarówno liczy się do tej większości.

Lecz z innej strony nie da się również zaprzeczyć, że bezpośrednią przyczyną, ostatnią jaka zdecydowała Dufaura do wzięcia dymisyi, było głosowanie senatu, którego większość zachowawcza odrzuciła, pomimo zalecania przez rząd, poprawny projekt o zaniechaniu śledztw sądowych względem uczestników Komuny. Większość przeto senatu ma przynajmniej to samo prawo, jakie posiada większość Izby niższej do wpływu na utworzenie nowego gabinetu. We Francyi, ojczyźnie prawniczych kruczków, tego rodzaju przeciwne sobie względy wiele wywierają wpływu na postępowanie władz publicznych; wahanie się przeto marszałka w wyborze już nawet nie osób, ale strony, po której szukać wypada kandydatów do gabinetu, da się wytłumaczyć. Nie potrzebuję zresztą zapewniać, że wszystkie sympatye marszałka są po stronie senatu i jego większości. W jego otoczeniu nie szczędzą namowy, aby szukał poparcia w senacie przeciw Izbie niższej. Jeśli pomimo tych namów Mac-Mahon waha się i szuka rady, zasięga zdania u prezesów Izb obu, pochodzi to stąd jedynie, że powołanie na nowo do władzy ks. Broglie, Buffeta, lub im podobnych, musi pociągnąć za sobą konieczne rozwiązanie Izby niższej, a nowe wybory powszechne najprawdopodobniej wzmocniłyby tylko żywioł republikańsko-radykalny przyszłej Izby.

Polityczne przeto wymagania, względy publicznego porządku [illegible] nawet spokoju z równym przynajmniej naciskiem pociągają marszałka do niezrywania z większością Izby niższej. Lecz tej ostatniej żądania, pod formą upomnień o swobodę działania i istotną odpowiedzialność ministrów, obejmują nic więcej, jak chęć zupełnego ograniczenia wpływów osobistych prezydenta Rzpltej na postanowienia gabinetu. Izba zapomina, że władza najwyższa we Francyi winna być wykonywaną przez trzy organa: Izbę niższą, Senat i Prezydenta Rzpltej; lecz jako jedyne ciało powstałe bezpośrednio z głosowania powszechnego przypisuje sobie wyłącznie prawo Konwencyi Narodowej i chce rządzić udzielnie, za pomocą gabinetu przed nią jedynie odpowiedzialnego a pod okiem malowanego senatu i prezydenta tytularnego. Był czas, kiedy marszałek mógł się zadowalniać rolą wykonawcy woli większości parlamentu, kiedy jedno tylko ciało stanowiło parlament, i gdy władza najwyższa zaskoczyła go niespodzianie. Dzisiaj gdy nie ma większości jedynej, a kilkoletnie dzierżenie władzy oswoiło go nieco z trudnościami sprawowania rządów, Mac-Mahon bynajmniej nie rad ograniczyć swej roli na pełnieniu woli większości Izby. Nie dziw przeto, że przebierając w nader trudnym wyborze między większością senatu a Izby niższej, marszałek liczył przez chwilę na możność niedecydowania się przez zatrzymanie gabinetu. Leon Say i Marcère przygotowali im do tego drogę, otrzymawszy onegdaj w Izbie sztuczną większość, złożoną z prawic i lewego środka, która postanowiła, pomimo nieistnienia gabinetu, przystąpić do rozpraw nad budżetem dochodów. Nowa ta kombinacya, nic nie rozwiązująca, wszystko pozostawia w zagadnieniu, a została zaniechaną, gdy Dufaure przekonawszy się w rokowaniach swoich z prezesami grup republikańskich, że los takiego gabinetu byłby nader zagadkowym, ostatecznie oświadczył marszałkowi, iż dymisyi swojej nie cofnie. Jakoż zaraz nazajutrz, to jest wczoraj, zwyczajna większość Izby znów się ukonstytuowała, podczas głosowania na zamknięcie ogólnej dyskusyi nad wspomnianym budżetem. A to głosowanie nieprzyjazne dla Dufaura, zostało jeszcze wzmocnionem oklaskami, jakiemi przyjęto oświadczenie prezesa Grévy, jako Izba „ma prawo odroczyć rozprawy nad budżetem, dopóki nie otrzyma nowego gabinetu.“

Kryzys jest przeto groźniejszą dziś niż kiedykolwiek. Powtarzam co pisałem przed miesiącem, że rozwiązanie Izby codzień staje się prawdopodobniejszem, pomimo, że stronnictwa zachowawcze w gruncie lękają się tego środka, pomimo nawet, że republikanie ostatniemi dniami wyzywają przeciwników na to pole walki.

Kraków 13 grudnia. *(Sprawozdanie z posiedzenia Rady miejskiej d. 12 grudnia)*. Przewodniczący: prezydent miasta Dr Zyblikiewicz; radców obecnych 42.

Posiedzenie wczorajsze zwołane zostało wyłącznie w celu załatwienia spraw pozostałych z ostatniego posiedzenia. Z pism odczytanych wymieniamy jako ważniejsze petycyę obywateli Kleparza, w której wykazują niedogodności targu końskiego pod rzezalnią i proszą o przeniesienie takowego na plac pod wizytki. Pismo to odesłano do sekcyi przemysłowej.

Z porządku dziennego przedstawił r. m. Dr Zatorski 2 wnioski sekcyi szkolnej tej osnowy: Podwyższa się dotychczasowe relutum na mieszkanie 6 nauczycielom kierującym szkołami pospolitemi z kwoty złr. 200 do 250 złr. rocznie;

podwyższa się 6 sługom tychże szkół dotychczasowa płaca z kwoty 180 złr. do 200 złr. rocznie począwszy od 1 stycznia 1877 r. Przyjęto.

R. m. Dr Cyfrowicz przedstawił następnie wniosek sekcyi szkolnej: aby udzielić pannie Słomczyńskiej jednorazowy zasiłek w kwocie 200 złr. na utrzymanie ogródka freblowskiego, p. Helenie Blumówne zaś zapewnić zasiłek w tej samej kwocie w razie otwarcia zakładu.

Wnioski te zostały po krótkiej dyskusyi przyjęte z dodatkiem, że wypłata zasiłku pierwszego ma nastąpić w 4 kwartalnych ratach wypłata zaś ostatniego według uznania Prezydenta.

Ten sam sprawozdawca sekcyi szkolnej przedstawił następnie wniosek: aby Rada zezwoliła na sprawienie ławek i innych sprzętów szkolnych tak dla szkoły na Podwalu, jak i dla szkoły na Kazimierzu a to w skutek otwarcia klas współrzędnych i przeznaczyła na ten cel z funduszów miejskich 1203 złr. 50 c. — Przyjęto.

Referendarz Magistratu Umiński wniósł imieniem sekcyi gospodarczej sprawę zabudowania placu przylegającego do hotelu lwowskiego, oraz dwa wnioski sekcyi gospodarczej co do odstąpienia dwóch kawałków gruntu m. dla uregulowania ulic mianowicie nad Starą Wisłą i w ulicy Polnej a które przyjęto z pewnemi co do pierwszego zmianami.

Referendarz magistratu Białkowski zdał sprawę z obrotu procentów od fundacyi banku hipotecznego dla rękodzielników m. Krakowa. Procenta od kapitału fundacyjnego 3,000 złr. wynosiły od d. 1 marca 1873 do końca września 1875 r. kwotę 566 złr. 55 c. Z kwoty tej zapłacono należytość stemplową 254 złr. 50 c., rozdano tytułem zapomogi trzem majstrom 180 złr. pozostałą zaś resztę 132 złr. 5 c. umieszczono w Kasie Oszczędności. Od 1 października 1875 do 1 września 1876 wynosił procent od pomienionej fundacyi 285 złr. 50 c. — Z sumy tej udzielił prezydent dwa wsparcia: jedno w kwocie 120 złr. drugie w kwocie 60 złr. resztę umieszczono w Kasie Oszczędności.

Następujące z kolei sprawozdanie magistratu o obrocie spraw szynkowych w I. półroczu 1876 a w szczególności zamieszczony w nim ustęp, że w tem półroczu udzielono 8 nowych konsensów dało powód r. m. Drowi Cyfrowiczowi do kilku uwag z powodu mnożącej się liczby szynków w naszem mieście.

I tak w ulicy, którą on zamieszkuje, znajduje się naprzeciw jego domu aż 8 szynków. Ponieważ według ustawy przemysłowej przy udzielaniu konsensów na wyszynk należy mieć wzgląd na stosunki miejscowe i dozór policyjny, zapytuje więc referenta czy stosunki miejscowe u nas wymagają, aby po jednej stronie ulicy było aż 8 szynków i czy dozór policyjny jest tak wyborny, iż już na niego baczyć nie trzeba?

Prezydent przyznaje, że w całym świecie nie ma nigdzie tak wiele szynków jak w Krakowie. Chyba tylko jeden powiat krakowski mógłby jeszcze iść w porównanie. Mimo tego nie ma dnia, aby się nie zgłaszano o konsensa szynkowe. Z wyszynku wódki zrobiono sobie taki sposób zarobkowania, jakby już innego zarobku nie było. Wielka liczba szynków w ulicy Karmelickiej, o której wspomniał r. m. Dr Cyfrowicz tem się tłumaczy, że porozdawano wiele kart przemysłowych na handle korzenne a potem dodano tymże konsensa na handel napojów. Tym sposobem handle korzenne zamieniły się z czasem na szynki. Było to więc podejście. Konsensa jednak przybywać muszą. Bo jakże odmówić konsensu takiemu handlowi jaki został świeżo przy linii AB otwarty lub też na takie przedsiębiorstwo jak Kurkiewicza, Rehmana, Czajkowskiego i t. p. Lecz na ordynaryjne szynki konsensów już od dawna się nie daje. Nadto wiele osób dzierżawi konsensa od lat 8 lub 10. Jeżeli więc ubędzie jaki konsens, trudno odmówić go takiemu dzierżawcy. O ile zatem publiczna moralność da się pogodzić z tem, aby niepozbawić osób egzystencyi — udziela się konsensów. Lecz inny jest sposób przygnębienia tej masy szynków. Nie pozwala się szynkować dłużej jak do godziny 10tej w nocy. Ogromne z tego powodu petycye i wstawiania się z protekcyami.

Nadto zastanowić musi jeszcze i ta okoliczność, że za czasów jego prezydentury żaden jeszcze szynkarz nie umarł. Wziął więc sobie prezydent za zadanie kiedyś w lecie obejść wszystkie szynki dla przekonania się, czy konsensa nie są już w innych rękach.

R. m. Dr Kopff potwierdza to co Dr Cyfrowicz pod względem szynków przytoczył. Sklepy są, ale towaru w nich nie ma tylko wódkę sprzedają. Dziwi się, że handlom korzennym udzielane bywają pozwolenia na muzyki. Magistrat nie powinien się dać podchodzić i dla tego wnosi aby z całą ścisłością sprawdził, czy to są sklepy czy szynki.

Prezydent przyznaje, że nadzór organów miejskich nad szynkami nie jest dokładny i dla tego dziś właśnie polecił jednemu z nich dać z tego powodu uagnę.

R. m. Fink powstaje na tych, którzy zbogacili się przy wyszynku wódki, a potem wstydzą się prowadzić ten proceder i wydzierżawiają konsensa. Wnosi więc aby takim odebrać konsensa.

R. m. Dr Cyfrowicz dziękuje prezydentowi za dane wyjaśnienia i sądzi, że z jednej strony będzie ono niejako satysfakcyą dla spokojnych obywateli, a z drugiej wskazówką dla policyi pod względem udzielania pozwoleń na muzyki do handlów. W końcu zwraca uwagę, aby przy dzierżawach zwracano uwagę na kryminalne wypadki jak świeżo zaszły w szynku na Kazimierzu, gdzie szynkarz skazany został na 6 lat więzienia.

R. m. Deiches zapytuje czy miasto wzięło konsumpcyę na moralność czy na zysk (*sic* — sykanie) im więcej szynków tem więcej piją — a im więcej piją tem większy zysk (gwar i sykania — mowca siada).

Z porządku załatwiono jeszcze dwie sprawy, mianowicie: zatwierdzono linię regulacyjną części ulicy Długiej przy rogatce i placu tamże utworzyć się mającego — oraz zaproszono do składu komisyi szkoły przemysłowej r. m. Dra Macieja Jakubowskiego i Myśliwca w miejsce Dra Biesiadeckiego i ś. p. Chmurskiego; sprawę zaś zaprowadzenia podatku od psów odroczono do następnego posiedzenia.

Na posiedzeniu tajnem przeniesiono wiceprezydenta Dra Strzeleckiego za własne jego żądanie w stan spoczynku i przyznano ustępującemu emeryturę wyrównywającą całorocznej płacy w kwocie 2600 złr. Zarazem upoważniono prezydenta, aby w imieniu Rady m. wyraził Drowi Strzeleckiemu uznanie za długoletnią i skuteczną pracę około dobra gminy.

Do prośby p. Wyrobisza, referendarza Magistratu o przeniesienie w stan spoczynku Rada nie przychyliła się, lecz zatrzymując go w służbie, podwyższyła mu dodatek służbowy do kwoty 600 złr. rocznie.

Koniec posiedzenia o godzinie ½ do 9ej wieczór.

Minister sprawiedliwości pozwolił adjunktom sądów powiatowych Marcinowi Saydukowi w Bochni i Wilhelmowi Urselowi w Liszkach, zamienić na własną ich prośbę między sobą siedziby służbowe.

Wiedeń 11 grudnia. Dzisiejsze posiedzenie klubu postępowego zasługuje z tego powodu na szczególniejszą uwagę, że obradowano na niem nad wnioskiem dep. Fuxa, tyczącym się zmiany w ustawie o delegacyach, oznaczenia stałego terminu trwania sesyi Rady państwa i ścisłego określenia odpowiedzialności ministerstwa wspólnego.

Dep. Fux uzasadniając swój wniosek, podniósł, że pragnie, aby delegacyę wybierano z całej Izby, co bynajmniej nie ma żadnego związku z ugodą i nie jest żadnem dla Węgrów ustępstwem. Nie żąda więc ze strony sejmu węgierskiego żadnego w tym względzie ustępstwa, idzie tu tylko o zaprowadzenie równorzędności w obu połowach monarchii. Dla tego postawił już swój wniosek 25go października, aby uniknąć i materyalnego zetknięcia z rozprawami ugodowemi. Jednakże okazało się, że przez przyjęcie jego wniosku instytucya delegacyi zostałaby wzmocnioną, a że wnioskodawca życzy sobie właśnie upadku tej instytucyi, cofa więc swój wniosek, prosząc klub, aby raczył uchwalić rezolucyę, że ściśle się trzyma ustawy zasadniczej z r. 1867, i że od zasady dualistycznej nigdy nie odstąpi. Dep. Fux uzasadnia następnie dalsze swoje wnioski. Dep. Dr Kopp zauważa. że klub nie powinien w tej sprawie działać samodzielnie; ale w porozumieniu z całem stronnictwem. Gdy przyszło do rozpraw budżetowych i wyznaczenia mowców, którzy mają zabrać głos przy rozprawach szczegółowych, klub wyraził swoje oburzenie nad tem, że jeden z jego członków ośmielił się klaskać po mowach obu ministrów. Rzeczywiście czyn to bardzo karygodny, klaskać tym, których dojście do władzy uważało się niedawno temu, bo przed 5 laty — za zwycięztwo centralistycznej idei.

— Jak wiadomo, uchwaliła komisya kolejowa Izby deputowanych na jednem z ostatnich posiedzeń, wezwać dep. Dra Rosera, do wniesienia projektu ustawy policyjnej dla dróg żelaznych. Dep. Dr Roser wystósował tedy pismo do komisyi, w którem wylicza długi szereg niedogodności panujących na drogach żelaznych, jak np. brak należytego owietlenia na rampach kolejowych, brak należytej komunikacyi między konduktorem prowadzącym pociąg a innymi konduktorami, tudzież między konduktorami a publicznością itp. Niedostateczne są także postanowienia co do odszkodowania. Zdaniem wnioskodawcy, jest droga zwykłego procesu w sprawach o zwrot szkody za stratę lub uszkodzenie, zanadto rozwlekłą i kosztowną i dla tego mniema Dr Roser, że podobne sprawy powinny być traktowane wobec sędziów przysięgłych. W końcu przytacza Dr Roser, że w Anglii wypłacono w ciągu ostatnich 5 lat tytułem odszkodowania 11,231,640 złr.

— *Naplo* pisze: W kołach mających styczność z rządem panuje przekonanie, że jedynym środkiem rozwiązania kwestyi bankowej jest odesłanie jej do komisyi regnikolarnej, wybranej przez oba parlamenta. Głoszą zarazem, że rząd uważa ten plan bardzo wygodny za swój pomysł. Czynność tej komisyi regnikolarnej przedstawiają sobie tutaj w ten sposób, że odbywać ona będzie posiedzenia, podczas gdy ciała ustawodawcze rozprawiać będą nad innemi ustawami ugodowemi. Przez to osiągniętoby ten cel, iż ustawy o związku handlowym przyszłyby pod obrady po nowym roku, a organizacya nowego banku weszłaby w życie z dniem 1 lipca. — Na to odpowiada *Pester Lloyd*: Powyższy plan omawiano wprawdzie w kołach deputowanych, jak w ogóle w czasach podobnych omawia się zwykle kilka tuzinów rozmaitych możliwych i niemożliwych planów, ale należy nadmienić, że rząd węgierski nie sympatyzuje z tym planem i dla tego wątpić należy o jego przyjęciu. W tym samym duchu przemawia także *Hon*.

— Po załatwieniu budżetu ministerstwa wyznań, przystąpiła Izba niższa sejmu węgierskiego w dniu 9 b. m. do obrad nad budżetem ministerstwa honwedów. Maksymilian Uermenyi przemawiał w swojem i towarzyszy swoich imieniu za zmniejszeniem wydatków na honwedów, ale z uwagi na groźne zewnętrzne stosunki zgodził się na zatrzymanie wszystkich preliminowanych pozycyj. Bez dalszych rozpraw przyjęto cały preliminarz. Następnie obradowała Izba nad budżetem ministerstwa skarbu i załatwiła go aż do pozycyi „Sól“. W ciągu rozprawy nad petycyą młodzieży akademickiej co do zakazanego pochodu z pochodniami, wystąpiło kilku mówców z skrajnej lewicy bardzo szorstko przeciw rządowi, i zgodnie z wnioskiem Moczary'ego wyrazili nieufność do rządu. Wniosek ich nie utrzymał się.

Ziemie Polskie.

Teraz dopiero zamieścić możemy z urzędowego *Dnewnika Warszawskiego* adres mieszkańców miasta Warszawy, którego treść podaliśmy w listach naszych z Warszawy. Adres ten brzmi:

Adres najpoddanniejszy mieszkańców miasta Warszawy.

Najjaśniejszy Panie!

Wypowiedziane przez Waszą Cesarską Mość słowa w Moskwie, znalazły odgłos w sercach naszych, i my Polacy łączymy się szczerze z uczuciami przywiązania do Tronu, jakich wyraz Ciebie, Najjaśniejszy Panie, ze wszystkich stron Państwa Twego dochodzi.

Jeśliby wzniosłe usiłowania Waszej Cesarskiej Mości, dążące do uchronienia ludzkości od klęsk wojny zostały daremne, gotowi będziemy do wszelkich ofiar, jakie za stosowne uznasz zażądać od Twych ludów, dla polepszenia losu naszych południowych braci.

Należąc do wielkiej rodziny ludów słowiańskich, na równi z naszymi współplemiennikami, otoczym Ciebie Najjaśniejszy Panie oddaniem się Tobie zupełnem, dla osiągnięcia wielkich celów, jakie zamierzyłeś.

Taki szczery wyraz uczuć wiernych Waszej Cesarskiej Mości poddanych, śmiemy u stóp Tronu Twego złożyć.

Oryginał podpisali: Aleksander Ostrowski, hr. Zygmunt Wielopolski, margrabia Myszkowski, Jan Karnicki, hr. Karol Jezierski, hr. Stanisław Ostrowski, książę Władysław Lubomirski, Tadeusz Bujno, prałat Zwoliński administrator archidyecezyi warszawskiej, pastor i superintendent Spleszyński, Stanisław Zamoyski, Tomasz Zamoyski, książę Maciej Radziwiłł, Stanisław Karski, Lucyan Wojniłłowicz, hrabia Seweryn Uruski, Longin Gudowski, senator Skibicki, Leon Epstein, baron Stanisław Lesser, Jan Bloch, Teofil Piotrowski, Jakób Löwenberg, Edward Grabowski, doktór Ludwik Natanson, Teofil Fukier, Józef Rentel, baron Fränkel, Jan Zawisza, Józef Rawicz, Fr. Słupski, Jakób Janasz, Karol Lilpop, Jan Kasperski, Władysław Frąckiewicz, Jan Epstein, Jan Schlenker, Gustaw Bloch, Józef Kercelli, C. Knoll, Witold Narkiewicz-Jodko, Fryderyk Temler, Józef Majewski, Władysław Brzosko, Jan Jasiński, Władysław Dobrski, Józef Morawski, Piotr Zapałowicz, Mikołaj Stępkowski, Leon Borzęcki, doktór Adam Gliszczyński, Paweł Lanckoroński, Paweł Cybulski, August Jenike, L. Ziemiński, Władysław Radwan, Fr. Komierowski, Hipolit Truszkowski, Jakób Pick, L. Szymanowski, Seweryn Smolikowski, August Baranowski, Antoni Salerno-di-Colonna, Stefan Sommer, Stanisław Drzewiecki, J. Tarnowski, Stanisław Szuberski, Aleksander Oskierko, Saturnin Dutkiewicz, Andrzej Brzeziński, Leon Lenartowicz, Al. Budziński, R. Kuczyński, J. Olszewski, Maurycy Laski, Adam Biernacki, Julian Penkala, K. Pohorecki, Leopold Babczyński, Władysław Rudnicki, Wincenty Majewski, Jan Mieczkowski, Julian Różycki, Władysław Borkowski, Władysław Bednawski i oprócz tego następuje 736 podpisów.

Najjaśniejszy Pan, przyjąwszy łaskawie adres pomieniony, Najwyżej rozkazać raczył: podziękować mieszkańcom miasta Warszawy za wynurzone przez nich uczucia wiernopoddańcze.

Sprawa wschodnia.

Wiadomości z Konstantynopola o odkryciu spisku, którego celem było zamordowanie Midhata paszy i Abdula Hamida, a uwiezienie chorego Murada do Odessy, zwraca znów uwagę na kroki Porty. Uderzającą jest rzeczą, że pogłoski te o zamachu rozpuszczono właśnie w chwili zebrania się przed-konferencyi, której pomyślny zapowiadano skutek, a więc w chwili, kiedy na pozór zaczęły rzeczy przybierać spokojniejszy charakter. Tak więc epoka niespodzianek jeszcze nie minęła. Według dzienników chodziło w danym wypadku nie mniej nie więcej, jak o porwanie zdetronizowanego sułtana Murada. Opowiadają, że w nocy z wtorku na środę zakradło się pięciu Armeńczyków i Turków przebranych za kobiety do pawilonu w pałacu Czyragau, gdzie mieszka Murad i chcieli go zniewolić, aby się udał z nimi na okręt rosyjskiego towarzystwa odeskiego handlowego żeglugi parowej i aby uciekł do Odessy. Przedsięwzięcie to jednak rozbiło się o upór Murada, który żadną miarą nie chciał pałacu opuścić; być może, iż ex-sułtan pomimo swej choroby umysłowej, domyślał się, że wybawicielami jego są prawdopodobnie Rosyanie, że więc może mu być gorzej jeszcze u tych mniemanych oswobodzicieli, niż u mniemanych prześladowców. Napastników ujęto i uwięziono; pomiędzy nimi ma być także kapu oglan, t. j. rodzaj woźnego z ambasady angielskiej. W kołach rządowych tureckich panuje przekonanie, że motorem tego zamachu jest jenerał Ignatiew, co zdaje się być prawdopodobnem. W innym kraju przynajmniej sądy wyświeciłyby całą tę sprawę, w Turcyi jednak niema o tem mowy.

Depesze doniosły, że konferencye wstępne rozpoczęły się już onegdaj i prawdopodobnie potrwają czas dłuższy, gdyż na nich ma być ułożonym cały projekt, który na właściwej konferencyi przedłożony zostanie tylko do zatwierdzenia pełnomocnikom tureckim; ztąd punkt ciężkości spoczywa w konferencyach wstępnych. Właściwa zaś konferencya ma się odbyć dopiero w pierwszych dniach stycznia; według jednych przez[illegible] jej ma Safvet pasza, według drugich ang. Salisbury. Do tego czasu [illegible] nie zawieszenie broni zawarte z Serbią i Czarnogórą; przedewszystkiem więc chodzić będzie o jego przedłużenie. Co dalej będzie, niepodobna obliczać. Turcy są przekonania, że musi przyjść do wojny z Rosyą, spodziewają się jednak, że wyjdą zniej zwycięsko. *Verité* kończy artykuł bardzo wojenny temi słowy: „Nasze środki obronne są dostateczne, aby odeprzeć wszelki napad nieprzyjacielski. Nasze wojsko waleczne stoi na granicy. Nasze poświęcenie nie ma granic. Być może, iż ulegniemy w tej strasznej walce, jaką grozi nam nasz odwieczny nieprzyjaciel, pragnący zrabować nasze najświętsze dobra, bo naszą niepodległość narodową i nasze prawa ludzkie; ufając jednak obronie boskiej, która nie opusza uciśnionego i umie go pomścić, kończymy słowami, od których zaczęliśmy: Pragniemy pokoju, lecz nie lękamy się wojny“.

Kierując się temi zapatrywaniami, minister wojny energicznie i z wielkim pośpiechem prowadzi uzbrojenia; w ostatnim tygodniu była szczególnie Mała Azya przedmiotem jego uwagi. Twierdze Kars, Batum i Erzerum zaopatrzone zostały w działa, załogę i amunicyę. Dowódzcą w Batum mianowany Feizi pasza, Węgier z rodu; dowódzcą w Kars Nuzret pasza.

— O znieważeniu flagi austro-węgierskiej przez Serbów znajdujemy w dziennikach następujące szczegóły: Nie zbyt dawno przeszło do Dalmacyi 59 robotników bułgarskich, którzy w swoim czasie udali się byli do Czarnogóry; ponieważ się tam z nimi źle obchodzono, opuścili więc Czarnogórę i bez środków utrzymania przyszli do Dalmacyi. Aby nie obciążać skarbu austryackiego utrzymywaniem 59 ludzi, zgodziły się władze miejscowe w Tryeście na ich życzenie, aby ich odesłać do domu jako szupaśników. Kiedy wiozący ich z Zemunia parowiec „Radecki“ stanął pod Belgradem, miało wejść na pokład 26 policyantów serbskich i pomimo oporu kapitana uwolnili Bułgarów, którzy zdawali się być na to przygotowanymi. Nad brzegiem zgromadziło się mnóstwo ludu, który rzucał przekleństwa na Węgrów. Ten zgiełk świadczy o tem, iż cała sprawa była przygotowaną. Rząd austryacki wytoczył śledztwo w tej sprawie, a na poparcie swych reklamacyj wysłał do Zemunia dwa statki monitorowe.

— Dnia 8 grudnia odbyła się w Londynie druga konferencya narodowa w sprawie wschodniéj. Konferencyi téj przewodniczył lord Westminster. W zagajeniu swojem przewodniczący wskazał na cel konferencyi, na którą zaproszono wszystkie znaczniejsze znakomitości kraju. Wprawdzie polityka w duchu pojedynczych stronnictw jest wykluczoną, ale rząd powinien znać zdanie narodu w téj sprawie. Anglia nie chce bronić Turcyi, gdyż Turcya pierwsza zdeptała traktat paryski i dla tego nie ma prawa nań się odwołać. Odrodzenie Turcyi własnemi jéj siłami jest niemożebnem. Obowiązkiem pierwszorzędnym Anglii jest wskazanie Turcyi, żeby nie liczyła na jéj pomoc i porozumienie z Rosyą w sprawie reform, jakie mają być w Turcyi zaprowadzone. Lud angielski nie porwie nigdy za broń przeciw Rosyi w obronie Turcyi. W ciągu rozpraw przemawiało 12 mowców w większéj części członków parlamentu i biskupów, w końcu margrabia Adesbury wniósł następującą rezolucyę:

„Aby ze względu na obecny stan sprawy wschodniéj i jako wynik téj konferencyi utworzyło się stowarzyszenie, w celu czuwania nad wypadkami, nadawania opinii publicznéj większego znaczenia, rozszerzania po kraju prawdziwych w téj sprawie informacyj; za podstawę tego stowarzyszenia służyć ma oświadczenie ogłoszone przez zwołujących tę konferencyę. Do wykonania tych celów utworzy się wydział, złożony z ks. Westminster, hr. Shaftesbury i członków komitetu konferencyi narodowéj.“

W celu poparcia téj rezolucyi zabrał głos Gladstone. Zauważył on, że konferencya obecna będzie rozczarowaniem dla tych wszystkich, którzy mniemają, że lud angielski jest skłonnym jednogłośnie trzymać się tradycyjnéj polityki utrzymania Turcyi. Nie da się zaprzeczyć, że polityka rządowa miała kilka pełnych nadziei faz, ale w ogóle jest ona dwuznaczną i koniecznem jest dwuznaczność tę usunąć. Porta naruszyła i zdeptała w krzyczący sposób traktat paryski. Odtąd więc nie ma ona prawa odwoływać się do tego traktatu. Frazes: „całość terytoryalna“ nie zawiera w sobie wykonywania zwierzchniczéj a bezgranicznéj przemocy; tak, pod płaszczem poddaństwa Porcie powstawały faktycznie niezawisłe i spokojne państwa. Co innego jest niepodległość Turcyi i przeciw téj niepodległości Gladstone protestuje. Protestuje on także przeciw wojowniczemu wystąpieniu prezesa ministrów w Guildhall, była ona bezpożyteczna, fatalna. Porta żyła przez długi czas w raju szalonych opierając całą swoją nadzieję głównie na tem, że Anglia nie odmówi jéj w potrzebie swego poparcia. Ta wiara Turków wywiera wielki wpływ na szanse pokoju lub wojny. Ale czy Turek nie ma prawa liczyć na poparcie Anglii? Cóż znaczy np. wysłanie floty do zatoki Besika? jakich interesów angielskich miał bronić rząd w zatoce besickiéj. Byłoby rzeczą ciekawą dowiedzieć się, czy mowa w Guildhall stanowi część instrukcyi lorda Salisbury. Jeśli lord Salisbury będzie działał w kierunku téj mowy, to zawiedzie oczekiwania wszystkich swoich przyjaciół. Od téj mowy musi on być dalekim. W Konstantynopolu powinien reprezentować cześć a nie wstyd Anglii, gdyż siła i wpływ, które się słusznie imieniu Wielkiéj Brytanii należą, nie powinny być użyte za siłę pomocniczą do wspierania okrucieństwa i zepsucia (*słuchajcie!*). Przechodząc następnie do okrucieństw bułgarskich, oświadczył Gladstone, że powinny one za sobą wielką pociągnąć zemstę. Okrucieństwa te trwają wciąż jeszcze, chociaż nie w tak okropnéj formie. Rząd turecki stanął już na ostatnim stopniu swego moralnego upadku. Pycha, arogancya, okrucieństwo, grubiaństwo, oszukaństwo i fałsz tworzą rejestr jego przewinień. Wszystkie świeckie projekta konstytucyi i reformy muszą być uważane za bezskuteczne obietnice jeśli już nie za nędzne łudzenia (*słuchajcie*). Władza turecka w Bośni, Bułgaryi i Hercegowinie musi ustać, w przeciwnym bowiem razie, wszystkie meetingi, konferencye i rokowania byłyby nadaremne. Interwencya obca, jakiegokolwiek rodzaju jest konieczną, ale mówca nie chce rozbierać tego pytania, czy okupacya wojskowa lub rozbrojenie ludności prowadziłoby do celu. Rosya znajduje teraz w Anglii tyle sprawiedliwości, ile na nią zasługuje, gdyż Anglia na miejscu Rosyi byłaby w podobnych okolicznościach Turcyę już od dawna pożarła. Roztropnem jest jednakże, strzedz Rosyę z zazdrością, a najlepszą dla Anglii metodą strzeżenia Rosyi i Austryi, jest starać się wraz z temi mocarstwami o wyzwolenie ludności chrześciańskiéj na Wschodzie.

Nie przyszedłem tu uczyć polityki lorda Salisbury, lub kogo innego, ale postaram się przedłożyć mu politykę odpowiednią, politykę, do której uciekał się Canning w sprawie greckiéj, i pragnął skłonić Greków do widzenia w Anglii swéj ochronicielki. On [illegible] było wezwanie pomocy Rosyi. To najbardziéj zadawalniający rozdział w naszéj historyi. Sojusz Anglii z Rosyą mógłby się tylko przyczynić do pielęgnowania interesów wolności na Wschodzie. Na Wschodzie wielkie dzieło uwolnienia stoi na pierwszem miejscu. Wskazywano na usunięcie handlu niewolnikami; ale cieszę się tą myślą, że w tym celu mamy nakoniec strasznego współzawodnika, a tym współzawodnikiem jest cesarz rosyjski. Mówimy tu o polityce przekazanéj. Przekazaną polityką tego kraju jest wspierać Turków. Nie wiem gdzie była ta przekazana polityka w r. 1828, gdy Canning tworzył przymierze z cesarzem rosyjskim, ale o ile wiem istnieje wyższa, szersza i tradycyjna właśnie polityka, a ta tradycyjna polityka nie spoczywa w związku z winą ale bierze udział w cierpieniu słabszych.

Po ukończeniu mowy Gladstona konferencya przyjęła rezolucyę Adesburego.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 13 grudnia. Jak lat poprzednich również i teraz przed Bożem Narodzeniem urządzoną będzie na korzyść ubogich tak zwana wenta, sprzedaż różnych przedmiotów na „Gwiazdkę“. Pragnęlibyśmy tylko, aby przekonano się, że na wencie nie koniecznie trzeba przepłacać nad wartość, że można owszem wiele tam rzeczy kupić po zwykłych cenach sklepowych, a nadto, że można jak w sklepach obejrzeć towar i nie kupić. Tym czasem dotąd pewna tylko liczba osób uczęszczać zwykła na wentę, i to takich, które nie dla nabycia jakiego przedmiotu, ale dla przyjścia w pomoc ubogim, kupują. Słowem trzeba, aby wenta była targowiskiem, a nie miejscem zamkniętem.

— Jutro we czwartek odprawionem będzie o godz. 10ej rano w kościele N. P. Maryi nabożeństwo żałobne za duszę ś. p. Maurycego Manna, za powodem przyjaciół jego.

— Na wystawę Towarzystwa sztuk pięknych nadeszły: Witolda Pruszkowskiego, portret mężczyzny; A. Piotrowskiego „Przed jarmarkiem“ i „Pochód ślubny“.

— Trzy razy z rzędu „*Daniszewy*“ przepełniły teatr, budząc coraz większe zajęcie. Sztukę tę można jeszcze nie raz grać przed pełną salą. Jutro zaś odegraną będzie komedya p. Zalewskiego „*Złe ziarno*,“ której przedstawienia przerwane zostały z powodu zasłabnięcia p. Urbanowiczównej.

— Strażnik policyjny Tichy spotkał wczoraj na Kazimierzu znajomego mu złodzieja Walentego Michalskiego, odzianego w futro. Ponieważ Michalski nawet w duży mróz nie zwykł nosić futra, tem mniej zaś w dzień wilgotny, więc nagabnął go i poprosił z sobą. Wywiedział się od niego, że się zaopatrzył na zimę aż w dwa futra, jedno wdział na siebie a drugie w pezpiecznem złożył miejscu, pod kupą kamieni przy ratuszu Kazimierskim. Nie chce się przyznać Michalski, gdzie i jak nabył oba te futra, przeto może właściciele ich dawniejsi zgłoszą się do policyi.

— Zapowiedziany koncert pianistki p. Menter oraz wiolonczelisty p. Poppera, odbędzie się d. 19go b. m. we wtorek. Będzie to zarazem ostatni koncert tych artystytów i nie prędko zdarzy się sposobność podziwiania gry równie znakomitej. Zasługuje zresztą na podniesienie wszystko, co gust uszlachetnia i podnosi a słuchanie dobrej muzyki jest ważnym czynnikiem w tej mierze. Wszyscy u nas grają, niektórzy nawet dobrze, ale bardzo mało jest takich, którzy grają pięknie. Pochodzi to w części ztąd, że w wykształceniu muzycznem strona estetyczna nie zawsze jest przez nauczycieli uwzględnioną, ale także i ztąd, że nie lubimy chodzić na koncerta. A tylko prawdziwy artyzm może dać pojęcie należytego poczucia piękna.

— Dnia 11 grudnia odbyło się posiedzenie Wydziału historycznego Towarzystwa Przyjaciół Nauk w Poznaniu, na którem czytano rozprawę „O Prusach książęcych po traktacie Oliwskim.“ Podano na kandydatów pp. Ulatowskiego i Stefana Cegielskiego. Odebrano podziękowanie za wybór od ks. Edmunda Radziwiłła i hr. Karola Baczyńskiego.

— *Kuryer Poznański* donosi, że członkowie resursy polskiej w Poznaniu, chcąc pozyskać panią Parźnicką dla sceny poznańskiej, ofiarowali je 150 marek subwencyi miesięcznej; wyrażając przytem w imieniu obywatelstwa wielkopolskiego uznanie dla jej talentu.

— *Ruskij Mir* został zawieszony na jeden miesiąc za ogłoszenie zakazanych wiadomości o stanie i ruchów armii południowej.

— Telegram z Lizbony z d. 11go b. m. donosi, że wskutku deszczów wezbrały Tag i Iondego, zalały pola i uszkodziły kolej żelazną z Radajoz do Ciudad-Real. Związek telegraficzny z Hizpanią przerwany.

— Liczba osób, które zginęły w pożarze teatru w Brooklyn, wynosi 370. Do dnia 8go b. m. zdołano sprawdzić urzędownie tożsamość tylko 78 zwłok.

TEATR. We We czwartek dnia 14go grudnia: Po raz drugi: Komedya w 3 aktach, Kzimierza Zalewskiego: *Złe ziarno.* — Początek o godzinie 7ej.

— Dnia 12go grudnia pochmurno; termometr od — 1·6 doszedł do + 2·4 C. Barometr zwolna opada [illegible] 6éj rano d. 13go grudnia stan jego był 741·9 [illegible]

— We czwartek dnia 14go grudnia. Św. Nikazego biskupa.

PRZEGLĄD POLITYCZNY.

Depesze telegraficzne.

Wersal 11 grudnia. Na dzisiejszem posiedzeniu Senatu przyszły na stół same mniej ważne przedmioty. Izba deputowanych obradowała nad budżetem dochodów. Lewica postanowiła nie wprzódy uchwalić całkowity budżet dochodów, dopóki nie zostanie utworzony gabinet republikański.

Wersal 11 grudnia. Pod koniec posiedzenia Izby deputowanych protestował deputowany Blin de Bourdon (z prawicy) przeciw zwlekaniu obrad nad budżetem przychodów. Rzekł on, iż jest bezrobocie parlamentarne, które zmierza do terroryzowania senatu i prezydenta republiki. Chcianoby wymusić na marszałku, aby jenerałów i armię zdał na łaskę garstki adwokatów. (*rozmaite okrzyki.*) Jutro dalszy ciąg obrad.

Paryż 11 grudnia. Prezesowie grup lewic tak Senatu jak Izby deputowanych udali się do prezesów obu Izb, prosząc ich, aby starali się u marszałka Mac-Mahona o przyśpieszenie rozwiązania kryzys ministeryalnej w duchu większości parlamentarnej. Mac-Mahon przyjmował dziś rano ks. Andiffret-Pasquier.

Paryż 12 grudnia. *National* zapisuje pogłoskę dość prawdopodobną, że Mac-Mahon zamierza złożyć gabinet z członków prawicy, tak zwany gabinet rozwiązania, (którýby rozwiązał Izbę deputowanych, gdyby znalazł u niej opór. *Red.*)

Londyn 12 grudnia. *Morning Post* sądzi, że wczorajsza przedwstępna narada konferencyjna w Konstantynopolu odbyła się pod wpływem przychylnym pokojowi. Z drugiej strony dziennik ten mówi, że utrzymanie porządku w powstałych prowincyach tureckich jest niezbędne, gdyż tylko w ten sposób osłabić się da twierdzenie, że okupacya jest niezbędną.

Neapol 11 grudnia. Don Carlos przybył tu incognito pod nazwiskiem hr. Tolosa. W Rzymie zapewniają, że przed świętami Bożego Narodzenia odbędzie się konsystorz dla mianowania siedmiu albo ośmiu kardynałów.

Madryt 11 grudnia. Deputowany Sedo wniósł w kongresie, aby Bank hiszpański był znowu obowiązany wymieniać bilety swoje na każde żądanie.

Bukareszt 11 grudnia. Były minister i dyplomatyczny ajent rumuński w Wiedniu Kostaforu, umarł.

Washington 11 grudnia. Prezydent Grant rozmawiając z korespondentem *Associated Press*, wyraził żywe ubolewanie nad postawą zajętą przez partyę demokratyczną i oświadczył, iż wysłanie wojska na Południe było niezbędnem z powodu licznych morderstw politycznych. Prezydent dodał, iż bronić będzie wszystkich bez wyjątku obywateli przeciw gwałtom i ma powód do wierzenia, iż obecnie wszystko jest spokojne na Południu. Na zapytanie korespondenta oświadczył Grant, iż właściwa liczba wojska w Washingtonie wynosi obecnie 800 ludzi, ale powiększy ją, jeśliby tylko zachodziła tego potrzeba. „Będziemy mieli pokój — rzekł Grant — choćbyśmy się musieli bić, aby go utrzymać.“

Kolumbia 11 grudnia. Dziesięciu murzynów obwinionych o zamordowanie jednego białego, zostało w Louisville (w Karolinie południowej) ujętych i uwięzionych. Wyrwano ich jednak z rąk sędziego i wszystkich rozstrzelano.

W dalszym ciągu głosów poselskich w rozprawach budżetowych wiedeńskich, otrzymaliśmy według stenografów mowę p. Juliana Czerkawskiego podczas pozycyi „budowle wodne“. Podamy ją jutro. Wczoraj rozprawy przeszły już do budżetu ministerstwa oświaty, który zwykle bywa najeżony drażliwemi, bo religijnemi i narodowemi sprawami. P. Eugeniusz Czerkawski upominał się o ustawy szkolne sejmu galicyjskiego, które nie otrzymały sankcyi i o przeprowadzenie w praktyce sankcyonowanych. Odpowiedź ministra Lassera jest nieco wymijającą; tłumaczy on się bowiem brakiem odpowiedniej liczby kandydatów do stanu nauczycielskiego w Galicyi, i zarzuca brak dydaktycznego uzdolnienia młodych profesorów. Jest to pośredni pocisk na Radę szkolną, podobnie jak w dalszej osnowie mowy minister kładzie nacisk na potrzebę nauki języka niemieckiego, wsze[illegible]

W klubie lewicy odbyło się dość ciekawe *intermezzo.* Wiernokonstytucyjni reformatorowie przeprowadziwszy w poprzednich latach zwycięzko kampanię przeciw prawom sejmów, teraz starali się zwrócić ją przeciw delegacyom wspólnym, aby zakres Rady państwa i z tej strony rozszerzyć. Wszelako wobec stanu kwestyi ugodowej wnioskodawca p. Fux cofnął przygotowany już projekt zmiany tytułu delegacyi. Jest to jedna już korzyść z prowizoryum ugodowego, bo zamierzona zmiana obróciłaby się na korzyść praw krajowych i jedności monarchii.

Wszystkie dzienniki mówią o grożącej kryzys gabinetu węgierskiego. Namby się zdswało, że ona właśnie interwencyą N. Pana została zażegnaną na teraz.

Dziś dopiero doszedł nas w dziennikach rosyjskich i warszawskich autentyczny tekst adresu do Cara z szeregiem pierwsych podpisów. Różni on się tylko w niektórych odcieniach od wersyi, którą przed dwoma tygodniami podaliśmy, a którą za nami powtórzyły dzienniki krajowe i zagraniczne. Różnica redakcyi niezmieniała głównej myśli tego aktu, którego znaczenie sprowadzić można do obawy, aby nieściągnąć na kraj nowych prześladowań pod pozorem, że Polacy są wrogami Słowian. Środek to jednak niebezpieczny, aby akt ten nie miał znaczenia adhezyi do sztandaru pansławistycznego.

We czwartek albo w piątek ma przyjść w parlamencie niemieckim do trzeciego czytania ustaw sądowych. Utrzymują, że kanclerz wyraził się na wieczorach swoich nieprzychylnie o opozycyi przeciw wnioskom rządowym i o zmianach poczynionych przez komisyę, a przez parlament uchwalonych. Ministerium sprawiedliwości nie podda się uchwałom parlamentu, a stąd wnosić można, że jeśli parlament zechce utrzymać kodeksa nowe, będzie musiał ustąpić; inaczej bowiem ustawy nie otrzymają sankcyi. Parlament będzie jeszcze obradował do 20go lub 21go b. m.

Jaka zachodzi różnica między królem konstytucyjnym a konstytucyjnym prezydentem Rzpltej? Przywileje przyznane Mac-Mahonowi przy nadaniu mu władzy siedmioletniej, stoją ponad konstytucyą, bo chciano tym sposobem, aby siedmiolecie przetrwało wszelkie możebne reformy i urządzenia konstytucyjne. Republikanie jednak, którzy dla tego tylko głosowali za siedmioleciem, że chcieli zasłonić nową republikę przed wszystkimi kandydatami monarchicznymi, dziś stawiają się ponad prezydenta i chcą go poddać woli chwilowej większości parlamentarnej, mając w tej chwili większość w Izbie deputowanych i znaczny poczet wyznawców swych w senacie. Chcą mu więc narzucić gabinet, zamiast, co im służy prawo zniewolenia gabinetu do ustąpienia na drodze głosowania nad pierwszym lepszym przedmiotem. Aby wymódz mianowanie ministerium przez lewice zalecanego — zapewne Gambetty — wysyłają do Mac-Mahona delegacyę z obu Izb; zamiast głosowaniem okazać swoją z gabinetem niezgodność, ociągają obrady nad budżetem. W gruncie rzeczy bywa jednaki skutek, ale zachowanie form rządów reprezentacyjnych zabezpiecza system rządowy od samowoli stronnictw, chwilową mających przewagę, zabezpiecza kraj od parlamentarnego *coup d'état.* Gdyby Mac-Mahon powołał prawicę do gabinetu, aby ten miał za zobą przynajmniej większość senatu, wtedy musiałby odważyć się na rozwiązanie Izby deputowanych — rzecz dziś niebezpieczna.

Dziś wieje ze Stambułu wiatr bardzo pokojowy. Wczoraj zebrała się konferencya na przedwstępne posiedzenie i znalazła się w usposobieniu bardzo pojednawczem, mianowicie, co stwierdza *Polit. Corresp.* w doniesieniu telegraficznem, jen. Ignatiew z margr. Salisburym „zbliżyli się nawzajem w swoich zapatrywaniach, tak iż zupełne porozumienie Rosyi z Anglią zdaje się być więcej niż prawdopodobnem.“ Równocześnie pokojową jest skazówką załatwienie stanowcze sprawy naznaczenia linii demarkacyjnej.

Wota wyborców wybierających prezydenta Unii, spoczywają zapieczętowane aż do lutego, poczem otwarte będą, a gdy się okaże nieformalność podająca wybór w wątpliwość, senat dokona wyboru prezydenta. Tymczasem prezydent Grant radby znaleść pozór do użycia środków militarnych, a daje mu do tego sposobność zamordowanie kilku murzynów oddanych pod sąd.

Ostatnie depesze telegraficzne „Czasu.“

Wiedeń 13 grudnia (*pryw.*) Dziś w Izbie deputowanych mówili Mieroszowski, Euzebiusz Czerkawski, Gierowski i Kabat przeciw staraniom o zwinięcie uniwersytetu lwowskiego. Minister Stremayr oświadczył, iż rząd dzisiejszy nigdy niemiał i nie ma zamiaru zniesienia uniwersytetu lwowskiego albo też tamowania jego rozwoju.

Paryż 12 grudnia. Ajencya Havasa donosi: Gdy lewica obstaje przy domaganiu się usunięcia ministra wojny, czego prezydent Rzpltéj stanowczo odmawia, przeto utworzenie nowego ministerstwa z prawic zdaje się być możebnem.

Paryż 13 grudnia. *Journal Officiel* ogłasza skład nowego ministerstwa: Jules Simon prezesem i ministrem spraw wewnętrznych; Martel ministrem [illegible] scu (zatem dwaj tylko przeciwnicy Dufaure i Marcère ustąpili *Red.*)

Paryż 13 grudnia. Ajencya Havasa donosi z Konstantynopola pod d. 12 b. m. co następuje: Wczorajsza przygotowawcza narada pod przewodnictwem Ignatiewa zgodziła się na następujące punkta, mające być później sankcyonowanemi: Sprostowanie granicy na rzecz Czarnogóry przez przyłączenie 12 powiatów do Czarnogóry. Książę Czarnogórski złożyłby hołd Sułtanowi za ten przyrost posiadłości. Co się tyczy Serbii, opuszczenie jej przez wojska tureckie; wymiana jeńców; przedłużenie zawieszenia broni aż do zawarcia pokoju. Pod względem sprostowania granicy od strony zachodniej, odstąpienie Serbii Małego Zwornika przyznaje się. Rezultat narady stwierdza nadzieję porozumienia się. Zapewniają, że Salisbury usposobiony jest bardzo pojednawczo. Jen. Ignatiew miał w rozmowie z Salisburym przystać na okupacyę Bułgaryi przez wojsko państwa neutralnego, jak Belgia, Szwajcarya.

Konstantynopol 12go grudnia. Dziś odbyła się pierwsza konferencya wstępna. Ignatiew powołany został do przewodniczenia jej (jest on najstarszy wiekiem z pełnomocników); hr. Mony, pierwszy sekretarz poselstwa francuskiego, wybrany został sekretarzem konferencyi. Przyszłe posiedzenie konferencyi wstępnej naznaczone na jutro a prawdopodobnie przez kilka dni kolejnych ciągnąć się jeszcze będzie. Usposobienie członków konferencyi jest pojedawcze. Rokowania dobry biorą obrót. Zapewniają, że co do najgłówniejszych pytań panuje w zasadzie dobre porozumienie. Jeźli podstawy zostaną za wspólnem porozumieniem określone, konferencya przywoławszy delegatów tureckich, rozpocznie właściwe prace swoje.

Ateny 12 grudnia. Komunduros powodując się interesami kraju, zaprosił przywódzców stronnictw Zaimisa, Deligiorgisa i Trikupisa osobiście, aby utworzyć silny gabinet pod jakimkolwiek prezesem wybranym z pośród nich.

Nowy Jork 12 grudnia. Trybunał Unii w Karolinie południowéj orzekł, iż najwyższy sąd tego kraju jest kompetentnym w rozstrzyganiu czynności komitetu kontrolującego wybory.

Kursa. Wiedeń 13 grudnia, godz. — m. — po poł. Renta papierowa 60·15. — Renta srebrna 66·60. — Losy z r. 1860 108·75. — Akcye Banku Narod. 814.—. Akcye kredytowe 136·10. — Londyn 126·25 —. Srebro 116 75. — Napoleony 10·09½. — Lombardy 78·—. — Losy z r. 1864 129 50. — Akcye kolei Karola Ludwika 199 75. Akcye kolei Lwowsko-Czerniowieckiej 110·50. — Akcye kolei węg. północ. wschod. 86·50. — Akcye kolei węg. wschod. 30·—. Anglo Bank 71·50. — Obligacye indemn. galicyjskie 82·75. — Losy premiowe węgierskie 68·75. — Ruble 152·50.

Usposobienie: chwiejne.

REDAKTOR ODPOWIEDZIALNY I WYDAWCA
Antoni Kłobukowski.

Kurs pieniędzy i papierów publ.

Kongregacyi kupieckiej.

Kraków, 13go Grudnia.

	płacą	żądają
Rubel papier. rosyjski (za 1 sztukę)	1 52	1 53½
Rubel srebrny obrączkowy „ 1 „	1 70	1 76
Mark niemiecki „ 1 „	0 61¾	0 63½
Dukat holenderski ważny „ 1 „	5 92	6 07
Dukat austryacki „ „ 1 „	5 92	6 07
Napoleondor „ „ 1 „	10 —	10 20
Półimperyał „ „ 1 „	—	— —
20-markówka niem. ważna „ 1 „	0 —	0 —
Srebro austryackie (za 1 złr.)	114 —	116 —
Kupony austr. srebr. płatne (za 100 zł.)	113 —	115 —
Listy zastawne i obligi:		
5% Pożyczka krajowa galicyjska	89 —	— —
Obligacye indemnizacyjne galic.	82 50	85 —
4% listy zast. Tow. kredyt. ziem. (we Lwowie, za 100 zł. wa.)	— —	77 —
5% listy zast. Tow. kredyt. ziem.	82 25	84 25
6% listy hipoteczne banku hipot.	85 —	87 —
6% listy dłużne galic. zakł. włoś.	90 —	93 —
5½ listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, srebrem za 100 zł. w. a.	91 —	93 50
6% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	86 50	89 —
5% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwr. za 18 lat banknotami za 100 zł. w. a.	— —	89 50
7% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwr. za 20 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	— —	98 50
Prioritety banku gal. d. h. i p. w Krak. (za 100%)	75 —	82 —
4% listy zastawne król. Pol. ser. I (za 100 r.)	94 25	97 25
4% listy zastawne król. Pol. ser. II (za 100 r.)	— —	— —
5% listy zastawne król. Polskiego (za 100 r.)	87 25	89 75
4% listy likwidac. król. Polskiego (za 100 r.)	76 50	78 75
Akcye kolejowe i bankowe:		
Akcye kolei Karola Ludwika po złr. 200	197 50	201 50
„ Lwowsko-Czerniow. „ „ 200	109 —	113 —
„ hipot. we Lwowie wpł. 200 zł. „ „ 200	— —	— —
Akcye banku gal. dla h. i przem. w Krak. 200 złr.	—	— —

Oprócz bież. kuponu, obliczającego się każdeg. w miarę terminu płat. — (rub. i kop.)

Losy krajowe.	płacą	żądają
Losy miasta Krakowa	14 50	16 —
Losy m. Stanisławowa	1[illegible] —	20 —
Wiedeń 12go Grudnia		
5% zjedn. dług państ. bank.	60 20	60 40
5 „ „ „ srebr.	66 50	66 70
„ Oblig. ind. niż. Austr.	100 75	101 25
„ „ „ czeskie	100 50	— —
„ „ „ węgierskie	73 75	74 50
„ „ „ galicyjskie	82 75	83 25
„ „ „ bukowińsk.	81 —	82 —
„ „ „ siedmiogr.	71 75	72 50
5% węgierska pożyczka kol. (po 300 frank.) 120 złr.	98 75	99 50
Listy zastawne.		
5% Banku narod. listy	96 —	96 15
4 „ galicyjskie	76 50	77 —
5 „ „	— —	84 75
6 „ galic. zakł. kred. włośc.	91 —	92 —
6 „ Zakł. kr. z. w Krak. w l. 18	88 —	89 —
7 „ „ „ „ 20	97 —	98 —
6 „ „ „ „ 36	87 50	88 50
5½ sr. „ „ „ 36	94 —	— —
5% węgierskie listy	— —	— —
5 „ zakł. kredyt. austr.	106 50	106 75
5 „ zakładu kr. ziem. aust. spłacal. w 33 latach	89 50	90 —
5 „ Domen. państ. 120 złr.	139 50	140 50
6 „ Banku gal. hipot.	85 50	86 —
Pożyczki loteryjne.		
Losy pożycz. z roku 1839	257 50	259 —
„ „ „ 1854	104 75	105 25
„ „ „ 1860	108 75	109 —
⅕ losów pożyczki austr. państw. z r. 1860	116 75	117 50
Losy pożyczki z r. 1864	129 75	130 25
„ prem. pożyczki węg.	68 75	69 25

	płacą	żądają
Losy Comorente	24 —	24 50
„ kredytowe	163 75	164 25
„ żeglugi parowej na Dunaju	93 —	93 50
„ księcia Salm	43 —	44 —
„ „ Palffy	30 50	31 —
„ „ Klary	29 50	30 50
„ hr. St. Genois	35 50	36 50
„ miasta Budy	29 —	29 50
„ Windischgraetz	24 50	— —
„ hr. Waldstein	23 —	23 50
„ hr. Keglevich	14 25	14 75
„ Rudolfa	13 50	14 —
„ tureckie 400-frank.	11 60	12 —
Akcye bankowe i przem.		
Banku narod. austryac.	819 —	822 —
Zakładu kredytowego	136 20	136 40
Żeglugi parow. na Dunaju	338 —	340 —
Kolei północ. Ferdynanda	1780	1790
„ rządowej fr. a.	258 —	259 —
„ zachod. c. Elżbiety	135 50	136 —
„ Południowej	78 —	78 25
„ Galicyjskiej	199 50	200 —
„ Czerniowieckiej	110 75	111 50
„ Albrechta	— —	— —
„ węg. północ.-wschod.	85 50	86 —
„ ks. Rudolfa 200 zł. sr.	101 50	102 —
„ Alföldsko-Fiumańsk.	93 —	94 —
„ Koszycko-Bogumił.	84 —	84 50
„ Siedmiogrodzkiej	72 50	73 50
„ Cisańskiej	— —	— —
„ wschodnio-węgierskiej	22 25	28 50
„ austryack. półn.-zach.	117 50	118 —
„ Franciszka Józefa	121 50	122 50
Banku anglo-austryackiego	71 75	72 —
Zakładu kredytowego węg.	104 —	104 25
Banku franko-austryackiego	7 50	8 —
„ franko-węgierskiego	— —	— —

	płacą	żądają
Banku galicyj. dla handlu i przem. w Krakowie	— —	— —
„ krajowego galicyjsk. we Lwowie	— —	— —
„ wiedeńskiego dla obrotu płodów	— —	— —
„ galic. hipotecznego	— —	— —
„ dla obrotu ogólnego	76 50	77 50
Obligi pierwszeństwa.		
Kolei Dniestrzańskiej	— —	— —
„ Koszycko-Bogumińsk.	[illegible] 75	65 25
„ państwowej 500 fr.	155 —	155 50
Emisya z r. 1867	147 —	149 —
„ południowej 500 fr.	115 75	116 25
Bony 1875-1876 6%	— —	— —
„ pół. c. Ferd. 100 złr. m. k.	100 —	— —
„ „ „ 100 złr. w. a.	[illegible] —	— —
„ „ „ w srebr. 5%	106 50	107 —
„ południ. półn. niem. 5% za 100 złr. w. a.	86 —	87 —
5% w srebrze	90 —	92 —
„ gal. Kar. Lud. 300 z. wa. w srebr. 5% za 100 złr.	99 75	100 25
Emisya II.	96 25	96 75
„ Lwowsko-Czerniow. po 300 złr. (w sr. 5% za 100)	76 75	77 25
Emissya z r. 1867	76 50	77 —
„ Siedmiogr. 200 złr. w. a.	55 —	55 50
„ ks. Rudolfa 300 złr. w. a. w srebr. 5% za 100 złr.	74 25	74 75
Austr. Lloyd 100 złr. m. k.	— —	— —
Towarz. pragskie przem. zel. po 300 złr.	84 —	85 —
Waluty.		
Cesarskie korony	5 97	5 99
„ dukat na wagę	6 —	6 02

	płacą	żądają
Napoleondory	$10\ 10^{5}$	$10\ 11^{5}$
Suweryny angielskie	12 65	12 70
Imperyały rosyjskie	— —	— —
Srebro	115 50	115 70
Srebro, kupony	— —	— —
Bank. pań. Niemiec. na 100 m.	62 15	62 25
Rubel pap.	$1\ 52^{60}$	1 53
Lwów 12 grudnia		
Dukat holenderski	5 82	5 96
„ cesarski	5 90	6 05
Półimperyał rosyjski	10 15	10 35
Rubel srebrny rosyjski	1 70	1 80
„ papierowy	1 52	1 54
Marki 100	61 50	62 50
Listy zast. Tow. kr. gal. 5%	82 90	83 65
„ „ „ „ „ 4„	76 25	77 25
„ „ Banku hipotecz.	85 50	86 50
Obligi indemn. bez kupon.	82 50	83 75
Akcye kolei galic. K. L. b. k.	199 —	201 50
„ „ Lwow.-Czern.	110 —	112 50
„ banku hipot. gal.	— —	216 —

Warszawa 11 grud.	płacą rub.	płacą kop.	żądają rub.	żądają kop.
Listy zastawne 1ej seryi	97	—	97	30
„ „ 2ej seryi	97	—	97	30
kupon	187½		—	—
„ „ nowe	89	—	89	30
kupon	$234\frac{13}{16}$		—	—
„ likwidacyjne	78	60	79	—
kupon	011½		—	—
Kolej warszawsko-wiedeń.	—	—	—	—
„ „ bydgoska	—	—	—	—
Rosyj. pożyczka prem. 1864 r.	180	—	—	—
„ „ „ 1866 „	176	—	—	—

Obwieszczenie.

L. 2281. (3055-1-3)

Celem zabezpieczenia dostawy materyału na konserwacyą drogi krajowej Zakluczyn, Niedzickiej i Krościenko — Szczawnickiej na rok 1877 w powiecie Nowo-Sądeckim odbędzie się w Wydziale Rady pow. w Nowym Sączu na dniu **21 grudnia 1876 r.** pu[illegible] [illegible] ofert zaopatrzonych w wadyum 10% ceny fiskalnej a mianowicie:

I. Dla drogi Zakluczyn Niedzickiej.
a) *oddział Zakluczyński*
2350 mtr. sześcien. szutru za 4251 zł.
b) *oddziału Sądeckiego*
3120 mtr. sześć. szutru za 4080 zł. 60 c
c) *oddziału Krościeńskiego*
5052 mtr. sześć. szutru za 6346 zł. 66 c.
II. Dla drogi Krościenko Szczawnickiej.
300 mtr. sześcien. szutru za 378 zł.
wogóle 10,822 metrów sześciennych szutru za 15,056 złr. 26 ct.

Oferentom pozostawioną jest wolność oferowania na każden oddział konduktorski oddzielnie.

Bliższe warunki dostawy przejrzane być mogą w godzinach urzędowych w kancelaryi Wydziału powiatowego.

Z Wydziału Rady pow.
Nowy-Sącz 7 grudnia 1876 r.

WYKAZ

w dniu 2 grudnia 1876 r. wyciągniętych numerów przy trzydziestem szóstem losowaniu mających być wylosowanych **5% listów zastawnych uprzyw. austr. Banku Narodowego**

Na **5000** złr.

631, 1739, 2746, 3589, 4748, 5392, 5829, 7478, 8160, 8801, 9806, 1112, 12117, 12515,
765, 1759, 3004, 3705, 4808, 5502, 5877, 7754, 8195, 9093, 9999, 1112, 12236, 12726.
894, 1786, 3133, 3837, 4811, 5563, 5924, 7769, 8396, 9199, 10100, 1174, 12251,
1331, 2232, 3213, 3846, 5003, 5661, 6583, 7782, 8592, 9200, 10309, 1175, 12267,
1563, 2317, 3457, 4532, 5267, 5691, 7460, 8094, 8719, 9545, 10708, 1212, 12348,

Na **1000** złr.

5252, 15024, 27004, 40674, 42783, 50172, 63378, 67254, 71440, 77709, 80519, 8154, 85318, 90952,
9521, 15027, 27006, 40676, 42784, 50173, 63379, [illegible], 77710, [illegible], 90953,
9522, 15028, 27007, 40677, 42785, 50174, 63380, 67256, [illegible], 77761, 81031, [illegible], 90954,
9523, 15029, 27009, 40679, 42786, 59402, 65073, 67257, 72901, 77762, 81032, 8157, 88391, 90955,
9524, 15968, 27010, 40680, 42787, [illegible], 65074, [illegible]
9529, 15970, 27343, 41406, 43491, [illegible], 81034, 8159, 88393, 90957,
[illegible]
[illegible], 17272, [illegible], 77767, 81036, [illegible]
10586, 17273, 27346, 42142, 43494, 59408, 65078, 70183, 72906, 77768, 81037, 83762, 88396, 90960,
10587, 17277, 27347, 42143, 43495, 59409, 65079, 70184, 72907, 77769, 81038, 83763, 88397, 91271,
10589, 17278, 27851, 42144, 43498, 59410, 65441, 70185, 72909, 77770, 81039, 83764, 88398, 91272,
10590, 17280, 27857, 42145, 43499, 59492, 65783, 70186, 72910, 77971, 81040, 83765, 88399, 91273,
10654, 17463, 27858, 42146, 44291, 59494, 66401, 70187, 74913, 77972, 81271, 83766, 88400, 91274,
10655, 17464, 27859, 42147, 44292, 59495, 66402, 70189, 74914, 77973, 81272, 83767, 90511, 91275,
10656, 17465, 27860, 42148, 44293, 59496, 66403, 70190, 74917, 77974, 81273, 83768, 90512, 91276,
10658, 17467, 31111, 42149, 44294, 59498, 66404, 71431, 74918, 77975, 81274, 83769, 90513, 91277,
10660, 21691, 31113, 42150, 44295, 59499, 66405, 71432, 74920, 77976, 81275, 83770, 90514, 91278,
10703, 21692, 31114, 42661, 44296, 59500, 66406, 71433, 77701, 77977, 81277, 85311, 90515, 91279,
10705, 21695, 31116, 42666, 44297, 63372, 66407, 71434, 77702, 77980, 81278, 85312, 90516, 91280.
10708, 21697, 31117, 42667, 44298, 63373, 66408, 71435, 77704, 80514, 81279, 85313, 90517,
10709, 21698, 31119, 42669, 44299, 63374, 66409, 71436, 77705, 80515, 81280, 85314, 90518,
10710, 21699, 31120, 42670, 44300, 63375, 66410, 71437, 77706, 80516, 81501, 85315, 90519,
15022, 27001, 40671, 42781, 44788, 63376, 67252, 71438, 77707, 80517, 81502, 85316, 90520,
15023, 27003, 40673, 42782, 44789, 63377, 67253, 71439, 77708, 80518, 81503, 85317, 90951,

Na **100** złr.

1341, 4636, 7904, 13879, 16949, 26751, 27264, 32516, 38647, 48571, 50606, 55891, 59856, 64056,
1342, 4638, 7905, 13880, 16950, 26752, 27266, 32519, 38648, 48572, 50607, 55892, 59857, 64057,
1343, 4639, 7907, 14712, 18511, 26753, 27267, 34632, 38649, 48573, 50608, [illegible], 64058,
1344, 4640, 7909, 14713, 18512, 26754, 27268, 34639, 38650, 48574, [illegible], 55894, 59859, 64059,
1346, 5211, 7910, 14714, 20781, 26756, 27269, 34640, 41091, 48575, [illegible]
1348, 5213, 10307, 14717, 20782, 26757, 29323, 35141, 41092, 48576, 53621, [illegible], 64471,
1349, 5214, 10308, 14718, 20783, 26758, 29325, 35142, 41094, 48577, 53622, 55897, 63262, 64472,
1350, 5216, 10309, 14719, 21941, 26760, 30791, 35143, 41096, 48578, 53623, 55898, 63263, 64473,
3071, 5218, 10310, 14720, 21942, 27132, 30792, 35144, 41097, 48579, 53624, 55899, 63264, 64474,
3074, 6031, 13581, 16821, 21943, 27134, 30793, 35146, 41098, 48580, 53625, [illegible], 64475,
3075, 6033, 13582, 16822, 21944, 27135, 30794, 35147, 41099, 48991, 53626, 57341, 63291, 64476,
3076, 6034, 13583, 16823, 21945, 27136, 30795, 35148, 41100, 48992, 53627, 57342, 63292, 64477,
3077, 6035, 13584, 16824, 21946, 27138, 30796, 35150, 42631, 48993, 53628, 57343, 63293, 64478,
3079, 6036, 13585, 16825, 21947, 27139, 30798, 35461, 42633, 48994, 53629, 57344, 63294, 64479,
3080, 6037, 13586, 16826, 21948, 27140, 31672, 35462, 42636, 48995, 53630, 57345, 63295, 64480,
3731, 6792, 13587, 16827, 21949, 27143, 31673, 35463, 42637, 48996, 55001, [illegible], 63296,
3732, 6794, 13590, 16828, 21950, 27144, 31674, 35465, 42638, 48997, 55002, [illegible], 63297,
3734, 6795, 13871, 16829, 24071, 27145, 31675, 35468, 42639, 48998, 55003, 57348, 63298,
3735, 6796, 13872, 16830, 24072, 27146, 31677, 35469, 43451, 48999, 55004, 57349, 63299,
3736, 6797, 13873, 16942, 24073, 27148, 31678, 35470, 43452, 49000, 55005, 57350, 63300,
3737, 6798, 13874, 16944, 24074, 27149, 31679, 38641, 43453, 50601, 55006, 59851, 64051,
3739, 6799, 13875, 16945, 24075, 27150, 32512, 38642, 43457, 50602, 55007, 59852, 64052,
3740, 6800, 13876, 16946, 24077, 27261, 32513, 38643, 43458, 50603, 55008, 59853, 64053,
4634, 7902, 13877, 16947, 24079, 27262, 32514, 38645, 43459, 50604, 55009, 59354, 64054,
4635, 7903, 13878, 16948, 24080, 27263, 32515, 38646, 43460, 50605, 55010, 59855, 64055,

Wyciągnięte listy zastawne wypłacone będą w kasie hipotecznej kredytowej Banku Narodowego w Wiedniu. Oprocentowanie takowych ustaje w dniu 1 stycznia 1877 r. lub jeżeli podniesienie kapitału wcześniéj nastąpi, w dniu wypłaty kapitału.

Z wyciągniętych listów zastawnych z poprzednich wylosowań nie podniesiono jeszcze:

Na **5000** złr.

4762, 4809, 5405, 6070, 8009, 8575, 8597, 9856, 10507.

Na **1000** złr.

10689, 31204, 38120, 50280, 55427, 59796, 65914, 69145, 71658, 80232, 81727, 85148, [illegible],
13135, 31887, 39069, 51535, 57200, 59797, 65916, 70581, 72211, 80235, 84553, 85149, 87972,
13781, 34851, 41237, 52462, 57840, 59798, 65917, 70661, 74011, 80237, 84554, [illegible], 88578,
16268, 34854, 43475, 52494, 58309, 61529, 65918, 70881, 74012, 80238, 84559, 85406, 91662,
22294, 34857, 43979, 52495, 58633, 65084, 65919, 70882, 75585, 80239, 85141, 85407, 91663,
22295, 34858, 43980, 52653, 58701, 65342, 65920, 70883, 76606, 81342, 85142, 85409, 91665,
22297, 34957, 45772, 52944, 58702, 65343, 67085, 70884, 76976, 81721, 85143, 85410, 91666,
24344, 36864, 45775, 53889, 58703, 65344, 67086, 70885, 76977, 81722, 85144, [illegible], 91667,
24348, 37231, 45776, 54521, 58704, 65345, 68242, 70886, 76978, 81723, 85145, 86207, 91668,
27078, 37753, 47901, 54526, 59792, 65420, 68247, 70887, 79166, 81724, 85146, 87040, 91669
27268, 37754, 47902, 55423, 59795, 65853, 68249, 70888, 79170, 81726, 85147, 87085,

Na **100** złr.

1224, 8642, 13925, 19439, 23857, 30199, 34773, 37304, 43627, 45282, 47324, 50385, 53164, 59754,
1410, 9741, 13926, 19440, 23858, 30919, 34774, 37307, 43628, 45288, 47325, 50386, 53165, 59755,
1435, 10032, 13927, 19761, 24066, 31091, 34775, 37308, 43629, 45290, 48062, 50387, 53166, 60431,
2548, 10325, 14273, 19762, 24067, 31092, 34778, 37309, 43630, 45600, 48406, 50388, 53170, 60432,
2550, 10327, 14274, 19763, 24068, 31093, 34779, 37310, 43640, 46021, 48734, 50389, 54943, 60433,
2694, 10328, 14278, 19766, 24512, 31099, 34780, 37674, 44305, 46023, 49254, 50390, [illegible], 60434,
2695, 10809, 14279, 20992, 24515, 31100, 35615, 37675, 44351, 46081, 49255, 50751, 55947, 60435,
2993, 11001, 14287, 21731, 24517, 32232, 35616, 37676, 44352, 46156, 49322, 50753, 55950, 60436,
2994, 11002, 14290, 21732, 24518, 32853, 35841, 37677, 44355, 46158, 49326, 50754, 56159, 60437,
2995, 11004, 14293, 21733, 24581, 33504, 35842, 37679, 44360, 46957, 49327, 50755, 56641, 60438,
2996, 11005, 14534, 21734, 24589, 33832, 35843, 37680, 44642, 46958, 49328, 50756, 56650, 60439,
3073, 11006, 15104, 21735, 24711, 33833, 35844, 38786, 44751, 47151, 49329, 50757, 56651, 60761,
3236, 11076, 15107, 21736, 25527, 33835, 35984, 38787, 44752, 47152, 49330, [illegible], 60762,
3418, 11226, 16270, 21737, 25944, 33836, 36043, 38870, 44753, 47153, 49548, 50759, 56653,
3950, 13527, 17002, 22131, 26634, 33837, 36139, 40905, 44754, 47154, 49550, 50760, 56654,
5171, 13768, 17009, 22224, 27358, 33838, 36511, 40908, 44755, 47155, 49688, 51200, 56657,
5176, 13795, 17171, 22703, 27911, 33839, 36512, 40910, 44760, 47156, 49689, 52085, 56658,
6586, 13796, 17179, 23742, 27920, 34022, 36513, 41344, 44761, 47157, 50365, 52452, 56659,
6589, 13797, 19082, 23743, 28560, 34574, 37050, 41345, 44762, 47159, 50366, 52453, 56660,
6898, 13798, 19433, 23744, 29214, 34575, 37246, 41346, 44763, 47160, 50367, 52454, 58750,
6900, 13800, 19435, 23745, 29557, 34576, 37249, 41349, 44766, 47321, 50368, 52457, 59751,
7014, 13923, 19437, 23747, 29678, 34771, 37250, 42851, 44767, 47322, 50369, 52458, 59752,
8641, 13924, 19438, 23749, 29679, 34772, 37303, 43625, 44871, 47323, 50370, 53163, 59753,

Zarazem zwraca się uwagę, że odsetkowanie tych niepodniesionych listów zastawnych w oznaczonych za każdym razem terminach **wygasło** i że dlatego opiewające na późniejsze termina wypłaty, kupony odsetkowe tychże przez Bank Narodowy wypłacone nie będą. (2918)

Wiedeń, 2 grudnia 1876 r.

Od Dyrekcyi.

Czcionkami Drukarni „CZASU".

Odpowiedzialny rządca drukarni Józef Łakociński.

Nr. 285 — Freitag, 15 Dezember. — 1876

Inserate werden auf das Billigste berechnet.

Pränumerazions-Preise: für Prag: mit dem Amtsblatte viertelj. 3 fl. 66 kr., monatl. 1 fl. 28 kr., ohne das Amtsblatt „ 3 „ 10 „ „ — „ 70 „ für die tägl. 2malige Zusendung ins Haus viertelj. 45 kr., monatl. 15 kr. — durch die Post: mit d. Amtsblatte viertelj. 5 fl. 26 kr., monatl. 1 fl. 75 kr., ohne das Amtsblatt „ 3 „ 50 „ „ 1 „ 17 „ für d. täglich zweimalige Postzusendung viertelj. 1 fl. [illegible] monatl. [illegible]

Einzelne Nummern. Morgen- und Amtsblatt [illegible] Morgenblatt [illegible] Amtsblatt: [illegible] kr., Prager Abendblatt 1 kr.

Prager Zeitung.

Redakzions-Bureau Nr. 803—III. Eck des Stefansplatzes und der Neuen Schloßstiege 2. Stock. — **Komptoir und Expedizion** NC. 1—III — **Expedizions-Filiale** NC. 539—I. Galliplatz, gegenüber dem königl. Landestheater.

Pränumerazionen und Inserzionen werden sowohl im Komptoir als in der Expedizions-Filiale am Galliplatze angenommen, wo auch für die Redakzion bestimmte Manuskripte und Drucksachen abgegeben werden können.

Offizieller Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 3. Dezember d. J. dem Pfarrer von St. Antonio Nuovo in Triest, Ehrendomherrn Anton Hrovatin in Anerkennung seiner vieljährigen verdienstlichen Berufsthätigkeit das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Hauptmann außer Dienst Otto Grafen Buttlar Freiherrn auf Brandenfels, genannt Treusch, die k. k. Kämmereswürde zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 9. Dezember d. J. den Zögling der theresianischen Akademie Eberhard Freiherrn von Mylius zum k. k. Edelknaben allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 10. Dezember d. J. dem Wundarzte Johann Tragseil zu Lans in Tirol in Anerkennung seines vieljährigen menschenfreundlichen Wirkens das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Reichs-Kriegsministerium hat die Lehrerin an der Volksschule für Mädchen in Nikolsburg Marie Kittner zur Untervorsteherin, ferner die Aushilfslehrerin an der Mädchen-Volks- und Bürgerschule in Stockerau Marie v. Stempfl zur provisorischen Untervorsteherin im k. k. Offizierstöchter-Erziehungsinstitute zu Hernals ernannt.

Nichtoffizieller Theil.

Telegramme der Prager Zeitung.

Wien, 14. Dez. Abgeordnetenhaus. Der Finanzminister legt den Gesetzentwurf betreffs Aufhebung des Zollausschußes von Brody vor. — Bei der fortgesetzten Debatte über das Unterrichtsbudget wurde Titel „Speziallehranstalten" nach dem Ausschußantrag angenommen, nur die Subvenzion von 5000 fl. für die Porges'sche Handelsschule in Wien wurde gestrichen. Die weiteren drei Titel wurden ebenfalls nach dem Ausschußantrage angenommen, womit das Unterrichtsbudget erledigt ist.

Wien, 14. Dezember. Die „Pol. Korr." meldet aus Petersburg: Das russische Kabinet bedeutete dem Fürsten von Montenegro auf dessen Anspruch auf Arrondirung und einen Hafen, daß er auf die russische Unterstützung seiner Wünsche rechnen könne, die Erfüllung derselben jedoch nur auf dem Wege des Einverständnisses mit den Rußland zunächststehenden Mächten erreichbar sei.

Wien, 14. Dez. Die Kreditanstalt theilt mit, daß die Subskripzion für Goldrente hier heute um 4 Uhr wahrscheinlich definitiv geschlossen wird.

Münster, 14. Dezember. In dem Prozesse gegen den Bischof Brinkmann wegen Beiseiteschaffung von Urkunden und Unterschlagung von Geldern, wurde heute Bischof Brinkmann zu einem Jahre, der Prälat Dr. Giese zu zwei Jahren und zwei andere Priester zu mehrwöchentlichem Gefängnisse verurtheilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Versailles, 14. Dezember. Jules Simon gab im Namen des Kabinets in der Kammer und im Senate eine Erklärung ab, in welcher er nach dem Ausdrucke des Bedauerns über den Rücktritt Dufaure's und Marcere's sagte: Ich bringe kein Programm, Sie kennen mich. Ich bin ein ernster Republikaner und ein ernster Conservativer, ergeben den Prinzipien der Gewissensfreiheit und beseelt von aufrichtiger Achtung der Religion. Das Kabinet wird ein parlamenterisches Kabinet bleiben und wird zu diesem Behufe nur das Beispiel Mac Mahon's befolgen dürfen, welcher bei jedem Anlaße sich beeiferte strikte den Grundsätzen der konstituzionellen Regierung zu folgen. Jules Simon erklärte, die Regierung sei einmüthig und fest entschlossen, der republikanischen Regierung bei allen Funkzionären Achtung zu verschaffen. Frankreich wolle in Ruhe und Frieden arbeiten. (Anhaltender Beifall.)

London, 14. Dez. Die „Times," die Situazion besprechend, sagte, es werde nicht ausreichen, lediglich die russischen Forderungen zu bekämpfen. England müsse ebenfalls Garantien vorschlagen. Letztere könnten vielleicht die Form einer bewaffneten ausländischen Polizei in den insurgirten türkischen Provinzen, unterstützt durch die Flotte der alliirten Mächte im Bosporus annehmen.

New-York, 14. Dezember. Beide Nazionalkomités, das republikanische wie das demokratische, erließen Adressen, worin jede Partei ihren Kandidaten als zum Unionspräsidenten gewählt erklärt. Hayes erhielt gestern eine Serenade und erklärte, er hoffe, der gesunde Sinn des Volkes werde das Volk abhalten, dem Beispiele Mexikos zu folgen. Er werde das Resultat der Präsidentenwahl, wie es auch ausfällt, ruhig akzeptiren und glaubt auch, daß die große Majorität der Opposizion dies thun werde.

Reichsrath.

218. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

(Schluß.)

Zum Titel 13 (Hochschulen) ergreift zuerst Abg. Greuter das Wort. Er polemisirt gegen die Irreligiosität in der Schule, wird aber vom Präsidenten wiederholt erinnert, daß diese Debatte bereits abgeschlossen wurde. Greuter erklärt hierauf, auf das Wort zu verzichten. — Graf Mierosowski spricht für die Lemberger Universität und befürwortet deren Reorganisazion, beziehungsweise Ergänzung durch eine medizinische Fakultät. Entschieden erklärt er sich gegen die beabsichtigte Aufhebung derselben. — Dr. Eusebius Czerkawski spricht über dasselbe Thema und ersucht das Haus, doch nicht jene Bande der Dankbarkeit zu zerreißen, die gerade durch die Errichtung der Universität in Lemberg das Volk mit der Dynastie verknüpfen. Schließlich fordert Redner den Spezialberichterstatter auf, das gefällte Verdikt über die Universität in Lemberg zurückzunehmen. — Abg. Wurm erklärt die Universitäten für christliche Errungenschaften. Speziell kommt er auf die Auflösung der Universität in Olmütz zu sprechen, die ja auch von Bischöfen ins Leben gerufen wurde. Die Auflösung derselben sei eine Ungeheuerlichkeit gewesen. Im Weiteren spricht er sich für die Errichtung einer slavischen Universität aus. — Abg. Gierowski spricht sich ebenfalls gegen die Aufhebung der Lemberger Universität aus und für die Berücksichtigung des ruthenischen Idiomes. — Der Minister für Kultus und Unterricht Dr. v. Stremayr erklärt, daß die Regierung niemals die Absicht gehabt hat oder gegenwärtig hegt, die Universität in Lemberg aufzuheben (Beifall) oder in ihrer Entwicklung zu beschränken. Was die allerdings beschränkten Lehrmittel der Universität Prag betrifft, so sind zwar die finanziellen Verhältnisse nicht danach angethan bedeutendere Auslagen zu machen, jedoch wird die Regierung bemüht sein, was in ihren Kräften steht, für diesen Zweck zu thun. — Auch die Universitätsbibliothek und das Musikkonservatorium in Prag kommen im Laufe der Debatte zur Sprache. — Abg. Dr. Hallwich weist auf die mangelhafte Dotazion der Universitätsbibliothek in Prag, der einzigen öffentlichen Bibliothek in Böhmen, hin und bittet, in Berücksichtigung dieser Umstände bei der Vorlage des nächsten Budgets die daselbst bestehende Lücke auszufüllen. — Unterrichtsminister Dr. v. Stremayr erklärt, was das Prager Konservatorium betrifft, erscheine die betreffende Post im Voranschlage nicht; aber mit Rücksicht auf die Erörterungen im Budgetausschusse sei bereits die entsprechende Deckung für diese Subvenzion, welche dem Prager Konservatorium im nächsten Jahre geleistet wird, gefunden worden. Was die Bedürfnisse der Prager Universitätsbibliothek betrifft, anerkenne er dieselben vollständig. Daß denselben nicht in ausreichendem Maße genügt werden kann, hat nur in der dringend gebotenen Sparsamkeit seinen Grund. Er hoffe, daß das nächste Budget auch nach dieser Richtung hin, wie dies bei der Wiener Universität der Fall ist, einen höheren Posten der Würdigung des hohen Hauses unterziehen wird. — Spezialberichterstatter E. Sueß: Für das Prager Konservatorium würde durch drei Jahre eine Subvenzion bewilligt. Diese drei Jahre sind im vorigen Jahre abgelaufen und das Konservatorium hat es unterlassen, rechtzeitig um die Verlängerung dieser Subvenzion einzuschreiten. In Folge dessen ist die Einstellung in das diesjährige Budget nicht erfolgt. Nachträglich ist nun dieses Ansuchen gestellt worden und der Budgetausschuß ist so weit gegangen, daß er in seinem Motivenberichte darauf hinwies, dieses Gesuch zu unterstützen, und auch Se. Exz. der Unterrichtsminister hat erklärt, daß er dieses Institut weiters mit einer Subvenzion bedenken werde. Was die Prager Universitätsbibliothek betrifft, so ist nicht ein Abstrich der Bibliothekdotazion erfolgt, sondern eine Anzahl von Extraordinarien in Abfall gebracht worden. — Nachdem noch der Generalberichterstatter gesprochen, wird Kap. 9 Titel 13 (Hochschulen) den Anträgen des Ausschusses gemäß angenommen.

Über Titel 14 (Mittelschulen) entwickelt sich eine längere Debatte. Abg. Voschniak urgirt den Mangel slavischer Mittelschulen, Abg Monti schildert den trostlosen Zustand der slavischen Schulen in Dalmazien, Abg. Vitezich klagt darüber, daß in Istrien weder slavische Gymnasien, noch Realschulen bestehen, und der Abg. Weber vergleicht das Schicksal der mährischen Slaven mit dem der Rajahs und meint, daß, wenn der Herr Unterrichtsminister den Wünschen der mährischen Slaven nach Realschulen nicht Rechnung tragen werde, es leicht dahin kommen könne, daß die Hottentoten eher eine Universität besitzen werden, bevor in Mähren ein čechisches Gymnasium errichtet wird. Abg. Mises endlich richtet an den Unterrichtsminister die Bitte, den zwischen der Gemeindevertretung Drohobycz und dem Staate abgeschlossenen Vertrag einer Revision zu unterziehen, welcher der genannten Gemeinde enorme Lasten zur Erhaltung einer Mittelschule auferlegt. — Bei der Abstimmung werden die bei Titel 14 und 15 eingestellten Summen unverändert nach dem Antrage des Ausschußes angenommen.

Vor Schluß der Sitzung stellen die Abgeordneten Monti und Genossen an den Ministerpräsidenten Fürsten Adolf Auersperg die Interpellazion: „Ist demselben die unglückliche Lage der in Dalmazien befindlichen bosnischen Flüchtlinge, besonders jener in der Gemeinde Knin, bekannt? Ist es demselben ferner bekannt, daß die bei den Flüchtlingen ausgebrochenen und noch jetzt grassirenden Krankheiten die Gesundheit der Bevölkerung in der oben erwähnten Gemeinde auf die gefährlichste Weise zu benachtheiligen drohen, und was gedenkt die Regierung zu thun um einerseits dem Nothstande der Flüchtlinge nach Möglichkeit abzuhelfen, andererseits die drohende Verbreitung epidemischer Krankheiten hintanzuhalten?"

= **Wien**, 13. Dez.

(Der Handelsvertrag mit Großbritannien.)

Dem Abgeordnetenhause liegt heute der neue Handelsvertrag vom 5. Dez. 1876 vor, durch welchen nach erfolgter Kündigung des Handelsvertrages vom 16. Dez. 1865, sowie der dazu gehörigen Nachtragskonvenzion vom 30. Dezbr. 1869 die Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Großbritannien geregelt werden sollen. Die Gründe dieser Kündigung sind bekannt und war hiebei die Erkenntniß maßgebend, daß die in dem frühern Vertrage festgestellten Zölle für Baumwollwaaren und Wollwaaren vermöge ihres niedrigen Ausmaßes und ihrer dem gegenwärtigen Stande der Fabrikazion nicht mehr entsprechenden Eintheilungsweise sich als im Interesse der Erhaltung und Kräftigung der betreffenden Industrien Oesterreichs nachtheilig erwiesen hatten. Die Frage nun, was an die Stelle dessen zu setzen und wie überhaupt der Handelsverkehr mit England für die Zukunft zu regeln sei, wurde im Zusammenhange mit dem Gesammtplane für die Handelspolitik des Reiches, wie sie innerhalb der Dauer des neugeschlossenen Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn einzuhalten sein wird, dahin aufgefaßt, daß es sich empfehle, bestimmte Einfuhrzölle mit Großbritannien unmittelbar zu erneuern und daß es unbeschadet der freundschaftlichen Verkehrsbeziehungen mit diesem Staate unthunlich sei, diesen Verkehr weiterhin noch in gleiche Linie mit jenen Staaten zu stellen, welchen die Monarchie einen vertragsmäßigen Einfluß auf die Tarifbildung einzuräumen im eigenen Interesse gelegen finden kann.

Es ist bekannt, daß die Erwartungen, die an den Vertrag vom 16. Dez. 1865 rücksichtlich der Hebung dieses internazionalen Verkehrszweiges geknüpft worden sind, sich nicht erfüllt haben; andererseits steht fest, daß die Monarchie lediglich in einigen Rohprodukten eine mäßige, von wechselnden Konjunkturen abhängige Ausfuhr aufweist und in Fabrikaten nur ausnahmsweise zu geringfügigen Exportmengen gelangt, wogegen England mit seinen weitaus überlegenen Industrien eine nachhaltige Konkurrenz auf dem inländischen Markte stets zu entwickeln vermag. Die Sachlage und die Erwägung, daß spezielle Begünstigungen für jene Artikel, auf welche England zumeist Werth legen muß und in welchen es eine unbedingte Superiorität auch in Zukunft behaupten wird, nicht gewährt werden können, ohne damit die Konkurrenzfähigkeit lebensfähiger inländischer Industrien auf dem heimischen Markte

Feuilleton.

Die Kohlenquellen der Zukunft.

Von [illegible]

Seit einer schönen Reihe von Jahren haben wir uns an die Kartoffel, den Kaffee, den Tabak und an die Kohle gewöhnt; an Artikel, die unsere Vorfahren im Mittelalter und Alterthum nicht kannten, ungeachtet dessen sie jedoch ganz gemüthlich und zufrieden weiter lebten. Aber seit jenen Zeiten ist die Zivilisazion mit Riesenschritten vorwärts geeilt und hat für die Menschheit auch neue Bedürfnisse, neue Unentbehrlichkeiten geschaffen. Zu Letzteren rechnen wir jetzt mit Recht die vorerwähnten Gegenstände.

Es würde einer Hausfrau heut zu Tage wohl schwer fallen, ihre Haushaltung zu führen ohne die mehligen Knollen, die vor 300 Jahren ein Sklavenhändler zuerst aus Amerika nach England brachte, ohne ihnen Eingang zu verschaffen; Hausfrau und Hausherr würden wohl sehr schwer das braune Getränk, letzterer wohl schwerer das amerikanische Gift entbehren können. Aber selbst eine nicht sehr rege Phantasie kann sich die Welt ohne Kartoffel, Kaffee und Tabak vorstellen und obendrein hat man auch den tröstlichen Gedanken: „Wir haben diese drei Dinge und werden sie trotz Koloradokäfer und anderer Pflanzenfeinde hoffentlich immer behalten."

Mit der Kohle ist dies aber etwas anders. Es ist auch noch gar nicht so lange her, daß sie eine Unentbehrlichkeit geworden ist.

Die Chinesen freilich, dieses Volk, dessen Kultur jener der europäischen Völkerstämme so weit vorangeeilt war, kennen die Kohle als Brennstoff schon seit undenklichen Zeiten. Marco Polo, der berühmte Reisende des dreizehnten Jahrhunderts, berichtet schon über eine ausgedehnte Benützung der Steinkohle in China. Fortschritte im Bergbau haben die Bewohner des Reiches der Mitte bis jetzt noch keine gemacht — sie treiben eben Raubbau, und haben so treffliche Zollanstalten, daß die chinesische Kohle — trotz der mächtigen Lagen und der leichten Gewinnung — in manchen chinesischen Häfen theurer zu stehen kommt, als die englische, welche als Ballast von England oder aus dem australischen New-Castle am Hunterfluß nach Schanghai und Hongkong gebracht wird.

Die Engländer kennen dieses Brennmaterial auch schon lange, wohl über tausend Jahre, da der Kohle schon in einer Urkunde vom Jahr 825 in der Abtei Peterborough Erwähnung geschieht. Im 15. Jahrhundert schreibt Aeneas Sylvius, der spätere Pabst Pius II., über eine Vertheilung „schwarzer Steine" an Arme, die er in England in einem Kloster mit angesehen. Aber nur langsam, erst nach und nach hat die Verwendung der Kohle zugenommen, an Wichtigkeit gewonnen, und ist seit 1780 — dem Jahre der Einführung des Koak in der Eisenindustrie — eine Lebensbedingung unserer Industrie geworden. Sie ist heute für uns ein wahrhaft unentbehrlicher Artikel, und so kam es denn, daß man angesichts des Massenkonsums des Brennmaterials sich die Frage gestellt hat: „Ist es denn möglich, daß der Kohlenvorrath im Haushalte der Natur genügt, um unsere Bedürfnisse auf immer zu decken?" — Da man sich nicht verhehlen konnte, daß die Kohle abnehmen müsse, indem man alljährlich immer mehr und mehr verbraucht, während der Konsum durch keinen natürlichen Zuwachs gedeckt wird, so fragt man weiter: „Wie lange dürfen wir noch auf dieses Subsistenzmittel unserer Industrie rechnen?"

Seinem ungeheueren Kohlenreichthum dankt es England, daß es das Szepter im Reiche des Handels und der Industrie führt. Kein Wunder also, daß man dort zuerst diese Fragen laut werden ließ, und der Lösung derselben mit Bangen entgegen sah. Sir William Armstrong war es, der zuerst die Allarmglocke läutete. Er schätzte in einer Rede, die er in New-Castle in einer Sitzung der British-association hielt, den noch ausbeutbaren Kohlenschatz Englands auf 80 Milliarden Tonnen und kam, indem er eine jährliche Zunahme der Produkzion von nur $2^1/_2$ Millionen Tonnen annahm, zu dem überraschenden Resultat, daß England nach Verlauf von 212 Jahren kein ausbeutbares Kohlenlager mehr besitzen werde. So wäre freilich der Herrschaft der englischen Industrie ein frühes Grab bereitet worden.

Es wurde nun auch im Parlament darüber debattirt, eine Kommission gewählt und mit der Untersuchung dieser hochwichtigen Angelegenheit betraut. Die Sachlage wurde mit der größten Gewissenhaftigkeit studirt und geprüft und dann der Bericht erstattet. Der Kohlenreichthum Englands wird da auf 200 Milliarden Tonnen, wovon 146 Milliarden ausbeutbar (mit den jetzigen Hilfsmitteln) geschätzt und da die Kommission keinen so raschen Produkzionszuwachs annimmt, als Sir Armstrong — so hält man den Vorrath auf 1000 Jahre für hinreichend groß. England partizipirt an der Gesammtkohlenproduktion von Europa und Amerika ungefähr mit der Hälfte; dieselbe beträgt im Ganzen 275 Millionen Tonnen, davon kommen auf England 17, die vereinigten Staaten 46, Deutschland 64 Frankreich 17, Belgien 15, Oesterreich 11

zu schädigen, wie auch die Erwägung, daß England keinerlei Aequivalente zu bieten in der Lage ist, führten zu dem Entschlusse, noch vor der Aktivirung des neuen Zolltarifes die Zollvereinbarungen mit England erlöschen und bis dahin die in dem Vertrage mit Deutschland vom 9. März 1868 stipulirten Zölle auf Baumwollwaaren und Wollwaaren mit 1. Jäner 1877 für den gesammten zollbegünstigten Verkehr in Wirksamkeit treten zu lassen.

Dieses Interim in der Zollbehandlung zweier wichtiger Waarengattungen, welche auch aus Rücksichten auf die freie handelspolitische Akzion in anderen Richtungen unvermeidlich ist, dürfte indeß nach der Anschauung der Regierung den Verkehr umso weniger beirren, als die Erhöhung der Zollsätze für Wollwaaren gering ist, und der Import von Baumwollwaaren, der durch den zollfreien Appreturverkehr mit Deutschland zumeist vermittelt wird, nur in unbedeutender Menge berührt wird.

In Betreff der Frage, welche handelspolitische Stellung fürderhin gegenüber England anzunehmen sei, ist die Regierung der Ansicht, daß diesem Staate, welcher die Zollfreiheit seiner Ein- und Ausfuhr als fast ausnahmslose Regel beobachtet, die gleiche Behandlung seiner Provenienz mit jener dritter Staaten nicht vorenthalten werden soll und kann, deren Verkehr durch besondere Zollverträge zu erleichtern nach wie vor ein wohlverstandenes Interesse der Monarchie sein wird. Eine differenzielle Behandlung wäre auch im Hinblicke auf die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Großstaate ungerechtfertigt und für die Interessen des österreichisch-ungarischen Verkehrs abträglich.

In Folge dessen ist der vorliegende Handels-Vertrag mit der gegenseitigen Zusicherung der Meistbegünstigung abgeschlossen. Andererseits erschien es mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der zollpolitischen Verhandlungen mit dritten Staaten, aus welcher sich erst im Laufe des J. 1877 das volle Bild des österreichisch-ungarischen Zollsystems für die nächsten zehn Jahre ergeben wird, nicht angemessen, Zusicherungen auf längere Dauer zu machen. Die Beschränkung der Meistbegünstigung auf die Dauer des nächsten Jahres und der Vorbehalt länger dauernder Abmachungen bis dahin, wo über das künftige Zollsystem Klarheit herrschen wird, gewährt die Beruhigung, daß die Zollfrage nach keiner Seite präjudizirt und die volle Freiheit für die Entscheidung der beiden Reichshälften bewahrt wird.

Die Präsidentenfrage in der nordamerikanischen Union.

Nicht wie bei früheren Präsidenten-Wahlen in den Vereinigten Staaten haben heuer die Wahlen der Elektoren (Wahlmänner), die am 7. d. M. stattgefunden, unzweifelhaft ergeben, welcher der beiden Kandidaten am 4. März in das weiße Haus zu Washington einziehen wird. Auch die Stimmabgabe der Wahlmänner selbst, welche am 4. d. M. vor sich ging, schuf in dieser Hinsicht keine Gewißheit. Zwar hatte sich vordem schon herausgestellt, daß in den Südstaaten Lousiana, Florida und Südkarolina nicht die demokratische Partei bei den Wahlmännerwahlen obgesiegt, und hatte demgemäß der republikanische Kandidat Hayes die sämmtlichen Elektoren-Stimmen dieser drei Staaten erhalten, welche die Demokraten früher entweder ganz oder doch zum größten Theil für ihren Kandidaten, Tilden, in Anspruch genommen. Damit erschien der Sieg Hayes' gesichert, allein im letzten Momente tauchte noch, von den Republikanern ganz unerwartet, eine Schwierigkeit auf. Der Gouverneur von Oregon beanständete die Wahl eines Elektors wegen eines formalen Gebrechens und da dieser ein Republikaner ist, während der vom Gouverneur einberufene Elektor dem demokratischen Lager angehört, so würde, falls das Vorgehen des Gouverneurs von Oregon für gesetzmäßig erkannt werden sollte, Hayes um eine Ein-Stimmenmajorität wieder kommen und dieselbe Tilden zufallen. Die Republikaner haben sich, wie leicht erklärlich, gegen das Vorgehen des Gouverneurs von Oregon ausgesprochen, welcher wie ein Deus ex machina den Demokraten, nachdem dieselben schon ihre Sache für verloren gehalten, zu Hilfe gekommen ist. Wie sich aber die Dinge weiter gestalten werden, ist heute noch sehr zweifelhaft. Die Republikaner werden daran festhalten, die beanständete Stimme von Oregon ihrem Kandidaten zuzuzählen, die Demokraten werden selbstverständlich ebenso hartnäckig das Gegentheil thun. Wenn nun aber die amtliche Zählung der Wahlstimmen, welche am 4. Februar des nächsten Jahres der Präsident des Senats zu Washington vorzunehmen hat, die Mehrheit von Einer Stimme für Hayes konstatirt, werden sich die Demokraten diesem Ausspruche ohne Weiteres fügen? Jedenfalls nicht, das steht schon jetzt außer Zweifel. Sie werden gegen das Verdikt des republikanischen Senatspräsidenten das grobe Geschütz der Majorität des Repräsentantenhauses aufführen. Diese wird, vorausgesetzt, daß bis dahin nicht irgend ein Ereigniß zu Gunsten Tilden's entscheidet, kraft des von ihr beanspruchten Kontrolrechtes die Stimmen Louisianas, Floridas und Südkarolinas als gefälscht verwerfen und dadurch das Nichtzustandekommen der Präsidentenwahl durch die Elektoren zu bewirken suchen. In diesem Falle würde gemäß der Verfassung dem Repräsentantenhause selbst die Wahl des Unions-Präsidenten zufallen und würde sich selbstverständlich die demokratische Mehrheit des Hauses für Tilden entscheiden. Es würde also dann zwei Präsidenten geben: der vom Senatspräsidenten bei der offiziellen Auszählung der Voten proklamirte (Hayes), und der vom Repräsentantenhause gewählte (Tilden). Im Hinblick auf die Hartnäckigkeit, mit welcher die Republikaner sich im Besitze der Macht zu erhalten bemüht sind, und mit welcher andrerseits die Demokraten diesen Machtbesitz anstreben, ist die Eventualität dieser Doppelpräsidentschaft gar nicht unwahrscheinlich. Die Verwickelungen, die daraus hervorgehen würden, wären sicherlich bedenklichster Art und ihr Ende nicht so leicht abzusehen. Das Repräsentantenhaus würde an Tilden als legalem Präsidenten festhalten und dem Republikaner Hayes, welchem Grant die Macht in Washington übergeben würde, die Geldmittel für die Verwaltung verweigern, und ohne die Sanktion des Repräsentantenhauses könnten weder der Präsident noch der Senat in konstituzioneller Weise einen Cent für den Staatsdienst beschaffen. Das ist eine sehr unerfreuliche Perspektive für die Union. Es ist zwar noch durchaus nicht ausgemacht, daß es so weit kommt, aber die Möglichkeit und die Wahrscheinlichkeit, daß die Dinge in der Präsidentenwahlfrage einen solchen Verlauf nehmen werden, liegt vor. Neuestens ist wohl das Projekt aufgetaucht, der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten möge ersucht werden, als Schiedsrichter in letzter Instanz zu fungiren. Wird aber die unterliegende Partei sich dem schiedsgerichtlichen Spruche fügen? Die Leidenschaften sind in den Vereinigten Staaten durch den langen Wahlfeldzug mit seinen hin und herwogenden Chancen bereits so stark erhitzt worden, daß eine solche Selbstverläugnung kaum noch wahrscheinlich erscheint. Die Demokraten, so nahe am Ziele, scheinen nicht wenig Lust zu haben, die Republikaner, falls dieselben von der Macht, die sie schon so lange im Besitze haben, nicht freiwillig ablassen, gewaltsam zu depossediren. Und die Republikaner ihrerseits werden, sobald die Demokraten diesen Weg beschreiten sollten, nicht säumen, die Herausforderung aufzunehmen. Daß auch wirklich schon dermalen in der großen Republik jenseits des Ozeans die Gedanken auf gegenseitige Vergewaltigung gerichtet sind, beweist am deutlichsten der jüngst gemeldete Ausspruch Grant's: „Wir werden Frieden haben, selbst wenn wir uns schlagen müßten, um denselben zu erhalten." — Die Vereinigten Staaten befinden sich also unstreitbar an der Schwelle einer überaus ernsten Krisis, welche nur durch Mäßigung der beiden großen, einander gegenüberstehenden Parteien überwunden werden kann. Wird aber solche Mäßigung in beiden Lagern sich kundgeben?

Zur Tagesgeschichte.

Wien, 14. Dez. In der gestrigen Sitzung des Herrenhauses wurden die Gesetzentwürfe betreffend die Schneeabräumung auf Reichsstraßen, die Abänderung der §§ 6 und 119 der Notariatsordnung, endlich betreffend die Erstreckung des Beginnes der Rückzahlungstermine für die an die Stadt Joachimsthal erfolgten unverzinslichen Vorschüsse bis 1. Jäner 1880, ohne Debatte nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

— Der Ausschuß für Vorberathung des Entwurfes eines Strafgesetzes hat in Anbetracht, daß er bis jetzt in fünfundsechzig Sitzungen 416 Paragraphe des Gesetzentwurfes durchberathen, so daß — abgesehen von dem Einführungsgesetze — noch 98 Paragraphe ausstehen, nachstehenden Antrag gestellt: Das hohe Abgeordnetenhaus wolle beschließen: 1. Der von der k. k. Regierung vorgelegte Entwurf eines Strafgesetzes sowie das hiezu gehörige Einführungsgesetz ist dem durch das Gesetz vom 30. Juli 1867 für die Behandlung umfangreicher Gesetze vorgezeichneten Verfahren zu unterziehen. Das hohe Herrenhaus werde eingeladen, diesem Beschlusse zuzustimmen und in diesem Falle die Genehmigung der übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser des hohen Reichsrathes von Sr. k. und k. Majestät einzuholen. 2. Der zur Vorberathung des Entwurfes eines Strafgesetzes in der Sitzung vom 17. November 1874 gewählte Ausschuß werde berufen, die Vorberathung dieser Gesetzentwürfe auch nach dem Zeitpunkte der Anwendung des erwähnten Gesetzes fortzusetzen. 3. Der hiemit zur Vorberathung des Strafgesetzes und des Einführungsgesetzes zu demselben berufene Ausschuß habe in Anwendung der §§ 11, 12, 13 und 14 des Gesetzes vom 30. Juli 1867 auch nach der Schließung der Session des Reichsrathes oder während dessen Vertagung in Thätigkeit zu bleiben und es sei zu diesem Beschluße die Genehmigung Sr. k. und k. Majestät einzuholen:"

— In der am 11. d. M. abgehaltenen Sitzung des Unterrichts-Ausschußes wurde über die Petizion der österreichischen Buchhändler betreffend den Schulbücherverlag verhandelt und beschlossen: „In Erwägung, daß die Ausdehnung des k. k. Schulbücherverlages über dessen gegenwärtigen Bestand nicht zweckmäßig erscheint, werden die beiden Petizionen der österreichischen Buchhändler der Regierung zur eingehendsten Erwägung und Würdigung übergeben."

— General Černajev ist gestern Vormittags mit Gefolge nach Kischenev abgereist. Die Gemalin des Generals sammt dessen drei Kindern bleiben vorläufig in Wien.

Pest, 12. Dezember. Das Amtsblatt publizirt für die Stadt Arad und das Arader Komitat das Standrecht von einjähriger Dauer für Räuber und Brandstifter. — Der inhaftirte serbische Agitator Dr. Svĕtoslav Kassapinovics hat durch seinen Vertheidiger ein Freilassungsgesuch eingereicht, welches das Pester Strafgericht dahin erledigte, daß es die Freilassung des Bittstellers gegen die Kauzion von 5000 fl. anordnete. Der Staatsanwalt appellirte gegen die Freilassung. Der Vertheidiger hat jedoch die Kauzionssumme erlegt, so daß Dr. Kassapinovics alsbald auf freien Fuß gesetzt wurde.

Ragusa, 13. Dezember. Die Demarkazions-Kommission ist gestern Abends nach Spalato abgereist, woselbst Delegirte des Despotovic wegen der Demarkazionsbestimmung eintreffen werden. Die Türken erhielten die Erlaubniß, auf dem Dampfer „Taif" 800 dienstunfähige Soldaten in Klek einzuschiffen.

Berlin, 13. Dezember. Bei den heute stattgehabten Ersatzwahlen zum Abgeordnetenhause wurde im ersten Berliner Wahlbezirke Franz Duncker mit 602 von 648 Stimmen, und im zweiten Berliner Wahlbezirke Dr. med. Langerhans mit 552 von 803 Stimmen gewählt. Beide Abgeordnete gehören zur Fortschrittspartei.

San Sebastian, 10. Dezember. General Quesada fordert von den baskisch-navarresischen Provinzen die Zahlung von 18,532 Realen für den Unterhalt der Okkupazions-Armee. Die Abgeordneten verweigern dieselbe, indem sie vorgeben, das es ihnen an Mitteln fehle. Sie haben von der Regierung verlangt, daß man die General-Junten sich versammeln lasse, um ein Mittel ausfindig zu machen, den Forderungen der Militär-Autorität zu begegnen. Es herrscht lebhafte Erregung. Die Munizipalitäten rathen zum Widerstande mit allen Mitteln.

Paris, 11. Dezember. Der Generalrath des Seine-Departements hat gestern auf einen von Herrn Asseline erstatteten Ausschußbericht trotz der Einsprache des Seine-Präfekten, welcher die Versammlung daran erinnerte, daß ihr die Aeußerung politischer Wünsche durch das Gesetz verboten sei, den „Wunsch" angenommen, daß eine allgemeine Amnestie die letzten Spuren des Bürgerkrieges aus dem Seine-Departement entferne. Ein zweiter Fall von Massenübertritt französischer Katholiken zum Protestantismus wird gemeldet. In einem Dorfe des Departements Puy-de Dôme sind, wie der „Renaissance" zu entnehmen, 498 Personen, Erwachsene und Kinder, zur reformirten Kirche übergegangen, nachdem sie sich von zwei aus Clermont-Ferrand, der Departements-Hauptstadt eingeladene Pastoren hatten unterweisen lassen. — Die Demokrazie hat sich um einen neuen „Aristokraten", den Sohn des jüngst verstorbenen, durch seine Schätze bekannten Herzogs von Galliera, bereichert. Der 20jährige Galliera bekennt sich in einem Schreiben an den „Gaulois" als „aufrichtiger Republikaner und Franzose" Deshalb verschmäht er es auch, den „fremden Titel" seines Vaters zu führen und will bloß bei seinem Familiennamen von Ferrari genannt werden.

Versailles, 11. Dez. Die Deputirtenkammer setzte heute die allgemeine Berathung über das Einnahmebudget fort. Der erste Redner war Rouvier (radikal). Derselbe sprach sich gegen die fortwährende Zunahme der indirekten Steuern aus. Diese Lage sei eine ernste. Die Steuern verlangten vom Publikum eine viel größere Summe, als in den Staatsschatz fließe. Der Zuschlag von zwei Centimes auf eine Stearinkerze bringe dem Staate acht Millionen ein, werde aber vom Publikum mit 10—12 Millionen bezahlt, weil die Käufer auf ihre Preise gewöhnlich nicht allein die Mehrsteuer, sondern auch die Centimes, die an dem Sous fehlten, schlügen. So sei es mit den Zündhölzern (die Steuer beträgt 4 Cents., aber die Schwefelhölzer, welche früher mit fünf Cents. bezahlt wurden, kosten heute 10 Cents.), der Seife u. s. w. Redner besprach hierauf alle seit 1871 eingeführten neuen Steuern, so wie die Systeme von Menier und Gambetta, die er für nicht zweckmäßig halte, und macht dann den Vorschlag, eine Einkommensteuer einzuführen, wie sie in England besteht. Er hält diese Steuer für ausgezeichnet, da man sie je nach den Bedürfnissen erhöhen oder verringern und man so neue Steuern vermeiden könne. Der Finanzminister Leon Say erkennt an, daß die indirekten Steuern lästig sind, fragt aber, auf welche Weise man sie ersetzen soll. Er sprach sich gegen die Anträge des Vorredners und Gambetta's aus. Eine kleine Reform der Grundsteuer läßt er zu, ist aber gegen die Einkommensteuer, da die Bedingungen in Frankreich nicht die nämlichen wie in England seien. Nach einigen weiteren Bemerkungen ergreift Mathieu Bodet, früher Finanzminister, das Wort, um sich gegen den ihm gemachten Vorwurf zu vertheidigen, daß er die indirekten Steuern vermehrt habe. Er suchte darzuthun, daß er dies gethan, weil man das Gleichgewicht im Budget hätte herstellen müssen. Hierauf wurde die Vertagung der Diskussion auf morgen beschlossen.

Prager und Provinzialnachrichten.

Oesterreichische Goldrente. Die gestern eröffnete Subskripzion auf die neue österreichische Goldrente nahm hier schon am ersten Tage trotz der herrschenden Geschäftsstockung einen sehr erfreulichen Fortgang. Bei dem Bankhause Zdekauer wurden drittehalb Millionen Gulden gezeichnet; das Bankhaus selbst stellte sich mit 600.000 fl. an die Spitze der Subskribenten. Bei der Filiale der Kreditanstalt wurde über eine Million, bei der Eskomptebank nahezu die gleiche Summe subskribirt. Rechnet man hinzu die Zeichnungen von etwa einer halben Million bei anderen Instituten, so dürfte die Summe von 6 Millionen eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein.

Eine Landesgerichtsrathstelle bei dem k. k. Kreisgerichte in Kuttenberg ist in Erledigung gelangt.

Petizion. Unter den in der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebrachten Petizionen befand sich auch das Bittgesuch des Bezirksausschusses in Staab um Verleihung der Exekutive an die Bezirksvertretungen in Böhmen.

Privilegiumsertheilung. Das k. k. und das königlich ungarische Handelsministerium haben den Herren Nikolaus Henzel, Direktor der Waggonfabrik zu Bubna bei Prag und Paul Enoch, Ingenieur derselben Fabrik, auf einen doppelt ventilirten Schaukelrost für Lokomotiv- und Dampfkesselfeuerungen ec. ein ausschließendes Privilegium für die Dauer eines Jahres ertheilt.

Prager Bankverein. Gestern fand die vierte ordentliche Generalversammlung der Akzionäre des Prager Bankvereines statt. Behufs Ausübung des Stimmrechtes waren 10.100 Akzien mit 201 Stimmen deponirt, bei der Versammlung waren jedoch nur 23 Akzionäre mit 6225 Akzien und 122 Stimmen persönlich anwesend. Den Vorsitz führte in Vertretung des Verwaltungsraths-Präsidenten Sr. Erlaucht Franz Altgrafen Salm-Reifferscheid, Herr Emil Kubinski. Nach Vorstellung des landesfürstlichen Kommissärs Herrn Statthaltereirathes Ritter von Friedel erfolgte die Mittheilung des Geschäftsberichtes von der Verlesung desselben wurde jedoch über Antrag des Akzionärs Dr. Wejeiy Umgang genommen. Dem eigentlichen Berichte sandte der Verwaltungsrath einige Worte betreffend die späte Einberufung der Generalversammlung welche „durch mehrfache gewichtige Gründe im Interesse des Unternehmens" motivirt wird, voraus. Der Bericht theilt hierauf mit, daß die Konsolidirung des Unternehmens zum lebhaften Bedauern des Verwaltungsrathes und trotz dessen redlichster und emsigster Thätigkeit nicht in der angestrebten Weise erzielt wurde. Die Bankleitung hielt sich für berechtigt auf den in der vorjährigen Generalversammlung geschaffenen neuen Grundlagen eine produktive Thätigkeit für die nächste Zukunft in Aussicht nehmen zu dürfen. Inzwischen seien leider das Institut betreffende Verhältnisse herangetreten, welche die bezüglichen Anschauungen nicht zur Durchführung kommen ließen. Kurz nach der Generalversammlung vollzog sich in jener Branche des Waarengeschäftes, welche die Bank in hervorragender Weise zur Basis ihrer geschäftlichen Thätigkeit gebildet hat, eine Umwälzung, deren Einfluß das Institut direkt und indirekt wesentlich schädigen mußte. Die Fallimente in der Zuckerbranche trafen die Bank mit direkten größeren Forderungsverlusten. Eine indirekte Folge hievon war eine weitgehende Schädigung der sonstigen Beziehungen derart, daß die Bankleitung bedacht sein mußte, den rasch und in großem Umfange herantretenden Anforderungen in kürzester Zeit gerecht zu werden. Was die sonstige Geschäftsthätigkeit im abgelaufenen Jahre anbelangt, hat die Bank unter dem Drucke der Verhältnisse mit der Restringirung der Engagements beginnen müssen; Die Realisirung sei jedoch nicht so rasch von statten gegangen und figuriren daher im Kreditoren- und Debitoren-Konto noch größere Engagements. Als Grund der verspäteten Einberufung der Generalversammlung theilt der Bericht mit, daß es sich darum handelte, einen derjenigen Bestände, die einen großen Theil der eingegangenen Engagements repräsentiren, zu realisiren, „um über die fernere Gestaltung der Dinge zu einer klareren Uebersicht zu gelangen." Der Verwaltungsrath sei heute in der unangenehmen Lage, eine mit einem Verlustsaldo von 606.746 fl. 68 kr. abschließende Bilanz vorzulegen und unterlasse es, jetzt schon seine Anschauung bezüglich der Zukunft zu entwickeln. Mit der Realisirung der schwereren Aktivbestände fortzufahren, sei heute die Aufgabe der Verwaltung und werde dieselbe in einer künftigen März schon einzuberufenden Generalversammlung hierüber eingehenden Bericht erstatten. Die dem Berichte angeschlossene Bilanz weist an Effektenbesitz 1.5[illegible]7.626 fl. 75 kr., an Reportvorschüßen 416.303 fl. 67 kr., Einzahlungen auf Konsorzialgeschäfte 1.195.480 fl. an Debitoren 2.3[illegible].576 fl., dagegen an Akzienkapital [illegible] fl., an Kreditoren 3,642.794 aus. — Der [illegible] Verluste im Waarengeschäfte 550.989 fl. 4[illegible] kr., [illegible] 2[illegible]2.971 fl. und als Gesammt[illegible] [illegible] 65 kr. — Nach Verlesung des Revisionsberichtes wurde der Geschäftsbericht und die Bilanz einstimmig ohne jede Debatte genehmigt und dem Verwaltungsrathe für das Geschäftsjahr 1875 Decharge ertheilt. Die von Seite des Verwaltungsrathes gestellten Anträge: es sei der Beschluß der vorjährigen Generalversammlung betreffs der Reduzirung des Akzienkapitals aufzuheben, somit von der Umlegung der in Zirkulazion befindlich gewesenen 50.000 Stück Interimsscheine mit verbleibender Einzahlung von 48 fl. österr. Währ. vollständig abzusehen, dagegen zu beschließen: daß das gegenwärtig emittirte Akzienkapital der Gesellschaft, nach Abstempelung von 32 fl. öster. Währ. per Interimsschein, 8.400.000 fl. zerlegt in 50.000 Interimsscheine, worauf 48 fl. auf Akzien à 168 fl. ö. W. nomin. eingezahlt sind, beträgt, sowie die weiteren hierauf Bezug nehmenden Statutenänderungen, wurden einstimmig en bloc angenommen. — Die über Erlöschung der Funkzionsdauer ausgeschiedenen Verwaltungsräthe Altgraf Salm Reifferscheid, Inspektor Wenke, Andrews, Jak. Freund wurden mit Akklamazion neuerdings, zu Revisoren die Herren Veit Franck, Dr. Rosenbacher, Jos. Epstein auf die Dauer des Geschäftsjahres 1876 ausgelost.

Feuer. Gestern um ½9 Uhr Abends brach in dem Gewölbe des Nürnbergerwaarenhändlers Herrn Ludwig Klein „zum Erzherzog Stefan" auf dem Wenzelsplatze Feuer aus. Ein dichter Qualm drang aus

---

Millionen ec. Von der riesigen Kohlenausbeute in England kann man sich einen Begriff machen, wenn man sich vorstellt, daß die in einem Jahre dort geförderte Kohle hinreichen würde, um eine Mauer von 10 Meter Höhe und 17 Meter Breite längs der Eisenbahn von Paris bis Marseille zu errichten.

Jedenfalls hatte in England die Kommission und ihr Bericht das Gute zur Folge daß man dort jetzt etwas ökonomischer mit der Kohle umgeht. Sonst wurde der Kohlenstaub dort gar nicht benützt, sondern es wurden mehr als 160.000 Tonnen davon alljährlich neben den Gruben nur angezündet und verbrannt. Jetzt fängt man an ihn mittelst eines Bindemittels, Steinkohlentheer in Ziegelform zu bringen um ihn zu verwerthen. Man verschmäht es sogar neuerer Zeit nicht mehr, Kohlenflötze auszubeuten, die eine Mächtigkeit von blos 1 Fß besitzen, was jedenfalls ein Beweis von Sparsamkeit in einem Lande ist, wo es Kohlenflötze in ergiebiger Mächtigkeit die Menge gibt, [illegible] ein Bergmann in Hetton, Grafschaft Durham, zum Beispiel 60 Ztr. per Tag bricht.

(Schluß folgt.)

Nr 285. CZWARTEK 14 GRUDNIA 1876. Rok 66.

GAZETA LWOWSKA

Wychodzi codziennie o godzinie 4 [illegible] wyjątkiem świąt i niedziel. Numer pojedynczy kosztuje w [illegible] 5 centów, pocztą 7 centów. Biuro Redakcyi i Administracyi [illegible] nr. 29.

[illegible] 4 zł., miesięcznie 1 zł. 85 ct. [illegible] (Lwowskiej) otrzymują cało i półrocznie [illegible] od 1 stycznia do końca czerwca, lub od 1 lipca do końca [illegible], pierwsi 75 ct., drudzy 30 ct. — Prze[illegible]

Jednorazowe inseraty obliczają się po 7 ct. kilkorazowe po 6 ct. od miejsca jednego wiersza. Listy należy frankować. Reklamacye otwarte wolne są od opłaty.

Zaproszenie do przedpłaty

Za grudzień: w miejscu: 1 zł.; pocztą: 1 zł. 35 ct.

Na Gazetę z Przewodnikiem:

Za grudzień: w miejscu 1 zł. 30 pocztą 1 zł. 65 ct.

CZĘŚĆ NIEURZĘDOWA

Lwów, 14 grudnia.

Po tem wszystkiem co pisano przed dwoma tygodniami o przebiegu sprawy ugodowej, po ostatnich zajściach parlamentarnych w Radzie państwa i sejmie węgierskim, wreszcie po tylu ostrych wycieczkach prasy na jeden i drugi gabinet, nie można się dziwić, że zagranica już zazwyczaj niedokładnie poinformowana o stosunkach austryacko-węgierskich tym razem pisze niestworzone rzeczy. Upadek obu gabinetów wydaje się tam nieuniknionym wstępem do ponownego nawiązania rokowań ugodowych na [illegible] nych warunkach a Tisza i [illegible] Auersperg uważani są już za skazanych na dymisyę. Z fałszywego przypuszczenia musi wypłynąć wniosek fałszywy. [illegible] zagraniczna prasa wyznacza obu ministrom-prezydentom następców, o których naprawdę nikt nie wspomniał ani w Wiedniu ani w Budapeszcie. Wydaje się to z daleka całkiem naturalnem, że po obaleniu gabinetu opozycya zostanie powołaną do steru a ponieważ za granicą prawica izby deputowanych Rady państwa uchodzi za jednolite stronnictwo opozycyjne, więc oczywiście hr. Hohenwarta zamianowano ministrem-prezydentem austryackim. Na tych fałszywych pogłoskach zagranicznych nikomu nic nie zależy, nic na nich nie straciła ani Austrya ani Węgry. Zaszła owszem jedna okoliczność wcale korzystna. Prasa węgierska zapisując te pogłoski i oczywiści [illegible] m prawdziwości a nawet wszelkiej podstawy powiedziała teraz w spokojnem zastanowieniu to, czego uznać nie chciała przed kilkunastu dniami. Ani gabinet przedlitawski ani węgierski niema powodu do uważania swojej misyi za skończoną i do opuszczania stanowiska na rzecz nieznanych nikomu następców. Tego nie mogła powiedzieć prasa węgierska wtedy, gdy z niesłychaną drażliwością odkrywała w rokowaniach ministeryalnych pospolitych [illegible] i wprowadzenie jednej strony [illegible] oczywisty. Po zarzuceniu złej wiary jednej stronie rokującej zdawało się niemożliwem [illegible] obu gabinetów, gdyby nie ta okoliczność, że gorąco kąpani publicyści madziarscy nie [illegible] pierwszy dowiedli światu, iż nie można wcale polegać na [illegible] wybuchach gniewu. Najciekawszem jest to, [illegible] pogłoski o powołaniu hr. Hohenwarta do steru wcale nie podobają się Węgrom a prasa daje do zrozumienia, że Węgrzy oparliby się takiej zmianie z dawną stanowczością, gdy chodziło o obalenie hr. Hohenwarta. Jestto niespodzianka prawdziwa, bo wśród [illegible] dotychczasowych rokowań nieraz w Budapeszcie padała groźba, że jeżeli stronnictwo wiernokonstytucyjne nie dokona ugody, to przyjdzie ona do skutku pod innym rządem i przy pomocy innych czynników parlamentarnych. Innemi czynnikami parlamentarnemi mogły być tylko frakcye prawicy a mianowicie stronnictwo prawa, zostające pod kierownictwem hr. Hohenwarta. Szkoda, że Węgrzy oświadczają się przeciw gabinetowi hr. Hohenwarta dopiero teraz, gdy prawica wśród rozprawy budżetowej dała do zrozumienia, że nie myśli przyłożyć ręki do ugody zawartej pod warunkami przez Węgrów dyktowanemi. Szkoda, że nie stało się to wcześniej, bo teraz złośliwym przypomni się bajeczka o lisie i kwaśnych winogronach.

Republikanizm ponosi od kilku lat jednę klęskę po drugiej i traci grunt pod nogami w różnych stronach Europy. Przypatrzmy się tylko, czem był on jeszcze niedawno, a czem jest dzisiaj. Wszakżeż zaledwie kilka lat upłynęło od czasu, kiedy Castellar był pierwszą znakomitością polityczną w Hiszpanii a republikanie trzymali ster w swoich rękach. Wtedy także i we Włoszech republikanizm dawał objawy życia a propaganda jego na chwilę nawet rządowi wydała się niebezpieczną, skoro nie lękał się wrzawy dziennikarskiej i aresztował całe grono marzycieli republikańskich w Rimini. Nawet Anglia, ta typowa reprezentantka lojalności dynastycznej i przywiązania do idei monarchicznej patrzała na propagandę republikańską, którą szerzyło kilku nieszkodliwych marzycieli więcej ku pociesze ogólnej aniżeli ku niezadowoleniu ogółu i rządu. Francuscy republikanie, którzy obalając cesarstwa mniemali, iż dają hasło i podporę potężną całej Europy ogarniającej propagandzie republikańskiej, uważali te wszystkie objawy republikańskie w sąsiednich krajach i pokrewnych narodach za tryumf swojej wiekopomnej rewolucyi. Jak bystro patrzał wówczas książę Bismarck na sytuacyę, skoro nietylko nie obawiał się republiki francuskiej i jej propagandy lecz owszem sprzyjał jej i głośno oświadczał, że Niemcy w własnym interesie powinny nieść pomoc moralną obecnej formie rządu w Wersalu. Kilka lat minęło od obwołania republiki francuskiej a propaganda republikańska w Hiszpanii, Włoszech i Anglii zamiast wzrastać, upadła zupełnie, znikła bez śladu. Taki system rządów, jaki panuje we Francyi od kilku lat nie może nikogo zachęcać do naśladowania jej przykładu, lecz owszem musi zupełnie podkopać tak groźną niegdyś dla Europy propagandę republikańską. W tej chwili także klasyczna ziemia republikanizmu, t. j. Ameryka, pracuje bardzo usilnie nad zdyskredytowaniem swojej formy rządu. Cała historya walki wyborczej o krzesło prezydenta, walki, w której żadna strona nie wahała się używać środków najniemoralniejszych, może każdego zniechęcić do formy rządu, o którego systemie na lat cztery rozstrzygać ma w tej chwili — jeden głos. Jeden głos ma w Ameryce rozstrzygnąć, czy następcą Granta będzie republikanin, czy demokrata a we Francyi jak wiadomo 30 stycznia b. r. jeden głos rozstrzygnął kwestyę, czy ma być zaprowadzoną republika lub monarchia! Republika francuska oparta na większości jednego głosu i prezydent republiki w Ameryce zawdzięczający swoje wyniesienie głosowi jednego elektora południowo-amerykańskiego — to dwa charakterystyczne wypadki, które republikanizmowi zadają klęskę dotkliwszą od brutalnego zamachu stanu.

Juliusz Simon został wreszcie ministrem-prezydentem, chociaż jeszcze przedwczoraj rzeczy tak stały, że wobec wygórowanych wymagań lewicy marszałek Mac-Mahon zastanawiał się nad pytaniem, czy nie należy złożyć gabinetu z członków większości konserwatywnej w senacie. Groźba ta odniosła skutek, bo lewica zadowoliła się samem ustąpieniem Dufaurea i nie mogła ocalić swojego ulubieńca Marcérea. Upadek ostatniego jest tryumfem dla prawicy, bo Marcere prześcignął zmarłego Ricorda w polityce polegającej głównie na dokuczaniu konserwatystom. Wreszcie i powołanie Simona do steru nie jest tak wielkim tryumfem lewicy. Prawda, że marszałek Mac Mahon zrobić musiał ofiarę powołując do steru swojego antagonistę, ale także i Gambetta nie może sobie winszować wyboru, bo między nim a Simonem istnieje także antagonizm nawet wcale drażliwy. Gabinetowi obecnemu nie można wróżyć nawet tak krótkiego żywota jak poprzedniemu. Upadnie on z pewnością przy pierwszem żywszem starciu między stronnictwami, jeżeli nie zechce zrzec się wszelkiej samodzielności, nawet wszelkiej barwy politycznej i być w jednej izbie republikańskim a w drugiej kokietować z konserwatystami. Jednej uwagi nie można tu pominąć, bo nasuwa się mimowoli. Powołanie Simona do steru jest początkiem ponownego wysuwania się na widownię osobistości politycznych, które odegrały nieświetną rolę 4 września r. 1870

PRZED WIEKIEM

V.

Mówiliśmy, że Witte został pułkownikiem w 1763 r.; jednocześnie zaś Kuczyński awansował na generałmajora. W tym czasie Krystyn Dahlke, stary, zasłużony komendant zeszedł ze świata. Obsadzenie posady miało nastąpić niebawem. Czasy się zmieniły; szlachta gardłowała, że wysokie urzędy rozdawano ludziom nieherbownym, z dwóch więc aspirantów do tej godności w garnizonie miejscowym, Kuczyński miał więcej szans za sobą jako szlachcic i jako zwolennik stronnictwa rej w Rzeczypospolitej wodzącego. Bryl wprawdzie [illegible] swego ulubieńca Witta, ale nie wiele mógł poradzić, sam więc zjechał na kresy w 1768 r., aby [illegible] pułkownikowi osłodzić pigułkę. [illegible] przybrało [illegible] spraw[illegible] temu, bo lipiec piękny był i pogodny. Cały miesiąc przepędził generał w Kamieńcu, co dnia odbywał ćwiczenia wojskowe, bywał też często u szlachty okolicznej. Huczny wieczorek wyprawił [illegible] Arcantewscy w Nagórzankach, [illegible] illuminacyę. Gości zjechał tłum wielki. Bryl podejmowany serdecznie, [illegible] swobodną, wziął Witta na stronę i szepnął mu do ucha:

— Otrzymałem kresy z Warszawy. Przedstawienia moje nie pomogły. Jego Królewska Mość wyraźnie się oświadczył za Kuczyńskim, ale cierpliwości, kochany pułkowniku — i na nas przyjdzie kolej.

[illegible] nie okazał wiele [illegible], a [illegible] chem [illegible].

— Panowie a bracia! Zdrowie obecnego tu generałmajora Kuczyńskiego, komendanta [illegible] warowni Kamieńca Podolskiego!

— [illegible] do koła.

[illegible] Bryl dotrzymał [illegible] dowódcy, i dwaj przyjaciele uściskali się serdecznie.

[illegible] jednak owa, pod tak szczęśliwemi [illegible] poczęta, stała się [illegible] dygnitarza. Przypadła ona w smutnej chwili rozterek domowych — bezkrólewia a potem konfederacyi Barskiej. Krzyż to za ciężki... Strażnica pograniczna [illegible] wielkiego [illegible]; upominali się o jej posiadanie Turcy, zapewniając konfederatów, że pomoc Dywanu dopiero wtenczas będzie skuteczną, kiedy przejdzie Kamieniec w ich ręce; upominał się o posiadanie jego i ks. Repnin, obiecując królewszczanom, że konfederatów [illegible] ostatecznie, skoro tylko załoga rosyjska stanie w samej warowni. Związkowi [illegible] cieli go na własną rękę posiadać, król zaś w posiadaniu [illegible] zatrzymać.

Kuczyński znalazł się wśród najsprzeczniejszych prądów, a tem mniej umiał sobie poradzić, że biskup Krasiński, [illegible] stronnik i niejako twórca [illegible], bardzo go namawiał do otworzenia bram warowni rycerzom Maryi. Witte ze zgrozą patrzył na intrygi, a trwożny o przyszłość posterunku, wysłał kuryera do króla (czy po naradzie z Kuczyńskim?), donosząc mu o niebezpieczeństwie. Kuryer z powrotem przywiózł „abszyt“ Kuczyńskiemu a pułkownikowi stopień generał-majora piechoty, i rozkaz zajęcia posady komendanta prowizorycznie, tymczasowo. Został więc „amplojowanym“ dowódcą, nadto obiecano mu, że lada chwila ściągnie na Podole pan łowczy koronny Branicki z dostateczną wojska ilością...

Zmieniła się więc nagle postać rzeczy; miasto uczuło żelazną dłoń 68letniego starca... Zkąd w nim tyle energii było, tyle wytrwałości, doprawdy odgadnąć trudno...

Zaczął od proklamacyi stanu oblężenia. Artykuły wojskowe stały się obowiązującemi; dezercya, targnięcie się na [illegible] warowni karane miały być śmiercią. [illegible] ze zmierzchem winno się [illegible] spoczynku, obywatele pod karą grzywien mają się zachować spokojnie, żadnych zabaw publicznych urządzać nie można itd., bo już wszystkich drobnostek powtarzać nie będziemy, nie godzi się bowiem zbyt nadużywać łaskawej czytelnika pobłażliwości...

Mieszczanie, jak się tego łatwo domyśleć, najprzód doznali na sobie [illegible] przepisów. Kazano im naprzykład poprawić budynek, w którym mieścił się odwach. Patrycyusze ociągali się z wypełnieniem polecenia, zmuszano ich do tego nie bardzo grzecznie, bo zaraz w księdze skarg, w magistracie złożonej, a pod opieką czterdziestu mężów zostającej, wpisali następujące [illegible]:

„Wartowi ichmość panowie oficerowie dla reperacyi hauptwachu, dysgustownie regentów miejskich przez żołnierzów wokować każą i czasem za włosy brać pozwalają.“

Jaka to delikatność w wyrażeniach! Zwykłe targanie za czuprynę jak tu politycznie określone!... Gdybyż się na tem tylko skończyło! W kilka dni szeptali między sobą sławetni, że pewnego słusznego obywatela, ba nawet cechmistrza, wracającego wieczorem w stanie nietrzeźwym, wzięto pod areszt choć się opierał; dano mu się wyspać spokojnie na twardych deskach, a na drugi dzień już oprzytomniały, sromotnie skrzywdzony został, dziesięć bowiem plag otrzymał ku zgorszeniu całego cechu, konsulów, mężów, którzy poprzysięgli „na męztwo“, i wszystkiego pospólstwa...

Wylękły pretor udał się do komendanta z zażaleniem.

- Powiedz Waćpan, że niepoddający się przepisom surowo karani będą. Rózgi to fraszka, zostaje jeszcze stryczek i kula!

W lipcu 1768 r. teatr działań wojennych zaczynał posuwać się ku kotlinie Dniestrowej, od której Kamieniec nie daleko był położony, wypadało go więc ufortyfikować należycie. Komendant słał do Warszawy awizy o niebezpieczeństwie, prosił o zasiłek w ludziach, miał bowiem wszystkiego 812 gemejnów, nadto kilkudziesięciu żołnierzy stanowiących korpus miejscowej artyleryi. Branicki natychmiast po zdobyciu Baru, przysłał mu do 500 pocztów komputowych, zabranych tam do niewoli, nadto dwie chorągwie przedniej straży, zostawione przez cześnika koronnego.

Wypadało to wszystko w obrębie miasta rozkwaterować.. ale jak? w tem sęk... Miasto wprawdzie liczyło kilkaset domów, a tysiąca żołnierzy pomieścić nie mogło dla bardzo prostej przyczyny. Połowa własności największych kamienic zasłaniała się przywilejami uwalniającemi od kwaterunku. [illegible] wolne od niego były domy szlacheckie, domy należące do duchowieństwa, zabudowania, kędy się władze administracyjne mieściły, nareszcie realności miejskie wszystkie

i upadli wkrótce potem pod naciskiem ciężkich grzechów politycznych. Dziś wraca do władzy Juliusz Simon więc może jeszcze przyjść kolej na Juliusza Favre'a. Źle się dzieje w państwie, gdzie panuje taki brak sił niezużytych, że trzeba ściągać znakomitości skompromitowane. Tylu nowych deputowanych weszło w skład parlamentu dzisiejszego a mimo to zaraz przy pierwszem częściowem odnowieniu gabinet niema kandydatów. Republice zbraknie wkrótce nietylko kandydatów do tek lecz także i kandydatów do posad administracyjnych, które wpadły w ręce dziennikarzy i wcale nie świetnie są obsadzone. Pokazuje się, że zdolności do rządzenia nie może nabyć na zawołanie stronnictwo nawet najliczniejsze. Jak u jednostek tak i w stronnictwach zdolność ta nieda się zastąpić ani szczęściem ani sprzyjającemi okolicznościami.

KORESPONDENCYE

Wiedeń, 12 grudnia.

Z W jaki sposób sprawa bankowa ostatecznie rozwiązaną zostanie, tego nikt dziś przewidzieć nie może, tyle tylko jest pewnem, że pomysł powierzenia jej deputacyom parlamentarnym nigdzie nie znajdzie uznania. Pomysłu tego wypierają się zarówno w Wiedniu jak w Peszcie. Zkąd projekt ten wyszedł, dotąd właściwie nie wiadomo. Koła rządowe i parlamentarne w Peszcie i w Wiedniu oświadczają się zarówno przeciwko użyciu deputacyj regnikolarnych do rozwiązania sprawy bankowej. Jakiż miałby być cel deputacyj regnikolarnych? pytają się wszędzie. Jeżeli już rządom dotąd nie udało się dojść do zgody, to jakże mają zgodę osiągnąć deputacye parlamentarne? Sprzeczność zapatrywań między parlamentami czyli między deputacyami regnikolarnemi jest przecież większą, aniżeli między gabinetami. Nie pamiętamy przypadku, aby podobne sprawy miały być traktowane między parlamentami. Po krótkim lub dłuższym czasie deputacye doszłyby do przekonania, że porozumienie jest niepodobieństwem. Skoro zatem ani rządy, ani ciała parlamentarne nie zdołają znaleźć punktu wyjścia, pozostałby czynnik najwyższy w monarchii, t. j. korona. Ustawodawstwo [illegible] w jednym przypadku wciąga koronę w grę pozytywną, nadając jej prawo oznaczenia kwoty na jeden rok w razie jeżeli układ [illegible] nie przyszedł do skutku. Jest to rodzaj sądu polubownego, którego w danym razie korona podjąć się zobowiązała. Ale tylko w sprawie kwoty. O innych wypadkach nie wspomina ustawodawstwo z r. 1867. Zresztą byłoby rzeczą najmniej pożądaną, aby zrzucić na koronę odpowiedzialność za rozwiązanie sprawy bankowej nie na jeden rok, lecz na lat 10, i to sprawy obejmującej całą dziedzinę kredytu państwowego i dotykającej interesów finansowych całej monarchii. Wykazawszy zatem, iż cały projekt oddania kwestyi bankowej deputacyom regnikolarnym, nie prowadzi do żadnego celu, możemy być przekonani, że wcale nie znajdzie praktycznego zastosowania. Bliższych szczegółów o stanie sprawy bankowej dowiemy się z odpowiedzi na interpellacyę, jaka zapewne jeszcze przed świętami wystosowaną będzie do rządu węgierskiego.

Tutejsza ambasada turecka posiada tęgie biuro prasowe. Prawie codzień znajdujemy doniesienia w gazetach, pochodzące ze strony ambasady tureckiej. Ostatnie doniesienie z tego źródła opiewa, iż Turcya okupacyi wszelkiej oprze się z bronią w ręku i to bez względu na to, kto okupacyi dokona. Brzmi to radykalnie, ale ciekawi jesteśmy, czy Turcya tak energicznie przemawiać będzie, gdyby Austrya wespół z Rossyą uważała za potrzebne zająć niektóre kraje tureckie?

W obec gromów, jakie spadły z Petersburga na głowę jenerała Czernajewa, zasługuje na wzmiankę, fakt w jak serdeczny sposób ex-dyktator serbski znosił i znosi się z tutejszą ambasadą rossyjską. Dzienniki donoszą ciągle, że Czernajew uda się tam, dokąd go wyśle tutejsza ambasada rossyjska.

Rada państwa.

(Debata budżetowa.)

(H) **Wiedeń,** 12 grudnia. (Kor. *Gazety Lwowskiej*). Na dzisiejszem posiedzeniu Izby deputowanych obradowano nad IX rozdziałem budżetu, o „ministerstwie wyznań i oświaty". Daje on obok rozdziału poprzedniego najwięcej sposobności do krytyki, której też nie szczędzili mowcy obu stronnictw posuwając się aż do przesady. P. minister oświaty w długiej mowie zbijał szczegółowo wszystkie poczynione mu zarzuty i dowodził, że administracya oświaty o ile tylko pozwalają stosunki, rozwija się w sposób, jak tego wymaga potrzeba państwa.

Minister spraw wewnętrznych przesłał dodatek do aktów wyborczych bar. Konopki, który dziś złożył przyrzeczenie poselskie.

Na porządku dziennym stoi rozdział IX budżetu „Ministerstwo wyznań i oświaty", przedewszystkiem zaś wydatki centralne

Jako pierwszy mowca otrzymał głos dep. Fuchs, który ogranicza się na kilku pobieżnych uwagach, ściśle wziąwszy nie należących do przedmiotu i skierowanych więcej przeciw osobie p. ministra oświaty, który zdaniem mowcy na polu szkolnictwa ludowego mało rozwija inicyatywy. Pan minister tak zręcznie operować umie, że liberały nie mogą go uważać za przyjaciela, a klerykały nie mogą w nim upatrywać wroga. W Tyrolu udało mu się przeprowadzić utworzenie gmin protestanckich, a na wschodzie państwa założyć uniwersytet czerniowiecki, ale równocześnie pozwolił na zachodzie Austryi utworzyć się wyznaniowej szkole jezuickiej.

W ten sam sposób, ale z większą pretensyą i *pro domo* przemawiał dep. Russ poddając krytyce działalność pięcioletnią administracyę oświaty, przyczem wszczął polemikę z dep. Dunajewskim insynuując mu, jakoby mówił o rozsypywaniu się stronnictwa rządowego. Przypomniałbym tylko p. Dunajewskiemu, mówi dr. Russ, że my Niemcy nigdy nie umiemy być helotami jakiegoś rządu, podczas gdy w roku 1871 stronnictwo dr. Dunajewskiego na ślepo szło z rządem, nie wiedząc dokąd, bo tego rząd sam nie wiedział Polemizując z innemi jeszcze uwagami dep. Dunajewskiego, cytuje mowca ustęp z dzieła Wessenberga: „Ministrowie podobni do młodych kobiet, nie chcą ani rad ani wskazówek, tylko same hołdy." Boleśnie, powiada, spojrzeć na to, co w przeciągu tych ubiegłych lat stało się a raczej nie stało. Już w r. 1871 żądano tych ustaw, których p. minister dotąd jeszcze nie wniósł. Wyrzuca dalej p. ministrowi, iż sam będąc posłem i sprawozdawcą budżetu w roku 1871 wnosił uchwalenie rezolucyi, wymagającej przedłożenia owych ustaw w najkrótszym czasie. Nie tak trudno, powiada, żądać ustaw, jak je przedłożyć, a przypominam, że deputowany, który dziś jest ministrem oświaty i wyznań, w roku 1871 oświadczył w Izbie, że Rząd w skutek zniesienia konkordatu, powinien przedłożyć ustawy normujące stosunek kościoła do państwa; zaś p. minister sprawiedliwości żądał wówczas, aby zmniejszono liczbę biskupów w Dalmacyi. Gdy w roku 1874 wniesiono ustawy wyznaniowe, jak to trzeba było walczyć o każdą stopę z rządem. Mimo tych walk ustawa o zewnętrznych stosunkach prawnych kościoła katolickiego jest prawie sparaliżowaną. O ustawie, nakładającej podatek na prebendy, powiadano, że przyniesie skarbowi państwa 2 miliony. A jakiż jest rzeczywisty skutek? Oto 671.000 złr. Nie jestże bolesnem dla patryoty austryackiego widzieć, że Izba Panów austryacka, wydaje się zanadto liberalną rządowi, który zowie się rządem stronnictwa wiernokonstytucyjnego? i że w obec równobrzmiących uchwał obu Izb, rząd ten nie przedłożył do sankcyi ustawy klasztornej?

W końcu wnosi mowca następującą rezolucyę: Wzywa się rząd do przedłożenia jeszcze w tej sessyi projektów do ustaw o uregulowaniu patronatu, o administracyi majątku kościelnego, tudzież o tworzeniu się gmin parafialnych.

Po nim zabiera głos dep. dr. Beer i w dłuższej przemowie kreśli niektóre niedostatki naszego szkolnictwa.

Dep. Euz. Czerkawski rozbiera obszernie stosunki szkolnej inspekcyi okręgowej w Galicyi, która posiada tylko 21 okręgów inspekcyjnych, zamiast 37. Mowca zastanawia się następnie nad powstaniem ustawy galicyjskiej o dozorze szkolnym, która otrzymała już sankcyę Cesarską i prosi usilnie p. ministra oświaty, aby instytucyę tę jak najrychlej dla dobra kraju w życie wprowadził. (Brawo na prawicy.)

Po przemówieniu dep. Wickhoffa zabiera głos dep Kusy, który gani postępowanie ministra oświaty, oświadczając, że odpowiedź ministra na ostatnie interpelacye jest prostem odrzuceniem życzeń postawionych. Mowca kończy słowami: Wszędzie napotykamy bezwzględną złą wolę, ale pomimo tego dalej prowadzić będziemy walkę za sprawę słuszną.

Przemawia jeszcze dep. Schrems popierający wywody dep. Wickhoffa, poczem zabiera głos p. minister oświaty bar. Stremayr. Zwracając się do deputowanego Russa, zapewnia, że pomny swych słabych sił bynajmniej nie życzy sobie hołdów tej Izby. Deputowanemu Suessowi przypomina, że życzenia jego przed kilku laty byłyby miały ten cel, którego sobie teraz nie życzy, i że obecnie zapatrywania tegoż deputowanego schodzą się właśnie z zapatrywaniem ministra już wtedy objawionem, że walka wyznaniowa wcale nie jest pożądana dla Austryi. Minister protestuje przeciw temu, jakoby tylko niektóre budynki szkolne były jedyną jego zasługą. Ocenienie owej pracy zostawia Izbie i przyszłości. Nadto pan minister odpiera szczegółowo wszystkie poczynione mu zarzuty i mylne twierdzenia innych mowców. Dep. Fuxowi, który mówił o istnieniu fakultetu jezuitów w Inspruck przypomina, że fakultet taki sam nie istnieje, i że tameczny wydział teologiczny, tak jest urządzony jak wszystkie inne w Austryi. Dep. Russowi, który zarzucał że minister nie dotrzymał tego, czego sam żądał jako poseł, odpowiada dr. Stremayr: To co w r. 1871 mówiłem jako deputowany dziwnem losu zrządzeniem było programem ministeryalnym, i oświadczam teraz, że temu programowi wierność dochowałem, że opieram się i dziś na podstawie tego programu. Pierwszem zadaniem było wówczas formalnie znieść konkordat, co się też stało. Przyznaję, że cały szereg ustaw nie przyszedł jeszcze do przedłożenia, ale spodziewam się, że jeszcze w tej sesyi wniosę ustawy o gminach parafialnych i o administracyi majątku kościelnego. ale trzeba przecież rządowi zostawić [illegible]nie, pod jakiemi okolicznościami i w jaki sposób ustawy mają wchodzić w życie. P. minister zwraca się następnie do wywodów dep. Czerkawskiego. Ustawa krajowa o dozorze szkolnym w Galicyi istotnie nie jest jeszcze wprowadzoną w życie Rzecz ma się zupełnie tak [illegible] pod względem faktycznym przedstawił p. deputowany. Wszelako ja także nie jestem w stanie natychmiast z owych 21 okręgów szkolnych utworzyć 37 a mianowicie z przyczyn, które przekonają Izbę, że nie jest zamiarem Rządu zamieniać ustawę krajową w illuzyę, ale przeciwnie, że rząd stara się wszystko uczynić, aby ustawę w życie wprowadzić. Trudności są ustawy finansowej i organizacyjnej. I w tym roku nie można było w obec koniecznej oszczędności otrzymać sumy potrzebnej na dotacyę inspektorów szkolnych. Musieliśmy tedy poprzestać na prowizoryum. Organizacyjne trudności zaś leżą w stanowisku okręgowych inspektorów szkolnych. Inspektoraty mają w Galicyi, według pojęcia ustawy, być samodzielnie urządzone, podczas gdy w samej rzeczy takie samodzielne stanowisko inspektorów w innych krajach nie istnieje. — Galicya jest krajem, który najmniejszy ma napływ kandydatów na nauczycieli ludowych; podczas gdy np. Czechy liczą w seminaryach nauczycielskich przeszło 3000 kandydatów, w Galicyi jest ich wszystkich razem we wszystkich seminaryach nauczycielskich około 600. A jeżeli chciałbym z grona nauczycieli szkół średnich wybierać inspektorów, to w Galicyi znowu najniepomyślniejszy zachodzi stosunek. — Nigdzie liczba nie egzaminowanych kandydatów nauczycielskich w służbie nie jest tak znaczną stosunkowo, jak w Galicyi. Jeżeli by się zaś odjęło szkole znaczniejszą liczbę profesorów, to mogłoby to większą jeszcze wyrządzić szkodę szkołom średnim.

Zapewnić mogę, że zamiary Rady szkolnej galicyjskiej i Rządu skierowane są nietylko do tego, aby wprowadzić w życie ustawy szkolne, ale aby takie zaprowadzić stosunki, których konsekwencyą ma być dalszy rozwój szkolnictwa w Galicyi. P. minister omawia dalej kwestyę przepełnienia szkół średnich, brak kandydatów nauczycielskich, wreszcie i plan organizacyjny naszych gymnazyów. Zmiana dotychczasowego planu zajmuje go ciągle, ale musi być ostrożnie traktowaną, gdyż zdania pedagogów o tem są podzielone. Ważniejszą może jest reforma szkół realnych. I tam skarżą się na przepełnienie. Jest to jednak tylko skutek braku szkół wydziałowych. Zadaniem tych, którzy się zajmują oświecaniem ludu, byłoby pouczyć ludność o ważności tych szkół. Odpowiedziawszy jeszcze szczegółowo dep. Russowi i hr. Coroniniemu p. minister zwraca się ku dep. Kusemu, zapewniając go, że interes wszystkich szczepów w Austryi równie leży mu na sercu bez różnicy narodowości (wesołość na prawicy) jednakowoż w rozporządzeniach dążących do tego, aby przez użycie niemieckiego języka i innym narodowościom dać możność podniesienia głosu w najważniejszych sprawach państwa, nie należy upatrywać dążeń germanizacyjnych (Brawo!). Język krajowy jest używany w szkole i urzędzie, możecie zatem Panowie zatrzymać waszą narodowość i rozwijać wasz język. Ale musicie przyznać, że byłby wrogiem narodowości, kto odjąłby jednostce choćby najniższą możność wdrożenia się w stosunki, w których za pomocą języka niemieckiego mogłaby podnieść głos w wielkich kwestyach państwowych. — (Brawo na prawicy i w centrum).

W końcu p. minister wyłuszcza przyczyny, dla których szkołę przemysłową, która pierwotnie miała być założoną w Pradze, otwarto w Pilźnie, (w Czechach), i powtarza zapewnienie, że dalekim jest od stronniczości wobec którejkolwiek narodowości. (Żywe oklaski na lewicy i w centrum).

Dep. Wildauer prostuje wyrażenie się bar. Stremayra, że znany wniosek jego (Wildauera) o nadzorze szkolnym był niepotrzebny. Zmierzał on udaremnić dążności do zaprowadzenia klerykalnego nadzoru szkolnego w Tyrolu, pod pozorem powagi rządowej. Rząd sprzeciwiając się stronnictwu, podkopał wniosek w mniemaniu, że

---

lyentarzy w obudwu zasiadających magistratach, a tych wraz z cechmistrzami i „mężami" przeszło osiemdziesięciu liczono... Zostały tylko ubogie chaty rzemieślników rozrzucone „po zawodzie", więc po za obrębem fortyfikacyi miejskich i kilkanaście dworków w mieście..

Komendant koniecznością powodowany, postanowił nie zwracać na przywilej uwagi...

I oto pewnego poranku lipcowego. poważni obywatele zaalarmowani zostali odgłosem bębna grzmiącego jakby pobudkę wśród rynku. Niewiasty służebne, ciekawsze i zwinniejsze powybiegały z domostw, aby się dowiedzieć o przyczynie niezwykłego hałasu. W pobliżu dzielnicy już wówczas przez obywateli ormiańskich zamieszkałej, przed narożną kamienicą Abrahamowicza, poważnego konsula i sekretarza „nacyi", dobosz bębnił, a oficer kołatał do drzwi zaryglowanych, opodal zaś stała kompania żołnierzy. Byli to właśnie komputowi przysłani przez p. łowczego koronnego

Kołatanie stawało się coraz głośniejszem i natarczywszem, dobosz jakby mu wtórując tłukł zawzięcie w huczny taraban...

Nareszcie jękły wrzeciądze. Ogromne, ciężkie, suto kute drzwi dębowe rozwarły się, a najprzód pokazał się nos olbrzymi konsula, potem biała, imponująca, na oczy nasadzona szlafmyca. Cienkie nóżki, obute w stare safianowe buty, dygotały od chłodu rannego, czy od gniewu, czy może od strachu. W czarnych oczkach patrycyusza malowało się pomięszanie ze zdziwieniem pospołu..

— Cóż to egzekucya panie poruczniku, i to jeszcze wojskowa? — zawołał wzruszony — omyliliście się wszakże; nie tędy droga.

— Nie egzekucya, ale kwaterunek, mości radny.

— Żartuj waść zdrów, toż konsulem jestem, przywilej mam, przodkowi naszemu od króla Jana Kazimierza nadany.

— Nie mam czasu dyskutować, ani wchodzić w żadne deliberacye — ciągnął porucznik, a wracając się do żołnierzy dodał: Pierwsze cztery numera, występuj z szeregu, tu macie kwatery, a waść, panie gospodarzu, dasz im wikt przyzwoity, za co otrzymasz „lenung po dwa złote jednemu komputowemu na tydzień" przeznaczony.

— Ależ to gwałt, zawołał konsul, świadczę się...

— Milcz waść — przerwał mu oficer, bo mam rozkaz sprzeciwiających się brać do aresztu!...

I pociągnął dalej wiodąc za sobą dobosza i żołnierzy. Podobna scena powtórzyła się u drzwi domostwa p. Szakina, Kirkorowicza, Łukaszewicza itd.

Kumoszki zadumane przypatrywały się jej obojętnie, a może i rade były, że się to życie monotonne trochę odmieni i urozmaici.. Biedny konsul tylko, jakby skamieniał w progu własnej siedziby! Szlafmyca na bakier zsunięta miała się ku dezercyi, a kapota w pospiechu na barki zarzucona opadła na biodra. On p. radny, na półprzytomny, w bieliźnie stał pośród tłumu, nie pojmując w tej chwili, jaką krzywdę wyrządza swojej powadze, prezentując się tak nieprzyzwoicie motłochowi... Ale co tam nieprzyzwoitość w obec krzywdy wołającej o pomstę do nieba, wobec podeptanego sromotnie przywileju przez żołdaków, którzy z śmiechem wkraczali pod dach dygnitarskiej, niepokalanej jego siedziby!...

zapobieży tem wzmożeniu się agitacyi klerykalnej w Tyrolu. Mowca przypomina zajście w sejmie tyrolskim z 9 marca b. r. Zdarzenie to zdaniem mowcy, jest skutkiem pobłażliwości i łagodności rządu. Mowca chwali administracyę w Tyrolu, i wnosi zniesienie kolegium jezuickiego i kilku szkół żeńskich, nielegalnie uorganizowanych.

Dep. Prażak zarówno jak kolega jego czeski, dep Kusy, skierował wycieczki swe głównie przeciw ministrowi oświaty, obwiniając go o stronniczość w obec Czechów. Zwracając się ku Izbie powiada mowca, że najbardziej przyczynia się do podsycania namiętności, bo nic tak nie drażni ludności jak niesłuszne pomijanie potrzeb narodowości. W końcu wyraża mowca, że nie jest możliwem, by kierownictwo oświaty skoncentrować się dało w Radzie państwa. Sprawy te należeć powinny do sejmów krajowych. Wreszcie wyraża mowca życzenie, aby zaniechane rokowania o urządzenie szkoły przemysłowej w Pradze, znowu podjęte zostały.

P. minister bar. Stremayr oświadcza, że rząd nie myśli odmawiać Pradze urządzenia szkoły przemysłowej Przeciwnie rokowania mogą taki wziąć obrót, że urządzenie szkoły nastąpi w krótkim czasie.

W głosowaniu przyjęto przy rozdz. IX tytuły 1 do 8, sumę 1,188.700 złr. jako zwyczajne, zaś 35.000 jako nadzwyczajne wymogi.

Przy dalszym tytule „Wyznania" zabiera głos dep. Greuter, który przemawia przeciw odjęciu subwencyj udzielanych dotąd niektórym zakładom duchownym. Byłoby to niesłusznem, gdyż Izba nie jest uprawnioną do usunięcia aktów legalnie sporządzonych przez dawnych monarchów. „Nie wiadomo nic — powiada mowca — czy klasztor Karmelitanek w Pradze ma jeszcze inne środki bytu oprócz tych, które mu przyznała łaska cesarza Franciszka; prawdopodobnie nie ma ich. Otóż odmawiacie dziś Panowie wszelkiego utrzymania temu klasztorowi. Cóż się stanie z kobietami, które ufając słowu cesarskiemu wstąpiły do klasztoru? Nawet najradykalniejsze państwa nie posunęły się tak daleko." Mowca żąda, aby przyjęto wniosek rządowy.

W końcu dep. Kronawetter wnosi dwie rezolucye, z których pierwsza zmierza do tego aby rząd w r. 1877 przedłożył ustawy o dodatkach funduszu religijnego do kosztów nauki religii katolickiej w szkołach średnich i ludowych i o administracyi funduszu religijnego. Zdaniem mowcy pieniądze skarbu nie powinny być użyte na naukę religii, gdyż niesłusznem jest zmuszać innowierców, aby przyczyniali się do kosztów na naukę obcej religii. Dalej wnosi dr. Kronawetter rezolucyę wzywającą rząd do przedłożenia w roku 1817 projektu ustawy o ściąganiu podatku wyznaniowego w parafiach katolickich. Obie rezolucye poparte dostatecznie przekazane zostały komisyi budżetowej.

Koniec posiedzenia o godz. 5. Następne posiedzenie jutro.

Komisya prawnicza Izby Panów zgadza się na zmianę §§fów 6 i 119 ordynacyi notaryalnej z dnia 25 lipca 1871 w myśl wniosków uchwalonych przez Izbę deputowanych.

Komisya Izby deputowanych, której przekazano do zbadania projekt reformy podatków, przyjęła ustęp 2 i 3 §tu 20 w następującej stylizacyi: Jeżeli komisya ma powody powątpiewać o prawdziwości fasyi przedłożonej przez opodatkowanego co do wysokości jego dochodów, naówczas ma prawo domagać się od niego pisemnych albo ustnych wyjaśnień na pewne pytania. Do tego potrzeba jednak formalnej uchwały komisyi z przytoczeniem powodów w protokole. Jeżeli opodatkowany w przeciągu pewnego terminu nie przedłoży fasyi, albo jeżeli wzbrania się odpowiedzieć na pewne zadane mu pytania, naówczas ma komisya sama oznaczyć wysokość jego dochodów. Władze i organa publiczne są obowiązane dawać wyjaśnienia komisyom szacunkowym na pewne pytania o stosunkach majątkowych obywateli opodatkowanych. — Przy § 21, który traktuje o sposobie obliczania czystego dochodu, wniósł sprawozdawca dr. Beer, ażeby ustęp *a* tego paragrafu tak opiewał: „Następujące zasady powinny być przestrzegane przy cyfrowem oznaczaniu dochodu: *a*) Przy własnościach ziemskich, w których gospodarstwo prowadzi się na własną rękę, należy uważać za dochód czystą intratę uzyskaną z gospodarstwa rolnego i leśnego, tudzież z fabryk i przedsiębiorstw połączonych z tem gospodarstwem (jak na przykład z gorzelń, browarów, młynów, cegelń, wapiarni i t. p.) Przy własnościach ziemskich, wypuszczonych w dzierżawę, stanowi czysty dochód czynsz rzeczywiście opłacany z doliczeniem danin w naturze a z odliczeniem ciężarów przeniesionych na dzierżawcę. Dep. Krzeczunowicz proponował, ażeby rozprawę nad tym paragrafem odroczyć aż do czasu, w którym zapadnie postanowienie, jaki opust nastąpi w podatku gruntowym i domowym w skutek ustawy o podatku dochodowym. Przeciw temu wnioskowi przemawiali pp. Neuwirth, Auspitz, dr. Klier, Wolfrum i dr. Brestel. P. minister skarbu nadmienił, że przyjęcie odraczającego wniosku p. Krzeczunowicza znaczyłoby tyle, co przedłużenie reformy podatków w nieskończoność. W interesie uregulowania stosunków finansowych państwa, zależy rządowi na rychłem przeprowadzeniu tych reform. Życzyć sobie należy, ażeby przynajmniej ustawa o podatku dochodowym została załatwioną przed odroczeniem Rady państwa, albowiem podatek ten powinien już istnieć przed ułożeniem budżetu na r 1878. Wniosek p. Krzeczunowicza został odrzucony, poczem przyjęła komisya § 21 w stylizacyi proponowanej przez dep. Beera.

Na posiedzeniu komisyi kolejowej w dniu 11 b. m. przekazano przedłożenia rządowe w przedmiocie stosunków gwarantowanych dróg żelaznych osobnemu komitetowi złożonemu z pp. Herbsta, Brestla, Steffensa, dr. Russa i Stockerta.

SPRAWY MONARCHII

— Dnia 11 b. m. odbyła się w Budapeszcie konferencya stronnictwa liberalnego, na której rozprawiano nad projektem zakupna kolei wschodniej przez rząd. Minister Pechy umotywował szczegółowo projekt ustawy o zakupnie. Zsedenyi przemawiał przeciw zakupnu a Hegedüs za wnioskiem rządowym. Minister prezydent Tisza nadmienił, że obecnie rozchodzi się o to, czy kontrakt zawarty z koleją wschodnią ma być zatwierdzony i co uczynić wypada z tą koleją? Rząd uważa, że zakupno tej drogi żelaznej jest dla kraju bardzo korzystne albowiem tym sposobem będzie mógł wpływ swój wywierać także na kolej Cisańską. Co do drugiego pytania może Izba przyjąć wniosek rządowy, albo też wdać się w długi proces cywilny. Rząd nie przeczy, że popełniano błędy a nawet czyny karygodne, ale z drugiej strony wątpi on o wyniku procesu. Uprasza tedy o przyjęcie wniosków rządowych. Csernatony zgadza się na pierwszy wniosek rządowy, ale domaga się podobnie jak Zsedenyi wytoczenia procesu, ażeby nie powiedziano, że Izba chce zbrodnie pokryć płaszczykiem. Minister Pechy oświadcza, że z przyjęcia lub odrzucenia wniosku rządowego co do zakupna kolei wschodniej robi kwestyę gabinetową. Za wynik procesu nie bierze jednak na siebie żadnej odpowiedzialności Zresztą rozróżnia minister dwa procesy: cywilny i kryminalny. Państwo, jako nie akcyonaryusz, nie może nawet wdawać się w proces kryminalny. — Przewodniczący podzielił powyższe pytania sformułowane przez Tiszę na dwie części. Pierwsze pytanie co do zatwierdzenia kontraktu, przyjęło zgromadzenie znaczną większością głosów. Co do drugiego pytania, czy ma być wytoczony proces na następnem posiedzeniu zapadła uchwała za wytoczeniem procesu

SPRAWY ZAGRANICZNE

(Angielska konferencya narodowa).

W ostatnich numerach *Gazety* pisaliśmy o tak zwanej angielskiej konferencyi narodowej, zwołanej celem omówienia kwestyi wschodniej. Dziś podajemy w streszczeniu mowy głównych motorów konferencyi Z 9000 biletów wstępu, których żądano, pisze korespondent starej *Pressy*, zdołano rozdać zaledwie połowę. Znaczną część słuchaczy stanowili delegowani prowincyj. Pomiędzy tymi, którzy urządzili tę konferencyę, było wiele szlachty, pięciu biskupów i 80 członków parlamentu. Gladstona powitano hucznemi oklaskami. Przewodniczący, książę Westminster zagaił posiedzenie następującemi słowami: Zebraliśmy się, aby pomówić o kwestyi wschodniej. Widzę tu przed sobą najznakomitsze osobistości kraju. Polityka partyjna winna być tu wykluczoną, jednakże wypada mówić o polityce lorda Derbyego i oświadczeniach lordach Beaconsfielda, zwłaszcza że kraj ma powody nie ufać dotychczasowej polityce ministeryum o ile ona się tyczy kwestyi wschodniej. Lord Beaconsfield oświadczył w Guildhall, że rząd uważa sobie za obowiązek i stanowczo postanowił trzymać się ściśle traktatu paryskiego, który gwarantuje Turcyi integralność i samodzielność i nie pozwala innym mocarstwom mięszać się w wewnętrzne sprawy Turcyi. Miejmy nadzieję, że lord Salisbury nie został zobowiązany do ścisłego trzymania się tych zasad. Turcya sama zerwała traktat paryski nie przeprowadziwszy przyrzeczonych reform. Jej administracya stała się raczej gorszą aniżeli lepszą. Własnemi siłami nie jest Turcya w stanie podnieść się. Anglia jest zatem uwolnioną od swych zobowiązań i winna wstąpić na nowe tory polityczne. Najpierwszym obowiązkiem rządu jest odjąć Turcyi wszelką nadzieję w pomoc angielską i szczerze się połączyć z Rossyą celem nakłonienia Turcyi do przeprowadzenia reform na korzyść prowincyj chrześcijańskich. Naród angielski nie będzie nigdy walczył przeciw Rossyi w obronie Turcyi, prędzej razem z Rossyą uchwyci broń przeciw Turcyi." Po tej żywemi oklaskami przyjętej mowie, występowało 12 innych mowców a to członkowie parlamentu, duchowni i świeccy. Pierwszymi byli: Sir George Campbell, Richard Ashley i Simon; kler reprezentowali biskup oxfordzki i panowie [illegible]ton Morse i Allen, świeckich Sir Thomas Buxton, Anthony Trollope, S. Howitt i profesor Price. Drugi *meeting* rozpoczęty pod przewodnictwem lorda Shaftesbury około godziny czwartej, skończył się dopiero o godzinie 8. Przewodniczący oświadczył że zbrodnie jeszcze nie zostały zapomniane i pomszczone, jakkolwiek lord Derby, mąż rozsądku, honoru i surowego poczucia obowiązku, w piśmie do Sir Elliot objawił swe żądania; Anglia i Rossya powinny o ile możności jak najdłużej iść ręka w rękę ze sobą a dopiero wtenczas rozpocząć spór, gdy istotna będzie do tego przyczyna. Po przemówieniu kanonika Liddona, lorda Waveney i deputowanego Trevelyan przedłożył markiz Adesbury następującą rezolucyę do uchwalenia: że ze względu na obecny stan kwestyi wschodniej i jako rezultat tej konferencyi utworzyło się stowarzyszenie celem czuwania nad wypadkami, wyrażania opinii publicznej na przyszłość i rozszerzania w całym kraju należytych informacyj o rzeczywistym stanie kwestyi wschodniej, dalej że oświadczenie (pismo to podaliśmy w wczorajszym numerze *Gazety*) motorów konferencyi przyjęte zostało za podstawę stowarzyszenia i że dla osiągnięcia tego celu utworzył się komitet złożony z księcia Westminster, hrabiego Shaftesbury i członków komitetu konferencyi narodowej. Komitet ten może stosownie do potrzeby powiększyć liczbę członków. Aby poprzeć tę rezolucyą, zabrał wśród entuzyastycznych oklasków głos Gladstone:

Zauważył on, że konferencya ta powinnaby wyprowadzić z błędu wszystkich tych, którzy mniemają, że naród angielski jednomyślnie pragnie wspierać tradycyonalną politykę, zmierzającą do utrzymania Turcyi. Nie da się zaprzeczyć, że polityka rządowa przedstawia kilka faz pełnych nadziei, ale w ogóle jest ona dwuznaczną a dwuznaczność tę koniecznie trzeba usunąć. Porta złamała w jaskrawy sposób traktat paryski i podeptała go nogami. (Głośne oklaski). Nie ma zatem prawa odwoływać się na ten traktat. Wyraz „integralność terytoryalna" nie obejmuje jeszcze dzierżenia zwierzchniczej i nieograniczonej władzy przez Turcyę; przeciwnie pod zwierzchniczą władzą turecką powstały rzeczywiście niezależne i spokojne państwa. Czem innem jest niezależność Turcyi, a przeciw tej niezależności protestuje mowca. Protestuje on także przeciw wojowniczym oświadczeniom prezydenta ministrów w Guildhall; oświadczenia te były zgubnemi. Porta żyła długo w „raju błaznów" i całą swą nadzieję pokładała w tem, że w razie największej potrzeby Anglia nie odmówi jej swej pomocy. Ta nadzieja Turcyi wywiera wielki wpływ na szanse pokoju lub wojny. Ale czy Turek ma prawo liczyć na pomoc angielską? Cóż znaczy n. p. wysłanie floty do zatoki Bezika. Jakich interesów brytyjskich chciał bronić rząd w zatoce Bezika? Wartoby dowiedzieć się, czy mowa wypowiedziana w Guildhall stanowi [illegible] instrukcyj danych lordowi Salisbury. [illegible] lord Salisbury działał w tym duchu, [illegible] wiódłby oczekiwania, które w nim pok[illegible] wszyscy jego przyjaciele. W Konstantyno[illegible]lu winien on reprezentować honor a nie hańbę narodu angielskiego, gdyż potęga i wpływ, jakie się słusznie przynależą imieniowi angielskiemu, nie powinny służyć do wspierania tyranii i korupcyi. Mówiąc o okrucieństwach popełnionych w Bułgaryi oświadczył się Gladstone przeciw pobłażaniu. Okrucieństwa trwają jeszcze ciągle, jakkolwiek nie w tych rozmiarach co da[illegible] Rząd turecki zeszedł na ostatni stopień swego moralnego upadku. Duma, arrogancya, okrucieństwo, oszustwo, fałszywość oto spis jego grzechów. Wszystkie projekta konstytucyjne i reformy uważać należy jeśli nie za ohydne oszustwa, to przynajmniej za próżne obietnice. Zwierzchnictwo rządu tureckiego w Bośnii, Bułgaryi i Hercegowinie musi ustać, (głośne oklaski) inaczej wszystkie *meetyngi*, konferencye i rokowania nie przydadzą się na nic. Obca interwencya jakiegokolwiek rodzaju jest absolutną koniecznością, ale mowca nie chce się podjąć rozwiązania tego pytania, czy militarna okupacya czy też rozbrojenie ludności byłoby odpowiedniejszem. Możnaby powiedzieć, że Rossya nie znajduje już sprawiedliwości w Anglii, gdyż Anglia będąc w miejscu Rossyi już dawno, gdyby tylko mogła, zjadłaby Turcyę. Zupełnie się na to godzę, że Anglia ma baczne oko na Rossyę, ale najlepszym sposobem czuwania nad postępowaniem Rossyi i Austryi jest współzawodniczenie z temi mocarstwami w uzyskaniu przychylności ludów wschodnich (oklaski). Nie przyszedłem tu, aby lorda Salisbury lub kogokolwiek innego uczyć polityki, chciałbym jednak zaproponować godną do naśladowania politykę, do której się uciekł Canning w kwestyi greckiej. Canning starał się pozyskać zaufanie Greków i nakłonić ich do uważania Anglii za ich protektorkę. Przymierze Rossyi z Turcyą byłoby hamulcem dla obydwóch krajów, któreby mogły wspólnie pracować w interesie wolności. Na Wschodzie spełnia się wielkie dzieło oswobodzenia. Wspomniano o zniesieniu handlu ludźmi; ale cieszę się, skoro pomyślę, że przy[illegible]mniej pod tym względem mamy strasznego współzawodnika, a jest nim cesarz rossyjski. Mówimy o odziedziczonej polityce. Odziedziczoną polityką tego kraju jest wspieranie Turków. Nie wiem, gdzie się znajdowała ta polityka w roku 1826, gdy Canning połączył się z cesarzem rossyjskim. Nie wiem, gdzie była w r. 1827, gdy stoczono bitwę pod Nowarino; tyle jednak wiem, że istnieje wyższa i rozleglejsza polityka tradycyonalna, a ta tradycyonalna polityka nie zwykła sprzymierzać się z inną lecz żywi współczucie dla cierpiącej słabości (głośne oklaski). Po przemowie Gladstona, przedłożona rezolucya została przyjętą przez aklamacyę.

(Spisek w Konstantynopolu).

Korespondent *Deutsche Ztg* podaje w liście z 8 b. m. niektóre nowe szczegóły o najnowszym spisku w Konstantynopolu. List ten podajemy tutaj w przekładzie:

„Już od kilku tygodni rozpowszechniano z wielką gorliwością wieść, że Murad zupełnie przyszedł do zdrowia i że go przemocą trzymają w pałacu Czeragan aby mu przeszkodzić w odebraniu Hamidowi korony, która jemu, Muradowi, prawnie się należy. Z najlepszego źródła mogę wam donieść stanowczo, że Murad jest istotnie idyotą i że najmniejszej nie ma nadziei wyleczenia. Mimo to jednak agitacya na rzecz Murada zaniepokoiła na seryo ministrów a nawet samego sułtana Hamida. Naraz, we wtorek, zuchwała banda awanturników próbowała uprowadzić exsułtana z pałacu Czeragan. Sprawcami zamachu są dwaj Turcy Mehmed Effendi, urzędnik ministerstwa sprawiedliwości i Hussny bej z ministerstwa finansów, a oprócz tego dwóch chrześcijan, niejaki Stavrides, brat jednego z tutejszych dragomanów angielskich, który miał dawniej podrzędną posadę przy konsulacie angielskim, ale z powodu złej konduity został oddalonym — wreszcie jakiś Polak, niewiadomego nazwiska, który ma stać pod opieką tutejszego konsulatu niemieckiego. Mówią, że spiskowcy już dawniej kilkakrotnie chcieli się dostać do sułtanki Walidy, aby się z nią rozmówić, ale gdy w tem napotkali wielkie trudności, przekupili pewnego agenta policyjnego nazwiskiem Arif beja, który pozornie zgodził się na ich żądania, ale nie zaniedbał zawiadomić szefa policyi i uprzedzić straży o tem co się święci. Otóż we w[illegible]k zgłosiły się u bram pałacu Czer[illegible] [illegible] kobiety, które sposobem perskim miały twarz zasłoniętą gęstym woalem. Jeden [illegible] straży dostrzegł jednak pod woalem koniuszek brody, a że straż była już uprzedzoną o spisku, przeto zatrzymała owe dwie kobiety [illegible]zez czas jakiś aż nadjechały dwa powozy, w których siedzieli dwaj inni spiskowcy, [illegible]vrides i Polak, poczem wszystkich czterech uwięziono. Przed sędzią śledczym mieli zeznać, że zam[illegible]rzali sułtana Murada przewieźć na przygotowany statek rossyjski; według innej wersyi chodziło im nie o Murada lecz o najstarszego syna jego, Salah-Effendiego. Niektórzy ze spiskowców zeznali, że namówił ich do czynu pierwszy dragoman ambasady rossyjskiej p. Onon, który, jak utrzymują Turcy, w ostatnich czasach często w okolicach pałacu był widywany. Onon sam śmieje się z tego wszystkiego. Z innej strony zapewniają, że sami Turcy urządzili ten spisek w zamiarze skompromitowania ambasady rossyjskiej, w chwili zebrania się konferencyi."

(Z obozu rossyjskiego w Bessarabji.)

Naczelny wódz rossyjskiej armji południowej, W. ks. Mikołaj Mikołajewi[illegible], [illegible] po przybyciu do głównej kwatery w Kiszeniewie, wziął się gorliwie do dzieła. Dnia 6 b. m. odbyła się pod przewodnictwem W. księcia narada wojenna, na której miano rozprawiać nad planem kampanii i ewentualną przeprawą przez Prut i Dniestr. Przy

tej sposobności była także mowa o pewnych publikacyach, które w danym razie będą wydane. Chodzi tu mianowicie o dwie proklamacye, z których jedna po przejściu przez Prut do Rumunów, druga zaś po wkroczeniu do Bułgaryi do mieszkańców tego kraju ma być wystosowaną. Rząd rumuński ma swoją drogą po wkroczeniu Rossyan wydać manifest oznajmiający Rumunom, że armia rossyjska za przyzwoleniem ich rządu przechodzić będzie przez księstwo. Z Bukaresztu przybyć ma temi dniami do Kiszeniewa komissya, złożona z dwóch generałów i dwóch urzędników ministerstwa spraw wewnętrznych, aby ułożyć wspólnie z komendą rossyjską szczegóły przechodu armii przez Rumunię. Główna kwatera armii rossyjskiej ma być 28 b. m. przeniesioną do Chocima, a przejście przez Prut nastąpić ma w ostatnich dniach grudnia. Około 5 stycznia przybędzie W. książę ze sztabem generalnym do Fokszan. Ruch wojsk zwolniał nieco, ponieważ większa część oddziałów, składających armię południową przybyła już na miejsce przeznaczenia. *Pol. Cor.* donosi, że w armii panują choroby, mianowicie zapalenia organów oddechowych, pochodzące z zaziębienia. Dla zapobieżenia malwersacyom przy dostawach dla armii, ustanowił W. książę komissyę kontrolującą, która stoi pod bezpośredniemi rozkazami naczelnej komendy i będzie miała zadanie kontrolowania zapasów przeznaczonych dla armii i czuwania nad ekonomicznym zarządem. Także o przyszłych rannych pamięta naczelny wódz rossyjski. W tym celu zawarła komenda armii układy „ze stowarzyszeniem ku pielęgnowaniu rannych.“ Tajny radca Tokarew, dotychczasowy pełnomocnik tego stowarzyszenia w Serbii, zostanie w tym samym charakterze powołany do armii południowej.

(Sytuacya w Grecyi).

Z Aten piszą pod dniem 2 grudnia do *Pol. Cor.*: Zacięta, już od tygodnia trwająca walka, którą połączone partye opozycyjne rozpoczęły przeciw gabinetowi Komundorosa i jego systemowi gotowości wojennej narodu, skończyła się wreszcie na posiedzeniu odbytem w ostatni czwartek i to w sposób, który nietylko tu, ale i w prowincyach wywołał największą niespodziankę a nawet i za granicą kraju da pochop do najrozmaitszych komentarzy. Na posiedzeniu tem chodziło o projekt ustawy w sprawie pożyczki 10 milionów drachm, których procenta i koszta amortyzacyjne podług 3 art. tego projektu miały być pokryte w ten sposób, że z półprocentowego dodatku do podatków, wybieranych w gminach od artykułów żywności i handlu, miał być utworzony na ten cel osobny fundusz. Opozycya, o czem się wszyscy obecnie przekonali, szukała już od początku czynności parlamentarnej dogodnego pozoru dla osiągnięcia jedynego swego celu, to jest upadku gabinetu Komundorosa. Opozycya ta w obec wyraźnej woli ludu, aby uzbrojenie jak najprędzej przyszło do skutku, nie śmiała zaraz przy zasadniczych naradach narazić się na nienawiść całego kraju odrzuceniem projektów rządowych. Nie starając się bynajmniej o poprawienie tych projektów i nie robiąc odpowiednich wniosków, zmarnowała opozycya kosztowny czas ograniczając się na samem zwalczaniu tych projektów. Wszystkie mowy opozycyjne obracały się około tego jednego punktu, to jest że w zasadzie nic mieć nie można przeciw proponowanym krokom, że jednak jak to oświadczył pan Deligeorgis, zastrzegają sobie rozstrząsanie szczegółów, dopóki budżet na rok 1877 nie zostanie omówiony i wszelkie możliwe i niezbędne zaoszczędzenia nie zostaną porobione. Dopiero wtenczas możnaby ze spokojnem sumieniem zezwolić na pożyczkę i podwyższenie podatków. Artykuł 3 nastręczył wreszcie takiego pożądanego pozoru, gdyż łatwo było można zasłonić się tem, że się chce inne, lepsze substytuować środki. Przy imiennem głosowaniu okazało się, że z 159 obecnych deputowanych 78 głosowało przeciw, a 79 za artykułem trzecim. Stronnicy Komundurosa i Zaimisa głosowali za projektem, stronnicy Deliyannisa, Trikupisa i Deligeorgisa przeciw projektowi. Prezydent ogłosił odrzucenie projektu. Deputowany Attyki, p. Filimon, zauważył wprawdzie, że z rezultatu głosowania nie okazuje się, aby projekt był odrzucony, ale prezydent Zaimis odrzekł, że opierając się na 56 artykule konstytucyi, musiał ogłosić odrzucenie projektu rządowego, ponieważ w skutek oświadczenia się 79 deputowanych za, a 78 przeciw artykułowi trzeciemu, nie było absolutnej większości obecnych 159 członków, a Izba podług wspomnianego artykułu konstytucyi nie może bez absolutnej większości powziąć prawomocnej uchwały. Wczoraj zjawił się prezydent ministrów Komunduros w Izbie i oświadczył, że w skutek ostatniego głosowania Izby prosił króla o dymisyę. Ludność oświadcza się wszędzie przeciw opozycyi, o której powiada, że zrobiła przedwczesny krok. Powszechne panuje przekonanie, że żaden przywódca stronnictw opozycyjnych, że nawet wszystkie trzy stronnictwa razem nie uzyskają potrzebnej większości w Izbie. Ludność oświadcza się głośno i otwarcie przeciw takiemu odwlekaniu przygotowań wojennych, któreby koniecznie nastąpiło na wypadek rozwiązania Izby.“

KRONIKA

* **Konfiskata.** Numer 285 *Dziennika Polskiego* został wczoraj przez lwowską c. k. prokuratoryę państwa skonfiskowany.

— **Wybór uzupełniający** jednego członka Rady powiatowej w Bóbrce z grupy większych posiadłości rozpisano na dzień 16 stycz. 1877. Wybór ten odbędzie się w mieście powiatowem o godzinie i w lokalnościach wskazanych w kartach legitymacyjnych, które doręczy wyborcom c. k. Starostwo.

— **Posiedzenie rady miejskiej** odbędzie się dnia 14 b. m. 1876 r. we czwartek o godzinie 6 wieczorem Na porządku dziennym między innemi: Upoważnienie magistratu do rozpisania gminnego podatku czynszowego; sprawozdawca r. p. Groman. Wniosek względem zmiany ustawy o poborze opłaty gminnej za psy (uchwała druga); spraw. r. p. Dąbrowski oraz wnioski w sprawie przeprowadzenia wyboru Rady miejskiej na trzeci perjod wyborczy. Spraw. r. p. dr. Gerstmann.

* **Złodziejka sklepowa.** Wczoraj przytrzymano w sklepie pana Pilcera przy ulicy Kaźmierzowskiej Chanę Czerb, na kradzieży towaru, przyczem się wydało, iż ta sama jejmość dniem poprzód w handlu pana Kuglera przy ulicy Karola Ludwika pokradła szklanki. Chana Czerb, znana złodziejka sklepowa, jest wzrostu średniego, chuda, śniadej twarzy, wieku średniego, nosi zwykle chustkę na głowie.

* **Złożono** w policyi pięć sznurków korali francuskich, które żołnierz Hryńko Karpow przedwczoraj znalazł na placu Gołuchowskich, tudzież woreczek, w którym znajdują się 3 zł., kartka zastawnicza *Pii Montis* i adres Justyna Krużlewskiego.

— **Meteor.** Wczoraj 13 grudnia, o g. 8 minut 36 wieczór widziano w mieście naszem na południowej stronie nieba meteor średniej wielkości, przyświecający mdłem światłem ciemno-żółtej barwy i powoli przedzierające się przez zamglone warstwy powietrza. Zgasł w wysokości około 30° nad widokręgiem, bez huku.

† **Antoni Hansch**, zmarły przed kilkoma dniami w Solnogrodzie, należał do pierwszych w Austryi pejsażystów. Hansch przyszedł na świat w roku 1815. Walcząc z wielkiemi przeciwnościami dobił się uznania w roku 1839, uzyskawszy wielką nagrodę dworską za swe pejsaże. Odtąd sława jego coraz więcej się ustalała. Najwięcej się podobały liczne widoki Alp pędzla Hanscha.

— **Ostatnie burze** na wybrzeżach angielskich zrządziły niezmierne spustoszenia. Z Szkocyi donoszą, że jak pamięć ludzka zasięga burz takich tam nie było. Szkoda równie jest wielka na lądzie jak na morzu. W pobliżu Shields rozbił się i zatonął między innemi parowiec *Warkworth Castle.*

— **Historyczna wystawa sztuk pięknych.** Rektorat c. k. Akademii sztuk pięknych w Wiedniu ponownie ogłasza odezwę do artystów na wszelkich polach sztuki plastycznej i graficznej wzywając ich do nadsyłania prac swych na ogólną, historyczną wystawę, którą Akademia urządza przy sposobności przesiedlenia się do nowego gmachu. Wystawa ta będzie otwartą dnia 15 marca i potrwa do 15 maja roku 1877 i ma dać niejako obraz zupełny działalności Akademii wiedeńskiej od czasu jej powstania za cesarza Leopolda I aż dni naszych. Artyści zgłaszać mogą udział swój w wystawie do dnia 31 b. m.

— **Sprzeniewierzenie.** Szef firmy komandytowej w Wiedniu, Otto Seelaus, ścigany jest listami gończemi, ponieważ umknął, zapewnie do Ameryki, pozostawiwszy znaczne długi. «Szef« ten liczy lat 26 zaledwie, jest żonatym.

† **Zmarli** w ostatnich dniach: w Wiedniu były minister i agent dyplomatyczny rumuński w Wiedniu, Costaforu; w Dawennie hr. Józef Pasolini w r. 1848 minister Stolicy apostolskiej a później królestwa włoskiego, prefekt Medyolanu i Turynu, poseł włoski w Anglii, a w końcu prezydent senatu, przeżywszy lat 62; w Genui Nestor włoskich dyrektorów muzycznych, Jan Serrai; w Wachowsen pod Teltowem założyciel dziennika *Nordd. Allg. Ztg.* i były właściciel *Post* dr. August Brass, który w r. 1848 zaliczał się do najzapaleńszych demagogów berlińskich, a wróciwszy następnie z Ameryki został najgorliwszym urzędnikiem pruskim.

— **Samozwańczy defraudant.** Policyi w Asboken, w Ameryce, nie dawno sam się oddał niedy poddany austryacki, Leopold Horak zeznając że umknął był do Ameryki z powodu sprzeniewierzeń, których się dopuścił jako kasyer pewnego banku w Pradze. Władze amerykańskie udały się o wyjaśnienia do konsula austryackiego w Nowym Jorku, który sprawdził, że Horak nigdy nie był defraudantem, i w tym jedynie celu wydaje się za zbrodniarza, ażeby jako taki bezpłatnie odbyć podróż do Europy! Rozumie się, że zamiar Horaka pozostał tylko pobożnem życzeniem.

— **O pożarze teatru w Brooklyn** depesza *Timesa* z dnia 7 b. m. podaje następujące dalsze szczegóły: Z pod gruzów teatru wydobyto dotychczas 326 trupów, a dalsze poszukiwania trwają ciągle. Śledztwo co do przyczyny pożaru wykryło, iż przyrządy do gaszenia ognia na scenie znajdowały się w stanie bardzo zaniedbanym i że ogień mógł być z łatwością opanowanym, gdyby ratunek był należycie zarządzony. Kilku świadków utrzymuje, że o ile im wiadomo, nie było w gmachu ani wody ani [illegible] [illegible] na galeryach, padły ofiarą katastrofy, ponieważ po zawaleniu się schodów nie miały nawet którędy uciekać z palącego się gmachu.

KRONIKA PROWINCYONALNA

*** **Buczacz.** (Samobójstwo. Nieostrożność) W Koropcu znaleziono 30 z. m ułana Filipa Kondrata, powieszonego w domu swej matki. Kondrat zbiegł był z szeregów. — Włościanin z Leszaniec, Pańko Komarnicki, ścinając drzewo w lesie ugodzony został upadającą gałęzią tak silnie w głowę, że padł na miejscu bez życia.

*** **Dolina.** (Przy spuszczaniu klocków) w celu dalszego ich transportu do tartaku w Ludwikowie, dnia 30 z. m. toczący się na dół ogromny kloc zabił na miejscu robotnika nazwiskiem Sperandio Gentelini, urodzonego w Malle Olle w południowym Tyrolu. Powodem nieszczęścia była nieostrożność zabitego.

*** **Gorlice.** (Smutny wypadek) W tartaku parowym w Bielanie dnia 27 z. m. pracujący w pobliżu maszyny parobek przez własną nieostrożność schwytany został przez wirujący wałek, a nim zdołano wstrzymać maszynę, nieszęśliwy tak ciężko został uszkodzony, że w kilka godzin po wypadku umarł.

*** **Sambor.** (W studni) gminnej w Bilince wielkiej znaleziono 6 b. m. zwłoki młodego chłopaka wiejskiego, który rzucił się w nią szukając śmierci. Powodem samobójstwa miało być srogie traktowanie, jakiego doznawał od swego służbodawcy i opiekuna.

*** **Sokal.** (Wielką szkodę) wyrządził 4 bm. w Konotopach pożar, który pochłonął grunta i budynki gospodarskie dworskie wraz z narzędziami rolniczemi i 7 końmi łącznej wartości 15.000 zł.

*** **Śniatyn.** (Utonięcie) Włościanin z Zabłotowa przejeżdżał wraz z żoną dnia 6 b. m. przez Prut na wozie uprzężonym wołami. Żona przypuszczając zapewne, że woda wszędzie jest płytką, wysiadła z wozu i w tej chwili znikła w głębi. Mąż pospieszył jej na ratunek i znalazł również śmierć w toni. Woły powróciły z wozem do wsi.

*** **Zaleszczyki.** (Odprysk piły) tartakowej, poruszanej siłą koni, ugodził 24 listopada w Popowcach w głowę parobka dworskiego i zabił go na miejscu.

*** **Zbaraż.** (Młocarnia) będąca w ruchu zgruchotała dnia 19 z. m. w Tanasówce chłopaczka wiejskiego, który zbyt nieostrożnie do niej się zbliżył.

Notatki literacko-artystyczne.

(W) **Muzyka.** Program czwartego i ostatniego z kolei koncertu Towarzystwa muzycznego w roku bieżącym, składał się wyłącznie z klasycznych utworów nieśmiertelnego mistrza Sebastyana Bacha.

Jest to zadaniem nie małem, zebrać u nas odpowiednie siły do celniejszych ensamblów, mianowicie do kilkakrotnych prób, aby dzieło tak olbrzymie, jak n. p. kantata 53cia, wykonać poprawnie. Należy się zatem szczere uznanie artystycznemu dyrektorowi, że się nie dał zniechęcić licznemi i trudnemi przeszkodami lecz przeciwnie rzetelną pracą pokonać je usiłuje. Mając wyższe cele na oku, pan Mikuli nie ucieka się do podobnych utworów jak n. p. *Reminiscences de la Norma*, *Paraphrases de Rigoletto* i t. p., lubo i dla kompozycyj tego rodzaju na wdzięcznych słuchaczach takżeby nie brakło. *Noblesse oblige!* Jest to kierunek, który sobie Towarzystwo wytknęło i od którego pewnie nie odstąpi.

Najcelniejszą ozdobą produkcyi był skrzypcowy *Doppelkoncert* w *d-moll* odegrany przez pp. Szuberta i Schwabla z wielką precyzyą, z uczuciem i przejęciem się duchem tego trudnego arcydzieła. Szczególnie zachwyciło nas śpiewne i rzewne *Largo*. Ustęp ten wzniosły i poważny, jakkolwiek głównie na znawców obliczony, przecie i do serc zwykłej publiczności przemówić zdoła głęboko. Cudnej piękności kantaty *Płacz, skarga, troski* i *Uderz pożądana chwilo* dały solistom, pannie Rożanowskiej, pani Praun i pp. Cetwińskiemu i Grzywińskiemu piękną sposobność do świetnego popisu, a liczny chór damski i męski trzymał się tak dzielnie, że wykonanie nic nie pozostawiło do życzenia.

Mniej powiodła się *Suite* w *c-dur*, wymagał bowiem ten ustęp lepszych i strojniejszych dętych instrumentów, a że mimo to przecież poprawnie wypadł, zawdzięczać należy wyborowi dzielnych zastępców oboj i fagotu. Któraś z kompozycyj Bachowskich na organy byłaby może bardziej stosowną.

Opuściliśmy salę prawdziwie zadowoleni wynosząc zarazem przeświadczenie, że publiczność nasza szczerze sympatyzuje z Towarzystwem muzycznem, sala bowiem była przepełniona jak zwykle a wszystkie numera rzęsistemi przyjmowano oklaskami. Przy sposobności przypominamy amatorom muzyki, że wieczorki muzykalne Towarzystwa muzycznego rozpoczną się po 15 b. m. Program ich, bogaty w [illegible] klasyczne a między niemi i swojskie, zasługuje na udział publiczności.

— **Akademia umiejętności.** Dnia 11 b. m. odbyło się posiedzenie Wydziału historyczno-filozoficznego Akademii pod przewodnictwem dra Zielonackiego. Po wspomnieniu świeżo zmarłych członków Akademii dra Skobla i A. Walewskiego w przemówieniu dyrektora, sekretarz przedstawił nadesłaną pracę p. A. Żukowskiego naucz. gimn. św. Anny p. t.: «Zawiązki państw germańskich na przestrzeni Cesarstwa Zachodnio-Rzymskiego.« Odstąpiono ją komisyi historycznej. Następnie prof. dr. Burzyński przedstawił z seryi kilku kwestyj spornych z zakresu historyi polskiej, kwestyę lennictw w Polsce. W dyskusyi zabierali głos pp. Zoll i Szujski. Na posiedzeniu administracyjnem w skutek zrzeczenia się dra Józefa Szujskiego wybrano sekretarzem Wydziału jednomyślnie dra Aleksandra Bojarskiego.

Z IZBY SĄDOWEJ.

(Tajemniczy wróg).

(Ciąg dalszy.)

(λ) Oskarżony St. Winnicki, jak w śledztwie, tak i przy rozprawie głównej wobec sędziów przysięgłych pod przewodnictwem radcy p. Kostrakiewicza, wypierał się stanowczo zarzuconych mu czynów karygodnych. Nie fałszował nigdy żadnych weksli z podpisami Samuely'ego, Lindenbauma i Jabłońskiego; nie korespondował nigdy z bankiem hipotecznym w sprawie wekslu, o którym mowa; nie był nigdy w filii zakładu kredytowego we Lwowie; nie rozmawiał nigdy ani z p. Posnerem ani Jollesem, jednem słowem wszystkie te zajścia są mu zupełnie obce i nieznane. Na obronę swoją przytacza dalej oskarżony, «że ma jakiegoś nieznanego mu wroga«, który czyha na jego egzystencyę, grozi mu od dawna w bezimiennych listach i kartach korespondencyjnych kryminałem; wszystkie tedy zbrodnie popełnione pod jego imieniem i nazwiskiem są niewątpliwie dziełem tego nieznanego wroga. Kto jest tym wrogiem i jaki jest powód takiej mściwości, tego nie wie oskarżony; domyśla się wprawdzie, ale nazwiska wymienić nie może. Ze wszystkich listów wystosowanych z Drohobycza do banku hipotecznego we Lwowie w sprawie fatalnego wekslu, pisał oskarżony tylko jeden a mianowicie list z 28 kwietnia, w którym prosi o zwrot wekslu, ażeby wspólnie z M. Samuelym przedsięwziąć stosowne kroki sądowe; otrzymał zaś z banku hipotecznego tylko jeden list, a mianowicie pismo, w którem bank uwiadamia go, iż Samuely i Lindenbaum nie uznają swych podpisów za autentyczne. Stacya kolejowa w Drohobyczu jest oddaloną od miasta o pół mili. Codziennie tedy wysyłają urzędnicy kolejowi posłańca na pocztę (ale nie zawsze jednego i tego samego) po listy, dzienniki i t. p. Na poczcie w Drohobyczu istniał nieporządek; oskarżony doświadczył sam tego, bo bardzo często przepadały listy przez niego wysyłane lub do niego adresowane.

Przypatrzmy się teraz bliżej wynikowi śledztwa szczegółowego, na podstawie którego osnuła c. k. prokuratorya państwa (zastępca p. Białoskórski) akt oskarżenia.

Od grudnia 1874 mieszkał p. Stanisław Winnicki w Drohobyczu jako szef sekcyi kolei Dniestrzańskiej aż do lata r. b., kiedy to w skutek śledztwa na własną prośbę przeniesiony został do Przemyśla a następnie po wdrożeniu przeciw niemu śledztwa wstępnego i uwięzieniu zasuspendowany w urzędzie. W tych tedy okolicznościach, że w tym właśnie czasie, w którym p. Stanisław Winnicki mieszkał w Drohobyczu, wysłane zostały z tego miasta do lwowskiego banku hipotecznego dwa listy podpisane przez Stanisława Winnickiego, domagające się eskontowania wekslu na 1200 zł.; że proszono w nich o bezzwłoczne nadesłanie kwoty pod adresem Winnickiego; że czyn usiłowanego wyzyskania zakładu w głównej swej podstawie jest zupełnie podobny do czynu usiłowanego pokrzywdzenia banku hipotecznego; że w obu tych wypadkach tylko taka osobistość mogła powziąć zamiar zbrodniczy w sposób opisany, która była

doskonale obznajomioną ze stosunkami [illegible] szkańców drohobyckich pp. Teofila Jabłońskiego, Mendla Samuely'ego i Maurycego Lindenbauma — w tych tedy okolicznościach upatruje c. k. prokuratorya poszlak, że tylko Stanisław Winnicki dopuścił się tych czynów. Wprawdzie ani Samuely, ani Lindenbaum ani też Jabłoński nie oskarżają wyraźnie p. Winnickiego o te zbrodnie, ale z zeznań Samuely'ego wyprowadza prokuratorya nowy poszlak przeciw Winnickiemu. Oto w zimie r. z. albo też na początku r. b. kupił p. Winnicki na potrzeby drogi żelaznej od p. M. Samuelyego partyę kamieni za 108 złr. W kilka dni po zawarciu tego interesu wspomniał M. Samuely p. Winnickiemu, że źle zrobił nie wystawiając kwitu na 108 złr., albowiem bez niego nie otrzyma pieniędzy z kasy kolejowej, na co odpowiedział mu pan Winnicki, że nie potrzebuje się troszczyć, albowiem on (Winnicki) chcąc przysłużyć się Samuely'emu i oddać mu rychło tę kwotę, podpisał go na kwicie i wysłał kwit do kasy głównej. Po upływie kilku dni zapytał Samuely naczelnika stacyi w Drohobyczu p. Mateusza Vlaseka, co się dzieje z jego należytością. P. Vlasek odpowiedział, że Winnicki ma przy sobie kwotę 108 złr. przeznaczoną dla niego. Ponieważ p. Winnicki nie widział się w tym czasie z Samuelym, przeto zwrócił kwotę 108 złr. panu Vlaskowi a ten doręczył ją Samuely'emu.

W pierwszej połowie kwietnia r. b. a więc w tym samym miesiącu, w którym usiłowano popełnić zbrodnię oszustwa na banku hipotecznym i na zakładzie kredytowym, upraszał p. Winnicki p. Samuely'ego, ażeby wystawił mu poświadczenie, iż upoważnił go do podpisania jego nazwiska na kwicie, albowiem z tego powodu może mieć nieprzyjemności w urzędzie. P. Samuely wystawił żądane poświadczenie, na którem podpisał się także Maurycy Lindenbaum i to na prośbę p. Winnickiego. Prokuratorya upatruje tedy w tem wystawieniu poświadczenia ze strony Samuely'ego i Lindenbauma dalszy poszlak, że Winnicki kazał sobie wystawić to poświadczenie jedynie w tym celu, ażeby mieć wzory podpisów Samuely'ego i Lindenbauma.

Jako dalszy poszlak esencyonalny przytacza prokuratorya tę okoliczność, że [illegible] wróg Stanisława Winnickiego, nie byłby dopiął najmniejszego celu, korespondując z bankiem hipotecznym pod nazwiskiem Stanisława Winnickiego. Wszakże pieniądze, gdyby takowe był wysłał bank hypoteczny pod adresem Stanisława Winnickiego, inżyniera w Drohobyczu, nie mogłaby była podnieść jakaś trzecia nieznana osoba, lecz rzeczywisty Stanisław Winnicki. Jako ważny dalszy poszlak przytacza prokuratorya okoliczność, że ś. p. Majchert i p. Wojewódka zeznali w śledztwie, że weksel na 1200 złr., wszystkie listy z podpisem Stanisława Winnickiego, podpis na recepisie pocztowym (na list, w którym bank hipoteczny zwrócił Winnickiemu akcept do wypełnienia) pochodzą prawdopodobnie z ręki Winnickiego. Tylko co do podpisów Samuely'ego i Lindenbauma na wekslu na 1200 złr., wydali ci znawcy negatywne orzeczenie ale prokuratorya mniema, że pochodzi to ztąd, iż znawcom przedłożone nie zostały wszystkie własnoręczne pisma Winnickiego, który ma ogromnie zmienny dukt pisma. Co do wekslu na 2400, który Winnicki zamierzał zeskontować w zakładzie kredytowym nie mogli znawcy wydać żadnego orzeczenia albowiem wekslu nie ma w aktach.

Dalszym poszlakiem jest ta okoliczność, że pp. Jolles i Posner «przypuszczają», iż przedstawiony im p. Stanisław Winnicki, jest tą samą osobą, która w dniu 21 kwietnia chciała w zakładzie kredytowym zeskontować weksel na 2400 złr. podpisany przez Jabłońskiego i Samuely'ego. Nareszcie przytacza prokuratorya że p. Winnicki w tym czasie, w którym zamierzał popełnić oszustwo na banku hipotecznym i na zakładzie kredytowym miał długi, które dochodziły właśnie do wysokości 2400 zł. Naglony przez licznych wierzycieli chciał tedy Winnicki sposobem podstępnym przyjść w posiadanie takiej kwoty, ażeby zaspokoić natrętnych wierzycieli. (C. d. n.)

GŁOSy PUBLICZNE.

W imieniu zarządu biblioteki «Czytelni Akademickiej» upraszam wszystkich panów, którzy przestali być członkami Czytelni, a którzy wypożyczonych książek dotychczas nie zwrócili, by takowe najdalej do 1 stycznia r. 1877 zwrócić raczyli, w przeciwnym bowiem razie imiona ich w dziennikach krajowych ogłoszone zostaną. Zwracam się szczególniej do tych panów, którzy mają u siebie dzieła, wypożyczone jeszcze w roku 1867! Czytelnia w początkach swego istnienia, rozporządzając bardzo małym funduszem, zakupywała książki tylko trwałą wartość mające. Wszystkie te cenne zabytki od chwili wypożyczenia ich prawie nie były widziane w bibliotece Czytelni, a nie było sposobu odebrania ich, mimo wielokrotnych wezwań. Może choć po dziesięciu latach, zechcą ci panowie uwzględnić potrzeby obecnych członków Czytelni i oddawszy wypożyczone dzieła umożliwią im korzystanie z biblioteki.

We Lwowie dnia 13 grudnia 1876.

Józef Zimmermann
bibliotekarz

GOSPODARSTWO I HANDEL

Izba handlowa i przemysłowa.

Sprawozdanie z posiedzeń lwowskiej Izby handlowej i przemysłowej po koniec listopada 1876.

(Ciąg dalszy)

18. Na wniosek Izby handlowej i przemysłowej w Lublanach, uchwaliła Izba przemawiać u wys. c. k. Ministerstwa handlu, aby w nowej ustawie przemysłowej umieszczono odpowiednie postanowienia co do kupców bez stałego pomieszkania, którzy przenosząc się z miejsca na miejsce i sprzedając najczęściej liche towary wyrządzają stałym i rzetelnym kupcom znaczne szkody, a przytem sami wszelkiemi sposobami umieją wywinąć się od obowiązków i ciężarów, jakie ciężą na kupcach stałych.

19. Wys. c. k. Namiestnictwo zawiadomiło Izbę, że wys. c. k. Ministerstwo oświecenia nie uwzględniło prośby Aszera Singera o pozwolenie założenia prywatnej szkoły handlowej we Lwowie i wezwało Izbę, aby wzięła pod rozwagę urządzenie samoistnej publicznej szkoły handlowej, utrzymywanej środkami kupców i przemysłowców.

Sekretarz Izby oświadczył, że delegowani Izby na zjazd Izb handlowych w Wiedniu, radny p. August Schellenberg i sekretarz otrzymali byli od Izby polecenie udać się w deputacyi do p. ministra oświecenia względem uzyskania subwencyi dla miejskiej szkoły przemysłowej i urządzenia szkoły handlowej we Lwowie. Deputacya udała się więc w tym celu do Jego Excellencyi p. ministra oświecenia, a doznawszy najłaskawszego przyjęcia, przekonała się o sprzyjających intencyach wys. rządu, że skoro gmina i koła interesowane, jako w pierwszym rzędzie obowiązane, poczynią odpowiedne kroki ku wprowadzeniu państwowej szkoły przemysłowej we Lwowie, wtedy i rząd nie omieszka skutecznie poprzeć te usiłowania, jak to uczynił już w innych prowincyach państwa. Również uwagi deputacyi o niezbędnej potrzebie szkoły handlowej we Lwowie i o możebnem połączeniu ze szkołą przemysłową przyjął p. minister przychylnie. Gdy nadto deputacya także od p. ministra handlu i p. ministra Ziemiałkowskiego otrzymała przyrzeczenie szczerego poparcia usiłowań w celu utworzenia połączonej szkoły przemysłowej i handlowej, starała się ona przeto po powrocie do Lwowa porozumieć się w tej sprawie z panem prezydentem m. Lwowa. Według odbytych narad należało zwołać ankietę, złożoną z zastępców Rady m. Lwowa, Wydziału krajowego, c. k. Namiestnictwa i Izby handlowej i przemysłowej, której zadaniem byłoby: 1) Określić organizacyę połączonej szkoły przemysłowej i handlowej, którаby odpowiadała wszelkim wymaganiom stawianym obecnie takiej szkole, nie mniej wykazać potrzebne siły i środki naukowe, tudzież lokalności; 2) Wykazać dokładnie cyfrę potrzebnych funduszów na utrzymanie takiej szkoły; 3) wykazać sumę, którąby po potrąceniu kosztów wyłożonych przez gminę i inne korporacye, zażądać należało od rządu w celu pokrycia niedoboru.

Po sformułowaniu wniosków uzasadnionych co do urządzenia szkoły i po wykazaniu sum, jakiemi pojedyńcze strony przyczynić się zamyślają do założenia państwowej szkoły przemysłowej i handlowej we Lwowie, nie może ulegać wątpliwości, że nareszcie rząd udzieli dla niej odpowiedniej subwencyi i że przecież raz połączonemi siłami przyjdziemy do zakładu naukowego, który w obec wymagań tegoczesnych nieodzowną jest potrzebą dla kraju. Izba zgodziwszy się na zwołanie ankiety uchwaliła, aby zwołanie tejże i przeprowadzenie oddać w ręce p. prezydenta m. Lwowa, wybrawszy ze swej strony na delegatów do ankiety radnych p. Augusta Schellenberga, Zygmunta Ruckera i sekretarza Izby p. Maksymiliana Bodyńskiego.

20. Na wniosek komissyi przyjęła Izba ułożoną z nadexpedytorem kolei Karola Ludwika nową taryfę dla tragarzy cłowych na dworcu.

21. Na wezwanie wys. c. k. Ministerstwa handlu do udzielenia zdania co do przypuszczalności miar z giętego drzewa do cechowania, uchwaliła Izba oświadczyć się za cechowaniem takich miar, upatrując w tem tylko korzyści dla domowego przemysłu.

22. Izba uchwaliła oświadczyć wys. c. k. Ministerstwu handlu, że zamierzone urządzenie stacyi doświadczalnej dla palnych materyałów w Przybramie nie uważa za korzystne i nie może dla niej wielkiego rokować powodzenia, ponieważ koszta doświadczenia za nadto są wygórowane, a zatem dla większości przemysłowców nieprzystępne.

23. Izba oświadczyła się przeciw obowiązkowi protokołowania firm: aptekarza Władysława Lachowicza w Jaworowie, Maksa Kohna w Przemyślu i Salamona Guttmana w Dukli.

24. Izba uchwaliła nie popierać prośby patronatu stowarzyszeń zarobkowych i gospodarczych o wyjednanie dla banku zaliczkowego w Stanisławowie kredytu w filii lwowskiej austr. banku narodowego, celem eskontu weksli bezpośrednio w drodze korespondencyi, gdyż Izba nie przemawiając nigdy z zasady za udzieleniem kredytu pojedyńczym firmom lub stowarzyszeniom tem mniej może to uczynić w obecnym wypadku ile że bank zaliczkowy wymaga wyjednania kredytu do pewnej wysokości wkładek członków stowarzyszonych w kwocie 60.000 zł.

Galicyjski zakład kredyt. włośc.

Stan na dniu 30 listopada 1876.

Aktywa:

	złr.	ct.
Stan kasy centralnej	281.362	64
Stan kas powiatowych	49.843	14
Pożyczki	8,394.169	57
Salda rachunków bieżących	1,784.200	65
	10,509.576	—

Pasywa:

	złr.	ct.
Wpisowe w r. 1876	3.018	—
Udziały	678.283	—
Asygnaty kasowe w obiegu	988.150	—
Listy zastawne w obiegu łącznie z wylosowanemi w czerwcu bież. r.	8,838.700	
Zalegające odsetki i dywidendy od listów zast.	1.425	—
	10,509.576	—

= **Dowóz bydła** na targ wiedeński był 11 b. m. nadzwyczaj słaby, a z tego powodu ceny znacznie poszły w górę. Spędzono 218 wołów galicyjskich, 1068 węgierskich, 338 niemieckich razem 1624. Płacono od 100 kilo. za woły galicyjskie tuczone 56 — 59 złr., za węgierskie tuczone 52 — 61 złr., a za niemieckie 55—59 złr.

OSTATNIA POCZTA

Najj. Pan przyjmował d. 11 b. m. ministra spraw zagranicznych hr. Andrassy'ego, poczem wyjechał z Budapesztu do Gödöllö. Tego samego dnia powrócił państwowy minister skarbu br. Hofman z Budapesztu do Wiednia.

W Izbie deputowanych Rady państwa mówili dnia 13 b. m. pp. Mieroszowski, Euzebiusz Czerkawski, Gierowski i Kabat przeciw staraniom o zwinięcie uniwersytetu lwowskiego. Minister Stremayr oświadczył, iż rząd dzisiejszy nigdy niemiał i nie ma zamiaru zniesienia uniwersytetu lwowskiego albo też tamowania jego rozwoju.

Neue fr. Presse dowiaduje się z Zagrzebia, że odtąd otrzymywać będą wygnańcy z Bośnii dziennie po dziesięć centów, dzieci zaś poniżej lat 10 po pięć centów i po 1 concie na pomieszkanie.

Izbie niższej sejmu węgierskiego przedłożył d. 12 b. m. minister Trefort traktaty handlowe zawrzeć się mające z Anglią, Francyą i ks. Lichtenstein. W imiennem głosowaniu przyjęła Izba na tem samem posiedzeniu znaczną większością głosów wniosek rządowy zakupna węgierskiej kolei wschodniej tudzież wniosek Zsendenyi'ego, ażeby koncesyonaryuszom, przedsiębiorcom budowy i członkom dyrekcyi tej drogi żelaznej wytoczyć proces kryminalny.

O przedwstępnej konferencyi, której pierwsze posiedzenie odbyło się przedwczoraj, pisze *Polit. Corr.*, że zbiera się ona pod okolicznościami daleko pomyślniejszemi, niż można się było spodziewać. Poufne *pourparlers* między reprezentantami Anglii i Rossyi doprowadziły do znacznego złagodzenia kontrastów, tak, że zupełne porozumienie stało się więcej niż prawdopodobnem. Jest zatem nadzieja, że konferencya mimo wszelkich trudności doprowadzi do korzystnego dla pokoju rezultatu. Jako dobry symptom uważane jest w świecie dyplomatycznym gładkie załatwienie sprawy demarkacyjnej na obu teatrach wojny. Co do Turków, ci oczekują w milczeniu, jaki sąd wyda Europa. Myliłby się jednak, ktoby w postawie tej widział skruchę albo rezygnacyę. Turcy są stanowczo zdecydowani odmówić wszelkich koncessyj, któreby z integralnością i niezawisłością ich państwa pogodzić się nie dały. Nawet Anglia, którą obecnie uważają za jedyną swoją podporę, nie zdołałaby wymódz na nich tego, czego dać nie chcą. Twierdzą oni, że koncessye, jakie Europa od lat 20 wymusiła od sułtanów, są wyłączną przyczyną upadku ottomańskiej potęgi, i że dalsze kroczenie tą drogą równałoby się samobójstwu. Zapatrywaniu temu hołduje W. wezyr, seraskier Redyf basza i minister marynarki Kaisserli basza, trzej najbardziej wpływowi członkowie gabinetu, i tem się tłumaczy ich zacięta opozycya przeciw projektowi konstytucyjnemu Midhata.

Na poufnej konferencyi ambasadorów odbytej 11 b. m. w hotelu ambasady rossyjskiej, rozprawiano tylko o sprawach tyczących się Serbii i Czarnogóry. Zebrani zgodzili się na rozszerzenie terry[illegible] przyłączenie do niej dwunastu dystryktów hercegowińskich a mianowicie dystryktów Zubci, Piva, Banjani, Dobujak, Gorańsko, Kolaszyn, Wazowice, Drekalowice, Kucza, Spuz i Niksicz. Kiążę Czarnogórski miałby się udać do Konstantynopola, aby złożyć sułtanowi hołd za odstąpione terrytoryum. Także Serbia miałaby uzyskać sprostowanie granicy zachodniej przez przyłączenie Małego Zwornika.

Według statystycznych obliczeń serbskiego ministerstwa wojny, stracili Serbowie w ostatniej wojnie ogółem 21.000 ludzi w zabitych i niezdolnych do boju. Dziś jeszcze liczą 3800 chorych i ranionych.

Pesther Lloyd donosi, że między Anglią a Rossyą przyszło do skutku „zdumiewające (überraschend) zbliżenie." Anglia, powiada *P. L.*, zawiera kompromis z Rossyą.

Tagblatt dowiaduje się z „wiarygodnego" źródła, że zamieszkali w Wiedniu rezerwiści piątego i szóstego korpusu armii pruskiej powołani zostali do Prus dla stawienia się pod chorągwie.

We Francyi zanosiło się już na utworzenie gabinetu z prawicy, ale w ostatniej chwili przyszło do skutku porozumienie z Jules Simonem, który wszedł do gabinetu jako prezydent Rady ministrów i minister spraw wewnętrznych na miejsce Marcère'a. Martel objął tekę sprawiedliwości po Dufaurze. Reszta ministrów a więc także minister wojny Berthaut utrzymała się na swych posadach.

Król grecki polecił Komundurosowi złożenie nowego gabinetu, lecz ten zrzekł się tej missyi na rzecz Zaimisa, na co znowu król nie chciał przystać.

Trybunał Unii w Karolinie południowej orzekł, że najwyższy sąd tego kraju jest kompetentnym do rozstrzygania czynności komitetu kontrolującego wybory.

TELEGRAMY GAZETY LWOWSKIEJ

Wiedeń, 14 grudnia. (*Tel. pryw.*) Ferye Rady Państwa rozpoczną się dnia 20 grudnia. Wydział podatkowy pozostanie w permanencyi.

Nowa Presse donosi, że Węgry dążyć będą do samodzielnego banku.

Fremdenblatt dowiaduje się, że wszyscy pełnomocnicy na konferencyi stambulskiej, z wyjątkiem markiza Salisbury i generała Ignatjewa, przyjmują uchwały konferencyi tylko *ad referendum*.

Konstantynopol, 14 grudnia. Dzisiaj odbyła się znowu przedwstępna konferencya. Wrażenie narad ciągle jeszcze dobre.

Wielki Wezyr złożył wizytę markizowi Salisbury i miał z nim długą naradę.

Bratiano przybył tutaj.

Ateny, 14 grudnia. Komunduros złożył gabinet bez udziału Zaimisa. Dawniejsi ministrowie pozostają, Komunduros tylko obejmuje tekę sprawiedliwości, Bouboulis marynarki.

Bukareszt, 14 grudnia. Dziennik urzędowy ogłasza dekret książęcy mocą którego oprócz ośmiu już istniejących utworzyć się ma jeszcze ośm nowych pułków *dorobańców* (milicyi krajowej.)

Odpowiedz. redaktor **Władysław Łoziński**.

Przyjechali do Lwowa.

dnia 14 grudnia 1876.

Hotel Zorża

Pp. B. hr. Walewski z Rossyi. — T. br Türke z Lubieńca. — K. Zaklika z Hawłowic.

Hotel Angielski.

Pp. A. Reindl z Wolicy. — E. Duniewicz z Brzozowa. — F. Głogowski z Królestwa. — S. Oczosalski z Rusiatycz. — B. Stojowski z Wróblowic. —

Hotel Europejski.

Pp. K. hr. Łączyński z Kutkorza. — M. Bogdanowicz z Czarowa. — W. Oraczewski z Warszawy. — A. Teodorowicz z Bukowiny.

Hotel Krakowski.

Pp. K. Bieńkowski z Czortkowa. — T. Rozborski z Rustweczka. — M. Świechowski z Radymna.

Odjechali ze Lwowa

dnia 14 grudnia 1876

Pp. J. Szepegi do Monasterzysk. — Z. Dobrzyński do Jastrzębia. — A. K. Janocha do Krakowa. — H. Koszustki do Kongresówki. — A. Romański do Łuki. — K. Torosiewicz do Tarnopola. — J. Urbański do Przemyśla. — S. Wiśniewski do Zaleszczyk.

Spostrzeżenia meteorologiczne

z dnia 12 grudnia 1876, godz. 7 rano.

Barometr 735 31mm. Psychrometr suchy 0 0°C. Psychrometr wilgotny — 1 0°C. Prężność pary 8.7m. Wilgoć 81%. Zachmurzenie 10. Wiatr NW·1. Ozon 5 Opad w mm. z ostatnich 24 godzin. —

Temperatura powietrza 0 0°R.

Barometr idzie w górę.

z dnia 13 grudnia 1876, godz. 7 rano.

Barometr 735·28 mm. Psychrometr suchy — 1,2°C Psychrometr wilgotny 1·8°C. — Prężność pary 3 7 mm. Wilgoć 88%. Zachmurzenie 10. Wiatr NW.1 Ozon 3. Opad w mm. z ostatnich 24 godzin.

Temperatura powietrza — 1·0°R.

Barometr idzie w górę.

Pociągi kolejowe.

Przychodzą do Lwowa.

Z Krakowa: o godzinie 5 minut 30 rano (pociąg pospieszny); o godzinie 9 m. 25 wieczór (pociąg osobowy); o godz. 10 min. 35 przed południem (pociąg mieszany).

Z Czerniowiec: o godzinie 9 minut 55 wieczór (pociąg pospieszny), o godzinie 8 min. 40 rano (pociąg mieszany); o godzinie 2 minut 50 po południu (pociąg mieszany).

Z Stanisławowa: (na Stryj): o godzinie 7 min. 55 wieczór (pociąg nr. 2); o godz. 8 min. 52 (pociąg nr. 4);

Z Podwołoczysk: (na dworzec w Podzamczu): o godz. 2 min. 54 rano (pociąg osobowy); o godzinie 8 min. 8 popołudniu (pociąg mieszany)

Z Podwołoczysk: (na dworzec lwowski główny), o godz. 10 m. 33 wieczór (pociąg pospieszny), o godz. 8 min. 25 rano (pociąg osobowy); o godz. [illegible] min. 43 po południu (pociąg mieszany)

Odchodzą ze Lwowa.

Do Krakowa: o godzinie 11 min. 8 przed północą (pociąg pospieszny); o godzinie 4 min. 40 rano (pociąg osobowy); o godzinie 4 minut 45 po południu (pociąg mieszany).

Do Czerniowiec: o godz. 6 min. 25 rano (pociąg pospieszny); o godzinie 11 min. 25 wieczór (pociąg mieszany); o godz. 12 min. 30 z południa (pociąg mieszany).

Do Stanisławowa: (na Stryj): o godz 6 min 5 rano (pociąg Nr. 1); o godzinie 5 min 10 wieczór (pociąg Nr. 3).

Do Podwołoczysk: (z Podzamcza): o godz. 11 min. 4 wieczór (pociąg osobowy); o godz. 12 min. 11 w południe (pociąg mieszany).

Do Podwołoczysk: (z głównego dworca): o godzinie 6 min. — rano (pociąg pospieszny); o godz. 10 min. 27 wieczór (pociąg osobowy); o godz. 11 min. 45 w południe (pociąg mieszany).

Pory niniejszego rozkładu jazdy odnoszą się do południka peszteńsk., godz. 12 w Pe-

Cennik lwowskiej izby handlow. i przemysł.

Lwów, dnia 13 grudnia 1876.

	płacą	żądają
	waluta austr.	
1. Akcye za sztukę.	zł. ct.	zł. ct.
Kol. g. Kar. Ludw. po 200 zł. m.k	[illegible]	201 70
Kol. lwow.-czer.-jas. „ 200 „	[illegible]	[illegible]
Banku hip. galic. 200 zł. w. a.	— —	[illegible]
Banku kredyt. gal. „ 200 „ „	[illegible] —	[illegible] —
2. Listy zast. za 100 zł.		
Tow. kredyt. galic. 5% w. a.	82 90	[illegible]
„ „ „ 4%	[illegible] 50	77 50
„ „ „ 5% okresow.	[illegible] 90	85 [illegible]
Banku hip. galic. 6% w. a.	[illegible] 50	86 50
Listy dłużne g. Z. kr. wł. 6% w.a.	91 —	93 —
3. Listy dłużne za 100 zł		
Ogóln. roln. kred. Zakł. dla Gal i Bukow. 6% los. w 15 lat.	— —	— —
Tow. kr. m. 6% w. a. w 15 lat	— —	— —
„ „ „ w 30	— —	— —
4. Obligi za 100 zł.		
Indemniz. galic. 5% m. k.	82 70	84 —
[illegible] z r. 1873 po 6% w.a.	[illegible] —	[illegible] —
5. Losy Miasta Krakowa	[illegible]	16 —
„ „ Stanisławowa	[illegible] 25	19 75
6. Monety.		
Dukat Holenderski	5 83	5 97
Dukat Cesarski	[illegible] 91	6 06
Napoleond'or	10 04	10 14
Pół imperyał	10 15	10 35
Rubel rossyjski srebrny	[illegible] 70	1 80
„ „ papierowy	[illegible] 52½	[illegible] 54
100 Marek niemieckich	61 80	62 70
Srebro	114 —	116 —
Kupony w srebrze	113 —	115 —

Kurs giełdy wiedeńskiej.

dnia 11 grudnia 1876.

	płacą	żądają
1. Dług Państwa.		
Jednolity dług Państwa w banknot.	69.30	69.45
„ „ „ w srebrze	67.05	67.20
Losy z roku 1839 całe	258.50	259.50
„ 1839 piąta część 4%	258.—	260.—
„ 1854 po 250 złr.	104.—	104 50
„ 1860 po 500 złr. 5%	109.25	109.75
„ 1860 po 100 złr. 5%	116.—	116 50
„ 1864 (z premią) po 100 zł.	130. —	130.25
[illegible] hr. aus.	24.—	24.50
2. Obligacye indemn. 5% za 100 zł		
[illegible]	100.50	—.—
Bukowiny	81.—	82.—
Galicyi	82 50	83.50
Niższej Austryi	100.75	101.25
Siedmiogrodu	71.75	72.50
Węgier	73.25	74 25
3. Akcye.		
Bank Anglo aust. 200 zł. emit. zł. 120.	72.50	73.—
Inst. kred. dla handlu po 160 zł.	187.20	187.40
Niższo-austr. tow. eskomt. po 500 zł.	665.—	675.—
Gal. banku hip. po 300 zł.	—.—	—.—
Gal. banku handl. i prz. a 200 zł. wpł. 40%	—.—	—.—
Gal. zakł. kredyt. emski a 200 zł.	—.—	—.—
Banku narodowego à 600 złr.	825.—	827.—
Kol. Albrechta à 200 zł. w sreb.	—.—	—.—
Austr. tow. żeglugi par. po 500 zł. m. k.	339.—	341.—
Kol. Ces. Elżbiety po 200 zł. m. k.	136.—	136.50
Kol. Preszów-Tarn. (w. c.) à 200 zł. w sr.	—.—	—.—
Półn. kolei po 1000 zł.	1780.—	1785.—
Kol. Kar. Ludw. po 200 zł. m. k.	200.—	200.50
Lwow.czern. kolei po 200 zł. w. a. w sr.	110.50	111.—
Tow. kol. żel. państ. po 200 zł. m. k.	262.—	263.—
Połud. kol. państw. po 200 zł. w a.	78.75	79.—
Kol. węg. gal. a 200 zł. w sr.	74 50	75 —
4. Listy zast. losowane		
Ogólny rolniczo-kredytowy Zakład dla Galicyi i Bukowiny, w 15 l., 6%	90 —	91.—
Powsz. austr. zakł. kred. ziem. 5% w sr.	106 50	107.—
Gal. zakł. kr. ziem. Krak. los. w 18 l. 6%	88.—	89.—
„ „ „ „ „ „ w 20 „ 7%	97.—	98.—
„ „ „ „ „ „ w 56 „ 5½	87.50	88.50
Gal. Tow. kred. w. a. po 4%	76 50	77.—
„ „ „ po 5%	—.—	84.75
Gal. banku hipot. po 6%	85 50	86.—
Gal. zakł. kred. włość. po 6%	91.—	92.—
Tow. kred. miejs. lw. w 15 l. wyl. po 6%	77 50	79.50
„ „ „ „ 30 „ 6%	—.—	—.—
Banku narod. po 5%	—.—	—.—
Węg. tow. ziem. po 5½%	85.25	85.75
„ „ „ po 5%	95.75	96 25
5. Obligacye z prawem pierwszeństwa (za 100 zł.)		
Kol. Albrechta a 300 zł. 5% w. a.	—.—	64.50
Kol. naddniestr. a 300 zł. 5% w. a.	—.—	—.—
Tow. kol. żel. Preszów-Tarnów (w. cz) [illegible] zł. 5% w srebrze	—.—	—.—
Kol. półn. po 100 zł m. k.	100 —	—.—
„ „ 100 zł. w. a.	96 —	—.—
Kol. gal. Kar. Ludw. po 300 zł. 5%	99 50	100.—
„ „ „ „ II. emisyi	96.25	96 75
„ „ „ „ III. „	94.—	—.—
Kol. lwow.-czer. jas. III. emis. a 300 zł 5% w srebrze	76.75	77.25
Węg. gal. kol. à 200 zł. 5% w srebrze	61 50	62.—
6. Losy		
Inst. kred. dla hand i prz. po 100 zł. w.a.	164.25	164.75
Clarego po 40 zł. m. k.	29.50	30 50
Tow. żegl. par. na Dunaju po 100 zł. m. k.	93 -	93.50
Keglevicha po 10 zł. m. k.	14.25	14.75
Losy miasta Krakowa	14.50	15.—
Pożyczka miasta Budy po 40 w. a	28.75	29 25
Pálfiego po 40 zł. m. k.	30 50	31.—
Fundacya szpit. Arcyksięcia Rudolfa	13 50	14 —
Salma po 40 zł. m. k.	43 —	44.—
St. Genois po 40 zł. m. k.	34.50	35.—
Poż. miasta Stanisławowa po 20 zł. w. a.	18.75	19 25
Poż. Tryest. po 100 zł. m. k.	118.—	119.—
„ „ „ 50 zł. w. a.	60.25	60 75
Waldsteina po 20 zł. m. k.	22.75	23.25
Windischgrätza po 20 zł. m. k.	24 50	— —
Weksle (na 3 miesięcy.)		
Augsburg za 100 zł. w p. n.	—.—	— —
Berlin za 100 mark w. n. p.	61.10	61 20
Frankfurt 100 mark p.	61 10	61.20
Hamburg za 100 w. p. n.	61 10	61 20
Londyn za 10 ft. szt.	125 60	125.90
Paryż za 100 fr.	49 89	49 95
Kurs złota.		
Dukat ces. men.	5 95.—	5 97.—
„ peł. wagi	5.95.—	5 97.—
Korona	—.—	—.—
20-frankówka	10 04.—	10 05.—
Rossyjski imperyał	—.—	—.—
Talar związkowy	—.—	— —
Srebro	114 —	114 25

Z lwowskiej izby handlowej i przemysłowej. Telegrafowany kurs wiedeński.

13 grudnia 1876.

	złr.	ct.
Jednolity dług państwa w banknotach	60	15
„ „ „ w srebrze	66	60
Losy pożyczki z roku 1860	108	75
Akcye banku wiedeńskiego	814	—
„ „ kredytowego bez kupona	186	10
Londyn 10 fnt. szterlingów	126	35
Srebro	116	75
Napoleond'or	10	09½
Dukat cesarski men.	5	95
100 Marek	62	10

DZIENNIK URZĘDOWY.

(5913 1—3) **Obwieszczenie.**

L. 14315. C. k. sąd obwodowy w Przemyślu podaje do wiadomości, że celem zaspokojenia sumy 850 zł. z pn. przez Jakóba Forsta od hr. Andrzeja Łosia wywalczonej, odbędzie się w trzech terminach, a to 19 stycznia 1877, 15 lutego 1877 i 15 marca 1877 r., każdym razem o godzinie 10 przed południem egzekucyjna publiczna licytacya jednej piątej części sum 1000 dukatów holenderskich i 300 dukatów cesarskich, w stanie biernym dóbr Rayskie i Sakowczyk, na imię Jędrzeja hr. Łosia zaintabulowanej, a względnie reszty z piątej części powyższych sum, która po potrąceniu z takowych kwoty 2183 złr. 46 gr. m. k. na częściowe pokrycie tychże sum z przynależytościami już uiszczonych, w podpisanym sądzie a to pod następującemi warunkami:

1. Cenę wywołania powyższych sum stanowi kwota 734 zł. 91 ct,
2. na pierwszym i drugim terminie rzeczone sumy tylko wyżej ceny wywołania lub za takową, na trzecim terminie zaś także niżej takowej sprzedane zostaną,
3. wyciąg tabularny i reszta warunków licytacyjnych w tusądowej registraturze przejrzane być mogą.

O tej licytacyi zawiadamia się strony, a to egzekuta przez kuratora adwokata Dr Łobaczewskiego, wiadomych wierzycieli do rąk własnych, Urszulę hr. Łoś do rąk kuratora adwokata Dr. Skórskiego, tudzież Julię hr. Łoś i wszystkich tych wierzycieli, którymby uchwała licytacyjna i wszelkie w tej sprawie zapaść mające uchwały z jakiejkolwiek przyczyny albo wcale, albo wcześnie doręczone nie zostały, dalej tych wierzycieli, którzyby po dniu 20 listopada 1875 prawa nad astawu co do powyższych sum uzyskali, przez kuratora adw Dr Mendrochowicza

Przemyśl dnia 8 listopada 1876.

(5907 1—3) **Konkurs.**

L. 13703. Z powodu braku kompetentów na posadę prowadzącego metryki izraelickie w ośmiu miejscowościach Nowosądeckiego powiatu, do których się odnosi konkurs z dnia 6 października b. r. do l. 10995 wniesiony w urzędowej „Gazecie Lwowskiej“ Nr. 238, 240 i 241, zezwoliło wys. c. k. Namiestnictwo c. k. reskryptem z dnia 30 listopada 1876 roku do l. 57144 na połączenie okręgów metrykalnych Łabowy z Nowym Sączem, Łącka ze Szczawnicą, Krynicy z Muszyną a Piwniczny ze Starym Sączem.

W celu więc obsadzenia tych nowoutworzonych czterech posad prowadzącego metryki izraelickie w Nowym Sączu, Starym Sączu, Muszynie i Szczawnicy, rozpisuje się niniejszem ponowny konkurs do 25 grudnia 1876 r. pod temi samemi warunkami, t j. pod warunkami zawartemi w powyżej powołanym konkursie

Nowy Sącz dnia 7 grudnia 1876.

(5895) **Edykt.**

L. 12148. C. k. sąd obwodowy w Stanisławowie oznajmia, że w roku 1877 r. wpisy do rejestrów handlowych w dziennikach „Wiener Zeitung“ i w „Gazecie Lwowskiej„ zaś do rejestrów zarobkowych i gospodarczych spółek w „Gazecie Lwowskiej“ ogłoszone będą.

Stanisławów 22 listopada 1876.

(5889) **Erkenntnisse.**

Im Namen Sr Majestät des Kaisers! Das k. k. Landesgericht Wien als Preßgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt des in der Nr. 49 der Zeitschrift „Sprechsaal des Beamtentages“ enthaltenen Artikels „Die 25.000 fl. des Herrn von Nördligen im Budgetausschusse“ in seinem ganzen Umfange das Vergehen nach § 300 St. G. begründe, und es wird nach § 493 St. P. O, das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Wien, am 5 Dezember 1876.

Weittenhiller m. p. Thallinger m. p.

Das k. k. Landes- als Preßgericht in Laibach hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft in Folge Beschlusses vom 28 November 1876, Z. 12662, zu Recht erkannt:

Der Inhalt der in der Nr. 272 der in Laibach erscheinenden slovenisch-politischen Zeitschrift „Slovenski Narod“ vom 26 November 1876 auf der 2 Seite in der 1 und 2 Spalte abgedruckten Original-Correspondenz „Z Dunaja, 24. Novembra“, beginnend mit „Zacres cudno“ und endend mit „pa nobenega“, begründet den Thatbestand des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65 lit a St. G, es werde demnach zufolge der §§ 488 und 493 St. P. O. die Weiterverbreitung dieser Druckschrift verboten.

Das k. k Landesgericht in Innsbruck als Gerichtshof I Instanz hat über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft Innsbruck mit dem Beschlusse vom 29 November 1876, Z. 4825, zu Recht erkannt:

Der Inhalt des Artikels „Ungleiches Maß“ in der Zeitschrift „Innsbrucker Tagblatt“ vom 28 November 1876 Nr. 273, begründet den Thatbestand des Vergehens nach § 300 St. G. und wird daher unter gleichzeitiger Bestätigung der verfügten Beschlagnahme auf Grund des § 493 St. P O. die Weiterverbreitung dieser Druckschrift verboten.

(5898 1—3) **Edykt.**

L. 16252. C. k. sąd obwodowy w Tarnopolu zawiadamia niniejszem nieobecnego Marcina Czekałowskiego byłego nauczyciela szkół ludowych, że żona jego Paulina Czekałowska wniosła prośbę o uznanie go za umarłego w celu zawarcia nowego małżeństwa.

Wzywa się przeto Marcina Czekałowskiego, ażeby w przeciągu roku zgłosił się, gdyż jeżeli w tym czasie do sądu nie zgłosi się ani też w inny sposób sądowi o życiu swojem wieści nie da, sąd przystąpi do ogłoszenia go za umarłego.

Tarnopol dnia 6 listopada 1876.

(5853 1—3) **Edykt.**

L. 66576. C. k. sąd krajowy jako handlowy we Lwowie wiadomo czyni, iż w skutek podania p. Akiwy Sattler z dnia 6 grudnia 1876 r., do liczby 66576 wydano uchwałą z dnia 7 grudnia 1876 r., l. 66576 przeciw Zdzisławowi Zaklice, właścicielowi dóbr Domaszów powiat Uhnów nakaz płatniczy sumy wekslowej 2310 zł. z pn.

Powyższa uchwała doręcza się z miejsca pobytu niewiadomemu p. Zdzisławowi Zakylice do rąk równocześnie w osobie p. odwokata Dr. Rogalskiego z zastępstwem p. adwokata Dr. Dzidowskiego ustanowionego kuratora.

Wzymamy niniejszym edyktem p. Zdzisława Zaklikę, aby w należytym czesie u u stanowionego kuratora, lub też w sądzie osobiście, albo przez innego zastępcę się zgłosił i celem przestrzegania swoich praw stosownych środków użył, ileże z zaniechania wyniknąć mogące niekorzystne skutki sobie przypisze.

Lwów dnia 7 grudnia 1876.

(5900 1—3) **Obwieszczenie.**

L. 12392. C. k sąd powiatowy miej deleg. w Tarnopolu, podaje do powszechnej wiadomości, że w drodzie egzekucyjnej licytacyjna sprzedaż realności w Czołhanszczyzuie pod l. k 29 położonej do Jana Figiel i Michała Figiel należącej, na rzecz Samuela Józefa Spigelglass celem zaspokojenia sumy 700 zł. w. a. w dniach 25 stycznia, 22 lutego i 21 marca 1877 r., w zwłykłych godzinach urzędowych, w sądzie tutejszym za gotówkę się odbędzie — cenę wywołania wynosi 1094 złr., wadyum 109 zł. 40 ct. w. a

Przy pierwszych dwóch terminach, ta realność tylko za lub wyżej ceny szacunkowej, przy trzecim terminie także niżej ceny szacunkowej sprzedaną będzie.

Dalsze warunki w registraturze przejrzeć można.

Tarnopol dnia 10 listopada 1876.

(5739 1—3) **Edykt.**

L. 9544. C. k. sąd powiatowy w Kołomyi niniejszem wiadomo czyni, że na prośbę Dominika Bełoza Antoniewicza przeciw Józefowi Gumińskiemu z dnia 30 listopada 1876 r., do l, 9544 nakaz zapłaty sumy wekslowej 1072 złr. w. a. z pn. wydanym został.

Gdy miejsce pobytu Józefa Gumińskiego nie jest wiadomem, ustanawia się dla niego na jego koszta i niebezpieczeństwo kuratora pana adw. Dr. Dębickiego w Kołomyi dodając mu zastępcę w osobie pana adw. Dr. Trachtenberga w Kołomyi i temuż powyższy nakaz płatniczy się doręcza.

Uchwalono w radzie c. k. sądu obwodowego

Kołomyja 2 grudnia 1876.

(5893 1—3) **Ogłoszenie.**

L. 4049. C. k. sąd powiatowy w Wiśniczu podaje do publicznej wiadomości, że stosownie do odezwy c. k. sądu krajowego w Krakowie z dnia 24 września 1875 L. 22697 w drodze dajszej egzekucyi prawomocnego nakazu zapłaty z dnia 12 grudnia 1864 r, L. 23288 celem zaspokojenia przyznanej Wolf Ehrlichowi sumy 210 zł. w. a. z procentem po 6% od 30 listopada 1864 r, i kosztami sporu 12 zł. 18 ct. tudzież kosztami egzekucyjnemi 9 zł. 96 ct., 5 zł. 8 ct., 4 zł. 22 ct, 8 zł. 37 ct. i 4 zł. 38 ct. w. a., zarządza się egzekucyjna publiczna sprzedaż połowy gruntu pod l. 5 w Chrzanowie położonego wraz z stodołą — dłużników Tomasza i Maryanny Dulębów własnego a ciała tabularnego nie mającego, na 1198 zł. 37 ct. oszacowanego.

Sprzedaż ta odbędzie się w 3ch terminach a mianowicie:

dnia 10 stycznia 1877 r.
„ 14 lutego 1877 r.
i „ 14 marca 1877 r.,

każdą razą o godzinie 10 w tutejszym sądzie pod następującemi warunkami:

Jako cenę wywoławczą stanowi się cena szacunkowa w kwocie 1198 zł. 37 ct., wadyum zaś 120 zł.

Resztę warunków jako też i akt opisania i oszacowania można w tutejszo-sądowym zbiorze przejrzeć lub w odpisie podnieść.

Wiśnicz dnia 30 listopada 1876.

Nr 236. PIĄTEK 15 GRUDNIA 1876. Rok 66.

GAZETA LWOWSKA

Wychodzi codziennie o godzinie 4 po południu wyjątkiem świąt i niedziel.
Numer pojedyńczy kosztuje w miejscu 5 centów, [illegible] 7 centów.
[illegible] Redakcyi i Administracyi ul. Wałowa nr. 29.

Prenumerata z przesyłką pocztową wynosi rocznie [illegible], kwartalnie 4 zł., [illegible]
W miejscu rocznie 12 zł., kwartalnie 3 zł., miesięcznie 1 zł.
Przewodnik naukowy i literacki, dodatek miesięczny do Gazety Lwowskiej otrzymują [illegible] oczni abonenci [illegible], jednakże ci tylko, którzy prenumerują od 1 stycznia do końca [illegible], 1 lipca do końca grudnia, ćwierćroczni zaś i miesięczni za dopłatą, pierwsi 75 ct., drudzy [illegible] [illegible] prenumerowany osobno, kosztuje 4 złr.

Jednorazowe [illegible] razowo [illegible] wiersz.
Listy należy [illegible]. [illegible] otwarte [illegible].

CZĘŚĆ URZĘDOWA

Minister handlu mianował zarządcę urzędu pocztowego w Przemyślu, Walentego Ptaszka, starszym kontrolorem pocztowym we Lwowie.

CZĘŚĆ NIEURZĘDOWA

Lwów, 15 grudnia.

Deputowany Skene wprowadził swoim programem klub postępowy na pochyłą drogę, z której teraz trudno mu się wycofać. Szumne hasła niezawisłego stronnictwa przysporzyły klubowi postępowemu zaledwie tylu członków, ile w skutek tego stracił. Wprawdzie formalnie nie wystąpił z klubu żaden członek, ale już niejeden zniechęcił się do dzisiejszego programu i dlatego tylko nie wypowiada pisemnie swojego udziału, żeby nie odsłaniać dezorganizacyi starannie ukrywanej. W rozprawie budżetowej zdarzył się np. ciekawy wypadek, że mowom ministrów br. Pretisa i br. Lassera, którzy wprowadzili dep. Skenego w tak niemiłe położenie, przyklaskiwał bardzo serdecznie, może najserdeczniej właśnie jeden z członków klubu postępowego. Otrzymał on za to wyraz nieufności i niezadowolenia na ostatniem posiedzeniu klubu, ale nieszczęście chciało, że na tem posiedzeniu nie był obecny i w ten sposób uszedł karze za wielką zbrodnię polityczną! Są to jednak sprawy czysto domowe. Wspominamy o nich dlatego tylko, że stanowią *curiosum* parlamentarne, bo jak pamięć nasza sięga, nie zdarzył się nigdy podobny wypadek, ażeby oklaski podlegały tak ścisłej krytyce i narażały posła na kontrowersyę z własnem stronnictwem. Obok tego ciekawego albo drobnego wypadku zaszedł na tem posiedzeniu inny o wiele ważniejszy. Dep. Fux wystąpił znowu z swoim wnioskiem, ażeby członków delegacyi wspólnych nie wybierały grona posłów ze wszystkich krajów koronnych, lecz cały parlament. Dwa lata nosi się dep. Fux z tym wnioskiem i wreszcie oświadcza, że go cofnąć musi. Nie jestże to także *curiosum* parlamentarne? Ale dep. Fux czuł sam niekonsekwencyą takiego kroku, więc przedstawił klubowi powody, które go do tego skłaniają. Dep. Fux oświadczył, że jego wniosek mógłby wzmocnić instytucyę wspólnych delegacyj a to bynajmniej nie [illegible] w jego zamiarach. Stosunki wymagają owszem zniesienia tych delegacyi i uregulowania sprawy w ten sposób, ażeby zamiast za pośrednictwem delegacyi, oba parlamenty bezpośrednio znosiły się ze sobą w sprawach wspólnych. Alež to pierwszy krok do unii osobistej, bo delegacye stanowiły i stanowią nietylko wyraz, lecz także podwalinę dualizmu. Na czemże polega unia osobista, jeżeli nie na tem, że oba parlamenty mają wejść w posiadanie wszystkich atrybucyj, które im odebrała instytucya wspólnych delegacyj, a dalej w naturalnej konsekwencyi oba rządy wciągną w swój zakres sprawy dotąd w wspólnem ministerstwie załatwiane. Ale dep. Fux oświadcza, że tak nie jest, że bynajmniej nie chce naruszyć obecnego ustroju monarchii. Łatwo to powiedzieć, ale rzeczony wnioskodawca powinien, jak najprędzej podzielić się z klubem motywami, które pozwalają mu uważać zniesienie wspólnych delegacyj za reformę [illegible] ważną, [illegible] nie pociągającą za sobą żadnej zasadniczej zmiany w ustroju monarchii. Być może, że dep. Fux objawił te motywa, ale sprawozdawca ich nie przedłożył. Wielka szkoda, bo musi to być bardzo oryginalny i ciekawy komentarz do konstytucyi.

Jak pewnem jest, że w zimie śnieg pada, tak samo pewnem jest, że parlament niemiecki na każdoroczne sesyi uchwali wniosek Schulzego-Delitscha o przyznaniu dyet członkom swoim a książę Bismarck udaremni przyjście do skutku tej uchwały przy pomocy rady związkowej a w danym razie nawet i bez tego. Dotąd tak było zawsze a czy i nadal tak będzie, to [illegible] nie da się z góry przewidzieć. [illegible] wszystko zdaje się przemawiać za tem, że książę Bismarck ciągle nie jest przekonany o potrzebie przyznania dyet członkom parlamentu. Nie wiemy za prawdę, co w tej sprawie więcej podziwiać należy: wytrwałość parlamentu w ponawianiu uchwały z góry skazanej na udaremnienie, czy konsekwencyę ks. Bismarcka w oporze przeciw uchwałom parlamentu [illegible] jednogłośnie powziętym? W każdym razie to pewne, że parlament niemiecki jest bezsilnym w obec woli potężnego kanclerza nawet wtedy, gdy bynajmniej nie chodzi o sprawę wyższej wagi lub o zasadę. Takie panowanie jednostki nad wolą reprezentacyi państwa, podkopuje powagę parlamentaryzmu, chociażby tą jednostką była znakomitość niedościgniona i zasłużona, jednem słowem chociażby tą jednostką był książę Bismarck. W innych państwach niewykonanie prostej rezolucyi wzywającej rząd, ażeby się nad czemś zastanowił i zdał o tem sprawę, ściąga na rząd często gromy kończące się przesileniem gabinetowem a w Niemczech nikt nawet już nie zwraca na to uwagi, że kanclerz nie ogląda się na wolę parlamentu nawet w razie [illegible] nia sprawy, dosyć to w każdym razie anomalia zasługująca na podniesienie nawet w czasach tak [illegible] i [illegible] łych wypadków [illegible] obecna. Parlament niemiecki [illegible] postawić tę sprawę na stanowisku zasadniczem, [illegible] nie ponawiać [illegible] i nie przykładać ręki do podkopywania [illegible] swej powagi. Jakżeż [illegible] wiem może się potem dziwić [illegible] em, że książę Bismarck z [illegible] pominie inną ważniejszą uchwałę, że [illegible] na to wznowi okrzyczaną [illegible]? Na dobrą sprawę kwestya dyet nie jest bynajmniej taką drobnostką, jaką się wydać może w skutek lekkiego traktowania jej w parlamencie od kilku lat. Nie potrzeba tego szeroko i długo dowodzić, że przyznanie dyet zapewniające [illegible] w drogim Berlinie [illegible] sesyi, wprowadziłby w walkę wyborczą żywioły, które dziś stoją na uboczu, głównie dlatego, iż nie posiadają kandydatów i zdolnych moralnie do zawodu poselskiego i dość zamożnych zarazem, ażeby ponieść mogli ofiary materyalne dla godności poselskiej.

Dyagnoza dyplomatyczna stwierdza tylko tyle, że w ostatnich czasach polepszyło się pokojowi europejskiemu, ale nie daje pewniejszej odpowiedzi na pytanie: czy to polepszenie jest tylko przedśmiertnym podrywem suchotniczego żywota, czy początkiem zupełnego wyzdrowienia. Biuletyny o rokowaniach konferencyjnych w Stambule zdają się przemawiać za ostatniem przypuszczeniem, ale tymczasem nad Prutem przygotowania wojenne ani na chwilę nie zostały zaniechane. Rossya zgromadziła tam już znaczne siły i powiększa je nieustannie a Rumunia nie wiedząc nawet, co ją czeka i z kim ma walczyć, naśladuje Rossyę i na wszelki wypadek chce mieć pod ręką całą siłę zbrojną. Siła zbrojna Rumunii! — brzmi to bardzo poważnie, nawet groźnie ale tylko na papierze. Z Londynu także nadchodzą ciągle uspakajające wiadomości a sam fakt zwołania parlamentu na luty, a więc z wcale odległym terminem może służyć za symptom pokojowy. Ale — wszystko na Wschodzie ma dziś swoje „ale“ — kwestya wschodnia tak powoli się rozwija, że rząd angielski nie potrzebował wcześniej zwoływać parlamentu, chociażby nawet wojna należała już do jego nieodwołalnych postanowień. Tak jednak nie jest i owszem jeżeli kiedy, to teraz można powiedzieć o Anglii, że jest mocno zachwianą w postanowieniach, które stanowiły dotąd punkt wyjścia dla jej akcyi dyplomatycznej. Organa torysowskie mogą [illegible] chcą wyśmiewać ostatnią antiturecką konferencyę, ale tego nie zaprzeczą, że wrażenia sprawionego w Europie przez Gladstonea nie zatarli dotąd równie pokaźną demonstracyą. Disraeli dotąd zawsze paraliżował antitureckie mowy Gladstonea a tym [illegible] wobec mającego lada chwila nastąpić [illegible]...

PRZED WIEKIEM

VI.

Po chwili osłupienia ruch się wszczął w mieście niezwykły. Patrycyusze zaczęli odwiedzać siebie wzajemnie.

— A to skończenie świata — wołał jeden — u mnie czterech...

— U mnie aż sześciu! jęczał drugi — proponuję iść na ratusz, zapisać skargę do księgi...

— Co tam do księgi! Deputatów raczej obrać i z supliką do tronu [illegible]...

— Toż Sobieski nie ważył się tego przed stu laty uczynić...

— Od kiedy Kamieniec Kamieńcem, nie dopuszczono się tego gwałtu!

Znowu odgłos bębna zwrócił uwagę zatrwożonych obywateli.

— Co tam nowego? — pytali.

— Ordynans komendanta, zabraniający zbierania się na narady po domach.

— Czyż już nieprzyjaciel pod bramami miasta?

— Mości panowie, rozejdźcie się — zagrzmiał głos podoficera towarzyszącego doboszowi — za wszelki tumult [illegible].

I z młodzieńczą werwą rozbiegli się sławetni patrycyusze. Każdy spieszył do siebie przemyśliwając, jak [illegible] mógł najdogodniej żywić „hołotę narzuconą mu przez srogiego tyrana“.

Wkrótce się przekonano, że „tyran“ ów wcale nie żartuje. Dezercya rozwinęła się w wojsku; kilkudziesięciu [illegible] opuściło posterunki z celem przedostania się do konfederatów. Przykład regimentów zostających pod dowództwem Dzieduszyckiego, które wodza odbiegły, zgubnie oddziałał na innych. Witte podwoił czujność, pierwszych [illegible] pojmanych na gorącym uczynku rozstrzelał, a gdy to nie pomogło, następnych powiesić kazał na wałach — i odtąd już żaden żołnierz nie opuścił placówki.

Zdarzył się jednak w tym czasie bardzo smutny i niezwykły wypadek. Jeden z młodych oficerów, podmówiony przez związkowych, utworzył rodzaj konspiracyi, której celem było potajemne wpuszczenie do miasta konfederatów, którzy pokonawszy regalistów, mieli objąć warownię w swoje posiadanie. Spisek odkryto. Na czele jego stał porucznik Antoni Kuczyński, synowiec i wychowaniec jenerała [illegible].

Chwila to ciężka była dla [illegible]. Sąd wojenny skazał na śmierć zapaleńca; Witte wyrok podpisał, [illegible] wykonaniem udał się wszakże do stryja skazanego... Mówili z sobą długo, o czem? [illegible] nie dowiedział się nigdy... Ale Kuczyński, żegnając komendanta, miał łzy w oczach, i ściskając jego rękę powiedział wzruszony:

— Czyń twoją powinność, Janie!

Zato w domu czekała go dotkliwsza scena.

Pani Axamitowska mieszkała podówczas w mieście, mąż jej bowiem [illegible] pierwszej chwili wybuchu udał się do Baru, przystąpił do związku, żonę zaś wysłał do Kamieńca, bo tam był bezpieczniej.

Otóż komendant po powrocie od przyjaciela zgryziony i [illegible], [illegible] natychmiast księdza sprowadzić. Córka słysząc to, domyślała się, o co rzecz idzie. Padła ojcu do kolan, i leżała u nóg jego prosząc o łaskę. Starzec milczał, nie protestował, rozrzewnienie tamowało mu głos w piersiach, wreszcie podnosząc [illegible] [illegible] rękę, powiedział:

— Nic nie pomoże, moje dziecko, gdyby twój mąż był na jego miejscu, [illegible] kazał także rozstrzelać!...

Jeszcze się [illegible] nie zdobył na odpowiedź, kiedy do izby wpadła [illegible] strapiona pani Kuczyńska, z żoną komendanta i jego młodszą córkę.

Jęki, wyrzekania, prośby, zaklęcia trwały długą godzinę... Ciotka skazanego klęczała jak posąg przed zgnębionym starcem, żona przepowiadała mężowi, że skarze go Bóg na własnych dzieciach za to [illegible]: Konsolata nieprzytomna, blada, [illegible] leżała na ziemi.

Generał pochylił głowę na piersi, może po raz pierwszy zaciężył mu wysoki urząd, do którego dążył lat tyle...

Przybycie kapłana przerwało tę niemą rozrzewniającą chwilę...

— Udasz się jegomość — rzekł na pozór spokojnie Witte — do zamku. Potrzeba przygotować na śmierć delinkwenta. Jutro o brzasku ma być wyrok wykonany. Przeproś go proszę odemnie i powiedzieć, że jako żołnierz czynię moją powinność, a on jako żołnierz zginąć mężnie potrafi...

I nazajutrz, na rozległem błoniu za miastem, w miejscu, kędy się dziś drogi pocztowe rozchodzą, pluton żołnierzy w [illegible], był świadkiem ostatniej [illegible], jakiej udzielał kapłan klęczącemu przed nim skazańcowi...

Świtał śliczny ranek sierpniowy, na skrajach horyzontu podnosiły się mgły do góry, odkrywając zieleniejące lasy; step w kwiecie strojny, robił wrażenie różnobarwnego kobierca; wszystko się uśmiechało do życia [illegible]...

[illegible] słup nad głębokim dołem ustawiony [illegible] groźnie... [illegible] przerwał pod[illegible] [illegible], ucałował krzyż [illegible] miejsce pod słupem... [illegible] się cicho, padło kilka [illegible]...

W godzinę na samotnej [illegible] klęczały dwie kobiety. [illegible] znana [illegible] Axamitowska, druga, [illegible], a już zwiędła osoba, w [illegible] wdowie szaty przybrana. Była to [illegible] Wittówna, siostra ex-komendanta... [illegible] że kochała się w poruczniku... a snać miłość to była gorąca, bo już za mąż nie wyszła do zgonu. W lat potem trzydzieści, jako stara panna, znana była z dobroczynności i poświęcenia. Szczególnie opiekowała się drobną dziatwą, rozdając jej wszystek grosz, jaki jej pozostawili rodzice... Serce święte, złamane w zaraniu, ból zamknęło w sobie, niosąc ludziom słowo pociechy, jakby kojenie trosk bliskich lub dalekich i jego własne koiło bole.

I gotowiście pomyśleć, że stosunki między Wittem i generałem Kuczyńskim pękły od tej chwili. Takby się zdawało — toż między przyjaciołami stał trup młodzieńca... Możeby i tak było — gdyby nie Axamitowska. Wszystkich wpływów użyła, całe zasoby szlachetnego serca wyczerpała, aby zagoić rany, ukoić żal... i dokazała tego... Kobieta kochająca, z wiarą mocną, cuda czyni na ziemi. Przyjaciele zbliżyli się znowu do siebie. Kuczyński w dziesięć lat po tym smutnym zmarły wypadku, mianował nawet Witte opiekunem żony i jedynaka, i wyboru szczęśliwszego nie mógł uczynić. Kiedy jeden z niesłownych dłużników chciał ukrzy-

razem milczy. [illegible] nie ma do tego sposobności, czy, co prawdopodobniejsza, obawia się, ażeby nie był bardzo życzliwie wysłuchany?

Rada państwa.

(H) **Wiedeń**, 13 grudnia. (Kor. *Gazety Lwowskiej).* Izba Panów odbyła dziś krótkie posiedzenie, na którego porządku dziennym stały niektóre ustawy uchwalone w Izbie deputowanych.

Prezydent ks. Karol Auersperg, oznajmia, że Najj. Pani na życzenia złożone Jej w dzień imienin, wyraża Izbie podziękowanie i zapewnienie najwyższej łaski.

Następnie prezydent kilku rzewnemi słowy wspomina stratę członków, jak hr. Szmergi dr. Heyslera i gen. Degenfelda, na co zgromadzenie w dowód współczucia powstaje.

Nowo wstępujący członkowie, arcybiskup [illegible], arcybiskup Romaszkan i hr. Pace składają przyrzeczenie.

Z porządku dziennego Izba przyjmuje bez dyskusyi w drugiem i trzeciem [illegible] uchwalone przez Izbę posłów ust[illegible] poborze rekruta, o zmiatan[illegible] z rośeińców, o zmianie § 6 i 119 ustawy podatkowej, tudzież o zmianie ustawy o należytościach z r. 1862.

Tylko ta ostatnia sprawa wywołała krótką dyskusyę, w której udział brał arcybiskup Kutschker, przemawiając za podwyższeniem minimum kongruy wolnej od podatku, wykazując zarazem niektóre niesłuszności ustawy.

Szef sekcyi dr. Ender, imieniem rządu przyrzekł, że sprawa ta zostanie uwzględniona przy wytoczeniu kwestyi kongruy.

W końcu radca dworu p. Arneth zdaje sprawę z petycyi kleru grecko-unickiego w Galicyi o polepszenie bytu materyalnego, wnosząc aby petycyę tę ustąpiono rządowi do troskliwego uwzględnienia. Natomiast sprawozdawca wnosi przejść do porządku dziennego nad petycyami, miasta Czerniowiec, gminy Sadogóry, Suczawy i Seretu o wstawienie się za tem, aby uchwalona przez Sejm Bukowiński ustawa propinacyjna nie otrzymała sankcyi, ponieważ kwestya udzielenia sankcyi uchwałom sejmów krajowych jest wyłącznie rzeczą rządu a względnie [illegible].

Po załatwieniu wielu innych jeszcze petycyj posiedzenie zamknięto.

(Debata budżetowa.)

(H) **Wiedeń**, 13 grudnia. (Kor. *Gazety Lwowskiej).* Dziś toczyła się dalej rozprawa nad etatem ministerstwa oświaty, mianowicie nad wszechnicami i szkołami średniemi. Wszechnica Lwowska stanowiła główny przedmiot dyskusyi. Znaczenie, które przywiązywano w kraju naszym do osobistych wynurzeń pewnego deputowanego

okazało się mylne, obawy [illegible] płonne, albowiem Rząd na wezwanie dep. Euz. Czerkawskiego dał uspakajające wyjaśnienia. P. minister oświaty zapewnił, iż nie ma i nigdy nie miał zamiaru zwinięcia wszechnicy lwowskiej.

W dalszym ciągu rozprawy nad działem 9 budżetu zabiera głos dep. Rodler. Jako sprawozdawca szczegółowy odpiera wywody dep. Greutera, jakoby Izba nie była uprawnioną do odmówienia subwencyi zakładom kościelnym. Odpowiedź na to prosta. Budżet corocznie bywa Izbie przedkładany, a z tego wynika i prawo Izby wykreślenia tego, czego nie uważa za potrzebne. Pretensya Karmelitanek do subwencyi nie jest cywilnym tytułem prawnym. Zresztą w razie odnowienia subwencyi Karmelitankom służy jeszcze droga prawa.

W głosowaniu uchylono wnioski dep. Greutera a przyjęto pozycyę według zdania komisyi. Tak samo przyjmuje się bez dyskusyi tytuł 10, 11, 12.

Następuje tedy rozprawa nad etatem naukowym, mianowicie tytułem 13 „uniwersytety"

Dep. Greuter zabiera głos i jak zwykle rozwodzi się nad szkodliwością panującego systemu rządowego. Jeden z liberalnych dzienników wyznał otwarcie, że Austrya nigdy nie była nieszczęśliwszą jak teraz. Wszystko t. zw. „zapory" uprzątnięto, a mimo tego jesteśmy nieszczęśliwszymi niż dawniej. Czego Metternichowski absolutyzm, Bachowska reakcya uczynić nie zdołały, czego nie sprawił Thun, tego dokazała era liberalna. Mowca zapuszcza się dalej w tego rodzaju ekspektoracye.

Prezydent. Jesteśmy przy specyalnej rozprawie nad uniwersytetami, a mowca jeszcze ani słowa nie powiedział o uniwersytetach.

Dep. Greuter. Nie chcę mówić o samych tylko uniwersytetach, ale także o tytule „uniwersytety" a mam prawo do zaopatrzenia tematu mego w wstęp odpowiedni.

Prezydent. Ogólna dyskusya przy tytule „uniwersytety" już była, musze obstawać teraz przy specyalnej debacie. Proszę zatem nie odbiegać od rzeczy.

Dep. Greuter. Jeżeli mi nie wolno mówić w ogólności, to musiałbym się zrzec głosu... Mówię zatem dalej (Wielka wesołość).

Prez. Masz Pan tylko prawo mówić o „uniwersytetach."

Dep. Greuter. W takim razie zrzekam się głosu (mowca siada).

Dep. hr. Mieroszewski zabiera głos dowodząc konieczności wybudowania nowego gmachu uniwersyteckiego we Lwowie. Mowca gani, że ani wniosek do tego dążący ani rezolucya nie zostały podjęte przez komisyę budżetową. Zdaje się, jakoby miano zamiar zwinąć uniwersytet, który przeszło sto lat już istnieje, i tysiąc ma słuchaczy. Mowca protestuje przeciw takiemu sposobowi postępowania. Lepiej jawnie wystąpić i przedłożyć ustawę, aniżeli działać podstępnie. Jeżeli istnieją niedostatki, to wypada starać się o ich usunięcie. [illegible] znaje, że uniwersytet wykazuje niektóre niedostatki, ale to nie może być powodem do zwinięcia. Mniemają niektórzy, że dla Galicyi zanadto jest posiadać dwie wszechnice i jedną akademię techniczną. Ale jeżeli ta zasada ma być zachowaną, to niechże przynajmniej konsekwentnie będzie przeprowadzoną; konsekwentnie więc wypadałoby tam utworzyć nowe akademie, gdzie ich za mało, jak n. p. w Pradze, gdzie nie byłby może zbyteczny uniwersytet czeski, co zapewne oszczędziłoby nam smutnych zajść, które tam wydarzyły się ostatnich dni. Dla kraju, liczącego pięć [illegible] trzy wszechnice to nie za wiele. Dowodem Szwajcarya, niektóre kraje niemieckie itp. Zresztą nawet w Czerniowcach urządzono uniwersytet. Nie należę do tych, którzy mogą [illegible] państwo jak najwięcej wydawało na szkoły, to jeszcze przez to nie zubożeje. Nie budujmy [illegible], ale szkoły [illegible] wypłacą. Jeszcze Austrya jest wielkiem mocarstwem, a jej przeznaczeniem jest nieść wolność i oświatę na wschód. Czyńmy to, dajmy każdej narodowości i każdemu kościołowi możność wolnego rozwoju, wtedy dopełnimy naszego zadania. Przechodząc znowu do przedmiotu [illegible] tajmy się P[illegible] Galicyi, czy wszechnica ma być [illegible] Lwów jest jedynym fakultetem grecko-unickim w świecie. W końcu mowca apeluje do Monarchy i do Izby, i wyraża zresztą nadzieję, że Izba nie będzie miała odwagi do podobnej uchwały.

Dep. Dr. Euzeb. Czerkawski pod[illegible] parlamentu wobec spraw szkolnych galicyjskich, i wątpi aby postępowanie takie było polityczne. Mowca radzi lewicy, aby nie sądziła, że rozstrój, który się coraz więcej w jej łonie szerzy, nastąpi także po prawej stronie Izby [illegible] większość przynajmniej w obecnej chwili, wobec zawikłań grożących wewnątrz, na zewnątrz będzie miała tyle politycznego taktu, aby wszystko zrobiła co może sprowadzić zbliżenie się stronnict w przeciwnych. Wśród tego naprężenia jednak nadeszła do Galicyi wiadomość, że w komisyi budżetowej znowu poruszono myśl zniesienia jednej z najważniejszych instytucyj kraju, uniwersytetu [illegible]. Przy tej sposobności mowca w dłuższym historycznym wywodzie [illegible] powstania i działalności wszechnicy lwowskiej, dowodzi [illegible] reakcyi między 1850 a 1860 rokiem nie było mowy o zniesieniu uniwersytetu, ale przeciwnie noszono się z myślą urządzania wydziału medycznego. W końcu wyraża mowca życzenie, aby Rząd o wszechnicy lwowskiej uspakajające złożył wyjaśnienia.

Dep. Wurm mówi o znaczeniu uniwersytetów, o ich powstaniu, wreszcie o zawieszeniu wszechnicy ołomunieckiej, cytując słowa pewnego męża stanu, według których [illegible] stawiono [illegible]

Dep. [illegible] uważa za konieczne nietylko dalsze istnienie wszechnicy lwowskiej, ale także jej uzupełnienie wydziałem medycznym.

Dep. Hallwich wskazuje na niedostateczną dotacyę biblioteki uwersyteckiej w Pradze.

JE. Pan minister oświaty dr. Stremayr: Muszę powtórzyć oświadczenie uczynione raz już w komisyi budżetowej, że Rząd obecny nie [illegible] i niema obecnie zamiaru zniesienia wszechnicy lwowskiej i nie zamierza wjakikolwiek sposób utrudniać jej rozwoju (Brawo)! Zresztą, zapewniam że życzenia w tej mierze zawsze bywały jak najgruntowniej badane i uwzględniane.

Dep. E. Suess jako specyalny sprawozdawca zwraca się po omówieniu spraw praskich do uniwersytetu krakowskiego i lwowskiego, rozbiera stosunek obu uniwersytetów do siebie, i kreśli obecny stan obu instytutów. Krakowski uniwersytet wzrasta, lwowski zaś chyli się do upadku pod względem finansowym. O [illegible] nigdy mowca nie myślał. Polacy mogą być dumni, jeżeli jeden uniwersytet znaczny mogą osiągnąć. Gdybym nawet chciał stanąć na stanowisku wyłącznie polskiem, nie austryackiem, które zajmuję, to nawet z tego stanowiska wolałbym, ażeby istniał jeden wielki i świetny uniwersytet, aniżeli żeby środki i siły były rozdrobnione tak, by nic się nie dało zrobić, coby wobec całej Europy świadczyło chlubnie nietylko o Polakach, ale i o Austryi. W takim razie musiałyby pewne lokalne interesa być pominięte. O zniesieniu wszechnicy lwowskiej nie chodzi tu wcale, tylko o to, żeby środki wydane na nią skoncentrowano na jednem miejscu, aby na tem miejscu powstała znakomita instytucya. Co [illegible], co Izba [illegible] dotąd dla Galicyi? W przeciągu dwóch czy trzech lat utworzyśmy w Galicyi to, co w żadnym innym kraju nie powstało: wielki instytut techniczny we Lwowie za 1.800.000; gotowi jesteśmy udzielić środków [illegible] wyposażenia w tym kraju wielkiej, znakomitej wszechnicy. Czy nie jest to [illegible], czy nie odpowiada to słusznym żądaniom? Czy godzi się robić nam za to wyrzuty, że w rozprawie budżetowej narodowość polska zawsze tylko napaści doznaje, że się pastwimy jak powiedział jeden z poprzednich mowców nad nieszczęśliwymi Polakami? (Wesołość.) Komisya budżetowa [illegible] ko, aby Rząd o tem wypowiedział swe zdanie. Rząd objawił już swe zdanie, a sądzę, że wszystkie strony mogą być zadowolone. (Brawo!)

W głosowaniu przyjęto pozycye [illegible] działu [illegible] podług wniosku komisyi

Przy tytule 14 i 15 o szkołach średnich [illegible] Weber, którzy mniej więcej ten sam temat omawiają, uskarżając się na germanizacyę żywiołów słowiańskich, na brak szkół średnich z językiem wykładowym słowiańskim itd.

Dep. Mises prosi ministra oświaty [illegible] poddane powtórnej rewizyi [illegible]

Dep. Haas uskarżając się na brak taktu pedagogicznego u nauczycieli szkół średnich przedkłada rezolucyę. Wzywa się rząd, aby rozważył, czy nie byłoby pożądanem, aby w celu pedagogicznego i dydaktycznego wykształcenia przyszłych nauczycieli szkół średnich, urządzono dla kandydatów filozofii i uczniów politechniki, poświęcających się profesurze, praktyczne, z praktycznemi ćwiczeniami połączone kursa, w których kandydaci uczestniczyć powinni w ostatnim roku swych studyów (brawo na lewicy) Rezolucyę poparło Dep. Titzsch zapytuje się p. ministra oświaty, czy zamyśla odpowiedzieć na postawioną przez mowcę niedawno interpelacyę w sprawach gimnazyalnych. Pan minister dr. Stremayr, odpowiada, że w krótkim czasie da odpowiedź na ową interpelacyę.

W końcu posiedzenia dep. Mandl i tow. wystosowali interpelacyę [illegible] położenie [illegible] rozszerzeniu się [illegible]?

Koniec posiedzenia o godz. 4 min. 15.

Następne posiedzenie jutro.

SPRAWY MONARCHII

— Nie ma dnia w którymby w Budapeszcie nie pojawiły się nowe sensacyjne wiadomości o kwestyi bankowej. *Budapester Correspondenz* donosi o kilkugodzinnej audyencyi, której w d. 11 b. m. udzielił Najj. Pan w południe prezydentowi ministrów Tiszy a następnie o godzinie 2 popołudniu ministrowi skarbu Szellowi; że obaj ministrowie zdawali sprawę o kwestyi bankowej, nie [illegible] żadnego rezultatu. Na każdy wypadek powzięłby Najj. Pan w krótkim czasie stanowczą decyzyę. *Pester Lloyd* i *Hon* starają się osłabić znaczenie, jakie przypisywano radzie ministrów w d. 10 b. m. [illegible] donosi *Pester Lloyd*, że dotychczas nie zapadła ze strony węgierskich ministrów żadna stanowcza decyzya. To samo potwierdza *Hon* z tym dodatkiem, że decyzya nie mogła zapaść, jest bowiem zawisłą od Najj. Pana. O wrzekomej interwencyi br. Hofmanna w kwestyi bankowej, pisze *Hon* z pewną dyplomatyczną rezerwą że jeżeliby nawet br. Hofmann zamierzał pośredniczyć, to cel z wielką trudnością byłby osiągnięty. *Pester Lloyd* i *Neue. Hirlap* są zdania, że podczas świąt Bożego Narodzenia zostaną nawiązane dalsze rokowania pomiędzy obu rządami. *Naplo* dodaje, że tym razem zjadą węgierscy ministrowie do Wiednia. Powtarzane przez nas doniesienie *Pest. Lloyda*, że ostatnia mowa br. Lassera wygłoszona w Izbie deputowanych Rady Państwa, utrudniła znacznie porozumienie między rządami, przedrukował dosłownie *Hon*, z ąd wnioskują dzienniki wiedeńskie, że powyższe doniesienie *Pester Lloyda* pochodzi z kół rządowych. *Hon* daje do zrozumienia że p. Tisza przedstawiał w podobnym [illegible] na audyencyi u Najj. Pana.

SPRAWY ZAGRANICZNE

(Zajścia w parlamencie francuskim.)

Wersalska Izba deputowanych była 9 b. m. znowu widownią jednej z owych scen drastycznych, które w parlamencie francuskim nie są niestety rzadkością. Na porządku dziennym była rozprawa generalna nad budżetem dochodów. Deputowany lewicy Menier, bogaty [illegible], rozwijał [illegible] w Izbie bardzo [illegible] o opodatkowaniu stałego [illegible] Cassagnac, znany zawadjaka bonapartystowski, którego znudziła ta rozwlekła i niedorzeczna oracya, chciał się zemścić za nudy i zrobił mowcy przytyk, wspominając coś o kakao. Na to zawołał Ménier: „Pan mógłbyś coś o tem [illegible] zapłacić to, co wujaszek jeszcze winien... (śmiech.) Cassagnac: „Pan jesteś grubianinem!" Prezydent Grevy: Nie mogę pozwolić na [illegible] Ménier [illegible] „z którego jestem dumny!" (oklaski na lewicy.) W tej chwili jakieś indywiduum na [illegible] „niech żyje cesarz Napoleon IV!" Epizod ten skończył się wyprowadzeniem tego entuzyasty za drzwi. W Izbie powstał niespokój, i wielu mowców domagało się zamknięcia dyskusyi, [illegible] Tocqueville [illegible] gabinet nie [illegible], i położył tym sposobem kres wszystkim śmiesznym wybiegom i odroczeniom (zaprzeczenia z lewicy.) Prezydent Grévy uważa za rzecz bardzo zrozumiałą, że Izba w takiej chwili nie chce powziąć żadnej decyzyi w sprawie budżetowej i wytyka Tocqueville'owi ostre jego wyrażenie. [illegible] na prawicę. Ks. Laroche-Foucauld-Bisaccia zastrzega się przeciw temu w imieniu partyi legitymistycznej, która od otwarcia sessyi popierała zawsze ministerstwo. Właśnie większość Izby sprowadziła upadek ga-

wdzić wówczas komendant do króla pisał prosząc o protekcyę, trybunały i sądy zarzucał [illegible], aż w końcu zmusił nierzetelnego człowieka do uczynienia zadość słusznym wymaganiom.

Ale cofnijmy się wstecz. Po opisanej wyżej katastrofie załoga widząc, że nie przelewki, że każde wykroczenie surowo jest karane, weszła w karby posłuszeństwa, a o mieszczanach nie ma co mówić, zapomnieli i o księdze skarg i o deputatach do króla, „hołotę" nawet z pewnemi honorami traktowali nazywając teraz „panami żołnierzami" nawet komputowych; a na przybycie łowczego koronnego, odwiedzającego Kamieniec, wysypali się tłumnie, bo taka wola była pana komendanta.

Franiek po królewsku istotnie był podejmowany; sam o tem pisał do Stanisława Augusta: „Generał Witt przyjmował mnie z [illegible] honorami. Z armat bito [illegible] *ad seram noctem*. Podolanek [illegible] im pięknie zaakomodował, żeby im darmo furaż dały. Ten generał dobrze i przezornie sprawuje się w tutejszym kraju, trzeba abyś W. K. Mość pamiętał dla niego miał względy, ile że [illegible] dobre serce ma, ale wielki chudy pachołek."

Poniatowski w następnym liście zaraz odpowiedział łowczemu koronnemu: „Bardzo mnie kontentuje tak dobre [illegible] Witte świadectwo, bo ja właśnie tego człowieka kocham i szanuję i musi mu to [illegible] wyjść."

W tymże roku na sejmie, rodzina Wittów [illegible] do indygenatu — i to był pierwszy dowód łaski i pamięci pańskiej

Nr 286. Kraków, 15 Grudnia — Piątek. Rok 1876.

CZAS

Prenumerata wynosi: ... Posełka w państwie Austryackiem ... 24 ... do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi ... 32 ...

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. ... Listy reklamacyjne niezapieczętowane nie podlegają opłacie pocztowej. — Listów niefrankowanych nie przyjmuje się. — Rękopisma nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują: W Krakowie: Administracya „CZASU," ... Ogłoszenia (inseraty) przyjmuje się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym) za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. Dołączenia (na 8 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 80 c. za każdy raz. Dołączenia do „Czasu" (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmuje się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się naprzód nadesłać przekazem pocztowym. Ogłoszenia i prenumeratę przyjmują: we Lwowie W. Piątkowski ul. Hetmańska 10; w Paryżu wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); w Wiedniu pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

Kraków 14 grudnia.

Onegdaj odbyło się pierwsze posiedzenie konferencyi w sprawie wschodniej, a lubo nazwano tę konferencyę przedwstępną, dla tego, że Turcya nie jest w niej reprezentowaną, wszelako jest ona właściwą konferencyą mocarstw, które o Turcyi *de me, sine me* traktują. Porta wezwaną będzie w końcu nie jako strona do podpisania kontraktu ze stroną drugą, którą stanowiłaby sprzymierzona Europa, lecz wobec koalicyi europejskiej dla wysłuchania wyroku już wydanego. Wolno jej wprawdzie nie uznać wyroku, choć uznała kompetencyę trybunału, lecz naraża się na egzekucyę, której pierwszym aktem byłaby okupacya. Dotychczas liczyła Porta na to, że w łonie samej koalicyi znajdzie silnych obrońców, że nawet wywoła zatargi, które rozbiją koalicyę, że wtedy nie sama stanie do walki. Pierwsze posiedzenie konferencyi mogłoby ją przekonać, że się omyliła, że nie pozostaje jej nic innego, jak poddać się woli mocniejszego.

Czy jednak przypuszczenie, że Turcya zawiodła się w oczekiwaniach swoich, okazało się już błędnem, czy już po pierwszej naradzie pełnomocników nie pozostaje jej żadna nadzieja ocalenia swojej niepodległości? Sądzimy, że doniesienie o pojednawczości wszystkich członków konferencyi, o porozumieniu się jen. Ignatiewa z margr. Salisburym nie może być branem tak ściśle; owszem nie przypuszczamy, aby najważniejsze pytanie co do rękojmi mogło już być rozstrzygniętem. Wprawdzie telegram doniósł, że była już mowa o okupacyi, ale uwzględniano jako takich egzekutorów wyroków konferencyi Belgię albo Szwajcaryę, bo z góry wiedziano, że ani Belgia ani Szwajcarya nie podjęłyby się obowiązku stróżów i egzekutorów bez odpowiedniego wynagrodzenia nie już pieniężnego, lecz politycznego, którego im nikt zapewnić nie jest w stanie. Właśnie postawienie Belgii i Szwajcaryi, równałoby się odrzuceniu okupacyi rosyjskiej lub austryackiej.

O ten jednak skopuł rozbić się mogą wszystkie przewidywania pojednawcze. A pomimo pokojowych usposobień pełnomocników angielskiego i rosyjskiego, nie można z góry zapowiadać, że albo Rosya zaniecha zamiaru wkroczenia do Turcyi, do czego wszystkie przygotowania są poczynione, albo że Anglia przystanie na okupacyę rosyjską, wiedząc, że plany Rosyi wcale nie tajone sięgają po za cel uzyskania dla Bułgarów i Hercegowińczyków autonomii. Dyplomacya turecka nie straciła jeszcze dawnej swej reputacyi, aby ją można poczytywać za tak nieudolną, iżby czekała ostatniej chwili i doprowadziła swoją niedbałością do utworzenia się koalicyi. Musi mieć ona także pewne widoki i plany, musi liczyć na pewne, jeśli nie posiłki dla siebie, to przeszkody dla Rosyi.

Dla tego przed zamknięciem konferencyi nie będziemy stali u drzwi świątyni Janusa, czekając na ich otwarcie. Zapisujemy tylko pierwsze otwarcie konferencyi przedwstępnej, jako fakt rozpoczynający właściwe rozwiązanie kwestyi wschodniej.

Otrzymaliśmy pytania rozesłane przez Wydział krajowy w sprawie zbadania stanu ekonomicznego kraju. Nie może być naszem zadaniem ścisłe dochodzenie, czy i o ile wyczerpują one wszystkie stosunki, których poznanie pozwoli ocenić położenie materyalne naszéj ludności; widzimy jednak, że dotykają tych warunków zdrowego rozwoju ekonomicznego, które na dobrobyt ogólny zwykły wywierać najwięcéj wpływu. Nie pominięto tu bowiem i stron moralnych, oraz wad ludności, z któremi musi liczyć się każdy reformator społeczny.

Stosowny wybór przedmiotów badania, ułożenie pytań jest pracą, przyznajemy, trudną i niemałéj wagi wśród zadań, jakie przedsięwziąć należy celem zbadania stanu i położenia kraju; daleko jednak więcéj ma doniosłości przyjęcie, jakie ta pierwsza czynność znajdzie w kraju, zrozumienie jéj doniosłości i znaczenia przez ogół. Wydział krajowy przesyłając Wydziałom powiatowym i różnym mężom zaufania ułożone przez oddzielną komisyę pytania, odwołał się do udziału całego kraju, zawezwał wszystkich ze stosunkami obeznanych, aby mu przyszli z pomocą. Nie ma on na myśli ani pewnych osób, ani pewnych kierunków; lecz pragnie, aby osoby różnych sfer towarzyskich i społecznych, przedstawiły własne zapatrywania; a chociaż w pytaniach określa treść tych stosunków na których poznaniu najwięcéj mu zależy, przecież nie ogranicza odpowiedzi, jeżeli te zdołają scharakteryzować stosunki pokrewne i mające wpływ na rozwój powszechnego dobrobytu.

Powodzenie podobnego badania zależy też przedewszystkiem od gorliwości samego kraju, który ją okaże równie przez liczbę odpowiedzi, jako i przez ich wartość, to jest ścisłość i gruntowność. Niewątpliwie zdarzyć się może, i niezawodnie się okaże, iż szereg pytań dla wielu będzie się wydawał niedostatecznym lub nie zawsze stosownym: znamy bowiem ducha krytyki, tak u nas troskliwego o szukanie doskonałości. Tu jednak nie ma potrzeby stosować podobnéj ścisłości, już dla tego, że każdy ma zostawione swobodne pole rozwinięcia pytań w kierunku wskazanym, byleby trzymał się jednéj zasady, że sprawozdaniem swem ma objąć okolicę i stosunki tak dobrze znane, żeby w tem co napisze, nie było żadnego domysłu, ale istotna na faktach oparta prawda.

Byłoby chyba zbytecznem, gdybyśmy zachęcać mieli do licznych odpowiedzi na wezwanie Wydziału krajowego. Stan ekonomiczny naszego kraju przedstawia tak wielkie niedostatki; ciągle ponawiające się klęski głodowe, tak dotkliwie dają uczuć nieszczęsne położenie klas ubogich; a wydziedziczanie klas zamożnych jak i włościan, przybiera dla bytu narodowego tyle niebezpieczny charakter; że spodziewać się można wszechstronnéj pomocy w sprawie, która zamierza temu zakorzenionemu złu koniec położyć. Jesteśmy też pewni, że nikomu nie zabraknie gorliwości w zadośćuczynieniu równie ścisłem jak szybkiem na wezwanie postawione w imię publicznego dobra.

Popierając jednak dążność ku zbadaniu stanu ekonomicznego Galicyi, nie możemy powstrzymać wątpliwości, że krok teraz przedsięwzięty nie będzie dostatecznym do osiągnięcia celu. Jest to dopiero niejako pierwsze stadyum sprawy, w którem Wydział krajowy pragnie zdobyć sobie ogólną podstawę działania. Unikając więc na początek znacznych kosztów, Wydział dąży do wytworzenia sobie obrazu położenia różnych okolic i klas ludności. Niezawodnie całość w ten sposób zebrana wskaże, gdzie leżą główne zasady złego, i główne niebezpieczeństwo, w jakich okolicach, stronach lub też dla jakiego odłamu społeczeństwa pomoc jest najpilniejszą i najpotrzebniejszą; wskazanie środków ratunku, poznanie miejscowych potrzeb nie da się dokładnie wywieść z odpowiedzi, a zdaniem naszem nie obędzie się nawet bez ściślejszych jeszcze dochodzeń na miejscu czynionych. Badanie teraźniejsze ma więcéj teoretyczne niż praktyczne zadanie, po niem więc nastąpić dopiero muszą czynności tę drugą stronę kwestyi mające na oku.

Z badaniem jednak tak się ma jak z każdą nauką począwszy od szkolnéj, a kończąc na najgłębszych dociekaniach filozoficznych. Powodzenie prac następnych zawsze zawisło od stopnia zbadania pytań poprzednich, więc też i owe dalsze dochodzenia będą warunkowe przez to, które teraz ma być dokonanem, a z tego względu spodziewać się można, że ogół obywatelstwa nie odmówi udziału w ważnem przedsięwzięciu, mogącem mieć wielkie znaczenie w rozwoju dobrobytu naszéj prowincyi.

KORESPONDENCYA „CZASU."

Lwów 13 grudnia.

Tutejsze stronnictwa ruskie, tj. partya świętojurska i ukraińska nieprzestają toczyć żywej z sobą walki, objawiającej się głównie w stowarzyszeniach. Ze stowarzyszeń ruskich Instytut Stauropigiański, najstarszy a może i najbogatszy ze wszystkich, „Matycia" stowarzyszenie literacko-naukowe i Rada russka, stowarzyszenie polityczne znajdują się w rękach Świętojurców, jak również zarząd domu Narodnego, zaś „Proświta" (Oświata) Towarzystwo Szewczeńki i Kružok Akademicki (kółko akademickie) tudzież „Beseda" zostają w ręku partyi ukraińskiej, do której obecnie liczą się wszystkie prawie żywioły inteligencyi i która co do liczby przeważa o wiele partyę przeciwną.

„Beseda" pierwotnie należała całkowicie do partyi świętojurskiej. Z biegiem czasu jednakże uzyskała partya Ukraińców większość w zarządzie, w skutek czego zarząd domu Narodnego, gdzie mieściła się Beseda, chcąc jej się pozbyć, wypowiedział jej lokal. Proces ze strony Besedy został przegrany, a obecnie „Beseda" mieści się w lokalnościach „Proświty."

Podobnie stało się niedawno z „kółkiem akademickiem." Stowarzyszenie to zawiązała młodzież akademicka pod wpływem Świętojurców; lecz po kilkuletniem istnieniu tego stowarzyszenia okazało się, że znaczna większość członków należy do partyi ukraińskiej. Świętojurcy, widząc, że i to stowarzyszenie będzie dla nich pozycyą straconą, czynią wszelkich zabiegów, aby się rozwiązało lub zostało rozwiązane. I tak, gdy przed kilkoma miesiącami ogłoszono walne zgromadzenie tego Towarzystwa, a z wyboru prezesa okazało się, że Ukraińcy mają stanowczą większość głosów i tem samem zarząd spocznie w ich rękach, świętojurcy zrobili „burbę" i zerwali zgromadzenie. Takich zgromadzeń zwołano jeszcze cztery i wszystkie świętojurcy potrafili zerwać pod pretektem, że wedle statutów do wyboru zarządu potrzeba $^2/_3$ głosów. Jednakże przewodniczący, który jedyny został wybrany, mając za sobą postanowienie statutów, że on oznacza sposób głosowania, a widząc z drugiej strony, że zgromadzenie żadną miarą do skutku przyjść nie może, ogłosił, że wybór zarządu odbędzie się w drodze przesyłania głosów komisyi skrutacyjnej. W ten sposób ostatecznie doprowadzono wybór do skutku. Lecz świętojurcy nie dali za wygraną, chwytając się ostatecznego środka tj. protestu do Namiestnictwa, w celu doprowadzenia rozwiązania stowarzyszenia, gdyż wedle statutu w razie rozwiązania stowarzyszenia, majątek jego przypada na rzecz „Domu Narodnego," a w takim razie, choć nie ocalą stowarzyszenia, zachowają sobie przynajmniej majątek jego.

Tak więc walka między dwiema partyami Rusinów wre w całej pełni, a dodać należy, że z pomiędzy świętojurców wyszedł obecnie głos, nawołujący do zgody. Pismo świętojurskie „Sion" doniosło, że zawięzują się rokowania, lecz „Prawda" organ partyi ukraińskiej stanowczo temu zaprzecza.

Tymczasem „Proświta" rozwija się coraz pomyślniej. Obecnie zmieniono w kilku punktach statut tego towarzystwa, z których to zmian najważniejszą jest ta, iż odtąd filie nie potrzebują się wiązać granicami powiatów politycznych, lecz mogą być zawiązywane wszędzie, gdzie znajdzie się odpowiednia liczba chętnych.

Jak się dowiaduję broszura Dra Liskego o uniwersytecie lwowskim sprawiła w kołach niemieckich deputowanych bardzo dobre wrażenie. Autor otrzymał od p. Suessa nader uprzejmy list, w którym tenże dziękuje mu za udzielone wyjaśnienia i tłumaczy się tem, że mówiąc o chyleniu się ku upadkowi lwowskiego uniwersytetu niemiał na myśli upadku naukowego, lecz upadek pod względem finansowym, a czuł się do tej uwagi spowodowany tem, że ministerstwo coraz to mniejsze kwoty preliminuje na utrzymanie tego uniwersytetu, z czego wyciągnąć można wniosek, że skarbowi państwa z trudnością przychodzi utrzymywać dwa uniwersytety w Galicyi. Z tego to powodu podniósł kwestyę, czy nie należałoby raczej dotacyą uniwersytetu lwowskiego wspomódz uniwersytet krakowski. Uwagi godnem jest przytem przyznanie p. Suessa, że ani on nieczuje się powołanym oceniać uniwersytet pod względem naukowym, ani też nie przyznaje tej kompetencyi komisyi budżetowej. Przyrzeka również, że przy sposobności rozpraw w pełnej Izbie zaznaczy jasno swe stanowisko w tej kwestyi. Z pomiędzy dowodów uznania, jakie autor broszury otrzymał z powodu swego wystąpienia w tej sprawie wymieniam także list profesora Dra Rulfa, dawniej profesora prawa karnego w uniwersytecie lwowskim, który stanowczo potępia napaści na ten uniwersytet.

Wiedeń 13 grudnia.

(*R.*) Dzisiejszy artykuł *Fremdenblattu* zwrócił na siebie uwagę. Naprzód wytacza on kwestyę wewnętrzną, kwestyę austryacko-węgierską w całéj pełni i w całéj grozie, następnie twierdzi, że w sprawie bankowéj żadnego nioma zbliżenia między obu rządami, wreszcie popisuje się zdaniem, że gabinet p. Tiszy posiada zaufanie parlamentu węgierskiego, atoli gabinet ks. Auersperga nie może postawić kwestyi osobistéj w Radzie państwa, co ma znaczyć, że nie będąc pewnym poparcia Izby, właściwie powinien ustąpić, jeżeli sprawa bankowa w ogóle stanie się powodem przesileń gabinetowych. W ogóle cały artykuł tak wygląda, jakby zawierał *consilium abeundi* dla gabinetu przedlitawskiego; zgoła *Fremdenblatt* staje prawie otwarcie po stronie węgierskiéj. Cóż to ma znaczyć? Czy to objaw czysto dziennikarski, objaw odosobniony? czy to głos inspirowany? Jeżeli głos [illegible] ostatnie, to powstaje pytanie, czy ci, co stoją po za *Fremdenblattem*, mają chęć i siłę obalenia gabinetu Auersperga i czy gabinet ten żyje z łaski tych panów? Wątpimy. Zresztą być może, że wrażenie, jakie sprawił wspomniony artykuł, nie jest słusznem. W każdym razie sprawa bankowa coraz bardziéj wikłać się zaczyna. Węgrzy stanowczo obstają przy żądaniu banku dualistycznego i podobno liczą na urzeczywistnienie tego pomysłu. Być może, że nadzieje ich zostają w związku z sytuacyą zewnętrzną. Węgrzy, stanowiący dziś główną przeszkodę wspólnéj akcyi austryacko-rosyjskiéj, mogą osiągnąć ustępstwa na wewnątrz, jeżeli poczynią ustępstwa na zewnątrz. Tak przynajmniéj wielu utrzymuje.

Co się tyczy konferencyi w Stambule i jéj prawdopodobnego rezultatu, wszystko to przedstawia się w różowych kolorach, w pokojowych nadziejach. Oby nie doznali okropnego zawodu! Najbardziéj pokojowe pismo przyznaje, że w razie jeżeli Turcya nie podda się uchwałom konferencyi, jedna tylko Rosya przeprowadzi egzekucyę tychże uchwał. Ponieważ atoli Turcya wszędzie oznajmia, że nie zgodzi się na postanowienia, uwłaczające jéj samodzielności, a zatem Rosya w końcu znajdzie się sam na sam z swą ofiarą.

Wiedeń 13 grudnia.

(*218 posiedzenie Izby deputowanych*).

Zanim przejdę do sprawozdania z posiedzenia dzisiejszego, winienem słowy kilku uzupełnić sprawozdanie wczorajsze.

Dep. X. Greuter kończy wywody swe wnioskiem o przywrócenie w budżecie wniosków rządowych co do kwot 6,108 złr. i 2.822 złr. na uposażenie niektórych klasztorów w Czechach i Styryi, które to kwoty komisya wymazała.

Dep. X. Ruczka z powodu spóźnionej pory zrzeka się głosu, zapowiadając, że zabierze go wśród obrad nad projektem o uregulowaniu kongruy.

Dep. Kronawetter wnosi rezolucyę: „Wzywa się rząd, aby jeszcze w roku administracyjnym 1877 wniósł projekt ustawy o pobieraniu podatku wyznaniowego w parafiach katolickich, zapowiedziany w ustawie z dnia 7 maja r. 1874" — tudzież drugą rezolucyę brzmienia następującego: „Wzywa się rząd, aby jeszcze w roku administracyjnym 1877 wniósł projekty ustaw, żądane przez Izbę poselską w rezolucyi z dnia 19 października r. 1875, o przyczynianiu się funduszów religijnych do opędzenia kosztów nauki religii katolickiej po szkołach ludowych i średnich, tudzież o zawiadowaniu i używaniu funduszów religijnych".

Obie rezolucye znalazły dostateczne poparcie.

Na tem skończyło się posiedzenie wczorajsze.

Dzisiejsze posiedzenie zagaja prezes Rechbauer o godz. 11 min. 20 przy nielicznym z początku udziale deputowanych i członków rządu. Publiczności nie wiele.

Z ministerstwa skarbu nadeszło pismo o odnowieniu ugody celno-podatkowej z księstwem Lichtenstein.

Między petycyami niema żadnej z Galicyi.

Na porządku dziennym dalszy ciąg obrad nad budżetem ministerstwa oświecenia.

Po przemówieniu sprawozdawcy specyalnego dep. Rodlera, który przeciw X. Greuterowi przywodził, że komisya po dojrzałej rozwadze z słusznych pobudek wymazała pozycye na klasztory w Czechach i w Styryi; tudzież po zaleceniu wniosków komisyi przez sprawozdawcę generalnego Wolfruma, — Izba w głosowaniu odrzuca wniosek Greuera (za nim obecni członkowie rządu Stremayr i Ziemiałkowski) a uchwala wnioski komisyi.

Następuje tytuł 10: „Fundacye i dodatki na katolickie cele kościelne" w dwu paragrafach mieści razem wydatków zwyczajnych 170,213 złr., nadzw. 113,051 złr. Z tych kwot przypada tylko 197,513 złr. do ogólnego podziału, podczas gdy 85,751 złr. przeznaczonych jest na pewne budowle kościelne (n. p. przy katedrze św. Szczepana w Wiedniu 50,000 złr., przy katedrze św. Wita w Pradze 10,000 złr. i t. p. Rząd wnosił o przyzwolenie w wyd. zw. 171,229 złr., w nadzw. 118,963 złr.; komisya odmówiła 5,912 złr. na zbudowanie mieszkań dla wikaryuszów przy kościele katedralnym w Gorycyi (ze względu na finansowe położenie państwa), inną kwotę zaś według metody „zaokrąglenia" zniżyła o 1016 złr.; różnica przeto między wnioskami rządowemi a komisyi wynosi 6,928 złr.

Stósownie do uwag moich dodanych w sprawozdaniu wczorajszem do tyt. 9 §§. 20 i 21go podaję tutaj szczegółowy wykaz udziału Galicyi w kwotach przeznaczonych do ogólnego podziału. Są to kwoty następujące:

z tyt. 9 §. 20 na wsparcia dla katolickich duszpasterzy	600,000 złr.
z tegoż tytułu §. 21 wydatki z dóbr i lasów fundacyjnych	326,900 złr.
z tyt. 10 §§. 1 i 2 z fundacyj i jako wydatki razem	197,513 złr.
ogółem przeto ma przyjść do podziału	1,124,414 złr.

Z tej tedy kwoty ma przypaść na Galicyę:

Konwentowi Bernardynów we Lwowie: uposażenie za duszpasterstwo 157 złr., za duszpasterstwo w areszcie sądu krajowego 110 złr., wynagrodzenie za zrzeczenie się kwesty 5033 złr., na potrzeby kościelne przy nabożeństwie gimnazyalnem 80 złr., na takież potrzeby w kościele farnym św. Andrzeja 200 złr., na koszta podróży dla prowincyała 134 złr.; w Brzeżanach: wynagrodzenie za zrzeczenie się kwesty 150 złr.; w Dukli: takież wynagrodzenie 910 złr.; w Krystynopolu: takież wynagrodzenie 423 złr.; w Kalwaryi: takież wynagrodzenie 2918 złr.; w Krakowie: za duszpasterstwo w areszcie 170 złr.; w Leśniowie: za zrzeczenie się kwesty 100 złr.; w Leżajsku: takież wynagrodzenie 1486 złr.; w Przeworsku: takież wynagrodzenie 710 złr.; w Rzeszowie: takież wynagrodzenie 695 złr., za duszpasterstwo w więzieniu 70 złr.; w Samborze: takież wynagrodzenie i na utrzymanie budynków razem 1044 złr.; w Sokalu: takież wynagrodzenie 1755 złr. tudzież wynagrodzenie za emolumenta 88 [illegible] 1156 złr., za duszpasterstwo w więzieniu 80 złr.; w Zbarażu: za kwestę 298 złr.

Konwentom *Reformatów:* w Bieczu: za kwestę 801 złr.; w Jarosławiu: za kwestę 1605 złr.; w Kętach: za kwestę 761 złr.; w Przemyślu: za kwestę 814 złr., na koszta podróży dla prowincyała 74 złr.; w Rawie: za kwestę 988 złr.; w Sądowej Wiszni: za kwestę 778 złr.; w Wieliczce: za kwestę 2511 złr.; w Zakliczynie: za kwestę 995 złr.

Kapucynom: w Krośnie: za kwestę 938 złr.; w Kutkorzu: za kwestę 415 złr.; w Olesku: za kwestę 417 złr.; w Rozwadowie: za kwestę 406 złr.; w Sędziszowie za kwestę 2670 złr.

Karmelitom: we Lwowie: na potrzeby kościelne przy nabożeństwie gimnazyalnem 80 złr.

Dominikanom: we Lwowie: na pensyę dla administratora plebanii 158 złr., komornego 126 złr.; w Jarosławiu: na potrzeby kościelne 207 złr,

Jezuitom: we Lwowie: komornego 441 złr.. za msze fundacyjne 420 złr.; w Nowym Sączu: zo duszpasterstwo w więzieniu 200 złr.

Zakonowi *Kanoników Lateraneńskich* w Krakowie: dochody z młyna Rakowickiego 121 złr.

Minorytom we Lwowie 431 złr.

Benedyktynkom: we Lwowie: uposażenie na 20 osób 2510 złr., na urządzenia szkolne 334 złr.; w Staniątkach: pensya dla katechety w szkole dla dziewcząt 315 złr., stałe dodatki 4200 złr.

Sakramentkom we Lwowie wynagrodzenie za emolumenta 53 złr., stałe dodatki 840 złr.

Klaryskom w Nowym Sączu pensya dla katechety 420 złr., dla spowiednika 315 złr., na komorne katechecie 36 złr., uposażenie dla 24 zakonnic 4939 złr., na służbę 559 złr., na statki kuchenne 17 złr., na wino do mszy św. 24 złr., na wosk 63 złr., za naciąganie zegara 14 złr., kominiarzowi 11 złr., zmienne wydatki 260 złr., na utrzymanie budynków 1200 złr.

Siostrom miłosierdzia: we Lwowie pensya dla katechety 315 złr., pensya dla kapelana 210 złr., dodatki systemizowane 1680; w Nowosiołkach na dusz pasterstwo w szpitalu klasztornym 157 złr.

Bernardynkom w Krakowie abluicyi propinacyjnej 30 złr.

Duchaczkom w Krakowie wynagrodzenie za komorne 245 złr.

Dla wyjaśnienia pozycyj „za zrzeczenie się kwesty", dodać wypada, że jest to tytuł pozorny, w rzeczywistości bowiem klasztory pobierające to wynagrodzenie sprawują dusz pasterstwo przy kościołach już to parafialnych, już innych, jak w samymże wykazie budżetowym po części dodano w osobnym dziale tabeli.

Zliczywszy wszystkie powyższe liczby, otrzymamy w rezultacie, że na zakony w Galicyi przypadnie 52,139 złr., z której to kwoty tylko 816 złr. pochodzi z działu „fundacyj", cała reszta zaś „z wydatków funduszu religijnego".

Nadmienić trzeba, że wsparcia dla duchowieństwa świeckiego nie są i nie mogą być wykazane; nie ma nawet podanej ogólnej liczby, któraby przypaść miała na duchowieństwo świeckie w Galicyi; wykaz powyższy jest więc mimo szczegółowości swej niedostateczny do wytworzenia sobie choćby w przybliżeniu, ile z całej kwoty 1,124,414 złr. przypaść ma na Galicyę.

Następuje tytuł 11: „Dodatki na ewangelickie cele kościelne", obejmujący w 3ch paragrafach wydatki następujące: na Radę kościelną 27,855 złr., na wsparcia dla wszystkich królestw i krajów wydatki zwyczajne 50,000 złr., nadzwyczajne 25,000 złr., innych wydatków zwyczajnych 2616 złr., czyli razem wydatków zwyczajnych 80,471 złr., nadzwyczajnych 25,000 złr.

W tytule tym nie „zaokrąglała" komisya nic zgoła; wnioski jej zgodne z wnioskami rządowemi, a zarazem z kwotami przyzwolonemi na r. 1876.

Tytuł 12: „Dodatki na cele Kościoła prawosławnego" mieści w sobie: dla Dalmacyi 60,000 złr. wydatków zwyczajnych, dalej wyd. nadzw. na nowe budowle 16,000 złr. i na wsparcia dla duchowieństwa 6,000 złr., czyli razem wydatków zwycz. 60,000 złr., nadzw. 22,000 złr.

Rząd wnosił tu o przyzwolenie w wydatkach zwyczajnych 60,735 złr., w nadzw. 77,560 złr.; komisya „odrzucając z całym naciskiem ze względu na położenie finansowe" pozycyę 50,000 złr. jako pierwszą ratę na zbudowanie pałacu dla biskupa prawosławnego w Zadarze i skreślając, lub zaokrąglając inne pozycye, zniżyła pozycye rządowe razem o 56,295 złr. Z sprawozdania nie wynika, ile przyzwolono na r. 1876.

Na tem kończy się *lit. B.* budżetu ministerstwa oświecenia i spraw duchownych, czyli budżet wydatków na cele kościelne, co do których rząd wnosił w ogóle o przyzwolenie w wydatkach zwyczajnych 5,342,898 złr., w wyd. nadzw. 460,461 złr., a komisya wnosi w wyd. zw. 4,112,984 złr., w nadzw. 153,024 złr., zniża więc wnioski rządowe razem o 737,351 złr.

Powyższe tytuły 10, 11, 12 uchwala Izba bez dyskusyi wedle wniosków komisyi.

Następuje *lit. C.:* „Wydatki na cele naukowe," i to nasamprzód tyt. 13-ty, obejmujący w 19 paragrafach wydatki na uniwersytety, na fakultety teologiczne poza uniwersytetami, na akademie techniczne, na akademię sztuk pięknych w Wiedniu i na stypendya, razem wydatków zwyczajnych 2,984,650 złr., nadzw. 1,347,295 złr.

W tych kwotach mieści się na uniwersytet we Lwowie wyd. zwycz. 146,000 złr., na uniwersytet w Krakowie wyd. zw. 208,000 złr., nadzw. 26,000 złr.; dalej na akademię techniczną we Lwowie wyd. zwycz. 73,000 złr., nadzw. 251,400 złr.; razem przeto dla Galicyi wydatków zw. i nadzw. 704,400 złr.

Rząd wnosił na uniwersytet lwowski tylko 130,337 złr., a to z powodu opuszczenia pozycyi 14,225 złr. na studyum medyczno-chirurgiczne, dalej pozycyi 15,000 złr. na komorne (z powodu rokowań o nabycie gmachu dla uniwersytetu) i innej drobnej pozycyi. Komisya przywróciła z tych opuszczonych pozycyi dwie ostatnie (a nie przywróciła pozycyi na studyum medyczno-chirurgiczne) stąd wniosek komisyi wyższy jest od wniosku rządowego o 15,663 złr.

Na uniwersytet krakowski wnosił rząd o przyzwolenie razem 235,419 złr. Komisya „zaokrągliła" wydatki zwyczajne, ztąd wniosek jej niższy o 1419 złr. od wniosku rządowego.

Tu znajduje się też w sprawozdaniu szczegółowem fatalna dla uniwersytetu lwowskiego wzmianka: „Pozycya ta (200,000 złr. na zakupienie gruntu pod instytut patologiczno-anatomiczny itd. przy uniwersytecie krakowskim) stanowi pierwszą ratę kwoty może jeszcze raz tak wielkiej. Komisya zalecając przyzwolenie jej, bo jest właśnie odpowiednia oferta, jest przecież tego mniemania, że zanimby się rozpoczęło kosztowne budowle w Krakowie, wypadałoby zasadnicze powziąć postanowienie o przyszłości uniwersytetu lwowskiego".

Na akademię techniczną we Lwowie wnosił rząd o przyzwolenie razem 325,231 złr. Komisya „pozaokrąglała" pozycye, tak że wniosek jej o 831 złr. niższy od wniosku rządowego.

Dla zaspokojenia może ciekawych dodaję tu pozycye na uniwersytet w Czerniowcach: wydatków zwyczajnych 70,000 złr., nadzwyczajnych na rozszerzenie biblioteki 6000 złr., na rozmaite laboratorya 15,000 złr. (są to dwie raty trzecie). Rząd wnosił tylko w wydatkach zwyczajnych 400 złr. więcej. Dodam także, że przy uniwersytecie w Inspruku komisya poczyniła swoje uwagi w znanym duchu o fakultecie teologicznym, obsadzonym Jezuitami. Co do fakultetu medycznego także każe zastanowić się rządowi, czy się godzi żądać 68,354 złr. dla wydziału liczącego 44 uczni. Komisya wykreśliła przy uniwersytecie inspruckim wszystkiego razem 33,386 złr.

W dyskusyi dep. X. Greuter rozwodzi się ogólnikowo o liberalizmie w zastosowaniu do oświaty i spraw duchownych.

Prezes zwraca mowcy uwagę, że to obrady szczegółowe i prosi przejść już do pozycyj na zakłady wyższe.

X. Greuter utrzymuje, że nie do poszczególnych pozycyj głos zabrał, lecz do napisu tego tytułu.

Wynika ztąd sprzeczka między prezesem a mowcą, który nakoniec zrzeka się głosu.

Dep. hr. Mieroszowski nawiązuje do powyższej uwagi komisyi budżetowej o uniwersytecie lwowskim, upatruje w niej podstępny manewr, który, gdyby przyjęto dziś milczeniem, za rok stałby się prejudykatem, na którym komisya oparłaby wnioski dalej już się posuwające; dla tego mowca uroczyście protestuje przeciw tej uwadze. Tendencya komisyi znana już jest po części z zeszłorocznych obrad budżetowych, jest to dążność do zniesienia uniwersytetu lwowskiego, mimo, że istnieje lat sto i liczy 1000 uczniów. Chcecie go znieść, wystąpcie otwarcie, a nie napadajcie nań z zasadzki. Mowca gorąco bierze w obronę uniwersytet lwowski.

Dep. Dr Czerkawski Euzebiusz także ujmuje się za uniwersytetem lwowskim, dając pogląd na założenie jego przez Maryę Teresę w celu zbliżenia ludności do nowego rządu, w ogóle pogląd historyczny na rozwój, który jest tak pomyślny, że mimo braku wydziału medycznego, uniwersytet lwowski jest trzeci z kolei w całej monarchii po Wiedniu i Pradze.

Po przemówieniu dep. Wurma, domagającego się założenia uniwersytetu na Morawie w miejsce uniwersytetu ołomunieckiego, który zniesiono w tej myśli, aby ściągnąć Niemców z Morawy do uniwersytetu krakowskiego i zgermanizować go w ten sposób, w czem jednak przerachowano się fatalnie,— zabiera głos

dep. Gierowski (świętojurca), który, ponieważ mogłoby się zdarzyć, że przesądzanoby jego stronni

ctwo o zgodność z lewicą w dążności zniesienia uniwersytetu lwowskiego, zastrzega się w imieniu świętojurców przeciw podobnemu przypuszczeniu; owszem jesteśmy zgodni z tymi, którzy przemawiają za koniecznością utrzymania go, a nawet uzupełnienia wydziałem medycznym. Mowca zwraca się przeciw sprawozdawcy specyalnemu dep. Suessowi, który, mówiąc o upadku uniwersytetu lwowskiego (*Niedergang*) nie miał na czem oprzeć swego twierdzenia; gdyż owszem uniwersytet ten tak co do liczby uczniów jak co do naukowych rezultatów swoich równa się pierwszorzędnym. Dalej mowca zwraca się przeciw zarzutowi, że sama tylko Galicya pomiędzy wszystkiemi krajami Austryi ma dwa uniwersytety i dowodzi, że to wyjątkowe stanowisko Galicyi jest oparte najzupełniej na słuszności. Mowca nic też nie ma nadmienić przeciw wykładom polskim, pragnie tylko, aby profesorowie Rusini, którzy są profesorami nadzwyczajnymi, byli usystemizowani jako profesowie zwyczajni.

Tu przyjęto wnioski o zamknięcie dyskusyi.

Przemawiają tedy jeszcze tylko dep. Dr Kabat (mówił bardzo krótko i tak cicho, że ani słowa nie pochwyciłem) i dep. Hallwich.

Poczem minister Stremayr zabiera głos do bardzo krótkiej uwagi o uniwersytecie lwowskim: „Oświadczam niniejszem stanowczo, że rząd dzisiejszy ani nigdy nie miał, ani też nie nosi się bynajmniej z zamiarem zniesienia uniwersytetu lwowskiego lub przeszkadzania mu w pomyślnym rozwoju.“ (*Brawo! brawo! z ust deputowanych Polaków i innych z prawicy, którzy zbliżyli się byli tuż do ministra, gdy miał zabrać głos*). Dalej wspomina minister bardzo krótko także coś o uniwersytecie praskim.

Sprawozdawca specyalny Suess w dość obszernym wywodzie tłómaczy, iż wyrazu *Niedergang* nie użył w znaczeniu innem, tylko finansowem, a dalej mówi, że gdyby nawet był Polakiem z Galicyi w interesie kraju domagałby się ujęcia bardzo wiele uniwersytetowi lwowskiemu, aby uniwersytet krakowski mógł prosperować tem świetniej. Przemówienie jego także streszczę w przyszłości; wogóle radbym podać osobno całe rozprawy o uniwersytecie lwowskim, bo może kiedyś *et haec meminisse juvabit*.

W głosowaniu przyjęto cały tytuł 13ty wedle wniosków komisyi.

Izba przechodzi do tytułu 14go: „Szkoły średnie“ itp., który, ponieważ nikt z deputowanych Polaków tu nie przemawiał, a dyskusya zresztą nic Galicyi nie obchodziła, przedstawię z powodu spóźnionej pory w sprawozdaniu następnem.

Pod koniec posiedzenia odczytano jeszcze interpelacyę deputowanych z Dalmacyi w sprawie Słowian z prowincyj tureckich, szukających schronienia w Dalmacyi.

Koniec posiedzenia o godzinie 4 minut 30. — Następne jutro.

Ateny 6 grudnia.

Ministeryum podało się do dymisyi. W głosowaniu nad projektem ustawy o pożyczce 10-milionowéj, ministeryum otrzymało 79 głosów przeciw 78 i dwie białe gałki. Ministeryum upadło przeto jednym głosem większości, gdyż białe gałki uważane są za przeciwne.

Upadek ten nie byłby nastąpił, gdyby trzéj stronnicy ministerstwa nie byli wyszli z sali przed głosowaniem.

Król powoła prawdopodobnie pana Deligeorgis do utworzenia nowego gabinetu, lecz zdaje się że go tenże nie będzie mógł złożyć, gdyż p. Tricupis który szedł z nim ręka w rękę, aby zwalić ministeryum, nie ma zamiaru pomagać mu do zagarnienia władzy. Trzeba więc będzie wrócić do p. Communduros. Przez jakież proby przechodzić musi biedna Grecya z powodu ambicyi kilku ludzi.

Bodajby nie było większych zajść z powodu oburzenia ludu, który z wielką niecierpliwością widzi upływający czas bez nadziei polepszenia na przyszłość.

Najwyższy trybunał sprawiedliwości wydał właśnie wyrok w sprawie ministra Bulgarisa, uznając oskarżonych winnymi nadużycia władzy, lecz uwalniając ich zarazem, gdyż nie ma ustawy, którąby oznaczała karę za taką zbrodnię.

P. Deligeorgis mając sobie poleconem przez króla utworzenie gabinetu, odpowiedział że uczynić tego nie może, nie mając za sobą większości, a według zwyczajów Izby podobne wotum bywa powtarzane. Pozostanie więc p. Communduros przy władzy.

Izba wyczerpnąwszy kwestye polityczne, zajmowała się zbadaniem projektu ustawy, jaki przedłożyło ministeryum, a dwa ostatnie tygodnie użyto na wotowanie na tę ustawę w pierwszem i drugiem czytaniu. Opozycya zrozumiawszy, że opinia publiczna bardzo obstaje za przygotowaniami wojennemi, nie śmiała wotować przeciw zasadzie téj ustawy, lecz gotuje się do silnego uderzenia na ministeryum podczas trzeciego czytania.

Lecz jeżeli rozprawy w Izbie nie wielki budzą w téj chwili interes, sytuacya polityczna budzi go tem bardziéj, tak że we wszystkiem spotyka się na końcu znak zapytania. Gdyby kryzys ministeryalna była spowodowaną różnicami zapatrywań politycznych, nicby nie można mieć przeciw temu, lecz smutno powiedzieć, że tylko ambicye osobiste powstrzymują regularny ruch machiny rządowéj i to jeszcze w chwili tak krytycznéj.

Rząd usunął był pierwéj na chwilę grożące niebezpieczeństwo, wychodzące od stronnictwa ministeryalnego. Oto co mogłem się o tem dowiedzieć.

Gdy gabinet Bulgarisa ustąpić musiał władzy panu Communduros. p. Zaimis przyrzekł poparcie swoje nowemu gabinetowi, pod warunkiem, że p. Communduros po roku odda z kolei władzę w jego ręce. Otóż teraz gdy rok się skończył, p. Zaimis żądał spełnienia tego warunku. P. Communduros odpowiedział, że nie sądzi aby obecne okoliczności dozwalały podobnéj zmiany, któraby osłabiła powagę, jakiéj rząd używa. Lecz p. Zaimis nalegał i groził mu odmówieniem poparcia oraz że będzie wotował przeciw jego ustawom. P. Communduros, odkładając na bok wszelkie samolubne pobudki i sądząc, że spełni obowiązek względem ojczyzny, gdy ustąpi tekę swą panu Zaimis, aby ocalić ustawy tak potrzebne w obecnym stanie rzeczy na Wschodzie, zezwolił na żądaną mianę. Nazajutrz był u króla aby mu całą rzecz wytłómaczyć. Lecz król który niemniéj posiada rozsądku jak sprytu politycznego oświadczył, że pojąć nie może podobnéj tranzakcyi osobistéj. Jeżeli rząd nie będzie miał większości w Izbie, wtedy powoła szefa opozycyi, aby utworzył gabinet, lecz póki rząd ma za sobą większość, nie odgaduje potrzeby zmiany w osobie pierwszego ministra. P. Zaimis musiał się więc zrzec swych nadziei do pewnego czasu. Dziś ma otwartą drogę.

Mowa dep. Dra Juliana Czerkawskiego miana w Izbie deputowanych Rady państwa dnia 11go b. m. wśród obrad nad budżetem ministerstwa spraw wewnętrznych, mianowicie nad wydatkami na budowle wodne, brzmi w przekładzie z stenogramów jak następuje:

Jest to zupełnie uzasadniony zwyczaj parlamentarny, że wśród szczegółowych obrad budżetowych przemawia się nie tyle ze stanowiska tego lub owego wydziału w rządzie; ile raczej ze stanowiska interesów lokalnych. Ztąd i mnie wybaczycie, że poruszę szczegółowo te tylko sprawy, które obchodzą mój kraj koronny, tj. Galicyę z Krakowem. Może to tem słuszniejszem się wyda, ile że pewnie większa część panów, mianowicie i my, myślimy już w tej chwili o powrocie do naszych penatów, która to myśl z pewnością przyjemna, ale i nieprzyjemna o tyle, że trzeba nam więcej już na prawdę pomyśleć o wyborcach naszych, którzy ustawicznie i to całkiem słusznie pytają nas: „Cóżeście nam przywieźli?“ Kraje i ludy tworzą sobie właśnie wedle tego, co im stąd przywozimy, swoje dobre lub złe wyobrażenie o wysokiej Radzie państwa. Panowie nie weźmiecie mi za złe, że będę otwarty i poprostu oświadczę, że stosownie do podarków, które dotychczas wyborcom naszym przywieść mieliśmy sposobność, kraj nasz i lud nasz nie mógł wytworzyć sobie o Wys. Radzie państwa tego przyjemnego wyobrażenia, jak byśmy tego życzyli z całego serca, w czem życzenie nasze niestety może nie całkiem jest uzasadnione.

Przechodzę do przedmiotu, który mam przed sobą, tj. do rozdziału VII, tyt. 9, § 12: „Budowle wodne dla Galicyi i Krakowa“.

Wysoki rząd umieścił liczbę swą w tym rozdziale z pewnością po dojrzałym namyśle; a nie możemy powiedzieć, iżby kiedykolwiek przy układaniu budżetu obdarzał kraj nasz szczególną szczodrobliwością. Jakoż wyznać trzeba, że zamieszczone przez rząd liczby są więcej niż mierne. Mimo to komisya budżetowa uznała za stosowne te bardzo skąpe liczby znacznie jeszcze [illegible] [illegible] dotknął nas z powodu [illegible] kwota, o którą się rozchodzi, ile raczej metoda, której się trzymano, nas dotyka. Umiemy sobie bowiem wytłómaczyć, że nieraz do zadań komisyi budżetowej należy znaczne okrawanie wniosków rządowych. Ale jeśli przy używaniu tego narzędzia zawsze jedna i ta sama struna jest przecinana, jak np. właśnie struna naszego kraju tego doznaje, któremu sześć pozycyj wymazano, czy przynajmniej okrojono, wtedy pojmiecie pewnie panowie, że przy takich cztery razy przekreślonych nutach wydobywają się czasem i wywoływane są głosy, które nie każdemu mogą być przyjemne.

Zastanawia nas jeszcze inny rodzaj postępowania, co się tyczy wielkości różnic w okrawaniu wniosków rządowych. Zdaje nam się bowiem, że przy budowlach i w ogóle przy przedsiębiorstwach technicznych — a budowle wodne pewnie są niemi — okrawanie tak znaczne, wykreślanie przechodzące np. więcej, niż 30%, właściwie nie powinno być dozwolone. Bo rząd albo ułożył projekty swe po dojrzałym namyśle, a wtedy są to liczby bezwarunkowo niezbędne, których nie należałoby tak ogromnie okrawać, albo też nie zbadał należycie odnośnej sprawy [illegible]

Zadaliśmy sobie pytanie, coby była za przyczyna, że właśnie pozycye na budowle wodne w Galicyi i Krakowskiem, doznały tak kalec zącego zaokrąglenia. I oto nie znaleźliśmy innej przyczyny nad tę tylko, że komisya budżetowa chce hołdować zasadzie zaokrąglenia. Nam bo zawsze się zdawało, że w tym względzie komisya budżetowa i panowie sprawozdawcy specyalni powinniby urząd swój sprawować w ten sposób, byśmy mogli uważać ich poniekąd za arcykapłanów, biorących się do tego rytualnego aktu obrzezania budżetu przynajmniej z pewną delikatnością. Jeśli atoli okrawanie dochodzi trzeciej części, czyli właściwie redukuje się pozycye o jedną trzecią, a więc o 33%, nie możemy niestety wyobrazić sobie pana sprawozdawcy inaczej, jak w postaci Heroda, który prześladuje niewinne istoty.

Taką małą rzeź sprawiono n. p. właśnie w pozycyach dotyczących naszego kraju. Jest tam n. p. pozycya przeznaczona na regulacyę pewnej rzeki, preliminowana przez rząd w niewielkiej liczbie 6000 złr.; zredukowano ją naraz do 4000 złr.

Trzeba rzeczywiście przyznać, że nieraz zdaje się nam, iż jest w tem metoda. Aby zaś wytłómaczyć panom, że nie bez słuszności twierdzimy coś podobnego, przywiodę wam przykład, który będzie może dobrą ilustracyą.

Jedną z największych rzek w kraju jest, jak wiadomo, Wisła. Dzieli się na dwie naturalne części, t. j. tę, która stanowi granicę między Rosyą a Austryą, gdzie jeden tylko brzeg należy do państwa austryackiego, i tę drugą część ku górze, której oba brzegi leżą na terytoryum austryackiem. Gdy więc chodziło o uregulowanie prawego brzegu dolnej Wisły, zawsze uniewinniano się tem, że ta praca zawisła właściwie od porozumienia się obu rządów, t. j. austryackiego i tego, do którego należy brzeg drugi. Ale tak samo zaniedbano tę część Wisły, której oba brzegi położone są na terytoryum austryackiem; a gdyśmy zapytali, dla czego to, znów nam odpowiedziano, że zanimby można uregulować część górną, trzeba wprzód uregulować część dolną.

Najczęściej atoli tak się wydarza: Kwota preliminowana przez rząd jest i tak już skąpo obmierzona; komisya następnie jeszcze ją zniża, a potem rząd krajowy ma sobie dać radę z kwotą podobnie okrojoną i niedostateczną. Rząd krajowy jednak czy odnośne organa wykonawcze zastanawiają się nad sprawą i przychodzą do przekonania, że możnaby wprawdzie rozpocząć dzieło, mianowicie dzieło budowli wodnej, z tak niedostatecznem wyposażeniem, ale nie możnaby go skończyć, to znaczy, że pieniądze, użyte w niedostatecznej ilości, byłyby poprostu wyrzucone. Rzetelny urzędnik przeto spisuje sprawozdanie i wnosi, aby pracy tej lepiej wcale nie podejmować.

Najciekawszy jednak bywa koniec takiego postępowania. Bo gdy z kwot przyzwolonych krajowi pozostanie ta lub owa nieużyta, bo kraj nie zużył jej z przytoczonych powyżej powodów, wtedy podstępnie czyni się krajowi zarzut: „Czegóż jeszcze chcecie? — wszakże nie zdołaliście zużyć nawet tego, cośmy dla was uchwalili“. Tak więc podobnemi zarzutami karani jesteśmy za rzetelność urzędu wykonawczego. Panowie! będziecie przeto mieli nas za wytłómaczonych a przynajmniej za uniewinnionych, jeślim twierdził, że w postępowaniu tem jest po części metoda.

Nie stawamy też wobec was z wnioskiem obszernym i dalekiej doniosłości, lubo konsekwentnie Izba powinnaby może pobudzać nas do stawiania takich wniosków; a mamy słuszne po temu powody, i to powody równie natury rzeczowej, jak formalnej, może nawet indywidualnej. Mniemamy bowiem, że sieć wodna wielkiego kraju lub przynajmniej wielkiego systemu rzek powinna być pojmowana jako całość, że przeto należałoby postępować wedle pewnego planu i ułożyć nasamprzód system owładnięcia biegu wód i regulacyi sił wodnych, a potem dopiero przystąpić do systematycznego przeprowadzenia pracy wymagającej może dziesiątków lat. Takiej atoli niezbędnej pracy wstępnej właściwie nikt łatwiej dokonać nie może, jak tylko odnośna władza administracyjna. Ona to posiada środki pomocnicze, ona jedynie sposoby, ona też w tym względzie powinna podjąć inicyatywę.

Ale choćbyśmy nawet chcieli i powinni stawić teraz wniosek wyczerpujący sprawę, wniosek ten musiałby jednak pójść nasamprzód do rządu i tam być dokładnie zbadany, a w ten sposób stanęlibyśmy na tym punkcie, na którym obecnie już stoimy.

Te oto są powody rzeczowe i formalne, dla których powstrzymujemy się od stawiania większych i donioślejszych wniosków co do sieci wodnej i regulacyi wód w naszym kraju koronnym.

Mamy atoli inny jeszcze powód. Są, panowie, rozmaite fale, które zagrażają krajowi naszemu spustoszeniem. Jest ogromna i potężna fala tocząca się od Wschodu, która brzemienniejszą może w siły pustoszące od owych fal fizycznych, które owładnąć jest zadaniem tej właśnie części budżetu. Mamy już niestety to doświadczenie, że ilekroć rzetelnie usiłowaliśmy zatamować tę podrywającą falę, a to nietylko w interesie naszego kraju, lecz i w interesie Austryi, wysoka Izba nie miała ani oka, ani może i serca po temu, aby nas wesprzeć w tych usiłowaniach. Ztąd też łatwo pojąć wątpliwość naszą, czybyśmy znaleźli w tej wysokiej Izbie posłuch i przychylne usposobienie w sprawie ujęcia w karby fal fizycznych, zwłaszcza, że wypadłoby uchwalić znaczniejsze kwoty. Nie występujemy przeto z żadnemi obszerniejszemi i donioślejszemi wnioskami.

Aby jednak obrady te nie przeminęły zupełnie bez pożytku, pozwalam sobie mimo wszystkiego stawić wniosek, wniosek bardzo skromny, którego przyjęcie nie powinno sprawiać wysokiej Izbie wielkich trudności t. j. wniosek następujący:

„Liczby i pozycye zmienione przez szanowną komisyę budżetową, mianowicie pozycye na budowle około [illegible] [illegible] złr., około Dunajca 15,000, około Sanu 40,000 złr., około Wisłoki 4 000 złr., należy wymazać a w ich miejsce zamieścić w budżecie kwoty preliminowane pierwotnie przez wysoki rząd“.

Sądzę, że w tym względzie wypada mi zwrócić się także do pana sprawozdawcy specyalnego (Giskry), by był łaskaw dać *pardon* tym razem pozycyom rządowym.

Nakoniec muszę sobie jednej jeszcze pozwolić uwagi. Zdaje mi się, że byłoby może i pożyteczniej i przyjemniej także, gdyby interesa poszczególnych krajów wzajemnej doznawały w tej wysokiej Izbie obrony, t. j. gdybyśmy pomieniali się na role i gdyby interesa jednego kraju za przyjacielskiem porozumieniem się mogły być bronione przez deputowanych innego kraju: a wtedy z pewnością nie zawahałbym się powierzyć interesa kraju mojego panu sprawozdawcy specyalnemu, i byłbym pewny, że nietrudnoby mu było wywalczyć nietylko te, lecz i o wiele znaczniejsze jeszcze pozycye.

Śmiem przeto polecić mój wniosek wysokiej Izbie ku łaskawemu przyjęciu.

[illegible] 12 grudnia. W dalszym ciągu obrad w wydziale podatkowym Izby deputowanych zgodzono się na to, że wyraz *summarisch* użyty w §. 18 ma znaczyć zapisanie dochodu podatkującego w ogólnej liczbie, z ogólnem oznaczeniem źródła jego pochodzenia, a bez szczegółowego wyliczania jego źródeł częściowych. Ściąga się to do fasyi, którą każdy z podatkujących sam ma komisyi szacunkowej doręczyć. Obradowano dalej nad tem, o ile osoby wstrzymane od przybycia lub zamieszkałe zagranicą tudzież osoby nieletnie przez inne umocowane do tego osoby zastąpionemi być mogą. Żony zastępują mężowie, chyba że majątek ich pod obcą zostaje kuratelą. §. 19 orzeczający o sposobie układania, listy osób do opłaty podatku dochodowego obowiązanych, którą komisya przy pomocy przełożonych gminy ma sporządzać, uległ tylko kilku zmianom stylistycznym.

§. 20 zmieniono w tym duchu: że jeżeli komisya uzna własne oszacowania podatkujących za niedostateczne, w takim razie zawezwie podatkującego do dania ustnych lub piśmiennych objaśnień. Konieczność takiego zawezwania musi być jednak (i to było głównym celem zmienienia redakcyi w interesie podatkujących, którzy podług brzmienia wniosku byli narażeni na ciągłe weksacye) uznaną przez całą komisyę i zarazem w tej mierze musi uchwała komisyi zapisana z motywami w protokóle. Wszelkie władze obowiązane są do dawania komisyi wyjaśnień, jakich zażąda. W razie nie stawienia się interesanta celem dania zażądanych wyjaśnień, komisya zapisuje taki dochód, jak uważa za stósowny.

§. 21 oznacza, co w dochodach z realności za czysty dochód uważać należy. Dep. Krzeczunowicz żąda odroczenia obrad nad tym paragrafem, aż się okaże, jakich zniżeń dozna podatek gruntowy i domowy, bo to dopiero dozwala oznaczyć, co jest czystym dochodem z realności.

Przeciwko temu powstaje deputowany Fux, a w końcu i minister finansów. Ostatni utrzymuje, że to by znaczyło zwlekać niepotrzebnie reformę podatkową, która w interesie skarbu jak najprędzej nastąpić powinna, że w najgorszym razie przystaćby mógł tylko na to, ażeby trzecie czytanie ustawy odroczyć aż do chwili, kiedy już ustawa o podatku gruntowym i domowym przejdzie przez dyskusyę wydziału.

Przychodzi do głosowania nad wnioskiem Krzeczunowicza, który wszystkiemi głosami przeciwko 5 upada.

Komisya przyjmuje §. 21 podług brzmienia wniosku rządowego. Rozchodzi się już tylko o to, czy dołączone przykłady wypełnienia formularzy są potrzebne. Referent Beer życzyłby ich sobie jeszcze więcej. Po krótkiej dyskusyi i ten szczegół podług wniosku rządowego przyjętym został.

Sprawa wschodnia.

W Konstantynopolu — jak donoszą do *Polit. Corr.* pod dniem 8 grudnia — obrady dyplomatyczne i narady przygotowawcze są na porządku dziennym. W zeszły czwartek odbyła się u jenerała Ignatiewa narada przedwstępna między członkami konferencyi. Z wrażenia, jakie rokowania te wywarły na niektórych delegatów wnosić można, że przedwstępne te układy zajmą cały prawie miesiąc i powątpiewają nawet ażeby ten czas wystarczył na porozumienie się między wszystkiemi rządami. Ruch między rozmaitemi poselstwami jest nadzwyczajny i daje miarę trudności, które przezwyciężyć potrzeba. Dotąd znane są tylko żądania Rosyi, która nie trzyma niż w tajemnicy. Co się tyczy Austryi to ani hr. Zichy ani bar. Calice nie są związani formalnemi instrukcyami. Austrya zastrzegła sobie zupełną wolność w postępowaniu. Anglia i Rosya stoją najgroźniej przeciw sobie i mają sobie wzajemnie wiele do zarzucenia. Turcy oczekują z milczeniem wyroku, jaki na nich wyda Europa. Stanowiska ich jednakże nie można jeszcze uważać ani za przyznanie się do błędów, ani za rezygnacyę. Nie są oni tak jak przedtem skłonni do ustępstw, któreby naruszały całość lub niezależność ich państwa. Nawet Anglia, którą dzisiaj uważają za swą jedyną ochronicielkę, nie pozyska od nich tego, na co się zgodzić nie mogą. Wskazują oni na to, że źródłem upadku ottomańskiej potęgi są właśnie ustępstwa poczynione w przeciągu lat 20. na żądanie Europy; postępować dalej na tej morderczej drodze byłoby samobójstwem. Temu sposobowi zapatrywania się panującemu w rządowych kołach tureckich odpowiada silna opozycya, jaką stawiają Wielki Wezyr, Saraskier Redif pasza i minister marynarki Achmed Kaisserli pasza projektowi konstycyi, wypracowanemu przez Midata.

Nieznany tu dotąd projekt ma wkrótce ujrzeć światło dzienne p. t. „Ustawy zasadnicze państwa ottomańskiego.“ Będą one odczytane W. Porcie w obecności sułtana, ministrów i wszystkich wyższych urzędników; ministrowie następnie zaprzysięgną tę nową ustawę.

Margrabia Salisbury zgromadził około siebie cały sztab konsularnych urzędników angielskich, w celu opracowania pojedyńczych szczegółów które mają być wniesione na konferencyi. Przybyli więc w tym celu do Konstantynopola: jeneralny konsul White z Belgradu, konsul Reade z Ruszczuku, konsul Blunt z Saloniki i konsul Holmes z Serajewa. W kołach tureckich są bardzo zodowoleni z tej przybocznej niejako rady Salisburego, gdyż konsulowie ci są znani ze swoich przyjacielskich dla Turcyi usposobień.

Uzbrojenia i ruchy wojsk tureckich wciąż jeszcze trwają. Jest rzeczą godną uwagi, że Seraskier minister wojny, stara się obecnie więcej o uzbrojenie Małej Azyi jak o brzegi Dunaju. Z 40 korpusów operacyjnych, które walczyły w Serbii, 10 tylko wcielono do armii naddunajskiej, podczas gdy resztę 30 batalionów powróciło do Konstantynopola i stamtąd wysłano je natychmiast do [illegible]

Widocznem więc jest, że wojskowe koła tureckie pomimo tak znacznej liczby wojska rosyjskiego nad Prutem, nie obawiają się napadu na prowincye naddunajskie lecz sądzą, że wojna między Rosyą i Turcyą rozpocznie się w Małej Azyi.

— Chcąc dać obraz usposobienia mocarstw, biorących udział w konferencyach konstantynopolitańskich i wyprowadzić zeń horoskop, że konferencye te do pokojowego zakończenia sprawy wschodniej doprowadzić nie mogą, *St. Piet. Wiedomosti* pod d. 25 listopada (7 grudnia) opowiadają naprzód, że Mitad pasza w poufnej rozmowie z posłem angielskim Elliotem miał powiedzieć: „Turcya wychyli kielich goryczy, ale nie do dna; my wiemy z góry, jaki będzie skutek konferencyj!“ Z tych słów Mitada paszy dziennik petersburski wysnuwa następujące szydercze uwagi: „Porta więc chce odgrywać rolę niewinnie cierpiącej ofiary! Słuchając skarg tureckich mężów stanu, możnaby wnosić, że na półwyspie Bałkańskim gnębicielami są chrześcianie, a gnębionymi Turcy! Że Mitad pasza wie z góry jaki będzie skutek konferencyj, nic dziwnego, bo jest to człowiek, który wszelkiemi siłami sprzeciwia się pokojowemu zakończeniu sprawy. Ale też i Europa cała podziela [illegible] ten skeptycyzm, nikt bowiem nie ma nadziei najmniejszej, aby konferencye doprowadziły do pożądanego skutku.“ „Co do nas — mówią dalej *St. Piet. Wied.* — mniemamy, że Mitad pasza jest w błędzie, mając nadzieję, iż Porta, pomimo oporu swojego, nie wychyli kielicha goryczy do dna samego, czyli inaczej, że uda się rządowi tureckiemu raz jeszcze zamydlić światu oczy przyrzeczeniami, których dotrzymać nie myśli.“ „Kielich goryczy“ — jest to przykra dla tureckiego rządu konieczność wprowadzenia reform, obdarzenia chrześcian równoprawnieniem. Słowa więc Mitada paszy, że Turcya wychyli kielich, ale nie do dna, znaczą: że nadać nie myśli gjaurom praw takich, z jakich korzystają prawowierni muzułmanie. I oba ministrowie, turecki i angielski, uśmiechają się z zadowoleniem, pierwszy na myśl o swej konstytucyi, która ma służyć za płaszczyk do okrycia bezprawi i barbarzyństw, drugi — na myśl, jak zręcznie doradza niby Porcie ustępstwa, namawiając ją tymczasem tajemnie, aby trzymała się twardo.“ Następnie dziennik petersburski powiada: „Przypuszczamy, że Anglia nie wyda wojny Rosyi urzędownie bo nie pozwoli jej na to opinia publiczna W. Brytanii, która jest coraz bardziej przeciw szowinizmowi ministerstwa teraźniejszego; lecz zawsze będzie prowadzić przeciw nam wojnę tajemną, będzie wszelkiemi siłami podtrzymywać Turcyę, będzie ją zaopatrywać w pieniądze i amunicyę, dostarczać jej oficerów i dawać rady. Lord Salisbury przybył do Konstantynopola mocno rozdrażniony, w skutek odmowy, która go spotkała na wszystkich dworach, gdzie chciał się starać o odosobnienie Rosyi. Niezadowolenie swoje pomścić chce na Rosyi i dla tego staje po stronie Disraelego. Gdyby misya jego do dworów europejskich nie doznała była zawodu, Salisbury, który rzeczywiście jest przeciwnikiem Disraelego i jego polityki, byłby może bardzo dobrze usposobionym dla polityki rosyjskiej. Lecz ponieważ utworzyć koalicyę przeciw Rosyi nieudało mu się, obrażona tedy miłość własna stawia byłego ministra indyjskiego w konieczności nieustępowania w niczem Rosyi. Usposobienie to zresztą usprawiedliwia się otrzymanemi przez lorda Salisburego w dniach ostatnich instrukcyami od swojego rządu. Otrzymaliśmy bowiem wiadomości najpewniejsze, że gabinet londyński zalecił lordowi Salisbury, aby na pierwszej sesyi konferencyjnej oświadczył w imieniu swojego rządu, że ten ostatni w żadnym razie nie może pozwolić nawet na podjęcie i roztrząsanie kwestyi o okupacyi prowincyj tureckich, ponieważ środek podobny równa się zupełnemu zniesieniu władzy tureckiej na półwyspie Bałkańskim i nadto sprzeciwia się wręcz traktatom, podpisanym przez rząd angielski. Jeżeliby zaś, pomimo tego ostrzeżenia, którekolwiek z państw, uczestniczących w konferencyach, kwestyą okupacyi usiłowało postawić na porządku dziennym, lord Salisbury powinien natychmiast opuścić salę obrad, a w tym samym czasie flota angielska wpłynie do Bosforu i do Konstantynopolu wkroczą cztery dywizye angielskie.“ „Widzimy więc — mówi dalej dziennik petersburski — że prawdopodobnie pierwsza sesya konferencyi będzie zarazem ostatnią, a to wszystko dla tego, że podróż margr. Salisburego po Europie była prawdziwem *fiasco*. Nie napróżno ks. Bismark powiedział o bytności jego w Berlinie: „dyplomata angielski zjawił się na horyzoncie Europy kontynentalnej, jak błyszczący meteor, lecz znikł też, jak meteor, nie zostawiwszy po sobie najmniejszego śladu.“ W końcu wspomina rzeczony dziennik, że ks. Bismark w rozmowie z lordem Salisbury dotknął tylko pobieżnie projektu okupacyi prowincyj tureckich przez wojska rosyjskie, nie wydając się zupełnie z tem, czy zgadza się z tym projektem, lub nie; że na zapytanie Salisburego, czy prawdą jest, że między Rosyą a Niemcami zawartą została umowa, w skutek której Rosya ma wynagrodzić Prusom ich przychylność, odpowiedział, iż te pogłoski zupełnie są bezzasadne, gdyż Polska, którą mu dzienniki europejskie chcą narzucić, jako nagrodę, zupełnie mu jest niepotrzebna i byłaby mu ciężarem; i nareszcie — że Bismark przyrzekł Salisburemu pośrednictwo Niemiec tylko w razie, gdyby Rosya wypowiedziała wojnę Anglii; nim zaś to nastąpi — nie widzi potrzeby wdawania się w sprawę wschodnią i od wszelkiego pośrednictwa usuwa się stanowczo.

— Źródła półurzędowe utrzymują dziś, że spisek odkryty w Konstantynopolu zakrojony był na bardzo wielkie rozmiary. Gdyby się powiodło było skłonić Murada do ucieczki, wówczas wydany miał być manifest do wiernych, zawierający zarzuty bezprawnego wzniesienia na tron i potępienie wszystkich czynności sułtana Abdula Hamida, jako uzurpatora, odrzucenie wszystkich zamierzonych reform jako antireligijnych, wreszcie apostrofę do wszystkich wiernych, aby uznali Murada V prawowitym monarchą i kalifem. Rząd turecki posiadą całą osnowę rzeczonego manifestu. Do tajemnicy spisku dopuszczono kilka dam pałacowych Murada i jego matkę. Sam zaś Murad nie przeczuwał nawet, co z jego osobą zrobić zamierzono. Spiskowcy, przebrani za kobiety, przychodzili bez przeszkody do pałacu Czyragan i porozumiewali się z wspomnianemi damami. Sprzysiężenie zdradzić miała dawna faworyta sułtana Murada, która zawiązała stosunek miłosny z jednym ze spiskowców, wskutek czego narażoną była na prześladowania eunuchów. Udzieliła ona tej tajemnicy przyjaciołce swej odalisce sułtana Abdula Hamida i opowiedziała jej cały projekt. Skoro tylko otrzymano w pałacu Dolma Bagdże pierwszą wiadomość o spisku, natychmiast policya była w ruchu; za przybyciem sprzysiężonych na schadzkę, ujęto wszystkich i odprowadzono do więzienia. Aresztowania nie są liczne, a pomiędzy uwięzionymi znajduje się dwóch Greków, z których jeden nazwiskiem Stavrides, jest bratem dragomana ambasady angielskiej. Ztąd zdaje się powstała pogłoska, którą powtórzyliśmy wczoraj, że do spisku należał [illegible] Oglan t. j. woźny ambasady angielskiej. Oprócz tego skompromitowanych ma być jeszcze dwóch baszów, wielu ulemów i jakiś Europejczyk zostający w stosunkach z jedną z zagranicznych ambasad. Kobiety należące do spisku podobno tylko surowo skarcono, ale zresztą nie zrobiono dotychczas przeciw nim żadnego kroku.

Matka Murada V przyszła płacząc do Abdula Hamida i wyznała wszystko z największemi szczegółami, oświadczając, iż starano się złudzić ją i przekonać, że wyświadczy tem wielką przysługę religii i państwu.

Rząd zakazał dziennikom podawać jakiekolwiek szczegóły o całym wypadku.

Co się tyczy zamachu na życie Mitada paszy wiadomo tylko tyle, że rząd zawiadomiony został drogą telegraficzną przez konsula tureckiego w Dubrowniku, że do Konstantynopola przybędą dwa indywidua mające od komitetów słowiańskich misyę zamordowania Mitada paszy. Jakoż oba te indywidua odszukano zaraz po ich przybyciu, jednego w Pera, drugiego w Kadikeni. Ten ostatni przy aresztowaniu stawił tak zacięty opór, iż musiano wezwać na pomoc cały oddział żandarmów, aby go odprowadzić do ministerstwa policyi, gdzie wyznał wszystko szczegółowo. W zdumienie jednak wprawiło wszystkich, jak twierdzi korespondent do *Polit. Corr.*, że ambasada rosyjska żądała uwolnienia obu aresztowanych podając za powód, że posiadają paszporta rosyjskie. Zdumienie to dziwić zaiste musi, albowiem rzecz przecież jasna, iż cały ten spisek jest robotą rosyjską.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 14 grudnia. Autor „Jagiellonek“ ś. p. Aleksander Przezdziecki wśród spuścizny literackiej zostawił kilka kartek do portretu Katarzyny austryackiej, trzeciej żony Zygmunta Augusta. P. Józef Szujski podjął ten temat po zmarłym historyku i wykończył wizerunek nieszczęśliwej królowej, pełen artystycznego wdzięku i bogactwa szczegółów tak umiejętnie zebranych i zestawionych, że portret zamienił się w obraz dozwalający nam wglądnąć w stosunki dyplomatyczne, w zwyczaje dworskie i poznać dokładnie charakterystykę, że tak powiemy, domową, ostatniego Jagiellona i wzgardzonej jego małżonki. Odczytanie tego studyum na korzyść Towarzystwa bratniej pomocy młodzieży uniwersyteckiej zgromadziło liczną publiczność, którą już przed dwoma laty w tej samej sali zapoznał prelegent z postacią Zygmunta Augusta, jako dyplomaty. Przedmiot wczorajszej prelekcyi powieściowy, lecz smutna powieść arcyksiężniczki austryackiej rozwijała się z tokiem wydarzeń politycznych, bo trzecie małżeństwo Zygmunta Augusta było czysto skutkiem dyplomatycznych względów; to też pożycie królewskiej pary zrazu chłodne, ulegało wpływom polityki, dopokąd nienastało całkowite zerwanie. Niepodobna nam iść za osnową opowiadania, w którem obok charakteru króla przedstawiającym się jakby połączeniem włoskiej natury pełnej zręczności i ogłady a zabobonnością i uporem litewskim występuje postać Katarzyny, która po raz pierwszy w sympatycznem przedstawia się świetle. Jest to także niewiasta polityczna, strzegąca w Polsce interesów austryackich; jej dwór na zamku krakowskim, a następnie po rozłączeniu z królem w Radomiu i Wieluniu był ogniskiem politycznych knowań. Przesuwają się nadto postacie dyplomatów austryackich Longina i Dudika, oraz legata papiezkiego Comendoniego, którego charakterowi, stanowczości i godności oddaje prelegent uznanie. Okrom kwestyj dyplomatycznych, ze sprawą pożycia królewskiej pary łączy się kwestya religijna i obawa, aby Zygmunt August, któremu podawano myśl rozwodu, nie poszedł śladem angielskiego Henryka VIII. Kwestya rozwodu i chętka narodowego synodu, z którą się nosił prymas Uchański, były to dwie groźby, które Comendoni musiał zażegnać, a przed któremi cofnął się Zygmunt August. Katarzyna Austryaczka przepędziwszy lat kilka w zupełnem opuszczeniu, a poniekąd pod strażą niechętnych sobie ochmistrzów, wreszcie opuściła Polskę i w Lincu na parę miesięcy przed zgonem męża, umarła. Ustępy testamentu przedstawiają wysokie poczucie godności i szlachetność charakteru tej nieszczęśliwej księżny.

— Dla XX. Unitów nadesłała nam p. A. Jordanowa 5 złr.

— Onegdaj odbył Wydział tutejszego Towarzystwa muzycznego zwykłe posiedzenie miesięczne pod przewodnictwem wiceprezesa p. Henryka Wachtla, na którem zajmowano się sprawą rozpisania jeszcze w tym miesiącu konkursu na skomponowanie najlepszego kwartetu wokalnego do naznaczonego tekstu polskiego, sprawą koncertu mającego się wykonać w styczniu, wreszcie sprawą półrocznych egzaminów i rozpoczęcia nowego kursu w szkole Towarzystwa. Pierw-

Nr. 139. Lwów, 15. Grudnia 1876 — Piątek. Rok I.

Wychodzi codziennie z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych o godzinie 7 rano.

Redakcja przy ulicy Sobieskiego, l. 4, gdzie sklep J. S. Jürgensa.

Ad[illegible]istracja *pod l. 2 [illegible]ica Sobieskiego.*

I[illegible]SERATY obliczają się po 6 ct. od miejsca jednego wiersza (petit.)

Listów ni[e] frankowanych nie przyjmuje się. Manuskryptów nie zwraca się.

KRONIKA CODZIENNA

Prenumerata miejscowa wynosi:

miesięcznie . . 1 złr. 10 ct
ćwierćrocznie . 3 „ 30 „
półrocznie . . 6 „ 60 „
rocznie. . . . 13 „ — „

Prenumerata z przesyłką pocztową wynosi:

rocznie. . . . 16 złr. — ct.
półrocznie . . 8 „ — „
ćwierćrocznie . 4 „ — „
miesięcznie . . 1 „ 35 „

Numer pojedyńczy 6 centów.

„Czas“ chce demonstrować.

„Czas“ poruszył kwestję rychłego zwołania sejmu krajowego. Żądanie to jest aż nadto usprawiedliwione rzeczywistemi potrzebami kraju, i w zupełności podzielamy w tym względzie uwagi wzmiankowanego pisma, o ile one dotyczą wewnętrznych stosunkow prowincji naszej. Oto jego słowa:

„Podczas ogólnych rozpraw budżetowych, p. Dunajewski dotknął rażącej nieprawidłości, że sesja rady państwa trwa od lat trzech, a natomiast sejmy krajowe zwoływane bywają na krótkie termina, jakby tylko dla dopełnienia formalności.

„I dziś przychodzi nam postawić pytanie: kiedy zostanie zwołanym sejm galicyjski? Czy kraj oczekiwać ma jeszcze do wiosny zgromadzenia nowej reprezentacji? Pytanie to ze wszech miar jest wysokiej dla kraju ważności, a może i nie bez znaczenia dla interesów monarchji. Pomijamy tym razem wzgląd na ogrom zadań ustawodawczych, których podjęciu i załatwieniu stawało na przeszkodzie tendencyjne ograniczanie nie tylko kompetencji, ale, co ważniejsza, czasu obrad. Myśl reformy organicznej coraz bardziej w Galicji dojrzewa w miarę, jak stosunki wewnętrzne tego kraju ulegają rozkładowi i wpadają w anarchję. Nie o walkę konstytucyjną nam chodzić tu będzie, ale o kwestje żywotne, o przywrócenie ładu, o zapewnienie powagi dla władzy i zgodne dostrojenie jej organów z organami autonomicznemi. Na co nie znaleziono w radzie państwa lekarstwa, na chorobę administracyjną, my najcięższą dotknięci niemocą gotowiśmy wskazać lekarstwo nie uniwersalne, ale lokalne, według własnych potrzeb i warunków społecznych.

Dotąd zgoda, i mniemamy, iż wraz z nami żaden uczciwie myślący obywatel kraju nie zaprzeczy słuszności powyższym uwagom.

Nie pojmujemy jednak wysoko dyplomatycznego zwrotu w dalszym ciągu owego artykułu. — Oto pisze „Czas“, że potrzeba ażeby na gwałt zwołano sejm galicyjski dla wypowiedzenia rozmaitych pięknych komplementów Austrji w imieniu polskiego narodu, mianowicie na to potrzeba sejm zgromadzić czem prędzej aby Galicja mogła powiedzieć „że położenie jej nie jest tylko pozornie korzystniejszem niż położenie innych dzielnic Polski“, że „sejm galicyjski gotów zawsze złożyć akt szczerego poparcia zbiorowych interesów rzeszy rakuskiej, jej potęgi zewnętrznej i jej nietykalności“ i t. d. i t, d.

Trudno to za złe wziąć „Czasowi“, iż tak ni z tego ni z owego przyszedł mu humor do umizgów rycerskich: wszakże nie tylko młodzi kawalerowie strzelają czasem bąki dla pięknych oczu. Ale niechaj nam wolno będzie zapytać, zkąd sejm galicyjski do tego przychodzi, ażeby koniecznie chcieć wciągać go w jakieś romansowe przygody z damą, której wzajemność dla niego — powiedzawszy nawiasowo, bardzo a bardzo jest wątpliwą?

„Czas“ zawsze bardzo sierdziście wojuje przeciwko wszelkim demonstracjom — do tego stopnia, że w zapale apostolskim nazywa demonstracją nawet takie zdarzenia, które pociągnęły za sobą śmierć kilkudziesięciu tysięcy ludzi, deportacją kilkuset tysięcy, przewrot politycznych społecznych i ekonomicznych stosunków kilku rozległych prowincyj! Otóż teraz właśnie ten zacięty wróg wszelkich demonstracyj domaga się zwołania sejmu — i na co? na to, aby mu dać sposobność wypowiedzieć kilka lojalnych frazesów!

Niechże nam „Czas“ powie, czy nie byłoby to demonstracją, demonstracją pustą, bez żadnej praktycznej doniosłości, nietylko niepotrzebną ani Austrji ani Polsce, ale nawet kompromitującą?

Mówimy kompromitującą — bo zważmy tylko, jakie wrażenie podobnie czułe oświadczyny dla Austrji, o jakich „Czas“ rozpisuje się, sprawiłyby na aljantach jej nad Spreą i nad Newą? A zresztą, czy uchwała ze strony reprezentacji austrjackiej prowincji, iż chce ona być lojalną dla Austrji, nie przypominiałaby pod pewnym względem moskiewskich adresów wiernopoddańczych — czy nie znaczyłoby to właśnie lojalne uczucia względem Austrji do absurdum sprowadzić?

Mniemamy przeto, że podobne demonstracje lojalne, jakie „Czas“ proponuje sejmowi, ani Austrji nie uszczęśliwiłyby, ani Galicji, a tem mniej Polsce na nic nie przydałyby się.

Niechże sobie „Czas“ przypomnieć raczy te wszystkie morały, jakie nieraz popisał dla wyperswadowania Polakom, ażeby nie bawili się w demonstracje, i niechaj nie wodzi na pokuszenie nikogo do demonstracji najniepotrzebniejszej, jaka kiedykolwiek na świecie zdarzyła się.

*

Rada państwa.

Rozprawa budżetowa na 217 posiedzeniu izby deputowanych.

Wiedeń 12. grudnia.

Prezydent Rechbauer zagaja posiedzenie o godzinie w pół do 12 przy bardzo nielicznym udziale deputowanych, ministów i publiczności.

Nowowybrany poseł bocheński p. Konopka składa przyrzeczenie.

Z Galicji petycjonuje kasa zaliczkowa w Złoczowie o zmianę §. 8 w projekcie ustawy o opodatkowaniu spółek zarobkowych.

Na porządku dziennym dalszy ciąg obrad specjalnych nad budżetem; mianowicie następuje rozdział IX: Ministerstwo oświecenia i spraw duchownych.

Do głosu zapisanych jest 7 mowców, między nimi p. dr. Czerkawski Euzebjusz.

Sprawozdawca Wolfrum zagaja obrady nad lit. A: „Wydatki centralne“, które w 8 tytułach stanowią razem wydatków nadzwyczajnych 1,188,700 złr., wyd. nadzw. 35,200 złr.

Tytuł 3 obejmuje akademje umiejętności, dla których przeznaczono w wyd. zw. 75,000 złr., w wyd. nadzw. zaś tylko dla matematyczno-przyrodniczego wydziału akademji umiejętności w Wiedniu na druki 6,000 złr.

Rząd w tych 8 tytułach domagał się wszystkiego razem 1,235,862 złr.; komisja, zniżając tę kwotę do 1,223,900 złr., wnosi tem samem o przyzwolenie 33.282 więcej, niż przyzwolono w roku 1876.

W dziale dochodów na pokrycie tych 8 tytułów jest tylko 19,760 złr. dochodów zwyczajnych (rząd preliminował te dochody o 1 złr. wyżej). Mianowicie mają pewne dochody: Muzeum dla sztuki i przemysłu z zakładem doświadczalnym, centralna komisja i dyrekcja statystyki administracyjnej (1,500 złr. z rozsprzedaży dzieł statystycznych) i państwowy zakład geologiczny (2,660 złr. z swego laboratorjum).

Dep. Fux (z Morawy) nie zgadza się na wydany dawniej pochlebny sąd o ministerstwie oświecenia o tyle, że za mało się dzieje dla podźwignienia szkół ludowych i zwraca uwagę na usunięcie wniosku Wildauera o nadzorze szkół w Tyrolu. Dla szkół ludowych koniecznie więcej dziać się powinno. Niepotrzebny jest np. fakultet medyczny w Inspruku, gdyż ma razem tylko 44 uczniów, a kosztuje rocznie około 68,500 złr., za które lepiejby było potwierać szkoły ludowe, przedewszystkiem w Galicji, gdzie jest ich zamkniętych 187, co znaczy, że 22,000 przyszłych obywateli państwa wzrasta bez oświaty. Nie od jednego fakultetu zawisło stanowisko państwa jako mocarstwa, lecz na oświacie ludowej polega potęga duchowa Austrji. Mowca przechodzi do spraw duchownych i kościelnych i bardzo niezadowolony z tego, że Austrja nie szła z Niemcami ręka w rękę do do ustawodawstwa kościelno-politycznego, i zwraca się przeciw fakultetowi teologicznemu w Insbruku dla tego, że katedry są w ręku Jezuitow. Ten sam minister, który zapalił nową pochodnię światła na dalekim Wschodzie, w Czerniowcach ten sam minister, który dawniej zwalczał niebezpieczny dla państwa dogmat, podtrzymuje w Inspruku szkołę wyznaniowo-wojenną. Minister chce nam oszczędzić „walki w imię kultury“, ale my jej nie zaprzestaniemy, bo na oświacie prawdziwej polega wolność.

Dep. Russ zwraca się przeciw dep. Dunajewskiemu, który w obradach ogólnych, wspominał o rozstrzeleniu się partji rządowej. Mowca twierdzi, że nigdy wprawdzie lewica nie stanowiła partji helotów rządowych, ale w popieraniu celów rządowych panuje w partji tej solidarność. Utrzymuje, że nie można jeszcze uważać ustawodawstwa kościelno-politycznego za ukończone i wnosi rezolucję następującą:

„Wzywa się rząd, aby w ciągu tej jeszcze sesji wniósł do izby projekty ustaw o uregulowaniu patronatu, o zawiadowaniu majątkiem kościelnym i o tworzeniu gmin kościelnych“.

Mowca nakoniec zwraca się do ministra oświecenia i spraw duchownych osobiście: Nie ukrywaj się, ekscelencjo, po za formułkami — odsłoń przyłbicę, walcz jawnie.

Rezolucję powyższą uchwalono głosami lewicy i środka przeciw głosom prawicy.

Z następnych mowców dep. Beer wytykał niedostatki w nadzorze szkolnym.

Deputowany dr. Czerkawski Euzebjusz po zręcznej polemice z Fuxem i Russem przechodzi także do sprawy nadzoru szkolnego, użala się mianowicie że sankcjonowana ustawa sejmu galicyjskiego o inspektorach szkolnych, pierwsza tego rodzaju ustawa w Austrji, będąca prawdziwą chlubą sejmu, dotychczas z największą dla kraju szkodą nie jest wykonana, a to pod tym protekstem nic nie znaczącym, że właśnie takiej ustawy nie mają jeszcze inne kraje koronne, Galicja przeto z zastosowaniem swojej ustawy czekać powinna.

Dep. Kusy: Kwestja wychowania i oświaty publicznej jest dla nas kwestją żywotną. Nieboszczyk Polacki w liście swym do parlamentu frankfurckiego wykazał, że kwestja egzystencji Czech jest niezbędnym warunkiem stanowiska Austrji jako mocarstwa. Wogóle nietylko Czechów, lecz i Palaków, Morawian i innych Słowian egzystencja związana jest z egzystencją Austrji, ale nawzajem też egzystencja Austrji zawisła od kwestji bytu jej ludności słowiańskich. — Mowca przechodzi do upośledzenia, jakiego doznaje naród czesko-morawski pod względem oświecenia publicznego i wraca do znanej petycji „Maticy szkolskiej w Prośnicy.

Minister Stremayr w obszernym wywodzie zwraca się przeciw dep. Suessowi. Co do „walki w imię kultury“ wytknął mu, że wezwał ministra do prowadzenia jej, choć sam oświadczył się, że nie jest jej zwolennikiem. Co do fakultetu teologicznego w Inspruku nadmienia, że jest zorganizowany tak samo, jak wszystkie inne w Austrji, a że katedry są po części obsadzone Jezuitami, nie dzieje się to przypadkowo ani samowolnie — lecz jest to sprawa opierająca się na podstawie prawnej. — Stwierdza następnie, że nadzór szkolny w Tyrolu jest jeżli nie lepszy, przynajmniej jednak równie dobry jak gdzieindziej; wniosek Wildauera jest ślepym strzałem i źródłem agitacji i wzburzenia.

Potem odpowiada minister p. Czerkawskiemu: Sprawa inspektoratów szkolnych w Galicji ma się rzeczywiście tak, jak ją przedstawił mowca; jest tam rzeczywiście dotychczas 21 okręgów szkolnych, zamiast 37, jak przepisuje ustawa sejmu galicyjskiego. Ale dotychczas nie było mi podobieństwem przeprowadzić tej ustawy, bo w Galicji zachodzą dwojakie pod tym względem trudności. Nasamprzód trudności finansowe, wobec konieczności powszechnego oszczędzania grosza publicznego niepodobna myśleć o tworzeniu 37 inspektoratów szkolnych zamiast 21, zwłaszcza, że nakład byłby

11)

Pierwsza miłość

powieść

J. Turgeniewa.

(Ciąg dalszy).

— Wszyscy tłoczą się dokoła niej — ciągnęła dalej Zeneida — wszyscy sypią jej pochlebstwa.

— A ona lubi pochlebstwa? — zapytał Łuszyn.

— Jaki nieznośny!... ciągle przerywa!... któż nie lubi pochlebstw?

— Jeszcze jedno ostatnie zapytanie — zauważył Malewski. Czy królowa ma męża?

— Niepomyślałam o tem. Nie — na co mąż?

— Rozumie się — przerwał Malewski — do czego mąż?

— Silence! — zawołał Majdanow, licho mówiący po francusku.

— Merci, — odpowiedziała Zeneida. Otóż królowa słucha tych mów, tej muzyki, ale nie patrzy na nikogo z gości. Sześć okien stoi otworem od góry do dołu, od sufitu do podłogi; a za niemi ciemne niebo z wielkiemi gwiazdami i ciemny ogród z wielkiemi drzewami. Królowa patrzy w ogród. Tam, koło drzew fontanna bieleje w ciemności — długa, długa, jak widmo. Królowa wśród rozmów i muzyki słyszy ciche pluskanie wody. Ona patrzy i myśli: wszyscy wy panowie jesteście szlachetni, rozumni, bogaci, otoczyliście mnie, szanujecie każden mój wyraz, wszyscy gotowi jesteście umrzeć u moich nóg, ja władam wami, a tam, przy fontannie, przy pluskającej wodzie stoi i czeka na mnie ten, którego kocham, kto mną włada. Nie ma on na sobie ani bogatego ubrania, ani kosztownych kamieni, nikt go nie zna, ale on czeka na mnie i pewny jest, że przyjdę — i przyjdę... i niema takiej siły, któraby powstrzymała mnie gdy zechcę pójść do niego i zostać z nim i zagubić się z nim tam, w ciemnościach ogrodu, przy szeleście drzew, przy szmerze fontanny...

Zeneida umilkła.

— Czy to zmyślenie? — zapytał przebiegle Malewski.

Zeneida nawet nie spojrzała na niego.

— A cóżbyśmy my zrobili, panowie?.. nagle zapytał Łuszyn, gdybyśmy byli w liczbie gości i wiedzieli o tym szczęśliwym śmiertelniku przy fontannie?

— Zaczekajcie! zaczekajcie!,.. — przerwała Zeneida, sama wam powiem, coby każden z was robił. Biełowzorow wyzwałby go na pojedynek; Majdanow napisałby na niego epigramat... zresztą, nie, pan nie umiesz pisać epigramatów: pan napisałbyś na niego długi wiersz jambami w rodzaju Barbier i umieściłbyś utwór swój w „Telegrafie“. Nirmacki pożyczyłby u niego... nie, pan pożyczyłbyś jemu pieniędzy na procent, a pan, doktorze... tu zatrzymała się... o panu, to nie wiem cobyś pan zrobił.

— W charakterze nadwornego lekarza, odrzekł Łuszyn, poradziłbym królowej, nie dawać balów, gdy nie dba o gości.

— Może pan masz słuszność. A pan, hrabio?

— A ja? — powtórzył Malewski — nieprzyjemnie uśmiechając się...

— Pan podałbyś mu zatruty cukierek.

Twarz Malewskiego lekko się wykrzywiła i na chwilę przybrała wyraz żydowski, ale zaraz następnej chwili zaśmiał się głośno.

— Co do pana, panie Woldemarze, ciągnęła dalej Zeneida... zresztą, dość tego. Grajmy w inną grę.

— Monsieur Voldemar, w charakterze pazia trzymałby ogon sukni królowej, gdyby biegła do ogrodu — jadowicie zauważył Malewski.

Zawrzałem, ale Zeneida zręcznie położyła mi rękę na ramię i wstawszy powiedziała głosem lekko drżącym.

— Nigdy nie dawałam panu hrabiemu prawa być tak zuchwałym i dlatego proszę wynieść się.

Wskazała mu rękę na drzwi.

— Zmiłuj się pani! — zabełkotał Malewski i pobladł.

— Księżniczka ma słuszność — zawołał Biełowzorow i także wstał.

— Daję słowo że wcale nie spodziewałem się — ciągnął dalej Malewski... w moich wyrazach, zdaje mi się, nie było nic takiego... Ani na myśl nie przychodziło mi obrazić panią... Przebacz mi pani.

Zeneida zimno zmierzyła go wzrokiem i zimno uśmiechnęła się.

— Niech i tak będzie, zostań pan — rzekła z niedbałym ruchem ręki. My z panem Woldemarem niepotrzebnie rozgniewaliśmy się. Panu miło jest uskarżać się... nazdrowie!...

— Przebacz mi pani — rzekł jeszcze raz Malewski.

A ja, przypomniawszy sobie poruszenie Zeneidy, znowu pomyślałem że prawdziwa królowa nie mogłaby z większą godnością wskazać drzwi zuchwalcowi.

Po tej scenie gra w fanty trwała nie długo; wszystkim jakoś zrobiło się niesmaczno nie tyle z powodu samej sceny ile z powodu innego niezupełnie określonego uczucia. Nikt o niem nie mówił ale każden przyznawał się przed samym sobą i czuł toż samo w swym sąsiedzie. Majdanow przedeklamował nam swe wiersze, a Malewski z przesadnem uniesieniem począł je wychwalać.

— Jak mu się teraz chce okazać dobrym! — szepnął do mnie Łuszyn.

Wkrótce rozeszliśmy się. Zeneida ciągle wpadała w zamyślenie; księżna kazała powiedzieć że ją głowa boli. Nirmacki począł narzekać na swój reumatyzm.

Długo nie mogłem zasnąć; zdumiało mnie opowiadanie Zeneidy. Czyżby w niem zawierało się napomknienie? zapytywałem sam siebie — i na kogo na co ona napomykała? A jeżeli w samej rzeczy było na co napomykać, to jakże zdobyć się...Nie! nie! nie może być... szeptałem wijąc się na łóżku... Ale przypomniałem sobie wyraz twarzy Zeneidy podczas opowiadania... przypomniałem sobie wykrzyknik, który wyrwał się Łuszynowi w Nieskucznym, nagłą zmianę w obchodzeniu się jej ze mną — i gubiłem się w domysłach. Kto on? dwa te wyrazy jak gdyby stały mi przed oczyma wypisane w ciemnościach. Jak gdyby jakaś niska, złowroga chmura zwisła nademną — czułem jak przytłacza mnie — czekałem że lada chwila zwali się...

Do wielu rzeczy przywykłem w ostatnich czasach, na wiele napatrzyłem się u Zasiekinów: ich nieład, niedopalane łojowe świece, połamane noże i widelce, ponury Bonifacy, obszarpana służąca, maniery samej księżnej — całe to szczególne życie nie raziło mię już więcej... Ale do tego co mi niejasno roiło się o Zeneidzie nie mogłem przywyknąć. Awanturnica — powiedziała o niej raz matka. Awanturnica! ona! moje bóstwo! Nazwa ta paliła mnie, usiłowałem ukryć się przed nią w poduszkach, byłem oburzony — i w tej samej chwili na cóżbym się nie zgodził, czegobym nie dał byle tylko być tym szczęśliwym człowiekiem przy fontannie!...

Krew we mnie zawrzała i poczęła — burzyć się. „Ogród... fontanna...“ pomyślałem... „Pójdę do ogrodu!“

Szybko ubrałem się i wymknąłem z domu. Noc była ciemna; drzewa zaledwie szeleściały; z nieba wiało cichym chłodem, z ogrodu zaleciał zapach kopru.

Obszedłem wszystkie aleje; lekki [illegible] moich kroków i mięszał mnie i ośmielał. Zatrzymywałem się, czekałem i słuchałem jak mi biło serce silnie i prędko.

Nakoniec przybliżyłym się do płotu i oparłem się o cienką żerdź.

W tem.. czy może mi się tak wydało?... O kilka kroków odemnie przesunęła się kobieca postać... Z wytężeniem utkwiłem oczy w ciemności — zatrzymałem oddech... Co to jest? Czyż słyszę kroki?... czy to znowu serce mi puka. — „Kto tu?“ wymówiłem cicho. Co to znowu? stłumiony śmiech?... czy szelest liści, czy westchnienie nad samem uchem? — Strasznie mi się zrobiło... „Kto tu?“ powtórzyłem raz jeszcze.

Powietrze zadrżało na chwilę, po niebie mignęło jasne światło: była to gwiazda spadająca. „Zeneido“ chciałem zawołać, ale głos zamarł mi na ustach. Znowu wszystko ucichło dokoła jak to się zdarza wśród głębokiej nocy. Nawet koniki polne umilkły — tylko okno gdzieś brzękło. Postałem, postałem i powróciłem do pokoju. Czułem okropne wzruszenie: jak gdybym sam był na schadzce — i zostałem samotny i przeszedłem koło cudzego szczęścia.

XVII.

Następnego dnia widziałem Zeneidę tylko przelotem: jeździła gdzieś z księ-

ztąd niemały. Druga kategorja trudności jest natury organicznej, polega na pewnej samodzielności galicyjskiej władzy szkolnej. Dodam tu zaraz, że Galicja pod względem progenitury, z którejby się rekrutowali kandydaci stanu nauczycielskiego, jest najuboższa, a ztąd nie można też rekrutować inspektorów szkolnych z pomiędzy nauczycieli. Gdyby jednak powiedział kto, że mógłbym brać inspektorów z pomiędzy nauczycieli szkół średnich, musiałbym odeprzeć, że Galicja także pod względem kandydatów na nauczycieli szkół średnich jest najuboższą. Tak więc przez utworzenie większej liczby inspektoratów szkolnych, więcejby się zaszkodziło sprawie oświaty w Galicji, niżby się pomogło. Co do przemówienia dep. Kusego, minister zastrzega się przeciw podejrzeniu o germanizowanie Słowian.

Dep. Wildauer dowodzi, że jego wniosek nie był ślepym strzałem, lecz bardzo dobrze obmyślanym i miał wielki cel. W dalszym ciągu mowy broni fakultetu medycznego w Inspruku.

Dep. Prażak przemawia w sprawie szkoły przemysłowej w Pradze.

W głosowaniu przyjęto tytuł 1 — 8 rozdziału III. wedle wniosków komisji.

Następuje lit. B.: „Wydatki na cele kościelne“ i to nasamprzód tytuł 9: „wydatki funduszów religijnych“. Tytuł ten w 20 paragrafach, z których 18 obejmuje poszczególne kraje, a 2 obejmują wydatki ogólne na całe państwo, wykazuje razem wydatków zwyczajnych 3,548.300 złr., nadzwyczajnych 720,073 złr.

Z tych kwot przypada na Galicję w 18 pierwszych paragrafach: wyd. zwycz. 900.000 złr., nadzw., t. j. na spłacenie zaległości depozytarnych i t. p. 2.216 złr.; na Kraków wyd. zw. 19.000 złr. Komisja tylko drobną kwotę powyższą w wyd. nadzw. dla Galicji pozostawiła nietkniętą, co do innych zaś liczby powyższe przedstawiają się jako dość znacznie okrojone; rząd bowiem wnosił o przyzwolenie dla Galicji 1,139.659 złr., dla Krakowa zaś 22.720. Komisja więc okroiła wnioski rządowe razem o 243.379 złr., krótko mówiąc o ćwierć miljona.

Dwa ostatnie paragrafy, obejmujące wydatki na całe państwo, wykazują razem wydatków nadzwyczajnych 607.000 złr. Rząd żądał na podwyższenie kongruy 1,137.246 złr., komisja motywując swój wniosek w znany sposób, wykreśla żądanie to zupełnie, a w jego miejsce przeznacza w wydatkach nadzwyczajnych 600.000 złr.

Do głosu zapisani są dep. ks. Greuter, ks. Ruczka, Kronawetter.

Dep. ks. Greuter ostro krytykuje postępek komisji co do wyrzucenia kwoty żądanej na podwyższenie kongruy, dowodząc, że komisja nie ma prawa sprawiać podobnych spustoszeń w preliminarzu rządowym.

Dep. Kronawetter wnosi dwie rezolucje, żądające, aby rezolucje izby deputowanych z 9 maja 1874 i 19 paźdz. 1875 względem użycia funduszu religijnego dla pokrycia kosztów nauki religji w szkołach średnich i ludowych wniesione zostały jeszcze w roku administracyjnym 1877.

Poczem zamknięto posiedzenie na wniosek dep. Dumby o godzinie 5½. Następne jutro.

Koszut.

Stary matador węgierskiej rewolucji, bóstwo najskrajniejszej lewicy parlamentu peszteńskiego, odezwał się znowu z villegiatury swej we Włoszech. Powód do wystąpienia podało mu stanowisko, jakie organ Andrassego, litografowana „Correspond. Hongroise“ zajęła wobec niezażegnanej dotąd burzy wschodniej. „Z największym machiawelizmem dokłada ona“, powiada Koszut, „wszelkich sił swoich, ażeby w interesie rosyjskim w błąd wprowadzić publiczną opinję Europy“. Pomijając część polemiczną, podajemy ustęp, w którym najwyraźniej krystalizuje się wyznanie wiary Koszuta. Oto co powiada w liście swym, datowanym z Collegno dnia 3 grudnia:

W każdym razie widzę w tem niebezpieczeństwo dla mej ojczyzny, jeżeli wolno będzie potędze rosyjskiej (nie mówię już o rozszerzeniu terytorjalnem) zająć na półwyspie Bałkańskim takie stanowisko, któreby jej zapewnić mogło wpływ dyktatorski na szczepy słowiańskie półwyspu, i przekształcić je na narzędzia „niezmiennej petersburgskiej myśli“ aż po brzegi morza Adrjatyckiego; niemniej jednak i to za niebezpieczne uważam, co więcej, wziąwszy wszystko na uwagę (także Berlin) za niebezpieczniejsze jeszcze dla monarchji austrjackiej, na której terytorjum znajdują się ludzie, którzy już teraz witają autokratę moskiewskiego, jako swego pana i cara.

Nieszczęśliwi; którzy (bądź to z tej, bądź z tamtej strony Sawy) nie rozumiecie, że żywić podobne zachcianki, to znaczy tyle, co wypierać się indywidualności narodowej, bez której dla narodowej wolności nietylko nie ma nadziei, ale bez której jest ona całkiem bezobjektywną.

Insynuacja „Corr. Hongr.“ zmierza ku temu, iż owe problematyczne istoty, które nazywa Ultra-madiarami, spekulują na to, że dom austrjacki, poróżniwszy się z Rosją, padnie, i że z jego upadku wyrość mogą niepodległe Węgry.

Co za próżna paplanina! Przy takim upadku byłyby Węgry stosem, na którym spłonąłby orzeł austrjacki. Nie ma zaś tak szalonego Węgra, aby robił stos ze swej ojczyzny na to tylko, ażeby z nim razem spłonął także orzeł. Takiej przyjemności nie życzymy sobie.

W ogóle wnioskuje ten fałszywie, kto sądzi, że zupełna — według mego zdania, zupełna — niepodległość Węgier tylko na ruinach monarchji austrjackiej zbudowaną być może. Tak się rzecz nie ma. Tu jednak nie należy roztrząsanie tej tezy.

Tu należy wypowiedzieć, że wynik wojny jest zawsze wątpliwy, „partem fortuna sibi vindicat“, że więc tylko w razie takiego niebezpieczeństwa podejmować należy wojnę, któreby samo przez się większem było nieszczęściem, niżeli wojna; że jednakże, jeżeli wszystko rozważę, jako to: dźwignie moralne, które wlewają duszę w bagnet; rozważywszy to do czego zdolne jest serce Węgra, którego bicie znam doskonale, kiedy mu przyjdzie bronić swej ojczyzny; wliczywszy pewnego „chorego człowieka“, który, jak się zdaje, nie jest tak bardzo chorym, jak mówią jego nieprzyjaciele; wliczywszy ów „żywy posąg“, na którego wystawienie, mówiąc sławnemi słowy Jana Müllera, Bóg tylko dla tego pozwolił, ażeby pokazać moralność królów świata; rozważywszy wreszcie wiele innych rzeczy, choćby nawet bez względu na ów kolos, co rzuca cień na całą ziemię, a o którym mówią, że stoi na glinianych nogach — muszę po tem wszystkiem wyrzec, iż jeżeli austrjacko-węgierska monarchja całą swą powagą, postawi zaporę potędze rosyjskiej w szerzeniu pansławizmu i jeżeli arogancja rosyjska nie ustąpi w drodze pokojowej, naówczas rezultatem nie będzie spalenie austrjackiego orła, ale będzie ostatecznym rezultatem — zredukowanie potęgi rosyjskiej do tych proporcyj, które ją nieszkodliwą uczynią dla wolności Europy.

Nie twierdzę tego stanowczo. Podczas wojny nie masz nic pewnego. Stawiam to jako szansę prawdopodobną. Szansa niepewna, na każdy sposób lepsza jest jak zguba pewna. Aby scharakteryzować obecny wypadek porównaniem dawniej już przezemnie użytem, powiem: Ptak ten z pewnością najniedorzeczniejszą wybrał alternatywę, który ze strachu przed krokodylem, w otwartą jego wleciał paszczę.

Jeżeli Austrja, jak chce tego „Corr. Hongr.“ ciągnie się w ślad za polityką rosyjską, wtedy z pewnością zginie bez ratunku. Tu już zabrakło wyboru. Tu tylko pewny skon. Tu będzie ona owym ptakiem, co ze strachu przed krokodylem wpadł w otwartą jego paszczę.

I cokolwiek powiedzieć się da o zwolennikach niepodległości węgierskiej, nie można przecież ich podejrzywać o to, że chcą Węgry przemienić w stos rozgorzały, aby tylko płomienie stos pożerające, pożarły austrjackiego orla.

Natychmiast po ogłoszeniu zbrojnej filipiki węgierskiego weterana broni się półurzędowa „Correspondance Hongroise“ w artykule zatytułowanym „Odpowiedź panu Koszutowi“. Przypomina ex-dyktatorowi, że sam w roku 1849 koroną św. Szczepana traktował Wielkiego księcia Konstantyna. „Z jakiegoż powodu nie obawiał się Koszut wtedy, aby Rosja nie pożarła Węgry? Czy wtedy nienawiść do Austrji była u niego większą, niżeli miłość do ojczyzny“? Dopiero kilka lat upłynęło, powiada korespondencja dalej, kiedy Koszut oświadczył, że interes Węgier żadną miarą nie da się pogodzić z interesem Austrji; dziś natomiast orzeka, że obopólne interesa są niemal identyczne. A zatem Koszut albo trzydzieści lat był na błędnej drodze, albo też teraz podlega obłędowi, Tak jednak nie jest. „Przez trzydzieści lat był Koszut szczerym, dziś atoli nie. Wie on, co czyni, jeżeli Austro-Węgry napędza do wojny z Rosją; wie on, że w pomyślnym razie nie zyskamy nic na zwycięztwie, bo by nam Niemcy w tem przeszkodziły, i że natomiast na wypadek klęski stracilibyśmy wiele, bo Niemcy by nas nie ochroniły.“

Uważaliśmy za obowiązek podać głos wielkiego patrjoty węgierskiego; odpowiedź zaś „Corresp. Hongr.“, jeżeli rzeczywiście jest inspirowaną, pozostawia wiele do myślenia.

Przegląd polityczny.

Lwów 15. grudnia.

Na pierwszej przedwstępnej konferencji reprezentantów mocarstw w Konstantynopolu, która się odbyła 11. bm. pod prezydencją jenerała Ignatjewa w pałacu poselstwa rosyjskiego, obradowano nad kwestjami dotyczącemi Serbji i Czarnogóry, i według „Agence Havas“ porozumiano się co do następujących punktów: Przystano na sprostowanie granic Czarnogóry, które powierzone zostanie komisji międzynarodowej, mającej zebrać się w Raguzie. Sprostowanie przeprowadzone będzie w tym kierunku, iż Czarnogórze przypadnie dwanaście okręgów, w tej liczbie między innemi Zubci, Banjani, Piwa, Dobniak, Goransko, Kolaszyn, Wasowicz, Drekałowicz, Kuczi, Spuz i Nikticz. Ks. Czarnogóry uda się do Konstantynopola, ażeby sułtanowi złożyć hołd za ustąpione terytorja.

Pod względem Serbji zgromadzeni zgodzili się, iż Turcy ustąpią z terytorjum serbskiego, nastąpi obustronna wymiana jeńców i zawieszenie broni przedłużone zostanie aż do zawarcia pokoju. Dolina rzeki Driny stanowić będzie zachodnią granicę Serbji; takowe zaś sprostowanie granic obejmuje ostateczne i stanowcze ustąpienie Serbji Małego Zwornika.

Pierwszy ten rezultat pozwala przypuszczać dalsze porozumienie. Zapewniają, że markiz Salisbury okazuje bardzo zgodne i pokojowe usposobienie; zaś jenerał Ignatjew w rozmowach z pełnomocnikiem brytańskim przystać miał nawet na zajęcie Bułgarji przez jakiekolwiek państwo neutralne, jak Belgja lub Szwajcarja.

Na temże posiedzeniu jednozgodnie przyznano konieczność udzielenia autonomji zbuntowanym prowincjom, jakoteż nieodzowność rękojmi co do zrealizowania takiej radykalnej zmiany. Zgodzono się że nie można polegać na zapowiedzianych tureckich reformach, choćby najdalej sięgających. Nie chodzi bowiem o instytucje liberalne, ale o to, by chrześcjanie wyzwoleni zostali z pod nacisku tureckiej, zepsutej i niedającej się ulepszyć administracji. Europa nie może poprzestać na konstytucyjnych eksperymentach, zmierzających do zewnętrznego upiększenia spróchniałej budowy, a nic więcej. Kwestja zatem rękojmi jest nieoddzielną od kwestji reform. Jenerał Ignatjew oświadczył, że Rosja nie poczytuje okupacji za jedyną możebną formę rękojmi, lecz uznaje ją za najskuteczniejszą; należy bowiem rozpocząć od rozbrojenia mahometanów w Bułgarji, co tylko przy pomocy obcego mocarstwa może być do skutku doprowadzone. Lord Salisbury miał na to odpowiedzieć, iż zupełnie podziela zdanie powyższe; sądzi jednak, że rozbrojenie może przeprowadzić sama Porta, co wszakże nie ma mocarstwom związywać rąk na przyszłość: Gdyby przekształcenie, uznane za nieodzowne, nie zostało przeprowadzone w danym określonym czasie, wtedy zawsze jeszcze można będzie uciec się do skuteczniejszych rękojmi.

W dyplomatycznych sferach wiedeńskich rozeszła się temi dniami pogłoska o przyłączeniu się Anglji do trójcesarskiego przymierza, wskutek czego powstałoby przymierze poczwórne, wobec którego Porta znalazła się zmuszoną do ustępstw pod względem kwestji rękojmi, nie narażając zbytecznie żywotnych swych interesów. Zwrot ten notujemy, oczekując na jego dobitniejsze potwierdzenie. W każdym razie przy obecnych ewentualnościach przymierze tego rodzaju wydaje się prawdopodobnem, zważywszy, że jednem jedne państwo, mogące dziś rozpocząć wojnę na wielką skalę, a mianowicie Anglja, wojny tej sobie nie życzy; dobrze zrozumiawszy, że i inną drogą dojść zdoła do zabezpieczenia swych interesów na Wschodzie

---

Wiadomości miejscowe i zamiejscowe.

Teatr. Jeżeli którego wieczora dadzą sobie na deskach teatru naszego rendezvous pp. Fiszer, Dobrzański, Zamojski i Linkowski, to już mniejsza o to, co afisz zapowiada; — wesołość i dobry humor są na cały wieczór zapewnione, i najobojętniejszy zresztą dla sztuki Lwowianin spieszy do teatru, by zapomnieć o biedzie domowej i publicznej. Nawet takie „Polowanie na zięciów“ zdoła wtenczas zapełnić teatr dwa razy z rzędu. Nikt się wprawdzie nic nie nauczy przez te cztery akta, żadne nawet słowo nie utkwi w pamięci widza, bo każde jest pustem, jak pustą jest cała akcja; sensu moralnego ani też niemoralnego także nikt nie wyprowadzi — ale za to kto nie jest skończonym już melancholikiem, ten serdecznie śmiać się musi od godziny 7 aż do ½ do 11, z wyjątkiem długich dość antraktów, podczas których orkiestra przypomina wszystkie mazury i kontradansy, które nasze prababki tańczyły. P. Dobrzański w komedji tej ma malutką rolę, a stwarza z niej z pewną nonszalanserją takie cacko komiczne, że już jego zjawienie się na scenie w bronzowym jakimś tużurku wywołuje śmiech szczery. P. Linkowski, jak zawsze, niezmiernie komiczny, niemniej p. Zamojski i p. Fiszer — słowem panowie ci robią nienatężając się nawet wyborną komedyjkę z tej francuskiej farsy. — Wspomnieliśmy dlatego najpierw o rolach męskich, bo te prym wodzą — nie należy jednak z tego wnosić, abyśmy artystkom lwowskim odmawiać mieli pewnej werwy komicznej, tylko że role kobiece, choćby najkomiczniejsze, zawsze zostają nieco przygłuszone szarżą, jakie się męskim rolom przebaczają. Autor tej komedji dał tym razem artystkom także niemało pola do popisania się lekkością i komizmem, i istotnie p. Aszpergerowa i p. Maj w rolach matek polujących na zięciów miały chwile bardzo zabawne i arcykomiczne.

Ostrzeżenie przed oszustwem Dyrekcja drukarni Związkowej zawiadamia powszechność kraju, iż handlarz książek we Lwowie Leib Bodek wydał kalendarz zatytułowawszy go „Rok 1877“ tytuł, pod jakim dyrekcja drukarni wydaje kalendarz od lat kilku. — Przez przywłaszczenie tej intytulacji, nie podawszy przytem swego nazwiska jako nakładcy, zamierzył tenże Leib Bodek nietylko wyrządzić szkodę zakładowi drukarni Związkowej — eksploatując w tysiącach egzemplarzy lichotę bez wszelkiej wartości pod obcym płaszczykiem, ale i Publiczność uwieść rozrzucając pomiędzy nią fabrykat kalendarzowy złożony z pozostałości kalendarzów z poprzednich roczników, zawierający ramoty niby to powieści i opowiadania, a będących już w rękach nabywców dawniejszych kalendarzów pod innemi tytułami.

Dyrekcja drukarni Związkowej wytaczając handlarzowi L. Bodekowi proces o przywłaszczenie sobie tytułu obcej własności na szkodę zakładu, jako też użytego przez tegoż podstępu dla otumanienia publiczności, przestrzega zarazem powszechność kraju, ażeby się przy nabywaniu kalendarza nie dala podejść przez ajentów L. Bodeka, kolportujących w kraju jego kalendarz zatytułowany „Rok 1877“ kalendarz ludowy, a niemający żadnej styczności z wydawanym przez drukarnię Związkową kalendarzem „Rok 1877“ kalendarz powszechny gospodarski. Dyrekcja drukarni Związkowej.

Jenerał Czerniajew odjechał podobno wczoraj do Kiszeniewa. Małżonka jego z dziećmi pozostaje nadal w Wiedniu. Onegdaj konferował Czerniajew z rosyjskim posłem Nowikowem w tegoż pałacu, a wróciwszy do swego mieszkania w Grand Hotel, przyjmował u siebie radcę poselskiego Wasilczykowa.

W Pradze skazano z powodu znanej demonstracji 14 akademików na karę więzienia od 24 godzin do 5 dni, w drodze policyjnej. W sprawie tej wzywano do Wiednia praskiego dyrektora policji Cyhlacza. Dziennikarstwo wiedeńskie zajęło w tej kwestji rolę denuncjatora, bo wskazywało uczestników demonstracji, i domagało się nowego sądu.

O komedji Sewera „Pojedynek szlachetnych,“ premjowanej na konkursie warszawskim, recenzent „Gazety Polskiej“ pisze:

Komedję w czterech aktach p. Sewera „Pojedynek szlachetnych“ otacza jakaś niezwykła atmosfera, zdrowego orzeźwiającego powietrza, a nietylko niezwykła, dla tego że wyłącznie i na wskróś angielska, ale dla tego także, że przezroczystością i czystością swoją odmienną jest zupełnie od tej, którą wytwarzają w około nas teatra i literatura dramatyczna. Powiedziećby można, że „Pojedynek szlachetnych“ pod względem ducha i treści, jest antipodem nowoczesnego teatru; a co dziwne a zarazem przyjemne, oto że idealizm tej komedji, wprost przeciwny dzisiejszemu realizmowi, ma przecie w sobie angielską praktyczność, i to ziarnko zdrowego rozumu, którym się naród angielski odznacza. Znajomość dokładna stosunków, obyczajów, zwyczajów angielskich w najdelikatniejszych odcieniach, jest tu zdumiewającą, powiem nawet odurzającą. Najwyższą, najpierwszą zaletą tego utworu jest, że pozostaje od początku do końca wiernym subtelnemu tytułowi swojemu. Ciągle i wszędzie u wyższych i u niższych, szlachetność jest tu głównym motywem dramatycznym, główną sprężyną działania, istny to pojedy-

---

żną dorożką. Za to widziałem Łuszyna, który zresztą zaledwie raczył przywitać się ze mną — i Malewskiego. Młody hrabia wyszczerzył zęby do uśmiechu i po przyjacielsku wszczął ze mną rozmowę. Ze wszystkich gości bywających w oficynie on jeden umiał wcisnąć się do nas i przypodobać się matce. Ojciec nie miał do niego usposobienia i obchodził się z nim do obrażliwości grzecznie.

— Ah, monsieur le page! — zaczął Malewski — bardzo mi miło spotkać pana. Co porabia pańska piękna królowa?

Świeża i piękna twarz jego tak mi była wstrętną w tej chwili i patrzał on na mnie tak pogardliwie i żartobliwie zarazem, żem mu wcale nie odpowiedział.

— Pan ciągle gniewasz się? — Ciągnął on dalej. — Niepotrzebnie. Przecież nie ja nazwałem pana paziem, a paziów miewają przedewszystkiem królowe. Ale pozwól pan sobie zauważyć, że źle spełniasz swój obowiązek.

— A to jak?

— Paziowie powinni nieodstępnie towarzyszyć swoim władczyniom, paziowie powinni wszystko wiedzieć, co one robią, powinni pilnować je — dodał zniżywszy głos — w dzień i w nocy.

— Co pan chcesz powiedzieć?

— Co chcę powiedzieć?... Zdaje mi się, że wyrażam się jasno. W dzień i w nocy. W dzień to jeszcze i tak i owak; w dzień widno, ludno; ale w nocy — ot tak, odrazu może się wydarzyć nieszczęście. Radzę panu nie sypiać po nocach i pilnować, pilnować, wszystkiemi siłami. Pamiętasz pan — w ogrodzie, w nocy, przy fontannie — tam trzeba pilnować. Pan mnie podziękujesz.

Malewski zaśmiał się i odwrócił się do mnie plecami. Zapewne sam nie przypisywał wielkiej ważności temu, co powiedział; miał on reputację znakomitego mistyfikatora i słynął z umiejętności durzenia ludzi na maskaradach, do czego dopomagała mu owa, prawie bezwiedna siebie fałszywość, którą przeniknioua była cała jego istota. Chciał on tylko podrażnić się ze mną; ale każdy jego wyraz trucizną rozlał się po moich żyłach. Krew uderzyła mi do głowy

— A! tak!... — powiedziałem sam do siebie. — Dobrze! A więc wczorajsze moje przeczucie było słuszne! A więc nie darmo coś mnie ciągnęło do ogrodu! No! tak się nie stanie! — zawołałem głośno i pięścią uderzyłem się w piersi; chociaż właściwie nie wiedziałem co nie ma stać się...

Czy sam Malewski pofatyguje się do ogrodu, myślałem (może wygadał się; na to zuchwalstwo mu nie stanie), czy kto inny? (Płot naszego ogrodu był bardzo niski i wcale nie było trudnem przeleźć przez niego), ale zawsze źle z tem będzie, kto mi się nadarzy! Nikomu nie radzę spotykać się ze mną! Ja przekonam cały świat i ją, zdrajczynię (po prostu nazwałem ją zdrajczynią), że umiem mścić się!...

Powróciłem do swego pokoju, wyjąłem z biórka niedawno kupiony angielski scyzoryk, obejrzałem ostrze, i zmarszczywszy brwi, z zimną i ześrodkowaną stanowczością wsunąłem go sobie do kieszeni, — jak gdybym takie rzeczy nie pierwszy już raz robił. Serce mi się złośliwie wydęło i skamieniało. Do samej nocy nie rozmarszczyłem brwi i nie rozcisnąłem ust, ciągle chodziłem tam i nazad, cisnąc w kieszeni ociepłony scyzoryk i gotując się do czegoś strasznego.

Nowe te, niebywałe wrażenia tak mię zajęły i nawet rozweselały, że o Zeneidzie właściwie mało myślałem. Ciągle stał mi na myśli Aleko, młody cygan — „dokąd piękny młodzieńcze? — Leż!“ a potem: Tyś cały krwią zbryzgany!... O! coś zrobił!... nic!...“ — Z jakimże okrutnym uśmiechem powtórzyłem owo: „nic!“

Ojca nie było w domu, ale matka, która od pewnego czasu znajdowała się w stanie prawie ciągłego głuchego rozdrażnienia, zwróciła uwagę na moją fatalną fizys, i powiedziała mi przy wieczerzy:

— Czego tak się nadymasz, jak mysz na krupy?

Ja tylko uprzejmie uśmiechnąłem się i pomyślałem sobie: „Gdyby wiedzieli!“

Wybiła jedynasta. Poszedłem do siebie, ale nie rozbierałem się, czekałem północy, Nakoniec wybiła i północ. Teraz czas! — szepnąłem przez zęby i zapiąwszy się na wszystkie guziki nawet zakasawszy rękawy, poszedłem do ogrodu.

Zawczasu wybrałem sobie miejsce, gdzie miałem czatować. Na końcu ogrodu, tam gdzie płot, rozdzielający nasze i Zasiekinów posiadłości, dochodził do wspólnej ściany, rosła samotna jodła. Stojąc pod jej pochyłemi gęstemi gałęziami, mogłem dobrze widzieć co się działo dokoła. Tuż niedaleko wiła się ścieżka, która zawsze wydawała mi się tajemniczą; wężem prześlizgała się ona pod płotem, na którym w tem miejscu widoczne były ślady, że przezeń przełażono; a wiodła do okrągłej altanki z samych akacyj. Dostałem się do jodły, przytuliłem się do jej pnia i począłem podpatrywać.

Noc była tak samo cicha jak i poprzednia, ale na niebie mniej było chmur, i zarysy krzaków, nawet wysokich kwiatów, były widoczniejsze.

Pierwsze chwile oczekiwania były nużące, nawet straszne. Ja byłem na wszystko zdecydowany, rozmyślałem nad tem tylko jak mam postąpić? Czy zagrzmieć: „Dokąd idziesz? Stój, przyznaj się — albo śmierć!“ — czy też prosto uderzyć... Każden głos, każden szelest wydawał mi się znaczącym, niezwykłym.. Przygotowywałem się... wychyliłem się naprzód...

Ale upłynęło pół godziny, godzina; krew mi się uspokoiła, ochłodła. Przeświadczenie, że wszystko torbię napróżno, że nawet jestem cokolwiek śmieszny, że Malewski zażartował ze mnie, poczęło zakradać się do duszy. Opuściłem moją zasadzkę i obszedłem cały ogród. Jak naumyślnie, nigdzie nie było słychać najmniejszego szmeru; wszystko było spokojne; nawet pies nasz spał, zwinąwszy się w kłębek przy furtce.

Wygramoliłem się na zwaliska oranżerji, ujrzałem przed sobą dalekie pola, przypomniałem spotkanie z Zeneidą i zamyśliłem się.

Zadrzałem... Zdało mi się, że słyszę skrzypnięcie otwierających się drzwi, potem lekki trzask łamiącego się seczka. W dwóch skokach spuściłem się z rozwaliny — i zamarłem na miejscu. Szybkie, lekkie, lecz ostrożne kroki rozległy się w ogrodzie. Przybliżyły się ku mnie... „Otóż on! nakoniec otóż on!“ przeleciało mi po sercu. Z drżeniem wydobyłem nóż z kieszeni, z drżeniem otworzyłem go — jakieś czerwone iskry zamigotały mi w oczach, ze strachu i złości poruszyły się włosy na głowie...

(Dalszy ciąg nastąpi).

nek między najdelikatniejszemi uczuciami ludzi ze sercem, rozumem i sumieniem, a widz obawia się wciąż, czy ta obustronna szlachetność odniesie zwycięztwo w takiej epoce jak nasza. Oto prawdziwy interes sztuki, oto co przywiązuje do niej, jeszcze więcej może niż wytworne postacie, które się w niej ukazują. Aby ta szlachetność z pozorami prawdopodobieństwa zwyciężyła, trzeba było przenieść działanie za morze, do tej starej Anglji, w której siła tradycji — i tam już gasnącej — dozwala jeszcze w niejednym zakątku pielęgnować szlachetności uczuć, nadaje hart i męzkość, tak wewnętrznemu jak zewnętrznemu działaniu społeczeństwa, które unikając starannie zbyt spospolitowanego pojedynku, zachowało przecież obyczaj wspaniałych turniejów moralnych podnoszących zacność i godność społeczeństwa.

Wszystkie postacie w tej komedji są prawdziwe, misternie nakreślone, wszystkie sympatyczne. Cała galerja wybornych typów stanowi jedną rodzinę — a przecież każdy z nich ma swoją odrębną, dobrze oznaczoną indywidualność.

Te kilka uwag recenzenta „Gazety Polskiej“ o „Pojedynku szlachetnych“ podajemy do wiadomości dyrekcji teatru lwowskiego.

Abdul Kerim basza, naczelny wódz wojsk tureckich, jest znowu przedmiotem dziwacznych doniesień, wedle których ma on być pruskim kapitanem, który przed przyjęciem mahometańskiej wiary nazywał się Strecker. Stryj jego zasiada według tej wersji w niemieckim reichstagu. Jeśli można dać wiarę informacjom „Germanji,“ wedle których stryj baszy był sekretarzem rządowym w Erfurcie, a syn jego uczęszczał do gimnazjum w Fuldzie, to „Nordd. Presse“ podaje ze swej strony bardzo dokładne szczegóły z biografji Abdula Kerima. Był on najpierw zażyłym przyjacielem redaktora tego dziennika, który nawet posiada jego autobiografję. Urodził się w r. 1821, pochodzi z zacnej katolickiej rodziny, chodził do szkół w Erfurcie i poświęcił się następnie zawodowi wojskowemu. Strecker, obecnie Abdul Kerim, był podówczas młodzieńcem dobrej tuszy i pełen żywego jowialnego humoru.

Henryk Heine o kwestji wschodniej. Dar wieszczenia, „vis divinandi,“ każdemu poecie właściwy, posiadał także niesforny wychowaniec gracyj, Henryk Heine. Oto ustęp z korespondencyj jego paryskich z r. 1841. Rosja mało się troszczy o to, że Anglicy pochłaniają co raz więcej z Indyj i zawładną w końcu Chinami. Nadejdzie czas, gdzie będą zmuszeni opuścić swą zdobycz na rzecz Rosji, która utwierdza się w Krymie, która stała się już władczynią Czarnego morza i która ciągle ku jednemu zdąża celowi: posiąść Bosfor i Stambuł. Ku staremu Byzancjum zwracają się chciwe spojrzenia wszystkich Moskali; zdobycie tego miasta jest dla nich nietylko polityczną, ale i religijną misją, a z wysokich brzegów Bosforu ma car wszystkie ludy na ziemi zająć pod skórzane berło Rosji, które giętsze jest i silniejsze od stali, a które nazywa się knutem. Czy prawdą jest, że Stambuł ma tak uniwersalne znaczenie i że zajęcie tego miasta mogłoby rozstrzygać o losie narodów? Jeden z moich przyjaciół powiedział mi niedawno: „W Rzymie znajdują się klucze do królestwa niebieskiego, w Konstantynopolu do królestwa ziemskiego, kto je pozyska, zawładnie światem.“ Jak straszną jest kwestja wschodnia!“ — W korespondencji zaś do „Augsb. allgem. Ztg.“ z 31. grudnia 1841 pisze Heine z Paryża, mówiąc o Mehemedzie Alim i Arabach, co następuje: „Nie potrzebujemy się Arabów więcej obawiać jak niegdyś, kiedyśmy drżeli przed sztandarami półksiężyca i byłoby raczej szczęściem dla nas, gdyby Stambuł był widownią walki ich żarliwości religijnej. To byłoby najlepszym szańcem przeciw tym moskiewskim zachciankom, które usiłują ni mniej ni więcej, jak wywalczyć lub wyłudzić nad Bosforem klucze od władzy nad światem.

Stan zdrowia w Warszawie w ostatnich dniach znacznie się polepszył. Wypadki tyfusu są rzadsze i w ogólności objawy jego nie są już tak zjadliwe jak początkowo.

Lombard warszawski został od kilku dni zamknięty i nie udziela wcale pożyczek. Przy obecnym stanie ogólnego zastoju, zamknięcie to jedynej instytucji pożyczkowej, z której uboższa klasa miasta czerpie zwykle pomoc, bardzo złe może wywrzeć skutki.

Numer 22. czasopisma towarzystwa aptekarskiego zawiera: 1. Nekrolog ś. p. Dr. Franciszka Skobla, przez St. Janikowskiego. — 2. Dochodzenia obcych olei w oliwie, podał M. L. Dobrowolski. — 3. Słówko o miodzie, skreślił E. H. — 4. Rozporządzenie Gremium aptekarskiego Galicji wschodniej podał K. Krzyżanowski. — 5. Sprawozdanie z posiedzenia członków czytelni. — 6. Rozmaitości. — 7. Ogłoszenia.

Odczyt prof. Syrskiego zgromadził w dniu wczorajszym znaczny zastęp słuchaczów do sali ratuszowej — i naszem zdaniem najsłuszniej. Wielki czas był bowiem, by publiczność nasza powzięła, z poważnych ust prawdziwie uczonego, wyobrażenie o tem, jak właściwie ziemia nasza wygląda i ludzie na niej. Dotąd ogół wiedział u nas o tem tyle tylko, ile mu pokazały wędrowne niemieckie dioramy, mizerna teatralna sztuka, przed rokiem na naszej scenie przedstawiana i rozmaite drukowane po dziennikach ustępy z podróży, w których sam autor figuruje jako pierwsza osoba, a reszta wygląda jako accessorium tego głównego obrazu.

Nie mamy zamiaru podawać treści pierwszego odczytu szan. profesora: o ile bowiem wiemy, odczyty te mają się pojawić in extenso, w jednem z czasopism tutejszych — i niezawodnie stanowić będą znakomity przyczynek do naszej literatury ziemioznawczej. Chcemy tylko podzielić się uwagami, jakie nam pierwszy odczyt nasunął.

Zacznijmy od publiczności. Tej pewna część zawiodła się kapitalnie. Ludzie, którzy znają tylko lichą kompozycję Verne'a, co świat obiegła na scenę przeblaznowana, sądzili, że w odczycie sz. profesora znajdą uświęcony powagą nauki p e n d e n t do owych dziwacznych konceptów, albo, co najmniej, przypuszczali, że zobaczą i usłyszą coś w tym samym guście. Tymczasem nie było nic podobnego — żadna piękna aktorka nie przejechała się przed widzami na żywym słoniu. Były wprawdzie obrazy, przedstawiające niektóre miasta, okolice i postacie — ale te, jako znane z rozmaitych ilustrowanych wydawnictw, nietylko nie przyczyniały się do podniesienia efektu, lecz owszem, przeszkadzały tym, którzy z poważniejszem usposobieniem znaleźli się w sali ratuszowej.

Takich zaś zastęp był wcale spory. — Radzimy zatem sz. prelegentowi, by ten zastęp w następujących odczytach przedewszystkiem miał na względzie. Tacy słuchacze mało zwracają uwagi na brak wymowy i niepoprawność dykcji — im chodzi o rzecz samą. Tacy słuchacze dokładnie pojęli, że pierwszy odczyt był nie więcej jak programem, rodzajem kanwy, na której prelegent następnie wyhaftowywać będzie swe spostrzeżenia; wnosząc zaś z napomknień, jakie słyszeliśmy, spostrzeżenia te niezawodnie będą bardzo pouczające.

[illegible] prelegent na przyszłych odczytach uwzględnił tylko tych słuchaczy, którzy rzeczywiście pragną rozszerzyć zakres swej wiedzy, a nie przychodzą powodowani prostą ciekawością, — nie potrzebowałby w takim razie wskazywać na mapie, gdzie leży Europa, Afryka i t. d., ani też produkować widoki kopjowane ze znanych drzeworytów; więcej zostałoby czasu na scharakteryzowanie ziem i mieszkańców, których oglądał; co zresztą pewno nastąpi na przyszłych odczytach. — Wykształcona część publiczności z niecierpliwością ich wyczekuje.

Jeszcze jedna uwaga. Już na pierwszym odczycie zauważyliśmy, że sz. profesor jest bardzo nieprzychylnie usposobiony dla Anglików, i nawet przyrzekł następnie wykazać różnicę między kolonizacją angielską a francuską; różnica ta, wnosząc z tego co słyszeliśmy, wypadnie niezaprzeczenie na niekorzyść W. Brytanji. Otóż przeciw takiemu twierdzeniu zanadto stanowczo przemawiają fakta. Mówią zaś one, że dotąd jedna tylko anglosaksońska rasa okazała się zdolną do przenoszenia europejskiej cywilizacji w krainy poza europejskie; najniezdolniejszą zaś do tego okazała się jednocześnie rasa łacińska. Ani Włosi, ani Hiszpanie ani Francuzi nie mogą poszczycić się rezultatami swoich kolonizacyjnych popędów od czasu wynalezienia drogi do Indji i odkrycia Ameryki. Z angielskich kolonij potworzyły się już dotąd państwa potężne, jak Stany Zjednoczone, a w każdym razie swobodne i kwitnące, jak Nowa południowa Walja, Kanada i wiele innych; Algier, największa francuska kolonja i w najkorzystniejszych pozostająca warunkach, wcale tem poszczycić się nie może. Takie stronnicze dowodzenia szkodzić tylko mogą poważnemu nastrojowi odczytów, nie mówiąc już o tem, że dowodzenia podobne, czy w ratuszowej sali, czy w auli uniwersytetu wygłaszane, wobec widocznych i znanych każdemu faktów, ostać się nie zdolają.

Prof. Syrski, skreśliwszy marszrutę wyprawy austrjackiej, której był członkiem, dotarł z nią na pierwszym odczycie do Japonji. Przyszły odczyt będzie zapewne poświęcony bliższemu rozpatrzeniu krajów, które szanowny prelegent miał sposobność zwiedzić po drodze. Ciekawi jesteśmy zwłaszcza słyszeć opis trzymiesięcznej wycieczki jego z Szangai wgłąb Chin. Z tego co sz. prelegent o tej swej wycieczce napomknął, czerpiemy przekonanie, iż ta część odczytu może być niezmiernie zajmującą i pouczającą.

Gospodarstwo, przemysł i handel.

Ceny zboża i produktów we Lwowie. Sprawozdanie tygodniowe Izby handlowej i przemysłowej za czas od 2. do 9. grudnia 1876 r.

Z b o ż a. Pszenica za 100 kilogr. od złr. 10· do złr 11·25. — Żyto za 100 kilogr. od złr. 7·80 do złr. 8.50. — Jęczmień dla browarów za 100 kilogr. od złr. 6·— do 6·75 opasowy złr. —·—. Owies za 100 kilog. od złr. 6·— do złr. 6·20. Hreczka za 100 kilogr. od złr. 6·50 do złr. 7·—. — Kukurudza zeszłoroczna za 100 kilogr. od złr. 5·75 do złr. 6·25. — Kukurudza nowa za 100 kilogr. od złr. 5·— do złr. 5·50. Proso za 100 kilogr. od złr. —·— do złr. —·—

Z b o ż e s t r ą c z k o w e. Groch do gotowania za 100 kilogr. od złr. 7·— do 9·75. Groch pastewny za 100 kilogr. od złr. 6·25 do 7·—. Fasola za 100 kilogr. od złr. 7·80 do 8·50. Wyka za 100 kilogr. od złr. 5·50 do 6·75. Bobik od —·— do —·—

N a s i o n a. Koniczyna najprzedniejsza za 100 kilogr. od złr. 75·— do —·83, przednia za 100 kilogr. od złr. —70 do 75·—, średnia za 100 kilogr. od złr. —·63 do 68·—, poślednia za 100 kilogr. od złr. 58·— do 63·—. Tymotka za 100 kilogr. od złr. —·— do —·—. Anyż rosyjski za 100 kilogr. od złr. —·— do —·—. Anyż płaski za 100 kilogr. od złr. 22·— do 23·50. Kminek za 100 kilog. od złr. 44·50 do 53·—.

N a s i o n a o l e j n e. Rzepak zimowy za 100 kilogr. od złr. 17·30 do 17·45. Rzepak letni za 100 kilogr. od złr. —·— do —·—. Rzepik zimowy za 100 kilogr. od złr. —·— do —·—. Rzepik letni za 100 kilogr. od złr. —·— do —·—. Lnianka za 100 kilogr. od złr. 12.50 do 13·75. Nasienie lniane za 100 kilogr. od złr. 12·50 do 14·—. Nasienie konopne za 100 kilogr. od złr. 9·— do 9·30.

C h m i e l za 100 kilogr. od złr. — do złr. —·—.

S p i r y t u s od złr. —·— do 32·75.

Ostatnie wiadomości.

Sprostowanie nadesłane przez prof. Małeckiego w sprawie listu do dep. Suessa.

Z powodu wzmianki w nrze dzisiejszym (z środy) „Kroniki codziennej“, jakoby do listu mego do prof. Suessa, którym temuż odpowiadałem na zadane mi przez niego pytania, „niepotrzebnie wkradły się wzmianki o trudnościach, jakieby zaprowadzenie wydziału medycznego przedstawiać miało“: oświadczam, że w liście rzeczonym ani jednego słowa o wydziale medycznym, a tem mniej o trudnościach jego zaprowadzenia, nie zamieściłem. Jeżeliby zaś prawdą być miało, że prof. Suess w radzie państwa odczytywać miał podobne ustępy z jakiegoś listu — to chyba to był list innej osoby. — W razie potrzeby mam świadków.

Lwów d. 13 grudnia 1876.

A. Małecki.

W dalszym ciągu obrad nad budżetem w izbie deputowanych mówili M i e r o s z o w s k i, E u z e b j u s z C z e r k a w s k i, G i e r o w s k i i K a b a t przeciw staraniom o zwinięcie uniwersytetu lwowskiego. — Minister Stremayr oświadczył, że rząd nigdy nie miał i nie ma zamiaru zniesienia uniwersytetu lwowskiego.

„Pester Lloyd“ dowiaduje się, że m i ę d z y A n g l j ą a R o s j ą p r z y s z ł o d o s k u t k u „z d u m i e w a j ą c e z b l i ż e n i e.“ Anglja powiada „Pest Ll.“, zawiera kompromis z Rosją.

Do „Pester Lloyda donoszą, że wskutek porozumienia się lorda Salisbury z Ignatiewem, nastąpiło z d u m i e w a j ą c e zbliżenie się gabinetu rosyjskiego z angielskim. Anglja zawarła z Rosją kompromis.

„Tagblatt“ dowiaduje się z wiarogodnego źródła, że pruscy poddani, obowiązani do służby wojskowej a przebywający w Wiedniu, a mianowicie rezerwiści piątego i szóstego korpusu armji otrzymali zawezwanie, by powrócili do swego kraju.

Z Belgradu piszą, że Marinowicz stanowczo podejmie się utworzenia nowego gabinetu.

Kupcy pruscy zostali z Rosji zawiadomieni, że dnia 20 grudnia komunikacja kolejowa z Niemcami i Austrją odbywać się będzie bez przeszkody.

Jeden z wyższych rosyjskich urzędników przejeżdżał z bardzo znacznemi pieniędzmi przez Berlin do Marsylji dla zakupienia tam statków parowych.

Don Carlos przybył do Rzymu incognito pod nazwiskiem hr. Tolosa. Zapewniają, że przed świętami Bożego narodzenia odbędzie się konsystorz dla mianowania siedmiu albo ośmiu kardynałów.

Telegramy „Kroniki Codziennej“.

Konstantynopol 14 grudnia. Dzisiaj odbyła się znowu przedwstępna konferencja. Wrażenie narad ciągle jeszcze pomyślne.

Wielki wezyr złożył wizytę markizowi Salisbury i miał z nim długą naradę. Bawi tutaj Bratiano.

Wiedeń 14 grudnia. Ferje rady państwa rozpoczną się dnia 20go grudnia. Wydział podatkowy pozostanie w permanencji.

„Fremdenblatt“ twierdzi, że wszyscy pełnomocnicy na konferencji stambulskiej, wyjąwszy markiza Salisbury i jenerała Ignatjewa, przyjmują uchwały konferencji tylko ad referendum.

„Nowa Presse“ donosi, że Węgry nie odstąpią od żądania samodzielnego banku.

Bukareszt 14 grudnia. Dziennik urzędowy ogłasza dekret książęcy wskutek którego oprócz ośmiu już istniejących, utworzyć się ma jeszcze ośm nowych pułków milicji krajowej.

Ateny 14 grudnia. Komunduros złożył gabinet bez udziału Zaimisa. Dawniejsi ministrowie pozostają, Komunduros tylko obejmuje tekę sprawiedliwości, Bouboulis marynarki.

Telegrafowane kursa wiedeńskie.

Lwów, dnia 14 grudnia.

Akcje Kredytowe	135 90	Akcje kol. K.-L.	199 75
„ Anglo-A.B.	71·20	„ Połud.	78.25
„ Unionbank	47·—	„ Banku F.-A.	—·—
„ Vereinsbank	—·—	„ Baubank	—·—

Usposobienie: [illegible]

Wiedeń, dn. 14 grudnia 2 godz. 20 min.

Akc. banku fr.-austr.	—·—	Węg. Ostbahn	30·—
„ węgier. kredyt.	104 —	Galic. Indemniz.	83·25
„ anglo-austr. B.	72·—	1864 Losy	128·50
„ Unionbank	46·—	Franco-H.-Bnk	—·—
„ kolei Kar.-Lud.	199 25	Verkehrsbank	76·—
„ „ północnej	177.50	Tureckie losy	11·80
„ „ południowej	78 25	Baubank	—·—
„ „ alföldskiej	93 00	Staatsbahn	258 50
„ „ Elżbiety	135 50	Bankverein	55·—
„ „ lwow.-czern.	110.25	Wiener Bauver.	1·52
„ „ węg. półn.	86.75	Węgierskie losy	68·25
„ „ Rudolfa	101·—	Marki niem.	62 10
Wiener Baugesell.	—·—		

Usposob.: —·—

Berlin,

	mark		mark
Rossyj. noty bank.	246 50	Staatsbahn	—·—
Akcje kredytowe	218.00	Kolej rumuńska	08 60
Lombardy	125·25	Austr. banknoty	160·90
Galicyjskie	80·20	Usposob.: —	

Paryż. 3% renta 70 95; Lombardy 157·—

Telegramy zbożowe, W i e d e ń 9 grudnia. Okowita 34·50—. B u d a - P e s z t. Pszenica 12 45 — 12·60. Pszenica na jesień 10 50 10·55 B e r l i n. Pszenica wrzesień - paźdz. 216·—, żyto loco 158, żyto na paźdz.-listop. 52·90, okowita loco 55 —. — S z c z e c i n. Pszenica na jesień 211·— — pszenica na wiosnę 208·— — —·— rzepak 347·— mark.

Muzeum przemysłowe miejskie, umieszczone w salach Strzelnicy miejskiej, otwarte każdego dnia z wyjątkiem poniedziałków: w niedzielę od godziny 9. z rana do 1. w południe, i inne dnie od godziny 10 z rana do 5. po południu. Ceny wstępu we środę 40 ct., w inne dnie 20 c. dla młodzieży szkolnej i czeladzi rzemieślniczej 5 ct. Bilety dla młodzieży i czeladzi wydawane będą tylko w ilości 20 sztuk razem. Interesowanych, którzyby ze zbiorów muzealnych korzystać, lub swe wyroby, także posiadane celniejsze przedmioty przemysłu wystawić pragnęli, udziela pożądanych informacyi biuro muzealne.

POCIĄGI KOLEJOWE:

Odchodzą ze Lwowa:

Do K r a k o w a: rano o godzinie 5 (pociąg czysto osobowy); po południu o godzinie 5 minut 5 (pociąg mięszany); w nocy o godzinie 11 minut 26 (pociąg pospieszny).

Do P o d w o ł o c z y s k: (z głównego dworca): o godzinie 6 minut 20 rano (pociąg pospieszny); w południe o godzinie 12 minut 5 (pociąg mięszany); w nocy o godz. 10 minut 57 (pociąg osobowy).

Do S t a n i s ł a w o w a: (na Stryj): rano o godzinie 6 minut 5 (pociąg mięszany) i o godzinie 5 minut 10 wieczór.

Do P o d w o ł o c z y s k: (z Podzamcza) w południe o godzinie 12 minut 26 (pociąg mięszany; w nocy o godzinie 11 min. 32 (pociąg mięszany)

Przychodzą do Lwowa:

Z K r a k o w a: o godzinie 5 minut 50 rano (pociąg pospieszny); o godzinie 9 minut 45 w nocy i o godzinie 10 minut 55 rano — o godz. 8 m. 5 wieczór.

Z C z e r n i o w i e c: o godzinie 10 m. 13 w nocy (pospieszny) — o godz. 4 w nocy i o godz. 3 m. 5 popołudniu.

Ze S t r y j a: codziennie o 7 godz. 10 min. wieczór i o godz. 8 m. 52 rano, godz. 7. m. 10

Lwów, *z Izby handlowej* dnia 14 grudnia.

	dają	żądają
I. Akcje za sztukę:		
Kolei galic. Kar.-Ludw. po 200 zł.	199 —	201 50
„ lwowsko-czern. „ 200 „	109 50	112 —
Banku hipoteczn. galic. „ 200 „	— —	216 —
„ kredyt. galic. „ 200 „	208 —	211 —
II. Listy zast. za 100 zł.		
Tow. kredyt. galic. 5% w. a.	82 90	83 6[illegible]
„ „ „ 4% „	75 50	77 —
„ „ „ 5% „	82 90	83 6[illegible]
Banku hipoteczn. gal. 6%	85 5[illegible]	86 [illegible]
Galic. zakł. kred. włośc. 6%	91 —	92 50
III. Listy dłużn. za 100 złr.		
Ogóln. roln. kred. zakł dla Galicyi i Bukowiny 6% losow. w 15 lat.	90 10	91 20
Towarz. kred. miejsk. 6% we losowane w 15 latach	— —	— —
IV. Obligacje za 100 zł.		
Indemnizacyjne galicyjskie	83 —	84 —
Pożyczki krajowej z r. 1873 po 6%	90 —	92 —
Losy miasta Krakowa	14 50	16 —
„ „ Stanisławowa	18 25	19 75
V. Monety.		
Dukat holenderski	5 86	5 9[illegible]
„ cesarski	5 93	6 04
20-frankówka	10 04	10 14
Półimperjał rosyjski	10 15	10 35
Rubel rosyjski srebrny	1 70	1 80
„ „ papierowy	1 52	1 54
100 marek niemieckich	61 7[illegible]	62 7[illegible]
Srebro	114 50	117 —
Wiedeń, 11 grudnia.		
5% zjedn. dług państw. bankn.	60 3[illegible]	60 45
„ „ „ „ srebrem	67 05	67 20
„ Obl. indemn. Niż. Austrji	100 75	101 25
„ „ „ czeskie	100 50	— —
„ „ „ węgierskie	73 25	74 25
„ „ „ galicyjskie	82 50	85 50
„ „ „ bukowińskie	81 —	82 —
„ „ „ siedmiogrodzkie	71 75	72 50
„ węg. poż. kol. (300 fr.) 120 zł.	98 —	99 —
Listy zastawne.		
5% Banku narod. listy	96 15	96 3[illegible]
% galicyjskie	75 50	77 —
		84 75
% galic. zakł. kred. włośc.	91 —	92 —

	dają	żądają
Tow. kred. miej. 6% w 151	77 50	79 50
6% Zakł. kr. ... w Krak. w l. 18	85 —	89 —
[illegible]% „ „ „ „ 20	97 —	98 —
6% „ „ „ „ 36	87 50	88 50
5% sr. „ „ „ 56	94 —	— —
5% węgierskie listy	— —	63 50
[illegible]% zakł. kredyt. austr.	106 50	107 —
[illegible]% zakł. kred. ziem. austr. spłacal. w 33 latach	89 50	90 —
5% Domen. państ. 120 złr.	139 50	140 —
6% Banku galic. hipot.	85 50	86 —
Pożyczki loteryjne.		
Losy pożycz. z roku 1839	258 50	259 50
„ „ „ 1854	104 —	104 50
„ „ „ 1860	109 25	109 75
1/5 los. pożyczki aus. pań. z r. 1860	116 —	116 —
Losy pożyczki z r. 1864	130 —	130 50
„ prem. pożyczki węg.	69 —	69 50
„ Comorente	24 —	24 50
„ kredytowe	164 25	164 75
„ żeglugi par. na Dunaju	93 —	93 50
„ księcia Salm	43 —	44 —
„ „ Palffy	30 —	31 —
„ „ Klary	29 50	30 50
„ h. St. Genois	34 50	35 —
„ miasta Budy	28 75	29 25
„ Windischgraetz	24 50	— —
„ hr. Waldstein	22 75	23 25
„ hr. Keglevich	14 25	14 75
„ Rudolfa	13 50	14 —
„ tureckie 400-frank.	11 75	12 25
Akcje bankowe i przemysłowe.		
Banku narod. austr.	825 —	827 —
Zakładu kredytowego	157 20	137 40
Żeglugi parowej na Dunaju	339 —	341 —
Kolei północnej Ferdynanda	1780	178[illegible]
„ rządowej fr. a.	262 —	263 —
„ zachod. c. Elżbiety	136 —	136 50
„ południowej	78 75	79 —
„ galicyjskiej	200 —	200 50
„ czerniowieckiej	110 50	111 —
„ Albrechta	— —	— —
„ węg. półn.-wschodn.	85 50	86 —
„ ks. Rudolfa 200 złr. sr.	162 —	163 —
„ Alföldsko-Finmańsk.	92 —	93 —
„ koszycko-Bogumił.	85 50	84 —
„ siedmiogrodzkiej	73 —	73 50

	dają	żądają
Kolei cisańskiej	163 —	166 —
„ wschodnio-węgierskiej	27 75	28 25
„ austrjack. półn.-zach.	117 —	117 50
„ Franciszka-Józefa	121 50	122 50
Banku anglo-austrjackiego	72 50	73 —
Zakładu kredytowego węgierskiego	104 50	105 —
Banku franko-austrjackiego	7 75	— —
„ franko-węgierskiego	—	28 25
„ Banku galicyj. dla handlu i przem. w Krakowie	— —	— —
„ krajowego galicyjskiego we Lwowie	— —	— —
„ galic. hipotecznego	— —	— —
„ dla obrotu ogólnego	76 50	77 50
Obligi pierwszeństwa.		
Kolei Dniestrzańskiej	— —	— —
„ Koszycko-Bogumińskiej	64 50	65 50
„ państwowej 500 fr.	155 —	155 50
Emisja z r. 1867	147 —	149 —
„ południowej 500 fr.	115 50	115 75
Bony 1875-1876 6%	— —	— —
„ pół. c. Ferd. 100 złr. m. k.	100 —	— —
„ „ „ 100 złr. w. a.	96 —	— —
„ „ „ w srebrze 5%	106 50	106 —
„ południ. półn. niem. 5% za 100 złr. w. a.	86 —	87 —
5% w srebrze	90 —	92 —
„ gal. Kar. Lud. 300 złr. w. a. w srebrze 5% za 100 złr.	99 50	100 —
Emisja II.	96 25	96 75
„ Lwowsko-Czerniowiec. po 300 złr. (w sreb. po 5% za 100)	76 75	77 25
Emisja z r. 1867	76 50	77 —
„ Siedmiogr. 200 złr. w. a. w srebrze 2% za 100 złr.	55 25	55 75
	74 25	74 75
Austr. Lloyd 100 złr. m. k.	— —	— —
Towarzys. pragskie przem. żel. po 300 złr.	84 —	85 —
Waluty.		
Cesarskie korony	5 95	5 97
„ dukat na wagę	5 95	5 97
Napoleondory	10 04	10 05
Suweryny angielskie	12 55	12 65
Imperjały rosyjskie	10 [illegible]	10 [illegible]
Srebro	114 55	114 85
Srebro, kupony	— —	— —
Bank. pań. Niemiec. na 100 m.	61 80	61 90

Marcin i Antoni

MÜLLER

główny skład kapeluszy

ulica Halicka, 17,

221 polecają: 3—6

Buty filcowe wysokie do kolan 15 zł.

Buciki (sztyflety) męskie wyższe 8 zł., niższe 6 zł.

Buciki filcowe damskie 7 zł.

Papucie wysokie do polowania 7 zł., nizkie do zapinania damskie, męskie i dziecinne 2, 2·50 i 3 zł.

Kalosze filcowe męskie 2 zł. 50 ct.

Półkalosze filcowe damskie 1 zł. 50 ct., męskie 1 zł. 80 ct.

Pantofelki filcowe damskie na 1 zł. 80 ct., 2 zł. eleganckie 3 zł.

Pantofle męskie (cichostępy) 1 zł. 50 ct., 1 zł. 80 ct do 2 zł. 50 ct.

Podeszwy zdrowia para na 15, 20, 25, 30 do 70 ct

Skarpetki filcowe 1 zł. 40 ct.

Kamasze męskie filcowe 2 zł. 50 ct.

Kaftaniki i spodnie trykotowe.

Pończochy do polowania, Skarpetki wełniane i flanelowe.

Płaszcze gutaperkowe.

Parasole.

Koszule białe i kolorowe.

Kołnierzyki, Manszety i Krawatki.

CYLINDRY najnowszego fasonu.

Kapelusze składane (szapoklaki).

KAPELUSZE filcowe w wielkim wyborze.

Czapki różnego rodzaju.

Ważne dla dam.

PROSZEK DAMSKI

nadający płci białość i gładkość, **nie zawierający żadnych szkodliwych mineralnych składników**

242 poleca 1—28

Apteka Rukera, Lwów.

W kamienicy pod l. 23/A przy ulicy Stryjskiej jest do najęcia od 1. grudnia

piękne pomieszkanie

na drugim piętrze, składające się: z dużego ...

... zaraz do wynajęcia

stajnia na 4 konie i wozownia na 2 powozy.

Bliższa wiadomość u dozorcy domu.

Epilepsje

(padaczkę) leczy listownie lekarz specjalny dr. **Killisch.** Neustadt, Drezden, (Sachsen). **8.000 skutecznie wyleczonych.** 175 16—60

FUSY

z najlepszej kawy tylko raz odparzonej. Codzień świeże jeden litr 10 ct. — Dostać można w **Kawiarni Ruskiej**, ulica Ormiańska, 8. 236 2—?

POWIDŁA **węgierskie doskonale**

po **20** i **24** ct. pół kilo i hurtownie beczkami taniej

poleca handel

ST. MARKIEWICZA,

35 w Rynku, 42. 21—?

M. J. JAKUBOWSKI,

doktor wszech nauk lekarskich.

Ordynuje od 2. do 4. po południu

Ulica Czarneckiego, 4. piętro I.

40 0—?

J. CIROK

przedtem E. ZIEGLER, rękawicznik i bandażysta we Lwowie, Rynek, 30, pod godłem: „Rycerza“, poleca swój skład własnego wyrobu wszelkiego rodzaju towarów rękawiczniczych po stałych i umiarkowanych cenach. Zamówienia z prowincji uskuteczniam zaraz. 38 18—?

Zaraz do wynajęcia

jeden elegancko umeblowany pokój kawalerski z opałem.

Ulica Stryjska, 23/A — wiadomość u dozorcy domu. 33 23—?

Józef Schwarz

33 ulica Halicka, 21, we Lwowie. 20—?

skład perfumerji, grzebieni, szczotek i wszelkich artykułów do wybornej toalety damskiej i męskiej. Poleca swój obficie zaopatrzony skład perfumerji francuskiej i angielskiej, oraz środki do farb. włosów.

Skład LAMP stołowych, wiszących, ściennych, Ampułek.

Na podarunki do świąt

Bożego Narodzenia

i Nowego roku

poleca

EDWARD GEBHARDT

we Lwowie

swój wielki i obficie zaopatrzony

SKŁAD

Porcelany, Szkła i Fajansów

Największy wybór Serwisów do stołu, herbaty, kawy i Umywalnie w 40 gatunkach różnych najmodniejszych deseniach i kolorach.

Szkła kryształowe szlifowane i cienkie (Muślinowe).

Serwisów i Szkła stołowego do wina, likworów, piwa i toalety.

Kosze i talerze na ciasta i owoce.

Puszki na tytoń i cygara. Popielniczki. Postamenty na zegarki. Figurki i różne ładne przedmioty zbytkowe w nowych i najmodniejszych fasonach.

Skład komisowy chińskiego srebra i alpaki z c. k. uprzywilejowanej fabryki

CONRAETZ & REUTER

we Wiedniu.

po cenach fabrycznych.

241 1—?

Ceny najniższe stałe.

Popiersia porcelanowe znakomitych mężów Polski, bohaterów i poetów.

Wielki wybór tac lakierowanych.

W Administracji

„KRONIKI CODZIENNEJ“ „SZCZUTEK“

przy ulicy Sobieskiego, 4, obok sklepu pana Kühmayera przyjmuje się prenumerata i ogłoszenia 3 25—?

Prenumerata kwartalna wynosi **2** złr. 50 ct. — miesięcznie 85 ct. Numer pojedynczy **20** ct.

Ostatni rok wydawnictwa.

Ważne zawiadomienie!

Ktoby jeszcze życzył sobie zapisać się na

DZIEJE POWSZECHNE

Fryderyka-Krzysztofa-Szlossera,

i otrzymać takowe w cenie prenumeracyjnej, o połowę niższej od ceny księgarskiej, może to jeszcze uczynić aż do końca b. r.

Dzieje Powszechne Szlossera wychodzą we Lwowie nakładem KSIĘGARNI POLSKIEJ w 22 tomach dużej 8ki, od 33 do 41 arkuszy druku każdy. Już wyszło tomów 16, pod prasą tom 17 i 18. Jest to najobszerniejszy, a zarazem najpopularniejszy wykład dziejów powszechnych, w literaturze polskiej zaś jedno z największych dzieł. Cena po wyjściu z druku będzie wynosić 110 zł.

Warunki dla prenumerujących:

Można albo odebrać wszystkie wyszłe 16 tomów (z policzeniem za tom ostatni) 42 zł. 50 ct. — w pięknej oprawie 56 zł. 10 ct.

Albo odbierać po jednym tomie co miesiąc, płacąc za tom I. (z policzeniem za ostatni) 5 zł., oprawny 6 zł. 60 ct. — za dalsze zaś tomy po 2 zł. 50 ct., oprawne 3 zł. 30 ct.

Całkowity dochód z tego wydawnictwa obliczony na 17.000 zł. przeznacza się na oświatę ludu.

Lista wszystkich prenumeratorów będzie do dzieła dołączoną.

Prenumeratę nadsyłać należy pod adresem:

Księgarnia Polska, Lwów.

Można zamawiać za pobraniem pocztowem. 167 7—7

Ostatni rok wydawnictwa.

Na Święta

poleca handel

W. MARSZAŁKIEWICZA

we Lwowie, ulica Krakowska, 6,

wszelkie towary południowe i korzenne, Herbatę chińską i Rum bremski w najcelniejszych gatunkach po cenach najmierniejszych. — Główny skład Rozolisów i Likworów z fabryki Jego Ekscelencji Alfreda hr. Potockiego w Łańcucie.

Wielki wybór WIN krajowych i zagranicznych po cenach nader umiarkowanych.

231 Cenniki na żądanie franko i gratis. 2—8

Stanisław Płatowski

we Lwowie, plac św. Ducha, 8, poleca swój

MAGAZYN I PRACOWNIĘ SUKIEN MĘSKICH

zaopatrzony towarami zagranicznemi i krajowemi po cenach najumiarkowańszych.

42 6—?

Michał Koneczny

przy ulicy Pańskiej, 7, dom pana Hanke.

Poleca swój nowo urządzony i obficie zaopatrzony **SKŁAD I PRACOWNIĘ OBUWIA damskiego, męskiego i dla dzieci** po cenach najumiarkowańszych, przyjmuje zamówienia z prowincji i wykonuje takowe najspieszniej. 27 27—?

Najtańsze źródło

gdzie nabyć można w wielkim wyborze OBUWIE wszelkiego rodzaju po cenach umiarkowanych, oraz przyjmuje wszelkie zamówienia z prowincji i wykonuje takowe w najkrótszym czasie.

Z szacunkiem

Ignacy Cząstkiewicz,

29 25—? plac Bernardyński, 11.

Nowo otworzony handel

J. GRUIN

LWÓW, plac Halicki, 14, poleca obficie zaopatrzony skład rękawiczek krajowych i zagranicznych, kołnierzyków, manszetów, szelek i krawatek, jakoteż rekwizytów do pisania i wielki wybór **towarów norymbergskich** jak najtaniej. 26 27—?

Specjalny magazyn

ZABAWEK

17 poleca 24—?

Karol Lang

we Lwowie, ulica Halicka, 6

Buchhalter-Korespondent

obeznajomiony z wszelkiemi czynnościami, (mogący się jak najlepszemi świadectwami wykazać), szuka odpowiedniego zajęcia.

Listy proszę przesyłać pod adresem L. Ch. ... *poste-restante*, Lwów 24 24—?

HERBATA i RUM

w najlepszych gatunkach

jedynie we Lwowie u

36 Juljusza lub Wilhelma 21—?

ADAMA.

Już wyszedł z druku:

„HALICZANIN“

kalendarz na rok 1877

i

NOWOROCZNIK HUMORYSTYCZNY „SZCZUTKA“.

Kalendarz ten powszechnie znany zawiera kilkanaście arkuszy druku i obejmuje w informacyjnej części wszelkie objaśnienia i instrukcje, potrzebne w codziennem życiu.

W Noworoczniku „Szczutka“ znajdą czytelnicy wesołe powiastki, humoreski i ilustracje.

Cena egzemplarza 50 ct. — Tuzin kosztuje 4 złr. 50 ct.

Do nabycia w Administracji „Kroniki Codziennej“ przy ulicy Sobieskiego.

TELEGRAM

Niniejszem mam zaszczyt zawiadomić Szanowną P. T. Publiczność, że urządziłem przy ulicy Sobieskiego, 28, główny skład NAJTRWALSZEGO OBUWIA po najniższych cenach, gdzie także reperacje przyjmuję; zamówienia na prowincję uskuteczniam jak najakuratniej, prosząc o przysłanie zużytego buta.

Z uszanowaniem

Ludwik Lorek.

207 9—?

Poleca najtaniej:

Pasmanterje — Najnowsze guziki — Wszelkie podszewki Wszelkie gatunki koronek — Kwiaty i pióra — Wstążki we wszystkich kolorach — Kołnierzyki damskie i męskie Manszety w najnowszych fasonach —

JÓZEF BALLABAN

ulica Karola Ludwika obok magazynu panów J. K. Schayerów

we Lwowie.

Poleca najtaniej:

Krawatki damskie i męskie — Parasole jedwabne i alpakowe — Kalosze wysokie i niskie — Perfumerję francuską i angielską — Wodę kolońską — Kapelusze męskie i dziecinne — Wszelkie przybory do szycia i haftu.

142 51—?

Właściciel i odpowiedzialny redaktor Liberat Zajączkowski.

Druk Kornela Pillera.

z dnia 21º Listopada 1876.

Gazety Lwowskiej, Dziennik Polski
Gazeta Narodowa
Kronika Codzienna

o przemówieniu „przeciw Wydziałom powiatowym" i o „Effendim" ostatnim „że krewni Mierzejewskiego w Rachoracie [illegible] [illegible] wierzyć — że wyjść z Rusinami z Rusi i z [illegible] Rady [illegible] ich krewni, — a szczególniej jednego sławnego [illegible] — obrażeni ogromnie.

z d. 13º Grudnia 1876

Wszystkie wzmianki o Regulacji Wisły i o granicy Brzeg-.

z d. 16º Grudnia 1876

Wszystkie przez Gazety Narodowej krótkiej treści przemówienia o Uniwersytecie Lwowskim — ta powiada że „dowodem że posło- wie polscy przemówieniem swem mogą, otóż [illegible] jest przemówienie posła Em. Czerkawskiego o przeciw zniesieniu Uniwersytetu Lwowskiego, które zmusiło Ministra do wy- rzeczenia się tego zamiaru — (o Mierzejewskim ani słowa) Gazeta Lwowska podała obce streszczenie

z d. 16º Grudnia 1876

Dziennika Polskiego feuilleton „Zmiana w Warszawie [illegible] — który przyznam — ponieważ [illegible] [illegible] Czarneckich sami sobie dadzą rady z nieprzyjacielem — feuilletonista byłby się zajmował tylko przyjacielami, delegatami, posłami, prezydentami, Marszałkami itp. — króla M. i D.r Zyblikiewicz i Hrabi hr. Badeni chowaj Cię dziś ostatni, chociaż i Austryja [illegible] mogłaby być [illegible] [illegible]

z d. 16º Grudnia 1876

Kronika Codzienna Graf M. pokazał że myślą rzeczami kraju pozwolić się swemi zapatrywaniami też i też odpowiedni obowiązkom honoru i zadaniu posła — ale dla kaprysów lub innych względów tego uczynić nie — więc tem gorzej jest uważany.

z d. 22° Grudnia 1876. Gazeta Narodowa N: 292 Wyjątek
„Z Rady Państwa" Wiedeń 9/12.
Izba przystępuje do głosowania (nad artykułem VIII) i przyjmuje pierwszy ustęp wniosku Komisyi prawie jednogłośnie. — 2gi zaś [illegible] — przeciw niemu głosują Polacy i cała prawica z wyjątkiem [illegible] i p. Meier.

z d. 16° Grudnia 1876. Gwiazdka Cieszyńska N 51.
„Przegląd Polityczny, Austrya i Węgry" Str. 414. —
D. 13. Mówili Meier — Czerkawski, Gierowski i Kabat przeciw zwinięciu Uniwersytetu Lwowskiego — Minister Stremayer oświadcza że nie ma zamiaru zwinąć ten Uniwersytet.

Administration und Expedition:
R. Eckhardt'sche Buchdruckerei.

Insertionsgebühren:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum wird für einmalige Einschaltung mit 6 kr., [illegible] mit 12 kr. ö. W. [illegible] berechnet.

[illegible]

Czernowitzer Zeitung.

Erscheint täglich.

Pränumerations-Preise:
Für Czernowitz monatlich 75 kr., vierteljährig 2 fl. 25 kr. Mit Zustellung in's Haus monatlich 85 kr., vierteljährig 2 fl. 50 kr.
Für das übrige Inland: Vierteljährig 3 fl., halbjährig 6 fl., ganzjährig 12 fl.
Für das Ausland: Vierteljährig 3 fl. 75 kr., halbjährig 7 fl. 50 kr., ganzjährig 15 fl.

Pränumerationen und Inserate werden bei der Administration und in der Buchhandlung des Herrn H. Pardini, wie bei allen Postämtern angenommen.

[illegible]

Nr. 287. Czernowitz, Samstag 16. December 1876. **IX. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Kundmachung.

Aus der von einem ungenannten Wohlthäter aus Anlaß der Vermälung Ihrer kaiserlichen Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Gisela mit Sr. königlichen Hoheit dem durchlauchtigsten Prinzen Leopold von Baiern gegründeten Stiftung ist eine Ausstattung im Betrage von 598 fl. ö. W. zu vergeben.

Auf diese Ausstattung haben im Brautstande befindliche mittellose und würdige Töchter, oder Waisen von Beamten, welche einem dem Ministerium des Innern für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder unterstehenden Dienstzweige angehören, oder bis zu ihrem Ableben oder ihrer Pensionirung angehört haben, Anspruch

Die Ausstattung wird am 20. April 1877 verliehen, jedoch erst nach eingegangenem Ehebündnisse flüssig gemacht, wozu dem betheilten Mädchen die Frist bis Ende October 1877 offen steht.

Die Gesuche um diese Ausstattung sind mit dem Taufscheine, Sitten- und Mittellosigkeitszeugnisse des Mädchens, dann mit dem Nachweise über die bereits stattgefundene Verlobung, endlich mit dem Nachweise, daß der Vater desselben in einem der obigen Dienstzweige dient oder gedient hat, zu belegen.

Soferne keine andere Nachweisung über die bereits stattgehabte Verlobung geliefert werden kann, ist mindestens der Name und Charakter des Bräutigams anzugeben.

Die in der bemerkten Weise instruirten Gesuche sind längstens bis 15. Jänner 1877 bei der k. k. n. ö. Statthalterei zu überreichen.

Von der k. k. n. ö. Statthalterei.

Wien, den 27. November 1876.

Politische Uebersicht.

Czernowitz, 16. December.

Die deutschen Blätter drücken sich sehr sympathisch bezüglich der Goldrente aus. Aus Süddeutschland, Belgien und Holland wird eine große Betheiligung an der neuen Creditoperation gewärtigt.

Wie der „Pol. Corr." aus Constantinopel aus vollkommen beglaubigter Quelle gemeldet wird, tritt die Vorconferenz der dort versammelten Bevollmächtigten der Großmächte, deren erste officielle Sitzung für den 11. definitiv anberaumt war, anscheinend unter viel günstigeren Bedingungen an die ihr gestellte Aufgabe, als dies noch vor Kurzem zu erwarten war.

Als Thatsache wird uns gemeldet, daß die zwischen den einzelnen Bevollmächtigten, insbesondere jenen Englands und Rußlands, gepflogenen Vorbesprechungen zu einer wesentlichen Annäherung der bisherigen gegensätzlichen Anschauungen der beiden genannten Mächte geführt haben, so daß deren volle Verständigung im Verlaufe der Vorconferenz für mehr als wahrscheinlich angesehen wird.

Es gewinnt daher die Hoffnung neuerlich Raum, daß die Conferenz selbst, trotz aller nicht zu leugnenden Schwierigkeiten, zu einem dem Frieden günstigen Resultate führen werde. Als ein günstiges Symptom wird auch in den dortigen Kreisen die coulante Abwicklung der Demarcations-Angelegenheit auf beiden Kriegsschauplätzen angesehen, deren definitive Erledigung uns unter Einem signalisirt wird.

Alle publicistischen Organe schildern den Stand der orientalischen Frage als friedlicher wegen der factischen Annäherung Englands und Rußlands.

Die Conferenz in Constantinopel nimmt gegenwärtig die Aufmerksamkeit der europäischen Presse in hervorragender Weise in Anspruch. Dem „Journal des Débats" wird darüber aus London unter dem 9. d. M. geschrieben: „Der Eindruck, den die Bevollmächtigten Rußlands und Englands von ihren ersten Zusammenkünften in Constantinopel erhalten haben, ist beiderseits ein günstiger gewesen; der Marquis of Salisbury hat das in seinen Depeschen an die englische Regierung ebenso anerkannt, wie General Ignatieff es in seinen Berichten that. Die Bevollmächtigten der beiden Mächte haben bei einander gegenseitig Mäßigung und versöhnliche Gesinnungen angetroffen. Das ist ein gutes Vorzeichen, denn der Erfolg der Conferenz hängt von den Vorbesprechungen ab, in welchen eine Verständigung über die wesentlichen Fragen erfolgen soll." — Auch die „Indépendance belge" erfährt, daß sowohl der Marquis of Salisbury als der General Ignatieff bei ihrer Entrevue eine sehr versöhnliche Stimmung und den dringenden Wunsch nach einer Verständigung an den Tag gelegt haben. „Man hofft — fügt das belgische Blatt, auf seine Informationen gestützt, bei — daß, wenn Rußland sein Project einer Occupation türkischen Gebietes nicht fallen gelassen hat, es dasselbe auf der Conferenz mit solchen Bedingungen vorbringen werde, daß England keinen Einspruch dagegen werde erheben können." — Aus Paris berichtet man indeß der „Indépendance belge" in derselben Angelegenheit, Lord Salisbury werde auf der Conferenz den Vorschlag machen, daß, anstatt Bulgarien durch eine russische Armee besetzen zu lassen, eine europäische Ueberwachungscommission eingesetzt werden solle, welche die Einführung und Handhabung der von der Pforte zu gewährenden Reformen zu controliren hätte. — Der Brüsseler „Nord" sagt in einem telegraphisch signalisirten Artikel vom 9. d. M. über die Occupationsfrage: „Das St.-Petersburger Cabinet hat es eben wieder officiell bestätigt, daß die Occupation keine conditio sine qua non des russischen Programmes bilde. Diese Occupation könnte auch eine gemischte sein oder durch die Truppen anderer Mächte vollzogen oder durch Maßregeln von gleicher Wirksamkeit ersetzt werden." — „Das Londoner Blatt „Daily News" — fährt der „Nord" fort — behauptet, daß Fürst Gortschakoff an die Mächte eine Note gerichtet habe, welche die gutwillig zugelassene oder erzwungene Besetzung Bulgariens eine russische Armee in Aussicht stelle. Dasselbe englische Blatt kündigt auch das Erscheinen eines russischen Manifestes an die Bulgaren als nahe bevorstehend an. Was wir soeben über das Programm sagten, mit welchem das St.-Petersburger Cabinet in die Conferenz eintritt, genügt unseres Erachtens, um die Behauptungen der „Daily News", die zum mindesten verfrüht sind, auf ihren wahren Werth zurückzuführen."

Die „Morning Post" glaubt, daß die Vorconferenz in Constantinopel unter für den Frieden nicht ungünstigen Auspicien stattgefunden habe.

Andererseits, sagt die „Morning Post", sei die Erhaltung der Ordnung in den insurgirten türkischen Provinzen nothwendig, da nur dadurch die Behauptung, daß die Occupation nothwendig sei, abgeschwächt werden könnte.

Ueber die Situation sagt der „Pester Lloyd": „Die Signatur des Tages ist: „England sucht mit Rußland ein Compromiß einzugehen." Diesem Manöver, daß der äußerste linke und der äußerste rechte Flügel der europäischen Aufstellung vollzieht, wird das Mitteltreffen wol auch nicht bewegungslos zugeschaut haben, ohne an die Sicherung seiner Flanken zu denken. Wenn „Nord" Recht hat, daß Rußland nicht mehr als conditio sine qua non die Occupation beansprucht, was bedeuten dann dessen enorme Rüstungen?"

Die Demarcations-Commission hat am rechten Drina-Ufer die Arbeiten beendet und ist gestern in Bjelina eingetroffen. Die Bestimmung der Demarcation in Bosnien wird nicht an Ort und Stelle erfolgen. In Bjelina ist ein Commissär des Obersten Despotowics und ein türkischer Commissär aus Serajewo eingetroffen, um dort ihre Elaborate der Commission vorzulegen. Die Demarcation an der Südwestgrenze Serbiens wurde bereits festgestellt, doch treffen fortwährend Nachrichten über Waffenstillstands-Verletzungen ein. Es ist wahrscheinlich, daß sich die Commission doch nach Javor und Jankova-Klissura noch begeben wird.

Demeter Bratianu ist in außerordentlicher Mission des Fürsten von Rumänien nach Constantinopel abgereist. — Die Kammer votirte einstimmig die Aufhebung der Präventivhaft bei allen Preßverfolgungen. — Die Ex-Minister Lascar, Catargiu, Floresco und Cantacuzeno gaben ihre Demission als Senatoren, welche indessen vom Senate nicht angenommen wurde.

Oesterr.-ungar. Monarchie.

Oesterreichischer Reichsrath.

(Abgeordnetenhaus. Sitzung vom 13. December.) Nach Erledigung des Einlaufes wird zur Fortsetzung der Budgetdebatte geschritten. Specialberichterstatter Dr. Rodler begründet in längerer Rede die Positionen des Cap. 9. Titel 9 (Cultus, Ausgaben der Fonde), und widerlegt die gestern von einzelnen Rednern vorgebrachten Einwendungen.

Der Generalberichterstatter Wolfrum erklärt sich mit den Ausführungen des Specialberichterstatters einverstanden. Capitel 9, Titel 9, Paragraph 1 bis 21 des Budgets für Cultus und Unterricht wird sodann conform den Anträgen des Ausschusses mit 4,595 273 fl. eingestellt. Die abändernden Anträge des Abgeordneten Greuter werden abgelehnt. Dafür erhebt sich bloß die Rechte und ein Theil der Ruthenen.

Capitel 9, Titel 10, 11 und 12 wird conform den Ausschußanträgen mit je 283.264 fl., 105.471 fl. und 82 000 fl eingestellt.

Zum Titel 13 (Hochschulen) ergreift zuerst Abg. Greuter das Wort. Er polemisirt gegen die Irreligiosität in der Schule, wird aber vom Präsidenten wiederholt erinnert, daß diese Debatte bereits abgeschlossen wurde. Greuter erklärt hierauf, auf das Wort zu verzichten.

Graf Mieroszewski spricht für die Lemberger Universität und befürwortet deren Reorganisation, resp. Ergänzung durch eine medicinische Facultät. Entschieden erklärt er sich gegen die beabsichtigte Aufhebung derselben.

Dr. Eusebius Czerkawski spricht über dasselbe Thema und ersucht das Haus, doch nicht jene Bande der Dankbarkeit zu zerreißen, die gerade durch die Errichtung der Universität in Lemberg das Volk mit der Dynastie verknüpfen. Schließlich fordert Redner den Specialberichterstatter auf, das gefällte Verdict über die Universität in Lemberg zurückzunehmen.

Abg. Wurm erklärt die Universitäten für christliche Errungenschaften. Speciell kommt er auf die Auflösung der Universität in Olmütz zu sprechen, die ja auch von Bischöfen ins Leben gerufen wurde. Die Auflösung derselben sei eine Ungeheuerlichkeit gewesen. Im Weiteren spricht er sich für die Errichtung einer slavischen Universität aus.

Abg. Gierowski spricht sich ebenfalls gegen die Aufhebung der Lemberger Universität aus und für die Berücksichtigung des ruthenischen Idiomes.

Der Minister für Cultus und Unterricht Dr. v. Stremayr erklärt, daß die Regierung niemals die Absicht gehabt hat oder gegenwärtig hegt, die Universität in Lemberg aufzuheben (Beifall) oder in ihrer Entwicklung zu beschranken. Was die allerdings beschränkten Lehrmittel der Universität Prag betrifft, so sind zwar die finanziellen Verhältnisse nicht danach angethan, bedeutendere Auslagen zu machen, jedoch wird die Regierung bemüht sein, was in ihren Kräften steht, für diesen Zweck zu thun.

Nachdem noch der General- und der Specialberichterstatter gesprochen, wird Cap. 9, Titel 13 (Hochschulen) den Anträgen des Ausschusses gemäß angenommen.

Ueber Titel 14 (Mittelschulen) entwickelt sich eine längere Debatte.

(Herrenhaus. 50. Sitzung.) Präsident Fürst Karl Auersperg eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Das Herrenhaus nahm die vom Abgeordneten

hause beschlossenen Gesetze, betreffend die Aushebung des Recruten-Contingents, die Schnee-Abräumung auf Reichsstraßen, die Abänderung der §§ 6 und 119 der Notariats-Ordnung und über die Verlängerung der Rückzahlungstermine für das der Stadt Joachimsthal gewährte Darlehen ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung an. Bei der Verhandlung über die Abänderung einer Bestimmung des Gebührengesetzes, welche die Erhöhung des Minimums der steuerfreien Congrua bezweckt, ergriff Fürst-Erzbischof Dr. Kutschker das Wort, um eine kurze Bemerkung über die Unbilligkeit dieser Gebührenbemessung im Allgemeinen fallen zu lassen. Der Regierungsvertreter, Sectionschef Dr. Ender, versprach, daß diese Angelegenheit bei Austragung der Congrua-Frage einer definitiven Regelung unterzogen werden wird.

Wien, 13. December. Der Motivenbericht zu der Regierungsvorlage, betreffend den Handelsvertrag mit Großbritannien vom 5. December 1876 lautet:

„Die Gründe, aus welchen vor Jahresfrist die k. k. Regierung die Kündigung des Handelvertrages mit Großbritannien vom 16. December 1865 und der Nachtrags-Convention vom 30. December 1869 veranlaßt hat, sind bekannt. Abgesehen von der auch bezüglich der übrigen Zollverträge eingetretenen Nothwendigkeit, durch die Lösung derselben freie Hand zu der beabsichtigten und lang vorbereiteten Reform des Zolltarifs zu gewinnen, war bei den hier in Rede stehenden Verträgen auch die Erkenntniß maßgebend, daß die in denselben festgesetzten Zölle für Baumwollwaaren und Wollwaaren vermöge ihres niedrigen Ausmaßes und ihrer dem gegenwärtigen Stande der Fabrication nicht mehr entsprechenden Eintheilungsweise sich als dem Interesse der Erhaltung und Kräftigung der betreffenden Industrien Oesterreichs nachtheilig erwiesen hatten. Die hienach sich ergebende Frage, was an Stelle dessen zu setzen und wie überhaupt der Handelsverkehr mit England für die Zukunft zu regeln sei, wurde im Zusammenhange mit dem Gesammtplane für die Handelspolitik des Reiches, wie sie innerhalb der Dauer des neugeschlossenen Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn einzuhalten sein wird, dahin aufgefaßt, daß es sich aus mehrfachen Gründen nicht empfehle, bestimmte Einfuhrzölle mit Großbritannien unmittelbar zu erneuern, und daß es unbeschadet der freundschaftlichen Verkehrsbeziehungen mit diesem Staate, auf deren Erhaltung und Weiterentwicklung aller Werth zu legen ist, unthunlich ist, denselben weiterhin noch in gleiche Linie mit jenen Staaten zu stellen, welchen die Monarchie einen vertragsmäßigen Einfluß auf die Tarifbildung einzuräumen im eigenen Interesse gelegen finden kann.

In dieser Beziehung ist vor Allem die Thatsache hervorzuheben, daß der unmittelbare Verkehr zwischen beiden Staaten weder so groß und regelmäßig ist, noch Wechselseitigkeit und Gleichgewicht genug aufweist, um specielle Rücksichtnahme bei der Tarifbildung zu erheischen, und es ist allseitig anerkannt, daß die Erwartungen, welche seinerzeit an den Handelsvertrag vom 16. December 1865 rücksichtlich der Hebung dieses internationalen Verkehrszweiges geknüpft worden sind, sich nicht erfüllt haben.

Wenn auch die statistischen Ausweise über den auswärtigen Handel der Monarchie wegen ihrer Anlage nach Eintritts- und Austrittsgrenzen und wegen des Mangels einer Nachweisung über das Bezugs- und Absatzland zur Darlegung des Standes und der Bewegung dieses Verkehrs nicht benützt werden können, so ist die übrigens notorische Thatsache durch Vergleichung mit der fremdländischen Handelsstatistik außer Zweifel gestellt, daß die Monarchie lediglich in einigen Rohproducten eine mäßige, überdies von wechselnden Conjucturen abhängige Ausfuhr aufweist und in Fabricaten nur ausnahmsweise zu geringfügigen Exportmengen gelangt, wogegen allerdings England mit seinen weitaus überlegenen Industrien eine nachhaltige Concurrenz auf dem inländischen Markte stets zu entwickeln vermag. Diese Sachlage und die Erwägung, daß specielle Begünstigungen für jene Artikel, auf welche England zumeist Werth legen muß und in welchen es eine unbedingte Superiorität auch in Zukunft behaupten wird, nicht gewährt werden können, ohne damit die Concurrenzfähigkeit lebensfähiger inländischer Industrien auf dem heimischen Markte zu schädigen, wie auch die Erwägung, daß England keinerlei Aequivalente zu bieten in der Lage ist, führten zu dem Entschlusse, noch vor der Activirung des neuen Zolltarifs die Zollvereinbarungen mit England erlöschen und bis dahin die in dem Vertrage mit Deutschland vom 9. März 1868 stipulirten Zölle auf Baumwollwaaren und Wollenwaaren mit 1. Jänner 1877 für den gesammten zollbegünstigten Verkehr in Wirksamkeit treten zu lassen. Dieses Interim in der Zollbehandlung zweier wichtigen Waarengattungen, welches auch aus Rücksichten auf die freie handelspolitische Action in anderen Richtungen unvermeidlich ist, dürfte indeß den Verkehr umsoweniger beirren, als die Erhöhung der Zollsätze und Wollwaaren gering ist und der Import von Baumwollwaaren, welcher durch den zollfreien Appreturverkehr mit Deutschland zumeist vermittelt wird, nur in unbedeutender Menge berührt wird.

Betreffend die Frage, welche die handelspolitische Stellung fürderhin gegenüber England anzunehmen ist, so ist die Regierung wol der Ansicht, daß diesem Staate, welcher die Zollfreiheit seiner Ein- und Ausfuhr als fast ausnahmslose Regel beobachtet, die gleiche Behandlung seiner Provenienz mit jenen dritten Staaten nicht vorenthalten werden soll und kann, deren Verkehr durch besondere Zollverträge zu erleichtern nach wie vor ein wohlverstandenes Interesse der Monarchie sein wird.

Eine differentielle Behandlung wäre auch im Hinblicke auf die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Großstaate ungerechfertigt und für die Interessen des österreichisch-ungarischen Verkehrs gewiß abträglich. In Folge dessen ist der vorliegende Handelsvertrag mit der gegenseitigen Zusicherung der Meistbegünstigung abgeschlossen worden.

Andererseits erschien es mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der zollpolitischen Verhandlungen mit dritten Staaten, aus welchen sich erst im Laufe des Jahres 1877 das volle Bild des österreichisch-ungarischen Zollsystems für die nächsten zehn Jahre ergeben wird, nicht angemessen, Zusicherungen auf längere Dauer zu machen, ohne daß deren Bedeutung unsererseits zur Gänze überblickt und von Seite Englands hinlänglich gewürdigt werden könnte.

Die Beschränkung der Meistbegünstigung auf die Dauer des nächsten Jahres und der Vorbehalt länger dauernden Abmachungen bis dahin, wo über das künftige Zollsystem Klarheit herrschen wird, gewährt zugleich die Beruhigung, daß die Zollfrage nach keiner Seite präjudicirt und die volle Freiheit für die Entscheidung der beiden Reichshälften über dieselbe bewahrt wird."

Ausland.

Deutschland. Windthorst (Centrum) brachte einen Antrag ein, das Gesetz wegen Aufhebung des Eisenzolles auf zwei Jahre zu suspendiren. Der Antrag gelangt wahrscheinlich heute zur Berathung.

Der Reichstag verwies das Gesetz über die Retorsionszölle nach einer langen Debatte an die Commission. Im Laufe der Debatte erklärte der Handelsminister Aschenbach, die Regiernng halte unverrückt an der bisherigen Handelspolitik fest, müsse aber die heimische Industrie gegen eine Benachtheiligung durch in anderen Staaten gewährte Ausfuhrprämien schützen. Der Minister berief sich dabei auf Zeugnisse aus freihändlerischen Kreisen.

In gleichem Sinne sprach sich der Finanzminister Camphausen aus, welcher namentlich auf die von Frankreich gewährten Ausfuhrprämien hinwies, wodurch die Bestimmungen des deutsch-französischen Handelsvertrages nicht gewahrt würden, was Deutschland nicht hinnehmen dürfe. Ueber die Begrenzung der Regierung durch die Vorlage zu ertheilenden Vollmachten seien Verhandlungen mit dem Reichstage nicht ausgeschlossen.

Fürst Bismarck erklärt, er habe den Retorsionszöllen nur als einem vorübergehenden Finanzmittel Worte geredet; einer ähnlichen Frage werde man bei der Erneuerung der Handelsverträge, besonders mit Oesterreich, gegenüberstehen. Wenn man die Möglichkeit von Retorsionszöllen abschneide, verliere man die Einwirkung auf die Nachbarstaaten. Bismarck erklärt schließlich, für Handelspolitik hätten die Bundesregierungen und der Reichstag die Initiative; er sei als Kanzler nur für die Executive verantwortlich.

Frankreich. Der „Politischen Correspondenz" telegraphirt man aus Paris, 11. December, Abends:

Die Linke steigert ihre Forderungen. Sie verlangt hauptsächlich einen Justiz-Minister, welcher der gesammten Gerichts-Verwaltung ein energisches republicanisches Gepräge verleiht.

Duc Audiffret-Pasquier verweigert, in das Cabinet einzutreten, arbeitet aber mit Waddington an einer Ministerliste, welche noch heute dem Marschall-Präsidenten vorgelegt werden wird. Die Liste soll sechs republicanische Minister, nebst Decazes und Berthaud vorschlagen, von welchen Letzteren Mac Mahon sich um keinen Preis trennen will.

Die „Agence Havas" meldet: „Nachdem die Linke darauf besteht, den Rücktritt des Kriegsministers zu fordern, was der Präsident der Republik entschieden verweigert, so erscheint nunmehr die Bildung eines Ministeriums aus der Rechten als eine mögliche Eventualität.

Marschall Mac Mahon ließ am 12. d. M. Jules Simon zu sich berufen. Eine Verständigung scheint wieder wahrscheinlich. Abends findet eine abermalige Conferenz im Elysee statt. Man glaubt, das „Journal Officiel" werde morgen das neue Ministerium mit Decazes, Berthaut und Martel als Justizminister veröffentlichen. Das „Journal officiel" vom 13. d. veröffentlicht die Bestallung des neuen Ministeriums. J. Simon übernimmt das Präsidium und das Portefeuille des Innern, Martel die Justiz.

Türkei. Der „Agence Havas" wird aus Constantinopel unter dem Heutigen telegraphirt: „Die gestern in dem russischen Botschaftshotel unter dem Vorsitz des Generals Ignatieff stattgehabte erste Vorbesprechung betraf vorerst die auf Serbien und Montenegro Bezug habenden Fragen.

Die Versammlung einigte sich über die nachfolgenden Punkte, welche später officiell sanctionirt werden sollen: Für Montenegro wurde eine Grenzberichtigung zugestanden, die durch eine internationale, in Ragusa zusammentretende Commission vorgenommen werden und die Vereinigung von zwölf Districten mit Montenegro, darunter jene von Zubci, Banjani, Piva, Dobniak, Goransko, Kolaschin, Vasovic, Drekalovic, Kucci, Spuz und Niksic umfassen soll. Der Fürst von Montenegro würde sich nach Constantinopel begeben, um dem Sultan für die ihm abgetretenen neuen Gebiete seine Huldigung darzubringen."

In Betreff Serbiens habe die Versammlung zugestanden, daß das serbische Gebiet von den Türken geräumt, die beiderseitigen Gefangenen ausgewechselt und der Waffenstillstand bis zum Friedensschlusse verlängert werde. Weiter wurde der Thalweg der Drina als westliche Grenze Serbiens zugestanden, welche Grenzberichtigung die endgiltige Abtretung von Klein-Zwornik an Serbien in sich schließt.

Das erste Ergebniß bestätigt die Hoffnung auf ein Einvernehmen. Wie man versichert, hat Marquis Salisbury sehr versöhnliche und friedliche Dispositionen an den Tag gelegt. Auch versichert man, daß Ignatieff in seiner Unterredung mit Salisbury eine Occupation Bulgariens durch eine neutrale Macht, wie Belgien und die Schweiz, angenommen habe.

Diplomatische Diners und Vorbesprechungen bilden die Signatur des Tages. Gestern fand bei General Ignatieff die erste Vorbesprechung zwischen den Conferenz-Delegirten statt. Nach den Eindrücken, welche einige dieser Letzteren von dieser ersten Zusammenkunft empfangen haben, darf man sich darauf gefaßt machen, daß der ganze laufende Monat von diesen Präliminar-Besprechungen in Anspruch genommen werden wird, und selbst diese Zeit kaum hinreichen dürfte, um ein vollständiges Einvernehmen zwischen den verschiedenen Regierungen herbeizuführen. Der Verkehr zwischen den verschiedenen Botschaftern ist ein unaufhörlicher und gibt Zeugniß von der Größe der zu besiegenden Schwierigkeiten. Bisher kennt man nur die Ansprüche Rußlands, welches dieselben nie verhehlt hat.

Was Oesterreich betrifft, so sind Graf Zichy und Baron Calice an formelle Instructionen nicht gebunden. Oesterreich hat sich die volle Freiheit seiner Handlung vorbehalten. England und Rußland finden sich gegenseitig in der ernstesten Weise engagirt und haben sich wechselseitig viel vorzuwerfen. Die Türken warten stillschweigend ab, daß Europa sein Urtheil abgebe. Man darf aber ihre Haltung weder als ein Bekenntniß ihrer Fehler, noch als Resignation auslegen. Sie sind nach wie vor durchaus nicht geneigt, Concessionen zuzustimmen, welche sie mit der Integrität und Unabhängigkeit ihres Reiches für unvereinbarlich halten. Selbst England, welches sie heute als ihre einzige Stütze betrachten, würde von ihnen das nicht erlangen, was sie nicht geben wollen. Sie weisen darauf hin, daß die von Europa seit zwanzig Jahren der Schwäche ihrer Souveräne abgerungenen Concessionen die einzige Ursache des Niederganges der ottomanischen Macht seien und daß ein Verharren auf dieser verhängnißvollen Bahn einem Selbstmorde gleichkäme. Dieser in türkischen Regierungskreisen dominirenden Anschauungsweise entspricht auch die starre und heftige Opposition, welche der Großvezier, der Seraskier Redif Pascha und der Marineminister Achmed Kaisserli Pascha — die drei maßgeblichsten Mitglieder des Cabinetes — dem Verfassungsentwurfe Midhat Pascha's mit so vielem Erfolge bereitet haben.

Das neue bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Statut soll unter dem Titel „Fundamental-Gesetz des ottomanischen Reiches" das Licht der Oeffentlichkeit erblicken. Es soll in Gegenwart des Sultans und der hohen Functionäre auf der hohen Pforte verlesen, und sollen sämmtliche Minister auf das neue Statut beeidigt werden.

Beilage.

Redaction, Administration & Druckerei: Kolowrat-Ring, Fichtegasse Nr. 11. Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Ankündigungs-Bureau: Stadt, Wollzeile 20.

Abonnement für Wien: Im Hauptverlage, Wollzeile 20, u. bei allen Zeitungs-Verschleissern ... monatl. fl. 2.10. Einzeln: Morgenblatt ... kr., Abendblatt 3 kr.

Für an Austräger, Verschleisser oder sonstige Zwischenpersonen bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Abonnement für das Inland: ...

Abonnement für das Ausland: ...

Nr. 4421. — Wien, Sonntag, den 17. December — 1876.

Die nächste Nummer der „Neuen Freien Presse“ erscheint morgen Früh.

Wien, 16. December.

Serbien hat zwar in der Moskauer Rede des Czars einen allergnädigsten Fußtritt erhalten, aber es ist darum weder in Petersburg in Ungnade gefallen, noch von seinem lächerlichen Hochmuthe geheilt worden. Manche russische Freiwillige sind wol von den Ufern der Morawa heimgekehrt, ohne gerade das beste Andenken bei ihren Waffenbrüdern zu hinterlassen. Viele Andere aber blieben in Serbien und helfen eifrig an der Reorganisation der dortigen Armee mit. Trotz der Einstellung der Feindseligkeiten und trotz der Conferenz, deren Verhandlungen „noch immer einen allgemeinen Charakter bewahren“, wie das neueste Krankheitsbulletin aus Konstantinopel lautet — trotz aller friedlichen Versicherungen Ignatieff's werden jetzt in Serbien zwei russische Brigaden gebildet, eine Menge russischer Officiere sind seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes in Belgrad eingetroffen, und das Land verwandelt sich in aller Stille nach und nach in eine russische Provinz oder wenigstens, um einen wohlbekannten Kunstausdruck der Schweizer Wirthe zu gebrauchen, in eine Dependance Rußlands. Diese Metamorphose flößt der Belgrader Regierung neuen Muth ein, den sie zwar nicht gegen die Türkei, wol aber gegen Oesterreich entwickelt. Unsere Monarchie scheint den Herren Serben ein erwünschtes Object, um ihre Keckheit zu erproben, und sie holen sich eine Art Entschädigung für die Niederlagen, welche sie durch die türkischen Waffen erlitten haben, indem sie den nur allzu gutmüthigen und wohlwollenden Nachbar beleidigen.

Als Fürst Milan seine phrasengeschwollene Kriegsproclamation erließ, geruhte er seinen Helden den Rath zu ertheilen, sie möchten das österreichische Gebiet nicht verletzen. Man nahm diese naive Selbstüberschätzung damals mit großer Heiterkeit auf; bald aber machte man die Entdeckung, daß die Serben entweder die Ermahnung ihres Fürsten schlecht beherzigten oder daß ihre Begriffe von Völkerrecht noch nicht ausgebildet genug seien, um zu verstehen, die Planken eines Schiffes seien so viel wie ein Theil des Staates, dessen Flagge das Fahrzeug trägt. Zweimal feuerten serbische Uferposten auf den „Radetzky“, und als die österreichische Regierung sich über das ebenso freche als zwecklose Attentat beschwerte, entschuldigte man sich in Belgrad mit der Ausflucht, die Wachen hätten das Schiff in der Dämmerung für ein türkisches gehalten.

Demselben Dampfer ist nun vor etwa vierzehn Tagen weit Schlimmeres widerfahren. Er ward von serbischen Gendarmen an der Belgrader Landungsbrücke mit Gewalt festgehalten, bis siebenundfünfzig Bulgaren, die sich an Bord befanden, ausgestiegen waren. Der serbische Polizei-Commissär drohte sogar mit einer Durchsuchung des Schiffes, ohne sich um den Protest des Capitäns Engländer im mindesten zu kümmern. Er stand nur von seinem Vorhaben ab, weil ihm einer der Bulgaren ausdrücklich versicherte, keiner der Ihrigen sei auf dem Schiffe zurückgeblieben.

Wir haben es hier mit einer schreienden Verletzung unserer Flagge, unseres Gebietes zu thun. Sie ist unter erschwerenden Umständen begangen worden, weil sie nicht von einem Insurgentenhaufen, sondern von einem Beamten im Dienste in geradezu muthwilliger Weise verübt ward. Serbischerseits wird zur Beschönigung des Belgrader Scandals behauptet, die Bulgaren hätten nach Widdin transportirt werden sollen, um dort der Rache der Türken ausgeliefert zu werden. Wir wissen bereits aus einer gestern veröffentlichten, ohne Zweifel auf officiellen Quellen beruhenden Mittheilung über den Vorfall, daß das eine Lüge ist, daß der „Radetzky“ die Bulgaren auf ihre eigene Bitte, wahrscheinlich jedoch nicht auf eigene Kosten nach ihrer Heimat zu bringen hatte, und daß sie in Belgrad nur darum das Schiff verließen, weil der serbische Polizei-Commissär sie dazu aufforderte und seine Reden unter ihnen einen blinden Schrecken verbreiteten. Wir würden dieser Darstellung des Vorfalls selbst dann Glauben schenken, wenn wir von der Wahrheitsliebe der serbischen Regierung während des letzten Krieges bessere Beweise erhalten hätten, als ihre unaufhörlichen Sieges-Telegramme. Auch wenn der Istok im Verdrehen von Thatsachen weniger gewandt wäre, würden wir ihm diesmal mißtrauen, denn Oesterreich hat noch keinen flüchtigen Insurgenten an die Türken ausgeliefert.

Aber selbst wenn die Behauptungen der Serben richtig wären und der österreichische Capitän den Auftrag gehabt hätte, die siebenundfünfzig Bulgaren nach Widdin zu bringen, so würde daraus für das Vorgehen des serbischen Polizei-Commissärs höchstens eine moralische Entschuldigung, jedoch nicht der Schatten eines Rechtsgrundes zu folgern sein. Bulgaren sind keine serbischen Staatsangehörigen, und der Umstand, daß die Siebenundfünfzig als Freischärler nach dem Kriegsschauplatze ziehen wollten und den Weg dahin nicht zu finden wußten, konnte sie nicht unter serbischen Schutz stellen. Die Beleidigung, welche Oesterreich durch das gewaltsame Verfahren gegen den „Radetzky“ zugefügt worden, bliebe dieselbe, falls der Istok die Wahrheit spräche; sie wird aber noch verschärft, indem die Belgrader Presse Verleumdungen ersinnt, um einen kecken Rechtsbruch zu bemänteln.

Unser Auswärtiges Amt hat dem Fürsten Wrede, wie es heißt, den Auftrag gegeben, energisch einzuschreiten. Um seinen Forderungen den nöthigen Nachdruck zu geben, sind die beiden Donau-Monitors, deren Mannschaft man erst aus Pola kommen lassen mußte, nach Belgrad abgegangen. Wäre nur Eines der beiden Kriegsfahrzeuge dort vor Anker gelegen, so hätte sich die serbische Gendarmerie gehütet, gegen ein österreichisches Schiff Gewalt zu brauchen. Bei den jetzigen Verhältnissen würden wir es überhaupt angezeigt gefunden haben, einen der Monitors in Semlin überwintern zu lassen. Daß man dies nicht gethan, scheint uns Sparsamkeit am unrechten Orte. Die Donau ist in gewöhnlichen Wintern nicht lange zugefroren, und die österreichischen Unterthanen in Belgrad erblicken ohne Zweifel in ein paar Kanonenmündungen besseren Schutz, als in der Consulatsflagge.

Wir sind sehr gespannt darauf, welche Genugthuung Serbien geben wird. Schon zweimal hat sich unsere Regierung mit leeren Entschuldigungen begnügt, und wir erwarten, daß Graf Andrassy den neuesten Fall etwas schärfer behandeln wird. Eine Großmacht kann allerdings dem kleinen und schwachen Nachbar gegenüber bis zu einem gewissen Grade nachsichtig sein. Nimmt ja auch im Leben ein starker und hochgewachsener Mann ein keckes Wort von einem putzigen Männchen eher hin, als von einem an Kraft Ebenbürtigen. Aber die Geduld hat ihre Grenzen, und wenn der Kleine gar nicht von seiner Unverschämtheit läßt, so bleibt nichts Anderes übrig, als ihn ein wenig an den Ohren zu fassen. Kraftentfaltung ist dabei nicht nothwendig, auch kein tragischer Ernst, aber ein Denkzettel muß ertheilt werden. Begnügte sich Oesterreich auch diesmal mit einer höflichen Ausflucht, mit der Erklärung etwa, es habe ein „bedauerliches Mißverständniß“ obgewaltet, so wird sich in den Köpfen der ohnedies an Größenwahn leidenden Serben der Gedanke festsetzen, Oesterreich könne man ungestraft beleidigen. Wir haben leider in unserer auswärtigen Politik beständig Rücksichten für Rußland; so weit aber gehen sie doch wol jetzt nicht mehr, daß wir uns bedenken sollten, Serbien für Verletzungen unseres Gebietes zur Rechenschaft zu ziehen. Es gibt Ehrenpunkte für Staaten wie für Gentlemen, und wo ein solcher berührt wird, muß man rasch und entschlossen handeln. Thut Serbien nicht ausgiebig Buße für das Wegelagerer-Stückchen, ein österreichisches Schiff zu überfallen, so wird der Name Oesterreichs an der untern Donau zum Kinderspott.

Oesterreichischer Reichsrath.

Wien, 16. December.

Das Abgeordnetenhaus gelangte heute, indem es die Budget-Debatte fortsetzte, an den Voranschlag des **Finanzministeriums**. Wenn man bedenkt, daß dieses Budget-Capitel nicht blos die Kosten der Finanzverwaltung umfaßt, sondern auch die Gesammtheit der directen und indirecten Steuern, mithin fast das ganze Einnahmen-Budget in sich schließt, so nimmt es nicht Wunder, daß regelmäßig bei der Berathung desselben Anklänge aus der General-Debatte wiederkehren, und daß namentlich an die Votirung der Steuern die Frage der Vertrauenswürdigkeit der actuellen Staatsverwaltung geknüpft wird. Indessen war es heute nur die Gefolgschaft des Herrn Skene, welche nochmals diese Frage aufwarf, leider ausschließlich zu dem Zwecke, um das Haus wieder mit der Anpreisung jenes Programms zu behelligen,

Feuilleton.

Bei Emile Augier.

Es gibt kein freundlicheres und zugleich stilleres Dörfchen in der ganzen Schußweite des Mont Valérien, als das kleine Bougival an der Seine. In einem gewaltigen Doppelbogen rollt der blaue Strom aus dem Centrum der Weltstadt und an den Königsgräbern von Saint-Denis vorbei in die blühende Ebene von Nanterre. Paris ist hinter dem Hügel und den Wällen des Mont Valérien verborgen, und wenn etwas in dieser idyllischen Landschaft an die Nähe der Metropole erinnert, so sind es die zahllosen modernen Villen, welche sich um die Bannmeile großer Städte zu gruppiren pflegen. Bald schließt sich eine grüne Hügelkette dem majestätischen Flusse an, der, seitdem er Paris verlassen, seinen schnellen Lauf mäßigt, als wollte er in aller Gemüthlichkeit sich dieses irdische Paradies besehen und es durchkosten. Wie er so langsam dahinrauscht, theilt er oft seine blitzenden Wasserarme und umschließt lange, freundliche Eilande, deren Hütten, Bäume und Büsche sich in den Wellen kokett widerspiegeln. Bougival liegt auch einer solchen Insel gegenüber, welche zwei eiserne Brücken diesseits und jenseits mit dem Festlande verbinden.

Nur einigemale im Jahre belebt sich das Dorf und zieht die vergnügungssüchtigen Pariser an, nämlich an jenen Sonntagen, wo „la fête des Canotiers“ gefeiert wird. Dann strömt das halbe Paris hieher, um der Regatte der vereinigten Ruderclubs beizuwohnen, und überfüllt die Wirthshäuser und lagert sich im fröhlichen Kreise im hohen Ufergrase. Das ist ein Treiben und Lärmen! Der blinkende Strom trägt Hunderte von bewimpelten und menschenerfüllten Schiffen; Puppentheater, Seiltänzer und Carroussels verengern mit ihren Schaustellungen die ohnehin nicht allzu weite Landstraße; die unvermeidlichen, so überaus populären Pompiers mit weißen Bandeliers und messingenen Raupenhelmen halten in Reih' und Glied ihren Einzug, und aus allen Tanzlocalen tönen Clarinetten, Hörner und Pauken zur Befriedigung der ausgelassenen Menge, die sich auf alle Fälle amüsiren will. Bougival, seine Brücke und die Insel bilden den Sammelplatz der Festbesucher; selten betritt einer von ihnen die zweite Brücke, welche an das jenseitige Ufer von Croissy führt, oder gar dieses selbst. Diese Seite bleibt das ganze Jahr hindurch still und idyllisch, und die Bewohner der dortigen Landhäuser sind sehr damit zufrieden. Namentlich unter ihnen Emile Augier, der feinste und geistreichste Comödien-Dichter des heutigen Frankreich.

Am Strande von Croissy hat sich der Autor des „Giboyer“ ein kleines Haus gebaut, das er Sommer und Winter bewohnt und dessen stille landschaftliche Umgebung ihn so sehr zum Nachdenken und Schaffen anregt. Er hat Croissy in des Wortes bester Bedeutung entdeckt. Als er zuerst in diese Gegend kam, fand er die Ufer vereinsamt und verwildert. Er ist der Erste, der in dieser Einöde von damals sich ein Landhäuschen zu erbauen wagte, das er von Jahr zu Jahr vergrößerte. Bald siedelte sich in der Nähe eine ganze Colonie von Parisern an; vorerst waren es Verwandte, dann Freunde und zuletzt Fremde, welche seinem Beispiele folgten. Heute zieht sich ein Kranz anmuthiger und theilweise luxuriöser Villen dem Ufer entlang, das einst blos Erlen und Weiden trug und seiner Einsamkeit halber nur selten von jenen kühnen Menschen zur Sommerszeit aufgesucht wurde, die weder das Wasser zur Erfrischung ihres äußeren Ichs scheuten, noch für ihr inneres den berüchtigten Wein benachbarter Wirthshäuser.

Emile Augier ist in seiner Weltabgeschiedenheit kein Menschenfeind geworden. Selten habe ich so viel herzliche und ungezwungene Gastfreundschaft gefunden, als bei dem berühmten Schloßherrn von Croissy. Er sieht gern ab und zu ein neues Gesicht und geht am liebsten dem erwarteten Besucher bis Bougival entgegen, um ihn selbst in sein Daheim einzuführen. Mit einem berechtigten Gefühl des Stolzes macht er ihn alsdann mit seiner Häuslichkeit bekannt; aber das geschieht Alles mit so viel Liebenswürdigkeit und Tact, der von dem Geldprotzenthum manches reichgewordenen Literaten himmelweit entfernt ist. Er ist einfach und ungeziert, wie eben ein Landmann, woran schon seine Toilette erinnert. Man denke sich eine ziemlich hohe, kräftige Gestalt mit festem Gang. Von seiner Vorliebe für ruhige Lebensweise und die Freuden einer gutbesetzten Tafel spricht die stattliche Rundung des Leibes und der sanft gerötheten Wangen. Seine Augen sind klein, grau und tiefumrändert; die fortwährend ein wenig entzündeten Lider und die auffallend großen Pupillen zeugen von der Schwäche der Sehorgane; doch bedient sich Augier nur beim Schreiben einer Brille. Sein Mund ist ebenfalls klein, doch entschädigt hiefür die kräftig geschwungene Nase. Die Stirne ist von großer Schönheit, mächtig vorspringend, doch nur von wenig Falten durchzogen. Ihre schadhafte Umränderung, der beginnende Mondschein und die namentlich in der Kinngegend ins Weiße spielende Farbe des kurz verschnittenen Vollbarts erinnern am meisten daran, daß Augier sich bereits den Sechzigern nähert. Man hat in seinem Gesichte eine große Aehnlichkeit mit Henri IV. finden wollen; in der That ist sie nicht abzusprechen, wenn wir uns an den Bearner des allbekannten Gérard'schen Einzugsbildes halten dürfen. Meist trägt er eine braune Sammtjacke, eine hochgeschnittene Weste und bequeme weite Beinkleider, kurz, die Toilette eines echten Campagnards.

Am liebsten erzählt er von der Art und Weise, wie er sein Haus aufbauen ließ.

„Dies Häuschen ist auf ähnliche Art construirt worden, wie ich meine Stücke mache, d. h. Act für Act in mehreren Malen und in ziemlich langen Intervallen. Die Exposition — Pardon, das Erdgeschoß erhob sich zuerst inmitten eines langen und hübschen Gartens. Das Eßzimmer ging damals gegen eine Terrasse, wo wir an schönen Sommerabenden häufig genug speisten. Aber eines Tages fiel plötzlich zwischen Braten und Dessert ein strömender Regen. Das verdroß mich. Folgenden Tages begann man diese Terrasse in eine Veranda umzuändern, worauf sich der Balcon befand. Auf diesem Balcon, dachte ich, will ich meine Pfeife rauchen! Aber bald kam die Sonne und versengte mir den Kopf. Nach einem Monate hatte die Veranda einen Stock mehr. So kommt es denn, daß dies Haus in seiner äußeren Form der Bauart eines Theaterstückes gleicht. Der erste Stock ist breit und solid, wie eine gute Exposition immer sein soll; der zweite ist schon weniger umfangreich, dafür gewährt der Balcon eine genußreiche Aussicht; der letzte endlich ist ganz kurz und enthält nur das Nöthigste, aber Beste: Gastzimmer, um gute Freunde zur Einkehr einzuladen.“

Die Einrichtung ist ebenso geschmackvoll als originell. Da ist z. B. der große Salon im Erdgeschoß. Die Wände sind mit lackirtem Eichengetäfel bedeckt; auf der mächtigen Cheminée, die ebenfalls aus geschnitztem Holze ist, steht die prachtvolle Büste eines lachenden Faun; die Möbel sind im Style Ludwig's XV., große bequeme Lehnsessel mit blauem Ripspolster. Die beiden übergroßen Fenster gehen gegen den Strom und dienen zugleich als Thüren. Die Scheiben bestehen aus kleinen in Blei gefaßten Quadraten. Nebenan ist ein großes Billardzimmer und der Speisesaal mit seinen originellen Wänden aus Fayence mit zierlichen blauen Arabesken auf weißem Grunde. Ich imponirte dem Hausherrn

welches sie selbst schon im Schoße der eigenen Fraction zu Tode interpretirt hat und welches — eine vieldurchlöcherte Fahne! — kaum mehr einem Bruchtheil des Fortschritts-Clubs voranflattert. Wir denken, es könnte nach der unzweifelhaften Mißbilligung, welche diese oppositionelle Spiegelfechterei vom Hause erfahren hat, endlich genug sein des grausamen Spiels. Entweder mögen die Herren, die fortwährend die Hand am Degenknauf haben, vom Leder ziehen und frischweg das Budget verweigern oder das Parlament mit ihren Declamationen verschonen. Gesetzt einmal, es wäre durchführbar, was Herr Dr. Sturm, der heutige Paladin der Independenten, als ein Programm erklärte, daß im Einverständnisse mit Ungarn (das ist die neueste Frucht der berühmten Interpretation) eine neue Form der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten angestrebt werden solle — was hat das mit der Vertrauensfrage oder der Budget-Bewilligung zu thun? Ist das Ministerium zu tadeln, weil es vor einem Jahre das Programm nicht befolgte, welches jetzt von einer verschwindenden Minorität aufgestellt wird? Hatte das Ministerium ein Mandat dazu, über eine neue Form der gemeinsamen Angelegenheiten zu unterhandeln? Hat jemals das Abgeordnetenhaus einen Wunsch nach derlei zu erkennen gegeben? Hatte das Ministerium auch nur das Recht, über den Rahmen der Verhandlungen hinauszugehen, der durch die 1867er Gesetze gezogen ist? Herr Dr. Sturm findet es bedauerlich, daß das Budget innerhalb der schwebenden Ausgleichskrise berathen werde, und der Situation angemessener, das Budget nur provisorisch zu votiren, die Budget-Debatte aber erst nach den Ausgleichsverhandlungen fortzusetzen. Warum beantragt er das also nicht? Warum begnügt er sich damit, schüchtern für später den Antrag anzukündigen, daß die Deficit-Bedeckung nicht im Wege des Finanzgesetzes, sondern durch Specialgesetz votirt werde? Wir wollen es doch gleich sagen: Weil er die kleinere Blamage der größeren vorzieht; weil er sehr wohl weiß, daß es nicht angeht, dem Ministerium jetzt, wo es selbst noch um den Ausgleich kämpft, ein eclatantes Mißtrauensvotum zu geben, und weil er noch besser weiß, daß die Majorität dafür nicht zu haben wäre; weil ihm wohlbekannt ist, daß im Schoße des eigenen Clubs, wo dieser Antrag gebraut wurde, das parlamentarische Anstandsgefühl dagegen reagirte; weil, mit Einem Worte, in der sogenannten „regierungsfähigen Opposition" wol sehr viel Opposition, aber verzweifelt wenig Regierungsfähigkeit zu finden ist. Deßwegen glauben wir, es sei besser, das blinde Schießen endlich einzustellen. Mag jeder Deputirte in Gottes Namen, was er gegen die Verwaltung auf dem Herzen hat, in der Budget-Debatte nach altem Brauche freimüthig und entschieden vorbringen, aber im Uebrigen möge das Federballspiel mit der Ministerkrise beiseite gelassen und in Ruhe abgewartet werden, wie das Ministerium in der Capitalfrage des Ausgleichs besteht. Wird es dann zu leicht befunden, dann soll auch keine Rücksicht das Parlament abhalten, zu votiren, wie sein Gewissen ihm vorschreibt.

Im Uebrigen entfesselte die Debatte, wie alljährlich, die zahlreichen Klagen, welche die Steuer-Manipulation hervorruft. Namentlich die Abgeordneten Weigel und Menger führten eine Reihe der drastischesten Beispiele für die Art und Weise an, wie unsere Behörden das Rein-Einkommen auffassen. Die Fälle, welche der Abgeordnete Menger über die Belastung der Genossenschaften erwähnte, machten einen lebhaften Eindruck und zeigen, wie nothwendig eine Reform der Gesetzgebung auf diesem Gebiete ist. Wenn, wie er unter Anderm anführte, eine Gesellschaft mehr als 86 Percent ihres Einkommens an den Fiscus abliefern muß, dann wird das Associationswesen überhaupt untergraben. Der Abgeordnete aus Schlesien hätte übrigens seine Argumentation wesentlich unterstützt, wenn er sich nicht auf ein so enges Gebiet beschränkt hätte. Die öffentlichen Gesellschaften sind es überhaupt, die einer Besteuerung unterworfen sind, die einer Vermögenssteuer so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern.

Ein classisches Beispiel hiefür liefert jene Eisen-Industrie-Gesellschaft, welche, obwol sie mit Verlust arbeitete, dennoch ungefähr 80,000 Gulden an Steuern entrichten mußte. Gegen solche Angriffe, welche im Wesen dahin zielten, den grellen Gegensatz aufzuklären zwischen den Steuereingängen und den wirthschaftlichen Verhältnissen, konnte der Finanzminister nur wenig einwenden. Er verwies immer und immer wieder auf die neuen Steuervorlagen, als ob über die Gesetze allein und nicht auch über deren Handhabung Beschwerde erhoben worden wäre. Ebensowenig glücklich war seine Darstellung der Fortschritte der Grundsteuer-Regulirungs-Arbeiten. Treffend entgegnete ihm der Abgeordnete Dumba, daß es Sache der Regierung sei, in dieser Beziehung Vorschläge zu machen. Bei Freiherrn v. Pretis wird es nachgerade Gewohnheit, in großen und kleinen Dingen die Verantwortung auf das Haus abzuwälzen. Jetzt will er sogar die Abgeordneten für sich denken lassen. Das heißt denn doch, sich das Regieren leicht machen! Einen dankenswerthen Vorschlag machte heute der Abgeordnete Plener, indem er eine Resolution für die Veröffentlichung von Quartals-Ausweisen über den Staatshaushalt einbrachte. Wir haben seit Jahren für diese Institution, deren Einführung eine wahre Anstandspflicht gegen die steuernde Bevölkerung bildet, gekämpft. Nahezu in allen Staaten werden diese Nachweisungen publicirt, und nur Freiherr v. Pretis ist so schwer von seinem Schimmel abzubringen. Heute unterstützte fast das ganze Haus den Antrag des Abgeordneten aus Eger — nur der Finanzminister fand kein Wort, um den Standpunkt in dieser Frage zu kennzeichnen. Hoffentlich wird eine Resolution des Hauses seine Apathie besiegen.

In der Abendsitzung wurde darauf der Etat des Finanzministeriums ziemlich expeditiv zu Ende berathen und die Debatte über das Budget des Ackerbauministeriums begonnen. Was da noch an Bemerkungen zu den einzelnen Positionen vorgebracht wurde, ist seit Jahren in den Budget-Debatten typisch geworden: Klagen über die Theuerung des Salzes, namentlich des Viehsalzes, Beschwerden über die Verwirrung im Gebührenwesen und Aehnliches. Bei der Post „Lotto" brachte der wackere Abgeordnete Roser sein alljährliches caeterum censeo mit erneuter Wärme vor. Hoffentlich gelingt es endlich seinen beharrlichen Bemühungen, diesen Schandfleck des österreichischen Budgets auszutilgen. Die vom Budget-Ausschusse eingestellten Budgetziffern wurden unverändert, die sämmtlichen Einnahmen-Voranschläge der Steuern ohne Debatte votirt. Die Debatte über den Voranschlag des Ackerbauministeriums wird morgen fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus. (CCXXI. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatte.) Die Debatte über das Budget des Finanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **v. Plener:** Ich möchte das hohe Haus nur bitten, einer Resolution zuzustimmen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, während des laufenden Jahres periodische Ausweise über die laufenden Einnahmen und Ausgaben des Staates zu veröffentlichen. Es ist das eine Consequenz des constitutionellen Systems, das darauf beruht, daß die öffentlichen Geschäfte der Kenntniß der Bevölkerung nicht entrückt werden. Eine solche Nachweisung vermisse ich bisher; dieselbe hätte mehr als die Bedeutung einer statistischen Mittheilung, sie hätte einen directen Nutzen für die Finanzverwaltung. So wie heute die großen Verkehrsanstalten, die großen Zettelbanken und unsere Credit-Institute das Bedürfniß fühlen, dem Publicum gegenüber periodische Ausweise zu veröffentlichen, weil sie sich dadurch das Vertrauen am besten erhalten, so liegt es im Interesse der Finanzverwaltung, dem Publicum die Einsicht in die Verwaltung der öffentlichen Gelder zu erleichtern. Es hätte das besonders günstige Resultat des Eingehens der directen Steuern während der zweiten Hälfte dieses Jahres, wenn der Finanzminister diesen Umstand veröffentlicht hätte, einen günstigen Rückhalt für seine Operationen gegeben. Derartige Einrichtungen bestehen in fast allen Ländern, und besonders möchte ich Italien hervorheben. Die Durchführung meines Vorschlages würde auf keine allzu großen Schwierigkeiten stoßen, denn die Verrechnung unserer Unterbehörden und Kassen geschieht heute schon in den Hauptjournalen nach den verschiedenen Finanzverwaltungen, so daß eine Zusammenstellung im Ganzen leicht möglich wäre. In diesem Sinne erlaube ich mir, meinen Antrag dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen, welcher lautet: „Die Regierung wird aufgefordert, periodische, mindestens vierteljährige Ausweise über die laufenden Staatseinnahmen und Ausgaben unter Vergleichung mit den Positionen des Vorjahres zu veröffentlichen."

Der nächstfolgende Redner, Abg. Ritter v. Oppenheimer, hat seinen Platz mit dem Abg. Skene gewechselt, dieser jedoch das Wort dem Abg. Ritter v. Krzeczunowicz abgetreten.

Abg. Ritter **v. Krzeczunowicz** unterzieht nun die von der Regierung eingebrachten Steuervorlagen, namentlich mit Rücksicht auf die im Jahre 1874 eingebrachten Vorlagen, einer eingehenden Kritik, bedauert, daß die Regierung nicht gleichfalls auch die Reform der indirecten Steuern in Betracht gezogen habe, und gibt der Befürchtung Raum, daß die neuen Vorlagen ebenso wie die des Jahres 1874 von einem Mißgeschicke sowol hinsichtlich der Ausführbarkeit als des Resultates begleitet sein dürften. Redner beleuchtet insbesondere die Verhältnisse in Galizien und findet mit Rücksicht darauf die vorgeschlagene Erhöhung der Zucker- und Branntweinsteuer sehr schädlich. Er schlägt vor, auch einen andern Consumtions-Artikel, nämlich das Bier, höher zu besteuern, als es bis jetzt der Fall sei. Durch eine Erhöhung um ein Drittel werde die Consumtion durchaus nicht verringert werden, der Staat jedoch eine Mehreinnahme von circa acht Millionen erzielen, und auch andere Artikel könnten nach dem Beispiele Frankreichs besteuert werden. Die Einhebung einer Gebühr von Börse-Rechtsgeschäften könnte nicht minder dazu beitragen, unserem chronisch gewordenen Deficit abzuhelfen.

Finanzminister Freiherr **v. Pretis:** Insoferne in den bisher gehörten Reden auf die General-Debatte des Budgets zurückgegriffen wurde, glaube ich dem hohen Hause schuldig zu sein, daß ich nicht weiter darauf eingehe; ich könnte ohnehin im Ganzen nur auf diejenigen Worte hinweisen, welche ich am Donnerstag vor acht Tagen hier auszusprechen die Ehre hatte. Was aber die Finanzverwaltung selbst angeht, so werde ich mir erlauben, einige kurze Bemerkungen den gefallenen Aeußerungen entgegenzuhalten.

Es ist zunächst die von dem Herrn Abg. R. v. Schönerer selbst als „alljährlich wiederkehrend" bezeichnete Rede gehalten worden, in welcher er seinen vollen Unmuth über die Grundsteuer-Regulirung ausspricht und diesmal der Finanzverwaltung die Ehre angethan hat, mit ihr zusammen sämmtliche Commissionen, inclusive der zur Mitwirkung berufenen Vertreter der Bevölkerung, zu verurtheilen. Sie begreifen, daß es schwer ist, als Vertheidiger für eine solch zahllose Menge von Angeklagten aufzutreten, und ich muß mich dabei darauf beschränken, wenn ich auch selbst Gefahr laufe, mich zu wiederholen, weil es in dieser Sache wenig Neues gibt, zu erklären, daß die Finanzverwaltung, seitdem ich das bereits früher in Angriff genommene Werk der Steuer-Regulirung zu leiten berufen bin, sich bemüht hat, allen Wünschen, welche von Seite des hohen Hauses ausgesprochen wurden, entgegenzukommen; daß die Finanzverwaltung sich bemüht hat, der Betheiligung der Bevölkerung an der Durchführung der Grundsteuer-Regulirung den ausgedehntesten Spielraum zu lassen und der Berathung und Thätigkeit der Commissionen, welche fast ausschließlich aus Steuerträgern zusammengesetzt sind, so weit als möglich freies Feld zu gewähren.

Der Minister geht sodann ins Einzelne der vom Abgeordneten Schönerer gerügten Mängel ein, beruft sich darauf, daß er längst die Central-Commission für die Grundsteuer-Regulirung einberufen habe, daß die Verhandlungen derselben regelmäßig publicirt werden, und spricht die Hoffnung aus, daß durch die Genehmigung der neuen Steuervorlagen auch die Befürchtung vor Erhöhung der Grundsteuer schwinden und eine wahre Peräquation der Steuern eintreten werde. Abg. Schönerer habe zwar nicht beantragt, aber doch ausgesprochen, daß das Einschätzungsgeschäft künftighin den Referenten und Regierungsorganen allein übertragen werden möge. Nach dem Gesetze sei dies nicht zulässig, und er gestehe, daß er kaum den Muth gehabt haben würde, die Initiative zu einem solchen Antrage in diesem hohen Hause zu nehmen. Sollte aber aus der Mitte des hohen Hauses selbst ein solcher Antrag hervorgehen, dann allerdings würde der Minister sich für verpflichtet halten, ihn zu unterstützen, denn es sei seine eigene Ueberzeugung, daß dadurch die Durchführung des Werkes außerordentlich viel rascher, billiger und mit ganz derselben Gründlichkeit und Objectivität geschehen würde, wie es so der Fall sein wird. Endlich habe der Abgeordnete Schönerer einen Beamten (den Bezirkshauptmann von Waidhofen an der Thaya) in einer ehrenrührigen Weise beschuldigt, indem er ihm Mangel an sittlichem Ernst bei der Durchführung des Grundsteuergeschäftes und Diätenreiterei vorwarf. Selbst wenn man sich der Immunität des Abgeordneten erfreut, habe man denn doch die persönliche Ehre der Beamten zu schonen alle Veranlassung. Der Fall sei zur Anzeige gekommen und durch den Statthalter von Niederösterreich untersucht worden. Die Untersuchung habe ergeben, daß die Beschuldigung des Ritters v. Schönerer gänzlich unbegründet erscheine.

Bezüglich der vom Abgeordneten Göllerich betonten Uebelstände bei Einhebung der Einkommensteuer von den Sparkassen verweist der

---

nicht wenig, als ich hinter den Kniff kam: die Fayence ist nämlich nichts weiter als eine freilich vorzügliche Imitation auf gewöhnlichem Tapetenpapier. Schon mancher Fachkenner soll getäuscht worden sein.

Eine schmale Treppe führt in den zweiten Stock, wo sich die Familienzimmer und das Cabinet des Dichters befinden. Dieses macht mit seinem dunklen Ameublement einen ernsten Eindruck. Die eine Längenseite ist mit einem hohen Regal versehen, worin eine kleine, aber gewählte Bibliothek aufgestellt ist. Sie enthält blos französische Werke, da der Autor keiner fremden Sprache mächtig ist.

„Ich bin in meinem Leben ziemlich viel gereist," erklärte er. „Ich kenne England, Italien und Deutschland aus eigener Anschauung, aber auf meinen sämmtlichen Reisen habe ich mich mit meinem Französisch immer vortrefflich durchgeschlagen. Ich erinnere mich noch, wie ich einmal auf meiner ersten italienischen Reise auf den Einfall kam, meine paar Vocabeln, die ich in der Schule gelernt, an den Mann zu bringen. Aber sobald ich italienisch sprach, antwortete man mir französisch, und genau so geschah es mir mit meinen englischen Sprachdebüts. So geht es uns Franzosen in der Fremde immer, man verdirbt uns und erhält uns in der Unwissenheit, um es uns bequem zu machen. Aber die Jugend von heutzutage wird lernen, besonders Deutsch, denn sie wird es nöthig haben."

Dem Büchergestell gegenüber befindet sich Augier's Arbeitstisch. Er braucht von seinem Sitze aus nur den Kopf zu wenden, um die schönste Aussicht zu genießen. Die Balconthür steht immer offen. Vor dem Hause breitet sich das Gärtchen fast bis zur Seine aus, welche mit ihren schimmernden Fluthen unter der Brücke von Bougival dahinrollt. Letzteres wird von den Bäumen der Insel ganz verdeckt, die dem Landhause gerade gegenüberliegt. Jenseits am andern Ufer sieht man das Schloß von Malmaison, wo eine verstoßene Kaiserin fünf Jahre lang litt und starb, wo ein Jahr später ihr Gemal vor der Ankunft der verbündeten Feinde in simpler Bürgerkleidung entfloh, um in der Verbannung zu sterben. Dann nach links auf dem höchsten Punkte der Hügelkette Louveciennes, die einstige Residenz der Dubarry, die man hier gefangen nahm, um sie auf die Guillotine zu schleppen. Dann Marly und den stolzen Aquäduct, der die Brunnen der Gärten von Versailles speist.

In dieser Mitte lebt Augier und realisirt sein Ideal: das Familienleben, welches er in seiner schönsten Schöpfung mit schwungvollen Versen gepriesen hat. Was selbst Diderot mißlungen war, die dramatische Verherrlichung des häuslichen Herdes, das hat Augier in seiner „Gabriele" erreicht. Das Leben war spröder gegen den Dichter. Wol fand er eine treue Begleiterin und musterhafte Gattin, aber die Ehe blieb kinderlos. Man begreift die Wehmuth jenes rührenden Ausrufes, der dem Helden besagten Dramas in den Mund gelegt ist:

> Nous n'existons vraiment que par ces petits êtres,
> Qui dans tout notre coeur s'établissent en maîtres,
> Qui prennent notre vie et ne s'en doutent pas,
> Et n'ont qu'à vivre heureux pour n'être point ingrats.

Augier ist der Letzte seines Stammes, wie Alexander Dumas, der ebenfalls keinen Erben seines Namens hinterläßt. Doch wollte ein günstiges Geschick, daß der Autor des „Giboyer" in seiner ländlichen Häuslichkeit ces petits êtres doch nicht ganz vermissen sollte. Zwei verheiratete Schwestern Augier's haben sich aus Gesundheitsrücksichten dauernd in seiner Nähe angesiedelt und bewohnen mit ihren zahlreichen Familiengliedern die beiden benachbarten Villen. So bilden die drei verwandten Familien ein herzliches Ganzes, das Augier für die Oede im eigenen Hause wohl entschädigt. Täglich kommen sie Alle im Hause des Dichters zusammen; dann geht ihm das Herz auf, und sein Gespräch, das gewöhnlich etwas Mühsames hat, ist voll Lebhaftigkeit, Geist und Witz. Seine Neffen vergöttern ihn. Er ist wie ein liebender Vater gegen sie, und man erkennt leicht, daß er ein vortrefflicher Kindererzieher geworden wäre, wenn ihn das Schicksal nicht zum Comödien-Dichter bestimmt hätte, dessen Lehrstuhl die Bühne und dessen Schüler jener Monsieur Toutlemonde ist, von dem Voltaire spricht und den schon Luther „Herr Omnes" nannte.

„Je rêve," gab mir Augier zur Antwort, als ich ihn fragte, womit er denn seine Zeit verbringe. „Ich schreibe wenig, lese nicht viel mehr und träume immer mit offenen Augen. Die Natur ist so schön, daß man nicht müde wird, sie zu betrachten, und sich darüber zu freuen, daß man noch Augen hat, sie zu sehen. Sie fallen wol noch frühe genug zu."

Er ist weder Fischer, noch Jäger, noch Gärtner. Vor Zeiten war er ein leidenschaftlicher Fechter und hantirte das nationale Fleuret zur Leibesübung. Jetzt ist er der Fechtlehrer seiner Neffen, doch zieht er eine Billardpartie mit ihnen Allem vor. Er spielt mit Virtuosität Billard und übt sich oft stundenlang. Eine Partie mit einem bessern Gegner, als er in mir hatte, erhitzt und regt ihn gewöhnlich nicht wenig auf; sogar noch mehr, versichert er, als die erste Vorstellung eines neuen Stückes aus seiner Feder.

Aber Eine Beschäftigung treibt er ohne Unterlaß und mit unvergleichlicher Leidenschaft: das Rauchen. Schon ein Blick in sein Zimmer lehrt es. Unzählige Pfeifen liegen dort herum, bloß und in Etuis. Fortwährend trägt er eine bei sich; ja, ich bin fest überzeugt, daß dem prächtigen Zug seines Giboyer, der in einem Salon seine Pfeife aus der Tasche fallen läßt, ein Selbsterlebniß zu Grunde liegt. Jedenfalls ist diese Eigenthümlichkeit jenes Journalisten-Typus, der sich nicht von seiner Pfeife trennen kann, auch diejenige seines Dichters. Man muß aus Augier's Mund einmal das Lob der Pfeife hören! Da ist keine Metapher zu kühn, kein Ausdruck überschwenglich genug, um die Poesie des Rauchens und die Süßigkeit eines dampfenden Pfeifchens zu schildern, welches, wie er meint, dem Menschen allein die Horaz'sche Oblivia vitae gewährt. Er ist zudem ein raffinirter Raucher. Sein Tabak ist nicht der demokratisch-plebejische Caporal, sondern gut türkisches Kraut. Seine Pfeifen sind aus bestem Meerschaum; eine solche lugt beständig aus der Tasche seines Sammtrocks, wenn er sie nicht im Mund trägt. Er zeigte mir einen Ulmerkopf und eine Wiener Meerschaumpfeife allergrößten Kalibers mit Ornamenten und Silberbeschlag; er raucht aber nie daraus, denn sie ist ihm zu schwerfällig. Er besitzt ferner eine kleine allerliebste Londoner Pfeife, welche die Vortheile des türkischen Nargilehs mit der handlichen Form der abendländischen Pfeife vereinigen sollte.

„Man gießt zu diesem Zweck," erklärte er mir, „etwas Wasser unter den Kopf, damit der Rauch erst darin gekühlt wird, bevor er in den Mund kommt. Leider ist dies nicht sehr bequem, denn man darf keine unvorsichtige Bewegung machen. Neige ich mich, so läuft das Wasser in den Pfeifenkopf und löscht den Tabak, und sehe ich aufwärts, so fließt das Wasser durch das Rohr mir in den Mund."

Augier raucht immer, auch wenn er arbeitet, obwol er wohl weiß, daß er dieser Manie seine große Kurzsichtigkeit zuzuschreiben hat. Er kann es nicht lassen. Er arbeitet übrigens selten. Wenn er sich zu einem Stücke niedersetzt, so hat er es schon fix und fertig im Kopfe, so daß er es nur niederzuschreiben braucht, wozu er sich allerdings auch viel Zeit läßt. Es dauert gewöhnlich jahrelang, bis ein Stück fertig ist; daher verschmäht er auch die Mitarbeiterschaft nicht. Hat er sich mit Jemandem über ein Stück geeinigt, so besorgt er nur die Conception und überläßt die Ausarbeitung

Minister auf die gerade diesen Gegenstand regelnde Vorlage, die er eingebracht habe, und bittet, die Behandlung derselben zu beschleunigen. Uebrigens werde schon jetzt bei Beurtheilung der Bilanz der Sparkassen mit aller gesetzlich zulässigen Schonung vorgegangen.

Auf die Bemerkungen des Abg. Krzeczunowicz entgegnet der Minister, daß der größte Theil derselben bei Berathung der Steuergesetze werde beantwortet werden. Für heute wolle er ihm nur entgegnen, daß seit Januar 1874 die Regierung sich sehr ernstlich bemühte, die von allen Seiten theoretisch als nothwendig erkannte, aber sobald es zu einer praktischen Ausführung kommt, mit recht vielen und, wie es scheint, bisher zum Theil unüberwindlich gewesenen Schwierigkeiten verbundene Steuer-Reform zur Durchführung zu bringen. Es sei da keine Schwenkung, keine Wendung vorgegangen, sondern es sei der Regierung immer dasselbe Ziel vor Augen geblieben, das Ziel der Verbesserung des heutigen Zustandes in Bezug auf die Steuerträger, in Bezug auf den Staatshaushalt. Er sei überzeugt, daß das hohe Haus in dieser Frage die Regierung nicht etwa, um ihr ein Vertrauensvotum zu geben, sondern weil sie damit die Pflicht erfüllt, ein von allen Seiten und in allen Schichten der Bevölkerung dringend gefühltes Bedürfniß rasch zu befriedigen, in dem in diesen Steuervorlagen ausgedrückten Streben unterstützen werde. Gerade die bäuerliche Bevölkerung werde über die ihr Erleichterung gewährenden Vorlagen der Regierung sich gewiß nicht zu beschweren haben, und wenn die Millionen Joche, welche bisher noch gar nicht zur Versteuerung kamen, mit ihrem Erträgniß nur in die Personal-Einkommensteuer einbezogen sein werden, so werde dies der bäuerlichen Bevölterung nicht gerade zum Schaden gereichen. Der Minister schließt mit einer warmen Empfehlung der Steuervorlagen.

Abg. Ritter **v. Schönerer** erklärt, seine Worte seien vom Finanzminister nicht richtig verstanden worden, rechtfertigt seine Ausführungen gegenüber den Erklärungen des Finanzministers, insbesondere was die von ihm geführte Klage betrifft, und schließt mit den Worten: Wir haben es erlebt, daß auf die Anklagebank gestellte Männer mit hohen Orden bedeckt erschienen sind. Es sollte mich nicht wundern, wenn der betreffende Bezirkshauptmann in der nächsten Zeit mit einem Orden geschmückt würde. (Bewegung.)

Abg. **Schrems** weist auf die Ueberbürdung der Referenten der Grundsteuer-Einschätzungs-Deputationen hin und bittet um Maßregeln der Abhilfe.

Special-Berichterstatter **Dumba** erklärt sich mit der vom Abg. Dr. v. Plener beantragten Resolution einverstanden und wird im Budget-Ausschusse diesbezüglich einen Antrag stellen. Was die Klagen betrifft, die dahin gehen, daß das Grundsteuer-Regulirungs-Geschäft ein theures ist und sich unendlich lange hinauszieht, so wurden diese im Budget-Ausschusse Jahr für Jahr besprochen und die Nothwendigkeit einer Abhilfe anerkannt. Es wäre da Sache der Regierung, eine Reform des Grundsteuer-Regulirungs-Gesetzes vorzuschlagen, und würde ein solches Gesetz vom Hause gewiß mit großer Freude begrüßt werden. (Rufe: Richtig!) Es wird mit dem Ende des Jahres 1877 eine Summe von 20 Millionen in Anspruch genommen worden sein, und werden wir bei der naturgemäßen Schwerfälligkeit, welche im Apparate liegt, noch viele Jahre mit dieser Arbeit zu thun haben. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Dr. Sturm hebt Berichterstatter hervor, daß sich der Budget-Ausschuß nicht darüber anerkennend ausgesprochen habe, daß von Seite der Finanzverwaltung 300,000 fl. erspart worden sind, sondern darüber, daß in der Finanzverwaltung das Bestreben, jedes Jahr mit einem geringeren Etat vor das Haus zu treten, ersichtlich zu Tage trete. In diesem Sinne ist eine Anerkennung ausgesprochen worden, welche gewiß der Finanzverwaltung gegenüber eine verdiente ist. (Bravo! links.)

General-Berichterstatter **Wolfrum** beantragt, da gegen die ziffermäßigen Ansätze des Ausschusses keine Einwendungen erhoben worden sind, die unveränderte Annahme der Anträge des Budget-Ausschusses.

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung werden die bei Capitel X, Titel 1 bis 9, eingestellten Beträge conform dem Ausschußantrage angenommen.

Weiters werden die bei Capitel XI: „Allgemeine Kassenverwaltung", Titel 1 bis 5, eingestellten Beträge ohne Debatte, entsprechend dem Antrage des Budget-Ausschusses, genehmigt.

Capitel XII: „Directe Steuern", und Capitel XIII: „Zölle", gelangen zur Verhandlung.

Abg. **Pfeifer** weist auf die Mängel und Uebelstände, welche im Lande Krain bei der Steuer-Einhebung vorkommen, hin und bittet den Finanzminister, eine Abhilfe in der Art zu treffen, daß eine die Steuer-Einhebung vereinfachende Gesetzvorlage eingebracht werde.

Abg. Dr. **Weigel** bespricht eingehend die Uebergriffe der Steuer-Inspectorate in Galizien, die zu allgemeinen Klagen Anlaß geben, und führt mehrere Beispiele der Art an, aus denen ebenso wie aus dem Rechnungsabschlusse für 1874 hervorgeht, daß der Druck der Steuerschraube bis auf das Aeußerste gestiegen sei.

Abg. Neumayer hat sich aus der Liste der Redner streichen lassen.

Abg. Dr. **Menger** bespricht in ausführlicher Weise die Besteuerung der Genossenschaften im Allgemeinen und der Vorschußvereine insbesondere. Seit dem Jahre 1873 ist in Oesterreich die Erscheinung eingetreten, daß sich das Finanzministerium bemüht, die vorhandenen Steuergesetze strenge anzuwenden, um den natürlichen Ausfall, welcher in den Einnahmen entsteht, wieder hereinzubringen. Da sollte denn doch keine Verordnung erlassen werden, welche den Gesetzen präjudicirt und mit denselben nicht übereinstimmt. Am 28. Mai des Jahres 1875 wurde an die Finanzbehörden seitens des Finanzministeriums eine Instruction bezüglich der Besteuerung der Genossenschaften versendet, welche den Eindruck macht, als ob es sich da um ein neues Erwerbs- und Einkommensteuer-Patent hinsichtlich der Genossenschaften handelte. In diesem Erlasse sind Grundsätze enthalten, nach welchen in Zukunft die Steuerverwaltung bei Einhebung der Steuern vorgehen soll; dieser Erlaß hätte doch wenigstens veröffentlicht werden sollen, damit sich die Genossenschaften hätten danach richten können. Einzelne Bestimmungen dieses Erlasses stehen mit dem Einkommensteuer-Gesetze sogar im Widerspruche. Redner führt nun in drastischer Weise einzelne Fälle vor, um nachzuweisen, daß die Folge dieses Erlasses [illegible] in der [illegible] der Steuerbehörden [illegible] gemacht habe. [illegible] Redner nun [illegible] Man sollte den [illegible]vereinen nicht Verpflichtungen auferlegen, die sie nicht tragen können, denn [illegible] diese Institute [illegible]. Redner richtet das Ansuchen an den Finanzminister, den Erlaß vom 28. Mai 1875 aufzuheben. (Bravo!)

Finanzminister Freiherr **v. Pretis**: Ich möchte nur dem letzten geehrten Redner gegenüber zwei kurze Bemerkungen machen. Zunächst habe ich schon früher die Zumuthung abgelehnt, als ob ich im fiscalischen Interesse bestrebt wäre, durch eine härtere Anwendung der Steuernormen jetzt einen Ausfall zu decken, der durch die sonstigen Verhältnisse in den Staatseinnahmen eintreten könnte. Schon im vorigen Jahre lehnte ich diese Tendenz mit aller Bestimmtheit ab, und ich kann das mit gutem Gewissen auch jetzt thun, wenngleich ich nicht leugne, daß nach wie vor die Gesetze gehandhabt werden. Das ist aber meine Pflicht. Am allerwenigsten kann ich jedoch zugeben, daß eine solche Tendenz auch nur einen Moment gegenüber den Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften hätte obwalten können, bezüglich deren wirthschaftlicher Nützlichkeit ich ja vollständig mit dem Vorredner übereinstimme. Nach den Daten, die mir vorliegen, kann ich nicht glauben, daß diese Institutionen wirklich gefährdet seien. Denn nach den mir zur Verfügung stehenden Ziffern ist mit den Jahren die Zahl dieser Institute stets gewachsen. Wo mir irgend eine Gelegenheit sich bot, sei es, indem Vertreter solcher Anstalten zu mir kamen oder mir Recurse vorlagen, habe ich, und darin haben mich auch die Herren Referenten des Finanzministeriums unterstützt, gesucht, mich innerhalb des mir durch die Gesetze gegebenen Spielraumes der möglichst milden Anwendung der Gesetze zu befleißigen.

Der vom Herrn Vorredner citirte Erlaß ist kein geheimer Erlaß, insoferne es in Niemandes Absicht war, denselben geheimzuhalten. Er wurde nur nicht publicirt, weil er unserer Auffassung nach nichts Neues enthielt. Wir wollten nur den Behörden im Interesse der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften die Auffassung des Gesetzes darlegen, wie sie im Finanzministerium vorwaltet, und das Eine hervorgehobene Factum, daß die Ausweise über die einzelnen Gewerbetreibenden von ihnen verlangt wurden, trat deßwegen ein, weil man, so lange die leidige Passivzinsen-Frage nicht gelöst ist, getrachtet hat, die Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften wenigstens insoferne zu soulagiren, daß man sagte: Wenn ihr uns diese Verzeichnisse vorlegt und wir daraus ersehen können, daß eure Creditwerber Gewerbsleute sind, die als Gewerbetreibende Einkommensteuer zahlen, so wollen wir die Zinsen, die sie euch, den Vorschußkassen, gezahlt haben, nicht auf einmal als Passivzinsen mit Einkommensteuer belegen. Wir wollten also eine Erleichterung eintreten lassen. Dieser geheime Erlaß ist im vorigen Jahre dem Ausschusse mitgetheilt worden, den das hohe Haus in Betreff der Besteuerung der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften niedergesetzt hat, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich behaupte, der Ausschuß fand, daß diese Verordnung durchaus nicht den bestehenden Gesetzen widerspreche, ja ich möchte glauben, der Ausschuß selbst habe anerkannt, daß die Absicht dieser Verordnung den Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften entgegengekommen war.

Ich wollte gegenüber so anerkannt nützlichen Institutionen auch nicht einen Augenblick den Schein gegen mich walten lassen, als wenn ich exclusiv fiscalische Rücksichten walten ließe. Ich bin mir nicht bewußt, es je gethan zu haben, und kann nur versichern, daß ich nur innerhalb der bestehenden Gesetze in der denkbar wohlwollendsten Weise diesen Institutionen entgegengekommen bin, kann jedoch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um mein „caeterum censeo" zu sagen. Machen Sie die neuen Gesetze fertig, und auch in dieser Richtung wird ein besserer Zustand eintreten, als der gegenwärtige, den ich anerkennen muß, so lange das Gesetz besteht.

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung werden die bei Capitel XII, Titel 1 bis 3, und Capitel XIII, Titel 1 bis 4, eingestellten Summen conform dem Ausschußantrage genehmigt.

Der **Präsident** bemerkt, daß er mit Rücksicht auf das noch zu bewältigende Material eine Abendsitzung anordnen müsse.

Hierauf wird die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten geschlossen.

— (CCXXII. [Abend-] Sitzung.) Beginn der Sitzung um 7 Uhr Abends. Vorsitzender: Vice-Präsident Dr. Vidulich. Auf der Ministerbank: Stremayr, Pretis, Glaser, Unger, Ziemialkowski, Auersperg, Mannsfeld.

Das Haus schreitet sofort zur Tagesordnung.

Die Debatte über das Budget wird bei Capitel XIV, Titel 1 und 2, „Indirecte Abgaben", fortgesetzt.

Abg. **Steudel** befürwortet die Aufhebung der Verzehrungssteuer-Linien.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des Budgets für Verzehrungssteuer mit 4.504,950 fl. angenommen.

Zu Capitel XV, „Salz", nimmt das Wort

Abg. **Rabergoj**, um die Regierung zur Herabsetzung der Salzpreise aufzufordern.

Abg. **Mieroszewski** führt Beschwerde über die Uebervortheilung des Publicums beim Salzverkaufe durch die Zwischenhändler.

Abg. **Proskowetz** fragt die Regierung, welches Resultat die Verhandlungen mit Ungarn wegen Herabsetzung des [illegible] hatten.

Abg. **Hoszard** tadelt die schlechte [illegible] Bochnia mit besonderem Hinweise auf den im [illegible] stattgehabten Grubenbrand, sowie die Plack[illegible]rung in jenen Bezirken ausgesetzt ist, wo [illegible] ner beantragt schließlich folgende Resolution: „Die [illegible] aufgefordert, die Erzeugung und den Verschleiß eines [illegible] salzes so bald als thunlich im geeigneten Wege durchzuführen." (Der Antrag wird unterstützt.)

Finanzminister [illegible] **v. Pretis** erwidert auf die Auseinandersetzungen des Abg. Mieroszewski, daß in Galizien den Bezirksvertretungen ein [illegible]recht für Salz gewährt ist, um der Bevölkerung ein [illegible] Quantum zu sichern. Allerdings sei dies noch keine Bürgschaft dafür, daß die Bevölkerung davon Vortheil zieht. Es sei factisch vorgekommen, daß eine dieser Vertretungen das Vorkaufsrecht an einen Privatmann abtrat. Was die Beschwerden bezüglich Bochnias betreffe, so konnte bei der wegen des Grubenbrandes angestellten Untersuchung nicht constatirt werden, daß Unterlassungssünden an dem traurigen Ereignisse eine Mitschuld hatten. Bezüglich des Viehsalzes könne immer wieder nur auf die bisher absolut bestehende Unmöglichkeit verwiesen werden, das Viehsalz so herzustellen, daß es nicht für menschliche Zwecke verwendet werden kann. Der finanzielle Standpunkt sei also das Haupthinderniß, und dieser werde von der ungarischen Regierung betont, ohne daß auch der österreichische Finanzminister diesen Standpunkt außer Acht lassen könnte. Wenn es gelungen sein wird, die Benützung des Viehsalzes zu menschlichen Zwecken unmöglich zu machen, werde die Frage eine leichtere Lösung erfahren.

Abg. **Ruczka** betont nochmals die Vertheuerung des Salzes durch die Zwischenhändler.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Summe von 3.307,000 fl. als Erforderniß für „Salz" eingestellt.

Abg. Dr. **Roser** spricht neuerlich für die Abschaffung des Lottos. Der Finanzminister habe versprochen, bei Einführung der Einkommensteuer drei Millionen bei den Ertragssteuern nachlassen zu können; es wäre aber besser, diese Ersparniß von drei Millionen zur Aufhebung des Lottos zu verwenden. Es sei eine Schmach für den Staat, auf solche Weise das Geld der Aermsten zu nehmen. Hat doch das Abgeordnetenhaus eine Petition erhalten, worin zwei Unglückliche um den Ersatz von 4500 fl. durch den Staat bitten, weil sie nach Verlust ihres ganzen Vermögens noch eine Summe auf eine Nummer gesetzt hatten, die wol gezogen wurde, aber vom Collectanten für gesperrt erklärt worden war. (Heiterkeit.) Meine Herren! Das ist gar nicht zum Lachen, denn die Schuld an dem Unglücke dieser Armen, die ihr ganzes Vermögen in der kleinen Lotterie verspielten, trägt einzig und allein der Staat. Redner beantragt die Resolution, die Regierung werde aufgefordert, bei Einführung der Personal-Einkommensteuer dafür [illegible] zu tragen, daß das Lotto aufgehoben werde. (Lauter Beifall.) Dieser Antrag wird hinreichend unterstützt.

(Dr. Rechbauer übernimmt das Präsidium.)

Abg. **Dworski** fordert die Regierung auf, endlich einmal an die Revision der Gebührengesetze zu schreiten. Schon vor 15 Jahren wurde der Wunsch nach einem entsprechenden Gebührengesetze vom Abgeordnetenhause [illegible]. Seitdem wurden wiederholt Resolutionen gefaßt, welche in diesem Sinne lauten. Mehr als Versprechungen von der Regierungsbank habe man aber nicht erlangt. Redner habe schon in der CLXV. Sitzung eine Resolution beantragt, welche dem Gebühren-Ausschusse zugewiesen worden war, ohne daß bisher ein Bericht des letzteren erstattet worden wäre. Redner enthält sich daher eines neuerlichen Antrages.

Abg. Dr. **Weigel** tritt für den Neubau der Krakauer Tabakfabrik ein.

Abg. Dr. **Fanderlik** bespricht einzelne Uebelstände des Gebühren- und Stempelwesens in Mähren.

Hierauf werden die Capitel XVI bis XXVI nach den Anträgen des Budget-Ausschusses angenommen.

Es gelangen nun zur Berathung die Capitel X bis XXXI der Bedeckung des „Finanzministeriums". Sämmtliche Ansätze des Budget-Ausschusses mit 316.82 Millionen Gulden werden ohne Debatte angenommen.

Es folgt Capitel XXVIII: „Ackerbauministerium".

---

seinem Collaborator. Jene vollendete Bühnentechnik eines Dumas fils oder Sardou hat er niemals besessen; die banausische Seite der dramatischen Mache vertraut er daher nicht ungern einem Andern an. Er schreibt den Dialog, concipirt die dramatischen Momente und sorgt für die Krystallisation der Idee. Die Erfindung ist niemals seine starke Seite gewesen, deßhalb verband er sich ab und zu mit Jules Sandeau, mit Eduard Foussier oder gar mit Alfred de Musset. Aber noch einen andern Grund hat er für seine Neigung, den Lorbeer mit einem Collaborator zu theilen. Er arbeitet langsam; nun erfordert aber sein Genre der socialen oder politischen Comödie flinke Hand und versatilen Geist, um sofort im Augenblicke der allgemeinen Discussion eine Idee auf das Theater und ins Publicum zu schleudern. Ein gewandter Mitarbeiter, der seinen Entwurf flink ausführt, ist ihm daher nicht selten doppelt und dreifach willkommen.

Emile Augier ist der Dichter unter den neufranzösischen Dramatikern. An Feinheit und Schwung, Energie und wirklichem Gefühl kommt ihm Keiner nach. Sein Dialog ist von großer Stylschönheit, weder rein verstandesmäßig, wie der des jüngeren Dumas, noch effecthaschend, wie die Diction Sardou's. Seine Prosa ist prägnant, wie seine Alexandriner; es sind manchmal bizarre, aber immer beredte, bewegte und nicht an die Studirlampe erinnernde Emanationen.

Augier ist der einzige französische Theaterdichter, der es versteht, Typen zu schaffen und Charaktere zu zeichnen. Man darf wol sagen, daß Giboyer und Vernouillet, worin sich die ganze Epoche des zweiten Kaiserreiches verkörpert zu haben scheint, zwei ebenso unsterbliche Typen sein werden, wie Molière's Tartuffe und Beaumarchais' Figaro. Was für geniale Gestalten sind nicht ferner Monsieur Poirier und sein Schwiegersohn, Julien und Tamponnet, um nur die wenigen auf unseren Bühnen eingebürgerten Stücke: „Les Effrontés", „Le Fils de Giboyer" („Der Pelikan") und „Gabrielle" zu berühren.

„Mein wahres Studienbuch ist die Gesellschaft," sagte er mir. „Ich photographire sie nicht, ich studire sie. Man hat mir gesagt: Ihr Giboyer ist Louis Veuillot, der Chef-Redacteur des ultramontanen Univers, Ihr Vernouillet ist der berühmte Gründer Mirès, Ihr Faiseur Baron d'Estrigaud („La Contagion") ist der Graf Morny. Das ist wahr und nicht wahr. Hätte ich mich blos darauf beschränkt, diese Gesellschaftstypen abzuconterfeien, so wären sie nicht das geworden, was sie sind: dramatisch. Mit Copien läßt sich nichts anfangen, Originalien nach der Natur braucht die Bühne. Was man gewöhnlich auf unseren Theatern sieht, sind eben keine Gestalten, sondern bloße Figuren, die nicht durchgeistigt wurden. Das Einzige, was den Theaterschreibern in der Regel gelingt, das ist l'Ingénue, das unschuldige Mädchen. Es gibt nichts Leichteres zu zeichnen, als just diesen Typus, der in seiner Naivetät, seiner Unkenntniß von Welt und Menschen und seiner — Dummheit, geradeheraus gesagt, sich ewig gleich bleibt und leicht zu copiren und noch leichter darzustellen ist."

Er ist ein Kind seiner Zeit, durch und durch modern. Man lasse sich durch das fremdländische oder historische Colorit seiner meisten Comödien in Versen nicht beirren: trotzdem sie in Griechenland oder im Italien des Mittelalters oder im Frankreich Ludwig's XV. spielen, so spiegeln sie doch nur seine Zeit wider, die lebendigste Gegenwart. Unter der Chlamys seiner Athener, wie unter dem seidenen Brustlatz seiner Paduaner und dem gold- und silbergestickten Jabot seiner allongetragenden Marquis schlagen glühende, empfindungsreiche Herzen, welche von den Streitfragen unserer bewegten Gegenwart ergriffen und bereit sind, sie auszukämpfen und ihrer Lösung entgegenzubringen.

Der bekannte Ausspruch Goethe's: „Mensch sein, heißt Kämpfer sein," den ich ihm gelegentlich citirte, schien ihm ungemein zu gefallen. Er antwortete mir:

„Auf diese Weise habe ich auch meinen Beruf als Dramatiker aufgefaßt. Pièces de combat, streitbare Stücke wollte ich schreiben, also politische oder sociale Comödien. Ich mußte die Parteien zeichnen, wie sie sind, und die Gesellschaft, wie sie ist. Ich schrieb Gelegenheitsstücke, Tendenz-Comödien, und liebkoste nicht, sondern strafte das Laster. Moralbücher liest man heutzutage nicht mehr, und Moralpredigern auf der Kanzel hört man kaum mehr zu; aber ins Theater strömt die Menge, um sich durch den Dichter und seine Interpreten unterhalten zu lassen. Die Bühne ist noch der einzige Ort, wo eine unmittelbare Wirkung zum Guten oder Schlechten auf das Publicum ausgeübt werden kann. Ich hielt meiner Zeit den Spiegel vor. Wol hat die moderne Buhlerin, die bis dahin nur unter historischer Maske erschienen war, an meiner Hand ihren Einzug sogar in die Comédie Française gehalten, wol habe ich den Ehebruch in manchen Stücken auf die Scene gebracht; aber ich bin mir bewußt, doch immerdar, wenn auch oft auf Kosten des künstlerischen Werthes, moralisch gewirkt und die Gesammtheit gebessert zu haben."

Nicht weniger interessant ist es, aus Augier's Mund die Erzählung aller seiner Kämpfe mit der Censur zu vernehmen. Jedes Stück wurde beanständet von „Anastasie", wie man in Paris die Censur nennt. Wie viel hatte der Dichter mit seinen beiden Giboyer-Dramen zu leiden! Mit Mühe und Noth wurde die Aufführung der „Effrontés" erpreßt. Trotzdem der Rothstift unbarmherzig mit dem Manuscript umgegangen war, fand dennoch der im Stück in leicht erkenntlicher Copie an den Pranger gestellte Schwindler Mirès die Thätigkeit der Censur ungenügend und rief während der Première entrüstet aus: „Mit solchen Stücken stürzt man Regierungen!" Für die Freilassung des „Fils de Giboyer" mußte Augier selbst beim Kaiser antichambriren. Es geschah sogar, daß sich der Ministerrath versammelte, um — seltenes Ereigniß! — über ein Theaterstück schlüssig zu werden. Die Hatz begann erst recht nach der ersten Aufführung dieser genialen politischen Comödie. Keine Vorstellung in Paris und in den Provinzen fand statt ohne lärmende Demonstrationen; der Name des Dichters wurde in ekelhafter Weise von der Tages-Literatur angegriffen, es regnete Processe und Ehrenhändel, und Louis Veuillot, das Urbild des Giboyer, erklärte in seinen anrüchigen Odeurs de Paris den Erfolg beider Stücke für gemacht und die öffentliche Meinung für gefälscht.

Das erste Stück Augier's, das die Censur nicht bemängelte, ist auch sein letztes: „Madame Caverlet". Es errang einen schönen Erfolg in Paris, soll aber — wie mir Augier mit Bedauern mittheilte — von der Direction des Wiener Stadttheaters wegen seines Stoffes nicht acceptirt worden sein. Es wäre, meines Erachtens, in Oesterreich mindestens ebenso zeitgemäß wie in Frankreich, denn es behandelt einen Anachronismus, eine Grausamkeit des französischen wie österreichischen Codex gegen das Individuum: das Verbot der vollständigen Ehescheidung. Das merkwürdige Stück beweist, daß der Dichter noch so modern, kühn und frisch ist, wie ehedem, als er im richtigen Moment die Canaillerie des Geldes, der Feder und der Liebe in so energischer Weise angriff. Es spricht auch dafür, daß es bloße Bescheidenheit war, als er einmal voller Resignation zu mir sagte: „Je ne suis plus dans le mouvement".

Gottlieb Ritter.

Abg. Ritter v. **Schönerer** richtet an den Ackerbauminister die Mahnung und Warnung, er möge der in Böhmen betriebenen Agitation für ein allzu strenges Forstgesetz nicht nachgeben und voreilig ein verschärftes Forstgesetz vorlegen. Redner kommt hierauf auf die Subventionen an landwirthschaftliche Vereine zu sprechen und sagt, daß er alle seit Jahren dagegen geäußerten Bedenken aufrechterhalte und die übliche Subventions-Vertheilung auch heute noch verwerfe. Die Subventionen seien Corruptionsgelder, welche durch Landwirthschafts-Gesellschaften gut oder schlecht an den Mann gebracht werden. Redner bespricht hierauf die Maßregeln, welche seitens des Ministeriums zur Hebung der Viehzucht getroffen werden. Er hält die Ausbildung von Wanderlehrern, die Hebung der Volksbildung überhaupt als das beste Mittel, um die Viehzucht auf eine gedeihliche Stufe zu bringen

Abg. Dr. **Ruß** befürwortet ein Forstgesetz, wie es die Mehrzahl der böhmischen Landwirthe wünscht.

Abg. Dr. **Heilsberg** plaidirt dafür, der Leobener Berg-Akademie im Ordinarium um 2000 fl. und im Extra-Ordinarium um ebenso viel mehr zu bewilligen, als der Ausschuß beantragt.

Abg. Dr. **Foregger** empfiehlt die [illegible] von Dynamit in der Landwirthschaft. Er glaubt, daß dem [illegible]anwesen in Oesterreich nicht jene Aufmerksamkeit zugewendet werde, als dasselbe verdiente. Das Berggesetz sei schuld daran, daß die Kapitalisten vor der Investition im Bergbau zurückschrecken

Hierauf wird die Debatte abgebrochen und die Sitzung um 3/4 10 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen (Sonntag) um 11 Uhr Vormittags. Tagesordnung: Fortsetzung der [illegible]

Inland.

Wien, 16. December. (Die Rückwirkung der neuen Steuergesetze auf die Wiener Gemeinde.) Die neuen Steuergesetz-Entwürfe, welche der Finanzminister im Reichsrathe einbrachte, hatten in den [illegible] Kreisen Wiens [illegible] Beunruhigung hervorgerufen. Denn, wie bekannt, sind die Gemeinden in Oesterreich in Bezug auf die Einnahmsquellen gleich den Ländern in hohem Grade abhängig von dem Besteuerungssysteme des Staates, weil sie nicht selbständige Steuern, sondern nur Umlagen und Zuschläge zu den directen Staatssteuern zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse einheben. Jede Veränderung in der Basis und dem Ausmaße der letzteren wirkt deßhalb tief eingreifend auf die Communal-Besteuerung ein. In Wien ist dieses Verhältniß um so schwerwiegender, als bei einer Gesammt-Einnahme von beiläufig 15 Millionen Gulden mehr als die Hälfte durch Umlagen und Zuschläge zu den directen Staatssteuern gedeckt wird. Diese Abhängigkeit der Gemeinde vom Staate in einer ihrer wichtigsten Functionen hat man im Gemeinderathe seit Jahren schwer empfunden, und die Tendenz der Steuer-Reform-Commission, welche ersterer vor drei Jahren einsetzte, war dahin gerichtet, das ganze communale Besteuerungs-System einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und die Frage zu studiren, ob es nicht zweckmäßiger wäre, das System der Umlagen und Zuschläge aufzugeben und eine selbstständige Communalsteuer einzuführen, so wie sie die Stadt Berlin seit mehreren Jahren besitzt. Aus welchen Gründen bisher kein greifbares Resultat aus dem Schoße dieser Commission hervorging, ist uns nicht bekannt. Jedoch steht die Thatsache fest, daß die neuen Steuergesetze die Lösung der Frage nicht weniger dringlich gemacht haben.

Vorläufig handelt es sich darum, ob durch die neuen Steuergesetze in ihrer gegenwärtigen Fassung die Basis für das Besteuerungsrecht der Gemeinde zum Nachtheile der letzteren alterirt werden wird, ob in diese Entwürfe direct eine das Besteuerungsrecht der Gemeinde beschränkende Bestimmung aufgenommen wurde oder ob aus der Fassung irgend eines Paragraphen hervorgeht, daß eine solche Beschränkung von Seite der Regierung beabsichtigt wird. Weiters ist zu untersuchen, ob nicht der Besteuerungs-Modus, die Staatssteuer von Seite einer andern als der städtischen Steuerkasse vorweg in Abzug bringen zu lassen, auch auf Objecte ausgedehnt werden soll, die bisher dem Gemeindezuschlag unterworfen waren.

Eine das Besteuerungsrecht der Gemeinde beschränkende Bestimmung — insoweit Ausnahmen nicht schon dermalen bestehen — ist in keinem dieser Entwürfe enthalten, und es konnte auch eine solche nicht beabsichtigt werden, weil der Finanzminister in der am 25. October d. J. abgehaltenen Sitzung des Steuer-Reform-Ausschusses in Erwiderung auf einen in dieser Richtung gestellten Antrag bezüglich der Personal-Erwerbsteuer selbst erklärte, daß das durch die Landesverfassungen den Ländern gewährte Recht, Landes- und Gemeindezuschläge zu den directen Steuern festzusetzen, durch ein Reichsgesetz **ohne Aenderung der Verfassung** nicht genommen werden könne. Nur jene Steuerobjecte, welche schon bisher von den Landes- und Gemeinde-Umlagen freigehalten sind, wie die Amtsbezüge der Beamten der öffentlichen Verwaltung, sollen auch in Zukunft frei von solchen Umlagen bleiben.

Auch bleibt dem Lande wie der Gemeinde die Möglichkeit der Einhebung eines Zuschlages zur Rentensteuer, in Folge des **Einhebungsmodus** dieser Steuer zum Theile verschlossen, indem diese Steuer gleich bei der Auszahlung der Zinsen und Dividenden durch die betreffenden Kassen in Abzug gebracht und an die zuständige Steuerkasse abgeführt werden wird und dadurch rücksichtlich der Zinsen der öffentlichen Obligationen das Kriterium mangelt, ob und welcher [illegible] der Gemeinde in Absicht auf die steuerpflichtigen [illegible] Besitzer das Recht zustehe, einen Steuerzuschlag einzuheben. [illegible] jetzt wird daher die Gemeinde durch die Rentensteuer, [illegible] es sich um die Zinsen der öffentlichen Fonds- und der ständischen Obligationen handelt, keinen Entgang leiden. [illegible] es sich aber mit den Dividenden von Actien jener Gesellschaften, welche der Erwerbsteuer nicht unterliegen und von welchen in Zukunft statt der bisherigen Einkommensteuer die [illegible] Rentensteuer eingehoben werden wird

Bis jetzt gibt es nur Eine Actien-Gesellschaft, nämlich die Nationalbank, welche keine Erwerbsteuer zu bezahlen hat. Auf Grund ihres Privilegiums vom Jahre 1862 [illegible] sie nur für ihre Realitäten, für die Effecten ihres Reservefondes und für die Dividenden ihrer Actionäre die [illegible] Steuern. Die Einkommensteuer-Bemessung erfolgt auf Grund der an die Actionäre geschehenen Dividenden-Vertheilung, von welcher die Nationalbank an 30 Percent Zuschlag vom Ordinarium 108,824 fl. 56 kr. und im Jahre 1875 89,877 fl. an die Gemeinde zu bezahlen hatte. Werden in Zukunft die Dividenden der Nationalbank der Rentensteuer unterzogen, so fragt es sich, ob die bisherigen Gemeindezuschläge entfallen. Sollte dies der Fall sein, was aber kaum zu glauben ist, so würde die Gemeinde einen bedeutenden Ausfall erleiden, dessen Deckung zu Gunsten der Actionäre der Nationalbank die Gesammtheit der Steuerträger **Wiens** übernehmen mußte.

Was die übrigen Steuerobjecte betrifft, so stellt sich das Verhältniß derselben zu den von der Gemeinde einzuhebenden Zuschlägen in Folge der erweiterten Basis nicht ungünstig heraus. Nach einer von der städtischen Buchhaltung angestellten beiläufigen Berechnung wäre die Gemeinde nach den Regierungsvorlagen im Stande, den gegenwärtigen 30percentigen Zuschlag bei der Grundsteuer auf 26 1/2 Percent, bei der Gebäudesteuer auf 26 7/10 Percent, bei der Erwerbsteuer auf 19 7/10 Percent, bei der Rentensteuer mit Bezug auf die Bankdividenden auf 15 Percent und bei der Besteuerung der Actien-Gesellschaften und anderer zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteter Erwerbs-Unternehmungen auf 15 Percent herabzusetzen.

Durch die Auflassung der zweiten und dritten Classe der Einkommensteuer, dann jenes Theiles der Einkommensteuer erster Classe, welcher bisher im Wege des Drittelzuschlages zur Erwerbsteuer erhoben wurde und der seit dem Jahre 1868 jährlich erhobenen fünfpercentigen Einkommensteuer vom Miethzinserträgniß hauszinssteuerfreier Häuser erleidet die Gemeinde einen Ausfall von beiläufig 377,000 fl., welcher durch die Zuschläge zur Personal-Einkommensteuer gedeckt werden muß. Bisher fehlt aber jeder Anhaltspunkt über das aus **Wien** anzuhoffende Erträgniß aus der Personal-Einkommensteuer, und es ist nur wahrscheinlich, daß auch hier der Zuschlag geringer als 30 Percent sein wird.

Wien, 16. December. (Parlamentarisches.) Der Eisenbahn-Ausschuß wird vor der Vertagung des Reichsrathes noch eine Sitzung halten, um über die Anträge des für die Tariffrage eingesetzten Sub-Comités zu berathen. Definitiv hat sich dieses Comité bisher nur über die Frage der Personentarife geeinigt, die Entscheidung über die Frachtentarife vorläufig in Schwebe gelassen. In ersterer Richtung bringt das Sub-Comité den folgenden Gesetzentwurf in Vorschlag:

Artikel I. Für die Regelung der Personentarife auf den innerhalb des Gebietes der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder befindlichen Eisenbahnen haben nachstehende Bestimmungen zu gelten:

Artikel II. Als Maximaltarif für den Personentransport wird festgesetzt, und zwar: Für die erste Classe 5 kr., für die zweite Classe 3.5 kr., für die dritte Classe 2.5 kr. Oe. W. in Silber per Person und Kilometer. Bei Eilzügen dürfen diese Tarifsätze um 20 Percent erhöht werden, wenn dieselben mindestens Waggons erster und zweiter Classe führen und wofern die durchschnittliche Geschwindigkeit dieser Züge (inclusive der Aufenthalte in den Stationen) auf jenen Strecken, wo keine Steigungen von 15 per Mille und darüber vorkommen, mindestens 37 Kilometer, auf den Strecken mit Steigungen von 15 per Mille bis exclusive 25 per Mille aber mindestens 24 Kilometer per Zeitstunde beträgt. Auf Strecken mit noch stärkeren Steigungen ist die Geschwindigkeit der Schnellzüge von dem Handelsminister zu bestimmen. Für gemischte Züge sind obige Tarife um 20 Percent zu ermäßigen. Der Handelsminister ist jedoch ermächtigt, diese Ermäßigung bei Bahnlinien, auf welchen nur gemischte Züge verkehren, nach Maßgabe der Verkehrs- und sonstigen Verhältnisse der betreffenden Bahnunternehmung außer Kraft zu setzen. Sollte sich das Bedürfniß nach weitergehenden Ermäßigungen herausstellen und sollten in diesem Falle die Bahnunternehmungen nicht in der Lage sein, entsprechende Erleichterungen in der dritten Wagenclasse zu gewähren, so sind dieselben gehalten, in Folge Aufforderung des Handelsministers auf den von demselben bezeichneten Strecken eine vierte Classe (Stehwagen) mit dem Tarifsatze von 1.5 kr. Oe. W. in Silber per Person und Kilometer einzuführen.

Artikel III. Die Tarifsätze für Gepäck und die mit dem Personentransporte im Zusammenhange stehende Beförderung von Fahrzeugen und lebenden Thieren, sowie sämmtliche Tarifbestimmungen für die Beförderung von Personen und Gepäck, dann von Fahrzeugen und lebenden Thieren mit Personenzügen sind durch den Handelsminister nach Anhörung der Bahnunternehmungen nach einheitlichen Grundsätzen festzustellen. Für jedes ganze Fahrbillet wird ein Freigewicht von 25 Kilogramm und für jedes halbe Billet ein solches von 12 Kilogramm festgesetzt.

Artikel IV. Auf Bahnen mit Steigungsverhältnissen von 15 per Mille und darüber darf bei Berechnung der Tarifgebühren die 1 1/2 fache Länge der fraglichen starken Steigungen und Gefälle zu Grunde gelegt werden

Artikel V. Die Erhöhung bestehender Tarife darf nicht vor Ablauf einer mindestens dreimonatlichen Giltigkeitsdauer stattfinden. Die Bahnverwaltungen sind verpflichtet, sämmtliche Neuherstellungen, Abänderungen und Aufhebungen von Tarifen in einem von dem Handelsminister hiezu zu bestimmenden öffentlichen Blatte anzukündigen, und zwar: wenn es sich um Erhöhungen der bestehenden Tarife handelt, mindestens einen Monat, in anderen Fällen aber mindestens vierzehn Tage vor dem Inslebentreten der bezüglichen Tarifmaßnahmen.

Artikel VI. Der Handelsminister wird ermächtigt, auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes die erforderlichen Tarifveränderungen bei jenen Bahnunternehmungen, bei welchen dies mit Rücksicht auf die erworbenen Rechte zulässig und ihm geboten erscheint, durchzuführen und die Zeitpunkte für das Inslebentreten derselben festzusetzen.

Artikel VII. Die Bestimmungen für die Beförderung von Militärpersonen und Militärgütern werden durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt.

Artikel VIII. Durch gegenwärtiges Gesetz werden alle entgegenstehenden Bestimmungen der betreffenden Specialgesetze außer Wirksamkeit gesetzt.

Artikel IX. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes, welches mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit tritt, ist der Handelsminister beauftragt.

Ausland.

Wien, 16. December. (Zur Tagesgeschichte.) Die heute Abends eingelaufene Turquie verwirft in den stärksten Ausdrücken als ebensoviele unerträgliche Demüthigungen für die Pforte alle Vorschläge, die darauf abzielen könnten: 1. die Muselmanen zu entwaffnen; 2. die Tscherkessen nach Kleinasien zu transportiren; 3. slavische Sprachen zum Verwaltungs-Idiom zu erheben; 4. die kaiserlichen Truppen in die Festungen zu bannen und eine slavische Armee zu bilden, die ihre Parole von den Panslavisten erhalten würde; 5. eine internationale Commission einzusetzen, und 6. gewisse Provinzen zu besetzen. Das Blatt wirft die Verantwortlichkeit für alle Uebel, die in Folge solchen Unterfangens entfesselt werden könnten, auf diejenigen, „welche vor der Geschichte und der Gerechtigkeit einen ungerechten Krieg hervorrufen würden, zu dem einzigen Zweck, ihre ehrgeizigen Pläne zu verwirklichen".

Dies ist ein deutliches Avis an die fremden Delegirten. Bezüglich der Thätigkeit derselben erscheint eine Aeußerung des Petersburger Berichterstatters der Pol. Corr. erwähnenswerth, wonach bisher zwischen dem Marquis v. Salisbury und dem General Ignatieff die eigentlichen Fragen, bei denen sich eine Meinungsverschiedenheit ergeben könnte, noch nicht berührt worden seien. Diese Meldung ist vom 12. d. M. datirt. Da nun die Sitzungen der Vorconferenz seit 14. unterbrochen wurden und erst Montag wieder aufgenommen werden, so blieb muthmaßlich für Controversen überhaupt noch keine Zeit übrig. Die Sub-Comités werden sich schwerlich damit beschäftigen. In demselben Schreiben wird übrigens versichert, daß neben dem friedlichen und versöhnenden Wirken Deutschlands für die Beziehungen Rußlands zu England gleichzeitig ähnliche Bemühungen des österreichischen Cabinets für das Verhältniß Rußlands zur Pforte „nicht ohne Wirkung" geblieben seien.

Wie uns aus Konstantinopel geschrieben wird, will man bemerkt haben, daß der Marquis v. Salisbury ein gewisses Mißbehagen über die ostensible Art und Weise spüren lasse, wie sich ihm General Ignatieff anschließt. Letzterer scheine hiemit die Absicht zu verbinden, die Welt glauben zu machen, daß er nur mit Sir Henry Elliot zu keinen Vereinbarungen komme, sich mit Salisbury aber leicht verständigen könne. Dieser wiederum läßt — wie man uns schreibt — keinen Anlaß unbenützt, um zu zeigen, daß er und Sir Henry Elliot auf einem und demselben Boden stehen und daß er wie dieser nur Ein Ziel im Auge habe, nämlich die mit den europäischen verknüpften englischen Interessen, welche mit den russischen nun einmal nicht in Einklang zu bringen sind.

Der Pol. Corr. wird berichtet, daß der russische General-Consul Karzoff, der sich von Petersburg wieder auf seinen Posten nach Belgrad zurückbegibt, Ueberbringer eines Handschreibens des Czars Alexander an den Fürsten Milan ist. Die dem fürstlichen Special-Bevollmächtigten Marinovich abgegebenen Erklärungen wiederholend, wird darin gleichzeitig der Wunsch und die Erwartung ausgesprochen, daß die fürstliche Regierung es nicht an Bemühungen fehlen lassen werde, den Anforderungen der Mächte Genüge zu leisten. In diesem Falle solle der Fürst der wohlwollendsten Unterstützung der kaiserlichen Regierung sicher sein.

Wien, 16. December. (Russisch-türkische Kriegsvorbereitungen.) Der in Kischenew befindliche Berichterstatter der Pol. Corr. ist bereits im Stande, mitzutheilen, daß das Gros der russischen Armee bei Reni den Uebergang über die Donau vollführen werde. Die Russen werden, dieser Quelle zufolge, den Pruth nicht überschreiten, sondern entlang dieses Flusses ihren Marsch über Leowa, Kahul nach Bolgrad nehmen. Bei letzterem Orte soll sich ein rumänisches Corps mit den Russen vereinigen. (?) Weiters meldet derselbe Correspondent Folgendes:

Dem Obercommando soll eine diplomatische Kanzlei beigegeben werden, an deren Spitze entweder Baron Jomini oder der russische General-Consul in Bukarest, Baron Stuart, möglicherweise auch Botschaftsrath v. Nelidoff treten dürfte. Es werden somit bei dem Hauptquartier zwei Civil-Kanzleien bestehen: eine für die Verwaltung der zu occupirenden Gebiete, zu deren Leiter bekanntlich Fürst Tscherkaßkij designirt ist, und die andere für rein diplomatische Angelegenheiten.

In Odessa sind mehrere Correspondenten russischer und ausländischer Blätter eingetroffen, um der Südarmee als Berichterstatter zu folgen. Die betreffenden Gesuche der Correspondenten wurden indeß abschlägig beschieden. Wie versichert wird, sollen dieser Tage via Odessa-Akerman-Olviopol zerlegbare Kanonenboote nach Bessarabien gebracht werden. Dieselben werden mit der Bahn nach der Donau befördert werden. Endlich sollen sämmtliche Festungen am Dniester und Dniepr vollständig armirt und in Vertheidigungszustand gesetzt worden sein.

Wie schließlich derselbe Berichterstatter meldet, hat der Großfürst-Obercommandant Nikolaus Nikolajewitsch seinen Sohn beauftragt, die in Chotim und Akkerman befindliche Artillerie seiner Corps einer Inspicirung zu unterziehen. Da Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch der Jüngere erst zwanzig Jahre alt ist, so wird er wol von artilleristischen Dingen kaum mehr als ein Vormeister verstehen. Mit dieser Inspicirung hat es somit keine Gefahr.

Ueber die türkischen Rüstungen schreibt man der Pol. Corr. aus Rustschuk vom 10. d. Folgendes:

In hiesigen türkischen Militärkreisen verlautet, daß die türkische Donau-Armee aus fünf Armeecorps besteht, welche etwa in 2—3 Wochen vollständig concentrirt sein werden. Nach Anordnung des Seraskiers ist die Donau-Armee aus folgenden Truppentheilen und Truppengattungen zu bilden: 30 Regimenter Infanterie, 31 Bataillone Jäger, 16 [illegible] Regimenter und 3 Regimenter Grenzsoldaten. Die Artillerie hat aus 68 Batterien zu 6 Geschützen oder in Summe aus 408 Geschützen zu bestehen. Diese Truppenkörper haben die active Armee zu bilden. Außerdem wird ein Reservecorps aus 30 Regimentern Irregulären, das Regiment zu 1800 Mann, gebildet. Wenn es der Pforte gelingt, diese Macht effectiv auf die Beine zu bringen, so könnten ihre Aussichten in einem eventuellen Kriege sich bedeutend günstiger gestalten, als man allgemein annimmt. So viel steht aber schon heute fest, daß die Pforte die ungewöhnlichsten Anstrengungen macht, den Russen sehr bedeutende Kräfte in Asien wie an der Donau entgegenzuwerfen. Seit einigen Tagen mehren sich wieder die Truppenzuzüge in Bulgarien. Einer alten türkischen Staatstradition zufolge müssen die mahomedanischen Grundbesitzer im Falle, daß das ottomanische Reich in eine schwere auswärtige Verwicklung geräth, auf eigene Rechnung Mannschaften ausrüsten und dem Sultan zur Verfügung stellen. Diesen Heerbann nennt man „Seemins", und ist seit mehr als einem Jahrhundert die Aufbietung dieses Hilfsmittels nicht mehr vorgekommen. Nun sollen auch die „Seemins" als Hilfstruppen aufgeboten werden. Der Seraskier will, daß aus diesen Mannschaften 30 Bataillone gebildet werden sollen. Eine andere, von dem Ernst der Lage zeugende Maßregel ist die Aufforderung, welche der Sultan an die Vasallenstaaten Egypten, Tunis und Tripolis erließ, Hilfscontingente bis zum 1. März zu entsenden. Bekanntlich hat Egypten im Krimkriege bis 40,000 Mann dem Sultan zur Verfügung gestellt; jetzt sollen nur 20,000 Mann verlangt werden. Da Egypten bis jetzt 9400 Combattanten entsendete, so müßte es noch 10,600 Mann schicken. Aus Tunis und Tripolis werden 4800 Soldaten erwartet. Diese Contingente sollen auch an der Donau Verwendung finden. Nach alledem dürfte die Pforte innerhalb zweier Monate, wenn ihr die Geldmittel nicht versagen, in unserem Vilajet bis 200,000 Mann beisammen haben

Zum Commandanten der Donautruppen ist Achmed Ejub Pascha bestimmt, und wird er sich — wie die Turquie meldet — demnächst nach seinem Hauptquartier, Silistria, begeben. Das Commando der Truppen bei Aleksinac, wo sich noch 30 Bataillone befinden, hat an Stelle Achmed Ejub's der Muschir Ali Saib Pascha übernommen.

Aus Rustschuk vom 9. d. wird uns geschrieben:

Soeben von Silistria zurückgekehrt und in der Voraussetzung, daß es für Sie von Interesse sein dürfte, über die dortigen Zustände informirt zu sein, beeile ich mich mitzutheilen, daß jetzt in jener wichtigen Donaufestung über Hals und Kopf an der Instandsetzung derselben zur Vertheidigung gearbeitet wird. Die Festung selbst, sowie die Außenwerke derselben, wie Arab, Medschidié, Stambul, Tabia, werden ausgebessert und mit den kürzlich aus Konstantinopel eingelangten Krupp'schen 15-Centimeter-Kanonen armirt. Am Samstag wurde die ganze männliche Bevölkerung zu Schanzarbeiten requirirt und Militär ausgehoben. Silistria und Umgebung stellen 10,000 Mann außer dem hier garnisonirenden einen und den in Nisch stehenden 3 Bataillonen. Kurz es wird nun seit einer Woche Tag und Nacht gearbeitet, um den Civilisatoren aus dem Norden einen würdigen Empfang zu bereiten. Wie ich von vollkommen verläßlicher Seite erfahren habe, stellen Schumla, Rasgrad und Silistria zusammen 80,000 Mann, und zwar lauter gediente und auf unbestimmte Zeit beurlaubte Soldaten, ins Feld.

Bei alledem, trotz der kriegslustigen Stimmung der Türken, kamen bis jetzt in dem genannten Districte, wo der größere Theil der Bevölkerung Muselmanen sind, keinerlei Ausschreitungen oder Excesse zwischen Türken und Christen vor, und dürfte vorderhand, wenn unser Kaimakam, Jussuf Bey, seinem bis jetzt musterhafter Vorgehen in jeder Beziehung treu bleibt, auch für die Folge in dieser Richtung sowol für die Fremden als auch für die Rajahs nichts zu befürchten sein. Türken, Bulgaren, Rumänen 2c. leben friedlich zusammen, Jeder geht wie früher seinem Geschäfte nach, ja wenn man nicht das rege Leben auf den Festungswällen und in den Forts sehen würde, man wäre weit entfernt zu glauben, daß wir einem Kriege mit unserem mächtigen Nachbar so nahe sind.

Nach Serbien wurden dieser Tage neuerdings für die türkische Armee 5000 wattirte Unterjacken und 8000 Paar Strümpfe

Nr. 348. Wien, Sonntag 17. Dezember 1876. **XXX. Jahrg.**

Das Fremden-Blatt erscheint **täglich.**

Man pränumerirt Wollzeile Nr. 4.
Ganzjährig 16 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 8 fl. „ „
Vierteljährig 4 fl. „ „
Monatlich 1 fl. 40 kr. „ „
ohne Zustellung.

Annoncen für das Fremden-Blatt übernehmen in Frankreich

Fremden-Blatt.

(Morgen-Blatt.)

Redaktions-Bureau: Wollzeile Nr. 17.

Abonnement für die Provinz:
Ganzjährig 20 fl. Oesterr. W.
Halbjährig 10 fl. „ „
Vierteljährig 5 fl. „ „
Monatlich 1 fl. 70 kr.
Einzelne Blätter 6 kr.

ausschließlich Havas Laffite & Co. in Paris.

Die nächste Nummer dieses Blattes wird Montag Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Wien, 16. Dezember.

Wenn das Gesicht, welches die Vorkonferenz am Bosporus zur Schau trägt, für die Beurtheilung der Lage maßgebend sein kann, so haben wir Grund, diese Lage als eine günstige, einen gütlichen Ausgang der orientalischen Verwicklung verheißende anzusehen. Die Herren Bevollmächtigten stehen zu einander auf sehr kollegialem Fuße; insbesondere verkehren General Ignatieff und Marquis v. Salisbury höchst freundschaftlich mit einander. Seit vorgestern hat nicht einmal eine Sitzung stattgefunden und es wird auch vor Montag keine stattfinden. Ueber allen Tintenfässern ist Ruh', und der Telegraph meldet uns mit bündiger Klarheit, daß die Verhandlungen bisher noch immer einen „allgemeinen" Charakter bewahrt haben. Wahrscheinlich ist es eben der allgemeine Charakter der Verhandlungen, welcher denselben bisher einen so glatten Verlauf zugesichert hat. Diese Anschauung herrschte wohl auch bei der Abfassung jenes, Europa beruhigenden Telegrammes vor, allein man kann, ohne ein vorsätzlicher Pessimist zu sein, gerade daraus schließen, daß, wenn die Verhandlungen, wie dies ihr naturgemäßer Verlauf mit sich bringt, ihren allgemeinen Charakter verlieren und einen besonderen Charakter annehmen sollten, sie später weniger glatt sich abwickeln dürften. Es ist dies eine Aussicht, die sich gleichsam von selber eröffnet und worauf das bewußte Telegramm uns in zarter Weise aufmerksam machen wollte.

Hätten die Bevollmächtigten der Konferenz nur mit allgemeinen Verhandlungen sich zu beschäftigen, so verstünde sich ja die Einigkeit in den Anschauungen und die Uebereinstimmung in den Beschlüssen von selbst. Ueber die Reformen, welche im ottomanischen Reiche eingeführt werden sollen, hat sich nie eine ernstliche Meinungsverschiedenheit kundgegeben. Die Note des Grafen Andrassy vom 30. Dezember war der diplomatische Ausdruck der in dieser Beziehung von ganz Europa getheilten Wünsche; alle Großmächte, ohne Ausnahme, hatten diese Note befürwortet, und die Pforte selbst zeigte sich denselben gegenüber ungemein zuvorkommend, wie von jeher bei allen an sie ergangenen ähnlichen Ansuchen. Sie ging sogar noch weiter, als die Mächte, indem sie versprach, diese Reformen nicht auf die aufständischen Provinzen allein, sondern auf alle Theile der europäischen und der asiatischen Türkei ausdehnen zu wollen. Diese Bereitwilligkeit war um so zeitgemäßer, als nicht allein die Mächte im Namen der Bosnier, Herzegowinaer und später der Bulgaren, sondern seitdem auch die Armenier, die Griechen und die Juden in eigenem Namen und in mehr oder weniger dringlicher Form ihren Antheil an den von einem hohen Divan gemachten — Verheißungen beanspruchten. Es wurden, ohne Rücksicht auf die gewaltigen Veränderungen, die sich in Konstantinopel selbst vollzogen, und auf die schrecklichen Greuel des Krieges und des Aufstandes, Projekte über Projekte zur Emanzipation der bisher so schwer unterdrückten, nichtmohamedanischen Unterthanen im Schoße der ottomanischen Staatsregierung ausgearbeitet, ein wahres Füllhorn von konstitutionellen Rechten und administrativen Reformen ward von Midhat Pascha und seinen jungtürkischen Freunden auf das Papier ausgeschüttet, und man erwartet von Tag zu Tag die Verkündigung der neuen „Fundamental-Gesetze" und der Ausschreibung der Kammerwahlen für die auf das Niveau der europäischen Verfassungsvölker zu befördernden Angehörigen des ottomanischen Reiches.

Man sollte also denken, daß, bei einer solchen allgemeinen Einigung in Bezug auf die beiderseitig als nothwendig anerkannten Reformen, von Schwierigkeiten gar keine Rede sein könnte, daß die Konferenz nur zur schriftlichen Abfassung und Besiegelung eines Uebereinkommens dienen würde, dem alle Betheiligten und sogar die Nichtbetheiligten prinzipiell von vorneherein ihre Zustimmung gewährt hatten. Bis jetzt haben auch die Vorkonferenzen für diese akademische Harmonie gezeugt. Man hat sie, mit dem Nächstliegenden, mit den Reformen für Bosnien und die Herzegowina beschäftigt, und es verlautete, ebenso jetzt, wie früher, noch nichts von irgend einem Widerspruch der Pforte gegen die dort einzuführenden Reformen. Die Bevollmächtigten haben bereits ein Comité mit der Spezialbehandlung dieser Angelegenheit ernannt, und, wie wir erfahren, ist der außerordentliche Bevollmächtigte Oesterreich-Ungarns, Freiherr v. Calice, mit dem Referat hierüber betraut worden. Dies ist gewiß eine ebenso erfreuliche, wie bezeichnende Anerkennung, welche unserer Diplomatie zu Theil geworden ist. Alsdann wird die Reihe an die den Bulgaren zu bewilligenden Reformen kommen. Der Referent über diese durch das Hereinragen Rußlands etwas komplizirtere Frage ist noch nicht ernannt, allein es wäre nicht ganz unwahrscheinlich, daß Marquis v. Salisbury eher noch, als General Ignatieff, als solcher bezeichnet würde.

Dies sind gewiß sprechende Anzeichen einer Erleichterung in der vor kurzer Zeit noch aufs Aeußerste gespannten Situation. Die Nachrichten, welche von Konstantinopel aus den einzelnen Regierungen hierüber zugehen, lauten übereinstimmend günstig, und wir sind sehr erfreut, daß sie gerade so und nicht anders lauten. Allein man kann doch bei dem besten Willen noch immer nicht behaupten, daß sie ebenso friedlich wirken, wie sie friedlich lauten. Die Oberfläche ist unbewegt, allein unter ihr kochen und gähren urgewaltige Kräfte, die in jedem Augenblick die dünne obere Decke zerreißen können. Mit dem theoretischen Reformwerk wird diese elementare Gefahr nicht gebannt. Hinter dieser theoretischen Konferenz-Arbeit erhebt sich dräuend das praktische Reformwerk, Garantie genannt. Wir wollten, der Referent wäre schon gefunden, der uns für die thatsächliche Durchführung der Garantiefrage die gütliche Lösung entdecken könnte. Diese Ungewißheit ist auch der Grund, weshalb mit den Versicherungen des friedlichen Verlaufes der Vorkonferenzen die Meldungen über die allseitig fortdauernden Rüstungen zum Mindesten gleichen Schritt halten. Es ist traurig, daß es so ist, allein es ist schwer, es zu ändern, und, wohl oder übel, kommen wir selbst angesichts der Friedenstauben, die am Bosporus losgelassen werden, aus der resignirten Weltanschauung nicht heraus, daß, wenn der Zukunfts-Hintergrund nicht so unangenehm dunkel wäre, wir uns in der Gegenwart leidlich zurechtfinden möchten.

Wien, 16. Dezember.

Wie wir vernehmen, entbehrt die Meldung, daß Mitglieder des ungarischen Ministeriums in der nächsten Zeit zum Zwecke von Unterhandlungen nach Wien kommen sollen, der Begründung.

Reichsrath.

Wien, 16. Dezember.

Dank einer Doppelsitzung gelang es heute dem Abgeordnetenhause das Budget-Kapitel „Finanzministerium" glücklich zu erledigen. und sogar in die Verhandlung über den Etat des Ackerbau-Ministeriums einzutreten. Zwar der Schreck war groß, als der Präsident die Liste der vorgemerkten Redner verlas und als Namen vernehmbar wurden, wie: Sturm, Plener, Neuwirth, Skene. Nicht etwa, daß das Haus den genannten Rednern nur ungern sein Ohr liehe; aber wenn sich eine Budgetdebatte bereits durch ein Dutzend von Sitzungen durchgewunden hat, dann beginnt die Stimme der Natur zu verstummen, dann kennt man seinen politischen Vater und Bruder nicht mehr und so oft ein Name auftaucht, von dem man sich nach den Antezedentien einer etwas breiteren Auseinandersetzung zu versehen hat, murmelt man schmerzbewegt, wie das Volk im zweiten Theile des Göthe'schen „Faust" (jedoch mit einer kleinen Korrektur der betreffenden Stelle):

„Ein neuer Mann
Zu neuer Pein."

Aber es war ein blinder Schreck! Der Abg. Plener hielt eine ebenso kurze als streng sachgemäße Rede, die im Wesen auf den berechtigten Wunsch hinauslief, es mögen über die Ausgaben und Einnahmen des Staates periodische Ausweise veröffentlicht werden. Und die Abg. Skene und Neuwirth, so wie die beiden als Gegengift angemeldet gewesenen Abg. v. Oppenheimer und v. Scharschmid, verzichteten insgesammt im letzten Augenblicke auf das Wort. Es heißt, daß die Schlacht, die sie sich zu liefern gedachten, durch gegenseitiges Uebereinkommen auf einen späteren Zeitpunkt vertagt worden sei, nämlich bis zur Debatte über [illegible]. Aufgeschoben ist eben nicht aufgehoben. Was aber aus der heutigen Debatte geworden, [illegible] dieser unverhoffte [illegible] eingetreten wäre, das läßt sich am besten

an den Ausführungen des Abg. Dr. Sturm bemessen, welcher die Generaldebatte geradezu rekapitulirte und alle Wunden derselben neuerlich aufzureißen suchte. Etwas spät erinnerte sich aber die gerechte Parze auf dem Präsidentenstuhle, daß sich da ein ganz und gar illegaler Lebensfaden spinne und schnitt ihn, nachdem er so ziemlich zu Ende gesponnen war, entzwei.

Der Finanzminister ergriff im Verlaufe der beiden Sitzungen wiederholt das Wort. Daß er auf die Rede des Abg Sturm nicht einging, kann angesichts des Umstandes, daß dieselbe, wie gesagt, bereits beantwortete Angriffe nicht ganz befugter Weise neu aufnahm, nur Zustimmung finden. Ausführlich beschäftigte sich dagegen Frh. v. Pretis mit den sachlichen Bemerkungen, welche die Abg. Göllerich, v. Schönerer, Krzeczunowicz, Menger und Andere gemacht hatten. Die Zifferansätze des Ausschusses erhielten abermals ohne Aenderung die Zustimmung des Hauses.

---

221. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

(Fortsetzung aus dem Abendblatte. — Budgetdebatte. „Finanzministerium.")

Abg. Göllerich

bringt einige Beschwerden der oberösterreichischen Sparkassen hinsichtlich der Besteuerung, welche die Existenz der kleinen Sparkassen bedroht, zum Ausdruck. Redner schließt mit der Bitte an den Finanzminister, die Beschwerden über die Besteuerung der Sparkassen eindringlich zu prüfen, jedenfalls aber bis zum Erlasse des neuen Gesetzes die Finanz- und Steuerbehörden anzuweisen, mit Schonung in dieser Angelegenheit vorzugehen. (Bravo, Bravo.)

Abg. Dr. v. Plener

beantragt folgende Resolution: „Die Regierung wird aufgefordert, periodische, mindestens vierteljährige Ausweise über die laufenden Staats-Einnahmen und Ausgaben unter Vergleichung mit den Positionen des Vorjahres zu veröffentlichen." Dieser Antrag wird unterstützt.

Abg. Ritter v. Krzeczunowicz

schlägt vor, das Bier höher zu besteuern, als es bis jetzt der Fall sei. Durch eine Erhöhung um ein Drittel werde die Konsumtion durchaus nicht verringert werden, der Staat jedoch eine Mehreinnahme von circa acht Millionen erzielen, und auch andere Artikel könnten nach dem Beispiele Frankreichs besteuert werden. Die Einhebung einer Steuer von Börsen-Rechtsgeschäften könnte nicht minder dazu beitragen, unserem chronisch gewordenen Defizit abzuhelfen; freilich habe die Regierung nicht einmal ein Programm zur Besserung der Finanzlage vorgetragen, aber es muß einmal etwas geschehen, das Maß sei voll.

Finanzminister Freiherr v. Pretis.

Insoferne in den bisher gehörten Reden auf die Generaldebatte des Budgets zurückgegriffen wurde, glaube ich dem h. Hause schuldig zu sein, daß ich nicht weiter darauf eingehe; ich könnte ohnehin im Ganzen nur auf diejenigen Worte hinweisen, welche ich am Donnerstag vor acht Tagen hier auszusprechen die Ehre hatte.

In Bezug auf die Klagen, welche von Seite des Herrn Abgeordneten Ritter v. Schönerer hier wiederholt laut wurden, habe ich Erhebungen gepflogen und fast ausnahmslos gefunden, daß diese Klagen nicht berechtigt waren; wo sie berechtigt waren, ist Abhilfe im Namen des Gesetzes geschaffen worden. Die Agitationen gegen die Grundsteuer-Regulirung haben gegenwärtig nachgelassen, und ich möchte das Nachlassen derselben gerade dem Umstande zuschreiben, daß man allmälig zur Erkenntniß kommt, daß es an der nöthigen Objektivität bei den bisherigen Vorgängen nicht gefehlt hat. Die Einschätzungs-Operationen nehmen außerordentlich viel Zeit in Anspruch, [illegible] man dabei mit einer ganz exzeptionellen Gründlichkeit vorgeht.

Ich soll mich angeblich nicht gerne in der Zentral-Kommission zeigen Ich habe, so oft ich es möglich machen konnte, den Sitzungen der Zentral-Kommission selbst beigewohnt, glaube aber, man wird, namentlich wenn die Zentral-Kommission gleichzeitig mit den beiden Häusern des h. Reichsrathes tagt, oder wenn sie kurze Zeit vor Zusammentritt des Reichsrathes sich vereinigt, es dem Chef eines so ausgedehnten Verwaltungsgebietes, wie das des Finanzministeriums, vielleicht zu Gute halten, wenn er es nicht möglich machen kann, an jeder Sitzung sich zu betheiligen. Ich glaube aber nicht, daß ich bisher in irgend einer Weise die Arbeiten der Kommission aufgehalten hätte.

Der geehrte Herr Abgeordnete aus Oberösterreich hat uns einige recht markante Fälle über die Unzulänglichkeiten vorgetragen, welche mit der heutigen Einkommensteuer-Bemessung bei Sparkassen verbunden sind. Daß die heutige Einkommensteuer bei zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Anstalten, und besonders in ihrer Anwendung auf die Sparkassen außerordentliche Härten mit sich bringt, das habe ich schon öfter hier zu erwähnen Gelegenheit gehabt. Damit dem ein Ende geschehe, damit denn auch den Sparkassen eine freiere Entwicklung möglich werde, und damit die Steuer eben mit jener Schonung gehandhabt werden könne, welche diesen Institutionen zukommt, habe ich bereits im vorigen Jahre eine Vorlage eingebracht, die ich dann allerdings zurückzog, um mit der neuen Einkommensteuer-Vorlage ein Resultat zu erzielen, welches nicht nur der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Institution die gewünschte Erleichterung bietet, sondern zugleich das ganze Einkommensteuerwesen regelt. Ich könnte daher die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten aus Oberösterreich nur zum Anlaß nehmen, um dem hohen Hause in der allerernstesten und dringendsten Weise ans Herz zu legen, daß es das Steuerprovisorium, welches ich Ihnen vorgelegt habe, so schnell als möglich genehmigen möge, denn es ist eine Summe von Wohlthaten, welche aus diesen verschiedenen Gesetzen gegenüber dem heutigen Zustande der Gesammtbevölkerung erwachsen wird. Daß ich, so oft ich dazu in die Lage versetzt werde, bei Beurtheilung der Bilanz der Sparkassen mit jeder gesetzlich möglichen Schonung vorgehe, dessen möge sich der Herr Abg. Göllerich versichert halten.

Dem geehrten Herrn Abgeordneten aus Galizien will ich jetzt nicht antworten auf die vielfachen Bemerkungen, mit welchen er heute, wie mir scheint, der zukünftigen Generaldebatte über die Steuerreform vorgegriffen hat. Für heute möchte ich ihm nur entgegnen, daß seit Jänner des Jahres 1874 ich mich sehr ernstlich bemühte, die von allen Seiten theoretisch als nothwendig erkannte, aber sobald es zu einer praktischen Ausführung kommt, mit Recht vielen, und wie es scheint, bisher zum Theile unüberwindlich gewesenen Schwierigkeiten verbundene Steuerreform zur Durchführung zu bringen. Es ist da keine Schwankung, es ist keine Schwenkung vorgegangen, sondern es ist mir immer dasselbe Ziel vor Augen geblieben, das Ziel der Verbesserung des heutigen Zustandes in Bezug auf die Steuerträger, das Ziel der Verbesserung des heutigen Zustandes in Bezug auf den Staatshaushalt und nachdem der lange und gründliche Weg voraussichtlich und in langer Zeit nicht zum Ziele führen wollte, die Verhältnisse aber auf der anderen Seite nach beiden Richtungen in größtem Grade drückend sind, habe ich, eben demselben Ziele zugewendet, und in derselben Richtung stehend, mit den neuen Vorlagen einen kürzeren Weg vorgeschlagen.

Ich will auch der Ueberzeugung nicht entsagen, daß das h. Haus in dieser Frage die Regierung, nicht etwa, um ihr ein Vertrauensvotum zu geben, sondern weil sie damit die Pflicht erfüllt, ein von allen Seiten und in allen Schichten der Bevölkerung dringend gefühltes Bedürfniß rasch zu befriedigen, in dem in diesen Steuervorlagen ausgedrückten Streben unterstützen werde. Ich kann, da es mir nicht gestattet ist, jetzt näher in die Sache einzugehen, die Gelegenheit doch nicht vorübergehen lassen, ohne heute abermals zu betonen, daß meiner innersten Ueberzeugung nach das Werk der Durchführung der jetzt als Provisorium gekennzeichneten Steuerreform ein solches ist, welches in dem wahrhaften patriotischen Interesse des gesammten Reiches und der Bevölkerung gelegen ist, und welches ich bei dieser Gelegenheit auch wieder Ihrer wohlwollenden und möglichst beschleunigten Berücksichtigung empfohlen haben möchte.

Abg. Ritter v. Schönerer

rechtfertigt seine Ausführungen gegenüber den Erklärungen des Finanzministers.

Abg. Schrems

weist auf die Ueberbürdung der Referenten der Grundsteuer-Einschätzungs-Deputationen hin und bittet um Maßregeln der Abhilfe.

Spezial-Berichterstatter Dumba

erklärt sich mit der vom Abg. Dr. v. Plener beantragten Resolution einverstanden und wird im Budget-Ausschusse diesbezüglich einen Antrag stellen. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Dr. Sturm hebt Berichterstatter hervor, daß sich der Budget-Ausschuß nicht darüber anerkennend ausgesprochen hat, daß von Seite der Finanzverwaltung 300.000 fl. erspart worden sind, sondern darüber, daß in der Finanzverwaltung das Bestreben, jedes Jahr mit einem geringeren Etat vor das Haus zu treten, ersichtlich zu Tage trete. In diesem Sinne ist eine Anerkennung ausgesprochen worden, welche gewiß der Finanzverwaltung gegenüber eine verdiente ist. (Bravo links.)

General-Berichterstatter Wolfrum

beantragt die unveränderte Annahme der Anträge des Budget-Ausschusses. Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung werden die bei Kap. X Tit. 1—9 eingestellten Beträge konform dem Ausschußantrage angenommen. Weiters werden die bei Kap. XI „allgemeine Kassenverwaltung" Tit. 1—5 eingestellten Beträge ohne Debatte, entsprechend dem Antrage des Budget-Ausschusses genehmigt.

Zu Kap. XII „direkte Steuern" und Kap. XIII. „Zölle" sind als Redner eingetragen die Abg. Pfeiffer, Dr. Weigel, Neumayer, Dr. Menger und Steudel.

Abg. Pfeiffer

weist auf die Mängel und Uebelstände, welche im Lande Krain bei der Steuereinhebung vorgekommen, hin, und bittet den Finanzminister, eine Abhilfe in der Art zu treffen, daß eine die Steuereinhebung vereinfachende Gesetzesvorlage eingebracht werde

Abg. Dr. Weigel

bespricht eingehend die Uebergriffe der Steuer-Inspektorate in Galizien, die zu allgemeinen Klagen Anlaß geben und führt mehrere Beispiele der Art an, aus denen ebenso, wie aus dem Rechnungsabschlusse für 1874 hervorgeht, daß der Druck der Steuerschraube bis auf das Aeußerste gestiegen sei.

Abg. Neumayer hat sich aus der Liste der Redner streichen lassen.

Abg. Dr. Menger

Am 28. Mai des Jahres 1875 wurde an die Finanzbehörde seitens des Finanzministeriums eine Instruktion bezüglich der Besteuerung der Genossenschaften versendet, welche den Eindruck macht, als ob es sich da um ein neues Erwerb- und Einkommensteuer-Patent hinsichtlich der Genossenschaften handelte. In diesem Erlasse sind Grundsätze enthalten, nach welchen in Zukunft die Steuerverwaltung bei Behebung der Steuern vorgehen soll; dieser Erlaß hätte doch wenigstens veröffentlicht werden sollen, damit sich die Genossenschaften hätten darnach richten können. Einzelne Bestimmungen dieses Erlasses stehen mit dem Einkommensteuer-Gesetze sogar im Widerspruche. Redner führt nun in drastischer Weise einzelne Fälle vor, um nachzuweisen, daß die Folgen dieses Erlasses sich bald in der Praxis der Steuerbehörden geltend gemacht habe. Indem Redner nun den Werth der Vorschußvereine erörtert, gelangt er zu dem Schlusse: Man sollte den Vorschußvereinen nicht Verpflichtungen auferlegen, die sie nicht tragen können; denn sonst müßten diese Institute liquidiren. Redner richtet das Ansuchen an den Finanzminister, den Erlaß vom 28. Mai 1875 aufzuheben. (Bravo!)

Finanzminister Freiherr v. Pretis.

Ich möchte nur dem letzten geehrten Redner gegenüber zwei kurze Bemerkungen machen. Zunächst habe ich schon früher die Zumuthung abgelehnt, als ob ich im fiskalischen Interesse bestrebt wäre, durch eine härtere Anwendung der Steuer-Normen jetzt einen Ausfall zu decken, der durch die sonstigen Verhältnisse in den Staatseinnahmen eintreten könnte Schon im vorigen Jahre lehnte ich diese Tendenz mit aller Bestimmtheit ab, und ich kann das mit gutem Gewissen auch jetzt thun, wenngleich ich nicht leugne, daß nach wie vor die Gesetze gehandhabt werden. Das ist aber meine Pflicht. Am allerwenigsten kann ich jedoch zugeben, daß eine solche Tendenz auch nur einen Moment gegenüber den Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften hätte obwalten können, bezüglich deren wirthschaftlicher Nützlichkeit ich ja vollständig mit dem Vorredner übereinstimme. Nach den Daten, die mir vorliegen, kann ich nicht glauben, daß diese Institutionen wirklich gefährdet seien. Denn nach den mir zur Verfügung stehenden Ziffern ist mit den Jahren die Zahl dieser Institute stets gewachsen.

Der vom Herrn Vorredner zitirte Erlaß ist kein geheimer Erlaß, insofern es Niemandes Absicht war, denselben geheim zu halten. Er wurde nur nicht publizirt, weil er unserer Auffassung nach nichts Neues enthielt. Dieser geheime Erlaß ist im vorigen Jahre dem Ausschuß mitgetheilt worden, den das hohe Haus in Betreff der Besteuerung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften niedergesetzt hat, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich behaupte, daß der Ausschuß fand, daß diese Verordnung durchaus nicht den bestehenden Gesetzen widerspreche, ja ich möchte glauben, der Ausschuß selbst habe anerkannt, daß die Absicht dieser Verordnung den Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften entgegenkommend war.

Ich wollte gegenüber so anerkannt nützlichen Institutionen auch nicht einen Augenblick den Schein gegen mich walten lassen, als wenn ich exklusiv

fiskalische Rücksichten walten ließe. Ich bin mir nicht bewußt, es je gethan zu haben, und kann nur versichern, daß ich nur innerhalb der bestehenden Gesetze in der denkbar wohlwollendsten Weise diesen Institutionen entgegengekommen war, kann jedoch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um mein „caeterum censor" zu sagen. „Machen Sie die neuen Gesetze fertig und auch in dieser Richtung wird ein besserer Zustand eintreten, als der gegenwärtige, den ich anerkennen muß, so lange das Gesetz besteht."

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung werden die bei Kapitel XII, Titel 1—3 und Kapitel XIII, Titel 1—4 eingestellten Summen konform dem Ausschuß-Antrage genehmigt.

Präsident

bemerkt, daß er mit Rücksicht auf das noch zu bewältigende Material eine Abendsitzung anordnen müsse.

Hierauf wird die Sitzung um 3½ Uhr geschlossen.

222. (Abend)-Sitzung.

Vizepräsident Dr. Vidulich eröffnet die Sitzung um 7¼ Uhr.

Auf der Ministerbank: Fürst Auersperg, Baron Lasser, Dr. Glaser, Dr. v. Stremayr, Dr. Unger, v. Chlumecky, Freiherr v. Pretis, Oberst Horst, Dr. v. Ziemialkowski, Graf Mannsfeld.

Es wird die Debatte über den Voranschlag des Finanzministeriums fortgesetzt. Zu Kapitel XIV „Verzehrungssteuer" nimmt das Wort

Abg. Steudel, um die Aufhebung der Verzehrungssteuer-Linie in Wien zu urgiren. Die vom Ausschusse beantragte Ziffer wird angenommen.

Zum Kapitel „Salz" sind als Redner vorgemerkt: Die Abg. Nabergoj, Mieroszewski, Proskowetz, Hoszard.

Abg. Nabergoj urgirt die seit Längerem in Aussicht gestellte Herabsetzung der Salzpreise.

Abg. Graf Mieroszewski rügt die Vertheuerung des Kochsalzes im Kleinverschleiß.

Abg. Proskowetz erkundigt sich nach dem Resultate der mit Ungarn über Herabsetzung des Viehsalzpreises gepflogenen Unterhandlungen.

Abg. Hoszard beantragt folgende Resolution: Die Regierung wird aufgefordert, die Erzeugung und den Verschleiß von billigem Viehsalze sobald als thunlich in geeignetem Wege durchzuführen. Wird genügend unterstützt.

Freiherr v. Pretis erwidert, er könne mit dem allgemeinen Verkaufe des Viehsalzes so lange nicht vorgehen, als nicht die Gewähr geboten wird, daß derlei nicht auch zum Gebrauche in der Familie verwendet wird

Zum Kapitel „Lotto" nimmt das Wort

Abg. Roser, um unter Beifall und Heiterkeit des Hauses die von ihm selbst als „unschädlich" bezeichnete Resolution auf Aufhebung des Lotto bei Einführung der Einkommensteuer zu beantragen.

Abg. Dworski (Präsident Dr. Rechbauer übernimmt den Vorsitz) lenkt die Aufmerksamkeit der Regieruug auf die Reformbedürftigkeit des Gebührengesetzes.

Abg. Dr Weigl wünscht einen Umbau der Krakauer Tabakfabrik im Wege des Nachtragskredites.

Abg. Dr. Fanderlik weist auf Unzukömmlichkeiten auf dem Gebiete des Stempelgefälles hin.

Bei der Abstimmung werden die Zifferansätze des Ausschusses angenommen, worauf das Haus zur „Bedeckung" des Finanz-Etats schreitet. Derselbe wird ohne Debatte bewilligt.

Es wird zum Kapitel XII „Ackerbauministerium" geschritten. Als Redner sind eingetragen: die Abg. Schönerer, Ruß, Heilsberg, Foregger, Zworkowski, Harrant, Dobblhoff, Riese, Czerkawski Cus., Dr. Schrom.

Abg. v. Schönerer polemisirt in längerer, vom Hause mit wiederholter Heiterkeit aufgenommenen Ausführungen gegen die „landwirthschaftliche Gesellschaft" in Wien, und hebt den Verein hervor, an dessen Spitze er steht. Mit dem Subventionswesen im Ackerbauministerium ist Redner auch heuer nicht einverstanden. Man mache auch zu viel Experimente ins Blaue hinein.

Abg. Dr. Ruß. In den Kreisen, die ich hier vertrete, wünscht man das baldige Zustandekommen eines Reichs-Forstgesetzes und eines Gesetzentwurfes über die Kommassation. Redner bittet den Ackerbauminister, das Haus bald in die Lage zu setzen, über diese beiden Gesetze sein Votum abzugeben.

Abg. Dr. Heilsberg plaidirt für Erhöhung des vom Ausschusse für die Bergakademie in Leoben ausgeworfenen Betrages um je 2000 fl. im Ordinarium und Extraordinarium.

Abg. Dr Foregger bespricht die Gebrechen auf dem Gebiete des Forstwesens, kritisirt das Landwirthschafts- und Montanwesen.

Die Sitzung wird um 9¾ Uhr geschlossen. — Nächste Sitzung morgen.

Tagesneuigkeiten.

Wien, 17. Dezember.

* **(Vom Hofe.)** Se. Majestät der Kaiser trifft schon heute Früh nach 6 Uhr in Wien ein.

* **(Personalnachrichten.)** Der Spezialkommissär des türkischen Kriegsministers, Hussein Mustapha Pascha, ist hier angekommen und im Grand Hotel abgestiegen. Derselbe fuhr noch Mittags in das Palais der türkischen Botschaft und hatte dort mit dem hiesigen Vertreter des ottomanischen Reiches, Aleko Pascha, eine mehrstündige Unterredung. — Vorgestern starben hier: Dr. Klement Jachimowicz, Hof- und Gerichts-Advokat, [illegible] Jahre alt, Karl Motta, pensionirter k. k. Major, 88 Jahre alt, und Adolf Baron Engelshofen, 72 Jahre alt.

* **(Sport.)** Sankt Hubert oder Sankt Ladislaus, der ein ebenso großer Jäger gewesen sein soll, und der vor ungefähr 800 Jahren in den Wäldern von Mogyorod mit seinen Rüden auf Hirsche gejagt hat, bevor die für Salomon so verhängnißvolle Schlacht zwischen Waitzen und Mogyorod geliefert wurde, begünstigen offenbar ihre rothbefrackten Epigonen; denn der Sechsender am vergangenen Freitag gab wieder eine ausgezeichnete Jagd. Das Meet war bei der Czinkotai nagyitcze. Erschienen waren Se. Majestät der Kaiser und Baronesse Wallersee, Graf Julius Andrassy, Graf Aladar Andrassy, Ludwig v. Tisza, Graf Johann Sztaray, Graf Gabor Pejacsevics, Prince de Berg, die Prinzen Louis und Nikolaus Eszterhazy, Baron Edelsheim-Gyulai u. A. m., zusammen gegen dreißig Herren. Der Hirsch nahm — anfangs etwas langsam — seinen Lauf gegen das Rakoswäldchen, setzte dann über den Rakosbach, rannte von dort hinüber gegen Steinbruch, über den Eisenbahndamm, die Gemarkungen von Szt.-Lörincz und Ferihegy entlang bis Vecses und dann zurück wieder nach Szt.-Lörincz, wo er in einen Schafstall flüchtete und die Meute sein Hallali sang. Die Jagd dauerte 2½ Stunden.

* **(Friedrich Bodenstedt in der orientalischen Akademie.)** Freitag Vormittags beehrte Friedrich Bodenstedt auch die hiesige orientalische Akademie mit seinem Besuche, um sich von den Fortschritten ihrer Zöglinge in der persischen Sprache zu überzeugen. Er wurde daselbst von dem Leiter dieser Anstalt, Hofrath v. Bark, der selbst als Persologe bekannt ist, und vom Professor und persischen Vizekonsul Mirza Hassan Khan begrüßt, worauf dann ein Examen mit den Zöglingen aus der persischen Sprache und Literatur stattfand, wobei besonders auf die Gedichte des Hafiz Rücksicht genommen wurde. Bodenstedt erklärte sich mit den Leistungen derselben höchst zufrieden und hörte dann auch einen Vortrag dieses Professors, der die erwähnten Gedichte nach seiner Ansicht erläuterte, mit großem Interesse an. Nach einem dreistündigen Aufenthalte verließ der geehrte Gast wieder die Akademie.

* **(Karl Weyprecht)** ist gestern hier eingetroffen. Sein Vortrag „Ueber die Lebensverhältnisse während der Rückzugsreise der österreichisch-ungarischen Nordpol-Expedition" findet definitiv am nächsten Dinstag den 19. d., Abends halb 8 Uhr, im Saale Bösendorfer statt. Die Nachfrage um Karten zu diesem letzten Lese-Abende der „Concordia" ist ebenso lebhaft, wie zu den vorangegangenen.

* **(Kapuze und Feldkappe.)** Das hiesige General-Kommando hat gestern folgenden Befehl erlassen: Die in der Adjustirungs- und Ausrüstungs-Vorschrift für das k. k. Heer enthaltene Nachtragsbestimmung — betreffend die Mitnahme der Kapuze und Feldkappe von den aufziehenden Wachen im Winter — wird hiemit in Erinnerung gebracht. Es sind Fälle vorgekommen, daß den Kommandanten der aufziehenden Wachen bei Gelegenheit des Abtheilens der Wachen verwechselte, somit unrichtige Erkennungszeichen ausgefolgt wurden. Ich erwarte, daß in Hinkunft diesbezüglich mit der gebotenen Genauigkeit vorgegangen werde.

* **(Bartverbot.)** Der Bischof von Munkacs, Johann Pasztelyi hat an die Geistlichen seiner Diözese folgendes heitere Rundschreiben erlassen: „Geliebte Söhne in Christo, Hochwürdige Dechante, Erzpriester und Pfarrherren! Bereits im Jahre 1862 wurden durch weiland Bischof Basil Popovics mittelst Beschlusses Nr. 2980 des am 16. desselben Monats abgehaltenen Konsistoriums hinsichtlich der Uniformität der Trachten und behufs Dokumentirung der „catholica unio", einige Geistliche, welche damals Bärte trugen, zur Abnahme derselben angewiesen. Da indessen die Diözesan-Verwaltung die Wahrnehmung macht, daß, entgegen dem früher zitirten Beschlusse einige, namentlich junge Geistliche gleichwohl ihre Bärte stehen lassen und durch diese ihre Tracht sich von den übrigen unterscheiden, was zum Nachtheile der Interessen der Diözese zu verschiedenartigen Auslegungen Veranlassung bietet, hat die Verwaltung der Diözese im Interesse und zur Beschützung des guten Rufes derselben, wie auch in Folge ihres Berufes Sorge zu tragen, für die Reputation der Geistlichen, in der am heutigen Tage abgehaltenen Sitzung des Konsistoriums beschlossen, mit Rücksicht auf die Gleichförmigkeit, sowie auf Beseitigung der verschiedenen Auslegungen, die Abnahme des Bartes anzuordnen. Im Sinne dieses Beschlusses werdet Ihr, geliebte Brüder, aufgefordert, vom Empfang dieser Verordnung angefangen, die barttragenden Geistlichen zur Abnahme der Bärte zu verpflichten, widrigenfalls sich dieselben die erwachsenden Unannehmlichkeiten selbst zuzuschreiben haben werden. Im Uebrigen verbleibe ich mit meinem oberhirtlichen Segen, Ungvar, aus der am 22. November 1876 abgehaltenen Sitzung des Diözesan-Konsistoriums, Geliebte Brüder, Euer Vater in Christo, Johann, Bischof." Das zitirte Blatt bemerkt zu diesem Rundschreiben: „Wir bedauern es, daß ein sonst patriotischer und trefflicher Bischof, der das Vorurtheil brechend, seine Tochter zur Lehrerin ausbilden ließ und sich auch in mehreren anderen Hinsichten Verdienste erworben hat, in einem unbewachten Augenblick sich durch eine solche Verordnung lächerlich machte. Wir hoffen, daß dieser Beschluß kein definitiver und daß es der öffentlichen Meinung und dem gesunden Menschenverstande gelingen wird, den Bischof zur Widerrufung dieser Verordnung zu bewegen."

* **(Der Nutzen der Disziplin.)** Wie sehr Disziplin bei einem Schiffbruche dazu beitragen kann, die Folgen desselben zu mildern, beweist der Schiffbruch des Transportdampfers „St. Lawrence", welcher ganz in der Nähe der Tafelbai, am Kap der Guten Hoffnung kürzlich scheiterte. Am Bord des Schiffes befanden sich an 600 Mann Soldaten, 40 Frauen und mehr als 70 Kinder. Das Schiff stieß gegen 3 Uhr Morgens an die Felsen. Sofort ließ der Kapitän die Boote aussetzen, die Mannschaft trat unter Gewehr, und stand auf ihrem Posten, bis jede Abtheilung angerufen wurde, nachdem früher die Frauen und Kinder in die Boote geschafft worden waren. Zum Glück war die See ruhig und die Entfernung zum Lande nicht weit. Bootladung nach Bootladung stieß vom Schiffe ab, und als alle Menschenleben geborgen waren, begann man auch die Habseligkeiten zu retten. Nicht ein einziger Unfall war während der Landung zu beklagen. Der Kapitän hatte vorsichtshalber die Rumfässer eingeschlagen, damit die Matrosen sich nicht berauschen konnten, und so ging ein Schiffbruch, bei welchem so viele Menschen in Gefahr schwebten, ohne Katastrophe vorüber.

* **(Eine amerikanische Advokatin.)** Frau Belva A. Lokwood verspürte in sich den Ehrgeiz, auch vor dem Ober-Bundesgerichte in Washington vor dem in der Regel nur die ausgezeichnetsten Rechtsanwälte als Sachwalter auftreten, als Sachwalterin zu glänzen. Sie kam daher beim Ober-Bundes-

gerichte zu diesem Zwecke um Erlaubniß ein. Aber im Namen des Gerichtshofes hat der Präsident desselben, Oberrichter White, eine Entscheidung verkündigt, wonach nur Männer als Sachwalter vor dem höchsten Gericht der Republik zugelassen werden können. Eine ähnliche Entscheidung wurde vor nicht langer Zeit vom Obergericht des Staates Wisconsin abgegeben, wobei sich der dortige Oberrichter darauf berief, daß im Berufe des Rechtsanwaltes denn doch eine Menge Dinge vorkommen, die sich mit dem Zartgefühl des echten Weibes nicht zusammenreimen ließen.

* (**„Der Klügere gibt nach.“**) Aus Totis wird dem „Hon“ geschrieben: Mord, Raub, Einbruch — in reizvoller Abwechslung folgen sie einander in unserer Stadt und Umgebung. Hier findet man einen Menschen ermordet, dort einen zweiten ertränkt, und trotzdem hier Sicherheitsämter bestehen, ist noch kein Thäter eruirt worden. Ja noch mehr — als man sah, daß die Herren Räuber und Mörder nicht nachgeben wollen, so gaben die Sicherheitsorgane nach — da sie ja die Klügeren sind — und es ward der Beschluß publizirt, daß sich von 6 Uhr Abends angefangen Niemand auf der Gasse zu zeigen wage! So will man den Verbrechen ein Ende machen. Man sollte füglich noch für das Seelenheil der Ermordeten einige Messen lesen lassen, damit die zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit berufenen Aemter den Opfern ihrer übertriebenen Wachsamkeit auch das „Requiescat in pace“ nachrufen können.

* (**Ein großer Schatz gefunden.**) Vorgestern Nachmittags verbreitete sich in Prag auffallend schnell das Gerücht, auf der Wiener Staatsbahnstrecke sei ein großer Schatz in der Erde gefunden worden. Wie man im Prager Bahnhofe erzählt, soll wirklich auf einem der Bahn gehörigen aber verpachteten Felde nächst der Station Stopen eine große Menge alter Gold und Silbermünzen gefunden worden sein. Eine Kommission der Statthalterei sei noch am selben Tage dahin abgegangen.

* (**Betrug auf dem Turf.**) Den Gegenstand einer interessanten Verhandlung vor den englischen Assisen bildete in den letzten Tagen folgende Episode aus dem englischen Turfleben, die, wenn sie auch nicht vereinzelt dasteht, nur in den seltensten Fällen ans Tageslicht zu kommen pflegt, da ein gewisser Esprit de corps unter den englischen Rennmenschen die Entdeckung von unfairen Manipulationen so viel als möglich zu verhindern trachtet. Der Thatbestand ist folgender: Eine dreijährige Stute, Namens „Sphinx“, lief zu Birmingham Dritte, worauf sie um 29 Guineen verkauft und von ihrem neuen Besitzer in „Glance“ umgetauft und als Zweijährige in Wolverhampton angemeldet wurde. Sie gewann das Rennen, doch legte nachträglich der Besitzer des zweiten Pferdes Protest gegen „Glance“ ein. Bei der Untersuchung stellte es sich heraus, daß die fragliche Stute gleich nach ihrem Verkauf einer Metamorphose unterworfen worden war, welche darin bestand, daß der Schweif möglichst gekürzt und mittelst scharfer Beize weiße Stellen ihres Körpers und ihrer Gliedmaßen dunkel gefärbt wurden. Der Schuldige ist zwar überwiesen und des Betruges angeklagt, das Verdikt jedoch noch nicht gesprochen.

* (**Bluttransfusion.**) Ein Fall von ungewöhnlichem Interesse ereignete sich am 9. Dezember im London-Hospital. Doktor James Adams nahm einem zwölfjährigen Knaben das untere Glied des Hüftgelenks, als sich im Laufe der Operation beunruhigende Symptome eines Sinkens der Kräfte bei dem Kranken zeigten. Der Operateur erbot sich augenblich, sein eigenes Blut zur Transfusion zu liefern, und mehr als acht Unzen Blut wurden von seinem Arm in jenen des Patienten mit der wohlthätigsten Wirkung eingespritzt. Mr. Adams setzte später die Operation fort und das Befinden des Kranken macht die besten Fortschritte zur Genesung.

* (**Ein unbarmherziger Greisler.**) Vor Kurzem ereignete es sich, daß in Hernals, Ottakringerstraße, ein armer, zerlumpter Knabe, dem der Hunger aus seinen Gesichtszügen heraussah, von einem Greisler erbärmlich geschlagen, bei den Haaren auf dem Pflaster herumgezerrt und mit den Füßen gestoßen wurde. Das arme Kind hatte dem Greisler aus einem Korbe, der außerhalb des Gewölbes auf einer Bank mit verschiedenen anderen Gegenständen placirt war, einen Apfel gestohlen! — es konnte wahrscheinlich der verlockenden Zurschaustellung der rothwangigen süßen Früchte nicht widerstehen und ließ sich hinreißen, darnach zu langen und dem Greisler einen Schaden von 2–3 kr. zuzufügen. Dieser Fall erinnert uns an ein polizeiliches Verbot, wonach das Trottoir mit Bänken, Fässern u. dgl. nicht verstellt werden darf. Man sehe sich doch einmal in den Vorstädten und Vororten herum, wie dieses Verbot respektirt wird und man wird Wunder sehen.

* (**Tödtung von Fischen mittelst Dynamit.**) Der Private Wilhelm Seierhammer Edler v. Tennenstein bemerkte vor einigen Tagen, als er am Ufer des Heustadelwassers in der Kriau entlang ging, drei Männer, welche eine mit Dynamit gefüllte Patrone, die mit einer Zündschnur verbunden war, in den Fluß brachten. Wenige Minuten später erfolgte die Explosion der Patrone, wodurch eine große Anzahl von Fischen getödtet wurde. Während die drei Männer die an den Wasserspiegel gelangten todten Fische einfangen wollten, verständigte der obengenannte Privatier einen Sicherheitswachmann, bei dessen Erscheinen die Attentäter die Flucht ergriffen. Einer derselben, der im Bezirke Favoriten, Bürgerplatz 18, wohnende Tischlergehilfe Franz Müller, wurde eingeholt nnd festgenommen. Seine beiden Genossen, der Tischlergehilfen Wenzel Viktora, Belvederegasse 24 wohnhaft, und Dominik Fink, Wieden, Louisengasse 16, wohnhaft, wurden gestern eruirt und gleichfalls eingezogen. Sie hatten das Dynamit ihrer Angabe nach von einem Zimmerer bezogen, der es sich in Istrien, wo er behufs eines Eisenbahnbaues bei der Sprengung von Felsen beschäftigt war, widerrechtlich angeeignet hatte. Durch dieses Bubenstück erleidet der Pächter des Heustadelwassers, der [illegible] gehabt hat, [illegible], einen nicht unbedeutenden Schaden. Müller, Viktora, und Fink sind heute Vormittags dem kompetenten Strafgerichte zur weiteren Amtshandlung übergeben worden.

* (**Kirchenraub.**) Wie das k. k. Bezirksgericht in Weiz der hiesigen Polizei-Direktion mittheilt, wurde vorigen Dinstag Nachts die Kirche zu Arzberg erbrochen. Aus derselben und aus der Sakristei wurden Silbergeräthschaften, Votivgegenstände und Altartücher im Werthe von 384 fl. gestohlen. Ein ehemaliger Lehrer ist dringend verdächtig, diesen Kirchenraub ausgeführt und sich nachher aus Arzberg geflüchtet zu haben. Die Verfolgung dieses Individuums wurde angeordnet.

* (**Durchgebrannt.**) Das hiesige Landesgericht hat am 11. d. M. die steckbriefliche Verfolgung des zu Iverich in Dalmatien gebürtigen Paul Schlehan, zuletzt Inhaber eines Zentral-Bureaus für merkantilische und landwirthschaftliche Agentur, unter den Tuchlauben Nr. 8, eingeleitet. Schlehan hat nämlich einer großen Anzahl von Personen unter der Vorspiegelung, denselben Anstellungen zu verschaffen, Geldbeträge entlockt, und ist sodann aus Wien flüchtig geworden. — Wie das Polizeiamt in Leipzig der hiesigen Polizei-Direktion mittheilt, hat sich der angebliche königlich preußische Hauptmann Friedrich v. Berkow des Verbrechens des Betruges in der Höhe von 10.000 Mark schuldig gemacht und ist sodann von dort verschwunden.

* (**Muthmaßlicher Kindesmord.**) Der Gastwirth Leop. Hertel, Himbergerstraße Nr. 150 wohnhaft, fand gestern Morgens, als er in die Küche trat, die Leiche eines neugeborenen Kindes (Knaben) in Tüchern eingewickelt. Als die Mutter des Kindes eruirte man die bei dem Gastwirthe bedienstete Magd Agnes Benda. Dieselbe hat, wie festgestellt worden ist, am 14. d. M. geboren und dürfte, ärztlichem Ausspruche zufolge, das Kind sofort getödtet haben. Zwei Tage hielt sie die Leiche verborgen und erst, als die Verwesung eintrat, legte die unnatürliche Mutter den todten Knaben in die Küche. Agnes Benda wurde in Haft genommen und ins Inquisitenspital des Landesgerichtes gebracht. Die Kindesleiche wird morgen Vormittags im allgemeinen Krankenhause gerichtlich obduzirt werden.

Witterung, Stadt, am 16. Dezember, Tiefste Temperatur (6 Uhr Früh) + 2·6 Grad Celsius (+ 2·2 Grad Reaumur); höchste + 4·3 Grad Celsius (+ 3·5 Grad Reaumur).

Barometerstand (Luftdruck) 747·00 Millimeter.

(**Ballchronik.**) Für das am 15. künftigen Monats in den Blumensälen stattfindende Kränzchen der Sektion „Austria“ des deutschen und österreichischen Alpenvereins komponirt Herr Kapellmeister Dubez eine „Dachstein-Polka“. Die Einladungsschreiben für dieses geschlossene Kränzchen sind, wie wir erfahren haben, vom Comité versandt worden.

Die alpine Gesellschaft „D'Holzknecht“ veranstaltet am 13. Jänner 1877 in den Sälen „Zu den drei Engeln“, Wieden, große Neugasse, einen in großartigem Style angelegten „Holzknecht-Ball“, dessen eventuelles Reinerträgniß zum Baue eines Unterkunftshauses auf der Nordseite des Grintoucs, des Königs der Sannthaler Berge, bestimmt ist. Der Eintritt ist nur in Bauern- oder Touristentracht gestattet. Da bei diesem Balle die Anzahl der auszugebenden Karten eine beschränkte ist, so können wir allen Jenen, die diesen Holzknecht-Ball zu besuchen gedenken, nur rathen, sich rechtzeitig um eine Karte zu bewerben.

(**Vergnügungsanzeiger.**) Im großen Musikvereinssaale findet heute Sonntag Promenade-Konzert des k. k. Hofballmusik-Direktors Eduard Strauß und zwar der Beethoven-Abend statt, und gelangen hievei Beethoven's große „Leonore“-Ouverture, die „Egmont“-Ouverture, ferner die schönsten und beliebtesten Symphonie- und Sonaten-Fragmente zur Aufführung. Der Violin-Virtuos Herr Egghard wird Beethoven's großes Violin-Konzert (in D-dur) exekutiren.

Bei dem heute Sonntag von der Kapelle Hoch- und Deutschmeister im Volksgarten auszuführenden Konzerte kommen an besonderen Musikpiecen zur Aufführung, als: Ouverture „Wilhelm Tell“, Arie aus „Lucretia“, Praeludium und Walzer aus „Coppelia“, „Prinz Eugen-Marsch“, Potpourri aus „Faust“, „Die Weiber“ u. m. a. Außerdem wird J. Hellmesberger jun. „Arie“ v. Bach und „Mandolinata“ vortragen.

Im Kursalon findet heute Sonntag ein Promenade-Konzert der Regiments-Musik Friedrich Wilhelm, Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen, statt. Von den zur Aufführung kommenden Opern- und Konzert-Piecen ist zu bemerken: Phantasie aus der Oper „Romeo und Julie“ v. Gounod, Introduktion und Variationen für Flügelhorn von Swoboda. „La Melancolie“ für Violine, von J. Hellmesberger, Balletmusik aus der Oper „Die Hugenotten“ von Meyerbeer und Potpourri aus der Oper „Das goldene Kreuz“ von Brüll.

Der Schubert-Abend des vorigen Sonntages in den Blumensälen gestaltete sich nach Voraussicht zu einer Art Triumph für den Geschmack des Publikums sowohl, das in bisher unerreichter Anzahl die Säle füllte, als für die Leistungsfähigkeit der unter Ziehrer's Leitung ausgezeichnet wirkenden Musikkapelle und des aus besonderer und sehr dankenswerther Gefälligkeit vortragenden Gesangvereins „Wiedener Männerchor“; mehr als die Hälfte der aufgeführten Nummern mußte wiederholt werden und alle fanden den verdienten lebhaftesten Beifall. Der heute, Sonntag, stattfindende Suppé-Abend wird gewiß in seinem interessanten Programm die beliebtesten Nummern des viel gewürdigten Vertreters der heiteren Tonmuse zur ehrenvollsten Geltung bringen.

Heute, Sonntag, findet in Dreher's Etablissement, Landstraße, Hauptstraße, ein von Herrn Kapellmeister Strobl mit auserlesenem Programm zusammengestelltes Konzert, ausgeführt von der Regimentsmusik Freiherr v. Scudier, statt.

Heute, Sonntag, ist in der ersten Landstraßer Bierhalle, Ungargasse Nr. 52, vormals Neuling, großes Konzert der neuen vorzüglichen Salon-Kapelle R. Güttler mit außergewöhnlichem Programm. Zum Schluß gemüthliches Kränzchen.

In Danzer's Orpheum geht heute die große Pantomie: „Die Zauberstube, zum erstenmale in Szene. Die erste Aufführung war wohl schon für gestern bestimmt, unterblieb jedoch, weil Direktor Danzer für das vielfache Maschinenwesen volle Sicherheit haben wollte. Ferner bringt Professor Wheeler bei der Wunderfontaine ein neues Tableau: „Die Bacchantin“ zur Aufführung.

Heute, Sonntag, findet in Schwender's Colosseum der alljährlich einer seltenen Beliebtheit sich erfreuende Wiener Tänzer-Kongreß statt. Den Jüngern Terpsichores ist dadurch vollauf Gelegenheit geboten, ihre Kunst im hellsten Lichte erglänzen zu lassen, und werden die aus dem Preistanze als Sieger hervorgehenden zwölf Tänzer und Tänzerinnen mit sinnigen Karnevalsspenden bedacht. Mit diesem Feste zugleich findet die letzte Künstlervorstellung in dieser Saison mit höchst interessantem Programm statt.

Redaction und Administration:
Landstraße, Gärtnergasse Nr. 6.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen werden portofrei befördert.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich 1maliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl., monatlich 2 fl.
Mit täglich 2maliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl., monatlich 2 fl. 35 kr.

Einzeln:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Motto: Gleiches Recht für Alle

Ankündigungs-Bureau:
Stadt, Wollzeile 16.
Inserate und Briefe an den Redacteur werden tarifmäßig berechnet.

Abonnement für Wien:
Ganzjährig 18 fl., halbjähr. 9 fl., vierteljähr. 4 fl. 50 kr., monatlich 1 fl. 50 kr.;
mit Zustellung ins Haus ganzjährig 21 fl. 60 kr., halbjährig 10 fl. 80 kr., vierteljährig 5 fl. 40 kr., monatlich 1 fl. 80 kr.
Abonnements werden angenommen in der Haupt-Expedition der „Presse“, Wollzeile 16, und bei allen Zeitungsverschleißern.

Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

№ 348. — Wien, Sonntag den 17. December 1876. — **29. Jahrgang.**

☞ Das nächste Blatt der „Presse“ erscheint morgen Früh.

Wien, 16. December.

In den Berathungen der Vorconferenz ist eine kleine Pause eingetreten, die sich leicht aus der Schwierigkeit der zu behandelnden Fragen erklärt. Niemand konnte annehmen, daß sich die Tagesordnung dieser Präliminar-Berathungen, welche die eigentliche Grundlage für die Conferenz feststellen sollen, Punkt um Punkt so glatt abwickeln lassen werde. Es handelt sich nicht um Vereinbarungen über formelle Dinge, sondern um die Herstellung des Einverständnisses zwischen den Pariser Vertragsmächten über die Hauptstreitfragen selbst, wie den Friedensschluß mit Serbien und Montenegro und die künftige Verwaltung der aufständischen Provinzen, und wenn dieses erst zu Stande gekommen sein wird, so ist die vorzüglichste Arbeit gethan. Das eigentliche Gewicht liegt auf den Vorverhandlungen; die Conferenz selbst ist gewissermaßen nur der Gerichtstag, an welchem der Pforte das Urtheil der Mächte publicirt wird. Selbstverständlich steht es der Türkei frei, das Erkenntniß abzulehnen und mit den Waffen in der Hand der Macht entgegenzutreten, welche die Execution der betreffenden Beschlüsse auf sich nehmen wird. Aber, wie gesagt, es ist soweit noch nicht; es wird noch bei geschlossenen Thüren verhandelt und die Bulletins über die Sitzungen lauten sehr knapp und zugleich reservirt. Bei der ersten, vom 12., herrschte „im Principe über die hauptsächlichsten Fragen ein Einvernehmen“; bei der zweiten, vom 13., „war der allgemein Eindruck immer noch ein guter“; am 14. „nahmen die Arbeiten einen raschen und andauernd befriedigenden Fortgang und die Bevollmächtigten versicherten, daß dieselben auf gutem Wege seien“; gestern endlich trat eine Unterbrechung ein und es wird beigefügt, die „Verhandlungen hätten immer noch einen allgemeinen Charakter bewahrt“. Das ist wol kaum so zu verstehen, daß die Vorconferenz nicht bereits an die beiden Hauptfragen herangetreten wäre, wie denn die „Agence Havas“ schon vor Feststellung der Friedensbedingungen zwischen der Türkei einerseits und Serbien und Montenegro andererseits wissen wollte, aber von Petersburg aus dementirt wurde. Auf der Tagesordnung ist dieser Punkt schwerlich gestanden, wenn möglicherweise noch kein Abschluß erzielt wurde. Dagegen scheint es, daß die Conferenz, als sie zu dem Kernpunkt ihrer Arbeiten, die Neugestaltung der Verwaltung in Bosnien, der Herzegowina und Bulgariens und die Sicherung der dort einzuführenden Reformen gelangte, sich veranlaßt sah, eine Pause eintreten zu lassen. Es wurde bereits gemeldet, daß der österreichische und der deutsche Vertreter die vorgelegten Projecte ad referendum nehmen zu müssen erklärten. Damit begründet sich der Aufschub von selbst.

Diese Vorschläge werden in der That reiflicher Erwägung der Cabinette bedürfen; nicht nur das, was etwa Rußland vorgebracht hat und worüber wir noch keine zuverlässige Kenntniß besitzen, sondern sicherlich auch Pläne, wie der englische, bezüglich der Herstellung einer internationalen Polizei in den slavisch-türkischen Provinzen nach Art der ehemaligen Fremden-Regimenter. Niemand hätte zur Zeit der Bourbonen und des Kirchenstaates der Behauptung Einspruch gethan, daß eine Regierung, die sich auf solche Mittel stützen müsse, feierlich Bankerott gemacht habe, und die englische Politik selbst, damals allerdings durch ein liberales Cabinet geleitet, sprach sich mit erdenklichster Entschiedenheit in diesem Sinne aus; man braucht nur die Noten Palmerston's und die Briefe Gladstone's nachzulesen; das Experiment noch einmal zu versuchen und abwarten, daß sich, wie voraussichtlich, der ganze gemeinschaftliche Haß der Türken, Slaven und Griechen gegen die fremde Polzeigarde richten müßte, die dazu von der türkischen Regierung eiligst preisgegeben und sich untereinander selbst in die Haare gerathen würde, das kann man im Ernste Niemandem, der an der endlichen Pacification ein ernstliches Interesse hat, zumuthen. Wenn etwas, so ist dieser Vorschlag diplomatische „Quacksalberei“, wie sich Herr Disraeli über die Andrassy'sche Note auszudrücken beliebte, und wir begreifen vollständig, wenn die russische Presse denselben als Phantasterei behandelt. Daß sich die Pforte im Nothfalle auch auf dieses unausführbare Project zurückziehen wird, und daß sie mit demselben einen neuen Vorwand für ihre dilatorische Politik gewonnen hat, bei der es sich ja nur um Vorwände und unausführbare Ideen handelt, dürfte kaum zu bezweifeln sein.

Was Rußland vorgeschlagen hat, ist, wie gesagt, nicht in die Oeffentlichkeit gelangt und kann nicht discutirt werden, die Sprache der officiösen russischen Presse ließ indessen in den letzten Tagen darauf schließen, daß General Ignatiew den Schutz der Reformarbeiten durch eine russische Armee nicht in erster Linie mehr stellt und in Folge dessen ist denn auch eine Reihe von Surrogat-Occupationen in den Journalen zur Sprache gekommen, die man wol als nichts weiter, denn als theoretische Erörterungen zu betrachten hat. Man theilte Rumänien die Rolle der Executionsmacht zu, aber soweit hält sich doch die Pforte offenbar noch nicht für herabgekommen, um von einem ihrer Vasallen eine solche Mission anzuerkennen, nachdem ihre Armee die Truppen eines andern, der sich eine ähnliche Aufgabe selbst beilegte, beinahe in die Pfanne gehauen hat. Man muß alle Dinge nehmen wie sie sind und dieses Project hätte doch einen stark komischen Anstrich. Die rumänische Armee steht zudem der serbischen an Tüchtigkeit keineswegs gleich und die Walachen würden, sobald sie das bulgarische Plateau betreten hätten, schwere Schläge erhalten; sie könnten nur den Vortrab der russischen Südarmee bilden, aber wir glauben kaum, daß diese Rolle nach ihren Geschmack ist. Lieber machen sie eventuell, wenn keine Macht für ihre Neutralität eintreten sollte, gleich von vornherein unter protocollarischer Wahrung der Uebermacht den russischen Truppen Platz, ein einfaches Auskunftsmittel, wie es die Schweiz der force majeure gegenüber mehr als einmal angewendet hat, um sich später wieder in integrum restituiren zu lassen. Vorläufig aber ist die Sache noch nicht soweit und der Thatbestand ist, daß Rumänien, wenn es seine Vertragsstellung ernstlich behalten will, allerdings für dieselbe Interessenten findet, auf die Rußland Gewicht zu legen pflegt. In Bukurest scheint man hievon auch überzeugt zu sein und in Petersburg ebenfalls. Ein weiterer Plan, daß die rumänische Armee als linke Flanke der russischen in Bulgarien, die russische in Serbien einrücken würde, wird kaum von irgend Jemandem so ernst genommen, daß die Bedenken gegen denselben ausdrücklich hervorzuheben wären.

Die nächste Woche wird über die wirklichen Vorschläge, welche auf der Tagesordnung der Conferenz stehen und die Stellung der Vertreter der verschiedenen Mächte zu derselben wol einige Aufschlüsse bringen. Die Frist des Waffenstillstandes neigt sich ihrem Ende zu und obwol die Pforte gern bereit sein wird, denselben zu verlängern, so müßte es doch einen beunruhigenden Eindruck machen, wenn im Laufe von zwei Monaten nichts erreicht worden wäre. Die eigentliche Conferenz wird ohnedies kaum mehr in diesen Monat fallen, die Verständigung müßte denn sehr rasche Fortschritte machen; das aber ist, so sehr die hauptbetheiligten Mächte, England und Rußland, sich einander genähert haben mögen, doch kaum zu hoffen.

Verhandlungen des Reichsraths.

Wien, 16. December.

In zwei Sitzungen nahm heute das Budget des Finanzministeriums die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses in Anspruch. Ueberraschungen hat die Debatte nicht gebracht. Zwar versuchte zu Beginn der Vormittagssitzung der Abgeordnete Dr. Sturm die Discussion auf das politische Gebiet hinüberzuspielen, indem er Reduction der Armee und Umgestaltung der Delegations-Verfassung als die grundsätzlichen Forderungen seiner Partei proclamirte; allein der Präsident störte den Redner in der weiteren Entwicklung seiner Programmrede, die in der That in den Rahmen einer Special-Debatte über das Finanzbudget am wenigsten gehört, und die wir in verschiedenen Varianten schon wiederholt zu hören bekommen haben. Unsere Anschauung über die gegen den Dualismus gerichteten Bestrebungen sind bekannt, für seine Heeresreductions-Projecte aber hat sich Friedensapostel Sturm offenbar den geeignetsten Augenblick gewählt. Nebenbei signalisirte Herr Dr. Sturm einen Antrag zu Artikel 8 des Finanzgesetzes, wonach die Frage der Bedeckung des Deficits bis nach den Weihnachtsferien vertagt und dann durch ein besonderes Gesetz geregelt werden soll. Der Vorschlag rangirt in eine Kategorie mit der Idee, der Regierung die Steuern nur auf drei Monate zu bewilligen.

Beide Projecte sollen die Position der Regierung schwächen, wenn nicht unmöglich machen, beide werden wol Projecte bleiben. Ueberhaupt schien die heute durch Herrn Dr. Sturm besorgte Ausgabe des „Parteiprogramms“ nicht recht zu verfangen, mochte nun hieran das matte Pathos des Redners die Schuld haben, oder — die fatalen Fronderiebrichte, die aus der Morgensitzung des Fortschrittsclubs bereits verlauteten.

Sonst bewegte sich in der Vormittagssitzung die Discussion ziemlich ruhig auf fachlichem Gebiete. Abgeordneter Ritter v. Schönerer reproducirte seine alljährlichen, sachlich gewiß nicht ganz unberechtigten Beschwerden betreffs der Grundsteuer-Regulirung; Abgeordneter v. Plener verlangte die Veröffentlichung periodischer Ausweise über die laufenden Einnahmen

Feuilleton.

Wiener Lebensbilder.

„Jetzt raisonnirt der Kerl innewendig,“ ruft der bramarbasirende Commandant der „Zwölf Mädchen in Uniform“ dem unverbesserlichen Sansquartier zu, als er die Front seiner kleinen Garnison abgeht. Man mußte an dieses classische Citat und an die noch classischeren Gesichtsverzerrungen Nestroy's sich erinnern, wenn man von dem Martyrium erfährt, das der Abgeordnete Schürer als Mitglied des aufgemischten Fortschrittsclubs in diesen Tagen zu erdulden hatte. Ihm war das schreckliche Unglück passirt, daß seinen Lippen während einer Rede des Ministers des Innern ein clubwidriges Bravo entschlüpfte, welches er, um noch einmal mit Nestroy zu reden, nicht mehr „derfangen“ konnte, und dieses Eine Bravo hatte ihn unfähig gemacht, ferner in den Reihen der „Skenesen“, wie der neueste Foyerwitz die „Independenten“ getauft hat, zu dienen. Die wahre Freiheit, sagt ein weltberühmter Politiker, liegt in der Beschränkung — und das wäre eine saubere Unabhängigkeit, wenn es dem Einzelnen freistände, seine Beifallsbezeugungen einem Menschen zur Verfügung zu stellen, der schon darum vogelfrei sein muß, weil er den Eigensinn hat, auf der Ministerbank sitzen zu bleiben. Für parlamentarische Clubs gehört die Disciplin, die am Hofe des Königs Bobèche herrschte, der seinen Höflingen die Zahl der Bücklinge commandirte, die sie bei passenden Gelegenheiten zu leisten hatten und seinem ersten Cavalier, der sich herausnahm, die vom Könige angestimmte Cantate Nr. XXI zu begleiten, die historischen Worte zurief: „Noch einen Bumm und sie haben ausgebummt.“ — Wenn die Herren „Unabhängigen“ in dieser Richtung noch weiterem Fortschritt huldigen, so kann sich nach und nach ein recht amusanter Code parlementaire herausbilden und wir erleben es noch, eines Tages im Club-Archiv einen Strafauszug etwa folgenden Inhalts zu finden: Abgeordneter B.: Bei einer Rede des Herrn v. Pretis gelächelt, statt die Fauste geballt zu haben — erhält eine ernste Rüge. — Dr. K.: Dem Minister Horst eine Prise angeboten — wird nie mehr zum Vorstand gewählt. — Dr. H.: An den Herrn Minister-Präsident gestreift und um Pardon gebeten — zeitweise Ausschließung aus dem Club. — Dr. W.: Dem Minister Unger auf der Straße begegnet, von diesem gegrüßt worden und den Gruß erwidert — immerwährende Ausschließung aus dem Club. Dr. F.: Während einer Rede des Abgeordneten Skene unruhig mit den Hosen gewetzt — wegen voshafter Anspielung bei den nächsten Wahlen nicht mehr candidirt u. s. f. — Schade, daß Herr v. Dingelstedt, der freiherrliche Director des Burgtheaters, noch nicht unserem Abgeordnetenhause angehört, er würde im Club der Unabhängigen eine hervorragende Rolle zu spielen berufen sein. Denn er versteht sich wie selten Einer auf Disciplin und er wüßte die „Schürer“ unter den Mimen noch anders zu coramisiren, als dies im Fortschrittsclub geschicht. Auf der eben geschlossenen Versammlung deutscher Bühnen-Angehöriger in Berlin kam ein solcher Act freiherrlicher Disciplin zur Sprache und wenig hätte gefehlt, so wäre der Leitung des ersten deutschen Kunst-Instituts ein ganz regelrechtes Pereat ausgebracht worden. So kam noch zum Glück Herr v. Hülsen dazwischen und das Pereat für Wien ward durch das Vivat für Berlin übertäubt. Hätte man in Berlin erst gewußt, was sich inzwischen hier zugetragen, man hätte dem Burgtheater wahrscheinlich dieselben Ehren zu Theil werden lassen, mit denen man auf dem Genossenschaftstage den frommen Pfarrer Guerber überschüttete. Wien hatte nämlich in der abgelaufenen Woche sein kleines theatralisches Ereigniß — und man unterhielt sich in den betreffenden Kreisen von nichts Anderem, als — dem Erscheinen des Directors des Burgtheaters im großen Sitzungssaale des Opernhauses. Seit sechs Jahren hatte Baron Dingelstedt die Stätte nicht betreten, auf der er einst als Herr und Gebieter herrschte. Eine zufällige Anordnung führte den Leiter des Hofschauspiels auf den Schauplatz seiner früheren Wirksamkeit und dieser Zufall sollte nicht vorübergehen, ohne dem Tagesspräch der Coulissen reichen Stoff zu hinterlassen — ja wir haben demselben sogar ein geflügeltes Wort zu verdanken. Was Herrn v. Dingelstedt ins Opernhaus führte, ist rasch erzählt. Wir sprachen schon letzthin von den Verhandlungen, die zwischen dem „Schröder“ und dem Pensions-Institut der Hofoper stattfinden und die dahin abzielen, durch gemeinsame Veranstaltung von Künstlerabenden, Concerten und Bällen die Einnahmen der beiderseitigen, übermäßig in Anspruch genommenen Fonds zu vermehren. Diese Verhandlungen sollten in einer Conferenz zu einem gedeihlichen Resultate geführt werden und da der Sitzungssaal der Hofoper am passendsten erschien, so wählten die Vertreter der beiden Vertragsmächte diesen zur gemeinsamen Vereinigung. Das war die Ursache, die Baron Dingelstedt, gefolgt von dem Generalstabe seiner Regisseure, die zugleich Vorstände des „Schröder“ sind, in die Hofoper führte. Ein theatralisches Ereigniß wäre am Ende dieses Erscheinen nicht zu nennen, aber es bildete sich nicht ohne Zuthun des Herrn General-Directors in partibus zu einem solchen aus. Der verehrte Leiter des Burgtheaters sprach nämlich bei dieser Gelegenheit in einer geharnischten Standrede eine Reihe von Ansichten aus, die so classischer Natur waren, daß es der Mühe lohnt, sie aus dem kleinen Rahmen, inner-

und Ausgaben des Staates; Abgeordneter Krzeczunowicz anticipirte die General-Debatte über die neuen Steuervorlagen und klagte wunderlicherweise wegen Ueberlastung der kleinbäuerlichen Bevölkerung durch dieselben; die Abgeordneten Pfeifer und Weigl rügten Uebelstände der Steuer-Einhebung; Abgeordneter Göllerich behandelte die Einkommensteuer-Bemessung für die Sparkassen; Abgeordneter Menger endlich die unbillige Steuernbelastung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften. Der Finanzminister ergriff zweimal das Wort zur Erwiderung. Es wurde ihm leicht, die Anklagen des Abgeordneten v. Schönerer, soweit dieselben gegen die Regierung gerichtet sein konnten, zu widerlegen. Die Kostspieligkeit und der schleppende Gang der Grundsteuer-Regulirung sind allerdings offenkundig, und Baron Pretis gab dieselben auch ohneweiters zu, ja er verschärfte jenen Tadel noch durch den Vergleich mit unserm Nachbarstaate Preußen, allein Baron Pretis konnte auch füglich jede Verantwortung für die vorhandenen Uebelstände ablehnen. Wer die Vorgänge bei Durchführung der Grundsteuer-Regulirung verfolgt, wird wissen, was es mit jenen „Agitationen" für eine Bewandtniß habe, welche der Finanzminister andeutungsweise als die Ursache des langsamen Fortschreitens der Reformarbeiten bezeichnete. Baron Pretis acceptirte übrigens die Anregung Schönerer's, daß das Einschätzungsgeschäft künftig den Referenten und den Regierungsorganen überlassen werde, vorausgesetzt natürlich, daß das Parlament die hiezu erforderliche Gesetzesänderung vornimmt. Der Finanzminister widerlegte endlich die persönlichen Beschuldigungen, welche der genannte Abgeordnete gegen einen bei dem Einschätzungsgeschäfte betheiligten Beamten ungerechtfertigt erhoben hatte. Bezüglich der Besteuerung der Sparkassen und der Genossenschaften verwahrte sich Baron Pretis gegen die Zumuthung, als liege der Steuerpraxis des Finanzministeriums die Absicht zu Grunde, über das gesetzlich gebotene Maß hinauszugehen und um fiscalischer Zwecke willen wichtige wirthschaftliche Interessen zu verletzen. Gewisse ohne Zweifel schädlich wirkende Härten der Einkommenbesteuerung seien nach den bestehenden Gesetzesbestimmungen unvermeidlich; wolle man dieselben beseitigen, dann beschleunige man eben das Zustandekommen der neuen Steuergesetze, welche allen berechtigten Forderungen in der bezeichneten Richtung Genüge leisten. Auch dem Abgeordneten Krzeczunowicz gegenüber kam Baron Pretis auf die Steuerreform zu sprechen. Er widerlegte den Vorwurf einer Belastung der kleinen Bauern durch dieselbe; es ist übrigens kaum begreiflich, wie ein Fachmann übersehen konnte, daß gerade die Entlastung der kleinen Bauern wie des kleinen Gewerbes eines der Hauptziele und Hauptvorzüge der neuen Vorlagen bildet. Es ist zu hoffen, daß der wiederholte Appell des Finanzministers an den Patriotismus des Hauses das Zustandekommen der provisorischen Steuerreform fördern wird und daß man es allseits nicht bei der akademischen Billigung der Reform bewenden lassen, sondern loyal mitthun wird, die Regierungsvorlagen auch wirklich zum Gesetze zu machen. — Sämmtliche Positionen des Finanzbudgets, welche zur Abstimmung gelangten, also die Capitel 10 („Eigentlicher Staatsaufwand"), 11 („Allgemeine Kassenverwaltung"), 12 und 13 („Einhebungskosten der directen Steuern und des Zolles") wurden unverändert nach den Anträgen des Budgetausschusses angenommen.

In der Abendsitzung wurde der Etat des Finanzministeriums vollständig erledigt. Die Debatte war nur sehr gering und betraf einige Wünsche und Beschwerden, die alljährlich bezüglich einzelner Positionen in dem Voranschlage des genannten Ministeriums vorgebracht zu werden pflegen. Speciell erwähnt sei das Anliegen des Abgeordneten Steudel wegen Aufhebung der Verzehrungssteuer-Linien in Wien und eine Resolution des Abgeordneten Dr. Roser, der mit seltener Unermüdlichkeit auch heuer das Thema vom kleinen Lotto behandelte und die endliche Abschaffung des letztern gelegentlich der Einführung der neuen Personal-Einkommensteuer verlangte. Das Haus schritt sodann zur Verhandlung über den Voranschlag des Ackerbauministeriums. Abgeordneter Schönerer unterzog die Thätigkeit dieses Ministeriums einer längeren kritischen Betrachtung. Dr. [illegible] sprach für die Vorlage eines Reichsforst- und eines Commassations-Gesetzes. Nachdem noch Dr. Heilsberg zu Gunsten der Berg-Akademie in Leoben und Dr. Foregger über verschiedene Agenden des Ackerbauministeriums gesprochen, wurde die Debatte abgebrochen und deren Fortsetzung auf morgen Sonntag anberaumt.

Abgeordnetenhaus. (221. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatte.) In der Debatte über den Voranschlag des Finanzministeriums spricht Abg. Dr. v. **Plener**: Ich möchte das hohe Haus nur bitten, einer Resolution zuzustimmen, wodurch die Regierung aufgefordert wird, während des laufenden Jahres periodische Ausweise über die laufenden Einnahmen und Ausgaben des Staates zu veröffentlichen. Sowie heute die großen Verkehrsanstalten, die großen Zettelbanken und unsere Credit-Institute das Bedürfniß fühlen, dem Publicum gegenüber periodische Ausweise zu veröffentlichen, weil sie sich dadurch das Vertrauen am besten erhalten, so liegt es im Interesse der Finanz-Verwaltung, dem Publicum die Einsicht in die Verwaltung der öffentlichen Gelder zu erleichtern. Jedenfalls aber könnte man Quartalausweise leicht herstellen. Die Hauptsache ist die möglichst rasche Publication dieser Ausweise. In diesem Sinne erlaube ich mir, meinen Antrag dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen, welcher lautet: „Die Regierung wird aufgefordert, periodische, mindestens vierteljährige Ausweise über die laufenden Staats-Einnahmen und -Ausgaben unter Vergleichung mit den Positionen des Vorjahres zu veröffentlichen." Dieser Antrag wird unterstützt.

Abg. R. v. **Krzeczunowicz** pflichtet der Ansicht des Finanzministers bei, daß an merkliche Ersparnisse nicht zu denken wäre, indem Ausgaben für productive Zwecke zutage treten werden. Auch im Heeresbudget könne man mit Rücksicht auf die herrschenden politischen Verhältnisse an Ersparungen nicht denken. Redner unterzieht die von der Regierung eingebrachten Steuervorlagen einer eingehenden Kritik, bedauert, daß die Regierung nicht auch die Reform der indirecten Steuern in Betracht gezogen habe und gibt der Befürchtung Raum, daß die neuen Vorlagen ebenso wie die des Jahres 1874 von einem Mißerfolg sowol hinsichtlich der Ausführbarkeit als des Resultates [illegible] sein dürften. Da die directen Steuern bereits eine Grenze erreicht haben, die sie nicht überschreiten können, so handelt es sich darum, durch die indirecte Steuer den Staatsfinanzen zu Hilfe zu kommen. Die Zucker- und Branntweinsteuer, die hiefür in Aussicht genommen werde, sei keine Verzehrungs- sondern eine Productionssteuer und durch dieselbe werde der Landwirthschaft ein Schaden zugefügt, indem der Producent seine Production nicht verringern könne; er hätte erwartet, daß der Ackerbauminister sich gegen diese Steuer, welche auf die Hebung der Steuerkraft des Bodens zurückwirke, aussprechen werde, er jedoch müsse dieselbe unter den jetzigen Verhältnissen befürworten. Redner schlägt vor, auch einen anderen Consumtionsartikel, nämlich das Bier, höher zu besteuern, als es bis jetzt der Fall sei. Durch eine Erhöhung um ein Drittel werde die Consumtion durchaus nicht verringert werden, der Staat jedoch eine Mehreinnahme von circa acht Millionen erzielen. Auch die Einhebung einer Gebühr von Börsenrechtsgeschäften könnte nicht minder dazu beitragen, unserem chronisch gewordenen Deficit abzuhelfen.

Finanzminister Freiherr v. Pretis:

Insofern in den bisher gehörten Reden auf die General-Debatte des Budgets zurückgegriffen wurde, glaube ich dem hohen Hause schuldig zu sein, daß ich nicht weiter [illegible]; ich könnte ohnehin im Ganzen nur auf diejenigen [illegible], welche ich am Donnerstag vor acht Tagen [illegible] die Ehre hatte. Was aber die [illegible], so werde ich mir erlauben, einige [illegible] Aeußerungen entgegenzuhalten. [illegible] die von dem Herrn Abg. Ritter v. Schönerer selbst [illegible] „[illegible] verkehrend" bezeichnete Rede gehalten [illegible] vollen Unmuth über die Grundsteuer-Regulirung ausspr[illegible] diesmal der Finanzverwaltung die [illegible] zusammen sämmtliche Commissionen [illegible] berufenen Vertreter der Bevölkerung [illegible] greifen, daß es schwer ist, als Vertheidiger für eine solch[illegible] lose Menge von Angeklagten aufzutreten, und ich muß mich [illegible] darauf beschränken, wenn ich auch selbst Gefahr laufe, mich zu wiederholen, weil es in dieser Sache wenig Neues gibt, zu erklären, daß die Finanzverwaltung, seitdem ich das bereits [illegible] in Angriff genommene Werk der Steuer-Regulirung zu [illegible] berufen bin, sich bemüht hat, allen Wünschen, welche von Seite des hohen Hauses ausgesprochen wurden, entgegenzukommen, daß die Finanzverwaltung sich bemüht hat, der Betheiligung der Bevölkerung an der Durchführung der Grundsteuer-Regulirung den ausgedehntesten Spielraum zu lassen, und der Berathung und Thätigkeit der Commissionen, welche fast ausschließlich aus Steuerträgern zusammengesetzt sind, soweit als möglich freies Feld zu gewähren. Auch in Bezug auf die Klagen, welche von Seite des Herrn Abg. Schönerer hier wiederholt laut wurden, habe ich Erhebungen gepflogen, und fast ausnahmslos gefunden, daß diese Klagen nicht berechtigt waren; wo sie berechtigt waren, ist Abhilfe im Namen des Gesetzes geschaffen worden.

Auch das heutige Stadium der Grundsteuer-Regulirung ist ein — ich darf es sagen — vollständig gesetzmäßiges und dem Wunsche des hohen Hauses gemäß habe ich bereits vor anderthalb Jahren die Central-Commission für Grundsteuer-Regulirung einberufen und ich glaube, daß ich nicht zu viel sage, wenn ich behaupte, aus den bisherigen Beschlüssen dieser Commission schließen zu dürfen, daß die Majorität derselben wesentliche Einwendungen gegen die Art und Weise der Durchführung der Grundsteuer-Regulirung, so weit die Regierungs-Organe dabei betheiligt sind, zu erheben nicht in der Lage war; wären solche wesentliche Einwendungen gekommen, hätte man mir die Mängel nachgewiesen, so würde ich sie abgestellt haben; es sind solche Einwendungen nicht gemacht worden, ich glaube daher annehmen zu dürfen, daß die Central-Commission für die Grundsteuer-Regulirung bisher wenigstens den Vorgang als gesetzlich erkannt hat. Daß die Grundsteuer-Regulirung sich unerhört langsam vollzieht und außerordentlich große Summen kostet, das ist ein Umstand, den ich mit Ihnen beklage. In Preußen ist dasselbe Werk in drei Jahren durchgeführt worden. [illegible] man sich aber in Preußen einmal geeinigt hatte, die [illegible] vorzunehmen, ging man rasch und entschieden an das Werk, [illegible] zum Ziele zu kommen und hatte nicht zu [illegible] tionen, die hier in jeder Weise und unter [illegible] Vorwänden gegen die Grundsteuer-Regulirung [illegible] wurden, Agitationen, von denen ich allerdings [illegible] gegenwärtig nachgelassen haben, und ich möchte [illegible] derselben gerade dem Umstande zuschreiben, daß man allmälig zur Erkenntniß kommt, daß es an der nöthigen Objectivität bei den bisherigen Vorgängen nicht gefehlt hat. Die Einschätzungs-Operationen nehmen außerordentlich viel Zeit in Anspruch, weil man dabei mit einer ganz exceptionellen Gründlichkeit vorgeht. Die Commissionen gehen auf jeden einzelnen Grund, die Commissionen graben zwei-, dreimal die Erde aus, um sich über die Qualität zu überzeugen, das ist eine Gründlichkeit, die im Interesse des Schlußergebnisses gelegen sein mag, die aber Zeit und Geld kostet und von der ich glaube, daß sie etwas gemindert werden könnte, namentlich wenn man ins Auge faßt, daß die Besorgniß, [illegible] die Grundsteuer-Regulirung in ihrem Endresultate zu einer gewaltigen [illegible]ung der Grundsteuer führen, nicht mehr gerechtfertigt ist, [illegible] das hohe Haus sich entschließen wird, die Vorlagen, welche der geehrte Herr Abgeordnete aus Galizien so ausführlich besprochen hat und welche noch später zu berühren ich in der Lage sein werde, zu genehmigen. Es wird durch eine dieser Vorlagen die gegen den heutigen Betrag erheblich herabgesetzte Grundsteuer-Totalsumme auf einen bestimmten Betrag [illegible] und [illegible] also dann im strengsten Sinne des Wortes [illegible] darum handeln, in Folge der durchgeführten neuen Katastrirung und Grundsteuer-Regulirung diese Summe nach Maßgabe der Einschätzung zu vertheilen. Es wird also dann buchstäblich das eintreten, was ich wiederholt als Peräquation zu bezeichnen mir erlaubt habe.

Der Herr Abg. Ritter v. Schönerer hat sich auch über die Thätigkeit der Central-Commission und insbesondere beklagt, daß die Sitzungen derselben nicht öffentlich seien. Nun die Sitzungen sind [illegible] der Sitzungen wird in [illegible] in ziemlich ausführlicher Weise [illegible] Jedermann ein Bild über die [illegible] machen und wenn irgend Jemand [illegible] auch unabhängig von den [illegible] herigen Vorgehens bei der [illegible] die Commission hat, ist er vollständig [illegible] und die Commission hat [illegible] alles Dasjenige, was ihr zukam, in [illegible] und gewissenhaftester Weise [illegible]. Ich soll mich angeblich nicht gern in der Central-Commission zeigen. Ich habe, so oft ich es [illegible] [illegible] man die Central-Commission [illegible] des hohen Reichsrathes tagt oder wenn sie [illegible] des Reichsrathes sich vereinigt, es dem [illegible] wie das des Finanzministeriums, [illegible] es nicht [illegible]. Ich [illegible] die [illegible] der Commission angehalten hatte. Der Herr Abgeordnete [illegible] und wenn ich sie richtig [illegible] daß das Einschätzungsgeschäft [illegible] den Referenten und Regierungsorganen [illegible] übertragen werden möge. Nach dem Gesetze ist dies nicht zulässig und ich gestehe, daß ich kaum den Muth gehabt haben würde, die Initiative zu einem solchen Antrage in diesem hohen Hause zu nehmen. Sollte aber aus der Mitte des hohen Hauses selbst ein solcher Antrag hervorgehen, dann allerdings würde ich mich für verpflichtet halten, ihn zu unterstützen; denn es ist meine Ueberzeugung, daß [illegible] die Durchführung des [illegible] außerordentlich [illegible], billiger und mit ganz derselben Gründlichkeit und Objectivität geschehen würde, wie es so der Fall sein wird.

---

halb dessen sie zuerst ausgeführt wurden, in weitere Kreise zu verpflanzen. Bedeutende Aussprüche großer Männer verdienen ins Volk zu dringen und da Einzelheiten jener kraftvollen Standrede in den Coulissen bereits von Mund zu Mund gehen, so soll auch der großen Oeffentlichkeit ihr berechtigter Antheil an den Aussprüchen des Mirza Schaffy aus der Schauflergasse nicht länger vorenthalten werden. — Es war zu Beginn der Debatte über das gemeinsame Vorgehen der beiden Pensions- und Unterstützungsvereine, als Freiherr v. Dingelstedt sich das Wort erbat, um seine principielle Ansicht über die zu entscheidende Angelegenheit auszusprechen. Tiefe Stille trat sofort ein, man weiß ja, daß Baron Dingelstedt ein vortrefflicher und geschulter Redner ist und daß, wenn er spricht, er auch wohl überlegt hat, was er spricht. Leider fehlen uns stenographisch-verläßliche Aufzeichnungen über die Rede, aber was wir nach gewissenhafter Prüfung aus drittem und viertem Munde erfahren, lautete also: „Ich bin ein entschiedener Gegner des „Schröder" und würde auch den Pensionsfonds perhorresciren, wenn ich ein Recht hätte, über denselben eine Aeußerung abzugeben. Dergleichen Vereine bestärken nur die Herren und Damen der Bühne in ihren Prätensionen, sie lockern die Disciplin, indem die Darsteller und Darstellerinnen im Pensionsfonde einen Rückhalt finden, sie erschweren das stramme Regiment und — — — und nun kam das geflügelte Wort, das Freiherr v. Dingelstedt mit der ihm eigenthümlichen ironischen Schärfe aussprach, und das seitdem die Runde durch alle Garderoben macht — und stören den „herrschaftlichen Dienst". . . . Um dieses einen geflügelten Wortes willen, verlohnte es sich, die ganze Geschichte zu erzählen. Der herrschaftliche Dienst! — Man kann das künstlerische Streben, den aufopfernden Eifer, die hervorragenden Schöpfungen unserer alten und jungen Schule nicht zarter und passender kennzeichnen. Der herrschaftliche Dienst! — Damit sind alle dramaturgischen und künstlerischen Principien ein- für allemal erledigt. — Was auch immer geschehe, ein Wort löst alle Schwierigkeiten ... der herrschaftliche Dienst — basta! Und mit dem herrschaftlichen Dienst ist auch unsere Erzählung beendigt. Was könnten wir unseren Lesern noch aus jener Sitzung bieten? Interessirt es Sie etwa, von den verdutzten Gesichtern der herrschaftlichen Diener Sonnenthal und Gabillon zu hören, oder von der Polemik, die sich über die Standrede entspann! Sie führte schließlich doch dahin, daß Baron Dingelstedt sich zu der Erklärung herbeiließ: „Als Director bleibe ich Ihr Gegner, als Baron Dingelstedt will ich Sie unterstützen" .... selbstverständlich, so weit es der herrschaftliche Dienst erlaubt. — —

Die Woche schloß mit einem Mißklang — eine Lebenssaite ward gewaltsam entzweigerissen oder, wie der landläufige Ausdruck lautet: Der irdischen Gerechtigkeit wurde Genüge geleistet. Jetzt, wo Enrico Francesconi, nachdem er sich vier lange, bange Wochen mit der Hoffnung auf Gnade vertraut gemacht, sein Verbrechen mit dem Tode gebüßt hat, ist es wahrscheinlich höchst überflüssig, die Frage zu erörtern, die in den letzten Tagen zwischen den Anhängern und Gegnern der Todesstrafe zu einschneidenden und leidenschaftlichen Debatten geführt hat. Der eine Fall ist erledigt und die Chronik des Tages, die keuchenden Athems immer gleichen Schritt halten muß mit den Ereignissen, hat sich nicht weiter mit ihm zu beschäftigen. Sie kann höchstens im Weitereilen eine Erinnerung festhalten, die wie ein Lichtstrahl aus dunklem Gewölke unser monotones Tagewerk erhellt. Die Erinnerung an die „letzten Tage des Verurtheilten" ist eine freundliche, sie versöhnt uns mit dem Schuldigen und verwischt vollständig das grauenerregende Bild, welches der Vorgang im Arsenalhof in unserer Seele festgebannt. Wie der, dem Gesetze des Menschengemüths hohnsprechender Trotz [illegible] unsern Zorn, das ohnmächtige Zusammenbrechen des Feiglings unsern Unmuth wachgerufen — die tief empfundene Reue, das Wiedererwachen des Menschen im Mörder, das in ihm in letzter Stunde nur den Gedanken an die unglückliche Mutter aufkommen läßt und ihn zwingt, den Ankläger, den Vertreter der beleidigten Gesellschaft, um Verzeihung zu bitten, entwaffnet selbst den strengsten Anhänger der Wiedervergeltungs-Theorie und die Schilderung der letzten Stunden Francesconi's hat für die Abschaffung der Todesstrafe gewiß mehr Propaganda gemacht, als es die gelehrtesten und scharfsinnigsten Abhandlungen zu thun vermöchten. Die grellste Partie des Bildes, das der letzte Tag der Woche vor unseren Augen entrollte, bildete wol jenes unverbesserliche Häuflein herzloser Neugieriger, für die die Première einer Operette die gleiche Anziehungskraft hat wie die Justificirung eines Menschen. Der rohen Masse hat man das widerliche Schauspiel, von dessen Anblick auch der Staat keine bessernde Abschreckung mehr erwartet, entzogen, dafür suchte ein Theil der sogenannten besseren Stände um so rücksichtsloser in den abgeschlossenen Raum der Richtstatt sich Einlaß zu verschaffen. Es wäre vielleicht nicht ohne Nutzen, wenn man gleichzeitig mit der amtlichen, vom Gesetze vorgeschriebenen Erzählung der gerichteten That auch die Namen Derjenigen publiciren würde, die, ohne hiezu verpflichtet zu sein, sich in den ersten Morgenstunden eines kalten Decembertags das Vergnügen nicht versagen können, einen Menschen sterben zu sehen. Es wird Einem wirklich die Wahl schwer — mit wem man mehr Mitleid haben soll — mit dem Gerichteten oder seinen Zuschauern.

—io—

Und damit ich nun in Bezug auf den Herrn Abg. Ritter v. Schönerer zum Schlusse komme, so hat derselbe einen Beamten [illegible] ehrenrührigen Weise beschuldigt, indem er ihm Mangel [illegible] Ernst bei der Durchführung des Grundsteuergeschäftes und [illegible] vorwarf. Ich glaube, selbst wenn man sich der Immunität des Abgeordneten erfreut, hat man denn doch die persönliche Ehre der Beamten zu schonen alle Veranlassung. Der Fall ist mir zur Anzeige gekommen, ich habe den Herrn Statthalter von Niederösterreich aufgefordert den Fall zu untersuchen, und der Herr Statthalter von Niederösterreich hat darüber zweimal berichtet. Ich habe den Originalbericht nicht hier; ich habe aber den amtlichen Extract aus dem Berichte hier und ich bin es dem Bezirkshauptmanne von Waidhofen an der Thaya schuldig, daß ich das hohe Haus bitte, den Extract verlesen zu dürfen. (Liest): „Der Vorsitzende der Bezirks-Einschätzungscommission Waidhofen an der Thaya, Bezirkshauptmann Krueg, hat bezüglich des vom Reichsraths-Abgeordneten Ritter v. Schönerer demselben als ungehörig zur Last gelegten Vorganges bei der Mustergrundrevision im October 1875 die Rechtfertigung dahin abgegeben, daß er, durch ein längeres Unwohlsein [illegible] geschwächt, nur zu der betreffenden Gemeinde und nach [illegible]ichkeit zu dem aufgestellten Mustergrund fuhr, trotz seines [illegible] jedoch mit Rücksicht auf die Mangelhaftigkeit des [illegible] Mustergrundoperats der Amtshandlung nicht gänzlich fernbleiben und auch die Leitung der Commission nicht seinem Stellvertreter überlassen wollte, indem er es für nothwendig hielt, wenigstens im Anfange an der Revision Theil zu nehmen, um einerseits die Ueberzeugung zu gewinnen, ob, ungeachtet des nicht ganz verläßlichen Materials nach dem Gesetze vorgegangen wurde und um andererseits mit den Commissions-Mitgliedern zu besprechen und zu beschließen, wie die wahrgenommenen Gebrechen zu beheben seien. Der Statthalter hat bei Vorlage dieser Rechtfertigung bemerkt, daß, da dem Vorsitzenden der Commission nur die allgemeine Leitung der Einschätzungsarbeiten obliegt, und ihm nirgends zur Pflicht gemacht ist, jeden einzelnen Mustergrund zu besichtigen, er die Abstimmung bei verschiedenen [illegible] auch nachträglich vornehmen lassen kann, endlich Krueg die Meilengebühren nur für die wirklich zurückgelegten Strecken verrechnet hat, die Beschuldigung des Ritter v. Schönerer gänzlich unbegründet erscheine und er keinen Anlaß fand, den Vorgang des gedachten Bezirkshauptmanns zu rügen, dabei noch hervorhebend, daß Krueg dem Geschäfte der Grundsteuer-Regelung bisher seine volle Aufmerksamkeit und Thätigkeit widmete und durch sein umsichtiges Vorgehen wesentlich zur schnellen Beendigung der Arbeiten beigetragen hat." Ich glaube, dieser Bericht des [illegible] wird genügen, um zu zeigen, daß die ehrenrührigen [illegible] jener [illegible] entbehren.

Der [illegible] Abg. Göllerich hat uns einige recht markante [illegible] über die [illegible] vorgetragen, welche mit der [illegible] Einkommensteuer-Bemessung bei Sparkassen [illegible]. Daß die [illegible] Einkommensteuer für die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Anstalten und besonders in ihrer Anwendung auf die Sparkassen außerordentliche Härten mit sich bringt, das habe ich schon öfter hier zu erwähnen Gelegenheit gehabt. Damit dem ein Ende geschehe, damit [illegible] eine [illegible] Entwicklung möglich werde und damit die [illegible] mit jener Schonung gehandhabt werden könne, welche diesen Instituten zukommt, habe ich bereits im vorigen Jahre eine Vorlage eingebracht, die ich dann allerdings zurückzog, um mit der neuen Einkommensteuer-Vorlage ein Resultat zu erzielen, welches nicht nur den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Instituten die gewünschte Erleichterung bietet, sondern zugleich das ganze Einkommensteuerwesen regelt. Ich [illegible] daher die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten aus Oberösterreich nur zum Anlaß nehmen, um dem hohen Hause in der [illegible] ernstesten und dringendsten Weise ans Herz zu legen, daß es [illegible] Steuer-Provisorium, welches ich Ihnen vorgelegt habe, so schnell als möglich genehmige, denn es ist eine Summe von Wohlthaten, welche aus diesen verschiedenen Gesetzen gegenüber dem heutigen Zustande der [illegible] erwachsen wird. Daß ich, so oft ich dazu in die Lage [illegible], bei [illegible] der Bilanz der Sparkassen mit [illegible] Schonung vorgehe, [illegible] Abg. Göllerich [illegible] halten. [illegible] aber [illegible] selbstverständlich jene Grenzen nicht überschreiten, welche durch die Bestimmungen des Gesetzes gezogen sind.

Dem [illegible] Abgeordneten aus Galizien will ich jetzt nicht antworten auf die [illegible] Bemerkungen, mit welchen er heute, wie mir scheint, der [illegible] General-Debatte über die Steuerreform vorgegriffen hat. Wir werden dann Zeit haben, diese Frage näher zu [illegible] und dann werde ich auch Anlaß haben, [illegible] Bemerkungen zurückzukommen und zu antworten; [illegible] möchte ich ihm [illegible] entgegnen, daß seit [illegible] des Jahres [illegible] ich mich sehr ernstlich bemühte, die von allen Seiten theoretisch als nothwendig erkannte, aber, sobald es zu einer practischen [illegible] kommt, mit recht vielen und, wie es scheint, [illegible] zum Theile unüberwindlich gewesenen Schwierigkeiten verbundene Steuerreform zur Durchführung zu [illegible]. Es ist da keine Schwenkung, es ist keine Wendung [illegible], sondern es ist mir immer dasselbe Ziel vor Augen geblieben, das Ziel der Verbesserung des jetzigen Zustandes in Bezug auf die Steuerträger, das Ziel der Verbesserung des [illegible] in Bezug auf den Staatshaushalt und nachdem der [illegible] Weg [illegible] und in langer Zeit [illegible] Verhältnisse aber auf den an [illegible] Richtungen in größtem Grade drückend sind, habe ich [illegible] zugewendet, um in derselben Richtung bleibend, mit den neuen Vorlagen, einen kürzeren Weg vorzuschlagen. Ich will auch der Ueberzeugung nicht entsagen, daß [illegible] Haus in dieser Frage die Regierung nicht etwa, um ihr ein Vertrauensvotum zu geben, sondern weil sie damit [illegible] erfüllt, ein von allen Seiten und in allen Schichten der Bevölkerung dringend gefühltes Bedürfniß rasch zu befriedigen, in dem in diesen Steuervorlagen ausgedrückten Streben unterstützen werde. Ich gehe nicht weiter ein in die Details. Der [illegible] Abgeordnete aus Galizien, hat aber auf die bäuerliche Bevölkerung hingewiesen, welche leidet unter den Grundsteuern, unter den Gebühren, welche für die Uebertragung [illegible] werden müssen. Ich würde sonst nicht darauf zurückgekommen sein, aber dieser Bemerkung gegenüber möchte ich und muß ich sofort betonen, daß die bäuerliche Bevölkerung über die gerade ihr Erleichterung gewährenden Vorlagen der Regierung sich gewiß nicht zu beschweren haben wird, und wenn die Millionen Joche, welche bisher noch gar nicht zur Versteuerung kamen, mit ihrem Erträgniß nur in die Personal-Einkommensteuer einbezogen werden, so wird dies der bäuerlichen Bevölkerung nicht gerade zum Schaden gereichen. Ich kann, da es mir nicht gestattet ist, jetzt näher in die Sache einzugehen, die Gelegenheit doch nicht vorübergehen lassen, ohne heute abermals zu betonen, daß meiner innersten Ueberzeugung nach das Werk der Durchführung der jetzt als Provisorium gekennzeichneten Steuerreform ein solches ist, welches in dem wahrhaften patriotischen Interesse des gesammten Reiches und der Bevölkerung gelegen ist, und welches ich bei dieser Gelegenheit auch wieder Ihrer wohlwollenden und möglichst beschleunigten Berücksichtigung empfohlen haben möchte.

Abg. Ritter v. **Schönerer** erklärt, seine Worte seien vom Finanzminister nicht richtig verstanden worden, rechtfertigt seine Ausführungen gegenüber den Erklärungen des Finanzministers, insbesondere was die von ihm geführte Klage betrifft und schließt mit den Worten: Wir haben es erlebt, daß auf die Anklagebank gestellte Männer mit hohen Orden bedeckt erschienen sind. Es sollte mich nicht wundern, wenn der betreffende Bezirkshauptmann in der nächsten Zeit mit einem Orden geschmückt würde.

Abg. **Schrems** weist auf die Ueberbürdung der Referenten der Grundsteuer-Einschätzungs-Deputationen hin und bittet um Maßregeln zur Abhilfe.

[illegible] Berichterstatter **Dumba** erklärt sich mit der vom Abg. Dr. v. Plener beantragten Resolution einverstanden. Was die Klagen betrifft, die dahin gehen, daß das Grundsteuer-Regulirungsgeschäft ein theures ist und sich unendlich lange hinauszieht, so wurden diese im Budgetausschusse Jahr für Jahr besprochen und die Nothwendigkeit einer Abhilfe anerkannt. Es wäre da Sache der Regierung, eine Reform des Grundsteuer-Regulirungs-Gesetzes vorzuschlagen. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Dr. Sturm hebt der Berichterstatter hervor, daß sich der Budgetausschuß nicht darüber anerkennend ausgesprochen hat, daß von Seite der Finanzverwaltung 300.000 fl. erspart worden sind, sondern darüber, daß in der Finanzverwaltung das Bestreben, jedes Jahr mit einem geringeren Etat vor das Haus zu treten, ersichtlich zutagetrete. In diesem Sinne ist eine Anerkennung ausgesprochen worden, welche gewiß der Finanzverwaltung gegenüber eine verdiente ist. (Bravo! links.)

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung werden die bei Capitel 10, Titel 1—9, eingestellten Beträge conform dem Ausschußantrage angenommen. Weiter werden die bei Capitel 11: „Allgemeine Kassenverwaltung", Titel 1—5, eingestellten Beträge ohne Debatte entsprechend dem Antrage des Budgetausschusses genehmigt.

Bei Capitel 12: „Directe Steuern", und Capitel 14: „Zölle", weist zunächst

Abg. **Pfeifer** auf die Mängel und Uebelstände hin, welche im Lande Krain bei der Steuereinhebung vorkommen und bittet den Finanzminister, eine Abhilfe in der Art zu treffen, daß eine die Steuereinhebung vereinfachende Gesetzvorlage eingebracht werde.

Abg. Dr. **Weigel** bespricht eingehend die Uebergriffe der Steuer-Inspectorate in Galizien, die zu allgemeinen Klagen Anlaß geben und führt mehrere Beispiele der Art an, aus denen ebenso wie aus dem Rechnungsabschluß [illegible] hervorgehe, daß der Druck der Steuerschraube bis [illegible] gestiegen sei.

Abg. Dr. **Menger** bespricht in ausführlicher Weise die Besteuerung der Genossenschaften im [illegible] und der Vorschußvereine insbesondere. Seit dem Jahre [illegible] sei in Oesterreich die Erscheinung eingetreten, daß sich das Finanzministerium bemüht, die vorhandenen Steuergesetze strenge anzuwenden, um den natürlichen Ausfall, welcher in den Einnahmen entsteht, wieder hereinzubringen. Da sollte denn doch keine Verordnung erlassen werden, welche den Gesetzen präjudicirt und mit denselben nicht übereinstimmt. Am 28. Mai des Jahres 1875 wurde an die Finanzbehörden seitens des Finanzministeriums eine Instruction bezüglich der Besteuerung der Genossenschaften versendet, welche den Eindruck macht, als ob es sich da um ein neues Erwerb- und Einkommensteuer-Patent hinsichtlich der Genossenschaften handelte. In diesem Erlasse sind Grundsätze enthalten, nach welchen in Zukunft die Steuerverwaltung bei Behebung der Steuern vorgehen soll; dieser Erlaß hätte doch wenigstens veröffentlicht werden sollen, damit sich die Genossenschaften hätten danach richten können. Einzelne Bestimmungen dieses Erlasses stehen mit dem Einkommensteuer-Gesetze sogar im Widerspruche. Redner führt nun einzelne Fälle vor, um nachzuweisen, daß die Folge dieses Erlasses sich bald in der Praxis der Steuerbehörden geltend gemacht haben. Indem Redner nun den Werth der Vorschußvereine erörtert, gelangt er zu dem Schlusse: Man sollte den Vorschußvereinen nicht Verpflichtungen auferlegen, die sie nicht tragen können, denn sonst müßten diese Institute liquidiren. Redner richtet das Ansuchen an den Finanzminister, den Erlaß vom 28. Mai 1875 aufzuheben. (Bravo!)

Finanzminister Freiherr v. **Pretis**: Ich möchte nur dem letzten Redner gegenüber zwei kurze Bemerkungen machen. Zunächst habe ich schon früher die Zumuthung abgelehnt, als ob ich im fiscalischen Interesse bestrebt wäre, durch eine härtere Anwendung der Steuernormen jetzt einen Ausfall zu decken, der durch die sonstigen Verhältnisse in den Staatseinnahmen eintreten könnte. Schon im vorigen Jahre lehnte ich diese Tendenz mit aller Bestimmtheit ab und ich kann das mit gutem Gewissen auch jetzt thun, wenngleich ich nicht leugne, daß nach wie vor die Gesetze gehandhabt werden. Das ist aber meine Pflicht. Am allerwenigsten kann ich jedoch zugeben, daß eine solche Tendenz auch nur Einen Moment gegenüber den Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften hätte obwalten können, bezüglich deren [illegible] Nützlichkeit ich ja vollständig mit dem Vorredner übereinstimme. Nach den Daten, die mir vorliegen, kann ich nicht glauben, daß diese Institutionen wirklich gefährdet seien. Denn nach den mir zur Verfügung stehenden Ziffern ist mit den Jahren die Zahl dieser Institute stets gewachsen. Wo mir irgend eine Gelegenheit sich bot, sei es, indem Vertreter solcher Anstalten zu mir kamen oder mir Recurse vorlagen, habe ich, und darin haben [illegible] auch die Herren Referenten des Finanzministeriums unterstützt, gesucht, mich innerhalb des mir durch die Gesetze gegebenen Spielraumes der möglichst milden Anwendung der Gesetze zu befleißigen. Der vom Herrn Vorredner citirte Erlaß ist kein geheimer Erlaß, insofern es in Niemandens Absicht war, denselben geheimzuhalten. Er wurde nur nicht publicirt, weil er unserer Auffassung nach nichts Neues enthielt. Wir wollten nur den Behörden im Interesse der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften die Auffassung des Gesetzes darlegen, wie sie im Finanzministerium vorwaltet. Das eine hervorgehobene Factum, daß Ausweise über die einzelnen Gewerbetreibenden von ihnen verlangt wurden, trat deßwegen ein, weil man, so lange die leidige [illegible] nicht gelöst ist, getrachtet hat, die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften wenigstens insoferne zu unterstützen, daß man sagte, wenn ihr uns diese Verzeichnisse vorlegt, und wir daraus ersehen können, daß eure Creditwerber Gewerbsleute sind, die als Gewerbetreibende Einkommensteuer zahlen, so wollen wir die Zinsen, die sie euch, den Vorschußkassen, gezahlt haben, nicht noch einmal als Passivzinsen mit Einkommensteuer belegen. Wir wollten also eine Erleichterung eintreten lassen. Dieser [illegible] Erlaß ist im vorigen Jahre dem Ausschuß mitgetheilt worden, den das Haus in Betreff der Besteuerung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften niedergesetzt hat, und ich [illegible] mich nicht zu täuschen, wenn ich behaupte, daß der Ausschuß fand, daß diese Verordnung durchaus nicht den bestehenden Gesetzen widerspreche, ja ich möchte glauben, der Ausschuß selbst habe anerkannt, daß die Absicht dieser Verordnung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften entgegenkommend war.

Ich wollte gegenüber so anerkannt nützlichen Institutionen auch nicht einen Augenblick den Schein gegen mich walten lassen, als wenn ich [illegible] fiscalische Rücksichten walten ließe. Ich bin mir nicht bewußt, es je gethan zu haben und kann nur versichern, daß ich nur innerhalb der bestehenden Gesetze in der denkbar wohlwollendsten Weise diesen Institutionen entgegengekommen bin, kann jedoch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um mein „cæterum censeo" zu sagen. Machen Sie die neuen Gesetze fertig und auch in dieser Richtung wird ein besserer Zustand eintreten als der gegenwärtige, den ich anerkennen muß, so lange das Gesetz besteht.

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung werden die bei Capitel 12, Titel 1 bis 3, und Capitel 13, Titel 1 bis 4 eingestellten Summen conform dem Ausschußantrage genehmigt.

[illegible] **Präsident** erwähnt, daß er mit Rücksicht auf das noch zu bewältigende Material eine Abendsitzung anordnen müsse. — Hierauf wird die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten geschlossen.

Abendsitzung. Vice-Präsident Dr. v. **Vidulich** eröffnet die unterbrochene Sitzung um 7 Uhr 15 Minuten.

Zu Capitel 14: „Verzehrungssteuer" nimmt das Wort

Abg. **Steudel** um abermals die Aufhebung der Verzehrungssteuer-Linien in Wien zu urgiren.

Bei der Abstimmung wird das Capitel „Verzehrungssteuer" nach dem Antrage des Budgetausschusses mit 4,134.300 fl. bewilligt.

Zu dem Capitel „Salz" erinnert Abg. **Nabergoi** daran, daß die Ermäßigung der Salzpreise schon vor Jahren in Aussicht gestellt, aber bis heute noch nicht eingetreten sei. Es sei angezeigt, diesem Uebelstande rasch abzuhelfen.

Abg. Graf [illegible] rügt die Vertheuerung des Kochsalzes im Kleinverschleiß und weist auf die Uebervortheilung hin, der das Publicum seitens der Unterhändler ausgesetzt sei.

Abg. Ritter v. **Proskowetz** richtet an den Finanzminister die Anfrage, welches Resultat die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung in Betreff der Preisermäßigung des Viehsalzes ergeben haben und wünscht zu wissen, ob der Minister Einsicht in die Salzadministration in Ungarn genommen habe.

Abg. **Hoszard** rügt wie im Vorjahre die Vergeudung des Materials in Bochnia und die zu große Sparsamkeit; hätte man nicht geknausert, dann hätte der Grubenbrand im Vorjahre keine solchen Dimensionen angenommen. Redner beschwert sich gleichfalls über die Höhe der Salzpreise und meint, daß jetzt gelegentlich der Ausgleichsverhandlungen die passendste Gelegenheit wäre, mit der ungarischen Regierung in Bezug auf die Salzfrage Vereinbarungen zu treffen. Er beantragt folgende Resolution: „Die Regierung wird aufgefordert, die Erzeugung und den Verschleiß von billigerem Viehsalz so bald als thunlich im geeigneten Wege durchzuführen."

Die Resolution wird unterstützt, gelangt daher an den Budgetausschuß zur Vorberathung.

Finanzminister Freiherr v. **Pretis** bemerkt zunächst gegenüber dem Abg. Proskowetz, daß er keine Veranlassung gehabt habe, in Bezug auf die ungarische Salzadministration Erhebungen pflegen zu lassen, nachdem ihm nicht bekannt ist, daß dort Vorgänge stattfinden, welche mit den Vereinbarungen über die Verwaltung des Salzmonopols im Widerspruche stünden. Es ist auch die bisherige Auffassung eine solche gewesen, daß das Recht der gegenseitigen Einsichtnahme sich nur auf die Zölle und auf die nach gemeinsamen Grundsätzen verwalteten Verzehrungssteuern beziehen soll. Was die von demselben Abgeordneten im Vorjahre angeregte Enquete betrifft, so hatte ich die Absicht, eine solche einzuberufen und ich habe sofort nach Schluß der Session den Referenten ersucht, Herrn v. Proskowetz um eine Unterredung zu ersuchen, damit er von ihm Anhaltspunkte über das Vorgehen bei dieser Enquete erhalte. Ich bedauere, daß Herr v. Proskowetz bis heute noch nicht Zeit gefunden hat, diesem Ansuchen Folge zu geben und er trägt daher — er muß es mir schon verzeihen — selbst die Schuld, wenn meine gute Absicht nicht realisirt wurde.

Was die Klagen des Herrn Abgeordneten aus Galizien über den Mangel an [illegible], so bemerke ich, daß in Galizien, um den [illegible] Bevölkerung Rechnung zu tragen, den Bezirksvertretungen [illegible] Vorkaufsrecht eingeräumt ist, welches aber allerdings [illegible], daß die Bevölkerung daraus Nutzen zieht, denn [illegible], daß die Bezirksvertretungen das Vorkaufsrecht an einen [illegible] abgetreten haben. Die Administration kann eben nichts mehr thun als darauf sehen, daß [illegible] seien.

Der Minister [illegible] Vorwurf zurück, daß das Unglück in Bochnia [illegible] Sparsamkeit zuzuschreiben sei; [illegible] nicht [illegible], daß irgend eine [illegible] sei. Was den Verkauf der Minutien betrifft, so [illegible] Vorjahre der Preis derselben [illegible] worden und werden dieselben jetzt in höherem Maße verkauft. Der mit [illegible] werde hoffentlich die [illegible] von Bochnia in höherem [illegible]. Die Frage des Verkaufes von Viehsalz werde in dem Momente einer [illegible] Erledigung zugeführt werden, wo es gelungen sein wird, eine [illegible] Versetzung des gewöhnlichen Salzes zu finden, welche gegen Unterschleife Gewähr bietet. Schließlich bemerkt der Minister, es sei ihm nicht bekannt, daß die Bewohner des Küstenlandes unter der Höhe der Salzpreise zu leiden haben. Die Bewohner haben dasselbe zu bestimmten Preisen, für industrielle Zwecke werde es zu reducirten Preisen abgegeben.

Abg. R. v. **Proskowetz** bemerkt auf die bezügliche Aeußerung des Ministers, daß er sich bereits mit dem betreffenden Ministerial-Referenten ins Einvernehmen gesetzt habe.

Abg. **Kuczka** hebt nochmals die Vertheuerung des Salzes hervor.

Bei der Abstimmung wird Capitel 15 „Salz" nach dem Ausschußantrage genehmigt.

[illegible] dem Capitel „Lotto" [illegible] die Aufhebung des Lotto. Er glaubt, das Mittel [illegible] zu haben, um den Ausfall aus dem Lotto, falls dasselbe aufgehoben würde, zu [illegible]. Der Finanzminister habe im [illegible] Ausschusse erklärt, er beabsichtige [illegible] Einführung der [illegible] Personal-Einkommensteuer bei der Ertragssteuer Nachlässe im Betrage von 9 Millionen zu gewähren. Man möge [illegible] von diesen Nachlässen absehen und das Lotto aufheben. [illegible] würde der Staat 9 Millionen [illegible] und 6½ Millionen verlieren. Die [illegible] Millionen gewinnen.

Außerdem würde [illegible] der Sparsinn gehoben werden. Redner [illegible] in welcher ein [illegible] um den Ersatz von [illegible] fl. [illegible] Lotterie verloren [illegible] daß arme Personen auf [illegible] kommen. Redner stellt zum Schluß [illegible] Antrag: „Die [illegible] aufgefordert, [illegible], daß bei Inslebentreten der [illegible] Einkommensteuer das kleine Lotto aufgehoben werde." ([illegible] Beifall.)

Die [illegible] nahezu einstimmig unterstützt und dem Budgetausschusse [illegible].

Abg. Dr. **Dworsky** [illegible] Aufmerksamkeit der Regierung auf die Reformbedürftigkeit des Gebührengesetzes. Seit dem Jahre 1862 seien Resolutionen in dieser Richtung gefaßt worden, jedoch bisher ohne Erfolg. (Während der Rede dieses Abgeordneten übernimmt Präsident Dr. [illegible] den Vorsitz.)

Abg. Dr. **Weigel** wünscht den Umbau der Tabakfabrik in Krakau, und fordert die Regierung auf, zu diesem Zwecke einen Nachtragscredit zu fordern.

Abg. Dr. [illegible] weist auf einige Unzukömmlichkeiten auf dem Gebiete des [illegible]gefälls hin.

Nach dem Schlusse des General-Berichterstatters **Wolfrum** wird zur Abstimmung geschritten. Die Capitel: „Tabak", „Lotto", „Stempel", „Gebühren", „Mauth" und „Punzirung" werden nach dem Antrage des Ausschusses eingestellt.

Es folgt die Berathung über die Bedeckung des Finanzministeriums, und wird dieselbe ohne Debatte nach den Anträgen des Ausschusses angenommen. Deßgleichen beschließt das Haus folgende vom Ausschusse vorgeschlagene Resolution, betreffend die Hof- und Staatsdruckerei: „Die Regierung wird aufgefordert, die Ergebnisse der Enquete-Commission noch durch eine Prüfung der Anstalt in finanzieller und wirthschaftlicher Beziehung zu vervollständigen und darüber zu berichten."

Das Haus schreitet zur Berathung über das Budget des Ackerbauministeriums. Als Redner sind eingetragen die Abgeordneten: Schönerer, Ruß, Heilsberg, Foregger, Dzwonkowski, Harant, Doblhoff, Riese-Stallburg, Czerkawski Euseb und Schrom.

Abg. Ritter v. **Schönerer** meint, daß bei vielen Posten des Ackerbauministeriums ohne Schaden Ersparnisse [illegible] genommen werden könnten. Er erklärt sich gegen die [illegible] des Forstgesetzes und bespricht sodann [illegible] Subventionswesen, wobei er findet, daß die Landwirthschaftlichen [illegible] Gesellschaften deßhalb im Niedergange begriffen sind, weil sie sich zu viel mit Subventionsfragen und zu wenig mit [illegible] Fragen beschäftigen. Ueberhaupt sei das [illegible] System der Subventionen absolut verwerflich; [illegible] fördern nur die Corruption. Ganz plan- und systemlos werde bei uns die Viehzucht gehandhabt und es wäre dringend geboten, diesfalls durch Anstellung von Wanderlehrern und [illegible] Verbreitung des landwirthschaftlichen Unterrichts Abhilfe zu schaffen. Redner schließt, indem er seine Ausführungen der Berücksichtigung des Ministers empfiehlt.

Abg. Dr. **Ruß** will auf die [illegible] des Vorredners nicht erwidern; er hält sich [illegible] an den Ackerbauminister zwei Anfragen zu richten, [illegible], die er [illegible], [illegible] nach einem [illegible], ferner nach einem Commassations-Gesetze [illegible] den Ackerbauminister, den

[illegible] Gesetzen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und das Haus [illegible] in die Lage zu setzen, dieselben in Berathung ziehen zu können.

Abg. Dr. **Heilsberg** tadelt die Vernachlässigung der Montan-Industrie, die in Oesterreich eingetreten ist. Man dürfe unter solchen Umständen nicht eine Anstalt hintansetzen, welche für die Montan-Industrie in Oesterreich so wichtig ist, wie die Berg-Akademie in Leoben. Redner plaidirt für die Erhöhung des von dem Ausschusse bei dem Titel „Montan-Lehranstalten" eingestellten Betrages um je 2000 fl. im Ordinarium und Extraordinarium.

Abg. Dr. **Foregger** bespricht die schreiendsten Gebrechen auf dem Gebiete der Forstwirthschaft und ersucht den Minister, diesem Zweige seiner Verwaltung eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er wendet sich sodann dem Landwirthschaftswesen zu, kritisirt das irrationelle Vorgehen bei Ertheilung von Subventionen. Auch dem Montanwesen werde, wie Redner meint, zu wenig Sorgfalt gewidmet.

Hierauf wird die Sitzung um 3/410 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Budgetdebatte.

Inland.

Wien, 16. December. (Parlamentarisches.) Wie wir bereits im Abendblatte meldeten, beschloß der Fortschrittsclub in seiner heutigen Versammlung, bei der Berathung des Finanzgesetzes dafür zu stimmen, daß über die Deckung des Deficits durch ein Specialgesetz Vorsorge getroffen werden soll. Der Antrag, der als ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung betrachtet wird, rief eine ziemlich lebhafte Debatte hervor, in der insbesondere Abgeordneter Klinkosch erklärte, er könne die Bestrebungen, das Ministerium um jeden Preis zu stürzen, keineswegs unterstützen. Es sei zu wünschen, daß die Regierung die Ausgleichsverhandlungen zu Ende führe und nicht etwa vorher durch eine Coalition der Fortschrittspartei mit der Rechten gestürzt werde. Würde die Regierung dadurch, daß die Fortschrittspartei mit der Rechten stimmt, zum Rücktritte gezwungen werden, so hätte nach der constitutionellen Praxis ein aus der Fortschrittspartei und der Rechten gebildetes Ministerium ans Ruder zu kommen. Zu solchen Consequenzen könne das Vorgehen Jener, welche die Beseitigung [illegible] Ministeriums verlangen, führen. Diesen Anschauungen schloß [illegible] auch andere Mitglieder des Fortschrittsclubs an. In [illegible] weiteren [illegible] des Abg. Klinkosch, er und seine [illegible] genossen würden aus dem Club austreten, falls der [illegible] die Bedeckung des Abgangs im Staatshaushalte nicht schon [illegible] im Finanzgesetze, sondern durch ein Specialgesetz zu sorgen, zum Clubbeschluß erhoben werden sollte, wurde von der Fassung [illegible] solchen Umgang genommen. Es steht mithin der Minorität des Fortschrittsclubs frei, für die unveränderte Annahme des Finanzgesetzes zu stimmen.

Das Herrenhaus wird Mitte nächster Woche wieder zusammentreten, um das Budget pro 1877, sowie die Vorlagen über die Handelsverträge mit England, Frankreich und dem Fürstenthum Liechtenstein noch in diesem Jahre zu erledigen.

Brünn, 15. December. [Orig.-Corr.] (Nach den Gemeindewahlen.) Mit den heute im ersten Wahlkörper vollzogenen Ergänzungswahlen für den Gemeinde-Ausschuß ist die heurige Wahlcampagne beendet. In den sämmtlichen drei Wahlkörpern wurden die vom Bürgercomité aufgestellten Candidaten gewählt, bis auf eine einzige Ausnahme, welche im zweiten Wahlkörper stattfand. Es zeigte sich heuer die charakteristische Erscheinung, daß die Czechen, welche [illegible] nie hier an den Gemeindewahlen sich betheiligen, es für [illegible] angezeigt fanden, ein Lebenszeichen von sich zu geben. Wie gering [illegible] Einfluß und wie ohnmächtig ihr Streben ist, in Brünn, dessen Charakter als deutsche Stadt sie bei jeder Gelegenheit, besonders im Landtage, auf das Entschiedenste negiren, Terrain zu gewinnen, zeigen die Wahlen auf das Eclatanteste. Auf die Matadore ihrer Partei entfielen im dritten Wahlkörper von 240 Stimmen netto 30, heute von 229 Stimmen kaum 15, im zweiten Wahlkörper 8 oder 9 Stimmen. Im Ganzen betheiligten sich in allen drei Wahlkörpern gegen 1000 Wahlberechtigte, und auf die czechischen Candidaten entfielen 40—50 Stimmen. Wahrlich diese Ziffern sprechen für sich selbst und machen jeden Commentar überflüssig.

Ausland.

Wien, 16. December. (Zur Orientfrage) wird der „Pol. Corr." aus Petersburg geschrieben: „Wiewol in den bisherigen Unterredungen zwischen dem Marquis of Salisbury und dem General Ignatiew die eigentlichen Fragen, in welchen eine Meinungsverschiedenheit sich ergeben könnte, noch nicht berührt worden sind, so wird dennoch von gut unterrichteter Seite behauptet, daß auf der heute zu eröffnenden Präliminar-Conferenz weder die Vertreter Englands noch das türkische Cabinet gegen die Forderung Rußlands, eine sichere Basis für die Durchführung der Reformen zu gewinnen, Einsprache erheben werden, da neben dem friedlichen und versöhnenden Wirken Deutschlands für die Beziehungen Rußlands zu England gleichzeitig ähnliche Bemühungen des österreichischen Cabinets für das Verhältniß Rußlands zur Pforte nicht ohne Wirkung geblieben sind. So haben denn in den letzten Tagen die Aussichten auf eine friedlichere [illegible] der Orientwirren etwas mehr an Consistenz gewonnen, indem in Folge des zu gewärtigenden Entgegenkommens der anderen Mächte auf die Vorschläge des russischen Cabinets in hiesigen maßgebenden Kreisen der Glaube an einen Erfolg der Conferenz mehr Boden [illegible]."

General-Consul Karzow, der seinen [illegible] über [illegible] genommen hat, ist Ueberbringer eines Handschreibens des Kaisers Alexander an den Fürsten Milan. Die dem fürstlichen Special-Bevollmächtigten Marinovits abgegebenen Erklärungen wiederholend, wird darin gleichzeitig der Wunsch und die Erwartung ausgesprochen, daß die fürstliche Regierung es nicht an Bemühungen fehlen lassen werde, den Anforderungen der Mächte Genüge zu leisten. In diesem Falle solle der Fürst der wohlwollendsten Unterstützung der kaiserlichen Regierung sicher sein.

Berlin, 15. December. [Orig.-Corr.] (Wichtiges über die Justizgesetze: Compromiß vereinbart.) Der Conflict zwischen Bismarck und dem Reichstag ist beschworen; die Justizreform, die schon für gescheitert galt, kann als gesichert betrachtet werden; damit melde ich Ihnen das neueste parlamentarische Ereigniß. Bundesrath und Reichstag werden sich verständigen, so gewiß eine Majorität zum Vorschein kommt, wenn die National-Liberalen, die Gruppe Löwe und die zwei conservativen Fractionen zusammenstehen. Man hat unter der Hand ein Compromiß zu Stande gebracht; von den Abgeordneten [illegible] Lasker, Bennigsen und Miquel, von den Ministern [illegible] Bismarck und Dr. Leonhardt. Der Eindruck, den die Abgeordneten gewonnen, war der: Leonhardt hat guten Willen, [illegible] keiner Gegenwillen. Das Compromiß beruht darauf, daß [illegible] Reichstag in Sachen des Zeugnißzwanges und der Schwurgerichte für Preßvergehen nachgibt, während der Bundesrath in die wesentliche Modificirung desjenigen seiner Strafrechts-Paragraphen willigt, der von den Competenz-Conflicten handelt. Die übrigen vom Bundesrathe bemängelten Paragraphen erhalten eine neue Formulirung, und sämmtliche 18 Punkte erfahren eine einheitliche Revision, so daß sie [illegible] untheilbares Ganzes an das Parlament gebracht werden. Man wird über Alles zusammen auf einmal abstimmen. Ein summarisches Verfahren ist beim Compromiß zur Anwendung [illegible], und anders ließ sich die Sache überhaupt nicht machen. Die Verständigung wird erzielt werden, denn hinter den Redactoren des Compromisses steht eine fest in sich geschlossene Majorität.

Am Montag nimmt die dritte Lesung ihren Anfang. Wir werden wahrscheinlich noch einmal recht lebhafte, sogar leidenschaftliche Debatten haben, aber schließlich die Justizreform in Sicherheit bringen.

Paris, 14. December. (General Ignatiew über die türkische Verfassung.) Den Interviewern des russischen Botschafters in Konstantinopel, General Ignatiew, hat sich vor einigen Tagen auch der Konstantinopeler Correspondent des „Moniteur Universel" angereiht. Derselbe berichtet über seinen im russischen Botschaftshotel abgestatteten Besuch im Wesentlichen das Folgende:

„Als ich mich um halb 2 Uhr Nachmittags im russischen Botschaftshotel einstellte, hatte der General gerade eine lange und ernste Unterredung mit dem Vertreter einer Großmacht. Ich wurde in einen Wartesalon geführt, dessen Fenster auf den Eingang des Bosporus gerichtet sind. Linke von der Eingangsthür [illegible] zunächst ein großes Porträt eines schönen lächelnden [illegible] in [illegible], bedeckt mit allen russischen Orden, auf, in [illegible] den Vater des Generals zu erkennen glaubte. Kaiser [illegible] niemals die Ergebenheit vergessen, welche dieser Officier ihm in der großen Verschwörung von 1825 bewies. Er ernannte ihn zum Gouverneur von Petersburg und wollte bei seinem Erstgebornen Pathe sein. Dieser Erstgeborne Nikolaus Paulowitsch Ignatiew, ist heute der von der ganzen Welt gekannte Diplomat, welcher während langer Jahre an den Ufern des Bosporus „Regen und schön Wetter" machte. In den reich ausgestatteten und mit dem Wappen des Generals geschmückten Albums blätternd, fiel mir auf der ersten Seite der schöne und gedankenvolle Kopf Fuad Paschas in die Augen; dann Ali Pascha, mit den Zügen eines ergrauten Antinous, Kiamil Bey und Mehmed Ruschdi Pascha, der jetzige Großvezier. Weiter fand ich eine Reihe bekannter Persönlichkeiten, von ungefähr durcheinander gemischt, wie auf einem Costumeball: Fürst Milan im Gewand von „Knickerbocker" und in Schlappstiefeln, nach Art eines großen Schlingels; Surmeli, den Capitän des famosen griechischen Blocadebrechers „Arcadion" neben einem Pascha, welcher vielleicht die Mission hatte, Kreta zu pacificiren; griechische und armenische Patriarchen, bulgarische Prälaten in einer zahlreichen Gruppe; Bourrée auf Outrey schielend, der gar nicht überrascht scheint; Moustier, eine blonde englische Miß lorgnettirend; Sir Henry Bulwer Lytton neben der Fürstin von Samos; Herrn v. Prokesch-Osten mit einem Notizbuch in der Hand. Ich wurde in meinen weiteren Studien durch den Eintritt des Generals unterbrochen. Der Botschafter reichte mir die Hand und als practischer Mann, der den Werth der Zeit kennt, ging er ohne Vorrede sofort auf die Materie ein, d. h. er begann mit der ihm eigenen Geläufigkeit, Verve und glücklichen Ausdrucksweise seine Anschauungen über die Tagesfragen und die Gesammtheit der Situation zu entwickeln. Eine Nummer der „Turquie", in welcher von der nahen Promulgation der türkischen Verfassung die Rede war, lieh ihm einen glücklichen Stoff zu geistreichen Witzen, zu beißenden und feinen Bemerkungen. Seine volle und sonore Baritonstimme hatte die reinsten Intonationen; sein volles und freies Lachen würde ich das „Lachen der Seele" nennen.

Man erzählt uns, so sagte er, amusante Dinge von dieser türkischen Verfassung und von den Peripetien, welche sie während der letzten Tage durchgemacht hat. Vor einigen Tagen glaubten Mithad Pascha und seine Mitarbeiter ihr Werk vollendet und fröhlichen Schritts gingen sie in den Palast, um die Sanction des Souveräns zu fordern, welche ihr Werk krönen sollte. Eine bittere Enttäuschung erwartete sie. Der Sultan, welcher seine Person und seine Rolle sehr ernst nimmt, strich mit einem Coup seines Crayons Alles, was die Situation, die Prorogation und die Macht des Souveräns streift. Man behauptet sogar, er habe gesagt: „Ich will nicht so viel Phrasen machen; der Sultan ist der Sultan, das ist Alles!" Mehmed Ruschdi Pascha, dadurch ermuthigt, griff nun an dem Werk Alles an, was die allmächtige und unverantwortliche Stellung eines Großveziers schädigt. Die anderen Minister protestirten gegen die Paragraphe, welche sich auf die ministerielle Verantwortlichkeit, ein „unerhörtes, unvernünftiges und monströses Ding", beziehen.

Mithad Pascha steckte ganz verwundert seine Verfassung in die Tasche und ging nach Hause, um gut oder übel die Bruchstücke wieder zusammen zu nähen. Seine Charte sollte 200 und einige Paragraphen haben; er mußte [illegible] Hälfte opfern und so wird er in einigen Tagen ein verstümmeltes Werk präsentiren. Wenn ich ein Journalist wäre, würde ich eine Satyre auf die türkische Verfassung schreiben, in welcher man einen absoluten Sultan, einen Großvezier als Vice-Sultan und Minister sieht, welche die Verantwortlichkeit zurückweisen. Es ist wahrhaftig ein Originalwerk und sui generis, für welches Mithad Pascha ohne Mühe ein Patent erhalten wird. Man behauptet, ich hätte an der [illegible] dieser Verfassung gearbeitet, bevor sie zur Welt kam. Das ist absolut falsch und meinen Anschauungen entgegen. Allein ich bin ungeduldig, diese Schöpfung Mithad's zu sehen und sie in ihrer ursprünglichen Schönheit zu bewundern. Was [illegible] Promulgation? Das ist Alles, was ich frage. Man behauptet, [illegible] hätte Furcht davor. Im Gegentheil, ich wünsche, daß [illegible] Osmanli all ihr Pulver verschießen, bevor wir [illegible]. Meine Situation wird dann eine [illegible] leichtere, [illegible] stärker sein. Mögen sie ein halbes [illegible] Verfassungen machen, das wird nichts an [illegible], nichts [illegible] Absichten, nichts an un[illegible] Provinzen ändern. Wann [illegible] einer Constitution zu reden angefangen? Erst als wir das Wort „Autonomie" aussprachen. Aber sie täuschen sich gewaltig, wenn sie glauben, uns noch einmal mit Versprechungen einschläfern zu können. Ich bin nicht der Mann, um einen Dachkater für einen Löwen hinzunehmen. Stets hat man auf der Pforte meine Vorschläge umgearbeitet und sie dann amendirt, modificirt, corrigirt und mir verschmiert zurückgeschickt. Endlich war ich gezwungen, zur Fabel zu greifen, wie sie den Orientalen gefällt, und vom Großvezier zu sagen: „Wenn ich eine Katze fordere, bietet Ihr mir einen Hund; wünsche ich einen Hund, präsentirt Ihr mir ein Pferd, und wenn ich ein hurtiges Pferd will, offerirt Ihr mir ein Kameel. Bei der Liebe Allah's! Gebt mir eine Katze, wenn ich eine Katze fordere." Die Sprache wurde endlich verstanden und so erhielten wir den Waffenstillstand. Auf die Constitution zurückkommend, sagte er zum Schluß: „Nein, nein! [illegible] Constitutionen und Reformen sind [illegible] was den [illegible] nothut und wir können dieses falsche [illegible] nicht annehmen." Bevor ich mich erhob, erlaubte ich mir, den General zu fragen, ob die militärische Occupation noch immer eine der unerläßlichen Garantien des russischen Programms [illegible]. Leicht ausweichend antwortete er: „Wir wollen zwei Dinge: das Massacre der Christen verhindern und die Muselmänner entwaffnen. Wir, meine Collegen und ich, werden die besten Mittel suchen, um diese beiden Resultate zu sichern."

Kostajnitza, 11. December. [Orig.-Corr.] (Die sociale Zukunft Bosniens. Eine Adresse an General Ignatiew.) Der Aufstand in Bosnien ist seit Wochen schon erloschen. Die Insurgenten lungern in Lumpen gekleidet, hungernd und viele obdachlos im Lande herum. Es ist gar nicht abzusehen, was in Bosnien geschehen kann, wenn nicht eine starke Hand hier eingreift, um Hilfe und — Ordnung zu schaffen. Man denke noch an die vielen Tausende, welche sich in Oesterreich als Flüchtlinge befinden und die nach ihrer Heimkehr nur zertretene Aecker, niedergebrannte Häuser und ein von den Truppen ausgesaugtes Land antreffen werden. Die türkischen Behörden haben selbst die größte Furcht vor den kommenden Tagen, da sie voraussehen, daß einer ausgehungerten besitzlosen Menge nur der Raub übrig bleibt. Daran werden sich vor Allem die bisherigen Insurgentenbanden betheiligen, welche heute, jedes Commandos entbehrend, zerstreut in Bosnien herumirren. Der sogenannte serbische „Oberst" Despotovics erwies sich unfähig, die Banden zu vereinigen oder zu organisiren und heute ist er unter den Bosniaken der bestgehaßte Mann.

Wie Ihnen gewiß schon gemeldet wurde, ist eine Deputation mit einer „Masbata" gegen die Reformen nach Konstantinopel abgereist. Uselaz, der ehemalige sogenannte Vertreter der Insurgenten in Belgrad, hat in Folge dessen eine Adresse an General Ignatiew verfaßt und diese von Insurgenten unterzeichnen lassen, worin der russische Botschafter gebeten wird, der Pforte Namens eines anderen Theiles der Bevölkerung Bosniens zu erklären, daß die christlichen Bosnjaken der beiden christlichen Confessionen niemals wieder unter die türkische Herrschaft zurückkehren wollen und werden.

Kischenew, 12. December. (Von der russischen Südarmee.) Wenn auch der Krieg mit der Türkei vielleicht noch problematisch ist, so nehmen doch die Vorbereitungen für den eventuellen Vormarsch der Armee unausgesetzt ihren Fortgang. Sollte es wirklich zum Kriege kommen, so deutet Alles darauf hin, daß ein starker Theil der Armee den Donau-Uebergang bei Reni zu suchen bestimmt sein dürfte. Demgemäß soll dieser Theil der russischen Streitmacht den Pruth nicht überschreiten, sondern den genannten Fluß entlang seinen Marsch über Leowo, Kahul und Bolgrad nehmen. Bei letzterem Orte würde sich ein rumänisches Corps den Russen anschließen. Allem Anscheine nach will die russische Heeresleitung auf die gewöhnlichen Punkte, an welchen in früheren Feldzügen die russischen Armeen die Donau zu übersetzen pflegten, diesmal nicht reflectiren. Dem Obercommando soll, wie die „Pol. Corr." meldet, eine diplomatische Kanzlei beigegeben werden, an deren Spitze entweder Baron Jomini oder der russische General-Consul in Bukurest, Baron Stuart, möglicherweise auch Botschaftsrath v. Nelidow treten dürfte. Es werden somit bei dem Hauptquartier zwei Civil-Kanzleien bestehen: eine für die Verwaltung der zu occupirenden Gebiete, zu deren Leiter bekanntlich Fürst Tscherkaskij designirt ist, und die andere für rein diplomatische Angelegenheiten.

In Odessa sind mehrere Correspondenten russischer und ausländischer Blätter eingetroffen, um der Süd-Armee als Berichterstatter zu folgen. Der Obercommandant scheint aber die Nützlichkeit dieses Gefolges nicht einzusehen, und wurden die betreffenden Gesuche der Correspondenten abschlägig beschieden. Fast täglich kommen Feldcouriere aus Petersburg hier an. Der gestern hier eingetroffene Courier soll besonders wichtige Depeschen und Verfügungen gebracht haben, da kurz nach Eröffnung der Depeschen in den Kreisen des Generalstabes eine lebhafte Bewegung wahrzunehmen war.

Wie versichert wird, sollen dieser Tage via Odessa-Akkerman-Olviopol zerlegbare Kanonenboote nach Bessarabien gebracht werden. Dieselben werden mit der Bahn nach der Donau befördert werden. Diese Boote können in der kürzesten Zeit zusammengesetzt werden und wird man bei einem eventuellen Uebergang über die Donau Kanonenboote zur Verfügung haben, deren man sich mit großem Nutzen wird bedienen können. Es ist übrigens Thatsache, daß Matrosen und Marinesoldaten sowol aus Kronstadt als auch aus Nikolajew nach dem Pruth abgegangen sind. Der Sohn des Obercommandanten, Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch, begibt sich im Auftrage seines Vaters nach Chotin und Akkerman zur Inspicirung der Artillerie zweier Armeecorps. Nach Meldungen der betreffenden Commandanten sind sämmtliche Festungen am Dniester und Dniepr vollständig armirt und in Vertheidigungszustand gesetzt.

[illegible], 10. December. (Die türkische Donau-Armee.) [illegible] hiesigen türkischen Militärkreisen verlautet, daß die [illegible] Donau-Armee aus fünf Armeecorps besteht, welche etwa in zwei bis drei Wochen vollständig concentrirt sein werden. Nach Anordnung des Seraskiers ist die Donau-Armee aus [illegible] Truppentheilen und Truppengattungen zu bilden: 30 Regimenter Infanterie, 31 Bataillone Jäger, 16 Cavallerie-Regimenter und 3 Regimenter Grenzsoldaten. Die Artillerie hat aus 68 Batterien zu 6 Geschützen oder in Summa aus 408 Geschützen zu bestehen. Diese Truppenkörper haben die active Armee zu bilden. Außerdem wird ein Reservecorps aus 30 Regimentern Irregulärer, das Regiment zu 1800 Mann, gebildet. Wenn es der Pforte gelingt, diese Macht effectiv auf die Beine zu bringen, so könnten ihre Aussichten in einem eventuellen Kriege sich bedeutend günstiger gestalten, als man allgemein annimmt. So viel steht aber schon heute fest, daß die Pforte die ungewöhnlichsten Anstrengungen macht, den Russen sehr bedeutende Kräfte in Asien wie an der Donau entgegenzuwerfen. Seit einigen Tagen mehren sich wieder die Truppenzuzüge in Bulgarien.

Einer alten türkischen Staatstradition zufolge müssen die mahomedanischen Grundbesitzer, im Falle daß das ottomanische Reich in eine schwere auswärtige Verwicklung geräth, auf eigene Rechnung Mannschaften ausrüsten und dem Sultan zur Verfügung stellen. Diesen Heerbann nennt man „Semins" und ist seit mehr als einem Jahrhundert die Aufbietung dieses Hilfsmittels nicht mehr vorgekommen. Nun sollen auch die „Semins" als Hilfstruppen aufgeboten werden. Der Seraskier will, daß aus diesen Mannschaften dreißig Bataillone gebildet werden sollen, was aber schier seine Schwierigkeiten finden dürfte. Die mahomedanischen Grundbesitzer sind nicht in einer solchen Lage, die ihnen erlauben würde,

Nr 288. Kraków, 17 Grudnia — Niedziela. Rok 1876.

CZAS

[illegible] Prenumerata wynosi: [illegible]

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
[illegible] w państwie Austryackiem	24	6	2·50
do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Prenumerata przyjmuje się tylko od [illegible] — Listy reklamacyjne [illegible] — Listów nieframkowanych nie przyjmuje się. — Rękopisma [illegible] nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują: [illegible] Miejscową pren. [illegible] ul. Heltmańska 10; [illegible] faubourg Poissonnière 35; w Świdnicy pp. Haasenstein & Vogler [illegible] w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. [illegible]

Przedpłata na „CZAS"

od dnia 1go **Stycznia** 1877 r.

Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem:

na pół roku	na kwartał	na 1 miesiąc
złr. 12	złr. 6	złr. 2·50

Uprasza się o wczesne zamawianie i wyraźne wypisanie nazwiska i miejsca odbioru, albo nadesłanie dawnej opaski drukowanej z adresem.

Prenumerata liczy się tylko od ***pierwszego*** do ostatniego dnia w miesiącu.

Prenumeratę najdogodniej przesyłać ***przekazem pocztowym.***

Cena „*Czasu*" za granicą ogłoszona jest w tytule każdego numeru.

Kraków 16 grudnia.

Zmiana gabinetu we Francyi przemija niemal niepostrzeżenie i nie ma znaczenia wypadku doniosłości europejskiej. Więcej rozgłosu miało zwycięztwo radykalizmu w wyborach włoskich i wzmocnienie gabinetu rzymskiego ze skrajnego stronnictwa, bo Włochy dziś ważniejszy i bardziej znaczący stanowią czynnik w kombinacyach europejskich niż Francya, która porzuciła wszelkie posterunki wpływ jej niegdyś zapewniające w polityce zagranicznej. Nie sama tylko obawa wstrzymuje ją od czynnej roli, nie można do niej zastosować słów, jakiemi Rosya tłumaczyła swą bierność i powściągliwość przez lat kilka po wojnie krymskiej „*la Russie ce recueille*". Francya nie wypoczywa, nie skupia sił, aby odzyskać utracone stanowisko; Francya przebywa jeszcze wewnętrzny proces, bo stopniowo stacza się po tej pochyłości, która wiedzie do rozkładu i anarchii rewolucyjnej.

Świeżym tego dowodem zmiana gabinetu, która znów postawiła u steru jednego z tych retorów, którzy wyrobili sobie doktryny stałe i niezmienne i chcą podług nich rządzić bez względu na społeczność do której je stosują i na okoliczności. Juliusz Simon jest osobistością więcej znaczącą jako teoretyk, niż jako polityk. Wyznawca moralności wyzwolonej od religii, jest on dziś głównym reprezentantem kierunku urzędowej bezwyznaniowości, społecznego i cywilizacyjnego ateizmu. Zdawało się, że ludzie tej barwy, którzy po upadku drugiego Cesarstwa torowali bezwiednie drogę Komunie, nie tak rychło dojść będą mogli do władzy. Reakcya zdrowych zasad zużyła się prędko, przyznać trzeba, że skutkiem własnej nieporadności i niezdolności wyzyskania warunków, jakie jej nadawała konserwatywna Izba. Po nowych wyborach już druga następuje kryzys gabinetowa, a zawsze jej ofiarą padają ci ministrowie, którzy wstrzymywali zapędy racyonalizmu. Hamulec, jakim miał być senat, okazał się bezskutecznym, nie zdołał on na wiosnę utrzymać Buffeta, a teraz kryzys gabinetowa, w której uległ Dufaure, odbyła się po za plecami senatu skutkiem zajść w Izbie deputowanych. Z Dufaurem ustąpił Marcère, który właśnie do tych zajść dał powód, poświęcono więc, obok konserwatywnego ministra, jego kolegę z lewicy, aby odnieść ważniejsze zwycięztwo, bo wprowadzić tak wydatny żywioł, jakim jest Juliusz Simon.

Żywioł to doktrynerski, strojący się w togę moralisty i retora. Dla czego odrazu nie zrzucono przybrania, kiedy racyonalizm ma widoczną przewagę, i zamiast tej wznowionej kombinacyi nie wywieszono sztandaru republiki gambettowskiej. Bo jeszcze ostał się marszałek Mac-Mahon, jeszcze nie ubiegł termin siedmiolecia, a Simon jako echo Thiersa jest w niezgodzie z Gambettą. Prezydentura marszałka daje się tylko uczuwać w kombinacyach przy zmianie składu gabinetu. Za każdym razem Mac-Mahon uczynić musi nowe ustępstwo i nową tranzakcyą. Za każdym razem zapowiada, że dalej nie pójdzie, że wstrzyma prąd pchający Rzeczpospolitą na skrajne tory. Wszelako bieglejszy w taktyce wojennej niż parlamentarnej, poświęcać musi jednego po drugim ministra i powagą swego imienia osłania kierunek, który stopniowo, z wielką oględnością, ale nieprzepartą konsekwencyą zdobywa nowe pozycye dla republikanizmu radykalnego.

Wyczekujące stanowisko prawdziwego przywódcy lewicy Gambetty, który rachuje się z marszałkiem prezydentem i trzyma na wodzy swoje stronnictwo od przedwczesnych wyskoków, zdaje się zapowiadać, że jeszcze nie nadeszła chwila. Od Juljusza Simona do Gambetty niedaleki jednak przedział. Już nie kwestya zasad, ale tryb ich zastósowania a wreszcie kwestya prezydentury stoi tylko na zawadzie, bo jak zauważył jeden z konserwatywnych dzienników francuskich, Gambetta, który już posiadał nieograniczoną władzę, nie może być ministrem pod prezydenturą marszałka Mac-Mahona. Zanim przeto powieje sztandar republiki czerwonej, trzeba będzie przetrwać siedmiolecie, lub do reszty podkopać władzę i powagę marszałka.

KORESPONDENCYA „CZASU."

Wiedeń 15 grudnia.

(*R.*) Ci, co liczą na ocalenie pokoju europejskiego i na pomyślny rezultat prac konferencyi, może już wkrótce innego nabiorą przekonania. Z dwóch powodów Rosya przez chwilę udaje pokojowe dążenia, a nawet Car onegdaj oświadczył deputacyi kupców i przemysłowców w Petersburgu, iż spodziewa się utrzymania pokoju. Jednym z tych dwóch powodów jest odwilż panująca od kilku tygodni, w skutek której przewóz i marsz armii rosyjskiej przez Rumunię, jest wielce utrudnionym; drugim powodem jest zręczna taktyka dyplomacyi rosyjskiej, która w chwili stanowczej zniża swe żądania, aby dowieść Europie, iż z Turcyą nie można żadną miarą dojść do końca. *National Ztg* bardzo słusznie na tę taktykę kładzie nacisk wielki. Chcąc poznać znaczenie prawdziwych dążeń rosyjskich, nie należy oglądać się na Stambuł i na salę konferencyi, lecz na Kiszeniew i na przygotowania, jakie czyni głównodowodzący armii południowej. Te zaś nie wskazują na pokój. Co się tyczy gadki o słabości wojskowych sił rosyjskich, to — nie wchodząc w rozbiór kwestyi ściśle wojskowej — przypomnieć trzeba, iż nigdy jeszcze właściwa potęga armii nie rozstrzygała o wojnie. Każde państwo wierzy w siłę swej armii; Francya wypowiadając wojnę w r. 1870 uważała się za silną, a zresztą bywają sytuacye, które odwrotu i cofnięcia się nie pozwalają. Jakim jest stan armii rosyjskiej, jakie ona ma widoki zwycięstwa, — aby to ocenić —

„Trzeba mieć oko twe, Napoleonie,
„Lub twoje, ruski intendancie prochu!
„Ty, nie zważając na ludzi i konie,
„Jaszczyków patrzysz, wnet liczbę ich zgadłeś:
„Wiesz, ile w każdym ładunków ukradłeś."

W sprawie bankowej żadna nie zaszła zmiana, żadne też dotąd nie nastąpiło zbliżenie między obu rządami. Utrzymują za rzecz pewną, że p. Tisza — aby przyspieszyć decyzyę — ponownie podał się do dymisyi, prosząc N. Pana o wypowiedzenie ostatniego słowa. Rada państwa d. 20 b. m. rozejdzie się na święta. Powtórne jej zebranie się zawisło właśnie od pytania, czy rządy znajdą środek pogodzenia sprzecznych zapatrywań w sprawie bankowej.

Wiedeń 15 grudnia.

(*220 posiedzenie Izby deputowanych*).

W uzupełnieniu sprawozdania z posiedzenia wczorajszego niewiele już dodać wypada. Podane już na samym końcu sprawozdania tego pozycye tytułu 19 uchwala Izba bez dyskusyi, a tak cały budżet wydatków w ministerstwie oświecenia już uchwalony.

Zrekapitulujmy wydatki. W *lit. A.*: „Wydatki centralne" domagał się rząd przyzwolenia wszystkiego razem 1,235,862 złr., w *lit. B.*: „Wydatki na cele kościelne" 5,803,359 złr., *lit. C.*: „Wydatki na cele naukowe" 11,484,401 złr. czyli ogółem 18,523,612 złr. Komisya wnosiła w *lit. A.* 1,223,900 złr., w *lit. B.* 5,066,008 złr., w *lit. C.* 10,972,916 złr., czyli razem 17,262,824 złr. [illegible] *A.* i *B.* wedle wniosków komisyi, w *lit. C.* [illegible] jeszcze 5,000 złr. na szkołę handlową Porgesa, razem przeto uchwaliła 17,257,824 złr. W porównaniu z rokiem 1876 uchwalono w *lit. A.* 33,282 złr. więcej, w *lit. B.* 92,485 mniej, w *lit C.* także mniej o 517,485 złr., ogółem przeto 576,698 złr. mniej niż na r. 1876.

Izba przechodzi do działu dochodów ministerstwa oświecenia i uchwala stosownie do wniosków komisyi wszystkie kwoty, które wyszczególniam: Nasamprzód w *lit. A.* [illegible] jest dochodów 19,760 złr. [illegible] o 1 złr. wyżej. [illegible] w *lit. B.* na cele kościelne: z funduszów [illegible] z wszystkich krajów razem dochodów [illegible] 3,438,546 złr., nadzw. 3,585 złr. w Galicyi [illegible] złr., z Krakowa 16,758 złr. dochodów [illegible] z lasów i dóbr fundacyjnych dochodów [illegible] 425,000 złr., nadzw. 4,000 złr. [illegible] dochodów zwycz. [illegible] 1,120 złr.; wszystkich razem przeto dochodów 3,8[illegible],125 złr. Preliminarz rządowy [illegible] wnioskami komisyi. W *lit. C.* na [illegible] na cele naukowe preliminował rząd dochody razem w ilości 3,027,530 złr. Komisya preliminuje tylko 2,731,801 złr., czyli o 295,729 mniej od preliminarza rządowego. Ogółem przeto wedle wniosków komisyi i uchwał Izby jest dochodów na ministerstwo oświecenia 6,633,686 złr., którą to kwotę [illegible] od uchwalonej z podanej wyżej ogólnej kwoty wydatków, otrzymamy w rezultacie, że wydatki przewyższają dochody o 10,624,138 złr.

Dzisiejsze posiedzenie zagaja prezes Rechbauer o godz. 11 min. 15 przy bardzo nielicznym z początku udziale deputowanych.

Na porządku dziennym ciąg dalszy szczegółowych obrad budżetowych. Po budżecie ministerstwa oświecenia następuje w sprawozdaniu ogólnem budżet ministerstwa skarbu; ze względu jednak na nieobecność ministra skarbu proponuje prezes wziąć pod obrady budżet ministerstwa handlu.

Budżet ten w *lit. A.* obejmuje: „Właściwe nakłady państwowe", które razem wynoszą w wydatkach zwyczajnych 1,699,200 złr., w nadzwyczajnych 1,826,912 złr

W dyskusyi zabiera głos pierwszy dep. Dr. Schaup, który ogólnie krytykuje działalność ministerstwa handla, nie poruszając jednak polityki handlowej. Przedewszystkiem radzi mówca ministrowi wziąć sobie ministra rolnictwa za wzór pod względem oszczędności. Świetlanemi punktami na widnokręgu działalności ministra handlu są tylko poczty i telegrafy i szkoły przemysłowe. Co do ordynacyi procederowej niema żadnego postępu. Zaprowadzenie nowych miar i wag odbyło się w sposób najsmutniejszy (o czem Galicya wie najlepiej), tak że po wsiach dotychczas gdzie niegdzie nie przeprowadzono wcale tej reformy. O programie kolejowym tak zeszłorocznym jak tegorocznym wyraża się mówca bardzo niepochlebnie; jeśli rząd spodziewa się korzystnego wpływu na targ pieniężny z ratowania kolei zbankrutowanych, mówca wcale niepodziela tej nadziei. Nie samego ministra obwinia o złe kierownictwo spraw kolejowych, lecz nieszczęsnych doradzców, mianowicie generalnego dyrektora spraw kolejowych. Mówca nie spodziewa się nic dobrego po nowym programie kolejowym, jeśli wykonanie jego pozostać ma w ręku, które złożyły już dowody, że nie znają się na rzeczy.

Dep. bar. Walterskirchen głównie o przemyśle domowym się rozwodzi, tudzież o szkołach przemysłowych, które krzewić i z wszystkich sił popierać trzeba, bo najlepszy przykład daje Anglia, że niezmierne kapitały złożone w tych szkołach obfitą przynoszą korzyść. Lud austryacki posiada wiele zdolności do przemysłu domowego; trzeba tylko zdolności te kształcić i do zręczności dodać mu nieco gustu i fantazyi szlachetniejszej. Mówca kończy rzecz swą wnioskiem, aby Izba w miejsce wniesionych przez komisyę 190,000 złr. wydatków nadzwyczajnych na szkoły przemysłowe i krzewienie przemysłu domowego uchwaliła 19[illegible] złr.

Dep. Neuwirth krytykuje handlową politykę ministerstwa, przytaczając jako przykład [illegible] traktat handlowy zawarty z Rumunią, który Izba uchwaliła tylko pod naciskiem kwestyi gabinetowej. Traktat ten daje mówcy sposobność do obszernej ekskursyi na pole polityki handlowej na Wschodzie, która za wzorem [illegible] pierwszą [illegible] zwierzchnicze Porty. Traktat z Rumunią [illegible] krajowi te[illegible] w Rumunii od [illegible] żądań władz tamtejszych. Mówca wogóle ubolewa nad lekkomyślnością, z jaką centralna władza handlowa w Austryi przystępuje do załatwiania trudnych spraw: traktaty handlowe gotowe są w tygodniu, a statuty bankowe w 24 godzinach!

Dep. Steudel przemawia przeciw jednej z poszczególnych pozycyj, dotyczącej miasta Nördlingen, a nakoniec równie nieciekawie rozwodzi się o kolejach konnych.

Dep. Jaworski wytyka rządowi, że upośledza Galicyę pod względem budowania kolei żelaznych i ujemnie krytykuje cały rządowy program kolejowy, który właściwie jest żaden.

Dep. bar. Zschock motywuje pokrótce i stawia wniosek, aby zamiast wniesionej przez komisyę pozycyi 4000 złr. subwencyi dla Muzeum oryentalnego w Wiedniu, przyzwolić 10,000 złr.

Dep. Rodler porównywa poszczególne normy taryf kolejowych w Austryi, z normami taryf niemieckich, które są znacznie niższe; dziwi się, że rząd mimo zaniesionych doń od lat dziesięciu petycyj i żądań co do zniżenia i uregulowania taryf kolejowych dotychczas nie uczynił im zadosyć. *Ad usum Delphini* — bo tyle znaczą słowa mówcy, że pragnie, aby głos jego usłyszano i po za Izbą — zaznacza mówca stanowisko swe w sprawie rokowań z Węgrami, wyrażając ogólnikowo życzenie, aby rząd zakończył te rokowania w duchu ścisłych stosunków z Węgrami, ku dobru całej monarchii.

Dep. Wittmann wyszczególnia okoliczności nie sprzyjające rozwojowi austryackiej marynarki handlowej; między innemi przytacza brak ordynacyi marynarskiej (*Seemannsordnung*), w miejsce której istnieje dotychczas tylko prawo zwyczajowe. Mówca wnosi, aby jednę pozycyę na utrzymanie i pomnożenie budowli portowych podwyższyć o 20,000 złr., drugą o 15,000 złr.

Tu stawiono wniosek o zamknięcie dyskusyi, który jednak nie zyskuje większości głosów.

Dep. Dr Weigel popiera wniosek bar. Walterskirchena o podwyższenie wydatków na szkoły drobnego przemysłu o 5000 złr., a to już przez wzgląd na to, że zaoszczędziło się tę kwotę przez odrzucenie subwencyi dla szkoły handlowej Porgesa wśród obrad wczorajszych, wykazuje, jak pożyteczne jest założenie szkoły koszykarskiej w Krakowskiem i garncarskiej w Kołomyi; zaleca zaś, aby się nie ograniczano na tem, ale wobec dobrego początku dalej postępowano na tej drodze, i jakikolwiek byłby rezultat głosowania nad wnioskiem Walterskirchena, aby rząd nie uszczuplał subwencyi przyrzeczonej Galicyi z tego powodu, że doznał znaczniejszego okrojenia funduszu na te szkoły na r. 1877. Resztę wywodów pozostawia mowca następcy swemu, który jest

dep. Bodyński, przemawiający na rzecz szkoły handlowej we Lwowie.

Przemówienia deputowanych Polaków krótko tu zbyć mi wolno, zwłaszcza wobec spóźnionej już pory, skoro podacie je w całości.

Dep. Kronawetter stawia wniosek o znaczne okrawanie pozycyj niektórych. Niedosłyszałem dobrze wniosku i podać nie mogę, ale nic się na tem nie traci, bo wniosek następnie w głosowaniu upadł.

Dep. Barenter stawia wniosek ewentualny na wypadek nieprzyjęcia wniosku dep. bar. Walterskirchena. Nie podaję go, bo wnioskodawca sam później go cofnął.

Po przemówieniach całego jeszcze szeregu mówców, z których jedni żądali podwyższenia, a przynajmniej nieokrawania pozycyj, nie stawiając jednak wniosków, inni oświadczali się za wnioskami komisyi, zabiera głos minister handlu p. Chlumecki, by głównie odeprzeć zarzuty dep. Neuwirtha o traktacie handlowym z Rumunią, który poczytuje sobie za zaszczyt wobec naśladownictwa, jakie traktat ten znalazł w innych krajach.

Sprawozdawcy specyalny i generalny zwalczają wnioski powyższe, stawione przeciw wnioskom komisyi, sprawozdawca generalny nadto broni rządu w sprawie traktatu handlowego z Rumunią; poczem następuje głosowanie.

Wszystkie wnioski deputowanych upadają, utrzymują się wnioski komisyi. Za obchodzącym nas wnioskiem bar. Walterskirchena głosowali deputowani Polacy, prawica cała, niektórzy z środka i skrajnej lewicy, [illegible] tylko 88 głosów [illegible] Dep. [illegible] głosowali [illegible] Muzeum oryentalne z 4,000 złr. [illegible]

Lit. B. w budżecie ministerstwa handlu [illegible] „Poczta" 14,950,000 złr. wydatków zwyczajnych, „Telegrafy" 3,650,000 złr. wyd. zw., 120,000 wyd. nadzw.

W dyskusyi dep. Dr Roser wnosi rezolucyę w sprawie poczt dolno-austryackich, umotywowaną względami oszczędności.

Godz. 4 min. 40. Przemawia dep. X. Ozarkiewicz.

Londyn 11 grudnia.

Z bardzo pewnego źródła mam następujące szczegóły w sprawie wschodniej:

Mylną jest obiegająca pogłoska, że pełnomocnik angielski zezwolił na okupacyę rosyjską Bułgaryi. Lord Salisbury czyni zapewne w tej chwili koncesye Rosyi, lecz nie sięgają one jeszcze tak daleko. Pełnomocnik angielski pragnie przedewszystkiem, aby się konferencya odbyła. Gdy się konferencya zbierze i żądania rosyjskie sformułowane zostaną na naradzie wobec Europy, inne mocarstwa żądać będą od Rosyi uroczystych przyrzeczeń, że ograniczy akcyę swą w razie, gdyby jej poruczono wykonanie programu specyalnego w tym kierunku.

Poszanowanie prawdy historycznej wkłada na mnie obowiązek nie tajenia, że u publiczności angielskiej zaczyna się objawiać pewne niedowierzanie w wielki *meeting*, który się odbył w piątek. Lecz winienem wam równie zwrócić uwagę, że wszyscy zachwyceni tu są zapatrywaniem się prasy paryskiej na cel tego *meetingu*, mianowicie *Debatów*, *Constitutionela* i *République française*.

Wielkie wątpliwości powstały również między publicznością angielską co do skutku patryotycznego tego *meetingu*. Nieobecność pp. Lowe, Argyll, Hartington, Granville i Forstera ciągle tu jest komentowaną.

Konstantynopol 10 grudnia.

I jeszcze jedno sprzysiężenie! a zawsze przeciw Abdulowi Hamidowi na korzyść Murada V.

Sprzysiężeni zostali aresztowani wczoraj w nocy. Dwaj są muzułmani, dwaj inni Grecy-rajasy, a jeden z nich jest dawnym elewem drogmańskim konsulatu angielskiego, nazwiskiem Stavrides, którego ojciec jest drogmanem w tym konsulacie.

Spisek ten był tak niezręcznie uknuty, że zapytują się, czy spiskowcy nie są równie obłąkani, jak ex-sułtan, którego chcieli uwolnić.

Mieli oni wtargnąć przebrani za cyganów w głąb pałacu Czeragan, gdzie jest zamknięty Murad, porwać go i zawieść parowcem do Odessy.

Plan ten, który śmiałością swą przypomina bohaterów Aleksandra Dumasa lub Ponson de Terrail, musiał naturalnie niepowieść się.

Turcy przypisują jen. Ignatiewowi myśl tego wykradzenia, a co do mnie, nie śmiałbym temu przeczyć. Lecz zapytacie, jaki może mieć interes Rosya w sprzyjaniu ucieczce Murada? Na to pytanie odpowiadają Turcy: Dawny Sułtan jest obłąkany a przywracając go na tron, Rosyanie spodziewają się łatwiej

---

Ruch literacko-artystyczny.

Z KRAKOWA.

Dotychczas utartem było mniemanie, że Kraków zachował odrębny urok czystej, niezmąconej polskości. Nieraz przynajmniej zdarzało nam się widzieć przybywających z dalekich stron, którzy dążyli do naszego miasta z bijącem sercem, z łzą w oku, aby odetchnąć swobodnem powietrzem i skąpać się w tej krynicy tradycyi i poczuć narodowych. Niebyły to jednak przelotne tylko wrażenia, bo mury naszego miasta nietylko przyciągają, ale i zatrzymują przybywających, którzy tu jakoś lgną chętnie utrzymując, że znachodzą w Krakowie ognisko życia, prac i dążeń na wskóś polskich...

...Wszystko to złudzeniem. Zaraźliwa tu panuje atmosfera, na którą ciągle czytamy skargi w niektórych pismach lwowskich. Gdyby nie straż, jaką rozciągają te pisma i ciągła kontrola patryotyzmu, Kraków dawnoby już przestał być polskim. Pod skrzydła tych pism arcynarodowych tulą się ci wszyscy, którym duszno wśród ucisku, jaki w Krakowie ma panować. Wszystko też co krakowskie bywa podejrzywane jako niepatryotyczne. Co chwila pojawia się jakieś oskarżenie o zbrodnię *de lèse nation*, jakiej się Kraków dopuszcza. Ciągle tu policzkują stronnictwo narodowe, jak się świeże wyraziła pewna *Gazeta*, która przoduje w tej kontroli patryotyzmu *sui generis*. Ostatni policzek miał zadać *Czas* stronnictwu narodowemu, to jest stronnictwu *Gazety*, bo naród polski jeszcze dzięki Bogu niezeszedł do znaczenia stronnictwa. Policzkiem tym było umieszczenie mowy pogrzebowej, która nieprzypadła do smaku faryzeuszom patryotyzmu, którzy rzucają anatema i rozdzierają szaty w imię narodu. Uzurpowane to arcykapłaństwo narodowe przemawiające tak uroczyście i udające zgorszenie graniczy z żakostwem, którego zwyczajem, gdy czegoś nierozumie gwizdnąć za uchem, lub język pokazać.

Mowa, która wywołała ostatnie zgorszenie *Gazety* należy do najpiękniejszych aktów patryotyzmu, trochę wyżej i szczytniej zrozumianego. W imieniu dwóch instytucyj trzymających ster nauki wśród narodu, pożegnać trumnę samotną zbłąkanego człowieka i piętnując błąd wyrzec słowa, aby lekką mu była ta ziemia, która mu tak ciężyła za życia, nieusprawiedliwiać ani osłaniać zboczeń i win, lecz odezwać się z przebaczeniem w imię poczucia chrześciańskiego, w imię nauki, i tych instytucyj narodowych — toć przecież czyn, któryby niepowinien wzbudzać oburzenia

Niedawno pokrewne *Gazecie* pismo dowodziło, że obchody pogrzebowe są potrzebne jako sposobność objawienia żywotności narodowej. Niepodzielając tej teoryi, powiemy, że jeśli kiedy to przy tej trumnie Walewskiego żywotność idei narodowej świetnie się objawiła w mowie p. Szujskiego. Ten co nie umiał uszanować przeszłości narodu, której poświęcał swą pracę, co obrażał uczucia polskie schodził do grobu, a z pośród kolegów odezwał się głos stwierdzający, że osobisty obłęd nic nie może przeciw potędze idei, że człowiek upada, a naród idzie dalej. Lecz głos ten niepominął i innych grzechów i innych zboczeń, które dążenia narodu w przeciwnym kierunku skrzywić usiłują. Nie było też w mowie frazesów patryotycznych na krój lwowski, ale szeroko pojęte poczucie godności narodowej i powagi naukowej na krój prawdziwie akademicki.

Na cmentarz przenosi się obecnie polemika, jest to następstwo owej teoryi, że pogrzeby są potrzebne jako sposobność stwierdzenia żywotności narodowej. Powoli przyjdzie do tego, że turnieje dziennikarskie odbywać się będą na grobach, a kości nieboszczyków służyć będą za broń do zapasów.

Nam czas już powrócić w weselsze sfery. Oto właśnie w poniedziałek rozpoczyna się salonowy jarmark pełen rozmaitości i ponęty. Od prelekcyj adwentowych na bratnią pomoc młodzieży uniwersyteckiej i od wenty na korzyść Towarzystwa dam Śgo Wincentego à Paulo zwykł się zaczynać ruch towarzyski. I wszystko powraca tą samą koleją, co przeszłego roku, co przed dwoma laty, aż wir karnawałowy po Świętach wstrzyma rozrywki umysłowe.

Ten systematyczny obrót kalendarza towarzyskiego ma swą monotonią, ale ma i rozmaitość. W podobnym porządku idą odczyty, prawie te same powtarzają się imiona prelegentów i ta sama zgromadza publiczność. Ale jakaż rozmaitość w doborze przedmiotów! Prelekcye publiczne mogłyby utworzyć już osobną formę dla tych drobnych [illegible] cyj z miniaturową wykończonych [illegible] ale tak przykrojonych, aby się dały pomieścić w ramach jednej godziny. Szkoda, że niezebrane dotąd w osobną kolekcyę wyborowych odczytów, byłaby to publikacya, któraby z czasem mogła stworzyć osobną gałęź literatury epizodycznej. Inaczej przedmiot traktuje się w obszerniejszem dziele, a inaczej w tych rozmiarach monografii; inaczej też pisze się dla czytelnika, a inaczej dla słuchaczów a nadto [illegible] słuchaczek. Artystyczna oprawa jest tu konieczną, aby przedmiot stał się ponętnym i popularnym. Jest też wielka różnica między warunkami stylu piśmiennego a warunkami oratorskiemi. Kto wie nawet, czy już między młodszymi autorami nie daje się dostrzegać ten wpływ prelekcyi, czy sposób pisania nie nabiera coś właściwości oratorskich.

Ów jarmark salonowy, jakeśmy pozwolili sobie przetłumaczyć francuską nazwę wenty rozpoczyna się w poniedziałek. I tu wielka rozmaitość czeka kupujących. Podziwiać należy dar inwencyi, równie jak wytworny smak i praktyczny zmysł, z jakim przez cały rok prezesowa Towarzystwa przygotowuje różne nowości i niespodzianki. Gdyby Kraków był większem miastem, przedmioty wystawiane na wencie, te zwłaszcza które niepochodzą ze sklepów, ale są produktem własnej pracy i smaku mogłyby stanowić modę. Różni się też tem wenta od zwykłych loteryi na cele dobroczynne, że kiedy zwykle na loteryach te samo przez cały szereg lat powracają drobiazgi i sprzęty zwykle nie zalecające się wyborem, to każdoroczna wenta uderza nowością. Tegoroczny bazar czy jarmark przedświąteczny zmienił o tyle charakter, że grono tam sprzedających się rozszerzyło i połączyło wszystkie kółka i sfery towarzyskie. Nie jest to już przedsiębiorstwo koteryjne — ale powtarzamy raz jeszcze jarmark miejski, na którym wyśmienite zrobić można interesa, zaopatrzyć się na święta i zrobić zapas prezentów noworocznych, które tyle wywołać mogą radości w gronie rodzinnem i między domownikami. Kupujący nie spostrzeże się nawet, że obok własnego pożytku spełni miłosierny uczynek, wesprze instytucyą, która przez rok cały z uzyskanej nadwyżki ma zaopatrywać potrzeby rodzin ubogich, zwłaszcza tych, gdzie choroba zawita.

Jest to jednym z utartych komunałów wymyślać na zabawy w celach dobroczynnych. Mnóstwo pod tym względem powtarza się zarzutów, które o tyle łatwiej się rozszerzają, że niejeden znachodzi w nich wymówkę, aby nie brać udziału zawsze nieco kosztownego. A jednak trudno oskarżać o nadużywanie publiczności osób, które zwykły poświęcać swój trud i zachody i wystawiać się jeszcze na przykre żądanie odwoływania do ofiarności publicznej. Być może, że względy towarzyskie i światowe wpływają na hojność wielu kupujących, lecz i ta pobudka nie raz przyczynia się, aby grosz, który gorzejbyłby użyty obrócił się dla dzieła miłosierdzia.

cel swój osiągnąć, jakim jest zabór Konstantynopola i wygnanie do Bagdadu potomków Kalifa.

Tydzień ubiegły obfitował w spiski. Aresztowani zostali dwaj Kroaci za projektowany, jak mówią, zamach na życie Mitada paszy, który przekazany jest nienawiści i zemście fanatycznych muzułmanów. Sprzysiężenie to nie jest prawdopodobnem, a twórca konstytucyi może mieć interes w rozpuszczeniu tej pogłoski i w postawieniu się jako ofiara swoich liberalnych przekonań.

Przechodzę do ważniejszego projektu: konferencyi. Rokowania zostały rozpoczęte i prowadzą się jeszcze między jenerałem Ignatiewem i lordem Salisbury, którzy codziennie długie z sobą prowadzą rozmowy. Dwaj ci dyplomaci chcą naprzód porozumieć się nietylko co do programu prac, lecz i co do załtwienia kryzys wschodniej. Tajemnica nieprzenikniona nietylko dla nas, lecz i dla reprezentantów mocarstw pośredniczących, otacza te rokowania. Zdaje się jak gdyby Ignatiew i Salisbury chcieli się obejść bez mieszania się innych mocarstw. Konferencya dzielić się będzie na trzy akty, z których pierwszy odgrywa się w tej chwili między dwoma głównemi reprezentantami, w drugim akcie dopiero wystąpią wszyscy ambasadorowie i pełnomocnicy, i wtedy właśnie projekt wypracowany i postanowiony między Ignatiewem i Salisburym będzie przedłożony do ich potwierdzenia; w 3 akcie wprowadzeni zostaną Savfet pasza i Edem pasza, którzy sprawę mają rozwiązać.

Akt 1szy jest zapewne najbardziej zajmujący, gdyż wbrew tradycyom stanowi samo rozwiązanie dramatu. Jeżeli się zgodzą reprezentanci Anglii i Rosyi, inni reprezentanci będą mogli tylko przystąpić do programu, co nie napotka na trudności. Jeżeli przeciwnie rozejdą się nie porozumiawszy się z sobą — co nie jest nieprawdopodobnem — koledzy ich usiłować będą wtedy doprowadzić ich do zbliżenia, a akt 3-ci przez to samo usunięty zostanie. Lord Salisbury przybył tu ożywiony jak najbardziej pojednawczemi usposobieniami i gotów poczynić jak najobszerniejsze koncesye co się tyczy organizacyi trzech prowincyj, lecz zarazem zerwać rokowania w razie gdyby jen. Ignatiew obstawał przy okupacyi prowincyj.

Uważają od dni kilku, że ambasador rosyjski, [illegible], okazuje się oględnym i [illegible] wywija się z wszelkich stawianych mu zapytań co do rękojmi. Kładą mu nawet w usta wyrazy bardzo znaczące, któreby mogły utwierdzić zdanie tych, co się spodziewają jeszcze pokojowego załatwienia istniejących trudności. Jenerał miał mówić, że będzie się starał wynaleść inny sposób gwarancyi, niż okupacyę.

Wspólne załatwienie przedłożone przez Ignatiewa i Salisburego, zachwiałoby postanowienia wojenne Turków, którzy zawiedzeni w swych radziejach, odosobnieni wobec Rosyi, byliby zmuszeni przyjąć jej wymagania lub wydać wojnę, której rezultat nie byłby wątpliwym bez poparcia materyalnego i moralnego Anglii.

Przygotowania wojenne trwają ciągle. Jenerał Tachir pasza wyjechał do Warny w celu przeglądu tej twierdzy, jak również Ruszczuku, Szumli i Silistryi.

Rozprawy o uniwersytecie lwowskim, które toczyły się dnia 13 b. m. w Izbie deputowanych Rady państwa, są prawdziwym tryumfem dobrej sprawy. W obronie zagrożonej instytucyi, zgodnie wystąpiły zwaśnione skądinąd żywioły krajowe, rząd wyparł się wspólnictwa w zamachu, sama strona zaczepiająca w odwrocie szukała ocalenia honoru. Wobec ważności sprawy a tak pocieszających objawów podajemy rozprawy te w zupełności, w przekładzie z stenogramów, trzymając się kolei przemówień, w jakiej rzeczywiście po sobie następowały.

Pierwszy zabrał głos hr. Mieroszowski:

Jeślim zdecydował się zabrać głos, by przy rozdziale tym przemawiać przeciw komisyi budżetowej, a szczególniej przeciw szanownemu jej specyalnemu sprawozdawcy, mogło mię nakłonić do tego tylko poczucie słusznej sprawy, której bronić myślę, i poczucie obowiązku. Wiem, jak nierówne są siły, wiem, jaka to dla mnie trudność występować przeciw takiemu przeciwnikowi; mimo to nie mogłem uchylić się od tego obowiązku.

Zapisałem się do głosu przeciw § 6, w którym dla uniwersytetu krakowskiego „na zakupienie gruntu pod instytut anatomii patologicznej, chemii medycznej i medycyny sądowej“ przeznaczono 20,000 złr. Że zapisałem się przeciw paragrafowi, a głosować będę za nim, nie moja wina; odpowiedzialność za to niech weźmie szanowny sprawozdawca specyalny. Mniemam bowiem, że wysoka Izba stanowi tylko o wnioskach, rezolucyach i motywach; co nie wnioskiem, nie rezolucyą, nie motywem to właściwie nie istnieje, nad tem się nie głosuje.

Znajduję atoli w sprawozdaniu ustęp, który nie jest wnioskiem, ustęp, który nie jest rezolucyą; gdyby był rezolucyą, byłby na właściwem miejscu pomieszczony między rezolucyami, tam zaś go nie ma; ale nie jest i motywem, bo przemawia przeciw temu, co się ma przyzwolić. Zaleca się Izbie przyzwolić owe 20,000 złr., ten ustęp zaś powiada, żeby nie budować, dopóki się nie orzecze o przyszłości uniwersytetu we Lwowie. Nie jest więc motyw ku uzasadnieniu pozycyi 20,000 złr.; stąd ustęp ten ani wnioskiem, ani motywem, ani rezolucyą. Rozumie się, że stąd nie będzie się też o nim głosowało, ale skutek będzie ten, że to, co w tym roku pominięto milczeniem, w roku przyszłym uważane będzie jako *res indicata*. Będzie można powiedzieć: Wszakżeście uchwalili w roku zeszłym, wszakże tam powiedziano, że wzywa się rząd, żeby nie budował, dopóki przyszłość uniwersytetu lwowskiego nie będzie zdecydodowana. Ale cóż to znaczy rozstrzygać o przyszłości uniwersytetu lwowskiego? Nie wiem; wiem tyle tylko, ile podały nam dzienniki, ile wiadomo z rozmów prywatnych. Mnie na skromnem stanowisku mojem nic więcej nie wiadomo nad to, czego z dwu tych źródeł się dowiedziałem. Te atoli mówią mi, że chcą znieść uniwersytet lwowski. Czyż ta jest właściwa droga do szczęścia, żeby drobną wzmianką, rzuconą tu ot tak sobie jakby od niechcenia, tak lekko mówić o egzystencyi uniwersytetu, który istnieje sto lat a liczy tysiąc uczniów? Nie zdaje mi się. I z tego to powodu pozwoliłem sobie zapisać się do głosu przeciw tej pozycyi a głosować za nim, i stąd to zniewolony jestem mówić o ustępie, który właściwie nie ma tu żadnej racyi bytu.

Co mi o tem powiedzieć wypada, mieści się w tem, że protestuję przeciw tej metodzie. Gdyby może ktoś w roku przyszłym powołał się na to i powiedział: ten ustęp przedłożony był wysokiej Izbie już w roku zeszłym, ja dziś już na to odpowiadam, że taki sposób postępowania nie uchodzi.

Jeśli chcecie znieść uniwersytet, uczyńcie to z odsłonioną przyłbicą; stawcież wniosek, uzasadnijcie go, a jeśli znajdzie poparcie, przeprowadźcie go na drodze prawnej przez obie Izby i do sankcyi najwyższej; wtedy będziemy wiedzieli, że rzecz stała się na właściwej drodze. Ale nie ta jest właściwa droga, żeby o sprawach tak nader ważnych orzekać.

Tyle o formalnem traktowaniu przedmiotu. Pod względem merytorycznym niewiele powiem. Spodziewam się, że mężowie kompetentniejsi odemnie zabiorą głos pod tym względem. Wydział krajowy także ogłosił o tem pracę, która tym, którzyby chcieli o tej sprawie się pouczyć, nastręcza po temu sposobność. Co do mnie, ograniczę się na tem, co powiem. Przypuszczam, iż uniwersytet lwowski wiele jeszcze pozostawia do życzenia; przypuszczam, że nie wszystko jest tak, jak potrzeba; ale czyż ten jest sposób zaradzania niedostatkom instytucyi, żeby ją znosić? Pozwolę sobie uczynić małe porównanie. Na poczcie wiedeńskiej przed wielu laty ginęły listy całemi setkami. Czy zniesiono może pocztę? Nie! Owszem zreorganizowano ją. Przyznam, że uniwersytetowi lwowskiemu daleko do tego, by był tem, czem być powinien; nie dostaje mu bardzo wiele. Ale po tak znamienitym i wysoko postawionym deputowanym, jak pan sprawozdawca specyalny, spodziewałbym się, żeby skruszył kopię w obronie uniwersytetu lwowskiego, iżby mu dano, czego mu nie dostaje, t. j. wydział lekarski. Oto pole, na którem powinienby objawić swoje znaczenie, pokazać, że słowo jego coś znaczy; a z pewnością zyskałby wdzięczność naszą i stateczną u nas sławę.

Jeśli więc nie ten jest sposób ulepszenia niedostatków uniwersytetu, należałoby dochodzić, czy on może zbyteczny. Z pewnością; Uniwersytet liczący tysiąc uczniów, jest zbyteczny, natomiast ten, który ich ma dwieście, jest niezbędny! Może powołacie się na to, że Galicya jedynym jest krajem koronnym, który tak bogato wyposażony, że ma dwa uniwersytety i jednę akademię techniczną, i że tego za wiele. Otóż panowie, dwie widzę drogi do przywrócenia sprawiedliwości: albo trzeba wziąć miarę z Galicyi, poznosić w Galicyi, co my mamy a czego wy nie macie, a u was poznosić to, czego my nie mamy, a wtedy będzie słuszność -- lubo nie wiem, czy na taką miarę się zgodzicie — albo ponieważ mamy dwa uniwersytety w Galicyi, wznieścież i w Czechach drugi; wtedy nie będzie się wydarzało w Pradze, co obecnie się wydarza, a Czechom tem wyświadczą [illegible] zadanie [illegible] może cios, niż prowadząc z nimi walkę, która trwa dotychczas. Albo powiecie może, że uniwersytet krakowski potrzebuje bardzo wiele na swoje podźwignienie, a uniwersytet lwowski nie jest, czem być powinien, przeto wypadałoby oba uniwersytety połączyć w jednę piękną całość. Radbym przytoczyć tu znów przykład, którego niedawno użyto, a który byłby tu całkiem na swoim miejscu; ale nie czynię tego, bo zganionoby taki przykład. (Odnosi się to do pewnego przemówienia, w którem mówca przytaczał anegdotę o leczeniu wyrzutu na nosie za pomocą kąpieli nasiadowych; tylko że mówca użył dosadnego wyrażenia). Powiem tylko, że aby powiększyć i podźwignąć fakultet teologiczny w Krakowie, chcą znosić wydziały prawniczy i filozoficzny we Lwowie Czy więc te mają istotnie upaść?

Mówią dalej, że dla kraju o 5 milionach ludności trzy akademie to za wiele. Szwajcarya w bardzo niedalekiem od siebie oddaleniu ma trzy uniwersytety, w Bazylei, Bernie i Zurychu i zakład politechniczny w Zurychu. W Bazylei za moich czasów nie było ani stu uczniów, ale nikomu ani się przyśniło znosić ten starożytny uniwersytet, owszem usiłowano go podźwignąć. W Wielkiem księstwie Badeńskiem, w kraju, który wówczas liczył półtora miliona ludności, były uniwersytety w Fryburgu i Heidelbergu, zakład politechniczny w Karlsruhe, a więc na każde 500,000 dusz jedna akademia. Taki mniej więcej był stósunek w Niemczech, gdzie także na każde pół miliona ludności przypadał jeden uniwersytet. Jeśli przeto my w kraju liczącym blizko sześć milionów ludności, mamy trzy akademie, nie jest to za wiele.

Wydaje mi się rzeczą dziwną, gdy często i to słusznie, słychać skargi na zacofanie Galicyi pod niejednym względem, słychać wyrazy uznania, powtarzane z naciskiem, że bardzo wiele się dzieje dla podniesienia i oświecenia kraju, — gdy słychać to z ust tych samych, którzy jednocześnie myślą o znoszeniu uniwersytetów!

Może to ma być pomoc dla nowozałożonego uniwersytetu w Czerniowcach. Głosowałem za założeniem uniwersytetu w Czerniowcach i z przyjemnością byłem świadkiem uroczystości otwarcia tego zakładu. Nie należę do tych, którzy mówią, że Czerniowce nie będą się opłacać, bo uniwersytet, to nie bank, który powinien się opłacać. Uniwersytet spełni swoją powinność i rozkrzewi ideę państwa austryackiego, a spełni to, gdy będzie miał dostateczne środki. Na tem, co kto wydał na szkoły, nikt jeszcze nie zubożał; budujmy mniej pałaców, roztrwaniajmy mniej pieniędzy na inne cele, aby módz dawać dosyć na szkoły; to nam się wynagrodzi tysiąckrotnie. (*Oklaski*). A więc nie przeciwko temu nowemu uniwersytetowi występuję; uniwersytet czerniowiecki *fara da se*; dajcie mu tylko środki.

Ale czyż to nie rzecz szczególniejsza, żeby za nowy uniwersytet, liczący dwieście uczniów, znosić uniwersytet z tysiącem uczniów, który istnieje już od lat stu? Możnaby raczej odwrotnego chwycić się sposobu i trzeba było nie zakładać tamtego, wtedy byłoby tu 1,200 uczniów zamiast 1000. Mówię, że idea państwa austryackiego doprowadziła do wzniesienia uniwersytetu w Czerniowcach. Bliżej myśl tę wytłumaczę. Był czas, że Austrya miała dumne hasło: *Austriae est imperare orbi universo*. Czas ten przeminął, nie będę o nim mówił; ale mimo że Austrya odgraniczana na zachodzie i południu a oddzielona także od krajów, z którymi od wieków spokrewniona i w związkach była, mimo to jeszcze pozostaje się Austryi stanowisko i zadanie mocarstwa. Zawsze jeszcze powiedzieć nam wolno: *Austriae est imperare orienti universo*. Ale panowie, nie dopniemy tego inaczej, jak tylko przez popęd niesienia na Wschód nie germanizacyi, lecz oświaty i wolności. (*Oklaski z prawicy*). A więc przeprowadźmy tę ideę pod egidą Austryi! Jak w Szwajcaryi każdy niech będzie wolny, każdy szczęśliwy, każdy niech pielęgnuje swą narodowość i niech wyznaje swą wiarę; wtedy Austrya rozciągnie się daleko na Wschód, dalej niż sobie wyobrażamy. Ale drobnostkowe zawiści, uciemiężanie narodowości, dokądże prowadzą? Gdzieindziej powiedziałbym, że byłoby to *travailler pour le roi de Prusse;* u nas i to się nie stosuje u nas jest to śmieszne. Cóż tedy panowie pozostaje?

Czyżby wobec tej rady państwa, która zawsze ma otwartą rękę, gdy chodzi o datek dla nauki, o środki dla postępu, — czyż wobec niej wystąpić i powiedzieć: uchwal ustawę, która orzecze, żeby znieść uniwersytet, który wzniesiony jest w najgorszych i najsmutniejszych dla Polski czasach przez Maryę Teresę i Józefa II., a o którego konieczności Polacy w Galicyi, Rusini i Izraelici jednego są zdania, — uniwersytet, który porówno z czerniowieckim podwójne ma znaczenie ztąd, że jak czerniowiecki może jest jedyny, który posiada fakultet prawosławny, tak lwowski jedyny jest na świecie, który posiada fakultet grecko-unicki?

Wystąpcież więc panowie, wobec Rady państwa, a gdybyście mieli to przeprowadzić, czego nigdy uwierzyć nie mogę, zobaczycie wtedy, czy Izba wyższa tak samo uchwali, a gdyby i tam wbrew wszelkiej nadziei udać się to miało, powiedzcie wtedy ministerstwu, aby przedstawiło uchwałę dla sankcyi temu wielkodusznemu monarsze, który założył uniwersytety w Zagrzebiu i Czerniowcach, a przez to, że w starym Krakowie obok uniwersytetu założonego przez Kazimierza W. a zreorganizowonego przez Władysława Jagiełłę wzniósł akademię umiejętności i połączył imię swe z imionami tych wielkich monarchów po wsze czasy w sercach wdzięcznych Polaków.

Panowie! Winszuję wam, jeśli będziecie mieli odwagę; ale nie sądzę, iżbyście ją mieli.

(*Dalszy ciąg nastąpi*).

Wiedeń 15 grudnia. Tegoroczne rozprawy budżetowe w Izbie deputowanych Rady państwa przybrały niezwykłe rozmiary. Dawno już niepamiętają, żeby ze strony deputowanych rozbierano tak szczegółowo i dokładnie pojedyńcze pozycye preliminarza rządowego. Przez dziewięć posiedzeń Izba obraduje już nad tym przedmiotem, a pomimo tego uchwalono dopiero budżet ministerstwa spraw wewnętrznych i oświaty. Do rozpraw szczegółowych zapisało się dotąd nie mniej nie więcej tylko 130 mowców! Jeżeli wszyscy zechcą mówić, natenczas wątpić należy aby załatwiono się z budżetem przed feryami Bożego Narodzenia, chociaż Izba odbywa codziennie, a czasem i dwa razy na dzień posiedzenia. Przyczyny tak szczególnej w tym roku troskliwości o finanse i budżet państwa nie trzeba bynajmniej szukać w sumiennem poczuciu obowiązku lub chęci zaradzenia złemu, lecz w sposobności jaką przedstawiają rozprawy budżetowe, do ustawicznych zaczepek przeciw rządowi. Wszystkie prawie wydziały Izby postanowiły obradować i przez ferye Bożego Narodzenia. Wydział kolejowy wybrał subkomisyę do pojedyńczych wniosków rządowych z takich członków, którzy stale w Wiedniu zamieszkują, [illegible] uchwały co do przedłużenia [illegible] ekonomicznym i podatkowym. Spieszą się one z wypracowaniem odnośnych sprawozdań, któreby po świętach wielkanocnych mogli przedłożyć Izbie. W tym pośpiechu parlamentarnym zdaje się wyraźnie przebijać pewna obawa zamknięcia sesyi lub przerwania obrad parlamentarnych.

— W wydziale reformy podatkowej minister skarbu bar. de Pretis oświadczył w imieniu rządu, że posiedzenia Izby deputowanych będą tylko przerwane, a nie odroczone, skutek czego postanowiono zaniechać poprzedniej uchwały o obradach podczas świąt Bożego Narodzenia. Różnica między przerwaniem a odroczeniem Izby [illegible] jest wybitniejszą, że pierwsze zależy tylko od prezesa Izby, drugie zaś od N. Pana. Jeśli przerwanie to przechodzi 14 dni, to według ustawy deputowani nie pobierają dyet tylko za te dni 14. Wydział więc w razie przerwania, może swobodnie nadal obradować nie tracąc bynajmniej swego mandatu.

— Projekt ustawy przedłożony onegdaj w Izbie deputowanych Rady państwa, a odnoszący się do zniesienia okręgu celnego brodzkiego, zawiera następujące ważniejsze ustępy: Wyłączenie Brodów z ogólnego systemu celnego ustaje z d. 1 lipca 1880 r. i Brody wcielone zostaną do powszechnego austro-węgierskiego okręgu celnego. Od tego dnia obowiązywać będą w Brodach i ich okolicy wyłączonej dotychczas z okręgu celnego, wszystkie w Galicyi obowiązujące ustawy co do opłaty cła, mianowicie ustawa o cle i o monopolu rządowym, ustawa karna o przekroczeniach w sprawach opłat z 11 lipca 1835, wszystkie późniejsze przepisy. Od chwili zniesienia tej wyłączności celnej ustaje wolny od cła transport towarów zagranicznych do okręgu cłowego brodzkiego.

— W Izbie deputowanych Sejmu węgierskiego wśród obrad budżetowych przyszło do kilku ciekawych epizodów. Jednym z nich jest, iż przywódzca skrajnej lewicy Ernest Simonyi wniósł: Izba raczy uchwalić odmówienie budżetu, a ponieważ chwilę dla unii osobowej uważa za zapewnioną, poleca się rządowi przerwać układy z Austryą w kwestyach ekonomicznych i robiąc użytek z prawa własnej obrony finansowe i ekonomiczne stosunki kraju uregulować.

Włochy.

Podajemy z *L'Univera* list Papieża Piusa IX, świeżo wydany do jednego z biskupów niemieckich, którego nazwisko niewymienione. Pierwszy ustęp tego listu odnosi się do sprawy, której objaśnienia nie podaje *L'Univers*, dalszy ciąg ma zasadniczą ważność, przeto podajemy list bez zmiany w całości:

Pius IX Papież.

Wielebnemu Bratu pozdrowienie i błogosławieństwo apostolskie.

Z wielkiem zadowoleniem dowiedzieliśmy się wielebny bracie, żeś już potępił zamiar, którýśmy osądzili potem sami godnym nagany; i chociaż wiemy dobrze, że wyjątkowe okoliczności pochodzące z ustaw i z dyskusyj religijnych wprowadzonych do zgromadzeń politycznych, utorowały drogę błędom, uważamy jednak, iż pożyteczną jest rzeczą ostrzegać zbłąkanych, gdy się sposobność nadarza.

Ale co Nam jest boleśniejszem, to słuchy, jakie Nas doszły o niektórych duchownych niemieckich, którzy po długiem ociąganiu się w ogłoszeniu adhezyi swojej do orzeczenia dogmatycznego soboru powszechnego Watykańskiego o nieomylności Papieża rzymskiego, zatwierdzili wreszcie tę adhezyę, ale zarazem oświadczyli, że skłoniło ich do tego postępowanie tych biskupów niemieckich, którzy na soborze bronili przeciwnego zdania, a potem przyjęli to orzeczenie, albo że uznają wprawdzie dogmat orzeczony, ale nie uznają właściwości *oportunitatis* tego orzeczenia.

Orzeczenia soborów powszechnych są nieomylne, bo wypływają z natchnienia Ducha św., którem wspiera Kościół według obietnicy Chrystusowej; nie mogą więc nie nauczać prawdy; ale prawda nie czerpie z ludzkiego przyzwolenia siły swojej, ani swego charakteru, owszem dla tego, że pochodzi od Boga, wymaga ona przyzwolenia zupełnego i całkowitego niezależnego od żadnego warunku. Żadna herezya nie byłaby mogła być potępioną w sposób zaradczy, gdyby wolno było wiernym czekać, z poddaniem się orzeczeniu prawdy, na przyzwolenie tych, co się temu orzeczeniu sprzeciwiali i przez nie byli potępieni.

Ta nauka ściąga się zarówno do orzeczeń soborów powszechnych i do orzeczeń Papieży i została jasno określoną soborem watykańskim, kiedy zakończył swe orzeczenie temi słowy: „Orzeczenia Papieża rzymskiego są nieodwołalne same przez się, a nie wmoc przyzwolenia Kościoła. (*Sess. IV, c, IV, infine*).

Ale jeszcze niedorzeczniej jest uznawać definicyą, a uważać ją za nie na czasie. Przewroty naszych czasów, błędy tak liczniejsze niż były kiedykolwiek i błędy nowe, które piekło miota codziennie na zgubę Kościoła, wydarcie wolności Wikaryuszowi Chrystusowemu, odebranie biskupom nie tylko możliwości zgromadzania się, ale nawet nauczania, to wszystko zaświadcza, jak w porę Opatrzność Boska pozwoliła na orzeczenie nieomylności papieskiej; wtedy właśnie, kiedy wszelka inna podpora prawej wiary i obyczajów, miała się usunąć wśród tylu nagromadzonych trudności. Ale pomijając to, jeżeli orzeczenia soborów powszechnych są nieomylne, tem samem, że wypływają z mądrości i rady Ducha św., nie można niedorzeczności większej powiedzieć, jak że Duch św. naucza wprawdzie prawdziwych rzeczy, ale że może ich nauczać nie w porę.

Jeżeli więc są tacy księża w Twojej dyecezyi, ostrzeż ich surowo, że nie wolno im w żadnym razie zamknąć swą adhezyą w takich granicach, ani czynić ją zależną od aktu choćby chwalebnego tego lub owego biskupa raczej, niż od powagi Kościoła i że trzeba koniecznie, aby przyjęli orzeczenie zupełnem i całkowitem przyzwoleniem rozumu i woli, jeżeli nie chcą zboczyć z drogi prawdziwej wiary.

W końcu upraszamy dla Ciebie o pomoc coraz obfitszą i pełniejszą łaski Bożej, a jako zadatek łaskawości Niebieskiej i w dowód Naszej szczególniejszej przychylności, udzielamy Ci wielebny Bracie i Twojej dyecezyi błogosławieństwa Apostolskiego.

Dan w Rzymie przy Kościele św. Piotra 6go listopada 1876 r. Naszego pontyfikatu roku trzydziestego pierwszego.

Pius IX Papież.

Sprawa wschodnia.

Dotychczasowe wiadomości z Konstantynopola o konferencyach wstępnych są jeszcze ciągle dobre i pokojowe; ze wszech stron donoszą o zbliżeniu się do siebie dawnych antagonistów Rosyi i Anglii, o umiarkowaniu, z jakiem jenerał Ignatiew broni stanowiska swego gabinetu, wreszcie o daleko idących ustępstwach, które robi mgr. Salisbury na rzecz Rosyi. Nawet co do przykrej sprawy okupacyi spodziewają się ostatecznie porozumienia w toku rokowań. Twierdzą tylko, że jedynie Turcya sprzeciwia się stanowczo wszelkiemu ustępstwu, które uważa za targnięcie się na prawa monarsze padyszacha. Nawet z Rosyi i Anglii znajdujemy doniesienia, które wskazują—przynajmniej pozornie — na usposobienie nieco skłonniejsze do zgody. Dzienniki londyńskie zapisują z zadowoleniem wiadomości o pokojowej konstelacyi u Złotego Rogu, a w tym samym duchu odzywają się także niektóre dzienniki petersburskie. *Golos* z 12 grudnia z widoczną radością uważa zbliżenie się w Konstantynopolu Salisburego do Ignatiewa za nadzwyczaj pomyślną wróżbę dla powszechnego pokoju europejskiego. Cała Europa wie, pisze rzeczony dziennik, że od czasu misyi Salisburego polityka angielska nie może liczyć ani na Austryę, ani na żadne z mocarstw podpisanych na traktacie paryskim. Ostatnie mowy Bismarka postawiły Anglię wobec jasnej alternatywy i jeżeli przez dotychczasowe obrady w Konstantynopolu nie osiągnięto nic więcej jak tylko, że zrobiono wojnę europejską niemożebną, jest to już uwagi godny rezultat. Korespondent zaś petersburski do *Wiener Abendpost* pisze pod d. 11 b. m.: „Depesza telegraficzna o zbliżeniu się Salisburego do Ignatiewa wywołała we wszystkich kołach stolicy rosyjskiej wielkie zadowolenie“, a dalej mówi między innemi: „Z wyjątkiem licznych postępowców — szczególniej w Moskwie — publiczność rosyjska wcale nie jest za wojną z Turcyą i z radością powita załatwienie sprawy wschodniej na drodze pokoju. Już dawniej wyraził się kanclerz, że okupacyę Bułgaryi nie uważa za jedyny środek rękojmi, lecz z ochotą przyjmie każdy inny projekt do tego celu prowadzący“.

Oprócz tych ogólnych wiadomości, szczegółowych nie ma żadnych. Rumunia wystawiła ośm nowych pułków Dorobańców; nie jest to wcale oznaką pokojową, ale owszem zagraża równowadze europejskiej. Najświeższa propozycya *Timesa* co do rękojmi, mianowicie: obca policya w Bułgaryi i Bośnii, oraz flota obserwacyjna w Bosforze — jest niewątpliwie ciekawą, czekać tylko trzeba, czy *Times* objawił swoje własne zapatrywanie, czy też myśl gabinetu angielskiego.

Doniesienie, pisze *All. Augsb. Ztg*, że jeden z pełnomocników tureckich, czy to Savfet czy Edhem pasza, przewodniczyć będzie na konferencyi, jest bezzasadne. W takim bowiem razie możnaby do przewodniczącego tureckiego zastósować słowa, które niedawno powiedział w Izbie francuzkiej Paweł Cassagnac do ministra spraw wewnętrznych de Marcère, kiedy ten miał przemawiać: „Oskarżony ma głos“. Przewodniczyć będzie konferencyi pełnomocnik tego rządu, który wziął inicyatywę do zwołania konferencyi, a więc pełnomocnik rządu angielskiego.

— Rozpatrując się w postawie mocarstw na konferencyach konstantynopolitańskich, i wnioskując zawsze, że konferencye te są tylko wstępem do wojny i co za tem idzie, do ostatecznego upadku cesarstwa ottomańskskiego, *St. Piet. Wiedm.* z d. 20 listopada (11 grudnia) przytaczają najprzód przypisywane lordowi Derby słowa: że Turcyą obronić przed zabójstwem można, lecz od samobójstwa zbawić jéj niepodobna. „I rzeczywiście — powiada dziennik petersburski — Turcya wielkim krokiem dąży do samobójstwa. Czyni ona wszystko, aby paraliżować środki, przedsiębrane przez Anglią dla jéj zbawienia, a pomimo to Anglia, dzięki lordowi Beaconsfieldowi, a na przekor zdaniu lorda Derbego, nie przestaje prób swoich, dążących do zapobieżenia samobóstwu Turcyi.“ *Times* wyraża się, że zadaniem konferencyi będzie właśnie określenie, jak dalece postąpiła Turcya w sprawie samobójstwa. Z tem zdaniem *Timesa* dziennik rzeczony rosyjski zgadza się w zupełności, chociaż sprzeciwia się innemu zdaniu dziennika angielskiego, który ma nadzieję, „że Turcya może się odrodzić na nowych postępowych zasadach, skoro tylko te zasady, tj. reformy radykalne, szczerze zastosuje u siebie“. „Dla nas, mówi dziennik petersburski, Turcya jest organizmem w rozkładzie, dla tego też nie wierzymy zupełnie telegraficznym i dziennikarskim wiadomościom, głoszącym, że obrady przedkonferencyjne nasuwają nadzieję pokojowego zakończenia spraw wschodnich. Zdaniem naszem ani obrady wstępne, ani konferencye same nie mogą doprowadzić do żadnych rezultatów. Miecz tylko może przywrócić narodom ludzkie prawa przez miecz im wydarte, siła tylko może dopomódz tryumfowi cywilizacyi i chrystyanizmu, którym siła brutalna despotyzmu muzułmańskiego chce zadać ciosy śmiertelne. Niech co chcą mówią przyjaciele Turków, Rosya zawsze utrzymywać będzie, że kwestya wschodnia nie będzie rozstrzygniętą za stołem dyplomatów, lecz na polu bitwy; chrześcian południowych nie zdoła usamowolnić słowo, lecz czyn i trud.“ Następnie dziennik petersburski powiada, że chociaż poselstwo tureckie w Petersburgu ogłaszało urzędownie, iż pogłoski o sporach i nieporozumieniach między w. wezyrem i Mitadem paszą nie są prawdziwemi, dziś atoli otrzymuje dziennik rzeczony wiadomości najpewniejsze, że kłótnie między Mehmedem-Ruždym i Mitadem doszły do ostateczności. W. wezyr miał zamiar aresztować i oddać pod sąd prezesa rady państwa za zdradę stanu i chciał zniewolić Sułtana, aby się zgodził na to; lecz kiedy Sułtan z góry na to odmówił, Mitad pasza nawzajem, obawiając się nie bez podstawy rokoszu partyi w. wezyra, wezwał do Konstantynopola 60 batalionów redyfów, aby zabezpieczyć Sułtana i siebie przeciw wszelkim „niespodziankom“ ze strony partyi staroturecklej. Piękna perspektywa!... dodają *St. Piet. Wiedom.* Z jednéj strony 60 batalionów redyfów z Mitadem na czele, mających bronić konstytucyi, a z drugiéj 40 batalionów innego wojska, dowodzonego przez Mehmeda-Ruždę, który ma bronić szarjatu. I przy takiéj dekoracyi odbywa się komedya konferencyj pokojowych!“ Daléj dziennik petersburski donosi, że według ostatnich wiadomości, narady między Ignatiewem i Salisburym doprowadziły do tego, iż gabinet St. James przyrzekł doradzać Porcie, aby się niesprzeciwiała okupacyi, mającéj na celu jedynie wprowadzenie reform, zbawiennych dla samej Porty. Kwestya okupacyi wspólnéj występuje na jaw co raz wyraźniéj. Między członkami obrad wstępnych nastąpiła już jakoby uchwała, że Rosya zajmie Bułgaryą, Austrya Bośnię, a Anglia Konstantynopol. Austrya jednak domaga się, aby jéj pozostawione było prawo zajęcia części Serbii. Chociaż te wieści mamy z dość pewnego źródła, dodaje w końcu rzeczony dziennik, niekoniecznie jednak chce się nam wierzyć w prawdziwość niektórych szczegółów, a mianowicie w to, aby rząd rosyjski zgodził się już na zajęcie Konstantynopola przez Anglię!“

— Historyk rosyjski Iłowajski w artykule umieszczonym przed niedawnym czasem w *Moskowskich Wiedomostiach* dowodzi bezzasadności obaw, aby Anglia mogła zająć kiedykolwiek Konstantynopol, a tem bardziéj utrzymać się przy nim dłużéj. *St. Piet. Wiedm.* pod d. 30 listopada (12 grudnia) podają ten artykuł, wskazując nań, jako na obraz swoich własnych przekonań w téj mierze. Przytaczamy tu treść rzeczonego artykułu, mniemając, że dość zajmującą jest rzeczą widzieć, jakie są zdania inteligencyi i prasy półurzędowéj rosyjskiéj co do przypuszczanéj przez wielu ewentualności zajęcia Konstantynopola przez Anglię.

Oto, co mówi p. Iłowajski:

Politycy angielscy bardzo dobrze rozumieją, że zajęcie Konstantynopola wprowadziłoby Anglię w labirynt kłopotów i niebezpieczeństw niesłychanych. Skoroby tylko Anglia opanowała Konstantynopol, Rosya bardzo łatwo mogłaby utworzyć przeciw niéj koalicyę państw morskich. Zresztą i bez koalicyi nie trudnoby było Rosyi pozbyć się Anglików z Konstantynopola. Najprzód, dość by było zająć jakikolwiek punkt na długim a stromym przybrzeżu Bosforu, aby odciąć Anglię od morza Czarnego, a jeszcze lepiéj zająć punkt na brzegu Dardanelskim, aby odciąć ich i od samego Konstantynopola. Niepodobna też przypuścić, aby Turcy tak byli zadowoleni z gości konstantynopolitańskich, aby i wówczas jeszcze pozostali w sojuszu ze swoimi opiekunami. Aby zawładnąć Stambułem, trzeba być równie silnym na lądzie jak na morzu; ani Rosya tedy, ani Anglia, wzięte osobno, nie mogą mieć żadnych widoków poważnych na Konstantynopol Niedawno prasa europejska zwracała uwagę na dążność Anglii do zajęcia wysp w cieśninach i przy ujściach rzek. To być może, i właśnie chodzi o to, że Anglia może myśleć na prawdę tylko i wyłącznie o wyspach, a nie o Stambule, który nawet nie byłby dla niéj ani pożądanym ani zbyt potrzebnym, nie leży bowiem na drodze do Indyj wschodnich. Opanowanie Egiptu byłoby dla niéj rzeczą daleko powabniejszą, chociaż i tu musiałaby walczyć z wielą trudnościami, nie ze strony Rosyi zresztą, bo ta sprawa Rosyi prawie niedotyka. Do jakiegoś czasu tedy świat może być zupełnie spokojnym o losy Konstantynopola. Wszystkie demonstracye angielskie w tym względzie mają na celu jedynie odwrócenie uwagi Rosyi od jéj zadania głównego, ku któremu wszystkie siły kierować powinna, tj. od wyzwolenia Słowian bałkańskich. Trzeba się tylko przypatrzeć uważnie czynnościom Anglii: jéj krzątanie się w Bułgaryi, jéj czynny udział w tem wszystkiem, co się dzieje w słowiańskich prowincyach, jéj usiłowania wzmocnienia Turcyi dla przyszłéj wojny z Rosyą, ku czemu nie szczędzi swych dyplomatów, inżynierów, oficerów, daje działa, amunicye, i ogromne pieniądze, czyż to wszystko dowodzi w jakikolwiek sposób, zamiaru zagarnięcia Konstantynopola? Bynajmniéj. Jeżeli Anglia nieszczędzi tylu usiłowań i traci olbrzymie sumy na to, aby wzmocnić Turków na wszystkich punktach i zapewnić im zwycięstwo, to dźwignią tych czynności nie jest nic innego, jak chęć pozostawienia miłego *status quo* w Turcyi. Aby więc osiągnąć ten skutek, puszczają się i puszczać się będą w obieg wszelkiego rodzaju fałszywe pogłoski, używają się i używać się będą wszystkie sposoby i sposobkii. Najprzód przyjaciele Turcyi skorzystają naturalnie z konferencyj, aby zyskać na czasie i odroczyć sprawę aż do wiosny. Jeżeli groźby zajęcia Konstantynopola nieposkutkują a pogróżki o nowym wybuchu fanatyzmu muzułmańskiego nikogo nieprzerażą, wrogowie Słowian będą próbowali sposobów innych, np. odegrają komedyę konstytucyi tureckiéj; jeśli zaś i to się niepowiedzie, a Rosya nie odtąpi od projektu zajęcia Bułgaryi, wówczas podsuną myśl, aby okupacya dopełnioną była przez inne wojska, nie przez rosyjskie. W ostatnim razie odwoływać się będą do wspaniałomyślności rosyjskiéj. Słowem, wszystko będzie użytem i poruszonem, aby sprawę przewlec, Rosyę znużyć, doczekać się kombinacyj nowych i koniec końców zachować *status quo*. Po ostatniem wyjaśnieniu stanowiska Niemiec do Rosyi i do kwestyi wschodniéj, Anglia nie zdoła utworzyć koalicyi, mogącéj odosobnić Rosyę. Austro-Węgry zanadto wiele mają stron słabych, aby przeciw Rosyi wystąpiły jawnie. Anglia sama, jak się zdaje, nie cofnie się przed wojną z Rosyą, lecz prawdopodobnie będzie się starała urządzić się tak, aby statki rosyjskie nie przeszkadzały jéj handlowi i aby Rosya nie mogła nawet myśleć o ekspedycyi do Indyj Wschodnich. Będzie tedy prowadzić wojnę bez wypowiedzenia jéj, będzie ją prowadzić (jak się wyraża p. Iłowajski) w mundurach tureckich i pod znakiem półksiężyca. Jest to rzecz pewna, a tak ważna, że warto o niéj pomyśleć wcześnie i rozważyć ją gruntownie,

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 16 grudnia. W poniedziałek rozpoczną się obrady Rady miejskiej nad budżetem i trwać będą prawdopodobnie we wtorek i środę aż do ich ukończenia.

Na pomnik A. Grottgera otrzymaliśmy od Dra A. Obalińskiego 1 złr.

— Jutro w niedzielę od godz. $11^1/_2$ — 1 w Muzeum

Nr 289. Kraków, 19 Grudnia — Wtorek. Rok 1876.

CZAS

[illegible] wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu“ [illegible] w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.
Prenumerata wynosi:

	za rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	24	6	2·50
do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	[illegible]	[illegible]	[illegible]

[illegible] — Rękopisma nadsyłane Redakcyi nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują:
[illegible] (prospekta, cyrkularze [illegible]) [illegible] 50 c. od 100 [illegible] G. L. Daube & Com. [illegible]

Przedpłata na „CZAS“

od dnia 1go Stycznia 1877 r.

Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem:

na pół roku zł. 12, na kwartał zł. 6, na 1 miesiąc zł. 2·50

Uprasza się o wczesne zamawianie i wyraźne wypisanie nazwiska i miejsca odbioru, albo nadesłanie dawnej opaski drukowanej z adresem.

Prenumerata liczy się tylko od *pierwszego* do ostatniego dnia w miesiącu.

Prenumeratę najdogodniej przesyłać *przekazem pocztowym.*

Cena „*Czasu*“ za granicą ogłoszona jest w tytule każdego numeru.

Kraków 18 grudnia.

Ostatnie posiedzenie konferencyi wstępnej odbyło się d. 14 b. m.; nowe posiedzenie ma się dziś odbyć. Kilkanaście już tylko dni zostaje do upływu zawieszenia broni, a jeszcze właściwa konferencya nie [illegible] rozpoczęła czynności i dopiero odbywają się przygotowawcze narady pełnomocników mocarstw europejskich bez udziału Porty. Czy zaś narady te tak daleko postąpiły, aby otrzymać gotowy materyał do konferencyi właściwej? W tym względzie zaprzeczono już doniesieniom, które oznajmiały zupełną zgodność delegatów angielskiego i rosyjskiego, margr. Salisburego i jenerała Ignatiewa, pomijając, jakby go wcale nie było, posła angielskiego Elliota, gdyż ten uchodzi za twardego i niezachwianego wobec Rosyi. Okazało się jednak, że wszystkie doniesienia o zapadłej jakoby uchwale co do rozszerzenia granic Czarnogóry i Serbii, co do okupacyi, co do ustanowienia gubernatorów, były zmyślone, a raczej, jak je nazwano, przedwczesne, albowiem sprawy te nie były wcale dotąd traktowane. Co zaś właściwie zrobiono dotąd, jakie uchwały zapadły na przygotowawczej konferencyi, nic o tem nie doszło do wiadomości publicznej.

Ponieważ jednak zaprzeczono wymienionym powyżej pogłoskom, a ze strony urzędowej zapewniają tylko ogólnie, że między pełnomocnikami panuje zgodność, przeto wynika ztąd, że takie tylko kwestye były omawiane, które nie dały powodu do różnic — a zatem, że były to kwestye ogólne, zasadnicze, tyczące się autonomii, równości wyznań, narodowości, języków, słowem, równości praw chrześcian i muzułmanów, Turków i Słowian.

Tu oczywiście żadna nie zachodzi różnica zdań pełnomocników, ale też jak się zdaje, rzeczy dalej nie posunięto, zwłaszcza, że niektórzy pełnomocnicy mają tak ograniczone instrukcye, iż w każdym specyalnym przypadku obowiązani są zasięgać zdania swoich rządów.

Kiedy Porta stawiała warunek pięciomiesięcznego rozejmu dla traktowania o pokój, gabinet petersburski warunek ten odrzucił, jakkolwiek nie był wcale stroną wojującą, i nie jest nią dotychczas, nie wypowiedziawszy formalnie wojny Turcyi. Mniemano bowiem w Petersburgu, że przed rozpoczęciem zimy będzie można zgromadzić wystarczające siły zbrojne na południu i wypowiedziawszy wojnę, wtargnąć do Turcyi. Szło wtedy o ukończenie, czy też zerwanie konferencyi przed nowym rokiem. Gdy atoli mimo wszelkich natężeń nie wszystko jeszcze gotowe do rozpoczęcia kampanii, a pierwsze wczesne mrozy nie wytrzymały długo, drogi zaś i nasypy kolei rosyjskich tak są uszkodzone od deszczów, że posuwanie się wojska i materyału wojennego doznać musiało zwłoki, a większe jeszcze groziłoby niebezpieczeństwo po wkroczeniu w kraj nieprzyjacielski tak ze względu na drogi, jak na dostawę żywności, przeto hasłem jest teraz ociąganie konferencyi i przedłużenie zawieszenia broni.

W tych a nie innych powodach szukać trzeba wytłumaczenia pokojowych ostatniemi czasy usposobień rządu rosyjskiego, które objawiają się zarówno w dziennikarstwie rosyjskiem, jak i w postępowaniu jenerała Ignatiewa, w jego gotowości do szukania środków mogących na drodze polubownej osiągnąć cel wspólny wszystkich rządów europejskich, polepszenia losu chrześcian i znalezienia rękojmi. Rosya, jak zapewnia poseł jej w Stambule, chętnie zgodzi się na każdy wniosek, któryby cel ten zapewniał, gdyż nieżywi żadnych zamysłów naruszenia całości państwa Ottomańskiego, powodując się jedynie względami humanitarnemi i dbałością o dobro swoich współwierców i współplemienników.

Nie możemy przypuszczać, aby dyplomacya europejska była tak łatwowierną; ale, gdy jedne rządy związane z Rosyą, oddają hołd tym pobudkom, inne unikają okazania nieufności, mniemając, że zwiążą Rosyę własnemi jej słowami, że ją usidlą a zaspokoiwszy jej żądania, odwiodą od kroków nieprzyjacielskich. Z taką to myślą wyjechał był z kraju lord Salisbury, taką myśl tłumaczył na całej drodze z Londynu do Konstantynopola, wstępując kolejno do każżej stolicy, taką myśl powtarza teraz na miejscu i w tych depeszach rządowi swemu przesyła, które bywają udzielane niby tajemniczo, tak, że i nasz korespondent londyński mógł je czytać. Inne jednak niewątpliwie dochodzą do *Foreign-office* raporta przeznaczone dla samego ministra spraw zagranicznych. Grę tę prowadzi Anglia, jak może najdłużej, aby mogła światu dowieść, iż wszystko czyni co może dla zażegnania burzy. Jak długo gra ta wytrzyma? Zapewne, dopóki Rosya nie uzna pory stosownej do wystąpienia z podniesioną przyłbicą. W tem samem położeniu znajduje się i Turcya. Niechąc być stroną zaczepiającą, musi czekać, aż ją zaczepią, a przedewszystkiem, jak sformułowane przez konferencyę wstępną żądania będą jej przedłożone do zastosowania się. Zawczasu już organ Porty *La Turquie* wskazuje, które z domniemanych żądań Porta odrzuci, a najważniejszem z nich jest okupacya jej prowincyj. A jednak takie jest ostatnie słowo mocarstw i może jużby się na nie zgodzono, gdyby je wzięło na siebie inne państwo, nie zaś Rosya.

KORESPONDENCYA „CZASU“.

Wiedeń 16 grudnia.

(221 posiedzenie Izby deputowanych).

Na posiedzeniu wczorajszem oprócz wymienionych już pozycyj w ministerstwie handlu na poczty i telegrafy, uchwalono bez dyskusyi dział dochodów tegoż ministerstwa wedle wniosków komisyi, mianowicie: dochód z urzędów cymentniczych 500,000 złr., z służby portowej i służby sanitarnej na morzu 420,000 złr.. z poczty 15.000,000 złr., z telegrafów 2.900,000 złr., razem przeto 18.820,000 złr.

Ponieważ wydatki wynoszą ogółem 22.246,112 złr., przeto wydatki te przenoszą dochody ministerstwa handlu o 3.426,112 złr.

Nadto uchwaliła Izba na wniosek komisyi dwie rezolucye następujące: „Wzywa się rząd, aby starał się o jaknajwiększe uproszczenie centralnego zawiadowstwa spraw w ministerstwie handlu w celu osiągnięcia znacznych oszczędności, i aby o odnośnych redukcyach zawiadomił Izbę deputowanych, wnosząc budżet na rok następny“. — „Wzywa się rząd, aby jaknajoszczędniej postępował przy urządzaniu i sprawowaniu służby cymentniczej co do naznaczenia pensyi, komornego i innych wydatków, szczególniej także przy wznawianiu traktatów, na podstawie poczynionych dotychczas doświadczeń“.

Dzisiejsze posiedzenie zagaja prezes **Rechbauer** o godz. 11 min. 20 przy nader nielicznym z początku udziale deputowanych.

Z ministerstwa spraw wewnętrznych nadeszło zawiadomienie, że ustawa o zmianie niektórych przepisów ustawy z d. 30 kwietnia 1870 r. o publicznej służbie sanitarnej uzyskała d. 24 listopada r. b. sankcyę najwyższą.

Pomiędzy nowemi petycyami niema żadnej z Galicyi.

Na porządku dziennym dalszy ciąg obrad szczegółowych nad budżetem, mianowicie ministerstwa skarbu.

Tytuł 10: „Zawiadowstwo finansów“ w 9 tytułach mieści w sobie wydatków zwyczajnych 17.447,500 złr., nadzwyczajnych 88.400 złr.

Rząd domagał się tu przyzwolenia wszystkiego razem 17.545,238 złr., a więc o 305,262 złr. mniej niż przyzwolono na r. 1876. Komisya zniżyła jeszcze tę kwotę o 9,338 złr.

Co do **Galicyi** podwyższone będą wydatki: na otworzenie nowych posad praktykantów adjutowanych w urzędach finansowych celem dochowania się progenitury urzędniczej o 2,000 złr.; na utrzymanie budynków straży finansowej o 2,200 złr.; na potrzeby kancelaryjne po urzędach podatkowych o 500 złr.; na komorne dla administracyi celnej o 2,182 złr.; na utrzymanie budynków tejże administracyi 300 złr.

W dyskusyi dep. **Schöner** krytykuje sprawę uregulowania podatku gruntowego, która postępuje bardzo zwolna, co jeśli dłużej tak potrwa, kosztować będzie około 30 milionów złr., a rezultaty będą jeszcze więcej niż wątpliwe. Mówca nadmienia o Galicyi, że nic nie przyczyniła się do szybszych postępów tej sprawy. Ustanowiona dla tej sprawy komisya centralna nie może rozwinąć działalności należytej, nie doznając poparcia ministra; a jednak z drugiej strony skład tej komisyi zapewnia rządowi głos decydujący we wszystkich szczegółach. Mówca wzywa rząd, aby zwołał osobną komisyę złożoną z znawców, którąby wskazała drogę, na której można wprawić już całą sprawę w ruch należyty i wydobyć ją z zamętu, a wszystko to praktycznie, doskonale i tanio

Dep. Dr **Sturm** mówi bardzo długo, ale nie o poszczególnych pozycyach ministerstwa skarbu. Mówca dziwi się, że można było w chwili przesilenia politycznego i gabinetowego przystępować do obrad nad budżetem, zamiast przyzwolić podatki na kilka miesięcy, a dopiero po ustaleniu się stosunków przystąpić do tych obrad. Nadewszystko nie zdaje się mówcy, iżby stosowną było teraz już uchwalać sposób pokrycia niedoboru; ale o tem nastręczy się jeszcze sposobność pomówić wśród obrad nad ustawą finansową. Mówca przechodzi do krytyki administracyi finansowej i lubo niejednego dobrego się dopatruje, widzi jednak i mnóstwo złego. Co niektórzy ludzie rozumieją przez konserwatyzm, wynika z zapatrywań mówcy, który w całej Europie dopatruje się dziś prądu konserwatywnego, a rządowi austryackiemu zarzuca, że dał się porwać temu prądowi; bo otóż rządy austryackie są dziś policyjno-biórokratyczne a swoboda słowa w prasie i w parlamencie samowolnie ograniczana. Mówca — by główne tylko punkta przytoczyć — skarży się na brak kolegialnego *(sic!)* pożycia między rządem a partyą wiernokonstytucyjną; ale mimo to mówca z tamtej drugiej strony Izby niesłusznie twierdzi, iżby partya ta była przyczyną, że do takiego tylko przyszło z rządem stosunku. Dalej [illegible] zapobiedz można [illegible] w zarządach centralnych [illegible] dzi się mu tak [illegible] radykalnym sposobem [illegible] klęski finansowej [illegible] potężni sąsiedzi, [illegible] wnych mówca ma na myśli [illegible] Bismarka przy fajce na wieżyczce parlamentarnej [illegible] mają interes w zachowaniu [illegible] naszej monarchii? Owszem, gdyby Austrya zniżyła liczbę swych [illegible], byłaby tem pożądańszym sprzymierzeńcem. [illegible] samo jeograficzne położenie Austryi skazuje [illegible] na spokojne pożycie z sąsiadami, i t. d. (Dziwnym sposobem ten sam prezes, który odjął X. Greuterowi głos, gdy nie trzymał się ściśle pozycyj ministerstwa oświecenia, na mowie p. Sturma teraz dopiero się spostrzega, że to mowa jeneralna, i „z przykrością“ zwraca na to uwagę mówcy; ale ten już skończył tymczasem swą mowę). Mówca dodaje tylko życzenie, aby rząd trzymał się jego programu.

Dep. **Göllerich** krytykuje opodatkowanie kas oszczędności, szczególniej także procentów biernych, i wykazuje nietylko wyrządzaną w ten sposób krzywdę, lecz i nieracyonalność, jakiej nie znajdzie się w innych krajach, tylko w Austryi.

Dep. **Plener** dowodzi pożyteczności peryodycznych wykazów rachunkowości skarbowej w dochodach i rozchodach. Umotywowawszy nadto łatwością sporządzenia podobnych wykazów, wnosi mówca rezolucyę następującą: „Wzywa się rząd, aby ogłaszał peryodyczne, co najmniej kwartalne wykazy bieżących dochodów i rozchodów państwowych z porównaniem pozycyj z pozycyami roku poprzedniego.“

Rezolucya zyskuje dostateczne poparcie.

Dep. **Krzeczunowicz** (na rzecz którego czterech innych mówców: Oppenheimer, [illegible], Neuwirth, Scharschmid, zrzekają się głosu, bo był zapisany na samym końcu ogólnie krytykuje postępowanie rządu w sprawach finansowych, mianowicie zaś podatkowych. Pod tym ostatnim względem, mówca krytykuje znane projekty podatkowe, rząd zmienia projekty swoje (porównanie wniesionych w r. 1874 a wniesionych obecnie), ztąd też projekty te nie znajdują zaufania. Mówca przedstawia szczegółowo, że pobory stałe czyli tak zwane bezpośrednie są już zbyt wielkie w Austryi, większe niż w innych państwach, że przeto z nowego podwyższenia tych podatków nie można spodziewać się większych dochodów dla skarbu. Aby jednak pan minister, (który o dwa kroki od mówcy stoi i uważnie go słucha) niezarzucił mówcy, że krytykować łatwo, [illegible] należałoby raczej podać środki zaradcze, mówca czyni swoje propozycye pod względem sposobów podwyższenia dochodów skarbowych. Między innemi wskazuje małe podwyższenie podatku od piwa, które powinno nastąpić jednocześnie z zapowiedzianem już przez ministra podwyższeniem podatku od wódki; dalej proponuje zaprowadzenie należytości skarbowej od interesów prawnych zawieranych na giełdzie; nakoniec przedstawia wogóle potrzebę rzetelnego polepszenia stanu finansów i wzywa Izbę, aby podjęła inicyatywę, by raz już położyć kres bezradności dotychczasowej.

Minister skarbu p. **Pretis** odpowiada nasamprzód dep. Schönererowi co do regulacyi podatku gruntowego, że nie chcąc się powtarzać, nie może bronić siebie i niezliczonego szeregu innych oskarżonych przeciw ciężkim zarzutom; nadmienia tylko, że rząd i komisya centralna w sprawie tej pozostawia samym opodatkowanym szerokie pole współdziałalności. Jednego tylko urzędnika (pewnego starostę z dolnej Austryi) bierze minister szczegółowo w obronę przeciw obrażającym zarzutom dep. Schönerera, który nie mógłby gdzieindziej wytoczyć tych zarzutów, tylko tu w Izbie pod osłoną nietykalności deputowanych. Minister stwierdza, że oskarżenia dep. Schönerera są zupełnie bezzasadne. Dep. Göllerichowi odpowiada, że rząd względem kas oszczędności postępuje z wszelką dozwoloną prawnie łagodnością; niektóre wadliwości mają być usunięte nową ustawą, co do której minister prosi o pośpiech. Dep. **Krzeczunowiczowi** odpowiada wymijająco, nazywając wywody jego wyprzedzeniem obrad nad projektami podatkowemi; wśród tych obrad minister będzie miał sposobność odpowiedzieć. Na dziś nadmienia tylko, że rząd w projektach swych nie jest zmienny, bo tak w roku 1874 jak i dziś projekty te mają na celu ulepszenie stanu dzisiejszego tak dla skarbu, jak dla opodatkowanych. Co prawda, projekty te wciągają do podatku dochodowego miliony morgów roli dotychczas wolnej od tego podatku (głosy: *aha!*), ale na to pewnie sam stan włościański skarżyć się nie będzie.

Dep. **Schönerer** po części modyfikuje swoje oskarżenia, utrzymując, że minister go nie zrozumiał, po części obstaje przy nich; a jak widzieliśmy na ławie oskarżonych ludzi orderowych, tak nie dziwiłoby mię, gdyby urzędnik, o którym mowa, za postępowanie swe jeszcze dostał order. (*Niepokój*).

Dep. **Schrems** (deputowany stanu włościańskiego) prosi o ulgę dla referentów deputacyj szacunkowych do podatku gruntowego, obciążonych zbytecznie pracą.

Sprawozdawca specyalny dep. **Dumba** przyklaskuje rezolucyi Plenera, następnie broni komisyi przeciw zarzutowi Sturma, jakoby pochwalała kierownictwo spraw finansowych; komisya pochwalała tylko mniejsze wymagania rządu.

Sprawozdawca jeneralny dep. **Wolfrum** stwierdza, że przeciw samym pozycyom budżetu nikt nie wystąpił, tak że może je poprostu tylko polecić ku przyjęciu.

W głosowaniu uchwalono powyższe wnioski komisyi.

Następuje rozdział XI: „Ogólne zawiadowstwo kasowe; w 5 tytułach wydatków zwyczajnych 41,000 złr., nadzw. 2,827,690 złr. (sama strata na monecie wynosi 2,797,390 złr. Do porównania z pozycyami rządowemi i z kwotą przyzwoloną na r. 1876 niedostaje mi danych.

Rozdział ten uchwalono bez dyskusyi.

Rozdział XII: „Pobory stałe“ w 3 tytułach mieści w sobie razem wydatków zwycz. 72,500 złr., nadzw. 135,000 złr. Są to wynagrodzenia za współdziałanie przy dochodzeniu podstaw podatku gruntowego, tudzież koszta egzekucyjne.

Jednocześnie oddany pod obrady rozdział XIII: „Cła“; w 4ch rozdziałach razem wydatków zwycz. [illegible] złr.

W dyskusyi dep. **Pfeifer** uskarża się na niedostatki w ściąganiu podatków w Krainie.

Dep. Dr **Weigel** w przemówieniu przyjętem nader pochlebnemi objawami z wszystkich stron Izby gani w sposób bardzo dosadny przesadną gorliwość, a raczej już nadużycia inspektorów podatkowych po całem państwie; illustruje faktami ich postępowanie, wykazuje liczbami, jak mimo upadania zamożności, handlu, przemysłu i wszelkiego zarobku inspektorowie podatkowi umieli wybrać w roku bieżącym o $2^1/_2$ miliona złr. podatku dochodowego więcej nad przypuszczalnie najwyższą liczbę, jakiej sam rząd spodziewał się wedle preliminarza. Mówca dowodzi, że to nie zkądinąd pochodzi, tylko z wyciskania ostatniej kropli z biednych kontrybuentów podatkowych. Wzywa nakoniec rząd, aby uciskowi temu zaradził, bo zanim reforma podatkowa przyniesie ulgi, jakich ludność po niej tak tęsknie się spodziewa — mówca nie jest jednak przekonany o tych spodziewanych i zapowiadanych ulgach — gangrena stoczy zbolałe ciało upadającego pod ciężarem podatków całego gospodarstwa społecznego. (*Brawo! i oklaski zewsząd*).

Dep. Dr **Menger** obszernie krytykuje opodatkowanie spółek, mianowicie kas zaliczkowych; rząd chciałby surowem postępowaniem w ściąganiu podatków pokryć dawniejsze niedobory i chwyta się nawet sposobów wątpliwej wartości prawnej. Mówca odsłania tajne rozporządzenia ministra skarbu do władz finansowych z dnia 28 maja r. 1875, w którem udzielono instrukcyj co do ściągania podatków ze spółek. Wobec podobnego ucisku podatkowego spółki, mianowicie kasy zaliczkowe są po prostu zagrożone w egzystencyi. Mówca prosi ministra, by cofnął rozporządzenie powyżej wspomniane.

Minister handlu p. **Pretis** zastrzega się przeciw imputacyi, jakoby przy pomocy zbytniej surowości w ściąganiu podatków chciał pokrywać dawniejsze niedobory. O rozporządzeniu z d. 28 maja r. 1875 mówi, że nie jest tajne, przynajmniej taić się z niem nie ma powodu; wyłożono w niem urzędnikom tylko ducha ustawy. Widziała to rozporządzenie w roku zeszłym już komisya wybrana przez Izbę do prac wstępnych nad opodatkowaniem spółek i nic w niem nie znalazła nagannego. Względem tak pożytecznych instytucyj jak kasy zaliczkowe, chciałbym owszem postępować jak najwzględniej. Pośpieszcie z nowemi projektami podatkowemi, a będzie lepiej. Ten pośpiech, to moje *caeterum censeo*.

Sprawozdawcy obydwaj nic szczególniejszego nie nadmienili, ograniczając się na poleceniu wniosków komisyi.

Izba uchwala wedle tychże wniosków rozdziały XII i XIII.

Koniec posiedzenia o godzinie 3 minucie 20. — Prezes naznacza godzinę 7 wieczorem dla następnego posiedzenia.

Wiedeń 16 grudnia.

(222gie wieczorne posiedzenie Izby deputowanych).

Wiceprezes **Widulicz** zagaja posiedzenie krótko po godz. 7 [illegible] nader nielicznym znów z początku udziale deputowanych.

Na porządku dziennym dalszy ciąg obrad nad budżetem ministerstwa skarbu.

Następuje mianowicie rozdział XIV, od którego zaczynają się „Pobory niestałe.“ Rozdział ten obejmuje „podatek spożywczy,“ w 2 tytułach razem wydatków zwyczajnych 4,134,300 złr.

Izba uchwala ten rozdział niemal bez dyskusyi, bo tylko dep. **Steudel** zabrał głos do krótkiego przemówienia za zniesieniem linij spożywczo-podatkowych.

Z kolei idzie rozdział XV: „Sól“ w dwu tytułach razem wydatków zwycz. 3,145,000 złr., nadzwycz. 162,000 złr.

Rząd domagał się tylko w dziale wydatków nadzwyczajnych nieco więcej, bo 164,250 złr. na nowe budowle, w miejsce której to kwoty komisya przyzwala tylko 139,250 złr., t. j. o 25,000 złr. mniej.

Tu zaraz dodam, że skarb ma po strąceniu wszystkich wydatków **czystego dochodu z soli** 16,001,000 złr.

Na r. 1876 przyzwolonych było razem wydatków 3,460,900 złr., czyli o 153,900 złr. więcej niż na r. 1877, czysty dochód zaś na r. 1876 preliminowany był na 15,702,100 złr.

W dyskusyi, po przemówieniu trzech innych mówców, między nimi hr. **Mieroszowskiego**, który domagał się zapobieżenia nadużyciom handlarzy względem publiczności w sprzedawaniu soli, zabiera głos:

dep. **Hoszard**, który przypomniawszy nasamprzód przemówienie swoje w roku zeszłym o nędznej gospodarce w salinach galicyjskich, mianowicie w Bochni, gdzie pożar wybuchły w dwa tygodnie po tem przemówieniu najzupełniej stwierdził prawdziwość twierdzeń mówcy, zwala winę wielkich rozmiarów tego nieszczęścia i śmierci tylu ludzi na nieracyonalną oszczędność, bo nie było w salinach ani telegrafów, ani narzędzi pożarowych, ani sygnałów, ani w ogóle najniezbędniejszych w każdej kopalni przyrządów ostrożności, — przechodzi do innej strony tej nędznej gospodarki, t. j. do roztrwaniania skarbów przyrody w skutek nieracyonalnego zużytkowania minucyj. Już w roku zeszłym proponowałem, żeby je sprzedawano po cenie niższej od soli w kruchach. Spodziewałem się, że hasło rządu, iż „będzie lepiej“ przynajmniej pod tym względem się sprawdzi; tymczasem pozycye budżetowe na rok 1877 wykazują, że proporcya minucyj w Wieliczce a Bochni jest ta sama, a niema nadto śladu, któryby wskazywał, iż minucye taniej sprzedawane być mają. Znajduję wprawdzie dla Wieliczki wydatków nadzwyczajnych 4,000 złr. na młyn do mielenia minucyj, ale nie znajduję podobnego wydatku dla Bochni, choć tu minucyj jest więcej. Zresztą samo mielenie minucyj nie zapobiegłoby jeszcze złemu; jedyny na to sposób jest sprzedawanie ich po tańszej cenie. Mówca, którego przemówienie obejmowało kilka punktów, przechodzi do innego przedmiotu. Niektóre Wydziały powiatowe miały pozwolenie zakupowania dla ludności swego powiatu soli w żupach. Działy się przy tem, co prawda [illegible] innego powiatu mieszkańcom inne[illegible] powiatu; ztąd nie wypływa jednak, żeby karać ludność za woźniców, i wzywam pana ministra, aby nie zechciał pozbawiać powiatów dobrodziejstwa pobierania soli wprost z żup za pośrednictwem Wydziałów powiatowych. Punkt trzeci dotyczy samowolnych sekatur, na które narażone są gminy posiadające w obrębie swych granic źródła słone, a które od podrzędnych organów finansowych muszą znosić samowolne postępowanie; co więcej, rozchodzą się pogłoski, że od Nowego roku gminy mają być pozbawione prawa używania źródeł słonych. Wzywam pana ministra w imieniu ziomków moich, aby im tej krzywdy nie wyrządzał. Punkt czwarty dotyczy soli bydlęcej. Nie myślę dowodzić użyteczności tej soli, wskazuję tylko na przykład Anglii i Francyi, gdzie sól bydlęca jest w użyciu, więc mogłaby być i w Austryi. W roku zeszłym powiedziałem panu ministrowi, że wszystkie sprawy dotyczące soli tylko wspólnie z Węgrami uradzić można. Ponieważ ugoda z drugą częścią monarchii jest właśnie na porządku dziennym, więc uważam za stósowne uwagi te wypowiedzieć i wnoszę rezolucyą następującą: „Wzywa się rząd, aby produkcyę i sprzedaż taniej soli bydlęcej jak najprędzej w życie wprowadzić na właściwej drodze“.

Rezolucya ta zyskuje poparcie.

Minister skarbu **Pretis** oświadcza na wywody pp. Mieroszowskiego i Hoszarda, że niektóre Wydziały powiatowe odstępują prawa swego handlarzom, co jest nadużyciem i co dla ludności jest bez pożytku. Dep. Hoszardowi nadto odpowiada, iż śledztwo wytoczone z okoliczności pożaru w kopalniach w Bochni nie pokazało nic, coby usprawiedliwiało zarzuty o grzechach zaniedbania. Co do soli bydlęcej zaś, nie można uczynić zadość żądaniu p. Hoszarda, dopóki nie będzie sposobu przysposabiania jej tak, aby ludzie nie mogli jej używać. Rząd węgierski przeto głównie ze względów finansowych sprzeciwia się preparowaniu soli bydlęcej, a ja sam także nie mogę pomijać tych względów.

Dep. X. **Ruczka** odpowiada ministrowi, że trudno wprawdzie nie przyznać, iżby nie miały dziać się nadużycia, ale jedynie dzieją się ze strony wekturantów, nie zaś ze strony Wydziałów powiatowych upoważnionych do sprzedawania soli. Ztąd też nie powinno to rządowi być pobudką do pozbawiania ludności samej tak wielkiego dobrodziejstwa, gdyż przy tem dobrodziejstwie ma ludność sól po tej samej cenie, po której kupuje ją Wydział powiatowy, podczas, gdy od handlarzy kupować ją musi po cenach ustawicznie podwyższanych. Nadużycia zaś ze strony wekturantów karzą już same Wydziały powiatowe. Dla tego proszę pana ministra w imieniu ludności mojego powiatu i innych powiatów, aby jej nie pozbawiał tego dobrodziejstwa.

Następuje głosowanie, w którem uchwalono wydatki rozdziału XV wedle wniosków komisyi.

Z kolei idą rozdziały XVI do XXVI, obejmujące: „tytoń, stemple, opłaty od interesów prawnych, loteryę, myta, cechowanie, własność skarbową w budynkach dykasteryalnych i kolejach żelaznych, fiskalności, drukarnię państwową w Wiedniu, remanenty z sprzedanych nieruchomości skarbowych, sprawy mennicze,“ razem wydatków zwyczajnych 36,399,600 złr., nadzw. 129,000 złr.

W dyskusyi dep. Dr **Roser** powtarza dawne wywody swe o loteryi, która jest prawdziwą hańbą dla państwa. Jeźli minister przyrzekł ulżyć opodatkowanym ciężaru o 3 miliony przez zaprowadzenie nowego podatku dochodowego, lepiejby było użyć tych 3 milionów na zniesienie loteryi. Mówca drastycznemi przykładami ilustruje swe wywody, między innemi, że Izba otrzymała petycye o zwrot mienia liczącego się na tysiące a straconego w loteryi. Ktoś stawiał ustawicznie na numer 23, aż przegrał cały majątek, w chwili zaś, gdy numer ten wyszedł w jego terno, kolektura oświadczyła, że numer ten jest zamknięty. Mówca wnosi rezolucyę, wzywającą rząd do zniesienia loteryi z zaprowadzeniem podatku dochodowego.

Rezolucya dostatecznie poparta.

Dep. **Dworski** opierając się na dawniejszych rezolucyach Izby, uchwalonych w 15 ostatnich latach, tudzież na oświadczeniach rządu, uznających potrzebę zmiany ustawy stemplowéj, wykazując ponownie na przykładach uciążliwość jéj, wzywa rząd, aby wniesionéj w roku zeszłym rezolucyi, zgodnéj z rezolucyą sejmu galicyjskiego, w całéj osnowie jak najspiesznéj zadośćuczynił. Mówca ogranicza się na tem wezwaniu a nie wnosi nowéj rezolucyi właśnie ze względu na rezolucyę uchwaloną w roku zeszłym.

Dep. Dr **Weigel** domaga się ze względów sanitarnych i budowniczych **rozpoczęcia czemprędzéj budowy porządnego gmachu na pomieszczenie fabryki cygar w Krakowie**; stanu tymczasowego bowiem, jaki dotychczas istnieje, miasto przez wzgląd na zdrowie robotniczek, liczących się na setki, dłużéj tolerować nie może, nie

myśli i nie będzie. Mówca spodziewa się i żąda, aby mu minister skarbu wniósł kredyt dodatkowy na rozpoczęcie tych budowli.

Przemawia jeszcze dep. Dr Fanderlik o niedostatkach w sprawach stemplowych, jakie pojawiają się w praktyce na Morawie.

W głosowaniu uchwalono rozdziały XVI do XXVI wedle wniosków komisyi.

Wszystkie przeto wydatki w ministerstwie skarbu wynoszą 72,713,990 złr.

Izba bez dyskusyi uchwala dział dochodów, wynoszący wszystkiego razem 318,389,788 złr., tak że dochody przenoszą wydatki o 245,675,798 złr.

Następuje rozdział XXVIII: „Ministerstwo rolnictwa,“ obejmujący w 13 tytułach razem wydatków zwyczajnych 9,972,890 złr., nadzw. 1,017,360 złr.

Wyszczególnię niektóre tylko pozycye: na kulturę krajową przeznaczono subwencyj 495,000 zł. wydatków nadzw., dla organów czuwających nad podźwignieniem kultury krajowéj 190,000 złr. wyd. zwycz., na podniesienie hodowli koni 90,000 złr. wyd. zwycz., na stadniny państwowe 324,800 złr. wyd. zw. i 15,000 złr, wyd. nadzw.

Nie mając pod ręką sprawozdań szczegółowych, nie mogę niestety podać liczb dotyczących Galicyi, ani czynić porównań z pozycyami rządowemi na r. 1876.

W dyskusyi dep. Dr. Schönerer wzywa ministra, aby nie spieszył się z ustawą leśną, któraby nie była dobrze obmyślaną; następnie zwraca się przeciw subwencyonowaniu towarzystw rolniczych, nakoniec porusza potrzebę nauczycieli wędrownych dla podniesienia hodowli bydła.

Dep. Russ zwalcza mowcę poprzedniego co do ustawy leśnej z powodu niepochlebnej tegoż mowcy krytyki o agitacyach rolników czeskich i żąda właśnie ustawy w duchu takim, w jakim jej domagają się ci rolnicy.

Dep. Dr Heilsberg stawia wniosek, aby pozycyę dla szkół górniczych, wynoszącą 53,640 złr. podwyższyć o 2000 złr., a to na rzecz akademii górni- [illegible]

Dep. Dr Foregger mówi o [illegible] w zastosowaniu do rolnictwa i górnictwa.

Koniec posiedzenia o godz. 9ej min. 40. — Następne jutro, w niedzielę, a to na propozycyę prezesa, na którą Izba chętnie się zgadza.

Wiedeń 17 grudnia.

(n.) NPan przybył tu dziś rano; o god. 12 przyjmował prezesa gabinetu. Jeśli się nie mylę, posłuchanie to zostaje w związku z kwestyą bankową, która jeszcze ciągle w bezradnej zostaje stagnacyi. Wszystkim doniesieniom: że ministrowie węgierscy przybędą do Wiednia, że ministrowie austryaccy udadzą się do Pesztu celem dalszych rokowań, zaprzeczono natychmiast. Ani tu, ani tam nie wiadomo co z tym fantem począć. Zmiana gabinetu czy to austryackiego, czy węgierskiego nie może polepszyć położenia, owszem pogorszyć. Wśród takich okoliczności nie ma nadziei wyjścia z tej przykrej sytuacyi. A przecież znaleść je trzeba. Może dałoby się wybrnąć z tej zatrważającej stagnacyi w ten sposób, jeśliby Dyrekcya banku zechciała się zdecydować na wypracowanie projektu statutów bankowych, którzyby można wziąć pod dyskusyę i któryby ogłoszony publicznie istotnie ją wywołał. Rząd węgierski niepotrzebuje przecież sam prowadzić rokowań z Bankiem narodowym, lecz rokowania mogą się toczyć między obu rządami. Jeśli doprowadzą do jakiegoś rezultatu, wówczas można będzie zwyciężyć drażliwość rządu węgierskiego. Lecz nawet i wtenczas gdyby pozostały bez rezultatu, osiągniętoby przynajmniej to jedno, iż usuniętoby tę bezwzględną ciszę, stanowiącą obecnie właściwą złą stronę sytuacyi.

Paryż 14 grudnia.

(B.) Rozwiązanie kryzys gabinetowej przez powołanie na prezesa gabinetu Juliusza Simona z lewicy, jest w ogóle bardzo dobrze widzianem. Pomimo, iż jest to faktyczny krok marszałka ku lewicom, zapewniają jednak, iż pochodzi nawet po części z rady udzielonej marszałkowi przez ks. Broglie. W każdym razie zatrzymanie w gabinecie jenerała Berthaut, i ks. Décazes, odbiera nowej zmianie charakter osobistego ustępstwa ze strony marszałka i nowego gabinetu, czy też tylko odświeżonego i czyni gabinet kompromisowym; z jednej strony odpowiada on parlamentarnym zwyczajom i żądaniom większości, z drugiej ocala osobistą godność marszałka. Zapowiadałem też, że w zamian za poświęcenie Dufaura, lewice zgodzą się na zachowanie u władzy jen. Berthaut, pomimo iż był najżywiej dotknięty porządkiem dziennym Laussedat, w którym zalecano rządowi w sprawie honorów pogrzebowych, trzymanie się zasady bezwyznaniowego państwa.

Oczekują dziś deklaracyi gabinetu, mającej mieścić w sobie program jego polityki. W skutek porządku dziennego Laussedat, o którym wyżej wspomniałem, pierwszym punktem tego programu ma być uznanie przez rząd bezwyznaniowości ze względu na pogrzeby. Sprawa ta musiała być przedmiotem przedwstępnych rokowań pomiędzy Simonem i jenerałem Berthaut. Ten zgodził się przeto w zasadzie na uznanie pogrzebów cywilnych, lecz z zastrzeżeniem wyrażonem przed laty w okólniku jen. Cissey, a dotyczącem prawa odmówienia należnych a żądanych honorów wojskowych na pogrzebach cywilnych noszących widocznie charakter antireligijnej manifestacyi. Z tem zastrzeżeniem, jen Berthaut przychylił się do żądań lewicy, których ostatnim wyrazem był Simon, i to ustępstwo ministra wojny pozwoliło marszałkowi postawić gabinet, którego przeważny żywioł stanowią lewy środek i lewica. Jen. Berthaut, jak wiadomo, nie zasiada w parlamencie, do żadnej przeto grupy nie zalicza się; obok niego więc jeden już tylko ks. Decazes, może być uważany za przedstawiciela prawicy w jej najumiarkowańszej barwie prawego środka. Aczkolwiek nawet, od ostatnich wyborów ks. Decazes jest wprost zaliczany do konstytucyonistów środkowych, przeto bez barwy.

Pomimo, iż w ostatniej chwili, kiedy marszałek chciał zatrzymać u władzy Dufaura i obok niego postawić Simona, a Simon odmówił ogólnikiem twierdząc, iż „warunki, w jakich pozostać ma gabinet, nie dają mu rękojmi posiadania w Izbie większości“, pomimo więc, iż się dowiedziano, że marszałek przywołał Buffeta i ks. Broglie i głośno już mówiono o postawieniu gabinetu z prawicy, którego programem mogło być tylko rozwiązanie Izby, nikt jeszcze nie sądził, aby marszałek myślał na prawdę o podjęciu względem Izby polityki otwartego sporu. Lecz gdy okazało się prawdopodobieństwo takiego rozwiązania kryzys, nieuniknione następstwa groźniejszemi wydawać się zaczęły, i ze wszech stron uczuwano potrzebę cofnięcia się i wzajemnego ustąpienia. Simon uczynił pierwszy krok do kompromisu, oświadczając w prezydenturze, iż odmowa jego dotyczyła jedynie osoby Dufaura, przeto obecny w prezydenturze ks. Broglie zapytany o radę, wyraził zdanie, iż gdy lewice zgadzają się na zatrzymanie w gabinecie dwóch ministrów wojny i spraw zagranicznych, których teki marszałek pragnął zawsze uczynić niezawisłemi od starć parlamentarnych, zatem z chwilą tą znikały przyczyny, któreby zmusić mogły prezydenta do oparcia się żądaniom parlamentu. Marszałek przeto ofiarował natychmiast prezydencyę gabinetu z teką spraw wewnętrznych Simonowi i umocował go do wskazania mu kandydata do teki sprawiedliwości i wyznań. Oddano ją p. Martelowi wice-prezesowi senatu, z lewicy, a niegdyś prezesowi komisyi, która wspólnie z prezydentem wykonywała prawo łaski względom skazanych za udział w komunie.

Gabinet liczy w swoim składzie sześciu senatorów, z których trzech dożywotnich Simon, Martel, adm. Fourichon i trzech wybranych przez departamenta Teissereac de Bort, Waddington i Leon Say; nadto dwóch deputowanych Christophle i Decazes i z poza parlamentu jen. Berthaut. Z grup parlamentarnych najsilniej liczebnie jest reprezentowany lewy środek, liczący pięciu członków, najsłabiej prawy środek liczący tylko jednego członka; lewica ma tylko dwóch reprezentantów, lecz w tej liczbie prezesa gabinetu. Nadmienić jeszcze wypada, że jakkolwiek Martel jest mianowany do teki sprawiedliwości i wyznań, lecz dotąd jeszcze niewiadomo, czy przyjmie te obowiązki, jak również niewiadomo, ktoby go zastąpił.

Podajemy ciąg dalszy rozpraw o uniwersytecie lwowskim, które toczyły się dnia 13 b. m. w Izbie deputowanych Rady państwa.

Po dep. hr. Mieroszowskim zabrał głos dep. Dr Euzebiusz Czerkawski, rektor uniwersytetu lwowskiego: „Rozprawy budżetowe od lat kilku stały się niestety polem, z którego ustawiczne odbywają się zapędy przeciw naszym instytucyom, zdobytym dla naszéj narodowości w Galicyi podczas rozpraw konstytucyjnych. Wśród obrad budżetowych poraz pierwszy [illegible] do naszéj krajowéj Rady szkolnéj. Wśród obrad budżetowych coraz to nowe dzieją się wycieczki przeciw naszym szkołom ludowym, bez znajomości stosunków i bez słusznego ich ocenienia. Bez namysłu wypowiada się tu twierdzenia sprzeczne z faktami, a przyszło nam niestety doświadczyć, że i z ław rządowych nie doznaliśmy najmniejszéj opieki, cóż dopiero sprawiedliwéj obrony!

Panowie! Wasze pod tym względem powodzenia może was zadowalają chwilowo, może roskoszujecie w boleści naszéj, krzywdząc nas raz po raz. Wątpię atoli, czy postępowanie takie świadczy o politycznéj bystrości. Pomyślcież, jako frakcya nasza, jako kraj nasz coraz więcéj musi uczuwać wstrętu do idei, którą wy reprezentujecie. Czyż nie sądzicie, iż rozbicie, które w łonie waszem coraz większych dochodzi rozmiarów, przypisać należy téj okoliczności, że od lat kilku znikł ów regulator miarkujący, który był po naszéj stronie w zachowaniu się względem was?

Zdawało się, panowie, że w chwili obecnéj, gdy wewnętrzne w monarchii zawikłania coraz zawilszemi się stają, i gdy na pograniczach monarchii niebezpieczeństwa nie chcą jakoś ustępować, — że w takiéj przynajmniéj chwili powinnibyście tyle posiadać czucia delikatnego i taktu, by pomijać wszystko, co utrudnia pojednanie, zbliżenie się umysłów, lub co może nawet nieprzebytą utworzyć przepaść. Otwarcie powiedzieć mi trzeba, że była chwila, w któréj skłonny byłem oddać się podobnéj ułudzie. Gorzkie nastąpiło rozczarowanie!

Wśród samego natężenia, które owładnęło umysły, rozległa się po Galicyi wieść, że znów w komisyi budżetowéj poruszono myśl zwinięcia jednéj z najważniejszych instytucyj naszych, uniwersytetu we Lwowie. Uczucie głębokiéj boleści przeniknęło na wskróś wszystkich ukształceńszych mieszkańców kraju, wolno mi powiedzieć, że bez różnicy odcienia politycznego. Jakie zaś owładnęło ich uczucie oburzenia, przekonać się powinniście z głosu mówcy, który tuż przedemną mówił (hr. Mieroszowskiego). To uczucie, któremu on wymowny nadał wyraz, wspólne jest wszystkim ukształceńszym mieszkańcom Galicyi. Słychać było wprawdzie, że rząd oświadczył, iż nigdy nie miał zamiaru zwijać uniwersytet lwowski, ale, niestety, mamy już smutne doświadczenie, ile polegać wolno na podobnych oświadczeniach danych w komisyi budżetowéj; a tak nie mogliśmy opędzić się niechęci wzbudzonéj w nas ową wieścią.

Mimo że odzywały się głosy przeciw temu pomysłowi, przeciw takiemu wnioskowi, sprawozdanie pana referenta specyalnego zawiera przecie ustęp, o którym mówił mówca poprzedni, a który nietylko stwiedza to niebezpieczeństwo, lecz zakrawa nadto na chudszą jeszcze dyetę dla drugiego w kraju uniwersytetu, na pokrzywdzenie go, aby następnie przy szczęśliwéj sposobności zwinąć tę instytucyę.

Pojmiecie, panowie, że wśród takich okoliczności my tego ustępu sprawozdawcy specyalnego i całéj w ogóle sprawy téj bez odprawy pozostawić nie możemy. Jeśli zechcecie posłuchać mię cierpliwie przez chwil kilka, zdaje mi się, że dowiodę wam, jako stanowisko uniwersytetu lwowskiego jest tego rodzaju, iż zniesienie go byłoby niesprawiedliwym aktem gwałtu na najżywotniejszéj kraju naszego sprawie.

Po pierwszym rozbiorze Polski zastało się w owych okolicach, które obecnie stanowią część monarchii austryackiéj, co prawda także dwa uniwersytety, jeden w Krakowie, w Zamościu drugi, z tą tylko różnicą, że Kraków wówczas nie był jeszcze wcielony do monarchii. Zamość zaś obecnie nie należy do niéj ale położenie i stanowisko obu tych uniwersytetów było mniéj więcéj równe dzisiejszemu stanowisku uniwersytetów krakowskiego i lwowskiego. Ponieważ bowiem Zamość, tj. siedziba dawnego uniwersytetu, położony był tuż na pograniczu monarchii, przeto wielkoduszni Austryi władcy, cesarzowa Marya Teresa i niegdyś cesarz Józef II, uznali za rzecz godziwą wznieść we Lwowie całkowity uniwersytet o czterech wydziałach, teologicznym, filozoficznym, prawniczym i lekarskim. Cesarz Józef II posunął swą wielkoduszność i wspaniałomyślność tak daleko, że obdarzył go nawat biblioteką niegdyś Gazellego w Wiedniu. Gdy późniéj Kraków wcielono do monarchii, było to po drugim rozbiorze Polski, pojawiła się wprawdzie na chwilę myśl, że ten uniwersytet we Lwowie jest może zbyteczny; zniesiono bowiem wydział lekarski we Lwowie, a zastąpiono go zakładem medyczno-chirurgicznym. Co się tyczy innych wydziałów, zamienienie uniwersytetu na lyceum, jak wówczas je zwano, nastąpiło tylko nominalnie, nazywając dawne wydziały oddziałami studyów (*Studienabtheilungen*), pozostawiając im wszakże nawet prawo kreowania doktorów. Fakta wnet też pokazały; że o właściwem zniesieniu téj akademii wobec potrzeb i stosunków kraju mowy być nie może. W roku 1817, gdy uniwersytet krakowski co prawda znów był się usunął, cesarz J. Mć Franciszek I podjął dzieło przywrócenia uniwersytetu lwowskiego do dawnéj godności, ale ta reintegracya była znów tylko nominalną, bo nie przywrócono mu już wydziału lekarskiego, a tylko „oddziały studyów“ dawne wydziałów (fakultetów) miano odzyskały. Uniwersytet lwowski był przeto w prawdziwem tego wyrazu znaczeniu darem władców austryackich i ogłoszono go nim w r. 1817 uroczyście, i w kraju jako taki był uważany. Miał uniwersytet ten być jednym z wielu węzłów łączących kraj z dynastyą i państwem. Czyż chcielibyście może, panowie, jąć się tego pomysłu naprawdę herostratowego i wykonać go i zerwać te węzły? Ażaliż podjęlibyście się zerwania tych wszystkich węzłów, które nawiązał czas i życzliwość monarchów? Trzeba mi użyć tu wyrazów mówcy poprzedniego: uczyńcie to, jeśli wam starczy odwagi, uczyńcie, jeśli pozwala wam sumienie!

Od r. 1817 istniał uniwersytet lwowski i rozwijał się w sposób taki, w jaki w ogóle pod rządami Metternicha mógł się rozwijać. Pomieszczony był w domu, który należał dawniéj do zniesionego dziś klasztoru, a który na ten wyłącznie cel przeznaczył cesarz J. Mć Józef II, dając go uniwersytetowi lwowskiemu. Gdy w r. 1846 Kraków po raz wtóry przypadł do monarchii, stosunki tak już były się ustaliły, że o zniesieniu jednego z dwu tych uniwersytetów mowy być już nie mogło. Takie było przekonanie o konieczności ich i niezbędności, że, o ile mi wiadomo nie pojawiła się już myśl podobna. Dopiero w r. 1848 uniwersytet lwowski smutne przebył przesilenie, smutną katastrofę.

Gdy w roku tym tchnienie wolności zawiało po wszystkich Austryi łanach, wtedy i narodowości w Austryi uznały chwilę tę za sposobną do zrzucenia kajdan, które ciążyły na nich dotychczas. Zbudziła się nadzieja, że i wychowanie publiczne i nauka odrodzą się na zasadach narodowych; nastała także chwila, że język krajowy miał być wprowadzony do uniwersytetu tego jako język wykładowy. Smutne atoli okoliczności sprowadziły zbombardowanie miasta Lwowa przez władze wojskowe, które szczególniejszym sposobem uznały za stosowne skierować ogień działowy przeciw uniwersytetowi znajdującemu się w stanie [illegible] Dom darowany uniwersytetowi z szczodrobliwości cesarza Józefa II uległ zburzeniu. Myślano może, że w ten sposób sam uniwersytet także upadnie; może stało się to za karę, że pomyślano dlań o odrodzeniu na zasadach narodowych. Ale losy i wyższe sfery przyjaźniejsze były od organów wykonawczych we Lwowie. Z prochu i popiołu, z gruzów natworzonych zburzeniem, zmartwychwstał uniwersytet do nowego życia. Tylko pomieszczenia szukać musiał odtąd w obcym domu. Upatrzono na to gmach należący do funduszu stypendyjnego, tak zwany konwikt, a zwany tak dla tego, że mieścił się w nim dawniej konwikt Jezuitów.

W epoce reakcyi Bacha na nowo uniwersytet zgermanizowano. O zniesieniu atoli mowy nie było, owszem myślano o uzupełnieniu go wydziałem lekarskim, skoro umiejętność potępiła dalsze istnienie zakładów medyczno-chirurgicznych. Nie można też zaprzeczyć, że uzupełnienie uniwersytetu wydziałem lekarskim jest niezbędną koniecznością ze względów naukowych i innych. Nietylko, że uniwersytety, którym brakuje wydziału lekarskiego należą dziś w świecie naukowym i w świecie cywilizowanym w ogóle do rzadkich wyjątków, lecz i stosunki tak ludności, jak służby sanitarnej w Galicyi dostatecznie dowiodły, że kraj pod względem sanitarnym chyli się ku upadkowi, jeźli się nie pomyśli o dostatecznej liczbie lekarzy za pomocą utworzenia wydziału lekarskiego we Lwowie. Z tego punktu widzenia zapatrywały się na sprawę nietylko władze akademickie za czasów Schmerlinga, lecz i reprezentacya państwa w r. 1870, słusznie oceniając stosunki, powzięła rezolucyę dotychczas nie cofniętą, ale i niewykonaną, aby rząd przystąpił do utworzenia wydziału lekarskiego we Lwowie.

Rok 1871 naznaczony nową przemianą w dziejach uniwersytetu lwowskiego. Najwyższem rozporządzeniem zniesiono dawniejsze, co do języka wykładowego, ograniczenia, a przyznano prawo używania w wykładach języka niemieckiego, polskiego, rusińskiego w miarę potrzeby i zdolności uczniów i docentów. Z stosunków tamtejszych wynikło, że obecnie przeważnie polskie wykłady zastąpiły dawne niemieckie, lubo habilitowali się także docenci Rusini i poczynili pierwsze początki, aby ich językowi także z czasem stało się zadość na polu nauki.

W tym duchu odrodził się uniwersytet lwowski. Nie godzi mi się opiewać pochwał jego profesorów, ale sądzę, opierając się na opinii publicznej i na zapatrywaniu mężów doświadczonych, że wolno mi twierdzić, iż uniwersytet lwowski uzupełnił się w sposób taki. że nie potrzebuje lękać się porównania z innemi co do rzędu równemi uniwersytetami, ani powstydzić się tego porównania. Mimo to mówiono tu o pewnem chyleniu się ku upadkowi. Gdyby to zwracać się miało przeciw naukowej działalności uniwersytetu, wypadłoby mi nazwać to niesprawiedliwością wymagającą koniecznie odprawy. Uniwersytet lwowski nie ograniczył dobroczynnego wpływu swego tylko na mocy uniwersytetu, potrafił owszem pobudzić interes dla nauki w coraz dalszych kołach, zaczął też literaturze narodowej nadawać piętno poważniejsze, a czyż to miałoby być pobudką do zniesienia go? Często słyszeliście tu twierdzenie, że nauka nie zna narodowości, ale lękam się, żeby orzeczenia tego nie zrozumiano tak, jakoby wykluczało usiłowania wszystkich innych narodowości około pielęgnowania nauki i umiejętności w własnym języku. Podobne pojmowanie więcej niż przewrotnem zwać się godzi; gdyż owszem orzeczenie to znaczy, że wszystkim językom, wszystkim narodowościom, które do tego zdolne, otwarte jest pole takie, jak to wypowiedziano w najwyższem rozporządzeniu z r. 1871 co do uniwersytetu lwowskiego.

Gdzieżby tedy szukać owego chylenia się ku upadkowi, czy może w liczbie uczniów? Porównajcie wykazy statystyczne, porównajcie wykazy frekwentacyi z półrocza letniego r. 1876, a przekonacie się, że, co się tyczy frekwentacyi, uniwersytet lwowski trzecim jest z rzędu po Wiedniu i Pradze. W latach dawniejszych był czwartym z rzędu, wyprzedzał go uniwersytet w Gracu, przeznaczony dla południowych okolic monarchii. W półroczu letniem atoli r. 1876 prześcignął nasz uniwersytet i ten zakład; i czyż w tem może szukać objawu upadku, o którym wspominano w komisyi budżetowej? Ja przynajmniej sądzę, że liczby głośno i wymownie przeciw temu przemawiają.

Pomyślcie o konfiguracyi kraju. Lwów oddalony od Krakowa o mil 48 do 50; taka sama mniej więcej dzieli go przestrzeń od Czerniowiec. Znieście uniwersytet we Lwowie, a znaczna część młodzieży odbywającej obecnie nauki na uniwersytecie lwowskim zmarnieje duchowo, bo środki materyalne nie pozwoliłyby jej żadną miarą podróżować tak daleko i szukać pomieszczenia i utrzymania w obcem mieście. Czyż stać was, panowie, na odwagę, by wydać w ten sposób młodzież polską i rusińską na pastwę zmarnieniu? Nie sądzę, iżbyście zdobyć się mieli na krok podobny.

A jeśli państwowa ustawa szkolna powiada, że wszystkim narodowościom dana ma być sposobność rozwijania języka swego od najniższego do najwyższego stopnia, sądzę, że dla języka rusińskiego tylko uniwersytet lwowski jest polem do rozwijania się. Usuńcie uniwersytet lwowski, a nie będzie do tego sposobności ani w Czerniowcach, ani w Krakowie.

Ale mówią, że wydatki na dwa uniwersytety są za wielkie, że finanse austryackie ponosić ich nie mogą. Otóż przeciw temu przemawia pewnie sam budżet. Zamieściliście w budżecie wydatków na uniwersytet praski 645,740 złr.; natomiast na uniwersytet lwowski 146,000 złr., a na uniwersytet krakowski 234,000 złr., co razem czyni dopiero 380,000 złr., a więc o 265,740 złr. mniej niż na uniwersytet praski, o tyle mniej, ile kosztuje mniej więcej uniwersytet w Gracu. Dodajcie tę różnicę wydatków na rzecz obu uniwersytetów, a dacie im dostateczne środki do podźwignięcia się naukowego i duchowego. Dajcie mianowicie uniwersytetowi lwowskiemu wydział lekarski, a dacie mu też sposobność do z użytkowania w należytej mierze prac wydziału filozoficznego.

Jak już wspomniałem, uniwersytet mieści się obecnie w domu najętym, w domu należącym do funduszu stypendyjnego, czyli w tak zwanym konwikcie. Jakkolwiek z początku wystarczać mogło to pomieszczenie, każdy jednak przyzna, że trzeba je było wprzód przysposobić do użytku uniwersyteckiego; dopóki atoli dom ten nie należy do uniwersytetu tytułem własności, dopóty przy adaptacyach zawsze trzeba stosować się do przyzwolenia i takiej lub owakiej woli właściciela. Łatwo pojąć, że wobec różnicy między interesem właściciela a uniwersytetu zakraść się musiały z czasem pewne niedogodności, przeciw którym należało raczej szukać z czasem środków zaradczych. Nastręczała się ku temu sposobność nawet teraz ze względów finansowych. Z początku wynosił czynsz 10 do 12,000 złr. Później, gdy komorne podrożało, podwyższono go do 15,000 złr. Taki był czynsz aż do najnowszych czasów. Obecnie ceny mieszkań we Lwowie tak się zmieniły, że wątpię, czy pomieszkanie to będzie można dostać taniej jak za 20,000 złr. rocznie. Zarząd funduszu stypendyjnego stawił tedy ten słuszny z pewnością wniosek, że chce odstąpić ministerstwu oświecenia ten dom za 220,000 złr. za odpłatą ratami w dziesięciu latach, z których każda wraz z amortyzacyą wynosiłaby 27,000 złr. Zdaje mi się, panowie, że każdy przyzna, iż oferta ta jest bardzo skromna i bardzo korzystna. Że zaś komisya budżetowa i wysoka Izba tym razem ofertę tę odrzuciła, obawiam się bardzo, że mógłby nastać czas, w którym pożałować wypadnie, że się jej nie przyjęło.

Zdaje mi się, panowie, że dostatecznie dowiódłem, iż wszystko, co się mówi o zniesieniu uniwersytetu lwowskiego, zupełnie jest pozbawione podstawy. Proszę was tylko, panowie, byście bez wszelkich zastrzeżeń przyzwolili pozycye pomieszczone w sprawozdaniu pana referenta specyalnego. Najmniej, panowie, mógłbym wam zalecić zastrzeżenie, któreby podawało w wątpliwość pośrednio czy bezpośrednio, egzystencyę przesławnego naszego uniwersytetu w Krakowie. Uniwersytet krakowski nie tylko teraz ma ważne w kraju posłannictwo cywilizacyjne, uważamy go wszyscy także za drogi klejnot pełnej sławy przeszłości naszej i pracy duchowej, w której Polska w dawnych wiekach uczestniczyła. Proszę przyjąć wnioski komisyi budżetowej bez wszelkiego zastrzeżenia. Byłbym szczęśliwy, gdyby dziś od wysokiego rządu także wyszło do Izby i do kraju uspokajające zapewnienie, że nie ma mowy o zburzeniu owego dzieła dawniejszych monarchów Austryi w Galicyi. Pozwalam sobie też prosić pana sprawozdawcę specyalnego, żeby sprostował swoje zapatrywania i żeby cofnął werdykt wydany o uniwersytecie lwowskim. (*Brawo! brawo! z prawicy*).

(*Dalszy ciąg nastąpi*).

N. Pan udzielił sekretarzowi dyrekcyi lasów i domen w Bolechowicach, Kornelowi Czemeryńskiemu krzyż kawalerski orderu Franciszka Józefa, uznając jego bardzo gorliwą i skuteczną służbę.

N. Pan polecił przydzielić majora Ludwika Sembratowicza, z pułku bar. Ringelsheima Nr. 30, do sztabu głównego z pozostawieniem go atoli, jako nadliczbowego na etacie rzeczonego pułku.

Sąd wyższy lwowski mianował praktykanta sądowego Józefa Geislera bezpłatnym auskultantem.

Rada szkolna krajowa mianowała tymczasowego nauczyciela Eliasza Fedorczuka rzeczywistym nauczycielem szkoły wydziałowej w Śniatynie, nauczyciela Tomasza Kirczowa rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Sułatyczach, nauczyciela Stanisława Krasickiego rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Cetuli, nauczyciela Wojciecha Salawę rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Płaszowie, nauczyciela Wojciecha Guzika rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Pelkiniach, i nauczyciela Piotra Liptaka rzeczywistym nauczycielem szkoły etatowej w Czułowie.

Wiedeń 17 grudnia. Izba wyższa odbędzie w tych dniach kilka posiedzeń, w celu uchwalenia budżetu na r. 1877 i potwierdzenia traktatów handlowych z Anglią, Francyą i księstwem Lichtenstein jeszcze przed końcem roku.

— Klub postępowy postanowił w walce swojej przeciw rządowi chwycić się wszystkich możebnych środków opozycyi. Na jednem z ostatnich posiedzeń swoich uchwalił n. p., aby przy głosowaniu nad ustawą finansową, wnieść pokrycie niedoboru przez osobną ustawę szczegółową. Wniosek ten będzie tylko wyraźnym bardzo objawem nieufności do rządu. Rozprawa w tym przedmiocie była bardzo ożywiona. Dep. Klinkosz oświadczył, że nie może popierać tych, którzy bądź co bądź starają się gabinet obecny obalić. Życzyłby sobie, aby rząd doprowadził sprawę ugodową do końca i dlatego jest przeciwnym koalicyi klubu postępowego z prawicą w celu obalenia ministerstwa. Jeśliby rząd upadł, przyszedłby do steru gabinet złożony z członków prawicy i klubu postępowego. To właśnie zdaje się być celem tych panów, którzy tak usilnie pracują nad podkopaniem stanowiska rządowego. Dep. Klinkosz oświadczył, że w razie przyjęcia tego wniosku, on i jego przyjaciele polityczni wystąpią z klubu. Tym więc z członków klubu, którzy nie zgadzają się z tym wnioskiem, pozostawiono wolność głosowania nad tym przedmiotem w Izbie.

— Donieśliśmy już, że dep. Fux przedłożył w klubie postępowym Izby deputowanych wniosek zmieniający ustawę o sprawach wspólnych. Wnioskodawca proponuje zmianę na następujących zasadach: 1) Z uwagi na poczynione doświadczenia nie należy na razie domagać się rozszerzenia zakresu spraw wspólnych. Dla spraw wspólnych pozostaje i nadał wspólne ministerstwo odpowiedzialne parlamentom. W radzie tego ministerstwa mają głos prezydenci ministrów obu części monarchii. Wspólni ministrowie mają być obecni na posiedzeniach, na których są omawiane sprawy wchodzące w ich zakres działania. Ministerstwom obu części monarchii należy zastrzedz równy wpływ na kierownictwo i sprawowanie spraw wspólnych. 2) Na razie nie należy również domagać się pomnożenia tych spraw, które w myśl §. 2 ust. z 21 grud. 1867 mają być traktowane według zasad ulegających od czasu do czasu zmianie. 3) Należy usilnie domagać się zniesienia instytucyi t. z. „Delegacyj wspólnych“, gdyż instytucya ta działa bardzo szkodliwie na życie konstytucyjne państwa. Nad sprawami wspólnemi powinny obradować oba parlamenty z osobna, gdyby zaś w pewnej sprawie nie zgodziły się parlamenty, ma być sprawa ta traktowaną przez deputacye wysłane z obu ciał ustawodawczych. Gdyby i deputacye nie mogły się zgodzić, należy w sprawach, w których się rozchodzi o cyfry, przyjąć niższą cyfrę uchwaloną przez jeden z parlamentów. 4) §. 36 ustawy z 21 grudnia 1867 należy zmienić w tym duchu, że każdy projekt ustawy musi być najpierw wypracowany wspólnie przez oba ministerstwa; gdyby projekt ten został odrzucony przez jedno z ciał ustawodawczych, ma być przedłożony deputacyom. Przy wznawianiu ugody austryacko-węgierskiej w r. 1877 należy zastosować §. 36 wzmiankowanej ustawy w dotychczasowem brzmieniu. 5) Należy wezwać rząd, ażeby zniósł się z król. węgierskim rządem co do przeprowadzenia obecnie proponowanych zmian. Rada państwa zniesie się z sejmem węgierskim za pośrednictwem osobnych deputacyj w celu przeprowadzenia tych zmian i dlatego należy przygotować osobną ustawę specyalną na wzór ustawy o deputacyach z dnia 16 lipca 1867. Powyższe wnioski dep. Fuxa przekazano osobnemu komitetowi, złożonemu z 5 członków.

Ziemie Polskie.

Jak w W[illegible] wzywano obywateli na [illegible] żeby podpisywali adres do Cara z powodu spr[illegible] wschedniej, tak na Litwie administrator dyecezyi Wileńskiej wygotował adres i kazał go podpisywać podwładnemu sobie duchowieństwu. Czy X. Żyliński otrzymał urzędowe wezwanie do wygotowania takiego adretu, czy też uczynił to dobrowolnie? *Dziennik Poznański* podaje osnowę tego adresu, jak następuje:

Najjaśniejszy Panie!

Niezapomniane słowa, jakie wypowiedziałeś w samem ognisku Rosyi i nieustająee wieści, jakie dobiegają do nas ze wszystkich zakątków naszej drogiej, wielko-rosyjskiej ojczyzny o serdecznem współczuciu Rosyi dla doli braci naszych w Chrystusie i krwi wschodnich Słowian, uciskanych przez dzikie hordy muzułmanów, nie mogą być obojętnemi dla nas, wyznających wiarę chrześciańską rzymsko-katolickiego obrządku i będących członkami jednej wielkiej słowiańskiej rodziny. Współczucie nasze nie tylko nie ustępuje w niczem ogólnemu zapałowi, lecz w sercach naszych żarzy się świętym ogniem, tak ze względu na wielki swój cel, jak niemniej i dla tego, że niektórzy współwyznawcy nasi dali powód do szerzenia nawet w gazetach jakobyśmy, my katolicy wrogie zajmowali stanowisko wobec ruchu braci naszych Rosyan w słowiańskiej sprawie na Wschodzie.

W skutek czego, my pasterze rzymsko-katolickiej ludności, w pierwszem wizytatorstwie mińskiej gubernii, jednomyślnie protestujemy przeciw takim bezzasadnym i obrażającym święte uczucia prawdziwego chrześcianina opiniom i uroczyście oświadczamy, że nie mając nic wspólnego z wrogiem ogólnego spokoju i nie podzielając haniebnych dążności lekkomyślnych indywiduów, chętnie i dobrowolnie przynosimy na ofiarę nie tylko nasze mienie lecz i życie, jeśli okoliczności i święta dla nas wola N. Pana dla sławy Rosyi i naszego białoruskiego kraju i dla obrony chrześciańskiej wiary tego od nas zażąda.

Na wskroś przejęci tem uczuciem razem z nieograniczoną miłością i wiernopoddańczem uczuciem nieskończonego wylania się dla Rosyi i tronu, jakie żywimy i żywić będziemy w sercach naszych do samego grobu, iść nie tylko sami będziemy wytrwale tą drogą, lecz nią powiedziemy zarazem i powierzoną naszej pieczy trzodę Chrystusową.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 18 grudnia. Szereg odczytów publicznych na korzyść bratniej pomocy uczniów uniwersytetu, zakończył wczoraj hr. Stanisław Tarnowski dwugodzinnym wykładem o listach Zygmunta Krasińskiego do Adama Sołtana. Wśród rozgałęzionej korespondencyi poety, dotąd tylko w małej części znanej, listy do pułkownika Sołtana mają odrębny charakter. Zbiór ten, dwóchset kilkudziesięciu listów obejmuje długi okres od lat młodzieńczych do zgonu poety. Krasiński przedstawia się w nich odmiennie, niż w innych korespondencyach, jest więcej poufnym, prostym, wynurzającym się z osobistych uczuć. Zwykła podniosłość stylu jego ustępuje tu miejsca dosadności wyrażeń. Mniej może listy te, mówi prelegent, mieszczą wielkich myśli wzbudzających podziw, ale za to pomagają, aby poetę pokochać. Po raz pierwszy, jeśli się nie mylimy, sprawozdanie z pomienionej korespondencyi odchyla zasłonę z miłosnych burz, jakie przebywał Krasiński. Kilka odczytanych ustępów z korespondencyi daje nam poznać przebieg i naturę tych uczuć i związków, o których tylko niedokładne lub zgoła błędne rozpowszechnione były mniemania. W drugiej części prelekcyi znów sprawy publiczne, nadzieje narodowej przyszłości, poglądy na dążenia wieku, występują częściej, a całkowicie strona romansowa milknie. Z natężoną uwagą chwytała każdy szczegół opowiadania, każde słowo cytat, publiczność, która tym razem w podwojonej wystąpiła liczbie. I nie dziw, że sala była przepełnioną, kiedy mówił Tarnowski o nieznanych listach Krasińskiego.

— Wenta na korzyść Towarzystwa dam św. Wincentego à Paulo dziś rozpoczęła się i trwać będzie przez trzy dni od godziny 2-ej do 9-ej. We środę tylko nastąpi przerwa między 5tą a 7mą z powodu przygotowań do loteryi, która na ten sam cel odbędzie się 20-go b. m. w sali redutowej.

— We środę odbędzie się o 10-ej zrana w kościele OO. Dominikanów nabożeństwo żałobne za spokój duszy śp. jenerałowej Amelii Skrzyneckiej, w kaplicy, gdzie stoi pomnik naczelnego wodza.

— Jeszcze we wrześniu 1875 r., a zatem przed rokiem z górą, rozpisany był konkurs na posady nauczycieli starszych w seminaryach żeńskich w Krakowie, Przemyślu i we Lwowie. Podania ubiegających się o te posady leżą od tego czasu w biórach ministerstwa oświaty i czekają załatwienia. Jest to zwłoka dotychczas niepraktykowana w rzeczach, które wymagają rychłego załatwienia, jeżeli nie ma na tem cier-

Nr 291. Kraków, 21 Grudnia Czwartek. Rok 1876.

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ 24	„ 6	„ 2·50
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — Listy z pieniędzmi i przekazy pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać franco do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

CZAS

Prenumeratę przyjmuje:

W Krakowie: [illegible] „CZASU“ [illegible]. Miejscową pren. ks. p. S. A. Krzyżanowskiego, handel dawniej [illegible], przyjmuje się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym) za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. [illegible] (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 10 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmuje się za cenę 1 złr. od 100 [illegible] dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadsyłać przekazem pocztowym. Ogłoszenia i prenumeratę przyjmują: we **Lwowie** W. Piątkowski ul. Hetmańska 10, w **Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 39); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Com. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Com.

Przedpłata na „CZAS“

od dnia 1go **Stycznia** 1877 r.

Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem:

na pół roku zł. **12**, na kwartał zł. **6**, na 1 miesiąc zł. **2·50**

Uprasza się o wczesne zamawianie i wyraźne wypisanie nazwiska i miejsca odbioru, albo nadesłanie dawnej opaski drukowanej z adresem.

Prenumerata liczy się tylko od ***pierwszego*** do ostatniego dnia w miesiącu.

Prenumeratę najdogodniej przesyłać ***przekazem pocztowym.***

Cena *„Czasu“* za granicą ogłoszona jest w tytule każdego numeru.

Kraków 20 grudnia.

W najbliższem otoczeniu Piusa IX mnożą się szczerby. Wśród ciężkich przejść najdłuższego pontyfikatu, jaki zna historya Kościoła, sędziwy Namiestnik Chrystusowy traci najbliżej stojących doradzców i dostojników.

W organizacyi świętego Kolegium istnieje naturalny rozdział na sprawy czysto duchowne i sprawy polityczne. Stąd też w kołach rzymskich umieją rozróżniać kardynałów-teologów od dyplomatów w purpurze. Antonelli był mistrzem tych ostatnich i godnym następcą wielkich dyplomatów i mężów stanu, jakich nigdy nie brakowało w Rzymie; świeżo zmarły kardynał Patrizi pierwsze zajmował miejsce po Papieżu w hierarchii czysto duchownej. Godności dziekana św. Kolegium odpowiadały przymioty osobiste najstarszego nie wiekiem, lecz urzędem purpurata, wysoka świątobliwość, gorliwość pasterska i nieograniczone miłosierdzie. Kiedy Antonelli dyplomatyczną przebywał szkołę i wzniósł się jedynie swoją zdolnością, Patrizi ze znakomitego patrycyuszów rodu, w młodych latach przyodzian purpurą, pozostał do końca życia tylko księdzem i trzymając się zdala od spraw politycznych, zyskał sobie największą powagę w św. Kolegium. Jemuby to z urzędu było przypadło przewodniczyć konklawe jako dziekanowi w gronie kardynałów, jako proboszczowi św. Jana Lateraneńskiego, pierwszej po katedrze św. Piotra rzymskiej bazyliki.

Czy śmierć dwóch tych dostojników może mieć wpływ na stanowisko Kuryi rzymskiej, czy, kiedy te dwa filary runęły, nie nastąpi jakieś wstrząśnienie w mistycznym gmachu Stolicy Apostolskiej? Nie, bo gmach ten wzniesiony podobnie, jak kopuła św. Piotra, która stoi własną mocą nie wsparta słupami. Ludzie choćby najzdolniejsi, choćby najwyżsi duchem, stoją jak posągi w niżach watykańskiej bazyliki. A gdy ustępują, nie ma wstrząśnienia, jak w innych politycznych budowlach na ludziach opartych, ale powstaje próżnia.

Próżnia po kardynale Antonellim została uzupełnioną przez nominacyę kardynała Simeoniego. Nowy sekretarz stanu nie był zaliczany pomiędzy dyplomatów rzymskiej szkoły, których niebrak w św. Kolegium i na nuncyaturach zagranicznych. Natomiast był znany z uczoności i z gruntownej znajomości ogólnych spraw duchownych, których zarząd był mu powierzony przez Piusa IX. Najpierw bowiem Simeoni był przez Papieża mianowany przewodniczącym w wydziale obrządków wschodnich, a następnie przeniesiony do konsulty ogólnej obrządków. Jak gdyby w przewidywaniu stanowiska, które mu miało być kiedyś powierzonem, Pius IX dozwolił mu obeznać się ze sprawami duchownemi Wschodu, a następnie powszechnego Kościoła.

Chwilowo pełniąc obowiązki nuncyusza w Madrycie, Simeoni otrzymał purpurę i przywołany został do Rzymu, wprzódy jednak stoczywszy bój z rządem hiszpańskim o konstytucyę i utrzymawszy w niej prawa kościoła katolickiego. Nie była to droga wiodąca na posterunek sekretarza stanu, do którego zwykle dyplomatyczny przygotowuje zawód. Nominacya kardynała Simeoniego była też jedną z tych niespodzianek, które zwykły cechować postanowienia Piusa IX; ale niespodziewany ten wybór ma, jak każdy czyn Ojca Sgo, głęboką doniosłość, ma trafność prawdziwej stosowności.

Od chwili zaboru Rzymu, znikła materyalna podstawa dla świeckiej polityki Stolicy Apostolskiej. Dyplomacya kardynała Antonellego ukończyła się z dniem 20 września 1870 r. — jak sam to mawiał. Państwo Kościelne wymazanem zostało ze składu mocarstw europejskich, Papież nie zdetronizowany, ale wywłaszczony, zaliczony został między królów pozbawionych tronu. Nie przestał być królem prawowitym, ale *de facto* panował już tylko, według znanego programu nad Watykanem z ogródkiem. Nikt nie zaprotestował przeciw temu zaborowi, i z żadnem już mocarstwem Stolica Apostolska nie zachowała stosunków przymierza dyplomatycznego.

Natomiast rząd duchowny sprawami Kościoła powszechnego natrafiał ze wszech stron na zaciętą walkę wydaną przez wielkie i drobne państwa. Nie z powodu kwestyj politycznych, ale z powodu kwestyj kościelnych, religijnych, Stolica Apostolska zerwać musiała z Rosyą, Niemcami, Szwajcaryą, nie mówiąc już o rządzie włoskim, bo między Watykanem a Kwirynałem stała przepaść uzurpacyi i zaboru. To też pozbawiony świeckiej władzy, Papież, jak mocarz staczać musiał walki z całą koalicyą największych potęg świata. Lecz walka ta jest znów tylko religijnej natury i nie wymaga dyplomacyi. Nie dziw, że postać kardynała Antonellego uchyliła się nieco w cień, że na dziś dyplomatą zastąpić go nie potrzeba, że Papież na sekretarza stanu powołał dawnego naczelnika wydziału obrzędów, kierownika zarządu duchownego.

Nie znaczy to wcale, aby Ojciec Sty chciał przez ten wybór naznaczyć, że się zrzeka swych nieprzedawnionych praw do władzy świeckiej, że rzuca pomost do tranzakcyi z uzurpatorami, że abdykuje jako król, kiedy nie szuka ministra dyplomaty. Bynajmniej, jeśli kiedy to dziś wyzucie Papieża z władzy świeckiej przedstawia się jako początek powszechnego prześladowania Kościoła. Wszak nie raz już ks. Bismark chciał uczynić odpowiedzialnym rząd włoski za akta Stolicy Apostolskiej, twierdząc loicznie, że kiedy Papież nie jest panującym, musi być poddanym. Wiadomo zaś, że w obecnej chwili nie istnieje już wprawdzie kwestya rzymska, ale bliską może jest kwestya watykańska. Nie ma przeto mowy o możności tranzakcyi, kiedy Włochami rządzi ministeryum rewolucyjnej i ateistycznej lewicy, gotowe na wszelkie zamachy.

Kiedy tak stanowcze powstało przeciwieństwo między Stolicą Apostolską a całym kierunkiem polityki europejskiej, nie ma już dla papiestwa zadań politycznych, jest tylko przewodnictwo w walce religijnej, obrona chrześciaństwa, czujny zarząd spraw duchownych, tam gdzie jeszcze ostały się jakieś swobody Kościoła i tam, gdzie już wstępuje w katakumby.

Okrom tych zasadniczych względów, dla czego nie dyplomata, ale przedewszystkiem teolog objął spuściznę po kardynale Antonellim, inne także zachodzą powody. Jest w tradycyi rzymskiej, że z następstwem Papieża nastaje zmiana sekretarza stanu. Pius IX mianował kardynała Simeoniego, jak gdyby na wypadek swego zgonu chciał zostawić swemu następcy wybór doradcy, którayby posiadał warunki męża stanu — on poprzestaje na kapłanie teologu.

Na tegorocznem posiedzeniu Sejmu krajowego poruszoną została przez Rektora Uniwersytetu Jagiellońskiego Dra Zolla sprawa przeciążenia uczniów w szkołach średnich. Dr Zoll upatrując właściwą przyczynę przeciążenia tego w braku należytego wykształcenia dydaktycznego nauczycieli, uczynił wniosek wezwania c. k. Rządu, aby poczynił kroki względem zaprowadzenia seminaryów nauczycielskich dla szkół średnich.

Gdy jednak przeprowadzeniu tego wniosku na razie wielkie nasuwały się trudności, sejm na wniosek komisyi edukacyjnej uchwalił wezwać Rząd, aby zaprowadził na obu uniwersytetach krajowych po jednej katedrze dla połączonych przedmiotów pedagogii i dydaktyki, i z katedrą tą połączył seminarya pod kierownictwem profesora tych obu przedmiotów na kształt seminaryów filologicznych, historycznych i matematycznych.

Co się z tą rezolucyą stało, niewiadomo, ale w Radzie państwa w przeszłym tygodniu ta sama sprawa poruszoną została przez Dra Beera, a nader ważną była odpowiedź, jaką w tej mierze dał minister oświaty Dr Stremayr, którą także podamy.

Dzisiaj ograniczamy się tylko co do tej uwagi, że i najlepsza wola ministra, najlepsze przepisy na nic się nie zdadzą, jeżeli same grona nauczycielskie nie będą przejęte myślą starania się o to, aby podnoszone powszechnie skargi, coraz mniej miały podstawy. Przecież na to niepotrzeba wielkiego zmysłu pedagogicznego ani głębokich zasad dydaktycznych, aby pojąć, że w szkołach średnich idzie głównie o wpojenie zasad, którebу uczniom tych szkół posłużyły za podstawę do nauk uniwersyteckich i któreby im pozostały też na całe życie. Obarczanie dzieci przez nagłe zadawania mnóstwa rzeczy pamięciowych albo przez szybkie zestawiania ważnych zasad naukowych jest bardziej szkodliwem, jak pożytecznem, dziecko bowiem nietylko, że przez codzienną nieraz w późną noc przedłużoną pracę niszczy siły fizyczne i przytępia siły umysłowe, ale nadto wyuczywszy się chwilowo na pamięć tego, co zostało zadane, wkrótce wszystko to zapomina, a co najgorsza zapomina z balastem zbytecznym także i to, co jest zasadą, co powinno utkwić w nim na zawsze.

Zbliżają się obecnie święta Bożego Narodzenia, z powodu których ferye w naszych szkołach najniewłaściwiej zostały urządzone. Podczas tych świąt dziecko powinno zadośćuczynić obowiązkom swoim religijnym, a ferye służą mu do wypoczynku z pracy w kole rodzinnem. Tymczasem dochodzą nas wieści, że niektórzy nauczyciele nawet i tych kilku dni użyć chcą na obarczenie dzieci wielkiemi zadawaniami, powtarzaniami i t. p. Nie wiemy, czy, i o ile wieści te mają jaką podstawę, ale gdyby tak istotnie było, natenczas sądzimy, iż jest przedewszystkiem obowiązek dyrekcyi wglądnąć w to i usunąć takie niewłaściwości. Lepiej byłoby oczywiście, gdyby nauczycielom samym poczucie ich wielkich i ważnych obowiązków podyktowało, jak wobec młodzieży mają sobie w tym wypadku postąpić.

KORESPONDENCYA „CZASU“.

Wiedeń 18 grudnia.

△ W świecie urzędowym i dyplomatycznym wierzą lub udają wiarę w możność pomyślnego jeszcze wypadku konferencyj konstantynopolitańskich i w możność załatwienia sprawy wschodniej bez wojny między Rosyą a Turcyą. Półurzędowe dzienniki nietylko austryackie ale pruskie i francuskie cieszą się, że poseł rosyjski jen. Ignatiew bardzo pojednawczo występuje na odbywających się teraz „przedkonferencyach“, że wprawdzie nie na urzędowych naradach, ale w rozmowie z pełnomocnikiem angielskim oświadczył, iż Rosya nie będzie upierała się przy zajęciu Bułgaryi przez wojska rosyjskie, jeżeli konferencya wskaże inną również skuteczną rękojmię wykonania reform przez Portę i nadania Bułgaryi samorządu.

Sądzę, że powodem „łagodnego“ usposobienia w pełnomocniku rosyjskim i „pojednawczych“ jego oświadczeń — jednak dawanych w sposób, iż nie obowiązują Rosyi do żadnych ustępstw od objawionych żądań, mianowicie od żądania zajęcia Bułgaryi, lecz tylko służą do przedłużania układów — jest łagodna temperatura, brak mrozu i słoty, słowem błoto, które zmieniło wszystkie drogi w Besarabii, Rumunii i w naddunajskich okolicach w nieprzebyte dla wojsk rosyjskich bagna i nakazało pełnomocnikowi rosyjskiemu przedłużać układy dopóki nie nastąpią mrozy. Ale z nastaniem mrozów, które dla armii rosyjskiej rzucą pomost przez błota rumuńskie i moczary naddunajskie, ochłodzi się nagle łagodna i pojednawcza temperatura umysłu jenerała Ignatiewa. Tymczasem dopóki błoto maszerować wojsku nie dozwala, można odegrać znów jeszcze jedną scenę tragikomedyi pod napisem: „Pokojowe usposobienie rządu rosyjskiego“, której wrażenie zostanie w części publiczności europejskiej i wraz z dyplomacyą rosyjską powtarzać będzie, że Rosya tylko zmuszona chwyciła za oręż, nie mogąc w inny sposób przeprowadzić na Wschodzie swych „humanitarnych“ celów!

Według nadeszłych tu szczegółowych i dokładnych wiadomości, siła południowej armii rosyjskiej przeznaczona do działania nad i za Dunajem, wynosi 200,000 żołnierzy, nie licząc w to dwóch korpusów, około 60,000 ludzi przeznaczonych do obrony czarnomorskich wybrzeży od ujść Prutu za Krym. Siła ta byłaby zupełnie dostateczną do wyparowania Turków z Bułgaryi gdyby Rosya mogła użyć całej tej siły w działaniach wojennych za Dunajem. Ale w teraźniejszem położeniu, gdy Rosya nie jest panią morza Czarnego, (które z pierwszym krokiem wojennym zajmie flota nieprzyjacielska, jeżeli nie angielska i turecka razem, to przynajmniej turecka, silniejsza od czarnomorsko-rosyjskiej) i gdy wódz rosyjski nie będzie mógł użyć komunikacyj morzem do zaopatrywania w żywność swej armii, główną przeszkodą w działaniach wojennych armii rosyjskiej za Dunajem i jej posuwaniu się naprzód stanowi wyżywienie wojska dowozem żywności drogami a raczej bezdrożami lądowemi w Bułgaryi. Rzeczą główną, której cały plan wojny musi być podporządkowany, będzie pytanie: jaką liczbę wojsk można wyżywić za pomocą dowozów żywności lądem. Kraj na prawym brzegu Dunaju t. j. Bułgarya nie może dostarczyć prawie żadnych zasobów dla wojska rosyjskiego, jak się o tem przekonano w dawniejszych wojnach między Rosyą i Turcyą, mianowicie w 1828 i w 1829 r., teraz zaś kraj ten zniszczony powstaniem, mniej jeszcze dostarczyć może niż dawniej, tem więcej, że Turcy cofając się, palą zwykle i niszczą wszelkie zapasy żywności. Przeto do warunku: jaką liczbę żołnierzy będzie mogła wyżywić intendentura armii rosyjskiej zapomocą dowozów żywno-

---

Część literacko-artystyczna.

DWA TYPY Z CZASÓW MIKOŁAJOWSKICH.
(Punin i Baburin.)

POWIEŚĆ

I. Turgeniewa.

(Spisana z opowiadania Piotra Piotrowicza B.)

(Ciąg dalszy).

Ogród przy mieszkaniu babuni był bardzo obszerny i stary; z jednej strony zamykał go staw, w którym nietylko pełno było karasiów i okoniów, lecz często zdarzyły się karpie niepospolitej wielkości, co w owej okolicy było szczególnością prawdziwą. Źródliska tego stawu zarosłe były gęstą wikliną; dalej pochyłe brzegi jego zieleniły się zbitą masą leszczyny, dzikiego bzu i tarniu, podszytą u spodu rzadkiemi zioły. Tutaj co wiosny zawodziły słowiki, gwizdały drozdy i kukułki kukały; tutaj w czasie letnich upałów panował zawsze chłodek przyjemny. Lubiłem więc przebijać się przez te gąszcze i zginać pod krzakami, szukając krętych ścieżyn, prowadzących do moich ulubionych samotni. Były to kąciki odosobnione i ocienione gęstą zielenią, a znane tylko mnie jednemu, jak sobie przynajmniej wyobrażałem naonczas

Opuściwszy gabinet babuni, udałem się wprost do jednej z tych „samotni,“ którą nazwałem — niewiem dla czego — Szwajcaryą. Lecz jakież było moje zdziwienie, kiedy, niedotarłszy jeszcze do mojej „Szwajcaryi,“ spostrzegłem przez przeźrocza plecionki nagich prętów i zielonych gałązek, że ktoś inny oprócz mnie odkrył też moją pustelnię. Jakaś postać niezmiernie długa, w żółtym bajowym bałachanie (rodzaj kapoty) i czarnej czapce z dużym daszkiem, stała w samym środku ulubionego mojego kącika! Podkradłem się ostrożnie bliżej i ujrzałem twarz zupełnie mi nieznajomą. Była to twarz odpowiadająca długością rozmiarom samej postaci, twarz miękka jakaś, pozbawiona prawie zarostu, na której zwracały uwagę — dwoje malutkich czerwonawych oczu i nos dziwnie zabawny: wyciągnięty bowiem i suchy jak strączek fasoli, zdawał się wisieć i chwiać się nad mięsistemi usty; a usta te ruszając się i zmieniając kształt co chwilę, niby szeptały coś, niby gwizdały cicho, pod czas, gdy długie palce rąk kościstych, spoczywających wysoko na piersiach jedna obok drugiej, bardzo szybko i zręcznie wywijały młynka. Czasami jednak ruch palców ustawał nagle, usta, też przestawały drgać zupełnie, głowa na cienkiej szyi wystawała naprzód, jak gdyby jej właściciel przysłuchiwał się czemuś... Przysunąłem się jeszcze bliżej, wpatrzyłem się jeszcze uważniej... Nieznajomy trzymał w każdej ręce po jednej maleńkiej miseczce porcelanowej, w rodzaju tych, których zgrzytem drażnią kanarków, podbudzając ich do śpiewu. W tem sucha gałąź jakaś złamała mi się pod nogą... Nieznajomy drgnął, utkwił czerwone swe i niby ślepe oczki w stronę, zkąd go doszedł szelest — i cofnął się nieco w tył... Lecz plecy jego spotkały się z drzewem... westchnął więc tylko i stanął.

Niechcąc się ukrywać dłużej, wyszedłem z krzaków na polanę. Nieznajomy uśmiechnął mi się.

— Dobry wieczór — rzekłem.

— Jak się masz, paniczu!..

Ta forma pozdrowienia niepodobała mi się: ten „panicz?“ — i przez „ty!..“ Co za familiarność!..

— Co wy tu robicie?— zapytałem szorstko.

— Oto — co widzisz, paniczu: zachęcam ptaszęta do śpiewu. Pokazał mi swe miseczki i zgrzytnął niemi... Zięby prześlicznie mi odpowiadają... Was — zmienił nagle formę na grzeczniejszą, z powodu latek waszych młodych, śpiewanie tych stworzeń skrzydlatych powinno zachwycać nieodmiennie... Proszę więc posłuchać: ja zacznę zgrzytać, a one za mną śpiewają natychmiast!.. Co za rozkoszna rzecz!..

Począł trzeć swoje miseczki. I rzeczywiście zięba odezwała się natychmiast z pobliskiej gąszczy. Nieznajomy zaśmiał się radośnie, lecz bez dźwięku i mrugnął do mnie okiem.

Ten śmiech i to mrugnięcie, każdy ruch nieznajomego, jego głos słaby i szepleniący trochę, wygięte kolana, suche, kościste ręce, nawet jego czapka oryginalna i długopoły bałachan, — wszystko w nim tchnęło dobrotliwością, czemś dziwnie niewinnem i dziecięco-wesołem.

— Pan dawno tu przyjechałeś? zapytałem.

— A dziś dopiero.

— To czy nie jesteś pan czasem ten sam, o którym...

— Pan Baburin właścicielce wspominał? A tak: ten sam, ten sam!..

— Pański towarzysz nazywa się Baburin. A pan jak?..

— A ja — Punin. Tak, — Punin moje nazwisko. On Baburin, a ja — Punin... I znów zabrzęczał miseczkami... Słyszycie, słyszycie ziembęczkę, jak zawodzi cudownie?...

Dziwak ten odrazu niezmiernie mi się spodobał. Jak wszyscy malcy w moim wieku, ja przy obcych albo tchórzyłem, albo udawałem poważnego, z tym zaś człowiekiem czułem się tak swobodnym, jak gdybym go znał „kopę lat.“

— Chodź pan ze mną — rzekłem mu rezolutnie — znam ja tu miejsce jeszcze lepsze od tego: tam jest ławeczka i groblę ztamtąd widać... Siądziemy sobie i będziemy rozmawiać.

— Najchętniej, najchętniej... odpowiedział śpiewnym głosem mój nowy przyjaciel... Puściłem go przed sobą. Idąc kołysał się jakoś, podnosił wysoko stopy, a głowę zarzucał w tył.

Spostrzegłem idąc, że na jego kapocie z tyłu, pod kołnierzem chwiał się kutasik niewielki.

— Co to tu wisi takiego? spytałem go.

— Gdzie? spytał nawzajem — i pomacał swój kołnierz ręką — Aa!.. To kutasik!.. Niechaj tam sobie!.. Dla ozdoby — uważacie — przyszyty... Nie zaszkodzi, — niech tam będzie!..

Przyprowadziłem go do ławeczki, — siadłem, — on siadł koło mnie...

— Tu ślicznie!.. wyszeptał niby sam do siebie i westchnął głęboko, głęboko... A potem dodał głośniej: — Pięknie, och pięknie!.. Paradny u was ogród! Oh, oh, oh!..

Popatrzyłem nań z boku — czapka jego zwróciła moją uwagę...

— Aj, jaką pan masz czapkę!.. zawołałem — Proszę no mi ją pokazać!..

— Proszę, paniczu, proszę!.. Zdjął z głowy czapkę — wyciągnąłem po nią rękę, lecz rzuciwszy okiem na głowę Punina, prysnąłem śmiechem: łysy był jak kolano... ani jednego włoska widać nie było na szpiczastej czaszce, obciągniętej białą i połyskliwą skórą.

Pogładził ręką łysinę — i zaśmiał się także. A kiedy się śmiał, to tak szczerze, że aż zachodził się, jak dziecko. Otwierał szeroko usta, oczy mu się przymykały, a na czole przebiegały zmarszczki od dołu do góry, niby fale...

— A co? — mówił on — prawda? Jak jajko!.. jak jajko?..

— Doprawdy, jak jajko!.. wykrzyknąłem uradowany... I dawno pan już taki?..

— O, dawno już!.. A jakie u mnie były włosy kiedyś!.. Prawdziwe złote runo!, podobne do tego, po które argonauci wyprawiali się po za morza burzliwe!..

Chociaż miałem dopiero lat dwanaście, atoli wiedziałem już co to są argonauci, dzięki moim studyom mytologicznym... Dumny więc z mojej erudycyi, zdziwiłem się mocno, usłyszawszy wzmiankę o argonautach z ust człowieka, odzianego prawie w łachmany.

— To pan uczyłeś się mytologii? — zapytałem ciekawie, obracając w ręku ogromną czapkę, która okazała się uszytą na wacie, z futrzaną niegdyś, a dziś wyleniałą obwódką i połamanym, dużym daszkiem tekturowym.

— Poświęcałem się, poświęcałem się i tej nauce między innemi, mój paniczyku miły!.. W życiu mojem były rozmaite fazy i okoliczności!.. A teraz — proszę no mi oddać ten futerał, albowiem w nim ukrywa się sromotna nagość głowy mojej...

Nasunął czapkę prawie na uszy i przymrużywszy swoje małe oczki, zaczął mię wypytywać: kto ja właściwie jestem i kto są moi rodzice?..

— Jestem wnukiem właścicielki tej wsi — mówiłem mu — pozostałem sierotą, bo papa i mama umarli...

Punin przeżegnał się.

— Wieczny im odpoczynek!.. — wyrzekł pobożnie i dodał zaraz: a więc sierota, jedynak u babuni, — no — to i sukcessor, i dziedzic!.. A krew szlachecką natychmiast zauważyć można; ot jak biega w oczkach, jak igra, jak igra: ż-ż-ż ż!.. i starał się wyobrazić ruchem palców, w jaki sposób krew moja igra... — No — mówił dalej — a czy niewie czasem pan wielmożny (tu uśmiechnął się), jak też tam mój towarzysz skończył interes z Jaśnie Wielmożną babunią? Czy otrzymał miejsce, które mu obiecano?

— Tego jeszcze nie wiem.

Punin odchrząknął i westchnął...

— Eh, gdybyż to, gdyby nam tu przytulić się, choćby nie na długo, choćby na jaki roczek!... Bo przyznam się, że ta pielgrzymka ciągła trochę już... nieprzyjemna... Albowiem biada tym, którzy pielgrzymują po tym padole łez, a nie mają przytułku, gdzieby odpoczęły ich stopy zmęczone, biada im, bo troski ich nieskończone a dusza smutna jest wielce!..

— Powiedz mi pan — rzekłem uderzony stylem jego mowy — czy pan pochodzisz ze stanu duchownego?

Punin zwrócił się ku mnie i zapytał z uśmiechem:

— Jaka zasię jest przyczyna pytania twojego, młodzianku mój ulubiony?...

— Bo pan tak mówisz... tak jakoś, jak to w cerkwiach czytają...

— Że wyrażeń z pisma świętego używam? Nie powinno to cię dziwić, młodzieńcze. Wprawdzie w potocznej mowie ten sposób wyrażania swych myśli nie zupełnie jest właściwym. Skoro atoli duch człowieczy wzniesie się wyżej nad poziom, natenczas sam się nastręcza styl wzniosły Pisma.... A czyż twój, miły paniczu, nauczyciel, profesor literatury rosyjskiej — bo wszak literatury cię uczą zapewne? Czy więc twój profesor ma co przeciw stylowi biblijnemu?

— Ja nie mam profesora — odpowiedziałem. Kiedy mieszkam z babunią na wsi, nie mam nauczycieli zupełnie... W Moskwie chodzi ich dużo do mnie...

— A długi czas przebywacie na wsi corocznie?...

— Dwa miesiące, nie więcej... Babunia mówi, że ja na wsi opuszczam się w naukach, chociaż guwernantka jest przy mnie i tu...

— Francuzica?

— Tak, Francuzka...

— Inaczej mówiąc — mamzel?... I Punin podrapał się w ucho z grymasem jakimś...

— Tak jest, — nazywa się Mademoiselle Friquet... W tej chwili przejęło mię nagle uczucie wstydu, że u mnie, dwunastoletniego już chłopca, nie ma nauczyciela, tylko guwernantka, jak u jakiej dziewczynki.... Dodałem więc zaraz z lekceważeniem: — A czy pan myśli, że ja jej słucham?.. Prawda! ani mi to w głowie!...

Punin kiwał głową...

— Oj, szlachcice, szlachcice!... Pokochaliście Niemców i Francuzice!... Od ojczystych rzeczy odwróciliście się, na cudze, na obce zapatrzyliście się, próżności i głupstwu pokłoniliście się...

— Co to jest? Pan wierszami mówisz?... zapytałem zdziwiony...

— A co pan sobie myślisz?... Ja mogę tak zawsze, ile się podoba... Już tak uposażona jest moja osoba od matki natury wyrokiem zgóry...

W tej chwili dało się słyszeć za nami, w ogrodzie, mocne i przenikliwe gwizdnięcie, na odgłos którego mój stary towarzysz podniósł się prędko z ławki....

— Przepraszam, paniczyku miły: to mój towarzysz szuka mię i woła... Co też mi on oznajmi?... Bywajcie zdrowi, a złem mię nie wspominajcie!...

To mówiąc, podbiegł i znikł mi z oczu między krzakami, a ja zostałem jeszcze przez chwilę na miejscu. Pod dziwnem byłem wrażeniem: zagadkowa postać Punina wzbudziła we mnie uczucie zdziwienia i nieokreślonej jakiejś przyjemności... Nigdy jeszcze nie spotkałem się i nierozmawiałem z takim człowiekiem.... Siedziałem i myślałem o nim, usiłując wytłumaczyć go sobie.... Nareszcie przypomniałem sobie o lekcyi mytologii i powolnym krokiem wróciłem do domu.

(*Dalszy ciąg nastąpi*).

ści — stósować się musi koniecznie liczba wojsk, której Rosya może użyć skutecznie do wojny za Dunajem. Wszelkie wojsko po nad liczbę oznaczoną tym warunkiem, zamiast być użytecznem, byłoby nietylko kłopotem i przyczyną wielkiej nadwyżki strat w ludziach i koniach, ale stałoby się szkodliwem i przeszkadzałoby zwycięztwu, które otrzymaćby można używając siły odpowiedniej środkom dowozu żywności. Mniejsza armia należycie zorganizowana i dowodzona, większe zdoła odnieść rezultaty w działaniu, niż liczne wojska, które mogą się złamać pod własnym ciężarem.

Z uwag powyższych wypływa, że chociaż wódz rosyjski zgromadził 200,000 armię w Besarabii i na Podolu, a po za nią zbiera 80,000 rezerwy; jednak wątpić należy, aby te liczne wojska zdołał wyżywić w Bułgaryi, a przeto wątpić trzeba aby całą tę armię mógł do tego kraju wprowadzić i za Dunajem nią działać. Wprawdzie na Podolu i Besarabii założono magazyny i zebrano wielkie zapasy żywności, które można na lewy rumuński brzeg Dunaju przewieść koleją żelazną, a mając odpowiednie środki pieniężne, można łatwo inne zapasy żywności zakupić i zgromadzić nad Dunajem w Galaczu i Kalafacie itd. Przeto nad Dunajem można będzie działać w 200,000 żołnierzy, i jeszcze całej tej armii użyć do sforsowania przeprawy przez Dunaj i oblężenia twierdz naddunajskich. Ale do działań w głębi Bułgaryi, do przełamania linii Bałkanów, wzmocnionej wielkim obozem oszańcowanym pod Szumlą, trudno będzie wodzowi rosyjskiemu użyć więcej niż stu tysięcy żołnierzy, bo wyżywienie tej liczby napotka już na wielkie przeszkody.

Trudność wyżywienia armii wielkiej za Dunajem, powiększoną została przez „reformę“ pociągów wojskowych rosyjskich, przeprowadzoną przez ministra wojny Milutina. W miejsce dawnych lekkich i zwrotnych powózek jednokonnych lub trzechkonnych, zaprowadzono w armii rosyjskiej wielkie i ciężkie furgony, które wprawdzie próbowane na drogach bitych, wytrzymały próbę, ale już teraz podczas przygotowawczych ruchów wojsk w Besarabii po błotnistych drogach grzęzną łatwo w błocie; nadto, wskutek wadliwej budowy, jeżeli tylne koła furgonu zapadną w wybój na drodze lub w kałużę, sforznie wypadają i przodek furgonu z końmi odjeżdża, tył zaś zostaje w błocie. Wielki z tego powodu hałas jest teraz w sztabie armii rosyjskiej przeciw dokonanej reformie w pociągach, która znaczne kosztowała pieniądze. Niedogodność wynikłą z tej „reformy“, starają się w części usunąć zakupnem lub rekwizycyą zwykłych wozów i powózek dla przewozu żywności, ale nie mogą jej usunąć co się tyczy przewozu amunicyi.

Ostatecznie wszystkie te trudności i przeszkody, stawiane posuwaniu się armii rosyjskiej, nie tyle przez zdezorganizowaną Turcyę, jak raczej przez naturę kraju bezdrożnego, biednego i przerzniętego łańcuchem gór — mogą być przełamane wytężeniem sił i zasobów Rosyi. Ale działania wojenne będą powolne i wojna trwać może dość długo. Dla tego wolałby stokrotnie rząd rosyjski wymódz w układach zajęcie Bułgaryi przez swe wojska na drodze **pokojowej**, niż zajmować ją przemocą na drodze **wojennej**.

Wiedeń 19 grudnia.

△ Dzisiaj ukończyła Izba poselska, jak to w przedostatnim liście przewidziałem, obrady nad budżetem i uchwaliła ustawę finansową na r. 1877. Po stoczeniu zaciętej bitwy przy § 8 tej ustawy, mocą którego upoważniony jest rząd do wypuszczenia obligacyj renty oprocentowanej w złocie dla pokrycia niedoboru na rok 1877, wynoszącego 28 milionów a do zaciągnienia długu bieżącego dopóki niesprzeda obligacyj renty. Powody tej walki przedstawiłem w liście z 17 t. m., nie będę więc ich tu powtarzał; powiem tylko, iż właśnie z przytoczonych tam powodów delegacya polska, posłowie morawscy i „stronnictwo prawa“ głosowali przeciw wnioskowi p. Skenego, który żądał, aby w ustawie skarbowej na 1877 r., oświadczyć tylko, iż oddzielna ustawa **później** wydać się mająca oznaczy sposób pokrycia niedoboru i w ten sposób chciał zabezpieczyć się przeciw odroczeniu Izby, a uczynić rząd jeszcze powolniejszym dla centralistycznej jej większości. Wniosek p. Skenego upadł 29 głosami przeciw wszystkim, gdyż za nim głosowała tylko część wiernokonstytucyjnego klubu postępowego czyli „niepodległych,“ przeciw zaś, oprócz całej prawicy, głosowała także lewica wprawdzie z powodów zupełnie odmiennych niechcąc przysparzać rządowi kłopotów. Następnie przeważna większość Izby przyjęła dodatkowe w § 8 postanowienie upoważniające ministra do zaciągnięcia długu bieżącego zanim sprzeda obligacye renty dla pokrycia niedoboru, gdyż przeciw, oprócz delegacyi polskiej głosowała tylko prawica i kilku z klubu postępowego. Mowa p. Herbsta przemawiającego na końcu jako jeneralny mowca, za przyjęciem bez zmiany § 8, a odrzuceniem wniosku Skenego, była nietylko bardzo zręczna, ale zawierała wiele prawdy, co się nie zawsze zdarza temu wybornemu dyalektykowi. Żaden z ministrów choć silnie atakowanych przez Skenego i Walterskirchena, nie zabierał głosu, aby nie otworzyć na nowo rozpraw.

Po uchwaleniu budżetu i ustawy skarbowej, oraz po zatwierdzeniu tymczasowych na r. 1877 traktatów handlowych z Anglią i Francyą, posiedzenia Izby zostały **zawieszone** przez święta na czas nieoznaczony oświadczeniem prezesa, że o dniu następnego posiedzenia zawiadomi piśmiennie posłów. Takie zawieszenie posiedzeń przez prezesa **nie** jest bynajmniej odroczeniem sesyi Rady państwa, co nastąpić może tylko przez reskrypt cesarski. Utrzymują, że przerwa ta w posiedzeniach trwać ma do 21 stycznia, a podczas tej przerwy obradować będą nawet dwie komisye Izby, to jest „podatkowa“ i „prawnicza“ po krótkim tylko przez same święta wytchnieniu. Pierwsza ukończyć ma rozbiór przedłożonych przez rząd projektów ustaw o nowem uregulowaniu podatków, mianowicie projekt ustawy zaprowadzającej podatek osobisto-dochodowy. Podczas tej przerwy w posiedzeniach Rady państwa toczyć się mają rokowania między obu rządami o ugodę w sprawie bankowej, która może **przyjdzie** do skutku, gdyż wnosząc z wczorajszego artykułu półurzędowego dziennika węgierskiego *Hon*, Węgrzy zaczynają odstępować od żądań założenia oddzielnego banku. Niektórzy mniemają, że gdyby te rokowania przeciągały się, wydany będzie po świętach reskrypt cesarski **odraczający** sesyę Rady państwa na czas nieoznaczony.

Wiedeń 19 grudnia.

(*225te posiedzenie Izby deputowanych*).

Uchwalone wczoraj bez dyskusyi ostatnie rodziały budżetu są następujące:

Rozdz. XXX: „Najwyższa Izba obrachunkowa“ wydatków zwycz. 157,000 złr., nadzw. 1000 złr. Tyle też domagał się rząd i tyle przyzwolonych było na r. 1876. Dochodów niema tu żadnych.

Rozdz. XXXI: „Emerytury“ w 2 tytułach razem wyd. zw. 13.362,000. Tytuł 2gi obejmuje „wspólne emerytury cywilne“ w kwocie 649,350 złr., z których jednak tylko 500,000 złr. przypada na Austryę, a strąconych jest 149,350 złr. czyli 23 % przypadających na Węgry. Rząd domagał się w tym tytule 13.415,718 złr. Komisya zniżając tę kwotę o 53,718 złr., wniosła jeszcze 259,000 złr. więcej niż przyzwolono na r. 1876. W dziale dochodów jest 41,500 złr., tak że wydatki przewyższają dochody o 13.320,500 złr. Rząd preliminował dochody tylko o 10 złr. wyżej.

Rozdz. XXXII do XXXIV: „Subwencye i dotacye“ razem wyd. zw. 582,000 złr., nadzw. 26.461,950 złr. O ile rząd wnosił więcej lub mniej, trudno mi dojść na razie. Na rok 1876 przyzwolonych było 26.772,913 złr., na rok 1877 jest przeto 271,037 złr. więcej. Dochodów jest tu 26,579 złr.

Dla **Galicyi** rząd wnosił dla kolei Lwowsko-Czerniowieckiej 1.700,000 złr., komisya wniosła 1.650,000 złr. (o 50,000 złr. mniej); dla kolei Karola Ludwika rząd 1 132,000 złr., komisya 1.000,000 złr. (o 132,000 złr. mniej); dla pierwszej kolei Galicyjsko-Węgierskiej komisya porówno z rządem 969,000 złr. Kwoty te rozumieją się w **srebrze**. Na abluicyę ciężarów gruntowych komisya porówno z rządem wniosła dla Galicyi 2.625,000 złr.; okrawanie było tu niedozwolone, bo kwota ta polega na rozporządzeniu cesarskiem.

Rozdz. XXXV: „Dług państwa“ razem wyd. zw. 105.109,581 złr., nadzw. 2.649,578 złr. Rząd domagał się razem 107.111,340 złr., komisya z powodu większego **agio** na srebrze wniosła 647,819 złr. Na rok 1876 było przyzwolonych o 5.350,157 złr. mniej niż na r. 1877. Dochodów jest tu 18.288,620 złr.

Rozdz. XXXVI: „Administracya długu państwowego“ razem wyd. zw. 739,200 złr. Rząd domagał się tylko 100 złr. więcej. Na r. 1876 przyzwolonych było 20,100 złr. więcej niż na r. 1877. Dochodów jest tu 10,600 złr.

Następuje jeszcze w dziale dochodów budżetu ogólnego pozycya 2,000,000 złr. z likwidacyi reszty aktywów byłej kasy centralnej.

W ten sposób cały budżet na r. 1877 uchwalony.

Nadto uchwalono rezolucyę, aby rząd jak najwcześniej uczynił zadość dawniejszym rezolucyom co do uregulowania stosunku państwa do biernych funduszów abluicyjnych, o ile dotyczą ciężarów gruntowych. Wogóle uchwalono wszystkie rezolucye, podane w *Czasie* dawniej razem z projektem ustawy finansowej.

Dzisiejsze posiedzenie zagaja prezes **Rechbauer** o godz. 11 min. 15 przy liczniejszym niż w ostatnich dniach udziale deputowanych.

Między nowemi petycyami nie ma żadnej z Galicyi.

Zanim przystąpiono do porządku dziennego, odczytano dwie interpelacye następujące:

Dep. X. **Zakliński** i tow. (świętojurcy) i dep. **Kamiński**, burmistrz miasta Stanisławowa, wnoszą następującą interpelacyę do ministra oświecenia i spraw duchownych:

„1. Jakie są przyczyny czy przeszkody, że biskupstwo grecko katolickie w Stanisławowie, na którego utworzenie NPan zezwolił już w roku 1850, i które przyjęte już konstytucyjnie do statutu krajowego z dnia 26 września roku 1861, nie weszło jeszcze w życie?

2. Czy i jakie myśli uczynić wysoki rząd kroki, aby te zachodzące może przeszkody usunąć i wykonaniem najwyższego postanowienia uczynić zadość potrzebie duchowieństwa i wiernych grecko-katolickich w Galicyi?“

Dep. **Neuwirth** i 83 tow. (wszyscy z lewicy i środka) wnoszą następującą interpelacyę do ministra handlu:

„Zważywszy, że na interpelacyę wniesioną na 66 posiedzeniu Izby deputowanych dnia 24 października r. 1874 do JEksc. pana ministra handlu do dnia dzisiejszego nie odpowiedziano;

zważywszy, że w ostatnich dniach wniesiono do Izby projekt ustawy o zniesieniu okręgu celnego w Brodach;

niżej podpisani zwracają się do J. Eks. pana ministra handlu z ponownem zapytaniem:

1 do jakich wyników doprowadziły rokowania, które toczyły się w roku 1874 między reprezentantami Austro-Węgier a rządu cesarsko-rosyjskiego co do wzajemnych między obu państwami, stosunków handlowo-politycznych?

2 czy są usasadnione widoki usunięcia tych przeszkód, które jak przedtem tak i dotąd nie dozwalają dowozu płodów austryacko-węgierskich do Rosyi?

Na porządku dziennym drugie czytania projektów o traktatach handlowych z Anglią, Francyą, i o traktacie celno-podatkowym z Księstwem Lichtenstein, które wszystkie zosobna bez dyskusyi zyskują zatwierdzenie Izby.

Z kolei idą rugi wyborcze, w których zatwierdzono wybór p. **Konopki** z Bocheńskiego.

Następuje z porządku dziennego wybór jednego członka do komisyi rozpatrującej projekty odnoszące sie do reformy podatków. Na wniosek dep. Dra **Herbsta**, który wykazuje wielką doniosłość podobnego wyboru, odroczono go do posiedzenia następnego.

Poczem przystąpiono do obrad nad ustawą finansową, o których najsłuszniej powiedzieć można, że *parturiunt montes, nascitur ridiculus mus*. Zapowiadano obszerne i burzliwe rozprawy, i rzeczywiście dziś jeszcze zanosiło się na nie. Tymczasem — oto sprawozdanie:

Artykuły I do VII uchwalono bez dyskusyi. W artykule I zmieniła się tylko liczba wydatków 405,574,474 złr. na 405,569,474 złr., a to w skutek wiadomego wymazania jedynej w całym budżecie pozycyi 5,000 złr., o których przyzwolenie komisya wnosiła na rzecz prywatnej szkoły handlowej Porgesa.

Toczyła się tylko niejaka dyskusya nad artykułem VIII, który dla lepszego zrozumienia rzeczy tu powtarzam wedle wniosku komisyi: „Upoważnia się ministra skarbu, żeby na pokrycie niedoboru, który po strąceniu od sumy wydatków w ilości 405,569,474 złr. sumy dochodów w ilości 376,637,817 złr. wynosi 28,931,657 złr., wypuścił w obieg obligacye na rentę oprocentowaną złotem, stworzone na mocy ustawy z dnia 18 marca r. 1876 (Dz. P. P. p. l. 35), **ewentualnie** żeby postarał się o potrzebne kwoty sposobem długu bieżącego, dopóki obligacye te nie będą wypuszczone.“

Do głosu zapisani przeciw artykułowi dep. Skene, Walterskirchen i Neuwirth, za artykułem Carneri, Perger, Scharschmid, Ladenburg, Gomperz, Dumba, Herbst.

Zabiera głos dep. **Skene**: Pan minister skarbu powiedział był, że nie myśli podejmować operacyi finansowej za lada cenę; z wielkim zapałem oświadczył był, że kredyt austryacki jest dobry, a podczas gdy z taką energią przeciw mnie występował (w rozprawach ogólnych), już był wypuścił rentę za lada cenę, wypuścił ją wśród najniekorzystniejszych okoliczności. Nie twierdzę, iżby był powinien trzymać ją jeszcze dłużej, ale zwracam uwagę na sprzeczność wyrazów a czynów pana ministra. Tu mówca przez porównanie tej operacyi finansowej z operacyami Prus i Saksonii wykazuje wielką jej niekorzyść, a potem tak ciągnie rzecz swą dalej: Na wiosnę można było ulokować rentę o wiele korzystniej, a że jej wówczas nie wypuszczono, straciliśmy przez to w skarbie miliony, t. j. szóstą część niedoboru. Wina zaś tego spada jedynie na ministra skarbu, który na wiosnę zamiast wypuścić rentę, wolał zawrzeć interes zaliczkowy. Mojem zdaniem, nic smutniejszego nad to, że rząd, który popełnia takie zdrożności, pozostaje w urzędzie. Minister skarbu uniewinniał się, co prawda, że, jak kupiec doświadczony, wolał zachować cenny towar w skrzyni, a uciec się do kredytu osobistego. Podobne uniewinnienie nic nie znaczy. Owszem w rzetelnym świecie kupieckim człowiek taki nie kupcem, lecz spekulantem, i to spekulantem *à la hausse* się nazywa. Oświadczam bez ogródki, że ów interes zaliczkowy, zawarty w chwili grożącej wojną, był poprostu lekkomyślnością. W skutek tego interesu trzeba było wypuścić następnie rentę złotą po lada cenie, a obawiam się, aby przyszła emisya nie nastąpiła po cenie jeszcze gorszej. Minister utrzymuje, że Izba sama uchwałami swemi zniżyła kurs papierów państwowych. Przeczę temu stanowczo, bo w rzeczywistości kurs ten spadł z powodu zaprowadzenia waluty złotej w Niemczech i dewaluacyi srebra. To zaś było zjawiskiem tak naturalnem, że każdy mógł je przewidzieć. Wobec takiej gospodarki trudno mi zdobyć się na zaufanie do rządu pod względem finansowym. Zapewniam zaś, że nie osobistemi powoduję się pobudkami, lecz wziętemi z rzeczy samej. Jeżli jednak przypisywano mi zamiar, i przyjaciołom moim, zajęcia foteli ministeryalnych przez takie występowanie, przypominam, że były już czasy, że opozycya rzeczywiście wyrugowała członków rządu z tamtych ław, a sama je zajęła. Mówca stawia wniosek, aby w miejsce wniosku komisyi położyć artykuł VIII w brzmieniu następującem: „Pokrycie niedoboru nastąpi przez oddzielną ustawę, w której obmyśli się zarazem środki na pokrycie potrzeb pieniężnych na budowlę państwowych dróg żelaznych.“ Gdyby ten wniosek miał upaść, mówca z góry stawia drugi wniosek: aby nad artykułem VIII w brzmieniu komisyi głosowanie było podzielone tak, żeby głosowano najprzód nad ustępem, aż do wyrazu „**ewentualnie**,“ a potem od tego wyrazu aż do końca. Mówca bowiem przeciwny jest zaciąganiu długu bieżącego.

Dep. **Carneri**: Dobro państwa zależy teraz od wzajemnego porozumienia się, aby uniknąć wszelkich eksperymentów i przesileń w chwili tak niestosownej do tego. Lud jak na zewnątrz pragnie pokoju, tak i na wewnątrz łaknie spokoju w pokoju (*Ruhe in Frieden*); lud z trwogą pogląda w najbliższą przyszłość, obawiając się przesilenia gabinetowego. Mowca przedemną mówiący może lepiej zna się na tych rzeczach odemnie, może ma słuszność, że można było lepiej zrobić niż zrobiono; ale mojem zdaniem w rzeczach natury materyalnej trudne gonić za tem, co idealnie przedstawia się jako najlepsze; trzeba nieraz zadowolić się dobrem zamiast lepszego. Że zaś to, co uczyniono, było dobre, choć może nie najlepsze, śmiem twierdzić z głębokiego przekonania. W takiem też przekonaniu o przyszłej czynności rządu w sprawie, do której odnosi się art. VIII, śmiem polecić go ku przyjęciu wedle wniosku komisyi.

Dep. bar. **Walterskirchen** z podwójnych pobudek przemawia za wnioskiem dep. Skenego, ekonomicznych i politycznych. Mowca nie wierzy w absolutną konieczność zaciągania długu bieżącego, którego to sposobu wypadałoby chwycić się wtedy dopiero, gdyby wszystkie inne zawiodły. Następnie krytykuje mowca dawniejsze (wśród obrad ogólnych) wyrazy ministra, że bierze pieniądze, gdzie je znajduje, i nie szczędzi ministrowi ostrych z tego powodu przycinków. Porównywając słowa ministra z jego czynami, dochodzi do rezultatu, że prawdę mówił pewien francuski mąż stanu (Talleyrand), iż na to dane człowiekowi słowa, aby zatajał tem lepiej myśli. Mowca nakoniec w sarkatyczny sposób daje ministrowi Lasserowi (nieobecnemu) odprawę za hr. Coroniniego z powodu znanego z obrad ogólnych wyrażenia o ochmistrzu, użytego przez ministra Lassera w odpowiedzi danej Coroniniemu na zarzut, że minister rzeczy poważne w śmiech obraca.

Prawdopodobnie ta sarkastyczna odprawa wywołuje bardzo ożywioną prywatną dysputę między prezesem ministrów ks. Auerspergiem a bar. Walterskirchenem i hr. Coroninim.

Tu stawiono i przyjęto wniosek o zamknięcie dyskusyi.

Zapisany do głosu przeciw artykułowi dep. **Neuwirth** zrzeka się go, a zapisani za artykułem wybierają mówcą jeneralnym dep. Herbsta.

Dep. **Herbst** zasadniczo przyznaje słuszność dep. Skenemu, pod względem niestósowności zaciągania dla skarbu długu bieżącego za pomocą kredytu wekslowego, bo skarb nie kupiec i nie powinien od trzech do trzech miesięcy pamiętać o pokryciu długów wekslowych, ale trzeba pozostawić rządowi i tę możność ewentualną, bo gdyby rząd nie miał tej drogi wyjścia, gdyby był ograniczony na wypuszczenie obligacyj na rentę, możnaby rozmyślnie sprowadzić zniżkę tych obligacyj na niekorzyść skarbu. Mówca zastrzega się przeciw rozumieniu rzeczy tak, iżby przyjęcie wniosku Skenego znaczyć miało *votum* nieufności dla rządu lub ministra skarbu, a przyjęcie wniosku komisyi wyraz zaufania. O nieufności lub zaufaniu wogóle mowy tu być nie powinno i nie może, co wynika z następującego przedstawienia rzeczy: W roku zeszłym komisya budżetowa sama zaproponowała Izbie, a Izba uchwaliła sposób pokrycia niedoboru w sposób taki sam jak dziś proponuje dep. Skene, tj. za pomocą osobnej ustawy, nie wiążąc z tem jednak bynajmniej kwestyi zaufania lub nieufności. Ponieważ tedy wniosek dep. Skenego jest tylko analogią zeszłorocznego postąpienia komisyi, więc i dziś o zaufaniu lub nieufności mowy być nie może. W tym roku komisya nie miała potrzeby uciekać się do osobnej ustawy. W roku zeszłym bowiem komisya ani w przybliżeniu nie znała kwoty, o której pokrycie chodzić będzie (z powodu nieznanych jeszcze kredytów dodatkowych), nie miała wyobrażenia o sumie ogólnej, na którą wypadnie wydać obligacye. Dziś sprawa wcale inna; dziś wiemy już, jaka to będzie suma. Ale był w roku zeszłym inny jeszcze powód do zastrzeżenia sobie pokrycia niedoboru za pomocą osobnej ustawy, tj. nie wiedziano jeszcze wśród obrad budżetowych, jakiego sposobu użyć na uzyskanie potrzebnej kwoty. Tak więc dwa były w roku zeszłym powody do osobnej ustawy: nieznana wysokość niedoboru i nieznany sposób zyskania pieniędzy. Dziś pod tym ostatnim względem położenie rzeczy także całkiem różne od zeszłorocznego, bo mamy już sposób zyskania pieniędzy, mamy go w obligacyach stworzonych ustawą z d. 18 marca r. b.; chyba że chcianoby chwycić się innego sposobu i tworzyć znów nowy, czego nie przypuszczam. Z tych przeto uwag wniosek dep. Skenego jest zbyteczny. Mówca poleca artykuł VIII w brzmieniu wniosku komisyi.

Spodziewano się, że i minister skarbu zabierze głos, ale widać, że uznał za niepotrzebne trudzić się wobec pozornej tylko opozycyi.

Po przemówieniu sprawozdawcy jeneralnego dep. **Wolfruma**, zalecającego w krótkich słowach wniosek komisyi, Izba przystępuje do głosowania

Wniosek dep. Skenego upada; za nim podniosło się kilkanaście głosów z środka i skrajnej lewicy.

Wniosek komisyi aż do wyrazu „ewentualnie“ przyjęty niemal jednomyślnie; ustęp końcowy od tegoż wyrazu przyjęty większością dość znaczną; przeciw niemu deputowani Polacy i cała prawica, z wyjątkiem świętojurców i p. Mieroszowskiego, którzy głosują za ustępem.

Poczem bez dyskusyi uchwalono art. IX o wykonaniu ustawy przez ministra skarbu wraz z napisem.

Na wniosek sprawozdawcy uchwalono zaraz cały budżet i ustawę finansową w trzeciem czytaniu bez dyskusyi.

Nakoniec załatwiono jeszcze kilka petycyj.

Odczytano pisma od rządu o wniesieniu rachunków z r. 1875 i projektów o połączeniu dwu dróg żelaznych z innemi. Prezes prosi zaraz o upoważnienie do wydrukowania ich i przekazania bez pierwszego czytania odnośnym komisyom. Izba przyzwala.

O następnem posiedzeniu i porządku dziennym, prezes zawiadomi deputowanych listownie.

Koniec posiedzenia o godzinie 2.

Berlin 18 grudnia.

Z wielkiem tu mówią zajęciem od dni kilku o kampanii, jaką kanclerz rozpoczął przeciw niektórym wysoko u dworu położonym osobom, posądzanym o stosunki z dziennikarzami, pociągniętymi w ostatnich czasach do odpowiedzialności za potwarz. Na dworze, w bezpośredniem otoczeniu rodziny cesarskiej, ks. Bismark liczy najniebezpieczniejszych przeciwników. Głucha wojna wpływów i draśnięć miłości własnej zadawanych mu przez jego przeciwników, oburza go bardziej, niż walka stronnictw otwarcie wrogich jego polityce. Otóż, ilekroć wynaleść może materyalne dowody, mogące skompromitować tę lub ową osobę z nienawistnego mu świata arystokratycznego, można być pewnym, że nie przebaczy. Śledztwo przeprowadzone z dziennikarzami i urzędnikami redakcyj co do genezy zaskarżonych artykułów, cenną stało się bronią, aby ugodzić w samych podżegaczy dzienników, których inaczej osłoniłaby odpowiedzialność redaktora. Można sobie wyobrazić, że jeżeli kiedy, to szczególnie teraz korzysta kanclerz z tych zastrzeżeń ustawy i nie pozwolił ich wykreślić z nowej procedury karnej. Oświadczył on na swych recepcyach parlamentarnych, że w tym punkcie nie ustąpi i motywował swoje postanowienie, wymieniając bez ogródki jedną z osób wysoko położonych, którą oskarża o wspólnictwo w atakach prasy przeciw niemu.

Podajemy przemówienia deputowanych Jaworskiego i Weigla wśród obrad nad budżetem ministerstwa handlu dnia 15 b. m.

Dep. **Jaworski**: Że zapisałem się do głosu przy „centralnem kierownictwie ministerstwa handlu“, stało się to nie w zamiarze wznawiania wyrażanej tak często w tej wysokiej Izbie skargi na upośledzenie kraju, który tu reprezentuję, pod względem **dróg żelaznych**. Niema wogóle mniej wdzięcznego dla mówcy tematu, zwłaszcza gdy kraj przezeń reprezentowany nieszczególniejszą cieszy się życzliwością. Jeśli mimo przyjętej przez wysoką Izbę rezolucyi i mimo oświadczenia rządu, że zastosuje się do tej rezolucyi, nieuwzględniono ofiar ponoszonych przez kraj Galicyę w celu ulepszenia swych komunikacyj; jeśli rezolucye sejmu, memoryały Wydziału krajowego, wnioski deputowanych pozostają bez załatwienia a nawet bez odpowiedzi; jeśli mimowolnie nasuwa się domysł, że rząd nietylko nie chce liczyć się z potrzebami kraju, lecz może nawet nie zadaje sobie trudu aby o nich się dowiedzieć, — wiemy tedy bardzo dobrze, czego po dzisiejszem kierownictwie ministerstwa handlu spodziewać się dla Galicyi pod względem komunikacyj. Nie zapoznajemy, panowie, bynajmniej trudności finansowego położenia Austryi, którego racyonalne uregulowanie równie nam jak wam cięży na sercu; podzielamy powszechną dążność do oszczędności aż do ostatniej granicy, przy której źle zastosowana może wyjść na złe; sądzimy atoli, że, gdyby rząd był chętny, wśród dzisiejszych także trudnych okoliczności finansowych, za współdziałaniem kraju z niewielkiem zapotrzebowaniem z skarbu, a może nawet z korzyścią skarbu, możnaby poprzeć usiłowania kraju i sejmu naszego. Z drugiej strony jednak żywimy niepłonną nadzieję, że przy przywróceniu równowagi w budżecie państwowym uczyni się zadość przedewszystkiem tym potrzebom i życzeniom kraju, które już uchwalone i ustawami zatwierdzone.

Ograniczając się na tych krótkich uwagach co do kraju, który tu reprezentuję, pozwolę sobie wypowiedzieć jeszcze kilka uwag ogólnych o kierownictwie spraw komunikacyjnych z stanowiska interesu państwa; uczynię to na zasadzie przypuszczenia, iż, gdy rząd wypowiada zapatrywanie, czyni propozycye odnoszące się do najważniejszych spraw państwa, jest to wynik gruntownego zgłębienia rzeczy, dojrzałej rozwagi. Z tego wychodząc założenia, przystępuję do rzeczy.

Główną przyczyną, głównym motywem ustąpienia dawniejszego kierownika ministerstwa handlu był czyniony w tej wysokiej Izbie tak często zarzut braku programu w polityce kolejowej. Otóż zdaje mi się, panowie, że czego dawniej było za mało, tego dziś jest za wiele; gdyż w niedługim czasie dawniejszego kierownictwa rzucono w świat sporą liczbę programów kolejowych, lubo skutek i rezultat pozostaje ten sam; co tak rozumiem, że i dziś niema programu, bo owe liczne programy ministerstwa handlu wzajemnie się znoszą.

Gdy po złowrogiem rozbiciu ekonomicznym nędza spadła także na koleje, gdy na zebraniach ludzi kompetentnych odzywały się głosy, głosy z serca gorących patryotów austryackich, wzywające ratunku nie dla *gründerów* zbankrutowanych, lecz ratunku interesów kolejowych wogóle, ratunku nadwerężonego kredytu kolejowego, wtedy, panowie, rząd przywdział togę katońską i lubo pod figurą, dość wyraźnie jednak oświadczył, że wyrzeka się wszelkiej w tym względzie interwencyi, a niedługo potem pojawił się pod auspicyami rządu projekt wielkiego połączenia kolei czeskiej pod względem zawiadowstwa. A gdy znów niedługo potem kilka kolei galicyjskich chciało się połączyć, aby się podźwignąć, aby uporządkować swoje stosunki finansowe, aby zmniejszyć koszta administracyjne, aby utworzyć całość organiczną, wtedy znów mówiono, że nie będzie fuzyj, że trzeba koleje sprzedać; a gdy jednę z tych kolei sprzedano z zastosowaniem teoryi o wartości starego żelaza, wówczas jednocześnie kolejom znajdującym się w podobnych okolicznościach rzucono miliony, aby im dopomódz; a gdy klęska kolejowa doszła szczytu swego, usłyszeliśmy w roku zeszłym mowę programową pana ministra handlu i czytaliśmy w odnośnych projektach, że rząd zamierza budować nowe wielkie linie kolejowe, nakładem wielu, wielu milionów, i później zapowiedziano budowę tę, lubo finansowe stosunki Austryi w roku zeszłym z pewnością nie były lepsze nie dziś.

Proszę was, panowie, uprzytomnijcie sobie owo skołatanie finansów państwowych i ów zamęt w ustawodawstwie, ów chaos w sprawach kolejowych, wogóle uprzytomnijcie sobie położenie, które byłoby nastało, gdyby projekt rządowy był się ziścił, gdyby nie był się rozbił o chłodną rozwagę, o trzeźwy obrachunek właściwych czynników.

I znów rząd występuje z nowym programem, z programem, na którego zasady się godzę i tylko godzić się mogę, bo niejednokrotnie drogę, na którą się ma wstąpić, nazwałem jedynie właściwą. „Późno przychodzicie, ale przychodzicie.“ Największy już był czas zdjąć z piersi kontrybuentów Austryi zmorę ciężącą na nich, uregulować subwencye państwowe, a olbrzymio mnożące się długi gwarancyjne, przykrą sprawę niedostatków w ruchu, jeśli nie rozwinąć, raz jednak skończyć, przynajmniej zgładzić z świata.

Co do mnie, otwarcie wyznać mi przychodzi, że nawet gdy minister przemawiał przy wnoszeniu tego projektu, nie mogłem opędzić się pewnemu wrażeniu chwiejności i — darujcie mi wyraz może nie parlamentarny — szukania po omacku. Gorąco pragnę, aby przyszłość coś lepszego pokazała, gorąco pragnę, aby droga, na którą się ma wstąpić, gdy uzyska aprobatę wysokiej Izby, systematycznie i wedle pewnego planu była przeprowadzona aż do ostatecznych konsekwencyj, aby nie zbywano rzeczy na tej lub owej kolei, przy której wszystkie inne już metody lecznicze na nic się nie przydały.

Jego Ekscelencya pan minister handlu powiedział w mowie programowej, że przedewszystkiem liniom poręczonym rząd poświęci swą uwagę. Otóż co się tyczy linij nieporęczonych, mianowicie czeskich, im to w najpierwszym rzędzie poświęcono trochę już w roku zeszłym, i to w sposób — stwierdzam to, panowie, wyraźnie — na który my nie daliśmy naszego przyzwolenia, a to po gorących w wysokiej Izbie walkach, które zwykle kończyły się imiennem głosowaniem.

Co się stało, to się stało. *Victrix causa diis placuit*. Ale święty to obowiązek rządu, aby teraz starał się, by miliony wydane z kieszeni kontrybuentów austryackich na nieporęczone koleje czeskie nie rozminęły się z swym celem, by surowo nadzorowano gospodarkę tych kolei, słowem, by obwarowania poczynione dla zabezpieczenia skarbu i interesów państwowych nie stały się ułudnemi.

Kończę, panowie, krótkie uwagi moje kilkoma tylko słowy jeszcze o programie kolejowym w ogóle. Mojem zdaniem nie jest to jeszcze program, gdy się powie, że będzie się budowało linię *A*. lub linię *B*., gdy się orzecze o stosowności wązkiej lub szerokiej kolei. Program jest dziełem najdojrzalszej uwagi, głębokiego rozpatrzenia się w rzeczy, program powinien być trzeźwy, bez ułudy, bez przesady, świadom celów i świadom środków, które się ma zastosować. Twórca programu powinien choć nie z matematyczną ścisłością, przynajmniej jednak wedle zasad prawdopodobieństwa umieć obliczyć przyszły rezultat, powinien, co rzecz główna, umieć wytworzyć sobie pozbawiony wszelkiej przesady obraz położenia, które nastąpi po przyjęciu tego, co się projektuje. Kto taki ma program, kto wewnętrznie przekonany o jego stosowności, kto ma stanowczą wolę przeprowadzenia go, a usunięcia się w chwili upadku tego programu, ten, panowie, mojem zdaniem nie potrzebuje uciekać się do antyfon *ad captandam benevolentiam*, Co dobre samo sobie utoruje drogę. (*Oklaski z prawicy*).

Dep. Dr **Weigel**: Nie mogę pominąć sposobności nastręczającej się w dyskusyi nad **nauką przemysłową**, by nie dodać od siebie także słów kilku; wszakże na krótko tylko proszę o cierpliwość, raz dla tego, że szanownego kolegi mego, deputowanego z lwowskiej Izby handlowej, nie chcę pozbawiać sposobności rozwiedzenia się nad tym przedmiotem obszerniej jeszcze, o ile on dotyczy naszego kraju rodzinnego, ale i dla tego, że mnie jako członkowi komisyi budżetowej nie wypada może wnosić o podwyższenie pozycyj, co wprawdzie uważałbym za słuszne, co jednak wobec nadzwyczajnych oszczędności na r. 1877 już w komisyi budżetowej pozostało bez skutku. Wolno mi jednak wyrazić zadowolenie, że dep. bar. Walterskirchen uczuł potrzebę zalecić drobne podwyższenie, które [illegible] pokryte już oszczędnościami w innych działach, mianowicie zaoszczędzeniem 5,000 złr., które przeznaczone były na subwencyę dla pewnej szkoły handlowej. Jeśli przeto oświadczam się za poprawką Walterskirchena, pochop do tego biorę przedewszystkiem stąd, że błoga działalność, skierowana w nowszych czasach ku podźwignieniu nauki przemysłowej, pobudziła do życia w moim kraju rodzinnym dotychczas niewiele wprawdzie, ale rokujących piękne nadzieje latorośli.

Ale uczyniono u nas właśnie tylko dobry **początek**, a nie chciałbym, żeby na tym początku się skończyło, bo przy uszczupleniu odnośnych funduszów trzebaby obawiać się także uszczuplenia subwencyi, która krajowi swojemu się dostawała. Odkąd rząd za wzorem zagranicy, mianowicie Wirtembergu, Belgii i Saksonii, z takiem zrozumieniem rzeczy zwrócił się ku nauce przemysłowej i ku podźwignieniu przemysłu domowego, u nas także zaznaczyć można skuteczną działalność w dwu kierunkach. Po pierwsze w koszykarstwie w okolicach Krakowa, a dalej w najnowszym czasie w przemyśle garncarskim, — próby, które świetnie się powiodły. Ale dużo jeszcze pozostaje uczynić na tem polu; a ponieważ trzeba się obawiać, że Galicya właśnie mogłaby być jednym z tych krajów, które z powodu znaczniejszego okrojenia pozycyi lub nieprzyzwolenia potrzebnych funduszów pozbawionoby subwencyj, których jej tak potrzeba; ponieważ nawet mogliby być dotkliwie skrzywdzeni ci, którym dotychczas i tak już dostawało się niewiele, a których pretensye do funduszów tych są słuszne, przeto pozwalam sobie zwrócić uwagę wysokiej Izby, że wniosek o podwyższenie pozycyi bar. Walterskirchena jest tak skromny, iż należy się mu uwzględnienie, tem więcej, ile że te 5,000 złr. dadzą wys. ministerstwu handlu większą możność udzielania subwencyi poszczególnym krajom. I tak w rozprawach budżetowych pewien pan deputowany wskazał, jak Styrya np. oprócz szczupłej subwencyi na Muzeum przemysłowe w Gracu, nic jeszcze na naukę przemysłową nie otrzymała. Tak samo i Galicyi dano bardzo szczupłą tylko subwencyę. Jakkolwiek tedy padną kości w głosowaniu, proszę rząd, aby to, co zaczął w Galicyi, prowadził dalej ku pomyślności kraju, w którym dla przemysłu domowego, dla nauki przemysłowej bardzo dużo czynić pozostaje, co w przyszłości z pewnością okaże się płodne w owoce. (*Przytakiwanie z prawicy*).

Nr 291. We Lwowie Czwartek dnia 21. Grudnia 1876. **Rok IX.**

DZIENNIK POLSKI

Wychodzi codziennie.

Przedpłata wynosi: we Lwowie rocznie 18 zł. — półrocznie 9 zł. — kwartalnie 4 zł. 50 ct — miesięcznie 1 zł. 50 ct.

Z przesyłką pocztową w Państwie Austrjackiem rocznie 22 zł. — półrocznie 11 zł. — kwartalnie 5 zł. 50 ct. — miesięcznie 1 zł. 85 ct.

Z przesyłką pocztową za granicę: do całych Niemiec rocznie 50 marek, kwartalnie 12 marek 5 sgr. — do Francji i Anglii rocznie 108 franków, kwartalnie 27 franków — do Belgii, Włoch i Szwajcarji rocznie 80 fr., kwartalnie 20 fr.

Numer kosztuje 10 centów.

Manuskryptów Redakcja nie zwraca.

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują we Lwowie: Biuro Administracji „Dziennika Polskiego" przy placu Halickim i Ajencja W. Piątkowskiego plac Katedralny; we Wiedniu, Hamburgu, Frankfurcie n. M., w Berlinie, Lipsku, Bazylei (Szwajcarja) i Wrocławiu pp. Haasenstein & Vogler w Wiedniu F. Löb, R. Mosse, Rotter i Spł. w Poznaniu Kazimierz Neumann Biuro anonsów; w Paryżu pułkownik Raczkowski, Faubourg Poissoniere 33. Ogłoszenia przyjmuje Agencja p. Adama Carrefour de la Croix-Rouge, 2 Paris w Krakowie księgarnia Adolfa Dygasińskiego.

Ogłoszenia przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem (petit).

Listy z pieniądzmi mają być przesyłane franco do Administracji „Dziennika Polskiego". — Listy reklamacyjne nie opieczętowane nie podlegają opłacie.

Od Wydawnictwa.

Z nowym kwartałem zapraszamy szan. Czytelników do rychłego odnowienia prenumeraty celem wczesnego uregulowania przesyłki.

Przedpłata na *Dziennik Polski* **wynosi:**

na prowincji z przesyłką pocztową:

	bez dodatku	z dodatkiem pism Miłkowskiego
całorocznie	22 złr. — ct.	28 złr. 40 ct.
półrocznie	11 „ — „	14 „ 20 „
kwartalnie	5 „ 50 „	7 „ 10 „
miesięcznie	1 „ 85 „	— „ — „

we Lwowie bez przesyłki pocztowej:

	bez dodatku	z dodatkiem pism Miłkowskiego
całorocznie	18 złr. — ct.	24 złr. 40 ct
półrocznie	9 „ — „	12 „ 20 „
kwartalnie	4 „ 50 „	6 „ 10 „
miesięcznie	1 „ 50 „	— „ — „

Przedpłatę przyjmuje się tylko od 1. i 15. każdego miesiąca.

Pieniądze prenumeracyjne winne być adresowane do „Administracji *Dziennika Polskiego*," ponieważ Administracja nie mogłaby uwzględnić reklamacyj z powodu przesyłek pod innem adresem.

Lwów 20. grudnia.

Pisać liche glossy do dziejów ojczystych, służyć obcym panom, i wypaczać w ich duchu naukę, którą naród czerpać ma z przeszłości swojej, być nieukiem w obliczu prawdy, a posłusznym niewolnikiem kłamstwa — ale bić się kornie w piersi i udawać pobożność, oto pewny i wypróbowany sposób dójścia do łaski krakowskich naszych znakomitości. Za życia w obronie takiego bohatera staną wszystkie niejasne charaktery, wszystkie przemądre umysły obozu wstecznego, który obrał sobie za siedzibę stary gród Piastów, nieprzyjaciół teokracji. Po śmierci, gdy dobre serce narodu głuchem milczeniem szanuje trumnę złego syna ojczyzny, wyzywająco zrywa się chór czarnych duchów, gnieżdżących się w stolicy Bolesława Szczodrego i Kazimierza Wielkiego, i nuci hymny pochwalne na cześć zaprzaństwa, na tryumf niesławy!

Ale jeżeli człowiek obcego szczepu, nierzymskiej wiary, całą duszą swoją ukocha ziemię, na której wyrósł, jeżeli stanie się czułym piastunem języka, którego nas matki nasze uczyły, jeżeli zasłuży się sprawie narodowej w sposób uczciwy, ale bez obłudnej bigoterji, naówczas głuche milczenie kruków zakrystyjnych towarzyszy mu do grobu.....

Oto obraz, jaki przedstawił nam temi dniami Kraków oficjalny, jego główni przedstawiciele w świecie nauki, i w piśmiennictwie polskiem; jego dziennik, używający zasłużonego zkądinąd uznania. Mówimy: Kraków o f i c j a l n y, bo nie przyszłoby nam nigdy na myśl identyfikować serdeczną, dziarską ludność tego miasta z grzybami, które porosły na jego starych murach.

Smierć profesora Walewskiego, autora „Filozofji dziejów polskich", odbiła się echem, nad którego naturą dlatego tylko zastanawiać się nie chcemy, że umiemy uszanować majestat grobu.

Smierć takiego pracownika, jak śp. Skobel przeminęłaby była prawie nie sprawiając wrażenia głębszego, gdyby po za organem monopolizującym opinję Krakowa i całej zachodniej Galicji, nie było w kraju głosów, przejętych pietyzmem dla zasług sumiennie i mozolnie na wspólnym ołtarzu położonych.

Czas ma wszelako odwagę swoich przekonań, i byliśmy przedwczoraj świadkami, jak śmiało odpierał zarzuty, które mu z powodu tej smutnej sprawy poczyniła *Gazeta Narodowa*.

Oby też kraj zdobył się na energję, potrzebną do zwalczenia takiej cynicznej odwagi!

Korespondencje polityczne „Dz. Pol."

Wiedeń 18. grudnia.

(R. R.) Pauza kilkudniowa, która w naradach konferencyjnych nastąpiła, a która właśnie dziś się kończy, znajduje swe wytłumaczenie w tem, iż członkowie tego zebrania z wyjątkiem delegatów moskiewskiego i angielskiego, omówiony dotąd pierwszy punkt programowy t. j. kwestję zawarcia pokoju z Serbją i Czarnogórą, przyjąwszy poczynione w tym względzie wnioski ad referendum tylko, muszą pierwej zasięgnąć zdania swych dotyczących gabinetów, a nadto i wysondowania, co też w. Porta na te projekta powie, czyni tę przerwę zrozumiałą. Narady przedkonferencyjne mogły postępować wcale gładko, gdyż kwestja pokoju z Serbją i Czarnogórą nastręcza jak najmniej trudności i takowa też według autentycznych doniesień bliską jest załatwienia i to w ten sposób, iż Serbja zobowiązana po dawnemu do płacenia haraczu nie otrzyma małego Zwornika, a Czarnogóra przy poparciu także Austrji może liczyć na zwiększenie swego terytorjum, nie zdecydowaną tylko dotąd jest rzeczą, czy przyznany zostanie równie i powiat Kucjanów, i który z portów: właściwe trudności wystąpią dopiero na jaw, gdy sprawa materjalnych gwarancyj dla przeprowadzenia reform w Bośnji, Hercogowinie i Bułgarji przyjdzie na porządek dzienny i gdy rząd turecki wypowie swe zdanie. Niebezpieczeństwo kwestji wschodniej leżące w narzuconym przez Moskwę projekcie okupacji Bułgarji, który dybie nietylko na całość Turcji, lecz zarazem podcina najżywotniejsze interesa Austrji i Anglji, nie zostało dotąd usunięte; jak długo atoli to nie nastąpi, to konflikt jest nieunikniony i odpowiednio też temu zapatrywaniu wysila się carat w swych uzbrojeniach, appeluje Turcja już do pospolitego ruszenia, a Anglja nie mogąc sama nastarczyć potrzebie materjałów wojennych, zamówiła świeżo dla siebie w austrjackich fabrykach 200 torpedów. Opinja publiczna, przeczuwająca zwykle katastrofę, stworzyła nawet pogłoskę, iż Moskale już przekroczyli Prut, a pogłoska ta, lubo całkiem nieuzasadniona, utrzymywała się tu w Wiedniu cały prawie dzień i przyjętą została jakby fakt, który prędzej czy później nastąpić musi. Wprawdzie donosi *Sonn- und Feiertags Courier* w telegramie ze Stambułu, iż Ignatjew nie nalega bezwzględnie na moskiewską okupację w Bułgarji, iż społem i zgodnie z Salisburym pracuje nad innym jakim, byle skutecznym środkiem gwarancyjnym, wprawdzie pisze ten sam dziennik, iż ambasador rossyjski w Paryżu książę Orłow na recepcji oświadczył, że wnosząc z przebiegu przedkonferencyjnej narady o bawę wojny należy uważać za usuniętą, to jednak kołysania te pokojowe tracą wiele ze swej wartości, gdy się czyta w petersburskim *Heroldzie*, iż Moskwa nie odstąpi od zamiaru okupacji, a jako granicę swych koncesyj uważa przeprowadzenie tego obsadzenia nie przez siebie lecz przez inne jakie neutralne państwa, albo gdy do *Köln. Ztg.* telegrafują z Londynu, o poleceniu danem lordowi Salisbury, by tenże jakkolwiek sformułowany przez Moskwę projekt okupacji Bułgarji uznawał za nieprzyjmowalny przez W. Portę, lub gdy w końcu mający dobre informacje berliński *Tagblatt* zamieszcza depeszę z Moskwy, iż panslawistyczne stronnictwo prące do wojny górą, i że kierownicy tegoż planują, by przesadzić ogłoszenie manifestu wojennego 16. stycznia właśnie w rocznicę tego dnia, kiedy w r. 1812 ostatni francuski żołnierz opuścił Rossję. Tymczasem i Austrja nie zasypia sprawy, bo lubo prócz postawienia korpusu na granicy serbsko-bośniackiej pod komendą jenerała Szapery i to na stopie pokojowej — nic nie zdradza znaczniejszego ruchu w kołach wojskowych, to jednak rozbierano w tych sferach w teoretyczny sposób tę ewentualność, aby na wypadek okupacji moskiewskiej w Bułgarji, 7 dywizyj wojsk austrjackich w sile 110.000 zajęło nietylko Bosnję i Hercogowinę lecz i Serbję. Siła ta zbrojna wcale nie zbyt znaczna, rozrzucona na tak długiej linji, miałaby widocznie tylko zadanie korpusu obserwacyjnego przed sobą, a nie akcję czynną na oku; co jeszcze uderza, iż w kołach tych nie roztrząsano wcale możliwości kroków nieprzyjacielskich przeciw Moskwie, dla tego też nie było i mowy o skoncentrowaniu wojsk na granicach Galicji, daje atoli nieco do myślenia, iż w sejmie węgierskim motywował minister Szende żądanie kredytu dodatkowego dla honwedów możliwością niespodziewanej mobilizacji. Bawiący tu a udający się do Berlina specjalny komisarz tureckiego ministra wojny Hussein Mustapha pasza, nie ma żadnej, jak upewniają, misji politycznej, cel jego pobytu odnosi się wyłącznie do liwerunków dla armji tureckiej. W podkomitecie dla reform bośniacko hercogowińskich, otrzymał referent austro-węgierski pełnomocnik br. Calice, który chcąc sobie zdobyć ostrogi dyplomatyczne, przesłał do Wiednia obszerne sprawozdanie o dotychczasowych pogadankach delegatów konferencyjnych a głównie o rozmowie, jaką miał wielki Wezyr z nim i z hr. Zichym, a której celem było odwieść Austrję od przymierza trójcesarskiego a przeciągnąć do obozu tureckiego. W kołach świata finansowego opowiadano sobie, iż pokojowe usposobienie Moskwy zamanifestowane zwłaszcza w ostatnich dniach, miało być przysługą wyswiadczoną Austrji, aby subskrypcja na złotą rentę pomyślnie dokonaną została. Trudno odgadnąć, czy jest co prawdy w tej wersji, jak trudno przypuścić, aby ta przysługa miała być zapłatą za popieranie przez Austrję polityki moskiewskiej na Wschodzie. Według *Sonn. und Mont. Zeitung* sprawa satysfakcji za zniewagę parowca „Radetzky" jest bliską pomyślnego ukończenia — chociaż z drugiej strony twierdzą, iż takowa znacznie się zaostrzyła, Ristic bowiem zbywa wszystko wybiegliwemi odpowiedziami. W kwestji bankowej wszystko po dawnemu; spodziewają się, iż już w następnych dniach zapadnie jakaś decyzja, i łączą z takową wczorajszy powrót cesarza do Wiednia. Wczoraj także oświadczył Tisza na konferencji swego stronnictwa, iż w czasie ferji będzie się starał przyspieszyć załatwienie tych kwestyj ugodowych, aby najdalej po świętach stanąć przed parlamentem z pozytywnym rezultatem. Pierwsza dotychczas opozycja tak w Cis- jak i w Translitawji poczyna się ruszać; pobyt Riegera w Wiedniu i częste tegoż wizyty u hr. Hohenwarta, przejście dziennika pragskiego *Politik* z rąk Skrajschowskiego w ręce innych właścicieli, odwidziny biskupa Strossmajera na czele deputacji u różnych urzędowych osobistości wrzekomo z petycją o koleje pograniczne, są to wszystko znaczące symptomata, świadczące, iż w pewnych kołach przychodzą do poznania, że polityka założenia rąk bezczynnie, jest polityką do niczego. Rada państwa wzięła dziś pod obradę budżet ministerstwa sprawiedliwości; przy rozprawie nad preliminarzem handlu i rolnictwa zabierali często nasi deputowani głos, podnosząc specjalne potrzeby Galicji, lecz jak zwykle znajdowali tak u ministerstwa, nie mniej i w Izbie uszy zatkane bawełną centralistycznej niechęci dla wszystkiego, co jest nieniemieckie.

Stambuł 13. grudnia.

(k) Niełatwą jest rzeczą podać ogólną charakterystykę obecnej konferencji europejskiej nad Bosforem, mającej jakoby zadanie główne, uregulowanie pokojowe kwestji wschodniej. Wręcz przeciwne interesy państw obradujących uniemożebniają jasne określenie jej podstaw zasadniczych. Gdy dla jednych za podstawę służy utrzymanie przedewszystkiem pokoju europejskiego, inni wcale nie oglądając się na to, widzą rękojmie dla siebie w radykalnej zmianie stosunków na wschodzie, chociażby z narażeniem pokojowej sytuacji. Kryzys polityczna obecnych rozmiarów może być tylko dziełem pierwszorzędnych potęg, kierujących się zwykle bezmiernym egoizmem lub dumą niepohamowaną, i niezważających na interesy oraz pragnienia drugorzędnych mocarstw. Skutki tego już teraz dają się widzieć, i to tak dalece, że najwięcej nawet interesowana w całej sprawie, Turcja, została usuniętą na drugi plan, jakby tu wcale o nią nie chodziło. Radzić o Turcji bez Turcji, na przedkonferencjach tej doniosłości jak obecne, to znaczy z góry odsądzać ją od praw wyrokowania o sobie. Tymczasem dzisiaj już wiadomo pozytywnie, że się ona na podobną rolę wcale godzić nie myśli, i gotowa chwycić za broń, by dowieść tej prawdy. Tak tedy interes drugorzędnych mocarstw na początku już został usunięty, i konferencja tracąc właściwy charakter, rozjemczy, staje się raczej sądem mającym orzec wyrok nieodwołalny. Aleź do wydania sądu potrzebna jest zgoda, co do zasad przynajmniej — a tu jej nie ma? Nie ma, i być nie może, albowiem tutej wcale o inną rzecz chodzi. — Losy pokoju europejskiego jako też losy Turcji zajmują drugorzędne stanowisko na konferencjach, a głównie na nich ma się rozstrzygnąć kwestja preponderencji Anglji lub Moskwy na wschodzie.

Anglja dawnoby już chwyciła za broń, by tę całą kwestję mieczem rozstrzygnąć, i z pewnością nie przyszłoby do dzisiejszej bezcelowej konferencji. Nie może tego jednak uczynić wobec mocnej opozycji jaką niespodzianie wewnątrz u siebie napotkała. Dla usprawiedliwienia więc przyszłego swego wystąpienia zbrojnego przeciwko Moskwie, potrzebną jej jest obecna szermierka dyplomatyczna, z której postanowiła stworzyć dla siebie precedens legalny dla *casus belli*.

Z przebiegu dotychczasowych narad widoczna, że reszta mocarstw zgodziła się na tę rolę obu antagonistów, i milcząco przypatruje się ich zapasom. A tak cała konferencja redukuje się do pojedynku pomiędzy lordem Salisbury i jenerałem Ignatjewem

Rzecz naturalna, że żadna ze stron interesowanych nie chce odkryć przed czasem swych prawdziwych zamiarów. Ztąd cała gadanina przedkonferencyjna nosi na sobie charakter ogólnikowy. Pomimo to już się objawiła różnica w kardynalnych kwestjach, która się zaostrzy niezawodnie, gdy przyjdzie do szczegółowego traktowania. Dało się to widzieć już na wczorajszem posiedzeniu w ambasadzie moskiewskiej, gdy przyszło do obradowania nad urządzeniem powstałych prowincyj, Bośnji, Hercogowiny i Bułgarji. Lord Salisbury odrzucił z góry kwestję autonomji, a natomiast zaproponował dla nich tylko samorząd gminny. W takim razie upadłyby wszystkie domagania się autonomiczne, jasno wypowiedziane w 11 punktach rezolucji moskiewskiej. Innym doniosłym faktem różnicy zdań jest również odrzucenie domagań Serbji i Czarnogóry, żądających powiększenia terytorjum, czyli mówiąc dyplomatycznie sprostowania granic. Trudno przypuścić, aby Moskwa odstąpiła swych jedynych aljantów; bo gdyby nawet sam car na to się zgodził, cała Moskwa zaprotestuje (?) przeciwko takiemu ubliżeniu jej honorowi słowiańskiemu. — Cóż mówić o kwestji gwarancji wymaganych na W. Porcie, które właściwie stanowią kamień obrazy dla pokoju? Rząd moskiewski chcąc być konsekwentnym wobec olbrzymich przygotowań wojennych, musi z konieczności domagać się okupacji powstałych prowincyj. Kwestja gwarancji czyli okupacja, chociaż nie była dotąd traktowaną przedmiotowo, została jednak z lekka dotkniętą. Owoż i tutaj wykazało się, że Anglja z a s a d n i c z o sprzeciwi się okupacji Bułgarji przez wojska moskiewskie. Lord Salisbury widocznie chcąc zażartować z Moskwy, zaproponował w zamian tego okupację Bułgarji przez wojska belgijskie lub szwajcarskie, a chcąc projektowi nadać powagę, dodał, że wojska te mogą być płatne przez Turcję i mogłyby nosić mundury tureckie. (!) Jenerał Ignatiew widocznie poznał się na żarcie, bo w zamian Belgów i Szwajcarów zaproponował Holendrów. Humor widocznie nie odstępuje konferujących dyplomatów. Nie wiedzieć tylko, czy car przyjmie to wszystko z równemż sercem. Wszak on to, a nie kto inny dał najświętsze słowo honoru przed lordem Loftusem, że o żadnych zaborach nie myśli — a tu tymczasem Anglja mu nie wierzy, i nie zgadza się na jego pokojową okupację, tak solennie zapowiedzianą na wszystkie cztery rogi świata! — Po tylu klęskach na początku konferencji, ileżto jeszcze przyjdzie Moskwie ich otrzymać na końcu? Zdaje się więc prawdopo-

---

Powrót z tamtego świata.

Przez

AMADEUSZA ACHARD'A.

przetłumaczył z francuskiego.

Włodzimierz Podgórski.

(Ciąg dalszy.)

Pożegnawszy spiesznie przyjaciela, Ludwik pobiegł na górę, wprost do gabinetu pana de Lesparetz. Frydryk powiedział prawdę. Izabella rzeczywiście była cierpiącą i nie wychodziła do salonu. Nie było w tem nic tak bardzo strasznego jak powiadał p. de Lesparetz, ale zawsze wymagało pewnego starania i pewnej oględności. Doktor przepisał Izabelli przedewszystkiem spokój, a następnie udanie się na świeże powietrze. Spokój, zmiana miejsca i świeże powietrze miały ostatecznie wzmocnić nerwy Izabelli, wstrząśnięte raptownem zjawieniem się Ludwika, którego już dawno była opłakała. Nie taił przytem p. de Lesparetz, że stan obecny Izabelli wymaga odłożenia ślubu na czas późniejszy, aż zdrowie jej zupełnie się poprawi; może na dwa lub na trzy miesiące, najwięcej.

— I kiedy zamierzasz pan opuścić Paryż? zapytał Ludwik.

— Może jutro, może pozajutro... jak tylko nieco się poprawi, uspokoi się nieco. Dziś miała formalne dreszcze, ale to długo potrwać nie może.

— Jak tylko urządzę się z interesami, zawołał Ludwik, natychmiast pospieszę do Mignons. Co za szkoda, że muszę zabawić przez tydzień w Paryżu

Pan de Lesparetz spojrzał uważnie na Ludwika, poprawił okulary z giestem sobie właściwym, jeszcze raz spojrzał na Ludwika i rzekł:

— Zapewne tyczy się to kapitałów; może chciałbyś je ulokować?

— Zgadłeś pan. Póki się było kawalerem, to co innego, ale teraz gdy mam się żenić, należy myśleć o przyszłości. Kapitał łatwo się rozchodzi; ziemia, posiadłość, przeciwnie. Chciałbym coś nabyć... Mówiono mi właśnie o pewnym majątku niedaleko Melun... Jest także piękny dom do sprzedania przy ulicy Prowanckiej. Chciałbym nabyć i jedno i drugie, i tym sposobem zagrodzić sobie samemu drogę do rzucania się w hazardowne spekulacje, obecnie tak w modzie!

— To bardzo mądrze ze strony pana, odrzekł sucho p. de Lesparetz.

Izabella nie wychodziła ze swego pokoju i Ludwik nie mógł się z nią widzieć dnia tego. Nazajutrz, toż samo. Dopiero na trzeci dzień mógł ją zobaczyć. Gorączka jej była już przeszła, już można było jechać i spiesznie zajęto się przygotowaniami do podróży. W godzin kilka, wszystko było gotowe. Izabella ukazała się w salonie. Była smutna, osłabiona, blada; siwe kręgi pod oczyma nadawały twarzy jej wyraz bolesny. Ludwik przez chwil kilka nie wypuszczał dłoni jej ze swych dłoni, i tak ją trzymając i patrząc w jej oczy, nie mniej smutny zapytał:

— Pani cierpisz?

— Nie to nic... to przejdzie, odpowiedziała Izabella. Siliła się przytem uśmiechnąć — i dwie łzy błysnęły na rzęsach.

— Trzebaż nieszczęścia, ciągnął dalej Ludwik, że ja właśnie jestem tego przyczyną, ja, który każdą kroplą krwi chciałbym okupić szczęście pani...

— O, nie mów pan tak, pan temu nie winien!... Nie wiem co mi jest... ale... to przejdzie gdy będziemy w Mignons.

Gdy świst lokomotywy oznajmił, że pociąg ruszy za chwilę, Izabella wejrzała przez okno, nachyliła się i ręką pożegnała jeszcze raz Ludwika. Pożegnanie to uspokoiło Ludwika; było dla niego dowodem, że Izabella zawsze kocha jednakowo. Nie wiedział nieszczęsny, że zaledwie sto kroków pociąg uleciał, a młoda dziewczyna z głośnem łkaniem rzuciła się na poduszki wagonu i długo płakała.

W kilka dni potem spotkał Ludwik na bulwarach Leona Dubrewil, tego właśnie dziennikarza, który asystował uczcie wydanej przez Ludwika w Enghien. Leon palił cygaro, a pod pachą miał spory pakiet odbitek.

— Oto jak widzisz, zawołał wesoło Leon, zaledwie ujrzawszy Ludwika, zawsze mi leży na sercu dobro publiczne! Palę, aby powiększyć dochody państwa, i zajęty jestem korektą dzieła, które ma oświecić kraj cały.

— To twoje dzieło?

— Moje.

— O moralności?

— Cóż znowu! za kogoż mnie bierzesz? To panie o ekonomji politycznej, i jeszcze jakiej ekonomji! zawołał Leon, uderzając palcami o paczkę odbitek.

— To ty się rozumiesz na ekonomji?

— Zupełnie tak samo jak i ty, mój drogi; ani mniej, ani więcej, ale to nic nie znaczy. Bo to widzisz ekonomja polityczna to jedyna nauka, którą aby umieć, nie trzeba się uczyć, a która jednakże do wszystkiego prowadzi: do College de France, do Sorbonny, do wszystkich synekur i do instytutu — słowem, czem chcesz, możesz zostać, i będziesz miał sławę i pieniądze. Zapełnia się dwieście lub trzysta stronnic cyframi, które nic nie dowodzą, lecz któremi też wszystko można wykazać — ot i książka gotowa! Mojej dałem tytuł: *„O bogactwie ruchomem pod względem stosunków jego do spotrzebowania."*

— Jak, jak? nie rozumiem.

— Nie rozumiesz? I ja także!... Ale to także nic nie znaczy. Nikt nie będzie rozumiał, ale wszyscy czytać będą i dziwić się memu rozumowi. Jak tylko skończę, natychmiast rozsyłam dzieło moje wszystkim senatorom, ministrom, politykom, przyjaciele napiszą recenzję wynosząc mię pod niebiosa za całkiem nowe, dotąd nikomu nie znane pomysły i rzecz gotowa! Chybaby sam djabeł uwziął się koniecznie, ażeby mi się nie udało! Zobaczysz. Nie mówię już nic o czerwonej wstążeczce legji honorowej, bo ta mi z prawa już się należy; ale krzesła, zaszczyty, bogactwa, pasypią się jak z rogu obfitości!

— No patrzaj, a mnie się zdawało że piszesz romanse...

— Milcz, nieszczęśliwy! Jeszcze nas kto może podsłuchać. Proszę cię, zapomnij raz na zawsze o tem i nikomu nie mów! Czyż nie wiesz, żem oddawna rzucił literaturę? Do czego literatura prowadzi?... Do niczego. Pisz, aby po śmierci mieć sławę! Dziękuję za łaskę, nie głupim!... Ekonomja polityczna, to co innego! Pisze się co chce, zestawia się cyfry jak chce, tu coś się pożyczy, tam wytnie i wyda za swoje, frazesów brzmiących co niemiara — i oto pięknego poranku budzisz się wielkim! Czyż to nie pięknie?!.. Ale mało tego; jak tylko stałeś się wielkim, wnet wrota budżetu stoją ci otworem, i jesteś zbawiony! Pensje rząd chętnie wyznacza ludziom podobnym.

Leon zapalił nowe cygaro.

— Czy i mnie przyszlesz dzieło swe do przeczytania? zapytał Ludwik, spojrzawszy ze strachem na olbrzymi pakiet odbitek.

— Nie, nie przyszlę; trzeba być miłosiernym dla swych przyjaciół.

Przeszli się jeszcze kilka kroków po bulwarach rozmawiając w ten sposób, Leon rozwijał dalej swe teorje, a nareszcie oświadczył, że zamyśla prowadzić inne zupełnie życie jak dotychczas i chce być człowiekiem poważnym.

— A ty, ciągle jeszcze trwasz w zamiarze ożenienia się? zapytał w końcu Ludwika.

— Ciągle!

— A to jakaś manja chwyciła się ciebie... Myślałem, że kąpiel morska wyleczyła cię zupełnie. I z kimże się żenisz?

— Z tą samą, z którą wpierwej miałem się żenić, z panną d'Ervillers.

— Jakto, więc znów się zmieniło?...

— Jakto miało się coś zmienić? Najlepszym dowodem, że się nie zmieniło jest to, że się żenię.

— Cóż u licha! Przeciesz wiesz, że gdyś umarł, Izabella przyrzekła podobno swą rękę komu innemu....

— Jakto przyrzekła!... zawołał Ludwik i dreszcz przebiegł mu po całem ciele.

— Tak przynajmniej powiadają... Słyszałem, że wychodzi za Frydryka, a ty mi znów mówisz....

— Za Frydryka!... krzyknął Ludwik i nie mógł dokończyć.

Leon spojrzał uważnie.

— Zdaje mi się, żem głupstwo palnął, rzekł Leon nareszcie z szczerem współczuciem w głosie i na twarzy. Anim się zastanowił, że mogę ci boleść sprawić... Ale, widzisz, doprawdy, ja dobrze nie wiedziałem.. zdawało się mi, że powinieneś już wiedzieć... Gdy się pracuje tak jak ja na kawałek chleba, od rana do nocy nie mając czasu na kochanie, to zdaje się człowiekowi, że i wszyscy powinni być również obojętni na miłosne sprawy. A zresztą, bardzo być może, że to nie prawda. Zkąd ja mogę wiedzieć!

Ludwik schwycił go za rękę i przerwał:

— Właśnie dlatego, że kocham szczerze Izabellę, powinieneś mi całą prawdę wyznać. Powiedz mi wszystko otwarcie, nic nie skrywawając.

— Tyle tylko wiem, co mi mówiono.

— Ależ kto taki, od kogo słyszałeś.

— Wszyscy mówili.

— Wszyscy to tak samo jak ten i ów. Któż więc?...

— Jeżeli już mam prawdę wyznać, to o ile sobie przypominam, zdaje się, że mówił mi o tem sam Frydryk przed kilkoma miesiącami.

Zimny pot wystąpił na czoło Ludwika. Dopiero dzisiaj stało mu zrozumiałem dziwne postępowanie z nim Frydryka podczas wieczora w Enghien.

— Wybacz mi, sprawiłem ci boleść, mówił Leon serdecznie do Ludwika.

— Nie mam żalu do ciebie mój drogi, odparł ze smutkiem Ludwik. Wcześniej czy później, musiałem się przecież dowiedzieć!

— A zresztą mój drogi, czyż to jedna panna Izabella na świecie! Znajdziesz innych tysiące, jeśli ci tak koniecznie żona potrzebna, a jak nie znajdziesz i wyleczysz się jakoś od tej manji matrymonialnej, to jeszcze lepiej! Będziemy na współkę pisać dzieła ekonomiczne.

— To prawda, odparł Ludwik, ale sam nie rozumiał, co mówił, jak również nie pojmował, co Leon do niego mówił. Mocno ścisnął dłoń Leona i odszedł prędkim krokiem.

— Biedny chłopiec! westchnął dziennikarz za odchodzącym. Trzebaż mi było się wypaplać!... Wyglądał jak trup, aż żal na niego było się patrzeć... i do stu par tysięcy, trzebaż być takim jak ja osłem!... Zawołał zgryziony Leon i stuknął laską o trotuar tak mocno, że aż laska pękła.

Ludwik tymczasem leciał do Frydryka, ale nie znalazł go w domu. Służący oznajmił, że Frydryk pojechał do Bretanji w bardzo ważnym interesie, wezwany przez jakąś spółkę przemysłową. Nie znalazłszy Frydryka, Ludwik skoczył do dorożki i kazał co koń wyskoczy pędzić na dworzec kolei Orleańskiej. Pociąg nie był jeszcze odszedł i Ludwik dostał miejsce do Nevers.

(C. d. n)

dobnem, że ona sama pierwsza postara się o zerwanie dalszych układów, i to w niedalekim czasie.

Turcy też nie łudzą się ostatecznym wynikiem konferencji, i całą swoją nadzieję pokładają w orężu. Zbroją się potężnie i mają mocną wiarę, że sami bez obcej pomocy pobiją Moskwę. Rzecz to wielce pożądana dla wszystkich.

Sprawa wschodnia.

Stamboul, dziennik wychodzący w Konstantynopolu w języku francuskim, podał za *Polit. Corresp.* dosłowny tekst adresu znanego do cara, wymuszonego na kilkuset Polakach Warszawy. Nie wiemy jak zapatruje się dziennik ten na objaw tego świeżego nadużycia moskiewskiego, ale w formie, w jakiej został powtórzony za *Polit. Corresp.* bez komentarzy, dziwnie wygląda, tem bardziej, iż zatytułowano go „adres Polaków“, — jakby pochodził od Polaków całej Polski i był dobrowolnym objawem uczuć narodu. Żaden podobno z dzienników niemieckich nie powtórzy natomiast protestu przeciw tej samowoli i cynizmowi moskiewskiemu, protestu, który został ogłoszony w *Dzienniku Poznańskim*, może jednak protest wspomniany dostanie się do łamów dzienników francuskich, a w takim razie znajdzie prawdopodobnie miejsce i w *Stamboule*, co byłoby bardzo pożądanem dla tego, iż zebrani na konferencję reprezentanci mocarstw, dowiedzieliby się o prawdzie z organu miejscowego.

Donosiliśmy już o zbiorowych petycjach Greków z Tessalii i Epiru. Owoż ruch ten bardzo na rękę Moskalom, a może i przez agentów moskiewskich rozbudzony, wzmaga się bardzo. Do patryarchy greckiego w Konstantynopolu nadeszło wiele takich petycyj, w tonie ostrym zredagowanych, a domagających się praw dla Greków Epiru i Tessalji takich samych, jakieby otrzymać mieli lub mogli Słowianie. Patryarcha doręczyć miał rzeczone petycje wielkiemu wezyrowi. Prócz tego rząd helleński nadesłał na konferencję memorjał, wyrażający też same dążności, jakie objawiają Grecy w petycjach. *Polit. Corresp.* zaś dowiaduje się, że znowuż mieszkańcy prowincji Filibe narodowości greckiej podpisali protest przeciwko uroszczeniom Bułgarów do wymienionej prowincji. Protest, opatrzony bardzo licznymi podpisami, wręczony został przez deputację wszystkim reprezentantom mocarstw gwarantujących w Stambule. Wybrani przez petentów delegaci udawali się z osobna do każdego z pełnomocników Anglji, Francji, Niemiec, Austrji i Włoch, a nazajutrz także do jenerała Ignatjewa. Delegatów greckich przyjmowano wszędzie bardzo uprzejmie. Niezwykle jednak uprzejmym miał się okazać pełnomocnik moskiewski. Jenerał Ignatjew powoływał się na świadectwo lorda Salisbury (notabene nieobecnego w owej chwili), iż nigdy w żadnym dokumencie dyplomatycznym nie czynił użytku ze słowa: Bułgarja. Jenerał ubolewał bardzo nad tem, że Grecy żywią podejrzenie względem rządu moskiewskiego, a szczególniej względem jego (jeneralskiej) osoby. Ubolewał nie mniej i nad tem, iż nie zawsze ma czas czuwać, ażeby odpierać fałszywe wieści, rozsiewane o nim po dziennikach. *N. fr. Presse* zapewnia, że odbiera od człowieka dobrze poinformowanego wiadomość, że niektóre sfery dyplomatyczne noszą się z myślą przedłużenia rozejmu tylko na bardzo krótki czas, a mianowicie na tak długo, dopóki Moskwa nie zmobilizuje zupełnie własnej armji i nie przeprowadzi zupełnego zmoskwicenia armji serbskiej. Charakterystycznem jest oświadczenie, które podaje w imieniu rządu moskiewskiego *Journal de St. Petersbourg* jako powód zbycia milczeniem oficjalnem depeszy tureckiego ministra spraw zagranicznych Savfeta paszy. Otoż według *J. de St. Petersb* Moskwa nie odpowie jedynie ze względów uprzejmości. Nowa *Presse* czyni do tego uwagę: najwygodniejszy sposób uchylenia się od konieczności odparcia usprawiedliwionych oskarżeń.

Gołos z dnia 17. grudnia zaczyna w artykule wstępnym przebąkiwać o tem, że być może, prawdopodobnie zechce Anglja główny obowiązek rokowań na konferencji zwalić na reprezentanta Austrji. Podsuwając zamysły takie Anglji *Gołos* konstatuje dalej, że pełnomocnik angielski nie dotyka umyślnie drażliwych kwestyj, przystaje na wszystko itp. Ale gdyby przyszło do zerwania konferencji, pisze dalej Moskal, do wojny, to cóż wtedy — oczywista konserwatywny gabinet angielski miałby łatwą wymówkę, że „to nie my temu winni, to Austrja.“

Jest to nowy manewr dowodzący chyba tego, że p. Ignatjewowi nie udało się dotychczas zgłębić zamysłów pełnomocnika angielskiego. Próbuje się zatem, czy insynuacjom nie uda się odchylić zasłon z przezornej polityki angielskiej.

Niepodobna pominąć milczeniem wzmianki, zawartej w *N. fr. Presse* z powodu broszury wydanej w Paryżu w księgarni Luksemburgskiej pod tytułem: *Quelques reflexions sur la question d' Orient* (kilka uwag o kwestji wschodniej). Otoż niekiedy ostrzegającej Polaków przed przyjaźnią moskiewską *N. fr. Pressie* a zawsze polakożerczej, jeżli idzie o to, ażeby sami Niemcy mogli pochłonąć narodowość polską, nie podoba się bardzo ustęp w tej broszurze, zawarty w słowach: „Żądalibyśmy więc odbudowania Polski jako tarczy ochronnej dla Europy i cywilizacji.“ *N. fr. Presse* twierdzi otwarcie, że byłoby to niebezpieczne zło stawić na miejsce innego. Oczywista, gdyż tem nowem *Uebel* byłoby zagrodzenie niemieckim kulturtregerom żywienia się pracą polską i oczerniania jeszcze za to narodowości polskiej.

Z kilku doniesień w *Stamboule* o środkach obronnych przedsiębranych przez Turcję, widzimy, iż Moskwa zastanie armję turecką i punkta rozmaite dobrze zaopatrzone w broń. Według *Bassiret* nadszedł z Ameryki do Stambułu znaczny transport broni systemu Martini-Henry. Donosi prócz tego *Stamboul*, że kilkanaście dział Kruppa wielkiego wagomiaru zostało wysłanych, celem silnego ufortyfikowania wybrzeży Dardanelskich. Kierunek nad wykonaniem tych fortyfikacyj powierzono jenerałowi brygady Rifaat paszy.

Austrja i Węgry.

Wiedeń 16. grudnia. *222gie (wieczorne) posiedzenie Izby deputowanych*). (Dokończenie.)

Minister skarbu Pretis oświadcza na wywody pp. Mieroszewskiego i Hoszarda, że niektóre Wydziały powiatowe odstępują prawa swego handlarzom, co jest nadużyciem i co dla ludności jest bez pożytku. Dep. Hoszardowi nadto odpowiada, iż śledztwo wytoczone z okoliczności pożaru w kopalniach w Bochni nie pokazało nic, coby usprawiedliwiało zarzuty o grzechach zaniedbania. Co do soli bydlęcej zaś, nie można uczynić zadość żądaniu p. Hoszarda, dopóki nie będzie sposobu przysposabiania jej tak, aby ludzie nie mogli jej używać. Rząd węgierski przeto głównie ze względów finansowych sprzeciwia się preparowaniu soli bydlęcej, a ja sam także nie mogę pomijać tych względów.

Dep. ks. Ruczka odpowiada ministrowi, że trudno wprawdzie nie przyznać, iżby nie miały dziać się nadużycia, ale jedynie dzieją się ze strony wekturantów, nie zaś ze strony Wydziałów powiatowych upoważnionych do sprzedawania soli. Ztąd też nie powinno to rządowi być pobudką do pozbawiania ludności samej tak wielkiego dobrodziejstwa, gdyż przy tem dobrodziejstwie ma ludność sól po tej samej cenie, po której kupuje ją Wydział powiatowy, podczas, gdy od handlarzy kupować ją musi po cenach ustawicznie podwyższonych. Nadużycia zaś ze strony wekturantów karzą już same Wydziały powiatowe. Dla tego proszę pana ministra w imieniu ludności mojego powiatu i innych powiatów, aby jej nie pozbawiał tego dobrodziejstwa.

Następuje głosowanie, w którem uchwalono wydatki rozdziału XV. według wniosków komisji.

Z kolei idą rozdziały XV. do XXVI., obejmujące: „tytoń, stemple, opłaty od interesów prawnych, loterję, myta, cechowanie, własność skarbową w budynkach dykasterjalnych i kolejach żelaznych, fiskalności, drukarnię państwową w Wiedniu, remanenty z sprzedanych nieruchomości skarbowych, sprawy mennicze,“ razem wydatków zwyczajnych 36,399.600 złr. nadzw. 129.000 złr.

W dyskusji dep. dr. Roser wnosi rezolucję, wzywającą rząd do zniesienia loterji z zaprowadzeniem podatku dochodowego.

Rezolucja dostatecznie poparta.

Dep, Dworski opierając się na dawniejszych rezolucjach Izby, uchwalonych w 15 ostatnich latach, tudzież na oświadczeniach rządu, uznających potrzebę zmiany ustawy stemplowej, wykazując ponownie na przykładach uciążliwość jej, wzywa rząd, aby wniesionej w roku zeszłym rezolucji, zgodnej z rezolucją Sejmu galicyjskiego, w całej osnowie jak najspieszniej zadośćuczynił. Mowca ogranicza się na tem wezwaniu a nie wnosi nowej rezolucji właśnie ze względu na rezolucje uchwalone w roku zeszłym.

Dep. Dr. Weigel domaga się ze względów sanitarnych i budowniczych rozpoczęcia czemprędzej budowy porządnego gmachu na pomieszczenie fabryki cygar w Krakowie: stanu tymczasowego bowiem, jaki dotychczas istnieje, miasto przez wzgląd na zdrowie robotniczek, liczących się na setki, dłużej tolerować nie może, nie myśli i nie będzie. Mowca spodziewa się i żąda, aby mu minister skarbu wniósł kredyt dodatkowy na rozpoczęcie tych budowli.

Przemawia jeszcze dep. dr. Fanderlik o niedostatkach w sprawach stemplowych, jakie pojawiają się w praktyce na Morawie.

W głosowaniu uchwalono rozdziały XVI do XXVI według wniosków komisji.

Wszystkie przeto wydatki w ministerstwie skarbu wynoszą 72,713.990 złr.

Izba bez dyskusji uchwala dział dochodów, wynoszący wszystkiego razem 318,389.788 złr., tak, że dochody przenoszą wydatki o 245.675.708 zł.

Następnie rozdział XXVIII: „Ministerstwo rolnictwa“, obejmujący w 13 tytułach razem wydatków zwyczajnych 9,972.890 złr., nadzw. 1,017.360 złr.

Na kulturę krajową przeznaczono subwencyj 495.000 złr. wydatków nadzw., dla organów czuwających nad podźwignieniem kultury krajowej 190.000 złr. wyd. zwycz., na podniesienie hodowli koni 90.000 złr. wyd. zwycz., na stadniny państwowe 324.800 złr. wydat. zwycz. i 15.000 złr. wydat. nadzw.

W dyskusji dep. dr Schönerer wzywa ministra, aby nie spieszył się z ustawą leśną, którąby nie była dobrze obmyślaną; następnie zwraca się przeciw subwencjonowaniu towarzystw rolniczych, nakoniec porusza potrzebę nauczycieli wędrownych dla podniesienia hodowli bydła.

Dep. Russ zwalcza mowcę poprzedniego co do ustawy leśnej z powodu niepochlebnej tegoż mowcy krytyki o agitacjach rolników czeskich i żąda właśnie ustawy w duchu takim, w jakim jej domagają się ci rolnicy.

Dep. dr. Heilsberg stawia wniosek, aby pozycję dla szkół górniczych, wynoszącą 53.640 złr. podwyższyć o 2000 złr., a to na rzecz akademji górniczej w Leoben.

Dep. dr. Foregger mówi o dynamicie w zastosowaniu do rolnictwa i górnictwa.

Koniec posiedzenia o godz. 9ej min. 40. — Następne jutro, w niedzielę, a to na propozycję prezesa, na którą Izba się zgadza.

Wiedeń 17. grudnia. (*223, niedzielne, posiedzenie Izby deputowanych*).

Po odczytaniu nowych petycyj. między któremi nie ma żadnej z Galicji, Izba przystępuje do porządku dziennego; dalszego ciągu obrad nad budżetem ministerstwa rolnictwa.

Dep. Dzwonkowski w dość obszernem przemówieniu motywuje i stawia wniosek o podwyższenie pozycyj wniesionych przez komisję na kulturę krajową (na całe państwo) przynajmniej aż do wysokości wniosków rządowych, która to różnica wynosi razem 13.900 złr. Izba powinnaby tem łatwiej zgodzić się na ten wniosek, ile że ministerstwo rolnictwa jest właśnie jedyne, które w zaprowadzaniu oszczędności posunęło się do ostatecznych granic możności. Dalej dowodzi mowca liczbami nierównego z innemi krajami traktowania Galicji pod względem uposażenia z ministerstwa spraw rolniczych. W dalszym ciągu przechodzi do skrytykowania zarządu stadnin rządowych w ogóle, a szczegółowo gani, że rozsyła się po prowincjach ogiery niestosowne do stanowienia dla rozpłodu szlachetniejszego. Nakoniec zakłada mowca protest przeciw sprawozdaniu wydanemu przez ministerstwo z obrad komisji specjalnej, zwołanej do roztrząśnięcia spraw dotyczących chowu koni; sprawozdanie to jest nieautentyczne i zawiera zdania, które częścią niedokładnie, częścią wręcz sprzecznie oddają myśli obradujących członków komisji, jak to właśnie co do myśli mowcy się wydarzyło.

Dep. Harant wywodzi obszerne skargi w imieniu ludności włościańskiej, przedewszystkiem na niedostatki ordynacji czeladniej, następnie na wcale inne, ważniejsze, bo zasadnicze niedostatki w opiece rządu nad stanem włościańskim, na brak poparcia, a nawet wprost upośledzenie, skutkiem czego stan włościański upada. Podczas gdy we Francji rząd dobrze pojmuje znaczenie stanu włościańskiego, w Austrji stan ten wydany na pastwę żydowstwu lichwiarskiemu.

Przyjęto wniosek o zamknięcie dyskusji.

Do głosu jest jeszcze zapisanych 10 mowców, a między nimi p. Czerkawski Euzebjusz, Preses wzywa do wybrania mowcy jeneralnego. Po chwili przerwy hr. Coronini zdaje sprawę, że siedmiu mowców zapisanych z lewicy i środka zgodziło się wybrać mowcą jeneralnym dep. bar. Zschocka, ale trzej mowcy z prawicy domagają się swojego mowcy jeneralnego. Wnosi tedy, aby za wzorem znanego precedensu dać panom z prawicy prawo wybrania osobnego mowcy jeneralnego. Prezes wątpi, bo wszakże prosił poprzednio o oświadczenie się mowców, czy są zapisani „za“ czy „przeciw“, a nikt się nie zdeklarował ani tak ani owak. Poddaje jednak wniosek dep hr Coroniniego pod głosowanie. Izba uchwala go jednomyślnie.

Z prawicy tedy mowcą jeneralnym obrany dep. dr. Czerkawski Euzebjusz, który po przemówieniu ber Zschocka zabiera głos: Mówi nasamprzód o bogactwie górniczem w Galicji, zkąd wyprowadza potrzebę wyższej szkoły górniczej w kraju. Już Sejm w r. 1869, uchwalając statut organizacyjny dla wyższych szkół technicznych, przeznaczył był wyższą szkołę górniczą dla Krakowa. Statut nie otrzymał sankcji, a gdy w r. 1874 rząd przystąpił do reorganizacji akademji technicznej we Lwowie, Sejm upomniał się po raz wtóry o reorganizację instytutu technicznego w Krakowie w tym duchu, iżby obejmował szkołę górniczą, budowniczą i mechaniczną. Zamiast tego zaprowadzono obecnie wyższą szkołę przemysłową, która, jak się zdaje, nie odpowiada oczekiwaniom i życzeniom Krakowa. Najwięcej razi pominięcie życzenia co do szkoły górniczej. W imieniu więc kraju, życzeń Krakowa, i z polecenia kolegów upraszam ministra, aby potrzebę szkoły górniczej w Krakowie wziął pod rozwagę.

Minister rolnictwa hr. Mannsfeld odpowiedziawszy innym mowcom, zwraca się do deputowanych Polaków. Dep. Dzwonkowskiemu odpowiada, że skarga na zaniedbanie chowu koni nie nowa, a wobec powtarzających się ustawicznie skarg tych jestem dość śmiały (keck genug), by twierdzić, że rzeczy tak źle się nie mają, jak są przedstawiane. Upadku tej hodowli najmniej dopatrzyć się mogę w braku wywozu za granicę, jak tu twierdzono. Wysławiane dawne dobre czasy także nie były tak dobre, bo dziś postąpiono tylko w znajomości rzeczy i w wymaganiach, ztąd to czasy nasze wydają się być gorszemi. Pan deputowany z Galicji powtarzał też to samo, co dawniej tu słyszano, skargi liczbowe (ziffermässige Klagen) na upośledzenie Galicji. Boleśnie mię dotykają te ustawiczne zarzuty, ale liczbami też mógłbym je zbyć; jeśli bowiem n. p. pod względem koni przytaczacie takie skargi w liczbach, ja na podstawie liczb stwierdzam, że w Galicji stósunkowo zawsze jeszcze o wiele mniej odstanawia się klaczy, niż gdziekolwiek indziej. Nakoniec te ustawiczne niepochlebne krytyki panów z Galicji na stan rzeczy i postępowanie w latach dawniejszych! Co do mnie nie zaczepiałem dawnych kierunków ministerstwa spraw rolniczych, bo nie mogą się bronić.

Dep. Czerkawskiemu odpowiada minister: Wiadome mi życzenie jego o średniej szkole górniczej dla Krakowa, ale sucho muszę oświadczyć, że nie mogę znaleźć w sobie zapału dla pomysłu szkoły średniej i wzywam mowcę, aby torował drogę dla myśli niższej szkoły górniczej dla robotników; na to chętnie zażądam przyzwolenia środków od Rady państwa.

Po przemówieniu jednego z mowców ze środka, stawiono wniosek o ponowne zamknięcie dyskusji. Izba przyjmuje ten wniosek. Dostaje się jednak jeszcze według regulaminu do głosu

dep. Czerkawski Euzebiusz, który odpowiada ministrowi: O średniej szkole górniczej wcale nie mówiłem, ale muszę także sucho oświadczyć, że w Krakowie także nikt nie znajdzie w sobie zapału dla pomysłu o szkole niższej górniczej dla robotników. Potrzebny jest wyższy zakład naukowy, a do zaprowadzenia go potrzebne względy ministra.

Przemawiają sprawozdawcy specjalny i jeneralny, poczem w głosowaniu uchwalono rozdział XXVIII według wniosków komisji. Wszystkie inne wnioski upadły.

Uchwalono także rezolucję komisyjną, aby akademję kultury rolnej przenieść z wydziału ministra rolnictwa do wydziału ministra oświecenia. Deputowani Polacy głosowali przeciw rezolucji.

Bez dyskusji uchwalono dział dochodów, wynoszący razem 10,226.250 zł., tak, że dochody przewyższają wydatki o 764.000 zł.

Z porządku dziennego następuje pierwsze czytanie ustawy o zniesieniu projektu celnego w Brodach. Na wniosek dep. Kallira przekazano go komisji ekonomicznej.

Nakoniec idzie wybór jednego członka do komisji rozpatrującej sprawy dotyczące podatku gruntowego. Wybrano dep. Streeruwitza.

Koniec posiedzenia o godz. 2.

Wiedeń 18. grudnia. *224 posiedzenie Izby poselskiej.*

Na porządku dziennym dalszy ciąg obrad szczegółowych nad budżetem, mianowicie nad budżetem ministerstwa sprawiedliwości, który w rozdziale XXIX. w 4 tytułach wynosi razem 19,606.000 złr. wydatków zwyczajnych i 1,708.650 złr. wydatków nadzwyczajnych.

W wydatkach zwyczajnych, o ile są wyszczególnione, mieści się dla Galicji wschodniej: na poczet sumy na zakupienie gruntu w Śniatynie dla celów sądowych 1.071 złr., na przybudowanie do gmachu sądowego w Tarnopolu rata ostatnia 22.000 złr., na zakupienie trzech domow w Mościskach dla starostwa i sądu jedna rata w ilości 5.000 złr.; dla Galicji zachodniej: na zbudowanie kaplicy przy inkwizytorjacie i więzieniu w Krakowie 9.200 złr. W wydatkach nadzwyczajnych, o ile wyszczególnione, mieści się dla Galicli wschodniej: na poczet ceny kupna za grunt św. Marji Magdaleny we Lwowie 12.320 złr., na zbudowanie nowego domu karnego w Stanisławowie 100.000 złr.; dla Galicji zachodniej: na zbudowanie nowego szpitala przy domu karnym w Wiśniczu 25.000 złr.

W dyskusji pierwszy zabiera głos dep. Lienbacher i w obszernem przemówieniu, które trwało blisko 2 godziny, zastanawia się nad pytaniem, czy wzmagające się od lat kilku wydatki pozostają w stosunku z ulepszeniami w sądownictwie. Mowca nie zaprzecza, że są niektóre ulepszenia, mianowicie jest i pewna dążność ogólna do ulepszeń, ale obok tego wytknąć musi wiele niedostatków i po prostu nadużyć.

Co do nadużyć, przypomina mowca artykuły dawniej ogłoszone w *Pressie* a podpisane przez Dra Glasera i Dra Ungra, w których ubolewano nad postępowaniem prokuratorji, a dziś niemniej jest powodem do ubolewania, jak dowodzi sprawa redaktora Sigla, któremu, choć to obcokrajowiec, wytoczono w Salcburgu proces, a dopiero po wyroku uniewinniającym wydano w ręce władz niemieckich. Dalej dowodzi tego cyrkularz prezesa ministrów o nadzorze prasy, który pozbawia prokuratorów poręczonej ustawą swobody działania. Jako ilustrację do tej swobody przytacza mowca przykład przeniesienia prokuratora z Salcburga na radcę sądowego do Lincu które nastąpiło za karę, że prokurator nie we wszystkiem słuchał rządu, szczególniej, że konfiskował pisma przychylne rządowi, a nie pisma opozycyjne. Stało się to w skutek użalenia namiestnika i jego urzędnika policyjnego; minister subordynując prokuratora prawnika pod powagę namiestnika i policjanta nie prawnika, tworzy stan rzeczy nieznośny, i nie tylko nie osłania powagi sprawiedliwości, lecz po prostu ją narusza. Mowca przytacza jeszcze inne przykłady na dowód zachwianego zaufania do organów wymierzających sprawiedliwość.

Mowca wspomniał także o tem, że druga część wniosku jego, dotyczącego przesilenia ekonomicznego, nie stanęła jeszcze na porządku dziennym, co daje prezesowi Izby pobudkę do zastrzeżenia się przeciw podejrzeniu o rozmyślną zwłokę, a sprawa dlatego tylko nie stanęła na porządku dziennym, bo sprawozdanie jeszcze nie wygotowane. Na to odpowiada dep. Lienbacher, że nie prezesa, lecz komisję ekonomiczną obwinia o zwłokę.

Dep. Promber także krytykuje ustawodawczą czynność ministra sprawiedliwości, i przechodzi do stosunków prasowych, gani postępowanie rządu i władz, zaleca wzór angielski, gdzie prasa od lat 200 bezwarunkowo wolna. Niemałe wrażenie sprawia na Izbie opowiadanie mowcy, jako sejm węgierski uchwalił ustawę ograniczającą egzekucję pretensyj na pensjach oficerskich, a rząd węgierski ogłosił tę ustawę w swoim *Dzienniku urzędowym* jako obowiązującą obie części monarchji, rząd tutejszy zas wykonywa też tę ustawę. Mowca na dowód czyta pewne pismo urzędowe, odnoszące się do Opawy, powołujące się wyraźnie na ustawę węgierską. Mowca pyta ministra, czy z okoliczności poruszenia tej sprawy przez mowcę już w komisji uczynił co potrzeba, aby zabezpieczyć wierzycielom austrjackim prawa ich przeciw ustawie węgierskiej, a przedewszystkiem, by zabezpieczyć ustawodawstwo austrjackie przeciw uzurpacji węgierskiej. Nakoniec przechodzi mowca do stanu sędziowskiego, domagając się polepszenia jego doli.

Minister sprawiedliwości Glaser poniekąd zdziwiony zgodnością wywodów dwu mowców z tak skrajnych stanowisk, co stwierdza prawdziwość przysłowia, że *les extrèmes se touchent*, odpowiada nasamprzód na punkt o ustawie węgierskiej, że w tych szczegółach, w jakich przedstawił ją mowca, odczytując ów akt urzędowy z Opawy, sprawa nie była mu znaną, więc też nic stanowczego nie odpowie i broni się od innych zarzutów. Mówią jeszcze dep. Wozsniak i dep. Meznik tudzież jako jeneralny mowca dep. Perger. Uchwalono rozdział XXIX. według wniosków komisji.

Bez dyskusji uchwalono dział dochodów, który wykazuje razem 392.900 złr., tak, że wydatki przewyższają dochody o 20,921.750 złr.

Następnie bez dyskusji uchwalono wszystkie inne rozdziały budżetu aż do końca, głosując według rozmaitych napisów.

Koniec posiedzenia o godzinie 4. minut 25. Następne jutro. Na porządku dziennym po kilku innych punktach na sam koniec dopiero ustawa finansowa.

Wiedeń 19. grudnia. W Izbie deputowanych Neuwirth interpelował ministra handlu: jakie otrzymano rezultaty z rokowań z Rosją pod względem stosunków handlowo-politycznych i czy jest nadzieja usunięcia trudności, jakie dowozowi do Rosji wyrobów austrjackich i węgierskich stoją na przeszkodzie. Zaklińsk interpelował ministra wyznań o zatwierdzone już w r. 1850 przez N. Pana utworzenie w Stanisławowie biskupstwa grecko-katolickiego. Następnie Izba zajmowała się rozprawami nad ustawą finansową na r. 1877, przyczem pokrycie niedoboru spowodowało dłuższe spory. Skene wnosi pokrycie niedoboru ustawą specjalną. Carneri nie widzi podstawy do nieufności dla rządu. Walterskirchen zarzuca rządowi w sprawie ugodowej brak odwagi. Herbst oświadcza, że przyjęcie lub odrzucenie wniosku wydziału, nie ma bynajmniej znaczenia wotum zaufania lub nieufności; chociaż rząd tak w sprawie wschodniej, jak w sprawie ugodowej nie okazał potrzebnej otwartości. Jest rzeczą konieczną w obecnej chwili krytycznej wspierać jednomyślnie ministerstwo (żywe oklaski). Po tem preliminowana przez rząd ustawa finansowa na r. 1877 przyjętą została według wniosków komisji.

* Komisja budżetowa Izby poselskiej Rady państwa przyjęła rezolucję, wzywając rząd ponownie do przedłożenia projektu ustawy o powszechnem zawieszeniu loterji liczbowej, tak, ażeby z chwilą zupełnego przeprowadzenia reformy podatków stałych loterja liczbowa ustała. Dalej przyjęto rezolucję, aby rząd jak najrychlej w drodze prawodawczej zaprowadził wyrób i sprzedaż taniej soli bydlęcej.

* Prezydent gabinetu węgierskiego p. Tisza znów dawał onegdaj na konferencji stronnictwa liberalnego wyjaśnienia co do stanowiska rządu węgierskiego w kwestji ugodowej. Z wyrażeń ministra wypływało naprzód, że rząd nie spodziewa się rychłego załatwienia tej sprawy. Tisza bowiem oświadczywszy, że rząd w kwestjach ugodowych trwa na stanowisku kilkakrotnie wypowiedzianem, dodał, iż w tej chwili nic więcej powiedzieć nie może nad to, „że rząd starać się będzie, aby podczas świąt załatwione zostały sprawy będące w toku z Austrją, a to w kierunku, jakiego dotychczas trzymał się rząd węgierski i jak najrychlej, tak iżby rząd węgierski za otwarciem na nowo posiedzeń sejmowych mógł Izbie zdać sprawę o stanowczym wyniku rokowań.“ Sejm węgierski zaś odbędzie najbliższe posiedzenie najdalej 10. stycznia.

* *Hon* pisze, że gabinet węgierski oczekuje ostatecznego rozstrzygnięcia o losie traktatu z maja. Ministrowie wyjadą do Wiednia wtedy tylko, gdy cesarz powoła ich. Jeżliby umowa z maja miała upaść, wtedy Węgry wezmą pod rozwagę projekt bankowy Richtera, albo też bank samoistny na podstawie przywrócenia waluty. *Lloyd* mniema, że kwestja bankowa przyjdzie w tym tygodniu do rozbioru, gdyż w rozstrzygających sferach panuje przekonanie o niepodobieństwie utrzymania dzisiejszego stanu rzeczy.

Kronika.

Lwów d. 20. grudnia.

Z tow. przyrodników. Sekcja techniczna towarzystwa przyrodników polskich imienia Kopernika odbędzie jutro, we czwartek dnia 21. grudnia, o godzinie w pół do szóstej, posiedzenie w zabudowaniu akademji technicznej na ulicy Ormiańskiej na drugiem piętrze w sali fizyki.

Dyrekcja kolei Karola Ludwika ogłasza, że z dniem dzisiejszym na kolei Kijowsko-Brzeskiej rozpoczął się znowu regularny ruch pociągów osobowych i mięszanych. Jak słyszymy masy zboża, cukru i innych produktów mają nadejść z za kordonu, powstrzymane przez tak długi przeciąg czasu.

W handlach korzennych i restauracjach tutejszych istnieje po większej części obyczaj podawania bułek okrągłych, po cenie 2 ct., podczas kiedy one u piekarzy kosztują $1^1/_2$ ct. Egzemplarze *tego pieczywa* zaczynają przybierać mikroskopijne rozmiary. Przyniesione nam *dziś okazy* ważą na wagę aptekarską po 30 gramów i kwalifikują się literalnie na jeden raz do ust.

W pospolitej szkole OO. Dominikanów jeden nauczyciel za zapomnienie zeszytu ruskiego rzucił na gradus i bił tak ucznia III. klasy Jana Lustiga, że tenże dostał padaczki. W sobotę miał 14 paroksyzmów.

Robotnicy stolarscy zebrali się wczoraj i dla zapobieżenia brakowi zarobku postanowili wysłać deputacje do ważniejszych przedsiębiorców budowli z prożbą o niesprowadzanie stolarzy z Wiednia. Powtarzamy jednak, że pomyślny obrót tej sprawy zależy od majstrów stolarskich, którzy nie umiejąc czy nie chcąc konkurować z zagranicą, dają sobie i robotnikom wydzierać pracę.

Wieczorek muzykalny w kasynie mieszczańskiem, pierwszy w tym sezonie, który odbył się dnia 14. bm. za staraniem p. Marjana Signio, zgromadził liczną i doborową publiczność. Program wieczorku był urozmaicony, a pod względem wykonania nic nie pozostawiał do życzenia. Pierwszym numerem był pięknie wykonany septet instrumentalny, poczem znana zaszczytnie w naszem mieście dyletantka pani Praun odśpiewała Romans Nowakowskiego z towarzyszeniem wiolonczeli, a następnie z panem St. duet z „Don Juana.“ Dwa kwartety: „Serenada“ Saint-Saënsa sławnego kompozytora tańcu szkieletów (dance macabre) i „Adoremus“ Rosiniego, ułożone na fortepian, fisharmonikę, skrzypce i wiolonczelę, wykonane bardzo starannie, były koroną wieczorku. W kwartetach tych po raz pierwszy usłyszeliśmy członka kasyna pana G. (fisharmonika) i poznaliśmy w nim biegłego i obdarzonego dobrym smakiem muzyka. Wieczorek zakończył śliczny septet z „Don Sebastian“, który na ogólne żądanie powtórzono. — Wypada nam na tem miejscu sprostować nasze poprzednie doniesienie, jakoby p. Malinowski miał urządzać ten wieczorek, powiedzieliśmy już wyżej, że urządzającym był był p. M. Signio, który jak dawniej tak i tego roku obejmuje artystyczne kierownictwo wieczorków muzykalnych w kasynie. Po koncercie odegrała kapela pułku Holstein pod osobistą dyrekcją kapelmistrza p. Rosenkranca kilka utworów, a między nimi piękny polones pani Geislener „Witamy was.“ Bawiono się ochoczo do północy.

(nt) **Znaleziony złoty zegarek.** Dziś 20. b. m. o godzinie 12ej w południe zgłosił się w biórze policji murarz N. i złożył tamże znaleziony w niedzielę 17. b. m. wieczorem przy placu bernardyńskim złoty zegarek w wartości 60 złr.

(nt) **Katastrofa.** Dowiadujemy się właśnie że dotknięci katastrofą przy ulicy Mickiewicza, których odwieziono do szpitala, powrócili już do zdrowia. Włoch Kristmann z żoną cierpi jeszcze na delirium, lekarze jednak zapewniają, że w tych dniach zupełnie wyzdrowieją. Wiadoma katastrofa przyprawiła więc razem 9 osób o życie.

Jeszcze o niebezpieczeństwie zagorzenia czadem. Otrzymaliśmy pismo następujące z powodu wypadku w kamienicy Ponińskich:

Znając tak łatwy a tani środek, jakim są drzwiczki hermetyczne do każdego pieca, żałuję, że jako kobieta nie mogę należeć do urzędów policyjnych, bo wszędzie-bym głos podnosiła, aby tak w hotelach i zabudowaniach szkolnych, jak i we wszystkich kamienicach, te drzwiczki dla bezpieczeństwa życia ludzkiego były zaprowadzone. Od 6 lat nie tylko w domu moim, ale wszędzie gdzie własnym kosztem stawiam piece, innych drzwiczek nie pozwalam użyć, nawet w szkółkach wiejskich, na plebaniach, gdzie nie tylko swawolne dzieci, ale i nieuważna czeladź pali w tych piecach, od kilku lat nie dały się popsuć. Wielką sprawiają oszczędność w opale, bo nie potrzeba czekać aż się najmniejsza głownia dopali i węglik ulotni. Zamykają się drzwiczki jeszcze wśród palenia płomieniem, a mimo to nie ma żadnego niebezpieczeństwa. Sprowadziłam około 50 takich drzwiczek przez handel Szumana lub Halskiego. Jeden egzemplarz kosztuje około 3 guld., kowal dorabia u mnie dłuższe sztabki, co wzmacnia ich zaprawienie, i można nierozbierając założyć je do starego pieca; koszt z postawieniem uczyni 4 guld., a zaręczam, że oszczędzę połowę drzewa, bo piec taki na 24 godzin pozostaje ogrzanym. Przypuściwszy, że kamienica posiada 25 pieców, to właściciel jej poniósłby koszt większy o 100 gld., lecz o ileż więcej korzyści przysporzyłby sobie i lokatorom. Murarz mój przerabia z temi drzwiczkami 3 piece na dzień.

Z. S. w Spasowie p. Tartaków.

Kronika teatralna. W teatrze hr. Skarbka dzisiaj 20go na dochód Bratniej pomocy słuchaczów akademji technicznej „Zemsta“ komedja w 4 aktach.

(..sz..) **Z Krakowa.** Dziwne zaprawdę dzieją się rzeczy w naszem mieście. Wiecie od dawna, że panuje u nas obłęd ultramontański, pociągający tak starych niedołęgów jak *Czas*, ale co gorsza wciągający w to fatalne koło nasze młode pokolenie. Że ta stara gwardja ultramontańska jest szkodliwą, że paczy w rozwoju postęp, to stara historja, ale dziś

Nr. 22. We Lwowie, Niedziela dnia 28. Stycznia 1877. **Rok XVI.**

Wychodzi codziennie o godzinie 7. rano, z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych.

Przedpłata wynosi:
MIEJSCOWA kwartalnie . . . 3 złr. 75 cent.
" miesięcznie . . . 1 " 30 "
Za miejscowa " . . . 1 " 70 "

Z przesyłką pocztową:
Kwartalnie: w państwie austrjackiem . 5 złr. — ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej .
" Francji . . . .
" Belgii i Szwajcarji . . . . po 7 złr. 50 cent.
" Włoch, Turcji i księt. Naddu.
" Serbii . . . .

Numer pojedynczy kosztuje 8 centów.

GAZETA NARODOWA

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują: We LWOWIE biuro administracji „Gaz. Nar." przy ul. Sobieskiego l. 12. (dawniej nowa ul. l. 201) i ajencja dzien. W. Piątkowskiego, ul. Hetmańska nr. 10 (i handel papieru A. Dulskiej). Ogłoszenia w PARYŻU przyjmuje wyłącznie dla „Gazety Nar." ajencja p. Adama, Correfour de la Croix, Rouge 2. prenumeratę zaś p. pułkownik Raczkowski, Faubourg, Poissonniere 33. W WIEDNIU pp. Haasenstein et Vogler, nr. 10 Wallfischgasse, A. Oppelik Stadt, Stubenbastei 2. Rotter et Cm. I. Riemergasse 13 i G. L. Danbe et Cm. 1. Maximilianstrasse 3. W FRANKFURCIE: nad Menem w Hamburgu pp. Haasenstein et Vogler.
OGŁOSZENIA przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem. Listy reklamacyjne nieopieczętnowane nie ulegają frankowaniu. Manuskrypta drobne nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

Lwów dnia 28. stycznia.

Zdając sprawę z pierwszego po świętach posiedzenia Izby posłów, wspomnieliśmy, że wniosek p. Kowalskiego o urządzenie wzorowej szkoły normalnej we Lwowie z ruskim językiem wykładowym, poleciła komisja budżetowa, mianowicie aby go odesłano do komisji edukacyjnej; że dalej większość Izby ten wniosek przyjęła, i że głosowali za nim także pp. Smolka i Hoszard. W ogóle głosowanie delegacji naszej było na tem posiedzeniu bardzo chaotyczne — jak gdyby nie było koła polskiego, tylko pewna liczba luźnych delegatów. Naturalna rzecz, że bywają wypadki, w których pozostawia się członkom stronnictwa swobodę głosowania, ale ta swoboda powinna być na posiedzeniu stronnictwa uchwaloną. To zaś głosowanie pp. Smolki i Hoszarda wykazuje, że uchwały koła nie było żadnej nad żadnym z przedmiotów porządku dziennego, bo właśnie co do wniosku p. Kowalskiego powinna była delegacja iść jednomyślnie albo *pro*, jeżeli go za słuszny i potrzebny uważała, albo *contra* w razie przeciwnym, i wątpimy aby ci dwaj posłowie zechcieli kiedy wbrew uchwale głosować i umyślnie manifestować czy brak karności czyli nawet rozbicie koła. Wprawdzie koło już dawniej czy to formalnie czy w toku obrad Izby powzięło było uchwałę co do tego wniosku podczas obrady budżetowej, kiedy go p. Kowalski był postawił. Wówczas bowiem tylko jeden hr. Mieroszowski głosował za wnioskiem p. Kowalskiego, a hr. M. nie należy do koła polskiego i w ogóle do Polaków już nie należy, — delegacja zaś głosowała przeciw i oklaskami okryła oświadczenie p. Grochólskiego, który dosadnie zbił motywa p. Kowalskiego, jakoby już przed r. 1848 istniała we Lwowie szkoła ruska. Oświadczenie p. Grocholskiego według zapisków stenograficznych brzmiało: „Aż do r. 1848 nie było w Galicji żadnej zgoła szkoły z polskim lub ruskim językiem wykładowym, bo we wszystkich bez wyjątku szkołach językiem wykładowym był niemiecki. Dopiero w r. 1849 rząd odebrał konsystorzowi łacińskiemu a poddał konsystorzowi ruskiemu czyli greckokatolickiemu szkołę, która wzniesiona była w wieku siedmnastym — nie pomnę już ściśle roku — a stała pod władzą konsystorza łacińskiego. Akta będące na rozkazy p. ministra oświecenia stwierdzą, co tu utrzymuję."

Wszelako i po r. 1849 tej szkoły nie było. Nauczyciele zrazu korzystali wprawdzie z prawa wykładania po rusku — ale jaki był skutek? Oto natychmiast uczniowie wynosili się z tej szkoły i niebawem ci nauczyciele, chcąc ratować byt szkoły, poczęli wykładać po polsku. Czyż zechce kto twierdzić, że dzisiaj nie ten sam los spotkałby nową jaką ruską szkołę wzorową we Lwowie? Choćby zatem wniosek p. Kowalskiego był słuszny pod względem narodowościowym — w co tutaj wchodzić nie myślimy — to jest niewykonalnym. Pomijamy tu zresztą inne jeszcze okoliczności, jak np., kto da fundusze na żądaną przez p. Kowalskiego szkołę? — kraj nie da, miasto nie da, bo z doświadczenie okazało się, że jest niepotrzebną; a że i państwo nie da, o tem ani wątpić nie można. A dalej, zkądby miało państwo prawną podstawę do przymusowego takiej szkoły zaprowadzania, choćby własnym kosztem? Tak więc uchwalenie wniosku p. Kowalskiego, jako niewykonalnego, mogło być tylko aktem teoretycznym, a takie akta do ustawodawczej władzy nie należą. Niezawodnie i p. Kowalski doskonale wie, że tak a nie inaczej ta rzecz się ma; i niezawodnie frakcja russka nie inny miała zamiar, stawiając ten wniosek, jak tylko dokuczyć Polakom, dodać jeden listek do swoich wawrzynów, jedną karteczkę do dziejów mniemanego prześladowania Rusinów przez Polaków w Galicji. Czy zaznajomili się pp. Smolka i Hoszard z historją tej niby byłej ruskiej szkoły wzorowej we Lwowie, czy zastanowili się, za czem właściwie głosują? — wątpimy, i ta wątpliwość wcale ich błędu nie umniejsza. Jużeśmy w ogóle podnosili konieczność, aby delegaci nasi zaznajamiali się ze sprawą szkolną odnośnie do Rusinów, w którem to zaznajamianiu się, jak rzekliśmy wówczas, nikt im nie przeszkodzi, lecz owszem wszelkie znajdą ułatwienia — a konieczność dlatego, że frakcja russka właśnie co do szkół ciągle wyprawia najsmutniejsze burdy, i nikt jej na miejscu z całą dokładnością nie zbija. Tak pp. w komisji budżetowej płazem puszczono ks. Juzyczyńskiemu jego obrzydliwe kłamstwa co do szkoły PP. benedyktynek w Przemyślu. Spodziewamy się, że na przyszłość nie będziemy potrzebowali wracać do tego tematu.

Z wewnętrznych spraw austrjackich zwraca cała poniekąd uwagę sprawa tyrolska, a to w dwojakim względzie. Raz z powodu, że sejm tyrolski na zeszłorocznej sesji nie uchwalił tegorocznego budżetu krajowego (sesja bowiem została przez rząd zamkniętą przed rozprawą budżetową, przyczem sejmowi zakomunikowano wyraz cesarskiego niezadowolenia), według statutów krajowych zaś zgoła nikt prócz sejmu niema prawa, uchwalać dodatków krajowych. Wszelako już nieraz wydarzały się wypadki nieuchwalenia budżetu krajowego przez sejm — i zawsze wtedy na mocy upoważnienia cesarskiego Wydziały krajowe rozpisywały tymczasowo dodatki krajowe. Cóż się dzieje tym razem w Tyrolu? Oto Wydział krajowy rozpisał tak samo te dodatki, niezawodnie za owem upoważnieniem, bo rządowe władze polityczne wydały do urzędów podatkowych nakaz poboru tych dodatków. Tymczasem burmistrz miasta Inszpruku, centralista, kazał w mieście wstrzymać ten pobór — a dyrekcja skarbowa poleciła starostom odwołać ów nakaz i wszędzie pobór wstrzymać.

Powtóre, gdy rozeszła się wiadomość, że na marzec lub kwiecień sejmy zwołane być mają na krótką sesję, organ anticentralistów tyrolskich, tj. niezmiernej większości krajowej, wytoczył rekryminacje przeszłoroczne, dla których sejm nagle zamknięto, a zwłaszcza zapytał, czy rząd zechce z Tyrolem tak postąpić jak z Dalmacją (gdzie nienawistnego większości krajowej marszałka usunięto, i tem rękę zgody jej podano). Natychmiast organa półurzędowe podniosły krzyk: „Rozwiązać sejm tyrolski, mimo że wcale niema nadziei, aby z nowych wyborów jakokolwiek inna większość wyszła." Czy wobec tej właśnie okoliczności rozwiązanie sejmu było stosownem? Czy nie poruszy owszem tem bardziej duchów anticentralistycznych? Czy nie skłoni ich do tem bardziej uporczywego obstawania przy rekryminacjach i żądaniach zeszłorocznych? Nad tem się podobno rząd nie zastanowił, i oto otrzymaliśmy telegram następujący:

Wiedeń dnia 27. stycznia. „Wiener Zeitung" umieszcza dekret cesarski, rozwiązujący tyrolski sejm.

O przebiegu austro-węgierskiej konferencji ministerjalnej znowu nie otrzymaliśmy żadnego telegramu, jak gdyby ta właśnie sprawa na żadną nie zasługiwała uwagę w oczach rządowego Biura korespondencyjnego. Czyż tajeniem zdołano ukryć zupełne fiasko tej konferencji? Rządowa publicystyka austrjacka jest ciągle jeszcze naiwną. Z Pesztu mamy już obszerne doniesienia z d. 25. bm., których treść jest następująca.

Na wspólnej konferencji pod przewodnictwem cesarza d. 24 uchwalono zebrać się nazajutrz. — ta jednak konferencja nie przyszła do skutku i dalszych rokowań w Peszcie zaniechano. [illegible] i jeszcze jest nadzieja porozumienia. Ministrowie austrjaccy mieli d. 26. rano wrócić do Wiednia, to samo cesarz. Według *Ellenöra* ma cesarz bardzo krótko, według *Pester Lloyda* zaś kilka dni zabawić we Wiedniu. Cesarz pragnie jeszcze raz zebrać u siebie obopólnych ministrów, bądź w Budzinie, bądź też we Wiedniu, jeżeli tam dłużej zabawi. Do 5 lub 8 dni sprawa musi być załatwioną. *Pester Lloyd* nie wierzy, aby zmiana miejsca bardzo posłużyła ku porozumieniu.

Faktem ma być według *Hona*, że Tisza już na posłuchaniu z d. 24. bm. zawiadomił cesarza, iż ministrowie austrjaccy zbyt mało okazują uprzejmości, aby rząd węgierski na ich wnioski mógł przystać. *Ellenör* dodaje nawet, że od Austrjaków Węgry tylko chytrości, wiarołomstwa i złośliwości spodziewać się mogą. Andrassy czynił wszelkie możliwe zabiegi tak u węgierskich jak u austrjackich ministrów, ale nadaremnie.

Z drugiej strony podaje *Tagblatt* wiadomość, że na konferencji z d. 24. b. m. oświadczył cesarz ministrom, że „cesarz austrjacki ściśle zachowa przepisy ustawy ugodowej z r. 1867, które jako król węgierski zaprzysiągł, że jednak poza ramy tej ugody nie wykroczy." Ztąd *Tagblatt* wnosi, że cesarz nie pozwoli na odrębny bank węgierski, gdyż niema o nim mowy w owej ugodzie. Może być prawdą, że cesarz jest przeciwny odrębnemu bankowi węgierskiemu, ale wniosek *Tagblattu* jest mylny. Ugoda poręcza Węgrom zupełną niezawisłość finansową, i faktem jest, że Węgry nie uznają przywileju c. k. banku narodowego i tylko do czasu go cierpią, na co mnóstwo jest dowodów rządowych. Z głosów pism peszteńskich, właśnie z d. 25. bm., można z pewnością wnosić, że Tisza nalega na cesarza, aby już teraz pozwolił na założenie tego banku, mimo że porozumienie z Austrją nie jest wykluczone, i jeżeli tego pozwolenia Tisza nie otrzyma, to się poda do dymisji — a pewnem jest, że ani gabinet Sennyeja, ani żaden inny by się nie utrzymał.

Hon z d. 25. bm. pisze: „Jakkolwiek konferencje ministerjalne płonnemi się wydają, tyle jednak zapewne dokazały, iż Austrjacy poznają przecie trudność położenia. Jeżeli ministrowie austrjaccy wiernie to zakomunikują menerom banku i frakcjom Rady państwa, to ci niezawodnie zmienią swoje dotychczasowe postępowanie, aby nie doprowadzić do zerwania. Na każdy jednak sposób w wyższej sferze (korona) przekonają się, jakie są intencje rządu węgierskiego, i że to on będzie do zerwania zmuszonym. Gabinet Tiszy stoi i zginie z ugodą uczciwą albo z bankiem odrębnym, — w razie przeciwnym ustąpi, aby zrobić miejsce przeciwnikom, którzy chórem go spotwarzają. Wówczas naród — czem prędzej tem lepiej — obaczy, jaką poniósł stratę z tym gabinetem, a co na jego przeciwnikach zyskał."

Sądząc z powtórnego już oświadczenia *Starej Pressy*, należałoby wnosić, że ministrowie austrjaccy pojechali do Pesztu bez projektu, bez myśli istotnego rokowania, tylko aby się z ministrami węgierskimi porozumieć, czy i w jaki sposób ma się przystąpić do właściwych rokowań; a mianowicie chodzi im o to, aby i bank narodowy do rokowań przyzwano. *Frmdbl.* zaś podaje projekt następujący: Ponieważ Węgrom chodzi w sprawie bankowej tylko o uwydatnienie wobec świata samoistności kraju swego, więc możnaby im przyznać, aby przyszłe banknoty były z jednej strony w języku madjarskim drukowane. Dalej można im przyznać, aby węgierskie filie banku narodowego tylko od filii peszteńskiej zależały, a peszteńska aby nie była od dyrekcji wiedeńskiej bezpośrednio zawisłą i aby lepiej udotowaną została. Możnaby jej nadać nawet pewne zewnętrzne formy samoistności, aby części skarbu bankowego do Pesztu przenosić nie było potrzeba. Pozostałyby wtedy jeszcze inne, ale pomniejsze kwestje do załatwienia, i na takie prowizorjum przystałaby zapewne Rada państwa. Pomysł ten pochodzi podobno z austrjackiego biura prasowego.

Zapewne dzisiaj albo jutro ministrowie węgierscy udadzą się do Wiednia— tymczasem zaś zapewne rząd węgierski znosił się z przywódzcami swego sejmu, a austrjacki z przywódzcami Rady państwa.

W tym samym czasie, kiedy korespondenci z Kongresówki donoszą nam o rozpowszechnionych tam wieściach o gotowości ustępstw ze strony najazdu moskiewskiego, *Kronika Codzienna* przynosi wiadomość o nowych prześladowaniach ludności unickiej we wsi Czułczycach, niedaleko Chełma, i na innych punktach, dokąd zarekwirowano nawet wojsko. W Czułczycach w kościele łacińskim unici mieli zamówić mszę dla siebie, i to właśnie dało powód do nowych prześladowań. Ksiądz łaciński bardzo słusznie się tłumaczy, że kościół nakazuje modlitwy za wszystkich ludzi, a tembardziej za tych, którzy sami tego pragną. Moskale jednak mają własne pojęcia o słuszności i tolerancji.

Deutsche Ztg. zamieszcza korespondencję z Berlina 24. stycznia, która donosi, że mosk. min. skarbu, Reutern, poparty wpływem budoarowym jakiejś pani D.....y, wymógł od cara, że w tym roku wojny z Turcją nie będzie. Wojowniczy nawet dziennik *Nowoje Wremia*, najlepiej malujący usposobienie rządzących klas w carstwie moskiewskiem, nie grozi już natychmiastową wojną. We wstępnym artykule z dnia 21. stycznia, zanotowawszy ogólne zajęcie się kwestją: „Czy też Moskwa pomści się czynnie na Turcji za urazę, zadaną Europie przez odrzucenie wzgardliwe uchwał konferencyjnych?", dalej tak pisze: „Mścić się za Europę? *Cui bono?* I czem mścić się?... Wojną?... Za *fiasco* konferencyjne?... Ależ to *fiasco* było przewidziane przez przedstawicieli Europy!... Konferencje zakończyły się zupełnie naturalnie, tak właśnie, jak Europa chciała... Bo w pomyślniejszy skutek konferencji nikt nie wierzył, a jeśli kto udawał wiarę, to tylko dlatego, że mu trzeba było wprowadzić w błąd innych... Mścić się za długie wieki niewoli i gwałtów, za krew naszych braci, za sprofanowanie najświętszych uczuć naszych, a mścić się otwarcie, pokazując wrogowi miecz z pochwy wyjęty, to jeszcze rozumiemy... Lecz mścić się za to, że Turcja nie usłuchała Europy, byłoby to wymierzać zemstę za dobrowolne oszukiwanie siebie samych, za złudzenia niepotrzebne, próżniacze i pozbawione wszelkiego celu, bo takie, które niezłudziły koniec końców nikogo. Zresztą, nie uczucie zemsty ożywia naród moskiewski, lecz daleko wznioślejsze uczucie miłości i prawdy... ów instynkt mas ludowych, które wierzą w tryumf chrześcianizmu i wolności nad pogaństwem i niewolą... owa odwieczna i zupełnie usprawiedliwiona misja moskiewska na Wschodzie!... O zemście nie ma tam mowy, gdzie drogę wskazują prawa historyczne i najwznioślejsze, najświętsze zadania... Naszem więc godłem nie jest i być nie powinno wtorowanie owemu przesławnemu „koncertowi europejskiemu", który w rzeczywistości nigdy nie istniał, lecz walka za podstawy własnej, wielkiej przyszłości, za swój rozwój prawidłowy, za byt i rozwój słowiaństwa całego..." Wypowiedziawszy następnie wiele pięknych frazesów, dziennik ten kończy następującemi wyrazami: „Myśmy nie najemnicy i nie słudzy Europy, nie mamy więc chęci ani obowiązku mścić się za jej honor obrażony; my mamy swoje cele wzniosłe i święte, swoje posłannictwo historyczne (ujarzmianie innych narodów; przp. red.), a tym w czasie właściwym potrafimy sprostać własnemi siłami, nie oglądając się na pomoc niczyją, i niecofając się przed żadnym wrogiem!...,"

Przegląd literacki.

III.

Zwróciliśmy uwagę w przeszłym przeglądzie na trudności, z jakiemi u nas walczą wydawnictwa czasopism literacko-naukowych. Dzisiaj wymienić nam należy te mianowicie, które wychodzą w naszem mieście. Jest ich niewielka liczba, bo tylko dwa w ścisłem tego słowa znaczeniu mamy czasopisma literacko-naukowe: *Ruch literacki* pod redakcją Agatona Gillera i dr. Tadeusza Żulińskiego, i *Tydzień* pod redakcją A. J. Rogosza. Ten ostatni zmienił w tych dniach właściciela i redaktora. Dwa pisma na miasto liczące sto tysięcy mieszkańców i prowincją kilkumilionową to nie za wiele, raczej za mało. A jednakże, pomimo że pisma te nie ustępują co do swej wartości pismom warszawskim, nie posiadają takiej liczby prenumeratorów, jaką się cieszą najmniej rozpowszechnione warszawskie.

Z pismami specjalnemi nie lepiej się dzieje. Weźmy n. p. jedyne pismo dla dzieci, jakie posiadamy, *Towarzysza pilnych dzieci*. Wychodzi ono już drugi kwartał pod redakcją Władysława Bełzy, który posiada już pewne zasługi w literaturze dla młodego wieku przeznaczonej. Doświadczenie nabyte umiał spożytkować w *Towarzyszu pilnych dzieci* i podaje młodym swoim czytelnikom artykuły doborowe, pisane przystępnie i zajmująco zarazem. Treść tych artykułów odznacza się zawsze chwalebną dążnością. Nie wprowadza w młode główki pojęć zdrożnych, które później wyrastają w przewrotne doktryny. Religijny bez fanatyzmu i patrjotyczny *Towarzysz pilnych dzieci* otwiera młode serca dla wszystkiego co jest szlachetne, z czego później formują się prawdziwe charaktery. Znajdują się w nim i ładne wierszyki i powiastki moralne, opisy życia wielkich ludzi, wiadomości przyrodnicze, opisy podróży, są też w każdym numerze i wiadomości o dobrych książkach dla młodzieży i szarady dla zabawki, jednem słowem wszystko co uczy i bawi.

Weźmy na przykład treść ostatniego numeru (3. r. b.) *Towarzysza pilnych dzieci*. Na początku znajdujemy wiersz samego redaktora p. t. „Pamiętajcie o ptaszkach", który uczy ochraniania i poszanowania tych małych stworzeń, służących częstokroć dzieciom za złośliwą a dręczącą ptaszki zabawkę. Następnie czytamy powiastkę znanego w literaturze Wacława Szymanowskiego p. t. „O biednym muzykusie i o lichu, które siedziało u niego za piecem", zdolną rozweselić młode umysły i czegoś nauczyć. Opis Hekli na wyspie Irlandji przez L. T., ozdobiony jest ryciną, bo *Towarzysz*, zapomnieliśmy to na początku powiedzieć, jest pisemkiem ilustrowanem, co nie mało podnosi jego wartość; „Tadeusz Kościuszko" przez Janka Płakania.

Jest to życiorys bohatera polskiej niepodległości. Pomiędzy wielkiemi dziejowemi postaciami mało jest równie pięknych, mało jest równie nadających się za wzór dla młodocianego wieku. Obrońca polskiej niepodległości, walczący za wolności innych narodów, czysty, miłosierny, pełen prostoty i stałości, powinien jak najczęściej być przedstawianym polskiej młodzieży. Szlachetne wzory robią szlachetnym człowieka. Dobrze więc robi *Towarzysz*, że pomija owe okropne wielkości zdobywców i tyranów, owych Fryderyków i Piotrów Wielkich, o których pełno powiastek w każdej książce niemieckiej, lub moskiewskiej, przeznaczonych niestety do czytania dla dzieci naszych, które się kształcą w zaborach pruskim i carskim, — dobrze robi, że pomija z dziejów powszechnych żywoty ludzi, co nie mieli w piersiach miłości dla upośledzonych, nieszczęśliwych a małych, — a przesuwa przed wyobraźnią dzieci, które go czytają, postacie miłościwe, świetlane, cnotliwe, których wielkość spoczywa w spełnianiu obowiązku obywatelskiego i chrześciańskiego. Po życiorysie Kościuszki zamieściła redakcja wiersz p. t.: „Bój pod Byczyną" z tej okazji, że 24. stycznia przypadła dwóchsetna ośmdziesiąta dziewiąta rocznica tego sławnego zwycięztwa, odniesionego przez Jana Zamojskiego nad arcyksięciem austrjackim. W każdym prawie numerze jest podobny wierszyk historyczny. Autorem wszystkich jest J. P., umiejący wydobywać z dziejów naszych zdarzenia, które przywiązanie rodzą do dziejów naszych ojców. Młodzież czytając te wiersze, uczy się historji polskiej, a uczy się jej z pięknej strony w formie, która najbardziej przypada do młodego umysłu. W dziale wiadomości o książkach dla młodzieży, zwraca uwagę redakcja na dwa podręczniki polskiej historji dawno wyszłe, a mało u nas znane. Tytuł pierwszego: „Co się działo w Polsce od samego początku aż do pierwszego rozbioru kraju?"; tytuł drugiego: „Co się stało w Polsce od pierwszego rozbioru kraju aż dotąd?" opowiadanie gospodarza Jędrzeja. W rzeczy samej obok Dziejów Polski, które stryj synowcom opowiedział, napisanych przez Lelewela, to opowiadanie gospodarza Jędrzeja jest najlepiej ułożoną historją dla ludu i młodzieży.

Podajemy tu wiadomość, być może redakcji nieznaną, że historja polska w dwóch tych książkach gospodarza Jędrzeja została napisaną na konkurs, ogłoszony przez Ligę polską w Poznaniu w 1849 r., i że na konkursie tym otrzymała nagrodę. Autorką, jak nam mówiono, jest znana zaszczytnie w świecie literackim Polka, dotąd żyjąca w Poznaniu. Napisała ona to dzieło za wskazówką i pod okiem Jędrzeja Moraczewskiego, znakomitego naszego historyka. Warto byłoby obie te książeczki przedrukować i rozszerzyć pomiędzy ludem. Księgarnia Polska, która chwalebne zadanie sobie za cel postawiła popularyzowania arcydzieł i dobrych książek, możeby przedrukowała obie te książeczki w „Bibliotece Mrówki". Znamy te książeczki oddawna, i dziwiliśmy się, że wielu wydawców zamiast przedrukować to, co mamy wybornego a mało znanego, drukowało historje Polski, pisane na zamówienia przez różnych autorów, częstokroć bardzo nieudolnie.

Zaznajomiwszy czytelników naszych z treścią i dążnością „Towarzysza", dodać musimy, iż wychodzi co dni dziesięć, na pięknym papierze, drukowany starannie i że kosztuje kwartalnie tylko 1 złr. a z przesyłką pocztową 1 złr. 20 cnt. Pomimo jednak doborowej treści, pomimo taniości, wydawcy nie wychodzą na swojem i dokładać muszą dla utrzymania tego jedynego na Galicją i Poznańskie z Prusami Zachodniemi i z Szląskiem pisma dla dzieci.

Jest to dowodem ogromnej, w wysokim stopniu nagannej obojętności rodziców dla dzieci swoich, jeżeli mając pod ręką pisemko dostarczające zdrowego i dobrego pokarmu, pomijają je dla tego, że polskie, a prenumerują w obcych językach wydawane, trując je lekturą niezdrową. Widzieliśmy w wielu domach arystokratycznych żurnale francuzkie dla dzieci, ale w żadnym nie widzieliśmy „Towarzysza pilnych dzieci." Czyż dziwić się potem należy, jeżeli z dziecka od najwcześniejszych lat chowanego na wzorach obcych, wyrastającego w pojęciach cudzych, kształcącego się w języku zagranicznym, wyrasta obywatel z imieniem historycznem polskiem, duszą przecież i czynami swoimi zupełnie obcy narodowi? Jeżeli pomiędzy arystokracją naszą napotykamy taką straszną mnogość panów, którzy prócz nazwiska polskiego nic więcej w sobie polskiego nie mają i na sprawy polskie spoglądają z niechęcią albo nieprzyjaźnią dla tego, że w imię onych ktoś tam kiedyś nawołuje ich do obowiązku patrjotycznego, to winne jest temu wychowanie jakie odbierają, winną matki, które do niemowląt sprowadzają francuskie lub szwajcarskie bony, winni ojcowie, którzy do wyrostków dla ich edukacji wynajmują francuzkich lub niemieckich guwernerów,— i karmią ich obcą lekturą. Gdybyśmy zliczyli domy pańskie, w których prenumerują pisma polskie, nietylko polityczne ale i literackie, i dla młodego wieku przeznaczone, znaleźlibyśmy nowy, jaskrawy, a w oczy bijący dowód zupełnej z małymi wyjątkami nieużyteczności tej klasy ludności w naszem społeczeństwie, gdyby już innych dowodów, z ich obywatelskiego znajdowania się w kraju wynikających, nie było niestety aż nadto wiele.

W przeglądach naszych literackich nie trzymamy się żadnego systematu, ale piszemy o tem co bieżąca chwila nam przynosi, czem nas natchną pisma i książki, jakie mamy pod ręką.

Należałoby nam dzisiaj pomówić o innych pismach naszej perjodycznej prasy, ale określenie charakteru każdego z nich zostawiamy do późniejszego czasu — a przechodzimy do wspomnianej przez nas w pierwszym przeglądzie „Biblioteki najcelniejszych powieści i romansów", wydawanej przez księgarnią Gubrynowicza i Schmidta, którąśmy właśnie otrzymali. Biblioteka ta od czasu naszego pierwszego przeglądu uległa ważnej reformie. Dawniej zamieszczane w niej były same prawie tylko z obcych języków przełożone powieści i romanse, najbardziej w naszych czasach czytane za granicą. Rzadko kiedy utwór oryginalnie po polsku napisany, znajdował do niej przystęp. Dzisiaj, w rozpoczynającej się serji drugiej zakres Biblioteki został rozszerzony. Oprócz powieści i romansów redakcja drukować w niej będzie wspomnienia historyczne i opisy podróży. Romanse też nietylko obce ale i polskie częściej niż dotąd okazywać się będą w jej zeszytach. Zmiana programu spowodowała redakcją do zmiany tytułu. Nazywa się dzisiaj „Biblioteką Powieści, Opowiadań historycznych, Pamiętników i Podróży."

W pierwszych zeszytach nowej serji zamieszczono powieść „Róża z Tistelenu" przez G. F. Carlena tłumaczoną z szwedzkiego, i powieść dr. G. Ebersa p. t. „Córka króla egipskiego" tłumaczoną przez Paulinę Wilkońską. Wybór obu tych powieści jest dobry. Carlena powieści jak w ogóle powieści wszystkich prawie szwedzkich romansopisarzy podobają się naszej publiczności i słusznie, pisane są bowiem z wielką znajomością serca ludzkiego, odznaczają się dobrze wybranym przedmiotem i szlachetną dążnością. Nie sadzą się szwedzcy pisarze na sceny burzliwe, namiętne, na efekt obrachowane, — ale za to wdzięk ich opowiadania, prostota uczciwa i zdarzenia rzeczywiste, niekłamane zostawiają miłe wspomnienie. Krew i imaginacja spokojną jest przy ich czytaniu, — w ostatecznem jednak wrażeniu, czytelnik czuje się zachęconym do lepszego życia. O powieści Ebersa wiele za granicą pisano. Używa ona tam rozgłośnej sławy, nie tylko jako wyborne studjum starożytnego życia egipskiego, ale też jako rzecz pięknego natchnienia. Reputacja tej powieści jest zupełnie usprawiedliwioną. Nauka z poezją splotły się w niej w całość prawdziwie wspaniałą. Zachwycała się nią śp. Paulina Wilkońska a w listach swoich pisanych do nas w czasie tłumaczenia tej powieści, niejednokrotnie wypisała wyrazy wielkiego uznania dla talentu autora i jego nauki. Przetłumaczyła tę powieść już w ostatnim roku swego życia. Z rękopismu pozostałego po niej drukuje „Biblioteka" „Córkę króla egipskiego" — która i dlatego powinna być miłą czytelnikom, iż przekład jej jest pamiątką po szlachetnej a wielce zasłużonej powieściopisarce polskiej.

Po ukończeniu tych dwóch powieści, zapowiada redakcja druk opisu podróży Stanleya w głąb Afryki, mającej na celu odszukanie Livingstona, przełożony z angielskiego — i nowy szereg Opowiadań historycznych z dziejów Polski dr. Antoniego J.

Opowiadania i opisy historyczno-powieściowe tego ostatniego, nabrały w ostatnich czasach wielkiego rozgłosu. W pseudonimie ukrywającym się pod imieniem Antoniego J. powitano talent pierwszorzędny, nieszczędzono mu pochwał i porównano z Szajnochą. Nie można było lepiej rozpocząć literackiej karjery. Nam te pochwały wydają się cokolwiek przesadzonemi, dlatego, że sypnięto je z tego obozu, który wszelką mierność podnosi do wielkości i lada talencik okrzykuje jeniuszem, jeżeli tylko chwalony zapisał się w szeregi idące na komendę w bój przeciwko temu, co przyniósł postęp, demokracja i narodowa idea. Nie chcemy bynajmniej przez to powiedzieć, że dr. Antoni J. jest pisarzem ultramontańsko-konserwatywnym, że nie podziela ogólnych dążności naszego narodu, wykazanych w hasłach i zasadach, za jakie tylu Polaków krew przelewało od lat stu.

Nie — ubliżylibyśmy dr. Antoniemu J. takiem zaliczeniem; ubliżylibyśmy podejrzywając go o podzielanie zasad tej partji, tak przeciwnej wszelkiej pracy i staraniu o niepodległość Polski. Łaskawość dla niego tej partji tłumaczymy sobie tem, że pierwsze swe prace zamieszczał w takich pismach, jak *Przegląd Polski*, *Przegląd Lwowski* i w pokrewnej im *Gazecie Lwowskiej*. Ta okoliczność zjednała mu szybkie uznanie pisarzy wstecznych, lubujących się w nieruchomości, w kole autorów wzajemnie się uwielbiających. — Autorowie tego obozu patrzeć zwykli z góry na pisarzy trzymających się zasad równości, postępu, podobnie jak się patrzy wielki pan na człowieka z gminu; pochwałę ich dzieł, uważaliby za ubliżenie swej powadze, chociażby dzieła te były najlepsze, ale za to skwapliwie sypią kadzidła tym, których uważają za swoich. Dr. Antoni J. nie tylko dla tego, że zamieszczał swe prace w ich czasopismach, dał powód do uznania go za „swojego", tj. do nich należącego, ale też przez zbyteczne używanie czarnej farby przy malowaniu obrazów polskiego społeczeństwa. Ta to farba zrobiła go szczególniej miłym gościem w rządowym feljetonie *Gazety Lwowskiej*. W mniemaniu bowiem protektorów tej gazety wcale zresztą uzasadnionem, czarne przedstawianie naszego narodu w wiekach przeszłych, więcej niż głośne swojego czasu pretensje rewindykacyjne, usprawiedliwić może w umysłach polskich czytelników rozbiory, które są podstawą istniejącego porządku rzeczy, a wobec którego wszelkie głośniejsze i stanowcze domaganie się praw niezależności i wolności uważanem bywa przez arcypoważnych pisarzy tej partji, za uroszczenie, rewolucję, za działanie bez mandatu, za czyn wreszcie, który zwykli piętnować hańbą na wieki.

My oprócz niepotrzebnego a zbytecznego rozmiłowania się w czarnej farbie i kilku nieusprawiedliwionych poglądów na przeszłość naszą, nic więcej nie zarzucamy dr. Antoniemu J. Przyznajemy mu talent przyjemnego opowiadania i zawsze nową a ciekawą treść. Dzieje prowincji w której zamieszkuje — Podole, dostarczają mu mnóstwo cennego a mało znanego materjału. Ma on szczególną zresztą zdolność wyszukiwania przedmiotów zajmujących imaginację. Na wpół historyk, na wpół powieściopisarz, naucza i zaciekawia zarazem. Przy archiwalnych i pamiętnikowych zasobach, jakie posiada, i zdolnościach pisarskich niezaprzeczonych, dr. Antoni J. może doczekać się uznania nie tylko jednego, jak dzisiaj, literackiego stronnictwa, ale wszystkich stronnictw polskich, jeżeli obrazy swoje mniej ponurymi uczyni i zechce obok czarnych używać i jasnych kolorów.

Rozpisaliśmy się obszerniej o tym pisarzu, bo w „Bibliotece" zamieszczone zostały jego „Opowiadania historyczne", któreśmy przeczytali z zajęciem, a nowe opowiadania są zapowiedziane.

Oprócz prac dr. Antoniego J. „Biblioteka" w nowej serji zapewne nam poda prace innych jeszcze polskich pisarzy. Słyszeliśmy o kilku, a pomiędzy nimi o pisarzach starej już zasługi. Niewątpimy też, iż „Biblioteka" ze słabych początków coraz pożyteczniej rozwijająca się, odpowie wszelkim wymaganiom słusznej krytyki.

Z pod Gołgór 22. stycznia 1877.

Bartłomiej Samotny.

Istotnie, okropny ekonomiczny stan, panujący obecnie w carstwie moskiewskiem, ochłódził zapał wojowniczy prawosławnej ludności. *Russki Wiestnik* przedstawia stan ekonomiczny miasta Moskwy w następujących wyrazach: „Na giełdzie pustki, przechodzące wszelkie wyobrażenie, kredytu niema, weksle najpoważniejszych nawet firm straciły zaufanie, tak że tylko z wielkim trudem można je zdyskontować, i to jeszcze z lichwiarskim procentem. Kupcy moskiewscy kiwają głowami, wspominając dawne lepsze czasy, „w których żyć można było lepiej, i mniej się cierpiało". Wszyscy mówią, że takiego stanu nie pamiętają, że nawet za czasów najazdu Francuzów było lepiej. Jakoż dość jest zajrzeć do fabryk, ażeby przekonać się o prawdzie tego twierdzenia, o strasznym upadku finansowym i ekonomicznym. Zakłady, w których przedtem pracowało 2.000 ludzi, teraz są zaledwie w stanie utrzymać 200, — gdzie dawniej robiło 1.400 ludzi, obecnie 80. Norma zarobku dziennego niesłychanie się zmniejszyła, gdyż rąk roboczych dziesięć razy jest więcej, niż potrzeba."

Tagblatt z dnia 26. stycznia we wstępnym artykule p. t. „Car chory", stara się wytłumaczyć chwiejność dzisiejszej moskiewskiej polityki chorobą cara, który ma jakoby cierpieć na rupturę i niewymowne boleści nerkowe. Zdrowie w. księcia Mikołaja także nie jest w najlepszym stanie — tak przynajmniej donoszą z Berlina do *Tagespresse*. Z tego powodu twierdzą tam stanowczo, że naczelne dowództwo nad armią południową obejmie hr. Kotzebue.

Mocarstwa europejskie wobec groźby moskiewskiej.

Sześć lat minęło od wojny francusko-niemieckiej, a dotąd Europa nie może przyjść do równowagi, zwichniętej rezultatami tej wojny. Nie ma możliwości przymierzy równoważących siebie, dlatego Europa cała uginać się musi pod ciężarami zbrojnego pokoju. Niemcy wiedzą dokładnie, że skoro Francja zreorganizuje swe siły, i skoro Niemcy weszłyby w konflikt z jakiemkolwiek innem mocarstwem europejskiem, to Francja będzie szukała odwetu, i sięgnie po odebranie zabranych jej krajów. Więc utrzymują i pomnażają ciągle wielką armię, a wszystko co czynią u siebie wewnątrz, zdąża jedynie do podniesienia potęgi wojskowej. Inne mocarstwa chcąc nie chcąc muszą w te same iść ślady. Nawet i w Moskwie zaprowadzono powszechną służbę wojskową. Pokój europejski uważany jest obecnie raczej za rozejm, i to rozejm bez terminu, mogący być każdej chwili zerwanym. Ponad wszystkiemi stosunkami europejskiemi góruje zawsze niczem usunąć się niedający antagonizm między Niemcami a Francją. Podejrzliwość wzajemna jest do najwyższego stopnia posuniętą, a stosunek, jaki br. Werther i hr. Chaudordy zajmowali względem siebie na konferencji stamkulskiej, maluje najlepiej, jak daleko posuwa się drażliwość obu tych mocarstw. Niemcy i Francja jak tygrysy przyczajone na łup, czyhają tylko na sposobną chwilę, ażeby się rzucić na siebie. Różnica w tem tylko zachodzi, że Francja nie może i nie chce tego uczynić bez zapewnienia sobie silnego sprzymierzeńca do wspólnej walki przeciwko Niemcom, a Niemcom wcale o czynnego sprzymierzeńca nie chodzi, i gotowe są rzucić się na Francję, skoroby były pewne neutralności Moskwy i Austrji, albo też tylko jednego z tych mocarstw.

I dlatego to gabinet berliński tak gorąco pragnie zawikłania się Moskwy w wojnę wschodnią, wiedząc o tem dobrze, że w dalszej konsekwencji musi wtedy przyjść do wojny między Moskwą a Austrją, i tym sposobem Niemcy będą miały zupełną wolność działania przeciw Francji.

Na tym antagonizmie między Francją a Niemcami opierała przedtem Moskwa swoje kombinacje polityczne, a zamierza oprzeć je i teraz, jak to z najnowszych enuncjacyj jej jasno wypływa. Obsaczona jak niedźwiedź w mateczniku niepewnem dotąd stanowiskiem Austrji i Prus i jeszcze niepewniejszą nawet co do jutra polityką Anglii, i hamowana tą niepewnością we wszystkich swoich krokach, pragnie teraz wyjść na jasne pole wobec trójcesarskiego przymierza, i albo zmusić je do wspólnego działania, albo ponad głowami Berlina i Wiednia podać rękę Francji i Włochom, i innem potrójnem przymierzem zastąpić trójcesarskie, robiąc z wojny wschodniej od razu wojnę europejską. Tak przynajmniej grożą inspirowane organa moskiewskie, chociaż w gruncie rzeczy niepodobna prawie uwierzyć, ażeby się Moskwa na taki rzucała hazard, i raczej uważać te groźby należy za presję na Niemcy, z któremi Moskwa przedewszystkiem porozumieć się musi, skoro nie może wycofać się od wojny wschodniej.

Artykuł „Gołosu" który wczoraj podaliśmy, wyraźnie przyznaje, że Moskwa wśród dzisiejszych konstelacji politycznych, wojny Turcji wypowiedzieć nie może, i z drugiej strony także wyraźnie zaznacza, że wycofanie się jest niepodobnem. A w taką sytuację nikt inny nie wprowadził Moskwę, jak tylko gabinet berliński, któremu tego potrzeba było. Tylko bowiem wśród takich warunków może ten gabinet wytargować od Moskwy to, co za potrzebne dla siebie uważa. Daremnie grozi Moskwa przymierzem francuskiem. Do pokonania Moskwy już dziś wystarczyłoby przymierze austrjacko-tureckie, a Niemcy mogłyby całą swą potęgę rzucić przeciw Francji. Wiedząc zaś o tem Francja, byłaby bardzo ostrożną w zawieraniu w podobnych stosunkach przymierza z Moskwą.

Nic więc innego Moskwie nie pozostaje, jak porozumienie z Niemcami, i zapewnienie sobie przez Niemcy neutralności Austrji, tak samo jak w r. 1870 Niemcy przez Moskwę tę neutralność Austrji sobie zapewniły.

My przekonaui jesteśmy, że do tego ścisłego porozumienia między Moskwą a Niemcami przyjdzie, i że wtedy dopiero ruszy Moskwa przeciwko Turcji. Jaką ofiarą Moskwa to porozumienie okupi, to okaże się już w chwili wybuchu wojny.

Ale z drugiej strony przekonani jesteśmy, że niedługo sama Turcja walczyć będzie przeciwko Moskwie, bo dzisiejsze wycofanie się Anglii, miało tylko na celu zniewolić Moskwę także do wycofania się. ale gdy działa zagrzmią nad Dunajem, a osobliwie gdyby Turcy ponieśli klęskę, sytuacja zmieni się zupełnie. Najświeższy artykuł organu whigów „Edymburg Reviev" zawiera rodzaj programu tego stronnictwa, które w swej większości odrzuca zupełnie małoduszne poglądy Gladstonowskiej frakcji w sprawie wschodniej, i w zapatrywaniach swych przeciw Moskwie, jeszcze dalej prawie idzie, niż lord Beaconsfield, głowa torysów, na początku zawikłań wschodnich. Artykuł ten jest programem dla większości whigów na zbliżającą się sesję parlamentarną. Jest to wskazówką, że w sprawie wschodniej stronnictwa parlamentu angielskiego pójdą znowu tak zgodnie, jak w roku 1854.

Korespondencje „Gaz. Nar."

Paryż d. 23. stycznia.

Wczoraj na obchód rocznicy 22. stycznia 1863 roku emigracja w Czytelni polskiej zebrała się bardzo licznie. Przewodniczył pułkownik R a c z k o w s k i, były naczelnik wojenny województwa Mazowieckiego.

Po otworzeniu posiedzenia zabrał głos dr. Landowski, i w krótkiem a energicznem przemówieniu skreślił obecny stan Europy. To dało mu sposobność do przypomnienia, że wobec groźnych wypadków na Wschodzie, i emigracja polska ma ważne posłannictwo do spełnienia. Posłannictwu temu nikt z patrjotów zaprzeczyć nie może. Jedni tylko grobarze polscy odmówić jej mogą prawa działania i występowania w sprawie polskiej.

Wincenty Mazurkiewicz, niezmordowany pracownik na polu narodowem, który nigdy nie upada i nie słabnie na duchu mimo długoletniego tułactwa, podniósł niesłuszne lub przesadzone skargi na powstanie z 1863 roku przez nieprzyjaciół, lub tych z rodaków, którzy opuścili sztandar sprawy narodowej. Wynurzył nadzieję, że historja kiedyś będzie sprawiedliwszą, a naród ze czcią będzie wspominał imiona tych, którzy polegli w tych ważnych wypadkach. W końcu wezwał w sposób rzewny i przejmujący do oddania hołdu i czci poległym bohaterom.

Wacław Gasztowt, wydeklamował, zdaje się własnego utworu piękny wiersz po francusku: *l'Esperance* (Nadzieja). Chwila tej deklamacji była niewątpliwie chwilą zachwytu ogólnego, tylko żywe oklaski od czasu do czasu przerywały ogólnie natężoną uwagę. Piękna wymowa francuska, głos lubo słaby ale miły i dźwięczny dodawały uroku tej chwili prawdziwego zachwytu. Po określeniu nadziei, mimo ogólnej obojętności i upadlającego hołdowania Europy przed siłą, skreślił straszne i przerażające gospodarstwo Niemców i Moskali w ziemiach polskich; czyny tureckich baszi-bożuków blednieją wobec nadużyć moskiewskich Murawiewów wieszateli. W końcu powtórzeniem pierwszej strofy wzmocnił nadzieję słuchających w lepszą przyszłość.

Po krótkiej przerwie zabrał głos ks. Roman Wilczyński. Jako posłannik pokoju i miłości wezwał braci współwygnańców do jedności i zgody. Przypomniał, że Chrystus jakby żelaznym łańcuchem miłości opasał całą lukzkość, że Polska wierna nauce swego mistrza, wypisała na sztandarze swoim „braterstwo", jako odpowiedź na panslawizm moskiewski, który jest symbolem zaboru, prześladowania, okrucieństw i ohydnej niewoli i despotyzmu; że w ogóle ludzkość, a szczególniej Polacy, mają najstraszniejszego wroga w caracie moskiewskim, a przez carat rozumie się cały system rządów moskiewskich, poniżających godność człowieka. Wszędzie, gdzie usiłują odepchnąć lub zrzucić to ohydne jarzmo caratu, tam powinna być życzliwość polska, a jeźli można, jej współdziałanie.

Zawezwał swych braci współwygnańców, aby nie zapominali o swych najświętszych obowiązkach: że wszystko co posiadamy: życie, trudy nasze, myśli, powinniśmy być gotowi poświęcić na usługi ojczyzny. Z uwagi, że do wszystkich prac patrjotycznych konieczne są: jedność i zgoda, zawezwał w imię ujarzmionej ojczyzny, w imię najświętszych obowiązków względem niej, w imię jęczących braci na Sybirze, w lochach podziemnych i kajdanach do braterskiego połączenia się, w celu podźwignięcia sztandaru narodowego.

Określił też obowiązki Polaków dzisiejsze, w których wykazał potrzebę demaskowania Moskwy, wyjawiania przed światem jej kłamstwa i obłudy. Naród, który nigdy sprawy swojej nie zasypia, który wytrwale pracuje, dochodzi prędzej czy później do upragnionego celu.

Ks. Aleksander Bolczewski podzielając wypowiedziane powyżej uczucia wykazał konieczność doprowadzenia do skutku zapowiedzianego manifestu emigracyjnego i przeprowadzenia organizacji emigracji.

Jan Rajski wykazał niebezpieczeństwo ze strony fałszywych liberałów moskiewskich, których działania pod rozkazami cara tak szkodliwie dały się uczuć w Polsce, i dodał dowcipnie, że jak dziegieć psuje zapach najwonniejszych płynów, a drapieżny wilk pożerając owce nie przybiera ich cichej i łagodnej natury i nie traci nic na swej drapieżności, tak i Moskal liberał, który nie zerwał z caratem, nigdy wolności służyć dobrze nie może. Przekonanie to aż nadto usprawiedliwiają rządy czynowników moskiewskich, którzy ubierali się w liberalizm dla silniejszego ucisku. Przekonanie to przecież nie ubliża tym Moskalom, którzy niechętnie znoszą jarzmo caratu i czują swe poniżenie, że oni jedni w systemie rządów europejskich nie posiadają konstytucji.

Na zakończenie Edward Goldstein od koła prasowego dał objaśnienia o mającym wyjść manifeście emigracyjnym.

Czytaliśmy w dziennikach francuskich uroczyste podziękowanie cara całej administracji wojskowej, zacząwszy od ministra wojny, że wszyscy gorliwie i szczerze spełnili swój obowiązek. Jestto po prostu zamaskowanie przed światem nadużyć i niedołęstwa, z czego urzęda wojskowe wezmą zachętę do dalszego popełniania różnego rodzaju nadużyć.

Na wczorajszem posiedzeniu Izba zajmowała się urządzeniem szpitalów wojskowych, które pociągają za sobą wielkie koszta, bez należytej dogodności dla wojska. Wniosek komisji przedstawia możność zużytkowania szpitalów cywilnych, co ułatwi skarbowi wojskowemu zaprowadzenie oszczędności.

Najbardziej zajmuje ogólną opinię wybór komisji budżetowej, a to głównie z tego powodu, że dzienniki monarchiczne upornie twierdzą, że istnieje nieporozumienie między Gambettą a prezesem ministrów Jules Simonem. Jednak *Gironde* odbierająca wiadomości z ministerjum spraw wewnętrznych twierdzi, iż między temi dwoma mężami stanu istnieje zgoda, i prawdopodobnie Gambetta będzie powtórnie wybrany prezesem komisji budżetowej na rok 1878.

Moniteur Universel wspomina, że Turcy na pewno w razie wypowiedzenia im wojny przez Moskwę, mają podnieść sprawę autonomii polskiej. Powiada, że wiadomość tę posiada ze źródła dobrze poinformowanego.

Wczoraj krążyły pogłoski po Paryżu jako pewne, że mężowie stanu otomańscy oświadczyli na konferencji, że chętnie przyjmą podawane do przyjęcia reformy, jeżeli Moskwa zgodzi się na przywrócenie samorządu w Ziemiach polskich, zabranych od 1772 roku. O podniesieniu przez nich sprawy sprawiedliwości dla nas słyszeliśmy już dawniej. teraz Francuzi twierdzą, że w rzeczy samej Sawfet basza i Midhat basza mówili o Polsce, że wiadomość ta pochodzi od Chaudordego, ich posła.

„Russia and Turkey".

Pod tym względem znajdujemy w styczniowem zszeszycie organu wigów, w *Edinbeurgh Review*, artykuł, który w całej Europie wywołał wielką wrzawę. Pojawienie się jego bezpośrednio przed otwarciem sesji parlamentarnej, która jak wiadomo nastąpi d. 8. lutego, nadaje artykułowi temu charakter programu partji, — ale programu, przeczącego zupełnie namiętnym ekspektoracjom Gladstona i rezolucjom zgromadzeń ludowych, przez wigów w ostatnich czasach zwoływanych. Dlatego też niektóre wigowskie dzienniki jak *Times, Daily News, Daily Telegraph* z niechęcią przywitały ten nowy program, natomiast wszyscy przyjaciele dzisiejszego gabinetu nie są w stanie, zataić swego zadowolenia. Bo i rzeczywiście artykuł ten jest jakby uderzeniem maczugi w Gladstona, podnoszącego się na gruzach polityki torysów, a zarazem jest nieskończenie silnem poparciem umiarkowanej polityki markiza Hartingtona, dzisiejszego przywódzcy opozycji w Izbie niższej.

Ale nas nie tyle obchodzi znaczenie tego artykułu w odniesieniu do wewnętrznych spraw angielskich, ile raczej światło, jakie on rzuca na kilka głównych momentów dziejowych z ostatnich lat. zwłaszcza, że jego dedukcje historyczne znakomicie nam tłomaczą powody perjodycznego powstawania kwestji wschodniej. Dla tego też w jak największem streszczeniu główne myśli zawarte w tym artykule podać zamierzamy.

W teraźniejszym przebiegu sprawy wschodniej, powiada autor artykułu, najwięcej zależało od rozstrzygnięcia pytania, czy tak zwane gwarancje, a ewentualnie okupacja Bułgarji przez Moskwę, miały jeno na celu zapewnienić Europę, że Porta przeprowadzi obiecywane reformy, czy też tylko służyły Moskwie za pretekst do zajęcia ziem tureckich. Aby odpowiedzieć na to pytanie, autor artykułu podaje następujące nader ciekawe historyczne *resumé* całej sprawy wschodniej.

Po wojnie krymskiej ks. Gorczakow sam znakomicie zcharakteryzował swoją politykę, mówiąc: *La Russie ne boude pas, elle se recueille.* Pozorną jej kilkoletnią bezczynność rzeczywiście tłomaczyć należy tem, że ona zbierała siły, zajęta będąc rozmaitemi reformami wewnętrznemi i wygojeniem ran zadanych długą i uciążliwą wojną. W 1863 roku wszystkie swe siły skoncentrowała do uśmierzenia powstania w Polsce. Dopiero po zgnębieniu Polaków zaczął ks. Gorczakow pracować na serjo nad zrzuceniem więzów nałożonych na Moskwę traktatem paryskim. Zewnętrzne okoliczności sprzyjały mu w tym względzie znakomicie. Wojna 1866 r. była pierwszym pomyślnym dla Moskwy faktem. Do tej wojny miała ona tylko w drobnych księstwach niemieckich sprzymierzeńców. Odtąd zaś połączyła się z potężnemi Prusami i wraz z niemi cieszyła się upadkiem Austrji, która już odtąd nigdy na serjo nie mogłaby Moskwie stawiać opozycji w jej wschodniej polityce. Wojna ta jeżeli nie zniosła to zawsze znacznie osłabiła traktat z 16. kwietnia 1856, zawarty pomiędzy Austrją, Francją i Anglią, a tak uciążliwy dla Moskwy. Dla tego też od tej chwili polityka Moskwy na wschodzie staje się coraz czynniejszą, coraz bardziej energiczną.

Już zaraz na wiosnę 1867 odbył się w Moskwie słynny zjazd panslawistów, pod nazwą etnograficznego kongresu. Od czeskich gór i lasów aż do wybrzeży Bosforu, we wszystkich ziemiach słowiańskich rozpoczęły się agitacje i wszystkie te ziemie wysłały swych reprezentantów na ów zjazd. Równocześnie agitowała Moskwa wśród Greków. W tymże roku wybuchnęło powstanie na Krecie, a w wilajetach naddunajskich przygotowywano się do powstania. Austrjacki ajent w Jassach donosił 6. lutego 1868 do swego rządu że we wszystkich naddunajskich miastach potworzyły się bułgarskie komitety. Oczy całej Europy zwrócone były na Moskwę.

Prasa, która przy panującym porządku korzystała z wielkiej swobody, skoro tylko odwoływała się do namiętności narodowych, głosiła teraz zupełne wyswobodzenie chrześcian Wschodu przy pomocy oręża moskiewskiego. Demokratyczne i socjalistyczne stronnictwo cieszyło się, że może agitować pod pokrywką wiary i patrjotyzmu, i pewien znakomity podróżnik angielski pisał niedawno z Moskwy: „Nie wiem, czy będziemy mieli wojnę k r z y ż o w ą, lecz r y c e r z y krzyżowych widziałem." Być może jednak, że ruch ówczesny prześcignął zamiary ks. Gorczakowa, i ten na chwilę okiełznał go, gdy wybuchła francusko-pruska wojna z 1870 r. Uczynność Moskwy względem Prus wynagrodzona została świetnie, i pozyskano przymierze nowego niemieckiego cesarstwa. Rzeczą było jasną, że Prusy wypłacą się Moskwie pozostawieniem jej swobodnego rozwiązania kwestji wschodniej. Wielkie mocarstwo, które podpisało traktat w 1856 roku — Francja — była bezsilną. A n g l i a o d t e j c h w i l i p o z o s t a w a ł a s a m a — pisze dosłownie *Edinbourgh Review* — i M o s k w a d a ł a t o u c z u ć A l b i o n o w i, z n o s z ą c b e z n a j m n i e j s z e j ż e n a d y k l a u z u l e n e u t r a l n o ś c i, z a w a r t e w u k ł a d z i e p a r y s k i m.

Najważniejsze znaczenie neutralności Czarnego morza nie na tem zależało, ażeby upokorzyć Moskwę, gdyż jeszcze w wyższym stopniu dotykała ona Turcję jako większe i bliższee morza państwo morskie, ale głównie na tem, że stanowiła istotną rękojmię pokoju. Dopóki ta neutralność miała prawne znaczenie, dopóty wojna pomiędzy pomiędzy Moskwą i Turcją była n i e m o ż l i w a. W chwili kiedy ją usunięto, stało się oczywistem, że państwo, które domagało się jej usunięcia, zamierza na nowo rozpocząć kroki nieprzyjaźne przeciwko Porcie. Rząd angielski ugiął się przed koniecznością, i opuszczony przez Niemcy, a nie mając poparcia od Austrji i Francji, zgodził się na to, czemu w najgorszym razie przeszkodzić był nie mógł.

W tym samym czasie Moskwa prowadziła— jak się zdaje — bardzo gorliwie zaborczą kampanię w Azji środkowej, starając się co do jej prawdziwego znaczenia oszukać Anglję. W styczniu 1873 r. hrabia Szuwałow oświadczył carlowi Granville, że przeciwko Chiwie wyprawiono wszystkiego cztery i pół batalionu; że rząd carski nie ma żadnego zamiaru zdobywać Chiwy, i że nawet został wydany rozkaz, aby nie przeciągać długo okupacji. Hrabia złożył to oświadczenie w najuroczytszy sposób z tem, ażeby zostało parlamentowi zakomunikowane. Tegoż jeszcze roku 24. sierpnia jenerał Kauffmann zawarł z chanem Chiwy układ, na mocy którego chan uznał siebie jako najbardziej poddanego sługę cara Wszechmoskwy. Trzeci zaś artykuł tego układu brzmi jak następuje: „Cały prawy brzeg Amu-Darji i pograniczne ziemie, które dotąd uważano jako należące do Chiwy, z całą ludnością na nich zamieszkałą lub przebywającą, przechodzą z władania chana we władanie państwa moskiewskiego." Moskale utrzymują, że słowa swego nie złamali, ponieważ wojska moskiewskie istotnie nie zajęły miasta Chiwy i chana nie złożono z jego godności; zmuszono go tylko do zupełnej uległości. „Czyż nie mamy prawa — pisze *Edinbourgh Review* — najnowszym oświadczeniom rządu moskiewskiego przypisywać tyle właśnie wartości, co i dawniejszym zapewnieniom hrabiego Szuwałowa?"

Moskiewska agjtacja coraz dalsze zakreśliła sobie koła. Jeźli ogłoszone depesze są autentyczne, to w r. 1870 moskiewscy emisarjusze usiłowali skłonić wicekróla Egiptu do oderwania się od Porty, i do zniszczenia przez wojnę dotyczących umów z roku 1840. Moskiewski jeneralny konsul w Aleksandrji był kierownikiem tego planu. Znaną jest mefistofilska rola Ignatiewa w Konstantynopolu. Podsuwał on Porcie najzgubniejsze i demoralizujące ją środki. Upadek tureckiego państwa miał być sprowadzony wszelkiemi możliwemi sposobami. Aby dokonać tego dzieła zniszczenia — pisze *Edinbourg Review* — ma być traktat z roku 1856 bezwarunkowo zniesiony. W tej to myśli oświadczył Gorczaków w depeszy swej z 19. listopada 1876, do Szuwałowa wystosowanej, że „traktat ten jest przestarzały, i że dążenia moskiewskie nie dadzą się pogodzić z literą stypulacji, zawartych w innych czasach, w innem położeniu, i w innej myśli."

Utrzymanie traktatu paryskiego przedstawia organ whigów jako zadanie kardynalne całej, niemoskiewskiej Europy. „My — Anglia — nie damy się nikomu wyprzedzić, kończy *Edinb. R.*, w sympatjach dla ludów chrześciańskich, podległych od czterech wieków tureckiemu panowaniu, i częstokroć używaliśmy naszego wpływu na ich korzyść. Ale przewinień wieków nie można w obcem państwie naprawić w jednej chwili, ani porzucenie tradycji naszej europejskiej i azjatyckiej polityki, ani uwalniając się od zobowiązań, któreśmy sami przyjęli a wszystkie mocarstwa zaakceptowały. Nadewszystko pragniemy utrzymania pokoju, ale jesteśmy przekonani, że aktami gwałtu nie zabezpiecza się pokoju. Te zapatrywania nie przypadają do myśli tej rozentuzjazmowanej części naszego stronnictwa (whigów), która pragnie bezpośredniego upadku państwa tureckiego, i która dla osiągnięcia tego celu rzuca się w objęcia Moskwy. Ale tych wylewów uczuciowych nie podziela wcale całe nasze liberalne stronnictwo, a już bynajmniej nie podzielają ich liberaliści Francji i Niemiec, którzy dziwili się i wyszydzali wiele moskalofilskich objawów najnowszych w Anglii. Obce narody osądzają nas często jaśniej niż my sami."

Przegląd polityczny.

„Zerwanie konferencji przykryło horyzont Europy tak ciemną pomroką, że niepodobna dopatrzyć dróg, któremi mocarstwa nadal zmierzać będą" — w te mniej więcej słowa odzywają się prawie wszystkie dzienniki. I rzeczywiście słowa te doskonale malują sytuację obecną. Ciemnica panuje dokoła tak wielka, że nawet chwilowe błyski piorunów, przelatujących między Francją a Niemcami, nie mogą jej rozświecić. Bo też i niesłychany w dziejach dyplomacji wydarzył się fakt. Europa wspólnemi siłami układa propozycje; propozycje te Porta odrzuca i tem samem wyzywa Europę; Europa odwołuje swych pełnomocników. Więc cóż dalej? Czy odwołanie to pełnomocników jest synonimem wojny? Bynajmniej.

A jednak niepodobna przypuścić, aby na demonstracyjnem opuszczeniu Konstantynopola wszystko się miało skończyć. Niepodobna uwierzyć żeby zerwanie konferencji, będące rodzajem *solution de continuité* w rokowaniach dyplomatycznych Europy z Portą, nie dało się chociażby jakim kazuistycznym wybiegiem ponownie nawiązać.

Ale któż inicjatywę w tem nawiązaniu wziąść musi? Rozumie się Moskwa, odpowiada głos publiczny; przecież ona najbardziej jest zaangażowana. Dla tego to wszyscy tak chętnie wierzą w pogłoskę, że wkrótce ukaże się okólnik ks. Gorczakowa. Już podobno posłom Moskwy sygnalizowano w drodze poufnej z Petersburga, że wkrótce okólnik ten im nadeszlą, skoro tylko Ignatiew przybędzie do Petersburga, albowiem car wyraził podobno życzenie, że pierwej osobiście chce wysłuchać relacji Ignatiewa. Tymczasem Ignatiew dotąd jeszcze nie opuścił Konstantynopola i nie wiedzieć jak długo burze panujące na Czarnem morzu powstrzymywać go będą w stolicy państwa Osmanów. Jeżeli zaś prawdą jest, że do powrotu Ignatiewa odroczono wysłanie okólnika, w takim razie nie tylko nie należy spodziewać się natychmiastowego ogłoszenia tego okólnika, ale nadto wszelkie pogłoski o jego już wrzekomem istnieniu uważać należy za bąki dziennikarskie.

Wczorajsza *Breslauer Ztg.* przynosi nader senzacyjną wiadomość, którą podnosimy nietylko z obowiązku kronikarskiego, ale także w zamiarze naszkicowania chaosu, jaki od zerwania konferencji zapanował w Europie. Berliński korespondent tego dziennika, którego informacje— jak mieliśmy sposobność przekonać się, zwykle z pewnych pochodziły źródeł, donosi, że Moskwa nosi się z myślą zaproponowania zwołania e u r o p e j s k i e g o k o n g r e s u, któryby najprzód miał za zadanie zrewidować i znieść traktat paryski, a następnie wypracować zbiorowe ultimatum mocarstw do Turcji. „Plan ten usnuty został jeszcze w Konstantynopolu — pisze dalej ów korespondent, i właśnie na podstawie jego zawiązała się ta szczera przyjaźń pomiędzy Salisburym a Ignatiewem. Anglia chętnie popierać ma tę myśl, z powodu że chce załagodzić wrażenie dyplomatycznej porażki doznanej na ko ferencji; Moskwa zaś proponuje zwołanie ko gresu, chociaż wie naprzód, że inne mocarstw myśli tej nie poprą, bo chce zyskać przynajmn miesiąc czasu."

Nie ulega zaś natomiast najmniejszej j wątpliwości istnienie okólnika tureckiego, sygn lizowanego najpierw w stambulskim telegram *Daily Telegraph*. Okólnik ten podobno już w p niedziałek został wypracowany i rozesłany p słom tureckim jeszcze przed wyjazdem pełnomo ników z Konstantynopola. W okólniku tym Po ta dzieli propozycje mocarstw na trzy kateg rje: na takie 1), które nie licują z konstytuc turecką; na takie 2), co do których Porta m głaby się porozumieć z mocarstwami; i wreszc 3) na takie, które uwłaczają samodzielności Tu cji. Odrzuca przeto Porta wszystkie propozyc pierwszej i trzeciej kategorji, a omawiając kat gorję drugą, wraca do swej dawnej piosnki i po nosi tę okoliczność, że swobody, nadane konst tucją, przewyższają o wiele żądanie mocarst Wszelako utrzymują w kołach dyplomatycznyc że okólnikiem tym stara się Porta nawiązać n dyplomatycznych rokowań, zerwanych przez fia ko konferencji, a przedewszystkiem usiłuje d prowadzić do pewnej wymiany myśli pomięd gabinetami w sprawie serbsko-tureckiego pok

W krótce już będziemy mieli parę ofi nych sprawozdań z przebiegu konferencji. Pi szy na tej drodze ma wystąpić ks. Deczes. parlamentarnych kołach paryskich utrzymuj miał on zapowiedzieć wydanie wkrótce okó o przebiegu konferencji, który rozeszle do p stawicieli Francji za granicą i ogłosi rów śnie w dziennikach. Równocześnie niemal angielski myśli wygotować sprawozdanie, r urzędowego *precis* o przebiegu akcji dyploma cznej w Konstantynopolu. Sprawozdanie to wyjść przed zwołaniem parlamentu, które ja wiadomo nastąpi 8. lutego.

Turcja, oswobodziwszy się od nieprzyjemnyc gości, i żywiąc nadzieję, że ostatni z nich, je Ignatiew, opuści ją także wkrótce, zabiera się n serjo do złagodzenia wszystkich nieprzyjaźnyc jej żywiołów, wytworzonych tyloletniemi rządan dzikich despotów. Właśnie wzięła się teraz d zaskarbienia sobie Greków, — i jak widzimy z stambulskiej korespondencji *Pol. Corr.*, wzięł się do tej sprawy zręcznie.

„Jedną ze spraw, o której w Stambule n więcej mówią i piszą, — donosi ów koresp dent — jest wizyta Midhata baszy u patrjar greckiego. Jest to kwestja niemałej wagi. zdobycia bowiem Carogrodu, nigdy jeszcze stopa wielkiego wezyra nie postała w pałacu patrjarchy greckiego i Midhat basza wbrew odwiecznemu zwyczajowi ośmielił się na krok ten śmiały, a uczynił to, jak piszą ztąd do *Pol. Corr.*, z dobrze zrozumianej polityki, zmierzającej do pozyskania Greków, którzy, widząc się opuszczonymi przez Europę, starają się o przyjaźń z Turkami. Zrozumiał to wielki wezyr i nie pominął tej okoliczności, aby Greków, ten tak ważną orlę odgrywający w państwie ottomańskiem żywioł, zaprządz w rydwan wielkiej swej polityki. Doznał też Midhat basza w pałacu patrjarchy jak najświetniejszego i najserdeczniejszego przyjęcia. Zebrało się tam przeszło 1000 osób, pomiędzy którremi znajdowali się najwyżsi naczelnicy hierarchii kościelnej i najpierwsza arystokracja grecka. Ceremoniom i serdecznościom nie było końca, wygłaszano wiele mów, poczem Midhat basza wśród gorących owacji wszystkich obecnych opuścił fanar.

Z Izby sądowej.

Peszt 22. stycznia.

(Ciąg dalszy.)

Adwokat Adolf F r i e d, sąsiad Ernyego, zeznaje, że rozmawiał z Szirmayem przed drzwiami i widział dwóch owych ludzi, ale myślał, że przyszli z nim razem. Ze wszystkich oskarżonych zdaje mu się mieć Rydel najbardziej „znajomą mu fizjognomię", ale ręczyć nie może, czy widział go wtedy u drzwi Ernyego.

Julia D a l l o s i czeladnik krawiecki Marton widzieli o godzinie 5. jakiegoś człowieka w cylindrze, czarno ubranego, schodzącego ze schodów i obcierającego sobie twarz ręką, ale nieznają ani jednego z oskarżonych.

Referent S z e k a e s odczytuje akta, dotyczące faktu dokonanego i ścigania winnych, pomiędzy któremi znajduje się ciekawe sprawozdanie c. k. policji l w o w s k i e j, objaśniające stosunki i przeszłość braci Rydlów. Gotard, który w r. 1863 odsiedział w więzieniu 5 lat, zawsze był pod obserwacją policji, jako człowiek chodzący wciąż ze złodziejami. Policja z Gradcu donosi, że Gotard mieszkał tam podczas ucieczki, a później pisał do traktjernika Manna z Gradcu, aby niszczył wszystkie do niego adresowane listy. Ignacy Rydel zaś cieszył się ogromnie, gdy mu doniesiono, że Korczyński jest uwięziony. On jest bowiem zbrodniarzem a niewinność jego (Rydla) teraz dopiero się okaże.

O 2 godzinie zakończono rozprawę, a dalszy jej ciąg odłożono na jutro.

Peszt 23. stycznia.

O pół do 10 rozpoczyna się dalsze przesłuchanie, które prezydent poprzedza krótkiem napomnieniem oskarżonego Korczyńskiego, aby mówił szczerą prawdę. Obżałowany zdaje się być bardzo wzruszony, ale zaprzecza jakoby brał jakikolwiek udział w morderstwie i zaczyna opowiadać mniej więcej jak następuje: „Ojciec mój Antoni, mieszkał początkowo na Bukowinie a później przeniósł się na Wołyń, gdzie służył w wojsku moskiewskim. Ojciec mój umarł w 1863 r. a ja ukończyłem gimnazjum we Lwowie, a w r. 1856 bawiłem w Heidelbergu uczęszczając na wydział filozoficzny, w r. 1859 wstąpiłem do korpusu Garibaldego jako porucznik, a po ukończeniu wojny wyjechałem do Paryża utrzymując się z korespondencyj. Brałem udział w powstaniu 1863 r. poczem powróciwszy do Lwowa, ożeniłem się z Melanią Grollè. Żona moja była słabowita, co rok jeździła do kąpiel, żyłem z nią aż do mego uwięzienia. Bawiąc później na Wołoszczyznie trudniłem się adwokaturą, załatwiając sprawy w imieniu adwokata rumuńskiego, bo mi brakło naturalizacji. Kiedy w roku 1874 zmarła mi matka i dwoje dzieci, żona dłużej niechciała zostać w Rumunii i wyjechała do Lwowa. Ja zabawiłem tam jeszcze czas niejaki, czekając na przyrzeczone miejsce przy banku we Lwowie. W połowie lipca wyjechałem do Pesztu. Gotarda Rydla poznałem w 1873 w Rumunii, bawił on jako przedsiębiorca budowy w Caraca. Byłem mu pomocny w pewnym interesie pieniężnym, za co otrzymałem prowizję. Nosił on wtedy nazwisko Rudolfa Müllera, a ja dopiero we Lwowie dowiedziałem się o jego nazwisku prawdziwem. Wyjechał on ztamtąd do Plojest, ja udałem się za nim jako jego zastępca. Kiedy zasłabła mi żona i dziecko, lekarz, którego on przyprowadził uratował mi je. Odtąd czułem dlań wdzięczność niezachwianą. W Bukareszcie żył on bardzo wystawnie, o jego rodzimych stosunkach nigdy z nim nie mówiłem.

Nr. 23. We Lwowie Wtorek dnia 30. Stycznia 1877. **Rok X.**

Wychodzi codziennie.

Przedpłata wynosi: we Lwowie rocznie 18 zł. — półrocznie 9 zł. — kwartalnie 4 zł. 50 ct — miesięcznie 1 zł. 50 ct.

Z przesyłką pocztową w Państwie Austrjackiem rocznie 22 zł. — półrocznie 11 zł. — kwartalnie 5 zł. 50 ct. — miesięcznie 1 zł. 85 ct.

Z przesyłką pocztową za granicę: do całych Niemiec rocznie 50 marek, kwartalnie 12 marek 5 sgr. — do Francji i Anglii rocznie 108 franków, kwartalnie 27 franków — do Belgii, Włoch i Szwajcarji rocznie 80 fr., kwartalnie 20 fr.

Numer kosztuje 10 centów.

Manuskryptów Redakcja nie zwraca.

DZIENNIK POLSKI

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują we Lwowie: Biuro Administracji „Dziennika Polskiego" przy placu Halickim i Ajencja W. Piątkowskiego: plac Katedralny; we Wiedniu, Hamburgu, Frankfurcie n. M., w Berlinie, Lipsku, Bazylei (Szwajcarja) i Wrocławiu pp. Haasenstein & Vogler; w Wiedniu F. Löb, R. Mosse, Rotter i Spł. w Poznaniu Kazimierz Neumann Biuro anonsów; w Paryżu pułkownik Raczkowski, Faubourg Poissoniere 33. Ogłoszenia przyjmuje Agencja p. Adama Carrefour de la Croix-Rouge, 2 Paris, w Krakowie księgarnia Adolfa Dygasińskiego.

Ogłoszenia przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem (petit).

Listy z pieniądzmi mają być przesyłane franco do Administracji „Dziennika Polskiego". — Listy reklamacyjne nie opieczętowane nie podlegają opłacie.

Lwów 29. stycznia.

Między rezolucjami, które komisja budżetowa Rady państwa przedłożyła do uchwały Izbie deputowanych, znajdował się także wniosek *gaspadina* Kowalskiego o utworzenie wzorowej szkoły we Lwowie z *russkim* językiem wykładowym. Komisja centralistyczno-niemiecka adoptowała oczywiście ten wniosek, a Izba uchwaliła rezolucję, w myśl komisji i dwóch delegatów naszych głosowało z większością niemiecką. Nie poruszaliśmy tej sprawy na razie, ponieważ stanowisko pisma naszego zbyt wyraźnie zaznaczonem jest w sprawie takzwanej kwestji ruskiej, byśmy potrzebowali z naszej strony wytaczać proces przed opinją publiczną posłom, którzy oczywiście w dobrej wierze, tak źle przysłużyli się krajowi. Odezwanie się nasze byłoby miało w oczach pewnych ludzi znaczenie głosu stronniczego natchnionego jednostronnem pojmowaniem sprawy, i brakiem sympatji dla rozmaitych filologicznych i etnologicznych eksperymentów. których kraj nasz jest widownią. Z wielką dziś przyjemnością przytoczyć możemy w tej kwestji głos organu, który przecież swojego czasu forytował uchwałę sejmu, uznającą istnienie sporu narodowościowego w Galicji. Oto dosłowny przedruk artykułu wstępnego *Gazety Narodowej* z dnia 28. bm.

„Zdając sprawę z pierwszego po świętach posiedzenia Izby posłów, wspomnieliśmy, że wniosek p. Kowalskiego o urządzenie wzorowej szkoły normalnej we Lwowie z ruskim językiem wykładowym, poleciła komisja budżetowa, mianowicie aby go odesłano do komisji edukacyjnej; że dalej większość Izby ten wniosek przyjęła, i że głosowali za nim także pp. Smolka i Hoszard. W ogóle głosowanie delegacji naszej było na tem posiedzeniu bardzo chaotyczne — jak gdyby nie było koła polskiego. tylko pewna liczba luźnych delegatów. Naturalna rzecz, że bywają wypadki. w których pozostawia się członkom stronnictwa swobodę głosowania, ale ta swoboda powinna być na posiedzeniu stronnictwa uchwaloną. To zaś głosowanie pp. Smolki i Hoszarda wykazuje, że uchwały koła nie było żadnej nad żadnym z przedmiotów porządku dziennego, bo właśnie co do wniosku p. Kowalskiego powinna była delegacja iść jednomyślnie albo *pro*, jeżeli go za słuszny i potrzebny uważała, albo *contra* w razie przeciwnym, i wątpimy aby ci dwaj posłowie zechcieli kiedy wbrew uchwale głosować i umyślnie manifestować czy brak karności czyli nawet rozbicie koła. Wprawdzie koło już dawniej czy to formalnie czy w toku obrad Izby powzięło było uchwałę co do tego wniosku pod czas obrady budżetowej, kiedy go p. Kowalski był postawił. Wówczas bowiem tylko jeden hr. Mieroszowski głosował za wnioskiem p. Kowalskiego, a hr. M. nie należy do koła polskiego i w ogóle do Polaków już nie należy, — delegacja zaś głosowała przeciw i oklaskami okryła oświadczenie p. Grocholskiego, który dosadnie zbił motywa p. Kowalskiego jakoby już przed r. 1848 istniała we Lwowie szkoła ruska. Oświadczenie p. Grocholskiego według zapisków stenograficznych brzmiało: „Aż do r. 1848 nie było w Galicji żadnej zgoła szkoły z polskim lub ruskim językiem wykładowym, bo we wszystkich bez wyjątku szkołach językiem wykładowym był niemiecki. Dopiero w r. 1849 rząd odebrał konsystorzowi łacińskiemu a poddał konsystorzowi ruskiemu czyli grecko katolickiemu szkołę, która wzniesiona była w wieku siedmnastym — nie pomnę już ściśle roku — a stała pod władzą konsystorza łacińskiego. Akta będące na rozkazy p. ministra oświecenia stwierdzą, co tu utrzymuję."

„Wszelako i po r. 1849 tej szkoły nie było. Nauczyciele z razu korzystali wprawdzie z prawa wykładania po rusku — ale jaki był skutek? Oto natychmiast uczniowie wynosili się z tej szkoły i niebawem ci nauczyciele, chcąc ratować byt szkoły, poczęli wykładać po polsku. Czyż zechce kto twierdzić, że dzisiaj nie ten sam los spotkałby nową jaką ruską szkołę wzorową we Lwowie? Choćby zatem wniosek p. Kowalskiego był słusznym pod względem narodowościowym — w co tutaj wchodzić nie myślimy — tj. nie wykonalnym. Pomijamy tu zresztą inne jeszcze okoliczności, jak np., kto da fundusze na żądaną przez p. Kowalskiego szkołę? — kraj nie da, miasto nie da, bo z doświadczenia okazało się, że jest niepotrzebną; a że i państwo nie da, o tem ani wątpić nie można. A dalej, zkądby miało państwo prawną podstawę do przymusowego takiej szkoły zaprowadzania, choćby własnym kosztem? Tak więc uchwalenie wniosku p. Kowalskiego, jako niewykonalnego, mogło być tylko aktem teoretycznym, a takie akta do ustawodawczej władzy nie należą. Niezawodnie i p. Kowalski doskonale wie, że tak a nie inaczej ta rzecz się ma; i niezawodnie frakcja russka nie inny miała zamiar, stawiając ten wniosek, jak tylko dokuczyć Polakom, dodać jeden listek do swoich wawrzynów, jedną karteczkę do dziejów mniemanego prześladowania Rusinów przez Polaków w Galicji. Czy zaznajomili się pp. Smolka i Hoszard z historją tej niby byłej ruskiej szkoły wzorowej we Lwowie, czy zastanowili się za czem właściwie głosują? — wątpimy, i ta wątpliwość wcale ich błędu nie zmniejsza. Jużeśmy w ogóle podnosili konieczność, aby delegaci nasi zaznajamiali się ze sprawą szkolną odnośnie do Rusinów, w którem to zaznajamianiu się, jak rzekliśmy wówczas, nikt im nie przeszkodzi, lecz owszem wszelkie znajdą ułatwienia — a konieczność dlatego, że frakcja russka właśnie co do szkół ciągle wyprawia najsmutniejsze burdy, i nikt jej na miejscu z całą dokładnością nie zbija. Tak np. w komisji budżetowej płazem puszczono ks. Juzyczyńskiemu jego obrzydliwe kłamstwa co do szkoły pp. Benedyktynek w Przemyślu. Spodziewamy się, że na przyszłość nie będziemy potrzebowali wracać do tego tematu."

Korespondencje polityczne „Dz. Pol."

Wiedeń 28. stycznia.

(R. R.) Mimo pogrzebanej konferencji roboty dyplomatyczne nad kwestją wschodnią są w pełnym ruchu. Już *Pest. Lloyd* sygnalizował okólnik Midhata do posłów tureckich przy dworach zagranicznych, określający politykę dalszą W. Porty w konturach wielce pojednawczych, a telegram ajencji Havas donosi, iż rząd turecki postawione przez mocarstwa warunki zamierza sam przeprowadzić, co więcej, iż w. wezyr zaproponował Serbji i Czarnogórze nawiązać bezpośrednio z dywanem rokowania pokojowe. Powyższy telegram uzupełnia *Polit. Corr.* w ten sposób, iż Dervisz pasza z polecenia Midhata znosi się z Czarnogórą celem korzystnych układów pokojowych na podstawie terytorjalnych nawet ustępstw dla księcia Nykity, a zarazem, iż w Konstantynopolu projektują, aby trzy zrewoltowane prowincje zreorganizować w wojskowe wielkorządztwa z przydaniem cywilnych administratorów chrześcian, tudzież, aby zaptich (policję) urządzić po wojskowemu na wzór austrjackiej żandarmerji, przyjmując w jej szeregi w połowie chrześcian z miejscowej ludności. Plan ten przydania chrześcian cywilnych administratorów do wojskowych jeneralnych gubernatorów, będących muzułmanami, gdyby był rzeczywiście podjęty, wcale nie mógłby być nazwany praktycznym; tego bowiem rodzaju podwójne rządy musiałyby mieć w następstwie nieuniknione starcia między władzą cywilną i wojskową, a zresztą wątpić należy, czyby Moskwa podobne reformy uznała za dostateczne. Do czego Moskwa zmierza swymi intrygami, to jasno pokazuje się z artykułu *Gołosu* twierdzącego, iż w skutek nieudałej konferencji, W. Porta uporem swoim zniweczyła wszelkie wyniki traktatu paryskiego, i że odtąd wmieszanie się jakiegokolwiek państwa w tureckie sprawy wewnętrzne nie może być uważane za naruszenie traktatów obowiązujących. Cele atoli moskiewskiej dyplomacji sięgają jeszcze wyżej. Kozak w imieniu Europy ma Prut przekroczyć. Donoszą bowiem do *Köln. Ztg.* z Berlina, iż usiłowania Gorczakowa do tego głównie zmierzają, aby na razie zdobyć przynajmniej pozory solidarności dyplomatycznej; owa zaś pozorna solidarność zużytkowanąby została w swoim czasie, jako mandat od Europy dany celem przywrócenia porządku w państwie otomańskiem, zwłaszcza, gdyby istniejące w Petersburgu niezaprzeczenie stronnictwo pokojowe niczego nie dopięło.

Że Moskwa problematyczną harmonję mocarstw chce jedynie wyzyskać dla [illegible] partykularnych interesów, to jaskrawym tego dowodem *Agence Générale Russe* puściwszy w świat sfałszowany telegram, iż delegaci konferencyjni na ostatniej sesji w Konstantynopolu uznali za nieobowiązujące nadal te traktaty, które zagwarantowały egzystencję i całość W. Porty. Matactwa te moskiewskie ilustruje także list z Petersburga do *Polit. Corr.*, w którym po stwierdzeniu, iż Gorczakow obecnie sonduje, jak daleko mocarstwa gotowe są postępować w zgodzie, dla której to zgody carat poświęcił setki miljonów, swój dobrobyt, swój pokój wewnętrzny, te ku końcowi znajdują się słowa: „Moskwa jest zdecydowaną uchwały mocarstw zjednoczonych przeprowadzić, i w tym względzie jest w prawie uważać się za pełnomocnika całej chrześcijańskiej Europy wobec Turcji; idzie więc teraz o to, aby skonstatować, czy Moskwa w imieniu Europy, czy tylko w swojem własnem ma przystąpić do działania. W tej mierze długo odwlekana chwila stanowcza już nadeszła. Nie bez przyczyny przeto i *Gołos* przypomniał sobie znowu przymierze trójcesarskie, argumentując, iż zadanie, jakie sobie konferencja wytknęła, przypada w spuściznie całkiem naturalnie trzem sprzymierzonym mocarstwom. Gdyby atoli, tak sądzi *Gołos*, który z członków sojuszu opierał się spełnić przyjęte na się zobowiązania, to drudzy kompaniści nie uważając się także zwolnionymi od takowych, mogą sobie przybrać jedno lub drugie państwo stojące teraz po za obrębem sojuszu, celem przeprowadzenia akcji poczytywanej za potrzebną i dobrą.

Takie na pogróżkę zakrawające emanacje znanego organu moskiewskiego nie przemawiają wcale na korzyść solidarności nie tylko między mocarstwami w ogóle, lecz nawet między uczestnikami sojuszu trójcesarskiego; w ten sposób odzywa się niedowierzanie, a tej niefności mianowicie ku zamiarom Moskwy świeży przykład podała *Polit. Corr.* donosząc, iż wyjazd ze Stambułu posłów austrjackiego i niemieckiego nie nastąpi pierwej, dopóki Ignatjew lub razem z nimi, lub tuż za nimi nie wyruszy w drogę. Organ oficjalny chciałby wmówić, że ten wspólny wojaż świadczy o nader serdecznych stosunkach między mocarstwami, które ci trzej dyplomaci reprezentowali na konferencji, lecz dyalektyka ta wielce chroma wobec telegramu przesłanego z Konstantynopola do *Standard* tej treści: niezawodną jest rzeczą, iż Moskwa po rozejściu się konferencji wytęża usiłowania, aby nawiązać z W. Portą prywatnie rokowania, celem zawarcia odrębnego traktatu. Jenerał Ignatjew nie odjedzie wcale, jeżeli zaobserwuje, iż te układy nie będą bezowocne; Midhat dotąd okazuje się głuchym na wszelkie zdradliwe podszepty, ale inni natomiast pozyskani zostali dla sprawy moskiewskiej. Zdaje się, iż budując na te zakulisowe układy, pisze i korespondent z Petersburga do *Pester Lloyda*, o przemagającym tamże przeważnie pokojowym prądzie, który ma znaleźć także odpowiedni wyraz w sygnalizowanej depeszy okólnej Gorczakowa, a na który, jak utrzymują, wskazał już i Ignatjew, gdy na recepcji rossyjskiej kolonji, w te do niej odezwał się słowa: „*la guerre est écartée* (wojna uchylona). Nie bez znaczenia jest także, iż jak piszą do *Budap. Corr.* z Belgradu, z Petersburga nie udzielono ani instrukcji, ani nie dano odpowiedzi na zapytanie księcia Milana, jak się zachować wypada wobec tentowanego ze strony W. Porty zawarcia pokoju, i że w skutek tego książę Milan zamierza bezpośrednio przystąpić do rokowań z rządem tureckim, aby tymczasowy rozejm zamienić na trwały pokój. Że na coś podobnego się zanosi, to można wnioskować i z doniesienia *Pester Lloyda* [illegible] uczynionej W. Porcie, że jakiekolwiek układy pokojowe z Serbją w moc traktatu paryzkiego, potrzebują aprobaty mocarstw, którym przeto tureckie warunki pokojowe muszą być przedłożone, zanimby pokój został podpisany. Według wykazów urzędowych sięgających do końca minionego roku, bawiło na pogranicznem terytorjum kroacko-słowiańskiem, bośniackich zbiegów ni mniej ni więcej jak tylko 56 579. Gościna ta, to nie mały ciężar i na tak dosyć schorowane finanse austrjackie; i jużby ten sam wzgląd powinien pobudzić hr. Andrassego, by kosztowna i groźna dla Austro-Hungarji kwestja wschodnia przecie nareszcie w sposób godziwy i dla interesów państwowych monarchji nie szkodliwy, została załatwiona.

W sprawie bankowej mnóstwo nowin, zgodnych tylko w tem, iż do kompromisu dotąd nie przyszło. Dzienniki węgierskie bez wyjątku prawie wszystkie donoszą, iż decyzja zapadnie w Wiedniu. Cesarz już przybył i ministrowie węgierscy: Wenckheim, Tisza i Szell spodziewani są najdalej w poniedziałek. Jeden z tutejszych oficjalnych organów przytacza niektóre dane, zbliżające choć w części sporne poglądy obu gabinetów. W artykule dotyczącym wyliczono jako warunki ewentualnego kompromisu: drukowanie przyszłych not bankowych w obu językach, po jednej stronie w niemieckim, po drugiej w węgierskim; więcej niezawisłe stanowisko i bogatsze uposażenie peszteńskiej filji, a w końcu poddanie zakładów filjalnych węgierskich pod filję peszteńską, nie reflektując wcale na bankową instytucję w Wiedniu. Według *Ellenöra* ma cesarz nad sprawą w mowie będącą zarządzić jeszcze naradę gabinetową, tak, iż ów stan przesilenia potrwa według jednych pięć dni, według drugich nawet cały tydzień. Podobnie brzmią także doniesienia organu Tiszy *Hon*, a *Pester Lloyd* potwierdzając takowe w całości, upewnia, iż rozstrzygnięcie niezawodnie w tym jeszcze nastąpi miesiącu.

Rozprawy Rady państwa nie budzą najmniejszego interesu, bardziej ożywione będą prawdopodobnie dopiero, skoro przedłożenia kolejowe przyjdą na stół Izby. Pobyt namiestnika Czech bar. Weber w Wiedniu, dostarczył tematu do niczem nieuzasadnionych konjektur, bar. Weber wyczekuje powrotu bar. Lassera celem otrzymania instrukcji co do przeprowadzenia wyborów do Rady państwa wakujących po deklarantach.

Jassy dnia 20. stycznia.

△ Według dobrych wiadomości z Kiszeniewa, usunięcie się w. księcia z dowództwa armji południowej i zastąpienie go jenerałem Krizanowskim nie ulega już wątpliwości. W. książę będzie tymczasowo tylko nominalnym dowódzcą.

Od kilku dni utrzymuje się w naszem mieście pogłoska, że Moskale lada godzina Prut przekroczą. Czy to w rzeczy samej rychło nastąpi, nie wiem — ale za to faktem jest niewątpliwym, że całe gros armji moskiewskiej posunęło się ku naszej granicy. W przedniej straży znajduje się 15 kompanji piechoty marynarskiej i 7 kompanji marynarzy. Ludzie ci mają ułatwiać armji przejście przez Dunaj. Ponieważ po Dunaju krążą monitory tureckie, przeto Moskale wiozą z sobą sześć kanonierek rozebranych, które dopiero nad brzegiem Dunaju będą złożone. Wątpię jednak, by te kanonierki podołały co przeciw monitorom tureckim, uzbrojonym w działa wielkiego wagomiaru i dowodzonym przez doskonałych oficerów angielskich.

Armja kiszeniewska nie jest do [illegible] uzbrojoną; codzień otrzymuje ona jeszcze karabiny z Tuli, Iżewa i Sestrorocka. Karabiny są przeważnie systemu Berdana. Jak dotąd jedna tylko artylerja jest gotową.

Turcy wiedzą doskonale, co się dzieje w armji moskiewskiej. Liczni ich ajenci przebiegają Rossję południową.

Galacz 25. stycznia.

☽ Nareszcie farsa dyplomatyczna się skończyła. Aktorzy zamiast oklasków w zysku odnieśli upokorzenie i politowanie. Publiczność rozczarowana może na serjo zastanowi się nad tem, czy się godzi nadal powierzać losy Europy tak kiepskim komedjantom. Niestety oddawna nawykła do religijnej czci i wiary w nieomylność dyplomacji, ażeby ostatnie homeryczne nawet fiasko mogło wywołać reakcję — samopoznania. Tymczasem po nieudałej komedji rozpocznie się poważny dramat przy huku armat, szczęku broni i jękach kroci konających na polu bitew. Że dziś wojna jest nieunikniona, nikt nie wątpi. Wprawdzie powiadają, że Moskwa nieprzygotowana, że wewnątrz podminowana skrytemi robotami socjalistów i nihilistów. Wszystko to może być prawdą, lecz daleko ważniejsze względy popchną ją koniecznie do wojny, chociażby z góry była przeświadczoną, że w pojedynku z Turcją pobitą zostanie.

Niepodobna, aby Rossja się zrzekła owoców tyloletniej pracy wśród Słowian skierowanej na rozbicie Turcji i — Austrji, niepodobna, aby wobec tych Słowian chciała się wystawić na pośmiewisko lub na zarzut najczarniejszej zdrady w chwili, kiedy wszyscy na nią mają zwrócone swe oczy. Jeżeli dziś nie wyda wojny, straciła na wiele lat wszelki wpływ i kredyt u wszystkich Słowian, a z drugiej strony sama sobie zatamuje drogę do Indji, sama powstrzymać będzie musiała dalsze zagony w serce Azji, gdzie wpływ świata mahomedańskiego w ostatnich czasach spotężniał.

Wojnę Moskwa wydać musi i dla zażegnania burzy wewnętrznej, tylko wojną przer-

---

S E N.

przez

IWANA TURGENIEWA.

Przełożył St. W.

(Ciąg dalszy.)

XII.

Burza już ucichła była, ale w powietrzu czuć jeszcze było jej niedawne panowanie szalone. Skutkiem wczesnej godziny porannej ulice miasta były głuche i bezludne; tylko spotykane co krok cegły rozbite, szyby okien, deski, połamane gałęzie i konary świadczyły wymownie, co się tu działo w nocy.

Cóż to dopiero było na morzu? pytałem się w duchu na widok tych śladów strasznego orkanu. Chciałem zwrócić moje kroki w kierunku mostu, ale nogi, jak gdyby posłuszne silniejszemu od woli mojej rozkazowi, niosły mię wprost w przeciwną stronę. W dziesięć minut znalazłem się wśród dzielnicy, której dotychczas nie odwidziłem ani razu. Szedłem naprzód zwolna, krok za krokiem, z dziwnie nieznajomem mi uczuciem w piersi. Zdało mi się, że się gotuję na coś nadzwyczajnego, niemożliwego, a zarazem byłem głęboko przekonany, że to nie możliwe urzeczywistni się dla mnie niechybnie.

XIII.

I w istocie, to niemożliwe, a przecie oczekiwane, spełniło się niebawem. Nagle, w oddaleniu dwudziestu może kroków, spostrzegłem owego murzyna, który w kawiarni przystąpił był do barona.

Osłonięty tym samym płaszczem, w którym go wówczas widziałem, zjawił się przed mojemi oczyma, jak gdyby z ziemi był wyrósł. Odwrócił się do mnie plecyma, i szybkim krokiem biegł po trotuarze krzywej ulicy. Przyspieszyłem kroku, aby go dopędzić; atoli on sam, jakkolwiek nie obzierał się i nie widział mnie ścigającego go, szedł teraz szybciej i niespodzianie skręcił po za róg jednego z domów. Ile mi sił starczyło, pobiegłem w to miejsce, i w chwilę po nim minąłem ten zakręt. Ale rzecz niepojęta! Przedemną leżała długa, wąska, pusta ulica. Mgła poranna zalegała ją jak gruba ołowiana opona. Wytężyłem wzrok i mogłem rozróżnić każdy dom z osobna; nigdzie jednak nie dostrzegłem ani śladu ludzkiej istoty. Ten murzyn zagadkowy w płaszczu, znikł gdzieś równie szybko, jak pierwej się pojawił. Osłupiałem, ale trwało to jeno chwilę przelotną. Wnet bowiem owładnęła umysł mój myśl wcale inna: ta ulica, wyciągająca się długą linją przed mojemi oczyma, taka głucha i pusta, wszak ja ją znam z przeszłości! Tę samą widziałem ongi w śnie moim. Zadrżałem; chłód poranny orzeźwił mię, nie wahając się ruszyłem naprzód, z bijącem silniej sercem, pełen dziwnego przeczucia i trwogi nieokreślonej.

Patrzę ciekawie w prawo i lewo, i oto po prawej stronie trotuaru spostrzegam dom — zaprawdę, przecie nie mylą mnie oczy — dom ze snu owego tak mi pamiętny! Ta sama brama stara z kamiennemi ozdobami po obu stronach. Wprawdzie okna tego domu są czworokątne, a tamten miał krągłe, ale to nie zmienia rzeczy. Zastukałem do bramy, raz, drugi, trzeci, a coraz silniej i silniej. Z ciężkim, długim stękiem, podobnym do ziewania, rozwarły się staroświeckie podwoje. Młoda dziewczyna służebna stanęła przedemną, z rozpuszczonemi bezładnie włosami na głowie, i zaspanemi oczyma. Widocznie dopiero co wstała była.

— Czy tu mieszka pan baron? — zapytałem, posełając równocześnie ciekawy wzrok w głąb ciemnej sieni, i dalej po za nią, na wąski dziedziniec. Wszystko tam było — deski i belki, zupełnie jak w śnie moim.

— Nie — odparła mi dziewczyna — pan baron nie mieszka tutaj.

— Cóż to ma znaczyć? Nie? Ależ to niemożliwe....

— Już go tu nie ma, gdyż wczoraj odjechał!

— Odjechał, dokąd?

— Do Ameryki.

— Do Ameryki? — powtórzyłem mimowolnie, — ale wróci przecie? Dziewczyna popatrzyła na mnie z podejrzeniem.

— O tem nie wiemy, być może, że nie wróci wcale.

— A długo tu mieszkał?

— Nie długo, wszystkiego jeden tydzień.

— A jak się nazywa pan baron? — Dziewczyna rozwarła szeroko oczy.

— Jakto? Pan nie wiesz jego nazwiska? Hej! Piotrze! — zawołała, widząc że zamierzam wejść do sieni — chodźcieno żywo, jest tu jakiś obcy pan, który o wszystko się dopytuje!

Za chwilę przyszedł wołany Piotr, krępy i silny człowiek, z powierzchowności i ruchów widocznie wyrobnik.

— Cóż tu się stało? — zapytał chrypiącym głosem. Wysłuchawszy mię do końca z jawną niechęcią, potwierdził wszystko, co przedtem mówiła dziewczyna.

— Kto tu mieszka? pytałem dalej.

— Nasz majster.

— Czemże on jest?

— Stolarzem, w tej ulicy mieszkają tylko stolarze.— Ton jego mowy wyraził zdziwienie, jak można nie wiedzieć o tem.

— Można teraz widzieć się z nim?

— Nie, on spi jeszcze.

— A możnaby wejść tu i zaczekać nań?

— Nie, idź pan swoją drogą.

— Ale później będę mógł pomówić z nim?

— Oczywiście, wszak on jest handlarzem; tymczasem jednak zabieraj się pan ztąd do licha. Jak można niepokoić ludzi o tak wczesnej godzinie!

A murzyn? — przerwałem mu niespodzianie. Piotr popatrzył zdziwiony naprzód na mnie, potem na dziewczynę.

— Co za murzyn, u djaska? mruknął gniewnie. Ale dobrze, dobrze, przyjdźno pan później, a rozmówisz się dokładnie ze samym majstrem naszym.

Cofnąłem się na ulicę, w tej chwili podwoje bramy zawarły się gwałtownie i z trzaskiem. Zanotowałem sobie numer domu, nazwę ulicy, i poszedłem. Atoli nie do domu mojego. Czułem się do pewnego stopnia rozczarowanym. Wszystko, co mię do tej chwili spotkało, było tak niezwykłem i tajemniczem, a teraz kończyło się tak powszednio, śmiesznie, rzekłbym nawet, niedorzecznie. Byłbym przysiągł przed chwilą, że za wnijściem do wnętrza tego domu znalazłbym od razu znajomy mi pokój, a w nim po środku mojego ojca, barona w szlafroku, z fajeczką w ustach, zupełnie tak, jak go często w śnie widziałem. Miasto tego panem domu był stolarz, którego można tyle razy odwidzieć, ile kto chce, u którego można nawet zamówić sobie garnitur sprzętów!

A ojciec mój popłynął do Ameryki! Cóż mi teraz począć należało? Czy miałem opowiedzieć wszystko a wszystko matce, czy też pogrzebać to wszystko w mojem wnętrzu, nawet wspomnienie tego spotkania dziwnego? Nie, nie, zadowolić się i uspokoić tak płaskim i codziennym epilogiem, zdało mi się rzeczą absolutnie niemożliwą. Postanowiłem nie wracać jeszcze do domu. Poszedłem dalej, nie wiedząc dokąd; to pewna, że droga wiodła mię gdzieś za miasto.

XIV.

Z pochyloną głową szedłem środkiem ulicy, nic nie widząc, nic prawie nie czując, a zupełnie w sobie pogrążony. Wtem jakiś szmer niby stłumiony i groźny, powtarzający się w równych czasu odstępach, wyrwał mię z zadumy. Podniosłem głowę. To morze; rozścielało się przedemną o pięćdziesiąt kroków, jak na talerzu. Dopiero teraz spostrzegłem się, że szedłem po piasku nadbrzeżnym. Powierzchnia wód, nie uspokojona jeszcze po nocnej walce orkanu, jak daleko wzrok mój sięgnął w dal siną, marszczyła się i piętrzyła falami, których spienione grzbiety łamały się i rozpływały na spłaszczonym brzegu. Postąpiłem dalej i szedłem za długą bruzdą, która przypływając i odpływając znaczyła woda na lotnym piasku, zasianym szczątkami wielkich roślin morskich, różnokolorowemi muszlami, i wężowatemi pasami mchu wodnego. Mewy ze spiczastemi skrzydłami latały po nad nieprzejrzaną wód płaszczyzną, głosząc światu płaczliwie jakieś skargi. Wzlatywały w górę, jak białe płatki śniegu na szarem tle obłoków, nagle spadały z wysoka, to znowu się podnosiły i pląsały ochoczo, migocąc niby iskry srebrne, po nad tonią spienioną. Patrząc na te igraszki skrzydlatych mieszkańców nadmorskich, zauważyłem, że kilka z nich krążyło uparcie na około małej skały, która wysterczała samotnie z pośród jednostajnego zresztą poziomu pagórków nadbrzeżnych. Grube, brudnozielone trawy morskie rosły nierównemi krzakami po jednej stronie tej skały, w miejscu zaś gdzie ich splątane liście dobywały się z wilgotnego piasku, zdało mi się, jak gdybym tam rozróżniał coś czarnego, zaokrąglonego, podłużnego, z tem wszystkiem wcale nie wielkiego. Z natężoną uwagą patrzyłem w tym kierunku. Rzeczywiście, tam koło skały leżał jakiś przedmiot ciemny, nieruchomy. Czem bardziej zbliżałem się do niego, tem wyraźniej rysowały mi się jego kształty. Byłem już oddalony odeń zaledwie na pięćdziesiąt kroków.

Przecie to zarys ludzkiego ciała, to trup nieszczęsnego topielca, którego aż tam wyrzuciło morze! Przyspieszyłem kroku, stanąłem tuż koło skały... Były to zwłoki — barona, mojego ojca! Zdumienie pełne grozy strasznej zdjęło mię na ten widok okrutny. Teraz dopiero pojąłem, że od pierwszej chwili porannej wycieczki mojej, ulegałem rozkazom jakiejś potęgi tajemniczej, która kierowała mną dowolnie. Przez kilka sekund czułem w duszy olbrzymią próżnię, w ciele całem ubezwładnienie, graniczące niemal z nieprzytomnością. Nieustający huk morza, i nieme przerażenie, były jedynemi wrażeniami mojemi w owej chwili.

(D. n.)

wać a nawet zniweczyć może podziemne roboty — komunistów i rewolucjonistów swoich. Cóż to jej szkodzi wyprowadzić w pole kilkaset tysięcy żołnierza, z których choćby połowa padła, zginie pomiędzy nimi i kilkanaście tysięcy apostołów nihilizmu?! I to coś warte! Gdyby nawet została na głowę pobitą, toż Europa niepozwoli zwycięskiej Turcji przenieść wojny w głąb Rossji ani podnieść sprawy polskiej — lecz znów wystawi mur dyplomatów i zmusi do zawarcia połowicznego pokoju. Wtedy Rossja wyjdzie ze szrank jako męczennica, otoczona aureolą nieszczęścia i znów sobie pozyska sympatję wśród Słowian, u siebie zaś stanie silniejszą wobec widma socjalizmu.

Wojna tedy być musi, chociaż Rossja stoi odosobniona i bez sprzymierzeńców. Ba! przepraszam, zapomnieliśmy o Rumunji, która ofiarowała pomoc i współdziałanie. Lichy to sprzymierzeniec ale zawsze z nim rachować się wypada. Cóż więc Rumunja dać może Rossji? Dużo kłopotu a mało zysku. Jedyną korzyść, aką z tego przymierza Rossja wynieść może, jest ta, że będzie miała wolny wybór miejsca wzdłuż Duna'u do zaczepienia Turcji, naturalnie jeśli ta się nie pospieszy i nie przerzuci swych sił do Rumunji na przyjęcie nieproszonych gości. Zresztą dopiero teraz rozstrzygnie się, czy rzeczywiście Rumunja pójdzie ręka w rękę z Rossją lub nie. Panują tu dwa prądy; jeden gorączkowy, żądny rozszerzenia granic kraju i wzniesienia Rumunji do rzędu państw niezależnych — za jakąbądź cenę; drugi trzeźwy i spokojny, pragnący pod gwarancją traktatu paryskiego wprzódy zorganizować kraj, naprawić opłakany stan finansowy państwa, podnieść bogactwo narodowe, a potem dopiero zażądać od Europy usamowolnienia. Pierwszego stronnictwa przedstawicielami są: Bratiano (prezes ministrów) i Rosetti (prezes izby deputowanych); drugiego: Kogolniczano i Epuriano. Które z tych stronnictw zwycięży, w tych dniach się rozstrzygnie, gdy się odbędzie tajne posiedzenie izb prawodawczych. Wygra Kogolniczano, wtedy Rumunja pozostanie szczerze-neutralną albo nawet kto wie czy nie przyłączy się do Turcji. Zależyć to będzie co ta ostatnia w zamian ofiaruje Rumunji.

Wygra Bratiano, wtedy będzie ratyfikowane tajne przymierze z Rossją i Rumunja jawnie czy skrycie służyć będzie carowi. Niebezpieczna to i drogo opłacona będzie służba, która Rumunję może przyprawić w najlepszym razie — o bankructwo skarbowe. Dziś już kraik ten siedzi w długach po uszy — cóż to będzie, gdy wojna pochłonie miljony na wystawienie i utrzymanie kilkudziesięciotysięcznej armji i przerwie normalne źródła państwowych dochodów, które już teraz są w rażącej dysproporcji z rozchodami prawidłowemi. Długi Rumunji wynoszą przeszło pół miljarda franków, od których niemniej i nie więcej jak 41,900.000 franków samych procentów rocznie płacić należy.

Dochodu zaś było w roku:

1871	66,768,407;	1874	82,617.874
1872	71,000.992;	1875	86.490.115
1873	78,151.312;	1876	80,000.000

Z tego wydano na potrzeby administracji itd.

1871	50,904.338;	1874	46,202.780
1872	38,324 989;	1875	42,090.363
1873	41,227.701	1876	33,808 932

zaś na opłacenie procentów długu państwowego, amortyzacji itd.

1871	15,834.096;	1874	36,415 094
1872	32,676.003;	1875	44,399.752
1873	36,923.611;	1876	46,191.068

Wynika ztąd deficyt crescendo:

1871	7,515.379;	1874	7,444.162
1872	14,292.569;	1875	12,322.471
1873	13,419.241;	1876	17,893.570

Suma: 72,817.292 franków.

Sprawy zagraniczne.

Moskwa. Z Petersburga piszą do *N. fr. Pr.* że po gorączce wojennej, która tam dłuższy czas panowała, nastąpił teraz wielki rozstrój umysłów. Wieliki kniaź następca tronu ma być jedynym w całej carskiej rodziny zapalczywym zwolennikiem wojny o zdobycie półwyspu bałkańskiego i Carogrodu. Jego Wysoczestwo miał mieć rozmowę z p. Monteverde, byłym szefem sztabu Czerniajewa w Serbji. Eks-stratega chciał przekonać przyszłego wszech Słowian władcę, że bez Czerniajewa, nie zdobędzie Carogrodu, i że przezto bohaterowi koniecznie potrzeba oddać jaką komendę. — Wszyscy nasi starsi jenerałowie, mówił p. Monteverde, są tak zgrzybiałymi, że nie potrafią dosiąść konia, młodzi zaś nigdy nie wąchali prochu, i dostaną w ogniu znanej każdemu ostrzelanemu człowiekowi gorączki. — Pół godziny przebytej w gwizdaniu kul, wystarczy do pozbycia się tej gorączki, odparł Jego Wysoczestwo (bardzo po doktrynersku, bo świat nie wie jeszcze, ile godzin potrzebaby tak dostojnej figurze do ostrzelania się przy dzisiejszej pospiesznej palbie, w której Turcy są mistrzami.) — Ależ, Wasza Wysokość, za pół godziny można przegrać bitwę! zauważył jenerał. Mimo wszelkich przedstawień tego pośrednika, carewicz obiecał jedynie, że Czerniajew, gdyby się dał internować w Kijowie, nie pójdzie w Sybir. Łaskawość ta nie zastąpi wszakże braku wodzów, który Moskalom daje się czuć gorzej niż Turkom. Czerniajew twierdził wprawdzie w Paryżu, że Abdulkerim-pasza nie ruszał się z Niszu, i że Turkami dowodził jenerał angielski Kemball, ale Kemball zostanie zawsze w obozie tureckim, podczas gdy nawet wątpliwych talentów feldmarszałek Manteuffel nie kwapi się do Kiszyniewa, a gdyby się i pokwapił, to zamiast sfanatyzowanych i gotowych do zniesienia wszelkich trudów wyznawców Islamu, będzie miał pod swoją komendą tylko chrześcjan różnego wyznania, którym więcej zależy na należących im się porcjach, niż na zwycięstwie broni carskiej — a co najgorsza, zostanie w piechocie i w jeździe trzy systemy karabinów z trzema różnemi kalibrami, a w artylerji brak zupełny materjału potrzebnego, do służby polnej. Sądzimy, że Manteuffel swoich łatwo zdobytych wawrzyńców z północnej Francji nie zechce w takich warunkach kompromitować nad Prutem.

Zapowiedzianej przez gabinet petersburgski noty nie ma wprawdzie dotychczas, ale uprzedzają życzenia rządu carskiego korespondenci do różnych czasopism zagranicznych z Petersburga. Do *Polit. Corresp.* piszą ze stolicy carów, że Rossja musi się najprzód *zorjentować, czy ma wystąpić jako Europa, tj. w imieniu Europy, upoważniona przez mocarstwa, czyli też jako Rossja.* **Taki jest sens dość rozwlekle napisanej korespondencji**, przedstawiającej parafrazę tego, co już głosiły od tygodnia pisma moskiewskie. Jest tam więc mowa o tem, że Turcja potargała traktat paryski, że konferencja przeszkodziła Rossji dobyć oręża w chwili odpowiedniej, a przez to Porta tylko zyskała na czasie, ażeby się uzbroić, że nakoniec Rossja musi teraz najprzód skonstatować, o ile zgodnemi są mocarstwa europejskie itp.

Korespondent z Petersburga do *Wiener Abendpost* opowiada, że w stolicy carów panuje zdumienie z powodu, że na wielkiej radzie w Stambule milczeli właśnie muzułmanie, a pierwsi zabrali głos chrześcjanie, i poczytali uchwały konferencji jako ubliżające godności państwa ottomańskiego. Następnie ubolewa korespondent nad losem zaślepionej Turcji, co zresztą dość komicznie wygląda i przychodząc do zagadnienia, czy wojna jest w tej chwili możliwą, odpowiada, że nie. Nie znajduje żadnej przyczyny do wojny, dopóki mocarstwa są zgodne. Sądzi nawet, że da się utrzymać pokój i nadal, jeżeli tylko Turcji się powiedzie przeprowadzić konstytucję. Jest to zapowiedź dalszego cofania się Moskwy, jakkolwiek poniżej trochę zapowiada korespondent, że armja mimo to musi być wzmocnioną.

W telegramie z Berlina podają jako wiadomość pochodzącą ze źródła najlepszego, że jakkolwiek dotychczas nie wydano z Petersburga okólnika o konferencji, to ma nastąpić niezawodnie w tych dniach. Jak głoszą, że się wprzód Rossja porozumieć z Niemcami chce do niektórych punktów. Konstatują oraz, że dotąd i ze Stambułu nie nadeszła żadna nota.

Telegram z Petersburga do *Nordd. Allg. Ztg.* potwierdza, że wielki książę Mikołaj składa dowództwo naczelne z powodu choroby, a następcą jego ma być, ponieważ Barjatyński za stary, więc minister wojny Milutyn.

Turcja. Najświeższe telegramy zapowiedziały ze Stambułu, że Porta sama zamierza ująć w ręce przeprowadzenie reform. Zapowiedź tę potwierdziła także audjencja u sułtana, na której był Salisbury. Sułtan, który dla innych dyplomatów był niewidzialnym i wymówił się chorobą, przyjął tylko pełnomocnika angielskiego i zapewniał go przy tej sposobności, że wydał już rozkaz odpowiedni celem utworzenia korpusu żandarmerji dla Bułgarji, i że w tym oraz celu wezwał już z Francji fachowych wojsko[illegible] Jednocześnie prosił sułtan lorda Salisbury, ażeby zechciał być pośrednikiem u swego rządu i wyjednał przysłanie trzech odpowiednich urzędników, których zadaniem wyłącznie byłoby czuwanie nad wprowadzeniem obiecanych reform.

Wobec takiego wezwania ze strony najwyższej głowy państwa ottomańskiego, upada zarzut podnoszony przez organy sprzyjające gabinetowi petersburgskiemu, że Porta lekceważy zbiorowe żądania Europy. Przeciwnie, Porta okazuje, że położyła bezgraniczne zaufanie, ale nie w mocarstwach północnych, tylko w jednem z zachodnich, które występowało często i w imieniu innych — zawsze tylko zachodnich, z pośrednictwem pokojowem.

Co do misji Aleko paszy, ambasadora tureckiego w Wiedniu, to jakkolwiek opinja austrjacka poczytała ją za poronioną, nie uważają jej za taką w Stambule. Porta chciała tylko złożyć dowód najlepszych chęci i zgodności, i temu życzeniu stało się zadość. Porta zresztą przed zamknięciem jeszcze konferencji, miała zamiar zrobić na podstawie rozejmu krok stanowczy i zawrzeć pokój z Serbją i Czarnogórą. Mężowie stanu tureccy wychodzili z tego założenia, że tak Serbji jakoteż Czarnogórze nie pozostaje nic innego, zwłaszcza wobec chwiejności od pewnego czasu jawnej ich północnego a dalekiego aljanta. Serbja prócz tego miała sposobność doświadczyć o ile ajent ten jest szczerym. Cóż więc naturalniejszego jak krok Porty? Dziwićby chyba mogły bardzo przystępne warunki przez Portę podawane słabej obecnie Serbji.

Oczywiście, że Porta będzie inicjatorką, a to po prostu z tego powodu, ażeby nie być zmuszoną utrzymywać nadal armji ruchomych w Serbji, Bośnji, Hercogowinie i Albanji, przyjmie wszelako obojętnie odrzucenie ręki podawanej do pojednania przez wymienionych dwóch książąt. Serbja i Czarnogóra wszakże bardziej i pilniej potrzebują spokoju, niż państwo tureckie, gdyż najważniejsze pozycje pierwszego kraju (Serbji) znajdują się jeszcze w ręku Osmanów, co do Czarnogóry zaś, to skarb wojenny tego kraiku już wyczerpany, a ludność jego cierpi już teraz z powodu niedostatku chleba i umiera śmiercią głodową. Mimo to wszystko jednak, tym razem w istocie sułtan pierwszy chce zawarcia pokoju i sam pierwszy krok robi, ażeby swemu państwu lennemu Serbji przywrócić spokój i dobrobyt, a sąsiedniej małej Czarnogórze dopomódz do wyjścia z ciężkiego położenia wewnątrz. Wiedzą także w Stambule o tem, że obecnie cała Europa pragnie spokoju i chcą, o ile na to pozwoli tylko godność państwa i okoliczności, spełnić to powszechne życzenie. O tem pokojowem usposobieniu względem Serbji i Czarnogóry zawiadomiła już Porta także mocarstwa wielkie, pod których wpływem zapanuje prawdopodobnie duch pokojowy w Belgradzie i Cetynji." Że usposobienie wojenne Serbji w istocie się zmienia, że uległo już nawet wielkiej zmianie, potwierdza to korespondent do *Nat. Ztg.*, który pisze, że ludność cała księstwa pragnie spokoju, i że p. Zukicz, antagonista Risticza, występuje z inicjatywą pokojową. Dotychczas nie dano odpowiedzi na bezpośrednie wezwanie Porty, ale odpowiedź ta ma lada chwila nastąpić.

Do *Polit. Corresp.* piszą ze Stambułu: „Przebywający w Skodarze Derwisz pasza, otrzymał wezwanie od Midhata paszy, ażeby w Cetynji zawiadomił, iż Porta życzy sobie rozpocząć z Czarnogórą rokowania pokojowe pod warunkami korzystnemi dla Czarnogórza, jeżeli tylko książę Mikołaj objawi po temu skłonność. Nie ulega wątpliwości, iż w Stambule gotowi są poczynić niejakie koncesje terytorjalne. Rokowania pomiędzy Skadarem a Cetynją nie ustają w tej chwili, jakkolwiek dotąd nie doprowadziły do żadnego rezultatu.

Wymieniony dziennik donosi jeszcze: W kołach W. Porty głoszą, że trzy powstańcze prowincje zostaną zreorganizowane jako gubernatorstwa jeneralne, i że oprócz jeneral-gubernatorów otrzymać mają administratorów cywilnych. Prócz tego mają być zaptje (żandarmi i policja) zreformowane i zorganizowane wojskowo na wzór austrjackich żandarmów, a składać się mają po części z tubylców chrześcjan. Wszystkie te zmiany mają być niezwłocznie w życie wprowadzone.

Jeszcze jeden szczegół do porozumienia się Turcji z księstwami znajdujemy w dziennikach zagranicznych. Jest to telegram wielkiego wezyra Midhata paszy, wystosowany do księcia Milana i księcia Mikołaja. Wezwanie to zwraca uwagę książąt na smutne skutki wojny, wyrażając nadzieję, że dla własnego dobra nie odrzucą ręki pojednawczej, zaprasza ich wprost w imieniu rządu tureckiego do porozumienia celem zawarcia pokoju.

Pogłoski te o zamiarach Porty wyświeca dość zrozumiale sprawozdawca do *Fremdenblattu*, który posiadać ma, jak powołany dziennik mówi — wiarogodne informacje. „Plan — powiada rzeczony sprawozdawca — którego zadaniem było zawarcie z Serbją i Czarnogórą osobnego przymierza pokojowego, został powzięty przez tureckich mężów stanu jeszcze w ciągu trwania obrad konferencyjnych, a mianowicie w chwili ogłoszenia nowej konstytucji tureckiej. Chcieli jednak wykonanie planu odroczyć aż do rozejścia się konferencji, ażeby potem bez wpływu któregokolwiek z państw obcych rokować o warunki ugodowe. Otóż obecnie, gdy członkowie konferencji zaczynają wyjeżdżać ze Stambułu 27. stycznia wyjechać mieli wszyscy) — plan ten ma być przeprowadzonym, zanim przeminie termin rozejmu. Mylą się jednak ci, którzy mniemają, że Porta wywierać zechce presję na Serbję lub księcia Mikołaja, lub też, że starać się będzie o wywarcie takiego nacisku zkądinąd celem nakłonienia ich do zawarcia pokoju.

Anglja. W Anglji pojawiła się broszura z tendencją wybitnie antirossyjską, pod tytułem *The avita fraus of Russia* (stare oszustwo Rossji). Zaatakowani są w pierwszym rzędzie nie dołężni i sentymentalni politycy angielscy, którzy podnosili straszny lament na okrucieństwa tureckie, wykazana ich nieznajomość rzeczy, ich niezdarna polityka, ślepo czepiająca się zapewnień moskiewskich, zawsze fałszywych i kłamliwych Na każdy punkt i zarzut robiony Turkom odpowiada autor broszury faktami z dziejów, począwszy od nadużyć, kłamstwa, barbarzyństwa i mordów, popełnianych w Polsce, a skończywszy na najświeższych czasach, w których dyplomacja moskiewska postępowała tak samo w Turcji jak niegdyś w Polsce. Zwraca oraz uwagę autor broszury na niedorzeczność twierdzenia, jakoby Turcja naruszyła niektóre mniej znaczące punkty [illegible] ważniła. K[illegible] także lorda L[illegible]ftusa, który słowa carskie w Liwadji wziął za dobrą monetę.

Austrja i Węgry.

Wiedeń 27. stycznia. *Wiener Ztg.* ogłasza reskrypt, rozwiązujący sejm tyrolski, i rozpisujący nowe wybory. Było to rzeczą naglącą, bo jak donieśliśmy, w skutek nieuchwalenia budżetu krajowego, władze podatkowe odmówiły ściągania dodatku na potrzeby krajowe.

Ministrowie austrjaccy wrócili dnia 26. b. m. z Pesztu do Wiednia. *Pester Lloyd* z tegoż dnia konstatuje, że rokowania jeszcze nie zostały zerwane. Rząd węgierski odmówił wdawania się urzędowego w jakiekolwiek układy z Nationalbankiem i uważania go za czynnik równorzędny. Pozostawia on to zupełnie gabinetowi wiedeńskiemu i jeżeli ten nie potrafi z Nationalbankiem poradzić sobie w ten sposób, aby istotna treść stypulacyj majowych nie była naruszoną, natenczas rządowi węgierskiemu nie pozostanie nic, jak przystąpić do założenia banku samoistnego. Czy zaś korona da na to sankcję, lub czy powierzy dalsze układy osobistościom bardziej neutralnym od teraźniejszego gabinetu, to przekracza zakres teraźniejszej dyskusji.

Br. Wenkheim, minister węgierski przy boku cesarza, biorący także udział w ostatnich naradach peszteńskich, przybył do Wiednia razem z cesarzem, a Szell i Tisza mieli tam zjechać w niedzielę na dwa dni.

Dzienniki wiedeńskie potwierdzają, dziś, że sesja Rady państwa na marzec ma być przerwaną, aby zrobić miejsce sesji sejmowej.

* Komisja podatkowa wiedeńskiej Izby posłów obradowała d. 26. bm. nad §. 25 projektu o podatku osobowo-dochodowym; paragraf ten tyczy się atrybucji komisji reklamacyjnej, która jest postawioną nad komisjami szacunkowemi. Między innemi będzie ona mieć prawo, wglądać do książek rachunkowych podatkującego. Rozprawa nad tym paragrafem, w której p. Krzeczunowicz zabierał głos kilka razy, była tak chaotyczną że do żadnej uchwały nie przyszło.

W Izbie węgierskiej spodziewano się ze strony lewicy interpelacji, jak stoją rokowania w sprawie bankowej, lecz do soboty nie nastąpiło to.

[R]ada państwa.

228. posiedzenie Izby deputowanych.

Wiedeń 27. stycznia.

(*Własne sprawozdanie Dziennika Polskiego*).

Na ławie ministrów obecni wszyscy członkowie gabinetu. Hr. Tarnowski otrzymuje 5tygodniowy urlop.

W dalszym ciągu obrad nad ustawą przeciwko fałszowaniu win sztucznych, sprawozdawca Seidl stara się zbijać zarzuty openentów i odczytał kilka zdań ludzi fachowych. Przy głosowaniu uchwalono jednak przejście do porządku dziennego większością 138 głosów przeciwko 50.

Z porządku dziennego następuje 76 petycyj co do drogi żelaznej z Lublany do Karlstadtu, a ewentualnie, do Josephsthal. Sprawozdawca Wedl wnosi, by petycje te odesłano rządowi do ocenienia (*Würdigung*). Izba przyjmuje ten wniosek.

Następnie, zamiast Dr. Dworskiego, referuje br. Sutthner sprawę powiększenia majoratu hr. Thürheimów, przez zamianę gruntów leśnych. Izba zgodnie z komisją zgadza się na żądanie ordynata.

Dep. Schwabe jako sprawozdawca referuje projekt ustawy o taryfach maksymalnych przewozu osób na kolejach żelaznych. Pp. Schaup i Auspitz przemawiają za przyjęciem wniosku komisji, krytykując sposób, w jaki przedmiot ten był dotychczas traktowanym, a mianowicie to, iż przesądykowano uchwale Izby rozporządzeniem administracyjnem. Po tych przemowieniach zamknięto posiedzenie, naznaczając następne na **wtorek**. Porządek dzienny: 1. Dalszy ciąg przerwanej dyskusji. 2. Budowa kolei z Czerniowiec do Nowosielicy. 3. Ustawa o postępowaniu egzekucyjnem względem nieruchomości.

Kronika.

Lwów d. 29. stycznia

(z) **Mianowania.** Minister sprawiedliwości mianował sędziego powiatowego w Żurawnie Ludw. Słotwińskiego radcą krajowym przy sądzie obwodowym w Samborze.

Interpelacja. Rada m. Lwowa mianowała nauczycieli przy zorganizowanych dwóch szkołach w śródmieściu jeszcze 19. października 1876 i przedłożyła dotyczące akta Radzie szkolnej krajowej do zatwierdzenia.

Tymczasem obiedwie te szkoły są od kilku miesięcy w stanie przechodowym, bo nauczyciele nie są na swoich właściwych posadach, i z dnia na dzień wyczekują dekretów, przeniesienia i wyższej płacy. Dziwi nas to bardzo, dla czego władza szkolna będąca w miejscu, zwleka tak długo tę sprawę zatwierdzenia, a tem samem tak mało dba o dobro dwóch zakładów i podwładnych sobie nauczycieli.

Stan powietrza. Dziś 29. — 9° R. Pogoda.

(nt) **Kronika balowa.** Na sobotę zapowiedziane były oprócz balu technickiego na dochód bratniej pomocy techników — wieczorek z tańcami w kasynie mieszczańskiem, przedstawienie amatorskie i tańce w kasynie izraelickiem, wieczorek z tańcami w towarzystwie rękodzielników „Gwiazda," bal na kolei i mnóstwo prywatnych wieczorków.

Po kolei wspomnieć nam wypada o rezultacie każdej zabawy. Bal technicki zrobił fatalne fiasco. Komitet poczynił wszystko w celu uświetnienia balu, tymczasem o godz. 10ej zgromadziło się w sali zaledwie 60 osób. Czekano — nareszcie rozpoczęto o godzinie po dziesiątej bal polonesem, do którego stanęło razem 15 par. Na czele prof. Strzelecki z hr. Potocką, małżonką namiestnika. Po polonezie nastąpił walec, przy którym jedna z pań tak nieszczęśliwie upadła, iż opuściła bal natychmiast. Do kadryla stanęło 14 par. Po odtańczeniu tegoż o godz. wpół do dwunastej naliczyliśmy w sali 18 pań, 20 komitetowych z różowemi kokardami, 10 gospodarzy z niebieskiemi i kilkunastu techników. Z gości wymieniamy hr. Potocką, księżnę Thurn-Taxis, komenderującego hr. Neipperga (bez rodziny), księcia Thurn-Taxis i jenerała Greinera. Bawiono się do godziny 2ej, tańczono nawet kotyljona. Niedobór ma wynosić [illegible] Na balu była królową ogólna krysis finansowa, wszę[illegible]dzie widzieć można było brak humoru.

Wieczorek w kasynie mieszczańskiem wypadł więcej niż świetnie. Tańczyło 126 par do godziny 6ej rano. Bawiono się pomimo ścisku ochoczo, z humorem i werwą.

Bal „Gwiazdy" i kolejowy wypadły wybornie, bawiono się do rana. W kasynie izraelickiem tańczono po przedstawieniu do 4ej godziny.

Bal maskowy, który d. 1. lutego w obu salach teatralnych urządza tutejsza ochotnicza straż pożarna, będzie pierwszym w tegorocznym karnawale. Wczoraj ogłoszono plakatami program jego. Obejmuje on liczne produkcje, które mają zająć i rozweselić publiczność. Ceny wstępu w porównaniu z ubiegłym rokiem są cokolwiek podwyższone. Wydział towarzystwa strażackiego chciał, ale nie mógł tego uniknąć, ponieważ za wynajem sal musiał zapłacić czynsz o 20% wyższy. Zamówienia na bilety do miejsc zamkniętych są już dziś bardzo liczne, co przypisać należy wziętości ogólnej, jaką się cieszą reduty strażackie. Tegoroczna pod względem zabawności obiecuje przewyższyć wszystkie poprzednie. Szczególnie ostatni punkt programu (festyn w Gołogórach na cześć pp. Rosenklotza i Violinduftа, eksbankierów z Börsenburga wracających w rodzinne progi — pantomima wokalno-choreograficzna z oryg. muzyką żydowską) zdoła rozruszać największego tetryka.

(c) **Odczyt dr. Burzyńskiego.** Dnia 27. bm. miał dr E. Burzyński odczyt „O cywilizacji w Chinach." Opisawszy jeograficzne położenie kraju, klimat, faunę i florę Chin, jako też właściwości rasowe, wykazał, że państwo to istniejące 4000 lat, które przetrwało niejedną burzę, zasługuje na to, aby o niem więcej wiedziano, niżeli jak dotychczas tylko, że to kraj zastoju i warkocza, lub ojczyzna herbaty i porcelany.

Wykazał, jak się ma rzecz z tym mniemanym zastojem, który podobało się jednemu z nowszych historyków (Kolb) nazwać nawet „skamieniałością" (Versteinerung). Państwo chińskie przetrwało niejedną burzę zewnętrzną i przechodziło w swoim rozwoju cywilizacyjnym takie same walki wewnętrzne jak i państwa europejskie. — Mówił dalej o życiu państwowem, o religji, o obyczajach i zwyczajach w Chinach i wykazał, że państwo chińskie wszystko prawie co posiada, zawdzięcza sobie. — Dość licznie zgromadzona publiczność słuchała z natężoną uwagą do końca jasnych wywodów prelegenta, mimo, iż wykład trwał półtorej godziny.

(z) **Posiedzenie** Towarz. przyrodników polskich im. Kopernika odbędzie się jutro 30go o godz. 6 wieczorem w sali uniwersyteckiej N. IV (1 piętro). Na porządku dziennym: 1) Wykład pr. T. Ciesielskiego: o bakterjach zgnilcowych. 2) Wykład pr. dr. Radziszewskiego: wyniki dalszych badań nad świeceniem ciał organicznych. 3) Pr. Niedźwiedzki przedłoży niektóre minerały galicyjskie. 4) Sprawozdanie komisji statutowej.

Sekcja techniczna Towarz. im. Kopernika z powodu wyż ogłoszonego nadzwyczajnego posiedzenia odbędzie swe posiedzenie w piątek 2 lutego.

† **Emilja baronowa Dormus,** urodz. Kilian, małżonka feldmporuczn. Dormusa, umarła na ospę w sobotę 27go o godz. 1 w południe. Pogrzeb odbył się wczoraj o godz. 3½ z południa, orszak pogrzebowy był bardzo liczny, na czele postępowała muzyka wojskowa, kilka bractw kościelnych i około 150 księży. Za trumną widzieliśmy rodzinę zmarłej, całą jeneralicję lwowską, mnóstwo oficerów i bardzo wiele publiczności.

Szkoła języka niemieckiego dla kobiet. Z dniem 16 lutego br. otwiera p. Köstlich kurs nauki języka niemieckiego dla kobiet. Kurs trwa 9 miesięcy.

Na 10 uczenic płacących przyjmuje bezpłatnie dwie. Zgłaszać się można codzień od god. 3½ z południa przy ul. Ormiańskiej l. 16 I piętro.

(z) **Ogień kominowy.** Wczoraj o godz. 3½ przy ul. Jagiellońskiej rozległ się okrzyk „pali się." W mgnieniu oka mnóstwo ludzi zgromadziło się na miejscu pożaru, który na szczęście wybuchł tylko w kominie farbiarni Sołtysa, naprzeciw cukierni Wężowicza. Ogień nie groził wcale sąsiadom, między publicznością widzieliśmy jednak zdziwione, zastraszone twarze, a to z powodu, że nie mogły sobie wytłumaczyć przyczyny pożaru. Nad farbiarnią Sołtysa sterczy wysoki komin, z którego nagle zaczął buchać silny ogień. W domku tym parterowym znajduje się jeszcze prócz farbiarni Sołtysa skład nafty Miączyńskiego i sklepik, wszystkie te 3 sklepy były zamknięte i nikogo w domu nie było, gdyż wyszli na pogrzeb jenerałowej Dormus.

Po 5 minutach pożar ustał bez jakiegokolwiek ratunku. Publiczność zdumiała. Przybyły straże ogniowe, miejska i ochotnicza, było jednak już po wszystkiem, ogień bowiem powstał w skutek nagromadzonej sadzy, która się wypaliła co na szczęście nie miało dalszych skutków złowrogich.

Kronika teatralna. W teatrze hr. Skarbka dzisiaj 29go „Wielki człowiek do małych interesów" komedja w 5 aktach.

* Jutro 30go „Aida" opera w 4 aktach Verdiego.

* Pojutrze 31go po raz piewszy „Dwie miary" komedja w 1 akcie. Zofji Mellerowej, nagrodzona na konkursie krakowskim — „Flis" opera Moniuszki w 1 akcie, w której w roli tytułowej wystąpi p. Cieślewski — i „Wesele w Ojcowie" balet złożony z tańców narodowych, układu Kosińskiego.

Pożar. D. 25. stycznia 1877 zgorzała karczma w Chełmcu powiecie N. Sądeckim, która była zabezpieczoną. Ogień miał powstać z podpalenia.

W Krasiczynie odbył się dnia 23. bm. ślub p. Stan. Żółtowskiego, syna Franciszka Żółtowskiego i Zofji z hr. Zamojskich, z księżniczką Marją Sapieżanką, córką ks. Adama Sapiehy i Jadwigi z książąt Sanguszków. W zamku krasiczyńskim zgromadzili się najbliżsi krewni. Ojciec panny młodej ks. Adam Sapieha nie powrócił dotychczas całkowicie do zdrowia.

Zator 26 stycznia. Dnia 2 lutego br. odbędzie się walne zgromadzenie członków czytelni zatorskiej w celu wysłuchania sprawozdania z czynności całorocznej wydziału, stawiania wniosków przez członków i wyboru nowego wydziału, na które zaprasza się członków zamiejscowych. W taki to sposób Zator zamyśla się bawić w tym karnawale.

Kuty 22 stycznia. (Sprawozdanie z 23go walnego zebrania kosowskiego towarz. prawniczego, odbytego w Kutach dnia 20. bm.) Posiedzenie odbyło się przy bardzo licznym komplecie. Po odczytaniu i przyjęciu protokółu z poprzedniego posiedzenia zdawał dr Szumlański sprawę z ustaw i rozporządzeń, ogłaszanych od czasu ostatniego walnego zebrania. Pan Hrab odczytał następnie obszerne sprawozdanie z czynności towarzystwa w r. 1876, które zgromadzenie przyjęło do wiadomości. Załatwiano [illegible] chwalono budżet towarzystwa na r. 1877.

W końcu przystąpiono do wyborów prezesa i wydziału na r. 1877. Wybrani: prezesem dr Karol Wurst, członkami wydziału: Seweryn Chrząszczewski, Wiktor Hrab, Frydryk Kloss i dr Juljusz Szumlański; zastępcami: Stanisław Frank, Włodzimierz Mandyczewski, Juljusz Turteltaub i Teofil Zawadowski.

(ng) **Jasło** 28 stycznia. W celu utworzenia funduszu na założenie bursy dla ubogich uczniów gimnazjum jasielskiego odbędzie się tu bal 6. lutego w sali towarzystwa kasynowego. Przygrywać będzie muzyka wojskowa 13go pułku. Cena biletu pojedynczego wynosi 2 gld., familijnego 5 gld. Biletów dostać można za okazaniem zaproszenia w biórze jasielskiej rady powiatowej i magistratu, a w dniu balu przy kasie.

Warszawa 27. stycznia. (Różne wiadomości.) Pod tytułem *Zdrowie* zacznie wychodzić wkrótce pod redakcją lekarzy tutejszych: Brzezińskiego i Dobrskiego, czasopismo dwutygodniowe, poświęcone sprawom hygieny. Koncesja na rzeczone pismo zostało już udzielone.

Komunikacja na kolei południowej rossyjskiej według otrzymanych w Warszawie w dniu wczorajszym wiadomości została już przywróconą.

Dr. Strousberg, jak donoszą z Moskwy do gazety *Petersburskie Wiedomosti*, upadł zupełnie na duchu, z powodu, że wykonanie na nim wyroku wydanego przez sądy, t. j. banicja z Rossji zostało odłożone na czas nieograniczony. Przeciwko dalszemu uwięzieniu swemu dr. Strousberg protestował z tej zasady, że ponieważ ani on ani prokurator nie apelowali od wyroku, więc tenże jest prawomocnym — udał się także z prośbą do rządu niemieckiego o pomoc, ale tenże odmówił wszelkiego mięszania się do sprawy. Strousberg zatrzymany jest w Moskwie w charakterze świadka niezbędnego przy powtórnem sądzeniu sprawy banku moskiewskiego.

Dzieł Tańskiej wydawanych pod redakcją ś. p. Żmichowskiej wyszedł tom X. i zawiera „Karolinę," arcydzieło Hofmanowej.

Dochód z balu na dochód szpitala dziecinnego wynosił brutto 2.177 rs., w tej cyfrze 525 rs. naddatków. Wydatki wynosiły 542 rs. 50 k. Czysty dochód przyniósł rs. 1634 kop. 50.

Technolog W. Andrzejewski, jak donosi *Korespondent Płocki*, wynalazł oddzielnego rodzaju cement, na pokrycie ścian budowli drewnianych, w celu uchronienia takowych od wilgoci i zapewnienia mieszkańcom ciepła. Ściany pokryte rzeczonym cementem, wyglądają jakby stanowiły polerowany różnokolorowy marmur, co czyni zbytecznem malowanie lub tapetowanie. Koszt zaś cementu jest w ogóle mniejszy jak innego rodzaju malowania ścian, tem bardziej, iż w ciągu wielu lat nie wymaga odnawiań, jak tapety i t. p. Wynalazca stara się o przywilej tak na Rossję jak i państwa zagraniczne, a następnie ma zamiar otworzyć fabrykę tegoż cementu.

Zurych 23. stycznia. (Obchód 14. rocznicy powstania narodowego w Zurychu). Dnia 22. stycznia Polacy w Zurychu zamieszkali obchodzili uroczyście 14tą rocznicę powstania narodowego, pod przewodnictwem p. Michalskiego, prezesa Towarzystwa Bratniej pomocy. Po przeczytaniu telegramów i listów, pomiędzy któremi znajdował się od hr. Platera, zagaił posiedzenie, oddając hołd patrjotyzmowi poległych w walce, bez zasobów i broni, podjętej z rozpaczy.

Odtąd moskiewsko-niemiecka zasada „siła przed prawem" nie w jednej Polsce znalazła swoje zastosowanie, i próżnia, która od podziału Polski zapełnioną być nie mogła, coraz się rozszerzając, przyprowadziła Europę do jej stanu dzisiejszego. Na wschodzie ma się rozwiązać kwestja od kilkudziesięciu lat odwlekana, tak dla niej ważna. Moskwa wierna swej tradycyjnej przewrotności, tak postępuje w Stambule jak niegdyś w Warszawie. Mocarstwa dotąd nie chcą użyć jedynego środka rozwiązania kwestji wschodniej przez przywrócenie bytu niepodległego Polsce. Jednakże dzisiaj stan rzeczy i zbliżająca się wojna nakazują wielką baczność narodowi naszemu, aby nie został wypadkami zaskoczony. Przygotować się do nich powinien coraz większą solidarnością i łącznością, porzuceniem swarów i stronniczych dążności, aby w danym razie wszyscy stanowili jednolitą masę posłuszną głosowi narodowemu. Tak postępując zasłużymy na szacunek u obcych i u swoich, spełniając najświętszy obowiązek wobec uciemiężonej Ojczyzny!

Nr. 26. We Lwowie, Piątek dnia 2. Lutego 1877. **Rok XVI.**

Wychodzi codziennie o godzinie 7. rano, z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych.

Przedpłata wynosi:

MIEJSCOWA kwartalnie . . . 8 złr. 75 cent.
" miesięcznie . . . 1 " 80 "
Za miejscowa " . . . 1 " 70 "

Z przesyłką pocztową:

Kwartalnie w państwie austrjackiem . 5 złr. — ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej .
" Francji . . . .
" Belgii i Szwajcarji . . . . po 7 złr. 50 cnt.
" Włoch, Turcji i księt. Naddu.
" Serbii . . . .

Numer pojedynczy kosztuje 8 centów.

GAZETA NARODOWA

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują: We LWOWIE bióro administracji „Gaz. Nar.“ przy ul. Sobieskiego l. 12. (dawniej nowa ul. l. 201) i ajencja dzien. W. Piątkowskiego, ul. Hetmańska nr. 10 (i handel papieru A. Dulskiej). Ogłoszenia w PARYŻU przyjmuje wyłącznie dla „Gazety Nar.“ ajencja p. Adama, Carrefour de la Croix, Rouge 2. prenumeratę zaś p. pułkownik Raczkowski, Faubourg, Poissonniere 33. W WIEDNIU pp. Haasenstein et Vogler, nr. 10 Wallfischgasse, A. Oppelik Stadt, Stubenbastei 2. Rotter et Cm. I. Riemergasse 13 i G. L. Daube et Cm. I. Maximilianstrasse 3. W FRANKFURCIE nad Menem w Hamburgu pp. Haasenstein et Vogler. OGŁOSZENIA przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem. Listy reklamacyjne nieopieczętnowane nie ulegają frankowaniu. Manuskrypta drobne nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

Lwów dnia 2. lutego.

Wrzawa, której narobiono z powodu nieobsadzania dotąd dyrekcji w dwóch lwowskich szkołach ludowych, niesłusznie skierowaną została przeciw krajowej Radzie szkolnej, związana bowiem ściśle z tą sprawą sprawa dwóch nauczycieli, spadłych z etatu, zalega w ministerjum we Wiedniu.

Hr. Mieroszowski, członek Izby posłów, przesyła nam sprostowanie, w którem oświadcza, że mylnem jest doniesienie, jakoby głosował za wnioskiem p. Kowalskiego, gdyż podczas tego głosowania nie był w Izbie obecny.

Pod jakiemi auspicjami ministrowie węgierscy do Wiednia jechali, okazuje list *Pester Lloyda* z Wiednia d. 28. zm.: „Położenie co do sprawy bankowej, w niczem nie jest zmienione; dopiero po przybyciu ministrów węgierskich do Wiednia, może się ono naprzód posunąć albo w tył cofnąć. Widoki porozumienia także się nie zmieniły, a jeżeli mimo to nie jest straconą nadzieja dojścia do skutku, to zapewne dlatego, że ostatniemi czasy bank narodowy miał się okazać więcej uprzejmym; ale i na to dowodów namacalnych niema. Natomiast coraz pewniejszem się okazuje, że cały punkt ciężkości położenia i akcji w banku nar. spoczywa, i że postępowanie banku stanowczo wpływa na ministrów austrjackich, tutaj bowiem upatrują w banku nar. w najkategoryczniejszej formie nieusuwalną podstawę ekonomiczną. Ale im dokładniej wie o tem bank nar., tem mniej można się spodziewać aby się nakłonił do stypulacyj majowych, gdyż od czasu chwiejności obu rządów bardzo zhardział. Jeżeli się przeto uda rządowi austrjackiemu sprowadzić zwrot w kołach bankowych, to zapewne nadzwyczajnej używał presji. Już w tych dniach nastąpi decyzja, bo nikt nie chce i nie może dłużej czekać.“

Z drugiej strony półurzędowa austrjacka *Bohemia* doniosła:

„Będzie głównie chodziło o wybadanie, o ile by bank zechciał uwzględnić polityczne stosunki, z prawno-politycznego związku obu połów monarchii wypływające, i przyczynić się do zadowalniającego obie strony wyniku. Ministrowie austrjaccy już kilkakroć mieli sposobność oświadczyć, że stanowisko banku jest oraz parlamentu stanowiskiem, i że parlament może nie przyjmie modły, na którą bank się zgodzi, ale z pewnością odrzuci każdą modłę, którą bank za niepodobną do przyjęcia uzna. Węgry ze swojej strony nie chcą przyznać konieczność dalszych z bankiem rokowań; nie chcą brać w nich udziału, ale też przeszkadzać im nie będą, aby ostatniej nie zagradzać drogi, mogącej jeszcze doprowadzić do ugody.“

Pewnem jest dalej, że i bank nie chce słyszeć o prowizorjum, a tem mniej rząd węgierski; ugoda bankowa musi stałą otrzymać formę, inaczej mogą się rozlecieć obecne stosunki parlamentarne w Węgrzech. Opozycyjna lewica węgierska bowiem dlatego zlała się z prawicą w jedno stronnictwo, aby przeprzeć żądania węgierskie co do odnowienia ugody z Austrją. na tej podwalinie powstał i stoi gabinet Tiszy.

Jak wiemy, na poufnej pogadance ministrów austrjackich i węgierskich z d. 29. z. m. miano uchwalić czas i miejsce konferencji urzędowej, i jak wnosić można ze *Starej Pressy*, uchwalono ją odbyć nazajutrz po południu. Do tego jednak nie przyszło. Rano dnia 30. z. m. mieli osobną naradę ministrowie węgierscy, na której był podobno obecny także br. Wodianer, jeden z dygnitarzy banku węgierskiego a oraz magnat węgierski, bardzo lubiany u Węgrów. Zamiast konferencji urzędowej odbył się po południu obiad u p. de Pretisa (ale nie schadzka u p. Brestla) na cześć ministrów węgierskich, na którym oprócz obopólnych ministrów byli także pp. Pipitz gubernator, Wodianer wicegubernator i p. Lucam jeneralny sekretarz banku narodowego. Według *Fremdenblattu* celem tego obiadu było sprowadzić nieurzędowo ministrów węgierskich z matadorami banku nar., i zapewniają, że „istnieje projekt pośredniczący, pomijający wszelkie prowizorjum, i że jest nadzieja, iż wszystkie dotyczące czynniki na ten projekt przystaną. Czy zaś i kiedy nastąpi formalna konferencja ministerjalna, to nie wiadomo.“ Że taki obiad u p. de Pretisa się odbędzie, wiedziano w Peszcie już dzień zaś przed tem. Projekt ma pochodzić właśnie od banku nar. Odsyłamy zresztą do tego, cośmy wczoraj na czele „Ost. Wiad“ powiedzieli.

Nie mamy jeszcze przed sobą rządowego projektu ustawy o zmianę trzech rajchsratowych okręgów wyborczych w Galicji, na posiedzeniu Izby posłów z d. 30. zm. przedłożonego. Rozprawa ogólna nad projektem rządowym ustawy o taryfach maksymalnych na kolejach żelaznych została skończoną. Minister handlu słusznie bronił prawa ustawodawstwa do normowania tych taryf. W rozprawie szczegółowej stawiano wnioski do art. I. i II. o zniżenie ceny biletów 3. klasy, o dodawanie także wagonów 3. klasy do pociągów pospiesznych, i o zabronienie kolejom subwencjonowanym wydawania wolnych biletów. Odesłano to wszystko napowrót do komisji kolejowej. Na końcu posiedzenia wniesiono arcyważną interpelację, podpisaną przez stronnictwo prawa i przez dwóch ultracentralistów (br. Walterskirchen i br. Zschock), do ministra sprawiedliwości, kończącą się dwoma zapytaniami:

1. Czy już wytoczono śledztwo karno-sądowe z powodu karygodnych uczynków, w broszurze *Lasser, genannt Auersperg*, jasno i szczegółowo wskazanych, albo czy przynajmniej p. minister zamierza je wytoczyć?

2. Jeżeli jednak nie istnieje zamiar wytoczenia śledztwa, to z jakich powodów i na jakiej prawnej podstawie minister sprawiedliwości zamierza usprawiedliwić to niewytaczanie?

Broszura ta wyszła w Niemczech (w Ambergu i Lipsku), i wykazuje zbrodnicze postępki niektórych banków austrjackich, zwłaszcza chabrusowych.

P. Eichhoff, przewodniczący komisji podatkowej Izby posłów, miał w poniedziałek posłuchanie u cesarza. Cesarz miał podnosić ważność zadania tej komisji, i wyrazić życzenie, aby się jak najrychlej uwinęła z projektem ustawy o osobistym podatku dochodowym.

Z posiedzenia komisji ekonomicznej z d. 30. zm., w sprawie brodzkiej, mamy tylko tyle szczegółów, że zabierali głos pp. Neuwirth, Kallir, Liebig, Dunajewski, Mendelsburg (obaj za zniesieniem wolnego okręgu), Teuschl i minister handlu, i że w końcu przyjęto wniosek Neuwirtha, aby na teraz nie przystępywać do rozprawy szczegółowej nad tym projektem ustawy (zniesienia wolnego okręgu brodzkiego). W samej rzeczy, jak wczoraj przewidywaliśmy w „Ost. Wiadm.“, uzasadniano tę uchwałę tem że przyjmując ustawę, zrobionoby ustępstwo Moskwie, nie otrzymawszy nic od niej w zamian. Naturalnie jest to tylko wybieg, który zapewne w pełnej Izbie się nie utrzyma.

Lasserowska *Stara Presse* nie bardzo przychylnie wita znany wniosek Lubiszy, w sejmie dalmackim postawiony; podsuwa mu jakieś tajemne zamiary polityczne odnośnie do Bośnii i Hercegowiny. Że rząd austrjacki nie życzy sobie przyjęcia tego wniosku, to naturalne, bo byłby to nowy sęk w sprawie ugody z Węgrami. — Jak już wiemy, mandat Lubiszy został unieważniony. Telegram *Starej Pressy* z Zadaru powiada, że był to skutek terroryzmu większości — jak gdyby większość siebie samą terroryzować potrzebowała! — i tak streszcza mowę, w której Lubisza bronił swego mandatu i swojej czynności politycznej: „Kiedy Czesi w r. 1870 do Rady państwa nie przybyli a Kroaci w r. 1872 z Węgrami o Dalmację a bez Dalmacji z Węgrami się ułożyli, przeszedłem do obozu ministerstwa Auersperga, które trzymało się stanowiska austrjackiego (czy w tej sprawie?) Jeżeli ministerjum nie dało Dalmacji tego, czego sobie ten i ów życzył, dało przecie to, czego sobie wszyscy życzyli, tj. kolej żelazną i regulację Neretwy, tudzież rozporządzenia o równouprawnieniu języka słowiańskiego (a czy pozwoliło wykonania?) Jeżeli ministerjum teraz jest oszczędnem, winni temu tylko federaliści (!) Nie prosiłem rządu o żadne łaski dla siebie, tylko jedynie dla kraju. Jeżeli byłem przedsiębiorcą kolejowym, to nie była to żadna łaska (ale czy budował Lubisza?), i nie było to niezgodne z moim urzędem (marszałka sejmowego), inaczej bowiem mój spólnik nie zostałby mianowany wicemarszałkiem sejmu (ten w istocie jednak budował kolej.) Życzę krajowi, aby ręka w rękę szedł z rządem. Nie żalby mi było mego wykluczenia z sejmu, byleby tylko posłużyło to ku jedności, ale obawiam się, że będzie to początkiem zgonu stronnictwa narodowego. Muszę wyrazić moje ubolewanie, że nowy marszałek sejmu ponownie wstąpił do klubu federalnego. Uciszcie swoje namiętności, bądźcie dla narodu wyrocznią ku dobremu, a nie narzędziami ludzi próżnych, którzy zapominają, że krok tylko od Kapitolu do skały Tarpejskiej.“ Wojując fałszami, Lubisza za jedyną wytyczną dla sejmu wskazał interesiki materjalne, i skończył obelgą! Tak kończą zwykle zaprzańcy sprawy narodu!

— —

W sprawie koncesji dla narodowości polskiej, zapowiadanych od kilku tygodni a o których krążą ustawicznie pogłoski w Warszawie, donoszą z Petersburga, iż rzeczywiście takowe nastąpią. Nie będą to jednak koncesje zasadnicze, rozporządzenia i ustawy bowiem które wydane zostały po roku 1864 i całkowicie przekształciły postać Królestwa Polskiego, nie mają być cofnione, lecz tylko zmodyfikowane. Jest to zresztą systemem rządu moskiewskiego nie odwoływać tego co się raz zrobiło. Przypominamy, iż Mikołaj po roku 1831 zniósłszy konstytucję w Królestwie Polskiem i zaprowadziwszy nato miast tak zwany statut organiczny, nie wprowadził go później w wykonanie, gdyż zdawało się mu, że zawiera zbyt wiele praw gwarantujących autonomię Polaków. Nie cofnął go jednak, obowiązuje on nawet do dzisiaj prawnie, od samego jednak początku był martwą literą i uchylony został późniejszemi rozporządzeniami, które znowuż nie będąc cofnięte *indirecte*, zostały skasowane dalszemi rozporządzeniami. Tak ciągle postępując utworzył się chaos prawny, w którym rząd moskiewski, nieodwołując żadnego z istniejących ustanowień i praw, może przecież zrobić je całkowicie bezwładnemi przez wydanie rozkazu stosowania się do nowych rozporządzeń.

Głównymi przeciwnikami koncesji w duchu narodowym dla Polski są w Petersburgu Nabokow, Milutyn i cała klika, która doskonale się obławia przy chaosie panującym, a która nawiasem powiedziawszy, pogrążyła carat w dzisiejszą bezsilność, w tak jaskrawych barwach występującą z powodu przygotowań do wojny z Turcją.

Kwestja naczelnego dowództwa armii operacyjnej przeciwko Turcji, dotąd nie rozstrzygnięta. W. ks. Mikołaj zawsze jest chorym, Niepokojczycki jest za starym, toż samo i Kotzebue; Barjatyński chory, jenerał Krzyżanowski zdolny na dyrektora policji a nie na dowódzcę armii, jednem słowem, Moskwa niema jenerała. Pomimo tego uzbrojenia postępują, coraz to nowe pułki wysyłają nad Prut i do rezerwy armii operacyjnej, i wszyscy są przekonania o prędko mającej wybuchnąć wojnie.

Turcja, którą zrazu tak lekceważono, pokazała się groźniejszym nieprzyjacielem niż myślano. Z jej śmiałej, prawie rewolucyjnej polityki szydzą Moskale w swoich dziennikach, ale rzeczywiście się jej boją, zwłaszcza że spodziewają się, iż ugodzi ona w najsłabszą stronę caratu, t. j. podniesie sprawę polską. Moskale przeczuwają, iż sprawa ta stać się może piętą Achilesa. Tymczasem na całem terytorjum Polski pod zaborem moskiewskim panuje najzupełniejsza cisza. Polacy nie myślą o żadnych eksperymentach, o żadnych próbach, wiedzą oni bowiem dobrze, iż Moskwa przez swoją niedorzeczną a prześladowczą politykę względem Polaków, sama się ukarze bez ich przyczynienia się. Wszakżeż już w Serbii, gdy Moskale podjęli sprawę słowiańską, sprawa ta upadła w ich ręku jedynie dlatego, iż postępowanie nieprzyjaźne z Polakami zrodziło nieprzepartą nieufność do Moskwy nietylko w Europie, ale i między Słowianami, jak się to okazało w samej Serbii. Polacy zachowali bierność i milczenie, ponieważ jednak nie stanęli obok Moskwy, gdy ta chwyciła sztandar słowiański, sztandar ten wypadł z jej ręki. Tak samo będzie i w drugiej fazie kwestji wschodniej obrony ludów chrześciańskich, pod Turcją zostających, którą Moskwa rozpocząć zamierza. Wewnątrz caratu agitacje socjalistyczne i aspiracje konstytucyjne nie ustają. Śledztwa, procesa i wyroki są na porządku dziennym. Proces nihilistów jeszcze nieskończony. Proces skopców w Melitopolu skończył się wyrokiem, skazującym stu trzydziestu oskarżonych do Syberji.

Pod rządem pruskim Polacy jednakowo zawsze są prześladowani. W następnym numerze przytoczymy fakta tego prześladowania, dzisiaj nadmienimy tylko, iż w wyborze powtórnym ściślejszym w powiatach toruńskim i chełmińskim, gdzie zwycięztwo ważyło się pomiędzy Polakiem Sczanieckim a Niemcem Gerhardem, zwycięztwo zostało przy tym ostatnim. Sczaniecki miał 10.155 głosów, Gerhard 10.301, Gerhard więc wybrany z tych powiatów posłem do parlamentu niemieckiego większością 146 głosów.

Pokojowe usposobienie Moskwy.

Od kilku dni powiał pokojowy wiatr w dziennikach moskiewskich. Piszą w duchu, jakby Moskwa ani przedtem ani teraz nie myślała nigdy o wojnie. Nawet z powodu rokowań pokojowych między Turcją a Serbją i Czarnogórą inspirowane dzienniki moskiewskie radzą obu księstwom zawrzeć pokój. A wobec Turcji przybierają stanowisko to samo prawie, które zajęły inne mocarstwa po rozbiciu się konferencji, to jest stanowisko, wyczekujące, jak Turcja załatwi spory ze Serbją i Czarnogórą, i czy przeprowadzając konstytucję nową, uczyni zadość żądaniom mocarstw co do równouprawnienia chrześcian. Ucichły nawet pogłoski o zapowiadanym z Petersburga okólniku Gorczakowa, mającym czy to wszystkie mocarstwa europejskie, czy specjalnie trójcesarskie przymierze zapraszać do wspólnej akcji w sprawie wschodniej.

I na tej to podstawie wiele dzienników europejskich, a głównie półurzędowych zaczyna szerzyć nadzieję, ba nawet pewność utrzymania pokoju. Niezawisłe dzienniki zaczynają wierzyć w pokojową sytuację, złudzone oświadczeniami oficjalnych organów Moskwy. Półurzędowe, lepiej poinformowane, widocznie wmawiają w Moskwę, iż jest pokojowo usposobioną. Ale w gruncie rzeczy, nie zmieniło się prawie nic w sytuacji politycznej i Moskwa dotąd od wojny wycofać się nie może, chociażby tego pragnęła, i chociaż jej inne gabinety usiłują odwrót ten ułatwić i złote jej budują mosty. Wycofanie się Moskwy byłoby teraz abdykacją z mocarstwowego stanowiska, i wyrzeczeniem się misji, którą car w mowie swej mianej w Moskwie z taką stanowczością wypowiedział. Po takiem wypowiedzeniu nie ma innej alternatywy, jak tylko spełnić tę świętą misję, jak ją car nazwał, misję wyswobodzenia Słowian, albo złożyć koronę. I tylko z powodu tej jedynie możliwej alternatywy roze-

---

Listy z królestwa Polskiego.

II.

O dobrowolnem ustępstwie w kwestji języka.

W jednym z ostatnich numerów *Dziennika Poznańskiego* przeczytałem artykuł o obojętności mieszkańców Wielkopolski względem języka polskiego, a raczej o łatwych ustępstwach i braku godziwego oporu wobec niemczyzny. Ponieważ w Kongresowem Królestwie dzieje się podobnie z moskiewszczyzną, umyśliłem więc przesłać wam kilka uwag i danych w tej kwestji, która bez wątpienia dostarczyłaby materjału do wielu obszerniejszych i bardziej wyczerpujących artykułów.

Z góry zapowiadam, że twierdzenia ogólne nigdy nie są bez wyjątków, i tu więc dopuszczamy istnienia pojedynczych indywiduów i to licznych, do których zarzut obojętności względem języka rodowitego zastosować się nie da, zawsze jednak, skoro złe istnieje, skoro ujemne fakta zdarzają się i to w liczbie znacznej, sądzę, że obowiązkiem jest prasy, zwrócić na nie uwagę, choć trudno dowieść statystycznie, że źle postępuje większość. Tak jak mniemam, rozumiał i autor wzmiankowanego artykułu, tak i ja sądzę.

Wy zakordonowi, patrząc zdaleka, wyobrażacie sobie, że w Kongresówce wszyscy bez wyjątku żywo czują prześladowanie języka polskiego, że z nienawiścią i „piekłem w duszy“ ulegają przemocy, która na każdym kroku dąży do zagłady naszej mowy ojczystej, zabraniając mówić i pisać po polsku, a natomiast gwałtem zmuszając do mówienia i pisania — ba nawet, gdyby było można — i do myślenia po moskiewsku. Tymczasem, patrząc z blizka na stosunki w Królestwie, nabieramy przekonania, że w wielkiej liczbie wypadków tak nie jest, że są pomiędzy nami obojętni, i jakkolwiek w mniejszości — ale są. Może kiedyś tak było, że nie było złych wyjątków, krótką chwilę, jak to u nas Polaków bywa, gdy zapalamy się i egzaltujemy na czas jakiś, ale prędko potem stygniemy, przechodzimy do obojętności, a nawet częstokroć do gorliwości w kierunku wprost przeciwnym.

Już nawet gazety moskiewskie zrobiły to spostrzeżenie, że władza, jej rozkazy i rozporządzenia, mają wielki, może mimowolny urok dla Polaków. „Tak kazano, tak chce rząd“—wyrazy te nietylko mają urok dla ciemnego pospólstwa (co wiedząc, Moskale przy nawracaniu na prawosławie, jako najważniejszy argument głoszą, że taka jest wola cara), ale powiadam, nawet umysły bardziej wykształcone nie mogą się oprzeć tej zgubnej fascynacji.

„Tak potrzeba“ — wyrazy te uspakajają sumienie i rozgrzeszają.

Poprzestając tylko na sferze języka, możemy twierdzić śmiało, że dziś niejeden mieszkaniec Królestwa uznaje za niezłomny aksjomat, że „język moskiewski w czasach teraźniejszych jest bardzo potrzebny“, a są nawet tacy, co z pewną czcią i nabożeństwem mówią o Moskwie, jako kraju „bogatym“, wzdychają do Petersburga, lub otwarcie głoszą potrzebę zlania się z wielką Moskwą. Zadalekoby nas to zaprowadziło, gdybyśmy chcieli analizować wszystkie te smutne objawy; trzymając się więc naszego zadania, wracamy do języka.

Że język moskiewski jest potrzebny dziś w Królestwie, zaprzeczyć temu trudno, ale ztąd nie wynika, że należy uznawać za pożyteczne i niezbędne wszystkie rozporządzenia rządu, na korzyść tego języka i z pogwałceniem polskiego wydane, ztąd nie wynika, że należy spokojnie i biernie, bodaj nawet z aprobacją, poddawać się wszystkim gwałtownym pod tym względem środkom, albo też dopomagać do skażenia i stłumienia ojczystej mowy. A jednak tak u nas niektórzy czynią. Barbarzyński zakaz używania języka polskiego w szkołach męzkich, a nawet i żeńskich, niejednego nie boli, — owszem, ponieważ przywykliśmy uczyć dzieci od niemowlęctwa po francuzku, zabraniając im mówić po polsku, łatwiej pojmujemy ów gwałt czyniony dziatwie i usprawiedliwiamy go na tej zasadzie, że tak prędzej i lepiej wyuczą się dzieci po moskiewsku. Czy nie warto jednak zwrócić uwagi na to, że tym sposobem dzieci kaleczą swój język i nawet go zapominają? Czy nie godziłoby się, przeciwdziałając temu uciskowi, pracować usilniej nad prywatną nauką języka polskiego, zalecać dzieciom zamiłowanie mowy ojczystej i przestrzeganie jej czystości?

Niestety — o tem wszystkiem nie wszyscy myślą i wielu rodzicom chodzi o karjerę, o promocje i t. d. a o nic więcej.

To samo, co z chłopcami, dzieje się z dziewczętami; gimnazja żeńskie, z których wygnano wszystko co polskie i cały wykład skierowany ku spaczeniu i wynarodowieniu umysłów przyszłych matek społeczeństwa, są przepełnione, a szczytem marzeń niektórych rodziców jest umieszczenie córki w instytucie maryjskim, o którego kierunku i wpływie moralnym, aż nadto znanym, nie ma potrzeby i mówić.

W tym punkcie między pewnymi rodzicami straszne panuje zaślepienie: konieczną jest rzeczą umieć dobrze po moskiewsku, ale rządowi chodzi nie o nauczenie Polaków tego języka, lecz o zniszczenie polskiego, a co do karjery, Polak najlepiej po moskiewsku umiejący, zawsze będzie zajmował liche i podrzędne stanowisko, dopóki nosi polskie imię i co najważniejsza dopóki jest katolikiem.

Pewnika tego dowodzić nie potrzeba: najdokładniejsza znajomość moskiewszczyzny nic nie dopomaga Polakowi do zrobienia karjery, gdyż wszystkie cokolwiek ważniejsze i lepsze posady we wszystkich gałęziach zarządu oddawane są ludziom, których jedyną zaletę stanowią moskiewskie pochodzenie i prawosławie.

Rodzicom niektórym zdaje się, że dla ważnych celów czynią niezbyt ważne ofiary, tymczasem rzecz ma się przeciwnie: dla bardzo nieznacznych korzyści poświęcają to, co dla nas powinno być najdroższem. Lekkomyślność czy też ową „praktyczną gorliwość“ [illegible] niektórzy do tego stopnia, że nie tylko wszelkie piśmienne podania, a nawet podrzędniejsze uwiadomienia, poświadczenia itd. usiłują zawsze pisać po moskiewsku (choć mogliby używać języka polskiego, jako nieznający innego, gdyż pod tym względem dla ludzi prywatnych nie ma dotąd żadnych przepisów), ale nadto w rozmowie ze zwierzchnikami szkół również starają się używać języka moskiewskiego, ba nawet są takie wyrodne matki, które ze swemi dziećmi, w obecności władzy szkolnej, uważają za stosowniejsze mówić po moskiewsku! Prawda że spodleni Polacy nauczyciele pilnują gorliwie, ażeby dzieci mówiły po moskiewsku: słyszeliśmy np. o niejakim Władysławie Skłodońskim, który przez niskie pochlebstwo żąda wypędzenia ze szkół uczniów mówiących po polsku.

Ze szkoły przejdźmy teraz do innych instytucji. Oto np. poczta gdzieindziej uważana za instytucję czysto komunikacyjną, dla wygody publiczności istniejącą, u nas jest władzą, mającą swoje despotyczne wymagania i moskiewskie dążności. W gmachu pocztowym i na wszystkich skrzynkach do listów napisy są wyłącznie moskiewskie, zkąd pochodzi, że rodowici Warszawianie, a zwłaszcza kobiety, nie wiedzą częstokroć, w które drzwi mają udać się za interesem i zmuszeni są pytać o drogę i skazówki przybyszów z Moskwy lub Tambowa! W tym przedmiocie — o dziwo — nawet jedno z pism warszawskich zrobiło raz skromną uwagę, przepuszczoną przez cenzora, który może był wówczas niewywczasowany lub spieszył się na śniadanie.

Na całym świecie wymagają od urzędników pocztowych znajomości, choćby powierzchownej główniejszych języków cywilizowanych, a przedewszystkiem krajowego; u nas zaś w kraju polskim, zwierzchność pocztowa ogłasza urzędownie, że „urzędnicy pocztowi nie mają obowiązku znać innego języka, oprócz moskiewskiego.“ Z tej tak pięknej i postępowej zasady wynikł przed laty kilkoma nakaz adresowania w Królestwie wszystkich listów po moskiewsku. Liberalny *Gołos* z poklaskiem przyjął to śmieszne rozporządzenie, ciesząc się, że będzie to dla Polaków jednym więcej bodźcem do nauki języka moskiewskiego; atoli sam rząd spostrzegł niebawem, że przesadził, i gdy się do niego publiczność nie zastosowała, cofnął to rozporządzenie. A jednak cóż powiecie — do tego właśnie rzecz prowadzę — i dziś jeszcze wiele spodlonych osób, szczególnie z zagranicy adresuje listy po moskiewsku!

Jeszcze fakt jeden: urzędnicy pocztowi, czy to z wyższego nakazu, (podobnie jak urzędnicy innych wydziałów), czy to z własnej gorliwości, zwłaszcza w przytomności zwierzchników (co także jest regułą i w innych wydziałach), mówią między sobą po moskiewsku i do publiczności odzywają się w tymże języku. Otóż bodaj że nie wielu jest takich, którzyby odważyli się powiedzieć takiemu urzędnikowi, że tego języka nie rozumie (tak się już boją, że lękamy się kary za takie oświadczenie), słyszałem nawet jak starcy i kobiety, zupełnie prawie po moskiewsku nie umiejący, usiłowali jednak prowadzić konwersację z urzędnikiem dziwacznie łamaną moskiewszczyzną. To „potrzebne“ i przytem tak rząd kazał!

Bank „Polski“, dotychczas jeszcze to miano zatrzymujący, oddawna używa wyłącznie języka moskiewskiego w korespondencji, blankietach itd. Osoby prywatne mające w banku interesa, usiłują również używać moskiewszczyzny w korespondencjach, podaniach itd., a te, które nie są dość biegłe w tym języku, przyprowadzają ze sobą umiejących. Zresztą interesa pieniężne załatwia w banku, jak wiadomo, ten szczep przeważnie, dla którego, z nielicznymi wyjątkami, obojętnem jest wszystko oprócz pieniędzy, a język jedną z najobojętniejszych rzeczy — to jest żydzi.

W stosunkach z władzami administracyjnemi bywa, mniej więcej, tak samo. Chociaż od czasu do czasu ten lub ów np. rząd gubernialny i ogłasza, że deklaracje na dostawy powinny być pisane po moskiewsku, chociaż niekiedy ten lub ów gubernator (w guście np. dawnego kieleckiego Chlebnikowa lub petrokowskiego Kachanowa) i każe wydrukować w gazetach, że dla braku urzędowych tłumaczów on, gubernator, i rząd gubernialny nie ręczą za szybki i pomyślny skutek podań, pisanych w jakimkolwiek obcym języku tj. nie po moskiewsku; wszelako, bądź co bądź, nie istnieje jeszcze dotąd żadne ogólne prawo, wzbraniające osobom prywatnym używania w stosunkach swych z rządem, swego własnego języka. A jednak wszystkim prawie zdaje się, że będzie lepiej i stosowniej używać języka moskiewskiego. Przekonanie to, nawet pomiędzy drobnem mieszczaństwem i włościanami, podtrzymują rozmaici pokątni pisarze, którzy umiejąc nabazgrać bukwami po moskiewsku ten lub ów urzędowy papier, czynią sobie z tego profesję i ciągną zyski.

Wszak i w Warszawie zjawiły się kantory, w których redagują prośby i inne papiery urzędowe po moskiewsku, a prowadzący ten handel, oczywiście, pragną mieć jak najwięcej klientów.

W sądownictwie, jak wiadomo, używano do niedawna języka polskiego, ale teraz zapanował już moskiewski. Chociaż więc nawet ustawa sądowa przyznaje „czasowo“ pewny udział i językowi polskiemu (zapewne dopóki ten całkiem nie zniknie i nie zleje się z moskiewskim), wszelako bez obawy uchodzenia za pessymistę, śmiem twierdzić, że niektórzy prawnicy i głupia publiczność ułatwią rządowi zadanie, używając moskiewszczyzny więcej niż potrzeba. Nie jestem prorokiem i chciałbym się omylić, ale wnioskuję przez analogię z tem, co gdzieindziej się dzieje, i na mocy tych dziwnych naszych tchórzowskich i małpiarskich usposobień, o których wspomniałem powyżej *).

Kończąc rzecz o lekceważeniu języka polskiego w stosunkach z władzami, raz jeszcze przypominam, że mówię tylko o osobach prywatnych, które nie chcą lub boją się używać owego prawa naturalnego, jakiem jest używanie swej ojczystej mowy — prawa, na które rząd moskiewski nałożył wprawdzie zakaz i kary na Litwie, Rusi i Wołyniu, ale jeszcze nie uczynił tego w Kongresówce, chyba że my sami chcemy to przyspieszyć. Nie mówię oczywiście nic o urzędnikach, którzy zmuszeni są między sobą mówić po moskiewsku, a nawet niektórzy biedacy pomiędzy nimi ze strachu i dla chleba, gotowiby i myśleć w tym języku, gdyby to mogło być wiadomem zwierzchności i pozyskać awanse i nagrody — o tych nic nie mówię, chociaż o smutnym tym przedmiocie byłoby dużo, bardzo dużo do powiedzenia.

Dodam jeszcze słów kilka o naszem zachowaniu się względem języka moskiewskiego w sferze czysto prywatnej — na ulicy i w miejscach publicznych, w prasie i w rodzinie. Jeżeli gdzie, to w sferze czysto prywatnej przymus rządowy jest bezsilnym: wprawdzie i tu rząd moskiewski wynalazł niepraktykowany niegdzie sposób — niesłychany w dziejach świata zakaz mówienia po polsku na ulicy i w miejscach publicznych istniejący, jak wiadomo, do dziś dnia na Litwie, a tem zagarnął jedynie tylko cząstkę życia prywatnego. Zabronić w domu, w rodzinie używać ojczystego języka — nawet rząd moskiewski środków nie posiada. Tembardziej więc w tej sferze powinniśmy być uporczywi i uparci, ani krok nie ustępując. Tymczasem w Królestwie, choć rzadko i nie zawsze, tak bywa.

Wprawdzie nie ulega wątpliwości, że nawet sfera prywatna połączona jest tysiącznemi węzły z publiczną, i ztąd język moskiewski wciska się w życie prywatne, jako odblask przymusu, wywieranego w sferze publicznej. Tak n. p. znam urzędników spodlonych, którzy dzieciom, nawet córkom, nakazują w domu konwersować po moskiewsku; w *Kurjerach* można czytać żądania osób z konwersacją moskiewską, nawet bon do dzieci i t. d. — i wiele innych objawów „praktycznych“ sprzyja szerzeniu się moskiewszczyzny. Są jednak i objawy czysto dobrowolne, bynajmniej nie konieczne, a więc szkodliwe i językowi ojczystemu ujmę przynoszące. Tak n. p. są takie osoby, które lgną do towarzystwa Moskali, i w tym celu usiłują mówić po moskiewsku; nie-

---

*) Przypomnijmy tu tylko co powiedziano w Liście I. o adwokatach i włościanach.

szły się pogłoski o abdykacji cara, i to rozeszły się w chwili, gdy zaczęto przebąkiwać o zaniechiwaniu przez Moskwę zamiarów wojennych. Puszczanie takich pogłosek jest rodzajem groźby wojennego stronnictwa moskiewskiego, aby cara zmusić do akcji wojennej.

Zresztą, aby osądzić, czy Moskwa jest pokojowo usposobioną lub nie, nie trzeba brać za podstawę ani not gabinetowych, ani artykułów inspirowanych organów moskiewskich, lecz śledzić wypada wszelkie ruchy wojsk moskiewskich. Skoro Moskwa coraz więcej korpusów moskiewskich mobilizuje, i wyseła je do południowej armii, skoro nie ustają transporta wojskowe na kolejach moskiewskich, a fortyfikowanie brzegów czarnomorskich pomimo zimy energicznie jest dalej prowadzone, to nie ulega najmniejszej wątpliwości, iż Moskwa zdąża bądź co bądź do wojny.

Jeźli obecnie radzi jawnie Serbii i Czarnogórze zawrzeć pokój, to jest to jedynie dowodem, iż przyczynę niezawarcia pokoju zwalić chce na Turcję, aby mieć jeden z powodów do wypowiedzenia wojny. Jeźli obecnie pozornie zajmuje to samo wyczekujące stanowisko co inne mocarstwa, nie mogąc z odrzucenia przez Turcję propozycji konferencyjnej zrobić wbrew woli innych gabinetów casus belli, to czeka tylko na pierwszą lepszą burdę, którą sama w każdej chwili wywołać może, ażeby podnieść krzyk o prześladowanie chrześcian, i mieć podstawę do oświadczenia innym mocarstwom, iż dłużej w wyczekującem stanowisku pozostać nie może.

Z tych to powodów nie powinniśmy się łudzić ani na chwilę, iż Moskwa wycofuje się z akcji wojennej. Może ona odroczyć na kilka tygodni wybuch, zanim będzie gotową nietylko do wojny z Turcją, ale i do szachowania innych mocarstw, mianowicie Austrji, gdyby jej przeszkadzać chciała, ale od wojny ani się wycofać zamierza, ani też może. Wprawdzie stosunki mocarstwowe w ostatnich miesiącach o wiele się zmieniły, bo jeszcze w ostatnich miesiącach przeszłego roku siły Turcji nie wchodziły prawie w rachubę. Zdawało się, że się rozsypie za pierwszem uderzeniem. Moskwa zaś w wyobrażeniu całej prawie Europy, uchodziła za kolos, przeciwko któremu opór jest prawie niepodobny. Dzisiaj Turcja rozwinęła siły mocarstwa pierwszorzędnego, a takiej słabości Moskwy, jaka się podczas mobilizacji i teraz okazuje, przypuścić nawet nie można było. Z tego powodu i zupełnie odmienne niż w przeszłym roku kombinacje międzynarodowe są dzisiaj możliwe, Austrja odzyskała więcej swobody działania, a świeżo jeden z dyplomatów niemieckich w Berlinie się wyraził, iż niepotrzebnie Niemcy tak usilnie ubiegały się o przyjaźń Moskwy, skoro teraz się pokazało, iż Moskwa wcale nie jest straszną.

Ale właśnie ten fakt wykrycia się słabości Moskwy, zmusza ją do niewycofywania się, przeciwnie rozwinie ona wszystkie swe siły, użyje wszelkich możliwych środków, ażeby ten fakt zatrzeć, i okazać się istotnie mocarstwem pierwszorządnem. Tak postąpiła podczas krymskiej wojny, tak postąpi i teraz.

Korespondencje „Gaz. Nar.“

Paryż d. 27. stycznia.

Usiłowania dyplomatyczne rozwiązania kwestji wschodniej zapisują jedno więcej niepowodzenie w swych kronikach. Nie należy się dziwić temu niepowodzeniu. Moskwa w Konstantynopolu przegrała, bo była nie szczerze popieraną przez inne państwa, które przecież nie straciły do tego stopnia rozumu, aby miały popierać najniebezpieczniejszego z swych wrogów, który pod pozorami ludzkości ukrył daleko sięgające zaborcze zamiary.

W życiu każdego człowieka, usiłującego zająć jakieś stanowisko, zapytują o jego przeszłość i teraźniejszość, któreby dawały rękojmię na przyszłość. Toż samo bywa z państwami. Otwierając historję caratu moskiewskiego, na każdej jej karcie widzi Europa zapisane: niewolę, samodzierstwo, zbrodnie, zdrady, podstęp i zabór; z takiem to świadectwem swojej historycznej moralności Moskwa stanęła wobec Europy, żądając pozwolenia na dokonanie nowych zaborów, okrytych bardzo zręcznie w szlachetne zamiary. Dyplomaci uznali pozornie szczerość oświadczeń caratu, w duszy jednak inne mieli przekonania o prawdziwym zamiarze Moskwy, lecz nie mogąc znaleźć wyjścia, opętali i ubezwładnili ją niby przyjaźnią, najwięcej jednak do odsunięcia na razie zamiarów Moskwy przyczynił się patrjotyzm obywateli państwa Ottomanów, a raczej ich przedstawicieli. Patrjotyzm to godny podziwienia. Wszyscy jak jeden mąż, zawołała Wielka Rada, pójdziemy przeciw wrogom, raczej śmierć jak zniewaga! Takiego oporu nie spodziewali się dyplomaci — a on to dozwolił im opłątać Ignatiewa siecią ubezwładniającą. Całe zachowanie się Turków budzi dla nich i tu we Francji szacunek i sympatje. Dyplomatów działalność wszystkie prawie dzienniki jednakowo oceniają, jako nieudolne i nieszczere a komiczne. Powinniby oni teraz rozważyć prawdy, jakie im Turcy powiedzieli, przypominając Francuzom noc świętego Bartłomieja i dragonady, morderstwa w Indjach Anglikom, a Moskalom ich okrutne i nieludzkie postępowanie w Polsce, morderstwa unitów, wyludnienie Kaukazu, ucisk w Armenii, rzezie w Taszkencie i inne niepoliczone zbrodnie.

Moskwie więc nie udało się, jak Grekom oblęgającym Troję, wprowadzić drewnianego konia w mury Konstantynopola, ukrywającego w swych wnętrzach zdradę i zabór.

Po bezowocnem rozwiązaniu konferencji, dzienniki moskiewskie wydały okrzyki żalu i skargi. Widząc swe nadzieje zawiedzione, zawołały pretensjonalnie jakby jednym głosem: Turcja już nie należy do Europy, i żadne traktaty względem niej nie obowiązują. Dzienniki francuskie rozbierają teraz to twierdzenie.

Journal des Debats przytacza ustęp z dziennika *Nowoje Wremia*, który powiada złośliwie, że wybuch patrjotyczny w Turcji podobny jest do wielkiego płomienia, który swą łuną zajaśniał wobec świata, aby później zgasnąć na zawsze, pozostawiając tylko zgliszcza i zniszczenie. My jesteśmy przekonani, że on jest zwiastunem nowego życia na Wschodzie. Gniew jak dotąd bezsilny caratu moskiewskiego, odbijający się w dziennikarstwie, jest dowodem wielkiego upokorzenia, jakiego Moskwa doznała na polu dyplomatycznem. Powiadają nawet, że car jest mocno chory, że myśli o abdykacji. Czyby porażka dyplomatyczna miała być w związku z tą chorobą i z tym projektem, jak niegdyś porażka na polu bitwy spowodowała śmierć Mikołaja? Przyszłość nam pokaże.

Nie śmiemy przypuszczać, aby tragiczne wypadki w Konstantynopolu uwieńczone konstytucją znalazły naśladowców w Petersburgu. To pewna jednak, że Moskale czują się upokorzeni, że konstytucja turecka moralnie ich pobiła, i że fakt jej ogłoszenia jest klinem rozbijającym system despotyczny w Moskwie, jak ogłoszone uwłaszczenie przez Rząd narodowy polski w roku 1863 było klinem, który rozszczepił i wywrócił społeczną niewolę w caracie.

Słusznie też *Civilta Cattolica* w Rzymie powiada: że carat chociażby zwyciężył Turków, musi odnieść karę za swe okrutne prześladowania narodowości, swobody i religii katolickiej, — odniesie ją przez swój upadek. Ważne więc, niezmiernie ważne zbliżają się wypadki, a *Czas* krakowski, *Kronika codzienna* i *Kurjer Poznański* postawiły wobec nich dla Polaków program bierności, — snać nie życzą sobie żadnej odmiany na lepsze.

Ze spraw wewnętrznych Francji wypada nam zanotować fakt pewnej doniosłości. W ostatnich dniach grudnia toczył się spór o to — kto ma ostatnie słowo w stanowieniu budżetu państwa — senat czy Izba. Prezes ministrów Jules Simon przyjął w tym sporze drogę pośrednią, że senat w pewnych razach może położyć swe veto. Gambetta bezwarunkową moc nad budżetem przyznawał Izbie — i stanowczo był zwyciężony. Spór ten rozweselił wszystkich nieprzyjaciół rzeczypospolitej, najbardziej zaś to ich cieszyło, że owa większość, którą władał Gambetta, rozbiła się. Otóż w d. 25. tm. odbyły się wybory 33 członków do komisji budżetowej, w której większość znajduje się po stronie Gambetty; z tego powodu jest wielki niepokój w stronnictwie monarchicznem, które usiłuje wywołać antagonizm między prezesem ministrów a przywódzcą większości w Izbie.

W dniu 22. bm. w kaplicy postawionej na grobie Ludwika XVI. odbyło się, jako w rocznicę jego ścięcia odbywało się, żałobne nabożeństwo. Między mnóstwem osób znajdowała się jakaś wielka księżna moskiewska, żona Konstantego jako jedna z liczuych przedstawicielek rodziny Burbonów. Francuzi zwrócili na to uwagę.

Z powodu niedzieli, żałobne nabożeństwo nie mogło mieć miejsca w samą rocznicę przypadającą dnia 21. stycznia.

L'Indépendance belge donosi, że w tym roku syn Napoleona powinien ciągnąć los do wojska, a że jest nieobecnym, więc mer pierwszego okręgu w Paryżu dopełni tej formalności, po której nastręcza się pytanie: Co rząd uczyni, gdy on się postawi, a jak postąpi w przeciwnym razie? Czy będzie go uważał jako dezertera?

Do tej pory nie mieliśmy ani śniegu, ani silniejszego mrozu, dlatego wszelkie roboty około budowli idą z pospiechem. Utrzymują, że wystawa będzie wykończoną dwa miesiące wcześniej, niż zamierzano.

Dziś czytałem w waszej *Gazecie* artykuł „Dług Francji Polsce.“ Z mej strony dodam, że *L'Opinion nationale* przed wojną pruską, gdy cesarstwo chcąc się przypodobać Moskalom, odmówiło pomocy szkole batiniolskiej, z tego powodu pan Sauvestre w wyżej wspomnianym dzienniku dowodził, że Francja dając pomoc emigracji, nie robi żadnych ofiar, bo nie opłaca nawet procentu od 218 milionów, należnych Polsce z czasów wojen napoleońskich.

W dopisku zaś umieścił objaśnienie: że rząd Ludwika Filipa chciał oddać należny Polsce dług, który powinien był wpłynąć do kasy Królestwa przed rewolucją 1831 roku. Mikołaj car moskiewski, obawiając się, aby tak wielka suma pieniędzy nie dostała się w ręce Polaków, oparł się temu i nie pozwolił, aby rząd francuski powrócił dług Polsce. Jeżeli te objaśnienia opierają się na pewnych podstawach, jest to jeden dowód więcej troskliwości carów o dobrobyt w Polsce

Protokoły konferencji.

(Ciąg dalszy.)

Ignatiew oświadcza, że po opuszczeniu tych punktów nic nie pozostanie; przyjął on program Europy i nie czuje się powołanym do dyskusji o projektach, które się od tego programu oddalają. Hr. Chaudordy oświadcza również, iż nie ma powodu do obrad, jeżeli te punkta zostaną usunięte. Edhem basza czyni uwagę, że pod względem gubernatorów, zarządziła już konstytucja co potrzeba; Salisbury i Chaudordy uznają, że konstytucja daje samowoli wszelką swobodę, br. Werther zaś dodaje, że konstytucja prawie sankcjonuje samowolę. Edhem basza, który oczywiście nie ma dostatecznej cierpliwości, oświadcza, że obrady pod takiemi warunkami są za trudne, a hr. Bourgoing i hr. Corti zapytują go z żywością, czy to oświadczenie oznacza sprzeciwienie się czy odroczenie, na co Safvet basza z flegmą odpowiada, że porta zastanowi się nad przedstawionemi punktami (ma się rozumieć po opuszczeniu wyżej wymienionych); Ignatiew nie zadawalnia się tem, i powtarza pytanie Bourgoinga i Cortiego. Safvet basza odpowiada na to zapytanie, czy przedstawiciele mocarstw odrzucają cały przeciwprojekt turecki, czy tylko jego pojedyncze punkta. Chaudordy mniema, że ten przeciwprojekt nie daje dostatecznej podstawy do obrad, co znów jego koledze Bourgoingowi wydaje się zanadto grzecznem, i powtarza swe pytanie, czy Turcja odrzuca wnioski mocarstw. Na zakończenie oznajmia jenerał Ignatiew, że wszyscy przedstawiciele mają dokładne instrukcje, on zaś otrzymał polecenie niewchodzenia w obrady nad projektem, któryby nie zgadzał się z wnioskami mocarstw.

Piąte posiedzenie z 4. stycznia zajął prawie wyłącznie Safvet-basza, uzasadniając powody odrzucenia wniosków mocarstw, zaczął on od komisji międzynarodowej, do której według programu konferencji między innemi należeć ma:

1) Ustanowienie zakresu działania Rad wilajetowych. 2) Zapobieżenie, aby i miejszość w Radach tych reprezentowaną była. 3) Postanowienie, że dochody państwowe nie powinny przenosić 30 prc. dochodów prowincjonalnych. 4) Opracowanie szczegółowej procedury sądowej. 5) Dopilnowanie jej przeprowadzenia. 6) Udział w śledztwie przeciw sprawom okrucieństw (bułgarskich) wraz z prawem rewizji wyroków przeciwko chrześcianom wydawanych. 7) Staranie o publiczne bezpieczeństwo. 8) Oszacowanie szkód, jakie chrześcianie ponieśli, oznaczenie środków ich wynagrodzenia i odbudowania zniszczonych kościołów. 9) Wspieranie chłopów w nabyciu własności gruntowej. 10) Nadzorowanie powrotu wychodźców. 11) Badanie wszelkich skarg przeciwko władzom. 12) Oznaczenie granic prowincyj, obwodów i powiatów. 13) Wypracowanie dokładnych instrukcyj dla jej czynności. Trzeba — mówił Safvet-basza — tylko wyliczyć te punkta, aby uznać, że ich przeprowadzenie uchyliłoby władzę tureckiego rządu, dlatego też Porta nie może się na nie zgodzić. Dalej mówi Safvet-basza o żandarmerji, i zapewnia, iż nie pojmuje, dlaczego przedstawiciele mocarstw pragną korpusu żandarmerji, któryby się z samych obcych składał? Utrzymanie porządku nie jest zadaniem, któreby krajowej armii było niemiłem. lub jej wyznaniu się sprzeciwiało. Porta najchętniej przyjmie do swej służby obcych oficerów żandarmerji, i urządzi swą żandarmerję zupełnie na sposób europejski. Urządzenie 4 do 5.000 korpusu z obcych miałoby przykre skutki, gdyż obcy korpus, nieznający ani języka krajowego, ani okolicy, ani ustaw, ani obyczajów zamiast uspokajać umysły, wywołałby tylko zamieszanie i oburzenie. Gdyby się jakie nieszczęście stało, to Porta nie ma ochoty przyjmowania na siebie odpowiedzialności, zresztą w angielskich propozycjach nie ma mowy o obcej żandarmerji.

Safvet basza przechodzi następnie do podziału na dwa wijalety. Zastępcy mocarstw oświadczyli wprawdzie że wyraz „Bułgarja“ użytym został bez politycznego zamiaru; lecz ich wnioski dążą do połączenia wszystkich Bułgarów w dwóch projektowanych wilajetach, w którychby przeważną tworzyli większość, — takiego projektu zaś nie można przyjmować w chwili gdy konstytucja rozdział według narodowości usunąć pragnie. Oprócz mahometan znajdować się będzie w owych wijaletach także i Greków wiele; konferencja zatem nie rozważyła dalszych skutków. Kto zna kraj ten, przyzna że projektowany podział wywoła zaciętą walkę między bulgarskim a greckim żywiołem.

Stacjonowanie wojsk tylko w większych miastach i fortecach, uważa Safvet basza za naruszenie monarszych praw sułtana. Co się tyczy trzydziestu procentów z dochodów prowincjonalnych, o tem nie wspomina ani nota angielska ani też okólnik Andrassego; przyjęcie tego wniosku wywołałoby autonomiczne zachcenia, których skutki łatwo przewidzieć. Prawo przyszłych Izb uchwalania budżetu, stałoby się przez to złudzeniem, i utworzyłoby niczem nieuprawnione wyjątkowe stanowisko. W ostatnich czasach starała się Porta ile możności poprawić opiekę prawa, osobny rozdział konstytucji uznał nieusuwalność sędziów i zarządził wypełnienie braków w ogólnej sądowej procedurze. Dla jednej prowincji nie można wydawać osobnej procedury. Dobre sądy są najlepszym środkiem przeciw samowoli władzy, i w tym punkcie pragnie Porta uwzględnić życzenia angielskie, lecz konferencja dla północnych prowincyj żąda osobnego, od ministerstwa sprawiedliwości w Konstantynopolu niezawisłego sądownictwa.

Mianowani gubernatorowie (vali) chrześcianie na lat pięć, jak tego konferencja żąda, nie byliby przedstawicielami cesarskiego rządu, lecz tworzyliby niezawisłą władzę; aby zaś takim vali ktoś obcy być mógł, o tem szkoda i mówić. Przyjęcie warunku, że do mianowania gubernatora potrzeba przyzwolenia mocarstw, uczyni z każdej nominacji kwestję dyplomatyczną. Co się tyczy pięcioletniego urzędowania, to Porcie wiadomo z doświadczenia, że częsta zmiana gubernatorów jest bardzo szkodliwą, a prócz tego artykuł XXXIX konstytucji postanawia, iż w przyszłości żaden prawnie zamianowany urzędnik nie może być bez prawnej podstawy odwołanym. Przeciw chrześciańskiej religii gubernatorów nic Porta nie ma do zarzucenia, lecz nie może pozwolić na wykluczenie mahometan. Grek, Armeńczyk albo katolik mniej będzie miał prawa do gubernatorstwa w kraju, w którym nie ma Greków, Armenczyków lub katolików, aniżeli muzułmanin, który tam znajdzie licznych współwyznawców. Przeciw samowoli valego, według wniosku mocarstw mianowanego, nic ludności nie obroni, gdyż tu vali posiadałby władzę dyktatorską.

W sprawie kolonii Czerkiesów znane są okoliczności, pod jakiemi Porta tym nieszczęśliwym — z których w drodze połowa wyginęła — schronienia udzieliła; przesiedlenie ich do Azji byłoby wdzieraniem się w prawa osób i własności, i naruszeniem konstytucji. O przyłączeniu nowych okręgów do Serbii i Czarnogóry, wyrazili już tureccy pełnomocnicy swe zdanie.

„Jak ten ustęp rozumieć?“ zapytuje jenerał Ignatiew, przerywając milczenie po wywodach Safveta baszy. „Trzymamy się *status quo*“ odpowiedziano. Ignatiew pyta dalej: „Co Porta z wniosków konferencji przyjmuje?“ Odpowiadają: „To stoi w naszych przeciwwnioskach.“ Markiz Salisbury wyraża swoje ubolewanie, że w mowie Safveta baszy nie wspomniano nic o zabezpieczeniu się przeciw złemu zarządowi Bułgarji. Niezawisłość valego jest dlatego pożądaną, aby nie mógł być usuniętym. Tureccy pełnomocnicy odpowiadają, przytaczając przykłady valich, którzy długi czas na owych posadach przebyli, i uznają zalety takiej trwałości urzędowania, lecz rząd turecki nie może sobie rąk wiązać. Hr. Bourgoing oświadcza, że konferencja żąda tylko zabezpieczenia trwałych stosunków, a hr. Chaudordy dodaje, iż wielkie zabezpieczenie dawałoby mianowanie gubernatorów za zgodą mocarstw. Wszyscy dyplomaci żądają gwarancyj, tureccy pełnomocnicy obstają przy swojem zdaniu. Salisbury zauważa, że i okólnik Andrassyego mówi o komisji kontrolującej, a Porta się na to zgodziła; odpowiedziano mu trafnie: ta komisja byłaby mianowaną przez rząd turecki, co byłoby czemś zupełnie innem. Hr. Zichy ubolewa, że Porta mniej teraz chce przyznać, aniżeli w chwili otrzymania noty z d. 30. grudnia 1875 r. Jenerał Ignatiew skarzy się na niekonsekwencję Porty, odmawiającej Czarnogórze sprostowania granicy, której Europa żąda. Constant efendi był dwa razy, t. j. w grudniu 1875 r. i w końcu listopada 1876 r. upoważniony do bezpośredniego traktowania z ks. Mikołajem, a to na podstawie ustąpienia krajów, choćby nawet i portu Spizza. Hr. Zichy oświadcza, iż jest zdania poprzedniego mowcy.

Na tem zakończyło się posiedzenie, które do żadnego nie doprowadziło skutku.

Przegląd polityczny.

Pokojowe rokowania Porty z Serbią, chociaż zwolna, posuwają się jednak ciągle naprzód i o ile osądzić można z półurzędowych enuncjacyj, znajdują się na jak najlepszej drodze. Nadmienić wszakże musimy, że te półurzędowe enuncjacje konstatują tylko obecny stan rzeczy i jak zwykle nadają mu różową barwę. Jeżeli więc im zawierzyć mamy, to jeno o tyle, o ile zdradzają jak najbardziej względne usposobienie Porty, co już zresztą wczoraj mieliśmy sposobność zaznaczyć.

Według tych półurzędowych enuncjacji dotychczasowy przebieg sprawy miał być następujący. Kiedy ks. Milan otrzymał inwitacją Midhata baszy do wejścia w bezpośrednie rokowania pokojowe, polecił on dyplomatycznemu ajentowi serbskiemu w Wiedniu, p. Żukiczowi wejść w porozumienie z Aleko baszą, tureckim posłem w Wiedniu, co do podstawy, na której rokowania owe mają się przeprowadzić. Na to Porta odpowiedziała, że akceptuje *status quo ante bellum* i ks. Milana zawezwała, aby wyznaczył pełnomocnika, któryby z pełnomocnikiem Porty wszedł w porozumienie co do ostatecznych warunków pokoju. Na to ostatnie zawezwanie ks. Milan nie dał dotąd jeszcze żadnej odpowiedzi, przeto też o zawarciu chociażby preliminarjów pokojowych mowy być jeszcze nie może. Wszelako enuncjacje półurzędowe sięgają tak daleko, że wskazują, jak gdyby owe preliminarja były już niemal omówione. Porta biorąc za podstawę *status quo ante bellum*, podnosi poprzednie swoje punktacje i z nich niektóre usuwa zupełnie, a niektóre znacznie redukuje.

Pamięci czytelnikom punktacje te przypomnieć musimy. Opiewają one: 1) Porta zastrzega sobie prawo obsadzenia swem wojskiem kilku fortec serbskich; 2) Twierdze w dolinie Morawy zostaną zniesione; 3) Stałe wojsko zostanie zredukowane; 4) Systemat milicyjny zostanie zniesiony i Serbia zadawalniać się będzie taką tylko siłą zbrojną, jaka okaże się potrzebną do utrzymania wewnętrznego porządku; i wreszcie 5) zważywszy, że Serbia zaatakowała Turcję, obowiązana przeto będzie wypłacić jej pewną kwotę jako wynagrodzenie kosztów wojennych.

Otóż od pierwszego punktu Porta odstępuje pono zupełnie, gdyż takowy nadwerężałby traktat paryzki, który Porta zwłaszcza wobec ostatnich zabiegów Moskwy, stara się *coute que coute* utrzymać w całości. Co się tyczy 2., 3. i 4. punktu, nie uważa Porta za potrzebne robić znacznych ustępstw, zwłaszcza, że one — a szczególnie punkt drugi — nie przeczą wcale zasadzie *status quo ante bellum*. Wiadomo przecież, że twierdze w dolinie Morawy przed samą wojną i podczas niej zbudowane zostały. Co się wreszcie tyczy piątego punktu, to Porta chętnie zgadza się bądź znacznie zredukować to wynagrodzenie kosztów wojennych, bądź całkowicie od nich odstąpić, daje bowiem baczenie na cały stan finansów serbskich; co więcej, gotowa nawet nie żądać wypłaty zaległego haraczu. Zatem Porta właściwie obstaje przy trzech punktach, przy 2., 3. i 4.

Owóż Serbia — jak opiewają dalej półurzędowe enuncjacje — pod względem owych trzech punktów nie myśli stawiać opozycji na serjo. Na demolicję twierdz w dolinie Morawy zgadza się podobno bez namysłu. Co się tyczy milicji i stałego wojska, uważa ona sama za konieczne zredukować kontyngens, jednakże nie życzy sobie doprowadzić do zera, jak Porta tego żąda. Ze swojej zaś strony proponuje regulację granic tak nad Timokiem, jak i nad Driną, jednakże nie stawia wcale wymogów, któreby z jakiegokolwiekbądź względu zadawały uszczerbek terytorjalnym posiadłościom Turcji.

Jeżeli zgoda nastąpi co do tych preliminarjów, natenczas ostateczny traktat podpisany już zostanie w Konstantynopolu. W tym celu Serbia ma wysłać specjalnego pełnomocnika do Stambułu, i jak niektórzy utrzymują, sam minister spraw zagranicznych, p. Risticz, uda się tam z tą misją. O podróży ks. Milana i o złożeniu przez niego hołdu sułtanowi, podobno nawet i mowy nie było.

Inaczej rzecz się ma z Czarnogórą. Dotąd ks. Nikita nie odpowiedział jeszcze na wezwanie Midhata-baszy. Jednakże przypuszczają, że już dzisiaj da swoją odpowiedź. W każdym razie rokowania przybierają prawdopodobnie nieco trudniejszy obrót. Sądzić bowiem o tem można z przygotowawczego aparatu, gdyż nietylko w. wezyr wysłał specjalnego pełnomocnika, Kostantę-baszę, ale nadto towarzyszą mu i udział w rokowaniach wezmą konsulowie włoski i angielski. Rokowania odbywać się będą w Skodarze. To zwlekanie ks. Nikity z odpowiedzią, *Pol. Corr.* tłumaczy zajściem, jakie miało miejsce z powodu twierdzy Niksicz. W twierdzy tej zabrakło żywności, a ks. Nikita nie zgodził się zrazu na jej dowóz, i dopiero zezwolił wtedy, kiedy Ibrahim-basza, dowódzca tej twierdzy, zawiadomił go, że postanowił *par force* żywność sprowadzić. Zajście to — dodaje *Pol. Corr.* — nie dało pochopu do żadnych złych następstw.

Na wczoraj zapowiadano rozesłanie okólnika Porty, w którym ona tłómaczy się z zajmowanego przez nią stanowiska na konferencji. Dotąd jednak nie mamy żadnej wiadomości, czy okólnik ten już nadszedł i co właściwie zawiera.

Korespondent ateński *Pol. Cor.* donosi, że margr. Salisbury, zatrzymawszy się w Atenach nietylko odwiedził króla, ale nadto odbył naradę z ministrami, na której prezes gabinetu Komunduros miał mu wyłuszczać potrzeby i zamiary Grecji, jakoteż miał mu dać do zrozumienia, jakie następstwa wyniknąć mogą, jeżeli mocarstwa nie uwzględnią żądań Grecji. W kołach rządowych greckich twierdzą, że angielski mąż stanu uznał przedstawienia rządu greckiego. Korespondent donosi dalej o przybyciu Elliota do Aten, i o tem że oczekują tam lada dzień przybycia jen. Ignatiewa.

Już oddawna przewidywaliśmy to co doniósł nam wczorajszy telegram z Bukaresztu. Kryzys ministerjalna wisiała tam w powietrzu i gabinet p. Bratiana trzymał się tylko sztucznie, na mocy zawikłań wschodnich i niepewności sytuacji. Za to w chwili gdy zawikłania te przybrały formę cokolwiek korzystniejszą dla Porty, i gdy zarazem osłabiło się znaczenie poparcia Moskwy, gabinet runął całym swym ciężarem. Ze względu jednak na jakieś tajemne wpływy, których znaczenia dotąd nie rozumiemy, nie podali się wszyscy ministrowie do dymisji, ale tylko dwaj najwybitniejsi, ci właśnie którzy nadawali gabinetowi barwę a kierunek polityce. Ministrowie Bratiano i Jonesko podali się do dymisji, a miejsce ich zajmą pp. Kogolniczano i Epureano.

Z tymi mężami stanu mieliśmy już nieraz sposobność oznajomić naszych czytelników. Mówiliśmy już, że należą oni do stronnictwa białych, i że wraz z ks. Ghiką tworzą tryumwirat na czele bojarów. To też wstąpienie tych dwóch ludzi do gabinetu, nadaje mu tak charakterystyczną barwę, że tylko dziwić się należy, dla czego *Pol. Corr.* donosi, że to jest przejściowy gabinet. — Przejściowy, chyba dla tego, że inni ministrowie z poprzedniego gabinetu zatrzymali swe teki. Alež przecie tamci właściwej politycznej barwy nie mają.

Z Hiszpanii coraz groźniejsze nadchodzą wiadomości i bodaj że jeszcze pierwej łuna pożarów wojny domowej zaświeci na Pirenejskim półwyspie, nim na Bałkańskim. W Biskai silne panuje wzburzenie umysłów, z powodu mającego nastąpić poboru do wojska. Dotąd jak wiadomo przywileje Biskajskich prowincyj uwalniały je od podatku krwi. Teraz kortezy na żądanie rządu zniosły ten przywilej. Baskowie obstają jednak przy swojem prawie i nie chcą uznać prawomocności uchwały kortezów.

Ich władze municypalne odmawiają wszelkiego udziału w rekrutacji, władze zaś urzędowe grożą tamtym deportacją, jeżeli nie zmienią postawy. Rząd madrycki przewidując i obawiając się wybuchu powstania, kazał wszystkie strategiczne punkta tych prowincji zająć wojskiem. Kilka statków wojennych stanęło na kotwicy w przystani Bilbao, ażeby w razie potrzeby zmusić to miasto do posłuszeństwa. Słowem wszystko jest w takiem naprężeniu że lada chwila wybuch powstania jest prawdopodobny.

Kronika miejscowa i zamiejscowa.

— Donosiliśmy poprzednio, że Stowarzyszenie drukarzy lwowskich zamierza urządzić wieczorek tańcujący na korzyść swego funduszu wdów, sierót i inwalidów. Otóż dziś dowiadujemy się, że w skutek zapadłej stanowczo uchwały wydziału tego stowarzyszenia — danym będzie wieczorek tańcujący Towarzystwa drukarzy na dniu 10. lutego w

---

którzy, jakby przez igraszkę, oswajają się z tym językiem i trafiają w myśl rządu, dla którego i takie środki i drogi są dobre, byleby do celu prowadziły.

Słyszałem nawet małe dziewczątka i małych chłopaków niby żartem mówiących po moskiewsku; czyby rodzice nie powinni wzbraniać takich igraszek? Co więcej, pomiędzy pewnymi muzykalnemi pannami szerzą się piosnki moskiewskie, i — rzecz osobliwsza — zachwycają się jakąś niby „muzykalnością“ języka moskiewskiego. Znam dobrze ten język, lecz nigdy nie mogłem zrozumieć, o jakiej muzykalności tu mowa; język ten, jak wiadomo, jest twardy i surowy, i odznacza się niestałością akcentu — miałażby to być owa muzykalność, że np. sami Moskale nie wiedzą, czy lepiej mówić ínacze czy ináčze, łószadiam czy łaszadiám?

Wiadomo, że język moskiewski najbogatszym jest w wyrażenia obelżywe; otóż — smutny to objaw — a jednak prawdą jest, że znaczna część tych wyrazów, dawniej Polakom obcych, używaną dziś jest nawet przez niektórych z pospólstwa miejskiego. Za tymi wyrazami — pierwszym nabytkiem moskiewszczyzny — idą niektóre inne, początkowo ze sfery urzędowej, takie np. jak pałata, kaznaczej itd., które już są tu i owdzie używane, i zanieczyszczają język polski. Trzeba się starać, ażeby stopniowo nie poszło tak dalej. W prasie perjodycznej dostrzegamy też skażenia języka i rażących moskwicyzmów, ale, co gorzej, że niektórzy usiłują nawet usprawiedliwić te moskwicyzmy, jako „ogólno-słowiańskie“, i dać im prawo obywatelstwa w języku polskim; coraz to częściej bowiem, nawet w kwestjach gramatycznych, powołują się niektórzy na język moskiewski, coraz to więcej w pismach naszych wyrazów bukwami wydrukowanych, jak końcowe wyrazy każdego numeru „dozwoleno cenzuroju“ (dozwolone przez cenzurę), a w czasach ostatnich także i data, którą komitet cenzury rozkazał także drukować po moskiewsku. Jeżeli tak język polski będzie coraz to bardziej zanieczyszczał się wyrazami moskiewskimi, i jeżeli coraz to więcej będziemy się na moskiewszczyznę powoływali, przyjść może do usprawiedliwienia wypowiedzianego przez Katkowa jeszcze przed laty 10 niedorzecznego twierdzenia, że język polski jest tylko dyalektem moskiewskiego, ze znaczną przymieszką wyrazów łacińskich, niemieckich i tureckich. W sklepach, restauracjach, hotelach i cukierniach wszyscy nie mal kupcy i subjekci mówią do Moskali po moskiewsku, i to nie widać żeby z niechęcią, ale dla popisu. Tymczasem niemal wszyscy mieszkający w Warszawie Moskale doskonale rozumieją i mówią po polsku, jeżeli zaś w zakładach publicznych odzywają się po moskiewsku, czynią to w myśl rządu, i ze swojej strony przyczyniają się do moskwicenia, a widząc, że ich rozumieją i odpowiadają im w tymże języku, nie mają potrzeby odzywać się po polsku. Jak to inaczej dzieje się w Alzacji, jak o tem czytaliśmy niedawno! Właściciele zakładów i kupcy poszukują subjektów umiejących mówić po moskiewsku, chociaż, o ile nam wiadomo, w tej sferze jeszcze rząd nacisku nie wywiera, gdyż musiałby sam chyba mianować subjektów i komisantów, niby jakich urzędników, którzyby koniecznie umieli po moskiewsku. My to więc zgadujemy niejako myśl i uprzedzamy intencje rządu.

Z samej natury rzeczy wynika, że mniejszość powinna stosować się do większości; tak też zwykle i bywa, że garstka przybyszów z konieczności musi nauczyć się języka krajowego, ażeby być w stanie posługiwać się nim przynajmniej w niezbędnych stosunkach życia prywatnego. W Królestwie w ogóle, a w Warszawie w szczególności, są jednak indywidua od lat kilku zamieszkałe, a nic po polsku nieumiejące; to samo już dowodzi, że za mało stawiamy oporu moskwiceniu, że język moskiewski nie jest, jak być powinien, powszechnie znienawidzonym i odpychanym. Fakt niewątpliwy, to nasze niedołęstwo i tchórzostwo, a przyczyna jego nietylko w nacisku rządowym, lecz, powtarzamy, w naszej gnuśności, w braku konsekwentnego i rozumnego, choć biernego oporu.

Źle więc jest — nie łudźmy się — język polski nie jest jak należy bronionym i moskiewszczyzna szerzy się i zanieczyszcza jego piękność. Co robić? Głową muru nie przebijesz — to prawda, ale używajmy przynajmniej do ostatka praw naszych (dopóki te pod rządem moskiewskim są prawami), brońmy mowy ojczystej na każdym kroku, nie ustępujmy ani piędzi gruntu dobrowolnie, piszmy i mówmy po moskiewsku tylko pod naciskiem przymusu i fizycznego gwałtu, nie czyńmy żadnych ustępstw, podtrzymujmy czystość języka polskiego w rodzinie, czuwajmy szczególniej nad dziećmi. Pamiętajmy, że każdy krok lekkomyślnego ustępstwa jest przyczynkiem do zagłady mowy ojczystej i do zmoskwicenia, że suma tych ustępstw może nawet przewrotnym wrogom dać powód do fałszywego twierdzenia, jakoby sami bez przymusu, dobrowolnie i chętnie wyrzekamy się języka przodków, i pragniemy przyswoić sobie język moskiewski, tak „potrzebny“ i „muzykalny“!

Oto ogólna, według naszego przekonania, zasada: należy tylko stosować ją we wszystkiem, wszędzie i na każdym kroku, w każdym z niezliczonych wypadków, których rozbieranie po części staje się zbytecznem z powodu poprzedzających naszych uwag, po części nawet byłoby niepodobnem. Na tem zakończymy niniejsze pobieżne uwagi, niewątpliwie niezupełne. gdyż stokroć więcej możnaby w tym przedmiocie i uwag podać i faktów przytoczyć; uważaliśmy jednak za obowiązek obywatelski podnieść głos w tej kwestji, wzywając do opamiętania tych, którzy sami ułatwiają sobie drogę do przepaści, którą rząd moskiewski Polskę prowadzi. Niechaj ci, co się dopuszczają dobrowolnych ustępstw, nie czekają, aż będziemy ich imiona wymieniać i palcami jako odstępców wytykać.

Der Hofball.

Glanz- und prunkvoll wie alle Hoffeste war auch der heute abgehaltene erste diesjährige Hofball. Die altehrwürdigen Redoutensäle hatten sich zum Empfange der illustren Gäste prächtig herausstaffirt, in allen Nischen blühten Camelien, und Azaleenwälder, deren Saum von Palmbäumen gebildet wurde, und tropische, mit ihren Kronen bis zum reichvergoldeten Plafond reichende Gewächse zierten die Ecken. Gobelins von unschätzbarem Werthe deckten die Wände der Gänge und des kleinen Saales, schwellende Teppiche den Boden, so weit er nicht den Tanzlustigen eingeräumt war, und Hunderte von Lichtern, durch Spiegel tausendmal reflectirt, verbreiteten Tageshelle im weiten Saale.

Um 6 Uhr schon hatten sich die ersten geladenen Gäste eingefunden, welche an der Treppe von dem Kanzlei-Director des Obersthofmeister-Amtes, Herrn Hofrath Westermayer, der von einem Stabe von Hof-Fouriren, diese wieder von einer Legion in Roth und Gold, Schwarz und Gelb gekleideter Hofdiener umgeben waren, empfangen. Dreißig Minuten später war die Galerie des großen Saales bereits von hohen Beamten, Militärs, ungarischen und deutschen Garden gefüllt, während sich im kleinen Saale allmälig jene glänzende Gesellschaft einfand, die zum Cercle zugelassen wurde, und im großen Saale die Zahl der Hofwürdenträger, Abgeordneten, Generale und Officiere mit jeder Secunde wuchs.

Um halb 8 Uhr ist der große Saal bereits dicht gefüllt. Wer schildert die Pracht der Toiletten, wer den Glanz der Uniformen, wer zählt die Sterne, wer die Brillanten, die das Auge blenden! Einem Goldstrome gleich, an dessen Oberfläche Edelsteine blitzen, wogt die Masse durch den Saal, und eine blitzende Welle verdrängt die andere. Was Wien, ja, man könnte fast sagen: was das Reich an glänzenden Namen aufzuweisen hat, war hier vertreten: Sämmtliche Minister, mit Ausnahme der Herren Stremayr und Baron Lasser (die Minister waren in Geheimraths-Uniform, nur Graf Maunsfeld in der Uniform eines Hußaren-Rittmeisters und Minister Horst in der Obersten-Uniform) das gesammte diplomatische Corps, besonders stark die russische und türkische Botschaft, eine große Zahl von Abgeordneten (die Abgeordneten Dr. Herbst und Giskra fehlten; Graf Mieroszewski erschien der Einzige in polnischer Nationaltracht und die ruthenischen Abgeordneten im Talar), die gesammte Generalität u. s. w. waren erschienen. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin betraten um halb 9 Uhr den kleinen Saal und hielten dort Cercle, bei welchem der General Ignatieff, die Gräfin Stolberg und Lady Buchanan von Seite der Kaiserin besonders ausgezeichnet wurden.

Kurz nach halb 10 Uhr erschienen Ihre Majestäten unter Vortritt des Oberceremonienmeisters Grafen Hunyady und des Fürsten Hohenlohe im großen Saale, die Kaiserin am Arme des Kronprinzen von Hannover, der Kaiser führte die Erzherzogin Maria Theresia, welche ein blaßrosa Kleid und Diamanten in den Haaren trug. Ihre Majestät die Kaiserin trug ein lichtlila Kleid, das einen leisen Stich ins Rothe hatte, mit einem Ueberwurf von Tüll-Illusion, an der linken Brustseite den Sternkreuz-Orden in Brillanten, um den Hals drei Perlen-, drei Diamantschnüre und ein breiteres Halsband mit großen Brillanten und Perlen, auf dem Kopfe ein strahlendes Diadem, dessen unterer Reif von Brillanten besäet und dessen Spitze von großen Perlentropfen gebildet wurde. Die Robe hatte eine lange Schleppe, der an einer Perlenschnur hängende Fächer die Farbe des Kleides. Nach den Majestäten kamen die Erzherzoge Karl Ludwig, Ludwig Victor, Friedrich, Wilhelm, Leopold, der Prinz von Weimar, der Herzog von Coburg und der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin. Unmittelbar nachdem die höchsten Herrschaften eingetreten waren, begann der Tanz. Der Kaiser sprach während des ersten Walzers: „O schöner Mai“ von Johann Strauß fast unausgesetzt mit dem General Ignatieff, der sich überhaupt während des ganzen Abends besonderer Auszeichnung zu erfreuen hatte. Der Kaiser sprach ferner längere Zeit mit dem Minister-Präsidenten Fürsten Auersperg, dem Grafen Hohenwart und dem Botschafter Aleko Pascha. Die Generalin Ignatieff, die ein blaßgrünes Seidenkleid mit schwarzem Sammtüberwurf trug, wurde ebenso wie die Gräfin Stolberg und Lady Buchanan von der Kaiserin eingeladen, auf der Estrade Platz zu nehmen. General Ignatieff unterhielt sich sehr lange mit dem Reichsraths-Abgeordneten Baron Zschock.

Im Ganzen wurden neun Tänze getanzt: Walzer, Polka, Quadrille und Cotillon. Nach der sechsten Nummer wurde der Thee genommen, zu dem viele Damen der Aristokratie, ferner die Gräfinnen Robilant, Ignatieff und Stolberg zugezogen wurden. Die Majestäten kehrten nach dem Thee nochmals in den großen Saal zurück und zogen sich erst gegen halb 12 Uhr in die innern Appartements zurück. Als die Kaiserin, den Saal durchschreitend, den Minister-Präsidenten Auersperg bemerkte, trat sie an ihn heran und unterhielt sich längere Zeit mit ihm.

Local-Nachrichten.

[Irrsinn.] Die 37jährige Polizei-Commissärs-Witwe Emma Rossian, Hernals, Gürtelstraße Nr. 5, mußte am 6. d., da sie an Verfolgungswahn leidet, auf das Beobachtungszimmer des allgemeinen Krankenhauses gebracht werden.

[Falsche Stempelmarke.] Das Polizei-Commissariat in der Leopoldstadt hat an die Commissariate folgendes Circulär gerichtet: „Ein beiläufig 28jähriger Mann, mit röthlichem Vollbarte, ziemlich elegant gekleidet, hat zu Weihnachten vorigen Jahres in der Tabak-Trafik des Johann Mayer, Klosterneuburgerstraße Nr. 1, für eine echte eine gefälschte Fünf-Gulden-Stempelmarke zurückgelassen.“

[Selbstmord.] Der 18jährige Edelsteinschleifer Franz Feix, Lindengasse Nr. 25 bei seinen Eltern wohnhaft, stürzte sich gestern Nachts nächst der Karlsbrücke in den Donau-Canal und verschwand spurlos in den Wellen. Feix, der vorher in Gesellschaft zweier Kameraden in einem Gasthause am Quai weilte, hatte denselben mitgetheilt, daß er Nachmittags im Vaterhause einen Verdruß gehabt habe und deßhalb sehr verstimmt und aufgeregt sei.

[Aus dem Polizeiberichte.] Vor einigen Tagen wurde die Wohnung der Maschin-Näherin Adele Brenner und der Kleidermacherin Emma [illegible], Beide Margarethen, Rüdigergasse Nr. 12 wohnhaft, mittelst Nachschlüssels geöffnet. Der Thäter entwendete aus einem Kasten einen Geldbetrag von 67 fl., zwei Sparcassebücher, auf den Namen „Marie [illegible]“ lautend, per 180 fl. 77 kr. und 84 fl. 30 kr., sowie Pretiosen im Werthe von [illegible] fl. — Dem [illegible] Jakob Ungerleider, [illegible] wurde am 5. d. Morgens aus [illegible] frischen Eiern gestohlen. [illegible] mittelst eines [illegible]. — Der vom königlichen Stadtgerichte in Breslau wegen Unterschlagung einer Summe von 5000 Reichsmark steckbrieflich verfolgte 21jährige Handlungs-Commis Salomon Brauer wurde gestern Nachts von Detectives hier eruirt und in Haft genommen. Von der defraudirten Summe hatte Brauer nur mehr wenige Gulden.

Gemeinde-Angelegenheiten.

[Hochquellenleitung.] Das technische Project für die Zuleitung der Fuchspaß-Quelle, welches gestern in der Wasserversorgungs-Commission berathen wurde, wird in der Freitags-Sitzung dem Gemeinderathe zur Annahme empfohlen werden. Nach demselben soll die Quelle längs dem rechten Ufer der Schwarza in einem Canale von 1600 Klaftern Länge bis zum Hauptcanale der Hochquellenleitung geführt werden. Die Kosten für den Canalbau werden sich auf 455.000 fl., für die Unterfahrung der Quelle auf 75.000 fl. belaufen. — Die Bürgermeister von Baden und Böslau haben sich an den Wiener Gemeinderath mit der Bitte um Ablassung eines Wasserquantums aus der Hochquellenleitung gewendet, und begründen ihr Gesuch damit, daß die beiden Gemeinden den Bau der Hochquellenleitung, so viel in ihren Kräften stand, gefördert haben und daß die beiden Curorte im Sommer größtentheils von Wienern bewohnt werden.

[Versorgungsfonds und Versatzamt.] Der Gemeinderath hat sich bereits im Jahre 1870 unter eingehender Klarstellung der Verhältnisse des Wiener allgemeinen Versorgungsfonds zum k. k. Versatzamte an das Ministerium des Innern gewendet und hervorgehoben, daß er auf dem begründeten Rechtsanspruche dieses Fonds bezüglich des Antheiles am Gewinne des Versatzamtes verharren müsse, und hat die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen, daß das hohe k. k. Ministerium die Veranlassung treffen werde zur sofortigen Berichtigung der seit dem Jahre 1860 aushaftenden Rückstände, und daran das Ansuchen geknüpft, es möge fortan die Hälfte des jährlichen Reingewinnes an den allgemeinen Versorgungsfonds abgeführt werden. Seit dieser Eingabe sind wieder sechs Jahre verflossen, ohne daß in dieser Sache irgend eine Entscheidung getroffen worden wäre. Da nun der Antrag Dr. Pichl's, die Urgirung dieses Gegenstandes betreffend, vom Gemeinderathe mit Stimmeneinhelligkeit angenommen wurde, so hat sich der Bürgermeister neuerdings an das Ministerium gewendet mit der Hinweisung darauf, daß der seit 17 Jahren ausständige Gewinnantheil (welcher sich auf einige hunderttausend Gulden belaufen dürfte) für den so überaus stark in Anspruch genommenen allgemeinen Unterstützungsfonds einen höchst schätzenswerthen Zufluß bilden würde. Der Bürgermeister ersucht schließlich, die Rechtsfrage im Auge behaltend, abermals um die schleunige Austragung dieser Angelegenheit.

[Reorganisation des Stadtbauamtes.] Wie wir vor Kurzem gemeldet haben, hat Dr. v. Newald sein Referat über diesen Gegenstand beendet und der Bauamts-Regulirungs-Commission vorgelegt. Der uns nun vorliegende erste Theil des Referats enthält den Entwurf der Grundzüge für die Organisation der städtischen Bauverwaltung und des Bau-Polizeidienstes und in einer Einleitung eine eingehende Motivirung dieser Organisation. In dieser Einleitung constatirt Dr. v. Newald, daß es sich heute nicht mehr lediglich um eine leidige Geschäftseintheilung von untergeordnetem Werthe handle, sondern um die Regelung des gesammten Bauwesens. Er bespricht hierauf die Versuche, die in den Jahren 1865 und 1872 gemacht wurden, um in die ziemlich zerfahrenen Verhältnisse des technischen Dienstes Ordnung zu bringen, und die Erfolge dieser Versuche. Die Reorganisation vom Jahre 1872 ist es namentlich, welche der Referent scharf kritisirt. Die gegenwärtig herrschende Vielschreiberei, den schleppenden Geschäftsgang hält der Referent für Hauptgebrechen in der Organisation des Bauamtes. Die Ursache derselben sei die im Jahre 1872 eingeführte vollständige Decentralisation. Wie ungemein schwerfällig, langsam und für die Gemeinde kostspielig der Geschäftsgang geworden, kann aus jedem Acte, selbst wenn es sich um die unbedeutendste Angelegenheit handelt, ersehen werden. Der Referent verkennt aber auch nicht die Mängel einer Centralisirung der Leitung des gesammten städtischen Baudienstes in Einer Hand, wie sie der Organisation vom Jahre 1865 zu Grunde lag. Die eminenteste Capacität, zum Chef des technischen Dienstes in all' seinen Abzweigungen berufen, wird durch die Sorge für die Aufrechthaltung des dienstlichen Mechanismus allein schon so weit in Anspruch genommen sein, daß ihr die nöthige Muße zum eingehenden Studium auch nur einiger Fragen, geschweige denn aller wichtigen Angelegenheiten vollständig fehlen wird. Der Referent schlägt nun in seinem Entwurfe, der in 37 Paragraphen die Grundzüge für die Organisation der Bauverwaltung und des Baupolizeidienstes enthält, einen Mittelweg zwischen Centralisirung und Decentralisation ein. Im fünften Paragraph werden die Grundsätze für den künftigen Organismus festgestellt. Derselbe lautet: „1. Für die unmittelbare Verwaltung bestehen drei Departements, und zwar: für den Hochbau, für das Straßenwesen und für Wasserversorgung und Wasserbau-Angelegenheiten. 2. Die Geschäfte werden in jedem Departement in zwei Abtheilungen: der Administrativ- und der technischen Abtheilung, besorgt. 3. Vorsteher der Administrativ-Abtheilung ist ein Magistratsrath, welcher gleichzeitig Leiter des Departements nach Außen ist; Vorsteher der technischen Abtheilung (des Bau-Dienstes) ist ein städtischer Baurath. 4. Die Departements haben die laufenden Geschäfte zu besorgen und die der Bauverwaltung zugewiesenen Anstalten zu administriren, die Beschlüsse des Gemeinderathes zu vollziehen, die Acten für die Vorberathung im Bauverwaltungs-Ausschusse und für die Beschlußfassung im Gemeinderathe vorzubereiten. 5. Für die Handhabung der Baupolizei besteht ein eigenes Departement mit einem Magistratsrath als Leiter und einem Baurathe. Dem Baupolizei-Departement können auch einzelne mit den Agenden desselben in Verbindung stehende Angelegenheiten der städtischen Bauverwaltung zur Besorgung zugewiesen werden. 6. Zur Vorberathung von dem Gemeinderathe zu unterbreitenden Vorlagen, zur Antragstellung an denselben und zur Erzielung eines gleichmäßigen und harmonischen Zusammenwirkens in der Geschäftsgebahrung der Bauverwaltungs-Departements hat beim Magistrate der Bauverwaltungs-Ausschuß zu bestehen. Beschließende Mitglieder des Bauverwaltungs-Ausschusses sind: der Magistrats-Director als Vorsitzender; die Magistrats-Referenten der drei Bauverwaltungs-Departements und der Magistrats-Referent der Baupolizei; die vier städtischen Bauräthe; die Magistrats-Referenten des Rechts-Departements und des Finanz-Departements und der Leiter des gemeinderäthlichen (Präsidial-) Bureaus; die Magistrats-Referenten der Departements für das Sanitäts-, Schul-, Armen- oder Approvisionirungswesen, jedoch nur in Bezug auf jene Bauverwaltungs-Angelegenheiten, welche Zwecke ihres Departements betreffen; berathende Mitglieder (ohne Stimmrecht) sind der Oberbuchhalter und der Stadtanwalt. 7. An der Abstimmung über die nach der Bestimmung des Gemeinde-Statutes dem Magistrate zustehenden Geldbewilligungen nehmen nur diejenigen Mitglieder Theil, welche dem Magistrats-Gremium angehören.“

[Aus der Rechts-Section.] Die Rechts-Section des Gemeinderathes hat in ihrer heute stattgefundenen Sitzung in die Commission zur Förderung öffentlicher Arbeiten die Gemeinderäthe Frankl und Dr. Pichl gewählt. Für das neu eröffnete Versorgungshaus in [illegible] in Vorschlag gebracht: als Verwalter: Alois Setzer, als [illegible] Josef Frölich und als Hausarzt Dr. Johann Möser.

Vereins-Nachrichten.

[„Die Traunsteiner.“] Der Verein „Die Traunsteiner“, welcher sich aus [illegible] recrutirt, hielt am 3. d. in seinem Vereinslocale („zum braunen Hirschen“, Paniglgasse 1) seinen „Kiritag“. Saal und „Tanzboden“ waren mit Reisig geschmückt, die Gäste waren fast ausnahmslos in ländlicher Tracht erschienen, kurz, man fühlte sich in der That auf einen veritablen „Kiritag“ versetzt. Die Stimmung war, Dank dem geschickten Arrangement, bald eine fröhliche, wozu die an den Wänden des Saales angebrachten „Vierzeiligen“, welche meist auf die Mitglieder des Vereins Bezug hatten, nicht wenig beitrugen. Erst in später Morgenstunde und nur schwer trennte man sich vom „Tanzboden“.

[Gabelsberger-Feier.] Der Wiener Stenographen-Verein feiert den Geburtstag Gabelsberger's am Donnerstag den 8. d., um 8 Uhr Abends, im Saale „zum goldenen Sieb“, Wieden, [illegible]gasse. Eröffnet wird die Feier mit einer Festrede des [illegible] Professor Faulmann. Mit der Feier ist auch eine Ausstellung seltener stenographischer Werke, Briefe berühmter Stenographen, sowie Proben der Entwicklung des stenographischen Typen-Druckes verbunden. Den Schluß bilden gesellige Unterhaltung und Tanz. Eintrittskarten sind um den Preis von 50 kr. (Damen frei) in der Buchhandlung von Bärmann und Altmann, Stadt, Johannesgasse Nr. 2, zu haben.

[Vereins-Kalender.] Die nächste Versammlung des Clubs der Land- und Forstwirthe in Wien findet morgen, Donnerstag, Abends 7 Uhr, im „Hotel Lamm“ II., Praterstraße 7, statt. Programm: 1. Dr. August Oncken: „Der amerikanische National-Oekonom Henry Charles Carey und die Landwirthschaft.“ 2. General-Domänen-Inspector J. Wessely: „Die Karstfrage in Oesterreich-Ungarn.“ — Im Handels- und Gewerbe-Verein im Bezirke Sechshaus hält morgen, Donnerstag, Abends 8 Uhr, Herr J. J. Hosz im Vereinslocale einen Vortrag „über Wasser“ mit Demonstrationen. — Der „Geselligkeits-Verein der Beamten Wiens“ veranstaltet am Freitag den 9. d. in den Sälen „zum grünen Thor“ ein Costume-Kränzchen. Der Eintritt ist auch in Salon-Toilette gestattet.

Theater, Kunst und Literatur.

(Repertoire des Hofburgtheaters.) [Monats-Regisseur: Herr Josef Lewinsky.] Freitag den 9. Februar: „Zurücksetzung.“ — Samstag den 10.: „Umkehr.“ — Sonntag den 11.: „Pagenstreiche.“ — Montag den 12.: „Der Veilchenfresser.“

— Das Hofoperntheater bleibt morgen (Donnerstag) geschlossen. Am Freitag den 9. d. geht nach längerer Pause wieder Marschner's „Hans Heiling“ in Scene. Die Träger der Hauptrollen sind die Damen Dillner, Jaide und Tremel, sowie die Herren Walter, Beck und Lay.

— Herr Erzherzog Franz Karl beehrte die erste Vorstellung der „Philippine Welser“ im Wiener Stadttheater mit seinem Besuche. Der „Philippine Welser“ folgen im Wiener Stadttheater bereits Samstag den 10. Februar zwei Novitäten heitern Genres: „Rosa-Dominos“, Posse in drei Acten von Delacour und Hennequin, und „Beim Gewitter“, Lustspiel in einem Act von Adrien Max. Im letztgenannten Lustspiele sind nur Herr und Frau Tyrolt beschäftigt. „Rosa-Dominos“ ist in den wichtigern Partien mit den Herren Bukovics, Bassermann, Grève, Ranzenberg, Tyrolt, Bauer und mit den Damen Saldern, Wagner, Jmro, Valberg besetzt.

— Im Carl-Theater findet morgen (Donnerstag) die Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der unter dem Protectorate der Frau Fürstin Hohenlohe-Schillingsfürst stehenden Leopoldstädter Volksküche statt.

— Herrn Eduard Stolz, Capellmeister der Komischen Oper, wurden am Dienstag gelegentlich seines Benefices die verschiedenartigsten Ovationen bereitet. Vom Componisten Louis Großmann wurde ihm ein mit Silber reich verzierter Tactirstock, von Herrn Sontheim ein Bouquet mit Widmung, vom Opern-Personal unter Führung der Frau Charles-Hirsch ein silberner Lorbeerkranz überreicht. Außerdem erhielt der Beneficiant prachtvolle Kränze mit Inschriften von den Damen Marie Fritsch und Caroline Lampe, ein großes Bouquet von Frau Charles-Hirsch, einen Lorbeerkranz mit Widmung vom Chor-Personal, einen von den Orchester-Mitgliedern gewidmeten Lorbeerkranz, einen Kranz von seinem Schüler Ludwig Strakosch und eine Blumenspende vom Director Hirsch, deren Schleifen die Inschrift trugen: „Seinem langjährigen Freunde, dem Capellmeister Eduard Stolz. Wien, 6. Februar 1877.“

— In Ergänzung unserer gestrigen Notiz über das fünfzigjährige Künstler-Jubiläum Gustav Hölzel's sei heute noch Folgendes erwähnt: Abgesehen von seinen Bühnenerfolgen erwarb sich Hölzel auch einen bedeutenden und wohlverdienten Ruf als Liedersänger und Componist reizender, meist heiterer Lieder, von denen einige eine seltene Popularität errangen. In diesen Eigenschaften fand er nicht nur in seiner engern Heimat Oesterreich-Ungarn, sondern auch in Deutschland, England, Rußland und Amerika laute und allgemeine Anerkennung. In der diesjährigen Saison eröffnete Hölzel gemeinsam mit Louise Dustmann ein erfolgreiches Gastspiel an der Komischen Oper, an welcher Bühne auch Samstag den 17. d. zur Feier seines fünfzigjährigen Künstler-Jubiläums und zugleich zu seinem Benefice Albert Lortzing's beliebteste Oper „Der Wildschütz“ gegeben wird. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß sich das Wiener Publicum diese Gelegenheit, den Künstler, dem es so manche vergnügte Stunde dankt, seine Sympathie und Anerkennung zu beweisen, nicht entgehen lassen werde.

— Herr Arndt, der jugendliche Held und Liebhaber des Berliner National-Theaters, hat zu seinem Benefice das fünfactige historische Schauspiel „William Dorset“ von Josef Grünstein gewählt und wird in demselben die Titelrolle spielen. Das Sujet des Stückes ist die Entthronung König Jacob's II. von England durch den Prinzen Wilhelm von Oranien-Nassau.

Aus dem Gerichtssaale.

Wien, 7. Februar. [Die [illegible].] (Baronin La Roche. — Schluß.) Die Schwurgerichtsverhandlung wider Clara Pauline Albrecht, [illegible] Volk und Baronin La Roche, wurde heute zu Ende geführt. Nach der zur Vorlesung gebrachten Aussage des Portiers im Bahnhofe in [illegible] gab sich die Angeklagte ihm gegenüber für eine Nichte des verstorbenen General-Directors Keißler aus und ersuchte ihn um die Aufbewahrung eines Koffers und einer Schachtel [illegible] der Frau Arché). Später erhielt der Portier einen Brief von ihr, sie sei auf der Reise erkrankt und er möge ihr die Gepäckstücke nach Wien senden. [illegible] Unterschrift [illegible] war, verweigerte die Bahn [illegible] die Uebernahme der Sendung. [illegible] Teschenberg gab zu Protokoll, sie habe [illegible] Angeklagten [illegible] abgekauft; doch habe sich zu der [illegible] auch ein Fräulein Teschenberg [illegible] in Sommeraufenthalt [illegible]

funden. Ein anderer Zeuge deponirte, er habe die Angeklagte im Jahre 1866 kennen gelernt, sie durch zwei Jahre als Verkäuferin beschäftigt und mit ihr ein Liebesverhältniß gehabt. Der Vertheidiger Dr. Wolski ersucht um die Constatirung des Umstandes, daß im Besitze der Angeklagten zwei Geldbrief-Couverts über Sendungen von je 600 Mark gefunden wurden, woraus hervorgehe, daß sie nicht ohne Zahlungsmittel war.

Nach 1½stündiger Berathung gab die Jury, bestehend aus den Herren Johann Reinhard, Karl Reinisch, Franz Georg Billek, Anton Otto Gerbitz, Franz Hochedlinger, Georg Kargl, Theodor Hoppe, Leopold Richter, Mathias Mazelli, Franz Scherer, Josef Zwirner und Robert Rusitzka, durch den Obmann Reinhard nur bezüglich der Veruntreuung des Herrenpelzes per 60 fl. mit 8 gegen 4 Stimmen ein Schuldverdict ab, verneinte dagegen alle übrigen Schuldfragen mit Stimmeneinhelligkeit. Staatsanwalts-Substitut Adamek beantragte, daß gegen die Angeklagte auch die Zulässigkeit der Stellung unter Polizei-Aufsicht ausgesprochen werde; der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Landesgerichtsrathes Hörl erkannte in diesem Sinne und verhängte über Clara Pauline Albrecht sechs Monate Kerkers.

— (Fahrlässige Tödtung.) Wegen derselben hatte sich gestern der gewesene Stellwagenkutscher Gabriel Zimiczek vor dem Erkenntnißgerichte zu verantworten, da er am 20. August v. J., gegen 8 Uhr Abends, in der Nähe von Gersthof den Taglöhner Josef Breinhofer in unvorsichtiger Weise überfahren und getödtet habe. Der Vertheidiger Dr. Pichl verlangte die Vorladung des Polizei-Arztes und Polizei-Concipisten zur Schlußverhandlung, um durch dieselben nachzuweisen, daß sich Breinhofer damals im Zustande der Volltrunkenheit befunden habe, wurde jedoch von der Rathskammer abgewiesen, weil diese Zeugen den Getödteten erst nach dem Tode gesehen. Bei der Schlußverhandlung nahm Dr. Pichl seinen Antrag wieder auf, indem er geltend machte, der Getödtete habe derart nach Spirituosen gerochen, daß sich die polizeiliche Commission Cigarren anzünden mußte, um amtiren zu können. Wenn sich also auch die Volltrunkenheit nicht constatiren lasse, so erscheine doch eine so hochgradige Berauschung von Einfluß auf den Grad des eventuellen Verschuldens seines Clienten und somit auf das Strafausmaß, da ein Betrunkener in seinen Bewegungen unberechenbar sei. Der Gerichtshof (Vorsitzender Landesgerichtsrath Graf) hielt jedoch den Beschluß der Rathskammer aufrecht. Im Laufe des Beweisverfahrens stellte sich indeß heraus, daß Thatzeugen vorhanden seien und so mußte schließlich die Verhandlung zur Vernehmung derselben in Betreff der Trunkenheit des Getödteten dennoch vertagt werden.

— (Creditpapier-Fälschung.) Die Schwurgerichtsverhandlung wider den Steindrucker Kiermaier, dessen Gattin und Sohn, den Graveur Kopta und den Privatier Arpad Eisert findet am 7. und 8. März statt.

[Tel.] **Petersburg**, 7. Februar. Im Processe gegen die Veranstalter der Demonstration am 18. December vor der Kasankirche wurde das Urtheil gefällt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, die Andern theils zu Zwangsarbeit, theils zur Deportation verurtheilt

Telegramme des Correspondenz-Bureaus.

Pest, 7. Februar. (Abgeordnetenhaus, — Schluß.) In der Affaire der der Wahlbestechung beschuldigten Abgeordneten beschließt das Haus, entgegen dem Antrage des Immunitäts-Ausschusses, die Auslieferung derselben.

Berlin, 7. Februar. Im Anschlusse an den Sturz Midhat Pascha's und die Ernennung Edhem Pascha's zum Großvezier schreibt die „Provinzial-Correspondenz": Da Midhat der Urheber und geistige Träger der gesammten innern und äußern Politik während der letzten Monate gewesen ist, dürfe sein Sturz als ein Anzeichen einer erneuten innern Umwälzung und möglicherweise veränderten Stellung zur europäischen Politik angesehen werden. Bis jetzt fehlen jedoch alle bestimmten Anhaltspunkte zur Beurtheilung der neuen Lage.

Rom, 7. Februar. Die gestrigen Abendblätter sprachen von einem Schwäche-Anfalle des Papstes. Die Agenzia Stefani erklärt auf Grund im Vatican eingeholter Informationen, daß diese Nachricht unbegründet sei. Nach dem Empfange machte der Papst gestern einen einstündigen Spaziergang in den Bibliotheksräumen.

London, 7. Februar. Die „Times", das russische Circulär besprechend, meinen, es enthalte nichts, was füglich eine Drohung genannt werden könnte; es scheine keinen Vorwand für einen Rücktritt von der gegenwärtigen Position zu suchen; dessen Zweck scheine vielmehr der zu sein, zu ermitteln, wie weit Europa fortfahren wolle, mit dem Czar zu cooperiren. Das Circulär ist thatsächlich eine Fortsetzung der Politik Ignatieff's. Rußland sei augenscheinlich entschlossen, mit Europa im Connex zu bleiben und sich nicht ins Unrecht zu setzen, so wie während der Conferenz die russische Regierung augenscheinlich bemüht war, nicht im Unrecht zu stehen. Wir selber, schließt das Blatt, mögen erklären, daß wir mit dem Geschehenen zufrieden seien; aber wir können Rußland nicht tadeln, wenn es dazu schreitet, etwas zu vollführen, was Alle wünschten. Die „Times" empfehlen, England solle das Resultat des türkischen Ministerwechsels abwarten, ehe es Rußland antworte, mittlerweile aber anfragen, welches Verfahren die russische Regierung begünstige. — Graf Schuwaloff wird das Circulär heute dem Grafen Derby überreichen.

Odessa, 6. Februar. Der Großfürst Oberbefehlshaber wird mit kleinem Gefolge zu mehrtägigem Aufenthalte hier erwartet.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen.

Paris, 7. Februar. Der „Moniteur" glaubt, das russische Circularschreiben mache nicht den Eindruck, daß Fürst Gortschakoff den Hintergedanken habe, die Verwicklungen zu überstürzen, die durch die Mäßigung Rußlands bisher vermieden wurden.

Rom, 7. Februar. Der Papst empfing heute die Zöglinge des englischen Collegiums, welche eine Adresse überreichten und Geschenke überbrachten.

Die Kammer genehmigte den Gesetzentwurf betreffs Aufhebung der Personalhaft.

Constantinopel, 7. Februar. Man versichert, Midhat Pascha wurde in Folge Widerstandes gegen mehrere Befehle des Sultans beschuldigt, eine dictatorische Gewalt ausüben zu wollen. Dem „Levant Herald" zufolge erhielt der Palast-Marschall den Auftrag, Midhat seine Verbannung anzukündigen und ihm die Documente vorzuweisen, welche seine Theilnahme an einem Complot bewiesen. Midhat soll ausgerufen haben: „Ich bin das Opfer eines russischen Complots!"

Constantinopel, 7. Februar. Ein officielles Communiqué besagt Folgendes: „Nachdem der Sultan die Verfassung proclamirt, welche allen Unterthanen die Gleichheit verbürgt und das parlamentarische Regime an Stelle des absoluten Regimes gesetzt, mußten sich alle Beamten, Groß wie Klein, den Bestimmungen der Verfassung fügen. Trotzdem bewegte sich Midhat Pascha in einer dem Geiste der Verfassung zuwiderlaufenden Richtung. Gewisse vorgefallene Acte weisen darauf hin, daß die vom Sultan aufgegebene absolute Gewalt durch andere Hände ausgeübt werden sollte. Einige Individuen schmiedeten Pläne gegen die Prärogative des Sultans und die politische Ruhe. Midhat hatte die Pflicht, dieses Treiben zu verhindern, aber er ließ es geschehen. Das abgeschaffte Regime wurde demnach in anderer Form ausgeübt. Der Sultan faßte alsdann den Entschluß, Midhat zu verbannen, um seine Rechte, sowie den Geist der Verfassung zu wahren."

Bukurest, 7. Februar. Das Ministerium wurde in folgender Weise neu zusammengesetzt: Joan Bratiano, Präsidium und Inneres; Demeter Sturdza, Finanzen; Campineanu, öffentliche Arbeiten; Dogan, Justiz oder Unterricht, je nachdem Ghitzu oder Statescu im Ministerium verbleiben; Jonescu behält das Ministerium des Aeußern und Slaniceanu das Kriegsministerium.

Telegramme der „Deutschen Zeitung".

Graz, 7. Februar. Die dreiundfünfzigste Versammlung der Steiermärkischen Landwirthschafts-Gesellschaft beschloß, bei beiden Häusern des Reichsrathes wiederholt um Steuerbefreiung solcher Credit-Genossenschaften, die nicht auf Gewinn ausgehen, zu petitioniren. Die Gesellschaft ernannte den Grafen Ernst Sambuy, Parlaments-Mitglied für Turin, wegen seiner bei der Wiener Weltausstellung erworbenen Verdienste um die steierische Weincultur, zum Ehrenmitgliede. Dem nach zehnjähriger Function zurücktretenden Gesellschafts-Präsidenten Landeshauptmann Kaiserfeld wurde die große goldene Gesellschafts-Medaille nebst einer kunstvoll hergestellten Adresse sammt den Photographien sämmtlicher Central-Ausschuß-Mitglieder überreicht. Kaiserfeld dankte gerührt, der ersprießlichen Mitwirkung der übrigen Gesellschafts-Functionäre gedenkend. Die Versammlung wählte Baron Washington zum Präsidenten, Landes-Ausschuß Johann Pairhuber zum ersten und Baron Conrad zum zweiten Vice-Präsidenten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Graz, 7. Februar. Beim Bankett der Landwirthschafts-Gesellschaft toastirte Hofrath Kallina namens des Statthalters auf den zurücktretenden Präsidenten Kaiserfeld, indem er von dem Gesellschafts-Präsidenten Abschied nimmt und auf den nie alternden Patrioten, den erleuchteten Staatsmann und allverehrten Landeshauptmann ein „Hoch" bringt. Kaiserfeld wies in längerer Rede auf ein kräftiges Zusammenwirken, fern von jeder politischen Tendenz hin. Reichsraths-Abgeordneter Dr. Heilsberg feierte ebenfalls in schwungvoller und begeisterter Rede den zurücktretenden Präsidenten, für welchen auch von dem abwesenden Statthalter ein Begrüßungs-Telegramm eintraf.

Pest, 7. Februar. Die Cabinetskrise ist acut geworden. Das Demissions-Gesuch wurde heute im Ministerrathe während der Reichstags-Sitzung unterfertigt und wird morgen von Tisza und Szell dem Kaiser unterbreitet werden. In der Samstags-Sitzung würde dann die officielle Demissions-Anzeige an das Haus erfolgen und zugleich die Vertagung der Sitzungen ausgesprochen werden. Dem „Lloyd" zufolge ist die Demission des Cabinets Tisza ernst gemeint. In Abgeordnetenkreisen werden Szlavy, Bitto, Ghyczy, Julius Szapary und Sennyey als Diejenigen genannt, die Tisza dem Kaiser als seine Nachfolger proponiren dürfte. Mit Sennyey hat sich Tisza jüngst diesbezüglich in Berührung gesetzt. Eine Partei-Conferenz wird keinesfalls vor Samstag abgehalten werden, daher ist eine Beeinflussung des Ministeriums betreffs des gefaßten Beschlusses unmöglich.

Rom, 7. Februar. Heute haben sich 160 Deputirte der Linken als selbstständige, vom Ministerium unabhängige Partei constituirt und den Beschluß gefaßt, das Programm von Stradella durchzuführen. Auch die äußerste Linke wird sich morgen separat constituiren. — Rouher ist nach Paris abgereist.

Constantinopel, 7. Februar. Die Friedensunterhandlungen mit Serbien nehmen einen erfreulichen Fortgang. Serbien erklärte sich bereit, in Belgrad einen türkischen Agenten zu empfangen. Die Hauptschwierigkeit liegt für jetzt noch in dem Verlangen der Pforte nach Emancipation der Israeliten. Der Großvezier und Savfet Pascha einigten sich dahin, die bisher befolgte Politik beizubehalten. Auch die Serbien und Montenegro angebotenen Friedensbedingungen sollen keine Aenderung erleiden.

Belgrad, 7. Februar. „Istok" schreibt: Zwischen Serbien und der Pforte besteht jetzt eine Art Licitation. Die Pforte macht ein Angebot, läßt aber davon immer etwas nach. Indessen befinden sich die Friedensverhandlungen erst im Stadium der Vorbesprechung. Serbien wird Frieden schließen, wenn es seinen Interessen entspricht.

Der Volkswirth.

[Tel.] **Triest**, 7. Februar. (Officielle Schlußkurse.) Napoleonsd'or 9.88½. Wechsel per London 123.65. Papierrente 63.10. Silberrente —.—. Goldrente —.—. Creditactien —.—.

Pest, 7. Februar. (Officielle Schlußkurse.) Ungarisches Eisenbahn-Anlehen 99.25. Ungarische Creditbank 116.75. Anglo-Hungarian-Bank —.—. Ungarische Bodencreditbank 23.—. Ungarische Municipal-Creditbank 14.—.

Berlin, 7. Februar, 11 Uhr 58 Minuten. Creditactien 243.—. Staatsbahn 394.—. Lombarden 129.—. Galizier 87.25. Silberrente 56.25. Papierrente 51.40. Rumänier 14.—. Türkische Consols 12.30. 1860er Lose 98.50. Goldrente 61.10. Nordwestbahn —.—. Italienische Rente 72.25. Amerikaner —.—. Fest.

Berlin, 7. Februar, 12 Uhr 59 Minuten. Creditactien 243.50. Staatsbahn 397.50. Lombarden 130.—. Italienische Rente —.—. Galizier 87.25. Silberrente —.—. Papierrente —.—. Türkische Consols —.—. 1860er Lose —.—. Nordwestbahn 191.—. Goldrente —.—. Andauernd fest.

Berlin, 7. Februar. (Schlußkurse.) Staatsbahn 397.—. Lombarden 129.50. Böhmische Westbahn 69.75. Galizier 87.—. Pardubitzer 45.70. Papierrente 51.60. Silberrente 55.80. Goldrente 61.20. 1860er Lose —.— 1864er Lose —.—. Creditactien 243.50. Wien (lang) 163.75. Russische Banknoten 253.30. Italienische Rente 72.50. Oesterreichische Banknoten 164.80. Ungarische Lose —.—. Kaschau-Oderberger 34.40. 7½percentige Rumänier 18.75. Wien (kurze Sicht) 164.75. Berliner Bankverein —.—. Nordwestbahn 189.25, lit. B. 64.50. Albrecht-Bahn-Prioritäten 55.50. Wiener Unionbank 85.—. Fünfpercentige Ungarische Ostbahn-Prioritäten 49.60. Fünfpercentige Mährisch-schlesische Centralbahn —.—. Wiener Communal-Anlehen 99.30. Türkische Consols 12.40. Ungarische Staats-Obligationen (Ungarische Ostbahn) 56.50. Elisabeth-Westbahn 54.75. Rudolf-Bahn 43.75. Franz Josef-Bahn 51.50.

(Nachbörse.) Creditactien 243.—. Staatsbahn 396.50. Lombarden 129.—.

Fest, die günstige politische Beurtheilung erhöhte die internationalen Werthe; Bahnen, Banken und Industriewerthe besser; ausländische Fonds, namentlich russische, steigend; einheimische Anlagewerthe gefragt. Platzdiscont 2⅛.

Frankfurt, 7. Februar. (Schlußkurse.) Wechsel per Wien 164.60. Sechspercentige Amerikaner vom Jahre 1882 —.—. Oesterreichische Bankactien 687.—. Fünfpercentige österreichische Creditactien 121.62. Französische Staatsbahn 198.50 1854er österreichische fl. 250-Lose —.—. 1860er fl. 500-Lose —.—. 1864er fl. 100-Lose —.—. Papierrente 51⁷⁄₁₆. Silberrente 55⅞. Galizier 17[illegible]. Lombarden 64¾. Elisabeth-Westbahn 111.—. Nordwestbahn —.—, lit. B. —.—. Ungarische Lose —.—. Wiener Communal-Anlehen 9[illegible]. Albrecht-Bahn-Actien —.—. Albrecht-Bahn-Prioritäten —.—. Böhmische Westbahn —.—. Franz Josef-Bahn —.—. Deutsche Effecten- und Wechslerbank —.—. Oesterreichische Banknoten 164.60. Ungarisch-galizische Eisenbahn —.— Theißbahn-Prioritäten —.—. Wechsel per London (kurze Sicht) 204.40. Wechsel per Paris (kurze Sicht) 81.37. Goldrente 61¼. Fest.

(Nachbörse.) Creditactien 121.50. Staatsbahn 198.12.

Frankfurt, 7. Februar. (Abendbörse.) Creditactien 122.12. Französische Staatsbahn 200.—. Lombarden 64.25. Galizier 174.50. 1860er Lose —.—. Silberrente 56¼. Papierrente 51⅞. Goldrente 61¼. Franz Josef-Bahn —.—. Bankactien —.—. Reichsbank —.—. Fest.

Amsterdam, 7. Februar. Papierrente 50¼. Silberrente 54¾. Wechsel per Wien —.—. 1860er Lose 544.—. 1864er Lose 130.—. Amerikaner IV. Serie 100

Paris, 7. Februar. (Anfangskurse.) Dreipercentige Rente 72.45. Fünfpercentige Rente 105.75. Italiener 71.80. Staatsbahn 490.—. Lombarden 165.—. Türkische Consols 12.20. Mobilier —.—. Neue sechspercentige egyptische Anleihe 193.—. Fest

Paris, 7. Februar. (Schlußkurse.) Dreipercentige Rente 72.65. Fünfpercentige Rente 105.95. Mobilier 160.—. Italiener 71.80. Oesterreichische Bodencredit-Anstalt 487.—. Staatsbahn 495.—. Lombarden 163.—. Oesterreichische Nordwestbahn —.—. Domänen-Pfandbriefe 296.—. 1875er lombardische Bonds —.—. 1876er lombardische Bonds —.—. Türkische Consols 12.17. Türken-Lose 36.25. Wechsel per London 25.14·5. Neue sechspercentige Egyptische Anleihe 195.—. Fest.

London, 7. Februar. (Eröffnung.) Consols 95⅝. Italienische Rente —.—. Lombarden 6½

London, 7. Februar. Consols 95¹¹⁄₁₆. Lombarden 6½. Silber —.—. Amerikaner —.—. Italiener 71⅛. Wechsel per Wien —.—. Silberrente 55.—. Papierrente 51½. Platz-Discont 1⅜. Bankauszahlung 60.000 Pfund Sterling.

Der Handel Oesterreich-Ungarns in Schafwollwaaren.

Wien, 7. Februar.

Unsere Handels-Ausweise geben bekanntlich nur die Richtung und Grenze an, von welcher wir Waaren beziehen oder an welche wir Waaren absetzen, nicht aber die Herkunft und Bestimmung. Um letztere einigermaßen beurtheilen zu können, müssen wir die Handels-Ausweise des Deutschen Reiches zu Hilfe nehmen, welche für das Jahr 1873 vorliegen.

Oesterreich-Ungarns gesammte Wollwaaren-Einfuhr (über alle Grenzen) ist seit 1863 bis 1873 von 10.856 Centner auf 74.285 Zollcentner oder um 584·3 Percent, die Ausfuhr aber von 67.988 Ctr. auf 73.539 Ctr. oder um nur 8·1 Percent gestiegen. Im Jahre 1873 gelangten über die Grenzen Deutschlands nach dem österreichisch-ungarischen Handels-Ausweise:

zur Einfuhr	73.061 Ctr.	Netto
„ Ausfuhr	21.610 „	Brutto
„ Durchfuhr durch Oesterreich (ausschließlich der von Deutschland nach Deutschland durchgeführten 956 Ctr.) im Austritte nach Deutschland . .	774 „	„
Nach dem Ausweise des Deutschen Reiches wurden dagegen im Jahre 1873 über die Grenzen Deutschlands nach Oesterreich im freien Verkehr ausgeführt . .	40.917 „	„
Durch Deutschland durchgeführt wurden mit der Bestimmung nach Oesterreich-Ungarn und Hamburg 11.916 Ctr. (England), ab Niederlagen*) 7890 Ctr., aus Belgien 2693 Ctr., aus Frankreich 1968 Ctr., aus der Schweiz 669 Ctr., aus den Niederlanden 330 Ctr., aus andern Ländern 1704 Ctr., zusammen .	27.170 „	„
Diese beiden letztern Mengen per . . .	68.087 Ctr.	Brutto
sollten der in unsern Handels-Ausweisen als Einfuhr nach Oesterreich-Ungarn mit	73.061 „	Netto

*) Gesetzlich dürfen im Innern des deutschen Zollgebietes fremde Waaren bis zur Dauer von fünf Jahren gelagert werden; für derartige Waaren, wenn sie wieder ausgeführt werden, ist im Handels-Ausweise die Eintrittsgrenze nicht angegeben, sie dürften jedoch meist englische Fabrikate betreffen.

Nr 39 — Kraków, 18 Lutego — Niedziela. — Rok 1877.

CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu," o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ 24	„ 6	„ 2·50
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu" w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują:
W Krakowie: Administracya „CZASU" tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księg. p. S. A. Krzyżanowskiego, handel dawniej Dworskiego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu"** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: we **Lwowie** W. Piątkowski ul. Hetmańska 10; w **Paryżu** wyłącznie p. Adam Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daubé & Comp. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Comp.

Kraków 17 lutego.

Szczegóły o Rosyi, które nas w ostatnich czasach doszły, potwierdzając coraz więcej rozpowszechniane, lecz źle określone zdania i wieści o wewnętrznych objawach i wewnętrznym stanie tego obszernego państwa, pomagają do bliższego nieco rozpatrzenia się pod tym względem w położeniu rzeczy.

Rosya, jak to już od dawna jest wiadomem, nie zasłoniła się przed wpływami i nie ochroniła się od chorób nurtujących inne europejskie społeczeństwa, tylko że na jej wyjątkowym gruncie objawiają się one nieco odmiennie. Pod względem formy Rosya nie przestała być państwem despotycznem, a nie tyle może przesiąkła, jak raczej przywłaszczyła sobie wiele wyobrażeń, zachcianek i dążeń ogólnego liberalizmu europejskiego, zaszczepiając je na własnych samorodnych żywiołach negacyi, a nawet destrukcyi. Powstał stąd potwór nie mający nazwy, istota amfibiczna, żyjąca aberracyami społecznemi i politycznemi żądzami. Jak mniej więcej wszędzie dzisiaj, rząd, który zachował tutaj pozory władzy nieograniczonej, chcąc je może zachować, tolerował, to znowu schlebiał, to nareszcie korzystał w swoich celach z owej potworności. Pod pieczą despotyzmu Rosya przechodzi przez ospę liberalizmu. Wywiązał się z tego stan rzeczy trudny do określenia, lecz którego tak wewnętrzne, jak zewnętrzne objawy zdradzają jakąś chaotyczność, niepewność, chorobliwość i ostatecznie względną słabość całego organizmu. Wewnętrzne czynniki wpłynęły i oddziałały na zewnętrzne postępowanie, zewnętrzne postępowanie miało na celu oddziałanie na wewnętrzne usposobienie, w skutku tej gry zapanowała niejasność, a jeżeli nie bezwładność, to niepewność w działaniu zewnętrznem, do której Rosya dotąd nie przyzwyczaiła innych i do której sama nie była przyzwyczajoną. Większa jak dawniej centralizacya w państwie, ubezwładnienie różnorodnych żywiołów narodowych, terroryzm religijny, nie wzmocniły władzy przedtem tak silnej, i dziś widocznie władzy tej na czemś zbywa: jest ona tą samą, a przecież nie tem samem, co niegdyś, nie stawia z dawną pewnością kroków na arenie politycznej, za czemś i na coś oglądać się zdaje. Rząd tak długo tolerował lub używał nowo rozpościerających się wyobrażeń i powstających żądz, aż nareszcie sam musiał rachować się z niemi. Car jest zawsze panem narodu, lecz jeżeli jeszcze może nie oglądać się na tę opinię publiczną, na którą ks. Gorczakow nieraz w bieżących wypadkach powoływał się, lub się nią zasłaniał, to musi się już liczyć z ową niepewnością, z owym chaotycznym i źle określonym stanem umysłów, z owemi wyobrażeniami i żądzami, którym schlebiał, bo im nie stawiał zapory. Nawet wywołanie kwestyi wschodniej wpłynęło rozstrajająco na wewnętrzne stosunki Rosyi; postawienie zasady wyswobodzenia ludów słowiańskich wywołało w umysłach analizę własnego położenia i dało początek agitacyi, której następstwa trudno obliczyć tak *in plus*, jak *in minus*, nie mówiąc już o tem, że nadanie pozornej i dekoracyjnej konstytucyi Turcyi, oddziałało także galwanicznie na Rosyę. Słowem, dotąd nie tyle może Rosya, jak rząd rosyjski, nie tylko nic nie zyskał, ale nawet utracił nieco ze swojego uroku i jeżeli nie z faktycznej władzy, to ze swej aureoli. Rząd jest mniej stanowczym, niż dawniej, bo jest mniej pewnym siebie, bo jest mniej silnym. Nie należymy do tych, którzy wróżą i przewidują co chwila rewolucyę i wielkie przewroty w Rosyi, ale zdaniem naszem ten stan nieokreślony, ten stosunek władzy despotycznej i liberalizującej, a niezupełnie świadomej swej drogi, do chaotycznych i różnorodnych, lecz istniejących aspiracyj i dążeń, mieści w sobie także wielkie a nawet groźne niebezpieczeństwa, których ostatecznym skutkiem może być ubezwładnienie całego organizmu. Rosya może się znaleść w niemożności porodu.

Gdzie szukać lekarstwa na tę chorobę, na ten wyjątkowy a nie dobry stan rzeczy. Zdrowia trzeba zawsze szukać w zdrowych zasadach i w zdrowych pojęciach. Władza chcąc odnaleść silniejszą wewnętrzną podstawę, chcąc się otrząsnąć z szkodliwych wpływów sztucznego liberalizmu, a położyć koniec zgniłej gorączce społecznej, musiałaby szukać podpory w żywiołach zachowawczych i sama stać się zachowawczą. Niepodobna zapoznawać donioslości niektórych reform, które za naszych czasów dokonanemi zostały, a nie należy nigdy chcieć odrabiać historyi: z tem co się stało i co jest, rachować się należy, lecz nigdy nie jest zapóżno zatrzymać się na niebezpiecznej i zgubnej drodze, na którą jest się wepchniętym. Trzeba chcieć i umieć. Rząd rosyjski mógłby znaleźć punkt oparcia w żywiołach zachowawczych, dziś odepchniętych, zapoznanych lub stojących na uboczu, lecz musiałby stworzyć dla nich rzeczywistą podstawę działania i sam powrócić do zdrowej tradycyi władzy. Wszędzie, a zatem i w Rosyi, liberalizm tegoczesny używa jako najskuteczniejszego do swoich ostatecznych celów środka, centralizacyi: stwarza ją tam, gdzie nie istnieje, wzmacnia, gdzie istnieje; chcąc złamać i skruszyć indywidualizm, uderza dalej w to, co go najwięcej wzmacnia, w sumienie i w religię, i staje się nietoleranckim. Tym szlakiem idzie on w Rosyi i pociąga za sobą społeczeństwo i rząd. Zatrzymać się na tej równi pochyłej byłoby zadaniem władzy chcącej się wzmocnić i odrodzić, a wyleczyć społeczeństwo. Władza stojąca szczerze i odważnie na gruncie samorządu, autonomii i wolności religijnej, skupiłaby około siebie drzemiące i rozproszone zdrowe i zachowawcze żywioły. Podobne zszeregowanie odbyłoby się jeszcze dziś w Rosyi łatwiej, niż gdzieindziej. Gdyby władza w Rosyi wobec prądów negacyjnych i destrukcyjnych stanęła na stanowisku, które rząd rosyjski zajął wobec konstytucyi tureckiej, przemawiając za wolnością religijną i autonomią indywidualności narodowych, niewątpliwie odzyskałaby wiele z dawnej siły i z dawnego uroku.

Zwrot taki zatrzećby mógł skutki szkodliwe w następstwie dla samejże Rosyi a szczególniej dla jej władców, rozszalenia i pastwienia się kierunku negacyjnego i destrukcyjnych żądz nad żywiołem polskim w państwie Rosyjskiem. W tak zmienionem położeniu żywioł polski odnaleść by mógł przynależne mu miejsce i stać się pomocnym i zbawiennym czynnikiem przeciw wywrotom lub chorobom społecznym. Żywioł ten, jeśli niekiedy okazał się lekkomyślnym politycznie i błądził krewkością, nie był nigdy antispołecznym, bywał powstańczym a nie rewolucyjnym. Z saméj natury swéj duchowéj i historycznéj jest on dodatnim a choć ręka despotyzmu w ostatnich czasach niszczyła w nim podstawy społeczne, religijne i narodowe, choć w tę stronę zwracała, co tylko miała najbardziéj rozkładowego — zaraza negacyi i nihilizmu niedotknęła organizmu polskiego. Świeży mamy tego dowód w owym procesie nihilistów, w który, pomimo głośnych i tendencyjnych zapowiedzi, żadne polskie nazwisko nie jest wmięszane. Zwrot ten przywracając Rosyi zdrowie, mógłby się na zewnątrz stać dla wielu rękojmią, a w sprawie wschodniej postawiłby ją na silnym gruncie, bo na gruncie prawdy.

Lecz fatalizm ogólego położenia dzisiejszego pcha najprzeciwniejsze przewrotem czynniki i ludzi do wspierania [illegible]. Król Wiktor Emanuel, cesarz Wilhelm, książe Bismark a nareszcie car Aleksander, konserwatyści z pochodzenia, powołani i skłonności, stali się najsilniejszemi podporami liberalizmu i najdzielniejszemi sprzysiężeńcami destrukcyi i mniej lub więcej przyspieszonych przewrotów. Gdzie będzie koniec tego szalonego biegu? Dziś trudno przewidzieć, a nadzieje zwrotu przedstawiają się jako złudzenia, nawet a raczej szczególniej w Rosyi.

Przyszłość należy przecież do prawdy, do zdrowych pojęć społecznych i religijnych i do rozumnej polityki. Niechże zatem żywioł polski wśród tych zawikłań i przewrotów wyobrażeń i wypadków i jakakolwiek czeka przyszłość Rosyę, przedstawia i stoi wytrwale przy zachowawczych zasadach społecznych, przy zasadzie samorządu, autonomii, indywidualności narodowej i wolności religijnej a wcześniej czy później stanie się on siłą dodatnią, z którą wśród zmieniających się okoliczności rachować się trzeba będzie. Dziś zaś niech się nie wyzuwa ani na chwilę z tego spokoju, który mu tak słusznie zalecono.

KORESPONDENCYA „CZASU."

Tarnów 15 lutego.

Z powodu rewizyi tutejszego gospodarstwa gminnego wywiązał się konflikt między władzami rządowemi a autonomicznemi. Gdy bowiem komisya z Wydziału krajowego do wspomnianej rewizy zesłana miała przystąpić do szkontrum wartościowego tutejszéj Kasy oszczędności, wstrzymało Namiestnictwo to szkontrum, a później zakazało tutejszemu starostwu, aby to szkontrum przeprowadziło. Zachodzi tu oczywiście kwestya kompetencyi, kto ma prawo nadzorowania i szkontrowania kas oszczędności, które to prawo rząd wyłącznie dla siebie windykuje.

Nam się zdaje, że chociaż prawo rządu do nadzorowania a skutkiem tego szkontrowania wszystkich kas oszczędności jest niewątpliwe, bo tego kredyt publiczny wymaga, a regulamin z roku 1844 wyraźnie to prawo rządowi zastrzega i to zastrzeżenie we wszystkich statutach kas oszczędności jest zawarte, przecież nie można odmówić władzom autonomicznym udziału w nadzorowaniu tych kas oszczędności, które gminy pozakładały i za które całym swym majątkiem ręczą, a taką właśnie jest tarnowska Kasa oszczędności. Takie kasy oszczędności są zakładami gminnemi, a jeżeli gmina ma ręczyć za nie, więc zwierzchności gminnéj a zatem i wyższym władzom autonomicznym musi być dozwolone przekonanie się o stanie i czynnościach kasy oszczędności, bo na nich cięży obowiązek ochronienia majątku gminnego od możliwéj odpowiedzialności, któraby spadła na gminę w razie złéj administracyi kasy oszczędności.

Najbystrzejsze oko ma ten, kto jest sam w sprawie interesowany, a gdy cel rządu przez nadzorowanie osiągnąć się mający nie stoi w sprzeczności z celem nadzoru, którego się władze autonomiczne domagają, a nawet te cele razem się schodzą, bo ochronienie gminy od odpowiedzialności jest zarazem ochronieniem publiczności od możliwych strat w kasie oszczędności, więc nie powinno ulegać trudności połączenia w téj mierze zadań rządu i władz autonomicznych.

Regulamin z roku 1844 nie mógł tych stosunków przewidzieć, jakie teraz w zarządach gminnych istnieją, gdyż wówczas zarządy gminne były przez władzę rządową zupełnie pochłonięte, jakoteż statuty kas oszczędności datujące się z czasów autonomię gminną poprzedzających nie mogły obecnych stosunków gminnych uwzględnić.

Powyższy w Tarnowie zaszły konflikt, powinienby zwrócić na siebie uwagę wyższych władz rządowych i autonomicznych, i aby się coś podobnego nie powtarzało, powinnoby być postanowione raz na zawsze jakieś postępowanie, aby władze autonomiczne nie ubliżając nadzorowi rządu nad kasami oszczędności, jemu niewątpliwie się należącemu, także mogły swój obowiązek spełniać przez czuwanie nad tem, aby w danym razie gmina za kasę oszczędności nie odpowiadała.

Nasza kryzys gminna nie jest dotąd ukończona. Miano wykryć znaczne nieprawidłowości w zestawieniu list wyborczych do Rady gminnéj, i z tego powodu są wybory do nowéj Rady zakwestyonowane. Tutejsza partya opozycyjna domaga się unieważnienia wyboru, i aby powtórne wybory mogły być bezstronnie przeprowadzone, domaga się rozwiązania dotąd istniejącéj dawnéj Rady i ustanowienia tymczasowego zarządu gminy.

Nam się zdaje, że takiego heroicznego środka nie ma potrzeby, bo jeżeli wybory są nieważne, można sprostować listy wyborcze i rozpisać nowe wybory, które pod należytą kontrolą przeprowadzone mogą w drodze normalnéj cel swój osiągnąć. Obawa, że jak długo dawna Rada i zwierzchność urzędują, nie mogą być wybory pod ich kierownictwem bezstronnie przeprowadzone, nie usprawiedliwiłaby rozwiązania Rady i ustanowienia tymczasowego zarządu gminnego; bo naturalną jest rzeczą, że każda Rada stara się przy wyborach, aby się jéj większość przy sterze gminy nadal utrzymała, a przecież ustawa dawnéj Radzie a raczéj zwierzchności z jéj łona wychodzącéj, przeprowadzenie nowych wyborów powierza, zostawiając tak wyborcom jak władzy rządowéj dość środków uchronienia się od nadużyć, dozwalając wyborcom reklamacyj a władzom politycznym czuwania nad zachowaniem ustawy. Zawieszenie swobód autonomicznych choćby na chwilę, zawszeby miało coś w sobie wstrętnego i bez złych skutków na tok spraw pozostaćby nie mogło, a byłoby to unikatem w systemie reprezentacyjnym, że się rozwiązuje Radę, któréj mandat i tak już sam przez się przez upływ czasu gaśnie. Dość mamy tu już zawikłań i wcale sobie nie życzymy tego nowego a zupełnie niepotrzebnego eksperymentu, któryby tylko przedłużył to nieznośne przejście, w którem się znajdujemy.

W końcu muszę nadmienić o klęskach, które nas w ostatnich czasach pod względem przemysłowo-handlowym dotknęły. Kupcy bankrutują jeden po drugim, fabryka machin rolniczych Eliaszewicza zamknięta i na licytacyę wystawiona, fabryka krochmalu i syropu ze ziemniaków przez Holendra niejakiego Scholtena przed kilku laty z wielkim nakładem wystawiona, jest już zwiniętą, machiny wywiezione a budynki fabryczne na sprzedaż wystawione, inne zaś fabryki w Tarnowie i w okolicy, oprócz tutejszego młyna parowego, walczą z bardzo trudnemi okolicznościami.

Przyczyną upadku fabryki Eliaszewicza jest brak dostatecznych funduszów a wielka drogość kredytu, fabryka zaś krochmalu i syropu, któréj nie brakło na kapitałach, bo Scholten mający 13 podobnych fabryk w Europie, jest panem milionowym, dla tego zwiniętą została, że wobec cen ziemniaków ciągłe miała straty. Smutne te zjawiska powinny nas nauczyć, z jaką ogiędnością powinniśmy przy zakładaniu fabryk postępować, żebyśmy resztki naszego mienia nie przefabrykowali.

Lwów 15 lutego.

Wydział krajowy uchwalił już ostatecznie projekt ustawy drogowej. Pospieszam donieść wam o głównych tego projektu zasadach:

Wydział krajowy miał na względzie dwie główne rzeczy: po pierwsze usunięcie niejednostajnej podstawy wymiaru prestacyj i zaprowadzenie podstawy takiej, któraby w jednakowy sposób rozłożyła ciężar drogowy na gminę i obszar dworski i tym sposobem usunęła to, co w dotychczasowej ustawie jest najniewłaściwszem, i co było głównym powodem domagania się reformy; — powtóre poprawienie komunikacyi samej przez stworzenie pewnego zasobu na drogi, a z drugiej strony przez nadanie władzom autonomicznym odpowiednej organizacyi dla należytego zużycia tego zasobu.

Co do rozkładu prestacyj drogowych szło głównie o odpowiedź na pytanie, czy drogi służą tylko dla produkcyi, czy też służą także, i to w pierwszym rzędzie dla zaspokojenia pierwotnych potrzeb osobistych wszystkich mieszkańców kraju. Francuska ustawa drogowa z r. 1836 kwestyę tę rozwięzuje w ten sposób, że drogi służą przedewszystkiem dla zaspokojenia pierwotnych potrzeb osobistych, i z tego tytułu zażądała naprzód od wszystkich mieszkańców kraju prestacyj osobistych. Ustawa ta żąda 3 dni od osoby płci męskiej zdolnej do pracy od 18 do 60 lat wieku, oprócz tego zaś nakłada ciężary od bydląt roboczych, od wozów i t. p., a następnie przychodzi prestacya pieniężna. Za ustawą francuską poszły: Belgia, Węgry, Kongresówka. Podstawą wymiaru osobistej prestacyi może być — jak we Francyi — osoba do roboty zdolna, albo rodzina, albo wreszcie dom, który niejako koncentruje w sobie te pierwotne osobiste potrzeby; podstawą zaś prestacyi rzeczowej głównie podatek. Osobistej prestacyi żądać można o tyle, o ile to potrzebnem jest do utrzymania dróg w pierwotnym stanie; co już dalej, iść powinno na karb prestacyi rzeczowej, a więc bite gościńce i t. p.

Wydział krajowy podzielając zasadniczą myśl ustawy francuskiej przedewszystkiem żąda na rzecz dróg gminnych od wszystkich mieszkańców, a względnie od rodzin równej prestacyi osobistej, a nadto prestacyi rzeczowej od jednostek wedle płaconego podatku, bez różnicy, czy takowe mieszkają w gminie, czy na obszarze dworskim. Każda rodzina daje na rzecz dróg gminnych trzy dni a od każdych 3 złr. podatku opłacanego pół dnia pieszego (czyli od 6 złr. jeden dzień pieszy), a względnie odpowiednią wartość pieniężną.

Co się tyczy dróg powiatowych, trzyma się wyłącznie prestacyi rzeczowej, żądając aby były utrzymywane dodatkiem do podatków powiatu; różni się jednakże tem od dzisiejszej ustawy, iż żąda, aby reprezentacya powiatowa obowiązkowo każdego roku na drogi nakładała 5 do 10%, z czego wynika, że dopokąd nie można temi funduszami przystąpić do budowy dróg powiatowych, będzie można gminne drogi przygotowywać do stanu lepszego, a dopiero jeśli się zbiorą większe fundusze i drogi się polepszą, będzie można je przyjąć na utrzymanie powiatu. Dopóki tedy drogi powiatowe nie były budowane, fundusz powiatowy szedłby na subwencyonowanie i utrzymywanie dróg gminnych.

Co do dróg krajowych żadna zmiana dotychczasowej ustawy w projekcie nie jest proponowaną.

Ponieważ idzie o to, aby prestacye do dróg gminnych były zużywane, Wydział krajowy proponuje ustanowienie okręgów drogowych. Każda Rada powiatowa podzieli swój powiat — z wyłączeniem oczywiście miast własne statuty mających — na okręgi drogowe, odpowiednio do miejscowych stosunków topograficznych i t. d. Takie okręgi drogowe mogą się składać albo tylko z jednej gminy z wcielonym obszarem dworskim, albo z gminy i obszaru dworskiego, albo wreszcie z kilku miejscowości t. j. gmin i obszarów dworskich. Najwięcej 9 miejscowości do okręgu należeć może. Zarząd okręgu drogowego prowadzi komitet, składający się z jednego członka wybranego przez każdą gminę, jednego wybranego przez każdy obszar dworski i z jednego delegata mianowanego przez Radę powiatową. Gdzie obszar dworski wcielony do gminy, gmina wybiera dwóch członków. Komitet więc najmniej z 3ch a najwięcej z 19tu członków składać się może. Komitet zarządza drogami gminnemi i mianuje zawiadowcę dróg, aby wykonanie poleceń w jednem zostawało ręku. Gdyby prestacye nie wystarczyły, może komitet nałożyć w okręgu składkę pieniężną aż do 5% podatku stałego — (podobnie jak dotąd w gminie). Główną atrybucyą tego komitetu będzie więc zarząd dróg gminnych i rozkładanie dodatków. Gdyby komitet niedopełnił obowiązków tych, Wydział powiatowy wykona.

Część literacko-artystyczna.

JASEŁKA NA SYBERYI.

> Od Paryża do Tobolska
> Wędrowała krzywda polska.

Czy znasz miły czytelniku Buj? Buj jest to mieścina, lecz taka, że ją nie na każdej mapie możesz znaleść. Mieszkańcy tej mieściny z pewną dumą opowiadają, że kiedyś tam djabeł miał interes do ich miasta, i trzy łata chodził po łasach i siedm par łap zniszczył zanim doń trafił. Jeśli nie znasz tego miasta, to ci powiem, że jest to miejsce, gdzie popadli w niełaskę rządu moskiewskiego, za winy lub podejrzenia pokutują. Resztę możesz sobie sam wyobrazić, że jest to miejsce gdzieś dalekie, na północy, miejsce smutne, gdzie cisza i martwota królują. O rzeczywiście! nie jest to kraj, gdzie cyprys rośnie, gdzie cytryna kwitnie, gdzie winna jagoda dojrzewa. Nie! to kraina smutku, kraina ponura, kraina, gdzie się zaledwie lichy jęczmień, owies i nędzny ziemniaczek rodzi. Daleko, na północ Moskwy, za Wołgą, wśród drzymiących gęstych lasów, nad zbiegiem dwóch rzek Kostromy i Wjoksy, wycięto tyle tylko lasu, ile na postawienie kilkudziesięciu drewnianych domków potrzeba było, i to nazwano miastem, do tego powiatowem. To jest Buj, niczem niesłynny i niemający żadnej pisanej historyi. To tylko o nim mówią, że była tu kiedyś bitwa, bój Tatarów Kazańskich, a od tego boju, poszła nazwa miasta. Pokazują ci wał w elipsę kilkaset kroków długą i to stanowiło cały dawny grodek. Pokazują też jakąś starą armatkę, podobno wykopaną w wale, a z której przywiązawszy ją do płotu, pomocnik isprawnika rok rocznie na *Christos woskres* bije salwy. Do tego to miasta chcę cię poprowadzić. Nic ci tu nie pokażę ciekawego. Uliczki i plac, może na żarty zwany rynkiem, zarośnięte trawą i pokrzywami, tak, że w niektórych miejscach mógłbyś się wygodnie w nich ukryć. Domy drewniane, pochylone latami, niektóre puste i rozwalone. Z dwóch stron mieścinę otacza woda, z dwóch innych naokoło lasy i lasy, pełne wilków i niedźwiedzi. Kilka szynków, cztery turmy, cerkiew, policya i bolnica, oto jest to, co twój wzrok uderzy, lecz na to patrzeć nie warto. Jedna jest tylko rzecz, którą będąc tutaj trzeba zobaczyć, to cmentarz. Na wschód mieściny, w południowo-wschodnim kąciku cmentarza, jest siedm krzyżów katolickich. Ciekawyś kto tam spoczywa? Oto dwie małe dzieciny i pięciu braci twoich, zapędzonych tutaj rozkazem Cara. Żar tęsknoty za krajem, za ukochanemi spalił ich.... pomarli. Pozostali towarzysze wykopali im groby, na barkach swoich przynieśli, posypali kwiatami, zapłakali, a na grobach postawili im krzyże, oznakę Odkupienia i Zmartwychwstania. Są tu jeszcze opodal dwa inne groby. Spoczywają w nich ludzie, co jakkolwiek krwią złączeni z narodem którego rząd tak nas gnębi, mimo to oddani nam byli sercem. Jeden, to naczelnik powiatu, o którym niżej. Druga osoba, to żona jednego zacnego, uczciwego człowieka, przyjaciela zesłanych. Człowieka, o krórym ktoś bardzo rozumny powiedział, że w dzisiejszych czasach tacy ludzie są to ludzie mitologiczni. Należy i na te groby spojrzeć, oddać im hołd wdzięczny za to serce, które dla cierpiącej braci naszej okazali.

Czy teraz miły czytelniku masz wyobrażenie o Buju? Jeźli jeszcze nie to ci powiem, że ludziska tutejsi nieźli. Smutne ich życie i biedne. Długi czas pod wpływem rządu i dzienników moskiewskich patrzeli na wygnańców niedowierzająco, trzymali się z daleka. Pierwszych wygnańców policya gwałtem wprowadzała do domów na mieszkanie. Bali się mieszkańcy, aby ich Polacy niepozabijali, a dzieci im nie zjedli. Gdy się zaś przekonali co to są za ludzie, pokochali ich, otoczyli szacunkiem i starali się o ile mogli ulżyć im losu. Żyjąc wśród nieprzebytych lasów, potrzeby mają małe. Nikt tu nie mówi o tem, że jest świat wielki, inne kraje, inni ludzie. A i ty żyjąc tam, gdybyś nie tęsknił za ukochanemi twojemi, mógłbyś o tem wszystkiem zapomnieć i zwątpić. Rzadko tu kto wspomni Petersburg, rzadziej Moskwę, co najwyżej miasto gubernialne i katorżne roboty.

Tutaj to, po ostatniem nieszczęśliwem naszem powstaniu rząd zsyłał politycznie skompromitowanych, a następnie tych, których uwalniał z katorżnych robót. Przez czas lat pietnastu było tu zesłanych że sto osób, pomiędzy temi sześciu księży: Onoszko kanonik katedr. ze Saratowa, Kozicki, Żuk, Lebiedziński, Leonowicz i Smoczyński. Życie dla wygnańców było tu ciężkie, bo nic zarobić nie było można, a na utrzymanie rząd nie wszystkim dawał, a jeśli dał, to nie wiele i po nader usilnych staraniach. Mnie np. który to piszę, za dziewięć miesięcy w pierwszym roku, dano dziewięć rubli, to jest rubla na miesiąc. Zarobku tak dalece niema, że wszyscy tutejsi mężczyzni od lat 12 do 60, zaraz po Wielkiej Nocy idą na zarobek do Petersburga, a wracają w połowie listopada. Pozostają same kobiety, chorzy i starzy. Kobiety orzą, sieją, zbierają i młócą. Gdy z drugiej strony, politycznym wygnańcom uczyć dzieci nie wolno, tym sposobem droga do utrzymania zupełnie była zamkniętą. Brak więc zajęcia, utrzymania, towarzystwa i ruchu, był przyczyną, że dwóch uwolnionych z katorgi ze Wschodniej Syberyi i zesłanych do Buja, wróciło za wiedzą rządu na Syberyę; bo wszystkie warunki pobytu w Syberyi były dla nich znośniejsze niż w Buju. Jako ostatnią cechę Buja dodam to, że jeźli rząd chciał kogo bardzo ukarać, to go do Buja posyłał. Ze Syberyi rodowitych Sybiraków jako przestępców politycznych przysyłano tutaj pod nadzór policyi. Takim był za moich czasów niejaki p. Zołotin. Był tu obywatel moskal z Woroneżskiej gubernii, był student uniwersytetu z Moskwy także moskal, i dwie młode panienki z Połtawy, moskiewki. Przysłano tu także za karę na wielkie nasze zmartwienie, szpiega z tajnej policyi III oddziału z Petersburga, słowem Buj był to rodzaj Pukoka z komedyi: *Pojedynek szlachetnych*. Jak tamten z całą dumą mawiał: „Do Pukoka z nim do Pukoka" tak i policya Petersburgska zdawała sie mówić: „Do Buja z nim do Buja". Szczerze wyznam, że nie znam w Rosyi gorszego miejsca dla zesłanych. Nawet miejscowości takie jak: Koła, Mezeń, Berezow są lepsze, bo mają ruch, handel, pracować więc można i mieć utrzymanie. Tutaj nic i nic.

Jedna rzecz która tu była dobrą, to stosunek nasz do policyi. Naczelnikiem powiatu był Mikołaj Platonowicz Piereloszyn. Był to człowiek uczciwy, pochodził z szlachetnej zamożnej rodziny, ładnie rysował, i udatne pisywał wiersze. Jako kapitan marynarki wojennej widział Japonię, Pe-

Komitet czuwa nad tem, aby prestacye od rodziny i od podatków zużytkowane były w zupełności. Jeśli ktoś nieodrobi prestacyi, komitet ma władzę na jego koszt kazać odrobić. Jeśliby po dokonaniu wszystkich robót okazała się nadwyżka, to wpływa ona do funduszu rezerwowego odnośnego okręgu. Gdyby się okazało, że drogi są tak wzorowe, iż tak dużo prestacyj nie potrzeba, natenczas prestacye mogą być przez Wydział krajowy zniżone w odpowiednim stosunku między prestacyami osobistemi a rzeczowemi. Regułą tedy jest zużycie prestacyj przepisanych, a tylko wyjątkowo mogą być one zniżone, jeśli drogi są całkowicie w porządku. Droga gminna, która staje się drogą powiatową, zabiera z sobą prestacye. To ułatwi przeistoczenie dróg gminnych na powiatowe.

Wydział krajowy czuwa głównie nad rozwojem sieci dróg powiatowych, Wydział powiatowy nad rozwojem sieci dróg gminnych. Wydział krajowy wydaje nietylko instrukcye administracyjne i rachunkowe dla Wydziałów powiatowych i komitetów, ale także i instrukcye techniczne, mianowicie jak mają być drogi utrzymywane i budowane, a będzie miał prawo i obowiązek tam gdzie budowa postępuje opieszale albo nie jest prowadzoną z należytą oszczędnością, wziąć ją w swe ręce bezpośrednio. Oprócz tego służy Wydziałowi powiatowemu nad Komitetem okręgowym władza w tym kierunku, iż zaradzić może złemu na koszt okręgu. Podobną władzę ma Wydział krajowy względem Wydziału powiatowego.

Co do stosunku zwierzchności gminnych a względnie położonych obszarów dworskich do Komitetów, to będą one użyczać wszelkiej pomocy komitetom w zarządzie, w szczególności obowiązane będą zwierzchności sprowadzać tych kontrybuentów, którzy od prestacyi się nie wykupili. We wszystkich przypadkach zapewnioną jest rychła i stanowcza egzekucya polityczna.

Prestacye do dróg gminnych według dokładnych dat statystycznych, pokryją wszelką potrzebę i tylko w niektórych powiatach uciekać się wypadnie do składek pieniężnych lub do subwencyj powiatowych, a względnie krajowych. Inaczej co do dróg powiatowych. Tu potrzebaby daleko większe nałożyć ciężary, a potrzeba ta skonstatowaną została przez same powiaty. Lecz wzgląd na ubogi kraj nie pozwala iść dalej, a jeśli nadejdą pomyślniejsze czasy, spodziewać się należy, że powiaty same pospieszą podwyższyć środki na drogi.

Zauważyć tu muszę, że prestacye można wogóle odrobić. Jednakże wrazie potrzeby gotówki, żądać może zarząd, aby prestacye przypadające od jednostek podatkowych były spłacone. Tam, gdzieby się okazało, że mieszkańcy wogóle niechętnie lub źle odrabiają, żądać może zarząd, aby cała prestacya była spłaconą.

System subwencyonowania dróg gminnych i powiatowych jest cokolwiek odmienny od dotychczasowego. Udzielone być mają subwencye nietylko na budowę, lecz i za konserwacyę tam, gdzie wszelkie środki zupełnie są wyczerpane. Oprócz tego mogą być udzielane pożyczki na budowę dróg powiatowych z funduszu krajowego, które mogą być spłacone dochodem z myta lub w inny sposób.

Wiedeń 16 lutego.

□. Doszły tu wiadomości z Paryża, które nie są bez znaczenia. Wedle nich, ks. Decazes znacznie upadł w opinii publicznej i nie sądzą aby długo jeszcze mógł piastować swój urząd. Jedną z przeważnych przyczyn osłabienia jego stanowiska, ma być, iż jest głównym reprezentantem polityki opartej na złudzeniu o możności i skuteczności przymierza z Rosyą; polityka ta nie jest we Francyi niepopularną, przeciwnie, lecz w oczach ludzi poważnych i głębiej zapatrujących się na rzeczy, opieranie dziś na niej działania i przywiązywanie do niej zbytnich nadziei, stać się może zgubnem dla Francyi. Mniemają w Paryżu, że marszałek Mac-Mahon w tym względzie trzeźwo zapatruje się na położenie i nie podziela złudzeń ministra spraw zewnętrznych. Rozumują tam w następujący sposób. Polityka ta nie jest zgodną z istotnym stanem rzeczy, a tem samem nie jest roztropną, drażni ona tylko ks. Bismarka, nie przynosząc w zamian żadnej realnej korzyści, a ostatecznie tylko klęski nowe sprowadzić może; wprawdzie ks. Decazes urósł na tej polityce, w początkach r. 1875 w chwili „przewidywanej wojny" *Krieg in Sicht*, trafiło to do słabej strony Francyi, która marzy o odwecie za pomocą przymierza rosyjskiego; lecz dziś w wytrawniejszych umysłach, zaczyna się już przeciw tej słabości reakcya. Hr. Chaudordy jest głównym filarem fantastycznego nieco gmachu wybudowanego przez ks. Decazes; ztąd jego umizgi do Rosyi i wyzywająca rola na konferencyach stambulskich. Nie mały kładą na to nacisk, że doświadczony i przenikliwy p. Thiers nie dzieli bynajmniej zapatrywania ks. Decazes i jak ktoś nawet dość szorstko się wyraził „nie tak łatwy do wyprowadzenia w pole jak dzisiejszy minister spraw zewnętrznych." P. Thiers głośno oświadcza „iż jest Turkiem i to prawdziwym i szczerym Turkiem" i nie wzbrania sobie ostro krytykować politykę ks. Decazes. *Journal de Débats*, dość w znaczący sposób wtoruje prezydentowi zwrócił szczególną na siebie uwagę, bardzo pouczający artykuł tego dziennika z 12 b. m. podpisany Gabriel. Opinia publiczna powoli zaczyna się także odwracać od niebezpiecznej gry politycznej ks. Decazes, a złośliwi dodają, że grą jego giełdową do żywego jest obrażona. Książę i jego zwolennicy puszczają teraz wieści o złych zamiarach ks. Bismarka względem Francyi; zauważono, że środek ten zwykle bywa używanym, gdy stanowisko księcia-ministra jest nieco zachwianem. Twierdzą zaś, że kanclerz niemiecki jest tylko chwilowo źle usposobionym, bo ks. Decazes „drażni jego nerwy" lecz o uderzeniu na Francyę nie myśli. Ks. Bismark, mówią dalej, nie widziałby niechętnem okiem, Rosyi a może i Austryi, występujących czynnie na Wschodzie; mógłby on w tem niejedną upatrywać korzyść, lecz między korzyściami w pierwszym rzędzie należy stawić wciągnięcie Holandyi do związku niemieckiego, a na drugim planie może zaokrąglenie Prus od Wisły. Dlatego to zapewne z Berlina, rozchodzi się zdanie, „że honor Rosyi jest zaangażowanym." Ktoś porównał to postępowanie do działania sekundantów, którzy koniecznie chcą doprowadzić do pojedynku. Mniemają przecież w sferach paryskich, z których doszły tu powyższe szczegóły, że Rosya ma się na baczności i że w gruncie pragnęłaby honorowo wycofać się z grubej i niebezpiecznej gry i na tem opierają nadzieję, że pokój ostatecznie nie będzie zakłóconym.

Wiedeń 16 lutego.

(*237me posiedzenie Izby deputowanych*).

Prezes Rechbauer zagaja posiedzenie o godzinie 11 min. 20 przy mniej licznym znów udziale deputowanych niż na posiedzeniu ostatniem; publiczności także znów mało.

Między petycyami liczne znów są z Styryi, Czech, Dolnej Austryi, Karyntyi i t. d., naśladujące inicyatywę galicyjską w sprawie opodatkowania spółek zarobkowych i t. p., i to nietylko spółki już, lecz i władze autonomiczne, jak n. p. prezydentura miasta Linzu i Wydział krajowy karyntyjski, w naśladownictwie tem uczestniczą. Z Galicyi jest dziś petycya Izby adwokackiej w Tarnowie, domagająca się zniżenia podatków opłacanych przez adwokatów, wynagrodzenia za mandaty osób biednych, ustanowienia taryfy dla adwokatów i uproszczenia procedury w ściąganiu opłat adwokackich.

Dep. Dr Roser stawia wniosek: wezwać rząd, aby w drodze ustawodawczej postarał się o zapobieżenie nadużyciom pewnych interesów, na które w języku polskim nie ma jeszcze nazwy, a które po niemiecku nazywają się *Ratenbriefgeschäfte*. Jest to oszustwo najnowszego wynalazku, tem niebezpieczniejsze, ile że osłaniające się pozorami prawnemi. Stąd też wniosek dep. Dra Rosera ma na celu określenie bliższych warunków do zawierania takich interesów.

Z porządku dziennego idzie ciąg dalszy obrad nad projektem procedury egzekucyjnej.

Przedewszystkiem nadmienię tu w uzupełnieniu listu z dnia 13go b. m. (Nr 36 *Czasu*), że komisya rozpatrująca projekt procedury cywilnej, a więc i wniosek dep. Dra Dworskiego do § 14go procedury egzekucyjnej, odrzuciła nietylko ten wniosek, lecz i ów wniosek pośredniczący, o którym w tymże liście pisałem, jako o *ultimatum* ustępstw naszych deputowanych. Z tego powodu miał dzisiaj dep. Dr Kabat wystąpić w pełnej Izbie z odpowiedniem przemówieniem, ale nie wystąpił, bo przed przystąpieniem Izby do obrad zabrał głos przewodniczący w komisyi

dep. Dr Weeber i zaznaczywszy, że komisya nie skończyła jeszcze obrad nad mnóstwem przekazanych jej w zeszłą sobotę poprawek wniesionych do projektu procedury egzekucyjnej, wnosi o uchylenie tego przedmiotu z dzisiejszego porządku dziennego, z tem nadmienieniem, aby deputowani chcący wnosić dalsze jeszcze poprawki oddawali je na piśmie prezesowi Izby, który prześle je komisyi do obrad wstępnych i zreferowania.

Wniosek ten przyjęto.

Z kolei następuje drugie czytanie projektu rządowego o połączeniu drogi żelaznej Dux-Bodenbach z koleją Aussig-Cieplice.

Droga żelazna Dux-Bodenbach, przyciśniona długami, blizką była ogłoszenia konkursu, któremu zapobiegło tylko uzyskane z trudnością moratoryum. Po upłynieniu terminu tego moratoryum nie można atoli spodziewać się przedłużenia go. Rada zawiadowcza porozumiała się tedy z koleją Aussig-Cieplice względem przejęcia drogi Dux-Bodenbach, i stanął układ pod warunkiem, że Rada państwa przyzwoli na pewne ułatwienia z okoliczności przejęcia tej drogi, ułatwienia wychodzące na korzyść przedsiębiorstwa kolejowego Aussig-Cieplice w ogóle. Układ ten stanął za wpływem rządu, który powodował się tu „nietylko względami na ogólny interes komunikacyj w monarchii, nietylko względami na austryacki kredyt kolejowy w ogóle, lecz i względami na zabezpieczenie, a przynajmniej cząstkowe uratowanie kwoty 1,210,000 złr., pożyczonej przedsiębiorstwu kolejowemu Dux-Bodenbach z państwowych kas zaliczkowych." Ułatwienia, od których zawisł ten układ, a których odrzucenie przez Izbę sprowadziłoby niechybnie konkurs na rzeczoną drogę żelazną, są następujące:

1) zupełne uwolnienie od podatków wszystkich pięciu linij, które po wcieleniu drogi Dux-Bodenbach stanowiły sieć kolei przedsiębiorstwa Aussig-Cieplice, i to aż do dnia 8 października r. 1890;

2) uwolnienie od stempli i opłat co do wszystkich interesów prawnych i zapisów regestrowych, spowodowanych tą transakcyą, jak niemniej co do puszczenia w obieg nowych walorów przedsiębiorstwa Aussig-Cieplice w kwocie maksymalnej 14 milionów złr. w złocie;

3) uwolnienie całego przedsiębiorstwa tego od złożenia kwoty ryczałtowej na pomnożone może koszta nadzoru policyjnego i nadzoru podatkowego.

Komisya kolejowa jakkolwiek w większości swej wogóle bardzo przychylna transakcyi powyższej i odnośnemu projektowi rządowemu, nie mogła jednak zgodzić się nań w zupełności, mianowicie trudnoby jej było umotywować, dla czego ułatwienia powyższe mają wychodzić na korzyść całej sieci kolejowej przedsiębiorstwa pod firmą Aussig-Cieplice, a nie na korzyść samej tylko podupadłej linii Dux-Bodenbach. To też zmieniła projekt rządowy o tyle, że przynajmniej w części przyjęła wzgląd powyższy za zasadę i wypracowała swój projekt na tej podstawie, że przedsiębiorstwu nabywającemu dostać się mają tylko korzyści, wynikające z kumulacyjnych obrachunków całej sieci, a właściwie bezpośrednie ułatwienia mają odnosić się do linii nabytej i to ilemożności z najmniejszą krzywdą dla skarbu. (Sam ubytek podatków z całej sieci wynosiłby, lekko licząc, 630 tysięcy złr.) Komisya tedy wnosi projekt stanowiący:

w artykule I, że upoważnia się rząd do uwolnienia transakcyi tej od wszelkich stempli i opłat;

w artykule II, że linię Osiek-Komotowo uwolnić można od podatku dochodowego, od opłat stemplowych z kuponów, tudzież od wszelkich nowych może podatków i to na czas od dnia 1 stycznia 1877 do 9 lipca 1889 r.; tudzież że cała sieć powstająca przez tę transakcyę może wspólnej podlegać rachunkowości;

w artykule III, że nowa emisya walorów w kwocie maksymalnej 14 milionów złr. w monecie brzęczącej może być uwolniona od opłat;

w artykule IV, że zwalnia się tę sieć od złożenia sumy ryczałtowej na pomnożone może koszta nadzoru policyjnego i podatkowego;

w artykule V, że, gdyby transakcya ta nie przyszła do skutku, upoważnia się rząd do nabycia drogi żelaznej Dux-Bodenbach za sumę 10,000,000 złr.

Taka jest sprawa, a przynajmniej w tej suchej formie pojawia się *ex offo*. Jak jednak sprawa, która była przedmiotem obrad przedwczorajszych, miała pod płaszczykiem względów ekonomicznych stronę polityczną, tak sprawa niniejsza pod takimże płaszczykiem ukrywała stronę zakulisową, pozostającą w pewnym związku z wielką sprawą, której i *Czas* niedawno poświęcił cokolwieczek miejsca. Ponieważ atoli ta strona w dyskusyi się nie uwydatniała, a zresztą sprawa więcej lokalny miała interes, przeto w sprawozdaniu z samej dyskusyi ograniczam się na wzmiance, że projekt miał równie gorących obrońców w dep. Russie, Weeberze i ministrze handlu Chlumeckim, który nigdy jeszcze z takiem ciepłem nie przemawiał, jak miał zapalonych przeciwników w dep. Foreggerze, Kronawetterze i Prażaku. Przeciwnicy zarzucali projektowi, że rozmija się z zasadami sprawiedliwości, z kodeksem cywilnym, Prażak oparł swe argumenty na zasadzie: *justitia fundamentum regnorum*; które to zasady byłyby naruszone pod względem stósunku posiadaczy pryorytetów do akcyonaryuszy (po za te ramy bowiem dowód naruszenia tych zasad nie wychodził w dyskusyi); zwolennicy opierali się na względach ekonomicznych i kredytowych w odniesieniu do całego państwa.

Po dyskusyi dep. bar. Walterskirchen wnosi o głosowanie imienne. Wniosek ten przyjęto.

Większością dwu głosów, bo 103 głosami przeciw 101 głosom, uchwalono nie brać projektu pod obrady szczegółowe Polacy, świętojurcy i cała prawica głosowali przeciw projektowi; dep. hr. Mieroszewski wstrzymał się od głosowania, opuszczając salę; z lewicy niektórzy znamienitsi deputowani, jak n. p. Herbst, Giskra, także nie byli w sali podczas głosowania.

Nakoniec odczytano interpelacyę do ministra spraw wewnętrznych w sprawie zarazy na bydło.

Skończył się posiedzenie o godz. 3. Następne we wtorek.

W poniedziałek posiedzenie Izby wyższej.

Wiedeń 16 lutego. Wydział Izby deputowanych obradując nad nową procedurą cywilną, uchwalił d. 12 b. m. na wniosek dep. Prombera przy § 29 postępowania egzekucyjnego, że oddanie na pocztę edyktu, ogłaszającego licytacyę nie ma być uważane za doręczenie, lecz że sąd musi mieć potwierdzenie wszystkich interesowanych, iż otrzymali zawiadomienie sądowe. Następnie zastanawiała się komisya nad poprawkami postawionemi przez dep. Dr. Hönigsmanna, Dr. Kronawettera, Dr. Dworskiego i Lienbachera do pojedyńczych paragrafów ustawy o postępowaniu egzekucyjnem, podczas obrad specyalnych nad tą ustawą na jednem z ostatnich posiedzeń Izby deputowanych. Nad temi poprawkami toczyły się bardzo ożywione rozprawy, ale nie zapadła żadna uchwała. W ciągu rozpraw oświadczył Dr. Kabat, że Koło polskie zrobiło zawisłem głosowanie za tą ustawą lub przeciw niej, od przyjęcia znanego wniosku dep. Dworskiego postawionego do § 14. Wczoraj jednak dep. Edlbacher wniósł do tego paragrafu poprawkę pośredniczącą i w takiej osnowie, że dep. Dr Dworski i Dr Kabat oświadczyli, iż zgadzają się na nią i jeżeli zostanie przyjętą, cofną wniosek postawiony przez dep. Dworskiego.

— Według stanu organizacyjnego dla seminaryów nauczycielskich, męskich i żeńskich, z dnia 26 maja 1874, ma prywatna lektura dzieł naukowych uzupełniać naukę seminarzystów i seminarzystek. Biblioteki seminaryów nauczycielskich mają seminarzystom dostarczać potrzebnych podręczników. Ponieważ biblioteki w seminaryach nauczycielskich nie są jeszcze dość obfite, przeto zarządził p. minister wyznań i oświecenia, ażeby seminarzyści w tych miejscowościach, w których są biblioteki uniwersyteckie, lub inne publiczne, korzystali z nich tak, jak gimnazyaliści, w myśl rozporządzenia ministeryalnego z dnia 29 kwietnia 1854 roku. Ażeby jednak seminarzyści odnieśli istotny pożytek z lektury prywatnej, potrzeba odpowiednich wskazówek ze strony nauczycieli. Tu i owdzie zrobiono bowiem spostrzeżenie, że uczniowie i uczennice seminaryów nauczycielskich wybierają z publicznych bibliotek dzieła, które przewyższają o wiele ich stopień wykształcenia i nie odpowiadają celowi ich nauki. Do roztropnego wyboru lektury prywatnej przyczynią się nauczyciele, jeżeli zrobią wykaz wszystkich dzieł naukowych, które mogą seminarzystom przynieść istotny pożytek, i jeżeli ten wykaz umieszczą w zakładzie na widok publiczny, a zarazem wskażą swym uczniom potrzebę zaznajamiania się z tem lub owem dziełem. Celem sporządzenia takiego wykazu mogą profesorowie seminaryów nauczycielskich znieść się z naczelnikami publicznych bibliotek.

Sprawa wschodnia.

Wyjmujemy w dalszym ciągu następujące depesze dyplomatyczne z I tomu *Księgi błękitnej*:

D. 30 sierpnia sir Henry Elliot widział się z Savfetem i Midatem w sprawie przedłożenia propozycyi zawieszenia broni wielkiej radzie tureckiej. W przedmiocie tym pisze on do lorda Derby:

„Ministrowie oświadczyli, że sprawa, czy pośrednictwo będzie przyjętem? powinna być przedłożoną wielkiej radzie, ale że nie będzie można powziąć tak ważnej uchwały w nieobecności monarchy. Starałem się wszystkiemi środkami, które mi przysłużały, przekonać ich, że najmniejsze wahanie w przyjęciu pośrednictwo pociągnęłoby fatalne następstwa dla cesarstwa. Sympatya narodu rosyjskiego dla sprawy serbskiej doszła już do tego stopnia, że w razie przedłużania się wojny, rząd rosyjski widziałby się zmuszonym do stanowczego oświadczenia na korzyść Serbii i nie byłoby w Europie ani jednego mocarstwa, od któregoby Porta mogła się spodziewać najlżejszego poparcia. Uczucie publiczne w Anglii zostało tak dotknięte wypadkami w Bułgaryi, że w razie gdyby Rosya wypowiedziała wojnę Turcyi, rząd Jej Król. Mości nie byłby w stanie pośredniczyć na korzyść tej ostatniej.

Ministrowie wyrazili z swojej strony żywe ubolewanie nad sposobem traktowania spraw tureckich, przez Europę. Dano im do zrozumienia, iż przyjętą została zasada nieinterwencyi w obec Turcyi i jej nieprzyjaciół; a rząd rosyjski oświadczył specyalnie, że jeśli książę serbski zaczepi Turcyę, to sam poniesie następstwa tak śmiałego czynu. Wszystkie te piękne słowa były z góry przeznaczone do odwołania. Książę zaczepił pierwszy bez żadnych prowokacyi i atak ten został szczęśliwie odpartym z wielkim smutkiem niejednego z mocarstw. A teraz mocarstwa protegują Serbię przeciw sprawiedliwym żądaniom cesarstwa ottomańskiego i konsekwencyom, które sama Serbia znieść była powinna.

Zwróciłem uwagę ministrów, że dyskusya podobnej natury nie przyniesie żadnej korzyści, i że w tej chwili staramy się badać położenie obecne zupełnie bezstronnie i przekonać się, jaką drogę powinna obrać Porta, aby odpowiedzieć interesom cesarstwa. Ministrowie oświadczyli, że mogą mieć zaledwie słabe tylko wyobrażenie o naturze propozycyi, które mają być uczynione Porcie. Otrzymali oni depeszę zawiadamiającą, że ks. Milan wezwał pośrednictwa mocarstw, a ks. Czarnogóry zgodził się na podobne postępowanie; spodziewali się jednak, że mocarstwa wytłumaczą im otwarcie na co się mają zgodzić. Odpowiedziałem, że tak ja, jak i inni pełnomocnicy zostaną w krótce powiadomieni o charakterze tych propozycyi; na teraz muszę się ograniczyć do powiedzenia, że pośrednictwo projektowane miało na celu zawieszenie kroków nieprzyjacielskich w nadziei pokoju i że byłoby pożądanem, aby to zawieszenie stało się powszechnem i odnosiło tak do Serbii, jak do Czarnogóry i powstańców. Na to otrzymałem odpowiedź, że zawieszenie broni zdaje się im bardzo niekorzystnem dla interesów Turcyi, i że przyjęliby daleko łatwiej pośrednictwo, któregoby celem było bezpośrednie zawarcie pokoju, jak zawieszenie broni, po którem mogłoby nastać położenie gorsze od obecnego. Oświadczyli, że potrzeba tylko godzinę czasu na utrwalenie podstaw pokoju.

Według tych słów i innych wyrażeń, które się im mimowolnie wyrwały, mniemam, że propozycya rządów, dążąca do zawarcia pokoju na podstawie *status quo ante bellum* nie znalazłaby tu żadnego oporu."

Dnia 29 sierpnia konsul White przesłał rządowi angielskiemu depeszę bardzo ważną o sympatyach, jakie wywołała wojna w Rosyi na przekór pokojowemu usposobieniu cara. Konsul nie może rozpoznać czy sympatye te są tolerowane przez rząd rosyjski, lub czy ten uważa je za zdolne do usprawiedliwienia późniejszej akcyi przeciw Porcie.

„Trudno przewidzieć, — pisze p. White — czy w Rosyi uczucie narodowe tak przyjazne dla Słowian, tak powszechne i tak natężone z powodu obecnych wypadków jest powstrzymywanem lub ignorowanem przez rząd cesarski, chociaż z pewnością można je było ukrócić. Naturalnem jest pytanie, czy popęd ten jest tak potężnym i niedającym się powstrzymać, aby mógł wpływać na politykę rządu rosyjskiego, nawet do tego stopnia, żeby ją mógł sprowadzić z drogi pokojowej, na której cesarz Aleksander opierał dotąd swoją chwałę. Przyznaję, że nie byłbym w stanie odpowiedzieć na to pytanie, ale uważam je za największej i najżywotniejszej wagi w warunkach tak krytycznych, w jakich się znajduje część Turcyi europejskiej już od kilku miesięcy. Nie wątpię, że rząd Jej król. Mości nie będzie odbierał w przyszłości informacyi bardziej ścisłych o zasobach cesarstwa tureckiego, jak te, które można zebrać w czasach pokoju; podczas gdy z drugiej strony raporta, które WExcelencya otrzymałeś zapewne z Petersburga, Moskwy, Odessy i innych miast rosyjskich, dopomogą mu z pewnością do wyrobienia zdania jak naprężenie uczuć słowianofilskich, które zdały się dojść do tak wielkich rozmiarów, między wszystkiemi warstwami narodu rosyjskiego jest niebezpiecznem dla pokoju powszechnego.

To przyjazne dla Serbii usposobienie objawia się w rozmaity sposób. Robią znaczne bardzo subskrypcye w całym kraju, do których zaproszono wszystkie warstwy ludności, a nawet urzędników cywilnych. Wynik tej subskrypcyi bywa przesyłany do Serbii, suma ta jednak nie przechodząc przez tutejszy (serbski) skarb publiczny; jedna część przeznacza się na potrzeby chorych i rannych, opatrywanych przez rosyjskie stowarzyszenie „krzyża czerwónego"; drugą dostaje jenerał Czernajew do rozporządzenia według jego woli i jak mniemam, bywa rozdawana w formie dodatków oficerom i żołnierzom, zostającym pod jego dowództwem Drugi sposób pomagania Serbom polega na przesłaniu oficerów do armii serbskiej. To się dzieje za pośrednictwem komitetów słowiańskich. Popularność jen. Czernajewa sprowadza mu mnóstwo ludzi. Zapewniają mnie, że liczba ochotników, która tym sposobem przybyła do Rosyi, wynosi już przeszło kilka tysięcy, a spodziewają się jeszcze więcej. Między podoficerami wielu nie należy do służby czynnej; ale co do oficerów, to zdaje się, że prawie wszyscy przybyli wprost od swoich pułków z nadzieją powrócenia do dawniejszej służby z stopniem, jaki sobie przez ten czas wysłużą".

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 17 lutego. Wylew Rudawy, o którym wczoraj pisaliśmy, został wstrzymany przez skierowanie rzeki tej w inne koryto pod Mydlnikami. Dziś droga na Czarną Wieś jest już wolną i wszelkie niebezpieczeństwo minęło.

— Z polecenia prezydenta miasta Dra Zyblikiewicza oddział statystyczny utworzony przy biurze prezydyalnem wszedł w stosunki z biurami statystycznemi ważniejszych miast europejskich, którym przesyła tygodniowe wykazy statystyczne w języku francuskim układane dla międzynarodowej wymiany publikacyj. Co tydzień też nadchodzą do Krakowa wykazy statystyczne z Wiednia, Pragi, Pesztu, Warszawy, Poznania, Wrocławia, Berlina, Drezna, Brukselli, Paryża, Londynu, Florencyi, Rzymu i t. d.

— W księgarni p. Krzyżanowskiego znajduje się na wystawie rysunek wykonany przez Dra Daniela Wierzbickiego, adjunkta obserwatoryum, przedstawiający zaćmienie księżyca, zapowiedziane na d. 27go b. m., w głównych przejściach, jako też pośrednich od pół do pół godziny.

— W Muzeum techniczno-przemysłowem w niedzielę dnia 18go lutego od godz. $11\frac{1}{2}$ do 1ej odbędzie się 9ty wykład p. B. Ryxa: „Gospodarstwa domowego kobiecego a mianowicie o mleku i śmietanie". Po południu tegoż dnia odbędą się następujące popularne wykłady, na które wstęp bezpłatny dla słuchaczy obojga płci: od godz. 4 — 5 prof. W. Rozwadowskiego „O wyrobach glinianych"; od godz. 5 — 6 inż. W. Łatkiewicza „O młynarstwie"; tak jeden jak i drugi wykład będą objaśnione na licznych okazach, rysunkach, modelach itp.

— W przeszłym tygodniu otrzymali na tutejszym uniwersytecie stopień doktora wszech nauk lekarskich pp. Kazimierz Kruk z Morawicy, Leopold Luftig z Krakowa, Karol Józef Sticha z Krzewina na Ukrainie i Stanisław Jan Ponikło z Nowego Sącza.

— Dziwna zachodzi zgodność między dwoma znakomitymi publicystami *Gazety Narodowej* i *Djabła*. I jeden i drugi rozbierają po dziesiąty raz nie tylko rzecz wyboru p. Zatorskiego, i jeden i drugi zgadzają się na to że *Czas* jest organem ministeryalnym, ale różnią się tylko co do tego drobiazgu, czy od Lassera z Wiednia, czy od Bismarka z Berlina odbiera on natchnienia. Natchnionym jednak jest niewątpliwie bo pisze tak, jakby wiedział, co się dzieje po gabinetach. Dziwną tylko jest dla nas rzeczą, że nie posądzają *Czasu*, iż bierze łapowe od p. Pipitza, gdyż

---

kin, Indye, Paryż i Australię. W tych podróżach a głównie z rany otrzymanej pod Sewastopolem straciwszy zdrowie, został naczelnikiem powiatu. Wygnańców cenił, oddawał im różne usługi i o ile mógł przynosił im ulgę. Na dwa tygodnie przed swoją śmiercią, a było to na zakończenie starego roku a spotkanie Nowego, zaprosił do siebie wszystkich zesłanych. Oprócz nas pięciu była jeszcze jedna miejscowa rodzina i pomocnik naczelnika powiatu. Wówczas słaby, tak, że ledwie mógł mówić w te się do nas odezwał słowa: „Panowie! dziękuję Bogu, że mi pozwala w gronie tak zacnych ludzi, przyjaciół moich, zakończyć rok stary, a spotkać nowy itd." Przytaczam umyślnie tę okoliczność, dla przedstawienia naszego stosunku do najwyższej miejscowej władzy. To też bracia nasi zesłani po powiatach wiedzieli o tym wyjątkowo dobrym stosunku naszym do naczelnika powiatu i bardzo nam go zazdrościli. Bo naczelnik powiatu to pan losu zesłanych. Jaki on, tacy i wszyscy jego podwładni. Jeśli on grzeczny dla zesłanych, to wszyscy jego urzędnicy starają się go naśladować, a nawet starają się o względy wygnańców. Tak np. gdy mnie przysłano do Buja, po urzędowem przedstawieniu się naczelnikowi powiatu, złożyłem temuż wizytę prywatną i jego pomocnikowi, zmarłemu już dzisiaj Musin'owi. W czasie rewizyty, ten ostatni o niczem nie mówił tylko o tem, jakieby to było nieszczęście, gdyby kto ze zesłanych uciekł. „Jak tylko któ-

rego z waszych przywiozą, ja zaraz, mówił on, biegnę do cerkwi i stawiam świecę przed obrazem św. Mikołaja i proszę go, święty Mikołaju ratuj mnie, niech ten zesłany nie ucieka, lub przynajmniej niech ucieka wtedy, jak ja nie będę zastępować naczelnika powiatu". Bo trzeba wiedzieć, że zdarzyło się iż trzech zesłanych uciekło, a uciekali wtedy właśnie, gdy naczelnika powiatu nie było, a zastępował go Musin. On więc za to odpowiadał. I po ucieczce ostatniego przyszedł mu *wygowor* od gubernatora, z tem nadmienieniem, że jeśli jeszcze jeden ucieknie to jemu dadzą uwolnienie ze służby. W przedpokoju rozstając się ze mną, chwycił mnie za rękę i zawołał: „Na miłość Boską proszę Pana nie uciekaj z Buja bo jabym zginął". Gdyby p. Musin nie znał usposobienia naczelnika powiatu względem nas, nie takby do nas przemawiał, i takby się zabezpieczył żeby się nikt nie pokusił uciekać. Jeśli naczelnik powiatu jest człowiekiem prawym, to nie jedną łzę może otrzeć, od niejednej przykrości ochronić, a nawet do pewnego stopnia wpłynąć na skrócenie wygnania. Lecz takich ludzi było bardzo mało. Jeśli to zaś człowiek ograniczony i przewrotny co najczęściej bywa, jak np. naczelnik sąsiedniego powiatu Soligalickiego, to strach do jakiego stopnia potrafi dokuczać wygnańcom. Osobistość ta, tak się dała we znaki wygnańcom, że się sami Moskale za to na niego oburzali sami starali się go ztamtąd wysadzić i wtym celu robili mu rozmaite figle, aby go wobec rządu skompromitować. Przyjechał pewnego razu do Soligalicza jakiś Prusak, pokazujący za pieniądze swoją blizką kuzynkę — goryla, której jak powiada pan Tissot: „*il ne lui manque qu'un faux-col, un lorgnon et un chapeau pour ressembler au crevé des trottoirs de Berlin*".*)

Otóż ten prusak oprócz swojej kuzynki pokazywał nadto różne sztuki. Pomiędzy innemi za wiedzą policyi ogłosił, że puści w powietrze balon pod nazwą „Amor". Przysłany w owym czasie na nadzwyczajne śledztwo sędzia W. moskal, słysząc o wielkiej głupocie naczelnika powiatu i niechęci mieszkańców ku niemu, przy spotkaniu tak się doń odezwał; — A, panie naczelniku! jaki pan ryzykowny, ja gdybym był na pańskiem miejscu, nigdybym nie pozwolił na puszczenie w powietrze „Amora". — Albożco? — A przecież pan wie, jako człowiek wykształcony, że „Amor" to najniemoralniejsza osobistość..., może być bieda, bo tam będą kobiety. Wkrótce po rogach ulic czytano ogłoszenie policyjne z podpisem naczelnika, że: ponieważ „Amor" jest osobistością znaną z niemoralnego życia, przeto policya zabrania go puszczać w powietrze". Jedno takie ogłoszenie posłano do Petersburga, drugie do gubernatora, mimo tego pan naczelnik został na posadzie, bo umiał dokuczać byłym buntownikom. Jest to fakt historyczny, możemy przytoczyć nazwiska.

*) Les Prussiens en Allemagne. 23 edit. p. 442.

(*Dokończenie nastąpi*).

IDEAŁ

(wiersz przypisany czcigodnym Opiekunkom cierpiącej ludzkości Krakowa).

*„Pauper venit, Christus venit"**)*.

Za wieków wiary w wielkie ideały,
Pokory ducha, a w Niebo tęsknoty,
Było mniemaniem że Chrystus z swej chwały
Zstępował czasem… być probierzem cnoty,
To raz w postaci jakiego nędzarza,
To znów sieroctwa przygnębion niedolą,
To indziej starcem co zszedł na łazarza:
Zawsze w tych kształtach co najwięcej bolą.
Pukał w pałace, pukał i w lepianki;
Gdzie go przyjęto tam błogosławieństwo,
Gdzie nieprzyjęty i praca w przedranki,
Niepomagała… bo spadło przekleństwo.
Tego co przyjął, po odejściu Boga,
Choć nic boskości jego nie zdradziło,
Taka szczęśliwość przejmowała błoga
Jakby się raptem niebo roztworzyło,
I dusza jego ubłogosławiona
Jęła się wprawiać w nadziemskie podloty
Wnet czulsze serce tętniło u łona:
Za jedną cnotą szły i inne cnoty…

I teraz bywa, że z szczególnej łaski
Spotkają człeka takie nawiedziny;
Bo nagle w sercu takie lśnią mu blaski
Jż czuje że to… boskie nawiedziny.
O padnij wtedy z dzięką na kolana,
Uwielbiaj tego co w swojej wszechmocy,
Nieużywając przymusu Wszechpana
Chce współdziałania Twej mrówczej niemocy.
Pouczył Ciebie w tej ducha radości
Co to aż głębiom serca się udziela,
Jaka to świętość jest w cnocie litości
I jakto litość duszę uaniela.

C.

**) Wyrazy powtarzane dawniej w Kollegium Jagiellońskiem za wejściem ubogiego w czasie obiadu, przy którym go zaraz sadowiono. A ów zwyczajowy wykrzyk był udekumentowaniem wiary w zdanie tego Świętego co to wyrzekł, że mamy dawać każdemu biednemu proszącemu w imię Boga, już nawet z obawy, żeby ów nieuwzględniony, nie był… probującym nas Chrystusem.

Nr. 40. We Lwowie Wtorek dnia 20. Lutego 1877. **Rok X.**

Wychodzi codziennie.

Przedpłata wynosi: we Lwowie rocznie 18 zł. — półrocznie 9 zł. — kwartalnie 4 zł. 50 ct — miesięcznie 1 zł. 50 ct.

Z przesyłką pocztową w Państwie Austrjackiem rocznie 22 zł. — półrocznie 11 zł. — kwartalnie 5 zł. 50 ct. — miesięcznie 1 zł. 85 ct.

Z przesyłką pocztową za granicę: do całych Niemiec rocznie 50 marek, kwartalnie 12 marek 5 sgr. — do Francji i Anglii rocznie 108 franków, kwartalnie 27 franków — do Belgii, Włoch i Szwajcarji rocznie 80 fr., kwartalnie 20 fr.

Numer kosztuje 10 centów.

Manuskryptów Redakcja nie zwraca.

DZIENNIK POLSKI

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują we Lwowie: Biuro Administracji „Dziennika Polskiego" przy placu Halickim i Ajencja W. Piątkowskiego plac Katedralny; we Wiedniu, Hamburgu, Frankfurcie n. M., w Berlinie, Lipsku, Bazylei (Szwajcarja) i Wrocławiu pp. Haasenstein & Vogler w Wiedniu F. Löb, R. Mosse, Rotter i Spł. w Poznaniu Kazimiers Neumann Biuro anonsów; w Paryżu pułkownik Raczkowski, Faubourg Poissoniere 33. Ogłoszenia przyjmuje Agencja p. Adama Carrefour de la Croix-Rouge, 2 Paris. w Krakowie księgarnia Adolfa Dygasińskiego.

Ogłoszenia przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem (petit).

Listy z pieniądzmi mają być przesyłane franco do Administracji „Dziennika Polskiego". — Listy reklamacyjne nie opieczętowane nie podlegają opłacie.

Lwów 19. lutego.

Mocarstwa nie odpowiedziały jeszcze na okólnik ks. Gorczakowa ale z tonu przeważającego w urzędowych i półurzędowych enuncjacjach widać, że cała Europa przewiduje nieunikniony pojedynek między Moskwą a Turcją, i z pewnemi może zastrzeżeniami mentalnemi, ma zamiar odegrać rolę spokojnego widza. Słów powiedzianych przez cara Aleksandra w Moskwie żadna już dzisiaj potęga cofnąć nie może. Gra Salisburego w Stambule była bardzo sztuczną, gabinet angielski zrobił wszystko co mógł, ażeby carowi umożliwić wycofanie się z honorem z całej sprawy, reszta dyplomacji dopomagała i dopomaga wiernie tym usiłowaniom! — ale ostatecznie, z pamięci ludzkiej nie wymaże nic hardego słowa imperatorskiego, że Moskwa ma działać na własną rękę: armia wielkiego księcia Mikołaja stoi nad Prutem, druga armja u granic małej Azji: Turcy oczekują na- [illegible] na krok wobec żądań czyniących ujmę udzielności Padyszacha. Zima, błoto, niedojrzałość sytuacji, wszystko może stanowić wymówkę na parę miesięcy, ale ostatecznie każdy dzień kosztuje miljony, i to spore miljony, jeżeli prawdą jest, że w kraju liczącym zaledwie miljon mieszkańców na przestrzeni wynoszącej połowę Galicji, tj. w Besarabji, konsystuje od dwóch miesięcy armja wynosząca ćwierć miljona ludzi. W kraju pięć razy ludniejszym, taką liczbę zbrojnych próżniaków potrzebaby karmić kosztownemi dowozami z odległych okolic. Finanse moskiewskie mają w sobie pewną elastyczność, której granicą jest możność puszczania w obieg *bumażek* uchodzących za pieniądz gotowy. Granicy tej dosięgnął już oddawna „bank gasudarstwienny", w kraju grosza nie ma, zagranica nic nie pożyczy, potrzeba bić się, albo rozpuścić wojsko. Ale cofnięcie się po tem, co się zbyt głośno powiedziało, byłoby dla Moskwy dobrowolnem przyjęciem na siebie roli wszechświatowego Falstaffa. Szampany i rachunki Czerniajewa z jednej strony, a z drugiej, retyrada bez dobycia oręża, to przecież suma kompromitacji tak ogromna, że nawet drugie cesarstwo francuskie nie chciało jej znieść po bitwach nad Mozelą, i wolało raczej runąć pod Sedanem. Tutaj los wojny jest jeszcze wątpliwym, i dla tego przypuszczamy, że bądź co bądź, do walki między Turcją a Moskwą przyjść musi. Według wszelkiego wszakże prawdopodobieństwa, będzie to wojna zlokalizowana, i nie obfita w większe wydarzenia militarne. Natura kraju i wrodzona zdolność do oporu będzie po stronie Turków, dar pisania kłamliwych biuletynów po stronie Moskali. Gdy się stanie zadość mniemanemu honorowi, nastąpi pokój. Będzie to pojedynek „do pierwszej krwi", bez sekundantów. Tak jak rzeczy mają się w tej chwili, widocznie nikt w świecie nie ma ochoty rozpalić większego pożaru, i blaskiem jego zasłonić mocarstwową niemoc carstwa moskiewskiego.

Korespondencje polityczne „Dz. Pol."

Wiedeń 14. lutego.

(R. R.) W rozwoju kwestji wschodniej nastąpiła krótka pauza, którą wypełniają to ogłoszenia aktów dyplomatycznych, to dodatkowe jeszcze szczegóły do historji upadku Midhata i do postępu rokowań pokojowych z Serbją i Czarnogórą, to w końcu mniej więcej prawdopodobne hipotezy, jaką też postawę zamierzają zająć mocarstwa wobec depeszy okólnej Gorczakowa. Najwięcej i to zasłużenie zwraca na siebie uwagi podany dosłownie w *Köln. Ztg.* okólnik turecki [illegible] względem może uchodzić za polityczny niejako testament upadłego w. wezyra. Energja właściwa Midhatowi cechuje i to jego pismo; czy atoli dokument ten ma obecnie li wartość historyczną, czy przeciwnie Edhem pasza, któremu wcale nie długie urzędowanie prorokują, pozostanie wierny zagranicznej polityce swego poprzednika, to się okaże w dość bliskiej przyszłości. O upadku Midhata zamieszcza *Polit. Corr.* szczegółową relację, która ad oculos dowodzi i stwierdza tę znaną i uznaną prawdę, iż ani o odrodzeniu państwa otomańskiego, ani o reformach w temże tak długo nie może być mowy, dopokąd w Konstantynopolu będzie na porządku dziennym to arcy zgubne gospodarstwo serajowe; zmiana w w. wezyrostwie była po prostu dziełem samolubnej intrygi, ztąd też i *Levant Herald* dementuje stanowczo wszelkie pogłoski o mniemanem sprzysiężeniu Midhata celem detronizacji sułtana, jako z gruntu fałszywe, i w ogóle ton dzienników tureckich o ekswezyrze jest tak rezerwowany, jak gdyby przypuszczano, iż Midhat znowu obejmie rządy. Pokój serbsko-turecki zdaje się być bliski pomyślnego załatwienia, przypuściwszy, iż Ristic szczerze myśli o pokoju, i nie rozpoczął rokowania jedynie dla zyskania na czasie. Do *Polit. Corr.* donoszą z Belgradu, iż W. Porta odstąpiła od warunku co do równouprawnienia katolików i żydów, otrzymawszy od rządu serbskiego przyrzeczenie, iż tenże tę kwestję sam w drodze legislatywy myśli uregulować, a natomiast, iż Serbja zgadza się na przyjęcie ajenta tureckiego w Belgradzie, o zakresie działania, w niczem nie naruszającym prawnopolitycznego stanowiska Serbji. Sprawę sprostowania granic poruszono tylko mimochodem, gdyż W. Porta życzy sobie załatwienie takowej odłożyć na później, równie jak życzeniem jest rządu tureckiego, aby w Belgradzie podpisane zostały tylko protokoły obu pełnomocników, sam zaś instrument pokojowy, aby dokonany był w Stambule. Iż pertraktacje pokojowe tak pomyślne rezultaty wykazać mogą, zasługę nie małą pod tym względem położył tak Pertew effendi, który się już dawniej odznaczył przy pacyfikacji Krety, jak niemniej i przeważnie angielski konsul jeneralny White. Trudniej natomiast postępują układy z Czarnogórą. Mimo świeżo według *Polit. Corr.* zawartej konwencji między Turcją a Czarnogórą co do zaprowiantowania twierdzy „Niksicz", to wcale niepokojowo odzywa się *Glas Czarnagorca*, pisząc, iż Czarnogóra lubo życzy sobie pokoju, to jednak przystać może na takowy tylko wtedy, jeżeli dla Bośnji i Hercogowiny zagwarantowane zostaną znośne warunki egzystencji, gdyż książę Nykita chwycił za oręż nie dla celów egoistycznych, lecz w obronie swych uciskanych pobratymców. Snać i W. Porta przypuszcza, iż rokowania z Czarnogórą rozbiją się, kiedy, jak donoszą, właśnie teraz przesyła ogromne zapasy prowiantów do Hercogowiny. Z Bukaresztu nie bez znaczenia jest ta wiadomość, iż wysłany do Konstantynopola Dymitr Bratiano został wezwany do powrotu. Fakt ten łączy z nieudaniem się misji Bratiana, który miał w Stambule pracować nad uzyskaniem u W. Porty znacznych koncesyj dla Rumunji tak w terytorjalnym, jak i w politycznym względzie, i spodziewają się, iż w skutek tego Rumunja wkrótce zajmie wręcz nieprzyjazną postawę wobec W. Porty. Co do Rumunji, to ciekawą jest wersja, iż nowy wezyr Edhem pasza w rozmowie swej z moskiewskim ajentem p. Nelidow miał [illegible] tego kraju decydują ani Rossja ani Anglja, ani Austrja, lecz zamiary domowej [illegible] polityki, która tam już rej wodzić zaczęła od tej chwili, gdy Hohenzollery nie zawahały się usadowić księcia ze swego domu na tym wysuniętym naddunajskim posterunku. Jak wypadnie odpowiedź mocarstw na kólnik księcia Gorczakowa, to niejakie wskazówki podaje *Köln. Ztg.* utrzymując, iż między mocarstwami panuje żywa wymiana zdań, a zarazem, iż zgodzono się, aby odpowiedź nie była identyczną, a nadto aby nie zapytywać Rossji, co sama uczynić zamierza, albo jaką stawia propozycję. *Nordd. Allg. Ztg.* upewnia zaś, iż Moskwa dotąd nie wzywała jeszcze oficjalnie rządu niemieckiego do wspólnej interwencji w kwestji wschodniej; lecz nie bez znaczenia jest, iż tenże dziennik, zamieszczając telegram z *Rhein. Cour.* jakoby Bismark twierdził, iż Moskwa żąda subsydjów od niektórych państw, celem prowadzenia wojny z Turcją, ze swej strony dodaje tę uwagę, iż na teraz nie komentuje tego twierdzenia. Dość tajemniczo brzmi także, co podaje *Temps* o rozmowie posła francuskiego w Londynie z lordem Derby co do okólnika Gorczakowa. Angielski minister spraw zagranicznych miał się wyrazić, iż usiłowania mocarstw do tego zmierzać powinne, aby umożebnić Moskwie schowanie dobytego oręża do pochwy. Derby miał się chlubić, że wynalazł ten cudowny środek. Gdy atoli *Temps* czyni uwagę, iż ks. Decazes wtedy dopiero poweźmie postanowienie, skoro będzie wiedział, co Anglja uczynić zamierza, to widoczna, iż hr. Derby nie wtajemniczył posła francuskiego w ten cudotworczy środek. Zapewne angielski mąż stanu nie wyjawia go, wątpiąc w jego skuteczność, i w przekonaniu, iż Moskwa tak się zagalopowała, że honorowe wycofanie jest prawie niemożliwem. Powiastka ta dziennika *Temps* była istną jednodniówką, gdyż ajencja *Havas* przeczy kategorycznie, aby lord Derby miał patent na jaki cudowny pacyfik, ocalający honorowy odwrót Moskwy, a zresztą oświadczenia tegoż lorda, poczynione w parlamencie, nie pozwalały powątpiewać, iż w missji doktorskiej angielskiego męża stanu nie ma i słowa prawdy, chyba że tym środkiem tajemniczym byłaby nowa edycja konferencji, do której czyni alluzję *Times*, gdy omawiając okólnik turecki, pisze, iż W. Porta tym aktem dyplomatycznym nie zamknęła sobie drogi do nowych układów, któreby przez następcę Midhata mogły być podjęte; a z Rzymu telegrafują do *Deut. Ztg.*, iż sułtan ma nawet sobie życzyć, aby konferencja znowu się zebrała. Przypuszczenia te atoli krzyżuje podana w *Wiener Abendpost* z pewnym naciskiem wiadomość, iż zdrowie głównodowodzącego w. ks. Mikołaja nie pozostawia nic do życzenia, i że o zmianie w komendzie teraz wcale mowy nie ma. Na razie trudno odgadnąć, cui bono, lecz zapewne, iż nie bez celu debiutuje *Golos* z tym senzacyjnym telegramem, iż młodszy hr. Zichy, po tajnem posłuchaniu u sułtana, udaje się w tajnej missji do Wiednia a nadto, iż Midhat ma być znowu rehabilitowany. Równie trudną do odcyfrowania jest rada, jaką Austro-Hungarji podaje bismarkowska *Post*, aby Austrja jak najrychlej starała się zakończyć spór domowy, i w kwestji wschodniej zajęła właściwe sobie stanowisko, jako drugie mocarstwo słowiańskie w Europie. Kto wie, czy tej rady nie usłuchano w Wiedniu, kiedy przerwane targi austro-węgierskie znowu się na- [illegible] *Post*; [illegible] nem sytuacji, a właściwie nie on, lecz hr. Andrassy. Minister spraw zagranicznych odniósł podwójne zwycięstwo. Powiodło mu się wysadzić z siodła niebezpiecznego swego rywala p. Sennyey, który już się skłaniał przyjąć pod pewnemi warunkami utworzenie nowego gabinetu, u dało mu się skłonić gabinet Auersperga do dalszych traktowań z Tiszą. Jak rzeczy stoją, elaborat ugodowy, a z nim i sprawa bankowa, o ile to od obu ministerstw zależy, niezawodnie iż przyjdzie do skutku na podstawie, iż Węgrzy poczynią ustępstwa w kwestjach kompetencji i dotacji, a gabinet cislitawski w kwestji równorzędności; zdaje się atoli, a niemal pewną jest rzeczą, iż Rada państwa tym układom nie da swego wotum, coby miało w następstwie za sobą rozwiązanie parlamentu; i o tej to ewentualności myślał hr. Andrassy, kiedy, jak utrzymują, miał się wyrazić, iż, jeżeli nie zechce, to będzie zmuszony. O gabinecie Auersperga można więc śmiało powiedzieć, iż laudabiliter se subjecit, gdyż jak upewnia *Budap. Corr.* uczynił Tisza objęcie rządów zawisłem od zgodzenia się na węgierski postulat w kwestji równorzędności. W Radzie państwa dziś początek debaty nad kredytem na wystawę paryską. Zapisanych jest do głosu więcej niż dwa tuziny mowców; wniosek pośredniczący Dumby, aby uchwalić 400 000 zł., a 200 000 zebrać w drodze subskrybcji, skrytykowała dosadnie urzędowa *Montags Revue*, i nie ma najmniejszych widoków aby się utrzymał. Prusofile odniosą niezawodną klęskę.

Wybory do rozwiązanego sejmu tyrolskiego rozpisane zostały pod koniec przyszłego miesiąca.

Wiedeń 17. lutego.

(RR.) W sprawie bankowej powtarza się w odmiennej formie ciągle ta stereotypowa zwrotka: nic pewnego; miał ją nawet na ustach jeden z ministrów cislitawskich, gdy zapytany przez kółko deputowanych na taką melancholiczną zdobył się piosnkę: nic a nic nie wiem, a nawet nie mam pewności, czy za 8 dni będziemy jeszcze zasiadać na tych fotelach. Do jednego z dzienników telegrafują też w istocie z Pesztu, iż na wypadek, gdyby sprawa bankowa po myśli Tiszy została załatwiona, dymisja Auersperga i Lassera jest dość prawdopodobną. Tymczasem opinja publiczna i dzienniki łamią sobie głowę nad pytaniami: kto uczynił koncesję i w jakiej mierze ją uczyniono. Rozchodzi się o trzy sporne punkta: o dotację, o kompetencję dyrekcji i centralnego wydziału i o kwestję organizacyjną. Dualizm odbywa teraz ciężką próbę. Kwestje powyższe są przedmiotem ciągłych urzędowych narad obu gabinetów cislitawskiego prezesa ministrów, a prócz tego odbywają się konferencje nieoficjalne, tak ministrowie węgierscy mieli dłuższą pogadankę z dyrektorem banku bar. Wodianer, a Szell konferował z Rechbauerem. Gdy tak wszystko konferuje — zachciało się i klubom centralistycznym urządzić sobie konferencję, aby wysłuchać relacji ministrów, a następnie napiorunować na Węgrów, a w końcu głosować tak jak rząd chce, lecz nie darmo, tylko za koncesją zmiany wyboru do delegacyj wspólnych, który to wniosek Fuxa właściwie w klubie postępowym wszystkim, z wyjąt- [illegible] znaczną większością kredyt na wystawę paryską w wysokości 600 000 złr., lecz zarazem pogrzebała receptę sanacyj kolejowych ministra Chlumecky'ego, odrzucając wniosek zlania kolei Dux-Bodenbach z koleją Aussig-Teplitz. Zasłużony dep. **Roser**, wołający ciągle choć dotąd napróżno o zniesieniu loterji liczbowej — postawił równie ważny wniosek o **zabezpieczenie publiczności kupującej losy na raty**, przeciw szwindlom praktykowanym na tem polu; szalbierstwa upadłego domu bankowego Leitnera, który zarwał w ten sposób bardzo wielu z tutejszej zwłaszcza uboższej ludności, spowodowały postawienie tego wniosku.

Ziemie Polskie.

Gołos, który od kwartału, po odebranej odprawie od gazet warszawskich za swoje denuncjacje o niebywałych jakichś spiskach polskich, zaprzestał był napadać na nas, dziś znów poczyna szkalować i kłamać w chęci przedstawienia przed swoimi ziomkami narodu polskiego, jako najgorszego w świecie. Z faktów bardzo naturalnych tworzy rzeczy okropne, z muchy robi słonia; taka jego taktyka. Niedawno w Radomiu, jak to przed miesiącem czytaliśmy w *Gazecie Kieleckiej*, sądzona była sprawa o pobicie przez obywatela dwóch kobiet podejrzanych o kradzież, proces udowodnił, że nie było wcale żadnego pobicia, lecz tylko, że wieś sama z wójtem gminnym na czele prosiła obywatela, aby sprawę tę rozsądził, i gdy okazało się, że dziewczęta istotnie skradły 10 rubli dane na zapłacenie robotnikom; dziewczęta dostały we dworze po kilka rózeg za wiadomością i wyrokiem wójta gminy i wsi całej. Obywatel naturalnie został uniewinniony — ale czynownik moskiewski zaraz z tego skorzystał. Palnął do *Gołosu* korespondencję pełną skarg na barbarzyństwo polskie, na ucisk, jakiego dotąd chłopi nibyto doznają od panów, na wsteczność pojęć i obskurantyzm polski — słowem, fakt powyższy miał służyć dowodem dla Europy, że należy sławić Pana nad Pany, że Polska oddaną została w zarząd „ucywilizowanej Moskwie", pełnej uczuć, pojęć i humanitarnych

---

7

Z KWIATKA NA KWIATEK.

Obrazki z życia warszawskiego,

napisał

ARKADJUSZ KLECZEWSKI.

(Ciąg dalszy.)

VI.

Pierwsza wizyta.

Kilkanaście dni upłynęło, a Karol nie był jeszcze z wizytą u Szawlewiczów. Marję gniewało to i niecierpliwiło; wyobrażała sobie, że zakochany młodzieniec nie zechce stracić jednej chwili czasu i zaraz nazajutrz przybiegnie złożyć swe uszanowanie, że po kilku wizytach wzmocni się stosunek tak zręcznie podczas podróży zawiązany... a potem, potem... widziała się już w ślubnym stroju, z mirtowym wiankiem na czole...

Młodym dziewczętom tak nie wiele potrzeba do ślubu, a szesnastoletnia główka Maryni umiała już tak praktycznie marzyć!..

Tymczasem Karol nie zjawiał się; raz tylko spostrzegła go przez okno jadącego dorożką, zapewne do Szwajcarskiej Doliny, ale on nie patrzył wcale w stronę jej okien, niewdzięczny! może nawet nie przeczuwał, że błękitne jej oczęta śledziły za nim dopóki unosząca go dorożka nie znikła w Belwederskiej alei!

W kilka dni później Marynia siedziała z książką w ręku przy tem samem oknie, przyglądając się od czasu do czasu przejeżdżającym, pani Szawlewiczowa siedząc na kanapie, kładła pasjans napoleoński, nagle zabrzęczał dzwonek i w przedpokoju dały się słyszeć głosy.

Marynia z niepokojem odwróciła się ku drzwiom.

— Ojciec wraca — rzekła matka, jakby odpowiadając na milczące zapytanie.

— Ale zdaje się, że nie sam — dorzuciła Marynia.

Szawlewicz otworzył drzwi do salonu:

— Prowadzę wam miłego gościa — zawołał głośno ustępując miejsca drugiej osobie.

Panie wstały ze swych miejsc. Marynia wzruszona, oblana ponsem, nie śmiała oczu podnieść.

„Miłym gościem" — dla niej — nie mógł być kto inny jak tylko Karol.

— Przedstawiam ci — mówił Szawlewicz do żony — mego najlepszego przyjaciela, pana Juljusza Kęckiego.

Marynia zadrżała.

Przed nią stał nieznajomy ze statku parowego.

Kęcki złożył głęboki ukłon i na znak dany przez panią Szawlewiczową, usiadł obok niej na fotelu.

Czy to było złudzenie czy też rzeczywistość, ale Maryni zdawało się, że przez cały ten czas nowo przybyły nie spuszczał z niej oka, drażniąc ją tem samem, znanem jej już przenikliwem spojrzeniem.

Zajęła napowrót swoje miejsce, położyła książkę i machinalnie wzięła do ręki jakąś robótkę.

— Jakże paniom posłużyła kuracja w Ciechocinku, zapytał Kęcki?

— Nie bardzo — odpowiedziała pani Szawlewiczowa, — bo Ignatowski kazał nam na przyszły rok powrócić.

— Patrząc jednak na panie — mówił z uśmiechem Juljusz spoglądając na Marynię — trudnoby uwierzyć doktorowi Ignatowskiemu!

— Nie trzeba wierzyć pozorom!... Marynia rzeczywiście cierpiącą jest od niejakiego czasu... a i ja nie mogę uskarżać się na zbytek zdrowia... Czy pan także dla kuracji przebywał w Ciechocinku?

— O! nie, pani. Odwidzałem tylko moją kuzynkę, marszałkowę H. z Wołynia, która przyjechała tam z dziećmi.

— Nie miałam szczęścia poznać pani marszałkowej — wymówiła z pewnym rodzajem niechęci pani Szawlewiczowa — wcale nie udzielała się w towarzystwie!

— Skołatane jej zdrowie... zaczął Kęcki w usprawiedliwieniu osoby, której prawdopodobnie nie znał zupełnie.

— Pomimo to — przerwała gospodyni domu — słyszałam że co sobota bywały u niej zebrania... ale tam tylko sama arystokracja wstęp miała!...

— Mogę pani zaręczyć...

— Pani marszałkowa u źródła nawet nie bywała nigdy — wmieszała się do rozmowy Marja.

— Jakto! więc panie jej wcale nie widziały?

Jakaś myśl przebiegła mu przez głowę. Uśmiechnął się nieznacznie, czarne oko jego zabłysło płomieniem namiętności i zwracając się wprost do Marji, powtórzył z dobrze udanem zadziwieniem:

— Czyż to być może? ani razu? ani pod tężniami? ani w teatrze?

— Raz tylko spotkałyśmy ją — odpowiedziała nieco śmielsza już Marja — gdy jechała z dziećmi do łazienek — ale kareta była zamknięta i nie mogłyśmy się nawet przypatrzeć jej dobrze.

— Podobno młoda jeszcze i ładna.

— Ma być bardzo piękna, proszę mamy.

— Któż ci to mówił?

— Wszyscy przecież unosili się nad jej pięknością, a ja bardzo żałowałam że nie mogłam podziwiać tego ósmego cudu świata.

— Maryniu! zapominasz się... pan Kęcki...

— O! niech panie nie krępują się moją obecnością: nie jestem znowu tak bezwzględnym wielbicielem mojej kuzynki, abym nie mógł podzielać pod tym względem zdania panny Marji... Zresztą — dodał po pewnym namyśle — niezadługo będą panie miały sposobność same ocenić tę okrzyczaną piękność, gdyż marszałkowa, wracając na Wołyń, zamierza zatrzymać się kilka tygodni w Warszawie.

— I mniemasz pan, zapytała matka — że w Warszawie łatwiej się z nią spotkamy, aniżeli w Ciechocinku?

— Mógłbym prawie zaręczyć za to, gdyż kuzynka moja niejednokrotnie odzywała się z wielkiem dla panny Marji uwielbieniem — i przekonany jestem, że za bytnością w Warszawie, chętnie zawiąże bliższe z państwem stosunki.

Dowiedzioną jest rzeczą, że kłamstwo choćby najnieprawdopodobniejsze, jeżeli tylko pochlebia naszej miłości własnej, poparte zwłaszcza zręcznym komplementem, musi dobre zawsze znaleźć przyjęcie. Tak samo i tu się stało; nie zwrócił nikt uwagi, że niewidzialna marszałkowa nie mogła uwielbienia dla nieznanej wcale panienki posunąć aż do tego stopnia, aby szukać bliższej z nią znajomości. Obie kobiety widocznie uszczęśliwione były zrobioną im przez Kęckiego nadzieją, sam nawet milczący dotąd gospodarz rozśmiał się głośno i zawołał:

— Ho, ho! jeżeli taka piękna, to i ja gotów jestem zakochać się w niej.

— Nie mów pan tego dwa razy — odparł żartobliwie Kęcki — bo...

Wejście służącego z zapaloną lampą i jednoczesny głos dzwonka w przedpokoju, przerwały rozmowę.

Po niejakiej chwili ukazał się we drzwiach salonu Zawiejski. Skłoniwszy się w milczeniu wszystkim obecnym, zbliżył się do kanapy, pocałował w rękę panią Szawlewiczową, ukłonił się powtórnie pannie Marji, która zaledwie skinęła mu głową i stanął widocznie zakłopotany, spoglądając to na Kęckiego, to na gospodarza domu.

— Pan Karol Zawiejski — przemówiła nareszcie rekomendując Szawlewiczowa — nasz towarzysz podróży — mój mąż.

— Bardzo mi przyjemnie! — dodał Szawlewicz, podając rękę gościowi — pan Juljusz Kęcki, nasz przyjaciel — kończył rekomendację.

Mężczyźni ukłonili się wzajemnie z chłodną obojętnością. Karol usiadł obok w fotelu. Juljusz pozostał przy Marji i rozmawiał z nią półgłosem. Przy kanapie rozmowa zaczęła się od pogody. Zawiejski nie mógł przyjść do siebie; czuł wyraźnie że zjawił się nie w porę i irytowało go wszystko. On tu biegł z takim pospiechem; w przedpokoju jeszcze cała rozkoszna scena ze statku parowego stanęła mu żywo w pamięci; liczył na przyjacielskie i serdeczne przyjęcie, spodziewał się wymówek, wyrzutów, że tak długo zwlekał z wizytą, przygotowywał w myśli uniewinniającą odpowiedź, chciał tłumaczyć się brakiem odwagi, nieśmiałością — słowem, on wchodził do tego salonu z otwartem sercem, jak do swoich — a tu przyjęto go zimno, obojętnie — gorzej nawet, bo jak obcego zupełnie. Mniej mu już zresztą chodziło u rodziców; na ojca nie zwracał nawet uwagi, o matce wiedział już że przy kartach tylko odzyskuje dobry humor, ale panna!... Owa Marja, której obraz tak głęboko utkwił w jego pamięci i sercu, taż sama Marja, której błękitne oczy niedawno jeszcze taką napawały go nadzieją szczęścia i miłości! Owa Marja, której wianek, zawieszony nad jego łóżkiem, codziennie pierwszy witał go na dzień dobry, i kołysał do snu słodkiemi marzeniami — owa Marja, dziś zdawała się nie poznawać go wcale, zaledwie rzuciła nań okiem — a ten obcy, tak poufale szepcący z nią mężczyzna, to więcej niezawodnie niż przyjaciel domu, to...

Czy pani Bulicka powróciła już do Warszawy? — wyrwał go z zamyślenia głos pani Szawlewiczowej.

— Nie, pani. Ciotka moja jest teraz na wsi, u mojego stryja, gdzie zapewne zabawi aż do jesieni.

— Szkoda. Miałam nadzieję, że utrzymamy tak miły stosunek, zawiązany w Ciechocinku — mówiła dalej gospodyni, jakby dla podtrzymania tylko zrywającej się ciągle rozmowy.

Karol chciał jej odpowiedzieć, kiedy Szawlewicz, który już od kilku minut kręcił się niespokojnie na fotelu, zawołał nagle:

— Szkoda drogiego czasu! możebyśmy zrobili partję preferansa?

— Przepraszam pana, ale ja nie gram w karty, odezwał się Karol.

— Ja mogę państwu służyć — rzekł Juljusz. Podniósł się z krzesełka na którem siedział przy Maryni i podszedł do rozmawiających przy głównym stole. Mimowolnie spojrzał na twarz Karola, oświetloną blaskiem lampy i zadrżał. Młodzieńcze rysy tej twarzy musiały obudzić w nim jakieś wspomnienie, bo zapytał go niepewnym głosem, któremu silił się nadać pozór uprzejmości

— Daruj mi pan moją ciekawość — ale znałem wielu Zawiejskich.... czy pan przypadkiem nie masz krewnych.... w Lubelskiem?

— Nie panie — odparł z całą grzecznością Karol, — nie wiedziałem nawet że istnieje druga rodzina nosząca toż samo nazwisko. Moja familja od dawnych czasów mieszka w Lipnowskiem...

— Być może że mnie pamięć zawodzi.... ojciec pański, zdaje mi się, Stanisław....?

— Ojciec mój dawno już nie żyje, — odpowiedział Karol, — było mu Michał na imię.

Juljusz skłonił się zimno i dodał z lekceważeniem, głaszcząc brodę:

— Raz jeszcze przepraszam pana — widocznie pomyliłem się.

W każdej innej chwili, powyższa rozmowa, prowadzona półgłosem, jakby tajemniczo, byłaby bezwątpienia baczniejszą zwróciła uwagę Karola — ale dziś był tak rozdrażniony obojętnem przyjęciem Szawlewiczów, że wszystko inne zresztą mniej go obchodziło. Wspomnieliśmy już, że szczególnie gniewał się na Marynię, zarzucał

dążności itd. Z *Gołosu* wiadomość przeniosła się do innych gazet moskiewskich; poczęły więc chórem wszystkie wymyślać. *Nowoje Wremia* delikatniej jednak od swych koleżanek, i temu to *Now. Wremieni* uznał *Wiek* za możebne odpowiedzieć, jak następuje:

„W numerze 230 gazety *Nowoje Wremia* z dnia 30. stycznia 1876 r. w przeglądzie gazet i dzienników znajdujemy ustęp, jakoby z korespondencji dziennika *Gołos* z Radomia wzięty, w którym opisaną jest *„okropna“* sprawa p. Michała S. o pobicie dwóch kobiet podejrzanych o kradzież.“

„Mniejsza o sprawę i jej opis; ale nader zajmującemi są uwagi, zdaje się sprawozdawcy dziennika *Nowoje Wremia* z powodu niezacytowania numeru *Gołosa* trudno było sprawdzić, czy uwagi te wzięte także z *Gołosu*. Uwagi zaś te brzmią w tłumaczeniu: „Proces ten maluje nie zbyt sympatycznie obyczaje istniejące w tym kraju (rozumie się w Królestwie Polskiem), gdzie w skutek panowania rozlicznych czasowych przepisów i starych zwyczajów kary cielesne zajmowały wydatne stanowisko. Nie zbyt dawno w Polsce przyjęty był zwyczaj bicia w domach poprawy w piątki wszystkich tych, którzy w ciągu tygodnia coś przewinili, i skutkiem tego sąsiednie miejscowości obok karnych zakładów w każdy piątek brzmiały jękami kaźnionych. No, mówcie co chcecie przeciw reformie sądowej w Królestwie Polskiem, lecz ona już spełnia swoje zadanie i widoczną przynosi korzyść.“

„Jakkolwiek musieliśmy już przywyknąć do obelg rzucanych zbyt często naszemu społeczeństwu przez pisma rossyjskie, i jakkolwiek odpowiadać na wszystkie tego rodzaju artykuły nie warto, jednak niepodobna niekiedy nie sprostować opinii czytelników, prowadzonej na manowce przez niesumiennych korespondentów: a lubo możnaby było bardzo wiele powiedzieć o dążności od lat stu miejscowego prawodawstwa do usuwania średniowiecznych niewłaściwości, ograniczymy się na przytoczeniu, że kara cielesna została [illegible] wyższym ukazem z dnia 29. sierpnia (10. września) 1864 r., zatem na kilka miesięcy przed zatwierdzeniem ustaw z 20. listopada 1864 r., i że przy wprowadzeniu w roku bieżącym do okręgu sądowego warszawskiego kodeksu karnego z r. 1866 przepisy tegoż kodeksu o karach cielesnych w punkcie 6. najw. ukazu z dnia 1. (13.) września zostały pozbawione dla tutejszego kraju mocy obowiązującej; że więc w więzieniach tutejszych cywilnych kara cielesna nie ma miejsca wcale.“

Przytoczyliśmy drobne to na pozor zdarzenie jako dowód usposobienia dla nas „liberałów“ moskiewskich. A jeszcze tak niedawno też same gazety spiewały tak pięknie na bratnią nótę! „Polsza i Rassija, to wsio rawno; my bratja; i Sobieski nasz i Kopernik nasz i Murawiew nasz!“ itd. Z powodu cenzury nie mógł *Wiek* lepszej dać odpowiedzi, wykazując numerami samego *Gołosu*, że nie my, lecz Moskwa okrutnej jest natury; że nie ma tygodnia, aby *Gołos* nie doniósł o jakim okropnym wypadku, o chłopach na śmierć zasieczonych rózgami przez wójtów, o katowaniu obżałowanych przez sędziów śledczych i tym podobnym pięknych rzeczach, nie licząc już bójek pomiędzy czynownikami, oficerami, a nawet pomiędzy sędziami. Wszakże sam *Gołos* donosząc niedawno o bitwie między jakimś profesorem a czynownikiem z prokuratorji w Odessie powiedział, że wypadek ten nie zasługuje na obszerniejszy artykuł, bo „wiadomo przecież, że *mordobitje*, to zwykła *ultima ratio* u Rossjan.“

Tendencyjne pogłoski o mniemanej misji margr. Wielopolskiego i o powołaniu go do Petersburga wraz z innymi obywatelami Królestwa Polskiego w celu porozumiewania się, z dzienników krajowych przeszły do pism zagranicznych. Na pewnych podstawach zaprzeczaliśmy tym pogłoskom. Dziś znajdujemy następujący list margr. Zygmunta Wielopolskiego do *Indépendance Belge*:

Drezno 6. lutego.

Panie Redaktorze! *Indépendance belge* z 3. bm. w przeglądzie politycznym wspomina o artykule dziennika *Temps*, który wyprawia hr. Wielopolskiego w podróż do Petersburga.

Mój ojciec jest dotknięty ciężką chorobą, która mu nie dozwala od lat dziesięciu opuścić łóżka. Co do ocenienia jego minionej działalności politycznej mój ojciec postanowił wstrzymać się od wszelkiej polemiki i zostawić sąd przyszłości. Wytrwałość z jaką pewne dzienniki chcą przypisywać mi pewną czynność polityczną, zmusza mnie do użycia tej sposobności, aby nacechować te pogłoski, jako czczy wymysł. Te wiadomości sensacyjne i te podstępne insynuacje mają na celu, co najmniej obudzenie nadziei, któreby moich współrodaków mogły wyprowadzić ze spokoju i ciszy, jaką zachować nakazują nam prawdziwe nasze interesa.

Spodziewam się, że *Indépendance belge* nie odmówi mi gościnności, którą mi kilkakrotnie już przyznała i proszę pana redaktora, abyś raczył przyjąć...

Margrabia *Zygmunt Wielopolski.*

Nowoje Wremia donosi, że w gubernji wołyńskiej w ostatnich dziesięciu latach liczba ziemian nie polskiego pochodzenia zwiększyła się przeszło o sześć razy, a ilość należącej do nich ziemi więcej niż trzy razy. W r. 1865 takich ziemian było wszystkiego 158 osób — ziemia zaś w ich ręku będąca wynosiła 276 346 dziesiatin — w r. 1876 zaś ziemian nie polskiego pochodzenia było 908 posiadających 830 744 dziesiatin. Jeżeli do tego dodamy grunta należące do włościan prawosławnych, rządowe, kościelne, miejskie itd. to okaże się, że nie Polacy posiadają 3.706.338 dzies. tj. więcej niż 56% wszystkich gruntów w gubernji.

Petersburgskija Wiedomosti donoszą, że ostateczne wprowadzenie do polskich gubernii refor[illegible] umieszczenie izby sądowej konkurują trzy miasta: Wilno, Mińsk i Smoleńsk, Mińsk jednak został całkiem usunięty z konkurencji, pozostaje tylko Wilno i Smoleńsk. W tym ostatnim atoli zdaje się, że będzie pomieszczona izba sądowa, chociaż Smoleńsk liczy zaledwie 25.080 mieszkańców, a Wilno 77.188.

Sprawy zagraniczne.

Turcja. Nadeszło dziś kilka senzacyjnych wiadomości ze Wschodu, a w rzędzie nich także zaprzeczenie pogłoski o możliwem wezwaniu Midhata paszy do powrotu.

Pogłoska ta wyszła najprzód z dzienników francuskich i włoskich i znalazła wiarę w kołach przyjaznych Turcji.

Do *Polit. Corr.* piszą o tem z Rzymu: W pogłosce o wezwaniu Midhata paszy z powrotem do Stambułu nie ma najmniejszego prawdopodobieństwa. Midhat pasza miał sam zaprzeczyć wiadomości o powołaniu go i miał nawet dodać, że nie ma prawdopodobieństwa, ażeby choćby w przyszłości mogło przyjść do czegoś podobnego.

Zdaje się nam, że zaprzeczenie to mniej znajdzie wiary, jak znalazła wiadomość o powołaniu Midhata. Doniesienie zresztą ze Stambułu do *Polit. Corr.* naprowadza na przypuszczenie, że wezwanie wzmiankowane mogło w istocie wyjść ze Stambułu. Oto co podaje *P. C.*:

„Nie zmieniło się tutaj położenie, widoczna ciągle chwiejność w aktach rządowych, zastój w państwowej machinie administracyjnej i na każdym niemal kroku objawiająca się anarchja — oto rzeczy będące na porządku dziennym.

Nie mogło być inaczej po ostatnim przewrocie, który władzę rządową zdał na dyskrecję kameryli pałacowej.

Nowy wezyr Edhem pasza nie dorósł do zadania, które mu powierzono. Nie używa on powagi pośród ludności, a otoczenie sułtana nie ma dlań najmniejszego respektu. Dla tego to uzasadnione są pogłoski o bliskiej zmianie wezyra, któregoby zastąpićby miał Mahmud Nedim pasza. Ale jakkolwiek powtarzają to, nie wierzą temu, gdyż polityka wymienionego kandydata była bardzo zgubną dla państwa, którego był niegdyś sterownikiem. Jeżeli — kończy *Polit. Corr.* — sułtan nie zdecyduje się wezwać na powrót Midhata paszy, to będzie chyba zniewolony powierzyć rządy Mehemedowi Ruždi paszy.“

Do innego dziennika donoszą natomiast o rzeczach, które obudzają podejrzenie, że sułtan właściwie nie ma innego wyjścia, jak wezwać napowrót Midhata, ale że ministerstwo obecne (raczej kamaryla dworska) pracuje przeciwko temu. „Cała i *główna czynność obecnego ministerstwa* — czytamy w korespondencji do *Frdblt.* — *skierowana jest ku temu, ażeby przekonać ludność, że Midhat był buntownikiem, spiskowcem, a w przyszłości dążył do dyktatury.* Wszelkie natomiast inne akta rządu dzisiejszego zdradzają chwiejność niebywałą. Wezwano naprzykład Odian efendiego, który w misji finansowej bawi w Europie, ażeby prowadził dalej rokowania, a we dwa dni później kazano mu zaniechać wszystkiego i wracać do Konstantynopola.

Do zamętu wypływającego z powodu niedecyzji, przybywa jeszcze jeden wypadek, który zamęt ów powiększy. Donoszą mianowicie, jak twierdzą korespondenci — ze źródła bardzo wiarygodnego, że niebawem usłyszy świat o *groźnej chorobie sułtana Abdul Hamida.* Objawy tej choroby są dotychczas wprawdzie bardzo nieznaczne i mają nadzieję uleczyć sułtana, ale nie mniej prawdą jest, że Abdul Hamid cierpi podobnie jak brat jego Murad.

Ustawa prasowa turecka już gotowa, i żeby zaczęła obowiązywać, potrzeba tylko zatwierdzenia jej przez izby.

Przytaczamy niektóre ustępy tej ustawy, [illegible] w których [illegible] publiczna, podczas gdy państwo robiące tyle hałasu o swojem stanowisku, ludzkości, o swojej bezinteresowności i miłości dla Słowian — słowem Rossja — gnębi wszelki objaw swobodnej myśli, a jednocześnie krzyczy jak najgłośniej na nadużycia tureckie. Z postanowień zawartych w ustawie przytaczamy:

„a) Kto chce założyć drukarnię, winien wprzód uzyskać pozwolenie rządu. Każda drukarnia nie stosująca się do tego przepisu, zostanie zamkniętą. O założeniu drukarni w stolicy należy zawiadomić podsekretarza wezyratu, a na prowincji gubernatora. b) Każdemu, używającemu praw obywatelskich wolno wydawać czasopismo, jeżeli tylko zawiadomi o swoim zamiarze biuro prasowe na dni trzydzieści przed wejściem w życie wydawnictwa. Jednocześnie podać obowiązany wydawca tytuł i cel czasopisma, tudzież nazwisko kierownika. Każde czasopismo wydawane bez dopełnienia powyższych warunków, ulega karze pieniężnej, wynoszącej miesięcznie 10 do 15 funtów. Za artykuły, stanowiące wykroczenie przeciw prawu zarządza się postępowanie sądowe. Odpowiedzialnym jest wydawca. Wszelkie należytości stęplowe zostają zniesione. Każdego pisma muszą być dwa egzemplarze, podpisane przez kierownika pisma, przysłane do biura prasowego.“

Poinformowani dobrze korespondenci donoszą z Belgradu i Cetynji: Moskiewskie prądy w Belgradzie i Cetynji są stanowczo sparaliżowane. Przedewszystkiem Anglija przywiązuje wielką wagę do tego, ażeby przyszedł do skutku pokój pomiędzy Turcją a hołdowniczemi państwami. Gabinet angielski mniema, że to *odejmie Moskwie wszelki pretekst do wojny. A gdyby, jak się zdaje, Moskwa mimo to do wojny parła, to musiałaby się ostatecznie zdemaskować.* Dyplomacja europejska zadowoloną jest z postawy Porty, ale niektóre gabinety zaczynają uznawać, że źle zrobiono odwołując posłów ze Stambułu w chwili tak ważnej. W sferach kompetentnych twierdzą, że niektóre państwa skorzystają z najbliższej sposobności, ażeby *pełnomocnych posłów swoich* wysłać napowrót do Stambułu. Jako okazję taką poczytują pomyślny przebieg rokowań pokojowych z księstwami hołdowniczemi. Państwa bowiem nie uważają się za obowiązane do powstrzymywania swych posłów dla tego, że po rozwiązaniu konferencji chodziło o demonstracyjne okazanie zgodności mocarstw z Rossją.

Anglija. Z wielu depesz zawartych w angielskiej księdze błękitnej, zasługują również na większą uwagę depesze lorda Derby do Salisburego już w styczniu 1877 przesłane. W jednej z nich z dnia 4. stycznia, zdaje sprawę lord Derby [illegible] z Odian efendim, który przybył już [illegible] konferencji do Londynu w misji specjalnej. [illegible] wszelkie zarzuty rządu angielskiego, [illegible] Odian, że Turcja nie sprzeciwia się bynajmniej reformom, ale podnosi zarzuty przeciw żądanym gwarancjom. Na to odpowiedział Derby, że [illegible] aby rządy dały wiarę prostym przyrzeczeniom, kiedy przez lat dwadzieścia Turcja ich nie spełniła, dodał oraz, że wierzy w szczere [illegible] Midhata, a jeżeli żądano gwarancji, to tylko dla uniknienia wojny. Charakterystyczną była odpowiedź obydwu posłów tureckich — [illegible] Musurus pasza jako też Odian efendi odparli: *sułtan i jego doradcy muszą się podobać [illegible]*; w razie zas, jeśli wojna skończy się dla Turcji niepomyślnie, to oni sami skutki jej biorą na siebie, ale natomiast nie mogą aprobować warunków, które bez wojny poczytują za [illegible], że Turcja zresztą posiada obecnie pod bronią 600.000 wojska, i że nie obawia się wcale wojny z Rossją, jeżeli wojna ta będzie potrzebną. Lord Derby zakończył oświadczeniem, że to już rzecz Porty i że rząd królowej angielskiej nie opuści stanowiska wspólnego działania z mocarstwami.

Rada państwa.

237 posiedzenie Izby deputowanych.

Wiedeń 16. lutego.

(*Własne sprawozdanie Dziennika Polskiego*)

Pomiędzy petycjami, od których czytania rozpoczyna się posiedzenie, są jedne z zachodnich prowincyj, domagające się na wzór naszych prośb o uwolnienie spółek zarobkowych itd. od podatku, podobnych ulg dla tamtejszych stowarzyszeń nie zawiązanych dla zysku — z Galicji zaś, a mianowicie z Tarnowa, Izba adwokacka prosi o mniejsze opodatkowanie adwokatów, o wynagrodzenia z kasy rządowej za zastępowanie *ex officio* stron obdarzonych „prawem ubogich“ i o ułatwienia w ściąganiu należytości od stron płacących, za funkcje adwokackie.

Na porządku dziennym stoi sprawa kolei żelaznej Dux-Bodenbach, która od samego urodzenia swojego jest chorowitą, i którą rząd chce uzdrowić oddając ją w opiekę kolei Aussig-Cieplice, tę ostatnią zaś w zamian pragnie uposażyć uwolnieniem wszystkich jej linji od podatku, uwolnieniem od stemplów, opłat, itp., i od wszelkich pretensyj skarbu panstwa. Jednem słowem, najwierniejszy poddany Jego c. mości, który w obronie dynastji stracił majątek i połowę członków, nie śmiałby prosić o tyle łask, ile ich ma spaść na kolej Aussig-Teplitz. Na nieszczęście, mimo gorliwej obrony ze strony ministra handlu, Izba 103 głosami przeciw 101 odmawia protegowanemu przez ministerjum towarzystwu kolejowemu wszystkich tych faworów, w skutek czego zapowiedziane jest w dziennikach częściowe przesilenie ministerjalne przedlitawskie, tj. pan Chlumecky ma mieć zamiar wzięcia dymisji. Delegacja galicyjska, o ile członków jej dopatrzyć można w Izbie, jakoteż gwardja świętojurska, głosowały przy tej sposobności imiennie przeciw (!!!) ministrowi, zaś hr. Mieroszewski wyszedł z sali, ażeby się nie narazić nikomu.

Przedtem jeszcze, wniósł dr. R o s e r sprawę „*Ratenbriefów*“, która w skutek bankructwa firmy Leitnera zwróciła na siebie uwagę kryminalistów. Przyszłe posiedzenie w poniedziałek.

Kronika.

Lwów d. 19. lutego.

Loterja fantowa na korzyść zakładu sierot pod nazwą ś. Heleny i ubogich m. Lwowa wstydzących się żebrać pod opieką Towarz. dam dobroczynności zostających, odbędzie się dnia 22. bm. w sali Domu Narodnego, a bliższe szczegóły ogłoszone [illegible]

Dla wdowy z trojgiem dzieci po zasłużonym obywatelu nadesłali nam: panna P. S. 1 złr., p. Witold Wolański z Duplisk 3 złr. Razem 71 złr. 1 ct., 1 rubel srebrny i wiktuały za 6 złr.

„Z grodu lwa“. P. Tymolski, znany kompozytor, pod powyższym tytułem wydał mazur salonowy. Utwór ten poświęcił Henrykowi Wieniawskiemu.

Dr. Juljan Grabowski nie został mianowany zwykłym profesorem chemji, ale profesorem kierownikiem oddziału chemicznego przy szkole przemysłowej w Krakowie.

(z) **Lwowski półświatek — ofiarą lichwiarzy.** Franciszka Michel, licząca lat 27, zażyła wczoraj po południu we własnem pomieszkaniu przy ulicy Pilnikarskiej pod l. 2 kwasu saletrzanego, w zamiarze samobójczym. Przywołany natychmiast lekarz zadał jej antidotum, które skutkowało. Franciszka M. odwieziona do szpitala powszechnego, gdzie rozpaczała na myśl, iż ocalono jej życie.

Tutejsi lichwiarze tak okropnie ją dręczyli, iż chcąc się uwolnić na zawsze od tych harpagonów bez litości i sumienia, zażyła trucizny.

(f) **Wyśledzenie złodzieja.** Strażnik policyjny Kretz wyśledził tej nocy Józefa Uzarskiego (Huzarskiego) lokaja, za kradzież zbrodniczą akcyj kolejowych, listem gończym krakowskiego sądu krajowego od r. 1865 ściganego. Oddano go do tutejszego sądu krajowego.

(z) **Brutalny rzeźnik.** Zbiegowisko tłumne spowodował 16. b. m. o godzinie wpół do 8ej wieczór parobek Hryńko Kownak, który leżąc na środku ulicy Gródeckiej koło domu Galla, błagał litości przechodzących, żaląc się na swego służbodawcę, który go miał pobić tak mocno, iż do miasta zawlec się nie może. Sprowadzona straż policyjna zabrała chorego do szpitala. Jak następnie sprawdzono, pobił tak mocno i wyrzucił za drzwi tego sługę Wolf D. rzeźnik na Bogdanówce.

Statystyka pocztowa. W styczniu br. nadano we Lwowie 169,950 listów prywatnych niepoleconych, między temi: 3980 do adresatów w miejscu, 71,280 kart korespondencyjnych, 23,150 posyłek pod opaską, 4571 posyłek z próbkami, 155,000 egzemplarzy gazet, 58,858 listów urzędowych, 21,914 listów poleconych, 5379 przekazów na łączną kwotę 951,019 guld., 22,328 posyłek wartościowych, między temi 8271 za pobraniem w łącznej kwocie 69,217 gld., ogółem 527,425 posyłek.

Nadeszło zaś do Lwowa: 138,330 listów prywatnych niepoleconych, między temi: 3980 w miejscu nadanych, 44,603 kart korespondencyjnych, 42,422 posyłek pod opaską, 2704 posyłek z próbkami, 14,893 egzemplarzów gazet, 37,050 listów urzędowych, 37,361 listów poleconych, 16,609 przekazów na kwotę 354,047 gld., 21,964 posyłek wartościowych, między temi 929 za pobraniem w łącznej kwocie 13788 gld., ogółem 355,936 posyłek.

Kronika teatralna. W teatrze hr. Skarbka dzisiaj 19. b. m. „Piękna Helena,“ opera komiczna w trzech aktach Offenbacha. Drugi debiut baronowej Lüde.

* Ze sprawozdaniem o ostatniem przedstawieniu „Pięknej Heleny“ w którem debiutowała pani Lüde, wstrzymujemy się do jutrzejszego numeru.

Stan powietrza. Dziś 19go + 2° R.

Kronika prowincjonalna starostw. Brzozów. W kłębach dymu udusiło się dnia 12. bm. w Chodorówce dwoje dzieci, które pozostawione same w chacie, zapaliły zapałkami słomę; zanim zdążono z ratunkiem, dzieci już nie żyły. — Husiatyn. Ofiarą czadu padli dnia 4. bm. w Kociubińcach małżonkowie Zwirscy, którzy zapaliwszy w piecu drzewem dębowem zawcześnie go zamknęli; wszelkie usiłowania ratunku były bez skutku. — Podhajce. Brak dozoru stał się w Hołhoczu dnia 9. bm. przyczyną smutnego wypadku: dwoje dzieci wiejskich pozostawionych w izbie, bawiąc się zapałkami wznieciło ogień; jedno z nich umarło z popieczenia, drugie chore bez nadziei życia. — Przemyśl. Śmierć w płomieniach znalazła w Nehrybce dnia 5. bm. włościanka wraz ze swym 7letnim synem; oboje zaskoczył pożar w chacie tak znienacka i gwałtownie, iż nie zdołali się uratować; żandarm posterunku przemyskiego Wincenty Krupa, patrolujący właśnie w pobliżu, rzucił się do gorejącej chaty, chcąc wyratować matkę i dziecię, ale niemógł dokonać swego szlachetnego zamiaru. — Stanisławów. Urwany kafar zabił dnia 8. bm. wyrobnika pracującego przy wbijaniu palów w przekopie kolei Albrechta w Bednarowie. — Złoczów. W lesie pod Sassowem znaleziono dnia 14. bm. zwłoki zamarzniętego mieszkańca tejże miejscowości. Dnia 13. bm. zaś odkryto na drodze z Jezierny do dworca kolejowego zwłoki nieznajomego włościanina, który jechał gdzieś saniami; konie znaleziono stojące przy trupie.

(§) **Stryj** 15. lutego. Od czegoż zacząć, jeżeli nie od burzy, która i u nas szalała. Na kolei zerwała dach z ogrzewalni, a w mieście cały dach blaszany z wiązaniem przeniosła z eleganckiej willi p. Ungera przy ulicy pańskiej do ogrodu realności dra. T. Prócz tego wiele innych gontowych dachów szalony wicher pozrywał, drzew nałamał mnóstwo.— Już to zima tegoroczna pod każdym względem przykra, bo niezdrowe rozcieczе, zabójcze wichry, a mrozu jakby nic. Nawet o ślizgawce, z wyjątkiem kilku dni, nie było co myśleć. Zawiązało się tu stowarzyszenie łyżwiarzy, lecz mimo iż kilkuset w przeciągu tygodnia wpisało się członków, daremne usiłowania, bo nie ma się gdzie ślizgać. Stawek w Olszynie ani na moment nie zamarzł tej zimy. — Dowiadujemy się, że już zapadła w ministerstwie decyzja co do przyszłości naszej szkoły realnej, a mianowicie, że jeżeli miasto obowiąże się opłacać jednego więcej nauczyciela, szkoła wyższa realna tutejsza zamieni się od nowego roku szkolnego w szkołę gimnazjo-realną, jak są gimnazja realne. Gimnazja realne są właściwie c z y s t e m i gimnazjami w Galicji, a przejście z nich do nauk realnych ma ułatwiać odrobina nauki rysunków, co nie jest dostateczne. Stryjska szkoła byłaby jak dotąd szkołą realną, tylko w 4 niższych klasach uczonoby prócz dotychczasowych przedmiotów jeszcze i łaciny, zaś w 3 i w 4 klasie greki lub francuszczyzny. Takie urządzenie pozwoli uczniowi po skończeniu 4ej klasy udać się do 5ej gimnazjalnej dla dalszych studjów, lub do 5ej klasy realnej. Takiej szkoły nie ma dotąd w Galicji, ale jest ich kilka w Czechach i na Morawie, gdzie bardzo korzystnie się rozwijają. Sprawa tutejszej szkoły realnej leży bardzo na sercu każdemu dbałemu o dobro kraju i miasta, więc pozwólcie mi szerzej o niej pomówić w osobnym liście. — Ze szkołą żeńską wyższą, założoną przez tow. pedagogiczne, nie mogą jakoś ostatecznych załatwić formalności w radzie szkolnej krajowej. Już to w. magistratura odznacza się niezwykłą powolnością w urzędowaniu, a zwłaszcza, gdzie na pospiechu zależy. Sprawa szkoły żeńskiej zaległa 4 m i e s i ą c e w radzie szkolnej krajowej po to tylko, aby ją nie załatwioną i zwrócono do referatu tutejszej radzie okręgowej. A narzekaliśmy na biurokratyzm i pedanterję Niemców!— Wkrótce będziemy mieli ruch [illegible] agitację, bo za kilka tygodni wybory do rady miejskiej. Zdaje się, że wybory będą ożywione, gdyż bardzo liczne odzywają się głosy, że najżywotniejsze interesa miasta cierpią teraz z przyczyn, dających się jedynie przy nowych wyborach usunąć. Brak p r a w d z i w e j łączności pomiędzy tutejszą inteligencją stał się powodem, że dotąd w radzie miejskiej żywioły nie ukształcone zbyt licznie były reprezentowane. Spodziewamy się, że przy nadchodzących wyborach inteligencja okaże potrzebną dla dobra miasta solidarność. — Zanosi się u nas na koncert, na korzyść ubogiej młodzieży szkolnej. Jeżeli tylko p a r a f j a ń s z c z y z n a nie przeszkodzi, koncert może być wcale świetny, bo wystąpią osoby już koncertami we Lwowie, a nawet i za granic[illegible] Nie możemy się doczekać zakończe[illegible] Pieniążka. W grudniu przerwało je[illegible] w jakie popadł prelegent, a teraz skoro post nastał, nie dozwala prelegentowi dokończyć prelekcji słabość gardlana. Już to obecna zima mogła być zabójczą dla zdrowia wszędzie, ale szczególniej w naszem mieście, gdzie powietrze ostre, wiatry częstsze i silniejsze.

Sambor 16. lutego. W pobliżu tutejszego miasta płynie Dniestr, który w czasie wielkiej wody nie jest wbród do przebycia. Jedyny most na Dniestrze pod Samborem jest radłowski, dla tego tak nazwany, bo stoi na gruntach wsi Radłowic. Mostu tego używają w czasie wielkiej wody na Dniestrze mieszkańcy okolicy Sambora po drugiej stronie tej rzeki. Lecz dojazdowa droga do tego mostu na przestrzeni około 1000 metrów była w tak okropnym stanie, że tylko z narażeniem życia można nią było jechać. Mieszkańcy sobie poradzili: napisali petycję naprzód do wydziału rady powiat. samborskiej, następnie do Wydziału krajowego, zbierali podpisy na tę petycję i podali ją do tych urzędów. Interes wlókł się dość długo, bo przeszło 2 lata i musiano kilka razy pisać przypomnienie, aż wreszcie dzięki zabiegom p. hr. Badeniego, referenta dróg w Wydziale krajowym i p. D. Pawlińskiego, marszałka rady samborskiej, wspomniana droga dojazdowa należycie zrestaurowana została, za co onym dwom panom mieszkańcy okoliczni publiczne składają dzięki.

Tegoroczna zima jest bardzo wietrzna; zamiast śniegu i silnych mrozów mamy straszne wichry, które ogromnie wiele drzew psują, łamią i wywracają po lasach, a przytem niszczą także budynki, co dla gospodarzy po wsiach bardzo jest przykre. Ostatni uragan z d. 12. b. m. nie mało tu szkody narobił. Miesiąc luty jest wcale niemiły: zimny, wietrzny i pełen lodu. Oby marzec nie był jeszcze gorszy, albowiem w tym miesiącu wielu gospodarzy spodziewają się znacznych śniegów.

Warszawa 17 lutego. (R ó ż n e w i a d o m o ś c i.) (*Kłosy* i *Strażny*) umieszcza bardzo udatne fotodruki przedstawiające przedstawicieli naszego dramatu i komedji. Ostatni Nr 7 tego czasopisma umieścił na czele portret znakomitej naszej artystki Rakiewiczowej.

Burza, która dnia 12. bm. nawidziła Warszawę, srożyła się z niemniejszą zaciekłością w różnych okolicach kraju, a zwłaszcza w Piotrkowskiem i Opoczyńskiem, gdzie wyrządziła w lasach olbrzymie szkody. Niektóre lasy przeszło w czwartej części leżą na ziemi, tak, że wśród gęstwiny utworzyły się ogromne luki, zasłane sosnami, przedstawiające niby pole bitwy zasłane trupami żołnierzy. Obywatel Br. R. powracając w tym dniu z Piotrkowa do domu, prawdziwym cudem uszedł śmierci. Wjechawszy do lasu i widząc grożące niebezpieczeństwo, chciał nawrócić, lecz nie zdążył jeszcze wydać woźnicy rozkazu, gdy wicher zawył wściekle, zakręcił sosną, stojącą tuż przy drodze i powalił ją na bryczkę, lecz tak szczęśliwie, iż padła między siedzenie tylne i kozioł, gruchocąc bryczkę na dwoje. Konie przerażone poręgziły w świat, unosząc złamany dyszel i kawałki lejców, a pan B. R. i woźnica, który przy pomocy nadbiegłych włościan zdołał pochwycić konie, pieszo powrócili do domu. — Wieśniaczka idąca drogą, została uniesiona przez wicher i wrzucona w wodę, potłuczona srodze nie mogła się podnieść i byłaby utonęła, lecz szczęśliwym trafem, przejeżdżający tamtędy wójt gminy ujrzał nieszczęśliwą i wyratował, a sprowadzona z wioski podwoda zabrała ofiarę burzy, skostniałą od zimna i nawpół nieżywą, którą po odwiezieniu do chaty z trudem przywrócono do życia.

Projekt urządzania w prowincjonalnych miastach wystawy sztuk pięknych, powstały w łonie Towarzystwa Zachęty sztuk pięknych, zasługuje na poważne uznanie. Krzewienie wśród naszego społeczeństwa poczucia piękna jest bardzo pożądanem. Obfite zdroje poezji rodzimej dziś wyschły prawie zupełnie. Malarstwo nasze szczyci się wprawdzie imionami Matejki, Siemiradzkiego i innych, nie znajduje ono jednak do tej pory tego oddźwięku we wszystkich warstwach społecznych, jak się to dzieje np. z mu-

---

jej w myśli zdradę, przeniewierstwo, to chciał uciekać z tego domu, nie przemówiwszy do ukochanej ani słowa, to znów wstrzymywała go resztka nadziei, wahał się jeszcze, ale w końcu zdecydował się:

— Niech się co chce stanie — mówił w duchu — muszę się raz prawdy dowiedzieć!

Sposobność nastręczyła się wkrótce. Podano samowar, Marynia zajęła się przyrządzaniem herbaty. Karol powstał, i z planem, zdradzającym biegłego strategika, zbliżył się najprzód do grających, zatrzymał się przy stoliku, popatrzył chwilę w karty Szawlewiczowej, następnie przejrzał nuty rozrzucone na fortepianie, a przez cały ten czas nie spuszczając z oka Maryni, znalazł się przy niej właśnie w chwili, kiedy wziąwszy imbryk do ręki, miała nalewać herbatę.

Wiedział, że żadna kobieta tak ważnego zajęcia nie przerwie, choćby chciała uniknąć rozmowy sam na sam.

Zaszła tu jednak okoliczność, której w planie nie było, i której strategik nasz nie mógł przewidzieć.

Gdy stanął obok dziewczęcia, kiedy błękitne jej oczy spotkały się z jego wzrokiem, — a w tych jasnych oczach przebijało się tyle prawdziwego uczucia, tyle niewinnej swobody! — zakochany młodzieniec zapomniał o wszystkiem co miał powiedzieć i szepnął tylko:

— Panno Marjo! — i głos zamarł mu w piersiach.

Marynia była tak uroczą, tak piękną w tej chwili, że gdyby nie wzgląd na przyzwoitość, na wymagania światowe, byłby padł przed nią na kolana jak przed świętym obrazkiem.

— Panno Marjo! raz jeszcze, jeszcze ciszej powtórzył.

Ona spuściła oczy i płonąc ze wzruszenia, czy też z gorąca... dolała wrzącego ukropu do imbryka.

— Czy pan pije czystą, czy ze śmietanką? — głośno zapytała.

Gdyby ukrop zamiast do imbryka spłynął do serca Karola, nie wiemy czy gwałtowniejszą wywołałby w niem reakcję, jak to tak proste i naturalne zresztą zapytanie.

Młodzieniec zbladł nagle, łza zabłysła mu w oku, wzburzoną pierś obu dłońmi przycisnął, jakby rzeczywiście poczuł w niej wrzątek i z wysilonym uśmiechem odpowiedział:

— Jak pani sama pozwoli.

Dla niego wszystko już było stracone. Runął zamek ułudnych marzeń!

— Proszę pana!

Marynia podała mu szklankę herbaty — ręce ich zetknęły się przypadkowo i spojrzenia zbiegły się znowu.

— Albo oczy te kłamią — albo ta kobieta nie ma serca! — pomyślał Karol.

— Ani jedno, ani drugie! można było odpowiedzieć niedoświadczonemu młodzieńcowi. Marynia, jak większa część jej rówieśniczek, przechodziła właśnie ową stanowczą chwilę w życiu kobiety, kiedy młode dziewczę przekształcając się w dorosłą pannę, zaczyna pierwsze stawiać kroki na scenie życia. Młoda debiutantka, zanim wystąpi w stanowczej, bohaterskiej roli, próbuje sił swoich i biada tym, co biorąc szych za złoto, ułudę za rzeczywistość, dadzą się schwytać na nęcącą tę wędkę nieopatrznej i bezwzględnej młodości. Marynia nie była lepszą ani gorszą od wielu innych; wiedziała ona dobrze, że cała jej potęga mieści się w jej oczach — i przyznać należy, że broni tej skutecznie umiała używać. Były to jednak wszystko przedwstępne harce tylko; serce spało w niej jeszcze. Kto wie zresztą, coby było nastąpiło, gdyby Karol przyszedł był z wizytą o pół godziny wcześniej. Dwutygodniowe niezaspokojone oczekiwanie, nudy i brak jakiegokolwiek praktycznego zajęcia, ten największy wróg kobiet, aż nadto dostatecznie przysposobiły serce dziewczęcia do silniejszych, trwalszych może nawet wzruszeń. Gorące, młodzieńcze uczucie Karola, mogło było wzbudzić wzajemność i debiut, stałby się zarazem ostatniem wystąpieniem. Przypadek jednak zrządził inaczej; Karol spóźnił się o kilkanaście minut, a krótka ta chwila wystarczyła do skierowania zupełnie w inną stronę figlarnej fantazji rozpieszczonego dziewczęcia. Nieumyślna niby wzmianka o marszałkowej, zręcznie zużytkowana przez Juljusza w następnej cichej rozmowie z Marynią, opowiadaniem o wystawnem życiu bogatej kuzynki, o rozległych majątkach jej na Wołyniu i Ukrainie, o ścisłych stosunkach z sąsiedztwem, składającem się z samych książąt i hrabiów — wzbudziły w niedoświadczonej głowie Maryni nowe myśli i marzenia, które wcale nie licowały z sielankowym romansem zawiązanym na statku parowym. Nie śmiemy utrzymywać, aby osoba Juljusza miała jaki ważny udział w owych myślach i marzeniach — w każdym jednak razie, jako bezpośredni ich twórca, samem wywołaniem ich i delikatnem napomknieniem o możliwości urzeczywistnienia, zapewniał on sobie wobec Maryni stanowisko pochlebne do tego stopnia, że ze wstydem prawie wyrzucała sobie wstręt mimowolny, jaki wzbudził w niej Juljusz przy pierwszem z nią spotkaniu w podróży.

Karol o tem wszystkiem nie wiedział i wiedzieć nie mógł. On chciał „sercem patrzeć w serce“ — ale widział tylko wielkie, błękitne oczy, które mu jasno patrzeć nie dozwalały.

(C. d. n.)

Nr 45 — Kraków, 25 Lutego — Niedziela. — Rok 1877.

CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ [illegible]	„ 6	„ 2·50
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują:

W Krakowie: Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księg. p. S. A. Krzyżanowskiego, handel dawniej Dworskiego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: we **Lwowie** W. Piątkowski ul. Hetmańska 10; w **Paryżu** wyłącznie p. Adam Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daubé & Comp. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Comp.

Kraków 24 lutego.

Cesarz Wilhelm zagaił onegdaj parlament niemiecki. Mowę jego tronową podaliśmy wczoraj. Zasługuje ona przedewszystkiem na uwagę mianowicie z powodu wskazówek w kwestyi wschodniej; niemniej jednak znajdujemy w niej jeden ustęp wielce znaczący o wewnętrznym stanie Niemiec.

Dotychczas mowy tronowe w parlamencie niemieckim bywały obrazem szczęśliwości Niemiec, dla utrwalenia której zapowiadały ujednostajnienie ustaw cywilnych i karnych na całe Cesarstwo, a co najwięcej usprawiedliwiały reformami potrzebę podwyższenia opłat tak zwanych matrykularnych, które każdy kraj Rzeszy niemieckiej wnosi na ogólne cele cesarstwa. Teraz nie tylko Rada związkowa, a właściwie rząd pruski, uznał niemożność dalszego zwiększania tych opłat i każe parlamentowi szukać innych źródeł na pokrycie ogólnych wydatków państwa Niemieckiego, ale nadto nie tai smutnego stanu handlu i przemysłu w Niemczech, który atoli przypisuje nie wewnętrznym przyczynom, lecz wpływowi stosunków zagranicznych.

Nie przeczymy, że kryzys wschodnia znaczną odgrywa rolę w ekonomicznych stosunkach Europy, najmniej jednak dotyka ona Niemiec, których przemysł i handel nie doszły jeszcze do tej wysokości, aby pracowały na wywóz. Ruch interesów słabnie rok rocznie w Niemczech nie dopiero od zawiązku kwestyi wschodniej, lecz datuje się od zbogacenia skarbu cesarstwa Niemieckiego miliardami francuskiemi. Nigdy jednak dotąd mowy tronowe nie dotykały tej kwestyi, a zatem stan rzeczy musi być bardzo opłakany, jeśli w onegdajszej mowie cesarz Wilhelm uchyla odpowiedzialność od rządu cesarskiego i poleca rządom każdego z osobna kraju niemieckiego, aby zaradziły złemu. Tu już niecesarstwo jako takie, nie instytucye absorbujące siły poszczególnych krajów niemieckich dla ogólnego interesu państwa, nie poświęcenie lokalnego przemysłu i handlu ogólnym celom cłowym i podatkowym, nie militaryzm wyniszczający żywotne soki narodu, nie walka państwa z Kościołem, której wpływ na położenie ekonomiczne Niemiec wykazali znakomici choć nie urzędowi obserwatorowie, nie rozwijający się pod wpływem niezadowolenia i niezaspokojenia socyalizm, wreszcie nie idea państwa, której poświęcono wszystkie inne względy, potrzeby i interesa tak indywidualne, jak zbiorowe, korporacyjne, spółeczne — nic to wszystko razem, lecz przyczyny zewnętrzne, kryzys wschodnia podkopuje dobrobyt Niemiec i o upadek ekonomiczny przyprawia je.

Natomiast zdawałoby się, że cesarz Wil*helm mógłby powiedzieć, iż bez jego woli* żaden strzał działowy nie padnie w Europie. A jednak ustęp onegdajszej mowy tronowej i pod tym względem nie daje żadnej rękojmi dla pokoju zarówno Europy jak Niemiec, lubo zakończenie kryzys wschodniej powinnoby położyć koniec opłakanemu stanowi wewnętrznemu Niemiec, jeśli go mowa tronowa wpływom sprawy wschodniej przypisuje, jakkolwiek „niebezpieczeństwa jej mniej zagrażają Niemcom, niż innym krajom.“ Mowa tronowa niemiecka zapowiada niezmienność polityki gabinetu berlińskiego wobec kwestyi wschodniej, a polityka ta zasadzała się przedewszystkiem na trzymaniu się na uboczu, popieraniu jednak polityki dwóch innych cesarstw. Taki program bowiem postawił był niegdyś ks. Bismark. Gdy atoli między polityką Rosyi a Austryi w kwestyi wschodniej zachodzić musi z natury rzeczy różnica, przeto polityka niemiecka nie może równocześnie popierać polityki tak rosyjskiej jak i austryackiej. Temu też przypisać trzeba ciągłe posądzanie ks. Bismarka o nakłanianie gabinetu wiedeńskiego, aby się trzymał Rosyi.

Zdania tego nie znajdujemy wprawdzie powtórzonego w mowie tronowej, ale zgadza się z niem w głównej myśli wyrażenie tej mowy, iż gdy konferencya przyjęła zasadę rękojmij żądanych od Porty, tem samem uchyliła niebezpieczeństwo poróżnienia się między sobą mocarstw, choćby Porta z własnego postanowienia nie uczyniła zadość żądaniom konferencyi, i dla tego rząd niemiecki obok opieki nad chrześcianami w Turcyi, zapowiada przestrzeganie pokoju europejskiego. Stąd wnosić wolno, że choćby przyszło do zaczepienia Turcyi przez Rosyę, Niemcy przestrzegać będą nie całości Turcyi, o której zabezpieczeniu nie ma wzmianki w mowie tronowej, ale jedynie, aby żadne mocarstwo z tego powodu nagabywać Rosyi nie mogło. W tem niejako ostrzeżeniu leży powód odstąpienia od programu początkowego ks. Bismarka. Ten zapowiedział był bowiem, iż Niemcy nie będąc bezpośrednio interesowane w kwestyi wschodniej, zajmować będą stanowisko neutralne a dla Rosyi i Austryi przyjazne obok popierania ich celów politycznych; cesarz Wilhelm rzekł zaś w powołanej tu mowie tronowej, iż „interesa niemieckie nie przepisują rządowi jego wyraźnej linii zachowania się.“ Zatem zastrzega sobie rząd niemiecki „wolność zachowania się nadal... osobliwie dla utrzymania i utrwalenia swoich własnych dobrych stosunków z rządami sprzymierzonemi i przyjacielskiemi.“ Pod nazwą zaś rządów sprzymierzonych możemy tylko rozumieć rządy przymierza trójcesarskiego, mimo, że przymierze to właściwy swój charakter zatarło i nawet wymienić go nie ośmiela się cesarz Wilhelm, aby nie obudzić na nowo podejrzeń Zachodu.

KORESPONDENCYA „CZASU“

Wiedeń 23 lutego.

Jeżeli wszystko pójdzie po woli obu rządów, już jutro lub pojutrze p. Tisza ma napowrót objąć władzę i w niedzielę ma odbyć się wspólna rada ministrów pod przewodnictwem N. Pana a w poniedziałek „nowy“ gabinet węgierski „przedstawić“ się ma Izbie węgierskiej. A zdaje się, że istotnie tak będzie. Wczoraj chwilowo niebo parlamentarno-ministeryalne było zachmurzonem, wieczorem atoli wypogodziło się, dziś słońce świeci a jutro — zapewne po burzy — ustali się pogoda na dłuższy czas. Podaliście metodę, jaką obrał gabinet przedlitawski, ostrej krytyce, metodę słuchania klubów, zamiast parlamentu, ale i metoda indagacyi klubów wielu zdziwiła. Rząd zostawia swemu stronnictwu zupełną swobodę działania, żądając tylko rozgrzeszenia z góry co do jednego punktu, t. j. co do składu rady jeneralnej przyszłego Banku narodowego, ponieważ Węgrzy z tego jednego punktu zrobili kwestyę polityczną. Postawiwszy stronnictwu swemu to jedno pytanie rząd dał do zrozumienia, że co do innych punktów bierze odpowiedzialność na siebie. Zdaje się zatem, że gabinet węgierski, nauczony doświadczeniem, ostateczne zawarcie układu czyni zawisłem od wotum poprzedniego klubów wiernokonstytucyjnych. Jest to, jak dziś utrzymuje jeden z dzienników, rodzaj żyra wekslowego, jakiego żąda gabinet węgierski. Nie będąc chwilowo ministrami, bardzo łatwo mogą ministrowie węgierscy przeprowadzić tę frymarkę kupiecką. Jak było do przewidzenia, kluby wiernokonstytucyjne nie oprą się gabinetowi przedlitawskiemu. Pod troistym naciskiem kluby głosować będą. Raz, zagroziłoby przesilenie gabinetowe w Wiedniu, albowiem ministrowie musieliby podać się do dymisyi w razie odmownej uchwały klubów; powtóre cała sprawa ugody jest kwestyą bytu dla stronnictwa wiernokonstytucyjnego; wreszcie przyjęcie owego jednego punktu co do rady jeneralnej stanowi jedyną linię odwrotu dla gabinetu p. Tiszy. Dla tego wątpić nie można, że na jutrzejszem powtórnem zebraniu wszystkich klubów wiernokonstytucyjnych przeważna większość oświadczy się za propozycyą rządową. Dotąd rząd ma za sobą większość Izby wyższej, która na wniosek hr. Trautmannsdorfa oświadczyła, że — zastrzegając sobie swobodę działania — w składzie rady jeneralnej nie upatruje przeszkody do zawarcia układu z Węgrami. Zupełnie w tym samym duchu brzmią uchwały klubów lewicy, lewego środka i Rusinów, lubo kilkunastu deputowanych z klubów lewicy i lewego środka głosować zamierza z większością klubu postępowego, przeciwną propozycyi rządowej. Klub postępowy odrzuca bowiem pytanie, jakie rząd postawił. Jakie zajmą stanowisko Koło polskie i klub prawego środka (hr. Hohenwarta), o tem nie mamy jeszcze wyobrażenia, zdaje się wszelako, że głosować będą za ugodą, naturalnie w pełnej Izbie, albowiem nie biorą one udziału w próbach jeneralnych jakie teraz przebywa ugoda austryacko-węgierska. Ponieważ w obozie wiernokonstytucyjnym mało odzywa się głosów dziennikarskich za odrzuceniem ugody, chyba tylko za zmianą ustępu co do zamianowania przez rząd wicegubernatorów Banku narodowego i to zgodnie z stanowiskiem zajętem przez dyrekcyę bankową, przeto w najgorszym razie jutrzejsza konferencya klubów warunkowo uchwali wniosek p. Herbsta, t. j. zażąda, aby zamianowanie dwóch wicegubernatorów zostawić Bankowi narodowemu. Rząd liczy w nim na przeszło 120 głosów przeciw 60—70. Pokaże się niebawem, czy po jutrzejszem zebraniu znikną już wszystkie trudności i przeszkody w zawarciu ugody z Węgrami. Kto wie, jakie jeszcze mogą nastąpić niespodzianki.

Niemieckiej mowy tronowej bynajmniej nie tłumaczą tutaj w duchu bezwzględnie pokojowym. Owszem wielu polityków upatruje w niej otwartą zapowiedź wybuchu wojny rosyjsko-tureckiej. Mowa tronowa między wierszami zapewnia tylko, że pokój między mocarstwami nie będzie zakłóconym, choćby nawet Rosya widziała się zniewoloną, zmusić Turcyę z orężem w ręku do ziszczenia reform, żądanych na konferencyi stambulskiej. Jeżeli mowa tronowa mówi o „mocarstwach,“ to do nich nie liczy Turcyi, albowiem Turcya po tem, co zaszło i co codzień zdarza się w tem państwie, straciła prawo do miana mocarstwa samodzielnego.

Wiedeń 23 lutego.

(239te posiedzenie Izby deputowanych.)

Prezes Rechbauer zagaja posiedzenie o godz. 11 min. 20 wśród niezwykłego roztargnienia niezbyt licznie zebranych deputowanych.

Dep. Dr Weigel otrzymuje urlop trzytygodniowy z powodu koniecznej obecności swej w Krakowie.

Dep. Krzeczunowicz cofa wniosek swój, złożony na ostatniem posiedzeniu, dotyczący chwilowego uwolnienia nowych budowli i t. p. od podatków gminnych.

Dep. hr. Józef Melchiori (z kuryi większych posiadłości w Tyrolu) składa mandat.

Między deputacyami, oprócz próśb w sprawie opodatkowania spółek zarobkowych i t. p., jest mnóstwo petycyj z Galicyi treści najrozmaitszej; między innemi petycya Rusinów ze Lwowa, aby Izba znaną rezolucyę dep. Kowalskiego o „przywrócenie we Lwowie głównej szkoły normalnej z ruskim językiem wykładowym wynieść raczyła do rzędu uchwał. Sprawa ta, jak wiadomo, znajduje się w komisyi edukacyjnej, która prawdopodobnie tych dni już nią zajmować się będzie, a dep. Euzeb. Czerkawski należycie wyświeci kwestyę „przywrócenia“ szkoły, która nigdy nie istniała; tudzież kwestyę kompetencyi rejchsratu, która jest żadna.

Przed przystąpieniem do porządku dziennego dep. Dr Herbst jako przewodniczący w komisyi budżetowej wnosi, aby wobec uznanej już nagłości wniesionego na ostatniem posiedzeniu projektu rządowego o bezprocentowych pożyczkach dla gmin w sąsiedztwie Wiednia, na wykonanie robót publicznych, sprawę tę natychmiast wziąć pod obrady.

Izba przychyla się do tego wniosku, bo nawet deputowani Polacy głosują za nim, a tylko t. z. stronnictwo prawa jest mu przeciwne.

W imieniu komisyi sprawozdawca dep. Scharschmid wnosi o uchwalenie projektu rządowego, który stanowi: upoważnić rząd do udzielenia gminom w sąsiedztwie Wiednia bezprocentowych pożyczek na budowle wodne i drogowe, razem aż do wysokości 500,000 zł., których zwrot nastąpi w co najwięcej dziesięciu ratach rocznych, z których pierwsza płatna dnia 31 grudnia r. 1879. Dokumenty odnoszące się do tych pożyczek wolne od stempla.

W dyskusyi ogólnej dep. Hermann w przemówieniu często przerywanem przez prezesa, mówi przeciw projektowi, i to z powodu ogólnej biedy gmin w całej monarchii, która na niezliczonych innych miejscach większa jeszcze niż w sąsiedztwie Wiednia, tak że tu pomoc mniej potrzebna niż gdzieindziej.

Po przemówieniu dep. Fryderyka Suessa za projektem, nikt już w dyskusyi ogólnej nie przemawiał.

Poczem po dyskusyi uchwalono projekt paragraf po paragrafie w drugiem i zaraz trzeciem czytaniu.

Z porządku dziennego idzie sprawozdanie komisyi edukacyjnej o dwu petycyach księgarzy, odnoszących się do nakładu książek szkolnych.

W imieniu komisyi wnosi dep. Beer: „Wysoka Izba zechce uchwalić: zważywszy, że rozszerzenie c. k. nakładu książek szkolnych po nad dzisiejszy stan rzeczy nie wydaje się być rzeczą odpowiednią, przekazuje się obie petycye rządowi do jak najdokładniejszego rozważenia i ocenienia.“

W dyskusyi dość rozwlekłej jeden tylko dep. Wośniak sprzeciwiał się takiej uchwale; wszyscy inni mówcy (z lewicy) przemawiali za nią; dep. Umlauft stawił nawet wniosek w duchu zupełnego zniesienia monopolu rządowego. Za wnioskiem tym głosowali deputowani Polacy, skrajna lewica i kilkunastu z centrum; przeciw niemu p. Mieroszowski, świętojurcy, stronnictwo prawa, większość lewicy i środka; upadł więc, choć nie bardzo znaczną większością, a utrzymał się wniosek komisyi.

Następuje drugie czytanie wniosku dep. Dra Haasego o rewizyi książek dla szkół ludowych.

Pierwotny wniosek Haasego dotyczył się rewizyi tej tylko co do szkół galicyjskich, żądając zmiany tekstów w tym duchu, „aby odpowiadały pod względem wyznaniowym równouprawnieniu wyznań, pod względem pedagogicznym dzisiejszemu stanowi umiejętności pedagogicznej, i aby dalekie od jednostronności narodowej miały raczej pielęgnowanie austryackiej miłości ojczyzny na celu.“ Komisya edukacyjna jednak dopatrzyła się błędów, któremi grzeszą książki po szkołach galicyjskich, w innych także krajach, prawdopodobnie dla tego, aby nadając wnioskowi swemu charakter ogólniejszy, odejmujący mu piętno zawistne, zapewnić sobie skutek tem pewniejszy; i otóż dep. Beer w imieniu komisyi zaleca wniosek następujący:

„Wzywa się wysoki rząd, aby książki do czytania dla szkół ludowych, wychodzące c. k. nakładem, poddał rewizyi, biorąc wzgląd na to, aby pod względem wyznaniowym liczyły się z równouprawniem wyznań, aby odpowiadały dzisiejszemu stanowi umiejętności pedagogicznej i dalekie od jednostronności narodowej wzięły sobie za zadanie pielęgnowanie austryackiej miłości ojczyzny.“

W dyskusyi zabiera głos pierwszy dep. Dr Euzebiusz Czerkawski przeciw wnioskowi, biorąc za punkt wyjścia systematyczne od dwu lat napaści na Galicyę w sprawach szkolnych. (Ponieważ w tej chwili wypadło sprawozdawcy podążyć na posiedzenie Izby wyższej, przeto mowa ta podana będzie dopiero w następnym Nr. *Czasu*, i to w całości.)

Dep. Haase (wnioskodawca) polemizuje przeciw przemówieniu Czerkawskiego. Dep. X. Naumowicz zawodzi stereotypowe żale na pokrzywdzenie żywiołu ruskiego w szkołach. Niewarto bliżej zastanawiać się nad wywnętrzeniami tego „grobu malowanego“ z ewangelii, jak go nazwał jeden z świętojurców; jednę tylko zapiszemy uwagę, wedle której „dopóki w radzie korony zasiadać będzie minister-rodak (*Landsmann-Minister*), dopóty na bramach przybytków nauki wypisane będą dla Rusinów słowa: *lasciate all'ogni speranza!* Dep. Umlauft wnosi, aby w miejsce rezolucyi wniesionéj przez komisyę uchwalić rezolucyę w tym duchu, że wzywa się rząd, aby czuwał, by do książek szkolnych nie wkradały się ustępy sprzeczne z zasadą równouprawnienia wyznań i narodowości.

W głosowaniu też utrzymuje się wniosek Umlaufta, tak wielce rożny od wniosku komisyi, a niesłychanie różny od pierwotnego wniosku Haasego.

Koniec posiedzenia o godzinie 3 min. 10. — Następne we wtorek.

(55te posiedzenie Izby wyższéj).

Przed posiedzeniem pełnéj Izby odbyła się tajna konferencya rządu, reprezentowanego przez prezesa ministrów Auersperga, ministra spraw wewnętrznych Lassera i ministra skarbu Pretisa, z reprezentantami wszystkich odcieni Izby wyższéj w sprawie ugody z Węgrami.

Z Polaków zaproszeni byli książę Czartoryski i Jabłonowski. Hr. Lew Thun również był proszony.

Posiedzenie plenarne zagaił prezes książę Karol Auersperg o godz. 1éj min. 45. Członkowie rządu wszyscy opuścili salę. Publiczności mało się zebrało. Co do samych członków Izby, obecnych było mniéj jeszcze niż wczoraj, bo niespełna 50iu.

Nasamprzód uchwalono bez dyskusyi w drugiem i trzeciem czytaniu projekt rządowy, uchwalony przed dwiema godzinami przez Izbę deputowanych o kredycie 500,000 zł. na pożyczki dla gmin w sąsiedztwie Wiednia (zob. powyżéj w sprawozdaniu z Izby deputowanych).

Poczem również bez dyskusyi uchwalono na wniosek komisyi finansowéj przyjąć do zatwierdzającéj wiadomości bilans rachunków wystawy powszechnéj w Wiedniu po dzień 31 grudnia 1875 roku, i to zupełnie zgodnie z znaną uchwałą Izby deputowanych, tj. wyrażając ubolewanie nad znacznem przekroczeniem kwot przyzwolonych przez Radę państwa i wzywając rząd, aby dalszą rachunkowość wystawy podawał szczegółowo w rachunkach rocznych.

Następnie bez dyskusyi zgodzono się na uchwałę Izby deputowanych o ogłoszeniu komisyi rozpatrującej projekt procedury cywilnej za nieustającą na wypadek odroczenia Rady państwa.

Nakoniec idą sprawozdania z petycyj.

Tu nasamprzód interesuje nas, choć nie bezpośrednio, petycya PP. Karmelitanek z Pragi o przyznanie im należytości z funduszu religijnego, którą wykreśliła była z budżetu na rok 1877 Izba niższa a za nią także Izba wyższa. Dla zrozumienia rzeczy przypominamy jeszcze, że gdy arcybiskup wiedeński X. Kutschker wśród obrad budżetowych Izby wyższej dnia 28 grudnia r. z. przemawiał w tej sprawie, minister oświecenia Štremayr kazał Karmelitankom poszukiwać swego prawa na drodze sądowej.

Komisya uznaje słuszność żądania Karmelitanek i wnosi: przekazać petycyę rządowi ku dokładnemu ocenieniu (*zur eingehenden Würdigung*).

Kardynał Schwarzenberg zabiera głos, aby oświadczyć się za wnioskiem komisyi, nietylko dla samego wniosku, ile raczej dla sposobu umotywowania go, opartego nie na względności, nie na łasce, lecz na uznaniu prawa Karmelitanek, prawa uzasadnionego siódmem przykazaniem Bożem: „nie będziesz kradł!“ Mówca daje pogląd na początek tej pretensyi Karmelitanek praskich, w czem nie chcąc się powtarzać, odsyłamy kogo to interesuje do przemówienia X. Kutschkera w Nrze 297 *Czasu* z roku zeszłego. Poczem X. Kardynał tak mówi dalej: Muszę zwrócić się do nieobecnego tu rządu, aby oświadczyć się przeciw całej wogóle gospodarce z funduszem religijnym, co do którego najniesłuszniej w świecie prawo rozporządzania uczyniono zawisłem od uchwał parlamentu; a daleko rzeczy doszły, jeśli parlament odsądza prawych właścicieli od ich własności, a nawet od użytkowania. Po niepozbawionym humoru ustępie, porównywającym pożytek z życia zakonnic, które modlą się za ludzkość, żyją własnym kosztem i co im zbędzie, rozdają ubogim, a życiem kapitalistów, którzy tylko kupony ucinać umieją, mówca tak kończy: Rzecz to zaprawdę smutna, że rząd nie zdobywa się już w parlamencie na obronę zakwestyonowanego choć w rzeczywistości istniejącego prawa, lecz każe go poszukiwać dopiero na drodze sądowej, jakoby naprawdę ulegało wątpliwości.

X. Arcybiskup Kutschker wskazuje na ustawę z r. 1874, wedle której korporacya istniejąca sama rozporządza swojem mieniem, a dopiero gdy istnieć przestanie, majątek jej przechodzi na rzecz funduszu religijnego. Jest tu więc naruszenie istniejącej ustawy. A nadto majątek ten nie jest wolny od ciężarów, bo wiążą się z nim obowiązki fundacyjne, a więc naruszenie jest tem jaskrawsze i źle wróży o porządku społecznym i moralnym.

X. Arcybiskup Eder skarży się na gospodarkę z salcburskim funduszem religijnym.

Wniosek komisyi uchwalono jednozgodnie.

Więcej bezpośrednio obchodzi nas petycya żydów z Brodów o wyznaczenie kwoty pewnej na utrzymanie żydowskiej szkoły wyznaniowej, jeśli się nie mylę, dla dziewcząt.

Sprawozdawca komisyi wnosi o przekazanie rządowi ku uwzględnieniu, motywując między innemi tem, że w szkole tej nauka udzielana jest wyłącznie w języku niemieckim, co oczywista korzyść (*erspriesslich*) dla państwa na tamtych kresach.

X. kardynał Schwarzenberg: Ponieważ szkoła ta jest wyznaniowa, więc choć ona żydowska, uważam sobie za obowiązek stwierdzić, że głosować będę za wnioskiem komisyi.

Wniosek komisyi przyjęty.

Do ocenienia przekazano rządowi petycyę o utworzenie katedr homeopatyi i petycyę listonoszów z całego państwa o polepszenie i uregulowanie pensyj.

Koniec posiedzenia o godz. 2ej min. 50. — Następne posiedzenie niewiadomo kiedy; zwołane zostanie piśmiennie.

Paryż 20 lutego.

(*B.*) Przebywamy tu obecnie chwilę takiéj politycznéj stagnacyi, że najdrobniejsze postanowienie jednéj z Izb prawodawczych podnoszonem bywa do niczem nieusprawiedliwionych rozmiarów. Odrzucenie przez senat propozycyi przyjętéj w Izbie niższéj, a dotyczącéj modyfikacyi prawa z r. 1853 o organizacyi tak zwanych *conseils de prud'hommes*, zajmujących się rozsądzaniem sporów pomiędzy patronami i robotnikami, podaje dziennikom republikańskim sposobność do nowych napaści na samą instytucyę senatu, równie jak do wymagania od rządu, aby się zajęto dopóki pora po temu oczyszczeniem administracyj gminnych, których wpływom przypisują złożenie w senacie większości opozycyjnéj, zachowawczéj, zdecydowanéj bądź co bądź do mnożenia przeszkód na reformatorskiéj drodze Izby niższéj. Republikanie stracili już nadzieję owładnięcia senatem, aż do chwili, kiedy delegowani od gmin znów zostaną powołani do zastąpienia $1/3$ części wybieralnych senatorów. Lecz wyznają oni z prostotą, iż gdy gminy obierać będą swoich delegowanych pod wpływem merów i ich adjunktów pochodzących jeszcze z ramienia poprzednich gabinetów, to nowe te wybory nie staną się dla nich szczęśliwszemi od poprzednich. Nagląca przeto pojawia się potrzeba zmienienia i zastąpienia całéj dotychczasowéj gminnéj administracyi, i republikanie nadziwić się nie mogą Simonowi; dlaczego on, który tyle był przeciwny rządowym kandydaturom za cesarstwa, nie spieszy z oczyszczeniem téj antirepublikańskiéj administracyi celem oddania jéj w ręce ludzi gotowych przeprowadzić zwycięskie wybory rządowych kandydatów Rzpltéj. Zaprawdę Simon jest niepoprawny, a przyznać wypada, że nawet organa zachowawcze tego charakteru przeczyć mu nie śmią. Między innemi *Le Français*, organ Broglie-Buffet, ocenia postępowanie prezesa gabinetu w tych słowach: „Pewnem jest, że jeżeli jego zręczność głównie jest skierowaną ku temu, aby nic nie potrącić, to celu tego dopina, nikomu i nigdzie się nie opierając; prezes gabinetu odracza, zapomina, opuszcza, nic nie czyni i wszystko rozczynia. Simon czyni wyznanie swéj bezsilności nic nie śmiąc przedsiębrać ani w Izbie ani w senacie,“ i dziennik ten zgadza się z *Republique française* nazywając politykę prezesa gabinetu, polityką leniwéj obojętności albo raczéj bezpłodnéj nieśmiałości.

W istocie, prezes gabinetu nabiera tylko odwagi, gdy mu ktoś poda sposobność namiętnego skrytykowania cesarstwa; przy każdéj innéj okoliczności Simon traci swe zdanie i korzy się przed wolą większości bez względu na jéj skład i pochodzenie. Po wyborach komisyi budżetowéj, zbliżył się do zwycięskiego Gambetty, ofiarując mu kilka niemiłych ustaw o prasie w nagrodę za jakie takie poparcie. To też komisya prasowa nie szczędzi dziś prezesa gabinetu podnosząc jedno po drugiem coraz to nowe sprawozdania swych członków konkludujące wnioskami o zaiesieniu tych lub owych ograniczeń. P. Naquet, zachęcony téj komisyi przykładem równie jak układnością prezesa gabinetu, wygrzebawszy z archiwów parlamentarnych zdanie jakie Simon z opozycyi wypowiedział był w Ciele prawodawczem w roku 1868 w obronie téj prasy: *je suis partisan absolu de la liberté absolue de la presse*, przedłożył Izbie nową propozycyę ogólnej i zupełnéj amnestyi dla wszystkich przewinień i zbrodni popełnionych za pomocą prasy. Wątpliwości nie ulega, że komisya uwzględni propozycyę Naqueta, tak jak druga jéj siostra uwzględniła propozycyę Raspaila o księżach; być nawet może, iż większość Izby przychyli się do tych żądań. Nieszczęście chce, że za tą większością znajduje się zawsze senat, który utracił wprawdzie jednego z najpoważniejszych członków swéj zachowawczéj większości, lecz zastąpi go wkrótce przez jen. Vinoy lub de Chabaud-Latour. Gdyby powiodło się radykalnym uradykalnić senat, na jak długo zwycięscy reformatorowie zasiedliby znowu w paryskim *Hotel de ville?* Senat jest obecnie, to niewątpliwa, jedyną a prawdopodobnie ostatnią ucieczką republiki umiarkowanéj przed najazdem radykalizmu, przeto naturalną jest, że republikanie umiarkowani wiążą się z radykalnymi przeciw temu senatowi. Nie zna francuskich republikanów, kto w tem zdaniu nielogiczność odkryje.

Kraków 24 lutego. Wczoraj Rada powiatowa krakowska w odnowionym swoim składzie odbyła posiedzenie kwartalne. Po odebraniu przyrzeczenia od nowo wybranych członków, załatwiono sprawy bieżące; mianowicie: wybrano komisyę rachunkową do sprawdzenia rachunków dwuletnich i zanotowano budżet na rok bieżący. Posiedzenie zagaił Prezes Rady mniej więcej w tych słowach:

Otwieram posiedzenie Rady pełnej, w nowym albo raczej w odnowionym składzie. Gdyby mi przyszło przemawiać do radców nowych, nieobznajomionych z swojem powołaniem, musiałbym mówić obszernie o powinnościach Rady, powiedzieć, czego kraj i monarcha po nas oczekują. Ale patrząc w około siebie, widzę ludzi, którzy oddawna te obowiązki pełnią, a pełnią gorliwie, znają doskonale; podobne pouczanie byłoby zatem zbyteczne. Ale co zbytecznem nie będzie, to iż zastanowię się nad naturą naszej instytucyi, od której poniekąd odwraca się opinia publiczna, a co do której użyteczności powstaje wątpliwość. I praktyka i teorya uczą mnie doskonale, czego Radom powiatowym niedostaje, ale nauczyła mnie księga życia, którą dość długo czytałem i jaka taka znajomość historyi, że instytucye są zawsze tem, czem je zrobią ludzie powołani, aby je wykonywać. Sfera ich działania rozszerza się albo ścieśnia stosunkowo do czynników, które je dzierżą. Rosną przez pracę i gorliwość, maleją przez obojętność i lenistwo. Czy za tem idzie, że obojętną jest wartość wewnętrzna instytucyi? Bynajmniej; ale o to idzie, aby umieć użyć i ocenić to, co się ma, a wrzekomą niedostatecznością ustawy nie pokrywać własnej nieudolności. Tak właśnie zrobimy. Uznając, czego Radom powiatowym brakuje, pracując nad ich uzupełnieniem, zamiast narzekać i czekać, weźmiemy się od razu gorliwie, ze znajomością naszych praw, potrzeb, środków, celów do pracy, w przekonaniu, że i tu znajdzie się pole do pożytku i zasługi. Jakie losy Opatrzność chowa w przyszłości dla tej ziemi, tego nie wiem, ale to wiem, że pod gmach, który niewątpliwie tu stanie, powinniśmy założyć fundamenta w tych właśnie warstwach społecznych, które są sferą naszej pracy. A więc łączyć a nie dzielić, godzić a nie waśnić, ufać a nie podejrzywać; przedewszystkiem zaś odtrącić wszystkie żywioły, któreby chciały budzić

dawno uśpione żale, waśnie i rzetelne albo urojone krzywdy. Nie braknie nam też, mam to mocne przekonanie, pomocy władz administracyjnych, równie jak my przeświadczonych, że tylko wspólne działanie do celu doprowadzić potrafi. Już zniknął dawny antagonizm między krajowemi a państwowemi władzami, i da Bóg, zniknął na zawsze; jeden duch je ożywia; jak koła równorzędne zegaru we wspólnej harmonii winny wskazać właściwą godzinę. Rękojmią tego jest mi obecność tutaj JW. Delegata, który łącząc w sobie szczęśliwie charakter urzędnika i obywatela, nie odmówi nam swej pomocy, swej rady i wielkiego doświadczenia.

A teraz podnieśmy serce do Boga, bez którego błogosławieństwa żadna płodna nie powiedzie się praca, a pomni, że co tylko mamy, mamy z nieograniczonej łaski łaskawego Monarchy, że jest nam wolno po polsku o naszych sprawach radzić, jemu to zawdzięczamy, podnieśmy na jego cześć okrzyk wierności: Niech żyje Franciszek Józef, po trzykroć niech żyje!

Wiedeń 23 lutego. Wczoraj w południe zebrało się zgromadzenie stronnictwa wiernokonstytucyjnego pod przewodnictwem p. Herbsta w przedmiocie ugody z Węgrami. Obecni byli także ministrowie Auersperg, Lasser i Pretis. Dr Herbst zagaił posiedzenie oświadczeniem, iż głównie chodzi stronnictwu o wyjaśnienie ze strony rządu, dlaczego w tej formie domaga się decyzyi stronnictwa w znanej kwestyi składu Rady centralnej, oraz, że niektórzy członkowie chcą stawiać do rządu pytania względem niektórych punktów.

Minister bar. Lasser tłumaczy, iż rząd austryacki nie chciał złożyć ministrom węgierskim zobowiązującego oświadczenia, dopóki stronnictwo wiernokonssytucyjne nie zapewni go, iż punkt o składzie rady centralnej jest do przyjęcia. Takież samo zastrzeżenie zrobili ministrowie węgierscy ze względu na swoje stronnictwo. Od odpowiedzi na to pytanie zawisło złożenie gabinetu węgierskiego z dotychczasowej większości sejmowej. Bez zezwolenia stronnictwa na proponowany skład Rady centralnej rząd nie może ukończyć rokowań ugodowych i wogóle niemógłby dalej urzędować. Jeżeli zaś stronnictwo zgodzi się na ten punkt, natenczas oba rządy przystąpią do ostatecznego zredagowania przedłożeń dotyczących ugody, które są już prawie gotowe. Zresztą, rzekł bar. Lasser, nie chodzi tu o osoby, lub o byt tego lub owego ministerstwa, lecz o kwestyę daleko donioślejszą i daleko większej wagi.

Dep. Neuwirth zapytuje, która z stron zaproponowała, aby wicegubernatorowie byli mianowani na wniosek ministrów skarbu, oraz czy rząd węgierski czyni zawisłem przyjęcie przedłożenia bankowego od mianowania wicegubernatorów?

Bar. Lasser odpowiada, że pierwotnie stawiał to żądanie rząd włoski, z uwagi jednak na większy w tym razie wpływ na Bank, rząd austryacki nie chciał się na nie zgodzić. Później kiedy była mowa o mianowaniach urzędników, o zakresie działania, o dotacyach i t. p., oświadczyli reprezentanci Banku że kwestya mianowania wicegubernatorów jest przeważnie polityczną i jakkolwiek zdaje się im niebezpieczną, zgodzą się jednak na to, co oba rządy między sobą umówią. Ponieważ reprezentanci banku nie dali stanowczego *votum* co do tego punktu, układały się więc rządy same między sobą i po długich sporach musiano powrócić do pierwotnej propozycyi Węgrów, aby wicegubernatorów mianował Cesarz. Zresztą ministrowie węgierscy tylko pod tym warunkiem bronić będą ugody przed swem stronnictwem i o ile się mówcy zdaje, od tego warunku nie odstąpią.

Dep. Kuranda: Rząd węgierski czyni z kwestyi ekonomicznej kwestyę honorową i polityczną, a rząd austryacki idzie za nim na tej drodze. Dotychczas niewiadomo czem właściwie ma być ta Rada centralna. Kwestya polityczna nie jest tu rzeczą główną, nad wszystkiem góruje znaczenie ekonomiczne tej sprawy i dla tego jasnem być musi, co to jest ta Rada centralna i jaka jest jej kompetencya.

Bar. Lasser odpowiada, że reprezentaci Banku uważają dotychczas statut za projekt referenta, rząd więc nie ma prawa podawać go do publicznej wiadomości. Minister odczytuje jednak ustęp o kompetencyi Rady centralnej, z czego wynika, że Rada ta będzie istotnie organem centralnym ze wszystkiemi jego atrybucyami, że przeto o decentralizacyi najwyższego zarządu bankowego mowy nie ma. Co do tego punktu zupełną osiągnięte zgodę. Zresztą projekt banku dokładnie opracowany będzie przedłożony *ciałom ustawodawczym*.

Minister Pretis twierdzi także, że decyzya na przedłożone przez rząd pytanie wcale nie tworzy prejudykatu, iżby statut bankowy musiał być przyjęty. Skład Rady centralnej jest dziś kwestyą polityczną jedynie dla tego, że wystąpiła zasada narodowości. Ponieważ według pierwotnej propozycyi Austryacy mieliby w niej większość, przeto ministrowie węgierscy zrobili z tego kwestyę honorową i polityczną. Rząd austryacki musiał tedy szukać punktu wyjścia i wreszcie zgodzono się na skład, jaki jest proponowany w pytaniu rządowem. W końcu minister zwraca uwagę, że wice-gubernatorowie nie będą mieć tak wielkiego wpływu, iżby punkt ten stanowić aż miał przeszkodę w zatwierdzeniu propozycyi.

Dep. Gomperz zapytuje o skład i atrybucye komitetu wykonawczego, na co odpowiada mu szczegółowo minister skarbu, a prezes gabinetu składa oświadczenie przytoczone dosłownie we wczorajszej depeszy.

Dep. Dr Menger jest zdania, iż rokowania na nowo powinny być prowadzone i cały wykończony elaborat powinien być stronnictwu przedłożony.

Minister bar. Lasser oświadcza przedewszystkiem, że nie tylko jako minister, ale także jako deputowany zupełnie może to pogodzić ze swojem sumieniem, aby głosować za potwierdzeniem pytania rządowego. W rzeczach bankowych nie jest fachowym, ale zupełnie jest w tej mierze spokojny, ponieważ wszystkie przepisy o zakresie działania Rady centralnej układali biegli w sztuce. Odwoływanie się jeszcze raz do ministrów węgierskich uważa za daremne i powtarza ponownie, że jeżeli stronnictwo nie zgodzi się na ten punkt, ministrom nic innego nie pozostanie, jak podać się do dymisyi, ponieważ nie mogą przeprowadzić ugody i nie są w stanie wystąpić z nią przed Radą państwa. Decyzya jest naglącą, nalega na nią ludność, nietylko z ciekawości, lecz także dla tego, ponieważ niepewność szkodliwie wpływa na wszystkie stosunki.

Konstelacye europejskie nie cierpią dłuższych usterek na wewnątrz monarchii. Węgry są prawie już od dwóch tygodni bez rządu. Tam utworzenie gabinetu z większości sejmowej zawisło od zawarcia ugody w sprawie bankowej, a właściwie już tylko od ostatniego punktu. Utworzenie ministerstwa z innych stronnictw przeszkodzi zawarciu ugody w porę, prócz tego wywoła tam bardzo niebezpieczne przesilenie, które musi się odbić w Przedlitawii w sposób niebezpieczny dla wszystkich interesów, szczegółowo dla przyszłości stronnictwa wiernokonstytucyjnego. W tem właśnie leży znaczenie polityczne odpowiedzi stronnictwa na postawione przez rząd pytanie. Nie mówi on tego, aby miał chęć wywarcia nacisku, ale tylko dlatego, aby mu kiedyś nie zrobiono zarzutu, iż nie zwrócił w porę uwagi na brzemienne w następstwa znaczenie tej sprawy.

Zabierali jeszcze głos dep. Sturm, Hanisch i Schaup, odpowiadał im zaś minister skarbu, lecz były to już przemówienia mniejszej wagi. Poczem uchwalono odbyć drugie wspólne zgromadzenie klubów w sobotę w południe.

Sprawa wschodnia.

Podajemy dalszy ciąg dokumentów w sprawie wschodniej:

Ministerstwo spraw zewnętrznych 21 grudnia 1876 r.

„Milordzie! Ambasador francuski odwiedził mię dziś po południu i mówił ze mną o toku rokowań w Stambule i o prawdopodobnym zwrocie wypadków. Należy się obawiać, powiedział mi, iż rząd turecki zaprotestuje przeciw propozycyom, jakie mu przedłożą pełnomocnicy europejscy; że w takim razie wiele zależy od postawy Anglii i że ks. Decazes mocno pragnie dowiedzieć się, jakie kroki rząd Jéj Król. Mości gotów jest przedsięwziąć, gdyby Porta nie zgodziła się na żądanie mocarstw. Odpowiedziałem margrabiemu d'Harcourt, że propozycye uchwalone przez pełnomocników a potwierdzone w zasadzie przez rząd Jéj Król. Mości popieralibyśmy ze wszystkich sił. Co się zaś tyczy stopnia nacisku, jakibyśmy w razie odmownéj odpowiedzi z strony Porty gotowi byli na nią wywrzeć, nie mogłem mu nic stanowczego powiedzieć, i podałem dwa powody do tego. Zastanawiając się nad taką ewentualnością, trzeba przedewszystkiem na to zważać, że są dwa rodzaje odmownych odpowiedzi. Propozycya lub plan jaki może być albo całkiem i stanowczo odrzucony, albo też można założyć protest tylko przeciw pewnym częściom planu i to w taki sposób, że się równocześnie zaprasza do dalszéj dyskusyi. Od rodzaju odpowiedzi będzie też zależało, jakie stanowisko zajmiemy. Powtóre mogę z nim obecnie mówić tylko w moim indywidualnym charakterze, nie mogę zaś przedłożyć mu decyzyi całego rządu. Tyle jednak mogę mu już teraz jako swe osobiste zdanie objawić, że rząd Jéj Król. Mości z jednéj strony nie ma chęci użyć środków przymusowych, aby nakłonić Portę do przyjęcia propozycyj konferencyjnych, z drugiéj strony zaś nie robiłby Porcie najmniejszych nadziei na pomoc lub opiekę w razie, gdyby w skutek odmownéj odpowiedzi miało przyjść do wojny." *Derby.*

Do lorda Lyonsa w Paryżu.

Na podstawie tej rozmowy lord Derby wysłał następującą depeszę do mrgr. Salisbury:

Ministerstwo spraw zewnętrznych 22 grudnia 1876 r.

Milordzie! Mam zaszczyt donieść W. Ekscelencyi, iż rząd Jej Kr. Mości postanowił, że Anglia nie zgodzi się na środki przymusowe i nie będzie ich wspierać. Z drugiej strony trzeba powtórzyć Porcie to co wiedziała już od samego początku, że na wypadek wojny nie może spodziewać się pomocy od Anglii. Wrazie gdyby Porta trwała przy swojem wahaniu i konferencya musiała się rozejść, naturalnie W. Ekscelencya odjedzie i byłoby w tym wypadku pożądanem, aby i sir Henry Eliot również powrócił do Anglii dla zdania sprawy z położenia, pozostawiając w Konstantynopolu sekretarza do prowadzenia spraw ambasady. Oto zapatrywania rządu Jej Kr. Mości, a pozostawia się dyskrecyi W. Excelencyi, jaki ton masz obrać w rozmowie." Dnia 25 grudnia telegrafuje mrgr. Salisbury z Pery do lorda Derby: „Admirał Drumond uważa za potrzebne opuścić zatokę Besika. Prosiłem go, aby skierował flotę do Aten zamiast do Saloniki, w celu zapobieżenia nieporozumieniu i poparcia mego zapewnienia, że od rządu Jej Kr. Mości Turcya nie może się spodziewać poparcia."

— Toczące się obecnie obrady parlamentu angielskiego, w dziennikach rosyjskich wszelkich barw wzbudzają pewien rodzaj radości, mniema bowiem jednogłośnie prasa rosyjska, że obrady te dały poznać światu niedołęztwo polityki angielskiej. *Nowoje Wremia* np. mówi, że trudno było spodziewać się nawet, aby tak prędko, bo już w samym początku debatów parlamentarnych, rząd angielski wydał się z całą swą polityką, „i to w sposób tak kompromitujący, że opozycya niebędzie miała wiele pracy, aby udowodnić w jak niedołężne ręce powierzonym został ster polityki zewnętrznej kraju." Zdaniem tegóż dziennika dziś nie ma już najmniejszej wątpliwości, że Anglia, jeżeli tylko obecny skład gabinetu pozostanie nietkniętym, niebędzie grała żadnej zgoła roli w rozstrzygnięciu sprawy wschodniej. Motywuje zaś to swoje przekonanie dziennik ów słowami, przypisywanemi Bismarkowi, „że dyplomacya rachować się powinna tylko z temi mocarstwami, które gotowe są do wojny." Ponieważ zaś dziś Anglia wobec całego świata oświadcza, że o wojnie zupełnie niemyśli, powinna zatem wystąpić z rachunku i nie mięszać się odtąd zgoła do spraw wschodnich, które skomplikowała i splątała tylko nieszczerą swą i pełną rażących przeciwieństw polityką. Cała polityka angielska dotychczasowa, acz osłaniała się rozmaitemi pozorami, miała jedynie na celu — odroczenie ostatecznego upadku Turcyi. W tym a nie innym celu starała się Anglia o rozejm między Turcyą a Serbią, potem — o zwołanie konferencyi,— nareszcie — wywołała komedyę konstytucyjną, w której skuteczność nigdy niewierzyła, a dziś oświadcza to wyraźnie przez usta Statforda, który powiedział w parlamencie, że „śmiesznością byłoby wierzyć, aby konstytucya ta mogła przynieść jakiekolwiek ulgi dla ludności chrześciańskiej w Turcyi." Ale oto Anglia — jak mniema dziennik rosyjski — wyczerpała już wszystkie środki ratowania Turcyi: oświadczyć się jawnie za Turcyą gabinet angielski niemoże, bo to groziłoby mu upadkiem niechybnym; ogłosić się obrońcą uciśnionych chrześcian niechce — byłoby to bowiem toż samo, co iść ręka w rękę z Rosyą, przeciw której działał tak długo. Pozostaje więc mu tylko — oświadczyć się za polityką wyczekiwania, czyli skazać się na zupełną bezczynność, a jeszcze inaczej — zredukować swoje znaczenie w rozwiązaniu kwestyi wschodniej do zera. I tak właśnie rozumie Porta znaczenie obecne Anglii, „bo usuwa stanowczo wszelkie nowe przedłożenia przyjaciela, którego usługi już mu są niepotrzebne."

Kończy zaś *Nowoje Wremia* poglądy swe na obecne stanowisko Anglii następującemi słowy: „W planach polityki rosyjskiej na wschodzie Anglia — twierdzimy to stanowczo — niemoże już dziś stawić żadnych rzeczywistych przeszkód. Dla tego też, im energiczniej i silniej postawi się Rosya w kwestyi wschodniej, tem większem i skłonniejszem do ustępstw, jakich tylko zażądamy sami, okaże się ministerstwo angielskie, przeświadczone oddawna, a dziś nierobiące już z tego tajemnicy, że W. Brytania w żadnym razie niejest w stanie stawić Rosyi zbrojnego oporu na półwyspie Bałkańskim."

Takim głosem dumy i pewności siebie przemawiają już dziś dzienniki rosyjskie (nawet umiarkowane) lekceważąc sobie Anglią, którą uważano dotąd za główną przeszkodę w uskutecznieniu planów rosyjskich na wschodzie. Czy rzeczywiście i szczerze Rosya dziś sądzi, że Anglia przestała być siłą, z którą rachować się trzeba? Wątpimy — i mniemamy raczej, że wrzekome usunięcie Anglii z rachunku trudności, na które Rosya się naraża, obstając przy swej „misyi wschodniej," jest tylko fortelem dla zbudzenia na nowo zapału opinii publicznej w Rosyi, bo uśpienie tego zapału jest faktem, o którym coraz częściej wspominają same nawet dzienniki rosyjskie.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 24 lutego. Wczoraj rano przejechał przez Szczakowę Don Carlos udając się z Petersburga do Wiednia. Towarzyszą mu w podróży genarał Gonzales Boyet i markiz de Ronaldize.

— Wczoraj odbyło się wieczór posiedzenie komisyi konkursu dramatycznego Krakowskiego. Na niem sekcya ukończyła swoje sprawozdanie i okazało się że zaleconych do wspólnego czytania ogółem jest sztuk sześć: 1 *Z Duchem czasu*, 2 *Bratnie dusze*, 3 *Piękne słówka*, 4 *Pan Damazy*, 5 *Dewotki*, 6 *Spadkobiercy*. Te zatem tylko utwory ubiegać się mogą o nagrody lub odznaczenie. Inne egzemplarze mogą już autorowie obierać. Na wczorajszem posiedzeniu przeczytano wspólnie komedye w czterech aktach prozą: *Pan Damazy*. Przyszłe posiedzenie jutro o 3ciej.

— Jutro w Muzeum techniczno-przemysłowem od godz. 11½ do 1ej p. B. Ryx będzie miał 10ty wykład: „Gospodarstwa domowego kobiecego a mianowicie o mleku i serze". Po południu zaś odbędą się następujące popularne bezpłatne wykłady od godz. 4ej — 5ej prof. W. Roswadowskiego: „O wyrobach glinianych" (ciąg dalszy); od 5ej — 6ej inż. W. Łatkiewicza: „O młynarstwie" (ciąg dalszy).

— W poniedziałek d. 26go b. m. odbędzie się w sali Redutowej": 7my wieczór muzykalny dla członków Towarzystwa muzycznego w Krakowie pod kierunkiem artystycznym Stanisława Niedzielskiego. Program obejmuje następujące ustępy: Beethovena: Sonatę na skrzypce i fortepian; Moniuszki: „Śpiewak w obcej stronie"; Rubinsteina: „Azra" solo baryton; Deklamacya; Abta: „Serenada" solo kwartet; Rubinsteina: „Valce Almande" solo fortepian; Żeleńskiego: „Chór strzelców"; Schumanna: „Życie Cyganów" chór z solami i akomp. fortepianu na 4 ręce.

Tego samego dnia daje koncert w sali Hotelu Saskiego fortepianista p. Rafael Joseffy. Program jest następujący: Beethoven: Sonata *C* dur op. 53; Bach: Prelude, Fuga, Passepied; Padre Martini: Gavotte; Schumann: Warum i Traumeswissen; Szubert-Liszt: Valse-Caprice; Chopina: Etude (*E* dur, *Ges* dur), Mazurka, Prelude; Joseffy: Tanz-Arabesken, Spinnlied; Wagner-Liszt: Spinnerlied; Liszt: Tarantella.

— Dochodzi nas wiadomość z Tarnowskiego o śmierci hrabiny Olimpii z Bobrowskich Bobrowskiej właścicielki Radomyśla.

— Otrucie arszenikiem z obić pokojowych, nietylko w mieście naszem przeraziło w tych czasach i zwróciło uwagę władzy miejskiej. Pewna kobieta w Semmeringu zapadła przed parą dniami na gwałtowne zapalenie kiszek. Lekarz zauważył natychmiast symptomata otrucia, i zastanawiając się nad bezpośrednim tego powodem dostrzegł, że pokój w którym leżała chora, był koloru jasno zielonego. Polecił więc rozebrać chemicznie farbę i pokazało się, że mieściła w sobie pewną ilość arszeniku, który wciągany oddechem w kształcie pyłku przez czas dłuższy, może sprowadzić choroby z symptomatami otrucia. Ponieważ w tym samym domu było parę innych pokojów zielonego koloru, kazała je władza mieszkańcom na tak długo opuścić, póki ta niebezpieczna powłoka ścian usuniętą nie zostanie.

— **Jasło** 20 lutego.

(*J. B.*) Już parę razy poruszoną była w *Czasie* sprawa powrotu emigrantów amerykańskich do powiatu Jasielskiego. Jako naoczny świadek, uważam za niezbędne skreślić kilka wyrazów, w prawdziwem świetle fakt cały przedstawiających. Skoro w r. 1875 i 1876 opanował ludność tutejszą niczem niepohamowany szał wychodźtwa, Wydział powiatowy przedsięwziął natychmiast wszelkie środki w zakresie władzy jego leżące, aby powstrzymać amatorów „złotego runa" od pewnéj zguby. I w tym celu rozesłał okólnik do wszystkich gmin, wyłuszczając im obecne stosunki w Ameryce; nadto wystosował pisma do Wydziału krajowego i Namiestnictwa, prosząc o wyśledzenie ajentów i postawienie silnej zapory szerzącej się propagandzie emigracyi. W samem Jaśle nawet zarządzone zastało dochodzenie przeciwko jednemu ajentowi, który nie wahał się publicznie wystąpić ze swą firmą. Usiłowania powyższe skutku żadnego nie odniosły, albowiem ci, którzy mieli wyjść poszli, pomimo gorliwych nawoływań plebanów z ambony i prywatnie, pomimo szczerych przedstawień ludzi dobrej woli i obywatelstwa. W przeszłym tygodniu siedmiu wywędrowało do Ameryki z miasteczka Kołaczyc, chociaż dla powstrzymania ich starostwo wysłało komisarza z żandarmami, a przecież nic to nie pomogło. Należy zauważyć, jakiego to rodzaju indywidua wychodzą ztąd do Ameryki: Oto po największej części nałogowi pijacy, próżniaki, ci, którzy stracili przez złe życie prawie całe mienie, słowem ludzie zdemoralizowani do gruntu, bez religii, czci i wiary. Z tej wielkiej liczby o jakiej krążą pogłoski, do Czermny wrócił jeden kaleka, do Dębowca troje i tyleż do Szerzyn. Z nimi to wrócił główny herszt, który zachęcał do emigracyi gorącemi słowy, i do tego stopnia posunął swą odwagę w posłannictwie wędrowniczem, iż nie wahał się lżyć słowy brutalnemi kapłanów sprzeciwiających się jego projektowi. Przybyli z wyprawy zamorskiej nie znajdują się w stanie krzyczącej nędzy, ale wszyscy wybierają się napowrót, utrzymując, iż się wybrali w niewłaściwym czasie. Pracy u nas nie brak, a kto się nie leni, z pewnością nie umrze z głodu na ziemi polskiej. Zapewne, iż mienia, którego się nierozważnie za bezcen pozbyli, nikt im nie wróci, w przeciwnym bowiem razie, byłaby to oczywista zachęta dla innych do podobnego kroku. Pomimo wszystkich powyższych okoliczności, bardzo źle przemawiających na ich stronę, Wydział powiatowy bezzwłocznie wydelegował komisyę mającą zająć się zbadaniem stosunków tych ludzi, na podstawie relacyi, którym spiesznie i stosownie zaradzonem będzie.

— Członkowie Rady miejskiej we Lwowie na poufnem zebraniu odbyli wybór prezydenta miasta na próbę. Na 79 obecnych, otrzymał Dr Jasiński 69 głosów. Wybór jego przeto jest niemal zapewniony.

— Niezapamiętany orkan — pisze *Gaz. Lwow.* — który dnia 12go lutego srożył się we Lwowie i był przyczyną kilku smutnych wypadków, poczynił na prowincyi znaczne spustoszenia, i co dzień odbieramy wiadomości o rozmaitych szkodach i wypadkach. W wielu okolicach naszego kraju orkan ten połączony był z straszną zawieją śnieżną i kilku stopniami mrozu — a kogo zaskoczył nocą w podróży, ten niemal cudem tylko uratować mógł życie. Jakoż odbieramy cały szereg wiadomości o nieszczęśliwych wędrowcach, którzy tej nocy zbłąkali się i zamarzli na polach. W pobliżu wsi Białej w Tarnopolskiem, znaleziono nazajutrz po burzy zwłoki biednego faktora, żyda z Tarnopola; między Białobożnicą a Wierzbowem, w powiecie Czortkowskim, zamarzł sługa dworski; w Łanczynie, w powiecie nadwerniańskim, zginęła wśród śnieżnicy dziewczyna wiejska; pod Zbarażem zamarzł parobek z Tarasowa; pod Nestorowicami zginęła w ten sam sposób włościanka wracająca z targu w Założcach; pod Oleskiem zamarzł włościanin wracający z lasu, nie mogąc przebić się do wsi, z której chat przybłyskiwały mu światełka; między Zbarażem a Dobromirkami znaleziono po burzy zwłoki włościanina, który z drogi rzucony został w las i tam śmierć znalazł od zimna; na korczunkach Peratyńskich, w powiecie Kamioneckim, w samo południe zaskoczony zawieruchą zbłądził i zginął włościanin — zaprawdę to znaczny szereg ofiar ostatniej wielkiej burzy, a niestety obawiamy się, że nie o wszystkich jeszcze wypadkach nam doniesiono.

— Przemysł złodziejski, który dotąd zwykł był dochodzić w wielkich tylko stolicach do dyplomatycznej zręczności, zaczyna przy postępie cywilizacyi krzewić się u nas i to na prowincyi, a co więcej w wiejskich chatach. Świeżo pietnastoletni chłopiec z Galicyi, którego nazwiska opowiadający nie wiedział, bo zataić je było w interesie chłopca, przepłynął w porze wieczornej łódką z galicyjskiego brzegu wraz z kilku towarzyszami Wisłę w kierunku Koszyc, miasteczka w Królestwie Polskiem, gdzie się na wielką skalę odbywa przemytnictwo wódki z Galicyi. Ujrzawszy zdala na brzegu dwóch strażników rosyjskich, chłopiec wyskoczył z łódki, ukrył ją i swoich towarzyszów w krzakach, a sam zbliżył się do nich donosząc, że za chwilę chłop z Królestwa przechodzić będzie wbród Wisłę z kontrabandą z Galicyi, całkiem bez ubrania, które zostawia na brzegu galicyjskim, a na brzegu Kongresówki czeka nań szynkarz z Ujścia Solnego z ubraniem, które trzyma dłań w pogotowiu. Około godziny 6ej zamajaczała rzeczywiście w oddaleniu jakaś postać ludzka obładowana pęcherzami. Strażnicy puścili się zaraz brzegiem, rozebrawszy się naprzód z mundurów i odpasawszy pałasze, a następnie rzucili się w Wisłę, aby płynąc prędzej doścignąć przemytnika; odległość jednak była zbyt wielką i chłop z pęcherzami miał dość czasu zrejterować się na brzeg galicyjski, a tymczasem przebiegły młody donosiciel skradł im mundury i pałasze, wsiadł na łódkę i lotem strzały puścił się do przeciwnego brzegu. Strażnicy drogo przypłacili gorliwą swą służbistość, jeden z nich bowiem przeziębiwszy się na trzeci dzień umarł, a drugi mocno jest chory.

— Przed kilku miesiącami spisywano w skutku rozporządzenia rządowego wszystkie konie w Warszawie i w całem Królestwie Polskiem. W tych dniach, jak pisze *Echo*, odbył się spis powtórny, do którego wciągnięto także konie dorożkarskie i omnibusowe.

— W Lubelskiem odbywały się częste zjazdy szlachty dla narad gospodarczych, którym ze strony władzy nie stawiano przeszkód. Świeże rozporządzenie rozesłane szlachcie zastrzega, że nie może się ich zbierać więcej nad trzech w jednym dworze, gdyby jednak szlachta życzyła sobie liczniejszego zebrania, winna na to uzyskać pozwolenie od naczelnika i urzędnik rządowy zostanie wydelegowany, aby być obecnym naradom.

— P. Ludwik Rakowski podnosi w *Wieku* myśl utworzenia stypendyum imienia Fredry, dla młodzieży okazującej zdolności do poezyi i dramaturgii. Jest nadzieja, że ze strony władz rządowych warszawskich myśl ta nie znajdzie oporu. Składka już rozpoczęta i liczy 45 rs.

— Pociągi kolei nadwiślańskiej dochodzą obecnie jak donosi *Wiek*, prawie już do samego Lublina, bo do stacyi Konopnica odległej tylko o milę od tego miasta.

— W teatrze niemieckim w Peszcie przedstawiono operę Grossmanna „Duch Wojewody". Opera ta doznała bardzo przychylnego przyjęcia tak ze strony krytyki, jak i publiczności. Kilka numerów powtarzano, a hymn węgierski zentusyazmował publiczność.

— Niejaki Dr Gerhard von Breuning podróżował w r. z. jeszcze przed rozpoczęciem wojny serbsko-tureckiej po Serbii i opisuje obecnie doznane wrażenia w czasopiśmie naukowem *Ausland*. Między wielu ciekawemi szczegółami chwali on także wzorowy porządek policyjny w całym kraju, który, jeżeli się tak wyrazić wolno, każdemu mieszkańcowi jest wrodzonym. Na dowód przytacza autor, iż miejsca sprzedaży (bazary) i domy są we dnie i w nocy niezamknięte, a nawet niezaopatrzone w zamki lub zasuwki. Celem oznaczenia, że drzwi uważać należy za zamknięte, wystarcza oprzeć o nie podnóżek lub kłodę drzewa albo też wetknąć w ziemię kawał drzewa. Poborcy rządowi lub inne osoby podróżują ze znacznemi kwotami, nieraz kilku tysiącami gotówką we wszystkich kierunkach księstwa przez lasy i odludne okolice bez żadnej osłony wojskowej i nocują też przy zupełnie niezamkniętych drzwiach. Wracając z Czaczak do Białogrodu miał Breuning sposobność przypatrzeć się temu, przyłączywszy się do kilku osób, które podróż swą w najsamotniejszych miejscowościach odbywały. Czy to w dzisiejszych czasach uderzające zjawisko rzadkiej uczciwości przypisać należy jakiemu wrodzonemu uczuciu prawości całego narodu serbskiego, czy też jedynie surowemu karaniu złodziei — trudno rzeczywiście orzec. Trzeba bowiem wiedzieć, że kradzież wartości przeszło 9 złr., czy to w pieniądzach czy też towarach, podlegała w Serbii karze rozstrzelania lub powieszenia skazanego na szubienicy, który dla odstraszającego przykładu tak długo na niej wisiał, póki ciało samo nie spadło.

— Marszałkowa Mac-Machon chcąc wziąć inicyatywę w przywróceniu do mody sukien jedwabnych, zamówiła w Lyonie suknię na wielki festyn, który się ma odbyć w paryskiej Operze na korzyść robotników lyońskich. Suknia ma mieć białe tło; zresztą pozostawiła marszałkowa wybór deseniu gustowi lyońskich fabrykantów. Myśl zapobieżenia tym sposobem przesileniu jest zresztą nie nową. Marya Antonina, cesarzowa Józefina, księżna Berry, królowa Marya Amelia i cesarzowa Eugenia używały w rozmaitych epokach tego środka, aby modę, która się odwróciła od jedwabiu, znów do niego skłonić.

— Rząd angielski przyznał nagrodę 100 f.s. psu nazwiskiem Morgan z rasy *Terre neuve* za odkrycie ciała pociętego w zeszłym roku na sztuki małego dziewczęcia w Blackburn. Jego to było dziełem, że rozproszone szczątki nieszczęśliwej ofiary zebrano razem i że mordercę ująć zdołano. Morgan będzie nosił medal przy obroży, a z urzędu postanowiony został dla niego osobny dozorca.

— Kapituła orderu św. Jerzego zawezwała jenerała Czernajewa, mieszkającego na wyspie Wight w willi najętej na pół roku, aby się wyrachował z przesłanych mu przez komitet słowiański do Serbii pieniędzy, w przeciwnym razie uda się z prośbą do Cara o zwołanie sądu honerowego.

Wiadomości policyjne: W policyi złożono parasol, wczoraj wieczór w rynku znaleziony.

TEATR. W sobotę dnia 24go lutego: Na dochód Stefanii Wierzbickiej: Wielka opera w 4 aktach. Słowa Włodzimierza Wolskiego, muzyka Stanisława Moniuszki: *Halka*. Początek o godzinie 7ej.

W niedzielę dnia 25go lutego: Po raz trzeci: *Halka*. — Początek o godz. 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dni powszednie 30 centów.

— Dnia 23go lutego cały dzień i wieczór śnieg; termometr od + 1·0 spadł na — 1·4 C. Barometr z małą zmianą; o 6ej rano dnia 24go lutego stan jego był 733·2 mill., termometru — 2·2 C. Wiatr zachodni.

— W niedzielę d. 25go lutego: Św. Wiktoryna. W poniedziałek dnia 26go lutego: Św. Aleksandra biskupa.

Wiadomości bibliograficzne.

Nr. 8my *Przeglądu sądowego i administracyjnego* zawiera: Metoda badania w naukach politycznych; Przegląd tygodniowy; Praktyka sądowa; Repertoryum orzeczeń najwyższego Trybunału; Orzeczenie Trybunału kasacyjnego; Ze stowarzyszeń prawników; Wiadomości potoczne, literackie i urzędowe.

Drugi koncert Henryka Wieniawskiego.

Gdyby jedynem zadaniem krytyki było analizować nożem anatomicznym każdy objaw sztuki i zakryte dla zwykłego oka usterki i zboczenia na jaw wydobywać, natenczas nie pozostałoby nam nic innego, jak zamilczeć o koncertach Wieniawskiego.

Słuchać Wieniawskiego, to delektować się sztuką, opowiadać wrażenie, jakie sprawia jego gra to tyle, co chcieć je pomniejszyć.

Wykonanie wszystkich dzieł, wchodzących w skład wczorajszego programu, nosiło te same cechy wykończoności, energii lub wdzięku, świetności lub artystycznego poczucia, które podziwialiśmy przy pierwszym koncercie.

Kompozycye takie jak *Air varié* Vieuxtempsa lub Ernsta *Air hongrois*, wyrachowane na efekt pasażów, oktaw, dubletów, tonów, arpedżij, akordów, flageoletów i t. p., wybornie uwydatniły całą świetność mechanizmu wirtuoza. Niezrównanem pod względem czystości, równości i stopniowania siły było wykonanie trillu w *Sonacie* Tartiniego, znanej pod nazwą *Trille du diable*. Do utworu tego przywiązana historya opowiada, że kompozytorowi przyśnił się w nocy szatan i wyjawił mu sposób, w jaki na skrzypcach wykonać można trill szalony. Muzyk czuł się zrozpaczonym, gdy przebudziwszy się naprózno usiłował przypomnieć sobie pewierzoną we śnie tajemnicę. Wieniawski ustęp ten oddał z taką doskonałością, że nie dziwiłoby nas, gdyby zabobonny jaki słuchacz zamiast podnieść ręce do oklasku, zmusił je do zrobienia krzyża dla zażegnania złego ducha.

Z własnych utworów koncertant dał nam wczoraj *Mazura*, *Oberka*, powtórzył *Legendę*, która w pierwszym koncercie tęsknem tchnieniem miłosnego swego śpiewu tak mocno upoiła słuchaczów, wreszcie dodanym nad program *Polonezem*, niby łabędzim śpiewem pożegnał publiczność, rzęsistemi oklaskami dziękującą artyście za chwilę prawdziwej rozkoszy muzykalnej.

Długo w pamięci jej brzmieć będą tony skrzypców Wieniawskiego.... *st.*

Sprawy sądowe.

Kraków 24 lutego.

W przyszłym tygodniu odbędą się przed tutejszym sądem karnym następujące rozprawy ostateczne:

W poniedziałek dnia 26go b. m.: Michała, Sebastyna, Jana Białoniów i Franciszką Ciorona o kradzież; Franciszka Zaporowskiego o kradzież; Urszuli Miśkowiczowej o gwałt publiczny; Szymona i Ignacego Młynków o gwałt publiczny; Józefa Dania o gwałt publiczny; Jana Żurka o kradzież; Walentego Migdała o kradzież; Jakóba Kęszka o kradzież. Oprócz tego 11 rozpraw apelacyjnych. *We wtorek* d. 27go b. m.: Łazarza Baresa i Józefa Dawida Kleinblatta o kradzież; Reginy Stankowej o wykroczenie przeciw bezpieczeń. życia; Franciszka Kowalskiego o kradzież; Józefa Mastka o kradzież; Jędrzeja Karczmarczyka o kradzież. *We środę* dnia 28go b. m.: Jana Lasa o kradzież; Bernarda Knapika i Izaaka Bauchingera o wykroczenie przeciw bezpiecz. życia; Stanisława Gala'a o ciężkie uszkodzenie ciała; Ignacego Kulika o ciężkie uszkodzenie ciała; Kazimierza Sochy o gwałt publiczny; Maryanny Panelowej, Katarzyny i Mateusza Kramarczyków o kradzież; Kazimierza Kwiatka o kradzież. *We czwartek* d. 1go marca: Izydora Drożdża i Jana Kubackiego o kradzież; Józefa Boby o przeniewierzenie; Józefa Wiszniewskiego o kradzież; Anny Tobjaszowej o kradzież; Anny Kamińskiej o kradzież; Franciszka i Maryanny Gorków o ciężkie uszkodzenie ciała; Bartłomieja i Katarzyny Lachów o kradzież; Franciszka Obajtka i Jakóba Kormika o kradzież; Jana Tatara o kradzież. *W piątek* dnia 2go b. m.: Jana Nitona o gwałt publiczny; Jana Gawełka i Izraela Bittera o kradzież; Franciszka Guzikiewicza o ciężkie uszkodzenie ciała; Michała Grzybka o ciężkie uszkodzenie ciała; Jędrzeja Dycreka i Jana Kocura o kradzież; Jędrzeja Grzesiaka o gwałt publiczny. *W sobotę* d. 3go b. m.: Rozpraw niema.

Gospodarstwo, przemysł i handel.

Kraków 23 lutego.

Kilka słów o wystawach.

Uznając w zupełności ekonomiczne uzasadnienie urzędowego udziału Austryi w wystawie powszechnej w Paryżu, radbym zwrócić uwagę na sposób tego udziału, a mówiąc wyraźniej, na sposób zużytkowania dozwolonej przez Radę państwa subwencyi.

Te wystawy powszechne, które się powiodły (w Europie tylko paryskie i londyńskie powieść się mogą), które zatem dają podstawę pewną do wyciągania wniosków, okazały, że na nich tylko dla wielkiego przemysłu jest miejsce. Zupełnie też nie jest uzasadnionem mniemanie wypowiedziane przez dep. Dumbę, że idzie tu właśnie o przemysł drobny i domowy. Przemysł ten nie ma zasobów do prezentowania się stosownego, do ponoszenia kosztów

Nr 47. Kraków, 28 Lutego — Środa Rok 1877

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ 24	„ 6	„ 2·50
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

CZAS

Prenumeratę przyjmują:

W Krakowie: Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księg. p. S. A. Krzyżanowskiego, handel dawniej Dworskiego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: we **Lwowie** W. Piątkowski ul. Hetmańska 10; w **Paryżu** wyłącznie p. Adam Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Racz[illegible]wski Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Comp.

Kraków 27 lutego.

Wydział krajowy ukończył już swe prace nad projektem ustawy drogowej. Dotąd jednak znanem jest tylko streszczenie zasad tego projektu, podane w liście ze Lwowa w *Czasie* z 18go b. m. Na podstawie tego streszczenia niepodobna nam zapuszczać się w merytoryczne ocenienie projektu, bo wiadomo, że w ustawodawstwie nie wystarcza znać tylko zasadę. Od litery bowiem prawa, od formy kodyfikacyjnej zawisła częstokroć praktyczność lub szkodliwość najlepszej zasady.

Czekając przeto na ogłoszenie projektu Wydziału, lub na specyalne zdania posłów, którym Wydział zamierza udzielić rzeczony projekt, możemy jednak na podstawie treści podanej przez naszego korespondenta oświadczyć, że główne zasady zgadzają się całkowicie z temi życzeniami naprawy dawnej ustawy, które objawiały się wśród stronnictwa reformy, a którym nasz dziennik dawał niejednokrotnie wyraz.

Główną i zasadniczą, bo bardziej jeszcze społeczną niż ekonomiczną trudnością w ustawodawstwie drogowem, przedstawia kwestya sprawiedliwego wymiaru i rozłożenia ciężarów. Wadliwość naszej dotychczasowej ustawy pod tym względem tem mniej nieulegała wątpliwości, że ją podnosili nie ci, na których największy ciężar spoczywał, lecz właśnie posłowie z kuryi większej własności i miast. Na chlubę naszego społeczeństwa przypomnieć warto, że tak w tej sprawie, jak w sprawie propinacyjnej i innych, inicyatywa ulgi lub sprawiedliwego podziału praw czy obowiązków wychodziła zawsze nie z interesu jednego stanu, lecz przeciwnie wbrew temu interesowi. Włościanie czy to w sejmie, czy w radach powiatowych sprzeciwiają się nowym nakładom i ciężarom z instynktu prostej tylko negacyi, ale ich wyprzedza zawsze poczucie sprawiedliwości przedstawicieli wyższych warstw, kiedy chodzi o reformę zasadniczą w duchu równouprawnienia.

Projekt Wydziału czyniąc zadosyć tym dążeniom, idzie za wzorem francuskiej ustawy drogowej z 1838 r., za najlepszą uznanej tak pod względem normy sprawiedliwego rozkładu ciężarów, jak równie pod względem praktycznych skutków śpiesznego rozwoju arteryi komunikacyjnych. Projekt łączy i kombinuje dwie podstawy do wymiaru prestacyi bądź to rzeczowej, bądź w naturze: podstawę podatkową, czyli stosunek majątkowy i udział osobisty, czyli pogłówne. Odpowiada to teoryi, że użytek dróg jest zarówno potrzebą osobistą jak i dźwignią ekonomiczną, a więc tylko z połączenia stosunku ludności i stosunku majątkowego da się wyprowadzić przeciętna najwięcej zbliżona do sprawiedliwego ocenienia korzyści i indywidualnej i majątkowej.

Według tej teoryi nie rozumielibyśmy wyłączenia miast z pod prestacyi drogowej. Wszak ogniska przemysłu, handlu, a wreszcie życia społecznego odnoszą pośrednie korzyści ze stanu dróg, którychby nawet ich mieszkańcy nie używali. Gdyby już tylko brać mieszkańców miast jako konsumentów, to przyznać należy, że na dostawę żywności wpływa niezmiernie stan dróg, choćby ubocznych, gminnych i powiatowych.

Nie znajdujemy także w głównych zarysach ustawy drogowej wzmianki o trzecim jeszcze sposobie prestacyi, którego może dotychczas nadużywano, ale którego całkowicie wykluczyćby nie należało. System rogatkowy ma swoje ujemne strony, gdy posunięty za daleko, jak u nas, wstrzymuje komunikacyę wysokiemi i częstemi opłatami. Zaprzeczyć się jednak nie da, że chwyta on *in flagranti*, że tak powiemy, ten użytek i korzyść z komunikacyi, którą na innej podstawie tak trudno przychodzi oznaczyć. Zmniejszenie rogatek jest bardzo pożądane, ale usunięcie ich całkowite zwiększyćby musiało ciężary w inny dolegliwszy sposób spadające na kontrybuentów. Pominięcie rogatek w zasadach projektu wydziałowego może wypływa tylko ztąd, że treść jaką nam podano nie mówi szczegółowo o drogach krajowych, ale głównie zajmuje się powiatowemi i gminnemi.

Projekt dąży do utworzenia funduszu drogowego, jakby kapitału rezerwowego na dalsze utrzymanie ukończonych już nici. Przyklasnąć tylko możemy tej dążności.

Dalej spotykamy bardzo właściwy pomysł co do składu komitetów drogowych. Nadzór jest tu koniecznością nietylko dla utrzymania dróg, ale równie pożądany dla stosownego użycia prestacyi z uwzględnieniem najnaglejszych potrzeb komunikacyjnych w powiecie, a oszczędzania kontrybuentów. Ktokolwiek mieszkał na wsi, poświadczyć może, ile materyału, ile roboty się marnuje przez brak nadzoru, lub też przez nadzór czysto tylko urzędowy, któremu nie chodzi, aby roboty najmniejszemi środkami najprędzej doprowadził do celu. Jedynie autonomiczne organa obdarzone odpowiednią władzą mogą zaradzić temu nałogowemu mitrężeniu czasu, jakie przy szarwarkach się odbywa. Lecz ten niedostatek projektu co do składu komitetów drogowych ma głębszy powód i wypływa z braku organizacyi gminnej. Czy wystarcza komitet drogowy z przedstawicieli gromady i dworu i czy delegat rady powiatowej zdoła zaradzić powolności ławnika gromadzkiego i względności wójta dworskiego. Dopokąd gmina nie będzie całością, tylko z jednej strony jednostką, z drugiej gromadą; interes zbiorowy, duch autonomiczny ustępować będzie względom podrzędnym dworu, który się gromadzie nie chce narazić i urzędników gromadzkich bardziej jeszcze podległych i nieudolnych.

Dotknęliśmy pobieżnie kilku pytań nieprzesądzając zalet i braków dotąd w całości nieznanego projektu. Sądząc z głównych zasad, rokujemy, że projekt Wydziału znajdzie poparcie stronnictwa reformy, choćby jeszcze przedstawiał kilka punktów spornych. Nikt więcej nie miał kompetencyi niż Wydział krajowy, oparty na doświadczeniach kilkunastoletnich i na pracach biura statystycznego, do przygotowania tego ważnego materyału dla przyszłego sejmu. Za jego inicyatywą pójdą niewątpliwie ci, co zarówno ze względów ekonomicznych jak społecznych załatwienie kwestyi drogowej uważają jako jedną z najbardziej naglących. Niech nam wolno jednak będzie ponowić życzenie, aby Wydział krajowy niezamknął całego projektu w swych biurach aż do zebrania sejmu, i jeśli wstrzymuje się od poddania go pod krytykę publiczną, to przynajmniej odmówić nie powinien udzielenia go tym gronom i kółkom poselskim, które już zbierają się w celu narad nad przyszłemi pracami sejmu.

KORESPONDENCYA „CZASU“

Wiedeń 26 lutego.

W sobotę jeszcze powszechnie mniemano, że uchwalenie wniosku p. Herbsta, który właściwie wyklucza mianowanie wicegubernatorów, nie wystarczy gabinetowi przedlitawskiemu a może i Węgrom. Stało się wszelako inaczej. Wczoraj oba rządy pogodziły się ze sobą, co dowodzi, że wystarcza im uchwała sobotnia stronnictwa wiernokonstytucyjnego. W gruncie rzeczy było i jest to zawsze sprawą czysto osobistą gabinetu przedlitawskiego, czy zadawala się lub nie uchwałami stronnictwa owego. Gabinet węgierski bowiem ma tylko do czynienia z rządem wiedeńskim, nie zaś z parlamentem przedlitawskim. Obecnie ministeryum ks. Auersperga znajduje się na drodze, której nigdy nie powinno było opuścić, t. j. bierze na siebie zupełną odpowiedzialność za układ z gabinetem węgierskim, a tem samem musi być przygotowanem na przyjęcie lub odrzucenie przedłożeń swoich, t. j. w razie potrzeby postawić kwestyę gabinetową. O ile znamy większość Izby, prawie wątpić nie można, iż takowa oświadczy się za przyjęciem ugody. Może sprawa wicegubernatorów przedstawi jakieś trudności, ale znikną one pod wrażeniem wypadków krwawych, których widownią będzie Wschód niebawem.

Rosya oświadcza tylko, że temi dniami wojska jej Prutu nie przekroczą; jest to pewnego rodzaju wyrocznia delficka, zwłaszcza, iż wiadomości z cechą prawie urzędową z Bukaresztu donoszą o wszelkich przygotowaniach do przewozu wojsk rosyjskich. Informacye nasze wykluczają wszelką wątpliwość, że głównym powodem dotychczasowego ociągania się Rosyi jest faktyczna jej słabość wojskowa. Pod tym względem może wkrótce ciekawych będziemy mogli wam udzielić wskazówek, z których przekonacie się, że Rosya wprawdzie cofnąć się nie może i musi wojnę prowadzić, ale że wolałaby z powodów militarnych zaniechać wojny, gdyby odwrót dał się pogodzić z honorem narodowym. W każdym razie zawarcie pokoju serbskiego jest jednym z głównych warunków neutralności monarchii austryackiej.

Wiedeń 25 lutego.

△. Uchwałą powziętą na wczorajszem walnem zebraniu uznało stronnictwo "wiernokonstytucyjne", a raczej 2/3 jego części, to jest dwa odłamy tej partyi, kluby „środka Izby“ i „lewicy“, że na proponowany skład rady jeneralnej bankowej można się zgodzić, ściślej zaś wyrażając się „nie uznały go za nieprzyjmowalny“. Taka z podwójną wzajemnie się znoszącą negacyą uchwała, charakteryzuje jej autora p. Herbsta, negacyjnego w całem swem działaniu politycznem. Jednak uchwałę tę obwarowano kilku **zastrzeżeniami** w niej wyrażonemi. Z tych zastrzeżeń, jedno tylko jest rzeczywiste, mianowicie, że jednego z postanowień urządzającego skład Rady bankowej tj. postanowienia oznaczającego sposób obsadzenia posad wicegubernatorów banku, nie przyjmuje jeszcze stronnictwo stanowczo i uważa je za „pytanie otwarte“, podległe rozprawom i zmianom.

Zaraz wczoraj podczas rozpraw i po zapadłej uchwale nasuwało się pytanie, czy takie warunkowe przyjęcie przez stronnictwo konstytucyjne uważać będzie rząd węgierski za rękojmię dostateczną i przystąpi do ostatecznego podpisania ugody w sprawie bankowej, która jest nierozdzielnie połączona z innemi sprawami ugodowemi.

Otóż na pytanie to mogę odpowiedzieć co następuje: Ministeryum węgierskie nie wdaje się w roztrząsanie odpowiedzi danych przez stronnictwa parlamentarne rządowi austryackiemu na postawione przez niego pytanie; żąda tylko od ministeryum austryackiego oświadczenia, czy na mocy danych odpowiedzi podejmuje się pod swą odpowiedzialność wnieść, popierać i przeprowadzać w Izbach Rady państwa zasady układu z rządem węgierskim o reorganizacyę banku, to jest projektowany statut bankowy, tak jak się podjął wnieść i popierać inne projekta ustaw ugodowych. Otóż dzisiaj w południe udał się prezes ministrów austryackich ks. Auersperg z urzędowem oświadczeniem do Cesarza, iż po danych mu odpowiedziach, ministeryum austryackie podejmuje się pod własną odpowiedzialnością wnosić i popierać w Radzie państwa statut bankowy osnuty na zasadach układu z rządem węgierskim.

Wskutek tego oświadczenia złożonego przez rząd austryacki, odbędzie się w tych dniach rada obu ministrów austryackiego i węgierskiego pod przewodnictwem Cesarza, na której ostatecznie ułożone zasady ugody o reorganizacyę banku, będą odczytane i podpisane przez oba ministerstwa. Przed podpisaniem tego aktu, Tisza cofnie swoją dymisyę, to jest przyjmie polecenie utworzenia gabinetu, tak, iż podpisze już układ jako nie tymczasowy, lecz stanowczy naczelnik rządu węgierskiego.

Następnie przystąpi ministeryum do ostatecznego zredagowania statutu bankowego na zasadach ułożonych i podpisanych, a zapewne w połowie marca przedłoży już Izbom wszystkie projekty ustaw ugodowych, t. j. projekt ustawy o opłacie kwot dla pokrywania wydatków wspólnych przez obie połowy monarchii, projekt przedłużenia unii handlowo-cłowej Węgier z Austryą wraz z minimalną taryfą cłową, wreszcie projekt statutu bankowego.

Mniemają, że po uchwaleniu przez Izby austryackie i węgierskie tych ustaw ugodowych, teraźniejsze ministeryum austryackie **ustąpi** od steru rządu, a przynajmniej zajdzie w nim zmiana. Gdy jednak roztrząsanie i uchwalenie tych ustaw ukończy się zaledwo z końcem maja, przeto i w takim razie teraźniejsze jeszcze ministeryum będzie u steru spraw przedlitawskich, gdy wspólny rząd monarchii austryackiej poweźmie ostateczne postanowienie co do zachowania swego wobec rozpoczynającej się zapewne w kwietniu wojny między Rosyą i Turcyą, wojny prawie nieuchronnej. Zdaje się, że kierownik spraw zagranicznych monarchii austryackiej hr. Andrassy życzy sobie właśnie utrzymania dzisiejszego gabinetu dłużej przy sterze spraw przedlitawskich, obawiając się, aby przy radykalniejszej zmianie gabinetu takie do steru nie przyszły osoby, któreby parły ku wspólnemu czynnemu wystąpieniu Austryi z Rosyą w Turcyi.

O wczorajszych rozprawach na walnem zebraniu stronnictwa wiernokonstytucyjnego nie będę pisał, gdyż szczegółowe o niem sprawozdanie jest już ogłoszone w wczorajszych wieczornych i w dzisiejszych rannych dziennikach tutejszych. Zwracam tylko uwagę na mowę p. Suessa, która w klubie postępowym wywołała wielkie oburzenie, oraz na przemowę p. Brestla. Ten ostatni mąż prawy a dokładnie znający sprawy finansowe i bankowe, oświadczył, że mianowanie wicegubernatorów Banku przez rząd uważa za tak ważne, że gdyby nie było proponowane w projekcie, sam wnosiłby to, gdyż rząd musi mieć pewien wpływ w zarządzie Banku, któremu daje przywilej wypuszczenia banknotów z obiegiem przymuso-

Część literacko-artystyczna.

PODRÓŻE I PAMIĘTNIKI.

VIII.

Przebiegliśmy dość długi poczet pamiętników wydanych w ciągu ubiegłego roku, a wzbogacających naszą historyczną literaturę nowszych czasów, materyałem, który dostarcza pewnych danych, tak co do charakterystyki społeczeństwa, jak szczególnych osób, czy to w stolicy, czy po prowincyach, a i na szczególne momenta wypadków wojennych rzuca dokładniejsze światło. Wszystkie te pamiętniki do dalszej lub bliższej należące przeszłości, z obecnością o tyle tylko zostają w bezpośrednim stosunku, o ile przyczyniają się do otworzenia nam oczu na nasze własne dobre strony życia, jak błędy i narowy; a następnie o ile ożywiają domowe tradycye; i zaszczepiają cześć i uwielbienie dla cnót i zasług tych mężów po których dobre imię zostało.

Pamiętniki tego rodzaju zazwyczaj są pisane ze wspomnień, najczęściej w późnym wieku. Starość łzawy wzrok rzuca za upłynioną młodością, oddalenie lat łagodzi ostre kontury rzeczywistości — i dla tego niejedno tam wygląda, jakby opryzmowane uczuciem poetycznego żalu za tem, co już niewróci. To pewno, że ten sam pamiętnik pisany jak kronika codziennych zdarzeń i wrażeń, takby może wyglądał, jak kalendarzowe zapiski, pewne co do dat, ale suche, niemiłosiernie suche i bezbarwne.

Pisać o tem, co się koło nas dzieje, ogarniać jednym rzutem oka życie i ruch otaczającej nas społeczności, wsłuchiwać się w uderzenia jej pulsów, i formułować zdanie na tej ciągle falującej powierzchni, zdanie oparte na pewnych zasadach, a głównie na trafnym i zdrowym rozsądku praktycznym, który niedaje się porywać ani namiętności, ani fantazyom, a najmniej uprzedzeniom — stworzyło nowy rodzaj kronikarskich zapisków, rodzaj niepodobny do dawnego sposobu notowania gołych faktów. Dzisiejszy sprawozdawca mając przed sobą żywą aktualność i chcąc ją ująć w pewne rysy, wycieniować ją i ubarwić właściwym jej kolorytem, lubo pisze pamiętnik chwili, niemniej jednak niemoże poprzestać na suchem notowaniu zdarzeń, lecz jeszcze wziąść na siebie obowiązek bystrego obserwatora, filozofa, krytyka, estetycznego znawcy, a nadewszystko polityka. Jest tu niezbędnym warunkiem mieć wielką znajomość świata a przytem delikatny smak i takt, żeby módz wizerunek zrobić podobnym, prawdziwym, a nieobrazić niczyjej miłości własnej, ma się rozumieć, takiej, co umiała ją w drugich szanować.

Jako Pamiętnik w tym nowym kronikarskim rodzaju, Pamiętnik obejmujący nie jakąś długą epokę, lecz tylko dwa lata świeżo ubiegłe, to jest r. 1875 i 1876 — nazwijmy *Listy o Galicyi* pisane do *Gazety Polskiej*, a teraz wydane w osobnej książce *) bezimienny autor pisząc do Warszawy, zdaje sprawę z tego, co się dzieje w Krakowie, Lwowie i w całej prowincyi. Rzeczy to są znane, każdy wie o nich, bo świeża pamięć nie mogła tak prędko zwietrzeć; nowością jest tylko sposób zapatrywania się kronikarza, na zręcznie powiązane ze sobą fakta i objawy, z których wyprowadza mniej więcej trafne wnioski, oparte na dyagnozie społecznego zdrowia, lub niemocy. Rozbiera też zbawienność jednych, szkodliwość innych dróg obranych w polityce; uderza na tę idyotyczną zachowawczość, tak blizko graniczącą z niedołęstwem, ospałością i lenistwem, a obok tego forytuje najniezbędniejsze reformy, co nie przeszkadza być mu szczerym konserwatystą, na sposób angielski z rozumnem godłem: *gdy się uprzedza wypadki, staje się na ich czele.* W szeregu różnych kwestyj, które mimojazdem dotyka, zatrzymuje go dłużej owa burza wzniecona we Lwowie i w Galicyi wschodniej, z powodu artykułu: *Porcye*, umieszczonego w tak zwanym Stańczykowskim „Przeglądzie.“ Przechodzi on wszystkie fazy tej roznamiętnionej *borby*, pokazuje jakie czynniki do niej wchodziły i komu co na tem zależało, żeby umysły ciągle podniecać i dopóty godzić strzałami w autora artykułu, aż ten złoży mandat na krzesło poselskie. Trafny ten ze strony hr. Tarnowskiego krok nietylko uśmierzył burzę, lecz owszem pociski zwróciły się ku innej osobie, która zamieszana w nieprzyjemny proces, nie poczuwała się do podobnego kroku. To pewna, że opinia krajowa grubo się pomyliła, gdy exageracyę pióra uniesionego gorliwością obywatelską w obronie godności obywatelskiej wzięła za występek polityczny przeciw majestatowi narodu. Cały ten proces o *Porcye* w takiem świetle jest przedstawiony, zarzuty przeciw autorowi tak trafnie zbite, ukryte sprężyny działające w tej sprawie tak po prostu na jaw wydobyte, że najnamiętniejszy z przeciwników *Porcyj*, jeźli tę odprawę przeczyta, rozśmieje się sam z siebie, że mógł kiedyś tak miotać się i na artykuł i na zacnego autora. Pewni jesteśmy, że jeżeli kto jeszcze nie może zapomnieć urazy, to po przeczytaniu tego ustępu w *Listach o Galicyi* złoży niechęć na ołtarzu dobrej zgody braterskiej. Trzeba przyznać autorowi *Listów*, że z niepospolitym talentem stanął w obronie *Porcyj* i to nie uciekając się do zwykłych adwokackich wykrętów i paradoksów, lecz tylko poprzestając na przedstawieniu rzeczy w świetle czystej prawdy.

W każdym prawie *Liście* dotyka autor kwestyi dziennikarstwa galicyjskiego; widać, że go takowe mocno obchodzi i na sercu leży, bo zna wszystkie jego ujemne strony, rzadkie zalety, musiał zatem specyalnie studyować wpływ prasy peryodycznej na polityczne usposobienie kraju [illegible] temu wpływowi przypisuje wyjałowienie — [illegible] mózgów galicyjskich — wyjałowienie, które przygotowane było jeszcze za biurokratycznych rządów hr. Gołuchowskiego. Powiedzenie to ma wiele za sobą, ale wiele przeciw sobie. Prawda, że hr. Gołuchowski nie szukał ludzi z wyższemi zdolnościami, a nawet lubił ich prześladować; prawda, że do żadnej instytucyi nie wyszła od niego inicyatywa. [illegible] od czuba do pięty po urzędniczemu pojmował [illegible] kraju. Ależ nie zapominajmy, że on był [illegible] konsekwencyą systemu panującego od stu lat [illegible] prowincyi... a prasa, gdy kłódkę z ust jej odjęto, puściła wodze językowi i fantazyi — bo gdzież miała się nauczyć politycznego rozumu? przecież nie od tego, jak go autor *Listów* nazywa: „potworka demokracyi szlacheckiej.“ Owszem, prasa żeby mieć czytelników i utrzymać się, musiała „potworkowi“ hołdować. Przyczyna „wyjałowienia“ leżała w głębszej przeszłości, ale autor zapewne nie mógł tego napisać, pisząc do *Gazety Polskiej* wychodzącej w Warszawie. Widocznie omija on wiele ważnych, ale dla cenzury drażliwych kwestyj; jak n. p. intrygi partyi ś. Jurców, za to daje wyborne charakterystyki redaktorów *Przeglądu polskiego*, tak zwanych Stańczyków; redaktorów pism lwowskich i krakowskich. Nie pominął i znamienicie skreślonego wizerunku hr. Gołuchowskiego, który jest *con amore* wystudiowany, podobny choć niepochlebiony; hr. Alfreda Potockiego zaczął szkicować, równie jak naszego prezydenta miasta, a zdaje się, że skończenie tych portretów odkłada na później, kiedy będzie pora ocenić działalność tak jednego jak drugiego.

Autor listów kocha się w podobnych portretowych charakterystykach, i można powiedzieć, że ilekroć bierze się do nich *sine ira*, zawsze obronnie wychodzi. W słusznem oburzeniu na nadużycia dziennikarstwa lwowskiego, które zasiało wiele niedobrego ziarna na tym i tak już wyjałowionym gruncie — z uwielbieniem wyraża się o „Gazecie lwowskiej“ spełniającej trudne zadanie żeglowania między dwoma wodami, z zadowoleniem obu prądów, na co chętnie się zgadzamy — atoli nie moglibyśmy się zgodzić na lekki sposób, w jaki autor *Listów* traktuje *Przegląd Lwowski*, pismo poważne i wielką oddające usługę prowincyi, która dzięki temu pismu, zaczęła się otrząsać ze starych wpływów Józefińskich, mających dzielnego sprzymierzeńca w dzisiejszej bezwyznaniowości. Gdyby *Przegląd Lwowski* nic więcej nie zrobił, tylko to, że umysły ku religii skierował, rozbudził przywiązanie do Kościoła, jużby nie można poczytywać wydawcy pisma za grzech, tych drobnych usterek, będących prostem odcinaniem się na napaści miejscowej prasy, w tym samym diapazonie, w jakim odzywają się napastnicy. Zresztą polemika ta toczy się [illegible] po za obrębem poważnych i głębokich artykułów tego pisma, które bezsprzecznie stoi ze wszystkich pism miesięcznych wychodzących czy w Warszawie, czy w Krakowie, czy we Lwowie, najwyżej — a to z tej prostej przyczyny, że ma grunt pod sobą, który daje siłę przekonań, i nieudaną miłość prawdy. Niesłusznie też autor *Listów o Galicyi* wyraził się z pewnem lekceważeniem i przycinkiem o duchownym redaktorze *Przeglądu*, powiadając, że pismo to „czuć sutanną“. Dziwi nas, jak bystry i inteligentny pisarz, mający dobry i delikatny smak w charakteryzowaniu osób politycznych, sądzący zdrowo o sprawach krajowych, mówiący z pewną czcią o tem, co wyższe i szlachetne, mógł kręcić nosem „na sutannę“. Przecież przypuszczać niepodobna, aby więcej miłym mu był zapach choćby najliberalniejszego żydka, niż suknia kapłańska, która dzięki Bogu, znajduje jeszcze u nas poszanowanie w narodzie.

Podnosimy to miejsce, raz z prawdziwego szacunku dla pisma, które niewątpliwe położyło zasługi, a następnie, że wycieczka ta przeciw *Przeglądowi Lwowskiemu* nie zostaje w ścisłej konsekwencyi z innemi poglądami autora noszącemi cechę zachowawczości.

Zastanawiając się nad ogółem przedmiotów dotkniętych lub szerzej obrobionych w *Listach o Galicyi*, przekonywamy się, że autor najszerzej rozpisywał się o sprawach krajowych, o sejmach, o posłach; następnie wiele listów poświęcił sztukom teatralnym, dając nawet ich rozbiory; nie pominął balów i zabaw towarzyskich; to lub owo natrącił o obrazach wystawy Towarzystwa Sztuk pięknych, mianowicie o pracach Matejki; przyciął Krakowianom i miastu za plotki i komeraże, za brak uprzejmości dla przybywających z innych prowincyj — a zapomniał o rzeczy, jak mniemamy wcale godnej uwagi, to jest o pracach Akademii Umiejętności, które chyba dla tego, że są ściśle naukowe, a tem samem nie popularne, nie zasłużyły sobie na jaką taką wzmiankę. Autor pisząc do Gazety wychodzącej w Warszawie, właśnie powinien był nacisk położyć na tę instytucyę, bodaj ze względu na nieprzychylne usposobienie dla niej rządu rosyjskiego. Podobnie jak o Akademii, nie rzekł ani słowa o literaturze w Galicyi, która bądź co bądź o wiele lepiej stoi, niż warszawska, nie żeby liczbą książek przewyższała ją, lecz tego zaprzeczyć trudno, iżby od czasu do czasu nie znalazło się jakie dzieło mające większą doniosłość czy historyczną, czy literacką, niż owe rzemieślnicze płody, któremi zasypują nas warszawskie wydawnictwa.

Zdaje się nam, że do dyagnozy ogólnej naszej prowincyi potrzebne było to uzupełnienie, choćby pominąć samo wymaganie ścisłości w wizerunku, to *jedynie z tej przyczyny, aby mieszkańcy Królestwa* porównywając siebie z Galicyą, nie mogli powiedzieć: „widać że i tam, prócz sejmikowania, tak samo pusto i głucho, jak u nas; lecz tu Moskale tłumią objawy życia; a tam choć nikt nie tłumi, sami żyć nie chcą.“ Przecież autor *Listów* nie miał zamiaru assymilować pod tym względem Galicyi z Królestwem, aby ją przedstawić uboższą na duchu bardziej podupadłą, niż jest w rzeczywistości. Jeżeli to zrobił przez ostrożność narażenia swego pisma na nożyce cenzury, to już dosyć było, kiedy ani słowem nie dotknął najważniejszej kwestyi, to jest ruskiej, a właściwie śto Jurskiej. Ustępstwo to dające się wytłumaczyć konieczną ostrożnością, nie zmuszało przecież rzucać niepochlebnego światła na jedyne znaczniejsze pismo w duchu katolickim, jakiem prawdziwie szczycić się może Galicya, a które nietylko czytane jest przez samych proboszczów, lecz i przez świeckie osoby pragnące gruntownie oświecać się w kwestyach religii, ażeby tem samem i w rzeczach polityki nie lecieć za wiatrem, lecz stać na pewnej podstawie. Sam autor listów wymieniając pisarzy zasilających *Przegląd Lwowski* wymienił takie pióra, jak Maurycego Dzieduszyckiego, X. Załęskiego, X. Goliana, Ludwika Dębickiego, a mógł był jeszcze dodać X. Morawskiego, Władysława Łozińskiego i innych, którzy nie przynieśli w niczem uszczerbku literaturze, lecz owszem pracami swemi wiele jej przyczynili świetności. Gdyby te *Listy o Galicyi* nie tak uroczym odznaczały się talentem, jak się odznaczają, pominęlibyśmy to, co nas w nich raziło — bo zapewne mniej byłyby czytane i poszukiwane; lecz że przeciwnie się dzieje, bo raz otworzywszy książkę oderwać się od niej nie można — więc wypadało wytknąć niedoskonałości tego portretu, który jest i bardzo podobnym, i niedość podobnym; dokładnym, i niezupełnym; przemawiającym i niedość mówiącym.

Być może, że autor nazwawszy te *Listy* 1-szą seryą — w drugiej doda, czego w pierwszej niedostaje, aby kronika ta była zupełnym pamiętnikiem swojego czasu. W każdym razie warto mu powiedzieć: „dziękujemy za **już**, prosimy o **jeszcze**.“

*) W Krakowie, nakładem Wł. Anczyca i Sp. Skład główny w księgarni Gebethnera. 1877.

wym. Herbst wytykał w swej mowie, że Bank narodowy austryacki postępował często z wielką bezwzględnością na ekonomiczne interesa społeczności. Wreszcie nadmienię, że wczorajsze rozprawy toczyły się pod wrażeniem wieści, iż w razie odmownej odpowiedzi, będzie rozwiązaną Izba i rozpisane zostaną nowe wybory.

O wniosku klubu postępowego wniesionym przez p. Sturma przy końcu posiedzenia partyi wiernokonstytucyjnej, tyczącego się zmiany ustawy w delegacyach wspólnych, później napiszę.

Wiedeń 26 lutego.

(n.) Dziś odbędzie się pod przewodnictwem cesarza rada ministrów, na której ugoda będzie ostatecznie załatwioną. Rząd austryacki uznał powziętą w sobotę uchwałę stronnictwa wiernokonstytucyjnego za dostateczną, aby wziąć na siebie odpowiedzialność co do punktu, który ministrowie węgierscy chcieli mieć zupełnie wyjaśnionym, zanim napowrót obejmą urzędowanie. Nie mniej także zdaje się, że i rząd węgierski nabrał pożądanego zaspokojenia co do tego punktu, albowiem faktem jest, że gabinet Tiszy zezwolił na powołanie siebie napowrót do życia i że ugoda w głównych swych zarysach jest dokonaną przynajmniej ze względu na oba rządy. Dowiaduję się, że uchwała sobotniej konferencyi nie mile dotknęła sfery kierujące. Długo się wahano czy ta rezolucya nader oględna, ze swemi zastrzeżeniami i pozostawieniem kwestyj otwartych, wystarczy do osiągnięcia celu, jaki miano przed oczyma. Dopiero kiedy zapoznano się z wywodami poszczególnych mówców, mianowicie zaś z mowami Brestla, Herbsta i Ed. Suessa, przestano się wahać, zaczerpnąwszy z nich podwójnie wzmocnione przekonanie, że w kwestyi otwartej mianowania wicegubernatorów można liczyć w Izbie deputowanych na znakomitą większość. Zapewnić mogę stanowczo, że nieprawdziwem jest doniesienie niektórych dzienników, jakoby ministrowie węgierscy przed objęciem napowrót urzędowania nalegali na to, aby ministrowie austryaccy w obecności cesarza w sposób stanowczy oświadczyli się za postulatem mianowania wicegubernatorów. Właśnie stało się przeciwnie, albowiem ministrowie austryaccy zaproponowali, iżby rozbiór tego punktu przeprowadzić wobec monarchy, kładli bowiem wagę na to, aby ministrowie węgierscy sami stwierdzili, która strona żądanie owo postawiła, czy istotnie było traktowane jako *conditio sine qua non* i czy to zapatrywanie utrzymuje się jeszcze. Ministrowie węgierscy podali też do protokółu, że żądanie to od nich wyszło i że od niego nie odstępują.

Warszawa 20 lutego.

(f.) Goniec Urzędowy z d. 3 lutego zaprzecza wieściom zagranicznych dzienników o strasznem niby położeniu armii kiszeniewskiej. Chorych, według tegoż *Gońca*, znajduje się wszystkich 1889, czyli 1 na 100. „Chorób epidemicznyah niema i nie było, do skarg niema powodu i pragnąć tylko potrzeba, ażeby na przyszłość procent chorych nie podniósł się zbyt wysoko“.

Tymczasem *Goniec Lekarski* z tejże samej prawie daty donosi o epidemiach jakie grasują w południowo-zachodnich guberniach, pomiędzy któremi wymienia Bessarabię, gdzie według tegoż *Gońca* stan sanitarny jest zatrważający. Oprócz różnych zabójczych chorób, na samą *diphteritis* umiera 50 do 60 na 100.

Któremu z tych dwóch urzędowych dzienników wierzyć? My wiemy tylko tyle, że chorych z Bessarabii przewieziono tysiącami do różnych miast a nawet i do Warszawy. Zapewne więc *Goniec Urzędowy* wspomina tylko o chorych znajdujących się w samym Kiszeniewie, po odtrąceniu wywiezionych do innych szpitali.

Z podanego wyżej stosunku chorych do zdrowych przekonać się można, że armia naddunajska liczy 188,900 ludzi; jakkolwiek w rzeczywistości cyfra ta jest przesadną. Niedostatek żywności i ciepłych ubrań srodze dotąd czuć się tam daje. Drożyzna niezbędnych artykułów do życia nie praktykowana w tamtych okolicach — tak przynajmniej wszystkie listy i przybyłe z tamtych stron osoby utrzymują. Syberyjskie oddziały kozaków już wyruszyły w pochód. Dwie sotnie Zabałkajskoj Obłasti są już w marszu od końca stycznia i staną w Semipołatyńsku, zbornym punkcie, gdzie się wszystkie oddziały mają skoncentrować — ztamtąd część wyruszyć ma do Taszkientu — a reszta pozostanie w rezerwie. Oficerowie i prości kozacy na każdym etapie rozprawiają o wojnie — nie wiedzą jednak gdzie i z kim się bić mają.

W sprawach naszych wewnętrznych nic się nie zmieniło. Wiadomo, że władze cywilne gwałtem zmuszały unitów do spełniania obrządku chrztu w cerkwiach schizmatyckich. Cztery miesiące temu w powiecie Bialskim zmuszani do tego siłą w jednej parafii chłopi rzucili się na policyą i żandarmeryą — po krwawej rozprawie, Naczelnika powiatu i straży ziemskiej pozostawiono na wpółmartwych na placu. Śledztwo wykryło winnych. Ukarano ich zesłaniem do ciężkich robót. Opór jednak w chrzczeniu dzieci w cerkwiach nie ustawał. Chłopi odwoływali się do sądów — wskutek tego gubernator polecił jednę z podobnych spraw oddać na drogę sądową. Sumienny sędzia pokoju sprawę odrzucił, utrzymując, iż w ustawie nie znalazł żadnego artykułu zmuszającego rodziców do chrzczenia dziecka. Naczelnik przedstawił o tem raport do gubernatora — gubernator odniósł się do hr. Kotzebuego, ten znowu do Petersburga. Ministeryum sprawiedliwości przysłało kilku sądowników, którzy rozpatrzywszy sprawę, potwierdzili decyzyę sędziego pokoju. Na naleganie administracyi miejscowej przysłano nową komisyę z Petersburga, która zadecydowała, że sprawy unickie nie podlegają zwyczajnym sądom, a ostatecznie bez apelacyi rozstrzygane być mają przez władze administracyjne!...

Wszystkie wieści o powiększeniu liczby godzin języka polskiego w szkołach (dotąd jedna godzina na tydzień w języku polskim i to nie obowiązująca) o zmianach w administracyi i sądownictwie na naszą korzyść nie zdają się być uzasadnione.

W zeszłym tygodniu prezes sądu handlowego ogłosił, że tylko święta prawosławne w sądach są obowiązujące — a w gmachu Banku polskiego dawny herb Królestwa — to jest orzeł rosyjski dwugłowy z białym orzełkiem polskim na piersiach został wyrzucony i zastąpiony przez dwugłowego orła czarnego ze św. Jerzym na koniu. Dziecińśtwo to, a jednak służy za dowód, że i w drobiazgach rosyjskie władze chcą zatrzeć wszelki ślad dawnych wspomnień.

W tych dniach wywieziono z cytadeli warszawskiej Podgórskiego Bolesława do gubernii Archangielskiej. Podgórski były oficer rosyjski miał udział w powstaniu, wyszedł za granicę i pracował później w Galicyi przy kolei żelaznej. Od lat 4 zdał się na łaskę i powrócił do Królestwa. Po odbyciu kilkodniowej rekolekcyi w cytadeli, został wypuszczony, następnie w miesiącu wrześniu r. 1875 przyaresztowany i po 16 miesiącach więzienia, wywieziony.

Obecnie w cytadeli znajduje się jeszcze Karol Krysiński były dowódzca oddziału, zdał się również na łaskę i niełaskę i po długim pobycie w więzieniu, prawdopodobnie tam umrze — chory na suchoty — prócz tych biedaków znajdują się tam jeszcze: Żejdeman, Górecki, Łaski Zdzisław, Milewski Julian Krajewski, Banach Andrzej, Barzkowski, Bartkiewicz, Skopion czy Skopin oficer rosyjski (obłąkany) i kilku jeszcze innych.

W małem miasteczku Nasielsku zdarzenie na pozór drobne, ważne pociągnęło za sobą skutki niejakiej doniosłości dla całej parafii. We wsi Brańszczyku okradziono kościół. X. dziekan w Nasielsku z obawy, żeby coś podobnego nie przytrafiło się i z kościołem Nasielskim postanowił wszystkie kosztowności przewieść do kościoła w Pułtusku. Po zapakowaniu kosztownych przedmiotów kościelnych, kiedy już je miano układać na wozy, zbiegli się parafianie z miasteczka i z okolicznych wiosek i wzbronili wywiezienia zapakowanych skrzyń, utrzymując, że wszystkie utensylia kościelne pochodzą z ofiar parafian i że X. dziekan, zacny i poczciwy zresztą staruszek, nie ma prawa rozporządzać niemi. Parafianie podejrzywają, że X. dziekan chciał kosztowności sprzedać, a pieniądze ofiarować Cesarzowi na wojnę. — Kilka dni skrzynie zdjęte z wozów leżą pod kościołem, pilnowane przez parafian, którzy niedozwolili księdzu wnieść je na powrót do kościołą, utrzymując, że zostały sprofanowane i że tylko biskup przy stosownym ceremoniale i poświęceniu może te święte przedmioty napowrót do kościoła wstawić. W zeszłą niedzielę sprawa ta jeszcze rozstrzygniętą nie została.

Kraków 27 lutego. Odbieramy następujący list z prośbą o sprostowanie, który tem chętniej zamieszczamy, iż doniesienie było w sprawozdaniu z Izby deputowanych, nie mogliśmy więc rozróżnić czy jest prawdziwe, czy błędne:

W Nrze 45 *Czasu* mylnie doniesiono o mem głosowaniu w sprawie wydawnictwa ksiąg ludowych, tak w tej bowiem, jak i w sprawie wniosku deputowanego Dra Haase głosowałem w ten sam sposób, co i członkowie Koła polskiego, bo tak mi nakazywało moje przekonanie.

Wiedeń 26 lutego 1877.

Hr. Mieroszowski.
Poseł gmin. Krak. Chrzan. i Wieliczki.

Wiedeń 26 lutego. Korespondenci nasi wiedeńscy wyczerpują zupełnie wszelkie wiadomości o przebiegu sprawy ugodowej, a w listach ich mieszczą się szczegóły, których nie znajdujemy w dziennikach wiedeńskich. Nic więc w tej kwestyi dodać nie możemy. Z konferencyi sobotniej wiernokonstytucyjnych, której poświęciliśmy wczoraj kilka słów na innem miejscu, przytoczyć nam wypada jeszcze wniosek dep. Sturma o zmianę ustawy o delegacyach wspólnych, stanie on się bowiem niezadługo przedmiotem dyskusyi publicznej. Wniosek ten brzmi:

„Zważywszy, że bliskie odnowienie ugody gospodarczej i finansowej pomiędzy Austryą i Węgrami, nagląco wzywa także do zbadania kwestyi, czy instytucye do traktowania spraw wspólnych zostają w należytym stosunku do opłat podatkowych i obciążenia obu połów monarchii, a w szczególności, czy odpowiadają uprawnionym interesom Austryi; zważywszy dalej, że stworzona w r. 1867 przez Węgry, jako ustępstwo dla Austryi, a przez austryacką Radę państwa jako fakt dokonany przyjęta instytucya delegacyj w swej teraźniejszej formie, po dziesięcioletniem doświadczeniu, okazała się niezdolną do dostatecznego zapewnienia wpływu uprawnionego reprezentacyi austryackiej na traktowanie spraw wspólnych, szczególnie zaś na kierownictwo polityki zagranicznej i na uchwalanie budżetu wojennego; zważywszy nadto, że przeniesienia obrad i uchwał co do spraw wspólnych na parlamentarny organ centralny dla Austryi i Węgier, teraz nie można osiągnąć; zważywszy, że prawo ustawodawstwa co do spraw wspólnych służące austryackiej Radzie państwa, na mocy ustawy z 21 grudnia 1867 S. 146 Dz. pr. p. § 6, przeniesione zostało na delegacye tylko do wykonania, oraz, że przez równie Radzie państwa przysługującą zmianę tej ustawy, wpływ decydujący na traktowanie spraw wspólnych bez zmiany istniejących podstaw konstytucyjnych może być Radzie państwa znów powróconym, zważywszy wreszcie, że godzi się, aby przed prawodawczą w tej mierze uchwałą, dążyć do porozumienia się z Węgrami względem zmiany traktowania spraw wspólnych, odpowiadającej interesom obu połów monarchii — podpisani czynią następujący wniosek:

Izba deputowanych zechce uchwalić: „Wzywa się ces. król. rząd, aby z powodu zamierzonego odnowienia ugody finansowéj i ekonomicznéj między Austryą i Węgrami zechciał także rozpocząć rokowania z królewskim rządem węgierskim o odpowiednią zmianę formy obrad nad wspólnemi sprawami i jeszcze podczas téj sesyi wniósł do konstytucyjnego traktowania projekt ustaw, według których bez naruszenia podstaw konstytucyi zmienioną by została ustawa z 21go grudnia 1867 (Nr 146 Dz. P. P.) odnosząca się do spraw wspólnych wszystkich krajów austryackich i do sposobu obradowania, a to w ten sposób, żeby służące Radzie państwa prawo ustawodawstwa przeniesione zostało od 1go stycznia 1878 znów bezpośrednio na nią samą bez wysyłania delegacyj i bez potrzebnych może obrad przygotowawczych w celu osiągnięcia zgodnych uchwał, z zachowaniem zasady mniejszych cyfer (§ 13 ust. zas. z 21 grudnia 1867 L. 131 D. P. P.) wybranych w tym celu komisyj autryackiéj Rady państwa (sejmu węgierskiego).“

Sprawa wschodnia.

Z *Księgi błękitnej* wyjmujemy następującą depeszę:

Lord Derby do p. Lumlay posła angielskiego w Bruksselli:

Ministerstwo spraw zewnętrznych 26 grudnia 1876 r.

„Panie! Baron Salvyns oznajmił mi dzisiaj, że wice-hrabia d'Aspremont-Lynden polecił mu zrobić następujące uwagi, odnośnie do projektu okupacyi Bułgaryi przez wojska belgijskie. Wyrażają one według jego oświadczenia, zapatrywania gabinetu belgijskiego potwierdzone przez króla. Belgia z osobistego punktu zapatrywania jest zadowoloną z swego losu i nie widzi się obowiązaną do przyjęcia roli wmięszania się w sprawy nie obchodzące jéj bezpośrednio i niezamierza tego uczynić. Taką polityką kierowała się dawniej i będzie się w przyszłości kierować gdyż uwzględni tylko swoje wyłączne cele i interesa. Jeśli jednak ma stanąć wobec jednogłośnej prośby mocarstw, żądających od niej z zgodą Porty usługi, którą użyczyć jest w stanie, to z całą troskliwością i uwagą postara się o zbadanie przedłożonego wniosku, gdzie tu o rozstrzygnięcie czy projektowana kombinacya pociągnie za sobą praktyczne i skuteczne następstwa: czy środki wyjątkowe nie przekroczą granic, do trzymania się których Belgia jest obowiązaną; czy w ogóle wszystkie te układy posiadają zupełną rękojmie. Można swobodnie i bez bojaźni narażenia rozsądnej drażliwości powiedzieć, że niepozwala się swoim poddanym narażać się na przygody, które się muszą skończyć katastrofą. Należałoby także zastanowić się nad sprawą gdyby rzeczywiście powstała, czy obowiązek asystowania przy utrzymaniu pokoju powszechnego, mógłby na nią samą być nałożonym i przez nią samą wypełnionym. Odpowiedziałem że wnioski konferencyi nie zostały dotąd przez Portę przyjęte a odrzucenie tychże całkowite lub częściowe jest niestety możebnem, na razie nie jest potrzebnem więcej robić jak obiecywać, że uwagi jego rządu, odnoszące się do Belgii będą troskliwie uwzględnione.“

Wyjmujemy w dalszym ciągu następującą depeszę z *Księgi błękitnej*:

Dnia 3 stycznia lord Derby przesłał następującą depeszę do lorda Lyonsa w Paryżu:

„Milordzie! Poseł francuski odwiedził mnie dziś po południu i życzył sobie dowiedzieć się w imieniu swego rządu, jaką odpowiedź zamierzam udzielić na uczynioną przez Włochy propozycyę, aby w razie gdyby Turcya odrzuciła wnioski konferencyi, pełnomocnicy nie rozjeżdżali się, lecz opuścili Konstantynopol i przenieśli swe obrady do innego miejsca po za Turcyą leżącego. Orzekłem, że o myśli tej dopiero wczoraj słyszałem dyskusyę, i że nie wiem jeszcze, jak się wogóle zapatrują na nią inne mocarstwa. Mogłem więc wskutek tego wyrazić tylko, moje osobiste zapatrywanie, a mnie projekt ten zdaje się niepraktycznym i bez najmniejszego pożytku. Rząd Jéj Kr. Mości sprzeciwiał się od początku konferencyi w sprawach tureckich, na którejby nie był obecny reprezentant Porty. Prócz tego niewiadomo jeszcze, jakie zadanie miałaby tu na nowo wskrzeszona konferencya. O uzyskaniu zgodności mocarstw nie może być mowy, bo zgodność ta istnieje, ani także o użyciu środków gwałtownych względem Porty, gdyż przeciw tym Anglia wyraźnie zaprotestowała. Cóż więc miałoby stanowić rezultat tych posiedzeń? Jako trzeci zarzut przeciw temu planowi dodałem, że reprezentant angielski na konferencyi jest członkiem rządu i szefem jednego departementu państwowego i dla tego nieobecność jego w Anglii nie może być bezpodstawnie przedłużaną.“

Dzieniki rosyjskie niecierpliwią się niezmiernie, że rządy europejskie nie dają dotychczas odpowiedzi na znaną notę dyplomatyczną ks. Gorczakowa w sprawie wschodniej. Zwłoka ta ze strony mocarstw europejskich daje pochop dziennikom rosyjskim do licznych wycieczek przeciw polityce zachodniej, których ton gniewny i namiętny daje miarę, jak dalece pożądanem jest dla Rosyi wyjście z tej niepewności w której milczenie mocarstw pozostawia ją dotychczas. Obok tego czyni też dziennikarstwo rosyjskie rozmaite domysły i otrzymuje jakoby różne wiadomości o tem, jak zamierzają odpowiedzieć rządy na notę ks. Gorczakowa. Oto najświeższa wersya owych wiadomości, którą podaje półurzędowy organ ministerstwa spraw wewnętrznych *St. Piet. Wiedomosti*, ręcząc za wiarogodność zródeł, z jakich ją czerpie. Poufna zamiana myśli między rządami europejskiemi co do treści odpowiedzi, mającej być przesłaną do Petersburga już jest ukończoną i odpowiedź urzędowa wkrótce będzie daną. Rządy zgodziły się na jedno; a mianowicie: że od czynnej interwencyi do spraw wschodnich należy się powstrzymać wszystkim „do pewnego czasu“; w razie nawet gdyby Rosya zdecydowała się sama na zbrojną wyprawę do Turcyi mocarstwa nie będą się jej sprzeciwiały, co wszakże nie ma wcale znaczyć, że Europa daje pełnomocnictwo Rosyi do działania w jej imieniu. Neutralna postawa Europy ma być zachowywaną aż dotąd, póki Rosya jakimkolwiek śmiałym krokiem nie zechce zmienić teraźniejszego ustroju państwowego na Bałkanie w sposób niebezpieczny dla Europy, lub nie odpowiedni jej interesom. Naonczas mocarstwa pozostawiają sobie prawo działania tak, jak uznają to za lepsze. Zgadza się to z tem co kilkakrotnie w tej mierze donosiliśmy.

O takiem postanowieniu mocarstw czynią uwagę *St. Piet. Wiedomosti*, że dwuznaczność i nieokreślony charakter odpowiedzi mocarstw, jeżeli rzeczywiście w takim duchu będzie udzieloną, nie może w żaden sposób zadowolnić Rosyi, ponieważ niepodobna przewidzieć, jakie mianowicie zmiany, które Rosya może dopełnić na półwyspie Bałkańskim, nie podobają się Europie, a jakie przypaść jej mogą do gustu? czyli inaczej: który krok ze strony Rosyi może ją narazić na wojnę z mocarstwami europejskiemi, co tem trudniejszem jest do przewidzenia, że każde z mocarstw stać będzie na straży coraz innych tak zwanych „interesów własnych“, a dogodzić wszystkim nikt niepotrafi. „Słowem“ — kończy dziennik petersburski — „Europa chce nam udzielić odpowiedzi, która dałaby się streścić w słowach następujących: „Czyń sobie, Rosyo, co ci się podoba, lecz wiedz, że w danej chwili (to jest — kiedy się nam podobać będzie) przyjdzie ci mieć do czynienia nie z Turcyą, lecz z nami: rozważ więc, że każdy krok stanowczy zgubnym dla ciebie być może“.

Tak postawiona kwestya przyprowadza prawie do rozpaczy dziennik półurzędowy rosyjski. Niewdaje się on bowiem tym razem, jak to czynił dotychczas w rady, jak Rosya ma postąpić w podobnym położeniu nie daje *votum* zaufania „niewyczerpanym zasobom sił patryotyzmu krajowego“, pod osłoną którego (jak utrzymywał nieraz) żadnych koalicyi Rosya się nie obawia, — lecz woła: „O, kiedyż Europa poczuje się do obowiązku szczerego zaopiekowania się losem nieszczęsnych Słowian i nas, jedynych rzeczników i obrońców ich sprawy, przestanie uważać za swych wrogów?!“

— Wyczytujemy następującą wiadomość w dzienniku półurzędowym *St. Piet. Wiedomosti*, o rozmowie, jaką miał jen. Ignatiew z hr. Andrassym w Wiedniu. Poseł Rosyjski zadał ministrowi austryackiemu pytanie: „Co Austrya teraz zamierza czynić?“ hr. Andrassy oświadczył, że nie może dać odpowiedzi kategorycznej, ponieważ nie chce działać oddzielnie od Europy, musi więc naprzód dowiedzieć się o postanowieniu innych mocarstw. Jednakowoż na ponowne a usilne żądanie Ignatiewa hr. Andrassy wynurzył się nareszcie: „Że w razie wojny rosyjsko-tureckiej Austrya pragnie i może zachować „do jakiegoś czasu“ (*vorläufig*) neutralność, jeżeli na jej granicach będzie panował spokój“. Wówczas Ignatiew domagał się wyjaśnienia słowa: do jakiegoś czasu“, t. j. przy jakich mianowicie okolicznościach neutralność ze strony Austryi będzie zerwaną? Lecz wszelkie usiłowania Ignatiewa były bezskuteczne: hr. Andrassy nie udzielił odpowiedzi jaśniejszej.

Dziennik petersburski wyprowadza ztąd wniosek, jak się wyraża „niezbyt pomyślny dla Rosyi“, że neutralność Austryi wcale nie będzie bezwarunkową — i zarazem udziela wiadomości, że właśnie o warunki neutralności odbywają się teraz rokowania pisemne nietylko między Wiedniem a Petersburgiem, lecz nawet między Petersburgiem, Wiedniem i Berlinem. Pragną też, aby Anglia przyjęła udział w tych rokowaniach; w taki więc sposób trzy mocarstwa, zgadzając się na wojnę Rosyi z Turcyą i zapewniając Rosyi neutralność, wymagają nawzajem od niej pewnych rękojmi, że prócz zapewnienia ulg Słowianom Bałkańskim Rosya innych celów sobie nie zakreśli i nieposunie się aż do zaprowadzania zmian kardynalnych w ustroju państwowym cesarstwa Ottomańskiego“.

Od uwag wszelkich nad tym przedmiotem dziennik rzeczony powstrzymuje się zupełnie, upewniając tylko, że wiadomość powyższą z dobrego posiada źródła.

— W innem miejscu tenże sam dziennik w następujący, dość charakterystyczny, sposób określa teraźniejszą postawę mocarstw, europejskich do Rosyi w obec ewentualności czynnego wmięszania się jej do spraw wschodnich: „Milczenie Prus, nieprzyjaźń Austryi, groźna neutralność Anglii, bezwładność Francyi i chwiejność Włoch, — oto z jakiemi żywiołami zmuszoną będzie walczyć Rosya. Położenie nie do zazdrości! Z tego też możemy stworzyć sobie pojęcie o przyszłych odpowiedziach mocarstw na notę księcia Gorczakowa: Anglija odpowie chwiejnie; ze strony Austryi można na pewno czekać stanowczej odmowy przyłączenia się do jakichkolwiak czynności przeciw Turcyi; Prusy powiedzą, że ponieważ najmniej są zainteresowanemi w sprawie wschodniej, nie mogą zatem wystąpić naprzód, lecz gotowe są działać zgodnie z innemi mocarstwami; Francya, czując się bezsilną, od wszelkiego czynu uchyli się zgoła; Włochy zaś nie zechcą oddzielić się od innych mocarstw, uważając sojusz z Rosyą za zbyt dla siebie ryzykowany“.

„Trzeba przyznać — kończy dziennik wspomniony — że położenie nasze wcale nie jest pomyślnem; chociaż znów, z drugiej strony, żadne mocarstwo (oprócz może jednej Austryi) nie może stanąć jawnie po stronie Turcyi a przeciw nam, za to jedynie, że Rosya pragnie wykonać nad Turcyą wyrok, uchwalony przez wszystkie mocarstwa“.

Znów tedy spotykamy się ze zdaniem: „że Rosya czuje się być umocowaną przez Europę do wykonania jej uchwał.“

— Wiadomości, otrzymane z Turcyi przez dzienniki rosyjskie, są niezmiernie niepokojące; to też dzienniki owe wróżą ustawicznie „nowe katastrofy,“ które przyspieszą rozstrzygnienie sprawy wschodniej i wraz z niem — ostateczny upadek strupieszałego Cesarstwa Osmanów.“ *Nowoje Wremia* powiada, że trzeba być chyba ślepym, aby nie widzieć, że Turcya chyżym krokiem dąży do ostatecznej zguby, i — co gorzej — że „konwulsyjna agonia Cesarstwa Ottomańskiego wywoła takie katastrofy i klęski straszliwe dla ludności chrześciańskiej Bałkanu, na które Europa, a Rosya tembardziej, nie będą w stanie patrzeć z krwią zimną, jeżeli wyrazy „cywilizacya“ i „ludzkość“ mają jakiekolwiek znaczenie i nie są pustem, lub fałszywem brzmieniem.“

Takie jest zdanie organu partyi umiarkowanej rosyjskiej, które ten dziennik motywuje następnie wiadomościami, otrzymywanemi z Turcyi. Twierdzi więc, że wieść o chorobie umysłowej, której podlegać zaczyna Sułtan Hamid, zdaje się być niewątpliwą, „ponieważ głoszą o tem zupełnie zgodnie wszystkie dzienniki europejskie, najlepiej informowane, jak również i korespondencye nasze prywatne, za wiarogodność których i pewność ich źródeł ręczyć możemy śmiało.“ Dalej dziennik rzeczony utrzymuje, że choroba Hamida pociągnie za sobą wkrótce przemianę całego ustroju państwowego w Konstantynopolu. Największe niebezpieczeństwo jednak takiego stanu rzeczy da się uczuć nie w samym Konstantynopolu, lecz w oddalonych od stolicy prowincyach chrześciańskich, których ludność może być bronioną przeciw wybuchom dzikiego fanatyzmu Muzułmanów, tylko przez rząd silny, zdolny czuwać nad ścisłem i energicznem wykonaniem przepisów, rozciągających opiekę nad Chrześcianami. Z tego też względu — zdaniem dziennika rzeczonego — daleko lepszym dla chrześcian, bo przedstawiającym więcej rękojmi bezpieczeństwa — byłby rząd najnieprzychylniej nawet dla nich usposobiony, lecz silny i energiczny, niż rząd słaby i bezładny, jaki jest dzisiaj, a który pogorszy się jeszcze i zmieni na zupełną anarchię, skoro rozwinie się i wzmoże umysłowa choroba Sułtana. Już i teraz wieści, jakie dziennik rosyjski otrzymuje z Turcyi, zatrważające są bardzo. Żołnierze tureccy, którym wypłacają żołd pieniędzmi papierowemi, niemającemi żadnej wartości i niekursującemi zupełnie, pozbawieni zgoła środków do życia, poczynają rabować chrześcian, zabierając im nietylko wiktuały, lecz nawet wszystko, co się da spieniężyć. W ten sposób rabunek już dziś staje się uprawnionym przez rząd i przybiera coraz szersze rozmiary. Im gorszym staje się stan finansowy Cesarstwa ottomańskiego, tem niebezpieczeństwo dla ludności chrześciańskiej jest groźniejszem i większem. A że finanse tureckie są w upadku ostatecznym — o tem dziennik wspomniony nie wątpi, otrzymał bowiem wiadomości, że kapitały, pozostałe po śmierci Abdula Azisa, jakkolwiek starano się zmniejszyć ich doniosłość, były bardzo znacznemi, bo do tej pory rząd turecki opędzał niemi wszelkie potrzeby krajowe i wojenne; teraz zaś te kapitały wyczerpały się zupełnie, tak, że rząd tolerować musi rabowanie chrześcian przez żołnierzy, tym tylko bowiem sposobem będzie w stanie zadośćuczynić bieżącym potrzebom wojska i powstrzymać je od jawnego rokoszu.

Takich to wiadomości z Turcyi udziela *Nowoje Wremia*. Czy są one prawdziwe, czy przesadne? W każdym razie jednak są tendencye, bo mają na celu oswojenie opinii publicznej rosyjskiej z myślą, że upadek Turcyi jest nieuniknionym, i że wojna rosyjsko-turecka, stać się może konieczną dla zasłonięcia ludności chrześciańskiej.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 27 lutego. Zapowiedziany na wczoraj w sali hotelu saskiego koncert p. Josseffego, nie przyszedł do skutku. Jest to pierwszy może u nas przykład lekceważenia publiczności, która nie uprzedzona wcześniej, jak to zwykle bywa, plakatami o odwołaniu koncertu, dowiadywała się dopiero o tem od portyera hotelu.

— Dziś rozpocznie się o godzinie 6ej minucie 49 wieczorem zaćmienie księżyca, o którem dawniej szczegółowo zawiadomiliśmy czytelników. Pogoda, która trwa dotąd chociaż przemiennie, zapowiada, że będzie można dokładnie przypatrzeć się temu fenomenowi.

— Wczoraj o godz. 7¾ wieczór wybuchł pożar na Nowej Wsi w domu pod L. 27 stojącym przy drodze do Łobzowa, własności Józefa Brożka. Do ratowania przybył oddział miejskiej straży pożarnej z Krakowa i sikawka z Krowodrzy. Mimo, że wiatr był dość silny, ogień rychło stłumiono, tak, że spalił się tylko dach domu. Na miejscu pożaru był obecnym prezydent miasta Dr Zyblikiewicz. Publiczność znajdująca się w sali redutowej na koncercie Towarzystwa muzycznego, usłyszawszy trąbkę straży ogniowej, która tamtędy pędziła, zerwała się z miejsc swoich, sądząc, że ogień powstał w pobliżu, lecz w krótce uspokojono ją. Straż ogniowa powinnaby zwrócić na to uwagę ze względu na liczniejsze zebrania publiczności. Dziś zaś o godzinie wpół do 3ej rano, powstał ogień na Wolnicy w handlu korzennym Zygmunta Mahlera, w domu pod L. 14 i zgorzała tam część towaru. Straż pożarna miejska stłumiła ogień, który prawdopodobnie powstał od zapałek przytykających do ściany ogrzanej.

— Pod cyfrą W. otrzymaliśmy 50 złr. dla weteranów polskich zakładu św. Kazimierza w Paryżu, 5 złr. dla biednych włościan z Jasielskiego, którzy powrócili z Ameryki, 2 złr. dla p. B. Z. Stęczyńskiego i 7 złr. 74 cent. na pogorzelców m. Bursztyna.

— Szkoła miejska św. Floryana na Kleparzu już przed paroma laty, z daru pewnego obywatela, przyszła do posiadania pięknego zbioru minerałów krajowych; obecnie X. J. Lambert i p. Ant. Komorowski kilkudziesięciu książkami zbogacili biblioteczkę tej szkoły.

— Lubo nie ma u nas jeszcze stowarzyszenia opieki nad zwierzętami, wszelako nie powinny uchodzić bezkarnie wypadki pastwienia się nad zwierzętami, które zbyt często są powodem skarg, a nawet zajść gorszących. Dziś o 9ej rano w ulicy Mikołajskiej oprawca Maciej Kubicki schwytał psa żółtego i wlókł go na stryczku przez ulicę aż do daleko stojącego wózka, a gdy obecni wyrażali oburzenie swoje, zwymyślał ich. Tymczasem pod jatkami Dominikańskiemi uwija się codziennie wielka liczba dużych psów na plantacyach bez kagańców, na postrach przechodzących tamtędy do szkoły dzieci, lecz oprawca nie ukaże się tam wcale.

— N. Pan udzielił z własnej prywatnej szkatuły zapomogi w kwocie 500 złr. pogorzelcom miasteczka Bursztyna.

— **Z pod Biecza** dnia 24 Lutego.

Nie do uwierzenia, a przecież prawdziwe! Słyszeć z milę tylko odległej stacyi kolejowej, świst lokomotywy i turkot przechodzących wagonów, a nie być w możności dojechania do takowej! W takiem położeniu znajdujemy się w tutejszej okolicy między Bieczem, a stacyą Boguniowice-Ciężkowice, nie mając prawie żadnej, a przynajmniej bardzo lichą drogę, łączącą te dwa punkta ze sobą, w ostatnim czasie, przy niezwykłej rozcieczy, nie możemy dojechać do stacyi, bo jeżli nie błota, to znów zaspy śniegowe nie do przebycia, tamują wszelką komunikacyę między owemi miejscami. W dalekim planie jest podobno na porządku owa droga w Wydziale Rady pow. gorlickiej, ale gdyby to nawet i przyszło do skutku, nie unwiele się przyda, jeżli jak dotąd rozbijać się będzie o niechęć Grybowskiej Rady powiat., która tylko przez jedną gminę Ostruszę, tuż pod Ciężkowicami ma obowiązek, jeżli już nie przeprowadzenia jakowejś dostępniejszej drogi, to przynajmniej utrzymania dotychczasowej w stanie zdatnym do komunikacyi publicznej, a nic nie przedsiębierze, mimo kilkakrotnego wzywania przez Radę pow. Gorlicką. W gminie bowiem Ostruszy droga niedozorowana — i prawie nigdy niepoprawiana, znajduje się w stanie tak opłakanym, że nie mówię dla wozów ciężarowych, ale dla najlżejszych wózków jest prawie nie do przebycia. Byłoby to przeto i dla okolicy bardzo pożądanem, a dla kolei Tarnowsko-Leluchowskiej korzystnem, gdyby także Dyrekcya kolei zechciała ze swej strony poczynić stosowne kroki, gdzie należy; a wówczas okolica Jasła, Żmigrodu, Dukli przez należytą komunikacyę Biecza z stacyą Boguniowice Ciężkowice wieleby na tem syskała. Dotychczas bowiem z przyczyny niedostępnej komunikacyi okolice powyżej wymienione zmuszone są udawać się do stacyi Dębicy, Czarny lub nawet Tarnowa.

— Donosiliśmy w piśmie naszem, że X. B. Csaplar (Buda-Pest IV Karület Varoschazter) kończąc napisane przez siebie dzieje Pijarów w Węgrzech, potrzebuje różnych szczegółów tyczących się historyi tego zakonu w Polsce. Obecnie dowiadujemy się, że X. Csaplar gotów jest posłać pytania swoje (po łacinie zredagowane) tym, którzyby objawili chęć pomagania mu, dostarczeniem polskich źródeł.

— Berlińska *Volks-Ztg* podaje szczegóły o prywatnem życiu Edhema baszy teraźniejszego w. wezyra, a dawniej ambasadera w Berlinie, zaczerpnięte od rodziny, z którą tenże żył na stopie poufałej. Jest on ścisłym wyznawcą mahometanizmu i nigdy nie miał więcej nad jednę żonę. W Berlinie żył bardzo skromnie i prawie się tylko naukom poświęcał. Podczas 8-letniego swego pobytu w Paryżu, badał górnictwo i koleje żelazne i wydał w tym przedmiocie kilka gruntownych dzieł w języku ojczystym. Edhem jest człowiekiem bardzo wykształconym, a przytem skromnym i zdrowego sądu. Żony nie miał przy sobie w Berlinie, lecz 14-letniego najmłodszego syna, który był w Berlinie na pensyi u pastora ewangielickiego, dla nauki języka niemieckiego, rysunków, gimnastyki i tańca. Ostatni szczególnie zajmował młodzieńca dobrze wychowanego, który w Berlinie powszechnie się podobał. Teraz oddaliwszy się z Berlina pisuje on listy do swoich kolegów i koleżanek. Gustował bardzo w dziewczętach berlińskich, ale „żonę, mówił, wyszuka mi moja matka, byle tylko nie była garbatą“. W Konstantynopolu prowadzi Edhem dom patryarchalny i wszystkie dzieci z rodzicami swemi mieszkają z nim razem.

— Gdy pociąg drezdeński w d. 15 b. m. o godzinie 9ej zrana wjeżdżał do dworca kolejowego w Lipsku, spostrzegli zdumieni podróżni niedźwiedzia spacerującego po pustym peronie. Pociąg przejechał przez dworzec, lecz gdy zagrzmiał strzał na peronie, znów się cofnął i wtedy rzecz się wyjaśniła. W pobliskiej oberży nocował impresario niedźwiedzia, który znalazł sposobność wymknąć się nad ranem i właśnie odbywał przechadzkę po peronie, gdy pociąg nadjechał. Sądząc że to dziki niedźwiedź, uciekli wszyscy z peronu, a żandarm obecny właśnie, pobiegł do izby inspekcyjnej i ztamtąd tak dobrze wziął na cel niedźwiedzia, że mu kulą przeszył głowę i natychmiast trupem położył. Właściciel niedźwiedzia przybiegł co tchu na odgłos strzału, lecz już było za późno aby swego karmiciela od śmierci ocalić.

TEATR. We wtorek dnia 27go lutego: Po raz trzeci: Przysłowie w 1 akcie Aleksardra hr. Fredry: *Z jakim się wdajesz, takim się stajesz.* — Jedna scena — Aleksandra hr. Fredry: *Swieczka zgasła.* Komedya w 1 akcie — pp. H. Meilhac i L. Halévy: *Klucz Metelli.* — Początek o godz. 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dni powszednie 30 centów.

— Dnia 26go lutego pochmurno; termometr od 12.

Nr 50. Kraków, 3 Marca — Sobota. **Rok 1877.**

CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ 24	„ 6	„ 2·50
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują:
W Krakowie: Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księg. p. S. A. Krzyżanowskiego, handel dawniej Dworskiego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: we **Lwowie** W. Piątkowski ul. Hetmańska 10; w **Paryżu** wyłącznie p. Adam Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daubé & Comp. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Comp.

Ogłoszenie przedpłaty.

Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem na miesiąc Marzec . . . . „ 2·50
Od 1go Marca do końca Czerwca . „ 8·—

Kraków 2 marca.

Zbliża się wreszcie do końca długa i nużąca już epoka rokowań austro-węgierskich. Odnowienie ugody z 1867 w zasadzie jest zapewnionem; wszystkie trudności zdają się być usunięte i różnice wyrównane. Ale dwa gabinety nie nabrały wśród tych sporów siły, nie wychodzą z nich tak zwycięzko, jakby na pozór sądzić można. Przeciwnie, epoka przesileń ministeryalnych i walk parlamentarnych nie zamknięta, raczej otwierać się dopiero zdaje.

Nadużyto z obu stron sprężyn, śrub i kółek machiny parlamentarnej, chcąc wywołać nacisk dla przeprowadzenia zamierzonych celów, lub się nim osłonić, cofając się i czyniąc ustępstwa. To też ta machina puszczona w ruch nie da się zatrzymać, ani kierować. Większość ministeryalna w dwóch parlamentach okazała się nieznaczną i chwiejną. Ze zbytnią ufnością i uległością ministrowie przedlitawscy odwołali się do wyroku klubów i półgłosem zapowiedzieli na zebraniu parlamentarnem kwestyą gabinetową. Dowód to był słabości tem większy, że już rozprawy budżetowe okazały, z jak namiętną opozycyą w łonie własnego stronnictwa przychodzi walczyć obecnemu gabinetowi. Jak przy budżecie, tak i tym razem byt gabinetu osłonił przywódca lewicy, główny współzawodnik wiernokonstytucyjny. Gabinet Auersperg-Lasser został powtórnie uratowany przez p. Herbsta. Czy mu to już zapewnia trwałość, choćby akt ugody nie znalazł silnej opozycyi w Radzie państwa, to pewna, że dług wdzięczności dla klubu lewicy może do reszty poddać rząd przewadze klubowej, lub wystawić go przy pierwszej sposobności na klęski parlamentarne i nowe przesilenia.

Mniemane zwycięztwo p. Tiszy nie jest świetniejszem, jak świadczą mowy wypowiedziane w sejmie węgierskim z okazyi ponownej inauguracyi gabinetu. Oświadczenie p. Tiszy, że powraca do władzy, mając rękojmie przeprowadzenia postawionych warunków, przyjęte zostało pociskami opozycyi, która tym razem nie wydaje nam się być tylko manewrem stronnictw.

Misyą p. Tiszy było tylko przeprowadzenie targu z Wiedniem. Większość dość sztucznie złożona popierała w tym jedynie celu ministerstwo, które nazwano ugodowem, gabinetem *ad hoc.* Gdy to zadanie spełnione i zwycięztwo nad Wiedniem zapewnione, coroczne przesilenia gabinetowe wznowić się mogą łatwo, gdy od układów zewnętrznych trzeba będzie powrócić do zadań wewnętrznych. W tym zaś kierunku brak rządowi obecnemu programu. Zawieszono od dwóch lat walkę stronnictw, najrozpaczliwsze budżeta przyjmowano bez opozycyi, aby nie przeszkadzać układom. Gdy sprawa wygrana, opozycya nie ma już hamulca, nie chodzi bowiem o zwycięztwo zewnętrzne, ale o wyzyskanie jego korzyści na wewnątrz.

Uwaga, z jaką izba słuchała br. Sennyeya, i uznanie wywołane jego postępowaniem w ostatniem przesileniu, zbliżyło znów szefa konserwatywnej mniejszości do tej mety, po za którą leży władza. Nie doszedł on do niej jeszcze, kiedy monarcha wzywał go do złożenia gabinetu. Bar. Sennyey nie przyjął misyi, gdyż nie mógł na drodze konstytucyjnej jej wykonać, ale tłómacząc się z powodów odmowy, postawił pośrednio swoją kandydaturę wobec sejmu, a zarazem zręcznym obrotem zaatakował gabinet Tiszy na polu finansowem i ekonomicznem, bo w kwestyi ugody cłowej. Za pierwszem przesileniem, tem łatwiej większość ugrupować się może na prawicy, że już dawno rozbite centrum, a wszystkie odcienia lewicy zużyły się na ławach ministeryalnych po kolei i wydają sobie zacięty spór, jak świadczy mowa Simonyego.

Wobec tak zachwianego stanowiska obu gabinetów, wobec rozbicia stronnictw, zapytać się przychodzi, czemu przypisać można przeprowadzenie ugody i kto tu zwycięzcą?

Nie ma już po obu stronach Litawy stronnictwa ściśle dualistycznego; było niem jedynie stronnictwo deakistów. Wszystkim zarówno niewygodnie w tych formach, jakie hr. Beust nadał państwu. Lecz dualizm zawdzięcza swoje odnowienie na dalsze lat dziesięć jedynie idei wiernokonstytucyjnej, która tak powikłała organizacyą obu części monarchii, że im odjęła swobodę ruchów, że nie mogą ani się oddzielić, ani silniej, bo organicznie zespolić. Nikt nie odważa się zerwać tego już tylko mechanicznego związku dwóch części monarchii, bo od niego zawisła cała budowla konstytucyjna. Gabinet i kluby przedlitawskie ustępują przed tym względem. Stronnictwa węgierskie ciągłość konstytucyjną tylko w warunkach ugody 1867 r. utrzymać są w stanie. A nawet te odcienia, które podejrzywano o zamiary zamachu stanu, uginają czoła nie tyle przed konstytucyą, ile przed zobowiązaniem monarchy. Wypowiedział to bar. Sennyey w sejmie, a napisał niedawno nawet hr. Leon Thun.

Przedlitawski i węgierski system konstytucyjny, którego punktem wyjścia była ugoda z 1867 r. uratował dualizm, ale dwa gabinety i dwa systemata nie zostały wzmocnione. Zwycięzcą z tego wielkiego przesilenia wychodzi jedynie hr. Andrassy, bo on tylko na dualistycznej opiera się podstawie, bo położenie zewnętrzne nie było bez wpływu na przebieg owej potrójnej kryzys. Dla prezesa gabinetu wspólnego kryzys nie odbywała się w Wiedniu, lub w Peszcie, ale była europejską. To też jedynym dotychczasowym rezultatem kwestyi wschodniej jest zapewnienie ugody austro-węgierskiej i zachowanie w organizacyi państwa *status quo.* Spór parlamentarny rozstrzygnął się w sferze dyplomatycznej.

Instytut techniczno-przemysłowy wszedł już na drogę regularną, która mu pozwoli odpowiadać zadaniu swemu z coraz większą dokładnością w miarę uzupełniania się siłami naukowemi i potrzebnemi urządzeniami. Przebył on trudne chwile swego zawiązania i tworzenia się, miał do walczenia z przeciwnościami z natury rzeczy wypływającemi i z nieufnością, postawiony będąc na miejscu instytucyi, która pomimo macoszego z nią obchodzenia się, mimo uposażenia na najdrobniejsze potrzeby niedostatecznego, mimo bezpłatności poniekąd swoich nauczycieli albo wynagradzania ich płacą, jaką pobierają pachołki biór rządowych, przynosił ważne usługi krajowi i wychował kilka pokoleń młodzieży, między którą znalazło się dosyć ludzi zdolnych, co umiało po elementarnych początkach dojść o własnych siłach do wyższej nauk.

Mówiąc o nowym instytucie nie możemy nie wspomnieć o dawnym; ale nie mamy uprzedzenia, jakoby miasto nasze i kraj nie były potrzebowały lepszego. Owszem mamy prawo, ale też i nadzieję, że nowy instytut dokona zadania swego w zupełności. Stan jego obecny pod względem nauczycieli, lubo jeszcze nie wystarcza i nie zaspakaja potrzeb, ale już daje mu zakres przygotowujący do następnego kolejnego rozwoju.

Grono nauczycielskie składające się przy otwarciu Instytutu z 3ch członków oprócz dyrektora, liczy obecnie 8 członków. W miarę zaś rozwoju Instytutu liczba nauczycieli powiększać się będzie, tak iż w końcu dojść ma do 15 lub 18. W tych dniach nauczyciele Kisieliński i Kramer zostali uwolnieni od pełnienia obowiązków, a na ich miejsce przybyli Dr. Julian Grabowski b. docent uniwersytetu lwowskiego i p. J. Rotter, nauczyciel szkoły wyższéj realnej w Stanisławowie.

Za staraniem dyrekcyi wyznaczyło ministerstwo oświaty uposażenia: dla laboratoryum chemii ogólnéj 3700 złr. jednorazowo, a 500 złr. rocznie; dla gabinetu fizyki 1960 złr. jednorazowo, a 400 złr. rocznie; wreszcie 7 stypendyów po 150 złr. rocznie, z tych 3 dla szkoły budowy maszyn, 3 dla szkoły chemii, 1 dla szkoły budownictwa. Wydział krajowy zaś przeznaczył dla 10 uczniów Instytutu po 15 złr. miesięcznie dla każdego do końca roku szkolnego, a prawdopodobnie zapomogi te będą wyznaczone i w przyszłym roku szkolnym. Oprócz tego jest stypendyum prywatne dyrektora 300 złr rocznie.

KORESPONDENCYA „CZASU“

Lwów 1 marca.

f. Parę razy już pisaliście o potrzebie rozesłania wcześnie przed sejmem projektu drogowego, celem dania możności rozpatrzenia go przed sesyą sejmową. Życzeniu waszemu stanie się zadość, i to podobno jeszcze w ciągu marca. Zaraz po wysłuchaniu opinii powołanych do ankiety drogowej, Wydział krajowy przystąpił do ostatecznego uchwalenia projektu i skodyfikowania go, a teraz projekt wraz z materyałami statystycznemi został oddany do druku. Wydział zamierza nawet, bardzo właściwie, projekt rozesłać nietylko posłom, ale również radom powiatowym, redakcyom dzienników i innym bardziej znanym osobom, chcąc wywołać publiczną dyskusyę. W takim razie sejm zebrany, będzie już zupełnie przygotowany do ocenienia projektu drogowego i można żywić nadzieję, że na przyszłej sesyi reform ustawy drogowej na podstawach sprawiedliwości przyjdzie do skutku. Projekt Wydziału wcale też nie opuszcza systemu myt krajowych, a wyłącza od ustawy jedynie miasta Lwów i Kraków, może niekoniecznie potrzebnie.

Zaczęto tu znowu przebąkiwać o zamiarze rządu zwołania sesyi sejmowej zaraz po ruskiej Wielkiej Nocy, to jest około 10 kwietnia. W takim razie sesya trwałaby tylko kilka tygodni; chociaż pogłoska ta nie wydaje się wcale prawdziwą, to przecież wywołała pewną sensacyę i pomiędzy posłami powstała myśl, aby nie uchwalić wcale budżetu na rok przyszły i w ten sposób zmusić rząd do zwołania drugiej sesyi w jesieni.

Nie słychać zresztą o żadnych wnioskach do sejmu ze strony rządu, znowu zdaje się panować pod tym względem zupełna apatya. Wydział krajowy natomiast przygotowuje ustawę budowniczą dla gmin miejskich, oraz kilka wniosków w celu poparcia przemysłu domowego. W ostatnim względzie prowadzone są rokowania z kilkunastoma powiatami, w których są podstawy do rozwoju pewnych gałęzi przemysłu. Wszędzie okazuje się wielkie zajęcie tym przedmiotem, gdyż gminy ofiarują się dostarczać lokale wraz z opałem, a często i dotacyą, powiaty także obiecują się przyczyniać datkiem do utrzymywania szkół przemysłowych. Jest więc nadzieja i w tym kierunku osiągnięcia pewnych rezultatów, gdyż ministerstwo handlu trzyma się zasady dotowania tych szkół miejscowego przemysłu, które są popierane materyalnie przez gminy lub korporacye. Jedna więc tylko reforma gminna nie będzie wcale dotkniętą na przyszłej sesyi sejmu, a to może wyjdzie na jej korzyść, ponieważ w danej chwili nie możnaby się spodziewać, aby w Wydziale krajowym przeważyć mogła myśl reformy stanowczej: na to trzebaby daleko silniejszych objawów w łonie sejmu, aniżeli to dotychczas miało miejsce.

Ucichło teraz również o działaniach ankiet kredytowych i ekonomicznych, a byłoby wszelako rzeczą ciekawą co Wydział uczyni otrzymawszy spore zapewne elaboraty, tak długo obradujących ciał: czy ztąd wynikną jakie wnioski do sejmu, o tem podobno sam Wydział krajowy nic jeszcze nie wie, gdyż dotychczas nie przedstawiono mu jeszcze rezultatu ostatecznego narad.

Wystawa krajowa przyjdzie niewątpliwie do skutku, dziś właśnie nastąpiło oddanie przez władzę wojskową placu Jabłonowskich na użytek wystawy. Na posiedzeniach komitetu wystawy od kiedy uchwalono w tym roku doprowadzić wystawę do skutku, zapanowała większa ruchliwość, której rezultaty będziemy mogli ocenić za kilka miesięcy. Zrobiono już ugodę o budowę odpowiednich na placu wystawowym galeryj i sal, ułożono prawdopodobny budżet wydatków, zgodzono się na udzielanie wystawcom nagród w medalach: złotym, srebrnym i bronzowym. Właśnie wkrótce będzie rozpisany konkurs na rysunek medalu, którym komitet spodziewa się zainteresować artystów naszych rysowników. Termin ostatecznych zgłoszeń odłożony został po koniec marca.

Lwów 1 marca.

Odnośnie do zamieszczonego w Nr. 47 *Czasu* artykułu wstępnego w sprawie ustawy drogowej, winienem donieść, że o ile mi wiadomo, Wydział krajowy nie myśli bynajmniej zachować swój projekt w tajemnicy aż do otwarcia sejmu; że owszem, projekt ten już znajduje się w druku, który jednakże bardzo powolnie postępuje z powodu znacznej objętości sprawozdania i licznych tabel statystycznych, tudzież dołączonej mapy, przedstawiającej zamierzoną sieć dróg powiatowych, tak że prawdopodobnie przed upływem trzech tygodni nie będzie gotów do rozsyłki. Projekt ten jednakże zaraz po ukończeniu będzie rozesłany nie tylko posłom, lecz wszystkim Radom powiatowym i redakcyom pism, aby w jak najszerszych kołach wcześnie był wiadomym i wywołał dyskusyę publiczną.

Co do rogatek to nie wspomniałem o nich w moim poprzednim liście o tej sprawie z tego powodu, ponieważ w liście tym chciałem uwydatnić głównie zmiany, jakie projekt zaprowadza w dotychczasowem ustawodawstwie drogowem. W nowym projekcie jednakże system rogatkowy żadnej nie ulega zasadniczej zmianie, i jak dotąd, myta będą przedmiotem osobnych rozporządzeń. O całkowitem zniesieniu myt obecnie jeszcze mowy być nie może. Jakkolwiek bowiem myta są niewątpliwie przeszkodą komunikacyi, to jednakże do zniesienia ich całkowitego przystąpić by można dopiero wtedy, jeśli sieć dróg tak dalece będzie wykończoną, że chodzić będzie głównie już tylko o konserwacyę. Tak też stało się we Francyi, a podobnie i w Królestwie kongresowem, gdzie istnieją jedynie myta mostowe. Projekt Wydziału krajowego zawiera jedynie to nowe postanowienie, iż na pobierających myto wkłada obowiązek jak najlepszego utrzymywania przedmiotu omyconego.

Poruszyliście również w wspomnionym artykule kwestyę udziału miast w ciężarach drogowych. Miasta według projektu nie są wyłączone, z wyjątkiem tylko Lwowa i Krakowa, których zupełnie odmienne od innych stosunki nie dały się podciągnąć pod ogólną normę. Lecz i te miasta, które niejako stanowią dla siebie osobne powiaty, nie są zwolnione od ciężarów drogowych, gdyż w swoim obrębie utrzymują wszystkie drogi własnym kosztem i wykładają na ten cel bardzo znaczne sumy. I tak np. w ostatnim budżecie gminy m. Lwowa preliminowaną jest suma przeszło 180,000 złr., a więc niemal piąta część wydatków na budowę i konserwacyę dróg w budżecie krajowym preliminowanych. Jeśli się zważy, że mieszkańcy Lwowa i Krakowa opłacają gminny podatek czynszowy, z którego wydatki miejskie pokrywane bywają — a do dróg krajowych przyczyniają się opłacanemi przez nich dodatkami krajowemi, oczywistem jest, że i oni nie są wolni od ciężarów na drogi. Zresztą wobec tego, że do tych miast z powodu ich odrębnych stosunków nie można przykładać równej miary z innemi gminami w kraju, projekt zdaniem naszem słusznie uczynił, pozostawiając tę kwestyę nierozstrzygniętą.

Wiedeń 1 marca.

□ Godną uwagi rzeczą, że znajdujemy się w chwili, w której najkompetentniejsze nawet koła dyplomatyczne żyją, co do polityki zagranicznej, domysłami tylko i przypuszczeniami. Dla tego nic zajmującego ani nowego nie było i nie ma do doniesienia. Charakteryzuje to obecne położenie. Nikt nie wie, czy Rosya zdecydowaną jest rozpocząć wojnę przeciw Turcyi; nikt, bo ostatecznie, jak rzekł lord Derby, zależy to od woli jednego człowieka. Nikt dalej nie wie, jakie stanowisko zająłby kanclerz niemiecki w razie, gdyby Rosya była już w wojnę zaangażowaną. Bez tych zaś dwóch danych wszelkie rozumowania i przewidywania są pozbawione rzeczywistej podstawy.

W tutejszych sprawach wewnętrznych nastało zawieszenie broni, które, jeżeli się nie mylę, potrwa kilka tygodni. Być bardzo może, iż po tej przerwie nowe, a raczej dalsze powstaną zawikłania.

Mowa barona Sennyeya w sejmie peszteńskim, zwróciła na siebie powszechną uwagę. Winienem przypomnieć, iż przewidując, że p. Tisza powróci do władzy, nigdy nie pisałem, że bar. Sennyey nie przyjął misyi utworzenia ministeryum. Dziś wolno mi powiedzieć, o czem wtedy musiałem zamilczeć, że przeciwnie bar. Sennyey przedłożył szczegółowy program, który dotąd nie został ani odrzucony ani przyjęty przez ostatecznie decydujący czynnik. Przypomnieć winienem, co wtedy dałem tylko do zrozumienia, że program ten znany hr. Andrassemu, w cale nie pociągnąłby za sobą ustąpienia z *Ballplatzu* dzisiejszego ministra spraw zewnętrznych. O ile mi wiadomo, zasady i szczegóły tego programu znane są dokładnie tylko trzem osobom; przecież dziś z mowy bar. Sennyeya domyślać się można jego treści. A zatem, bar. Sennyey nie odmówił, jak pisały wszystkie dzienniki, złożenia gabinetu, zasłaniając się tem, iż nie może rachować na większość w sejmie, ani też program jego nie był antykonstytucyjnym. Przeciwnie; sądził on, że występując z programem reformy stosunków ekonomicznych, budując i opierając się głównie na własności ziemskiej, która bądź co bądź jest jeszcze w Węgrzech żywiołem przeważnym i ostatecznie decydującym, występując dalej przeciwko tak zwanemu *schwindlowi* i patryotyczno-ekonomicznemu *chauwinizmowi*, którego smutne następstwa w coraz jaskrawszych przedstawiają się barwach, potrafi zmienić równowagę stronnictw, jeżeli nie w dzisiejszym sejmie, to w powstałym z nowych wyborów. Powtarzam, że program ten w decydującej instancyi, nie został w cale odrzuconym, lecz łatwo zrozumieć, że mogło tam nastąpić pewne tak zwane znużenie układami (*Verhandlungs-Müde*), i że perspektywa rozpoczynania na nowo wszystkich rokowań mogła do pewnego stopnia nerwowo przerazić. Jeżeli się nie mylę, dla tego też postanowiono w ostatniej instancyi raz jeszcze spróbować, czy na podstawach dotychczasowych nie da się rzecz załatwić. Bądźcie jednak pewni, i to jest punkt główny, że w razie potrzeby, jest gotowym i program i ludzie i naczelnik, który nie ucieknie się do środków antikonstytucyjnych, a którego przyjście do władzy w Peszcie, nie spowoduje ustąpienia hr. Andrassego ze wspólnego ministerstwa spraw zewnętrznych.

Co się tyczy rządu przedlitawskiego, to ostatni przebieg układów nie zmodyfikował w cale surowego sądu, który wielu o nim wydaje. Chcą tu wciąż widzieć ze strony tego rządu wyłączną niemal dążność utrzymania się przy posadach, lecz nie mogą zaprzeczyć, że posiada on do pewnego stopnia potrzebną do zadośćuczynienia tym dążnościom zręczność drobiazgową. W razie zmian w powyższym kierunku nie umieją dla Przedlitawii wymienić innego następcy dzisiejszego pierwszego ministra, prócz hr. Hohenwarta.

Mniemam, że dopiero po świętach Wielkiej-Nocy, na wewnątrz i na zewnątrz chwila będzie bardzo zajmującą.

Poznań 27 lutego.

Jak było do przewidzenia, posłowie nasi mieli sposobność niemal codzień przemawiać, przy naradach nad budżetem ministerstwa wyznań i oświecenia i obowiązek ten sumiennie spełnili, wytaczając szereg gwałtów u nas spełnianych wobec Kościoła i szkoły. Że będzie to bez skutku dotykalnego, bezzwłocznego, to również z góry się wiedziało wobec rządu i większości. Przedstawiciele rządu bronili szalonej tezy, iż ksiądz katolicki winien nawet tajemnice spowiedzi zdradzić, gdy chodzi o dobro lub szkodę państwa. Socyalizm wszak także niczego innego nie chce, wyprowadza tylko z tej deifikacyi państwa słuszny wniosek, że państwo, które wszystko ogarnia i zagarnia, ma również wobec wszystkich i wszystkiego obowiązki, aż do prawa do pracy, które już śmiało ruch proletoryatu niemieckiego wobec rządu i społeczeństwa na sztandarze swym wypisuje.

Obok tych walk codziennych, wnieśli także posłowie nasi przez posła Komierowskiego interpelacyę co do uwięzienia księdza redaktora Dra Kanteckiego. Tu już gwałt tak jest oczywistym, że członkowie wszelkich stronnictw nietylko podpisem ale i żywem słowem posłów naszych poparli. Minister sprawiedliwości w odpowiedzi szydził po prostu z Izby, broniąc się niezależnością sądów, które w obecnej chwili w ogóle odgrywają rolę konstablów w obec władz polityczno-administracyjnych, a właśnie w niniejszym przypadku tak wybitną zależność sądu, i to nawet od dyrektora poczty w Bydgoszczy! Lasker radził interpelantom ponowić interpelacyę w parlamencie, wobec którego najwyższa dyrekcya poczt jest odpowiedzialną.

Nie wątpimy, że posłowie nasi i w parlamencie i to szybko sprawę tę podniosą, ale znając ludzi i usposobienie Laskera, niedziwilibyśmy się wcale, by ten potentat parlamentarny w parlamencie udzielił im rady udania się do pruskiego ministra sprawiedliwości.

Wiece znów się ożywiły; wiec w Kościanie, na którym znakomici przemawiali mowcy, dobrą i korzystną poruszył sprawę, by parafie osierocone, intruzami nawiedzone, posyłały do Izb, jako najwięcej dotknięte, petycye o usunięcie ustaw majowych. Petycye podobne już z kilku miejsc wyszły. Uchwalając ustawy majowe twierdzono ciągle, że czynią to celem emancypacyi gmin od hierarchii kościelnej. Cóż dziś powiedzą na głosy ogólne skargi i niechęci, za ten dar zdradliwy, właśnie z łona gmin i parafij niby wyemancypowanych.

Herszt odstępczych księży, Brenk w Kościanie, wezwał przez inspektora szkolnego a burmistrza miejscowego, by nauczyciele elementarni stawili się w pewnym dniu i godzinie do niego z dziećmi, które w tym roku mają przystąpić do pierwszej komunii, celem egzaminu i przygotowania ich do tego Sakramentu. Ani jeden z licznych nauczycieli, ani jedno dziecko nie stawiło się w oznaczonym terminie. Podziwiać i uszanować trzeba ten heroizm, bo dla nauczycieli jest to bodaj czy nie równo znaczącem z utratą posad, dla rodziców dzieci szereg kar pieniężnych. Gdyby wyższe stany u nas były na wysokości średnich klas i ludu w tej walce, zwycięstwo byłoby nietylko pewnem, ale i szybkiem; zwycięstwo, któreby bezzwłocznie i dla sprawy narodowej najpiękniejsze i najobfitsze przyniosło skutki.

Za dni kilka mamy więc w Poznaniu celem pielgrzymki do Rzymu na jubileusz Ojca Śgo. Mnóstwo się włościan od nas w tę podróż wybiera; jest więc nadzieja, że gdy się pielgrzymi nasi połączą z galicyjskimi, w poważnej liczbie kraj nasz reprezentowanym będzie wobec tronu Ojca Śgo.

Aliance Israelite Cremiego zawędrowała do Gniezna i tam filię założyła; o to mniejsza, ale co dziwnem, że dziennik powiatowy urzędowy, pod dyrekcyą i odpowiedzialnością landrata (starosty) wychodzący, rzecz ogłasza i poleca, nawet więc zagraniczni żydzi pominąwszy własnych, w Prusach rządzić zaczynają.

Od 1go marca zaczyna u nas wychodzić pismo polityczne codzienne, ale małych rozmiarów, *Goniec Wielkopolski.* Taniość wielka obrachowana na ilość znaczną prenumeratorów. Gdyby pismo to wywołanem było istotną potrzebą, cieszylibyśmy się, ale lękamy się zbytniej produkcyi, osłabiającej pisma istniejące, lękamy się konkurencyi zasłużonemu *Orędownikowi* a nawet *Kuryerowi*, ledwo oddychającemu pod nawałem kar pieniężnych i więziennych. Bodajby więc głód nie ogarnął zbytku biesiadników.

Poczdam 27 lutego.

Książę Bismark widocznie zakończyć chce sprawę z panującymi w krajach cesarstwa niemieckiego i nie oszczędza ich uczuć osobistych. Król saski Albert był jednym z tych, co okazali najwięcej gotowości pogodzenia się z nowym stanem rzeczy. Nadto starał on się okazywać najzupełniejszą uległość ks. Bismarkowi, a jednak najdrażliwiej został on dotkniętym w kwestyi kolei żelaznych.

Odjęto, jak wiadomo, małym tym panującym armie, telegrafy, poczty, reprezentacyę zagraniczną itd., jeżeli teraz także koleje żelazne przejdą w ręce cesarstwa z całym ogromnym personalem, panujący znajdą się w własnych swych państwach otoczonymi mnóstwem ludzi, nad którymi nie będą mieć władzy, a wtedy ich panowanie jest iluzyjnem.

Tę sytuacyę panujących niemieckich bardziej jeszcze uwydatniło zdarzenie niedawne w Sztutgardzie. Na balu dworskim jenerał Werder, dowódzca korpusu, miał zajście z jenerałem brygady Boninem, w skutku czego pierwszy kazał mu bal opuścić. Bonin powiedział o tem królowi, a ten zirytowany postępkiem Werdera względem gości jego, rzekł doń: „Jenerał Bonin jest tu pod moją protekcyą.“ Na co Werder odrzekł: „Jenerał Bonin jest pod mojem dowództwem.“ Bonin musiał wyjść z balu. Obrażony król nieotrzymał żadnego zadośćuczynienia i jenerał Werder nie przestaje dowodzić w jego stolicy.

Król wirtemberski usiłuje wprawdzie wyswobodzić się, o ile można, z pod wpływu berlińskiego i mianowicie nie dozwolił walce religijnej przystępu do swego Królestwa. Z tego powodu jest on narażony na rozmaite przykrości; jenerał Werder drugim jest już wyższym oficerem nie miłym mu, którego mu narzucono. Baron Rosenberg, poseł pruski w Sztutgardzie był tak znienawidzonym i zuchwałym, że królowa Olga ze łzami błagała brata swego cara Aleksandra, aby ją od tego człowieka wstawieniem się swojem uwolnił.

Jest pewien system w tych dokuczliwościach. Kanclerz chce się rozegrać z teraźniejszymi panującymi, bo z ich następcami nie tak łatwoby mu się to powiodło.

Król saski nie ma wiele hartu i niezdolnym jest oprzeć się energicznej presyi. Przeciwnie brat jego domniemany następca tronu książę Jerzy jest człowiekiem pełnym charakteru, i godności i z jego strony kanclerz oczekiwać może daleko większego oporu niż ze strony teraźniejszego króla.

Nie mówię już o królu bawarskim, Ludwiku, który nienawidzi cesarza Wilhelma i ks Bismarka, lecz uchyla czoło przed nimi. Ile razy książę Bismark i jego monarcha przejeżdżają przez Bawaryę, król kryje się w zamku swym w górach, lecz zawsze czyni wszystko, czego oba od niego zażądają. Prawdopodobny następca jego książę Luitpold, jego stryj, jest człowiekiem zdolnym i zdeklarowanym przeciwnikiem polityki ks. Bismarka.

W. książę badeński Fryderyk, zięć cesarza, uważa sobie za chwałę ulegać we wszystkiem Berlinowi, lecz syn jego i następca najlepsze rokuje nadzieje.

W. książę heski ma lat przeszło sześćdziesiąt, brat jego będący po nim następcą ma lat 67. W wieku tak podeszłym siła oporu nie może być wielką, lecz po nich przyjdzie do władzy książę Ludwik. Liczy on lat. 39 i mówią, że jest bardzo inteligentny.

Pojąć łatwo, że w takich okolicznościach książę Bismark nie czeka.

Rzym 25 lutego.

Stery urzędowe i dzienniki urzędowe gorzko się żalą od jakiegoś czasu na postawę prasy i korespondentów niemieckich względem Włoch. *Bersagliere* dziennik wieczorny ministerstwa spraw wewnętrznych, podał przedwczoraj artykuł, czyniący ostre wyrzuty publicystom niemieckim, którzy przedstawiają stan prowincyj południowych w jaskrawych barwach i codziennie zadają obelgi większości Izby i znakomitym mężom w niej zasiadającym:

„Znienawidzilibyśmy wolność prasy, jakiej używamy, mówi *Bersagliere*, gdyby wszystkie nagany, jakiemi nas obsypują, były równie gwałtowne. Lecz jest róż-

nica między naganą a naganą i umiemy odróżnić wolność od tego, co jest jej nadużyciem i swawolą. Gdyby dzienniki włoskie używały wobec wielkich i mądrych Niemiec i jej stronnictw politycznych, wyrażeń nieszlachetnych i gminnych, jakich używają dzienniki niemieckie wobec Włoch, Włosi pierwsiby je potępili".

Dziś deputowany Martini zainterpeluje rząd o stan archiwów i zniknięcie dokumentów, o których jenerał Lamarmora mówi w świeżej swej książce. Mniemano, że w interpelacyi tej będzie mowa o liście p. Nigry ogłoszonym w *Corriere italiano*, który tyle narobił zagranicą wrzawy. Dość ciekawy jest pod tym względem szczegół, że jen. Lamarmora obwinia p. Nigrę, iż dokument ten udzielił dziennikowi i że ambasador włoski w Petersburgu zrzuca odpowiedzialność na starego jenerała. Mogę was zapewnić, że dokument w mowie będący nie pochodzi ani od jednego ani od drugiego z nich. Dodam, iż pewnem jest prawie, że to sensacyjne sprawozdanie p. Nigry, złożone zostało później w archiwach państwa i że miało na celu dowieść, iż pełnomocnik włoski w Paryżu grał przeważną rolę, słowem że był owym *deus ex machina* we wszystkiem, co się robiło w interesie Włoch i ich jedności. Sądzę, że nietylko ten jeden dokument będzie mógł *Corriere* ogłosić. Karty te historyi z poglądem wstecznym, zbyt są zajmujące, aby opuścić sposobność rzucenia nowego światła na intrygi włosko-cesarskie naszej epoki.

Całe zajęcie chwili koncentruje się w małych intrygach stronnictw, knowanych na Monte citorio. Usiłowaniem jest ministerstwa przeszkodzić, aby większość nie wzięła sobie przywódców z poza gabinetu.

Dotąd powiodło się p. Depretisowi pozbyć się dwóch najzapalczywszych szermierzy: Correntego i Crispiego. Pierwszy jak donosiłem, mianowany jest w. mistrzem orderu Śgo Maurycego i Łazarza, drugi prezesem Izby. Mimo tych dymisyj bardzo politycznych bez wątpienia, część większości nie chce pozostać bez przywódzcy i wzbrania się iść za prezesem Rady. Zerwanie jest bliskie i spodziewać się można rychło zmiany ministerstwa. Ważnem jest podnieść, że większa część dzienników postępowych, które przyklaskiwały upadkowi Minghettego i jego kolegów, a popierały od 18 marca ministeryum Depretisa, zaczyna go dziś całkiem opuszczać. Oskarżają one go, że niedotrzymał żadnej z obietnic swoich i wołają w niebogłosy o zniesienie podatku od mlewa. Podatek ten służy i służyć będzie za sztandar stronnictwom wywrotowym dla szerzenia propagandy po wsiach i przygotowania mas do wybuchu.

Depretis, któremu chodzi o budżet, oświadczył świeżo na zgromadzeniu większości, że podatku tego ani o centima zmniejszyć niemoże. *Inde irae.*

Kraków 2 marca. (*Sprawozdanie z posiedzenia Rady miejskiej d. 1. marca*). Przewodniczący prezydent miasta Dr Zyblikiewicz; radców miejskich obecnych 43.

Prezydent poświęca kilka słów wspomnieniu zasług ś. p. Juliana Pagaczewskiego, radcy m. i wzywa Radę, aby przez powstanie z miejsc uczciła pamięć zmarłego kolegi. Rada czyni zadość wezwaniu prezydenta.

Sekretarz Rady p. Zawiłowski podaje do wiadomości pisma do reprezentacyi miejskiej nadesłane, a zawierające przeważnie rekursa w sprawach budowniczych. Między temi podaniami znajduje się: prośba podpisana przez znaczną liczbę obywateli Kleparza o spieszne uchwalenie budowy kanałów w tej dzielnicy, tudzież aby nim to nastąpi, wywożenie nieczystości kloacznych było uskuteczniane kosztem funduszu miejskiego, a nawóz by nadal im był pozostawiony do uprawy gruntów. Prośbę tę odesłano do sekcyi gospodarczej.

Namiestnictwo lwowskie zawiadamiając prezydenta miasta o ustanowieniu siedmiu stypendyów po 150 złr. rocznie z funduszów państwowych dla nowo utworzonego instytutu techniczno-przemysłowego w Krakowie wzywa go, aby starał się uzyskać także od reprezentacyi miejskiej fundusz na ustanowienie jeszcze kilku lub przynajmniej jednego stypendyum dla uczniów wspomnionej szkoły. Sprawę tę przekazano sekcyi szkolnej.

R. m. Dr Hoszowski wnosi następującą interpelacyę. Poczytuję sobie za obowiązek interpelować p. prezydenta, jak stoi sprawa odbioru ksiąg dawnedo archiwum miejskiego, niewłaściwie zalegających w archiwum dawnych akt grodzkich i ziemskich. Czynię to tem pewniej, gdy komisya archiwalna dotąd nie otrzymała żadnej odpowiedzi na skutek przedstawionych swych wniosków a następnie zapadłej uchwały szanownej Rady miejskiej pod względem przyspieszenia tego przedmiotu. Winienem nadto przytoczyć, iż komisya archiwalna pragnęłaby jak najrychlej przystąpić do wykonania uchwały szanownej Rady na skutek dodatkowego wniosku uczynionego przez szanownego dra Majera, radcę miejskiego a zarazem prezesa Akademii Umiejętności, aby ważniejsze księgi, niezaprzeczalną własność dawnego archiwum miejskiego stanowiące, w porozumieniu z tąż Akademią drukowane być mogły dla użytku publicznego, zwłaszcza, iż komisya archiwalna spodziewa się tam również znaleźć obfite źródło szacownych pamiątek naszej przeszłości. Wszakże wszystko zależy od przyspieszenia odbioru ksiąg nadmienionych.

Prezydujący oświadcza, że da odpowiedź na następnem posiedzeniu.

Z porządku dziennego przedstawił r. m. Dr Bochenek wnioski wzmocnionej sekcyi skarbowej połączonej z komisyą uporządkowania miasta w sprawie budowy gmachu dla szkoły sztuk pięknych. Wnioski te brzmią:

A). Uchwały wysokiego Sejmu z dnia 8 kwietnia 1876 r. wydane w sprawie umieszczenia krakowskiej szkoły sztuk pięknych w następującej treści: 1) sejm przyjmuje na fundusz krajowy obowiązek płacenia gminie miasta Krakowa przez lat 33 po 7,000 złr. rocznie na umorzenie kosztów budowy budynku na odpowiednie celowi umieszczenie szkoły sztuk pięknych i jej kierownika, jeżeli gmina miasta Krakowa budynek w mowie będący kosztem co najmniej 100,000 złr. w. a. wystawi; 2) w roku, w którym fundusz krajowy wypłaci gminie na powyższe umorzenie pierwszą ratę 7000 złr., ustaje obowiązek funduszu krajowego płacenia na umieszczenie szkoły kwoty 5000 złr. rocznie, przez sejm uchwałą z dnia 25 maja 1875 r. na fundusz krajowy przyjętej; 3) gdyby szkoła sztuk pięknych w Krakowie zwiniętą została, budynek wystawić się mający, pozostanie własnością gminy miasta Krakowa, wszelako używany być musi na inne cele oświaty publicznej, które gmina miasta Krakowa w porozumieniu z reprezentacyą kraju oznaczy; 4) szczegóły, jakichby wykonanie powyższych uchwał wymagało, ułoży w granicach powyższych zobowiązań Wydział kr. w porozumieniu z gminą miasta Krakowa; 5) poleca się Wydziałowi krajowemu, aby zaniósł petycyę do Najjaśniejszego Pana o zorganizowanie i przyłączenie do szkoły sztuk pięknych w Krakowie szkoły rzeźbiarstwa; 6) wydział krajowy uwiadomi gminę miasta Krakowa o powyższych uchwałach. Rada miasta przyjmuje z wdzięcznością do wiadomości.

B) Na podstawie powyższych uchwał sejmowych Rada miasta postanawia: 1) wybudować szkołę sztuk pięknych; 2) pod szkołę sztuk pięknych przeznaczyć z gruntu miejskiego położonego na placu głównym na Kleparzu naprzeciw hotelu Lwowskiego dwie wschodnie parcele obejmujące około 1500 □ metrów; 3) suma 100,000 złr. na budowę szkoły potrzebna, wziętą będzie z funduszu amortyzacyjnego miasta Krakowa, natomiast 33 rat każda po 7,000 złr. gminie m. Krakowa z funduszu krajowego w myśl uchwały sejmowej z dnia 8 kwietnia 1876 r. płacić się mające wpływać będą do funduszu amortyzacyjnego m. Krakowa.

C) Celem wprowadzenia w życie nowej organizacyi szkoły sztuk pięknych, Rada m. upoważnia i wzywa prezydenta: 1) do rozpoczęcia prac przygotowawczych dla budowy szkoły; 2) do przyjęcia na gminę m. Krakowa obowiązku względem kogo wypadnie, wybudowania szkoły jako warunku wprowadzenia w życie nowej organizacyi szkoły w następnym roku szkolnym.

Po krótkiem przemówieniu r. m. Birnbauma, Dra Warschauera i Chęcińskiego Rada przyjęła ryczałtem powyższe wnioski.

Dyrektor budowniatwa Moraczewski przedstawia wniosek komisyi uporządkowania miasta, aby 1) postawić koszary i stajnie straży pożarnej na przestrzeni około 1400 sążni □, gruntu od Zgromadzenia rzeźników nabyć się mającego z realności t. z. „Kotłowe"; 2) zapłacić temuż Zgromadzeniu za około 1050 sążni □, gruntu po 12 złr., oraz za każdy sążeń kub. muru parkanowego zawierającego około 20 sążni po 30 złr. z funduszu pożyczkowego na budowę koszar straży pożarnej przeznaczonego; 3) zatwierdzić plan uregulowania placu tandety i odstąpić zgromadzeniu rzeźników z tegoż około 350 sążni □ przed tą częścią ich realności, którą dla siebie zatrzymują w zamian za taką samą przestrzeń gruntu od nich nabyć się mającego.

R. m. Baranowski uważa, że grunt proponowany nie kwalifikuje się pod koszary. Jest bowiem nierówny i za kosztowny. Sądzi zaś, że możnaby postawić koszary na własnym gruncie n. p. na miejscu gdzie stoi obecnie rzezalnia lub na placu przed wizytkami.

R. m. Dworski wykazuje, że komisya pożarna dogodniejszego miejsca na pomieszczenie koszar znaleźć nie mogła; oświadcza się zaś przeciw gruntom przez r. m. Baranowskiego proponowanym jako zbyt odległym od centrum miasta. R. m. Baranowski nie widzi powodu dla czegoby koszary straży pożarnej musiały być koniecznie w centrum miasta; wszakże nie koniecznie w centrum miasta musi się palić.

Podczas głosowania przyjęto wniosek komisyi. Dodać winniśmy, że według zatwierdzonego planu plac tandety ma być uregulowany w ten sposób, iż ulica Polna przedłuży się aż do przecięcia z ulicą Podwale, zachodnia jej strona użyje się na rozszerzenie plant, a wschodnia przydzieli się właścicielom realności do placu tandety dotykających.

Wniosek drugi komisyi uporządkowania miasta, aby Rada zatwierdziła plan na przystawienie do jatek szewskich tymczasowej stajni na pomieszczenie części pociągów straży pożarnej kosztem 1500 złr., tudzież o przyjęcie oferty Michała Goldsanda na roboty ciesielskie, ślusarskie i szklarskie do tejże budowli w kwocie 866 złr. 50 c. po krótkiej dyskusyi przyjęto.

R. m. Muczkowski przedstawił wniosek komisyi uporządkowania miasta, aby Rada miasta upoważniła prezydenta do wystawienia deklaracyi, mocą której gmina zrzeka się wszelkich prestacyj do wynagrodzenia szkód, jakieby dla wystawić się mającej na Grzegórzkach rzezalni w skutek wypadków wojennych lub z powodu znajdującego się w pobliżu laboratoryum artyleryi wyniknąć mogły. Wniosek przyjęto bez rozpraw.

Długą i dość drażliwą dyskusyę wywołał wniosek następny sekcyi skarbowej, przedstawiony przez r. m. Gwiazdomorskiego, aby udzielić Towarzystwu zaliczkowemu pożyczkę w kwocie 20,000 złr. na 6% zwrotną w 12tu miesięcznych równych ratach.

R. m. Dr Kopff wnosi, aby z powodu, że udzielenie pożyczek z funduszu 1,500,000 złr. na cele gminy zaciągnionego przechodzi atrybucye Rady miasta, a innego funduszu z któregoby pożyczki na hipoteki dawane być mogły, gmina nie posiada — przejść nad wnioskiem sekcyi skarbowej do porządku dziennego.

R. m. Fink zwracając się do r. m. Wentzla, żąda, aby udzielił bliższych wyjaśnień co do swego listu otwartego rozesłanego w tej sprawie do radców miejskich, przyczem przemawia w obronie instytucyi towarzystwa zaliczkowego.

R. m. Birnbaum oświadcza, że Towarzystwo zaliczkowe po przemówieniu p. Finka może sobie powiedzieć: Boże broń mię od moich przyjaciół.... zwraca nadto uwagę, że gmina nie zawsze będzie miała do wypożyczania pieniądze, więc wątpi, aby ta pożyczka Towarzystwu zaliczkowemu jaką korzyść przyniosła. Jest zaś w każdym razie za tem, aby zastrzedz spłatę nie od 1go października b. r., jak sprawozdawca proponował, lecz od 1go czerwca 1877.

R. m. Dr Hoszowski uprasza o wyjaśnienie, czy w r. z. Rada udzielając pożyczkę Towarzystwu zaliczkowemu, powzięła uchwałę, że udziela pożyczkę po raz ostatni?

(*Dokończenie nastąpi.*)

Wiedeń 1 marca. W dalszym ciągu obrad wydziału podatkowego, które się w dniu 28 lutego w obecności p. ministra finansów odbywały, zastanawiano się nad kwestyą zwolnień od podatków.

Dep. Dr. Heilsberg bronił wniosku swego na poprzedniem posiedzeniu wydziału postawionego, ażeby, przed obradowaniem nad szczegółowemi punktami ustaw przyjąć przedewszystkiem zasadniczo, że uwolnienie od podatków i obniżania ich, mogą nastąpić.

Dep. Fux wnosi, ażeby przy ustawie względem opodatkowania gruntu i budynków przyjąć wniosek rządowy i tylko co do kwestyi wymiaru podatku odłożyć dyskusyę aż do trzeciego czytania ustawy o podatku dochodowym.

Dep. Schaup popiera wnioski komisyi.

Dep. Krzeczunowicz zgadza się z poprzedniemi mówcami o tyle, że także pragnie przedewszystkiem przedyskutowania całego szeregu zwolnień od podatków, utrzymując, że dopiero po zyskaniu w tej mierze jasnych zasad można do uchwalenia samych ustaw przystąpić. W razie nieprzyjęcia tego wniosku żąda, ażeby dalsze obrady odbywały się na podstawie przedyskutowanej już ustawy o podatku od budowli. Przemawia też za zatrzymaniem podatku od budynków nieprzynoszących czynszu.

Przy głosowaniu odrzucono najpierw wymieniony powyżej wniosek Fuxa, a przyjęto wniosek Heilsberga 15 głosami przeciwko 10, ażeby najpierw zasadnicze powziąść postanowienia względem obniżeń, podatkowych.

Dep. Neuwirth wzywa rząd, ażeby się co do maksimum 1 złr. 65 kr. przy jednostkach podatku dochodowego oświadczył.

Na to odpowiada p. minister finansów: Oświadczam, że sposobu przeprowadzenia podatku dochodowego z oznaczonem z góry *maximum* wcale wyobrazić sobie nie mogę. Z przyjętą przez Wydział zasadą kontyngensowania ogólnych sum z podatku tego do skarbu wpłynąć mających, oznaczenie *maximum* podatkowego zostaje w wyraźnej sprzeczności. Zwolnienia w zakresie pewnych podatków okazały się już od dawna koniecznemi, a jednak znów i potrzeby skarbu zaspokojonemi być muszą. Ta myśl spowodowała właśnie zaprowadzenie podatku dochodowego. Podatek ten ma wyrównać straty wynikające ze złagodzeń w dotychczasowych, czasem niesprawiedliwych podatkach, przez opodatkowanie kapitałów, które się dotychczas od ciężaru podatków uchylić umiały. Nie miałbym odwagi wprowadzić podatku dochodowego, gdybym poprzednio przyzwolenia na zwolnienia od innych ciężarów nie uzyskał, a wrazie odrzucenia tej zasady przez Wydział, musiałbym jemu odpowiedzialność za dalsze następstwa pozostawić.

Utrzymuje się wkońcu wniosek Heilsberga: „Wydział zgadza się z zasadą zwolnień w ustawie o podatku od budynków, gruntów i przy zarobkowym". Przeciwny wniosek dep. Krzeczunowicza upadł przy głosowaniu. Przyjęto natomiast 13 głosami przeciwko 11 wniosek jego na poprzedniem posiedzeniu postawiony, ażeby przyjąć zasady, jakiemi się przy zwalnianiu od podatku rządzić wypada.

Królestwo Polskie

Nieraz słyszeć się daje, że Warszawa jest najhojniejszem w sferze miłosierdzia miastem polskiem. Czy tak jest w istocie, czy mniemanie to jest słuszne, jakie cechy są tej dobroczynności publicznej? Oto pytania, nad którémi mamy zamiar zastanowić się poniżej. Przedewszystkiem zaznaczyć trzeba, że na tem polu istnieje walka dwóch odrębnych zupełnie kierunków. Niebędziemy się zastanawiali nad balami loteryami i wszelkiego rodzaju widowiskami urządzanemi ustawicznie w Warszawie na cele dobroczynne. Pod tym względem wyrabia się tak w mieście, jak w kraju opinia nieprzychylna takim objawom dobroczynności publicznej, która wywoływaną jest i podniecaną wszelkiego rodzaju zabawami. Głos potępiający zwrot taki, był dość silny, aby rząd już zawiesił na przyszłość loteryę w ogrodzie Saskim, która zwabiała do trzydziestu tysięcy ludzi wiedzionych jedynie szansą wygranej i wydających grosz nieraz ciężko zapracowany, a żadnem zresztą uczuciem miłosierdzia nie wiedzionych. Konsekwentnie zniesionym być też powinien niedawno ustanowiony, a będący już przedmiotem żartów wydział przy Towarzystwie dobroczynności pod nazwaniem „bióra zabaw publicznych." Nie będziemy też zastanawiali się nad różnego rodzaju składkami dla uczącej się młodzieży, bo niemożna w tym chwalebnym zwyczaju nie oceniać szlachetnych i patryotycznych dążności. Ale mamy zamiar zwrócić uwagę na powyżej wzmiankowaną walkę dwóch kierunków, które na polu miłosierdzia się ścierają, tem bardziej, że kwestya zasad jest tutaj w grze.

Z jednej strony widzimy nieliczne wprawdzie dotychczas, ale coraz śmielej podnoszące głowę grono bezwyznaniowców (bo i ten chwast na bujnej warszawskiej ziemi się przyjmuje), które wyzyskać chce usposobienie całego zastępu pseudo liberałów tamtejszych i dawnym instytucyom dobroczynnym kraju, chce nadać i po części nadaje, coraz bardziej cechę zimnej świeckiej filantropii. Jest to grono ludzi, dla których ideałem są *workhousy* angielskie, froeblowskie ogródki i któremu jest solą w oku żebrak przytulony pod furtą kościelną. Z drugiej strony widzimy, oddziaływanie przeciw temu zgubnemu kierunkowi, szczupłego grona mężczyzn i kobiet, w którego wysileniach promienieje światło i ciepło prawdziwego chrześciańskiego miłosierdzia.

Towarzystwo Dobroczynności w Warszawie zaprowadzone w początkach bieżącego wieku ujęte w formy administracyi rządowej, pod opieką rządu działające, skostniało od chłodu, jaki wieje z fiskalności, kontroli, wydziału prawnego, urzędów nadzorczych i t. d. i stracić wskutku tego musiało pierwotny charakter swój; stało się polem działania dla owej partyi, o której powyżej wzmianka. Na polu dobroczynności działanie Towarzystwa pomimo nagromadzenia wielkich kapitałów, a może właśnie dlatego, jest prawie żadne i pomoc biednym udzielana zdaje się tu być pobocznym celem, a zadanem rozszerzanie zgubnych dla moralności kierunków. Jakiemże bowiem mianem oznaczyć to powolne, lecz wytrwałe dążenie, by odebrać instytucyom dobroczynnym nietylko cechę katolicką, ale nawet religijną; jakże nie oburzyć się na niedawno wydane rozporządzenie, przez które zabroniono dziewczynkom sierotom w zakładzie Towarzystwa umieszczonym, uczęszczania codziennie na msze św., odmawiania rano i wieczór litanii i innych modlitw i wydania rozkazu, aby te dzieci ograniczały się na odmawianiu Ojcze nasz. Nie dość na tem, przełożeni dozwalają dzieciom zanosić skargi i denuncyacye na siostry miłosierdzia, które przez szereg lat zakład pomieniony wzorowo prowadziły. Bądź który przełożony, pomiędzy jednym papierosem a drugim, rozstrzyga wszelkie sprawy karności, posłuszeństwa i kwestye naukowe, jednocześnie wszelka systematyczność w naukach jest zaniedbana i zastąpiona przeważnie wprowadzeniem zabaw, rozrywek, spacerów i to po kilka razy dziennie. System ten już owoce wydaje a zakład Magdalenek nieraz przygarniać musiał dziewczęta systematycznie psute i niezdolne do jakiejkolwiek pracy z zakładu Tow. Dobr. wychodzące. Niczem nie da się usprawiedliwić zasłanianie się tu powagą rządu, tak jak prostem nadużyciem jest podciąganie pod swoją władzę powstające instytucye dobroczynne, a tem samem paraliżowanie skutecznej działalności nie jednej z nich. Forma zabiła w Tow. Dobr. warszawskiem ducha, nic więc dziwnego, że gdy prawdziwie chrześciańskie miłosierdzie nie przewodniczy w nim, straciło ono też i ducha inicyatywy i stało się prostem wydziałem administracyi miejskiej, gdzie góruje po nad wszystko chęć władzy.

Obraz ten jest smutny, lecz bynajmniej nieprzesadzony. Zwróćmy jednak uwagę na kierunek odwrotny, na ciche i wytrwałe działanie grona pracowników szczupłego dotychczas co do liczby, ale coraz więcej uznanie znajdującego. Oni to bez zasobów z zaufaniem tylko w pomoc Bożą, odwołują się do miłosierdzia publicznego i usiłowania ich uwieńczone są najpomyślniejszymi skutkami. Formalności wymagane przy Tow. Dobr. w rozdawaniu zapomóg pieniężnych biednym, wywołały sformowanie się Bióra nędzy wyjątkowej. Członkowie tego stowarzyszenia przybrawszy sobie siostry miłosierdzia do pomocy, zwiedzają wszystkie najnędzniejsze poddasza miasta, a następnie ogłaszają po dziennikach nazwiska i adresa biednych których nędza została stwierdzoną. Nic nie kapitalizują, zapasów żadnych nie robią a mimo to znacznemi funduszami rozporządzają, które natychmiast między biednych są rozdawane. Źródła znane i bezimienne zasilają wciąż tak zorganizowaną dobroczynność; źródła te się nie wyczerpują i nie wyczerpią, jeżeli tak jak dotychczas założyciele tej pięknej instytucyj nie dadzą się uwikłać w systemat przyjęty przez Tow. Dobr. Ze czcią i uwielbieniem przychodzi również wspomnieć o zakładzie dla rekonwalescentów i o zakładzie dla nieuleczalnych i paralityków. Co do tego ostatniego początkowo było funduszu rubli 200. W pierwszym roku za lokal zapłacono rubli 140, resztę przeznaczono na kupno łóżek i nic nie pozostało. „Wyraźnie szaleństwo" mówili ludzie zimnego rozsądku; a działo się to trzy lata temu. Dziś zakład posiada własny dom i obsługuje 32 paralityków. Etatu jednak nie formuje i przyjmuje tyle paralityków ile ma miejsca. Od czasu zniesienia klasztoru Felicyanek coraz bardziej uczuwać się dawała potrzeba osób do pielęgnowania chorych. Otóż zakład przytuliska bardzo w Warszawie lubiany i na wielką skalę prowadzony, pracuje obecnie w tym kierunku i kilkanaście kobiet kształci się na dozorczynie chorych.

I inne są jeszcze miłosierne zakłady zupełnie w cichości działające. Między innemi np. jeden który daje rzemieślnikom uczciwym jednorazowy dostateczny fundusz na prowadzenie rzemiosła. Toż samo Towarzystwo św. Wincentego dla kobiet, nadzwyczaj jest czynne i skutecznie działające.

Tak więc widzimy że dobroczynnooć na tle prawdziwego miłosierdzia działająca rozwija znaczną działalność w Warszawie, ale ma do zwalczenia z jednej strony niepohamowane usposobienie ludności tamtejszej do zabaw i rozrywek, osłaniające się celami dobroczynnymi, a z drugiej rutyniczną, oschłą i do centralizacyi dążącą metodę Towarzystwa Dobroczynności.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 2 marca. Brak miejsca nie dozwolił nam umieścić dziś całkowicie sprawozdania z obrad wczorajszych Rady miejskiej i połowę musimy do jutra odłożyć. Tu nadmienimy tylko, że ze względu na rozprawy Rady tyczące się Kasy zaliczkowej, wiceprezydent Dr Weigel zapowiedział po skończeniu obrad, iż jako wiceprezes Kasy zaliczkowej, zastrzega sobie, jeśli to uznanem będzie za stosowne, dochodzenie sądowo karne przeciw tym członkom Rady miejskiej, którzy uwłaczali Kasie zaliczkowej. Gdyby każdy dłużnik chciał wytoczyć proces karny wierzycielowi, jeśli ten zastanawia się nad bezpieczeństwem żądanego odeń kredytu, wówczas wierzyciel stałby po prostu pod groźbą: *La bourse ou la vie.* Zapewne więc Rada zawiadowcza zastanowi się nad niewłaściwością takiej zapowiedzi; ale godziłoby się, aby i Rada miejska wzięła tę zapowiedź na baczną uwagę.

— Dowiadujemy się z prawdziwem zadowoleniem, że nareszcie ministeryum zajęło się nieco gorliwiej przyobiecanem urządzeniem *Szkoły Sztuk pięknych.* Mianowało ono w tych czasach dwóch profesorów malarstwa i rysunku i zażądało, aby przedstawiono mu kandydata na profesora rzeźbiarstwa. Nie omylimy się zapewne, przypisując wdaniu się Namiestnika, posunięcie naprzód tej ważnej dla miasta naszego a dla sztuki wogóle sprawy. Życzyć sobie tylko należy, aby nie zatrzymano się w pół drogi i aby szkoła mogła nareszcie przybrać rozmiary godne mistrza, który stoi na jej czele.

— Hr. Jan Aleksander Fredro przybył dzisiaj do Krakowa, aby być obecnym na trzech ostatnich próbach *Rewolweru.* Dowiadujemy się, iż oddał on Dyrekcyi tutejszego teatru najnowszą swoją komedyę *Kalosze*, która przedstawioną będzie na krakowskiej scenie w bieżącym jeszcze miesiącu.

— Siemiradzki pracuje, jak donosi *Gaz. Warsz.* nad obrazem mającym stanowić illustracyę: „Żywych pochodni," a przedstawiającym: „Cierpienia chrześcian rzymskich pod panowaniem Nerona."

— Donoszą z Nizzy, że polska kolonia pierwszą tam tej zimy odgrywa rolę i występuje wszędzie z całą okazałością. Składa się ona z Branickich, Lubomirskich, Czertwertyńskich, Skarżyńskich, Tarnowskich itd. Na balu kostiumowym u prefekta panie polskie w podziwienie wszystkich wprawiły. Oto jak się miejscowa gazetka o nich odzywa: „Hr. Pusłowska, jako sułtanka; kostium bogaty i wierny. Materya, klejnoty, pas, ubranie na głowę, wszystko pochodzi z seraju; kostium, przypadający cudownie do tej żywej i wyrazistej natury. Jej mąż, jako Syryjczyk był owinięty w fałdy co najdroższych materyi; turban na nim cudowny. Hr. Starzyńska; miała bardzo piękny kostium, który jej przypadał do twarzy. Hr. Branicka (Władysławowa), w białej, gwiazdami zasianej gazowej materyi; we włosach sklepienie z gwiazd (wartości 100000 rs.) na szyi perły i dyamenty; kostium pyszny i arystokratyczny, noszony po królewsku..."

— *Kur. Warsz.* donosi o powstać mającej w Warszawie szkole rzemiosł z funduszu, jaki jeszcze w r. 1861 Michał Konarski obywatel gubernii podolskiej zapisał testamentem na szkoły lub inne użyteczne zakłady w Królestwie Polskiem. Fundusz ten stanowiły dwa domy w Odessie. Towarzystwo kredytowe ziemskie, któremu testator powierzył administracyę, sprzedało powyższe domy za 98 tysięcy rubli, która to suma wzrosła w r. 1877 do 175,000 rubli. Wyznaczona komisya złożona z kilku dygnitarzy warszawskich wypracowała projekt, który następnie kilka razy był jeszcze dopełniany przez kompetentnych. Obecnie sprawa ta na nowo poruszoną została w wyższych sferach administracyi i tym razem weszła podobno w stadyum ostatecznego załatwienia. Z zapisu ś. p. Konarskiego ma być utworzona szkoła rzemiosł, urganizowana odpowiednio do funduszów.

— Bajmakow, wydawca dziennika *St. Pet. Wiedomosti* zbankrutował. Straty, poniesione przez większych jego wierzycieli wynoszą 570,589 rs. nieliczące drobniejszych wkładów po kilka tysięcy rubli, tak, że największy procent strat przypada na drobnych kapitalistów. Zdaje się wszakże, że istnienie dziennika przez to bankructwo nie jest zachwianem, przynajmniej nic o tem ani *St. Pet. Wied.*, ani inne dzienniki nie donoszą.

— Z powodu obiegających wieści o rozłączeniu się z mężem margrabiny de Caux (Adeliny Patti) podaje *Kuryer Warsz.* szczegóły zaczerpnięte, jak twierdzi, z dobrego źródła: „Lat temu kilka Adelina Patti wyszła za margr. de Caux potomka jednej z najstarożytniejszych rodzin francuskich. Małżeństwo to skojarzyła miłość, piękna bowiem *diva* pokochała margrabiego najgorętszem uczuciem. Wyzwoliwszy się z zależności od własnego swego szwagra Strakoscha, który wyzyskiwał jej talent, znakomita śpiewaczka popadła w inną zależność: wszelkie bowiem usiłowania jej męża dążyły do szybkiego nagromadzenia fortuny. I rzeczywiście fortuna ta doszła w ostatnich czasach, nie licząc w to wielkiej wartości klejnotów, do 5 milionów franków. Adelina rozczarowana prozą margrabiego de Caux, dała przystęp do serca swego tenorowi Nicoliniemu, który dla niej rozłączył się z żoną będąc ojcem sześciorga dzieci. Podczas ostatniego sezonu w Petersburgu stosunek ten stał się jawnym, i ztąd zaszły waśnie między margr. de Caux i jego żoną, które spowodowały rozdzielenie wspólnego mieszkania w hotelu Demoutha. Mówią że Adelina Patti ofiarowała mężowi 2 miliony fr. za zezwolenie na separacyę, lecz ten miał nieprzyjąć". „Szczegóły powyższe mianowicie co do powodów waśni małżeńskiej, rozwija obszerniej *Gołos* z 13 lutego, kładąc bardzo przejrzystą maskę na osoby i okoliczności. „W nieznanym kraju, mówi ten dziennik, żyła śpiewaczka, która od dawna zachwycała publiczność. Mówiono że jest niedostępną miłości a jednak w ostatnich czasach uczuła w sercu namiętność dla bardzo cenionego śpiewaka. W młodzieńczych latach zaślubiła ona pewnego hrabiego czy margrabiego, którego bardzo kochała. Mąż rozporządzał dowolnie gardłem swej małżonki, które było prawdziwą Golkendą. Ubóstwiał on ją; uzbrojony w binokle, był zawsze pierwszym w teatrze i pierwszy bił brawo. Młody śpiewak stał się jedyną chmurką na niebie dotąd ciągle pogodnem i jasnem. Podejrzliwy małżonek niepozwalał żonie występować z wspomnionym śpiewakiem, i był to jeden z punktów kontraktu *divy.* Dyrektor przyrzekł — ale jakże się oprzeć kiedy się wielki artysta bezpłatnie z talentem swym narzuca? I stało się że znów Romeo i Julia występowali razem. Wybuch zdawał się nieuniknonym, wreszcie nastąpił. Śpiewaczka była w swej garderobie teatralnej, klejnoty leżały na stole, gdy nagle wpadł małżonek. Zaraz powstał gwałtowny spór, na którego odgłos skupił się cały personal teatralny i słuchał. Oboje krzyczeli, w końcu słychać było słowa: „Dałem ci moje szlacheckie nazwisko, a ty tak ze mną postąpiłaś?" — Krzykliwy głos odparł: „Odbierz sobie nazwisko — oto masz za nie zapłatę" i w tej chwili klejnoty i kosztowności padać zaczęły na ziemię. Następnie wzmogła się wrzawa i ozwał się głos wołający o pomoc. Dyrektor otwarł drzwi loży i chciano małżonka według regulaminu teatralnego wydalić, lecz ten rzekł, że jest u swojej żony. „Wyprowadźcie go, zawołała; on nie jest już moim mężem". „Słowem małżonek został usunięty. Artystka żądała spisania protokołu z tego co zaszło. Żąda ona separacyi i ofiaruje mężowi połowę dochodu, byle ją zostawił w spokoju. Zawezwała opieki władzy i wprowadziła zmianę w mieszkaniu: Trzy pokoje dla małżonka, cztery dla pani. Co więcej policyant stoi przed jej drzwiami aby ją strzedz."

W końcu czytamy w *Pol. Cor.* że w d. 27 stawił się margr. de Caux wraz z małżonką u prezesa trybunału departamentu Sekwany dla poddania się prawnie przepisanej próbie pojednania. Prezes wydał następnie orzeczenie upoważniające margrabinę de Caux do wniesienia skargi o separacyę, udania się prowizorycznie do siostry swej i występowania w ciągu trwania procesu w Paryżu, Wiedniu, Londynie i innych miastach, gdzie jest zaangażowaną. — Adelina Patti przybyła wczoraj do Wiednia.

— W Turynie znaleziono w grudniu r. z. wieczorem zamordowanego na ulicy kupca tamtejszego nazwiskiem Gariglio. W tych dniach odkryto dopiero i uwięziono sprawcę, który się przyznał do winy. Rzecz tak się miała: Gariglio zaręczył się był z młodą dziewczyną z Turynu, którą opuścił, aby się zwrócić do innej. Opuszczona przysięgła zemstę wiarołomnemu narzeczonemu i najęła człowieka do wykonania zbrodni, któremu przyrzekła 600 lirów, jeżeli Gariglia zgładzi. Bravo z całą zręcznością wywiązał się z przyjętego zobowiązania. Przed kilku jednak dniami zdradził czyn swój po pijanemu i natychmiast wraz z mocodawczynią zbrodni został uwięzionym.

— *Courrier des Etats Unis* donosi: „Oddawna było już wiadomem mieszkańcom okolicy Albany na granicy Stanów Jowa i Missouri, że niejaki Filip Ames z żoną swą w najbrutalniejszy obchodzi się sposób. Sąsiedzi wyrzucali mu to często, lecz gdy to niepomogło, postanowili złego męża bez sądu ukarać. Wpadli do niego i już zarzucali mu postronek na szyję, gdy żona na klęczkach błagała za nim. Lecz groźna ta przestroga nie skutkowała bynajmniej, w krótce bowiem znowu tak się znęcać zaczął nad biedną kobietą, że ta wskutek zadanych przezeń skaleczeń umarła. Ames zwłoki złożywszy na koniu, siadł nań i pojechał w towarzystwie swojej bratowej do Missuri, gdzie je rzucił w rzekę. Szybko rozeszła się wieść o dokonanej zbrodni, sąsiedzi wysłali za nim pogoń i dognano go nad rzeką. Ścigani starali się ocalić ucieczką, a gdy dowódzca pogoni zawołał: „Stój!" Ames odpowiedział strzałem z pistoletu. Wtedy padło ze strony pogoni kilka doń wymierzonych strzałów, które zabiły bratową i konia mordercy. Schwytany wyznał, że nietylko tę, lecz inną jeszcze popełnił zbrodnię, o której niewiedziano. Miał on 5-letnią córeczkę, która w listopadzie r. z. nagle umarła. Ames opowiedział ze szczegółami, że bratowa na jego namowę dziecko to otruła dla tego tylko, aby żonie, która je bardzo kochała, tem większą sprawić boleść. Po tem zeznaniu Ames powieszony został na drzewie.

— Słynny A. Humboldt wspomina w swojem dziele *Ansichten der Natur* (tom I. str. 231 — 238) o pokoleniu dzikich Indyan nad Orinokiem, zwanych Otomakami, których pożywienie składa się przeważnie z tłustej, gliniastej i iłowatej ziemi. Coś podobnego znachodzimy także w Japonii, gdzie jedzenie glinki wedle doniesienia angielskiego dziennika *Celestial Empire* nie należy do żadnych nowości, lecz przeciwnie uważane jest za prawdziwy przysmaczek. Chociaż ziemia ta nie jest bardzo pożywną, to jednak ma wywierać na ciało bardzo wzmacniający wpływ, gdyż posiada w sobie wiele żelaza. Składa się ona z bardzo delikatnych cząstek i jest bardzo miękką, jednak bez najmniejszego śladu jakiej organicznej substancyi. Przy gryzieniu nie czuje się zupełnie części piaskowych, a przyjemne uczucie ma na tem polegać, jakoby się coś tłustego jadło. Barwa glinki jest czerwoną; Japończycy gniotą ją w cienkie placuszki i suszą, lub prażą na wolnym ogniu, poczem dopiero spożywają.

— Uczony astronom O. Secchi doniósł niedawno paryskiej Akademii nauk o niezwykłej nawałnicy gradowej, którą widziaał w Grotta Ferrata. Chmura, z której sypnął grad, tworzyła się nadzwyczajnie szybko i wyglądała podobną do wielkiej kupy wełny lub bawełny. Najprzód spadły z chmur krople deszczu niezwykłej wielkości, bo dochodzące 1 kubicznego centymetra; wkrótce jednak nastąpił grad, którego każda z krupek składała się z nieregularnej masy lodu i takichże kryształków. Przeciętnie ważyła każda krupka 40 — 60 gramów, w Marino spadło jednakże kilka krupek dochodzących bliska 300 gramów wagi.

TEATR. W sobotę dnia 3go marca: Po raz pierwszy: Komedya w 5 aktach wierszem hr. Aleks. Fredry: *Rewolwer.* — Początek o godz. 7ej.

Redaction & Administration:
I., [illegible]
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.
Manuscripte werden nicht zurückgegeben.
Unversiegelte [illegible] Reclamationen [illegible]

Ankündigungs-Bureau und Haupt-Expedition:
I., Wollzeile 22.
Insertionspreis nach aufliegendem Tarif.
Annoncen aus Frankreich, Belgien, Holland und England übernehmen ausschließlich die Herren G. L. Daube & Co. in Paris, Frankfurt a. M., Berlin ꝛc.

Einzelverkauf:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.
Für die an Austräger, Verschleißer oder sonstige Zwischenpersonen bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

(Abend-Ausgabe.)

Deutsche Zeitung.

Herausgeber: **Heinrich Reschauer.**

Abonnement für Wien:
In unserer Haupt-Expedition:
Ganzjährig . . . . fl. [illegible]
Halbjährig . . . . fl. [illegible]
Vierteljährig . . . . fl. [illegible]
Monatlich . . . . fl. [illegible]

Mit Zustellung in's Haus:
Ganzjährig . . . . fl. [illegible]
Halbjährig . . . . fl. [illegible]
Vierteljährig . . . . fl. [illegible]
Monatlich . . . . fl. [illegible]

Abonnement für das Inland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl.
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl.

Abonnement für das Ausland: Vierteljährig [illegible] Budapest und Umgebung bei Herrn A. Lappert jun. in Budapest, Waitzen-Boulevard im Handel[illegible]-Gebäude, fl. 6.- ö. W. bei einmaliger, fl. 7. - ö. W. bei zweimaliger Postversendung; für Deutschland [illegible] nächsten Postamte 10 [illegible], bei uns mit directer Kreuzbandversendung [illegible] ö. W.; für die Schweiz 18 Francs [illegible], bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Italien 25 Francs, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Frankreich bei uns fl. 9.90 ö. W.; für England bei dem [illegible] in Köln 16 Mark 50 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Spanien und Portugal bei dem Postamte in Köln 18 Mark 52 Pfennige, bei uns fl. [illegible].90 ö. W.; nach den Donaufürstenthümern bei uns fl. [illegible] ö. W.; für Griechenland bei [illegible]; für Nordamerika bei dem Postamte in Köln 18 Mark 20 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Brasilien und Mexiko bei dem Postamte in Köln 27 Mark 90 Pfennige.

Nr. 1869. Wien, Samstag 17. März. **1877.**

Politische Rundschau.

Wien, 17. März.

Der Reichsrath bereitet sich auf die Osterferien vor. Am Montag halten beide Häuser Sitzung und Dienstag wird sich das Abgeordnetenhaus vertagen. Im letztern kommen noch die Nachtrags-Credite zum Budget des laufenden Jahres zur Verhandlung. Die gestern eingebrachte Regierungs-Vorlage über die Wahl der Regnicolar-Deputation des Reichsrathes, welche gleichfalls Montags zur ersten Lesung gelangt, wird erst nach der Oster-Vertagung, d. i. im Monat Mai, erledigt werden. Es rectificirt sich dadurch die in unserm heutigen Leitartikel in Folge eines Versehens enthaltene Angabe, als ob die Deputation schon im April zusammentreten würde, von selbst. Lebhafter als im Plenum geht es in diesen Tagen im Schoße der Parteien und Fractionen her. Die Clubs der Linken und des linken Centrums haben in die Beschickung der vom Fortschritts-Club für morgen verlangten Partei-Conferenz zur Verhandlung über die Sturm'schen Delegations-Anträge eingewilligt. Aus den im Club der Linken gehaltenen Reden leuchten jedoch keineswegs Sympathien für den Inhalt dieser Anträge hervor. Man glaubt schon sehr viel gethan zu haben, daß man der Verhandlung nicht aus dem Wege geht, scheint aber mit der vorgefaßten Absicht in dieselbe eintreten zu wollen, den Anträgen eben im Wege der Partei-Conferenz den Garaus zu machen. Man vergißt dabei aber ein Moment, welches in constitutionellen Staaten denn doch einige Bedeutung hat: die Stimmung in der Bevölkerung, welche von der Inopportunität der Delegations-Reform nichts wissen will. Man sollte jedoch daran umsoweniger vergessen, als ja gerade das durch diese Volksstimmung auch dem officiösesten Abgeordneten verursachte unbehagliche Gefühl und nicht etwa, wie man vorgibt, bloße Nachgiebigkeit und Courtoisie für den Fortschritts-Club den Beschluß, die Partei-Conferenz zu beschicken, dictirt hat.

Der ungarische Minister-Präsident Tisza begibt sich heute Abends nach Wien, um an einem am Sonntag stattfindenden gemeinsamen Ministerrathe theilzunehmen. Er kehrt sofort Sonntag Nachts nach Pest zurück, um Montags bei Eröffnung der dritten Reichstags-Session anwesend zu sein.

Die „Times" geben der englischen Regierung den Rath, auf der Bedingung, daß die Zusage Rußlands bezüglich der Demobilisirung in das Protokoll aufgenommen werde, nicht „zu hartnäckig" zu bestehen. Daß man aber zu Downingstreet gerade auf diese Clausel großes Gewicht legt, erhellt aus folgender Aeußerung des „Standard": „Wir können nicht gehörig das beurtheilen," erklärt das Tory-Organ, „was Rußlands Ehre retten wird, und es ist nicht unsere Sache, zu sagen, daß der Czar leicht befriedigt scheint. Aber es muß klar verstanden werden, daß die Abrüstung sofort beginnt, sobald das Protokoll unterzeichnet ist. So klein auch der Preis ist, so muß die Operation, für welche er gezahlt wird, unverzüglich in Angriff genommen werden. Es kann nicht erwartet werden, daß die Türkei mit ihren Reformen fortschreitet, so lange sie nicht ebenfalls im Stande ist, ihre Legionen aufzulösen, und so lange sie nicht von den ruinirenden Kosten erlöst ist, welche die Mobilisirung der russischen Streitkraft ihren schwachen Hilfsquellen auferlegt hat. Falls und so lange dies nicht geschehen ist, ist nichts geschehen."

Nach Mittheilung der „France" hätte sich General Ignatieff zu der Reise nach England durch Depeschen sehr befriedigenden Inhaltes bestimmen lassen, welche er im Laufe des vorgestrigen Tages aus London erhielt. Rußland lege in den Unterhandlungen die größte Nachgiebigkeit an den Tag. Zuerst hätte nach seinem Vorschlage in dem von den Mächten zu unterzeichnenden Schlußprotokolle eine „zweimonatliche Frist" gesteckt werden sollen, dann begnügten sich die russischen Unterhändler mit einer „noch näher zu bestimmenden Frist" und endlich willigten sie sogar in die Phrase: „wenn die Mächte es für angemessen halten werden". Das englische Cabinet habe aber auch auf diese Formel nicht eingehen wollen und nun werde Ignatieff über diesen wichtigen Punkt mündlich unterhandeln.

Wie das „Eastern Budget" erfährt, wird kurz nach dem Zusammentritt des türkischen Parlaments eine Interpellation an die Regierung gerichtet werden zu dem Behufe, deren Entschluß betreffs der Frage der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes eines „bewaffneten Friedens" im Lande zu ermitteln. Die Interpellation dürfte wohl mit Zustimmung der türkischen Regierung eingebracht werden.

Die polnische Fraction des deutschen Reichstags will einen Antrag an den Reichskanzler einbringen, um die Entlassung des Redacteurs Dr. Kantecki aus der Haft zu bewirken; andererseits wird ein Antrag auf Erlaß eines Nothgesetzes vorbereitet, betreffend die sofortige Einführung der Bestimmungen der Reichs-Justizgesetze über die Haft wegen verweigerten Zeugnisses.

Dem Fürsten Bismarck wird ein neues geflügeltes Wort in den Mund gelegt. „Preußen," soll der Fürst bei dem parlamentarischen Diner, welches er vorgestern gab, gesagt haben, „bedürfe mehr der Germanisirung als Deutschland der Borussificirung."

Die Pariser monarchischen Blätter verbreiten mit Wohlgefallen das Gerücht, daß Herr Jules Simon, sei es aus Gesundheitsrücksichten oder aus Verstimmung über die undankbare Rolle, die man ihn spielen lasse, von der Regierung zurückzutreten gedenke. Diese tendenziöse Angabe wird sammt allen sonst daran geknüpften Combinationen von der nächsten Umgebung des Premierministers entschieden dementirt.

Der „Temps" erhält einige nähere und theilweise berichtigende Mittheilungen über die Erklärungen, welche der Kriegsminister General Berthaut in dem Ausschusse für den Laisant'schen Antrag abgegeben hat. Der Minister hat nicht oder höchstens nur indirect zugelassen, daß der Laisant'sche Vorschlag blos inopportun sei; seine Auslassungen deuteten vielmehr darauf hin, daß er die gegenwärtige Heeresverfassung als eine definitive ansehe. Er hat auch nicht erklärt, daß die dreijährige Dienstzeit für die Infanterie genügend sei, sondern nur, daß die Nachtheile derselben sich für die andern Waffengattungen besonders fühlbar machen würden. Da einige Mitglieder des Ausschusses auf das Beispiel Deutschlands hinwiesen, entgegnete der Minister, daß die Recrutirung nach Landestheilen in Deutschland Resultate liefere, die man von ihr in Frankreich nicht erwarten könnte; Reformen dieser Art ließen sich nicht decretiren, sondern seien eine Frage der Zeit, der Landessitten und der öffentlichen Erziehung. Dagegen kündigte der Minister einige andere wichtige Reform-Vorschläge an; so soll ein Gesetzentwurf über die Unterofficiere auf der Grundlage der Neuanwerbungs-Prämie eingebracht, der Einjährig-Freiwilligendienst nicht abgeschafft, aber eingeschränkt, endlich die Cavallerie wesentlich vervollkommnet werden, bei welch' letztern Maßnahmen man sich namentlich an russische Muster halten würde.

Der türkisch-serbische Friede.

Wien, 17. März.

Die „Köln. Ztg." veröffentlicht den französischen Wortlaut und die deutsche Uebersetzung der nachfolgenden auf den türkisch-serbischen Frieden bezüglichen Actenstücke:

„Die unterzeichneten Special-Delegirten Sr. Hoheit des Fürsten von Serbien haben bereits die Ehre gehabt, sich bei der Hohen Pforte zu Dolmetschen des aufrichtigen Wunsches des Fürsten von Serbien und der fürstlichen Regierung zu machen: daß die Beziehungen des Fürstenthums mit dem suzeränen Hofe möglichst bald auf den Fuß zurückgeführt werden möchten, auf dem sie vor den letzten unglücklichen Ereignissen gestanden haben.

Ein schweres Geheimniß.

Von

Adolphe Belot und Jules Dantin.

Zweite Abtheilung.

Die Schuld des Vaters.

(54. Fortsetzung.)

„Ich soll gehen," sagte er. „O nein, so dumm bin ich nicht, man kennt Sie, Herr Causson, man weiß, wessen Sie fähig sind. Wenn es Ihnen recht ist, werden wir uns nicht von einander trennen. Ueberhäufen Sie mich unterdeß mit so vielen Schmähreden wie Sie wollen, das ist mir gleichgiltig! . . . Sie finden also, daß ich Sie grausam behandle? Es ist wohl möglich, aber Sie verdienen es."

Er erklärte und rechtfertigte sein Benehmen; er gab zu, daß der Sträfling, der den andern bestehle, das verworfenste Subject sei; aber — war Causson ein gewöhnlicher Sträfling? Nein! Er war ein verschämter Sträfling — die schlimmste Sorte; er spielte den Tugendhaften, den Stolzen; die Berührung eines Diebes beschmutzte den Herrn; er gab sich den Anschein eines rechtschaffenen Bürgers, der in eine Diebshöhle verschlagen wurde . . . Gut! dann dürfe es ihm aber auch nicht auffallen, wenn er für einen Bürger gehalten wurde und demgemäß Lehrgeld bezahlen mußte. Das war ganz in der Ordnung. Wenn man sich einmal die Handschuhe gekauft hat, dann muß man sich auch nicht beklagen, wenn sie drücken! . . .

Es schlug Fünf.

„Schon Fünf! Wie schnell die Zeit in guter Gesellschaft vergeht! Aber deßhalb darf ich doch nicht vergessen, daß ich den Sechs-Uhr-Zug benützen will, um nach Paris zu kommen; ich werde mich reisefertig machen . . . Sie wissen doch, Herr Causson, daß wir zusammen fahren? . . ."

Causson erhob den Kopf und blickte auf Lentague, der fortfuhr:

„Ja, ich weiß, Sie wollten erst um elf Uhr weiter fahren, aber Sie thun mir wohl den Gefallen, früher zu reisen?"

„Sie wissen doch, daß ich ebensowenig um sechs wie um elf Uhr fahren kann!"

„Warum denn, mein lieber Causson? Ach so — ich entsinne mich; das Eisenbahn-Billet versetzt Sie in Unruhe. Ich werde es für Sie bezahlen, haben Sie keine Angst; auch Ihre Hotelrechnung will ich übernehmen; da — jetzt sagen Sie, daß ich nicht anständig gegen Sie bin!"

Causson erwiderte nichts; der Unglückliche mußte wohl oder übel darein willigen.

„Also, es ist abgemacht, machen wir uns reisefertig," fuhr Lentague fort, verschloß Causson's Thür und steckte den Schlüssel in die Tasche, um ihm die Möglichkeit zum Verlassen des Zimmers abzuschneiden. „Ihren Koffer habe ich selbst zugeschlossen! Nun wollen wir vor Allem das Thürschloß wieder in Ordnung bringen." Er ging in sein Zimmer, klinkte die Verbindungsthür ein, befestigte das Schloß wieder mit den alten Schrauben, öffnete dann sein Zimmer und ging durch den Flur zu Causson, den er in finsterm Vorsichhinbrüten antraf.

„Aufgerafft," herrschte er ihn an, „jetzt ist keine Zeit zum Träumen!"

Er klingelte und ließ die Koffer hinunterschaffen. Beim Hinabsteigen wußte er es so einzurichten, daß Causson vor ihm ging. Nachdem sie im Speisesaal noch etwas gegessen und getrunken hatten, umwickelte Lentague von neuem sein Gesicht mit einem Tuch.

„Haben Sie Zahnschmerzen?" fragte ihn der Wirth.

„Ja, fortwährend, einen chronischen Zahnschmerz, und ich muß mich besonders vor der Morgenluft in Acht nehmen; die könnte mir leicht eine Entzündung eintragen," erwiderte Lentague und bezahlte die Rechnung.

Auf dem Wege zur Bahn legte er freundschaftlich seinen Arm in den Causson's, verlor diesen auch nicht aus den Augen, als er die Billets löste und die Koffer einschreiben ließ, brachte ihn selbst im Wagen unter und setzte sich ihm gegenüber.

Causson ließ ihn gewähren und sprach auf der ganzen Fahrt, unbeweglich dasitzend, kein Wort; Lentague dagegen war munter, angeregt und gesprächig. Man hätte ihn für einen ehrsamen Boutiker halten können, den seine Frau zeitig geweckt und der sich aufgemacht hatte, um für seinen Kram Einkäufe zu machen.

Sie kamen in Paris an.

Nachdem sie aus dem Wagen gestiegen waren und während das Gepäck geordnet wurde, näherte sich Lentague Causson und flüsterte ihm zu:

„Seien Sie vernünftig! Legen Sie die finstere Miene ab und hören Sie: Kein Wort über das zwischen uns Vorgefallene, an wen es auch sei! Keine Denunciation! Keine anonymen Briefe, weder auf die Präfectur, noch an das Gericht geschickt! Ich würde es erfahren — und Sie kennen mich doch! Von Havre an haben Sie sich gut benommen; Sie waren zwar nicht ausgelassen lustig, aber mir war es so ganz lieb; Sie haben nicht den geringsten Ausfall, nicht eine einzige Bewegung, kein verrätherisches Zeichen gemacht, das war brav! Zur Belohnung, da!" Und er drückte ihm eine Rolle mit fünfundzwanzig Louisd'or in die Hand.

„Ah, Sie sind zu gütig!" sagte Causson mit bitterm Lächeln.

„Gewiß bin ich sehr nobel; denn ich könnte Sie ohne weiters stehen lassen und Ihnen einfach den Rücken kehren; Sie verdienen es sogar wegen Ihrer verächtlichen Art und Weise. Doch genug der Worte; ich verlasse Sie. Werden Sie auf Ihre Weise glücklich, ich auf die meine."

Er ließ sein Gepäck auf einen Fiacre tragen. Im Moment der Abfahrt bog er sich aus der Thür und rief Causson nach:

„Viele Grüße von mir zu Haus, Herr Iriel!"

Letzte Ironie. Es schien, als ob Causson davon betroffen würde; er zitterte und sah sich nach einem Polizeibeamten um, um diesen Schurken anzugeben und verhaften zu lassen; aber der schreckliche Gedanke, der ihn schon seit zwölf Stunden Lentague preisgab, hielt ihn wiederum zurück; er schlug die Augen nieder und ließ den Wagen davonfahren, ohne sich zu regen.

Was war auch an Lentague gelegen? Möge er frei sein, damit auch Causson frei bleiben und bald die beiden geliebten Wesen wiederfinden könne, um deren willen er nach achtzehnjähriger Selbstverbannung zurückgekehrt war; er nahm einen Wagen, bezeichnete dem Kutscher ein altes Hôtel garni in der de la Harpestraße, in dem er schon früher gewohnt, als Ziel der Fahrt und fuhr davon.

(Fortsetzung folgt.)

Nachdem die Hohe Pforte ihrerseits Sr. Hoheit dem Fürsten die Vorschläge mitgetheilt hat, deren Annahme sie zur Wiederherstellung des Status quo ante für erforderlich hielt, beeilen sich die Unterzeichneten, in Gemäßheit ihrer Weisungen, der kaiserlichen Regierung die nachfolgenden Auseinandersetzungen vorzulegen, die ihnen ermöglichen, festzustellen und zu erklären, daß in Zukunft nichts sich der Wiederherstellung des Status quo ante entgegenstellt.

Die Hohe Pforte wünscht, daß, „entsprechend den beim Abzuge der osmanischen Truppen aus der Citadelle zu Belgrad getroffenen Verabredungen, die osmanische Flagge in Zukunft auf der genannten Citadelle neben der serbischen Flagge wehe und ebenso, daß in Verfolg der alten Fermans die Zahl der Festungen und die Stärke der bestehenden Befestigungswerke nicht für die Folge vermehrt werde“.

Die fürstliche Regierung hat niemals unterlassen, der Verpflichtung nachzukommen, die türkische Flagge auf der Citadelle zu Belgrad aufzuziehen. Da außerdem jene zwei Punkte ausdrücklich und [illegible] in den Hattischerifs vom Redjeb 1240 [illegible] 1283) festgestellt sind, so [illegible] Fürstenthum zur Wiederherstellung seiner Beziehung [illegible] auf Grundlage des status quo ante zugelassen sein wird, [illegible] der Wiederherstellung des status quo ante [illegible] Anerkennung aller zu verschiedenen Zeiten erlassenen kaiserlichen Fermans die in den obgenannten Fermans enthaltenen, auf die Festungen bezüglichen Bestimmungen [illegible] macht, und es werden von da an diese Bestimmungen unmittelbar in Kraft treten und sorgfältig beobachtet werden.

Die Hohe Pforte wünscht gleicherweise, daß „die fürstliche Regierung auf dem Gebiete des Fürstenthums die Bildung von bewaffneten, auf Störung der Ruhe in den benachbarten Provinzen berechneten Banden verhindert, und zwar sowohl von heimlich wie offen gebildeten Banden, und weiter, daß die fürstliche Regierung der Bildung von heimlichen und offenen, auf Störung des Friedens und der Ruhe in den benachbarten Provinzen abzielenden Gesellschaften vorbeuge“.

Die Unterzeichneten haben sich auf rechtlich und thatsächlich [illegible] unanfechtbare frühere Verhältnisse berufen, um der [illegible] Hohen Pforte die ausdrücklichste Versicherung der [illegible] conservativen und anti-revolutionären Tendenzen zu [illegible] das Volk und die Regierung dieses Fürstenthums [illegible] haben. Serbien, seiner Lage bewußt, sucht [illegible] Arbeit die Grundlage seines Glückes. Feind [illegible] welche seiner moralischen, intellectuellen und [illegible] Entwicklung schaden könnte, hat es strenge Gesetze [illegible] um die Gründung geheimer Gesellschaften, welche Umsturz-Ideen verfolgen, sowie die [illegible] bewaffneter Banden, die dazu bestimmt sind, in den benachbarten Provinzen Unruhen zu schüren, zu verhindern. In der That ist während der ganzen Periode, welche seit der Gründung des Fürstenthums unter Sultan Mahmud bis auf die letzte Zeit verlaufen ist, nicht nur die Bildung solcher bewaffneter Banden unbekannt gewesen, sondern es hat auch keine einzige [illegible] Gesellschaft gegeben. Ebenso wahr ist es, daß die innere Gesetzgebung, welche im Uebrigen mit den Wünschen des [illegible] Volkes übereinstimmt, stets hingereicht hat, um die [illegible] solcher unruhigen Elemente zu unterdrücken. Die geheimen Gesellschaften auf welche die Pforte anspielt, haben ihren Ursprung und ihren Sitz anderswo als in Serbien gehabt. [illegible] der letzten Zeit, als jene Gesetze des Fürstenthums ohn[illegible] waren, eine Lage entstanden ist, welche für alle Interessen [illegible]lich war, so sind die Versicherungen die bei der kaiserlichen Regierung auszusprechen die Unterzeichneten die Ehre haben, [illegible] dazu bestimmt, dem ein Ende zu machen, indem sie [illegible] und die guten Beziehungen zwischen dem suzeränen [illegible] dem Fürstenthum wiederherstellen und jenen Gesetzen, [illegible] für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erlassen [illegible] und unbestreitbares Ansehen und ihre Wirksamkeit, [illegible] Vortheile Serbiens selbst, wiedergeben.

Die Hohe Pforte wünscht, daß, „unabhängig von der [illegible] Freiheit, die gregorianischen und katholischen Armenier und die Israeliten in Serbien die gleichen Rechte und gleichen Privilegien wie die andern Einwohner genießen sollen“.

Auf den von der Hohen Pforte so hochsinnig kundgegebenen Wunsch religiöser Duldung haben die Unterzeichneten erwidert: [illegible] die innere Gesetzgebung keine Ausnahmen kennt, die auf [illegible] des Religions-Bekenntnisses gemacht würden, daß es in [illegible] niemals gregorianische oder katholische Armenier [illegible] hat, daß alle serbischen Staatsbürger dieselben bürgerlichen und politischen Rechte genießen, daß die israelitischen Unterthanen in Serbien, mit Ausnahme einer einzigen Beschränkung, welche ihre Niederlassung im Innern des Landes betrifft, nicht mehr ausgeschlossen sein würden, als es in Zukunft diejenigen serbischen Bürger sein werden, die einem andern christlichen Ritus angehören als dem orthodoxen. Die Unterzeichneten schätzen sich glücklich, somit zeigen zu können, daß das große Princip der Religionsfreiheit, welches der innern Regierung des Fürstenthums innewohnt, zu jeder Zeit allen serbischen Staatsbürgern ohne Unterschied des Cultus zugute gekommen ist. Sie schätzen sich glücklich, in der vorhin angegebenen Weise das vollkommene Einvernehmen zwischen der Hohen Pforte und der fürstlichen Regierung hergestellt zu haben in allen denjenigen Punkten, welche den vorher besprochenen Status quo betreffen.

Die Unterzeichneten in ihrer schon angeführten Eigenschaft als Bevollmächtigte des Fürstenthums, und mit dem Auftrag in der formellsten Weise den Ausdruck der loyalen Gesinnung des Fürsten und des serbischen Volkes zu erneuern, zögern nicht, der Hohen Pforte zu erklären, daß Se. Hoheit der Fürst Milan bereit ist, direct jene Auseinandersetzungen und Versicherungen zu bestätigen, deren getreue Dolmetscher sie in seinem Namen gewesen sind. Sie hoffen demgemäß, daß Se. Hoheit der Großvezier die Güte haben wird, den Erlaß eines Irade, der den frühern Stand wiederherstellt, zu erwirken, und desgleichen, daß die kaiserlichen Truppen sich binnen zwölf Tagen von heute ab hinter die Demarcations-Linie zurückziehen, und daß diese Demarcations-Linie nach dem Stande vor den letzten Ereignissen gezogen werde

Constantinopel, den 16. (28.) Februar 1877

(Gez.) P. Kristic. D. Matic.

Heute am 16./28. Februar, haben die Delegirten Sr. Hoheit des Fürsten von Serbien, die Herren Ph. Kristic und D. Matic, in der Sitzung bei Sr. Excellenz dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärt, daß sie am Ziel ihrer Arbeiten angelangt zu sein dächten, und daß das Einverständniß mit Sr. Excellenz dem Minister hergestellt sei, in Gemäßheit der erläuternden Note, welche sie der Hohen Pforte unterm 16./28. Februar zugestellt hätten

Die Herren Delegirten haben ferner erklärt: sie gäben, kraft der ihnen durch die fürstliche Regierung verliehenen Vollmacht, dem Wunsch ihrer genannten Regierung bestimmten Ausdruck, daß die Beziehungen zu dem suzeränen Hof auf dem status quo ante wiederhergestellt werden möchten,

Se. Excellenz der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat seinerseits im Namen der Pforte erklärt: er nehme Act von besagter Erläuterungs-Note; die großherrliche Regierung habe beschlossen, die Beziehungen zu dem Fürstenthum Serbien auf dem status quo ante wiederherzustellen, und diese Entscheidung werde dem Fürsten in der bisher gebräuchlichen Form mitgetheilt werden. In dieser Lage und um die Tragweite der Grundlage für den status quo ante in der nöthigen Bestimmtheit abzugrenzen, sowie um jedes Mißverständniß, welches in dieser Hinsicht entstehen könnte, zu vermeiden, wird constatirt, daß man diese Angelegenheit folgendermaßen aufgefaßt hat:

1. daß die Wiederherstellung des status quo ante, ohne andere und längere Erklärungen zu benöthigen, das vollkommene und ausnahmslose Wiederinkrafttreten aller Bestimmungen des kaiserlichen Hats und andern Acte, welche sich auf Serbien beziehen, insonderheit aber des Hats vom 11. April 1867 (5 Zilhidjé 1283) über das Besatzungsrecht in den Festungen in sich schließt;

2. daß Serbien, da die Hohe Pforte eine vollkommene Begnadigung allen ihren Unterthanen gewährt, die durch die letzten Vorfälle compromittirt worden waren, seinen Unterthanen, die etwa bei der gleichen Gelegenheit compromittirt worden waren, das gleiche Zugeständniß gewähre;

3. daß sowohl die kaiserlichen als die fürstlich serbischen Truppen in dem Zeitraum von zwölf Tagen alle von ihnen außerhalb der Demarcations-Linie besetzten Landstriche räumen, damit die frühern Obrigkeiten innerhalb der frühern Grenzen wieder in ihr rechtmäßiges Amt treten

Hievon doppelte Abschrift.

(Gez.) Savfet. P. Kristic. M. Matic.

Telegramm. Se. Hoheit der Fürst von Serbien zu Belgrad an Se. Hoheit den Großvezier. 2. März 1877. Ich habe die Ehre, Eure Hoheit zu benachrichtigen, daß wir im vollen Umfange das Protokoll bestätigen und ratificiren, welches die für die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen der Hohen Pforte und Serbien getroffenen Grundlagen enthält, wie es durch unsere Special-Bevollmächtigten, die Herren Philipp Kristic und Demeter Matic unterzeichnet worden ist, und desgleichen die Aufklärungen und Versicherungen, welche die Delegirten der Hohen Pforte gegeben und die auf die Wiederherstellung des status quo ante abgezielt haben, der zwischen der Hohen Pforte und dem Fürstenthum bis zum Monat Juni des vergangenen Jahres bestanden hat. Indem Serbien auf diese Weise in den vollen Genuß der Rechte, Privilegien und Immunitäten zurückkehrt, deren es bis dahin theilhaftig war, übernimmt es mit einem tiefen Gefühle der Treue die Verpflichtungen, die aus den zu verschiedenen Zeiten erlassenen Fermans entspringen, durch welche die suzeräne Regierung ihren Eifer und ihr Vertrauen der serbischen Nation und ihrem Fürsten bezeigt hatte. Es ist nunmehr Sache Sr. Majestät des Sultans, feierlich die Wiederherstellung der Beziehungen des Fürstenthums zu der suzeränen Macht auf der verabredeten Grundlage zu proclamiren.

Ferman Sr. Majestät des Sultans.

[Uebersetzung.]

(Nach den üblichen Förmlichkeiten.)

Unsere kaiserliche Fürsorge hatte stets Alles zum Ziele, was dazu beitragen konnte, die Ruhe und den Fortschritt des einen integrirenden Theil unseres Kaiserreichs bildenden Fürstenthums Serbien zu befestigen und das Glück und das Gedeihen seiner Bewohner zu sichern. Die in den zu verschiedenen Zeiten erlassenen kaiserlichen Hats enthaltenen Immunitäten und Privilegien haben nur zum Ziel gehabt, diesen [illegible] zu verwirklichen. Ein schlagender Beweis unseres [illegible] Wohlwollens für das serbische Volk im Hinblick auf die gegen unsere kaiserliche Regierung bewiesene Treue war namentlich noch durch den Beschluß [illegible] deren die Bewachung der in Serbien gelegenen [illegible] Festungen dem Fürstenthum anvertraut wurde. [illegible] Beziehungen des Vertrauens und der Aufrichtigkeit [illegible] Fürstenthum und der suzeränen Regierung [illegible] mehr befestigt und entwickelt worden, [illegible] unserer kaiserlichen Regierung zur Aufrechterhaltung [illegible] stehenden Sachlage wir unangenehm berührt [illegible] sahen, daß es nicht möglich gewesen war, [illegible] Ereignissen vorzubeugen, die ebensowohl [illegible] Serbien wie seine Stellung zum suzeränen Hof [illegible] drohten.

Nach der sehr bereitwilligen Annahme des [illegible] Ruhe wiederherzustellen, welche durch unsere kai[illegible] in der Absicht gemacht [illegible] Serbien das Unglück [illegible] ersparen, und Serbien in die Lage zurückzuversetzen, [illegible] sich vor den letzten unglücklichen Ereignissen [illegible] sehr ehrenwerthen Bevollmächtigten, die Herren [illegible] Matic, mit Vollmachten von Eurer Seite in Constantinopel angelangt. In den Vorbesprechungen, welche zwischen ihnen [illegible] der Hohen Pforte stattgefunden, haben [illegible] schriftlich Erklärungen und Versicherungen [illegible] welche sie verbürgt haben, daß man an den [illegible] zu verschiedenen Zeiten erlassen sind, [illegible] würde, und daß die Verpflichtungen, welche [illegible] gleich für die dem Fürstenthum ertheilten [illegible] Immunitäten übernommen hat, ausgeführt wurden, und [illegible] von jetzt an nichts mehr geduldet werden solle, was, [illegible] materieller oder moralischer Hinsicht, die [illegible] Beziehungen Serbiens zu unserer Regierung stören könnte.

Da diese Erklärungen und Versicherungen [illegible] liches Vertrauen [illegible] Treue und [illegible] Fürstenthums und [illegible] erneuert und [illegible] haben auch wir die Wiederherstellung der [illegible] genehmigt und ratificirt, und [illegible] der benachbarten Provinzen [illegible] rührten Ereignisse nach dem Fürstenthum [illegible] eine Zuflucht gefunden haben, gleichwie [illegible] wohner des Fürstenthums, welche zu uns geflohen [illegible] wird. Wir sind überzeugt, daß sowohl Ihr als das serbische Volk das, was hiedurch festgestellt wird, richtig schätzen werdet, nämlich als einen klaren Beweis unseres Vertrauens und [illegible]lichen Wohlwollens gegen Euch, und daß Ihr Euch bemühen werdet die Pflichten des Fürstenthums gegen unsere kaiserliche Regierung beständig zu erfüllen. In Folge dessen haben wir Euch diesen Ferman, welcher unsere kaiserliche Billigung erhalten hat, ertheilt und zugesandt, um kundzuthun, daß auf dieser Grundlage der status quo ante wiederhergestellt ist, und daß allerseits die nothwendigen Befehle ertheilt sind, um die Punkte, welche außerhalb der Demarcations-Linie sich noch in dem Besitze unserer Armee befinden, räumen zu lassen.

Gegeben den 18. Safer 1294 — 4. März (20. Februar) 1877.

Tagesneuigkeiten.

Wien, 17. März.

[Hof- und Personal-Nachrichten.] Der Kaiser und die Kaiserin haben sich heute Vormittags um [illegible] Uhr 52 Minuten mittelst Separat-Hofzuges der Nordbahn zur Parforcejagd nach Göding begeben. Abends um [illegible] Uhr 51 Minuten trafen Ihre Majestäten wieder in Wien ein. — Die Kaiserin hatte gestern Morgens mit kleinem Gefolge einen Jagdausflug nach Göding unternommen und ist um 6 Uhr 24 Minuten Abends wieder in Wien angekommen. — Wie „Hon“ meldet, trifft Erzherzog Josef zu Ostern von Cannes in Alcsuth ein. — Der König und der Kronprinz von Italien feierten den 14. d. ihren Geburtstag; der König seinen 58., der Kronprinz seinen 33. — Der Kaiser hat den ersten Obersthofmeister ermächtigt, der Anthropologischen Gesellschaft in Wien für die uneigennützige Ueberlassung ihrer werthvollen urgeschichtlichen Sammlung an das Naturhistorische Hofmuseum die allerhöchste Anerkennung bekanntzugeben. — Die Gattin des Generalstabsarztes Dr. Frisch ist hier 51 Jahre alt, gestorben.

[Das brasilianische Kaiserpaar in Wien.] Auf seiner europäischen Rundreise ist heute Morgens um 7 Uhr mit dem Salzburger Courierzuge der Westbahn der Kaiser Dom Pedro von Brasilien mit seiner Gemalin in Wien angekommen. Auf Wunsch der Gäste, die im strengsten Incognito reisen, unterblieb jeder officielle Empfang und nur wenige Persönlichkeiten, darunter auch der Prinz von Coburg-Gotha, der brasilianische Gesandte Varnhagen de Porto Seguro, hatten sich zur Begrüßung des Kaiserpaares auf dem Perron des Bahnhofes eingefunden. Die Gäste fuhren alsbald in ihr Absteigequartier ins „Hotel Impérial“. Um 10 Uhr Vormittags fand sich im Hotel der General-Adjutant Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Mondel ein, um das Kaiserpaar im Namen des Kaisers zu begrüßen. Dom Pedro war jedoch kurz vorher in die Hofburg gefahren. Vor seiner Fahrt ließ Dom Pedro die Kränze, die gestern dem Abbé Liszt gespendet wurden, in seine Appartements tragen, besichtigte dieselben und erkundigte sich dann nach dem Verlaufe des gestrigen Liszt-Concertes. Um 11 Uhr unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt durch die Stadt.

[Hochschule für Bodencultur.] Das Sommer-Semester 1877 beginnt am 5. April.

[Vöslau.] In der letzten Sitzung des Landes-Sanitätsrathes referirte Hofrath Langer bezüglich des Gesuches der mit dem Titel „Curort“ ausgezeichneten Gemeinde Vöslau um Bewilligung einer Curtaxe und eines Curorte-Statuts. Er beantragte, zu erklären, daß Vöslau nicht die charakteristischen Merkmale eines eigentlichen Curortes besitze und daher auch von einer Curtaxe keine Rede sein könne; über Zulassung anderer Taxen habe der Sanitätsrath kein Urtheil abzugeben. Nach eingehender Debatte, wobei auch darauf hingewiesen wurde, daß man in Vöslau ohnehin eine Musiktaxe gleichsam obligatorisch einhebe und die Gemeinde gar nicht im Besitze des an sich indifferenten Bades sei, und daß man die ohnehin theure Sommerfrische aus sanitären Gründen nicht noch mehr vertheuern dürfe, wurde der Antrag mit allen gegen Eine Stimme angenommen.

[Buchdrucker-Versammlung.] Morgen Vormittags um 10 Uhr findet im Saale „zu den drei Engeln“ (Große Neugasse) eine allgemeine freie Buchdrucker-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Preß-Novelle und die Lage des Buchdruckergewerbes. 2. Etwaige Anträge in Buchdrucker-Angelegenheiten.

[Noch ein Opfer des Grafen-Duells.] Man schreibt uns aus Klagenfurt, 16. d.: „Die Affaire Vojkffy-Wolkenstein hat noch ein weiteres Opfer gefordert. Heute Früh nach 7 Uhr ist die jüngste Schwester des unglücklichen Duellanten, Gräfin Marie Vojkffy einem heftigen Nervenfieber erlegen, welches sie in Folge der außerordentlichen Aufregung und Angst über den lebensgefährlichen Zustand ihres Bruders ergriffen hatte. Die Verschiedene, ein junges hübsches Mädchen, liegt seit heute Vormittags in der concessionirten Aufbahrungshalle der hiesigen Beerdigungsanstalt Wolf und Comp. Morgen Samstag erfolgt die Ueberführung der Leiche in das Familiengut Oroslavje in Croatien. Groß ist die Theilnahme unserer Bevölkerung für die unglückliche Familie Vojkffy, welche gerade in unserer freundlichen Stadt so schwere Schicksalsschläge erfahren sollte. Weder der Bruder des Verstorbenen, der verwundete Graf Janko Vojkffy, noch dessen bedauernswerthe Mutter wissen in diesem Augenblicke von dem neuen schrecklichen Verlust, welcher sie getroffen hat; man wagt nicht, ihnen die Trauerkunde mitzutheilen, aus Furcht vor einer neuen Katastrophe. Lange kann ihnen die traurige Meldung doch nicht erspart werden.“

[Ein gefangener Selbstmörder.] Der Deutschmeister-Deserteur Wilhelm Hueber, dessen „letzten Brief“ wir gestern erwähnten, wurde von uns ganz richtig beurtheilt. Er ist nämlich bereits aufgefunden worden, nicht todt, auch nicht im Hammersdorfer Walde, sondern im Hotel „zum römischen Kaiser“ in Hermannstadt, als er sein Mittagsmahl verzehren wollte. Derselbe ward, nachdem er von der Polizei festgenommen worden, an die Militär-Behörde abgeliefert. Wilhelm Hueber trieb sich seit dem 27. Februar, an welchem Tage er sich im „römischen Kaiser“ als Josef Waldmann, Diurnist aus Katzeldorf, einlogirte, in Hermannstadt meist in übelberüchtigten Häusern herum. Bei seiner Ergreifung gab er an, daß er allerdings einen Selbstmord beabsichtigt, aber im Schneegestöber den Revolver verloren habe.

[Capitän Boyton] hat sich durch die Haifische nicht von dem Versuche abhalten lassen, mit seinem Apparate die Meerenge von Messina zu durchschwimmen. Wie er unterm 10. d. dem „Fanfulla“ selbst telegraphirte — die betreffende Depesche ist in Folge Linienstörung verspätet eingelaufen — traf er Samstag Früh trotz des sehr bewegten Meeres und nur einmal von einem Haifisch, dessen er sich glücklich erwehrte, belästigt, wohlbehalten in Messina ein.

[Dreiunddreißig Jahre im Keller.] Das Journal „Nuovo Friuli“ erzählt folgende haarsträubende Geschichte: „In Udine unterhielt im Jahre 1844 ein siebzehnjähriges Mädchen, Elisabetta Caligari, ein Liebesverhältniß mit einem österreichischen Cadeten. Der Vater war dieser Verbindung entgegen und da die Tochter fest blieb, so sperrte er dieselbe zur Strafe im Keller ein, woselbst sie bis zu seinem Tode gefangen gehalten wurde. Als er starb, vererbte er das verruchte Henkeramt seiner zweiten Tochter, welche die Schwester im Einverständnisse mit ihrem Manne und der Stiefmutter fernerhin eingesperrt hielt. Dreiunddreißig Jahre schmachtete das arme Wesen, eine zweite Barbara Ubryk, in dem unterirdischen Verließe und immer hatten die unnatürlichen Verwandten allen Nachforschungen dadurch zu entgehen gewußt, daß sie auf die Fragen nach der Verschwundenen antworteten, dieselbe sei geisteskrank geworden und man habe sie in einer Heilanstalt untergebracht. Erst vor wenigen Tagen endlich wollte es der Zufall, daß eine in der Fremde gewesene frühere Freundin des armen Opfers wieder einmal nach Udine zurückkam und um jeden Preis sichere Nachrichten über das Schicksal ihrer Jugendfreundin haben wollte. Sie gab der Familie diesen Wunsch zu erkennen und da sie hierauf von denselben nur eine unfreundliche Antwort erhielt und man ihr bei einem zweiten Besuche sogar die Thüre vor der Nase zuschlug, so theilte sie, durch dieses Benehmen stutzig gemacht, gewisse Vermuthungen und Gerüchte, die schon,

Parlamentarisches.

Wien, 17. März.

Die Partei-Conferenz zur Berathung des Sturm'schen Delegations-Antrages findet morgen statt. Heute hielt der Club des linken Centrums eine Sitzung ab und beschloß mit 35 Stimmen gegen 5 Stimmen (Dalmatiner und Abg. Ladenburg), die Partei-Conferenz ad hoc zu beschicken. Hierauf traten die Club-Obmänner Dr. Herbst, Graf Coronini und Baron Eichhoff zusammen, welche folgende Einladung verfaßt haben:

„Morgen, Sonntag den 18. d., Vormittags um 11 Uhr, findet in der Abtheilung II eine Verhandlung der gesammten Verfassungspartei zur Berathung über den Antrag des Abg. Sturm statt.

Wien, 17. März 1877.

Coronini. Herbst. Eichhoff. Janowski."

Diese Einladung ergeht an sämmtliche Mitglieder der [illegible] verfassungstreuen Clubs, an die Demokraten und an die Abgeordneten R. v. Schönerer und Graf Mieroszowski.

Von Seiten mehrerer Mitglieder des Clubs der Linken wird Stimmung gemacht für einen Vermittlungs-Antrag, der für die morgige Partei-Conferenz vorbereitet wird und demzufolge ein Ausschuß aus der Parteiversammlung gewählt werden soll, welcher darüber zu berathen hätte, ob anläßlich des wirthschaftlichen Ausgleiches nicht auch einige staatsrechtliche Fragen, wie zum Beispiel die Delegationen, in Erwägung zu ziehen wären. Dieser Antrag bedeutet so viel, als die ganze Angelegenheit ad graecas calendas zu vertagen. Der Fortschritts-Club hält noch vor der Partei-versammlung um 10 Uhr eine Sitzung ab.

— Die böhmischen Reichsraths-Abgeordneten einigten sich heute, an Stelle des aus der Grundsteuer-Central-Commission ausgetretenen Dr. Polak den Advocaten Dr. Wendelin Rziha aus Budweis zu wählen.

Die Eisenbahn-Commission des Herrenhauses hat ihren Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Maximal-Tarife auf Eisenbahnen, vorgelegt. (Referent ist Freiherr v. Winterstein.) Die Commission beantragt, eine Trennung der in der Regierungsvorlage enthaltenen Bestimmungen vorzunehmen, in dem Sinne, daß eines der von ihr vorgeschlagenen Gesetze sich auf den Personenverkehr, das andere auf den Frachtenverkehr beziehen soll.

— Heute wurde versendet der Bericht des Budget-Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Eröffnung von Nachtrags-Crediten zum Staats-Voranschlage für das Jahr 1877.

Die Abstriche, welche der Ausschuß vorgenommen hat, sind nicht sehr belangreich. Die Forderung der Regierung hatte betragen 4,92[illegible] 297 fl., der Ausschuß hat sie auf 4,62[illegible] fl. herabgemindert. Zu dieser Summe kommen aber noch die schon bewilligten 4·5 Millionen für Staatseisenbahnbauten, 0·5 Millionen für Nothstandsbauten in Niederösterreich, 0·875 Millionen für den Ankauf der Braunau-Straßwalchener Bahn und 1 Million für den Vorschuß an die Prag-Duxer Bahn. Es erhöht sich dadurch das Nachtrags-Erforderniß in dem Maße, daß mit Rücksicht auf die nachträglich einzustellende Bedeckung per 2,627.700 fl. ein Abgang von 8,874.193 fl. sich ergibt, durch welchen Betrag das bereits früher ermittelte Deficit des diesjährigen Budgets noch eine weitere Erhöhung erfährt. Der Ausschuß kann nicht umhin, selbst sein Bedauern über die Höhe der Nachtrags-Erfordernisse auszudrücken, indem er sagt: „Leider sind die trüben Erwerbsverhältnisse derart, daß eine Nichtausführung der präliminirten Straßen- und Neubauten nicht empfohlen werden kann, während die Erfordernisse des Eisenbahnbetriebes bereits festbestimmte sind, an welchen nichts geändert werden kann, und die Bedeckung derselben nur eine Wahrscheinlichkeits-Rechnung ist."

Nach Artikel II des Nachtrags-Credit-Gesetzes können die für Bauten oder für sonstige speciell bezeichnete Zwecke bewilligten außerordentlichen Credite, welche im Jahre 1877 entweder gar nicht oder nicht vollständig zur Verwendung gelangen, noch bis Ende Juni 1879 verwendet werden, sind jedoch so zu behandeln, als wenn sie im Voranschlage des Jahres 1878 bewilligt worden wären, und daher auch für den Dienst dieses letzten Jahres zu verrechnen.

Zur Deckung des obenberechneten Abganges von 8,874.193 fl. wird in Art. III. der Finanzminister ermächtigt, „Obligationen der auf Grund des Gesetzes vom 18. März 1876 geschaffenen, in Gold verzinslichen Rente zu begeben, eventuell, so lange diese Begebung nicht stattgefunden hat, die nöthigen Beträge im Wege einer schwebenden Schuld zu beschaffen".

Der Ausschuß beantragt hierzu die Resolutionen: [illegible] „Die Regierung wird aufgefordert, bei [illegible] des Staats-Voranschlages mit größerer Sorgfalt vorzugehen und insbesondere zu vermeiden, daß Beträge, welche für Baufortsetzungen in Anspruch genommen werden, erst in Nachtrags-Crediten erscheinen."

Zum „Eisenbahn-Betrieb" sind folgende Resolutionen vorgeschlagen:

„1. Die Regierung wird aufgefordert, für alle Staatsbahnlinien zum Zwecke der Beaufsichtigung des Betriebes und der Controle geeignete Ueberwachungs-Organe zu bestellen, deren Wirkungskreis sich nach dem Ermessen des Handelsministeriums auf die einzelnen, oder auf mehrere zu Gruppen vereinigte, oder auf alle Staatsbahnlinien zu erstrecken hätte.

2. Die Regierung wird aufgefordert, für das Jahr 1878 und die folgenden das Präliminare für den Staatseisenbahnbetrieb schon in den Staats-Voranschlag aufzunehmen, Nachtrags-Credite hiebei möglichst zu vermeiden und das Erforderniß in gleicher Weise wie das Erforderniß für die übrigen Theile des Staats-Voranschlages speciell und ausführlich zu begründen.

3. Die Regierung wird aufgefordert, bei Abschluß und Erneuerung der Betriebsverträge für Staatsbahnen das finanzielle Interesse des Staatsschatzes möglichst zu wahren und insbesondere alle auf eine Verminderung der Auslagen hinzielenden Betriebs-Erleichterungen bei den im Betriebe stehenden Staatsbahnen in geeigneter Weise zu veranlassen."

Zur Besteuerung der Genossenschaften.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Herr Redacteur!

Seit einiger Zeit führt die „Presse" in einer Reihe von Artikeln einen Feldzug gegen die Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften. Sie leugnet die Berechtigung der Klagen über die enorme Besteuerung und bricht in der sonst nur dem Departement XIII des Finanzministeriums eigenthümlichen graziösen Manier eine Lanze für das bisher gegen die Genossenschaften in Anwendung gebrachte Besteuerungs-System. Bei dieser Gelegenheit bestreitet das erwähnte Blatt eine Berechnung, welche der Unterzeichnete in Betreff der dem Neubauer Creditverein für das Jahr 1874 aufgebürdeten öffentlichen Lasten in der Wochenschrift „Die Genossenschaft" angestellt hat. Nach dieser Berechnung machten die für jenes Jahr damals vorgeschriebenen Steuern $61^1/_{10}$ Percent, die gesammten öffentlichen Lasten, Steuern und Gebühren aber zusammen $62^7/_{10}$ Percent des Reingewinn-Ueberschusses der genannten Genossenschaft aus.

Der Verfasser jener Artikel in dem Regierungs-Organe behauptet, daß ein solches Resultat blos dadurch erzielt werde, daß man als Reinertrag nur diejenige Summe aufführe, welche etwa dem Reservefonds zufalle, daß man aber weit größere Beträge verschweige. Der wirkliche Reingewinn (nach gewöhnlich kaufmännischem Verständnisse) betrug, wie der Rechnungs-Abschluß des Neubauer Creditvereines ausweist, im Jahre 1874 1547 fl. 49 kr., und als Vorstands-Mitglied der genannten Genossenschaft kann ich es unmöglich dulden, daß Jemand behauptet, in diesem Abschlusse sei irgend etwas verschwiegen worden. Der Vorstand einer Genossenschaft wird in den §§. 87 und 89 des Genossenschafts-Gesetzes für unrichtige Angaben in dem Rechnungs-Abschlusse mit einer Strafe von 100 fl., für wissentlich falsche Angaben aber mit Arrest bis zu drei Monaten bedroht. Ich kann es daher wohl dem Urtheile jedes unbefangenen Mannes überlassen, zu entscheiden, welche Angabe mehr Glaubwürdigkeit verdient, die des im Hinblick auf jene Gesetzes-Paragraphe handelnden Vorstandes oder jene eines Aufsatzes, dessen Verfasser für seine Angaben keine strafrechtliche Verantwortung trägt, außerdem in allen seinen Artikeln eine große Unkenntniß des Genossenschaftswesens bekundet und sich nicht selten geradezu von Gehässigkeit leiten läßt.

Die „Presse" legt ihrer Berechnung der Steuerlast eine Summe zu Grunde, welche den „behufs Steuerbemessung ermittelten Betrag" repräsentirt; dieser Betrag, welcher von den Steuerbehörden (sprachlich unrichtig) „Gewinn" oder „Reineinkommen" genannt wird, enthält jedoch [illegible] Betriebsauslagen und namentlich die den Spar-[illegible] Genossenschaft gezahlten Zinsen. [illegible]

[illegible] eine Berechnung für das Jahr 1874 angestellt und wenn mich die „Presse" widerlegen wollte, so hätte sie doch ihrer Polemik dasselbe Jahr zu Grunde legen müssen. Allein sie wählte das Jahr 1876.

Dem Verfasser standen, wie er in spätern Ausführungen zugesteht, amtliche Daten, nämlich die Steuer-Acten, zur Verfügung. Aus denselben, und zwar aus der Steuerbemessung vom 17. December 1876, entnahm die „Presse" zunächst zwei Ziffern, nämlich das vorerwähnte sogenannte „Steuer-Reineinkommen" für 1875 und 1876; jenes betrug 4168 fl. 68 kr., dieses 3577 fl. 43 kr. Nun aber passirte der „Presse" ein kleines Unglück, indem sie zwar den letztern Betrag als den Gewinn für 1876, dagegen den erstern Betrag von 4168 fl. 68 kr. für den „wirklich erzielten Gewinn" des Jahres 1876 hielt und die Versicherung gab, daß dieser Betrag die „authentischen Ziffern" seien, welche der Neubauer Creditverein pro 1876 ausweist. Die „Presse" fand auf diese Weise, daß der „wirklich erzielte Gewinn" des Jahres 1876 (welcher thatsächlich nicht vorhanden ist, weil die Rechnungs-Ausweise einen Verlust zeigen) größer sei, als jener der Besteuerung zu Grunde gelegte Betrag und berechnete schnell die staatliche Steuer, welche bekanntlich 10 Percent des „steueramtlichen Gewinnes" ausmacht, mit $8^6/_{10}$ Percent des „wirklich erzielten Gewinnes". Als der Neubauer Creditverein später gegen alle diese vorgebrachten Unrichtigkeiten remonstrirte und die „Presse" einsah, daß sie sich auf „authentische Ziffern" eines Rechnungsabschlusses berufen habe, welcher derzeit noch garnicht veröffentlicht ist, erklärte sie, die Angabe des „wirklich erzielten Reingewinnes" mit 4168 fl. 68 kr. für das Jahr 1876 als einen Druckfehler und berichtigte ihn dahin, daß das Jahr 1875 gemeint sei. Damit thut sie aber ihrer eigenen Druckerei ein großes Unrecht, denn wie käme sonst die „Presse" dazu, die Steuer für 1876 mit dem Erträgniß von 1875 zu vergleichen? Mit viel mehr Berechtigung kann sie die gesammten Artikel, welche sie gegen die Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften gerichtet hat, für Druckfehler oder noch richtiger für Schreibfehler erklären und dabei kann sie auch noch die amtliche Steuertabelle mit einbeziehen. Das Organ des Allgemeinen Genossenschafts-Verbandes hat dies in der letzten Nummer klar und deutlich nachgewiesen.

In der weitern Polemik gegen die Berichtigungen des Neubauer Creditvereins muß die „Presse" die Angaben des letztern über die Höhe der ihm auferlegten Steuern als richtig annehmen; sie erklärt aber alle diese Berechnungen des Verhältnisses, in welchem die Steuer zu dem Gewinne stehe, für „müßige Spielereien". In der That, wenn man die Steuer für 1876 mit dem „steueramtlichen Reingewinne" des Jahres 1875 vergleicht, so ist das eine „müßige Spielerei", ja es ist sogar ebenso eine „müßige Spielerei", wenn man selbst bei der richtigen Wahl des Jahres das Percentverhältniß der staatlichen Steuern zu dem künstlich ermittelten „steueramtlichen Rein-Einkommen" berechnet. Denn man findet diese Steuer, indem man zehn Percent des letztern nimmt. Wenn man nun umgekehrt fragt, wie viel Percent nach dieser Berechnung die Steuer von dem „steueramtlichen Reingewinn" ausmache, so weiß jeder Schulknabe die Antwort, ohne daß er die Rechnung erst noch einmal anzustellen braucht.

Jeder Geschäftsmann und jede Genossenschaft wird aber den Nutzen kennen, welchen ein Vergleich mit dem richtigen kaufmännisch ermittelten Netto-Erträgnisse bringt. Eine Veröffentlichung derartiger Berechnungen wäre nur in dem Falle „müßig", wenn man von der Voraussetzung ausgehen müßte (wie die „Presse" zu thun scheint), daß der Nachweis der enormen Steuerlast am gehörigen Orte ohnehin kein Gehör und keine Beachtung fände.

---

früher in der Stadt circulirt hatten, der Behörde mit, und die Folge hievon war, daß eine amtliche Commission sich in die Behausung jener Familie begab und bei der angestellten Untersuchung die Elisabetta Caligari in ihrem Kellerloche vorfand, auf einem elenden, halbverfaulten Strohsacke liegend, der ihr dreiunddreißig Jahre hindurch als Lager gedient hatte. Die Arme und Beine des Opfers waren vollständig verkrümmt und gelähmt und die Unglückliche, welche einer wilden Bestie gleich an Händen und Füßen förmliche Klauen trug, hatte, wie der Arzt constatirte, von dem unablässigen Schreien nach Hilfe gänzlich die Stimme verloren. Mehr als einem lebenden Wesen gleicht die Unglückliche einem sich bewegenden Skelette.

[Theaterbrand in Philadelphia.] In der Frühe des 25. Februar ist in Philadelphia das „New American Theatre" von Fox, an der Kreuzung der 10. Straße und Chestuntstreet, abgebrannt. Der Gesammtschade beträgt gegen 150.000 Dollars. Sämmtliche Costumes der Schauspieler gingen in Flammen auf. Das Theater war kurz vor 12 Uhr Nachts nach Beendigung der Vorstellung geschlossen worden.

[Le Comte Raymond de Villeneuve.] Einer Kundmachung der Polizei über den Hochstapler Villeneuve entnehmen wir noch, daß derselbe schwarzbraune Haare und einen kurzen Schnurr- und Backenbart hat. Das Collier nahm der Schwindler ohne Etui, die Ohrgehänge in einem braunen Leder-Etui mit. Seinem Exterieur nach scheint er Italiener zu sein, obwohl er nur französisch sprach. Der Schwindler dürfte jetzt einen dunkeleisengrauen Wollhut, sogenannten Cavalierhut, und ein Monocle in Horn tragen, welche Gegenstände er am 15. d., Vormittags, noch gekauft hat. Im Hute befindet sich die Vignette: „Oesterreichische Industrie-Weltausstellung 1873 Wien". Der Kutscher, welcher den Hochstapler ins „Grand Hotel" brachte, hat sich bis heute trotz der Aufforderung in den Journalen bei der Polizei nicht gemeldet. Den neuerlichen Erhebungen nach dürfte es nicht ein Fiaker, sondern ein Einspännerkutscher gewesen sein. Der im Hotel zurückgebliebene Koffer dürfte in Wien gekauft worden sein, doch bei welchem Geschäftsmanne, ist noch nicht bekannt.

[Entgleisung auf der Staatsbahn.] Gestern Nachmittags um 3 Uhr ist in der Station Schwechat-Kledering bei dem Einfahren des von Bruck an der Leitha kommenden gemischten Zuges Nr. 70 aus noch nicht bekannter Ursache die Maschine entgleist, wobei vier Lastwaggons vollständig zertrümmert und einer beschädigt wurde. Passagiere und Zugspersonale erlitten keine Verletzungen. Wegen gesperrter Passage mußten die Passagiere umsteigen und wurden sodann in einem entgegengesendeten Hilfszuge nach Wien weiterbefördert. Bis zur Freimachung des Geleises an jener Stelle, wo die Entgleisung stattfand, wird der Verkehr der Züge Nr. 2 und 3 nur durch Umsteigen der Passagiere bewerkstelligt werden. Der von dem entgleisten Zuge mit dem Hilfstrain hier angekommene Bremser Ladislaus Nagy aus Raab klagte bei seiner Ankunft über Schmerzen an der rechten Körperseite. Der Bahnarzt, welcher ihn untersuchte, konnte äußerlich keine Verletzung wahrnehmen.

[Wetterbericht vom 17. März.] Die Vertheilung des Luftdruckes ist heute über ganz Mittel-Europa eine sehr gleichmäßige (zwischen 754 und 760 Millimeter); die Luft überall nur sehr schwach bewegt; der Himmel größtentheils nur wenig bewölkt. Die Temperatur ist abermals wenig gestiegen. Um 7 Uhr Früh melden: Prag + 4·8, Bregenz + 4·5, Ischl + 2·4, Wien + 3·7, Pest + 1·7, Krakau + 4·8, Lemberg + 3·2, Hermannstadt + 1·8, Triest + 10·2, Lesina + 12·0 Grad Celsius. An der Adria dauert mäßiger Scirocco noch an und ist die See nur sehr leicht bewegt. Die Niederschläge haben seit gestern ganz aufgehört, nur aus Ungarn werden schwache Regen gemeldet. Im Westen dauert ruhige, meist heitere Witterung an, und ist auch in Oesterreich-Ungarn solches Wetter zu erwarten.

Aus dem Landes-Sanitätsrathe.

Nach dem in der letzten Sitzung des niederösterreichischen Landes-Sanitätsrathes vom Primar Arzte Dr. Oser erstatteten Berichte brach die Typhus-Epidemie*) in Wien in der zweiten Februar-Woche aus. Im Monat Januar kamen nur vereinzelte Fälle zur Beobachtung, noch in der ersten Februar-Woche ist nur ein Erkrankungsfall im Durchschnitte täglich zu verzeichnen. In der zweiten Februar-Woche kamen drei Fälle auf den Tag, in der dritten Woche 10 und in der vierten Woche 14 auf den Tag. In die Wiener Spitäler wurden aufgenommen: in der ersten Februar-Woche 2 Fälle, in der zweiten 7, in der dritten 23 und in der vierten 69, vom 1. bis 7. März: 112. Im Ganzen wurden behandelt vom 1. bis 28. Februar: 101 (65 Männer, 36 Weiber), vom 1. bis 10. März: 130 (92 Männer, 38 Weiber); im Ganzen 231 (167 Männer, 74 Weiber). Nach den Erkrankungen fallen in die erste Februar-Woche 7 Fälle, in die zweite 22, in die dritte 71, in die vierte 95 Fälle. Die 7 Fälle in der ersten Februar-Woche kamen vor: I. Opernring; II. Kaiser Josefstraße; IX. Himmelpfortstraße, Humboldtplatz; ferner Brigittenau, Oberdöbling. In der zweiten Februar-Woche treten der I., II., IX. Bezirk, sowie Hernals und Neulerchenfeld mit relativ häufigern Erkrankungen hervor. In der dritten Woche ist die Betheiligung des I., II. und IX. Bezirkes, sowie von Hernals, Neulerchenfeld und Währing noch markanter: im I. Bezirke 10 Fälle, im II. Bezirke 13, im IX. Bezirke 34, in Hernals 9, in Neulerchenfeld 7, in Währing 4, in Ottakring 2. In der vierten Woche waltet fast dasselbe Verhältniß vor. Auch die bisher in die Spitäler aufgenommenen Kranken aus der ersten März-Woche vertheilen sich in ähnlicher Weise auf die verschiedenen Bezirke und Vororte. In den Todtenlisten des Februar sind 9 Fälle von Typhus verzeichnet; in der Zeit vom 1. bis 10. März starben 15 Personen an Typhus, darunter 4 im Garnisons-Spitale. Aus der Privat-Praxis liegen bisher keine officiellen Daten über die Erkrankungen vor. Sicher ist, daß auch hier der I., II. und IX. Bezirk, sowie Hernals, Neulerchenfeld und Währing am stärksten ergriffen sind. In der innern Stadt kamen die häufigsten Fälle in der Umgebung des Franz Josef-Quais vor: in vielen Häusern der Gonzagagasse, Salzthorgasse, Eßlinggasse, Zelinkagasse, Neuthorgasse, Werderthorgasse, des Rudolfsplatzes und des Franz Josef-Quais. Bemerkenswerth bei der gegenwärtigen Typhus-Epidemie ist, daß die Zahl der erkrankten Frauen eine viel größere ist als in der letzten Flecktyphus-Epidemie. In den Spitälern wurden bisher 32 Percent Frauen behandelt, gegen 15 Percent in der letzten Flecktyphus-Epidemie. In der Privatpflege scheinen die Frauen-Erkrankungen noch häufiger zu sein. Die Massenquartiere, Herbergen, Gefangenhäuser sind fast vollständig verschont. Die bessern Stände stellen ein bedeutendes Contingent. Unter den in den Spitälern Behandelten sind nur sehr wenige als unterstandslos oder beschäftigungslos bezeichnet. Die Epidemie herrscht derzeit in den tiefer gelegenen Bezirken und Vororten. Auffallend bleibt es, daß aus den überflutheten Bezirken, wie Kaisermühlen, Erdberger-Mais rc. gar keine Fälle gemeldet sind, während gerade die ergriffenen Bezirke und Vororte das Gemeinsame haben, daß sie durch längere Zeit (officiell wird zugegeben bis zum 10. Februar) mit filtrirtem Donau-Wasser gespeist wurden. Die continuirlich mit Hochquellenwasser versorgten Stadttheile zeigen bisher nur sporadische Fälle.

Die Zahl der im Laufe dieser Woche in die Spitäler aufgenommenen Typhuskranken betrug 83; es wurden sonach mit den aus der Vorwoche verbliebenen 168 im Ganzen 251 Typhuskranke verpflegt. Hievon sind 9 geheilt entlassen worden, 20 sind gestorben, es verbleiben somit 222 in weiterer Pflege. Die Zahl der Typhen in den Spitälern hat sonach seit der Vorwoche um 54 zugenommen. Für die Typhuskranken der Vororte, deren Ueberbringung in die Wiener Spitäler von der Statthalterei untersagt wurde, sind in den Vororten Hernals, Ottakring, Währing und Oberdöbling eigene Nothspitäler errichtet worden. Auch in der niederösterreichischen Landes-Irrenanstalt sind 3 Typhusfälle vorgekommen. In Folge der Anhäufung der Typhen sind die Krankenhäuser überfüllt und ist der Krankenstand derselben von 3739 auf 3768 gestiegen. Bräune und Schar

*) Dr. Oser sprach ausdrücklich von einer in Wien herrschenden Abdominal-Typhus-Epidemie. Wir constatiren dies gegenüber den Vertuschungs-Versuchen einer communal-officiösen Local-Correspondenz. D. Red.

Ich kann mir schließlich nicht versagen, noch auf einige Punkte aufmerksam zu machen. Der „steueramtliche Reingewinn" für 1876 im Betrage von 3577 fl. 43 kr. ist nicht der dreijährige Durchschnitt aus dem Ergebnisse der Vorjahre, sondern der zweijährige, da unsere Genossenschaft noch nicht länger besteht. Nun wurde uns aber das „steueramtliche Rein-Einkommen" für 1875 mit 4168 fl. 68 kr., das für 1874 aber in dem Bemessungs-Acte vom 13. Februar 1876 mit 7439 fl. 17 kr. angegeben, wie kommt man da zu einem Durchschnitte von 3577 fl. 43 kr.? Allerdings ist in dem Steuerbemessungs-Acte für das Jahr 1876 das „steueramtliche Reineinkommen" für 1874 mit 2389 fl. 94 kr. eingesetzt. Wenn nun aber das die richtige Angabe ist, warum ~~zieht denn die Steuerbehörde [illegible] ersten Act nebst der großen~~ daraus resultirenden Steuer nicht zurück? Dann aber darf ich wohl auch fragen, wie es kommt, daß eine Steuerbehörde so kolossale Irrthümer begehen kann? Endlich ist die Steuer für 1875 nach dem „steueramtlichen Rein-Einkommen" für 1875 bemessen, während nach dem Gesetze das Vorjahr zu Grunde gelegt werden soll. Vielleicht ist die „Presse" so gütig, darauf Antwort zu ertheilen, und wenn sie dieselbe, wie [illegible]scheinlich, nicht weiß, so wird ihr doch voraussichtlich ihr amtlicher „authentischer" Berichterstatter mit derselben aushelfen.

Mit Hochachtung

L. Hänsler,
Mitglied der Direction des Neubauer Creditvereins und des engeren Ausschusses des Allgemeinen Genossenschafts-Verbandes.

Aus dem Armee-Verordnungsblatte.

Se. Majestät der Kaiser hat den Generalmajor Josef Krautwald Edlen v. Annau, dermaligen Commandanten der 7. Infanterie-Brigade, zum Festungs- und Platz-Commandanten zu Pest, und an dessen Stelle den Generalmajor August Neuber, derzeit in Dienstesverwendung beim Generalstabe, zum Commandanten der 7. Infanterie-Brigade ernannt: ferner angeordnet, daß dem Obersten Alois Knöpfler, Reserve-Commandanten des Inf.-Reg. Nr. 27, in Würdigung seines eifrigen und erfolgreichen Wirkens als Commandant der Armee-Schützenschule, der Ausdruck der allerhöchsten Zufriedenheit bekanntgegeben werde; die Uebernahme des Obersten Karl Doleisch, Reserve-Commandanten des Inf.-Reg. Nr. 38, auf sein Ansuchen in den wohlverdienten Ruhestand, die Versetzung des Oberstlieutenants Ludwig Rodt, [illegible] Nr. 35, als derzeit dienstuntauglich, in den [illegible] der mit Wartegebühr Beurlaubten auf die [illegible] Monaten; die Uebersetzung des Oberstlieutenants [illegible] Freiherrn v. Simbschen, in der Reserve des Uhlanen-Reg. Nr. 7, als invalid in das Verhältniß „außer Dienst", [illegible] die Uebernahme des Majors Karl Krippel, des Inf.-Reg. Erzherzog Rainer Nr. 59, nach dem Ergebnisse der Superarbitrirung als invalid in den Ruhestand angeordnet, und demselben bei diesem Anlasse den Oberstlieutenants-Charakter ad honores mit Nachsicht der Taxe verliehen; weiter verliehen: dem Hauptmanne 1. Classe Josef Fochler, des Feld-Art.-Reg. v. Hofmann Nr. 12, anläßlich der auf sein Ansuchen erfolgenden Uebernahme in den Ruhestand, den Majors-Charakter ad honores mit Nachsicht der Taxe; dem Oberlieutenant Eduard Bauer des Ruhestandes ausnahmsweise den Hauptmanns-Charakter ad honores mit Nachsicht der Taxe; dann die Uebernahme des Oberrechnungsrathes 2. Cl. und Vorstandes der Rechnungs-Abtheilung der Militär-Intendanz zu Graz, Friedrich Weylöhner, auf sein Ansuchen in den wohlverdienten Ruhestand angeordnet; endlich verliehen: dem Escadrons-Riemer Friedrich Ehmann, des Uhl.-Reg. Ludwig Graf v. Trani, Prinz beider Sicilien Nr. 13, in Anerkennung der mit eigener Lebensgefahr bewirkten Rettung eines Menschen vom Tode des Ertrinkens, das silberne Verdienstkreuz.

Telegramme des Correspondenz-Bureaus.

Prag, 17. März. Der hiesige Stadtrath beschloß mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitsstockung eine Petition an die Unterrichts-Verwaltung um baldigste Inangriffnahme des Baues des für Prag projectirten Kunstgewerbe-Museums zu richten. — Die Schluckenauer Bezirksgrenze wurde wegen der Rinderpest in Sachsen gleichfalls militärisch abgesperrt.

London, 16. März, Nachts. (Sitzung des Unterhauses) Auf eine Anfrage Hartington's über die augenblickliche Lage erklärt Sir Stafford Northcote: Wir erhielten einen Vorschlag Rußlands, uns einem Protokolle anzuschließen, welches die Ansichten der Mächte über die Situation im Orient umfassen wird. Der Entwurf des Protokolls wurde in der von Rußland vorgeschlagenen Form Sonntags dem Earl of Derby zugestellt und seitdem von dem Cabinet erwogen. Wir schlugen gewisse Modificationen des Ausdrucks vor und stellten diese Amendirungen dem russischen Botschafter Grafen Schuwaloff zu, der jetzt Instructionen seiner Regierung erwartet.

Fawcett erklärt, er werde demnächst die Aufmerksamkeit des Hauses auf die in den Depeschen Derby's und Salisbury's enthaltenen Beweise lenken, daß nach der Ansicht der Regierung alle Reformversprechungen der Pforte ohne Bürgschaften fruchtlos wären, daß die Mächte das Recht haben, im Interesse des europäischen Friedens genügende Sicherheiten für eine bessere Verwaltung von der Türkei zu fordern und daß die Mißverwaltung, die ein solches Elend den christlichen Unterthanen auferlegt, fortdauern wird, wenn die Mächte nicht die auf der Conferenz vereinbarten Bürgschaften erhalten.

London, 17. März. „Reuter's Office" meldet aus Malta: Prinz Karl und Prinzessin Elisabeth von Preußen haben sich heute zu achttägigem Aufenthalte nach Tunis eingeschifft.

Constantinopel, 16. März, Abends. Die Agence Havas meldet: Die montenegrinischen Unterhändler erwarten aus Cettinje Antwort auf das gestern von ihnen dorthin gerichtete Telegramm; sie halten jedoch die Annahme der türkischen Gegenvorschläge für unmöglich.

Triest, 16. März. (Abendbörse. Privatverkehr.) Napoleonsd'or 9.81½ prompt, 9.83 Ultimo. Wechsel per London 123¼ Ultimo. Papierrente 63⅞ Ultimo. Silberrente —.—. Goldrente —.—. Creditactien 150.50 Ultimo. Silber —.—. Italiener —.—. Mailand: Zwanzig-Francs-Stücke 21.63.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen.

Pest, 17. März. (Abgeordnetenhaus.) Die zweite Session des 1875er Reichstages wird mit königlichem Rescript geschlossen und die dritte Session für Montag einberufen.

Fiume, 17. März. Der erste Dampfer der neuen Linie Fiume-Liverpool ist soeben — 11 Uhr Vormittags — hier eingelaufen.

London, 17. März. Graf Schuwaloff gab gestern Abends ein Diner zu Ehren Ignatieff's, welchem die Botschafter der Großmächte und Marquis of Salisbury beiwohnten. In Hatfield wird General Ignatieff mit dem Earl of Derby und andern Mitgliedern der Regierung zusammentreffen. Das Cabinet setzt heute die Berathung des Protokoll-Vorschlages fort. General Ignatieff kehrt, den „Times" zufolge, am Montag nach Paris zurück; er nimmt nicht an den Verhandlungen über den Protokoll-Vorschlag Theil.

Wie aus der Meldung der „Times" weiter hervorgeht, dürften sich die Verhandlungen des Cabinets über das Protokoll nur noch auf Nebenfragen beziehen und über die Hauptfrage die Entscheidung bereits so gut wie feststehend angesehen werden können. Der Erfolg scheine ein vollständiger zu sein. Man glaube, die Zustimmung der russischen Regierung zu den englischerseits beantragten Modificationen werde telegraphisch noch vor der Abreise Ignatieff's erfolgen. Nach dem Eintreffen der Zustimmung Rußlands zu dem von der britischen Regierung revidirten Text des Protokolles erfolgt die formelle Zustimmung der andern Mächte.

Sämmtliche Großmächte Europas werden ihr fortgesetztes Interesse an den Zielen, denen Rußland sich gewidmet, erklären und sich verpflichten, diese ihre Absicht der Pforte kundzugeben und derselben die Ausführung der von der Conferenz beschlossenen Reformen zu empfehlen. Die russische Regierung werde dies als eine genügende Bürgschaft für die Sache der Christen und als eine Genugthuung für die Interessen und die Ehre Rußlands erachten und demnach die Demobilisirung anordnen.

Telegramme der „Deutschen Zeitung".

Graz, 17. März. Der Ex-Insurgentenführer Ljubobratic ist nach mehrmonatlicher Internirung vorgestern sammt Gemalin durch einen Polizei-Commissär in seine Heimat expedirt worden.

Rom, 17. März. Zuverlässige diplomatische Informationen widersprechen der Ansicht, daß Ignatieff's Mission zum Frieden führen werde. Man hält den Krieg für unvermeidlich. Zur Eröffnung des türkischen Parlaments werden Ruhestörungen befürchtet und die Pforte trifft umfassende Vorsichtsmaßregeln.

[illegible] zeigen eine nur geringe Abnahme und haben in dieser Woche 24 Todesfälle veranlaßt, von denen 19 durch Bräune und 5 durch Scharlach herbeigeführt wurden.

Theater, Kunst und Literatur.

— Nach Schluß des gestrigen Liszt-Concertes fand zu Ehren des gefeierten Gastes im „Hotel Impérial" ein Fest-Souper statt, an dem die Damen Frau Marie Dumba, Frau Wilt, Frau Menter-Popper, die Minister Hofmann und Unger, die Mitglieder des Beethoven-Denkmal-Comités und mehrere Schriftsteller theilnahmen. Den ersten Toast brachte Minister Hofmann auf Franz Liszt. Dieser erwiderte sofort und zollte dem Comité seine Anerkennung. Das Mahl währte bis lange nach Mitternacht. — Frau Janisch-Ziegler wird am 1. Mai ihr Prager Engagement antreten. — Der General-Intendant der königlichen Schauspiele in Berlin, Kammerherr v. Hülsen, der gegenwärtig in Wiesbaden zur Wiederherstellung seiner Gesundheit verweilt, befindet sich seit den letzten Tagen in erfreulicher Besserung. — Die Soubrette des Berliner Wallner-Theaters, Fräulein Ernestine Wegner, ist neuerdings erkrankt.

(Kirchenmusik.) In der k. k. Hof-Capelle kommt am Sonntag den 18. März Missa in F von Palestrina, Graduale (O quam gloriosum) von Vittoria und Offertorium (De profundis) von J. Jos. Fux, zur Aufführung. — Um 11 Uhr wird in der k. k. Hofkirche St. Augustin Capellmeister Eder eine Messe von Ritter Josef v. Wenusch, Graduale Alt-Solo von Benedict Randhartinger, Offertorium Sopran-Solo von Jul. Saar, aufführen und werden die Soli Frau Ida Flatz und Fräulein Sophie v. Mandl vortragen. Hof-Organist Professor Bruckner wird die Orgel spielen. — Das alljährliche Kirchenmusik-Vereins-Concert der Pfarre Alservorstadt unter Leitung des Capellmeisters Eder wird am Palmsonntag den 25. d. im Künstlerhause, Lothringerstraße Nr. 9, um 4 Uhr Nachmittags, unter Mitwirkung bedeutender Kunstkräfte abgehalten. — In der Franziskanerkirche kommt am Sonntag um 9 Uhr zur Aufführung: eine Messe von Caspar Ett, Graduale von Roselli, Offertorium von Fr. Witt und gregorianischer Choral.

Theater von heute.

Hofburgtheater: „Der Veilchenfresser."
Hofoperntheater: „Die Hugenotten."
Wiener Stadttheater: [illegible] „Die Ballhülle." „Wenn man nicht tanzt."
Komische Oper: „Sullivan." (Zum erstenmal.)
Theater an der Wien: „Blitzmädel."
Carl-Theater: „O, diese Weiber." (Zum erstenmal.)
Theater in der Josefstadt: „Der Teufel im Kloster."
Akademie-Theater: „Die Ahnfrau."

Wiener Börse vom 17. März.

An der heutigen Vorbörse haben die diversen Rentenpapiere das vorzüglichste Interesse absorbirt. Es lagen vom Auslande große Kauf-Ordres vor und auch das heimische Kapital trat als Käufer auf.

Goldrente haussirte bis 76.45, Papierrente besserte sich bis 64.10.

Creditactien waren vernachlässigt, sie notirten 150.60 nach 151.20, Actien der Ungarischen Creditbank waren 130.40 nach 130, Anglo-Actien 72 nach 71.75.

Bahnwerthe blieben geschäftslos.

Um 11 Uhr notirten: Creditactien 150.10, Anglobank 72, Ungarische Creditbank 130.10, Papierrente 63.90, Goldrente 76.45, Napoleonsd'or 9.82½.

Zu Beginn der Mittagsbörse bewahrte das Geschäft einen eminent günstigen Charakter. Speculationswerthe gewannen nicht unwesentlich. Creditactien gingen bis 151.40, ~~die Actien der Ungarischen Creditbank bis [illegible], Anglobank-~~ Actien bis 73, Unionbank-Actien bis 52.50. Der Kurs der Bank-Actien war schwächer, 822.

Bahnen notiren gleichfalls höher, blos Staatsbahn [illegible] sind zu 226 matter gewesen. Nordwestbahn wurden [illegible], Franz Josef-Bahn bis 120.25, Elisabeth-Westbahn bis [illegible] geschlossen. Rentenkurse behauptet, Goldrente [illegible], Papierrente 64, Silberrente 68.40. Devisen nachgebend [illegible] 9.80, London 122.80.

Kurse um 1 Uhr.

	Geld	Waare		Geld	Waare
4.2% Papierrente	64.—	[illegible]	Elisabeth-Westbahn	[illegible]	133.—
4.2% Silberrente	68.40	[illegible]	Rudolf-Bahn	[illegible]	[illegible]
Goldrente	76.60	[illegible]	Karl Ludwig-Bahn	211.50	211.75
Domänenpfandbr.	141.75	142	Oest. Nordwestbahn	113.50	114.—
1860er Lose	110.	110.25	Franz Josef-Bahn	120.—	[illegible]
1864er Lose	[illegible]	152.50	[illegible] Bahn	96.—	[illegible]
Bankactien	822.	824.—	[illegible] Oderberg	81.50	85.
Creditlose	164.—	164.50	Dampfschiff-Actien	[illegible]	[illegible]
Creditactien	151.20	151.30	[illegible]	[illegible]	—.—
Ung. Creditactien	132.—	132.25	Tramway	100.	101.—
Anglobank	73.—	73.25	London, 10 Pfd. 3	[illegible]	123.—
Escompte-Actien	660.—	670.	Frankf. 100 R.M. 3	59.65	59.75
Bankverein	—.—	—.—	Paris 100 Frcs. 3	48.60	48.70
Unionbank	52.50	53.—	Ducaten	—.—	—.—
Nordbahn	[illegible]	131.	Napoleonsd'or	9.80	9.80½
Staatsbahn	[illegible]	227.—	Silber	111.50	111.75
Südbahn	[illegible]	80.75	D. Reichsbanknoten	60.35	60.40

[Tel.] Um 1¼ Uhr waren: Creditactien 152.75, Anglobank [illegible]25, Unionbank [illegible], Ungarische Creditbank 133, Lombarden 80.75, [illegible]25, Papierrente 61.15, Goldrente [illegible], Napoleonsd'or [illegible]. Hausse auf London [illegible].

Wiener Getreide- und Producten-Zeitung.

Telegraphische Handels-Depeschen.

Bombay, [illegible] März. (Tel. d. „Deutschen Ztg.") Markt [illegible], Preise niedriger. Good Domra bedingt [illegible] d., Fully Good Fair detto 5½ d. und Good Fair [illegible] d., Alles in März-April-Abladung. Good Machin Ginned Broach 5[13]/16 d. und Fully Good Fair detto 5¾ d. in März-April-Abladung und Alles per Steamer Kost und Fracht nach Liverpool verstanden.

Pest, 17. März. (Tel. d. „Deutschen Ztg.") Tendenz andauernd matt. [illegible] Weizen fl. 12.95—13, Hafer fl. 7.50—57, Mai-Juni-Mais fl. 6.35—40.

Manchester, 16. März. (Garnmarkt.) [Bericht von Jakob Behrens.] 36er Warpcops Gresham 11¾. Rowland 11[illegible]. Wellington 12[illegible]. 42er Pincops D. W. 10[illegible]. [illegible] 10[illegible]. [illegible] Kingston 10.—. Micholls 10.—. [illegible] 10[illegible]. 40er Mule-Mayall 10⅜. Kingston 11[illegible]. [illegible] 12½. 60er Hayne 14½. 40er doublirt 11½. 60er doublirt 14[illegible]. Markt sehr ruhig.

New-York, 16. März. (Kabel-Telegramm.) Baumwolle in New-York 11⅝. Baumwolle in New-Orleans 11¼. Petroleum in New-York 16.—. Petroleum in Philadelphia 16.—. Mehl 6.—. Rother Frühjahrs-Weizen 150.—. Rio-Kaffee 19½. Havana-Zucker [illegible]. Getreidefracht 4[illegible].

New-York, 16. März. Zufuhren in Baumwolle 6000 Ballen.

Wiener Frucht- und Mehlbörse.

Wien, 17. März.

Vollkommene Geschäftslosigkeit herrschte auf dem Effectivmarkte; trotzdem war das Ausgebot kein besonders drängendes; jedoch war in allen Artikeln billiger als an der letzten Wochenbörse anzukommen. Der ziffermäßige Rückgang ist wohl noch schwer zu fixiren, doch ist an der Vorbörse sowohl in Weizen als in Roggen und Hafer um 20—30 kr. unter letzten Samstagspreisen anzukommen. Termine flau. Frühjahrs-Hafer fl. 7.80 Brief. Internationaler Mai-Juni-Mais fl. 6.45 Brief.

Hülsenfrüchte und Producte.

Pest, 16. März. [Bericht von H. M. Rechtnitz.] Der Markt brachte ein lebhafteres Geschäft für den Consum; die Umsätze blieben jedoch im Ganzen zu geringfügig, um Einfluß auf die Preise zu gewinnen.

Bohnen bleiben fortwährend angeboten und notirt schöne große weiße fl. 9—9.50, alte fl. 8, in abfälligen Qualitäten noch billiger erhältlich. Gesucht sind Zwerg-Bohnen zu fl. 11; in farbigen wenig gemacht, Preis fl. 7.50.

Erbsen, schwach begehrt, notiren fl. 10—13, geschälte fl. 16.

Linsen fanden in schöner ungarischer Waare einigermaßen Abzug. Preis fl. 9—14.

Hirse, rohe, wurde zu fl. 5.25—50, für bessere fl. 4.50 bis fl. 4.75 für mindere Waare gekauft.

Geschälte Hirse findet zu fl. 9.50—75 namhaften Absatz.

Wicken andauernd stark angeboten, reine Waare zu fl. 6.50 erhältlich, Hafer-Wicken entsprechend billiger.

Mohar ist in Folge der ungünstigen Witterung, die den Anbau verzögert, weniger beachtet gewesen. Preis fl. 11—11.50.

Hanfsaat gut gefragt, erzielte fl. 10.50—11.50.

Leinsaat wurde in kleinen Posten zu fl. 14.25—50 gehandelt.

Nüsse mangeln.

Zwetschken geschäftslos, trotzdem fest.

Honig zu fl. 36—38 aus dem Markte genommen. Lager stark gelichtet.

Raab, 16. März. Die Tendenz in Weizen und Roggen ist anhaltend flau. Gestern und heute kam gar kein Geschäft zu Stande, da Eigner und Käufer sich wie früher schroff gegenüberstehen.

Entsprechend der von allen Seiten gemeldeten mattern Stimmung, notiren Weizen und Roggen 5—10 kr. billigere Preise. Gerste hielt sich behauptet; ebenso Mais und für Hafer in guter Canal-Waare wurden bei sehr mäßigem Verkehre unverändert fl. 7.32—39 bezahlt, während mindere Qualitäten mit fl. 7.21—30 schwer verkäuflich blieben.

Novak.

Witterung vom 17. März.

Stadt, 12 Uhr Mittags. Temperatur + 9·3 Grad Celsius (+ 7·5 Grad Réaumur). Luftdruck: 741 Millimeter. Wind aus Westsüdwest.

Verantwortlicher Redacteur Josef Münz. — Druck von L. C. Zamarski. — Papier: Schlöglmühl.

Morgen Sonntag, 18. d. M., Vormittag 11 Uhr findet in der Abtheilung II der Comité-Lokalitäten eine Versammlung der gesammten Verfassungs-partei zur Berathung über den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Sturm statt.

Wien, 17. März 1877.

Eichhoff, Dr. Herbst, Coronini, Dr. Janowski.

Redaction, Administration & Druckerei: Kolowrat-Ring, Fleischmarkt [illegible]
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.
Ankündigungs-Bureau: Stadt, Wollzeile 20.
[illegible]
Für die an Austräger, Verschleisser oder sonstige Zwischenpersonen bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Neue Freie Presse.

Abendblatt.

Abonnement für das Inland: [illegible]
Abonnement für das Ausland: [illegible]
11 fl., bei [illegible] Francs [illegible] in Newyork, 6 Doll. 40 Cts. Gold (per [illegible] Mail); für die Türkei [illegible] beim Postamte in Wien 5 fl. [illegible] Egypten 6 fl. [illegible] kr.

Nr. 4510. Wien, Samstag, den 17. März 1877.

Politische Uebersicht.

Wien, 17. März.

Das Resultat der in den letzten Tagen zwischen den verfassungstreuen Fractionen so eifrig gesponnenen Verhandlungen ist, daß in der That, dem Wunsche des Fortschritts-Clubs gemäß, morgen eine Versammlung der gesammten Verfassungspartei zusammentreten wird, um über den Sturm'schen Antrag auf Beseitigung des Delegations-Institutes zu berathen, denn auch das Centrum ist von seinem Beschlusse, die Partei-Conferenz nicht zu beschicken, wieder abgegangen und wird sich an der morgigen Abgeordneten-Versammlung betheiligen. Das Schicksal des Antrages selbst in der Parteiversammlung ist jedoch kaum zweifelhaft; derselbe wird wahrscheinlich abgelehnt werden. Ob dann der Fortschritts-Club nicht unbekümmert um die Parteiversammlung dennoch den Antrag ins Haus bringt, ist freilich nicht mit Sicherheit zu behaupten. Nach dem Wortlaute des Beschlusses, den wir im heutigen Morgenblatte veröffentlicht haben, sollte allerdings der Fortschritts-Club sich den Beschlüssen der Partei-Conferenz unterordnen.

Der ungarische Minister-Präsident Tisza trifft morgen hier ein, um an dem angekündigten gemeinsamen Ministerrathe theilzunehmen, in welchem endlich der Vorgang bei parlamentarischer Behandlung der Ausgleichsvorlagen zwischen den beiden Ministerien vereinbart werden soll. Der Finanzminister Szell ist hier schon angekommen.

Voraussichtlich dürfte wol erst die nächste Woche Aufschluß über die Entwicklung der Dinge in London bringen. Französische Blätter geben Ignatieff auf die Fahrt nach der englischen Hauptstadt das Lob mit, daß er im Namen Rußlands in den Unterhandlungen die größte Nachgiebigkeit an den Tag lege. Zuerst hätte nach seinem Vorschlage in dem von den Mächten zu unterzeichnenden Schlußprotocoll eine „zweimonatliche Frist" gesteckt werden sollen; dann begnügten sich die russischen Unterhändler mit einer „noch näher zu bestimmenden Frist", und endlich willigten sie sogar in die Phrase: „Wenn die Mächte es für angemessen halten werden". Das englische Cabinet habe aber auch auf diese Formel nicht eingehen wollen, und nun werde Ignatieff über diesen wichtigen Punkt mündlich unterhandeln. Es handelt sich überhaupt wol um den Schlußpassus des noch der Redigirung unterworfenen europäischen Protocolls, dessen Inhalt der Times aus Paris wie folgt skizzirt wird: „Das Protocoll betont die für die Mächte sich ergebende Nothwendigkeit, die Ausführung der Reformen vermittelst ihrer in Konstantinopel beglaubigten Botschafter und der übrigen localen diplomatischen Agenten zu überwachen. Schließlich wird in diesem Document verlangt, daß in dem Falle, als die von den Mächten in Betreff der verheißenen Reformen genährten Hoffnungen sich nicht verwirklichen würden, diese Mächte in dem ihnen angemessen erscheinenden Augenblicke über das Mittel schlüssig werden sollen, welches anzuwenden sein wird, um den Zweck, den sie sich alle vorgesetzt, zu erreichen: nämlich die Verbesserung der Regierung in den christlichen Provinzen des ottomanischen Reiches."

Das in London erscheinende österreichische Organ Eastern Budget urtheilt über das gegenwärtige Stadium der orientalischen Krise, daß es von Englands Zustimmung zu den russischen Vorschlägen abhänge, ob Ignatieff noch nach Wien gehen werde. Im Falle der Zustimmung Englands „würde die Kriegsgefahr beseitigt sein, und dann wäre eine Reise nach Wien ganz unnöthig, da Oesterreich vor Allem Frieden wünscht. Sollte General Ignatieff bei England keinen Erfolg haben, so wird er das Aeußerste versuchen, um bei Oesterreich durchzudringen". Was sich wol der das Eastern Budget von hier aus inspirirende Officiosus bei diesem Schlußsatze gedacht haben mag!

Die Times wird nicht müde, zur weitestgehenden Verträglichkeit mit Rußland zu rathen. Sie widmet schon den dritten Leader diesem Thema und hat dabei doch den felsenfesten Glauben, daß auch nach dem Anschlusse an die russischen Zumuthungen, in denen verstrickende Verpflichtungen zu wittern übertriebene Vorsicht sei, Englands Regierung doch zu jeder Zeit Herrin ihrer Handlungen bleiben werde. Da nur ein gemeinsames Vorgehen der Mächte beabsichtigt sei, werde es jeder Macht freistehen, über dessen Rathsamkeit für sich selbst zu entscheiden, ihre Einwände kundzuthun und, falls die Schwierigkeiten nicht entfernt werden sollten, ihre Mitwirkung zu versagen. Wenn so die Times entschieden zur Annahme der Vorschläge räth, so verhehlt sie doch nicht, daß „etwas Scheinwesenhaftes in diesen unbestimmten diplomatischen Verpflichtungen liegt, welche auf das mannichfaltigste von jeder Macht ausgelegt werden", und meint, daß „Rußland nicht vom Kriege absteht, weil ein Protocoll ihm Alles gewährt, was es wünscht, sondern daß es ein Protocoll sucht, weil es Frieden wünscht oder vor den Augen Europas als friedenwünschend dastehen möchte".

Pikant, wenn auch noch der Bestätigung bedürfend, ist folgende Notiz, welche ein Berliner Correspondent der „Schlesischen Presse" mittheilt: „Es hat ganz den Anschein, als ob sich General Ignatieff auf seiner Missionsreise einer allerliebsten Zwickmühle bediene, um die Engländer zu veranlassen, seine Vorschläge wenigstens in Betracht zu ziehen. Zu diesem Behufe versäumte er es weder in Berlin noch in Paris, Fühlung mit den Vertretern der Türkei zu nehmen und ihnen in einem Privatissimum die Vortheile einer derartigen Verständigung zwischen Konstantinopel und Petersburg auseinanderzusetzen. Eine derartige Verständigung würde natürlich ohne besondere Rücksicht auf England und seine Wünsche vor sich gehen — eine Möglichkeit, die man in London nicht eben Ursache hat, herbeizuwünschen."

Der Wortlaut des serbisch-türkischen Friedens-Protocolls und des Fermans, durch welchen der Sultan den Fürsten Milan neuerdings bestätigt, liegt uns heute vor. Das Protocoll enthält nichts wesentlich Neues. Seine Form ist sehr höflich und versöhnlich und der Pforte gegenüber von großer Unterthänigkeit. Man merkt aus dem Tone, daß der serbische Hochmuth durch die bitteren Erfahrungen auf den Schlachtfeldern gründlich gebeugt ward. Der Ferman des Sultans ist dagegen sehr wohlwollend für Serbien abgefaßt und gedenkt des Krieges wie eines unglücklichen Zufalls. Der Sultan spricht von seinem Wohlwollen und Vertrauen für das serbische Volk, als wenn gar nichts vorgefallen wäre. Es liegt kluge Absicht in dieser Milde; die Serben werden nämlich in dem Ferman ganz als reuige Rebellen behandelt, und indem das Actenstück von den „kaiserlichen Festungen" in Serbien spricht, betont es die staatliche Unselbstständigkeit Serbiens in einer Weise, der es nicht an Nachdruck fehlt.

Vor wenigen Tagen ist, wie wir in unserem heutigen Morgenblatte ausführlich berichteten, Dr. Guido Weiß, der Redacteur der „Waage", in Folge eines Artikels über das Drei-Kaiser-Bündniß von dem Berliner Stadtgerichte zu dreimonatlicher Festungshaft verurtheilt worden. Die Anklage lautete auf Majestäts-Beleidigung; das Erkenntniß schließt sich der Auffassung an, daß eine Beleidigung des Drei-Kaiser-Bündnisses eine Beleidigung des deutschen Kaisers involvire. Dr. Weiß wird diesen Spruch anfechten, und wie man in Berliner Juristenkreisen glaubt, mit Erfolg. Man weist darauf hin, daß der Appellant sich eines classischen Entlastungszeugen, nämlich des Fürsten Bismarck selbst, bedienen könne. Während der Berliner Drei-Kaiser-Entrevue empfing der Kanzler eine Deputation des Berliner Stadtverordneten-Collegiums, welcher er wörtlich sagte: „Ich bitte Sie, meine Herren, sagen Sie es Allen, welche es hören wollen: von einem Bündnisse kann gar nicht die Rede sein. Die Bedeutung der Entrevue liegt einzig und allein darin, daß es gelungen ist, die drei Kaiser persönlich zusammenzubringen; das bedeutet gutes Einvernehmen, freundschaftliche Beziehung, wohlwollendes Entgegenkommen, aber weiter nichts. Die drei Kaiser stipuliren nichts, sie verpflichten sich unter einander zu nichts, sie binden sich nicht. Nochmals, meine Herren, bitte ich Sie, das, was ich Ihnen hier sage, weiterzusagen, damit die Drei-Kaiser-Zusammenkunft richtig verstanden werde." Dazu kommt, daß kein officielles Actenstück jemals auf ein „Drei-Kaiser-Bündniß" Bezug nahm. Klarer als durch das Bismarck'sche Citat kann der Drei-Kaiser-Bund als Fiction nicht gekennzeichnet werden. Eine Fiction aber kann man nicht beleidigen. Abgesehen von dem Rechtsirrthume, welchem das Berliner Stadtgericht verfallen ist, hat die Sache auch eine allgemeine Bedeutung. Die Officiösen hic et ubique mögen darauf gefaßt sein, daß, wenn sie wieder einmal von diesem fictiven Bündnisse flunkern, ihnen die Antwort entgegenschallen wird: Fürst Bismarck ist anderer Meinung, und der muß es wissen.

Die Angelegenheit der gerichtlichen Verfolgung Paul de Cassagnac's wegen Preßvergehen ist gestern in der Versailler Kammer zur Verhandlung gekommen. Der von Grévy ausgearbeitete Bericht der Commission, welche diese Frage zu prüfen hatte, beantragte bekanntlich die Gewährung der Verfolgung des bonapartistischen Klopffechters und rechtfertigte diesen Antrag damit, daß die Unverletzlichkeit der Deputirten nicht in deren persönlichem Interesse eingeführt worden sei, sondern blos um die Unverletzlichkeit der Kammer zu garantiren, nicht als ein Schutz gegen das Gesetz, sondern als ein Schutz gegen die Willkür. Die Würde der Kammer erheische,

Kleine Chronik.

Wien, 17. März.

[Hof- und Personal-Nachrichten.] Gestern Nachmittags begab sich der Kaiser zur Abhaltung einer Probejagd in Begleitung einer zahlreichen Jagdgesellschaft nach Göding und kehrte Abends nach Wien zurück. Heute erwartet man in Göding beide Majestäten zur Hofjagd. — Heute Morgens sind aus Italien der Kaiser und die Kaiserin von Brasilien in Wien angekommen. Der hiesige brasilianische Gesandte war dem Kaiserpaare bis zur Reichsgrenze nach Salzburg entgegengefahren. Das Kaiserpaar ist im „Hôtel Impérial" abgestiegen, wo der General-Adjutant des Kaisers Franz Joseph, Herr Feldmarschall-Lieutenant Baron Mondel, zur Begrüßung erschien. Kurz vorher war Dom Pedro in die Hofburg gefahren, um dem Kaiser und der Kaiserin einen Besuch abzustatten. In den nächsten Tagen werden Graf Wilczek und Capitän Weyprecht in Angelegenheit der wissenschaftlichen Nordpol-Stationen beim Kaiser Dom Pedro Audienz nehmen. — Graf Beust gab am 13. d. M. im österreichischen Botschaftshotel zu London ein Diner, zu dessen Gästen Lord und Lady Derby, der Herzog und die Herzogin von Bedford nebst Tochter, der französische Botschafter, die Gesandten Dänemarks, der Niederlande und Schwedens mit ihren Gemalinnen, Sir Henry und Lady Elliot und andere Personen von Auszeichnung gehörten. — Aus Klagenfurt schreibt man uns, daß gestern Früh daselbst an den Folgen eines durch die Aufregungen nach dem bekannten Duell eingetretenen Nervenfiebers die Comtesse Boißly, Schwester des schwerverwundeten Grafen, im blühenden Mädchenalter gestorben ist. — General A. v. Steinwehr, der sich im letzten amerikanischen Bürgerkriege hervorgethan hat und zuletzt in Cincinnati ansässig war, ist am 25. Februar in Buffalo gestorben. Er war zu Braunschweig 1822 geboren und kam 1854 nach Amerika. Seit 1865 ist er als Literat thätig gewesen und hat unter Anderem eine Schulgeographie herausgegeben.

[Salvator-Medaille.] Bürgermeister Dr. Felder, begleitet vom Bürgermeister-Stellvertreter Uhl und Gemeinderath [illegible], überreichte heute Abbé Liszt die goldene Salvator-Medaille, indem er namens der Gemeinde den Dank für die wiederholten Beweise großherziger Gesinnung aussprach. Abbé Liszt dankte in wärmsten Worten. Er hoffe, auch in Zukunft noch der Stadt Wien für die Freundlichkeit, mit der sie ihm jederzeit entgegengekommen, danken zu können.

[† General Rosas.] Auf seinem Gute zu Smathling unweit Southampton schied am 14. d. General Juan Manuel de Rosas, der ehemalige Dictator der argentinischen Conföderation, aus dem Leben. Am 30. März 1793 geboren, hat er nahezu ein Alter von 84 Jahren erreicht. Er erlag nach kurzem Krankenlager einer Lungenentzündung. Seine einzige Tochter, Manuela, die an Don Maximo Terrero verheiratet ist, drückte ihm die Augen zu. Rosas kam nach seinem Sturze in Buenos-Ayres, wo er bekanntlich die blutigsten Gräuel verübte, im Jahre 1825 nach England und wählte Southampton zu seinem Domicil. Später kaufte er ein Gut in der Nähe dieser Stadt, „Burgess-Street Farm" genannt, an, dessen Bewirthschaftung ihm in Folge seiner enormen Freigebigkeit sein ganzes großes Vermögen kostete, so daß er in den letzten Jahren seines Lebens von den Unterstützungen abhängig war, die ihm sein früherer Finanzminister, die unter seinem Befehle gestandenen Ex-Officiere und die Familie des Gatten seiner Tochter ab und zu gewährten. Bis zu seinem Ende bewahrte er sein herrisches und stolzes Wesen. Auf dieses Leben passen Büchner's Worte:

> . . . Die Guten sterben jung,
> Doch deren Herzen dürre, wie der Sand der Wüste,
> Brennen bis zum letzten Stumpf.

[Liszt-Bankett.] Nach dem Concert fand gestern Abends 10 Uhr im „Hôtel Impérial" zu Ehren Liszt's ein Bankett statt. Die Einladungen dazu waren von den Herren Nikolaus Dumba (als Präses des Beethoven-Denkmal-Comités) und Minister Baron Leopold v. Hofmann (als Präses-Stellvertreter der Gesellschaft der Musikfreunde) ausgegangen. Leider war Herr Dumba durch plötzliches Unwohlsein zu erscheinen verhindert — eine Trübung des Festabends, welche glücklicherweise durch das Erscheinen von Frau Marie Dumba den Charakter des Besorgnißerregenden verlor. Reichsminister Freiherr v. Hofmann machte mit bekannter Liebenswürdigkeit die Honneurs und brachte den ersten Toast auf Liszt aus, anknüpfend an den Eindruck, den gerade vor vierzig Jahren ein Concert Liszt's im alten Musikvereinssaal auf ihn gemacht. Mit feinen Wendungen und in herzlichem Tone hob der Sprecher die künstlerischen und humanen Tugenden Liszt's hervor, worauf die Versammlung ein dreifaches „Hoch soll er leben" harmonisch intonirte. Liszt erwiderte in anmuthig bescheidener Weise, daß er gern daran denke, mit zehn Jahren schon in Wien concertirt zu haben. Seither habe er viel Clavier gespielt und spiele noch jetzt „ein wenig". Immer sei ihm jedoch unter seinen Erfolgen „die Continuität des Beifalls in Wien" durch fünfzig Jahre am werthesten gewesen, und so trinke er denn auf Wien und die Wiener. An diese mit stürmischem Beifall aufgenommene Antwort Liszt's knüpfte Director Herbeck an mit den Worten, Liszt sei zwar an Jahren der Abraham der Pianisten, habe sich aber heute als ein Benjamin bewährt, mit dem es der Jüngste und Kräftigste nicht aufnehmen könne. Herbeck schloß mit einem Toast auf Liszt und Professor Zumbusch, welche uns [illegible] Beethoven lebendig machen. Es folgte ein zweiter Toastspruch von Baron Hofmann, welcher sämmtlichen an dem Concerte Mitwirkenden dankende Anerkennung aussprach. Dann kamen noch einige Toaste, von denen der von Dr. Billing auf Dumba's Wohl den lebhaftesten Anklang fand. Das Directions-Mitglied der Gesellschaft der Musikfreunde, Dr. Eduard Kral, brachte einen Toast auf die Presse aus. An dem Feste nahmen nebst einer Anzahl von Musikern, Malern, Schriftstellern — man sah unter Anderen Brahms, Hellmesberger, Hanns Richter, Dombaumeister Schmidt, Johannes Nordmann, Eduard Hanslick, die Maler Felix und Schilcher — noch theil: Minister Dr. Unger, Statthalter Baron Conrad, Baron Dingelstedt, Graf Wilczek, Präsident Rechbauer und andere Notabilitäten. Die anwesenden Damen waren Frau Gomperz-Bettelheim, Frau Wilt, Frau Dumba, Frau Menter-Popper und Frau v. Pulszky aus Pest. Die Direction der Gesellschaft der Musikfreunde war vollständig vertreten. Um Mitternacht empfahl sich ein großer Theil der Gesellschaft, der Rest blieb, um den unverwüstlichen Liszt geschaart, noch länge rin fröhlichster Stimmung beisammen.

[Dilettanten-Vorstellung.] Aus Lemberg vom 15. März schreibt man uns: Zu wohlthätigen Zwecken fand gestern Abends im hiesigen Statthalterei-Palais (Hotel „zur Dohle") auf Initiative der Gräfin Marie Potocka eine Theater-Vorstellung statt, zu der sich ein auserlesener Kranz schöner Damen, sowie die hervorragendsten Vertreter unserer Gesellschaft beinahe vollzählig einfanden. Zur Aufführung gelangte zunächst das französische Lustspiel: „Comme elles sont toutes", in welchem die Fürstin Thurn-Taxis und Comtesse Ottilie Komorowska in hervorragender Weise mitwirkten. Hierauf folgte ein dramatischer Scherz des polnischen Lustspieldichters Grafen Alexander Fredro Sohn, in welchem Comtesse Clementine Potocka (die Tochter des Statthalters), Gräfin Julie Branicka und Comtesse Marie Fredro, ferner die Grafen Joseph Potocki (der jüngste Sohn des Statthalters), Thaddäus Grocholski, Johann Zamoyski und Joseph Drohojowski die Hauptrollen mit dankenswerthem Eifer und hüb-

daß sie nicht eines ihrer Mitglieder, welches sich gegen das allgemeine Gesetz vergangen, der Gerechtigkeit entziehe. Wie in der Commission, so hat Paul Granier aus Cassagnac auch in der Kammer den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß jene Verfolgung den republikanischen Principien widersprechen würde. Es gelang ihm jedoch nur, die Monarchisten und die sogenannten Intransigenten für seine Anschauung zu gewinnen, und wurde nach einer sehr klaren und schlagenden Auseinandersetzung Jules Simon's der Antrag auf Gestattung der Verfolgung mit 296 gegen 197 Stimmen angenommen.

Die gestern Abends fällige Post aus Konstantinopel und Smyrna ist ausgeblieben.

Der türkisch-serbische Friede.

Die Kölnische Zeitung veröffentlicht den französischen Wortlaut und die deutsche Uebersetzung der nachfolgenden, auf den türkisch-serbischen Frieden bezüglichen Actenstücke:

Die unterzeichneten Special-Delegirten Sr. Hoheit des Fürsten von Serbien haben bereits die Ehre gehabt, sich bei der Hohen Pforte zu Dolmetschen des aufrichtigen Wunsches des Fürsten von Serbien und der fürstlichen Regierung zu machen: daß die Beziehungen des Fürstenthums mit dem suzeränen Hofe möglichst bald auf den Fuß zurückgeführt werden möchten, auf dem sie vor den letzten unglücklichen Ereignissen gestanden haben.

Nachdem die Hohe Pforte ihrerseits Sr. Hoheit dem Fürsten die Vorschläge mitgetheilt hat, deren Annahme sie zur Wiederherstellung des Status quo ante für erforderlich hielt, beeilen sich die Unterzeichneten, in Gemäßheit ihrer Weisungen, der kaiserlichen Regierung die nachstehenden Auseinandersetzungen vorzulegen, die ihnen ermöglichen, festzustellen und zu erklären, daß in Zukunft nichts sich der Wiederherstellung des Status quo ante entgegenstellt.

Die Hohe Pforte wünscht, daß, „entsprechend den beim Rückzug der osmanischen Truppen aus der Citadelle zu Belgrad getroffenen Verabredungen, die osmanische Flagge in Zukunft auf der genannten Citadelle neben der serbischen Flagge wehe, und ebenso, daß in Verfolg der alten Fermans die Zahl der Festungen und die Stärke der bestehenden Befestigungswerke nicht für die Folge vermehrt werde".

Die fürstliche Regierung hat niemals unterlassen, der Verpflichtung nachzukommen, die türkische Flagge auf der Citadelle zu Belgrad aufzuhissen. Da außerdem jene zwei Punkte ausdrücklich und ausführlich in den Hattischerifs vom Redjeb 1240 und vom 11 April 1867 (5 Zilhidjé 1283) festgestellt sind, so folgt daraus, daß, sobald das Fürstenthum zur Wiederherstellung seiner Beziehungen zur Hohen Pforte auf Grundlage des Status quo ante zugelassen sein wird, die in der Wiederherstellung des Status quo ante liegende Anerkennung aller zu verschiedenen Zeiten erlassenen kaiserlichen Fermans die in den obengenannten Fermans enthaltenen, auf die Festungen bezüglichen Bestimmungen obligatorisch machen, und es werden von da an diese Bestimmungen unmittelbar in Kraft treten und sorgfältig beobachtet werden.

Die Hohe Pforte wünscht gleicherweise, daß „die fürstliche Regierung auf dem Gebiete des Fürstenthums die Bildung von bewaffneten, auf Störung der Ruhe in den benachbarten Provinzen berechneten Banden verhindert, und zwar sowol von heimlich wie offen gebildeten Banden, und weiters, daß die fürstliche Regierung der Bildung von heimlichen und offenen, auf Störung des Friedens und der Ruhe in den benachbarten Provinzen abzielenden Gesellschaften vorbeuge".

Die Unterzeichneten haben sich auf rechtlich und thatsächlich durchaus unanfechtbare frühere Verhältnisse berufen, um der Regierung der Hohen Pforte die ausdrücklichste Versicherung der einhellig conservativen und anti-revolutionären Tendenzen zu geben, welche stets das Volk und die Regierung dieses Fürstenthums gekennzeichnet haben. Serbien, seiner Lage bewußt, sucht in der productiven Arbeit die Grundlage seines Glückes. Feind jeder Agitation, welche seiner moralischen, intellectuellen und commerziellen Entwicklung schaden könnte, hat es strenge Gesetze für sich geschaffen, um die Gründung geheimer Gesellschaften, welche Umsturz-Ideen verfolgen, sowie die Bildung bewaffneter Banden, welche dazu bestimmt sind, in den benachbarten Provinzen Unruhen zu schüren, zu verhindern. In der That ist während der ganzen Zeit, welche seit der Gründung des Fürstenthums unter Sultan Mahmud bis auf die letzte Zeit verflossen ist, nicht nur die Bildung solcher bewaffneter Banden unbekannt gewesen, sondern es hat auch keine einzige derartige geheime Gesellschaft gegeben. Ebenso wahr ist es, daß die innere Gesetzgebung, welche im Uebrigen mit den Wünschen des serbischen Volkes übereinstimmt, stets hingereicht hat, um die Entstehung solcher unruhigen Elemente zu unterdrücken. Die geheimen Gesellschaften, auf welche die Pforte anspielt, haben ihren Ursprung und ihren Sitz anderswo als in Serbien gehabt. Wenn in der letzten Zeit, als jene Gesetze des Fürstenthums unmächtig waren, eine Lage entstanden ist, welche für alle Interessen verderblich war, so sind die Versicherungen, die bei der kaiserlichen Regierung auszusprechen die Unterzeichneten die Ehre haben, ausdrücklich dazu bestimmt, dem ein Ende zu machen, indem sie den Frieden und die guten Beziehungen zwischen dem suzeränen Hof und dem Fürstenthum wiederherstellen und jenen Gesetzen, welche für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erlassen sind, ihr altes und unbestreitbares Ansehen und ihre Wirksamkeit, zum größten Vortheile Serbiens selbst, wiedergeben.

Die Hohe Pforte wünscht, daß, „unabhängig von der religiösen Freiheit, die gregorianischen und katholischen Armenier und die Israeliten in Serbien die gleichen Rechte und gleichen Privilegien wie die anderen Einwohner genießen sollen".

Auf den von der Hohen Pforte so hochsinnig kundgegebenen Wunsch religiöser Duldung haben die Unterzeichneten erwidert, daß die innere Gesetzgebung keine Ausnahmen kennt, die auf Grund des Religions-Bekenntnisses gemacht würden; daß es in Serbien niemals gregorianische oder katholische Armenier gegeben hat; daß alle serbischen Staatsbürger dieselben bürgerlichen und politischen Rechte genießen; daß die israelitischen Unterthanen in Serbien, mit Ausnahme einer einzigen Einschränkung, welche ihre Niederlassung im Innern des Landes betrifft, nicht mehr ausgeschlossen sein würden, als es in Zukunft diejenigen serbischen Bürger sein werden, die einem andern christlichen Ritus angehören, als dem orthodoxen. Die Unterzeichneten schätzen sich glücklich, somit zeigen zu können, daß das große Princip der Religionsfreiheit, welches der inneren Regierung des Fürstenthums innewohnt, zu jeder Zeit allen serbischen Staatsbürgern ohne Unterschied des Cultus zugute gekommen ist. Sie schätzen sich glücklich, in der vorhin angegebenen Weise das vollkommene Einvernehmen zwischen der Hohen Pforte und der fürstlichen Regierung hergestellt zu haben in allen denjenigen Punkten, welche den vorher besprochenen Status quo betreffen.

Die Unterzeichneten in ihrer schon angeführten Eigenschaft als Bevollmächtigte des Fürstenthums und mit dem Auftrage, in der formellsten Weise den Ausdruck der loyalen Gesinnung des Fürsten und des serbischen Volkes zu erneuern, zögern nicht, der Hohen Pforte zu erklären, daß Se. Hoheit der Fürst Milan bereit ist, direct jene Auseinandersetzungen und Versicherungen zu bestätigen, deren getreue Dolmetsche sie in seinem Namen gewesen sind. Sie hoffen demgemäß, daß Se. Hoheit der Großvezier die Güte haben wird, den Erlaß eines Irade, der den früheren Stand wiederherstellt, zu erwirken, und desgleichen, daß die kaiserlichen Truppen sich binnen zwölf Tagen von heute ab hinter die Demarcations-Linie zurückziehen, und daß diese Demarcations-Linie nach dem Stande vor den letzten Ereignissen gezogen werde.

Konstantinopel, den 16./28. Februar 1877.

(gez.) P. Kristic. D. Matic.

Heute, am 16./28. Februar, haben die Delegirten Sr. Hoheit des Fürsten von Serbien, die Herren P. Kristic und D. Matic, in der Sitzung bei Sr. Excellenz dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärt, daß sie am Ziel ihrer Arbeiten angelangt zu sein dächten, und daß das Einverständniß mit Sr. Excellenz dem Minister hergestellt sei, in Gemäßheit der erläuternden Note, welche sie der Hohen Pforte unterm 16./28. Februar zugestellt hätten.

Die Herren Delegirten haben ferner erklärt: sie gäben, kraft der ihnen durch die fürstliche Regierung verliehenen Vollmacht, dem Wunsch ihrer genannten Regierung bestimmten Ausdruck, daß die Beziehungen zu dem suzeränen Hof auf dem Status quo ante wiederhergestellt werden möchten.

Se. Excellenz der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat seinerseits im Namen der Pforte erklärt, er nehme Act von besagter Erläuterungsnote, die großherrliche Regierung habe beschlossen, die Beziehungen zu dem Fürstenthum Serbien auf dem Status quo ante wiederherzustellen, und diese Entscheidung werde dem Fürsten in der bisher gebräuchlichen Form mitgetheilt werden. In dieser Lage und um die Tragweite der Grundlage für den Status quo ante in der nöthigen Bestimmtheit abzugrenzen, sowie um jedes Mißverständniß, welches in dieser Hinsicht entstehen könnte, zu vermeiden, wird constatirt, daß man diese Angelegenheit folgendermaßen aufgefaßt hat:

1. Daß die Wiederherstellung des Status quo ante, ohne andere und längere Erklärungen zu benöthigen, das vollkommene und ausnahmslose Wieder-Inkrafttreten aller Bestimmungen des kaiserlichen Hats und anderer Acte, welche sich auf Serbien beziehen, insonderheit aber des Hats vom 11. April 1867 (5 Zilhidjé 1283) über das Besatzungsrecht in den Festungen in sich schließt;

2. daß Serbien, da die Hohe Pforte eine vollkommene Begnadigung allen ihren Unterthanen gewährt, die durch die letzten Vorfälle compromittirt worden waren, seinen Unterthanen, die etwa bei der gleichen Gelegenheit compromittirt worden waren, das gleiche Zugeständniß gewähre;

3. daß sowol die kaiserlichen als die fürstlich serbischen Truppen in dem Zeitraum von 12 Tagen alle von ihnen außerhalb der Demarcations-Linie besetzten Landstriche räumen, damit die früheren Obrigkeiten innerhalb der früheren Grenzen wieder in ihr rechtmäßiges Amt treten.

Hievon doppelte Abschrift.

(Gez.) Safvet. P. Kristic. M. Matic.

Telegramm. Se. Hoheit der Fürst von Serbien zu Belgrad an Se. Hoheit den Großvezier. 2. März 1877. Ich habe die Ehre, Eure Hoheit zu benachrichtigen, daß wir im vollen Umfange das Protocoll bestätigen und ratificiren, welches die für die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen der Hohen Pforte und Serbien getroffenen Grundlagen enthält, wie es durch unsere Special-Bevollmächtigten, die Herren Philipp Kristic und Demeter Matic, unterzeichnet worden ist, und desgleichen die Aufklärungen und Versicherungen, welche die Delegirten der Hohen Pforte gegeben und die auf die Wiederherstellung des Status quo ante abgezielt haben, der zwischen der Hohen Pforte und dem Fürstenthum bis zum Monat Juni des vergangenen Jahres bestanden hat. Indem Serbien auf diese Weise in den vollen Genuß der Rechte, Privilegien und Immunitäten zurückkehrt, deren es bis dahin theilhaftig war, übernimmt es mit einem tiefen Gefühl der Treue die Verpflichtungen, die aus den zu verschiedenen Zeiten erlassenen Fermans entspringen, durch welche die suzeräne Regierung ihren Eifer und ihr Vertrauen der serbischen Nation und ihrem Fürsten gegenüber bezeugt hatte. Es ist nunmehr Sache Sr. Majestät des Sultans, feierlich die Wiederherstellung der Beziehungen des Fürstenthums zu der suzeränen Macht auf der verabredeten Grundlage zu proclamiren.

Ferman Sr. Majestät des Sultans.

Uebersetzung.

(Nach den üblichen Förmlichkeiten.)

Unsere kaiserliche Fürsorge hatte stets Alles zum Ziele, was dazu beitragen konnte, die Ruhe und den Fortschritt des einen integrirenden Theil unseres Kaiserreichs bildenden Fürstenthums Serbien zu befestigen und das Glück und das Gedeihen seiner Bewohner zu sichern. Die in den zu verschiedenen Zeiten erlassenen kaiserlichen Hats enthaltenen Immunitäten und Privilegien haben nur zum Ziel gehabt, diesen Wunsch zu verwirklichen. Ein schlagender Beweis unseres besonderen Wohlwollens für das serbische Volk im Hinblick auf die gegen unsere kaiserliche Regierung bewiesene Treue war namentlich noch durch den Beschluß gegeben, zufolge dessen die Bewachung der in Serbien belegenen kaiserlichen Festungen dem Fürstenthum anvertraut wurden. So waren die Beziehungen des Vertrauens und der Aufrichtigkeit zwischen dem Fürstenthum und der suzeränen Regierung von Tag zu Tag mehr befestigt und entwickelt worden, als trotz der Anstrengungen unserer kaiserlichen Regierung zur Aufrechthaltung der bestehenden Sachlage wir unangenehm berührt wurden, als wir sahen, daß es nicht möglich gewesen war, den unglücklichen Ereignissen vorzubeugen, die ebensowol die innere Lage Serbiens, wie seine Stellung zum suzeränen Hof tief zu erschüttern drohten.

Nach der sehr bereitwilligen Annahme des Vorschlages, die Ruhe wiederherzustellen, welche durch unsere kaiserliche Regierung in der Absicht gemacht ist, Serbien das Unglück des Krieges zu ersparen und Serbien in die Lage zurückzuversetzen, in der es sich vor den letzten unglücklichen Ereignissen befand, sind eure sehr ehrenwerthen Bevollmächtigten, Herren Kristic und Matic, mit Vollmachten von eurer Seite in Konstantinopel angelangt. In den Vorbesprechungen, welche zwischen ihnen und der Hohen Pforte stattgefunden, haben sie ihr mündlich und schriftlich Erklärungen und Versicherungen geben können, durch welche sie verbürgt haben, daß man an den Fermans, die zu verschiedenen Zeiten erlassen sind, auf das sorgfältigste festhalten würde, und daß die Verpflichtungen, welche Serbien zum Ausgleich für die dem Fürstenthum ertheilten Privilegien und Immunitäten übernommen hat, ausgeführt würden, und daß von jetzt an nichts mehr geduldet werden solle, was, sei es in materieller oder moralischer Hinsicht, die guten Beziehungen Serbiens zu unserer Regierung stören könnte.

---

schem Verständniß zur Geltung brachten. Während sich aber das französische Stück einer sehr günstigen Aufnahme seitens des Publicums erfreute, konnte die zweite Piece, welche gestern zum erstenmal, und zwar in polnischer Sprache aufgeführt wurde, ungeachtet der lebhaftesten Bemühungen der Mitwirkenden nicht einmal einen sogenannten Succès d'estime erringen. Die Zwischenpausen wurden mit Lieder- und Claviervorträgen ausgefüllt. Die Vorstellung, die auch morgen wiederholt wird, soll ein sehr beträchtliches Reinerträgniß abgeworfen haben.

[Banditen im Hospiz.] Aus Freiburg in der Schweiz wird folgender Vorfall gemeldet: Im Laufe der letzten Tage kamen zwei Italiener in das Hospiz von Casaccia, auf der Höhe der Lukmanier-Straße, zwischen Olivone und Disentis. Sie brachten die Nacht dort zu und ruhten am nächsten Tage aus. Am Nachmittag hatte sich der Geschäftsführer des Hospizes, Namens Tschnor, auf eine Bank im gemeinschaftlichen Saale gelegt und war eingeschlafen. Eine alte Italienerin stand hinter dem Ofen. Einer der Italiener näherte sich dem Schläfer und stieß ihm, ohne ein Wort zu sagen, ein Stilet ins Herz. Im nämlichen Augenblicke trat Frau Tschnor mit ihren beiden Kindern in den Saal. Die Italiener schenkten ihr das Leben unter der Bedingung, daß man sie ziehen lasse, ohne sie zu signalisiren, und daß sie ihnen ihr ganzes verfügbares Geld, 400 Francs, ausliefere. Als die Mörder fort waren, verloren die beiden erschreckten Weiber den Kopf. Sie beschlossen, sich in das Hospiz von Santa Maria zu flüchten. Das Wetter war abscheulich, ein heftiger Sturm wehte auf dem Berge und trieb Schneewirbel empor; die Kälte war außerordentlich groß. Frau Tschnor, welche sich in gesegneten Umständen befand, nahm ihr jüngstes Kind auf den Rücken und machte sich auf den Weg; die bejahrte Italienerin folgte ihr mit dem älteren Kinde. Nach einer Stunde Weges konnte die arme Kleine nicht mehr gehen — sie hatte einen ihrer Schuhe verloren, der Schnee blendete sie, und die Kälte machte ihr die Glieder erstarren; sie fiel auf den Schnee hin, der sie alsbald mit seinem weißen Schleier bedeckte. Die Alte setzte nun, selbst halb todt, den Weg ohne das Kind fort und suchte sich nur selbst zu retten. Um 3 Uhr waren die Unglücklichen von Casaccia aufgebrochen, und erst nach Mitternacht kamen sie in Santa Maria (eine Strecke von 6—7 Kilometern) an. Man brachte sie dort ins Bett und gab ihnen zu essen. Am nächsten Morgen wurden ein Arzt und ein Priester geholt, denn die arme Mutter war sehr krank geworden. Sie hat sich seitdem wol wieder etwas erholt, aber sie kann nicht, ohne an allen Gliedern zu zittern, an jenen schrecklichen Abend denken, der ihr ihren Gatten und ihr Kind geraubt, von denen der eine von Banditen erdolcht, das andere unter dem eisigen Schnee begraben worden war.

[Ball-Erträgniß.] Das amtliche Bulletin Français veröffentlicht den Ausweis über das Erträgniß des zum Besten der Lyoner Arbeiter in der Großen Oper in Paris veranstalteten Balles. Die Einnahmen betrugen 207,476 Francs, die Ausgaben 57,467 Francs, so daß ein Reinerträgniß von 150,000 Francs verbleibt. Unsere Ballcomités werden nicht ohne Neid diese stattliche Ziffer betrachten.

[Taubenpost.] Aus Warschau wird uns geschrieben: Man beschäftigt sich hier gegenwärtig damit, zu militärischen Zwecken in ziemlich umfassendem Maße eine Taubenpost einzurichten, die dann auch in allen übrigen Militärbezirken eingeführt werden soll, wenn sie sich hier bewährt. Man hat um 2400 Rubel Brieftauben in Belgien angekauft und weitere 400 Rubel für den Transport der Thiere nach Warschau ausgegeben. Für die Erhaltung der Taubenpost während der ersten drei Jahre sind je 15,000 Silber-Rubel veranschlagt, für jedes weitere Jahr 12,000 Silber-Rubel. Man setzt auf das Gelingen dieses Experimentes große Hoffnungen; nur erklären die russischen Taubenzüchter sehr nachdrücklich, es sei ganz überflüssig, größere Geldbeträge für fremdländische Tauben auszugeben, da sich die einheimischen, wie überhaupt die gewöhnlichen Tauben aller Länder, bei entsprechender Abrichtung zum Postdienste ebensogut eignen. Es soll darum im Kleinen auch ein Experiment mit ordinären Tauben angestellt werden.

[Die Gemeinderaths-Candidaten des Wiener Bürgervereins.] Bei Aufstellung der Candidatenliste für die bevorstehenden Gemeinderathswahlen ließ sich der Wiener Bürgerverein von dem Princip leiten, nur solche Candidaten zu nominiren, die entweder dem Vereine selbst angehören oder deren Parteirichtung der des Bürgervereines conform oder mindestens verwandt ist. Hiebei wurden die Compromisse, die in einzelnen Bezirken zwischen den Bürger- und den Demokratischen Vereinen aus localen Rücksichten bezüglich der Candidaturen geschlossen wurden, nicht berücksichtigt und sämmtliche Candidaten demokratischer Parteirichtung von der Candidatenliste des Wiener Bürgervereins ausgeschlossen. Es wurden sonach in der gestern abgehaltenen Versammlung des Wiener Bürgervereins als Candidaten des Vereines proclamirt: Im I. Bezirk, ersten Wahlkörper: Friedrich Gerold, Dr. Wilhelm Ritter v. Mauthner, Franz Starnbacher (zweite Wahlkammer), Dr. Leopold Kompert, Theodor Romer und Dr. Guido Freiherr v. Sommaruga (dritte Wahlkammer); dritter Wahlkörper: Joseph Sváth und Joseph Nikola; im II. Bezirke, zweiten Wahlkörper: Joseph Wasner; dritten Wahlkörper: Joseph Hinterleitner (für die übrigen Stellen wurden keine Candidaten aufgestellt); im III. Bezirke, ersten Wahlkörper: Joseph Schrödinger; zweiten Wahlkörper: J. K. Lecher, Georg v. Hruby, Rudolph Luksch und Johann Pertusini (für den dritten Wahlkörper wurden keine Candidaturen nominirt); im IV. Bezirke, zweiten Wahlkörper: Dr. Joseph Kuhn, Landesgerichtsrath v. Lerchenthal; im V. Bezirke, ersten Wahlkörper: Johann Flurschütz; zweiten Wahlkörper: M. L. Kolbenheyer, Ferdinand Reder und Friedrich Siebert; dritten Wahlkörper: Joseph Gözinger (drei Stellen bleiben offen); im VI. Bezirke, ersten Wahlkörper, wird dem Vereinsausschusse für die Aufstellung des Candidaten freie Hand gelassen und derselbe ermächtigt, den Bezirksvorstand-Stellvertreter Ferdinand Korian, falls dessen Candidatur im Bezirke entschieden wird, auch als Candidaten des Vereins aufzustellen; im zweiten Wahlkörper: Bezirksvorstand Adam Kestler (für die zweite Stelle ist noch keine definitive Candidatur vorhanden; Dr. Kautz v. Eulenthal ist im Bezirke als Candidat in Aussicht genommen; auch bezüglich dieser Stelle wird dem Ausschusse freie Hand gelassen); dritter Wahlkörper (bleibt unbesetzt); im VII. Bezirke, ersten Wahlkörper: Leopold Dorfleuthner, Georg Kodeis; zweiter Wahlkörper (wurde übergangen); im VIII. Bezirke, ersten Wahlkörper: Dr. Loidold, Franz Neumann; dritter Wahlkörper (wurde übergangen); im IX. Bezirke, zweiten Wahlkörper: Jonas Gerstle, Franz Erban. Die Candidaten-Liste des Wiener Bürgervereins wird in einem Wahlproclam in allen Bezirken publicirt werden.

[Gesundheitszustand.] Nach der sonst in communalen Dingen wohlunterrichteten „Correspondenz Gall" haben wir im heutigen Morgenblatte eine Notiz gebracht, in welcher die bezüglich der vorkommenden Typhus-Erkrankungen gehegten Befürchtungen als übertrieben hingestellt werden. Leider scheint die „Correspondenz Gall" in diesem Falle mystificirt worden zu sein, wenigstens stehen mit ihren Angaben die nachfolgenden authentischen Daten der Med. Wochenschr. im entschiedensten Widerspruche. Das genannte Blatt schreibt nämlich: Die Zahl der im Laufe dieser Woche in den Spitälern aufgenommenen Typhuskranken betrug 83; es wurden sonach mit den aus der Vorwoche verbliebenen 168 im Ganzen 251 Typhuskranke verpflegt. Hievon sind 9 geheilt entlassen worden, 20 sind gestorben, es verblieben somit 222 in weiterer Pflege. Die Zahl der Typhen in den Spitälern hat sonach seit der Vorwoche um 54 zugenommen. Für die Typhuskranken der Vororte, deren Ueberbringung in die Wiener Spitäler von der Statthalterei untersagt wurde, sind in den Vororten Hernals, Ottakring, Währing und Oberdöbling eigene Nothspitäler errichtet worden. Auch in der niederösterreichischen Landes-Irrenanstalt sind 3 Typhusfälle vorgekommen. In Folge der Anhäufung der Typhen sind die Krankenhäuser überfüllt, und ist der Krankenstand derselben von 3739 auf 3768 gestiegen. Bräune und Scharlach zeigen eine nur geringe Abnahme und haben in dieser Woche 24 Todesfälle veranlaßt, von denen 19 durch Bräune und 5 durch Scharlach herbeigeführt wurden.

Da diese Erklärungen und Versicherungen unser kaiserliches Vertrauen auf die Treue und Rechtlichkeit des serbischen Fürstenthums und Volkes erneuert und bekräftigt haben, so haben auch wir die Wiederherstellung des Status quo ante genehmigt und ratificirt und in gleicher Weise den Bewohnern der benachbarten Provinzen verziehen, welche während der berührten Ereignisse nach dem Fürstenthum geflohen sind und dort eine Zuflucht gefunden haben, gleichwie die Heimkehr aller Einwohner des Fürstenthums, welche zu uns geflohen sind, zugesichert wird. Wir sind überzeugt, daß sowol ihr, als das serbische Volk das, was hiedurch festgestellt wird, richtig schätzen werdet, nämlich als einen klaren Beweis unseres Vertrauens und kaiserlichen Wohlwollens gegen euch, und daß ihr euch bemühen werdet, die Pflichten des Fürstenthums gegen unsere kaiserliche Regierung beständig zu erfüllen. In Folge dessen haben wir euch diesen Ferman, welcher unsere kaiserliche Billigung erhalten hat, ertheilt und zugesendet, um kundzuthun, daß auf dieser Grundlage der Status quo ante wiederhergestellt ist, und daß allerseits die nothwendigen Befehle ertheilt sind, um die Punkte, welche außerhalb der Demarcations-Linie sich noch in dem Besitze unserer Armee befinden, räumen zu lassen.

Gegeben den 18. Safer 1294. — 4. März (20. Febr.) 1877.

Parlamentarisches.

Wien, 17. März.

Heute Vormittags fand eine Sitzung des **Clubs des linken Centrums** statt, in welcher mit 35 gegen 5 Stimmen beschlossen wurde, sich an der Discussion über den Antrag des Abgeordneten **Sturm**, betreffend die Aufhebung der Delegationen, zu betheiligen.

Es traten sodann die Obmänner der drei verfassungstreuen Clubs, die Abgeordneten **Eichhoff**, **Herbst** und **Coronini**, denen sich namens der Ruthenen Abgeordneter **Janowski** anschloß, zu einer Berathung zusammen. Als Resultat derselben wird folgende, von den genannten Herren ausgehende Einladung publicirt: „Morgen, Sonntag den 18. d., Vormittags 11 Uhr, findet in der Abtheilung II eine Versammlung der gesammten Verfassungspartei zur Berathung über den Antrag des Abgeordneten Sturm statt." An der Versammlung werden auch die fünf Demokraten und die Abgeordneten Schönerer und Mieroszewski, die keinem Club angehören, theilnehmen.

Bei der zu Tage getretenen Stimmung gegenüber dem Sturm'schen Antrage wurde bereits die Frage ventilirt, ob im Falle der Ablehnung dieses Antrages in der Partei-Conferenz nicht als Eventual-Antrag der frühere Fux-Heilsberg'sche Antrag (Wahl der Delegation aus dem ganzen Hause, statt wie bisher aus den einzelnen Kronländern) wieder aufzunehmen wäre. Die Antragsteller selbst haben sich dagegen ausgesprochen, indem sie erklären, daß sie selbst zur Ueberzeugung gelangt sind, daß durch diesen Vorschlag eine wesentliche Verbesserung nicht erzielt würde.

Ein zweiter Vorschlag wurde dahin formulirt, es wäre als Eventual-Antrag einzubringen, es möge der zur Berathung der Ausgleichsfragen niederzusetzende Ausschuß auch die Frage in Berathung ziehen, ob nicht auch die Zusammensetzung der Delegationen abgeändert werden solle. Man erwartet von der morgigen Partei-Conferenz eine Klärung der Ansichten über diese in Vorschlag gebrachten Anträge.

Die Eisenbahn-Commission des **Herrenhauses** hat den vom Abgeordnetenhause beschlossenen „Gesetzentwurf, betreffend die Maximaltarife für Personenbeförderung und einige allgemeine Transportbestimmungen auf den Eisenbahnen", sehr wesentlich modificirt. Die Commission sah sich nämlich veranlaßt, nicht blos einzelne allgemeine und unbestimmte Normen des Abgeordnetenhaus-Entwurfes zu specialisiren, sondern auch eine Trennung der Bestimmungen vorzunehmen, so daß sie zwei Gesetze in Vorschlag bringt, von denen eines den auf die Maximaltarife und Nebenbestimmungen für den Personenverkehr, das andere die auf den Frachtenverkehr im eigentlichen Sinne bezüglichen Bestimmungen umfaßt. Das letztere Gesetz soll nur einen provisorischen Charakter haben. Wenn das allgemeine Tarifgesetz, welches bereits in Berathung steht, in Wirksamkeit tritt, dann sollen die Bestimmungen des zweiten Gesetzes in demselben wieder aufgehen. Die beiden von der Eisenbahn-Commission vorgeschlagenen Gesetzentwürfe lauten:

Gesetz vom ..., betreffend **die Maximaltarife für die Personen-Beförderung auf den Eisenbahnen.**

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen wie folgt:

Artikel I. Für die Regelung der Personentarife auf den innerhalb des Gebietes der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder befindlichen Eisenbahnen haben nachstehende Bestimmungen zu gelten:

Als Maximaltarif für den Personentransport wird festgesetzt, und zwar per Person und Kilometer: Für die I. Classe 5.0 kr., für die II. Classe 3.8 kr., für die III. Classe 2.4 kr. Oe. W. in Silber. Bei Eilzügen dürfen diese Tarifsätze um 20 Percent erhöht werden, wenn dieselben nicht blos Waggons I. Classe führen und wofern die durchschnittliche Geschwindigkeit dieser Züge (inclusive der Aufenthalte in den Stationen) auf jenen Strecken, wo keine Steigungen von 15 per Mille und darüber vorkommen, mindestens 37 Kilometer, auf den Strecken mit Steigungen von 15 per Mille bis exclusive 25 per Mille aber mindestens 24 Kilometer per Zeitstunde beträgt. Auf Strecken mit noch stärkeren Steigungen ist die Geschwindigkeit der Schnellzüge von dem Handelsminister zu bestimmen. Für gemischte Züge sind obige Tarife um 20 Percent zu ermäßigen. Der Handelsminister ist jedoch ermächtigt, diese Ermäßigung bei Bahnlinien, auf welchen nur gemischte Züge verkehren, nach Maßgabe der Verkehrs- und sonstigen Verhältnisse der betreffenden Bahnunternehmung außer Kraft zu setzen. Sollte sich das Bedürfniß nach weitergehenden Ermäßigungen herausstellen und sollten in diesem Falle die Bahnunternehmungen nicht in der Lage sein, entsprechende Erleichterungen in der III. Wagenclasse zu gewähren, so sind dieselben gehalten, in Folge Aufforderung des Handelsministers auf den von demselben bezeichneten Strecken eine IV. Classe (Stehwagen) mit dem Tarifsatze von 1.8 kr. Oe. W. in Silber per Person und Kilometer einzuführen. Auf Eisenbahnen, welche die Staatsgarantie in Anspruch nehmen, dürfen Freikarten, welche für eine längere Zeit Giltigkeit haben, nur mit Genehmigung des Handelsministers ausgefolgt werden. Diese Freikarten müssen auf einen bestimmten Namen oder auf eine bestimmte Dienst[illegible] lauten.

Artikel II. Die Tarifsätze für die mit dem Personentransport im Zusammenhang stehende Beförderung von Gepäck, Fahrzeugen und lebenden Thieren, sowie sämmtliche Nebenbestimmungen für die Beförderung von Personen sind durch den Handelsminister nach Anhörung der Bahnunternehmungen nach einheitlichen Grundsätzen [illegible]. Für jedes ganze Fahrbillet wird ein Freigewicht [illegible] und für jedes halbe Billet ein solches von 12 Kilogramm festgesetzt.

Artikel III. Auf Bahnen mit Steigungsverhältnissen von 15 per Mille und darüber darf bei Berechnung der Tarifgebühren die anderthalbfache Länge der fraglichen starken Steigungen und Gefälle zu Grunde gelegt werden. Erworbene besondere Rechte einzelner Bahnunternehmungen auf Einrechnung von Distanzzuschlägen werden hiedurch nicht aufgehoben.

Artikel IV. Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, alle neuen Tarife, sowie jede Aufhebung oder Abänderung der schon bestehenden Tarife mindestens vierzehn Tage vor dem Inslebentreten der bezüglichen Tarifmaßnahmen nach den Anordnungen des Handelsministers öffentlich kundzumachen.

Artikel V. Der Handelsminister wird ermächtigt, auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes die erforderlichen Tarifveränderungen bei jenen Bahnunternehmungen, bei welchen dies mit Rücksicht auf die erworbenen Rechte zulässig und ihm geboten erscheint, durchzuführen und die Zeitpunkte für das Inslebentreten derselben festzusetzen. Für diejenigen Bahnunternehmungen, welche der gesetzlichen Regelung ihrer Tarife nicht unterworfen sind, hat der Handelsminister die Maximaltarife und die Nebenbestimmungen mit Rücksicht auf die erworbenen Rechte mit den Bahnverwaltungen zu vereinbaren.

Artikel VI. Die Bestimmungen für die Beförderung von Militärpersonen werden durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt.

Artikel VII. Durch gegenwärtiges Gesetz werden alle entgegenstehenden Bestimmungen der betreffenden Specialgesetze außer Wirksamkeit gesetzt.

Artikel VIII. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes, welches mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit tritt, ist der Handelsminister beauftragt.

Gesetz vom ..., betreffend **einige Bestimmungen über den Frachtgüterverkehr auf den Eisenbahnen.**

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich zu verordnen wie folgt:

Für die Zeit bis zur gesetzlichen Regelung des gesammten Frachtgüterverkehres auf den Eisenbahnen werden folgende Bestimmungen getroffen:

Artikel I. Auf einer und derselben Bahn, in derselben Verkehrsrichtung und unter den gleichen Bedingungen dürfen die Gesammt-Transportkosten für eine näher gelegene Station nicht höher sein, als für eine entferntere. Im Einfuhr- und Ausfuhrverkehre dürfen die Gesammt-Transportkosten zwischen der Grenzstation und einer inländischen Station derselben Bahn unter gleichen Bedingungen nicht höher sein, als die Gesammt-Transportkosten zwischen dieser letzteren und einer jenseits derselben Grenzstation gelegenen Station des Auslandes. Obige Bestimmungen finden jedoch keine Anwendung auf den Durchzugsverkehr von dem Auslande in das Ausland, auf Sendungen von und nach Seehafen-Stationen, dann in den Fällen, wenn die Ermäßigung des Tarifsatzes für die entfernter gelegene Station durch den billigeren Tarif einer dieselbe Endstation verbindenden Concurrenzroute (Eisenbahn oder Schifffahrt) bedingt ist.

Artikel II. Auf Bahnen mit Steigungsverhältnissen von 15 per Mille und darüber darf bei Berechnung von Tarifgebühren die $1\frac{1}{2}$fache Länge der fraglichen starken Steigungen und Gefälle zu Grunde gelegt werden. Erworbene besondere Rechte einzelner Bahnunternehmungen auf Einrechnung von Distanzzuschlägen werden hiedurch nicht aufgehoben.

Artikel III. Die Nebenbestimmungen für den Frachtgüterverkehr sind durch den Handelsminister nach Anhörung der Bahnverwaltungen nach einheitlichen Grundsätzen festzustellen.

Artikel IV. Die Erhöhung bestehender Tarife darf nicht vor Ablauf einer mindestens dreimonatlichen Giltigkeitsdauer stattfinden. Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, alle neuen Tarife, sowie jede Aufhebung oder Abänderung der schon bestehenden Tarife mindestens sechs Wochen vor dem Inslebentreten der bezüglichen Tarifmaßnahmen nach den Anordnungen des Handelsministers öffentlich kundzumachen. In allen Fällen, in denen es sich lediglich um Tarif-Ermäßigungen handelt, darf mit Genehmigung des Handelsministers eine Abkürzung dieser Kundmachungsfrist eintreten.

Artikel V. Der Handelsminister wird ermächtigt, auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes die erforderlichen Tarif-Veränderungen bei jenen Bahnunternehmungen, bei welchen dies mit Rücksicht auf die erworbenen Rechte zulässig und ihm geboten erscheint, durchzuführen und die Zeitpunkte für das Inslebentreten derselben festzusetzen. Für diejenigen Bahnunternehmungen, welche besondere Rechte besitzen, hat der Handelsminister die Bestimmungen dieses Gesetzes und die Nebenbestimmungen für den Frachtgüter-Transport, mit Rücksicht auf die erworbenen Rechte, mit den Bahnverwaltungen zu vereinbaren.

Artikel VI. Die Bestimmungen für die Beförderung von Militärgütern werden durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt.

Artikel VII. Durch gegenwärtiges Gesetz werden alle entgegenstehenden Bestimmungen der betreffenden Special-Gesetze außer Wirksamkeit gesetzt.

Artikel VIII. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes, welches mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit tritt, ist der Handelsminister beauftragt.

Die provisorische Reform der Erwerbsteuer.

Wien, 17. März.

Wäre die Berichterstattung über die Comité-Verhandlungen des Parlaments eine bessere, so würden die Berathungen des Ausschusses über die provisorische Steuer-Reform sehr viel zur öffentlichen Belustigung beitragen. Wir hatten schon früher erwähnt, daß sich bei den Berathungen über die Gebäudesteuer der im parlamentarischen Leben gewiß seltene Fall ergab, daß die thatsächliche Grundlage der Debatte eine andere war, als die formelle. Scheinbar sollte über eine Vorlage des Referenten discutirt werden, die jedoch so unbrauchbar war, daß thatsächlich nur über den Entwurf der Regierung verhandelt werden konnte. Der Modus, mit welchem bei der Erwerbsteuer vorgegangen wird, ist womöglich noch sonderbarer. Die Regierungsvorlage enthält einige sehr wichtige Principien, auf welchen die ganze Reform beruht. Vor Allem sollte die Erwerbsteuer stabilisirt werden. Dieser Grundsatz ist noch in keinem bestehenden Steuergesetze mit solcher Reinheit durchgeführt, wie in diesem Gesetzentwurfe. Die Erwerbsteuer soll durch drei Jahre nicht mehr betragen als neun Millionen Gulden, und diese Summe wäre auf die bisherigen Erwerbsteuerträger nach Maßgabe ihrer jetzigen Leistungen zu vertheilen. Erst nach Ablauf dieser Periode würde das Abgeordnetenhaus neuerdings zu entscheiden haben, ob je nach den Resultaten, welche durch den Zuwachs und den Abfall der Steuer-Objecte eintraten, dieselbe Contingentziffer, eine höhere oder eine niedrigere für den folgenden Zeitraum festzusetzen wäre. Mit dieser Bestimmung würde ein höchst wichtiger Fortschritt angebahnt und gleichzeitig einem Postulate der Finanzwissenschaft entsprochen werden, welches die möglichste Unveränderlichkeit der Erwerbsteuer fordert. Das Gesetz beabsichtigt ferner, die bis jetzt bestehenden Ungleichheiten der Besteuerung zu beseitigen. Es sollen daher alle jene Gewerbe, welche bisher von der Ertragsteuer befreit waren, derselben unterworfen und alle jene Länder, welche, wie das Gebiet von Triest und Tirol, abnormale Begünstigungen besaßen, mit dem gleichen Satze belastet werden. Endlich ist darüber eine Entscheidung zu fällen, ob der von der Regierung beantragte Nachlaß, welcher bei der Erwerbsteuer mit Rücksicht auf den Umstand, daß das mobile Kapital den größten Antheil an der zukünftigen Einkommensteuer zu tragen haben wird, weitgehender ist, als bei den anderen Ertragsteuern, zu bewilligen ist. Als Ausdruck dieser Grundsätze ist dem Regierungs-Entwurfe ein Tarif beigegeben, nach welchem die Steuerträger in Gemäßheit des bestehenden Steuerkatasters und der jetzt geltenden Sätze in den nächstniedrigen Satz einzureihen sind. Um jedoch jede Willkür der Steuerbehörde zu verhindern, wurde gleichzeitig ein Schema ausgearbeitet, durch welches jeder Steuerträger sofort selbst zu erkennen vermag, was er hinkünftig zu leisten haben wird, jede neuerliche Einschätzung des Erwerbsteuer-Einkommens entfällt und die Reform derartig erleichtert wird, daß sie sofort eingeführt werden kann, wenn das Gesetz beschlossen ist.

Man hätte nun meinen sollen, der Ausschuß werde das dringende Bedürfniß empfinden, vorerst die Principien des Gesetzes klarzustellen und anzunehmen, bevor er sich der schwierigen Detail-Arbeit unterzieht. Deßhalb wurde ja ein Sub-Comité eingesetzt, das nach wochenlanger Arbeit dem Ausschusse sein Operat vorlegte. Was geschah nun? Der Ausschuß trat, nachdem er im Allgemeinen die Regierungsvorlage als Basis der Verhandlung acceptirte, sofort in die Berathung des Schemas ein, jenes Schemas, welches eine werthlose Maculatur bildet, wenn eines der Principien des Gesetzentwurfes verworfen, ja wenn die Form der Stabilisirung, der Ausgleichung, der Nachlässe oder des Tarifes auch nur modificirt wird. Wie kann ein Schema entworfen werden, wenn man nicht weiß, ob überhaupt Nachlässe gewährt werden, in welchem Ausmaße dieselben eintreten sollen, ob überhaupt zu stabilisiren ist und auf welche Dauer und in welcher Progression der Tarif selbst sich zu bewegen habe? Statt dessen wurde thatsächlich dasjenige zuerst berathen, was überhaupt nur [illegible] gewissen, vom Ausschusse aber noch nicht acceptirten Voraussetzungen gelten kann. Es scheint fast, als ob der Ausschuß es förmlich darauf angelegt hätte, die provisorische Steuer-Reform zu discreditiren, die Berathungen in die Länge zu ziehen und so die verhaßte Maßnahme der Regierung, der offen entgegenzutreten er nicht den Muth hat, unmöglich zu machen. Es scheint aber auch — und dies wollen wir mit vollster Unparteilichkeit zur Entschuldigung anführen — als ob der Ausschuß der rechten Leitung und Unterstützung entbehren würde. Es macht wenigstens fast den Eindruck, als ob der Referent des Steuer-Ausschusses, nachdem das Gebiet der Theorien, welches schließlich Jedermann zugänglich ist, verlassen wurde und in den Nachlässe[illegible] praktische Fragen zu entscheiden sind, die eine genaue [illegible] Verhältnisse und eine vorzügliche Orientirung in [illegible] der Steuervorschriften voraussetzen, seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen ist. Wer die Verhandlungen im Steuer-Ausschusse genau verfolgt, wird auch bemerkt haben, wie viel Zeit und Mühe daran verschwendet wurde, die Vorschläge des Referenten als unhaltbar nachzuweisen und andere an deren Stelle zu setzen. Daß wir übrigens nicht allzu schwarz malen, beweist der Vorgang bezüglich des Schemas selbst. Das von der Regierung aufgestellte Schema, welches wir weiter unten folgen lassen, summirt sich in nachstehenden Resultaten: Der Zuwachs, welchen die Erwerbsteuer durch Aufhebung der Disparitäten erfahren soll, beträgt rund eine Million Gulden, und nachdem von der gegenwärtigen Erwerbsteuer im Betrage von 9.8 Millionen Gulden 1.7 Millionen Gulden wegzufallen hätten, würde sich nach Berücksichtigung der hier weggelassenen kleinen Ziffern der Ertrag der Erwerbsteuer auf rund 9 Millionen Gulden stellen. Das Schema gruppirt sich demgemäß in folgender Art:

Anzahl der Gewerbe und Beschäftigungen		Gegenwärt. Ordinarium (fl. kr.)	Gegenw. Ordinarium sammt Zuschlag (fl. kr.)	Wäre einzureihen in den Satz von (fl. kr.)	Gegenw. Erwerbsteuer sammt außerordentlichem Zuschlag (Gulden)	Künftige Erwerbsteuer (Gulden)	Daher künftig weniger (Gulden)
160367	[illegible] 6697 1575 144514¹)	1 — 1 31 1 57 2 10	1 48 2 23 2 68 3 57	3 —	54[illegible]506	481101	67405
106789	10[illegible]786¹)	2 62	4 46	3 50	476811	373762	103049
85602	85593¹)	3 15	5 35	4 50	458400	385209	73191
71[illegible]24	71[illegible]76¹)	4 20	7 14	6 —	513501	431544	81957
91955	91534¹) 408	5 25 6 36	[illegible] 1[illegible]	8 —	821429	735640	85789
39494	39450¹)	8 40	14 28	12 —	563912	473928	89984
37703	37697¹)	10 50	17 85	16 —	673002	603248	69754
248	229¹)	12 60	21 42	20 —	5363	4960	403
13460	9237 4223	15 75 16 80	26 77 28 56	25 —	367930	336500	31430
10670	10651¹)	21 —	35 70	30 —	38[illegible]863	320100	60763
1501	1478¹)	26 25	52 50	40 —	78762	60040	18722
8295	8291¹)	31 50	63 —	50 —	522607	414750	107857
6780	6766¹)	42 —	84 —	60 —	569581	406[illegible]00	162581
4033	4019¹)	52 50	105 —	80 —	423430	322640	100790
1609	1608¹)	63 —	126 —	100 —	202754	160900	41854
245	242¹)	73 50	147 —	120 —	36044	29044	6644
1074	1071¹)	84 —	168 —	140 —	1[illegible]517	150360	30157
2172	2148¹)	105 —	210 —	180 —	457171	390960	66211
594	585¹)	157 50	315 —	240 —	18[illegible]203	142560	44643
486	467¹)	210 —	[illegible]	320 —	20[illegible]396	155520	50176
642	640¹)	315 —	[illegible]	500 —	4[illegible]523	321000	83523
45	44¹)	420 —	[illegible]	650 —	37860	292[illegible]0	8610
290	282¹)	525 —	1050 —	800 —	305931	232000	73[illegible]31
152	139¹)	735 —	1470 —	1200 —	225149	182400	42749
115	112¹)	1050 —	2100 —	1[illegible]00 —	2[illegible]790	1[illegible]	57[illegible]50
254	253¹)	1575 —	[illegible]	21[illegible]0 —	[illegible]	[illegible]	[illegible]185
643499					[illegible]320	79[illegible]172	[illegible]0148

Betrachtet man dieses Schema genau, so ist leicht erkenntlich, daß dasselbe in vollkommen organischer Weise entstanden ist. Nach den gegenwärtigen Normen ist nämlich diese Ertragsteuer mit allen Zuschlägen derart angewachsen, daß sie doppelt zu bemessen ist. Nur bei den untersten Kategorien, welche nicht mehr als 30 fl. leisten, beträgt der Zuschlag nur 0.[illegible] Percent. Als Basis des Schemas dient nun das Ordinarium mit der Hälfte desselben als Zuschlag, so daß bei 10 Kategorien [illegible] des Zuschlages, bei den übrigen 16 dagegen 0.[illegible] als Nachlaß zu betrachten sind. Zur leichteren [illegible] des Tarifes wurde überdies bei den ersteren Classen die [illegible], bei den letzteren die Ziffer nach oben abgerundet. Das Schema hält gleichzeitig an dem Grundsatze fest, daß auch [illegible] und Beschäftigungen, deren Träger der zukünftigen [illegible] Einkommensteuer wahrscheinlich nicht unterzogen werden [illegible], dennoch einem geringeren Satze unterworfen und [illegible] belastet werden sollen. Wie nothwendig dies ist, geht schon aus der verbürgten Thatsache hervor, daß die Steuerbehörden [illegible] die Consequenzen der bisherigen Gesetzgebung gar nicht zu ziehen wagen, weil sonst zahlreiche Unternehmungen [illegible] nicht bestehen könnten. So gibt es in Wien eine große Menge kleiner Kaufleute, wie etwa Pfaidler, Zwirnhändler ꝛc., deren Beschäftigung nach dem Wortlaute der Vorschriften unter den Begriff einer „Handelsunternehmung" fällt, und die daher eigentlich mit dem jetzt bestehenden geringsten Satze von 64 fl. zu belasten wären. Da jedoch diese Steuer mit den Landes- und Communal-Zuschlägen so horrend wäre, daß sie absolut nicht aufgetrieben werden könnte, so müssen diese Unternehmungen durch eine kühne Auslegung des Gesetzes unter die Gewerbe eingereiht werden, obwol diese Interpretation eine durchaus unstichhaltige und unrichtige ist. Diesem Uebelstande wird nun durch das Schema und den neuen Tarif abgeholfen, und den unteren Classen wird ein mehr als 16percentiger Nachlaß gewährt. Selbstverständlich ist dieser Nachlaß bei den höheren Classen größer und kann erst dann voll gewürdigt werden, wenn man bedenkt, daß außerdem durch Abschaffung des Patentes vom Jahre 1849 der Drittelzuschlag der Einkommensteuer hinwegfällt. Diese Classen sind es hauptsächlich, welche der Personal-Einkommensteuer unterworfen sein werden und die schon deßhalb rücksichtsvoll behandelt werden müssen, weil eine zu hohe Besteuerung ganz gewiß zu unwahren Fatirungen Anlaß bieten würde.

Doch kehren wir nach dieser Beleuchtung des Schemas zu den Verhandlungen des Ausschusses zurück. Es muß bei der vollkommenen Unparteilichkeit, die wir für unsere Pflicht halten, abermals constatirt werden, daß die unteren Kategorien des

¹) Den Rest bilden abnormale Abweichungen vom tarifmäßigen Satz.

Schemas anstandslos angenommen w[illegible]den, und daß selbst die Vertreter des Großgrundbesitzes mit [illegible]ühmenswerther Befolgung des Grundsatzes: Noblesse oblige, [illegible] für diese Entlastungen einsetzten. Aber das fehlerhafte Vo[illegible]en des Ausschusses mußte natürlich auf Schritt und Tritt die Verhandlungen erschweren. Man war schon mitten in der Berathung des Schemas, als plötzlich die naturgemäße Frage auftauchte, in welchem Ausmaße überhaupt Nachlässe zu gewähren und welche finanziellen Erfolge durch die neue Erwerbsteuer zu erzielen seien. Es wurde ein Antrag angenommen, nach welchem die Nachlässe derart zu vermindern sind, daß jener Ausfall von 840,000 fl., der durch die Bestimmungen über die Erwerbsteuer der Actien-Gesellschaften entstanden ist, durch eine geringere Verminderung der Erwerbsteuer gedeckt werde. Es ist mehr als sonderbar, daß der Ausschuß die Erleichterung, welche den Associationen geboten wurde, auf die kleineren Unternehmungen überwälzen will und so geradezu den Tendenzen der Reform entgegen handelt. Indeß es würde für heute zu weit führen, die Motive dieses Beschlusses zu beleuchten; genug, das Schema mußte einer neuen Umarbeitung unterzogen werden, und es wurde abermals der Beweis geliefert, daß jede Sünde gegen die Logik sich bitter rächt. Die Regierung hat nun dieses neue Schema ebenfalls vorgelegt. Dasselbe gleicht dem oben reprodu[illegible] bis zu dem Satze von 140 fl. vollkommen. Statt 140 fl. sollen 150 fl. eingehoben werden, und die Sätze steigen in folgender Progression: 150, 200, 300, 400, 500, 650, 800, 1000, 1200, 1600, 2000, 2400, 3000, 3600, während der ursprüngliche Tarif 2400 fl. als höchsten Satz aufstellt. Vergleicht man diese neuen Positionen mit den oben angeführten alten Erwerbsteuer-Kategorien, so würde es beim ersten Anblick scheinen, als ob nunmehr keinerlei Nachlässe in diesen Classen gewährt werden, ja als ob sogar [illegible] Erhöhungen eintreten sollten. Berücksichtigt man jedoch, daß, [illegible] wir bereits erwähnten, der Drittelzuschlag der Einkommensteuer [illegible], so ergibt sich noch immer eine ganz ausgiebige Reduction. [illegible] erhellt auch aus den Schlußziffern. Der bisherige Ertrag der Erwerbsteuer betrug 9.₈ Millionen Gulden; in Folge des neuen Schemas wird der Ertrag auf 8.₈ Millionen Gulden sinken. Berücksichtigt man jedoch die [illegible] der Steuer-[illegible], so ergibt sich als Vorlust der [illegible] Erwerbsteuer eine Summe von rund 1.9 Millionen Gulden.

Der Ausschuß hat das alte Schema nur bis zu der Tarif-Position von 12 fl. erledigt, und da sich das neue Schema erst später von dem alten unterscheidet, so war in diesem speciellen Falle der Schaden nicht allzu groß. Aber es ist begreiflich, daß solche Zwischenfälle bei der Unklarheit über die Principien jeden Augenblick eintreten können, und daß die ganze Arbeit abermals vergebens sein würde. Ist doch ohnehin die Zerklüftung des Ausschusses, dessen Mitglieder entgegengesetzten Interessenkreisen angehören, eine sehr große. Gab es ja Grundbesitzer, welche, und wie uns scheint mit Recht, nur ungern in die Debatte über die Erwerbsteuer eintraten, weil ihnen nicht vorher der Nachlaß, der bei der Grundsteuer gewährt werden sollte, bekanntgegeben wurde. Es war eben ein Cardinalfehler der Verhandlungen, daß nicht ein vollständiges System der Nachlässe aufgestellt wurde, aus dem sich erst die Tragweite jedes einzelnen Beschlusses ergeben hätte. Wir müssen jedesmal auf diese schwere Unterlassungssünde zurückkommen, weil bei jedem einzelnen Gesetze die Folgen derselben zu Tage treten. Wie schwierig wird nun die Lage des Ausschusses sein, wenn er an das letzte Gesetz, an die Bestimmung des Nachlasses bei der Grundsteuer, herantreten wird, ohne, da die beiden anderen Gesetze bereits beschlossen sind, Compensationen bieten oder annehmen zu können. Die einzige Hoffnung, daß auch diese Schwierigkeit überwunden werden wird, besteht ausschließlich darin, daß endlich die Nothwendigkeit, die Reform zu beschließen, alle anderen Bedenken überwinden wird, und daß das Beispiel der Opferfreudigkeit, welches so ausgezeichnete Personen geboten, auf die Vertreter unserer besitzenden Classen nicht ohne Einwirkung bleiben kann.

Amtliches.

(Aus dem amtlichen Theile der k. [illegible] Zeitung.)

Se. Majestät der Kaiser hat den [illegible]erzbischöflichen Consistorialrath und Ordinariats-Kanzler in [illegible] Stephan Kafol zum Ehrendomherrn des Görzer Metropolitan-Capitels ernannt.

Stremayr m. p.

Se. Majestät der Kaiser hat dem Telegraphenamts-Leiter in Trient, Official Tobias Dannesberger, den Titel und Charakter eines Telegraphenamts-Verwalters, und dem Telegraphenamts-Leiter in Teichen, Official Samuel Melcher, in Anerkennung seiner vieljährigen und ersprießlichen Dienstleistung, den Titel und Charakter eines Telegraphenamts-Verwalters verliehen.

Der Handelsminister hat der Wahl des Girolamo Gaifas zum Präsidenten und des Leopold Lenzi zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Roveredo für das Jahr 1877 die Bestätigung ertheilt.

Der Ackerbauminister hat die Oberförster Anton Leibschütz und Johann Pitschal zu Vice-Forstmeistern bei der k. k. Direction der Güter des Bukowinaer griechisch-orientalischen Religionsfonds in Czernowitz ernannt.

Telegramme des Correspondenz-Bureau.

Prag, 17. März. Der hiesige Stadtrath beschloß, mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitsstockung eine Petition an die Unterrichts-Verwaltung um baldigste Inangriffnahme des Baues des für Prag projectirten Kunstgewerbe-Museums zu richten. — Die Schluckenauer Bezirksgrenze wurde wegen der Rinderpest in Sachsen gleichfalls militärisch abgesperrt.

London, 16. März, Nachts. (Sitzung des Unterhauses.) Auf eine Anfrage Hartington's über die augenblickliche Lage erklärt Sir Stafford Northcote: Wir erhielten einen Vorschlag Rußlands, uns einem Protocolle anzuschließen, welches die Ansichten der Mächte über die Situation im Orient umfassen wird. Der Entwurf des Protocolls wurde in der von Rußland vorgeschlagenen Form Sonntag dem Earl of Derby zugestellt und seitdem von dem Cabinet erwogen. Wir schlugen gewisse Modificationen des Ausdrucks vor und stellten diese Amendirungen dem russischen Botschafter Grafen Schuwaloff zu, der jetzt Instructionen seiner Regierung erwartet.

Fawcett erklärt, er werde demnächst die Aufmerksamkeit des Hauses auf die in den Depeschen Derby's und Salisbury's enthaltenen Beweise lenken, daß nach der Ansicht der Regierung alle Reformversprechungen der Pforte ohne Bürgschaften fruchtlos wären, daß die Mächte das Recht haben, im Interesse des europäischen Friedens genügende Sicherheiten für eine bessere Verwaltung von der Türkei zu fordern, und daß die Mißverwaltung, die ein solches Elend den christlichen Unterthanen auferlegt, fortdauern wird, wenn die Mächte nicht die auf der Conferenz vereinbarten Bürgschaften erhalten.

London, 17. März. Reuter's Office meldet aus Malta, Prinz Karl und Prinzessin Elisabeth von Preußen haben sich heute zu achttägigem Aufenthalte nach Tunis eingeschifft.

Konstantinopel, 16. März, Abends. Die Agence Havas meldet: Die montenegrinischen Unterhändler erwarten aus Cettinje Antwort auf das gestern von ihnen dorthin gerichtete Telegramm; sie halten jedoch die Annahme der türkischen Gegenvorschläge für unmöglich.

Nach Schluß des Blattes.

Pest, 17. März. (Abgeordnetenhaus.) Die zweite Session des 1875er Reichstages wird mit königlichem Rescript geschlossen und die dritte Session für Montag einberufen.

Fiume, 17. März. Der erste Dampfer der neuen Linie Fiume-Liverpool ist soeben — 11 Uhr Vormittags — hier eingelaufen.

London, 17. März. Graf Schuwaloff gab gestern Abends ein Diner zu Ehren Ignatieff's, welchem die Botschafter der Großmächte und Marquis of Salisbury beiwohnten. In Hatfield wird General Ignatieff mit dem Earl of Derby und anderen Mitgliedern der Regierung zusammentreffen. Das Cabinet setzt heute die Berathung des Protocollvorschlages fort. General Ignatieff kehrt, der Times zufolge, am Montag nach Paris zurück; er nimmt nicht an den Verhandlungen über den Protocollvorschlag theil.

Wie aus der Meldung der Times weiter hervorgeht, dürften sich die Verhandlungen des Cabinets über das Protocoll nur noch auf Nebenfragen beziehen und über die Hauptfrage die Entscheidung bereits als so gut wie feststehend angesehen werden können. Der Erfolg scheine ein vollständiger zu sein. Man glaube, die Zustimmung der russischen Regierung zu den englischerseits beantragten Modificationen werde telegraphisch noch vor der Abreise Ignatieff's erfolgen. Nach dem Eintreffen der Zustimmung Rußlands zu dem von der britischen Regierung revidirten Text des Protocolles erfolgt die formelle Zustimmung der anderen Mächte.

Sämmtliche Großmächte Europas werden ihr fortgesetztes Interesse an den Zielen, denen Rußland sich gewidmet, erklären und sich verpflichten, diese ihre Absicht der Pforte kundzugeben und derselben die Ausführung der von der Conferenz beschlossenen Reformen zu empfehlen. Die russische Regierung werde diese als eine genügende Bürgschaft für die Sache der Christen und als eine Genugthuung für die Interessen und Ehre Rußlands erachten und demnach die Demobilisirung anordnen.

Wiener Börse vom 17. März.

Notirungen um 12 Uhr 45 Minuten.

Die Haussetendenz für Renten hat auch an der heutigen Vorbörse das Terrain behauptet und dem Markte die günstigere Stimmung erhalten, die sonst wol unter den Realisirungen der Coulisse zu leiden gehabt hätte. Goldrente blieb für fremde Rechnung lebhaft begehrt; Papier-Renten wurden von der Speculation in großen Posten aufgenommen, und überdies waren noch [illegible] Creditactien der Gegenstand eines regen Verkehrs, [illegible] einer namhaften Curssteigerung begleitet war. Dagegen waren Creditactien etwas schwächer, und Eisenbahnwerthe tendirten flauer bei mangelnden Umsätzen. Goldstücke nur wenig verändert. Der Deport hat sich bedeutend vermindert.

Es notiren: Creditactien zwischen 151.20 und 150.60, Anglo-Bank 71.75 bis 72, Unionbank 51.75, Ungarische Creditbank 130 bis 130.40, Rente 64.10 bis 63.85, Goldrente 76.25 bis 76.45, Zwanzig-Francsstücke 9.82 bis 9.83, Reichsmark 60.37½ bis 60.45.

Um 11 Uhr schlossen: Creditactien 150.60, Anglo-Bank 72, Ungarische Creditbank 130.60, Rente 63.90, Goldrente 76.45, Staatsbahn 226.50, Zwanzig-Francsstücke 9.82½.

Die lebhafte Bewegung im Rentengeschäfte fand an der Mittagsbörse ihre Fortsetzung; Coulisse-Papiere stagniren. Es notiren: Creditactien 151.20, Anglo-Bank 72, Unionbank 51.50, Ungarische Creditbank 131.60, Staatsbahn 226, Lombarden 80, Karl-Ludwigbahn 211.75, Rente 64.10, Goldrente 76.90, Zwanzig-Francsstücke 9.80, Reichsmark 60.35.

Der Verkehr in den genannten Papieren erhielt sich in voller Lebhaftigkeit, wobei jedoch die Curse kleinen Schwankungen in Folge der Realisirungen unterworfen sind. Nur Ungarische Creditactien blieben à la hausse bis 132.50. In Bahnen kein Verkehr, Curse theilweise befestigt. Valuten und Devisen angeboten und billiger.

Es notiren: Creditactien 151.30, Anglo-Bank 73, Unionbank 52.50, Ungarische Creditbank 132.25, Bankactien 822, Bankverein 56, Alföldbahn 96, Dampfschiff-Actien 353, Karl-Ludwigbahn 212.30, Franz-Josephbahn 130, Nordwestbahn 113.75, Rudolphbahn 108, Lombarden 80.75, Staatsbahn 226.50, Tramway 100, Nordbahn 1805, Nordostbahn 94, Rente 63.95, Silber-Rente 68.40, Goldrente 76.70, 1860er Lose 109.75, Zwanzig-Francsstücke 9.81, Silber 111.50, Reichsmark 60.35, London 122.80 bis 123.10, Paris 48.60, Berlin 59.65 bis 59.75.

	Geld	Waare		Geld	Waare
Papier-Rente	63.95	64.10	Nordbahn	1805	1810
Silber-Rente	68.40	68.50	Staatsbahn	226.50	227.—
Goldrente	76.65	76.75	Südbahn	80.50	81.—
Lose vom Jahre 1860	109.75	110.—	Elisabethbahn	132.50	133.—
Lose vom Jahre 1864	132.—	132.25	Karl-Ludwigbahn	212.—	212.50
Nationalbank	822.—	824.—	Theißbahn	162.—	162.50
Creditanstalt	151.25	151.50	Lemberg-Czernow.	116.—	116.50
N.-Oe. Escomptebank	660.—	670.—	Nordwestbahn	114.—	114.50
Anglo-Austrianbank	72.75	73.—	Frankf. 100 RM. 4	59.65	59.70
Unionbank	52.50	52.75	London, 10 Pfd. 2	122.80	123.10
Bankverein	56.—	56.50	Paris, 100 Frcs. 3	48.60	48.70
Ungar. Credit	132.25	132.50	K. Münz-Ducaten	5.80	5.81
Donau-Dampfsch.	353.—	356.—	Napoleonsd'or	9.80½	9.81½
Tramway	100.—	100.50	Silber	111.50	111.65
Verkehrsbank	79.—	79.50	Deutsche Reichsmark	60.35	60.40
Austro-Egypt.	—.—	—.—	Innerberger	[illegible]	[illegible]

Fremde Börsen.

Berlin, 16. M.	Dez.	Frankft., 16. M.	Dez.	Paris 16. März	Dez.
Oest. Silber-R.	56.20	Oest. Papier-R.	52 9/16	3perc. Rente	[illegible]
Oest. Papier-R.	52.60	Oest. Silber-R.	56[illegible]	5perc. Rente	[illegible]
Oest. Banknoten	165.—	Ung. Lose	—.—	[illegible]	[illegible]
Oest. Staatsb.	376.—	Bankactien	688.—	Staatsbahn	[illegible]
Lombarden	133.50	Creditactien	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Galizier	87.25	Wien	16[illegible]	[illegible]	[illegible]
Creditactien	249.—	Oe. 1860er [illegible]	—.—	[illegible]	[illegible]
7½prc. Rumän.	12.75	Amsterd. 16. M.		Egypter	[illegible]
Hambg., 16. M.		Oest. Papier-R.	51⅝	London, 16. M.	
Silber-Rente	56.—	Silber-R.	55⅝	Consols	[illegible]
Creditactien	128.75	Wiener Wechsel	—.—	Amerikaner	[illegible]

[Telegr. Curse der Wiener Börse.] Um 1 Uhr 30 Minuten. Creditactien 152.50, Anglo-Bank 73.25, Unionbank 52.50, Ungarische Creditbank 133, Wiener Bankverein 56, Austro-Egyptische Bank 102.50, Bankactien 823, Lombarden 80.75, Staatsbahn 226, Karl-Ludwigbahn 212.25, Elisabethbahn 133, Franz-Josephbahn 120.75, Rudolphbahn 108, Ungarische Nordostbahn 94, Oesterreichische Nordwestbahn 113.75, Dampfschiff-Actien 354, 1860er Lose 109.90, 1864er Lose 132.25, Creditlose 164.25, Ungarische Prämienlose 72.50, Papier-Rente 64.15, Goldrente 76.90, Silber-Rente 68.50, London 122.60, Paris 48.55, Silber 111.70, Reichsmark 60.20, Zwanzig-Francsstücke 9.78½. Hausse auf günstige politische Depeschen, Valuta weichend.

[Telegr. der „N. Fr. Pr."] **Rom**, 17. März. Die Tabakregie-Gesellschaft erzielte im Monat Februar eine Einnahme von 1.039,114 Lire (— 151,112 Lire). Die Total-Einnahmen des Jahres 1876 betragen 21.222,738 Lire (+ 591,859 Lire) inclusive Regierungsbeitrag.

Triest, 16. März. (Abendbörse. Privatverkehr.) Napoleonsd'or 9.81½ prompt, 9.83 Ultimo. Wechsel per London 1[illegible] Ultimo. Papier-Rente 63⅞ Ultimo. Creditactien 150.50 Ultimo. Mailand Zwanzig-Francsstücke 21.63.

Hamburg, 16. März. (Abendbörse) Creditactien 12[illegible]. Staatsbahn 467.50. Lombarden 165.—. Silber-Rente 5[illegible]. Oesterreichische Renten fest, sonst still.

Paris, 16. März. (Boulevard-Verkehr.) Dreipercentige Rente 73.85. Fünfpercentige Rente 108.17. Italiener 73.[illegible] Türkische Consols 12.45. Banque Ottomane 388.75. Neue [illegible] Anleihe 188.75. Fest.

Newyork, 16. März. (Kabeltelegramm.) Goldschlußcurs 104⅞. Wechsel auf London 4.84[illegible]. Fünf-[illegible]-Bonds vom Jahre 1885 107⅞. 5percentige fundirte Anleihe 110—. Fünf-Zwanziger-Bonds vom Jahre 1887 111⅞. Erie-Bahn 6¾. Baumwolle in Newyork 11⅝. Baumwolle in Neworleans 11¼. Petroleum in Newyork 16.—. Petroleum in Philadelphia 16.—. Mehl 6.—. Rother Frühjahrsweizen 150. Rio-Kaffee 19½. Havana-Zucker 8¾. Getreidefracht 1[illegible].

Fruchtbörse.

Wien, 17. März. Die Tendenz ist auch heute recht flau, zumal es an Kauflust fehlt und der Consum in allen Artikeln Alles zu wünschen übrig läßt. Trotzdem lassen die Eigner noch nicht jene Nachgiebigkeit erkennen, auf welche die Reflectanten gerechnet haben, daher das Geschäft einen sehr trägen Verlauf nahm. Weizen ist um 15 bis 20 kr. billiger gehalten, ohne Käufer zu finden. Korn matter, da galizische Waare offerirt bleibt. Gerste findet einige Nachfrage zum Exporte, behauptet aber nur in feinen Qualitäten die Preise. Mais prompt nur um 10 kr. billiger, Termine bis 30 kr. gewichen. Hafer in Folge schlechten Absatzes matter, Termine flau. Mehl ohne Bedarfsfrage, daher man zu Concessionen geneigt ist.

Telegraphische Handelsdepeschen.

Hamburg, 16. März. (Productenmarkt.) Weizen still, per Frühjahr 127pfd. 2[illegible] Reichsmark per Juni-Juli 221.— Reichsmark. Roggen still per Frühjahr 154.— Reichsmark, per Juni-Juli 15[illegible] Reichsmark, Alles per 1000 Kilo netto. Rüböl loco [illegible] Reichsmark, per März [illegible] Reichsmark per 200 Pfund. Spiritus flau (per 100 Liter zu 100 Percent), per März 43¼ Reichsmark, per Frühjahr 43¼ Reichsmark, per Mai-Juni 43¼ Reichsmark, per Juli-August 45.— Reichsmark. Veränderlich, stürmisch.

Hamburg, 16. März. Petroleum loco 13.50 Reichsmark per März 13.50 Reichsmark, per August-December 15.— Reichsmark. Behauptet.

Bremen, 16. März. Petroleum per März 13.80. Höher.

Berlin, 16. März (Getreidemarkt.) Bei schwachem Verkehr Stimmung unverändert. [illegible] 33.50, franco Romanshorn. Russischer Weizen 34.— franco [illegible].

Amsterdam, 16. März. (Productenmarkt.) Weizen geschäftslos, per März fl. 30[illegible], per Mai fl. 31[illegible]. Roggen unverändert, per März fl. 1[illegible]—, per Mai fl. 192.—. Rüböl loco fl. 38¾, per Mai fl. 38⅝, per Herbst fl. 37¾. Loco Raps fl. 400, per Herbst fl. 392. Sch[illegible].

Antwerpen, 16. März. Petroleum 35—. F[illegible].

Paris, 16. März. (Schlußproductenmarkt.) Acht-Marken-Mehl per laufenden Monat 57.75, per April 58.25 flau per Mai-Juni 59.75, vier Monate vom Mai 60.75. Rüböl per laufenden Monat 86.50, per April 86.75 Baisse, vier Sommermonate 87.—, vier letzten Monate 87.25. Spiritus per laufenden Monat 59.50, per April 59.50, flau, vier Sommermonate [illegible]. Weizen auf Lieferung per laufenden Monat 27.50, per April 27.50, flau, per Mai-Juni 28.50, vier Monate vom Mai 29.—.

Liverpool, 16. März. (Productenmarkt.) Weizen 1 Penny, Mais 3 Pence billiger. Mehl ruhig. Veränderlich.

Glasgow, 16. März, Mittags. Roheisen Mixed Numbers Warrants 54 Shilling 7 Pence per Tonne.

Manchester, 16. März. (Garnmarkt. — Bericht von Jacob Behrens.) 36er Warpcops Gresham 11¾, Rowland 11[illegible], Wellington 12.—, 42er Pincops O. W. 10½, 60er Pincops 12½, 16/24 Water Kingston 10—, Nicholls 10—, 32er Mock [illegible] 10—, 40er Mule Mayall 10¾, Kingston 11½, Wilkinson 12½, [illegible] 14½, 40er doublirt 11½, 60er doublirt 14½. Markt sehr ruhig.

Petersburg, 16. März. (Getreidemarkt.) Roggen loco 7.50.

Newyork, 16. März. Zufuhren in Baumwolle 6000 Ballen.

Herausgeber: Michael Etienne, Adolph Werthner.
Verantwortlicher Redacteur: Joseph Mitter.
Druckerei der „Neuen Freien Presse": Christoph Reisser.

Redaction und Administration: Landstraße, Gärtnergasse Nr. 6.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen werden portofrei befördert.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich 1maliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl., monatlich 2 fl.
Mit täglich 2maliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl., monatlich 2 fl. 35 kr.

Einzeln:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Abendblatt. Motto: Gleiches Recht für Alle

Ankündigungs-Bureau: Stadt, Wollzeile 16.
Inserate und Briefe an den Redacteur werden tarifmäßig berechnet.

Abonnement für Wien:
Ganzjährig 18 fl., halbjähr. 9 fl., vierteljähr. 4 fl. 50 kr., monatlich 1 fl. 50 kr.;
mit Zustellung ins Haus ganzjährig 21 fl. 60 kr., halbjährig 10 fl. 80 kr., vierteljährig 5 fl. 40 kr., monatlich 1 fl. 80 kr.
Abonnements werden angenommen in der Haupt-Expedition der „Presse“, Wollzeile 16, und bei allen Zeitungsverschleißern.
Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

№ 74. Wien, Samstag den 17. März 1877. **30. Jahrgang.**

Wien, 17. März.

Die Gesammt-Conferenz der Verfassungspartei zur Besprechung des Sturm'schen Delegationsantrages wird morgen stattfinden. Nachdem heute der Club des linken Centrums sich mit 35 gegen 5 Stimmen für die Beschickung der Conferenz entschieden hatte, traten die Obmänner der drei verfassungstreuen Clubs zu einer Besprechung zusammen, in welcher vereinbart wurde, die Versammlung morgen Vormittags um 11 Uhr abzuhalten. Die betreffende Einladung, welche auch vom Obmann des Clubs der Ruthenen unterzeichnet ist und die auch den Demokraten, ferner den Abgeordneten Schönerer und Graf Mieroszewski zugestellt wird, lautet:

„Morgen, Sonntag den 18. d., 11 Uhr Vormittags, findet in der Abtheilung II. eine Versammlung der gesammten Verfassungspartei zur Berathung über den Antrag des Abgeordneten Sturm statt. Herbst, Eichhoff, Coronini, Janowski.“

Der Fortschrittsclub hält morgen vor der Conferenz eine Versammlung ab, in welcher er über sein Verhalten in der Conferenz beschließen will. Wie verlautet, soll in der Conferenz von einem Mitgliede des Clubs der Linken ein Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses vorbereitet werden, welchem die Aufgabe zufiele, über den Sturm'schen Delegationsantrag zu berathen und an das Haus Bericht zu erstatten.

General Ignatiew ist gestern Nachmittags in London angekommen, wo er bis Dienstag bleiben wird, um hierauf wieder nach Paris zurückzukehren und seine Reise nach Rom und Wien fortzusetzen. Er benachrichtigte vorgestern vor seiner Abreise den Grafen Derby von seinem beabsichtigten Besuche; die Rückantwort scheint sich etwas verzögert zu haben, da der russische Diplomat sich erst folgenden Tags auf den Weg machte. Die „France“ sagt, Ignatiew habe sich zu der Reise nach England durch Depeschen sehr befriedigenden Inhalts bestimmen lassen, welche er Mittwoch Abends und Donnerstag Vormittags aus London erhalten hätte. Rußland lege in den Unterhandlungen die größte Nachgiebigkeit an den Tag. Zuerst hätte nach seinem Vorschlage in dem von den Mächten zu unterzeichnenden Schlußprotocoll eine „zweimonatliche Frist“ gesteckt werden sollen; dann begnügten sich die russischen Unterhändler mit einer „noch näher zu bestimmenden Frist“ und endlich willigten sie sogar in die Phrase: „wenn die Mächte es für angemessen halten werden“. Das englische Cabinet habe aber auch auf diese Formel nicht eingehen wollen und nun werde Ignatiew über diesen wichtigen Punkt mündlich unterhandeln. Hienach würde sich also die englisch-russische Differenz nicht nur auf die rechtlichen Consequenzen des Protocolls, sondern auch auf den Zeitpunkt beziehen, in dem diese eintreten würden.

Ein Gesammtbild der neuen Phase der orientalischen Frage, wie sie durch das internationale Protocoll geschaffen würde, ist immer noch schwer zu geben. Die Berliner „National-Zeitung“ faßt die Position Rußlands nach dem Protocoll folgendermaßen zusammen:

„So viel man annimmt, wünscht Rußland ein Protocoll, ein Actenstück, in welchem die sechs Mächte die von ihren Vertretern in Konstantinopel vereinbarten Reformpunkte für die Türkei als Forderungen formuliren würden, deren Erfüllung die Mächte von der Pforte erwarteten, zu der sie dieselbe für verpflichtet erklärten. Aus dieser sei es nur durch die Mächte, sei es auch von der Pforte anerkannten Verpflichtung würde für den Fall der Nichterfüllung nicht die Pflicht der Mächte zu irgend welchen Maßregeln, wol aber das Recht jeder derselben auf eine Nöthigung der Pforte zur Ausführung des Verlangten hervorgehen. Hierin läge nun allerdings ein Gewinn für Rußland. Es wäre damit der Art. 9 des Pariser Vertrages, welcher die Einmischung der Vertragsmächte, einzeln oder zusammen, in die innern Angelegenheiten der Türkei ausschließt, durch internationalen Vertrag aufgehoben. Rußland würde sein früheres Protectionsrecht thatsächlich zurückerlangen und könnte dasselbe geltend machen unter geringerer Gefahr als bis jetzt, einen Einspruch von Seite eines europäischen Staats zu erfahren.“

Eine andere Frage ist, in welche Lage die Pforte durch die russischen Vorschläge gebracht würde. Mit Bezug hierauf schreibt das „Journal des Débats“: „Unserer Ansicht nach zeigt General Ignatiew eine allzugroße Gleichgiltigkeit betreffs der dem vorgeschlagenen Protocoll zu gebenden Form. So z. B. scheint er durchaus keinen Werth darauf zu legen, ob das Protocoll von der Pforte unterzeichnet würde oder nicht. Für ihn mag das gut sein, Europa aber ist dabei im höchsten Grade interessirt. Wenn das Protocoll so abgefaßt wird, wie wir es wünschen, so muß es nothwendig von der Pforte unterzeichnet werden, da es die Türkei allein binden wird; würde es im Gegentheil blos von den Mächten unterzeichnet, wie könnte es dann die Pforte verbindlich machen? Dagegen würde es im letztern Falle die europäischen Mächte noch viel enger verpflichten. Dieser Punkt scheint uns also von nicht so geringem Gewicht als man dies behaupten will. Wenn man den Vorsatz hat, von Europa auf einem Umwege eine Zustimmung zu erhalten zu einer Politik der Action, welche Rußland vielleicht gesonnen ist, ins Werk zu setzen, wenn man Europa in ein Haus drängen will, woraus ein Jeder sich durch Nebenthüren entfernen könnte, worin aber auch Jeder verbleiben könnte und heute oder morgen im Namen Aller sprechen dürfte, so ist es höchst wahrscheinlich, daß England sich nicht dazu verstehen und sich weigern wird, feierlich eine Verpflichtung zu übernehmen, welche hinlänglich elastisch wäre, um ad libitum facultativ oder obligatorisch zu werden, facultativ für England, obligatorisch für Rußland.“

Was Sir Stafford Northcote gestern im englischen Unterhause auf eine Anfrage Hartington's über den Inhalt des Protocolls und die schwebenden Verhandlungen sagte, trägt auch nicht viel zur Aufklärung bei. Das von Rußland vorgeschlagene Protocoll solle, so meinte er, die Ansichten der Mächte über die Situation im Orient ausdrücken. Das englische Cabinet habe einige Ausdrücke in dem russischen Entwurfe amendirt und Schuwalow erwarte nur die Instructionen seiner Regierung. Die Reise Ignatiew's wurde bei diesem Anlasse noch nicht erwähnt.

Soweit hierüber aus Paris Meldungen vorliegen, bleibt der Besuch Ignatiew's in Wien nach wie vor auf seinem Reiseprogramm, welches auch das Resultat seines Londoner Aufenthaltes sein möchte. Das in London erscheinende und mit dem Grafen Beust in Beziehungen stehende „Eastern Budget“ sagt dagegen, daß es wahrscheinlich von der Zustimmung Englands zu den russischen Vorschlägen abhängig sei, ob General Ignatiew noch nach Wien gehen würde. Im Falle der Zustimmung Englands „würde die Kriegsgefahr beseitigt sein und dann wäre eine Reise nach Wien ganz unnöthig, da Oesterreich vor Allem Frieden wünscht. Sollte General Ignatiew bei England keinen Erfolg haben, so wird er das Aeußerste versuchen, um bei Oesterreich durchzudringen“. Das klingt etwas räthselhaft.

Die montenegrinischen Delegirten erwarten in Konstantinopel die Rückäußerung des Fürsten Nikita über die türkischen Gegenvorschläge, sie halten jedoch die Annahme derselben für unmöglich (s. Telegr.). Je nach der Gestaltung der allgemeinen Lage wird auch für Montenegro Vieles möglich werden.

Nächsten Montag soll nun das türkische Parlament definitiv zusammentreten. Die Türkenfreunde in England und allerwärts haben ihre Erwartungen von diesem Ereigniß bereits erheblich herabgestimmt. Nicht unmöglich ist dagegen, daß die türkische National-Versammlung ein Factor mehr für die Provocation von internationalen Schwierigkeiten wird. Wie man aus der türkischen Hauptstadt meldet, wird kurz nach der Eröffnung derselben eine Interpellation an die Regierung gerichtet werden zu dem Zwecke, „deren Entschlüsse betreffs der Frage der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes eines „bewaffneten Friedens“ im Lande zu ermitteln“. Es wird hiebei selbstverständlich an Ausfällen gegen die Mächte nicht fehlen.

Es cursiren in Paris Gerüchte von dem Rücktritt Jules Simon's. Dieselben werden zwar entschieden dementirt, doch scheinen sich in der That in Frankreich ernstere Ereignisse vorzubereiten. Sehr bemerkt wird ein in dem ministeriellen „Petit Parisien“ erschienener und von dem jüngst erst decorirten Redacteur Schnerb gezeichneter Artikel, in welchen über eine clerical-monarchische Verschwörung Folgendes mitgetheilt wird:

„Es handelt sich vor Allem darum, durch alle möglichen, selbst durch bonapartistische Mittel und Wege die Gemeinde- und Departementswahlen, welche dieses Jahr stattfinden sollen, zu verhindern. Die erste theilweise Erneuerung des Senats findet 1879 statt und die große Mehrzahl dieses Staatskörpers besteht aus Gemeinde- und Generalräthen. Die Leute von der Rechten, die Verschwörer, machen sich keineswegs Illusionen. Sie wissen, daß die Republik tagtäglich tiefere Wurzeln schlägt und sie nichts mehr von der freien Abstimmung zu erhoffen haben. Wenn es ihnen gelingen sollte, die Gewalt wieder an sich zu reißen, so wäre dies eine andere Sache. Unterstützt von den bonapartistischen Rathschlägen, rechnen sie darauf, von den Wahlurnen das zu erlangen, was ihnen die Stimmenden verweigern. Also erstens keine Gemeinde

---

Infelice.

Amerikanischer Roman von **Augusta Evans Wilson.**

Aus dem Englischen ins Deutsche frei übertragen

von

Max v. Weißenthurn.

(59. Fortsetzung.)

— Verzeihung, ich will mich deutlicher erklären! Mr. Chesley ist ungeheuer reich und da er keine nahen Verwandten besitzt, will er irgend ein hübsches, wohlerzogenes, freundliches, junges Mädchen adoptiren, welches ihn pflegen und erheitern soll, wofür er ihr dann Namen und Vermögen hinterlassen will. Sein Auge ist auf meine Mündel gefallen und er denkt ernstlich daran, Ihrer Mutter in dieser Hinsicht Vorschläge zu machen. Er möchte Sie nach Washington und von dort nach San Francisco bringen. Als Mr. Chesley's Erbin haben Sie eine glänzende Zukunft vor sich und ich vermuthe, daß, wenn Sie als solche einen Vormund zu wählen haben, ich meine Mündel verlieren werde.

— Bald, sehr bald wird meine Mutter mir den Vormund ersetzen und Mr. Chesley ist hoffentlich ein zu verständiger Mann, um einer ihm ganz fremden Person gegenüber seine Adoptionsgedanken beizubehalten. Einige freundliche Worte sind Alles, was er mit mir gesprochen, und diese würden keine derartige Deutung zulassen.

— Männer, besonders alte Junggesellen, sind zeitweise unberechenbar und launenhaft; mein Freund Chesley scheint unheilbar dem Bann Ihres Blickes erlegen zu sein. Umsonst habe ich ihn zu überzeugen gesucht, daß das schönste blaue Auge doch immer einen trüben Spiegel hat — er behauptet in seiner überspannten Stimmung, daß Ihr Auge ein Born der lautersten Wahrheit sei. — Selbstverständlich wünschen Sie, daß ich Ihrem künftigen Vormund Ihre freundlichsten Grüße entbiete?

— Sie können ihm sagen, was immer Sie für gut finden, doch ich habe keinen solchen Auftrag für Sie.

Leise Röthe stieg in ihre Wangen, die langen Lider senkten sich vor dem durchdringenden Blick, welchem sie begegnet waren.

Es fiel dem Rechtsfreund schwer, das gemüthliche Zimmer zu verlassen, in welchem die Königin seiner Träume weilte, doch es war dringend nothwendig, daß er den Zug nicht versäume und deßhalb unterdrückte Mr. Palma einen Seufzer und griff nach seinem Hut.

— Ich vergaß, Ihnen heute Morgens einen Brief zu übergeben, welcher gestern angekommen ist und selbstverständlich darf ich auf Ihre Verzeihung nicht rechnen, denn der Brief kommt aus Indien. Wenn der vielgepriesene Douglaß eben so unermüdlich in seiner Missionsthätigkeit wie in seiner Correspondenz ist, dann muß er einen riesigen Erfolg erringen. Dieser Brief war in einem an mich gerichteten Schreiben eingeschlossen und ich bitte Sie, Ihre Antwort bis nach meiner Rückkehr zu verschieben. Ich wollte der ganzen Angelegenheit heute Früh Erwähnung thun, doch war ich mit amtlichen Geschäften überhäuft und auch jetzt drängt die Zeit zu sehr, als daß ich eingehend mit Ihnen reden könnte.

Sie barg den Brief in der Tasche ihres Kleides und zog zugleich ein kleines Päckchen hervor, welches das Geld enthielt, das sie von Mr. Palma entlehnt hatte. Sie erhob sich und reichte es ihm.

— Gestatten Sie mir, Ihnen das geliehene Geld zurückzugeben?

Er nahm die Summe in Empfang, ihre Hände begegneten sich flüchtig. Er biß sich auf die Lippen, um seine Erregung zu verbergen.

— Ich danke verbindlichst, doch ich muß eilen. Leben Sie wohl und beschließen Sie vor meiner Rückkehr nichts in Hinsicht auf Mr. Lindsay's Brief. Wann immer Sie mein Haus zu verlassen gedenken, würde ich doch gerne vorher von Ihnen Abschied nehmen. Adieu!

Sie reichte ihm die Hand.

— Leben Sie wohl, Mr. Palma, ich wünsche Ihnen eine glückliche Reise.

Er zögerte ein wenig.

— Lily, sagte er, woher haben Sie diese schönen weißen Hyacinthen? Gestern bestellte ich ein Hyacinthenbouquet, konnte es aber nirgends erhalten. Wollen Sie mir nicht die beiden geben, welche Sie im Haar tragen? Ich brauche sie — nun, wozu ich sie brauche, gehört nicht hieher. Sie würden mich mit diesem Geschenke wirklich verbinden!

— O, gerne, Mr. Palma! Doch ich habe noch schönere in meinem Zimmer in einer Vase stehen, ich werde sie Ihnen gleich bringen.

Sie wendete sich der Thüre zu, doch er hielt sie zurück.

— Nein! Diese sind schön genug für meinen Zweck. Ich habe Eile. Hoffentlich verzeihen Sie mir diesen Raub an Ihrem Blumenschmucke, da Sie heute Abends weder Rolton, noch Chesley oder den Missionär damit bezaubern könnten.

Sie legte die duftenden Blumen in seine ausgestreckte Hand und sagte:

— Ich bin glücklich, daß ich Ihnen durch eine solche Kleinigkeit Freude bereiten kann. Ich versichere Sie, daß ich Ihnen die Blumen mit Vergnügen gebe.

Reginens sanft gesenktes Haupt bot einen unwiderstehlich lieblichen Anblick. Die melodische Stimme bebte leise und rief jeden Funken warmen Fühlens in der Seele des Rechtsanwalts wach, so zwar, daß er stärker versucht war als je, sie in seine Arme zu schließen und ihr die Wahrheit zu gestehen.

(Fortsetzung folgt.)

und Departementalwahlen dieses Jahr; zweiter Punkt: Auflösung der Kammer. Man verkennt nicht, daß dieses ein ernstes Spiel ist, aber wer nichts wagt, gewinnt nichts. Und deßhalb ist die Rechte so eifrig, um sich eine Mehrheit im Senat zu sichern. Bei allen diesen Umtrieben nimmt man keine Rücksicht auf den Marschall; man zählt ihn zu den Ehrenmitgliedern der Verschwörung, und jedesmal, wenn es nothwendig ist, setzt man seine Zustimmung voraus. So zweifelt man auch nicht, daß beim ersten [illegible] des Senats der Präsident der Republik sich beeilt, die Auflösung der Kammer zu verlangen. Dritter Punkt: Dieser ist zart. Die Verschwörer begreifen wohl, daß die Amtsstellung des Marschalls immer ein Hinderniß für sie sein wird. Und sie unterdrücken das Hinderniß, nämlich den Marschall. Im Juli oder August werden sie ihm gestatten, eine Reise [illegible] machen — Andere versichern, daß man von [illegible] Patriotismus leicht seinen Rücktritt erlangen könne — und wenn der Platz frei sein wird, wem wird man ihn dann geben? Die [illegible] wollen den Herzog von Aumale, die Legitimisten den Grafen Chambord und die Bonapartisten ihren kleinen Mann. Dieses ist aber noch nicht geregelt. Bis jetzt [illegible] nur entschlossen, auf eine oder die andere Weise der [illegible] Ende zu machen. Dann werden die [illegible]. Die Bonapartisten wollen ein Ple[illegible] anderes vor und die Legitimisten [illegible] 47 Jahre gewartet, die Geduld [illegible] viele Einzelheiten beiseite gelassen [illegible], die Hauptpunkte dieser Verschwörung, dieses gefährlichen [illegible] angedeutet zu haben, in welches sich die Rechte des Senats [illegible] soll. Wenn man fragt, weßhalb die Regierung, die jedenfalls besser unterrichtet sein muß als wir, nicht [illegible] um die Verschwornen zur Vernunft zu bringen, so antwortet [illegible] die Regierung weiß Alles; aber sie kann nicht gegen Verschwörer thun, welche sich nie versammeln, nicht sprechen und sich wohl hüten, zu schreiben."

Das französische Abgeordnetenhaus ertheilte gestern mit 296 gegen 197 Stimmen der Regierung die Ermächtigung zur Verfolgung des [illegible] Cassagnac. Mit einer Unverschämtheit, [illegible] eben [illegible] diesem bonapartistischen Parteigänger [illegible] bekämpfte derselbe die Ermächtigung, als mit den Principien der Republikaner über die absolute Preßfreiheit im Widerspruch stehend. Das war denn doch Herrn Jules Simon des Guten zu viel und gerade [illegible] erklärte er die Theorie Cassagnac's, welcher die Freiheit im Namen von Principien beansprucht, die [illegible] sind, als unstatthaft, da sonst die freih[illegible] ner ewig die Gefoppten sein werden.

Die Affaire Stosch contra Bismarck ist noch immer in der Schwebe, doch ist mit Rücksicht auf die schon seit langer Zeit bestehende und ihrem Ursprunge nach auf die Abberufung des Capitän Werner aus den spanischen Gewässern zurückgeführte Feindseligkeit zwischen dem Reichskanzler und dem Chef der [illegible] kaum anzunehmen, daß der Letztere seine Demission zurückziehen werde.

Der serbisch-türkische Frieden.

„St. Z." ist in den Stand gesetzt, die folgenden, auf den Abschluß des serbisch-türkischen Friedens bezüglichen Schriftstücke zu veröffentlichen:

„Die unterzeichneten [illegible] Sr. Hoheit des Fürsten von Serbien haben [illegible] gehabt, sich bei der Hohen Pforte zu [illegible] wichtigen Wunsches des Fürsten von [illegible] Regierung zu machen, daß die Beziehungen des Fürstenthums mit dem suzeränen Hofe möglichst bald auf den [illegible] werden möchten, auf dem [illegible] gestanden haben.

[illegible] Hoheit dem Fürsten die [illegible] zur Wiederherstellung des status [illegible], berufen sich die Unterzeichneten [illegible] der kaiserlichen Regierung [illegible], daß in Zukunft nichts sich der [illegible] des status quo ante entgegenstellt.

Die Hohe Pforte wünscht, daß

„entsprechend den beim Rückzuge der ottomanischen Truppen aus der Citadelle zu Belgrad getroffenen Verabredungen die ottomanische Flagge in Zukunft auf der genannten Citadelle neben der serbischen Flagge wehe und ebenso, daß in Verfolg der alten Fermans die Zahl der Festungen und die Stärke der bestehenden Befestigungswerke nicht für die Folge vermehrt werde".

Die fürstliche Regierung hat niemals unterlassen, der Verpflichtung nachzukommen, die [illegible] Flagge [illegible] zu Belgrad aufzuhissen. Da außerdem [illegible] ausdrücklich und ausführlich in den Hattischerif [illegible] 124[illegible] und vom 11. April 1867 (5. Zilhidié 1283 [illegible] seine [illegible] zur Hohen Pforte auf Grundlage des Status quo ante zugelassen sein wird, die in der Wiederherstellung des status quo ante liegende Anerkennung aller zu verschiedenen Zeiten erlassenen kaiserlichen Fermans die in den obengenannten Fermans enthaltenen auf die Festungen bezüglichen Bestimmungen [illegible] obligatorisch machen und es werden von da an diese Bestimmungen unmittelbar in Kraft treten und sorgfältig beobachtet werden.

Die Hohe Pforte wünscht gleicherweise, daß

„die fürstliche Regierung auf dem Gebiete des Fürstenthums die Bildung von bewaffneten, auf Störung der Ruhe in den benachbarten Provinzen berechneten Banden verhindert, und zwar sowol von heimlich wie offen gebildeten Banden und weiter, daß die fürstliche Regierung der Bildung von heimlichen und offenen, auf Störung des Friedens und der Ruhe in den benachbarten Provinzen abzielenden Gesellschaften [illegible]".

Die Unterzeichneten haben sich [illegible] und thatsächlich durchaus unanfechtbare frühere Verhältnisse [illegible], um der Regierung der Hohen Pforte die ausdrücklichste Versicherung der einhellig conservativen und antirevolutionären Tendenzen zu geben, welche stets das Volk und die Regierung des Fürstenthums gekennzeichnet haben. Serbien, seiner Lage bewußt, sucht in der productiven Arbeit die Grundlage seines Glückes. Feind jeder Agitation, welche seiner moralischen, intellectuellen und commerziellen Entwicklung schaden könnte, hat es strenge Gesetze für sich geschaffen, um die Gründung geheimer Gesellschaften, welche Umsturz-Ideen verfolgen, sowie die Bildung bewaffneter Banden, welche dazu bestimmt sind, in den benachbarten Provinzen Unruhen zu schüren, zu verhindern. In der That ist während der ganzen Zeit, welche seit der Gründung des Fürstenthums unter [illegible] verflossen ist, nicht nur die Bildung solcher bewaffneten Banden [illegible], sondern es hat auch keine einzige derartige geheime Gesellschaft [illegible]. Ebenso wahr ist es, daß die innere Gesetzgebung, welche [illegible] mit den Wünschen des serbischen Volkes übereinstimmt, stets hingereicht hat, um die Entstehung solcher unruhigen Elemente zu verhindern [illegible] Gesellschaften, [illegible] die Pforte [illegible] haben ihren Ursprung und ihren Sitz anderswo als in Serbien gehabt. Wenn in der letzten Zeit, als jene Gesetze des Fürstenthums ohnmächtig waren, eine Lage entstanden ist, welche für alle Interessen verderblich war, so sind die Versicherungen, die bei der kaiserlichen Regierung auszusprechen die Unterzeichneten die Ehre haben, ausdrücklich dazu bestimmt, dem ein Ende zu machen, indem sie den Frieden und die guten Beziehungen zwischen dem suzeränen Hof und dem Fürstenthum wieder herstellen und jenen Gesetzen, welche für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erlassen sind, ihr altes und unbestreitbares Ansehen und ihre Wirksamkeit zum größten Vortheile Serbiens selbst, wiedergeben.

Die Hohe Pforte wünscht, daß, „unabhängig von der religiösen Freiheit, die gregorianischen und katholischen [illegible] und die Israeliten in Serbien die gleichen Rechte und gleichen Privilegien wie die anderen Einwohner genießen sollen".

Auf den von der Hohen Pforte so hochsinnig kundgegebenen Wunsch religiöser Duldung haben die Unterzeichneten [illegible], daß die innere Gesetzgebung [illegible] Unterschied des Religions-Bekenntnisses gemacht worden, [illegible] Serbien niemals gregorianische [illegible] hat, daß alle serbischen Staatsbürger [illegible] politischen Rechte genießen, daß die israelitischen [illegible] in Serbien, mit Ausnahme einer einzigen Einschränkung, welche ihre Niederlassung im Innern des Landes betrifft, nicht mehr [illegible] sein würden, als es in Zukunft diejenigen [illegible] Bürger sein werden, die einem andern christlichen [illegible] angehören als dem orthodoxen. Die Unterzeichneten schätzen sich [illegible], somit zeigen zu können, daß das große Princip der Religionsfreiheit, welches der innern Regierung des Fürstenthums innewohnt, zu jeder Zeit allen serbischen Staatsbürgern ohne Unterschied des Cultus zugute gekommen ist. Sie schätzen sich glücklich, in der vorhin angegebenen Weise das vollkommene Einvernehmen zwischen der Hohen Pforte und der [illegible] Regierung hergestellt zu haben in allen denjenigen Punkten, welche den vorher besprochenen status quo betreffen.

Die Unterzeichneten, in ihrer [illegible] Eigenschaft als Bevollmächtigte des Fürstenthums [illegible] Auftrage, in der formellsten Weise den Ausdruck der [illegible] des Fürsten und des serbischen Volkes zu erneuern [illegible], der Hohen Pforte zu erklären, daß Se. Hoheit der Fürst Milan bereit ist, direct jene Auseinandersetzungen und Versicherungen zu bestätigen, deren getreue [illegible] in seinem Namen [illegible] sind. Sie hoffen demgemäß, daß Se. Hoheit der Großvezier die Güte haben wird, den Erlaß eines Irade, der den früheren Stand wiederherstellt, zu erwirken, und deßgleichen, daß die kaiserlichen Truppen sich binnen zwölf Tagen von heute ab hinter die Demarcationslinie zurückziehen, und daß diese Demarcationslinie nach dem Stande vor den letzten Ereignissen gezogen werde.

Konstantinopel, den 16./28. Februar 1877.

(gez.) P. Christics. D. Matics."

Heute am 16./28. Februar haben die Delegirten Sr. Hoheit des Fürsten von Serbien, die Herren Ph. Christics und D. Matics, in der Sitzung bei Sr. Excellenz dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärt, daß sie am Ziele ihrer Arbeiten angelangt zu sein dächten, und daß das Einverständniß mit Sr. Excellenz dem Minister hergestellt sei in Gemäßheit der erläuternden Note, welche sie der Hohen Pforte unterm 16./28. Februar zugestellt hatten.

Die Herren Delegirten haben ferner erklärt, sie gäben kraft der ihnen durch die fürstliche Regierung verliehenen Vollmacht dem Wunsche ihrer genannten Regierung bestimmten Ausdruck, daß die Beziehungen zu dem suzeränen Hof auf dem status quo ante wiederhergestellt werden möchten.

Se. Excellenz der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat seinerseits im Namen der Pforte erklärt, er nehme Act von besagter Erläuterungsnote, die großherrliche Regierung habe beschlossen, die Beziehungen zu dem Fürstenthume Serbien auf dem status quo ante wiederherzustellen, und diese [illegible] werde dem Fürsten in der bisher gebräuchlichen Form mitgetheilt werden. In dieser Lage und um [illegible] der Grundlage für den status quo ante in der nöthigen [illegible] jedes Mißverständniß, welches in dieser Hinsicht entstehen könnte, zu vermeiden, wird constatirt daß man diese Angelegenheit folgendermaßen aufgefaßt hat.

1. daß die Wiederherstellung des Status quo ante, ohne andere und längere Erörterungen zu benöthigen, das vollkommene und ausnahmslose Wiederinkrafttreten aller Bestimmungen der kaiserlichen Hats und der anderen [illegible], welche [illegible] beziehen, insonderheit aber des [illegible] vom 11. April 1867 (5. Zilhidie 1283) über das [illegible] in den Festungen in sich schließt.

2. daß Serbien, da die Hohe Pforte eine vollkommene Begnadigung allen [illegible] gewährt, die durch die letzten Vorfälle compromittirt [illegible], seinen Unterthanen, die etwa bei den [illegible] compromittirt worden waren, das gleiche [illegible] gewähre;

3. daß sowol die kaiserlichen wie die fürstlich serbischen Truppen in dem Zeitraume von zwölf Tagen alle von ihnen außerhalb der Demarcationslinie besetzten Landstriche räumen, damit die früheren Obrigkeiten innerhalb der früheren Grenzen wieder in ihr rechtmäßiges Amt treten.

Hievon doppelte Abschrift.

(gez.) P. Christics.
Savfet. D. Matics.

Telegramm. Se. Hoheit der Fürst von Serbien zu Belgrad an Se. Hoheit den Großvezier.
2. März 1877.

Ich habe die Ehre, Eure Hoheit zu benachrichtigen, daß wir im vollen Umfange das Protocoll bestätigen und ratificiren, welches die für die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen der Hohen Pforte und Serbien getroffenen Grundlagen enthält, wie es durch unsere Special-Bevollmächtigten, die Herren Philipp Christics und Demeter Matics unterzeichnet worden ist und deßgleichen die Aufklärungen [illegible], welche die Delegirten der Hohen [illegible] haben [illegible] die Wiederherstellung des status quo [illegible] zwischen der Hohen Pforte und dem Fürstenthum bis zum Monat Juni des [illegible] Jahres [illegible]. Indem Serbien auf diese [illegible] in den vollen Genuß der Rechte, Privilegien und Immunitäten zurückkehrt [illegible] war, übernimmt [illegible] Treue die Verpflichtungen, die aus [illegible] Fermans entspringen, [illegible] Regierung ihrer Ehre und ihr Vertrauen [illegible] ihrem Fürsten gegenüber be[illegible] Majestät des Sultans, [illegible] Beziehungen des Fürstenthums zu dem suzeränen [illegible] auf der verabredeten Grundlage zu proclamiren.

Ferman Sr. Majestät des Sultans.
Uebersetzung.
(Nach den üblichen Förmlichkeiten.)

Unsere kaiserliche Fürsorge hatte stets Alles zum Ziele, was dazu [illegible] die Ruhe und den Fortschritt des einen integrirenden Theil unseres Kaiserreiches bildenden Fürstenthums Serbien zu [illegible]igen und das Glück und das Gedeihen seiner Bewohner [illegible]n. Die in den zu verschiedenen Zeiten erlassenen kaiserlichen [illegible]ts enthaltenen Immunitäten und Privilegien haben [illegible] Ziele gehabt, diesen Wunsch zu verwirklichen. Ein schlagender Beweis unseres besonderen Wohlwollens für das serbische Volk im Hinblick auf die gegen unsere kaiserliche Regierung bewiesene Treue war namentlich noch durch den Be-

Kleine Chronik.

Wien, 17. März.

[Hof- und Personal-Nachrichten.] Se. Majestät der Kaiser hat den ersten Obersthofmeister ermächtigt, der anthropologischen Gesellschaft in Wien für die uneigennützige Ueberlassung ihrer werthvollen urgeschichtlichen Sammlung an das naturhistorische Hofmuseum die Allerhöchste Anerkennung bekanntzugeben. — Wie man aus London berichtet, gab dort am 14. d. Graf Beust im österreichischen Botschaftshotel ein Diner, zu dessen Gästen Lord und Lady Derby, der Herzog und die Herzogin von Bedford nebst Tochter, der französische Botschafter, die Gesandten Dänemarks, der Niederlande und Spaniens mit ihren Gemalinnen, Sir Henry und Lady Elliot und andere Personen von Auszeichnung gehörten. — Aus Rom wird uns mitgetheilt: Durch die Ernennung des Monsignore Nardi zum Secretär der Congregation der Bischöfe und Klostergeistlichen ist die Stellung des Uditore des Kaiserthums Oesterreich-Ungarn bei dem Tribunale der Rota erledigt worden. Für dieselbe wird der Monsignore de Montel, Hausprälat des Papstes, bezeichnet.

[Hofjagd.] Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben sich heute Vormittags um 6 Uhr 59 Minuten mittels Separat-Hofzuges der Nordbahn zur Parforce-Jagd nach Göding begeben. Abends um 5 Uhr 54 Minuten treffen Ihre Majestäten wieder in Wien ein. — Ihre Majestät die Kaiserin hatte gestern Morgens mit kleinem Gefolge einen Jagdausflug nach Göding unternommen und ist um 6 Uhr 24 Minuten Abends wieder in Wien angekommen.

[Der Kaiser und die Kaiserin von Brasilien] sind heute Morgens um 7 Uhr mit dem Salzburger Courierzuge der Westbahn angekommen. Auf Wunsch der hohen Gäste, die im strengsten Incognito reisen, unterblieb jeder officielle Empfang und nur wenige Persönlichkeiten, darunter der Prinz von Koburg, der brasilianische Gesandte Varnhagen de Porto Seguro, hatten sich zur Begrüßung des Kaiserpaares auf dem Perron des Bahnhofs eingefunden. Um 10 Uhr Vormittags fand sich im Hotel der General-Adjutant FML. Freiherr v. Mondel ein, um das Kaiserpaar im Namen Sr. Majestät des Kaisers zu begrüßen. Don Pedro war jedoch kurz vorher in die Hofburg gefahren. Vor seiner Abfahrt ließ Don Pedro die Kränze, die gestern dem Abbé Liszt gespendet wurden, in seine Appartements tragen und besichtigte dieselben. Se. Majestät der Kaiser von Brasilien erkundigte sich dann nach dem Verlaufe des gestrigen Liszt-Concertes. Um 11 Uhr unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt durch die Stadt.

[Sanitäts-Wochenbericht.] Die Zahl der im Laufe dieser Woche in den Spitälern aufgenommenen Typhuskranken betrug 83; es wurden sonach mit den aus der Vorwoche verbliebenen 168 im Ganzen 251 Typhuskranke verpflegt. Hievon sind 9 geheilt entlassen worden, 20 sind gestorben, es verbleiben somit 222 in weiterer Pflege. Die Zahl der Typhen in den Spitälern hat sonach seit der Vorwoche um 54 zugenommen. Für die Typhuskranken der Vororte, deren Ueberbringung in die Wiener Spitäler von der Statthalterei untersagt wurde, sind in den Vororten Hernals, Ottakring, Währing und Ober-Döbling eigene Nothspitäler errichtet worden. Auch in der niederösterreichischen Landes-Irrenanstalt sind, wie schon gemeldet, 3 Typhusfälle vorgekommen. In Folge der Anhäufung der Typhen sind die Krankenhäuser überfüllt und ist der Krankenstand derselben von 3739 auf 3768 gestiegen. Bräune und Scharlach zeigen eine nur geringe Abnahme und haben in dieser Woche 24 Todesfälle veranlaßt, von denen 19 durch Bräune und 5 durch Scharlach herbeigeführt wurden.

[Die Ueberfüllung der Irrenanstalt.] Der niederösterreichische Landesausschuß hat aus Anlaß der Ueberfüllung der Landes-Irrenanstalt und wegen der in derselben in den letzten Tagen vorgekommenen Typhus-Erkrankungen den Beschluß gefaßt, jede weitere Aufnahme zu sistiren und die niederösterreichische Statthalterei davon in Kenntniß zu setzen. In Folge dessen fand vorgestern unter dem Vorsitze des Statthalterei-Vice-Präsidenten v. Kutschera eine Berathung statt, wie dieser Calamität abgeholfen werden könne. Im Laufe der Verhandlung, welche mehrere Stunden dauerte, wurde der Commission berichtet, daß die Landes-Irrenanstalt, welche einen Belegraum von 450 Betten habe, factisch 590 Kranke beherberge, daher in allen Räumen so überfüllt sei, daß jede weitere Aufnahme von Kranken als unmöglich betrachtet und daß dieser Ueberfüllung auch das Auftreten des Typhus daselbst zugeschrieben werden müsse. Die Vertreter der Commune wurden somit aufgefordert, ihrer Verpflichtung für Belegräume zu sorgen, nachzukommen, damit jene Geisteskranken, die nicht nach Niederösterreich zuständig sind und auch nicht in ihre Heimat transportirt werden können, Unterkunft finden. Die anwesenden Gemeindevertreter acceptirten [illegible] den von Dr. Schrank gestellten Antrag, daß das Freiwilligen-Arbeitshaus in der Leopoldstadt, welches ohnehin seiner bisherigen Bestimmung entzogen werden soll, der Unterbringung von Geisteskranken gewidmet werde. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und so dürfte schon in der nächsten Zeit ein Theil des Hauses belegt werden.

[Hochschule für Bodencultur.] Das Sommer-Semester 1877 beginnt an dieser Hochschule am 5. April.

[Entgleisung auf der Staatsbahn.] Gestern Nachmittags um 3 Uhr ist in der Station Schwechat-Kledering bei dem Einfahren des von Bruck an der Leitha kommenden gemischten Zuges Nr. 70 aus noch nicht bekannter Ursache die Maschine entgleist, wobei vier Lastwaggons vollständig zertrümmert und einer beschädigt wurde. Passagiere und Zugspersonale erlitten keine Verletzungen. Wegen gesperrter Passage mußten die Passagiere umsteigen und wurden sodann in einem entgegengesendeten Hilfszuge nach Wien weiterbefördert. Bis zur Freimachung des Geleises an jener Stelle, wo die Entgleisung stattfand, wird der Verkehr der Züge Nr. 2 und 3 nur durch Umsteigen der Passagiere bewerkstelligt werden. Der vom entgleisten Zuge mit dem Hilfstrain hier angekommene Bremser Ladislaus Nagy aus Raab klagte bei seiner Ankunft über Schmerzen an der rechten Körperseite. Der Bahnarzt, der ihn untersuchte, konnte äußerlich keine Verletzung wahrnehmen.

[Bahnhof-Einweihung.] Morgen findet in Graz die feierliche Einweihung des neuen Bahnhofes der Südbahn statt. Zu derselben werden der Bischof von Seckau, der Statthalter, der Bürgermeister und der Landes-Commandirende, der Landmarschall von Steiermark und die anderen Honoratioren von Graz erscheinen. General-Director Bontoux und Baudirector Flattich begeben sich heute nach Graz.

[Hungertyphus.] Die Nachricht, daß in Oberschlesien der Hungertyphus ausgebrochen sei, wird jetzt amtlich bestätigt. In einer Circularverfügung der Regierung zu Oppeln wird bezüglich der dort herrschenden Typhus-Epidemie constatirt, daß die Gesammtzahl der seit Mitte November fast ausschließlich aus den Kreisen Beuthen, Kattowitz und Pleß gemeldeten Erkrankungen bereits die Ziffer von 1555 erreicht hat, während die Zahl der Todesfälle 151 beträgt. Das Vorkommen des Flecken-

№ 64. Kraków, 20 Marca — Wtorek Rok 1877.

CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ 24	„ 6	„ 2·50
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują:

W Krakowie: Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księg. p. S. A. Krzyżanowskiego, handel dawniej Dworskiego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: w **Paryżu** wyłącznie p. Adam Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Ruczkowski Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daubé & Comp. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Comp.

☞ Z dniem 1 Kwietnia b. r. zwiniętą zostaje istniejąca od lat kilkunastu Ajencya „Czasu“ W. Piątkowskiego we Lwowie. Wszelkie prenumeraty i ogłoszenia przyjmuje odtąd wprost pocztą tylko Administracya „Czasu“ w Krakowie.

Przedpłata na „CZAS“

od dnia 1go **Kwietnia** 1877 r.

Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem:

na pół roku	na kwartał	na 1 miesiąc
złr. **12**	złr. **6**	złr. **2·50**

Uprasza się o wczesne zamawianie i wyraźne wypisanie nazwiska i miejsca odbioru, albo nadesłanie dawnej opaski drukowanej z adresem.

Prenumerata liczy się tylko od ***pierwszego*** do ostatniego dnia w miesiącu.

Prenumeratę najdogodniej przesyłać ***przekazem pocztowym.***

Cena *„Czasu“* za granicą ogłoszona jest w tytule każdego numeru.

Kraków 19 marca.

Dzień dzisiejszy ma być rozstrzygającym w kwestyi wschodniej. Dziś bowiem jenerał Ignatiew miał opuścić Londyn i udać się znów do Paryża, a przed jego odjazdem spodziewano się nadejścia telegrafem z Petersburga oświadczenia przychylającego się do zmian, jakie gabinet angielski poczynił w projektowanym przez jen. Ignatiewa protokóle, do którego następnie przystąpić mają inne mocarstwa. Protokół ten, według oświadczenia ministra Northcote zrobionego w parlamencie angielskim w piątek wieczór, ma obejmować zdania mocarstw o położeniu na Wschodzie. Właściwie zaś protokół ten ma być nowym aktem prawa publicznego europejskiego ze względu na Turcyę i tem samem zastąpiłby traktat paryski, który wprowadził Turcyę do tak zwanego „koncertu europejskiego“, to jest przyznał jej równe prawa z innemi mocarstwami. Gdy protokół ten obejmować ma zastrzeżenie co do reform mających być w Turcyi zaprowadzonemi, przeto pozbawiłby Turcyę praw przyznanych jej traktatem z r. 1856. *Times* utrzymuje, że po zgodzeniu się mocarstw na rzeczony protokół, Rosya zarządziłaby zdemobilizowanie wojsk swoich.

W ten sposób zażegnać ma dyplomacya niebezpieczeństwo chwilowe wojny rosyjsko-tureckiej ze wszystkiemi jej następstwami, ale rozwiązanie kwestyi wschodniej byłoby tylko odroczonem do chwili dogodniejszej dla Rosyi. Protokół bowiem, o który teraz chodzi, przyznaje mocarstwom prawo wdawania się w wewnętrzne sprawy Turcyi, czego wzbraniał traktat paryski, albowiem państwa europejskie mogłyby dozorować Portę pod względem zaprowadzania reform, nie określając nawet ich rozciągłości. Jeśli zatem Porta zgodzi się na protokół i nie odrzuci go na zasadzie, że ścieśnia on prawa jej wszechwładztwa w własnem państwie i niepodległości i że niweczy traktat paryski, naówczas zachodzi pytanie, czy Rosya będzie mogła każdej chwili, powołując się na notę hr. Andrassego z d. 31 grudnia 1875, jako przyjętą przez wszystkie mocarstwa, uprawnić swoją interwencyę z tytułu kontroli nad biegiem reform, jeśli ją każdemu mocarstwu europejskiemu przyznaje protokół niniejszy, lub też czy w takim przypadku zastrzeżonem jest nowe porozumienie się mocarstw.

W pierwszym wypadku korzyści, jakie podobny akt przyznałby Rosyi, świadczyłyby, że kampania dyplomatyczna powiodła się jej lepiej, niżby mogła się powieść kampania militarna, która nie zapewniała niewątpliwej wygranej. Z aktem takim w ręku mógłby gabinet petersburski uciszyć zachcianki wojenne, zwłaszcza, że ostatniemi czasy straciły one wiele na swojej natarczywości. Europa natomiast okupiłaby temi ustępstwami na Turcyi wymuszonemi, jeźli ta będzie zniewoloną przyjąć protokół, chwilowy pokój. Nie była Rosya przygotowaną do wielkiej wojny, kiedy ją zaskoczyły powstania Słowian podbałkańskich, które ją zmusiły do zbrojenia się i zajęcia postawy opiekuna uciśnionych Słowian tureckich. Teraz ma przed sobą wolny czas do wybrania chwili stosownej, kiedy organizacya jej wojskowa i zasoby militarne staną na stopniu takim, że z większem prawdopodobieństwem niż teraz liczyć będzie mogła na tryumf swojego oręża, a reformy tureckie i konstytucya turecka ułatwią rozstrój społeczny i polityczny Turcyi, a wreszcie zdarzyć się może, iż główni w Europie przeciwnicy Rosyi zajęci wtedy będą innemi sprawami. Czy wtedy Rosya potrafi z takiego położenia korzystać?

Gabinet angielski, który w całej tej sprawie okazywał wielką powolność, chwycił się gorąco projektu protokółu, bo pragnął przedewszystkiem odwrócić niebezpieczeństwo wojny, do której Rosya byłaby zmuszoną, choćby dla utrzymania swej powagi, jeźliby nie znalazł się środek pokojowy zaspokojenia jej miłości własnej. Bez pomocy jednego z mocarstw kontynentalnych nie mogła też Anglia brać na siebie obrony Turcyi od Moskali; zaledwieby zdołała ochronić Konstantynopol. Musiała więc przystać na projekt nawet tak niefortunny, jak protokół niweczący traktat paryski; ale pod tym względem znalazła się w takiej samej konieczności, w jakiej była wobec żądań Rosyi przez Prusy i Francyę popartych, kiedy szło o zniesienie neutralności morza Czarnego. Jakiekolwiek więc mógł gabinet londyński poczynić zmiany w rosyjskim projekcie protokółu, musiał zgodzić się na jego myśl zasadniczą, jaką jest zobowiązanie Porty do reform. Jedyny to sposób zażegnania burzy na Wschodzie i uchylenia konieczności wystąpienia w niej czynnie.

KORESPONDENCYA „CZASU“

Wiedeń 18 marca.

○ Pomimo pierwotnego oporu klubu lewego środka niedzielna konferencya wszystkich klubów wiernokonstytucyjnych, tudzież Rusinów przyszła dziś do skutku. O rezultacie obrad doniesienia telegraficzne wyprzedzą list niniejszy. Czy zgromadzenie przejdzie nad wnioskiem klubu postępowego do porządku dziennego, czy — co jest bardzo nieprawdopodobnem — uchwali takowy, czy też odeśle go do jakiejś komisyi, czy też wreszcie klub postępowy, bez względu na opinię zgromadzenia, przedłoży wniosek swój Izbie, żadną miarą nie uzyska on potrzebnej parlamentarnej większości, a tem mniej sankcyi rządu i korony. Czy atoli zgromadzenie dzisiejsze bez żadnego pozostanie rezultatu? Wątpimy. Może klub postępowy tyle zażądał, aby cośkolwiek osiągnąć. Obawiamy się bowiem, że w końcu szydło wyjdzie z worka. Rozgorączkowanej agitacyą klubu postępowego opinii publicznej inne kluby będą musiały jakieś zrobić ustępstwo, tak, iż skończy się na pierwotnym wniosku Fuxa co do normy wyborczej do delegacyi wspólnej. Pod tem hasłem pogodzą się wszystkie kluby, które na poparcie Rusinów z góry liczyć mogą. Tą sprawą tem łatwiej zajmować się mogą kluby, o ile nie potrzebują obawiać się oporu Węgier, bo jest to sprawa czysto wewnętrzna, przedlitawska. Kluby będą tylko miały do walczenia z prawicą, z rządem i z koroną, ale któż zdoła przewidzieć, czy ostatecznie koncesya ta nie będzie musiała posłużyć za kompensatę za prawo nominacyi wicegubernatorów bankowych? Warto przypomnieć, iż w tej sprawie dwa istnieją wnioski, z których śmielszy domaga się wyboru członków delegacyjnych z całej Izby przez całą Izbę, drugi zaś skromniejszy, a tem samem niebezpieczniejszy żąda tylko wyboru członków delegacyjnych przez całą Izbę, ale podług krajów, tj. np. wyboru 7 delegatów z pośród deputowanych galicyjskich przez Izbę. Rozumie się samo przez się, że byłby to szczebel tylko do dalszych kroków niwelacyjnych.

Pokój wisi prawie w powietrzu, dotknąć się go można niemal rękami, a jednak nikt nie chce wierzyć, aby ów tajemniczy protokół tak błahéj treści zdołał zażegnać burzę. *Timeo Danaos et dona ferentes*, wołają wszyscy na widok tego czarodziejskiego protokułu. Święta wielkanocne miną z pewnością pokojowo, ale któż ręczy za Zielone Święta? *Fremdenblatt* nie chce wierzyć własnym oczom i uszom i bije pokłony najniższe przed umiarkowaniem i mądrością Rosyi, która nie wyzyskuje okropnéj sytuacyi, w jakiéj znajduje się Turcya. Z dwojga jedno, albo mamy tu do czynienia z prostą igraszką dyplomatyczną, albo też Rosya po prostu wojny prowadzić nie może — wojskowo. Arkusz papieru ani nie ocali, ani nie obali Turcyi.

Polemika, jaką prowadzi *Nowa Presse* przeciw deputowanemu p. Kronawetterowi, przybiera cechę tak ostrą, iż ten ostatni będzie musiał odpowiedzieć, a czy *Nowa Presse* nie posunęła się za daleko, czy p. Kronawetter nie posiada materyału dalszego, pokaże się niebawem.

Wiedeń 17 marca.

Pośpieszam zdać sprawę z ponownych obrad komisyi edukacyjnej nad znaną rezolucyą świętojurcy Kowalskiego o „przywróceniu“ we Lwowie czteroklasowej szkoły normalnej z ruskim językiem wykładowym. Obrad wielce ciekawych i poniekąd zdumiewających, tak co do przebiegu jak i co do rezultatu, zdumiewających zaś głównie dla tego, że komisya wyszła nawet poza postulat rezolucyi.

Z sprawozdania dawniejszego wiadomo, że właśnie nad przedmiotem tym obrady odbyć się miały w końcu lutego, gdy dep. Dr Euzebiusz Czerkawski, zniewolony opuścić Wiedeń na czas niejaki, znów miał przybyć dla uczestniczenia w pracach komisyjnych. Dep. E. Czerkawski przybył też w końcu lutego umyślnie dla obrad nad rezolucyą Kowalskiego; komisya jednak wówczas nie wzięła rezolucyi pod obrady, a dep. E. Czerkawski znów musiał wyjechać do Lwowa. Pod nieobecność jego naznaczono posiedzenie komisyjne na dzień 8 b. m., na które zaproszono dep. Kowalskiego do umotywowania rezolucyi. P. Kowalski bardzo jaskrawemi i sierdzistemi argumentami bronił swej sprawy, wygłaszając stereotypowe skargi na ucisk „narodu ruskiego“ w Galicyi“. Pomijając ten charakter wywodów, streszczę tylko rzeczowe argumenta jego. Wykazywał zaś datami statystycznemi liczbę Rusinów w Galicyi, w stosunku do której liczba ruskich szkół ludowych wydaje się mu zbyt szczupłą, nie ma mianowicie ani jednej czteroklasowej szkoły z ruskim językiem wykładowym; szczególniej anormalnym widzi się jemu stosunek zachodzący we Lwowie, gdzie na 16 polskich szkół ludowych a 5 niemieckich ruskiej nie ma żadnej. P. Kowalski utrzymuje, że w zaprowadzeniu języka wykładowego panuje samowola, a sądzi, iż wedle ustaw zasadniczych powinna być we Lwowie przynajmniej jedna szkoła ruska. Wywody jego przychylnego doznały w komisyi przyjęcia; dep. Beer, radzca dworu, domagał się nawet osobnego ruskiego seminaryum nauczycielskiego, dep. Edward Suess żądał klasy przygotowawczej przy gimnazyum ruskiem we Lwowie. Nie przyszło jednak do uchwały, bo trzeba było wysłuchać jeszcze dep. E. Czerkawskiego; ograniczono się chwilowo na wybraniu referenta w osobie dep. Dinstla. Na tem skończyło się posiedzenie dnia 8 b. m.

Wczoraj, dnia 16 b. m. wieczorem odbyło się nowe posiedzenie. Obecny już dep. Euz. Czerkawski naturalnym sposobem mógł zwrócić się tylko przeciw temu, co zapisane było w protokóle. Wykazał tedy nasamprzód bezpodstawność zarzutu o samowoli, jakoby panującej w zaprowadzaniu języka wykładowego, bo dzieje się to jak najzgodniej z przepisami ustawy krajowej z r. 1867 o języku wykładowym, która orzeka, że kto szkołę utrzymuje, ten też naznacza dla niej język wykładowy. Wszędzie tedy zaprowadzono go w myśl żądania gminy, o samowoli lub dowolności mowy przeto być nie może. Dalej rozwodzi się mówca o stosunku narzecza ruskiego do języka polskiego, wykazując, jak blisko one z sobą są spokrewnione, tak że każdy Rusin, posiadający jakie takie wykształcenie nietylko zupełnie rozumie język polski, lecz włada nim doskonale, a to tak wskutek pokrewieństwa językowego i plemiennego, jako też wskutek kilkowiekowej wspólności dziejów. Ponieważ zaś język polski jest rzeczywiście i przez wszystkich mieszkańców kraju uważany bywa za żywioł właściwie cywilizacyjny, przeto bardzo naturalna jest dążność gmin grecko-katolickich i wrzekomo ruskich do przyswajania sobie języka polskiego jako środka do uczestniczenia w owocach cywilizacyi polskiej. Zazwyczaj rozróżnia się szczepowość mieszkańców Galicyi wedle wyznania: katolików obrządku greckiego nazywa się tu Rusinów, katolików obrządku łacińskiego zaś Polaków. Ten sposób rozróżniania wszelako bynajmniej nie jest trafny. Bardzo znaczna bowiem część wyznawców obrządku grecko-katolickiego używa w rodzinie i w życiu powszednem wyłącznie języka polskiego, zwłaszcza w warstwach więcej ukształconych. Nie dziw tedy, że mianowicie miasta, choćby przeważnie przez wyznawców obrządku grecko katolickiego zamieszkiwane, nie chcą innej szkoły jak polskiej. Stosuje się to przedewszystkiem także do gminy miasta Lwowa, w której katolicy obrządku greckiego, jakkolwiek liczni, używają, może z małemi wyjątkami, wyłącznie języka polskiego. Ztąd rzecz naturalna, że gmina miasta Lwowa nie wynurza życzenia, aby istniała w niej szkoła ruska. Co się tyczy twierdzenia dep. Kowalskiego, że przed rokiem 1848 była we Lwowie ruska szkoła wzorowa, rzecz ma się po prawdzie, jak następuje: Dawniejsza szkoła wzorowa była aż do r. 1848, jak wszystkie szkoły w Galicyi, szkołą niemiecką, nie ruską, jak utrzymywał w pełnej Izbie dep. Kowalski; dopiero od r. 1849, gdy przeszła pod zarząd konsystorza grecko-katolickiego, zaprowadzono w niej naukę po rusku, ale tylko częściowo. Ten stan rzeczy trwał aż do r. 1868, t. j. do chwili, gdy ustawa krajowa o języku wykładowym z r. 1867 weszła w życie. Odtąd językiem wykładowym stał się wyłącznie i bardzo słusznie język polski. Według krajowej ustawy szkolnej szkoła ta przejść miała na etat gminy lwowskiej; rokowania względem warunków tego przejścia ciągnęły się przez lat kilka i skończyły się dopiero w roku zeszłym. Nie można wprawdzie przesądzać, co uchwali gmina względem języka wykładowego; gdyby jednak pozostał stan dzisiejszy, postanowienie takie byłoby uzasadnione wyłuszczonemi powyżej stosunkami. Między r. 1849 a 1869 miała ta szkoła wprawdzie dostateczną liczbę uczni, ale nie były to dzieci wyłącznie do gminy lwowskiej należące, a niemal wszystkie musiały dopiero sztucznie uczyć się języka ruskiego, aby w nim pobierać naukę, co sprzeciwia się wręcz wszystkim zdrowym zasadom pedagogicznym i celom nauki. Z wniosków stawionych przez innych mowców przyznaje dep. Czerkawski pewną słuszność tylko temu, który domaga się zaprowadzenia klasy przygotowaw-

Część literacko-artystyczna.

TEATR.

Na benefis p. Hoffmanowej przedstawioną została w sobotę po raz pierwszy na scenie naszej sztuka, która od chwili pojawienia się jej przed rokiem na scenie paryskiej, zwróciła na siebie powszechną uwagę; mówiono o niej wszędzie nie znając jej jeszcze, grano ją na wielkich scenach zagranicznych, ganiono lub chwalono, jak wogóle każde dzieło sztuki, które wyrasta po nad poziom zwykłości lub zbacza z wydeptanych praktyką szlaków, aby wskazać nowe tory. Sztuką tą jest komedya w 5 aktach A. Dumasa p. t. *Cudzoziemka*, przełożona dla sceny tutejszej przez p. Wł. Sabowskiego, którą autor już jako świeżo wybrany Akademik przeznaczył po raz pierwszy dla sceny „Théâtre français“.

Komedya, o której mówić mamy, jest czemś tak niezwykłem pod względem formy, tak oryginalnem pod względem pojęć, że trzeba tylko równie potężnego talentu, jakim autor jest uposażony, aby nie znudzić rozwlekłością dialogów, nie zobojętnić brakiem akcyi w pierwszych mianowicie aktach i nie zrazić paradoksalnością tez, jakie sobie zamierzył wyargumentować. Oryginalność ta poczyna się od nadania nazwy komedyi sztuce, której pod względem tragicznych efektów niejeden dramat tą firmą ostęplowany, musiałby ustąpić pierwszeństwa, sztuce, w której ginie w pojedynku człowiek, wprawdzie nie w oczach widzów, lecz za sceną; ależ to samo działo się w dawnych trajedyach, póki męki konania nie uważano za drastyczną tylko zabawę. Zdaje się jak gdyby autor pewny swego czarodziejskiego wpływu na umysły widzów, umyślnie wikłał ład przyjętego tradycyjnie systemu, umyślnie rzucał garściami paradoksy, aby módz w myśli tryumfować, że publiczność cokolwiek jej poda, przyjąć i podziwiać musi.

Scena jest tak elastyczną, że każdy epizod społeczny, każdy odcień życia, każdy szczebel sfery towarzyskiej służyć jej może za żywioł i pomieścić się na niej. Pełnemu talentu autorowi nie dość było na tem; chce on ze sceny utworzyć jeszcze katedrę wykładów przyrodniczo-filozoficznych i na tej podstawie tworzyć nowe teorye społeczne. Teorye to wprawdzie paradoksalne, antichrześciańskie, bo otwierają szluzy egotyzmowi namiętności, usprawiedliwiają pogańską dziedziczność zemsty i oddają ostateczny wyrok śmierci w ręce kaprysu, ale olbrzymie czynią wrażenie… a o więcej może nie idzie. Autor chce swój w szale jakiejś gorączki wymarzony aksiomat: *tue la* zastósowany do kobiety, rozszerzyć na całe społeczeństwo i wszystkie zgangrenowane jego członki, skazać jak trutnie w ulu, na zatratę. Że tego chce, dowodzi ustęp aktu 2go w komedyi *Cudzoziemka*, gdzie Dr Rémonin mówi o wibryonach.

„Wibriony są to istoty roślinne wynikłe z częściowego rozkładu ciał, które tylko mikroskopem dostrzedz można i które uważano dawniej za żyjątka z powodu właściwego im drgania. Zarażają one, rozkładają i niszczą zdrowe części ciała. Są to pracownicy śmierci. Społeczeństwo jest ciałem jak każde inne, które w danej chwili przechodzi w pewnych częściach w zgniliznę i rodzi wibriony w postaci ludzkiej, które uważane są za ludzi, ale które nimi nie są, i czynią bezwiednie wszystko, aby zarażać, rozkładać i niszczyć resztę ciała społecznego“. W dalszej dedukcyi zdaje się, jak gdyby prelegent odmawiał duszy tym istotom, i przyśpieszenie ich zagłady do której same dążą, poczytywał wogóle za zasługę.

Antispółeczna i antichrześciańska ta teorya jest podwaliną sztuki i bez niej niepodobnaby zrozumieć paradoksów. Wibrionem w komedyi *Cudzoziemka* jest książę de Septmonts, pan zbankrutowany, w próżniactwie, rozpuście i zbytku często wchodzący w kolizye z honorem. Przegrawszy bardzo znaczną sumę w karty, udał on się do zagadkowej cudzoziemki, mistres Clarkson, lśniącej blaskiem bogactwa i wdzięków, o pomoc i… uzyskał ją. Niemogąc spłacić długu, chciał go zmazać tytułem swym i ręką, ale cudzoziemka nie zadawala się tą monetą bez kursu. Wolała ona postawić go w możności wywiązania się w sposób realniejszy z zaciągniętej pożyczki i do tego nastręcza jej sposobność Moriceau, były kupiec, dziś pan dwudziestomilionowy, próżny jak każdy parweniusz i marzący o mitrze książęcej dla swej jedynaczki siedemnastoletniej Katarzyny. Związek między księciem Septmonts i Katarzyną zostaje zawarty bez miłości, bo ten co prawdziwie Katarzynę kochał i którego ona kochała, syn jej guwernantki, ubogi Gerard, nie śmiał się o jej rękę oświadczyć.

Wyszedłszy z tego założenia, piętnuje autor z całą dosadnością najjaskrawszych barw sprzedajne małżeństwo, i jeżeli jaki morał z tej zresztą pełnej ekscentrycznych pojęć komedyi wycisnąć można, to chyba ten, że małżeństwo bez miłości jest piekłem na ziemi.

Księżna de Septmonts zerwawszy z swym małżonkiem, który w pierwszej zaraz chwili wszedł pijany do jej gabinetu, wszelkie poufalsze związki, oddala się dobroczynności. Urządza ona bal na korzyść zatopionych wylewem, ale młode serce, które trudno zapełnić miłością ogółu, domaga się praw swoich; widok Gerarda, którego dostrzegła w ogrodzie przed balem, zamienia nagle dawne jej uśpione nieco wspomnienia w wulkan namiętności. Wulkan ten doprowadza do wybuchu postępowanie męża.

Mistres Clarkson, która w salonach swoich samych tylko przyjmowała mężczyzn, spodziewając się, że na balu spotka Gerarda, którego poznała we Włoszech, i niebezpiecznie choremu odstąpiła apartament w swoim pałacu, zapytuje listownie księżnę, czy jej dozwoli wstępu do saloniku przeznaczonego wśród balu dla przyjaciół domu, gdzie za filiżankę herbaty ofiaruje 25,000 fr. na ubogich. Księżna wiedząc o zagadkowej opinii cudzoziemki, zawiadamia ją kilku słowy, że się zgadza na to, byle ją który z mężczyzn, znanych jej (księżnej) wprowadził. Jakkolwiek wszyscy prawie będący w salonie mężczyźni składali hołdy cudzoziemce, nikt się jednak na ten krok nie odważył… prócz jednego księcia de Septmonts. Wprowadza on mistres Clarkson. Jest to scena, która pierwszy rzuca w tej komedyi błysk jenialnego talentu autora, scena której dramatyczność sowicie wynagradza dotychczasową jałowość akcyi, zastępowanej wykładem rozwlekłych teoryj. Cudzoziemka z wymuszonym spokojem rozmawia z zakłopotanymi mężczyznami, wypija herbatę i przy odejściu zaprasza księżnę do siebie, dodając półgłosem: „będziemy mówić o Gerardzie“. Księżna wspaniała wybuchem tłumionego dotąd oburzenia, druzgocze filiżankę, z której cudzoziemka piła i woła na służących: „otwórzcie bramy, teraz wszyscy wchodzić mogą“.

Chwila ta jest punktem kulminacyjnym, poza którym rozpoczyna się walka z otwartą przyłbicą. Książe występuje odtąd jako despota chcący ugiąć małżonkę pod jarzmo swej woli, księżna nie tai swej miłości dla Gerarda, cudzoziemka występuje z prawami swemi do jedynego mężczyzny, jakiego pokochała w życiu, a którym jest Gerard, jako wszechwładna rywalka, która nie składa broni. I kończy się na tem, że owa „dziewica złego“, jak ją autor nazywa, otwiera oczy księciu Septmonts na stosunek Gerarda, (chociaż całkiem platoniczny), z jego żoną i doprowadza do tego, że książe wyzwany przez obrażonego przezeń Gerarda, ginie jako wibrion z ręki p. Clarkson, byłego męża cudzoziemki, którego wezwał na sekundanta, a który przekonawszy się, że ma z łotrem do czynienia, zmusza go do pojedynku z sobą.

Lecz któż jest owa cudzoziemka, która nadała tytuł komedyi? Jest to jak się pokazuje z jej wywnętrzeń się przed księżną, niewolnica, córka mulatki i plantatora z Luizyany. Dzieckiem była ona sprzedaną przez ojca na licytacyi w Charlestown, a ostatnie słowa jej matki, z którą ją rozłączono, były: „Pamiętaj się zemścić“. I dziecko zapamiętało słowa matki, a wyrosłszy na piękną dziewicę, mściła się na całej ludzkości.

Dziwne jest zaiste pomieszanie idei autora w tej wymarzonej jako pierwiastek złego postaci kobiecej, której awanturniczy zawód wyjątkowo łączy się z dziewiczością. Walczy ona, jak sama mówi, jedynie z płcią męzką, mszcząc się na całym rodzaju za zbrodnię ojca, a zemstę tę rozpoczęła od p. Clarkson, który był tyle nierozsądnym, że się z nią ożenił kiedy uciekłszy z niewoli służyła w hotelu. W dniu ślubu zabrała ona całe mienie swemu małżonkowi i puściła się w podróż po nowym i starym świecie, zostawiając wszędzie za sobą ślady zemsty i doprowadzając swych wielbicieli do zabójstwa lub nędzy. P. Clarkson po zniknięciu żony podał o rozwód, ale nie przestał jej kochać i dzielić się z nią wielkim majątkiem, jakiego się dorobił. Ta „dziewica złego“ choć pełni misyę szatana, wierzy jednak w Boga i przed jego tylko korzy się potęgą. Ma ona jednak nieco mętne pojęcie o bóstwie, kiedy zapytuje księżnę czy nie modli się do Boga o to, aby męża jej sprzątnął ze świata; zapewne i sama modliła się, aby ją Bóg wspierał w jej piekielnych planach misyi mszczenia się za jednego winnego na tysiącu niewinnych. Ale były to zapewne wszystko wibriony, a zatem *tue les* i basta.

Postać pana Clarkson nakreślona jest z znakomitą wyrazistością rysów; z niego jednego możnaby robić studyum obyczajów amerykańskich. Jest to jedyny typ uderzający podobieństwem, chociaż i tu nie brakło domieszki psychologicznego fałszu — czyż bowiem mógł człowiek tak praktyczny i prawy zachować miłość do kobiety, która go okradła i w odwet za wywyższenie swe prawie w nędzy pozostawiła?

Słowem co krok napotyka się tu na anormalności, począwszy od samej formy. Trzy bowiem pierwsze akty są niejako ekspozycyą, czyli bardzo wprawdzie potrzebnem, ale przygotowaniem tylko do akcyi, która w ostatnich znów aktach toczy się z niezrównaną szybkością. Dwa te akty promieniejące werwą ocaliły sztukę, która zakrawała zrazu na prostą powieść. Ta rozwlekłość pierwszych aktów, te kilkokartkowe tyrady jak n. p. autobiografia cudzoziemki, dziwny jednak mają czar i trzymają w ciągłem naprężeniu uwagę słuchacza, służąc za najwymowniejsze świadectwo, do jakiego stopnia prawdziwy talent ubrylantować może wadliwą nawet wielostronnie kreacyę. Dumas igra z formą, z pojęciami, nawet z logiką w tej komedyi, a jednak zaprzeczyć trudno, że jest ona niepospolitem dziełem.

P. Hoffmanowa, którą za ukazaniem się na scenie powitała publiczność długo trwającemi oklaskami i mnóstwem obrzuciła bukietów, grała rolę cudzoziemki mistres Clarkson i nadała szczególną wybitność tej dziwnej postaci. W wspaniałej scenie pierwszego aktu, kiedy się znajduje wobec księżnej, p. Hoffmanowa po mistrzowsku odcieniowała panowanie nad sobą i przytomność kobiety, umiejącej wyjść z tryumfem z arcytrudnego, bo upokarzającego położenia. Długie opowiadanie przeszłości swej w akcie trzecim było także jednem z tych niełatwych zadań, do którego spełnienia potrzeba było tej doskonałej rutyny, jaką artystka posiada, aby umieć ruchem ożywić i wyrazem nadać rozmaitość pewnej samej z siebie płynącej monotonii.

Panna Marczello miała w roli księżnej znakomite chwile, w których wybuchy namiętności, wyraz oburzenia i wzgardy i ten głos wydobywający się z serca, dawały jej namaszczenie prawdziwie artystyczne. W scenie niemej z Mistress Clarkson, a później kiedy powstrzymywany gniew nagle wybucha, wrażenie, jakie wywarła, było równie silne, jak wielką odznaczające się prawdą. Scena z Gerardem, a następnie z księciem Septmonts, niemniej dobrze były oddane. Panna Marczello zebrała obfite żniwo zasłużonych oklasków.

Gra p. Wolskiej w roli margrabiny Rumières odznaczała się pewną dystynkcyą i swobodą właściwą damie wyższego świata. Zauważaliśmy kilka epizodów w grze artystki, które rzeczywiście podnosiły rolę.

P. Szymański oddał rolę księcia de Septmonts z tą apatyą człowieka zżytego, który nawet w chwilach uniesienia niezdolnym jest do zapału. Tak pojętą rolę odegrał on bardzo dobrze, czy jednak nie zyskałaby ta rola, gdyby jej nadany był wybitniejszy wyraz namiętności?

Ważniejsze w komedyi role: jak ojca Mauriceau (p. Puchniewski), Gerarda (p. Sobiesław), odegrane były starannie. Dość trudną rolę doktora Rémonin wykonał p. Feliksiewicz, pana de Haltes p. Roman. P. Galasiewicz w roli pana Clarkson dobrze ucharakteryzowany, był wiernym, chociaż nieco przesadnie szorstkim typem Amerykanina. Teatr był we wszystkich częściach zapełniony.

czej w gimnazyum ruskiem we Lwowie; niczem natomiast nie możnaby usprawiedliwić ani zaprowadzenia ruskiej szkoły ludowej ani utworzenia osobnego ruskiego seminaryum nauczycielskiego. Seminaryum takie nie byłoby nawet korzystne dla kandydatów, których po ukończeniu kursu pedagogicznego możnaby użyć tylko do szkół ruskich, podczas gdy w dzisiejszym składzie rzeczy kandydaci po ukończeniu kursu pedagogicznego znajdują zajęcie i umieszczenie po całym kraju. Jak mało gruntu znalazłaby ruska szkoła ludowa, dowodzi okoliczność, że gdy rząd w roku bieżącym chciał zaprowadzić w seminaryum nauczycielskiem równorzędną klasę ćwiczeń z językiem wykładowym przeważnie ruskim, klasa ta nie przyszła do skutku dla braku uczni mówiących po rusku.

Komisarz rządowy, radzca ministeryalny H e r m a n n zwrócił się głównie przeciw zapatrywaniu dep. E. Czerkawskiego na doniosłość ustawy krajowej z r. 1867, nie przyznając, iżby ustawa ta wyłącznie decydowała o języku wykładowym w szkołach galicyjskich. Komisarz rządowy utrzymuje owszem, że późniejsza ustawa państwowa o prawach zasadniczych i §. 6ty ustawy państwowej o szkołach ludowych i to szczególniej właśnie ten paragraf, upoważniający Radę szkolną i ministerstwo do oznaczania języka wykładowego w szkołach ludowych, nie mogły pozostać bez wpływu na ustawę krajową o języku wykładowym, że owszem interpretacya ustawy krajowej powinna stósować się do myśli i dążności ustawy państwowej.

Dep. E. C z e r k a w s k i odpowiada komisarzowi rządowemu, że podobna zasada w interpretowaniu ustaw krajowych może być bardzo dogodna ze stanowiska administracyjnego, ż e a t o l i w r ę c z s i ę s p r z e c i w i a k o n s t y t u c y i, która wyraźnie orzeka, że u s t a w a k r a j o w a t y l k o n o w ą u s t a w ą k r a j o w ą z m i e n i o n a b y ć m o ż e, n i g d y z a ś u s t a w ą p a ń s t w o w ą, że przeto wszelki inny sposób interpretowania ustaw krajowych pozbawiłby całe ustawodawstwo krajowe wszelkiego znaczenia.

Odpowiedzi dep. K o w a l s k i e g o i innych mówców nie przedstawiają żadnych zgoła nowych punktów widzenia, niemożna też o nich powiedzieć, aby czemkolwiek zbijały argumentacyę dep. Czerkawskiego; odwoływano się tylko do tego, że zaprowadzenie takiej szkoły, jakiej domaga się rezolucya Kowalskiego, jest życzeniem Rusinów, popartem w petycyi przez podpisy najpoważańszych osób ze Lwowa, jako to: X. m e t r o p o l i t y S e m b r a t o w i c z a, niektórych profesorów uniwersyteckich i gimnazyalnych, urzędników i kanoników.

Dep. radca dworu B e e r oświadcza, że co do interpretacyi galicyjskiej ustawy krajowej zgadza się z komisarzem rządowym. Zastósowując orzeczenie Bismarka, że ustawa państwowa unieważnia ustawę krajową (*Reichsrecht bricht Landesrecht*), posuwa się mówca w twierdzeniach swych do takiej ostateczności, że nawet komisarz rządowy H e r m a n n ujrzał się w konieczności oświadczyć, że p o w y ż s z e t ł ó m a c z e n i e u s t a w y k r a j o w e j (t. j. samego komisarza rządowego) u c h o d z i ć m o ż e j e d y n i e z a z a p a t r y w a n i e t e r a ź n i e j s z e g o m i n i s t e r s t w a o ś w i e c e n i a, że jednak nie myśli przeczyć, iż z a p a t r y w a n i e d e p. C z e r k a w s k i e g o m a t a k ż e s w o j ą p o d s t a w ę, choć on jej nie uznaje.

Uchwalono nakoniec polecić rządowi, aby się starał na drodze właściwej o utworzenie ruskiej szkoły ludowej we Lwowie i klasy przygotowawczej przy gimnazyum ruskiem. Wniosku Beera o utworzenie osobnego ruskiego seminaryum nauczycielskiego we Lwowie nie przyjęto; polecono jednak rządowi uczynić co potrzeba do zaprowadzenia równoległych klas ruskich w szkołach ćwiczeń seminaryjskich.

Warszawa 12 marca.

Władze Towarzystwa kredytowego ziemskiego zdawały przed 10-dniami zwykłe roczne sprawozdanie z czynności swoich. Nie w celu podniesienia głosu na cześć instytucyj, która przez lat 50 umiała wywiązać się skutecznie ze swego zadania, która wytrzymała nawalnice nawiedzające kraj nasz peryodycznie, instytucyi mogącej być pod wielu względami wzorem dla wszystkich tego rodzaju instytucyj europejskich, biorę pióro do ręki, ale w celu zdania sprawy z pomysłów zwiększenia zakresu jéj działania.

Niepodlega wątpliwości, że przy tak gruntownych zmianach w stosunkach rolniczych Królestwa, wywołanych prawem o uwłaszczeniu włościan skutkiem czego rolnictwo znalazło się wobec ogromnych potrzeb kapitału zakładowego i obrotowego, Towarzystwo kredytowe ziemskie nie było w granicach wskazanych mu prawem instytucyą dostateczną. Towarzystwo wprawdzie pośrednią drogą przyszło i tym razem potrzebom rolnictwa w pomoc przez podniesienie normy udzielania pożyczek. Usługa była ważną ze względu na wysokość procentów opłacanych od sum hipotecznych i ze względu na to, że biorący pożyczkę zamienił dług terminowy, wypowiedzialny lub wypowiedziany na niewypowiedzialny i amortyzujący się. Ale ulga ta nie była dostateczną nie równoważyła się z rzeczywistemi potrzebami, ograniczała się bowiem do pewnéj ulgi w ciężarach hipotecznych. Ostrożność i przezorność Towarzystwa kredytowego, objęta ścisłemi w téj mierze przepisami z całą sumiennością przez władze Towarzystwa wykonywanemi, stawiała nieprzełamaną tamę dobréj woli i życzliwości władz Towarzystwa. Ale ta sama przezorność nakazywała władzom Towarzystwa podawać środki do regularnego uiszczania się z zobowiązań czyli płacenia rat Towarzystwu należnych, nakazywała im dbać o zwiększenie produkcyi rolnéj i podać rolnikom środki ku temu.

Wprawdzie za przykładem całego świata, powstawały i u nas banki, te jednak zakłady rolnictwu ani pośrednio ani bezpośrednio w pomoc nie przychodziły. Budzący się w rozmaitych kierunkach przemysł fabryczny i handlowy absorbował kapitały w bankach nagromadzone, znajdowały one tu bowiem większą dla siebie korzyść niż przy rolnictwie. Nadto kredyt wymagany przez rolnictwo był co do terminu zwrotu w sprzeczności z zasadami przyjętemi i koniecznemi przy obrotach kapitałami bankowemi, kredyt bowiem potrzebny właścicielom ziemskim jako rolnikom na kupno inwentarza żywego i martwego, na budowle, na melioracye nie jest kilkomiesięczny ale kilkoletni. Z funduszów bankowych mógłby rolnik czerpać tylko kapitał obrotowy, ale i w tem zachodzi przeszkoda, do uzyskania bowiem kredytu potrzeba wzbudzić zaufanie, które jest nie możliwem przy zastoju gospodarstw rolnych, przy niemożności dźwignięcia ich i puszczenia na postępową drogę. Bankowe zakłady przyniosły raczéj znaczną szkodę rolnictwu jak pomoc, zaabsorbowały bowiem z natury rzeczy wszystkie pomniejsze kapitały krajowe, które były nie raz do dyspozycyj rolników; rozrzucone pojedynczo po kraju kapitały nie mogły przychodzić w pomoc skutecznie przemysłowi krajowemu ani mu zaufać, skoncentrowane w masy zwróciły się tam, gdzie było korzystniejsze pomieszczenie.

Położenie to rzeczy władze Tow. kred. oceniły dokładnie; zwiększające się stopniowo zaległości przy opłacie rent, ostrzegały o niebezpieczeństwie położenia. Powstała zatem myśl otworzenia rolnikom kredytu tak zwanego melioracyjnego, czyli dostarczania im funduszu na drenowanie pól, osuszanie bagien, irrygowanie łąk, zakładanie na odległych niwach folwarków itd, każdy rodzaj melioracyj miał mieć innoterminowy kredyt od lat 6 począwszy do lat 12tu. Fundusze zaś miały być dostarczane w miarę postępu robót, pod ścisłą kontrolą władz Towarzystwa i stowarzyszonych. Projekt w głównych zarysach w ten sposób rzucony, opracowany został przez komisyę na ten cel wybraną, złożoną z ludzi światłych i dobréj woli.

Funduszami swemi władze Towarzystwa kredytowego mają prawo rozporządać, pod tym względem wszakże napotkano na nieprzewidziane trudności. Jeszcze w r. 1864 na mocy decyzyi rządu, z nagromadzonych znacznych kapitałów z oszczędności i kar pochodzących, rs. 1,650,000 przelane zostały do skarbu, bez odniesienia się do stowarzyszonych, których fundusz ten był własnością. Wprawdzie rząd zapewniał, że fundusz ten będzie uważany za fundusz użyteczności publicznéj i na cele ogólne Królestwa użytym, tak jak zebranie ogólne Towarzystwa kredytowego było poprzednio postanowiło, ale dotychczas widzimy że tylko w części obrócono go i to bez odniesienia się do władz Towarzystwa na kasy zaliczkowe dla włościan. Oprócz tego jednak Towarzystwo posiada jeszcze znaczne inne fundusze, któremiby dysponować mogło, ale przeciw temu wystąpił prezes Tow. pan Mengden, mianowany przez rząd Rosyanin, ze stosunkami kraju nieobeznany, który przyniósł element rozkładowy raczéj niż organizacyjny do Tow. kred.; zaprzeczył on władzom Towarzystwa prawa dysponowania tym funduszem pod pozorem, że to jest kapitał rezerwowy, nietykalny, którego na inny cel użyć, ani ciężarem jakimkolwiekbądź obarczać nie wolno, stanowić ma bowiem kaucyę wypłaty w terminie kuponów od listów zastawnych. Władze Tow. kred., dalekie od naruszania przepisów, których musiały strzedz przez lat 50 z taką przykładną stałością, wystąpiły przeciwko temu absolutnemu rozporządzeniu prezesa, utrzymując, że wysokość kapitału rezerwowego i źródło jego pochodzenia prawem są dokładnie określone i że nie wszystkie fundusze Towarzystwa do kategoryj funduszu rezerwowego policzone być winny. Skutkiem téj protestacyi złożoną została komisya, któréj zadaniem jest rozróżnić fundusze nietykalne, stanowić mające w myśl prawa rezerwowy kapitał, od funduszów któremi na cele melioracyjne Towarzystwo dysponować by miało prawo. Nie idzie tu o to, aby Towarzystwo miało zapasowych dostatecznie funduszów, do zaspokojenia potrzeb melioracyjnych, wówczas bowiem ograniczyć by musiało działania swoje do bardzo szczupłego zakresu, ale o to, by miało fundusz dostateczny jako kaucyę na którejby mogło oprzeć emisyę obligacyj w tem celu w miarę potrzeby wydać się mających.

Pożałowania godną jest zwłoka w doprowadzeniu do skutku zamiarów towarzystwa, zwłoka spowodowana głównie opozycyą p. Mengdena, którego nie możemy uważać, jak tylko za delegata partyi milutynowskiej, a zatem elementowi szlacheckiemu wrogiej partyi, która nie zdaje sobie sprawy z tego, że działanie jej obrócić się musi zczasem na korzyść partyi nihilistowskiej. Nie myślę tu robić zarzutu panu Mengden, że obstaje przy nienaruszalności kapitału rezerwowego, byle działanie jego nie było nacechowane wyraźną niechęcią ku krajowi. Jeżeli nie ta niechęć przewodniczy jego opozycyi, to miałby p. Mengden pole piastując z zaufania rządu urząd tak wysoki, upomnieć się o zwrot zabranych kapitałów a tym krokiem nabyłby i w oczach rządu zasługi, boby go zwolnił od zarzutu, że grosze zapracowane wzorową oszczędnością i dobrą administracyą w ciągu dwóch generacyj skonfiskował; zarzutu, który na giełdach zagranicznych niekoniecznie kredytowi Rosyi pomaga. Jako charakterystykę działalności liberałów rosyjskich, któréj przedstawicielem w Warszawie jest p. Mengden, przytoczyć winienem jeszcze jeden fakt. Władze Tow. kredytowego pochodzą z wyborów, urzędnicy zaś wszyscy z nominacyj tychże władz kolegialnie rozstrzyganej po części na podstawie egzaminów, jak przy radcach prawnych, po części, jak przy niższych stopniach na podstawie dowodów kwalifikacyjnych popartych aplikacyą. Ten system rekrutowania sił roboczych dawał pewną cechę nieodwołalności urzędnikom, a skutkiem tego niepodległości, która z dobrem instytucyi jest zgodną. P. Mengden prawo nominowania urzędników chce zagarnąć, przedstawiając władzom wyższym potrzebę zmiany w tym względzie prawa, a to dla większej zależności urzędników od prezesa. Wielce byłoby do życzenia, by władza nie przychyliła się do jego centralistycznych dążności.

Z dziedziny instytucyj kredytowych wspomnieć tu winienem, że przychylnie do prośby kilkunastu miast Królestwa o pozwolenie założenia zjednoczonego Towarzystwa miejskiego kredytowego z solidarną odpowiedzialnością, minister skarbu powierzył Tow. kred. ziems. rozpatrzenie tej kwestyi i wypracowanie odpowiedniego projektu z organizacyą administracyi odrębnej lub też z podciągnięciem nowej instytucyi pod zarząd Tow. kred. ziems. Komisya w tym celu złożona zajęła się gruntowne rozpatrzeniem kwestyi i referent jej p. A. G. zdał już raport, w streszczeniu zaś podał do pisma *Niwa* ciekawe sprawozdanie. Jest prawdopodobnem, że zarząd nowo kreować się mającej instytucyi, powierzonym zostanie władzom Tow. kred. ziems., przez co podwójny cel osiągniętym zostanie: 1) zaufania większego w papiery w kurs puścić się mające; 2) oszczędności w zarządzie; wzorowa bowiem prostota w organizacyi manipulacyi jest cechą zarządu Tow. kred. ziems. Jest nadzieja, że przezorność Towarzystwa jak dotychczas wszelkim instytucyom kredytowym w kraju naszym, któréj mieliśmy w ostatnich czasach dowody przy organizacyi Tow. kred. miejskiego w Warszawie, tak przewodniczyć będzie nowo projektowanej instytucyi. Niech mi wolno będzie zwrócić tu uwagę na to, że jednym z warunków koniecznych pawodzenia jej jest zupełna zmiana dotychczasowych zasad ubezpieczania nieruchomości.

Wiedeń 18 marca. Kluby wiernokonstytucyjne zbierają się dziś na wspólną konferencyę, czyniąc zadość życzeniu klubu postępowego. Przedmiotem obrad ma być, jak wiadomo, wniosek dep. Sturma o zmianę ustawy o delegacyach wspólnych. Na zgromadzenie to zaproszeni zostali, jak donoszą dzienniki wiedeńskie, Rusini i hr. M i e r o s z o w s k i.

— Podajemy w dosłownym przekładzie interpelacyę wniesioną na wtorkowem posiedzeniu Izby deputowanych przez dep. Dra S z r o m a do ministra spraw wewnętrznych:

„Wedle sprawozdania czeskiéj Kasy oszczędności w Pradze z r. 1876 trzeba było pokryć rozmaite straty w wysokości 998,008 zł. z funduszu rezerwowego. Przechodząc rachunki i sprawozdania zakładu tego z lat poprzednich, można przekonać się, że straty te powstały ztąd, iż rzeczona Kasa oszczędności zakupowała listy zastawne tak zw. banków *chabrusowych* i pomieściła je w bilansie r. 1875, i to: listów zastawnych wiedeńskiego Towarzystwa akcyjnego dla kredytu hipotecznego za 270,000 zł., tudzież listów zastawnych banku dla kredytu hipotecznego i zaliczkowego i zakładu *Crédit foncier* dla królestwa czeskiego za 2,059,810 zł. Papiery te bilansowano po kursie 93, 91 i 80, lubo po części całkiem były pozbawione wartości i wcale nie notowane na giełdzie, po części miały tylko kurs 55 zł., podczas gdy zapisano je w bilansie po 80 zł. Bilans ten nazwały dzienniki w początku r. 1876 fałszywym i dowiodły, że wedle kursów bilansowych z d. 31 grudnia r. 1875 pozycye te były o 660,710 zł. mniéj warte niż je pozapisywano do bilansu; daléj, że namiestnik Czech nietylko najzupełniejszą posiadał o tem wiadomość, lecz uznał odpisanie u tych papierów za zbyteczne. W końcu grudnia r. 1876 między dyrekcyą czeskiéj Kasy oszczędności za interwencyą namiestnika Czech a między pewnym pożyczającym przyszła podobno do skutku transakcya, mocą któréj papiery te w nominalnéj wartości zł. 2,441,000 po kursie 60 zł. na długi szereg lat i na niski procent wypożyczono, przez co zakład rzeczony z różnicy między kursami przyjętemi w końcu grudnia 1875 r. po 93, 91 i 80 a kursem elokacyjnym po 60 poniósł nową stratę w ilości 640,000 zł. Nie można jednak uwierzyć, iżby wśród okoliczności dzisiejszych miał był znaleść się pożyczający, którýby w ten sposób chciał przynieść czeskiéj Kasie oszczędności ofiarę blisko ³/₄ miliona zł. przy dostatecznéj prawnéj hipotece; owszem trzeba przypuścić, że i w tym wypadku znowu nierzetelna gospodarka z pieniędzmi czeskiéj Kasy oszczędności ma być pokryta płaszczykiem transakcyi fikcyjnéj. Takie atoli postępowanie zdolne zupełnie podkopać w ludzie zaufanie niezbędne takim zakładom stojącym pod nadzorem państwowym i dotkliwie pokrzywdzić prawa depozytaryuszy, z którego to powodu zapytuje się Jego Eksc. pana ministra spraw wewnętrznych:

Czy wysoki rząd poczytuje sobie za obowiązek i czy skłonny poddać omówione tu wydarzenia w czeskiéj Kasie oszczędności w Pradze dokładnemu rozpoznaniu i zarządzić co daléj z prawa wypada stosownie do wyników poszukiwania." podp. Dr *Szrom* (i 32 inne podpisy).

Sprawa wschodnia.

Według listu z Konstantynopola do *Polit. Corr.* z d. 13 marca, zawarcie pokoju z Serbią, zwłaszcza zaś opuszczenie Aleksinaczu, sprawiło między ludnością turecką bardzo niekorzystne wrażenie. W zeszły piątek porozlepiano na wszystkich budynkach rządowych, główniejszych placach i ulicach, plakaty podburzające przeciw rządowi, który bez woli narodu podpisał haniebny pokój z Serbią. Zdobycie Aleksinaczu, powiadają one, kosztowało tyle krwi mahometańskiej a rząd go odstąpił bez wahania. W końcu plakaty te zastrzegają się w imieniu narodu przed wszelkiemi ustępstwami terytoryalnemi dla Czarnogóry. Nie ograniczając się jeszcze na tem, odezwy te żądają usunięcia z Konstantynopola Mahmuda-Damada baszy, szwagra Sułtana i ministra wojny Redifa baszy. Nazwano ich intrygantami i zdrajcami ojczyzny, gdyż mieli się przyczynić do upadku Midata. „Cały naród — powiada odezwa — żąda wygnania tych osobistości". Plakaty te przypisują ulemom, gdyż mieszczą one wiele cytacyi z koranu. Równocześnie wydano podobną odezwę w szkole wojskowej w Pancaldi, gdzie przyszło do większych jeszcze zaburzeń. W zakładzie tym jest zwyczaj, że codziennie po modlitwie uczniowie wydają okrzyk na cześć sułtana mówiąc: *Padiszachim-Czok-Yasza.* Jednego dnia wieczorem wszyscy uczniowie tego zakładu zaczęli krzyczeć na cześć Midata. Przywódców tego sprzysiężenia uwięziono natychmiast i odwieziono do Seraskizeratu. Prócz tego uwięziono jeszcze wielką liczbę softów i dnia 12 marca okręt wojskowy „Assyr" wywiózł ich do twierdzy St. Jean d'Acre. Surowa kara za taką drobnostkę wzburzyła umysły publiczności. Najrozsądniejsi Turcy są zdania, że fałszywy ten krok rządu, pociągnie za sobą zgubne następstwa. Przed Sułtanem trzymają jeszcze wszystko w tajemnicy, gdyż w kołach dworskich twierdzą, że stan zdrowia Sułtana wymaga tego. Wzburzenie doszło do tych rozmiarów, że z delegowanych serbskich został tylko Petrow effendi w Konstantynopolu, reszta delegatów, obawiając się rewolucyi opuściła Stambuł jeszcze przed podpisaniem pokoju.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 19 marca. Wczoraj odbyło się ostatnie posiedzenie komisyi konkursu dramatycznego krakowskiego. Obecnymi byli pp.: Estreicher, Kłobukowski, Koźmian, Sokołowski, Siemieński, Szukiewicz, Tomkowicz. Przeczytano wspólnie komedyę prozą w czterech aktach: *Spadkobiercy.* Poczem przystąpiono do głosowania. Jak wiadomo, zaleconych do wspólnego czytania było sześć komedyj: *Piękne Słówka, Bratnie Dusze, Pan Damazy, Z duchem czasu, Dewotki, Spadkobiercy.* Te zatem tylko sztuki ubiegać się mogły w głosowaniu o nagrodę lub o zalecenie do grania. Nagród było dwie: jedna w ilości 600 złr., dla najlepszej komedyi; druga w ilości 300 złr. dla najlepszej sztuki ludowej. Że zaś nie zalecono do wspólnego czytania żadnej sztuki ludowej, głosowano więc tylko nad nagrodą 600 złr. J e d n o g ł o ś n i e przyznano ją komedyi w czterech aktach prozą: *Pan Damazy*, a po odpieczętowaniu dołączonej koperty, okazało się, iż autorem jej jest p. Józef B l i z i ń s k i. Przystąpiono następnie do głosowania nad zaleceniem do grania. Komedya w czterech aktach prozą *Spadkobiercy*, otrzymała cztery głosy, lecz między temi jeden z zastrzeżeniem, aby autor ją przerobił. Komedya w czterech aktach prozą: *Z duchem czasu,* otrzymała trzy głosy, lecz między temi dwa z zastrzeżeniem, aby autor ją przerobił. Komedya w czterech aktach prozą: *Piękne Słówka*, otrzymała jeden głos. Żadna zatem komedya nie otrzymała potrzebnej liczby głosów, aby być zaleconą do grania, a jednogłośnie otrzymała nagrodę 600 złr. komedya w czterech aktach prozą p. Józefa B l i z i ń s k i e g o: *Pan Damazy.* Sprawozdanie z czynności komisyi ogłoszonem zostanie. Pozostałe z tegorocznego konkursu 300 złr., użyte zostaną w przyszłym konkursie dramatycznym krakowskim.

— Dnia 17go b. m. odbył Wydział Towarzystwa muzycznego nadzwyczajne posiedzenie pod przewodnictwem wiceprezesa p. starosty W a c h t l a. Przedłożony przez podskarbiego preliminarz dochodów i wydatków na rok 1877 przydzielono osobnej Komisyi do rozpoznania i wniosku na następnem posiedzeniu. Odkładając stałe umieszczenie Towarzystwa do chwili odpowiedniejszej, postanowiono lokal dotychczasowy od nowego roku szkolnego zamienić tymczasowo na inny zastósowany do obecnych potrzeb Towarzystwa. W sprawie wydobycia funduszów po zwiniętej bursie muzycznej wysłuchano udzielonych przez Przewodniczącego pierwszych szczegółowych wyjaśnień, postanawiając w celu zaczerpnięcia dalszych odnieść się do władz dotyczących. Wyznaczywszy roczną płacę dla skrzypka stałego, który ma być zaangażowanym, przyjęto do wiadomości, że nowy kasyer p. Aleksander B o n d z e w i c z, urzędowanie rozpoczął. Wreszcie zapisano 5 zgłaszających się osób w poczet członków Towarzystwa.

W Wielki Piątek wykona Towarzystwo w kościele OO. Dominikanów *Stabat mater* Gounoda. By miłośnikom i znawcom ułatwić dokładne zapoznanie się z tem arcydziełem muzyki kościelnej, dozwolonym będzie wstęp za biletami na próbę jeneralną, w Wielką środę w sali redutowej o godz. 7ej wieczór odbyć się mającą.

— Na wystawę Towarzystwa Przyjaciół Sztuk Pięknych nadeszły obrazy: Kazimierza Alchimowicza: „Dzieci bawiące się na łące" i „Zabytki książąt Arragońskich nad granicą hiszpańską;" hr. Stanisława Szembeka: Portret mężczyzny; Leona Wyczółkowskiego: Studyum akademickie i portret mężczyzny.

— W sobotę podczas przedstawienia *Cudzoziemki* na benefis pani Hoffmannowej, przywitano artystkę oklaskami i licznemi a ładnemi bukietami. Dowiadujemy się, że w dniu tym pani Hoffmannowa otrzymała od wielbicieli jej talentu piękne pamiątkowe podarunki. Wczoraj na drugiem przedstawieniu *Cudzoziemki* po trzecim akcie, w którym Amerykanka recytuje słynny monolog, rzucono także na scenę bukiety.

— Inspektor szkół Dr Stan. O l s z e w s k i przybywszy temi dniami do Krakowa na inspekcyę szkół, zachorował na tyfus, lecz mimo groźnego przebiegu choroby, przesilenie jej już nastąpiło.

— P. Władysław T a t a r c z u c h, krakowianin otrzymał onegdaj na tutejszym Uniwersytecie stopień doktora wszech nauk lekarskich.

— Dr Jan O s z a c k i w Krzeszowicach, wielkiej używający wziętości jako lekarz, a wielkiego też szacunku jako prawy człowiek, porażony został w zeszłym tygodniu, ponowny zaś atak choroby pogorszył wczoraj stan jego, i dziś Dr Oszacki umarł, licząc lat 49.

— **Lwów** 18 marca.

Rada miejska nowo wybrana rozpoczęła już na dobre czynności swe. W kołach nowo wybranych radnych chwycono się teraz popularnego hasła oszczędności. Nie da się zaprzeczyć, że dążenie to jest słuszne, gdyż w ostatnich mianowicie latach cyfra wydatków gminy doszła do bardzo znacznej wysokości, wskutek czego spadają na mieszkańców coraz większe ciężary; jednak z drugiej strony częstokroć oszczędność źle zastosowana jest rozrzutnością, a wydatek produkcyjny oszczędnością. Wyrazem takiej źle zrozumianej oszczędności jest wniosek p. Dobrzańskiego i Gromanna o zredukowanie liczby członków straży pożarnej i zaprzęgów konnych. Liczbę strażaków chcą zredukować z 59 na 46, a liczbę zaprzęgów do 6 par koni, motywując wniosek tem, iż Praga dwa razy większa od Lwowa ma tylko 62 strażników, na których utrzymanie łoży 30,000, Gradec zaś o ludności równej Lwowu ma tylko 36 strażników, których utrzymanie kosztuje 6217 złr., podczas gdy Lwów łoży na utrzymanie straży ogniowej 31 tysięcy złr. Jednak zapomnieli wnioskodawcy, że oba te miasta od dawna mają dachy ogniotrwałe i że tam nie od dziś istnieje bardzo surowa policya ogniowa, gdy przeciwnie we Lwowie są dotąd jeszcze prawie wyłącznie dachy drewniane, a przepisy policyi ogniowej rzadko bywają przestrzegane, tak iż w razie większego pożaru grozi całemu miastu pożoga, którą powstrzymać może tylko liczna, zręczna, a we wszystkie narzędzia należycie zaopatrzona straż pożarna. Oszczędność w tym kierunku dałaby się osiągnąć chyba kosztem bezpieczeństwa publicznego.

Zakład głucho-niemych, który od miasta pobierał dotąd subwencyę w ilości 500 złr. i 12 sągów drzewa, wniósł do Rady miejskiej prośbę o podwyższenie tego wsparcia na 1500 złr. i 20 sągów drzewa. Zakład ten, jedyny na Galicyę i dobrze prowadzony, walczy z ciągłym niedoborem. Jednak znowu ze względów oszczędności Rada odmówiła podwyższenia pieniężnego, a jedynie przyznano o 13 złr. więcej na drzewo, przyczem radny Dobrzański wskazywał, że zakład ten powinien przejść na fundusz krajowy, w którym to celu już kroki były poczynione.

Zgłoszenia na wystawę krajową coraz liczniej wpływać poczynają. Zdaje się, że komitet będzie musiał rozszerzyć budynki do pierwotnie zamierzonych rozmiarów. Ten przypadek jednak przewidziany był w preliminarzu wystawy i nie pociągnie za sobą nowych kosztów. Wczoraj Towarzystwo galic. Kasy oszczędności uchwaliło udzielić 1000 złr. na cele wystawy. Z pomiędzy kolei galicyjskich, do których się udawano, tylko kolej Arcyks. Albrechta odmówiła subwencyi, powołując się na niekorzystny stan finansowy.

— **Oświęcim** 17 marca.

W kronice *Czasu* z d. 16go marca b. r. znajduję korespondencyę o opalaniu szkoły tutejszej, a ponieważ to do mnie wymierzone, więc króciuchno chcę odpowiedzieć i rzecz sprostować.

Nie uważam za obowiązek tłómaczenia się, w jaki sposób węgle sprowadzam, i czy takowych mi zabrakło lub nie, gdyż to do rzeczy nie należy. Nie zamierzam także wyjaśnić korespondentowi zasad higieny, aby się dowiedział, że łatwiej się nabawić można kataru i t. p. wychodząc z mocno, niż miernie ogrzanej klasy; nie chcę stosunków młodzieży tutejszej i jej rodziców do szkoły na widownię wprowadzać, lecz chcę tylko fakta sprostować. Nieprawdą jest bowiem, abym już w jesieni 200 złr. otrzymał; nieprawdą, aby kiedykolwiek były jakie zażalenia do osób kompetentnych wpłynęły; nieprawdą nareszcie, i to już największą nieprawdą, iżby klasy nie były opalane, bo nietylko 10go marca, ale codziennie po dwa razy, każdą salę szkolną się opala, co potwierdzić może całe grono nauczycielskie, wszystkie dzieci szkolne i posługacz, który owe funkcye pełni. Jeżeli się znów zdarzyćby mogło, iż się temperatura chwilowo w sali obniży, to różnorodne towarzyszą temu okoliczności, które na mnie winy zlewać nie mogą.

Adolf Munk, dyrektor.

— **Leżajsk** 16 marca.

(E. D.) Przed kilku dniami odbył się tu teatr amatorski, z którego dochód przeznaczony był na straż ochotniczą. Pomimo przeszkód, jakie stawiano przyjściu do skutku tego teatru, przedstawienie powiodło się bardzo dobrze, amatorowie grali wybornie, to też publiczność licznie zgromadzona nie szczędziła im oklasków. D. 25go b. m. dane będzie drugie przedstawienie amatorskie, składające się z „Polowania na męża" i „Berka zapieczętowanego".

— W r. b. ministerstwo spraw wewnętrznych w Petersburgu zamierza wydatkować na budowę kościołów prawosławnych w Królestwie Polskiem rs. 224,550, więcej niż w roku zeszłym o rs. 150,000.

— Donoszą z Warszawy, że z początkiem miesiąca maja r. b. otwartą zostanie do użytku publicznego cała linia kolei nadwiślańskiej.

— Trybunał najwyższy w Berlinie uznał, że obraza wyrażona na otwartej pocztowej karcie korespondencyjnej, ma być uważaną za obrazę publiczną i jako taka karaną.

— W procesie o pojedynek, którego padł ofiarą przed kilku tygodniami młody Polak, słuchacz politechniki akwizgrańskiej, krakowianin Biberstein-Kosiński, odbyła się w tych dniach przed sądem w Akwizgranie rozprawa ostateczna. Dzienniki niemieckie nie podają przebiegu rozprawy, ani motywów smutnego zajścia, które było jej przedmiotem, donoszą tylko krótko, że przeciwnik i zabójca Kosińskiego, politechnik R i m a z Barmen, uznany został niewinnym i bezzwłocznie wypuszczony na wolność.

— Przed kościołem św. Bartłomieja w Berlinie ukazał się d. 12-go b. m., jak donosi *Berl. Frdbl.*, szczególny orszak: naprzód szedł między dwoma grenadyerami uzbrojonymi w nabite karabiny z najeżonym bagnetem i w hełmach, a zatem w służbie, młody, urodziwy huzar, za nim młoda zakwefiona kobieta i stary mężczyzna jej ojciec. Wyszedł na spotkanie ich zakrystyan, który właśnie dzwonił i któremu polecono zaprosić kaznodzieję Vorberga, co natychmiast nastąpiło. Kaznodzieja nadszedł, otwarto kościół, do którego wstąpił naprzód pastor, potem młoda para, mająca przed i za sobą grenadyera, teść, a w końcu zakrystyan, który kościół zamknął. Huzar i młoda kobieta udali się do stopni ołtarza, na których czekał ich ksiądz, grenadyerzy z bronią do nogi stanęli po obu stronach i zaczęła się ceremonia ślubna. Po odbytej ceremonii, mały orszak w tym samym porządku opuścił kościół, przed którym stał powóz. Zaślubieni zajęli w nim miejsce w tyle, grenadyerzy na przodzie i powóz, po czułem pożegnaniu pary młodej z ojcem, ruszył do poczdamskiego dworca w kierunku twierdzy Magdeburskiej, gdzie świeży małżonek ma jeszcze dwa lata przesiedzieć, pocieszając się myślą, że żona jego będzie w pobliżu. Młody huzar jest bogatym spadkobiercą cukiernika berlińskiego, a popadłszy w ręce lichwiarzy ściągnął na siebie rozmaitemi lekkomyślnemi czynami więzienie forteczne. Pomimo tego lekkomyślny huzar wyszedłszy z więzienia może jeszcze żyć dostatnio, jeżeli przestanie być lekkomyślnym.

— W tych dniach sprzedany został przez publiczną licytacyę w Londynie zwyczajny fotel jodłowy, na którym według podania miał siadywać Szekspir, pisząc dzieła swoje. Fotel ten był niegdyś w posiadaniu Johna Bacona, od którego chciał go kupić sławny aktor Garrik, ale Bacon niechciał go sprzedać, mówiąc, że pamiątki takiej nie może oddawać w ręce aktora. Na licytacyi sprzedano fotel ten za stosunkowo niewielką sumę 45 funtów szterlingów.

— W ogrodzie aklimatyzacyjnym w Paryżu odbywają się przejażdżki na słoniach, wielbłądach a nawet na strusiach. Z nastaniem wiosny zapowiedzianą tam jest nowa zabawa. Będą to przejażdżki wodne na łódkach, ciągnionych przez foki nazywane lwami morskiemi, które nadzwczajnie są zwinne, silne i wielką okazują zdolność do nauki. Idzie tylko o sposób zaprzęgania ich i kierowania niemi.

TEATR. We wtorek dnia 20go marca: Po raz trzeci: Komedya w 5ciu aktach Aleks. Dumasa (syna), przełożył dla sceny krakowskiej Wład. Sabowski: *Cudzoziemka (L'Etrangère)* — Początek o godzinie 7ej.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dni powszednie 30 centów.

— Dnia 17go marca pochmurno, popołudniu i wieczorem deszcz; termometr z 8·8 C. spadł wieczorem na 2·4 C. Dnia 18go również pochmurno; termometr od 0·8 doszedł 5·4 C. Barometr z małym ruchem; o 6ej rano dnia 19go marca stan jego był 737·9 mill., termometru 0·0 C. Wiatr północno-wschodni.

— We wtorek dnia 20go marca: Św. Eufemii i św. Teodozyi mm.

Wiadomości bibliograficzne.

— *Postępu Rolniczego* wychodzącego w Bytomiu (Beuthen O. S.) wyszedł Nr. 6 i zawiera: Od redakcyi. Czy stosunki gospodarcze i finansowo-ekonomiczne oddziałują na rozwój narodowo-poltiyczny? Sprawozdanie Towarzystwa literacko-rolniczego Akademików Polaków w Proszkowie: Fr. Pawłowicz, Wł. Fenrych. Uwagi pasieczne zastósowane do czasu (Bartnik). Przegląd gosp.: Grabie mechaniczne (drzeworyt). Rozdrabniacz Bentalla (drzeworyt). Sprawozdanie Banku „Westy". Lekarz na wsi, z orygnału francuskiego, przełożyła Marya Anastazya Miłkowska (ciąg dalszy). Walne zebranie central. Towarzystwa gosp. W. ks. Poznańskiego. Rozmaitości. Wiadomości handlowe i telegraficzne. Ogłoszenia. Cennik nasion (dodatek).

Sprawy sądowe.

Lwów 17 marca.

Nieproszeni goście w Galicyi.

Przewodniczący radzca B u d z y n o w s k i, sędziewie pp. B u s z a k, L e w i c k i, M o g i l n i c k i. Oskarżyciel publiczny podprokurator Dr Z b o r o w s k i.

Proces socyalistów we Lwowie — to rzadkie zdarzenie. Podobno po raz pierwszy publiczność lwowska miała sposobność przypatrzeć się z bliska emisaryuszom idei socyalizmu, o których na szczęście dotąd jedynie z dzienników się dowiadywała.

Czterech było oskarżonych. Spoglądając jednakże na nich przyznać trzeba, że z powierzchowności przynajmniej nie przedstawiają się tak strasznie, jakby może wyobraźnia odmalowała wysłanników czerwonego widma. Są to młodzieniaszki, z których najstarszy zaledwie przekroczył 25 rok życia.

Pierwszy Sergiej J a s t r z ę b s k i, (przybierający nazwisko Jana Jacenki) liczy lat 19, jest już żonaty i był słuchaczem medycyny w uniwersytecie charkowskim. Młodzieniec ten o rysach dość pospolitych o włosach długich, w nieładzie utrzymanych broni się po rosyjsku.

Aleksander Konstanty K u r t j e w, rodem z Odessy liczy lat 25, ukończył cztery klasy gimnazyalne i był następnie pisarzem gminnym w Aleksandryi, w gubernii Chersońskiej. Przed uwięzieniem piastował urząd biletera przy ruskim teatrze. Włosy krótko ostrzyżone, wyraz twarzy o ciemnej cerze niem[illegible] oczy przenikliwe.

Trzeci Aleksander C z e r e p a k i n, uwięziony [illegible] nazwiskiem Doroszenki rodem z Kremenowa[illegible] bernii Półtawskiej liczy lat 25, ukończył[illegible]

medyczny w Kijowie. Oskarżony ten najstaranniej ze wszystkich ubrany, wygląda na człowieka inteligentnego.

Wszyscy trzej wymienieni są poddanymi rosyjskimi; czwartym jest tutejszy słuchacz filozofii Michał Pawlik, lat 23 mający.

Po odczytaniu aktu oskarżenia, z którego ważniejsze szczegóły podaję poniżej, wykluczono na wniosek oskarżyciela jawność rozprawy.

Z aktu oskarżenia dowiadujemy się co następuje: Dnia 9 stycznia b. r. przytrzymała policya lwowska Sergieja Jastrzębskiego i Aleks. Kurtjewa tudzież Pawlika jako podejrzanych o niedozwolone związki z zagranicznemi towarzystwami socyalistycznemi i o rozkrzewianie zasad ich w Galicyi. Dnia 14 stycznia doniesiono następnie policyi, że w hotelu angielskim mieszkają dwaj Rosyanie, zameldowani jako Igor Kołodyj i Aleksander Doroszeńko, którzy wielką ilość książek wiozą z sobą i rozdają takowe młodym ludziom. Zdołano przytrzymać tylko Doroszeńkę, który oświadczył, iż nazwisko to jest tylko przybranem a właściwie nazywa się Czerepakin. Igor Kołodyj wyjechał już poprzednio. Przy rewizyi znaleziono korespondencyą, z której się okazało, że Czerpakin był polecony Pawlikowi przez byłego profesora uniwersytetu charkowskiego Dragomanowa, który opuściwszy Rosyę, z Genewy rozwija agitacyę socyalistyczną, że dalej Czerepakin z polecenia tegoż Dragomanowa znosił się z wieloma osobami w Węgrzech, że ma przy sobie wiele pism podburzających, które znaleziono także u Pawlika i Jastrzębskiego. Pism tych dostarczał Robert Dahle, redaktor pisma socyalistycznego *Wpierod*, wychodzącego w Londynie, którego listy również znaleziono.

Obwinieni przeczą, aby byli ajentami jakiego zagranicznego stowarzyszenia socyalistycznego. Jastrzębski opowiadał, że wplątany w Charkowie w śledztwo za rozszerzanie pism rewolucyjnych we wrześniu 1876 uciekł do Genewy. Nie znając jednakże języka niemieckiego, ani francuskiego przybył do Lwowa, spodziewając się, że będzie mógł uczęszczać [illegible] techniki. Tu się przypadkowo zaznajomił z Pawlikiem i Kurtjewem i zawiązał korespondencyę z Dragomanowem i Dahlem.

Kurtyjew twierdzi, że przybył do Galicyi szukać zatrudnienia z rekomendacyą prof. Dragomanowa, Pawlik zaś, że przyjął Jastrzębskiego z litości do siebie i za jego pośrednictwem sprowadzał sobie książki treści socyalistycznej, tudzież zawiązał korespondencyę literacką z Dahlem i Dragomanowem. Czerepakin opowiada, że po ukończeniu medycyny udał się do Szwajcaryi, gdzie mieszka jego matka i siostra. Przed powrotem do Kijowa otrzymał od nieznanego mu Rosyanina znaczną ilość broszur treści socyalistycznej, między temi skonfiskowaną w Austryi broszurę pod tytułem *Pro bohactwo za bidnost*, z poleceniem, aby się zatrzymał we Lwowie, gdzie ktoś zgłosi się do niego po te broszury. Od prof. Dragomanowa otrzymał również zlecenie, aby zostającym z nim w korespondencyi osobom w Węgrzech podoręczał książki. Jadąc przez Wiedeń i Węgry spełnił te polecenia.

Mimo zaprzeczenia podsądnych, aby byli członkami towarzystw tajnych i aby usiłowali zbierać członków dla tych towarzystw, Prokuratorya oskarża ich o występek z §§ 285, 287 i 293 ust. karn. (uczęstnictwo w tajnych stowarzyszeniach), gdyż niektóre ustępy listów znalezionych taki udział wskazują. W jednym z tych listów Jastrzębski nazwany jest „posłańcem," z innego listu Dragomanowa wynika, że Jastrzębski i Pawlik spełniać mają misyę w Galicyi, przyczem powinni być bardzo ostrożni, bo Galicyanie są nowicyuszami w takich rzeczach; Robert Dahle zaś w liście swym spodziewa się, że mu Pawlik doniesie o stanie rewolucyjnym w Galicyi; list do Jastrzębskiego zaś mówi o przebiegu sprawy rewolucyjnej, przytem wyraża, że przebieg rewolucyjnej sprawy w Galicyi „oznacza się nie liczbą socyalistów z inteligencyi, liczba ta bowiem nawet przy dobrej propagandzie socyalistycznej idei będzie zawsze nieznaczną; — lecz ogólnym ekonomicznym stanem ludności istnieniem wśród niej dążności i ochoty ku ulepszeniu swego położenia sposobem rewolucyjnym." Dalej wynika z listu Anny Pawlikowej, że Pawlik rozpoczął w powiecie kosowskim agitacyę socyalistyczną i napominał członków, aby palili wszystkie korespondencye z obawy przed żandarmami. Korespondencye przychwycone u Czerepakina świadczą o tem, że tenże jest członkiem stowarzyszenia socyalistycznege, a sam w jednym liście do Dragomanowa pisze, że widzi ze sposobu myślenia Galicyan, iż propaganda socyalizmu u nich się nie przyjmie. Sama wreszcie treść pism, przytrzymanych u Czerepakina, jego podróże w Węgrzech itp. świadczą, że działał on jako wysłannik.

Nadto oskarża Prokuratorya Michała Pawlika o zaniechanie zameldowania Jastrzębskiego, tego ostatniego zaś o używanie obcego paszportu i przybranie fałszywego nazwiska, tudzież o znieważenie strażnika policyjnego; Czerepakina zaś o przekroczenie przepisów meldunkowych, przez przybranie fałszywego nazwiska Doroszeńki.

Wyrok w tej sprawie zapadnie w poniedziałek.

Gospodarstwo, przemysł i handel.

Zgromadzenie przemysłowców.

Kraków 19 marca. Wczoraj odbyło się w sali radnéj miejskiéj zebranie tutejszych producentów, zwołane przez p. T. Baranowskiego, jako wiceprezesa krak. filii Komitetu wystawy „w celu zdeklarowania się pod względem udziału w wystawie." Zgromadzenie odbyło się pod dobrą wróżbą, gdyż w poprzedzających je rozmowach zapewniał p. Prezydent miasta, że wystawa świetnie się powiedzie, gdyż cała usilność komitetu zwróconą jest na to, żeby za pieniądze subwencyjne zakupywać i zgromadzić na wystawie wszelkie okazy przemysłu domowego, aby następnie po wystawie na mocy takiego zbioru mogły się rozpocząć czynności i starania dotyczące dzwignięcia tego przemysłu; te więc usiłowania komitetu nadadzą wystawie właściwy charakter, podczas gdy wszystko inne będzie jakby tylko przyozdobieniem wystawy.

Następnie zebrani wypowiadali i obradowali nad życzeniami, któreby do wiadomości Komitetu podać należało, a które, tem więcéj są uprawnione, gdy pierwotny program wystawy został stosownie do czasu, okoliczności i położenia kraju zmodyfikowany. Życzenia te dotyczyły czterech punktów.

1) Czy i jaką kwotę przeznacza Komitet bądź na zakupno okazów, bądź na zaliczki dla rękodzielników w celu umożliwienia im udziału w wystawie. Wprawdzie z odczytanego sprawozdania dowiedziano się, że Komitet z subwencyi wynoszącéj około 30,000 złr. przeznaczył sumę 26,000 złr. na same budynki pod wystawę, (która to wiadomość wywołała pewne zdziwienie) lecz zapewne uchwała ta obecenie zostanie zmienioną, więc i życzenie powyższe może uzyskać przychylną odpowiedź.

2) Czyby komitet nieodroczył jeszcze terminu zgłoszeń.

3) Czyby komitet nie zechciał skrócić terminów, według których wyroby przemysłowe mają być dostawione od 15go lipca do 1go sierpnia, więc 4 tygodnie przed wystawą; potem sama wystawa, trwa 4 tygodnie, odbiór po wystawie do dwóch tygodni, razem 10 tygodni, co udział niesłychanie utrudnia i kosztownym czyni. Przedstawiono program dorocznéj wielkiéj wystawy i targu międzynarodowego w Wrocławiu, gdzie się odbywają tranzakcye na miliony a setki tysięcy bywają zwiedzających, a która trwa trzy dni, a trzeba dostawić okazy na dwa dni przed wystawą. Skrócenie więc ile możności terminów wystawy lwowskiéj jest nader pożądanem.

4) Potrzeba uzyskać i ogłosić taryfy opłat, które podobno są już wypracowane, a które żądanie przestrzeni warunkują. W Wrocławiu np. za miejsce pod gołem niebem nie płaci się nic, za miejsce pokryte 50 c. od metra kwadrat.

Następnie na zapytanie przewodniczącego co do deklaracyi odpowiedziano: że są tacy, którzy w każdym razie w wystawie udział wezmą, ale muszą poprzednio wiedzieć i znać taryfy opłat, nadto jest wielu, którzy mają ochotę i zamiar więcia udziału, lecz takowy zależy od wymienionych czterech punktów, upraszano więc, ażeby przewodniczący zaniósł wypowiedziane życzenia do filii, a względnie do Komitetu, poczem deklaracye udziału będą dodiero mogły nastąpić.

Tygodnik finansowy.

Ułożenie wspólnego protokółu mocarstw, które brały udział w konferencyi konstantynopolitańskiej, uznały giełdy za dosyć pewny symptom pokoju. Bez względu więc na to, co Turcya uczyni i bez względu na to, co Rosya, może nawet przy zapewnionem [illegible] drugiego mocarstwa, w skrytości zamierzać jeszcze może; zapanowała raptem na wszystkich giełdach dążność do zwyżki.

Na giełdzie wiedeńskiej tendencya ta ukazała się dopiero w sobotę, po całotygodniowej tak zupełnej stagnacyi w interesach wszelkiego rodzaju, jakiej jeszcze w annałach giełdowych nie pamiętają. Okazała się zaś zwyżka najpierw w tem, w czem się powinna była pojawić — w kursie rent, w ostatnich czasach nad miarę obniżonym, z których papierowe szczególniej znacznie poszły w górę i w akcyach węgierskiego banku kredytowego (*Ungarische Credit-Bank*), jedynego z większych banków monarchii austryackiej, który nieco lepsze od wszystkich innych wykazał zyski z całorocznych czynności. Należała się przytem pewna podwyżka nad miarę obniżonym w kursie akcyom kolejowym, które też stosowny mały awans zyskały. Natomiast w najmniej usprawiedliwiony sposób zrywała się spekulacya wiedeńska do podwyższania kursu wszystkich miejscowych papierów, bynajmniej na to pod względem swej wewnętrznej wartości nie zasługujących. Spekulacya wiedeńska tylko w tem wyrachowaniu drogą tą puścić się mogła, że kontrmina, zaskoczona nagłym, a dosyć niespodziewanym widokiem pokoju, będzie się teraz musiała pokrywać. Jeżeli więc i kontrmina uwierzy w niezawodność pokoju, i na nowe zmiany w dyplomacyi europejskiej liczyć już przestanie, to przez czas pewien, dopóki się zupełnie nie pokryje, lub zmiany w obecnem zapatrywaniu się na kwestyę wschodnią nie zajdą, potrwać może zwyżka nawet w tych kierunkach, w których się wcale rozwijać nie powinna. Gra ta zresztą odbywała się jedynie w szczupłem dzisiaj gronie stałych uczęstników giełdy wiedeńskiej, szerszy ogół publiczności wcale udziału w ruchu tym nie brał i nie zjawi się też rychlej, dopóki niezbite fakta nie udowodnią, że nietylko sytuacya polityczna stanowczo się już ku widokom pokojowym skłoniła, ale i przebieg interesów wszelkich przedsiębiorstw ekonomicznych i finansowych był tego rodzaju, że przezeń wzrosła wewnętrzna wartość tych zakładów i skutkiem tego na przyszłość liczyć będzie można z pewnością nietylko na trwałość ich bytu, ale też i na jaką taką dywidendę, bo dzisiaj nawet kuponu procentowego opłacać nie mogą i umorzenie go jest rzeczą zwyczajną u najsilniejszych nawet instytucyj wiedeńskich.

Zgodnie z różowem zapatrywaniem się na kwestyę wschodnią obniżał się też kurs walut metalowych.

Komisya centralna wystawy paryskiej 1878 roku.

Urzędowa *Wiener Ztg* ogłasza skład Komisyi centralnej, utworzonej w Austryi, a zatwierdzonej przez N. Pana, która zająć się ma urzędowym udziałem Austryi w wystawie paryskiej w r. 1878. Protektorem wystawy jest arcyksiążę Karol Ludwik, prezesem Komisyi minister handlu p. Chlumecki; w liście członków zaś znajdujemy następujące nazwiska z Galicyi: Maksymilian Bodyński, sekretarz i poseł Izby handlowej lwowskiej; hr. Włodzimierz Dzieduszycki, członek Izby wyższej, właściciel dóbr we Lwowie; Natan Kallir, prezes i poseł Izby handlowej brodzkiej; Ja. Matejko, malarz w Krakowie; Dr Ferdynand Weigel, poseł do Rady państwa, sekretarz i deputwany Izby handlowej krakowskiej.

Wadowice 13 mrca. — Płacono za hektolitr pszenicy 9·60 do 9·75; żyta 6·90 do 7·30; jęczmienia 4·86 do 5·28; owsa 3·24 do 3.42; ziemniaków 2.40 za 100 kilogr. siana 250; słomy 2·14.

Biała 13 marca. — Za hektolitr pszenicy 9·15 żyta 6·50, jęczmienia 5·10, owsa 3·30, kukurudzy 5·40, fasoli 7·50, soczewicy 14·50, prosa 9·20 tatarka 6·—, ziemniaków 2·60, za 100 kilogramów, siana 3·—, koniczu 3·20, słomy 2·80, wełny od 160 do 300; koniczyny 60 zł.

PRZEGLĄD POLITYCZNY.

Depesze telegraficzne.

Paryż 18 marca. *Temps* zapewnia, że wczoraj hr. Szuwałow i lord Derby zgodzili się na protokuł.

Rzym 17 marca. Kardynał Simeoni z polecenia Papieża [illegible] w Paryżu i Wiedniu, że Papież na ostatnim konsystorzu nie rozdał dla tego kapeluszy kardynalskich między te kraje, gdyż Francya posiada zwykłą liczbę kardynałów, z Austryą zaś dotyczące rokowania nie zostały w porę ukończone, i dla tego arcybiskupi Wiedeński i Salzburski dopiero w czerwcu otrzymają purpurę. Zapewniają, że między Stolicą apostolską a rządem hiszpańskim toczą się rokowania względem zmiany konkordatu. Układy o zagodzenie sporów z Brazylią znowu napotkały na trudności. Nuncyusz papieski w Rio Janeiro zażądał dalszych instrukcyj.

Petersburg 17go marca. *Goniec urzędowy* twierdzi, że stan zdrowia armii południowej jest zadawalniający.

W sprawie rezolucyi co do języka ruskiego w drugiem gimnazyum we Lwowie, korespondent nasz podaje szczegóły świadczące, że stronnictwo reprezentowane przez p. Kowalskiego nie straciło dawnych łask w sferach wiernokonstytucyjnych wiedeńskich.

Po za Radą państwa stoi parlament klubów. On to rozstrzyga w ważnych wypadkach i zasadniczych kwestyach. I nie dziw, że przewaga klubów się wzmaga, skoro sam gabinet poddając się pod wyroki i orzeczenia tych zgromadzeń poza izbowych uznał tem samem w nich najwyższy parlamentarny trybunał. Wczoraj miało się odbyć zgromadzenie trzech klubów: lewicy, centrum i postępowego, aby orzec stanowczo, czy sprawa zmiany statutu delegacyi według wniosku Sturma ma być teraz podjętą lub odroczoną na później, lub całkiem zaniechaną. Zaproszenie na to zebranie podpisali przewodniczący klubów pp. Herbst, Eichhoff i Coronini, oraz dep. ruski p. Janowski. Zaproszenie okrom różnych odcieni centralistów i wiernokonstytucyjnych otrzymał także hr. Mieroszowski. O ile wnosić można z poprzednich narad w klubach i centrum odbytych z osobna, przypuszczać można, że reforma ta obliczona na rozszerzenie atrybucyj Rady państwa, odłożoną zostanie *ad calendas graecas*.

Giełda wiedeńska rozpoczęła się dziś pod wrażeniem usposobienia pokojowego, na wiadomość o rokowaniach Anglii z Rosyą.

Parlament niemiecki uchwalił w sobotę ustawę, w moc której Alzacya i Lotaryngia poddaną zostaje nawet pod względem prawodawczym pod juryzdykcyę Kanclerza, który ma się porozumiewać z tamecznym wydziałem krajowym; przyczem zważyć należy, że wydział ten złożony jest z landratów czyli prefektów i członków rad deputowanych, nie mających mandatu. Środek Izby głosował przeciw ustawie.

Cesarz Wilhelm nie przyjął jeszcze dymisyi ministra marynarki jenerała Stoscha, ten zaś obstaje przy swojem żądaniu. Powodem dymisyi jest żądanie ks. Bismarka, aby część funduszów na marynarkę oddał mu do dyspozycyi. Między liberałami a wszystkiemi innemi stronnictwami parlamentu niemieckiego panuje niezgodność ze względu na sprawę uwięzionego od trzech miesięcy X. Kanteckiego na żądanie dyrektora poczty w Bydgoszczy. Wnioskodawcy żądali bowiem wypuszczenia więźnia na wolność, a liberały żądają tylko przyspieszenia publikacyi tego ustępu nowego kodeksu, który do pomienionego wypadku odnosić się może.

Wszyscy deputowani parlamentu niemieckiego, którzy są od rządu centralnego zależni, głosować będą w sprawie oznaczenia siedziby najwyższego sądu na całe Niemcy, za ustanowieniem go w Berlinie. Deputowani miasta Berlina, a nawet wielkiej liczby prowincyj bliższych, również oświadczyć się mają za Berlinem, tak iż *Nordd Allg. Ztg* obliczyła, że Berlin otrzyma w tej sprawie zwycięstwo nad Lipskiem.

Dzienniki donosiły o audyencyi Cesarzowej Eugenii, jej syna i p. Rouhera u Piusa IX. Sprzeczne krążyły wersye co do sposobu, w jaki Papież przyjmował excesarzową i były pisma, co wyprowadzały wnioski o nadziejach stolicy Apostolskiej w restauracyę imperializmu francuskiego. Dziennik *Gironde* podaje wręcz przeciwne szczegóły o przyjęciu, jakoby Papież surową przemową powitał Cesarzową, która opuściła sale watykańskie płacząc. Pius IX zatrzymał dłużej młodego księcia, który jest jego synem chrzestnym i w sposób łagodny napominał go, aby jeśli kiedyś wstąpi na tron ojca, nie szedł w ślady jego polityki. Rouher zaś czekał podobno dwa tygodnie na audyencyę, która w końcu odbyła się krótko, a naczelnik bonapartystów nie miał z niej wynieść wrażeń dla siebie przyjemnych.

Wszystkie doniesienia z dwóch dni ostatnich wskazują dobitnie, że nastąpiła zgoda między lordem Derby a bawiącymi w Londynie dyplomatami rosyjskimi co do redakcyi protokułu. A zatem porozumienie bezpośrednie doprowadzonem zostało do skutku, nie jak chwilowo przepowiadano, między Stambułem i Petersburgiem, lecz między Petersburgiem a Londynem. Jaką jest osnowa protokułu, jak dalece rozwiązuje on na przyszłość ręce Rosyi w sprawie wschodniej, lub też pozostawia nad nią kontrolę w rękach mocarstw, jak dalece nawet dotyczy traktatu paryskiego, dotąd nie wiadomo i czekać wypada na tekst protokółu, aby o tem się przekonać i osądzić, o ile on jest rzeczywistem zwycięstwem dyplomatycznem Rosyi, lub też tylko ułatwieniem jej odwrotu dla zażegnania bezpośrednich zawikłań. Ostatnia urzędowa o protokóle wiadomość zawarta w oświadczeniu lorda Northcote w Izbie angielskiej nie wyświeca jeszcze tych wątpliwości, albowiem minister wspomniał o zmianach proponowanych w redakcyi rosyjskiej, lecz nie określił ich znaczenia. Co się zaś tyczy różnic między pierwotnym projektem jenerała Ignatiewa, a tym, za którym lord Derby przemawiał, różne obiegają wersye. Zdaje się przecież najprawdopodobniejszem, że kiedy dyplomata rosyjski chciał naznaczyć Turcyi dwumiesięczny termin do wprowadzenia reform; angielski minister spraw zewnętrznych zmienił redakcyę w ten sposób: „w terminie mającym się bliżej określić i jeżeli mocarstwa uznają to za stosowne." Tym sposobem dalsze kroki zawisłemi byłyby od dalszego zezwolenia mocarstw, a Rosya nie byłaby jeszcze upoważnioną przez nie protokółem do odosobnionego działania. Widzimy zatem, że różnica może być znaczącą i doniosłą, lecz powtarzamy: czekać trzeba na tekst protokółu lub urzędowe doniesienie, zanim wyda się o nim sąd ostateczny. Powyżej oceniamy przypuszczalnie znaczenie protokółu odnośnie do traktatu paryskiego. Czy z owym cudownym protokółem połączono inne sprawy, jak rozbrojenia lub nawet rewindykacyi przez Rosyę kawałka Besarabii, o której w ostatnich dniach głoszono, także nie jest rzeczą wiadomą. Zdaje się przecież, sądząc z dzienników angielskich, że gabinet londyński odstąpił od pierwotnej myśli zażądania od Rosyi, jednocześnie z protokułem, demobilizacyi, co nie przeszkadza, iż zapewne na drodze poufnej kwestya ta poruszeną była i będzie, oczywiście bez nacisku.

Pokojowo zatem, arcypokojowo przedstawia się dzisiaj położenie, lecz nie ma ani jednego w Europie organu, któryby upatrywał w protokóle spisanym w Londynie rozwiązanie lub nawet usunięcie sprawy wschodniej, przeciwnie, protokół, jeżeli zapewni na jeden rok pokój europejski, to jednocześnie, tylko dobitniej postawi na porządku dziennym sprawę wschodnią, a to wystarczy może na dzisiaj tym, którzy radzą, aby Europa nią się zajęła. Pojawia się pogłaska, iż może jenerał Ignatiew jeszcze raz uda się do Berlina. Bawi on nie w samym Londynie, ale w okolicy, w zamku lorda Salisbury, gdzie się odbywały konferencye z ministrami angielskimi. We czwartek jenerał rosyjski ma przybyć już do Wiednia.

Kiedy z Londynu dochodzą nas arcypokojowe wiadomości, przeciwnie ze Wschodu wszystko dobitnie wskazuje, że chociażby nawet protokół zapewnił pokój na rok jeden, to sprawa wschodnia załatwioną, ani nawet usuniętą nie będzie. Układy z Czarnogórą nie rokują dotąd pomyślnego skutku, aczkolwiek być może, że ogólny pokojowy obrót w Londynie wpłynie na nie korzystnie. Do tej chwili pełnomocnicy czarnogórscy czekają na dalsze instrukcye ks. Mikołaja, gdyż jak wiadomo, uważają warunki postawione przez Turcyę za nieprzyjmowalne, tak samo, jak Sawfet basza nie chce się zgodzić na ich żądania. W samym Stambule zdaje się panować pewne wzburzenie umysłów, o czem podajemy szczegóły zajmujące i charakterystyczne z *Pol. Corr.* pod *Sprawą Wschodnią*, a co także niemoże przyczynić się do usunięcia z porządku dziennego kwestyi, która od tylu lat wisi nad Europą, a od dwóch lat przygniata ją całym swoim ciężarem. Nareszcie w Bośni powstańcy znowu uderzają na oddziały tureckie, a aczkolwiek te zbrojne zajścia mogą być małej wagi, wystarczą przecież do utrzymania niepokoju i niepewności nietylko w Turcyi ale i w Europie. Donoszą bowiem, że d 16 b. m. zajść tam miała utarczka między karawaną, która wyruszyła z Liwna pod strażą 500 żołnierzy tureckich i oddziałem powstańców liczącym około 200 ludzi. Powstańcy zostali odparci a straty po obu stronach są liczne.

Ostatnie depesze telegraficzne „Czasu."

Wiedeń 19 marca (*pryw.*). Rozstrzygniętem już zostało, że sejm galicyjski nie zostanie zwołanym w kwietniu, lecz w ciągu lata; termin zwołania nie został jeszcze bliżej oznaczony. Izby odroczone do 23-go kwietnia.

Wiedeń 19 marca. Wczorajsza konferencya klubów wiernokonstytucyjnych odrzuciła wniosek Sturma o zmianę ustawy o delegacyach wspólnych 102 głosami przeciw 58. Przed głosowaniem oświadczył przewodniczący, że tym, którzy wniosek podpisali, pozostawia się zupełna wolność wniesienia go w Izbie.

Wiedeń 19 marca. Dzienniki donoszą, że wczorajsza rada ministrów pod przewodnictwem Cesarza, uchwaliła zwołać delegacye we wrześniu, a przedłożenia ugodowe wnieść w obu parlamentach zaraz po świętach Wielkanocnych. Ministrowie węgierscy odjechali do Pesztu. Szell powraca we środę do Wiednia, aby ukończyć rokowania z bankiem.

Wiedeń 19 marca. W Izbie deputowanych minister handlu oznajmił, iż ustawa względem kredytu na koszta wysłania na paryską wystawę przemysłową, otrzymała sankcyę cesarską. Ustawa tycząca się wysłania deputacyi regnikolarnej uznaną została na wniosek Herbsta za pilną i uchwaloną w pierwszem, drugiem i trzeciem czytaniu według przedłożenia rządowego, bez rozpraw, [illegible]. Ustawa tycząca się połączenia kolei Berneńsko-Rosickiej z koleją rządową, przyjętą została w drugiem czytaniu stosownie do wniosków wydziału.

Buda-Peszt 19 marca. Trzecia sesya sejmu węgierskiego otwartą dziś została reskryptem królewskim.

Zadar 18 marca. Wczoraj pomiędzy Bonaventurą a Drezgnaczem toczyła się zacięta sześciogodzinna walka między powstańcami a Turkami. Ci ostatni cofnęli się do Liwna. Z obu stron znaczne zaszłe straty.

Paryż 18 marca. Doniesienia otrzymane przez ajencyę Havasa z Londynu, potwierdzają, iż pod względem protokułu przyszło do porozumienia i dodają jeszcze, iż posłowie mocarstw oczekują upoważnienia swoich rządów dla podpisania protokółu, które prawdopodobnie dziś albo jutro nastąpi.

Bruksella 19 marca. *Nord* oświadczył ze względu na podania dzienników, iż wiadomo mu, że protokuł nie będzie mieścił w sobie żadnego warunku tyczącego się kroków rozbrojenia Rosyi i Turcyi.

Londyn 19 marca. *Morning Post* dowiaduje się, że po nadejściu odpowiedzi rosyjskiej, układy z Portą rozpoczną się natychmiast.

Londyn 19 marca. Według *Observeru*, lord Elliot wróci do Konstantynopola, ale wyjąwszy nieprzewidzianych wypadków, wyjazd swój zwlekać będzie, pragnąc użyć wypoczynku.

Konstantynopol 18 marca. Delegaci czarnogórscy oczekują jutro odpowiedzi z Cetyni. W ogóle panuje mniemanie, że zgoda Anglii z Rosyą ułatwi porozumienie się między Portą a Czarnogórą i rokowania będą mogły być dalej prowadzone. W takim razie, gdy zawieszenie broni upływa we wtorek, odeszłyby do wojska rozkazy, aby to zachowało się odpornie.— Zamianowanych zostało 30 senatorów, a między nimi jest kilku nie-muzułmanów. Server basza mianowany prezesem Senatu. Otwarcie parlamentu ottomańskiego nastąpi jutro w południe w pałacu.

Kursa. Wiedeń 19go marca, godz. 2 m. 30 po poł. Renta papierowa 64 80 — Renta srebrna 68 75. — Losy z r. 1860 110·75. Akcye Banku Narod. 829·— Akcye kredytowe 156·— — Londyn 120·90 — Srebro 109·10 — Napoleony 9·66½ — Lombardy 80 50 — Losy z r. 1864 134·— — Akcye kolei Karola Ludwika 213·75—Akcye kolei Lwowsko-Czerniowieckiej 117·— — Akcye kolei węg. północ. wschod. 96 50 — Akcye kolei węg. wschod. —·— Anglo Bank 75·— — Obligacye indemn. galicyjskie 85·— — Losy premiowe węgierskie 74·75.— Akcye kolei Koszycko-Bogum. 89·— — Akcye kolei półn. zach. austr. 115·50. — Listy zastaw. hipoteczn. 87·75 — Obligi pierwszeństwa kolei państw. —·— Marki 59·50 — Ruble 152·—.

Usposobienie giełdy: stałe.

REDAKTOR ODPOWIEDZIALNY I WYDAWCA
Antoni Kłobukowski.

Kurs pieniędzy i papierów publ.

Kongregacyi kupieckiej.

Kraków, 19 Marca.

		płacą	żądają
Rubel papier. rosyjski	(za 1 sztukę)	1 51	1 52¼
Rubel srebrny obrączkowy	„ 1 „	1 74	1 84
Mark niemiecki	„ 1 „	0 59	0 60½
Dukat holenderski ważny	„ 1 „	5 70	5 82
Dukat austryacki „	„ 1 „	5 70	5 82
Napoleondor „	„ 1 „	9 68	9 88
Półimperyał „	„ 1 „	— —	— —
20-markówka niem. ważna	„ 1 „	0 —	0 —
Srebro austryackie (za 1 złr.)		111 —	113 —
Kupony austr. srebr. płatne	(za 100 zł.)	110 —	111 50

Listy zastawne i obligi: (Oprócz bież. kuponu, obliczającego się każdodz. w miarę terminu płatn.)

	płacą	żądają
5% Pożyczka krajowa galicyjska	— —	91 50
Obligacye indemnizacyjne galic.	84 25	86 25
4% listy zast. Tow. kredyt. ziem. (we Lwowie, za 100 zł. wa.)	76 50	78 50
5% listy zast. Tow. kredyt. ziem.	83 50	85 —
6% listy hipoteczne banku hipot.	87 —	88 50
6% listy dłużne galic. zakł. włoś.	90 —	92 50
5½ listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, srebrem za 100 zł. w. a.	92 —	— —
6% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwrot. za 36 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	85 —	88 —
6% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwr. za 18 lat banknotami za 100 zł. w. a.	— —	89 50
% listy zast. g. z. kr. z. w Krakowie, zwr. za 20 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	— —	99 —
Prioritety banku gal. d. h. i p. w Krak. (za 100%)	— —	— —
4% listy zastawne król. Pol. ser. I (za 100 r.) (rub. i kop.)	— —	95 50
4% listy zastawne król. Pol. ser. II (za 100 r.)	— —	95 —
5% listy zastawne król. Polskiego (za 100 r.)	89 50	91 50
4% listy likwidac. król. Polskiego (za 100 r.)	78 75	80 50

Akcye kolejowe i bankowe:

	płacą	żądają
Akcye kolei Karola Ludwika po złr. 200	211 —	214 50
„ Lwowsko-Czerniow. „ „ 200	115 —	118 50
hipot. we Lwowie wpł. 200 zł. „ „ 200	— —	— —
Akcye banku gal. dla h. i przem. w Krak. 200 złr.	— —	— —

Losy krajowe.

	płacą	żądają
Losy miasta Krakowa	14 50	15 50
Losy m. Stanisławowa	— —	[illegible] 50

Wiedeń 17 Marca.

	płacą	żądają
5% zjedn. dług państ. bank.	64 25	64 40
5 „ „ „ „ srebr.	68 50	68 75
„ Oblig. ind. niż. Austr.	100 75	101 25
„ „ „ czeskie	100 50	101 50
„ „ „ węgierskie	74 25	75 —
„ „ „ galicyjskie	85 —	86 —
„ „ „ bukowińsk.	82 —	83 —
„ „ „ siedmiogr.	71 25	71 75
5% węgierska pożyczka kol. (po 300 frank.) 120 złr.	99 25	99 50

Listy zastawne.

	płacą	żądają
5% Banku narod. listy	96 45	96 60
4 „ galicyjskie	76 50	77 —
5 „ „	84 —	85 —
6 „ galic. zakł. kred. włośc.	90 50	91 —
6 „ Zakł. kr. z. w Krak. w l. 18	88 —	89 —
7 „ „ „ „ „ „ 20	97 50	98 50
6 „ „ „ „ „ „ 36	86 —	87 —
5½ sr. „ „ „ „ 36	94 —	— —
5% węgierskie listy	— —	30 —
5 „ zakł. kredyt. austr.	105 50	106 —
5 „ zakładu kr. ziem. aust. spłacal. w 33 latach	89 25	89 75
5 „ Domen. państ. 120 złr.	141 25	141 75
6 „ Banku gal. hipot.	87 75	88 25

Pożyczki loteryjne.

	płacą	żądają
Losy pożycz. z roku 1839	286 —	287 —
„ „ „ 1854	105 75	106 25
„ „ „ 1860	109 75	110 25
⅕ losów pożyczki austr. państw. z r. 1860	119 —	119 50
Losy pożyczki z r. 1864	132 —	132 50
„ prem. pożyczki węg.	72 25	72 50

	płacą	żądają
Losy Comorente	21 50	22 —
„ kredytowe	164 20	164 50
„ żeglugi parowej na Dunaju	93 50	94 —
„ księcia Salm	37 25	38 —
„ „ Palffy	28 25	28 75
„ „ Klary	31 —	31 50
„ hr. St. Genois	25 —	— —
„ miasta Budy	30 —	31 —
„ Windischgraetz	24 25	24 75
„ hr. Waldstein	22 —	23 —
„ hr. Keglevich	13 50	14 —
„ Rudolfa	18 50	14 —
„ tureckie 400-frank.	17 50	17 75

Akcye bankowe i przem.

	płacą	żądają
Banku narod. austryac.	824 —	826 —
Zakładu kredytowego	152 80	153 —
Żeglugi parow. na Dunaju	357 —	359 —
Kolei północ. Ferdynanda	1805	1810
„ rządowej fr. a.	227 50	228 50
„ zachod. c. Elżbiety	133 —	133 50
„ Południowej	80 25	80 75
„ Galicyjskiej	212 75	213 25
„ Czerniowieckiej	116 50	117 —
„ Albrechta	— —	— —
„ węg. północ.-wschod.	93 50	94 —
„ ks. Rudolfa 200 zł. sr.	108 50	109 —
„ Alföldsko-Fiumańsk.	97 —	98 —
„ Koszycko-Bogumił.	84 50	85 —
„ Siedmiogrodzkiej	82 —	82 50
„ Cisańskiej	162 —	163 —
„ wschodnio-węgierskiej	— —	— —
„ austryack. półn.-zach.	113 50	114 —
„ Franciszka Józefa	120 —	121 —
Banku anglo-austryackiego	73 75	74 25
Zakładu kredytowego węg.	134 30	134 50
Banku franko-austryackiego	8 50	9 50
„ franko-węgierskiego	— —	— —

	płacą	żądają
Banku galicyj. dla handlu i przem. w Krakowie	— —	— —
„ krajowego galicyjsk. we Lwowie	— —	— —
„ wiedeńskiego dla obrotu płodów	— —	— —
„ galic. hipotecznego	— —	— —
„ dla obrotu ogólnego	79 75	80 25

Obligi pierwszeństwa.

	płacą	żądają
Kolei Dniestrzańskiej	—	— —
„ Koszycko-Bogumińsk.	66 60	67 10
„ państwowej 500 fr.	152 50	153 50
Emisya z r. 1867	144 —	145 —
„ południowej 500 fr.	115 25	115 50
Bony 1875-1876 6%	— —	— —
„ pół. c. Ferd. 100 złr. m. k	100 50	101 —
„ „ „ 100 złr. w. a.	95 50	96 —
„ „ „ w srebr. 5%	106 —	106 25
„ połudn. półn. niem. 5% za 100 złr. w. a.	85 50	86 —
5% w srebrze	91 50	92 50
„ gal. Kar. Lud. 300 z. wa. w srebr. 5% za 100 złr.	101 75	102 25
Emisya II.	98 60	98 80
„ Lwowsko-Czerniow. po 300 złr. (w sr. 5% za 100)	77 75	78 25
Emissya z r. 1867	76 75	77 25
„ Siedmiogr. 200 złr. w. a.	60 25	60 75
„ ks. Rudolfa 300 złr. w. a. w srebr. 5% za 100 złr.	75 80	76 —
Austr. Lloyd 100 złr. m. k.	— —	— —
Towarz. pragskie przem. żel. po 300 złr.	89 —	90 —

Waluty.

	płacą	żądają
Cesarskie korony	5 75	5 86
„ dukat na wagę	5 75	5 86

	płacą	żądają
Napoleondory	09 75⁵⁰	09 76⁵⁰
Suweryny angielskie	12 25	12 33
Imperyały rosyjskie	— —	— —
Srebro	111 30	111 50
Srebro, kupony	— —	— —
Bank. pań. Niemiec. na 100 m.	60 —	60 15
Rubel pap.	1 62⁵⁰	1 63

Lwów 17 marca.

	płacą	żądają
Dukat holenderski	5 70	5 80
„ cesarski	5 74	5 84
Półimperyał rosyjski	9 90	10 20
Rubel srebrny rosyjski	1 72	1 82
„ papierowy	1 52	1 54
Marki 100	60 —	61 —
Listy zast. Tow. kr. gal. 5%	83 80	84 60
„ „ „ „ „ 4 „	77 —	78 —
„ „ Banku hipotecz.	87 70	88 60
Obligi indemn. bez kupon.	84 75	85 75
Akcye kolei galic. K. L. b. k.	211 —	213 —
„ „ Lwow.-Czern.	115 50	117 50
„ banku hipot. gal.	211 —	215 —

Warszawa 15 marca.

	płacą rub.	kop.	żądają rub.	kop.
Listy zastawne 1ej seryi	95	25	—	—
„ „ 2ej seryi	95	25	—	—
kupon	092½		—	—
„ „ nowe	84	15	84	45
kupon	115⅛		—	—
„ likwidacyjne	79	70	80	00
kupon	115⅛		—	—
Kolej warszawsko-wiedeń.	—	—	—	—
„ „ bydg[illegible]	—	—	—	—
Rosyj. pożyczka prem. 1864 r.	193	—	—	—
„ „ „ 1866	195	—	—	—

ZAPROSZENIE DO PRZEDPŁATY na

„Postęp rolniczy“

organ przemysłowo-gospodarczy prowincyi szląskiéj.

Wychodzi 1 i 15 każdego miesiąca w Bytomiu na Górnym Szląsku. (677-1-3)

Podaje artykuły gospodarcze, rolnicze, przemysłowo-handlowe, z drzeworytami.

Zapisać można za cenę kwartalną 1 złr., przesyłając prenumeratę wprost do Redakcyi **„Postępu rolniczego“** w **Bytomiu** (Beuthen O.-S.)

NAKŁADEM KSIĘGARNI **F. H. Richtera we Lwowie** zaczęła wychodzić z dniem 1 marca b. r.

Biblioteka historycznych romansów polskich

w któréj zostaną pomieszczone najcelniejsze utwory literatury polskiéj.

Publikacya rozpoczęła się słynną powieścią Bernatowicza: „Pojata córka Lezdejki albo Litwini XIV wieku“. Potem nastąpią: „Mysza wieża“ Bronikowskiego, „Nałęcz“ Bernatowicza i wiele innych.

Tygodniowo wychodzi 1 zeszyt po cenie 25 cent.

Składanie przedpłaty nie jest koniecznem.

Przy odbiorze 40 zeszytu, który wyjdzie z końcem roku, prenumeratorowie otrzymają tytułem premii za dopłatą tylko 4 złr. wspaniałe dwa pejsaże (olejne druki) w ramach złoconych. — Pojedyncze zeszyty można nabywać we wszystkich księgarniach.

Wzywam niniejszem córkę moją Wandę Władysławę Weber, któréj miejsce pobytu nie jest mi wiadomem, aby listy do mnie pisane wprost pod moim adresem nadsyłała.

Ojciec, ulica Grodzka Nr. 100 w Krakowie.

Zawiadamiam niniejszem na kilkakrotne [illegible] do [illegible] na pogrzeby, że wynajmuję najgustowniejszy nowy wiedeński Karawan z zaprzęgiem za 4 złr., dla dzieci 2 złr. Dorożki jaknajtaniéj. — Zamówienia przyjmuję we własnym domu pod L. 50 przy ul. Smoleńsk w Krakowie.

(768-1-6) **J. Pękalski.**

Nasiona

Erfurckie świeże

są do nabycia u (676-1-)

Wilhelma Fenza

W KRAKOWIE.

Termometry i noże ogrodnicze.

Młody człowiek

z praktycznem i teoretycznem wykształceniem, poszukuje posady rządcy dóbr. — Łaskawe zgłoszenia pod adresem: *N. N. Ropczyce* poste restante. (770-1-3)

Dyrekcya Towarzystwa Zaliczkowego w Jaśle.

Towarzystwo Zaliczkowe w Jaśle zaprasza Szanownych swych członków na **Zgromadzenie Ogólne d. 14 kwietnia 1877 r.** o 2giej godzinie popołudniu w lokalu tegoż Towarzystwa w Jaśle odbyć się mające.

Jasło 14 marca 1877 r. (674)

FAETON LEKKI

w dobrym stanie, **jest zaraz do sprzedania** w Krakowie przy ul. Smoleńsk pod L. 50. (769-1-3)

Dom jednopiątrowy pod Nr. 19

na przedmieściu Grzegórzkach, przy drodze, od 1 kwietnia 1877 r. jest do wynajęcia. — Na pierwszem piętrze 3 mieszkania składające się po dwa pokoje z kuchnią.

Jedno mieszkanie z dużego pokoju z kuchnią na dole. — 3 mieszkania po 2 pokoje z kuchniami. — 1 mieszkanie z jednego pokoju i kuchni. — Dla każdego mieszkania osobna piwnica i strych. (767-1-3)

FIRMA

Wyrób pieców kaflowych T. Michalskiego

już od r. 1848 istniejąca i mogąca się poszczycić zaufaniem Szan. Publiczności, zaopatrzoną jest w znaczny zapas pieców kaflowych białych i różno-kolorowych. Poleca się i nadal łaskawej pamięci Szan. Publiczności i zarazem zawiadamia, że sklep pod tąż firmą przy ulicy Sławkowskiej pod Nr. 266 posiada znaczny zapas kamiennych naczyń kuchennych z Bolesławia i Saksonii.

(776-1-5) ***Teofil Michalski.***

SALON

i 4 pokoje z kuchnią na IIgiem piętrze Nr. 210/332 róg ulicy Szewskiej i Jagiellońskiej od dnia **1go lipca do wynajęcia.** Wiadomość u stróża. (779-1-3)

Przy ul. Św. Jana pod L. 311

są na 3ciem piętrze od frontu **do najęcia** (z meblami lub bez mebli) **dwa mieszkania kawalerskie,** każde o dwóch pokojach, tudzież **osobno jeden pokój.** (778-1-3)

W Wysocku

ostatnia poczta Radymno

sprzedaje zarząd ogrodu **szczepy** od 3 do 8 lat, tak drzew owocowych jak i innych ozdobnych. Cennik przesyła się na żądanie. (777-1-3)

JĘCZMIEŃ DO SIEWU.

korzec 152 funtów wiedeńskich bez worka, jest **do sprzedania** na miejscu w Stróżach poczta Zakliczyn nad Dunajcem, po 7 złr. 50 ct. — Zarząd dóbr odpowiada na listy opłacone. (773-1-3)

Mąkę kościaną parowaną

w najlepszym gatunku, z zaręczeniem $3\frac{1}{2}$ do 4% azotu i 21 do 23% kwasu fosforowego, odznaczoną na wystawie Warszawskiéj 1874 r. **dyplomem uznania,** nabyć można albo u podpisanych lub **w Agencyi dla Rolników S. Mikuckiego w Krakowie.** (382-10-16)

O wczesne zamówienia uprasza się.

Fabryka parowa mąki kościanéj i spodium

B. Schönberg & Fränkel

przy ulicy Mostowéj pod Nr. 353/4.

W dobrach Szerzyny

powiecie Jasielskim, **jest do wypuszczenia propinacya,** do któréj należą cztery karczmy. — Życzący sobie wydzierżawić takową, zechcą się zgłosić do zarządu tychże dóbr. (697-2-3)

Na święta Wielkanocne

[illegible] już od [illegible] z rzetelności, [illegible] towarów i taniości, firma

M. Zamościk

przy ul. Floryańskiéj naprzeciw 3 dzwonów i poleca

szynkę słynną z dobroci mało soloną, **ozory** wędzone, **porter** angielski i **bok, oliwę** nicejską, **wino** wystałe węgierskie i francuskie, **mąkę** banacką i krajową, **masło** solone i śmietankowe bez soli, **powidła** tureckie i węgierskie, **mak** szafirowy, **cykatę, migdały, rodzenki** świeże w najlepszym gatunku, **drożdże** świeże wiedeńskie codziennie nadchodzące, **kalafiory i owoce** włoskie i węgierskie, **mączkę** cukrową, **cukier** w kostkę rżnięty i w głowach po cenie zniżonéj, **bryndzę** świeżą i goroczną, **liklery i wódki** wszelkie, oraz **herbatę** karawanową znanéj dobroci. (686-4-8)

Podpisany zakład artystyczny poleca Wielebnym księżom następne statuy: (599-5-8)

Chrystus w grobie leżący:

długość ciała centmetrów 130, 110, 90, 80, 65.
złr. 60, 42, 36, 30, 25.

Chrystus zmartwychwstały z chorągwią dla procesyj i tabernakułów.

wysokość w centm. 95, 80, 64.
złr. 40, 30, 24.

Figury te są **trwałe z drzewa** wyrzeźbione i bardzo pięknie farbami malowane

Joh. Heindl's Kunstanstalt
für kirchliche Malerei und Bildhauerei, Wien, Stephansplatz 7, im fürsterzbischöfl. Palais.

Prawdziwe

Pigułki Morisona.

Pa ARTHAUD MOULIN.

Najlepsze ze środków czyszczących i przeczyszczających krew we wszelkich słabościach złego przymiotu, nadto w zołzach, liszajach, wyrzutach skórnych i zepsuciu krwi. (62-89)

Skład główny w Paryżu u p. Arthaud Moulin aptekarza, 30, ulica Louis le Grand, — w Krakowie w aptece p. Trauczyńskiego pod Koroną w Rynku głównym i w aptece W. Redyka, — w Czerniowcach w aptece p. Golichowskiego.

EAU de Melisse des Carmes

P. BOYER na ulicy *Taranne, 14 w Paryżu.*

Woda z rośliny zwanéj miodownikiem karmelickim, nagrodzona medalem na powszechnéj wystawie w Londynie w r. 1862. Środek ten powszechnie znany i używany w Paryżu przeciw: **cholerze, apopleksyom, sparaliżowaniu, zemdleniom, migrenom, boleści i rżnięciu w żołądku, niestrawności** i t. d. (59-19-)

Skład główny w Krakowie w aptece p. J. Trauczynskiego i w aptece W. Redyka, — we Lwowie w aptece p. P. Mikolascha, — w Czerniowcach w aptece P. Golichowskiego.

KATARY, GRYPY, KOKLUSZ, ZAPALENIE PIERSI i DYCHAWEK.

PASTA I SIROP piersiowy NAFÉ

z Arabii P. Delangrenier w Paryżu.

Posiada niezawodną skuteczność sprawdzoną przez 50 lekarzy szpitali paryskich.

Skład w Krakowie w aptece p. Trauczyńskiego i w aptece W. Redyka. (74-10-12)

KAPSUŁKI PRÓŻNE Pa LE HUBY

są to obłoczki do lekarstw wstrętnych zabretowane S. G. D. G.

przygotowane przez LEPERDRIEL w Paryżu, rue Milton Nr. 9.

„**Kapsułki Le Huby,** są małe rureczki, które się otwierają z jednego końca, bardzo dogodne do zawarcia czasowo lekarstw nieprzyjemnéj woni lub smaku w proszkach lub płynie. Dostatecznie jest wlać lub wsypać lekarstwo z jednego końca, nakryć drugim i zażyć.“ (Dorvault, officine, p. 184). (42-6-6)

W **Krakowie** w aptekach PP. *Trauczyńskiego* i *Redyka;* we **Lwowie** w aptece P. *Mikolasch;* w **Czerniowcach** w aptece P. *Golichowskiego.*

Promesy losów gm. m. Wiednia	złr. 1.50	wraz ze stęplem	ciągnienie już 3 kwietnia główna wygrana **200,000** złr.!
Promesy losów kredytowych	złr. 4.25		główna wygrana **200,000** złr.!
Promesy 1/5 losów 1839 roku	złr. 2.50		ciągnienie seryj już 1 czerwca główna wygrana **280,000** złr.!

(Pierwsze dwa razem złr. $7\frac{1}{2}$), **wszystkie trzy sztuki razem tylko 18 złr.**

Z **losów państwowych 1839 r.** odbędą się jeszcze tylko ostatnie dwa ciągnienia, w których niezawodnie przeszło **17** milionów złr. wyciągniętych być musi. (627-4-16)

Nyitrai & Co. w Wiedniu, Kärntnerstrasse 16 (eisernes Haus).

Ponowne uznanie doskonałości mojego sposobu wziewania.

Ważne dla chorych na krtań, szyję i płuca.

FRYDERYKA KOLTSCHARSCH

sposób leczenia zapomocą wziewania,

który bez wewnętrznych lekarstw, tylko przez wziewanie balsam. roślin. i mineral. preparatów używanym bywa, uznanym jest od wielu lat jako **niezawodnie** działający we wszelkich chorobach organów oddychania, jak: **w nieżycie płuc, rozszerzeniu płuc, suchotach płuc** [illegible] **kaszlu krwistym, krwotoku,** [illegible] **rozszerzeniu błon brzusznych,** [illegible], **nieżycie** [illegible], **zapaleniu krtani, kokluszu, nieżycie nosowym, chrypce itd.**

Profesor **Dr. Niemeyer** w Lipsku, dawniéj w Magdeburgu poleca takowy w swojem świeżo wyszłem dziele: „DIE LUNGE“ jako szczególnie przydatny do użytku we wymienionych wyżéj wypadkach chorób. Także można przejrzeć świadectwa o użyteczności tego sposobu leczenia, wydane przez innych znakomitych lekarzy w kraju i zagranicą. Bliższe szczegóły o odpowiedniem zastósowaniu tego wziewania zawiera broszura p. **Dra C. Czuberki.**

Ceny:		
1 przyrząd do wziewania (poprawny)		złr. 3·50
Balsamiczno-roślinne preparata	do 10 podwójnych wziewań	złr. 1·—
Mineraliczne „	do 10 podwójnych wziewań	złr. 1·—
Broszura 3. wydanie		złr. —.50

Rozsyłkę przekazem pocztowym lub za zaliczką z dołączeniem 50 c. za opakowanie, uskutecznia punktualnie centralny skład:

Fryderyk Koltscharsch, aptekarz w Wiener-Neustadt.

Wielm. Pan F. KOLTSCHARSCH, aptekarz w Wr.-Neustadt.

Proszę o przysłanie odwrotnie za zaliczką 1 przyrządu do wziewania, który mi już u **wielu chorych bardzo dobre usługi oddał,** wraz z 2 pudełkami preparatów do wziewania.

Kostl (na Morawie), 20 lutego 1877 r. Z szacunkiem **Dr. med. Fried.**

(631-2-12)

NA

wieczne czasy

nada się raz tylko dobra sposobność do wzięcia udziału w ostatnich ciągnieniach tak wielkiéj **pożyczki loteryjnej,** jak (401-6-)

c. k.

1839 r. Losów Rotschilda

W tych dwóch ciągnieniach wylosowanych będzie przeszło **Siedmnaście Milionów Reńskich wygranych, a każdy los musi niezawodnie wyciągnąć wygraną.**

Urządzamy towarzystwo tylko dwudziestu spólników na

20 sztuk 1839 r. Piątek Losów Rothschilda z
20 „ węgierskich Losów premiowych lub
20 „ Losów gminy miasta Wiednia

i poręczamy t muż

36 pewnych wygranych

przez następne ciągnione serye losów:

11 sztuk 1/5 1839 roku Seryi Losów na ciągnienie	1 czerwca	1877
1 sztuka Brunświckiéj Seryi Losów na ciągnienie	30 września	1877
1 sztuka Brunświckiéj Seryi Losów na ciągnienie	30 czerwca	1878
20 sztuk 1/5 1839 roku Seryi Losów na ciągnienie	1 grudnia	1878
1 sztuka 100 złr. 1860 Seryi Losów na ciągnienie	1 maja	1879
1 sztuka Brunświckiéj Seryi Losów na ciągnienie	31 sierpnia	1879
1 sztuka Brunświckiéj Seryi Losów na ciągnienie	31 grudnia	1879

36 wygranych.

Gdyby w następnem ciągnieniu seryi mniéj niż 10 losów wyciągniętych zostało, wtedy uzupełniamy poręczoną na te ciągnienie ilość 10 seryj losów dodaniem darmo brakujących sztuk, **których zakupno z własnej kieszeni pokryć musimy.**

Wygrane będą natychmiast w swoim czasie gotówką wypłacone, a oprócz tego po rozwiązaniu towarzystwa wydanym będzie każdemu wspólnikowi **oryginal. k. węg. Los premiowy, lub Los gminy m. Wiednia.**

WARUNKI SUBSKRYPCYI:

Zadatek złr. 36, i dalsze spłaty miesięczne po złr. 12.

Zamiejscowe zamówienia z dołączeniem zadatku **złr. 36** wykonane będą natychmiastowem przesłaniem urzędowo stępiowanéj policy loteryjnéj.

Bankhaus Nyitrai & Co.,

Wien, I., Kärntnerstrasse Nr. 16 (eisernes Haus).

Adres depesz: ***Nyitrai, Wien.***

Wykazy ciągnień wszelkich losów przesyła się opłatnie i darmo.

L. LEGRAND
DOSTAWCY WIELU PANUJĄCYCH DWORÓW
PARYŻ, 207, ulica Saint-Honoré.

MYDŁO ORIZA

z wszelkiego gatunku wodą sprawuje pianę delikatną i obfitą.
Ze wszystkich mydeł toaletowych najlepsze i najdelikatniejsze (podług Dr. O. REVEIL).
niezbędne dla utrzymania powłoki ciała delikatną i gładką.

CRÈME ORIZA — **ORIZA LACTÉ**

nadaje białość i świeżość powłoce ciała przeciw piegom, plamom na twarzy i marszczkom

EAU TONIQUE QUININE LEGRAND I POMADA AU BAUME DE TANNIN.

Wytwory toaletowe podług przepisu zostawionego przez Dr. CHOMEL, do czyszczenia głowy, wzmocnienia włosów, zapobieżenia wypadaniu i porostowi takowych w bardzo krótkim czasie.
Skład w głównych Magazynach Perfum i Fryzyerów tak we Francyi jak i zagranicą.
Dostać można w Krakowie w aptece p. J. Trauczyńskiego i w aptece W. Redyka; we Lwowie u PP. Mikolascha i K. Strzyżowskiego; w Czerniowcach w apt. p. Golichowskiego. (65-19-)

Asystent farmacyi

poszukuje umieszczenia od 1 kwietnia b. r. — Bliższa wiadomość pod adresem: **B. C. apteka w Ropczycach.** (683-3-3)

Para ogierów

sprowadzonych z Francyi czystej rasy perszerońskiej licencyonowanych, w zaprzęgu spokojnie chodzących będzie z d. 1 maja b. r. w dobrach Zatorskich **do sprzedania.** Bliższą wiadomość powziąść można w Zarządzie dóbr *J. W. Maurycego hr. Potockiego* w Zatorze pod Oświęcimem. (652-2-3)

KASY ogniotrwałe

Fryderyka Wiesego

nabyć można w Krakowie jedynie

w Agencyi dla Rolników S. Mikuckiego w Krakowie pod Nr. 28. (30-10-)

!! Dla cierpiących na piersi !!

Od 30 lat ulubiony i wedle lekarskiéj opinii wielokrotnie wypróbowany

ziołowy sok styryjski

jest zawsze świeży do nabycia.

Cena flaszki 88 c.

!! Przeciw cierpieniom nerwowym lub osłabieniu !!

J. Engelhofera esencya na mięśnie i nerwy z aromatycznych ziół alpejskich.

Bez zaprzeczenia wyborny środek przeciw reumatycznym cierpieniom twarzy i stawów, zawrotowi, bólom krzyża, osłabieniu nerwów i ciała, szczególniéj jednak przeciw **osłabieniu części płciowych** i powstającym ztąd innym **chorobom.**

Cena flaszki 1 złr.

!! Przeciw suchotom płuc i astmie !!

polecić należy usilnie rozlicznemi świadectwami jako wyborny chwalony

Purgleitner's Kalksyrup.

syrup wapienny z podfosforanu wapna.

Szczególniéj godnym polecenia **jest dla słabowitych lub angielską chorobą dotkniętych dzieci, gdyż wzmacnia kości.**

Cena flaszki 1 złr.

! Dla cierpiących na zęby !

Stomatikon, woda do ust

Dra Brunn dentysty w Wiedniu.

Jako wyborna wypróbowana woda do ust dla zachowania i wzmocnienia dziąseł; przeciw cuchnącemu oddechowi i pokazującemu się pruchnieniu.

Cena flaszki 88 cnt.

MAGEN-LIQUEUR

Likier żołądkowy Dra Krombholtza.

Likier ten wyrabiany z silnych ziół alpejskich, doskonale działa na przyrządy trawienia i nadaje się szczególniéj na polowaniu, na wycieczkach w góry i podróży, gdyż rozgrzewając żołądek wywiera bardzo dobroczynny wpływ na zdrowie.

Cena flaszki 52 cnt.

Składy utrzymują: w KRAKOWIE pp. **J. Trauczyński, Konst. Wiszniewski, W. Redyk** apt. i **W. Fenz;** w BIAŁY J. Knaus; w BOCHNI P. Niedzielski; w BUCZACZU D. Neumann; w CZERNIOWCACH J. Golichowski apt.; w KOŁOMYI Stenzl apt.; w KOMARNIE A. Emperls spadk.; we LWOWIE Z. Rucker, J. Piepes, J. Beiser, P. Mikolasch, W. Marszałkiewicz apt.; w RADYMNIE M. Śmichowski apt.; w RZESZOWIE J. Schaitter; w STANISŁAWOWIE Fer. Stecher apt.; w STRYJU Leon Gaertner J. Sielecki; w TARNOPOLU W. Stachiewicz; w TARNOWIE W. T. A. Wielogórski; w TŁUMACZU Seidemann & Krauthammer; w ZALESZCZYKACH Kodrębskiego spadkob. (38-8-12)

Wiedeń. najrzetelniejsza i największa

fabryka mebli żelaznych

Reichard & Comp., w Wiedniu

III. Marxergasse Nr. 17,

poleca się do punktualnej dostawy swych bardzo gustownie wykonanych wyrobów. Illustrowane cenniki rozsyła darmo. (119-45-140)

W domu pod Nr. 63

przy ul. Karmelickiej **jest do wynajęcia od 1go kwietnia b. r. mieszkanie,** składające się z 2 salonów, 2 pokoi, kuchni, i t. d. — Wiadomość u właściciela. (474-2-3)

Zarząd dóbr lub samoistne duże rolne gospodarstwo w kraju

podejmuje się tanim nakładem z największym dochodem prowadzić praktycznie i teoretycznie wykształcony a kilkanaście lat w dużych gospodarstwach postępowych doświadczony, w sile wieku i żonaty **rolnik,** w dowód czego posiada dobre polecenia. Od 1 kwietnia 1877 r. może już z pp. właścicielami dóbr wchodzić w umowy, za stósowną pensyą, ordynaryą lub tantyemą. — Bliższa wiadomość listownie pod adresem: **Rolnik w Krośnie.** (579-3-3)

Młody człowiek

odpowiednio uzdolniony, gotów podjąć się w godzinach wieczornych prowadzenia ksiąg handlowych i korespondencyi w polskim lub niemieckim języku. Życzący sobie bliższych objaśnień, raczą żądania swoje adresować pod lit. *Z. W.* poste restante *Kraków.* (685-3-3)

FABRYKA POZŁOTNICZA L. Bogackiego

W KRAKOWIE

ulica Sławkowska L. 273, od plant 259

poleca się z wykonaniem robót jako to: kościelnych dekoracyjnych, [illegible] tów. Zarazem posiada wszelkie gotowe konsole ścienne i stoliki pod lustra.

Wszelkie zamówienia oraz reparacye antyków załatwia jak najspieszniej i po bardzo umiarkowanych cenach. (694-2-3)

DO HANDLU

mebli, luster i fortepianów

pod firmą

Kazimierz Henisz w Krakowie

nadeszły **fortepiana** z c. k. nadwornéj fabryki **J. M. Schweighofera Synów w Wiedniu, systemu** zwykłego oraz **amerykańskiego** — jakoteż fortepiana i pianina **lipskie i paryskie.**

Poleca się również **fisharmonie** z pierwszorzędnéj fabryki **francuskiej Société Anonyme des Orgues D'Alexandre Père & Fils.** (536-4-6)

Ceny niższe od fabrycznych.

SYRUP

sosnowo-balsamiczno-ziołowy

Aleks. Mańkowskiego

wypróbowany w szpitalach wiedeńskich i krajowych przeciw wszelkim uporczywym kaszlom i kokluszowi.

Cena flaszki 1 złr.

Główny skład utrzymują: w **Krakowie W. Redyk, apt. pod Barankiem;** we Lwowie P. Mikolasch, apt.; w Czerniowcach W. Beldowicz; w Warszawie H. Kucharzewski, oraz do nabycia prawie w każdéj aptece na prowincyi, — na żądanie listy i świadectwa wysyłam franco. (213-5-6)

Herbatę, rum i wino

hurtownie i częściowo, najlep. i najtaniéj sprzedaje

A. M. Mandl

król. pruski dostawca dworu w **Bernie** (Brünn).

Ros. herbata familijna od złr. 1·30 do złr. 3·50 za ½ kilo.

Karawanowa herbata mandarynowa od złr. 4 do złr. 7 za ½ kilo.

Proch herbaciany najlepszy po złr. 1·25 za ½ kilo. (2862-30-30)

Rozsyłki za zaliczką. — Cenniki darmo.

Towary [illegible]
[illegible] (171-153-
[illegible] **Wiedniu**
[illegible] **Nr. 19.**

Balsam Vetoriniego

Znany ten środek Szanownéj Publiczności od lat 70, okazał się ostatniemi czasy jako niezawodny w cholerze. Łyżeczka tego balsamu użyta, uśmierza kurcze żołądka, koi słabości nerwowe, reumatyzmowe, ból zębów — powstrzymuje wymioty i rozwolnienie, a przykładany rany goi.

W **Krakowie** dostanie prawdziwego flaszkę po 1 złr. 50 cent. u pp. aptekarzy **Wiktora Redyka** „POD BARANKIEM“ i *K. Wiszniewskiego* „pod Gwiazdą“, jak również w handlu pp. *Janigi* i *J. Jahna.* (215-5-6)

Ważne dla przedsiębiorców budowli!

Pruską blachę cynkową ze słynnej walcowni w Pielahütte złr. 17·50 za 50 kilo, również doskonałe **parkiety** z twardego **dębowego drzewa** od 10 c. do 1 złr. za sztukę dostarcza w drodze komisowej (699-2-6)

Maurycy Langrock, w Krakowie na Stradomiu l. 14.

Czcionkami Drukarni „CZASU“.

Odpowiedzialny rządca drukarni Józef Łakociński.

Nr. 64. We Lwowie, Wtorek dnia 20. Marca 1877. Rok XVI.

Wychodzi codziennie o godzinie 7. rano, z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych.

Przedpłata wynosi:

MIEJSCOWA kwartalnie . . . 8 złr. 75 cent.
miesięcznie . . . 1 „ 30 „
Za miejscowa „ . . . 1 „ 70 „

Z przesyłką pocztową:

Kwartalnie w państwie austrjackiem . 5 złr. — ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej .
„ Francji . . . .
„ Belgii i Szwajcarji . . . .
„ Włoch, Turcji i księt. Naddu.
„ Serbii . . . .
po 7 złr. 50 cnt.

Numer pojedynczy kosztuje 8 centów.

GAZETA NARODOWA

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują: We LWOWIE bióro administracji „Gaz. Nar." przy ul. Sobieskiego l. 12. (dawniej nowa ul. l. 201) i ajencja dzien. W. Piątkowskiego, ul. Hetmańska nr. 10 (i handel papieru A. Dulskiej). Ogłoszenia w PARYŻU przyjmuje wyłącznie dla „Gazety Nar." ajencja p. Adama, Correfour de la Croix, Rouge 2. prenumeratę zaś p. pułkownik Raczkowski, Faubourg, Poissonniere 33. W WIEDNIU pp. Haasenstein et Vogler, nr. 10 Wallfischgasse, A. Oppelik Stadt, Stubenbastei 2. Rotter et Cm. I. Riemergasse 13 i G. L. Daube et Cm. 1. Maximilianstrasse 8. W FRANKFURCIE: nad Menem w Hamburgu pp. Haasenstein et Vogler. OGŁOSZENIA przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem. Listy reklamacyjne nieopieczętowane nie ulegają frankowaniu. Manuskrypta drobne nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

Od administracji.

Przedpłata na „Gazetę Narodową" wynosi:

na prowincji z przesyłką pocztową:

kwartalnie . . . 5 złr.
miesięcznie . . . 1 „ 70 ct.

Prenumerata przyjmuje się jedynie od 1. i 15. i tylko do końca każdego miesiąca.

Dla uniknienia wszelkiej zwłoki zechcą pp. abonenci prenumeratę przesłać przed 1. kwietnia, gdyż po upływie tego terminu administracja nieodpowiada za brakujące numera.

Pieniądze prenumeracyjne najdogodniej przesyłać za przekazem pocztowym.

Prenumerata na dzieła

Bohdana Zaleskiego,

kończy się z dniem 31. marca.

Rozsyłka nastąpi d. 5. kwietnia.

Po upływie terminu cena prenumeracyjna 5 złr. 40 ct. na 7 złr. 20 ct. podwyższoną zostaje.

Za ozdobną oprawę w płótno angielskie z popiersiem autora dopłaca się 2 złr. 40 centów.

Lwów d. 20. marca.

Wydział krajowy przygotował projekt ustawy budowniczej dla miast i miasteczek z wyjątkiem Krakowa i Lwowa. Ułożenie takiej ustawy dla tak obszernego kraju musiało podlegać wielkim trudnościom, bo należało uwzględnić najrozmaitsze stosunki, aby ustawa nie stała się za trudną do wykonania, i nie zbyt silnie sprzeciwiała się nawyknieniom ludności. Projekt też jest zestawieniem obowiązujących przepisów z dodaniem tych, które ze względu na bezpieczeństwo zdrowia i mienia powszechnie jako potrzebne uznanemi zostały. W zestawieniu obowiązujących przepisów nader pożyteczną stroną tego projektu jest dokładne określenie czynności, dla otrzymania konsensu do budowy potrzebnych, i przepisanie terminu, w jakim czynności te odbyć się mają; gdyż tak zwierzchności gminne, jako też i prywatne strony z łatwością poznają swe prawa i obowiązki, więc znana obecnie w tych sprawach niedbałość musi ustać, i strony nie będą narażone na straty, jakie ponoszą w skutek rozmaitych zwłok w załatwieniu ich żądań. Dążnością projektu jest porządne zabudowanie nowych miast i miasteczek, i to ile możności z ogniotrwałego materjału; słusznie jednak pozwala projekt, aby na odleglejszych ulicach i przedmieściach, gdzie domy oddzielone są dziedzińcami, placami lub drzewami, budowano także i z materjału nieogniotrwałego. Oznaczenie części miasta, w których takie budowle są dopuszczalne, pozostawiono Radzie gminnej.

Niepodobna przytaczać wszystkich przepisów, bo jest ich tyle, co paragrafów. Z przyjemnością konstatujemy, że projekt zawiera także przepis, aby facjaty domów frontowych zgadzały się z zasadami dobrego smaku, i pomalowane były kolorami nierażącemi, i dla wzroku nieszkodliwemi. Równie przyjemne wrażenie sprawia przepis, aby zwierzchności na pustych placach gminnych urządzały plantacje, i gdzie się to możliwem okaże, sadziły drzewa na placach i ulicach obok chodników. Jakby to było dobrze, gdyby jakąś czarodziejską sztuką przepisy te udało się natychmiast w życie wprowadzić!? Niestety dużo jeszcze wody upłynie, nim ów projekt stanie się ustawą, a cóż dopiero myśleć o pożytecznych jej skutkach! Ale krok ten naprzód zawsze uczynić należało.

Niemniej zajął się Wydział krajowy sprawami sanitarnemi kraju, i wygotował potrzebne w tym względzie projekta i wnioski. Ważny też przedłoży wniosek w sprawie regulacji Sanu między Przemyślem a Składem Solnym na podstawie ostatniego, rewizyjnego zebrania stron konkurujących w Przemyślu i oświadczeń rządowych. A podobno jeszcze to nie koniec wszystkich prac Wydziału krajowego dla sejmu. Zebierzmy to razem, a ujrzymy podziwienia godną czynność i staraność tak prezesa Wydziału, p. Pietruskiego, jak i członków i urzędników Wydziału.

Według *Nowej Pressy* sesja sejmowa trwać ma od 9. do 23. kwietnia. Półurzędowy komunikat jednak donosi: „Jak wiadomo, sejmy zaraz po tygodniu wielkanocnym się zbiorą. Wszelako sejmowi dolno-austrjackiemu będzie zapewne pozwolone więcej czasu jak trzy lub cztery tygodnie, gdyż oprócz ustawy budowniczej dla miasta Wiednia i dla prowincji, której załatwienie rychłe jest bardzo pożądanem, spodziewany jest oraz areyważny wniosek w sprawie nawodnienia nizin rzeki Morawy (Marchfeld), do którego plany wraz z obszernemi obliczeniami są już gotowe; a oprócz tych projektów i wniosków inne jeszcze przyjdą na stół sejmu." — Do *Pester Lloyda* donoszą z Wiednia d. 17. bm.: „Czy się Rada państwa i sejm węgierski już pierwszych dni czyli też dopiero około połowy maja zbiorą, jeszcze dzisiaj nic niema zdecydowanego; pewnem tylko jest, że sesja delegacyjna na wiosnę się nie odbędzie." Zebrawszy te dwa doniesienia widzimy, że coraz dobitniej sprawdza się nasze doniesienie, iż Rada państwa dopiero około 15. maja się zbierze, że zatem do tego dnia i sejmy przedlitawskie będą mogły obradować.

Wszelako i to byłby czas zanadto krótki, zwłaszcza dla takich sejmów jak nasz, który jest nowy, a zatem musi przedewszystkiem przeprowadzić sprawdzenie wyborów, która to praca sama już dużo czasu zużyje. Głoszony zaś termin zwołania sejmów na 9. kwietnia byłby wcale niestosowny dla Galicji. W tym dniu ruscy członkowie na żaden sposób przybyć nie mogą. Dalekoby lepiej było, zwołać sejm nasz na 4. kwietnia, aby się dnia tego ukonstytuował i wybrał komisje; wtedy ruscy posłowie podczas świąt swoich byliby zupełnie wolni.

Na posiedzeniu klubu postępowców Izby posłów z d. 16. b. m. odczytano uchwały klubów centrum i lewicy w sprawie wniosku Sturma, poczem przyjęto następujące oświadczenie dr. Koppa: „Klub postępowy widzi z doniesienia klubu lewicy, że klub ten nie uważa wniosku Sturmu za wchodzący w ramy spraw, które pod wspólne obrady należą. Mimo to gotów jest wniosek poddać pod wstępną naradę stronnictwa, jeżeli walne zebranie stronnictwa w w niedzielę d. 18. bm. się zbierze. W razie jednak gdyby to zebranie w niedzielę do skutku nie doszło, zastrzega sobie klub postępowy, że wniosek ów samoistnie w Izbie postawi." Dalej idący wniosek p. Walterskirchena, aby przystąpić do zdania klubu lewicy, i dlatego wniosek Sturma wprost postawić na najbliższem posiedzeniu Izby, został po długiej a żywej rozprawie odrzucony. Po przyjęciu wniosku Koppa przez klub postępowy sprawa stanęła tak, że walna konferencja centralistów w niedzielę odbyć się musi, i że jeśli się odbędzie, to postępowcy może nie będą działać na własną rękę.

Uchwałę swoją klub postępowy zakomunikował natychmiast klubom centrum i lewicy. Klub lewicy jeszcze wieczór d. 16. zebrał się na naradę, na której rozmaite odzywały się głosy. To, że skoro postępowcy bądź cobądź chcą postawić wniosek Sturma w Izbie, więc konferencja jest zbyteczną; — to znowu, że na konferencji objawią się wszelkie zapatrywania i ludność będzie sobie mogła sąd urobić, więc należy odbyć konferencję; — to, że skoro się uchwaliło odbyć konferencję, konsekwentnie trzeba zgodzić się na odbycie jej w niedzielę; to, że należy odrzucić wszelką wspólność, wszelką solidarność z postępowcami; to że uchwalono odbyć konferencję tylko dla dyskusji, ale nie dla powzięcia uchwał. P. Tomaszczuk wykazał, że gdyby wniosek Sturma dostał się wprost do Izby, to trzebaby wybrać komisję, i potem przed Izbę wytoczyć rozterkę zdań; byłoby to zamanifestowaniem, że istotnego stronnictwa centralistycznego niemasz, tylko są pojedyncze, sprzeczne z sobą frakcje; lepiej więc sprawę w łonie stronnictwa załatwić, i przeto należy zaprosić oraz klub centrum, a przynajmniej jego prezesa, a prezesa swego (Herbsta) umocować do zniesienia się z prezesami reszty klubów centralistycznych. Herbst oświadczył, że nie pozostaje nic innego jak przyjąć propozycję postępowców, i zebrać się w niedzielę na naradę, ale z prezesami klubów porozumieć się tylko ustnie. Co też przyjęto.

Tę uchwałę klubu lewicy przyjęli postępowcy z urąganiem. *Deutsche Ztg.* oświadcza im, że lewica wcale nie z sympatji dla postępowców lub dla ich wniosku zgodziła się na propozycję Koppa, przez postępowców przyjętą, ale obawiając się ludności. Dnia 17. odbyła się narada klubu centrum, który pierwotnie odrzucił był myśl zwołania walnej konferencji stronnictwa do wniosku Sturma, i uchwalono 35 głosami przeciw 5 (Dalmatyńców i p. Ladenburga) obesłać konferencję; szczegóły tej narady nie są wiadome. Poczem zeszli się prezesi klubów centralistycznych i uchwali następujące zaproszenie: „Jutro w niedzielę o godz. 11. przed południem odbędzie się rozprawa (Verhandlug) stronnictwa centralistycznego do obrad nad wnioskiem p. Sturma. (Podp.) Coronini (postępowcy), Herbst (lewica), Eichhoff (centrum), Janowski (Russcy)." Zaproszenie to rozesłano do wszystkich członków powyższych czterech klubów, tudzież do demokratów, do p. Schönerera (dopiero co ponownie wybranego) i p. hr. Mieroszowskiego.

Pisząc to nie mamy jeszcze żadnych wiadomości o przebiegu konferencji centralistów. Obiegają tylko pogłoski różne. I tak np. w klubie lewicy podniesiono, czy w razie odrzucenia wniosku Sturma przez konferencję, nie należałoby podjąć na nowo jako wniosek ewentualny, dawny wniosek pp. Fuxa i Heilsberga, aby Izba cała, a nie grupy krajowe wybierały członków do delegacyj wspólnych. Ale sami pp. Fux i Heilsberg przeciw temu wystąpili, nabywszy przekonania, że nie doszłoby . . ta droga do istotnego polepszenia. Inny znowu był wniosek, aby komisja, którą się do spraw ugodowych wybierze, naradzała się także nad pytaniem, czy nie należałoby zarazem zmienić skład delegacyj. Przed walną konferencją miał się jeszcze o godzinie 10. zebrać klub postępowy.

W obozie ministerjalnym ciągle jeszcze panuje trwoga. Uchylono usunięcie się już teraz postępowców od reszty obozu centralistycznego, przystawszy na zebranie się konferencji stronnictwa, ale możliwość odstępstwa postępowców wcale jeszcze nie jest zażegnaną. Że wniosek Sturma jest tylko fintą, a nie celem, to rzecz pewna, gdyż choćby go cała Rada państwa przyjęła, to odrzucą go Węgrzy, co też *Pester Lloyd* i *Hon* z góry zapowiadają, zarzucając oraz centralistom poprostu wichrzycielstwo.

Jedną z komedji najczęściej odegrywanych w caracie, jest komedja uczuć wiernopoddańczych, którą jakby na komendę dzwonka reżysera przedstawiają w licznych adresach ze wszystkich kątów i kącików państwa, pisanych na jedną modłę, i wysyłanych do Petersburga. Na co się ta komedja adresowa przydała, trudno jest odgadnąć, nie przynosi ona bowiem żadnego realnego pożytku, wytłumaczyć ją chyba można tą potrzebą despotyzmu, która go w braku rzeczywistego oparcia prowadzi do szukania złudnych fundamentów. Gdy despota nie jest łudzony, sam się łudzi, rozkazując kochać się i poświęcać dla siebie życie i mienie poddanych. Nikt też tym wynurzeniom oprzeć się nie może, następuje więc śmieszna gra, w której nikt nie jest oszukanym, bo car chce być łudzonym, a poddani go chętnie łudzą. Jestto systemat nieodłączny od despotyzmu, i praktykowany od tak dawna, jak istnieje imperium carów. Polska rozumie się nie jest wyłączoną od tej komedji, i nigdy nie była od niej wyłączoną. Potrzeba było złej wiary, ażeby adresa, do których Moskale zmuszają Polaków przypisać skargom emigracji zagranicą na ucisk moskiewski. Czyż *Przegląd Lwowski* pragnie, ażeby Polacy zagranicą będący, zamiast odchylania zasłon z rzeczywistego położenia kraju, pomagali Moskalom do przedstawiania go jako zupełnie zadawalniającego? — Wątpimy. Pocóż więc przepisywać to, co jest wynikiem systemu rządowego przyczynom, niemającym żadnego związku z tym systemem? Adresa, z Polski podpisywane, są pod groźbą najstraszniejszej odpowiedzialności. Nikt też do nich żadnej innej wagi przywiązywać nie może oprócz tej, iż są one wy razem dążeń polityki rządowej. Dążność tę najdokładniej wyraził adres, który nakazano podpisać profesorom uniwersytetu warszawskiego. Ma on barwę zupełnie panslawistyczną, i jest dokumentem, który jeszcze raz dowodzi, iż idea zjednoczenia Słowian w tej formie, w jakiej ją przedstawia Moskwa, a popierają Czechy, jest tylko narzędziem, służącem Moskwie do nowych zaborów w świecie słowiańskim, a przez ten świat, wreszcie Europy. Z tego to względu podajemy tu adres ten dosłownie, odkładając dla braku miejsca wiadomości o nowych rewolucyjnych agitacjach w caracie do następnego numeru.

Adres uniwersytetu warszawskiego brzmi:

„Najmiłościwszy monarcho!

„Cesarski uniwersytet warszawski, powołany do życia przez Wasze słowo monarsze, na zasadzie idei pokojowej zjednoczenia słowiańskiego na gruncie prawdziwej nauki, ma siebie za szczęśliwego, że może przyłączyć swój głos do tych pełnych zapału krzyków, jakie w obecnym, wielkiej doniosłości czasie rozlegają się ze wszystkich stron wielkiego cesarstwa ruskiego. Rozlegają się one jako odpowiedź na Wasze, Najjaśniejszy Panie, pełne miłości i prawdziwie chrześciańskie usiłowania, zmierzające do zabezpienia, za wspaniałomyślnym przykładem Waszych najjaśniejszych przodków, opartych na ludzkości praw naszych braci południowo-słowiańskich, cierpiących od wielu już wieków pod jarzmem fanatyzmu i barbarzyństwa muzułmańskiego. W imię tej świętej idei, my, reprezentanci nauki uniwersyteckiej na kresach nadwiślańskich, nauki, nacechowanej w obecnym czasie szczerą dążnością do wprowadzenia światła prawdy historycznej do skażonej nieprawdą dziedziny interesów ogólnosłowiańskich, gotowi jesteśmy ponieść wszelkie ofiary, jakich Wam, Najmiłościwszy monarcho, spodoba się zażądać od nas. Szczęśliwi jesteśmy z tego, że na równi z innemi uniwersytetami ruskiemi, możemy ze czcią przyłączyć się do rzeszy Waszych wdzięcznych i wiernych poddanych, którzy silnym i niewzruszonym murem otaczają swego ubóstwianego monarchę i dobroczyńcę."

Wystawa we Lwowie.

W miesiącu wrześniu b. r. odbędzie się rolniczo-przemysłowa wystawa we Lwowie. Inicjatywa wyszła od Rady ogólnej Towarzystwa gospodarskiego, która na posiedzeniu z d. 27. lutego 1875 uchwaliła, iż wystawa ma się odbyć nie później, jak w 1877 roku. Jak każdy wyższą myślą nacechowany zamiar, tak też i wystawa lwowska spotkała się z różnemi zarzutami; były one już to zasadnicze, bo potępiające w ogóle wszystkie wystawy, już też formalne, bo odnoszące się albo do czasu, w którym wystawą lwowska otwartą być ma, albo do obecnego położenia kraju, który nie ma co wystawiać, to jest nie ma się czem pochwalić i światu zaimponować. O takie zarzuty nigdy nie było trudno, zwłaszcza gdy przez to nadarzyła się sposobność postawienia się na piedestalu przewidującej i ostrzegającej mądrości. Gdy jednak zarzuty te pojawiły się głównie wtedy, gdy wystawa stanowczo już została postanowioną, tak, że cofnięcie się byłoby niemożliwem, to, na dnie owych zarzutów możnaby się spotkać z naszym kiefem galicyjskim, sprzeciwiającym się wszelkiemu energiczniejszemu poruszeniu i pracowitej czynności. Najlepszą i najskuteczniejszą na takie zarzuty odpowiedzią jest spokojne a wytrwałe dążenie do wytkniętego celu; tą drogą też pójdzie komitet wystawy, jak to z jego dotychczasowego postępowania łatwo wnosić mnożemy. Zbijanie tych zarzutów i wojowanie z niemi, nie jest też naszym zamiarem, pragniemy tylko czytelnikom naszym przedstawić cel i dążność wystawy, z różnych bowiem zdań i sądów o niej rozpowszechnianych, spostrzegamy, że myśl która

---

Nędza na Rusi.

skreślił

Dr. H. Jasieński.

I. Chłop ruski.

(Ciąg dalszy).

Więc dalej do rzeczy:

Jednym obrazem objąć Ruś całą od Popradu i Sanu po Zbrucz i Bukowinę jest prawie niepodobieństwem, a to tem bardziej, ileże miejscowe stosunki na tej połaci wielce się różnią od siebie. Weźmy przeto obszar mniejszy: od działa wód w Płuhowie aż po Zbrucz się ciągnący pospolicie Podolem zwany z powiatami pogranicznemi w łącznej liczbie 25, a zatem więcej jak jedną trzecią część kraju stanowiący, który to obszar ma równe prawie stosunki i potrzeby i rozbierzmy go krytycznie bez uprzedzeń w każdym kierunku z najdrobniejszemi szczegółami.

Pan, chłop, żyd, pop — oto utarte nazwy czterech kategorji nasiadłej ludności na tej połaci kraju. Co po za tem, to nie rodzime, nie rdzenne, jeno przechodowe, naleciałe, chociaż częstokroć wpływowe. Stosunek wzajemny tych warstw czterech, tudzież spólność ich interesów powinny być najpierw wyświecone, by módz następnie przystąpić do rad skutecznych celem zapobieżenia grożącej ruinie ludności półtora miliona wynoszącej, osiadłej na 500☐ milach.

Podstawą bytu tego obszaru jest rola i praca, a ponieważ takową statystycznie chłop przeważnie reprezentuje, przeto weźmy się najpierw do chłopa ruskiego. Mieszkańcy miastowi i w ogóle przeważna część inteligencji znają chłopa tylko z opisu lub z wycieczek doraźnych. Widzieć atoli chłopa z okna dworu lub zabudowania folwarcznego, a znać go w jego chacie to wielka bardzo różnica. A nieznajomość ta prowadzi nas częstokroć na manowce i krzywe wyradza ustawy, które wydrukowane w Dzienniku ustaw krajowych zalegają półki zapylone, nieprzychodząc nigdy w wykonanie. Niezawadzi przeto, że przypatrzymy się nieco bliżej temu chłopowi i tej gromadzie czyli gminie, stanowiącej podwalinę państwa i kraju.

Marzyciele, poeci idealizują chłopa, tworząc obrazy fantastyczne, które atoli mieścić się mogą tylko w składzie bujnej wyobraźni. Wszelkie naczalstwo, czyli wszyscy, którzy w skutek jakiegokolwiek bądź stanowiska swego mają coś do żądania, potępiają chłopa ruskiego w czambuł; ztąd też tak sprzeczne zdania i liche ustawy. By zatem nie popaść w ostateczność, trzeba oparłszy się na pewnych danych kroczyć średnią drogą. Chłop ruski jest przeważnie temperamentu melancholicznego, ma wszystkie zalety i wady niecywilizowanego człowieka Słowianina, jest powolny, dumający swą dumkę. Od czasu niewoli finansowej stoi ogół ten na niższym stopniu oświaty niźli n. p. przed laty dwudziestu. Pokolenia dorastające są w ogóle głupsze i pod każdym względem gorsze niźli poprzednie.

Zanim przystąpię do poszczególnej charakterystyki chłopa podolskiego pozwolę sobie tu na tem miejscu sprostować dwa błędne zdania rozpowszechnione o ruskiej ludności wiejskiej. Ogół ludności miastowej przedstawia sobie gromadę na Rusi 1) jako w bezustannym sporze z dworem będącą; 2) jako podbechtaną moskalofilskiemi intrygami i skutkiem tego grawitującą do caratu. Otóż obydwa te zdania są co najmniej mylne, a polegają jedynie na pojedyńczych częstokroć tendencyjnie przekręconych faktach.

W stosunku dworu z gromadą ruską rozróżnić należy gatunek czyli jakość dworu. Nie przesądzając sprawy, o której w rozdziale pod tytułem „pan" obszernie się rozpiszemy, zaznaczamy obecnie nawiasowo, że dwory na Podolu zamieszkałe są przez właścicieli lub dzierżawców Polaków, czyli przez tak zwaną szlachtę polską, i przez żywioł innoplemienny, innowierczy, czyli naleciały. Otóż perjod regulacji serwitutowej był kamieniem probierczym na Podolu, i zalicza się do czasów wyjątkowych; mimo to regulacja serwitutów w $^9/_{10}$ częściach poszła zupełnie gładko, w $^1/_{10}$ części zaś, trafiały się uparte spory, czynny opór, czasami ekscesa itp. anomalne wypadki. Jeżli zważymy, że w tej $^1/_{10}$ mieści się połowa agitacji niesumiennej, tak zwanej diakowskiej, to zostaje $^5/_{100}$ sporu rzeczywistego. Z tego ułamku przypada prawie cała liczba na dwory niepolskie.

Obecnie po dokonanej regulacji serwitutów, nawet w miejscowościach agitacją polityczną ruską podminowanych, nie ma sporu żadnego między dworem a gromadą, jeśli ten dwór reprezentowanym jest przez „szlachtę polską". Szlachta jak każda do niedawna uprzywilejona kasta, ma obok zalet, tysiące a tysiące błędów nawet szkodliwych krajowi i rozwojowi społecznemu, lecz śmiało rzecz można, że w stosunku do chłopa ruskiego postępuje sobie uczciwie, honorowo, a nawet ofiarnie. Chłop zaś naodwrót mimo bardzo mnogich i wcale niehonorowych wad, ma tę zaletę, iż jest powolnym dla dworu szlacheckiego. Gdyby nie namiętności polityczne, a raczej podjudzanie gmin pod tym tytułem, nie byłoby pod socjalnym względem spokojniejszego bytu jak na Podolu między ruską gminą a szlachtą polską. Wybryków zaś dworów, zamieszkałych przez innoplemieńców, jak spory i procesa między gminami, niech nikt nie kładzie na karb polski, są to bowiem następstwa systemu rządowego, i wyniki dzisiejszych przeobrażeń.

Drugie zdanie nie mniej rozpowszechnione, jakoby chłopi ruscy podbechtani moskalofilskiemi intrygami grawitowali do caratu, jest również nieprawdziwe. Najistotniejszą jest rzeczą, że chłop ruski nie ma żadnego zdania politycznego, żadnej zasady państwowej. Chłop będzie się bić tak dobrze za cesarza austrjackiego, jak za króla polskiego, lub cara ruskiego Kto go wcieli do szeregu, wciśnie mu karabin do ręki, ten jego władcą. Ale naodwrót, chłop nie powstanie by ratować państwo austrjackie, królestwo polskie, lub carat moskiewski. On nie chce przewrotu, on nie chce nabytku praw, on nic nie chce — on chce jeść i spocząć. Trafia się wprawdzie tu i ówdzie, gdzie świeżo upieczony popik, przyszedłszy na administrację z głową najeżoną chełmszczyzną, próbuje carolubnej propagandy, trafia się, że kilku wartogłowów bezmyślnie sławią cara rublami słynącego, lecz wszystkie te wybryki, acz na skarcenie zasługujące, żadnej a żadnej nie mają doniosłości. Propaganda ta wyszumi wraz z wódką, równocześnie zadawaną.

A teraz przystąpmy do poszczególnego opisu chłopa ruskiego.

Jeźli charakteryzujemy jakikolwiek jednolity ogół bądź kastę, bądź kategorję ludzi, bądź klasę społeczną, toć przecież nie wydobędziemy wyjątków i ostateczności, i wedle tej modły nie opiszemy ogółu; jeno weźmiemy pewne przecięcie średnie, zwykłe, codzienne, i postawimy własność przecięcia jako własność całości. Powieści, dramata, poezje są dlatego statystyce wręcz przeciwne. Mówiąc tedy o chłopie ruskim, mamy przeciętny ogół na oku.

Wyobraźmy sobie niską kurną lepiankę, zbudowaną z czterech niezawsze pionowych słupów, i z kołów w ścianie gliną i słomą oplecionych, z dziurą w sieniach, przez którą dym spokojnie pod dachem się ścieli — dodajmy dach słomianny o lekkich częstokroć wierzbowych krokiewkach, jedno okieneczko o czterech szybkach na piędź szerokich w izbie, a jedną dziurę okrągłą, szmatą zapchaną w komorze, drzwi wewnętrzne z wystającym kołkiem zamiast klamki, drzwi wchodowe niezeszparowane z zasuwą wewnątrz, a mamy obraz wiejskiej chaty. Obok chaty chlewek błotem obrzucony, obok chlewka stodółka pierwotna, samorodna, dziurawa — oto obejście.

Wewnątrz na lewo przy drzwiach w świetlicy piec wielki do pieczywa z przypieckiem i tuż obok niego niby piec ogrzewalny z wielką próżnią w środku. Za piecem obok ściany wielki zapiecek. Zapiecek ten to najgłówniejsza część chaty. Tam dzieci się bawią, tam starość spoczywa, tam kuracja słabości się odbywa, tam skład, susznia; jednem słowem wszelka działalność główna. Z sieni na lewo komora, a w niej zwyle próżno, lub skład sprzętów pierwotnych, naczynia lub zboża.

Urządzenie chaty wcale nie wykwintne; wzdłuż ściany lewej, w jednej linii z piecem, łoże małżeńskie, o czterech słupkach wbitych w ziemię, spojonych deską. Na tem wiązka słomy, płachta zgrzebna i dwoje poduszek z nieskubanego pierza. Nad łóżkiem banty, a na bantach sierdak i kożuch zawieszony. Wzdłuż dwóch wolnych ścian wązkie ławki; a na środku skrzynia malowana czerwono lub zielono; w skrzyni dobytek cały: płótno, motki, przędziwo, chustki, rańtuch, pojas, żółte buty diwocze, skórzana kaletka, a w kaletce dziesięć groszy. Ot i po wszystkiem! Na ścianie święty Mikołaj, Matka Boska Poczajowska i Onufry św. olejno na płótnie, kupione na jarmarku z wielkiego zwoju od kramarza. Za obrazem ziele święcone, a w kąciku przy drwiach półka z miskami i garnkami.

Więcej nic niema.

W chwlewie jedna bezroga, chuda, tak że bok do boku przypiera, para koni, o których sławny wydawca jeografii Galicji pisał, „eine Abart von Pferden die koniki heissen von denen der eine hajta, der andere wiśta genannt wird", kilkoro owiec i u zamożniejszych krówka, wiecznie bezmleczna, wiecznie jałowa, maści siwej z obtłuczonym rogiem, najeżoną sierścią, a rozpaczliwym wzrokiem ku słońcu i paszy spozierającym.

Przeciętny chłop ruski ma troje żyjących dzieci „buło i bilsze, buło szoś semero czy wośmero", ale poumierały. Do dziewiątego, dziesiątego roku chowa się to przy domu bez kosztów. Latem, zimą zgrzebna koszulka, krajką wysoko przepasana (około bioder opasać niepodobieństwem, bo u dzieci brzuchy są bardzo wielkie). Chodzi to boso w śniegu, w błocie, grzeje się na przypiecku, jada barszcz i chleb razowy, a jak zachoruje, to kupują rodzice płótno na pośmiertną koszulę, kupują zaścieżkę, bo dziecko umrze z pewnością. W ogóle chłop nie choruje, a jak zachoruje, to umiera. W biedniejszych chatach ledwo jedno się wychowa dziecię, wdowy zaś lub służebnice starają się przezimować dziecię we dworze. Po dziś dzień w kuchni, piekarni i w podobnych zaułkach dworów polskich chowa się po kilkoro dzieci przez zimę za piecem, bez pretensyj, a często bez wiedzy „pana". Chowa się, rośnie, potem pasie gęsi, potem pogania bydło i pługa, sprytniejszy idzie do kredensu, mniej sprytny na podparobka, krępy zaś na chłopca stajennego; i już byt jego zapewniony; zostanie parobkiem, ożeni się i pcha biedę dalej.

Dzieci to bogactwo chłopa — niemi się dorabia fortuny. Zwykle mawiają sąsiedzi o gospodarzu, którego dzieci są niesforne: „Na szczo win je wypłekau, i szczoż win sia nyme dorobyt?" Dzieci pracują od lat 12 do 15 zarówno z rodzicami, a czasem i więcej. Na folwark do roboty idzie chłopiec lub dziewka, na noc z końmi, do żniwa, do kartofel, jednem słowem wszędzie, tylko nie na jarmark lub praźnik. Kożuszyna za 3 złr. i na zimę czoboty za 2 złr. 50 ct., oto cała garderoba. Dziewczęta drożej kosztują, i paciorki mamunia kupić musi, i żółte buty i zapaskę, i wstążki, a nawet medalik na szyję; a drogie to rzeczy w chacie, która na sól gotówki nie ma. Obowiązkowe uczęszczanie dzieci do szkół i grzywny, zą nieposłuch ściągane, popsuły szyki włościanom, nie ma komu paść gęsi, ani owiec, nie ma komu poganiać. Ratują się więc jak mogą... lecz o tem... potem, przy oświacie.

Ponieważ właściwym celem niniejszej pracy, jest wykazanie nędzy ekonomicznej w kraju, przeto jest koniecznem obok skreślenia cech charakterystycznych, stawiać liczby, na podstawie których następnie trzeba się będzie obliczać. Otóż do rzędu tych liczb rdzennych stawiam wartość kapitalną gospodarswa przeciętnego na Rusi. Prawdziwie boję się wypowiedzieć! Wartość kapitalna gospodarstwa chłopa przeciętnego na Rusi wraz z chatą, chlewem, bezrogą, zasiewem, sprzętem, rolą, krajką, kożuchem i wszelkim zasobem „sammt Sack und Pack" równa się wartości np. fortepianu lub pary kólczyków bogdance ofiarowanych, lub stawce przy djabełku w Krakowie w pewnych sferach, lub wierzchowemu koniowi rotmistrza ułanów, jednem słowem reprezentuje kwotę 500 do 600 złr. w. a., czyli odpowiada rencie 25 do 30 złr. rocznie. Mnie się zdaje atoli, że to za wysokie przecięcie, postawiłem jednak takowe dlatego tylko, ponieważ fałszywy wstyd mnie ogarnia, chcąc pisać niższą cyfrę... a mimo to... W następnym rozdziale wykażę liczebnie, ile takie gospodarstwo chłopskie, czyli mówiąc językiem ekonomicznym: jak wysoko taka renta roczna jest opodatkowaną.

Nie wadzi i to przytoczyć, że publikując niniejszą rozprawkę, przygotowany jestem na zarzuty wszelkie, że zatem na każdą liczbę, na na każde twierdzenie poszczególne obowiązuję się dostarczyć dowodów — których niestety z różnych okolic aż nadto wiele *cum nomine et cognomine* rozbierałem. (C. d. n.)

ją natchnęła, nie zawsze należycie zrozumianą została.

Według programu wystawy, celem jej jest przedstawienie rzeczywistego stanu krajowej produkcji rolniczej i przemysłowej, tudzież danie sposobności do wyprowadzenia wniosków, o ile uzyskane rezultaty odpowiadają krajowym siłom produkcyjnym. Jeżeli produkcja rolnicza i przemysłowa ma być przedstawianą taką, jaką jest rzeczywiście, to nie ma potrzeby nadsyłania okazów niezwykle kosztownych i osobliwej piękności lecz takich, jakie się codziennie robią; okazy te winny jednakże odpowiadać wymogom, jakie w każdym razie stawiać wolno i należy, to jest powinny być obrobione sumiennie, starannie, i odpowiednio do celu do jakiego są przeznaczone. Nadsyłanie takich okazów na wystawę nie będzie dla producentów naszych ani zbyt kosztownem, ani trudnem, gdyż do roboty takiej, jaką dopiero co opisaliśmy, każdy z nich i zawsze jest obowiązanym.

Nie dając wystawie celu „popisu", okazał komitet, że policzył się ze stosunkami kraju i uwzględnił smutne obecnie położenie produkcji, szczególniej przemysłowej; zresztą musiał komitet żądać przedstawienia tylko rzeczywistej produkcji, jeżeli przez tę wystawę chce dać sposobność „do wyprowadzenia wniosków, o ile uzyskane rezultaty odpowiadają krajowym siłom produkcyjnym." Ten cel wystawy jest jej praktyczną, użyteczną i najważniejszą zaletą; na wystawie bowiem otrzymamy podstawę do sądu, czy produkcja krajowa korzysta ze wszystkich sił kraju, a następnie do wyszukania sposobu w jaki te siły wyzyskać, i jaki kierunek naszej produkcji nadać należy. Będzie to rachunkiem z samym sobą, obliczeniem sił własnych, będzie środkiem podniesienia dobrobytu, tak bardzo obecnie podupadłego. Wystawa, koncentrując na jednym punkcie wszystko co robimy, porównywając z tem co robić możemy, a więc i powinniśmy, pobudzi ogół do rozwoju produkcyjnej pracy, i przysłuży się niezmiernie krajowi, przypominając, iż nie wolno mu marnować darów, jakiemi go Opatrzność obdarzyła, i dopomagając mu do podźwignięcia się i skutecznego usuwania tych przeszkód, jakie często i z własnej winy ogółu stanęły na drodze ku lepszej przyszłości.

Nader ważnem w tym względzie wydaje nam się postanowienie komitetu, według którego wyroby przemysłu domowego stanowić będą osobną grupę. Przemysł domowy stoi dzisiaj na porządku dziennym, i większej jak przedtem, bo rzeczywistej zaczyna doznawać opieki; i słusznie, gdyż rozwój tego przemysłu jest najskuteczniejszym sposobem do poprawienia dobrobytu ludu, dlatego, że korzysta się tu z materjału już istniejącego, ze zdolności wrodzonych, słowem prowadzi się budowę od fundamentów. Jeżeli jednakże wystawa pragnie ten przemysł widzieć należycie przedstawionym, to musi go szukać, niejako przywabić, gdyż przemysł ten jakkolwiek jest dosyć rozległym, to przecież w ogóle mało co, a w handlu prawie zupełnie nie jest znanym, i przeważnie ogranicza się do wyrobu przedmiotów zapotrzebowanych i zamówionych. Tak pojmując cel wystawy obiecujemy sobie po niej wiele i pomyślnych skutków dla kraju, i dla tego nie tylko życzymy wystawie, ale gorąco pragniemy najlepszego jej powodzenia.

Na chwilę jednak staniemy na stanowisku opoozycyjnem, chcąc tym sposobem przedstawić sobie, jak przeciwnicy wystawy wobec niej zachować się powinni. Przedewszystkiem musiałoby nas, jako przeciwników, zastanowić, że myśl wystawy podjęło Towarzystwo gospodarskie, któremu nie można odmówić ani znajomości kraju, ani świadomości tego, co dla niego jest pożytecznem; że w składzie komitetu spotykamy się z nazwiskami osób, znanych z gorliwości o dobro kraju; wreszcie zastanawia nas najbardziej, że myśl wystawy doznała nietylko moralnego ale i materjalnego poparcia od sejmu, Rad miejskich w Krakowie i Lwowie, Izb handlowo-przemysłowych, Rad powiatowych, Instytucyj finansowych i t. d., tak, że do połowy lutego zebrano przeszło 18.000 zł., a ze składek, za pośrednictwem delegatów, zebrano u osób prywatnych przeszło 2.000 zł., oprócz tego zaś przyrzeczoną jest subwencja rządowa 10.000 zł., i zbieranie składek w całym kraju, na co namiestnictwo pozwoliło, przyniesie także jakąś kwotę.

Spostrzegłszy zaś że instytucye i osoby prywatne, do stanowczego w tym względzie głosu niezawodnie uprawnione, tak czynnie myśl wystawy popierają — musielibyśmy przypominamy, że mówimy że stanowiska przeciwników wystawy — przyznać, że owi zwolennicy wystawy muszą mieć choć trochę słuszności i musielibyśmy przyznać że wystawa przecież jakąś korzyść krajowi przyniesie. Przyszedłszy do takiego wyniku, pozostaniemy przecież przeciwnikami wystawy, bo zdanie własne uważać będziemy za jedynie dobre, i stosunkom kraju odpowiednie. W takim razie atoli, jeżeli sprzeciwianie opiera się na gorliwości o dobro kraju, należy przystąpić do wystawy, postarać się o liczny w niej udział, głównie dla tego, aby jej nadać kierunek jaki za jedynie zbawienny uważamy. Te drogę uważamy dla przeciwników wystawy za jedynie możliwą, bo inne drogi, jak niedopuszczenie wystawy, lub odroczenie jej na czas późniejszy są na teraz już zamknięte. Wystawa jest postanowioną i zapewnioną, zwłaszcza, iż, — o czem o mało nie zapomnieliśmy wspomnieć, — za pozwoleniem jenerała komenderującego hr. Neipperga otrzymała bezpłatnie plac pod budynki, a mianowicie tak zwany ogród Jabłonowskich.

O ile nam wiadomo, nadchodzą do komitetu liczne zgłoszenia; można więc spodziewać się powodzenia wystawy; od pracy i gorliwości ogółu będzie zaś zależało spożytkować wystawę tak, aby osiągnęła cel zamierzony największy krajowi przyniosła pożytek.

Korespondencje „Gaz. Nar."

Wiedeń d. 17. marca.

(*Y.*) Ugoda węgierska *ante portas* — byłoby więc może na czasie, żeby publicystyka polska w braku wszelkiej inicjatywy ze sfer poselskich, szczegółowiej nią się zajęła. Ugrupowanie stronnictw w Izbie poselskiej jest obecnie tego rodzaju, że przyjęcie lub odrzucenie ugody zależeć będzie od wotum delegacji polskiej. Że nie z czczym frasesem wyruszamy w pole, najlepiej zdołają udowodnić cyfry. Obecnie składa się Izba poselska z 310 posłów.

Wedle stronnictw dzieli się ona na następujące obozy: na lewicę liczącą 81 członków, centrum 53 zł., russkich 14 czł., postępowców 65, koło polskie 45 czł., stronnictwo prawa 40 czł., demokratów 5 i dzikich 5 członków.

Za ugodą będą z pewnością wotować: lewica, centrum i russcy (81+53+14) razem w liczbie 148; przeciw ugodzie postępowcy, demokraci i stronnictwo prawa (65+5+40) razem 110 posłów. Otóż przypuściwszy, że z dzikich (między tymi Schönerer, Mieroszowski) 2 przyłączy się do opozycji, a 3 wotować będzie z rządem, więc *pro* będzie 151 głosów, *contra* 112. Wobec tego stosunku 45 głosów polskich rozstrzyga bezwarunkowo, ponieważ z doliczeniem tychże urosłaby opozycja (112+45) na 157 głosów, a więc o sześć głosów byłaby w większości" wobec 151, które w najlepszym razie miałoby ministerstwo do dyspozycji. Fakt ten wynikający z powyższych cyfer wskazuje jasno, że dla naszej delegacji nadeszła bardzo korzystna chwila, w której może dla kraju wymusić znaczniejsze koncesje. Jednak ażeby skutecznie działać można, należy działać wedle programu wprzódy ułożonego, a nie czekać żeby wypadki niespodzianie zaskoczyły. Prelekcje o pozostawieniu sobie aż do ostatniej chwlili zupełnej swobody działania, mogą oddać usługi teorji „o podporządkowaniu", jednak istotnych interesów kraju naszego nie przestrzegają one z pewnością. W każdym razie, jeżeliby delegacja nasza miała już głosować za ugodą, to obowiązkiem jej jest uczynić to li w zamiarze za koncesje widome rządu na rzecz Galicji. Tyle słyszymy akademicznych wykładów o utylitarnym kierunku polityki polskiej w czasie posuchy centralistycznej, gdzie ani kropelka ożywczej rosy nie spada na niwy autonomiczne, dowiedźmy więc choć raz jeden, że przynajmniej w korzystnej chwili umiemy być utylitarnymi, gdyż inaczej utylitaryzm galicyjski stać by się musiał rodzajem *lucus a non lucendo*.

W klubach centralistycznych wzbierają tymczasem sztucznie wzburzone fale wniosku pana Sturma. Koniec końców jutro już zbierze się ogólna konferencja stronnictwa wiernokonstytucyjnego, w której russcy i hr. Mieroszewski mają wziąć udział, i skoalizowanemi siłami godzić będą przeciwko resztkom autonomii kraju. Obawy nasze spełniły się niestety w połowie. Lecz nie na tem koniec.

Ze źródła bardzo dobrego dochodzi nas nadto wiadomość, że zaraz po świętach rozpoczną centraliści na nowo wojnę przeciwko ustawodawstwu szkolnemu, w szczególności zaś przeciw galicyjskiej Radzie szkolnej. Sławetna interpelacja o ucisku języka ruskiego, wniesiona przez p. Kowalskiego, ma służyć za formalny powód do rozpoczęcia akcji. Wszystkie te dobre chęci korybantów centralizmu, mogłyby się wydać śmieszną groźbą, gdyby delegacja polska umiała wobec ugody węgierskiej odpowiednie zająć stanowisko.

Minister Szell przybył wczoraj, Tisza zaś dziś do Wiednia, dla odbycia narady nad najnowszą stylizacją statutu bankowego. Jutro wracają panowie ministrowie do Pesztu, a w ciągu przyszłego tygodnia przybędą tu powtórnie. Dyrektorjum banku narodowego nie dało jeszcze swej opinii o modyfikacjach ministerjalnych statutu, jednak rządy są obecnie już przygotowane, w razie niepomyślnej odpowiedzi ze strony banku, opinii tej nie uwzględniać i swoją drogą dalej postępować.

Od osoby wiarogodnej otrzymujemy wiadomość, że sejm galicyjski w lipcu, a nie w sierpniu będzie zwołany. Rada państwa najdalej we czwartek (22. marca) będzie odroczoną. Należy się spodziewać jeszcze trzech posiedzeń w ciągu przyszłego tygodnia.

Konstantynopol 16. marca.

Jakiekolwiek bądź mogą w Europie podawać powody zwlekania z rozpoczęciem wojny, — tu one przedstawiają się w jednej formie: Turcja czeka na Moskwę, Moskwa na Turcję; żaden nie chce uprzedzić przeciwnika i prowadzić wojny zaczepnej. Dlaczego? — pytam wojskowych. Bo przy dzisiejszym sposobie wojowania, można całą armię przeciwnika utopić w Dunaju: suponując że go on przekroczy, zacząwszy wojnę zaczepną. Zbyteczną byłoby tu rzeczą wdawać się w kombinacje strategiczne; ja obowiązany jestem notować fakta zarówno prawdziwe jak iluzoryczne, a faktem dla mnie w tej chwili jest to, że ludność tutejsza nie chce słyszeć o żadnych kombinacjach: ona czuje na sobie, że dotychczasowy stan dłużej trwać nie może, potrzeba albo tak, albo inaczej zakończyć; mniema ona, że gdyby był Midhat u steru, to by się wszystko dotychczas rozstrzygnęło; wyraża więc w sposób niedwuznaczny niezadowolenie z obecnego rządu i domaga się przywrócenia ekswezyra. W poniedziałek w przeddzień zamierzonego otwarcia parlamentu w Dołma Bagcze porozlepiano na tym pałacu, jako też na sąsiednim w Beszyktaszu, gdzie sułtan mieszka — rewolucyjne plakaty, których hasło w tych wyrazach brzmiało:

„Precz z Edhemem, niech żyje Midhat, naprzód na wroga!" Sułtana wcale nie oszczędzano i podniesiono sprawę rokowań z Czarnogórcami: ani jednej piędzi ziemi — postawiono jako groźne i nieodwołalne żądanie ludu. Na drugim plakacie wymieniono nazwiska wszystkich tych ministrów (z wyjątkiem Raoufa baszy), których naród nie pragnie widzieć u władzy. Na trzecim groźby przeciw sułtanowi i Damat baszy.

Popłoch zrobił się w mieście ogromny. Natychmiast zarządzono śledztwa i rewizje, po których aresztowano 70 osób, po największej części softów. Dziwna to jednak taktyka tego rządu, który powinien znać charakter i usposobienie obywateli i wiedzieć, że jeśli dziś uwięzi 70, to jutro stanie 700, a pojutrze siedem i siedmdziesiąt tysięcy malkontentów. Bądź co bądź, poczuto grozę sytuacji, i nazajutrz zerwano rokowania z Czarnogórcami. Demonstracja o tyle była dobrą, że rząd zasłonił się nią i zrzucił z siebie odpowiedzialności. Aby jednak pokazać przed kim należy, że się nie ulega presji rewolucjonistów, Porta ma przedłożyć parlamentowi cały przebieg rokowań i zażądać od niego dyrektywy tudzież upoważnienia do ustępstw terytorjalnych. Ciekawa rzecz — czy Edhem basza (jeśli do tego czasu zostanie na swem stanowisku) potrafi postąpić tak zręcznie z parlamentem jak ongi Midhat basza postąpił z Wielką Radą dywanu w sprawie przedłożeń konferencyjnych?

Zdaje się jednak, iż nie czuje się zbyt na siłach podołać temu zadaniu, bo oto już po raz wtóry odroczył otwarcie parlamentu; raz odroczono do soboty, a teraz znów cofnięto ten termin i odroczono do poniedziałku. Być bardzo może, że do tego czasu zajdą tu ważne zmiany, i przed parlamentem wystąpi nowy wielki wezyr. Czy nim będzie Midhat basza — nie wiem, ale wątpię: rząd zapewne nie zechce skoku gwałtownego robić i może uzna za stosowne utworzyć przejściowy gabinet, aby w ten sposób przygotować opinię publiczną do tego, że działa ostrożnie i po dojrzałym namyśle. Już teraz widać ślady tej taktyki. Dziennikom urzędowym polecono zawiadomić publiczność, że parlamentowi zostaną przedłożone dokumenta, mające usprawiedliwić wydalenie Midhata. Przypuszczam, że do tego nie przyjdzie, ale samo usiłowanie dowodzi raz chęci rządu wycofania się z trudnej sytuacji, a powtóre — konieczności rachowania się z opinią publiczną. A to przecież wiele znaczy, — jest to niemały postęp w życiu narodu. Sułtan raz przyznawszy kompetencję parlamentu, już się cofnąć nie będzie w stanie, bo się stoczy po spadzistości, na której go czeka gilotyna i albo system parlamentarny, albo rewolucja wszechwładnie zapanuje; innej alternatywy niema.

Delegaci czarnogórscy wyjeżdżają ztąd pojutrze.

W seraskieracie odbyła się wczoraj wielka rada ministrów, na której roztrząsano projekt wznowienia planu operacyjnego Omera baszy: ośmdziesięciu batalionami opasać Czarnogórę i marszem kolumn ściśniętych zdusić pająka w Cettyni.

W tym celu proponowano wycofać z pod granic czarnogórskich i te resztki dawnego wojska, które zostało zdemoralizowane klęskami i paniką, a zastąpieć go całkiem świeżemi batalionami.

Czego naszemu miastu potrzeba?

Dla użytku obywatelstwa napisał
Radny miasta Lwowa.

(Dokończenie).

VII.

Reasumując szczegóły wywodu steści spis następujący, czego naszemu miastu potrzeba o to:

1. Prawdziwie autonomicznej zwierzchniej władzy miejskiej, któraby pilnując jej pioczy poruczony ogół interesów miasta i potęgając ruch społeczny rozwijający się z autonomicznego ustroju gminy, pielęgnowała rozkwit wszystkich warunków życia społecznego! W tym celu zdążać do usunięcia w statucie obowiązującym, wszelkich ścieśnień rozwoju urządzeń autonomicznych.

2. Przeprowadzić na podstawie i w granicach obecnie obowiązującego statutu — ustrój zarządu gminy odpowiadający na zasadzie „autonomiczna administracja pod kontrolą ciała autonomicznego."

3. Urządzić tok służby wewnętrznej magistratu z manipulacją uproszczoną, zorganizować odpowiednio powyższym zasadom cały mechanizm administracyjny, tudzież kasowość i rachunkowość.

4. Urządzenie w ratuszu biura ugodowego celem jednania stron w sporze będących przez mężów zaufania z gminy wybranych.

5. Rozwijać dalej urządzenia szkół pospolitych i wystawić oprócz ukończonych i projektowanych budynków szkolnych, przynajmniej jeszcze jeden budynek szkolny na krakowskiem. Przestrzegać energicznie wykonanie ustawy o przymusie szkolnym.

6. Założenie wyższej szkoły żeńskiej.

7. Założenie szkół fachowo przemysłowych, rękodzielnicznych zdatnych kierowników pracowni i robotników; a zatem.

a) szkoły podmajstrzych.

b) niższej szkoły przemysłowo-przygotowawczej.

8. Wystawienie własnego budynku na umieszczenie miejskiego Muzeum przemysłowego, biblioteki, i szkół przemysłowych.

9. Założenie wyższej szkoły handlowej obejmującej działy:

a) fachowej szkoły kupieckiej, dla handlu, obrotu ogólnego bankowości asekuracyj i t. d.

b) fachowej szkoły kupiecko-przemysłowej, dla przemysłu wyrobów chemicznych i mechanicznych.

10. Wyjednanie zniesienia mocy obowiązującej kalendarza juliańskiego.

11. Utworzenie funduszów na utworzenie kościołów, cerkwi i budynków parafialnych.

12. Wydzielenie majątku stanowiącego własność ludności chrześciańskiej z majątku ogólnego gminy, i podział dotychczasowego funduszu gminej na:

a) fundusz gminy ogólnej,

b) fundusz własny ludności chrześciańskiej;

13. Założenie miejskiej kasy oszczędności.

14. Założenie miejskiego zakładu ubezpieczeń.

15. Założenie miejskiego zakładu zastawniczego.

Rejestr ten przedstawia wzniosłe zadania reprezentacyi miejskiej, a chociaż zupełne wykonanie tego programu dopiero w przeciągu kilku kadencyj oczekiwanem być może, chociaż następne reprezentacye nie zawsze będą mogły wskazać na okazałe budynki, jako trwałe pomniki swojej działalności to jednak każda, jeżeli w swoim czasokresie, dokona zupełnie, kilka z wykazanych, zadań dobru pospolitemu gminy znakomite odda usługi.

Szanownych członków Rady miejskiej, którzy myślami tutaj wynurzonymi. w interesie dobra miasta naszego i obywateli jego, szczerze zająć się raczą, witam serdecznie staropolskim „Szczęść Boże".

Głosy z kraju.

(*O regulacji Prutu*).

Z Kołomyjskiego.

Na zeszłorocznej kadencji sejmowej poruszono bardzo ważną sprawę, dotyczącą regulacji rzek. Na przedwstępne roboty osuszenia moczarów nad rzekami Dniestru i Strwiąża położonych przeznaczono potrzebne wydatki. Podobnej nieco regulacji oczekuje od lat niepamiętnych Prut i jego pobratymiec Czeremosz. Nad ich brzegami nie ma bagien i moczarów, ale są urodzajne ogrody, pola, pastwiska i domy włościańskie; otóż wody tych dwuch rzek zabierają w roku znaczne obszary najpiękniejszych i urodzajnych ogrodów, a biedni mieszkańcy muszą swe domy zabierać i z życiem uciekać. Po takiej ruinie coraz bardziej ubożeją; podatki z zabranych ogrodów przez długi czas opłacać muszą, a ogrody stają się szutrowiskami lub korytami rzek.

Na powyższe zniszczenie są narażone następujące wsie nad Prutem położone: Szeparowce, Dziadkowce, Kujdance, Sopów, Kołomyja, Werbiąż, Oskrzesince, Korolówka, Kornicz, Pererow i Trościaniec, Matijowce, Zamulińce, Załucze nad Prutem, Siemakowce, Borszczów, Trojca, Chlibyczyn polny, Demycze, Zabłotów, Illińce, Oleszków, Wołczkowce, Rudniki, Orelec, Widynów, Tuława, Uście, Karłów, Budyłów, Mikulińce, Śniatyn, Kułaczyn, Przerwa i Zawale, a dalej w górę po nad Czeremosz, Załucze nad Czeremoszem, Kniaże, Drahasymow, Tuczapy, Popielniki, Rybno i Kuty po stronie galicyjskiej oprócz Bukowiny.

Otóż tu nie uchodzi potrzeba osuszenia ale regulacji: to jest sprostowania, zwężenia i zgłębienia koryta, zakładania tam niemniej oddzielnego prowadzenia młynówek wspólnym kosztem dotyczących posiadaczy młynów na Prucie, gdyż pojedynczo każdy właściciel z osobna naraża się na znaczne wydatki.

Osuszenie tu niepotrzebne ale zabezpieczenie najżyźniejszych ogrodów, które woda już zwykle zasiane a często już prawie przed zbiorem bez litości zabiera, i spławia do Czarnego morza.

Biedny lud musi rozbierać chałupy i z miejsca praojców przewlekać je na inne a czasem i odludne miejsca. Tym sposobem coraz więcej ubożeje i na nędzę schodzi.

Przytaczam tu kilka autentycznych przykładów, które podczas pomiaru katastralnego jak najdokładniej sprawdziłem, a to według map z r. 1824. Tak np. w gminie Borszczów, powiat śniatyński zabrała woda od r. 1824 do roku 1858 8 domów a 15 morgów 790□ sążni ogrodów a od roku 1855 do roku 1876 9 domów a 11 morgów 1400□ sążni ogrodów a więc w przeciągu 53 lat 17 domów i 27 morgów 590□ sążni ogrodów a na tej przestrzeni pozostał tylko szuter a więc gmina zniszczona.

W gminie Tułuków zabrała woda od roku 1859 do rokw 1876 3 domy i 15 morgów 1270□ sążni ogrodów, a na tej przestrzeni jest teraz koryto rzeki i szutrowisko.

W małej gminie Kułaczyn pod Śniatynem, graniczącej z Bukowiną, zabrała woda w przeciągu 14tu lat 13 morgów bardzo urodzajnej roli a 10 morgów pastwiska i zagraża w bliskim czasie rządowej drodze.

W Siemakowcach nad Prutem zabrała woda stary cmentarz a kości ludzkie bielały się rozsypane po zarynkach. Smutno jest patrzeć się na takie zniszczenie i nikt nie pomyśli o zaradzeniu złemu.

Otóż rząd przez to zniszczenie traci podatek gruntowy, obywatele i włościanie tracą ogrody, pola, pastwiska i domy, a więc ci sami, którzy te straty ponoszą, powinni się razem wziąć do dzieła i dopuścić podobnego zniszczenia.

Jeszcze jeden przykład w gminie Tułukowie. Tam zajmuje koryto rzeki z przyległemi zarynkami 191 morgów i 153□ sążni, szerokość terytorjalna tej gminy nad Prutem wynosi 1300 sążni. Sprowadziwszy to koryto rzeki do 150 sążni, natedy zajmie tylko 121 morgów i 1400□ sążni, a więc uzyska się tym sposobem 70 morgów i 130□ sążni obszaru, który się da najdogodniej zasadzić łęgowiną i znaczne dochody przyniesie posiadaczom, a rządowi podatek; dziś obie strony żadnej korzyści nie mają.

Gdybym miał czas potemu, zestawiłbym ze wszystkich powyż wymienionych gmin koryto rzeki Prutu i nieużytecznych zarynków, niemniej wykazałbym przestrzeń, którąby można uzyskać przez regulację.

Są jeszcze i inne rzeki, które także potrzebują regulacji, ale znowu odmiennej jak np Bug. Tam są bardzo sianodajne łąki, które z powodu wielu krętów tej rzeki podczas wezbrania wody bywają zatapiane i siano namułem naniesione. Otóż tak ważny przedmiot w gospodarce krajowej powinneby poruszyć Rady powiatowe z nad Prutu, kołomyjska i śniatyńska, a z nad Bugu kamionecka i sokalska, a po bliższem zbadaniu udać się do sejmu krajowego i Rady państwa o udzielenie potrzebnych funduszów.

M. Jazłowski, geometra.

Przegląd polityczny.

Podróż Ignatiewa do Londynu i pretensje Moskwy do Bessarabii, — oto temata dyskusyj politycznych w ostatnich paru dniach. *A propos* pierwszej najrozmaitsze kursują pogłoski; jedną z najważniejszych podnieść musimy. Utrzymują, że do Wiednia prawdopodobnie „przez zapomnienie" nie dano znać o tej podróży, tak dalece, że ministerjum spraw zagranicznych dowiedziało się o niej wtedy dopiero, kiedy Ignatiew udawał się w Paryżu na dworzec kolei żelaznej. Ignatiew w piątek rano opuścił Paryż, a hr. Zichy, były austrjacki poseł w Konstantynopolu, jeszcze we czwartek wieczór wyjechał z Pesztu w przekonaniu, że w piątek zjedzie się z Ignatiewem we Wiedniu. Donosi o tem *Buda Corr.*, organ półurzędowy. — Utrzymują dalej, że Ignatiew zapowiedział w Paryżu, iż najprawdopodobniej we wtorek opuści Londyn. Wreszcie kursuje pogłoska, że po powrocie do Paryża Ignatiew, zanim się uda do Wiednia, odwidzi wprzódy Włochy. Tym sposobem przyjedzie do Wiednia z gotowym już elaboratem, i Austrji uczyni zaszczyt, że od niej, jako niby od najważniejszego i najbardziej interesowanego mocarstwa, na samym końcu zażąda podpisania protokołu. Zaszczyty nieraz dwojako się tłumaczą... Ale może się nawet zdarzyć, że i tego zaszczytu Austrja nie dostąpi. *Eastern Budget*, organ austrjacki, a przynajmniej organ Beusta, wychodzący w Londynie, omawiając teraźniejszy stan sprawy wschodniej, dodaje w końcu, że „jeżeli Anglia przystanie na propozycje moskiewskie, to minie niebezpieczeństwo wojny, i w takim razie podróż Ignatiewa do Wiednia okaże się zupełnie zbyteczną, gdyż Austrja przedewszystkiem pragnie pokoju, i na wszystko, co pokój gwarantuje, z góry przystaje. Lecz jeżeli Ignatiew nic na Anglii nie wymoże, w takim razie chwyci się on za ostatnią deskę zbawienia, aby Austrję skłonić do poparcia planów moskiewskich." Co przyboczny organ Beusta przez tę deskę zbawienia rozumie, tego doprawdy zrozumieć nie możemy.

Ponieważ podróże dyplomatów w danej chwili, przez *Times* uważanej za najważniejszą w dziejach sprawy wschodniej, nabierają same przez się ogromnego znaczenia, nie od rzeczy więc będzie zanotować, że ks. Hohenlohe, poseł niemiecki przy dworze francuskim, otrzymał nagle telegrafem rozkaz stawienia się w Berlinie, i w niedzielę opuścił Paryż. Ażali podróż jego ma jaki związek z projektem, za staraniem Moskwy przez Francję jakoby podanym, aby zwołać w Paryżu rodzaj konferencji przed podpisaniem protokołu; czy też ażali ma na celu zdanie relacji z uzbrojeń Francji, które ks. Bismarka pozbawiają snu spokojnego; tego naturalnie nie wiemy. To wszakże zaznaczyć musimy, iż utrzymuje się ciągle pogłoska, jakoby Niemcy zażądały od Francji ogołocenia z wojska departamentów, graniczących z Alzacją i Lotaryngią. A odpowiedź Bourkego na interpelację, wniesioną w tej sprawie w parlamencie angielskim, świadczy, iż w pogłosce tej jest więcej prawdy, niż wtedy gdy ją *Independance Belge* podała, przypuszczać można było.

Co się tyczy protokołu i debatów odbywających się między lordem Derby, a Ignatiewem przebywającym właściwie nie w Londynie, ale w Hatfialdzie, zamku margrabiego Salisburyego, nic dotąd pewnego powiedzieć nie można. Dotychczas nietylko nie znamy treści, ale nawet głównych punktacyj tego protokołu. Niektóre dzienniki, jak np. *France* i *Daily Telegraph*, utrzymują, że ustęp wyznaczający Turcji dwumiesięczny termin do wprowadzenia reform, na żądanie Anglji wypuszczonym został. Moskwa wtedy zaproponowała zamiast zdania „w dwumiesięcznym terminie", wstawić zdanie „w przeciągu czasu, który ma się bliżej oznaczyć." Ale gdy i przeciw temu wyrażeniu Anglja protest założyła, zgodzono się więc podobno na frazes: „w przeciągu czasu, który mocarstwa za właściwy uznają." Niektórzy jednak utrzymują, że i na ten frazes Anglja przystać nie chciała i że redakcja tego punktu była jedną z przyczyn, nakazujących Ignatiewowi udania się do Anglji.

Niemniej spornym punktem miała być kwestja demobilizacji. Anglja proponowała podobno aby do protokołu wstawić alineę, omawiającą demobilizację Moskwy, gdy natomiast Moskwa utrzymywała, że omówienie takie z dwóch powodów byłoby niewłaściwe, naprzód dlatego, że po przyjęciu protokołu przez mocarstwa, Moskwa, mając w nim gwarancję polepszenia losu chrześcian, z samej natury rzeczy przystąpiłaby do demobilizacji; a powtóre, że protokół ten omawia tylko kwestje polityki międzynarodowej, a tymczasem kwestja demobilizacji jest sprawą natury czysto wewnętrznej, obchodzącej specjalnie jeno Moskwę. Jednakże Anglia podobnie sofistycznem rozumowaniem nie dała się zbić z tropu i od żądania swego odstąpić nie chciała. Na czem stanęło, nie wiemy dotąd, to tylko pewna, że w niedzielę w Berlinie prawiono sobie na ucho, iż Moskwa i na tym punkcie ustępstwo zrobiła.

Times dowiaduje się, że końcowy ustęp protokołu, jakkolwiek może nie słowo w słowo, to jednak pod względem myśli tak opiewa:

„Mocarstwa, podpisujące się na niniejszym protokole, oświadczają, że na później odkładają porozumienie się co do środków, jakich im użyć wypadnie w razie, jeżeli rząd ottomański nie zechce wypełnić zobowiązań, które na nim ciążyć będą w skutek przyjęcia w niniejszym protokole wyrażonych żądań co do reform i zmian w administracji podległych mu krajów." — Jeżeli ten protokół podpiszą mocarstwa, to w takim razie, donosi *Times* — nawiązane zostaną natychmiast dyplomatyczne stosunki z Turcją; ażali zaś wejdzie w życie projekt francuski zwołania konferencji, nad tem utrzymuje organ *City* londyńskiej — mocarstwa jeszcze nie porozumiały się ze sobą. Wszakże podobno w Berlinie projekt ten już pogrzebano.

O kwestji bessarabskiej jakkolwiek wiele hałasu i krzyku, nic przecież nie wykryto nowego. Sprawa ta ani na włos nie postąpiła naprzód. Charakterystycznem jest wszakże, że wszystkich oczy zwróciły się nagle względem Turcji, jak gdyby ztamtąd oczekiwano odpowiedzi. Niektórzy podejrzywają, że Turcja stanowczo nie zezwoli na odstąpienie Bessarabii Moskwie i że dopiero z tej kwestji powstanie *casus belli*. Inni znów twierdzą, że to nie Moskwa wpadła na koncept Bessarabji, lecz że jej ofertę tę uczyniło stronnictwo staroturackie, a ona znów obawiając się złej miny Anglji na wypadek wojny, chętnie przystała na tę propozycję, zwłaszcza że zdobyciem Bessarabji będzie mogła zasłonić się doskonale wobec wewnętrznych malkontentów.

Z Izby sądowej.

Lwów, 16. marca 1877.

Kurtyjów twierdził, iż do września 187[illegible] był pisarzem gminnym w Aleksandrji, gubernii Che[illegible]zońskiej, a straciwszy tę posadę, udał się do Galicji z rekomendacją profesora Dragomanowa. W Lwowie zaznajomił się z Pawlikiem i Jastrzębskim.

Michał Pawlik utrzymywał, że poznawszy przypadkowo Jastrzębskiego, przyjął go z litości do siebie i za jego pośrednictwem sprowadzał d[illegible] siebie książki treści socjalistycznej z redakcji Wpierod w Londynie i utrzymywał z Dragomanowem korespondencję treści literackiej.

Aleksander Czerepakin, zeznał, że [illegible] ukończeniu medycyny w Kijowie, udał się do Szwajcarji, gdzie mieszka jego matka. Przed powrotem do Kijowa, otrzymał od nieznajomego Moskala zn[illegible]czną ilość trzech broszur, pomiędzy któremi by[illegible] także broszura pod napisem: „Pro bohactwo [illegible] bidnost", z prośbą, ażeby zatrzymał się we Lwowie, gdzie zgłosi się do niego pewien mężczyz[illegible] po te broszury. Otrzymał także zlecenie od Dragomanowa, aby zostającym z nim w korespondencji osobom na Węgrzech, podoręczał książki. [illegible] skutek tego otrzymał od Dragomanowa karty w[illegible]zytowe z poleceniem do tych osób na Węgrzech, do Pawlika we Lwowie, któremu wręczył kil[illegible] dzieł. W powrocie bawił trzy dni w Wiedniu, b[illegible] w towarzystwie akademickiem „Sicz", a następnie jeździł do Pesztu, Munkaczu i Ujhely, zkąd pr[illegible]był do Lwowa.

Obwinieni — powiada dalej akt oskarżenia [illegible] przeczą, jakoby byli członkami tajnych towarzystw zagranicznych, albo ażeby stali w styczności z t[illegible] nemi towarzystwami i w Galicji usiłowali zbie[illegible] członków do podobnych stowarzyszeń. Ale wy[illegible] śledztwa uzasadnia podejrzenie, że czynności ob[illegible]nionych w myśl §§ 285, 287 i 293 ust. karn. [illegible]ły karygodne: I tak listy z Charkowa do Jastrzębskiego pisane, wskazują jasno, że Jastrzębski j[illegible] członkiem tajnego towarzystwa socjalistycznego [illegible] Charkowie. Jeden z tych listów, ósmy z rzę[illegible] zawiera w sobie wzmiankę: „Od przyjaciół Ch[illegible]kowskich nie trzeba spodziewać się żadnej pomocy, ponieważ odmówili nawet tutejszym posłańcom[illegible] Ustęp ten przemawia za tem, że Jastrzębski [illegible] wysłannikiem towarzystwa. Z listu Dragomanowa pisanego do Jastrzębskiego, wypływa, że Jastrzębski i Pawlik mają spełniać tajemniczą misję w [illegible]

licji i to bardzo ostrożnie, albowiem „Galicjanie są nowicjuszami w takich rzeczach". Znaczenia listu tego Pawlik wytłumaczyć nie zdołał, a Jastrzębski, w przesłuchaniu policyjnem odmówił wszelkiego wyjaśnienia.

W liście pisanym do Jastrzębskiego pod adresem Michała Pawlika, wspomina Robert Dahle, że żądanych 3 lub 4 kolekcyj wydawnictw pisma *Wpierod* przysłać nie może; przesyła więc tylko jeden egzemplarz, a natomiast spodziewa się, że Jastrzębski wywiąże się z długu i okaże mu pomoc, chociażby na pierwszy raz udzielając wiadomości „o stanie rewolucyjnym w Galicji i o stosunkach, w jakich znajduje się naród." Podobnie omawia następny list pisany do Jastrzębskiego pod adresem Pawlika propagandę socjalistyczną w Galicji, opiewa bowiem: „Co się tyczy przebiegu rewolucyjnej sprawy w Galicji, to ja (Dhale) myślę, że takowy oznacza się nie liczbą socjalistów z inteligencji, liczba ta bowiem nawet przy dobrej propagandzie socjalistycznej idei będzie nieznaczną, lecz ogólnym ekonomicznym stanem ludności i istnieniem wśród niej dążności i ochoty ku ulepszeniu swego położenia sposobem rewolucyjnym." Dalej nadmienia Dahle w tym liście, że bardzo chętnie wstąpiłby z Pawlikiem w bezpośrednie stosunki, albowiem otrzymał o nim od Dragomanowa najpochlebniejsze zdanie.

List pisany przez Annę Pawlikowę do Michała Pawlika, wskazuje, że Pawlik w powiecie Kossowskim rozpoczął agitację socjalistyczną i że napominał członków, ażeby palili wszystkie korespondencje z obawy przed żandarmami. Podobnie wskazują korespondencje zabrane u Czerepakina, że jest on członkiem towarzystwa tajnego i jako taki propagandę socjalistyczną rozwijał, lub też rozwinąć usiłował w Galicji. I tak n. p. w liście do Dragomanowa pisze Czerepakin, że otrzymawszy jego list w Wiedniu, udał się z zapytaniami do Galicjan, że jednak widzi z ich sposobu myślenia, iż socjalizm nie przyjmie się u nich. Ci Galicjanie w Wiedniu powiedzieli mu, że socjalizm jest w Austrji karany śmiercią, że boją się socjalistycznych tendencyj, ale że można mieć tysiączne sposoby uwolnienia się w politycznych sprawach.. Opisując podróż przez Węgry, nadmienia Czerepaków, że chciał nawet władzom powiedzieć, iż jest socjalistą. W Munkaczu był u profesora Kisza, który ostrzegał go przed policją. W Ujheli był u nauczyciela Janosza, ale nie stawiał mu żadnych pytań w kwestji propagandy socjalnej. W końcu — powiada oskarżenie — sama treść pism odebranych od Czerepakowa, wyjawia zamysły, z jakiemi przybył z Węgier do Lwowa, głównie zaś broszura p. t. „Pro bohactwo ta bidnost', której rozpowszechnienia sąd krajowy we Lwowie orzeczeniem z dnia 27. stycznia r. b. wzbronił, z powodu wypowiedzianych w niej zasad komunistycznych.

C. k. prokuratorja państwa oskarża tedy powyżej wymienionych trzech poddanych moskiewskich i jednego poddanego austrjackiego o występek przewidziany w powyżej przytoczonych paragrafach, a mianowicie Pawlika, iż jest członkiem zagranicznego towarzystwa tajnego o celach socjalistycznych i jako taki usiłował pozyskać członków dla tego towarzystwa, a trzech innych obwinionych iż jako obcokrajowcy usiłowali w państwie austrjackiem pozyskać członków do zagranicznych, tajnych socjalistycznych owarzystw.

Nadto oskarża c. k. prokuratorja państwa: Michała Pawlika o przekroczenie z §. 320 b. ust. kar. popełnione przez to, iż nie zameldował mieszkającego u niego S. Jastrzębskiego.

Sergieja Jastrzębskiego o przekroczenie z §. 320. c. g. ust. kar. popełnione przez używanie obcego paszportu i podrobionego świadectwa do podróży, tudzież przez przybranie fałszywego nazwiska w dyrekcji policji, nareszcie za przekroczenie z §. 312 ust. kar. popełnione przez czynną zniewagę c. k. strażnika Terleckiego w dniu 9go stycznia 1877.

Aleksandra Czerepakina o przekroczenie z §. 320 c. ust. karn. popełnione przez zameldowanie się pod fałszywem nazwiskiem A. Doroszenki.

W sobotę zakończył trybunał postępowanie dowodowe w sprawie Pawlika i trzech jego towarzyszy. Ostateczne wywody prokuratora i obrońcy, tudzież wydanie wyroku odłożył trybunał do wtorku.

Kronika miejscowa i zamiejscowa.

— Dowiadujemy się, że p. Karol Mikolasch, aptekarz we Lwowie, który od lat kilku dostarcza bezpłatnie medykamentów dla Zakładu ciemnych, obiecuje dobrodziejstwo to rozszerzyć i na urządzający się przytułek. Oprócz tego ofiarował na powyższy cel zł. 300.

— Towarzystwo budownicze istniejące od lat wielu w mieście naszem, sprowadziło piękny sztandar dla siebie z Lugdunu, na którym z jednej strony obraz św. Michała, patrona kraju, z drugiej zaś strony obraz św. Józefa, patrona stowarzyszenia. Poświęcenie tej chorągwi solenne z nabożeństwem odbyło się wczoraj jako w dzień św. Józefa o godzinie 10. w kościele katedralnym.

— W Czytelni akademickiej odbył się dnia 14. marca pod kierownictwem p. Ludwika Marka wieczorek muzykalno-deklamacyjny, który ściągnął do czytelni słuchaczy akademików, których mała sala zaledwie zdołała pomieścić. Wielu z pp. profesorów wszechnicy i akademii technicznej zaszczyciło także Czytelnię swą obecnością. Wieczorek rozpoczął p. Marek, który odegrał na 4 ręce „Danse macabre" Saint-Saensa wraz ze swym uczniem p. Tustanowskim, którego gra zaleca się lekkością uderzenia. Następnie odśpiewał p. Zakrzewski artysta opery pieśni: Reicharda „O oczko me" i Marka „Wie ich dich liebe", a na końcu na ogólne żądanie słuchaczy „Erlkönig" Szuberta. — Deklamacje akademików Brzezińskiego i Henryka Szydłowskiego ogólnie także się podobały. Nadewszystko jednak podobała się gra p. L. Marka, który odegrał Nocturnę Chopina, Etude koncertowy Liszta, Mazurek Chopina, a wreszcie z właściwą sobie brawurą „drugą Rapsodę węgierską" Liszta, która rzęsiste wywołała oklaski. Wieczorek ten był jednym z najświetniejszych, jakie wydział Czytelni w tym roku urządził.

— Namiestnictwo ze względu na liczne wypadki okaleczenia, zakazało oprawcom na przyszłość łapać psy stalowemi drutami. Wiadomość ta zapewne miłą byłaby dla licznych kinofilów miasta naszego, gdyby magistrat, któremu zaproponowano wybór innego sposobu łapania psów mógł się zdecydować, na który bądź i innych środków. Z powodu niedogodności sznurów zmieniono właśnie ten sposób chwytania psów na drut stalowy używany w Wiedniu, a łapanie siatką jest jeszcze o wiele więcej niebezpieczne z tego powodu, że przy jej rzucaniu niejednokrotnie już oprawca załamał krzyże psu, lub uderzywszy po łbie zabił. Niema więc innego sposobu do wyboru i w tej myśli też magistrat przesłał odpowiedź namiestnictwu.

— Niedzielna *Wiener Zeitung* ogłasza spis członków centralnej komisji dla wystawy paryskiej w r. 1878. Cesarz zamianował protektorem brata swego arcyksięcia Karola Ludwika. W liście członków znajdujemy kilka nazwisk polskich a mianowicie: Maksymilina Bodyńskiego sekretarza i delegata Izby handlowo-przemysłowej lwowskiej, Włodzimierza hr. Dzieduszyckiego, Natan Kallira prezydenta Izby handlowej w Brodach, Jana Matejki i dr. Ferdynanda Heigla.

— W Przemyślu odbędzie się we środę (21. b. m.) w sali Tow. muzycznego przedstawienie amatorskie, na którem oderane będą „w Jesieni", komedja w 1 akcie Wł. hr. Koziebrodziego, „Czarna i Biała", komedja w 1 akcie z francuskiego i „Consilium facultatis", komedja w jednym akcie hr. Fredry. Początek o godz. 7½ wieczorem.

— W środę powtórzoną będzie krotofila hr. A. Fredry (syna) „Kalosze", a równocześnie przedstawione zostaną po raz pierwszy dwie jednoaktowe komedje „W Krynicy" przez autora „Kłopotów starego komendanta" i „Za panią matką, idzie pacierz gładko" hr. Henryka Łączyńskiego.

— *Atheneum londyńskie*, jedno z najpoważniejszych pism literacko-krytycznych, daje corocznie przegląd wszystkich piśmiennictw stałego lądu, pomijając literaturę polską. Pragnąc uzupełnić brak ten, p. Sygurd Wiśniowski, zwrócił się do J. I. Kraszewskiego z prośbą o redagowanie dorocznych sprawozdań o rozwoju literatury polskiej, które p. Wiśniowski zobowiązał się tłumaczyć na język angielski i przesyłać do redakcji *Atheneum*. Obecnie kronikarz *Tyg. ilustr.* donosi, że czcigodny Nestor naszego piśmiennictwa dał w tych dniach przychylną odpowiedź. Tak więc spodziewać się należy, że w zeszytach grudniowych *Atheneum* z r. b. literatura polska zajmie to miejsce poczesne, które jej się oddawna „z wieku i urzędu tam należało."

— **Leżajsk** 10. marca. Dr. Leon Madejski adwokat krajowy w Brzeżanach przysłał nam dla biblioteki szkolnej 15 tomów książek wartości 30 zł. — Za ten dar cenny składamy mu niniejszem najserdeczniejsze podziękowanie.

Seb. Kołodziej,
kier. szkoły.

— **Kraków** 18. marca. Stowarzyszenie święcenia niedzieli już zawiązane. Na pierwsze posiedzenie zbiorą się członkowie jutro w sali arcybractwa miłosierdzia po wysłuchaniu mszy w kościele św. Barbary.

We środę habilitował się na uniwersytecie tutejszym dr. Ernest Till na docenta prawa cywilnego.

Po zakończeniu procesu o kradzież rogu wielickiego, prokurator wniósł od wyroku uwalniającego obu oskarżonych zażalenie nieważności. Jeżeli jednak sąd kasacyjny potwierdzi wyrok róg wielicki nie wróci w posiadanie górników. Wobec uwolnienia obu oskarżonych nikt nie jest obowiązany do zwrotu szkody. Róg więc wróci do br. Rotschilda, który łaskawie obiecał go zwrócić górnikom po śmierci swej pod dość uciążliwemi warunkami. Kumu stawiać warunki!?

Projekt urządzenia, na cele dobroczynne, koncertu historycznego polskiego, który tu powstał niedawno, zaczyna się urzeczywistniać. Koncert odbędzie się pod przewodnictwem znakomitej uczennicy Chopina ks Marceliny Czartoryskiej 21. marca, a weźmie w nim udział orkiestra wojskowa, kapelmistrz K. Hoffman i Towarzystwo muzyczne wraz z swym dyrektorem p. St. Niedzielskim. Program obejmuje dzieła wszystkich znakomitych artystów polskich, a mianowicie: Część I: 1. Z wieku X. Pieśń Bogarodzica, chór mięszany. 2. Kolenda, chór żeński. 3. Z wieku XVI. Dwa psalmy, chór mięszany Gomółki. 4. Z r. 1617 *Gaude Mater*, pieśń o świętym Stanisławie, kwartet męzki. 5. Z wieku XVII. *Sepulto domino*, kwartet wokalny Goreczyńskiego. Intermezzo. Śpiewy ludowe: a) Dumka ukraińska, b) Handzia, c) Krakowiak, d) Mazurek (śpiew solo z towarzyszeniem fortepianu) Część II: 6. Kurpiński: Uwertura z opery „Wanda i Bojomir", na orkiestrę. 7. Chopin: a) Polonez cis-moll op. 26 na fortepian. b) Mazurek. c) Precz z moich oczów, pieśń na baryton, d) Fantazja na tematy polskie na fortepian z towarzyszeniem orkiestry. 8. Moniuszko: a) „Wiosna", pieśń na sopran, b) „Tańce góralskie", na orkiestrę. 9. Żeleński: a) „Z księgi pamiątek", pieśń na baryton. b) Uwertura koncertowa na orkiestrę. Oby wasze towarzystwo chciało pod tym względem naśladować Kraków, a muzycy zamiast urządzać uroczyste koncerta w rocznicę Bethowenowską, uczcić potrafili raczej polskich kompozytorów. Nam się zdaje, że jest to ich obowiązkiem. Niechaj nie zapominają, że nie zasługuje na cześć ten, kto cenić nie umie przeszłości.

Wiadomości literackie, naukowe i artystyczne.

— Treść nru 12. *Ruchu literackiego*: Dlaczego nie udają się u nas zbiorowe prace? (artykuł wstępny); U swoich na obczyznie, powieść napisał dr. Bonawentura Kopeć (c. d.); Cicha ofiara, poemat dramatyczny przez Marję Kierską (dokończenie); Listy pani Kossakowskiej z Potockich, kasztelanowej Kamińskiej, do siostrzeńca Ignacego Potockiego, marszałka W. księstwa Litewskiego, z archiwum Wróblewieckiego, Władysława hr. Tarnowskiego; Wspomnienia z lat ubiegłych, Władysława Siemońskiego (dokończenie); Lwów w czasie wojny 1809 r. ustęp z jego dziejów, z rękopisu niemieckiego przetłumaczył, wstępem opatrzył, uzupełnił i objaśnił Stanisław Kunasiewicz, część druga; Wśród lasu, powieść Michała Aubray, tłumaczyła z francuzkiego Aniela Laskowska; Australia przez Feliksa Lewickiego (c. d.); Przegląd literacki: Fryderyk Chopin, jego życie, dzieła i listy przez Maurycego Karasowskiego w języku niemieckim, ocenił Stefan Buszczyński; Miscelanea: Z kroniki lwowskiej, *Messager de Vienne*; Drobne wiadomości literackie, naukowe i artystyczne. — Prenumerata wynosi we Lwowie kwartalnie 3 zł., półrocznie 6 zł., rocznie 12 zł. Na prowincji i za granicą kwartalnie 3 zł. 50 ct., półrocznie 7 zł., rocznie 14 zł.

W wstępnym artykule redakcja zastanawia się nad przyczyną nieudawania się zbiorowych prac u nas, i widzi ją w tem, iż pojęcie obowiązku płynące z miłości ojczyzny, która jest w sercu Polaka najsilniejszem i najżywszem uczuciem, usiłowano zastąpić pojęciami obowiązku wypływającego z utylitarności. Gdy w skutek reakcyjnej propagandy osłabiono patryotyzm, nic dziwnego, że nie możemy się zdobyć ani na poświęcenie, ani na solidarność, które są warunkiem każdej zbiorowej pracy. Prawdy, jakie podnosi w tym artykule redakcja powinny zwrócić uwagę publiczną. W tym numerze *Ruchu* ukończony został poemat Marji Kierskiej. Jest to pierwszy drukowany utwór młodej utalentowanej poetki wielkopolskiej. W tym także numerze ukończono ciekawe wspomnienia z r. 1846 i z więzienia w Szpilbergu, Władysława Siemońskiego, towarzysza więziennego Wincentego Pola. Redakcję odpowiedzialną *Ruchu* objął zaszczytnie znany publicysta i poeta p. Platon Kostecki, — pp. Giller Agaton i dr. T. Żuliński zostają jak i dawniej w redakcji tego pisma.

Gospodarstwo, przemysł i handel.

Lwów. Sprawozdanie targowe z dnia 16. marca 1877 roku: Pszenicy 100 kilogramów 10 zł. 73 c.; żyta 100 kilogrm. 7 zł. 90 c.; jęczmienia 100 kilogrm. 6 zł. 57 c.; owsa 100 kilogramów 6 zł. 97 c.; hreczki 100 kilogrm. 7 zł. 54 c.; prosa 100 kilogrm. 5 zł. 71 c.; grochu 100 kilogrm. 7 zł. 58 c.; soczewicy 100 kilogramów — zł. — c.; kukurudzy 100 kilogramów — zł. — c.; fasoli 100 kilogrm. 14 zł. 90 c.; ziemniaków 100 kilogrm. 3 zł. 76 c.; siana 100 kilog. 2 zł. 07 c.; słomy 100 kilogr. 1 zł. 28 c.; metr kub. drzewa twardego 4 zł. 10 c.; miękkiego 3 zł. 05 c.

Miejski urząd targowy.

Lwów d. 17. mara 1877.

Lwów dnia 14. marca. (Sprawozdanie Izby kupieckiej.) Ceny za 100 kilogramów *paritas* Lwów. Według jakości:

[1]Pszenica czerwona od 11·— do 11·50 zł., biała od 11·— do 11·25 zł., żółta od 10·50 do 11·— zł. [2]Żyto od 7·85 do 8·20 zł. — Jęczmień browar. od 6·— do 6·50 zł., pastewny od 5·50 do 5·75 zł. Owies od 6·— do 6·30 zł. — [3]Groch do gotowania od 7·80 do 8·50 zł., pastewny od 7·— do 7·25 zł. Wyka od 5·80 do 6·15 zł. — Bób od 8·— do 8·60 zł. — Kukurudza stara od 6·— do 6·50 zł., nowa od 5·70 do 6·— zł. — [4]Rzepak zimowy od 17·50 do 17·75 zł. — [4]Rzepak letni od 17·— do 17·50 zł. — [4]Lnianka od 14·— do 14·50 zł. — [4]Nasienie lniane od 13·50 do 14·— zł. — Nasienie konopne od 8·75 do 9·— zł. — Koniczyna od 60 do 85 zł. — Kminek od 50·— do 53·— zł. — Anyż od 29·— do 33·— zł. — Anyż płaski od 20·— do 24·50 zł.

Spirytus za 10·000 litrów procent:
Gotowy od —·— do 29·75 zł.
W terminach na miesiąc czerwiec, — lipiec 32·90 zł.

Uwaga. O produktach ułamkiem oznaczonych, orzeka poniżej usposobienie:

Usposobienie:

[1]) Stałe, towar doborowy poszukiwany. — [2]) Doborowy towar poszukiwany. — [3]) Nie ma transakcji. [4]) Nominalne.

Wiedeń dnia 19. marca. (Telegram *Gazety Nar.*) Na dzisiejszy targ przyprowadzono z Galicji 485, z innych prowincji 2026, razem 2511 sztuk wołów. Płacono za 100 kilogr. woły galicyjskie po 52 najwyżej 55 złr., węgierskie po 50 do 57 złr. Targ odbywał się bardzo leniwie.

J. Krzysztofowicz,
Caffe-Stierböck.

Kraków 15. marca. W skutek nienajlepszej drogi dowóz zboża na wczorajszy targ na Baranie był nie wielki, przez co ceny przy większym popycie cokolwiek podniosły się. Kupcy krakowscy jak zwykle robili największe zakupna.

Przy niewielkim obrocie, a dosyć ożywionej chęci kupna, ceny zboża na dzisiejszym targu Kleparskim utrzymały się z przyszłego targu. Piękną pszenicę zakupywano po większej części dla młynów parowych, żyto zaś do Morawy, a jęczmień dla browarów i krupników miejscowych.

Płacono pszenicę żółtą za 100 kilogramów od 10·50 do 12·—, czerwoną od 10·75 do 12·50, białą od 11·— do 12·80, żyto warszawskie za 100 kilogr. od 9·25 do 9·80, podolskie od 8·75 do 9·—, jęczmień dla krupników za 100 kilogr. od 8.25 do 8·50, na paszę od 7·75 do 8·10, owies za 100 kilogr. od 8·25 do 8·90, groch od 8.— do 10·—, fasolę od 9·— do 12·—, hreczka od —·— do —·—., koniczyna od 60·— do 80·—., wykę od 6·50 do 7·75., rzepak od —·— do —·—, jagły od —·— do —·—, proso od —·— do —·—.

Telegramy i ostatnie wiadomości.

Kluby centralistyczne, nazywające się wiernokonstytucyjnemi odbyły w niedzielę w południe wspólną konferencję nad wnioskiem dr. Sturma o zniesieniu delegacyj wspólnych. Z początku klub lewego centrum uchwalił był nie wziąć udziału w naradzie, uważając wniosek za rewolucyjny; lecz później zebrał się jeszcze raz i odwołał swą uchwałę, gdy się przekonał, iż i klub lewicy jest przeciwny wnioskowi Sturma, wniosek ten więc upadnie na konferencji.

O wyniku konferencji nadszedł następujący telegram.

Wiedeń d. 18. marca. Konferencja klubów centralistycznych odrzuciła 102 głosami przeciw 58 (klubu postępowego i kilku dzikich) wniosek dr. Sturma o zmianę, (właściwie o zniesienie) ustawy delegacyjnej, przed głosowaniem oświadczył przewodniczący, że wnioskodawcom pozostawia się wolność wniesienia swego projektu w pełnej Izbie.

Ostatnie to oświadczenie przewodniczący konferencji uczynił dlatego, ażeby uniknąć wystąpienia klubu postępowego z partji wiernokonstytucyjnej. Klub ten bowiem z góry uchwalił, w razie odrzucenia jego wniosku przez konferencję centralistów, wystąpić ze stronnictwa i wnieść swój projekt do Rady państwa.

W sobotę zamknięto sesję sejmu węgierskiego, a dziś w poniedziałek zagajono nową sesję.

Peszt d. 19. marca. Dzisiaj reskryptem królewskim zagajono trzecią sesję sejmową.

Wiedeń d. 19. marca. Dzienniki donoszą, że Rada ministrów odbyta pod przewodnictwem cesarza, postanowiła zwołać delegacje, na wrzesień a po Wielkiej Nocy obu parlamentom przedłożyć projekta ugodowe. Ministrowie węgierscy odjechali do Pesztu. Szell powróci w środę dla ostatecznego załatwienia sprawy bankowej z bankiem narodowym.

Wiedeń dnia 19. marca. Posiedzenie Izby posłów. Minister handlu zawiadamia, że ustawa w kredycie na ustawę paryzką otrzymała już sankcję. Projekt ustawy o wysłaniu deputacji regnikolarnej został na wniosek Herbsta uznany za nagły, i w pierwszem, drugiem i trzeciem czytaniu bez zmiany jednogłośnie przyjęty. Projekt ustawy w połączeniu kolei Berneńsko-Rosickiej z koleją Państwową został w drugiem czytaniu według wniosku komisji przyjęty.

Sprawa rokowań między Anglią a Moskwą i sprawa rokowań między Turcją a Czarnogórą zajmują dziś głównie uwagę publiczną. Co do pierwszej jedne telegramy donoszą, iż już przyszło do porozumienia między Anglią a Moskwą i dziś jutro protokół będzie przez wszystkie mocarstwa podpisany, drugie zaś twierdzą, że jeszcze dotąd nie nadeszła odpowiedz na modyfikacje angielskie z Petersburga, lecz gdy nadejdzie, rozpoczną się rokowania z Turcją. Zestawiwszy te telegramy, prawdopodobniejsze jest, że sprawa dotąd nie jest skończona, że modyfikacje i kontrmodyfikacje są wnoszone w dalszych rokowaniach, i że Anglia zgadza się na to, aby i Porta podpisała protokół międzynarodowy, czego dawniej odmawiała. Inaczej nie podobna wytłumaczyć zapowiedzi ministerjalnego *Morningpost*, iż po porozumieniu między Anglią i Moskwą rozpoczną się rokowania z Turcją. Oto telegramy dotyczące tej sprawy:

Paryż d. 19. marca. W liście z Londynu potwierdza „Agence Havas", że już co do protokołu przyszło do porozumienia między Anglią a Moskwą. Ambasadorowie mocarstw oczekują upoważnienia od swych rządów do podpisania protokołu, co nastąpi dziś lub jutro.

Londyn d. 19. marca. „Morningpost" donosi, że po nadejściu odpowiedzi moskiewskiej rozpoczną się zaraz rokowania z Turcją.

Lecz co się stanie, jeżeli Turcja odmówi podpisania protokołu? Do zmuszenia jej nie obowiązują się mocarstwa, ani nie upoważniają Moskwy do tej egzekucji. Wygląda to jakoś na podobny manewr Anglii, jak podczas konferencji stambulskiej, gdzie pozornie Anglja zgadzała się na uchwały konferencji podług wniosków moskiewskich, lecz zapowiedziawszy z góry, iż nie obowiązuje się do ich wyegzekwowania; potem gdy Turcja tem ośmielona, odmówiła przyjęcia uchwał konferencji, Anglja wróciła na dawniejsze neutralne stanowisko.

Jeszcze jedno moskiewskie doniesienie jest o treści protokołu międzynarodowego.

Bruksela d. 19. marca. „Nord" (organ moskiewski) twierdzi, iż w protokole międzynarodowym nie będzie żadnej stypulacji tak co do rozbrojenia Moskwy jak i Turcji.

Więc widać z tego, że Anglia odstąpiła już podczas rokowań toczących się od pierwotnego swego żądania, jakie według *Timesa* zawarte było w modyfikacjach angielskich projektu moskiewskiego.

Sprawa druga, tj. rokowania między Turcją i Czarnogórą jest obecnie w zawieszeniu. Czarnogóra widocznie czeka, co się stanie z rokowaniami angielsko-moskiewskiemi. Jeźli przyjdą do skutku, zawrze pokój umiarkowawszy swe warunki; jeźli rozbiją się rokowania londyńskie, zerwie i Czarnogóra rokowania w Stambule.

A tymczasem w Bośnii walka między powstańcami a Turkami toczy się dalej. Bośniacy usłuchali znowu podżegań moskiewskich, i najgorzej na tem wyjdą, gorzej jeszcze niż Serbia.

Zara d. 19. marca. W sobotę między Bonawenturą a Dresinaczem toczyła się przez pięć godzin zacięta walka między powstańcami a Turkami. Obie strony poniosły znaczne straty. Turcy cofnęli się do Liwna.

Z Konstantynopola wysłany przez nas korespondent ciekawy podaje obraz stanu rzeczy. I inne dzienniki mówią o bliskiej rewolucji. I im w trudniejszem położeniu znajduje się Turcja, tem ludność natarczywiej domaga się odwołania Midhata z wygnania. Około tego obraca się całe wzburzenie. I zdaje się, iż Midhat-basza istotnie w krótkim czasie będzie powołany do Stambułu, i obejmie wielki wezyrat.

Konstantynopol d. 18. marca. Jutro spodziewają się delegaci czarnogórscy odpowiedzi z Cetynii na zapytanie co dajej czynić mają. Jeźli przyjdzie do porozumienia między Anglią i Moskwą, to łatwiejsza będzie zgoda między Turcją i Czarnogórą i rokowania będą toczyć się dalej. Lecz gdy we wtorek ubiega termin zawieszenia broni, więc w takim razie wojska otrzymać mają rozkaz, aby się trzymały tylko odpornie. Zamianowanych jest już 30 senatorów, między tymi kilku chrześcian. Prezydentem senatu mianowany Serwer basza.

W poniedziałek w południe nastąpi zagajenie parlamentu w pałacu sułtańskim.

KURS GIEŁDY WIEDENSKIEJ.

WIEDEŃ 19. marca 1877.
godzina 10. minut 54 przed południem.

Akcje kred.	150 80.	Anglo-austr.	75.25
Unionsbank	53.75.	Vereinsbank.	—.—
Kolei Kar. Lud.	213.80.	Kolej połud.	—.—
Franko-austr.	—.—.	Losy tureckie.	—.—
Losy z r. 1860	—.—.	Oblig. indem.	—.—
Staatsbahn	—.—.	Wied. Tramw.	—.—
Ostbahn	—.—.	Napoleondor	96.—
Rubel papierowy	—.—.	Usposob. stałe.	

WIEDEŃ 19. marca 1877.
godzina 2. minut 26. po południu.

Akcje fran.-aust.	—.—.	Węgier. kred.	139.75
Anglo-austr.	74.75.	Unionsbank	53.—
Kolej Kar. Lud.	214.—.	Nordbahn	180.75
Kolej połudn.	80.25.	Kolej Alföld.	99.—
Kolej Elżbiety	133.—.	Kolej Lw.-czer.	117.—
Węg. Nordostb.	96.50.	Rudolfsbahn	110.50
Wiener-Bauges.	—.—.	Węg. Ostban.	—.—
Galic. indemniz.	84.75.	Losy z r. 1864	133.—
Franco-H. Bank	—.—.	Verkehrsbahn	80.50
Losy tureckie	18.—.	Baubank-Act.	—.—
Kolej państw.	226.50.	Bankverein	59.—
Wied. Bauver.	—.—.	Losy węgier.	74.25
Akcje kredytowe	—.—.	Marki niemieckie ct.	59.55

Rosyjski rubel papierowy 1.51.
Usposobienie: stałe.

Berlin, 17. marca. Russ. Banknoten 252.25. Credit. Act. 252.50. Lombarden 135.—. Galizier 88.— Staatsbahn —.—. Rumänier 12.75. Oesterr.-Banknoten 165.50. Usposobienie —.

Kasa galic. Tow. kredytowego.

	Kupuje.	Sprzedaje.
5% Listy zastawne po	77 —	77 50
4% „ „ po	84 —	84 50

Lwów, dnia 13. marca 1877.

Pociągi kolejowe.

Przychodzą do Lwowa:

Z KRAKOWA: o godzinie 5 minut 30 rano (pociąg pospieszny); o godz. 9 m. 25 wieczór (pociąg osobowy); o godz. 10 min. 35 przed południem (pociąg mięszany).

Z CZERNIOWIEC: o godzinie 9 minut 55 wieczór (pociąg pospieszny), o godz. 3 m. 40 rano (pociąg mięszany); o godz. 2 m. 50 popołudniu (pociąg mięszany).

Z STANISŁAWOWA: (na Stryj): o godzinie 7 m. 58 wieczór (pociąg nr. 2); o godz. 8 m. 52 (pociąg nr. 4).

Z PODWOŁOCZYSK: (na dworzec w Podzamczu): o godzinie 2 minut 54 rano (pociąg osobowy); o godz. 8 m. 8 popołudniu (pociąg mięszany).

Z PODWOŁOCZYSK. (na dworzec lwowski główny: o godzinie 10 m. 33 wieczór (pociąg pospieszny) o godz. 8 min. 25 rano (pociąg osobowy) o godz. 3 m. 48 po południu (pociąg mięszany).

Odchodzą ze Lwowa:

DO KRAKOWA: o godzinie 11 min. 3 przed północą (pociąg pospieszny); o godz. 4 m. 40 rano (pociąg osobowy,) o godz. 4 minut 45 po południu (pociąg mięszany);

DO CZERNIOWIEC: o godzinie 6 minut 25 rano (pociąg pospieszny); o godz. 11 minut 25 wieczór (pociąg mięszany); o godz. 12 min. 30 z południa (pociąg mięszany).

DO STANISŁAWOWA: (na Stryj): o godzinie 6 minut 5 rano (pociąg nr. 1); o godz. 5 min. 10 wieczór (pociąg nr. 3).

Lwów, z Izby handlowej dnia 19. marca.	płacą zł. w. a.	żąda zł. w. a.
I. Akcje za sztukę. (bez kupona bieżącego.)		
Kolej gal. Kar. Lud.	212 50	214 50
„ Lwow.-Czern.-Jassy	115 50	117 50
Banku hip. gal. po 200 zł.	214 —	216 50
Banku kred. gal. po 200 zł.	211 —	215 —
II. Listy zast. za 100 zł. (bez kupona bieżącego.)		
Tow. kred. gal. 5 pr. w. a.	83 80	84 60
„ „ „ 4 pr. w. a.	77 —	78 —
„ „ „ 5 pr. okres.	83 80	84 60
Banku hip. gal. 6 pr.	87 70	88 60
III. Listy dłużne za 100 zł.		
Gal. zakł. kred. włośc. 6 pr. w. a.	91 —	92 50
Ogól. rol. kred. zakł. dla Galicji i Bukowiny 6 pr losowanie w 15 lat	90 —	91 —
Tow. kred. miej. 6 pr. w. a.	— —	— —
IV. Obligi za 100 zł.		
Indemnizacyjne galic.	84 75	85 75
Poż. kraj. z r. 1873 po 6 pr.	90 —	92 —
Losy miasta Krakowa	14 —	15 50
„ „ Stanisławowa	19 50	21 50
V. Monety.		
Dukat holenderski	5 65	5 75
Dukat cesarski	5 70	5 80
Napoleondor	9 60	9 72
Pół imperjał rosyjski	9,75	10 5
Rubel rosyjski srebrny	1,70	1 81
Rubel rosyjski papierowy	1 51	1 53
Pruskie bilety kasowe	— —	— —
100 Marek niemieckich	59 25	60 25
Srebro	110 —	112 —
Kupony w srebrze	109 50	111 50
Wiedeń, 17 marca. *Powszechny dług państwa (za 100 zł.)*		
Rent. austr. w bankn. 5 pr.	64 25	64 40
„ „ w sreb. 5 „	68 50	68 75
Pożyczka loteryjna 1839 całe losy (m. k.)	286 —	287 —
1839 ½ losu „	286 —	287 —
1854 po 250 zł. 4 pr.	105 75	106 25
1860 „ 500 zł. w. a. 5 „	109 75	110 25
1860 „ 100 „ „ „	119	119 50
1864 „ 100 „ „ „	131 50	132 —
Renta złota 4 pct.	76 95	77 10
Listy zast. dom. po 120 5 „	141 25	141 75
Oblig. indem. (100 zł.)		
Galicyjskie	85 —	86 —
Bukowińskie	82 —	83 —
Inne publiczne pożycz.		
W[illegible] poż. kol. p. [illegible] 5 proc.	99 25	99 50

	płacą zł. w. a.	żąda zł. w. a.
Węg. poż. prem. po 100 zł.	72 25	72 50
Turecka poż. kol. po 400 fr.	17 50	17 75
Akcje bankowe.		
Anglo-austr. po 200 zł. 120	73 75	74 25
Bodencred. au. 200 zł.	— —	— —
Zakł. kr. dla han. i przem.	152 80	153 —
Zakł. kr. węg. 200 zł.	134 30	134 50
Tow. esk. n. aust. po 500 zł.	660 —	670 —
Franco-austr. po 100 zł.	— —	— —
Franco-węgier. po 200 zł.	— —	— —
Gal. bank. hip. po 200 zł.	— —	— —
Gal. bank dla hand. i przem po 200 złr.	— —	— —
Gal. zakł. kr. ziem. po 200 zł.	— —	— —
Renten bank po 160 zł.	— —	— —
Banku nar. austr. po 600 zł.	824 —	826 —
Banku pow. aust. po 200 zł.	— —	—
Unionbank po 140 zł.	52 50	53 —
Vereinsbank po 100 zł	— —	— —
Verkehrsb. pow. po 140 zł	79 75	80 25
Wied. bankver. po 100 zł	58 50	60 —
Akcje kolei.		
Albrechta po 200 zł.	— —	— —
Alföldzkiej po 200 zł. sreb.	97 —	98 —
Dniestrzańskiej „ „	— —	— —
Elżbiety „ m. k.	133 —	133 50
Ferdynanda półn. po 1000 zł. m. k.	1805 —	1810 —
Franc. Józ. po 200 zł. w. a.	120 —	121 —
Kol. gal. Kar. Ludw. po 200 zł. m. k.	212 75	213 25
Lw. Czer. a Jas. po 200 zł.	116 50	117 —
Mor. Szl. (cent.) po 200	— —	— —
Aust. płn. zach. po 200 zł. sr.	113 50	114 —
„ „ lit. B. po 200 zł. sr.	— —	— —
Rudolfa po 200 zł. sr.	108 50	109 —
Siedmiogr. po 200 w. a. sr.	82 —	82 50
Staatseisb. Ges. 200 zł. w. a.	227 50	228 50
Südbahn po 200 zł. srebr.	80 25	80 75
Tramway wied. po 200 zł.	100 25	100 75
Węg. galic. (Łup.) po 200	84 —	84 50
Węgiers. półn. wschod. po 200 zł. sr.	93 50	94 —
Węg. wsch. (Ostb.) po 200	— —	— —
Węg. zach. (Westb.) po 200 zł. w. a.	92 —	93 —
Akcje przemysłowe.		
Budow. Tow. aust. po 200 zł.	— —	— —
„ „ wied. „ 100 „	— —	— —
„ tanich pom. „ 100 „	— —	— —
Listy zast. (za 100 zł.)		
Boden cred. allg. öst. 5 pr. s.	105 —	106 —
„ spłac. w 38 lat 5 pr. wa.	89 25	89 75
Gal. Tow. kr. ziem. 4 pr. w. a.	76 50	77 —
„ „ „ 5 pr w. a.	84 —	85 —

	płacą zł. w. a	żąda zł. w. a
Tow. kred. miej. 6 pr. w. a.	81 —	82 —
Galic. bank hip. 6 pr. w. a.	8775	8825
„ Zak. kr. włość. 6 pr. w. a.	9050	91
Bank nar. austr. m. k. 5 pr.	— —	— —
„ „ „ w. a.	9645	9660
Obligacje pierwszeństwa kol. (za 100 zł.)		
Albrechta po 300 zł. 5 pr. 100 zł.	6950	70 —
Alföldz. 200 zł. 5 pr. sr. w. a	6350	64 —
Czeska z. 300 zł. 5 pr. s. w. a	— —	— —
Elżbiety po 5 pr. sr. w. a	91 —	9125
„ em. 1862 5 pr.	9025	9075
„ em. 1870 5 pr.	8250	83 —
„ em. 1872 5 pr.	84 —	— —
Ferdynanda półn. 5 pr. m. k.	10050	101 —
„ „ 5 pr. w. a.	9550	96 —
„ „ 5 pr. sr.	106 —	10625
Gal. K. L. 300 zł. 5 pr. rs. w. a.	10175	10225
„ II. em. 5 pr. „	9850	9880
„ III. em. 1871 300	97 —	9750
„ IV. em. a 300 zł. 5 pr.	9550	9580
Lw. Czer. Jas. I. em. 1865 300 zł. 5 pr. srebr. w. a.	7775	7825
Lw. Czer. Jas. II. em. 1867 300 zł. 5 pr. srebr. w. a.	7675	7725
Lw. Czer. Jas. III. em. 1868 300 zł. 5 pr. srebr. w. a	6750	68 —
Lw. Czer. Jas. IV. em. 1872 300 zł. 5 pr. srebr. w. a.	— —	— —
Rudolfa po 300 zł. 5 pr. srebr. w. a.	7580	76 —
„ em. 1869 po 300 zł. 5 pr. srebr. w. a.	73 —	7325
„ „ 1872 po 300 zł. 5 pr srebr. w. a.	72 —	7250
Siedmiogrodz. fr. 500 pr.	6025	6075
Papiery loteryjne (szt.)		
Zak. kr. dla handlu i prz.	16420	16450
Klary po 40 zł. m. k.	31 —	3150
Keglevich po 10 zł. m. k.	1350	14 —
Krakowska po 20 zł.	1475	1525
Palffy po 40 „ „	28 —	2850
Rudolfa po 10 „ „	1350	14 —
Ks. Salm po 40 „ „	3725	38 —
St. Genois po 40 „ „	25 —	— —
Stanisławowska (poż.) po 20 zł. w. a.	2050	21 —
Waldstein po 20 zł. m. k	22 —	23 —
Windiszgrätz po 20 zł. „	2425	2475
(Dewizy 3 miesięczne.)		
Berlin 100 mark.	5935	5960
Frankfurt 100 mark	5935	5960
Hamburg 100 mark. mark	5935	5960
Londyn 10 ft. sterl.	12220	12250
Paryż 100 frank	4850	4870

Na zbliżające się Święta Wielkanocne!

Drożdże prasowane

ze sławnej fabryki

Ad. Ig. Mautnera i Syna we Wiedniu.

Obstalunki na takowe przyjmuje handel 1196 5—?

Karola Bałłabana

od dzisiaj i wesela takowe w dniach 22. i 23. marca. Z tego względu uprasza o wczesne zamówienia takowych.

Uznanie.

Za nadzwyczajną zręczność i wiedzę pana **Józefa Thau**, weterynarza z Podhajec, jaką okazał przy uratowaniu i wyleczeniu dwóch krów, które przez różnych doradców wiejskich, przeznaczone były na rzeź. Czuję się obowiązanym dla okolicy, podać fakt ten do publicznej wiadomości polecając pana **Thaua** wszystkim, którzy mają chodowlę bydła 1685 1—1

Jan Matkowski,
w PODHAJCACH.

NOWY WYNALAZEK.

PARF^IE IXORA BREONIE

PAFFUMERYA IXORA BREONIE

ED. PINAUD

Mydło	á l'**IXORA**
Essence dla chustek	á l'**IXORA**
Woda toaletowa	á l'**IXORA**
Pomada	à l'**IXORA**
Olejek	à l'**IXORA**
Puder ryżowy	à l'**IXORA**
Kosmetyk	à l'**IXORA**

37, Boulevard de Strasbourg, 37.*
we **Lwowie**, w magaz. perfum pp. Bayera i Leona, Strzyżowskiego i w 1029 aptece P. Mikolascha. 19—20

Lilionese, jedynie doświadczony środek piękności znajduje codziennie coraz więcej uznania. Wszystkie fałdy i nieczystości na twarzy, zniknę w 14 dniach.

Szachy

wyròb paryski

bardzo elegancko toczone z jednej sztuki drzewa bukszpanowego. Cena za 1 garnitur zł. 1.30, 2.20, 3 do 10 zł.

Szachownice, domina, młynek warcabnice, marki, sztony i tacki preferansowe.

Cygarnice z prawdziwego bursztynu i pianki morskiej, **cybuchy** i prawdziwe **fajki** tureckie oraz

wszelkie wyroby tokarskie,
poleca MAGAZYN pod firmą:

A. NADWODZKI

1666 Rynek l. 27 we Lwowie. 2—3

Eau de Mélisse

des Carmes

P. Boyer na ulicy Taranne, 14; w Paryżu

Woda z rośliny zwanej miodownikiem karmelickim, nagrodzona medalem na powszechnej wystawie w Londynie w r. 1862. Środek ten powszechnie znany i używany w Paryżu przeciw: **cholerze, apopleksjom, sparaliżowaniu, zemdleniu, migrenom, boleści i rznięciu w żołądku, niestrawności** itd. 1013 21-36

Skład główny we Lwowie w apt. p. P. MIKOLASCH, i w handlu galanteryjnym KAMILA STRZYŻOWSKIEGO, w Czerniowcach w apt. J. Golichowskiego, w Krakowie w apt. pp. Trauczyńskiego i Redyka.

Towarzystwo wzajemnych ubezpieczeń

w Krakowie,

W dziale ubezpieczeń na życie.

Towarzystwo ubezpiecza kapitały pośmiertne (spadkowe), stałe renty dożywotnie (dochody na wiek późniejszy), posagi dla dzieci itd.

W bieżącym roku w dziale tym zaprowadzono także zabezpieczenia pośmiertne w kwotach po zł. 25 do złr. 100 dla niezamożnej ludności. Przy tych drobnych zabezpieczeniach nie liczy się żadnych ubocznych należytości, przez co zabezpieczenie staje się bardzo przystępnem.

Dyrekcja, Reprezentacje Towarzystwa i panowie Agenci udzielają bezpłatnie wszelkich potrzebnych wyjaśnień i druków.

1549 5—6

Leśniczy,

32 lat mający, wolnego stanu, mając czynność przez lat 15 w lasach większych, obznajomiony z wszelkiemi gałęzami gospodarstwa lasowego, posiada chlubne świadectwa, poszukuje z dniem 1. kwietnia b. r. posady na kawalera, lub ordynarję. Bliższa wiadomość pod adresem: **A. B., Chyrów miasto** 1684 1—3

Wiadomość

dla przyjezdżających.

Pod 3 koronami l. 10 ulica Trybunalska, są **pokoje meblowane** większe, mniejsze i maleńkie, tak na dłuższy jako i krótki czas do wynajęcia. Bliższa wiadomość u właścicielki. 1640 2-3

Na sprzedaż realność

pod l. **74¼ — 4, droga Wulecka we Lwowie** 1404 15-20

z murowanym dworkiem i oficynami piętrowemi, zawierającemi 30 pokoi i 10 kuchni, przytem ogród owocowy i warzywny przeszło trzy morgi mierzący z oranżerją i obszerną lodownią murowaną.

Bliższa wiadomość u adwokata dr. **Teobalda Semilskiego.**

Rządcy

z kaucją, potrzebują dobra PODNIESTRZANY, kawaler ma pierwszeństwo. Ostatnia poczta **Brzozdowce.** 1664 2—3

C. BRETON

Brevetè S. G. D. G.

Farby roślinne

ulepszone

Dla cukierników,
do lodów i sorbetów,

uznane **za nieszkodliwe dla zdrowia.** 10 medali **na wystawach** powszechnych w Paryżu, 15 rue Montorgueil. 1023 21—26

Dostać można we Lwowie w aptece P. Mikolascha i w cukierniach pp. Rotlendera i Kosteckiego.

C. k. wył. uprzywil.

Proszek do prania

(Schnell-Wäsche-Reinigungspulver),

wyrabiany przez **Franz Palme, Trautenau, Czechy,** jest najlepszym, najwyborniejszym i najtańszym środkiem do prania jakiejkolwiek bielizny. Zapomocą tego proszku, niezawierającego w sobie żadnych szkodliwych ingredyjencji, może jedna osoba w 4 godzinach, przy zastosowaniu mojej metody do prania i użyciu 4 łutów tego proszku dwie balje brudów do białej czystości, nie uszkodziwszy sobie przytem rąk i bez gotowania, wyprać. Każda czysta woda tak rzeczna jakoteż i studzienna przydaje się do prania. Pod gwarancją za prawdziwość tego, wysyłam próbki wraz z prospektem za nadesłaniem franco 1 zł. Odprzedającym udzielam znacznych korzyści.

Skład we Lwowie w handlu Maurycego Bałłabana, przy placu Marjackim l. 8, w Krakowie w ajencji D. Gros, w Rzeszowie u Scheitter & Co., gdzie tego proszku jakoteż z Trutnowa w oryginalnych pudełkach, opatrzonych moją winietą, nabyć można całe 1 zł. 20 c., pół 65 c., ćwierć pudełka 35 c.

C. k. wyłącz. uprz. **krochmal w tabliczkach** (Tablettkräft-Glanzstärke) z nową instrukcją do prasowania, wraz z receptą na środek do wywabiania plam powstałych ze rdzy i atramentu, które do każdej tabliczki jest dołączona, kosztuje 20 c. a. w. i przydaje się do każdej cienkiej i zwykłej bielizny. Przy odbiorze 20 tabliczek rabat.

Uznanie i polecenie.

Wielmożny panie Franciszku Palme w Trutnowie!

Przysłana mi 10. stycznia metoda do prania, przewyższyła wszystkie dotąd mi znane sposoby prania. Próbę prania przeprowadzono ściśle według pańskiej recepty, i była to radość patrzyć się, jak praczki żartując i śmiejąc się prawie zabawką w kilku godzinach uprzętnęły się z praniem. Mogę tedy ten sposób prania z pełnem sumieniem polecić każdej gospodyni.

Z poważaniem
Jakób Oberting,
notarjusz gminy w St. Hubert w Banacie.

Do pana Franciszka Palme w Trutnowie!

Dnia 5. sierpnia 1875 pod moim adresem przysłane mi 2 funty proszku do prania wypotrzebowano już, na żądanie zaś mojej żony i na prośbę kilku innych pań, zmuszony jestem zamówić znaczniyjszą ilość tego wybornego proszku.

Chociaż mieszkamy na dalekiem południu Węgier, to przecież pański produkt używa u naszych pań, które się o tem przekonały, wielkiej wziętości.

(Zamówienie). Bernard Kinzel,
król. węg. geometra.

Panczowa niedaleko Belgradu, 7go marca 1876. 1632 4—6

Podziękowanie.

Za bezinteresowne pochowanie zwłok i oddanie ostatniej przysługi żonie mojej ś. p. **Rozalji Moszyńskiej** obywatelce m. Lwowa, naszej matce i babce, składamy najżywsze podziękowanie: Wielebnym Ojcom duchownym wszystkich zakonów, duchowieństwu świeckiemu obojga obrządków, parafji, szanownym przełożonym zakładu domu ubogich, bractwu kościoła OO. Bernardynów i szanownej Publiczności za współudział. Oby Bóg Najwyższy Wasze trudy stokrotnie wynagrodził. 1690 1—1

We Lwowie dnia 17 marca 1877.

Stanisław Moszyński, obywatel i mąż. Synowie: Piotr, c. k. kontrolor podatkowy w Brzozowie, Karol, obywatel m. Lwowa i córka Antonina Stefaniowa z wnukami.

Znakomite powodzenie.

VELOUTINE

jest 1019 57 78

Mączka ryżowa

przygotowana z Bizmutem,

dla tego to działa szczęśliwie na skórę **niedostrzeżona przystaje do ciała** nadaje

cerze świeżość naturalną.

CH. FAY

Magasyn Perfum w Paryżu

9, na ulicy de la Paix, 9.

Dostać można w magazynach galanter. op. Kamila Strzyżowskiego, Leon Feintucha, K. Bayera i Leona, w składzie K. Mikolascha we Lwowie, w Czerniowcach w aptece T. Golichowskiego.

Pariser Damien Mieder (Corsets) bei Mme M. Weiss aus Paris. Stadt Neuer Markt (Mehlmarkt) N°2 1. Stock WIEN

Ceny staników po 8, 10, 12, 15 do 16 zł. a. w.

Centure po 6, 8, 10 do 12 zł.

Przy zamówieniach listowych uprasza się o przysłanie miary w czterech tasiemkach papierowych: 1. wskazać ma objętość piersi i grzbieta podramionami wzięta, 2 objętości kibici, 3cia objętości bioder, 4ta długości od miejsca podramionami do kibici. Miarę należy brać po sukni. 3146 35—?

Dom

bankowo- i komisowo-handlowy

Aleks. Mieczysława Orłowskiego

we Lwowie, ul. Ormiańska l. 23.

dostarcza na dobra ziemskie i realności miejskie **pożyczki hipoteczne,** zajmuje się **sprzedażą** dóbr ziemskich, folwarków, realności, lasów, jakoteż zboża i chmielu; **wydzierzawianiem** dóbr i folwarków i zamianę dóbr na domy.

1609 4—15

Zaproszenie do przedpłaty na

„Postęp Rolniczy“

Organ przemysłowo-gospodarczy prowincji szląskiej.

Wychodzi 1. i 15. każdego miesiąca w Bytomiu na Górnym Szląsku.

Podaje artykuły gospodarcze, rolnicze, przemysłowo-handlowe z drzeworytami.

Zapisać można za cenę kwartalną 1 zł. przesyłając prenumeratę wprost do Redakcji 1683 1—3

„Postępu Rolniczego“
w Bytomiu (Beuthen O.-S.)

Koniczyna

nasienna bez tkaniniki (Kleesaiden) z orydacji Chorostkowskiej, jeszcze 25 cetnarów metrycznych po 86 zł. cetnar na składnie w spółce rolniczej w **Tarnopolu,** każdej chwili do nabycia. 1686 1—3

Towarzystwo Przemysłowe,

Stowarzyszenie zarejestrowane z nieograniczoną poręką

we Lwowie,

zaprasza członków na

Trzecie zw. ogólne Zgromadzenie

które się odbędzie

dnia 25. marca 1877 o godz. 4. po południu

w lokalu Towarzystwa przy ulicy Kopernika l. 9.

Porządek dzienny:

1. Sprawozdanie dyrekcji.
2. Sprawozdanie Rady zawiadowczej z obrotu funduszów
3. Sprawozdanie komisji kontrolującej co do rachunków za rok ubiegły.
4. Wniosek co do rozdziału zysków.
5. Zatwierdzenie wyboru Dyrektora referenta i wynagrodzenie tegoż.
6. Wniosek co do zwinięcia zakładu białoskórniczego.
7. Zmiany statutu
8. Wybór czterech członków Rady zawiadowczej.
9. Wybór komisji kontrolującej na rok 1877.

§. 29. statutu upoważnia członków niemogących przybyć na Zgromadzenie do zastąpienia się przez udzielenie pełnomocnictwa na piśmie innemu członkowi.

We Lwowie d. 16. marca 1877.

Rada zawiadowcza.

Rixa klejnoty złote,

z najnowszego kruszcu szlachetnego, który wiecznie zostaje żółtym jak złoto, z pisemną na to gwarancją, że w 10 latach to złoto nie straci na swym kolorze.

Pierścionki ze złota Rixa, ozdobione prawdziwemi kamieniami kryształowemi oprawne w formie róży, tak piękne, że trudno mieć o podobnych większe pojęcie, a jour, 1 zł 50 ct., 2, 3, 4 zł.

Pyszne sygnety ze złota Rixa, z prawdziwemi kamieniami do grawirowania, ciężkie, bogato cilezowane zł. 1.50, 2, 3 zł., z prawdziwemi granatami 2 zł. 50 ct.

Łańcuszki do zegarków ze złota Rixa, dla mężczyzn po zł. 1.50, 2, 3, 4, 5 zł.

Łańcuszki męzkie i damskie, długie i piękne na ogniwach, do powieszenia na szyję zł. 2.50, 3, 4, 5 zł.

Piękne **łańcuszki** na szyję dla dam z krzyżykiem brylantowym lub medalionem, sztuka 1 zł. 50 ct.

Medaliony dla pań na szyję lub mężczyzn do łańcuszków zegarkowych 1 zł. 50 c., 2 i 3 zł.

Krzyżyki wysadzane rubinami, safirami, ametystami, koralami lub innymi kamieniami, sztuka zł. 1, 1.50, 2, 3 zł.

Guziki do mansztów i półkoszulków, najdelikatniej szlifowane, z emalją w ogniu zrobioną, pięknie wykończone, 6 guzików w szkatułce zł. 1, 1.50 do 2 zł., te same z białymi lub kolorowymi kamieniami kryształowymi zł. 2, 3, 4, 5 zł.

Brosze i kólczyki, najpiękniej i najmozolniej wykonane z emalją w ogniu zrobioną lub z kamieniami kryształowymi, koralami, safirem, chrysopasem, opalem, rubinami, granatami itp., broszki zł. 1. 2, 3, 4 zł., para stosownych kólczyków 1, 2, 3, 4 zł.

Zegarki kieszonkowe ze złota Rixa, na sekundę zregulowane z pisemną gwarancją, chronometer damski 8, 10, 15 zł., chronometer męzki 10, 15, 18 zł.

Na każdy przedmiot ze złota Rixa daje się gwarancję, kupcy, złotnicy, handlarze zegarmistrze otrzymają przy zakupnach hurtowych odpowiedni rabat.

Wysyłki załatwia rzetelnie i sumiennie

Fabriks-Depot, Rix-Goldschmuck

we Wiedniu, Praterstrasse 16. 1513 2—6

Woda i Pudry do zębów

Dr. PIERRE

z fakultetu medycznego w Paryżu

8, na placu Opery w Paryżu.

MEDAL ZASŁUGI przyznany DOKTOROWI PIERRE na wystawie wiedeńskiej, najwyższa nagroda przyznana środkom toaletowym do zębów. 1004 9—24

C. k. uprz. kolej galic. Karola Ludwika.

OBWIESZCZENIE.

Otwarcie przestanku „Zarwanica“

Podaje się do publicznej wiadomości, że z dniem 1. kwietnia b. r. pomiędzy stacjami Złoczów i Płuchów koło strażnicy l. 386, zostanie otwartym dla ruchu osobowego przestanek „Zarwanica.“

Przestanek ten będzie mieć komunikacje tylko pociągami V. i VI. i które się tylko minutę dla przyjeżdżających i odjeżdżających zatrzymywać będą.

Bilety z Zarwanicy jak również do Zarwanicy nie będą wydawane.

Podróżni jadący ze Lwowa pociągiem V, którzyby chcieli wysiąść w Zarwanicy, kupują bilety do Płuchowa, ci zaś którzy w kierunku z Podwołoczysk pociągiem VI. jadą, do Złoczowa.

Wsiadający podróżni w Zarwanicy nie otrzymują tamże biletów, są jednak obowiązani od poprzednio za Zarwanicą położonej stacji przypadającą należytość złożyć. Należytość tę płaci się przy pociągu VI. w kierunku do Lwowa w Złoczowie, przy pociągu V. w kierunku do Podwołoczysk w Zborowie; również można w wskazanych stacjach biletów do dalszej podróży nabyć.

W przestanku w Płuchowie, położonym między Złoczowem a Zarwanicą mogą ci tylko P. T. podróżni przypadające należytości płacić, którzy pociągiem V. z Zarwanicy do Płuchowa jechali.

Pakunki w obydwóch kierunkach w Zarwanicy się nie przyjmują.

Gdyby przy niepomyślnym stanie powietrza ze względu bezpieczeństwa ruchu zatrzymanie pociągów w Zarwanicy było niemożebnem, natenczas staraniem będzie zarządu kolei, P. T. podróżnych o ile możności wcześnie zawiadomić.

Lwów, dnia 16. marca 1877.

Dyrekcja ruchu.

NOWY SKŁAD MEBLI.

HANDEL MEBLI,

Materji na meble, luster, pająków, dywanów, sukna na podłogi, karniszów do okien, kutasów i rozetek do firanek itd.

Utrzymujemy na składzie wszelkiego rodzaju **meble obite i nieobite, garnitury** do jadalni i sypialni, **toalety, biòra, stoliki** do kart. do roboty i do czytania; wybór **mebli żelaznych** tj. **łóżka, łóżeczka, kołyski, kanapy, krzesełka, stoliki** do ogrodu i **dobór mebli z drzewa giętego.**

W zakres interesu naszego wchodzące zamówienia na roboty stolarskie, tapicerskie i szmuklerskie przyjmujemy i najdokładniej załatwiamy. 1389 6—?

Ceny nasze są stałe i bardzo umiarkowane.

Polecając nasz handel szan. względom i prosząc o łaskawe zamówienia, zostajemy z głębokim szacunkiem i poważaniem

Rudolf Schön i Edward Scholz

LWOW, Plac Marjacki, hotel Langa
w oficynach na prawo.

NOWY SKŁAD MEBLI.

NOWY SKŁAD MEBLI — NOWY SKŁAD MEBLI

Gummi i pęcherze rybie.

po 1-4 zł. tuzin.

Empècheur 2 zł. sztuka, wysyła za zaliczeniem pod najściślejszą dyskrecją

1102 4—20 **John Zieger, Graz,**
Gumi-Specialiteten und Bandagen Depot.

FAYARD & BLAYN

PAPIER przeciw gośćcowi, nieżytom, bolom, ranom, nagniotkom, oparzeniom ect.

Skład centralny w Paryżu na ulicy Neuve St. Merri, 40 i we wszystkich aptekach. 1001 3—44

Esencja z Salsaparyli Colbert.

Jeden z najdawniejszych i najskuteczniejszych środków roślinnych, krew czyszczących, w chorobach złego przymiotu (syfilitycznych), zanieczyszczeniu krwi i wyrzutach na ciele. Metoda użycia w polskim języku. 1042 4—15

Dostać można w Paryżu w aptece p. Colbert w pasażu Colbert, nr. 7 et 8., w Lwowie w apt. p. K. Mikolascha.

Do wydzierżawienia

za kaucją, od 1. lipca wieś **Siedliska i Poręby,** w powiecie Brzozowskim, koło Dynowa, na lat sześć z propinacją. Wedle katastru 470 morgów. Szczegółów udziela na miejscu nie listownie. Zarząd ekonomiczny w Dombrówce Starzewskiej. 1611 3-3

ASTHMA

CYGARETKA INDYISKIE
(CANABIS INDICA)

PP. GRIMAULT et Cie, Aptekarzy w Paryżu,
8, ulica Vivienne.

Wszelkie środki aż do dziś używane przeciw astmom, w jakiejby niebyły formie i postaci, miały zawsze za podstawę *belladonę, stramonium, nikotynę* albo *opium.*

Niedawne doświadczenia dokonane w Niemczech, a powtórzone we Francji przekonały, że konopie indyjskie z Bengalu (Canabis indica) posiadają własności skuteczne do zadziwienia przeciw tej słabości, jak również przeciw kaszlom nerwowym, suchotom gardlanym, zakatarzeniu, [illegible] utracie głosu newralgiom twarzy i bezsenności.

Dla uniknienia licznych fałszerstw i naśladownictwa, żąda aby stempel rządowy francuzki koloru niebieskiego stosownie do prawa z 26 Listopada 1873, marka fabryczna i podpis GRIMAULT et COMP. znajdowały się na jednej etykiecie.

Dostać można w głównych aptekach w POLSCE i w AUSTRYI.

Kantor wymiany

c. k. uprzyw. galic.

akcyjnego Banku Hipotecznego

kupuje i sprzedaje

wszystkie efekta i monety

pod warunkami najprzystępniejszemi.

6% LISTY hipoteczne,

które według prawa z dnia 1. lipca 1868 Dz. PP. XXXVIII. N. 93, i najw. post. z dnia 17. grudnia 1871, mogą być użyte do lokowania kapitałów funduszowych, pupilarnych, kaucyj małżeńskich wojskowych, na kaucje służbowe i wadja — są w tymże kantorze do nabycia.

Wszystkie polecenia z prowincji wykonują się bezzwłocznie po kursie dziennym, bez doliczenia prowizji. 1209 30—?

Od wielu lat doświadczony środek dla

cierpiących na gościec, reumatyzm i cierpienia nerwowe,

dla tych, którzy cierpią na bole nerwowe i reumatyczne, tudzież w połowie twarzy, na migrenę, rwanie w uszach, reumatyczny ból zębów, bole w krzyżach i stawach, rwanie w członkach, bole w biodrach (Ischias), reumatyczne afektacje serca, przeciw kurczom w żołądku i spodnich częściach ciała, powszechnemu osłabieniu ciała, drzeniu, osłabieniu muszkułów, bolom w zagojonych ranach, porażeniu itp. skutkuje przez aptekarza

J. Herbabny we **Wiedniu** preparowany

aus Heilkräutern der baierischen Hochalpen bereitete Pflanzen-Extract

„Neuroxylin.“

Neuroxylin używa się do wcierania i objawia swoją bole uspakajającą skuteczność zaraz po użyciu, w wypadkach zastarzałych przynosi wkrótce ulgę. To stwierdzają w mnogiej ilości wnoszone świadectwa sławnych profesorów i lekarzy w kraju i zagranicą, tudzież listy dziękczynne tych, którzy temu środkowi zawdzięczają wyzdrowienie. 1145II 10—10

Do pana **Juljusza Herbabny,** aptekarza we **Wiedniu.**

Z ukontentowaniem donoszę panu, że za pomocą przysłanego mi **Neuroxylinu odzyskałam zupełne zdrowie,** upraszam zatem o przysłanie mi 2 flaszek dla moich znajomych.

Zirsdorf (kolei Franciszka Józefa) 10. lipca 1876.

Armbruster, wdowa po lekarzu.

Pański wyborny **Neuroxylin,** używałem dotąd z **najlepszym skutkiem,** upraszam przeto o przysłanie mi dalszych 12 flaszek za zaliczeniem.

Prossnitz, 3. marca 1876.

Andrzej Hławiczka,
wachmistrz w 12. pułku c. k. dragonów.

Ceny flakonu (zielono opakowany) 1 zł. gatunek mocniejszy (różowo opakowany) 1 zł. 20 c., przy wysyłkach pocztą 20 ct. za opakowanie.

Główny skład dla Galicji we Lwowie w apt. pod „Srebrnym orłem“ Zygmunta Ruckera, w Drohobyczu w apt. L. Dobrzynieckiego, w Koszycach u C. Wandraschka. Centralny skład wysyłek we Wiedniu u J. Herbabny, apt. zur Barmherzigkeit. Neubau, Kaiserstrasse N. 90

SŁABOŚCI PIERSIOWE

SYROP Z PODFOSFORANU WAPNA

PP. GRIMAULT et Cie, Aptekarzy w Paryżu.

8, ulica Vivienne.

Od 1857 r. preparat ten wszedł w powszechne użycie. Leczy on katary, kaszle, chrypki długoletnie, koklusz, zapalenie gardła i kanału oddechowego (bronchites) ale szczególniej pomyślnie sprawia skutki użyty przeciwko słabościom piersiowym (phtisie) i marnieniu czyli suchotom. Pod działaniem jego ustaje kaszel najuporczywszy i potnienie nocne, a chorzy szybko powracają do pożądanego zdrowia i tuszy. Lekarze przypisują często Pastylki ze soku głowiastej sałaty i laurowych liści p. Grimault, bardzo przyjemnego smaku, kiedy idzie o wyleczenie katarów i kaszlów zwyczajnych.

Dla uniknienia licznych fałszerstw i naśladownictwa, żądać aby stempel rządowy francuzki koloru niebieskiego, stosownie do prawa z 26 Listopada 1873, marka fabryczna i podpis GRIMAULT et COMP. znajdowały się na jednej etykiecie.

Dostać można w głownych aptekach w POLSCE i w AUSTRYI.

Wydawcy i właściciele: J. Dobrzański i K. Groman. Odpowiedzialny redaktor Jan Dobrzański. Z drukarni „Gazety Narodowej“ pod zarządem A. Skerla.

N° 71. Kraków, 28 Marca — Środa. **Rok 1877.**

CZAS

Czas wychodzi codziennie wyjąwszy niedziele i dni świąteczne.
Oddzielne Nra „Czasu,“ o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w państwie Austryackiem	„ 24	„ 6	„ 2·50
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	„ 32	„ 8	„ 3

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy z pieniędzmi i** *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi „Czasu“ w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

Prenumeratę przyjmują:

W Krakowie: Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księgarnia p. S. A. Krzyżanowskiego, handel dawniej Dworskiego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: w **Paryżu** wyłącznie p. Adam Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Kaczkowski Faubourg Poissonière 33); w **Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daubé & Comp. (także w Frankfurcie n. M.), Rotter & Comp.

Z dniem 1 Kwietnia b. r. zwiniętą zostaje istniejąca od lat kilkunastu Ajencya „Czasu“ W. Piątkowskiego we Lwowie. Wszelkie prenumeraty i ogłoszenia przyjmuje odtąd wprost pocztą tylko Administracya „Czasu“ w Krakowie.

Przedpłata na „CZAS“

od dnia 1go **Kwietnia** 1877 r.

Z przesyłką pocztową w państwie Austryackiem:

na pół roku	na kwartał	na 1 miesiąc
złr. 12	złr. 6	złr. 2·50

Uprasza się o wczesne zamawianie i wyraźne wypisanie nazwiska i miejsca odbioru, albo nadesłanie dawnej opaski drukowanej z adresem.

Prenumerata liczy się tylko od ***pierwszego*** do ostatniego dnia w miesiącu.

Prenumeratę najdogodniej przesyłać ***przekazem pocztowym.***

Cena „Czasu“ za granicą ogłoszona jest w tytule każdego numeru.

Kraków 27 marca.

Zbliża się termin wyborów do Rad powiatowych w 29 powiatach. Ważność ich nie mniejsza od wyborów sejmowych przed kilką miesiącami z tak świetnym rezultatem dokonanych. Owszem, będzie to probierz głębiej sięgający i bardziej stanowczy naszych stosunków społecznych i postępu autonomicznego.

W wyborach bowiem do sejmu chodzi tylko o doraźne zwycięztwo. Na szerszą przeto skalę można tu użyć środków agitacyi, bo jedynym celem przeprowadzenie odpowiedniego kandydata. W wyborach do Rad powiatowych, zwłaszcza z kuryi włościańskiej, nie tyle o doraźne chodzi zwycięztwo, ile o dostrojenie różnych czynników w zgodną całość, o zapewnienie harmonii tak w Radzie, jak w powiecie. Jeśli nie należy nadużywać nacisku i agitacyi w wyborach sejmowych, to tem ostrożniej używać jej trzeba w wyborach powiatowych, aby zamiast zaufania, nie wzniecić nieufności, zamiast zgodnego połączenia wszystkich żywiołów samorządu, nie wzbudzić waśni. Jeśli włościanin poseł jest anomalią, którą należało usunąć z sejmu jako zawadę w jego pracach, to chłop w Radzie powiatowej jest nie tylko koniecznym, ale pożądanym żywiołem, byle tylko nie miał bezwzględnej liczebnej przewagi, byle nie wchodził do niej jako przedstawiciel negatywnych instynktów ludu naszego i zdołał się zespolić z reprezentantami wyższego i wykształceńszego obywatelstwa.

Taki rezultat nie może być skutkiem doraźnej agitacyi, ale tylko wypływem systematycznego oddziaływania, tylko dowodem istotnego postępu, o ile posunęliśmy się naprzód w zespoleniu interesów społecznych, w poczuciu wspólnej obrony i pracy w zakresie samorządu.

Chłop galicyjski złej używał sławy i nie bez powodu. Jeszcze się nie zatarły wspomnienia strasznej socyalnej katastrofy, ani ślady demoralizacyi, jaką ona wywarła na całe pokolenia; jeszcze uprzedzenia, niechęci idą społem z uporem i ciemnotą, a fałszywe odblaski wrzekomego postępu budzą żądze, które mogą wzniecać obawy, że jak dar wolności i własność nie podniosły poziomu moralnego u ludu, tak i połowiczne światło pada jeszcze na nieprzygotowany grunt. Jakoż nie należy się łudzić: lud nasz nie wyleczył się całkowicie z dawnych chorób, a organizm nasz społeczny nie jest zupełnie zdrowym. A jednak mimo wielu niedostatków, mimo różnych nałogów i rozlicznej zarazy, która szerzy się między ludem wiejskim — w zakresie autonomii powiatowej okazał on już, że może być użytym za dobry budulec gmachu samorządu.

Podczas pierwszych wyborów do Rad powiatowych trzeba było używać przymusu, aby skłonić włościan do udziału; zaledwie parę lat minęło, a włościanie po raz drugi do urny wyborczej powołani, z wielką gorliwością przystępowali do tego aktu obywatelskiego. W Radach powiatowych radzcy włościańscy wszędzie pilny biorą udział. Zrazu przeciwni wszelkim wydatkom i dodatkom na potrzeby powiatu, stopniowo dochodzili do przekonania o ich konieczności i o pożytku, jaki dla ogółu przynosi stosownie użyty nakład. Zasiadłszy na jednych ławach z przedstawicielami większej własności, zaznajamiali się z tokiem spraw administracyjnych i przestali już wzdychać za dawnym biurokratycznym systemem, który chłopów brał pod wyłączną opiekę. Rzeczą to pewną, że temu zetknięciu z obywatelstwem w Radach powiatowych, tej szkole autonomicznego życia, jaką tam włościanie odbywają, przypisać w znacznej części należy niespodziewany rezultat ostatnich wyborów sejmowych, w których już interes chłopski nie występował oddzielnie, negacyjnie.

Lecz na tych wawrzynach wyborów sejmowych obywatelstwo spoczywać nie powinno; nie można bowiem puścić wyborów do Rad powiatowych na ślepy traf. Popieranie zwłaszcza kandydatów włościan wymaga wielkiej rozwagi. Wyradza się bowiem pośród ludu pewna kategorya półinteligencyi wiejskiej, która okazuje się bardziej niezdrową, niż dawny typ chłopa galicyjskiego z jego narowami i uprzedzeniami. Widzieliśmy już przedstawicieli takiej chłopskiej inteligencyi na sejmie, głoszących teorye socyalistyczne, mięszane z frazesami o oświacie. Postać Siwca powinna tu być ostrzeżeniem, aby tej kategoryi nie dawać pierwszeństwa, ale popierać raczej gospodarzy nie zapuszczających się w szerokie rezonowania, lecz o zdrowym chłopskim rozumie. Jest pewna tradycya kmieca, którą szanować i utrzymywać należy, na której oprzeć się można bezpiecznie. Tradycya ta w stosunkach wiejskich jest zagrożoną dwoma przeciwnemi prądami: w wielu okolicach naszego kraju objawia się proces rozkładowy w dwóch kierunkach, mnoży się podwójny proletaryat, proletaryat wiejskiej inteligencyi i proletaryat komorników i chałupników. Między dworem a chałupą coraz więcej powstaje żywiołów, nieprzyjaźnie występujących wobec dworu, a dążących do wyzyskiwania ludu. Z dołu zaś budzą się instynkta komunistyczne, gdyż ta część ludności wiejskiej, która nie posiada ziemi, lub posiada jej zbyt mało, aby mogła się wyżywić, z większą może zawiścią spogląda na zagrodników i kmieci, niż na grunta dworskie, bo dwór lubo już z prawa nie rozciąga tej opieki, jaką nań nakładały dawne stosunki patrymonialne, nie przestaje jednak dostarczać zarobku i nie odmawia pomocy miłosierdzia.

W [illegible] społecznem [illegible] ekonomicznem potrzebaby większego zespolenia tych dwóch podstaw konserwatyzmu, jaki naturalnie przedstawia dwór i gospodarz zagrodowy, kmieć.

Na innem polu przyjdzie obmyśleć środki ratunku dla mnożącego się proletaryatu włościańskiego. Będzie to zadaniem sejmu, gdy podejmie wnioski komisyi gospodarskiej, która z ramienia Wydziału krajowego zbiera obecnie odpowiednie daty i przygotowuje projekta, jak zaradzić klęskom głodowym.

W Radach powiatowych baczyć przedewszystkiem należałoby na zbliżenie większych i mniejszych właścicieli ziemi. Solidarność interesów musi się tu wywiązać, a nie będzie to nowatorstwem, lecz powrotem do pierwotnego pojęcia gminy słowiańskiej i samorządu, jaki niegdyś w odległej przeszłości już istniał, zanim wyrobił się na modłę obcą rozdział stanów i stosunek pańszczyzniany. Będzie to powrotem do tego ustroju za czasów piastowskich, jaki opisuje Szajnocha: „rycerz i kmieć zasiadali za Piastów w wiecu, radząc pospołu, jak udzielne pany“. Nie jest to mrzonką, aby takim wiecem piastowskim, w którymby zasiadali potomkowie rycerstwa i szlachty obok kmieci, stały nam się najpierw Rady powiatowe, ten pierwszy na teraz szczebel samorządu.

Zwróciliśmy najpierw uwagę na udział włościan w Radach powiatowych, bo dalecy od złudzeń co do stanu ludu, nie wyrzekamy się nadziei stopniowej poprawy stosunków. Samorząd powiatowy ma podwójną doniosłość: społeczną i administracyjną. Zanim pod względem administracyjnym zastanowimy się nad osiągnionemi dotychczas rezultatami i większemi od nich niedostatkami, dotknęliśmy względów społecznych, gdyż one w dążeniach reformy pierwsze zajmują miejsce.

KORESPONDENCYA „CZASU“.

Lwów 25 marca.

Donosiłem Wam w swoim czasie o burzliwem posiedzeniu tutejszej Izby Adwokatów, na którem wybierano Radę dyscyplinarną. Jedni, pragnąc z gruntu zmienić skład Rady, który był im niedogodnym, bronili zdania, że należy wszystkich członków Rady dyscyplinarnej na nowo wybierać; inni, do których po największej części należeli starsi adwokaci tutejsi, opierając się na statucie Rady dyscyplinarnej i na brzmieniu regulaminu, tłumaczyli takowe w ten sposób, że tylko w jednej trzeciej części Radę odnowić należy. Obie partye mniej więcej były równe co do liczby, a każda broniła swego zdania stanowczo. W końcu przemogło zdanie pierwsze większością jednego głosu, w skutek czego przeciwna partya opuściła salę i założyła protest; ci zaś, co pozostali, wybrali całą nową Radę, pozostawiając z dawniejszej tylko kilku. Protest do protokółu wniesiony został następnie piśmiennem podaniem poparty, które to podanie podpisali wszyscy starsi adwokaci i wielu z pomiędzy młodszych, a skutkiem tego było, że Najwyższy trybunał unieważnił wybór Rady dyscyplinarnej, dokonany na powyższem Zgromadzeniu, przychylając się do zdania, za którem naówczas oświadczyła się mniejszość. Wczoraj odbył się ponowny wybór, który tym razem był jedynie uzupełniającym. Na temże samem posiedzeniu uchwalono zasadę, aby nie wybierać do Rady dyscyplinarnej ani do Wydziału Izby adwokatów, którzy są w śledztwie dyscyplinarnem, lub też dyscyplinarnie skazani zostali. Sprzeczka ta między adwokatami lwowskimi pozostawiła po sobie pewne rozdrażnienie, którego załagodzenia w interesie stanu życzyć należy.

Komitet wystawy krajowej dotąd nie przedłużył jeszcze terminu zgłoszeń, który nakreślony jest do ostatniego marca. Zdaje się jednakże, że stanie się to w tych dniach, gdyż prócz głosu producentów krakowskich na Zgromadzeniu przez p. Baranowskiego zwołanem, objawiono jeszcze i z innych stron takie życzenie. Zgłoszenia obecnie obficie wpływają i bardzo wielu żąda nadsyłania blankietów deklaracyj, z czego wnosić można, że w ostatnim tygodniu jeszcze więcej będzie wpływać zgłoszeń. W tych dniach odbędzie się posiedzenie komisyi wykonawczej, na którem prawdopodobnie będą wzięte pod rozwagę także i kwestye poruszone na powyżej wspomnionem Zgromadzeniu przemysłowców krakowskich. Donosiliście, że na tem Zgromadzeniu „wywołała pewne zdziwienie“ wiadomość, że komitet wyznaczył 26,000 złr. na budynki wystawowe. Jak to już dawniej donosiłem, preliminarz wydatków z wystawą połączonych ułożono wysoko, a to w tym celu, aby później niedoznano zawodu, gdyby okazała się potrzeba wyłożenia większych kwot od preliminowanych — jak to się często zdarza. Później jednakże zredukowano tę kwotę na 21,000 złr., a 3,000 złr. pozostawiono w rezerwie na przypadek, gdyby się okazała potrzeba rozszerzenia budynków, w skutek większej ilości zgłoszeń. Kwota ta będzie więc podwyższoną tylko w przypadku rzeczywistej potrzeby. Dotąd jednakże taka potrzeba się nie okazała, a budynki oddano w przedsiębiorstwo za 21,000 złr. Hr. Alfred Potocki i ks. Sapieha będą mieli osobne pawilony na placu wystawy.

Poznań 24 marca.

Ksiądz Dr Kantecki dotąd w więzieniu. Sprawa jego coraz więcej nabiera rozgłosu i znaczenia. Wszystkie pisma, wszelkich odcieni politycznych, wciąż się nią zajmują i wszystkie *unisono* potępiają rząd i sądy w tej kwestyi. Obrońca-jedynak postępowania rządowego, prezes policyi tutejszej Staudy — odbiera wciąż zasłużone cięgi za swój *Maidenspeech* parlamentarny. Nawet *Kladderadatsch* berliński, nie mogący być posądzonym o sympatye katolickie, a tem mniej polskie, następnie się wyraża:

Brevis admonitio
Audi, audi,
O Staudy —
Dixisti, quod non est laudi.

Dyrektor poczt w Bydgoszczy, na którego wniosek Dr Kantecki uwięzionym został, otrzymał dłuższy urlop celem poratowania zdrowia. Dzienniki niemieckie sądzą, że to droga wyjścia z tej kwestyi przez rząd obrana, że następca czy zastępca urlopowanego wniosek do sądu cofnie, co bezzwłoczne uwolnienie uwięzionego sprowadzi.

Tymczasem w parlamencie sprawa ta w dwojakiej formie jeszcze pod obrady przyjdzie: 1mo z powodu wniosku posłów naszych, popartego przez całe centrum i postępowców, o uwolnienie więźnia — i 2do z powodu wniosku national-liberałów, którzy nie chcąc i nie śmiąc zapewnić tak bezwzględnej presyi na rząd, wnieśli do parlamentu projekt do prawa, ograniczający co do czasu możność uwięzień wskutku odmowy świadectwa.

Coraz to liczniejsze wiece odbywają się po prowincyi. Świeżo odbył się wiec w Sierakowie, w okolicy zaniedbanej, a nawiedzonej proboszczem intruzem. Był on przez długie lata miejscowym wikaryuszem. W jednej chwili przemienił się w państwowego proboszcza.

Wiece wielki przynoszą nam pożytek jako szkoła życia publicznego, jako objaśnienie ludności w najżywotniejszych kwestyach, jako rozbudzenie moralne pod względem narodowo-religijnym. W Sierakowie prezydował hr. Ordynat Węsiersko-Kwilecki, przemawiali: Dr Szymański i X. Chotkowski.

Wysłano na ręce Kardynała-Prymasa telegram do Ojca św. z prośbą nawiedzonej miejscowości i sąsiedniej parafii w Kamionnie, która ma także nasłanego przez rząd proboszcza, o błogosławieństwo i modlitwę, aby otrzymać łaskę wytrwałości w wierze świętej i wierności Kościołowi.

Rodzice i w ogóle ludzie interesujący się sprawami publicznemi brali w tem półroczu liczny udział przy egzaminach szkół tutejszych średnich i elementarnych. Rezultaty okazały się przerażające. Egzamina gorzéj wypaść nie mgły. Powód bijący w oczy: wprowadzenie używania wyłącznie języka niemieckiego, którego dzieci nie rozumieją, nasłanie nauczycieli w dwóch trzecich częściach z innych prowincyj nieznających języka polskiego. W wyższych zakładach naukowych, przy egzaminach do jednorocznéj służby wojskowéj, tak samo, najsmutniejsze rezultata. U nas szczegółowo zaprowadzenie języka niemieckiego od klas najniższych, główną przyczyną i powodem tego upadku pedagogicznego, ale minister Falk, w całéj monarchii podobne owoce swego systemu zbiera. Dzienniki wszelkich odcieni politycznych i to wszędzie, podobne rezultaty stwierdzają. W prowincyach niemieckich jedynem wytłómaczeniem tego faktu, jest *Kulturkampf*, w którym wszyscy nauczyciele udział biorą, z uszczerbkiem zajęć naukowych, pedagogicznych, bo dziś dla nich jedyne to pole zasługi, awansu, polepszenia losu materyalnego. Z drugiéj strony tenże sam kulurkampf zaprowadzając bezwyznaniowość, zamykając wobec młodzieży wszelkie wpływy i naukę religijną, przyczynia się do rozpasania tejże młodzieży, do obojętności na obowiązki naukowe, podkopując wszelki grunt **obowiązku.** Policya nasza, lubiąca się wtrącać w wszelkie nasze sprawy, zrobiła w tych dniach rewizyę w redakcyi *Kuryera*, celem przejrzenia listy nadsyłanych składek na upominek dla Ojca Świętego. Będzie to bodźcem większego ich napływu. W Toruniu wychodzi album posłów naszych do parlamentu i Izb pruskich, dotąd ukazały się dwa poszyty, wątpimy by znalazło się więcéj, bo o ile nam wiadomo, większa część posłów naszych, odmówiła przesłania swych fotografij i dat z życia, o które przez wydawnictwo to, zawezwani zostali.

Młody *Goniec Wielkopolski*, zaledwie się ukazał, już znalazł sposób i możność starcia z *Dziennikiem*,

Część literacko-artystyczna.

KRONIKA PARYSKA.

Od miesiąca dzienniki paryskie częstują czytelników swoich strawą, przyprawną tylu najpotworniejszemi sosami, że szukając tragicznych wzruszeń, zbytecznem jest już czytać realistyczny i ckliwy romans p. Zoli *l'Assommoir*. W szybkiej kolei następują po sobie zbrodnie, wobec których bledną morderczej pamięci Atrydy: Billoir sieka kobiętę w kawałki; Moyaux wrzuca córkę swoją do studni; Godefroid pali w łeb natrętnemu wierzycielowi i odgrywa w rodzinie Clay potworną rolę: kochanka matki, męża starszej, a ojca młodszej córki; Lacomble, szlachcic w długach po uszy, naciera naftą ściany swego mieszkania i podpala dom, aby uzyskać 200,000 fr. od Towarzystwa ubezpieczeń; otę są bohaterowie chwili! Zasmucającą jest ta niezdrowa ciekawość publiczności. Jakąż bowiem znaleść można przyjemność w tych najzupełniej obnażonych szczegółach ludzkiej sromoty, w tych straszliwych wyjawieniach, w których Paryżanie tak smakują, a które mogłyby chyba stanowić brudny pokarm dla tłumu w łachmanach.

Aby czystszem odetchnąć powietrzem, przechodzę z tych zaraźliwych miazmów do atmosfery sztuki i chcę mówić o znakomitym malarzu, który był równocześnie jednym z najlepszych pisarzów: o Eugeniuszu Fromentin. Wystawa jego obrazów, rysunków, szkiców, przypomina nam piękny ten umysł. Podróżował on długo po Sahelu i Sacharze i z dziwnym wdziękiem odtwarzał na płótnie krajobrazy tej „okolicy bez uroku, której piękność stanowi lazurowe niebo“ [1]); zachód słońca w Algeryi „które zachodząc pozostawia za sobą smugę rumianą jak listek róży;“ nocy spokojne i ciche pustyni. Przedstawiał on Araba w malowniczym stroju i w całym blasku męzkiej piękności; ruchy jego poważne lub żywe; siedzi w zaułku uliczki, lub przechadza się zamyślony między karawaną; pędzi w całym biegu konia po nieprzejrzanej okiem równinie i wypuszcza sokoła, aby złowić czaplę lub gazellę; lub osadza go nad cysterną ocienioną palmami. [2]) Opowiedział on sam podróże swoje po Afryce, w których mnóstwo spotyka się żywych opisów. [3]) Romans jego *Dominique* jeden z najznakomitszych dzieł naszych czasów świadczy o jego wysokiej zdolności do analizy; rozlana w niem uczuciowość stanowi kontrast z brutalną gminnością współczesnego romansu. Zresztą piękne studyum „Les maitres d'autrefois,“ które nie dawno ogłosił w *Revue des Deux Mondes*, stawia go w rzędzie najbystrzejszych i najgłębszych krytyków francuskich. Przeznaczono dla niego krzesło w Akademii, kiedy go nagle śmierć wyrwała z pośród żyjących w pełni lat i talentu. Powiedział on gdzieś: „Czemuż życie nie kończy się jak jesień afrykańska z jasnym błękitem“, z ciepłym powiewem, bez zgrzybiałości, bez przeczuć.

Inny zmarły, Alfred de Musset, zwraca na nowo uwagę na siebie; brat jego Paweł ogłasza jego biografię u dwóch wydawców jego dzieł; Lemerre i Charpentier. W książce tej napisanej z całą miłością, znajdują się zajmujące szczegóły o latach dziecinnych i pierwszym wstępie w życie poety. Paweł de Musset prześlizguje się lekko po epizodach tragicznych owej podróży włoskiej, które Alfred Musset opowiedział w książce p. n. *Elle et lui*, lecz pokazuje, że straszna boleść, która przeniknęła poetę i rzuciła na jego życie, dotąd beztroskliwe i lekkie, ponury smutek, przeobraziła i upotężniła jego jeniusz. „Przynoszę, mówił Alfred de Musset ciało schorzałe, duszę zwątpiałą, serce zakrwawione.

„Lecz śpiew rozpaczy, jest najpiękniejszym śpiewem“.

Poeta ten, którego Paweł Musset przedstawia szydercą i sceptykiem na pierwszych kartach swej książki, poeta, który wstęp swój w świat literacki, odbył jak Ludwik XIV do parlamentu „z biczem w ręku i uśmiechem na ustach“, rześki, dumny, żartujący ze wszystkiego, w ostatnich latach swego zbyt krótkiego życia głęboką dotknięty raną, żali się i przenikający zawodzi lament. Lecz rozpacz, jaka tchnie z jego książki: *Les Nuits*, nie zmienia jego świeżości młodzieńczej i przyrodzonego wdzięku; opiewa on z tym samym zapałem świat, jego urok i wiosnę i kwiaty, a poezya jego kojarzy przez szczęśliwy i wzruszający kontrast żywe uwielbienie natury, z głosem namiętności i wyrazem rozdzierającej boleści.

Książka p. Pawła de Musset zawiodła jednak czytelników, którzy chciwi nowości, szukają przedewszystkiem nieosłonionego wizerunku zakulisowego życia. Więcej mógł pod tym względem zaspokoić ich ciekawość proces wytoczony przez spadkobierców hr. Montalemberta przeciw p. Loyson (O. Hincynt); wśród rozprawy sądowej czytano bowiem poufne listy pisane przez Montalemberta do Loysona. Wielki mowca katolicki ubolewa „nad katastrofą“ i mieni się rażonym jakby gromem obelżywemi i oszczerczemi motywami, jakiemi kapłan ten usprawiedliwia odszczepieństwo swoje od Kościoła. Zwraca on uwagę dawnego swego przyjaciela z zarzutem, że wypowiadając wojnę całemu katolicyzmowi, niema ani jednego słowa sprawiedliwości i prawdy dla skreślenia owych cudów abnegacyi, jakie kościół codziennie w niesłychanej tworzy mnogości. Oskarża go, że zdradza swych braci i świetny toruje tryumf przeciwnikom sprawy katolickiej. Przypomina, że Lamennais stał się sztandarem nieprzyjaciół religii i porównywa postępowanie Loysona z Thiersem, wrazie gdyby tenże opuściwszy zakres prawa i konstytucyi zechciał na przedmieściach wznosić barykady. Błaga Loysona, aby zachował milczenie, zajął w duchowieństwie świeckiem stanowisko podrzędne i poświęcił się praktyce „cnót skromnych i surowych“. Zaklina go gorąco, aby nie zeszedł na mowcę „zbiegowisk świeckich i gminnych“ i nie stał się igraszką „niesumiennego i wyuzdanego dziennikarstwa“. Piękne te listy pisane stylem jędrnym i energicznym, głębokie wywarły wrażenie. Jakąż to szlachetną i męzką boleścią tchnie język Montalemberta, jakaż w nim twarda szczerość i jak mówił de Maistre, jakiż „gniew miłości!“ „Ze wszystkich bólów, jakie mnie dotknąć mogły przed zgonem, pisze Montalembert, żaden nie wyrównywa tej strasznej goryczy, jaką mnie napoisz opuszczając nikczemnie ten Kościół, któremu stworzony jesteś służyć i wielbić go lepiej niż wszyscy twoi współcześni. Ściskam cię z smutnem, lecz niepokonanem przywiązaniem“.

Jeden z dawnych przeciwników Montalemberta, jeden z tych, z którymi często staczał on boje w Izbie prawodawczej, mowca, wysuwany naprzód przez republikanów w dyskusyach nad kwestyą rzymską i ustawą o nauczaniu; słowem Wiktor Hugo, dziś senator za drugiej rzeczypospolitej a zawsze poeta, wydał dalszy ciąg swego dzieła *Legende des Siècles*. Hugo nadał ten tytuł całej seryi poematów, w których opiewa wielkie epoki dziejów i ludzkości. Chce on jak mówi „ukazać w tem dziele powszechnem jak w źwierciedle wielką postać człowieka, odmalować ludzkość analitycznie i syntetycznie we wszystkich jej działaniach, które się koncentrują w ogólnym ruchu wzbijania się ku światłu“. Pierwsza serya ogłoszoną była za cesarstwa w r. 1859, dziś w świat wchodzi druga. Poeta nie pozbył się dawnych błędów. Prawda, że doskonałość nie jest z tego świata i że wszelkie dzieło „jakkolwiek świetne i znakomite ma zawsze pewne niedostatki“, a aczkolwiek fanatyczni wielbiciele jeniuszu Wiktora Hugo, porównywają go „z gąszczem borów, gdzie grają naprzemian światło i cienie, gdzie obok jasnej zieloności czernią pieczary“ i mówią, że „mistrz“ jest „olbrzymem“, że kolos nie ugnie się nigdy przed prawidłami, jakie my pigmejczycy stanowimy, każdy jednak umysł bezstronny i szczery zawaha się zanim pochwali *la Legende des siècles*, a ktokolwiek przechował zapał piękna, żałować musi, że w dziele *Legende des Siècles* znajdzie tu i owdzie zły smak i fałszywą poezyę. Hugo nadużywając swej wiedzy, rzuca bez wyboru całemi garściami nazwiska miejsc i ludzi. Cóż znaczyć mogą n. p.: pustynia Thryos, wzgórze Callihore, Otas i wszystkie te nazwy mitologiczne, świadczące o ogromnej pamięci dawnych socyalistów. Cóż nas obchodzi, że stangretem Xerxesa był Patyramphus, co ów dyalog między Attylą i Moryanem? A jaki przestraszający potop wyrazów hiszpańskich w *Cydzie*, a niemieckich w *Welfie*. Styl jest często dziwaczny, najeżony wyszukanemi wyrażeniami, nadęty metaforami bez związku i porównaniami bez ładu, które mącą tylko uwagę czytelnika. Hugo nie umie być ścisłym, a jeżeli chce nim być, staje się ciemnym; raz rzuca pełnemi dłońmi obrazy i synonimy, rozwija myśl tak rozwlekle i owija ją w formę tak pstrą, że aż nuży, to znów wyraża się tak krótko i lakonicznie, że zdaje się, jakby zadawał zagadki. Widać, że język hołduje mu na rozkaz, lecz jak tyran używa on swej potęgi, igra z nim i bierze go na tortury. Ileż tam wierszy niepotrzebnych lub naciągnionych! Wiktor Hugo jest duchem ognistym, powiedział La Bruyère, którego lotna wyobraźnia porywa poza granicę prawideł i prawdy, i ktory niemoże przesycić się hyperbolą. Szafuje on ciągle słowami: ogromny, straszny, zadziwiający, potworny, olbrzymi. Przytacza z upodobaniem Eschylesa i jak u autora *Prometeusza* peryody jego układają się w bukiety ogromne jak góry, a usta jego szeroko otwarte wyrzucają bez przestanku wyrazy napuszyste i rozkielznane. [1]) Lecz równie jak Eschyles, poeta ten przemawia niezwykłym językiem, wstrząsa gęstą swą grzywą, marszczy groźnie brwiami i rzuca z rykiem lwa wiersze osadzone równie silnie jak belki okrętu. [2]) W poezyi jego niema nic francuskiego. Niema ona tej jasności wyrażeń ani tej delikatności smaku, które są zdaniem powszechnem cechą wyłącznie francuską. Zda-

---

[1]) „Une année dans le Sahel.“

[2]) „Chasse à la gazelle“ Chasse au faucon“, Chasse au héron (1866, „la Caravane de Marilhaf“, „Le Bivouac au lever du jour“, „Le faucaunnier arabe“, „Les bateleurs negres“ etc.

[3]) „Un été dans le Sahara.“

[1]) Arystophones: *Żaby.*

[2]) Idem.

Kuryerem, Orędownikiem z każdym po trosze, rzeczywiście *Warta* i *Goniec* winnyby wziąć za tytuł, nagłówek dumki Zaleskiego:

„U nas inacéj, inaczej“—by od razu objaśnić czytelnika, z kim ma do czynienia, nietylko w zasadzie, ale i w formie bo i w ortografii pism tych inaczéj niż wszędzie w Polsce!

Namiestnik przeniósł koncepistę namiestnictwa Józefa **Balickiego** z Krakowa do Chrzanowa.

Wiedeń 26 marca. Podajemy dziś dalszy ciąg sprawozdania Dra Rydzowskiego o ustawie zmierzającéj do zapobieżenia nierzetelnemu postępowaniu przy interesach kredytowych w Galicyi i Krakowie:

Z tego drogiego kredytu musiał włościanin tem więcéj korzystać, skoro w r. 1850 zaprowadzono nieznane przedtem opłaty od interesów prawnych między żyjącemi i na wypadek śmierci. Od lichwiarskich wyzyskiwań chroniły go wtedy jeszcze ustawy przeciwko lichwie.

Gdy w r. 1850 zaprowadzoną została powszechna wolność wekslowa, zaczął kredyt prawie wyłącznie występować w formie weksli, zatem w formie do pokrycia lichwy szczególnie przydatnéj; a jest to niezawodnym pewnikiem, że w żadnym innym kraju ta forma zawierania pożyczek nie była, lubo na żądanie wierzyciela, tak często używana jak właśnie w Galicyi u ludu wiejskiego, który ani pisać ani czytać nie umie.

Powszechna wolność wekslowa mogła się w innych prowincyach okazać jako bardzo pożyteczny instytut prawny, lecz w Galicyi wywołała wprost przeciwne skutki. Włościanin pozbawiony został właściwego sędziego, rzadko kiedy bronił się sam przed sądem handlowym, który bardzo często, umyślnie wybieranym był w innym kraju; jeszcze rzadziéj była obrona możliwą, gdyż weksel zwykle bywał żyrowany, a skutkiem tego było, że weksel w Galicyi stał się najpewniejszym środkiem nietylko do obejścia ustaw o lichwie, ale także i do wywłaszczenia włościan na drodze najkrótszéj. To spowodowało sejm galicyjski jeszcze w 1866 roku do uchwały żądającéj ograniczenia wolności wekslowéj, która atoli bez skutku pozostała.

Od zaprowadzenia powszechnéj wolności wekslowéj rozpoczyna się wywłaszczenie włościan w Galicyi; postępowało ono gwałtownie, gdy w roku 1866 podzielność gruntów została prawnie dozwoloną, i gdy w końcu tegoż roku zaprowadzono wolność oznaczania procentów w kontraktach, i karę na lichwę ograniczono tylko do nadużycia lekkomyślności, niedoświadczenia lub słabości umysłu; gdy zaś i ta ostatnia zapora ustawą z 14go czerwca 1868 (L. 62. D. P. P.) usuniętą i kapitałowi zupełnie swobodna droga otwartą została, zrobiło wywłaszczenie olbrzymie postępy.

Może być, że instytut ten prawny wywarł gdzieindziéj dobroczynne skutki; w Galicyi atoli miał on najzgubniejszy wpływ na ekonomiczne i moralne stosunki ludności. Nie będzie zbytecznem przedstawienie, jak liczba rozpisanych licytacyi postępowała, lubo już raz cyfry te podanemi były do wiadomości Wys. Izby.

Według statystycznych wykazów z urzędowéj *Gazety Lwowskiéj*, pod powagą Wydziału krajowego zestawionych, było w Galicyi na 800,000 mniejszych posiadłości w 6371 miejscowościach publicznie ogłoszonych licytacyj:

W roku 1867	w 130	miejscowościach	164	licytacyj
„ 1868	„ 187	„	271	„
„ 1873	„ 400	„	641	„
„ 1874	„ 633	„	1026	„
„ 1875	„ 749	„	1335	„

Z tego okazuje się, że liczba miejscowości jako też i liczba rozpisanych w nich licytacyj rok rocznie w następującym wzrastała stosunku:

Liczba miejscowości wynosiła w 1867 roku 2 procent ogólnéj liczby miejscowości; w roku 1868 3%; w 1873 6%; w 1874 blisko 10%; a w 1875 roku 12%.

Liczba licytacyj, która w 1867 r. 164% wynosiła, podniosła się w stosunku do téj cyfry w 1868 o 65%; w 1873 o 274%; w 1874 o 525%; a w 1875 r. o 814%.

Zauważyć tu należy, iż z ogólnéj cyfry wypada 72% na realności wartające niżéj 1000 zł., gdy na realności wyżéj 1000 zł. wypada 22%, a wyżéj 5000 zł. tylko 3%.

Nie twierdzi się przeto jakoby wszystkie te licytacye rzeczywiście zostały przeprowadzone, owszem są dowody, że np. w 1875 r. zaledwo trzecią część przeprowadzono; tem mniéj jednakże można by z tego wnosić, iż nie było pozasądowych sprzedaży małych posiadłości. Istnieją urzędowe dowody, że w jednéj gminie Stroniatyn od 1873 r. w przeciągu 1½ roku sprzedano 270 parceli gruntu, gdyż właśnie chłop, sprzedaje grunta jeden kawałek po drugim, dobrowolnie, byle tylko utrzymać się pod ojcowskim dachem, dopóki i do tego ostatniéj nie przyłoży ręki.

Daty te wystarczą, aby każdego przekonać, że stosunki gospodarcze w Galicyi nie mogą wytrzymać wielkiéj walki między kapitałem z jednéj, a dwoma czynnikami ekonomicznego życia: pracą i ziemią z drugiéj strony, że wolność na pole finansowe przeniesiona sparaliżowała zupełnie owe dwa czynniki, że zatem wobec bezwzględnéj wolności kapitału, harmonijne współdziałanie wszystkich trzech czynników stało się w Galicyi niemożliwem, że więc powinnością jest państwa to harmonijne współdziałanie przez przywrócenie równowagi między owemi czynnikami na nowo przywrócić i umożliwić, zwłaszcza jeżeli jak w Galicyi nie wystarczają na to siły pojedynczych osób, ani też siły prywatnych stowarzyszeń. (D. c. n.)

Ziemie Polskie.

Okólnik wizytatora kościołów gub. Mińskiej, X. F. **Senczykowskiego** do Duchowieństwa katolickiego tejże gubernii, pod dniem 24go grudnia 1876 r. Nr 1,332 *):

Zarządzający wileńską r. k. dyecezyą prałat Żyliński uwiadomił mię d. 19 lipca r. b. za N. 1,059, iż za jego staraniem i stosownie do jego przedstawienia Najjaśniejszy Pan rozkazać raczył: Ustanowić w gub. Mińskiej dwa stałe obowiązki wizytatorów kościołów, i mnie wizytatorem w 1-em wizytatorstwie gub Mińskiej naznaczył. O szczegółach tego naznaczenia zawiadomieni jesteście przez Ukaz Konsystorza, a dla wskazówki w razie konieczným stosunków duchowieństwa ze swoim wizytatorem, uważam za potrzebne przesłać wyjątki z instrukcyi Najwyżej zatwierdzonej a przez prałata Żylińskiego mnie danej, ponieważ takowa powinna być i będzie literalnie spełnioną i w działanie wprowadzoną. Dla uwag wizytatora i jego rozporządzeń proszę o zaprowadzenie w każdej parafii (chociażby wakującej) księgi sznurowej, i tę mnie przedstawić do podpisu i przyłożenia pieczęci wizytatora.

Przytem poczytuję sobie za obowiązek dodać, iż język rosyjski pozwolono i zalecono używać w dodatkowem naszem r. k. nabożeństwie, mając na celu jedynie tylko dobro i spokój kraju, jakoteż tej części ludności, która wyznaje wiarę r. katolicką; środek ten nie jest bynajmniej przeciwny duchowi św. Wiary katolickiej i nie zmienia obrzędów r. k. Kościoła spełnianych przez nas; przeciwnie N. Pan w Ojcowskiej pieczołowitości o wszystkich swoich wiernych poddanych zostawia nam katolikom zupełną swobodę wyznawania św. dogmatów r. k. Kościoła.

** [N. Pan i rząd jego, życzy sobie, abyśmy zostawali Katolikami, ale też razem byli wiernemi poddanemi i przychylnemi tronowi i Rosyi].

Język każdy, który się w czasie modlitwy używa nie zmienia bynajmniej i nie psuje samej modlitwy, albowiem według słów Zbawiciela, P. Bóg nie na słowa, lecz na serca i uczucie, z jakiem się modlimy, spogląda. Wszak nie bez powodu Apostołowie mieli dar Ducha św. tłomaczenia się we wszystkich językach?

Czy Francuzi, Niemcy, Hiszpanie, Włosi, Żmudzini i Łotysze Witebskiej i Kowieńskiej gubernii, grzeszą nie znając polskiego języka, i modląc się w swoim własnym. Religia nas naucza, P. Bóg nas na sądzie ostatecznym ukarze i zapotrzebuje zdania sprawy, nie z tego jakim językiem mówiliśmy i modliliśmy się, ale z tego jakeśmy się modlili i cośmy mówili. Jeżeli będziemy w polskim języku wydawać sąd o bliźnich, oczerniać ich, nie szanować starszych, jeżeli trzymając w ręku polską książkę do nabożeństwa będziemy się modlili z roztargnieniem, lekceważeniem, i jedynie tylko dla oka ludzkiego, to powtarzam, czy taka modlitwa nasza podoba się Bogu? Czy w języku rosyjskim serdeczna modlitwa, lub obrona sławy bliźniego, mniej nam zasługi przyniesie, lub korzyści bliźniemu? Niestety, są osoby mieniące się Katolikami, ale postępkami swemi przynoszące wstyd i hańbę imieniowi Katolika; wielu mówiąc po polsku, obmawia, osądza i oczernia się wzajemnie, a przytem o spowiedzi, modlitwie i postach słuchać nie chcą, przeciwnie pozwalają sobie żartować z samej religii i św. obrzędów. Czy to są Katolicy? są to prędzej nieprzyjaciele ogólnego spokoju i szczęścia. Ludzie tacy życzą tylko szczęścia językowi polskiemu, a nie religii katolickiej, służą oni intrygom i nie zgadzającemu się z duchem Chrześciaństwa fanatyzmowi, ale nie Bogu i Jego św. Wierze.

*** [W obecnej chwili najmniejszej nie ma w tem tajemnicy, najmniejszej nie podlega wątpliwości, iż użycie języka rosyjskiego w dodatkowem naszem r. k. nabożeństwie odbywa się za wolą Najjaśniejszego Cesarza, za tą wolą monarszą i rozkazem, która (wola) oswobodziła włościan z poddaństwa i ustanowiła porządek ogólnej powinności wojskowej. Któżby śmiał, chociażby myślą iść przeciw tej woli świętej dla każdego szlachetnego człowieka, dobrego Katolika, wiernego poddanego i Chrześcianina, tem bardziej, że ta monarsza wola zostawiając nam zupełną swobodę wyznania naszej wiary r. k. daje nam prawo równości, z którego korzystają wszyscy jego wierni poddani. Oto cel, dla którego się wprowadza język rosyjski i ktoby sądził inaczej, ten ciężko grzeszy przeciwko prawdzie].

A ponieważ użycie języka rosyjskiego jest sprawą czysto cywilną, czysto narodową, a nie religijną, a zatem rząd ma pełne prawo wymagać od swoich obywateli i poddanych posłuszeństwa i wypełnienia tego żądania. My zaś duchowni, my przewódcy powierzonej nam owczarni Chrystusowej, my nauczyciele prawdy i przestrzegacze wypełniania prawa Boskiego danego nam przez Chrystusa Pana, ażali poprowadzimy parafian naszych drogą kłamstwa i nieprawdy?

My ludowi objaśniamy ciągle słowa pisma świętego: „Nie ma władzy, tylko od samego Boga, a kto się władzy sprzeciwia, ten się sprzeciwia samemu Bogu.“ My powtarzamy słowa Zbawiciela: „Oddajcie Bogu, co jest Boskiego a Cesarzowi, co jest cesarskiego.“ Czy słowa te będą dla nas czczem brzmieniem tylko? Czy dla nieroztropnych i na niczem nie uzasadnionych gawęd i fanatycznych poglądów, zapomniawszy o obowiązku naszym i godności kapłana damy pierwsi zły przykład nieposłuszeństwa prawej władzy?

My karcimy parafian naszych za nieposłuszeństwo i nieuszanowanie [illegible] czciły swych [illegible] samych, jakież możemy mieć usprawiedliwienie, jeżeli sami nie ulegając woli rządu i dyecezalnej władzy, poprowadzimy naszą owczarnię drogą kłamstwa i nieprawdy? Lud jest to wosk w rękach Duchowieństwa, potrzeba mu tylko objaśnić prawdę, objaśnić sumiennie i uczciwie, a sprawa będzie miała dobry kierunek! Jaki to będzie pasterz kiedy dopuści, aby nim powodowały owce? Kiedy dla materyalnych korzyści gubi swych parafian?

**** [Jeżeli jedynie tylko dla polskiego języka on ściągnie na siebie nieprzyjemności, a parafian i religię wystawi na niebezpieczeństwo].

Dla tego powtarzam, my duchowni obowiązani jesteśmy być sługami religii a nie obcych jej spraw; my spełniając Dogmata r. k. naszego obrządku pierwsi powinniśmy dać z siebie przykład posłuszeństwa władzom, my zostając prawdziwemi wyznawcami r. k. Kościoła, powinniśmy razem być wiernemi N. Panu i Ojczyźnie — Rosyi — tego od nas wymaga nasz stan, godność, święta religia nasza r. k. i dobro naszych parafian, z których zdamy sprawę na sądzie ostatecznym.

Dla tego nie powinniśmy zwracać uwagi na gadania i poglądy osób, fałszywie na tę sprawę się zapatrujących i nie pojmujących rzeczy, ale sumiennie i nieodstępnie tłumacząc prawdę, obowiązani jesteśmy wyprowadzić naszych parafian z grubej niewiadomości i obłędu, w którym trzymał ich polonizm, a gdy tego nie zrobimy zgotujemy zgubę sobie, naszej owczarni i naszym Kościołom.

Niezapominajmy, że naród zamieszkały w granicach gubernii Mińskiej jest naród Białoruski, z językiem ludowym, którym jest język rosyjski, że Polacy stanowią zaledwie nieznaczącą mniejszość i że tylko z powodu nieszczęśliwego zbiegu historycznych okoliczności jakaś część naszego ludu przyswoiła sobie polską mowę.

Oto jest przekonanie, którem napełnione serce moje względem wprowadzenia w użycie języka rosyjskiego, oto na mocy czego pragnąłem przy wstąpieniu moim w obowiązek wizytatora, podzielić się z duchowieństwem, tem uczuciem moim. Proszę Boga, aby nam wszystkim zesłał moc i siłę w tak wielkiej sprawie na polu naszej służby; abyśmy nietylko słowem, ale przykładem, życiem, zachowali powierzoną nam owczarnię Chrystusową, do spełnienia przykazań boskich, wymagań naszej św. religii i woli przez Boga postawionego nad nami naszego monarchy. Niniejszą moją odezwę polecam przez okólnik ogłosić duchowieństwu, powierzonego wam dekanatu, kopię zaś wciągnąć do księgi nowoustanowionej dla uwag i rozporządzeń wizytatorskich i o spełnieniu niniejszego zawiadomić mnie niezwłocznie, ze wzmianką o miejscowościach i osobach odznaczających się swemi postępkami, ażebym mógł ciągle i bezustannie śledzić bieg tej sprawy.

Przytem załączone wyjątki z instrukcyi i naprędce ułożoną, dla skuteczniejszego opamiętania niektórych duchownych osób uwagę, o nadużyciach popełnianych w języku polskim, tudzież postanowienia soborów i rozporządzenia papieżów stosujące się do użycia języka ludowego w dodatkowem r. k. nabożeństwie.

* Jest to pierwotna redakcya tego dokumentu w dosłownym przekładzie z języka rosyjskiego. W redakcyi tej gubernator Miński poczynił następnie zmiany, przez wykreślenie niektórych ustępów; ustępy te, opuszczone w poprawnej edycyi okólnika, zamykamy między nawiasami.

** Ustęp opuszczony w nowym okólniku.

*** Cały ustęp opuszczony w nowym okólniku a zastąpiony następującym: „Użycie języka rosyjskiego w dodatkowem naszem r. k. nabożeństwie, wskazane wolą najwyższą N. Pana, tą wolą wszechwładną, która włościanom nadała swobodę, ustanowiła porządek ogólnej powinności wojskowej i dała wszystkim wiernym poddanym sąd prędki prawy i miłościwy.“

**** Słowa opuszczone w drugim okólniku.

Sprawa wschodnia.

Polit. Corr. ogłasza memoryał p. Zankowa, reprezentanta bułgarskiego w Bukareszcie, przesłany ministrom spraw zagranicznych wszystkich mocarstw, podpisanych na traktacie paryskim. Memoryał ten podpisany przez najznakomitszych Bułgarów w imieniu całego narodu brzmi jak następuje:

Excelencyo!

Naród bułgarski mniemał, że konferencya stambulska usunie raz na zawsze źródła jego cierpień i otworzy mu drogę pokoju i dobrobytu. Jednak wiekowy a zacięty nasz nieprzyjaciel odrzucając wnioski konferencyi rozwiał tę nadzieję. Rząd turecki przeciwstawił wnioskom konferencyi konstytucyę, wypracowaną przez Midata baszę. Chociaż ogłoszoną ona została w grudniu r. 1876, dotąd jednak nie zaszła żadna zmiana ani w administracyi tureckiej ani w usposobieniu Turków. Uciemiężenie z nowemi okrucieństwami, złodziejstwami, mordami i przymusową zmianą religii, hańbienie kobiet i dziewcząt trwa wszędzie i ustawicznie; naród nie przestaje się uskarżać na niesprawiedliwość administracyi, [illegible] podatki i przymusowe wydatki wojenne, wykroczenia zaptów (żandarmów) i w ogóle na władzę uzbrojoną.

Dokąd Turcya nie zwała się państwem konstytucyjnem, my, Bułgarowie mieliśmy za cenę wielkich ofiar i zaciętej walki z *Fanariotami* duchową powagę. Dziś chcą nam i to odebrać zmuszając naszego exarchę do wydania adresu dziękczynnego za ogłoszenie konstytucyi. Prawda, że na zasadzie konstytucyi, jednak bez wiedzy narodu, wybrano kilku Bułgarów na deputowanych *kaimakamów* i *mudirów*. Ale ci urzędnicy rządu wybrani zostali przez rząd sam, naród bułgarski nie spodziewa się więc od nich nic dobrego, gdyż wypełniając tylko wolę rządu, nie będą się troszczyć o interesa swoich współwyznawców. Prócz tego w parlamencie tureckim większość będzie zawsze po stronie Turków, gdyż liczba reprezentantów tureckich jest bez porównania większą od liczby przedstawicieli Chrześcian. Byłoby więc niedorzecznością, gdyby naród bułgarski spodziewał się czego od nowej konstytucyi. Widzi on, że konstytucya ta jest tylko nowem wydaniem, zalegających w archiwach rządu tureckiego, a nigdy nie wypełnianych *hatti-humajum* i *hatti-szerif*.

W ogóle naród bułgarski nie będzie nigdy zadowolonym z obietnic rządu tureckiego co do reform, dopóki Turcya nie da w obec mocarstw rękojmij ich zaprowadzenia.

Bułgarowie więc ośmielają się upraszać pana Ministra, aby się raczył przyczynić do przyjęcia przez Portę wniosków konferencyi. Naród Bułgarski nie został popchnięty przez wpływy zewnętrzne, jak to starano się rozgłaszać, do szukania pomocy w swem nieznośnem położeniu. Nie jest bowiem zbrodnią, że naród liczący 7 milionów, którego udziałem przez 5 wieków przeszło był los prawdziwie niewolniczy, za pragnął lepszego i znośniejszego położenia, któreby mu zapewniało własność, życie i nietykalność domową, umożebniającą postęp na drodze cywilizacyi. Ze względu na całą przeszłość historyczną Turków, ich obecne finansowe bankructwo i najwyższą nędzę podległych im ludów, pomimo urodzajności kraju, zamiłowania do pracy mieszkańców, któż mógłby zaprzeczyć, że nasi władzcy nie mają wyobrażenia o sztuce rządzenia, i że oni z swym brutalnym i dzikim charakterem, który przy zeszłorocznych okrucieństwach tak wyszedł na jaw, z ich zaciętym fanatyzmem religijnym, godnym wieków średnich, są tylko anachronizmem w cywilizowanym wieku XIX.

Jeśli więc Europa rząd tak pięknych i żyznych krajów odbierze z rąk tureckich a złoży w ręce własnych dzieci kraju, którzy pełni sił żywotnych i zdolni do samorządu, to spełni akt, który ściągnie na nią chwałę wszystkich wieków. W przekonaniu, że jęk rozpaczy licznego narodu chrześciańskiego, który w oczach cywilizowanej Europy, bywa prześladowany, mordowany i hańbiony w najokrutniejszy i najbardziej nieludzki sposób, zostanie wysłuchanym i że nadzieja, w niej pokładana, będzie zupełnie usprawiedliwioną, upraszamy pana Ministra aby raczył przyjąć zapewnienie szacunku i t. d.

(Podpisy). Reprezentantów narodu bułgarskiego i mieszkańców Ruszczuka, Trnowa, Szumli, Warny, Tulczy, Sistowa, Sliwena i Widdyna.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 27 marca. Tydzień wielkanocny przypadł w tym roku równo ze zmianą kwartału a stąd z chwilą przenoszenia się do nowo najętych mieszkań. W ten sposób zwykła zwłoka w przenoszeniu się, jeszcze się o kilka dni może przeciągnąć z obopólną niedogodnością stron tak wyprowadzających się jak, i wprowadzających się w ich miejsce. Nie istnieją zresztą żadne przepisy pod względem terminu zmiany mieszkań, co daje często powód do wielu nieprzyjemności, jeśli się ma do czynienia z osobami, które tylko swoją wygodę mają na oku i nie spieszą się bądź to z opuszczeniem dawnego mieszkania bądź z zajęciem nowego. Należałoby zaprowadzić pod tym względem pewne stałe obowiązujące przepisy, od których uwelnić tylko może obopólna umowa stron. W Prusiech istnieje pod tym względem przepisany do wyprowadzenia się z mieszkania termin, nazajutrz po rozpoczęciu kwartału; gdyby zaś w dzień 1szy kwartału przypadło święto, w takim razie przeprowadzenie odbywa się w 24 godzin później; jeśli zaś święto przypadnie d. 2go, wtedy przeprowadzić się trzeba w ostatni dzień kwartału.

— Tutejsze Towarzystwo muzyczne odbędzie jutro we środę wieczór próbę jeneralną utworu Gounoda „Stabat mater“ w sali redutowej za małą opłatą; w wielki piątek zaś wieczór dzieło to muzykalne wykonane będzie w kościele OO. Dominikanów.

Od wielu lat Górny Szląsk pruski nawiedzany bywa często tyfusem głodowym, a mianowicie od czasu, kiedy gniją ziemniaki, które są tam prawie wyłącznym pokarmem ludu. Niegdyś w sejmie pruskim jeden z liberałów narodowych zawołał z radością, że tyfus głodowy idzie w pomoc misyi narodowej niemieckiej, bo sieroty po zmarłych chłopach polskich mogą być wychowywane na Niemców. Otóż i w tym roku tyfus głodowy zawitał na Szląsku i nawet dotarł aż do Berlina, a z drugiej strony przebył Przemszę i zajrzał w Krakowskie, gdzie rozpostarł się już do Kwaczały. Nie wiemy, czy są przedsiębrane jakie środki dla powstrzymania tej epidemii, która w ogóle dziesiątkuje ludność nie koniecznie wygłodzoną, ale zawsze źle żywioną.

— Uczniowie seminaryów nauczycielskich należą do najuboższej młodzieży. Stypendya przez niektórych z nich pobierane są jedynym dla nich częstokroć dochodem; nie należy więc ociągać się z wypłatą tych wsparć, skoro zapisodawcy naznaczają je *anticipando* a nie w połowie roku szkolnego albo pod koniec jego. Od września zalegają jednak dotąd należne im stypendya, a procent z nich półroczny już przepada. Podobnież rzecz się ma ze stypendyami rządowemi, a jednak, jak *Dz. Polski* pisze, stypendya te od parę miesięcy zalegają w Radzie szkolnej.

— Donoszą nam z Paryża, że weteran Seweryn Gałęzowski złożony jest ciężką niemocą, ale zachowuje całą świeżość umysłu. W ciągu całej swej choroby wzdycha tylko do Karpat, twierdząc, że pobyt w górach naszych pokrzepiłby go i powrócił mu zdrowie. Jeśli ten stan potrwa do czasu ciepła w górach naszych, mógłby jeszcze starzec dokonać tego zamiaru, gdyby mu siły pozwoliły odbyć tak daleką podróż.

— Przyszły następca tronu austryacko-węgierskiego arcyksiążę Rudolf zaczyna z d. 21 sierpnia r. b. rok 19ty; ma on przeto od tej chwili mieć dwór osobny, którego w. ochmistrzem będzie fmp. Mikołaj Pajacsewicz. Według doniesienia z Wiednia do *Kelet Nepe*, ma cesarzewicz zamieszkać Belweder lub skrzydło Burgu będące dotąd mieszkaniem w. ochmistrza ks. Hohenlohe. Równocześnie donosi wspomniony dziennik że cesarzewicz dla obeznania się z służbą administracyjną da się od 1 września r. b. na rok jeden przydzielić do dolno austryackiego namiestnictwa.

— Pismo urzędowe *Glaśnik* donosi, że X. biskup Strossmayer zamianował przybocznego swego sekretarza X. hr. Juliusza Drohojowskiego rzeczywistym radcą referentem konsystorza Diakowarsko-Bośniackiego i Syrmskiego.

— X. Adam Wesołowski, łac. dziekan złoczowski i pleban w Jezierny, otrzymał na dniu 1go marca b. r. kanoniczną instytucyę na łac. probostwo w Gołogórach. Dotychczasowy administrator w Gołogórach X. Piotr Bilik pozostał tamże nadal jako kooperator, a X. Michał Stupnicki, dotychczasowy kooperator w

---

je on się pożyczać od obcych wszystko co mają największego i najlepszego: wyraz tragiczny i straszny od Szekspira, słodką i smętną czułość od Niemców, blask malowniczy od Hiszpanów, lecz gdzież jest ów lekki i uroczy wdzięk poezyi francuskiej?

Nie czerpie ona swego przedmiotu z łona Francyi lecz ze starożytnej mitologii, z zmąconej historyi ludów barbarzyńskich, z niemieckich wieków średnich, ze starej Hiszpanii i Wschodu; nęci ją wszystko, co się jej wydaje wielkiem, potężnem i dzikiem. „Co myślisz robić na wygnaniu? zapytał go jeden z jego synów. „Patrzyć będę na ocean,“ odpowiedział — i rzeczywiście zdaje się, że jego poezya ma w sobie coś z szumu bałwanów morskich, równie głęboka i nieprzejrzana jak morze. Ludzie mające dlań najwięcej uroku, to błędni rycerze zadziwiający świat nadzwyczajnemi czynami; to baron feudalny walczący w swym zamku z całą armią. A on sam czyż nie jest jak Eviradnus, jak Cyd, jak Welf rzecznikiem krzywd, obrońcą uciemiężonych? Ten sam co występował świeżo za Serbami, co przemawiał w r. 1863 za sprawą polską, ten sam opiewa w *Legende des Siecles* poświęcenie się 300 Spartańczyków. Wielbi on nadewszystko zacięty opór garstki walecznych, co jak Pelagus lub Temistokles nie zwątpili o zbawieniu narodu. Cóż to za wspaniały obraz bitwy pod Eylau owych 120 żołnierzy, co osłonięci murem, czują pod nogami drżenie ziemi i wśród uraganu kul wytrwałem bohaterstwem wywalczają zwycięstwo. *Legende des Siecles* jest galeryą obrazów smutnych i ponurych przeplatanych tu i owdzie idyllą; ciągle padają ofiary wśród działania i ta kolejność męczeństw stanowi jednolitość książki.

Ale przejdźmy od tej książki rzewnej i pełnej błysków jeniuszu, ale smętnej i wzruszającej, do weselszego przedmiotu.

Wznowiony w „Théâtre francais“ *Chatterton* Alfreda de Vigny nie wzbudził dziś takiego zapału jak w chwili pojawienia się w r. 1835. Alfred de Vigny nie jest pisarzem dramatycznym. Ow dawny kapitan, który gardził sławą wojskową i nienawidził garnizonowego życia, ów człowiek zimny i melanholiczny, który unikał świata i publiczności, ów chorobliwy poeta, co gorący brał udział w walce romantycznej, co wygładzał swe wiersze i szlifował styl, nie miał tej siły nerwowej i tej gwałtownej energii, która zapewnia powodzenie w teatrze. Chatterton jest jenialną i delikatną analizą choroby duszy, jest to historya poety z szaloną dumą, który zamyka się sam w sobie i złorzeczy społeczeństwu; nie jest to dramat: jedyna scena żywe wywarła wrażenie, owa scena patetyczna, w której Kitty Bell dowiadując się o śmierci swego kochanka, pada na poręcz schodów. Zresztą z sztuką taką jak Chatterton dzieje się to samo co z pasztecikami lub dowcipem, smakują one póki gorące. Bohater, co sądząc się zapoznanym obmierża sobie życie i w śmierci szuka ratunku, jest dzisiaj nudnym i śmiesznym. Nie pojmujemy już ludzi, którzy się chełpią nieszczęściem z tak porywającą wymową Chatterton był człowiekiem, którego pożerała ambicya, duma i zazdrość; chorem dzieckiem jak Tasso lub *Werther* Goethego.

Dora Wiktoryna Sardou miała w teatrze „Vaudeville“ jak najświetniejsze powodzenie. Autor wprowadza nas w świat obcy, dwuznaczny, znajdujący się w Paryżu i miastach kąpielnych i pokazuje zbliska tych awanturników obojej płci, co żyjąc z niewiadomych dochodów, pomimo wątpliwej swej przeszłości, olśniewają towarzystwo paryskie dziwacznym swym tonem, swobodą obyczajów, pogardą przesądów i jakąś wonią egzotyczną. Czy w świecie tym są naprawdę ludzie, którzy z rzemiosła szpiegują Francyę? Czy są kobiety tak bez skrupułu, że raz na tydzień zamykają się w swoim gabinecie, aby przesłać poufny raport ministrowi którego kraju? Miałyżby zabójcze ich spojrzenia być tylko artyzmem dyplomatycznym i jeżeli damy te zwracają się szczególnie do oficerów, inżynierów i młodych sekretarzy, to dla tegoż tylko, aby z nich wydobyć tajemnice rządu francuskiego i zasłużyć na jurgelt, pobierany od obcych mocarstw? Lecz przypuśćmy że istnieje niejeden taki Gentz w spodnicy. Dora wychowuje się wśród takiego podejrzanego świata; matka jej p. Riozares hiszpanka, pełna zresztą śmieszności, jest uczciwą kobietą, która przyjmując pensyę od zagranicznego ministra bynajmniej sobie tego nie ma za hańbę i wdzięczną jest swemu dobroczyńcy, któremu regularnie przesyła kronikę tygodniową, bynajmniej nieprzypuszczając, że pełni obowiązki szpiega, a nadto tak jest naiwną, że aby rozerwać JEkscelencyę donosi mu tylko w swoich listach tygodniowych o Narvaezie, Esparterze i don Alwarze, swoim zmarłym małżonku, nie wspominając ani słowem o nudnej polityce. Pomimo tego Dora pozostaje czystą, lecz jest bez posagu. Zjawia się młody człowiek niejaki André de Maurillac, który jej ofiaruje imie swe i majątek i młoda dziewczyna nieposiada się z szczęścia o jakiem zaledwie marzyła. Lecz w godzinę po ślubie przybywa z Węgier przyjaciel Maurillaca. Dyrektor policyi w Tryeście kazał go aresztować na doniesienie nadeszłe z Paryża, a uwalniając go z więzienia pokazał mu fotografię która go zdradziła, a którą jedynie posiadała Dora. Miałażby więc Dora być szpiegiem? Maurillac szuka w skrytej swej szufladzie i nie znajduje kopii traktatu, który mu polecono zawrzeć. Czyż i ta kradzież ma być dziełem Dory? W uniesieniu odchodzi on prawie od zmysłów; niezaprzeczone dowody oskarżają jego żonę. Następuje scena gwałtowna; Dora mdleje. Maurillac porzuca ją, lecz Favrolles dobry jego jeniusz, wybawia zrozpaczonego przyjaciela. Zastawia on sidła, w które wpada istotna winowajczyni hrabina Zicka i tak się w nie daje uwikłać, że ze łzami przyznaje się do zdrady. Ona to skradła fotografię Węgra aby ją przesłać do Tryestu, ona odbiła biórko Maurillaca i zabrała traktat.

Dora uważaną tu jest za najlepszą sztukę p. Sardou. Nigdy bowiem nie rozwinął on świetniej swego talentu, który go stawia w rzędzie największych mistrzów sceny współczesnej. P. Sardou zawsze żywy i sardoniczny odsłania mimochodem pewne przywary naszej epoki, puszcza się nawet na śliską drogę polityki. Ów deputowany, który się daje wybierać aby żyć w półświatku paryskim; owa księżna, uczestniczka Izby, która chce z salonu swego zrobić arenę intryg parlamentarnych i marzy tylko o burzliwych posiedzeniach, koalicyach, upadku ministrów; ów Favrolles, którego złośliwy dowcip nie wyczerpuje się nigdy i wszędzie budzi wesołość; wszystkie te postacie przelotnie naszkicowane nieopóźniają akcyi, łagodzą one tylko wrażenie, jakie na widzu sprawia sytuacya dwojga małżonków, którzy zaledwo zaślubieni rozłączają się, a w pośród tych zabawnych epizodów i lekkich, wesołych rozmów, akcya odbywa swój przebieg dramatyczny. Sardou ma zresztą osobny swój system, a Dora jest tryumfem jego systemu.

Jest to coś podobnego do Wilhelma Tella: błyszczy spokojne źwierciadło jeziora, słychać śpiew rybaka, lazur nieba czysty i cała natura tchnie radością; nagle burzą się fale, czarne chmury piętrzą się na widnokręgu i uragan zrywa się z całą wściekłością, a w kilka godzin później ustaje walka żywiołów i wszystko znowu w około spokojne i jasne. P. Sardou oprowadza widza przez dwa akty w pośród ludzi zabawnych lub śmiesznych, aby pokazać świat, w jakim żyją jego bohaterowie; szkicuje w kilku śmiałych rysach charaktery i namiętności będące sprężyną sztuki, lecz skąpi wzruszeń teatralnych, oszczędza ich raczej, zachowując je do następnych aktów; zajmuje i bawi publiczność, zanim ją do głębi serca poruszy i przejmie zdumieniem i trwogą. Następuje burza: wzruszające zajścia, wypadki dramatyczne, szczegóły przerażające; wszystko się plącze, mąci, wikła; gwałtowne uczucia, gniew, namiętności dochodzące do najwyższego swego wyrazu, wszystko się napręża i rozognia. Z jakąż rozpaczą miotają się Maurillac i Dora w tej sieci skrytych intryg i niecnych zdrad, jaka ich krępuje; daremnie chcą stargać więzy; usiłowania wyczerpują ich siły i zdaje się, że już bliskiemi są kresu dwie te szlachetne ofiary? Cóż więc począć? Czy już nie ma wyjścia dla nieszczęśliwych, którzy coraz bardziej błąkają się w tym labiryncie? Lecz Sardou zsyła w porę ratunek w osobie p. Favrolles; prowadzi on ich za rękę po krzyżujących się drogach do skrytej furtki ocalenia. Po 3 i 4 akcie, które pełne są zamętu i przerażenia, następuje akt 5 wyrównywający i łagodzący wszystko. Czarownik, który do wnętrza poruszył publiczność, skinął tylko laseczką i rozwiał natychmiast czar, który utrzymywał widzów i aktorów dramatu w trwodze i zdumieniu. Gmach, który wyniósł z niesłychaną zręcznością, i którego zdawało się, że nic zachwiać nie potrafi, nagle runął; dość było czarownikowi dmuchnąć na to dzieło, którego sam tylko Sardou znał słabe strony. Wszystko się wyjaśnia; to co wprzód potępiało Dorę, usprawiedliwia ją, i niewinność jej długo zapoznana nowym promienieje blaskiem.

Favrolles jest jedną z postaci, która najwięcej przywiązuje do siebie. Sardou tchnął weń pewien rodzaj szyderczego sceptycyzmu, który lekceważy przekonania polityczne. Lecz jakiż to umysł bystry, złośliwie dowcipny, umiejący pochwycić śmieszną stronę wszystkiego! Zdaje się, że Sardou udzielił temu ulubieńcowi swemu własnych przymiotów. P. Sardou posiada nie tylko dar szybkiej odpowiedzi, głębszych uwag i dowcipnych spostrzeżeń, lecz nadto nadzwyczajną zręczność igrania z trudnościami. Mnożyć wypadki, gromadzić przeszkody, stawiać akcyi zawady, które zdają się tamować jej przebieg, siać przeciwności, i nagle jakby cudem nadać owej akcyi, pozornie trudnej, największą prostotę, wydobyć z złudzeń i błędów prawdę, która się wydawała niepodobną do odszukania, przeciąć od razu węzeł gordyjski; oto system p. Sardou. System ten ma powodzenie, a zatem jest dobrym. W teatrze szczególnie powodzenie usprawiedliwia wszystko.

K. Gauthiot.

Jezierny, objął administracyę tego probostwa. X. Mateusz Skopiński, dotychczasowy łacin. wikaryusz w Krzecinie, objął na czas słabości łac. plebana w Łuszczowicach obowiązki duszpasterza przy temże proprobostwie. Były łac. administrator w Kosocicach X. Ludwik Dąbrowski, przeznaczony został na wikarego do łac. probostwa w Zgórsku. Łac. konsystorz przemyski przeniósł X. Józefa Stachyniuka, wikarego w Jasienicy do Pruchnika, a X. Józefa Ruszla, wikarego w Dynowie do Jasienicy. Na czas słabości łacin. proboszcza w Sołotwinie X. Hipolita Winnickiego, przeznaczył konsystorz do Sołotwiny X. Józefa Wojnarowicza, dotychczasowego wikarego w Horodeńce.

— Z Gradcu d. 22 b. m. donoszą: Wczoraj z rana w obecności wielu osób używających przechadzki na tutejszej górze zamkowej tuż pod wieżą zegarową zastrzelił się elegancko ubrany mężczyzna, już nie młody. Strzał roztrzaskał głowę tak, iż twarzy nie było można poznać, a i pistolet, za mocno widać nabity, rozerwany został w ręku samobójcy. Dopiero w dzień po wypadku, dziś zdołano sprawdzić osobę nieszczęśliwego. Był to feldmarszałek porucznik Jan Rhom Reichscheim, od lat dwóch zostający w stanie spoczynku.

— Naśladowania godny pojedynek, opowiada *Pesti Naplo*, odbył się przed kilkoma dniami w Debreczynie. Po wymianie wystrzałów, jeden z przeciwników spostrzegł, że kula przylepła mu do surduta. Pokazało się, że jeden z sekundantów, ten właśnie, który nabijał pistolety, zamiast ołowianych kul użył gałek wełnianych, pokostem koloru ołowianego napuszczonych. Po tem dowcipnem znalezieniu się sekundanta aptekarza, przeciwnicy: notaryusz pewien i nauczyciel podali sobie rękę.

— W d. 17 b. m. doniósł dziennik *Petit Marseillais* że syn cesarza Napoleona, który dniem wprzód zachorował był w Tulonie, przybył do Marsylii i pod przybranem nazwiskiem Camondo stanął w hotelu de Noilles. Mimo nieprawdopodobieństwa tej wiadomości, policya nie uważała za zbyteczne rzecz ściślej zbadać i [illegible] środki ostrożności. Hotel otoczyli ajenci policyjni i dyrektor policyi ukazał się osobiście z silną eskortą, aby przybyłemu zajrzeć w oczy. Okazało się, że był to istotnie młody Camondo, syn znanego bankiera paryskiego, który wraz z kuzynem swym p. Halphen i innym jeszcze towarzyszem odbywał przejażdżkę po południowej Francyi. Odwiedziło go kilka miejscowych znakomitości finansowych, których liczą w Marsylii do stronnictwa bonapartystowskiego, a bujna wyobraźnia dziennika dotworzyła resztę.

— Pociąg pośpieszny z Edynburga do Londynu wyskoczył z toru w niedzielę. Zabitych zostało pięć osób a kilkanaście jest ranionych.

— U księcia Ceretlewa, sekretarza przy jen. Nowikowie w Wiedniu, zaszedł przedostatniej nocy pożar, który jednak rychło ugaszono. Wróciwszy późno w nocy do hotelu „Oesterreichischer Hof“ chciał sobie zgotować herbatę na lampie spirytusowej, mając pisać raport, a przy tej sposobności rozlał spirytus. Ogień zapalił papiery na stole leżące, ale podobno nie spaliło się ani ultimatum, ani żaden traktat zaczepny i odporny.

— Z Elbląga wysłany został podczas kampanii francusko-niemieckiej w roku 1870 list do pewnego majtka niemieckiej floty wojennej, który bawił był wówczas u wybrzeży Holandyi. List ten dopiero w roku bieżącym doszedł adresata, odbywszy w ciągu półsiodma roku podróż naokoło ziemi w różnych kierunkach. Gdy go oddawano adresatowi, oprócz licznych uwag konsulatów i stacyj pocztowych, opatrzony był stampigliami poczt w Tryeście, Brindisi, Kalkucie, Singapore, Batawii, Pasarvang, Mindanao, Suzun, Hongkong, Chifun, Hokadade, Kanajava, Jeddo, Władysławsk, Sydney, Kap, St. Helena, Ascension, Suranna, Brest, Toulon, Wilhelmshafen i t. d.

— Młody parlament turecki pod względem wyznań zarówno, jak i narodowości, dziwną przedstawia mozaikę. Z wyznań są w nim zastąpione: mahometańskie (wyłącznie sunnickie), grecko nieunickie i unickie, ormiańsko nieunickie i unickie, bułgarskie, katolickie, chaldejskie, syryjskie, protestanckie i izraelickie; z języków: turecki, kroacki, serbski, bułgarski, albański, nowo grecki, ormiański, arabski, tatarski, czerkieski, chaldejski, kurdski, berberyjski, wołoski i *ladino* (żydowsko-hisspańskie narzecze).

— W Serecie umarł w tych dniach weteran Stefan Bagin, liczący lat 104. Przez 50 lat służył był w pułku huzarów i ozdobiony był różnemi orderami za waleczność.

— W Udinie, jak opowiada dziennik *Nuovo Friuli* zawiązała w r. 1844 siedmnastoletnia Elżbieta Cagliari stosunek miłosny z kadetem austryackim. Ponieważ wbrew zakazowi ojca dziewczyna nie zerwała stosunku, zamknął ją tenże za karę w piwnicy, gdzie pozostała aż do tej chwili. Ojciec umierając, przekazał ten urząd kata drugiej swej córce, która go pełniła gorliwie, trzymając w porozumieniu z swym małżonkiem i świekrą, przez lat trzydzieści trzy nieszczęśliwą siostrę w więzieniu. Na zapytania odpowiadano, że ma pomięszanie zmysłów, i że jest w zakładzie obłąkanych. Przed kilku dopiero dniami zdarzył wypadek, że przybyła z daleka przyjaciółka lat młodych nieszczęśliwej ofiary, usiłowała koniecznie zasięgnąć języka o jej losie. Gdy ją rodzina zbywała ogólnikami, a nawet wzbroniła jej wstępu do domu swego, wzbudziło to w odepchniętej podejrzenia dawniejszemi już pogłoskami usprawiedliwione, udała się przeto do władzy, która zesłała rewizyę do domu podejrzanych. Wtedy odkryto Elżbietę Cagliari w piwnicy leżącą na wpół zgniłym sienniku, który jej przez lat 33 służył za posłanie. Ręce i nogi jej były skurczone, paznokcie nabrały kształtu zwierzęcych pazurów, a głos jej, jak stwierdził lekarz, zupełnie oniemiał wskutek krzyczenia o pomoc. Nieszczęśliwa ofiara raczej podobną jest do poruszającego się szkieletu, niż do żyjącej istoty, skóra jej jest tak białą, że wygląda na model woskowy.

— Wystawa nieustająca Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych otwarta codziennie od godz. 11ej do 4ej prócz poniedziałku. Wstęp w niedzielę 15 centów, w dni powszednie 30 centów.

— Dnia 26go marca pochmurno, ciepło; termometr od 2·9 doszedł do 17·0 C. Barometr z małym ruchem; o 6ej rano dnia 27go marca stan jego był 734·0 mill., termometru 7·5 C. Wiatr wschodni.

— We środę dnia 28go marca: Św. Sykstusa papieża w.

Gospodarstwo, przemysł i handel.

Towarzystwo Zaliczkowe w Krakowie.

W niedzielę 25 b. m. odbyło się walne zgromadzenie Członków Towarzystwa zaliczkowego krakowskiego. Zagaił je prezes Rady nadzorczej Dr. Maks. Machalski zbijając w przemówieniu swem zarzuty, jakie Towarzystwu w ostatnich czasach czyniono; poczem dyrektor Towarzystwa p. Kiciński odczytał sprawozdanie roczne i także wspominał o zarzutach, jakie spotkały Towarzystwo w r. z.

Według odczytanego sprawozdania w r. z. korzystało z kredytu w Towarzystwie (nie licząc pożyczek w r. 1875 zaciągniętych a na rok zeszły przeniesionych) 334 przemysłowców i rękodzielników w sumie 130.766 złr., 210 włościan, dzierżawców i właścicieli ziemskich w sumie 212,140 złr. i 1138 urzędników, oficyalistów oraz osób różnych powołań w sumie 39,154 złr.

Obrót kasowy roczny Towarzystwa wraz z saldem z r. z. przeniesionem wynosił ogółem 2,180,674 złr. 64 cent., a mianowicie:

Dochody:

Wkładki na rachunek bieżący osób prywatnych, instytucyj, pożyczka Rady miejskiej krakowskiej i reeskontowanie weksli		401,530 złr. 96 c.
Spłata weksli		370 094 złr. 05 c.
Udziały członków		247,317 złr. 08 c.
Procenta		42,438 złr. 46 c.
Koszta protestu i stemple		3,204 złr. 46 c.
Fundusz dywidendy		11,593 złr. 18 c.
„ zapasowy		12,104 złr. 95 c.
Za druk i portorya		2,054 złr. 18 c.
Suma dochodów		1,090,337 złr. 32 c.

Rozchody:

Zwrot wkładek na rok bież.		243,280 złr. 91 c.
Eskonto weksli		747,756 złr. 25 c.
Zwrot udziałów członkom		45,376 złr. 70 c.
Procenta		13,211 złr. 57 c.
Koszta administracyi a mianowicie:		
Płace urzędników	6,100·	
Remuneracye	981·18	
Czynsz dzierżawny	2,177·81	
Wartość inwentarza	1,427·64	
Podatki	4,720·52	
Kupno papierów publ. dla fund. rezerwowego	1,503·50	17,827 złr. 20 c.
Koszta protestów i stempli		5,048 złr. 50 c.
Fundusz dywidendy		11,593 złr. 18 c.
Pozostałość w gotówce		6,243 złr. 1 c.
Suma jak wyżej		1,090,337 złr. 32 c.

W ciągu r. 1876, nie licząc salda z roku poprzedniego, udzielono ogółem pożyczek 380,060 złr. 50 c. spłacono zaś 370,094 złr. 5 c. Nadto już w r. 1877 przybyło Towarzystwu 76 nowych członków, udzielono pożyczek 120,653 złr. spłacono zaś 100899 złr.

Z kolei p. Wit Mokrzycki odczytał sprawozdanie komisyi kontrolującej, z którego wyjmujemy następne cyfry.

Z końcem r. 1875 było członków 1976 z udziałem 192,838 złr. 94 c. w r. 1876 przybyło 386 z udziałem 54,478 złr. c. 14, zaś wystąpiło 494 z udziałem 45.376 złr. c. 70, z końcem r. z. pozostało zatem 1868 cz. z udziałem 201,940 złr. 38 c. Obrót kasowy (nie licząc salda z roku poprzedniego) wynosił 1,414,522 złr. 25 c. a zapas gotówki w d. 31 grudnia r. z. 6,243 złr. 1 c.

Rachunek zysków przedstawia zysk ogólny w kwocie 14,774 złr. 97 c. po odpisaniu zaś należności straconych w kwocie 1179 złr. 72 c. i wątpliwych w kwocie 4,065 złr. 95 c. pozostaje 9,343 złr.

Z tego komisya wnosi przeznaczyć do funduszu rezerwowego 10% czyli 934 złr. 30 c.

Z pozostałej zaś kwoty przyznać dywidendę od udziałów 4 prc., pozostałą zaś kwotę 1522 złr. 90 c. zaliczyć także do funduszu rezerwowego, który tym sposobem wzrośnie z 12,739 złr. 84 c. na 15,197 złr. c. 4. Nadto stosownie do dawniejszej uchwały dyrektor Towarzystwa otrzymuje 2% czystego zysku czyli 186 złr. 80 c.

Po krótkiej dyskusyi, w której domagano się, aby kwotę 186 złr. 86 c. z uwagi na małą dywidendę, wykreślić, zgromadzenie uchwaliło absolutoryum za r. 1876, tudzież wnioski komisyi kontrolującej.

Następnie przystąpiono do dyskusyi nad wnioskiem w przedmiocie stabilizacyi kontrolera i kasyera.

Podczas krótkiej rozprawy, tyczącej się tylko żądania, aby wnioski zmiany statutu na przyszłość zamieszczane były na porządku dziennym, Dr. Machalski odparł błędne mniemanie, jakoby dyrektor Towarzystwa był dożywotnim i nienaruszalnym nawet w takim razie, gdyby popełniał nadużycia lub zaniedbania. Owszem statut wyraźnie stanowi, iż Rada nadzorcza może go zawiesić w urzędowaniu i odnieść się do walnego Zgromadzenia po uchwałę, a nie omieszkałaby tego uczynić gdyby do tego miała uzasadnione powody.

Wnioski dotyczące stabilizacyi kontrolera i kasyera w głosowaniu znaczną większością przyjęto i upoważniono dyrektora do dopełnienia formalności zarejestrowania tych zmian w statucie.

Przystąpiono do wyboru Rady nadzorczej.

Obecnych na zgromadzeniu było 116 członków reprezentujących głosów 247. Do Rady nadzorczej wybrani zostali pp. Dr. Ferdynand Weigel, Tomasz Chęciński, Stanisław Gołemberski, Józef Trauczyński, Adam Miłaszewski, Ernest Stockmar, Mieczysław Podczaski, Apolinary Wejczowski, Emil Otto i Franciszek Jaugustyn

Wiadomości

z biura Izby handlowo-przemysłowej krakowskiej o targu zbożowym na Baranie i Kleparzu dnia 26go i 27go marca.

Nietylko, że w dniu wczorajszym na targ zbożowy na Baranie nie było żadnego dowozu na sprzedaż, lecz i na odstawę mało co przywiezionem zostało. Z tych powodów nie mogliśmy cen zanotować.

Wskutek niewielkiego dowozu zboża na dzisiejszy targ Kleparski, a większej ilości przybyłych kupców pruskich i szląskich; ruch i obrót były znaczne, przez co ceny w ogóle podniosły się. Tym razem młyny parowe nie brały tak wielkiego udziału w zakupnie. — Piękne ziarno do siewu znajdowało chętnych kupców.

Płacono pszenicę żółtą za 100 kilogramów od 10·50 do 12·50 złr., czerwoną od 11·— do 12·75, białą od 11·25 do 13·—; żyto piękne polskie za 100 kilogra. od 9·25 do 10·10; żyto podolskie za 100 kilogr. od 8·— do 9·50; jęczmień piękny za 100 kilogram. od 8·25 do 9·—; na paszę za 100 kilogr. od 7·50 do 8·20; owies za 100 kilogram. od 7·50 do 8·—; owies do siewu od 8·50 do 8·80; groch od 8·— do 10·—; fasolę od 8·50 do 11·—; kukurudzę od 7·10 do 7.25; soczewicę od 12·75 do 15·—; koniczynę czerwoną od 70·— do 95·— złr.; biała koniczyna zupełnie zaniedbana.

Wiedeń 26 marca.

Na dzisiejszy targ przypędzono wołów galicyjskich 898, węgierskich 2821, niemieckich 433 — razem 4152 sztuk.

Targ był bardzo mdły z powodu wielkiego spędu; ceny spadły w porównaniu z ubiegłym tygodniem w ogóle od 5 do 7 złr. na 100 kilo mięsa.

Galicyjskie płacono od 44, 46½, 47, 48 do 49 złr., osobliwe od 50 do 51 złr.. Węgierskie od 43 do 52 złr., osobliwe 55 złr.; niemieckie od 46 do 53½ złr. — niesprzedanych zostało blisko 500 sztuk.

Wilhelm Amirowicz.
[illegible]

Peszt 24 marca. *(Targ zbożowy).*

Dowóz pszenicy nie wielki, chęć kupna ożywiona, ceny bardzo stałe, skłonne do zwyżki. Żyto, jęczmień i kukurudza po cenach stałych. Owies mdło.

Płacono za pszenicę na 74 kilogram. od 12·50 do 12·60; na 79 kilogram. od 13·45 do 13·55; żyto na 70 do 72 kilogram. od 9·90 do 10·05; jęczmień na 62 do 63 kilogram. 7·— do 8·55; owies na 36 do 40 kilo. 7·50 do 7.65; kukurudzę na 74 kilog. od 6·15 do 6·25; proso od 5·90 do 6·10.

Wrocław 24 marca.

Płacono za pszenicę w miejscu na 200 f. po 20·— mark; żyto na 200 f. po 18·— m.; owies na 200 f. po 15·— m; rzepak za 200 f. brutto po 28·— mark; olej po 60·50 mark.; na maj i czerwiec po 65·— mark.; spirytus na 100 Tralesa po 49·— mark.; na maj i czerwiec po 51·— mark.

PRZEGLĄD POLITYCZNY.

Depesze telegraficzne.

Rzym 25 marca. Z polecenia Papieża kardynał Simeoni pracuje nad memoryałem o zatargach między Niemcami a Stolicą papieską od czasu zerwania stosunków. Memoryał ten wymieni ustawy antykościelne w Niemczech, które stały się przyczyną tych zatargów i objaśni, co stolica apostolska uczyniła, aby odwrócić utrapienie katolicyzmu. Memoryał opatrzony opinią biskupów niemieckich, rozdany będzie kardynałom, aby mogli dać zdanie o przyszłem zachowaniu się Stolicy Ś. Papież zapytał kongregacyj, czy Stolica Apostolska ma wprost wdać się lub też protestować z powodu najświeższych aktów rządu genewskiego przeciw biskupowi Mermillod.

Prasa wiedeńska od czasu zawieszenia Rady państwa zwraca wzrok ku Tyrolowi i Czechom. W Tyrolu bowiem zakończyła się właśnie walka wyborcza do sejmu, a wczorajsze doniesienia pocieszają nieco wiernokonstytucyjnych, bo kurya miast dostarczyła kilku posłów liberalnych. Wszelako i tutaj w dwóch okręgach miejskich przeszli niespodziewanie ultramontanie pp. Wörz i Dipauli. W Czechach zaś z powodu zwołania sejmu odświeża się spór między staro i młodo Czechami, czy obesłać sejm lub nie. Młodo-Czesi nie są dość liczni, aby mogli stanowić znaczącą frakcyę sami naprzeciw wiernokonstytucyjnym. Dla tego organa tego stronnictwa rozpoczynają na nowo polemikę z dziennikami deklarantów o szkodliwość abstencyi, która do żadnego nie doprowadzi rezultatu.

P. Tisza a raczej p. Szell minister skarbu węgierskiego zdołał mimo silnej opozycyi przeprowadzić swój wniosek o konwersyi połowy długu publicznego w wysokości 153 milionów. Izba udzieliła mu do tej operacyi *carte blanche* większością 166 głosów przeciw 77. Gabinet zawdzięcza to votum jedynie tej okoliczności, że sprawa ugodowa jeszcze jest w toku. Ostre mowy opozycyjne wypowiedzieli przy tej sposobności p. Bujanowicz z prawicy konserwatywnej i bar. Simonyi z lewicy niepodległej.

N. fr. Presse w telegramie jakoby z Rzymu podanym z d. 25 b. m. donosi, że Papież jest bez nadziei i objawiają się symptomata upadku sił, a pokoje zmarłego sekretarza stanu Antonellego są już przygotowane do odbycia *conclave*. Nie można wątpić, że tak groźna wiadomość byłaby doszła już do wszystkich stolic europejskich zarówno w telegramach biór korespondencyjnych jak i w raportach posłów zagranicznych w Rzymie przebywających. Tymczasem przed parą dniami było tylko doniesionem, że Ojciec Sty czując się słabym w nogach, jest przenoszonym w krześle, a dziś *Polit. Corr.* pisze z powodu tego doniesienia niepokojącego: „W tutejszych sferach kompetentnych nie otrzymano o stanie zdrowia Jego Świątobliwości żadnej w ogóle podobnej wiadomości, a nawet żadnej wiadomości niepokojącej. Druga także część pomienionego doniesienia o mniemanem urządzeniu pokojów po śp. kardynale Antonellim dla odbycia *conclave*, napotyka na tem słuszniejsze niedowierzanie, iż pomienione pokoje znane tutaj są jako zupełnie niestosowne do zagajenia *conclave*“.

Obie Izby francuskie odroczone zostały w sobotę do d. 1 maja. Jeszcze przed rozejściem się na ferye skrajna lewica zebrała się na naradę i uchwaliła, aby wniosek o amnestyę, który miał być postawiony przed świętami, odłożyć do ponownego zebrania się Izby deputowanych. W ten sposób usunął się nowy powód agitacyi, a niektórzy skrajni stracili sposobność przemawiania za amnestyą na zebraniach na prowincyi, któreby zapewne w tym celu podczas świąt zwoływane były.

Jenerał Ignatiew miał onegdaj w południe pierwszą naradę z hr. Andrassym, a po południu był w odwiedziny u posłów francuskiego, tureckiego i angielskiego, słowem zachowanie się jego nie okazywało, aby przyszło do zerwania z Anglią lub do zagrożenia Turcyi; odwiedził także przed wieczorem posła włoskiego i u niego pozostał na obiedzie. Wczoraj miał jen. Ignatiew posłuchanie u Cesarza i znajdował się w operze na koncercie. Znalazł się pod ręką także ajent rosyjski czy hercegowiński, Weselicki, którego poseł wczoraj przyjmował. Wieczorem był jen. Ignatiew na obiedzie u hr. Andrassego, a na jutro otrzymał zaproszenie do stołu cesarskiego. Wyjazd jego ma nastąpić w tym tygodniu, ale dzień nie jest jeszcze oznaczony. Takie są zewnętrzne szczegóły misyi Ignatiewa do Wiednia. Co się zaś tyczy zadania, jakie miał tam spełnić, zupełna panuje jeszcze niewiadomość. Jenerał rosyjski ma wracać do Petersburga na Berlin. Zresztą nie uważa on swego wysłannictwa za skończone, gdyż po świętach nowy attak ma być przypuszczony do Londynu, chyba bateryami z Berlina, Wiednia lub Paryża. Utrzymują, że hr. Szuwałow był już bliskim ugody, lecz że mu jen. Ignatiew popsuł sprawę, wymógłszy od ks. Gorczakowa bardziej stanowcze żądania. Nie chcemy dać temu wiary; raczej przypuszczamy, że całe działanie dyplomatyczne rosyjskie polega na pozyskaniu sobie gabinetów wiedeńskiego i berlińskiego, iż zachowają się neutralnie, a w gruncie rzeczy na zyskaniu czasu.

Z Petersburga otrzymuje *Polit. Corresp.* wiadomość o rokowaniach w Londynie prowadzonych: że hr. Szuwałow przedstawił lordowi Derby dwie podstawy dla załatwienia sprawy wschodniej: „albo mocarstwa a mianowicie Anglia uważają traktat paryski, mimo odrzucenia przez Portę uchwał konferencyi na nim opartych, jako obowiązujący we wszystkich jego częściach; albo Rosya poczytuje ten traktat za zgasły ze względu na nieczynność mocarstw w niedopilnowaniu spełnienia przez Portę jego warunków wobec chrześcian i ze względu na wypływające z tego traktatu prawa.“ Gabinet angielski przystał na pierwszą z tych dwóch podstaw i w tej myśli rozpoczął układy z Petersburgiem. Rokowania te opierały się na takich zasadach postawionych przez Rosyę: 1° Mocarstwa wespół z Rosyą starają się o pełne przez Portę przyjęcie uchwał konferencyi wstępnej w ich pierwotnem brzmieniu, na jakiejkolwiek musiałoby to nastąpić drodze; 2° porozumienie się Rosyi z Portą wtedy tylko byłoby wzięte na uwagę, gdyby mocarstwa okazały się gotowemi podjąć się wespół z Rosyą działania, w razie, gdyby Porta ponownie wzbraniała się wykonać uchwały. Anglia i Rosya uznały pierwszy punkt za najważniejszy i pilniejszy. Dla uregulowania go lord Derby proponował spisanie protokółu międzynarodowego. Myśl protokółu nie jest przeto rosyjska, ale angielska.

Treść pierwotna protokółu według propozycyi angielskiej brzmiała: Zaczynał on się od wzmianki o uchwałach konferencyi odrzuconych przez Portę, wykazywał konieczność reform uchwalonych na konferencyi oraz urządzeń administracyjnych, zostawiając Turcyi rok czasu do wykonania, a dla ułatwienia pokoju zastrzeżona była po podpisaniu protokółu demobilizacya wojsk tureckich i rosyjskich. Gdyby Porta w oznaczonym czasie nie zaprowadziła reform, mocarstwa naradzą się nad krokami przeciw Porcie użyć się mającemi.

Lord Loftus wręczył ten projekt kanclerzowi rosyjskiemu, a kopię jego otrzymał jen. Ignatiew. Rada zaś ministrów w Petersburgu postanowiła wymazać: 1) ustęp tyczący się demobilizacyi, jako krok nie dający się wykonać ze względu na coraz gorszy stan rzeczy w Turcyi, tudzież, iż ustęp ten nie zostaje w związku z instrukcyami, które otrzymał hr. Szuwałow d. 2 marca. Demobilizacya nie może być z resztą zarządzona protokółem międzynarodowym, lecz być wypływem woli osobistej monarchów; 2) ustęp przyznający Turcyi rok czasu, gdyż na dawniejszych posiedzeniach ministrów rosyjskich uznanym został za niezasługujący na rozbiór. Prócz tego gabinet petersburski wyraził życzenie, aby kroki przeciw Turcyi przedsiębrać się mające były ściślej oznaczone, a w protokół wpisane mają być nie uchwały konferencyi, lecz uchwały przedkonferencyjne.

Gabinet londyński odrzucił te rosyjskie poprawki a jen. Ignatiew wyjechał do Londynu dla ostatecznego ułożenia protokółu. Wreszcie Rosya cofnęła powyższy dodatek a zostawiła rozbiorowi ustęp zastrzegający, które uchwały mają być objęte protokółem.

Wysłany z Petersburga d. 19 marca projekt protokółu obejmuje: *a)* wyliczenie reform i kroków administracyjnych dla Bośni, Hercegowiny i Bułgaryi, jak je przedwstępna konferencya przyjęła za konieczne i część ich została przez Portę uznaną i przygotowaną do wejścia w życie a druga część odrzuconą; *b)* postanowienie, że gdyby Porta nie przystała na reformy objęte protokółem, albo gdyby przystawszy na nie, nie wykonała ich, służyć ma mocarstwom prawo egzekucyi. Protokół ten nie naznacza terminu wprowadzenia reform, ani nie naznacza środków egzekucyjnych. Protokół ma być podpisany przez mocarstwa a Turcya ma złożyć przyrzeczenie zastosowania się do niego. Dodatek do protokółu zastrzega układy między mocarstwami co do trybu egzekucyi, lecz każde mocarstwo miałoby prawo wystąpić samo jedno, a inne nie mogą się temu sprzeciwiać.

Ostatnie depesze telegraficzne „Czasu“

Wiedeń 27 marca. *N. fr. Presse* utrzymuje, że w razie rozbicia się bezpośrednich układów między Anglią a Rosyą, hr. Andrassy zamierza wystąpić w roli pośrednika. Zdaniem *Presse*, w sferach dyplomatycznych skłaniają się do takiego zapatrywania, iż rokowania pod względem protokółu nie są bynajmniej zerwane, lecz owszem starania w celu sprowadzenia porozumienia na nowo przedsiębrane będą po świętach, jeźli wśród tego stanie gotów pokój między Turcyą a Czarnogórą, który w ogóle uchodzi za warunek przedwstępny pokojowego porozumienia się gabinetów. Oczywiście, że Anglia nie stawiałaby warunku demobilizacyi w taki sposób, jak było ostatniemi dniami.

Londyn 27 marca. W Izbie niższej oświadczył rząd, że oznajmił posłowi tureckiemu, iż zamierzona amnestya turecka nie może się rozciągać do tych osób, które dopuściły się były czynów gwałtu. Achmed aga ma nie być ułaskawiony. Odpowiedź Porty na odnośną notę angielską jeszcze nie nadeszła.

Kadix 26 marca. Na uczcie w arsenale król Alfons wzniósł toast na cześć marynarki angielskiej i pragnął, aby zgoda między Anglią i Hiszpanią trwać stale mogła. Poseł angielski w Madrycie przypomniał, że armia angielska z hiszpańską walczyły razem w obronie zasady niepodległości, i oświadczył, że wszyscy marynarze angielscy zostali uprzejmością króla Alfonsa ujęci.

Bukareszt 26 marca. Rząd zamierza dla pokrycia niedoboru, jaki znalazł, zaciągnąć pożyczkę w kraju w ilości 32 milionów, którąby peryodycznie w miarę sprzedawania dóbr skarbowych spłacaną była przez wydanie monety papierowej bez kursu przymusowego. Bezzasadnem jest doniesienie o zamiarze kupienia przez rząd 35,000 karabinów Chassepot, których odstawy pilnować ma pułkownik rosyjski.

Konstantynopol 26 marca. Czarnogórcy uważają układy za spełzłe na niczem i oczekują z Cetyni odpowiedzi na swoją depeszę sobotnią a zarazem rozkazu do wyjazdu z tąd w sobotę. Parlament obraduje dalej nad regulaminem.

Kursa. Wiedeń 27go marca, godz. 2 m. 30 po poł. Renta papierowa 63·40 — Renta srebrna 67·60. — Losy z r. 1860 109 60. Akcye Banku Narod. 814·— Akcye kredytowe 150·40 — Londyn 123·75 — Srebro 110·25 — Napoleony 9·86.— — Lombardy 80·— — Losy z r. 1864 132 50 — Akcye kolei Karola Ludwika 210·— — Akcye kolei Lwowsko-Czerniowieckiej 114·50 — Akcye kolei węg. północ. wschod. 96·— — Akcye kolei węg. wschod. —·— Anglo Bank 71·50 — Obligacye indemn. galicyjskie 85·— — Losy premiowe węgierskie 73·25. — Akcye kolei Koszycko-Bogum. 85·50 — Akcye kolei półn. zach. austr. 114·50. — Listy zastaw. hipoteczn. 87·60 — Obligi pierwszeństwa kolei państw. —·— Marki 60·75 — Ruble 151·—.

Usposobienie giełdy: spokojne.

REDAKTOR ODPOWIEDZIALNY I WYDAWCA
Antoni Kłobukowski.

Kurs pieniędzy i papierów publ.

Kongregacyi kupieckiej.

Kraków, 27 Marca.

		płacą	żądają
Rubel papier. rosyjski	(za 1 sztukę)	1 50	1 51½
Rubel srebrny obrączkowy	„ 1 „	1 74	1 84
Mark niemiecki	„ 1 „	0 59¾	0 61½
Dukat holenderski ważny	„ 1 „	5 72	5 85
Dukat austryacki	„ 1 „	5 72	5 85
Napoleondor	„ 1 „	9 73	9 96
Półimperyał	„ 1 „	— —	— —
20-markówka niem. ważna	„ 1 „	0 —	0 —
Srebro austryackie (za 1 złr.)		110 —	112 —
Kupony austr. srebr. płatne	(za 100 zł.)	108 50	110 50

Listy zastawne i obligi:

	płacą	żądają
5% Pożyczka krajowa galicyjska	— —	91 50
Obligacye indemnizacyjne galic.	84 50	86 50
4% listy zast. Tow. kredyt. ziem.	76 50	78 50
5% listy zast. Tow. kredyt. ziem.	83 50	85 25
6% listy hipoteczne banku hipot.	86 50	87 50
6% listy dłużne galic. zakł. włośc.	88 50	91 —
5½ listy zast. g. kr. z. w Krakowie, wyl. za 36 lat, srebrem za 100 zł. w. a.	[illegible]	[illegible]
5% listy zast. g. s. kr. z. w Krakowie, wyl. za 36 lat banknotami za 100 zł. w. a.	[illegible]	[illegible]
5% listy zast. g. s. kr. z. w Krakowie, wyl. za 18 lat banknotami za 100 zł. w. a.	[illegible]	[illegible]
6% listy zast. g. s. kr. z. w Krakowie, wyl. za 20 lat, banknotami za 100 zł. w. a.	[illegible]	[illegible]
Priorytety banku galic. d. h. i p. w Krak.	[illegible]	[illegible]
4% listy zastawne król. Pol. ser. I (za 100 r.)	[illegible]	[illegible]
4% listy zastawne król. Pol. ser. II (za 100 r.)	[illegible]	[illegible]
5% listy zastawne król. Polskiego (za 100 r.)	[illegible]	[illegible]
4% listy likwidac. król. Polskiego (za 100 r.)	[illegible]	[illegible]

Akcye kolejowe i bankowe:

	płacą	żądają
Akcye kolei Karola Ludwika po złr. 200	[illegible]	[illegible]
„ Lwowsko-Czerniow. „ 200	[illegible]	[illegible]
„ hipot. we Lwowie wpł. 200 zł.	[illegible]	[illegible]
Akcye banku gal. dla h. i przem. w Krak. 200 złr.	[illegible]	[illegible]

Losy krajowe.

	płacą	żądają
Losy miasta Krakowa	14 50	15 75
Losy m. Stanisławowa	— —	21 50

Wiedeń 26 Marca.

	płacą	żądają
5% zjedn. dług państ. bank.	62 80	63 —
5 „ „ „ srebr.	67 10	67 25
„ Oblig. ind. niż. Austr.	101 50	102 50
„ „ „ czeskie	100 50	101 50
„ „ „ węgierskie	74 75	75 25
„ „ „ galicyjskie	84 75	85 50
„ „ „ bukowińsk.	82 25	83 —
„ „ „ siedmiogr.	71 15	71 50
5% węgierska pożyczka kol. (po 300 frank.) 120 złr	99 75	100 25

Listy zastawne.

	płacą	żądają
5% Banku narod. listy	96 25	96 40
4 „ galicyjskie	76 75	— —
5 „ „	84 —	85 —
6 „ galic. zakł. kred. włośc.	— —	90 —
„ zakł. kr. z. w Krak. w l. 18	88 —	89 —
5½ węgierskie listy zast. kredyt. ziem.	[illegible]	[illegible]
5% zakł. kr. ziem. austr. spłacal. w 33 latach	[illegible]	[illegible]
Domen. państ. 120 złr.	[illegible]	[illegible]

Pożyczki loteryjne.

	płacą	żądają
Losy pożyczki z roku 1839	[illegible]	[illegible]
„ 1854	[illegible]	[illegible]
„ 1860	[illegible]	[illegible]
„ 1864	[illegible]	[illegible]
½ losów pożyczki austr. państw. z r. 1860	[illegible]	[illegible]
Losy pożyczki węgierskiej	[illegible]	[illegible]
„ prem. pożyczki węg.	[illegible]	[illegible]

	płacą	żądają
Losy Comorente	21 50	22 —
„ kredytowe	164 —	164 50
„ żeglugi parowej na Dunaju	93 50	94 —
„ księcia Salm	39 -	39 50
„ „ Palffy	28 75	29 25
„ „ Klary	31 —	31 50
„ hr. St. Genois	25 --	25 50
„ miasta Budy	30 50	31 50
„ Windischgraetz	24 75	25 25
„ hr. Waldstein	22 50	23 50
„ hr. Keglevich	13 50	14 —
„ Rudolfa	13 50	14 —
„ tureckie 400-frank.	17 90	18 25

Akcye bankowe i przem.

	płacą	żądają
Banku narod. austryac.	815 —	818 —
Zakładu kredytowego	148 70	148 90
Żeglugi parow. na Dunaju	358 —	360 —
Kolei północ. Ferdynanda	1805	1810
„ rządowej fr. a.	225 —	225 50
„ Elżbiety	[illegible]	[illegible]
„ Południowej	[illegible]	[illegible]
„ Galicyjskiej	[illegible]	[illegible]
„ Czerniowieckiej	[illegible]	[illegible]
„ Albrechta	[illegible]	[illegible]
„ węg. półn.-wschod.	[illegible]	[illegible]
„ ks. Rudolfa 200 zł. sr.	[illegible]	[illegible]
„ Alföldsko-Fiumańsk.	[illegible]	[illegible]
„ Koszycko-Bogumil.	[illegible]	[illegible]
„ Siedmiogrodzkiej	[illegible]	[illegible]
„ Cisańskiej	[illegible]	[illegible]
„ wschodnio-węgierskiej	[illegible]	[illegible]
„ austryack. półn.-zach.	[illegible]	[illegible]
„ Franciszka Józefa	[illegible]	[illegible]
Banku anglo-austryackiego	[illegible]	[illegible]
Zakładu kredyt. węgierskiego	[illegible]	[illegible]
Banku franko-węgierskiego	[illegible]	[illegible]

	płacą	żądają
Banku galicyj. dla handlu i przem. w Krakowie	— —	— —
„ krajowego galicyjsk. we Lwowie	— —	— —
„ wiedeńskiego dla obrotu płodów	— —	— —
„ galic. hipotecznego	— —	— —
„ dla obrotu ogólnego	77 50	78 50

Obligi pierwszeństwa.

	płacą	żądają
Kolei Dniestrzańskiej	— —	— —
„ Koszycko-Bogumińsk.	67 25	67 75
„ państwowej 500 fr.	153 —	155 —
Emisya z r. 1867	143 50	144 50
„ południowej 500 fr.	117 —	117 50
Bony 1875-1876 6%	— —	— —
„ pół. c. Ferd. 100 złr. m. k.	100 50	101 —
„ „ „ 100 złr. w. a.	95 50	96 —
„ „ „ w srebr. 5%	106 40	106 70
„ południowo-półn. niem. 5% za 100 złr. w. a.	85 50	86 —
[illegible]	91 50	92 50
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Waluty.

	płacą	żądają
Cesarskie korony	[illegible]	[illegible]
„ dukat na wagę	[illegible]	[illegible]

	płacą	żądają
Napoleondory	9 91 50	9 92 50
Suweryny angielskie	12 40	12 50
Imperyały rosyjskie	— —	— —
Srebro	111 25	111 50
Srebro, kupony	— —	— —
Bank. pań. Niemiec. na 100 m.	61 —	61 10
Rubel pap.	1 61	1 52

Lwów 26 marca.

	płacą	żądają
Dukat holenderski	5 70	5 80
„ cesarski	5 75	5 85
Półimperyał rosyjski	10 —	10 25
Rubel srebrny rosyjski	1 68	1 78
„ papierowy	1 50½	1 52½
Marki 100	60 50	61 50
Listy zast. T. kr. gal. 5%	83 80	84 60
„ „ „ „ 4„	77 —	78 —
„ „ Banku hipotecz.	87 70	88 60
Obligi indem. bez kupon.	84 75	85 75
Akcye kolei galic. K. L. b. k.	209 25	211 25
„ „ Lwow.-Czern.	113 50	115 50
„ banku hipot. gal.	215 —	218 —

Warszawa 22 marca.

	rub. kop.	rub. kop.
Listy zastaw. 1ej seryi	96 30	[illegible]
„ 2ej seryi	[illegible]	[illegible]
„ kupon	[illegible]	[illegible]
„ nowe	[illegible]	[illegible]
„ kupon	[illegible]	[illegible]
„ likwidacyjne	84 20	[illegible]
„ kupon	[illegible]	[illegible]
Kolej warszawsko-wiedeń.	[illegible]	[illegible]
„ bydgoska	[illegible]	[illegible]
Rosyj. pożyczka premiow. 1864	198	[illegible]
„ „ 1866	196	[illegible]

L. 125. RADA OGÓLNA (817-2-3)

Towarzystwa Dobroczynności

w KRAKOWIE

zawiadamia, iż na mocy pozwolenia JW. Delegata c. k. Namiestnika w Krakowie z dnia 11 marca L. 216, kwestować będą w Wielki Piątek i Wielką Sobotę w kościołach tutejszych, na dochód ubogich pod opieką krakowskiego Towarzystwa Dobroczynności zostających, następujące uproszone Damy:

w kościele Katedralnym na Zamku
w piątek i sobotę

JW. Hr. Adamowa Potocka od godziny 10 do 12,
JW. Róża z Hr. Potockich Krasińska od 12 do 2,
JW. Eufrozyna z Hr. Moszczyńskich, jenerałowa Kruszewska od 2 do 6;

w kościele N. Maryi Panny
w piątek i sobotę

Wna z Deskurów Florkiewiczowa od godz. 10 do 12,
Wna Emilia z Woynarowskich Mikułowska od godziny 12 do 2,
Wna Ludwika z Hr. Potockich Siemieńska od 2 do 4
JW. Hr. Mieczysławowa Dzieduszycka od 4 do 6;

w kościele Ś. Wojciecha
w piątek i sobotę

Wna Katarzyna z Nowakowskich Kańska od 11 do 1,
Wna Julia z Czyżewskich Patelska od 1 do 6;

w kościele Ś. Barbary
w piątek i sobotę

Wna Józefa z Srokoszów Lipińska od 10 do 12,
JW. Hr. Helena Małachowska od 12 do 2,
Wna Józefa z Wolańskich Riedmülerowa od 2 do 4,
Wna Józefa z Rosenewejgów Feintuchowa od 4 do 6;

w kościele Ś. Marka
w piątek

JW. Hr. z Łempickich Lubieniecka od g. 10 do 12,
Wna Cecylia z Stempkowskich Jaroszyńska od godziny 12 do 2,

w sobotę

JW. Hrabianka Potulicka od godz. 10 do 12,
JW. Hr. Róża z Hr. Potockich Krasińska od 12 do 2,

w piątek i sobotę

JW. Hr. Adamowa Potocka od godziny 4 do 6;

w kościele XX. Pijarów
w piątek

JW. Hrabianka Potulicka od godziny 10 do 12,
JW. Hr. Róża z hr. Potockich Krasińska od 12 do 2,
JO. Księżna Cecylia Lubomirska od 2 do 4,
JW. z Hr. Sołtyków Gorayska od 4 do 6,

w sobotę

JW. Hr. Zofia z Hr. Potockich Zamoyska od godziny 10 do 12,
Wna Olimpia z Przygodzkich Machalska od 12 do 2,
JO. Księżna Cecylia Lubomirska od godz. 2 do 4;

w kościele Ś. Piotra
w piątek i sobotę

Wna Eufemia z Kaczmarskich Gwiazdomorska od godziny 10 do 12,
JW. Hrabina Adamowa Potocka od 12 do 2,
Wna Józefa z Srokoszów Lipińska od 2 do 4,
Wna Eufemia z Kaczmarskich Gwiazdomorska od godziny 4 do 6.

Kraków dnia 24 marca 1877 r.

Prezes
Dr. K. Hoszowski.
Sekretarz
Dr. Leon Cyfrowicz.

Gospodarz

34 lat mający, żonaty, posiadający chlubne świadectwa z 18-to letniej praktyki gospodarczej, **poszukuje miejsca jako rządca, kasyer lub kontrolor,** z tym dodatkiem, iż żona jego może jednocześnie udzielać lekcyj gry na fortepianie, języka francuskiego, niemieckiego i polskiego. Interesowani raczą się zgłosić pod literami **A. S.** przy ulicy Floryańskiej pod Nr. 334. (595-7-8)

We Wróblowicach

poczta Podgórze, jest **do sprzedania kilkaset cet. ziemniaków** amerykańskich „Caliko“ po 4 złr. za 100 kilo.
(713-3-3) **J. Herrman.**

---

100 butelek **starego węgierskiego wina**, pojedynczo lub razem w bardzo przystępnej cenie do pozbycia.— Wiadomość w handlu **T. Sobolewskiego** w Krakowie przy ul. Floryańskiej L. 329. (811-2-6)

Niniejszem podaję Szanownéj Publiczności, iż przyjmuję wszelkie **roboty blacharskie,** tudzież zamówienia na roboty co do **pokrywania dachów** łupkowym kamieniem, tekturą ogniotrwałą i filcem — nienaruszając wskutek tych robót gontów; pokrycia powyższemi materyałami uskutecznione być mogą nawet na starych gontowych dachach. — Utrzymuję na składzie szyfer. — Ceny najumiarkowańsze fabryczne i bardzo przystępne. (785-2-15)

Polecając się łaskawym względom
zostaję z szacunkiem
W. Rabinowicz,
Kraków, l. 107 Dz. VIII ul. Starowiślna.

Prędkie i pewne niszczenie
szczurów i myszy
przez Jego Cesarską Mość **Cesarza Franciszka Józefa I. wyłącznym przywilejem** odznaczoną

trucizną na szczury,

którą prawdziwą nabyć można:
w Krakowie u p. **Mikołaja Jawornickiego;** we Lwowie u pp. *Konstantego Iskierskiego, Jakóba Beisera, Zygmunta Ruckera* i *P. Mikolascha;* w Przemyślu u p. *Kozłowskiego;* w Stanisławowie u p. *Stecher v. Sebenitz;* w Tarnowie u pp. *T. A. Wielogórskiego* i *W. Müldnera i Spół.* (424-3-9)
Cena sztuki 50 centów.

DZIEŁA
Juliana Bartoszewicza

wychodzić będą w Krakowie pod kierunkiem syna autora.

W skład wydawnictwa wejdą przedruki znaczniejszych prac autora, oraz dzieła pośmiertne, po raz pierwszy wydane, jako to: **początkowe dzieje Polski** (4 tomy), **Anna Jagiellonka, Dzieje kościoła ruskiego w Polsce** itd.

Pierwszy tom wydawnictwa ukaże się w pierwszych dniach maja r. b. i zawierać będzie wyczerpaną od lat wielu **historyę literatury polskiej potocznym sposobem opowiedzianą,** znacznie powiększoną i dopełnioną.

Prenumeratę na **dziesięć dużych tomów** przyjmują wszystkie księgarnie. Składać ją można albo jednorazowo (30 złr.) lub też ratami **przed 15 maja** r. b. 6 złr., następnie przy odbiorze tomu 2go i dalszych z wyjątkiem ostatniego 3 złr.).

Skład główny w KRAKOWIE w księgarni *Dygasińskiego.* Listy i przesyłki do wydawnictwa przesyłać należy pod adresem: **Kazimierz Bartoszewicz, Kraków, ulica Kanonicza Nr. 116.**
(854-1-3)

W wtorek d. 10 kwietnia 1877 odbędzie się o godzinie 12 w południe w sali Rady powiatowej

zwyczajne

WALNE ZGROMADZENIE
Towarzystwa Zaliczkowego
w Dąbrowie
stowarzyszenia zarejestrowanego z nieograniczoną poręką.

PORZĄDEK DZIENNY:

1) Sprawozdanie Dyrekcyi z czynności za rok 1876,
2) Sprawozdanie Rady zawiadowczej z zamknięcia rachunków za rok 1876,
3) wnioski Rady Zawiadowczej co do udzielenia Dyrekcyi absolutoryum z rachunków i czynności za rok 1876 i w sprawie rozdziału czystego zysku z roku 1876,
4) zatwierdzenie wyboru dwóch zastępców członków Dyrekcyi (§. 4 statutu),
5) wybór trzech członków Rady Zawiadowczej (§ 24 tatutu).

Dąbrowa 22 marca 1877 r.

Rada zawiadowcza Towarzystwa Zaliczkowego w Dąbrowie.
Prezes: *Mieczysław Rogaliński.*
Sekretarz: *Antoni Wasowicz.*

UWAGA: Zamknięcie rachunków za rok 1876, sprawdzone przez komisyę wybraną przez Radę Zawiadowczą, wyłożone jest do przejrzenia Członkom w biórze Towarzystwa. (820-1 2)

MIESZKANIA DO NAJĘCIA
w domu pod l. 74 przy ulicy Grodzkiéj. Wiadomość u W-go *Adolfa Siedleckiego* w aptece, w Rynku. (851 1-3)

Zarząd dóbr także i na procenta objąć mogę zaraz lub od 1go lipca b. r. — Adres **J. P.** poste restante **Jasło.** (849-1-3)

Nadeszłe listy zamówienia do Pana Dra J. G. Poppa,

c. k. nadwornego dentysty w Wiedniu, Stadt, Bognergasse Nr. 2.

Wielmożny Panie! Upraszam najuprzejmiéj o nadesłanie dalszych dwunastu flaszek pańskiéj **doskonałéj wody anaterynowéj.** Należytość dołącza się.

Z poważaniem
Baronowa *von Maltzahn von Almassy-Vollrathsruhe* w Meklemburg-Szwerynie.

Szanowny panie kolego! *Po odbyciu z powodzeniem próby z pańską* **anaterynową wodą do ust,** chciałbym jeszcze zrobić próbę także i z pańską tak *gorąco mi zalecaną* **plombą do zębów.** Więc upraszam, byś mi pan przysłał łaskawie pudełko ze wszystkiem co do tego należy, wraz z wyjaśnieniem sposobu używania.

Polecam się Wielm. Panu jako kolega najmocniéj.
Książ.-brunświcki lekarz nadworny, radca dworu i profesor
Dr. *F. Hartig,*
kawaler itd. w Eigenmarkt.

Wielmożny Panie! Przy niniejszem dołącza się 5 złr. Racz mi pan przysłać za nie odwrotną pocztą dwie flaszki *swéj doskonałéj* **wody anaterynowej do ust** i *plomby do zębów* do plombowania samemu dziurawych zębów, wraz z objaśnieniem sposobu użycia.

Z uszanowaniem
Aleksander baron *Wassilko,*
(618-1-4) w Berhomet na Bukowinie.

Składy moich preparatów utrzymują w KRAKOWIE pp. W. Redyk apt. „pod Barankiem“, A. Siedlecki apt., bracia Baruch, Górecki, W. Jahn, Wilhelm Fenz, Ernest Stockmar apt., J. Trauczyński apt. „pod Koroną“, W. Kotajny, róg ul. Brackiéj dom Ks Jabłonowskiego, i F. J. Demmer, skład broni; we LWOWIE pp. Mikolasch apt., Z Rucker, J. Piepes apt., J. Beiser apt., C. Krzyżanowski apt., Nahlik apt., A. Sklepiński apt., M. Müller handel galanteryjny i K. Strzyżowski hand. gal.; w WIELICZCE p. B. Miczyński apt.; w WADOWICACH p. Ig. Brosig; w BOCHNI p. F. Reiss apt.; w TARNOWIE p. W. T. A. Wielogórski; w BIAŁY p. Késler aptek.; w SUCHY p. Majer; w KENTACH p. FUCHS apt.; w ZATORZE p. Winnicki apt.; w NOWYM SĄCZU p. Filipek apt.; w ŻYWCU p. Kloska apt.; w BRZESKU p. Januszek apt.; tudzież wszyscy aptekarze, handle parfumeryj i galanteryjne obwodu Krakowskiego, Galicyi i Bukowiny.

Sprzedaż węgla.

Na czas od dnia 1 kwietnia aż do dnia 29 września r. b. wynosić będzie cena pozakontraktowa węgla grubego z kopalń tutejszych loco stacya Trzebinia, w całych wagonach za 100 kilogramów **36 cent. w. a.** (819-1-3)

Zarząd kopalń Sierszeckich.

PIGULKI BLANCARDA
ŻELAZISTO-JODOWE, NIEPODLEGAJĄCE ROZKŁADOWI

Potwierdzone przez Paryzką Akademię medyczną itd.

Łącząc w sobie własności JODU i ŻELAZA, Pigułki te używają się specyalnie przeciw SŁABOŚCIOM SKROFULICZNYM, przeciwko którym proste lekarstwa żelaziste pokazały się bezsilnemi; powracają krwi gęstość i pierwiastki jéj naturalne; obudzają i regulują odpływ krwi peryodyczny, wzmacniają stopniowo organizmy lymfatyczne, wątłe i słabe itd., itd.

Wymagać należy aby własnoręczny podpis jak obok znajdował się u spodu etykiety zielonéj. — aptekarz, ulica Bonaparte, 40, w Paryżu.

Wystrzegać się fałszerstw.

W Krakowie w aptece p. *Trauczyńskiego* i w aptece p. *Redyka.* (633-4-)

Dr. Fr. Lengila
Balsam brzozowy.

Już sam przez się sok roślinny, który ciecze z brzozy, gdy się drzewo wywierci, jest od najdawniejszych czasów znany jako środek przyczyniający się do piękności. Jeżeli się takowy według przepisu wynalazcy na balsam przyrządzi, tedy zyskuje na cudownej skuteczności. Jeżeli się n. p. wieczór posmaruje tymże twarz lub inna część skóry, **to się do zajutrz rana oddzielą prawie nieznacznie łuski pod któremi skóra staje się mieniąco biała.**

Ten balsam wygładza powstałe na twarzy zmarszczki i znaki ospowe, nadaje twarzy kolor młodociany, a skórze białości, świeżości i delikatności, usuwa w najkrótszym czasie piegi, ostudy, pryszczyki, czerwoność nosa i wszystkie inne nieczystości skóry. Cena słoika z przepisem użycia 1 złr. 50 c. z przesyłką pocztową o 10 cnt. więcej. (613-3-12)

Składy: **we Lwowie** w apt. p. Zygm. Ruckera, pod srebrnym orłem.

Promesy losów gm. m. Wiednia	złr. 2.50	wraz ze stęplem	ciągnienie już 3 kwietnia główna wygrana 200,000 złr.!
Promesy losów kredytowych	złr. 4.25		główna wygrana 200,000 złr.!
Promesy 1/5 losów 1839 roku	złr. 12.—		ciągnienie seryj już 1 czerwca główna wygrana 280,000 złr.!

(Isze dwa razem złr. 6½, i stempel), **wszystkie trzy sztuki razem tylko 18 złr.**

Z **losów państwowych 1839 r.** odbędą się jeszcze tylko ostatnie dwa ciągnienia, w których niezawodnie przeszło 17 milionów złr. wyciągniętych być musi. (627-10-16)

Nyitrai & Co. w Wiedniu, Kärntnerstrasse 16 (eisernes Haus).

SZPRYCOWANIE
Z ROŚLINY MATICO

P. GRIMAULT et Cie, Aptekarzy w Paryżu, *8, ulica Vivienne.*

Przygotowane z liści drzewa rosnącego w Peru, leczy szybko i niechybnie rzerzączki najuporczywsze i zastarzałe. Apteka Grimault et Comp. dla lekarzy, którzy mają zwyczaj zapisywać balsam kopaiwy za pomocą klejowatości przygotowuje pigułki z essencji Matico i balsamu kopaiwy.

Pigułki te nietylko że zawsze skutkują w jak najkrótszym czasie, ale nawet nie mają tej nieprzyjemnej woni balsamu kopaiwy.

Każdy flakonik opatrzony jest podpisem **Grimault et Comp.**

Dla uniknienia licznych fałszerstw i naśladownictwa żądać aby stempel rządowy francuzki koloru niebieskiego, stósownie do prawa z 26 Listopada 1873, marka fabryczna i podpis GRIMAULT et COMP. znajdowały się na jednej etykiecie.

Dostać można w głównych aptekach w POLSCE i w AUSTRYI.

(45-12-)

Tylko za 4 złr. 50 cent.

dostać można następne rzeczy:

1 parę bardzo ładnych **lichtarzy** z prawdziwego **chińskiego srebra**
1 wspaniałą **salonową lampę naftową**
1 śliczną wied. **kasę** żel. na **złoto** lub **pieniądze** wspaniały strój damski, składający się z 1 pary **kolczyków z podwójnego złota, 1 broszki** i **2** ślicznych **pierścionków**
1 garnitur bardzo ładnych **guzików** do mankietów i koszul z prawdziwego **talmi złota**
12 sztuk nieczerniejących **łyżek**
1 śliczną **maszynkę do szycia** z pozłacanego bronzu wraz z szufladką na igłę i naparstek
1 pyszne **puzderko do szycia** zawierające wszystkie dla damy potrzebne rzeczy, jak: nożyczki z nowego srebra, naparstek, pudełko na igły do szycia i dziergania, przyrząd do dziurkowania, igły i jeszcze wiele innych przyborów
1 kompletny wspaniały **garnitur dla palaczy,** składający się z bardzo ładnej wielkiej fajki okutej w chińskie srebro, wraz z cybuchem prawdziwą wiśniówką, 3 różnemi cygarniczkami artystycznie rzeźbionemi, 1 bardzo pięknej tabakierki i tytonierki z 10 książeczkami papieru Job na papierosy, tudzież z maszynką na papierosy, którą w 2 minutach 20 papierosów zrobić można. — Wszystko to razem kosztuje **4 złr. 50 c.** — Przy przesyłce liczy się za skrzyneczkę z opakowaniem 50 c. Wyłącznie i jedynie w (538-2-6)

Industrie-Halle, Wien, Praterstrasse 16.

FOSFORAN ŻELAZA
P. **LERAS,** Doktora Umiejętności,
8, ulica Vivienne.

[illegible] ani nie działa szkodliwie na zęby.

Dla uniknienia fałszerstw i naśladownictwa, żądać aby stempel rządowy francuzki koloru niebieskiego, stósownie do prawa z 26 Listopada 1873, marka fabryczna i podpis GRIMAULT et COMP. znajdowały się na jednej etykiecie.

Dostać można w głównych aptekach w POLSCE i w AUSTRYI.

(44-12-)

RIXA OZDOBY ZŁOTE,

najnowszy metal szlachetny, który zawsze tak żółty jak złoto zostaje, z piśmiennem poręczeniem, że to złoto nawet po **10 latach** nigdy koloru stracić nie może.

Pierścionki ze złota Rixa, oprawne w kształcie róż w prawdziwe kryształy górskie, prawdziwe cacko, sztuka ażurowo oprawna 1 złr. 50 c., 2 złr., 3 złr., 4 złr.

Wspaniałe **sygnety** ze złota Rixa z prawdziwemi kamieniami do rytowania, z ciężkiego metalu, bogato cyzelowane 1 złr. 50 cent., 2 złr., 3 złr., teżsame z prawdziwemi granatami 2 złr. 50 cent.

Łańcuszki do zegarków z prawdziwego złota Rixa, dla mężczyzn po 1 złr. 50 cent, 2 złr, 3 złr., 4 złr., 5 złr.

Łańcuszki na szyję dla mężczyzn i dam, długie i piękne ogniwa do zawieszenia 2 złr 50 cent., 3 złr., 4 złr., 5 złr.

Śliczne łańcuszki na szyję dla dam, z brylantowym krzyżykiem lub medalionem. Sztuka 1 złr. 50 cent.

Medaliony na szyję dla dam, lub dla mężczyzn do łańcuszka od zegarka 1 złr. 50 cent, 2 złr, 3 złr.

Krzyżyki oprawne w rubiny, safiry, ametysty, korale, lub inne kamienie, sztuka 1 złr., 1 złr. 50 cent., 2 złr., 3 złr.

Guziki do koszul lub mankietów ślicznie cyzelowane, w ogniu emaliowane, 6 sztuk w puzderku 1 złr., 1 złr. 50 cnt. do 2 złr. teżsame guziczki wysadzane białemi lub kolorowemi kryształowemi kamieniami 2 złr., 3 złr., 4 złr., 5 złr.

Broszka i kolczyki, bardzo pięknie i mozolnie wykonane, w ogniu emaliowane lub wysadzane kryształowemi kamieniami, koralami, safirami, chryzopazami, opalami, rubinami, granatami, itd. 1 broszka 1 złr., 2 złr., 3 złr, 4 złr. 1 para odpowiednich kolczyków 1 złr., 2 złr., 3 złr., 4 złr.

Zegarki ze złota Rixa, doskonale regulowane z piśmiennem poręczeniem, 1 chronometr dla dam 8 złr., 10 złr., 15 złr. 1 chronometr dla mężczyzn 10 złr., 15 złr, 18 złr. Za każdą pojedynczą sztukę złota Rixa daje się poręczenie.

Kupcy, złotnicy, handlarze, zegarmistrze otrzymują przy hurtownych zakupnach odpowiedni rabat. Rozsyłkę uskutecznia sumiennie i szybko (539-2-6)

Fabriks-Depot des Rix-Gold-Schmuckes
Wien, Praterstrasse 16.

APOZÈME de SANTÉ LEMAIRE

DEKOKT Z ZIÓŁEK ZDROWIA Pa LEMAIRE, używany z wielkiem powodzeniem przez doktorów, jest środkiem rozwalniającym i przeczyszczającym krew, leczy chroniczne ZATWARDZENIE najuporczywsze i choroby ztąd wynikające, jak HEMOROIDY, hysterye, podagrę, gościec, migrenę, uderzenia do mózgu i przywraca normalne funkcye trawienia.

Dostać można w Paryżu w aptece Lemaire, — w Krakowie w aptece p. Trauczyńskiego i w aptece p. Redyka. (605-7-5)

ZNAKOMITE POWODZENIE.

VELOUTINE

jestto MĄCZKA RYŻOWA specyalnie przygotowana z Bizmutem, dlatego to działa szczęśliwie na skórę **niedostrzeżona przystaje do ciała** nadaje cerze

ŚWIEŻOŚĆ NATURALNĄ.

CH. FAY

Magazyn Perfum w Paryżu,
9, NA ULICY DE LA PAIX, 9.

W Krakowie u pp. Józefa Trauczyńskiego, W. Redyka, Leona Feintucha i W. Fenza, — w Czerniowcach w aptece p. Golichowskiego, — i w pierwszych Składach perfum i wytworów toaletowych (51 23)

CAPSULES ET DRAGÉES
BROMURE DE CAMPHRE
Du Docteur CLIN
LAURÉAT DE LA FACULTÉ DE MÉDECINE A PARIS
(PRIX MONTHYON)

Kapsułki i Pigułki Dra CLIN z Bromku kamforowego używają się w słabościach muzgu i nerwów, chorobach serca i kanałów oddechowych, a szczególniej następujących: Astmie, Bezsenności, Biciu serca, Hysteryach, Padaczce, Zawrotach, Obłędzie, Boleściach głowy, Dolegliwościach narządu moczo-płciowego, dla ukojenia wszelkich rozdrażnień nerwowych.

W Paryżu u p. CLIN et Cº, ul. Racine, 14; w *Warszawie,* w składach materyałów aptecznych pp. Mrozowskiego, Zeuschnera Szymańskiego et Cº i Lilpopa; we *Lwowie,* w aptece p. Mikolascha; w *Krakowie,* w aptekach pp. Trauczyńskiego i Redyka.

(603-3)

Oświadczenie.

Do JW. *Władysława hr. Reya* w Widełkach.

W Nrze 119 z roku 1876 „Kroniki Codziennéj“ umieszczony był artykuł zatytułowany „infamia czy głupota“. Artykuł ten wywołany został niefortunnem wystąpieniem hr. Mieroszowskiego w radzie państwa i przeciw temuż w głównéj swéj treści i tytule był skierowany.

W końcu była wzmianka o akcyi wyborczéj w Rzeszowskiem, przyczem autor artykułu, opierając się na mylnéj informacyi i niezbadawszy dokładnie faktów, niesprawiedliwie zaatakował hr. Władysława Reya. Zbadawszy rzecz dokładnie, spełniam mój obowiązek oświadczając, że tylko nieostrożność i brak informacyj są przyczyną wzmianki, która tak niezasłużenie dotknęła męża wypróbowanego w życiu obywatelskiem i działającego słowem i czynem zawsze z korzyścią dla kraju.

Te same mylne informacye wywołały artykuł w Nr. 47 „Szczutka“ z r. 1876.

Przyczem oświadczam, że żałować mi wypada, iż autor tych artykułów oceniając postępowanie, właściwie hr. Artura Reya, który jako wyborca czuł się pokrzywdzonym, a nie hr. Władysława Reya, użył zwrotów stylistycznych, które co najmniéj grzeszą przesadą. (853)

Lwów dnia 5 marca 1877 r.

Liberat Zajączkowski,
redaktor „Kroniki Codziennéj“ i „Szczutka“.

Zarządca dobrych obyczajów i pewnych zdolności w gospodarstwie, może **zaraz** przyjąć obowiązek jako zarządca majątku ziemskiego. Jest w stanie złożyć kaucyę. — Łaskawe zgłoszenia pod adresem: **W. J.** poste restante **Rzeszów.** (852-1-3)

Na Święta.

Wina naturalnego, czystego
1 butelka białego od 30 do 40 cent.
1 butelka czerwonego od 35 do 45 c.
dostać można w handlu win we wsi Zwierzyńcu [illegible]
Antonina Szafranek.

Bulion Kleczkowskiego

znany powszechnie z swej dobroci utrzymuje stale na składzie i poleca go przy nadchodzących świętach *T. Sobolewski* w Krakowie przy ulicy Floryańskiej.

W tymże samym handlu tanio można nabyć **Fisharmonię** palisandrową mało używaną. (810-2-6)

Przy jednéj z lepszych ulic w Krakowie **jest do sprzedania** pod korzystnemi warunkami

Dom nowy, cynkiem kryty.

Wiadomość w Hotelu Drezdeńskim u portyera Michała. — Bez pośrednictwa. (794-2-6)

Jak w poprzednich latach, sprzedaję i tym razem

Grodziecki PORTLAND-CEMENT

który za najlepszy produkt tego rodzaju uznany został, w opakowaniu oryginalnem, po cenach fabrycznych, opłatnie w dworcu kolei w Mysłowicach.

Upraszam Szanowną Publiczność zamówienia nadsyłać do mnie.

W Krakowie sprowadzają co tydzień świeże przesyłki tego cementu pp. **Stanisław Feintuch, Jan Wentzl, T. Tarasiewicz** i Inżynier **Antoni Łuszczkiewicz** wprost przezemnie. (822-1-3)

Markus Schäfer w Mysłowicach.

Największa nadzieja wygrania
przy największem bezpieczeństwie

Każdy zapewne chętnie poda rękę **rzeczywiście rzetelnej próbie,** ku czemu **ostatnie dwa ciągnienia**

1839 r. (Rothszhilda losów państw.)

najlepszą sposobność podają.

Wszystkie jeszcze istniejące losy tej pożyczki muszą w ostatnich dwóch ciągnieniach, które się odbędą 1 czerwca 1877 i 1 grudnia 1878, **wyciągnięte być wygranemi** a wypłacone będą wygrane ogólnej wartości przeszło **Siedmnaście milionów złr. m. k.** **Nihile nie istnieją wcale,** gdyż każda 1/5 losu w najgorszym razie z najmniejszą wygraną 105 złr. m. k. wyciągniętą być musi.

Celem umożebnienia Szan. Publiczności łatwiejszego nabycia tych losów, tudzież podwyższenia nadziei na wygrane przez nabycie rozmaitych numerów **bez znacznych wydatków,** wydajemy na **podstawie deponowanych oryginalnych losów**

kwity częściowe opiewające na dwudziestą część losu

Z takim kwitem nabywa właściciel **20 część** wyrażonej w nim 1/5 części losu oryginalnego **z wszelkiemi przez państwo poręczonemi prawami,** gdyż

celem nienaruszalnej pewności

tych naszych kwitów częściowych składamy odnośne losy przez c. k. notaryusza

w c. k. przyw. Banku Narodowym w Wiedniu

bez jakiejkolwiek zaliczki i zrzekając się każdego dalszego prawa rozporządzania losami oryginalnemi, gdyż kwit depozytowy złożony zostaje w ręku c. k. notaryusza.

Takiej pewności

nie dawał dotychczas żaden inny dom.

W swoim czasie doniesiemy właścicielom o **wygranych,** a za okazaniem naszych kwitów częściowych nastąpi **wypłata gotówką przez c. k. notaryusza w Wiedniu,** którego nazwisko w kwicie częściowym wyraźnie jest wymienione.

O ile obecny nasz zapas starczy oddajemy: (733-2 6)

1 kwit częściowy na 1/20 część opiewający za złożeniem złr. 12 raz nazawsze,
2 kwity częściowe każdy na 1/20 część opiewający, tychsamych lub różnych seryj za 23 złr. raz na zawsze.
3 kwity 32

Zamówienia z prowincyi wykonane będą punktualnie za nadesłaniem gotówki a wykazy ciągnień przesyłamy opłatnie.

Bank- und Wechsler-Geschäft
F. Benjamin & Co.
w Wiedniu, I. verl. Kärntnerstrasse Nr. 59
Ecke der Giselastrasse.

Czcionkami Drukarni „CZASU“. Odpowiedzialny rządca drukarni Józef Łakociński.

Dodatek do Nr. 104 „CZASU" z d. 8 Maja 1877 r.

Od Administracyi „Czasu".

W ciągu bieżącego tygodnia nadejdą z Lipska dwie mapy teatru wojny Turcyi europejskiej i azyatyckiej i rozesłane będą pp. Prenumeratorom,

obie razem za zwrotem ceny kosztów 15 ct.

Dla ułatwienia ekspedycyi upraszamy uprzejmie

nie nadsyłać pieniędzy pod naszym adresem,

lecz składać je w dotyczących c. k. urzędach pocztowych, które do zbierania przedpłaty na te mapy z naszej strony uproszone zostały.

Zarazem zwracamy uwagę, że mapy te

za zaliczką pocztową nie będą rozsyłane.

Kraków 8 maja.

Ojciec św. miał następującą *allokucyę* do pielgrzymów Sabaudzkich, z której telegram rozniósł ustępy dotyczące obecnej wojny rosyjsko-tureckiej. Przemowę tę podajemy według *Univera:*

Obecność wasza, ukochani synowie, daje mi sposobność przemówienia do was swobodnie w moim języku, a ponieważ na wzór tylu innych pobożnych pielgrzymów, tworzycie około mnie wieniec, który mnie raduje, wyrażę wam w krótkości myśl, zdolną umocnić was w celu, jaki założyliście sobie, przedsiębiorąc podróż do grobu św. Apostołów, a tym jest otrzymanie od Boga za ich wstawieniem się większej siły w jedności, miłości i pokoju, jakie między wami panują.

Na początku tego miesiąca Kościół przypomniał nam jedną z największych tajemnic naszej św. religii, Zmartwychwstanie Pana Naszego Jezusa Chrystusa. Opowiedziawszy nam ten fakt naszej wiary, Kościół umacnia nas, stawiając nam w oktawę tego święta przed oczy wypadki, jakie nastąpiły po tej tajemnicy. Między temi wypadkami występuje objawienie się Pana Naszego Jezusa Chrystusa Magdalenie, która przed wszystkimi innymi ujrzała boskiego Zbawiciela zmartwych wskrzeszonego własną wolą; ponieważ wiele kochała, zasłużyła na ten przywilej u odkupiciela. Otóż gdy Magdalena stała płacząc przy grobie, spostrzegła obecność Jezusa, słysząc głos jego, i chciała z zwykłą sobie żarliwością, rzucić się do nóg Jego aby na nich wycisnąć nową oznakę swojej dziecięcej i głębokiej miłości. Lecz w chwili, gdy się przygotowywała do tego aktu, Pan odepchnął ją, mówiąc: *Noli me tangere.*

W krótce potem inne dusze dobre i święte, i także dziewice miłosierdzia i miłości, miały szczęście, w połączeniu z Magdaleną napotkać Jezusa Chrystusa, a wtedy On widząc zjednoczenie tych dusz, nie odepchnął ich, jak to uczynił względem jednej; nie — lecz z miłością ojcowską, z czułością boską, rzekł: *avete.* Pozdrawiam was drogie dusze! Pozdrawiając je błogosławił; zbliżyły się do stóp jego," które pobożnie całowały: *Illae autem accesserunt et tenuerunt pedes ejus et adoraverunt eum.* Tak więc, co Jezus Chrystus nie dozwolił jednej, dozwolił kilku połączonym razem.

Dobrze czynią wszyscy ci pielgrzymi świata katolickiego łącząc się w św. pokoju i miłości, że się nawzajem zachęcają do dobrych uczynków i do modlitwy, aby otrzymać wyzwolenie Kościoła z ucisku i poniżenia. Piękny to i wzruszający widok patrzeć na zbliżające się tłumy pobożne, podobne do armij pokojowych i bezbronnych, aby walczyć, szczególnie we Włoszech i protestować faktem przeciw niecnym knowaniom pewnych ludzi, co urodziwszy się katolikami, dziś przez swe ustawy i zamachy na religię, stali się, powiedzieć trzeba, niewiernymi i renegatami.

W tych dniach, co mówię? w chwili tej nawet, wielkie mocarstwo innowiercze wysyła na pole walki liczne armie wraz z śmiercionośną artyleryą, na to, aby ukarać inne mocarstwo niewierne, któremu zarzuca, że niesprawiedliwie rządziło uciemiężając licznych poddanych, wyznających tę religię innowierczą. Bój się rozpoczął, i nie wiem, które z tych dwóch państw zwycięży. Wiem jednak, że nad jednem z tych mocarstw, które się mieni prawowiernem (*orthodoxe*) a jest schyzmatyckiem, cięży ręka sprawiedliwości Bożej za straszne prześladowanie katolików, ciągnące się przez tylo lat i dziś jeszcze niezaniechane.

Lecz z drugiej strony mnożą się Towarzystwa pielgrzymów katolickich ze wszystkich okolic świata, uzbrojone tarczą wiary, z ogniem miłości i nadzieją zwycięstwa. Pokojowa ta i niewinna armia postępuje naprzód powoli, powoli, aby uprosić u Boga wolność Kościoła i pokój świata.

Ukochani moi! Nie wiem, które z dwu mocarstw zwycięży: niewierne czy schyzmatyckie; jestem jenak pewny tryumfu armii chrześciańsko-katolickiej, a pewność moja polega na obietnicy Jezusa Chrystusa: *Portae inferi non praevalebunt,* Wy sami, co tu jesteście i otaczacie mnie jak wieniec, posłyszycie w sercach waszych echo tego nieomylnego słowa Jezusa Chrystusa: *Ecce ego vobiscum sum usque ad consummationem saeculi.*

Tak jest, Jezus Chrystus jest z nami moi drodzy, jest z nami potężną prawicą boskiej swej siły, wspiera nas niebieską swą światłością, którą raczy kierować lud swój w walce przeciw bezbożności i niewdzięczności pewnych dusz zaprzedanych szatanowi, gorszych od samego piekła. Jezus Chrystus jest z nami w życiu i w śmierci i mamy nadzieję, że będzie również z nami, jako nagroda nasza w wieczności.

Tak jest ukochani Synowie, razem z Jezusem Chrystusem nie lękajmy się niczego i nieprzestajmy walczyć dzielnie aż do końca.

I aby zwiększyć nasze siły i odnieść zwycięstwo, nieprzestajmy się modlić, nieprzestajmy zadawać sobie umartwień i błagać Boga o nawrócenie nieprzyjaciół naszych, aby padli sami do stóp krzyża i służyli za nowy trumf dla miłosierdzia Bożego. Tymczasem niech błogosławieństwo Boże spłynie na was i na wszystkich pielgrzymów świata katolickiego; niech spłynie na św. pasterzy w Tarantazyi i St. Jean de Maurienne i pomnoży w was wszystkich wraz z dawną wiarą, pokój, jedność i wytrwałość. Niechaj błogosławieństwo towarzyszy wam w życiu, niech wam będzie obecnem w godzinę waszej śmierci i niech będzie wiecznym tematem dziękczynień, jakie przesyłać będziecie do Boga w niebiesiech.

Podajemy mowę dep. Dra **Rydzowskiego**, którą jako sprawozdawca komisyi wygłosił w Izbie deputowanych po obradach ogólnych nad ustawą o ukróceniu nadużyć lichwiarskich, dnia 4 b. m., a która w przekładzie z stenogramów brzmi jak następuje:

Nie z lwiem męstwem, które mi niewłaściwe, lecz słabemi, na jakie mię stać, siłami, ale i z owem ciepłem w sercu, którem tchnie moje przywiązanie do kraju ojczystego, bronić będę projektu, a zaszczyt, że z lwiem męstwem go zwalczano, tudzież zasługę, że domagano się czegoś lepszego odemnie, pozostawię panom przeciwnikom.

Mimo dział lekkiego i ciężkiego kalibru, które — może to dla czasów wojennych — wyprowadzano przeciw rządowi, przeciw komisyi, przeciw mnie, a nawet przeciw broszurze nie przezemnie pisanej, z przyjemnością przecie stwierdzić mi przychodzi, że z żadnej strony nie było wniosku o przejście do porządku dziennego — w czem dowód, że niema może zgody na projekt, że atoli zwyciężyło w tej wysokiej Izbie przekonanie, iż tak czy owak trzeba pospieszyć Galicyi na pomoc. Okoliczność ta pewnie uwalnia mię od obowiązku dostarczania tu raz jeszcze dowodów o konieczności tej pomocy; wolno mi pewnie przypuścić, iż motywa kilkakrotnie przez nas i przez rząd także przytaczane znajdują w tej wysokiej Izbie uznanie.

Głosy i pragnienia, które tu wygłaszano, wypadły w tym duchu, że jedni obok przepisów karnosądowych, zawartych w projekcie, pragną w dodatku jeszcze przepisów cywilno-prawnych, drudzy zaś życzą sobie rozciągnięcia ustawy na inne także kraje koronne, inni nakoniec żądają przeobrażenia projektu.

Z pierwszymi z tych panów komisya na jednym stawa gruncie, wnosząc dwie rezolucye, które liczą się z temi kierunkami. Ponieważ pod tym względem nie stawiono wniosku żadnego, mniemam przeto, że wśród obrad szczegółowych, gdyby je wtedy stawić miano, właściwa będzie pora do pomówienia o nich.

Natomiast wnioski, które domagają się odesłania projektu z powrotem do komisyi i przeobrażenia go w tym duchu, żeby komisya bądź z reformami tylko cywilno-prawnemi wystąpiła przed wysoką Izbę, bądź sporządziła nowe projektu niniejszego wydanie poprawne, stawają wręcz w sprzeczności z intencyami komisyi, i wypada mi w imieniu komisyi oświadczyć się przeciw nim wyraźnie i stanowczo.

Do pierwszej z tych dwu ostatnich kategoryj należą wnioski pp. depp. Dra Hönigsmanna i Dra Mengera; do drugiej wniosek p. dep. Dra Landaua.

Co się tyczy szczegółowo wniosków pp. depp. Dra Hönigsmanna i Dra Mengera, oba wnioski tę wspólną mają zasadę, że uważają przepisy karnoprawne przeciw wybujałościom lichwiarskim za zbyteczne, a zmierzają do reform tylko cywilno-prawnych. Ale i ten błąd zasadniczy mają wspólny, że wskazówkę ku przeobrażeniu projektu w o g ó l n o ś c i tylko nakreślają, pilnie się wystrzegając sformułowania czegoś określonego i pozytywnego, bo wiedzą dobrze, że nakreślić ogólną wskazówkę przychodzi bardzo łatwo i tanim kosztem, a narysowanie wytycznej pozytywnej i ściśle określonej jest rzeczą niepospolicie trudną i nietanią. (*Głosy z prawicy: bardzo słusznie!*)

Co do wniosku p. dep. Dra Hönigsmanna, nawet wbrew regułom dyskrecyi powiedzieć mi przychodzi, że ten pan przeciwnik, biorąc tak czynny w obradach komisyi udział, wśród obrad tych nigdy nie znajdował sposobności do sformułowania swych wniosków, mimo że go wzywano. Okoliczność ta zadziwia tem więcej, ile że w przemówieniu swem dwukrotnie nazwał zadanie to bardzo łatwem, podczas gdy rząd i komisya uważają je za jedno z najtrudniejszych.

Ale i o wniosku p. Dra Mengera wypada mi niestety powiedzieć to samo. Siły ujmującej co prawda nie brakło temu, gdy pan deputowany odgrzewał tu rezolucyę galicyjską i odczytywał ją, bo ja i może także wysoka Izba byłem przygotowany na to, że uwzględni tę rezolucyę galicyjską w swoim wniosku. Wielkie atoli było moje rozczarowanie, a może i wysokiej Izby, gdy w wniosku nie znalazłem już ani śladu tej rezolucyi galicyjskiej. Wniosek p. dep. Dra Mengera bowiem jest taki: „żeby przerobić projekt ustawy z uwzględnieniem jedynie momentów cywilno-prawnych i wnieść go jaknajwcześniej znów do wysokiej Izby."

Wniosek p. dep. Dra Landaua obstaje przy przepisach karno-prawnych, żąda atoli ograniczenia w zastosowaniu ustawy do pożyczek, żąda dalej ustanowienia maksymalnej stopy procentowej, poza którą dopiero niniejsza nowela karna, mogłaby znaleźć zastósowanie, żąda nakoniec pogodzenia występku i wymiaru kary z obowiązującym kodeksem karnym.

Widzicie panowie, na pierwszy rzut oka, że pragnienia te i zapatrywania możnaby bardzo dobrze uwzględnić w obradach szczegółowych. Nie pojmuję tedy, dlaczego pan deputowany, który na jednym i tym samym z komisyą stawa gruncie, domaga się odesłania projektu do komisyi.

Głównym motywem tych panów, którzy pod pozorem, jakoby zmierzali do reformy cywilno-prawnej, domagają się przekazania projektu na nowo komisyi, jest ten, że ustawa niniejsza, jak utrzymuje p. Dr. Menger, nie odpowiada intencyom rezolucyi sejmu galicyjskiego, albo, jak sądzi p. Dr. Hönigsmann, że ustawa niniejsza sprzeciwia się uchwałom wysokiej Izby z dnia 4 grudnia r. 1875, t. j. że rząd i komisya nie uwzględniły tej rezolucyi wysokiej Izby, wniosły tylko ustawę karną, usuwając reformę cywilno-prawną całkiem na ubocze.

Pozwalamy sobie jednak zwrócić wysokiej Izbie uwagę, że rezolucya z dnia 4 grudnia r. 1875 dotyczy bądź co bądź uzupełnienia kodeksu karnego, że skutkiem tego rząd, czyniąc zadość tej rezolucyi, doszedł do przekonania, iż na tej drodze znacznie szybsza i energiczniejsza dostanie się galicyjskiej ludności wiejskiej pomoc w udziale; a skoro komisya także podziela to zapatrywanie, nie zrzekając się jednak, jak dowodzi wniesiona przez nią rezolucya, reformy cywilno-prawnej, nie wiem zaprawdę, w jaki sposób twierdzić można, że projekt niniejszy stawa w sprzeczności z intencyami sejmu lub intencyami tej wysokiej Izby.

Wszystkie atoli wnioski, które zmierzają do przekazania projektu na nowo komisyi, mają jeden główny cel wspólny, a tym głównym celem wspólnym jest niestety ten, żeby projekt w komisyi spokojnie sobie zasnął wedle wszelkich reguł parlamentarnych. Czy takie postępowanie pochwalić można szczególniej deputowanym wybranym w Galicyi, nie wiem; czy atoli za takie postępowanie wdzięczni będą tym panom ich mandanci, czy kraj cały będzie czuł się w obowiązku wdzięczności, niechże to panowie ci sami osądzą.

Co się tyczy szczegółowo wyrażeń p. dep. Dra Hönigsmanna i zarzutów, które uczynił mnie osobiście, nie myślę ich tu dotykać. Mój przyjaciel szanowny, p. Dr. Dunajewski, odparł te zarzuty w sposób o wiele wymowniejszy, niżbym ja uczynić to zdołał. Wyłuszczył bowiem, co wogóle sądzić o zarzucie, jakobym był przeniewierzył się mojemu mandatowi. Ale z innego jeszcze powodu nie myślę tykać tych zarzutów, a to z tego, że z przypisanem mi lwiem męstwem nie umiałbym pogodzić obrony przeciw podobnym ukłuciom szpilkami. (*Brawo! brawo! z prawicy*).

Jednego przecież nie mogę pominąć zarzutu, bo spotyka nietylko mnie osobiście, lecz samą sprawę także, t. j. zarzutu, jakobym stawał w sprzeczności sam z sobą. Ponieważ bowiem, motywując mój wniosek w r. 1874, wyraźnie zastrzegłem się przeciw mniemaniu, jakobym chciał powoływać do życia ustawy o lichwie, jestem przeto, jak mówiono, w sprzeczności sam z sobą, broniąc dziś projektu niniejszego.

Zarzut to niesłuszny. Jedyne znamie ustaw o lichwie na tem polega, że proste przekroczenie ustanowionej stopy procentowej jest lichwą i jako taka karygodne bez względu na wszelakie inne okoliczności. Natomiast znamie noweli niniejszej jest to, że tylko rozmyślne z chciwości wyzyskiwanie słabych przymiotów dłużnika bez względu na miarę procentu uznaje za karygodne. Ta oto jest najistotniejsza między projektem niniejszym a ustawą o lichwie różnica jurystyczna. Broniąc przeto projektu niniejszego, nie żądam zaprowadzenia na nowo ustaw o lichwie, a to tem mniej, ile że przez zaprowadzenie na nowo można było rozumieć tylko zaprowadzenie ustaw, które dawniej już istniały, ustawa niniejsza zaś może być zaprowadzona, ale nie zaprowadzona na nowo, boć nigdy jeszcze nie istniała.

Drugi zarzut, który z kilku stron uczyniono projektowi, jest ten, że określone w § 1szym pojęcie występku jest nieściśle ujęte i niepojęte. Mojem zdaniem to tylko jest niepojęte, czego *in concreto* pomyśleć nie można. Przytoczono wszakże tak z naszej strony, jak i z ławy rządowej wypadki nadużyć lichwiarskich w Galicyi, względem których właśnie §. 1 projektowanej ustawy mógłby znaleźć zastósowanie. Jeśli takie wypadki wydarzać się nie będą, cel ustawy będzie osiągnięty; bo wszakże nie to jest celem ustawy, żeby wywoływać takie występki, ale żeby nie puszczać ich bezkarnie, jeśli się wydarzą. Jeśli tedy występki takie będą się wydarzały, rzeczą będzie sumiennego sędziego zestawić ściśle wszystkie znamiona określone w §. 1, a to zestawienie właśnie stanowić będzie *corpus delicti,* a więc przedmiot wyroku, przedmiot, którego p. dep. Dr. Hönigsmann wyobrazić sobie nie może, twierdząc, że stwierdzenie faktu karygodnego wedle tego paragrafu jemu wydaje się niepodobieństwem. Co jest zysk przesadny, to wogólności trudno powiedzieć, wyznaję; ale w szczegółowym wypadku, w wypadkach takich, jakich tu wiele przywiedziono, oznaczenie tego zysku przesadnego będzie znacznie łatwiejsze. Nie będzie tam chodziło o pewien procent maksymalny, lecz głównie o niewłaściwy stosunek zachodzący między zyskiem z jednej a umówionemi korzyściami z drugiej strony.

Odnosi się to także do zgubności warunków. Ale nawet gdy te dwa znamiona, t. j. znamie zysku przesadnego i zgubności warunków, będą już stwierdzone, nie starczy tego jeszcze na oznaczenie *corpus delicti,* będzie nadto potrzeba jeszcze takich momentów wewnętrznych po stronie wierzyciela, które czynią dopiero występek występkiem, t. j. przekonania, że warunki są zgubne dla dłużnika, i przekonania, że wierzyciel przy słabych przymiotach swych niezdolny pojąć tej zgubności. Przyznaję, że wobec takich okoliczności ustawa niniejsza w rzadkich tylko stosowana będzie wypadkach; ale wszakże zamiarem było komisyi zapobiedz przynajmniej najjaskrawszym wyzyskiwaniom ludu wiejskiego i karać je, jeśli mimo to się pojawią.

Pan dep. Dr. Hönigsmann z *Dziennikiem Polskim* w ręku utrzymywał, że najwięcej licytacyj w Galicyi sprowadza galicyjski Bank włościański, aby dowieść w ten sposób, że prości lichwiarze nie ponoszą winy tych licytacyj. Podzielał przy tem zapatrywanie *Dziennika Polskiego,* że ustawa niniejsza nie znajdzie zastosowania względem Banku włościańskiego. Otóż zdaje mi się, że p. Dr. Hönigsmann nie mówi tego na seryo. Bank jako taki jużci nie dostanie się do kozy, ale jeśli dyrektorowie tego Banku, reprezentanci i agenci dopuszczą się takiego występku, nie pojmuję zaprawdę, dlaczegoby panowie ci nie mieli doświadczyć skutków ustawy niniejszej. Wszakże już i w Wiedniu były wypadki, że Bank istnieje sobie jak istniał, a jednak panowie dyrektorowie nie zażywają dobrodziejstwa przechadzania się po bulwarach wiedeńskich.

Z tym Bankiem włościańskim atoli rzeczy szczególniej się mają w Galicyi, i za pozwoleniem pana prezesa odczytam ustęp z urzędowego sprawozdania pewnego galicyjskiego sądu kolegialnego do ministerstwa sprawiedliwości (*czyta*):

„Jakkolwiekbądź mylonoby się, gdyby sądzono, że wywłaszczanie postępuje równym krokiem z lichwiarskiem obciążeniem chłopów długami. Trwożliwa, pełzająca w ukryciu natura lichwiarza waha się przed otwartem wyrzuceniem dłużnika z ojcowizny. To mogłoby sprawić dużo złej krwi. Daje się tedy dłużnikowi przyjacielską radę, aby wyprzedawał z jednego kawałka gruntu po drugim, aby nabytemi w ten sposób pieniędzmi opłacić procenta lichwiarskie; gdy nie pomogą drobne sprzedaże, pokazuje się dłużnikowi drogę do Banku włościańskiego, z którego pożyczone pieniądze znów wędrują do lichwiarza, ale nie zaspakajają go zupełnie. On łepiej się zna na ściąganiu rat zaległych niż Bank, który naturalnie przystępuje do wystawienia gospodarstwa na licytacyę, a te sprzedaże przez Bank włościański, mnożące się w progresyi geometrycznej, są skutkiem jedynie wybujałego lichwiarstwa."

A więc zanim taki biedny chłop uda się o pożyczkę do Banku włościańskiego, poprzednio już zupełnie jest zrujnowany. (*Głosy: wielka prawda!*)

Co się tyczy zaś szczegółów p. dep. Dra Mengera, mniemam, że wywody jego, o ile przeciągnął sprawę na pole wyznaniowe i społeczno-ekonomiczne, trafuje już pozbijał szanowny przyjaciel mój Dr. Dunajewski. Ja na jednem się ograniczę.

Pan Dr. Menger żąda od komisyi dowodu, że niniejsza ustawa wyjątkowa dla Galicyi nie sprzeciwia się zasadom umiejętności prawniczej, że potrzebna jest ze stanowiska narodowo-ekonomicznego, a pożyteczna ze stanowiska społeczno-politycznego; a wszystkiemu temu przeczył. Jakiego dowodu pan dep. Dr. Menger żąda, rzeczywiście nie wiem. Wątpię też, ażali kiedykolwiek mogłoby mi się udać dostarczyć takiego dowodu, któryby zdolny był odwieść go od jego przekonania. Co do mnie, jednę tylko znam naczelną zasadę prawniczą. Naczelną zasadą prawniczą dla mnie a pierwszym obowiązkiem dla ustawodawstwa obejmującego całe państwo, jest to, żeby wszędzie i zawsze prawu nadawać panowanie, zapobiegać bezprawiu, karać bezprawie na jaw wychodzące.

Jeżeli tedy w Galicyi panuje stan rzeczy całkiem wyjątkowy, jeśli wiadomo, że tam pojawiają się lichwiarstwa poprostu niesłychane, jeśli skutkiem tego wzmaga się z dnia na dzień ruina ekonomiczna, pauperyzm, i mnożą się także zbrodnie, a lękać się trzeba przesilenia socyalnego; jeśli nadto powaga sądów z dnia na dzień więcej podupada, bo panuje mniemanie, że sędziowie spiknęli się z lichwiarzami i dopomagają do wywłaszczania ludu, — sądzę, że są wszystkie warunki po temu, aby unaocznić konieczność podobnej ustawy wywyjątkowej, że przeto naczelna zasada prawnicza przykazuje a rząd miał obowiązek stanąć przed wysoką Izbą z tą ustawą, i że wysokiej Izby też obowiązkiem, jako czynnika ustawodawczego, dać swoje przyzwolenie na tę ustawę.

Socyalno-polityczny z tej ustawy pożytek, tudzież korzyść narodowo-ekonomiczna są właśnie te same co przy wydawaniu ustaw przeciw złodziejstwu, przeciw wymusowi, rabunkowi, przekupstwu i t. d. Wszakże znane są wypadki, że wskutek jednego wydarzenia uchwalono ustawy powszechne na całe państwo; a tak tedy nie umiałbym sobie zaprawdę wytłómaczyć, dlaczegoby wskutek wyjątkowego położenia całego kraju wielkiego nie można uchwalić dla Galicyi tej ustawy oddzielnej.

W wywody p. dep. Dra Landaua zapuszczać się nie będę. Były zbyt obszerne, a gdy pominę, że już przeszło tydzień obradujemy nad tą sprawą, muszę zaprawdę nabrać przekonania, że tak długiemi obradami dopuszczamy się może największej lichwy na państwie (*śmiechy*), bo obrady te kosztują już przeszło 20,000 złr. Więc krótko się ułatwię. Wywody p. dep. Dra Landaua charakteryzują się tem, że wyszczególnił kilka znamion występku, do tych znamion poszczególnych nawiązał dowcipne nieraz illustracye, ale *anticipando* z przyszłości, popełniając jednak ten głównie błąd, że nie zebrał tych znamion wszystkich w jednę całość i nie czerpał ilustracyj z przeszłości. Gdyby był ujął znamiona w jedną całość i gdyby po ilustracye swe sięgnął był do przeszłości, wtedy pojęcie występku, jak je określono w § 1szym, byłoby poprostu stosowało się do wszystkich tych wypadków. Ale jedno uderza w tem wystąpieniu p. dep. Dra Landaua, że stawa na jednym gruncie z komisyą, bo żąda przepisów karno-prawnych ku ukróceniu lichwy. Jeśli zaś tak, dziwno mi naprawdę, że on, zasadniczo sprzeciwiając się wnioskom pp. depp. Dra Hönigsmana i Dra Mengera, co do formy poszedł w wniosku swym za przykładem tych panów, jak niemniej i to mnie zadziwia, że mimo tego zasadniczego przeciwieństwa p. Dr. Landau dziś także od p. Dra Mengera, z którym wszakże znajduje się w zasadniczej sprzeczności, nie doznał przykrości najmniejszej. Skoro jeden z nich stawa na gruncie karno-prawnym, drugi na cywilno-prawnym, trudno mi wyobrazić sobie przeciwników większych i więcej niepojednanych. Przyczyna zaś tego wzajemnego oszczędzania sobie przykrości jest ta, że wszyscy trzej panowie są w spółce, zgodni co do celu, do którego te wnioski zmierzają; liczą tak: skoro tylko sprawa odesłana będzie z powrotem do komisyi, jużeśmy wygrali, bo wtedy poniesiona będzie do grobu. (*Głosy z prawicy: bardzo dobrze!*) Oto droga, na której zeszli się z sobą wszyscy przeciwnicy projektu.

Z rozpraw dzisiejszych rzeczywiście jedno tylko zdaje mi się zasługiwać na wzmiankę, t. j., że ze stanowiska jurydycznego p. dep. Dr. Menger dziś nieco mniej ogólnikowo już się wyrażał. Mówił, że przeniósłby uchwałę sejmu galicyjskiego nad projekt niniejszy. Winienem jednak przypomnieć, że ten sam deputowany zaraz dodał do tego uwagę, t. j. że kwestya możności pozywania o pewną stopę procentową a nie pozywania o procent przechodzący tę stopę zawsze jeszcze pozostaje kwestyą sporną. Co zaś p. dep. Dr. Menger rozumie przez tę sporność kwestyj, pokaże się może z przemówienia jego w r. 1875, wygłoszonego dnia 4 grudnia. Ja wówczas odczytałem rezolucyę galicyjską głośno i wyraźnie, a właśnie p. dep. Dr. Menger najsurowiej krytykował tę rezolucyę i nakoniec doszedł do wniosku, że wszystkie te sposoby pozytywne, które ja proponowałem, a między niemi także rezolucya galicyjska, na nic się nie zdadzą; skończyło się na tem, że jedynego dla Galicyi ratunku szukać należy w akcyi ekonomicznej. Takie są jego słowa. Pan dep. Dr. Menger pewnie temu nie zaprzeczy, nie będę więc czytał jego mowy, by nie nużyć wysokiej Izby.

Co p. dep. Dr. Menger nadto jeszcze przytoczył, odnosiło się więcej do szczegółowych zapatrywań p. dep. Dra Dunajewskiego, których Dr. Menger nie chce podzielać; z nim przeto głównie polemizował; ale mojem zdaniem i zdaniem tej wysokiej Izby polemika ta wcale nie obchodzi kwestyi, która nas zajmuje, t. j. pytania, co stać się ma z projektem rządowym. Za jedno przecież poczuwam się p. Drowi Mengerowi do wdzięczności, mianowicie, że pod pewnym względem sprostował twierdzenie JEksc. pana ministra sprawiedliwości. Jego Ekscelencya utrzymywał bowiem, że w Galicyi na pewne (bezpieczne) hipoteki nie można dostać pożyczek niżej 12 prct. Otóż tak nie jest. W Galicyi dostać można tanich pożyczek na pewne hipoteki, a to po 6, 7 do 8 prct., od wszystkich zakładów hipotecznych i rzetelnych ludzi wypożyczających kapitały.

W imieniu komisyi tedy winienem stanowczo oświadczyć się przeciw tym wszystkim wnioskom, które zmierzają do przekazania projektu na nowo komisyi, i prosić wysoką Izbę, aby wnioskom tym odmówiła swego przyzwolenia.

Jako deputowany galicyjski czuję się w obowiązku uczynić jedną jeszcze uwagę na zakończenie. Ilekroć, panowie, my w Galicyi występujemy przed wysoką Izbę z żądaniami, by przy wydawaniu ustaw liczono się z odrębnemi stosunkami naszemi, tylekroć dostaje nam się od was zapewnienie, że ramy konstytucyi naszej są dość szerokie, by uczynić zadość pragnieniom wszystkich krajów, a więc i pragnieniom Galicyi, i spełnić te pragnienia, jeśli tylko dowiedziona jest konieczność. Panowie! Wypadek ten tu zachodzi. Sejm galicyjski poruszył sprawę lichwy; prawie wszyscy reprezentanci galicyjscy stawili tu znany wniosek odnośny; komisya prawnicza uznała potrzebę pospieszenia Galicyi z pomocą; wysoka Izba wezwała rząd do uczynienia czegoś w tej mierze; komisya specyalna, zwołana przez rząd ku zbadaniu sprawy, stwierdziła nieodzowność pomocy; rząd wniósł do wysokiej Izby projekt ustawy; komisya wybrana z Izby po dojrzałej rozwadze poczyniła w nim poprawki, przyjęła je jednozgodnie z wyjątkiem jednego głosu i stanęła z projektem niniejszym przed wysoką Izbą jako przed czynnikiem ustawodawczym. Teraz na was, panowie, kolej, byście rzekli słowo. Pomnijcie, panowie, że w tej chwili oczy milionów ziomków moich zwrócone są na tę Izbę z zalęknieniem o losy swoje; pomnijcie, panowie, że tysiące a tysiące rodzin wzdychających i jęczących pod jarzmem lichwiarzy, ku wam błagalnie wyciągają ramiona; pomnijcie, że chodzi teraz o uiszczenie się z słowa tylokrotnie danego, o dotrzymanie obietnicy; pomnijcie atoli i na to jeszcze, że w chwili tej chodzi o wzmocnienie w ludności wiejskiej ufności w sprawiedliwość tej wysokiej Izby, alboli o igraszkę z tą ufnością ku zupełnemu jej postradaniu; a postradacie ją, jeśli, zamiast wyrzec słowo wspomożenia, na szale, na których waży się krwawy znój naszej ludności wiejskiej, do wagi lichwiarzy dorzucicie od siebie jeszcze miecz Brennusowy. Składam tedy losy jednego z krajów w wasze ręce w nadziei, że głosować będziecie za przejściem do obrad szczegółowych. (*Oklaski z prawicy*).

KORESPONDENCYA „CZASU."

Wiedeń 7 maja.

(*n.*) Oświadczenie rządu austro-węgierskiego w kwestyi żeglugi na Dunaju wysłanem już zostało do Petersburga i do Konstantynopola. Wyraża ono życzenie, oraz nadzieję, iż żegluga na Dunaju natrafi nadal tylko o tyle na przeszkody, o ile ich uniknąć nie będzie można w skutek działań wojennych. Następnie podniesiono, iż Austro-Węgry nie mogą pozwolić, iżby teraźniejsze stosunki wyjątkowe służyły kiedyś w jakikolwiek sposób za precedens do naruszenia, lub zakwestyonowania w przyszłości traktatami zawarowanej wolności Dunaju.

Pobyt hr. Andrassego w Tisza Dob ma potrwać ośm dni. Przed odjazdem swym przyjmował ambasadora angielskiego lorda Buchanana, który mu wręczył odpis odpowiedzi gabinetu St. James na znaną notę okólną rosyjską.

Zapowiedziane ogłoszenie neutralności Austro-Węgier nie nastąpi w formie uroczystej i w ogóle nie ma mieć cechy politycznej. Na zasadzie dwóch równobrzmiących postanowień N. Pana mają się pojawić tu i w Węgrzech dwa równobrzmiące rozporządzenia ministeryalne.

Rzym 3 maja.

(*P.*) Najważniejszym objawem dzisiejszego położenia jest strach, jaki panuje w sferach rządowych, strach przyszłości w obec rozpoczynającej się akcyi na Wschodzie, a możliwej bardzo akcyi w środku Europy. Petrucelli della Gattina powiedział niedawno, że siła Włoch leży w słabości Europy. Czują to dobrze wszyscy ludzie polityczni tutejsi, a ile razy zanosi się na większą burzę, drżą o jedność, której grozi niebezpieczeństwo za każdą ważniejszą sprawą europejską. Włochy pierwsze ogłosiły neutralność i będą się starały utrzymać ją jak najdłużej, ale nikt nie wierzy, by wojna dała się zlokalizować i aby można rychłego spodziewać się pokoju. Przyjdzie podobno chwila, gdy neutralność nie da się utrzymać i trzeba będzie do wspólnej akcyi wystąpić. Otóż tej chwili w sferach rządowych obawiają się bardzo i słusznie. Włochy dotąd zyskiwały nie własną zasługą, lecz albo zbiegiem okoliczności, albo upadkiem innych. Dzisiaj do zyskania niewiele, a stracić można wszystko. Nie iść z Prusami, może być bardzo niebezpiecznie, książę kanclerz mścić się umie, dawnego sprzymierzeńca oszczędzać nie będzie, jeżeli go całkowicie do swego rydwanu przykuć nie potrafi. P. Keudel konferuje w tej chwili w Berlinie, a tu z wielkim niepokojem powrotu jego czekają. Może jeszcze pora nie przyszła, ale jeżeli w Varzinie plany dojrzały, ambasador niemiecki zaprosi Włochy do wspólnego tańca. W pałacu Cafarelli żartować nie lubią, piękne ukłony i dyplomatyczne grzeczności dzisiaj nie wystarczą, trzeba się będzie decydować i kajdany sobie założyć, albo zerwać z dotychczasową polityką i lawirowaniem między skałami.

Z drugiej strony nie bardzo to mądrze narazić się Anglii. Stosunkowo Anglia bliżej, jej flota pod bokiem, Sycylia niemal prosi się o pomoc i o nowy przewrót, a z Londynu dano tu znać, i w tonie dosyć szorstkim, że jeżeli nie można rachować na przyjaźń Królestwa, oszczędzać go wcale nie myślą. Pobyt kilkudniowy księcia Walii w Neapolu, podczas gdy flota angielska wyruszyła była już z Malty, spotkanie się z następcą tronu włoskim nie są tu uważane za przypadkowe, chociaż jeszcze nie wyszły na jaw szczegóły. Można prawie zapewnić, że do tej chwili Włochy nie są związane żadnem przymierzem, że bronią się i bronić będą od wszelkiego traktatu, ale rząd czuje dobrze, że będzie musiał i to niebawem może wziąć udział w wspólnej akcyi i przechylić się na jedną lub drugą stronę. W tem niebezpieczeństwo — stąd strach. Strach jest tak silny, że dla kogoś, co zna tutejsze polityczne stosunki, jest on widoczny na ka-

żdym kroku: w biórach ministerstwa, w rozprawach parlamentu, w stolicy, na prowincyi, w rządzie i salonach. I nic dziwnego. Niebezpieczeństwo jest rzeczywiste, a strach ma wielkie oczy. W jednym dniu może runąć gmach jedności, bo nie ma stałych fundamentów w kraju i zniknąć siedmnastoletnia robota rewolucyjna. Rząd się zbroi, ministeryum wojny gorączkowo pracuje, by na wielki dzień być gotowem, ale specyaliści nie mają wielkiego zaufania w zdolnościach jenerała Mezzacapo, który do góry nogami przerzucił reformy kilkoletnie jenerała Ricotti. Dość, że dzisiaj powiedzieć nie można, jaki kierunek myśli nadać swej polityce gabinet p. Depretisa w obec kwestyi wschodniej i on sam podobno nie wie, na jaką stronę przerzucą go wypadki, ale wyrazem położenia jest strach.

Jakże dziwnie odbija od tej trwogi twórców jedności pewność i spokój Ojca św. Rozpoczynająca się wojna nie przynosi Kościołowi żadnych nadziei, przeciwnie, może tylko być powodem nowych klęsk, cięższego jeszcze prześladowania, może sprowadzić nowy zamach na Watykan, odnowić czasy katakumb. Papież nie łudzi się, nie robi innym nadziei, wie, że gorsze jeszcze mogą przyjść czasy, że w Kościele od wieków świadectwo prawdzie krwią się daje, a Piotr męczeństwem gruntował stolicę Apostolską. Ale Pius IX taki spokojny, tak innych utwierdzający, podnoszący na duchu, umacniający w wierze, że nie można nie być uderzonym różnicą polityki Kwirynału konspirującego, knującego, opartego na sile, a mimo tego drżącego, pełnego trwogi — a opoką Kościoła, z tą samą pewnością idącego naprzód i podczas pokoju i wśród gotującej się burzy.

Już się pielgrzymki rozpoczęły. Pierwsza u stopni tronu stanęła deputacya sabaudzka, wczoraj mieli posłuchanie Bretończycy, dzisiaj młodzież neapolitańska. Każdy już dzień jest zajęty aż do końca czerwca, bo zważając na podeszły wiek Ojca św. i nawał pracy i interesów, jedna tylko na dzień pielgrzymka będzie przyjmowaną w Watykanie. Pierwszego dnia Papież mówił po włosku, wczoraj długo po francusku z tą nadzwyczajną powagą i podniosłością, która czyni, że ci, którzy przybiegają do Rzymu, by przywiązaniem do Kościoła pocieszyć więźnia watykańskiego, powracają do domu sami umocnieni, pełni zapału i podziwu dla tego niezwykłego starca i niezwykle wielkiego papieża. (Tu korespondent podaje najważniejszy ustęp przemowy Ojca św. do deputacyi sabaudzkiej, który opuszczamy, zamieszczając całą mowę. *Red.*)

Wiedeń 7 maja. Sprawozdawca nasz z posiedzeń obu Izb Rady państwa doniósł nam onegdaj o rezultacie głosowania w Izbie deputowanych nad wnioskami sprzecznemi z wnioskiem komisyi w sprawie projektu ustawy o ukróceniu nadużyć lichwiarskich. Głosowano, jak wiadomo imiennie. Wobec niemałego zainteresowania się kraju ustawą o lichwie i ponieważ dep. Dunajewski dla tego właśnie wniósł o głosowanie imienne, „aby — jak mówił — kraj nasz wiedział, jak głosowano w tej sprawie żywotnej doniosłości dla jego przyszłości ekonomicznej“, podajemy wykaz głosów, oddanych nad wnioskiem Mengera jako wykazujący większą liczbę przeciwników projektu komisyi.

Za wnioskiem Mengera a przeciw projektowi komisyi głosowali:

Auspitz, Banhans, Bareuther, Beer, Bertolini, Carneri, Ciani, Coronini, Cresseri, Demel, Dinstl, Dordi, Dormitzer, Duchatsch, Dürrnberger, Dumba, Foregger, Fürst, Fürth, Furtmüller, Giskra, Göllerich, Gomperz, Granitsch, Hallwich, Hanisch, Haschek, Hecke, Heilsberg, Heinz, Held, Herbst, Hönigsmann, Hoffer, Hotschevar, Isbary, Kaiser, Kallir, Keil, Klier, Klinkosch, Maks, Kübeck, Kuranda, Landau, Meissler, Mendini, Menger, Mises, Ofner, Panowsky, Pauer, Peez, Perger, Petritsch, Planck, Portugall, Posch, Proskowetz, Richter, Rodler, Ryger, Sexinger, Schaup, Schier, Schönerer, Schrank, Schiner, Schwab, Seidemann, Seutter, Siegl, Steudel, Stöhr, Strass, Streeruwitz, Sturm, Edward Suess, Suppan, Theumer, Thomas, Umlauft, Waldert, Walterskirchen, Wickhoff, Wolfrum, Zschock.

Przeciw wnioskowi Mengera a za obradami szczegółowemi nad projektem komisyi głosowali: Aresin, Barbo, Bartoszewski, Baum, Blumencron, Bodyński, Brader, Brandis, Biestel, Chełmecki, Chrzanowski, Cieńciała, Czaykowski, Euzebiusz Czerkawski, Julian Czerkawski, Deschmann, Doblhoff, Dubsky, Dunajewski, Dworski, Eichhoff, Fischer, Fluch, Ganzwohl, Gierowski, Glaser, Gniewosz, Gołąb, Grocholski, Gudenus, Haase, Hackelberg, Halka, Haller, Handel, *Harant, Herman, Hofer, Hohenwart, Hopfen,* Hurmuzaki, Horodyski, Horst, Hoszard, Janowski, Jasiński, Juzyczyński, Kaczała, Kalnoky, Karlon, Khewenhüller, Klepsch, Konopka, Korb-Weidenheim starszy, Kotz, Kowalski, Kozłowski, Jan Krasicki, Józef Krasicki, Kronawetter, Krzeczunowicz, Krzyżanowski Gwidon Kübeck, Kusy, Ladenburg, Langer, Leinner, Łępkowski, Lienbacher, Magg, Makowitz, Mansfeld, Mendelsburg, Mieroszowski, Mildschuh, Monti, Moritsch, Nabergoj, Naumowicz, Neuwirth, Nischelwitzer, Oberleithner, Oelz, Pacher, Pawlikow, Pawlinowitz, Petrowicz, Petruszewicz, Pfeifer, Pflügl, Pillerstorff, Pirquet, Plener, Poche, Prażak, Pretis, Ritter, Roser, Ruczka, Russ, Rydzowski, Rylski, Salm-Reifferscheid, Sandner, Sandrinelli, Sanguszko, Scharschmid, Schöffel, Srom, Seidl, Skrzyński, Smarzewski, Smolka, Spens, Steffens, Sternbach, Stremayr, Suttner, Szwedzicki, Tarnowski, Thurn, Tomaszczuk, Valussi, Vidulicz, Vitecicz, Vosnjak, Wächter, August Weeber, Wegscheider, Weigel, Weinhandel, Adolf Weiss, Weiss v. Starkenfels, Wereszczyński, Wildauer, Winkler, Wittmann, Wodzicki, Woynarowicz, Wurm, Zakliński, Zedtwitz, Ziemiałkowski.

Z deputowanych galicyjskich byli przeto nieobecni: Dzwonkowski, Golejewski, Gross, Hajdamacha, Jaworski, Kabat, Kamiński, Krynicki, Ozarkiewicz.

Teatr wojny.

Z czarnogórskiego pola walki donoszą dziś, że książę Mikołaj za wpływem jednego z mocarstw tylko w Albanii działać będzie zaczepnie; w Hercegowinie ogranicza się Czarnogóra na stanowisku obronnem. Wiadomość o zupełnem pokonaniu Mirydytów potwierdza się. Turcy zabrali do niewoli kilkudziesięciu znakomitszych przywódców. Książe Prènk Dodo ma się wkrótce poddać.

Z naddunajskiego pola walki tylko bardzo szczupłe nadeszły dziś doniesienia, ograniczające się głównie na tem, że wódz naczelny armii rosyjskiej WKsiążę Mikołaj przybył do Gałaczu, aby odbyć przegląd wojsk nad dolnym Dunajem. *N. fr. Presse*, która w ostatnich czasach uchodziła za organ turecki, twierdzi, że WKsiążę bardzo mógł być zadowolonym z tego, co i jak znalazł, natomiast Turkom zarzuca niezręczność w rzeczach wojskowych i fatalistyczną opieszałość, która pozwoliła osiągnąć Rosyanom w czternastu dniach wielkie rezultaty. Nieco prawdy zdaje się być w słowach rzeczonego dziennika, wszelako o jakości rezultatów może być dopiero wtedy mowa, kiedy plan strategiczny zostanie odsłonięty i kiedy wszystkie dotychczasowe ruchy wojsk obustronnych będą mogły być dokładnie zrozumiane.

Naczelnik miasta Odessy hr. Lewaszew, któremu udzielono na czas wojny prawa gubernatora wojennego, ogłosił w dziennikach miejscowych obszerną proklamacyę do mieszkańców, w której między innemi czytamy: „Całe pobrzeże Odessy opatrzone jest bateryami zbrojnemi w działa wielkiego kalibru, a nadto cała zatoka odeska na całej swej przestrzeni broniona jest całkowitym systemem min, niezmiernie utrudniających przystęp do portu odeskiego. Dzięki przedsięwziętym środkom obrony, bombardowanie miasta przez flotę nieprzyjacielską, chociażby nawet nastąpiło, nie może sprawić wielkiej szkody miastu, albowiem statki nieprzyjacielskie muszą krążyć z daleka od brzegu. Pomimo najnowszych ulepszeń w artyleryi, procent trafiania pocisków niebezpiecznych dla Odessy w porównaniu z przeszłością zwiększył się stosunkowo nader mało, jeżeli weźmiemy na uwagę, że podczas bombardowania liczy się nie na skuteczność każdego wystrzału rzucanego przez elewacyę i bez ścisłego celowania do danego przedmiotu, lecz na ilość rzucanych pocisków. Pomimo wszelkich ulepszeń, każdy pocisk teraźniejszy nie wiele jest szkodliwszy od dawnych, a tymczasem nowe pociski będą rzucane w znacznie mniejszej liczbie, albowiem waga i objętość dział nie pozwala umieścić ich tyle, co dawniej na statku. Nierównie więcej niż bombardowanie zaszkodzić mogą przesadzone obawy, przedwczesna bieganina i poziomy popłoch, sprowadzający zakłócenie porządku, którego bezwarunkowe utrzymanie jest obecnie obowiązkiem każdego. Poczyniłem już wszelkie niezbędne rozporządzenia co do utrzymania należytego porządku tak w samem mieście, jak i na przedmieściach. W tym celu całe miasto pod względem policyjnym rozdzielono na dwie części. W pierwszej, do której należą nadmorskie i wewnętrzne dzielnice miasta, prócz środków policyjnych nagromadzono też środki pożarne i sanitarne. Oddziały służby ogniowej nie znajdują się jak przed tem w jednem miejscu, lecz rozrzucone są w różnych dzielnicach, w punktach zawczasu oznaczonych; około kranów wodociągowych znajdować się będą osobne komendy z narzędziami niezbędnemi do niezwłocznego gaszenia ognia; będą utworzone osobne parki robotników do niezwłocznej naprawy możliwych uszkodzeń rur i kranów wodociągowych. W różnych punktach miasta urządzają się stacye sanitarne, opatrzone niezbędnemi środkami do niesienia pomocy osobom mogącym przypadkowo ucierpieć od bombardowania. Co do odleglejszych dzielnic miasta, do których wielu mieszkańców czasowo się przenosi, znacznie wzmocniono tam wszelkie niezbędne środki policyjne dla zabezpieczenia spokojności i utrzymania porządku. W razie potrzeby, wewnętrzne bezpieczeństwo będzie też strzeżone przez komendy wojskowe. Ktoby jednak pomimo tego wszystkiego pragnął całkiem opuścić miasto, może to z łatwością uczynić, albowiem wydano rozporządzenia, ażeby ruch pociągów osobowych na kolei Odeskiej nietylko nie był mniejszy od zwykłego, lecz i owszem był zwiększony przynajmniej do stacyi Razdzielnej“.

Porta ogłosiła wszystkie rosyjskie wybrzeża Czarnego Morza w stanie blokady. Urzędowe ogłoszenie o tem tak opiewa: Art. 1. Rząd ottomański ogłasza, że całe rosyjskie terytorium na wybrzeżach Czarnego Morza od Czarny po stronie azyatyckiej a ujścia Kilii po stronie turecko-europejskiej, znajduje się w stanie blokady. Art. 2. Blokada rozpoczyna się od dnia 5 maja (nowego stylu) i utrzymywaną będzie przez flotę turecką. Art. 3. Trzydniowy termin, od 5 maja licząc, udzielony zostaje wszystkim okrętom handlowym, które chcą się udać do jakiego portu na blokowanem wybrzeżu, a 5-dniowy termin tym okrętom, które porty takie chcą opuścić. Po upływie tych terminów każdy statek, któryby chciał dostać się albo wydostać z wód blokowanych, traktowany będzie jako statek nieprzyjacielski. Art. 4. Okrętom, które będąc w podróży nie miałyby wiadomości o stanie blokady, zanotyfikuje blokadę flota ottomańska. Jeżeliby po takiem zawiadomieniu chciały płynąć dalej, traktowane będą jak statki nieprzyjacielskie. Wys. Porta 3 maja.“

O fortyfikowaniu Dardanelli *Polit. Corr.* donosi pod d. 24 kwietnia, że komendantem wszystkich fortów, znajdujących się na tym przesmyku, mianowany został Hussein basza. Nosi on tytuł namiestnika, a władza jego rozciąga się na wszystkie wyspy tureckiego Archipelagu. Rozporządza tylko dwoma pułkami, z których 300 przeszło ludzi pracuje w Instytucie politechnicznym. Żołnierze nie są wyćwiczeni, nie umieją zwłaszcza obchodzić się z działami Kruppa; pracują oni głównie przy budowie fortów i bateryj nowszego systemu. Dowódcami tych pułków są Mehmet bej i Mustafa bej. Prócz tego znajduje się tam jeszcze trzeci pułkownik, noszący również imie Mustafa, który dowodzi oddziałami rozrzuconemi po wyspach. W ogóle znajduje się w Dardanellach 3 pułkowników, 2 podpułkowników, 8 majorów, 9 kapitanów, 27 oficerów, 81 podoficerów, 300 kaprali i 25 dozorców prochowni. Dla użytku fortów znajduje się tam 100 wózków i tyleż zaprzęgów. Wogóle stan fortów i bateryj w Dardanelach jest następujący:

Ze strony azyatyckiej: główny fort Sultanié posiada 15 dział Kruppa, broni on całej cieśniny aż do Kunkalé. Baterya Medzidzié liczy 11 wielkich dział rozmaitego kalibru, a baterya Nagara tylko jedno działo Kruppa wielkich rozmiarów. Ze strony europejskiej: Fort Kelit-Bohr posiada 15 wielkich dział Kruppa, jedno działo Armstronga i 14 starożytnych dział bronzowych strzelających kulami kamiennemi. Baterya Dermen-Burnu liczy 3 działa Kruppa i 8 dział 36 funtowych, baterya Zam Burnu 7 dział 36-funtowych, a baterya Boali 15 36 funtówek. Forty te są ciągle wzmacniane i działa starego kalibru, zastępują teraz Turcy działami Kruppa. Zamierzają także ufortyfikować ważny punkt Punta dei Barbieri i przerobić zupełnie forty Kunkalé i Sutil Bahr. W forcie Sultanié znajduje się 4000 centnarów prochu. Dla wypróbowania dział Kruppa i wyuczenia żołnierzy, jak się z niemi mają obchodzić, przybył tam z Konstantynopola instruktor pruski Vent basza. Pomimo tego jednak obrona Dardanelów nie jest bynajmniej świetną; żołnierze niewyćwiczeni i nie umiejący się obchodzić z działami; wiele robót rozpoczętych dotąd jeszcze niedokończono, a co najważniejsza, już teraz daje się tam uczuwać brak żywności, tak że codziennie posełają po nią do Konstantynopola.

Co się tyczy azyatyckiego pola walki, doniesienia ze źródła tureckiego bardzo są niejasne i uderzająco sprzeczne. Pomijając je więc na tem miejscu wspominamy tylko o depeszy, jaką dowódzca korpusu rosyjskiego wysłał do ministra wojny o działaniu swem w Armenii do 1 maja. Depesza ta wiele poprzednich wyjaśni doniesień. Oto co pisze:

„Jazda korpusu jenerała Loris-Melikowa, którą dowodzi jenerał-major Czawczawadze, składająca się z 27 szwadronów i sotni, oraz z 16 dział artyleryi konnej, wykonała d. 28, 29 i 30 kwietnia rekonesanse około Kaniikens, Władykars (Cziwtlikiö), Tikma, Sanebutif i Basetgran; oddział jenerała Loris-Melikowa dotarł aż do Juszgirtu, gdzie mu się powiodło zniszczyć linię telegraficzną Kars-Erzerum w długości 10 wiorst. Inny oddział z dywizyi jenerał-majora Szeremetiewa doszedł aż do Warimonu (60 kilometrów ku południowemu zachodowi od Karsu) pod Saganlug. Ośm batalionów tureckich wraz z artyleryą, które szły z Karsu do Erzerum, ścigała długo nasza jazda, tak że marsz Turków miał cechę ucieczki; zostawili pakunki i skrzynie z ładunkami. Według opowiadań jeńców i mieszkańców, była to kolumna Muszira Muchtara baszy w drodze do Erzerum.

Aby wesprzeć jazdę, która już daleko posunęła się, a zarazem, aby wzmocnić wrażenie wywarte na nieprzyjaciela i na kraj, wyruszył jen. Loris-Melikow d. 29 kwietnia z 12 batalionami grenadyerów, 40 działami i 5 sotniami, bez tornistrów i pakunków, z obozu pod Saim (15 kilometrów na północnym zachodzie od Karsu); szedł na Khalif-Oglu aż do Wisinkiewa. Dnia 30 kwietnia wieczór rozpoczęła jazda dwugodzinną kanonadę przeciw nieprzyjacielowi, który w 8 batalionów, mając artyleryę polową, wyszedł z twierdzy i pod jej zasłoną zajął stanowisko, przyczem kozacy zdemontowali jedno działo.

Dnia 1 maja powrócił jenerał Loris-Melikow, pozostawiając jazdę pod Wisinkiewem, resztą swego oddziału do obozu pod Saim. Naszą całą stratą w wojskowych niższej rangi był jeden zabity i 5 rannych. Przeszło 100 nizamów zabraliśmy do niewoli. Zdrowie i usposobienie naszego wojska jest wyborne. Ludność kraju przez nas zajętego okazuje nam najżywsze sympatye i objawia gotowość służenia nam. Jenerał Loris Melikow, do którego mieszkańcy niezliczone wnoszą prośby, aby ich przyjął do naszej służby, przystępuje obecnie do sformowania z nich jednego pułku jazdy.“

Jassy 6 maja. W. Ks. Mikołaj nie powrócił już do Kiszeniewa. Wczoraj przybyły ostatnie oddziały dywizyi piechoty jen. por. Szostaka do Kilij, gdzie się znajduje główna kwatera 7 korputu jen. Ganeckiego II. Korpus 9 Krüdenera III przejdzie w tych dniach Prut. 9 dywizya jazdy Loszkarewa III przejdzie Prut pod Gudeczani i Ljeka (o trzy mile na północ od Leowe.

Bukareszt 6 maja. W Baneasa pod Bukaresztem robią się pomiary i przygotowania do założenia wielkiego obozu jazdy rosyjskiej. Gromadzą tam wielką ilość furażu.

Bukareszt 6 maja. Rosyanie przybyli wczoraj do Ursiczeni. W miarę jak ich przybywa, opuszczają wojska rumuńskie swoje stanowiska, cofając się ku Alucie.

Gałacz 6 maja. W. książę Mikołaj przybył tu wczoraj wieczór. Dziś zwiedził Reni, potem Barboki, a wieczór wraca przez Jassy do Kiszeniewa.

Gałacz 6 maja. Z Braiły donoszą, iż bombardowanie nie powiodło się. Z 25 granatów ośm trafiło w miasto, ale nie pękło. Zaczęto strzelać w chwili, kiedy W. książę przybywszy osobnym pociągiem z Gałaczu wjeżdżał do dworca kolei. Jeden granat padł tuż przed pociągiem, lecz nie zranił nikogo. Oprócz tego padło jeszcze 8 granatów na dworzec kolejowy, a 12 na szańce. W. książę podczas bombardowania pozostał w Braile i dopiero wieczór powrócił do Gałaczu.

Gałacz 6go maja. Około godz. 3ej po południu rozpoczęły dwa monitory tureckie silne bombardowanie Braiły. Słychać strzały co 5 minut. Dotychczas — godz. 5 po południu — według nadeszłych telegramów pozostało bombardowanie bez skutku. Baterye rosyjskie dotychczas nieodpowiedziały.

Ruszczuk 6 maja. Wojska tureckie w Dobruczy mają być zwiększone do 36 batalionów i w tym celu nadchodzą jeszcze ciągle oddziały z Warny i Szumli. Z Anatolii udaje się wielu derwiszów na Kaukaz, aby zachęcić ludność muzułmańską do wspierania sprawy Kalifa. W okolicy Batum zbiera się korpus ochotników czerkieskich, który ma wylądować na Kaukazie pod Suchum Kale (?)

Ruszczuk 6 maja. Według doniesień z Konstantynopola, są w tamtejszych kołach dyplomatycznych zdania, że Anglia w razie, gdyby Rosya chciała przekroczyć góry Bałkanu, lub, gdyby Persya albo Grecya również chciały wziąć udział w wojnie, natychmiast porzuci politykę neutralności i ujmie się za Turkami (?) W tym razie zawinęłaby eskadra angielska do Pireju, ewentualnie do zatoki perskiej, aby tu działać przeciw Persyi i wysadzić wojska ku obronie Bagdadu. (*Fremdenblatt.*)

Tyflis 6 maja. Od czwartku (3 maja) nie było żadnej potyczki. Obsaczenie Karsu jest ukończonem; rosyjska główna kwatera stoi o dwie mile na wschód od Karsu, między Winsikewem i Hadżi Wali. Bajazyt jest uzbrojony działami rosyjskiemi. Jen. porucznik Tergusakow zaprowadził tam administracyę rosyjską. W pobliżu Bajazytu znajdują się małe oddziały tureckie.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 8 maja. Dziś jako w święto św. Stanisława odbywa się wielki odpust w kościele na Skałce, na który zwykle tysiące ludzi przybywa z różnych stron. Odpusty te bywały jednak dawniej więcej uczęszczanemi, dopóki okolica kościoła niebyła tak jak teraz zawaloną przekupniami starozakonnymi.

— Wczoraj ukończył się dwutygodniowy jarmark wiosenny w Krakowie.

— Prezes Izby handlowo-przemysłowej p. Teodor Baranowski, wybrany został prezesem Towarzystwa strzeleckiego, którą to godność piastował p. Juliusz August John, lecz złożył ją.

— O tajemniczem zdarzeniu donosi następujący telegram *Deutsche Ztg* z Oświęcimia d. 4go b. m.: „Rzeczywisty rosyjski radca stanu Leontiew jadąc z Nicei do Warszawy, znaleziony został na stacyi tutejszej w wagonie I klasy nieżywy. Leontiew podróżował w towarzystwie niejakiego Mikołaja Zimmermanna. Śledztwo zarządzone“. Wiadomość ta bardzo jest wątpliwą, gdyż do dziśdnia jużby więcej była znaną. O wypadku tym donoszą także do *Dziennika Polskiego*, ale z tym dodatkiem, że Leontiew nagle umarł w wagonie między Dziedzicami a Oświęcimiem.

— *Dziennik Polski* donosi, że w sobotę zrobiła policya lwowska rewizyę w pomieszkaniu p. Gołyńskiego, obywatela z Wołynia, poczem go uwięziła. Pan Gołyński na rozkaz rządu rosyjskiego zmuszony był sprzedać majątek ziemski, który posiadał na Wołyniu i przesiedlić się do Warszawy. Później uzyskał paszport i przybył do Galicyi, gdzie ożenił się i osiadł od lat kilku. Powód uwięzienia oczywiście nie jest znany, wiadomo tylko, że poszukiwano jakiegoś listu, ktory p. G. otrzymać miał z Bukaresztu.

TEATR. We wtorek dnia 8go maja: Obraz dramatyczny ludowy w 5 aktach — ze śpiewami (7 odsłonach), napisał Wł. L. Anczyc. Muzyka Kazim. Hofmana: *Emigracya Chłopska.* — Początek o godzinie wpół do 8ej.

We czwartek dnia 10go maja: Trzeci gościnny występ Józefa Rychtera: Komedya w 3 aktach, Benedixa: *Wujaszek całego świata.* — Jedna scena — Aleksandra hr. Fredry: *Świeczka zgasła.* — Początek o godzinie wpół do 8ej.

PRZEGLĄD POLITYCZNY.

Depesze telegraficzne.

Berlin 6 maja. Porta oświadczyła tu urzędownie, iż w skutku przedstawienia rządu niemieckiego, cofnęła rozkaz wydalenia poddanych rosyjskich w Turcyi i że uznaje protektorat reprezentantów niemieckich w Turcyi nad poddanymi i zakładami rosyjskiemi; zastrzega sobie jednak w szczególnych przypadkach prawo wydalenia pewnych osób podejrzanych. Osoby zostające w urzędowej służbie rosyjskiej winny opuścić Turcyę w terminie później oznaczyć się mającym.

Rzym 6 maja. Książę Karol Pruski był wczoraj u królewicza a dziś u króla. Król odwiedzi go dziś wieczór. Książę jedzie do Florencyi.

N. fr. Presse doniosła, ale *Pester Lloyd* zaprzeczył, jakoby już 15go b. m. miały zebrać się w Wiedniu obiedwie komisye regnikolarne, których zadaniem ułożenie stosunku kwot wspólnych, oraz rozjemstwo w kwestyach spornych a dotyczących zmiany ugody z 1867 r. Dotąd tylko Izba wyższa Rady państwa wybrała pięciu członków do tychże komisyj. Kluby wiernokonstytucyjne ciągle jeszcze naradzają się, czy mają dopuścić do składu komisyi jednego Polaka i jednego ze stronnictwa prawa. Dziś *Fremdenblatt* przemawia za tem, aby niepominięto delegacyi polskiej i posłów tyrolskich przy ułożeniu listy członków komisyi.

Wczoraj w parlamencie angielskim miało przyjść do obrad nad czterema rezolucyami Gladstona przeciw rządowi i Turcyi, któremi naczelnik partyi liberalnej chciał zwalić gabinet torysów. Manewr ten nie udał się jednak, bo partya liberalna rozdzieliła się właśnie na dwie części z powodu tych rezolucyj. Część jej jedna chce upadku gabinetu, ale nie miała odwagi przyjąć na siebie roli wspólnika Rosyi. Szczególniej zamiary Rosyi w Azyi nabawiły ją obawą.

Nord, brukselski dziennik, rosyjską prasę na zachodzie reprezentujący, który długo pokrywał milczeniem ogłoszenie przez rząd angielski dokumetów tyczących się prześladowania unitów w Królestwie, po długim namyśle odezwał się nareszcie z powodu ogłoszenia ich w *Journal des Débats*, ale w jaki sposób? Oto wyszydza raporta urzędowe angielskiej dyplomacyi i usiłuje im odebrać cechę wiarogodności. Jak dalece są błahe argumenta rosyjskiego dziennika z Brukselli, któremi się posługuje w swoich uwagach, dość przywieść tu, iż powiada, że podpułkownik Mansfield nie mógł być dobrze poinformowanym o tem, co się na Podlasiu działo, gdyż okolica ta jest zbyt oddaloną od Warszawy. Wiadomo zaś, że Biała leży na drodze kolei żelaznej o cztery godziny od Warszawy, że ciągłe, codzienne stosunki łączą nadbużańskie okolice ze stolicą Królestwa. Dalej *Nord* mówi, że w sprawie zakazu chrzczenia dzieci unickich przez księży katolickich, mógł był Mansfield być powiadomionym tylko przez chłopów lub księży, że takie źródła należy uważać za żadne, że przeto wszystko co Mansfield donosił w raportach, nie zasługuje na wiarę. Lepiej byłby *Nord* zrobił dla rządu rosyjskiego, gdyby dalej w sprawie tej zachował był milczenie, aniżeli że w tak niezręczny sposób zaczepił dyplomacyę angielską i jej organa. Kto taką sprawę żarcikami zbywa, temu brakło widocznie argumentów.

Nota angielska w odpowiedzi na okólną notę ks. Gorczakowa, której treść przyniósł wczoraj telegram z Londynu, jest w osnowie stanowczą a w formie szorstką. Zrzuca ona całą odpowiedzialność za wojnę nie tylko na Rosyę, ale wprost na cara, i tem jest jakby antytezą noty ks. Decazes, która czyni Turcyę wyłącznie odpowiedzialną za zakłócenie pokoju europejskiego. Nota angielska, pomimo ogłoszenia neutralności, zostawia Anglii zupełną swobodę działania na przyszłość, jakeśmy to przewidywali a zdradza tę głęboką przeciw Rosyi niechęć i to rozdrażnienie, o których w ostatnich czasach donoszono nam z kilku stron. Po tej nocie wszystkiego spodziewać się można ze strony Anglii; lecz nigdy nie należy przecież zapominać, że w tym kraju od słów do czynu daleko. Nota, jak całe postępowanie Anglii może mieć na celu powstrzymanie zapędów Rosyi i zamknięcie jej działania w granicach wskazanych przez cesarza Aleksandra w pamiętnej rozmowie z lordem Loftus w Liwadyi. Jeżeli nie potwierdzają się wiadomości o zmianach mających nastąpić w ministerium angielskiem w duchu bardziej stanowczym a więc w kierunku przedstawianym przez lorda Beaconsfield, to z drugiej strony widocznem jest, iż opozycya rozpada się a najznakomitsi jej członkowie, jak lord Granville odstępują od p. Gladstona i nie chcą się solidaryzować z jego bezwzględną sympatyą do Rosyi i turkofobią. Zajścia te i różnice w łonie opozycyi osłabiają ją a tem samem ułatwią działanie ministerium i umożebnić mogą zwycięstwo polityki lorda Beaconsfielda, lub przynajmniej ułatwić działanie rządu w celu zabezpieczenia interesów angielskich na Wschodzie, zabezpieczenia, któremu także dotąd opozycya stawiała przeszkody, a które objawiłoby się prawdopodobnie okupacyą ważniejszych dla Anglii na Wschodzie punktów. W każdym razie niebawem oczekiwać należy w parlamencie ważnych i zajmujących rozpraw w sprawie wschodniej.

Donoszą dzisiaj, że ogłoszenie neutralności Austryi ma nastąpić w porozumieniu i w ten sam sposób, co Niemiec. Ogłoszenie to będzie podobnem do tego, które ze strony Austryi nastąpiło w r. 1870 z dodatkiem szczegółów tyczących się żeglugi na Dunaju. Wczoraj doniesiono, że p. Tisza niebawem odpowie na interpelacye, które poruszyły sprawę owej żeglugi, a które w pierwszej odpowiedzi pominął milczeniem. Rząd austryacki miał już poczynić kroki dyplomatyczne w celu zawarowania swojego stanowiska w sprawie żeglugi na Dunaju, lecz kroki te niemają mieć charakteru protestacyi, konsulowie otrzymali także rozkazy, aby strzegli własności poddanych austryackich. *Pester Lloyd* omawiając znane odpowiedzi rządowe w sprawie wschodniej, podnosi znaczenie wszelkich zastrzeżeń, które się w nich znajdowały, a które łatwo było dostrzedz. Nieomieszkał on przy tej sposobności położyć znowu nacisku na stosunek do Serbii i wskazać szanowanie jej neutralności, jako warunek *sine qua non* neutralności Austryi i wstrzymania się jej od uzbrojeń. Artykuł *Pester Lloyda* wykazuje ostatecznie, jak wielką jest niepewność, co się tyczy przyszłości, a pod całem jego rozumowaniem czuć przewidywanie konieczności okupacyi Bośni i Hercegowiny, oczywiście ze stanowiska *Pester Lloyda* przeciw Rosyi, kiedy w przekonaniu innych nastąpiłaby ona z Rosyą.

Presse donosi, że hr. Andrassy wyjeżdża do Terebes. Świadczy to, iż nie oczekują w tych dniach żadnych ważnych ani politycznych ani wojskowych wypadków.

Znane przemówienie ministra Kogolniczeno w izbach rumuńskich było w najwyższym stopniu względem Turcyi wyzywające i pozwala przewidywać stanowcze przeciw Porcie wystąpienie Rumunii. W kraju przecież i w izbach powstaje przeciw tej polityce opozycya.

Do *Pol. Corr.* donoszą z Bukaresztu, że misya p. Bratiano do Kiszeniewa miała na celu rozszerzenie konwencyi z 16go kwietnia w tym kierunku, aby w razie najścia terytoryum księstw przez Turcyę, połączyć działanie armii rumuńskiej z rosyjską. Dotąd, zauważa korespondent, Rosya nie zażądała współdziałania armii rumuńskiej.

Porta zezwalając na pozostanie poddanych rosyjskich w Turcyi, zastrzegła sobie wydalenie tych, którzyby niebezpieczne knuli przeciw niej spiski. Odnosi się to widocznie do komitetów panslawistycznych i organizacyi jenerała Ignatiewa.

N. fr. Presse otrzymała telegram donoszący o porażce wojsk egipskich w Darfurze i o naprężonych stosunkach z Abisynią. W skutku tego wice-król miał wstrzymać dalszą przesyłkę wojsk na pomoc Turcyi. Wiadomość ta wymaga potwierdzenia.

Ostatnie depesze telegraficzne „Czasu“.

Peszt 8 maja. Dochody państwa w pierwszym kwartale 1877 r. wynoszą 47 milionów, tj. o 7 milionów więcej, niż w tym samym okresie w roku przeszłym. Rozchód 66 milionów, tj. mniej o $1^3/_{10}$ jak w roku przeszłym.

Berlin 7 maja. Eskadra niemiecka przeznaczona do Wilhelmshaven, a którą składają okręty pancerne „Prusy,“ „Niemcy,“ „Cesarz“ i „Fryderyk Karol,“ oraz parowiec awizowy „Falke“ zbierze się d. 28-go b. m. pod wodzą admirała Batscha i rozpocznie ćwiczenia na morzach niemieckich, a następnie uda się na morze Śródziemne.

Petersburg 7 maja. Z Adryanopola donoszą pod d. 6 b. m.: Słychać, że Turcy koncentrują pod Saganlugh nadchodzące z Erzerum wojsko. Oddział rosyjski z nad Rionu pozostaje na wzgórzach Muhaestacz i przedsiębierze rekonesanse ku morzu i Legwa. Turcy, którzy się zabarykadowali na wzgórzach Legwy, zostali wyparci. Turcy opuścili Czurukoj, którego broni flota turecka.

Petersburg 8 maja. Odpowiedź angielska na notę okólną ks. Gorczakowa, przedłożoną została Cesarzowi w poniedziałek. *Agence russe* nadmienia: Obawy Anglii przed przyszłemi zawikłaniami są, co się tyczy Rosyi, bezzasadne. Co do Serbii, ta zachowa ścisłą neutralność.

Moskwa 7go maja. Komitet słowiański wydał odezwę do swoich ajentów, aby w krajach słowiańskich, które zajmują wojska rosyjskie, obudzali nowe życie narodowe pod względem duchowym, szczególnie kościelnym i materyalnym.

Moskwa 7go maja. Cesarz wraz z rodziną cesarską był wczoraj na nabożeństwie w kościele w Kremlinie, a potem koleją jarosławską udał się do Troicki w klasztorze Sergiewskim. Cesarstwo odjeżdżają dziś o godz. $6^1/_4$ do Petersburga. Na drodze witano ich wszędzie z zapałem.

Londyn 7go maja. Ajencya Reutera donosi z Erzerum 5go b. m.: Prawe skrzydło rosyjskie maszeruje na Geules i Czalder, prawdopodobnie, aby obejść drugą linię obronną Turków pod Soghanle. Lewe skrzydło forsuje przejście z Bajazetu przez Surikoy. Środek wojska rosyjskiego zdaje się stać na dolinie Karsu. Wyniku działań należy wyczekiwać. Pogoda lepsza.

Londyn 8 maja. W Izbie niższej odbywały się wczorajszej nocy obrady nad rezolucyami wniesionemi przez Gladstona. Tenże oświadczył, iż przyjmuje poprawkę Trevelyana do drugiej rezolucyi w tej treści: Izba jest zdania, że Porta, przez postępowanie swoje przeciw swoim poddanym, przez odmówienie dania rękojmij co do lepszej administracyi, straciła wszelkie prawo do moralnego i materyalnego wsparcia ze strony korony angielskiej. Gladstone odstąpił sam od trzeciej i czwartej rezolucyi. Przywódzca opozycyi Hartington wyraził się w tym duchu, że stronnictwo jego będzie odtąd mogło ogólne rezolucye popierać. Minister Northcote oświadczył, iż się zgadza z wzięciem pod obrady rezolucyj na takiej nowej podstawie.

Paryż 8 maja. Książę Walii wsiadł na okręt w Bolonii i wraca do Anglii.

Rzym 7 maja wieczór. Senat prowadził dziś dalsze obrady nad ustawą o nadużyciach duchowieństwa i uchwalił 103 głosami przeciw 93 wniosek postawiony do art. 1go przez Cadornę i Lambertino a przez ministra sprawiedliwości odrzucony, co sprawiło wielkie zdumienie. Inne artykuły uchwalone zostały z małemi zmianami. Cała ustawa nakoniec przyjęta 105 głosami przeciw 92.

Madryt 7 maja. Prowincye Baskie zostały zrównane dekretem królewskim zupełnie z wszystkiemi innemi prowincyami Hiszpanii.

Bukareszt 7 maja. Książę Karol przyjmując adres senatu, wyliczył kroki nieprzyjacielskie, jakich się Turcy dopuścili przeciw portom rumuńskim, statkom i otwartym miastom oraz na spokojnych mieszkańcach i dodaje, że wobec tych działań zaczepnych rząd rumuński nietylko użyje środków przezorności, ale także nie zaniedba wystąpić energicznie, jak mu to przepisują obie Izby; książę widzi jednak teraz ze smutkiem, że dawne nasze umiarkowanie na nic się nie przyda; w tym przypadku odeprzemy gwałt gwałtem, gdyż obowiązkiem jest naszym bronić naszego kraju.

Bukareszt 7 maja. Dziś w nocy bombardowali Turcy port rumuński Bechet i zatopili strzałami 5 statków handlowych angielskich i kilka innych ładowanych zbożem. Baszybozuki zrabowali wsie okoliczne i wrócili z łupem na drugą stronę Dunaju. W. ks. Mikołaj ma tu przybyć.

Bukareszt 7 maja (*pryw.*). Na kolei z Jass do Ungheni idzie teraz codziennie 8 pociągów z wojskiem a 2 z żywnością.

Konstantynopol 7 maja. Francuski delegat wojskowy jedzie tego tygodnia do Szumli, aby obecnym być działaniom wojsk. — Izba przyjęła projekt rządowy względem stanu oblężenia. Dziś odbyła się wielka rada wojenna pod przewodnictwem ministra wojny. Wkrótce ma być przedłożony Izbie projekt ustawy o *moratorium.*

REDAKTOR ODPOWIEDZIALNY I WYDAWCA
Antoni Klobukowski.

Czcionkami Drukarni „CZASU“. Odpowiedzialny, rządca drukarni Józef Łakociński.

Redaction und Administration:
Landstraße, Gärtnergasse Nr. 6.
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen werden portofrei befördert.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich [illegible]
Ganzjährig 28 fl., halbjährig [illegible], vierteljährig 7 fl., monatlich [illegible]
Mit täglich [illegible]
Ganzjährig 32 fl. [illegible] vierteljährig 8 fl., monatlich [illegible]

Einzeln:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Ankündigungs-Bureau
Stadt, Wollzeile 16
Inserate und Briefe an den Redacteur werden tarifmäßig berechnet.

Abonnement für Wien:
Ganzjährig 21 fl. 60 kr., halbjährig 10 fl. 80 kr., vierteljährig 5 fl. 40 kr., monatlich 1 fl. 80 kr.;
mit Zustellung ins Haus ganzjährig 25 fl. 20 kr. halbjährig 12 fl. 60 kr., vierteljährig 6 fl. 30 kr. monatlich 2 fl. 10 kr.
Abonnements werden angenommen in der Haupt-Expedition der „Presse“, Wollzeile 16, und bei allen Zeitungsverschleißern

Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

Motto: Gleiches Recht für Alle

№ 134. **Wien, Donnerstag den 17. Mai 1877.** **30. Jahrgang.**

Wien, 16. Mai.

Aus Paris kommt heute die überraschende Meldung, das Cabinet Jules Simon sei mit einem Fußtritt des Marschalls verabschiedet worden. Das Ministerium [illegible] Folge einer Differenz zwischen dem Minister-[illegible]enten und dem Marschall über den der Kammer vorliegenden Municipalgesetz-Entwurf seine Demission eingereicht. Der Präsident der Republik tadelt in einem [illegible] gehaltenen Schreiben an den [illegible], [illegible] Kammer ein selbständiges Muni[illegible] [illegible] genommen und sogar einige Bestim[illegible]en, wie die Oeffentlichkeit der Gemeinderaths-[illegible]ngen, votirt habe, welche die Ruhe Frankreichs bedrohen könnten. Der Marschall fordert hierüber Aufklärungen in einem Tone, wie er in constitutionellen Staaten nicht angewendet wird. Die einzige mögliche Antwort war die Demission des Cabinets, die denn auch angenommen worden ist. Telegraphisch wird noch gemeldet, Audiffret-Pasquier sei zur Bildung eines neuen Cabinets berufen worden.

Um eines geringfügigen Anlasses willen — die von dem Marschall erwähnte Bestimmung wurde, wie Jules Simon in seiner Erwiderung betont, nicht einmal definitiv angenommen, sondern auf die zweite Lesung vertagt — um eines, wie gesagt also minimen [illegible] wegen und während das Cabinet in der Kammer noch fest steht, während im Senate dessen [illegible] den Angriff vertagt hatten, wird es entlassen. [illegible]lich hat nicht das Municipalgesetz das Ministerium gestürzt, sein Maß war in den Augen des Marschalls [illegible] vierzehn Tagen voll. Das Cabinet nahm damals mit [illegible]ligung Mac Mahon's die Tagesordnung an, [illegible] des Anwachsens der clericalen Agitation, welche eine Gefahr für den innern und äußern Frieden bilde, werde die Regierung aufgefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel in Anwendung zu bringen. Es [illegible] dann, als ob der Kampf im Abgeordnetenhause noch ein [illegible]spiel im Senat haben würde. Die Broglie, [illegible] hatten sich vorgenommen, letzten [illegible] über die Vorfälle in der Kammer zu interpelliren und entweder zu einem Desaveu der in der Kammer acceptirten Tagesordnung zu drängen oder ein Mißtrauensvotum zu insceniren. Man war allgemein auf diese Sitzung gespannt, da sie der Regierung ernstliche Schwierigkeiten bereiten konnte; plötzlich hieß es, die Interpellation werde nicht stattfinden, da Bischof Dupanloup dieselbe als inopportun bekämpfe und es ihm gelungen sei, die Führer der Rechten von ihrem Vorhaben abzubringen. Es schien somit wieder eine Art Waffenstillstand zwischen dem Cabinet und den Clericalen [illegible]; das heutige Telegramm belehrt uns, daß das allerdings nur Schein war.

Thatsächlich war Dupanloup, heute der einflußreichste Rathgeber im Elysée, offenbar schon des Sieges sicher, als er den Führern der Rechten von jedem ferneren Echauffement abwinkte. Das liberale Cabinet scheint einer wohlangelegten Intrigue zum Opfer gefallen zu sein, einer persönlichen Entschließung des Präsidenten, einem reinen Willküract, wie er selbst unter der kaiserlichen Regierung nicht vorkam und höchstens [illegible] Zeiten der Restauration möglich war. Aber von [illegible] wenig correcten Vorgang abgesehen, hat sich das Ministerium Jules Simon thatsächlich in der innern Politik keinerlei Spontaneität und Initiative zu Schulden kommen lassen, die es in irgend einen radicalen Geruch bringen könnten. Es hat die Verbreitung von Petitionen zu Gunsten des Papstes untersagt, die selbst in den Schulen colportirt und von Unzurechnungsfähigen unterschrieben wurden; es hat dem Mißbrauche ein Ziel gesetzt, daß ein Bischof, wie jener von [illegible], nicht etwa die Pfarrer, sondern die Gemeindevorsteher zur clericalen Agitation commandirt. Dies ist nach den Gesetzen eines jeden Staates unzulässig und die Maßnahmen der Regierung fanden den Beifall selbst so relativ liberaler Organe wie der „Débats“. Zu Allem, was die clericale Agitation, die seit Wochen zu einem Bruche mit Italien drängte, in ihrem äußern Vorgehen Unschickliches bewies, kam auch noch der Mangel an Patriotismus, der sich in derselben im jetzigen Moment geltend machte, da Frankreich sicherlich den Frieden mit allen Mächten wünschen muß. Erzbischof Guibert mochte in seinem bekannten Protest gegen die liberalen Reden in der Kammer daran erinnern, daß der französische Clerus sich bei der deutschen Invasion werkthätig hilfreich zeigte — das war nichts als seine Pflicht, die sich von selbst verstand. Der Kirchenfürst hätte sich aber wohl zu sagen, worauf es eben angekommen wäre, daß der französische Episkopat Frankreich nicht jetzt in einen neuen Krieg hineintreiben wolle. Entweder müßte die französische Regierung den Agitationen für die Wiederherstellung der weltlichen Gewalt eine practische Folge geben und die war nur der äußere Krieg oder wenn die Bischöfe dies nicht beabsichtigten, so trieben sie einfach forcirte Volksverhetzung zu Zwecken des inneren Krieges. Inmitten der Gefahren, die der Brand im Orient für jeden Staat des Westens in sich birgt und nachdem kaum eine ernste Controverse zwischen Deutschland und Frankreich friedlich beendigt war, war das Treiben des hohen und niedern französischen Clerus zur Evidenz gegen die Interessen des Vaterlandes gerichtet. Das liberale Cabinet traf nur die allernothwendigsten Maßregeln gegen dasselbe; dafür, daß in der Kammer die Gefühle der Nation in den Reden der Majorität unzweideutig zum Ausdruck kamen, konnte es nichts. Nichtsdestoweniger — es ist beseitigt, und zwar in einer Form, die nicht ihres Gleichen hat. Das Municipalgesetz gab den Vorwand hiefür ab.

Die Berufung des Senats-Präsidenten Audiffret-Pasquier soll wahrscheinlich beweisen, daß der Marschall nicht sofort eine reactionäre Richtung einschlagen will. Wir zweifeln, ob dieser bisher von allen Parteien, außer den Bonapartisten, hochgeachtete Politiker nach dem Vorgefallenen die Mission übernehmen wird, die ihm zugedacht ist. Sei dem übrigens wie ihm wolle, von Neuem zeigt sich, daß Frankreich international nicht mehr in Berechnung kommt. Bisher war man nur gewohnt, die Cabinette in Paris von den Parteien stürzen zu sehen, heute zeigt sich auch, daß der Marschall Ministerien vor die Thüre setzt, die im Parlamente festen Fuß haben. Mit einem solchen Staate rechnet Niemand als Fürst Bismarck in seiner Weise. Der Marschall hat einen ernsten und schwierigen Moment gewählt, um die Unverläßlichkeit des Septennats zu beweisen.

Vom Kriegsschauplatze.

Aus Bukurest wiederholt unser Special-Berichterstatter die Meldung der „Agence Havas“, daß die Russen bei Ghecit die Donau überschreiten und daß sich [illegible] Podbaschi ein heftiger Kampf entwickelt habe. Die Wiederholung der Nachricht der genannten Agence bestärkt uns noch nicht in dem Glauben an deren Richtigkeit, wenn sie auch unzweifelhaft darthut, daß Mittheilungen dieser Art in Bukurest als authentisch verbreitet sind. Wir benützen für heute nur die Gelegenheit, um die vielfach ausgesprochenen Zweifel über die Existenz von Podbaschi zu zerstreuen. Podbaschi ist wol auf den besten Karten nicht zu finden, da dieser Name nur einen kleinen Donau-Arm bei Matschin bezeichnet, in welchem die Segelschiffe der untern Donau zu überwintern pflegen und vor Eisstößen Schutz suchen. Uns scheint diese Stelle zu einem Uebergange für größere und combinirte Truppenkörper nicht geeignet und wenn die Donau überhaupt an dieser Stelle überschritten wird, so dürfte es nur zum Zwecke einer Demonstration geschehen. Ebenso mythisch wird das Dorf Ghecit in den Zeitungen behandelt und mitunter sogar für eine „offene Stadt“ erklärt. Ghecit ist ein kleines Fischerdorf gegenüber Braila, das kaum vierzig Häuser zählt.

Die Kanonade zwischen Turtukaj und Olteniza von gestern wurde heute wieder aufgenommen und wie man in Bukurest erzählt, zum Brandschaden der erstgenannten türkischen Stadt. Man will sogar in Olteniza wissen, daß die Türken sich bereits aus der Stadt in die Redouten bei Turtukaj zurückgezogen haben. Das ist von Olteniza aus ebensowenig zu beurtheilen wie von Rustschuk aus: ob die Besatzung von Giurgewo aus Russen oder Rumänen besteht — wie nämlich der Rust-

Feuilleton.

Kleine Culturbilder.

(Nach Originalquellen von K. Weiß.)

I.

Graf Traun und der Dechant in Bockflüß.

Am Fuße der mit Wald und Weinreben dicht bepflanzten Hochleiten im Marchfelde liegt der ansehnliche Markt Bockflüß, still und abgeschieden von der Hauptverkehrslinie des sich weit ausbreitenden Flachlandes und nur durch Gemeindestraßen mit den Orten Groß-Engersdorf und Auersthal verbunden. Größeres Leben waltet von alter Zeit her nur an den Tagen, wenn Pferdemarkt gehalten wird, am Tage des am Roste gebratenen Laurentius und am Faschingmontag, wenn Jahrmarkt gehalten wird. Sind die Scheuern voll Weizen, Korn und Gerste, die Tennen für das [illegible] gefüllt und versprechen die Reben guten Wein, dann geht es lustig und fröhlich auf dem Platze bei den Marktbuden um den heiligen Johannes von Nepomuk zu und die capitolinischen Wächter des alten Rom braten, dem lieben Laurentius zu Ehren, in reicher Zahl am Spieße. Denn die Bockflüßer sind wol keine reichen Großbauern mit großen Gehöften, sondern meist Handwerker und Kleinhäusler mit Halb- und Viertellehen, aber sie lassen sich nicht spotten, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Schränke und die Keller zu öffnen.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hatten die Bockflüßer ihre schwere Noth. Jahraus jahrein gab es erhitzte Gemüther und blutige Köpfe und man sah damals immer mit mehr Bangen als Freude dem Laurentiustage entgegen. Die Weiber und Dirnen gingen am Arme ihrer Männer und Burschen mehr betrübt als freudetrunken zum Tanz, weil jede von ihnen in peinlicher Erwartung war, ob nicht ihr Liebster vielleicht am nächsten Morgen im Gemeinde-Arreste sitzen werde.

Die Ursache des Haders im Markte war folgender: An der Hochleiten liegt ein Schloß von mächtigem alterthümlichen Baue mit Ringmauern umgeben, in welchem der Gutsherr Johann Adam Graf Traun zeitweilig seinen Sitz hatte. Es war kein schlimmer, aber ein aufbrausender, stolzer Herr, welcher seine eigenen Sitten und Gewohnheiten hatte. In jungen Jahren verübte er viele lustige Streiche, woran sich aber die Bauern nur ungern erinnerten, weil sie ihnen zuweilen sehr lästig fielen, doch trugen sie ihm dieselben nicht nach, da er gerade nicht hart war, wenn einer der Unterthanen mit seiner Robot- und Zehentpflicht im Rückstande blieb oder auf dem Felde seine Rebhühner fing und im Wald ein Reh schoß. Mit einigen scharfen Peitschenhieben auf die dicke lederne Hose war es abgethan, wenn Se. Excellenz in heiterer Laune war. Zum Ueberflusse hatte der Graf einen Verwalter, welchen die Bauern noch mehr als den Gutsherrn fürchteten, ein gemüthlicher Mann, dem es aber oft an Geld fehlte. Das Geld brauchte er keineswegs für sich, sondern für seine hübsche lebenslustige Frau, welche in Wien mehrere Verwandte und — Freunde hatte, denen sie mit theilnahmsvoller Hingebung gerne auszuhelfen suchte. Zuweilen kamen auch Verwandte und Freunde aus Wien und anderen Orten nach Bockflüß, besonders wenn der Herr Graf abwesend war. Da gab es immer lustige Tage und Nächte bei Wein und Spiel im Schlosse. Die Bockflüßer schüttelten wol die Köpfe und begriffen nicht, daß der Herr Graf davon nichts wissen wollte, und die Weiber zischelten sich Mancherlei in die Ohren, aber zuletzt kamen sie immer zur Schlußfolgerung: „Es wäre ihnen ganz gleichgiltig, wenn nur der Herr Verwalter ihre Geldbeutel schonen würde.“ Sowie der Gutsherr, war auch der Pfarrer und Dechant von Bockflüß, Franz Grueber, ungeachtet seines schon hohen Alters ein schneidiger Mann. Streng und gewissenhaft in seinem geistlichen Berufe, verlangte er auch von seinen Pfarrkindern, daß sie ihre Pflichten gegen die Kirche genau erfüllen und er schonte Jene, welche sich vergingen, selbst nicht auf der Kanzel. Demungeachtet lebte er mit der Gemeinde in Frieden, versammelte gerne den Richter und die Geschwornen nach der Vesper im Gemeindewirthshause um sich, wo er ihnen die neuesten Vorfälle aus Wien erzählte, Rathschläge in Ortsangelegenheiten ertheilte und mit dem Bader oder dem Schulmeister seine Schnurren trieb.

Nur der Gutsherr mußte bei allen Gesprächen möglichst aus dem Spiele bleiben; von der Verwaltersbrut wollte er schon gar nichts wissen, welche ihm in tiefster Seele verhaßt war. Seine Dorothea, so hieß die Wirthschafterin, erzählte dem Pfarrer genau von Frau Potiphar. Beide, Graf Traun und Dechant Grueber, lebten schon seit 1757 in erbitterter Feindschaft. Die Veranlassung gab ein Proceß um 14 fl. 26 kr. und 2 Pfennige, welche der Dechant sich geweigert hatte, dem Grafen zu bezahlen und worüber dieser so erbost wurde, daß er Ersteren bei dem Passau'schen Consistorium und bei der Regierung verklagte. Wiewol der Pfarrer zuletzt das Geld erlegte, damit er nicht noch mehr Schuhe zerreiße, ohne jedoch die Rechtmäßigkeit der Forderung zuzugestehen, ließ der Graf dennoch auf Anstiften des Verwalters von dem Processe nicht nach und führte ihn in allen Instanzen durch, was der Dechant mit dem etwas scharfen Worte: niederträchtig bezeichnete. Seit dieser Zeit war der Verkehr zwischen Beiden nur auf das Nothwendigste beschränkt. Kam der Graf und seine Gemalin in die Kirche, so benahm sich der Pfarrer zwar respectvoll, aber bei seinen Predigten ließ er es zuweilen nicht an Sticheleien fehlen. Der Verwalter und seine Frau existirten für ihn nicht — ja er ließ sogar einmal sich vernehmen: „Die leichtsinnige Hexe frevle nur, wenn sie eine Messe höre.“ — Die Folge dieses stark gespannten Verhältnisses zwischen dem Schlosse und dem Pfarrhof blieb natürlich nicht ohne Rückwirkung auf die Bockflüßer. Die Einen, darunter vorzugsweise die Handwerker, hielten zum Gutsherrn und zum Verwalter, und die Bauern, darunter besonders deren Weiber, ergriffen die Partei des Pfarrers, woraus sich die vielen Schlägereien entwickelten.

Das Aergste sollte aber erst kommen. Im Jahre 1740 war Se. Excellenz Graf Traun auf dem Schlosse zu Bockflüß an den Kinderpocken erkrankt. In der Angst vor einer Verunstaltung seines Gesichts durch Pockennarben, machte er während der Krankheit das Gelübde, nach wiedererlangter Gesundheit zu Ehren der Allerheiligsten Dreifaltigkeit eine Denksäule im Markte zu erbauen. Se. Excellenz genas so vollständig, daß keine Spur der Krankheit zurückblieb, worauf er auch sein Gelübde erfüllte, indem er gleichzeitig für sich und seine Nachkommen einen Revers wegen der immerwährenden Erhaltung der Denksäule ausstellte. Außerdem wendete er sich damals an den Pfarrer mit der Bitte, am Fest der Allerheiligsten Dreifaltigkeit über jedesmaliges Ersuchen der Herrschaft nach der Vesper eine Procession zu der Säule zu veranstalten und dort die übliche Andacht, bestehend aus ein

schuker Berichterstatter eines hiesigen Blattes auf dem Kriegsschauplatze mit einem ausgezeichneten Fernrohr auf die Entfernung von mehr als einer halben Meile unterschieden haben will.

An der Nordküste des Schwarzen Meeres setzen die Türken ihre Insurrections-Bestrebungen fort. Sie haben das russische Küstenfort Suchumkale bombardirt und eine Landung versucht. Letztere wurde laut einer Petersburger officiellen Meldung zurückgewiesen.

* *
*

Bukurest, 15. Mai. (Besuch des Großfürsten.) Der „P. C.“ wird telegraphisch gemeldet: „Die fürstlichen Besuche und Gegenbesuche in Plojeschti und hier haben offenbar die Intimität zwischen den officiellen russischen und rumänischen [illegible] noch mehr gesteigert. Großfürst Nikolaus ist von seinem [illegible] Aufenthalte hier [illegible] befriedigt abgereist. In Plo[illegible] Bratiano und Cogolnitscheanu mit den [illegible] russischen Persönlichkeiten Verabredungen getroffen, welche zahlreiche Schwierigkeiten zu beheben den Zweck haben, die theils in Folge der Ungeschicklichkeit, theils in Folge der Unbehilflichkeit der rumänischen Behörden den russischen Truppen auf ihrem Durchmarsche erwachsen. Um dem Großfürsten Nikolaus einen Beweis der aufrichtigen Sympathien Rumäniens für die Sache Rußlands zu geben, hat der Fürst dem Großfürsten Nikolaus eröffnet, daß es nunmehr russischen Truppen-Abtheilungen, um ihnen einen Umweg zu ersparen, gestattet sei, ihren Weg über Bukurest zu nehmen. Es ist aber keineswegs ausgemacht, ob Großfürst Nikolaus von dieser mit Dank aufgenommenen Concession auch wirklich Gebrauch machen werde. Selbst der in russischen Generalstabskreisen gefaßte Plan, eine Kugelbahn von Mareschesti nach Buzeu zu bauen, scheint aufgegeben zu sein.

Zwischen hier und der diplomatischen Kanzlei des russischen Hauptquartiers [illegible] ununterbrochen Verhandlungen wegen der von der rumänischen Regierung urgirten Convention über die Cooperation der rumänischen Armee. Bis jetzt machen die [illegible] Schwierigkeiten, mit Rumänien [illegible] Die letzten Artilleriekämpfe [illegible] Rumanen [illegible] gekostet. Seit drei [illegible] Slatina. Bei [illegible] Mann bereits concentrirt.“

Serajewo, [illegible] Veränderungen in Bosnien. [illegible] ten. Noth und Elend. Der „[illegible]“ „Anstatt Truppen, Munition, Geld und [illegible] mehr als [illegible] nothwendig sind, schickt man uns von Konstantinopel neue Beamte, die ganz gut entbehrlich [illegible] die Nachricht, daß unser Vali [illegible] Pascha [illegible] Mejae [illegible] sei. [illegible]

[illegible] Monats kam es zu zwei Rencontres [illegible] Teschan und Dervent. [illegible] Teschauer Nahija war das Dorf [illegible] hat. Der Angriff [illegible] sehr vehement [illegible]. Die Türken mußten wieder [illegible] der Insurgenten [illegible]. Diese, von [illegible] geführt, erhielten [illegible] unter Jehes und zwangen die Türken ihre Attaquen einzustellen. Der Kampf soll ziemlich blutig gewesen sein und nennt man bedeutende Ziffern von Todten und Verwundeten. Die Insurgenten besetzten darauf [illegible], welches sie mit Schanzen zu befestigen begannen. Ein zweiter Zusammenstoß fand bei Duga im Kreise Dervent am 30. April statt und dauerte vier Stunden. Besondere Vortheile schreiben sich die Insurgenten bei (bosnisch) Grahowo zu. Dort commandirt Despotovics selbst, dem gegenüber Ismet Pascha gestanden sei. Die Insurgenten behaupten, daß Despotovics am Grahowo, zwei Stunden von Tischkovacz entfernt, die Türken aufs Haupt geschlagen und ihnen 300 Gewehre, 80 Pferde, eine Proviant-Colonne und eine kleine Bergkanone abgenommen habe. Auch wollen die Insurgenten 92 Gefangene gemacht haben. Dieses größere Treffen soll am 3. Mai stattgefunden haben.

Die hier angehäuft gewesenen Mengen von Munition, Proviant und Waffen werden auf Befehl der Regierung nach Travnik, Banjaluka, Gratschaniza, Maglaj und Doboj geschickt. Die kleine, aus Regulären bestehende hiesige Garnison ist nach Bjelna und Groß-Zwornik abmarschirt. Die Landeshauptstadt ist so gut wie wehrlos. Nur die Zaptijes und 250 Mann Mustehafis bilden hier die dem Vali zur Verfügung stehende bewaffnete Macht. Die Ruhe dürfte auch hier nicht so leicht gestört werden. Die Bevölkerung denkt nur daran, wo und wie sie Brod hernehmen könnte. Das hier herrschende Elend läßt sich kaum beschreiben. Vorige Woche [illegible] sich mehr als 60 türkische [illegible] zum Militär-Commandanten, [illegible] Pascha, mit [illegible] die Regierung möge ihnen Brod geben, da ihre in den Mustehafis dienenden Männer sie und ihre Familien nicht ernähren können. Der Pascha versprach jeder Familie „vorläufig“ eine Oka Brod und einen Teller „Tschorba“ (Reissuppe) täglich verabreichen zu lassen. Wenn die außerordentlichen Verhältnisse noch durch längere Zeit anhalten sollten, dürfte sich eine furchtbare Hungercalamität in ganz Bosnien, vorzüglich aber unter der mahomedanischen Bevölkerung einstellen.

Inland.

Wien, 16. Mai. (Parlamentarisches.) Das Comité für die Zucker- und Branntweinsteuer-Vorlage hat heute die General-Debatte über diese Gesetzentwürfe beendigt. Es wurde beschlossen, in die Special-Debatte einzugehen, jedoch in das Gesetz außer den für die nächsten zwei Campagnen berechneten provisorischen Bestimmungen auch noch Bestimmungen in Bezug auf die Feststellung des definitiven Besteuerungsmodus aufzunehmen. [illegible] die Rübenabwage als Grundlage der Besteuerung zu [illegible], aber für die Zeit der definitiven Besteuerung auf [illegible] Pauschalirung einzugehen. Zu diesem letzteren Beschlusse wurde ein Minoritäts-Votum angemeldet.

Der Steuerreform-Ausschuß hat in seiner heutigen [illegible] an die Steuergesetze gewählt. Zum [illegible] Personal-Einkommen- und Rentensteuer [illegible] Vorlage, betreffend die Besteuerung der Actien-Gesellschaften, [illegible] Dr. Beer, für die Erwerb-, Gebäude- und Grundsteuer Dr. Menger bestellt.

Wien, 16. Mai. (Dr. Herbst und der Club der Linken. Zur Abstimmung über den Antrag Prato.) Die heute [illegible] bei Dr. Herbst, um denselben zur [illegible] der Obmannsstelle im Club der Linken zu bewegen, sind [illegible] geblieben. Dr. Herbst [illegible], eine auf ihn fallende Wiederwahl anzunehmen und es dürfte deßhalb in der [illegible] Versammlung des Clubs der Linken die Neuwahl des Obmannes vorläufig unterbleiben. Vielleicht daß [illegible] der Linken nach dem [illegible] Club, dessen [illegible] zu leiten. Im Club der Linken [illegible] erwartet, daß aus Anlaß der gestrigen Abstimmung des Abgeordnetenhauses ein Conflict zwischen Dr. Herbst und einem Theile der Mitglieder des genannten Clubs sich ergeben werde. Als der Club über die Ausschußanträge, betreffend die administrative Selbständigkeit Südtirols berieth, sprach er sich wol für die Annahme derselben, die an Dr. Herbst einen warmen Vertheidiger fanden, aus, allein es wurde die Annahme der Anträge keineswegs als bindender Clubbeschluß erklärt, wie überhaupt die Clubmitglieder der Anschauung waren, daß der Gegenstand nicht als eine politische, sondern nur als eine Verwaltungsfrage zu behandeln sei. Zudem kam noch, daß die betreffende Clubsitzung sehr schwach besucht war und daß daher die Ansicht, die Ausschußanträgen bezüglich Wälschtirols beizustimmen, keineswegs als jene der Mehrzahl der Mitglieder des Clubs der Linken angesehen werden konnte. Ein nicht geringer Theil der Letzteren zog es auch gestern vor, vor der Abstimmung sich zu entfernen, um nicht gegen Dr. Herbst und die Clubgenossen aus Wälschtirol stimmen zu müssen. Hoffentlich wird sich der Sturm im Wasserglase bald wieder legen. Stark alterirt über das Resultat der Abstimmung von gestern zeigen sich hingegen die Abgeordneten aus Wälschtirol. Es heißt, sie wären heute von Wien abgereist und werden jetzt zu Hause Rath darüber halten, ob sie ihre Mandate niederlegen sollen oder nicht.

Mit Rücksicht auf das Interesse, welches das gestrige Votum des Abgeordnetenhauses über den Ausschußantrag betreffend Wälschtirol hervorgerufen, lassen wir nachträglich das Ergebniß der namentlichen Abstimmung — 95 gegen 95 Stimmen — hier folgen. Für den Ausschußantrag stimmten die Abgeordneten: Auspitz, Banhans, Bareuther, Beer, Begna-Possecharia, Bertolini, [illegible] Dumba, Edlbacher, Eichhoff, Friedrich, Fürst, Ganahl, Gierowski, [illegible], Göllerich, Gomperz, [illegible] Halka, Hanisch, Heke, Heil[illegible], Hönigsmann, Hofer, Hoffer, Janow[illegible], [illegible]ynski, Kaiser, Kellersperg, Köpl, Kopp, [illegible], Kowalski, Josef Krasicki, Krzyzanowski, [illegible], Mandini, Neuwirth, Nis[illegible], [illegible]her, Pawlikow, Perger, Petritsch, Petruc[illegible], [illegible], Ritter, Rodler, Ryger, Sandrinelli, [illegible], Schönerer, Schrank, Schwab, Seidemann, [illegible], van der Straß, Steermwic, [illegible], Szaricki, Theumer, Thurn, Tinti, [illegible], Wittmann, Wonnarowicz, Zaliesk.

Gegen den Ausschußantrag stimmten die Abgeordneten Arcsin, Bartoszewski, Baum, Blumencron, Brader, Brandis, Carneri, Chelmecki, Ch[illegible], Cienciala, Coronini, Czaytowski, Julian Czerkawski, De[illegible]mann, Dittes, Dormitzer, Du[illegible], Dzwonkowski, Fanderlik, Foregger, [illegible] (Mähren), Ganzwohl, [illegible], Golab, Graf, [illegible], Haller, Hammer-[illegible], Haran[illegible], Hohenwart, Hormuzaki, [illegible], Kolnoky, Khevenhüller, [illegible], Konopka, Koztowski, [illegible], Langer, [illegible]nbacher, Ljubisa, Lumbe, [illegible], Neumayer, Oelz, Pauer, [illegible], Zallinger, [illegible].

Wien, 16. Mai. (Steuerreform-Ausschuß.) In der gestrigen Sitzung [illegible] ein Minoritäts-Votum an, [illegible] Grundsteuer-gesetz wurde hierauf in dritter Lesung angenommen. Der Ausschuß schritt sodann zur dritten Lesung des Gebäudesteuergesetzes.

§. 1 wurde in folgender Fassung angenommen: „Die Hauszinssteuer, wie solche nach den mit dem kaiserlichen [illegible] Februar 1820 festgestellten Grundsätzen in den [illegible] Patente und den Allerhöchsten Entschließungen vom 30. [illegible], 10. April 18[illegible], 25. Juni 1844 und 7. October 1851 [illegible] Orten umzulegen ist, wird auf alle Gebäude [illegible] in Orten gelegen sind, in denen sämmtliche Gebäude oder [illegible] die Hälfte derselben einen Zinsertrag durch Vermiethung abwerfen.“

Zu §. 6 beantragt Abg. Neuwirth, das Ausmaß der Hauszinssteuer von 25 Percent, wie der Ausschuß beschlossen hatte, auf 25 Percent herabzusetzen, welcher Antrag nach einer lebhaften Debatte nur von 16 Stimmen unterstützt und daher nach der Geschäftsordnung abgelehnt wurde, da der frühere Beschluß auf 25 Percent lautend, mit 17 Stimmen [illegible]. Abg. Neuwirth meldete hierauf ein Minoritäts-Votum auf 24 Percent und Abg. Auspitz ein solches auf 26 Percent an.

Der §. 7 wurde nach einer vom Abg. Freiherrn v. Dumbhoff vorgeschlagenen Stylisirung genehmigt und des [illegible]

---

gesprochenen Litanei und dem englischen Rosenkranz, zu verrichten. So geschah es durch zwanzig Jahre. Wiewol der Dechant mit dem Gutsherrn in offener Feindschaft lebte, hielt er doch die Procession, wenn der Gutsherr an ihn das Ersuchen stellte.

Anders kam es im Jahre 1763. Der Verwalter hatte vor Kurzem dem Dechant einen neuen Possen gespielt. Dem gesammten herrschaftlichen Dienstpersonale war bei Strafe der Entlassung verboten worden, den Pfarrhof zu betreten. Eines Tages erschien der Büchsenspanner bei dem Dechant und kündigte ihm an, daß er und sein Caplan sich ja hüten mögen, im herrschaftlichen Walde spazieren zu gehen, wenn sie sich nicht allerlei Unannehmlichkeiten aussetzen wollen. Diese Beleidigungen brachten den Pfarrer in Aufregung. Wenige Tage vor dem Dreifaltigkeitstage ließ der Verwalter durch den Thorwart bei dem Pfarrer anfragen, ob Sonntag bei der Säule die Andacht gehalten werden würde. Dieser ließ ihm antworten: Die Andacht werde gehalten, wenn er, wie in früheren Jahren, [illegible] werde, weil dies keine Schuldigkeit sein [illegible]. Der Verwalter säumte nicht, die Antwort seinem Herrn in geeigneter Form zu hinterbringen. Um [illegible], daß der Verwalter die Worte nicht entstelle, schrieb der Pfarrer an einen im Schlosse als Gast anwesenden Capuziner einen Brief, worin der ganze Vorfall erzählt wurde und bat den Mönch, davon den Grafen zu unterrichten. Letzterer, welcher die Anschauung seines Verwalters theilte, daß der Dechant auch ohne Begrüßung zur Abhaltung der Andacht verpflichtet sei, befahl demselben, dem Pfarrer seine Meinung zur Kenntniß zu bringen.

Am Dreifaltigkeits-Sonntag erschien der Verwalter unter Assistenz des Richters und eines Geschwornen vor der Vesper im Pfarrhofe. Dechant Grueber war nicht anwesend, sondern nach Ulrichskirchen auf Besuch gefahren und hatte dem Caplan den Auftrag hinterlassen, die Andacht nur dann abzuhalten, wenn der Graf darum ansuche. Da dies der Verwalter nicht that, mußte er unverrichteter Dinge abziehen.

Die Nachricht von diesem neuen Conflicte hatte sich im Markte rasch verbreitet. Mit großer Spannung sah man der Vesperstunde entgegen. Ob die Procession stattfinden werde? Diese Frage schwebte auf den Lippen aller Bockflützer. Und als vollends der Verwalter mit dem Richter und Geschwornen gravitätisch und mit ernster Miene über den Marktplatz schritt und den Pfarrhof betrat, war die Spannung allgemein auf ihrem Höhepunkte. Vor jedem Thore standen Gruppen im eifrigen Gespräche und allgemein war die Meinung verbreitet, der Gutsherr lasse den Pfarrer und dessen Caplan in Folge ihrer Weigerung in den Gemeinde-Arrest abführen. Denn solch eine kühne standhafte Haltung gegen Se. Excellenz war unerhört. Als nach einer Weile der Verwalter heftig gesticulirend mit dem Richter und Geschwornen den Pfarrhof ohne den Caplan verlassen, fanden die Bockflützer, daß eine Arretirung vor der Vesper doch nicht angehe und wahrscheinlich die Execution des Befehles nach deren Abhaltung erfolgen werde.

Erwartungsvoll waren die Blicke auf das Schloß gerichtet, um zu sehen, was sich dort vorbereite. Man konnte jedoch nichts Auffälliges wahrnehmen, nur ragten neugierig Köpfe über die Mauer, welche nach dem Markte spähten. Endlich ertönte hell und rein wie immer die Glocke, welche zur Vesper rief, aber nicht wie sonst zur frommen Andacht stimmend. Theils ungestillte Neugierde, theils stille Schadenfreude bewegte die Gemüther. Die Vesper ging [illegible] ohne Zwischenfall vorüber. Der Caplan [illegible] mit so ruhiger und fester [illegible] und den Anwesenden ohne [illegible] Aufregung den Segen gespendet. Die Lichter [illegible]-Altare erloschen und die Kirchenthüre [illegible]. Als der Schulmeister, aus der Sacristei kommend, von den auf dem Platze Versammelten gefragt wurde, ob die Procession zur Dreifaltigkeitssäule stattfinden werde, schüttelte er stumm und [illegible] den Kopf.

Bald darauf hörte man vom Schlosse her einen ungewöhnlichen Lärm und bevor man sich noch über die [illegible] Rechenschaft geben konnte, sprengte auf den Marktplatz im Galop der Gutsherr, Se. Excellenz Graf Traun, in Begleitung des Verwalters, seiner [illegible] und seines Büchsenspanners, mit der Reitpeitsche knallend. Fast gleichzeitig erschien auch die Verwalterin mit dem weiblichen Dienstpersonale im vollen Feiertagsschmuck und postirte sich vor die Kirche. Der Graf stieg ab, ließ den Schulmeister rufen, befahl ihm, die Kirche zu öffnen und die Glocken zu läuten, wozu sich dieser erst unter Androhung strenger Strafe herbeiließ. Seinen Dienstleuten gab der Graf im scharfen Tone die Weisung, von Haus zu Haus zu gehen und den Bewohnern zu sagen, daß die Procession abgehalten werde. Diese Weisung war übrigens ganz überflüssig, denn Alles stand schon auf der Straße, sprachlos vor Erstaunen.

Welcher Bockflützer hätte es gewagt, den Zorn des Gutsherrn auf sich zu laden? Ohne Widerrede folgten sie daher der Aufforderung, zudem als einer der Ersten auf dem Platze der Richter war, welcher doch mit dem Pfarrer im besten Einverständnisse lebte. Sie versammelten sich vor der Kirche und beobachteten den Grafen, welcher in großer Aufregung bald in die Kirche trat, bald wieder vor derselben auf und ab ging, wahrscheinlich in der Erwartung, daß sich auch der Caplan einfinden werde. Doch darauf wartete er vergebens. Im Pfarrhofe rührte sich keine Seele.

Enttäuscht über diesen hartnäckigen Widerstand schrie der Graf erbost, daß er nun selbst die Procession anführen werde. Er formirte den Zug und stellte sich an dessen Spitze mit der Reitpeitsche über der Achsel. Bei dem Pfarrhofe vorüberschreitend, rief er höhnisch: „Weil die Pfaffen nicht beten wollen, so müssen wir H . . . . es thun.“ Ob die Verwalterin mit der Procession ging, bemerkte später der Pfarrer in seiner dem Passau'schen Consistorium vorgelegten Rechtfertigungsschrift, sei ihm nicht bewußt, aber keine andere sei in so gegründetem allgemeinen Ruf.

[illegible] der Dreifaltigkeitssäule, welche auf dem Wege zum Schlosse [illegible], der Graf zum Gebete [illegible] „Pfaffen“ [illegible] sein Pferd bestieg und auf das Schloß ritt, nachdem er noch früher den Bockflützern für ihren Gehorsam gedankt hatte.

Mit dieser Gewaltthat gab sich Graf Traun noch nicht zufrieden. Er ließ dem Dechant sagen, daß er vom Consistorium seine Entfernung verlangen werde, worauf dieser kurz erwiderte, daß er dazu kein Recht habe, weil sein Patron die Landesfürstin sei. Demungeachtet überreichte Graf Traun bei dem Consistorium eine Beschwerde, worin er den Pfarrer beschuldigte, daß er seine Pflichten nicht erfülle, [illegible], sich unehrerbietig gegen die Herrschaft [illegible] und die gräfliche Stiftung bei der Dreifaltigkeitssäule verletze.

Redaction, Administration & Druckerei:
Kolowrat-Ring, Fichtegasse Nr. 11.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Ankündigungs-Bureau:
Stadt, Wollzeile 20.
Insertionspreis nach aufliegendem Tarif.
Inserate übernehmen im Auslande: Havas, Laffite & Co. in Paris, ausschl. für Frankreich Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M. und Basel; G. L. Daube & Co. in Hamburg u. Frankfurt a. M.; Jäger's Buchh. u. Chr. Herrmann's Buchh. in Frankfurt a. M.; K. Schüssler in Hannover; Stuber's Annonc.-Bureau in Würzburg; [illegible] in Dresden; Rudolf Mosse und [illegible] Zeitungsbur. „Invalidendank" in Berlin; Jacob Türkheim in Hamburg; E. E. Oblieght in Paris, Florenz und Rom; H. F. Münster in Verona, Aug. Siegle in London.

Abonnement für Wien:
In der Hauptverlags, Wollzeile 20, u. bei allen Zeitungs-Verschleissern Ganzjähr. fl. 21.60, monatl. fl. 1.80. Mit Zustellung ins Haus: Viertelj. fl. 5.80, monatl. fl. 2.10.
Einzeln: Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 2 kr.

Für die an Austräger, Verschleisser oder sonstige Zwischenpersonen bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Abonnement für das Inland:
Mit tägl. einmal. Postversendung: Ganzj. fl. 28, halbj. fl. 14, viertelj. fl. 7. Mit tägl. zweimal. Postvers. Ganzj. fl. 32, halbj. fl. 16, viertelj. fl. 8.

Abonnement für das Ausland:
Vierteljährig: Für Deutschland bei uns mit directer Kreuzbandsendung fl. 10 Oe. W., beim nächsten Postamte 13 M. 5 Pf.; für die Donaufürstenthümer beim nächsten Postamte 16 Fr. 40 Ct., bei uns 11 fl.; für Italien: bei uns 11 fl. Oe. W.; bei H. F. Münster in Verona u. E. E. Oblieght [illegible] und Rom 28 Fr. 50 Ct. [illegible] Spanien u. Portugal: bei uns [illegible] Chef d. Zeit.-Bur. [illegible] 110 Leadenhall-Street [illegible] für die engl. Colonien [illegible] 11 fl., bei E. Steiger, [illegible] in Newyork, 6 Doll. 40 Cts. [illegible] man closed Mail); für die Türkei und Griechenland: beim Postamte in W[illegible] auch für Egypten [illegible]

Nr. 4570. Wien, Donnerstag, den 17. Mai 1877.

Wien, 16. Mai.

Der Vorschlag der beiden Regierungen zur Feststellung des Quotenverhältnisses ist der Regnicolar-Deputation zugegangen. Dieser Vorschlag, welcher die Festhaltung des alten Verhältnisses von 70:30 beantragt, ist von zahlreichen Tabellen begleitet, welche über die Eingänge an directen und indirecten Steuern in beiden Reichshälften während der ersten acht Jahre des Dualismus Aufschluß geben und eine ziffermäßige Darlegung der Steuer-Restitutionen diesseits und jenseits der Leitha enthalten. Das Ziffernmateriale ist ein sehr umfassendes und geeignet, ein Urtheil über die finanziellen Ergebnisse des Ausgleiches zu ermöglichen. Ob auch ein ungetrübtes? das möchten wir nicht unbedingt bejahen.

Im Jahre 1867 hat man allerdings die Steuereingänge als Grundlage der quotenmäßigen Auseinandersetzung genommen; aber nicht alle Steuern, sondern alle directen, und da diese allein noch kein richtiges Bild der Steuerleistung eines Landes geben, auch die indirecten, jedoch von diesen nur jene, welche diesseits und jenseits der Leitha annähernd eine gleiche Wirkung übten. Es wurden also von der Basis der Berechnung vorerst jene indirecten Abgaben ausgeschieden, welche in beiden Reichshälften nicht nach gleichen Grundsätzen eingehoben wurden oder beide Reichshälften notorisch ungleich betroffen haben. Zu diesen die beiden Reichshälften ungleich belastenden indirecten Abgaben wurden gerechnet: die Mauthen, die Punzirungsgebühr, das Erträgniß der Verzehrungssteuer in geschlossenen Orten, die Biersteuer und die Weinsteuer. Freilich wurde zuletzt die Berechnung der Quote von den beiden Ministerien vorgenommen, ohne daß ersichtlich geworden wäre, ob ein oder der andere Schlüssel zur Grundlage gedient habe. Aber die österreichische Deputation ist sehr vorsichtig vorgegangen und hat der Quotenziffer nur zugestimmt, nachdem sie diese Berechnungsbasen ermittelt hatte.

Nun werden der Regnicolar-Deputation wieder Tabellen vorgelegt, welche eine Berechnungsgrundlage abgeben sollen. In denselben sind alle Steuereingänge beider Reichshälften dargelegt, und aus denselben wird gefolgert, daß die Quotenberechnung von 70:30 sich auch heute noch als die nach den Steuerleistungen zutreffend richtige darstellt. Wenn man aber auf den Grundsatz zurückgreift, welcher für die österreichische 1867er Deputation maßgebend war, daß jene Steuern auszuscheiden seien, welche in beiden Reichshälften nicht nach gleichen Grundsätzen eingehoben wurden oder dieselben ungleich belasten, so gäbe es jetzt eigentlich gar keine Steuer mehr, welche sich als geeignet darstellte, die Grundlage für die Quotenberechnung zu bilden. Denn die directen Steuern sind der wechselseitigen Controle der beiden Reichshälften entwachsen und werden nach ganz verschiedenen Grundsätzen eingehoben. Die indirecten Steuern sind zwar gemäß den Bestimmungen des Zoll- und Handelsbündnisses nach gleichen Grundsätzen zu behandeln; aber abgesehen davon, daß die praktische Anwendung dieser Grundsätze große Verschiedenheiten aufweist, sind auch einzelne Abgaben grundverschieden aufgelegt, wie die Stempel und Gebühren, und ein Theil der indirecten Abgaben belastet die beiden Reichstheile sehr ungleich, in welcher Beziehung die Eintheilung vom Jahre 1867 noch immer maßgebend ist. Wir können uns angesichts dieser unbestreitbaren Thatsachen der Meinung nicht erwehren, daß die Zifferngrundlage, welche in den Tabellen geboten ist, so interessant die Nachweisungen an und für sich sind, doch eine uneingeschränkte Würdigung zum Zwecke der Quotenbemessung nicht werde finden können. Wir zweifeln überhaupt, daß bei dem Auseinandergehen der Steuerentwicklung in den beiden Reichshälften eine unbefangene und verläßliche Grundlage für die Quotenbemessung sich werde aufstellen lassen; und eben mit Rücksicht auf diesen Mangel wird der Status quo sich noch immer als der relativ verläßlichste Maßstab für die erneute Quotenberechnung darstellen.

Halten wir aber bei dem Status quo, so drängt sich naturgemäß die Frage auf, wie denn die veränderte Behandlung der Steuer-Restitutionen sich mit demselben vereinige? Die Ziffern, welche zu Gunsten einer veränderten Behandlung vorgeführt werden, sind wahrhaft drastisch. Ungarn restituirt Steuern, welche es gar niemals eingenommen hat, und dies in einem Maße, das als bedrückend für dasselbe angesehen werden muß. Wenn Ungarn an den Steuer-Restitutionen ganz unverhältnißmäßig mehr, als ihm nach dem Quotenverhältnisse zukäme, participirt; wenn es die Steuer restituirt, welche von Oesterreich eingehoben wird, so ist dies allerdings ein Verhältniß, welches behoben zu werden verdient. Und dies umsomehr, als zur Zeit, wo das Quotenverhältniß festgesetzt wurde, eine solche in schroffe Ungleichheiten ausmündende Entwicklung der Dinge nicht vorausgesehen wurde. Aber wenn man derartige Ungerechtigkeiten beheben will, dann kann man denn doch nicht vergessen, daß eine ähnliche Ungerechtigkeit auch zu Lasten Oesterreichs besteht. Ungarn leidet nur deßhalb, weil die Restitutionen aus den gemeinsamen Zoll-Erträgnissen bestritten werden. Die Restitutionen sind Exportprämien und müssen vermöge ihrer Natur aus den Zoll-Erträgnissen bestritten werden, weil diese letzteren sich naturgemäß um die ersteren vermindern. Diese beiden Einnahms- und Ausgabsposten gehören zu einander. Steckt also in dieser Rubrik eine Härte, so muß man weiter greifen und die ganze Rubrik einer erneuten Prüfung unterziehen. Oesterreich wird durch die Bestimmung geschädigt, daß die Zoll-Einnahmen zur Bestreitung der gemeinsamen Auslagen verwendet werden. Die Zölle sind Verbrauchsabgaben, als welche sie — von ihrer sonstigen zollpolitischen Natur sei hier abgesehen — nur dann zu gemeinsamen Ausgaben verwendet werden könnten, wenn der Consum in beiden Reichstheilen ein proportional gleicher wäre. Das wird aber Niemand behaupten wollen. Wenn man nun schon an dem einen Theile der gemeinsamen Bedeckung Rectificationen vornehmen will, warum nicht das Gleiche an dem anderen thun, wo gleiche Ursachen gleiche Maßregeln erheischen? Ist es ungerecht, daß Ungarn österreichische Steuern restituirt, so ist es nicht minder ungerecht, daß Oesterreich für Ungarn Consumzölle bezahlt. Wenn eine wirkliche Ausgleichung statthaben soll, dann haben wir nichts dawider, daß ein neuer Schlüssel für die Auftheilung der Restitutionen Anwendung finde; aber dann scheint uns, daß diese Maßregel ihre Ergänzung in der Aufstellung eines neuen Schlüssels zur Vertheilung der Zoll-Einnahmen finden solle. Diese Ergänzung dürfte schon mit Rücksicht auf die bestehenden Zölle ihre Berechtigung haben; um so weniger könnte aber die Berechtigung in Bezug auf die neu einzuführenden Finanzzölle bestritten werden. Wenn Oesterreich in Folge der veränderten Berechnung der Zoll-Restitutionen eine Mehrbelastung von mehr als einer Million Gulden übernehmen soll, so erscheint uns dies an und für sich nicht ungerechtfertigt; aber dieser Mehrbelastung soll die qualitätsmäßige Minderbelastung aus einer veränderten Vertheilung der Zoll-Einnahmen gegenüberstehen. Wir haben in dieser Richtung keine ziffermäßigen Nachweisungen wahrgenommen. Aber wenn dieselben auch schwierig sind, jenen allgemeinen Charakter, welchen die vorgelegten Steuerausweise haben, werden auch die Consumberechnungen haben können; diese erst werden das Bild der Steuergrundlagen für den Ausgleich vervollständigen.

Der Krieg.

Wien, 16. Mai.

An der Donau wird frisch darauf los kanonirt. Es vergeht kein Tag, ohne daß die Türken ihre todbringenden Grüße von Widdin nach Kalafat und von Turtukai nach Oltenitza hinübersenden, und bald dürfte dies auch von Rustschuk aus der Fall sein, dem gegenüber die Rumänen, scheinbar im russischen Auftrage, nicht weniger als dreißig Redouten erbauen. Diese Redouten mögen wol den Zweck haben, bei der eventuellen Belagerung von Rustschuk durch die Russen Dienste zu thun und Ausfälle der Türken nach dem linken Donau-Ufer zu verhüten. Wie es scheint, erreichen die Türken den Zweck, welchen sie durch diese Beschießungen verfolgen, nämlich die Störung der Befestigungs-Arbeiten auf dem linken Donau-Ufer, vollkommen. Ganz läßt sich allerdings der Bau von Schanzen nicht verhindern, da tüchtige Sappeurs selbst unter feindlichem Feuer fortzuarbeiten pflegen. Die Rumänen allerdings sind schwerlich aus jenem Holze, aus welchem Helden geschnitzt werden; wenigstens behauptet die böse Welt, seit den Zwanziger-Jahren sei kein Soldat der rumänischen Armee im Kampfe verwundet worden. Daß selbst die Russen einiges Mißtrauen in den Muth und die Widerstandsfähigkeit ihrer Alliirten haben, beweist die Thatsache, daß sie, obgleich die rumänische „Armee" die Kleine Walachei besetzen wird, eine Division nach Krajowa, und zwar zur Deckung ihrer rechten Flanke, detachiren.

Ein Brief aus Jassy, welchen die Pol. Corr. heute veröffentlicht, bestätigt die Meldung unseres in Bukarest weilenden Special-Correspondenten, derzufolge die Russen bedeutende Streitkräfte bei Turnu-Magurelli und Zimnica concentriren. Nach derselben Quelle wären auch sämmtliche sechs russische Corps, welche anfänglich die Operations-Armee bildeten, bereits in Rumänien eingerückt und hätte das IV. Armeecorps schon am 13. d. mit einer Brigade Jassy passirt. Das XIII. und XIV. Corps, welche mit dem obgenannten bekanntlich ebenfalls zur Actions-Armee gehören, sollen demnächst folgen.

Die Thätigkeit der **türkischen Escadre** an der **Ostküste des Schwarzen Meeres** hat bereits größere Dimensionen angenommen. Am 14. d. sind fünf türkische Panzerschiffe vor Suchum-Kale angekommen, welches, wie selbst die russische Depesche zugibt, unter dem türkischen Feuer

Feuilleton.

Friedrich Hebbel, der Dichter des Hungers.

1. Auf der Galeere.

Wie mag einem unschuldig Verurtheilten zu Muthe sein, der den größten Theil seines Lebens auf der Galeere hat zubringen müssen? Zuletzt wird wol seine Unschuld erkannt, er wird mit Ehren und Würden überhäuft — aber die grausigen Erinnerungen haben jede Unbefangenheit und Freudigkeit des Daseins zerstört. Solch langsamer Justizmord des Schicksals hat sich an Friedrich Hebbel vollzogen, dessen Leben als nachgelassenes Werk Emil Kuh's soeben in zwei starken Bänden bei Braumüller in Wien erscheint. Alles Absonderliche, Unheimliche, ja Häßliche, das uns in den Schöpfungen Hebbel's bei den schönsten Stellen oft überfällt, erklärt sich zur Genüge aus seinem entsetzlichen Lebensgange. Im nordischen Klima erzeugter Spleen, von den Ahnen ererbtes Berserkerblut, durch mangelnden Erfolg herbeigeführte Gemüthsverbitterung — hierin liegt nicht der Schlüssel zu Hebbel's räthselhaftem Wesen. Laut seiner in Kuh's Darstellung verwebten Tagebücher liegt er im — Hunger.

Friedrich Hebbel wurde am 18. März 1813 in dem ditmarsch'schen Landstädtchen Wesselburen in der armseligen Hütte eines Maurers geboren. In dieser Hütte fehlte im Winter, wo es keine Arbeit gibt, das Brot meistens, und selbst im Sommer häufig. Durch die napoleonischen Kriege, deren Kanonendonner von Hamburg herüberhallte, war diese Noth noch gestiegen. An der Wiege des Taglöhnerkindes singen die Parzen ein böses Lied: Hunger soll dich stets umschleichen, soll die Knochen dir erweichen, wirst dafür den Kranz erreichen! Die früheste Erinnerung des Knaben ist Hunger. Der Hunger läßt ihn oft nicht schlafen und erzeugt grausige Träume. Den Strick vom Wäsche-Aufhängen befestigt dann der liebe Gott zwischen Himmel und Erde, setzt ihn hinein und schaukelt ihn, daß er im rasenden Fluge bald mit dem Kopf die Sterne, bald mit den Füßen den Koth der Erde berührt — eine Vorbedeutung seines Lebens. Die Spielgenossen des Kindes, Hund und Katze, müssen als unnütze Esser getödtet werden. Dafür wird fleißig in der Bibel gelesen, wie zur Zeit der großen Noth die Mütter Jerusalems ihre Kinder schlachten. Unterricht erhält er in einer Lumpenschule, wo die Kameraden den Hungerleider auffordern, von ihren mitgebrachten Lebensmitteln zu essen, und wenn er es thut, ihn des Diebstahls verklagen, so daß er sich an das schweigende Hungern gewöhnt. Mit ihnen im Dorfteich zu baden, schämt er sich, weil er kein Hemd anhat. Das Schicksal will ihn für die Nachtseiten des Lebens kunstgemäß trainiren.

In den langen Winternächten darf keine Kerze brennen, weil der Vater solchen Aufwand verbietet. Verschafft sich der lernbegierige Knabe, der all den begüterten Mitschülern vorauseilt, doch ein Lichtstümpfchen, so muß er vor dem prüfenden Auge des Vaters die Ritzen der Thür sorgfältig verstopfen. Er hat das Naturell der Mutter, aufbrausend, hochstrebend und weltverachtend; sie schärft ihm ein: sich wegzuwerfen sei selbst in der größten Noth noch immer zu früh. Wir werden ihn später auch nicht mit einem Laute sein ewiges Hungern verrathen sehen. Der Vater schlägt den Liebling der Mutter, wenn er ihn beim Lesen oder Zeichnen ertappt, um ihm den Wahn auszutreiben, als sei er zu Besserem geboren. Der Vater theilt das Erziehungsprincip jenes Obersten aus der guten alten Zeit, der dem eintretenden Recruten sogleich Fünfundzwanzig geben ließ. „Ich habe nichts gethan und werde geprügelt!" jammert der Aermste. „Nun denke, mein Sohn," belehrt ihn der Oberst, „wie es dir ergehen wird, wenn du etwas anstellen wirst." Der einzige Lichtpunkt des Daseins schimmert im Herbst, wenn der große Birnbaum des Hofraumes dem Knaben seine Früchte in den Schoß wirft — ein Sinnbild der Poesie.

Zur Belohnung für gutes Verhalten geht der Vater mit dem achtjährigen Knaben zu Fuß in das drei Meilen entfernte Meldorf, woher die Familie stammt. Um aber dort der armen Großmutter nicht zur Last zu fallen, muß der Knabe beim Betreten des Dorfes zuvor eine Masse trockenen Brotes verzehren, sich bei den Verwandten für satt erklären und ohne etwas vom Orte zu sehen wieder den Rückmarsch antreten. So verfährt man würdig des großen Ahnherrn, des Nationalhelden Wolf Isebrand, der bei dem benachbarten Hemmingstedt die Dänen im Jahre 1500 schlug. Nach der Entwicklung der Feuerwaffen nahmen die Dänen an der ditmarsch'schen Bauernrepublik blutige Rache und brachten Isebrand's Geschlecht so herab, daß der Dichter die Gefühle der Seinigen aussprach, wenn er am Schlusse von „Herodes und Mariamne" sagt: „Es lebt vom Stamme David's noch ein Zweig, allein er pflanzt sich nur in Bettlern fort." Der Stolz auf diese Abstammung setzte immer sein Blut in Wallung und versüßte ihm das Hungern.

Den Gipfel des Elends erreicht die Familie, als sie aus ihrer armseligen Hütte ausgetrieben wird. Der Vater war nämlich noch vor der Geburt des Knaben aus reinem Edelmuth als Bürge für einen Freund eingestanden und bisher unbehelligt geblieben, weil der Gläubiger wegen Brandlegung im Zuchthause saß. Des freigewordenen Blutsaugers erste That war die Austreibung der Familie. Also wegen Edelmuthes wurde der Vater gestraft. Was bei den Reichen gerühmt wird, wird bei den Armen getadelt. Nun war die Poesie des Lebens dahin — kein Obstbaum winkte mehr. Hingegen sollte der Knabe das väterliche Maurerhandwerk erlernen. Die Mulde voll Lehm auf der Schulter und ein Buch in der Tasche ging er an die Arbeit, zeigte aber nicht die mindeste Maurerbegabung. „Der Bube taugt zu gar nichts! er wird ein Comödiant!" rief der erzürnte Vater und verdoppelte die Schläge. Der Tod des ehrlichen, aber beschränkten Mannes erlöste den Knaben. Zwei Lehren hatte er von diesem Vater für immer behalten, daß Brot als Nahrung genüge, ohne daß es die Umgebung zu wissen brauche, und daß die Kunst darin bestehe, aus schlechtem Material ein gutes Haus aufzuführen. Hebbel's Leben ist die Illustration zu diesen Lehren. Bis zu seinem Wiener Aufenthalt blieb Brot mit Kaffee seine Hauptnahrung, und immer baute er aus unsympathischen Stoffen seine Werke auf.

ziemlich stark gelitten hat. Daß die Türken bei Suchum, einer starken russischen Festung, einen Landungsversuch gemacht haben sollten, ist um so unwahrscheinlicher, als Suchum nicht im Handumdrehen eingenommen werden kann. Es scheint vielmehr, daß die Türken an einem andern Punkte eine Landung ausgeführt und mittlerweile die Besatzung von Suchum-Kale durch eine Demonstration verhindert haben, Truppen nach dem bedrohten Punkte abzuschicken.

Die Abchasier oder Abchasen, in deren Gebiet die letzten türkischen Landungen stattfanden und welche sich heute bereits gegen das russische Joch erhoben haben, zählen etwa eine Viertelmillion Köpfe und bekennen sich zum allergrößten Theile zum Islam; ihr Fürstenhaus nahm unter Safar Bey (gestorben im Jahre 1821) das Christenthum an, es sind die Fürsten Schirwaschidse. Seitdem im Jahre 1824 ein von Aslan Bey, dem Bruder Safar Bey's, erregter Aufstand durch die Russen unter Fürst Gortschakoff gedämpft wurde, wird Abchasien als dem russischen Reiche einverleibt angesehen.

Von glaubwürdigen Personen, welche aus der **Ukraine** und **Podolien** in Krakau eintrafen, erfährt der Czas, daß unter den dort campirenden **russischen Truppen**, welche jeden Augenblick Marsch-Ordre erwarten, eine tiefe Niederschlagenheit herrscht. Es ist unter ihnen die Ueberzeugung verbreitet, daß sie einem sicheren Tode entgegengehen. Wenn nicht von türkischen Kugeln, so doch an ansteckenden Krankheiten. Man sah Truppen, welche, als sie ausrückten, in lautes Weinen ausbrachen, und in Folge dessen wurde den militärischen Behörden befohlen, die für den Kriegsschauplatz bezeichneten Truppen in der Nacht aus den Städten abmarschiren zu lassen. Man glaubt, daß die Erzählungen der aus Serbien zurückgekehrten Freiwilligen über die Tapferkeit der Türken einen Antheil an der Panique der Truppen haben. Merkwürdigerweise ist diese Demoralisation aber auch in den Reihen der Officiere eingerissen, welche ganz laut erklären, daß sie Opferlämmer seien. Fälle von Desertion sind nicht selten. Ein **Lieutenant** eines aus **Berdytschew** recrutirten Infanterie-Regimentes verschwand und wurde einige Tage darauf, Anfangs Mai, erwischt, als er sich eben bei Radziwilow über die österreichische Grenze stehlen wollte. Er wurde nach Berdytschew zurückgebracht und **standrechtlich erschossen**.

Die telegraphisch signalisirte Zuschrift eines Fachmannes an die Triester Zeitung über die „russische Flotte“ lautet wie folgt:

Ich kann nicht umhin, einige besonders in binnenländischen Blättern mit auffallender Sachunkenntniß verbreitete Nachrichten über die russische Flotte richtigzustellen und auf das allerbestimmteste zu erklären, daß Rußland weder im Schwarzen Meere noch in den gesammten Gewässern der Welt jene Macht besitzt, welche wir unter „Flotte“ überhaupt und „Schlachtschiffe“ insbesondere verstehen. Möglich, daß diese Flotte auf dem Papiere existirt — d. h. von der Regierung bezahlt wurde — auf den Meeren schwimmt „keine russische Flotte“. Neben zwei größeren gepanzerten Schiffen, darunter „Peter der Große“, welcher übrigens vergebens versuchte, in die See zu stechen, befinden sich in Kronstadt nur circa ein Dutzend gepanzerter Monitors, wovon der beiweitem größte Theil von Amerika übernommen wurde; diese Schiffe, ehrwürdig an Alter, sind einer Periode der maritimen Entwicklung entsprungen, welche man ihre Kindheit nennen kann, und verdienen diese gepanzerten Baraken wol nicht den summarischen Namen „Flotte“.

Vor Ausbruch des Krieges befand sich innerhalb Gibraltar unter Commando des Admirals Butakoff — die [illegible] gepanzerte Fregatte „Petro-Paulowska“, welche sich nun in einem italienischen Hafen befindet, ihre unbrauchbare Maschine demontirt hat und dieselbe wieder montiren lassen muß, weil die Maschine in ihrem Zustande nicht gebraucht werden konnte. Die hölzerne Fregatte „Svetlana“, befehligt vom Großfürsten Alexis, einem Sohne des Kaisers, ist mehr eine Yacht als ein Kriegsschiff. Die hölzernen und [illegible] deckten Corvetten „Askold“, „Bogomil“ und „Kreusser“, dann zwei kleine Kanonenboote befinden sich in den griechischen Gewässern in Sicherheit, während alle anderen Schiffe am 14. October 1876 den Hafen von Smyrna verließen und sich nach Amerika begaben. Im Schwarzen Meere befinden sich zwei Popoffkas, das heißt zwei schwimmende gepanzerte Batterien, welche bei ausnahmsweise sehr gutem Wetter auch den Versuch wagen könnten, sich auf einige Meilen vom schützenden Hafen zu entfernen, einige kleine Kanonenboote und ein halbes Dutzend „Plaisir-Yachts“. Endlich befindet sich in den Gewässern des Amur ein halbes Dutzend kleiner hölzerner Schiffe. Dies die „Seemacht“ von Rußland. Ich kann daher nicht verstehen, wie ein Mitglied des englischen Unterhauses die Frage aufwerfen konnte, welche Maßregeln zum Schutze des Suez-Canals gegen einen russischen maritimen Handstreich ergriffen wurden!

Aus Rumänien.

Aus **Bukarest**, 14. Mai, schreibt man uns Folgendes:

Die Kämpfe zwischen Kalafat und Widdin und zwischen Oltenitza und Turtukai haben bereits eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschenleben gekostet. In Kalafat, das bereits wiederholt der Gegenstand des Angriffes der Widdiner Artillerie gewesen ist, sollen viele unserer Soldaten kampfunfähig gemacht worden sein. Unsere Blätter erzählen selbstverständlich nichts davon, aber ich kann Ihnen sagen, daß von hier aus ein bedeutender Zuschuß an Verbandmaterial dahin gesendet werden mußte. Die Zahl der Todten ist wol geringer als die der Verwundeten, aber ebenfalls erheblich. Heute wird der Leichnam des in Kalafat gefallenen Artillerie-Hauptmanns Dunca hier erwartet, um mit den nöthigen Ehrenbezeigungen beerdigt zu werden. Timpul, der in seiner soeben erschienenen Extra-Ausgabe eines gestern Nachts stattgehabten abermaligen Angriffes seitens der Widdiner Batterien erwähnt, sagt darüber Folgendes: „Das Feuer von Widdin hatte den Zweck, die Aufmerksamkeit unserer Batterien auf sich zu lenken, damit ein türkisches Kriegsschiff unbemerkt passiren könne. Der Zweck mißlang, denn das Schiff mußte sich, von unserer Artillerie beschädigt, zurückziehen.“ Hierauf aber folgt der merkwürdige Schluß: „Unsere Verluste, obwol bedauernswerth, beeinträchtigen jedoch unsere militärische Macht nicht.“ Der Verlust muß demnach ein bedeutender gewesen sein, daß man uns darüber beruhigen zu müssen glaubt.

Noch schlimmer als in Kalafat scheint es leider unseren Truppen in Oltenitza gegangen zu sein. Gestern begannen die türkischen Geschütze mit Sonnenuntergang abermals Bomben herüberzuschleudern. Als unsere Artillerie eine Batterie am Ufer aufstellen wollte, begann das Feuer wieder, und ein türkischer Monitor, welcher Infanterie an Bord hatte, näherte sich, um am Kampfe theilzunehmen. Es ist wahr, daß der Monitor sich wieder zurückzog, aber erst nachdem er eine bedeutende Verheerung in Oltenitza angerichtet hatte. Ich erfahre hiezu von unterrichteter Seite, daß die Türken unser Ufer betraten und daß ein heftiges Gefecht sich entsponnen habe, das uns 800 Todte und Verwundete kostete. Mehrere Verwundete sind bereits hier eingetroffen und im Spital untergebracht worden.

Die jüngst gebrachte Nachricht unserer Journale, daß beim ersten Artilleriekampf zwischen Oltenitza und Turtukai die Bewohner dieser letzteren Stadt zweimal die weiße Fahne aufgehißt, und die daraus gezogene Folgerung, daß wahrscheinlich der durch unsere Geschosse verursachte Schaden ein furchtbarer gewesen sein müsse, rectificirt Timpul dahin, daß die Türken einfach durch die weiße Fahne den Stand ihrer Ambulanzen anzeigen wollten. k.

Von einem unserer **Special-Correspondenten** in **Rumänien** erhalten wir folgende Berichte:

Turn-Severin, 13. Mai.

Wie ich Ihnen schon telegraphisch berichtet habe, werden in Widdin sämmtliche türkische Segler mit Kabeln und Bojen versehen und deren Masten gekappt. Es deutet dies auf den Umstand hin, daß an einen Brückenschlag gedacht werden muß. Die starken Masten, Stengen und Raaen werden als Verbindungshölzer verwendet werden.

Die zwei ungarischen Dampfer „Feher“ und „Clotilde“, sowie fünf hölzerne Fruchtschiffe wurden hier an russische Commissäre verkauft, was auch russischerseits auf die Absicht, baldigst die Donau zu überschreiten, schließen läßt.

Wer einen Heller in der Tasche hatte, hat die Stadt verlassen und sich vorerst nach Orsowa geflüchtet. Die großartige Niederlassung der Donau-Dampfschifffahrt steht verödet da, die Schiffswerfte ist geschlossen, die Arbeiter sind entflohen. Tausende von Flüchtlingen kommen aus Kalafat und Turnu-Magurelli an; nicht nur die Theuerung nimmt überhand, wir stehen bald vor dem Momente, wo man selbst um vieles Geld nichts mehr bekommen wird; denn die erschreckten Landbewohner haben alle Zufuhren eingestellt. Die hiesigen Pferdebesitzer senden ihre Pferde nach Oesterreich, um sie vor der russischen Requirirung sicherzustellen. Nach den von den Quartiermachern getroffenen Vorbereitungen dürften in nächster Woche zwei- bis dreitausend Mann hier eintreffen.

— 14. Mai.

Nachdem sowol das ungarische Ministerium als auch die Seebehörde in Fiume einen Erlaß, betreffend die Regelung der Schifffahrt während der Dauer des Krieges, und specielle Weisungen an Rheder und Capitäne erlassen hat, in welchen begreiflicherweise gegen die Verführung jedweden Kriegsmateriales oder Kriegscontrebande ein ausdrückliches Verbot decretirt wird, passiren hier täglich ungarische Dampfer und Schiffe, welche an die Russen verkauft sind. Heute wieder langte hier der Propeller „Uj-Pest“ an — es ist dies der dritte Dampfer. Gibt es aber wol größere Kriegscontrebande als an den Feind verkaufte Schiffe? Die Antwort darauf mögen uns die Executiv-Behörden in Orsowa geben. Es **sollen** noch zwei Dampfer und zehn hölzerne Schlepper kommen; ich sage es **sollen**, denn ich bin gewöhnt, Ihnen nur Thatsachen zu berichten, und ich weiß, daß die betreffenden Schiffe Drenkowa noch nicht passirt haben, allein wahrscheinlich dürfte sich dieses Gerücht bestätigen. Russische Feldbäcker sind hier eingetroffen und große Quantitäten Mehl angekauft worden. S. S.

Inland.

Wien, 16. Mai. (**Parlamentarisches.**) Nun zeigt es sich, daß auch das Ministerium mit dem Resultate der gestrigen Abstimmung über den Prato'schen Antrag nichts weniger als zufrieden ist; denn gerade im jetzigen Augenblicke käme der Austritt der wälschtirolischen Abgeordneten aus dem Reichsrathe auch der Regierung sehr ungelegen. Es verlautet bereits, daß das Ministerium, um das Ergebniß der gestrigen Debatte zu paralysiren, darauf bedacht ist, den Wälschtirolern ein wenigstens theilweises Entgegenkommen im Sinne der Erklärungen Lasser's zu beweisen. Zunächst soll die seit einem Jahre unbesetzte Hofrathsstelle bei der Trienter Statthalterei-Expositur, welche zuletzt der jetzige Landes-Präsident der Bukowina, v. Alesani, innehatte, wieder besetzt werden. Uns scheint übrigens, daß das Ministerium auch ohne eine Resolution des Abgeordnetenhauses in der Lage ist, den Weg zu betreten, welchen der Ausschuß für den Prato'schen Antrag vorgeschlagen und welchen Baron Lasser selbst als den richtigen bezeichnet hatte.

Zur gestrigen Debatte selbst tragen wir im Folgenden noch das Resultat der namentlichen Abstimmung über die Ausschußanträge nach.

Für den Ausschußantrag stimmten die Abgeordneten: Auspitz, Dr. Banhans, Dr. Bareuther, Dr. Beer, Dr. Conte Begna-Possedaria, Dr. v. Bertolini, Dr. Blaas, Graf Bonda, Budig, Freiherr v. Ciani, Claudi, Reichsfreiherr v. Cresseri, Dr. Dinstl, Dr. Dordi, Dumba, Dr. Edlbacher, Freiherr v. Eichhoff, Friedrich, Fürst, Ganahl, Gierowski, Dr. Giskra, Göllerich, Gomperz, Dr. Granitsch, Dr. Franz Groß, Freiherr v. Hackelberg, Halka, Dr. Hanisch, Hecke, Dr. Heilsberg, Held, Dr. Herbst, Dr. Hönigsmann, Dr. v. Hofer, Dr. Hoffer, Dr. Janowski, R. v. Jessernigg, Dr. Juzyczynski, Dr. Kaiser, Freiherr v. Kellersperg, Köpl, Dr. Kopp, Freiherr v. Korb-Weidenheim sen., Kowalski, Joseph Krasicki, Dr. Krzyzanowski, Dr. Kuranda, Dr. Landau, v. Mackowitz, Meißler, Dr. Mendini, Neuwirth, Nischelwitzer, Dr. Ofner, v. Pacher, Pawlikow, Dr. v. Perger, Petritsch, Petruszewicz, Dr. v. Plener, Posch, Ritter, Dr. Rodler, Dr. Anton Ryger, Dr. R. v. Sandrinelli, Saxinger, Dr. Schaup, R. v. Schönerer, Dr. Schrank, Schwab, Seidemann, Seidl, Stockert, Dr. Stöhr, Dr. R. van der Straß, Streer R. v. Streeruvitz, Dr. Sturm, Friedrich Sueß, Szwedzicki, Tr[illegible]mer, Graf Thurn-Valsassina, Freiherr v. Tinti, Dr. Tom[illegible]zczek, Dr. R. v. Venturi, Dr. Vidulich, Freiherr v. [illegible], [illegible], Dr. Wedl, Dr. Wegscheider, Dr. Adolph Weiß, Wickhoff, Dr. R. v. Wittmann, Woynarowicz, Zaklinski.

Gegen den Ausschußantrag stimmten die Abgeordneten: Aresin-Fatton, Bartoszewski, Freiherr v. Baum, Freiherr v. Blumencron, Brader, Graf Brandis, R. v. Carneri, Dr. Chelmecki, R. v. Chrzanowski, Cienciala, Graf Coronini, Dr. R. v. Czajkowski, Dr. Julian Czerkawski, Deschman, Dr. Dittes, R. v. Dormitzer, Dr. Duchatsch, Dr. Dunajewski, Dr. Dworski, R. v. Dzwonkowski, Dr. Fandrlik, Dr. Foregger, Fuchs (Schlesien), Furtmüller, Fux (Mähren), Ganzwohl, R. v. Gniewosz, Golab, Dr. Graf, Dr. Ritter v. Grocholski, Dr. Haase, Haller-Hallenburg, Freiherr v. Hammer-Purgstall, Freiherr v. Handel, Dr. Harrant, Hermann, Graf Hohenwart, v. Hormuzaki, R. v. Horodyski, Dr. Hoszard, Jasinski, Dr. Kabat, Graf Kalnoky, Graf Khevenhüller-Metsch, Freiherr v. Kielmansegg, Graf Christian Kinsky, R. v. Kochanowski, Freiherr v. Konopka, R. v. Kozlowski, R. v. Krynicki, Dr. Kusy, R. v. Langer-Podgoro, R. v. Lewkowski, Lienbacher, R. v. Ljubissa, Dr. Lumbe, Dr. Magg, Dr. Menger, Graf Mieroszewski, Mises, Neumayer, Dr. [illegible], Pauer, Dr. Peez, Edler v. Pflügl, Fr. v. Poche, Dr. Prazak, R. v. Proskowetz, Freiherr v. Riese-Stallburg, Dr. [illegible], Ruczka, Dr. Rydzowski, R. v. Rylski, Altgraf Salm-Reifferscheid, Fürst Sanguszko, Schöffel, Schrems, Schürer, [illegible] v. Lötzen, Siegl, Ritter v. Smarzewski, Dr. Smolka, Freiherr v. Sternbach, Steudel, Turnher, Umlauft, Graf Wallis, Wein-

---

Die Mutter verdingt den vierzehnjährigen Liebling als Abschreiber bei dem Kirchspielvogt Mohr in Wesselburen. Dieser Amtmann hat sich selbst die nöthigen Schreibkräfte zu verschaffen und erspart nunmehr die Besoldung eines eigenen Secretärs, denn Hebbel ist bald ein „Junge für Alles“. Außer den Copiaturen besorgt er alle Gänge und nimmt Protocolle und Verhöre mit den Landstreichern, Dieben und Trunkenbolden auf. Er sieht jetzt, wohin das Elend führt, das er zu Hause verlassen, denn unter den Aufgegriffenen befinden sich seine früheren Schulkameraden. Das Schicksal will nicht mit sonnigen, lachenden Bildern seine Phantasie erfüllen, es führt ihm den Bodensatz einer Matrosen-Bevölkerung vor. Im Trauerspiel „Genovefa“ verkörpert die Hexe Margarethe dieses wüste Treiben. Der blutjunge Secretär kostet dem Vogt Mohr rein nichts, denn Kutscher und Stallmagd müssen ihn an ihrem Tische als Dritten aufnehmen, der Kutscher muß sein Bett auf der Hausdiele unter der Bodentreppe mit ihm theilen, und Seine Gestrengen geben ihm die eigenen abgetragenen Kleider — voilà tout. Erst gegen Ende erhielt er eine Kleinigkeit in Barem. Die gereichte Nahrung war nicht üppig. Im „Rubin“ erzählt ein Hungerleider dem andern: „Ich ließe unsern Herrn langsam zu Tode peitschen, äße dabei Datteln und spice ihm die Steine ins Gesicht. Wie gräßlich haben wir bei ihm gehungert! Ein Schneider konnte mich durch die Nadel fädeln, so dünn bin ich geworden bei dem Filz! Nicht einmal Sonntags machte er uns satt!“ Der alte Rock des Vogtes fiel dem Jüngling auf die Knöchel und die alte Mütze auf die Nase, daß er Heiterkeit erregte. Und dieses Dienstbotenleben hat Hebbel acht volle Jahre ausgehalten. Er, der Nachkomme Isebrand's, der sich bereits als Herrscher im Reiche der Geister fühlte, glaubte in die Erde zu sinken, traf ihn Jemand am Gesindetisch zwischen Kutscher und Stallmagd.

Diese Wunde blieb tödtlich, und nie verwand er die brennende Schmach der Erinnerung. Im „Demetrius“ schildert er die Prätendentenstimmung: Ich setze mich lieber auf die Erde, als auf den Stuhl des Bauern, trinke lieber aus hohler Hand, als aus dem Napf des Knechtes, und suche lieber Beeren für den Hunger, als daß ich mit dem Bettler zechte! Ausgereift durchdringt dieselbe Stimmung das kurz vor seinem Tode entstandene Gedicht „Diocletian“. Der alte Kaiser erklärt mit geschickter Namensnennung die Reliefbilder seines Grabmals. Sieh' hier den Sklaven, der die Säcke trägt, dabei den krausen **Mohren**, der ihn schlägt. Er tödtet diesen **Vogt** und flieht zum Heer und dort erringt die höchste Würde er — ich bin es selbst; es lehre dich mein Ruhm: ein Kaiser findet stets sein Kaiserthum. Nun hat zwar seit jeher das Schreibfach wenig Werth in den Augen des Conceptfachs; der Vogt Mohr zeigt aber ungewöhnliche Lieblosigkeit. Ihm war der Abschreiber, was einem Architekten der barfüßige Ziegelträger sein mag, selbst als er die hohe Begabung desselben wahrgenommen. Nicht nur daß Hebbel ihm in Justiz- und Verwaltungssachen selbstconcipirte Actenstücke zur Unterschrift vorlegte, er lieferte auch poetische Beiträge in viele Zeitungen, spielte in den literarischen Vereinen eine Rolle und lernte sogar Latein bei dem Apotheker des Ortes. Als die Bücherei des Vogtes verschlungen war, kam die des Predigers Marx an die Reihe, der zu seiner Tochter, der Tante Klaus Groth's, sagte: „Wenn Hebbel alle die Bücher versteht, die er sich bei mir ausborgt, so wird etwas Besonderes aus ihm.“ Nicht rührte den Chef, daß bei seiner Verheiratung der Schreiber die Jugend des Ortes zu einem Fackelzug und zum Vortrag eines selbstgedichteten Liederspieles veranlaßte; er war nicht eingeladen worden. Nicht nur vor dem Kammerdiener, auch in den Augen des Vorgesetzten gibt es keinen großen Mann. Sogar als Hebbel schon berühmt war, blieb er für den Vogt Mohr „das Kind der Waschfrau, das in meinem Hause aufgewachsen ist“. So wundert sich ein Graubündtener Bäuerlein, daß man vom Rhein so viel Wesens macht, der doch als Bächlein seine Mühle treibe.

Sich selbst übertraf aber der Vogt Mohr, als der Kutscher Christoph an einem Fleckfieber erkrankte. Er wollte keine neue Bettstatt kaufen, und der Schreiber sollte noch immer mit dem Patienten in demselben Bette verbleiben. Hebbel war also Seiner Gestrengen weniger als ein nützliches Hausthier, da doch jeder Bauer, in dessen Stalle die Rinderpest ausgebrochen, das gesunde Vieh rasch vom kranken sondert. Hebbel konnte keinen dämonischen Zug erfinden, der die Wirklichkeit erreichte. „Meine Jugend ist eine Hölle gewesen,“ heißt es in seinem Tagebuche.

Um jeden Preis suchte Hebbel von der Galeere Mohr's wegzukommen, und hätte er selbst Räuber werden müssen. Ein Weib sollte ihn davon befreien, wie denn Hebbel jede Förderung in seinem Leben nur Frauen verdankt. In Hamburg gab die Arztens-Witwe Amalia Schoppe eine Zeitung für Damen: „Pariser Modeblätter“, heraus, in welcher der junge Hebbel Novellen und Gedichte veröffentlicht hatte. Die Gedichte besangen den Sieg der Ditmarschen über die Dänen bei Hemmingstedt. Schleswig-Holstein, dessen Stände sich damals zuerst über dänischen Druck beim Bundestage in Frankfurt beschwert, begann Mode zu werden. Die Schoppe benützte diese Stimmung und brachte durch Sammlung bei einigen Gönnern den Betrag von fünfhundert Mark zusammen, um den begabten Kirchspielsschreiber Jura studiren zu lassen. Auch Freitische wurden ihm zugesichert. Daraufhin verließ Hebbel im März 1835 das Sklavenschiff Mohr's. Natürlich hatte der hartherzige Vogt, der jetzt wieder einen eigenen Schreiber besolden mußte, jeden Beitrag zu Hebbel's gelehrter Erziehung verweigert. Er hätte wol nach Tscherkessen-Art dem Gefangenen die Fersenmuskel durchschnitten, um ihn an der Flucht zu hindern.

Jetzt, wo Hebbel Ditmarschen für immer verläßt, läßt sich mit Ruh ein Blick auf die Mitgift der Heimat werfen. Aus der Tiefe des Volkes hervorgegangen, erhält er durch das fleißige Bibellesen einen mystischen Untergrund. Die Märchen und Schiffersagen seines Stammes, die er von seinem Vater, dem besten Märchen-Erzähler des Ortes, erfährt, haben einen großartigen und barocken Zug. Da gibt es ein Riesenschiff, dessen Masten so hoch sind, daß die Matrosen jung hinaufklettern und graubärtig zurückkommen. Da stellt ein Verurtheilter die letzte Bitte, kegeln zu dürfen; wie er mit der Hand ausfährt, haut ihm der Henker den Kopf ab; dieser fällt in die Hand, die thut damit noch einen Wurf, die Kegel fallen und der Kopf ruft: „Alle Neun!“ Da hält den einsamen Wanderer auf den endlosen Seedeichen das Nachtmahrgespenst an und stößt ihn in die See. Der b[illegible]

sich, Dr. Wereszczynski, Winkler, Graf Wodzicki, Wurm, Graf Zedtwitz, Zeilberger, Freiherr v. Zschock.

Auch das Resultat der ersten (nicht namentlichen) Abstimmung über den Antrag Graf's auf Uebergang zur Tagesordnung müssen wir berichtigen. Der Antrag wurde mit 140 gegen 87 Stimmen abgelehnt. In unserem Berichte war irrthümlich das Verhältniß 116 gegen 67 angegeben.

Die morgige Sitzung des Clubs der Linken scheint sich sehr bewegt gestalten zu wollen. Die Sitzung ist auf 10 Uhr Vormittags vor der Plenarsitzung einberufen. Das Einberufungsschreiben ist, da der Obmann Dr. Herbst seine Stelle niedergelegt hat, gar nicht unterzeichnet und trägt den Beisatz: „Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten." Auch Dr. Vidulich, der zweite Vice-Präsident des Clubs, soll entschlossen sein, aus denselben Gründen wie Dr. Herbst seine Stelle niederzulegen.

Wien, 16. Mai. (Steuer-Reform-Ausschuß.) In der gestern Abends stattgehabten Sitzung dieses Ausschusses meldeten die Abgeordneten Dr. Beer, Auspitz, Neuwirth und Dr. Schaup ein Minoritäts-Votum an, wonach die Grundsteuer statt 24 Percent, wie die Regierung beantragt und der Ausschuß beschlossen hat, 23⅓ Percent betragen soll. Das Grundsteuergesetz wurde hierauf in dritter Lesung angenommen.

Der Ausschuß schritt sonach zur dritten Lesung des Gebäudesteuer-Gesetzes.

§. 1 wurde in folgender Fassung angenommen: „§. 1. Die Hauszinssteuer, wie solche nach den mit dem kaiserlichen Patente vom 23. Februar 1820 festgestellten Grundsätzen in den in diesem Patente und den a. h. Entschließungen vom 30. Juni 1823, 16. April 1839, 25. Juni 1844 und 7. October 1851 bezeichneten Orten umzulegen ist, wird auf alle Gebäude ausgedehnt, welche in Orten gelegen sind, in denen sämmtliche Gebäude oder wenigstens die Hälfte derselben einen Zinsertrag durch Vermiethung abwerfen."

Zu §. 6 beantragt Abg. Neuwirth das Ausmaß der Hauszinssteuer von 25 Percent, wie der Ausschuß beschlossen hatte, auf 24 Percent herabzusetzen, welcher Antrag nach einer lebhaften Debatte nur von 16 Stimmen unterstützt und daher nach der Geschäftsordnung abgelehnt wurde, da der frühere Beschluß, auf 25 Percent lautend, mit 17 Stimmen gefaßt war.

Abg. Neuwirth meldete hierauf ein Minoritäts-Votum auf 24 Percent und Abg. Auspitz ein solches auf 26 Percent an.

Der §. 7 wurde nach einer vom Abg. Freiherrn v. Doblhoff vorgenommenen Stylisirung genehmigt und des Ferneren beschlossen, einen Recurs in Steuerbefreiungs-Angelegenheiten auch an das Ministerium zu gestatten.

— (Justiz-Ausschuß.) In der heutigen Sitzung des Justiz-Ausschusses wurde bei der Vorlage einer neuen Fassung des §. 15 des Gesetzes behufs Erlassung einiger Ergänzungsbestimmungen zum Curatorengesetze die Frage erörtert, ob das Rechtsmittel des Recurses gegen gerichtliche Entscheidungen über Anträge des Curators nur denjenigen Besitzern von Partialen einzuräumen ist, welche bei der Gläubiger-Versammlung zugegen waren, oder überhaupt jedem einzelnen Besitzer.

Abg. Dr. Stöhr glaubt, daß ein solches ausgedehntes Recursrecht in manchen Fällen dazu führen würde, daß Recurrenten den durch den Recurs drohenden Aufschub dazu ausnutzen würden, um besondere Vortheile für sich zu erlangen, wodurch jedenfalls das Interesse der Gesammtheit der Partial-Besitzer geschädigt würde. Abg. Dr. Stöhr ist daher für die Beibehaltung des Herrenhaus-Beschlusses.

Abg. Dr. Prazak will jedem einzelnen Partial-Besitzer das Recursrecht gegen alle und nicht blos gegen die abweisenden Beschlüsse einräumen.

Nach längerer Debatte wird der Antrag des Abg. Dr. Prazak wegen Zugestehung des Recursrechtes an die Partial-Besitzer auch gegen ablehnende gerichtliche Entscheidungen mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt und der §. 15 nach der vom Referenten vorgelegten Fassung angenommen, wonach die in erster und zweiter Instanz gefallten Entscheidungen, welche dem im §. 13 bezeichneten Einschreiten um Ertheilung einer Genehmigung stattgeben, durch das Curatelgericht durch Edicte kundzumachen und diese Entscheidungen von jedem der durch den Curator vertretenen Besitzer mittelst der gerichtlich zulässigen Rechtsmittel angefochten werden können, und wonach weiters die Rechtsmittelfrist für den einzelnen Besitzer mit dem Tage der Edicts-Veröffentlichung beginnt.

Zugleich wurde bestimmt, daß der berufende Partial-Besitzer seine Berechtigung durch Vorlage der in seinem Besitz befindlichen Werthpapiere oder der diesen Besitz ausweisenden Urkunden beim Gericht nachzuweisen hat.

Der Referent Dr. Dinstl beantragt, daß auf Antrag des Curators und der Mehrheit der Vertrauensmänner eine neuerliche Versammlung der Partial-Besitzer einberufen werden kann und ebenso auch auf Antrag von mehr als der Hälfte der einzelnen Partial-Besitzer, wenn der Curator Rechtshandlungen vorzunehmen beabsichtigt, rücksichtlich welcher ein Antrag der Versammlung der Partial-Besitzer nicht vorgelegen ist.

Nach einer längeren Debatte wurde beschlossen, daß das Einberufungsrecht einer neuerlichen Versammlung dem Curator in dem vorangegebenen Falle zustehen soll, und daß außerdem auch das Gericht über das Einschreiten des Curators um Genehmigung einer solchen Rechtshandlung von amtswegen die Einberufung einer neuerlichen Versammlung verfügen könne.

Der Titel des Gesetzes wird dahin stylisirt, daß in denselben die Bezugnahme auf die Gesetze vom 24. April 1874 aufgenommen werde.

Hierauf wird Abg. Dr. Dinstl zum Berichterstatter im Hause gewählt.

Ausland.

Wien, 16. Mai. (Zur Tagesgeschichte.) Graf Andrassy wird, wie wir hören, morgen Abends wieder hier eintreffen; damit wird wol allen Combinationen über seine Abwesenheit und angeblich beabsichtigte Verlängerung derselben ein Ende gemacht sein.

Das von Rußland abhängige Satrapenthum des Beherrschers von Rumänien ist gegenwärtig noch von der Courtoisie umschrieben. Offenbar um einer Forderung zuvorzukommen, hat Fürst Karl seinem Gaste Nikolaus die Passage durch Bukarest für die russischen Truppen angeboten. Nach einem Bukarester Briefe der Pol. Corr. geschah dies, „um dem Großfürsten einen Beweis der aufrichtigen Sympathien Rumäniens für die Sache Rußlands zu geben". Derselbe Berichterstatter setzt hinzu, es sei noch keineswegs ausgemacht, ob der Russe von dieser „mit Dank" aufgenommenen Concession auch wirklich Gebrauch machen werde. So streichelt man sich gegenseitig voll Liebenswürdigkeit, und die „Intimität zwischen den officiellen russischen und rumänischen Kreisen ist noch mehr gesteigert" — so sehr, augenscheinlich, daß Rumänien in solcher Umarmung der Athem vergehen wird. Wäre es wirklich begründet — wie telegraphisch gemeldet wird — daß Rumänien am 22. Mai sich für unabhängig erklären will, thäte es dies an einem dauerhaften Gängelbande von Juchtenleder!

Wie uns übrigens aus Berlin geschrieben wird, ist man daselbst erklärlicherweise von der Manier, wie sich die Stellung Rumäniens zu Rußland immer mehr zu einem reinen Vasallenthume herausbildet, wenn man demselben auch das beschönigende Mäntelchen einer „Allianz" umhängt, wenig erbaut. Daß ein Hohenzoller in solcher Weise zur russischen Heerfolge gezwungen wird, soll denn doch die sehr begreifliche Empfindlichkeit gewisser Kreise erweckt haben.

Eine Pariser Depesche meldet die Demission des republikanischen Cabinets, dessen Chef Jules Simon war. Ueber die Ursachen dieser ebenso plötzlichen als unerwarteten Krise gibt ein längeres Telegramm Aufschluß, welches ein Schreiben Mac Mahon's an Herrn Jules Simon reproducirt. In diesem Schreiben spricht der Marschall in ziemlich rücksichtsloser Art und Weise dem Chef des Cabinets gegenüber seine Unzufriedenheit darüber aus, daß dieser bei der Debatte einiger ganz nebensächlicher Fragen nicht zu Gunsten der Anschauungen der Regierung eingetreten sei. Da die Kammer über diese Fragen noch nicht endgiltig entschieden hat und schließlich eine jede allzu radicale Reform ohnedies an der reactionären Mehrheit des Senats scheitern würde, so wird man gut thun, die Ursachen des ministeriellen Staatsstreichs, den der Marschall heute ausgeführt, wo anders zu suchen. Die entschiedenen Erklärungen, welche Jules Simon am 4. Mai, als in der Kammer die gegen die clericalen Umtriebe gerichtete Tagesordnung berathen wurde, abgegeben hat, das Verbot Martel's gegen die Colportage der Petition zu Gunsten des Papstes u. s. w. haben der ultramontanen Clique bewiesen, daß die Regierung endlich entschlossen ist, ihren geraden Weg zu gehen. Die clerical-monarchische Camarilla, welche sich in den Antichambres und in den Boudoirs der Versailler Präsidentschaft tummelt, hat offenbar die Intrigue eingefädelt, welcher Jules Simon und seine Freunde zum Opfer fielen. Wir sehen nur nicht ein, was damit für die Monarchisten gewonnen ist. An die Berufung eines monarchischen Ministeriums kann Mac Mahon nicht denken, und ein jeder Republikaner wird sich hüten, in ein Cabinet zu treten, das den clericalen Machinationen gegenüber gebundene Hände hätte. Uebrigens hat sich Mac Mahon mit der Berufung auf die Verantwortung, welche er gegenüber Frankreich hat, auf eine abschüssige Bahn begeben. Das Fortschreiten auf derselben könnte für Frankreich, wie nicht minder für den Marschall verhängnißvoll werden.

Wien, 16. Mai. (Die Kreuzzeitung über den Orientkrieg.) Unser Berliner Correspondent hat bereits den Artikel der Kreuzzeitung über die Stellung der Mächte zum Orientkriege telegraphisch skizzirt. Da derselbe aber interessant genug ist, um in extenso bekannt zu werden, theilen wir die wesentlichsten Stellen im Wortlaute mit. Nachdem die Kreuzzeitung die Vorgänge, welche bis zu Derby's letzter Note reichen, cursorisch zusammengestellt hat, fährt sie fort:

England macht geltend, daß, da Rußland die freie Durchfahrt durch die Meerengen für seine Handelsschiffe habe, es dasselbe für seine Kriegsflotte nur zu aggressiven Zwecken wollen könne. Seine Häfen im Schwarzen Meere seien hinreichend vertheidigt, dasselbe biete ein vorzügliches maritimes Gebiet für Schiffbau und Ausbildung der Flotte; hätte dieselbe nun die Durchfahrt durch Bosporus und Dardanellen, so könne sie jeden Augenblick aus dem Schwarzen Meere hervorbrechen und sich ebenso wieder in den Bereich seiner befestigten Häfen zurückziehen, so daß keine andere Macht sie fassen könne. Dafür würden selbst der Suez-Canal und Kreta in Händen Englands kein Aequivalent sein. Was den ersteren betrifft, so ist zwar Port-Saïd der Schlüssel des Weges nach Indien, aber von da bis Malta ist ein weiter Weg, und hätte Rußland die Uebermacht im Mittelmeere, so würde es nicht nur den englischen Handel nach Indien lahmlegen, sondern auch Truppensendungen dorthin hindern können. Kreta mit seinem vorzüglichen Hafen von Suda, der leicht zu einem zweiten Cherbourg gemacht werden könnte, liegt zwar wie ein Damm, um die Dardanellen zu überwachen und Suez zu schützen; aber selbst wenn England es besäße, so müßte es, falls Rußland die freie Durchfahrt durch erstere hätte, eine zweite Flotte im Mittelmeere halten. Hiemit aber sind die anglo-indischen Interessen nicht erschöpft. Schon jetzt ist Alexandropol an der Grenze des türkischen Kleinasien Indien näher als Khiwa oder Bochara. Erobert Rußland den verhältnißmäßig schmalen Streifen Armeniens und Kurdistans von Batum bis Bajazid und Wan, der es und Persien jetzt vom Euphrat- und Tigristhal trennt, so beherrscht es letzteres und damit den kürzesten Weg nach Indien auf dem persischen Meerbusen, der durch keine großen Wüsten und hohe Bergzüge gesperrt wird. Es würde zunächst das Monopol des Handels vom Schwarzen Meere auf dieser Straße gewinnen, aber auch eine mächtige strategische Waffe an dieser Straße haben. Inwieweit England in die Lage kommen wird, für diese Interessen activ einzuschreiten, wird von den Ereignissen abhängen, inwieweit es dies wirksam kann, von seinen Machtmitteln; wird es aber in den Krieg gezogen, so trifft die Hauptschuld Gladstone und seine Partei, welche ebenso wie 1853 Bright und Cobden durch ihre Agitation in Petersburg die Zuversicht erweckten, daß England nicht handeln würde.

Nicht in Asien, aber weit näher in Europa wird Oesterreich von dem Kriege berührt. Unzweifelhaft aus Rücksicht auf dasselbe hat Rußland darauf verzichtet, Serbien in den Kampf zu ziehen; aber Graf Andrassy hat sich auch sofort nach der erwähnten Erklärung Schuwaloff's gegen die Bildung von neuen Vasallenstaaten an der Donau ausgesprochen. Er hat ausgeführt, daß dieselben bei dem Antagonismus der Muselmanen und Christen nicht lebensfähig sein würden, er hat aber auch erklärt, daß Oesterreich die Bildung solcher Herde der südslavischen Agitation an seinen Grenzen nicht dulden könne. Ebenso muß dasselbe dem offen bekannten Wunsche Rußlands entgegentreten, die im Pariser Frieden an die Moldau abgetretenen Gebietstheile Bessarabiens wieder zu erhalten. Oesterreich hatte diese Stipulation in den Pariser Frieden gebracht; es wird Rußland nicht wieder zum Donau-Uferstaate werden lassen. Oesterreich wünscht dringend, seine Neutralität bewahren zu können, nicht blos aus finanziellen Gründen, sondern weil der Dualismus es ihm unmöglich macht, die widerstrebenden Wünsche und Interessen seiner verschiedenen Theile einheitlich zu vertreten. Geht man mit Rußland, so ist Ungarn im Aufstande; geht man gegen dasselbe, so erhebt sich die Opposition der Slaven. Bisher haben cis- wie transleithanische Regierung auf alle Interpellationen geantwortet, Oesterreich werde seine Interessen zu wahren wissen, aber niemals definirt, worin diese Interessen bestehen, und die Umstände, je nach denen es handeln will, hängen eben wesentlich davon ab, was Oesterreich selbst thun wird. Aber es ist klar, daß die entschiedene Stellung, welche England genommen hat, die anti-russische Stimmung, namentlich in Ungarn, sehr stärken muß; denn Oesterreich kann nicht mehr sagen, daß es Rußland allein gegenüberstehen würde.

Das sind in großen Zügen die Fragen, welche beklemmend auf der Zukunft Europas lasten, und auch die, welche sich nicht mit ihnen näher beschäftigt, mit unwillkürlichem Bangen erfüllen; man fühlt, daß im Oriente kein Stein des bestehenden Gebäudes weggenommen werden kann, ohne weitgehende Erschütterungen hervorzurufen. Deutschland braucht zunächst keine Besorgniß zu haben, in die Verwicklung gezogen zu werden; es ist bereit, Alles zu fördern, was die Verhältnisse im Oriente wirklich verbessern kann; aber es kann eine Umgestaltung derselben nur so weit fördern, als Oesterreich sie mit seinem Interesse vereinbar hält, dessen ungeschmälerter Machtbestand, wie Fürst Bismarck wiederholt erklärt hat, ein eminent deutsches Interesse ist. Das weiß man in Petersburg und wird sicherlich darauf Rücksicht nehmen.

---

ständige Kampf mit dem Meer erzeugt unverwüstliche Ausdauer und schweigend verbissenen Trotz. In Hebbel werden aber alle diese Züge durch die entsetzliche Noth zum Dämonischen gesteigert, statt wie bei Klaus Groth durch eine freundliche Jugend gemildert zu werden.

Aus einem Höllenkreise Dante's in den andern. Vom Gesindetisch des Vogtes Mohr zu den Freitischen der Hamburger Patrizier, die über den armen Studenten hinsahen, als wäre er eitel Luft. Leise sollte er eintreten, nie ein Wort sprechen und nach der letzten Speise verschwinden. Der Gang zu den Freitischen erschien seinem Stolz wie der Gang zur Hinrichtung. Die Qual der Demüthigung läßt ihn keinen Bissen hinabwürgen. Besser am eigenen Tisch trockenes Brot, als an fremder Tafel schmarotzen. Er greift zum Recept des Vaters und begnügt sich mit Brot und Kaffee. Auch durch das caudinische Joch vieljährigen Gymnasial-Studiums kann der Zweiundzwanzigjährige nicht kriechen. Scheinbar regellos schweift er von einem Gegenstand zum andern, überall das ihm Passende suchend und behaltend. Er gleicht einem Officiers-Aspiranten, der nicht Schildwache stehen mag, sondern sogleich Generalstabs-Wissenschaft treibt. „Es wird nichts aus ihm!" sagt die Schoppe, gibt ihm gute Lehren und nimmt sich dabei aus wie eine Henne, die ein Adler-Ei ausgebrütet hat. Bei ihr erhält er den Anstoß zu seinem reifsten Werke, das ihm die Unsterblichkeit sichert. Eines Tages findet er bei ihr das Nibelungenlied und liest es in ihrem Garten in Einem Zuge zu Ende, Essen und Trinken und alles irdische Leid vergessend.

Sein Schicksal sollte ihm nun einmal ausschließlich aus Frauenhand kommen. Die Schoppe hatte ihm ein billiges Quartier verschafft, wo die letzten Häuser stehen. Die Schifferstochter Elise Lensing, lang, hager und nicht schön, doch die Güte selbst, ernährte sich dort von ihrer Hände Arbeit und besaß ein kleines Vermögen. Bei den mäßigen […]zen Elisens hatte die Schoppe das Miethsverhältniß für unbedenklich gehalten. Doch die Hauswirthin empfand bald die innigste Liebe für den schönen Miethsmann, in dem Heftigkeit und Schüchternheit wie Löwe und Lamm neben einander lagen. Sie nahm ihn wie er war, hofmeisterte ihn nicht und bemitleidete seine trübselige Jugend, „die Galeere", wie er sie nannte. Er fühlte hingegen nur herzliche Freundschaft für sie. Sie muthete ihn an wie eine freundliche Winterlandschaft, die aber zur Niederlassung keinen Wunsch erregt. Erst als sie hinter seinem Rücken seine arme Mutter im angeblichen Auftrag des Sohnes unterstützte, erwachte in ihm unbegrenzte Dankbarkeit, aber noch immer nicht Liebe.

Nach einjähriger Gymnasiasten-Arbeit ertheilte sich Hebbel selbst das Zeugniß der Reife. Von den 500 Mark der Gönner war noch die Hälfte unbehoben — ein Zeichen seiner Wirthschaftlichkeit. Die Geldfrage entscheidet für den Besuch einer süddeutschen Universität, weil dort das Leben billiger ist. Auf die Studentenzeit an einer deutschen Hochschule blickt der verknöchertste Actenmensch als auf ein zweites Kindheitsparadies zurück. Dergleichen gibt es nicht für Hebbel in Heidelberg. In den Jubel der Commilitonen ruft er hinein: „Ich komme von der Galeere, was geh'n mich eure Freuden an?" Die Kasse und die ärmliche Kleidung verbieten die Betheiligung an Commersen und Verbindungen. Dafür beherrscht er einen Kreis begabter Studenten, darunter Emil Rousseau und den späteren „Kämpfer um's Recht", Rudolph Ihering; denn der mündliche Hebbel überragt den schriftlichen, wie die frische Dattel die vertrocknete, obwol die letztere allein in den Handel kommt. Da er den regelrechten Gymnasialbesuch nicht nachweisen kann, darf er nur außerordentlicher Hörer der Rechte werden. Aber der berühmte Pandektist Thibaut sagt ihm, was er sechs Jahre früher dem ordentlichen Rechtshörer Robert Schumann gesagt hatte: „In Ihnen steckt etwas ganz Anderes als ein Jurist." Somit wendet er sich der philosophischen Facultät zu, und diese kann er ebenso gut in München, der damals billigsten und kunstreichsten Stadt Deutschlands, hören. Gewissenhaft, wie er ist, entbindet er die Wohlthäter in Hamburg, die aus ihm einen rechtsgelehrten Beamten und Collegen des Vogtes Mohr machen wollten, ihrer Unterstützungszusage.

In München, wohin er zu Fuß wanderte und die Freunde nachzog, wird er Vegetarianer und hungert sich drei Jahre bei Brot und Kaffee durch, so daß er mit sechs bayrischen Kreuzern seinen täglichen Bedarf deckt. Jeder Sträfling wird besser verköstigt. Wieder tön das schrille Parzenlied: Hunger wird dich stets umschleichen, bis die Knochen sich erweichen! Er träumt, daß er in einem hölzernen Körper stecke, den er durch einen höchst künstlichen Mechanismus regieren müsse, aber durch Ungeschick stets in Verwirrung bringe, so daß sich der Rumpf zum Fiedelbogen krümme und Arme und Beine verkehrt fungiren. Als er in Wien der Knochenerweichung erliegt, wird derselbe Traum wiederkehren. Man sieht leicht ein, daß die Verwirrung des Mechanismus aus der fehlenden Fleischnahrung entsprang. Daher der seitwärts geneigte Leib, die schmalen Schultern, der eingesunkene Brustkorb, die nervöse Gereiztheit. Nur die blauen Augen strahlten in überirdischem Glanze, als hätten sie zu tief in das Nichts der Dinge gesehen. In der Krankheit strömt ihm das Blut ins Gehirn, und Gedichte und Novellen strömen daraus zurück. O, diese entsetzlichen Novellen, die der Hunger in München gedichtet: „Anna", „Der Schneider auf der Freudenjagd", „Schnock", „Die beiden Vagabunden". Letztere beginnen: „Was das ewige Hungern für Folgen hat? Bei Tage Mattigkeit in allen Gliedern, so daß man die schönste Dirne erblicken kann, ohne Wohlgefallen an ihr zu finden; bei Nacht Schlaflosigkeit und am Ende den Tod." Der Hungerhumor ist noch schrecklicher als der Galgenhumor! Mit dieser mikroskopischen Treue hat nur noch Boz die Noth der untersten Classen geschildert.

Man muß nicht glauben, daß Hebbel selbst an diesen Schöpfungen Gefallen fand. Er richtet gegen Boz das Stachelwort: Male die Thräne, jedoch immer den Schnupfen dazu. Er hält sich Schiller als leuchtendes Vorbild vor, der an den Nachwehen der Entbehrung gestorben ist. „Wo ist aber seine Noth aus seinen Werken zu entnehmen? Immer hat das Schicksal geflucht und hat Schiller gesegnet." Hebbel hatte eben mehr von der Naturanlage Goethe's. Das rein Menschliche, das gerade Gegenwärtige, das ihn Umgebende zieht ihn an, und nur das kann er vortrefflich schildern. Hingegen das Nachgraben nach den Wurzeln der Vergangenheit, das Herausdestilliren von Ideen und das Schlußfolgern auf die Zukunft, worin die historische Begabung besteht, lagen ihm ferne. Schiller aber, der sie wie kein

Brüssel, 14. Mai. [Orig.-Corr.] (Brief Pius' IX. an den König der Belgier.) Folgendes ist der Wortlaut des Briefes, welchen der Papst an den König der Belgier richtete:

„Sire! Ich konnte nicht daran zweifeln, daß Eure Majestät in Ihrer Herzensgüte und kindlichen Ergebenheit gegen diesen Heiligen Stuhl durch den Anblick der harten Prüfungen gerührt werden würden, welche dem Haupte der katholischen Kirche von einer willkürlichen, dem Rom der Päpste aufgedrungenen Regierung auferlegt werden. Bei der Mißgunst der gegenwärtigen Zeitumstände kann Eure Majestät, die ebenso eifrig katholisch ist, wie das Volk, welches das Glück hat, Sie als Beispiel zu besitzen, nicht umhin, den Allmächtigen zu bitten, daß er solchen Drangsalen ein Ende mache. Ich bin daher hoch erfreut, zu erfahren, daß Sie bereit sind, Ihre Thätigkeit mit der gemeinschaftlichen Action anderer Souveräne zu vereinen, damit die Ruhe meinem Herzen und der gesammten Christenheit wiedergegeben werde, welche letztere wegen der moralischen Gefangenschaft, in welcher ich mich befinde, beunruhigt ist; diese Gefangenschaft schadet der Freiheit und Unabhängigkeit, welche anerkanntermaßen sowol zur Regierung der Gewissen der Völker als im Interesse der Kirche überhaupt nothwendig sind. Auf alle Fälle verdient Gott unsern heißesten Dank für diese Initiative [illegible]; Anerbieten dieser Art kommen mir fast gleichzeitig von [illegible] Souveränen zu, und so befestigt sich meine Hoffnung, daß diese gemeinsame, von Eurer Majestät so weise [illegible] gute Früchte tragen werde. England (?) und Spanien haben mir ihren mächtigen Beistand versprochen, und von nun an werde ich mittelst der apostolischen Nuntien jede weitere Maßregel in Anregung bringen lassen.

Indessen wollen wir das Herannahen dieses Augenblicks gerechter Sühne durch unablässiges Gebet zu beschleunigen suchen.

Ich bitte Gott, daß er Eurer Majestät jegliches Glück gewähren wolle, und spende Ihnen, Ihrer erhabenen Familie und Ihrem ganzen Volke den erbetenen apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom, den 30. April 1877.

Pio P. P. IX."

Mittheilungen aus dem Publicum.

Kleine Chronik.

Wien, 16. Mai.

[Hof- und Personal-Nachrichten.] Man meldet telegraphisch aus Syra, 16. Mai: Die Botschafter Graf Zichy, Fürst Reuß und Graf Corti trafen auf ihrer Reise nach Konstantinopel heute Morgens hier ein, besichtigten die Stadt, nahmen das Dejeuner beim österreichisch-ungarischen General-Consul, Herrn v. Martyrt, und setzten Mittags um 12 Uhr ihre Reise nach Konstantinopel fort. — Die Oesterr. Corresp. meldet, daß Sonntag den 13. d. M. in der hiesigen Nuntiatur die Firmung des bekannten Historikers Dr. Onno Klopp durch den Nuntius Erzbischof Jacobini stattgefunden hat. — Herr Dr. phil. Paul Zimmermann, evangelisch-lutherischer Pfarrer Wiens, hat bei der hiesigen k. k. evangelisch-theologischen Facultät rito promovirt und heute das Diplom eines Doctors der Theologie erhalten. — Gestern ist hier Herr Joseph Probst, akademischer Bildhauer, 69 Jahre alt, gestorben. — In Bregenz starb am 6. d. M. der Privatier Lang im 85. Lebensjahre. Derselbe vermachte 8000 fl. dem Waisenhause und 12,000 fl. anderen wohlthätigen Anstalten in Bregenz.

[Leichenbegängnisse.] Heute Nachmittags fand das Leichenbegängniß des in voriger Nacht verstorbenen Herrn L. F. Mandl statt. Die vielseitigen Beziehungen, in welchen der Verstorbene zu den hervorragendsten journalistischen, künstlerischen und finanziellen Kreisen der Residenz gestanden, spiegelten sich deutlich in der großen Theilnahme bei dem heutigen Leichenbegängnisse wider. Kurz nach $^1/_2$2 Uhr wurde der Sarg im Trauerhause (Giselastraße Nr. 1) gehoben und auf den vierspännigen Leichenwagen der Entreprise des pompes funèbres gebracht. Der Sarg war mit Blumen und Kränzen buchstäblich überdeckt. Man las auf den Atlasschleifen Widmungen von den Familien-Angehörigen und Freunden des Verblichenen; sehr viele Blumengaben hatten Mitglieder der hiesigen Bühnen gesendet, so Herr Sonnenthal, Fräulein Gallmeyer, Fräulein Schratt u. A. Die protestantische Kirche in der Dorotheergasse, wo die Einsegnung stattfand, war von einem distinguirten Publicum gefüllt. Man sah außer vielen Schriftstellern und Vertretern der hiesigen Finanzkreise auch den Hofcapellmeister Johannes Herbeck, Herrn Baron Gustav Heine-Geldern, den ehemaligen Director Anton Ascher und Mitglieder fast aller Bühnen der Residenz, unter welchen Stadt- und Carl-Theater uns am stärksten vertreten schienen. Vor der Einsegnung hielt Pfarrer Zimmermann eine Ansprache, in welcher er des Verblichenen in ergreifender Weise gedachte. Die Leiche wurde sodann durch die Entreprise, welche ihre Functionen wie immer sehr würdig und mit solider Eleganz ausführte, nach dem protestantischen Friedhofe nächst Matzleinsdorf gebracht und dort im eigenen Grabe beigesetzt. — Eine Viertelstunde später fand in der Pfarrkirche zu St. Joseph in der Leopoldstadt die feierliche Einsegnung der Leiche des am 13. d. M. unter so eigenthümlichen Umständen verstorbenen k. k. Truchsessen, Landtags-Abgeordneten und Großgrundbesitzers Adolph Edlen v. Bäuerle statt. Der Trauerfeier wohnten die beiden Schwestern des Verstorbenen, Gräfin Leopoldine Ledochowska-Halka und Friederike Bäuerle, ferner die Abgeordneten Graf Christian Kinsky, Baron Suttner und Freiherr v. Kielmansegg, eine Deputation der sechsten Section der k. k. Landwirthschafts-Gesellschaft in Wien, mehrere Mitglieder des niederösterreichischen Landtages und Landesausschusses, Vertreter der Aristokratie und der Sportswelt, Beamte des Ackerbauministeriums, eine Deputation des Wiener Militär-Veteranen-Vereins nebst den Freunden und Bekannten Bäuerle's bei. Nachdem der Pfarrer von St. Joseph unter geistlicher Assistenz die kirchliche Handlung vorgenommen hatte, wurde ein Trauer-Choral executirt, und mit diesem schloß die Einsegnung. Der mit vielen schönen Kränzen geschmückte Sarg wurde hierauf auf den bereitstehenden sechsspännigen Leichenwagen der Entreprise des pompes funèbres gebracht und nach Erlaa überführt. Dort wird die Leiche Bäuerle's nach nochmaliger Einsegnung auf dem Ortsfriedhofe in der Familiengruft zur Ruhe bestattet werden.

[Akademie der Wissenschaften.] In der heutigen Sitzung der philosophisch-historischen Classe kamen folgende Gegenstände zur Vorlage: Der Geheime Rath und Reichsarchiv-Director Dr. v. Löher in München übersendet den ersten Band der von ihm herausgegebenen „Archivalischen Zeitschrift". Von dem correspondirenden Mitgliede Professor J. v. Zahn in Graz eine Abhandlung, betitelt: „Zur Geschichte Herzog Rudolph's IV." Von dem wirklichen Mitgliede Dr. A. Pfizmaier eine Abhandlung über „Ein Donnerthier Japans". Von Dr. Ernst v. Bergmann in Wien eine Abhandlung unter dem Titel: „Das Buch vom Durchwandeln der Ewigkeit, nach dem Papyrus 29 der k. k. egyptischen Sammlungen herausgegeben". Die nächste ordentliche Sitzung dieser Classe findet am 6. Juni statt. Inzwischen wird von derselben am 26. Mai eine außerordentliche Sitzung zur Vornahme der Mitgliederwahlen abgehalten, wozu auch die auswärtigen wirklichen Mitglieder eingeladen sind. Die diesjährigen Wahlen der philosophisch-historischen Classe werden sich erstrecken: 1. auf zwei wirkliche Mitglieder; 2. auf ein correspondirendes Mitglied im Inlande (eventuell drei); 3. auf vier Ehrenmitglieder im Auslande; 4. auf ein correspondirendes Mitglied im Auslande (eventuell drei).

[Handschriften und Zeitungen.] Die internationale Zeitungen- und Handschriften-Ausstellung, zu deren Zustandekommen der typographische Fortbildungsverein seit vielen Monaten außerordentliche Vorkehrungen getroffen, wurde gestern Mittags in der Prager Bürger-Ressource in Anwesenheit des Herrn Statthalterei-Vice-Präsidenten Ritter v. Grüner, des Herrn Hofrathes Cyhlarz, des Herrn Bürgermeisters Skramlik, sowie zahlreicher Stadtverordneten feierlich eröffnet. Die großartige, ein umfassendes Bild der Tages- und periodischen Presse liefernde Ausstellung nimmt nicht weniger als vier Säle und die Galerie in Anspruch. Den ersten Saal füllen die Zeitschriften Italiens, etwa 914 an der Zahl. Zwischen denselben hat der Koran in türkischen Schriftzügen einen wenn auch nicht ganz passenden Platz gefunden. Die Fensterseite bedecken nicht weniger als 130 stenographische Zeitschriften. Der Hauptsaal ist vornehmlich den Erzeugnissen der österreichischen Presse, vom unbedeutendsten Provinz-Wochenblatte bis zu den großen Journalen der Residenz, eingeräumt. Hier befindet sich auch die sehr werthvolle Collection von Handschriften berühmter Männer der Gegenwart und Vergangenheit. Die Autographen-Sammlungen erwecken das besondere Interesse. Wir sehen da die eigenhändigen Namens-Unterschriften von Richard Wagner, Victor Hugo, Anastasius Grün, Palacky, Safarik, Purkyne, Komensky, Dumas, Döllinger, Klopstock, Mendelssohn, Meyerbeer, Abd-el-Kader, Garibaldi, Darwin, Palmerston, wie überhaupt von den bedeutendsten Staatsmännern, Schriftstellern und Künstlern der verschiedensten Nationen. In einem besonderen Schranke befinden sich auf Seide die eigenhändigen Namens-Unterzeichnungen des Kaisers von Japan, dreier japanesischer Prinzen, sowie des ersten Premierministers zur rechten Seite und des zweiten zur linken Seite Sr. japanesischen Majestät. Das Domcapitel-Archiv hat mehrere historisch denkwürdige Schätze, darunter eine Originalschrift des heiligen Johann von Nepomuk als Notars des erzbischöflichen Gerichts geliefert. Cardinal Schwarzenberg bereicherte die Collection mit vier Einbänden, enthaltend die Bildnisse und Handschriften verschiedener Bischöfe, Erzbischöfe und Cardinäle. Dem Archiv der Stadt Prag entstammen Autographe böhmischer Regenten von Wladislaw II. bis zur Kaiserin Maria Theresia. In demselben Saale befindet sich auch ein Tableau, das „Vaterunser" in 324 Sprachen aus der Staatsdruckerei von Petersburg. Zwei Pyramiden an der Fronte des Saales zeigen die Zeitschriften Asiens, Afrikas und Australiens. Die rechte Wandseite beim Austritte zieren 454 typographische Zeitschriften der verschiedensten Länder. Der dritte Saal enthält die Erzeugnisse der Tagesliteratur Deutschlands, über 1200 verschiedene Zeitschriften. Im letzten Saale befinden sich die Zeitungen Frankreichs, Spaniens und Englands, darunter ein ganzer Jahrgang der Times, weiter sämmtliche zur Zeit des französisch-deutschen Krieges und unter der Herrschaft der Commune in Paris erschienene Witzblätter mit colorirten Caricaturen. Die Galerie des Hauptsaales birgt schließlich die Erzeugnisse Amerikas. Die Ausstellung ist unbestritten eine der bedeutendsten, die bisher in dieser Richtung überhaupt zu Stande kamen.

[Confiscation zu Kriegszwecken.] Bezüglich des unter diesem Schlagworte mitgetheilten Vorfalles schreibt man uns aus Szereth, 15. d. M.: Nachdem einem österreichischen Viehhändler zehn Stück Vieh beim rumänischen Zollamte in Mihaleny weggenommen worden waren, hat sich derselbe sogleich telegraphisch an das österreichische Consulat in Bottuschan, sowie durch die Bezirkshauptmannschaft Szereth an die Landesregierung in Czernowitz um Schutz gewendet; der Mann wurde in Folge dessen schon gestern vom Präfecten aus Dorohoi telegraphisch vorgeladen, wo ihm dann das Vieh, „weil er dasselbe beim rumänischen Grenz-Zollamte bereits verzollt hatte", zurückgestellt wurde.

[Schützenfest.] Man theilt uns mit, daß die Vorarbeiten zu dem Ende Juni in Karlsruhe stattfindenden vierten Verbandschießen des badischen Landes-Schützenvereins, pfälzischen und rheinischen Schützenbundes in der wünschenswerthesten Weise vor sich gehen. Bezüglich des zu dem angegebenen Zwecke äußerst günstig und malerisch gelegenen Festplatzes ist bereits die amtliche Genehmigung erfolgt, so daß mit den baulichen Vorbereitungen alsbald begonnen werden kann. Das Central-Comité ist bereits gebildet, und wurden in dasselbe nachstehende Herren einstimmig gewählt: v. Preen, Stadtdirector; Lauter, Oberbürgermeister; Schnetzler, Bürgermeister; Burg, Ober-Regierungsrath; Dr. Bonhausen, Forstrath; Glaser sen., Stadtrath; Vierordt, Oberstlieutenant a. D., Stadtrath; H. Müller, Bankier; Krämer, Präsident der Handelskammer; Glaser jun., Kaufmann; Dr. Cathiau, Architekt; Kompter, Hof-Conditor; Deimling, Zahnarzt; Geyer, Metzgermeister; Baumgärtner, Weinhändler; Nerlinger, Kaufmann; Mayer, Hof-Graveur; Küst, Kaufmann; Kilber, Eishändler; Römhildt, Kaufmann.

[Eine kühne That.] Wir lesen im Java Bode: „Surakarta, den 9. Februar. Gegen Ende Januar gaben die Tiger im Wonogiri-Districte derartige Lebenszeichen von sich, daß man ihre Vertilgung beschließen mußte. Zwei Knaben von etwa 15 Jahren, welche in den Wald gegangen waren, um Bambus zu holen, kehrten arglos heim. Nach javanesischer Art schritt der Eine hinter dem Andern einher. Samedjo war der Erste, sein Halbbruder Jembrok folgte ihm in kurzer Entfernung. Bei einer Wendung des Pfades, nahe am Ausgange des Waldes, sprang urplötzlich ein Königstiger auf Jembrok zu, der seine Last vor Schrecken fallen ließ, und schleppte ihn fort. Auf seinen Hilferuf kehrte Samedjo, der nur mit einem Grasmesser bewaffnet war, um, eilte dem Tiger nach, stürzte sich auf denselben, und es gelang ihm, der Bestie so tiefe Wunden in den Kopf und in die Schnauze beizubringen, daß sie ihre Beute fallen ließ und heulend sich in das Dickicht flüchtete. Nun lud Samedjo seinen Gefährten auf seine Schulter und trug ihn nach Hause. Er hatte zehn Wunden — vier rührten von den Zähnen, sechs von den Krallen des Tigers her. Er ist bereits außer Lebensgefahr."

[Vergnügungszüge von Wien nach Bruck an der Leitha.] Vom 20. Mai l. J. an bis 9. September incl. werden an jedem Sonn- und Feiertage Separat-Vergnügungszüge zu sehr ermäßigten Fahrpreisen von Wien (Staatsbahnhof) nach Bruck an der Leitha und retour verkehren. Abfahrt von Wien um 2 Uhr Nachmittags, Ankunft in Bruck um 3 Uhr 25 Minuten Nachmittags; Rückfahrt von Bruck um 8 Uhr 20 Minuten Abends, Ankunft in Wien um 9 Uhr 55 Minuten Abends. Fahrpreise von Wien-Simmering und Schwechat-Klederling nach Bruck an der Leitha und retour in der zweiten Classe 1 fl. 30 kr. für Civil, 80 kr. für Militär; in der dritten Classe 80 kr. für Civil, 50 kr. für Militär. Für die Hin- und Rückfahrt mit diesen Zügen von Wien nach Wilfleinsdorf, Trautmannsdorf und Götzendorf können Brucker Billette gelöst werden. Nach den anderen Stationen werden Tour- und Retourbillette der Personenzüge ausgegeben.

Communal-Zeitung.

[Subventionen.] Die Finanzsection des Gemeinderathes hat dem Kindergarten-Comité des Bezirkes Favoriten eine Subvention von 500 fl. und der Braun-Radislovich-Stiftung im Bezirke Leopoldstadt eine solche von 200 fl. zugesprochen.

[Städtisches Bad.] Nach einem Beschlusse der Bäder-Commission des Gemeinderathes wird das städtische Bad Sonntag den 20. Mai eröffnet werden.

[Leichentransport.] Der Magistrat wacht mit aller Strenge über den Beschluß des Gemeinderathes, daß kein zum Personentransporte bestimmtes Fuhrwerk Särge mit Kinderleichen auf irgend einen Friedhof mehr bringen darf, wie dies bisher häufig geschah. Gegen Uebertreter dieser Anordnung wurden bereits empfindliche Strafen verhängt.

Die Regulirung des Schlachtviehmarktes.

Wien, 16. Mai.

Endlich hat die vereinigte Viehhof-Commission es so weit gebracht, dem Gemeinderathe in der nächsten Sitzung Anträge über die Regulirung des Schlachtviehmarktes stellen zu können. Worin gipfelt aber das Resultat monatelanger Berathungen, eifriger Controversen und des mannichfachen intriguenreichen Coulissenspiels? Man weiß heute nichts Besseres zu empfehlen, als eine Offert-Ausschreibung auf Grundlage des neuen Programms. Die unglückliche Voreingenommenheit und Unklarheit, welche sich in der ganzen Behandlung der Frage von Anfang an manifestirte, zugleich aber auch das Bestreben, der directen Ablehnung des Friedmann'schen Projectes, von dem nichts mehr als der Name übrig geblieben, ein Mäntelchen umzuhängen, von sich selbst aber die schwere Verantwortlichkeit abzuwälzen, welche man offenbar auf sich zu nehmen nicht den Muth hat, drücken dem Elaborate der Commission den Stempel der Confusion in einem

---

Zweiter besaß, konnte sich aus dem Jammer der Gegenwart in die Vergangenheit und Zukunft flüchten. Obwol Hebbel in München mehr historische Studien trieb, als jemals Schiller, ist der historische Hintergrund in seinen Dramen schwach gezeichnet, wie in jenen Goethe's. Beide sind nur groß in der plastischen Darstellung der sie eben beherrschenden Gefühle, Goethe der erfreulichen, Hebbel der schauerlichen. Außenwelt und Naturell stimmen zuletzt zusammen, bis Goethe Jagd nach dem Graziösen macht und Hebbel nach dem Bizarren.

In seinen Krankheitsanfällen pflegt ihn Pepi, die Tochter des Tischlers, bei dem er wohnt. Es bleibt nun einmal sein Los, daß Frauen sich seiner annehmen. Aber von Männern nimmt er seit dem unsühnbaren Frevel des Vogtes Mohr nichts an. Die Feder mag das ewige Hungerleiden verrathen, so viel sie will; sein Mund erwähnt in angeborenem Stolze seiner Misère zeitlebens auch nicht mit einem Laut, selbst gegen die intimsten Freunde. Der Kreis seiner Anhänger empfängt von ihm, er nicht von ihnen. Nimmt er ausnahmsweise doch eine Gefälligkeit von einem Manne an, so rächt er sich sogleich; er spricht mit ihm über die höchsten Probleme, bis ihm dieser nicht folgen kann. „Du kehrst deine pecuniäre Ueberlegenheit heraus, ich meine geistige, und so sind wir quitt!" scheint er zu sagen. Er gleicht darin dem Apostel Paulus, der nie etwas von seinen Gemeinden angenommen hat, wol aber von Frauen, besonders von der Lydia. Elise, dieses Genie der Güte, ahnt das Elend und schickt ihm ab und zu einen Theil ihres Sparpfennigs und neue Kleider. Warum wurde er nicht Hofmeister, wie andere arme Studenten? Aber theils besaß er selbst nur lückenhafte Kenntnisse; theils ging er da neuen Demüthigungen wie beim Vogt Mohr entgegen. Wir haben ja die Hofmeister-Romane Spielhagen's, worin dieses höhere Gesindewesen mit brennenden Farben geschildert und ein grimmiger Haß gegen adelige Häuser als die Folge bezeichnet wird. Da zieht Hebbel sein unabhängiges Hungern vor. „Wenn ich aus der Welt fahre, geschieht es aus Hunger, nicht aus Verzweiflung. Der Vogt Mohr hat mein Leben unheilbar vergiftet!" Dies sind immer die beiden Stoßseufzer seines Münchener Tagebuches.

Inzwischen stirbt seine Mutter, wie sein Vater gestorben, an den Folgen der Noth. Sie wird auf Credit begraben, und der fernweilende Sohn bleibt das Geld für den Sarg schuldig — das Leben ist so hartherzig wie der Vogt Mohr. Auch sein intimster Freund Emil Rousseau stirbt, dessen Doctors-Dissertation gelautet hatte: Vergleichung der Spartaner und Dithmarschen und ihrer beiden Schlachten von Thermopylä und Hemmingstedt. „Ich bin schuld an seinem Tod, ich war zu herrisch, er zu weich! Nein, Kraft gegen Kraft war im Spiele, und die Ausgleichung liegt in Gott," sagt das Tagebuch darüber. Gern verließ er jetzt München, zumal ihn der Verleger Campe in Hamburg aufforderte, Mitarbeiter seiner Zeitschrift „Telegraf" unter Gutzkow zu werden.

Die Ausbeute des fast dreijährigen Münchener Aufenthaltes war eine bedeutende. In der Pinakothek hatte ihn das Bild Giulio Romano's: „Judith mit dem Haupte des Holofernes" ergriffen und den Keim einer Tragödie in seinen Geist geworfen. In der Bibliothek stieß er auf das schlechte Drama „Genovefa" des Malers Müller; es hatte ihn geärgert und mit dem Plane des Bessermachens erfüllt. Endlich hatte er bei seinem Hauswirth, dem biedern Tischler Anton Schwarz, ein bürgerliches Trauerspiel erlebt, da dessen lockerer Sohn wegen Diebstahls verhaftet wurde und auch die Tochter Pepi wegen Hebbel's in üble Nachrede gerieth. Die Nachtheile des Aufenthaltes waren, daß er seinen Körper durch das ewige Hungern zerrüttet und durch die Collegien bei Görres und Schelling den Hang zum Mystischen und Sophistischen gesteigert hatte. Zu den unangenehmen Bildern des Elends und der Noth kommt nun noch ein unangenehmes Philosophiren hinzu. So gleicht denn das bisherige Leben Hebbel's einer russischen Dorftaufe im Winter: in die Eisdecke eines Flusses wurde mit der Axt ein Loch gehauen und das neugeborne Knäblein untergetaucht; wir staunen, daß es die Ceremonie überstand und doch noch heranwuchs.

Alfred Koenigsberg.

Redaction & Administration:
I., [illegible]gasse 5.
[illegible]

[illegible]-Bureau und Haupt-Expedition:
I., Wollzeile 22.
[illegible]
[illegible] aus Frankreich [illegible] und England [illegible] die Herren [illegible] in Paris, Frankfurt [illegible]

Einzelverkauf:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.
[illegible] Austräger, Verschleißer oder sonstige [illegible] bezahlter Beträge leisten wir [illegible]

(Morgen-Ausgabe.)

Deutsche Zeitung.

Herausgeber: Heinrich Reschauer.

Abonnement für Wien:
In unserer Haupt-Expedition:

[illegible]	fl. 18.—
[illegible]	fl. [illegible]
[illegible]	fl. 4.50
Monatlich	[illegible] 1.50

Mit Zustellung in's Haus:

Ganzjährig	fl. 21.60
Halbjährig	fl. 10.80
Vierteljährig	fl. 5.10
Monatlich	fl. 1.80

Abonnement für das Inland:
Mit täglich einmaliger Postversendung: Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl.
Mit täglich zweimaliger Postversendung: Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl.

Abonnement für das Ausland: [illegible] Budapest und Umgebung bei Herrn A. Lappert [illegible] in Budapest, Waitzen-Boulevard im Handelsakademie-Gebäude, fl. 6.— ö. W. bei einmaliger, [illegible] ö. W. bei [illegible] Deutschland beim nächsten Postamte 10 Mark 30 Pfennige, bei uns mit directer Kreuzbandversendung fl. 9.— ö. W.; für die Schweiz 18 Francs 30 Cent., bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Italien 25 Francs, bei uns fl. [illegible] uns fl. 9.90 ö. W.; für England bei dem Postamte in [illegible] 16 Mark 50 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Spanien und Portugal bei dem Postamte in Köln 18 [illegible] fl. 9.90 ö. W. [illegible] für Nordamerika bei dem Postamte in Köln 18 Mark [illegible] ö. W.; für [illegible]

Nr. 1929. — Wien, Donnerstag 17. Mai. — **1877.**

Der Sturm'sche Antrag.

Wien, 16. Mai.

Morgen wird der Abgeordnete Sturm seinen Reso[illegible], betreffend die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten, im Plenum des Abgeordnetenhauses begründen. Vorerst handelt es sich darum, ob das Abgeordnetenhaus geneigt ist, den Antrag einem Ausschusse zur Vorberathung zuzuweisen. Der eigentliche Kampf zwischen den Anhängern und den Gegnern des Instituts der Delegationen, gegen welches der Sturm'sche Antrag gerichtet ist, wird erst dann beginnen, wenn der eventuell zu wählende Ausschuß mit seinen Anträgen vor das Plenum treten wird. Nach der feindseligen Stellung zu schließen, welche die Organe des Ministeriums zu dem Sturm'schen Antrage einnehmen, wird die Regierung es wohl an Anstrengungen nicht fehlen lassen, um denselben schon morgen zu Fall zu bringen, und aus diesem Grunde wird denn auch schon dem Resultate der morgigen Abstimmung eine größere Bedeutung innewohnen. Annäherungsweise wird aus demselben zu erkennen sein, ob die Majorität der österreichischen Volksvertretung die magyarische Hegemonie ohneweiters fortdauern lassen will oder nicht. Es ist darum begreiflich, daß man in beiden Lagern dem Ausfall der Abstimmung mit großer Spannung entgegensieht. Besonderes Interesse nehmen selbstverständlich die [illegible] an dem eventuellen Schicksal des [illegible], denn ihnen ist es klar, daß es [illegible] Oberherrlichkeit sofort vorbei ist, [illegible] Volksvertretung die Erkenntniß [illegible], die Delegationen-Verfassung wider[illegible] Interessen der österreichischen Reichshälfte.

[illegible] die gewählte Volksvertretung in dem [illegible] Momente vor Augen zu halten, in [illegible] morgen daran geht, ihr Votum abzugeben. Die ungarischen Staatsmänner, welchen der Umstand, daß Ungarn durch die Delegationen einen mit Rücksicht auf die Leistung unverhältnißmäßig großen Einfluß aus[illegible], eine höhere Bedeutung verleiht, erschrecken vor der Möglichkeit, daß Oesterreich an Ungarn heute jenes Maß von Selbstständigkeit gerne zugestehen wollte, auf das verzichtet zu haben sie während der 1867er Ausgleichs-Verhandlungen als ein dem Gesammtreiche und der andern Reichshälfte gebrachtes Opfer darzustellen versucht hatten. Aber auch auf Seite der österreichischen Volksvertretung [illegible] im Jahre 1867 [illegible], daß mit den Delegationen [illegible] werde. Herr Dr. St[illegible] hat [illegible] Conferenz vom 20. [illegible] Rede eine Stelle aus dem Berichte des 1867er Verfassungs-Ausschusses citirt, an die am Vorabende der ersten Lesung des Sturm'schen Antrags wieder zu erinnern passend erscheint. Der 1867er Verfassungs-Ausschuß, dessen hervorragende Mitglieder auch dem in diesem Jahre gewählten Fünfundvierziger-Ausschuß für die Ausgleichs-Vorlagen angehören, sprach es in seinem Berichte aus, daß die den Delegationen [illegible] ihrem schwerfälligen Verhandlungs-Modus zugewiesenen Agenden wären viel einfacher in der Weise zu erledigen, daß dieselben von dem gemeinschaftlichen Ministerium den Vertretungskörpern beider Reichshälften zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt und etwaige Differenzen in den Beschlüssen im Wege der Deputations-Verhandlung ausgeglichen würden, wie dies in Betreff der zwar nicht als gemeinsam erklärten, jedoch nach gemeinsamen Grundsätzen zu behandelnden Gegenstände durch das ungarische Gesetz vorgeschrieben ist.

Schweren Herzens und nur, weil er sich in einer Zwangslage befand, entschloß sich damals der Reichsrath, der von Beust und seinen magyarischen Rathgebern ausgeheckten besondern staatlichen Institution der Delegationen seine Zustimmung zu ertheilen, und er glaubte hiebei beileibe nicht, daß mit der Annahme der [illegible] Verfassung Ungarn ein Gefallen geschehe, zumal [illegible], ja auch eine ansehnliche Minderheit des ungarischen Reichstages derselben gegenüber ablehnend, schroff ablehnend verhielt. Wenn nun aber schon damals, ehe noch die Schädlichkeit der Delegationen-Einrichtung für die österreichische Reichshälfte durch die Praxis erwiesen war, Männer wie Herbst, Brestel, Rechbauer, Kuranda, Zaillner, Wolfrum u. s. w. darüber erstaunt waren, daß man ohne Noth und ohne voraussichtlichen Nutzen eine schwerfällige Institution ins Leben rufe und nicht lieber der einfachern, rationellen den Vorzug gebe, wenn man also schon 1867 erkannte, daß die Delegationen nichts taugen, welcher vernünftige Grund in aller Welt könnte den österreichischen Reichsrath bestimmen, heute die Fortdauer dieser Delegationen zu beschließen, trotzdem eine nahezu zehnjährige Erfahrung bewiesen hat, daß Ungarn in Folge der Einführung der Delegationen einen überwiegenden Einfluß auf das Reich gewonnen hat, den es zum Nachtheile der westlichen Reichshälfte ausübt?

Zum Nachtheile Oesterreichs und zum eigenen! Denn das ist eben das Merkwürdigste an der Sache, daß der ungarische Staat gleichfalls beeinträchtigt wird durch die Delegationen-Verfassung. Diese Institution war und ist nur gut dazu, daß man mit ihrer Hilfe den Constitutionalismus gerade in Betreff seiner kostbarsten Prärogative lahmlegte. Das Recht der verfassungsmäßigen Einflußnahme auf die auswärtigen und die Angelegenheiten des Heeres ist den Volksvertretungen beider Reichshälften zu Gunsten der Delegationen genommen worden. Die Delegationen jedoch haben dasselbe nicht erhalten. Erst vorgestern war Herr v. Tisza — 1867 selbst einer der schärfsten Gegner der Delegationen — gezwungen, im ungarischen Abgeordnetenhause zu bekennen, daß dem so sei, daß es Dank der [illegible] der Delegationen nicht möglich sei, den constitutionellen Volksvertretungen Oesterreichs und Ungarns in jenem Maße Aufklärung über die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu ertheilen, auf welches das jüngste europäische Parlament — das türkische — mit Aussicht auf Erfolg Anspruch erheben kann.

In dem Wunsche nach Beseitigung der Delegationen liegt somit auch nicht eine Spur von Feindseligkeit gegen Ungarn. Wir wollen für uns kein Mehr von Rechten, das nicht auch der andern Reichshälfte eingeräumt wird. Für uns wie für Ungarn verlangen wir die Abänderung des die gemeinsamen Angelegenheiten und die Art der Behandlung derselben normirenden Gesetzes in dem Sinne, daß das dem Reichsrathe (also auch dem ungarischen Reichstage) rücksichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten zustehende [illegible] weder von ihm selbst ohne Entsendung von Delegationen ausgeübt werde. Für Ungarn wie für uns beanspruchen wir die Festhaltung des Princips der kleinern Ziffer für den Fall, daß zwischen den beiden Vertretungen eine Einigung nicht erzielt wird. In bündigster Form spricht die Resolution den Verzicht der fortschrittlichen Verfassungstreuen Oesterreichs auf eine strammere Centralisirung aus. Wenn Ungarn in seinem Widerstreben gegen ein parlamentarisches Central-Organ beharrt, ist's gut; wenn es indeß in der Folge selbst das Bedürfniß nach Schaffung eines solchen empfinden sollte — desto besser. [illegible] verlangen wir — für Ungarn wie für uns — [illegible] genug den Parlamentarismus wie in der [illegible].

Der Krieg.

Wien, 16. Mai.

Vom europäischen Kriegsschauplatze nichts Neues, doch dürfte von da ziemlich bald ein überstürzender Strom von Neuigkeiten einlaufen, denn trotz des Schleiers, den die Russen vortrefflich über ihre Bewegungen zu ziehen verstehen, erhellt dennoch so viel, daß ihr Aufmarsch in sechs bis acht Tagen vollendet sein und dann die große Action beginnen dürfte. Constantinopel wird in der Linie Bujuk-Tschemedsche, am Marmara-Meer, und Lake-Dermos, am Schwarzen Meere gelegen, also an der nordwestlichen, Adrianopel zugekehrten Seite befestigt. Wir wollen über diesen seit Diebitsch's Uebergang über den Balkan 1829

Feuilleton.

Die Rumänen und ihre Nachbarn.

(Nach rumänischen [illegible].)

Bukarest, 1./13. Mai.

Auf dem Wege von Ploješcht nach Bukarest verschwindet [illegible] schöne Gebirgskranz der transsylvanischen [illegible] dem rückwärts blickenden Auge und rings dehnt sich, in maifrischem, jugendlichem, butteriggelbem Grün prangend, eine reiche und fruchtbare Ebene. So streckt sich das schöne Land, mit Busch und Laubwald die gesegneten Fluren lieblich unterbrechend, aus bis an den Donaustrom. Bukurest liegt so recht mitten auf der Fruchtplatte und die Dimbovitza schlingt sich durch wie ein [illegible] Band — couleur eau de Nil. Von der [illegible] des Hügels, auf welchem nach dem [illegible] der Stadt zu die Metropole, der Sitz des [illegible]rientalischen Metropoliten von Rumänien, liegt, [illegible] Auge ein wirklich sehenswerthes Panorama, [illegible] ist eine Gartenstadt. Man [illegible] Bekuren oder Bukurli, von [illegible] den Erbauern der Stadt diese ihren Namen [illegible], ganz und gar beiseite lassen, schon [illegible] dieses Garten-Reviers wird man gerne [illegible] geheißen haben [illegible] der Stadt [illegible], das ist Freudenstadt, [illegible].

[illegible] sind verschwunden oder haben nie existirt, [illegible] geblieben und es macht heute [illegible] Schande. Man lebt hier [illegible] in Freuden trotz der Noth der schweren Zeit. Und gar heute, am 1. Mai und nachdem es vor drei Tagen über Nacht plötzlich Sommer geworden ist.

Wer [illegible] des Abends durch die Cale Mogosoi, wer heute durch die ganze Stadt wandelt, merkt nichts von dem Alp fremder Occupation, nichts von Sorge wegen der dräuenden Gefahren eines großen Krieges, nichts von Scham über das [illegible] Mißtrauen gegen das nationale Heer, welchem der übermächtige Bundesgenosse in doppelter Weise dadurch Ausdruck verliehen hat, daß er seine Theilnahme am Kampfe ablehnte und es in seinem Rücken auf Wachstubendienst ließ. Keine Stirne wird bleich, kein Blick senkt sich in dem Gefühle solcher Geringschätzung; man schmückt die Wagen mit Blumen und üppigem Grün und schwingt, unbekümmert um die nationale Tricolore, das Mai-Panier der Lust und der Freude.

So seh' ich's von meinem Fenster — so tönt es mir von der Straße. Dazwischen plötzlich ein anderer, übergellender Ton — die [illegible]signale russischer Reiter.

Oder glaubt dieses Volk, welches so lange der Spielball heterogenster Interessen gewesen, welches — eine Mischung aller Racen, deren Wege sich hier kreuzten — die beiläufige Unabhängigkeit seiner Existenz nur der eifersüchtigen Mißgunst der Nachbarn verdankt, welches — wie einer seiner Söhne gesagt — in seinen Sitten die Laster aller seiner verschiedenen Herren widerspiegelt — glaubt dieses Volk an seinen eigenen Frühling und an seine eigene Auferstehung aus der jahrhundertelangen Schmach seiner Geschichte?

Es ist wahr: dem Lande und dem Volke ist übel mitgespielt worden im Verlaufe der Zeiten. Als Mischlings-Race von den verschiedensten Interessen und nach allen Seiten herumgestoßen, geworfen und gezogen, jetzt hier und morgen bei dem Gegner von gestern sein Heil suchend, betrogen in seinem Vertrauen und kaum ein- oder zweimal in seiner ganzen Geschichte durch nationale Helden- und Großthaten eigenen Impulsen folgend, sind seine schönen Fruchtländer die schwelgerischen Lotterbetten der Fremden gewesen und der nationalen Bojaren, der Blutegel am Leibe des eigenen Volkes. Man kann nicht wohl anders, als Regnault zustimmen, wenn er in seiner „Histoire des principautés danubiennes" sagt: „Ein so sehr erniedrigtes Land verspürt lange Zeit die Nachwehen seiner Erniedrigung. Nicht materielle Plagen, Beraubungen, [illegible] seines Gutes verderben ein Volk. Diese Wunden heilen; aber diejenigen Wunden, welche der Ehre, der menschlichen Würde, der Selbstachtung geschlagen werden, legen verderbliche Keime in den innersten Organismus. Die Herrschaft der Phanarioten bedeutete für die Moldau-Walachei etwas viel Traurigeres als den Ruin, nämlich die Entehrung." Auf solche Weise ist es zuletzt mit diesem begabten Volke und dem schönen Lande dahin gekommen, daß ein Sohn desselben voll Schmerz ausrief: „Ich bin in den Städten gewesen und in den Dörfern und habe nichts gesehen als die Spuren jener schrecklichen Scenen, welche unser Land mit Blut gedüngt und verödet haben. Die Ordnungs- und Zuchtlosigkeit und das Elend, welches überall herrscht, erinnern an die Zeiten der Völkerwanderung. Nirgends ein wohlerhaltenes Gebäude, Ruinen überall! Unfertige Bauten hie und da, in Eile begonnen, aus Noth unvollendet, ohne praktischen Nutzen, ohne Verstand, ohne leitende Idee, ohne Anknüpfung an das Bestandene. Der Faden der Tradition ist abgerissen in unserm Volke."

Und doch braucht man nur über die Zeit der Phanarioten zurückzugehen, um der Tradition, der historischen wie der poetischen, wieder zu begegnen. Nach jenen frühen Zeiten, wo der romanische Volksgeist noch nicht durch die schlechten Einflüsse der griechischen Phanarioten corrumpirt war, wollen wir jetzt den Leser geleiten und ihm im Spiegel der nationalen Poesie den Rumänen, welchen er vornehmlich im grellen Lichte modernen Raffinements oder im abschreckenden Schmutz seiner Niedrigkeit kennt, in reinerm Lichte und hellern Farben zeigen.

Der Rumäne im Volksliede ist von glühender Vaterlandsliebe beseelt. In einem solchen sagt ein Bauer: „Ich habe den Dniester bei ruhigem Wasser durchschritten, um zu sehen, ob drüben das Brot auch gut sei, wie in dem Lande meiner Vorfahren; aber wäre es auch süß wie Honig, mir würde es doch bitter erscheinen."

Die Nachbar-Nationen, welche so verderblichen Einfluß auf die Geschicke seines Volkes nahmen, daß dasselbe

wiederholt aufgetauchten Befestigungsplan, der jetzt endlich seiner Realisirung entgegengehen dürfte, demnächst detaillirter sprechen.

General-Adjutant Semeka meldet aus Odessa, der Dampfer „Constantin", welcher aus Sebastopol zur Kreuzung entsandt wurde, habe vier Boote nach dem Hafen von Batum abgeschickt. Von diesen seien zwei in Poti angelangt, den andern zwei sei es gelungen, zum „Constantin" zurückzukehren. Es scheint also da auf einen Handstreich auf Batum abgesehen gewesen zu sein. Jedenfalls war man in Batum wachsam und wurde ein Angriff abgeschlagen, nachdem ausdrücklich gemeldet wird, der Dampfer sei am 15. wieder in Sebastopol angekommen — ohne daß Jemand getödtet oder verwundet worden wäre. Die türkische Flotte befand sich gerade um diese Zeit (am 14.) vor Soukhumkaleh an der Küste von Abchasien, wo sie bekanntlich tausend Tscherkessen landete. Daß die Stadt gelitten habe, wird russischerseits zugegeben, aber zugleich behauptet, ein Landungsversuch der Türken wäre durch fünf Compagnien mit zwei Geschützen zurückgewiesen worden. Nun, von Soukhumkaleh war aber in den diesbezüglichen Berichten nirgends die Rede, sondern von Pitzounda und Gagry. Hier aber gelang der Versuch, die Tscherkessen ans Land zu werfen. Daß viele türkische Todte am Ufer gefunden wurden, ist in einer russischen Meldung selbstverständlich. Die Tscherkessen scheinen überhaupt der russischen Regierung einige Schmerzen bereiten zu wollen. So wird gemeldet, dieselben desertirten aus den russischen Reihen nach Kars. Freilich wird andererseits berichtet, die Anatolier weigerten sich, gegen die Russen zu kämpfen, und es wären 150 Mann aus Widdin nach Serbien übergegangen. Um ein solches Pack ist nicht viel Schade. Weder in dem einen, noch in dem andern Lager gehen auf diese Art brave, verläßliche Soldaten [illegible]. Die Verbindung Erzerums mit Kars soll wieder hergestellt sein. Dies wäre nur möglich, wenn die Moukhtar Pascha gegenüber gestandenen russischen Abtheilungen ihre Expedition in das Soghanli-Gebirge des hohen Schnees wegen aufgegeben und sich zurückgezogen hätten. Doch wenn die „Verbindung" in der That hergestellt ist, wie sieht es dann mit der Cernirung von Kars aus? Was wir vor einigen Tagen als Vermuthung ausgesprochen, wird jetzt bestätigt. Die über Bajazid bis Tandurik (13 Stunden südöstlich von Karakilissa) vorgerückte Colonne Tergusakoff wird durch die Bewegung vor Scheikh Abdullah, der mit seinen Drusen von Van aufgebrochen ist, an einem energischen Vorrücken gehindert. Dieser Umstand dürfte die ganze russische Action ins Stocken bringen, wenigstens insolange, als es nicht gelungen, sich dieses gefährlichen, in den Rippen manövrirenden Gegners zu entledigen. Scheikh Abdullah kennt aber die Vortheile seiner Stellung gewiß wenigstens so weit, daß er sich aus dieser nicht so leicht wegmanövriren lassen wird.

* *

Der „Pol Corr." wird aus Bukarest unterm 15. Mai gemeldet:

„Die letzten Artillerie-[illegible] zwischen Kalafat und Widdin [illegible] 110 Mann an Todten und Verwundeten [illegible]. [illegible] Tagen gehen die russischen [illegible] der Richtung gegen Karakal und Slatina. [illegible] sind gegen 15.000 Mann [illegible]."

Dem [illegible] Blatte schreibt man aus Jassy, [illegible] Mai:

„Trotz der Ungunst des Wetters vollzieht sich der Aufmarsch der russischen Armee an der Donau mit relativer Raschheit. Bis zur Stunde ist das langgedehnte Donau-Ufer von Kilia bis Turnu-Margurelli, einem an der Mündung der Aluta in die Donau pittoresk gelegenen Orte, von russischen Truppen, theils in dichten Massen, theils schütter, besetzt. Die 6 Armee-Corps, welche ursprünglich die Süd-Armee bildeten, sind zur Stunde vollständig auf rumänischem Territorium. Der Generalstabs-Chef scheint aber selbst diese sehr bedeutende Macht für nicht ausreichend zu halten, um die großen Operationen mit der Forcirung des Donau-Ueberganges unmittelbar beginnen zu können. Auf sein Drängen wurden die als erste Reserve im December des Vorjahres mobilisirten drei Armee-Corps (IV., XIII. und XIV.) der „operirenden Armee" einverleibt. Das erste dieser Corps hat bereits gestern den Pruth überschritten und passirte heute eine Brigade desselben hier vorbei in der Richtung auf Galatz und Braila. Aus sicherer Quelle verlautet, daß die neuen Truppentheile dazu bestimmt sind, das IX. und das VII. Armee-Corps abzulösen, welche schon morgen nach Giurgewo ihren Marsch antreten dürften. Damit aber die Armee so rasch als möglich eine ansehnliche Reserve erhalte, sind die Ordres zur Mobilisirung weiterer Truppentheile der Armee ertheilt worden. Nach Versicherungen russischer Officiere sollen 55.000 Mann diverser Waffengattungen der neuen Reserve schon Anfangs Juni in Rumänien einmarschiren. Dieselben rücken schon jetzt nach und nach an den Pruth.

Selbstverständlich beschäftigt die russischen Officierskreise die Frage des Donau-Ueberganges in hohem Grade. Niemand kann zur Stunde sagen, wo dieser Uebergang thatsächlich erfolgen werde. Nach der Richtung der Truppen-Concentrationen wollen die russischen Officiere muthmaßen, daß der Haupt-Choc bei Zimnitza stattfinden werde. Seit gestern verkehren acht bis zehn Züge täglich und diese führen Truppen nach Plojeschti, Piteschti, Slatina und Korbu. Von Slatina ab marschiren die Truppen zu Fuß nach Zimnitza, wo große Massen concentrirt werden. Nach authentischer Angabe sind zur Stunde 52.000 Mann Infanterie, 7400 Mann Cavallerie und 12 Batterien im Anmarsche gegen Zimnitza. Aber auch über Braila-Draganeschti sind ununterbrochen Truppen nach diesem Punkte im Anzuge. Höhere russische Officiere behaupten, daß bis zum 18. d. M. bei 90.000 Mann sammt zahlreicher Artillerie in und bei Zimnitza concentrirt sein werden. Zimnitza liegt gegenüber von Sistwo oder Swistowo, wie die Bulgaren diese Stadt nennen; es dürfte demnach zwischen diesen beiden Orten der, oder wenigstens ein Hauptübergang stattfinden.

Fast jeder zweite Zug führt von hier große Massen Artillerie nach Braila, wo zur Stunde ein großer Belagerungspark bereits aufgestellt ist. Seitdem ein Vertreter des russischen Communications-Ministeriums den Verkehr auf den Bahnen leitet, hat keine Störung auf den Linien stattgefunden und werden die Züge mit Pünktlichkeit expedirt

Gestern kamen hier 45 junge Aerzte an, die in den 24 in der Moldau eben jetzt in der Einrichtung begriffenen Spitälern eingetheilt werden. Professor Pirogoff soll zum Chef des Sanitätsdienstes in der Moldau ernannt werden. Derselbe wird dieser Tage hier eintreffen."

* *

Ueber einen von den rumänischen Truppen genommenen Dampfer — es scheint derselbe zu sein, den uns Telegramme als für die türkische Regierung aus Ungarn angekauft bezeichneten — berichten die rumänischen Blätter:

„In Folge des in der Nacht vom 13. auf den 14. d. erfolgten Bombardements zwischen Widdin und Kalafat während dessen die Türken sichtlich bemüht waren, einen vorbeiziehenden Dampfer mit ihren Batterien zu decken, gelang es zwar diesem letzteren, dem Kreuzfeuer zu entgehen. Der Commandant von Kalafat benachrichtigte jedoch darauf eiligst die von der Stadt weiter abwärts postirten Truppen, auf den Dampfer Feuer zu geben. Das Regiment des Obersten Crutzesko, welches rechts von dem Dorfe Cinperceni aufgestellt war, brachte in Folge dessen durch ein mörderisches Feuer, bei welchem mehrere Matrosen des Dampfers getödtet wurden, denselben zum Stehen und zur Uebergabe. Der Capitän wollte durchaus keine Aufklärung geben, warum er ohne Flagge fahre. Aus den Aussagen mehrerer Matrosen ging jedoch hervor, daß das Schiff für türkischen Dienst acquirirt war. Das Schiff, sowie dessen Bemannung werden in Cinperceni unter sicherer Bewachung gehalten."

Inland.

Wien, 16. Mai.

Vom Tage.

Da hat es unser Fürst Adolf Auersperg doch besser. Der arme Herr v. Tisza! Wenn er nicht ertrinkt in der Fluth von Orient-Interpellationen, so sind die Herren Iranyi und Helfy hieran unschuldig. Kaum hatte sich Herr v. Tisza aus nicht weniger als drei Interpellationen schlecht und gerecht herausgewunden und schon sind Iranyi und Helfy mit zwei neuen Interpellationen zur Stelle. Iranyi ist auch diesmal seiner Maxime treu geblieben, auch seine heutige Frage ist sehr unbequem. Er will wissen, wie die Regierung ihre Zustimmung zu dem Berliner Memorandum und zu den Londoner Conferenzbeschlüssen mit dem Pariser Vertrage und mit den Interessen Ungarns vereinbaren könne. Darauf zu antworten ist nun allerdings kitzlich. Doch Herr v. Tisza wird ihm die Antwort wohl nicht lange schuldig bleiben, wenn er ihm nicht gleichwie dem Herrn Helfy vom Fleck weg geantwortet haben sollte. Der Telegraph hat — bis zur Stunde — weder die eine noch die andere Antwort gebracht. Man ist also auf bloße Vermuthungen beschränkt. Indeß läßt sich's nicht allzuschwer errathen, was er dem indiscreten Iranyi geantwortet haben mag. Herr v. Tisza wird ihm gesagt haben: Lieber Iranyi, mit dem Pariser Vertrage hat sich auch die Handels-Convention mit Rumänien schwer vereinbaren lassen und gleichwohl haben ungarischer Reichstag und österreichischer Reichsrath derselben zugestimmt. Es ist nicht weit her mit der bindenden Kraft von Verträgen. Diese Kraft bleibt so lange latent, als nicht hinter ihr so und so viele Hunderttausende von Bajonneten mit dem dazu gehörigen Kanonenfutter stehen. Und erst Helfy! Fragt der gar den Minister, ob er die Zeit für gekommen erachte, um für die Aufrechterhaltung des Pariser Vertrages einzustehen? Wie man nur so fragen kann! Herr Helfy bemerkt doch selbst, daß der Pariser Vertrag bereits verletzt, also eigentlich vernichtet sei! Und kann man etwas aufrechterhalten, was nicht existirt? Herr Helfy beliebe diese Interpellation zu beantworten.

In einem Lemberger Blatte findet sich eine höchst sensationelle Meldung aus Wien. Danach sollen sich im Armee-Obercommando sehr wichtige Veränderungen vorbereiten. Der General-Inspector Erzherzog Albrecht soll sich ins Privatleben zurückziehen, und der Kriegsminister soll, da vorläufig ein Nachfolger im General-Inspectorate nicht ernannt werde, seine Functionen übernehmen. Bestünde die Aussicht, daß sich diese Meldung bewahrheitet, so würde die Bedeutung derselben weit über die Armeeverhältnisse hinausreichen und wohl in erster Linie die äußere Politik der Monarchie betreffen, die ja heute nicht nur zwischen Russen und Türken, sondern auch zwischen Feder und Schwert schwankt. Es ist aber eine solche Aussicht nicht vorhanden. Die Polen hegen eben mehr noch als andere Oesterreicher den Wunsch, Oesterreich nicht Hand in Hand mit Rußland gehen zu sehen, und schenken bereitwillig jedem Gerüchte Glauben, welches zu politischen Conjuncturen im Sinne ihrer Wünsche Anlaß bietet.

Aus den südlichen Theilen der Monarchie sind einige militärische Nachrichten zu verzeichnen. Der Honved-Minister Szende ist gestern Abends nach Lugos abgereist, wo bekanntlich ein Uebungslager der ungarischen Landwehr vorbereitet wird. Weiter wird gemeldet, daß mehrere Generalstabs-Officiere des Temesvarer und Hermannstädter Militär-Commandos eine gemeinschaftliche Uebungsreise im Szörenyer Comitat und in den angrenzenden Siebenbürger Landestheilen unternehmen. Als Ort des Zusammentreffens ist Karansebes bestimmt.

Die unabhängige liberale Partei des ungarischen Reichstages entschied in ihrer gestrigen Sitzung über die Stellung, welche die aus ihrer Mitte in die Commission für den Zoll- und Bank-Ausgleich gewählten Mitglieder einnehmen sollen. Man einigte sich dahin, daß die Mitglieder im Sinne des bekannten Partei-Programmes vorgehen und vor Allem der Ansicht Geltung verschaffen sollen, daß der gegenwärtige Zeitpunkt im Allgemeinen zur Austragung solch' wichtiger Fragen, wie die Zoll- und Bankfrage, nicht geeignet sei.

Parlamentarisches.

Die Affaire Herbst bildet noch immer im Abgeordnetenhause die pièce de resistance. Herr Dr. Herbst hat sich nicht so sehr über die vier Mitglieder des Clubs der Linken, die gestern gegen den Ausschußantrag gestimmt haben (Teichmann, Dormitzer, Weeber und Schwarz) aufgehalten, als aber die große Anzahl von Club-Mitgliedern, die wirklich be-[illegible]

---

nur einmal, und da nur für sehr kurze Zeit — unter Mihail Braon — politisch geeinigt war, werden begreiflicherweise im Volksliede nicht eben zart angefaßt.

Um den Geist zu charakterisiren, wie die Beziehungen zu den Nachbarn sich im Volksliede widerspiegeln, sagt ein rumänischer Schriftsteller: „Frei vom Geist der Proselytenmacherei und der Eroberungssucht, haben sie nicht anders Krieg geführt, als zur Vertheidigung, und hegen keinen Haß, als gegen die Unterdrücker. Obwohl von Grund ihres Herzens der Orthodoxie anhängend, haben sie sich den Türken so lange accommodirt, als diese die Verträge beobachteten, und bis in diese letzten Zeiten haben sich die besten Patrioten mit ihnen gegen Rußland verbunden. . . . Wir sind die Freunde Derjenigen, welche unsere Unabhängigkeit achten; wer immer sie angreift, den behandeln unsere Poesien als Heiden. Dies ist die Regel, nach der sich der Grad ihrer Animosität gegen unsere Feinde bemißt." So kommt es, daß der Türke im Volkslied weitaus besser wegkommt als der Grieche. In der Ballade von Codréau, dem Räuber welcher gefangen vor den Divan in Constantinopel gebracht wird, sagt dieser in der ältesten Version: „Fürstliche Hoheit! Ich schwöre bei dem Namen der heiligen Jungfrau, daß ich nie einen Christen getödtet habe — aber wenn ich einen Türken sah, o, dann konnte ich nicht widerstehen, ihm den Kopf abzuhauen und den Raben zum Fraß hinzuwerfen." Der Großtürke erbleicht und auf Andringen der Andern im Divan gibt er dem Henker das Zeichen. Da ruft Codréau aus: „O mein Fürst, glaube nicht Denen; wenn ich aber sterben soll, so lasse mir wenigstens Zeit, meinen Frieden mit Gott zu machen" u. s. w. Diese Stelle hat der Haß des Volkes gegen die Griechen später umgestaltet wie folgt: „Glaube nicht den Griechen, fürstliche Hoheit, denn sie essen deinen Kopf. Der Grieche ist eine giftige Schlange, der Grieche ist ein ansteckendes Gift, das bis in die Knochen dringt." In den meisten Volksliedern erscheint der Türke als eine Art gutmüthiger Brummbär, wenngleich die Bemerkung vielleicht nicht ungerechtfertigt ist, daß es in der ursprünglichen Gestalt dieser Gesänge anders gewesen sein mag. Einer derselben erzählt von Jovitza, dem Neffen des Hadzi Baba-Novak, der in die Tochter des Kadi, zugleich die Nichte des Sultans, verliebt ist. Unter Zustimmung seines Onkels nimmt Jovitza das schnellste Pferd aus dessen Ställen und begibt sich an die Pforte des Gartens, wo die junge Schöne mit ihren Gespielinnen lustwandelt. Er bittet sie, ihm eine Blume zu geben, und sie schickt ihm drei durch eine ihrer Kameradinnen. Der Liebende aber besteht auf seiner Bitte, die Blume von ihr selbst zu empfangen. „Da wählt die Tochter des Kadi, die Nichte des Sultans, ein schönes Veilchen, pflückt es und bringt es selber zu Jovitza." Dieser beugt sich vom Sattel, umfaßt die Schöne mit beiden Armen und entführt sie. Als der Kadi davon hört, stülpt er den Turban tief über die Augen, wirft sein Nargileh weg, springt, ohne Sattel noch Zaum aufzulegen, auf sein flinkes Tatarenroß und jagt dem Räuber nach. Fast hat er ihn erreicht, da beugt sich das Mädchen, seine eigene Tochter und Nichte des Sultans, und beißt mit ihren Zähnen das Pferd Jovitza's in die Ohren, daß dieses vor Schmerz wiehert und mit drei Sprüngen vor Onkel Novak's Hause ist. Hart hinterher ist der Kadi und schon schwingt er sein Schwert über die beiden Schuldigen, als der alte Novak erscheint. „Halt, Schwager Kadi," ruft er diesem zu, „weißt du nicht, daß die Alten auf gleich bringen sollen, was die Jungen angestellt haben?"

Der Grieche personificirt die Gemeinheit, die Corruption, den Betrug und Verrath. In der Ballade, welche von dem Heros Vulcan handelt, spielen die Türken ihre Rolle. Sie sind dargestellt als pflichtgemäß und darum auch in ihrem Recht handelnd, da sie demjenigen Räuberhelden nachstellen, der ihnen so großen Schaden zugefügt hat. Sie erfahren nichts als Moquerien und pikante Anspielungen, und wenn der Dichter sie zuletzt doch massacrirt, so geschieht dies nur zum größeren Ruhme seines Helden. Aber Vulcan hat einen Griechen als Diener, der lange bei ihm ist, wohlgehalten, gut belohnt und im Vertrauen seines Herrn. Gleichwohl ist er sogleich bereit, diesen zu verrathen, als Soliman Aga ihm den Antrag stellt. „Gehe der Zeck, wir werden sehen." Er bindet dem Helden im Schlaf die Arme und so liefert er ihn den Türken aus. „O Bruder," ruft der Dichter aus, „Gott beschütze uns vor der Wuth der Heiden und vor der Falschheit des Griechen, der weder Herz noch Ehre im Leib hat." Selbst die Tataren haßt der Rumäne im Volkslied weniger als den Griechen.

Den Magyaren haßt er ebenfalls. „An der Quelle, im Schatten der zwei Fichten habe ich zwei ungarische Brüder getödtet wegen jener lieben Kleinen, die mich leiden mochte, sie, ein Kind von über der Grenze, die Tochter des magyarischen Bojaren." Oft auch höhnt das Volkslied den verhaßten Magyaren: „Du Knabe von einem Magyaren, du Kurzmantel (moghior moghiarlan), halt' dich nicht zu lang auf in der Moldau, trolle dich heim in dein Speckland, friß dich fett, bau' dir ein Haus auf dem Staub und kratz' es wohl mit Geierflügeln, daß die Vampyre dich verschonen. Mach', daß du fortkommst über die Berge, über den Ardéal; denn seit du da bist, ist der Käse theuer, sind die Schafe unfruchtbar geworden!"

Das folgende Gedicht gibt dem Magyarenhaß den vollsten Ausdruck:

„Weit über das Feld wüthet das rasende Feuer. Mit unsern Händen haben wir es gelegt und geschürt. Laß es brennen und wachsen und lodern, denn es ist im Lande der Ungarn. Bildet die Hora, daß ich tanze im Schein dieses Feuers.

Ungar mit dem langen Schnurrbart, ich habe dem Tod gesagt, daß er dich verfolge, der Flamme, daß sie dich verzehre, dem Kreuze, daß du daran hängest. Bildet die Hora u. s. w.

Ungar, du toller Hund, ich habe genug auf dieser Welt von dir gelitten; aber die Zeit ist gekommen, daß ich mich räche, ja auch ich. Bildet die Hora u. s. w.

Wie die Thiere jammern! wie der Speck im Feuer zischt! wie alle Dörfer lodern, zur Sühne für ihre Sünden! Bildet die Hora u. s. w.

der Abstimmung ausgeblieben sind. Die Letztern jedoch führen zu ihrer Entschuldigung an, daß es sich in diesem Falle um keinen Club-Beschluß handelte und daß bei der Besprechung dieses Gegenstandes im Club nur etliche dreißig Mitglieder anwesend waren. Dr. Herbst aber grollt ob der erlittenen Niederlage, die er als eine rein persönliche auffaßt, da er mit besonderer Wärme für den Antrag Prato's eingetreten ist. Denn Dr. Herbst ist nicht gewöhnt, dort, wo er sich exponirt, zu unterliegen. Besitzt er ja doch in hohem Grade die Uebung, das Terrain erst genau zu sondiren, bevor er zu einer Frage Stellung nimmt. Diesmal aber haben ihn seine Getreuen im Stiche gelassen! Dr. Herbst hat auch mit aller Entschiedenheit [illegible], eine Wiederwahl zum Obmann nicht mehr anzunehmen. In der morgigen Club-Sitzung wird der Obmann-Stellvertreter Wolfrum von der Resignation des Obmannes officiell Mittheilung machen. Eine Neuwahl wird morgen nicht vorgenommen werden; man beabsichtigt dieselbe bis nach den Pfingstfeiertagen zu vertagen. Bis dorthin, so hofft man, werden sich die Gemüther beruhigt haben.

Das Comité für die Zucker- und Branntwein-Steuervorlagen hat heute nach längerer Debatte beschlossen, in die Special-Debatte der Regierungsvorlage bezüglich der Zuckersteuer wohl einzugehen, jedoch in dieselbe, abgesehen von den Uebergangsbestimmungen, auch Bestimmungen mit Rücksicht auf die Feststellung der definitiven Besteuerungsgrundlage aufzunehmen. Mit kleiner Majorität wurde ferner beschlossen, die Rüben-Abwage zur Grundlage der Besteuerung zu machen und für die Zeit der definitiven Besteuerung auf keine Pauschalirung einzugehen. Die Minorität hat ein Separat-Votum im Sinne der von den Experten geltend gemachten Anschauungen angemeldet. Der Majoritätsbeschluß soll den besonders warmen Vorstellungen der Regierungsvertreter und dem Ansichtswechsel eines derzeit mit Steuer-Angelegenheiten viel beschäftigten Mitgliedes des Comités zu verdanken sein.

Der Steuer-Reform-Ausschuß bestellte in seiner heutigen Sitzung die Referenten für das Plenum. Nach längerm Zureden und noch [illegible] Wahlgängen wurde Abg. Dr. Beer zum Referenten für die Gesetze bezüglich der Personal-Einkommen-, Renten- und Actien-Steuern und Abg. Dr. Menger zum Referenten für die Erwerb-, Grund- und Gebäudesteuer gewählt.

Nachstehend bringen wir die namentliche Abstimmung über den in der gestrigen Sitzung in Verhandlung gewesenen Ausschuß-Antrag in Betreff des italienischen Theiles von Tirol. Für den Ausschuß-Antrag stimmten die Abgeordneten:

Auspitz, Dr. Banhans, Dr. Bareuther, Dr. Beer, Dr. Conte Begna-Possedaria, Dr. v. Bertolini, Dr. Blaas, Graf Bouquoi, Rüdiger Freiherr v. Ciani, Claudi, Reichsfreiherr v. Cresseri, Dr. Dinstl, Dr. Dordi, Dumba, Dr. Edlbacher, Freiherr v. Eichhoff, Friedrich, Fürst, Ganahl, Gierowski, Dr. Giskra, Göllerich, Gomperz, Dr. Granitsch, Dr. Franz Groß, Freiherr v. Hackelberg, Halka, Dr. Hanisch, Hecke, Dr. Heilsberg, Held, Dr. Herbst, Dr. Hönigsmann, Dr. v. Hofer, Dr. Hopfe, Dr. Janowski, Ritter v. Jessernigg, Dr. Juzyczynski, Dr. Kaiser, Freiherr v. Kellersperg, Köpl, Dr. Kopp, Freiherr v. Korb-Weidenheim sen., Kowalski, Josef Krasicki, Dr. Krzyzanowski, Dr. Kuranda, Dr. Landau, v. Mackowitz, Meißler, Dr. Mendini, Neuwirth, Nischelwitzer, Dr. Ofner, v. Pacher, Pawlikow, Dr. v. Perger, Petritsch, Petruszewicz, Dr. v. Plener, Posch, Ritter, Dr. Rodler, Dr. Anton Roser, Dr. Ritter v. Sandrinelli, Sazinger, Dr. Schaup, Ritter v. Schönerer, Dr. Schrank, Schwab, Seidemann, Seidl, Stockert, Dr. Stöhr, Dr. R. van der Straß, Streer Ritter v. Streeruwitz, Dr. Sturm, Friedrich Sueß, Szwedzicki, Theumer, Graf Thurn-Valsassina, Freiherr v. Tinti, Dr. Tomaszczuk, Dr. Ritter v. Venturi, Dr. Vidulich, Freiherr v. Walterskirchen, Wanka, Dr. Wedl, Dr. Wegscheider, Dr. Adolf Weiß, Wickhoff, Dr. Ritter v. Wittmann, Woynarowicz und Zaklinski.

Gegen den Ausschußantrag stimmten die Abgeordneten:

Aresin-Fatton, Bartoszewski, Freiherr v. Baum, Freiherr v. Blumencron, Brader, Graf Brandis, Ritter v. Carneri, Dr. Chelmecki, Ritter v. Chrzanowski, Cienciala, Graf Coronini, Dr. Ritter v. Czajkowski, Dr. Julian, Czerkawski, Deschmann, Dr. Dittes, Ritter v. Dormitzer, Dr. Duchatsch, Dr. Dunajewski, Dr. Dworski, Ritter v. Dzwonkowski, Dr. Fanderlik, Dr. Foregger, Fuchs (Schlesien), Furtmüller, Fux (Mähren), Ganzwohl, Ritter v. Gniewosz, Golab, Dr. Graf, Dr. Ritter v. Grocholski, Dr. Haase, Haller, Hallenburg, Freiherr v. Hammer-Purgstall, Freiherr v. Handel, Dr. Harrant, Hermann, Graf Hohenwart, v. Hormuzaki, Ritter v. Horodyski, Dr. Hoszard, Jasinski, Dr. Kabat, Graf Kalnoky, Graf Khevenhüller-Metsch, Freiherr v. Kielmannsegg, Graf Christian Kinsky, Ritter v. Kochanowski, Freiherr v. Konopka, Ritter v. Kozlowski, Ritter v. Krynicki, Dr. Kusy, Ritter v. Langer-Podgoro, Ritter v. Lepkowski, Lienbacher, Ritter v. Ljubisa, Dr. Lumbe, Dr. Magg, Dr. Menger, Graf Mieroszewski, Mises, Neumayer, Dr. Oelz, Pauer, Dr. Peez, Edler v. Pflügl, Freiherr v. Poche, Dr. Prazak, Ritter v. Proskowetz, Freiherr v. Riese-Stallburg, [illegible], Dr. Rudzowski, Ritter v. Rylski, Altgraf [illegible] Dr. Roser, [illegible], Fürst [illegible], Schaitel, [illegible], Schurer, Scutter v. Lötzen, [illegible], Ritter v. Smarzewski, Dr. Smolka, Freiherr v. Sternbach, Staudel, Thurnher, Umlauft, Graf Wallis, Weinrich, Dr. Wereszczynski, Winkler, Graf Wodzicki, Wurm, Graf Zedtwitz, Zeilberger, Freiherr v. Zschock.

Für die Fahrt des Reichsrathes nach Triest haben sich bisher 128 Abgeordnete und ein Herrenhaus-Mitglied (Graf Belrupt) gemeldet. Von den Ministern haben die Herren de Pretis, Chlumecky und Dr. v. Stremayr ihre Theilnahme definitiv zugesagt.

Aus den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses.

(Steuer-Reform-Ausschuß.) In der gestern Abends stattgefundenen Sitzung dieses Ausschusses meldeten die Abgeordneten Dr. Beer, Auspitz, Neuwirth und Dr. Schaup ein Minoritäts-Votum an, wonach die Grundsteuer statt 24 Percent, wie die Regierung beantragt, und der Ausschuß beschlossen hat, $26^2/_3$ Percent (das ist das heutige Ausmaß) betragen soll. Das Grundsteuer-Gesetz wurde hierauf in dritter Lesung angenommen.

Der Ausschuß schritt sonach zur dritten Lesung des Gebäudesteuer-Gesetzes.

§. 1 wurde in folgender Fassung angenommen: „Die Hauszinssteuer, wie solche nach den mit dem kaiserlichen Patente vom 23. Februar 1820 festgestellten Grundsätzen in den in diesem Patente und den allerhöchsten Entschließungen vom 30. Juni 1823, 15. April 1839, 25. Juni 1844 und 7. October 1851 bezeichneten Orten umzulegen ist, wird auf alle Gebäude ausgedehnt, welche in Orten gelegen sind, in denen sämmtliche Gebäude oder wenigstens die Hälfte derselben einen Zinsertrag durch Vermiethung abwerfen."

Zu §. 6 beantragt Abg. Neuwirth, das Ausmaß der Hauszinssteuer von 25 Percent, wie der Ausschuß beschlossen hatte, auf 24 Percent herabzusetzen, welcher Antrag nach lebhafter Debatte nur von 16 Stimmen unterstützt und daher nach der Geschäftsordnung abgelehnt wurde, da der frühere Beschluß auf 25 Percent mit 17 Stimmen gefaßt worden war.

Abg. Neuwirth meldete hierauf ein Minoritäts-Votum auf 24 Percent und Abg. Auspitz ein solches auf 26 Percent an.

Der §. 7 wurde nach einer vom Abg. Freiherrn v. Dobblhoff vorgenommenen Umstylisirung genehmigt und des Ferneren beschlossen, einen Recurs in Steuerbefreiungs-Angelegenheiten auch an das Ministerium zu gestatten.

(Justiz-Ausschuß.) In der heutigen Sitzung des Justiz-Ausschusses wurde bei der Vorlage einer neuen Fassung des §. 15 der Novelle zum Curatorengesetze die Frage erörtert, ob das Rechtsmittel des Recurses gegen gerichtliche Entscheidungen über Anträge des Curators nur denjenigen Besitzern von Partial-Obligationen einzuräumen ist, welche bei der Gläubiger-Versammlung zugegen waren, oder überhaupt jedem einzelnen Besitzer. Diese Frage wurde nach längerer Debatte, an welcher sich die Abgeordneten Dr. Stöhr, Dr. Prazak, Dr. Weiß, Dr. Kabat und Sections-Chef Benoni betheiligten, in dem Sinne erledigt, daß die in erster und zweiter Instanz gefällten Entscheidungen, welche dem Einschreiten des Curators um Ertheilung einer Genehmigung stattgeben, vom Curatelsgerichte durch Edicte kundzumachen und von jedem der durch den Curator vertretenen Besitzer mittelst der gerichtlich zulässigen Rechtsmittel angefochten werden können. Die Rechtsmittelfrist für den einzelnen Besitzer beginnt mit dem Tage der Edicts-Veröffentlichung. Weiter wurde nach längerer Debatte beschlossen, daß das Recht zur Einberufung einer neuerlichen Versammlung dem Curator zustehen solle und daß außerdem auch das Gericht auf das Einschreiten des Curators um Genehmigung von amtswegen die Einberufung einer neuerlichen Versammlung verfügen könne.

Abg. Dr. Dinstl wurde zum Berichterstatter im Hause gewählt.

Wr.-Neustadt, 13. Mai. [Orig.-Corr.] (Die Secession des Reichsraths-Abgeordneten Dr. Wedl.) Unser rühriger „Fortschritts-Verein" hat durchaus nicht die Absicht, sich nach dem Muster des hiesigen Reichsraths-Abgeordneten Dr. Wedl in einen „Neuen Fortschritts-Verein" mit „vermittelnden" Tendenzen zu verwandeln. Im Gegentheil, man ist hier über den Austritt des Abgeordneten aus dem Fortschritts-Club sehr unzufrieden und citirte ihn wenige Tage nach der Flucht der Neunzehn vor eine Plenarsitzung des Vereins. Dr. Wedl kam nicht, dafür schickte er an den Präsidenten einen längern Schreibebrief, der als Erklärung für die Fahnenflucht dienen sollte. Aus demselben waren ganz sonderbare Dinge zu ersehen. Zunächst, daß Herr Dr. Wedl deßhalb aus dem Fortschritts-Club ausgetreten sei, weil er so außerordentlich für den Fortschritt schwärme; ferner, daß er deßhalb von der Opposition sich abtrennte, weil er „in der Ausgleichsfrage zu gar keinen Concessionen geneigt sei"; weiter, daß bei den Führern des Fortschritts-Clubs die „persönliche Eitelkeit" die Hauptrolle spiele, wobei sich natürlich der Herr Dr. Wedl, der gar nicht eitel ist, „zurückgesetzt" fühlen mußte; ferner, daß des fortschrittlichen Dr. Wedl und seiner Genossen „besonnene Rathschläge mißachtet" wurden; daß es eine Verleumdung sei, zu sagen, die Regierung habe bei der neuen Club-Bildung die Hand im Spiele gehabt, und endlich daß in nicht ferner Zeit „alle ehrlichen Patrioten" das Vorgehen der Neunzehn billigen werden.

Der Verein ließ sich aber merkwürdigerweise durch diese Erklärungen nicht beruhigen, sondern fühlte auch nach denselben noch das Bedürfniß, Herrn Dr. Wedl persönlich zu vernehmen. Es wurde denn auch eine Vereinsversammlung ad hoc einberufen und in derselben ist wirklich das Ex-Mitglied des Fortschritts-Clubs erschienen. Die Dinge, die wir dabei aus dessen Munde zu hören bekamen, sind zum Theile von der Art, daß sie nicht in Wiener-Neustadt begraben bleiben, sondern die möglichste Publicität, namentlich auch in parlamentarischen Kreisen erlangen sollten. Herr Dr. Wedl wählte nämlich zu seiner Entschuldigung und Vertheidigung den bequemen Weg, den Andern, in deren Gesellschaft er nicht mehr passe, die schrecklichsten Dinge nachzusagen. Herr Stene kam dabei in den Schein, als ob er, ein zweiter Catilina, Oesterreich in ein entsetzliches Chaos stürzen wolle. Die im Club zurückgebliebenen Fortschrittsmänner, den genannten hervorragenden Parteimann an der Spitze, haben sich verschworen, das Ministerium um jeden Preis zu stürzen, um dann dessen Fauteuils unter sich zu vertheilen, wobei Dr. Wedl wohl leer ausgegangen wäre. Zu diesem Zwecke wollte man das Budget verweigern, zu diesem Zwecke habe man keinen Anstand genommen, mit der Rechtspartei einen Pact zu schließen . . . Diese letztere Verleumdung hat Herr Dr. Wedl, wohlgemerkt, erst nach den bekannten Erklärungen des Fortschritts-Clubs und des Abgeordneten Skene ausgesprochen, wohl in der Meinung, seine Worte würden außerhalb des Gasthaussaales nicht gehört werden.

Aber auch damit waren die Wähler noch nicht zufrieden und Herr Dr. Wedl [illegible] mußte mehrere Interpellationen aushalten. Zunächst befragte ihn Herr Lackinger, Ober-Buchhalter der Siegl'schen Locomotiv-Fabrik, ob denn die Spaltung des Fortschritts-Clubs nicht die einheitliche Haltung der Fortschritts-Partei im Abgeordnetenhause schwächen und ob die neue Fraction, durch die orientalische Frage unbeirrt, die Ausgleichs-Vorlagen mit der nöthigen Ueberlegung prüfen und einer dadurch begründeten Mehrbelastung unserer Reichshälfte gegenüber sich entschieden ablehnend verhalten werde. Herr Dr. Wedl geizte selbstverständlich nicht mit Versicherungen, daß gerade die „neuen" Fortschrittsmänner am allermeisten gegen die Mehrbelastung Oesterreichs im Ausgleich mit Ungarn wirken und am allerwenigsten einer Zwangslage sich fügen werden.

Gefährlicher gestaltete sich die Interpellation des hiesigen Advocaten Dr. Beyrer. Er stellte an den Abgeordneten folgende drei Fragen: „1. Warum die Dissidenten ihre Beschwerden über die von ihnen als falsch erkannten Wege des alten Fortschritts-Clubs nicht dort zur Sprache und ihre Meinung über die rechten Wege nicht dort zum Ausdruck gebracht haben? 2. Warum, wenn die Wege des alten Fortschritts-Clubs falsche sind, dann der geistige Führer der Fortschrittspartei im Parlament sowohl als außerhalb desselben bei Gelegenheit der niederösterreichischen Landtags[illegible], ein Mann von seltener Ueberzeugungstreue wie Dr. Josef Kopp, nicht in den neuen Fortschritts-Club übergetreten sei? 3. Was der neue Club von der Spaltung erwarte?"

Auf die erste und dritte Frage erwiderte der Abgeordnete mit den bereits bekannten Ausflüchten. Zum Vorbringen der Bedenken im Club selbst sei keine Zeit mehr gewesen, wenn noch einer von den Neunzehn in den Ausgleichs-Ausschuß gelangen sollte, auch hätten ihre Recriminationen ganz gewiß nichts gefruchtet. Der neue Club werde übrigens sich von dem Vorgehen des Fortschritts-Clubs nicht gänzlich trennen, wohl aber eine vermittelnde Stellung einzunehmen suchen zwischen der Linken und dem Fortschritts-Club. Auf die Anfrage betreffs der Haltung des Abgeordneten Dr. Kopp antwortete Dr. Wedl mit folgender Enthüllung: Dr. Josef Kopp wäre, seiner eigenen Versicherung nach, gerne mit der Fraction des Redners in den neuen Club mit übergetreten, denn er gehöre seiner Gesinnung nach zu ihnen, allein er sei durch nichtpolitische Gründe von einem Uebertritte jetzt abgehalten, was Redner und die übrigen Mitglieder des neuen Clubs aufrichtig bedauern. Dasselbe gelte von den im Fortschritts-Club zurückgebliebenen Vertretern aus Oberösterreich und Salzburg und namentlich auch von dem Vertreter der Grazer Handelskammer, Dr. Magg.

Man ist hier sehr gespannt darauf, ob die auf solche Weise für den neuen Club reclamirten Abgeordneten der Fortschrittspartei diese Mittheilungen des Dr. Wedl ruhig hinnehmen werden. Die Versammlung des Fortschrittsvereines schloß mit einer Replik des Dr. Beyrer, der an die Zweckmäßigkeit der vom neuen Club zu [illegible] Vermittlungs-Politik namentlich in der Ausgleichsfrage nicht glauben konnte.

Ausland.

Wien, 16. Mai.

Vom Tage.

Die Händedrücke, welche Großfürst Nikolaus und Fürst Karl miteinander ausgetauscht, haben für das russische Armee-Commando gute Früchte getragen. Wie der „Pol. Corr." aus Bukurest gemeldet wird, hat Fürst Karl, um dem Großfürsten Nikolaus einen Beweis der aufrichtigen Sympathien Rumäniens für die Sache Rußlands zu geben, demselben eröffnet, daß es nunmehr russischen Truppen-Abtheilungen, um ihnen einen Umweg zu ersparen, gestattet sei, ihren Weg über Bukurest zu nehmen. Doch, heißt es in dem Bericht weiter, ist es noch nicht ausgemacht, ob Großfürst Nikolaus von dieser mit Dank aufgenommenen Concession auch wirklich Gebrauch machen werde. Trotz dieser dicken Freundschaft scheint man im russischen Hauptquartier wenig geneigt zu sein, dem Herzenswunsch der Rumänen nach Abschluß einer Convention über die Cooperation der rumänischen Armee zu willfahren. „Bis jetzt," wird in dem Bericht gesagt, „machen die Russen andauernd Schwierigkeiten, mit Rumänien dießerhalb einen Vertrag abzuschließen." Natürlich, die Russen können die Rumänen als Untergebene, nicht als Verbündete brauchen.

Aus Syra, 16. d., wird der „Pol. Corr." telegraphirt: „Die Botschafter Graf Zichy, Fürst Reuß und Graf Corti trafen auf ihrer Reise nach Constantinopel heute Morgens hier ein, besichtigten die Stadt, nahmen das Dejeuner beim österreichisch-ungarischen General-Consul Herrn v. Martinet und setzten Mittags 12 Uhr ihre Reise nach Constantinopel fort." Da auch die französische Regierung beschlossen hat, den Grafen Bourgoing nach Constantinopel zu entsenden, so wird bald wieder das ganze diplomatische Corps, natürlich mit Ausnahme des russischen Botschafters, am Goldenen Horn versammelt sein.

Aus Paris kommt die überraschende Nachricht, daß das Cabinet Simon seine Demission eingereicht habe. Dies ist in Folge von Erklärungen geschehen, welche zwischen Jules Simon und Mac Mahon über die innere Politik stattfanden. Damit ist genug zur Charakterisirung der Factoren gesagt, welche die neue Minister-Krise in Versailles hervorgerufen. Es ist der clericale Ansturm, welcher das den Reihen der Republikaner entnommene Cabinet zum Wanken gebracht hat. Schon seit Wochen wird von den Organen der Rechte eine systematische Hetze gegen das „gottlose" Ministerium betrieben. Die Erklärungen, welche Jules Simon in der Deputirtenkammer bei Gelegenheit der Inter-

---

Bei Tagesanbruch bin ich auf den Berg gestiegen, des Blitzes aus den Wolken habe ich mich bemächtigt, und von der Höhe habe ich ihn gegen die Ungarn geschleudert. Bildet die Hora" u. s. w.

Fast noch übler als den Magyaren ergeht es im Volksliede den Russen, welche „unter dem Vorwande des Protectorats stets unsere schlimmsten Feinde waren und noch sind". Das Volkslied verfolgt sie mit einem Hasse, der um so lebhafter ist, je frischer die Ursachen desselben im Gedächtnisse leben.

Man höre das „Lied vom Pruth": „Pruth, verfluchter Fluß, könntest du doch werden wie die Sündfluth und wild und schäumend, daß man das andere Ufer nicht sehen könnte, noch eine Stimme hören von drüben! Wenn die Heuschrecken kommen, mögen sie drüben ertrinken, wenn die Cholera kommt, gehe sie in des Flusses Mitte zu Grund, aber die Feinde nahe an unserm Ufer. Und du, Pruth, stolzer Fluß, magst sie tragen bis in die Donau, bis in das Meer, bis zum Eingang der Hölle." — Im Jahre 1849 wunderte sich ein Franzose über die Strenge des Winters. „Siehst du nicht," antwortete ihm ein Rumäne, „daß die Russen uns ihren Winter gebracht haben?"

Die poetische Gerechtigkeit des Volksliedes verfolgt den Feind überallhin und fast über seine berechtigtesten Grenzen. Die Dieberei in der russischen Verwaltung entgeht ihr so wenig wie die Käuflichkeit der russischen Justiz. „Ich hatte einen Bruder," sagt eine junge Bäuerin in einem Lied, „er ging hinüber und trug drei Ballen. Aber die Kosaken sahen ihn, verfolgten, ergriffen und fesselten ihn, zwangen ihn in die Quarantaine und ließen ihn dort am Boden ohne Speise und Trank. Mit Stricken haben sie ihn gebunden und werden ihn nach Chotyar fahren, um ihn auf russisch zu richten und auf kosakisch zu peitschen."

Verhältnißmäßig am besten kommt der Deutsche (der Oesterreicher) davon, welchen das Volkslied des im Essen sehr frugalen Rumänen als Gourmand verspottet.

Dr. Otto Groß.

pellation über die clericalen Umtriebe abgab, haben die frommen Eiferer in eine wahre Berserkerwuth versetzt. Wie es scheint, ist es der Camarilla im Elysée gelungen, das Ohr des Marschall-Präsidenten für ihre Einflüsterungen zu gewinnen. Ein in vorgerückter Stunde eingelangtes Telegramm meldet bereits, daß Mac Mahon die Demission des Cabinets angenommen hat.

Stimmen aus dem Publicum.

Correspondenz der Redaction.

Wilheim: Alle die von Ihnen erwähnten Unregelmäßigkeiten fallen [illegible] zur Last. Theilen Sie uns [illegible] mit, damit wir die Zustellung des Blattes an Sie unmittelbar aus unserer Expedition verfügen können.

Tagesneuigkeiten.

Wien, 16. Mai.

[Personal-Nachrichten.] Prinz L. Coburg-Gotha ist gestern hier eingetroffen und im Hotel „zum goldenen Lamm" abgestiegen. — Graf Andrassy kehrt kommenden Freitag nach Wien zurück. — Fürst-Erzbischof Dr. Kutschker trifft noch im Laufe des Schuljahres zur Firmung in Wiener-Neustadt ein. — Sonntag den 13. d. hat in der hiesigen Nuntiatur die Firmung des bekannten [illegible] Dr. Onno Klopp aus Hannover durch den [illegible] Erzbischof Jacobini stattgefunden. — Der Landes-Präsident von Krain Bohuslav Ritter v. Widmann ist gestern Abends nach Laibach zurückgekehrt. — Der englische General-Consul, welcher vor zwei Tagen aus Belgrad hier eingetroffen, ist heute Morgens nach London weitergereist. — Der russische Agent v. Wesselitzky ist vorgestern hier angekommen. — Der deutsche Kaiser hat dem frühern Botschafter in Constantinopel, Freiherrn v. Werther, den Schwarzen Adler-Orden verliehen. — Unter zahlreicher Betheiligung der Kunst- und [illegible]welt hat heute Nachmittags um 2 Uhr das Leichenbegängniß des Bankiers L. F. Mandl in der evangelischen Kirche Augsburger Confession stattgefunden. — Kurz darauf fand in der Pfarrkirche zu St. Josef in der Leopoldstadt das Leichenbegängniß v. Bäuerle's statt. Zu der Feier hatten sich außer den Verwandten mehrere Reichsraths- und Landtags-Abgeordnete, eine Deputation der Landwirthschafts-Gesellschaft, zahlreiche Vertreter der Aristokratie und der [illegible], [illegible] des Ackerbauministeriums ꝛc. eingefunden. — Der akademische Bildhauer Josef Probst ist, [illegible] Jahre alt, hier gestorben.

[Cheirotonie.] Demnächst findet hier in der Kirche zur Heiligen Dreifaltigkeit die Vornahme der Cheirotonie an dem bereits in Wien eingetroffenen neuernannten griechisch-orientalischen Erzbischof und Metropoliten in Czernowitz, Theoktist Blazewicz, statt. Durch diese mit der Bischofs-Consecration der katholischen Kirche analoge Ceremonie wird dem zu Consecrirenden die kirchliche Weihe für sein Hirtenamt mittelst Hände-Auflegung ertheilt. Der Erzbischof empfängt die Cheirotonie durch die Heilige Synode der Bischöfe seiner Kirchenprovinz, weßhalb zur Vornahme des feierlichen Actes die dem Metropoliten in Czernowitz unterstehenden griechisch-orientalischen Bischöfe von Zara und Cattaro hier eintreffen werden.

[Baden-Weikersdorf.] Die schon vor mehreren Jahren aufgetauchte Frage der Vereinigung der Gemeinden Baden und Weikersdorf wurde im Laufe des Jahres 1876 von dem Bezirkshauptmann Herrn Erich Grafen Kielmannsegg, der bekanntlich in geradezu musterhafter Weise seines Amtes waltet, neuerlich in Anregung gebracht. Seiner Aufforderung Folge leistend, haben Delegirte beider Gemeinden unter Vorsitz des Herrn Bezirkshauptmanns eingehende Berathungen gepflogen und deren Resultate in einem vortrefflich abgefaßten Exposé niedergelegt, das pro und contra so unparteiisch erwägt, daß jeder Unbefangene eine Vereinigung der Gemeinden als heilbringend für beide Parteien erkennen muß. In erster Linie wird darauf hingewiesen, daß zur Bewältigung schwieriger Aufgaben vereinigte Kräfte geeigneter sind als vereinzelte, und diese Ansicht auch auf den Wirkungskreis von Gemeinden angewendet, läßt nicht verkennen, daß den Aufgaben, welche einer Gemeinde kraft des Gesetzes und durch die stets steigenden Anforderungen der Zeit gestellt werden, ein großes Gemeinwesen leichter gerecht werden könne als ein kleines. Durch die Vereinigung Badens mit 7600 und Weikersdorfs mit 3000 Einwohnern würde eine Gemeinde geschaffen, die mit Ausnahme Wiens die zweitgrößte Stadtgemeinde Niederösterreichs wäre und trotz der Ausdehnung doch einen beiweitem einfachern Verwaltungskörper erfordern würde, als dies gegenwärtig bei getheilter Wirthschaft der Fall. Es ist jedenfalls zu hoffen, daß die beiden Gemeinden, ihre Vortheile erkennend, in die Vereinigung willigen werden.

[Die Arbeiter-Revolte in Asch.] Ueber die schon im Abendblatte gemeldete Arbeiter-Revolte in Asch wird uns aus Prag telegraphirt: „Die Arbeiter der Fabrik von Geipel und Jäger in Asch verlangten eine Lohn-Erhöhung. Da dieselbe nicht bewilligt wurde, revoltirten 1000 Arbeiter. Sie versammelten sich vor der Fabrik und bedrohten die Beamten. Fünfzig Mann Militär, die aus Eger abgegangen sind, konnten den Tumult nicht bemeistern. Heute Früh wurden deßhalb weitere 150 Mann nach Asch dirigirt, die mit Steinwürfen empfangen wurden. Ein Arbeiter ward erschossen, mehrere verwundet; ein Gendarm wurde erheblich verletzt."

[Diplomatie und Publicistik.] Bei einem kürzlich in London stattgefundenen Bankette der königlichen literarischen Gesellschaft wurden von dem britischen Premier Grafen v. Derby und dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Beust über die heutige Diplomatie und deren literarische Bedeutung Tischreden gehalten, die auch weitere Kreise interessiren dürften. Graf v. Derby, welcher in seinem Toaste den Grafen Beust feierte, erinnerte an das geflügelte Wort, daß Diplomaten ihre Sprache dazu benützen, um ihre Gedanken zu verbergen. „So weit" — sagte er — „meine durch sechs Jahre reichende diplomatische Erfahrung geht, ist diese Behauptung unwahr. Die diplomatische Correspondenz wird, soviel ich weiß, mit größerer Geläufigkeit und Liebenswürdigkeit geführt als sie in parlamentarischen und publicistischen Controversen gewöhnlich zu sein pflegt. Ja, es zeigt sich, daß Offenheit nicht selten die beste Diplomatie bekundet. Höflichkeit und Aufrichtigkeit schließen sich keineswegs aus. Es fällt mir nicht ein, unaufrichtig oder hinterhältig mit den ausgezeichneten Diplomaten vorzugehen, mit denen ich in täglichem Verkehre stehe, sei es als College oder als Gegner." Graf Beust leitete seine Erwiderung auf diese Rede mit der beinahe elegischen Bemerkung ein, daß die Aussichten eines Diplomaten, in die innern Cirkel der Literatur zu dringen, unendlich geringe seien. „In der That," — fügte er hinzu — „sprechen wir Diplomaten gar viel — Manche behaupten: allzuviel, und selbst unsere besten Freunde können nicht betheuern, daß Alles, was wir schreiben, zum Besten der höhern Bildung oder zur Verbreitung der Wissenschaften bestimmt ist. Eine wesentliche Differenz zwischen uns und andern Literaten liegt darin, daß jeder Schriftsteller bemüht bleibt, seinem Buche die größtmögliche Verbreitung zu verschaffen, während der Diplomat auf die Geheimthuerei angewiesen ist. So oft ein neues Blaubuch unter die Presse geht, kommen wir in Angst, man möchte uns für Intriguanten und Verschwörer halten. Indessen dürfen Sie mir glauben, daß wir besser sind als unser Ruf, und daß, wenn auch nicht ganz durch eigenes Verdienst, aber durch den Fortschritt der Zeit und der Ereignisse wir im Vergleiche mit frühern Zeiten wesentlich correcter und anständiger geworden sind. Namentlich danken wir dies der Publicität. (Beifall.) Viele meinen, daß die Diplomatie sich mit der Publicität nicht vertragen könne. Ich theile diese Meinung nicht. Der Diplomat hat entweder eine gute oder eine schlechte Sache zu vertreten. Ist seine Sache gut, so kann die Publicität ihr nur nützlich sein. Ist sie schlecht, so kann die Publicität ihn vor Irrgängen bewahren. Nachdem ich sonach aufrichtig über mein eigenes Gewerbe gesprochen habe, werden Sie mir vielleicht gestatten, Sie zu versichern, daß unsere Thätigkeit doch nicht ganz werthlos für die Literatur sei. Ob unsere Depeschen im Wege der Blaubücher ans Licht gelangen oder in spätern Zeiten den Forschungen eines Geschichtsschreibers nutzbringend werden, jedenfalls tragen sie bei, dereinst die Annalen unserer Zeit zu vervollständigen und davon Zeugniß zu geben, inwieweit wir dem Guten und Wahren zu dienen in der Lage waren. Wenn wir einst nicht mehr sind, und wenn vielleicht unsere Depeschen einer spätern Generation vor Augen liegen, so wird es heißen: „Der Geist, der aus diesen Zeilen spricht, beweist, daß ihr Verfasser lebte und schrieb in einem Lande, wo Intrigue und Falschheit unbekannt, wo Wahrheit und Glaube nicht nur hohle Worte waren, wo das leitende Princip die Achtung fremder Rechte und die Geltendmachung des eigenen Rechtes gewesen ist." (Lauter Beifall.) Da darf man wohl behaupten, daß auch wir unser Scherflein für die Literatur der Zukunft beitragen; es ist allerdings ein Wechsel auf lange Sicht, aber in gutem Glauben auf die dereinst erfolgende Zahlung." (Beifall.)

[Amerikanisches Duell.] Vor einigen Tagen hat sich in Kis-Zombor der Gutsbesitzer Desiderius Ronay erschossen. Aus einem zurückgelassenen Schreiben ging hervor, daß der Unglückliche das Opfer eines amerikanischen Duells gewesen. Nach dem „P. N." lautet der mit sicherer Hand geschriebene Brief wie folgt: „Ein langes Jahrzehnt hindurch lebte ich mit dem sichern Bewußtsein, daß ich am 11. Mai 1877 sterben müsse. Ich leugne wohl nicht, daß ich mich zuweilen mit der Hoffnung trug, daß Der, welcher über mein Leben verfügt, sich erbarmen und mich in den letzten Stunden meiner Verpflichtung entbinden werde. Ich täuschte mich — statt des Dispenses kam ein Mahnbrief. Es geschehe nach seinem Willen. Ich fürchte den Tod nicht, ich sterbe ruhig, gleichwohl schmerzt es mich, so jung diese schöne Welt verlassen zu müssen. Ich glaube, viele Räthsel, die ich im Leben nicht lösen konnte, werden nun leicht gelöst werden. Gott mit Euch! Glück und Segen auf Euch! Kis-Zombor, am 11. Mai 1877. Desiderius Ronay." In einem Post-Scriptum verfügte der Unglückliche noch über sein bedeutendes Vermögen und nimmt Abschied von seiner Mutter. Der Name seines Gegners ist nicht bekannt.

[Curtaxe in Vöslau.] Officiös wird mitgetheilt: „Die Mittheilung, daß das Gesuch der Gemeinde Vöslau um Bewilligung der Einhebung einer Curtaxe abschlägig beschieden worden sei, war verfrüht. Das Gesuch liegt dem Ministerium des Innern vor." — Unseres Wissens wurde bisher nur gemeldet, daß der niederösterreichische Landes-Sanitätsrath sich gegen die Einhebung einer Curtaxe in Vöslau ausgesprochen habe und das wird für das Ministerium des Innern wohl maßgebend sein.

[Die Zeitungen- und Handschriften-Ausstellung in Prag.] Ueber die bereits erwähnte Zeitungen- und Handschriften-Ausstellung in der Prager Bürger-Ressource finden wir in der „Prager Ztg." folgenden Bericht: „Die großartige, ein [illegible] Bild der Tages- und periodischen Presse liefernde Ausstellung nimmt nicht weniger als vier Säle und die Galerie in Anspruch. Den ersten Saal füllen die Zeitschriften Italiens, etwa [illegible] an der Zahl. Zwischen denselben hat der Koran in türkischen Schriftzügen [illegible] auch nicht ganz passenden Platz gefunden. Die [illegible] bedecken nicht weniger als 130 stenographische Zeitschriften. Der Hauptsaal ist vornehmlich den Erzeugnissen der österreichischen Presse, vom unbedeutendsten Provinz-Wochenblatte bis zu den großen Journalen der Residenz, eingeräumt. Hier befindet sich auch die sehr werthvolle Collection von Handschriften berühmter Männer der Gegenwart und Vergangenheit. Wir sehen da die eigenhändigen Namens-Unterschriften von Richard Wagner, Victor Hugo, Anastasius Grün, [illegible], Safarik, Purkyne, Komensky, Dumas, Döllinger, [illegible], Mendelssohn, Meyerbeer, Abdelkader, Garibaldi, Darwin, Palmerston, wie überhaupt von den bedeutendsten Staatsmännern, Schriftstellern und Künstlern der verschiedenen Nationen. In einem besondern Schranke befinden sich auf Seide die eigenhändigen Namens-Unterzeichnungen des Kaisers von Japan, dreier japanesischer Prinzen, sowie des Premier-Ministers zur rechten Seite und des zweiten Ministers zur linken Seite Sr. japanesischen Majestät. Das Domcapitel-Archiv hat mehrere historisch denkwürdige Schätze, darunter eine Originalschrift des heiligen Johann von Nepomuk als Notar des erzbischöflichen Gerichts geliefert. Dem Archiv der Stadt Prag entstammen Autographe böhmischer Regenten von Wladislaw II. bis zur Kaiserin Maria Theresia. In demselben Saale befindet sich auch ein Tableau, das „Vater unser" in 324 Sprachen, aus der Staatsdruckerei von St. Petersburg. Zwei Pyramiden an der Front des Saales zeigen die Zeitschriften Asiens, Afrikas und Australiens. Die rechte [illegible]seite beim Austritte zieren 454 typographische Zeitschriften der verschiedensten Länder. Der dritte Saal enthält die Erzeugnisse der Tagesliteratur Deutschlands, über 1200 verschiedene Zeitschriften. Im letzten Saale befinden sich die Zeitungen Frankreichs, Spaniens und Englands, weiter sämmtliche [illegible] des französisch-deutschen Krieges und unter der [illegible] Commune in Paris erschienenen Witzblätter mit colorirten Caricaturen. Die Galerie des Hauptsaales birgt schließlich die Erzeugnisse Amerikas.

[Schützenfest.] Man schreibt aus Karlsruhe: „Die vor Kurzem hier anwesend gewesenen Vertreter des pfälzischen und mittelrheinischen Schützenbundes haben in Gemeinschaft mit denen des badischen die Schießordnung für das bevorstehende hiesige Schützenfest festgestellt. [illegible] wird nächstertage an die Verbandsvereine versendet werden. Die auswärtigen Delegirten haben die hiesigen Jubiläums-Festlichkeiten mitgemacht und sich sehr befriedigt über die herrlichen Räume der Festhalle, wie auch über die Bewirthung daselbst ausgesprochen. In Beidem darf man wesentliche Bürgschaften für das Gelingen des Festes erblicken. Sämmtliche Ausschüsse sind nun gebildet und haben mit ihren Arbeiten bereits begonnen. Die Herstellung der Schutzvorrichtungen auf dem Schießplatze ist an die Gebrüder Gehrlein in Maximiliansau übertragen worden."

Local-Nachrichten.

[Poliklinik.] Der Unterrichtsminister hat der Allgemeinen Poliklinik eine weitere Subvention von 500 fl. für das Jahr 1877 bewilligt. Gleichzeitig erging an das medicinische Professoren-Collegium die Aufforderung, über die künftige Organisation des Institutes neuerliche Vorschläge zu erstatten.

[Sechshauser Ausstellung.] Gestern Abends um 7 Uhr versammelten sich [illegible] Aussteller in einem Saale des „[illegible]", um zu besprechen, auf welche geeignete Weise dem Ausstellungs-Comité für sein nützliches Wirken der Dank von Seite der Aussteller abzustatten sei. Nach einer kurzen, aber sehr erregten Debatte wurden die Herren Heinrich Grave, C. Fogl, Emanuel Thi[illegible], [illegible], A. Pinkus und J. Ravaux zu Mitgliedern des Comités gewählt, welches nach einer Sitzung den [illegible] geeignet erachteten Dankes-Modus in Vorschlag bringen wird.

[Ein Tobsüchtiger.] In einem Anfalle von Tobsucht brachte gestern Nachts der im Allgemeinen Krankenhause befindliche Tischlergeselle Ladislaus Jarosch mit einem stumpfen Messer einer Wärterin eine Verletzung am Rücken bei. Der Rasende riß sodann von einem starken Sessel ein Bein aus, zertrümmerte damit 74 Fensterscheiben und einige Fensterkreuze, ferner 10 Lavoirs und ein Bett. Nur mit Mühe konnte Jarosch überwältigt werden. Auf die Ueberwachung im Krankenhause wirft der Fall kein besonders günstiges Licht.

[Eine verschwundene Commissionsgeschäfts-Inhaberin.] Einiges Aufsehen erregt das Verschwinden der Commissions- und Incassogeschäfts-Inhaberin F. Darwas, Tiefen Graben Nr. 11 wohnhaft gewesen. Dieselbe war seit Jahresfrist in dem bezeichneten Hause etablirt und erfreute sich eines besondern Zuspruches Geldbedürftiger. Am 14. d. erklärte sie nach Ungarn reisen zu müssen, um dort eine Forderung von 20.000 fl. flüssig zu machen. Seit jenem Tage hat aber Frau Darwas, entgegen ihrem Versprechen, nichts von sich hören lassen, und ihre plötzliche Abreise gleicht nur zu sehr einer Flucht. Diese Annahme gewinnt dadurch an Stichhältigkeit, weil die Genannte hier Gläubiger zurückgelassen hat, welche die ganz respectable Summe von 14- bis 16.000 fl. zu fordern haben. Eine große Anzahl von Personen, die sich als beschädigt erachten, hat bereits im Laufe des heutigen Tages die Intervention der Polizei-Direction in Anspruch genommen.

[Feuer.] Heute Nachmittags halb 1 Uhr kam in der im zweiten Stockwerke gelegenen [illegible]-Fabrik des Hermann Heller, Gumpendorferstraße Nr. [illegible], aus bisher unbekannter Ursache Feuer zum Ausbruche. Das Feuer breitete sich mit großer Schnelligkeit aus und bald standen drei Zimmer in vollen Flammen. Der Feuerwehr gelang es jedoch, den Brand zu localisiren und nach $1\frac{1}{2}$stündiger Thätigkeit zu dämpfen. Die Zimmer sind vollständig ausgebrannt; sowohl die Möbel als auch Tuchwaaren und Stoffe wurden ein Opfer der Flammen. Der Schade ist noch nicht erhoben, jedenfalls aber ein bedeutender.

[Selbstmord.] Der Bäckergehilfe Ludwig [illegible], Floridsdorf, [illegible] Nr. [illegible], [illegible] sich gestern von der Franz Josefs-Brücke in den Donau-Canal und ertrank. In einem zurückgelassenen Schreiben bezeichnet er unglückliche Liebe und [illegible] als Motiv. — Vor einigen Tagen wurde in der Krieau die Leiche eines beiläufig 50 Jahre alt gewesenen Mannes an einem Baumaste erhängt aufgefunden. In den Kleidungsstücken des Selbstmörders fand sich vor: ein blaues Sacktuch, ein vom [illegible] J. Spitzer in der Circusgasse Nr. [illegible] [illegible] von 2 fl. [illegible] mit drei [illegible] Begasch, [illegible]. Die Identität des Selbstmörders konnte bisher nicht festgestellt werden.

Gemeinde-Angelegenheiten.

[Blumenmarkt.] Die Gartenbau-Gesellschaft hat vor einiger Zeit beim Gemeinderathe um die Errichtung eines Blumenmarktes angesucht und sich erboten, auf eigene Kosten hübsche Verkaufs[illegible]. Der Gemeinderath erklärte sich [illegible] und bestimmte den [illegible] Pädagogium [illegible]. Die Gartenbau-Gesellschaft ist mittlerweile anderen Sinnes geworden [illegible] Tagen, indem sie [illegible] Gemeinderathes dankt, denselben [illegible]. Die Mehrzahl von [illegible], welche der Blumenmarkt geplant war, ist von der Idee [illegible] gekommen, da die [illegible], wie der Kunstgärtner [illegible] bemerkt [illegible], ihren Gefühlen [illegible] billigern Ausdruck geben und keine so werthvollen Bouquets mit Solo-Rosen oder japanesischen Lilien mehr kaufen. Die Gesellschaft wird nun vermuthlich in ihrem Garten am Parkring eine Art von Blumenmarkt errichten.

[Städtisches Bad.] Nach einem Beschlusse der Bäder-Commission des Gemeinderathes wird das städtische Bad am Sonntag den 20. Mai eröffnet werden.

[Subvention.] [illegible] Die Finanz-Section des Gemeinderathes hat dem Kindergarten-Comité des Bezirkes Favoriten eine Subvention von 500 fl. [illegible] Stiftung im Bezirke Leopoldstadt [illegible] 200 [illegible] zugesprochen.

Fortsetzung in der Beilage.

Nr. 126. We Lwowie, Wtorek dnia 5. Czerwca 1877. **Rok XVI.**

Wychodzi codziennie o godzinie 7. rano, z wyjątkiem poniedziałków i dni poświątecznych.

Przedpłata wynosi:
MIEJSCOWA kwartalnie . . . 4 złr. 50 cent.
miesięcznie . . . 1 „ 50 „
Za miejscowa „ . . . 2 „ — „
Z przesyłką pocztową:
Kwartalnie w państwie austrjackiem . 6 złr. — ct.
do Prus i Rzeszy niemieckiej .
„ Francji . . . .
„ Belgii i Szwajcarji . . . . po 7 złr. 50 cnt.
„ Włoch, Turcji i księt. Naddu.
„ Serbii . . . .

Numer pojedynczy kosztuje 10 centów.

GAZETA NARODOWA

Przedpłatę i ogłoszenia przyjmują: We LWOWIE bióro administracji „Gazety Narodowej“ **Plac Halicki w pałacu W. Ulanieckich.** Ogłoszenia w PARYŻU przyjmuje wyłącznie dla „Gazety Nar.“ ajencja pan Adama, Correfour de la Croix, Rouge 2. prenumeratę zaś p. pułkownik Raczkowski, Faubourg, Poissonniere 33. W WIEDNIU pp. Haasenstein et Vogler, nr. 10 Wallfischgasse, A. Oppelik Stadt, Stubenbastei 2. Rotter et Cm. I. Riemergasse 13 i G. L. Daube et Cm. 1. Maximilianstrasse 8. W FRANKFURCIE nad Menem w Hamburgu pp. Haasenstein et Vogler.
OGŁOSZENIA przyjmują się za opłatą 6 centów od miejsca objętości jednego wiersza drobnym drukiem. Listy reklamacyjne nieopieczętnowane nie ulegają frankowaniu. Manuskrypta drobne nie zwracają się, lecz bywają niszczone.

Od administracji.

Prenumerata na „Gazetę Narodową“ wynosi:

na prowincji:

kwartalnie . . .	6 złr.
miesięcznie . . .	2 „

we Lwowie:

kwartalnie . . .	4 zł. 50 ct.
miesięcznie . . .	1 „ 50 „

Abonentów miesięcznych upraszamy o rychłe nadesłanie prenumeraty dla uniknięcia możliwej zwłoki w przesyłce.

Również upraszamy tych, którzy za zamówieniem otrzymali kartę teatru wojny, aby przypadającą kwotę zechcieli przesłać wraz z prenumeratą.

Lwów d. 5. czerwca.

Dnia 31. maja b. r. odbyło się we Lwowie doroczne walne zgromadzenie ruskiego Towarzystwa „Proświta“ przy licznym udziale członków tak miejscowych jak z prowincji. Rozprawy były nadzwyczaj ożywione. Powzięto następujące ważniejsze uchwały: 1) rozpisywać konkursa na ułożenie popularnych książek; 2) wydawać te książki według pewnego systemu; 3) wydawać raz na miesiąc gazetkę, jako organ Towarzystwa. Ze sprawozdania dowiadujemy się, że Towarzystwo „Proświty“, mimo niepomyślnych czasów, rozprzedało tego roku do 23.000 egzemplarzy dzieł nakładu swego, posiada gotówki blisko 13.000 złr. (legat p. Fedorowicza), w książkach zaś 42.000 złr., i ma na prowincji cztery filie: w Tarnopolu, Kołomyi, Stanisławowie i Bortnikach. Zważywszy okropny materjalny stan naszych włościan, zasługuje cicha i sumienna działalność tego, moskalofilom arcywstrętnego Towarzystwa na pełne uznanie. Prezesem na rok następny wybrany dr. Emilian Ogonowski, profesor ruskiego języka na lwowskiej wszechnicy. W skład Wydziału wchodzą: ks. Stefanowicz; profesorowie: Partycki, Romańczuk, Celewicz, Hładyłowicz, Taniaczkiewicz; i juryści: Barwiński i Mandyczewski.

Do dziejów wniosku dr. Dworskiego podają *Czasowi* następującą ważną okoliczność: „Jak wiadomo, wnosiła komisja o przejście do porządku dziennego nad 3. punktem, domagającym się od rządu, by polecił organom finansowym, aby zezwalały na dłuższe terminy uiszczania opłat i stemplów, niż przepisuje kilka rozporządzeń ministerstwa skarbu. Za wnioskiem o przejściu do porządku dziennego nad tym punktem głosowali także deputowani Polacy, bo już wśród obrad komisyjnych pokazało się, że ten punkt 3. jest zbyteczny wobec istniejącego, ale nieogłoszonego w pismach urzędowych reskryptu ministerjalnego, upoważniającego krajowe dyrekcje finansowe do przedłużania terminów płatności aż do dwu lat; komuby zaś termin dwuletni nie wystarczał, może jeszcze udać się do ministerstwa o dalsze przedłużenie. Ponieważ atoli wydarzają się wypadki, że władze finansowe, polegając na tajnym poniekąd charakterze reskryptu, odmawiają przedłużenia terminów płatności, przeto dobrze będzie zwrócić w dziennikach uwagę na jego istnienie. Reskrypt jest z r. 1874, nosi liczbę 1.181. Co się tyczy opłat od spadków i darowizn, termin może być przedłużony wedle tego reskryptu aż do roku jednego.“

Otrzymaliśmy pod d. 2. bm. następujące wiadomości z Wiednia:

„Posłowie nasi ze świąt, jakoteż z wycieczki do Tryestu i Wenecji, nie wszyscy jeszcze wrócili. W każdym razie na pierwszem posiedzeniu po świętach dnia 29. zm. było ich stosunkowo więcej, niż z innych klubów, których ławy były bardzo przerzedzone; obecni byli pp. Chełmecki, Dunajewski, Dworski, Gniewosz, Grocholski, Horodyski, Hoszard, Kabat, Kozłowski, Krasicki, Ruczka, Mendelsburg, Mieroszowski, Petrowicz, Smarzewski, Weigel. Podaję tę okoliczność, ponieważ poprzednie doniesienia w tej mierze nie były zupełnie dokładne.

„Projektowana przez rząd reforma podatkowa upadła w Kole poskiem kilkoma głosami. Przeciw takowej ogromnie przemawiali pp. Krzeczunowicz i Grocholski; ostatni nazwał nawet tę reformę socjalistyczną i komunistyczną. Wiadomo, że najniższa klasa ludności przeciążona jest podatkami. To też powyższa reforma dąży do słusznego zrównania stopy podatkowej; słychać jednak, że Koło jeszcze raz tę sprawę weźmie pod dokładniejszą rozwagę.“

Wielkiego popłochu w kołach rządowych, a nawet w ogóle w centralistycznych, narobiła uchwała, jaką komisja podatkowa przedlitawskiej Izby posłów d. 2. bm. powzięła w sprawie rządowych przedłożeń podatkowych. Szło mianowicie o ustawę wykonawczą, takzwane „Einführungsgesetz.“ Do §. 1. wniósł p. Krzeczunowicz, aby czas, odkąd ustawa wejść ma w życie, osobną ustawą oznaczyć. Sprawozdawca p. Beer zaś oświadczył, że należy ten czas już teraz oznaczyć, a to na 1. lipca b. r., w czem go poparł komisarz rządowy, radca Chertek, dodając, że drugi ustęp należy tak rozumieć, iż zaraz po obwieszczeniu ustawy spada na kontrybuentów podatkowych obowiązek, przyczyniać się do wszelkich potrzebnych i ustawą przepisanych prac przygotowawczych. P. Heilsberg wystąpił przeciw p. Krzeczunowiczowi, że idąc za nim trzebaby dla każdej z sześciu ustaw podatkowych osobno, choć ten sam termin oznaczać, co jest zbytecznem i sprzeciwia się zasadzie komisji, iż wszystkie te ustawy w jednym czasie mają wejść w życie. Termin 1. lipca r. b. już dlatego jest niestosowny, bo dotrzymać go niepodobna, wnosi przeto termin obowiązywania ustawy naznaczyć dopiero na 1. stycznia 1879. Co też komisja przyjęła. Dla rządu, który urgował, aby już od 1. lipca b. r. ustawa ta weszła w życie, gdyż skarb potrzebuje pieniędzy, to odroczenie o półtora roku jest wielką klęską. Zresztą deputowani przedlitawscy są tak znużeni pracą parlamentarną, że z całą pewnością Rada państwa już w początkach lipca, a może jeszcze wcześniej odroczoną zostanie, a i prace przedlitawskiej komisji ugodowej do jesieni odłożone będą.

Od czasu odrzucenia wniosku br. Prata, posłowie z Tyrolu włoskiego dotąd się nie pojawili w Radzie państwa i zapewne już się więcej nie pojawią; zasięgną jednak wprzódy zdania swoich wyborców. Dzienniki trentyńskie przemawiają za porzuceniem Rady państwa.

Przedlitawska deputacja regnikolarna odbywszy jedno posiedzenie formalistyczne, dotąd się nie zebrała. Tem skrzętniej pracuje węgierska, i miała już zgodzić się na stosunek kwotowy.

Bawiący we Wiedniu trzej ministrowie węgierscy, mieli kilkakroć posłuchanie u cesarza. Tisza wyjechał d. 2. bm., a Trefort miał d. 3. lub 4. wyjechać do Pesztu, Szell jeszcze pozostanie.

Z Pesztu donoszą: „W skutek relacji kilku komitatów pogranicznych, polecił minister spraw wewnętrznych, aby odtąd podróżnych obcych według całej ścisłości przepisów kontrolowano. Rektorowi wszechnicy peszteńskiej polecono zarządzić jak najrychlejsze zakończenie kursu letniego, jakoż w samej rzeczy podpisywanie frekwentacyj już się zaczęło, i wielu profesorów już zamknęło swoje odczyty.“ Powodem tego drugiego polecenia ma być zamiar rządu, zapobieżenia demonstracjom młodzieży, któreby w obecnych czasach krytycznych mogły być bardzo niedogodnemi dla rządu. Powodem pierwszego nie może być nic innego, jak zamknięcie Węgier dla szpiegów i podżegaczy moskiewskich, serbskich i rumuńskich.

Co do pogłosek o mobilizacji — do których należy świeża, z Zagrzebia nadchodząca, że z końcem czerwca już będzie ustawioną poczta polowa — oświadcza *Pester Lloyd* w komunikacie półurzędowym, że o formalnej mobilizacji niema jeszcze mowy, ale „zarządzono może kroki wojskowe, które nie będąc wprost mobilizacją, wszelako wzmocnią wojskowe kordony nadgraniczne, a zatem z akcją w ścisłem znaczeniu nic wspólnego nie mają. Do tych kroków należy także np. zwiedzanie przez szefa sekcji morskiej w ministerstwie wojny, wiceadmirała Pöckha, wojennych stacyj morskich wzdłuż wybrzeży dalmackich, tudzież zapasów morskich i t. d. W tym też duchu odbywały się konferencje wojskowe.“

Eskadra austrjacka na wodach Lewanty ma być o kilka statków wzmocnioną.

Berliński korespondent *Pester Lloyda* donosi pod d. 29. maja: „Dodatkowo donoszę wam, że Bismark, przejeżdżając przez Berlin do wód, złożył bardzo uspakajające zapatrywania co do wypadków paryskich i dymisji gabinetu Juliusza Simona. Zdaniem jego, Niemcy niemają się niczego obawiać od gabinetu Brogliego, który może chciałby, ale niema odwagi nas zaczepić, a papieżowi oddać się na łaskę i niełaskę. Cesarz Wilhelm ma być bardzo zbudowany tem zdaniem kanclerza, którego bystrość poglądu i tym razem, jak fakta dowodzą, świetnie się ziściła. Natomiast uderzającem jest, że Bismark, bawiąc w Berlinie, uważał za potrzebne, wobec ambasadorów angielskiego i austrjackiego, których przyjmował, w sposób wyraźnie manifestacyjny z naciskiem wskazał na ścisłe stosunki nasze (Niemiec) do Moskwy, i na nasze życzenia pomyślności orężowi moskiewskiemu. Kanclerz objawił całą swoją wiarę w ostateczne zamiary, które car Aleksander jako właściwe cele wojny oznaczył; i jasnem było, że między Berlinem a Petersburgiem niema ani cienia niedowierzania, któreby przecież z pewnością się objawiło, gdyby był powód do posądzania Moskwy, iż swoje prowadzenie wojny chce wyzyskiwać do uszkodzenia interesów Austro-Węgier.“ *Pester Lloyd* nad tą wiadomością berlińskiego swego korespondenta czyni uwagę, że tą manifestacją przyjaźni moskiewskiej, Bismark zamierzał zapewne sparaliżować usiłowania zbliżenia się między Moskwą a Francją.

Z Pesztu d. 2. b. m. [illegible]: „Odnośnie do ostatniej korespondencji petersburgskiej w *Wiener Abp.*, otrzymują dzienniki tutejsze z Wiednia wiadomość półurzędową, że w wiedeńskich kołach decydujących bardzo na serjo biorą moskiewskie usiłowania pokojowe. Rozeszła się pogłoska, że Moskwa zamierza cofnąć swoje wielkie kontrakta liwerunkowe, coby stało w związku z ewentualnem zawarciem pokoju. Według tegoż źródła Anglia stara się zbliżyć do polityki trójcesarskiej. Moskwa wysłała już odpowiedź na ostatnią notę angielską; powtarza w niej, jako carowi chodzi jedynie o ulżenie losu chrześcian i o utworzenie podstaw trwałego pokoju. Co do pogłosek o mobilizowaniu się Austrji, zapewniają we Wiedniu ponownie, że idzie tylko o ustawienie korpusu obserwacyjnego za wiedzą i zgodą Moskwy. Tutejsze dzienniki nie biorą moskiewskich prób pokojowych na serjo, owszem uważają je za pułapkę, na Austrję ustawioną. Przedewszystkiem *Ellenör* przestrzega rząd, aby im niedowierzał; te fletnie pastusze na to grają, aby Austro-Węgry oszukać, odwieść je od mobilizowania. Dalej żąda *Ellenör* energicznie pospiechu, aby módz na czas przystąpić do akcji; i wbrew wszelkim zaprzeczeniom twierdzi, że wszelkie przygotowania do mobilizacji są aż do najdrobniejszych szczegółów poczynione.“

My otrzymujemy z dobrego źródła wiadomość, że ze Lwowa już wyznaczono czterech urzędników kasowych i rachunkowych do kasy polowej; tylko miejsce ich przeznaczenia chowane jest w tajemnicy. Rozkaz dotyczący nadszedł do Lwowa w niedzielę.

Broszury polityczne mnożą się jak grzyby po deszczu. Świadczy to o budzącem się życiu publicznem w narodzie. Niedawno pisaliśmy o dwóch broszurach, napisanych ze stanowiska nie polskiego, nie wymieniając ich tytułów, — dzisiaj donosimy o dwóch innych, pisanych rozważniej i rozsądniej, z któremi dyskusja jest możliwą, autorom ich bowiem leży rzeczywiście dobro Polski na sercach.

Tytuł pierwszej broszury następujący: „Na Dzisiaj“ (Lwów. Nakład Władysława Bełzy 1877); tytuł drugiej: „Co robić? Rzecz o kwestji: Neutralność czy udział w wojnie wschodniej przystoi Polakom, przez Nie-emigranta“ (Toruń. Nakładem księgarni nowej W. Małeckiego 1877). Z niektóremi poglądami tych broszur nie moglibyśmy się zgodzić, ale tylko z niektóremi, większą bowiem ich liczbę podzielamy w zupełności.

Autorowie obu broszur są przeciwni polityce *Czasu* i jego koterji i oceniają ją jak należy, oświadczają się za udziałem Polaków w kwestji wschodniej uwarunkowanym w podobny mniej więcej sposób, jaki oznaczyliśmy w naszych wstępnych artykułach. Autor broszury „Na dzisiaj“ jako konkluzję stawia: „Nie robić dzisiaj powstania, nie wysyłać młodzieży do legionu polskiego w Turcji“ ale i nie przeszkadzać tym, którzy są na miejscu i podejmują jego formację i nie potępiać ich, jak to *Czas* czyni; nie przedsiębrać nic bez należytych gwarancji a tymczasem czuwać bacznie w jedności i skupieniu. Są to jak widzimy konkluzje podobne do naszych.

Autor drugiej broszury odpowiedział na wszystkie prawie argumenta polityków *Czasu*, które uczyniliśmy przedmiotem polemiki, i odpiera je trafnemi uwagami, — radzi zaś działać w sprawie polskiej za pośrednictwem prasy krajowej i zagranicznej, dzieł i broszur; za pośrednictwem parlamentów, w których Polacy biorą udział; za pośrednictwem stowarzyszeń politycznych, legalnie istniejących pracować nad wyrobieniem czujności i dojrzałości politycznej wewnątrz i za pośrednictwem memorjałów przedstawianych gabinetom. Nie tamuje przytem jak *Czas* działania osób pojedynczych w duchu polskim występujących, ale owszem zachęca je do występowania w myśl tego, wcale rozsądnego programatu.

Meliracje.

Wzmagające się nieustannie koszta prowadzenia gospodarstwa, obarczające posiadacza ziemi ciężary publiczne, które także z rozmaitych tytułów podnoszone bywają, a wreszcie wzrastające obdłużenie własności nieruchomej — sprawiają, iż każdy posiadacz majątku ziemskiego musi koniecznie starać się spotęgować istratę ze swojego majątku, jeśli chce ochronić się od bankructwa. Podnoszenie ceny dzierżaw, nienaturalne forsowanie urodzajności roli, częściowa parcelacja, wyprzedawanie lasów itp. środki w nieuchronnem następstwie pociągają za sobą zmniejszenie kapitałowej wartości całego majątku, ewentualnie zmniejszenie jego rentowności. A ponieważ u naszych pp. gospodarzy podnoszenie dochodów z majątku nie idzie zazwyczaj równym krokiem z podnoszeniem się ciężarów, dlatego też tak znaczna część właścicieli dóbr ziemskich w naszym kraju znajduje się w złych stosunkach materjalnych.

Z tych powodów stało się dziś kwestją żywotną dla całego stanu gospodarzy ziemskich, obmyślenie takiego sposobu podniesienia rentowności ich majątków, który bez zmiany obszaru powiększyłby wartość należącej do nich roli, jako kapitału.

Cel ten można osiągnąć trzema drogami: 1. przez polepszenie systemu gospodarstwa, 2. przez zakładanie połączonych z gospodarstwem przedsiębiorstw przemysłowych, 3. przez amelioracje. Na te wszystkie piękne rzeczy jest jeden uniwersalny środek — mianowicie i na jedno, i na drugie, i na trzecie potrzeba przedewszystkiem pieniędzy, gotowych pieniędzy. Gdy zaś jak wiadomo, nawet najbogatszym naszym właścicielom ziemi jest dziś niezmiernie trudno o gotówkę, dlatego koniecznie potrzeba starać się o wynalezienie takiego środka dostarczenia właścicielom ziemi gotówki płynnej na wkłady gospodarskie, który byłby dla nich najprzystępniejszy.

Najłatwiej możnaby to uskutecznić przez podjęcie na wielką skalę robót amelioracyjnych — a to mianowicie następującym sposobem:

SZKICE KAUKAZU.

Z życia Czeczeńców.

przez

Wacława Masłowskiego.

III.

(Ciąg dalszy).

— O, kochany achparze!... Ja nie zasłużyłem... to tylko nieskończona dobroć, mogę powiedzieć anielska pobłażliwość czcigodnego achpara.

— O!... nie, nie, niech mnie drogi achpar nie mówi!... Mój kochany achparze!...

— Mój najdroższy!...

I achparowie padli sobie w objęcia, ściskali się mocno, długo, serdecznie, potem odstąpili od siebie na parę kroków, z błogim uśmiechem popatrzyli jeden na drugiego, głowy na bok schyliwszy, i — znowu się w objęciach złączyli.

— Kochany achparze!.. — mówił po chwili pan Parpeljanc, trzęsąc z całej siły za rękę swego przyjaciela. — Cóż jeszcze słychać? Wiecie jak mnie wszystko interesuje co tak, lub owak waszej osoby dotyczy. Jakże interesa?

— Najgorzej, drogi achparze! Handlu — żadnego! Dziennie dziesięciu rubli nie utarguję. Oficerowie i urzędnicy pieniędzy nie mają, pustki w kieszeniach, że aż wstyd mówić. Przychodzą tu, siedzą, ziewają, a więcej nic. A najgorzej ten Sawczenków...

— Czy to być może!... Sawczenków?

— Ale powiadam kochanemu achparowi, — najgorszy! Pije, je, a nie płaci! Nie wiem nawet co z tego będzie.

Pan Parpeljanc z ubolewaniem głową pokiwał.

— Cóż mu takiego? Przegrał się, chyba?

— A któż go tam wie! Widocznie.

— Ach, jakże mnie to boli, że kochany achpar w takich kłopotach!... Ale... ja, naturalnie, nie wiele znaczę... moje zasoby zbyt są niewielkie... Jednakże, jeżeli mogę czem służyć... Mój najdroższy achparze!

— O! mój dobroczyńco!...

Znowu achparowie serdecznie zaczęli się ściskać. Zanim się skończą owe uściski i zanim pan Parpeljanc pożegna właściciela kasyna, żeby przejść do następnych pokojów, wyprzedźmy go i przypatrzmy się gościom, zapełniającym kasyno.

Są tu właśnie wszyscy, kto tylko w ten, lub ów sposób pragnie wypróżnić, albo też naładować kieszenie. A ponieważ do operacji tego rodzaju istnieją rozmaite sposoby, więc też wszystkie one należycie są uwzględnione, to jest, że eksperymenta nad każdym z owych sposobów odbywają się w osobnych pokojach, co znakomicie ułatwia osiągnięcie celu, dla którego ten, lub ów z gości przyszedł do kasyna. Jeżeli naprzykład kto chce spróbować fortuny przy zielonym stoliku, ten wprost się udaje do przeznaczonej na ten cel sali i gra równocześnie w maczka, w landsknechta i w stosa, w tem przekonaniu, że jeśli wygra to co się zowie, a jeśli zgra się — to już do nitki. Przegrywać lub wygrywać nic mu nie przeszkadza, ani stuk kul bilardowych, ani pieśni kapłanów Bachusa, ani też Jowiszowskie wejrzenia sztabowych oficerów, albowiem na grę bilardową, na ofiary Bachusowe i na poważne gawędki są osobne w kasynie kąciki.

A tout seigneur tout honneur. W jednym właśnie z takich kącików zbierają się tylko ludzie bardzo poważni. Na miękkich fotelach, sztywnie jak przed szeregiem żołnierzy siedzą tam zwykle pułkowy i batalionowi dowódzcy i nie spiesząc się prowadzą rozumną rozmowę o kwestjach poważnych. Ich rozumowania są bardzo lojalne, a skale głosów zupełnie odpowiadają stanowisku, jakie każdy z rozmawiających w wojskowej hierarchii zajmuje; dowódzca pułku, pułkownik, mówi najgłośniej, najbardziej stanowczo, a w dźwiękach, wydobywających się z jego gardła, czuć się daje, że opozycja jego opiniom zdradzałaby co najmniej brak taktu; podpułkownik mówi niemniej stanowczo, jednak głos jego nie ma tej barwy, co odrazu uchyla możebność wszelkiego zarzutu; co zaś do majorów, to głosy ich są niepewne, czuć się w nich daje jakaś warunkowość, jak gdyby oni w każdej chwili gotowi byli zmienić swe przekonania: niech tylko pan pułkownik raczy rozkazać!

— Jakże pan pułkownik myśli? — słodziutko pyta któryś z majorów. — Jeżeli znowu przyjdzie do wojny między Prusami a Francją, to kto kogo pobije?

— Co?... No, tak: kto kogo pobije?... Hm! To zależy od bardzo wielu okoliczności... o! od bardzo, bardzo...

— Może Prusacy? — podpowiada major.

— Co?.., No, tak: Prusacy..,

— A może Francuzi? — dorzuca drugi major.

— Hm!... Francuzi?.. No, tak... Jakto, Francuzi? Pan zawsze: Francuzi, Jakobiny, *Sansculottes'y*... Pan, ja widzę coś bardzo... bardzo...

— Przepraszam pana pułkownika!... ja nie to chciałem powiedzieć... ja...

— Niech mnie pan nie mówi! Ja wiem, wiem, co pan chciał powiedzieć. Ja wszystko to, wszystko widzę! Ja mam oczy i tu, i tu, i tu!

Pułkownik rękami wskazywał we wszystkie strony.

— Jabym sądził, — rzecze podpułkownik, pragnąc wprowadzić rozmowę na tor spokojniejszy, — jabym sądził, że jednym z główniejszych warunków wygranej na polu bitwy jest dobre obuwie... co pan pułkownik w tym względzie myśli?

— Co?... Hm!... No, tak: obuwie...

— O, obuwie!... wiele, bardzo wiele znaczy, dorzuca major.

Pan pułkownik nagle się rozgorączkował.

— A czyż ja tego nie mówię! Ja zawsze mówiłem, że obuwie — to wszystko! Bo jak obuwie dobre, to noga pewnie stąpa, jak po sznurze: raz! — raz! — raz! — ani drgnie!... Ale, u mnie w pułku, cóż ja pocznę, kiedy nikt nic nie chce robić!... nikt i nic!... wszystko ja!..

Panowie oficerowie, zebrani w jadalnym pokoju, bynajmniej nie starali się przeniknąć losu przyszłej a wcale nieprzewidywanej prusko-francuskiej kampanii. Bo, doprawdy, cóż ich mogła obchodzić kwestia kto kogo pobije: czy Prusak Francuza czy Francuz Prusaka? Dość dla nich było pewnika, że jeden z nich koniecznie musiał być zwyciężonym. Żałowali tylko, że nie obaj będą z guzami, bo według ich szczerego przekonania, jak ten, tak i ów funta kłaków nie warci.

Panowie oficerowie mieli żywotniejszą kwestję do rozstrzygnięcia. Mianowicie, musieli zaopiniować o winie, które według słów właściciela kasyna dopiero dzisiaj z Kachetji [1]) przybyło. Siedli tedy w około stoła i z gorliwością godną uznania wypróżniali butelki. Wesołe oczki, czerwonawe nosy i ruchy zbyt może swobodne snadno dowodzą, że towarzystwo nie lubi czasu tracić daremnie. I rzeczywiście, lubo jest tylko północ, wypróżniono już mnóstwo butelek. Wypito za zdrowie wszystkich członków domu panującego, za wojsko, za oficerów wolnego i niewolnego stanu, za zdrowie pań — i tych, które już są małżonkami, i tych co niemi dopiero będą; — słowem, wszystkie toasty spełniono. Więc teraz przystąpiono do ceremonii „przyjacielskiego całowania.“

Całe towarzystwo podzieliło się na pary; każdy członek tej pary był sąsiadem drugiego członka. Wszyscy wybrali z pośród siebie prezesa, czyli tolumbasza. Każdemu współbiesiadnikowi podano serwetę.

Tolumbasza basem zaintonował:

> Nalej sąsiad sąsiadowi,
> Sąsiad lubi wino pić!

Chór biesiadników powtórzył te słowa i wszyscy jeden drugiemu nalali do szklanek; wtedy tolumbasza spiewał dalej.

> ———Oj! to wino, dobre wino!
> Niechże sąsiad sąsiadowi
> Poda je!

Znowu wszyscy spiewem powtórzyli te słowa, a potem podali sobie szklanki. Gdy wino do dna było wypite, chór biesiadników za tolumbaszem spiewał:

> Teraz sąsiad sąsiadowi
> Niech się grzecznie skłoni!
> Kłaniają się.
> Teraz sąsiad sąsiadowi
> Niechże usta wytrze!
> Jeden drugiemu serwetą wyciera usta.
> Niechże sąsiad sąsiada
> Czule pocałuje!

Całują się i siadają. — Na tem się kończy ceremonia „przyjacielskiego całowania“. Powtarzają ją zwykle dopóty, aż się spiją zupełnie. Wówczas całowanie już nie jest dostatecznie silną oznaką przyjaźni, ożywiającej serca współbiesiadników. Więc używają wtedy innych, energiczniejszych sposobów, których nie będziemy opisywali z powodu, że nie są oryginalne.

Tymczasem w innym pokoju, pełnym dymu tytoniowego, który oczy aż do łez gryzie, siedzą panowie przy zielonych stolikach i na karty się zażarcie pojedynkują. Tu, jak zresztą przy każdej pracy na serjo, panuje milczenie, przerywane kiedy niekiedy okrzykami gniewu, radości lub rozdrażnienia. Przy jednym stoliku grają w preferansa, przy drugim w „bzika“, tam „maczka kropią“, ówdzie „tną króciutkiego“, a przy ośmiobocznym stoliku „rzną się“ w sztosa. Otyły i łysy jegomość z olimpijskim spokojem trzyma bank; miesza karty bardzo starannie, nigdy nie zapomina poprosić, żeby zdjęli talię i odchyliwszy rękawy surduta, z gracją, przypominającą kuglarza, na lewo i na prawo kładnie karty. Nad nim nachyliło się kilka twarzy rozgorączkowanych, roznamiętnionych, czasami się konwulsyjnie krzywiących. Wszyscy z natężoną uwagą śledzą każdy ruch ręki bankiera. A ten miarowo, jedna za drugą, odkrywa karty i zarówno flegmatycznie zapisuje kredką kwoty wygrane jak i przegrane.

Pan Parpeljanc, ręce w tył założywszy, zwolna się zbliżył do tego właśnie stolika i z grzecznym, jednakowo dla wszystkich życzliwym, uśmiechem przypatrywał się jak grudy złota i srebra koczowały po stole. Ale ukradkiem szczególną zwracał uwagę na elegancko ubranego mężczyznę ze skiełkiem w oku. Mężczyzna ten, lubo grał nieszczęśliwie, zachowywał się jednak spokojniej od innych, a bankier widocznie miał dla niego wyjątkowe względy, bo nie żądał pieniędzy po każdej wygranej karcie.

Nareszcie ów mężczyzna ze szkiełkiem w oku przegrał kwotę tak znaczną, że bankier musiał się w końcu o gotówkę upomnieć.

— Panie Sawczenków, — rzekł, — pan dużo przegrał.

— Dużo? — To względne pojęcie. Zresztą gra nie skończona.

— Właśnie chciałbym ją skończyć. Możebyśmy się porachowali?

— Tak? — wycedził pan Sawczenków ironicznie się uśmiechając. — Pan się praktycznej trzyma metody, nie nadużywać szczęścia... Jeszcze parę kart chcę postawić — dodał, wyjmując damę żołędną.

Bankier szybko spojrzał na pana Parpeljanca, który z lekka głowę nachylił. Potem bankier jakby od niechcenia zaczął mięszać karty, a pan Parpeljanc wytężył ostry i przenikliwy wzrok na pana Sawczenkowa, który, pod wpływem tego wzroku, podniósł głowę. Obaj przez jakiś czas w milczeniu patrzyli na siebie. Potem p. Parpeljanc odwrócił się i zwolna wyszedł z pokoju.

Udał się do małego gabineciku, gdzie przypadkowo nikogo nie było i kazał sobie podać butelkę dobrego wina i dwie szklanki.

— Dwie? — zapytał kelner.

— Dwie, mam zwyczaj pić z dwóch szklanek.

Wkrótce przynieśli wino, i pan Parpeljanc, nalawszy do szklanki wonnego napoju pogrążył się w myślach.

— Czy się mój plan uda? — dumał pan Parpeljanc. — Bardzo być może! Ci panowie są bardzo oryginalni. Biednemu Ormianinowi nie zapłacić długu to dla nich łatwo, ale pieniądze przegrane w karty muszą być natychmiast oddane, bo to honorowa sprawa! Ha! cóż robić? Będziemy ratowali honor pana Sawczenkowa i za to zrobimy z niego kółko, i to bardzo ważne kółko do naszej maszyny. Bo musimy się przecież jakoś zkwitować!... Pan Sawczenków ma kochankę... Niech i ona mnie usłuży; cóż jej zaszkodzi? A zresztą, co mnie do tego czy zaszkodzi, czy nie? Niepotrzebne skrupuły! Che, che, kochany panie Parpeljanc, ludzie na to, żeby z nich korzystać. Ludzie — to kości, co rzucone ręką gracza padają na tę lub ową stronę nieświadomie, a jednak stanowią o rezultacie gry. Dobry gracz powinien umieć rzucać je tak, jak mu najwygodniej... Ale, oto i pan Sawczenków!....

Pan Sawczenków rzeczywiście wszedł do pokoju, rzucił się na kanapę i rękami twarz zakrył, a pan Parpeljanc z ukosa, badawczo, popatrzał na niego i lewe oko szyderczo przymróżył.

— Pan dobrodziej niezdrów zapewne? — zapytał.

— Gorzej! wszystko do szczętu przegrałem!

— U, bre, bre! Na cóż pan tyle przegrał?

— Na cóż! To dopiero pytanie! Pożycz pan raczej pieniędzy. (C. d. n.)

[1]) Kachetja — najbogatsza prowincja Gruzji; słynie z dobrego wina.

Właściciele dóbr mają do swego rozporządzenia potężną instytucję finansową, która mogłaby z wielką łatwością dostarczyć im tyle pieniędzy na melioracje, ile by tylko potrzebowali. Mamy tu na myśli gal. Towarzystwo kredytowe ziemskie we Lwowie, które na hipotekę dóbr, obciążonych jego pożyczką, wydaje listy zastawne posiadające w świecie finansowym najlepszą reputację. Listy zastawne Towarzystwa kred. ziemskiego używane są nie tylko w kraju naszym najchętniej do lokacji kapitałów, lecz nawet i po za krajem, na giełdach wiedeńskiej, wrocławskiej i berlińskiej są bardzo pokupne.

Otóż gdyby Towarzystwo kredytowe ziemskie utworzyło osobne biuro inżynierskie, którego zadaniem byłoby na koszt interesowanych badać wnioski meljoracyjne dla pojedynczych miejscowości, wypracowywać techniczne plany i kosztorysy zamierzonych robót, dalej obrachowania szczegółowe przeprowadzać, o ile przez to powiększyłaby się wartość zajętego pod kulturę pustkowia lub moczaru, ewentualnie, o ile owe roboty mogłyby wpłynąć na powiększenie ogólnej wartości całego majątku — na tej zaś podstawie, ażeby Towarzystwo udzielało pożyczki w formie listów zastawnych — bez względu na to, czy majątek, w którym roboty mają być wykonane, jest już obciążony poprzedzającą pożyczką, lub nie.

Naturalnie, że tego rodzaju listy zastawne musiałyby tworzyć odrębną serję. Że jednak byłyby równie pokupne jak dotychczasowe listy zastawne, o tem wątpić nie można — a to najprzód dlatego, że miałyby istotnie bardzo pewną hipotekę realną, powtóre zaś dlatego, iż gdyby dyrekcja Towarzystwa kredytowego ziemskiego wzięła ten interes w swoje ręce, to już ten sam fakt wpłynąłby na to, że finansowe kapitały z zaufaniem garnęłyby się do tego papieru nowego. W teraźniejszych czasach żadna nowa instytucja nie potrafiłaby szczęśliwie spieniężać meljoracyjnych listów zastawnych, jak tylko chyba jedno Towarzystwo kredytowe ziemskie. I ztąd to pochodzi iż wszyscy, którzy u nas w kraju myślą o upowszechnieniu robót ameljoracyjnych, zwracają oczy na Towarzystwo kredytowe ziemskie.

Francuscy posiadacze ziemi mają otwarty w swojem Towarzystwie kredytowem [Credit foncier] za gwarancją państwa kredyt do wysokości stu milionów franków, tylko na ameljoracje. Spłacają te pożyczki w okresie 24letnim w ratach, wynoszących 6.4%, w czem objęty jest już procent i amortyzacja kapitału dłużnego! Czyż to nie dość poważny przykład dla naszego kraju?

Korespondencje „Gaz. Nar.“

Warszawa d. 1. czerwca.

(Wyjątek z prywatnego listu).

O Czechach, o autonomii i o delegacji galicyjskiej mogę ci udzielić zdanie jednego z tutejszych obywateli, należącego do najwyższej arystokracji polskiej. Trzeba wiedzieć przedewszystkiem, że jest to człowiek zacny, obeznany doskonale ze sprawami dyplomatycznemi. Przebywał długi czas w Anglii i w Paryżu; gorliwy katolik; liczył się do stronnictwa margrabiego Wielopolskiego, którego podobno jest osobistym przyjacielem. Niedawno, dość długi czas bawił w Galicji na wsi i we Wiedniu. Może to co tu przeczytasz, przyda się wam na co. Dlatego upoważniam cię do ogłoszenia części tego listu, uznanej przez ciebie za stosowną, w jakim dzienniku, z którym masz stosunki. Zastrzegam *tylko* zupełne przemilczenie nazwisk.

Powtarzam bez najmniejszej zmiany i bez komentarzy, jego słowa, które sam słyszałem, wyrzeczone w jednem towarzystwie, w Warszawie, dokąd przed kilku dniami powrócił.

„Dawno wiedziałem, że Polacy nie mają politycznego zmysłu, jak w ogólności całe słowiańskie plemię sangwinicznego temperamentu. Dla tego żaden naród mający w sobie czystą krew słowiańską nie wytrzyma konkurencji z dyplomacją Petersburga, która odznacza się tym właśnie wielkim rozumem, iż umie dobierać ludzi i łowi ich we wszystkich rasach i w różnych narodach. Za ich kierownictwem prowadzi wszelkie sprawy państwa. Ale nie miałem pojęcia o tem, jak dalece Polacy i Czesi są zacofani w polityce. Mniemałem, iż system parlamentarny, wprowadzony w krajach pod rządem austrjackim, rozwinie choć cokolwiek polityczne zdolności, albo je wytworzy; zwłaszcza przy wolności druku jaka tam jest. Tymczasem przekonałem się, że jak jedni tak drudzy nie znają alfabetu polityki, nietylko katechizmu. O elementarnych zasadach autonomii niema z kim mówić. Cóż dopiero o wyższych celach i tajnikach polityki zewnętrznej. Polacy galicyjscy i Czesi są na tem polu dziećmi, co jeszcze chodzić nawet nie umieją. A tem trudniejsza z nimi sprawa, że to są dzieci uparte. Nie zdarzyło mi się jeszcze spotkać większej zarozumiałości obok zupełnego nieuctwa w rzeczach politycznych. Głos przeważny mają ludzie niezdarni, umiejący tylko zręcznie mówić, albo pozować na wielkich polityków. Zdolniejsi albo walczą bez skutku, albo walczyć nie umieją. W każdym razie nie mają znaczenia ani powagi i mieć nie mogą; bo długa niewola w okropnych formach biurokratycznych (daleko gorszych niż u nas), wyrobiła w nich ducha serwilizmu i pewnego urzędowego posłuszeństwa.

W ludziach na pozór najbardziej liberalnych i samodzielnych, widać na każdym kroku tę służebną pokorę. Co powie pan hrabia, to prawie święte. A wiadomo, że w Galicji kto nie mógł dowieść że jest szlachcicem, starał się o tytuł grafa. Prawdziwa zaś arystokracja galicyjska do niczego się nie miesza; obojętna na wszystko i tem bardzo grzeszy. Przyspiesza swój upadek. Jeźli tak dalej będzie, w Galicji na czele narodu staną jak tu, Kronenbergi i Blochy. Posłowie galicyjscy nie mają najmniejszej cywilnej odwagi, najmniejszego ducha inicjatywy. Upor i nieczynność uważają za solidarność i trzeba im oddać tę sprawiedliwość, że w tym względzie nadzwyczaj są solidarni. Rzeczywistą odwagą cywilną i duchem inicjatywy odznaczają się tylko ci, którzy nie należą do stronnictwa nieczynnych. Wiele nam zrobiła złego, pomimo najlepszych chęci, partja ruchu. To prawda! Ale tysiąc razy więcej zaszkodzić nam może partja bezruchu.. A do tej partji, z nader małemi wyjątkami, należy cała Galicja! przepraszam.... nie cała... prócz żydów, którzy są najczynniejsi, jak zawsze, i partji świętojurców, których do tej pory szlachta galicyjska nie umiała zniszczyć, a przynajmniej zneutralizować! Ze świętojurcami idą ręka w rękę Czesi, ich uczeni przewódzcy, którzy nic nie wiedzą, nic nie umieją i najniedorzeczniejszej trzymają się polityki. Smutny widok, jak pchają naród w przepaść!

„Niedawno czytałem feljeton jednego z galicyjskich właścicieli większych posiadłości, podobno pana Jasieńskiego, pod tytułem „Nędza na Rusi“. Żałuję, że nie mogłem przywieźć go z sobą. To w swoim rodzaju arcydzieło... arcydzieło smutnej prawdy i głębokiej znajomości kraju. Oby Galicjanie opamiętali się na głos jego!

„Ta galicyjska partja bezruchu może nas wszystkich dobić. A my tu tyle liczyliśmy na Galicjanów! Ale im się zdaje, że ruszać się to znaczy zaraz wojować! Żaden też żyd więcej nie boi się prochu, jak Galicjanin, a szczególnie krakowski obywatel. Możnaby do nich zastosować ową anegdotę o żydzie, który na samą wzmiankę o pistolecie, w rozmowie, chociaż żadnej broni nie było w pokoju, wypędził dzieci z przestrachu: *Kinder geht a weg.*

„Prawdę rzekłszy, takie godło mógłby przyjąć *Czas*, i na każdym numerze swoim położyć: *Kinder geht a weg!*

„Sejm galicyjski dotąd nic nie zrobił na drodze autonomicznej, a przynajmniej bardzo mało. Od lat tylu mógł zrobić przynajmniej dziesięć razy więcej. Nie dziwię się też bynajmniej, że są ludzie przeciwni autonomii, i chylą się ku centralizmowi. Nie wiedzą jednak tego, iż trafiliby z deszczu pod rynnę; a raczej zabiliby wszelkie żywotne w narodzie siły na długo. W każdym innym kraju, bez przesady mówiąc, rząd autonomiczny zrobiłby daleko więcej w dziesięć miesięcy, niż w dziesięć lat Galicja.

„Z małemi wyjątkami, które należą do mniejszości, posłowie są niedołężni; nie mają żadnego pojęcia ani o doniosłości praw, jakich używa Galicja, ani o rządzeniu krajem. Niektórzy starają się o krzesło poselskie dla tytułu!!... albo dla pochwycenia ręki jakiej posażnej panienki, która w naiwności swojej nie wie, że ten tytuł staje się tam coraz śmieszniejszym.

„Położenie i stosunki dziennikarskie bardzo smutne. *Czas* jest hamulcem na wszystko, i pismem niesłychanie szkodliwem. Wstydzićby się powinni ci, co ten dziennik czytają, a jeszcze więcej mieszkańce Krakowa, którzy nie chcą czy nie umieją utworzyć organu pod kierunkiem zacnego i światłego człowieka. Ale w Krakowie na każdym kroku spotkasz wielkiego krakowskiego patrjotę. A miasto brudne, cuchnące, pełne śmiecia. Hotele okropne. Na przykład dziedziniec jednego z pierwszych hoteli jest taki, że właścicielowi możnaby wytoczyć kryminalny proces za trujące miazmata. Inny znów hotel na Florjańskiej ulicy, drugorzędny, lecz równie drogi, jeszcze gorszy. Nie mówię już o schodach i dziedzińcach prywatnych domów; nie mówię o tajemnych zakątkach wszędzie... Na widok tego wszystkiego włosy na głowie powstają. Szczęściem, że nikt z cudzoziemców do Krakowa nie zagląda. O dzikich ludach pochlebniejsze wywiózłby pojęcie. I to się dzieje pod rządami prześwietnej autonomii i świetnych radców miasta! A! świetni!... niema co mówić.

„Każdy mieszkaniec Krakowa ma na ustach: „Nasz stary Piastowy gród! Nasz stary gród Jagielloński! Nasze świątynie!.. My katolicy!“ itd. Zobaczże mury tego nieszczęśliwego grodu, któregoby Wandale więcej nie zniszczyli, jak go niszczy niedbalstwo... zobaczże świątynie, te rzeczywiście najdroższe dla nas a święte, pod każdym względem, pomniki... zajrzyj w kąty kaplic, za ołtarze.!. zajrzyj w podziemia do korytarzów klasztornych... Pył kilkowiekowy, śmiecie codziennie wzrastające, brudy, ruina wszędzie!.. Oburzenie, zgroza przejmuje człowieka na widok tej niesłychanej apatji, tego niedołęstwa, posuniętego do obrzydliwości. Gdyby nie kilku, tylko kilku, ludzi gorliwszych, pomiędzy którymi najenergiczniejszy Łepkowski profesor, w grobach na Wawelu byłoby dotąd tak, jak we wszystkich ulicach i zakątkach Krakowa. Stradom i Kazimierz są w takim stanie, że najprzesadniejszy ich opis jeszczeby nie dorównał potworności brudów. Od lat dwudziestu kilku po raz pierwszy byłem w Krakowie. Zdumiałem się i przeraziłem się zarazem... I to wszystko — pomyślałem — pod rządem autonomicznym!... pod rządem wyborczych radców?!... Przyznaję, że uważałbym to za obelgę, gdyby mnie kto przypadkiem nazwał burmistrzem krakowskim.

„Arcybiskupi pałac w gruzach od ćwierć wieku, a Sukiennice, ostawione teraz rusztowaniem, za którem nic się nie robi, przebudowują już kilka lat! podobno dziewięć! Są to rzeczy bajeczne. Nie wierzyłbym nikomu, gdybym na wszystko nie patrzał własnemi oczami. Sukiennice możnaby wybudować przepysznie w pół roku, rozdawszy akcje gwarantowane na czynszu magazynów w tychże Sukiennicach, lub kawiarń, cukierni i sal koncertowych. Ale powiedzże komu o tem w Krakowie! Parsknie ci śmiechem w oczy; bo pojęcia finansowe Krakowianów nie postąpiły ani kroku od chwili pojawienia się smoka w jamie na Wawelu.

„Tym smokiem, dziś rzeczywiście pożerającym wszystko, jest ciemnota, niedołęztwo i niesłychana, pełna najkomiczniejszej pychy (obok chytrej uniżoności jednak), zarozumiałość mieszkańców Krakowa, stojących na czele rządu i opinii publicznej. Kiedyś zaliczonem to będzie do mytów, do bajecznych dziejów! Co smutniejsze, że akademicka młodzież zostaje pod tym wpływem! A jeśli niektórzy reakcjonują przeciwko temu, to w sposób pozbawiony godności, w sposób karczemny!

„Wspomniałem o karczmach. Nic równie okropnego nie można sobie wyobrazić jak szynki w Krakowie, pijacy i żebracy! A nabożeństw, kazań i tak zwanych „dobroczynnych towarzystw“ mnóstwo!

„Kierunek pism religijnych, których w Krakowie i w Galicji całej spotykałem bardzo wiele, straszny! To nie jest już fanatyzm; to stowarzyszenie opryszków, ziejących ogniem na wszystko i wszystkich, którzy do nich nie należą. To także smok! Wydziwić się dość nie mogę, że wyższe władze duchowne nie położą końca tej propagandzie, nietylko dla narodu naszego szkodliwej, lecz dla chrześciaństwa, dla katolicyzmu, nawet dla samej Stolicy apostolskiej.

„We Lwowie rzeczy lepiej stoją niż w Krakowie. Szczególnie dziennikarstwo lwowskie rozwijać stara się moralne i umysłowe siły narodu, kierować jego krokami; ale nie jest tak podtrzymywane przez ogół jakby należało. A i tam wiele szkody przynoszą ci wszyscy, którychbym nazwał członkami „Towarzystwa smoków.“

„Wracając do Czechów, zapomniałem powiedzieć, że delegacja galicyjska nie umie korzystać z obecnej chwili. Najprzód powinnaby zabić panslawizm Czechów; powiedzieć im: Jesteście kamieniem uszyi dla wszystkich prawdziwych Słowian, i ich zdrajcami. Albo ustąpcie się i dajcie nam działać; albo rzucimy was w ręce Prusaków. Ale trzeba też żeby i delegacja umiała działać.“

Z teatru wojny.

Zapowiedziane było, że car przybędzie do południowej armii 6. czerwca, a tymczasem już dzisiaj znajduje się on prawdopodobnie w Bukareszcie, chociaż z Brodów telegrafują 1. czerwca, że car dopiero ma tam jechać i to na Warszawę do Białego-Stoku a ztamtąd na Żmirynkę do Kiszeniewa. Z powodu, że przyjazd jego do armii został przyspieszony kursują najrozmaitsze pogłoski. Jedni twierdzą, że car postąpił tym razem tak samo jak zwykł postępować od pewnego czasu wybierając się w podróż, tj. że dla większej pewności, iż ową podróż odbędzie bez żadnych przykrych przygód, oszukał swoich wiernych poddanych co do dnia wyjazdu; inni zaś w przyspieszonem przybyciu cara do armii upatrują dowód tego, że Moskale rychło już przystąpią do przeprawy przez Dunaj. Nam się zdaje, iż oba te domysły są jednakowo trafne, bo że car niedowierza miłości ku sobie swoich poddanych, to przecież nie od dzisiaj wiadomo; a że Moskale chcą jak najspieszniej przystąpić do energicznej akcji, jaką jest przeprawa przez Dunaj, to już się samo przez się rozumie, zwłaszcza wobec faktów dowodzących, że w ich wojsku rozszerzają się coraz bardziej niesubordynacja, apatja i wszelkie choroby. Przyboczna gwardja cara składa się z kilku szwadronów jazdy (kozaków, ułanów, dragonów i tak zwanego azjatyckiego konwoju) i kilku kompanii piechoty. Dowództwo nad tą małą armią objął carski adjutant pułkownik Ozerów. Carowi oprócz ministra wojny Milutyna towarzyszy cały tłum dyplomatów, a mianowicie Gorczaków, Ignatjew, Jomini i Hamburger.

O katastrofie drugiego tureckiego monitora, który się nazywał „Chemzi-Choroman“, podają moskiewskie dzienniki następujące szczegóły: „26. maja w nocy dwie kanonierskie łodzie „Carewicz“ i „Ksieni“ odpłynęły od rumuńskiego brzegu w towarzystwie dwóch szalup. „Carewiczem“ dowodził porucznik Dubasów, „Ksienią“ porucznik Szestaków, jedną szalupą miczman Persin, a drugą rumuński major Morgesko. Pierwsza torpeda podłożona pod monitora przez Dubasowa ekplodowała za prędko i zalała kanonierkę wodą, tak że była chwila, kiedy sądzono, że cała wyprawa słończy się zatopieniem „Carewicza“. Turcy odkryli śmiertelny ogień nietylko z monitora, ale i z brzegów. Szalupa Persina była przebita bombą i musiała się coprędzej oddalić, a kanonierka „Carewicz“ ledwie co się trzymała na wodzie, tak była uszkodzona pociskami nieprzyjaciela. Wtem porucznik Szestakow, podpłynąwszy z drugiej strony monitora, rzuca pod niego nową torpedę. Nastąpił straszny wybuch; monitor podniósł się nieco nad wodę, pękł i zanurzył się. Cała załoga, składająca się z 250 (według *Timesa* 120) ludzi zginęła. Kanonierki i szalupy wróciły, nie straciwszy ani jednego człowieka, a w kilka godzin potem, gdy się oddaliły inne trzy tureckie monitory, ci sami oficerowie popłynęli ku zatopionemu monitorowi i zdjęli flagę z masztu, wystającego z pod wody. Bohaterowie sowicie zostali wynagrodzeni. Sam w. ks. Mikołaj przypiął im na piersi krzyże św. Jerzego.

Fremdenblatt otrzymał korespondencję z Bukaresztu, w której znajdujemy dość ciekawe szczegóły o armii moskiewskiej. Oto są słowa korespondenta:

„Moskiewska armia naddunajska składa się jak wiadomo z 8., 9., 11. i 12. korpusu, z których każdy na papierze liczy 30.000, a w rzeczywistości i 25.000 nie dosięga. Rezultat przeto sześciomiesięcznej mobilizacji nie wynosi nawet stu tysięcy. Owoż Moskale przekonawszy się, że z taką siłą niepodobna nawet myśleć na serjo o przeprawie przez Dunaj, sprowadzają teraz trzy nowe korpusy, 4, 13 i 14, ale jeżeli ściągnięcie tych wojsk na linię bojową zajmie tyle czasu co tamtych, w takim razie prędkiego działania nad Dunajem spodziewać się nie należy.

„Przygotowania do przejścia przez Dunaj nawet dla czterech pierwszych korpusów wiele jeszcze pozostawiają do życzenia. Pochód Moskali odbywa się nadzwyczaj powolnie, i tutaj występują dopiero na jaw wszystkie braki i błędy ich militarnej organizacji. Pięciu tygodni było potrzeba, żeby te 90.000 rozstawić nad Dunajem! To doprawdy nie do uwierzenia.

„12 korpus stoi pod Turn-Magurelli, gdyż tu prawdopodobnie przystąpią Moskale do budowy mostu. Materjału zwieźli już dużo, ale najniezbędniejszej rzeczy nie mają jeszcze dotąd, to jest pontonów, gdyż te obecnie fabrykują się w Gałacu. 9ty korpus stoi w Slatynie i posunięty zostanie do Turn-Magurelli. 11ty korpus stoi częścią w Oltenicy, a częścią w Gałacu i Braile, gdzie także rozstawiony 8. korpus.

„Jak z tego widzimy, Moskale nigdzie nie mają wielkiej liczby wojsk skoncentrowanych i większa część ich oddziałów duże jeszcze marsze odbyć będzie musiała, zanim zdąży do punktu przeprawy.

„Moralne zaś usposobienie armii moskiewskiej i fizyczny jej stan jeszcze więcej pozostawiają do życzenia. Jeżeli miała cokolwiek entuzjazmu, to zostawiła go w błotach kiszeniewskich. Żołnierz jest znużony, apatyczny, niechętny, nie wierzy w powodzenie, pomimo że ma przesadne pojęcie o sile swego cara. Piechota jest niezaprzeczenie najgorszą z broni armii moskiewskiej; liczebnie jest za słabą, niema marsowej postawy i do marszów niezdolna. Po trzydniowym marszu żołnierze nogi tracą. Kawalerja jest liczna i dobra; ale skądże Moskale wezmą prowiantu na jej utrzymanie w pustynnej Bułgarji! Artylerja polowa jest dość nie zła i stosunkowo lepsza niż w innych armiach. Materjał oblężniczy gromadzą w Dżurdżewie, zkąd przewieść go myślą pod Ruszczuk. Ale dotąd jeszcze nie rozpoczęto robót ziemnych. Słowem Moskale tak dotąd są słabi, iż tylko niedołęstwu Turków przypisać należy, że jeszcze pobici nie zostali.“

Z Izby sądowej.

Kradzież aktów sądowych.

(Dokończenie.)

Sobota dnia 26. maja.

Dziś rano w tej sprawie przesłuchiwano p. Łotockiego byłego funkcjonarjusza prokuratorji w sądzie delegowanym miejskim, naczelnika tego sądu p. Reinwartha i sędziego p. Harasymowicza.

P. Łotocki podaje, że gdy się w sądzie dowiedział o zniknięciu aktów, począł tajemnie śledzić. Löschea mu się zwierzył, że akta wydaje Sawczuk, podyktował mu nawet kilka imion stron, którym w ten sposób akta wydane zostały. Z tych zeznań Löschesa zrobił użytek urzędowy.

P. Antoni Reinwarth w obszernym wywodzie, tłumaczył trybunałowi przeszłą i obecną manipulację w sądzie powiatowym. Wykonywanie kar mieli dawniej przypilnować referenci, po niejakimś czasie gdy spostrzeżono, że kary zalegają w skutek przeciążenia referentów, kazał pan naczelnik przynosić sobie akta i sam cytował ludzi do odbycia kary. W ostatnich czasach jednak widział się p. naczelnik w skutek zmiany stosunków służbowych spowodowanym, rozdać akty znowu między biura i referenci byli obowiązani baczyć na rychłe wykonywanie kar. W tym to czasie spostrzeżono ubytek aktów Pilpla z biura p. Harasymowicza. Gdy się okazało, że tych aktów w biurze odszukać nie można, p. Łotocki przyrzekł iż sprawcę odszuka, jednak nie radby aby osoba która uczyni doniesienie w jaki sposób wplątaną była. Urzędnikowi policji zależy na tem, aby donosiciel nie był turbowany, inaczej odciętą byłaby mu wszelka możność wywiedzenia się o czemkolwiek. Dowiedziałem się tedy, że Pilpel za pomocą woźnego Sawczuka potrafił wydostać akta jego sprawy dotyczące, Aby Pilpel nie spostrzegł o co idzie, wydane ze strony policji cytację z tego biura, w którym miał właśnie jakąś sprawę i w ten sposób można go było dostać pod klucz. Pilpel po dłuższem wahaniu i wykrętach przyznał się, że akta dostał od Sawczuka. W ten sposób dowiedziałem się i o kilku innych aktach które wykradzione zostały. Wydanie aktów nie zacierało jeszcze wszelki ślad, albowiem z wykazów przedkładanych kwartalnie do sądu wyższego można było przyjść na to, kto jeszcze z zasądzonych nie odsiedział karę i tym sposobem zniknięcie aktu byłoby wyszło na jaw.

P. Harasymowicz adjunkt sądowy spostrzegł pierwszy u siebie w biurze ubytek aktów Pilpla i przy współudziale p. Łotockiego dowiedział się, że sprawcą jest Sawczuk.

Przesłuchiwane jeszcze kilku innych żydów wplątanych w tę sprawę wykradania aktów. Do Hersza i Jonasza Elmera, do Jakóba Orensteina chodził Sawczuk z własnej iniciatywy i wydał im akta ich sprawy dotyczące. Przy wydawaniu aktów Maurycego Wanga, Lemela Mohra, Majera Glanza i Samuela Bluma iniciował i pośredniczył Wirth. Glanz utrzymuje, że Sawczuk przyszedł do niego w urzędowej czapce, co na niego taką presję wywarło, iż z obawy aby go natychmiast nie aresztował, po napomknieniu Wirtha że sprawa da się pokojowo załatwić, wypłacił natychmiast 6 zł.

W poniedziałek, 28. maja rano odczytywano rozmaite akta dotyczące tej sprawy i kontestacje sądowe oskarżonych. Z tych aktów dowiedziała się publiczność, że Kalb, obaj Elmerowie i Schneider, są ludźmi dla cudzej własności nader niebezpiecznymi, Pilpel i Orenstein pociągani byli do odpowiedzialności za oszustwo, Klein za lichwę. Sam Hersch Elmer był tylko dwadzieścia kilka razy notowany, między tem kilka razy za zbrodnię rabunku i morderstwa — a nawet raz za zgwałcenie; piękna paczka.

Po odczytaniu aktów p. przewodniczący zamknął postępowanie dowodowe i rozpoczęły się plaidoyer. Trwały one cały poniedziałek i cały wtorek aż do późnej godziny wieczór. Zastępca prokuratora trudne miał stanowisko, bowiem z pięcioma obrońcami (dr. Czemeryński, Jackowski, Luka, Rabe, Popiel i Siterski) miał do czynienia.

Na podstawie werdyktu sędziów przysięgłych, trybunał zasądził Sawczuka na 13 miesięcy, Wirtha na 10 miesięcy, Kalba na 4, Elmera Herscha na 3, Jonasza Elmera na 2 miesiące, zaś Schneidera, Löschesa, Grünwaldowej, Pilpla, Orensteina, Kleinmanna i Wanga, każdego na 6 tygodni ciężkiego więzienia. Uwolnieni zostali Kandel, Dawid Bach, Lemel Mauer i Majer Glanz.

Kronika miejscowa i zamiejscowa.

— Dziś piąty występ p. Rychtera. Znakomity artysta wystąpi w jednej z najlepszych ról swoich, w „Wujaszku całego świata.“

— Onegdaj, jako w dzień jubileuszu biskupiego Ojca św. odbyły się we wszystkich kościołach lwowskich uroczyste nabożeństwa. W kościele archikatedralnym celebrował ks. arcybiskup Wierzchlejski. Po południu solenne odbyły się nieszpory. Tego samego dnia obchodzono też po parafiach święto Bożego Ciała, a przy sprzyjającej pogodzie tłumy pobożnych towarzyszyły procesjom. Wieczorem miasto na uczczenie jubileuszu Ojca św. rzęsiście było oświetlone.

— Piękna pogoda, trwająca do wieczora, przyczyniła się do tego, że festyny zapowiedziane na niedziele świetnie wypadły. Strzelnica, szczególnie gdzie urządziło festyn stow. „Harmonii“ roiła się od publiczności. Chwile zabawy uprzyjemniała młodziutka orkiestra, która wtóry swój debiut odbyła wcale szczęśliwie i rywalizowała z muzyką wojskową. Loterja fantowa była bardzo ożywiona. Dobrana publiczność bawiła się w ogrodzie Strzeleckim do późna.

— Jutro we wtorek d. 5. czerwca grać będzie kapela miejska „Harmonii“ w ogrodzie Kisielki począwszy od godziny 5. po południu.

— Młodziutka kapela Tow. muzyczn. „Harmonii“, która już kilkakrotnie popisując się zasłużyła na zainteresowanie się i względy publiczności, została stale zaangażowaną przez p. Wojcickiego restauratora w Kisielce, gdzie co tydzień produkować się będzie koncertami, wyuczonych nowych utworów muzycznych. Będziemy mieli przeto sposobność porównania grę tej młodej kapeli miejskie z równocześnie popisującą się muzyką wojskową, i osądzić pracę, postęp i rozwój tak uczni, jakoteż kapelmistrza p. Szürera, którego zasługi są nam już znane.

— Otrzymujemy następujące pismo: „Szanowna redakcjo! Dziesięć lat temu, jak po długiej tułaczce do kraju powróciłem, spodziewając się na rodzinnej ziemi życie zakończyć, ziemi w której obronie krew mą przelewałem. Przez lat dziesięć, ciężko i bezustannie pracować musiałem, aby wyżywić liczną familię moją. Zacna ma żona, córka wolnej Helwecji wytrwale i niezmordowanie obok mnie pracowała, udzielając lekcji swego ojczystego języka. Mieliśmy nadzieję, że synowie nasi wychowani wśród was, rodacy! nauczą się kochać ojczyznę i w potrzebie być jej obrońcami; myśl ta dodawała nam energii i siły do znoszenia niedostatku, w jakim przez lat tyle pozostawaliśmy.

Lecz dziś, gdy zacna moja towarzyszka to pełne walki życie już zakończyła, pozostały w nędzy niedostatku i rozpaczy o przyszłość siedmiorga dziatek, z których najstarsze ma lat trzynaście, a najmłodsze zaledwie dwa lata liczy, nie mając przytem najmniejszej nadziei wyżywienia ich na ojczystej ziemi, przyjąłem propozycję rodziców nieboszczki żony mojej, którzy aczkolwiek sami niezamożni, biorą czworo dziatek moich na wychowanie. Z pozostałemi trojga, mam nadzieję prędzej i łatwiej utrzymać się w Szwajcarji.

Zmuszony więc koniecznością, wracam na tułaczkę do Szwajcarji, lecz nie będąc w stanie opłacić kosztów podróży, mam nadzieję, że znajdą się jeszcze w kraju „ludzie serca“, którzy za waszem pośrednictwem przyjść nam w pomoc zechcą.

Chciej więc, szanowna redakcjo, nie odmówić mi otwarcia w *Gazecie* subskrypcji na cel wyżwskazany i zarazem przyjąć zapewnienie wysokiego szacunku.

W. Maleszewski.

— **Lisko** 31. maja. Korespondencja z Manasterzysk umieszczona temi dniami w *Gaz. Nar.* a opisująca rozpowszechnienie pism, niepokój i waśń między mieszkańcami jednej ziemi siejących, musi każdego prawego syna ojczyzny boleśnie poruszyć. Pisma te byłyby mniej szkodliwemi, gdyby przymusową nauką języka ruskiego nie stawały się przystępnemi i dla ludności obrz. łać. Byłoby dobrze, gdyby Rada szkolna nazad w życie wprowadziła rozporządzenie, na podstawie którego w szkołach z językiem wykładowym polskim, tylko te dzieci uczyły się po rusku, gdy rodzice tego żądali, a w szkołach z językiem wykładowym ruskim, ten sam stosunek zachodził, odnośnie do języka polskiego. Podług teraźniejszej praktyki zmuszone są dzieci obrz. łac. uczyć się po rusku, choćby tylko kilka rodzin obrz. gr. kat., nawet w domowym pożyciu języka polskiego używających, w obrębie szkolnem mieszkało. Nauka dwóch języków z odróżniającemi się literami, jest dla dzieci zanadto uciążliwą, i sprowadza tylko skażenie jednego i drugiego języka.

— **Kimpolung** d. 27. maja. W wstępnym artykule nr. 118 *Gazety narodowej* znachodzę między innemi wzmiankę o stosunkach powiatu tutejszego, a w szczególności zarzut samowolnego postępowania leśniczych gminnych.

W celu wykazania publiczności jak bezpodstawną jest korespondencja „Odtena“ z której szanowna redakcja wiadomość tę czerpała, upraszam o umieszczenie następującego sprostowania:

W drodze serwitutowej przypadły 20tu gminom tutejszego powiatu, w których dotyczące rozprawy ostatecznie załatwiono, 52.024 morgów lasów.

Ze względu na ważność tych lasów górskich i ich społeczno-ekonomiczne znaczenie, wzywałem gminy, którym takowe przypadły kilkakrotnie, by zadość czyniąc przepisom ustawy lasowej (§. 22) ustanowiły gospodarzy leśnych; a gdy wezwania te pożądanego skutku nie odniosły, postanowiłem na wniosek krajowego inspektora lasów i w porozumieniu z Wydziałem krajowym, zagospodarowanie lasów tych przez właścicieli obecnych bezwzględnie wyniszczanych, oddać w ręce zawodowo-wykształconych, w myśl rozporządzenia Wys. ministerstwa rolnictwa z dnia 16. marca 1872 l. 6266 z urzędu ustanowić się mających leśniczych.

Ustanowiono dwóch takich wspólnych leśniczych gminnych z roczną płacą po 600 zł., z której i koszta podróży opędzać mają, a to jednego dla gmin Dorna watra, Dorna kauderny, Pojana stampi, Czokoneszty, Jakobeny i Kirlibaba, a drugiego dla gmin Wama, Fromossa, Dea, Watra moldawica, Russmoldawica i Russpe-Boul z łącznym obszarem leśnym około 36.000 morgów.

Płacę tę leśniczych tych rozrepartowano na gminy pojedyncze w miarę obszaru lasów i wydatności takowych i tak n. p. przypada

na gminę Wama od 6200 morgów 180 zł. rocznie,

na gminę Watra moldawica od 1500 morgów 120 zł. rocznie,

na gminę Russmoldawica od 1500 morgów 96 zł. rocznie,

na gminę Russpe-Boul od 1600 morgów 96 zł. rocznie,

na gminę Fromossa od 550 morgów 60 zł. rocznie,

na gminę Dea od 900 mor. 48 zł. roczie i t. d.

Rekursa pojedyńczych gmin przeciw temu postanowieniu wniesione tak do rządu krajowego jakoteż do Wys. ministerstwa nie zostały uwzględnione, przeciwnie pierwsza uchwała tutejsza reskryptem Wys. ministerstwa rolnictwa z dnia 5. maja 1877 l. 1058/74 jak odpis świadczy w pełnej mocy utrzymaną.

Taki jest prawdziwy przebieg rzeczy.

Zważywszy więc, że ustanowienie tych leśniczych gminnych li tylko z pobudek dobrze zrozumianego interesu ogółu na prawnych podstawach nastąpiło;

zważywszy, że na jednego leśniczego w przecięciu około 18.000 morgów lasów górskich przypada;

zważywszy nakoniec, że koszta utrzymania wraz z kosztami podróży jednego leśniczego nawet $3^1/_2$ centów od morga lasu nie wynoszą i że największa gmina największy obszar lasu posiadająca tylko 180 zł. rocznie na utrzymanie leśniczego opłaca.

widać na jak złośliwie zmyślonych podstawach osnutą jest owa korespondencja i jak bezpodstawne są zarzuty w niej zawarte co do samowoli i bezwzględnego obciążania gmin kosztami.

Tak samo fałszywe są i dalsze wiadomości tej korespondencji, a nadmienię jeszcze tylko, że wzmianka o wyborach przysięgłych udowadnia nieznajomość obowiązującej ustawy, wedle której nie rady gminne takowych wybierają, lecz członkowie gmin w miarę opłacanych podatków bez wyboru na przysięgłych powoływani bywają.

Kochanowski,
c. k. starosta.

— **W Madrycie** z dniem 23. b. m. zaczęło wychodzić pismo tygodniowe ilustrowane pod tytułem: *Cronica de la Guerra;* poświęcone opisowi i krytyce głównych wypadków obecnej wojny; ma przy tem, jak pisze do nas jej redaktor, zwracać uwagę na zaborczą politykę Moskwy i na jej haniebny stosunek do Polski Naczelnym redaktorem pisma tego jest rodak nasz Józef Leonardi. W numerze pierwszym pomieszczone są portrety cara Aleksandra i sułtana Abdul Hamida, nadto trzy drzeworyty z dotychczasowych wypadków wojennych.

— **W Warszawie** zmarł w tych dniach rozgłośnej sławy rzeźbiarz syn Wojciecha Stattlera malarza, Henryk. Zmarły od dzieciństwa okazywał wielkie zdolności, słynny jest jego roboty posąg Kordeckiego, stojący na Jasnej górze. Ś. p. Henryk zmarł prawie w sile wieku, urodził się bowiem w 1834 roku.

— **Curiosum.** Włościanin Piotr Hofmeister z Katzelsdorf w Niższej Austrji podał skargę do c. k. starostwa w Mitelbach o wynagrodzenie szkody, zrządzonej w jego lesie przez zwierzynę na młodych drzewkach. Rzeczone c. k. starostwo oddaliło proszącego z żądaniem; c. k. namiestnictwo zaś i ministerstwo rolnictwa dozwoliły oszacowania szkody. Zastępca prawny dzierżawcy polowania, księcia Lichtensteina, dr. Heinzlmayer wniósł przeciw orzeczeniu ministerstwa zażalenie do trybunału administracyjnego dowodząc, że według istniejących ustaw, a mianowicie według dekretu kancelarji nadwornej z dnia 12. kwietnia 1821, ogłoszonego w zbiorze ustaw politycznych, nie należy się wynagrodzenia szkody, zrządzonej przez zwierzynę na młodych drzewkach.

Zastępca ministerstwa rolnictwa oparty na aktach, udowodnił, że powołany dekret kancelarji nadwornej był tylko rozstrzygnieniem specjalnem, że takowy oczywiście do innych wypadków nie może być zastosowany, i że umieszczenie w urzędowym zbiorze ustaw nastąpiło jedynie przez pomyłkę.

Redaction & Administration:
I., Renngasse 6.
[illegible]

Ankündigungs-Bureau und Haupt-Expedition:
I., Wollzeile 22.
[illegible]

Einzelverkauf:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.
[illegible]

(Abend-Ausgabe.)

Deutsche Zeitung.

Herausgeber: Heinrich Reschauer.

Abonnement für Wien:
In unserer Haupt-Expedition:
Ganzjährig . . . fl. 18.—
Halbjährig . . . fl. 9.—
Vierteljährig . . . fl. 4.50
Monatlich . . . fl. 1.50
Mit Zustellung in's Haus:
Ganzjährig . . . fl. 21.60
Halbjährig . . . fl. 10.80
Vierteljährig . . . fl. 5.40
Monatlich . . . fl. 1.80
Abonnement für das Inland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Ganzjährig 24 fl., halbjährig 12 fl., vierteljährig 6 fl.
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl.

Abonnement für das Ausland: Vierteljährig: [illegible] Budapest [illegible] bei Herrn A. Lavpert jun. in Budapest, Waitzen-Boulevard im Handelsakademie-Gebäude, fl. 6.— ö. W. bei einmaliger, fl. 7.— ö. W. bei zweimaliger Postversendung; für [illegible] beim nächsten Postamte 10 Mark 30 Pf. [illegible] mit directer Kreuzbandversendung fl. 9.— ö. W.; für die Schweiz 18 Francs 30 Cent., bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Italien 25 Francs, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Frankreich bei [illegible]; für England bei dem Postamte in Köln 18 Mark 50 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Spanien und Portugal bei dem Postamte in Köln 18 Mark 52 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; nach den [illegible] für Griechenland bei uns fl. [illegible] ö. W.; für Nordamerika bei dem Postamte in Köln 18 Mark 26 Pfennige, bei uns fl. 9.90 ö. W.; für Brasilien und Mexiko bei dem Postamte in Köln 27 Mark 90 Pfennige.

Nr. 1956. Wien, Donnerstag 14. Juni. 1877.

Politische Rundschau.

Wien, 14. Juni.

Während die „Provinzial-Correspondenz“ hervorhebt, daß die friedliche Lage durch die beruhigenden Versicherungen, welche Rußland neuerdings England gegeben habe, bestärkt worden sei, hat man in England geringeres Vertrauen zu der wunderwirkenden Kraft jener Eröffnungen. Der „Daily Telegraph“ fährt fort, die angeblich von Graf Schuwaloff überbrachten russischen „Versicherungen“ zu bemäkeln. Das Blatt schreibt: „Die Behauptung, daß der Czar nicht Constantinopel zu nehmen und zu behalten wünscht, liest sich gut in einer Depesche und mag ihrem Zwecke dienen, aber sie ist unglaublich, weil sie unverträglich mit der menschlichen Natur ist. Jeder Czar ging mit dem Plane um, den Bosporus zu erreichen, wenn er konnte, und nichts hat je ihn daran verhindert, ausgenommen Mangel an Macht. Wäre die Armee Diebitsch's eine zahlreiche und tüchtige Streitmacht gewesen, so würde Nikolaus im Jahre 1829 sicherlich in der türkischen Hauptstadt eingerückt sein. In gleicher Weise wird Alexander dahin gehen, falls er nicht durch die osmanische Armee oder die Furcht vor der Intervention der Mächte daran verhindert wird. Daß solch' ein Ereigniß das britische Reich im Oriente ernstlich benachtheiligen und uns zwingen würde, unsere Ausgaben für Heer und Flotte zu vergrößern, wird allerseits zugestanden. Aber wenn die folgenden Gefahren, Risicos und Beschimpfungen auf England fallen würden, wie könnte Oesterreich seinen Antheil an dem Unglücke ertragen? Mit einem russischen Protectorate in Rumänien, Serbien und Bulgarien und mit Rußland selber „als Eigenthümer oder Insasse“ Stambuls würde Oesterreich überhaupt kaum eine Macht sein. Ein Flotten-Uebergewicht im Schwarzen Meere besitzend, konnte Rußland Constantinopel ohne Verbindungen über Land behaupten. Der [illegible] österreichische und ungarische Handel an der [illegible] würde nicht weniger auf die Gnade der [illegible] Regierung angewiesen sein, während die Neigung [illegible] Slavenstammes, nach Rußland zu graviren, einen fast unwiderstehlichen Impuls erhalten würde. Das heterogene Reich würde in seine Theile zerfallen und Niemand kann zweifeln, daß der Sturz der österreichischen Monarchie ein Ziel ist, das Rußland im Augenmerk hat. Oesterreichisch-ungarische Staatsmänner müssen ihre gewohnte politische Weisheit eingebüßt haben, wenn sie mit Graf Buol-Schauenstein aufgehört haben, zu glauben, daß ihre Politik im Orient auf der Karte niedergeschrieben ist. Während keine politische Gebietsentschädigung England ein Aequivalent für die Herrschaft der Russen in Constantinopel oder in Erzerum bieten kann, würde für Oesterreich eine starke slavische Macht am Bosporus geradezu verhängnißvoll sein. Wir dürften eines Tages vielleicht Muth genug fassen, um unsere Position zu verbessern, aber Oesterreich würde in Wirklichkeit dasjenige geworden sein, was Fürst Bismarck von England behauptete, nämlich „un pouvoir fini.“

Auch die deutschen Blätter nehmen die angeblich beruhigenden Versicherungen Rußlands mit großem Mißtrauen auf. So schreibt die „Köln. Ztg.“:

„Bemerkenswerth ist es, daß die Russen bereits ganz offen nach der Freiheit des Schwarzen Meeres und der Befreiung der Meerengen verlangen. Unter diesen harmlos klingenden Worten verbirgt sich die ungeheuerlichste aller Forderungen. Frei in dem Sinne, daß alle Nationen Europas im Schwarzen Meere schiffen und handeln und wandeln können, sind der Pontus Euxinus und die dahin führenden Meeresengen längst. Seit 1870 haben die Russen auch das Recht zurückerlangt, sich im Schwarzen Meere eine so große Kriegsflotte zu bauen, wie sie wollen. Wenn sie nun von Freiheit der Meerengen reden, so verstehen sie darunter die Erlaubniß, zu jeder Stunde bei Tag und Nacht mit ihrer ganzen Flotte in den Bosporus einlaufen und sich vor dem Serail des Sultans und vor dem unbeschützt daliegenden Constantinopel vor Anker legen zu können. Constantinopel hat keine andere Vertheidigung zur See als die Befestigungen des Bosporus und der Dardanellen, und Freiheit der Meerengen ist in russischer Sprache also nur ein höflicher Ausdruck für die Beherrschung Constantinopels.“

Aus London, 12. Juni, wird geschrieben: „Lord Derby und der Marquis von Salisbury waren nebst Midhat Pascha und andern Personen von Distinction gestern Abends die Gäste eines großen Diners der Londoner Schneidergilde und hielten bei dieser Gelegenheit Tischreden, in denen auch der Krise im Orient erwähnt wurde. Der Minister für Indien berührte die Frage der britischen Interessen und bemerkte, er selber sei [illegible] Besorgnissen, die vielfach betreffs der [illegible] des britischen Reiches in Indien ausgedrückt worden. Es würde Zeit genug sein, die britischen Interessen zu vertheidigen, wenn dieselben angegriffen seien. Er verglich die Alarmisten mit den französischen Soldaten im französisch-deutschen Kriege, die ihre Gewehre abfeuerten, sobald der Feind in Sicht kam, statt zu warten, bis die Schüsse Wirkung thun konnten, wie dies die Deutschen thaten. Vorsicht, äußerste Vorsicht sei nothwendig, ehe eine Regierung den Reichthum, die Wohlfahrt und die Freiheit riskire und ehe sie den Weltfrieden störe, und dies nicht in der Wahrung wirklicher Ehre, sondern für eine Theorie und einen Traum. (Beifall.) Es gelte allgemein als eine Thorheit, einen Krieg für eine Idee zu führen, aber etwas noch Unbefriedigenderes sei es, einen Krieg gegen einen Alp zu führen. Lord Derby, der in Erwiderung des Toastes auf das Haus der Lords das Wort ergriff, bemerkte unter Anderm:

„Ich bin mit alledem einverstanden, was mein edler Freund gesagt hat, nämlich, daß wir bereit sein müssen, unsere Interessen zu vertheidigen, wenn diese Interessen angegriffen werden, aber auf der andern Seite müssen wir uns erinnern, daß, wenn wir von britischen Interessen sprechen, in denselben irgend etwas, was in irgend einem Theile der Welt geschieht und das nicht mit unserer Genehmigung und auf unsern eigenen Wunsch geschah, inbegriffen werden kann. Es gibt britische Interessen, und wir können uns nicht weigern, deren Wichtigkeit anzuerkennen. Trotz alledem müssen wir uns dessen erinnern, daß das größte aller britischen Interessen das Interesse des Friedens ist.“ (Beifall.)

Der französische Botschafter am Berliner Hofe, Vicomte v. Gontaut-Biron, dessen Urlaub in diesen Tagen ablief, hat eine Verlängerung desselben erwirkt, um an den großen Abstimmungen des französischen Senates, dem er als Vertreter der Nieder-Pyrenäen angehört, theilnehmen zu können. — Das Befinden des unabsetzbaren Senators Edmond Adam hat sich dermaßen verschlimmert, daß die Linke des französischen Oberhauses befürchten muß, nach Picard und Tocqueville noch ein drittes ihrer Mitglieder vor dem 16. Juni zu verlieren, in welchem Falle die Conservativen sich also, ehe die Auflösungsfrage zur Entscheidung gelangt, noch um drei Stimmen verstärken könnten.

Vorgestern ist in Paris eine Flugschrift: „Der Marschall vor der öffentlichen Meinung“, erschienen, welche von der officiösen Presse warm empfohlen wird. Sie bringt thatsächlich nichts Neues und behandelt nur immer wieder das abgedroschene Thema, daß der Marschall nicht der Republik, sondern lediglich der Demagogie den Krieg erklärt habe. Als Verfasser dieser Broschüre wird niemand Anderer als Herr Clément Duvernois, der ehemalige Leib-Journalist Napoleon's III., der später auf dem Gebiete des Gründerschwindels eine so traurige Rolle gespielt hat, genannt.

Aus der vom Papst Pius IX. gewünschten und verheißenen Errichtung zweier neuer Bisthümer in Böhmen wird schwerlich etwas werden. Es fehlt

Tagesneuigkeiten.

Wien, 14. Juni.

[Hof- und Personal-Nachrichten.] Der Kaiser ist heute Früh auf der Westbahn in Wien eingetroffen. Am letzten Sonntag wohnte der Kaiser in Ischl dem Festgottesdienste bei, welcher anläßlich der Papst-Feier stattfand. — Kronprinz Rudolf ist gestern Abends nach München [illegible] — Erzherzog Karl Ludwig ist vorgestern auf Schloß Fischhorn im Pinzgau zu eintägigem Aufenthalte eingetroffen. — Ex-König Franz von Neapel, der vorgestern in Karlsbad zum Curgebrauche angekommen ist, traf gestern Abends [illegible] Anna in [illegible] Präsidenten [illegible] goldene [illegible] Dannen- [illegible] und dem [illegible] verliehen [illegible] Cardinal Manning die [illegible] Malerin Miß [illegible] vollzogen.

[illegible] Heute Vormittags fand im [illegible] Trauung der Tochter [illegible] Josef Kopp, Fräulein [illegible] Kopp, mit [illegible] Kretzel, Guts- [illegible] vollzog [illegible]

[illegible]

[illegible] überhaupt noch reden kann, wird in verschiedenen Berichten bald mit Tauben-Eiern, bald mit Kalbsaugen und Hühner-Eiern, ja sogar mit Gänse-Eiern verglichen. Wenn da auch Manches übertrieben sein mag, so muß es doch ein ganz ungewöhnliches Unwetter gewesen sein. Unzählige Fensterscheiben und Schaufenster wurden zertrümmert, Aeste von den Bäumen geschlagen, die Straßen waren überschwemmt und das Wasser drang in die Kellerwohnungen. Viele Personen, welche durch die Wucht der Hagelschläge getroffen wurden, sollen an den Händen, Armen, im Gesicht und am Kopfe nicht unbedeutende Wunden und Anschwellungen davongetragen haben. Man fürchtet, daß auf den umliegenden Feldern das Unwetter gleichfalls großen Schaden angerichtet habe.

[Pariser Klatsch.] Man schreibt einem deutschen Blatte aus Paris: „Der „Gaulois“ hatte vor einigen Tagen erzählt, daß die Gemalin des Herrn Thiers und die des Grafen von Paris sich [illegible] einer brillanten Soirée zusammen befunden haben. Frau Thiers habe in einem gegebenen Augenblicke den Salon durchschritten, am andern Ende desselben einen Stuhl genommen und, sich an der Seite der Gräfin von Paris niederlassend, dieser resolut den Rücken gewendet. „Diese lächerliche Impertinenz der Frau des ehemaligen Ministers des Königs Ludwig Philipp gegen die Tochter seiner ehemaligen Herrschaft (de ses anciens maîtres),“ fügt das Boulevard-Blatt hinzu, „erregte allgemeinen Unwillen, [illegible] bei Denen, die in der Politik die heftigsten Gegner der Prinzen von Orleans sind.“ Die Freunde des Ex-Präsidenten der Republik geben nun von diesem Vorfalle die folgende, wesentlich anders lautende Darstellung. Vor dem 24. Mai 1873 waren die Prinzen bei allen Festen der Präsidentschaft. Sie fehlten bei keinem diplomatischen und parlamentarischen Diner, und der Eifer, mit dem sie den Hof machten, wurde sehr bemerkt. Herr Thiers, immer voll Aufmerksamkeit für die Söhne „seiner ehemaligen Herrschaft“, wie sich der „Gaulois“ in der ihm eigenen Lakaiensprache ausdrückt, trieb seine Gefälligkeit [illegible], dem Grafen von Paris vor jedem officiellen Diner [illegible] der Eingeladenen vorzulegen und ihm den Platz zu bezeichnen, den jeder der Gäste einnehmen werde. Der Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen den beiden Parteien hatte kein [illegible] Prinzessin Clementine kam nach Versailles. „Sagen Sie Frau Thiers, daß ich sie besuchen werde.“ — „Ach nein, niemals,“ ließ Frau Thiers zurück sagen, „ich werde zuerst zur Prinzessin kommen.“ [illegible] von Orleans auch noch von der Partie war, unterließen die Söhne Louis Philipp's nie, galant zu sagen: „Madame, derangiren Sie sich doch nicht für uns.“ Da kam der [illegible] Von da ab — keine Prinzen mehr! Sechs Monate verflossen. Wenn Herr Thiers in Versailles oder anderwärts seinen Gästen vom Tage vorher begegnete, wendeten diese den Kopf nach der andern Seite und setzten ihren Weg fort, ohne ihren Freund zu bemerken. Eines Abends, im November, trafen Frau Thiers und der Prinz von Joinville bei der Herzogin von Galliera in einem engen Corridor aufeinander. Frau Thiers hatte sich platt zu machen, denn der Prinz wollte nun einmal seinen Weg fortsetzen. [illegible] fand keine neue Begegnung statt, bis vor drei Wochen, wo der Graf von Paris sich beim spanischen Botschafter [illegible] Fauteuil in der nächsten Nähe der Frau Thiers [illegible] geschah dabei, daß der Graf von Paris, wohl nur aus [illegible], seinen Fuß auf die Robe der Frau Thiers setzte und [illegible] dort ließ. Erst eine brüske Bewegung der Frau [illegible] konnte sie freimachen. Allein der Prinz that, als verstehe er nicht und die Zeugen dieser kleinen Scene waren [illegible], daß er dem Opfer seiner „falschen [illegible]“ [illegible] Entschuldigungen anbot. Endlich jüngsten [illegible] wieder beim spanischen Botschafter, saß Prinzessin [illegible] auf einem Canapé neben Frau Fourichon, [illegible] unterhielt. Frau Thiers näherte sich, rückte ihren [illegible] Madame Fourichon und begann mit ihr eine [illegible], ohne von der Gräfin von Paris Notiz zu nehmen. [illegible] sich stürmisch und suchte mit vielem Eclat eine andere [illegible] auf. Und seither erzählt die Prinzessin Jedem, der [illegible] will, daß Frau Thiers sich an ihr für die Unt[illegible], welche der Graf von Paris sich vor drei [illegible] habe zu Schulden kommen lassen. Sie [illegible] der politischen Krise hat man in Paris noch immer [illegible] und Laune, den Salon-Cancan zu cultiviren.“

[Durchgebrannter Kriegsrath.] Aus Darmstadt, 11. d., wird geschrieben: Seit [illegible] Kriegsrath W. Derselbe war Rechner verschiedener [illegible] Fonds, in welchen bei einer in voriger Woche [illegible] Visitation sich ein Manco von 20.000 [illegible] W. verwaltete seit dem Uebergang des hessischen [illegible] an Preußen die hessische Kriegskasse und soll in [illegible] lassenen Briefe zugestanden haben, daß [illegible] 1867 die fehlende Summe aus der Kriegs[illegible] später den Defect aus den Beständen der [illegible] von ihm verwalteten Fonds gedeckt habe. Nur durch [illegible]

an den erforderlichen Dotationen. Und dem bekannten Sprichwort von den Schweizern und dem Gelde gemäß läßt sich annehmen, daß sich Bisthümer ohne Dotation nicht gut errichten lassen. Wohl hat man zu Rom ein lüsternes Auge auf zwei in Böhmen existirende Prämonstratenser-Chorherrenstifte — Tepl und Seelau — geworfen, aber die wollen nun nicht gebischoft werden, und wie es scheint, ist die Regierung mit dieser Weigerung nicht unzufrieden. Ein officiöses Blatt äußert sich nämlich diesbezüglich wie folgt:

„Die Angelegenheit hat neben ihrer eminenten kirchlichen Bedeutung auch eine politische für das innere Leben Böhmens. Die Prämonstratenser-Chorherren sind großentheils deutscher Nationalität und ihre Stifte sind seit jeher Mittelpunkte deutschen Lebens in Böhmen gewesen. Diese Centra verschwänden in dem Augenblicke, in dem diese Stifte säcularisirt würden Ob die neuen Bischofssitze in der Lage wären, in gleichem Maße gerade das deutsche Element zu pflegen, darf mindestens fraglich erscheinen. Obgleich Erwägungen politischer Natur in dieser kirchlichen Frage nicht die ausschlaggebenden sein können, so wird man doch das Schwergewicht derselben nicht gänzlich verkennen dürfen."

Von den beiden Regnicolar-Deputationen ist es jetzt stille. Dem officiösen „Hon" zufolge begeben sich jene Mitglieder der Regnicolar-Deputation, welche zu den Reichstags-Sitzungen nach Pest gekommen waren, am Samstag wieder nach Wien zurück, ebenso jene Minister, deren Anwesenheit in Wien anläßlich der Verhandlungen nothwendig sein wird. Die Deputation hofft, bereits am Sonntag im Besitze des österreichischen Nuntiums zu sein; dasselbe wird auch den ersten Gegenstand der weitern Verhandlungen bilden.

In Betreff der in Siebenbürgen betriebenen geheimen Werbungen für die rumänische Armee liegt die folgende, bereits im telegraphischen Wege angedeutete Meldung des „Mag. Polgar" vor:

„In unserm Comitat treiben sich rumänische Werber herum und sind bereits viele junge Leute in ihr Netz gegangen, die über das Gebirge truppweise nach Plojeschti spedirt werden. Unsere Regierung hat übrigens schon Kenntniß davon und läßt eifrig der Sache nachforschen. Bis jetzt ist constatirt, daß aus Fogaras 7 junge Leute, namentlich die Waisenstuhl-Kanzlisten Johann Popovic und Damaskin Poparad, der Steuer-Beamte Deszenar, der Advocaturs-Schreiber Graina, der Handlungs-Commis Eiser, der Bezirksgerichts-Kanzlist Blatiu (der Name des Siebenten ist mir nicht bekannt) über den Brazaer Paß sich nach Plojeschti begeben haben und dort auch angelangt sind. Außerdem sollen sich ihnen noch achtzehn Militär-Reservisten angeschlossen haben. Nach den Werbern wird gefahndet und soll man ihnen auch schon auf der Spur sein."

Der Krieg.

Wien, 14. Juni.

Wir haben bereits über die am 11. d. versuchte Attaque der in der Sulina liegenden drei türkischen Monitors durch russische Torpedo-Boote einen detaillirten telegraphischen Bericht gebracht. Auch aus Odessa wird nun, wenn auch sehr gewunden, bestätigt, daß die russische Expedition vollkommen gescheitert ist. Die von den Kriegsdampfern „Constantin" und „Wladimir" abgelassenen Torpedo-Boote attaquirten zwar die türkischen Monitors, der eine der Torpedos aber „scheint der Umzäunung begegnet zu haben", sagt der officielle Bericht. Diese Umzäunung bestand nach dem Berichte unseres Special-Berichterstatters aus Ketten. Dieses primitive Mittel scheint in der türkischen Donau-Flotille die sogenannte Crinoline, ein aus dünnem Eisendrahte hergestelltes Netz, welches die Annäherung an das Schiff selbst unmöglich macht, mit Glück ersetzt zu haben. Mit Instrumenten, um diese Drahtnetze zu durchschneiden, sind die russischen Torpedo-Boote wahrscheinlich noch nicht versehen, noch weniger aber mit solchen, welche Ketten auseinanderreißen. „Eine Torpedo-Explosion erfolgte, deren Resultat unbekannt ist", das heißt der Torpedo streifte die Kette und verpuffte ohne Schaden anzurichten. „Eine zweite Explosion wurde hörbar, wahrscheinlich vom Kutter des Lieutenants Puschtschin." — Nun wird aber gleich Anfangs berichtet, der „Constantin" und der „Wladimir" wären mit den Torpedo-Kuttern, ausgenommen einen unter dem Befehle des letztgenannten Officiers, nach Odessa zurückgekehrt. Hält man diesen Bericht dem von uns gebrachten entgegen, so unterliegt es keinem Zweifel daß „das starke Kartätschen- und Gewehrfeuer" das Torpedo-Boot des Lieutenants Puschtschin in den Grund gebohrt hat, die Entsendung des Dampfers „Argonaut", um dieses Torpedo-Boot aufzusuchen — demnach nur eine russische Spiegelfechterei ist.

Der von uns zwar gemeldete, aber mit aller Reserve aufgenommene Bericht über den Uebergangsversuch eines russischen Corps bei Silistria wird nun officiell aus Constantinopel dementirt.

Zwischen den Truppen Suleiman Pascha's und den Montenegrinern wurde, Berichten vom 13. d. zufolge, noch immer gekämpft, und hatten die erstern den Duga-Paß noch nicht überschritten, das heißt wohl, das Plateau von Niksic, auf dessen nördlichem Rande das Fort Prejeka liegt, erreicht. Dies ist möglich. Nachdem aber die Besatzung dieses großen Blockhauses, sowie jene von Niksic es nicht unterlassen werden, den Ihrigen durch Ausfälle zu Hilfe zu kommen, so ist wohl an dem Erreichen des Hauptzweckes dieser Expedition: der Verproviantirung von Niksic, nicht zu zweifeln.

* * *

Aus Sulina, 10. d., meldet man dem „Daily Telegraph": „Gestern Abends wurde plötzlich Alarm geschlagen. Drei russische Schleppdampfer griffen die hier liegenden Schiffe an. Während der Dauer des Kampfes war das Geschützfeuer fürchterlich. Die türkische Artillerie feuerte durchwegs mit glänzender Wirkung. Die Russen versuchten die Torpedos zu gebrauchen, aber ohne Erfolg. Von ihren Booten wurde eines nach dem andern in den Grund geschossen und deren Mannschaften ertranken entweder oder wurden gefangen genommen. Dieser Sieg wird dem besondern Vertheidigungs-System zugeschrieben, welches auf Hobart Pascha's Rath adoptirt wurde. Die Gefangenen werden unverzüglich nach Constantinopel gesandt werden. Verstärkungen an Panzerschiffen werden täglich erwartet. Nach deren Ankunft tritt die Expedition, deren Bestimmungsort ein Geheimniß ist, ihre Mission an."

* * *

Der Constantinopeler Correspondent des „Standard" hat ein vom 10. d. datirtes Telegramm aus Erzerum erhalten, welches meldet, daß Achmed Moukhtar Pascha mit der kaiserlichen Armee sich in Hrom Danzi, hinter dem Dorfe Ziovit, stehe. Sir Arnold Kemball, der britische Militärbevollmächtigte, befindet sich im Hauptquartier. Vier von Kars im Lager von Moukhtar Pascha eingetroffene Tscherkessen berichten, daß die Garnison von Kars nicht Mangel an Lebensmitteln leide und sich in guter Lage befinde. Sie hatte mehrere Ausfälle gemacht und den Russen empfindliche Verluste zugefügt. — Nach andern Berichten soll Moukhtar Pascha beträchtliche Verstärkungen erhalten und die Russen genöthigt haben, ihren Feldzugsplan zu ändern.

Der Berliner Correspondent der „Times" telegraphirt unterm 11. d.: Von der russischen Regierung sind Befehle erlassen worden, so viel als möglich die Aushebung von 218.000 Mann zu beschleunigen. Da erst Ende December v. J. eine Aushebung von 180.000 Mann stattgefunden hat, so beweist die neue Maßregel den Entschluß der russischen Regierung sich für alle Eventualitäten vorzubereiten.

* * *

Aus Malta, 9. Juni, wird der „A. Z." geschrieben: „Das gestern von London gekommene englische Privat-Dampfschiff „Minos" brachte eine Quantität von Provisionen für verschiedene Fregatten der Flotte, sowie für das Militär-Hospital, das Commissariat und das Ingenieur-Departement. Hierunter sind auch tausend Fässer Pulver, wovon wir schon einen solchen Vorrath hier haben, daß bei einem Unglücksfall ein Theil der Stadt in die Luft fliegen würde. — Heute hat sich das Gerücht verbreitet, daß von Portsmouth ein Panzer-Geschwader in der Richtung nach Gibraltar und Malta abgegangen sei, mit versiegelten Instructionen, welche erst in unsern Gewässern zu eröffnen sind. Ungewöhnlicherweise nahmen diese Schiffe zwei Infanterie-Regimenter an Bord. Man vermuthet daher, daß sie nach Suez bestimmt sind. Die Einschiffung dieser Truppen ging so geräuschlos vor sich, daß selbst die englischen Blätter bisher hievon noch keine Meldung machten."

Die Krise in Frankreich.

Paris, 12. Juni.

In Abbeville hielt Gambetta am Montag auf einem ihm zu Ehren im dortigen Theater veranstalteten Bankett, an welchem 300 Personen theilnahmen, eine neue und sehr umfangreiche Rede. Er ging zur Beleuchtung des gegenwärtigen Conflictes bis auf die Wirksamkeit der vorigen National-Versammlung und die Entstehungsgeschichte der republikanischen Verfassung von 1875 zurück, „deren Gebrechen man sehr übertrieben, deren Vorzüge man hingegen nicht genug gerühmt habe". Er führte des Nähern aus, wie die Männer der Rechten, obgleich sie selbst für diese Verfassung gestimmt hatten, seither nichts unversucht ließen, um sie zu untergraben; wie sie sich zu diesem Behufe der schwachen Majorität, die ihnen im Senate zu Gebote stand, bemächtigten und mit aller Gewalt einen Bruch zwischen beiden Kammern herbeizuführen trachteten, wie sie endlich, da ihnen dieses nicht gelang, das Staatsoberhaupt umringten und neben der öffentlichen eine geheime Regierung schufen, welche am 16. Mai die Maske fallen ließ.

„Gerade nach dem Tage" — sagte Gambetta weiter — „da Herr Jules Simon die stärkste Majorität, die sich noch in der Deputirtenkammer gebildet, davongetragen hatte, empfing er seinen Urlaub in jenem Briefe, welcher das Erstaunen des Landes und der ganzen Welt gewesen ist. In der That zerschnitt dieser Brief, der von keinem verantwortlichen Minister gegengezeichnet war, gewaltsam eine große parlamentarische Frage, indem er sich auf eine Verantwortlichkeit berief, von der in unserer Verfassung kein Wort steht. Mit diesem Briefe erschien also die persönliche Regierung wieder auf dem Schauplatze." Redner sprach dann auf's neue sein Vertrauen aus, daß die Republik in allen Classen der Bevölkerung viel zu tiefe Wurzeln geschlagen hätte, als daß die alten Kunstgriffe der persönlichen Regierung, die Maßregelungen der Presse und des Vereinsrechtes, die Personal-Veränderungen in der höhern Verwaltung, die widernatürlichen Partei-Coalitionen und die Handhabung der officiellen Candidatur der verfassungsmäßig eingeführten Regierungsform noch auf die Dauer etwas anhaben könnten. „Man mag die Kammer noch so verleumden, man wird ihr doch keine einzige Stimme im Lande abwendig machen und die Dreihundertdreiundsechzig werden wiederkehren. Meine Erfahrung in Wahldingen und meine Kenntniß der öffentlichen Stimmung gestatten mir, zu wiederholen: die Dreihundertdreiundsechzig werden wiederkehren; sie werden wiederkehren als eine Lection, als eine Kraft und als eine Befreiung. Die Dreihundertdreiundsechzig werden durch das allgemeine Stimmrecht gestärkt sein, wie die Zweihunderteinundzwanzig unter der Restauration. Ich könnte Ihnen, wenn wir Zeit hätten, auf der Landkarte nachweisen, daß Diejenigen, welche ihr Mandat verlieren werden, der reactionären Minorität des Abgeordnetenhauses angehören und daß diese Minorität sich noch ungefähr um ein Drittel vermindern wird." Der wahre Gegner, der wahre Krebsschaden des unglücklichen Frankreich, fuhr der Redner fort, sei der Clericalismus. Man erinnere sich, wie diese Partei zu Beginn des Jahres 1877 gleichzeitig in allen katholischen Ländern Europas den Schild erhoben habe, wie die Bischöfe sich mitten in dem republikanischen Frankreich zu förmlichen Präfecten des Papstes aufgeworfen hätten, um den bürgerlichen Gewalten den Willen des Vaticans vorzuschreiben. Jetzt hätte man diesen Umtrieben wohl einen Dämpfer aufgesetzt; aber Frankreich kenne seine Leute und der Bauer lasse sich nicht ausreden, daß bei allen Vorgängen der letzten Zeit der Jesuit die Hand im Spiele hatte. Nachdem der Redner es noch im Vorübergehen für einen wahren Scandal erklärt hatte, daß man der von einem so patriotischen Geiste beseelten nationalen Armee nur einen Augenblick zutrauen konnte, sie möchte sich zu einem Staatsstreich oder irgend einer sonstigen nichtswürdigen Combination hergeben, sprach er die Hoffnung aus, daß diese Prüfung die letzte sein und daß, wenn Frankreich ein drittesmal sein Verdict gesprochen, sich Jedermann ohne Ausnahme vor demselben verneigen werde.

In Sachen des Urlaubs des Botschafters Baude macht die „France" folgende merkwürdige Mittheilung:

„Als Jules Simon nach Italien ging und vom König Victor Emanuel für die freundschaftlichen Zusicherungen, welche er dem Quirinal im Namen der republikanischen Partei [illegible] brachte, das Großkreuz des Lazarus-Ordens erhielt, geriethen die französischen Clericalen, die eben angefangen hatten, das [illegible] mit dem Rundschreiben der Bischöfe zu bombardiren, in [illegible] Zorn und verlangten eine Genugthuung. Da nun eben dem Cardinal Caverot, Erzbischof von Lyon, das Biret aufgesetzt worden war, machte man dem päpstlichen Nuntius, Herrn Meglia, bemerklich, daß der Marschall noch keinen päpstlichen Orden hätte und daß, da einer unserer jüngern Botschafter beim Vatican, Herr v. Bourgoing, mit dem Großkreuz des St. Gregor-Ordens decorirt sei, dem Prä-

---

lang fortgesetzte fal[illegible] war es möglich, das Deficit so lange zu verheimlichen. Die Sache erregt allgemein das peinlichste Aufsehen.

[Rußlands Volksstämme.] In dem Augenblick, wo Rußland alle seine Völker unter die Waffen gerufen hat, wo es eben wieder im Begriffe steht, Hunderttausende in die den nationalen Unterschied einigermaßen ausgleichenden Uniformen zu stecken, ist es vielleicht nicht uninteressant, zusammenzustellen, welche verschiedenen Völkerstämme dem Befehl des „Selbstherrschers aller Reußen" gehorchen. Sehen wir uns das Resultat neuerer Zählungen im russischen Reiche an, so ergibt sich Folgendes: Das weite Czarenreich beherbergt die folgenden Völkerstämme: in Europa (abgesehen vom frühern Königreich Polen) 49 Millionen [illegible], 960.000 Polen, 40.000 Bulgaren, 660.000 Deutsche, 47.000 Griechen, 875.000 Moldauer, 2,340.000 Lithauer, [illegible] Finnen, 1,630.000 Juden, 33.500 Armenier, [illegible]2.000 Tataren, 1,037.000 Baschkiren, 146.000 Kirgisen, [illegible]000 Kalmücken, 4000 Samojeden, 28.000 Zigeuner, 70[illegible] Insgesammt beträgt die [illegible] Rußland 61¼ Millionen. [illegible] nach der Volkszählung vom [illegible] 6?3.000 Juden (es ist dies der [illegible] der in irgend einem Lande [illegible] der gesammten Bevölkerung), [illegible] 25[illegible] [illegible] 3500 [illegible] [illegible] Ueberdies gab [illegible] [illegible] eliten und 3000 Deutsche [illegible] n Rußland über 51 Mil[illegible] Raskolniken (Armenisch-[illegible] [illegible], 2,100.000 Protestanten [illegible] Mohammedaner. [illegible] [illegible] [illegible] nach den Mohammedan[illegible] nicht sehr viel überlegen. Ihre Zahl beträgt insgesammt 2,460.000, die der Mohammedaner 1,950.000, die der Juden 21.600 und die der Heiden 14.760. Dieses große Reich mit seinen 66 Millionen Einwohnern hat nur 36 Städte mit einer Einwohnerzahl von über 30.000.

[Eine Eidechse im Magen.] Aus Podiebrad wird der Koliner „Koruna Czeska" gemeldet, daß dort in den letzten Tagen einem sechs Wochen alten Kinde, das von seiner mit Feldarbeit beschäftigten Mutter ins Gras gelegt worden war, eine Eidechse durch den offenen Mund in den Magen [illegible]. Den Bemühungen des Arztes gelang es jedoch, das Thier, allerdings verendet, auf dem Wege durch den Mastdarm aus dem Körper des Kindes herauszuschaffen.

[Ein Erschossener.] Gestern Nachmittags wurde im Grinzinger Parke ein etwa 26jähriger, anständig gekleideter Mann erschossen aufgefunden. In dem Besitze des T[illegible] fanden sich drei Briefe, die auf einen Selbstmord schließen lassen; ferner fand man eine Rechnung des Hotels „zum Erzherzog Karl" in Prag. Der Selbstmord scheint so gut als erwiesen, da die Gemeindedieners-Gattin Manhardt Mittheilungen machte, welche, wenn nicht einen Mord, so doch ein Duell wahrscheinlich erscheinen lassen. Frau Manhardt gibt nämlich an, daß sie gegen halb 5 Uhr den jungen Mann in Begleitung eines etwa 50jährigen Mannes mit röthlichem Barte den Park betreten sah. Bald darauf hörte sie einen Wortwechsel, dem rasch nach einander zwei Schüsse folgten. An den Todten [illegible] nur Eine Wunde. Weitere Erhebungen [illegible]

[illegible] um halb 10 Uhr brach in [illegible] Schwarz gehörigen [illegible] hütten, Hernals [illegible] bisher [illegible] [illegible] Wird [illegible], verbreitete sich das Feuer rasch und [illegible] bald drei [illegible] [illegible] Löschmannschaft der Umgebung, sowie der [illegible] dem Brandorte erschienen und unterdrückten [illegible] einstündiger Thätigkeit.

Theater, Kunst und Literatur.

[illegible] sängerin Fräulein [illegible], welche [illegible] war, ist vollständig [illegible] dem Curorte Gries zurückgekehrt [illegible] Sonntag der Darmstädter Baritonist Herr Schlosser als Don Juan ein Gastspiel. Herr Schlosser wird bekanntlich im Herbst auch im Wiener Hofoperntheater gastiren. Das am 9. d. abgeschlossene Gastspiel der Meininger in Köln umfaßte nach einer Notiz der „K. Volks-Ztg." 41 Abende und währte vom 1. Mai bis 10. Juni. Die Vorstellungen waren stets gut besucht, und namentlich der Zuzug von auswärts ein sehr starker. Die Durchschnitts-Einnahme [illegible] jeden Vorstellung dürfte sich wohl auf 3000 Mark beziffern. — Am 11. d. M., Mittags, fand in Hannover auf dem Platze vor dem königlichen Theater die Enthüllung des Marschner-Denkmals statt. Gegen 12 Uhr erschien unter Musikklängen der Festzug, bestehend aus dem Denkmal-Comité, den Mitgliedern des Hoftheaters, dem Magistrat und den Bürgervorstehern, den vereinigten Liedertafeln, sowie den Mitgliedern des Künstlervereins. Mit dem von den Liedertafeln gesungenen Mendelssohn'schen „Festgesang an die Künstler" begann die Feier. Nach der vom Baurath Köhler gehaltenen Festrede, die wegen der Ungeduld des Publicums selbst den Näherstehenden verloren ging, fiel die Hülle, während in demselben Moment die Liedertafeln Marschner's herrliche „Liedesfreiheit": „Frei, wie des Adlers mächtiges Gefieder, erhebe sich zur Sonne der Gesang" 2c. anstimmten. Das Denkmal selbst ist ein überaus gelungenes zu nennen; es ist ein wirklich schönes Kunstwerk. Hartzer, der Schöpfer desselben, ein geborner Cellenser und in Berlin [illegible], [illegible] durch das Thaer Denkmal in Celle, wie [illegible] Krieger-Denkmale einen Namen gemacht

* *

Theater von heute.

Hofburgtheater: „Ein verarmter Edelmann." [illegible]
Hofoperntheater: „Rigoletto." Anfang [illegible]
Wiener Stadttheater: [illegible]
Komische Oper: Geschlossen.
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

SPRAWOZDANIE

Z CZYNNOŚCI RADY PAŃSTWA

podczas sesyi z roku 1876 — 1877

WYBORCOM SWOIM

przedkłada

HRABIA STANISŁAW MIEROSZOWSKI,

POSEŁ GMIN POWIATU: KRAKOWSKIEGO, CHRZANOWSKIEGO I WIELICKIEGO,
B. PREZES RADY POWIATOWEJ KRAKOWSKIEJ.

KRAKÓW,
DRUK W. KORNECKIEGO.
Nakład Autora.
1877.

Szanowni Wyborcy!

Tegoroczna sesya, niezwykle długa, obejmowała czas od dnia 18 Października do 19 Grudnia 1876 r., potém po Świętach Bożego Narodzenia od 22 Stycznia do 20 Marca, kiedy to na Wielkanoc do domu pojechaliśmy, daléj znów od 23 Kwietnia do 18 maja a nareszcie po Zielonych Świątkach od 29 maja do 6 lipca r. b. Przez te 156 dni pobytu w Wiedniu, prócz ciągłych, gorliwych prac komisyi przygotowujących pojedyńcze przedmioty dla Rady pełnéj i oprócz delegacyi wybranych do traktowania spraw szczególnych, odbyto 75 posiedzeń Rady Państwa. Z tych 2 opuściłem dla czynności w Radzie powiatowéj Krakowskiéj, któréj prezesostwo w tym roku złożyłem, a 3 dla moich prywatnych interesów.

Chociaż sesya ta nie może szczególnych skutków swéj pracy wykazać, bo ani wiele praw, ani ustaw obszernych rozmiarów nie uchwaliła, przecież należy ona do znaczniejszych, już to dla wielkiéj wagi przedmiotów będących pod obradami i tylko ukończenia jeszcze czekających, już téż dla okoliczności i zewnętrznych wypadków, które na nią oddziaływały.

I tak reforma, czyli przerobienie i poprawienie istniejącego opodatkowania, rozpoczęte przez obowiązujące już ustawy o podatku gruntowym i domowym, może za ponownem zebraniem się Rady Państwa być całkowicie dokonaném, albowiem właściwa Komisya przez wytrwałą pracę zdołała w tym roku swe zadanie spełnić i wygotowała projekta dalszych ustaw o podatku zarobkowym, o podatku od kapitałów i obligacyi, i owym naj-

ważniejszym podatku osobisto-dochodowym. Gdy swego czasu, da Bóg, po uchwaleniu tych ustaw, obszerniéj o nich zdam sprawę, nie będę się tu nad projektami wspomnianemi daléj rozwodził, ograniczając się na wzmiance, że wszystkie te prawa dążą do ile możności najsprawiedliwszego rozłożenia ciężarów i do ulżenia biedniejszéj ludności.

Również komisye obradujące nad projektami do nowej ustawy karnej i do nowego postępowania sądowego cywilnego bardzo znacznie w swych pracach postąpiły.

Gdy w roku bieżącym upływa owe lat 10, na które zawartą była ugoda co do spraw wspólnych między Węgierskiem królestwem a resztą Państwa czyli królestwami i krajami w Radzie Państwa reprezentowanemi, wybrały oba ciała prawodawcze, to jest tak Sejm węgierski jak i obie izby Rady Państwa ze swego grona komisye do traktowania o zawarcie nowéj ugody. Komisye zdadzą relacyę ze swych czynności, zaraz po zebraniu się parlamentów, w następném więc mojém sprawozdaniu szerzéj Wam o téj sprawie opowiem, tutaj wspomnę tylko, że owa ugoda jest największego znaczenia. Postanawia ona albowiem nietylko: wiele każda z obu połów monarchii i w jakim stosunku ma płacić na sprawy wspólne, to jest na potrzeby Najwyższego Dworu, wojska, marynarki, poselstw za granicą, czyli dyplomacyi, na koszta wspólnych ministeryów, spraw zagranicznych, wojny, skarbu i wspólnéj izby obrachunkowéj, ale postanawia zarazem jak się ma z pewnemi dla obu połów bardzo ważnemi sprawami jednako postępować. Tu należy prawodawstwo o podatkach niestałych, czyli konsumcyjnych, o cłach wchodowych, różnych opłatach i urządzeniach i o wykonywaniu monopolów skarbowych itp.

Od dojścia też ugody owej do skutku zależy powodzenie całej Monarchii, jej siła i znaczenie na zewnątrz i jej dobrobyt na wewnątrz; gdyż od tej ugody zawisła pomyślność nietylko poszczególnych krajów, miast i okolic, lecz nawet i pojedyńczych ludzi, konieczną ona bowiem do rozwoju handlu i przemysłu i wszelkiej ekonomicznej czynności.

Że wysokość płacić się mających podatków dla kraju obojętną nie jest, nie potrzebuję Wam dowodzić. Otóż

od ugody z Węgrami zależy czy mniej czy więcej płacić musimy. Delegacye bowiem Sejmu węgierskiego i Rady Państwa co roku wspólnie uchwalają budżet, czyli cyfrę wydatków na sprawy wspólne. Tę cyfrę dopiero rozdziela się na obie połowy Monarchii według stosunku przez ugodę na lat dziesięć ustanowionego. Im więc ugoda korzystniejszą lub mniej korzystną dla nas będzie, im mniejszy lub większy procent należytości nam nałoży, tem mniej lub więcej będziemy ciężarów ponosić.

I tak na rok 1877 uchwalono ogólne wydatki w ilości 115.059.369 fl. czyli przeszło 115 milionów reńskich. Gdy za Pogranicze Wojskowe teraz do Królestwa Węgierskiego wcielone, Węgrzy przedewszystkiem dwa od sta wydatków ponosić muszą, a zatem potrąciwszy 2,301.087 fl. czyli przeszło 2 miliony, pozostanie do pokrycia 112.758.282 fl. blisko 13 milionów. Z tych według dotychczasowej ugody austryackie kraje płacą 70 części czyli 78,930.798 fl. to jest blisko 79 milionów a Węgrzy 30 części to jest 33,827.484 czyli blisko 34 milionów. Oczywistą więc rzeczą, że gdyby nowa ugoda uchwaliła inny stosunek np. na naszą połowę 72 części a na Węgierską 28, tobyśmy więcej płacić musieli; odwrotnie, gdyby np. uchwalono, że my w stosunku 68 procentów a Węgrzy w stosunku 32% płacić mają, tobyśmy znowu mniej ciężarów ponosili. Ten przykład już Wam wyjaśni jak ważną sprawą jest ugoda zawrzeć się mająca. Lecz oprócz wysokości stosunku, według którego każda połowa ma płacić, jest jeszcze wiele innych ważnych spraw od ugody zawisłych, o której szerzej w przyszłém sprawozdaniu się rozpiszę, donosząc co na następujące lat 10 w tej mierze obowiązywać będzie.

Ponieważ niejeden może zapyta, kto tę ugodę zawiera, więc tu dodaję, że Austryackie i Węgierskie ministeria ze sobą traktują i zgodziwszy się na projekt ugody, takowy każde swemu ciału prawodawczemu, czyli parlamentowi, a zatem w Węgrzech Sejmowi, w Austryi Radzie państwa przedkładają. W każdej połowie obie izby parlamentu wybierają jednaką liczbę członków delegacyi, a dwie te delegacye ze sobą się znoszą. Jeżeli się zgodzą na jedno, to każda swemu parlamentowi przedkłada projekt ugody, a projekt ten przez obie izby przy-

jęty i przez Cesarza zatwierdzony, staje się prawem. Jeżeli zgoda między obu delegacyami nie dojdzie do skutku, lub jeżeliby jeden z parlamentów odrzucił wnioski swej delegacyi, słowem gdyby ugoda zawartą nie została, Najjaśniejszy Pan sam oznacza na rok jeden wszystkie warunki, a przez ten czas rzecz w drodze dalszych układów przecież ostatecznie na następne lat 10 uporządkowaną być może.

Lecz oprócz tych nadzwyczajnie ważnych robót przygotowawczych, to jeszcze obecnéj sesyi dodawało znaczenia, że podczas jej trwania toczyła się u granic naszych wojna między Turcyą z jednéj, a Serbią, Czarnogórą, Rosyą i Księstwami Naddunajskiemi z drugiéj strony, i utrzymywało się daléj powstanie w Bośnii, Hercogowinie i Bułgaryi. Wprawdzie oba parlamenta wprost nie mają stosunków ani ze wspólnym ministrem spraw zagranicznych, ani ze wspólnym ministrem wojny, ależ trudno, żeby wypadki takiej wagi, w najwyższym stopniu obchodzące Rząd i ludność całą, mogły dla parlamentów, owych pełnomocników narodu być obojętnemi. Dlatego też niejednokrotnie interpelowano czyli zapytywano ministrów tak w Peszcie jak i w Wiedniu, co do stanu sprawy i zamiarów Rządu i otrzymywano zadowalające ogólne odpowiedzi, że Rząd starał się pokój utrzymać, później wojnę ograniczać, że dotąd nie miał powodu do czynnego udziału, a więc nie potrzebował od kraju żądać ofiary ani krwi ani mienia, ale że czuwa nad interesami Państwa i gdyby zaszła potrzeba, to nasz Monarcha powoła swe ludy, a te niezawodnie ochoczo pójdą za Jego głosem. Co jest powodem tych wypadków i do czego one dążą, nie należy do mego sprawozdania, wiecie o tem zresztą zapewne, że ludność chrześciańska, słowiańska tak była przez Turków ciemiężoną i ugniataną, że z bronią przeciw nim powstała, że im na pomoc poszli Serbowie wprawdzie pod Turcyą stojący, ale własnego księcia mający, lecz że ci od Turków pobitemi zostali; że za niemi ujęli się wolni Czarnogórcy, którym się pod ich księciem i w zeszłym i bieżącym roku bardzo poszczęściło; że wreszcie napół od Turcyi zawisłe księstwo Multańsko-Wołoskie i Rosya także Turcyi wojnę wydały. Gdy owa ludność słowiańska tego samego

jest pochodzenia co nasze Kroaty i Serby, gdy kraje o których mowa z Austryackiemi posiadłościami graniczą, gdy ztamtąd tysiące rodzin schroniło się do Austryi i tylko z otrzymywanego od naszego Rządu wsparcia żyje; więc oczywiście nie może Rządowi i Monarchii być obojętnem co się z temi ludami i krajami stanie i kto tam i jak panować będzie.

Lecz wracam do czynności Rady Państwa.

Jasną jest rzeczą, że jednem z głównych jej zadań stanowi baczenie na ogólne gospodarstwo krajowe i na publiczne sprawy pieniężne. Unikać wydatków zbytecznych, szczędzić przy koniecznych, ale obmyślać fundusze na takowe potrzebne, wynajdywać źródła dochodu, to cel do którego ona dąży.

Jednak jak to przed dwoma laty powiedziałem, jak przed rokiem powtórzyłem, powiadam i obecnie, że po szeregu lat dobrych przyszły teraz lata złe, dochodów ubyło. Trudno też zmniejszyć wydatki, gdy jedne z nich są konieczne jak np. na sprawy wspólne, na zarząd itp., inne zaś pochodzą z zobowiązań prawnych i dopełnionemi być muszą Do takich należą: procenta od długów państwa wynoszące rocznie około 108 milionów, zapomogi funduszom indemnizacyjnym około 3½ miliona, pensye emerytalne urzędników cywilnych około 13½ miliona i dopłaty kolejom żelaznym do gwarantowanych dochodów w ilości na ten rok około 23½ milionów. Jeżeli więc te należytości razem wzięte a około 148½ miliona wynoszące dodamy do owych 79 milionów na wspólne sprawy preliminowanych, otrzymamy ogólną sumę 227 milionów wydatków koniecznych nie wspominając jeszcze wcale o wszelkich potrzebach wszystkich naszych krajów koronnych, dla wszelkich gałęzi służby publicznej, a zatem dla ministeryum spraw wewnętrznych, sprawiedliwości, oświaty i spraw duchownych, handlu, rolnictwa, skarbu i obrony krajowej, a wynoszą one 178½ miliona. Tak że wszystkie wydatki razem wzięte obliczono na rok bieżący na przeszło 405½ miliona.

Ależ niestety właśnie dla obecnych złych lat zmalały dochody. Owszem często zmalenie dochodu staje się przyczyną zwiększenia wydatków, bo niech np. pewna okolica będzie głodem nawiedzona to nietylko nie zapłaci

podatków, na które się rachowało, ale jeszcze potrzebować będzie wsparcia, a to przewidzianem nie było. Pomimo więc, że niektóre rodzaje industryi zaczynają znów zwolna się podnosić, ogólny zastój handlu i przemysłu przecież jest tak znacznym, że wszystkie dochody razem wzięte nie przenoszą cyfry 376½ milonów, i okazuje się w roku obecnym w budżecie brak blizko 29 milionów reńskich, oprócz kilku jeszcze drobnych dodatkowo później uchwalonych kredytów.

Spodziewając się jednak, że przeprowadzenie zamierzonej reformy podatków stałych, zwłaszcza przy wejściu w życie nowego podatku osobisto-dochodowego, podniesie dochody skarbu; że również i nowe zmiany w podatkach od rzezi bydła, wyrobu cukru i spirytusu do tego się przyczynią, uchwalono tegoroczny niedobór pokryć w drodze zaciągnięcia odpowiedniego długo niepodnosząc na ten rok istniejących podatków.

Nie będę więc tutaj powtarzał, co już w poprzednich sprawozdaniach wytłomaczyć się starałem, że niebyłoby ugruntowanem żądać od Rady Państwa, a tem mniej od jednego posła, by zmniejszono podatki lub inne jakiebądź ciężary.

Również co do pytania: jakie korzyści na nasz kraj z wysyłania posłów naszych do Wiednia spływają i co oni mogą tam wskórać, a czego niezdołają? odsyłam do powiedzianego przezemnie w latach ubiegłych, a zwykłym trybem przystąpię do wyliczenia czynności ze sesyi skończonej, opuszczając najdrobniejsze.

Zestawię więc najprzód owe, co ogólne mają znaczenie, następnie wspomnę o odnoszących się do Galicyi, a nareszcie wymienię inne, dla nas obojętniejsze, specyalne innych krajów sprawy.

I. Z Ogólnych spraw więc załatwiono następujące:

Swego czasu przyjąwszy do wiadomości relacyę ministra skarbu o przebiegu układów między obu Rządami odnośnych do ugody z Węgrami, wybrano do zbadania wniosków rządowych tejże ugody dotyczących, a mianowicie projektu traktatu handlowego i celnego z krajami korony Węgierskiej,

układu co do 80 milionów dłużnych Bankowi narodowemu,

co do utworzenia Austryacko-Węgierskiego Towarzystwa Bankowego w miejsce Banku narodowego,

co do opodatkowania wyrobu spirytusu i cukru, komisyę z 45 członków:

Na jej wniosek uchwalono zmianę wymiaru należytości od fabryk, które cukier przez wyciskanie ze świeżych buraków wyrabiają.

Wybrano też posłów do delegacyi wspólnych mających budżet wspólny uchwalić i członków regnikolarnéj delegacyi do układów ugodowych z Węgrami.

Odrzucono zaś wniosek deputowanego Sturm, by zawezwać Rząd, aby rozpoczął z Rządem Węgierskim rokowania, w skutek którychby na przyszłość sprawy wspólne traktowały bezpośrednio oba parlamenta a nie przez nie wybierane poszczególne delegacye.

Ze skarbowych:

Zamknięcie rachunków roku 1874go przyjęto, przedłożonego zaś zamknięcia z roku 1875 dotąd niezałatwiono.

Również przyjęto raport komisyi kontrolującej długi państwa i

Zamknięcie rachunków wystawy powszechnej z roku 1873.

Uchwalono budżet dochodów i wydatków państwa na rok 1877 wraz z kredytami dodatkowemi dla pojedyńczych ministeryów i dla kolei żelaznych i z rezolucyami. Z posłów galicyjskich przemawiali: w ogólnej rozprawie dr. Dunajewski: w szczegółowej, przy ministeryum spraw wewnętrznych, budowach wodnych ja i dr. Julian Czerkawski.

Przy ministeryum oświecenia i spraw duchownych dr. Euzebiusz Czerkawski, przy uniwersytecie Lwowskim tenże, ja i Gierowski, przy gimnazyach Mises, przy szkołach ludowych Kowalski i dr. Grocholski.

Przy ministeryum handlu, przy kolejach: Jaworski; przy szkołach rękodzielniczych: dr. Weigel, Bodyński i dr. Dunajewski; przy poczcie: Ozarkiewicz.

Przy ministeryum skarbu; przy podatkach: Krzeczunowicz, ściąganiu tychże: dr. Weigel, przy soli: ja, dr. Hoszard i X. Ruczka; przy stemplu: dr. **Dworski, przy tytoniu dr. Weigel.**

Przy ministeryum rolnictwa, przy chowie koni: Dzwonkowski, przy szkołach górniczych, dr. Euzeb. Czerkawski.

Z Rezolucyi: wniosek dr. Hoszarda by zawezwać Rząd o sprzedaż taniej soli zwierzęcej uchwalono a zarazem odnośnie do zeszłorocznej rezolucyi proponowanej przez posła Skrzyńskiego, odstąpiono Rządowi petycyę Galicyjskiego Towarzystwa Rolniczego o wyrób i tanią sprzedaż soli bydlęcej do uwzględnienia ile możności, wraz z wielu petycyami o dozwolenie bezpłatnego używania wody solnej dla bydła; również jak i wniosek dr. Dworskiego, by usilnie zawezwać Rząd, aby jak najrychlej przedłożył projekt nowej ustawy o stemplach i opłatach, a zarazem aby pouczył niższe władze skarbowe, że zniżenie należytości od przeniesienia własności (w myśl ust. 9 ust. z 3 maja 1850) winno się stosować także do nieruchomości dotąd hipoteki nieposiadających.

Wniosek rządowy dotyczący tymczasowych zmian podatku gruntowego, domowego i zarobkowego i zaprowadzenia tymczasowego podatku rentowego, od towarzystw akcyjnych i osobisto-dochodowego, załatwionym nie został, ale wydział reformy podatkowéj wygotował już wszystkie projekta, tak, że ważny ten przedmiot zapewne zaraz po zebraniu się Izby przyjdzie pod obrady.

Poseł Krzeczunowicz cofnął postawiony przez siebie wniosek co do lat wolnych od podatków przy nowych budowlach. Zaś ustawę o poborze akcyzy od mięsa, przez Izbę w roku zeszłym uchwaloną a przez Izbę Panów zmienioną, przyjęto ostatecznie z pewnemi poprawkami na korzyść kontrybuentów, i wkrótce ona zapewne w życie wejdzie.

Uchwalono też wybrać komisyą, która ma wypracować projekt co do stanowiska i zakresu działania najwyższej Izby obrachunkowej i co do skuteczniejszej kontroli gospodarstwa majątkiem skarbowym.

Ze spraw wojskowych:

uchwalono zwykły pobór rekruta;

wniosku rządowego dotyczącego ustawy karnej na niestawających popisowych dotąd niezałatwiono.

Wreszcie na wiele, z różnych stron nadeszłych petycyi o nowe urządzenie kwaterunku wojskowego, oświadczył minister obrony krajowej, że już wypracowany projekt ustawy Rząd w najkrótszym czasie przedłoży, i wskutek nadeszłych petycyj uchwalono że się wzywa Rząd, by czuwał nad tem, aby przy wywłaszczeniach ściśle się przepisów prawa trzymano.

Co do prawodawstwa sądowego i administracyjnego:

Wezwano Rząd stósownie do wniosku posła Promber o wydanie pragmatyki służbowej dla urzędników i sług rządowych.

Wniesiony przez Rząd projekt nowej procedury cywilnej przekazano osobnej komisyi do referatu.

Uchwalono ustawę o sprzedaży ruchomości i nieruchomości w drodze egzekucyi sądowej. W obradach brali bardzo czynny udział posłowie dr. Dworski, dr. Kabat, dr. Heonigsmann i Kowalski.

Uchwalono dalej dodatkowe przepisy do ustawy z 24 kwietnia 1874 co do zastępstwa właścicieli obligacyi, jak niemniej:

zmianę i uzupełnienie przepisów procedury karnéj co do zażaleń o nieważność. Przy tem przemawiał dr. Hoenigsmann, a wreszcie:

zmianę ustawy notaryalnej, według referatu posła Kowalskiego.

W dyskusyi nad wnioskiem posła Goellerich o reformie administracyi politycznej przemawiali: Zakliński, ja, dr. Dunajewski i dr. Grocholski. Izba jednak żadnej uchwały nie powzięła.

Odnośnie do gospodarstwa narodowego:

przyjęto wnioski rządowe co do przedłużenia na rok traktatów handlowych z Francyą, Anglią, Włochami i księstwem Lichtenstein.

Wyznaczono fundusz 600.000 fl. na opędzenie kosztów udziału w ogólnej wystawie paryzkiej w roku przyszłym.

Uchwalono niejakie zmiany w urządzeniu służby zdrowia;

Na interpelacyą posła Proskowetz odpowiadając, oświadczył minister spraw wewnętrznych, że projekta do ustaw o księgosuszu i innych zarazach na bydło i o czyszczeniu wagonów i statków do transportu bydła używanych, już są wypracowane i wkrótce Izbie przedłożonemi zostaną. Dalej, że ministeryum naradza się z ministeryami oświaty i rolnictwa co do zakładania szkół weterynarskich.

Wniosek posła Schoenerer co do założenia stacyi ekonomiczno-parasitologicznej (badającej szkodliwe rolnictwu owady) upadł ze względu, że istniejące zakłady rolniczo-naukowe tym przedmiotem się zatrudniają.

Podobny los spotkał wniosek posła Seidl, by w drodze prawodawczej bronić produkcyą wina przed konkurencyą ze sztucznej fabrykacyi tego napoju pochodzącej, lecz wskutek licznych petycyj zawezwano Rząd by zbadał: czyby nienależało dążyć do zniesienia ceł na wino między Austryą i Niemcami istniejących, — i w jaki sposób podnieść by można uprawę wina.

Również zawezwano Rząd o przedłożenia nowéj, dzisiejszym wymaganiom odpowiedniej ustawy o markach, czyli znakach fabrycznych, jak niemniej o rychłe poddanie pod obrady nowej, poprawnej ustawy przemysłowej, i ustawy o domokrążnikach.

Uchwalono też subwencyą dla szkoły handlowej p. Porges w Wiedniu w ilości 6000 fl.

Wniosek posła Bareuther względem konkursów dla dzieł sztuk pięknych, które Rząd robić każe, dotąd wcale nie przyszedł pod obrady, takowe zaś nad wnioskiem posła Roser co do sprzedaży akcyi i losów loteryjnych za spłatą na raty ukończonemi nie zostały, i przedmiot ten jeszcze raz do komisyi odesłano.

Wreszcie uchwalono ustawę o zgarnowaniu śniegu z gościńców rządowych. Ustawa ta jest o wiele korzystniejszą dla wiejskiej ludności od dawniejszych przepisów. Najprzód obowiązek zgarnowania śniegu za wynagrodzeniem trafia tak gminy jak i obszary dworskie leżące o 8 kilometrów (przeszło milę) od gościńca, gdy dawniej ciążył na wszystkich aż do dwu mil od gościńca odlegle mieszkających. Wynagrodzenie musi wynosić płacę cało-

dzienną a nie za pół dnia, a co najważniejsze: wolno zarządowi drogowemu przez entrepryzę lub najem w własnym zarządzie roboty te załatwiać nie wzywając do nich przydrożnych gmin i dworów. W sprawie tej przemawiał deputowany **Krasicki**.

Powołując się na przeszłoroczne sprawozdanie w téj mierze, dodaję, że: Koleje żelazne nietylko jako udoskonalony środek przewozowy nabrały ogromnego znaczenia w gospodarstwie narodowem przez wpływ jaki wywierają na rolnictwo, przemysł i handel, ale stały się zarazem jednym z najważniejszych przedmiotów prawodawstwa, a to znów przez ich oddziaływanie na budżet państwa. Ciężar płacenia subwencyi gwarantowanym kolejom wzrasta tem bardziej, że wskutek ogólnego zastoju interesów, czasem i wskutek miejscowych różnych przyczyn, niejedna kolej nie jest już w stanie opędzenia wydatków na ruch nieodzownie potrzebnych, a więc tem bardziéj niezdolna opłacać procentów od długu hipotecznego, to jest akcyi pierwszeństwa, niewykazująca żadnego zarobku dla przedsiębiorców, to jest niepłacąca żadnej dywidendy akcyonaryuszom i nie mogąca zaspokoić innych wierzycieli, czyli tak zwanego długu ruchomego musiałaby być chyba przez licytacyą sprzedaną lub zaniechaną, co znów jest niepodobieństwem, boby było klęską prawdziwą nietylko okolicy przez którą przechodzi, ale całego obrotu handlowo-przemysłowego całej monarchii.

Ciągłe wzrastanie zaś wydatku państwa na subwencye wymaga wynalezienia innych środków zaradczych. Takiemi środkami są: wykończenie linii nieukończonych lub połączenie ich z innemi przez dobudowanie jeszcze małej pewnej przestrzeni, dawanie pod dogodnemi warunkami pożyczek, łączenie dwóch lub więcej przedsiębiorstw w jedno i popierania takich połączeń przez uwolnienie odnośnych czynności urzędowych od stempli i opłat, a wreszcie przez nabycie na rzecz Rządu kolei wsparcia ciągłego potrzebujących. W tych tedy kierunkach Rząd i Izba stosownie do okoliczności, szukali środków, by zaradzić złemu. Uchwalono też ustawę o kolejach gwarantowanych a w niej oznaczono kiedy Rząd może kolej jaką i na jak długo wziąść w zarząd, i upoważnio-

no do przeprowadzania umów przedstanowczych co do zakupna takich kolei. W sprawie tej przemawiali dr. Weigel i dr. Grocholski.

Broniąc by interesa austryackiej publiczności nie cierpiały przez to, iżby dyrekcye kolei, dla zapewnienia sobie większego obrotu nie oznaczały niższych cen dla zagranicznych niż dla tutejszych przesyłek, uchwalono ustawy o maxymalnych taryfach dla przewozu osób i towarów kolejami żelaznemi. Przemawiał w tej mierze poseł Mendelsburg.

Na wniosek posła Roser zawezwano Rząd, by stosownie do danego dawniej przyrzeczenia rychło przedłożył projekt do ustawy o ruchu kolei żelaznych.

Ministeryum przedłożyło rachunki z obrotu na rządowych kolejach Rakoniz-Protivin, Tarnów-Leluchów, Divizza Pola Rovigno, Siverich Spalato-Sebenico.

Uchwalono kredyty dodatkowe na budowę tychże i innych kolei w r. 1877, a mianowicie

dla Tarnowsko-Leluchowskiéj 300,000 fl.

dla kolei Siverich-Spalato z odnogą do Sebenico 1,400,000 fl.

dla kolei nadbrzeźnej Dunajskiej z połączeniem z koleją Franciszka Józefa 100.000 fl.

dla kolei Tarvis Pontafel 2.000.000 fl.

dla miejscowej kolei Kriegsdorf do Roemerstadt 200,000 fl.

Minister cofnął zaś projekt budowy kolei Arlberg-Predil i Czerniowce-Nowosielica.

Uchwalono ułatwienia dla projektowanego połączenia kolei Fichtelgebirge z kolejami austryackiemi i

dla projektowanej kolei Wiedeń Aspang.

Zezwolono na połączenie kolei Brünn-Rossiz z towarzystwem kolei rządowych (Staatsbahngesellschaft).

Projekt połączenia kolei Bodenbach-Dux z koleją Aussig-Tepliz nie został przyjętym.

Zatwierdzono kupno kolei Braunau-Strasswalchen i

zmianę dawniejszego układu między Rządem a koleją południową na inny odpowiedni stosunkom przez sprzedaż włoskich kolei powstałym,

i zezwolono na udzielenie forszusu kolei Praga-Dux.

W różnych sprawach wywłaszczeń pod budowę kolei interpelowało kilku posłów, co do kolei Albrechta w Galicyi: poseł Zakliński.

W sprawach oświaty i duchownych:

Wniosek rządowy co do uregulowania dotacyi duchowieństwa katolickiego nie przyszedł pod rozprawy, lecz na wniosek posła Ożarkiewicza uchwalono na korzyść księży pewne zmiany w opłacie ekwiwalentu.

Deputowany Haase wnosił, by Rząd przedsięwziął rewizyą książek szkolnych galicyjskich w celu usunięcia z nich przez niego wytykanych niestosowności. Izba uchwaliła jednak na wniosek posła Umlauft, aby zawezwać Rząd, by z c. k. nakładu książek szkolnych usunął te które przeciw politycznemu, narodowemu lub religijnemu równouprawnieniu występują. W dyskusyi brali udział posłowie dr. Euzebiusz Czerkawski i Naumowicz.

Wskutek petycyi austryackich księgarzy wezwano Rząd, by zbadał czy dalsze utrzymywanie c. k. nakładu książek szkolnych jest korzystnem, lub czyby raczej takowego znieść nienależało.

Na wniosek posłów Forreger i Umlauft uchwalono pewne zmiany ustawy drukowej i ustawy karnej o ile spraw drukowych dotyczy.

II. Ze spraw Galicyą bliżej obchodzących niepowtarzając powyżej powiedzianego o kolejach i książkach szkolnych, ani kwestyi przy obradach budżetowych poruszonych załatwiono następujące:

Ustawę przeciw nierzetelnemu postępowaniu przy wypożyczaniu pieniędzy (czyli lichwie). Zabierali głos w obradach posłowie: pierwiastkowy wnioskodawca i sprawozdawca dr. Rydzowski, dr. Dunajewski, dr. Dworski, dr. Landau i dr. Hoenigsmann.

Ustawę przeciw pijaństwu. Tu zabierali głos posłowie Krzeczunowicz, Józef Krasicki i dr. Hoenigsmann.

Między obu temi ustawami zachodzi dużo podobieństwa. Są one wyłącznie dla Galicyi i Krakowa uchwalone, chociaż wiele okolic i krajów życzy sobie podobnych w tej mierze. One mają zaradzić temu rakowi co nas toczy. Pijaństwo coraz bardziej się szerzące, bo już

nieraz i dzieci obejmujące, podsycane włóczeniem się z targu na targ przez kika dni w tygodniu, sprowadza lenistwo, zaniedbanie gospodarstwa, ubóstwo, nędzę. Gdy nie ma pieniędzy na zapłacenie podatku, na pogrzeb, wesele lub chrzciny, lub po prostu na wódkę, zaciąga się pożyczkę po pijanemu, ale gdzie? w karczmie lub u pisarza pokątnego, a od kogo? od lichwiarza, znanego oszusta. Podpisuje niewiedząc co, o płaceniu się nigdy nie myśli, bo do tego trzebaby pilnej pracy i zbierania zarobionego grosza, a tu się nigdy nie zbiera, tylko na cygara, kawę, herbatę, araki, esencye lub wino, marnuje grosz zarobiony. Więc dopisuje się lichwiarzowi znowu niewiedząc co, aż nareszcie zjeżdża komisya i grunt i chatę sprzedaje. Ustawa może kary stanowić na oszustów przekonanych, na szynkarzy dających jeszcze więcej trunku już pijanym, mogą one utrudniać rozpajanie i niszczenie lichwą lekkomyślnych ludzi, ale czy mogą złe wykorzenić? nie, tego żadna ustawa niepotrafi. Tu jedynie własny rozum i własna wola pomódz zdołają. Niepożyczać gdy niepotrzeba, niemarnować grosza, szczędzić, oszczędzony składać w kasie oszczędności na procent, a jeżeli istotnie koniecznie pożyczyć potrzeba, udać się do kasy pożyczkowej, gdzie zaś takiej nie ma prosić Wydziału powiatowego, by ją założył; przytem uznać, że pijaństwo jest grzechem, poprawić się z tego grzechu, to nam pomódz może, to od utraty ojcowizny uratuje. Pobożność, praca, oszczędność, a dla młodych szkoła.

Przebaczcie, że się rozpisałem. Powie kto, że kazanie Wam prawię. Ależ składając raport z Czynności Rady Państwa, o tych dwóch ustawach mówić musiałem, a niejedenby się zapytał: a pomogą one? to już może niema się co bać lichwiarza? Otóż odpowiedzieć musiałem jak rzeczy stoją, a co mówię pochodzi z życzliwego serca. Wiedzą o tem w krakowskim powiecie, że nieżałowałem fatygi, by kasę pożyczkową założyć, a jeżeli do skutku nieprzyszła, to już nie moja wina.

Sejm galicyjski uchwalił zniesienie propinacyi po latach 26 od chwili przeprowadzenia obrachowania wiele komu wynagrodzenia się będzie należeć. Fundusz zaś na takowe potrzebny zebrać się ma z opłat z karczem, gorzelni, kar itp. Ustawa ta zatwierdzoną została, a miała

wejść w życie zaraz po uchwaleniu przez Radę Państwa uwolnienia od stemplów i opłat wszelkich tu odnośnych czynności prawnych. Tego uwolnienia Rada odmówiła nie uważając tej ustawy za stósowną. Wróci więc sprawa zapewne powtórnie do Sejmu. Przemawiali w tej sprawie posłowie: dr. Dunajewski, Krzeczunowicz i Zakliński.

Uchwalono też według referatu posła barona Baum pewne zmiany w ustawie wyborczej co do przydzielenia niektórych obwodów sądowych do innych niż dotąd okręgów wyborczych.

Wniosek rządowy o zniesienie wolno-handlowego okręgu miasta Brodów cofniętym został z pod obrad. Zdaje się, że sprawa ta dopiero wspólnie załatwioną zostanie z podobnemi miast Tryestu, Fiume i innych.

Wskutek interpelacyi posła Kowalskiego względem nieprzyjęcia pisma ruskiego w pewnej radzie szkolnej w Samborskiem, odpowiedział minister, że zarządził, aby na przyszłość w obu językach krajowych podania przyjmowano.

Z powodu zaproponowanej rezolucyi przez posła Kowalskiego, a podanych petycyi przez posła dr. Janowskiego uchwalono wezwać Rząd o założenie we Lwowie kilkoklasowej szkoły ludowej z językiem ruskiem jako wykładowym. Brali udział w dyskusyi posłowie dr. Euzeb. Czerkawski, Kowalski, Zakliński i Naumowicz.

Wreszcie obradowano nad przychyleniem się do założenia ordynacyi przez hr. Józefa Baworowskiego, przy czem przemawiał dr. Dunajewski.

III. Ze spraw dotyczących poszczególne kraje lub osoby, — a dla nas obojętniejszych, załatwiono następujące:

Przedłużono termin spłaty pożyczki przyznanej gminie Joahimsthal;

przyznano pożyczkę najbliższym okolicom Wiednia w ilości 500,000 potrzebną na pewne publiczne roboty;

uchwalono co do rozkładu reszty kosztów z regulacyi Dunaju pochodzących między miasto Wiedeń, Austryą Niższą i skarb publiczny.

Niezałatwiono sprawy kosztów regulacyi Narenty, ani sprawy nawodnienia okolicyMonfalcone i upadł wniosek deputowanego Witmann, co do zbadania w jaki sposób by można podnieść marynarkę kupiecką miasta Tryestu.

Tenże los spotkał wniosek posła Prado, by przyznać południowemu Tyrolowi (włoskiemu) pewną odrębność administracyjną; Izba uważa bowiem takową za niezgodną z interesami ogólnemi państwa.

Sprawę Contadinów (rodzaj chałupników) w Dalmacyi na później odroczono.

Uchwalono podobne zmiany jak w Galicyi co do ustawy wyborczej w Austryi Dolnej i w Czechach;

także etat profesorów obu Akademii technicznych w Pradze;

Przekazano Rządowi do zbadania a ewentualnie do uwzględnienia petycyą towarzystwa Matice Skolska w Prosnitz, by przez tóż założoną czeską wyższą szkołę realną, nadal z funduszów publicznych utrzymywano.

Z powodu wniesionej petycyi zawezwano Rząd, by się postarał o wynagrodzenie straty jaką emeryci austryaccy we Włoszech zamieszkali ponoszą przez opłatę włoskiego podatku dochodowego.

Zezwolono na pewne zamiany gruntów tak ordynacyi hrab. Thuerheim jak i bar. Hahn.

Projekt uwolnienia od opłat i stemplów czynności połączonych ze zniesieniem propinacyi na Bukowinie, dotąd nie przyszedł pod obrady.

Postępowanie moje osobiste podczas tej sesyi naturalnie było takiem jak i w poprzednich. W sprawach krajowych: gdzie chodziło o instytucye np. o uniwersytet Lwowski, lub w sprawach podatkowych, w uchwalaniu ustaw nas obchodzących, a więc przy ustawie o lichwie, o pijaństwie, o sprzedaży przez egzekucyą sądową, w kwestyi nakładu książek dla szkół publicznych, a nawet przy naradach nad zmianą ustawy drukowej, głosowałem wspólnie i razem z deputowanemi Koła Polskiego, lub przy pojedyńczych ustępach gdzie byłem in-

nego zdania, nie głosowałem wcale. Więc nikt mi najmniejszego zarzutu zrobić nie może, bym się od solidarności w naszych krajowych sprawach usuwał. Że zaś nieraz fałszywie o mojem głosowaniu doniesiono, to nie ja winien, że inny najprzód zmyśli, a potem jeszcze wygaduje. W sprawach kolejowych głosowałem według własnego zdania, a nieraz, gdy rzecz była zbyt zawiłą, a mnie niedostatecznie znaną, wolałem nie głosować wcale.

Były znów sprawy inne gdzie wotowałem z Rządem, bo się z tem nie taję, że nie tylko jestem wiernym poddanym Cesarza i Króla, że trzymam z Austryą, a nawet z Rządem obecnym, ale niech się śmieje kto chce, jak chce, powiem więcej: będę trzymał z każdym Rządem przez Cesarza zamianowanym, bo nam w Galicyi do najwyższego stopnia pomocy, opieki i życzliwości nietylko Najjaśniejszego Pana, ale i Rady Państwa i Rządu potrzeba; bo wylewy rzek a spustoszenie gór naszych, bo nasze zacofanie pod wieloma względami, bez tej życzliwości i pomocy nie ustaną, bo bieda nasza inaczej wciąż rość będzie. Od własnego zaś Rządu, od tego któremu podatki płacimy i rekruta dajemy, godzi się i nie wstyd żądać opieki i pomocy. Widzimy to na innych krainach, że tą drogą nadzwyczaj wiele pozyskały.

Dla tego jednak nie mówię, że zawsze i we wszystkiem za wolą Rządu głosuję, bo w poprzednich sprawozdaniach już tłómaczyłem, że ministrowie aczkolwiek bardzo światli i życzliwi mężowie, mogą się mylić, mogą co do naszych stosunków mniej dobrze być objaśnionemi, a każdy sam wie najlepiej jaka bieda go gniecie.

Ze zaś głosowałem i głosować będę, że czescy posłowie, którzy o wybór się ubiegali, wybór przyjęli a potem do Wiednia nie jadą i piszą, że konstytucyi nie uznają, że ci nieprzybycia swego nie usprawiedliwili i że utracili mandaty, to ztąd pochodzi, że ja (zresztą jak każdy poseł) przysięgałem przez przyrzeczenie, że się do konstytucyi i ustaw obowiązujących stosować będę. Gdybym więc konstytucyi nie uznawał, tobym na nią nie przysięgał i wyboru nie przyjmował, a gdym przysiągł to nie mogę być zdania, że drugi słusznie jej nie uznaje. Może poseł dążyć do przemiany konstytucyi obecnej, ale tylko w drodze ustawami przepisanej konstytucyjnej, ale

póki zmiana jej prawnie uchwaloną i zatwierdzoną nie została, to ją uznawać musi.

Krytyki i sądu sprawiedliwego nie unikam i nie boję się. Jeżeli zaś widzę, że każde me niezawisłe głosowanie, do którego mam prawo, bo dla tego z Koła wystąpiłem, zaraz nieprzyjaźnie jest podnoszonem, a głosowanie wspólne z Kołem, albo w interesie duchowieństwa, np. owych Kapucynów czeskich, uważa się za niebyłe i takowe się przemilcza; jeżeli niechęć idzie tak daleko że wyrzuca iż w prywatnem życiu z temi a nie z owemi przestaję, to na taką krytykę z zadowoleniem spoglądam i myślę, że zapewne droga przezemnie obrana nie jest tak błędną a ja może tak dobry poseł jak niejeden inny.

Bądźcie więc pewni, że się nie zmienię, że według sił moich i sumienia wiernie pilnie i uczciwie chcę powierzone mi do końca kadencyi spełnić obowiązki, i zamykam to sprawozdanie jak i poprzednie życzeniem: oby Bóg wszechmocny miał Najjaśniejszego Pana, kraj nasz i nas wszystkich w swej świętej opiece.

Rudołowice d. 20 lipca 1877 r.

Hr. Mieroszowski,

Poseł Gmin Wiejskich

Powiatów: Krakowskiego, Chrzanowskiego i Wielickiego.

Redaction und Administration: Landstraße, Gärtnergasse Nr. 6
Unversiegelte Zeitungs-Reclamationen werden portofrei befördert.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.
Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Abonnement für die Provinz:
Mit täglich 1maliger Postversendung:
Ganzjährig 28 fl., halbjährig 14 fl., vierteljährig 7 fl., monatlich 2 fl. 35 kr.
Mit täglich 2maliger Postversendung:
Ganzjährig 32 fl., halbjährig 16 fl., vierteljährig 8 fl., monatlich 2 fl. 70 kr.

Einzeln:
Morgenblatt 6 kr., Abendblatt 3 kr.

Die Presse.

Motto: Gleiches Recht für Alle.

Ankündigungs-Bureau: Stadt, Wollzeile 16.
Inserate und Briefe an den Redacteur werden tarifmäßig berechnet.

Abonnement für Wien:
Ganzjährig 21 fl. 60 kr., halbjährig 10 fl. 80 kr., vierteljährig 5 fl. 40 kr., monatlich 1 fl. 80 kr.;
mit Zustellung ins Haus ganzjährig 25 fl. 20 kr., halbjährig 12 fl. 60 kr., vierteljährig 6 fl. 30 kr., monatlich 2 fl. 10 kr.
Abonnements werden angenommen in der Haupt-Expedition der „Presse", Wollzeile 16, und bei allen Zeitungsverschleißern.
Ausgabe: 6 Uhr Früh, 3 Uhr Nachmittags.

№ 218. | Wien, Freitag den 10. August 1877. | 30. Jahrgang.

Wien, 9. August.

Graf Ludwig Wodzicki hat sich in seiner Eigenschaft als neuernannter Landmarschall dem neugewählten Landtage von Galizien mit einer sehr bemerkenswerthen Rede vorgestellt. Wir kennen nur noch einen Landeshauptmann, der seine Inaugurations- oder Schlußreden mit dem gleichen Gewichte auszustatten und ihnen eine Bedeutung für das Allgemeine zu verleihen weiß, den Landeshauptmann der Steiermark. So der neue galizische Landmarschall Graf Wodzicki, indem er sich über den landläufigen Styl der Eröffnungsreden erhob und eine förmliche, sehr gehaltvolle Programmrede hielt. Dem Präsidenten des Landtags bietet der Antritt seines Amtes die einzige Gelegenheit, seinen Ansichten über die Aufgaben der von ihm geleiteten Körperschaft Ausdruck zu geben und Graf Wodzicki hat von dieser Gelegenheit im vollen Maße Gebrauch gemacht. Es war gewiß nicht in der Absicht des Sprechers, eine Adreß-Debatte zu provociren, aber die Idee einer solchen lag bekanntlich in der Luft; da es nun in Folge des Antrages Grocholski nun wirklich zu einer Adreßdebatte kommen wird, dürfte die Eröffnungsrede des Landmarschalls in ihrer ebenso umfassenden wie prägnanten Art die Discussion beherrschen, von den Einen bekämpft, von den Anderen — und hoffen wir, daß diese die Mehrheit bilden werden — befolgt.

Nachdem nicht anzunehmen ist, daß eine Persönlichkeit, wie der Landmarschall von Galizien, in einer feierlichen Ansprache an den Landtag nur Worte mache, so scheint es in der That gewissen agitatorischen Elementen im Lande wieder gelungen zu sein, einen Einfluß sich zu erobern. Anders wäre wol nicht die ernste Mahnung zu begreifen, welche Graf Wodzicki an den Landtag richtet: „Einflüssen ferne zu bleiben, welche ihn fremden und momentanen Zielen dienstbar machen wollen." Im unmittelbaren Anschlusse an diese Warnung warnt auch Graf Wodzicki den Landtag, sich nicht zu einem Votum über den russisch-türkischen Krieg hinreißen zu lassen. „Es steht dem Landtage nicht zu, darüber seine Stimme zu erheben," ruft der Landmarschall demselben zu, und wir können ihm hierin nur lediglich zustimmen. Haben wir doch zwei Tage vor der Eröffnung des Lemberger Landtags in diesem Sinne Stellung genommen zu jenen Velleitäten, welche aus dem galizischen Landtage einen Sturmbock auf die gegenwärtige Reichspolitik, einen Hebel für eine turkophile Politik machen möchten. Wir empfinden eine große Genugthuung, daß der Landmarschall gleich beim Antritt seines Amtes mit solcher Entschiedenheit sich als Gegner dieser gefährlichen und für den Landesfrieden geradezu bedrohlichen Tendenzen erklärt hat und wollen hoffen, daß es seinem Einflusse im Verein mit dem des gleichgesinnten Statthalters Grafen Potocki gelingen werde, den Landtag von jedem unbedachten Schritt zurückzuhalten.

Mit nicht genug zu beherzigenden Worten legt der Landmarschall dem Landtage statt bedenklicher Demonstrationen die ernste ruhige Arbeit für das geistige und materielle Wohl des Landes ans Herz. Er verweist vorwurfsvoll auf die Reihe unerledigt gebliebener Arbeiten früherer Jahre und tadelt Jene, welche es vorzogen, das Roß der hohen Politik zu tummeln, statt mit Emsigkeit und patriotischem Eifer sich den immer mehr dringenden Culturaufgaben des Landes zu widmen. Hiebei ergreift Graf Wodzicki die Gelegenheit, um einen Theil seiner im öffentlichen Leben der letzten Jahre gemachten Erfahrungen durch den Satz zu bezeichnen, der ihm von mancher Seite vielleicht einen Tadel zuziehen wird: „Die Täuschung, als wäre die Freiheit ein allmächtiges Mittel, sei entschwunden." Wir sind allerdings nicht Demokraten genug und betrachten auch die Entwicklung unseres Vaterlandes von einem zu wenig doctrinären Standpunkte, um an diesen Worten des galizischen Landmarschalls Anstoß zu nehmen. Es ist wahr, die Freiheit ist nicht mehr als die Möglichkeit zum vernunftgemäßen Gebrauche der Kräfte wie beim Einzelnen, so auch bei einem Volke; eine Kraft ist sie selbst nicht oder doch nur in jenem höheren Sinne, wonach sie beim einzelnen Menschen wie bei einem ganzen Volke belebend und befeuernd auf die gesammte geistige Existenz derselben wirkt. Es ist daher wahr, daß ein wenn auch noch so reiches Maß constitutioneller Freiheiten für sich allein nicht geeignet ist, einem Volke den ersehnten Wohlstand zu bringen, die Fehler einer vernachlässigten Vergangenheit zu verbessern. Zur Freiheit muß die Arbeit, die ernste sittliche Arbeit hinzutreten, und nachdem die Verhältnisse es herbeigeführt haben, daß der überwiegende Antheil an der dem Lande Galizien durch die Verfassung gewährten autonomen Freiheit dem polnischen Adel zufiel, so gewinnt dieser Ausspruch in dem Munde des Grafen Wodzicki eine doppelt schwere Bedeutung: er gestaltet sich wie ein Vorwurf gegen die eigenen Stammes- und Standesgenossen des Landmarschalls, daß sie von der ihnen in weiten Grenzen eingeräumten Freiheit keinen besseren Gebrauch im Dienste der Landeswohlfahrt gemacht haben. Ist diese Auffassung die richtige, so gelangt das Vertrauensvotum, welches nach der Meinung des Grafen Wodzicki in dem dem polnischen Adelselemente so günstigen Ausfalle der Wahlen in den Landgemeinden dem adelig-städtischen Elemente von Seite des bäuerlichen ertheilt worden sein soll, zu besonderem Werthe. Es ist ein Vertrauen, welches nicht schon durch erfolgreiche Leistungen verdient, sondern erst in der Hoffnung auf dieselben zugewendet worden ist. Dieses Vertrauen zu rechtfertigen, des Landes Wohlfahrt und socialen Frieden zu fördern, betrachten wir gerne mit dem Landmarschall als die erste Aufgabe des Landtags.

Vom Kriegsschauplatze.

Aus Bulgarien wird gemeldet, daß die Türken am 7. d. M. bei Wladina, drei Meilen nördlich Lowtscha, von vier russischen Bataillonen und vier Escadronen angegriffen wurden. Nach der Meldung Osman Paschas sollen die Russen zurückgeschlagen worden sein. Wladina liegt eigentlich näher an Plewna als an Lowtscha und ist von dem eigentlichen Schlachtfelde von Plewna kaum zwei Meilen entfernt. Wenn sich auch die von Osman Pascha angeführten Abtheilungen in der Stärke von etwa 4000 Mann bewahrheiten sollten, so kann deßhalb von einer großen „Schlacht" nicht leicht die Rede sein.

Mit dem Gefechte bei Wladina, welches unser Bukarester Special-Berichterstatter schon gestern Abends meldete, wird es sich wahrscheinlich ähnlich verhalten, wie mit dem andern bei Jaslar (Ahaslar), von dem Mehmed Ali Pascha berichtet. Beide Kämpfe dürften nur scharfe Recognoscirungen gewesen sein, wie uns gestern in später Nachtstunde aus Bukarest gemeldet wurde. Jaslar liegt am Schwarzen Lom, fünf Meilen südlich Rasgrad und eine Meile südlich jenes Popköi, das nach den Berichten turkophiler Blätter schon vor acht Tagen in den Händen der Türken gewesen sein soll, was nach der neuesten Meldung Mehmed Ali's eine Art von Unmöglichkeit.

Es ist auch nicht einzusehen, wie an zwei militärisch so unwichtigen Punkten Schlachten geschlagen werden könnten, da man doch nicht annehmen kann, daß beide Theile, allem gesunden Menschenverstande zu Trotz, an solchen Orten große Streitkräfte versammeln werden, wo am Ende außer Blutvergießen nichts zu erreichen wäre. Eine Schlacht halten wir auch nicht für bevorstehend, da Russen und Türken vorläufig noch nicht in der Lage sind, eine solche anzunehmen oder anzubieten. Die Türken scheinen auf alle Fälle defensiv bleiben zu wollen und die Russen sind nach unserer Meinung noch nicht stark genug, einen Angriff im größeren Maßstabe zu versuchen.

In den letzten Tagen ist angesichts der voraussichtlichen Wiederholung eines russischen Angriffes gegen Plewna von ausgedehnten Verschanzungen viel die Rede, welche Osman Pascha habe dort errichten lassen. Es ist die Frage, ob die Russen dann unter jeder Bedingung Plewna angreifen und wieder Tausende ver-

Feuilleton.

Erster Liebe Leid.

> Geht mir mit Einem kalten Lieben
> [illegible]
>
> Bodenstedt (Mirza Schaffy).

Inmitten des Waldes, da, wo schlankaufgeschossene Tannen und hochstämmige Buchen ihre dichtesten Schatten über den schmalen Fußsteig längs des Quellbachs werfen, lag ein pausbackiger Junge im sommersonnigsten Behagen hingestreckt. Er blinzelte empor in des Laubdachs dunkles Grün und schloß die Augen wieder vor den zitternd spielenden Schlaglichtern, die zwischendurch schimmerten; er schlürfte mit tiefgehenden Athemzügen den würzig aufsteigenden Duft der Gräser ihm zu Häupten und lauschte dem einschläfernden Gemurmel der Wellen, die unwillig grollend schäumende Blasen aufwarfen an den moosbewachsenen Steinen und faulenden Wurzeln längs des Uferrandes. Jetzund hob er den Kopf, denn es raschelte in den Haselstauden; zum Vorschein kam ein rosiges Kinderantlitz von blondem Gelock umrahmt; zwei kleine Händchen hielten einen gewichtigen Topf mit frischgepflückten Erdbeeren behutsam vor sich her, den mühselig zusammengeklaubten Schatz nicht zu gefährden auf dem beschwerlichen Wege durch Gestrüpp und wucherndes Schlingkraut. Sobald sich jedoch der schmeidige Körper befreit aus dem Gewirre von Ranken und Zweigen und das Gefäß mit den Früchten auf dem ebenen Rasen stand, hatte auch alljede Vorsicht ein Ende und das Mädchen that ein paar verwegene Sprünge über das Bächlein an des Knaben Seite und rief frohlockend:

„Da guck' nur, Peter, wie viel es heute Erdbeeren gibt. Dafür kriegst Du vielleicht einen ganzen Gulden."

Diese verheißenden Worte thaten eine wunderbar ermunternde Wirkung; der Faullenzer drehte sich herüber, daß er auf den Bauch zu liegen kam, stemmte sich auf beide Ellenbogen und sagte, den vollen Topf wohlgefällig betrachtend:

„Schau, schau, bist ja damisch fleißig gewesen, Annerl."

„Und groß und saftig sind die Beeren nach dem gestrigen Regen; fast kommt einem das Wasser in den Mund, etliche wegzuputzen. Hab's aber nicht gethan, denn Du sollst was Ordentliches lösen für sie und morgen dann beim Kirchtag etwas draufgehen lassen, wie der großen Burschen einer."

Das waren gar vergnügliche Aussichten und brachten auch den trägen Jungen um ein gut Stück weiter in die Höhe. Jetzt besah er schon knieend den vielverheißenden Besitz, den ihm seine kleine Cameradin, derweil er so behaglich Siesta gehalten, geduldig eingesammelt. Um seinem Dank doch einigermaßen Ausdruck zu geben, meinte er auch alsbald gnädig nickend:

„Weißt, Annerl, sollst mir auch morgen den schönsten Reiter haben, der nur zu kriegen ist."

Aber der Reiter schien nicht nach dem Geschmack der kleinen Schönen. Sie runzelte die Stirne in ernste Falten und, das Stumpfnäschen, dem ein paar tiefgefurchte Blatternarben ein gar charakteristisches Aussehen verliehen, rümpfend, antwortete sie ziemlich spitz:

„Was thue ich mit einem Reiter? — Wenn Du wüßtest, was sich gehört, so möcht' es schier was Anderes sein, das Du mir zum Kirchtag kaufen sollst."

Der Peter, der stierte verblüfft darein. Offenbar war es ihm nicht allzu leicht, auszufinden, was nach der kleinen Annerl Erachten als gehörig anzusehen. Kratzte sich erst hinterm rechten, dann hinterm linken Ohr, stellte sich ganz auf die Beine, stülpte den Hut unternehmend auf und sagte endlich kleinlaut:

„Weißt wol, wie gern ich Dir allemal eine Freude machen thu — wo's nur Niemand sieht," lautete des pfiffigen Burschen kluger Zusatz. Das klang gewiß sehr vernünftig und es war nun an der Annerl, sich deutlicher zu machen. Sie drehte ihre Schürzenbänder in labyrintischen Verschlingungen um die gebräunten Finger und sagte endlich halb trotzig, halb schalkhaft:

„Ich mag von Dir keinen Reiter, aber wol möcht' ich, daß Du mir sollst ein rothüberzuckertes Herz kaufen. — So gehört sich's — und kaufen's alle Burschen für ihren Schatz!"

Ihren Schatz! Ein gewichtig Wort, von einer kleinen Dirne so leichtsinnig hinausgeschleudert in die lauschige Waldeinsamkeit. Trieb dasselbige auch sofort eine dunkle Röthe auf beider Kinder Wangen. Namentlich der allzu kluge Peter schien die ganze Bedeutsamkeit des Augenblicks zu fühlen. Er sah vorerst auf seine großen Füße, die in blank geschmierten, festbeschlagenen Stiefeln staken und dann auf das barfüßige Mädchen, das ihm, dem Altersgenossen, kaum an die Schulter reichte. Auch über des Kindes fadenscheinig Kleidchen schweifte sein Auge vergleichend hin, im Bewußtsein der feschen Lodenjoppe, der gestickten Hosenträger, der feinen Linnen am eigenen Leib — und zuletzt verfing sich sein Blick in der kleinen Dirne blauen Aeuglein, die gewöhnlich scheu und fragend in die Welt hinauslugten, nur jezuweilen durch ein blitzartiges flüchtiges Aufleuchten Kunde gebend von allerlei verfänglichem Gedankenkram, der da spuken mochte in dem hellen Krausköpfchen. Dem Peter schien die Bedeutung dieses Sprühfeuers nicht unbekannt und sintemalen er keiner von denen war, die gerne „nein" sagen, es noch weniger liebte, seine Meinung mit Gründen zur Geltung zu bringen, so hielt er es für rathsam, seiner gefälligen Freundin Alles zu versprechen, was sie begehrte und nach etwas langathmiger Ueberlegungspause gelobte er, ihr das größte Herz zu verehren, das aufzutreiben wäre.

Allein noch ein zweiter verwegener Wunsch schien der Annerl auf der Seele zu brennen. Sie nahm den Topf mit Erdbeeren zwar geduldig auf und trabte geraume Weile schweigend fürbaß an des Peter's Seite, der, beide Hände bequem in den Hosentaschen, gemächlich hügelabwärts schlenderte. Als sie jedoch das Thor der Villa erreicht hatten, wo der Junge die Früchte an Mann bringen sollte und er nun endlich geruhte, die schwere Last dem kleinen schwachen Kinde abzunehmen, da haschte dieses, ehevor er sich von ihr wendete, nach seines Rockes Zipfel und sagte mit leiser, von schüchternem Hoffen durchbebter Stimme:

„Könntest mich wol auch einmal zum Tanze führen; mußt wissen, ich hab' gestern ein paar Stiefelchen bekommen, so schön und fein, wie man sie in der Stadt" — — . . .

Aber Prosit Malzeit! So gar dumm war der Peter denn doch nicht, sich noch einmal fangen zu lassen und zu weiteren Zugeständnissen zu verstehen; kaum waren die ersten Worte über der Annerl ihre Lippen geschlüpft, da hat er schon Reißaus genommen und die arme Kleine hat nur zwei Ziegen, welche an einen Baumstumpf gebunden an der Schlehdornhecke knusperten, als Zuhörer für ihr Anliegen.

Sie schickte dem Undankbaren einen tiefen Seufzer nach, wischte sich mit dem Schürzenzipfel ein paar Thränen von den Wangen und sah verzagt auf die beiden meckernden Thiere. Wol wußte sie, die kleine Kuhmagd-Annerl, die sich auf dem stattlichen Gehöfte mehr einer

liren, oder ob sie es nicht vorziehen werden, vorläufig Osman Pascha in den Befestigungen ruhig liegen zu lassen, indem sie das neueste „verschanzte Lager" der Türken cerniren, sobald es die Zahl der nachrückenden russischen Truppen und deren Vertheilung gestatten wird. Nach unserer Meinung ist nämlich der factische Besitz von Plewna keineswegs weitere 6000 todte und verwundete Russen werth und die Bedeutung dieses Punktes reducirt sich also nur darauf, daß gerade Osman Pascha mit etwa 40.000 Türken an der Stelle steht und die rechte Flanke der russischen Front bedroht. Es ist nicht unmöglich, daß wir noch vor Plewna eine russisch-türkische Geduldprobe erleben.

* *

Cettinje, 31. Juli. (Von unserem Special-Berichterstatter.) (Vor N[illegible]. Die Gefangenen. Scharmützel bei Farschaki.) Das Bombardement von Niksics wird immerwährend [illegible] und die Türken antworten aus den 12 Geschützen, welche sie in der Festung aufgestellt haben. Allzulange wird jedoch das Bombardement nicht dauern, denn der Fürst hat die Absicht, die Festung durch Durst zur Uebergabe zu zwingen, indem er alle Quellen, welche Wasser nach Niksics führen, ableiten oder ersticken ließ. In den letzten Tagen war eine ganze Procession von Weibern aus der Stadt im Hauptquartier des Fürsten, um sich nach ihren Männern zu erkundigen, von denen verlautete, daß sie von den Montenegrinern massacrirt worden seien. Der Fürst ließ sie nach dem Aufenthaltsorte der Gefangenen bringen, wo sich die Weiber von dem Wohlbefinden ihrer Männer überzeugen konnten.

Gestern fand ein kleines Scharmützel bei Farschaki statt. Das Leschanjer Bataillon war nämlich in die Heimat zur Verrichtung der Feldarbeiten abgerückt und überließ die Bewachung der Positionen einer Abtheilung von etwa 100 Mann. Dies erfuhr der Feind und um 1 Uhr Nachts machten sich 1300—1500 Mann aus den Stämmen der Gruda, Hoti, Malisoren auf und überfielen die Montenegriner, welche anfänglich ganz überrascht waren. Es entspann sich ein heftiger Kampf, welcher, nachdem die Montenegriner eine Verstärkung erhalten hatten, mit dem Rückzug der Türken endete. Sie verloren 200 Mann, die Montenegriner 16 Tode, 7 schwer und 17 leicht Verwundete.

Zum Schlusse gestatten Sie, die Nachricht eines turkophilen Blattes richtigzustellen, welches behauptete, das Kloster Ostrog sei von den Türken nicht zerstört worden. Ich kann Sie nur versichern, daß das vollständige Gegentheil, nämlich meine Meldung, wahr ist. —i—

* *

Die „Wiener Abendpost" bemerkt zur militärischen Situation in Bulgarien:

„Die Darstellungen der militärischen Lage auf dem Kriegsschauplatze sind der Natur der Sache nach äußerst schwankend und widerspruchsvoll. Während vielfach angenommen wird, die nächste Operation der türkischen Heeresleitung werde dem Versuche eines concentrischen [illegible] das Gros der russischen Armee gleichzeitig durch die Schumla-Armee und die Streitkräfte Osman Paschas gelten, wird von anderer Seite, wie auch wir dies gestern verzeichneten, als wahrscheinlich bezeichnet, daß die Türken nur ihrem Centrum die eigentliche Action anvertrauen und dem rechten und linken Flügel ihrer Aufstellung zunächst blos defensive Aufgaben zuerkennen werden. Die letztere Annahme würde allerdings bis zu einem gewissen Grade wenigstens erklären, warum Osman Pascha darauf verzichtet hat, die Consequenzen seines bei Plewna erfochtenen Sieges zu ziehen und seinem geschlagenen Gegner Zeit zu einer Ralliirung gestattete, welche sich nahezu vollzogen zu haben scheint. Jedenfalls ist augenblicklich von einer Rückwärtsversetzung des russischen Hauptquartiers nicht weiter die Rede und die betreffenden Gerüchte sind vollständig verstummt. Bei dieser Lage der Dinge ist es nicht auffallend, wenn den ersten Bemühungen, die Bedeutung der Schlacht bei Plewna zu übertreiben, jetzt nicht minder eifrige Versuche folgen, die Wichtigkeit dieses militärischen Ereignisses über Gebühr abzuschwächen, Versuche, denen man namentlich in jenem Theile der englischen Presse begegnet, welcher nach wie vor für die völlige Actionslosigkeit Englands eintritt."

* *

Prisren, 30. Juli. (Unsicherheit auf dem Lande. Gräuelthaten. Die Mirditen.) Alt-Serbien ist in den letzten Tagen vom regulären Militär fast ganz entblößt worden. Die Grenzgarnisonen bestehen aus Mustehafis, die, so gut es ging, in aller Eile eingeübt wurden. Das kleine Corps Redif's, welches Sjeniza besetzt hielt, wurde nach Bulgarien über Mitrowiza dirigirt. Auch 300 Pferde mit Munition wurden dorthin geschickt. Die aus Mustehafis zusammengesetzten Streifcolonnen, welche die Aufgabe haben, die Haltung der Serben scharf zu überwachen, begehen allenthalben unerhörte Grausamkeiten. Aus den Dörfern Guschteriza, Dobrotina, Suschiza, Babljak, Rodovzi, Badonzi, Gracsaniza, Vitiza, Konjuch und Pralowa werden Gräuelthaten gemeldet, die alle Christen mit Schrecken erfüllen. In Prischtina, wo es doch höhere Beamte gibt, ist ein reicher christlicher Kaufmann in der Zarschija (Bazar) ermordet worden. Die Zaptijes ertheilen auf die Frage: warum sie diesen Grausamkeiten ruhig zusehen, die stereotype Antwort: „Die meisten Serben sind „Comitadschijes" (Verschwörer) und Hochverräther und verdienen eine Züchtigung."

Unter den Christen gibt sich begreiflicherweise der lebhafte Wunsch kund, die Sicherheit der Person und des Eigenthums durch eigens zu diesem Zwecke formirte Schaaren zu schützen. Bis jetzt sollen bereits vier [illegible] mit folgendem Reglement formirt worden sein: Jeder bedrohte Ort wird von einer Abtheilung Eschkiies (Freiwillige) besetzt. Die Eschkijes dürfen Niemandem, auch keinem Türken, Unrecht thun. Jeder in Lebensgefahr schwebende Christ wird mit den Waffen in der Hand beschützt. Die Mustehafis, falls sie sich am Leben und Gut eines Christen vergreifen sollte, wird angegriffen und mit Gewalt zurückgewiesen. Von jeder einzelnen That der Selbstwehr werden sowol die Behörde, als auch die fremden Consuln in Prisren in Kenntniß gesetzt. — Diese freiwillige Schutzwehr fand bereits Gelegenheit, in die Action zu treten. Zwei Mahomedaner entehrten in Kaucanik zwei christliche Frauen. Die Eschkijes suchten die Schänder auf und züchtigten sie gebührend. Wenn die Staatsgewalt die Bevölkerung schutzlos läßt, wie es in Alt-Serbien mit den Christen der Fall ist, erscheint die Organisirung der Selbstvertheidigung nothgedrungen.

Im Lande der Mirditen herrscht völlige Ruhe. Capitän Prenk hat seine Unterwerfung dem Ali Saib Pascha angemeldet und die Stellung eines geringen Contingents Hilfstruppen in Aussicht gestellt. Ein Ferman des Sultans soll die Rechte des bekehrten Häuptlings in „wohlwollender" Weise ordnen. Prenk soll bereits 260 Krieger nach Scutari entsendet haben, die als die erste Abtheilung des Contingents gelten. Von dieser Seite hat somit die Pforte keine Verlegenheiten mehr zu befürchten.

* *

Im Schipkapaß.

Die „Times" bringt folgenden verspäteten Bericht von einem militärischen Correspondenten aus Kasanlik, 19. Juli:

„Heute haben wir noch unter dem Eindrucke grauenhafter Erlebnisse die Nacht [illegible]. Ich bitte alle Jene, welche noch immer für die Türken sympathische Gefühle hegen, das Nachstehende aufmerksam zu lesen. [illegible] die russischen Plänkler die türkische Infanterie von [illegible] der [illegible] der russischen Linien und [illegible], während die Cavalerie mit den [illegible] Kasanlik [illegible]. [illegible] die Tirailleure gegen die [illegible] des [illegible], fanden sie [illegible] starke türkische Streitkräfte und [illegible] und mußten die Verfolgung einstellen. Am Morgen des [illegible] machten die Russen einen Versuch, die Spitze des Passes und die dort placirten Batterien zu nehmen. Indem sie rechts und links concentrisch in einer schmalen Linie operirten, klommen sie die steilen Bergwände hinan und trieben abermals die Türken von Punkt zu Punkt, bis sie an der Rechten zu einer kleinen Redoute kamen, welche auf einem Hügel lag, der den Paß flankirte. Als die Plänkler sich der Redoute Schritt für Schritt näherten, wurde von den Türken eine große weiße Fahne entfaltet und Zeichen gemacht, daß sie die Redoute ohne weiteres Gefecht zu übergeben wünschen. Major Liegnitz vom preußischen Generalstab war ebenfalls inmitten der Plänkler, nicht um zu kämpfen, sondern um zu beobachten, und von dessen eigenem Munde erhalte ich die folgenden Details, welche die Erzählung der Russen bestätigen.

Der Major schritt vorwärts, ließ sich mit einem Türken in der ersten Gefechtsreihe in ein Gespräch ein und verlangte, diejenigen Soldaten, welche die Redoute übernehmen wollten, zu begleiten, wurde aber zurückgewiesen. Als nun die Russen ihre gedeckten Stellungen verließen und in Erwartung der Uebergabe völlig frei dastanden, erfolgte auf ein gegebenes Signal von der Redoute aus eine heftige Gewehrsalve und gleich darauf noch eine. Die Plänkler wichen einen Augenblick zurück, erholten sich aber bald von ihrer Ueberraschung und versuchten das Fort mit Sturm zu nehmen. Es stellte sich aber bald heraus, daß sie den überlegenen feindlichen Streitkräften nicht gewachsen seien und da sie überdies auch über keine Artillerie verfügten, mußten sie den Kampf aufgeben und die von dem Feinde Getödteten und Verwundeten hinter sich lassen.

Am nächsten Morgen wurde der Befehl zum erneuerten Angriffe gegeben; diesmal aber versahen sich die Russen mit Artillerie. Kaum begann jedoch der Kampf, als ein Parlamentär unter Vorantragung einer großen weißen Fahne sich den russischen Linien näherte. Er gab an, von dem commandirenden Pascha abgesendet worden zu sein, welcher entschlossen sei, das Fort wegen Mangels an Proviant und Munition zu übergeben. Die Besatzung wolle in das russische Lager marschiren und dort die Waffen strecken, wenn die Russen versprechen würden, keinen Angriff zu machen. Seltsam genug schenkte man den Verräthern vom gestrigen Tage abermals Glauben und es wurde ihnen Zeit gelassen, ihr Versprechen zu erfüllen. Da sich indessen lange Niemand zeigte, sendete General [illegible] eine Abtheilung Soldaten aus, damit sie sich über den Grund der Verzögerung informiren. Nun wurde es bald klar, daß die Türken ihr gegebenes Wort gebrochen und heimlich entwichen seien.

Als die Massen vor das Fort zogen, bot sich ihnen nach und nach der Anblick der von den Türken an den todten und verwundeten Russen verübten Gräuelthaten. Auf dem ganzen Wege längs der türkischen Position lagen abgeschnittene Köpfe und verstümmelte Leichen. Einige Schritte weiter stießen wir auf eine Gruppe von russischen Soldaten und Officieren, welche, von Entsetzen erfüllt, einen Kreis [illegible] und starr auf [illegible] blickten. Dort lagen nämlich die Opfer dieser Grausamkeiten: [illegible] waren enthauptet, bei manchen [illegible] zerrissen, andere wieder in einer Weise verstümmelt, welche als die tiefste Schmach [illegible], die dem Körper eines lebenden oder todten Mannes zugefügt werden kann. Waren diese Armen bereits todt oder noch lebend, als sie diese Behandlung erfuhren? Bei einigen derselben mag ein Zweifel erlaubt sein, bei den meisten aber nicht. [illegible] lag ein Mann mit abgeschnittenen Fingern, welche er wahrscheinlich in der [illegible], dort ein anderer, dessen Lage klar bewies, daß er [illegible] Weise [illegible], welcher das rothe Kreuz am Arme trug. Ein anderer Mann lag da, dessen Unterleib von Messerstichen [illegible] zerfetzt war; auch konnte man wol sehen, daß dessen Wunden geblutet hatten. Ein anscheinend noch junger Mann, dessen [illegible] als die der Uebrigen war, befand sich in einem Zustande unbeschreiblicher Verstümmlung — keine einzige dieser Wunden wies auf einen regelmäßigen Kampf hin. Und wenige Schritte von diesem Schauplatze unerhörter Gräuel konnte man russische Aerzte sehen, [illegible], die Wunden dieser Wilden zu verbinden. [illegible] sahen allerdings furchtsam drein; sie konnten nicht wohl begreifen, daß die Russen weniger barbarisch als ihre eigenen Landsleute seien.

Diesem fürchterlichen Kriege sollte je eher Einhalt geboten und den Türken für immer unmöglich gemacht werden, über Christen zu herrschen. Wohin man kommt, hört man von Plünderungen, welche die bulgarische Legion verübte, und die [illegible] Kosaken lassen sich von den Bulgaren anstiften, das Gleiche zu thun.

---

durch Landesbrauch gewährten, als durch wahre Humanität begründeten Duldung erfreute; wol wußte sie, warum des reichen Bauers Erstgeborner sie nicht zum Tanze führen wollte. Sie war überzeugt, daß er sich nur ihrer nackten Füße wegen ihrer schäme, denn streng gesondert hielten sich die Kinder von einander: jene, die barfüßig einhergingen, die saßen wol zumeist in der letzten Schulbank und wurden auch sonst stark über die Achsel angesehen; solche, die zwar Schuhe aber keine Strümpfe trugen, das war der Mittelstand, und endlich kamen die Begüterten, die sich beider für ein richtig Bauernkind im Sommer gewiß sehr unnützer Luxusgegenstände erfreuten und die ersten Plätze im Lehrsaal inne hatten. Daran dachte die arme Annerl, die nie einen Vater gehabt und auch Zeit ihres Lebens noch kein Paar Schuhe zerrissen, stets — aber sie wußte auch gar gut, daß der Peter trotz dieses gewaltigen Standesunterschiedes der kleinen Annerl lustige Weise nicht entbehren konnte. Denn ohne die muntere Dirne langweilte sich der täppische Bursche über die Maßen und wußte an endlosen Sommertagen nichts Kurzweiliges zu beginnen mit seinen langen Beinen und seinem kurzen Verstande. Traf er aber mit der Annerl zusammen, droben am Forellenbach hinter der Sägemühle oder auf der Pfarrwiese am grünen See — hei, wie flogen da die Stunden und der Abend kam alleweil zu früh herangerückt, denn selten stand sie still, die Zunge der fröhlichen Cameradin, und wußte sie so Verschiedenartiges zu ersinnen, dreist ins Blaue hineinfabulirend, oder Märchen zu erzählen und Geschichten, die sie zusammengelesen Gott weiß wo und wann; denn es gab kein Büchlein in des Dorfes Umkreis, das die Annerl nicht zu erbeuten gewußt. Und all' die Herrlichkeiten behielt sie in dem Kreuzköpfchen und berichtete dem Peter davon, wie sich derweilen Alles umgemodelt in ihrer Phantasie, darin stets er die Hauptperson war, der schöne, mächtige, oft grausame Prinz und sie die demüthig aufopfernde Sklavin — — — und dann liefen die Beiden selband über Hügel und Schluchten, wateten durch Tümpel und schlüpften durch Hecken und kletterten und balgten sich, daß es die helle Lust war; und geschah dies Alles dem Peter zu Ehren, und die Annerl, die war eigentlich nur so da, ihm eine rechtschaffene Freude zu machen, und das ging so fort Tag um Tag und Woche um Woche — und da konnte er wol darauf vergessen in seinen festbeschlagenen Stiefeln, daß es nur ein barfüßig arm' Dirndl sei, das neben ihm herlief und sich mühte, ihm die Last und Langeweile des Lebens wegzulächeln.

Aber heute fühlte sich die Kleine beinahe gekränkt durch sein Benehmen. Daß er sie gar nicht anhört, wo sie ihm erzählen will, wie sie zu den schönen Stiefelchen gekommen, und wie sie ihm wol Ehre machen werde darin — daß er sie schnöde stehen läßt vor der Thüre, ihr den Rücken kehrend, wo sie doch heute eben wieder, wie schon so oft im Schweiße des Angesichts für ihn sich gemühet, dem trägen Jungen einen Zuschuß zu seinem Taschengelde zu verschaffen, während ihr selbst der Magen knurrte vor Hunger — das war zum Mindesten undankbar von dem Peter. Fast wäre sie ernstlich böse geworden, fast — denn die kleine Annerl war, wie so manch großes verliebtes Kind, allzugern bereit nach des Herzens entschuldigender Stimme zu lauschen, wenn auch der Kopf ganz anderer Meinung war, und sicher wird sie, dermaleinst herangewachsen, sich die zarten Finger wund stechen oder die armen Füße müde laufen, irgend einem Fant, dem sie sich zu eigen gegeben, sein Sonntagsvergnügen, wol noch mehr als [illegible] erkaufen! —

Sie wendete sich endlich und schlich nach Hause, denn es stand zu erwarten, der Peter werde sich bei dem andern Ausgang der Villa davon gemacht haben. Schier kam es ihr nun gelegen, wenn sie noch einmal nachdachte, daß er nichts gehört von den Stiefelchen, denn es fehlte ja noch ein wesentlicher Bestandtheil, seiner würdig zu erscheinen — die Strümpfe. Sie schlüpfte nach dem Kuhstall. Darin war noch Alles leer und sauber, und sah so freundlich aus in der schräg einfallenden Beleuchtung der Nachmittagssonne, fast wie in einer Wohnung für Menschen. Das Vieh war noch auf der Weide und auch die Mutter schaffte noch Außen. Annerl hob die graue Kotzendecke des gemeinschaftlichen Lagers, das in einem Holzverschlage stand und kramte im Strohsack. Sachte zog sie einen kunstvoll gearbeiteten Strumpf hervor und besah das feine Gespinnst mit liebevoller Wehmuth. Schon seit dem Herbst verwahrt sie den Schatz. Sie fand das Strümpfchen zwischen den Hecken der gräflichen Villa, wo man die Wäsche zu trocknen pflegte; da war er herabgeweht und vergessen worden und nachdem die ganze Familie nach der Stadt gezogen, da hat ihn die Annerl entdeckt und all die kühnen Träume auf einen Tanz mit dem Liebsten, sie knüpfen an diesen Fund, denn just hatte ihr das weiche Gewebe. Hatte auch, unternehmend, wie sie schon war, begonnen einen zweiten Strumpf zu stricken, nachdem sie sich ein paar Dutzend Kreuzer zusammengebettelt auf Wolle. Doch mit dem Stricken da wollte es nicht vom Flecke. Geduld und Ausdauer, das waren zwei Tugenden, die der Annerl nicht angeboren, und wo hätte sie dieselben erlernen sollen zwischen den Kühen und grünen Bäumen, unter denen sie aufgewachsen, und so flog das Strickzeug, nachdem Masche um Masche verloren und Nadel um Nadel zerbrochen, wieder in einen Winkel und als der Frühling kam, da lief die Annerl ebenso barfüßig zur Schule, wie das Jahr zuvor. Wie bereute sie nun ihren Mangel an Ausdauer, jetzt, da sie auf so überraschende Weise zu einem Paar so herrlicher Schuhe gekommen. Sie holte die beiden Prachtstücke aus der Mutter Truhe, legte das frischgewaschene Sonntagskleidchen, das noch ganz jungfräulich glänzte, daneben, den einschichtigen Strumpf dazwischen und setzte sich diesen Herrlichkeiten gegenüber. Wie ärgerlich, des Kirchweihtages entbehren zu müssen, wegen solcher Kleinigkeit, wegen einem fehlenden Strumpfe. — Doch ließ sie nicht ganz die Hoffnung sinken und sann auf Mittel und Wege, noch heute zu dem Fehlenden zu gelangen.

Von der Mutter war nichts zu erwarten, die trug selbst im Winter nur Holzschuhe und hatte nicht wenig geschmäht auf das unnütze Geschenk, das man dem Kinde gemacht. Auch an die Bäuerin getraute sich die Annerl nicht heran, denn das war eine barsche Frau, von der die Kleine mehr der Fußtritte als der Brodkrusten erhalten, seit die Mutter hier diente. Blieb also nur noch Eine Person und das war die gütige Spenderin der Stiefelchen, jenes fremde Fräulein, das seit dem Frühling im Gartenzimmer wohnte, um ihre kranke Brust in der frischen Waldesluft zu heilen. Es war eine gar feine, gelehrte Dame, die unmäßig viel in den Büchern gelesen, Lateinisch und Griechisch, was doch nur der Pfarrer verstand und der Doctor, denn sie wollte selbst ein Doctor werden und es den Männern gleichthun in Allem. Das hatte sie der Annerl selbst erzählt — aber die Lerche hatte das bleiche Mädchen noch niemals singen gehört im freien Kornfeld und wußte auch sonst nicht viel von den Freuden in Wald und Au, denn über dem unmäßigen Lernen war ihr die Jugend vergangen und nun siechte sie dahin und saß traurig inmitten des grünen Alpenthales und konnte weder den nahen Berg ersteigen, noch

Heute Morgens machten in Kasanlik russische Officiere die Runde in türkischen Häusern und fanden 20 Plünderer, von denen 19 Bulgaren und nur ein einziger ein Kosake war. Später erfuhren die Russen, daß die Bulgaren ein türkisches Vorrathsmagazin entdeckt hatten, welches sie plünderten, so daß die Officiere die Plünderer mit der Peitsche forttreiben mußten."

Inland.

Wien, 9. August. (Galizischer Landtag.) Der bereits telegraphisch angekündigte Adreßantrag des Abgeordneten Grocholski wurde in der heutigen zweiten Sitzung des galizischen Landtags eingebracht. Herr v. Grocholski beschränkte sich auf eine kurze Motivirung, in welcher er die Erlassung einer Adresse an Se. Majestät als einen von der Loyalität gebotenen Act bezeichnete, der diesmal mit Rücksicht auf die auswärtigen Wirren, die eine für Reich und Land nicht zu unterschätzende Gefahr begen, um so angemessener erscheine. Die Adreßcommission wird aus sieben Mitgliedern bestehen, die vielleicht ausschließlich der polnischen Majorität angehören werde. Wir würden eine derartig exclusive Zusammensetzung der Commission lebhaft bedauern. Nachdem einmal der galizische Landtag nicht gesonnen ist, von dem Projecte einer Adresse an Se. Majestät abzugehen, so sollte er schon aus taktischen Gründen in die Adreßcommission auch ein oder zwei Ruthenen wählen. Handelt es sich den Polen wirklich blos um eine Loyalitätskundgebung und nicht um eine politische Demonstration, dann liegt gar kein Anlaß vor, die Ruthenen bei der Verfassung der Adresse auszuschließen. Die in Aussicht stehende Adreßdebatte könnte jedenfalls bedeutend eingeschränkt werden, wenn auf die Ruthenen von vornherein die ihnen in diesem Falle gewiß gebührende Rücksicht genommen wird.

Wien, 9. August. (Unterstützungs-Pauschale für die evangelischen Glaubensgenossen.) Se. Majestät der Kaiser hat das den evangelischen Glaubensgenossen Augsburgischer und Helvetischer Confession gewährte Unterstützungs-Pauschale von 50.000 fl. vom Jahre 1878 angefangen auf jährlich 75.000 fl. gegen dem erhöht, daß die bisherige außerordentliche Dotation von 25.000 fl. in Wegfall kommt und die bisher im Staatsvoranschlage, Capitel „Ministerium für Cultus und Unterricht", Titel: „Beiträge zu evangelischen Cultuszwecken" unter „Sonstige Auslagen" präliminirten Beträge auf das erhöhte Pauschale übernommen werden. Ferner hat der Kaiser angeordnet, daß die Bezüge der Superintendenten, Senioren und [illegible] gleichmäßig die Bezeichnung „Functionszulage" zu führen haben — und daß dieselben vom nächsten Jahre angefangen hinsichtlich aller dieser Functionäre in anticipativen Monatsraten, und zwar vom ersten Tage des der Bestätigung nachfolgenden Monats anzuweisen sind.

Krakau, 8. August. [Orig.-Corr.] (Abgeordneter Graf Mieroszewski an seine Wähler.) Unter den Abgeordneten aus Galizien ist Graf Mieroszewski fast der einzige, welcher seinen Wählern nach jedem Sessions-Abschnitte Rechenschaft über seine Thätigkeit im Reichsrathe gibt. In dem diesjährigen Berichte, welchen dieser Abgeordnete an seine Wähler des Landgemeinden-Bezirkes Krakau-Chrzanow-Wieliczka versendet, legt er nach einer eingehenden Besprechung der legislatorischen Arbeiten im abgelaufenen Jahre seinen politischen Standpunkt, sowie seine Haltung angesichts der mehrfachen Anfeindungen und Verdächtigungen seitens seiner Gegner dar. „Was mein persönliches Vorgehen betrifft," schreibt Graf Mieroszewski, „so war dasselbe gleich dem im vorigen Jahre. In Landesangelegenheiten, in denen es sich beispielsweise um die Lemberger Hochschule, um das [illegible] Trennheits-gesetz &c. handelte, stimmte ich gemeinsam mit den Abgeordneten des Polenclubs, oder enthielt mich, so oft ich anderer Meinung war, der Abstimmung. Es kann mir Niemand vorwerfen, daß ich die Solidarität gebrochen hätte. Was fälschlich darüber berichtet wurde, kann mich nicht treffen. In Eisenbahn-Angelegenheiten votirte ich nach eigener Ueberzeugung, oder ich votirte gar nicht, so oft mir dieselben nicht klar genug waren. Es waren aber auch Fragen, in denen ich mit der Regierung stimmte, denn ich verhehle dies nicht, daß ich nicht nur ein treuer Unterthan des Kaisers und Königs bin, daß ich mit Oesterreich halte und sogar mit der gegenwärtigen Regierung, sondern — mag lachen wer da will, ich sage noch mehr: — daß ich es mit jeder von dem Kaiser ernannten Regierung halten werde, denn wir in Galizien haben in höchstem Grade nicht nur den Schutz und das Wohlwollen des Monarchen, sondern auch des Reichsraths und der Regierung nöthig."

Laibach, 8. August. [Orig.-Corr.] (Der türkenfeindliche Tabor untersagt.) Die k. k. Bezirkshauptmannschaft Laibach hat das Verbot, betreffend die Abhaltung des Tabors, folgendermaßen begründet: „In Erwägung, daß der österreichisch-ungarische Staat mit allen Staaten im Frieden lebt und sich dem russisch-türkischen Kriege gegenüber vollkommen neutral verhält; in Erwägung, daß es sich mit dieser Neutralität durchaus nicht vereinbaren würde, wenn man die Bewilligung ertheilte, einen Tabor einzuberufen, auf welchem man eine Resolution über die Zerreißung und Abtrennung einzelner Gebietstheile eines Staates, mit welchem der österreichisch-ungarische Staat im Frieden lebt, beschließen würde; in Erwägung, daß diese Resolution geeignet ist, Acte anrufen zu wollen, welche mit dem allgemeinen Bestreben zur Erhaltung des Friedens gerade im Widerspruche sind, und in schließlicher Erwägung, daß sie sodann Aufregung und Unruhe unter der Bevölkerung erregen und Mißtrauen gegen die Anordnungen der Regierung hervorrufen würde und weil sodann das öffentliche Wohl gefährdet werden könnte — wird auf Grund des §. 6 des Gesetzes vom 13. November 1867 dieser Tabor verboten. Die Berufung an das k. k. Landes-Präsidium ist auf Grund des §. 18 des erwähnten Gesetzes binnen acht Tagen gestattet. Wurzbach m. p., k. k. Bezirkshauptmann."

Ausland.

Wien, 9. August. (Zur Orientfrage.) Ueber Bukurest erhält die „Pol. Corr." vom Heutigen folgende seltsame Depesche:

„Aus Persien hier eingetroffene Berichte melden, daß Schir Ali, Emir von Afghanistan, der auf ihn eindringenden Pression des Volkes nachgegeben und den „Heiligen Krieg" (Djihad) gegen England erklärt haben soll."

Das Verhältniß des alten Emirs zu England war allerdings in der letzten Zeit nicht gerade ein sehr herzliches. Indische Zeitungen wiesen oft darauf hin, daß in Kabul etwas gegen das indo-britische Reich geplant werde. Englische Abgesandte, die nach der Residenz Schir Ali's kamen, wurden schnöde behandelt, während sich russische Agenten einer sehr wohlwollenden Aufnahme erfreuten. Ob alle diese Differenzen sich zu einem ernsten Conflicte zuspitzen, der den Engländern schwere Verlegenheiten bereiten würde, schließlich aber für den Emir doch kaum einen andern als schlimmen Ausgang nehmen könnte, muß man bald erfahren. Anlaß zu Mißtrauen hat die indische Regierung Schir Ali durch die Quasi-Annexion Khelats im Süden hinlänglich gegeben. Er betrachtete das Vordringen der Engländer in Beludschistan als eine directe Gefahr für Afghanistan, der er möglicherweise durch die Ergreifung der Offensive begegnen will. Seltsam aber bliebe es, wenn gegen England, das sich allenthalben für den Mahomedanismus engagirt, von einem mahomedanischen Fürsten zuerst der Heilige Krieg erklärt würde. Ob und wie das mit den wichtigen Erklärungen Beaconsfield's über die Orientfrage, die heute noch im englischen Parlamente abgegeben werden sollen, zusammenhängt, wird sich zeigen.

Zu der Kaiserbegegnung in Ischl schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

„Mit den Empfindungen freudiger Theilnahme blicken die Völker Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf die heutigen Tage auf Ischl. Sie haben sich seit einer Reihe von Jahren gewöhnt, in den regelmäßig wiederkehrenden persönlichen Begegnungen ihrer erhabenen Souveräne ein nicht hoch genug anzuschlagendes Unterpfand der loyalen Beziehungen zu erblicken, welche die mächtigsten Reiche Mitteleuropas verbinden. Seit der vorjährigen Zusammenkunft Kaiser Wilhelm's und Franz Joseph's sind verhängnißvolle Tage über Europa dahingezogen und es ist ein ernster Moment, in welchem die Monarchen zu unmittelbarem Gedankenaustausch einander begrüßen. Die öffentliche Meinung beider Länder weiß die Bedeutsamkeit des heutigen Tages wohl zu würdigen; die Weisheit der befreundeten Herrscher bürgt für den eigenen Frieden und läßt die Zukunft Europas in hoffnungsvollerem Lichte erscheinen."

Berichte, welche der „Pol. Corr." aus Bosnien zugehen, sprechen nicht gerade dafür, daß man dort eine Annexion an Serbien mit günstigen Augen betrachte. In einem vom 4. datirten Briefe aus Serajewo heißt es:

„Zum Beweise, welcher Beliebtheit sich Oesterreich bei der hiesigen Bevölkerung erfreut, dient nachstehende Thatsache: Vor einigen Tagen verbreitete sich hier das selbstverständlich grundlose Gerücht, daß demnächst eine große Anzahl österreichisch-ungarischer Würdenträger zur Uebernahme Bosniens nach Serajewo kommen werde. Sofort wurden alle schöneren Häuser zur Aufnahme derselben [illegible] ein aus 12—15 Zimmern bestehendes Haus neben der [illegible] orthodoxen Kathedrale zur Beherbergung der Suite in Aussicht genommen."

In demselben Briefe wird gemeldet:

„Türkische, in Dalmatien weilende Kundschafter, ließen in einem Berichte nach Serajewo ihre Phantasie walten und meldeten, daß Oesterreich angeblich die Insurrection in Bosnien unterstütze und den Insurgenten von Spalato und Knin in der letzten Zeit 1500 Hinterlader habe zukommen lassen. Die hiesige Landesregierung hat diesen Bericht von allem Anfange an bezweifelt und einerseits neue Informationen von Livno verlangt, andererseits die türkische Botschaft in Wien um Aufklärung gebeten und von dort die Antwort erhalten, daß die österreichisch-ungarische Regierung diese Nachricht mit voller Berechtigung als grundlos erklärte."

Wien, 9. August. (Der bevorstehende Belagerungszustand in Frankreich.) Der Berliner „Post" wird aus Paris telegraphirt, daß im Ministerrathe mit fünf gegen vier Stimmen der Beschluß gefaßt worden ist, kurz vor Einberufung der Wähler in ganz Frankreich den Belagerungszustand zu erklären. Der Marschall Mac Mahon soll den Vorstellungen Herrn de Fourtou's in dieser Hinsicht nachgegeben haben. Es gibt nachgerade nichts mehr, womit die Kampfesregierung die Welt überraschen könnte.

Petersburg, 26. Juli. (Die österreichische Mobilisirung.) Der „Golos" findet auch durch die letzten englischen Zeitungen die Ansicht bestätigt, daß die Minister-Berathungen in Wien unter Vorsitz des Kaisers Franz Josef jedenfalls zum Resultat gehabt hätten, Oesterreich-Ungarn nicht in eine feindliche Stellung zu Rußland gelangen zu lassen. Die englischen Zeitungen des liberalen Lagers, besonders die „Daily News", loben den Entschluß der [illegible] Regierung, aus der [illegible] nicht heraustreten zu wollen, und bemerken, wie Oesterreich, von dem [illegible]-Bunde anhängend, darauf [illegible], daß [illegible] bei einer neuen Organisation [illegible] berücksichtigt werden müssen. „Die Stimmungen der englischen Presse in einer so wichtigen Frage," meint der „Golos", „ist [illegible] bemerkenswerth. Dieselbe zeigt, wie man in den englischen politischen Kreisen sich durchaus keine Illusionen über die Rolle macht", welche Oesterreich-Ungarn bis ans Ende der [illegible] Phase der Orientfrage durchzuführen entschlossen ist, dabei [illegible], daß man in Wien nur für seine eigene Sicherheit Sorge trage und keineswegs daran [illegible]

---

sich hinauswagen in den Thau der Wiesen; und diese Vorsicht, die schien der Annerl viel unbegreiflicher als die große Gelehrsamkeit der jungen Dame, da sie selbst bei Wind und Regen, bei Sturm und Hagel, in des Morgens Kühle und des Abends Feuchte dahinraste, nothdürftig bekleidet, immer gesund und lebensmuthig, immer der tollsten Pläne voll, mit dem Peter zusammenzutreffen oder dem einfältigen Burschen ein Vergnügen zu ersinnen.

Man hatte das anstellige Kind dem Fräulein zugewiesen, ihr kleine Dienstleistungen zu verrichten und rasch faßte die Annerl ein unbändig Vertrauen zu der sanften, stillen Weise der Fremden; und wie die Kleine ihr ganz Herz mit Lust und Leid offen auf der Zunge trug, so wußte diese bald all ihr Wünschen und Hoffen und freute sich an dem Jubel, als sie ihr aus der Stadt ein Paar Schuhe bringen ließ. Daß aber deren Sinn auch nach Strümpfen stand, daran dachte das gelehrte Fräulein eben nicht, sie, die gewohnt war, all ihre Bedürfnisse von einer sorglichen Tante vorherbedacht zu sehen und gar nicht ahnte, auf welch' geringes Maß diese zurückgeführt werden können bei solch' frischem Naturkind, das da lebt von Licht, Sonnenschein und einem Stück lustig flatternder Freiheit! Und die Annerl hinwiederum, die wußte, was sich schickt, nicht nur dem Peter gegenüber in Liebessachen, nein, auch in Dingen des Anstandes, und empfand es als eine tiefe Beschämung, sobald wieder mit einer aufdringlichen Bitte das gütige Fräulein zu belästigen. Doch der Kirchtag ließ sich nicht aufschieben, das Verlangen, ihres Peter vollkommen würdig zu werden, überwand alle anderen [illegible] nach einigem [illegible] an die wohlbekannte Thüre des Gartenzimmers. [illegible] Tante, eine mürrische, alte Jungfer mit einer [illegible], falschen Locken und einer erschrecklichen [illegible] unwirsch. Hart fuhr sie das Kind an. Man brauche ihre Hilfe nimmer, da sich die unnütze [illegible] im Walde herumtreibe, just wenn man [illegible]. Mit diesem Bescheid schlug sie der [illegible] vor der Nase zu. Beschämt [illegible] die Annerl da mit ihrer [illegible]. War ihr doch im ersten Augenblick [illegible] das liebe Fräulein, [illegible] sie nicht [illegible] als [illegible] das eigene Leid. Langsam schlich [illegible] längs der Felder hin. Wie [illegible] so herumlungerte hinter der Villa am Waldessaum, da kamen des Grafen Magde gegangen mit einem großen Korb voll Wäsche, darunter an die dreißig Strümpfe oder drüber, große und kleine, und das ward Alles in [illegible] Ordnung glatt geschwenkt und Paar an Paar aufgegebelt an den Stricken und flatterte nun lustig im Winde. Und die Dienstmädchen zogen plaudernd von dannen, nur die kleine Braune, mit dem hochaufgeschürzten [illegible] und den boshaft dunklen Augen, die warf einen mißtrauischen Blick auf das Dorfkind, das [illegible] und das sie schon zum Oeftern bemerkt hatte um die Hecken streifend. War nämlich in neuester Zeit so Manches an Linnenzeug abhanden gekommen und die kleine Braune nahm sich vor, ein scharf' Auge auf die Dirne zu haben, die nicht vom Zaune weichen wollte. Als aber der Revierjäger des Weges herabkam und das hübsche Wiener Stubenmädchen fragte, ob sie wol morgen auf dem Kirchweihboden zu treffen wäre und ob er sie zum Tanze führen dürfe und auch [illegible] zu plaudern und zu schäkern wußte, da vergaß die verliebte Schöne auf die Wäsche und auf die [illegible] und ihren bösen Verdacht und schlenderte mit dem [illegible] Jägersmann tändelnd dem dämmernden Walde zu — und das Gartenpförtchen blieb offen — und die Strümpfe, die blähten sich gerade vor dem Eingang, so verführerisch — so lockend — —

Der armen Annerl lief es heiß und wieder kalt über den Rücken. „Herr, führe uns nicht in Versuchung" — so zog es leise mahnend durch des Kindes Gemüth — aber immer verfänglicher flatterten die Strümpfe ihr entgegen und waren just von derselbigen Gattung, wie ihr einschichtiger daheim im Strohsack und immer näher schlich sie heran. und da mit einem Ruck, da war es schon geschehen und wild jagte sie davon wie ein angeschossen Reh, die kleine Diebin über Stock und Stein, zitternd, keuchend, dem dunkelsten Winkel ihres Stallverschlages zu! — — — —

Das war eine böse Nacht für die arme kleine Annerl. Sie konnte nicht schlafen, wie damals, als sie die Blattern hatte, und die Mutter die ihr Lager theilte und müde von der langen, kümmerlichen Arbeit war, versetzte ihr einen [illegible] den andern, sie zur Ruhe zu weisen. Aber war all umsonst. Sie mochte die Augen zuzwinkern so fest sie wollte, immer tanzten die Strümpfe um ihr Haupt und in der Stallthür stand das dunkeläugige Stubenmädchen mit erhobener Faust und schalt sie eine Diebin. Erst gegen Morgen, als die Mutter bereits wieder das Lager verlassen, nach den [illegible] zu sehen, denn für die geringe [illegible] gab es keinen Feiertag, da schlief das gequälte Kind [illegible] ein, nur noch im Traume umgaukelt von den [illegible] Bildern eines geängsteten Gewissens.

Es war am späten Nachmittag, als die kleine Annerl wieder in den hellen Sonnenschein hinaustrat. Wie sah sie doch so bleich aus und [illegible] katzenartig grünen Schimmer in den blauen [illegible] gar feine Schuh und Strümpfe trug sie an den [illegible] Füßen und bewegte sich mit denselben auf [illegible] dem Tanzplatze zu.

Im Dorfe geht es, seit der [illegible] vorüber, gar hoch her. [illegible] sich durch die Stege zwischen den Bauernhöfen und gar vor dem Wirthshause verdichtet sich der Schwarm geputzter Menschen zu einem bewegten Knäuel. Wie leicht verschwindet da ein kleines Mädchen in diesem Getümmel lachender, drängender, plaudernder Leute. Zumeist ziehen sie jetzt hinter den Musikanten her, welche einen um den andern der gewichtigeren Bauern zum Feste abholen. Wird aber mehr denn einmal auf dem Wege still gehalten, einander zugetrunken und zugejodelt und die ganze Fluth hergebrachter Späße losgelassen, die so gang und gäbe sind, und nach jedem Toast muß die Musik einfallen mit einem Tusch, der kostet allemal einen halben Gulden, aber des Peter's Vater, der reichste und jovialste Mann im Dorfe, wird nicht müde, Hochs auszubringen und sein Sohn steht nahebei und brüstet sich gewaltig über des Alten großartige Gesinnung. Erst nachdem alle die schweren Leute dahergeholt sind und Platz genommen haben bei ihrer Gesippschaft, kann der Tanz endlich gegen Sonnenuntergang seinen Anfang nehmen.

Die erste Stunde gehört den Kindern. Wol tritt auch da und dort ein städtisch Paar zum Tanze an, verzagt aber bald auf dem lehmigen Boden, der nicht geeignet ist für zierliche Schwenkungen und langhinflatternde Schleppen, sondern für des Bauers gewichtiges Zutreten. Aber je spöttischer die Stadtgäste die Nase rümpfen, desto freudiger fliegt die Jugend dahin, so lange ihr unbestritten Recht währt. Stolz bringt manch halbwüchsiger Junge sein erkoren Schätzl daher und weiß, schnalzige Juchzer loslassend, die flinke Dirne in verfänglicher Höhe um und um zu drehen, daß die Mädel aufkirren vor Lust und Befriedigung.

denkt, als Vertheidiger der Türkei gegen Rußland aufzutreten. Graf Andrassy ist bis jetzt stets der Repräsentant und eifrige Vertheidiger dieser Politik der Selbsterhaltung gewesen. Ohne irgend welche Sympathie für Rußland zu hegen, hat er es indessen richtig erkannt, daß die Ereignisse des deutsch-französischen Krieges und das enge Bündniß, welches in Folge derselben zwischen dem Berliner und dem Petersburger Hofe sich gebildet, Oesterreich-Ungarn in die Nothwendigkeit versetzt haben, sich den beiden benachbarten Staaten anzuschließen und sich von Allem fernzuhalten, was das Mißvergnügen einer der beiden erregen könnte. Dieser Politik ist der erste Minister Oesterreich-Ungarns bis in die letzte Zeit treu geblieben und dieselbe hat namentlich in den letzten Tagen über die unermüdlichen Intriguen des Grafen Beust und die Machinationen der magyarischen Slavophoben den Sieg davongetragen. Oesterreich-Ungarn bleibt dem Drei-Kaiser-Bunde treu und Rußland freundschaftlich gewogen nicht deßhalb, weil es zu einer solchen Handlungsweise durch die Gerechtigkeit der Sache, welche Rußland auf sich genommen, getrieben wird, sondern weil dies vortheilhafter im gegenwärtigen Augenblick ist, als eine „Abenteuer-Politik", von der sich ferngehalten zu haben, die „Daily News" den österreichischen Kaiser preist.

Unsere Ansicht von den letzten Berathungen der österreichisch-ungarischen Minister ist eben auf der Congruenz dieser Allen bekannten Thatsachen begründet. Dieselben ignoriren zu wollen und über die Gefahr zu schreien, mit der uns angeblich die theilweise, noch nicht einmal effectuirte, sondern nur im Princip beschlossene Mobilisirung der österreichischen Truppen, welche auch gar nicht erfolgen kann, bedrohen soll — heißt entweder grobe Unwissenheit in der Politik oder den Wunsch an den Tag legen, den schlimmen Leidenschaften zu fröhnen, welche stets den politischen Ansichten eines gewissen Theils der „intelligenten rohen Masse" zu Grunde liegen, die sich nur deßhalb mit besonderm Scharfsinn begabt glaubt, weil ihr die Intriguen des Grafen Andrassy oder des Fürsten Bismarck womöglich in den Ereignissen der Argentinischen Republik oder auf den Sandwichs-Inseln vor Augen schweben. Ein ehrenhaftes Organ der Presse wird sich um die Sympathien derartiger Anschauungen nicht bewerben."

Telegramme der „Presse".

Prag, 9. August. Dem „Tagblatt" wurde aus Wien gemeldet, das Ministerium des Innern habe ein Circular erlassen, alle anläßlich des russisch-türkischen Krieges beabsichtigten Demonstrationen strenge zu inhibiren. Auch Tisza werde kräftig eingreifen.

Lemberg, 9. August. In der heutigen Landtagssitzung begründete Grocholski den von [illegible] Abgeordneten unterfertigten Dringlichkeitsantrag auf Beschließung einer Adresse an Se. Majestät den Kaiser und auf Wahl einer Adreß-Commission von sieben Mitgliedern. Er hob hervor, daß ein derartiger Act der Loyalität diesmal mit Rücksicht auf die auswärtigen Wirren, welche eine für Reich und Land nicht zu unterschätzende Gefahr bergen, gebotener und angemessener als je sei. — Ein vom Abgeordneten Hausner eingebrachter Antrag auf Abänderung der Landesordnung bezweckt die Vermehrung der städtischen Abgeordneten um dreizehn. Die Majorität beabsichtigt die beanstandeten Wahlen einiger Ruthenen zu annulliren.

Lemberg, 9. August. Die Polizei nahm heute bei ungefähr vierzig Personen, von denen viele verhaftet wurden, Hausdurchsuchungen vor. Nach Mittheilungen polnischer Blätter handelt es sich um die Anwerbung polnischer Jünglinge zum Kampfe gegen Rußland. Man findet es auch bemerkenswerth, daß der Statthalter der hiesigen Stadtcapelle, welche sich gestern Abends vor seinem Palais producirte, den Vortrag nationaler Weisen untersagte.

Krakau 9. August. Heute wurden mehrere nach Amerika auswandernde Bauernfamilien aus dem Tarnower Kreise seitens der Polizei wegen Subsistenzmangels in die Heimat zurückgeschickt.

Jassyer Berichte melden, daß täglich bedeutende Transporte von Brückenmaterial, Proviant und Munition aus Bessarabien nach Rumänien verführt werden.

Telegramme des Correspondenz-Bureau.

Lemberg, 9. August. Der Landtag ist heute mit der Verificirung der Wahlen beschäftigt. Im Saale circulirt ein Dringlichkeitsantrag Grocholski's, der Landtag möge eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser beschließen und deren Redaction einer besondern Commission zuweisen. Der Antrag ist mit zahlreichen Unterschriften versehen und soll noch heute durch Grocholski ohne Motivirung eingebracht werden.

Dresden, 9. August. Das „Dredener Journal" meldet, daß das Auftreten des Coloradokäfers auf einem Kartoffelfelde bei Schildau (Kreis Torgau) in der Nähe der sächsischen Grenze gestern amtlich constatirt wurde. Diesseits wurden sofort alle Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Moskau, 9. August. In der heutigen Verhandlung entschied das hiesige Obergericht, daß das Urtheil gegen Stroußberg sowol persönlich, wie vermögensrechtlich sofort zu vollstrecken sei.

Telegramme vom Kriegsschauplatze.

Simniza, 8. August. (Von unserm Special-Berichterstatter.) Von einer Uebersiedlung des kaiserlichen Hauptquartiers nach Frateschti ist keine Rede. Dasselbe bleibt in Bulgarien. Vermuthlich ist das Gerücht dadurch entstanden, daß unbrauchbare Wagen aus Bulgarien nach Frateschti vor einigen Wochen zurückgesendet wurden. Das mag Correspondenten, die sonst in Bukarest ihr Hauptquartier aufgeschlagen haben, aufgefallen sein. — Von General Gurko sind Nachrichten eingetroffen, daß er die Balkanpässe wohl befestigt habe und besetzt halte.

Konstantinopel, 8. August, Mittags. Der gestrige Kampf bei Lowtscha dauerte neun Stunden. Lowtscha war von vier Bataillonen Infanterie und vier Escadronen Cavallerie angegriffen. Die Russen wurden vollständig geschlagen und zurückgeworfen.

Ein Telegramm Mehmed Ali Paschas aus Schumla vom Gestrigen signalisirt ein den Türken günstiges Gefecht bei Ahaslar.

Der Gouverneur von Bosnien telegraphirt unter dem 7. August, daß die Insurgenten unter dem Commando Despotovics' vollständig geschlagen wurden. Die Gebiete von Bihacs und Banjaluka werden demnächst von den Insurgenten befreit sein. Die Montenegriner, welche einen neuerlichen Angriff auf Kolaschin machten, wurden zurückgeworfen.

Konstantinopel, 9. August, Abends. Die „Agence Havas" verzeichnet das Gerücht, daß die Russen bei einem neuerlichen Angriffe auf Plewna zurückgeschlagen worden seien. Man erwartet nächstens eine Schlacht bei Rasgrad.

Die Russen sollen blos in Schipka und Khaiu-Boughaz die nothwendigen Truppen zurückgelassen haben, um diese Balkan-Uebergänge zu bewachen.

Konstantinopel, 9. August. (Telegr. d. „Presse".) Der hiesige persische Gesandte, General Mochsin Khan, theilte der Pforte mit, daß die Zusammenziehung von persischen Truppen bei Mohamera, unweit Bagdad, nur zu dem Zwecke geschehe, um mit denselben einige Manöver vornehmen zu lassen und daß seine Regierung noch immer die freundschaftlichsten Gefühle für die Dynastie Osman empfinde. Eine ähnliche Erklärung wurde in Teheran dem dortigen türkischen Gesandten, Haïdar Effendi, gemacht.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen.

Paris, 9. August. Die heute Vormittags versammelten Minister beschlossen, daß der Marschall-Präsident zunächst Caen und Cherbourg besuchen solle.

Amtsblatt vom 9. August.

Erledigungen. Concipistenstelle, binnen 4 Wochen bei der General-Direction der Tabakregie in Wien; — Secretärsstelle binnen 4 Wochen bei der General-Direction der Tabakregie in Wien; — Lehrerstelle für deutsche Sprache und Pädagogik an der Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt in Laibach, bis 22. August beim Landesschulrathe in Laibach; — Supplentenstelle für Geographie und Geschichte an der Staats-Ober-Realschule in Teschen, bis Ende August bei der Direction daselbst; — Lehrerstelle in Preßbaum, bis 28. August beim Ortsschulrathe daselbst; — J. C. Löwenfeld'sche Stiftung für arme würdige Fuhrleute, bis 15. September beim Magistrate in Wien; — Lehrerstellen in Penzing, bis 6. September beim Ortsschulrathe daselbst.

Convocation. Nach Nikolaus Buday, Portier in Wien, † am 4. April 1876, binnen einem Jahre beim Bezirksgerichte der innern Stadt Wien.

Aus dem Militär-Verordnungsblatte.

Se. Majestät der Kaiser und König hat ernannt: In der Infanterie zu Lieutenanten: Jaromir Janota, beim I.-R. Nr. 70; Ferdinand Kappel und Johann Müller, Beide beim I.-R. Nr. 64; Milos Matinga, beim I.-R. Nr. 44; Gustav Ebner, beim I.-R. Nr. 31; Boleslaus S[illegible]lewski beim I.-R. Nr. 63; Emerich [illegible], des I.-R. Nr. 16; Stephan [illegible], beim I.-R. Nr. [illegible]; Franz [illegible], des I.-R. Nr. 3; [illegible] Keres, beim I.-R. Nr. [illegible]; Emil Weselsky, beim I.-R. Nr. 10; [illegible], beim I.-R. Nr. 31; Joseph Sandbichler, beim I.-R. Nr. 64; Johann [illegible], des I.-R. Nr. 29; Gustav Hünel und Anton Gaßner, Beide beim I.-R. Nr. 47.

In der Jägertruppe: Johann Koch, des 3. F.-J. B.; Gottfried Vitorelli, des Tir.-J.-R.

In der Cavallerie: Hugo Brany, des D.-R. Nr. 1 und Ludwig v. Kürthy, des U.-R. Nr. 4; Felix Mittelmann, beim H.-R. Nr. 2; Josef Grafen Wallis, beim H.-R. Nr. 11; Victor Finger, beim D.-R. Nr. 6; Justin Fritsch,

---

Nur zwei Augenpaare schauen betrübsam in das immer dichter schwellende Getriebe toller Freude. Das eine gehört der hochbusigen Magd vom Schlosse, die vergeblich Umschau hält nach dem stattlichen Jägersmann, der ihr gestern so zärtlich den ersten Tanz versprochen, als sie ihm gefolgt in die Einsamkeit der dunkelsten Waldesrede — — — und das zweite ist das der kleinen, der schuldbeladenen Annerl!

Versteckt stand sie zuhinterst beim Podium der Musikanten, und das Herz wollt ihr zerspringen vor Gram und Eifersucht. Denn ihr Peter, derselbige Peter, der nur für sie Augen hatte im heimlichen Tannengrün, für den sie Alles vollbrachte, ihm ein Lächeln abzugewinnen, um dessentwillen sie nun sogar zur Diebin geworden, der scharmirte mit einer Andern, so eindringlich, um der häßlichen, geputzten Dirne Gunst sich mühend, wie er es der hingebenden, dienstbeflissenen Annerl gegenüber gar nie der Mühe werth gehalten. Und das Ende von all dem Gethu und Gehabe war, daß er das widrige, stolzgeblähte Mädl hinauszog zum Lebkuchenstand und ihr ein Herz, das größte der rothüberzuckerten Herzen, verehrte, und es der sich zierenden Person förmlich aufdrang, dasselbige Herz, das er in schnödem Meineid seiner aufopferungsfreudigen Gespielin mit Wort und Handschlag zugesagt.

Aber noch mehr des Jammers ward ihr bestimmt. Denn des Peter Erkorene schien der bedeutungsvollen Gabe gar nicht sonderlich zu achten, sonst hätte sie wol nicht so ganz ohne Scheu gleich hineingebissen und ein paar gewaltige Brocken verzehrt davon. Mundete ihr aber bald nimmer und da sie gerade wieder an der Annerl vorüberstreifte, die nicht mehr daran dachte, sich den Blicken des schwarzen Verräthers zu entziehen, da hielt ihr das Mädchen den verstümmelten Herzensrest hin und sagte gutmüthig:

„Da iß, Annerl, weiß, daß Dichs alleweil hungert. Ich estimir so was nicht, wir haben selbst heut drei Gugelhupf backen."

Das war zu viel! Wie Hohnlachen der Hölle klangen dem armen Kinde der Andern Worte. Sie nimmt den Pfefferkuchen, und zornig ausholend, schleudert sie denselben der verhaßten Nebenbuhlerin nach, die schon wieder an des Peter's Seite daherstolzirt. Allein das Mißgeschick will, daß das verstümmelte Herz statt an den Kopf der Spenderin an des gräflichen Stubenmädchens Nase fliegt, die soeben auch ihren ungetreuen Jäger ausgespäht, welcher, ihrer nicht achtend, zwischen zwei hübschen Försterstöchtern saß, denen er flott zutrank.

Das gab nun ein gewaltiges Gezeter der zwiefach empörten Schönen und die arme Annerl mußte nebst der eigenen Unthat des Jägers Treulosigkeit mit entgelten. Hatte auch sofort die Dirne in ihr erkannt, die ihr gestern verdächtig erschienen, und mit einem zweiten Blick das feine Gewebe an den Beinen des kleinen Mädchens entdeckt.

Laut schmähend stand sie da und rollte die erzürnten Augen und der hochaufgestapelte Busen hob und senkte sich rachesüchtig, es war der bösen Person eben recht, an einem hilflosen Geschöpfe ihre Galle zu kühlen. Sie pu̲ffte und stieß die Kleine vor sich her und wollten sich gleich einige der Leute zu ihren Gunsten einmischen — denn sie hatten sie alle lieb das putzige Ding mit dem stumpfen Blatternäschen und mochten des Grafen hochmüthig Dienervolk nicht leiden — so mußten selbst die Gutmüthigsten zugeben, daß man die Annerl noch nie gesehen hatte in Schuh und Strümpfen und wo sollte sie all' die Herrlichkeit urplötzlich herhaben? Wenn sie auch schluchzend betheuerte, die Stiefelchen seien ein Geschenk des Fräuleins, so erklärte die erboste Magd auch diese Behauptung für eine freche Lüge und zog endlich die arme Kleine fort, ihr vor die Bäuerin zu folgen, die dem Grafen Ersatz bieten sollte für den Schaden, den ihr Dienstvolk angerichtet.

Da, als sie schon um die Ecke bogen, und die arme Sünderin schier zusammenbrach unter dem Schimpf, so dahergeschleppt zu werden vor des Peter's Mutter, da ersah sie ihren rettenden Engel in der Gestalt des schönen, kranken Fräuleins, das, auf die Schulter der Tante gelehnt, vor dem Hause saß. — Mit einem Aufschrei, der wie Hoffnung klang, riß sich das gequälte Kind los, aus den Händen ihrer Peinigerin, und ihrer gütigen Freundin Knie umklammernd, hauchte sie, den Kopf in deren Gewand gedrückt, mit ersterbender Stimme:

„Retten Sie mich vor der Schmach und Schande, sagen Sie, daß ich auch die Strümpfe von Ihnen habe, und nie, nie wieder will ich stehlen—"

Die bleiche, junge Dame verstand mit einem Blick auf die schnaubende Magd und das bebende Kind die ganze Tragik der halb lächerlichen Situation. Stand sie gleich schon mit einem Fuße im Grabe und war sich dessen klar bewußt, so scheute sie es doch keinen Augenblick, ihre letzten Stunden mit einer Lüge zu belasten. Mit würdevoller Anmuth erhob sie sich, und ihre durchsichtige Hand auf des Kindes Haupt gedrückt, kam die erste Unwahrheit über ihre Lippen, die sich bald schließen sollten für ewig.

„Lassen Sie das Kind in Ruhe; sie hat Beides, Schuhe und Strümpfe, von mir bekommen."

Dieser Erklärung gegenüber mußte freilich jedwede Anklage verstummen, denn das Fräulein stand in gewalgem Ansehen, selbst bei des Grafen Familie. Nur die Tante, die der Annerl nicht sonderlich hold war, wollte etwas einwenden, ward aber durch einen Druck der Hand ihrer Nichte zur Ruhe gewiesen und die tückische Magd trollte sich leise maulend davon. — — —

Aber nicht umsonst mochte das humane Fräulein ihr Gewissen mit dieser wohlgemeinten Lüge belastet haben. Sie wollte, daß die Annerl wirklich zum ersten- und letztenmale in ihrem Leben gestohlen habe und bestimmte die Tante, die eigentlich keine gar zu böse Frau war und für ihre kranke Nichte durchs Feuer gegangen wäre, das Kind nach der Stadt mitzunehmen und sie dort was Tüchtiges lernen zu lassen, aber beileibe nicht lateinisch und griechisch, obgleich die Annerl mit ihrem Kreuzköpfchen auch wol daran nicht zugrunde gegangen wäre, wie ihre arme, schwachorganisirte Retterin.

Anfangs da sah sie wol ein Bischen trübselig darein, als es fortging von Wald und Au und dahin war der Jugend sonnige Freiheit, aber war ihr doch wieder recht, daß sie dem Peter nicht mehr begegnen mußte, von dem sie nun nichts mehr hören mochte, seit er an ihr wortbrüchig geworden und es mit einer andern Dirne halte. Und als sie herangewachsen und gar schlank und flink geworden und das kleine Stumpfnäschen mit den kaum mehr sichtbaren Blatternarben noch immer so eigenthümlich unternehmend unter den blitzenden Aeuglein zu rümpfen wußte, da wird sich wol auch in der Stadt ein dummer Junge gefunden haben, dem sie es darbringen darf, all das überschüssige Feuer eines voll närrischer Kraft und muthiger Schwäche übermäßig hingebenden Herzens. — —

L. L.

Nr. 184. Kraków, 15 Sierpnia — Środa. Rok 1877.

Czas wychodzi codziennie, wyjąwszy niedziele i dnie świąteczne.
Oddzielne Nra *Czasu*, o ile zapas starczy, w Krakowie po 10 c., z przesyłką pocztową 12 c.

Prenumerata wynosi:

	na cały rok	na kwartał	na 1 miesiąc
Pocztą w Państwie Austryackiem	24 złr.	6 złr.	2 złr. 50 c.
„ do Włoch, Francyi, Anglii, Belgii, Szwajcaryi i Turcyi	32 złr.	8 złr.	3 złr.

Prenumerata przyjmuje się tylko od 1go do ostatniego dnia w miesiącu. — **Listy** z pieniędzmi i *przekazy* pieniężne na prenumeratę i ogłoszenia (inseraty) uprasza się nadsyłać *franco* do Administracyi *Czasu* w Krakowie. — *Listy reklamacyjne niezapieczętowane* niepodlegają opłacie pocztowej. — *Listów niefrankowanych* nie przyjmuje się. — **Rękopisma** nadsyłane Redakcyi niezwracają się, lecz bywają niszczone.

CZAS

Prenumeratę przyjmują:

W Krakowie: Administracya „CZASU“ tudzież urzędy pocztowe. Miejscową prenumeratę księgarnia S. A. Krzyżanowskiego, handel W. Kotajnego. **Ogłoszenia** (inseraty) przyjmują się za opłatą od miejsca wiersza drukiem drobnym (petitowym), za pierwszy raz 10, za każdy następny raz po 5 c. **Nadesłane** (na 3 stronnicy dziennika) od miejsca wiersza drukiem drobnym po 30 c. za każdy raz. **Dołączenia do „Czasu“** (prospekta, cyrkularze, ogłoszenia itp.) przyjmują się za cenę 1 złr. od 100 egzempl. dla zamiejscowych, a 50 c. od 100 egz. dla miejscowych prenumeratorów. Przypadającą należytość uprasza się **naprzód** nadesłać przekazem pocztowym. **Ogłoszenia i prenumeratę** przyjmują: **w Paryżu** wyłącznie p. Adam, Carrefour de la Croix Rouge 2, (prenumeratę p. W. Raczkowski, Faubourg Poissonière 33); **w Wiedniu** pp. Haasenstein & Vogler (także w Hamburgu, Frankfurcie n. M., Berlinie, Lipsku, Bazylei i Wrocławiu), A. Oppelik, Stubenbastei Nr. 2 (także w Pradze), R. Mosse (także w Berlinie, Hamburgu, Monachium i Norymberdze), G. L. Daube & Comp. (także w Frankfurcie n. M.) Rotter & Comp.

Kraków 14 sierpnia.

O ważności chwili i wielkiej odpowiedzialności, jaka dziś ciąży na sejmie, przekonywa nas także zajęcie, z jakiem dzienniki obce, zwłaszcza zaś wiedeńskie, zajmują się ocenieniem postawy naszego sejmu. Odmienne odzywają się tam głosy, ale czy natchnione życzliwością, czy uprzedzeniem i jawną niechęcią, wszystkie świadczą, że chwila obecna stanowi kamień próbierczy dla naszej dojrzałości i rozumu politycznego, że w niej ważyć się mogą losy kraju a kto wie, czy nie sprawy naszej przyszłości.

Przytoczyliśmy wczoraj w przeglądzie zdanie organu czerpiącego natchnienie ze sfer dworskich, a raczej starającego się zawsze wyrażać uczucia i zapatrywania osobiste najwyższej w monarchii powagi; dla tego też zdanie i rady *Fremdenblattu* mają dla nas tak wielkie znaczenie. Odzywając się do Monarchy, którego osobisty wpływ w sprawach wewnętrznej polityki zawsze przeważał szalę na korzyść naszego kraju, lub przynajmniej osłaniał nas od nieprzyjaźnych zamiarów w gabinetach lub parlamentach, winniśmy baczyć, aby słowa nasze znalazły przychylny oddźwięk, i miasto zapewnienia silniejszego jeszcze poparcia korony, nieosłabiły tej ufności, jaką kraj nasz zaskarbić sobie zdołał. Organ dworski nie wypowiada groźby, ale ostrzeżenie przed przeciwnemi nam wpływami w systemie rządowym i konstytucyjnym, kiedy podnosząc fakt, że sejm lwowski ma dziś wyłącznie polski charakter, spodziewa się, że nie wystawi go na szwank przez wystąpienia idące za daleko i niewczesne uroszczenia. Wskazówkę zaś tej miary, jakiej trzymać się powinien sejm, jeśli głos jego ma być skutecznym, naznacza, powołując się na mowę tego dobrego patryoty, który stoi na czele sejmu.

Obok tych rad *Fremdneblattu*, *Presse* znów biorąca natchnienie w sferach rządowych, nie szczędząc pochwał dla mowy hr. Wodzickiego, wyraża ciągłe obawy, aby adres sejmowy nie przeszedł właściwej granicy. Nie obojętnem i to ostrzeżenie, bo lubo nie łudzimy się co do sympatyi obecnego gabinetu dla kraju i narodowości naszej, przyznać jednak musimy, że nie był on nigdy, jak niektóre z dawniejszych gabinetów, wprost nam nieprzyjaznym. Wzrost konstytucyjnej centralizacyi nie obywał się wprawdzie bez naruszeń praw krajowych, ale nie bywały one wymierzone wyłącznie przeciw Galicyi i polskości, lecz następstwem ogólnego systemu. Tak w stosunku sejmu do rządu, jak w stanowisku delegacyi naszej w Radzie państwa wobec gabinetu nie było antagonizmu, ale raczej, że się tak wyrazimy, obopólny indyferentyzm. Rząd nie kierował się wobec uchwał sejmu dawnem uprzedzeniem, ale poddawał je sankcyi najwyższej, lub dla ominięcia trudności z kompetencyi konstytucyjnej wypływających, podejmował je sam i przeprowadzał w Radzie państwa. Delegacya też galicyjska nie stawała w opozycyi *quand même* do gabinetu, bo z innym przyszło jej walczyć przeciwnikiem, z większością centralistyczno-liberalną, która wywierała nacisk na rząd w kierunku nam nieprzyjaznym. Ten stosunek rządu do kraju i narodowości naszej, który dopuścił, że za poparciem Monarchy trzech mężów z grona reprezentacyi krajowej zajęło trzy kierownicze i pośredniczące posterunki, znajdzie prawdopodobnie znów wyraz w adresie. Nie będzie on zapewne aktem opozycyjnym przeciw gabinetowi, ale również nie może pominąć tego, co w obecnym systemie jest przeciwnem interesowi naszego kraju.

Lecz nie tu leży główna trudność i niebezpieczeństwo adresu sejmowego, a ostrzeżenia *Fremdenblattu* i *Pressy* odnoszą się do kwestyj innej natury, których poruszenie mogłoby zwichnąć stosunek kraju do Monarchy i gabinetu a sejmu do polityki wewnętrznej i zewnętrznej państwa.

Najzawziętszym naszym przeciwnikiem w monarchii jest stronnictwo, którego organem *N. fr. Presse*. Dziennik ten na chwilę nie zaniechał swej nienawistnej polemiki i ciągłych zaczepek wszystkiego co polskie; oskarżenia dawne zamienił teraz na lament, że hegemonia polska w sejmie galicyjskim górą. Przez dziwną jednak sprzeczność, organ ten, który zawsze prowadził politykę rosyjską w Galicyi, bo za jedynego sprzymierzeńca obok Szomer Izraela uznawał zawsze stronnictwo Śgo Jura, teraz prowokuje ustawicznie sejm nasz do wystąpienia przeciw Rosyi i rozwinięcia w adresie sztandaru z półksiężycem. Z dziwnym cynizmem organ ten przyznaje, że w Galicyi pragnie ukrócenia elementu polskiego, trzymania go na wodzy w sejmie przez chłopów, żydów i święto jurców, a równocześnie ową klerykalno-feudalną szlachtę, którą ciągle znieważa, zachęca i popycha do wielkiej polityki i manifestacyi w kierunku, któryby prędzej jej przewagę zniweczył. Rada taka z podobnego źródła jest także wymownem ostrzeżeniem.

Głosy te sprzeczne dowodzą, jaką wagę będzie miało każde słowo w adresie galicyjskim, dla tego właśnie, że sejm jest polskim i jak groźne lub błogie wywołać ono może następstwa. Jedno słowo często przeważa szalę na tę lub ową stronę w podobnych aktach, które stanowią jakoby punkt rozstajny i wytyczny w polityce narodowej.

Przypomnijmy sobie chwilę podobną do obecnej *mutatis mutandis*, kiedy w Królestwie Polskiem adres do Cesarza Aleksandra II miał się stać programem kraju i pierwszym krokiem na drodze dorobku narodowego lub ruchu wiodącego do zatraty. Dwa tam istniały projekta adresu, jeden ręką męża stanu skreślony, który domagał się tylko autononmicznych swobód, a drugi, który poruszał całą sprawę polską żądając przyłączenia krajów zabranych. Polityka uczucia i fantazyi przeważyła nad rozumem stanu; jakie tego kroku były następstwa, wszystkim aż nadto pamiętne.

Podobna zachodzi dziś różnica pomiędzy adresem, którenby mając charakter narodowy polski, zamykał się w obrębie spraw krajowych, a tym, któryby chciał podnieść całą sprawę polską, lub rozstrzygać europejskie stosunki i zapasy. Niewczesne i zgubne nasze porywy, co naród w coraz głębszą wpychały przepaść, nie zaczynały się od czynów, ale od słów, które w uroczystych i stanowczych przychodziło nam wypowiedzieć chwilach, a które wypowiadaliśmy nieoglądając się na ich doniosłość i nieliczące się z położeniem ogólnem. Położenie to w ostatnich dniach uległo skutkiem zjazdu w Ischl nader niekorzystnej zmianie dla wszelkiej kombinacyi, jaką uczucia nasze i dążenia w adresie wskazywaćby mogły. Klęski Rosyan za Bałkanem przyczyniły się tylko do serdeczniejszego jeszcze pośrednictwa Cesarza Wilhelma w celu wzmocnienia trójcesarskiego związku. Czy w takiej chwili godzi nam się zapuszczać w promblemata polityki europejskiej i wbrew wszelkim ostrzeżeniom rzucać to słowo, które tkwi na dnie serc naszych, ale którego wypowiedzenie byłoby tylko środkiem silniejszego jeszcze zespolenia troistego związku i obrócenia go przeciw nam?

Czy przez to już sprawa polska będzie pogrzebaną? Bynajmniej; ale też okoliczności, któreby poruszeniu jej na wielkiej arenie europejskiej sprzyjać mogły, nie dojrzały. Czyż jednak mamy się powodować choćby najszlachetniejszemi uczuciami, dla tego, aby nas nie posądzono o zaparzanie się i wiarołomstwo? Chyba miłość własna i duma obrażona mogłyby usłuchać takiego nawoływania; rozum i głębokie przekonanie o tem, co nam powinność i miłość ojczyzny nakazują, jedyną tylko stanowić powinny skazówkę postępowania. Adres sejmowy będzie tego dowodem.

KORESPONDENCYA „CZASU“

Lwów 13 sierpnia.

(s) Kilkudniowa przerwa w obradach sejmowych posłuży komisyom do rozpoczęcia swobodnie prac nad oddanemi im przedmiotami. Głoszą, że adres postawiony będzie na porządku dziennym najbliższego posiedzenia, a tym sposobem rozprawy adresowe nie zajęłyby wiele czasu, gdyż na początku Sejm nie mając gotowych przedłożeń komisyjnych, nie może załatwiać spraw administracyjnych.

Onegdaj odbyła się u Marszałka narada przewodniczących komisyj wszystkich, na której postanowiono tok czynności sejmowych odpowiednio do szczupło zakreślonego czasu.

To, co tutejsze dzienniki piszą o usposobieniu członków Sejmu pod względem treści adresu, położyć należy na karb domysłów lub życzeń, gdyż, jak rzeczy dotąd stoją, jeszcze o tem nic stanowczego orzec nie można. Zawiązuje się klub posłów z tendencyą postępowej reformy, którego przewodniczącym ma być Dr Czerkawski.

Wybór członków Wydziału krajowego odbyć się ma w piątek.

Według zgodnych doniesień tutejszych dzienników prezydyum Namiestnictwa pociąga do odpowiedzialności burmistrzów tych wszystkich miast, które wysłały telegramy na lwowskie zgromadzenie ludowe. Starszy komisarz policyi p. Grossmann, który nie przeszkodził w porę temu zgromadzeniu, został zawieszony w urzędzie. Surowe te środki mogą się nie podobać, ale są konsekwencyą wydanego zakazu.

Rewizye i aresztowania nie powtórzyły się. Są jednak osoby, które pewne rozdrażnienie u ludności potęgować usiłują, rozszerzając pogłoski, że Namiestnik zakazał grywać pieśni narodowych i t. p. Pogłoski te oczywiście są fałszywe, gdyż i muzyki wojskowe jeszcze wczoraj i przedwczoraj grały w ogrodach pieśni norodowe, lubo dzienniki tutejsze pisały, że zakaz taki wyszedł.

Na placu wystawy rolniczo-przemysłowej budowle są w pełnym toku. Główny budynek znacznie rozszerzają, przystawiając dwa pawilony; pawilon balneologiczny, naftowy, hr. Alfreda Potockiego i ludwisarza Mozera już stoją, pawilon ks. Sapiehy, traktyernia i cukiernia na ukończeniu. Wielu kiosków i pawilonów wcale jeszcze nie rozpoczęto; trawniki już założone, a cysterna z wodotryskiem każdej chwili może być puszczona w ruch. Przedmioty zapowiedziane poczynają przybywać coraz liczniej, aby zaś uniknąć natłoku na placu wystawy wstęp tylko za biletami jest wolny.

Poczdam 10 sierpnia.

Ks. Bismark nie zapomina na chwilę o sprawie przyszłego *conclave* na wypadek śmierci Piusa IX. Umysł jego ciągle zajmuje się tą ewentualnością. W r. 1872 wyobraził sobie na chwilę, że zdoła doprowadzić Kościół katolicki do szybkiego rozkładu, fałszując jego doktrynę i konstytucyę i że utworzy w Niemczech Kościół narodowy, czyli państwowy podległy zwierzchnictwu Cesarza i kanclerza. Odtąd porzucił te plany niedające się przeprowadzić, lecz jest niemniej pewnem, że trwa dalej w polityce *Kulturkampfu* i pragnie go posuwać naprzód w widokach wrogich Kościołowi. Nieopuści tego sztandaru walki religijnej, najpierw dla tego, że jest zbyt dumnym, aby przyznać, że poniósł przegraną, a potem dlatego, że pragnie się pomścić, pragnie się pomścić na Papieżu, kardynałach, biskupach i całem duchowieństwie, za to, że odważyli się stawić jego potędze czoło i wstrzymać powodzenie tej polityki, która dotąd na każdem polu odnosiła tylko zwycięstwa. Lecz, aby mógł dojść do tego celu, potrzebuje ks. Bismark pomocy rządu włoskiego. Zrozumiał on od dawna, że aby zgnieść Kościół katolicki w Niemczech trzeba uderzyć na niego w Rzymie. W tej jednej tylko nienawiści, która go oślepia i czyni poniekąd obojętnym na inne sprawy, kanclerz stara się wszelkiemi sposobami ująć dla swojej polityki Wiktora Emanuela i jego ministrow. Stara się przedewszystkiem przekonywać rząd włoski, że chwila wyboru nowego Papieża byłaby najwłaściwszą, aby raz zakończyć z tym Kościołem, który wszechwładzy państwa zawadza i bardziej jeszcze Włochom niż Niemcom stoi na przeszkodzie. Używa w tym celu kanclerz wszelkich środków dyplomatycznych, gdy jedna sprężyna jakiej używa nie wywoła należytego skutku, pociska on inną. I tak ks. Bismark na posadę ambasadora w Rzymie wybrał swego najpewniejszego powiernika hr. Keudella, później wysłał marszałka Moltke dla wywarcia tem większego nacisku, świeżo powierzył specalną misyę p. Benningsenowi, prezesowi sejmu pruskiego, który wyjechał do Rzymu, aby wpływać na rząd włoski. Misya p. Benningsena nie powiodła się, co mocno niezadowolniło kanclerza. Z powrotem z Rzymu prezes sejmu pruskiego udał się do Warzynu, lecz zatrzymał się pół dnia w Berlinie i skarżył się, że nie odniósł zamierzonego skutku.

P. Benningsen nie jest dyplomatą z zawodu, lecz jest to zręczny pośrednik, zgoła dobre narzędzie w rękach ks. Bismarka. Kanclerz wynagrodził jego usługi i zdradę wobec króla hanowerskiego przez obrót sprawy kolei Hanower-Altenbeck. Akcye tej kolei, które nie miały żadnego kursu, zakupiło państwo w nominalnej wartości i złożyło w Spandau na fundusz inwalidów.

Trudno sobie wystawić lekceważenia i niechęci z jaką wszyscy mający styczność z wyższemi sferami rządowemi wyrażają się tutaj o Anglii. Kanclerz jest mocno rozdrażnionym na rząd angielski, który mu nie chce dopomagać w *Kulturkampfie* a w kwestyi wschodniej zupełnie przeciwne polityce niemieckiej zajmuje stanowisko. Najwymowniejszy to dowód, że istnieje porozumienie ścisłe między Rosyą a Niemcami, bo książę Bismark przedewszystkiem dba o to, aby zachód nie odgrywał żadnej samodzielnej w Europie roli. Zawadza mu też stanowisko Anglii i jednego nigdy nie dozwoli rząd berliński, aby miało nastąpić porozumienie między Anglią a Austryą.

Obrot wojny wschodniej odpowiada całkowicie widokom polityki ks. Bismarka, Wypadki tak się rozwijają, jak tego pragnął i przepowiadał. Urok polityczny i militarny Rosyi upada; alians rosyjski nie może już uwodzić nieprzyjaciół Niemiec, że Francya przed groźbą Niemiec nie będzie się uciekać pod skrzydła północnego kolosa. Jednym słowem niepowodzenia wojenne Rosyi zabezpieczają na długie lata Niemcy zarówno od zachodu, jak wschodu, od Francyi i Rosyi.

Tak rezonują tu przeciwnicy Rosyi, ci co wraz z ks. kanclerzem niewierzyli w długotrwałość przymierza rosyjsko-niemieckiego — dziś on zaś jest koniecznym dla Rosyi, a wygodnym dla Niemiec, odgrywających w trójcesarskim związku rolę protektora i rozjemcy. Potęga rosyjska niewypróbowana była hamulcem wstrzymującym Niemcy, jak się to stało w roku przeszłym. Zarówno Cesarz Wilhelm, jak ministrowie i jenerałowie niemieccy niebędą się troszczyli na przyszłość o aprobatę lub dezaprobatę gabinetu petersburskiego, gdyż armia, którą pobiły zdezorganizowane wojska tureckie, w żadnym wypadku niemoże być groźną dla armij niemieckich.

Pewien Rosyanin wysokiego stanowiska i mający stosunki w Petersburgu i Moskwie mówił mi dziś: „powracam z Petersburga i gubernij leżących nad Wołgą. W Petersbugu daje się słyszeć wszędzie jeden głos: biją nas i bić nas będą, tem lepiéj. Przegrana i niepowodzenie wojenne wyjdzie na korzyść kraju, bo w skutek nich zmieni się system, otrzymamy wreszcie administracyę, pod którą żyć będzie można swobodniéj, kiedy dziś warunki wewnętrzne są niemożliwe. Dochody państwa ulegają roztrwonieniu, ludzie zdolni są od wszystkiego odepchnięci, kamaryla żyje kosztem narodu. Mamy siły i zasoby bogactwa olbrzymie, a państwo jest w bankructwie, kraj w nędzy. Trzeba było, aby ten stan ustał. Jeśli będziemy całkowicie pobici, będzie to wstępem do odrodzenia. Przegrana kampania krymska już przyniosła nam wielkie korzyści, bo bez niéj nie byłoby uwłaszczenia. Następstwem obecnéj wojny będzie może nadanie nam rządu mniéj arbitralnego i mniéj podstępnego a rozumniejszego. *Zwycięstwo byłoby* wzmocniło despotyzm, który nas zabija.“

Rosyanin ten w końcu dodał, że w tym kierunku objawia się powszechnie opinja publiczna tylko w wyrazach bardziej szorstkich i gwałtownych. Usposobienie to tłomaczy, dla czego w Rosyi niepomyślne wiadomości z pola walki są przyjmowane stosunkowo obojętnie. Opinja, która tak gorączkowo popychała do wojny, dziś pragnie z niej tylko wewnętrznego zwycięztwa.

Opowiadano mi między innemi, ten charakterystyczny szczegół, że chłopi, trudniący się handlem w gubernii saratowskiej, narzekając na zły obrót interesów, dodają: „wszystkiemu temu winien Bismark“. Oczywiście politycznych spraw nie znają tylko wyrażają instynkt narodowej nienawiści do Niemców. Chłopi ci różnią się od tych czułych dam rosyjskich, które haftują kobierce w podarku dla kanclerza niemieckiego.

Adryanopol 2 sierpnia.

Pomimo, że w przybyciu Sulejmana baszy i jego korpusu ludność adryanopolska widziała gałązkę oliwną, zwiastującą koniec trwogi i popłochu, idąc jednak za mądrem przysłowiem „strzeżonego Pan Bóg strzeże“ nie zaprzestała wychodźtwa, i bądź tratwami na falach Marycy ku portowi Enos, bądź koleją do Carogrodu i Dedeagacz, bądź konno lub pieszo do Kodosto, Syliwryi, Heraklei itd. pospieszyła umieścić w bezpiecznych miejscach swoje rodziny i mienie. Ktoś słusznie się wyraził, że obecnie Adryanopol wygląda, jak góra Athos, a to ze względu, że nie widać na ulicach kobiet, a ludność pozostała składa się przeważnie z Greków, którzy ufają, że zastępy rosyjskie nie wyrządzą im krzywdy. Jest to pierwiastek bardzo podajny; ci Grecy dziś korzą czoło przed baszami, grożąc zaciśniętemi pięściami w stronę Dunaju, jutro z pochylonym karkiem ofiarować będą chleb i sól kozakom, na wyścigi denuncyjąc nieprzychylnych Rosyi mieszkańców: takiemi są ci, dla których tyle entuzyazmu rozniecił przed pół wiekiem sentymentalizm Byrona, a których dziś nam ukazał w ohydnéj nagości Edmund About.

Wczoraj rozeszła się tu wieść o zwycięstwie Osmana baszy pod Plewną, o cofaniu się jenerała Hurki przed Sulejmanem baszą; wiadomości te brzmią bardzo pomyślnie dla wojsk sułtańskich, lecz szczegółów jeszcze nie znamy; natomiast pewnem jest, że stacya kolei żelaznej w Jeni-Sagra zajętą była na pole bojowe, i uległa z bombardowaniu; przywiezieni dziś ztamtąd ranni Turcy przedstawiają obraz ohydnego okaleczenia, o którym sama moralność nie pozwala obszerniéj mówić.

Powszechnie z zdumieniem pytają się nawzajem wszyscy, kto dopuszcza się tych zbrodni, czy Rosyanie, czy w mundury poubierani Bułgary? Pozwolę sobie jednak postawić twierdzenie, o prawdziwości którego głęboko jestem przekonany: rządowi cesarza Aleksandra, tego „nieprzyjaciela krwi,“ za panowania którego więcéj jéj rozlano, niż za Iwana groźnego, zależy na wytworzeniu takich stosunków mię-

Część literacko-artystyczna.

Przejażdżka koleją Tarnowsko-Leluchowską

opisał

Henryk Müldner.

(Dokończenie).

Kto był w Żegiestowie przed kilku laty a obaczy go teraz, ten przyznać musi, że zakład zdrojowy coraz więcej na piękności zyskuje i ciągle się podnosi. Przybyło tu kilka nowych i obszernych domów, zbudowanych w guście szwajcarskim, obecnie są na miejscu dwie restauracye, w dalszym ciągu porobiono w lesie wiele nowych chodników do przechadzek, założono mały ogródek w rodzaju angielskiego *squaire*, kręgielnię, łazienki do kąpiel rzecznych a nader wzmacniających w Popradzie — jednem słowem trzeba oddać słuszność p. Medweczkiemu, że nie skąpiąc ani grosza, ani trudów i zachodów wszelkiego rodzaju stara się o ile możności gościom przebywającym tutaj pobyt uprzyjemnić. A nie trzeba zapominać, że co roku powtarzają się te same kłopoty i wydatki około naprawy zabudowań, dróg i t. p., gdyż każda zima nadpsuje to, około czego na wiosnę mozolnie pracowano. Mimo tego p. Medveczky z nastaniem każdej pory kąpielowej gorliwie się krząta i aczkolwiek nie rozporządza zbyt znacznym funduszem, jednak corocznie z dochodów obraca sporą sumę na upiększenie i ulepszenie zakładu.

Jeżelibyśmy mieli do wyboru, gdzie przebywać mamy porę kąpielową, w Krynicy, Szczawnicy lub Żegiestowie, to nieubliżając bynajmniej dwom starszym siostrzycom, wybralibyśmy bez wahania tego ostatniego, dotychczas dosyć w poniżeniu będącego, braciszka. Podczas, gdy wymienione dwa miejsca kąpielowe mają dziś zupełnie cechę większych zagranicznych zdrojowisk, gdzie goście więcej dla zabawy, tańców, strojów i t. p. aniżeli dla rzeczywistego leczenia przebywają, Żegiestów cichy i skromny, prawdziwie sielankowy, daje choremu przybywającemu na kuracyę niewymuszoną swobodę i przywraca mu zdrowie. W znacznej części przyczyniają się do tego ochronne od wiatrów położenie, balsamiczne powietrze w lasach i wyborna woda szczawiowa, która według rozbiorów chemicznych co do wartości leczniczej przewyższa wodę krynicką.

Aby, jak to mówią, przy jednym ogniu upiec odrazu dwie pieczenie, postanowiliśmy zwiedzić także choć pobieżnie Krynicę. Wyjechaliśmy więc z Żegiestowa obierając zamiast kolei wózek, gdyż zamiarem naszym było poznać dokładniej okolicę. Jazda koleją ma to złe do siebie, że wszystkie przedmioty w przelocie zaledwie widziane, bardzo słabe i niedokładne wyobrażenie zostawiają, zresztą widzieć można okolicę zazwyczaj tylko z jednej strony, jeżeli w wagonie więcej osób siedzi. Jadąc zaś na otwartym wózku i swobodnie rozglądając się dokoła mamy to przekonanie, że każdy zobaczony widok bez porównania dłużej i wyraźniej utkwi nam w pamięci.

Wspomnianą już przez nas śliczną drogą lesistą wiodącą jakby przez park, dojeżdżamy pod górę Kiczerę; ztąd zachwyconemu oku otwiera się przepyszny widok na całą długość doliny żegiestowskiej, tor kolejowy w lekkiem półkolu, wijący się i huczący w dole Poprad i wspaniałą polanę rozścieloną jak kobierzec na węgierskiej stronie. W oddaleniu widać także górzystą drogę prowadzącą do Sulina (po węgiersku pisze się Szulin a wymawia Sulin). Właśnie z przeciwnej strony od stacyi Żegiestowa nadjeżdżał pociąg — raptem rozległ się pod nami przeraźliwy gwizd lokomotywy, a za chwilę cały pociąg znikł w ciemnej jaskini tunelu. Drut telegraficzny poprowadzony jest nie przez tunel, lecz wprost pod górę, gdzie się też znajduje ścieżka dla pieszych celem ukrócenia drogi. Jadąc wozem, trzeba całą górę okrążyć, a zaledwie zjeżdżamy po drugiej stronie na dół, już nowy widok uderza nasze oczy. Ukazuje się nam znienacka szeroka panorama szczególniej że strony węgierskiej; podczas, gdy w Żegiestowie widok więcej zamknięty na lasy i góry, tutaj widzimy uprawne pola, łany pełne kołyszącego się zboża, rozrzucone po drodze wioski i dziwnie do tego tła odbijające ciemnozielone szpilkowe a jasnozielone liściaste lasy. Nasz wierny i nieodstępny przyjaciel Poprad, który na chwilę w lesie znikł nam z oczów, tutaj ukazuje się znowu w całej okazałości, gdyż poważnie i spokojnie rozlewa się szeroką strugą, tak, że w kilku miejscach równa się zupełnie naszej Wiśle. Za chwilę napotykamy także tor kolejowy, który wyszedłszy z tunelu, znów trzyma się wiernie boku swego towarzysza Popradu. Na samym wierzchołku Kiczery widnieje zdala godło zbawienia, prosty krzyż drewniany; wystawiony on został przez robotników zatrudnionych przy kolei na pamiątkę szczęśliwego przebicia tunelu, kiedy sobie z jednej i drugiej strony tunelu wzajemnie ręce podali.

Pierwsza wioska, z węgierskiej strony, którą spostrzegamy, jest Lipnik, gdzie istnieje huta szklanna, dalej następuje Starina, wreszcie Legnawa z omszałym od starości drewnianym kościołkiem ukrytym w cieniu drzew. Przed Legnawą w samotnem zaciszu leży na małym pagórku kaplica, której biało tynkowane ściany dziwnie pięknie odbijają od świeżej majowej zieloności lasów i pól i przeźroczystych nurtów Popradu. Po naszej stronie mamy wieś Jędrzejówkę czyli Andrzejówkę, z której jednak zaledwie tylko kończyny wieżyc cerkwi i kilka chałup widzimy, gdyż jedziemy dołem a cała wieś zbudowana na wyżynie. Mieszkańcy są Rusinami i wyznają obrządek grecko katolicki. Andrzejówka należała do dawnych dóbr muszyńskich i stanowiła własność biskupów krakowskich; założenie jej sięga roku 1352, w którymto roku Kazimierz W. nadał odnośny przywilej Matyaszowi Michałowi i jego potomkom.

Po drodze możemy podziwiać staranną budowę linii kolejowej. W niektórych miejscach, gdzie las zniża się ku Popradowi, zabezpieczony jest żelazną silną baryerą, której długość dochodzi nieraz do 2 kilometrów; brzegi i spadzistości doskonałe ubezpieczone kamiennemi tamami, a tam gdzie teren natrafił na techniczne trudności, rozsadzano skały, których groźno i dziko wyglądające złomy sterczą jeszcze nad torem, jakby mszcząc się za przerwany związek zwalić się chciały na jadący pociąg.

Skręcając koło gęstego lasu odwiecznych buków, spostrzegamy w niewielkiem oddaleniu wprost przed nami na stromym wyniosłym pagórku ostatnie szczątki zamku muszyńskiego a po za niemi błyszczy w słońcu dach kościoła w Muszynie, pokryty blachą. Położenie jest prześliczne: cztery kopce olbrzymie, prawie jednakowej wysokości, rozsiadły się rzędem obok siebie, a na ostatnim z nich stromo spadającym na dół ku Popradowi, znajdują się rozwaliny zamku. Z całego zamku pozostały dziś tylko resztki wieży i kawał muru, które jednak po tylu wiekach tak dumnie i imponująco wyglądają, jakby się natrząsały z dzisiejszego skarłowaciałego pokolenia...

Wedle podania, zamek ten wystawiła rodzina Berzeviczych, do dziś dnia istniejąca jeszcze w Węgrzech na Spiżu, gdzie pod Tatrami, których herb mają, posiada obszerną wieś Wielką i Małą Łomnicę; rok zbudowania niewiadomy. Drugie podanie mówi, że mieszkał tu dawnemi czasy zamożny pan węgierski Paloch (zapewne Palugyai czyli Paloczaj), który będąc już w pode-

dzy Bułgarami a Turkami, jakie zachodziły po rzezi w r. 1860 między Maronitami a Druzami, a które wyzwoliły górę Liban z pod wielkorządztwa baszów; wywołanie krwawéj walki między Turkami i Bułgarami jest artykułem w niewinnym programie rządu rosyjskiego, polepszenia bytu chrześcian; oddziałom kozackim towarzyszą garstki Bułgarów, przeznaczonych do spełniania „krwawego odwetu,“ pod zasłoną więc wojsk regularnych rosyjskich, nie w skutek gorączki bojowéj, ale jako wynik zimnego namysłu i systemu politycznego, odbywają się rzezie hańbiące nasze stólecie; i zapewne Rosya dosięgnie swego celu: nie będzie w Europie ani jednego człowieka, któryby uważał za rzecz możebną pozostawienie Bułgarów i Turków pod dawniejszym systemem rządowym, nawet gdyby Turcy zwyciężyli; lecz głos potępienia, dostając się do wszystkich, którzy nie mają w uszach bawełny na jęki pokonanych, gotuje polityce zagłady nową hańbę, którą ludzkość napiętnuje tę epokę dziejów Rosyi.

Płacąc „pięknem za nadobne,“ oglądać można na moście Tirnowa-Sejmenli (7 mil od Adryanopola) szereg powieszonych Bułgarów, a w tych dniach 17tu ścięto: są to skutki awanturniczej wyprawy jenerała Gurki, który rozbudziwszy powstanie w Bułgaryi zabałkańskiéj, podnieciwszy w mieszkańcach mściwe uczucia odwetu, osłoniwszy siepaczów bronią wojsk regularnych, pozostawia, cofając się za Bałkany, skompromitowaną ludność bułgarską na łasce Turków, o których mściwości wszystkie narody a szczególnie Bułgarowie nie zapomnieli z rzezi przeszłorocznych.

Rzecz godna uwagi, że gdzie tylko Rosyanie wypierają z stanowisk nieprzyjaciela, tam się odbywa haniebny zwyczaj pastwienia się nad ciałami poległych; wszak dawniej tego nie czynili; czy więc i tu sprawcami są Bułgarzy, czy też ten azyatycki zwyczaj przypadł do natury rosyjskiej? Zaiste to wojna nie ludzi, lecz szakalów.

Każdego dnia przybywają liczne pociągi z Carogrodu, wiozące wojsko, lub materyał wojenny: co za nieocenione studyum dla antropologa i etnografa te dziwne stroje, ta broń, której okazy chyba muzea posiadają, te przeróżne typy, z których się składa armia baszybozuków, również liczne baterye artyleryi ciągle przewożą do korpusu Sulejmana baszy; świeżo formowane pułki kawaleryi dadzą się użyć chyba tylko na obsługę obozu: konie, najczęściej zarekwirowane z zaprzęgów, nieobeznane z siodłem, a między jeźdźcami są i tacy, zwłaszcza Stambulczycy, którzy, wsiadając na koń, nie są pewni, którą nogą rozpocząć tę czynność.

Jestto dowodem pewnej wytrawności rządu sułtańskiego, że pomimo cofania się jenerała Gurko, nietylko nie zaniecha oszańcowania Adryanopola, ale coraz większą rozwija czynność na tem polu; skończywszy główną linię obronną, kilkanaście tysięcy ludzi pracuje dalej, sypiąc szańce wysunięte, któremi objęte mają być wszystkie wzgórza, panujące nad doliną Tundży i Marycy, a względnie nad dwoma głównemi gościńcami, przechodzącemi przez te doliny, z Jambułu, Jeni-Sagry i Filipopola. Rząd sułtański dobrze rozumie, jaką byłoby dla niego klęską zajęcie Adryanopola przez nieprzyjaciela ze względu strategicznego, jestto środek, z którego rozpromieniają się w czterech kierunkach koleje żelazne, a jedna z nich dotyka wolnego dla Rosyi morza Egiejskiego; tu się łączą Tundża i Maryca, a na falach tej ostatniej odbywa się przewóz zboża z żyznej okolicy, którą ta rzeka płynie; Adryanopol jest ostatnim etapem do Konstantynopola. Ze względów moralnych Turcy nie zapomnieli, że Adryanopol jest pierwszą ich stolicą w Europie, że jest tu jeszcze pałac Bajazetu, następnie najpiękniejszy na Wschodzie meczet sułtana Selima, w którym Rosyanie złożyli w r. 1828 beczki z wieprzowiną soloną i w żyłach tureckich mieszkańców Adryanopola tętni krew pierwszych podbojców półwyspu Bałkańskiego; dla tego zajęcie Adryanopola przez Rosyan wywołałoby ostateczne przygnębienie moralne w ludności tureckiej.

Midat basza otrzymał ułaskawienie za wstawieniem się ambasady angielskiej; Sułtan położył jednak warunek, że Midat prosić będzie o przebaczenie: patryotyzm zwyciężył dumę Midata i zadość uczynił woli swego monarchy; została mu poleconą misya, w zupełności analogiczna z misyą Thiersa w roku 1870—71, gdyż działo się to w chwili przekroczenia Bałkanów i kapitulacyi Nikopolis. Bitwa pod Plewną, Kazanlikiem, Jeni-Sagrą odmienią cel posłannictwa Midata baszy.

Kraków 14 sierpnia. Doszło nas „Sprawozdanie z czynności Rady państwa podczas sesyj 1876—77“ r. napisane do wyborców przez hr. Mieroszowskiego, posła z gmin wiejskich powiatów Krakowskiego, Chrzanowskiego i Wielickiego. Jest to wykaz większej części przedmiotów obradowanych w Izbie niższej z wymienieniem nazwisk mówców, którzy głos zabierali opowiedziany dość wprawdzie przystępnie, ale zbyt treściwie, aby o każdej sprawie powziąć takie wyobrażenie, iżby sprawozdanie to zastąpiło im dzieje tegorocznego prawodawstwa, jak autor zamierzył. Tu i owdzie natrąca autor o swojem stanowisku i zachowaniu się tak wobec rządu, jak koła posłów kraju naszego; przyznaje się, że zawsze i bezwzględnie szedł za rządem, a nie zawsze szedł z resztą reprezentacyi swego własnego kraju, zachowując sobie wolność odrębnego zdania, według tego, co uznaje za dobre i pożyteczne. Jest to może wygodne osobiście stanowisko, ale w życiu parlamentarnem tylko wyjątkowe, bo gdyby każdy poseł szedł samopas, ani na krok nie postąpiłyby prace wymagające zbiorowych sił i połączenia pokrewnych choćby nie jednomyślnych zdań i sądów.

Krajowa Rada szkolna mianowała nauczycieli Szymona Rudeńskiego i Józefa Pobudkiewicza rzeczywistymi nauczycielami, pierwszego w Trybuchowcach, drugiego w Giebułtowie i nauczycielkę Mieczysławę Ślęeskowską rzeczywistą nauczycielką młodszą szkoły wydziałowej żeńskiej w Krakowie.

Wiedeń 13 sierpnia. Projekta podatkowe staną na porządku dziennym w Izbie deputowanych, podobno już w pierwszych dniach po ponownem zebraniu się Rady państwa. Pragnąc teraz już zaznajomić czytelników z przedmiotem nader ważnych tych rozpraw, podamy wszystkie projekta jak wyszły z pod obrad komisyi podatkowej, a raczej większości komisyjnej, przyczem zwracać będziemy uwagę na różnice między uchwałami tejże większości a pierwotnemi projektami rządu i nie pominiemy także odmiennych wniosków trzech mniejszości komisyjnych. Na takiem poniekąd porównawczem przedstawieniu rzeczy wypadnie nam ograniczyć się; w streszczenie rozumowań i motywów czterech frakcyj komisyjnych zapuszczać się nie możemy ze względu na ogrom materyału, wynoszącego około 33 arkusze bitego druku. W szeregu artykułów, które niniejszem rozpoczynamy, trzymać się będziemy kolei, w której wniesione były i w której też podaliśmy w swoim czasie projekta rządowe.

Zaczynamy przeto od „Ustawy dotyczącej wymiaru podatku gruntowego“, która w projekcie większości komisyjnej różni się od projektu rządowego (patrz Nr 244 *Czasu* z roku zeszłego) tem tylko, że wsunięto doń trzy nowe paragrafy, mianowicie 3ci, 4ty i 5ty, które podajemy poniżej. Ustawa ta brzmi tedy wedle wniosku większości komisyjnej jak następuje:

§ 1. Podatek gruntowy wedle norm istniejących pobierać należy:

a) w królestwach i krajach, w których podatek gruntowy rozkładany jest wedle wyników stałego katastru, 24% czystego dochodu katastralnego;

b) w królestwie Galicyi i Lodomeryi i to:

od roli ornej po 15 złr. 26 ct.,

od ogrodów i łąk po 24 złr. 94 ct.,

od pastwisk, zarośli i lasów po 30 złr. 52 ct.

waluty austryackiej od każdej setki złotych monety konwencyjnej ryczałtowego dochodu z gruntów, obliczanego wedle prowizoryum podatku gruntowego:

c) w księstwie Bukowińskiem 324.000 złr. wal. austr., którą to sumę rozdzielić należy w stosunku dotychczasowym;

d) w uksiążęconem hrabstwie Tyrolskiem z Vorarlbergiem półtora raza tyle, ile wynosiło dotychczasowe ordynaryum podatku gruntowego.

§ 2. Dodatek nadzwyczajny, nakazany patentem cesarskim z dnia 10 października 1849 r. (pkt. 5, *Dz. p. p.* p. l. 412) jest zniesiony.

§ 3. Ci właściciele gruntów, którzy dotychczas korzystali z nadanego im patentu z d. 10 października 1849 r. (pkt *b*) i patentem o podatku dochodowym z d. 29 października 1849 r. prawa strącania wierzycielom swym odpowiedniej kwoty podatku dochodowego, są i nadal upoważnieni do strącania jej, wszakże tylko w wysokości nie przechodzącej miary dotychczasowej.

Po wejściu ustawy niniejszej w życie, strącanie takie nie może się dziać co do długów nowo zaciągniętych.

§ 4. Zaległości podatkowe przedawniają się w 3 latach, licząc od końca tego roku, w którym podatek został przypisany lub powinien był być przypisany.

§ 5. Czas, od którego rozpocznie się prawomocność niniejszej ustawy, oznaczony będzie ustawą osobną.

§ 6. Ministrowi skarbu polecono wykonać tę ustawę.

Do § 1go projektu powyższego mniejszość złożona z depp. Auspitza, Schaupa i Beera (mniejszość właściwie czwarta, bo w tem ugrupowaniu nie należy do żadnej z trzech mniejszości, o których zwykle mowa) wnosi poprawkę tej treści, żeby ze względu na obecne położenie rzeczy co do finansów, nie dozwalające znaczniejszych zwolnień podatkowych, podwyższyć wszędzie wymiar podatku jak następuje:

ad a) do wysokości $26^{2}/_{3}$% czystego dochodu katastralnego;

ad b) t. j. w Galicyi:

od roli ornej po 16 złr. $95^{1}/_{2}$ ct.,

od ogrodów i łąk po 27 złr. 71 ct.,

od pastwisk itd. po 33 złr. 91 ct.;

ad c) do wysokości 360,000 złr.

ad d) do wysokości $1^{2}/_{3}$ raza tyle, ile wynosi dotychczasowe ordynaryum.

Teatr wojny.

Cały interes skupia się w tej chwili w pytaniu: czy Sulejman basza przeszedł Bałkan, czy nie przeszedł? Zdaje się przynajmniej, że ruch ten jak może przyspiesza. Chodzi tylko o to, czy przejdzie całemi siłami, co powinien zrobić, czy też tylko części wojsk jego, że tak powiem, przesiąkną przez wolne przesmyki i zwiększą zastępy Mehemeta Alego, a może i Osmana baszy. Jedna i druga strona gotuje się do wielkiej, decydującej walki, wszystkiemi siłami podjętej. W Konstantynopolu wiedzą o tem i przed trzema dniami telegrafowano już ztamtąd lakonicznie: W Bułgaryi zanosi się na wielką bitwę. W chwili, kiedy przyszedł ten telegram, robił tylko wrażenie domysłowego twierdzenia, bośmy przy nader późno i niedokładnie nadchodzących wiadomościach o ruchach wojsk, nie znali zupełnie dokładnie nowego ich rozłożenia. Rosyanie mało tylko dostali posiłków, ale wzrośli w siłę przez skupienie w jednéj okolicy wszystkich wojsk, jakie mieli pod ręką. Nawet przepędzenie resztek ósmego korpusu przez Bałkan wypadło chwilowo na ich korzyść. Otóż rozłożenie ich armii: korpusy 12ty i 13ty i jedna dywizya 11go korpusu, które dotąd stały pod Ruszczukiem, stanęły teraz nad samą Jantrą pod Białą, razem 55,000 do 60,000 wojska. Nad Osmą, naprzeciw Osmana baszy, z główną kwaterą w Czelkieskiem Siole, zgromadziły się korpusy 4ty i 9ty jedna dywizya 5go i jedna 11go korpusu, trzy dywizye kawaleryi i 6000 Rumunów. Chociaż korpus 9ty, jedna dywizya 4go korpusu i dywizya 11go korpusu ucierpiały mocno pod Plewną, jednak ilości sił zgromadzonych nad samą Osmą niżej 65,000 oceniać nie wypada. Podług najświeższych wiadomości ma nawet 12ty korpus przenieść nad Osmę do wzmocnienia sił działających przeciwko Osmanowi baszy, a dywizya 13go korpusu wysunęła się na południe ku Osmanbazarowi, celem strzeżenia ruchów głównej armii. W Tirnowie i okolicy, łącznie z wąwozami, jednem słowem w Bałkanach, znajdują się niedobitki 8go korpusu (Radeckiego), z luźnemi dywizyami, mieszanej broni jak Gurki i Skobelewa. Sił znajdujących się w Bałkanach trudno ocenić, nie mamy bowiem dostatecznych wiadomości, ile poległo w Rumelii lub zniszczało w nagłych a dalekich marszach. Tyle wiemy, że siły te nawet łącznie z legią Bułgarską (około 9000 ludzi), która cała zginęła lub się rozprószyła, niemogły się nigdzie oprzeć nawet niezupełnym jeszcze wówczas siłom Sulejmana baszy. Gdyby jednak siły ostatniego zostały za Bałkanem, to korpus Radeckiego, acz zdziesiątkowany, mógłby się stać strasznie niewygodnym Osmanowi baszy, pomagając oskrzydleniu go od strony południowej. Walka toczyć się będzie wśród odmiennych nieco od dotychczasowych warunków. Osman basza bronić się wprawdzie będzie jak dotąd w oszańcowanej pozycyi, ale rezerwy jego więcej będą miały do czynienia z oskrzydlającemi go wojskami nieprzyjacielskiemi. Czujność i zręczność, jakich dał dowody tak w bitwie pod Plewną, jak szczególnie pod Widyną, gdzie manewrami swemi plany oskrzydlania niweczył, każą jaknajlepiej tuszyć o dzielności jego oporu. Korpusy rosyjskie stojące nad Jantrą, mają zadanie strzedz ruchów Achmeta Ejuba i zarazem wszelkiej możliwej dywersyi, jakąby Mehemet Ali chciał wykonać. Te warunki się zmieniają. Rosyanie czekają w obranych naprzód pozycyach, Turcy zmuszeni będą działać przeciwko nim zaczepnie i w otwartem polu. Dlatego zastanawialiśmy się wczoraj nad stanem armii Mehemeta Alego, a szczególnie nad uzdolnieniem jej do kroków zaczepnych. Rezultat badań naszych nie wypadł korzystnie dla armii tureckiej, ale dołączenie do niej Nizamów Sulejmana baszy mogłoby jej nadać tyle przynajmniej konsystencyi, że przy zapale, jaki podniesiony dzisiaj duch w armii tureckiej obudza, mogłaby się nie źle jeszcze sprawić.

O przenoszeniu wojsk Sulejmana baszy na północ Bałkanów, mamy do chwili kiedy to piszemy, tylko dwie wskazówki: pojawienie się ich części w Bebrowie, która miała przejść przez przesmyk Starkę i drugie doniesienie o przesłaniu części wojska Mehemetowi Alemu w domniemanej ilości 10,000. Od daty tych wiadomości kilka dni upłynęło i mogło się dotąd stać nieco więcej.

Czujemy się spowodowani do zrobienia tu pewnej ogólnej uwagi, a raczej powtórzenia w inny sposób tego, cośmy już kilka razy poruszali. W wojnie względy polityczne są bardzo ważnemi i działanie w ich kierunku jest bardzo skutecznem, ale pod jednym tylko warunkiem, że się z wymagalnościami militarnemi jaknajzupełniej zgadzają. Gdzie zaś z ostatniemi wchodzą w kolizyę, powinny bezwzględnie ustąpić, bo w takim razie sprowadzają niepomyślny wypadek wojny, a tylko zwycięstwo może je utrwalić. Prawdą tą powinna się szczególnie przejąć strona słabsza. Wszystkie dotychczasowe niepowodzenia rosyjskie wypływały z zapoznania tej niezbitej prawdy. Ale Rosya jest w obecnej kampanii stroną silniejszą, ona mogła sobie nareszcie pozwolić takiego luxusu, jakim jest spowodowane przez to zdziesiątkowanie trzech korpusów w Europie i zwichnięcie całej kampanii azyatyckiej. Ona ma jeszcze w rezerwie nietknięty korpus 14 ty, zostający w bezczynności w Dobruczy, ma korpusy 7 i 10ty, które strzegą Odessy i Krymu, korpusy 15 i 16ty, które mają zluzować wojska w Odessie i Krymie, żeby te spieszniej posunąć się mogły na teatr wojny w Bułgaryi, ma gwardye i opołczenie, z którego 188,000 uruchomia. Ale nierównie większą oszczędnością pod względem poświęcania sił widokom politycznym powinnaby się rządzić Turcya, jako strona słabsza, a nie czyni tego należycie. Wina pod tym względem nie spada na wodzów, którzy się koncentracyi wszystkich sił w zachodniej Bułgaryi dopominają i działają w tym kierunku, ile tylko mogą. Ale ciągle jeszcze krzyżują ich zamysły rozkazy wychodzące z Konstantynopola od przybocznej rady Sultana, która, od początku kampanii nie miała w tym kierunku jasnego poglądu i której niedorzecznemi rozporządzeniami Abdul Kerim w wytoczonem mu śledztwie się zasłania. Wiadomo już, że usiłowania Mehemeta Alego i Osmana baszy zdołały na korzyść stworzenia silniejszej armii w północno zachodniej Bułgarii obrócić siły niepotrzebnie strzegące granic Serbii. Do sprowadzenia Sulejmana baszy na główny teatr wojny pobudziła skutecznie trwoga o Konstantynopol, ale w planie naczelnego dowództwa było stworzenie silnej centralnej armii pod rozkazami Sulejmana, która miała przełamać znów opanowaną przez Rosyan część linii Bałkanu i stanąć w środku między Osmanem baszą a Mehemetem Alim. Zamiar planu stworzenia wielkiej armii Sulejmana baszy przez dorzucenie do pierwotnych sił jego wszystkich rezerw pokrzyżowały w znacznej części względy, któremi się w Konstantynopolu powodują. Nie mówiemy już nic o załodze pozostawionej w Konstantynopolu do strzeżenia porządku w stolicy, chociaż zdaje nam się być zbyt wielką, ale pocóż zostawiać 16,000 w Adryanopolu, po co rozpraszać drugie tyle po Rumelii celem zabezpieczenia się od możliwego powstania Bułgarów, po co podniesienie liczby wojsk w Tesalii konsystujących do siły 20 batalionów, po co nareszcie przykazywać Sulejmanowi baszy, ażeby przez Bałkan żadnego oddziału rosyjskiego do Rumelii nie puszczał i przez to marnował siły zostające w Kazanliku i Karłowej. Sulejman basza mógłby był, żaby rezerwy mające przybyć do jego armii roztrwonionemi nie zostały, wzróść już dzisiaj w siłę 80,000 wojska. Z taką siłą byłby ciężko zaważył na szali chwiejącego się nad Dunajem losu kampanii, i byłby mógł do tego czasu przejść Bałkan pierwszemi lepszemi otwartemi drogami, nie pytając się o to, czy w Szybce są Rosyanie i czy jaki Gurko zapragnie znowu szukać guza w zabałkańskich stronach. Dziś impet działania Sulejmana baszy, najzdolniejszego z wodzów tureckich do śmiałych zaczepnych obrotów, w połowie złamany. Uczuć to może Turcya bardzo dotkliwie w dniach bliskiej decydującej rozprawy.

Odniesione nad Dunajem zwycięstwo tureckie położyłoby, tamę tak zachciankom greckim i serbskim, jak i bulgarskiemu powstaniu, klęska zaś możliwa nada im siły, której próżnujące dziś korpusy obserwacyjne tureckie nie podołają.

Na azyatyckim teatrze wojny pierwsze zaraz kroki świeżo rozpoczętéj kampanii zdają się wróżyć nowe powodzenie broni tureckiéj. Podług telegramu z Erzerum rozpowszechnionego przez *Reuter Office* z dnia 10 sierpnia Izmail basza wkroczył na terytoryum rosyjskie i znajduje się o sześć mil od granicy pod Zajaglą. Tergukasow cofnął się do Ruczuk-Agdyru, głównie dla tego, że drugiemu bokowi jego zagrażały silne oddziały Kurdów i mógłby się był dostać w dwa ognie. Jeśliby manewra te miały się skończyć klęską Tergukasowa, to Loris Melikow musiałby odbyć ruch wsteczny, celem zasłonięcia Tyflisu, zwabiłby przez to za sobą wojska Muktara baszy i główny teatr wojny przeniósłby się na terytoryum rosyjskie, skutkiem czego Rosyanie i zreszty gościńców armeńskich pocofaćby musieli zapuszczające się niemi wojska. Dziwna tylko rzecz, że Turcy, którzy teraz po odebraniu przez Rosyan posiłków mogą tego dokazać, nie poczynili tych kroków nim jeszcze posiłki rosyjskie nadeszły. W takim razie byłaby się wcześniej okazała zbyteczność sił rosyjskich w Azyi i Derwisz baszą mógłby już dzisiaj odgrywać ważną rolę na europejskim teatrze wojny.

Przeznaczenie wojsk, płynących z Batum do Europy nie jest wiadomem. Derwisz basza wyruszył z pierwszym swym oddziałem z Batum „na północ.“ Zdaje się więc, że ukaże się przynajmniéj z niemi u wybrzeży Krymu, żeby zrobić demonstracye wstrzymującą pochód 10go korpusu rosyjskiego z Krymu do Bułgaryi; ale właściwem jego przeznaczeniem zdaje nam się być Kustendże. Tu już poprzednio jakieś siły tureckie chciały wylądować, czuły się jednak do tego za słabemi, teraz część korpusu ks. Hassana posunęła się ku wybrzeżom i ma wesprzeć wylądowanie nowych jakichś wojsk, które po wyciągnięciu już wszystkiego,“ co z Warmii było można wyciągnąć, tylko z Azyi przybyć mogą. Na tem tylko opieramy nasz domysł, że Derwisz basza zmierza do Kustendże, co nam się tem bardziéj zdaje prawdopodobnem, że zaraz z pierwszemi siłami sam się wybrał, widać więc, że ma przy wylądowaniu kierować jakąś ważną czynnością, chociaż siły, których ogół wynosi 30,000 mogłyby korzystniéj być zużytemi w głównéj armii Mehemeta Alego.

Główne siły Zimmermanna mają stać w obwarowanych miejscach przy Czarnawodzie; pewną ich część miał odesłać do głównéj armii.

Konstantynopol 12 sierpnia, w nocy. Telegram Sulejmana baszy z Jeni-Sagry z 11go sierpnia donosi, że wojska jego obsadziły przesmyk Kardysz (na Bałkanie *Red.*) bez spotkania się z nieprzyjacielem. W Karłowie i Kaloferze, spokojność przywrócona. Powstańcy bułgarscy opierali się nadchodzącym wojskom naszym zacięcie, ale ustąpić musieli zostawiając 500 trupów na pobojowisku. Nasze wojska utraciły 11 w zabitych, 18 rannych, Kalofer zniszczonym został przez przypadkową eksplozyą prochu. (Znajdowanie się Sulejmana baszy w Jeni-Sagra, łącznie z wiadomością o zajęciu przesmyku Kardyskiego bez wystrzału, zdaje się dowodzić, że ztąd drogą przez Sliwno przejść Bałkan zamierza. Zgadza się to też z pojawieniem się jego przedniej straży w Bebrowéj. *Red.*)

Bukareszt 13 sierpnia. Koléj żelazną z Galacza do Benderu zaczęto w pięciu miejscach badować, zdaje się, że będzie do środka września skończoną.

Konstantynopol 12 sierpnia w nocy. Muktar basza donosi o zwycięstwie Turków pod Ani. Rosyanie stracili 1000 ludzi. Wkroczenie Ismaiła baszy na terytoryum rosyjskie potwierdza się.

Kronika miejscowa i zagraniczna.

Kraków 14 sierpnia. Wczoraj odbyły się wybory prezydyum tutejszej Izby handlowo-przemysłowej. Ponownie i jednomyślnie wybrani zostali: prezesem p. Teodor Baranowski, wiceprezesem p. Juliusz August John. Na korespondentów zaproszono pp. Jana Götza z Okocimia, F. Schaitera z Rzeszowa, Jakóba Pollaka z Jasła, Ignacego Garana i Karola Müllera z Nowego Sącza.

— Na pogorzelców miasta Wieliczki nadesłali na nasze ręce: p. pułkownikowa Błędowska 5 złr., p. J. Czyncie! 10 złr.

— Loterya fantowa, wspomniana już przez nas na dochód bursy synów nauczycielskich oraz wdów po nauczycielach szkół ludowych, odbędzie się w poniedziałek d. 20 b. m. Przyjmuje na nią jeszcze dary p. Molęcki, fabrykant pierników przy ulicy Brackiej, który zajmuje się urządzeniem tej loteryi.

— Wczoraj pochowano tu zwłoki wdowy po radcy stanu cesarza Maksymiliana [illegible] Maryi Schertzenlechnerowej [illegible]-Kürth, z domu Gyczy de Assa-Ablanc, która bawiła tu przy córce p. Zygmuntowej Chwalibogowskiej.

— Dochodzi nas ponownie skarga mieszkańców ulicy Wielopole na zatruwające powietrze wyziewy, ze składu kości rozchodzące się. Mamy przecież Magistrat, Komisyę sanitarną, „Przegląd lekarski,“ „Dwutygodnik med[illegible]ny publicznej“ — przeto niezbywa i władz i org[illegible] ałych o „zdrowotę“ publiczną — a mimo tego [illegible] jest takie złe nie przypadkowe, ale ciągłe.

— W Tarnopolu odbywać się będą wyścigi konne d. 2 i 3 września.

— W 8ym tomie zupełnego wydania dzieł Wincentego Pola, zamieszczony jest żywot tego poety, pióra hr. Maurycego Dzieduszyckiego, a prostujący niektóre mylnie dotąd podawane lub za wątpliwe uważane szczegóły jego życia.

— Wynaleziono wreszcie *perpetuum mobile*. Tak przynajmniej nazwał narząd swego wynalazku p. Józef Lesiewicz, sekretarz starostwa w Samborze, którym zastępuje siłę pary lub wody; a że tak jest, dowodem tego urzędowe ogłoszenie, nadające p. Lesiewiczowi patent swobody na Austryę i Węgry.

— Drugi lot balonem odbyła w niedzielę w Wiedniu panna Matylda Erickson z placu dawnej wystawy na Praterze. Napełnianie gazem balonu 18 metrów wysokości mającego, wymagało blisko 7 godzin. Nie pozwolono nikomu z ochotników towarzyszyć aeronautce. Nieprzeliczone tłumy widzów zebrały się i pożegnały balon okrzykami i oklaskami.

— Nie tak dziś trudno o Samsonów, jak wtedy, gdy jeden z nich wstrząsnąwszy słup sali, zwalił cały budynek na głowy Filistynów. W Monachium bowiem zawalił się mur, a komisya techniczna orzekła, że ponieważ materyał był wyborny, wykonanie bez zarzutu, przeto prawdopodobnem jest twierdzenie właściciela, że złośliwa ręka mur ten obaliła. Nie byłaż to ręka Samsona, uzbrojona oślą szczęką?

— W Baden-Baden raz tylko przedstawiło tego lata Towarzystwo opery p. Swobody operetkę Fatinica, albowiem, gdy już rozlepiony był afisz na drugie jej przedstawienie, nagle odwołano je z powodu jakoby choroby śpiewaków i śpiewaczek. Była to jednak choroba dyplomatyczna. Bawiący w tych kąpielach Rosyanie umieli skłonić p. Swobodę, aby ich uwolnił od jenerała Kańczukowa i Bułgarów.

— Według depeszy z Panamy z d. 2 b. m. otrzymanej w Washingtonie, parowiec „Eton“ Towarzystwa żeglugi na morzu Spokojnem, rozbił się d. 15 lipca o 70 mil na północ od Valparaiso. Na 180 osób będących na tym statku, do d. 18 lipca dostało się 43 na ląd a 20 na osobną skałę. Okręt wojenny angielski „Ametyst“ udał się tam dla niesie-

---

szłym wieku, wpadł w ciężką niemoc, a niemogąc mimo wezwań, doczekać się przyjazdu brata z Węgier, rozkazał się zawieźć do Krakowa, gdzie przyjęty w jednym klasztorów, mimo troskliwego pielęgnowania, żywota dokonał. Przez wdzięczność przekazał testamenten na ów zamek klasztorowi, który później odstąpił go jednemuz biskupów krakowskich w zamian za wieś. Tak opiewa podanie ludowe; historycznie zaś tyle jest pewnem, że zamek muszyński wraz z miasteczkiem i innemi pobliskiemi włościami darowali w r. 1391 Władysław Jagiełło i Jadwiga, Janowi, biskupowi krakowskiemu. Odtąd dòbra te stanowiły własność biskupów krakowskich, póki po zaborze r. 1772 nie poszły na rzecz rządu. Dawniej musiał być zamek dobrze obwarowanym i obronnym, czego już same położenie łatwo domyślać się każe. Uczony nasz dziejopisarz S. Morawski wspomina w swojem dziele „Sądeczyzna“, że jeszcze w czasie rozruchów wojennych za Jana Kazimierza zwożono na zamek cieżkie belki, które w razie napadu nieprzyjaciela w ten sposób nad urwistą przepaścią wieszano, aby odcięte lub zepchnięte na dół zmiażdżyły nacierającego wroga. Później zamek nie będąc zamieszkanym, coraz bardziej podupadał i niszczał tak, że dziś zaledwie ostatnie szczątki tylko pozostały.

Zaraz przy wjeździe do miasteczka, po lewej ręce czytamy na bezpiętrowym budynku olbrzymi napis: *Kaffeehaus und Restauration zur Neuen Welt.* Drzwi i okna szczelnie pozamykane, gdzieniegdzie szyby wytłuczone, brak żywej duszy kążą się dorozumiewać, że ów cywilizator *von draussen* zbankrutował i wyniósł się czemprędzej zapewne tam, skąd przyszedł. Rynek zabudowany drewnianemi domami, noszącemi cechę XVI stólecia; na środku rynku znajdują się dwie studnie, również drewniane i św. Floryan wyrzeźbiony, który jednak prędzej przypomina jakiego Jakóbina z czasów rewolucyi francuskiej, gdyż hełm wygląda raczej na czapkę frygijską. I tu niestety pełno niechlujnego żydostwa, cały rynek zasiedziony przez nich, wszędzie po domach restauracye, handle i kawiarnie żydowskie. To też nie ma się bynajmniej czemu dziwić, że dla odróżnienia od żydów i żwrócenia uwagi na siebie przejezdnych jest tu w głównej ulicy prowadzącej od rynku ku kościołowi restauracya, mająca napis na szyldzie „Restauracya katolicka“. Osoby przybywające wieczornym pociągiem do Muszyny mogą tutaj znaleźć porządny nocleg, jeżeli nie chcą w nocy zaraz dalej jechać do Krynicy. Na samym końcu miasteczka znajduje się piękny murowany dość obszerny kościół parafialny pobity blachą i obwiedziony dokoła murem.

Dalsza droga nad rzeczką Muszynką, która wpada do Popradu, prowadzi przez wieś Jastrzębnik i Powroźnik do Krynicy. Świeżo wyźwierowana droga ta zostanie dla każdego zwiedzającego Krynicę w tym roku pamiętną, gdyż nie wygnieciono jej wcale walcem żelaznym czy kamiennym, jak to zazwyczaj się praktykuje, lecz zostawiono utarcie kamieni wózkom, które przywożą gości zdrojowych do Krynicy. Można sobie łatwo wyobrazić, że takie nowomodne poprawienie drogi, kosztem osób szukających leczenia u wód krynickich nie należy do miłych wspomnień. We wsi Krynicy cerkiew ruska zdaleka widniejąca, jest już na ukończeniu i prawdopodobnie wkrótce będzie ukończoną; obszarem swoim i pięknem wykonaniem wspaniale się ona przedstawia ze swojemi 9 wieżycami.

W zakładzie zdrojowym mimo dopieroco rozpoczętej pory kąpielowej, podczas naszego przyjazdu (17go czerwca), było już ludno i gwarno. Nie myślimy się zapuszczać w obszerniejszy opis Krynicy, gdyż sądzimy, że zbyt dobrze jest ogółowi znaną; na tem miejscu możemy tylko skonstatować, że zakład, który po kilkunastu latach z wsi zupełnie się przerobił na miasteczko, dąży do coraz większych ulepszeń, a zarząd wszelkiemi siłami stara się, aby przybywającej licznie publiczności podać niemal te same dogodności, jakie po zagranicznych kąpielach natrafiać można.

Na Krynicy zakończamy nasz opis, w którym staraliśmy się zebrać wszystko, co tylko było godnem widzenia. Nie pozostaje nam nic innego, jak tylko zachęcić czytelników do licznego odwiedzania wspomnionych przez nas miejscowości, które zarówno dla historyka i archeologa, jak dla geografa, lubownika przyrody i przemysłowca wiele ciekawych rzeczy przedstawiają. — W samym początku opisu napomknęliśmy już o tem, że zarząd ruchu kolei Tarnowsko-Leluchowskiej uwzględniając słuszne życzenia podróżujących a zarazem w dobrze zrozumianym własnym interesie, urządził nietylko sprzedaż biletów tam i napowrót po zniżonych cenach i ważnych na 3 do 5 dni, ale także osobne pociągi spacerowe, które co sobotę w nocy z Tarnowa odchodzą, a w poniedziałek zrana wracają. Tym sposobem ułatwione jest zwiedzanie położonych przy kolei miejsc kąpielnych, które, wziąwszy bilet ważny na 5 dni, wygodnie obejrzeć można. Wiele także osób, o ile nam wiadomo, używa pociągów spacerowych, ażeby na jeden dzień odwiedzić swoją rodzinę, bawiącą w jednej z wymienionych kąpieli. Nie wątpimy o tem, że za przykładem kolei Tarnowsko-Leluchowskiej, pójdzie także niezadługo kolej Karola Ludwika, a zaprowadzając na nowej linii podobne pociągi po zniżonych cenach, przyczyni się znacznie do coraz większego ruchu w naszych kąpielach. Obopólne porozumienie się w tym względzie zarządów kolei galicyjskich, a względnie dokładne zestawienie znacznie powiększonych dochodów, któreby nastąpić musiały, uważalibyśmy za koniecznie potrzebne dla wprowadzenia tej tak pożądanej a bardzo praktycznej nowości.

Zasługa wykołatania tej linii kolejowej w Wiedniu, przypada w udziale kilku obywatelom tarnowskim, mianowicie obydwom dziś już nieżyjącym ś. p. Bandrowskiemu, burmistrzowi i zasłużonemu K. Polityńskiemu wiceburmistrzowi, następnie X. infułatowi M. Królowi, pp. Pędrackiemu i Hoschowi, którzy w r. 1868 i 1869 jeździli umyślnie w tym celu do Wiednia i mieli osobne posłuchanie u N. Pana. Mimo przytoczonych argumentów, deputacya byłaby z niczem odeszła, gdyż ministeryum handlu ze względów finansowych było przeciwne budowie tej kolei, lecz wreszcie przemogło zdanie doświadczonego wodza arcyksięcia Albrechta, który linię tą uznał za strategicznie bardzo ważną, gdyż połącza bezpośrednio zachodnią Galicyę z Węgrami. Tak więc budowa kolei przyszła wreszcie do skutku. O ile nam wiadomo koszta budowy wynoszą około złr. 65,000 za 1 milę, co mimo zwalczenia niezwykłych trudności terenu, wypada jednak przeszło 30% mniej niż dotychczas najtańsza kolej górska w Austryi kosztowała. Z opisu naszego mogli nabyć czytelnicy przekonania, jak budowa całej linii starannie i bezpiecznie wykończoną została, chociaż w niektórych miejscach była bardzo utrudnioną. Mocno żałujemy, iż nie możemy podać niektórych szczegółów budowy, jak n. p. przebicia tunelów, wzniesienia i spadków i t. p., któreby niezawodnie i szerszą publiczność zająć mogły; mimo naszych usilnych starań, nie mogliśmy ich znikąd otrzymać.

Wspomnieć wreszcie wypada, że budową kierował inspektor kolei p. Poschbacher, a obecnym dyrektorem ruchu jest p. Goebl, bardzo czynny i sprężysty urzędnik, którego staraniom i przedstawieniom w Wiedniu zawdzięczyć należy, iż zaprowadzone zostały pociągi spacerowe i bilety jazdy tam i napowrót po zniżonych cenach. Przy budowie zajmowali różne posady wyższe i niższe urzędnicy Polacy wspólnie z Niemcami; również obecnie przy ruchu zachodzi tensam stosunek.

115

Krupno. Poczta Głogów 23 Listopada 1876

Jasnie Wielmożny Panie Hrabio!

Najprzód składam najuniżensze podziękowanie za przysłaną mi fotografię Jego dostojnej osoby za sprawozdania Rady państwa.
Wielce wdzięczni są wyborcy naszego okręgu Jaśnie Wielmożnemu Panu, iż raczył wystąpić w Radzie Państwa w obronie naszych pogwałconych praw - racz Jaśnie Wielmożny Pan przyjąć wyrazy naszego podziękowania i naszej wdzięczności.
Wyczytawszy atoli w niektórych Dziennikach galicyjskich, a osobliwie w „Kronice Codziennej" niegodne napady przeciwko szlachetnej osobie Jasnie Wielmożnego Pana za Jego bronienie praw naszych, posełam Jaśnie Wielmożnemu

Panu Hrabiemu odpis podania wniesionego do C.K. Namiestnictwa we Lwowie, opisujące dokładnie wszystkie pogwałcenia naszych praw konstytucyjnych i obywatelskich odnośnie do wyboru posła z gmin wiejskich w Krzeszowie b.r. – a zatwierdzone podpisami kilkudziesięciu wyborców okręgu wyborczego Krzeszów Głogów.

Racz Jaśnie Wielmożny Pan Hrabia przyjąć wyrazy głębokiego poważania i szacunku

od uniżonego Sługi

Piotr Niewiętowski

sionego
isujące
usrych
kich
wiejskich
podpi:
okręgu
Grabia

RECOM

Seiner Hochgeboren dem Herrn

Grafen v. Mieroszewski

Reichsraths-Abgeordneter

in Wien

Reichraths-Gebäude

franco

Rekomendirt

WIEN RECOMMAND[IRT]

GŁOGÓW

Oddawc … węgłowski:

Wy

pew

prot

prze

dejm

pron

Bad

nych

cras

z Woli

Ignacy

Kopia

7/2

Wysokie C. K. Namiestnictwo we Lwowie! Podpisani wyborcy do wyboru jednego posła z gmin wiejskich okręgu Rzeszów-Głogów, zanoszą, odnośnie do swego telegraficznego protestu z 24 Października b. r. do Wysokiego C. K. Namiestnictwa zaskarżenie i ponowny protest przeciw na dniu 24 Października b. r. bezprawnie przeprowadzonych wyborach jednego posła na Sejm Krajowy z gmin wiejskich okręgu Rzeszów-Głogów i proszą o unieważnienie tego wyboru i przeprowadzenie dochodzenia dyscyplinarnego za nadużycia władzy urzędowej przeciw Komisarzowi hr. Badeni, C. K. Starostwie w Rzeszowie – a to z przyczyn następujących 1/ W kartach legitymacyjnych jednej części wyborców była godzina 8ma rano, drugiej części wyborców godzina 10ta rano, jako czas rozpoczęcia aktu wyborczego, oznaczoną. 2/ Pomimo że 15 wyborców, a to: Bulo Jan i Buraś Józef z Wolicy Ługowej, Srok Maciej ze Sielców, Mizerski, Nathan i Emanuel Löw i Scholzenberg ze Sędziszowa, Cyzio Ignacy z Przedmieścia, Bochenski Wojciech z Olchowy, Marszewski Ignacy i Świniach Tomasz z Krzywej, Idzik Jędrzej z Będziemyśla, Baran Marcin z Dąbrowy, Kocoń Paweł z Klęczany, Sroka Jakób z Zawęczyna, mieli w kartach legitymacyjnych $10^{tą}$ godzinę jako czas rozpoczęcia aktu wyborczego oznaczoną, to już przed $8^{mą}$ godziną Komisja wyborcza obraną została – co bezprawnem było, gdyż i przytoczonym 15 wyborcom przysłużało, podług § 34. 3. Krajowej Ordynacyi wyborczej, prawo wzięcia udziału w wyborze 3 członków tej Komisyi 3/ Komisja wyborcza, jak wyżej wykazaliśmy bezprawnie obrana, przeczytała szybko i niezrozumiale imiona wyborców w liście zapisanych, nie zostawiając czasu wyborcom w głębi sali stojącym, do zgłoszenia się do głosowania, gdy ich imiona czytane były – i po skończeniu tej listy, bezwłocznie, – około godziny 9^{tej} rano – ogłosiła głosowanie za skończone, nie pozwalając oddawać głosy wyborcom w sali głosowania obecnym, w celu podania swych głosów do Komisyi się zgłaszającym, wbrew wyraźnem postanowieniom § 39 ustęp 3 i § 45 K. O. w. – wskutek tego bezprawia z 152 do wyboru uprawnionych tylko 78 wyborców do głosowania przypuszczonymi zostało, która to ostatnia liczba pomniejsza się jeszcze o 30, gdy poniżej wykażemy, że z tych, którzy głosowali, trzydziestu bezprawnie karty legitymacyjne otrzymało. – To spowodowało, iż natychmiast przeciw nielegalności wyboru do protokołu założonym został. 4/ Wyż po imieniu przytoczeni 15 wyborców, którym, podług § 35 i 36. K. Ord. wyb. przysłużało prawo, o godzinie 10^{tej} rano wziąć udział w wyborze członków Komisyi i w głosowaniu na posła do Sejmu Krajowego, przybyli o tejże godzinie do lokalu w kartach legitymacyjnych, jako miejsce wyboru oznaczonego, i nie zastawszy tamże nikogo, zgłosili się

do C.K. Starosty w Rzeszowie z żądaniem aby podług przysłużającego im prawa, wgłosowaniu na wybór posła udział wzieli, lecz to niezostało im dozwolone z uwagą, iż głosowanie już skończone, a poseł już bez nich został wybrany. Wskutek tego zanieśli ci wyborcy natychmiast - o godzinie 10tej rano 24 Października b.r. - telegraficzny protest przeciw temu bezprawiu i pogwałceniu przysłużających im praw konstytucyjnych, do Wysokiego C.K. Namiestnictwa. 5.) C.K. Starosta w Rzeszowie, Kazimierz hr. Badeni, dał karty legitymacyjne upoważniające do wyboru posła z gmin wiejskich, trzydziestu chłopom z Trzebowniska, którzy razem 100 morgów lasu wkrasnem od tamtejszego dworu kupili - nie mogą atoli ci chłopi uważani być wmyśli §14 K. Ord. wyb., za posiadaczy posiadłości tabularnych, gdyż każdy z nich posiada wprzecięciu 3⅓ morga lasu wpierw wyciętego, i opłaca z tegoż mniejszy podatek niż najniżej opodatkowani drugiego koła wyborczego gminy tak Trzebownisko jak Krasne - przyznanie głosu wirilnego każdemu z posiadaczy takiego kawałeczka lasu sprzeciwia się nietylko myśli ustaw Krajowej Ordynacyi wyborczej, lecz wyraźnemu rozstrzygnięciu takiej samej kwestyi przez C.K. Ministerium Spraw Wewnętrznych, podług którego wskutek razem tacy nabywcy kawałeczków ciała tabularnego jako współposiadacze jednego ciała tabularnego uważani być mają i zatem tylko przez jednego z pomiędzy siebie potemu od reszty współposiadaczy upoważnionego - jeden głos przy wyborze posła z gmin wiejskich oddać mogą. - Nadanie 30 kart legitymacyjnych tem nabywcom 100 morgów lasu wkrasnem było zatem nielegalne i ich głosy są nieważne - i wistocie jedynie ~~jeden~~ 123 głosów miało być oddane, a 49 uprawnionym głosować pozwolono, a 74 uprawnionym głosować zabroniono. 6.) Pan Starosta wRzeszowie Kazimierz hr. Badeni, nietylko dał bezprawnie powyż przytoczonym 30 chłopom karty legitymacyjne, lecz oświadczył temże, że podanie ich, wniesione do C.K. Starostwa, o koncesyę do karczowania wkrasnem kupionego lasu, załatwi przychylnie ich prośbie, jeżeli oni przy wyborze na posła do Sejmu Krajowego na wskazanego im przez pana Starostę kandydata - (pana Edwarda Jędrzejewicza) - głosować będą, że atoli C.K. Starostwo odmówi uproszonej koncesyi, jeżeliby przy wyborze na innego kandydata głosowali. - Jest to bezprawie i nadużycie władzy urzędowej jakie tylko przez taki czyn, jaki następnie przedłożymy, przewyższonem być może. - Tę samą pogróżkę, niedania koncesyi do karczowania, powtórzył wimieniu starosty pan Stanisław Jędrzejewicz dnia 22 Października b.r. w szkole w Trzebownisku wprzytomności rady gminnej i kilkudziesięciu chłopów. - 7.) Gdy kilkudziesięciu wyborców, obarczeni takiem

gwałtem i zniweczeniem praw konstytucyjnych przez C.K. urzędnika, wybrało deputacyę, aby ta przedłożyła zaskarżenie Jego Excellencyi panu Ministrowi Baronowi Lasser – znajdował się w tej deputacyi, jeden wyborca z ramienia gminy w starostwie Rzeszowskiem, nazwiskiem Jan Micał, były wójt ze Zaczernia. Gdy tylko ten ostatni z Wiednia powrócił, kazał go pan starosta, hr. Badeni, bez poprzedniego zawezwania, wziąść żandarmom przez całą wieś pod strażą, jak jakiego zbrodniarza, prowadzić i do siebie przystawić. Tutaj najprzód, podczas urzędowania, w biurze starostwa, zelżył pan starosta Jana Micała najordynarniejszemi wyrazami w przytomności 2 świadków – którzy to gotowi pod przysięgą poświadczyć – używając wyrazów „Na mnie jeździłeś skargi do ministra do Wiednia, ty Psiakrew, ty Hyclu, ty Łotrze – będziesz za to teraz w dziurze gnił." występił jako oskarżyciel przeciw Janowi Micałowi o obrazę komisyi wyborczej – wdochodzeniu fungował jako świadek również jak jego podwładny, pan C.K. Komisarz Praschill – a sądził inny jego podwładny, C.K. Komisarz Romer – który na oskarżenie i świadectwo pana starosty Micała na 14 dni aresztu zasądził – nareszcie znowu sam pan starosta wyrok podpisał – przeto w tej sprawie był pan Badeni oskarżycielem, świadkiem i sędzią. — — Podpisani upraszają Wysokie C.K. Namiestnictwo, aby ich raczyło bronić przeciwko takiem bezprzykładnem pogwałceniom nietylko praw konstytucyjnych, ale i praw obywatelskich ze strony urzędników Wysokiemu C.K. Namiestnictwu podwładnych. dnia 14 Listopada 1876

Podpisy

73

Jasnie Wielmożny Panie

Unizone Jasnie Pana Hrabiego sługi udaję się do łaski Jasnie Pana jako do opiekuna włościan i obroncy sprawiedliwości, z unizoną prosbą, aby Jasnie Wielmożny Pan Hrabia raczył kazać wydrukować załączone nasze oświadczenie w Wideńskiej gazecie in nowej Pressie.

Przyjm Jasnie Pan Hrabia nasze wyrazy wdzięczności jako nasz opiekun - Rączki Pana Hrabiego całujemy

J. Brudz
P. Brudz
Smyrska
Niewęgłowska
Fryzel

Podpisani wyborcy okręgu Rzeszow-Głogów oświadczają niniejszem, iż źródła, z których pan Dr Dunajewski swoje przedstawienie wyborów w Rzeszowie na posiedzeniu Rady Państwa z 21 Listopada b. r., czerpał prawdzie nie odpowiadają. Rzeszów 26 Listopada 1876.

Die gefertigten Wähler des Wahlbezirkes Rzeszow-Glogow erklären hiemit, daſs die Quellen aus welchen Herr Dr Dunajewski seine Darstellung der Wahlen in Rzeszow in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 21 November l. J. schöpfte, die Wahrheit nicht enthielten. Rzeszow den 26 November 1876

Maciej Smyrski

Piotr [illegible]

Mi[illegible] Fryz[illegible]

Jakub Pr[illegible]

Pa[illegible] Br[illegible]

RECOM.

Hochgeborenen Herrn

Graf Mieroszewski

Reichsrath = Abgeordneter

I Schottenring . Hôtel de France

in Wien

Rekomendirt

WIEN

Jaśnie Oświecony Hrabio!

Niżej podpisany Członek gminy uniżenie pokorne upadam i nadomną i proszę pokornie niech będą łaskawi przyjąć moje niewyraźnie pismo i stawiający zamiar do Wys. Ministerjum żeby było przyjęte ponieważ ja nie uczyłem się pisać wcale w szkole to co umiem to z swojej cierpliwości i daru bożego za co panu Bogu dziękuję bo umiem że jestem prawdziwie polskim chłopem wiem także czem nas kraj ukochany polski był dawniej a czem jest teraz piszę do pism Lwowskich wiersze i po wieści za co mi niektóre redakcje swe pisma bezpłatnie przysyłają. A nawet z staraniem moim i wymienionej naszej powstała czytelnia w roku 1869, z dobrowolnych ofiar od światłych i rozumnych ludzi którzy mają poczucie narodu i żądzą oświaty ludowi naszemu. Więc i teraz nastały długie wieczory zgotowałem sobie z imienia moich sąsiadów polityczną rozmowę co wieczór, /

dowiedzieć się jak wielkie paznochcie Moskwa
na wschodzie wyciąga więc atendar nie wiem
czy znajdą dobroczyńce na ojczystej ziemi;

A co do opieki Moskiewski ~~opieki~~ [illegible] z nas
włościan ani myśli przyjąć boć opieka jest
wilk w baranicej skórze gdyby moskwie Sybier
zamienił się w raju toito nie możemy
przyjąć dla słowian za opiekunkę,

Zresztą, Jaśnie oświecony Hrabio
proszę o darowanie mnie, otem winny
nam się rada lecz rozpisał a na tem sobie nie
zasłużył jako prostszy człowiek
z najgłębszym szacunkiem Wasz wierny

Sługa

Maciej Szarek Włościan z Brzegów
donas poczta Wieliczka

Brzegi dnia 23. października 1876. r.

Będziemy oczekiwać odpowiedzi od J. O. Hr.
Conrato ministerjum odpowiedziom wyglądamy
przekopu koryta wisły jak [illegible] zbawienia

Spodziękowaniem
J. Wielmożnemu Panu Hr. Sta. Miroszewskiemu,

Gmina Brzegi składa ustop Jaśnie W. Panu Hrabiemu serdeczne podziękowanie za szczerą staranność za nami tak ostoną wodą jakoteż i o przekop wisły w Ministeryum wiedniu.

Jaśnie Wielmożny Hrabio gmina Brzegi po znała ich prawdziwe opiekuńcze serce dla dobra ludu ciemnego ogdyby to kużdy poseł tak w sejmie jakoteż i w radzie państwa miał to poczucie na sercu dla dobra ludu nie byłuby tylko Włościanie wybierać posła na sejm krajowy i do rady państwa nie mówiliby jak mówią nie potrzeba nam wybierać posłów. Ach Boże któż temu winien że ten lud ciemny nie poznaje dobra swego uważamy że ta sprawa zależy od posła ma on w tej chwili gdy jest obecnym przy wyborach po otrzymaniu kompletnych głosów przemówić do wyborców swoich podziękować im za zaufanie i wytłomaczyć im jaki obowiązek przyjął na siebie dla dobra kraju i narodu. A gdy sie sejm ma rozpocząć przed odjazdem do sejmu powinien zwołać wyborców na jedno miejsce i naradzić się z niemi o potrzebach kraju i narodu i wytłomaczyć im z ktorymi sprawami wszelko sie ~~lud~~ sejm zajmuje, Ponieważ lud nasz ciemny myśli że sejm może rozstrzygnąć jego ~~spo~~ spór z bratem lub wynagrodzić poniesione szkody od sąsiada lub dworu lud ciemny nie pojmuje że sejm pracuje nad dobrem kraju w ogule i dla narodu,

Jaśnie W. Hrabio niech mi będzie wolno ~~to~~ bez urazy honoru wyrazić żesłowa że niektorzy ludzie u nas jak zostanie posłem. to wszystkie kieszenie ma napełnione pychą

/.

Ale prawne w których ma być zdolności o potrzebach kraju i narodu.

Jaśnie W. Hr. przepraszam ich pokornie i proszę nie poczytać mi tego za winę żem się poważył za wysoko się wyrazić o posłach naszych do sejmu co na mnie nie przystoi jako na prostego Włościanina ponieważ te wyrazy nie pochodzą od gminy tylko z mo-brych moich myśli i na to się podpisuję

Maciej Szarek Włościan

Jaśnie Wielmożny Hrabio po raz drugi gmina Brzegi składa im serdeczne podziękowanie za tak wielką pracę w Ministeryum dla potrzeb gminnych i prosi ich gmina Brzegi pokornie niech będą Łaskawi na dal w potrzebach gminnych nie opuszczać nas z opieki a my jako sługi ufni i wierni J. W. Hr. zostać przyrzekamy na co się podpisujemy i pieczątką gminną stwierdzamy.

Naczelnik gminy

x Mateusz Jan Siwardy

x Józef W. Twarożyk

Podpisałem

Franciszek Kachina

Członek Rady powiatowej wielickiej

GMINA BRZEGI

Jakób Rajczyk

Maciej Szarek członek gminy

Brzegi dnia 25. grudnia 1876. r.

Do
JW. Pana Stanisława Min-
isterskiego Posła Rady
Państwa
w Krakowie
ulic: Krupnicza Nr: —

Z powinszowaniem na rok nowy ~~1876~~ 1877.

J. Wnu Panu Hr. Stan. Miroszewskiemu

Jako dobroczyńcy ludu.

Winszuję J. W. Panu Hr. zdrowia na rok nowy,
Pomyślności szczęścia abyś Pan wesoły
Spędzał wszystkie chwile przez cały ~~[illegible]~~ bieg roku,
Niech nikt niezobaczy u Pana łzy w oku.
Bądź Pan Hr. wesoły.
Jako kwiat lilijowy.
Chociaż tu sam nie będę,
To proszę na kolędę.
I łamię się opłatkiem
Z starodawnym zwyczajem
Com odebrał z ust ojca.
To tu teraz podaję.
Ale Boże gdzież to dziś
Sam te stare zwyczaje.
Z nikły nowości nastała.
A z nią złe obyczaje.
Bo obłuda i pycha ta nam serca odpycha
Nie zna teraz brat brata choć nastała
oświata.

Ale Boże daj nam myśl byśmy mogli sobą żyć, jako bracia w miłościwiech nam możliwa niegości,

Zreszta
Jaśnie W. Panie Hrabio proszę pokornie odarowanie mnie winy żem się poważył wyrazić do nich w te słowa ponieważ się czuję niegodnym tego jako Włościanin ale gdy im ufam i widzę w nich serce do ludu ośmielam się przesłać J. W. Panu Hr. moje szczere życzenia z najwyższym Szacunkiem,

was wierny uniżony sługa

Maciej Szarek Włościanin

Brzegi dnia 25. grudnia 1876. r

Vom Stadtrathe in Tachau.

Sr. Gnaden
Herrn Herrn
Grafen Mieroszewski,
Reichsraths-Abgeordneter in

Empfohlen.
No. exh.

Wien.

WIEN

Euer Hochwohlgeboren!

Unserer durch die Hochfluth vom 25 Juni 1871 verarmten Stadt wurde zur Linderung des Nothstandes vom hohen Reichsrathe mittelst Gesetzes vom 16. Juli 1871 ein Darlehen von 70,000 fl bewilligt, welches auf neun Jahre unverzinslich in der Weise zurückgezahlt werden soll, daß die ersten drei Jahre nichts abgezahlt wird, jedoch in den darauffolgenden sechs Jahren die ganze Summe in gleichen Raten zurückgezahlt werden muß. Die erste dieser Raten war am ersten Jänner 1875 fällig, wurde aber über Petition des hiesigen Stadtrathes mit dem Gesetze vom 2. Jänner 1875 auf zwei Jahre hinaus, nämlich bis zum Jahre 1877 erstreckt.

Wenn nun erwogen wird, daß diese 70,000 fl durch allerlei Verzögerungen erst Ende Juni 1872 anher zur Auszahlung gelangten, und daß die durch die Überschwemmung

zerstörten Häuser, zu deren Wiederaufbau Theilbeträge von der Staatsdarlehe hinausgegeben wurden, zum größten Theile erst im Jahre 1873 vollendet werden konnten, so ist es gewiß einleuchtend, daß die Verunglückten bei der jetzt herrschenden und gedrückten Zeit nicht im Stande sind, denselben Zahlung zu leisten. Wollte man dies möglich machen, so könnte es nur durch den exekutiven Verkauf der eben erst aufgebauten Häuser geschehen, wodurch selbstverständlich die durch die Darlehe bezweckte Wohlthat ganz illusorisch würde und die Betheiligten sich in einer beklagenswertheren Lage befänden, als durch die Überschwemmung selbst.

Die Ortsgemeinde Lahau wird nun, gedrungen von der unabweislichen Nothwendigkeit, abermals bei dem hohen Reichsrathe um Hinausschiebung der fälligen ersten Rate auf neun Jahre, das ist auf den 1. Jänner 1886 oder um gnadenweise gänzliche Abschreibung dieses Darlehens bittlich und gibt sich der Hoffnung hin, daß die Humanität des hohen Hauses der Abgeordneten dieses inständige Bittgesuch willfährig

erledigen werde.

Die Stadtgemeinde [illegible] wagt es Euer Hochwohlgeboren zu bitten, durch Dero Wohlwollen und Dero Einfluß im Kreise parlamentarischer Freunde und Gesinnungsgenossen eine günstige Stimmung hiefür vorbereiten zu wollen, damit die Petition bei der Verhandlung im hohen Reichsrathe die erforderliche Unterstützung finde.

Mögen Ew: Hochwohlgeboren die Bitte einer nicht durch eigenes Verschulden bedrängten Stadt und ihrer Bewohner nicht übel aufnehmen.

Bürgermeisteramt [illegible] am 24. November 1876

Der Bürgermeister:

Swoboda

153

Jaśnie Wielmożny Panie Hrabio!

Otrzymałem List Pana Hrabiego z Wiednia, wraz zwróconą mi prozbą moią, do Najiaśnieyszego Pana, dla zmienia stosownieyszego wyrazu, zniejszego i delikatnieyszego wypisania się. Poznaię jak silnie Jaśnie Pan odszukuiesz sprawiedliwości i też protegować zamyślasz — Mam silne przekonanie i błogą nadzieię: iż sprawę moią Mężowi

tak wysoce pojmującemu dla

i współobywateli i Kraju obo-

wiązki, najlepszą drogę obrałem.

Polecając się łaskawej pamięci

Jaśnie Wiel. Pana, zostaję z win-

nym Uszanowaniem

uniżonym

Dzieński

Staszów dnia 23. Lutego

1877 r

dla

ie obo.

ratem.

nieci

rzwin

m.

115

Hochwohlgeborner Herr Graf!

Ich habe zu meinem lebhaftesten Bedauern wahrgenommen und durch Ihren Brief an Herrn Wolfrum bestätigt gefunden, daß unüberdachte Worte, denen nicht die entfernteste Absicht zu verletzen zu Grunde lag, Sie, Herr Graf! in Ihrem Gemüth beleidigt haben. Es thut mir dies aufrichtig leid, und ich kann Sie um so eher um Entschuldigung bitten, als Herr Wolfrum die Hochachtung und alle Gesinnungen kennt, die ich für Ihre verehrte Person jederzeit an den Tag gelegt habe.

Genehmigen Sie, Herr Graf! die Versicherung ausgezeichneter Hochachtung und Verehrung mit der ich bin

Euer Hochwohlgeboren

ergebenster

Wien 14. November 1876.

Wickhoff

79

5940
St. Pr.

Am Mittwoch, 7. d. M., findet in den Festsälen der Hofburg ein Hofball statt, zu welchem auf Allerhöchsten Befehl Seiner k. und k. Apostolischen Majestät die Herren Mitglieder der beiden Häuser des Reichsrathes eingeladen worden sind.

Hievon habe ich die Ehre, die Herren Abgeordneten laut der von dem Herrn Ersten Obersthofmeister Seiner k. und k. Apostolischen Majestät, Fürsten Hohenlohe, mir zugekommenen Mittheilung ddo. 25. v. M. Z. 527 mit dem Beifügen in die Kenntniß zu setzen, daß jene Herren Abgeordneten, welche nicht im Falle sind, eine Uniform zu tragen, im National-Costüme oder im schwarzen Frack mit weißer Cravate erscheinen können.

Der Hofball beginnt praecise um 8 Uhr Abends; die Zufahrt zu den Festsälen der Hofburg ist nur an der Botschafterstiege im Schweizerhofe.

Wien, 3. Februar 1877.

Rechbauer m/p.

178

Fürst und Fürstin Adolf Auersperg

geben sich die Ehre Seine Hochgeboren

Stanislaus Grafen Mieroszowski

für Samstag 17. März zum Speisen zu bitten.

Um 5 Uhr.

U. A. w. g.

0

№

DINER

du 17 Mars 1877

POTAGE.

Potage à la nivernoise.

HORS D'OEUVRE.

Les petites bouchées à la Condé.

RELEVÉS.

Truites saumonées à la hollandaise
La selle de mouflon à l'anglaise.

ENTRÉES.

Suprêmes de veau à la Périgord,
Pâté de foie-gras.

SORBETS.

Ponche à la romaine.

RÔTS.

Les gélinottes blanches, la salade.

ENTREMETS.

Les fonds d'artichauts à la flamande,
Le boudin à la Princesse,
Fromages mêlés.

GLACES.

Aux fraises et aux noisettes.

DESSERT.

Die Direction der komischen Oper hat mir mit Schreiben vom 2. d. M. angezeigt, daß dieselbe die ersten zwei Sitzreihen des Parquetes zu jeder Vorstellung bis 12 Uhr Mittags an der Kassa der komischen Oper für die Herren Reichsraths-Abgeordneten reserviren lasse, was ich der allfälligen Benützung wegen zur gefälligen Kenntniß zu nehmen ersuche.

Wien, 3. November 1876.

Rechbauer m. p.

Das k.k. Obersthofmeisteramt hat mir mittelst Zu-
schrift vom 10. d. M. Z. 320 die Mittheilung gemacht, daß
die Cassen der k.k. Hoftheater beauftragt worden sind, wäh-
rend der mit 19. d. M. wieder beginnenden Sitzungen des
Abgeordnetenhauses für die Herren Mitglieder desselben
täglich bis 12 Uhr Mittags eine Anzahl von Sperrsitzen,
und zwar im Hofburgtheater fünfzehn, im Hofopern-
theater zwanzig gegen Tagespreis und Vorverkaufs-
gebühr zu reserviren.

Hievon beehre ich mich, die Herren Mitglieder des
Abgeordnetenhauses in die Kenntniß zu setzen.

Wien, 16. Oktober 1876.

Dr. Rechbauer m/p.

Die unterzeichnete Direction beehrt sich, **Ihnen** anzuzeigen, dass die

Künstlerabende

der

Gesellschaft der Musikfreunde,

geleitet von dem nachbenannten Comité, auch in der bevorstehenden Wintersaison 1876 — 77 stattfinden.

Für diese **Abende**, welche wie bisher theils musikalischen und declamatorischen Productionen, sowie dem Tanze, theils dem Letzteren ausschliesslich gewidmet bleiben, sind folgende **Samstage** festgesetzt:

1876: 11. November.
25. November.
9. Dezember.
30. Dezember.
1877: 20. Jänner (Costumefest).

1877: 3. Februar (Kränzchen) (auf Verlangen).
17. Februar.
3. März.
17. März.

Die **Saisonkarten**, welche zur Theilnahme an den Concertabenden, dem Kränzchen **und** dem Costumefest berechtigen, lauten auf den Namen des Inhabers, können sonach **nur** von Diesem benützt werden und verfallen bei Ueberlassung an andere Personen.

Die **Saisonkarte kostet 20 fl.** und gibt das Recht, für jede Dame der Familie, oder für eine Dame, die sich der Familie anschliesst, ein für alle Abende geltendes Billet zum Preise von 10 fl. zu lösen.

Ein solches **Damenbillet** hat jedoch nur dann Giltigkeit, wenn dessen Inhaberin **in Begleitung des berechtigten Besitzers der Saisonkarte, zu welcher das Damenbillet gelöst wurde, erscheint.** — An einzelne Damen werden **keine** Saisonkarten ausgegeben.

Das Comité wird auch in dieser Saison bemüht sein, die hervorragendsten einheimischen, sowie fremde Künstler ersten Ranges zur Mitwirkung zu gewinnen und sind, um das Programm abwechslungsreich zu gestalten, Aufführungen von **Singspielen wie auch malerische und plastische** Darstellungen ernsten und scherzhaften Genres projektirt.

Indem die Direction sich beehrt, **Sie** zur Theilnahme höflichst einzuladen, bittet sie, nachdem die Zahl der zur Abgabe bestimmten Saisonkarten eine **begrenzte** und in keinem Falle zu überschreitende ist, von dem **Ihnen** offen gehaltenen Vorbezugsrechte bis längstens 28. October gefälligst Gebrauch machen zu wollen, da nach dieser Frist die noch verfügbaren Karten neuen Bewerbern überlassen werden.

Die Ausgabe der Karten erfolgt **nur** gegen Vorweisung dieser Zuschrift ausschliesslich in der Gesellschaftskanzlei (Lothringerstrasse 11) täglich in den Stunden von 9 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr von heute ab.

WIEN, Datum des Poststempels.

Die Direction der Gesellschaft der Musikfreunde.

DAS COMITÉ:

Batsche, Paumeister, Doer, Friedländer, G. Gaul, Grandjean, Hartmann, Haunold, Hellmesberger, Hessler, Hora, Ad. Koch, Jos. Koch, Krastel, Kremser, Labatt, Jul. Nilius, Noltsch, Obermüllner, Parmentier, Petrovits, Raindl, A. Roux, Schams, V. Stöger, Strakosch, Schwerdtner, E. Swoboda, G. Walter, F. Wilt, V. Wilt, E. Wlassack, Zellner, Zürnich.

Die geehrten Theilnehmer werden höflichst ersucht, die folgenden Rubriken genau ausfüllen zu wollen.

Name

Character

Wohnung

Anzahl der Damen der Familie

Name der sich anschliessenden Dame

Zur gefälligen Beachtung.

Die Eröffnung des Vestibuls findet um ½9, der Einlass in die Säle um 9, der Beginn der Productionen um ½10 Uhr statt.

Für den Auf- und Abgang des Publikums sind **ausschliesslich** nur die beiden **Haupttreppen** bestimmt. Die sogenannte „Schulstiege“ und die „Wirthsstiege“ können vom Publikum **nicht** passirt werden.

Das Eintrittsbillet wolle vom Inhaber jedesmal **persönlich** zur **Markirung** vorgewiesan werden.

Beim Verlassen der Säle in der Absicht des Wiederkehrens wolle das Billet beim Controlor an der Haupttreppe bis zur Rückkehr deponirt werden, weil sonst **mit dem bereits markirten** Billet der Eintritt **ein zweites Mal nicht** gestattet werden könnte.

Es wird dringend erinnert, die Karten wohl aufzubewahren, weil im Verlustfalle **Duplikate unter keinem Umstande** ausgefertigt werden können.

Die Künstlerabende können nur in Soirée- oder Balltoilette besucht werden.

Druck von J. B. Wallishausser.

An Seine des Herrn

Die Gesellschaft der Musikfreunde

(Lothringerstrasse 11.)

Wohlgeboren

Wien

(Die Künstlerabende betreffend.)

84

Der Podestà von Triest und der Praesident der dortigen Handelskammer haben mit Zuschrift vom 25. v. M. das Praesidium in Kenntniß gesetzt, daß die legalen Vertretungskörper der Stadt und des Handelsstandes von Triest den Beschluß gefaßt haben, die Mitglieder des h. Abgeordnetenhauses einzuladen, der Stadt Triest die Ehre ihres Besuches zu schenken und den Repräsentanten der städtischen Corporationen dabei auch die Gelegenheit zu geben, die Herren Abgeordneten mit den Einrichtungen Triests und den Hafenanlagen vertraut zu machen.

Ich beehre mich nun, hievon den P. T. Herren Mitgliedern des Abgeordnetenhauses die geziemende Mittheilung mit dem Ersuchen zu machen, daß die Herren Abgeordneten, welche von dieser höflichen Einladung Gebrauch zu machen gewillt sind, dieß gefälligst ehestens den Herren Abgeordneten von Triest, J. M. Teuschl oder Dr. Ritter von Wittmann, bekannt geben und mit ihnen sich wegen des Weiteren in das Einvernehmen setzen zu wollen.

Wien, am 5. Mai 1877.

Rechbauer m/p

Kaiserliche Akademie der Wissenschaften.

EINLADUNG

zur

FEIERLICHEN SITZUNG

am 30. Mai 1877 um 12 Uhr

im grossen Saale des Akademie-Gebäudes

(Universitätsplatz).

Der Präsident:

C. Freiherr von Rokitansky.

K. K. Hof- und Staatsdruckerei

PROGRAMM

FÜR DIE

FEIERLICHE SITZUNG

DER

KAISERLICHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

MITTWOCH DEN 30. MAI 1877, 12 UHR.

Seine Excellenz der Herr Curator-Stellvertreter der Akademie, Ritter von Schmerling, eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache.

Der General-Secretär berichtet über die Wirksamkeit der Gesammt-Akademie und der philosophisch-historischen Classe im abgelaufenen Jahre, sowie über die in derselben seit 30. Mai 1876 vor sich gegangenen Veränderungen.

Der Secretär der mathematisch-naturwissenschaftlichen Classe erstattet Bericht über die Wirksamkeit dieser Classe und über die während desselben Zeitraumes in ihr vorgegangenen Veränderungen.

Der Präsident verkündigt die fünfte Zuerkennung des Ig. L. Lieben'schen Preises „für die ausgezeichnetste, während der letzten sechs Jahre veröffentlichte Arbeit im Gebiete der Chemie mit Inbegriff der physiologischen Chemie", sowie die Zuerkennung von Preisen für „Entdeckungen teleskopischer Kometen".

Das wirkliche Mitglied der kaiserlichen Akademie, Herr Professor Karl Werner hält einen Vortrag über „Giambattista Vico als Geschichtsphilosophen und Begründer der neueren italienischen Philosophie".

K. K. Hof- und Staatsdruckerei in Wien.

1.
2.
3.

W

Zehnte

Diese

wird er

Bürgerverein im III. Bezirke.

7

Einladungskarte

zu der

Dienstag den 5. Juni d. J., Abends 8 Uhr,

in Dreher's Localitäten, III., Hauptstrasse 97 (grosser Saal),

stattfindenden

zehnten Versammlung des „Bürgervereins im III. Bezirke".

Tagesordnung:

1. Verification des Protocolles der 9. Vereinsversammlung vom 18. Mai d. J.
2. Mittheilungen des Vereins-Vorstandes.
3. Vortrag Sr. Excellenz des Herrn Reichsraths - Abgeordneten Dr. Eduard Herbst: „Ueber den österreichisch-ungarischen Ausgleich".

Hochachtungsvoll

Wien, den 1. Juni 1877.

Der Vorstand des Bürgervereins im III. Bezirke:

Franz R. v. Khunn, Obmann.
Victor v. Renner, Schriftführer.

Zehnte Versammlung des Bürgervereins im III. Bezirke.

Diese Karte ist giltig für

P. T. Herrn Stanislaus Grafen Mieroszowski

wird ersucht, diesen Coupon beim Eintritte in den Saal abgeben zu wollen.

Behufs Besichtigung des vom Landtage subventionirten

Bewässerungs-Versuchsfeldes am Thavonhofe

werden am **28. Juni, 22. Juli, 20. August** und **12. September 1877** Ausflüge von **Wien** dahin stattfinden, zu welchen Jedermann, der sich für die Sache interessirt, höflichst eingeladen ist.

Abfahrt von Wien, am Staatsbahnhofe 8 Uhr 25 Minuten früh.
(**Karte nach Station Gross-Enzersdorf.**)

Rückfahrt nach Wien um 1 Uhr 20 Minuten Nachmittags.

Die Entfernung von der Station bis auf den Hof beträgt 25 Minuten zu gehen. Es werden mehrere Wagen bereit stehen; wer jedoch mit Bestimmtheit auf Fahrgelegenheit rechnen will, wird ersucht dies 48 Stunden zuvor der »Gutsverwaltung **Hirschstetten,** Post **Stadlau**«, mitzutheilen.

Freiherr von Pirquet.

Die Donauregulirungs-Commission beabsichtigt Freitag 29. d. M. eine Fahrt zur Besichtigung der bereits vollendeten und der noch in der Ausführung begriffenen Donauregulirungsarbeiten zu unternehmen und ladet laut Zuschrift vom 25. d. M. Z. 1213 die Herren Mitglieder des Abgeordnetenhauses ein, an dieser Fahrt, die stromabwärts bei Eckartsau unterhalb Fischamend und stromaufwärts bis Nußdorf ausgedehnt werden soll, theilnehmen zu wollen.

Hievon beehre ich mich, die Herren Abgeordneten mit dem Ersuchen in die Kenntniß zu setzen, daß diejenigen Herren, welche von dieser freundlichen Einladung Gebrauch zu machen geneigt sind, sich an den Herrn Vicepräsidenten Dr. Vidulich wegen Erlangung einer Einladungskarte wenden wollen, wobei ich jedoch bemerke, daß mit Rücksicht auf den beschränkten Raum des zur Verfügung stehenden Schiffes der Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft nur 80 Einladungskarten für diese Fahrt an das Präsidium gelangt sind.

Wien, 27. Juni 1877.

Rechbauer m. p.

Die Gesellschaft zum Betriebe

der

kais. königl. privilegirten pneumatischen Uhren

erbittet sich die hohe Ehre des Besuches behufs
Besichtigung ihrer Centrale

Wien, I., Wipplingerstrasse 39.

EINTRITTS KARTE

EINTRITTS-KARTE

für das

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Hochgeborn

Herrn Stanislaus Graf Mieroszowski

Gutsbesitzer

zum

Centrale der k. k. pr. pneumatischen Uhren

WIEN,

I., WIPPLINGERSTRASSE 39.

Besichtigungstage: Dienstag, Donnerstag und Samstag,

von 11 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags.

Um $^3/_4$12 Uhr electrisches Uhren-Signal von der k. k. Sternwarte.

3

1:35

EINLADUNG

zum

Besuche der Ausstellung des kais. königl. priv.

Abstimmungs-Apparates

für

Reichsraths- und sonstige parlamentarische Versammlungen

WIEN,

I., Wipplingerstrasse Nr. 39

für

Herrn Stanislaus Graf Mieroczowski
Hochgeboren

Besichtigungstage: am 3., 4., 5. und 6. Juli 1877

von 9 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags.

Bestehend seit dem Jahre 1861.
Kais. kön. priv. Erste österr.
Telegrafen-Bauanstalt, Blitzableiter-Fabrik
und
Constructions-Atelier
der k. k. priv.
Elektro-pneumatischen Uhren
von
C. A. MAYRHOFER,
Ingenieur und Elektriker,
Burggasse 51 und Wipplingerstrasse 39
WIEN.

An die geehrten Herren Abgeordneten des hohen Reichsrathes!

Der in aller Achtung Gefertigte macht seine ergebene Einladung zum Besuche der Ausstellung des **k. k. priv. pneumatischen Abstimmungs-Apparates** und erlaubt sich, nachstehend in Kürze das Principielle dieser neuen Erfindung darzuthun.

Die Zeit, das Werthvollste jedes Gebildeten, ist umsomehr bei den aus allen Gauen des Reiches zusammengetretenen P. T. Herren Reichsräthen das kostspieligste Gut, mit dem zu sparen gewiss alle Ursache vorhanden ist; verlorene Zeit ist unersetzlich!

Ein sehr beträchtlicher Theil dieses theuren Gutes nun geht bei parlamentarischen Versammlungen mit den Abstimmungen verloren und hat dieser Umstand den ersten Impuls zum Nachdenken über geeignete Abhilfe gegeben.

Einem Theile der Herren Abgeordneten dürfte es noch erinnerlich sein, dass der Gefertigte im Jahre 1864 zum ersten Male an das hohe Abgeordnetenhaus mit einer Petition des Inhaltes herantrat, den von ihm construirten elektro-magnetischen Abstimmungs-Apparat versuchsweise einzuführen.

Dieser Apparat war ein elektrischer, hätte richtig functionirt und das geleistet, was man eben von elektrischen Apparaten verlangen kann.

Sechs Jahre später tauchten in verschiedenen englischen, französischen und auch deutschen Blättern Gerüchte auf über eine angeblich amerikanische Erfindung des gleichen Gegenstandes; die actenmässig nachweisbare Priorität ist wohl unbestritten auf Seite des Gefertigten, da die erste diesbezügliche Verhandlung schon im Jahre 1864 stattfand.

Im Laufe der letzteren Jahre, während welchen sich der ergebenst Gefertigte nahezu ausschliesslich mit Pneumatik befasste, gelang es ihm, nebst mehreren anderen Constructionen, die sonst ihre Hilfsmittel von der Elektro-Mechanik entlehnten, auch die Abstimmungs-Apparate für Anwendung der Pneumatik geeignet zu machen, und der Erfolg war ein glänzender, die Resultate überraschend.

Nebstdem, dass mit comprimirter Luft ein viel Mehreres geleistet werden kann, als mit den elektrischen Apparaten, so ist die Functionirung eine absolut fehlerlose; es ist ganz unmöglich, dass auch nur einer der functionirenden Apparat-Bestandtheile versagen könnte.

In dem Momente, als die Abstimmung vorgenommen wird, und der Druck auf den Tasterknopf erfolgt ist, geht auch schon die Zählung vor sich, so zwar, dass in einigen Secunden sich die Zahl der Stimmen in grossen dem ganzen Plenum sichtbaren Ziffern kundgibt.

Nebstdem zieht ein hiezu designirter Beamter die 2 rubricirten Bögen aus den Druckkästen und man ersieht auf diesen die ganze Abstimmung bereits genau abgedruckt.

Durch Aufeinanderlegen beider Bögen ersieht man auch, „Wer“ sich der Abstimmung ganz enthalten hat.

Wird endlich die geheime Abstimmung beliebt, so wird auf einer, dem Plenum sichtbaren Stelle die Kurbel an dem Stimmenwechsel um eine ganz beliebige Gradanzahl seitlich bewegt und sämmtliche Leitungen sind gewechselt.

Es zählt sich auch, da die Abstimmung an beiden Zählwerken, und es wird auch auf den Bögen die Abstimmung abgedruckt, nur sind die Personen nicht bekannt.

Der ergebenst Gefertigte ist daher in der Lage, mit aller Zuversicht zu erklären, dass der k. k. priv. pneumatische Abstimmungs-Apparat fehlerlos functionirt und übernimmt dafür jedwede Garantie in allen gegebenen Formen.

Der achtungsvollst Gefertigte kann nicht umhin, einige Einwürfe zu wiederholen, die von Besuchern gemacht wurden. Diese Einwürfe gelten aber nicht dem System selbst, da auch der Laie augenblicklich die Kenntniss erlangt, dass der Natur der Construction nach, ein Versagen eines der Apparatsysteme ganz unmöglich ist, sondern einigen nebensächlichen Momenten: z. B. Wenn Einer auf beide Taster drückt? Erstens hätte dies keinen Zweck, da er seine Stimme dadurch aufheben würde — und würde sich dies auch auf dem Druckbogen zeigen; oder, wenn Einer 2 Mal nacheinander auf denselben Taster drückt; dies kann auch nicht mit Erfolg geschehen, da, wenn die Summe der Ziffern auf beiden Zählwerken nicht stimmt, durch Nachsehen auf den Kugelmarken constatirt wird, wer 2 Mal gedrückt hat.

Oder es drückt Einer ausser auf seinen eigenen Taster, auch noch auf den seines Nachbarn — dies kann überhaupt verhindert werden, wenn Jeder die Taster in seiner Lade hat, die verschlossen ist — und — wendet da wieder Jemand ein, wenn er den Schlüssel zu Hause vergisst, — so sind unter Verschluss des Präsidiums in Couvert versiegelt und mit dem Namen des Besitzers versehene Duplicate, die für einen solchen Fall vorgesehen sind. Und so gäbe es eine Menge Einwände leichter Natur, die jedoch alle fachlich leicht und gründlich widerlegt werden können.

Es müssen aber geradezu als unmöglich alle und jeder der angeführten oder noch anders denkbaren Fälle schon darum angesehen werden, weil ein Doppeltdrücken, ein Abstimmen auf einem fremden Taster nebst dem eigenen, oder auch eine andere als diese angeführten Handlungen von den Mitgliedern des hohen Abgeordnetenhauses ja überhaupt gar nicht als möglich gedacht werden kann.

Thatsache und vollkommen nachweisbar ist der Umstand, dass durch diese Abstimmungsapparate unbedingt und ohne Fehler die Abstimmung, welche bis nunzu keinen geringen Theil der kostbaren Sitzungsstunden verschlingt, nur in einigen Secunden abgethan ist und die Construction für alle Zeiten die vollkommenste Sicherheit bietet.

Der ergebenst Gefertigte bittet für diese rein österreichische Erfindung das Interesse der Herren Abgeordneten des hohen Hauses erregen zu dürfen und ladet zum Besuche eines für 30 Personen errichteten Probeapparates ergebenst ein.

Von 10 Uhr bis 3 Uhr Nachmittags werden an den auf den Karten bezeichneten Tagen Demonstrationen mit den Probeapparaten vorgenommen.

WIEN, am 1. Juli 1877.

Hochachtungsvoll ergebenst

C. Mayrhofer

N° 8

Das Comité des zum Besten des juridischen Unterstützungs-Vereines stattfindenden Juristen-Balles beehrt sich Se. Hochgeboren Herrn Grafen

Stanislaus Mierczowski [?] Gutsbesitzer [illegible]

rue 3. Hôtel de France [?] ergebenst einzuladen

Für das Comité

[illegible signature]

[illegible signature]

Präses

Säle der Gesellschaft der Musikfreunde.

23. Janner 1877 9 Uhr.

Diese Karte gilt [illegible] Damen der Familie.

[illegible] WIEN

Sr. Hochgeboren Herrn

Stanislaus Graf Mieroszowski

Reichsraths-Abgeordneten, etc. etc.

Comité-Bureau: „Grand Hôtel", Kärntner-Ring 9, vom 17. Jänner 1877 an täglich von 11 bis 5 Uhr.

Der Ball steht unter dem Protectorate Sr. Excellenz des k. k. Handelsministers, Herrn

JOHANN RITTER VON CHLUMECKÝ.

Das Reinerträgniss fliesst dem bereits bestehenden Fonde zur Unterstützung dienstuntauglich gewordener, nicht pensionsfähiger Eisenbahnbediensteter eventuell deren Witwen und Waisen, zu.

Derselbe steht unter der Verwaltung eines Curatoriums, bestehend aus den Herren:

WILH. Freiherr von ENGERTH, k. k. Hofrath, General-Director-Stellvertreter der k. k. priv. Staatseisenbahn.

WILH. Ritter von EICHLER, k. k. Hofrath, General-Inspector der a. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

ALOIS CZEDIK von BRÜNDELSBERG, k. k. Sections-Chef a. D., General-Director der k. k. priv. Kaiserin Elisabeth-Bahn.

Dr. G. R. GROSS, k. k. Hofrath, General-Director der k. k. priv. österr. Nordwestbahn.

HEINR. Ritter von KOGERER, k. k. Hofrath, General-Director der k. k. priv. Kaiser Franz Josef-Bahn.

FRIED. SCHÜLLER, Verkehrs-Director der k. k. priv. Südbahn.

Diesbezüglich gewidmete Beträge werden im Comité-Bureau: „GRAND HÔTEL" Kärntnerring 9, vom 17. Jänner 1877 an, täglich von 11 bis 5 Uhr entgegengenommen und besonders quittirt.

...ck von L. C. Zamarski.

EHRENKARTE

GILT AUCH FÜR DIE DAMEN DER FAMILIE.

202

Das Comité des

Balles oesterreichischer Eisenbahnbeamten

beehrt sich

Seine Hochgeboren Herrn

Stanislaus Graf Mieroszowski

zu dem am 1 Februar 1877 im Sofiensaale stattfindenden Balle

höflichst einzuladen

Für das Comité:

Fried. Kohlei[illegible] — Präsident.

Ad. von Rivé-Westenf[illegible] — Comitémitglied.

8½ Uhr.

Balltoilette.

Der

Ball der industriellen Gesellschaften

wird unter dem **hohen Protectorate** Ihrer Durchlaucht der Frau

Marie Fürstin Kinsky-Liechtenstein

und der Damen

Frau **Johanna** Fürstin **Auersperg-Festetits**, Frau **Wilhelmine** Fürstin **Auersperg-Colloredo**, Frau **Minna** Baronin **Conrad-Eybesfeld**, Frau **Eleonore** Gräfin **Hoyos-Paar**, Frau **Charlotte** [illegible] **Königswarter**, Frau **Pauline** Fürstin **Metternich**, Frau **Francisca** Gräfin **Schönborn-Trautmannsdorf**, Frau **Leopoldine** Baronin **Wehli**, Frau **Henriette Wiener** von **Welten**

stattfinden.

Der Reinertrag wird den **sechs grossen Frauenvereinen Wiens**, u. z. dem **Vereine adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen**, — dem **Frauen-Wohlthätigkeits-Vereine** für Wien und Umgebung, — dem **evangelischen Frauen-Vereine**, — dem **israelitischen Frauen-Vereine**, — dem **Frauen-Vereine** für **Arbeitsschulen** — und dem **Wiener Frauen-Erwerb-Vereine** zu gleichen Theilen zugewendet.

Das Comité:

Heinrich Brückner,
[illegible]

Wilhelm Bächer.		Friedrich Staud.
Leo Carlberger.	Eugen Krämer.	Carl Streiz.
Cesar von Foregger.	Dr. Josef Kühn.	Josef Singer von Wyssogurski.
Dr. Rudolf Geitler v. Armingen.	Alexander Manega.	Wilhelm von Thomann.
Claudius A. Ritter von Klaudy. Ehren-Präses	Michael Matscheko.	Moriz Volke.
August Koller.	Heinrich Ritter von Maurer.	Anton Weber.
	Friedrich Reichmann.	Carl Winkler von Forazest.

Alle mit Rucksicht auf die wohlthätigen Zwecke für die übersendete Ehren-Karte gespendeten Beträge werden sowohl von den Damen Patronessen entgegengenommen, als auch vom Comité in dessen Bureau quittirt.

Comité-Bureau: Hôtel „Kaiserin Elisabeth", Weihburggasse.
vom 26. Jänner ab, zwischen 12 und 6 Uhr.

Verwendungs-Ausweis

über die Reinerträgnisse des

Balles der industriellen Gesellschaften.

Im Jahre		fl.	kr.
1866	Dem Fond zur Gründung eines Hospitals für deutsche Arme in Paris	4129	10
1867	Dem damals bestandenen österreichischen Kriegs-Nothstandsverein...	5171	75
1868	Dem österreichischen patriotischen Hilfsvereine	3035	—
	Dem Unterstützungsvereine für die Witwen und Waisen der in Mexico gefallenen österreichischen Legionäre......	3035	—
1869	Dem Frauenverein für Arbeitsschulen in Wien	3100	42
	Dem Wiener Frauen-Erwerbverein	800	—
	Zur Gründung zweier Studienstipendien, auf immerwährende Zeiten, jedes von jährlichen 300 fl. an der Wiener polytechnischen Hochschule	4499	47
1870	Dem St. Annen-Ersten Kinderspitale in Wien.	2160	
	Dem Verein zur Herstellung billiger Wohnungen für die ärmeren Volksclassen in Wien..	2160	
	Dem Frauen-Erwerbvereine in Wien	2160	
	Dem Fond zur Gründung eines Schiller-Denkmales in Wien..	2160	
1871	Dem St. Josefs- unentgeltlichen Kinderspitale in Wien	1606	79
	Dem patriotischen Damenverein in Wien...	1606	79
	Dem Asylverein für Obdachlose in Wien	1606	79
	Den durch die Ueberschwemmung am 12. und 13. Februar 1871 heimgesuchten Armen Wiens	1000	
1872	Dem Central-Krippen-Verein in Wien	1500	—
	Dem österreichischen patriotischen Hilfsvereine.	1500	—
	Dem Frauen-Wohlthätigkeits-Verein für Wien und Umgebung..	1500	—
	Der unentgeltlichen Armenschule in Neu-Währing..	250	—
1873	Der Kaiser Franz Josef-Stiftung für Officiers-Witwen und -Waisen	3500	—
	Dem St. Josefs- unentgeltlichen Kinderspitale in Wien	1600	—
	Dem Fonde des n.-ö. Gewerbevereines zur Errichtung von Stipendien, um armen würdigen Gewerbetreibenden aus den österreichischen Provinzen den Besuch der Weltausstellung zu ermöglichen	3500	
1874	Der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung und Förderung des Kleingewerbes fl. 2000 Rente..	1401	82
1875	Zur Errichtung der Volksküche im III. Bezirke in Wien	750	—
	" " " " " IX. "	750	—
	" " " " in Meidling	750	
	Für den Kindergarten im VIII. Bezirke	400	
	Dem Comité für Studenten-Convicte in Wien	1000	—
	Dem evangelischen Frauenverein.	300	
	Dem Knaben-Asyl in Fünfhaus.....	100	—
1876	Dem Hernalser Officierstöchter-Bildungs-Institute	2000	—
	Dem Vereine zur Errichtung und Erhaltung des Erzherzogin Sofien-Spitales in Wien	1500	—
	Dem Kindergarten im X. Bezirke.........	800	
	Dem Kinder-Asyl in Kahlenbergerdorf	400	—
	Reserven und Zinsen	3273	05
	Gesammt-Reinerträgniss	65005	98

WIEN im Jänner 1877.

Für das Comité:

Der Präses:

Heinrich Brückner.

Druck von Leopold Sommer & Comp. in Wien.

Der Reinertrag wird dem Unterstützungsfonde

des

JOURNALISTEN- & SCHRIFTSTELLER-VEREINES „CONCORDIA"

zugewendet.

CONCORDIA-BALL.

COMITÉ:

Club-Locale der Concordia

Stadt, Maximilianstrasse Nr. 12 (Grand Hôtel).

Karten-Ausgabe vom 27. Jänner an täglich von 11 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Abends.

Sr. Hochgeboren

Herrn Graf Mierozowice-Mierozow
Gutsbesitzer, Mitglied d. h. Abgeordnetenh[illegible]

Wien.

Der

Journalisten- und Schriftsteller-Verein

„CONCORDIA"

veranstaltet

zum Besten seines Unterstützungsfondes

einen

BALL

welcher

Montag, den 5. Februar 1877

in den

Sofien-Sälen

stattfinden wird.

Euer Hochgeboren werden höflichst eingeladen, den Ball durch Ihre Gegenwart beehren zu wollen.

WIEN, IM JÄNNER 1877

Für den Vorstand und Ausschuss:

JOHANNES NORDMANN.

Präsident.

Bureau des Ball-Comité:

Club-Lokale der Concordia: Stadt, Maximilianstrasse 12 (Grand Hôtel), Parterre.

Karten-Ausgabe vom 27. Jänner an, von 11 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Abends.

Aus J. B. Wallishausser's k. k. Hoftheater-Druckerei

REN

zow

E N.

209

Das Comité des Balles der industriellen Gesellschaften, welcher in den Musik-Vereins-Sälen am 4. Februar 1877 stattfindet, gibt sich die Ehre

Se. Hochgeboren Herrn

St. Grafen Mieroszowice

ergebenst einzuladen.

½9 Uhr.

H. Ch. Brückner

Präses

DIESE KARTE IST AUCH FÜR DIE DAMEN DER FAMILIE GILTIG.

Mamy zaszczyt zaprosić

JW.PP. Hrabiego St. Mieroszewskiego z fam.

NA ZABAWĘ

mającą się odbyć

NA DOCHÓD

Stowarzyszenia wsparcia biednych chłopców starozakonnych

W SALI TOWARZYSTWA STRZELECKIEGO

we środę dnia 28 lutego b. r.

Kraków w lutym 1877.

W imieniu komitetu:
Dr. Arnold Rapoport.

Za zwrotem niniejszego zaproszenia można otrzymać bilety w wypożyczalni książek Wgo p. Fischera na Stradomiu i w Izbie kupieckiej przy ul. Grodzkiej w dniach 26 i 27 b. m. od godziny 3 — 6 popołudniu, w dniu zabawy zaś w sali Towarzystwa Strzeleckiego w godzinach od 9 — 12 rano i od 3 popołudniu.

Bilet pojedynczy **2** złr., familijny **5** złr.

Strój salonowy. — Początek o godzinie wpół do ósmej ściśle.

I. Koncert, II. Przedstawienie amatorskie, III. Tańce.

Sr. Hochwohlgebor

Herrn Dr. Graf Mieroszowsk

Reichsrath-Abgeordneten

w Wien

Abgeordneten-Ha

POZVÁNÍ

k

AKADEMII

na oslavu 70tých narozenin

Aloise Vojtěcha Šembery

profesora řeči a literatury české na vysokých školách Vídeňských

kterou uspořádá

Akademický spolek ve Vídni

dne 21. března r. 1877.

v místnostech zahradnické společnosti

(Gartenbau-Gesellschaft)

za laskavého spoluúčinkování:

sl. slovanského zpěváckého spolku, slovútné tragédky pí. Sklenářové-Malé, p. Lva, p. V. Cicvárka, členů národního divadla v Praze, sl. Zamarové ve Vídni a koncertních mistrů p. Jiránka z Prahy a pp. Kretschmanna a Sieberta ve Vídni.

Konversační hudbu provede kapela pluku bar. Knebel-a osobním řízením kapelníka p. Ziehrera.

Slavnostní komitét.

Začátek určitě o ½8. hod. večer.

Vstupné pro osobu 2 zl., rodinný listek (3 osoby) 5 zl.
Vstupenky lze dostati v místnostech „Akademického spolku ve Vídni" (I., Schulerstrasse 9) od 10. března od 9—12 hod. ráno, v knihkupectvích pp. Braumüllera (Graben) a Čermáka (Schottengasse 6) a v slavnostní den večer u kasy.

EINLADUNG

zu der

am 21. März 1877 zu veranstaltenden

Fest-Akademie

zur Feier des 70. Geburtstages

des

ALOIS V. ŠEMBERA,

Professors der böhmischen Sprache und Literatur an der Wiener Universität,

in den Sälen der Gartenbaugesellschaft.

Freundliche Mitwirkung haben zugesagt: Der löbl. slavische Gesangverein, die Tragödin Fr. Sklenář-Malý, Herr Lev und Herr V. Cicvárek, Mitglieder des National-Theaters in Prag, Frl. Zamara in Wien und die Concertmeister Herr J. Jiránek aus Prag, Herr Kretschmann und Siebert in Wien.

Die Concert-Musik besorgt die Capelle des Regimentes Fr. v. Knebel, unter persönlicher Leitung des Capellmeisters Herrn Ziehrer.

Das Festcomité.

Anfang präcise $^1/_2$ 8 Uhr Abends.

Entrée-Karte 2 fl. Familienkarten (3 Personen) 5 fl.
Die Entrée-Karten werden in den Localitäten des „Akad. spolek ve Vídni“ (I., Schulerstrasse 9) vom 10. März 1877 an von 9—12 Uhr Vormittags, dann in den Buchhandlungen der Herren Braumüller (Graben), Czermák (Schottengasse 6) und am Festabende an der Cassa ausgefolgt.

Telegramy račtež adresovati: **slavnostní komitét, Videň, Gartenbau-gesellschaft.**

Snížené ceny na dráze severní, severozápadní, státní a na dráze Františka Josefa, a sice na státní dráze (od 19.—24. března) a na dráze Františka Josefa (od 18.—23. března) jest jízda v druhé třídě za cenu třetí a jízda v třetí za poloviční cenu druhé třídy, na severo západní (od 15.—25. března) a na severní dráze (od 19.—23. března) jest jízda v druhé třídě za cenu třetí a jízda v třetí za cenu čtvrté třídy; na drábách: mor.-slezsko-severní, Ostrava-Fridlant a Břeclava-Hrušovany-Cellerndorf jízda v druhé třídě za cenu třetí a jízda v třetí za poloviční cenu druhé třídy (od 19.—23. března). O legitimační lístky račtež se obrátiti na „**Akademický spolek ve Vídni**", (**I., Schulerstrasse 9**) s udáním jmen p. t. pánů účastníků.

V den slavnostní vyjde nákladem akademického spolku a v místnostech zahradnické společnosti (Gartenbau-Gesellschaft) vyložen bude almanah, práce to členů akademického spolku, věnována učiteli od vděčných žáků jako upomínka na slavnostní den 21. března r. 1877.

Tiskem Hugona Hoffmann-a ve Vídni, VII., Široká ulice 4.

Hochgeboren Herr

Herr Stanislaus Graf Mierorowski

Wien

Abgeordnetenhaus.

Herr und Frau

Dr. JOSEF KOPP

beehren sich mitzutheilen, dass die Trauung ihrer Tochter

MARIE

mit Herrn

CAESAR KURZEL,

Gutsbesitzer in Bozen,

Donnerstag den 14. Juni 1877,

um 11 Uhr Vormittags

in Wien, innere Stadt, Pfarrkirche zu unserer Lieben Frau bei den Schotten im Prälatensaale (Aufgang im ersten Hofe) stattfinden wird.

2/6